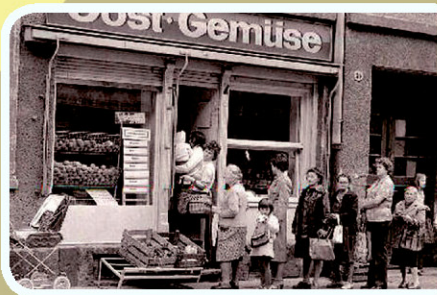


Friedliche Revolution und deutsche Vereinigung 1989 bis 2016

Noch immer gespalten: ökonomisch - sozial - politisch?!



Gunnar Winkler
6. aktualisierte Fassung

Bildnachweis:

Deutsche Fotothek

Bild DF-Hauptkatalog-0105344

Bild DF-BOS-po-53-0000214

Bundespresseamt

B145-Bild-00059615 (Fotograf Lenartz)

Bild-00014229 (Fotograf Liebe)

Deutsche Presseagentur

Picture-alliance/dpa Bild 2423127

Picture-alliance/dpa Bild 106702

Adpic Bildagentur

Adpic 184417

Wikimedia commons

Obst-supermarkt.jpg (Fotograf Roletschek)

Friedliche Revolution und deutsche Vereinigung

1989 bis 2016

**Noch immer gespalten
- ökonomisch - sozial - politisch?!**

Gunnar Winkler

**6. erweiterte und aktualisierte Auflage
Bernau b. Berlin - Januar 2017**

Gliederung:

Vorbemerkungen	9	
Einführung	21	
Kapitel		
1	Friedliche Revolution - deutsche Vereinigung - 1989 bis 2016	27
1.1	<i>Aufbruch und Umbruch</i>	27
1.1.1	Aufbruch in eine neue Zukunft - die friedliche Revolution 1989/1990	27
1.1.2	Die Positionen der Bürger bis in die Gegenwart	38
1.2	<i>Einheit</i>	44
1.2.1	Stand der Vereinigung aus Sicht der Bürger	44
1.2.2	Exkurs: Bewertungsquellen jüngerer Bürger/Rückerinnerungen ab 35-Jähriger (2009)	55
1.2.3	Gewinne - Verluste	59
1.2.4	Angleichung ohne Ende ?!	65
1.2.4.1	Vorgaben und Ergebnisse	67
1.2.4.2	Angleichungstermine der Politik im Wandel	70
1.2.4.3	Angleichung - Positionen der Bürger	72
1.2.4.4	Angleichungshorizonte der Bürger	76
1.2.4.5	Zum Stand der Angleichung	79
1.2.4.6	Es geht vorwärts, aber die „Lücke“ bleibt	88
1.2.4.7	Ostdeutschland - eine kartografisch erkennbare Region	91
1.2.5	Hoffnungen und Erwartungen	95
1.2.5.1	Die Erwartungen der Bürger	95
1.2.5.2	Erwartungen in den einzelnen Lebensbereichen	101
1.2.5.3	Sorgen und Ängste vor dem Alter	105
1.3	<i>Die neuen Bundesbürger</i>	108
1.3.1	Die Erfindung der „Ostdeutschen“	108
1.3.2	Identifikation der Bürger der neuen Bundesländer	113
1.3.3	Regionale Verbundenheit	115
2	Allgemeine Lebenslagen	119
2.1	<i>Zufriedenheit</i>	119
2.1.1	Persönliche Lebenszufriedenheit	119
2.1.2	Zufriedenheit nach Lebensbereichen	124
2.2	<i>Wirtschaftliche Lage der Bürger</i>	128
2.2.1	Wirtschaftliche Situation 1989/1990	128
2.2.2	Wirtschaftsentwicklung 1989/1990 bis zur Gegenwart	134
2.2.3	Bewertungen der individuellen wirtschaftlichen Lage seitens der Bürger 1990 bis 2014	146
2.2.4	Bedürfnisbefriedigung	152
2.2.5	Wirtschaftliche Erwartungen	155

2.3	<i>Einkommen</i>	159
2.3.1	Individuelles Einkommen	160
2.3.2	Haushaltseinkommen	178
2.3.3	Altersrente - Alterseinkommen	184
2.3.3.1	Rentenentwicklungen	184
2.3.3.2	Alterseinkommen	204
2.3.4	Ausgaben/Ausstattung/Verbrauch	208
2.3.5	Vermögen/Sparen/Erben	214
2.4	<i>Armutsentwicklungen</i>	226
2.4.1	Armut - unterschiedliche Betrachtungen	226
2.4.2	Armut in Deutschland	230
2.4.3	Altersarmut	235
3	Der demografische Wandel	245
3.1	<i>Bevölkerungsentwicklung in Deutschland - eine Bedrohung?</i>	245
3.2	<i>Die Zahl der Bürger nimmt ab - zu wenig Kinder</i>	251
3.3	<i>Familie - Partnerschaften</i>	260
3.4	<i>Die Lebenserwartung steigt - der Osten altert schneller</i>	265
3.5	<i>Die neuen Alten</i>	269
3.5.1	Zwei Alter in Deutschland?!	269
3.5.2	Aktiv bis ins hohe Alter	272
3.6	<i>Exkurs (2011): Wandel von Altersorientierungen im Osten (K.-P. Schwitzer/G. Winkler)</i>	282
3.7	<i>Die „Kinder“ gehen - Abstimmung mit den Füßen</i>	294
3.8	<i>Exkurs (2011): Ein neuer Generationenvertrag?</i>	300
4	Lebensbereiche	307
4.1	<i>Wohnen</i>	307
4.1.1	Wohnbedingungen und -zufriedenheit	307
4.1.2	Mieten - Wohngeld - Obdachlosigkeit	316
4.1.3	Wohnen im Alter	320
4.1.4	Infrastrukturen und Wohnen	322
4.1.5	Exkurs: Kinderbetreuung 2016	328
4.2	<i>Arbeit - Arbeitslosigkeit</i>	333
4.2.1	Erwerbstätigkeit	333
4.2.1.1	Stellenwert von Erwerbsarbeit	334
4.2.1.2	Entwicklung der Erwerbstätigkeit	339
4.2.1.3	Normalarbeitsverhältnisse im Sinkflug	344
4.2.1.4	Erwerbsarbeit von Frauen im Osten	349
4.2.2	Erwerbsarbeit älterer Arbeitnehmer/-innen	355
4.2.3	Arbeitslosigkeit	361

4.3	<i>Gesundheit</i>	369
4.3.1	Neustrukturierung des Gesundheitswesens nach 1990	371
4.3.1.1	Die Ausgangssituation 1990	371
4.3.1.2	Die Übernahme des bundesdeutschen Systems	374
4.3.2	Zufriedenheit mit dem Gesundheitswesen	380
4.3.3	Krankenversicherung	384
4.3.4	Gesundheitszustand - Morbidität	387
4.3.5	Pflege	389
4.3.5.1	Pflegebedarf	389
4.3.5.2	Exkurs: Familiäre Pflegebereitschaft (2011)	400
4.4	<i>Umwelt</i>	406
4.4.1	Zur Umweltsituation und -problemen in der DDR	406
4.4.2	Umweltbewertungen der Bürger - Umweltentwicklungen nach 1990	412
5	Integration - kulturelle Integration	423
5.1	<i>Kulturelle Integration</i>	429
5.1.1	Ostkultur?	429
5.1.2	Der Westen holt auf	432
5.1.3	Kultur im Alltag	435
5.2	<i>Werte</i>	443
5.2.1	Grundwerte - Freiheit vs. soziale Sicherheit?	443
5.2.2	Wertestrukturen	452
5.3	<i>Gleichstellungsvorsprung - Gleichstellungsrückstand</i>	457
5.3.1	1989/1990 - Zeit des Auf- und Umbruchs	459
5.3.2	Der Gleichstellungsvorsprung geht verloren	463
5.3.3	Die Bewertung der Entwicklung - Frauen Ost/West (2010/2014)	473
5.3.4	Frauen in Leitungsfunktionen	476
5.4	<i>Menschen mit Behinderungen</i>	481
5.5	<i>Freizeit</i>	488
5.5.1	Reisen	490
5.5.2	Sport	494
5.5.3	Kleingartenwesen	501
5.6	<i>Weltanschauliche Bindungen</i>	505
5.7	<i>Multikulturell - ausländerfeindlich?</i>	513
6	Soziale Integration	535
6.1	<i>Für den Erhalt des Sozialstaates</i>	535
6.2	<i>Sozialunion</i>	544
6.3	<i>Sozialstrukturen</i>	548
6.3.1	Subjektive Schichtzuordnung	548
6.3.2	Bildungs- und Erwerbsstrukturen	553

6.4	<i>Sozialstaat - Sozialreformen (2008)</i>	557
6.5	<i>Soziale Sicherheit</i>	575
6.5.1	Zufriedenheit und Erwartungen	575
6.5.2	Finanzielle Grundlagen sozialer Sicherheit	585
6.6	<i>Soziale Entwicklung zwischen Auf- und Abstieg</i>	590
6.7	<i>Kommunale Daseinsvorsorge</i>	597
6.8	<i>Die Ostdeutschen und die Europäische Sozialunion</i>	604
7	Politische Integration	615
7.1	<i>Politisches Interesse - Demokratiezufriedenheit</i>	615
7.2	<i>Wahlen alleine reichen nicht</i>	621
7.3	<i>Bürgerschaftliches Engagement</i>	631
7.3.1	Entwicklungen gesellschaftlicher Aktivitäten seit 1989	631
7.3.2	Gewerkschaften	637
7.3.2.1	Haltung zu den Gewerkschaften - DDR 1989/1990	637
7.3.2.2	Soziale Strukturen der Gewerkschaftsmitglieder	640
7.3.3	Sozial- und Wohlfahrtsverbände	645
7.3.4	Exkurs: Volkssolidarität	653
7.3.4.1	Die Entstehung der Volkssolidarität - 1945 bis 1949	654
7.3.4.2	Die Neustrukturierung der Volkssolidarität - 1949 bis 1960	656
7.3.4.3	Verband zur Wahrung von Lebensqualität - 1960 bis 1989	658
7.3.4.4	Von der Massenorganisation zum Sozial- und Wohlfahrtsverband - 1989 bis 2015	661
7.4	<i>Parteien</i>	668
7.4.1	Entwicklung - Strukturen	668
7.4.2	Exkurs: Rechtsextremismus (2006)	676
7.5	<i>Institutionenvertrauen</i>	691
8	Einzelbeiträge	695
	<i>Sozialpolitische Forschungen in der DDR (2001)</i>	695
	<i>Empirische Erhebungsreihe „Leben in den neuen Bundesländern“ (25 Wellen)</i>	710
	<i>Zur Kinder- und Jugendhilfe im Osten (2013)</i>	724
	<i>Positionen der Bürger zu den Gewerkschaften und zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung (Befragung 2007)</i>	730
	<i>Die Sozial- und Wohlfahrtsverbände in der Bewertung der Bürger im Osten (2012)</i>	750
	<i>Umsiedlung - Flucht - Vertreibung (2007/2012)</i>	776
Anlagen		
Anlage 1	Zusammenfassende Hauptaussagen	784
Anlage 2	Tabellenverzeichnis	795
Anlage 3	Abbildungsverzeichnis	803
Anlage 4	Literaturverzeichnis	823
Anlage 5	Über den Autor	837

Vorbemerkungen

Mehr als fünfundzwanzig Jahre sind seit den historischen Ereignissen des Herbstes 1989 im Osten Deutschlands und der darauf beruhenden Vereinigung 1990 vergangen. In diesem Zeitraum löste sich das sozialistische Staatenbündnis auf und es wurde die EU gegründet. Der kalte Krieg fand kurzzeitig ein Ende, inzwischen erleben die Menschen seinen Neubeginn, Terrorismus und „Glaubenskriege“ begründen neue Bedrohungen, mit alten Klischees werden alte Feindbilder renaturalisiert. Millionen Menschen sind auf der Flucht, ohne sicher zu sein, irgendwo irgendwann eine neue Heimat zu finden oder zumindest zeitweilig gleichberechtigt aufgenommen zu werden. Eine zunehmende Zahl von Naturkatastrophen reflektiert ein weiter abnehmendes ökologisches Gleichgewicht weltweit. Aus der Mark der DDR wurde die DM und aus dieser der Euro. Die Einkommen stiegen, ebenso wie Preise und Mieten, die Renten wurden erst schnell erhöht, dann langsamer und manche Jahre gar nicht, inzwischen wird wieder zugelegt, denn jede Rentnerstimme zählt. Computer, Internet, Handy, iPad und Smartphone wurden Normalität in der Mehrheit der Haushalte in Ost wie West und wirken längst nicht mehr abschreckend.

Fast 30 Jahre sind - historisch gesehen - ein Wimpernschlag in der Menschheitsgeschichte, und doch veränderten sie für Millionen von Menschen ihr Leben grundsätzlich. Seit am 9. November 1989 durch den friedlichen Aufstand der Bürger ab Mitte des gleichen Jahres die Mauer von Ost nach West eingestürzt wurde, ist nicht nur über ein Vierteljahrhundert vergangen, sondern es wurde eine neue Generation geboren, die in das neue vereinte Deutschland hineinwuchs und für die ein in zwei rechtlich selbstständige deutsche Staaten geteiltes Deutschland mehr eine Zeit betrifft, welche sie nur aus den Erzählungen ihrer Eltern oder Großeltern sowie mehr oder weniger einseitigen medialen Darstellungen des Lebens „im Osten“ kennen. Die damalige Generation der Kinder und Jugendlichen ist ins Erwachsenenalter gekommen und hat ihren Platz in der neuen Gesellschaft eingenommen. Wenn auch nicht mehr zwei Staaten angehörend, konnte das Leben in zwei „Teilgesellschaften“ Deutschlands jedoch bis in die Gegenwart nicht überwunden werden.

Das Jahr 1989 und die ersten Monate 1990 mit den Aktionen der Bürger der DDR stellen eine einmalige historische Leistung in der deutschen Geschichte dar. Es war im Osten Deutschlands eine Periode des demokratischen Aufbruchs, die erfolgreich und visionär, wenn auch von kurzer Dauer war. Es war eine „friedliche Revolution“ - auch wenn der Begriff umstritten ist - die mit ihren durch Massendemonstrationen unterstützten Forderungen, mit ihren parteienübergreifenden 'Runden Tischen', mit ihrem Willen zur Selbstbestimmung, welche zunächst Reformen einforderte und zugleich die Voraussetzungen für die politische Einheit Deutschlands schuf¹ und letztlich erzwang. Diese Zeit des demo-

¹ Vgl. Eckert, R.: Das historische Jahr 1990, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ (APuZ) 40/2005, S. 13.

kratischen Umbruchs, ihrer Gewaltlosigkeit und Streitkultur, ist und bleibt eine „Sternstunde der Demokratie“ und bürgerschaftlichen Engagements auf deutschem Boden.

Der deutsche Vereinigungsprozess wurde möglich, weil das von den Bürgern der heutigen neuen Bundesländer bedeutendste freiheitlich-demokratische und friedliche Aufbegehren auf deutschem Boden zur Auflösung eines sich selbst zunehmend delegitimierenden Staatswesens in Ostdeutschland führte. Es war die kurze Zeit umfassenden demokratischen Zusammenwirkens reformbereiter Kräfte, bei der zu lösende Sachfragen und nicht Machtinteressen von Parteien oder Politikern im Mittelpunkt standen. Die „friedliche Revolution“ endete - unvollendet und unblutig - im Frühjahr 1990 und führte in eine halbjährige repräsentative Demokratie des Übergangs, die mittels westlicher Vorgaben die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten vorbereitete und den Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik für den 3. Oktober beschloss.

In keinem Jahr nach 1945 - in dem die Vorstellungen auf Frieden und „nie wieder Krieg“ alles dominierten - waren die Hoffnungen und Erwartungen an ein menschenwürdiges, den Wohlstand aller verbesserndes Leben im heutigen Gebiet der neuen Bundesländer wieder so groß wie in den Jahren 1989/90. Der mehrheitlich gewünschte gesellschaftliche Umbruch führte zu Hoffnungen auf sich nicht nur ändernde, sondern verbessernde Lebensverhältnisse und zunächst weniger zu Befürchtungen über die weitere Entwicklung. Dabei ging es den DDR-Bürgern keineswegs nur um den Zugang zur DM, sondern um Erwartungen, die über materiellen Wohlstand hinaus auch Gerechtigkeit, eine nachhaltige soziale Sicherheit und Freiheit gewährleisten sollten.

Zur Bewertung der historischen Leistungen der DDR-Bürger gehört aber auch, dass es jene Bürger waren, die nach Beendigung des 2. Weltkrieges den erforderlichen Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft und Städte unter schwierigsten äußeren Bedingungen vollzogen und die Hauptlasten der Wiedergutmachung trugen. Es waren vor allem Frauen, die nicht nur Trümmer beseitigten, sondern zugleich den Neuaufbau in Betrieben und Genossenschaften, Schulen und Kliniken bewirkten. Zu den erschwerten Bedingungen zählen auch die keineswegs unbedeutenden Reparationsleistungen gegenüber der Sowjetunion, die fast ausnahmslos von der SBZ bzw. der DDR getragen wurden. Das betraf unter anderem rd. 30 % der unzerstörten noch bestausgerüsteten Betriebe (2.400), die zum Teil vollständig demontiert wurden², das betraf den Abbau des Schienennetzes der Ostzone mit 11.800 km (48 % des Gesamtnetzes) und anderes mehr. Um klarzustellen: Die Lieferungen entsprachen den 4-Mächte-Abkommen und deckten nicht annähernd den in der Sowjetunion entstandenen Schaden ab, sie schufen aber ungleiche Startbedingungen für den Osten (ökonomisch und ideologisch) im Vergleich zum Westen und stellten die Bürger der DDR in vielen Betrieben vor enorme Herausforderungen. Zum Anderen darf auch nicht einfach übersehen werden, dass die von USA, der BRD und anderen westeuropäischen Staaten betriebene Embargopolitik und die damit verbundenen Sperrlisten (Co-Com-Listen) die DDR zwangen, ganze Industriezweige eigenständig und z.T. unrentabel zu entwickeln (Beispiel Mikroelektronik). Wenn bis 1989 eine neue Industrie und Infrastruktur entstand, wenn sie international - von Ausnahmen abgesehen - Anerkennung gefunden hat, so war das ausschließlich Ergebnis des Wirkens der fast 20 Millionen Bürger mit einer einmaligen Wirtschaftsleistung, die allerdings auch eine geringere Arbeitsproduktivität und fehlenden „Wohlstand“ - gemessen an Westdeutschland - einschloss. Wenn aus heutiger Sicht Vergleiche zur Wirtschaftsentwicklung und des Lebens in der DDR gezogen werden, sollten deshalb auch die Leistungen der Bürger bis 1990 anerkannt und geachtet werden. Das darf und sollte erforderliche Kritik und Auseinandersetzung mit

² Vgl. Wenzel, Siegfried: Was war die DDR wert?, Verlag Das Neue Berlin, 7. Auflage, Berlin 2006, S. 40/41.

dem politischen System nicht ausschließen, aber diese darf nicht der einzige Maßstab sein, weil damit Leistung und Engagement der Bürger ungerechtfertigt herabgewürdigt werden. Gerade das aus über 40-jähriger ökonomischer und sozialer Entwicklung hervorgegangene Selbstbewusstsein der Menschen war eine der entscheidenden subjektiven Voraussetzungen für den erfolgreichen Herbst 1989 und die Haltungen zu Gegenwart und Vergangenheit.

Nicht zuletzt bedürfen auch die Leistungen der Ostdeutschen in den letzten mehr als 25 Jahren der besonderen Würdigung. Sie realisierten vor allem den seit 1990 bis in die Gegenwart keineswegs abgeschlossenen Vereinigungsprozess mit all seinen positiven, aber zum Teil auch weniger positiven Wirkungen für das Leben vieler Menschen. Nicht zu übersehen, dass ein nicht unbedeutender Teil der Bürger aus den neuen Ländern dies in den vergangenen Jahren durch eine historisch einmalige hohe berufliche und territoriale Mobilität individuell für sich gelöst hat. Weit über die Hälfte der heute 40-Jährigen haben durch Berufswechsel sich den veränderten Wirtschaftsstrukturen angepasst, junge Menschen sind in schmerzhaften Größenordnungen in die alten Bundesländer abgewandert.

Speziell diese letzte Phase bis in die Gegenwart betrachtend lässt sich aus Sicht der Bürger der neuen Bundesländer, aus ihren Positionen und Bewertungen, aus ihrem Denken und Handeln über 25 Jahre feststellen:

Erstens: Das Leben wurde anerkanntermaßen reicher und vielfältiger, der Reichtum Weniger nahm ebenso zu wie die Armut Vieler. Die Bürger der neuen Länder erlebten neue Freiheiten und neue Verunsicherungen,

Von der Mehrheit der Bürger werden die erreichten Veränderungen seit 1990 anerkannt, es gibt insgesamt eine hohe allgemeine Lebenszufriedenheit im Osten wie im Westen Deutschlands. Dass es dabei unterschiedliche Wertungen einzelner sozialer Gruppen ebenso gibt wie zwischen einzelnen Lebensbereichen ist normal ebenso wie zustimmende und kritische Positionen zum Erreichten.

Es ist jedoch immer wieder hervorzuheben, dass es „die“ unzufriedenen Ostdeutschen ebenso wenig wie „die“ zufriedenen gibt. Den nach 1990 erreichten „Wohlstandsgewinnen“ stehen gleichermaßen sowohl beim Einzelnen als auch insgesamt „Wohlstandsverluste“ gegenüber.

In den vergangenen mehr als 25 Jahren vollzogen sich in Ostdeutschland Angleichungen mit zum Teil gegensätzlichen Trends: Neben Bevölkerungsrückgang stehen steigende Lebenserwartung und verlängertes aktives Senioren-dasein, neben Einkommenszuwächsen stehen sinkende Rentenzahlbeträge der Neurentner und zunehmende Armutsgefährdungen, neben sinkenden Schülerzahlen stehen steigende Zahlen von Hochschulabsolventen, neben zunehmender Erwerbstätigkeit gibt es einen Trend zu mehr Teilzeit- und prekärer Beschäftigung usw.

Wenn immer wieder festgestellt wird, dass sich das Leben seit 1990 deutlich verbessert hat, dass es den Ostdeutschen inkl. den Rentnern noch nie so gut ging wie gegenwärtig, so ist dem sicher zuzustimmen und zugleich nachzufragen, ob es denn nicht sollte? Was für eine plakative Aussage, dass es „den Menschen“ gegenwärtig besser geht als 1990. Sicher ist das Versprechen von Helmut Kohl: „Niemandem soll es schlechter gehen“ eingelöst, wobei das nach mehr als 25 Jahren sicher auch erwartet werden kann. Wenn gesagt wird: „Es geht Ostdeutschland sogar besser als Griechenland, als Polen und Ungarn“³, dann zeigt das mediale Borniertheit - den DDR-Bürgern ging es auch seinerzeit schon besser als den Griechen, den Polen oder Ungarn - was soll's.

³ Ide, Robert: Deutsche Einheit - vollbracht, aber nicht vollendet, Tagesspiegel v. 01.10.2014.

Aus einer durchschnittlich 40-prozentigen Angleichung der wichtigsten Indikatoren im Jahr 1990 ist bis 2016 eine 80-prozentige geworden - es wurde also weder „überholt noch eingeholt“. In den vergangenen mehr als 25 Jahren wurde nicht nur ein stabiles Fundament der erreichten Fortschritte, sondern auch regionaler und sozialer Ungleichheit geschaffen, welches den Osten Deutschlands bislang weder attraktiv als Wirtschaftsstandort für andere Länder noch als Zielgebiet für Zuwanderung bzw. Flucht aus den unterschiedlichsten Regionen der Welt - bei unterschiedlichsten Motiven - macht.

Hervorhebenswert ist aber auch, dass sich in den letzten Jahren zugleich erfreuliche Angleichungen des Westens an den Osten vollzogen, obwohl diese nie als solche gekennzeichnet werden. Hier wären zu nennen:

- die positive Entwicklung des Erwerbsverhaltens von Frauen im früheren Bundesgebiet;
- die veränderten Positionen zur frühkindlichen außerfamiliären Erziehung und der Vereinbarkeit von Beruf und familiären Pflichten;
- die Akzeptanz der Vielfalt familiärer Lebensformen,
- aber auch das Verständnis von Konfessionslosigkeit als Ausdruck von Religionsfreiheit.

Es ist also doch mehr geblieben als Ampelmännchen und der Song „Über 7 Brücken musst Du gehen“ von der Ost-Gruppe „Karat“.

Zu Recht bewerten die Bürger der alten Bundesländer ihre wirtschaftliche Situation besser als die Ostdeutschen, sind sie mit ihrem Leben alles in allem zufriedener, denn dies reflektiert einfach die reale Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse. Eine vorhandene Unzufriedenheit der Ostdeutschen mit der noch nicht erreichten Angleichung kann mehrheitlich auch nicht mit „Ostalgie“ oder „ostdeutscher Larmoyanz“ gekennzeichnet werden. Sie entsteht dann, wenn Möglichkeiten der Bürger, eine Verbesserung der Lebensverhältnisse durch eigenes Handeln erreichen zu können (Chancengleichheit), begrenzt werden und sind keine generell fehlende Bereitschaft, positive Veränderungen anzuerkennen. Existente reale Ungleichheiten bei wichtigen, die Lebenslagen bestimmenden Indikatoren wie Arbeitsmöglichkeiten, Erwerbseinkommen, verfügbarem Haushaltseinkommen, Wohnverhältnissen u.a.m. dürften nach über 25 Jahren eigentlich nicht mehr als unveränderbar hingenommen werden. Trotzdem: Unterschiedliche Lebensbedingungen erzeugen keinen „Neid“ im Osten, sondern erhöhen zunehmend den berechtigten Druck, endlich gleichwertige Verhältnisse herzustellen.

Leider ist inzwischen in vielen Bereichen der Angleichungsprozess nicht nur weitgehend zum Stillstand gekommen, sondern es wird immer deutlicher, dass es im Osten aufgrund der erfolgten Deindustrialisierung und der kleinteiligen Wirtschaftsstrukturen auf lange Sicht ein spezifisches, nicht allein von der Arbeitsleistung abhängiges, sondern zugleich von sozialen Sicherungsleistungen geprägtes sozio-kulturelles Lebensniveau geben wird.

Es gehört zu den neuen Erfahrungen gerade der älteren Ostdeutschen, dass inzwischen alles gekauft werden kann, wenn man nur das Geld dazu hat. Wer viel Geld hat, kann nicht nur mehr kaufen, sondern auch gesünder und kulturvoller leben. Die Qualität des Lebens ist einkommens- und vermögensabhängiger geworden.

Zweitens hat die 1989 getroffene Aussage von Alt-Bundeskanzler Willy Brandt: „Jetzt wächst zusammen was zusammengehört“ ihre Bedeutung und Richtigkeit bis in die Gegenwart noch nicht verloren.

Die Herstellung der „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion Deutschlands“ ist insgesamt als noch nicht vollendet zu bewerten. Vollzogen wurde die Währungsunion, zugunsten des Westens wurden die Wirtschaftsstrukturen auf Grundlage der sozialen Marktwirtschaft vereinheitlicht, unvollendet blieb die Sozialunion (abgesehen von einer Vielzahl übertragener sozialrechtlicher Regelungen).

Die 1990 anfängliche Euphorie der Vereinigung ist durch die Entwicklungen der vergangenen Jahre längst verschwunden, zunehmend werden die Defizite in Ost und West und zwischen Ost und West vom Bürger auch als solche empfunden. Das Leben von heute wird seitens der Bürger der neuen Bundesländer längst als Ergebnis ihrer Möglichkeiten im jetzigen System bewertet. Mehr als die Hälfte in Ost und West glaubt nicht mehr daran, dass endlich doch noch zusammenwächst was zusammengehört, und speziell die inzwischen „Älteren“ erwarten die Vollendung der Einheit - z.B. durch Beseitigung der beiden Rentenrechtsgebiete - nicht mehr zu Lebzeiten.

Insbesondere die mentale Teilung der Gesellschaft ist aufgrund der noch existenten unterschiedlichen Lebensverhältnisse ebenso wie seinerzeitiger und heutiger Erwartungen unübersehbar. Es ist auch keine neue Erkenntnis, dass bis in die Gegenwart der Umgang der regierungsamtlichen Politik mit den Ostdeutschen, mit ihren Biografien und Erinnerungen, durch pauschale Be- und Verurteilungen mehr zur Herausbildung einer neuen „Ostidentität“ beigetragen hat als sie je zu DDR-Zeiten existierte. Was die Frauen und Männer der neuen Länder den Politikern aus dem früheren Bundesgebiet allerdings voraus haben, sind ihr Erleben und ihre Erkenntnisse aus dem Vergleich des Lebens in zwei Systemen mit ihren jeweiligen Nach- und Vorteilen.

Die Ansprüche der jeweils herrschenden Politiker an die deutsche Einheit und die damit verbundene soziale Entwicklung wurden inzwischen auch öffentlich immer geringer und verkehren sich langsam ins Gegenteil. In der neuen Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU/SPD wird die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse⁴ als eine „große gesamtstaatliche Herausforderung“ gekennzeichnet - allerdings nur noch als Teil regionaler Strukturpolitik, d.h. als eine Aufgabe unter vielen - und zugleich wird damit für die neuen Bundesländer deren Status als „strukturschwache Region“ für die nächsten Jahre und Jahrzehnte in Deutschland festgeschrieben⁵. Die Beseitigung des doppelten Rentenrechts in Deutschland ist bereits gegenwärtig auf mindestens bis 2025 vertagt.

Im Gegensatz zu zum Teil vorhandenen Klischees verstehen die Bürger der neuen Bundesländer - übrigens ebenso wie die der alten Bundesländer - keinesfalls unter Angleichung, dass alles „gleich werden“ muss. Angleichung steht - wie die getroffenen Aussagen in Ost wie West belegen - vor allem für „Chancengleichheit“ und nicht für eine Gleichheit im Sinne von Nivellierung.

Die nach wie vor nicht erreichte Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Osten führt zu dem Gefühl nicht gerechtfertigter Ungleichbehandlung bei großen Teilen der Bürger, was - verbunden mit der kollektiven Abwertung erbrachter Lebensarbeitsleistung vor und nach 1990 - den Eindruck verstärkt, nicht nur in einer strukturschwachen „Sonderregion“ zu leben, sondern als zweitklassig behandelt zu werden. So vertraten 51 % der Thüringer Bürger im Jahr 2016 die Auffassung, dass die Ostdeutschen von den Westdeutschen als Menschen zweiter Klasse behandelt werden⁶. Es geht den Ostdeutschen nicht darum, ihrer historischen und ihrer Anpassungsleistungen nach 1990 wegen ständig gelobt und anerkannt zu werden, sondern sie wollen gleichberechtigt ihr Leben gestalten können. Sie

⁴ Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, S. 18.

⁵ Ebenda, S. 17.

⁶ Best, Heinrich et. al.: Thüringen Monitor 2016, Tabelle A 112.

wollen nichts geschenkt bekommen, aber sie wollen Bedingungen, die es ihnen ermöglichen, durch eigene Arbeit und eigenes Handeln ein gleichwertiges Leben führen zu können.

Dass viele Ostdeutsche in der zunehmenden Zahl von Ausländern eine zusätzliche soziale Verunsicherung für ihren weiteren Lebensvollzug und ihre Lebensqualität sehen, ist nur eine Reflexion der Realitäten der Entwicklung des Angleichungsprozesses Ost-West der letzten 15 Jahre, d.h. der weitgehenden Stagnation. Ihre Haltung richtet sich nicht vorrangig gegen Ausländer, sondern gegen eine versprechungsreiche Politik - insbesondere in sozialen Bereichen - und die Erfahrungen, dass es zu oft an Umsetzung mangelt. Ostdeutsche befürchten, sich erneut „hinten anstellen“ zu müssen. Es sollte auch nicht übersehen werden, dass es die lt. formalem Verteilungsmodus den neuen Ländern zugewiesenen Ausländer durchaus verständlicherweise danach drängt, rasch in den Westen zu kommen, um zumindest eine mittlere Position in den Lebensverhältnissen zu erreichen und nicht auf Lebzeiten auf den hinteren Rängen Deutschlands zu landen. Ohne Fortschritte in der Angleichung Ost-West bleiben die neuen Länder aufgrund der realen Situation nur Durchwanderungsland, d.h. der Vorhof zum besseren Leben im Westen.

Auch die Bürger aus den alten Bundesländern reflektieren zunehmend die Veränderungen, wobei sie allerdings negative Entwicklungen - offensichtlich aufgrund der seit 1990 erfolgten, abflachenden, zum Teil stagnierenden und mit Einschnitten durch die Sozialreformen geprägten Entwicklungen - diese in hohem Maße der Vereinigung zuschreiben. Ständig wiederkehrende offizielle Bilanzen zu den finanziellen Aufwendungen der Westdeutschen für die Einheit und eine mediale Aufbereitung von „Transfermissbrauch“ ostdeutscher Kommunen, lassen den Westdeutschen die zunehmenden Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen Ost und West damit zugleich als mehr als „gerechtfertigt“ erscheinen.

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben im Osten das hohe Maß an homogenen Strukturen mit geringen Differenzierungen erhalten, wie z.B. in den Einkommens- und Vermögensstrukturen zwischen den neuen Bundesländern bzw. ihren Stadt- und Landkreisen, wie aber auch zwischen sozialen Gruppen mit „unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen“ in Ost und West, wie z.B. Arbeitslosen, Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen und armutsgefährdeten Bürgern bzw. Familien. Insofern wurde einerseits eine Angleichung auf „unterem Lebensniveau“ zwischen Ost und West für die betroffenen Bürger bereits weitgehend vollzogen, wie ihr andererseits insgesamt eine fortschreitende Stabilisierung der Ungleichwertigkeiten der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West gegenübersteht. Steigende Angleichungsquoten überdecken darüber hinaus z.T. zunehmende absolute Differenzierungen.

Es hat nicht selten den Anschein, als wenn Ostdeutschen nach wie vor - allein aufgrund ihrer Biografien (von Ausnahmen abgesehen) - zwar das Recht zugestanden wird, sich anerkennend zu den erfolgten Verbesserungen einer von ihnen eingeleiteten und bewirkten Entwicklung zu äußern, ihnen aber nicht das Recht zugestanden wird, sich gleichzeitig kritisch zur Entwicklung der vergangenen Jahre zu artikulieren. Auch die Übernahme der Spitzenfunktionen als Bundespräsident oder Bundeskanzlerin durch Ostdeutsche sollte nicht überbewertet werden im Sinne der Akzeptanz des Ostens oder gar des Vordringens von „Ost-Eliten“ in die Machtpositionen der Bundesrepublik. Es war möglicherweise eher die Suche nach Politikerinnen und Politikern, die nicht in die jahrzehntelangen Grabenkämpfe der Parteien in den alten Bundesländern in dieser oder jener Form eingebunden waren - es sind „Ostrepräsentanten“, ohne den Osten zu vertreten. Auch nach über 25 Jahren ist insgesamt die anteili-

ge Teilnahme von Ost-Bürgern in den wirtschaftlichen, sozio-kulturellen, militärischen und juristischen Positionen nicht oder nur unterdurchschnittlich gegeben.

Drittens vollzogen sich zunächst - vor allem mittels Treuhand - eine „Entstaatlichung“ der Wirtschaft und deren Privatisierung bei gleichzeitiger Zerlegung in Kleinparzellen, verbunden mit einer „Flurbereinigung“ zugunsten der Konzerne im Westen. Dem folgten - zeitversetzt - auch aufgrund des mit der Vereinigung verbundenen Wegfalls der jahrzehntelangen Konkurrenz um bessere Sozialleistungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR - und die „Freigabe“ lang gehegter Wünsche zum Sozialabbau - der Rückbau des Sozialstaates und die Privatisierung des Sozialen in der Marktwirtschaft. Gewünschte neoliberale Bestrebungen um „weniger Staat“ seit den 70er/80er Jahren in der Bundesrepublik gewannen damit gegenüber Jenen, welche die Vereinigung für sozialen Fortschritt nutzen wollten.⁷

Die insbesondere mit der rot-grünen Koalition von 1999 eingeleiteten Sozialreformen (Arbeitsmarkt-, Renten-, Gesundheits- und z.T. Pflegereform) und die damit verbundenen Debatten um die Neugestaltung des Sozialstaates haben für große Teile der Bevölkerung die Lebenslagen nicht verbessert.

Sozialpolitik ist längst nicht mehr Politik für die Wechsel- und Notfälle des Lebens, sondern strategisch ausgerichtete Umverteilungspolitik nach oben, die sich immer weiter vom Ziel einer humanistischen Sozialpolitik entfernt: d.h. der Angleichung der Chancen und Existenzbedingungen der Bürger und der Sicherung sozialer Stabilität im Lande. Dafür sprechen z.B.:

- das Scheitern der Riesterrente als Ausgleich zur Senkung des Rentenniveaus - mit einer sich weiter ausbreitenden Altersarmut, welche durch die GRV nicht mehr abgefangen werden kann - (Milliardenstützungsprogramm für Versicherungswirtschaft);
- die Fortentwicklung einer 2- und 3-Klassenmedizin auch durch Preisgabe der paritätischen Finanzierung der GKV (14 Mrd. Euro für Unternehmer);
- die Senkung des Rentenniveaus der GRV von 60 % auf rd. 45 % des Durchschnittseinkommens;
- die Entwicklung der Solidarität zu einem an Bedeutung verlierenden Wert in der Gesellschaft. Die Privatisierung, Individualisierung und Personalisierung der sozialen Entwicklung tragen Früchte, auch im Verhältnis der Bürger zueinander und in der Bewertung der Lebensverhältnisse des Nachbarn - im Wohngebiet, zwischen den Regionen und Ländern.
- Soziale Kämpfe finden verbal fast nur noch im Bundestag bzw. den Landtagen statt, außerparlamentarisch nur noch äußerst selten. Im Interesse des Bestandschutzes des „Eigenen“ entfällt die solidarische Artikulation und Aktivität des Schutzes des Sozialstaates.

In den vergangenen Jahren wurde in den sozialen Sicherungssystemen ein Flickenteppich (patchworksystem) unterschiedlichster Leistungsformen, -bedingungen und Maßnahmen entwickelt, die dem einzelnen Bürger kaum noch zugänglich sind und inzwischen z.T. für gleiche Sachverhalte - Beispiel Mütterrente mit 12 unterschiedlichen Berechnungs-Werten für gleiche „Leistung“ - unterschiedlich fixierte gesetzliche Leistungen vorsehen.

Die Bürger verstehen unter sozialer Sicherheit auch eine ihnen vermittelte und zugängliche nachhaltige Perspektive in den sozialen Sicherungssystemen und nicht im Wahlrhythmus erfolgende „1.000

⁷ Vgl. Schneider, Ulrich: Mehr Mensch! Gegen die Ökonomisierung des Sozialen, Westend-Verlag Frankfurt/Main 2014, S. 39 ff.

kleine Schritte“. Sozialpolitik nach Kassenlage wie nach Machtinteressen von Parteien entbehrt der Nachhaltigkeit.

Langfristig bedeutet soziale Sicherheit für die Bürger, dass es nicht nur darum geht, mittels dieser oder jener möglichen sozialpolitischen Maßnahme das Leben dieser oder jener einzelnen Gruppe zu verbessern, sondern an einer neuen Orientierung auszurichten (die durchaus an bereits einmal Existentem anknüpfen und inzwischen Bewährtes bewahren kann), von der aus einzelne Schritte bestimmt und kontrollfähig gemacht werden.

Vorhandene Illusionen um eine im Wahljahr 2017 mögliche Grundsatzdiskussion um große (alte) Konzepte wie die Bürgerversicherung im Gesundheitswesen und die Erwerbstätigenversicherung in der Rente, über Lebensstandardsicherung im Alter oder Beitragsstabilität in der Erwerbsphase sind bereits wieder verfliegen zugunsten des Ausbaus des sozialen Flickenteppichs im Wahlkampf.

Es ging und geht gerade den Ostdeutschen nicht um die fehlende Einsicht in Sozialreformen - welche sich aus veränderten ökonomischen und demografischen Bedingungen ergeben -, sondern um die Stoßrichtung, mit welcher Reformvorschläge umgesetzt werden. Solange sie vor allem zu einer zunehmenden Umverteilung von unten nach oben führen, solange sie soziale Risiken und Vorsorge privatisieren, solange sie Armut auf der einen und Reichtum auf der anderen Seite verstärken und verfestigen statt zu mindern, solange muss sich eigentlich niemand über entsprechende Reaktionen auf rechtspopulistische Positionen wundern.

Insofern ist es folgerichtig, dass in kaum einem anderen Bereich die Bewertungen von Frauen und Männern in Ost und West so übereinstimmen wie hinsichtlich ihrer pessimistischen Annahmen auf die Zukunft. Wenn rd. 50 % der ab 18-Jährigen davon ausgehen, dass sich die Bedingungen sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit in den nächsten Jahren verschlechtern werden, wenn 3 von 4 Bürgern in Ost wie West von einer für sie sich rückläufig entwickelnden Alterssicherung ausgehen, wenn jeder Dritte erwartet, dass sein Wohlstand sinken wird, dann ist die soziale Stabilität in zunehmendem Maße gefährdet. Die gesellschaftliche Entwicklung muss den sozialen Frieden sicherer machen und nicht soziale Verunsicherungen hervorbringen.

Existente reale Ungleichheiten können nach über 25 Jahren auch nicht mehr mit der unterschiedlichen Vergangenheit erklärt oder als unveränderbar hingenommen werden - sie sind Ausdruck einer nicht hinreichend bewältigten Wirtschafts- und Sozialunion.

Viertens: Das was Ost und West nach wie vor unterscheidet, sind die durch die Sozialisation und Lebensverläufe geprägten Wertestrukturen. Gerade für Integration und Identifikation sind Werte und Wertestrukturen von besonderem Gewicht. Insbesondere für ältere Menschen in Ostdeutschland ist eine sich wandelnde, aber generell auch noch von der Sozialisation der vergangenen Jahrzehnte geprägte Wertestruktur charakteristisch. Sie halten nach wie vor insbesondere soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit in ihrem Leben für sehr wichtig, Solidarität und Gleichheit nehmen im Vergleich dazu inzwischen einen nachrangigen Stellenwert ein.

Freiheit ist eben auch und vor allem gemeinschaftliches, solidarisches Zusammenwirken im Interesse sozialen Fortschritts. Ostdeutsche stellen nicht die Freiheit der Gerechtigkeit oder der sozialen Sicherheit gegenüber, ebenso wenig wie sie ein „anstelle - von“ akzeptieren. Ihre Erfahrungen aus der DDR und der Bundesrepublik lehren, es gibt keine soziale Sicherheit ohne Freiheit, es gibt aber auch keine Freiheit ohne soziale Sicherheit und Gerechtigkeit.

Auch in der Bundesrepublik ist Freiheit nicht, dass jeder machen kann was er will - obwohl dieser Eindruck von Teilen der Politik und Medien versucht wird zu vermitteln. Freiheit des Individuums kann nicht individualistisches, entsolidarisiertes Handeln sein. Das Solidarverhalten der politischen und ökonomischen Eliten untereinander ist unvergleichbar größer als das der Arbeitnehmer und sozial Schwachen. Gegenseitiges Misstrauen und individueller Nutzen nach dem Motto: „was habe ich davon“ haben inzwischen solidarisches Verhalten weitgehend ersetzt (das steht nicht im Widerspruch zur vorhandenen hohen Hilfsbereitschaft bei einzelnen auftretenden Katastrophen). Eine generell zunehmende „Entsolidarisierung“ in der Gesellschaft ist unverkennbar, welche nicht zuletzt durch die staatliche Politik der „Privatisierung des Sozialen“ individualisiert wird und entsprechend begünstigt bzw. gefördert wird. Die diesbezüglichen negativen Entwicklungen in Deutschland prägen auch immer stärker die Haltungen zu Menschen anderer Länder und Regionen, z.B. in Fragen der Zuwanderung nach Deutschland.

Einer Leitkultur Deutschlands (oder noch schlimmer: einer Leitkultur für Bayern), die vor allem christlich-religiös gebunden ist, sich anzupassen steht z.B. im Gegensatz zu den 80 % konfessionsfreien Bürgern der neuen Länder und den 35 % in den alten Ländern. Sollen sich die den neuen Ländern zugewiesenen Zuwanderer tatsächlich anpassen? Gerade ältere Ostdeutsche haben ihre Erfahrungen, in denen Partei- und Staatsführung das Weltbild und Weltanschauung vorgeben.

Gerade die Jahre seit 1990 belegen, dass auf sozio-kulturellen Unterschieden beruhende Wertestrukturen, welche aus Vergangenheit und Gegenwart resultieren, nicht einfach „angepasst“ werden können und sollten. Sich nach 1990 „angepasst“ zu haben, wird heute als „Leistung der Ostdeutschen“ deklariert⁸, Anpassung vor 1990 war - im Gegensatz dazu - „menschliches Versagen“. Die unterschiedlichen Entwicklungen bis 1990 mit anderen Sozialisationen, Traditionen und spezifisch geprägter regionaler Vielfalt (z.B. Frauenleitbild, Religion, Sport und Kultur) zwischen Ost und West sind nicht pauschal zu überwinden, sondern sollten akzeptiert und beachtet werden. Auch das gehört zur Freiheit von Andersdenkenden. Viele Bürger stehen nicht hinter der Aussage, dass es um den Erhalt „unserer Werte“ geht, da Werte weder angeboren sind noch mit Einreise oder Beitritt übernommen werden können (zumindest müsste geklärt werden, wer denn zu „uns“ gehört).

Fünftens haben die vergangenen Jahre mit der Zunahme innerer und äußerer Konflikte einerseits das politische Interesse der Bürger erhöht, aber andererseits nicht zeitgleich die Möglichkeiten für den Einzelnen verbessert, sich einbringen zu können.

Die deutsche Vereinigung erbrachte den Beweis, dass Bürger eines Landes auch auf friedlichem Wege nicht nur Regierungen abwählen und durch neue parteipolitische Zusammensetzungen ersetzen können, sondern dass auch grundlegende Systemveränderungen möglich sind. Inzwischen mussten die Bürger die Erfahrung sammeln, dass demokratische Wahlen allein nicht automatisch Mitbestimmung und Mitwirkung bedeuten, dass gerade Formen der „repräsentativen“ Demokratie der Ergänzung durch direkte Mitwirkungsformen bedürfen. Das gilt im Besonderen für die Bundesebene, wo es längst Zeit wäre, Volksentscheide im Grundgesetz festzuschreiben. So lange Politiker den in Deutschland lebenden Bürgern die demokratische Reife absprechen, Sachfragen auf Bundesebene in Übereinstimmung mit ihren Interessen zu entscheiden, entsteht der Eindruck, dass es gar nicht gewollt ist. Von der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67, der Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, der Wahl des Bundespräsidenten bis zum Gebrauch religiöser Symbole im öffentlichen Raum u.a.m. gäbe

⁸ Jahresbericht der Bundesregierung zur Deutschen Einheit 2014, BMWI, Berlin 2014, S. 12.

es notwendigen Bedarf. Es geht nicht um ein „entweder“ repräsentative Demokratie „oder“ direkt-demokratische Willensbildung, sondern darum, die Sachkunde der Bürger für eine interessengeleitete Politik wirkungsvoll zu nutzen, die Menschen mit ihren Anschauungen zusammenzuführen und nicht zu bevormunden und gegeneinander auszuspielen.

Gerade in den letzten Jahren hat sich in Ost wie West ein Trend zunehmender Bürgerinitiativen und sachbezogener Bündnisse entwickelt. Dafür sprechen auch die abnehmenden Mitgliederzahlen in jenen Parteien, Verbänden und Vereinen, welche zu wenig die Interessen ihrer Mitglieder und die humanitären Bedürfnisse ihres Klientel zum Gegenstand ihres Handelns machen, sondern sich mit ihren Aktivitäten immer mehr am Markt orientieren und ausschließlich „marktkonform“ verhalten.

Es bedarf nicht nur der steten Zustimmung, dass es bedauerlich ist, dass ein großer Teil der Bürger von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch macht, sondern einer längerfristigen Programmatik seitens der zu wählenden Parteien und Vereine, deren Umsetzung kontrollfähig ist. Die Bürger sind in die „großen“ Prozesse nicht mehr eingebunden. Die neuen sozialen Medien bieten dem Bürger die Chance, sich zu allem in aller Öffentlichkeit zu artikulieren, zur solidarischen Kommunikation geschweige denn zu Aktionen führen sie nicht. Aber „Luft ablassen“ über ohnehin einseitige Informationen reicht nicht für den Anspruch, sich gemeinsam mit anderen im Interesse von Mehr- und Minderheiten in die Politik einzubringen.

In den vergangenen Monaten war fast übereinstimmend zu lesen, dass die Wahlergebnisse der AfD die politische Landschaft in Deutschland verändert hätten. Diese Aussage ist nicht richtig. Die Wahl ist daran genau so wenig Schuld wie die Ermordung von Erzherzog Franz Ferdinand im Juni 1914 für den ersten Weltkrieg.

Der Zuspruch zur AfD resultiert aus der Nutzung der aktuellen Situation der außereuropäischen Zuwanderung im Ergebnis von Kriegen und religiösen Verfolgungen, um Stimmen von sog. „Protestwählern“ zu sammeln, die damit ihrer über Jahre angestauten Unzufriedenheit mit der generellen sozialen und ökonomischen Entwicklung und ihrer individuellen Situation eine Stimme gegeben haben. Die Flüchtlingsprobleme sind dramatisch, aber die Wahlen haben die bestehenden und neu hinzukommenden Sorgen und Ängste der Bürger punktuell nur zugespitzt zum Ausdruck gebracht.

Zunehmender Stellenwert von Bürgerinitiativen und sachorientierten Wahlbündnissen verweist aber auch auf fehlenden Glauben an Veränderungen durch die gewählten Repräsentanten und dass diese von den Interessen der Mehrheiten bzw. von besonders Bedürftigen ausgehen. Die Parteien schärfen in der gegenwärtigen Bundestagswahl ihr Profil, da offensichtlich „Volkspartei“ zu sein, genau so unscharf ist, wie „dem deutschen Volk“ zu dienen bei 21 % Bürgern mit Migrationshintergrund (davon knapp die Hälfte Ausländer). Müssten nicht die Politiker die Interessen der in Deutschland lebenden und wohnenden Bürger in all ihrer Strukturiertheit vertreten?

Insofern sollte das in Ost wie West erkennbar geringe bzw. fehlende Institutionenvertrauen in Bundestag, Bundes- und Landesregierungen ein Alarmsignal sein. Solange wie Entscheidungen der Macht ausübenden immer mehr der Ökonomie und immer weniger dem Sozialen folgen, solange Parteien in der Opposition das widerrufen, was sie als Koalitionspartner mit verantwortet haben, solange Wahlversprechen nicht einzuhalten als „normal“ abgetan wird und beispielhaft für parlamentarische Demokratie weiterempfohlen wird, solange sollten sich Politiker über mangelndes Vertrauen in Institutionen, in die sie gewählt wurden oder für welche sie meinen die Verantwortung tragen zu müssen, nicht beklagen.

Sechstens vollziehen sich weitere ökonomische und soziale Fortschritte in Ost- wie Westdeutschland in immer stärker werdenden Abhängigkeiten von Entwicklungen in der EU. Damit sind unterschiedliche, z.T. gegensätzlich verlaufende Prozesse verbunden:

Das Projekt Europäische Union ist nach wie vor unvollendet. Das betrifft weniger die erreichte und beabsichtigte Erweiterung der EU und des Euro-Raums, sondern die inhaltliche Ausgestaltung. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt steht einer mehr oder weniger funktionierenden Wirtschaftsunion der nur noch 27 Staaten sowie einer auf 18 Staaten begrenzten Währungsunion eine völlig separate Ausgestaltung der nationalen Sozialpolitiken in den einzelnen Ländern gegenüber. „Soziale Konvergenz“ geschweige „Europäische Sozialunion“ sind nicht einmal mehr in der Diskussion. Eine Strategie zunehmender sozialer Orientierung der Wirtschaftspolitik liegt nicht vor, was eine Identifizierung mit den Zielen Europas mehr als behindert. Eine Ausweitung der sozialen Dimension der EU ist nicht erkennbar - im Gegenteil, wie die Zwangsmaßnahmen für Griechenland belegen.

Inzwischen mussten auch die Ostdeutschen lernen, dass erstens „Europa“ im politisch-deutschen Sprachgebrauch nur 40 % von Europa meinen. Zu Recht stellt der ehemalige Außenminister D. Genscher fest: „Für mich war die Wiederherstellung der Deutschen Einheit das Ende der Teilung Europas und nicht die Verlegung der Teilungsgrenze aus der Mitte des Kontinents nach Osten. Man kann es nicht oft genug sagen: ... An der polnischen Ostgrenze beginnt Osteuropa und nicht Westasien. Russland gehört zu Europa.“ Zweitens werden sog. „europäische Werte“ (EU-Werte) Europa als verbindliche Vorgaben serviert und das „Europäische Rechtsverständnis“ im Sinne von „EU-Rechtsverständnis“ zugleich als fast identisch mit „Völkerrecht“ propagiert.

- Nicht zu übersehen auch, dass im Rahmen des (halben) vereinigten Europas in den letzten Jahren ein deutlicher Wandel von den Vorstellungen der 80er/90er Jahre von einem „Frieden schaffen ohne Waffen“ sich zu einem EU-Bündnis zu verändern beginnt, in dem Deutschland zunehmend „seine Verantwortung“ darin sieht, einen „Frieden zu schaffen mit Waffen“. Dabei ist es bislang fast nirgendwo gelungen, eine nachhaltige friedliche Entwicklung für die Menschen der betroffenen Gebiete zu erreichen. Der Anspruch führender Politiker, dass Deutschland seiner Führungsrolle in Europa gerecht werden muss⁹, findet solange keine Glaubwürdigkeit, wie im eigenen Land mehr Besitzstandswahrung im weitesten Sinne betrieben wird.
- Die sozialen Ungleichheiten in der Europäischen Union nehmen zu - sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der Länder. Die Art und Weise der wirtschaftlichen Zusammenarbeit spaltet oben und unten. Im Rahmen der EU vorgesehene und empfohlene Lösungen wirtschaftlicher Probleme in einzelnen Ländern sehen fast durchgängig sozialen Leistungsabbau als ersten und wichtigsten Schritt vor.
- Ausgangspunkt ist und bleibt das Fehlen von Vorstellungen zur schrittweisen Harmonisierung in Richtung Sozialunion. Das Festhalten an nationalen Sozialleistungssystemen, ihr weiterer Leistungsabbau, eine immer weiter zunehmende Leistungsvielfalt stellen irgendwann beim Bürger die Frage nach der Sinnhaftigkeit der EU, wenn sie nicht auf „Wirtschaftsunion“ begrenzt wird.
- Die Verbundenheit zur EU ist in Westdeutschland - und noch stärker in Ostdeutschland - nur gering entwickelt. Dabei bietet die EU zugleich die Chance, den Einfluss der Bürger auf die Entwicklungen in den EU-Ländern zu erhöhen. Die Notwendigkeit wurde nicht zuletzt in einigen

⁹ Martin Schulz, Präsident Europaparlament, ARD 11.12.2016.

Ländern (z.B. Griechenland) deutlich, wo jedoch Krisenbewältigung von außen zu einer faktischen Entmachtung nationaler demokratischer Institutionen geführt hat.

Abschließend sei hervorgehoben: Die Notwendigkeit vorliegender spezifischer Ausarbeitungen über die Veränderungen im Osten Deutschlands begründet sich nicht aus diesem oder jenem ökonomischen Rückstand oder der generell geringen defizitären elitären Repräsentanz des Ostens bzw. mentalen Unterschiedlichkeiten, sondern aus der Spezifik der Gesamtheit der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern. Dies sind nicht einfach regionale Unterschiede - vergleichbar mit denen zwischen Bayern, Baden-Württemberg oder Schleswig-Holstein - welche unterschiedliche sozio-ökonomische, demografische, politische und kulturelle Entwicklungen und Strukturen reflektieren, sondern flächendeckende Ungleichwertigkeiten zweier Regionen, die es zu überwinden gilt.

Es wächst die Zahl wissenschaftlicher Analysen, welche die Chancen des Ostens auf Angleichung - schon gar nicht auf eine rasche - zunehmend in Frage stellen. Das erfolgt weniger generalisierend, sondern partiell - insbesondere durch Ökonomen - wohl wissend, dass, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Angleichung nicht ermöglichen, es dann in anderen Lebensbereichen letztlich auch nicht oder nur mit hohem Mitteleinsatz im Sozialbereich möglich ist. Eine Jahrzehnte andauernde Unterentwicklung stoppt weder Abwanderung, noch bringt sie wissenschaftlich-technische Innovationen hervor. Sie kann zeitweilig eine der Wirtschaft vorausseilende Konsumtion vertragen, aber nicht auf Dauer. Es folgt eine sich ausdünnende sozio-kulturelle Infrastruktur, die wiederum nicht zum Verbleiben in der Region einlädt, sondern selbst Migranten abschreckt.

In der vorliegenden Ausarbeitung wurden die wichtigsten vorliegenden Analysen von unterschiedlichen Institutionen mit ihren „Visionen“ reflektiert, welche verdeutlichen, dass zur Zeit „nur“ rd. 42 % der Bürger im Osten in unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen leben (West 2 %), dass der demografische Faktor (Geburtenrückgang und Alterung) in 84 % der Gemeinden im Osten zum weiteren „Schrumpfen“ führen wird (West 41 %) und bei Beachtung aller Wachstumsfaktoren in 78 % aller Stadt- und Landkreise des Ostens gegenwärtig keine Zukunftschancen real sind (West 12 %). Eine erschreckende Bilanz der Zukunft nach mehr als 25 Jahren.

Insofern ist das Problem der Ostdeutschen nicht ihre eigene Bewertung der fernerer und näheren Vergangenheit, sondern die Ungewissheit über das „wie weiter“. Die vielen Versprechungen und Verkündigungen zur Angleichung und Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sollten schon die Fragen danach erlauben, wann ist es denn nun so weit? Wann sind wir nicht nur vorm Gesetz gleichberechtigt, sondern als Bürger, die ihr Leben selbst gestalten wollen, bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit, bei gleicher Rente für gleiche Lebensarbeitsleistung, bei gleichen Zukunftschancen in einer florierenden modernisierten Wirtschaft?

Einführung

Seit 1989/1990 ist eine Vielzahl von Publikationen, Studien und Berichten zum Leben im Osten Deutschlands vor 1990 und nach der deutschen Vereinigung veröffentlicht worden, welche aus unterschiedlichsten Sichten die erfolgten Entwicklungen insgesamt bzw. in Teilbereichen zu bewerten versuchen. Neben realen Darstellungen gibt es vorrangig ideologisierende, neben empirisch belegten Aussagen stehen abstrakt theoretische - allein alle Veröffentlichungen aufzulisten, wäre einer eigenen Publikation wert, welche mehrere Bände umfassen würde. Es erschienen regierungsamtliche Berichte zum Stand der Einheit in Deutschland, Sozialberichte, Armuts- und Reichtumsberichte u.a.m., welche die Entwicklungen belegten, beschönigten, Erfolge zusammenfassten, Probleme kürzten oder übergingen und Vorschläge zu Veränderungen selten anboten. Diskussionen um mögliche Lösungen blieben in Expertenrunden und schlossen Öffentlichkeit mehrheitlich aus. Paralleldiskussionen in Netzwerken und Verbänden teilten mit ihren Gegenkonzepten das gleiche Schicksal. Den Bürger erreichte das alles kaum.

Die nachfolgende Ausarbeitung ist kein Versuch, den in die Tausende gehenden Veröffentlichungen über die DDR- und Nachwendezeit bis zur Gegenwart eine weitere Fassung hinzuzufügen, sondern sie soll vor allem die Auffassungen der Bürger, welche die reale Geschichte geschrieben haben, einbringen, um damit ein besseres Verständnis für ihre Positionen und Haltungen zwischen 1989 und der Gegenwart zu erreichen. Obwohl es unbestritten ist, dass die nachträglichen Forschungen zur und über die DDR diese zu den „dichtesten und gründlichsten erforschten Regionen der Weltgeschichte nach 1945“ gemacht haben,¹⁰ bedurfte es bis in die Gegenwart stets auch der Sicht der Akteure und Betroffenen.

Das Jahr 2017 wird eine weitere Vielzahl von Veranstaltungen, Publikationen und medialen Berichten hervorbringen und insbesondere den Boden für die Wahlen zum 19. Deutschen Bundestages vorbereiten. Im nachfolgenden Projekt wurden vorliegende Veröffentlichungen des Autors zur Thematik „Friedliche Revolution - 1989 bis 2016“ zusammengefasst und - so sinnvoll und möglich - aktualisiert. Anliegen ist es, zugleich ein kritisch-konstruktives Diskussionsforum zu den vorliegenden Materialien und den vorgenommenen Wertungen zu schaffen, auf Fehlendes hinzuweisen bzw. Ausarbeitungen zur Verfügung zu stellen.

Anliegen ist es auch anzuregen, dass einer einseitigen politisch dominierten Interpretation der historischen Entwicklung begegnet wird und „Volkes Wille“ durch „Volkes Meinung“ in vorliegenden Positionen und Meinungen der Bürger im Osten - aber auch im Westen - eingefangen wird.

¹⁰ Lindenberger, Thomas: Ist die DDR ausgeforscht? Phasen, Trends und ein optimistischer Ausblick, APuZ 24-26/2014, S. 27.

Im Gegensatz zu anderen Publikationen besteht das Anliegen der Veröffentlichung nicht in längeren theoretischen Abhandlungen zu einzelnen Sachfragen, sondern in der Reflexion der Meinungen und Wertungen der Bürger - insbesondere der neuen Bundesländer - zur Entwicklung seit 1990. Dabei liegt den einzelnen Abschnitten eine einmalige Datenbasis in Bezug auf die subjektiven Befindlichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern zugrunde,¹¹ da sie die jeweiligen Ergebnisse der seit 1989 jährlich erfolgten Erhebungen und der entsprechenden Analysen - d.h. der bis 2014 realisierten 25 Wellen der empirischen Erhebung - gewissermaßen zusammenführt.

Die in den Sachkapiteln erfolgenden Darstellungen sind vor allem auch Ergebnis der jahrzehntelangen kritischen Diskussionen im Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. ebenso wie mit freundschaftlich verbundenen Wissenschaftlern, welche heute in verschiedensten Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik tätig sind, sowie verantwortlichen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern der Volkssolidarität. Insofern ein Dank an alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter, welche in dieser oder jener Form in den vergangenen Jahren nicht nur Hilfe und Unterstützung leisteten, sondern auch ihr Wohlwollen entgegenbrachten.

Die Publikation ist weder eine geschlossene geschichtliche Betrachtung des Vereinigungsprozesses seit 1990, noch ist sie eine Bilanz der erreichten Veränderungen. Anliegen ist es, mit vorhandenen Fakten ostdeutsche Befindlichkeiten in die Diskussion einzubringen, nicht um das „Besondere“ zu zementieren, sondern um es verständlicher zu machen. In diesem Sinne soll es ein Diskussionsbeitrag zum Thema der Chancengleichheit und Gleichbehandlung sowie gleichberechtigter Teilhabe ostdeutscher Bürger - gleich welchen Alters - sein.

Es wurden auch bemerkenswerte Ergebnisse vor allem des letzten Jahrzehnts mit aufgenommen, um historische Entwicklungen zu verdeutlichen bzw. auch solche, deren Aussagen noch in der Gegenwart Gültigkeit haben. Die Auswahl mag unausgewogen erscheinen, ist aber auch den Arbeitsschwerpunkten des Autors geschuldet.

Die Ausarbeitungen beruhen insgesamt vor allem auf den Aussagen von über 50.000 Bürgern (vgl. Abschnitt 8), welche - im November 1989 beginnend - um ihre Meinung zu sozialen, ökonomischen und politischen Sachverhalten - gebeten wurden. Sie vereinen die Ergebnisse der 25 Wellen der Reihe „Leben in den neuen Ländern“ mit über 38.000 Befragten ebenso wie spezielle Untersuchungen zum Leben älterer Menschen, von Menschen mit Behinderungen, von Jugendlichen und Frauen. Sie sind jeweils repräsentativ für Bürgerinnen und Bürger ab 18. Lebensjahr in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost sowie in einzelnen Jahren (2005/2010/2014) für das frühere Bundesgebiet (inkl. Berlin-West).

Es war ein keineswegs unbedeutendes Nebenprodukt der Entwicklungen im Herbst 1989, dass erstmalig ohne fragwürdige Genehmigungsprozeduren Sozialwissenschaftler sich ein Bild über die subjektiven Reflexionen der sich vollziehenden Prozesse in der Bevölkerung machten und sie in der Öffentlichkeit unzensuriert publizieren konnten.

Unmittelbar nach Grenzöffnung am 9. November 1989 standen am Sonnabend, dem 11.11.1989, rd. 3 Millionen Bürger an den Grenzübergängen in kilometerlangen Schlangen, um die neue, unerwartete Möglichkeit eines Kurzbesuchs in Westdeutschland/Westberlin zu nutzen. Mitarbeiter des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR gingen nicht als erstes in

¹¹ Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., empirische Erhebungsreihe „Leben in den neuen Bundesländern“, 1. bis 25. Erhebungswelle (1990 bis 2014).

„den Westen“, sondern führten die erste legale, nicht offiziell genehmigte Untersuchung in der DDR durch und befragten an den Übergangsstellen Bürger nach ihren Hoffnungen und Befürchtungen¹². Methodisch kann man zwar Bedenken äußern, dass die damit erzielten Aussagen nicht repräsentativ seien. Zugegeben - aber was Menschen Ende 1989 dachten und wollten, reflektieren sie allemal.

Insgesamt vermitteln die Ausarbeitungen sowohl die Auffassungen und Positionen der Generation, die 1990 bereits im Renten- bzw. Vorrentenalter war, als auch jener Jahrgänge, welche - seit 1990 geboren - über keine eigenen Erfahrungen des Lebens in der DDR verfügen und doch bis in die Gegenwart damit konfrontiert werden - im Positiven, inzwischen Selbstverständlichen und im Negativen, leider noch immer nicht Selbstverständlichen.

Die Schwierigkeiten der nachfolgenden Ausführungen bestehen darin, dass gerade die Sichten der einzelnen Altersgruppen im Osten aufgrund ihrer spezifischen Biografien und Lebenserfahrungen gravierend unterschiedlich sind, ebenso wie sich soziale, demografische Veränderungen und vereinigungsbedingte Einflüsse überlagern, zum Teil kumulieren bzw. aufheben. Die Sicht der heute 60- bis 80-Jährigen über wahrgenommene Veränderungen ist eine andere als derjenigen, welche 1990 zu den 18- bis 25-Jährigen zählten. Von den seinerzeit in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost wohnenden 16 Millionen Bürgerinnen und Bürgern leben (2016) noch rd. 11 Millionen und von diesen nur noch rd. 9 Millionen in den neuen Ländern, d.h., nur noch etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung verfügt überhaupt über entsprechende eigene langjährige Erfahrungen des Lebens in einem anderen System. Rd. 90 % der heutigen Seniorengenerationen sind erst im Laufe der Jahre seit 1990 in den „Seniorenstatus“ aufgerückt. Sie haben - ebenso wie die noch Älteren - nicht nur die DDR, sondern auch die deutsche Vereinigung und die Nachvereinigungsjahre unter völlig anderen individuellen Bedingungen erlebt als die künftig nachrückenden Seniorengenerationen.

Es ist immer schwierig, aus einer Distanz von 25 und mehr Jahren Entwicklungen eines solchen Umbruchs, wie des 1989 eingeleiteten und eigentlich immer noch nicht beendeten, beschreiben, geschweige denn bewerten zu wollen. Schwierig, weil es zu den menschlichen Schwächen der Verlierer gehört, die Vergangenheit schön zu reden, wie zu denen der Gewinner, die Abrechnung im großen Stil - konzentriert auf Grundlage einseitig ausgewählter Rechtsverletzungen und Unzulänglichkeiten - zu betreiben.

Die Ausarbeitung ist weder ein nachträglicher Scheidungsantrag, in dem alle Bösartigkeiten - meist unausgewogen - zusammengetragen werden, sie ist aber auch kein Nachruf, der nur das Beste der Jahre vor und nach 1989 bis in die Gegenwart sieht. Es sind die Meinungen der Bürger, die sie zu dieser oder jener ihr Leben betreffenden Frage hatten/haben - man kann ihre Auffassung teilen oder nicht, an ihren Positionen ändert das nicht das Geringste. Es sind insbesondere die Positionen der Ostdeutschen, die Westdeutschen betrifft es zunächst kaum - alles ging/geht kontinuierlich weiter, erst im letzten Jahrzehnt gibt es spürbare Einschnitte auch für größere Teile der Westbevölkerung - die Ursachen sind rasch geklärt: Einheitskosten und EU-Osterweiterung, „bis 1990 lief alles so kontinuierlich, aber seitdem.....“. Das alte Klischee wird immer noch bedient: die Russen, die Kommunisten, die DDR, die, welche aus dem Osten kommen usw.

Die Aussagen in den einzelnen Kapiteln werden durch „offizielle“ statistische Daten bzw. aus „amtlichen“ Materialien ebenso ergänzt bzw. bewertet, wie Ergebnisse anderer wissenschaftlicher Institutionen bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbezogen wurden. Dabei ist die Übernahme aus der staat-

¹² Vgl. hierzu im Detail Abschnitt 1.1.1.

lichen Statistik nicht identisch mit der Akzeptanz der daraus abgeleiteten Wertungen der offiziellen Politik - noch dazu, da in vielen Fällen die Jahre 1989 und 1990 ausgeklammert werden und die Statistik dadurch „geschönt“ wird, aber auch, dass es unterschiedliche Vorbehalte gegenüber „offiziellen“ Statistiken generell bzw. zu einzelnen Sachfragen gibt.

Wie in den bisher vorliegenden Arbeiten erfolgt eine entsprechende grafische und tabellarische Darstellung der den Aussagen zugrunde liegende Daten, um das Material zu veranschaulichen bzw. zu untersetzen.

Dem Gesamtaufbau liegen folgende Kapitel und Hauptabschnitte zugrunde:

- 1 25 Jahre friedliche Revolution
- 2 Allgemeine Lebenslagen
- 3 Der demografische Wandel
- 4 Ausgewählte Lebensbereiche
- 5 Kulturelle Integration
- 6 Soziale Integration
- 7 Politische Integration
- 8 Einzelbeiträge

Aussagen zur Methodik der Erhebung sind in einem speziellen Abschnitt im Kapitel 8 enthalten. Die Angaben der jährlichen Erhebungen insgesamt beruhen auf einer jeweils nach der Bevölkerungszahl, dem Geschlecht, dem Alter und der Qualifikation gewichteten Gesamtdatensatz. Soweit nicht anders vermerkt werden im nachfolgenden Material „neue Länder“ unter Einschluss von Berlin-Ost und unter „früheres Bundesgebiet“ unter Einschluss von Berlin-West verstanden. Die Verwendung von Ostdeutschland/Westdeutschland entspricht - soweit nicht anders vermerkt - dem analog.

Tabelle 1: Befragtenstruktur der 25 Wellen der Erhebungsreihe „Leben in den neuen Ländern“ - 1990 bis 2014 - ab 18. Lebensjahr - in Prozent - (2014 gesondert nach Regionen)

	neue Länder und Berlin-Ost		früheres Bundesgebiet (inkl. Berlin-West)
	1990 bis 2014	2014	
Gesamtprobanden			
%	100	100	100
Geschlecht			
weiblich	52	52	51
männlich	48	48	49
Alter			
18 bis 25 Jahre	10	8	10
25 bis 35 Jahre	17	14	14
35 bis 45 Jahre	19	14	16
45 bis 60 Jahre	25	28	28
60 Jahre und älter	29	36	32
beruflicher Abschluss			
ohne Abschluss	19	14	27
Facharbeiter	61	58	51
Fachschulabschluss	9	8	4
Hochschulabschluss	10	20	18

Daten der Erhebung: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

In den Tabellen wurden folgende Zeichen verwendet:

- Zahlenwert nicht bekannt
- x Zahlenwert nicht erhoben
- () Zahlenwert eingeschränkt - statistisch nicht gesichert
- / keine Angaben

Abweichungen der Zahlenangaben in der Summenbildung von Tabellen und Abbildungen zu 100 (z.B. 99 oder 101) resultieren aus Auf- bzw. Abrundungen.

Aus Gründen der kürzeren und besseren Lesbarkeit wurde z.T. auf gendergerechte Sprachführung/Darstellung verzichtet.

Wenn es gelingt, zum Gesamtvorhaben bzw. zu einzelnen Sachfragen Meinungen und Positionen zu erhalten, aber auch weiterführende Materialien, so wird dem beabsichtigten Anliegen - eine kontinuierliche Fortschreibung (auch durch Aufarbeitung neuester Veröffentlichungen) - Rechnung getragen. Entsprechende Positionen/Materialien senden Sie bitte an:

Gunnar Winkler

gunnarwinkler@web.de

oder

Gunnar Winkler
Franz-Mehring-Straße 8
16321 Bernau

1 Friedliche Revolution - deutsche Vereinigung - 1989 bis 2016

1.1 Aufbruch und Umbruch

„Die friedliche Revolution“, mit ihrer Gewaltlosigkeit, mit ihren ‘Runden Tischen‘ auf allen Ebenen und ihrer Streitkultur, ist und bleibt eine „Sternstunde der Demokratie“ mit einmaligen bürgerschaftlichen Engagements auf deutschem Boden. Es war eine Periode des demokratischen Aufbruchs, die erfolgreich und visionär, wenn auch von kurzer Dauer war. Bereits im Frühjahr 1990 wurden ostdeutsche Reformvorstellungen Makulatur, sie blieben Visionen und gehören zu den von der Politik der Bundesrepublik schnell getilgten Spuren einer kurzzeitigen Selbstbestimmung und Selbstbefreiung.

Insgesamt bewerten die Bürger die Entwicklungen in Ostdeutschland positiv, wenn auch durch unterschiedliche - zum Teil gegensätzliche - Trends charakterisiert. Der Angleichungsprozess ist weitgehend zum Erliegen gekommen, neben steigendem Lebensniveau steht zunehmende Armut, die Lebensverhältnisse werden immer ungleicher. Die Einheit ist noch unvollendet und in den nächsten 20 bis 30 Jahren nicht erreichbar.

1.1.1 Aufbruch in eine neue Zukunft - die friedliche Revolution 1989/1990

Als zum Jahreswechsel 1989/90 am Brandenburger Tor und in ganz Deutschland die erreichten Ergebnisse der friedlichen Revolution in der DDR und die sich abzeichnenden Schritte zur deutschen Vereinigung gefeiert wurden, waren es überwiegend Hoffnungen auf eine andere, bessere Zukunft, welche die 16,4 Millionen Bürger der DDR damit verbanden. Unter ihnen befanden sich auch die rd. 7,2 Millionen, welche heute älter als 25 Jahre und im Erwerbsalter sind, und rd. 3,3 Millionen, die seinerzeit schon im Rentenalter waren bzw. inzwischen 65 Jahre und älter sind.

Die zunehmende Zahl von Bürgern, die im Herbst 1989 an den Demonstrationen in Leipzig, Berlin und anderen Städten teilnahmen, die wachsende Welle von Zuflucht Suchenden in Botschaften der BRD im Ausland, der sich vollziehende Politik- und Politikerwechsel in der SED, das rasche Erstarren demokratischer Bewegungen mit unterschiedlichen Zielen und Interessen und schließlich die Grenzöffnung als äußerer Anlass für den Prozess des friedlichen Widerstandes gegen ein sich zunehmend diskreditierendes System - all das leitete im Osten Deutschlands eine Periode des demokratischen Aufbruchs ein, die erfolgreich und visionär, wenn auch von kurzer Dauer war. Es war eine friedliche Revolution mit ihren durch Demonstrationen unterstützten Forderungen, ihren parteienübergreifenden ‘Runden Tischen‘, ihrem Willen zur Selbstbestimmung, welche wesentliche Voraussetzungen für die politische Einheit Deutschlands schufen¹³.

Das alles hatte seine allgemeinen Ursachen keineswegs nur in der DDR oder ihrer territorialen Nähe zur Bundesrepublik - ohne spezielle Bedingungen zu leugnen -, sondern war Teil des weltweiten Zusammenbruchs des sozialistischen Macht- und Wirtschaftssystems, führte jedoch auf dem Gebiet der

¹³ Vgl. Eckert, R.: Das historische Jahr 1990, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ (APuZ) 40/2005, S. 13.

DDR zu einer spezifischen Lösung - im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten des RGW bzw. Warschauer Paktes - in Form der politischen Vereinigung durch Beitritt der neuen Länder und der Übernahme der Wirtschafts-, Rechts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland. Dass sie ohne Blutvergießen abging, kennzeichnet sie - gegenüber vielen anderen danach erfolgenden und als Revolutionen gekennzeichneten Bewegungen - als „friedlich“. Ob sie als Fortschritt oder Rückschritt bewertet wird, unterscheiden die jeweiligen politischen Positionen der Betrachter. Wenn politische Repräsentanten die „deutsche Einheit“ (3. Oktober 1990) eher ins Zentrum ihrer Betrachtungen rücken, so nicht zuletzt deshalb, um den Eindruck zu erwecken als wenn vor allem ihr Wirken dieses Ergebnis bewirkte - sie fühlen und präsentieren sich bis heute als „Träger“ der Vereinigung. Zugleich besteht die Gefahr, dass der stete Bezug auf eine erfolgreiche Revolution möglicherweise im Volk Begehrlichkeiten auf einen Wandel weckt, die einem System, welches sich selbst als „alternativlos“ kennzeichnet - wie die Bundesrepublik - nur schaden könnten.

Bis in die Gegenwart werden - je nach politischem Standort - die Begriffe „friedliche Revolution“, „Demokratische Novemberrevolution“, „Mauerfall“, „Aufbruch“, „Umbruch“, „Wende“, „Untergang“ u.a.m. für den Prozess, der weit vor dem Herbst 1989 begonnen hatte und spätestens mit dem 18. März 1990 formal endete, verwendet. Dabei ist „friedliche Revolution“ dem Anliegen und Ergebnis am nahekommendsten, da ohne Blutvergießen die vormaligen Macht- und Herrschaftsstrukturen beseitigt wurden und sich im Ergebnis der Vereinigung neue politische, kulturelle und soziale Strukturen herausbildeten sowie ein völlig anderes politisches, ökonomisches und Rechtssystem übernommen wurde.¹⁴

Es war eine friedliche Revolution, die sicher von Reformern inspiriert, letztlich jedoch von großen Teilen der Bevölkerung getragen wurde. Es war Massenhandeln und kein staatliches Handeln, es waren Aktionen von unten und keine „von oben“ organisierten.¹⁵ Es wurde ein sich selbst als „Diktatur des Proletariats“ kennzeichnendes System beseitigt, eine Diktatur, die allerdings völlig anderer „Natur als die NS-Diktatur war“, obwohl sie „weit von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entfernt war.“¹⁶

Die Jahre seit 1989 und die damit verbundenen Empfindungen und Bewertungen sind vielfältig. Die große Mehrheit sieht sie logischerweise vor allem auf sich selbst bezogen und mehr als Umbruch der Lebensverhältnisse, denn als Wende. Ge„wendet“ haben sich weder die Bürger im Osten (von einigen Ausnahmen abgesehen), die „Wende“ vollzog sich erst in der neuen Bundesrepublik, hin zum sozialen Ab- und Umbau.

Es war bis 1990 auch in der DDR wahrlich kein Leben in Saus und Braus, aber es war sozial abgesichert. Die meisten Bürger wollten keine „Revolution“, sondern Reformen, die andere, bessere Lebensverhältnisse, mehr Freiheiten und mehr Demokratie ermöglichten, es ging um Reformen, die ein Waren- und Dienstleistungsangebot beinhalteten, welches ermöglichte, für das ehrlich erworbene Einkommen eine entsprechende Lebensqualität durch eigener Hände Arbeit zu erreichen. Aber wer spricht denn heute noch von den vielen demokratischen Initiativen, welche Papiere und Dokumente beschrieben, um zu reformieren - Papiere, die, würden sie heute so veröffentlicht oder auf Großveranstaltungen vorgetragen, den Verfassungsschutz in Alarmbereitschaft versetzen würden.

¹⁴ Vgl. hierzu Kowalczuk, Ilko-Sascha: Die Revolution von 1989, in: vorgänge, Heft 1/2009, S. 5.

¹⁵ Ebenda, S. 9.

¹⁶ Vgl. ebenda, S. 9.

Die Reformbemühungen wurden von der Einheitswelle und den Versprechen auf blühende Landschaften überrollt. Die ostdeutsche „Generation 89“ ging unter, ehe sie die Chance hatte, das Schwimmen zu lernen.

Für große Mehrheiten im Osten traf vieles an Fortschrittlichem auch ein - zunächst. Bis die großen Reformen kamen, welche - anknüpfend an neoliberale Forderungen in der Bundesrepublik bereits vor 1990 - sozialdemokratisch initiiert, - im letzten Jahrzehnt des alten Jahrtausends den Sozialstaat in allen seinen Facetten zurücknahmen. Die Zeit der raschen Einkommensangleichungen war schnell vorbei, die Niedriglöhne kamen, die Arbeitslosigkeit war keine Übergangsphase, sondern Dauerzustand, unterschiedliches Rentenrecht wurde mit zahlreichen Rentenreformen und Reförmchen in den Hintergrund gedrängt usw. Ein neue Schicht der Selbstständigen und Scheinselbstständigen war stolz darauf, arbeiten zu können und betrieb Selbstaussbeutung, viele merkten/merken erst mit Renteneintritt, dass sie sich in die Altersarmut gearbeitet hatten/haben. Die staatliche Zensur der DDR darüber, was wo und wie gedruckt werden darf, wurde überwunden, jetzt entscheiden scheinbar unabhängige Verlage und Stiftungen, was veröffentlicht wird.

1989 trug die SED mit Systementwicklungen und Wahlergebnissen dazu bei, den Widerstand der Bürger öffentlicher zu machen. Wahlen wurden demokratischer, vor allem auf den unteren Ebenen durch Wählervereinigungen, Bürgerbegehren, Bürgerentscheide. Auf Bundesebene herrschen immer noch die gleichen, Volksabstimmungen nicht wünschenden Verhältnisse. Die repräsentative Demokratie repräsentiert die ökonomischen und politischen Machtstrukturen, aber weder Bevölkerungs- noch soziale Strukturen.

Der 45-jährige Frieden in Europa blieb zunächst erhalten, begann sich aber in den letzten Jahren erneut in einen kalten Krieg umzukehren, gegen den alten Feind und gegen Religionsfanatiker nichtchristlichen Glaubens. Neue Kriege fordern bereits wieder Millionen von Opfern, weil sie sich nationalen Despoten nicht unterwerfen wollen und sich dem Elend durch Flucht entziehen. Die ihnen zukommende solidarische Hilfe dient mehr den Eigeninteressen der Spendernationen und -bündnissen. Die Front der „Besseren“, die Welt der ihren Reichtum Beschützenden ist breiter geworden, die Zahl der sich Bekämpfenden, Hungernden, in Armut Lebenden auch.

Viele Bürger der DDR hatten sich bis 1990 kollektiviert, man lebte und „kämpfte“ im Kollektiv, „Ich“ war der Einzelne nur als Teil des Kollektivs. Mit dem Herbst 1990 fand sich unter der Losung „Wir sind das Volk“ dann das neue Gemeinsame, was sich schnell mit den Schwestern und Brüdern im Westen zusammenfinden wollte unter der Losung „Wir sind **ein** Volk“. Aber kaum waren wir ein gemeinsames Volk kam das „Ich“ zur Geltung: mein Auto, mein Boot, mein Haus. „**Ich**“ war aber jetzt für **mich** voll verantwortlich, niemand plante mehr für mich, ob ich Lehre oder Studium aufnahm, wurde ich arbeitslos war ich selber schuld, war die Rente zu gering, war es meine Schuld, nicht vorgesorgt zu haben. Kaum hatte **man** (typischer DDR-Sprachgebrauch!!), sich an das „Ich“ gewöhnt, wurde man erneut mit der Forderung vom „Ich zum Wir“ konfrontiert. Deutschland schlüpfte in eine über Jahrzehnte vermisste Rolle: „Wir“ sind Europa, „Wir“ müssen mehr Verantwortung übernehmen, „Wir“ entscheiden, was demokratisch ist und was nicht. „Wir“ war mit einmal nicht mehr das Volk, sondern wieder „wir Deutschen“. „Wir“ sorgen (Dank an Schröder/Fischer) mit deutschen Soldaten endlich wieder dafür, dass Deutschland auch militärisch (und nicht nur über riesige Rüstungsexporte - 6 Mrd. 2013, Platz 3 nach USA und Russland) wahrgenommen wird. Es bedurfte eines Ost-Bundespräsidenten und ehemaligen Pfarrers, der 1989 noch verkündete, dass „Schwerter zu Pflugscharen“ werden müssten, um „den Einsatz militärischer Mittel“ für Konfliktlösungen zu fordern - nicht als

früheres „Dominanzgebaren“, sondern, als „verlässliche Demokratie für die Menschenrechte“ - es fehlt nur noch „Gott mit uns“. Da sich ohnehin medial und politisch durchgesetzt hat, dass „Wir“ festlegen, was demokratisch ist und was nicht, dass demokratisch nur das ist, was dem Westen dient, scheint es an der Zeit, auch wieder militärische Präsenz und Macht zu zeigen.

„Wir sind das Volk“ forderte seinerzeit genau genommen, den Interessen der Mehrheit stärker Rechnung zu tragen, Volkes Wille nicht einzelnen Führungsriege (meist) älterer Herren zu übertragen, hieß, Jene wählen zu können, die Mehrheitsinteressen zu vertreten bereit waren usw.

1989 konzentrierte sich allerdings auch freiheitlich-demokratisches Streben vieler nur auf „anders wählen“. Inzwischen gehen immer weniger hin, seit 2016 gehen wieder etwas mehr, z.T. aus Protest gegen die Politik, wegen ansteigender sozialer, materieller und finanzieller Ungleichheiten, wegen "Besitzstandswahrung" des Wenigen, was man hat, wegen zunehmender Ängste und sozialer Verunsicherung generell. 1989 wendeten „Wir“ uns nicht dagegen, dass es „denen da oben“ besser ging, sondern dass sie Privilegien hatten, an die kein DDR-Bürger herankam. Inzwischen ist die Ungleichheit zwischen oben und unten so groß wie nie - die soziale Spaltung nimmt nachweisbar und auch offiziell nicht bestritten - zu.

Insgesamt ist festzustellen: „Die friedliche Revolution“, mit ihrer Gewaltlosigkeit, mit ihren 'Runden Tischen' auf allen Ebenen und ihrer Streitkultur ist und bleibt eine „Sternstunde der Demokratie“ und einmaligen bürgerschaftlichen Engagements auf deutschem Boden. Friedliche Revolution besagt nicht mehr als gewaltfreier Systemwechsel - im Gegensatz zur März- oder Novemberrevolution, zur orangenen oder grünen Revolution, der proletarischen oder bürgerlichen Revolution, dem Prager oder arabischen Frühling. Es war eine unblutige Revolution mit anschließend zunehmenden sozialen Ungleichheiten.

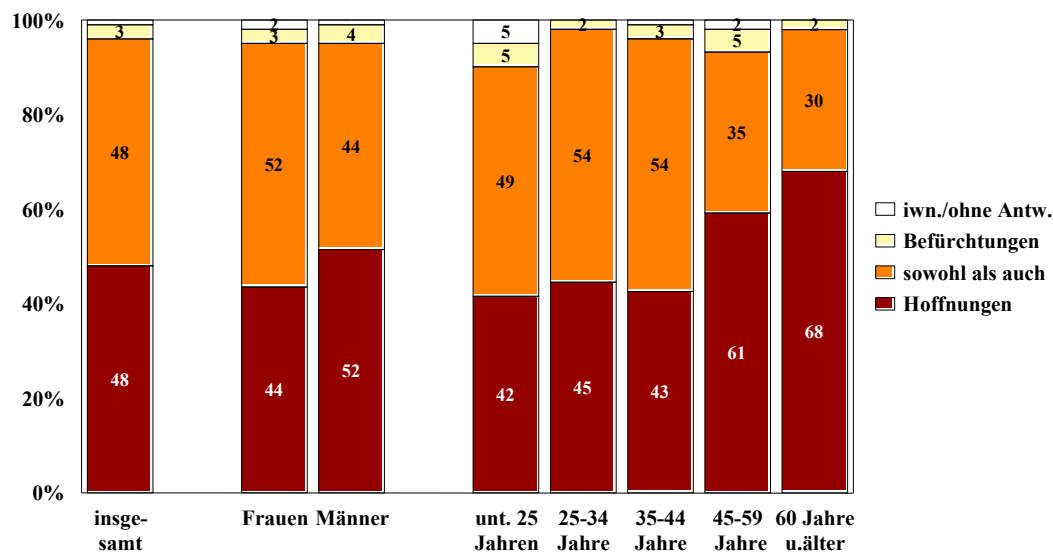
Es ist nicht Anliegen der nachfolgenden Ausführungen, aus der Sicht von 2016 zu klären, welches die Hauptmotive der Bevölkerung für die friedliche Revolution 1989/1990 waren - ob es vor allem Fragen der fehlenden Demokratie oder der Mangelwirtschaft und des berechtigten Strebens nach verbesserten Waren- und Dienstleistungsstrukturen, ob es Fragen der persönlichen Freiheit oder der „harten“ Währung, ob es die Übernahme von Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft oder Umweltprobleme waren - letztlich bleibt, dass Fehlentwicklungen und Widersprüche im politischen und ökonomischen System, dass Widersprüche zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung insgesamt mit Notwendigkeit auf die Überwindung des politischen Systems drängten. Unbenommen auch, dass die Entwicklungen in der DDR in die sich vollziehenden Veränderungen in den sog. Ostblock-Staaten eingebunden waren.

Mit dem Herbst 1989 begann eine Zeit, in der in der DDR in einem bis dahin nicht bekannten und später auch nicht wiederkehrenden Maße von vielen Bürgern unterschiedlichster sozialer Gruppen Interessen artikuliert und auf demokratischem Wege eingebracht wurden, in der sich Erwartungshaltungen auf progressive Reformen und Veränderungen herausbildeten, die wenig später kaum Beachtung fanden. Kennzeichnend war aber auch, dass Impulse und Aktionen nicht von den in der DDR existierenden Interessen-(Massen-)organisationen eingebracht wurden, sondern von sich neu bildenden und strukturierenden Organisationen und sozialen Bewegungen. Trotzdem waren unabhängig davon an diesen friedlichen Aktionen alle Altersgruppen, die dem Kindesalter entwachsen waren, beteiligt, wie sich das auch nicht nur unmittelbar in den machtvollen Demonstrationen und Kundgebungen in Großstädten, wie z.B. in Leipzig oder Berlin, sondern auch in Aktionen/Aktivitäten in vie-

len Betrieben und Gemeinden/Kommunen widerspiegelte. Diese wurden vor allem von den seinerzeit 30- bis 60-Jährigen getragen, jenen Generationen, die sich inzwischen überwiegend im Rentenalter bzw. Vorrentenalter befinden. Die damaligen Rentnergenerationen traten optisch kaum in Erscheinung, obwohl es eine hohe Unzufriedenheit über das Rentenniveau, den Abstand zum Durchschnittslohn, die relativ homogenen Rentenstrukturen und die privilegierenden Bedingungen für Zusatz- und Sonderrenten gab. Auch die Einbindung älterer Menschen in die seinerzeitigen gesellschaftlichen Strukturen - z.B. in die soziale und kulturelle Betreuung des Betriebes -, „Sonderfreiheiten“ des Reisens in die Bundesrepublik und das „westliche“ Ausland, ein mehr oder weniger stabiles soziales Sicherungssystem konnten das Streben nach notwendigen Veränderungen - der damaligen wie der heutigen Älteren - nicht ausgleichen.

Die im Herbst beginnende Periode des „Umbruchs“ war neben der offenen Interessenartikulation auch mit dem jetzt möglichen unzensierten Erfassen der Meinungen und Stimmungen der Bürger verbunden. Nach wie vor stellen die noch 1989 und Anfang 1990 durchgeführten soziologisch-empirischen Untersuchungen einen unverzichtbaren Fundus darüber dar, was in diesem Zeitraum von Menschen in der DDR gedacht, empfunden und erwartet wurde, es bleiben Urteile von Zeitzeugen und sind keine pure Annahme darüber, was die Bürger Ende 1989 gedacht haben (wollen und sollen)¹⁷. Es ist deshalb aus gegenwärtiger Sicht durchaus sinnvoll, die damaligen Vorstellungen erneut zu betrachten - nicht zuletzt auch insofern, da in der kurzlebigen Zeit der Wende 1989/1990 das, was die einzelnen Bürger dachten, ein anderes Bild ergibt als es 25 und mehr Jahre später nicht selten beschrieben werden wird. Zugleich belegen die subjektiven Reflexionen der Bürger, in welchem Maße und Tempo die Vorstellungen sich änderten und neuen Leitbildern „angepasst“ wurden und mit welchem Druck notwendige kurzfristige Lösungen gefordert und realisiert wurden, ohne die daraus erwachsenden langfristigen Wirkungen zu bedenken.

Abbildung 1.1: Haben Sie angesichts der aktuellen Entwicklung vor allem Hoffnungen oder Befürchtungen? - Grenzübergangsstellen Berlin - 11. November 1989 - in Prozent* -



* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

Datenbasis: iss/Blitz 1

¹⁷ Empirische Erhebungen des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR - vgl. Abschnitt 8.

Charakteristisch für den Aufbruch 1989 war insgesamt ein hohes Maß an Hoffnungen (48 % - vgl. Abbildung 1.1), welches im Besonderen bei rd. zwei Dritteln der Bürger über dem 45. Lebensjahr vorhanden war, ebenso wie sich Hoffnungen bei fast einem Drittel jedoch zugleich mit Befürchtungen paarten, d.h. mit Einschränkungen verbunden wurden. Nur ein unbedeutender Teil der Bevölkerung hatte zu diesem Zeitpunkt ausschließlich Befürchtungen (3 %).

Diese Erwartungen relativierten sich rasch, so dass bereits Anfang 1990 - mit den ersten Vorboten von zu erwartender Arbeitslosigkeit und bevorstehendem mehrheitlich ungewollten „Alter Übergang“¹⁸ - vor allem ältere Bürger deutlich zunehmend Befürchtungen äußerten (29 % - vgl. Abschnitt 1.2.4). Zunächst geäußerte Hoffnungen - vor allem mit der Öffnung der Grenzen und dem Einziehen innerdeutscher „Normalität“ verbunden - machten schnell einer Bewertung Platz, welche immer stärker sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen einschloss und in vielen Fällen aufkommenden Zweifeln auf die persönliche künftige Entwicklung und Umsetzung der gewünschten Lebensplanung Platz machten.¹⁹

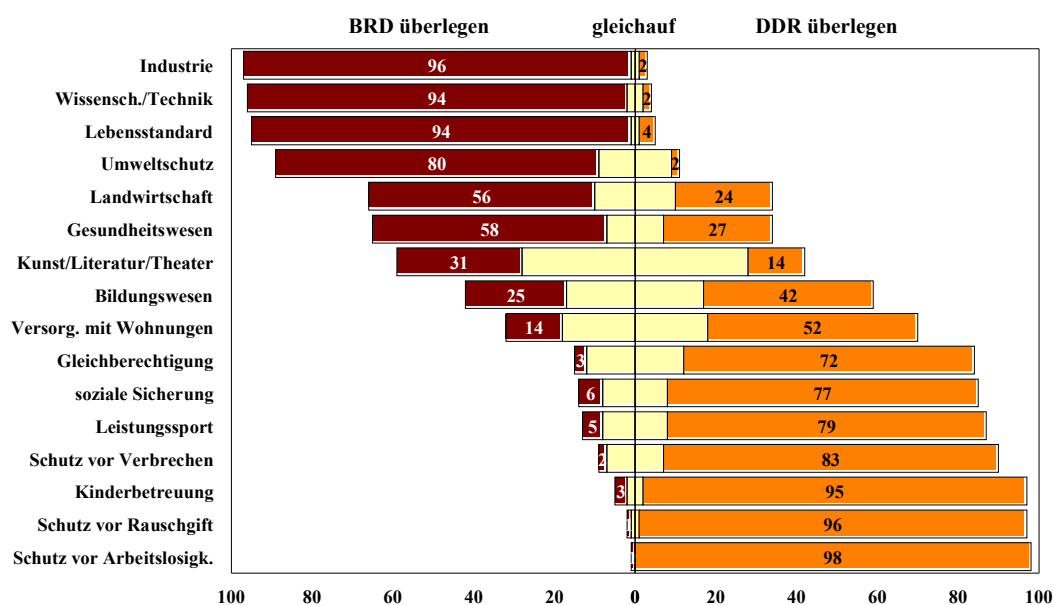
Die Ende 1989 durchgeführten Untersuchungen widerlegen aber auch die z.T. vertretene Auffassung, dass sich ein großer Teil der Bürger der DDR nicht hinreichend über die Vor- und Nachteile der beiden sich in Deutschland gegenüber stehenden Systeme klar gewesen wäre. Im Dezember 1989 sahen über 90 % der Bürger ab 35. Lebensjahr in der DDR eine absolute Überlegenheit der Bundesrepublik in den Bereichen der Wirtschaft (Industrie/Wissenschaft und Technik) sowie des Lebensstandards. Das galt auch für den Umweltschutz, die Landwirtschaft und das Gesundheitswesen, die von 50 bis 70 % der Bürger als der DDR überlegene Bereiche gekennzeichnet wurden. Im Gegensatz dazu wurden der Schutz vor Arbeitslosigkeit (98 %), vor Drogen (96 %) und Kriminalität (83 %) ebenso wie das allgemeine System der Kinderbetreuung (95 %) sowie der sozialen Sicherung (77 %) und die Gleichberechtigung (72 %) in der DDR als der BRD überlegen bewertet.²⁰

¹⁸ Spezifische Form des Rentenübergangs ab 55. Lebensjahr im Gebiet der heutigen neuen Bundesländer (inkl. Ostberlin).

¹⁹ Vgl. hierzu: Winkler, Gunnar: 1989/1990 - Aufbruch in eine erwünschte Zukunft - zwischen Hoffnungen und Befürchtungen - Empirische Daten der Wendezeit, in: St. Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR - zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Karl Dietz Verlag, Berlin 2004, S. 301.

²⁰ Vgl. iss/leben '89 (gew.).

Abbildung 1.2: Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Bereiche. Bitte sagen Sie mir, ob die Bundesrepublik auf dem jeweiligen Gebiet der DDR überlegen ist, ob die DDR der Bundesrepublik überlegen ist oder ob beide gleichauf sind! - DDR - Dezember 1989 - in Prozent -



Datenbasis: iss/leben '89 (gew.)

Die Entscheidung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zu den ersten freien Wahlen im März 1990 - die bis in die Gegenwart als Plebiszit für die Einheit gewertet wird - schloss hohe Erwartungen auf Verbesserungen in Umwelt, Demokratie und Rechtssystem ebenso ein wie auf Lebensstandardentwicklung. Sie nahm zugleich Verschlechterungen vor allem im sozialen Bereich (rd. ein Viertel ging von Verschlechterungen der sozialen Sicherungssysteme sowie der Einkommens- und Preisentwicklung aus) durchaus in Kauf. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurden in zunehmendem Maße gewünschte Freiheitsgewinne in einzelnen Lebensbereichen auf Kosten sozialer Sicherungen akzeptiert. Ein großer Teil der Bürger glaubte nicht nur an Zugewinne, sondern vor allem auch daran, dass es möglich sei, entstehende Defizite individuell ausgleichen zu können.

Der Zeitraum 1989/1990 war jedoch nicht nur die Zeit eines von der Mehrheit gewünschten und herbeigeführten demokratischen Aufbruchs, sondern zugleich der Wandel in den Vorstellungen vieler Bürger über die Art und Weise sowie den Weg zum Erreichen der gewollten Ziele. Es war offensichtlich, dass zunächst eine Mehrheit der Bürger der DDR davon ausging, die DDR zu reformieren. Noch Anfang Dezember 1989 stellten 55 % der über 35-Jährigen fest, dass ein gründlich reformiertes sozialistisches Wirtschaftssystem eine bessere Zukunft sichere als ein Wirtschaftssystem, das der Bundesrepublik ähnlich sei. Gleichzeitig hielt durchaus ein großer Teil längerfristig (innerhalb der nächsten 10 Jahre) die politische Vereinigung für erforderlich/wünschenswert. Aber bereits zum Jahresende und im Januar 1990 vollzog sich ein Wechsel in den Vorstellungen zur Neustrukturierung des politischen Systems der DDR bei der überwiegenden Mehrheit der Bürger.²¹ Im Februar 1990 äußerten 72 % aller Befragten, dass sich die Mehrheit der DDR-Bürger die Einheit wünsche und 22 % gingen davon aus, dass es „nur“ rd. die Hälfte sei. Das heißt, die künftige Einheit hatte im Denken der Bürger zu diesem Zeitpunkt bereits festen Platz ergriffen.

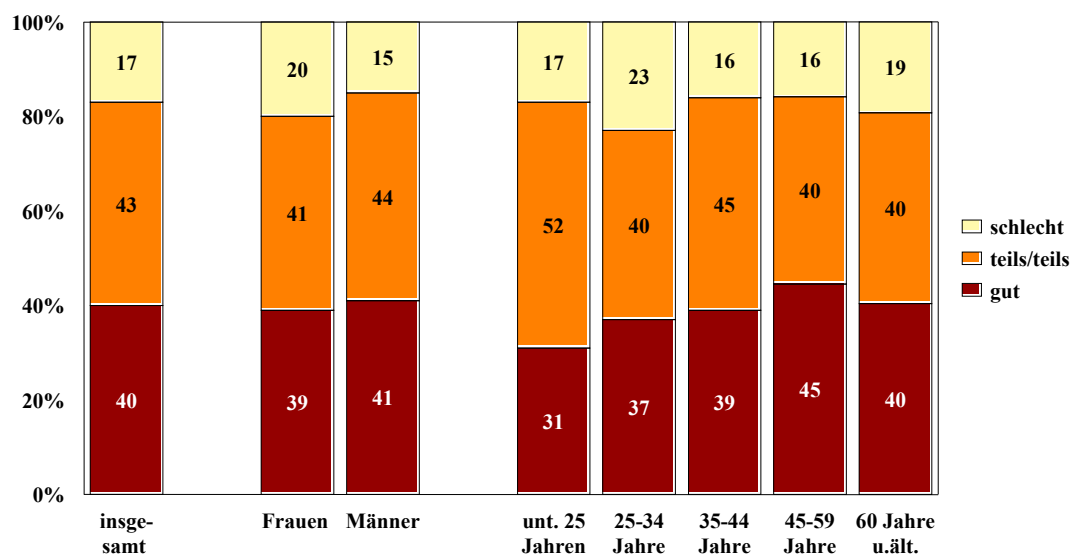
²¹ Vgl. detaillierte Aussagen zu den subjektiven Befindlichkeiten in Bezug auf die deutsche Einheit in: Winkler, Gunnar: 1989/1990 - Aufbruch in eine erwünschte Zukunft, a.a.O., S. 295-300.

Damit verbunden reduzierte sich „Volkes Wille“ auf einen demokratischen Aufbruch mit deutlich eingeschränkter Wirkung. Die Vorstellungen einer vorrangig/ausschließlich über interessenstrukturier- te Vertreterdemokratie (z.B. in Form von Runden Tischen/Räten usw.), in der vor allem parteiunab- hängige Verbände und Organisationen bzw. Einzelpersonen erforderliche Entscheidungen vorbereiten und treffen, wurden relativ schnell durch das tradierte aus der Bundesrepublik übernommene Parteien- system als „überflüssig“ betrachtet. Der „vormundschaftliche Staat“ der DDR wurde ersetzt durch „vormundschaftlich“ agierende Vertreter politischer Parteien, die spezifische Interessen sozialer Gruppen genauso wenig/genauso viel aufnehmen wie es der Durchsetzung der von ihnen vertretenen politischen Interessen nützlich ist.

Wenn auch gerne übersehen, war neben sich abschwächenden Forderungen zur demokratischen Um- gestaltung vor allem die Lebensstandardverbesserung bei der Mehrheit der Bürger das Hauptmotiv, das den Vereinigungswillen beeinflusste. Es war dabei keineswegs so, dass es um die Überwindung von Armut, Not und Obdachlosigkeit ging, sondern darum, dass bei einer in den 80er Jahren in der DDR erreichten Bedarfsdeckung im so genannten „Grundbedarf“ das Angebot an „hochwertigen“ Industriewaren und Konsumgütern insgesamt nicht hinreichend war, so dass die vorhandenen und steigenden finanziellen Ressourcen der einzelnen Familien weder quantitativ und schon gar nicht qua- litativ in gewünschte Waren und Leistungen umgesetzt werden konnten. Einem vorhandenen (und finanziell abgedeckten) Bedarf an Waren- und Dienstleistungsangeboten und -vielfalt standen abneh- mende Möglichkeiten der Lebensstandardverbesserung gegenüber und stellten reale Begrenzungen individueller Freiheiten - nicht nur verstanden als Reisefreiheit - dar. Trotzdem wurde aus der Sicht des Einzelnen die individuelle wirtschaftliche Situation Ende 1989 noch deutlich mit gut bzw. teilwei- se gut bewertet, obwohl für die wirtschaftlichen Situation in der DDR insgesamt kurzfristige Verbes- serungen mehrheitlich kaum noch angenommen wurden. 40 % beurteilten ihre persönliche/familiäre wirtschaftliche Situation mit sehr gut/gut, 43 % mit teilweise gut und 17 % mit schlecht/sehr schlecht. Auch die Rentnerjahrgänge bewerteten ihre wirtschaftliche Situation insgesamt zu 40 % mit sehr gut/gut und mit 40 % als teilweise gut, lagen jedoch mit 19 % schlecht/sehr schlecht leicht über dem Durchschnitt (vgl. Abbildung 1.3). Diese Wertungen schlossen keinesfalls nur das Einkommen, son- dern auch die allen zu Gute kommenden „indirekten Leistungen“ einer breit angelegten Subventions- politik in der Konsumtion ein, die insbesondere älteren Bürgern einen bescheidenen, aber gesicherten Lebensabend gewährten. Gerade die niedrigen Renten, die rd. 90 % der Haushaltseinnahmen aus- machten²², gerieten immer mehr in Widerspruch zur Entwicklung der Erwerbseinkommen und schlos- sen eine gleichwertige Lebensstandardentwicklung im Verhältnis zu den jüngeren Generationen aus (ein inzwischen seit 2005 wieder erkennbarer Trend bei den neu ins Rentenalter eintretenden Jahrgän- gen).

²² Vgl. Schwitzer, Klaus-Peter: Altenreport '90: Zur sozialen Lage von Altersrentnerinnen und Altersrentnern in der DDR, erstellt im Auftrag des Hauptvorstandes der Volkssolidarität e.V. vom Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Aka- demie der Wissenschaften, in: Blätter der Wohlfahrtspflege - Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit, 10+11/1990, S. 7.

Abbildung 1.3: Wie bewerten Sie Ihre individuelle wirtschaftliche Situation? - DDR
- Dezember 1989 - in Prozent -



Datenbasis: iss/leben '89 (gew.)

Ohne an dieser Stelle eine Analyse der Sozialpolitik der DDR vornehmen zu wollen²³, steht jedoch fest, dass sich ein relativ breiter Kreis von Bürgern hinter Forderungen nach Subventionsabbau stellte, zum Teil in der Hoffnung, damit individuelle Lebenslageverbesserungen erreichen zu können. Bereits in den Jahren 1988/1989 wurde eine Reihe von in der Diskussion befindlichen Vorschlägen durch große Teile der Bevölkerung gestützt (z.B. Abschaffung der Subventionierung von Grundnahrungsmitteln und damit verbundener Vergeudung/Missbrauch)²⁴.

Es muss aber auch betont werden, dass Aussagen wie, dass das in der DDR herrschende System der „Entmündigung“ nur für jene Bürger einen sehr großen Nutzen in Form von weitreichenden Betreuungs-, Sicherungs- und Versorgungsleistungen geboten habe, welche sich den Regeln des Systems gefügt hätten, sind einfach falsch und widersprechen den Erfahrungen der Mehrheit der Bürger. Inzwischen hat auch in den alten Bundesländern die Erkenntnis Platz gegriffen, dass soziale Sicherheit in der DDR für die Menschen (ältere wie jüngere), die sie erlebten - und sich deshalb dem System keineswegs anpassten - durchaus einen eigenen Stellenwert hatte, den sie möglicherweise - trotz aller inzwischen erfolgten politischen Etikettierung - erst nachträglich erkannten. Dass Sozialpolitik zur Verminderung, Vermeidung, Beseitigung sozialen Konfliktpotenzials beitragen sollte (was von einzelnen ehemaligen DDR-Soziologen allerdings erst nachträglich kritisiert wurde²⁵), entspringt dem Hauptziel von Sozialpolitik (welches auch in der sozialen Marktwirtschaft gilt): der „Sicherung des inneren Friedens in der Gesellschaft“²⁶. Nicht das Anliegen der „sozialen Stabilität“ war es, was die Sozialpolitik zu DDR-Zeiten zum Teil in Misskredit brachte, sondern es waren die fehlenden Möglichkeiten (individuelle/gemeinschaftliche) von Selbstbestimmung über deren Inhalte, Ausgestaltung, Rangfolgen und Zielstellungen, die fehlenden Möglichkeiten sozialpolitischer Interessenartikulation und gesellschaftlicher Mitgestaltung bzw. Mitbestimmung durch sozialpolitische Interessenvertretung seitens der einzelnen Verbände, Organisationen und Vereine. All das wurde jedoch letztlich mit dem

²³ Vgl. Manz, Günter/Sachse, Ekkehard/Winkler, Gunnar (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit, trafo verlag, Berlin 2001.

²⁴ Ebenda, S. 108.

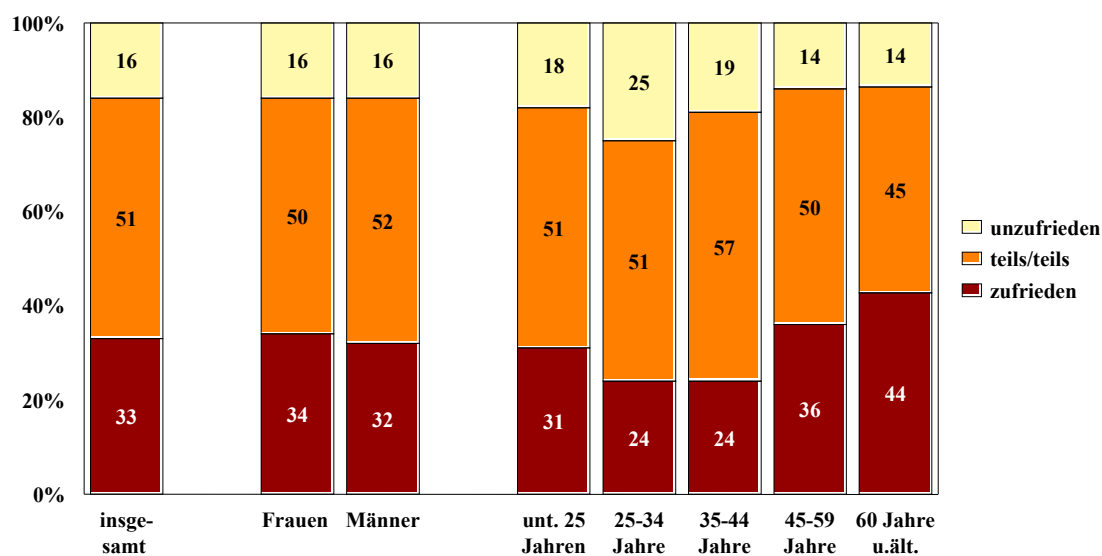
²⁵ Vgl. Adler, F.: Einige Grundzüge der Sozialstruktur der DDR, in: Lebenslagen im Wandel, Frankfurt a.M./New York 1991, S. 153 f.

²⁶ Lampert, H.: Lehrbuch der Sozialpolitik, Springer Verlag, Berlin/Heidelberg/New York 1991, S. 411.

Übergang auf das bundesrepublikanische System einer repräsentativen Demokratie auch bis in die Gegenwart nicht in vorgestelltem Maße erreicht.

Bei nachträglichen Bewertungen zur Situation in der DDR wird oft das mehr als differenzierte Bild über die Zufriedenheiten/Unzufriedenheiten der DDR-Bürger auf den allgemeinen Nenner der vorhandenen Unzufriedenheit mit „dem System“ gebracht und damit ein - sicher nicht unbedeutender - Aspekt von individueller Lebenszufriedenheit bewusst überzogen bewertet. Im Januar 1990 waren mit ihrem Leben insgesamt 33 % zufrieden, 51 % teilweise zufrieden und 16 % unzufrieden. Es wird bei einer altersbezogenen Betrachtung deutlich, dass insbesondere die heutige Vorrentnergeneration in weitaus geringerem Maße zufrieden war (24 %) als die damaligen Rentner (44 %), von denen nur 14 % unzufrieden waren.

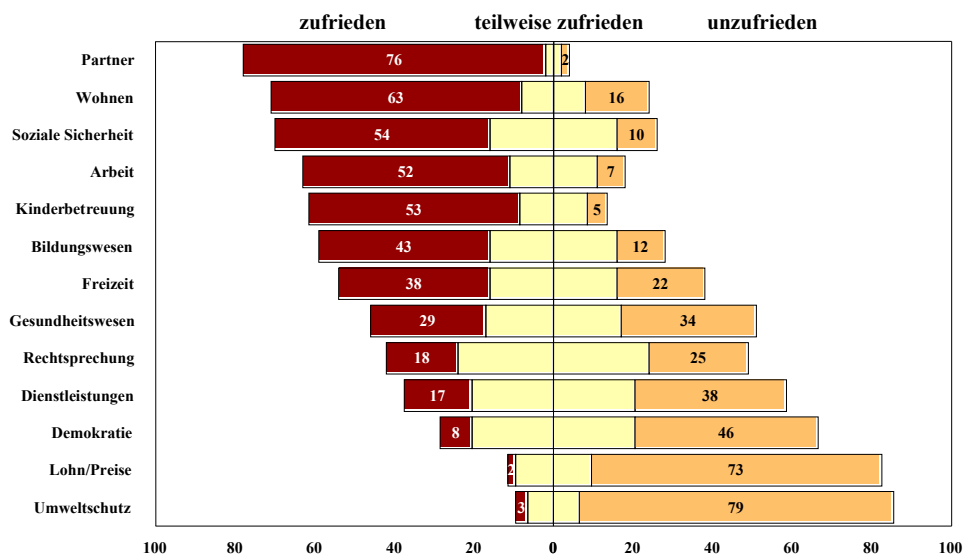
Abbildung 1.4: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem Leben? - DDR - Januar 1990
- in Prozent -



Datenbasis: iss/leben '90 (gew.)

Eine differenziertere Betrachtung lässt auch den Stellenwert erkennen, den das Wohnen (63 % Zufriedenheit) trotz vorhandener Probleme der Wohnraumversorgung und Wohnbedingungen hatte, ebenso wie den hohen Stellenwert, den die Betreuung der Kinder (53 %) sowie die soziale Sicherheit (54 %) in der Bewertung der Lebensverhältnisse einnahmen. Im Mittelpunkt der Unzufriedenheiten der Bürger standen 1990 - z.T. weit vor der Demokratie - die Bewertung der Umwelt (79 %) sowie des Verhältnisses von Preisen und Einkommen (73 %). Erst dann folgt - mit Abstand - die Demokratie (46 %), was u.a. dazu führte, dass grundlegende strukturelle Reformen z.B. im Bereich direkter Demokratie - auch als Vorläufer für notwendige Veränderungen in den alten Bundesländern - nicht im gleichen Maße erhoben wurden wie Forderungen nach verbessertem Umweltschutz.

Abbildung 1.5: Wie zufrieden sind Sie mit ...? - DDR - Januar 1990 - in Prozent -



Datenbasis: iss/leben '90 (gew.)

Zu betonen ist, dass es auch zu den Problemen der Wertung des DDR-Endes gehört, dass die (alt-)bundesdeutschen Institutionen über keine (oder nur wenige) Daten darüber verfügten, wie sich subjektive Einstellungen und Verhaltensweisen entwickelten/veränderten. Vorliegende umfangreiche Daten von (Ost-)Forschungsinstituten werden z.T. bis heute mit dem Hinweis auf angeblich mangelndes Vertrauen der Bevölkerung gegenüber Befragungen in „posttotalitären“ Gesellschaften abgetan, obwohl die Bereitschaft, sich auch in dieser Form zu äußern, 1989/1990 in den heutigen neuen Bundesländern so hoch war wie nie wieder später. Vorbehalte, wie sie inzwischen gegenüber Meinungsumfragen (Unseriösität, Angst vor Betrügnern, Angst, durch Angaben in sozialen Leistungsansprüchen gemindert zu werden usw. usf.) auftreten, spielten zur damaligen Zeit kaum eine Rolle. Gewichtiger dürfte schon - auch aus der Sicht von heute - sein, dass seinerzeit die Fragestellungen von West-Einrichtungen andere waren als die von Ost-Einrichtungen; Erstere stießen z.T. auf Unverständnis bei DDR-Bürgern, die von Ost-Einrichtungen auf nachträglich festgelegte „Ideologisierungen“ bzw. „Inkompetenz“ seitens der Politik und Wissenschaften im Westen. Es bleibt jedoch festzuhalten: Die nach 1990 erfolgte Auflösung fast jeglicher sozialwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen im Osten und die Übertragung von Forschungen auf „bewährte“ westliche Einrichtungen und Wissenschaftler anstelle organisierter und gewünschter Zusammenarbeit erschweren bis in die Gegenwart ein reales Bild und notwendige Auseinandersetzungen über das, was sich vollzog, und bleiben vielfach erneut bei ideologisierenden politischen Bewertungen stehen.

Abschließend ist auch hervorzuheben: Zu den Visionen des Aufbruchs in eine sich neu ordnende Gesellschaft gehörten der Verfassungsentwurf des „Runden Tisches“ ebenso wie die am 7. März 1990 von der Volkskammer der DDR angenommene „Sozialcharta“, in der in einer für Deutschland bisher einmaligen Art und Weise soziale Ziele und Bedingungen einer freien Gesellschaft zusammengefasst wurden. Von der Ausgestaltung des Rechts auf Arbeit, der Demokratisierung des Arbeitslebens, der Gleichstellung der Geschlechter und Erziehung der Kinder bis zum Recht auf Wohnen und soziale Sicherungen wurden die grundlegenden Vorstellungen und Formulierungen als Politikorientierungen beschlossen. Mit dem März 1990 wurden sie Makulatur, sie blieben Visionen und gehören zu den von der Politik der Bundesrepublik getilgten Spuren einer kurzzeitigen Selbstbestimmung und Selbstbefreiung.

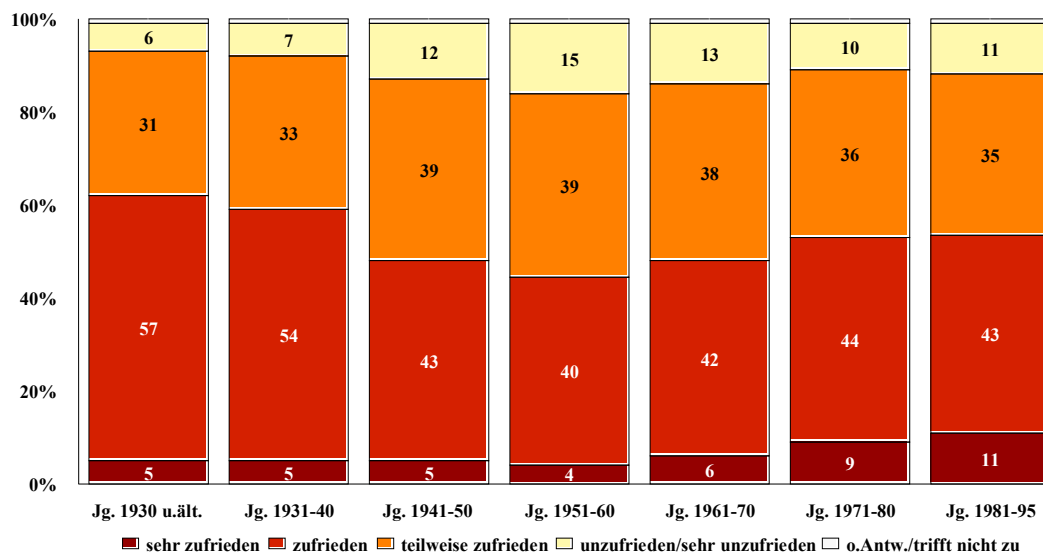
1.1.2 Die Positionen der Bürger bis in die Gegenwart

Seit dem Herbst 1989 ist über ein Viertel Jahrhundert vergangen. Die Zahl derer, welche die gesamte Zeit miterlebten und welche eine Bewertung des Lebens davor, der ereignisreichen Tage um den 9. November 1989, der Vereinigung sowie der Jahre der Neu- und Umgestaltung eines Landes vom „Sozialismus“ zur „sozialen Marktwirtschaft“ (westdeutscher Prägung) und des Lebens bis in die Gegenwart vornehmen könnten, nimmt von Jahr zu Jahr ab - rd. 3,5 Millionen Bürger im Rentenalter verstarben seit 1990 in den neuen Ländern, ohne dass sie die Vollendung der deutschen Vereinigung erleben konnten.

Bei aller differenzierten sozialstrukturellen Betrachtung ist es im Besonderen das Alter und Altern, welches zu unterschiedlichen Bewertungen führt, da Lebens- und Wertvorstellungen sowie eigene Erfahrungen eine wichtige Rolle spielen. Insofern bietet der Vergleich über die Jahre - bezogen auf einzelne Altersjahrgänge (Kohorten) - wichtige Hinweise für die Analyse.

Zur Unterschiedlichkeit der altersabhängigen Bewertungen der Ergebnisse der Vereinigung, der allgemeinen Lebenszufriedenheit, der wirtschaftlichen Lage sowie der Hoffnungen und Befürchtungen lässt sich feststellen:

Abbildung 1.6: Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig alles in allem mit Ihrem Leben?
 - Gesamtbewertung nach Altersjahrgängen - neue Länder und Berlin-Ost
 - 1990 bis 2014 - in Prozent* -



* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

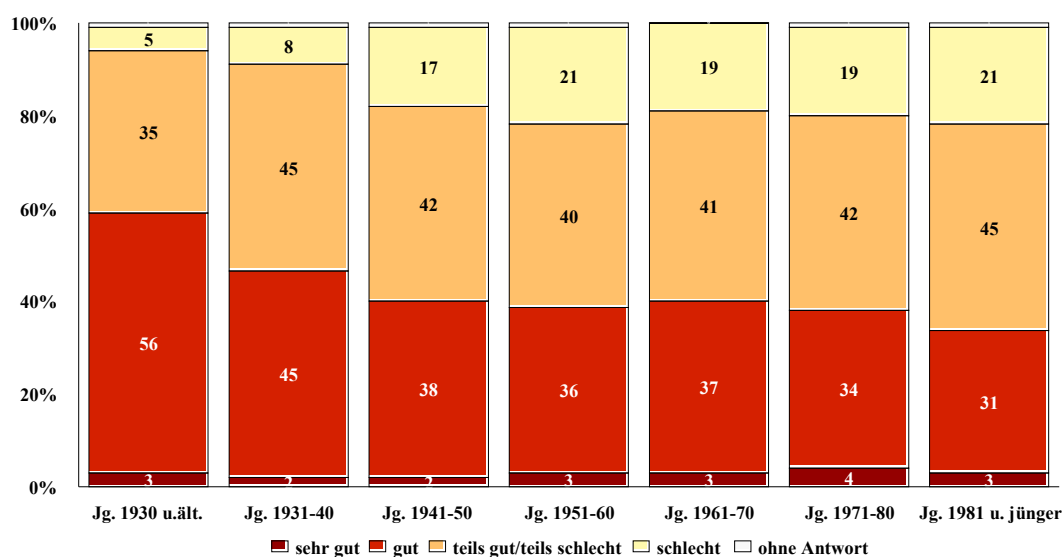
Über den Erfassungszeitraum von 1990 bis 2014 (25 Wellen) sind es vor allem die heute 70-Jährigen und älteren, d.h. die Geburtenjahrgänge, welche 1990 bereits 50 Jahre und älter waren (Jahrgänge bis 1940), die in den vergangenen Jahren insgesamt eine hohe Zufriedenheit ausweisen (rd. 60 %) bei geringer Unzufriedenheit (7 %). Auch die jüngeren Jahrgänge, die 1990 gerade 20 Jahre bzw. jünger oder erst in den Jahren bis 1995 geboren wurden, weisen eine rd. 55-prozentige Zufriedenheit aus. Im Gegensatz dazu sind es insbesondere die Jahrgänge, welche 1990 im Alter von 30 bis 50 Jahren waren (d.h. in der Gegenwart rund gerechnet zwischen 55 und 75 Jahren sind), deren Lebenszufriedenheit durch den Vereinigungsprozess am meisten „belastet“ wurde.

Das reicht von einer hohen Arbeitslosigkeit, von der insgesamt rd. zwei Drittel der Ostdeutschen - insbesondere dieser Altersgruppe - länger- und kurzfristig betroffen waren, von einer hohen Entberuf-

lichung im Ergebnis der Deindustrialisierung und Umgestaltung der Landwirtschaft und vielen anderen Prozessen bis zur Abwertung von Lebensbiografien und Lebenswerten, wie z.B. der Haltung zur Vereinbarkeit von beruflicher und familiärer Entwicklung (insbesondere von Frauen). Es sind auch die Jahrgänge, welche im besonderen Maße von den Maßnahmen des Sozialumbaus bzw. -abbaus betroffen sind und unter wesentlich verschlechterten Rahmenbedingungen in das Rentenalter gehen/gingen. Das reflektiert sich insgesamt auch in einer relativ hohen Unzufriedenheit, oft aufgrund fehlender hinreichender Chancen zur Selbstgestaltung des Lebens. Es ist die Generation, deren Arbeitsleistungen und künftigen Alterseinkommen bereits seit fast 25 Jahren mehrheitlich ungleich niedriger bewertet werden als in den alten Bundesländern.

Gerade Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklungen prägen die Gesamtbewertungen zur eigenen wirtschaftlichen Lage. Dabei ist im Ost-West-Vergleich hervorzuheben, dass sich die wirtschaftliche Lage durch unterschiedliche Einkommens- und Vermögensverhältnisse, Unterschiede im selbstgenutzten Wohneigentum ebenso unterscheiden wie im Anteil von Doppelseinkommen im Osten aufgrund der traditionell höheren Beschäftigungsquote der Frauen. Insgesamt ist jedoch der Trend einer mit dem Alter zunehmenden positiven Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage unverkennbar.

Abbildung 1.7: Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage? - Gesamtbewertung nach Altersjahrgängen - neue Länder und Berlin-Ost - 1992 bis 2014 - in Prozent* -



* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

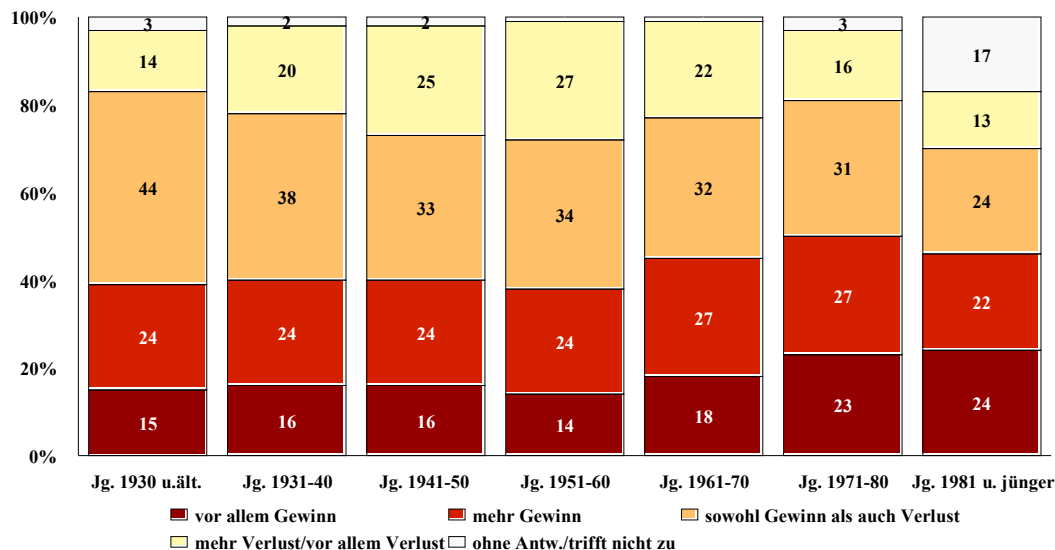
Datenbasis: sfz/leben 1992-2014 (gew.)

Die Gesamtbewertung lässt die zwischen den einzelnen Jahren erfolgten Veränderungen jedoch nicht erkennen, die gerade z.B. bei älteren Bürgern eine große Rolle spielen (vgl. Abschnitt 2.3.3 sowie 2.4.3). Waren diese unmittelbar mit der Rentenüberleitung 1990 in hohem Maße durch Sonderregelungen im Vorteil gegenüber den anderen Altersgruppen (aber auch durch einen geringeren Bedarf), so haben sich trotzdem in zunehmendem Maße in den letzten Jahren die erfolgten Eingriffe ins Rentenrecht negativ bemerkbar gemacht. Bei den „jüngeren“ Jahrgängen sind es offensichtlich die stagnierende Lohn- und Gehaltsangleichung an die alten Bundesländer ebenso wie der zunehmende Anteil von prekären Beschäftigungsverhältnissen, welche den Anteil derer, die ihre Lage mit sehr schlecht/schlecht bewerten, ansteigen lassen.

Altersabhängige Einflüsse auf die Bewertung von Lebenslagen treten naturgemäß im Besonderen bei der Einschätzung der Wirkungen der deutschen Einheit für den einzelnen Bürger hervor. Aus dem

unmittelbaren Erleben der positiven wie negativen Veränderungen in den Jahren ab 1990 bei der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und dem damit möglichen System-Vergleich der politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen wurde im Verlauf der Jahre ein Regionalvergleich. Jüngere messen ihre heutigen Lebensverhältnisse immer weniger bzw. kaum noch als Vergleich mit einer nicht erlebten bzw. bewusst wahrgenommenen Vergangenheit, sondern im Vergleich zu anderen Regionen insbesondere zu Westdeutschland. Kennzeichnend sind die weitgehend übereinstimmenden Bewertungen der Älteren, der mittleren Jahrgänge sowie der Jüngeren, Letztere insbesondere auch am rasch zunehmenden Anteil der Bürger, welche die Aussage „trifft nicht zu“ bzw. keine Bewertung abgeben. Es ist ein Irrtum anzunehmen, dass die Zeit weitgehend vorbei ist, wo alles Negative in der Entwicklung der neuen Bundesländer seine Ursachen in der DDR bzw. den seinerzeitigen Entwicklungen im Ostblock zugeordnet werden konnte/kann. Gerade die 2016 geführten Diskussionen um Ausländerfeindlichkeit in Ost wie West belegen, dass immer noch versucht wird, die Ursachen für die Positionen vieler Ostdeutscher in ihrer DDR-Sozialisation zu sehen.

Abbildung 1.8: Sind die Jahre seit der Vereinigung für Sie insgesamt gesehen ...?
 - Gesamtbewertung nach Altersjahrgängen - neue Länder und Berlin-Ost
 - 1994 bis 2014 - in Prozent* -



* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

Datenbasis: sfz/leben 1994-2014 (gew.)

Hoffnungen und Befürchtungen, Erwartungen auf Verbesserungen und Verschlechterungen haben längst die Dimension des Systemvergleichs verlassen, bestenfalls noch als „Rest“posten der deutschen Vereinigung (wie bei der Rentenangleichung). Die Hoffnungen und Befürchtungen gründen sich heute aus neuen internationalen und nationalen Entwicklungen. Genannt seien hier nur Bedrohungen durch Terrorismus und Versuche der kriegerischen Bekämpfung des Terrorismus ebenso wie Glaubenskriege, die alles zusammen zu einer erneuten Eskalation des „kalten Krieges“ führen. Genannt seien auch die mit der Finanz- und Wirtschaftskrise verbundenen Eingriffe in soziale Leistungssysteme (die nicht „verträglich“ werden, wenn auf andere Länder und deren Entwicklungen verwiesen wird).

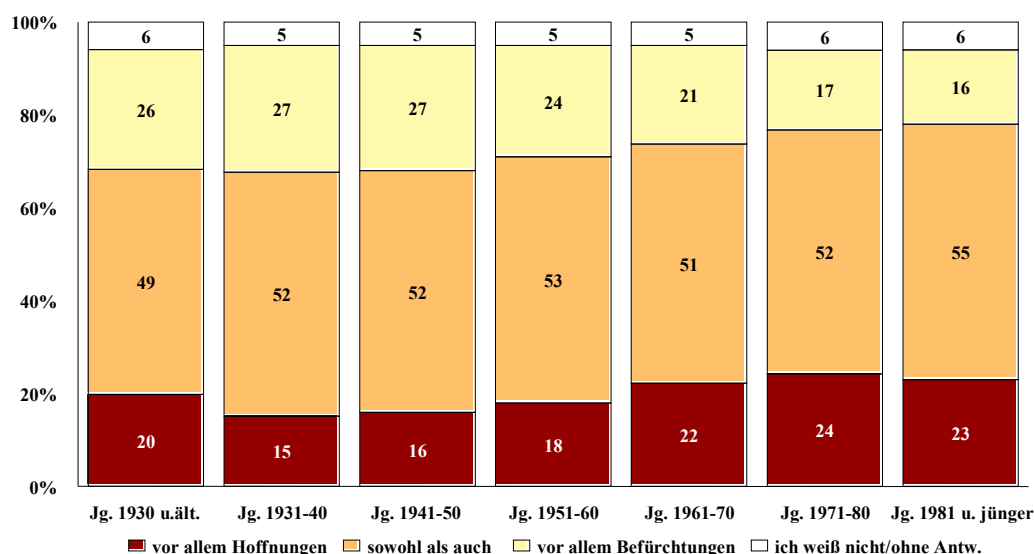
In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die deutsche Vereinigung - nachdem die ersten positiven Ergebnisse eingefahren waren - genutzt wurde, um den deutschen Sozialstaat neu- bzw. umzugestalten. Es blieb einer rot-grünen Koalition vorbehalten, Ausgangsbedingungen dafür zu setzen, dass die Marktwirtschaft zunehmend des Sozialen entledigt wird, dass die Privatisierung sozialer Risi-

ken in Größenordnungen eingeleitet wird - zugunsten aus Steuermitteln finanzierter Förderprogramme für private Banken und Versicherungen.

Die soziale Verunsicherung hat zugenommen, der Glaube an eine sozial abgesicherte Zukunft ist für wachsende Bevölkerungsanteile im Schwinden, Lösungen werden offiziell nur noch in privater Vorsorge gesehen. Die Solidarität hat ihren Stellenwert für das tägliche Leben und die tägliche Sicherheit verloren und reduziert sich immer mehr auf Aktionen bei Hochwasser oder anderen kaum beeinflussbaren Ereignissen. Solidarität wandelte sich von der Hilfe und Unterstützung bei den „Wechsel- und Notfällen des Lebens“ zum Katastrophenschutz.

Am ausgewogensten zwischen den Generationen bewerten die Bürger noch ihre Erwartungen auf die weitere Entwicklung, die getroffenen Aussagen belegen jedoch immer mehr die zunehmenden „Unwägbarkeiten“ des Lebens. Vor allem jüngere Bürger haben „sowohl Hoffnungen wie Befürchtungen“ (was entsprechend allen Erfahrungen bei empirischen Erhebungen bedeutet, stärker zu den Befürchtungen zu neigen als zu Hoffnungen). Es sind inzwischen mehr als die Hälfte der jungen Bürger (55 % mit zunehmender Tendenz), die in einem Mix aus Hoffnungen und Befürchtungen ihre Lebensvorstellungen zusammenfassen, nur ein Viertel hat vor allem Hoffnungen. Insbesondere Neu- und Vorentnerjahrgänge hegen im höheren Maße Befürchtungen.

Abbildung 1.9: Wenn Sie an die weitere Entwicklung denken, haben Sie dann ...?
 - Gesamtbewertung nach Altersjahrgängen - neue Länder und Berlin-Ost
 - 1991 bis 2014 - in Prozent -



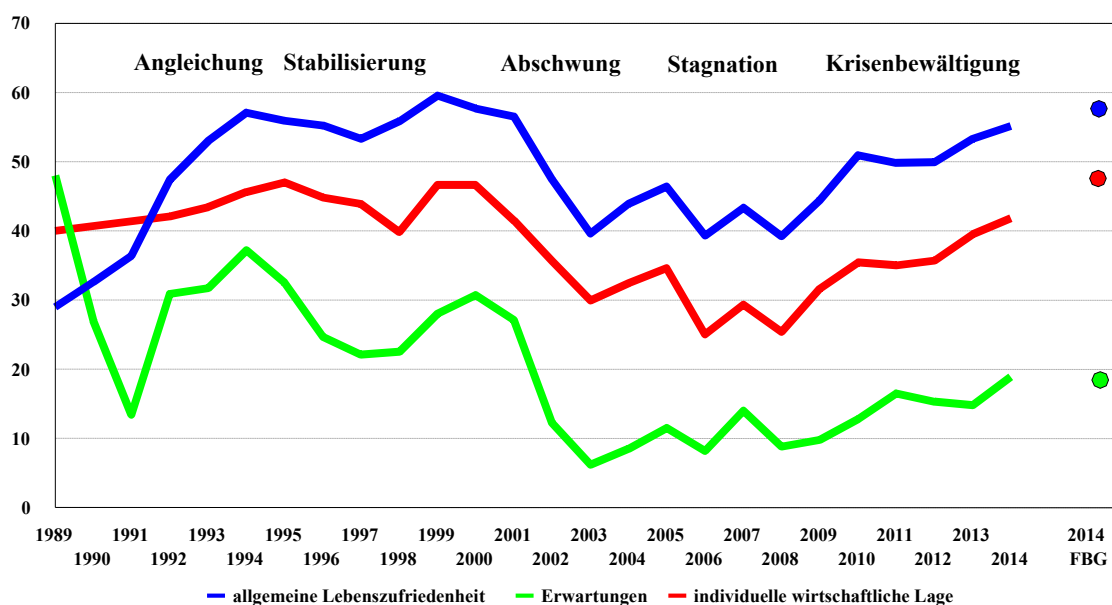
Datenbasis: sfz/leben 1991-2014 (gew.)

Die Mehrheit der Bürger in den neuen Bundesländern anerkennt die spürbare Anhebung des Lebensniveaus ebenso wie sie nicht übersieht, dass dies mit einer zunehmenden Differenzierung in den Lebenslagen, mit Polarisierungen, welche zur Herausbildung neuer - bis 1990 im Gebiet der heutigen neuen Bundesländer unbekannter - „Großgruppen“ (Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, prekäre Arbeitsverhältnisse u.a.) geführt haben, verbunden ist. Unverkennbar auch, dass der Angleichungsprozess seit gut einem Jahrzehnt im hohen Maße stagniert bzw. - auch durch Zelebrierung der Entwicklung in anderen europäischen Ländern - einer positiven Bewertung unterliegt.

Insgesamt sind die Entwicklungen in Ostdeutschland durch unterschiedliche - zum Teil gegensätzliche - Trends charakterisiert. Neben Bevölkerungsrückgang stehen Einkommenszuwächse (besonders bis

2000), neben steigender Lebenserwartung und verlängertem Seniorenleben sinkende Rentenzahlbeträge der Neurentner, neben sinkenden Schülerzahlen steigende Zahlen von Hochschulabsolventen usw. Wenn jedoch „bilanziert“ wird, dann darf das nicht gegeneinander aufgerechnet werden und sich nicht auf Wirtschaft und Einkommen begrenzen, sondern muss auch die seit 1989/90 bewirkten Aktivitäten, die den Vereinigungsprozess letztlich ermöglichten, ebenso wie die seitdem von den Bürgern bewirkten Entwicklungen und damit verbundenen Umstellungs- und Anpassungsprozesse der Bürger einschließen.

Abbildung 1.10: Hauptaussagen zur sozialen Lage - neue Länder und Berlin-Ost 1989 bis 2014/ früheres Bundesgebiet 2014 - in Prozent -
Zufriedenheit: „sehr zufrieden“/„zufrieden“; wirtschaftliche Lage: „sehr gut“/„gut“;
Erwartungen: „Hoffnungen“



Datenbasis: iss/sfz/leben 1989-2014 (gew.)

Dabei wird offensichtlich, dass die Bewertungen sozialer Entwicklungen seitens der Bürger für den Zeitraum 1990 bis 2014 im Wesentlichen fünf unterschiedliche Phasen erkennen lassen:

Angleichungsphase 1989 bis 1995

- Starker Zugewinn an sozialer Zufriedenheit - d.h. allgemeiner Lebenszufriedenheit und Zunahme positiver Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage beruhend auf den raschen, spürbaren Veränderungen des täglichen Lebens. Erkennbar aber auch der Absturz der Hoffnungen zwischen November 1989 und 1991 vor allem aufgrund der Entlassung von Millionen Bürgern in die Arbeitslosigkeit bzw. den Vorruhestand. Insgesamt wurden hohe Arbeitslosigkeit und eine noch nicht erreichte völlige Angleichung der Lebensverhältnisse seitens der Mehrheit der Bürger noch als kurzzeitig zu überwindende Entwicklungen angesehen, was Hoffnungen nährte.

Stabilisierungsphase 1996 bis 1999

- Relative Stabilisierung der sozialen Entwicklungen und erfolgten Bewertungen auf dem bis 1995 erreichten Niveau und damit verbundenen sinkenden Hoffnungen auf rasche Angleichung.

Abschwungphase 2000 bis 2003

- Im Zuge des von der rot-grünen Koalition in Gang gesetzten „Reformwerkes“ (Agenda 2010, Gesundheits-, Renten-, Arbeitsmarkt-reformen) sowie der Euro-Umstellung erfolgt eine rasche Abnahme sozialer Zufriedenheit gepaart mit steigenden Befürchtungen auf die Zukunft.

Stagnationsphase 2004 bis 2008

- Nach 2003 folgen wechselnde, jeweils gering zunehmende bzw. abnehmende Bewertungen sozialer Entwicklungen mit einem insgesamt stagnierenden, zum Teil vorhandene Ungleichheiten erweiternden Angleichungsprozess. Kennzeichnend sind hier auch Reaktionen auf eine Vielzahl von Maßnahmen des Sozialabbaus, die in der Diskussion bzw. Umsetzung sind. So u.a. die Heraufsetzung des Renteneintrittsalter, Nullrunden für Rentner, Einführung des ALG II. Selbst eine geringfügige Rentenerhöhung führt 2007 nach drei Jahren Nullrunden zu einem Anstieg der Hoffnungen bei Rentnern.

Krisenbewältigung seit 2009

- Seit 2009 erfolgt durch Einsatz von Milliarden von Steuermitteln eine Politik der Krisenbewältigung, die durchaus zunächst positiv auf die Bewertung der Lebensverhältnisse seitens vieler Bürger - zumindest für Deutschland - wirkt, wenn auch letztlich erkaufte auf Kosten der Bürger von Griechenland, Spanien, Italien ebenso wie Millionen von Menschen in vorderasiatischen und afrikanischen Staaten. Durch die Schaffung von Arbeitsplätzen (wenn auch durch Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse), Rentenerhöhungen 2009/2013 bis 2015, Mindestlohn, zusätzliche Familienleistungen (z.B. Kinderbetreuung/Mütterrente) und das medial verbreitete Bild „stabiler“ Verhältnisse in Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Ländern, unter dem Motto „keine deutschen Steuern für Andere“, trugen zu zunehmenden Hoffnungen bei. Auch Veränderungen hinsichtlich der Nutzung von Atomenergie und die steigenden Aktivitäten von Bürgerbewegungen (Stuttgart/Gorleben/Schönefeld) verstärkten zunächst positive Entwicklungsbewertungen.

Die Euro- und Flüchtlingskrise 2015/2016 führte zu einschneidenden politischen und sozialen Entwicklungen, welche in den EU-Ländern nationales und rechtsextremes Gedankengut förderten und in vielen Bereichen des sozialen und politischen Lebens Befürchtungen und soziale Verunsicherung steigen ließen/lassen.

Gerade die Jahre 2015/2016 verdeutlichen erneut, wie schnell Haltungen und Bewertungen der Bürger Veränderungen unterliegen können. Wenn auch die Meinungen der Bürger aus diesen Jahren noch keine Berücksichtigung finden konnten, so geben die Untersuchungen doch Auskunft über die hohe Übereinstimmung hinsichtlich der künftigen Erwartungen ebenso wie die existenten Unterschiede in der wirtschaftlichen Situation der Bürger in Ost und West und die Ergebnisbewertungen des Vereinigungsprozesses. Es ist alles in allem unbestritten, dass die zeitlichen „Angleichungsvorstellungen“ der ersten Jahre nach der Vereinigung nicht eingehalten werden konnten, ebenso wenig wie Veranlassung besteht, das Erreichte völlig klein zu reden. Insbesondere im Osten nimmt der berechnete Unmut über den Stand der deutschen Einheit zu, steigen Sorgen und Ängste um die „Besitzstandswahrung“ der nur 80-prozentigen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Osten. Die Bedrohung wird nicht den Ausländern angelastet, sondern der Erfahrung, dass die Politik die Flüchtlingsprobleme auf Kosten der ohnehin wenig Besitzenden lösen wird.

1.2 Einheit

Vieles wurde seit 1990 erreicht, alles bei weitem nicht. Der Emanzipationsprozess der Ostdeutschen, von dem viele 1990 ausgingen, ist nur bedingt gelungen. Der Angleichungsprozess begann in fast allen Bereichen zwar erfolgreich, die von der Mehrheit der Bürger erwarteten Ziele auf gleichwertige Lebensverhältnisse wurden jedoch zeitlich und inhaltlich bis in die Gegenwart keineswegs hinreichend realisiert.

Die Einschätzungen zum Stand der Einheit gehören mit zu den sich am gravierendsten unterscheidenden Bewertungen der Bürger zwischen neuen und alten Bundesländern. Nur jeder vierte Ostbürger, aber jeder 2. Westbürger ist der Meinung, dass Ost und West nach mehr als 25 Jahren der Vereinigung weitgehend zusammengewachsen sind bzw. nur noch geringe Unterschiede bestehen. Dabei sind die Einheits-Gewinn-Verlust-Bewertungen der westdeutschen Befragten eher kritischer als die der Ostdeutschen. Sie reflektieren eine weit verbreitete Auffassung, dass die Wirtschaftsentwicklung und die Maßnahmen des Sozialum- bzw. -abbaus auch bzw. vor allem Ergebnis der Vereinigung seien.

Angleichung steht vor allem für die Herstellung vergleichbarer Bedingungen bei den Chancen zur eigenständigen Lebensbewältigung und nicht für eine formale Gleichheit. Diese Meinung von über 90 % der ab 18-Jährigen in Ost wie West spricht vor allem dafür, dass niemand „Geschenke“ erwartet, sondern Bedingungen für eigenes Handeln.

Die Jahre seit 1990 unterliegen in den neuen Bundesländern einem Wechselspiel von rasch sinkenden und steigenden Hoffnungen. Soziale Verunsicherung und z.T. hohe erwartete Verschlechterungen sind immer noch prägend, bei einer insgesamt hohen Übereinstimmung in den Erwartungen zwischen Ost und West.

1.2.1 Stand der Vereinigung aus Sicht der Bürger

Die deutsche Vereinigung erbrachte den Beweis, dass Bürger eines Landes auch auf friedlichem Wege nicht nur Regierungen abwählen und durch völlig neue, andersartige parteipolitische Zusammensetzungen ersetzen können, sondern dass auch grundlegende Systemveränderungen möglich sind. Sie brachte zugleich für die Mehrheit der Bürger der neuen Länder anerkannte und spürbare Verbesserungen der Lebensverhältnisse mit sich, die in vielen Bereichen bis heute nachhaltige Wirkungen zeigen.

Die 1989 getroffene Aussage von Alt-Bundeskanzler Willy Brandt: „Jetzt wächst zusammen was zusammengehört“²⁷ hat ihre Bedeutung und Richtigkeit bis in die Gegenwart noch nicht verloren, denn es muss immer noch zusammenwachsen, obwohl W. Brandt sicher eine andere zeitliche Dimension im Auge hatte.

Es zeichnete sich von Anbeginn an ab, dass die Bürger der neuen Bundesländer an den Ergebnissen der Einheit zum Teil in sehr unterschiedlichem Maße partizipieren - insbesondere durch die gegebenen/nicht gegebenen Möglichkeiten der Teilnahme am Erwerbsleben, da die Veränderungen in den ökonomischen Strukturen eine Nutzung der Angleichungschancen aus eigener Kraft in hohem Maße begrenzen und noch immer begrenzen. Zugleich führen bekanntermaßen die in den Jahren 2002/2003 in Gang gesetzten Reformen in den neuen Ländern in besonderem Maße zu negativen Wirkungen.

Die Vorstellungen zur deutschen Einheit wurden relativ schnell auf eine einseitige Angleichung der materiellen (finanziellen) Lebensverhältnisse des Ostens an den Westen reduziert (wenn die DM nicht zu uns kommt, kommen wir zu ihr). Andererseits waren es aber auch insbesondere die Reformkräfte in der DDR, welche vor allem in der demokratischen Neugestaltung das Hauptanliegen sahen (zunächst im Rahmen der DDR, dann durch den Beitritt zur Bundesrepublik).

Allen gemeinsam in Ost wie West war/ist, dass Überlegungen der Angleichung mehrheitlich die Sicht einer Einbahnstraße hatten - von Ost nach West. Das wurde in dem Maße gestärkt, wie damit seiner-

²⁷ Brandt, Willy: Rede in Berlin am 10. November 1989.

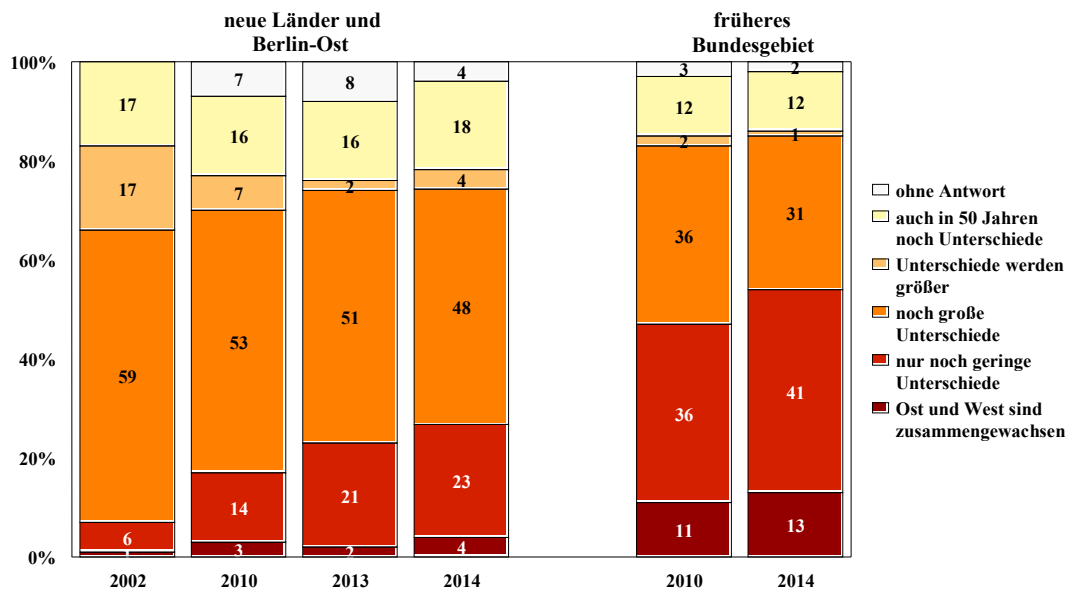
zeit existierende ökonomische und soziale Probleme des Westens „überspielt“ werden konnten. So gravierend auch die Veränderungen im Osten waren, ist nicht zu übersehen, dass mit der deutschen Vereinigung zugleich auch positive wie negative Wirkungen für das (alt-)bundesdeutsche politische, soziale und ökonomische System verbunden waren, die bei vielen Westdeutschen zu einer Negativbewertung der deutschen Einheit führten und führen.

Aus Sicht Gesamtdeutschlands ist hervorzuheben:

- Die Wirtschaftsstrukturen wurden zugunsten der Sicherung der ökonomischen Entwicklung des Wirtschaftsstandortes West gefestigt (Deindustrialisierung und Entgenossenschaftlichung im Osten, Übernahme der Exportstrukturen, Konzentration des wissenschaftlich-technischen Innovationspotenzials im Westen).
- Die deutsche Vereinigung eröffnete die Möglichkeiten eines generellen Um- und Abbaus der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland. Mit der „demografischen Keule“ wurde der Abriss des Rentensystems, der neoliberale Umbau der Krankenversicherung, der Umbau der Absicherung bei Arbeitslosigkeit betrieben. Das deutsche System der Sicherung der Bürger in Notfällen des Lebens - d.h. im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit - wurde zunehmend entsolidarisiert und soziale Risiken privatisiert.
- Das politische Parteiengefüge wurde in Deutschland grundlegend verändert, indem aus einem Drei-Parteiensystem ein Mehr-Parteien- und Bündnis-System wurde, das heute prägend für fast alle Parlamente ist. Mit den neuen rechtsextremen Entwicklungen und dem weitgehenden Versagen der Politik in der Flüchtlingsfrage scheinen auch 2-Parteien-Koalitionen nicht mehr regierungsfähig, die Zeit der Experimente neuer Koalitionszusammensetzungen hat begonnen. Die Phase jahrelangen sinkenden Wahlinteresses und abnehmender Wahlgläubigkeit scheint überwunden zu sein.
- Elemente der direkten Demokratie sind - auch aufgrund der Erfahrungen im Osten - bundesweit gestärkt worden (Stuttgart/Duisburg) und fanden Einzug in alle Länderverfassungen.²⁸ Nicht zu übersehen ist aber auch, dass im Vorfeld von Entscheidungen Bürgerbeteiligung auf Bundesebene geringer erwünscht ist als im Nachhinein (z.B. Direktwahl des Bundespräsidenten).
- Weltanschauliche Positionen erfahren sowohl durch den Zuwachs eines hohen Anteils religiös ungebundener Ostdeutscher als auch der Zunahme z.B. des Islamismus durch Migranten einen noch laufenden Wandel - mit rd. einem Drittel werden Konfessionsfreie inzwischen in ganz Deutschland die stärkste Gruppe (vgl. Abschnitt 5.6). Deutschland ist nicht nur zunehmend multikulturell, sondern auch multikonfessionell.
- Hinsichtlich der Gleichstellung von Frau und Mann erfolgt ein zunehmender Wandel vor allem in den alten Bundesländern. Wenn auch der Gleichstellungsvorsprung der DDR (vgl. Abschnitt 5.3) systematisch verloren ging, so haben sich insbesondere in den alten Ländern sowohl hinsichtlich des Erwerbsverhaltens von Frauen (z.T. auch der Männer hinsichtlich weiblichen Erwerbsverhaltens) als auch in Bezug auf die Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und familiären Verpflichtungen traditionelle westdeutsche Positionen erkennbar verändert.

²⁸ Ebenda.

Abbildung 1.11: Wie schätzen Sie den Stand der Einheit Deutschlands ein? - nach Regionen - 2002/2010/2013/2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2002/2010/2013/2014 (gew.)

Die Einschätzungen zum Stand der Einheit gehören mit zu den sich am gravierendsten unterscheidenden Bewertungen zwischen Ost und West. 12 % der ab 18-jährigen Bürger in Deutschland gehen davon aus, dass Ost und West weitgehend zusammengewachsen sind, 37 % vertreten die Meinung, dass es nur noch geringe Unterschiede gibt.

In den neuen Bundesländern sind im Jahr 2014 nur 4 % der ab 18-jährigen Bürger der Meinung, dass Ost und West nach mehr als 25 Jahren der Vereinigung weitgehend zusammengewachsen sind, 23 % sehen nur noch geringe Unterschiede, 48 % stellen große und 4 % zunehmende Unterschiede fest, 18 % gehen davon aus, dass es auch in 50 Jahren noch gravierende Unterschiede geben wird, 4 % treffen keinerlei Aussage.

Kennzeichnend ist im Vergleich der neuen Bundesländer seit 2002, dass der Anteil der Bürger, der keine bzw. geringe Unterschiede mehr sieht, deutlich zugenommen hat. Insgesamt ist jedoch die Ansicht, dass die Unterschiede noch relativ groß sind bzw. auch in 50 Jahren noch existieren werden, die vorherrschende Meinung (70 %). Die getroffenen Aussagen nähern sich nur langsam - objektive Entwicklungen reflektierend - den von der Mehrheit der Westdeutschen gegebenen Einschätzungen an, wo sich mehr als die Hälfte (54 %) für keine bzw. nur noch geringe Unterschiede ausspricht und nur 44 % sich skeptisch äußern.

Das westdeutsche Meinungsbild prägt auch die auf Deutschland bezogenen Gesamtaussagen. Westdeutsche gehen mehrheitlich offensichtlich entweder davon aus, dass die gegenwärtigen Ungleichheiten als normale Unterschiede zwischen Ost und West entsprechend der historischen Entwicklung zu bewerten sind, oder es fehlt ihnen einfach die Kenntnis der real existierenden Unterschiede.

Tabelle 1.1: Die Einschätzungen zur Einheit Deutschlands sind sehr unterschiedlich. Welcher Auffassung würden Sie zustimmen? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -

	Ost und West sind weitgehend zusammengewachsen	zwischen Ost und West gibt es nur noch geringe Unterschiede	die Unterschiede zwischen Ost und West sind noch relativ groß	die Unterschiede werden immer größer	auch in 50 Jahren wird es noch gravierende Unterschiede geben	ohne Antwort
Deutschland	12	37	34	2	13	2
NBL und Berlin-Ost	4	23	48	4	18	4
FBG (inkl. Berlin-West)	13	41	31	1	12	2

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Charakteristisch für die Aussagen der Befragten der neuen Bundesländer ebenso wie die der Westdeutschen ist vor allem eine konträre altersabhängige Beurteilung innerhalb und zwischen den beiden Regionen. Während im Osten die jüngeren Altersgruppen bis zu fast 40 % das erreichte Maß positiv bewerten, tritt ab 50. Lebensjahr ein deutlicher Bruch in der Bewertung (rd. 25 % und darunter) ein. Offensichtlich bedingt durch das Nichterreichen der eigenen Vorstellungen, die 1989/1990 bestanden, wie auch der getragenen besonderen „Lasten“ der Vereinigung (Langzeitarbeitslosigkeit, Entwertung der Biografien, Unbeeinflussbarkeit der Einkommensungleichheiten usw.). In den alten Bundesländern sind es die Jüngeren mit eher kritischen Positionen, während ab 60-Jährige zu über 60 % die Einheit für weitgehend erreicht halten.

Darüber hinaus ist festzustellen:

- Frauen und Männer äußern sich in Ost wie West relativ übereinstimmend.
- Mit steigendem Einkommen und höherer Qualifikation nimmt der Anteil derer zu (60 % und dar.), die sich positiv artikulieren, offensichtlich Ausdruck einer individuell real erreichten besseren/wirksameren „Angleichung“ (berufliche Tätigkeit/Einkommen/Wohneigentum) - umgekehrt wird seitens Arbeitsloser eher davon ausgegangen, dass es noch mehr als 50 Jahre dauern wird.
- In kleineren Gemeinden ist der Anteil derer, welche die Einheit als vollzogen betrachten, im Osten gering (17 %), bei einem hohen Anteil derer, die von mindestens 50 Jahren ausgehen (23 %). Großstädter artikulieren sich mit 39 % am positivsten. Gemeindegrößen spielen in der Bewertung der Westdeutschen keine größere differenzierende Rolle (Fehlen eigener Erfahrungen).

Insbesondere die in den Jahren ab 2000 in Gang gesetzten Sozialreformen führen in Ost wie West zu negativen Wirkungen. Die Reformen, die in den neuen wie alten Bundesländern gleichermaßen realisiert werden, wirken in Ostdeutschland verstärkend auf Ungleichheiten innerhalb der neuen Bundesländer und zu den alten Bundesländern (z.B. prekäre Arbeitsverhältnisse mit Langzeitwirkung bis ins Rentenalter und abnehmende Alterssicherungsleistungen). In den alten Bundesländern vermitteln die negativen Wirkungen der Sozialreformen zum Teil das Gefühl, „Opfer“ durch nachholende „Vereinigungskosten“ zu sein.

Spezifik und Besonderheiten der Bewertungen der Entwicklung der Bürger in Ostdeutschland resultieren sowohl aus der historischen Entwicklung und ihrer „DDR-Sozialisation“ als auch aus den Entwicklungen nach 1990. Das ist nicht identisch mit differenzierenden Merkmalen zwischen einzelnen Bundesländern wie Bayern und Sachsen, sondern ist eine flächendeckende regionale Unterschiedlichkeit zwischen den neuen und den alten Bundesländern (vgl. Abschnitt 1.2.4.1). Daran ändert sich auch nichts durch die Feststellung des seinerzeitigen Vorsitzenden des Forums Ostdeutschland der SPD und

stellv. Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts - Jens Bullerjahn - wenn er sagt: „Die 'große Lösung für den Osten' wird es nicht geben, weil es 'den' Osten nicht mehr gibt.“²⁹ Es gibt „den“ Osten aber immer noch. Die zunehmende Differenzierung der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse in den neuen Ländern vollzieht sich auf einem anderen Niveau als gleiche Entwicklungen im Westen Deutschlands. Als herausgehobene Beispiele dafür mögen dienen: die Arbeitsmarktsituation, die Altersstruktur in Ostdeutschland, das Haushaltseinkommen pro Familie, die Vermögensverhältnisse, das Wanderungsverhalten u.a.m. (siehe nachfolgende Abschnitte). Charakteristika sind auch die nach wie vor existierenden unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen Ost-West im Rahmen der Bundeshoheit. Das gilt für die existierenden zwei Gebiete im Rentenrecht Ost und West mit unterschiedlichen aktuellen Rentenwerten, für unterschiedliche Regelungen bei Leistungen der sozialen Sicherung (Übergangslösungen beim gesetzlichen Mindestlohn) bzw. in nichtstaatlichen Bereichen wie dem Tarifrecht - z.B. Lehrlingsentlohnung, Besoldung Ost-West, Arbeitszeitregelungen. Es muss immer wieder betont werden, dass es vergleichbare Unterschiede in den alten Bundesländern z.T. auch gibt, aber nicht flächendeckend die gesamte Region erfassend.

Es ist offensichtlich, dass es in den neuen Ländern übergreifende Probleme und Defizite gibt, die den Abstand zu den alten Ländern nicht verringern, sondern zum Teil sogar erweitern. Hauptursache ist das fehlende Wirtschafts- und Wissenschaftspotenzial, welches eine nachhaltige Entwicklung sichert. Die Region Ost bleibt noch lange erhalten, wenn keine spezifischen Lösungen (wirtschaftlich, Einwanderung, Finanzausgleich) gefunden und eingeleitet werden (können).

Die Gesamtentwicklung seit 1990 betrachtend, lässt sich das Sprichwort „Der Erfolg hat viele Väter“ auch in Bezug auf die Akteure der friedlichen Revolution und ihre „Verursacher“ anwenden. In der Vergangenheit wurde seitens eines Teils der Medien ständig der Versuch unternommen, insbesondere den westdeutschen Part einer besonderen Würdigung zu unterziehen bzw. den ostdeutschen Anteil herabzuwürdigen. So auch durch gezielte Betonung der Rolle von Ungarn und der CSSR, der Wirksamkeit der Gespräche zwischen H. Kohl und M. Gorbatschow u.a.m.

Erst in den letzten Jahren - offensichtlich beeinflusst von der Realität des unvollendeten Angleichungsprozesses bzw. jeweils bevorstehender Wahlen oder „Jahrestage“, aber auch einer ostdeutschen Bundeskanzlerin - wird stärker auf den seinerzeit längerfristigen zunehmenden Widerstand - insbesondere unter dem Schutz der Kirchen in der DDR - hingewiesen.

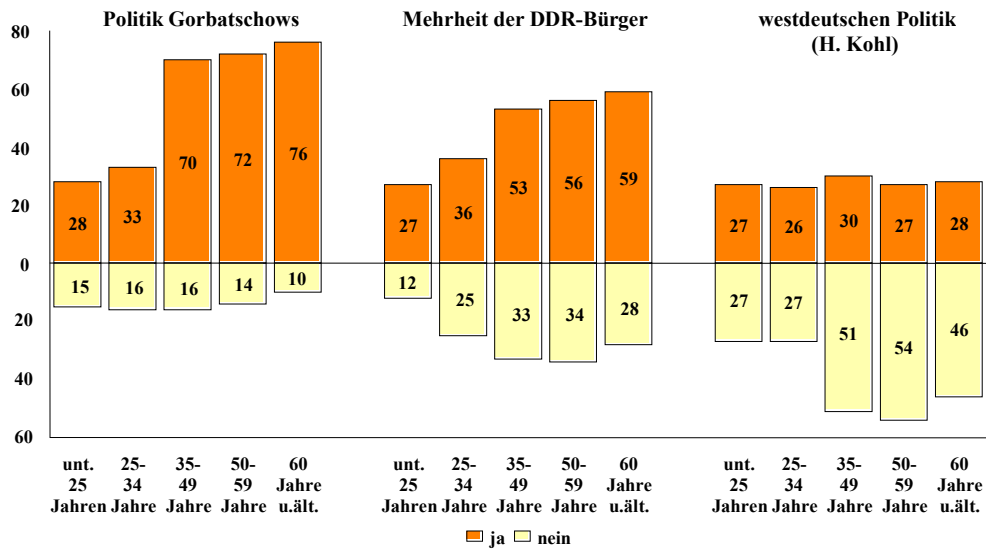
Natürlich trugen die massenhaften Abwanderungen über westdeutsche Botschaften in der CSSR und Ungarn dazu bei, dass die rasch zunehmenden „Montags“-Demonstrationen, betrieblichen und örtlichen Kundgebungen/Großkundgebungen den Druck auf die Parteiführung erhöhten. Dass jedoch die Mauer von „Ost nach West“ (Thierse) eingedrückt wurde, ist Ergebnis des keineswegs gering zu schätzenden Teils der Bevölkerung von 40 %, der sich daran beteiligte.

Eine 2009 durchgeführte diesbezügliche Befragung ergab folgende differenzierenden Wertungen der Bürger der neuen Länder darüber, wem die Öffentlichkeit die Leistungen vor allem zuordnet (vgl. Abbildungen 1.12 und 1.13):

- An erster Stelle wird die friedliche Revolution als Ergebnis der Politik Michael Gorbatschows zur Reformierung der RGW-Staatengemeinschaft angesehen (62 % ja/14 % nein/16 % ich weiß nicht/9 % ohne Aussage bzw. Antwort) - welche im Endeffekt zu deren Auflösung führte. Insbesondere Ältere sowie Hoch- bzw. Fachschulabsolventen unterstützen diese Position.

²⁹ Vgl. Rede Jens Bullerjahn auf dem SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt, Halle, 15.9.2007.

Abbildung 1.12: Wird die historische Leistung der friedlichen Revolution im Herbst 1989 heute in der Öffentlichkeit gesehen als Leistung der ...? - nach Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent -



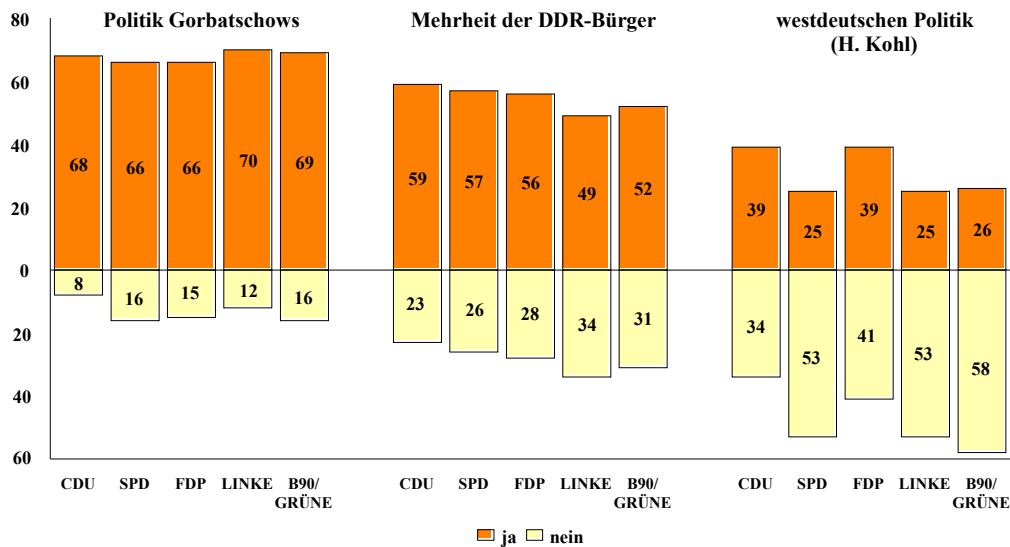
Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

- Der zweite Rang wird der Mehrheit der DDR-Bürger - und damit ihren Aktionen im Herbst 1989 bis Anfang 1990 zugeordnet (50 % ja/28 % nein/13 % ich weiß nicht/9 % ohne Antwort).
- An dritter Stelle wird die friedliche Revolution als Ergebnis einzelner Oppositioneller bzw. von oppositionellen Gruppen hervorgehoben (46 % ja/26 % nein/17 % ich weiß nicht/11 % ohne Antwort). Hier heben sich insbesondere Mitglieder/Sympathisanten der GRÜNEN (59 %) sowie der SPD (58 %) vom Durchschnitt ab, was auch mit der Entstehungsgeschichte dieser Parteien in der DDR verbunden ist.
- Viertens wird die Rolle der westdeutschen Politik in dieser Phase (Bundeskanzler Helmut Kohl) genannt (28 % ja/44 % nein/17 % ich weiß nicht/11 % ohne Antwort), bei relativ einheitlicher Wertung durch die Altersjahrgänge.
- Für einen historischen Zufall halten es 15 % der Bürger, 58 % wenden sich gegen eine solche Position (16 % ich weiß nicht/11 % ohne Antwort).

Insbesondere die altersstrukturelle Untersetzung (vgl. Abbildung 1.12) zeigt, dass zwischen den unter 35-Jährigen und über 35-Jährigen deutliche unterschiedliche Wertungen in Bezug auf die Rolle Michael Gorbatschows und der DDR-Bürger vorgenommen werden, welche indirekt den Unterschied zwischen erlebter und vermittelter Vergangenheit reflektieren.

Die parteipolitischen Präferenzen (vgl. Abbildung 1.13) weisen insgesamt weitaus homogenere Aussagestrukturen auf und vermitteln lediglich bei der Rolle Helmut Kohls die Unterschiedlichkeiten parteipolitischer Positionen.

Abbildung 1.13: Wird die historische Leistung der friedlichen Revolution im Herbst 1989 heute in der Öffentlichkeit gesehen als Leistung der ...? - nach parteipolitischen Orientierungen der Bürger - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

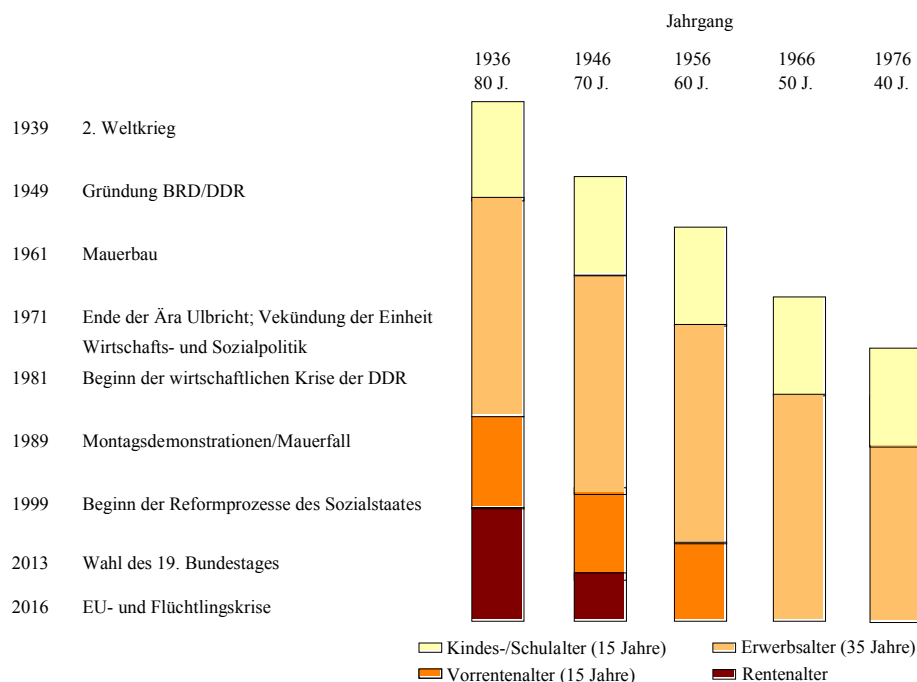
Die Sicht der Ostdeutschen auf die Situation im Herbst 1989 bis zur Vereinigung und deren Wirkungen sowie Folgen zu erfahren und zu bewerten, ist im Nachhinein kompliziert, da ein keineswegs unbedeutender Teil damaliger Bürger und Akteure inzwischen nicht mehr lebt und ein zunehmender Teil der heutigen erwachsenen Bürger die Zeit nur als Kind bzw. heranwachsender Jugendlicher erlebte. Ihre Aussagen werden - soweit sie welche treffen können und wollen - von anderen vermittelt, beruhen aber nicht auf eigenem Erleben. Aus der heutigen Sicht wird zudem vieles naturgemäß durchaus anders gesehen als vor zwanzig Jahren. Trotzdem lassen die durchgeführten Untersuchungen eine ganze Reihe von Aussagen zu, die für den noch zu vollendenden Vereinigungsprozess von Gewicht sind/sein können.

Nicht zuletzt wirkt der „demografische Wandel“ auch auf zunehmende Begrenzungen hinsichtlich der Zahl der Bürger und deren soziale Struktur, welche Aussagen zur Zeit vor, während und nach dem Herbst 1989 aus eigenem Erleben beurteilen können. Die Bewertung der Ergebnisse der friedlichen Revolution auf der Grundlage der Aussagen von „Zeitzeugen“ wird immer schwieriger, da inzwischen eine Generation verstorben (4 Millionen), eine, die nie in der DDR gelebt hat, nachgerückt ist (2,5 Millionen) und Millionen durch Ab- und Zuwanderung (4,5 Millionen/2,7 Millionen) einen teilweisen Bevölkerungsaustausch vollzogen haben. Daraus folgt u.a.:

- Nur noch rd. 50 % der in den neuen Ländern Lebenden sind gegenwärtig aussagefähig zu der Zeit vor und während des Herbstes 1989 aufgrund eigenen Erlebens.
- Die Generationen, welche weitgehend die friedliche Revolution trugen, haben inzwischen das Renten- bzw. Vorrentenalter erreicht.
- Jüngere übernehmen vor allem die Auffassungen ihrer Eltern zum Leben im Osten (81 %).

Von den 2016 in den neuen Ländern lebenden Bürgern waren die heute unter 26-Jährigen Ende 1989 noch gar nicht geboren, nur die über 55-Jährigen haben zum Zeitpunkt des Mauerbaues (1961) und nur die über 68-jährigen im Gründungsjahr der Bundesrepublik bzw. der DDR schon gelebt (wenn sicher auch nicht in jedem Fall diese Ereignisse bewusst erlebt).

Abbildung 1.14: Prinzipschema des „Erlebens“ deutscher Geschichte



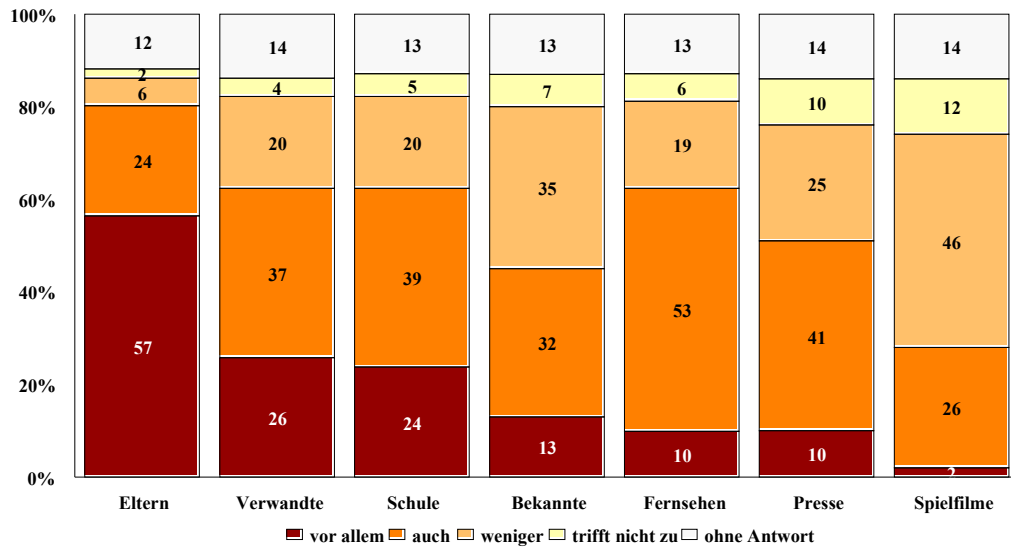
Diese unterschiedlichen „Erfahrungsstrukturen“ führen unter anderem dazu, dass einerseits der Anteil von (jüngeren) Menschen zunimmt, welche auch die Ost-West-Konfrontation als Systemkonfrontation nicht erlebt haben und die nur wenig Verständnis für eine mehr als 25 Jahre dauernde Diskussion um Gegensätzliches und Gemeinsames haben. Andererseits werden diese Altersgruppen weniger mit den erreichten Veränderungen seit 1990 im Vergleich zur DDR, sondern mehr mit den für sie nicht verständlichen und durch sie nicht nachvollziehbaren Unterschieden zwischen Ost und West in der Gegenwart konfrontiert.

1.2.2 Exkurs: Bewertungsquellen jüngerer Bürger/Rück Erinnerungen ab 35-Jähriger (2009)

Zumindest die heute 30- bis unter 45-Jährigen haben die DDR zum großen Teil nur aus der Sicht des Kindergartens und der Schule kennengelernt. Ihre Beurteilungen stützen sich naturgemäß in hohem Maße auf die Vermittlung durch Elternhaus und Umwelt/Umfeld. In der empirischen Erhebung 2009 gaben von den damals 18- bis unter 35-Jährigen (gegenwärtig unter 47-Jährige) - bezogen auf die bestimmenden Einflüsse ihrer DDR-Kenntnisse - an:

- Prägend ist das Elternhaus - 81 % haben ihre Kenntnisse von den Eltern (Mutter/Vater) „vor allem“ (57 %) bzw. „auch“ (24 %) erhalten.
- Einen relativ hohen Stellenwert haben Verwandte und Schule (rd. 25 %).
- Aber auch dem Fernsehen wird teilweise ein Einfluss zugeordnet, während Bekannten, Presse und Filmen ein geringer Einfluss zugestanden wird (dabei ist zu beachten, dass Presse bei Jüngeren und in den neueren sozialen Netzwerken die Jahre um 1989/90 kaum eine Rolle spielen).

Abbildung 1.15: Wenn Sie 1989 zu jung waren, um über eigene Erinnerungen zu verfügen, sagen Sie uns bitte, von wem Ihre Kenntnisse, Ihr Wissen, Ihre Einschätzungen geprägt und beeinflusst wurden! - nur 18- bis unter 35-Jährige - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)

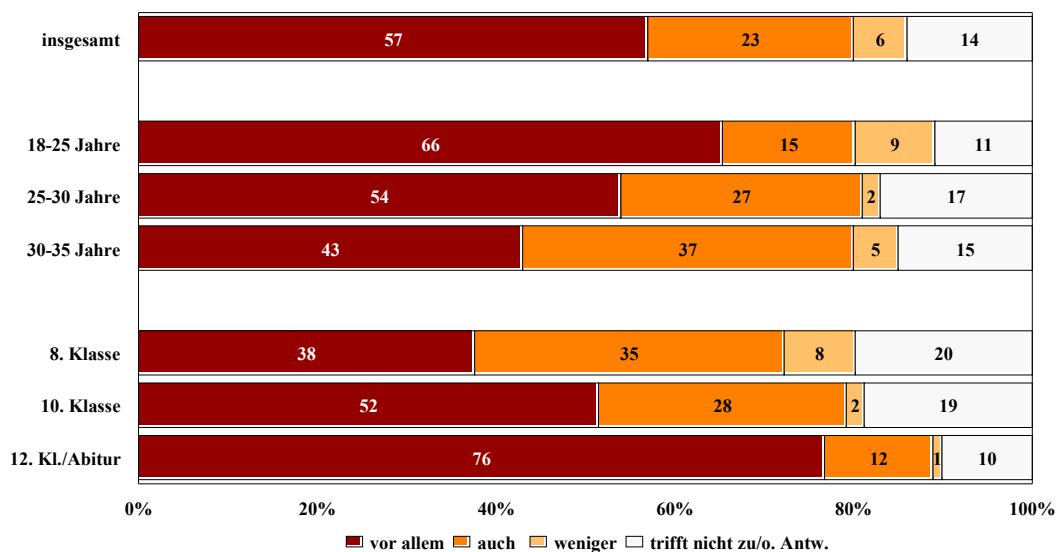


Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Deutliche Unterschiede sind erkennbar, indem

- unter 25-Jährige dem Elternhaus ein höheres Gewicht beimessen (66 % vor allem) als 30- bis 35-Jährige (43 % vor allem);
- 18- bis 35-jährige Frauen stärker vom Elternhaus geprägt werden (65 % vor allem) als Männer (50 %);
- höhere Bildungsabschlüsse (70 % der Befragten mit 12./13. Klasse) stärker vom Elternhaus „beeinflusst“ werden ebenso wie
- sich den oberen Schichten Zuordnende den Einfluss des Elternhauses stärker betonen (75 %) als „untere Schichten“.

Abbildung 1.16: Welchen Einfluss hatte Ihr Elternhaus auf Ihre DDR-Kenntnisse? - nach Alter und allgemeinem Bildungsabschluss - nur 18- bis 35-Jährige - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

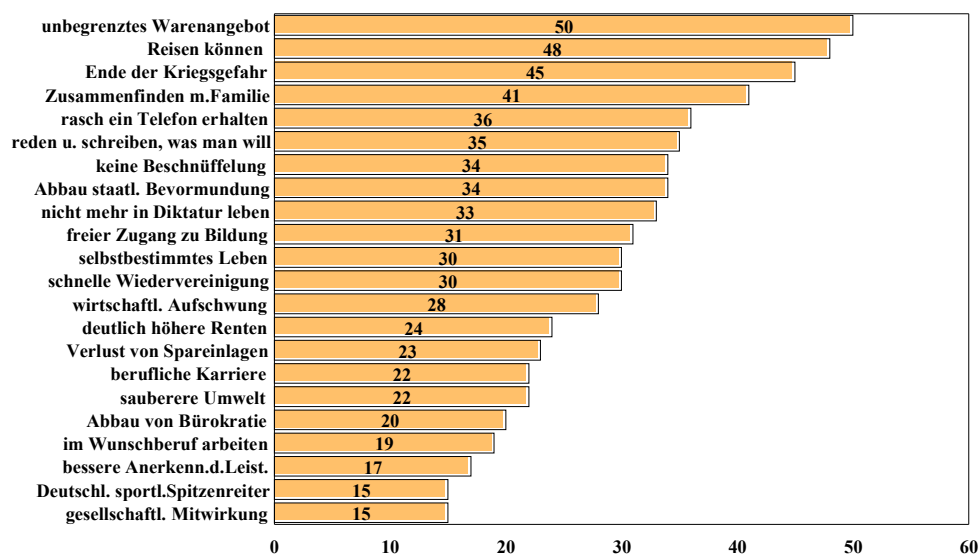
Es ist offensichtlich-, dass unter der räumlichen „Nähe“ zur elterlichen Einflussnahme bei 18- bis 25-Jährigen der Stellenwert des Elternhauses am höchsten bewertet wird. Auch mit steigendem Bildungsabschluss wird der Einfluss des Elternhauses entweder mehr „gesucht“ oder stärker wahrgenommen.

Bezogen auf die Generationen ab 40. Lebensjahr werden die Bewertungen der Ergebnisse der friedlichen Revolution und Vereinigung über den Zeitraum seit 1989 nicht zuletzt an die Vorstellungen und Erwartungen des Einzelnen gebunden, die er seinerzeit bzw. im Verlauf der Jahre hatte.

Die 2009 von den zu dieser Zeit ab 35-jährigen Bürgern der neuen Länder getroffenen retrospektiven Aussagen über ihre Vorstellungen und Erwartungen, welche sie im Herbst 1989 hatten, belegen (vgl. Abbildung 1.17)

- den hohen Stellenwert, den ein quantitativ und qualitativ verbessertes Warenangebot (50 %) ebenso wie das Reisen, d.h. der Wunsch auf Kennenlernen bis dato fremder Länder, für die Bürger hatten (48 % volle Zustimmung);
- die Zuversicht, dass mit dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation und dem Ende des kalten Krieges auch die Kriegsgefahr zwischen Ost und West beendet wird (45 %);
- die Erwartungen auf direkte persönlich-familiäre Kommunikation durch Zusammenfinden zwischen Familienangehörigen im weitesten Sinne (41 %), welche sich bei vielen rasch gab;
- die Möglichkeit spürbar verbesserter telefonischer Kommunikation (36 %);
- die Erwartung des Abbaus aller Strukturen, welche Selbstbestimmung begrenzen, sei es durch Abbau staatlicher Bevormundung (34 %), den Wunsch, nicht mehr in einer Diktatur leben zu müssen bzw. zu wollen (33 %) oder den Abbau staatlicher „Beschnüffelung“ (34 %);
- die Hoffnung auf den Zugang zu Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben (30 %), im Bereich der Bildung (31 %), im Beruf (22 %) sowie durch entsprechende Entlohnung (bzw. Renten - 24 %) und Anerkennung der Leistung (17 %).

Abbildung 1.17: Welche Erwartungen und Hoffnungen hatten Sie - wenn Sie sich zurückerinnern - an den Herbst 1989? - ab 35 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent - (nur Antwort: „trifft voll zu“)

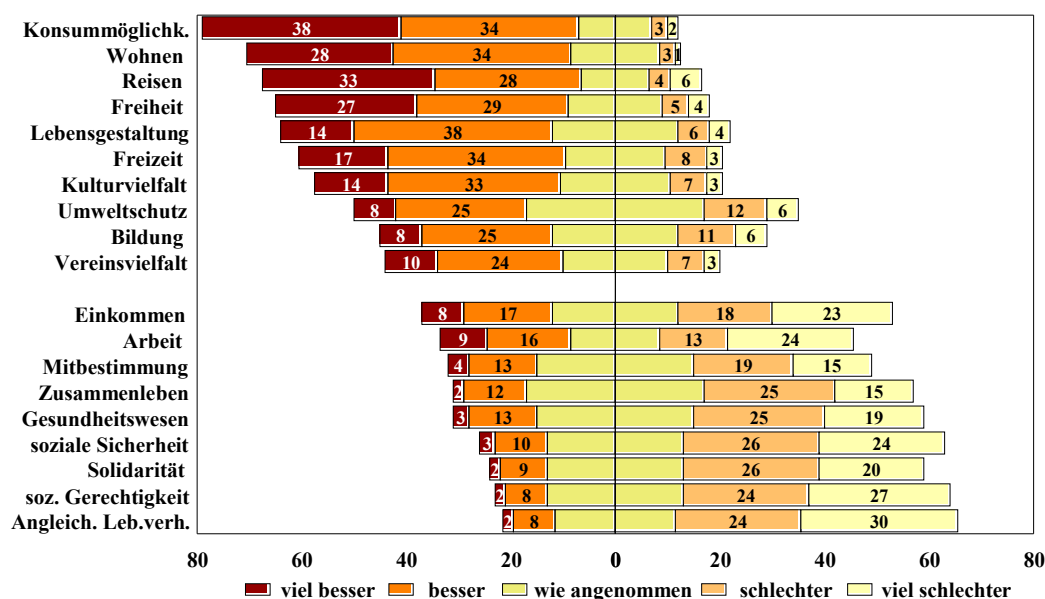


Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Inzwischen sind mehr als 25 Jahre vergangen. Für alle Bürger der neuen Länder sind grundlegende Veränderungen eingetreten. Viele Erwartungen wurden erfüllt, viele auch nicht.

Alles in allem wurde ein Großteil der damaligen Erwartungen (vgl. Abbildung 1.18) in höherem Maße erfüllt als angenommen. Vor allem in den Bereichen Konsummöglichkeiten geben „viel besser/besser“ als angenommen“ 72 % an, Wohnen 62 %, Reisen 61 % und Freiheit 56 %. Auf der anderen Seite wird die Bewertung „viel schlechter/schlechter als angenommen“ vor allem angegeben bei der Angleichung der Lebensverhältnisse (54 %), bei sozialer Gerechtigkeit (51 %), der sozialen Sicherheit (50 %), dem Gesundheitswesen (44 %) sowie der Einkommensentwicklung (41 %) - alles Bereiche, die vom Einzelnen nicht bzw. nur bedingt beeinflussbar sind.

Abbildung 1.18: Meine Erwartungen in der Wendezeit in Bezug auf mein Leben haben sich in den einzelnen Lebensbereichen ... erfüllt. - ab 35 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = trifft nicht zu/ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Die dargestellten Analysen - wie auch andere Untersuchungen - widerlegen die Auffassung, dass es seitens der Bürger der neuen Bundesländer keine hinreichende Anerkennung der in den Jahren seit 1990 vollzogenen Veränderungen gäbe und alles nur „negativ“/„nostalgisch“ betrachtet würde:

- Es gibt insgesamt - trotz unverkennbarer Unterschiede - eine hohe Übereinstimmung in den getroffenen Aussagen, das gilt im Besonderen zwischen Frauen und Männern.
- Die Anerkennung des Erreichten ist durchgängig, nur sich differenzierend durch eine höhere positive Bewertung bei Älteren (insbesondere über 75 Jahre, d.h. der Altersgruppe, welche 1989 im Alter zwischen 50 und 65 Jahren war) und Familien mit höherem Pro-Kopf-Einkommen.
- Auch bei „negativ“ besetzten Bereichen ist die Differenzierung an Alter und Einkommen gebunden - wenn auch mit geringeren Unterschieden.

Die Haltung vieler Bürger der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik wird nicht zuletzt von der z.T. vorherrschenden einseitigen Pauschalzuordnung individuell gelebten Lebens als Leben in einem „Unrechtsstaat“ negativ beeinflusst. Die große Mehrheit der Bürger geht zwar nicht davon aus, in einem „Rechtsstaat“ gelebt zu haben, aber kaum jemand bestreitet Demokratiedefizite und Bevormundung

oder Repressalien. Die Mehrheit geht aber auch davon aus, individuell kein „Unrecht“ begangen zu haben. Bei aller notwendigen Auseinandersetzung mit geschehenem Unrecht „darf nicht vollends verdeckt werden, dass es in der DDR auch reiches, glückliches, authentisches und aufrechtes Leben gab“³⁰.

Die Debatte um den Unrechtsstaat hat 2009 (Wahljahr) eine jähe Wendung erfahren - eingeleitet durch den Ministerpräsidenten Mecklenburg-Vorpommerns E. Sellering, der sich gegen eine pauschale Verdammung der DDR als totaler Unrechtsstaat wandte.³¹ Fast zeitgleich und unisono stellten auch der Vizepräsident des Bundestages W. Thierse³² und der Theologe und DDR-Oppositionelle F. Schorlemmer³³ Analoges fest. Das ihnen Gemeinsame, Hervorzuhebende ist die Forderung nach ausgewogener Darstellung des Lebens in der DDR, welche weder geschehenes Unrecht in der DDR leugnet noch alles in der DDR Geleistete verdammt. Es geht nicht um Verharmlosung, sondern gegen eine einseitige - und damit falsche - Darstellung des DDR-Staates, welche ihn „auf gleiche Höhe mit dem Unrechtsstaat der deutschen Geschichte“ - der Hitler-Diktatur - setzt³⁴. Es gab Anpassung ebenso wie den „Einheitsstaat“ unter Führung der SED. Die DDR war kein Rechtsstaat im Sinne bundesdeutscher Meinungsführerschaft, aber „das Mitmachen, gar die Überzeugung oder Begeisterung vieler für ihren 'sozialistischen Friedensstaat' kann man dann besser verstehen, wenn man sich klar macht, dass dieser Staat nach seinem eigenen Selbstverständnis seinen Bürgern dienen, den Frieden sichern, Gerechtigkeit schaffen, für die einfachen Menschen neue Chancen eröffnen, Ausbeutung abschaffen, Arbeit, Wohnung und Bildung garantieren, kulturvolles Leben für alle ermöglichen wollte. Die DDR war ein Sozialstaat, der wenig Freiheit ließ, aber keinen durchs Netz fallen lassen wollte.“³⁵

Wie politische Prozesse in der DDR z.T. geführt wurden, war politisches Unrecht, das nicht zu verniedlichen oder schön zu reden ist. Aber es gab auch „im Zivilrechtlichen eine Gesetzgebung ..., die sich durchaus in manchem dem BGB angelehnt hatte. Man denke an Arbeits-, Familien- und Jugendschutz, Verkehrs- und Handelsrecht. Die DDR war ein Einheitsstaat unter festgeschriebener Führung der SED...“³⁶ Insofern sind bei allen notwendigen Debatten um den Unrechtsstaat - so interessant sie für Staats- und Rechtswissenschaftler und Talkrunden sein mögen - jedoch nicht die „Nebenwirkungen“ zu übersehen, welche diese auf die Bewertung und Anerkennung des Lebens der Bürger in den Jahren bis 1990 haben.

Die Diskussion um das von vielen Medien und zum Teil der Politik vermittelte DDR-Bild wird erwartungsgemäß auch im 25. Jahr der friedlichen Revolution wieder „Hoch“zeit haben. Im Zentrum werden wieder/immer noch die Auseinandersetzungen darüber stehen, ob die DDR ein Unrechtsstaat war oder ein Staat, in dem Unrecht geschah.³⁷

Durch eine fast alles überlagernde Unrechtsstaatsdebatte werden gegenseitige Vorbehalte „wach“ gehalten. „Die gegenseitige Anerkennung der Bürger in Ost- und Westdeutschland ist trotz aller Fort-

³⁰ Schorlemmer, Friedrich: Wohl dem, der Heimat hat, Aufbau Verlag, Berlin 2009, S. 125.

³¹ Märkische Oderzeitung vom 23.03.2009.

³² DF vom 25.03.2009.

³³ ND vom 28.03.2009.

³⁴ Schorlemmer, Friedrich: Kein Rechtsstaat. Aber deswegen doch kein Unrechtsstaat, ND vom 28.03.2009, S. 21.

³⁵ Ebenda S. 21.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014, Berlin 2014, S. 14; vgl. auch Diskussionen zur Bildung der rot-rot-grünen Koalition in Thüringen, Oktober 2014.

schritte noch immer nicht ausreichend. In Ost und West haben viele Bürger das Gefühl, dass die Menschen des anderen Landesteiles ihre Leistungen nicht genügend anerkennen.“³⁸

Noch immer gilt die Feststellung des Jahresberichts der Bundesregierung „Zum Stand der Deutschen Einheit 2009“, dass „es noch immer Defizite bei der inneren Einheit gibt“, dass es notwendig ist, „Fortschritte bei der gesellschaftlichen und sozialen Einheit zu erzielen. Hierzu zählen gegenseitige Anerkennung, Respekt und Verständnis für unterschiedliche Positionen, Überzeugungen und Lebensleistungen“.³⁹ Anerkennung hat für die Bürger, die in der DDR lebten, drei Aspekte:

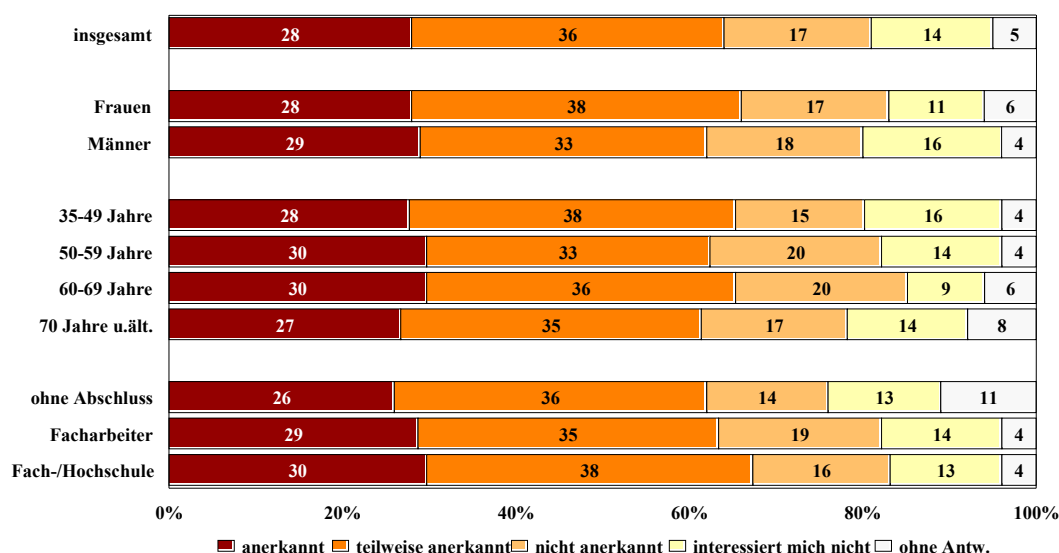
- bezogen auf das Leben in der DDR,
- bezogen auf die historischen Leistungen im Herbst und Frühjahr 1989/1990 und
- bezogen auf die wirtschaftlichen, politischen und damit verbundenen sozialen Entwicklungen seit 1990.

Es ist denen zuzustimmen, die davon ausgehen, dass 1989 „nicht die Menschen gescheitert sind, sondern das System“.⁴⁰ Anerkennung erbrachter Leistungen durch das soziale Umfeld, Anerkennung eines anders gelebten Lebens, mit anderen Wertvorstellungen, anderen sozialen Strukturen, sich unterscheidender kultureller Vielfalt ist Bedingung des Gefühls von Gleichwertigkeit. Nicht zuletzt unterstützen die Untersuchungen die Auffassung, dass „die Ostdeutschen selbstbewusst sein können, da sie es waren, welche die Mauer zum Einsturz brachten“.⁴¹

Insgesamt fühlten sich 2009 die ab 35-jährigen Bürger der neuen Bundesländer in Bezug auf ihr Leben in der DDR zu rd. einem Viertel (28 %) anerkannt bzw. teilweise anerkannt (36 %). 17 % der genannten Altersgruppe fühlen sich nicht anerkannt, und 19 % interessiert es nicht bzw. geben keine Antwort.

Die Grundaussage ist, dass sich rd. zwei Drittel der Bürger nicht bzw. nur teilweise anerkannt fühlen, was heißt: nicht integriert zu sein.

Abbildung 1.19: Fühlen Sie sich in Bezug auf Ihr Leben in der DDR ...? - ab 35 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

³⁸ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2009, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin, 10. Juni 2009, S. 31.

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Blechinger, Beate (ehemalige Justizministerin Brandenburg) - 8.07.09 in Potsdam.

⁴¹ Tiefensee, Wolfgang (ehemaliger Ostbeauftragter der Bundesregierung) - 01.07.2009.

Am meisten anerkannt fühlen sich (insgesamt = 28 %)

- Hoch- und Fachschulabsolventen (30 %),
- Beamte (32 %) und Selbstständige (42 %),
- Bezieher eines individuellen Nettoeinkommens über 2.000 Euro (40 %),
- sich der Mittelschicht Zuordnende (34 %),
- CDU- und SPD-Sympathisanten (35 %).

Nicht anerkannt fühlen sich (insgesamt = 17 %)

- Arbeitslose (30 %),
- Sympathisanten der DIE LINKE (25 %),
- sich der Unterschicht Zuordnende (30 %),
- mithelfende Familienangehörige (25 %).

Dabei ist eine – alles in allem - relativ hohe Übereinstimmung der getroffenen Aussagen feststellbar. Das gilt für Frauen wie Männer, für Altersgruppen ebenso wie zum Teil für Bildungsabschlüsse (vgl. Abbildung 1.19).

Das „offizielle“ Bild zum Leben in der DDR - zusammengefasst von F. Schorlemmer - lautet: „Wer heute, 60 Jahre später, DDR sagt, dem hat gemeinhin nichts anderes als Mauer, Staatssicherheit und SED-Herrschaft einzufallen. Die (sichtbare) Mauer ist geschreddert, die SED verschwunden, nur die Stasi-Akten sind es nicht. Sie sind fast täglich präsent und werden wie ein schrecklicher Schatz präsentiert.“⁴²

Die durchgeführte Erhebung (2009) ergibt, dass die Bürger der neuen Bundesländer die Auffassung haben, dass

- einerseits die Abrechnung mit Stasi-Aktivitäten einzelner Bürger erfolgen sollte (56 %), insbesondere wenn verbrecherische Handlungen vorliegen (74 %);
- aber andererseits nach 20 Jahren endlich Schluss gemacht werden sollte, mit den Stasi-Akten noch Politik zu machen (56 %).

Rund die Hälfte (47 %) unterstützt, dass die Akten spätestens nach 25 Jahren geschlossen werden sollten. Das heißt, das Thema wird nicht verdrängt, aber eine einseitige Darstellung als das „Leben in der DDR“ prägend keineswegs unterstützt. Dabei sind es eher die „Älteren“, die eine kritische, aber umfassende Bewertung ihres Lebens einfordern (90 % der über 35-Jährigen haben sich dazu geäußert).

Welchen Einfluss eigenes Erleben und übermittelte Kenntnisse und Erfahrungen auf individuelle Wertungen haben, wird vor allem daran deutlich, wenn seitens der Bürger Aussagen dazu getroffen werden, ob in den Medien das Leben in der DDR real dargestellt wird.

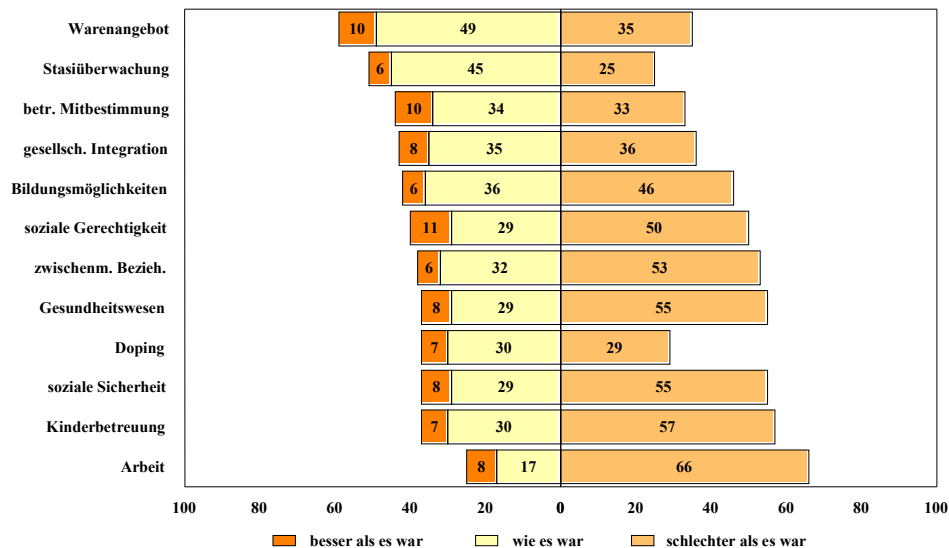
Generell ist zunächst hervorzuheben, dass aus Sicht der ab 35-jährigen Bürger kaum/selten eine positive Überzeichnung der Realitäten erfolgt. Nur 6 bis 10 % stellen fest, dass in einzelnen Bereichen die dargestellte DDR-Realität besser als die seinerzeitige Realität ist. Insgesamt gehen jedoch rd. 30 % bis 40 % davon aus, dass die medialen Darstellungen weitgehend mit den Realitäten des Lebens in der DDR übereinstimmen, am ehesten noch bezüglich des Warenangebotes (49 %), der Stasi-Überwachung (45 %) sowie der Bildungsmöglichkeiten (36 %), am wenigsten bezüglich der Arbeitswelt/-moral/-disziplin (17 %).

⁴² Schorlemmer, Friedrich: Deutsch-deutsche Dämonen, a.a.O.

Insgesamt haben sich zu den einzelnen Bereichen rd. 90 % der Befragten geäußert mit den Ausnahmen Doping (29 % ich weiß nicht) und Stasi-Überwachung (19 % ich weiß nicht). Das sind auch die Bereiche, die über fast zwei Jahrzehnte im Zentrum medialer Darstellungen stehen und beim Einzelnen zum Teil sowohl Übersättigung als auch Unsicherheiten aufkommen lassen.

Die getroffenen Feststellungen reflektieren nicht nur die unterschiedlichen Sichten der Bürger, sondern auch Unterschiedlichkeiten medialer Berichterstattung und Orientierungen.

Abbildung 1.20: Wie wird Ihrer Meinung nach das Leben in der DDR mehrheitlich in den Medien dargestellt? - ab 35 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort
Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Insgesamt lässt sich feststellen: Es ist ein Erfolg der Bürger der neuen Bundesländer, nicht nur die friedliche Revolution bewirkt und damit die notwendige Bedingung für die deutsche Einheit geschaffen, sondern seitdem auch enorme Anpassungs- und Umstellungsprozesse bewältigt zu haben. Die Bürger anerkennen die inzwischen erreichten Ergebnisse hinsichtlich verbesserter Waren- und Dienstleistungsangebote, veränderter Wohnverhältnisse und -bedingungen, bei der Gestaltung freiheitlich-demokratischer Verhältnisse sowie neuer Freiheiten in Bezug auf Reisen und eine interessengeleitete Vereins- und Verbandsvielfalt.

Aber Akzeptanz und Anerkennung erreichter Erfolge dürfen nicht ausschließen, sich kritisch zu verhalten, Missstände zu benennen, Rückstände anzuprangern, um sie zu überwinden. Die 1989 vorhandenen Vorstellungen zur weiteren Entwicklung wurden in vielen Bereichen erreicht, teilweise überboten, aber in Bereichen, welche das Leben unmittelbar berühren, wie Arbeit, Einkommen, soziale Sicherheit im Alter - um einige hervorzuheben - blieben sie hinter den Erwartungen zurück. Es ist trotz der hohen Erwartungen an den Staat keine „Vollkaskomentalität“, sondern auch der Anspruch an eine Verbreiterung der solidarischen Grundlagen der sozialen Sicherungssysteme.

Vielen Menschen in den neuen Bundesländern fehlt immer mehr der Glaube an das Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse (vgl. Abschnitt 1.2.4) nicht nur bezogen auf Einkommens- und Vermögensentwicklungen, sondern auch auf Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt, beim Zugang zu Kultur und gesundheitlicher Vorsorge und Betreuung sowie beim bürgerschaftlichen Engagement und bei der Mitbestimmung.

1.2.3 Gewinne - Verluste

Nach fast 25 Jahren deutscher Einheit bewerteten im Jahr 2014 rd. 46 % der Bürger in Deutschland diese für sich „vor allem als Gewinn“ (24 %) bzw. „mehr als Gewinn denn als Verlust“ (22 %), insgesamt 20 % sahen für sich mehr bzw. vor allem Verluste, und 21 % sowohl Gewinne als auch Verluste (für 11 % trifft die Frage nicht zu/2 % ohne Antwort - insbesondere Jüngere und zugezogene Migranten).

Im Gegensatz zur Frage, in welchem Maße die Einheit vollendet ist, gibt es hinsichtlich der Bewertung der individuellen Wirkungen der Vereinigung ein höheres Maß an Übereinstimmung zwischen den Aussagen der Bürger der neuen Bundesländer und denen des früheren Bundesgebietes. 47 % bzw. 46 % sehen sowohl in Ost wie West für sich Gewinne. Während in den neuen Ländern für 28 % sich Gewinne und Verluste ausgleichen und 18 % eher Verluste feststellen, fällt die Bewertung seitens westdeutscher Bürger erkennbar negativer aus. 21 % sehen für sich insgesamt überwiegend Verluste (3 Prozentpunkte mehr), 20 % geben sowohl Gewinne als auch Verluste an (8 Prozentpunkte weniger).

Tabelle 1.2: Sind fast 25 Jahre deutsche Einheit für Sie insgesamt...? - nach Regionen - 2014
- in Prozent -

	vor allem Gewinn	mehr Gewinn als Verlust	Gewinn/Verlust sind gleich groß	mehr Verlust als Gewinn	vor allem Verlust	trifft nicht zu/ohne Antwort
Deutschland	24	22	21	16	4	13
NBL und Berlin-Ost	22	25	28	14	4	9
FBG	25	21	20	17	4	14

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Insgesamt gibt es seit der Vereinigung in den neuen Ländern eine Gewinn-/Verlustbewertung, die sich auch zwischen den Altersgruppen in ihrem Verlauf z.T. deutlich unterscheidet und durchaus den erfolgten politischen Entwicklungen bzw. Entscheidungen zugeordnet werden kann (vgl. Abbildung 1.21).

Unverkennbar die 1994/1995 (erstmalige Erfassung erfolgte 1994) noch vorgenommene hohe Anerkennung erreichter Gewinne im Vergleich zur Situation in der DDR, die jedoch mit der sich zunehmend stabilen hohen Arbeitslosigkeit, dem Auslaufen der Vorruhestandsregelung für ab 55-Jährige, den sich reduzierenden Angleichungen der Einkommen und einer beginnenden spürbaren Preis- und Mietentwicklung rückläufige Tendenzen zeigt.

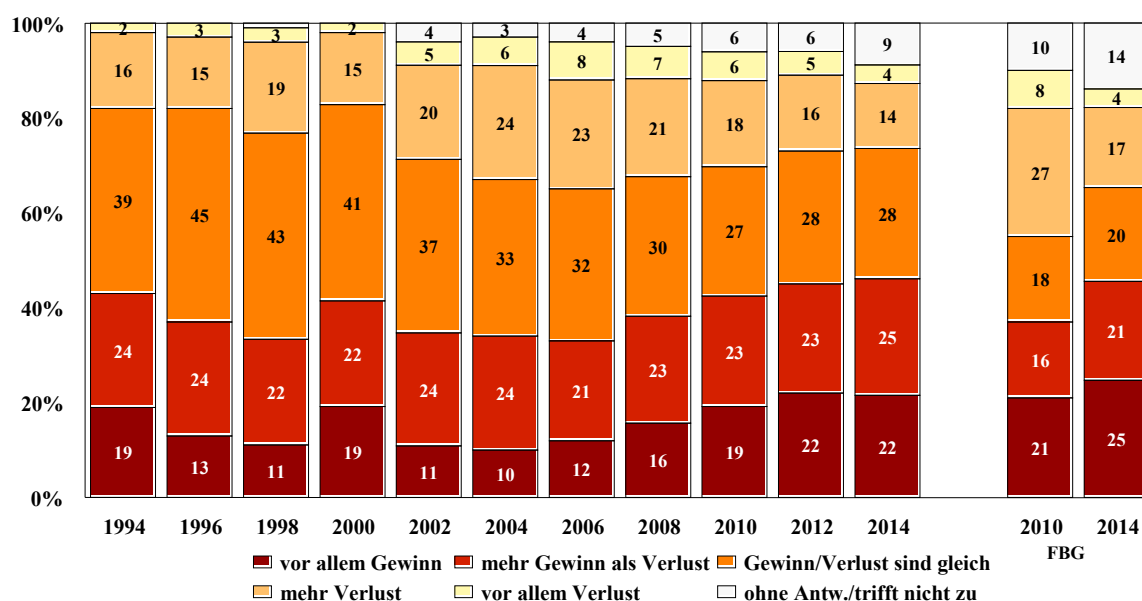
Im Vorfeld des Regierungswechsels zur rot-grünen Koalition (1999) kommen Erwartungen auf, welche die Bürger der neuen Bundesländer erstmalig hoffnungsvoll mit einer „anderen“ Regierungs- und Parlamentszusammensetzung verbinden, und allein diese Möglichkeit zu erleben, für sich als Gewinn sehen - das gilt gleichermaßen für alle Altersgruppen.

Aber bereits ab 2000 werden die Gewinnbewertungen durch die Realitäten der sich abzeichnenden und Schritt für Schritt beginnenden Sozialreformen in fast allen Bereichen die Gesamtentwicklung seit 1990 beeinflusst und zunehmend kritischer gesehen. Das betrifft insbesondere die 50- bis 65-Jährigen mit spezifischen Problemen der Arbeitsmarktentwicklung, aber auch die Rentner mit den beginnenden geringen Rentenerhöhungen bis zu Nullrunden. Die weitere schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse wird zunehmend in Frage gestellt.

Der absehbare und realisierte politische Wechsel Mitte des ersten Jahrzehnts beeinflusst erneut die positive Gesamtbewertung - bei Rentnern erst nach einer erneuten „Rentenspritze“ im Vorfeld der Wahlen 2009. Das allgemeine Abkoppeln der Rentner von der Wirtschafts- und Einkommensentwicklung führt 2011 zu einer deutlichen, unter den allgemeinen Durchschnitt sinkenden Gewinnbewertung, die dem allgemeinen Trend entgegengerichtet ist und mit den Rentenerhöhungen seit 2013 sowie z.B. der Erweiterung der Mütterrente überwunden wird.

Der nach 2009 einsetzende Anstieg positiver Wertungen ist gleichermaßen Ergebnis der „Schutzpolitik“ vor der Wirtschafts- und Währungskrise, des Anstiegs der Erwerbsarbeit (wenn auch z.T. unter prekären Arbeitsverhältnissen, was aber immer noch mehr ist als Arbeitslosigkeit), aber auch des spürbaren Nachrückens von Jahrgängen, welche den DDR-Vergleich nicht mehr realisieren können.

Abbildung 1.21: Sind die Jahre seit der Vereinigung für Sie ...? - neue Länder und Berlin-Ost 1994 bis 2014*/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent** -



* die Bewertungen der Zwischenjahre sind den jeweiligen jährlich erschienenen Sozialreports zu entnehmen

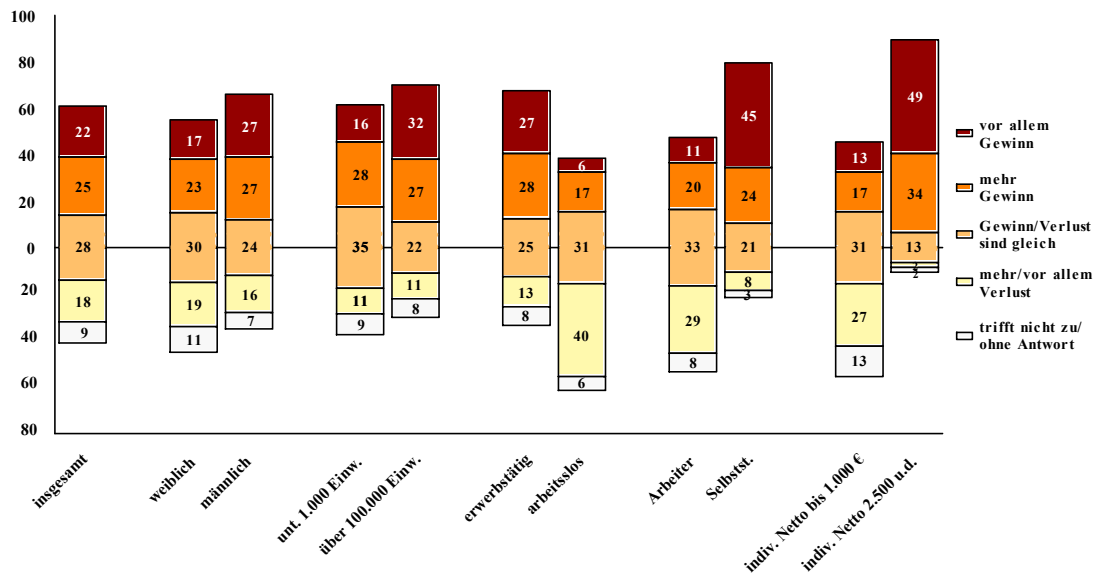
** Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

Datenbasis: sfz/leben 1994-2014 (gew.)

Kennzeichnend ist, dass es im Vereinigungsprozess keine soziale Gruppe in den neuen Ländern gibt, welche sich nur als „Gewinner“ oder „Verlierer“ sieht - ohne vorhandene Differenzierungen zu ignorieren. Auch der seinerzeitige Bundestagspräsident Thierse hob auf der Tagung des Ostforums im Juni 2000 hervor: „Ostdeutsche sind sowohl Gewinner als auch Verlierer.“⁴³ Das schließt durchaus ein, dass einzelne soziale Gruppen für sich jedoch in unterschiedlichem Maße seit der Vereinigung Gewinne/Verluste feststellen. Das gilt auch für den Zeitverlauf, so z.B. bei Rentnern (Ost), welche vor allem in den ersten Jahren mehr Gewinne als andere für sich feststellten - eine Wertung, die im Verlauf der Jahre im Schwinden ist. Die allgemein oft zu hörende Auffassung von den ostdeutschen Rentnern als den „Gewinnern“ und den ostdeutschen Frauen als den „Verliererinnen“ ist eindeutig falsch und auch nicht real - noch dazu, da z.B. über 50 % der Rentner Frauen sind.

⁴³ Thierse, Wolfgang: Zehn Jahre danach - die Einheit neu denken, Kongress des Forums Ostdeutschland der SPD, Redemanuskript.

Abbildung 1.22: Sind die Jahre seit der Vereinigung für Sie ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent -



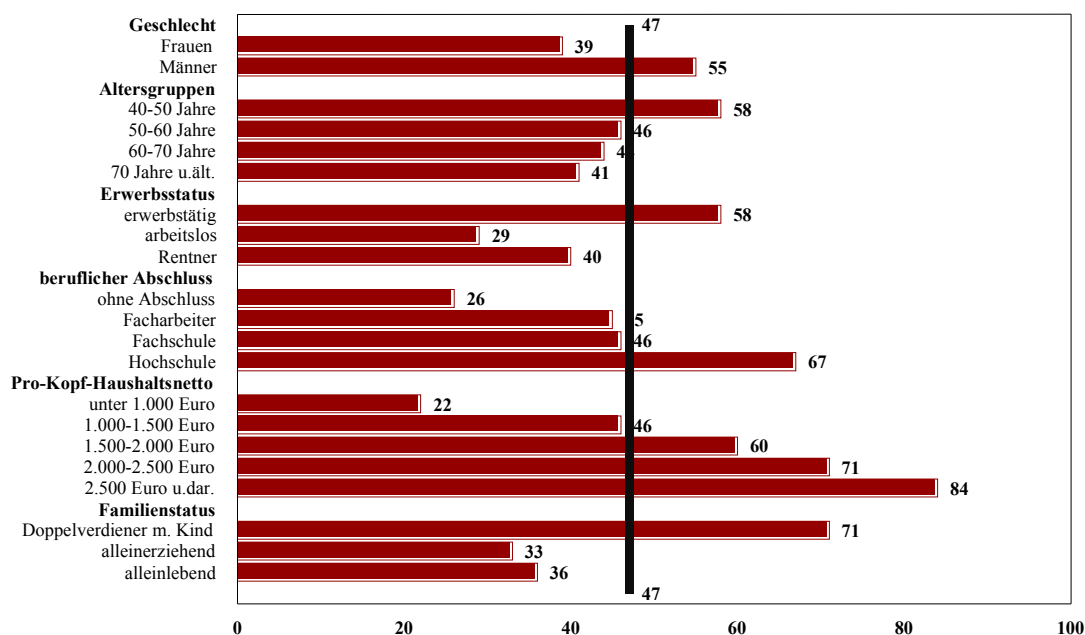
Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Sozialstrukturelle Untersuchungen - bezogen auf neue Bundesländer ab 40. Lebensjahr - lassen erkennen:

- Es sind insbesondere die in den vergangenen Jahren erreichten unterschiedlichen, mit den aktuellen Lebensverhältnissen verbundenen Differenzierungen, welche die Bewertungen nach Gewinnen und Verlusten prägen - das auch vor dem Hintergrund einer bis 1989 weitgehenden Homogenität, z.B. durch Unterbewertung der Tätigkeiten der sog. Intelligenz.
- Eine Erwerbstätigkeit mit entsprechender Bezahlung ausüben zu können und damit die Möglichkeit eigenständiger Gestaltung des Lebens außerhalb des Erwerbslebens zu haben, beeinflusst maßgeblich die Haltung zu den Ergebnissen der Vereinigung. Dabei wird Arbeitslosigkeit offensichtlich in hohem Maße als von der Vereinigung verursachend bewertet - im Westen noch stärker als im Osten. Wenn ein Teil der Arbeitslosen für sich zugleich „Gewinne“ empfindet, reflektiert das insbesondere die Gesamtheit der sozialen Situation, welche auch Eigentumsentwicklungen, familiäre Zusammenhänge sowie den Gesamtzeitraum einschließt. Erwerbstätige geben überdurchschnittlich Gewinne an - insbesondere Beamte-Ost (71 %) und Freischaffende/Selbstständige-Ost (68 %).
- Höhere Einkommensgruppen (individuelles wie Haushaltsnettoeinkommen sowie Pro-Kopf-Einkommen der Haushalte) rechnen sich überdurchschnittlich stark zu den Gewinnern im Osten (wie im Westen).
- Vor allem Einwohner von kleinen Gemeinden sehen für sich sowohl Gewinne als auch Verluste bzw. eher Verluste.
- Männer betrachten sich in höherem Maße als Gewinner als Frauen.
- Wenn Alleinerziehende im Vergleich zu Partner-Familien mit Kindern für sich eher Verluste als Gewinne sehen, ist das offensichtlich jedoch stärker mit dem veränderten familiären Status als mit der Vereinigung verbunden.

- In Abhängigkeit von der Selbsteinschätzung zur sozialen Position (subjektive Schichtzuordnung) werden von den jeweiligen Gruppen im Osten als Gewinn ausgewiesen: Unterschicht 17 %, untere Mittelschicht (Arbeiterschicht) 38 %, Mittelschicht 62 %, obere Mittelschicht 79 % - ein Ausweis der Oberschicht ist aufgrund des Fehlens einer eigenständigen Oberschicht im Osten nicht möglich.

Abbildung 1.23: Sind die Jahre seit der Vereinigung für Sie ...? - nur Befragte ab 40 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „vor allem Gewinn“/„mehr Gewinn als Verlust“)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

- Dabei beeinflussen keineswegs nur materielle Faktoren die Bewertung, sondern auch politische Positionen. Von Gewicht sind die Parteienorientierungen besonders im Osten (auch gebunden an die jeweiligen Sozialstrukturen der Parteiloyalen) - so bewerten Parteiloyalen der CDU die Jahre seit 1990 für sich zu 73 % als Gewinn, FDP 68 %, Grüne 58 %, SPD 56 %, Piraten 41 %, AfD 36 %, DIE LINKE 33 %.

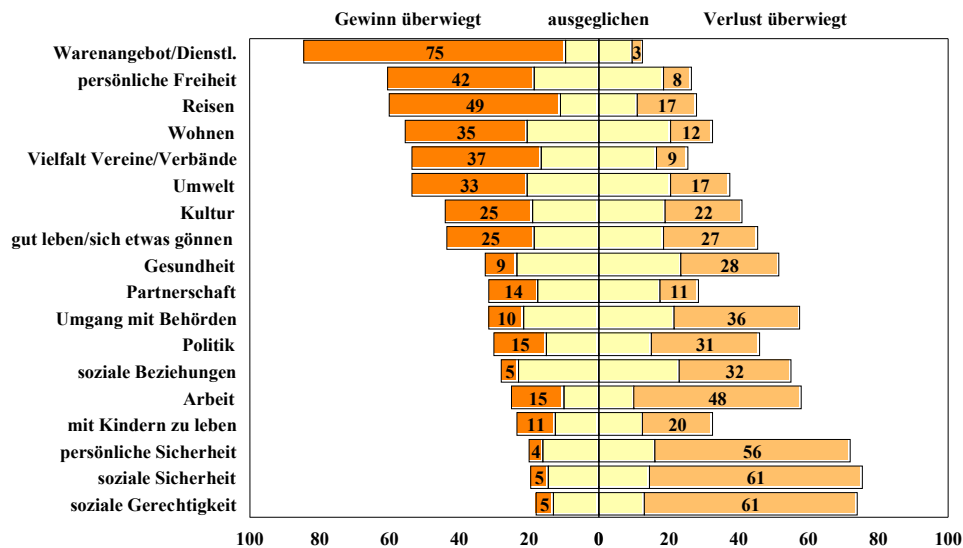
Interessanterweise spielen parteipolitische Orientierungen bei Verlustbewertungen keine besonders differenzierende Rolle (Ausnahme Rechte 50 %). In den alten Bundesländern werden auch nach parteipolitischen Präferenzen die Gewinne jeweils geringer, die Verluste höher bewertet als bei den Sympathisanten der jeweils gleichen Partei im Osten.

Die detailliertere Analyse nach Gewinnen und Verlusten in einzelnen Lebensbereichen - welche von 1995 bis 2002 vorgenommen wurde - erhärtet die getroffene Feststellung, dass Ostdeutsche sowohl Gewinne als auch Verluste hatten/haben. Bereiche mit hohen Gewinnanteilen - z.B. Warenangebot, Reisen, Wohnen - stehen Bereichen mit einer hohen Verlustbewertung, wie z.B. soziale Sicherheit oder soziale Gerechtigkeit - zum Teil auch deutlich unterschiedlich zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen und Rentnern, gegenüber.

Der durch die Untersuchungsreihe gegebene mögliche Vergleich über die Jahre ergab, dass keiner(!) der Befragten in allen Bereichen für sich nur Gewinne sah, wie andererseits lediglich drei Befragte (von rd. 12.000 Befragten = 0,02 %) für sich in allen Bereichen Verluste angaben. Unabhängig von Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus und Qualifikationen liegen an der Spitze der positiven Bewertungen -

mit deutlichem Abstand - das veränderte Waren- und Dienstleistungsangebot (75 % Gewinn), die Möglichkeiten des Reisens und Kennenlernens unbekannter Kulturen (49 %), die persönliche Freiheit (42 %), die mögliche Vielfalt von Vereinen und Interessenorganisationen (37 %), das Wohnen (35 %) und die Umwelt (33 %). Bereiche mit hohen „Verlust-Bewertungen“ sind Arbeit (48 %), persönliche (56 %) und soziale Sicherheit (61 %) sowie soziale Gerechtigkeit (61 %).

Abbildung 1.24: Gewinne/Verluste - neue Länder und Berlin-Ost - 2002 - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2002 (gew.)

Quelle: Winkler, Gunnar: Leben in den neuen Bundesländern, in: Sozialreport 2002, S. 67

Insgesamt ist festzustellen, dass⁴⁴

- bei der Gewinn-Verlust-Bewertung bezogen auf Grundwerte wie soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit über alle sozialen, demografischen und politischen Gruppierungen hinweg ein Höchstmaß an Übereinstimmung besteht. Dabei wäre es zu vereinfacht, dies mit (n)ostalgisch abzutun, sondern es reflektiert das Spannungsfeld zwischen den der Einheit zugrunde gelegten Erwartungen, den im Vereinigungsprozess gesammelten Erfahrungen und den gegebenen Realitäten;
- das Maß der Übereinstimmung bei der Verlustbewertung noch eindeutiger ist als bei Gewinnbewertungen. Differenzierungen in der Gewinnbewertung widerspiegeln sich nicht analog in der Verlustbewertung, sondern eher bei der Feststellung, dass Gewinne und Verluste gleich sind;
- der Erwerbsstatus generell und dabei wiederum die soziale Stellung in der Erwerbsarbeit die Gewinn-Verlust-Bewertung in den einzelnen Lebensbereichen prägen - mit zum Teil deutlicher Rangfolge: Arbeiter, Angestellte/Beamte, Selbstständige/Freischaffende (bei gesonderter Betrachtung der Beamten nähern diese sich eher den Selbstständigen an);
- Bewertungen in politischen Feldern (Freiheit, Politik, Vereinsvielfalt) darüber hinaus von Altersinflüssen geprägt werden - mit positiven Aussagen bei jungen Menschen; am eindeutigsten bei der Bewertung der persönlichen Freiheit (18 bis 24 Jahre: 59 % Gewinn; 60 Jahre und älter: 30 % Gewinn).

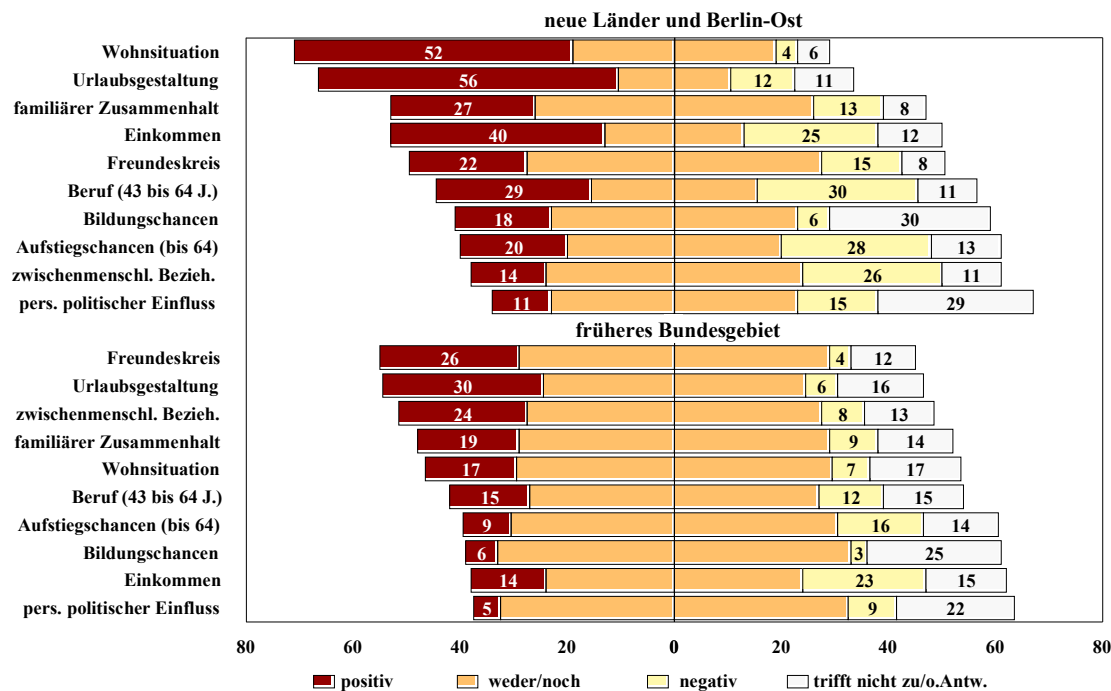
⁴⁴ Vgl. hierzu detaillierter: Winkler, Gunnar: Leben in den neuen Bundesländern, in: Sozialreport 2002 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, trafo verlag, Berlin 2002, S. 60-71.

Über die allgemeine Bewertung der Ergebnisse der Vereinigung hinaus seitens aller Bürger, ergibt eine Spezifizierung nach einzelnen ausgewählten Lebensbereichen - begrenzt auf die Jahrgänge 1970 und älter sowie Bürger, die 1989 in Deutschland (DDR/FBG) lebten und damit über unmittelbare Erfahrungen durch den eigenen Lebensvollzug hatten - beachtenswerte Differenzierungen sowohl zwischen Ost und West als auch innerhalb der neuen Bundesländer.

Charakteristisch für die im Gesamtverlauf 1989/90 bis 2014 erfolgten Veränderungen sind:

- Während die getroffenen Aussagen im Osten (ohne Berlin-West) insbesondere hohe positive Wertungen in den Bereichen Reisefreiheit/Urlaub (56 %), Wohnen (52 %) sowie Einkommen (40 %) zum Ausdruck bringen und mit Ausnahme des sozialen Beziehungsgefüges (Familie/Freunde) weniger stabile, unveränderte Entwicklungen belegen, sind im Westen die Aussagen „weder - noch“ dominierend. Für 50 bis 65 % der Bürger haben sich in den alten Bundesländern mit der Einheit keine/kaum Veränderungen in den einzelnen Lebensbereichen ergeben. Vor allem im Osten korrelieren die Wertungen mit der Zufriedenheit in den jeweiligen Lebensbereichen.
- Positive Wertungen im Westen liegen weniger in materiellen Lebensverhältnissen, sondern eher im sozialen Beziehungsgefüge (Freunde/zwischenmenschliche Beziehungen), während das im Osten die stabilen Teile der Lebensverhältnisse ausmachen.
- Kennzeichnend für Gegensätzlichkeiten getroffener Aussagen im Osten sind auch - trotz Anerkennung erfolgter positiver Entwicklungen - die relativ höheren negativen Wertungen in den Bereichen Einkommen, Beruf, Aufstiegschancen sowie zwischenmenschliches Beziehungsgefüge, welche sowohl die erfolgten differenzierenden Umstellungen als auch die Art und Weise in der sie vonstatten gingen, reflektieren. Im Gegensatz dazu konzentriert sich die Negativbewertung im Westen weitgehend auf das Einkommen (23 %), weniger reale Verluste widerspiegelnd, sondern gefühlte, der Einheit angelastete Einkommensentwicklungen.
- Differenzierte Bewertungen innerhalb der neuen Bundesländer korrelieren einerseits mit der Gesamtbewertung der erfolgten Gewinn-Verlust-Bewertung (so liegen die positiven Aussagen z.B. für Wohnen und Einkommen bei den „Gewinnern“ mit 72 % bzw. 63 % deutlich über dem Durchschnitt). Analog erfolgen positivere Bewertungen bei relativ durchgängigerer Erwerbsarbeit in den oberen Einkommensgruppen sowie bei höherer beruflicher Bildung.
- Die Aufrechnung von positiver zu negativer Bewertung ist im Osten bei Urlaub (45 Prozentpunkte) und Wohnen (48 Prozentpunkte) im positiven Bereich am höchsten, negative Aussagen übertreffen bei den zwischenmenschlichen Beziehungen (-12 Prozentpunkte) und den Aufstiegschancen (-8 Prozentpunkte) die positiven. In den alten Bundesländern ist ein weitaus geringeres Plus-Minus-Verhältnis typisch.
- Der sowohl im Osten wie Westen hohe Anteil von Bürgern ohne Aussage bei Bildung und politischem Einfluss ist einerseits altersabhängig und andererseits von einer real nicht vorhandenen Integration in politisch orientiertes Verbandsleben (politischer Einfluss wird zu oft mit Amt - Hauptamt bzw. Ehrenamt gleichgesetzt).

Abbildung 1.25: Was hat sich seit der Vereinigung 1990 in Ihrem Leben wie verändert?
 - nur Jahrgang 1970 und älter - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Insgesamt verliert der individuell mögliche retrospektive Vergleich der Vereinigungsergebnisse an Gewicht, sowohl wegen der abnehmenden Zahl der „Augenzeugen“ als auch der brisanteren Ungleichheiten der Entwicklung zwischen Ost und West in den letzten 5 bis 10 Jahren.

Auch als Gegenpol zur nicht abreißen Diskussion, dass der Aufbau-Ost möglichst zeitnah zu begrenzen sei, da er inzwischen ein „Abbau-West“ wäre. Dabei ist unbestritten, dass ohne Aufbau-Ost vieles in den neuen Bundesländern nicht gelungen wäre, ebenso unstrittig aber auch, dass die Dämpfung der Wohlfahrtsentwicklung im Westen bereits viele Jahre früher eingetreten wäre, hätte nicht die Liquidation der Industrie und Genossenschaften im Osten ebenso wie die Übernahme der Exportfelder die Kapazitätsauslastung im Westen viele Jahre zur Stabilität-West beigetragen. Nicht zu übersehen übrigens, dass der Aufbau-Ost mittels Solizuschlag in gleichem Maße von den Bürgern der neuen Bundesländer getragen wird - vom Zeitpunkt des Erwerbseintritts bis zum Ableben. Neuste Initiativen wollen die Förderung des Aufbaus Ost auch nach 2019 erhalten und in die Förderung strukturschwacher Gebiete in Ost und West zusammenführen - ein mögliches Vorgehen, wenn den Autoren des Vorschlages bewusst ist, dass die Relationen nach wie vor völlig ungleich verteilt sind, was heißt, dass Förderung strukturschwacher Gebiete auch nur eine vorrangige „Förderung-Ost“ ist, aber besser klingt (vgl. nachfolgenden Abschnitt) und nicht ständig zu Konfrontationen mit dem Wählerwillen im Westen führt.

1.2.4 Angleichung ohne Ende ?!

Von Anbeginn der Teilung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg und zunehmenden Ungleichheiten in der Entwicklung der Lebensverhältnisse zwischen DDR und Bundesrepublik gewinnt ab Mitte der 50er Jahre der Ost-West-Vergleich seitens der Bürger im heutigen Gebiet der neuen Bundesländer an Gewicht. Bereits Anfang der 60er Jahre reflektierte die DDR-Politik das Bedürfnis der DDR-Bürger auf Angleichung - so stellte Walter Ulbricht fest: „Die Wahrheit ist doch die: Die DDR wird bis 1961

auf allen wichtigen Gebieten der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern Westdeutschland einholen und zum Teil übertreffen.“ Diese Aussage vom August 1959 - bekannt geworden als Slogan „Überholen ohne einzuholen“ sollte den sozialen Charakter der DDR-Wirtschaftspolitik - als „Gegenpol“ zur sozialen Marktwirtschaft - untersetzen.

Der Wunsch vieler Ostdeutscher, unter vergleichbaren Lebensverhältnissen leben zu wollen wie die Westdeutschen, war auch ein wesentlicher Ausgangspunkt des mehrheitlichen Willens der Bürger, der 1989 zu friedlichen Aktionen mit dem Ergebnis der Vereinigung und dem Anspruch auf Angleichung - von Freiheitsrechten bis zu materiellen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen - führte. Mit dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion⁴⁵ wurde die Vorstellung der „Einheitlichkeit“ - nach westlichem Muster - für die Bürger verdeutlicht.

Zur Sozialunion heißt es in Artikel 1, Absatz 4, des Vertrages: „Die Sozialunion bildet mit der Währungs- und Wirtschaftsunion eine Einheit. Sie wird insbesondere bestimmt durch eine der sozialen Marktwirtschaft entsprechende Arbeitsrechtsordnung und ein auf den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs beruhendes umfassendes System der sozialen Sicherung.“

Die damit verbundenen sozialen Aspekte der Vereinigung erfordern hinsichtlich von Betrachtungen zur Thematik „Angleichung der Lebensverhältnisse“ folgende Vorbemerkungen:

Erstens ist unter Angleichung der Lebensverhältnisse mehr als Angleichung des Einkommens oder des materiellen Lebensniveaus zu verstehen, sondern vor allem Gestaltung von Bedingungen auf Chancengleichheit und Möglichkeiten, sich durch eigene Arbeit sein Leben gestalten zu können, aber auch Zufriedenheiten mit der individuellen und gesellschaftlichen Entwicklung sowie Mitbestimmung und Möglichkeiten des Engagements des Einzelnen. Ebenso ist Angleichung keine Einbahnstraße. Wenn Wanderung innerhalb eines Landes in eine Richtung erfolgt, ist das längst kein Indikator für ein besseres System, sondern eher für regionale Ungleichheiten in den materiellen und finanziellen Lebensverhältnissen des Landes. Angleichung in Deutschland sollte nicht nur den Maßstab West und schon gar nicht die totale Übernahme der (alt-)bundesdeutschen Lebensformen und -inhalte zum Ziel haben.

Zweitens ist - um allen Vorwürfen vorzubeugen - nochmals hervorzuheben, dass sich seit 1990 für die Mehrheit der Bürger die Lebensverhältnisse grundlegend verändert - mehrheitlich verbessert - haben. Es reicht aber nicht, gebetsmühlenartig zu wiederholen, dass es Verbesserungen gegeben hat - es wäre schlimm, wenn in mehr als 25 Jahren nichts zu Gunsten der Bürger passiert wäre. Wenn 2014 sich - wie im vorangegangenen Abschnitt 1.2.2 dargestellt - 47 % der Bürger der neuen Bundesländer als Gewinner, 18 % eher als Verlierer und 28 % sowohl als Gewinner wie als Verlierer sehen, dann spricht das dafür, dass erfolgte Angleichungsprozesse ebenso vom Bürger anerkannt werden wie die z.T. noch vorhandenen sozialen Ungleichheiten als ungerechtfertigt bewertet werden.

Damit hängt *eine dritte* Vorbemerkung zusammen: Die erfolgte Angleichung kann nicht bilanzartig aufgerechnet oder zu einem einzigen Indikator zusammengefasst werden, bei dem Reisefreiheit gegen Arbeitslosigkeit oder gestiegene Lebenserwartung mit steigender Altersarmut „verrechnet“ werden. Es ist deshalb zu begrüßen, dass die Enquetekommission des Bundestages mit dem wohlklingenden Namen „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ in ihrem 2013 vorgelegten Abschlussbericht⁴⁶ letztlich

⁴⁵ Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Bonn, 18. Mai 1990.

⁴⁶ Deutscher Bundestag, Schlussbericht Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“, Kommissionsdrucksache 17/13300 vom 03.05.2013.

auch zur Feststellung gelangt⁴⁷, dass es sich dabei nicht nur um materielle, sondern um eine weiter gefasste Darstellung handeln sollte, die auf einem ganzen Indikatorensatz beruhen müsse, der materielle und immaterielle Faktoren einschließt. Auch in anderen Ausarbeitungen - wie dem Raumordnungsbericht 2011, dem Prognos-Zukunftsatlas oder dem Gender-Datenreport - wird bereits ein analoges Herangehen praktiziert.

Viertens sind Angleichungsprozesse immer multistruktuell - so geht z.B. die Einkommensangleichung Ost-West einher mit Verstärkung oder Abbau von sozialen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern, zwischen Deutschen und Ausländern, zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen - d.h., es bedarf in vielen Fällen einer differenzierteren Betrachtung nach einzelnen sozio-demografischen Gruppen, um das herauszufiltern, was spezifisch Ost-West bedingte Ungleichheiten sind.

1.2.4.1 Vorgaben und Ergebnisse

Wird die Ost-West-Entwicklung seit 1990 betrachtet, so wird deutlich, dass sich das zunächst rasante Tempo der Angleichung materieller Lebensverhältnisse rasch verlangsamte und inzwischen neben Stagnation z.T. sogar rückläufige Entwicklungen erkennen lässt. Das alles führt - sowohl vor dem Hintergrund erreichter positiver Veränderungen als auch nicht erfüllter Zusagen und Vorgaben - zu Bewertungen von Lebensverhältnissen in Ostdeutschland, die seit 1990 gekennzeichnet sind durch

- die Wahrnehmung verbesserter Lebensbedingungen, insbesondere im materiellen Bereich (im engeren Sinne), die jedoch bis in die Gegenwart bei der Mehrheit ökonomischer und sozial-kultureller Indikatoren bei 80 % bzw. zwischen 70 bis 90 % liegt;
- eine wachsende Lebenszufriedenheit, die zugleich zunehmend einer kritischen Differenzierung unterliegt und z.T. mit steigender sozialer Verunsicherung verbunden ist - z.B. im Bereich künftiger Entwicklungen vieler ländlicher Gebiete in den nächsten 20 Jahren oder zunehmender Altersarmut im Osten;
- eine von hohen Erwartungen geprägte Haltung zur demokratischen Neu- und Mitgestaltung, die bisher durch die repräsentative Demokratie und ihre Institutionen aus Sicht der Bürger nicht voll erfüllt wurden/werden.

Vieles wurde seit 1990 erreicht, alles bei weitem nicht. Der Emanzipationsprozess der Ostdeutschen, von dem viele 1990 ausgingen (auch Westdeutsche), ist nur bedingt gelungen. Der Angleichungsprozess (als Teil der Transformation) begann in fast allen Bereichen der Einkommensentwicklung und materiellen Lebensbedingungen zwar erfolgreich, die von der Mehrheit der Bürger erwarteten Ziele auf gleichwertige Lebensverhältnisse wurden jedoch zeitlich und inhaltlich bis in die Gegenwart keineswegs voll realisiert. Dieser Tatbestand spielt gerade für die Bewertungen der Haltungen von sog „Protestbürgern/-wählern“ eine größere Rolle als nationalistische/rechtsextreme Positionen zu Ausländern. Das ist in den alten Bundesländern mehrheitlich genau umgekehrt, sonst wäre auch nicht erklärbar, warum im wohlhabendsten Spitzenland des Westens - Baden-Württemberg - bei Wahlen 2016 die AfD rd. 15 % der Zweitstimmen erhält und in Mecklenburg-Vorpommern das Ostbundesland, welches mehrheitlich überall auf dem letzten 16. Platz liegt, „nur“ 21 % erhält.

⁴⁷ Der Autor, das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. sowie der Sozialverband „Volkssolidarität“ haben diese Position bereits seit Beginn der 90er Jahre in ihren Materialien (z.B. Sozialreporten) dargestellt.

Der Vereinigungsprozess wurde aber bis in die Gegenwart genutzt, um

- a) sozial unterschiedliche Entwicklungen zu „etikettieren“. Die Angleichungsterminologie bewegt sich von Anfang an zwischen „Produktivitätsrückstand“ und „Gleichstellungsvorsprung“. Den Rückstand zu überwinden, wurde mit der Deindustrialisierung die Grundlage einer möglichen eigenständigen Angleichung entzogen ebenso wie der vorhandene „Gleichstellungsvorsprung“ zunehmend abgebaut wurde. So gleicht sich auch der Osten mit der „neuen“ Emanzipation dem westlichen Trend in Richtung eines „modernisierten Ernährermodells“ an (beide Partner sind berufstätig, der Mann Vollzeit, die Frau Teilzeit).⁴⁸
- b) Neoliberale Forderungen nach sozialen „Reformen“ in den alten Bundesländern seit den 80er Jahren wurden zum Nachteil der Ost- wie Westbürger realisiert (Privatisierung der Vorsorge, Absenkung Rentenniveau, Absenkung der Leistungen bei Arbeitslosigkeit) und von den Westbürgern mehrheitlich als „negative Angleichung“ und als Ergebnis der Vereinigung empfunden.

Die wirtschaftsstrukturellen Veränderungen (Deindustrialisierung/Entgenossenschaftlichung, Kleinteiligkeit der Betriebsstrukturen) wurden weitgehend ohne die Einbeziehung der Bürger-Ost vollzogen, ebenso wie größere Teile der Bürger in den ersten Jahren (z.T. bis heute - z.B. Arbeitslose) von einer Angleichung ausgeschlossen wurden. Das verhindert zum Teil bis in die Gegenwart die Identifikation mit dem Vereinigungsprozess. Einseitig pauschalisierte Abwertungen des Lebens in der DDR führten vor allem bei den heute Älteren zu Glaubwürdigkeitsverlusten gegenüber der Politik. Es entstand ein spezifisches Gemisch von Zustimmung zum Erreichten und Ablehnung erfolgter Ausgrenzungen z.B. durch die negativen Bewertungen der Lebensbiografien von außen.

Wenn über Angleichung gesprochen wird, ist es vor allem erforderlich, die Angleichungsleistungen der Bürger der neuen Bundesländer nicht einfach entfallen zu lassen.

Das betrifft im Besonderen:

- die von den DDR-Bürgern mit der friedlichen Revolution und ihren Aktionen/Aktivitäten geschaffenen Grundvoraussetzungen zur Vereinigung und zu der damit verbundenen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion;
- Folgewirkungen, die sich aus der im Vertrag zur Sozialunion festgelegten Übernahme der Bundesgesetzgebung ergeben haben. Der Einigungsvertrag ging auf sozialem Gebiet davon aus, dass mit der Übernahme der politischen und ökonomischen Strukturen der Bundesrepublik für Ostdeutschland auch die Übernahme der bundesdeutschen Sozialgesetzgebung bindend ist. Die Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik wurde als bewährt, für nicht reformbedürftig erklärt und für Ostdeutschland übernommen. Vorstellungen führender SPD-Politiker z.B. zur Angleichung der Sozialversicherungssysteme⁴⁹ blieben bei ersten Überlegungen stecken.

So wurden⁵⁰

- mit dem Einigungsvertrag 777 bundesdeutsche Rechtsvorschriften (fast alle für DDR-Bürger unbekannt) in Kraft gesetzt;
- 237 Rechtsvorschriften der DDR erheblich verändert;

⁴⁸ Mantl, E.: „Modernisiertes Ernährermodell“, Berlin 2011.

⁴⁹ Dressler, Rudolf: Erste Schritte zur Sozialunion in Deutschland, Bundesrepublik Deutschland - DDR, Diskussionspapier vom 5. März 1990, Bonn; Fink, Ulf: 10 Punkte für die Sozialgemeinschaft in der DDR, Bonn, März 1990.

⁵⁰ Vgl. Bönniger, K.: Statement, in: Die sozialen Folgen der Einheit, in: Landeszentrale für politische Bildung NRW (Hrsg.), Von der Einigung zur Einheit, Düsseldorf 1991, S. 117.

- von April 1990 bis Oktober 1990 rd. 300 neue Gesetze und Verordnungen erlassen, die das Leben der Bürger in den neuen Ländern beeinflussten.

Eine Vielzahl von Anlagen im Einigungsvertrag enthielt darüber hinaus Termine für Übergangsregelungen, die später z.T. mehrfach geändert wurden (Beispiel: Sozialzuschlag für Rentner, Zugangsmöglichkeit für Altersübergangsgeld). Bis in die Gegenwart bestehen in bestimmten Bereichen (Rentenrecht, finanzielle Leistungen bei Arbeitslosigkeit, staatlicher Mindestlohn) zwei Rechtsgebiete.

- Nicht zu übersehen ist, dass von einem großen Teil der Bürger eine einmalige berufliche und regionale Mobilität erbracht wurde. So sind von den gegenwärtig 50- bis 60-Jährigen nur 33 % im ursprünglich erlernten Beruf tätig, 22 % mussten eine andere Tätigkeit ergreifen, konnten aber ihre Ausbildung nutzen, und 26 % mussten binnen kürzester Fristen einen neuen Beruf erlernen, 8 % sind in einem anderen Tätigkeitsbereich ohne Beruf als „Angelernte“ tätig. Mehrere Millionen Bürger wurden im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen umgeschult und damit (zumindest hinsichtlich ihrer beruflichen Voraussetzungen) den neuen Wirtschaftsstrukturen angeglichen (auch sinnlose Umschulungen und Mehrfachausbildungen in Größenordnungen gehören zu einer nicht unterstützten Angleichung). Analoges gilt für die Ost-West-Wanderung, wo junge Menschen erforderlichen Ausbildungs-, Arbeits- und Einkommensbedingungen hinterher wanderten und damit ihre Lebensbedingungen „anglichen“.
- Zu den vollzogenen Anpassungen ist auch der Umgang mit neuen Ungleichheiten und sozialer Verunsicherung zu rechnen. Negativ ist dabei, dass inzwischen auch im Osten eine deutlich zunehmende zustimmende Haltung zur „Individualisierung“ sozialer Probleme (z.B. bei Arbeitslosigkeit) anstelle ihrer Bewertung als Wirkung gesellschaftlicher Entwicklungen festzustellen ist.

Für die Menschen in Ostdeutschland ist die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse nach wie vor eine Grundforderung zum Erreichen der Einheit Deutschlands auch noch nach 25 Jahren. Als 1990 die „blühenden Landschaften“ als ideologiebasierte visionäre Vorstellung zu Illusionen führten, konnte noch davon ausgegangen werden, dass sich Politik und Bürger der mit der Vereinigung verbundenen Probleme nicht recht bewusst waren, wenn aber 2009 - also 20 Jahre später - das Jahr 2019 als zeitliche Vorgabe zum Erreichen der Angleichung genannt wurde, so war das entweder nicht hinreichend überlegt oder bewusst getäuscht. Inzwischen ist auch das Jahr 2019 als möglicher Termin aus den politischen Verlautbarungen verschwunden, wie die Koalitionsvereinbarung von 2013 belegt.

Auch die Bundesregierung muss offiziell feststellen, dass die Vereinigung Fortschritte erbracht hat, aber vorhandene Defizite noch existent sind. „Seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist der Prozess des Zusammenwachsens zwischen Ost und West weit vorangeschritten. Zugleich bleibt noch ein Stück Weg zu gehen, um die wirtschaftlichen Unterschiede ... zu überbrücken ... Die neuen Länder sind ... durch viele gemeinsame strukturelle Merkmale und Herausforderungen gekennzeichnet, die **ein noch fortbestehendes Defizit** (Hervorhebung G.W.) im Hinblick auf die Angleichung an die westdeutschen Bundesländer dokumentieren.“⁵¹ Allerdings erfolgen auch hier eine ausschließliche wirtschaftliche Betrachtungsweise und die Westländer als „Normativ“. Diese Betrachtung setzt sich auch 2016 fort, indem festgestellt wird, dass sich die Lücke in der Wirtschaftskraft des Ostens zum Westen auch mittel- und langfristig kaum schließen lassen könne⁵². Die Feststellung, dass die ostdeutsche Wirtschaft (also inkl. Gesamtberlin - G.W.) immerhin das Durchschnittsniveau der

⁵¹ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2012, Berlin 2012, S. 3/4.

⁵² Vgl. Gleicke, Iris: Presseinformation zum „Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit - 2016“, Berlin vom 21.08.2016.

EU-Länder bereits fast erreicht habe, ist wenig tröstlich, da dies nicht das Ziel der Vereinigung war (und außerdem schon 1989 dem damaligen Platz der DDR in Europa entsprach).

1.2.4.2 Angleichungstermine der Politik im Wandel

25 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die ehemals bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West in Deutschland geringer geworden, zum Teil haben sie sich in den letzten Jahren stabilisiert, zum Teil auch vergrößert. Diese Entwicklungen sind überall spürbar und werden je nach politischem Standort auf- oder abgewertet, stoßen auf Verständnis bzw. Unverständnis, werden für normal oder für kaum noch hinnehmbar gehalten. Nach wie vor gilt jedoch, dass die Vereinigung sich als ein Prozess mit „beschränkter Teilnahmerechtigung“ vollzieht, dass die erforderliche Integration der Ostdeutschen weder sozial noch strukturell vollzogen wurde, dass Akzeptanz und Beteiligung der Menschen nicht gesichert werden. Was die Bürger in den neuen von denen in den alten Bundesländern unterscheidet ist, dass die ab 35-Jährigen eigene Erfahrungen des Lebens in der DDR und damit in einem anderen politischen, ökonomischen und sozialen System haben, dass sie den notwendigen Machtwechsel aus eigenem Antrieb und mit eigenen Kräften vollzogen und dass sie den sich vor allem im Osten vollziehenden Transformationsprozess als System- und Wertewandel erlebten und noch erleben. Insofern wird auch „Angleichung“ keineswegs nur hinsichtlich quantitativ messbarer Strukturen, sondern auch qualitativer Entwicklungen bewertet. Die Sicht der Bürger der alten Bundesländer war eine andere, es wurde von ihnen mehrheitlich davon ausgegangen, dass sich für sie nichts anzupassen bzw. grundlegend zu verändern habe.

Eine detailliertere Betrachtung lässt erkennen, dass bei der Bewertung des inzwischen erfolgten „Vereinigungsprozesses“ - im Sinne sich verändernder Lebensverhältnisse - für den Bürger in der Gesellschaft auch die jeweiligen „Politikvorgaben“ einen entsprechenden Platz einnehmen. Bis in die letzten Jahre wurden entsprechende Zielstellungen mehrfach geändert bzw. angepasst:

- In der Grundgesetzfassung zum Zeitpunkt der Vereinigung 1990 lag in der Verantwortung des Bundes „die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit, insbesondere die **Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse** über das Gebiet eines Landes hinaus.“ [GG seit 1949 § 72 (3) 2];
- 1994 erfolgte die Änderung des Grundgesetzes hinsichtlich des Gesetzgebungsrechtes des Bundes, indem die Verantwortung des Bundes nur in Kraft tritt, „wenn und soweit die **Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet** oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht.“ [GG vom 27.10.1994 - Art. 72 (2)]. Der Bundespräsident Köhler erklärte, dass „gleichwertig“ nicht einheitlich sei und Unterschiede nicht nur zulässig, sondern gewünscht seien.⁵³
- Im Bericht zur Deutschen Einheit 2009 wird der Anspruch an die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse qualitativ verändert, in dem festgestellt wird, dass es ein Erfolg wäre, „bis zum Jahr 2019 die ostdeutschen Länder auch wirtschaftlich an die strukturschwächeren westdeutschen Länder heranzuführen“⁵⁴, d.h. die Angleichung ist dann erreicht, wenn der Osten wirtschaftlich das unterste Level der Bundesländer-West erreicht hat (damit ist der Ansatzpunkt dessen, was als „weitgehende“ Angleichung zu verstehen ist, quantitativ beschrieben: gemeinsames Leben auf „Distanz“).

⁵³ Köhler, Horst: Focus-Magazin 38/2004.

⁵⁴ Vgl. Jahresbericht zur Deutschen Einheit 2009, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin, 10. Juni 2009, S. 7.

- In der Koalitionsvereinbarung CDU-CSU-FDP von 2009 wird im einleitenden Satz des Abschnitts „Deutsche Einheit“ betont: „Wir halten an der Zielsetzung fest, die Lebensverhältnisse in Deutschland **bis 2019 bundesweit weitgehend anzugleichen** (Hervorhebung G.W.).“ Als Schwerpunkte werden genannt: Steuerdeckungsquote, Wirtschaftskraft, Arbeitslosigkeit. Das Ganze entsprach bereits dem Zeitrahmen zum Auslaufen des Solidarpaktes II bis 2019. So wird im Detail u.a. darauf verwiesen,
 - Handlungskonzepte für Infrastrukturprogramme zur Verringerung der Abwanderung zu erstellen;
 - Einführung eines einheitlichen Rentensystems in Ost und West bis 2013 - ohne Details, wie das erfolgen soll.⁵⁵
- In den nachfolgenden Jahren wird das Konvergenzziel Jahr für Jahr weiter nach unten gedrückt und hinausgeschoben. So wird offiziell in den jeweiligen „Jahresberichten zur deutschen Einheit“ das 2009 gesetzte Ziel der Heranführung des Ostens an das Niveau der strukturschwachen Länder im Westen weiter verändert in:
 - **2010:** Relativierung in ... „**ein weitgehendes** (Hervorhebung G.W.) Aufschließen zu den strukturschwächeren Ländern bis 2019“⁵⁶.
 - **2012:** Erweiterung der Zielstellung, indem für den Ost-West-Vergleich die neuen Bundesländer „einschließlich Berlins“ (also Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Gesamtberlin) nur noch mit den „strukturschwachen westdeutschen Flächenländern (Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Saarland) und dem Stadtstaat Bremen“ verglichen werden. Danach ergibt sich z.B. beim BIP anstelle einer Angleichung von 71 % für 2012 nur noch ein Konvergenzniveau „von knapp 80 Prozent“.⁵⁷ Die Veränderung der Vergleichsbasis „bringt“ fast 10 Prozentpunkte „Angleichungsfortschritt“.

Mit der großen Koalition CDU/CSU/SPD ab 2013 ist die Angleichung der Lebensverhältnisse als politisches Ziel von einer terminisierten Orientierung (bis 2019 lt. Koalitionsvertrag von 2009) zu einer bloßen Willenserklärung im Abschnitt „Regionale Strukturpolitik - Deutsche Einheit stärken“ geworden. Damit wird für die neuen Bundesländer deren Status als „strukturschwache Region“ für die nächsten Jahre/Jahrzehnte in Deutschland festgeschrieben⁵⁸, die spezielle Förderung der ostdeutschen Länder ist inzwischen in die allgemeine Förderung strukturschwacher Regionen überführt worden (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ - GRW - vgl. Abschnitt 6.5).

- Damit werden offensichtlich drei Anliegen verfolgt:

Erstens die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse - selbst in Teilbereichen - zu entterminisieren und ihr als eine „große gesamtstaatliche Herausforderung, der sich die Koalition bewusst ist“⁵⁹ einen unverbindlicheren Charakter zu geben.

Zweitens soll die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse über den Weg eines „Systems der Förderung strukturell schwacher Regionen“ für Gesamtdeutschland einheitlich erfolgen. Damit wird verstärkt auf wirtschaftsstrukturelle Veränderungen orientiert und soziale Anliegen (Lebens-

⁵⁵ Koalitionsvereinbarung CDU-CSU-FDP: Wachstum, Bildung, Zusammenhalt, Berlin, 26. Oktober 2009, S. 56.

⁵⁶ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2010, Berlin 2010, S. 33.

⁵⁷ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2012, Berlin 2012, S. 6.

⁵⁸ Ebenda, S. 17.

⁵⁹ CDU/CSU/SPD Koalitionsvertrag, Deutschlands Zukunft gestalten, 18. Legislaturperiode, S. 22.

qualität/Lebensverhältnisse) werden weitgehend ausgeklammert - dem entspricht auch der 2013 vollzogene Wechsel der Funktion des Ostbeauftragten der Bundesregierung vom Innenministerium zum Wirtschaftsministerium.

Drittens wird damit die Verantwortung der Landesregierungen, vor allem aber der Kommunen als verantwortlicher Träger des Abbaus von „Ungleichwertigkeiten“ gestärkt. Es soll damit erreicht werden, dass die Proportionen der realen Unterschiede im Niveau des Erreichens gleichwertiger Lebensverhältnisse auf der Ebene des Bundes zwischen Ost- und Westdeutschland aus dem Zentrum der Betrachtungsweise herausrücken und auf Landesebene „abdelegiert“ werden, um eine „kleinräumigere“ Betrachtungsweise zu erzielen, nach dem Motto: unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse gibt es in Ost wie West.

- An unterschiedlichen Stellen werden darüber hinaus in politischen Aussagen z.T. gegensätzliche Zeithorizonte genannt, wie z.B.:
- Die Bundeskanzlerin erklärt, dass die deutsche Einheit „im Wesentlichen“ bis 2030 vollendet sein könnte.⁶⁰ Auf dem 9. Deutschen Seniorentag 2009 in Leipzig erwidert sie auf die Frage nach Rentenangleichung: „Ich stehe dazu, dass wir eine solche Angleichung von Ost und West brauchen. Ich würde, wenn Sie mich nach dem Zeitrahmen fragen, sagen, dass das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein wird.“⁶¹ Das wäre 2011 gewesen - die Bürger haben das Vertrauen inzwischen verloren.
- Die Angleichung der Erwerbseinkommen und Renten soll bis 2030/2032⁶² lt. „Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2008“ erfolgen.
- Eine Angleichung der Wirtschaftskraft Ost an West wird „noch Jahrzehnte“ dauern⁶³. Wirtschaftsforschungsinstitute kennzeichnen inzwischen (Februar 2012) die Angleichung der Wirtschaftskraft Ost an West als Illusion⁶⁴ - mit den damit verbundenen Wirkungen auf Einkommen/Rente usw.
- Die Ostbeauftragte der Bundesregierung Frau Iris Gleicke stellte Mitte 2015 fest: „Der Aufholprozess ist ins Stocken geraten und stagniert, das muss man so hart sagen. Wir werden noch viel Zeit brauchen, und zwar deutlich über 2019 hinaus. Wir brauchen einen langen Atem.“⁶⁵

1.2.4.3 Angleichung - Positionen der Bürger

Im Gegensatz zu z.T. vorhandenen Klischees verstehen die Bürger der neuen Bundesländer - ebenso wie die der alten Bundesländer - keinesfalls unter Angleichung, dass alles „gleich werden“ muss: Angleichung steht - wie die Befragungsergebnisse in Ost wie West belegen - vor allem für „Chancengleichheit“, d.h. für die Herstellung vergleichbarer Bedingungen bei den Chancen zur eigenständigen Lebensbewältigung, und nicht für eine Gleichheit im Sinne formaler Gleichheit (allen das Gleiche/Nivellierung).

⁶⁰ Merkel, Angela auf dem Ost-Kongress der CDU, Dresden 10.10.2008.

⁶¹ Antwort von A. Merkel auf dem Deutschen Seniorentag 2009 in Leipzig auf die Anfrage des Vertreters der Volkssolidarität O. Wenzel am 9. Juni 2009 (bundesregierung online - www.bundesregierung.de vom 9.6.2009).

⁶² Rentenversicherungsbericht 2008 der Bundesregierung, Berlin 2008, S. 47.

⁶³ Udo Ludwig - Institut für Wirtschaftsforschung Halle - Deutschlandfunk 06.10.2011.

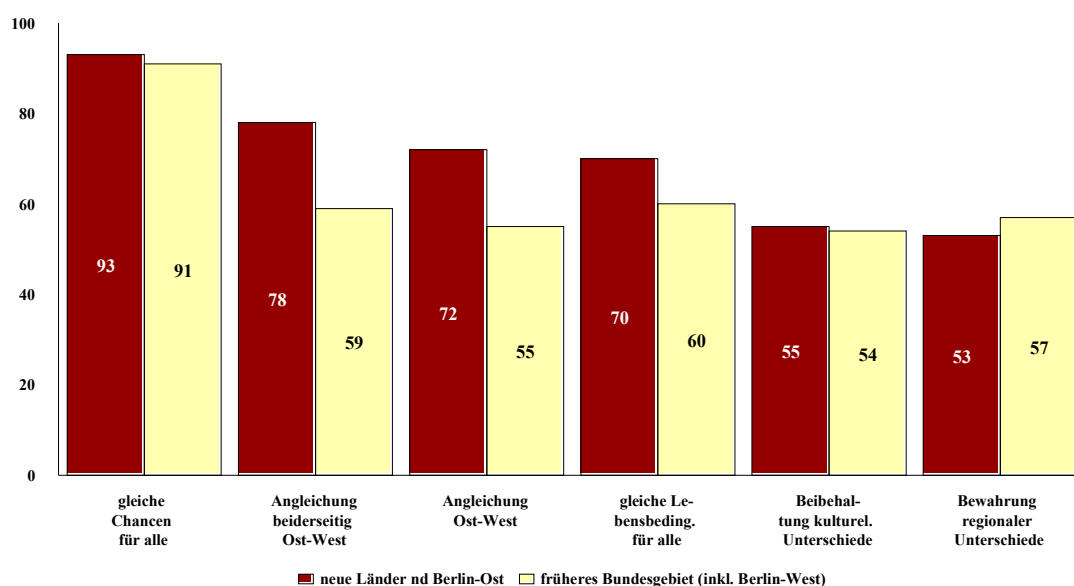
⁶⁴ Gutachten für das BMI, Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland.

⁶⁵ Gleicke, Iris, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, aus Anlass der Vorstellung des Forschungsgutachten zur Größenstruktur und Wachstumsdynamik der ostdeutschen Wirtschaft, Berlin 25.06.2015.

Diese Meinung vertreten seit Jahren über 90 % der ab 18-Jährigen in Ost wie West und widerlegen eine angeblich vorhandene vorrangig bzw. ausschließlich „monetäre“ Orientierung. Wenn fast die gesamte Bevölkerung ab 18. Lebensjahr vor allem „Chancengleichheit“ einfordert, so spricht das vor allem dafür, dass niemand „Geschenke“ erwartet, sondern Bedingungen für eigenes Handeln.

Ostdeutsche geben der beiderseitigen Angleichung ebenso wie der Ost-West-Angleichung ein größeres Gewicht als Westdeutsche - ohne Zweifel Reflexion der existenten, als ungerechtfertigt empfundenen, Ungleichheiten. Bürger der alten Bundesländer sehen offensichtlich in geringerem Maße Angleichungsbedarf.

Abbildung 1.26: Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland heißt für mich vor allem ...
- nach Regionen - 2014 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)



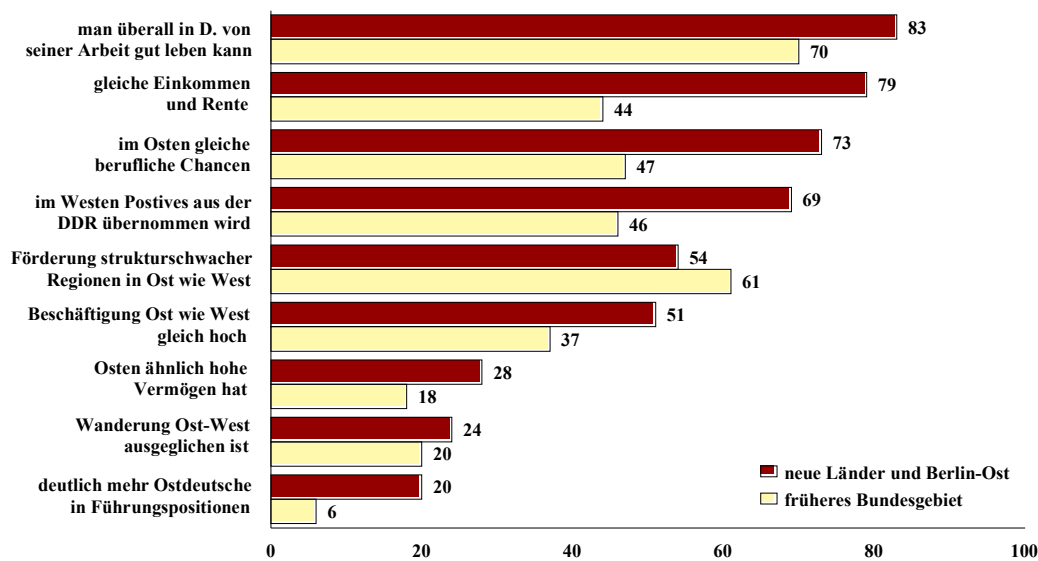
Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Beachtenswert auch, dass es zwischen jeweils rd. 55 % der Bürger sind, welche dafür eintreten, kulturelle und regionale Unterschiede zu erhalten. Wenn seitens eines Teils der Bürger unter Angleichung auch verstanden wird, dass die Lebensbedingungen „gleich“ sein müssten, so reflektiert das keineswegs nur ungerechtfertigte Einkommensungleichheiten, sondern auch unterdurchschnittliche soziale, gesundheitliche und kulturelle Infrastrukturen.

Einschränkende Bemerkungen zur Angleichung wie z.B. „nicht jedes Dorf braucht ein Theater“, sind natürlich richtig, werden aber auch von Niemandem erwartet. Nicht zu übersehen ist jedoch, dass eine flächendeckende „Entsorgung“ kultureller Infrastrukturen bis in die Kreisstädte - auch in erreichbarer Entfernung der mittleren „Zentren“ - Ungleichheiten schafft, welche nicht nur mit regionaler Unterschiedlichkeit erklärbar sind. Auch die Aussage: „Wer mit staatlichen Maßnahmen erreichen will, dass in Mecklenburg-Vorpommern oder Schleswig-Holstein das deutsche Durchschnittseinkommen erzielt wird, macht den Versuch, das Wasser den Berg hinauflaufen zu lassen.“⁶⁶, präsentierte eine bewusst vorgenommene falsche Darstellung des Denkens der Bürger: Es wird kein Einheitslohn, sondern es wird gleicher Lohn für gleiche Leistung bzw. gleiche Rente für gleiche Lebensarbeitsleistung eingefordert.

⁶⁶ Vgl. Walter, Norbert: Deutsche Bank, Financial Times Deutschland, 13.09.2004.

Abbildung 1.27: Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn ... - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „trifft voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Die Vorstellungen der Bürger, welche inhaltlichen Erwartungen sie an die Vollendung der deutschen Einheit, d.h. die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, stellen, belegen, dass

1. nicht nur bei der Bewertung des Erreichten, sondern auch hinsichtlich von Kriterien für das Erreichen der Angleichung in Ost und West die Vorstellungen z.T. deutlich auseinandergehen, Ostdeutsche gehen von einem wesentlich höheren Grad und Anspruch an noch zu bewältigende Ziele aus, während im Westen offensichtlich eher geringere Forderungen an die „Angleichung“ erhoben werden - das betrifft insbesondere die Einkommensungleichheiten, berufliche Bildungschancen und die Übernahme „östlicher Vorzüge“. Dass in den alten Ländern in der Meinung der Bürger die Förderung strukturschwacher Regionen einen höheren Stellenwert hat, reflektiert die immer wieder verbreiteten politischen und medialen Forderungen als auch real wachsende Rückstände im Erhalt und in der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur. Zunehmend werden die erhobenen Forderungen mit unterschiedlichsten Datensätzen und inhaltlichen Orientierungen veröffentlicht, auf die noch nachfolgend eingegangen wird. Strukturschwache Regionen zu fördern bedeutet vor allem, dass von 420 Stadt- und Landkreisen in Deutschland jene gefördert werden, die unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse ausweisen - das sind 41 Kreise in Deutschland, davon 36 (88 %) in den neuen Bundesländern⁶⁷ (vgl. Abschnitt 1.2.4.5 - Tabelle 1.3). Auch der Eindruck, dass der „Aufbau-Ost“ verschwendetes Geld sei - Protagonisten der Abschaffung der Ostförderung bringen Zahlen von 2 Billionen ins Gespräch (2.000.000.000.000 Euro)⁶⁸ - soll dazu dienen, einerseits eine angeblich einseitige Förderung zu unterbinden und die vorhandenen Mittel neu umzuverteilen und andererseits den erneut aufkommenden Stimmungen in den alten Bundesländern gegen den Osten in Verbindung mit der starken Zuwanderung Rechnung zu tragen. Ansätze einer rascheren Angleichung werden damit unterbunden. Zugleich wird damit der Boden bereitet, die Angleichung auf weitere nicht mehr erlebbare Horizonte zu verschieben;

⁶⁷ Quelle: BBSR, Raumordnungsbericht 2011, Bonn 2012, S. 26/27.

⁶⁸ Klaus Schröder, TU-Berlin.

2. die Überwindung der nach wie vor ungleichen Beschäftigungsbedingungen in Ost wie West als vorrangig von 83 % der Bürger im Osten angesehen (West 70 %) wird. Diese Aussage korreliert mit der - trotz steigender Erwerbstätigkeit - fast immer noch doppelt so hohen Arbeitslosigkeit im Osten ebenso wie mit dem steigenden Anteil von Bürgern in atypischen bzw. prekären Arbeitsverhältnissen, die ein auf eigener Erwerbsarbeit mögliches Leben sowohl jeweils aktuell als auch mit nachhaltigen negativen Wirkungen im Rentenalter beeinflussen. Nicht zu übersehen, dass die neuen Vorstellungen über die Entwicklung des „Home-Office“ für den Osten und die Vereinbarkeit in strukturschwachen ländlichen Gebieten, ebenso wie Arbeitslosigkeit soziale Kommunikation begrenzen und in auf Individualisierung gerichteten Arbeitsverhältnissen letztlich zu sozialer Isolation und Ausgrenzung führen.
3. Der Anspruch auf Herstellung gleicher Einkommen und Renten als Bedingung der Vollendung der deutschen Einheit (79/44 %) reflektiert die nach wie vor erst 80-prozentige Angleichung der Arbeitnehmereinkommen ebenso wie den Tatbestand von zwei Rentenrechtsgebieten mit entsprechender Ungleichheit der Anerkennung von Lebensarbeitsleistungen. Verwiesen sei auch auf Ungleichheiten in der Ausbildungsvergütung. Westdeutsche verfallen z.T. den Argumenten der hohen Renten und übersehen den Unterschied im Alterseinkommen bzw. den „zu hohen Löhnen“ bei vergleichbarer Arbeitsproduktivität.
4. In zunehmendem Maße treten ungleiche Chancen in der beruflichen Entwicklung wieder auf - waren es nach 1989 das Wegbrechen der Industrie und die damit verbundene Dequalifizierung von Millionen Bürgern, denen durch Abwanderung und Neuausbildungen begegnet wurde, so verläuft z.B. gegenwärtig der Prozess der erneuten Reduzierung von Ausbildungsmöglichkeiten aufgrund der geringen Anzahl junger Menschen (auf rd. ein Drittel) und damit des Zwanges zu Ausbildungsmobilität (Berufswahl/Ausbildungsort).

Alle weiteren geäußerten Erwartungen/Anforderungen nach Annäherung an westdeutsche Vermögensverhältnisse (28/18 %) sowie Einschränkung der einseitigen Abwanderung (24/20 %) liegen mit deutlichem Abstand in der Wertung der Bürger auf den hinteren Rängen als „Kriterien“ für die deutsche Einheit.

Die Auffassung, dass deutlich mehr Ostdeutsche in Führungspositionen von Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sein sollten, wird nur von 20 % der Bürger als Bedingung für die vollzogene Einheit angesehen, in den alten Bundesländern von 6 % (50 % halten es für unbedeutend).

Befragt danach, ob es gerechtfertigt wäre, immer noch Ost und West gegenüberzustellen, vertritt (2013) die Hälfte (51 %) der Bürger die Ansicht, dass dies aufgrund der noch existierenden Ungleichheiten gerechtfertigt sei. Die unterschiedliche Vergangenheit bzw. Verschiedenheit der Mentalitäten werden nur in geringem Maße (25 % bzw. 21 %) als Grund einer noch notwendigen Ost-West-Betonung angesehen. Damit endlich aufzuhören, vertritt rd. ein Drittel aller Befragten (34 %), mit deutlich höherer Zustimmung bei den älteren Bürgern (40 %) - im Gegensatz zur erwarteten Haltung jüngerer Menschen (24 %), offensichtlich Reflexion einer äußerst geringen Akzeptanz von Ost-West-Unterschieden (z.B. in den Bereichen Arbeitsmarkt- und Einkommenspolitik).

Unzufriedenheit mit der noch nicht erreichten Angleichung kann mehrheitlich auch nicht generell mit allgemeiner Unzufriedenheit verbunden oder als „Ostalgie“ oder „ostdeutscher Larmoyanz“ gekennzeichnet werden. Sie entsteht dann, wenn Möglichkeiten der Bürger, eine Verbesserung der Lebensverhältnisse durch eigenes Handeln erreichen zu können (Chancengleichheit), begrenzt werden. Ent-

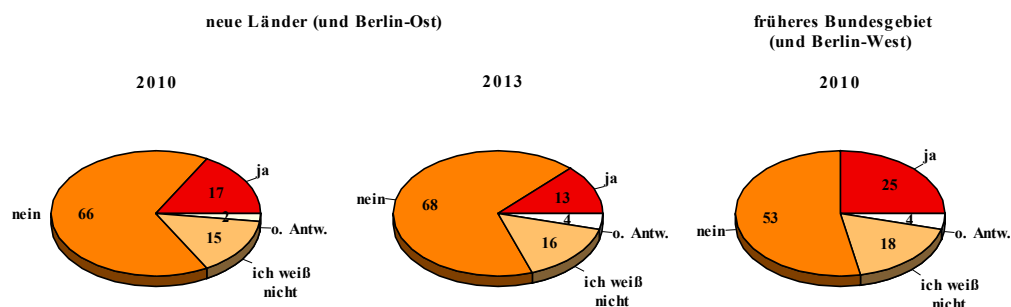
weder weil vor allem Arbeit fehlt und damit die Voraussetzung für ein der eigenen Leistung entsprechendes Einkommen, oder weil - z.B. bei Senioren und künftigen Rentnern - eine fehlende hinreichende Alterssicherung nicht mehr rückwirkend erreicht werden kann.

Der Prozess der Angleichung ist immer noch ein Prozess ohne Ende. Die Einkommens- und Lebensstandardspirale dreht sich nach oben - in Ost wie West - die Angleichung liegt nicht zuletzt auch im Bereich des politischen Willens und entsprechender Entscheidungen (Aufbau-Ost, einheitlicher Rentenwert usw. - der einheitliche Mindestlohn Ost und West ist zumindest ein positives Signal). Werden die Bedingungen für gleichwertige Lebensverhältnisse nicht geregelt, beginnt die Abwanderung in die „besseren“ Gebiete bzw. Gebiete mit Konditionen, die für den Einzelnen gegenwärtig von Bedeutung sind. Es ist keine „Armutswanderung“ oder „Sozialleistungswanderung“ - es sind individuelle Entscheidungen zum Erreichen des im Grundgesetz fixierten Zieles auf gleichwertige Lebensverhältnisse als eine neue Form der „Abstimmung mit den Füßen“.

1.2.4.4 Angleichungshorizonte der Bürger

Im vorangegangenen Abschnitt wurde hervorgehoben, dass der neue Koalitionsvertrag von 2013 keine terminlichen Festlegungen zur Angleichung der Lebensverhältnisse bzw. der Einkommen mehr enthält. Bereits Anfang 2013 hielten nur 13 % der ab 18-jährigen Bürger in den neuen Ländern die Festlegungen des auslaufenden Koalitionsvertrages von 2009 zur Angleichung der Lebensverhältnisse bis 2019 für real, 68 % verneinten das. Dabei sind die positiven Erwartungshaltungen in den alten Bundesländern erkennbar höher als im Osten. Grundlage für die insgesamt nicht vertrauensvolle Haltung zu den getroffenen Aussagen sind in Ost wie West offensichtlich die Erfahrungen des mehr als 25-jährigen „Angleichungsprozesses“ sowie eines nicht hinreichenden Politikvertrauens.

Abbildung 1.28: Ist die Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland bis 2019 real?
- nach Regionen - 2010/2013 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2010/2013 (gew.)

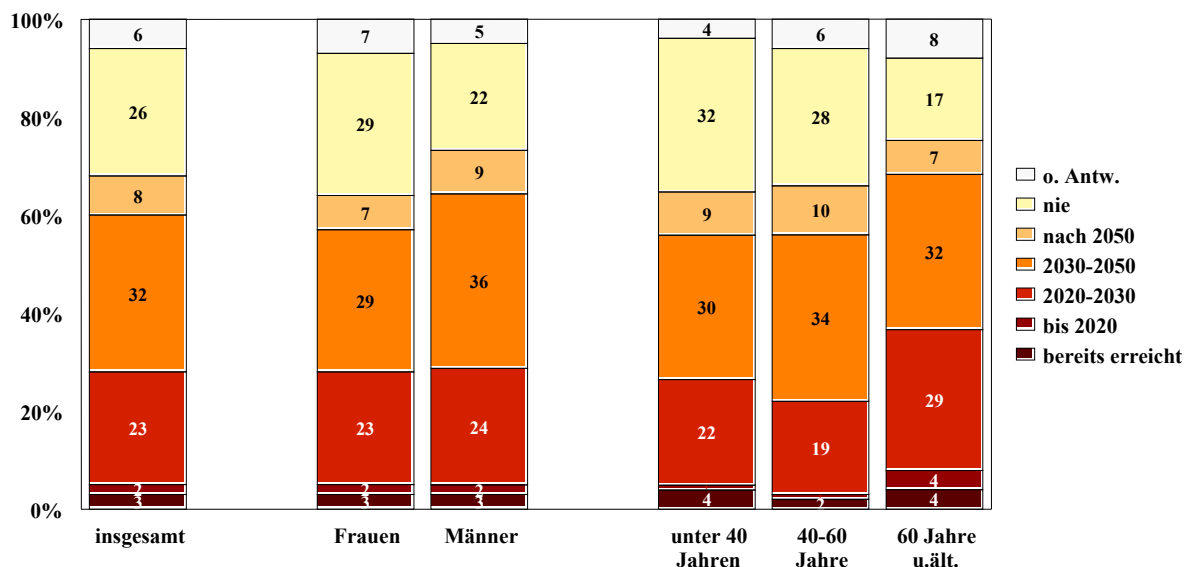
Selbst der relativ geringe Anteil der Bürger von 21 %, welcher „volles“/„viel Vertrauen“ in die Bundesregierung hatte, hielt nur zu 23 % die seinerzeitige Zielstellung der Koalitionsvereinbarung für real.

Der Zeithorizont, den die Bürger für die Angleichung der Lebensverhältnisse sehen, weicht beträchtlich von den „Vereinbarungen“ bzw. vagen Vorstellungen der offiziellen Politik ab. Insgesamt sind die individuellen Vorstellungen zum Angleichungszeitraum jeweils mehrheitlich weitaus weniger optimistisch. Sie sind Reflexion des bisherigen Verlaufs der Angleichung (insbesondere der letzten Jahre) und behindern damit die für den Gesamtprozess erforderliche Integrationsfähigkeit und -bereitschaft. Es sind Aussagen von Menschen, welche den Grad der bislang erreichten Identifikation mit der Bundesrepublik ebenso reflektieren wie ihre individuellen Erfahrungen und Erwartungen an die weitere Entwicklung der Vereinigung.

Daraus resultiert auch, dass im Jahr 2013 auf die Frage: „Was glauben Sie, wie viele Jahre es dauert, bis die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland an die in Westdeutschland angeglichen sein werden?“ zeitliche Vorstellungen geäußert werden, die nur mit dem Erfahrungswissen vieler Menschen der neuen Länder in Verbindung gebracht werden können. Da zu diesem Zeitpunkt nur 3 % der Bürger davon ausgingen, dass die Angleichung bereits erreicht sei und 6 % keine Aussage treffen wollten, verbleibt mit 91 % ein respektable Teil der Bürger, welcher insgesamt von einem noch Jahrzehnte andauernden Angleichungsprozess ausging. Nur 2 % nahmen an, dass es bereits bis 2020 möglich sei, 23 % hielten 2020 bis 2030 für möglich, 32 % den Zeitraum 2030 bis 2050 und 8 % gingen erst nach 2050 davon aus. Für 26 % erfolgt eine Angleichung überhaupt nicht mehr:

- Im Durchschnitt wurden noch rd. 41 Jahre Angleichungszeitraum angenommen. Frauen gehen von rd. 43 Jahren aus, Männer von 39 Jahren.
- Es waren eher die Jüngeren - so z.B. die 18- bis 40-Jährigen - die mit rd. einem Drittel (32 %) überhaupt keine Angleichung erwarten.
- Mit steigendem Einkommen verkürzen sich die „Angleichungsvorstellungen“ (38 Jahre bei hohen Einkommen) - untere Einkommensgruppen gehen von 47 Jahren aus.
- Der Weg in die Lebensverhältnisse der westlichen Mittel- und mittleren Oberschicht wird auch zum Maßstab vieler Bürger hinsichtlich der zeitlichen Perspektive (Unterschicht 57 Jahre/untere Mittelschicht 43 Jahre/Mittelschicht 34 Jahre/obere Mittelschicht 38 Jahre).
- Arbeitslose gehen im Durchschnitt von 46 Jahren aus.

Abbildung 1.29: Wie viel Jahre wird es dauern, bis die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland an die in Westdeutschland angeglichen sein werden? - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Prozent -



* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

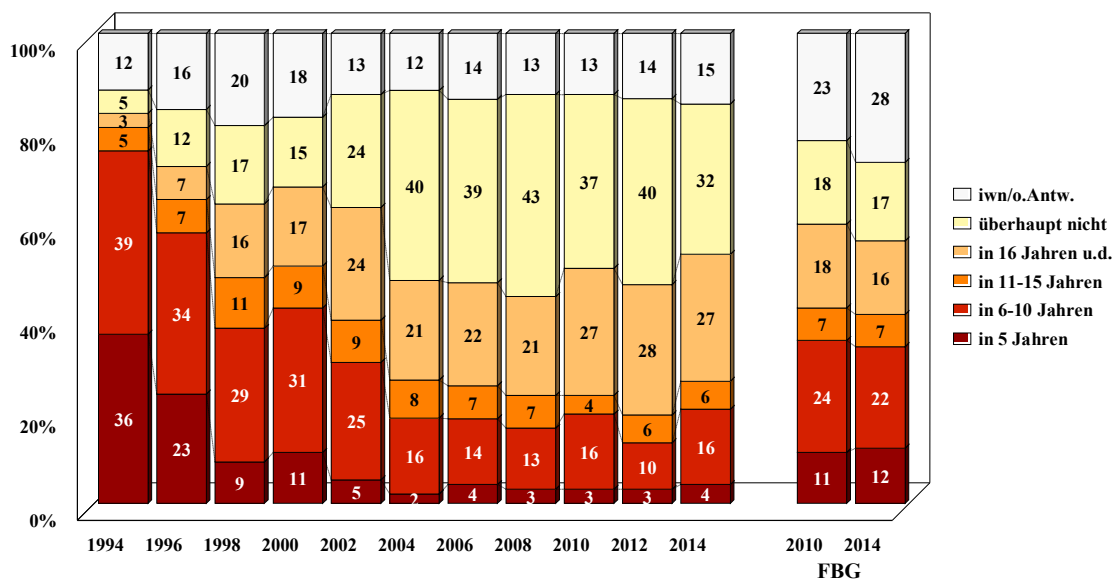
Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Im Gegensatz zu den genannten Zeiträumen aus dem Jahr 2013 ermöglicht eine seit 1994 angelegte Langzeitanalyse in den neuen Bundesländern - die auf Einkommensangleichung begrenzt ist und nicht die Angleichung der Lebensverhältnisse insgesamt erfasst - auch Aussagen über Veränderungen in der Bewertung der letzten 20 Jahre. Diese sind davon gekennzeichnet, dass⁶⁹

⁶⁹ Vgl. hierzu ausführlicher: Sozialreport 50+ 2011, a.a.O., S. 51 ff.

- in den Jahren unmittelbar nach der Vereinigung noch rd. 75 % davon ausgingen, dass es gelingen würde, die Einkommen innerhalb der nächsten 10 Jahre - also bis rd. 2005 - anzugleichen. Dass dies überhaupt nicht passieren könnte, nahmen seinerzeit nur 5 % an.
- Seit dem Einsetzen der Sozialreformen in allen wichtigen Lebensbereichen sinkt der Glaube an Einkommensangleichungen deutlich ab und erreicht relativ stabile Niedrigwerte.
- 2014 hofften in den neuen Ländern erneut nur 20 % auf die nächsten 10 Jahre, 33 % gehen von mehr als 10 Jahren aus und fast ein Drittel der ab 18-Jährigen (32 %) glaubt nicht daran, dass es überhaupt noch passiert, 11 % trauen sich eine Aussage nicht zu und antworteten mit „ich weiß es nicht“. bzw. geben keine Antwort (4 %).
- Der erkennbare Anstieg der Annahme einer rascheren Einkommensangleichung ist in sehr hohem Maße Ergebnis der Rentenerhöhungen 2013/2014 (die zum Befragungszeitpunkt verkündet wurde), die 26 % aller Ost-Rentner bewog, den Zeitraum der Rentenangleichung von bis unter 10 Jahren für möglich zu halten - im Gegensatz zu vorangegangenen Jahren. Trotzdem geht auch 2014 die Mehrheit der Rentner nach über 20 Jahren Vereinigung nicht davon aus, die Angleichung des Rentenwertes und damit die ausstehende gleichwertige Anerkennung ihrer Lebensarbeitsleistung noch zu Lebzeiten zu erreichen. In der Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen gehen von einer 10-jährigen Angleichung nur 14 % aus.
- Im Gegensatz dazu waren jedoch die Erwartungen an eine Einkommensangleichung des Ostens in den westlichen Bundesländern und Berlin-West (2010) wesentlich größer, da 34 % aller Bürger auf die nächsten 10 Jahre vertrauten und nur 17 % nicht daran glaubten, dass es jemals passiert. Auf zunehmende Unsicherheiten verweist der Anstieg derer, die keine Antwort darauf wussten bzw. gaben (28 %). Rentner aus den alten Bundesländern sind zu 51 % der Meinung, dass bis 2024 die Angleichung vollzogen sei.

Abbildung 1.30: Was meinen Sie, in wie viel Jahren werden die Einkommen angeglichen sein?
 - neue Länder und Berlin-Ost 1994 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014
 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1994-2014 (gew.)

Insgesamt ist das geringe Vertrauen an eine Einkommensangleichung Ost-West charakteristisch, d.h., dass die Umsetzung des deutschen Einigungsvertrages für nicht mehr erfüllbar gehalten wird. Es ist sicher eher eine deutliche Kritik an der Innen- und Rentenpolitik der Bundesregierung als an den Ergebnissen der Tarifverhandlungen.

1.2.4.5 Zum Stand der Angleichung

Bei einer Darstellung der Ergebnisse und Probleme des Angleichungsprozesses ist zu beachten:

- Die inhaltliche Darstellung des Angleichungsprozesses als ökonomischer, sozialer und kultureller Prozess der Vereinigung Ost-West erfordert ein System von Indikatoren, welches bei notwendiger Konzentration die Hauptentwicklungen charakterisiert.
- Eine Zusammenfassung zu einem aggregierten Indikator entspricht nicht der Vielfalt der unterschiedlichen Entwicklung und verhindert die Feststellung von Lösungen im Detail. Es führt außerdem zur „Ausparung“ von Teilbereichen.
- Es muss die regionale Zusammenfassung der beiden Teilgebiete beinhalten - also zumindest die 16 Bundesländer nach Ost und West zusammenführen - der Vorschlag der Enquetekommission schließt gegenwärtig eine regionale Untersetzung aus.
- Zu unterstützen sind Bemühungen der Analyse zur Darstellung der Gleichwertigkeit⁷⁰ bzw. Ungleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, wie sie z.B. im „Raumordnungsbericht 2011“ vorgenommen werden, da sie anhand der Kreisstrukturen Ungleichheiten verdeutlichen (siehe nachfolgend).
- Es bedarf einheitlicher Regelungen zu Berlin - gegenwärtig gibt es in der offiziellen Statistik und in politischen Darstellungen: Neue Länder und Berlin, Neue Länder ohne Berlin, Neue Länder und Berlin-Ost mit den jeweiligen Ergänzungen im Westen - bzw. einer jeweils kompletten Darstellung der unterschiedlichen Raumbezüge⁷¹.

Im Ergebnis der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität ...“ ist der nachfolgende Vorschlag eines Indikatorensystems, welches Lebensqualität und ihre Veränderungen künftig darstellen soll - die Diskussion darüber sowie mögliche Ausgestaltungen sind nach wie vor im Gange.

⁷⁰ Vgl. BBSR: Raumordnungsbericht 2011, Bonn 2012.

⁷¹ Im jüngsten Bericht der Bundesregierung zur deutschen Einheit wird erstmalig im Bericht von Ostdeutschland/Ostdeutschen gesprochen (also unter Einschluss von Gesamtberlin) und im Tabellenanhang durchgängig die Daten jeweils für die neuen Bundesländer, für Berlin sowie für Ostdeutschland dargestellt.

Grobvorschlag:

Lebensqualität - Angleichung					
1 Materielle Wohlstand		2 Sozio-kulturelle Indikatoren			3 Subjektive Reflexion
1.1 Finanzielle Lebensbedingungen	1.2 Materielle Lebensbedingungen	2.1 Bildung /Arbeit	2.2 Demografisches Verhalten	2.3 Kulturelle Indikatoren	
BIP	Wohnverhältnisse	Qualifikation	Lebenserwartung	Mitbestimmung/Wahlen	Zufriedenheit
Arbeitseinkommen	Ausstattungsgrad	Erwerbsverhalten	Fertilität	Sport	wirtschaftliche Lage
Geschlechterdifferenzierung	Umweltindikatoren	Vereinbarkeit	Wanderung	Religion	Hoffnungen
Alterseinkommen		Gesundheit		multikulturell	Identifikation/ Verbundenheit
Haushaltseinkommen					Institutionenvertrauen
Einkommensarmut					

Im Gegensatz dazu legte 2011 das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) ein Konzept vor, welches - ausgehend vom Anspruch auf Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse - anhand der Kreisstrukturen mit 23 Indikatoren aus den Bereichen Demografie, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Wohlstand, Infrastruktur und Wohnungsmarkt⁷² eine Analyse mit dem Ziel der Darstellung regionaler Ungleichheiten vorgenommen hat. Es ist nicht Anliegen dieses Kapitel-Abschnitts, hier eine Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen des BBSR-Vorhabens zu führen - entscheidend ist, dass einfach begonnen wurde, die ausgearbeiteten Vorstellungen mit Fakten zu untersetzen. Aus Sicht der insgesamt zu behandelnden Ost-West-Angleichung und vorhandener Ungleichheiten ist festzustellen:

- Die vorgelegten Daten begründen in keiner Weise den nach 2019 vorgesehenen Wegfall einer spezifischen Förderung und Unterstützung der Entwicklung in den neuen Bundesländern.
- Die Analyse⁷³ nach unter- und überdurchschnittlichen sowie ausgeglichenen Lebensverhältnissen kommt hinsichtlich unterdurchschnittlicher Lebensverhältnisse zu der Aussage: „Insbesondere Ostdeutschland ist betroffen, und hier vor allem die ländlichen Räume. In einem großflächigen zusammenhängenden Gebiet, das weite Teile Mecklenburg-Vorpommerns, den Nordwesten von Brandenburg und den Norden von Sachsen-Anhalt umfasst, herrschen nahezu flächendeckend weit unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse“. Gleichmaßen wird hervorgehoben, dass es in Westdeutschland keinen größeren Raumausschnitt gibt, in dem ein vergleichbares Maß der Ungleichwertigkeit auftritt⁷⁴.

Von den 2011 erfassten 86 Stadt- und Landkreisen in den neuen Bundesländern werden seitens des BBSR 36 (42 %) als Kreise mit „stark unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen“ eingeordnet - in den alten Bundesländern (inkl. Berlin) sind das 5 Kreise bzw. 1,5 % (Bremerhaven, Gelsenkirchen, Dortmund, Pirmasens, Lüchow-Dannenberg). Dabei werden als unterdurchschnittlich jene Indikatoren zugeordnet, die auf das Fehlen einer Mindestversorgung bzw. erforderlicher Mindeststandards verweisen. Im Gegensatz dazu gab es (2011) keinen einzigen Kreis im Osten,

⁷² Vgl. hierzu Indikatorenschema, in: BBSR Raumordnungsbericht 2011, Bonn 2012, S. 17.

⁷³ BBSR, Raumordnungsbericht 2011, Bonn 2012, S. 8.

⁷⁴ Ebenda, S. 27.

der insgesamt unter die Kategorie „stark überdurchschnittliche Lebensverhältnisse“ einzuordnen wäre - im Gegensatz zum früheren Bundesgebiet mit 33 Kreisen mit überdurchschnittlichen Lebensverhältnissen (10 %). Dabei ist zusätzlich darauf zu verweisen, dass sich in der großen Gruppe der Kreise mit ausgewogenen Lebensverhältnissen die Mehrheit der ostdeutschen Kreise in der unteren Hälfte befindet.

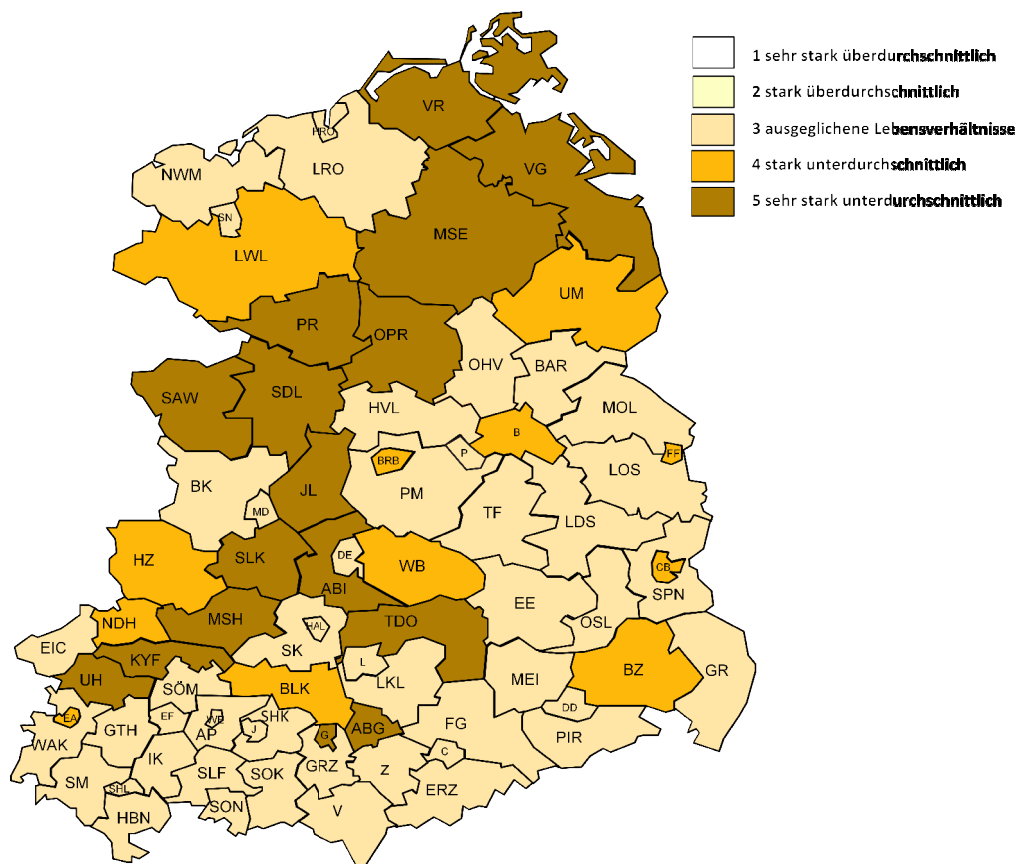
Tabelle 1.3: Anzahl der Stadt- und Landkreise lt. Raumordnungsbericht der Bundesregierung (ROB 2011) nach Qualitätseinstufung

	absolut		%	
	FBG+B	NBL	FBG+B	NBL
<i>ungleichwertige Lebensverhältnisse</i>				
sehr stark unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse	-	21		24,4
stark unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse	5	15	1,5	17,4
<i>ausgeglichene Lebensverhältnisse</i>	289	50	88,7	58,1
<i>überdurchschnittliche Lebensverhältnisse</i>				
stark überdurchschnittliche Lebensverhältnisse	21		6,4	
sehr stark überdurchschnittliche Lebensverhältnisse	11		3,4	
<i>Summe</i>	326	86	100	100

Quelle: BBSR, Raumordnungsbericht 2011, S. 27

- Die Abbildung der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern macht zugleich deutlich, dass die beiden oberen Werte (überdurchschnittlich - weiß/hellgelb) in den neuen Bundesländern überhaupt nicht auftreten.

Abbildung 1.31: Über- und unterdurchschnittliche Ausprägungen regionaler Lebensverhältnisse



Übernommen aus: BBSR, Raumordnungsbericht 2011, Karte 6, S. 26/Eigenbearbeitung
 Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBSR, Geometrische Grundlage: BKG, Kreise, 31.12.2009

- Gleichermaßen gibt es naturgemäß unterschiedliche Ausprägungen der „Unterdurchschnittlichkeit“ nach den einzelnen Bundesländern. Insbesondere Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt haben hier „Spitzenpositionen“. Nicht uninteressant ist, dass sog. „Kreisgebietsreformen“, z.B. die Reduzierung der Stadt- und Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern um 10 Kreise, bereits „rechnerisch“ ein ausgeglicheneres Verhältnis schaffen, ohne dass sich die Lebensverhältnisse (bzw. einzelnen Komponenten) grundlegend verändert haben.

Tabelle 1.4: Regionale Qualitätseinstufung entsprechend Raumordnungsbericht 2011 des BBSR - nach Bundesländern-Ost und Anzahl der Kreise -

Bundesland	sehr stark unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse	stark unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse	ausgeglichene Lebensverhältnisse	stark/sehr stark überdurchschnittliche Lebensverhältnisse	insgesamt
Brandenburg	3	3	12	-	18
Mecklenburg-Vorpommern	7	3	8	-	18
Sachsen	1	1	11	-	14
Sachsen-Anhalt	5	4	5	-	13
Thüringen	4	1	16	-	23

- Bei der Betrachtung der ungleichen Lebensverhältnisse ist nicht zuletzt darauf zu verweisen, dass die Integration des Einzelnen in die Gesellschaft, dass der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft nicht unmaßgeblich vom Maß der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse bestimmt wird⁷⁵. Wenn oft, und mit Vorwürfen versehen, beklagt wird, dass Ostdeutsche sich nicht hinreichend als gleichberechtigte Bundesbürger fühlen, dann sollte dabei auch betont werden, dass sich ihre Lebensverhältnisse auf einem flächendeckend niedrigeren Level bewegen - nicht mehr vorrangig aufgrund der historischen (sprich DDR) Entwicklung, sondern aufgrund des Entzugs von Bedingungen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Zuge des sich immer noch vollziehenden Vereinigungsprozesses (Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit, Wanderung).
- Zu Recht verweisen die Autoren des Raumordnungsberichtes darauf, dass bei aller Verantwortung der Kommunen/Länder bei einer flächendeckenden Unterschreitung bzw. einer sehr starken Unterschreitung der jeweiligen Kreiswerte zu prüfen ist, wann die Verantwortung des Staates einsetzt und welche Möglichkeiten gegeben bzw. geschaffen werden müssen.

Werden einzelne Indikatoren analysiert, so machen die grafischen Abbildungen deutlich, dass die unterdurchschnittlichen Werte fast durchgängig im Osten vorliegen. Es wurde dabei eine Aufteilung nach Perzentilen vorgenommen, d.h. alle Werte eines Indikators wurden nach Größe sortiert und herausgerechnet, wie viele Kreise sich z.B. in den untersten bzw. obersten 10 % befinden.

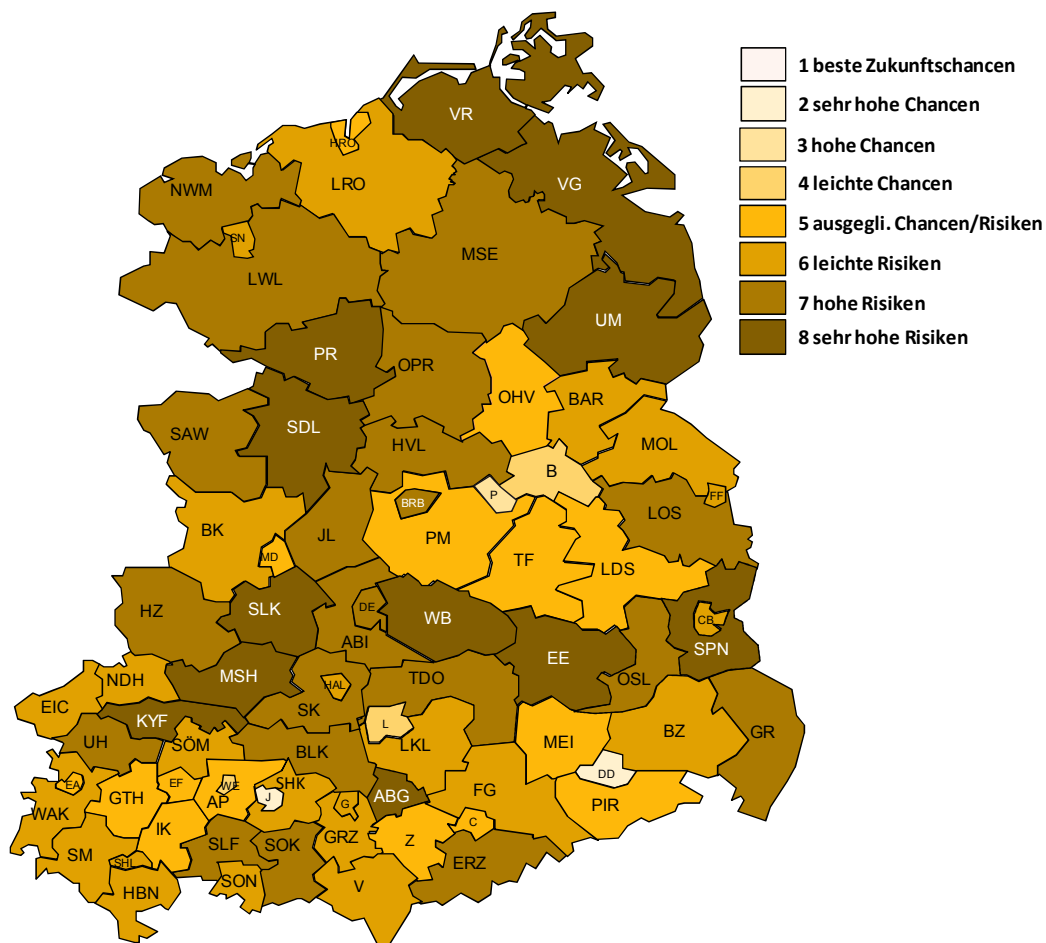
Im Gegensatz zum Raumordnungsbericht 2011 erarbeitet die Prognos AG regelmäßig Zukunftsprognosen, welche anhand von Niveauanalysen künftige Entwicklungen nach regionalen Gliederungen „sortieren“. So dient auch der Prognos Zukunftsatlas 2016 der Einschätzung von Zukunftschancen und -risiken der Regionen innerhalb Deutschlands. Anhand der 402 Kreise und kreisfreien Städte verdeutlicht er die Zukunftsfähigkeit auf Grundlage von 29 Indikatoren (Demografie, Arbeitsmarkt, Wettbewerb und Innovation, Wohlstand und soziale Lage⁷⁶) (vgl. Abbildung 1.32).

⁷⁵ Vgl. Jaschke, Hans-Gerd: Bedingungsfaktoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Studie BMI, Berlin 2009, S. 13.

⁷⁶ Vgl. dazu detailliert: Auf einen Blick - Prognos Zukunftsatlas 2016 - Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb, Prognos AG, Berlin-Basel 2016.

Von den 402 Stadt- und Landkreisen Deutschlands (2016) liegen 76 in den neuen Bundesländern (vgl. Abbildung), 326 in den alten Bundesländern inkl. Berlin. Auf Grundlage der erhobenen Daten wurden Reihenfolgen erarbeitet, welche die einzelnen Stadt- und Landkreise hinsichtlich ihrer Zukunft in Kreise mit „besten Chancen“, „sehr hohen Chancen“, „hohen Chancen“ usw. bis „hohe Risiken“ und „sehr hohe Risiken“ zuordnen. Dabei erweist sich auch in dieser Voraussicht, dass unter den 11 Kreisen mit besten Chancen immer noch kein einziger Kreis aus dem Osten zu finden ist, und auch nur 2 Kreise mit sehr hohen Chancen (Dresden Platz 25/Jena 35), mit hohen Chancen Potsdam (Platz 85) sowie Weimar (108) und Leipzig (137) mit leichten Chancen. Es folgen 13 mit ausgeglichenen Chancen und Risiken, 23 mit leichten Risiken bzw. 20 mit hohen Risiken und 11 mit sehr hohen Risiken. Die Abbildung der Situation in den neuen Bundesländern macht auch hier deutlich, dass positive Bewertungen (helle Farben) de facto nicht vorkommen. Im Gegensatz dazu finden sich in den alten Bundesländern nur 8 Kreise mit hohen Risiken und ein Kreis (Lücho-Dannenberg - kleinster Kreis Deutschlands mit knapp 50.000 Einwohnern) mit sehr hohen Risiken.

Abbildung 1.32: Kreise und kreisfreie Städte in den neuen Bundesländern nach ihren Zukunftschancen - 2016 -



Quelle: Prognos AG, Zukunftsatlas 2016, Berlin 2016

Tabelle 1.5: Zukunftschancen der Regionen NBL und West (inkl. Berlin) 2016 - Anzahl der Stadt- und Landkreise der jeweiligen Region -

	neue Bundesländer	früheres Bundesgebiet (inkl. Berlin)	Deutschland
beste Chancen	0	11	11
sehr hohe Chancen	2	31	33
hohe Chancen	1	44	45
leichte Chancen	2	52	54
ausgeglichene Chancen/Risiken	15	148	163
leichte Risiken	23	31	54
hohe Risiken	22	8	30
sehr hohe Risiken	11	1	12

Quelle: Prognos AG, Zukunftsatlas 2016, Berlin 2016

Wenn auch bereits im Zukunftsatlas 2013 festgestellt wurde: „Das Urteil, wonach der Osten grundsätzlich schlechter positioniert ist als der Westen, greift in zahlreichen Fällen zu kurz. So sind Gebiete mit Strukturproblemen und vergleichsweise hohen Zukunftsrisiken längst nicht mehr allein auf den Osten Deutschlands beschränkt.“⁷⁷, so verdeutlicht jedoch die im Gegensatz dazu stehende Gesamtsituation bis in die Gegenwart, dass es im Osten ein flächendeckendes Problem ist, welches in den alten Bundesländern keinesfalls so kompakt auftritt. Auch die Nord-Süd-Differenzierung hat nicht die Ausmaße wie die Ost-West-Ungleichheit.

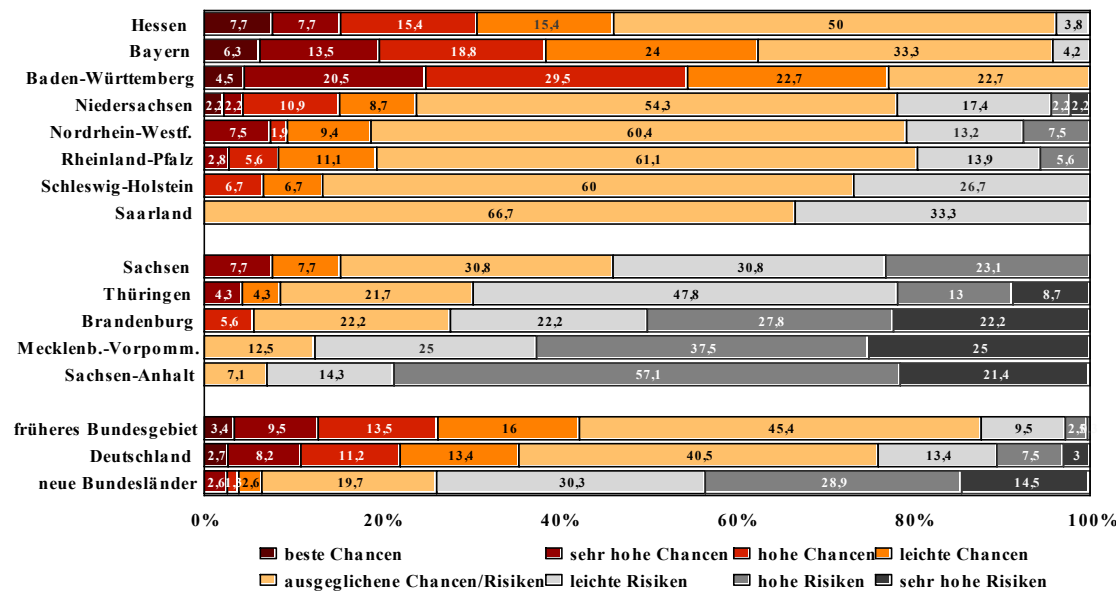
Vor über 10 Jahren hat der Zukunftsatlas 2004 der Prognos AG unter den 58 Kreisen mit hohen und sehr hohen Zukunftsrisiken noch festgestellt, dass alle aus den neuen Bundesländern kamen - wenn von den inzwischen nur noch 42 Kreisen auch 9 Kreise aus den alten Bundesländern darunter sind, spricht das weniger für den Aufschwung Ost, sondern eher für einen Sozialab- und -umbau West.

Sowohl der Vergleich des Ist-Zustandes als der zukünftigen Entwicklung belegt, dass Ostdeutschland die „abgehängte Region“ bleibt - es sei denn es treten gravierenden Einschnitte auf - was die Erfahrungen seit 1990 nicht vermuten lassen.

Insgesamt bleibt: Die Entwicklung seit 1990 belegt erreichte Fortschritte wie noch vorhandene Defizite. Je exakter Ziele, Zeitpunkt, Richtung und Wege zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse bestimmt werden, umso wirkungsvoller die Ergebnisse und eine möglich Kontrolle der gesetzten Vorgaben bzw. wo auch existente Unterschiede anzuerkennen sind.

⁷⁷ Auf einen Blick - Prognos Zukunftsatlas 2013..., a.a.O., S. 5.

Abbildung 1.33: Bundesländer nach den Zukunftschancen ihrer Stadt- und Landkreise (Regionen inkl. Stadtstaaten) - 2016 - in Prozent der Kreise des jeweiligen Bundeslandes -



Quelle: Prognos AG, Zukunftsatlas 2016, Berlin 2016/Eigenberechnungen

Die offiziellen Daten (vgl. Tabelle 1.6) weisen aus, dass (2013/2015) - also nach rd. 25 Jahren deutscher Vereinigung - mehrheitlich eine 70- bis 90-prozentige Angleichung erreicht wurde.

Das Tableau kann im Einzelnen durchgegangen werden und belegt, dass jeder Indikator einer eigenen Interpretation bedarf. Daraus folgt aber auch, dass es differenzierender Festlegungen über den weiteren Integrationsprozess bedarf. Insofern ist denen zuzustimmen, die sich für einen Rahmenplan der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse aussprechen⁷⁸ - im Gegensatz zur seinerzeitigen Bundesregierung, welche betonte: „Die Erarbeitung eines Stufenplanes zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse erachtet die Bundesregierung als nicht sinnvoll.“⁷⁹ Die Notwendigkeit ergibt sich gerade aus einer differenzierten Betrachtung einzelner Lebensbereiche und Einzelgebiete - wie im Vorangegangenen anhand des Raumordnungsberichtes 2011 dargelegt.

Im Vergleich seit 1989/1990 lässt sich feststellen (Vergleichsdaten 1950 bis 1989 Abschnitt 2.2/Tabelle 2.4):

- Hervorzuheben ist, dass in einigen Bereichen hinter geringen „Angleichungsquoten“ ein enormer Gewinn an Lebensqualität steht, obwohl sich die Angleichungsquote nur gering veränderte, wie z.B. in der Lebenserwartung, welche in den neuen Ländern um rd. 7 Jahre gestiegen ist. Ebenso steigerte der erfolgte Ausbau des Kommunikationsnetzes den Ausstattungsgrad mit Telefonen so, dass keine Ost-West-Unterschiede mehr bestehen, was von hohem Gewicht für die soziale Kommunikation in den neuen Ländern war und ist.
- Am markantesten hat sich der Vereinigungsprozess bei den Umweltbelastungen (vor allem bedingt durch die Deindustrialisierung im Osten) vollzogen sowie bei vielen Haushaltsausstattungsmerkmalen.

⁷⁸ Vgl. hierzu auch bezogen auf ökonomische Parameter: Busch, Ullrich/Kühn, Wolfgang/Steinitz, Klaus: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland, VSA Verlag 2009, S. 129/130.

⁷⁹ Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Zum Stand der Deutschen Einheit und der perspektivischen Entwicklung bis 2020“, Drucksache 17/5418/2006, S. 4.

- Bei der Mehrzahl der an die ökonomische Entwicklung gebundenen Indikatoren wie Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Einwohner bzw. Arbeitnehmer - BIP), Löhne bzw. Alterseinkommen, Haushaltseinkommen, Wohneigentum und Wohnungsgröße ist von einer zwischen 40- bis 60-prozentigen Ost-West-Relation (1989) inzwischen mehrheitlich ein Angleichungsniveau von 70 bis 90 % erreicht.
- Die erfolgte, aber keineswegs hinreichende Zunahme des BIP je Erwerbstätigen, aber auch je Einwohner, ist sowohl Ergebnis des niedrigeren DDR-Ausgangsniveaus, als auch der nach 1990 erfolgten Deindustrialisierung, welche eine nachhaltige Angleichung nicht ermöglicht. Es erfolgte eine enorme, aber nicht hinreichende Verdoppelung des BIP je Erwerbstätigen, die - wird sie auf die Bevölkerung bezogen - geringer ausfällt aufgrund der Abwanderung und Alterung.
- Eine mit den ökonomischen Entwicklungen verbundene, aber in den Niveauunterschieden kaum veränderte Entwicklung erfolgte in den Bereichen der Arbeitslosigkeit und der Angleichung tariflicher Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, einzelne Tariflöhne). Nur im Ergebnis grundlegender Neustrukturierungen des Arbeitsmarktes und des verstärkten Einflusses der Gewerkschaften als Tarifpartner sind hier „gleiche“ Verhältnisse herstellbar.
- Charakteristisch für eine Reihe von Bereichen ist aber auch eine rückläufige Entwicklung in den neuen Bundesländern und eine damit z.T. erreichte „Negativ-Angleichung“, wie z.B. bei der Kinderbetreuung oder im Krankenhausbereich, in der beruflichen Bildung, d.h. Bereiche, in denen es eher um eine West-Ost-Angleichung gehen sollte, sowie beim Rückgang der Geburtenhäufigkeit.
- Aspekte des bürgerschaftlichen Engagements - wie der aktiven Betätigung in Vereinen und Verbänden - belegen einerseits die Beseitigung erfolgter Verwerfungen zu DDR-Zeiten, wie inzwischen finanziell begrenzte Möglichkeiten von Aktivitäten (z.B. Sport/Kultur) andererseits.

Tabelle 1.6: Angleichung der Lebensverhältnisse - DDR/früheres Bundesgebiet 1989/1990/1991 - neue Länder/alte Länder 2014/2015/2016) -

Angleichungsfeld	ME	1989/1990/1991				derzeitiger Stand			
		Jahr	Ost	West	Ost/ West %	Jahr	Ost	West	Ost/West %
Bevölkerung									
Einwohner	in Millionen	1989	16,4	62,7	26,2	2015*	12,5	66,5	18,8
durchschn. Geburtenziffer	Kinder/Frau 15-49	1990	1,52	1,45	104,8	2015*	1,56	1,50	104,0
Lebenserwartung - Männer - Frauen	M Jahre F Jahre	1989 1989	70,1 76,4	72,7 79,0	96,4 96,7	2013/14* 2013/14*	77,11 83,11	78,41 83,12	98,3 99,4
Altenquotient	über 60-Jährige %	1990	18,8	20,8	90,4	2015 a)	33,0	27,4	120,4
Ausländeranteil	Prozent	1991	0,8	8,0	10,0	2015*	2,8	10,4	26,9
Wirtschaft									
BIP je Einwohner	Euro	1989	12.516	22.550	55,5	2015*	26.453	39.270	67,4
BIP je Erwerbstätige	Euro	1989	21.334	47.678	44,7	2015*	56.284	72.814	79,3
Volkseink. (Erwerbs-/ Verm.eink.)	Euro/Einw./Jahr	1991	6.708	16.902	39,7	2014*	19.684	28.462	69,2
Lebensverhältnisse									
Bruttolöhne/Gehälter	Euro/Jahr/Arb.n.	1991	11.214	22.183	50,6	2015*	31.165	38.932	80,0
tarifl. vereinbarte Arbeitszeit	Stunden/Woche	1990	40,2	38,4	104,7	2015	38,7	37,5	103,7
Rentenzahlbetrag (Alters- rente/Neuzugang)***	Euro/Monat	1989	230	581	40,0	2015	917	785	116,8
Haushaltsnettoeinkommen	Euro/Monat	1990	835	1.343	62,2	2014*	2.509	3.318	75,6
verfügbares HH-Eink.	Euro/Einw./Jahr	1991	7.292	13.786	52,8	2014*	18.045	21.841	82,6
Sparquote	Prozent	1989	4,8	12,4	38,7	2014*	6,5	10,1	64,4
Wohneigentum - selbstgenutzt	Prozent	1989	27	39,3	68,7	2015**	34,4	48,4	71,1
Wohnungsgröße	qm/Einw.	1990	28,2	36,4	77,5	2015**	43,1	46,9	91,9
Wohnungsgröße	qm/Wohnung	1990	64,4	86,5	74,5	2015**	78,2	95,2	82,1
Haushaltsausstattung/PKW	Grad/100 Hh	1990	48	76,1	63,1	2015**	71,8	78,9	91,0
Telefon	Grad/100 Hh	1988	17,2	96,8	17,8	2015**	100	99,9	100
subjektive Schichtestufung	Mittelschicht %	1988	42,0	58,0	72,4	2014	44,0	47,0	93,6
Arbeitsmarkt									
Erwerbstätige Arbeitnehmer (Arbeitsort)	in 1000 in 1000	1989 1989	9.747 9.560	29.480 22.399	33,1 36,2	2015* 2015*	5.878 5.265	35.308 31.849	16,7 16,5
Arbeitslosenquote	Prozent (abhängige ziv. Erw.Pers.)	1991	10,3	6,3	163,5	2015**	9,2	5,7	161,4
Infrastrukturen									
Kinderbetr. (Kita 0 bis 6 J.) unter 3 J. 3 bis 6 J.	Prozent Prozent	1989***	86 80,2 95,1	35 1,1 80,0	246 729,0 119,0	2016* 2016	48,4 94,8	23,4 92,5	204,8 102,5
Krankenhausbetten	je 100.000 Einw.	1989***	980	1.079	91	2014 a)	673	604	111,4
Arztdichte	Einw./Arzt	1991	403	316	128	2015*	245	221	110,9
Kultur									
Abitur/Hochschulreife	Prozent (ab 15 J.)	1990	11,7	16,4	71,3	2014***	25,2	29,5	85,4
Facharbeiter	Prozent (ab 15 J.)	1991	76,1	60,6	125,6	2014***	55,9	48,0	116,5
Mitglieder in Organisationen	Prozent erw. Bev.	1992	53,0	63,0	84,1	2014	60,0	71,0	84,5
Ehrenamt in Vereinen	Prozent	1990	27,0	27,0	100	2014	23,0	31,0	74,2
Mitglieder in Sportvereinen	Prozent	1990	21,9	29,4	74,5	2016 a)	15,4	31,4	48,8
Konfessionelle Bindung -keine	Prozent	1991	73,0	11,0	664	2014***	75,0	33,0	227,3

* jeweils ohne Berlin

** neue Länder und Gesamtberlin

*** FBG und Berlin-West/NBL und Berlin-Ost

a) früheres Bundesgebiet und Gesamtberlin

Übernommen und aktualisiert von Gunnar Winkler: Friedliche Revolution und deutsche Vereinigung - 1989 bis 2015, Bernau 2016, sowie 1. Auflage, Berlin 2009, S. 280/281 / 2. Auflage 2012, S. 129 / 3. Auflage 2013, S. 15 sowie 4. Auflage 2015 (VS), S. 29

Aktualisierungsquellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1-Reihe 1.1 - R 4.1.1 - R 4.1.2/FS 5-R1-R2/FS 12-R 6.1.1 // FS 15- R2/Statistik KJH/Statistische Ämter der Länder - Länderergebnisse Bd. 1 bis 5 // Fachstatistiken der Bundesministerien - BMAS/BMG/BMVBS // Agentur für Arbeit: Arbeitsmarktberichterstattung 1990 bis 2015 // Bestandserhebung Deutscher Olympischer Sportbund // Empirische Erhebungen: SOEP/Freiwilligensurvey/SFZ Leben 1990-2014 // Statistiken von Verbänden/Vereinen // Heske: Gesamtrechnungen

Zusammenfassend sei nochmals hervorgehoben: Vieles ist erreicht, vieles ist noch zu bewältigen. Je effektiver sich der Einzelne dabei einbringen kann und die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, umso eher vollendet sich auch die „innere Einheit“ Deutschlands.

1.2.4.6 Es geht vorwärts, aber die „Lücke“ bleibt

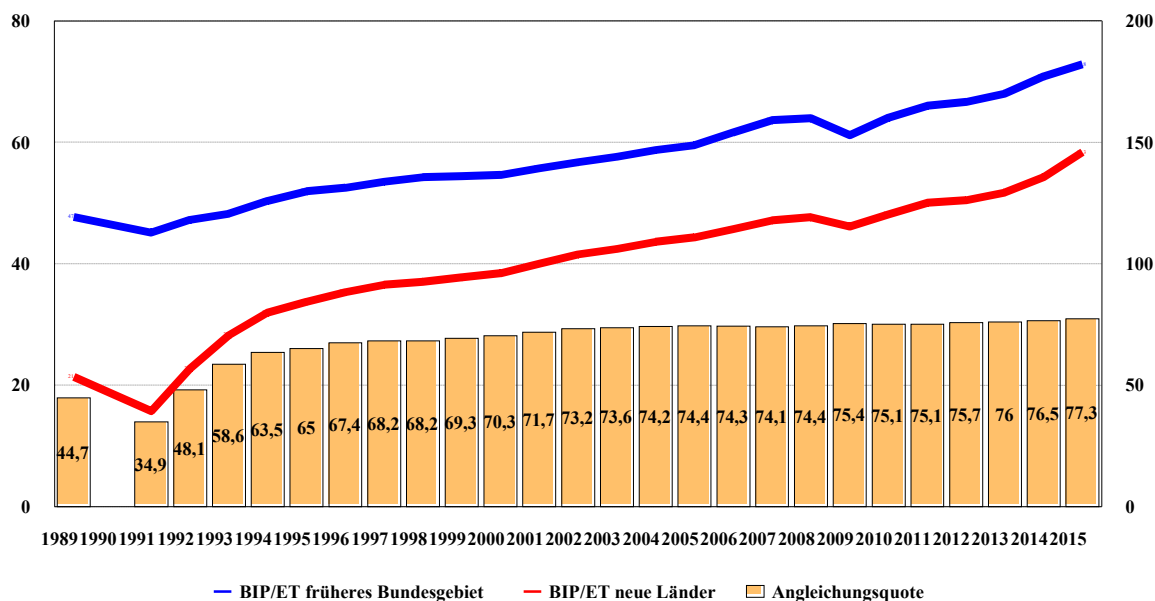
Insgesamt ist unbestritten, dass der Angleichungsprozess seit rd. zwei Jahrzehnten im hohen Maße stagniert. Trotz steigender Werte bei wichtigen ökonomischen und sozio-ökonomischen Indikatoren nimmt der Abstand zwischen Ost und West nicht ab. Im Bericht der Bundesregierung zur deutschen Einheit 2016 wird u.a. festgestellt:

„Im innerdeutschen Vergleich besteht (bezogen auf die Wirtschaftskraft - G.W.) auch mehr als 25 Jahre nach der Deutschen Einheit, noch eine beträchtliche Lücke.“⁸⁰ Über die Wirtschaftslücken hinaus wird im Bericht auf Lohnlücken, F+E-Potenziallücken, Lücken im Energieübertragungsnetz, aber auch auf Lücken im Wissen über die DDR hingewiesen. Zusammengefasst wird darauf verwiesen, dass die existenten Lücken im gesellschaftlichen Zusammenhalt den gesellschaftlichen Fortschritt gefährden⁸¹.

Stand und Entwicklung des Angleichungsprozesses lassen sich dazu vor allem anhand ausgewählter Indikatoren in seiner zeitlichen Dimension grafisch darstellen (die inhaltlichen Wertungen erfolgen in den jeweiligen Sachkapiteln). Eindeutig erkennbar

- die Stagnation des Angleichungsprozesses bei z.T. zunehmender absoluter Differenz (am Beispiel Arbeitsproduktivität und Einkommen),
- die Ungleichheiten zwischen den Regionen.

Abbildung 1.34: Angleichungsfortschritte - Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) - neue Länder/früheres Bundesgebiet jeweils ohne Berlin - 1989 bis 2015 - in 1.000 Euro -

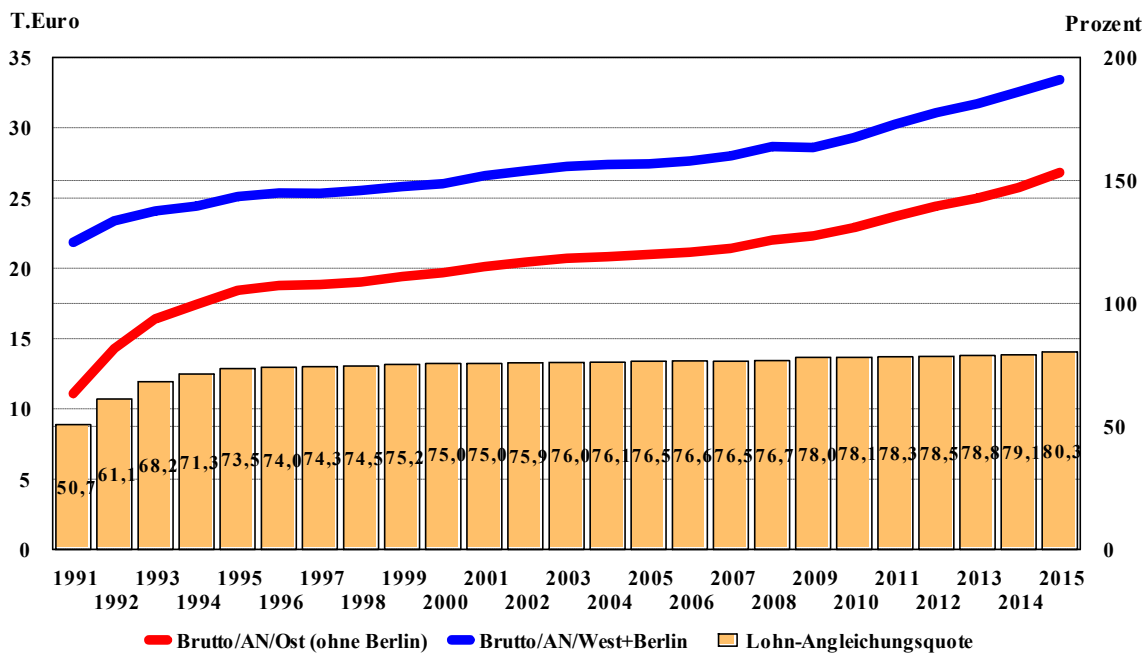


Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Reihe 1, Bd. 1 1991-2015, Stuttgart 2016/G. Heske: Historische Sozialforschung, Bonn Supplement 21/2009, S. 248/266

⁸⁰ Bericht der Bundesregierung zur deutschen Einheit 2016, Berlin 2016, S. 18.

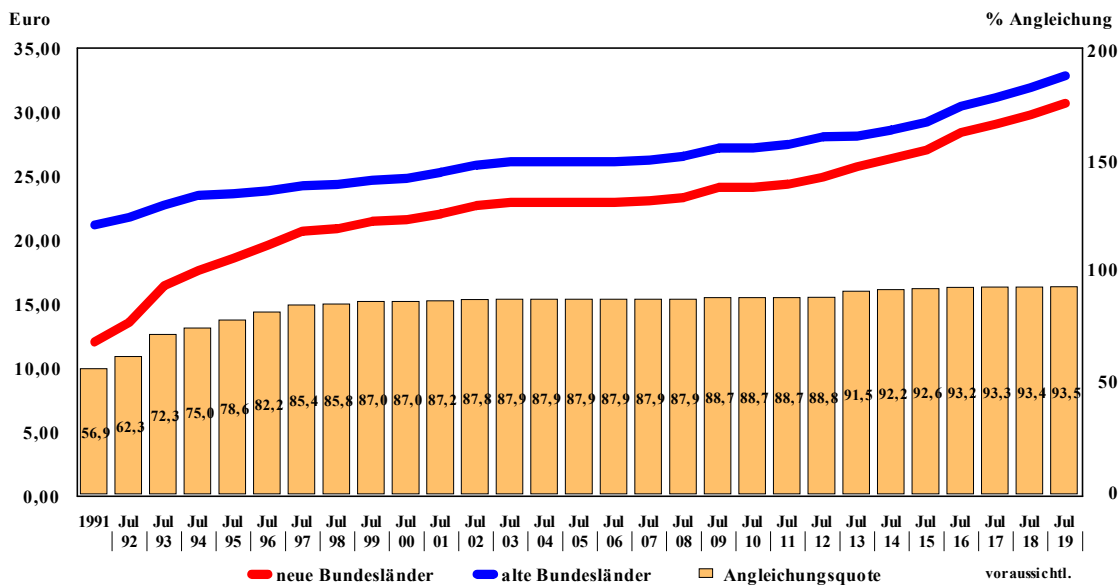
⁸¹ Ebenda, S. 16.

Abbildung 1.35: Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland) - nach Regionen - 1991 bis 2015 - in 1.000 Euro -



Quelle: Statistische Ämter der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Bd. 2, Stuttgart 2016

Abbildung 1.36: Entwicklung des aktuellen Rentenwertes - nach Regionen - 1991 bis 2016 sowie Annahmen bis 2019 - in Euro* -

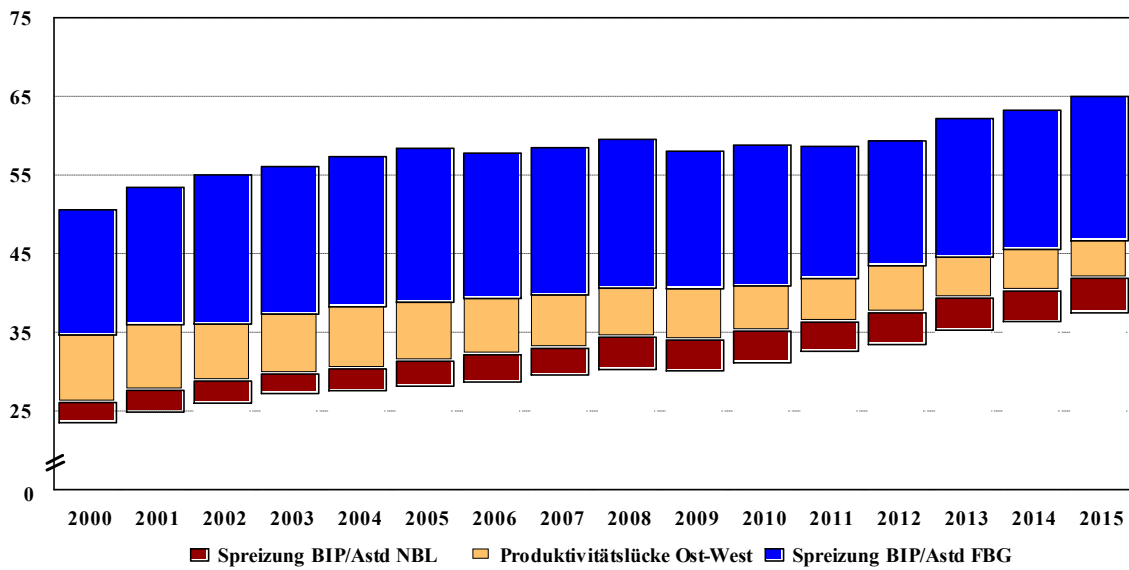


* Die Umrechnung für die Jahre vor 2002 erfolgte zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM.

Berechnet nach: Rentenversicherung in Zeitreihen 2015, Hrsg.: DRV, Berlin 2015, S. 261/Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2015, BMAS, Berlin 2015, S. 66

Da - wie bereits festgestellt - es auch die Auffassung gibt, dass die Angleichung bereits dann vollzogen sei, wenn das strukturstärkste Land des Ostens das strukturschwächste Bundesland des Westens erreicht habe, so ist auch aus dieser Sicht hervorzuheben, dass bei wichtigen Indikatoren „die Lücke“ seit mindestens einem Jahrzehnt unverändert ist. Ohne Kommentar verdeutlichen die nachfolgenden Abbildungen diese Aussage.

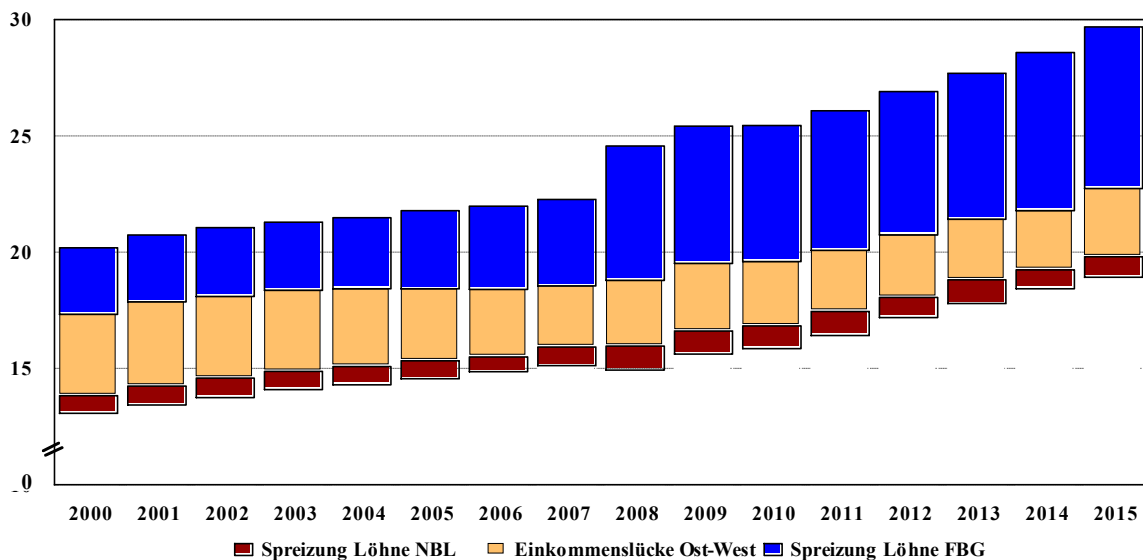
Abbildung 1.37: Vergleich der Spreizung des Bruttoinlandsproduktes je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen - nach Regionen - 2000 bis 2015 - in Euro -



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, VGRDL, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1 - 2000 bis 2015, Stuttgart 2016

Lesebeispiel: Im Jahr 2015 lagen die Werte der neuen Länder zwischen 37,48 (Thüringen) und 41,86 Euro (Brandenburg), in den alten Bundesländern zwischen 46,64 (Schleswig-Holstein) und 64,98 Euro (Hamburg) - die Durchschnittswerte betragen für Deutschland 51,29 Euro, FBG + Berlin 53,31 Euro, NBL 39,19 Euro.

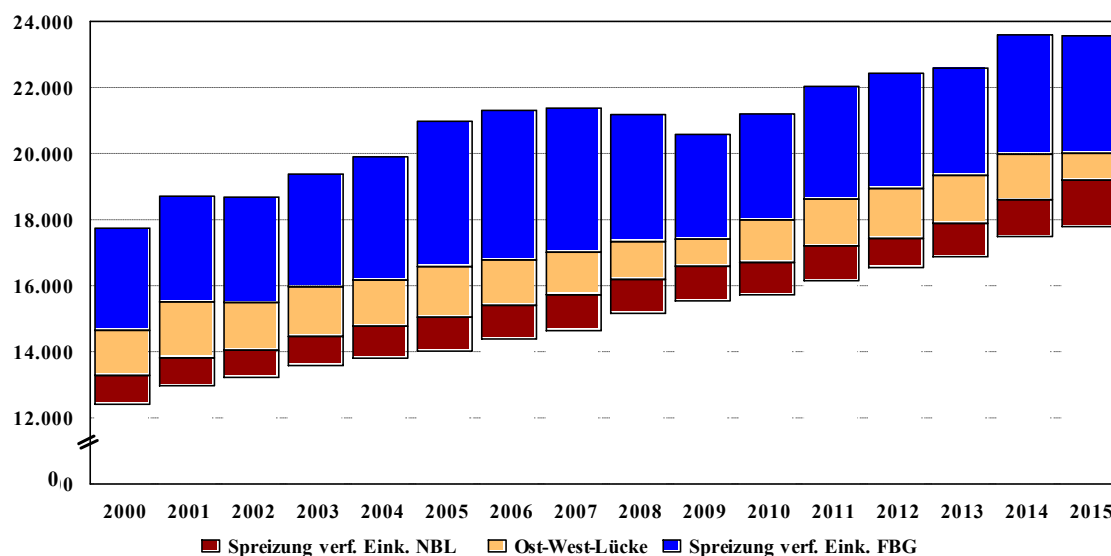
Abbildung 1.38: Vergleich der Spreizung der höchsten und niedrigsten durchschnittlichen Stundenlöhne der Bundesländer - nach Regionen - 2000 bis 2015 - Arbeitnehmer - in Euro -



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, VGRDL, Reihe 1, Länderergebnisse Band 2 - 2000 bis 2015, Stuttgart 2016

Lesebeispiel: Im Jahr 2015 lagen die Werte der neuen Länder zwischen 18,92 Euro (MVP) und 19,801 Euro (Brandenburg), in den alten Bundesländern zwischen 22,28 Euro (Schleswig-Holstein) und 29,22 Euro (Hamburg). Die durchschnittlichen Stundenlöhne betragen in Deutschland 24,94 Euro, im FBG 25,84 Euro, NBL 19,58 Euro

Abbildung 1.39: Vergleich der Spreizung der höchsten und niedrigsten durchschnittlichen verfügbaren Einkommen je Einwohner - nach Regionen* - 2000 bis 2015 - in Euro -



* jeweils ohne Berlin

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, VGRDL, Verfügbares Einkommen 1991 - 2014 - (WZ 2008), Revision 2014, Stuttgart 2016 / GfK Kaufkraftindex 2016

Lesebeispiel: Im Jahr 2015 lagen die Werte der neuen Länder zwischen 17.790 (MVP) und 19.971 Euro (Brandenburg), in den alten Bundesländern zwischen 20.909 (Saarland) und 23.664 Euro (Hamburg) - die Ost-West-Lücke beträgt 812 Euro /Jahr/Einwohner

Aber nicht nur die Stabilität der „Lücken“ zwischen den Ostländern und dem strukturschwächsten Bundesland-West wird sichtbar, sondern auch, dass der Osten generell homogenere Strukturen aufweist, während sich in den alten Ländern eine zunehmende Spreizung feststellen lässt. Das ist Resultat von ansteigenden Ungleichheiten z.B. im Einkommen zugunsten höherer Einkommen (vgl. Abschnitt 2.4). Auch ökonomische Forschungen z.B. des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle verweisen auf bestehende Lücken und eine teilweise sich wieder öffnende Leistungsschere Ost-West (vgl. Abschnitt 2.2).⁸² Dabei wird drauf verwiesen, dass das vor allem betrifft:

- das Fortbestehen der Lücken in der Wirtschaftsleistung (BIP/Ew.) und Produktivität (BIP/Et/Astd) des Ostens gegenüber den strukturschwächsten Bundesländern-West, die in den nächsten Jahrzehnten kaum schließbar ist;
- sog. Headquarterlücke, d.h. dass von 500 Großkonzernzentralen nur 14 ihren Sitz in den neuen Ländern haben, 20 in Berlin und 466 in den alten Ländern (2013).⁸³

1.2.4.7 Ostdeutschland - eine kartografisch erkennbare Region

Anfang Juni 2009 wurde der „Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2009“ vorgelegt.⁸⁴ Dort heißt es - bezogen auf die Angleichung Ost-West: „Die Herstellung der gesellschaftlichen und sozialen Einheit bedeutet keine Nivellierung der regionalen und kulturellen Unterschiede in den Regionen Deutschlands. Solche Unterschiede prägen Deutschland. Das ist auch wünschenswert, denn sie bereichern unser Land und schaffen Identität. Auch materielle Lebenssituationen und Lebensstile werden weiterhin Unterschiede aufweisen. **Aber die Trennungslinien** zwischen den

⁸² IWH, 25 Jahre nach dem Mauerfall, Halle 2014.

⁸³ Ebenda.

⁸⁴ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2009, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin, 10. Juni 2009.

Lebenssituationen dürfen nicht unüberbrückbar sein, und sie **dürfen nicht an einer festen geographischen Linie entlang verlaufen**“ (Hervorhebung G.W.).⁸⁵

Die nachfolgenden Abbildungen zeigen, dass die Abstände Ost-West in wichtigen Lebensbereichen durch die alten staatlich-geografischen Grenzen markiert sind. Dabei ist festzustellen, dass sicher eine der Ursachen dafür die unterschiedlichen Ausgangspositionen 1989 waren, dass aber nach mehr als 25 Jahren - vor allem im wirtschaftlichen Bereich⁸⁶ -, jedoch nicht mehr alles mit der DDR-Vergangenheit begründet werden kann und sollte. Als Beleg mögen die grundlegenden sozio-ökonomischen Indikatoren dienen, welche in den einzelnen Kapiteln/Abschnitten des Gesamtmaterials behandelt werden.

Abbildung 1.40: Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Einwohner - 2015 - Euro -

Quelle: Statistische Ämter der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1 - 1991 bis 2015, Stuttgart 2016

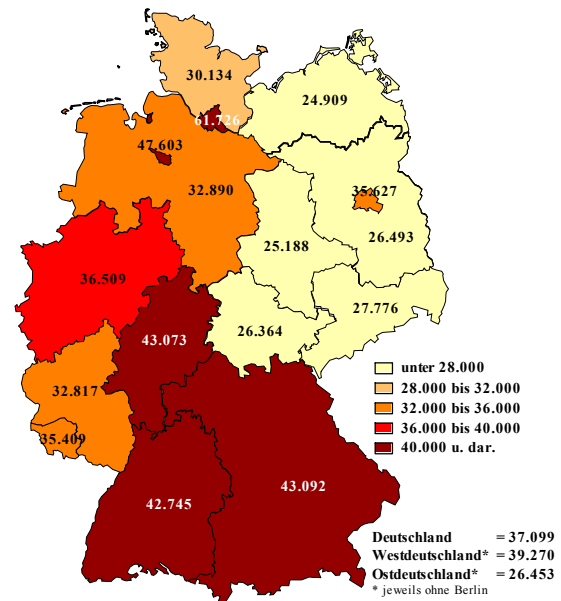
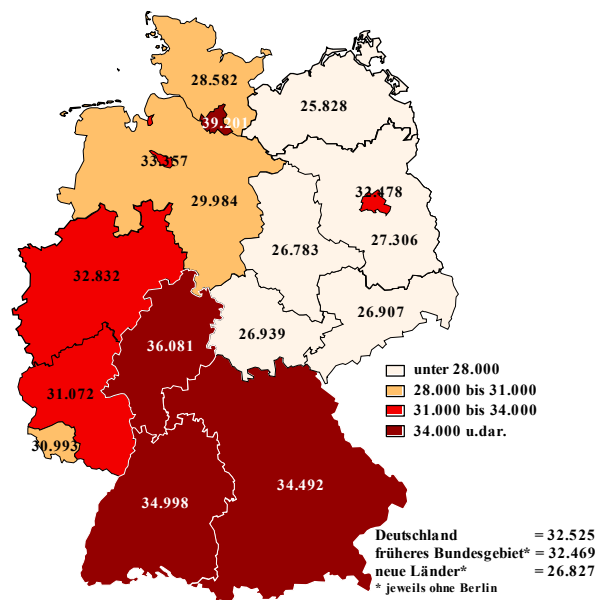


Abbildung 1.41: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer - 2015 - in Euro -

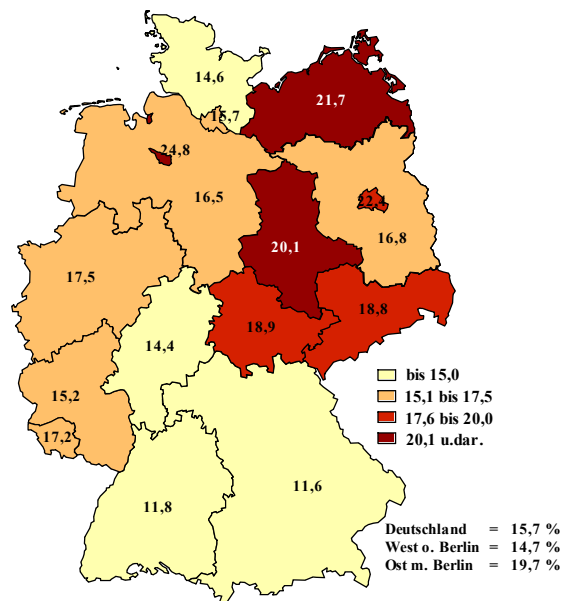
Quelle: Statistische Ämter der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Band 2, 1991 bis 2015, Stuttgart 2016



⁸⁵ Ebenda, S. 31.

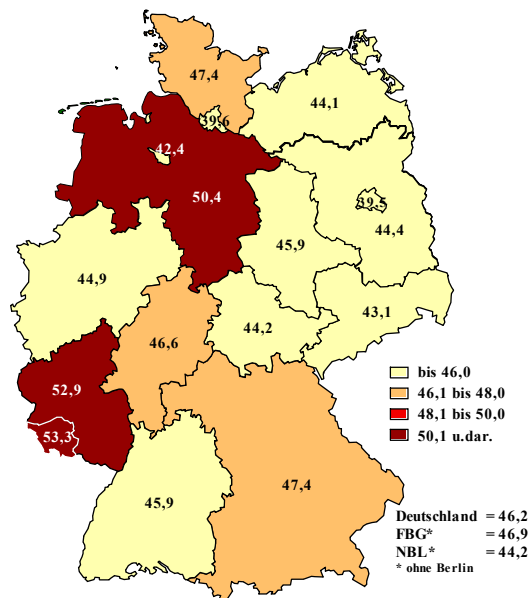
⁸⁶ Paqué, Karl-Heinz: Transformationspolitik in Ostdeutschland, APuZ 28/2009, S. 25.

Abbildung 1.42: Armutsgefährdungsquote nach Bundesländern - gemessen am Bundesmedian - 2015
- in Prozent* -



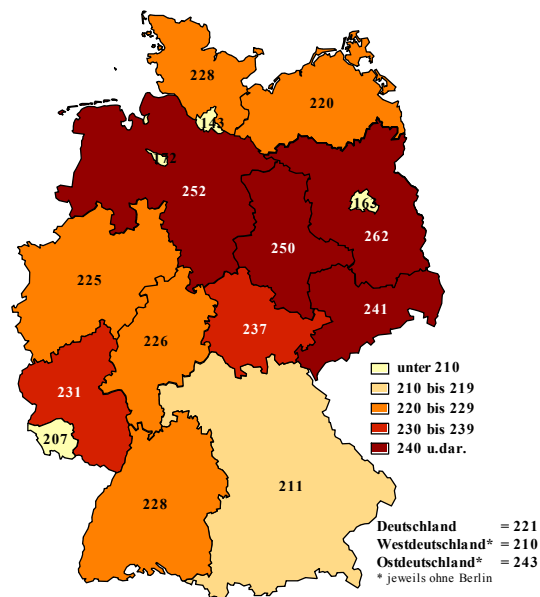
* bezogen auf 60 % des Bundesmedian des Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in privaten Haushalten
Quelle: Statistisches Bundesamt, Amtliche Sozialberichterstattung 2015, Wiesbaden 2016, Tab. A.1.1

Abbildung 1.43: Wohnfläche je Einwohner
- 31.12.2015 - in Quadratmetern -



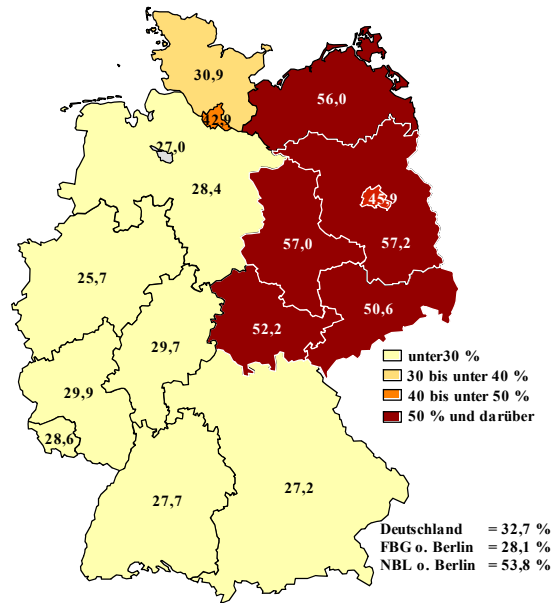
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 5, Reihe 3, Bestand an Wohnungen - 31.12.2015, Wiesbaden 2016

Abbildung 1.44: Einwohner je berufstätigen Arzt zum 31.12.2015
- nach Bundesländern -



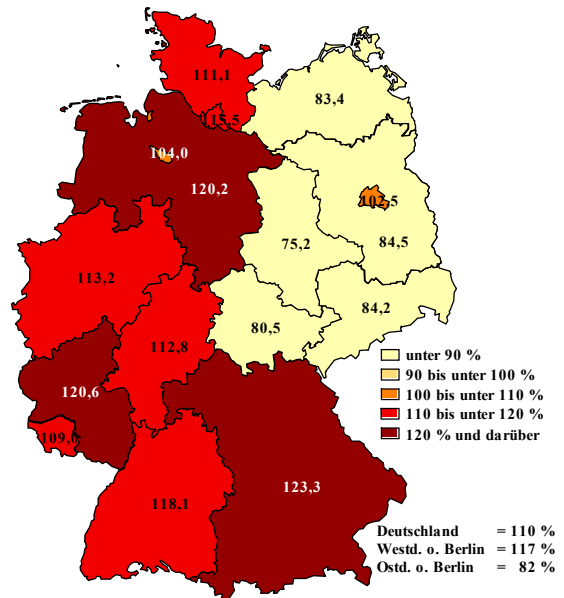
Quelle: Bundesärztekammer, Ergebnisse der Ärztestatistik zum 31. Dezember 2015, Berlin 2016/Eigenberechnung - Einwohner Dezember 2015

Abbildung 1.45: Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren - 1. März 2016 - Kindertageseinrichtungen und -tagespflege - in Prozent -



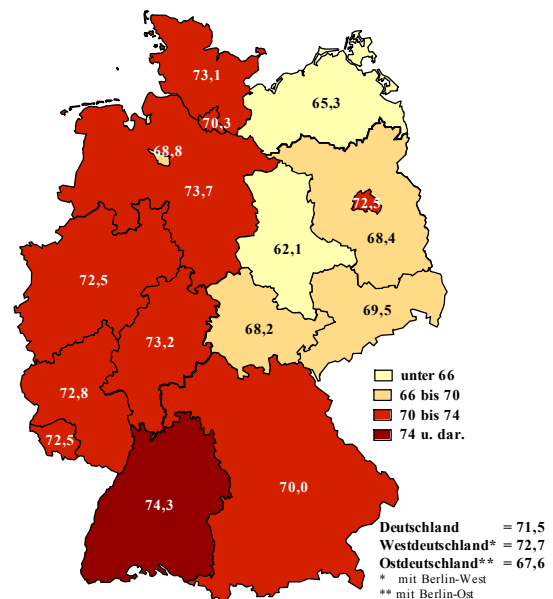
Quelle: Statistisches Bundesamt, Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege, 31.03.2016, Wiesbaden 2016, T Q3

Abbildung 1.46: Entwicklung der Anzahl der Arbeitnehmer - 1991 bis 2015 - in Prozent - (1991 = 100)



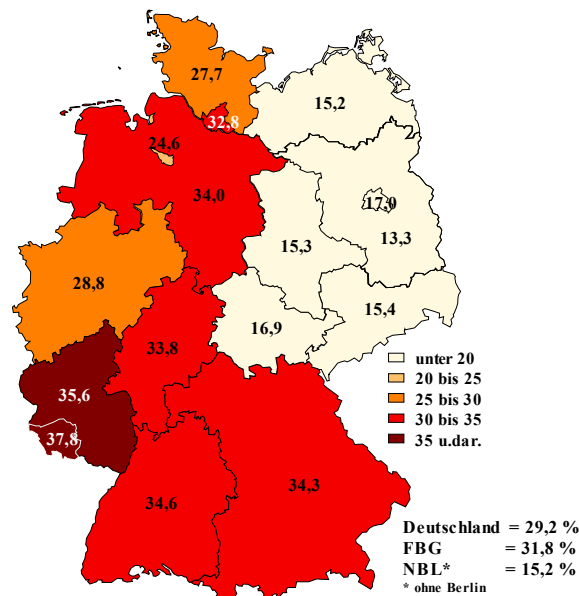
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Bd. 2, 1991 bis 2015, Stuttgart 2016

Abbildung 1.47: Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2013 - nach Bundesländern - in Prozent -



Quelle: www.election.de

Abbildung 1.48: Prozentualer Anteil der Bevölkerung von in Sportvereinen/-verbänden organisierten Mitgliedern - 2015 -



Quelle: Bestandserhebung 2015 des Deutschen Olympischen Sportbundes, Frankfurt/M. 2015, S. 11

1.2.5 Hoffnungen und Erwartungen

1.2.5.1 Die Erwartungen der Bürger

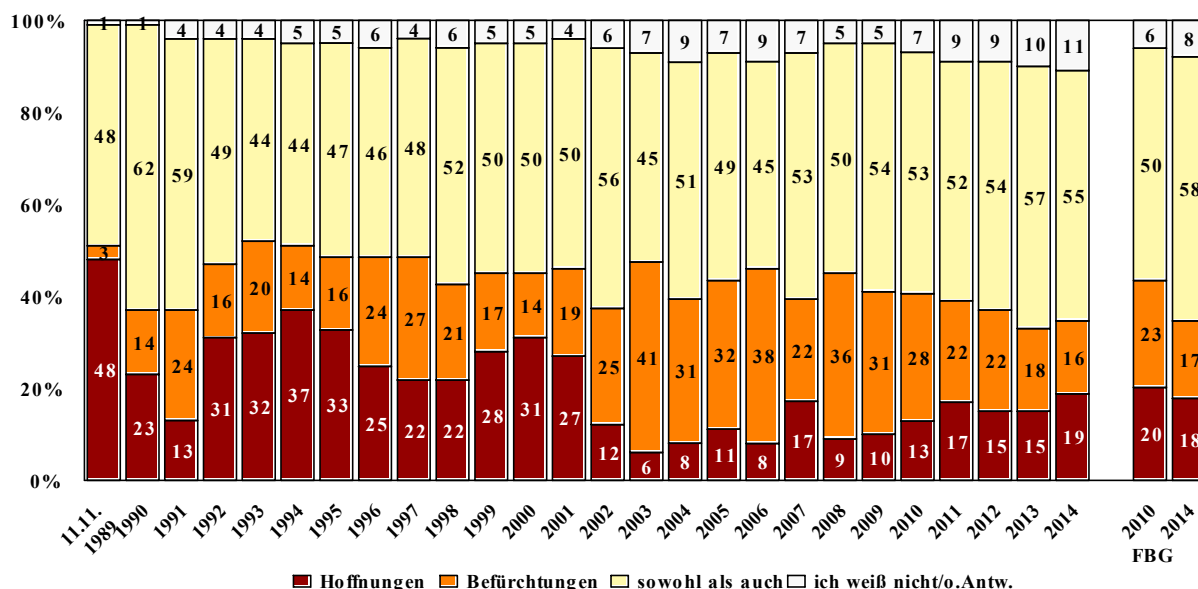
Von und mit Hoffnungen zu leben, gehört zu den menschlichsten Eigenschaften. Gesund zu bleiben, ein Leben ohne Kriege, nicht in Armut zu geraten, bei familiären Zwistigkeiten Lösungen zu erwarten, in schlechten Zeiten auf bessere zu hoffen, vor allem dass es den Kindern und Enkeln besser gehen möge, all das hat sich fast jeder Bürger im Verlaufe des Lebens zig-mal gewünscht oder erhofft. Hoffen auf die Zukunft ist der Glaube an ein besseres Leben im „irdischen Diesseits“.

Die Möglichkeiten, mittels eigener Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten eine bessere Lebensqualität erreichen bzw. den erreichten Standard halten zu können, werden in nicht unbedeutendem Maße von den Rahmenbedingungen, welche die Gesellschaft, in welcher der Einzelne lebt, bestimmt. Der eigene Einfluss kann weitgehend nur vorhandene Spielräume nutzen bzw. erweitern. Die Zukunft eines Arbeitslosen auf Arbeit in einer Gesellschaft, in der die Zahl der Arbeitsuchenden größer ist als die Zahl der angebotenen Arbeitsplätze, ist nicht allein von seinem Willen abhängig. Die Möglichkeiten eines Rentners, sein Alterseinkommen erhöhen zu können, ohne die Möglichkeit individueller Vorsorge gehabt zu haben, sind begrenzt. Eine Vielzahl individuell und gesellschaftlich vorhersehbarer oder vorgegebener Probleme - „großer“ wie „kleiner“ - beeinflussen Hoffnungen und Befürchtungen des Einzelnen auf die Zukunft. Wenn die „Zukunft“ in einer Gesellschaft im Sinne besser und sicherer zu leben, jedoch nur für den kleineren Teil besteht - dem man selbst nicht angehört -, schwinden nicht nur die Hoffnungen, sondern auch der Glaube an ihre Realisierbarkeit.

Wie das Leben des einzelnen Bürgers in der DDR bis 1990 auch verlaufen sein mag, die ökonomischen und politischen Verhältnisse stießen auf zunehmende - wenn auch nicht öffentlich artikulierte - Kritik. Es war bei der Mehrheit nicht das ohnehin bekannte „Stasi“-problem, sondern der alltägliche Lebensvollzug, der die Menschen auf die Straße trieb. Es ist durchaus gerechtfertigt, davon auszugehen, dass in keinem Jahr nach 1945 - in dem die Vorstellungen auf Frieden und „nie wieder Krieg“ alles dominierten - die Hoffnungen und Erwartungen an ein menschenwürdiges, den Wohlstand aller verbesserndes Leben im heutigen Gebiet der neuen Bundesländer so groß waren wie in den Jahren 1989/90. Der mehrheitlich gewünschte gesellschaftliche Umbruch führte zu Hoffnungen auf nicht nur veränderte, sondern verbesserte Lebensverhältnisse und zunächst weniger zu Befürchtungen über die weitere Entwicklung. Dabei ging es den Bürgern keineswegs nur um den Zugang zur DM, sondern um Erwartungen, die über materiellen Wohlstand hinaus auch Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Freiheit gewährleisten sollten.

Die Jahre seit 1989 unterliegen seitdem in den neuen Bundesländern einem Wechselspiel von rasch sinkenden und steigenden Hoffnungen zwischen 1989 und 1991, von 1991 bis 1994, von 1994 bis 2003 und leichtem Anstieg von 2004 bis in die Gegenwart - insbesondere bei über 60-Jährigen im Ergebnis der Rentensteigerungen 2013/2014 und damit die Hoffnung auf Fortsetzung des Angleichungsprozesses, aber auch erwartete Verbesserungen durch Tarifvereinbarungen, flächendeckende Mindestlöhne, Mütterrente u.a. zeigen Wirkungen. Gleichzeitig nehmen die Befürchtungen in den letzten Jahren erkennbar ab - offensichtlich Reflexion der Krisenbewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch der medial verbreiteten Probleme der Entwicklung in einigen südeuropäischen Ländern (Griechenland, Italien, Spanien), die vielen Bürgern das Gefühl geben, nachhaltig besser und sicherer zu leben. Der Trend der Unsicherheit widerspiegelt sich zugleich in der Zunahme der Bürger, die für sich mit „sowohl Hoffnungen als Befürchtungen“ antworten.

Abbildung 1.49: Haben Sie in Bezug auf die weitere Entwicklung in den nächsten Wochen vor allem Hoffnungen/Befürchtungen - neue Länder und Berlin-Ost 1989 bis 2014/ früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1991-2014 (gew.)/iss/Blitz 1 - 11. Nov 89/Wahlen 90

Die Abbildung verdeutlicht aber auch die steigenden positiven Zukunftserwartungen, die im Umfeld der Wahlen 1994 bzw. 1998 seitens der Bürger aufkamen - Wahlversprechen Glauben schenkend (insbesondere 1998/99). Von den „blühenden Landschaften“, über die realen Rentenentwicklungen bis zum Jahr 1995 sowie ständigen „Halbierungs“-versprechungen zur Arbeitslosigkeit reicht die Palette Hoffnungen erweckender Äußerungen führender Politiker in dieser Zeit. Seit Beginn des neuen Jahrtausends wurden Hoffnungen auf Verbesserungen zunächst nur mit äußerster Vorsicht gemacht und auf weite Horizonte verschoben. Seit 2003 werden die Auf- und Abschwünge kürzer. 2007 wird stark von den Positionen der Rentner beeinflusst, die nach 3 Jahren sog. „Nullrunden“ erstmalig wieder eine - wenn auch geringe - Rentenerhöhung erhielten. Ehe der seit 2007 verkündete Aufschwung die Massen erreichte, fiel die Wirtschaft in die Finanzkrise und Milliarden - die bis zu diesem Zeitpunkt für die Verbesserung der Lebenslagen nicht zur Verfügung standen - mussten dem Finanzkapital geopfert werden.

Insbesondere unter den ab 50- bis 65-Jährigen waren die Hoffnungen über den gesamten Zeitraum immer deutlich geringer als die Befürchtungen auch im Vergleich zur Bevölkerung ab 18. Lebensjahr insgesamt. Inzwischen hat auch der Rentnerstatus wieder zunehmende positive Zukunftserwartungen.

Nicht zuletzt aufgrund der spezifischen Arbeitsmarktsituation der „Vorrentner“ sowie der Euro-Umstellung ist das Jahr 2003 mit seinen angekündigten und realisierten Einschnitten in den Lebensstandard und den damit verbundenen Verunsicherungen von gravierendem Einfluss auf die Zunahme von Befürchtungen, die inzwischen wieder relativiert wurden, aber immer noch nicht das niedrige Niveau der Jahre zwischen 1998 und 2002 erreichen und sich dem Niveau um die Jahrtausendwende annähern.

Hoffnungen/Erwartungen 2014

Tabelle 1.7: Haben Sie in Bezug auf die weitere Entwicklung in den nächsten Wochen vor allem Hoffnungen/Befürchtungen? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -

	vor allem Hoffnungen	vor allem Befürchtungen	sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen	ich weiß nicht	ohne Antwort
Deutschland	18	17	57	5	3
NBL und Berlin-Ost	19	16	55	7	4
FBG (inkl. Berlin-West)	18	17	58	5	3

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

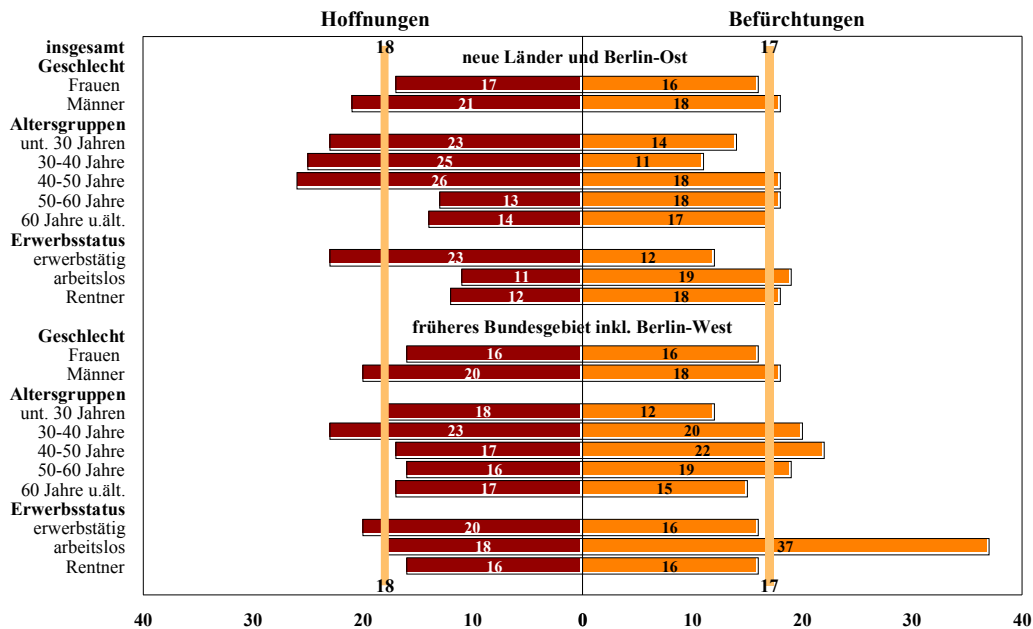
Im Jahre 2014 äußerten 18 % der ab 18-jährigen Bürger Deutschlands vor allem Hoffnungen und 17 % vor allem Befürchtungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung - 57 % gaben „sowohl als auch“ an, 5 % ich weiß nicht, 3 % ohne Antwort.

Wie kaum bei einer anderen Frage gibt es hinsichtlich der Erwartungen für die nahe Zukunft inzwischen ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen Ost und West, bezogen auf alle Bürger. Eine differenziertere Betrachtung lässt jedoch erkennen:

- Relativ hohe Übereinstimmung von Hoffnungen und Befürchtungen zwischen Frauen und Männern in Ost wie West.
- Bei der altersabhängigen Bewertung treten vor allem die höheren Hoffnungen der Jüngeren in den neuen Bundesländern hervor sowie die stärkeren Befürchtungen der mittleren Altersgruppen in Ost wie West. Die Älteren offensichtlich vor dem Hintergrund eines möglich absinkenden Rentenniveaus, bei nicht hinreichenden finanziellen Reserven und den damit verbundenen sozialen Verunsicherungen auch aufgrund der stetig geführten Diskussion um Altersvorsorge sowie zunehmende Armut. Bei den Älteren im Osten wirken zugleich die nach wie vor nicht erfolgte Angleichung des Rentenwertes ebenso wie die tendenziell zunehmende Verschlechterung der Lebensverhältnisse bei sog „Neurentnern“.
- Feststellbar ist vor allem der positive Zusammenhang zwischen Bildung und Haushaltsnettoeinkommen in Bezug auf positive Grundstimmung sowie mit steigendem Einkommen abnehmende Befürchtungen.
- Stärkere Hoffnungen werden in den Großstädten im Vergleich zu Klein- und Mittelstädten zum Ausdruck gebracht.

- Die Befürchtungen der Alleinerziehenden sind insbesondere im Osten vergleichsweise hoch - offensichtlich Reflex einer auf lange Zeit nur in geringem Maße beeinflussbaren Situation.

Abbildung 1.50: Haben Sie in Bezug auf die weitere Entwicklung vor allem Hoffnungen/Befürchtungen? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Kennzeichnend für die Qualität einer Gesellschaft sind neben den Hoffnungen und Befürchtungen, welche der einzelne Bürger hat, vor allem seine Zukunftsaussichten, d.h. die Vorstellungen des Einzelnen über seine Entwicklung und die absehbaren Realisierungschancen. Insofern reflektieren sich vorhandene soziale Differenzierungen auch in der Zufriedenheit mit den Zukunftsaussichten für den Einzelnen.

Auch hierbei wird eine relativ hohe Übereinstimmung zwischen Ost und West deutlich. Im Jahre 2014 waren 39 % der ab 18-jährigen Bürger der neuen Bundesländer mit ihren Zukunftsaussichten zufrieden, 37 % teilweise zufrieden und 20 % unzufrieden (4 % trifft nicht zu/ohne Antwort). In den alten Bundesländern waren das zur gleichen Zeit 42 %, 35 % und 21 %.

Insgesamt sind in den neuen Bundesländern (2014)

- die Männer mit ihren Zukunftsaussichten zufriedener (44 %) als Frauen (35 %).
- Die Jüngeren (bis 25 Jahre) weisen mit 54 % die höchste Zukunftszufriedenheit aus, die Altersgruppe 50 bis 60 Jahre die niedrigste (36 %).
- Arbeiterinnen und Arbeiter haben die geringste Zukunftszufriedenheit (32 %) nach den Angestellten (39 %) und Selbstständigen (55 %) - an der Spitze liegen Beamte (64 %).
- Die soziale Schichtung reflektiert die hierarchischen Strukturen auch in der Zukunftszufriedenheit: Unterschicht 12 %, untere Mittelschicht 28 %, Mittelschicht 52 % und obere Mittelschicht 76 % - dabei sind die getroffenen Aussagen selbst der Mittelschicht deutlich vom eigentlichen Anspruch, der erhoben werden müsste, entfernt.
- Unmittelbar ist auch der Zusammenhang von Haushaltsnettoeinkommen pro Familienmitglied und steigender Zukunftszufriedenheit, was ohne Zweifel vorrangig mit der materiellen/finanziellen Sicherheit bis ins Alter verbunden ist. Höhere Familieneinkommen im Erwerbsalter bedeuten mehr-

heitlich auch höhere Renten/Pensionen sowie individuelle Rücklagen fürs Alter. Mit ihrer Zukunft zufrieden sind in der Einkommensgruppe bis 1.000 Euro des Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommens (Äquivalenzeinkommen) 24 %, bei 1.000 bis 1.500 Euro 32 %, bei 1.500 Euro bis 2.000 Euro 47 % und über 2.000 Euro 67 %.

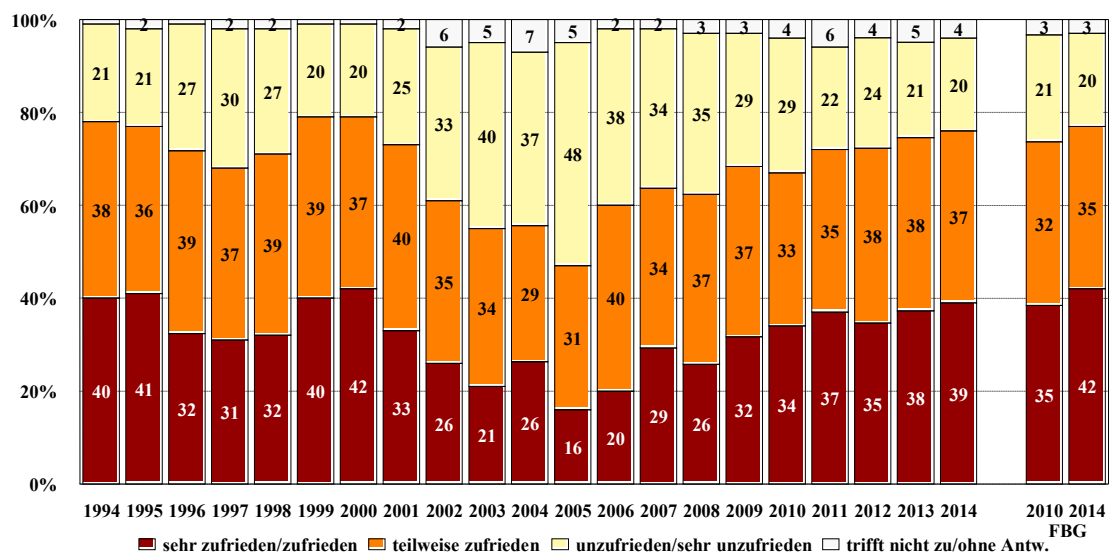
- Erwerbstätig zu sein, ist bereits ein „Zufriedenheitsindikator auf die Zukunft“.

Erwartungen auf die Zukunft

Insgesamt war über die Jahre für Ostdeutschland seit 2000 zunächst ein starker Abfall der Zukunftszufriedenheit zu verzeichnen, der sich nach 2005 zunächst wieder ins Positive verkehrte. Es kann davon ausgegangen werden, dass aktuelle Befragungen - unter Einfluss der EU- und Flüchtlingskrise - die Erwartungen auf die Zukunft drosseln. So lange Politiker und Medien mehr darüber diskutieren, dass die Flüchtlinge zunächst rd. 20 Milliarden Euro pro Jahr kosten, ohne zugleich darauf zu verweisen, dass diese fast allesamt in Deutschland ausgegeben werden, z.B. durch den Konsum der Zuwandernden oder in Erweiterungen der Infrastruktur, werden diese Mittel als Abzug vom eigenen Lebensstandard gewertet. Darüber hinaus haben die Bürger in Ost wie West in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, dass im Interesse der „schwarzen Null“ überall im sozialen Bereich Abstriche gemacht wurden, selbst in den Bundesländern, in denen Linke oder Grüne die „Macht“ haben oder an der Regierung beteiligt sind. Warum sollen die Bürger annehmen, dass sich das unter sich verschärfenden Bedingungen ändert. Insofern werden die Zuwandernden als zusätzliche Bedrohung der sozialen Entwicklung gesehen. Die Verbindung mit Islam und ausländischen Kulturen ist das Feigenblatt für rechtsextreme und nationalistische Vorhaben bzw. Gedankengut.

Dass dabei die Befürchtungen junger Menschen z.T. größer sind ist eine normale Reaktion. Wenn insbesondere mit höherem Lebensalter der Anteil derer, die mit ihren Zukunftsaussichten zufrieden sind, deutlich stärker ist, so widerspiegelt das den erreichten sozialen Status (frei von Arbeitsmarktproblemen) trotz der in den höheren Altersgruppen doch unverkennbaren niedrigeren „Alterseinkommen“ bei „Neurentnern“ in den nachrückenden Generationen - der Glaube an Bestandsschutz ist noch präsent.

Abbildung 1.51: Wie zufrieden sind Sie mit Ihren Zukunftsaussichten? - neue Länder und Berlin-Ost 1994 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent* -

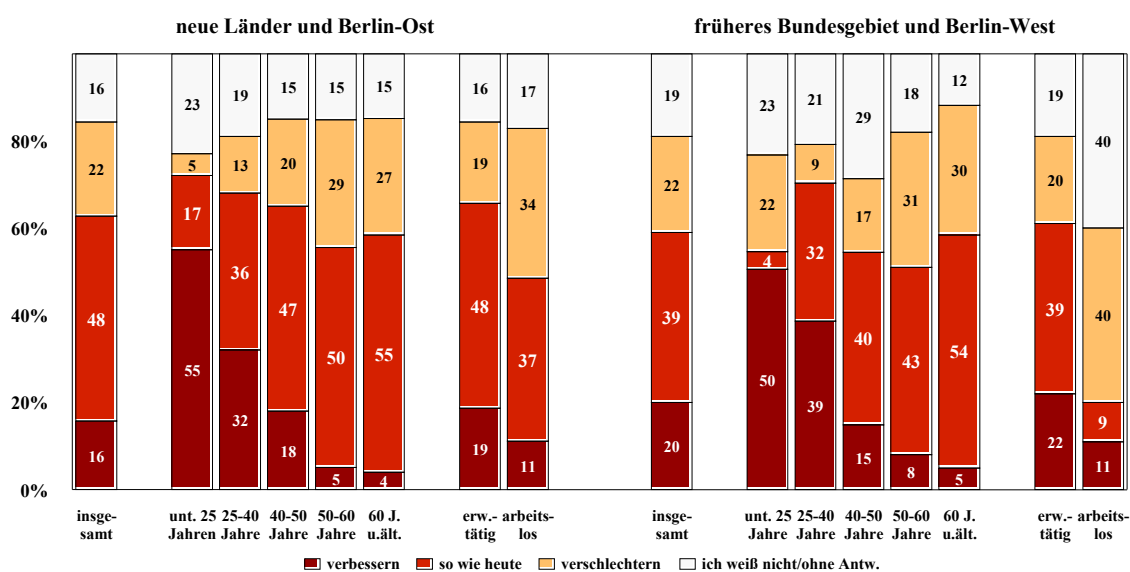


Datenbasis: sfz/leben 1994-2014 (gew.)

Die Zukunftsverunsicherung findet ihren Ausdruck inzwischen auch zunehmend in einer kurzfristigen Betrachtung der Bürger auf von ihnen erwartete Veränderungen in den nächsten fünf Jahren.

Als Zukunft fasst sicher jeder Bürger unterschiedliche Horizonte auf, der Jugendliche den Eintritt ins Berufsleben nach erworbener Qualifikation, der 50-Jährige den Eintritt ins Rentenalter, der Rentner die nächsten 15, 10, 5, 3 Jahre. Die Politik müsste 15 bis 20 Jahre ins Auge fassen, versteht aber meist (leider) nur die nächsten vier/fünf Jahre bis zu den nächsten Wahlen darunter. Im Rahmen der Untersuchungen wurde auch direkt die Frage nach den Vorstellungen zu den nächsten fünf Jahren erhoben und ergab, dass im Jahr 2014 zu diesem Zeitpunkt nur 16 % aller ab 18-jährigen Bürger in den neuen Bundesländern davon ausgehen, dass sich ihr Leben in den nächsten 5 Jahren verbessern wird (West 20 %) - insbesondere naturgemäß junge Menschen unter 25 Jahren mit 55 % im Osten und 50 % im Westen. Von Verschlechterungen gehen 22 % in Ost wie West aus, von den jungen Menschen 5 % im Osten, aber 22 % im Westen. Offensichtlich nehmen junge Menschen im Osten an, dass es für sie - auch im Vergleich zum Westen - nicht noch schlechter werden kann bzw. dass sie immer noch die Option der Abwanderung Richtung Westen haben (ob bei den West-Jugendlichen die Situation in anderen europäischen Ländern Einfluss hat, ist nicht belegbar). Erschreckend, dass insgesamt 16 bzw. 19 % darauf mit „ich weiß nicht“ antworten bzw. keine Antwort geben.

Abbildung 1.52: Wie wird sich vermutlich Ihr Leben ganz allgemein in den nächsten fünf Jahren verändern? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



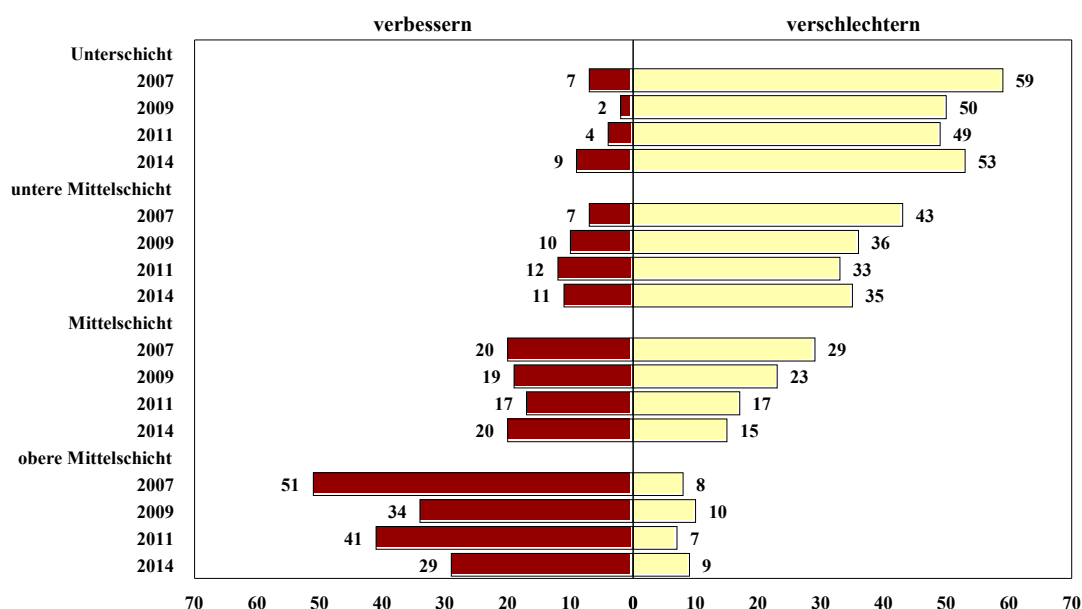
Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Während die Jüngeren noch optimistisch in die Zukunft blicken, reflektiert sich insbesondere in der Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen deren spezifische Situation des Übergangs in den „Ruhestand“ mit der Annahme auf Verschlechterung (rd. 30 %) und einer hohen Unsicherheit der 40- bis 50-Jährigen im Westen. Damit bestätigt sich die Annahme, dass Bürger dieser Altersgruppen im besonderen Maße durch die Arbeitsmarktentwicklungen und sozialpolitischen Eingriffe betroffen sind bzw. waren, mit Wirkungen auch auf die Alterssicherung und Lebensverhältnisse im Alter. Die Aussagen von arbeitslosen Frauen und Männern bedürfen keiner gesonderten Ursachenanalyse - aber auch hier kann davon ausgegangen werden, dass im Osten für viele Arbeitslose eine weitere Verschlechterung kaum noch angenommen wird.

Auch in dieser Hinsicht sind höhere Einkommensgruppen optimistischer, ebenso wie beim Vergleich der subjektiven Schichtzuordnung (vgl. Abschnitt 6.3.1) ein Anstieg entsprechend der „höheren“ Selbstzuordnung einerseits ebenso wenig zu übersehen ist wie die steigenden Annahmen auf Verbesserungen in den Gruppen der Mittelschicht. Bei geringen Schwankungen in den letzten Jahren hinsichtlich der erwarteten Verbesserungen (2007 = 20 %/2014 = 20 %) ist die Annahme auf Verschlechterungen stark rückläufig (2007 = 29 %/2014 = 15 %). Die in der Abbildung 1.53 ausgewiesenen Daten machen sichtbar, dass es sich dabei vor allem um rückläufige Annahmen zu Verschlechterungen in den „unteren“ Schichten sowie der sog. Mittelschicht handelt. Trotzdem überwiegen vor allem in den „unteren“ Schichten die Annahmen auf Verschlechterungen in den nächsten fünf Jahren.

Im Vergleich zur 2014 vorgenommenen analogen Analyse auch in den alten Bundesländern ergibt sich, dass die sich der Unterschicht Zuordnenden im Osten negativere Erwartungen haben, die sich den anderen Schichten Zuordnenden in den alten Bundesländern von weitgehend vergleichbaren Annahmen ausgehen.

Abbildung 1.53: Wie wird sich Ihr Leben in den nächsten fünf Jahren verändern?
- neue Länder und Berlin-Ost - 2007 bis 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007-2014 (gew.)

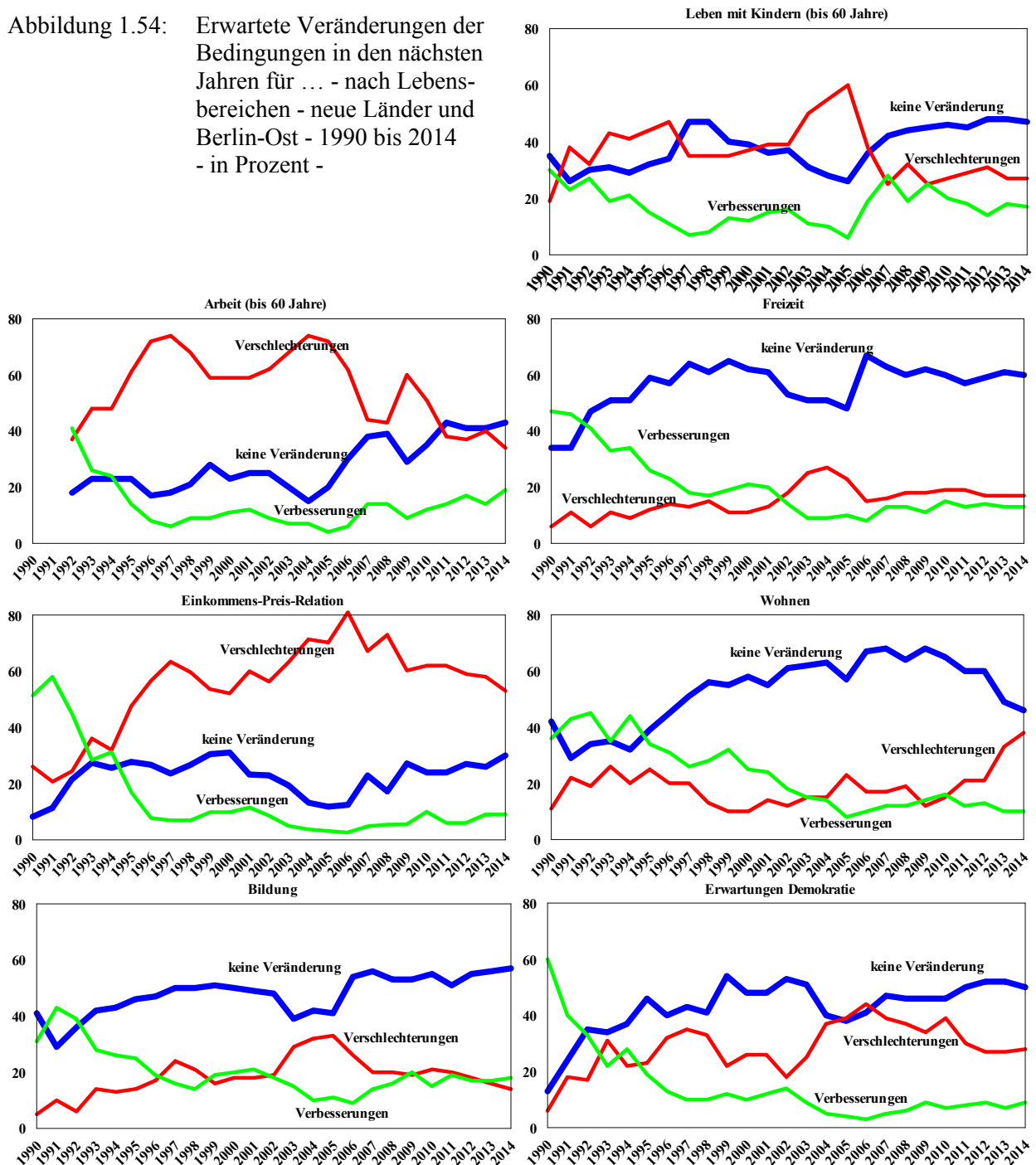
1.2.5.2 Erwartungen in den einzelnen Lebensbereichen

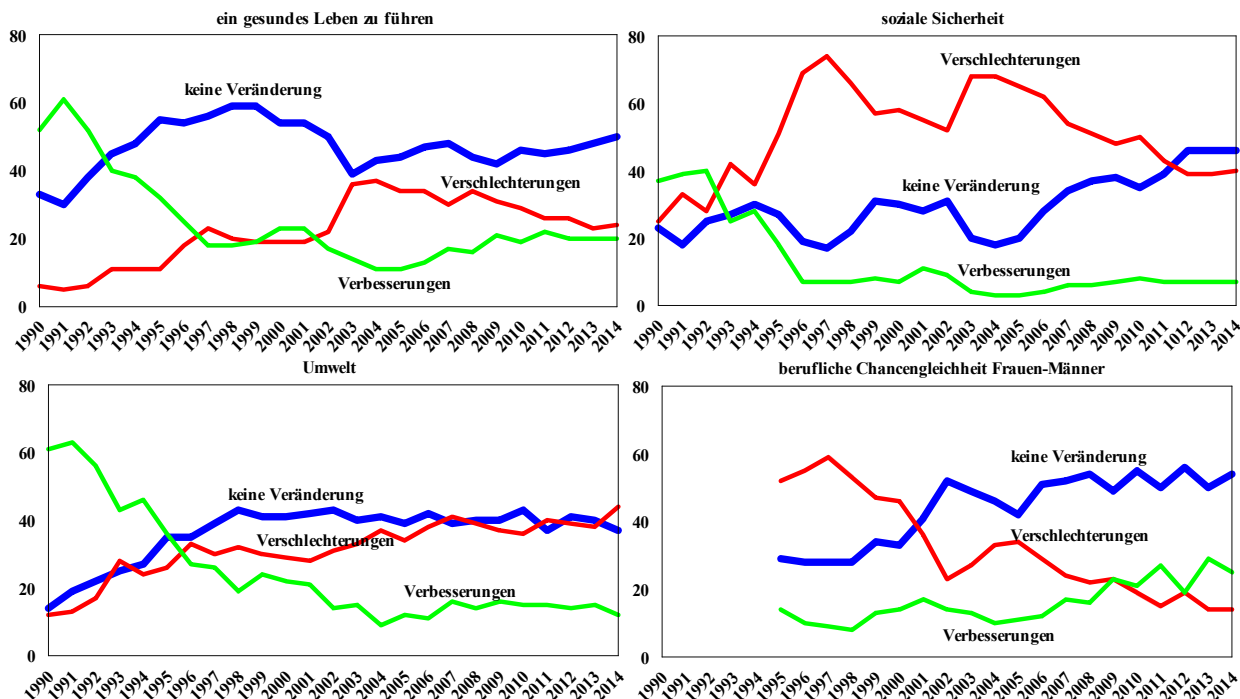
Die seit 1990 getroffenen Aussagen belegen insgesamt, dass

- die „Turbulenzen“ der ersten 10 bis 15 Jahre weitgehend überwunden und die Erwartungen auf Verbesserungen bzw. auf Verschlechterungen in ein „ruhigeres Fahrwasser“ gelangt sind - starke Schwankungen sind nicht mehr charakteristisch. In den ersten Jahren unverkennbar die steigenden Annahmen auf Verschlechterungen aufgrund erlebter Entwicklungen sowie der mit der Agenda 2010 angekündigten Maßnahmen des Sozialabbaues. Charakteristisch ist über die Jahre
 - eine generell geringe Annahme auf künftige Verbesserungen - wenn auch mit zum Teil unterschiedlichen Trends;
 - eine relative Ausgeglichenheit über die Jahre in nur wenigen Bereichen (Freizeit, Bildung, Umwelt);

- in einer Vielzahl der Bereiche mit einer Reduzierung der über Jahre angenommenen Verschlechterung erfolgt ein Wechsel zur Aussage „keine Veränderungen“ (soziale Sicherheit, Gesundheit, Demokratie, Leben mit Kindern, soziale Gerechtigkeit);
- die steigende Erwartung an Verbesserungen in jenen Bereichen, in denen die Politik in den Jahren seit 2008/2009 zum Teil reale Verbesserungen erzielte (Leben mit Kindern) bzw. einen zeitweiligen Effekt bewirkte (Arbeitsmarktentwicklung). Auch hinsichtlich der Erweiterung der Chancen für gleichberechtigte Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben sind die Erwartungen seit 2010 deutlich gestiegen, gleichzeitig haben vor allem die Befürchtungen im Bereich Wohnen zugenommen (Energiepreise/Abwasseraltlasten usw.).

Abbildung 1.54: Erwartete Veränderungen der Bedingungen in den nächsten Jahren für ... - nach Lebensbereichen - neue Länder und Berlin-Ost - 1990 bis 2014 - in Prozent -





Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

Im Vergleich ist festzustellen, dass an der Spitze der Bereiche, in denen positive Erwartungen in Ost wie West geäußert werden, jene stehen, die weitgehend für eine eigene aktive Lebensgestaltung besonders erforderlich gehalten werden (Chancengleichheit im Erwerbsleben, Qualifizierung, Gesundheit).

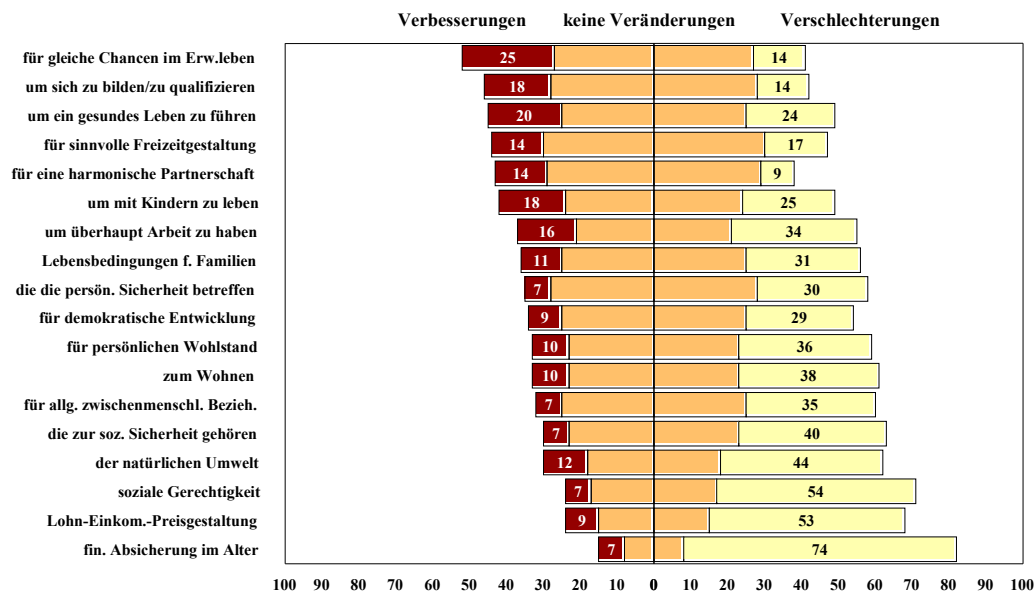
Übereinstimmung gibt es auch hinsichtlich der Bereiche, die stärker von Einzelnen relativ unabhängigen politischen Gestaltungsprozessen unterliegen, hier ist die Annahme von - weiteren - Verschlechterungen charakteristisch. Das betrifft über die soziale Absicherung im Alter hinaus die Lohn-Einkommens-Preisgestaltung, die Möglichkeit, Arbeit zu haben, soziale Gerechtigkeit sowie soziale Sicherheit.

In Bereichen mit starken individuellen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten wie Freizeit, Partnerschaft und Familie erwartet die Mehrheit keine grundlegenden Veränderungen der gesellschaftlichen Bedingungen dafür.

Als Alarmsignal sollten die seit Jahren fast stabilen Werte in den Aussagen zur finanziellen Absicherung im Alter gesehen werden, wo über 70 % von weiteren Verschlechterungen ausgehen (Ost wie West⁸⁷), da eine verlängerte aktive Altersphase auch entsprechender gesellschaftlicher Rahmenbedingungen bedarf (und nicht nur Verlängerung der Lebensarbeitszeit).

⁸⁷ Vgl. hierzu: Winkler, Gunnar: Die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse 1989 bis 2012 - wie aus Veteranen Senioren wurden, Berlin 2012, 2. überarbeitete und aktualisierte Auflage, S. 40 ff.

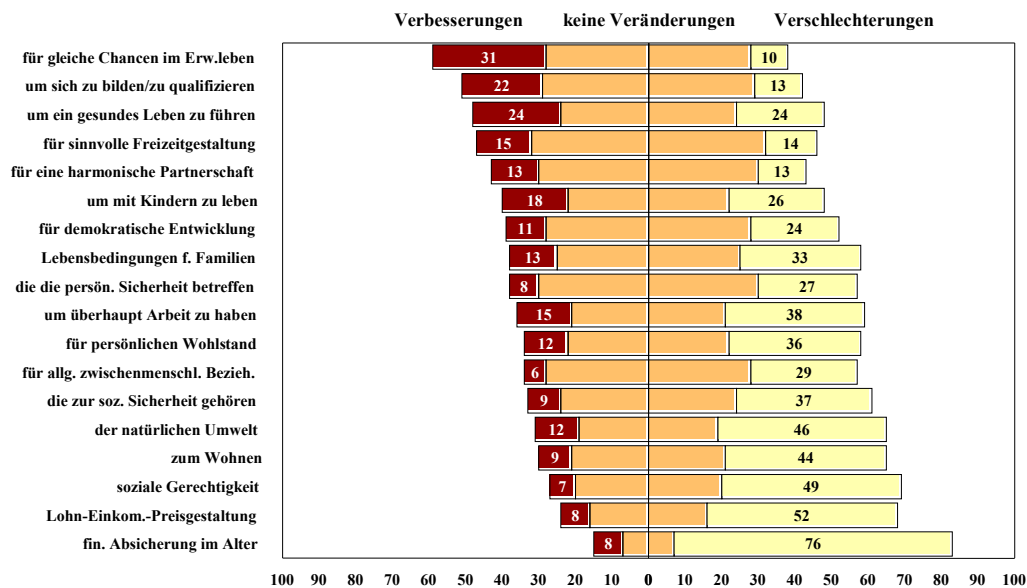
Abbildung 1.55: Erwarten Sie in Bezug auf die Bedingungen...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Abbildung 1.56: Erwarten Sie in Bezug auf die Bedingungen...? - früheres Bundesgebiet inkl. Berlin-West - 2014 - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

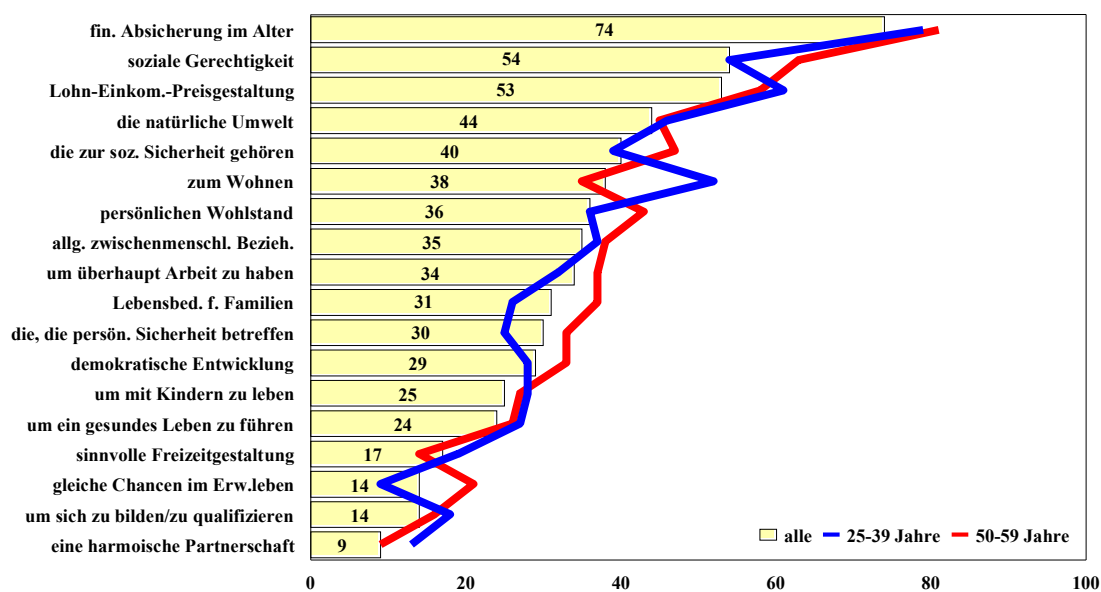
Der 2014 realisierte Ost-West-Vergleich⁸⁸ lässt die Aussage zu, dass insgesamt die Strukturen zwischen Ost und West vergleichbarer sind als zunächst angenommen.

Die Realitäten des täglichen Lebens lassen offensichtlich die Bürger aller Altersgruppen die Erfahrungen sammeln, dass die Marktwirtschaft ihren eigenen Gesetzen folgt, dass aber auch im Übergang von der „Sozialen“ Marktwirtschaft zur neoliberalen Marktwirtschaft das „Soziale“ das Erste ist, was geopfert wird.

⁸⁸ Ebenda.

Altersabhängig ist eine weitgehend übereinstimmende Grundstruktur einerseits feststellbar wie gleichermaßen differenzierte Bewertungen. Übereinstimmung besteht vor allem hinsichtlich der Absicherung im Alter sowie der Lohn-Preisgestaltung. Differenzierungen treten insbesondere auf bei den Bedingungen für das Wohnen, der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbsleben, dem persönlichen Wohlstand, der persönlichen Sicherheit und den familiären Lebensbedingungen.

Abbildung 1.57: Erwartete Verschlechterungen der Bedingungen in den nächsten Jahren für ...
- nach ausgewählten Altersgruppen und Lebensbereichen - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

1.2.5.3 Sorgen und Ängste vor dem Alter

Bei den Aussagen der Bürger - über die Jahre verglichen - wird sichtbar, dass die in den 90er Jahren anzutreffenden hohen Ängste vor Arbeitslosigkeit und ihren Wirkungen in allen Bereichen der Gesellschaft seit Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts von den Befürchtungen vor dem steten Sozialabbau in allen Facetten und Lebensbereichen übertroffen werden. Inzwischen stehen die Ängste vorm Altern in allen Altersgruppen an vorderster Stelle. Nicht zuletzt wirken gerade die „öffentlichen Diskussionen“, mit ihren artikulierten finanziellen Bedrohungen auch bei „Jüngeren“ und erzeugen Ängste vor dem Älterwerden.

Es ist aber auch offensichtlich, dass Älterwerden nach wie vor mehrheitlich mit „Pflege“ verbunden bzw. zumindest als Hauptproblem des Alterns angesehen wird (58 %). Ohne die damit einhergehenden Probleme zu übersehen, ist hervorzuheben, dass am meisten junge Menschen Angst vor Pflege haben - 47 % der unter 25-Jährigen im Osten -, was offensichtlich auch ein Ergebnis des nach wie vor in der Öffentlichkeit erzeugten „Gleichklangs“ ist: „Alter ist Pflegebedürftigkeit“. Insbesondere bis in die Altersgruppe der 50- bis 65-Jährigen steigen Ängste vor Pflege im Alter an.⁸⁹

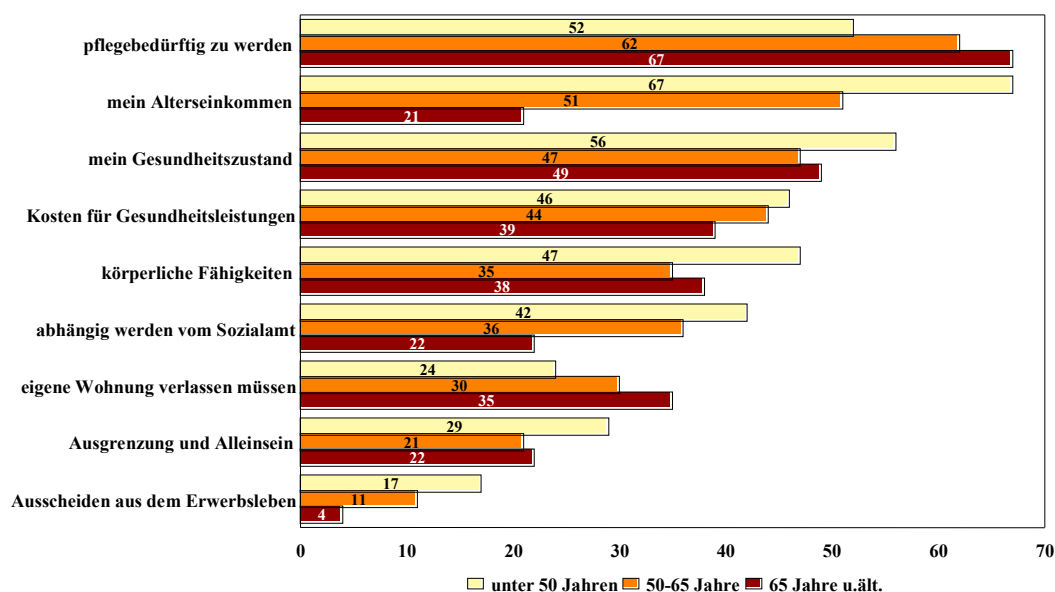
Als zweiter erkennbarer Komplex von Ängsten vor dem Alter werden - wenn auch mit erkennbarer Unterschiedlichkeit - finanzielle Ängste und Gesundheit benannt. Sowohl Annahmen auf ein nicht hinreichendes Alterseinkommen (51 %), auf den eigenen Gesundheitszustand (51 %) und die Angst,

⁸⁹ Spezifische Aussagen zur Pflege siehe Studie des SFZ im Auftrag der Volkssolidarität: Individuelle Vorstellungen zum Altwerden und Altsein, Berlin 2011.

die Kosten für erforderliche Gesundheitsleistungen nicht mehr aufbringen zu können (44 %), werden von fast der Hälfte der Bürger mit Sorge betrachtet.

Im Vergleich zu genannten Bereichen sind abnehmende körperliche Fähigkeiten (41 %), Abhängigkeit vom Sozialamt (35 %), nicht mehr in der eigenen Wohnung bleiben zu können (28 %), im Alter ausgrenzt zu werden bzw. allein sein zu müssen (25 %), dem erkennbar nachgeordnet, das gilt auch für das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Abnehmende individuelle Mobilität im öffentlichen Verkehr (20 % der über 65-Jährigen) und dem technischen Fortschritt nicht mehr folgen zu können (10 %) spielen insgesamt eine geringere Rolle als angenommen. Aber es ist erkennbar, dass z.B. erforderlicher Wohnungswechsel von den schon im Rentenalter Stehenden bei wesentlich mehr Bürgern zu Ängsten führt als bei Jüngeren - bei Älteren sicher auch mit dem angenommenen Umzug in kleinere Wohnungen, Verlassen eines bekannten sozialen Umfeldes sowie mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen (Pflege) verbunden.

Abbildung 1.58: Was bereitet Ihnen hinsichtlich des 'Älterwerdens' besondere Ängste?
- neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Prozent - (nur Antwort: „vor allem“)



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die Aussagen der Bürger zu Ängsten vor dem/im Alter sind in hohem Maße Reflexion sowohl einseitig geführter Diskussionen um finanzielle Bedrohungen seitens der Politik als auch sich bereits vollziehender Entwicklungen, so dass Pflegenotstand und Altersarmut bereits bei jungen Menschen und vor allem bei den jungen Alten Ängste vor dem Älterwerden erzeugen. Das wird auch dadurch belegt, dass die Bürger danach befragt, was die Gesellschaft von den Älteren erwartet, mit deutlichem Abstand die Pflege an die vorderste Stelle setzen. Altwerden wird nach wie vor mit Pflege verbunden, am wenigsten mit sozialen Aktivitäten und bürgerschaftlichem Engagement.

Für rd. zwei Drittel der Bürger aller Altersgruppen liegt die Furcht davor, im Alter ein Pflegefall zu werden, an vorderster Stelle, was einerseits sicher nachvollziehbare Kenntnisse über Probleme körperlicher und mentaler Begrenzungen reflektiert, aber auch erwartete finanzielle Probleme - so sind die Ängste bei Besserverdienenden deutlich geringer. In Kenntnis der zu erwartenden Einkommensentwicklungen sowie der begrenzten Möglichkeiten individueller Vorsorge ist das Vertrauen in die soli-

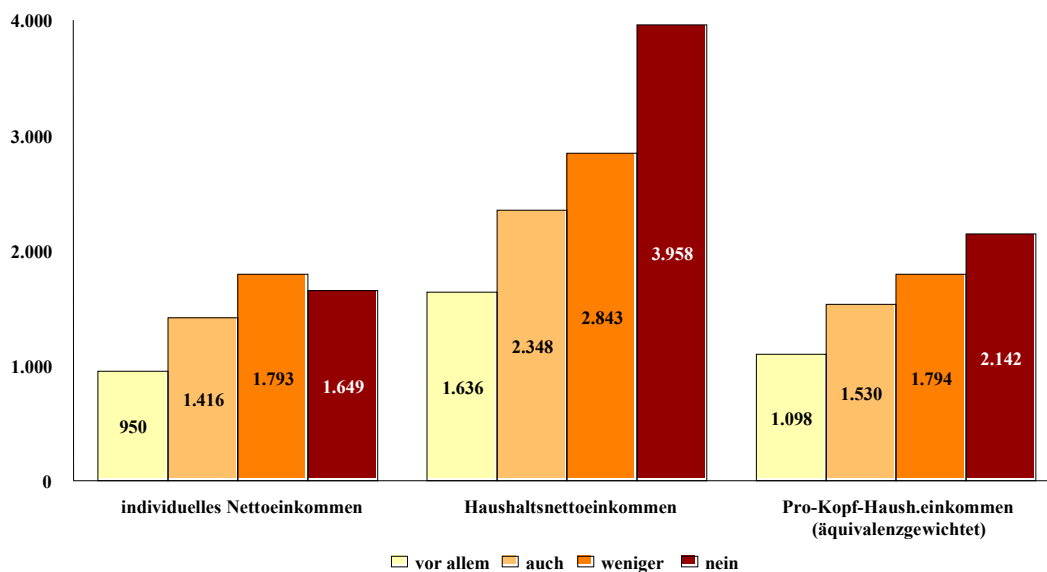
darische Absicherung im Schwinden und setzt - wie Untersuchung belegen - vorrangig auf Verbesserungen staatlicher Instrumentarien für die familiäre Pflege und individuelle Lösungen⁹⁰.

Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie hat längst zwei Dimensionen: Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kindererziehung/-betreuung sowie Erwerbsarbeit und Pflege.

So schränken lt. einer Studie des DGB z.B. 11 % der Beschäftigten ihre Arbeitszeit ein, wenn sie einen Angehörigen pflegen. Sogar 10 % der Pflegenden geben schon zu Beginn der Pflegesituation die Erwerbsarbeit auf, weil beides nicht unter einen Hut gebracht werden kann. Und nur ein Viertel der Hauptpflegepersonen (26 %) arbeitet unverändert fort.⁹¹ Gerade die Altersgruppe der 50- bis 65-Jährigen fühlt sich in doppelter Hinsicht von der Pflegesituation bedroht: sowohl als künftig pflegende Familienangehörige wie auch als Pflegebedürftige.

Bei den heute 50- bis 65-Jährigen stehen neben der Angst, Pflegefall zu werden (62 %), finanzielle Ängste und Sorgen vor allem bei den unteren Einkommensbeziehern (individuelles und familiäres Nettoeinkommen) im Vordergrund. Dabei ist hervorzuheben, dass die Sorgen um künftige finanzielle Alterssicherheit im Osten bei deutlich geringeren Durchschnittseinkommen beginnt und auf der anderen Seite erst mit deutlich höheren z.B. Familieneinkommen keine Rolle mehr spielt - sicher auch ein Indikator dafür, dass generell im Osten Aussagen zu künftigen Einkommensentwicklungen in unteren und mittleren Einkommensgruppen individuell als unsicherer bewertet werden.

Abbildung 1.59: Ängste vor dem Alterseinkommen - nach durchschnittlichen Einkommensgrößen - 50- bis 65-Jährige - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Euro/Monat -



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

⁹⁰ Vgl. hierzu: Winkler, Gunnar: Die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse 1989 bis ... - 2. überarbeitete und aktualisierte Fassung, a.a.O., S. 375-385.

⁹¹ DGB-Bundesvorstand: Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Handlungsfeld der betrieblichen Gesundheitsförderung, S. 8.

1.3 Die neuen Bundesbürger

Eine „neue deutsche Identität“ in den neuen Bundesländern (aber auch den alten Bundesländern) hat sich bislang nicht automatisch mit der deutschen Einheit hergestellt. Die vierzigjährige Existenz zweier deutscher Staaten ist eine historische Komponente, die auch nach mehr als 25 Jahren nach dem Mauerfall in den lebenden Generationen noch Ost- bzw. Westidentitäten beeinflusst.

Inzwischen fühlt sich jeder dritte Bürger im Osten als gleichberechtigter Bundesbürger. Der Wunsch auf Rückkehr zu alten Verhältnisse ist gering geworden (7 %) und im Westen höher als im Osten. Darüber hinaus wird er durch die aktuelle Situation des Einzelnen verursacht.

Die sich nach 1990 entwickelnde Ostidentität ist einerseits Aneignung neuer Werte- und Verhaltensstrukturen ebenso wie andererseits - vor allem bei den 40-Jährigen und älteren - eine spezifische Form von Besitzstandswahrung im Sinne von progressiven, vom Einzelnen erworbenen Denk- und Verhaltensweisen. Bewertungen von Lebenslagen bzw. Lebensverhältnissen in den neuen Bundesländern erfolgen stets sowohl als System- wie auch Ost-West-Vergleich (beide Momente spielen für Bürger in den alten Bundesländern im Wesentlichen keine Rolle).

Die Bürger in den neuen Bundesländern fühlen sich - wenn auch mit sinkender Tendenz - insbesondere mit Ostdeutschland verbunden. Bei jungen Menschen ist die Bindung mit der Bundesrepublik stärker als mit Ostdeutschland - im Gegensatz zu den älteren. Das ist kein Ostproblem, denn auch in den alten Bundesländern fühlt sich jeder dritte Bürger nur wenig/nicht mit der Bundesrepublik verbunden.

1.3.1 Die Erfindung der „Ostdeutschen“

Seit Mitte der 90er Jahre wird viel über sich wandelnde Einstellungen und Haltungen der Bürger in den neuen Bundesländern, über ihr Verständnis zu ihrem Leben in der DDR, über den Umbruch und die Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern diskutiert. „Ostidentität“, „neue Ostidentität“, „nostalgisches Denken“ u.a. Begrifflichkeiten mehr verweisen sowohl auf spezifische Lebenslagen und -biografien vor 1990 als auch auf die spezifische soziale Situation der Bürger in den neuen Ländern. Unbestritten ist, dass die Lager sich teilen in

- jene, die eine sich bereits wieder vertiefende Ost-West-Spaltung in Deutschland sehen, und jene, die den steten Verweis auf Ost und West für nicht mehr notwendig erachten;
- jene, welche die „innere Einheit“ für vollendet halten, und jene, welche eine sich entwickelnde „Teilidentität-Ost“ erkennen und die weitere Vertiefung der Auffassung von den Menschen im Osten als Menschen 2. Klasse;
- jene, welche heutige subjektive Befindlichkeiten und Verhaltensweisen in den neuen Ländern vor allem der vergangenen Sozialisation zuschreiben, und jene, die vorrangig alles aus der gegenwärtigen ökonomischen, politischen und sozialen Situation ableiten.⁹²

Die Diskussion um Ostidentität wird nicht selten in der Öffentlichkeit dazu genutzt, um im Denken und Verhalten der Bürger der neuen Länder eine Erklärung für die gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Widersprüche in der Entwicklung der alten und neuen Bundesländer sowie zwischen ihnen zu suchen.

Wenn sich Bürger der alten Bundesländer stärker mit der Bundesrepublik als mit „Westdeutschland“ verbunden fühlen, so ist das normal, da dabei davon auszugehen ist, dass für sie bis 1990 überhaupt kein Unterschied bestand - Westdeutschland war die Bundesrepublik. Im Gegensatz dazu haben - zumindest ältere - Ostdeutsche mit der Vereinigung sowohl eine über Jahrzehnte geprägte Verbundenheit mit Ostdeutschland (was nicht identisch mit dem politischen System der DDR ist) und inzwischen mit

⁹² Vgl. hierzu Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia: Zwei politische Kulturen, in: Der Bürger im Staat, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Heft 4/2000, Deutschland Ost - Deutschland West, S. 180-185.

der Bundesrepublik. Wenn den Ostdeutschen heute gesagt wird, dass sie erst 1990 zu „Bürgern“ wurden⁹³, so bleibt als Alternative nur „Gefangene ohne Bürgerrechte“ - eine Bestimmung, welche die Bundesrepublik nicht einmal für die Bürger Deutschlands in den Jahren 1933 bis 1945 nachträglich verwendete. Die Bewertungen zu Ostdeutschland und Westdeutschland sind seitens der Spitzenpolitik offensichtlich: entweder vorrangig vergangenheitsbezogen als zwei unterschiedliche, nicht vergleichbare Regionen, oder ein bereits weitgehend einiges Deutschland mit politischen rechten und linken „Rändern“.

Werden rückwirkend die unterschiedlichsten Begrifflichkeiten betrachtet, so ist nach wie vor die „Abgrenzungsmentalität“ doch bestimmend. „Sowjetzone“, „Ostzone“, „sogenannte DDR“, „Mitteldeutschland“ und andere Bezeichnungen betonten in der Vergangenheit auf den politischen Ebenen immer das „Andere“ und werteten es zugleich ab. Analog wurde in Politik und Medien der DDR generell von „Westdeutschland“ bzw. „Westzonen“⁹⁴ bzw. der „BRD“ gesprochen, während offiziell immer „Bundesrepublik“ eingefordert wurde. Trotz friedlicher Revolution und einer in Deutschland nie wieder erreichten Wirksamkeit der Massen wurde/wird mehrheitlich nach 1990 stets von „ehemaliger DDR“ gesprochen - obwohl bis heute niemand „ehemalige Weimarer Republik“ sagt - das geeinte, neue Deutschland verhält sich unterschiedlich zu seiner (gemeinsamen) Vergangenheit. Der Begriff „Neue Länder“ begann sich durchzusetzen, wird aber doch zunehmend durch „Ostdeutschland“ ersetzt, was nicht nur Ostberlin, sondern Gesamtberlin einschließt. Diese scheinbar sprachliche Neuregelung bietet zugleich den Vorteil, dass damit Westberlin mit seinen nach wie vor spezifischen Lebensverhältnissen (höhere Einkommen, andere Sozialstrukturen, unterschiedliche politische Strukturen usw.) gewissermaßen die Angleichung der Lebensverhältnisse beschleunigt.

Inzwischen hat sich seit Mitte der 90er Jahre eine „Ost“-Identität als spezifische regionale Identität der Bürger der neuen Länder in Deutschland herausgebildet. „Den Ostdeutschen“ gab es im Selbstverständnis vor 1990 nicht⁹⁵. Insofern ist Ostidentität weder mit DDR-Identität gleichzusetzen (dass es die durchaus auch gab, wird im Nachhinein deutlicher als vor 1990 wahrgenommen und erreicht) noch mit (gesamt)deutscher oder (alt-)bundesrepublikanischer Identität. Ihr Pendant ist eine existente Westidentität, die von Friesland bis Bayern reicht und sich weitgehend mit Geschichte und Gegenwart Deutschlands sowie der Bundesrepublik - durchaus auch kritisch - identifiziert. Wenn Geschichte identitätsbildend ist, so sollte nicht übersehen werden, dass bis 1990 beide deutsche Staaten ein unterschiedliches Geschichtsbild vermittelten, das nicht mit der Einheit - gewissermaßen im Selbstlauf - überwunden wurde. An die Stelle alter Einseitigkeiten und Betrachtungen traten neue Einseitigkeiten und Betrachtungen, sie zu übernehmen, bleibt Sache des Einzelnen, auch wenn das ursprünglich Gelernte einfach ignoriert wird. Gemeinsame Geschichte als historischer Prozess ist nicht gemeinsame Geschichte in ihrem Verständnis zu Fakten und Bewertungen, geschweige denn identitätsbildend. Gerade 2014 belegt, dass Fußball mehr Identität erzeugt als Geschichte.

Die Erfindung des „Ossi“⁹⁶ durch die TAZ Ende 1989 war nur ein logisch zusammenfassender Begriff für jene, die tatsächlich anders dachten, lebten, arbeiteten. Das gilt analog für die Umkehrung: die „Wessis“. Gemeint waren zu diesem Zeitpunkt nicht sich unterscheidende Haltungen zur Bundesre-

⁹³ Gauck, Joachim: Rede zur Wahl als Bundespräsident, 18. März 2012.

⁹⁴ Vgl. Roesler, Jörg: „DDR“ und BRD - Sprachpolitik im kalten Krieg, UTOPIEKreativ, Heft 187 (Mai 2006), S. 389 ff.

⁹⁵ Vgl. Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen - Kunde von einem verlorenen Land, Aufbau-Verlag, Berlin 1999.

⁹⁶ Vgl. Dietzsch, I.: Die Erfindung der Ostdeutschen, in: Irritation Ostdeutschland (Hrsg.: E. Schäfer u.a.), Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2005, S. 92 ff.

publik, zu ihrer Geschichte und Zukunft, sondern einfach sich unterscheidende Lebensverhältnisse, Lebensformen, Lebensansprüche.

Eine „neue“ deutsche Identität in den neuen Bundesländern (aber auch den alten Bundesländern) hat sich nicht automatisch mit der deutschen Einheit hergestellt. Die vierzigjährige Existenz zweier deutscher Staaten ist eine historische Komponente, die auch nach mehr als 25 Jahren seit dem Mauerfall in den lebenden Generationen noch Ost- bzw. Westidentitäten beeinflusst. Sie reflektiert aber auch, dass, wie W. Brandt formulierte (vgl. Abschnitt 1.2), immer noch zusammenwachsen muss, was zusammengehört⁹⁷.

Sowohl im Osten wie im Westen gibt es Integrierte und Nichtintegrierte, gibt es sich mit dem bundesrepublikanischen System Identifizierende und Nichtidentifizierende, gibt es am Alten Festhaltende ebenso wie sich um Reformen Bemühende oder verbesserte politische und ökonomische Verhältnisse Anstrebende.

Ostidentität ist nicht die spezifische Beschreibung für regionale Besonderheiten zwischen Ländern, die es zwischen Schleswig-Holstein und Bayern ebenso gibt wie zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, sondern reflektiert die Gleich- und Ungleichheit der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung in den beiden Teilgesellschaften im vereinigten Deutschland. Es ist „kein regionaler Folklorismus“⁹⁸, sondern es bestehen - wenn sich auch langsam angleichend - beträchtliche Unterschiede im Stellenwert von Arbeit seitens der Bürger, zur Vereinbarkeit von Arbeit und familiären Verpflichtungen, zur Religion und zur Demokratie (nicht im Sinne von „Demokratieakzeptanz“ und den Stellenwert von Demokratie, sondern von Demokratieverständnis⁹⁹).

Identifikation in diesem Sinne ist Ausdruck der Positionen der heute Lebenden zu den sie heute wie früher umgebenden politischen, sozialen und ökonomischen Lebensverhältnissen. Das heißt auch, dass Ostidentität natürlich mit der DDR-Entwicklung insofern verbunden ist, als sich ein abnehmender Teil der Bürger der neuen Länder dort sozialisierte, seine schulische und berufliche Bildung erwarb und berufliche Karrieren vollzog, Familien gründete und soziale Kontakte aufbaute.

Wenn die Haltung vieler älterer Ostdeutscher zur Bundesrepublik noch nicht als hinreichend empfunden wird, dann nicht zuletzt, weil - ausgehend von den Erwartungen - weder der Angleichungsprozess beendet wurde noch eine reale Bewertung des Lebens der Bürger in den neuen Ländern in Vergangenheit und Gegenwart erfolgte - in all seiner Differenziertheit, und ohne einseitig zu sein.

Aus Anlass einer Anhörung im Brandenburger Landtag am 17.10.2008 zum Thema „Deutsche Einheit“ erklärte Ministerpräsident M. Platzeck, dass es sinnvoll gewesen wäre, „im Prozess der Vereinigung zwischen dem zu trennen, was in der DDR gut gemacht, gut ausgedacht, gut umgesetzt wurde an Strukturen, an Ideen - und dem ideologischen Beipack, den man wegnehmen musste.“¹⁰⁰ Ergänzend stellte er fest: Der erfolgreiche Weg seit 1990 war „für viele Menschen auch mit einer Menge Enttäuschung gepflastert.“

Die sich nach 1990 entwickelnde Ostidentität ist einerseits Aneignung neuer Werte- und Verhaltensstrukturen ebenso wie andererseits - vor allem bei den 40-Jährigen und älteren - eine spezifische Form von Besitzstandswahrung im Sinne von progressiven, vom Einzelnen erworbenen Denk- und Verhal-

⁹⁷ Brandt, Willy: Rede in Berlin am 10.11.1989.

⁹⁸ Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia: Zwei politische Kulturen, a.a.O. S. 179.

⁹⁹ Kaase, Max/Bauer-Kaase, Petra: Deutsche Vereinigung und innere Einheit 1990-1997, in: Meulemann, Heiner (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland, Verlag Leske+Budrich, Opladen 1998, S. 253.

¹⁰⁰ Platzeck, Mathias: Anhörung im Brandenburger Landtag vom 17. Oktober 2008.

tensweisen. Es ist gleichermaßen Besinnung auf frühere und gegenwärtige, als positiv empfundene Verhältnisse und Zustände wie Einsicht in fehlerhafte, falsche und zum Teil Menschenrechten entgegenstehende Entwicklungen. Es ist aber auch aktuelles Erleben einer nach wie vor existenten Ungleichbehandlung, die von den Bürgern dieser Region als ungerechtfertigt allein aufgrund ihrer Vergangenheit empfunden wird.

Insgesamt ist für Ostidentität - als Teil einer neuen deutschen Identität - vor allem hervorzuheben, dass Ostidentität bei den heute über 40-Jährigen durch den individuellen Lebensvollzug in zwei (bei älteren Bürgern in drei) verschiedenen Gesellschaftssystemen beeinflusst wird. Bewertungen von Lebenslagen bzw. Lebensverhältnissen in den neuen Bundesländern erfolgen stets sowohl als System- wie auch Ost-West-Vergleich (beide Momente spielen für Bürger in den alten Bundesländern im Wesentlichen keine Rolle). Vor allem mit einer weiteren nachhaltigen Angleichung der Lebensverhältnisse und nicht der biologisch erfolgenden Reduzierung von „Zeitzeugen“ wird Ostidentität langfristig abgebaut werden.

Das eigene Erleben mit allen Seiten der DDR-Sozialismus-Entwicklung, die darauf aufbauende eigenständige Selbstbewertung, das vorhandene Erfahrungswissen über Gegensätzlichkeiten, Vorzüge und Vorteile beider Systeme ebenso wie ihre Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten und einem daraus resultierenden anderen Zugang zur Identifikation mit dem bundesrepublikanischen System als für den (Alt-)Bundesbürger unterscheiden Ost und West. Bürger der alten Bundesländer haben ihre Biografie ohne Systemwechsel erworben, haben (zum Glück) keine Erfahrung mit einer flächendeckenden Neustrukturierung der Wirtschaft, mit einer von Null auf über 50 % ansteigenden Arbeitslosigkeit, mit einer Entwertung eines ohnehin geringen Vermögens, mit einer völlig neuen Gesetzgebung innerhalb weniger Monate usw.

Der Systemvergleich seitens der Bürger in den neuen Bundesländern beruht auf eigener Erfahrung und nicht auf einer von außen vorgenommenen Fremdbestimmung. Dabei erfolgt keine nachträgliche Umbewertung der DDR-Verhältnisse, sondern eher ein realer, realitätsbezogener Systemvergleich, der aus dem zunehmenden Erleben und den Erfahrungen mit der bundesrepublikanischen Wirklichkeit resultiert. Weder Gegenwart noch Vergangenheit werden pauschal akzeptiert noch verurteilt. Das führt jedoch ebenso wenig zu einem „neuen“ Ost-Bewusstsein wie zu einem rückwärtsorientierten DDR-Bewusstsein, das alte Verhältnisse zurückwünscht.

Hervorzuheben ist auch, dass die Identität der Ostdeutschen auf einem anderen Zugang zur sozialen Marktwirtschaft beruht, mit anderen Erfahrungen über Wirkungsmechanismen von Ökonomie und sozialer Entwicklung verbunden ist. Es war und ist eine völlig neue Erfahrung, selbst auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung treten zu müssen, als Konkurrent zu anderen, als zeitweilig Integrierter oder langfristig vom Arbeitsmarkt Ausgestoßener. Neu für die Ostdeutschen war das Gefühl sozialer Verunsicherung aufgrund des Systemwechsels und des inzwischen eingetretenen Wechsels im System durch sog. Sozialreformen. Das nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer erlebten „Staatsbürgerversorgung“, wenn auch auf niedrigem und egalitärem Niveau auf der einen Seite und fehlender Erfahrung und Einsichten in eine „notwendige“ individuelle Vorsorge andererseits, die Ungleichheiten vergrößert.

Der Zugang zur Marktwirtschaft ist im Osten auch geprägt durch die Entwicklung einer kapitalistischen Marktwirtschaft ohne einheimische Kapitalisten (Aufteilung der Märkte unter Ausschluss der Ostdeutschen), was z.B. den Zugang zum Markt als Unternehmer erschwert bzw. nicht ermöglicht -

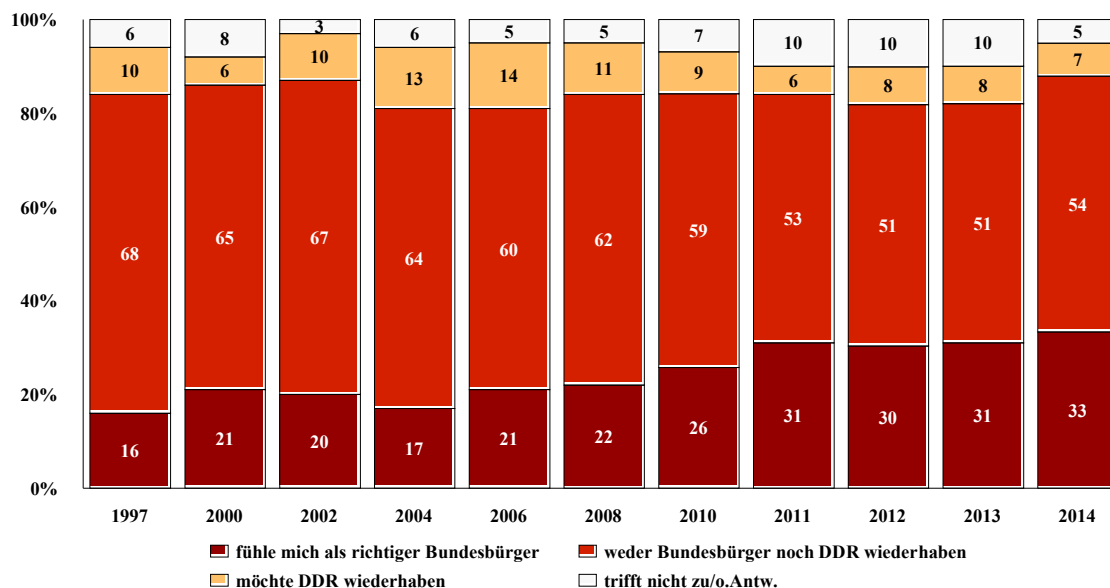
wenn nicht sog. „Ich-AG's“ als freies Unternehmertum im „östlichen Gewand“ zu verstehen sind. Identifikation wird auch erschwert, wenn dem allgemeinen Bekenntnis, dass die industrielle Entwicklung Grundlage des nationalen Wohlstandes ist, durch Deindustrialisierung des Ostens auf Jahrzehnte der Boden entzogen wird und damit nachhaltig ungleichwertige Lebensverhältnisse - gewollt (?) oder ungewollt - zum Regionalkonzept der sozialen Marktwirtschaft werden. Der Übergang in die Marktwirtschaft war (vgl. Abschnitt 2.2.2) charakterisiert durch teilweisen Entzug von Eigentum in einer auf Eigentum beruhenden Gesellschaft (Deindustrialisierung, Landwirtschaft, Rückübertragung vor Entschädigung). Durch weitgehende Ausklammerung von Eigentumsformen wie Genossenschaften (ein eigentümliches, von allen Parteien umgangenes Tabuthema), die einen spezifisch ostdeutschen Weg (z.B. Mietergenossenschaften) hätten darstellen können. Allerdings stießen/stoßen sie bis in die Gegenwart in der Landwirtschaft auf den „Widerstand“ vieler Klein- und Mittelbauern in den alten Bundesländern. Im Osten vollzieht sich eine stärkere Industrialisierung der Landwirtschaft als im Westen.

Inzwischen sind viel Klischees über den Bürger im Osten im Verschwinden. Der „friedliche Revolutionär“ passte vielen in Ost wie West nicht - selbst Mitglieder des SPD-Präsidiums wandten sich dagegen, dass womöglich die friedliche Revolution der Ausgangspunkt für den Ausbau der Vormachtstellung der USA in Europa sein könnte¹⁰¹ und damit der Stellenwert der ostdeutschen Aktionen überbewertet würde. Der schnelle Wechsel zum Klischee vom „Jammer-Ossi“ verliert langsam an Wirkung, aber die stete Betonung der „kleinen Unterschiede“ und der These „immer noch nicht angenähert“ bleibt. Im Osten ist man mehr krank, tritt mehr fürs Nacktbaden ein, isst bevorzugt „Spreewälder Gurken“, trinkt mehr „Hasseröder Bier“, bevorzugt den „Bautzener Senf“ usw. Als wenn die Kölner nicht „Kölsch“ und die Bayern nicht dünnes Bier auf der „Münchner Wiese“ lieber tranken? Was soll's - das eine sind „Überbleibsel einer Diktatur aus vergangenen Zeiten“, das andere „Traditionen der Heimatverbundenheit“. Die Forderung der Politik nach gleichwertigen Lebensverhältnissen wird leider immer noch bei einzelnen Politikern, Medienvertretern und empirischen Meinungsforschern als Forderung nach „gleichen Denkstrukturen und Verhaltensweisen“ verstanden. Ostdeutschen wird - gewollt oder ungewollt - der Stallgeruch der immer noch nicht Westniveau Akzeptierenden und Anstrebenden als Lebensmakel angeheftet.

¹⁰¹ Heidemarie Wiczorek-Zeul - Präsidiumssitzung der SPD, Mitte Februar 1990.

1.3.2 Identifikation der Bürger der neuen Bundesländer

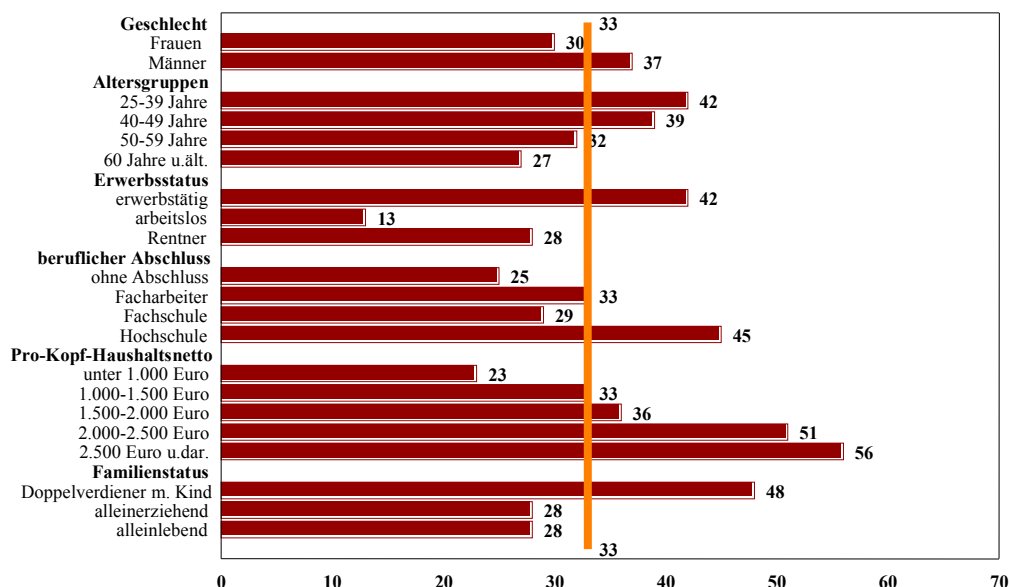
Abbildung 1.60: Seit der Einheit sind ... Jahre vergangen. Welche Aussage trifft für Sie am ehesten zu? - neue Länder und Berlin-Ost - 1997 bis 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1997-2014 (gew.)

Insgesamt ist in den neuen Ländern eine relativ stabile, wenn auch zunächst auf niedrigem Niveau - jedoch tendenziell zunehmende - Identifikation „als richtiger Bundesbürger“ feststellbar (1997 = 16 %/2014 = 33 %).

Abbildung 1.61: Fühlen als richtige Bundesbürger - nach ausgewählten sozio-demografischen Gruppen - nur Befragte ab 25 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Vor allem bei jüngeren Menschen (Altersgruppe 25 bis 35 Jahre) gibt es eine im Zeitverlauf insgesamt ansteigende Bindung, die sich in den letzten Jahren, mit dem Nachrücken der Jahrgänge, welche 1990 noch nicht 14 Jahre waren, deutlich erhöht (1997 = 22 %/2014 = 42 %). Sie heben sich damit insbesondere gegenüber Älteren stark ab (ab 60-Jährige 1997 = 19 %/2014 = 27 %). Zunehmend erfolgt

auch eine höhere Identifikation bei den 50- bis 60-Jährigen - offensichtlich der Anteil von Bürgern, welche wirtschaftlich und sozial (Erwerbstätigkeit, Hochschulabsolventen) stabile Verhältnisse aufweisen.

Dabei ist die Identifikation mit der Bundesrepublik längst keine ausschließlich traditionelle historische Komponente, sondern wird zunehmend bei den nachrückenden Jahrgängen von den realen Lebensverhältnissen und den existierenden Unterschieden zu den alten Bundesländern beeinflusst. Das gilt im Besonderen für die 50- bis 65-Jährigen - während die 50-Jährigen 2015 die Hälfte ihres Lebens in der DDR bzw. der Bundesrepublik verbracht haben, gilt das für fast die Hälfte des Erwerbslebens bei den 65-Jährigen.

Die Differenzierung in den Lebensverhältnissen bedingt u.a., dass sich Erwerbstätige zu 41 % als Bundesbürger fühlen, Arbeitslose zu 12 %, sich höhere Einkommensgruppen mit der Bundesrepublik deutlich verbundener fühlen (58 %) als niedrige (23 %). Ebenso fühlen sich Hochschulabsolventen zu 46 % bereits als Bundesbürger (Integrationseffekt durch Arbeit und Einkommen) gegenüber Facharbeitern (33 %). Großstädter fühlen sich verbundener (45 %) als Bewohner kleiner Gemeinden (32 %).

Alles in allem verbleibt jedoch auch unter günstigen Lebensverhältnissen immer noch rd. die Hälfte der Bürger, die sich nach mehr als 25 Jahren (noch) nicht mit der Bundesrepublik identifizieren. Häufig wird Verwunderung darüber geäußert, dass sich nur ein Drittel der Bürger der neuen Bundesländer schon richtig integriert, sondern mehrheitlich als „weder - noch“ betrachten. Aber Fühlen als Bundesbürger ist nicht nur Identifikation mit dem Grundgesetz, sondern auch Identifikation mit den realen sozialen und ökonomischen Verhältnissen, ist Zurechtfinden in Lebensverhältnissen mit nach 1990 veränderten, anderen Lebenszielen und Wertvorstellungen, ist auch Anerkennung des eigenen Lebensvollzugs durch die andere Teilgesellschaft ebenso wie Nichtakzeptanz gesetzlich geförderter Ungleichbehandlung. Empirische Ergebnisse belegen die These, dass Ostidentität mehrheitlich weder eine die bundesrepublikanischen Verhältnisse generell ablehnende noch eine auf Restauration alter DDR-Verhältnisse gerichtete Bewertung einschließt.

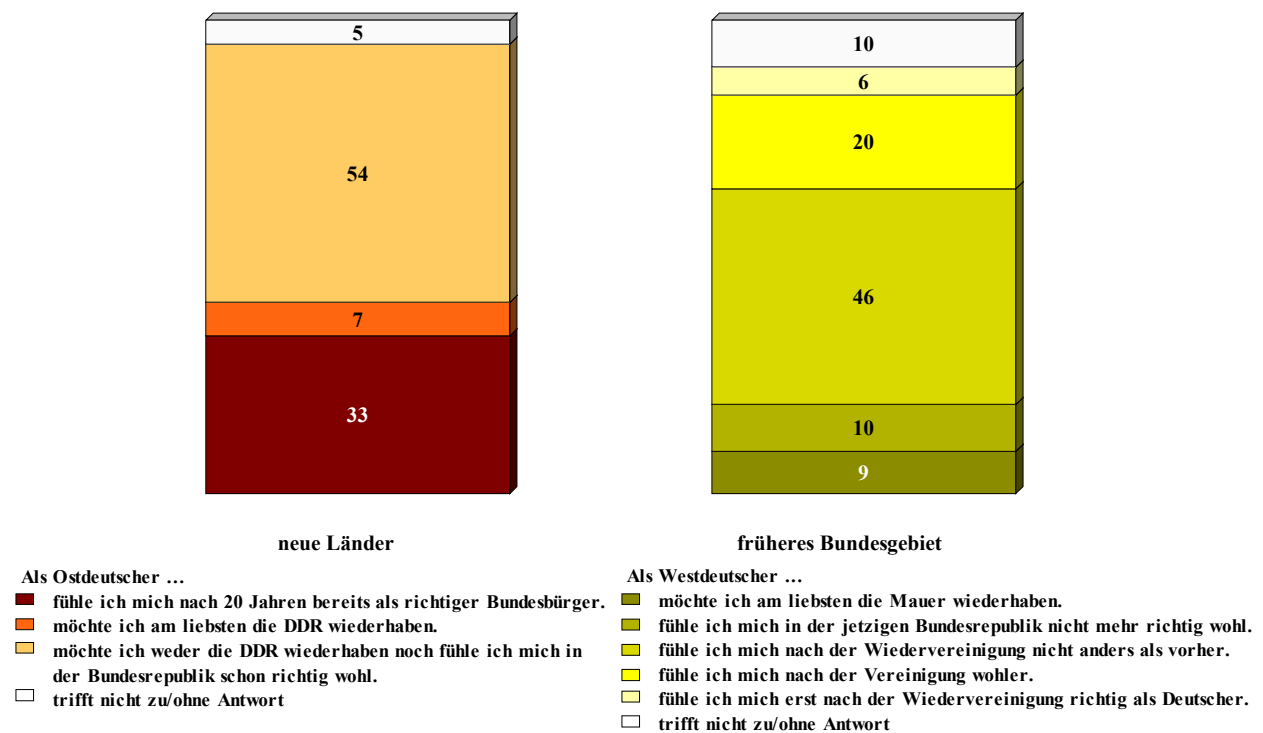
Auch die Position, „die DDR wiederhaben zu wollen“, ist weniger eine pauschale Forderung an Systemwiederherstellung noch „Restposten“ von DDR-Bewusstsein. Das wird nicht zuletzt dadurch belegt, dass diese Äußerungen vor allem an den Erwerbsstatus gebunden sind. Bei Arbeitslosen liegen seit Jahren überdurchschnittliche Werte für „die DDR wiederhaben zu wollen“ (2014 = 13 %) vor, die darauf verweisen, dass die Aussage vor allem in den gegenwärtigen sozialen Verhältnissen wurzelt und nicht in allgemeinen „nostalgischen“ Betrachtungen. Es geht - von Ausnahmen abgesehen - nicht darum, das DDR-System wiederhaben zu wollen, sondern um einen Arbeitsplatz mit entsprechendem Einkommen. Die Aussagen dokumentieren damit zugleich, dass der Teil von Bürgern, der die DDR wiederhaben will, sich deutlich reduzieren würde, wenn bestimmte Lebensbedingungen verändert würden - z.B. durch Reduzierung der Arbeitslosigkeit und von prekären Arbeitsverhältnissen.

Es ist eindeutig, dass eine pauschalierte Bewertung „das alte System war schlechter“ und „das neue System ist besser“ vom Bürger so nicht nachvollzogen wird, sondern es wird zwischen den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Komponenten der Systeme sowie zwischen einzelnen Lebensbereichen differenziert. Steigender und veränderter Lebensstandard werden ebenso anerkannt wie fehlende soziale Sicherheit wahrgenommen, vermerkt und keineswegs akzeptiert wird. Der Satz: „Ich lebe heute besser, aber damals war es schöner“ reflektiert den von vielen erlebten differenzierten Wandel.

Immer wieder wird die Antwort, dass über die Jahre rd. 9 % der Bürger der neuen Bundesländer die DDR wiederhaben wollen, zu Negativ-Schlagzeilen hochstilisiert. Dabei wird übersehen/übergangen, dass - z.B. 2014 - auch in den alten Bundesländern 9 % der Bürger am liebsten die Mauer wiederhaben möchten und 10 % sich in der heutigen Bundesrepublik nicht mehr richtig wohl fühlen. Charakteristisch ist für die alten Bundesländer, dass sich 76 % seit der Vereinigung nicht anders fühlen als vorher (46 %) bzw. wohler fühlen (20 %) und 6 % erst jetzt richtig als Deutsche.¹⁰²

Es sind auch in Westdeutschland vor allem die Arbeitslosen (35 %), welche die Mauer wiederhaben wollen. Auch für Westdeutschland gilt, dass diese mehrheitlich nicht die Mauer wiederhaben wollen, sondern eine kontinuierliche, sozial abgesicherte Wohlstandsentwicklung, wie sie vor 1990 erlebt wurde. Ein Teil der heutigen veränderten Lebensumstände wird einfach der „Vereinigung“ - im Kleinen mit der DDR und im Großen mit der Osterweiterung der EU - angelastet und damit „Schuld“ nicht auch dem gegenwärtigen, sondern ausschließlich dem vergangenen (Sozialismus-)System zugeordnet.

Abbildung 1.62: Fast 25 Jahre deutsche Einheit - welche Aussage trifft Ihre Meinung am besten? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



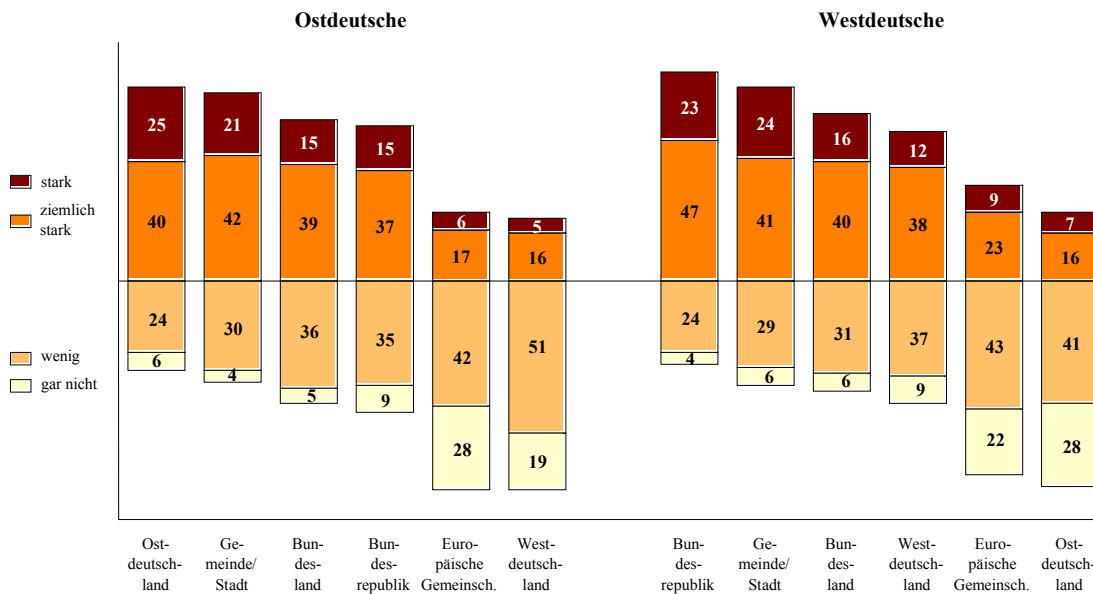
Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

1.3.3 Regionale Verbundenheit

Es ist ein charakteristisches Merkmal, dass sich die individuelle (territoriale/regionale) Verbundenheit mehr am örtlichen Gemeinwesen, an der die Menschen verbindenden relativen Gleichheit der Lebensverhältnisse und am (regional) gemeinsam verbrachten Leben orientiert als an übergreifenden politischen Strukturen (Bundesrepublik, Europa). Dabei gilt für westdeutsche Bürger, dass für sie der grundlegende Bezug die „Bundesrepublik“ ist und nicht „Westdeutschland“, sie sind in der Bundesrepublik groß geworden und nicht im Westen, während für den Bürger der neuen Länder der Bezug zu Ostdeutschland die Region ist, in welcher der Einzelne groß geworden ist, gelernt, gearbeitet, geheiratet usw. hat.

¹⁰² Vgl. Sozialreport 2010, Langfassung, a.a.O., S. 30/31.

Abbildung 1.63: Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit ...? - nach Regionen - 2014
- in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Die Bürger in den neuen Ländern fühlen sich, wird „stark verbunden“ und „ziemlich verbunden“ zusammengefasst - nach wie vor (wenn auch mit sinkender Tendenz) insbesondere mit Ostdeutschland verbunden (65 % aller Befragten ab 18. Lebensjahr) - in etwa mit den Bürgern der alten Bundesländer vergleichbar, die sich (2014) zu 70 % mit der Bundesrepublik verbunden fühlen. Die Verbundenheit zum „Sozialisationsgebiet“ liegt in Ost wie West an vorderster Stelle. Wenn das Verhältnis der Ostdeutschen zur Bundesrepublik mit 54-prozentiger Verbundenheit geringer ausfällt, reflektiert das aus spezifischer Sicht eine noch nicht durchgängig erreichte Integration und Identifikation.

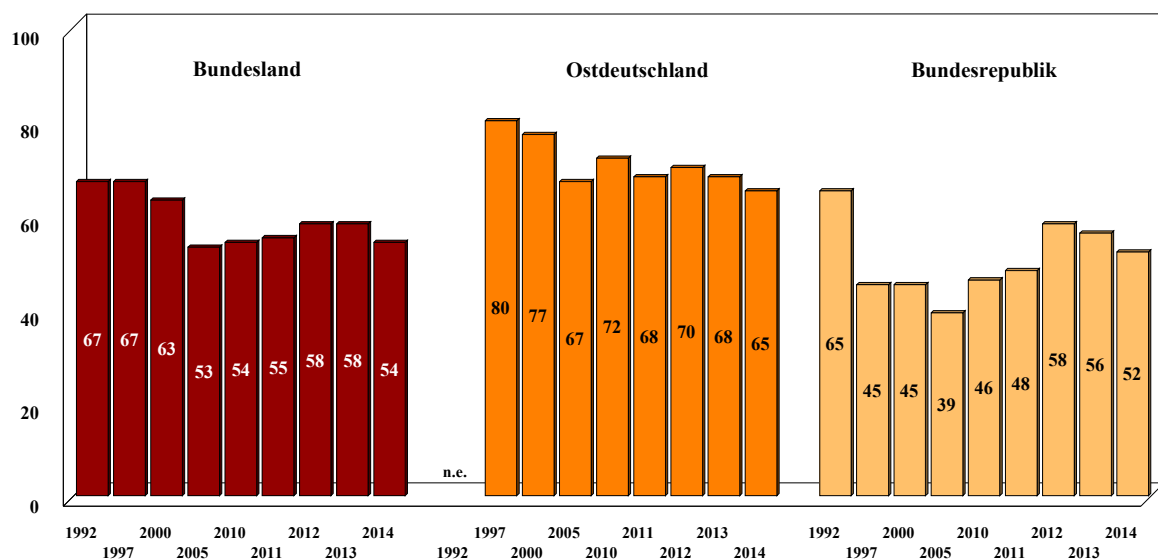
In Ost wie West hat die „gefühlte“ Nähe zur jeweiligen Gemeinde einen hohen Stellenwert. So geben 63 % der ostdeutschen und 65 % der westdeutschen Bürger an, sich mit ihrer Gemeinde/Stadt stark/ziemlich stark verbunden zu fühlen. Auch mit dem jeweiligen Bundesland gibt es noch eine hohe Verbundenheit (54 % Ost/56 % West). Im Gegensatz dazu ist die Verbundenheit mit Europa deutlich niedriger - wenn auch in den alten Ländern mit 32 % höher als im Osten mit 23 % - Letzteres ist auch Ergebnis der fehlenden Einbindung in den Entstehungsprozess der Europäischen Union im Osten und damit teilweise Reflexion der historischen Entwicklung, aber auch vermittelter aktueller Situationen in einer Reihe von EU-Ländern.

Es ist als „normal“ zu werten, dass die jeweilige Verbundenheit zur anderen Region gering ausfällt - so fühlen sich Ostdeutsche zu 21 % mit Westdeutschland ebenso wie Westdeutsche zu 23 % mit Ostdeutschland stark/ziemlich stark verbunden - eher gleichwertig jeweils mit den anderen europäischen Ländern - d.h. die andere „Teilgesellschaft“ wird in etwa wie „befreundetes Ausland“ bewertet. Auch Berlin ist bis in die Gegenwart noch „gespalten“. Westberliner fühlen sich mehrheitlich nicht als „Ostdeutsche“. Nur jeder 3. Westberliner ist sehr stark/stark mit den neuen Bundesländern verbunden, aber jeder 2. mit den alten Bundesländern. Umgekehrt geben 62 % der Ostberliner eine starke Verbundenheit zu den neuen Ländern an, bezogen auf Westdeutschland treffen nur 26 % diese Aussage.

Dass Altersabhängigkeiten vor allem die Verbundenheit der Ostdeutschen mit ihrer Region bestimmen, ist eine ganz normale Bewertung, wenn davon ausgegangen wird, dass die Jüngeren zu DDR-Zeiten noch im Vorschul-/Schulalter bzw. noch nicht geboren waren. Junge Menschen bis 25 Jahre fühlen sich stärker mit der Bundesrepublik verbunden als mit Ostdeutschland - im Gegensatz zu den ab 50-Jährigen. Trotzdem gilt auch hier bei der Bewertung, dass die ungünstigeren/ungleichen Lebensverhältnisse für einen nicht geringen Teil junger Menschen in den neuen Ländern zu einer engeren Verbundenheit zum Osten führen - bei Wegzug derer, welche aus unterschiedlichsten Gründen (insbesondere Ausbildungs- und Arbeitsplatz) - die neuen Länder verlassen. Auch in den alten Bundesländern war 2014 die Verbundenheit der unter 25-Jährigen mit der Bundesrepublik mit 64 % deutlich niedriger als bei den ab 60-Jährigen mit 80 %.

Seit der Vereinigung haben sich deutliche Veränderungen im Osten vollzogen. Während einerseits die Verbundenheit zu Ostdeutschland trotz Rückläufigkeit nach wie vor sehr hoch ist, gibt es bezogen auf Gemeinden und das jeweilige Bundesland auch erkennbare langfristige rückläufige Entwicklungen. Im Gegensatz sank die Verbundenheit mit der Bundesrepublik unmittelbar nach 1990 (65 %) Mitte der 90er Jahre deutlich, um dann wieder eine zeitweilig ansteigende Tendenz zu erreichen. Das Ergebnis von 1992 ist vor allem von den mit der Vereinigung erreichten Veränderungen beeinflusst, ebenso wie danach von den erkennbaren sozialen Verunsicherungen und Einschnitten. Die sinkende Tendenz der letzten Jahre mag sowohl einer kritischen Position zur „wachsenden internationalen Verantwortung“ der Bundesrepublik als auch ihrer noch nicht durchgreifenden neuen Ausrichtung der „sozialen“ Marktwirtschaft geschuldet sein.

Abbildung 1.64: Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 1992 bis 2014 - in Prozent - (nur Antworten: „stark“/„ziemlich stark“)



n.e. = nicht erhoben

Datenbasis: sfz/leben 1992-2014 (gew.)

Das Verhältnis der Ostdeutschen zur EU war bzw. ist z.T. immer noch davon geprägt, dass sie in die Entstehungsgeschichte nicht integriert waren und sich nach 1990 nicht nur den bis dahin weniger bekannten Teil Europas kulturell und touristisch erschließen mussten, sondern auch das Anliegen und die Ziele der europäischen Vereinigung und Erweiterung. Letzteres ist mehrheitlich bis heute nicht erreicht. (Vgl. dazu ausführlich Abschnitt 6.8 „Die Ostdeutschen und die Europäische Sozialunion“).

2 Allgemeine Lebenslagen

Es ist nicht Anliegen der nachfolgenden Ausarbeitung, einen Beitrag zur theoretischen Diskussion um die Bestimmung des Verhältnisses von Lebenslagen - Lebensstandard - Lebensqualität zu leisten¹⁰³. Der Autor geht davon aus, dass das materielle und kulturelle Lebensniveau ebenso wie das darauf beruhende „Wohlbefinden“ bzw. „Unwohlsein“ Bestandteile der Lebensqualität des einzelnen Bürgers sind. Lebenslagen verstehen sich aus Sicht des Autors insbesondere als Lebensqualität sozialer bzw. sozio-demografischer Gruppen, die deren Arbeits-, Bildungs-, Einkommens-, politischen, kulturellen und sozialen Strukturen insgesamt und die damit verbundenen Abhängigkeiten ebenso reflektieren wie damit verbundene Ungleichheiten/Unterschiede.

Nachfolgende Analysen fassen die Ergebnisse subjektiver Befindlichkeiten und Bewertungen von Lebensbedingungen zusammen und verbinden sie - soweit erforderlich - mit dem ökonomischen und sozialen Status des Einzelnen. Zugleich werden die Aussagen offizieller Statistiken und Analysen eingefügt, um gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge, welche Befragungen nicht/schwer zugänglich sind, herzustellen.

2.1 Zufriedenheit

Insgesamt gibt es eine hohe allgemeine Lebenszufriedenheit in Deutschland - Ost wie West -, nur jeder zehnte Bürger ab 18. Lebensjahr ist unzufrieden. In den letzten Jahren ist die Zufriedenheit vor allem in den alten Bundesländern rückläufig.

„Die“ unzufriedenen Ostdeutschen gibt es nicht. Erreichten „Wohlstandsgewinnen“ in den Jahren unmittelbar nach 1990 stehen im letzten Jahrzehnt z.T. auch „Wohlstandsverluste“ gegenüber (Verlangsamung des Angleichungsprozesses, Sozialabbau u.a.). Zufriedenheiten werden im Besonderen von Erwerbsstatus, Zukunftssicherheiten und materiellem Lebensniveau geprägt.

Die höchsten Zufriedenheiten weisen die Deutschen in Ost wie West für das Wohnen und die Freizeit aus. Es sind jene Bereiche, welche der Einzelne relativ selbstständig gestalten kann. Am Ende der Zufriedenheitsskala liegen Leben mit Kindern, soziale Gerechtigkeit, persönlicher politischer Einfluss und die Einkommens-Preis-Verhältnisse.

2.1.1 Persönliche Lebenszufriedenheit

Die persönliche Lebenszufriedenheit reflektiert in zusammenfassender Weise die Gesamtheit individueller Lebensbedingungen und Lebensumstände des einzelnen Bürgers sowie die ihnen zugrunde liegenden sozialen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, sie drückt subjektiv empfundene Lebensqualität des Einzelnen bzw. der jeweils analysierten Bevölkerung bzw. Bevölkerungsgruppe aus. Sie ist von den in der Vergangenheit erreichten positiven wie negativen Veränderungen im

¹⁰³ Vgl. hierzu Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“, Kommissionsdrucksache 17 (26) 123.

Leben des einzelnen Bürgers und der Gesellschaft ebenso beeinflusst wie von nicht erreichten Zielen und den jeweiligen Zukunftserwartungen. Sie wird vom Vergleich zur unmittelbaren Umgebung ebenso beeinflusst wie vom mittelbaren und näheren Umfeld. Sie erfasst die eigene Lebenssituation ebenso wie die der Familie, der Kinder oder Enkel.

Das erreichte Maß an Lebenszufriedenheit in den neuen Bundesländern und seine Veränderung sind insofern nicht einfach ausschließlich nur als Ausdruck der „politischen Veränderungen“ seit 1990 zu werten, ohne den Stellenwert der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Wohlbefinden des Einzelnen zu leugnen. Sie sind immer und vor allem auch Reflexion der Bewältigung des Alltags sowie des Erreichens gesetzter Ziele des Einzelnen und seiner Familie im weitesten Sinne.

Der Aussage: „Die beste Sicherheit eines Staates ist die Zufriedenheit seiner Bürger“¹⁰⁴ kann - zumindest innenpolitisch - bezogen auf die Entwicklung in der DDR bzw. den neuen Bundesländern allgemein zugestimmt werden. Erst als in der DDR die Unzufriedenheit mit der Versorgung hochwertiger Konsumgüter und Dienstleistungen, mit der Begrenzung von Reise-, Presse- und persönlicher Freiheit, mit der fehlenden demokratischen Mitwirkung auf Bezirks- und Staatsebene deutlich zunehmend Mehrheiten erfasste, formierten sich Widerstand und öffentlicher Protest in Größenordnungen. Auch mit der EU- und Flüchtlingskrise 2015/2016 formiert sich Unzufriedenheit u.a. in der Entwicklung von Protestwählern.

Die mit der deutschen Vereinigung bzw. bereits in deren Vorfeld vollzogenen Entwicklungen (Wirtschafts-, Währungs-, Sozialunion) waren mit einem relativ raschen Anstieg der allgemeinen Lebenszufriedenheit und insgesamt einer positiven Bewertung seit 1990 verbunden.

Nach wie vor ist gültig, dass die Besonderheit der Bewertung von Lebensverhältnissen durch Frauen und Männer in den neuen Bundesländern darin besteht¹⁰⁵, dass die allgemeinen Lebenszufriedenheiten in Ostdeutschland inzwischen für über 35-Jährige auf eigenen Erfahrungen aus mehr als 25 Jahren Bundesrepublik ebenso beruhen wie für über 60-Jährige darüber hinaus auf bis zu 40 Jahren DDR- bzw. gelebten Nachkriegs- und zum Teil erlebten Kriegsjahren. Beeinflussend auf die allgemeine Lebenszufriedenheit von älteren Frauen und Männern in den neuen Bundesländern ist deshalb nach wie vor das eigene Erleben gegensätzlicher gesellschaftlicher Systeme¹⁰⁶ vor und nach 1990. Die 1989/90 vorhandenen hohen Erwartungshaltungen an Veränderungen in allen Lebensbereichen haben sich inzwischen reduziert, sowohl aufgrund der realen positiven Veränderungen als auch der Erkenntnis der Nichtrealisierbarkeit von „Ideal“-vorstellungen auch im ökonomischen und politischen System der Bundesrepublik.

Die Lebenszufriedenheit von Bürgern in den neuen Bundesländern wird aber immer weniger von den realen Lebensverhältnissen und -bedingungen vor 1990, sondern inzwischen weitgehend von den erreichten positiven Entwicklungen seit 1990 wie gleichermaßen durch die immer noch vorhandenen, zum Teil ungerechtfertigt unterschiedlichen, ungleichen Lebensbedingungen (Beispiel Einkommen, Arbeitsmarkt, Aufstiegschancen, Tarifabschlüsse, Rentenrecht) zwischen Ost- und Westdeutschland geprägt. Trotzdem gilt insgesamt - unabhängig vom Alter: „Die“ unzufriedenen Ostdeutschen gibt es nicht genauso wenig wie „die“ zufriedenen Ostdeutschen oder „die“ zufriedenen Westdeutschen. Nach

¹⁰⁴ Schorlemmer, Friedrich: Wohl dem, der Heimat hat, Aufbau Verlag, Berlin 2009, S. 69.

¹⁰⁵ Winkler, Gunnar: Leben in Ostdeutschland - Integration und Identifikation, in: Sozialreport 1999 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Verlag am Turm, Berlin 1999, S. 76.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 76/77.

1990 erreichten „Wohlstandsgewinnen“ stehen jedoch in den letzten Jahren sowohl beim Einzelnen als auch insgesamt gleichermaßen den Gewinnen auch „Wohlstandsverluste“ gegenüber (Arbeitsmarkt, Verlangsamung des Angleichungsprozesses, Sozialabbau u.a.).

Tabelle 2.1: Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig - alles in allem - mit Ihrem Leben?
- nach Regionen - 2014 - in Prozent -

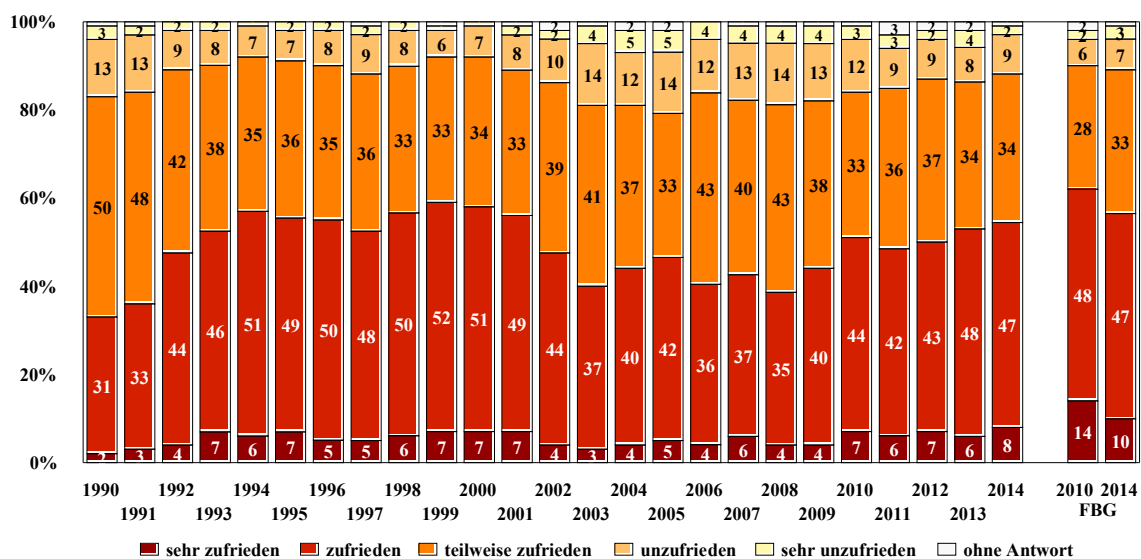
	sehr zufrieden	zufrieden	teilweise zufrieden	unzufrieden	sehr unzufrieden	ohne Antwort
Deutschland	9	47	33	8	3	1
NBL und Berlin-Ost	8	47	34	9	2	1
FBG (inkl. Berlin-West)	10	47	33	7	3	1

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Im Jahre 2014 waren in Deutschland 9 % der Bürger mit ihrem Leben alles in allem sehr zufrieden, 47 % zufrieden, 33 % teilweise zufrieden, 8 % unzufrieden und 3 % sehr unzufrieden (1 % ohne Antwort). Dabei gibt es zwischen Ost und West insgesamt keine gravierend unterschiedlichen Bewertungen aufgrund einer Annäherung in den letzten Jahren, die sowohl auf die Zunahme positiver Aussagen im Osten als auch deren Abnahme im Westen zurückzuführen ist. Im Jahr 2014 sind 55 % der Ostdeutschen zufrieden ebenso wie 57 % der Westdeutschen - 11% der Ostbürger wie 10 % der Westbürger sind unzufrieden - eine alles in allem positive Wertung. Vorhandene Unterschiede liegen in den einzelnen Lebensbereichen (vgl. Abschnitt 2.1.2) sowie im „Niveau“ bzw. den Maßstäben der Bewertung von Zufriedenheiten und Unzufriedenheiten (vgl. Tabelle 2.2).

Die allgemeine Lebenszufriedenheit der Menschen in den neuen Bundesländern ist auch - betrachtet über den Gesamtzeitraum seit 1990 - insgesamt hoch. Sie ist - nach einem raschen Anstieg zu Beginn der 90er Jahre - auf einem relativ hohen Niveau bis 2001 stabil geblieben. 2002 sank sie - offensichtlich sowohl wegen des Wirkens erster Ergebnisse der „Reformdiskussionen“ als auch der gefühlten Wirkungen der Euro-Einführung - auf einen Tiefpunkt, um seit 2009 wieder relativ stabil stetig anzusteigen.

Abbildung 2.1: Allgemeine Lebenszufriedenheit - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/ früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -



* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

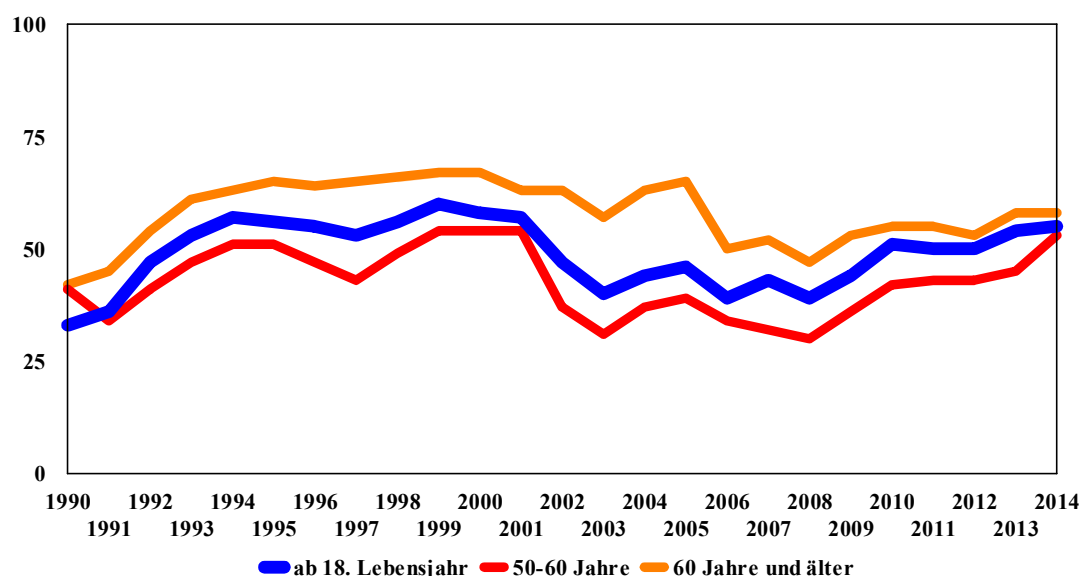
Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

Bezogen auf die Untersuchungsergebnisse der vergangenen Jahre ist jedoch hervorzuheben, dass insgesamt die Zufriedenheitsbewertungen in den alten Bundesländern kritischer geworden sind, obwohl mehrheitlich positiv hoch.

Über den Gesamtzeitraum seit 1990 traten insbesondere in den Jahren 2002 und 2003 bis 2008 deutliche „Zufriedenheitsverluste“ auf - das gilt für alle Altersgruppen (vgl. Abbildung 2.2).

Es gibt über die vergangenen Jahre eine relativ stabile unterschiedliche Zufriedenheitsbewertung zwischen denen, die bereits im Rentenalter sind und damit aus ihrer Sicht (noch) „relativ“ gesicherte Verhältnisse haben, und denen, die erwerbstätig bzw. arbeitslos oder in prekären Arbeitsverhältnissen tätig sind und erst jeweils in den nächsten Jahren in die Rente gehen werden. Die Unzufriedenheit ist über die Jahre in der Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen am höchsten - mit einem deutlichen Zugewinn der Zufriedenheit 2014 (offensichtlich u.a. aufgrund der bekannten Veränderungen im Rentenrecht sowie der Einführung des flächendeckenden einheitlichen Mindestlohnes). Die Zufriedenheit ist bei den über 75-Jährigen am höchsten (64 % im Osten/70 % im Westen).

Abbildung 2.2: Allgemeine Lebenszufriedenheit - nach ausgewählten Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 1990 bis 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „sehr zufrieden“/„zufrieden“)



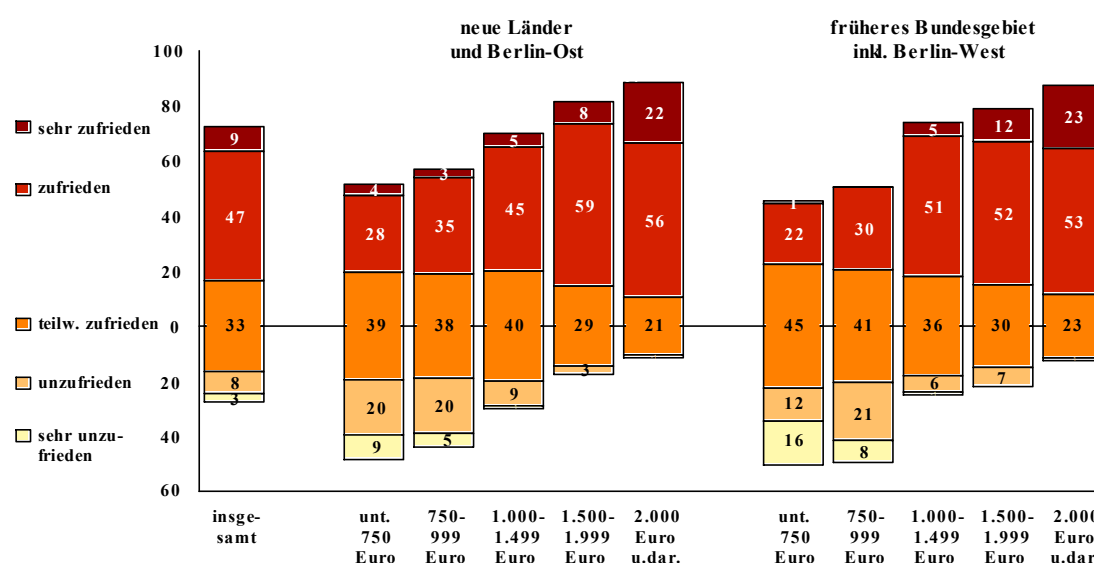
Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

Die Unterschiede in der allgemeine Lebenszufriedenheit innerhalb der jeweiligen Region sowie zwischen Ost und West beruhen vor allem auf der erworbenen und der eingesetzten Qualifikation, dem beruflichen und familiären Status sowie den damit verbundenen Erwerbs- bzw. Alterseinkommen und den vorhandenen Vermögenswerten (z.B. Wohneigentum). Unterschiede Ost-West beruhen weniger auf einer anderen Struktur der Einflussfaktoren, sondern mehr auf einem jeweilig unterschiedlichen Niveau materieller Lebensverhältnisse (das insbesondere im Osten in den letzten Jahren mit dem realen Abstand zum Westen zu geringerer Zufriedenheit führt). Insgesamt wird bei den getroffenen Aussagen deutlich, dass

- Zufriedenheit und Unzufriedenheit - wie die in der Tabelle 2.2 dargestellten Differenzierungen im Einkommen - vor allem mit der individuellen wirtschaftlichen Situation (insbesondere den Einkommensverhältnissen) verbunden sind (vgl. Abbildung 2.3);

- gleiche Bewertungen zwischen Ost und West jedoch zugleich bestehende wirtschaftliche Ungleichheiten überdecken. Obwohl der Zusammenhang zwischen allgemeiner Lebenszufriedenheit und sozialen Lebenslagen unbestritten ist, erweist sich, dass nicht nur die „Zufriedenen“, sondern auch die „Unzufriedenen“ in Westdeutschland noch bessere materielle und finanzielle vergleichbarere Lebenslagen reflektieren als in den neuen Ländern - wenn auch mit abnehmender Tendenz. Es ist im Osten (noch) Zufriedenheit/Unzufriedenheit auf niedrigerem Lebensniveau. So verfügen z.B. „zufriedene“ Ostdeutsche über deutlich niedrigere individuelle und Haushaltsnettoeinkommen sowie kleinere Wohnungen, aber auch geringeres Vermögen¹⁰⁷. Andererseits beeinflusst in Ostdeutschland Erwerbstätigkeit - bei höherer Erwerbstätigkeit der Partner - das Maß der Zufriedenheit stärker als in Westdeutschland;

Abbildung 2.3: Zufriedenheit nach Regionen und Haushaltsnettoeinkommen/Kopf* - 2014
- in Prozent** -



* Äquivalenzeinkommen = Haushaltsnettoeinkommen unter Berücksichtigung der Anzahl der Haushaltsmitglieder und wirtschaftlich nicht selbstständiger Kinder

** Differenz zu 100 = ohne Antwort; Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

- die Ungleichheiten in den Lebenslagen inzwischen auch in den neuen Bundesländern zunehmen und abgegebene Bewertungen beeinflussen. So verfügen z.B. die „Zufriedenen“ in Ostdeutschland über ein Haushaltsnettoeinkommen/Kopf von 1.705 Euro - darunter die „sehr Zufriedenen“ mit 2.075 Euro (West = 2.613 Euro) - den „Unzufriedenen“ stehen im Osten 933 Euro zur Verfügung, den „sehr Unzufriedenen“ 691 Euro (auch hier liegen die Vergleichswerte West bei 1.158 bzw. 727 Euro);
- von den sehr Zufriedenen in Ost wie West 90 % ihre wirtschaftliche Lage als „gut“ bewerten, von den sehr Unzufriedenen kein Bürger (in Worten: Null Prozent), der Anteil der im Bereich der Armutgefährdungsschwelle lebenden Zufriedenen liegt bei 12 bzw. 6 %, der Unzufriedenen bei 55 %;
- Unzufriedene sich zu einem bedeutenden Anteil aus Arbeitslosen, Alleinerziehenden und Niedrigrentenbeziehern rekrutieren.

¹⁰⁷ Vgl. Winkler, Gunnar: Die friedliche Revolution 1989 bis 2012..., a.a.O., S. 30.

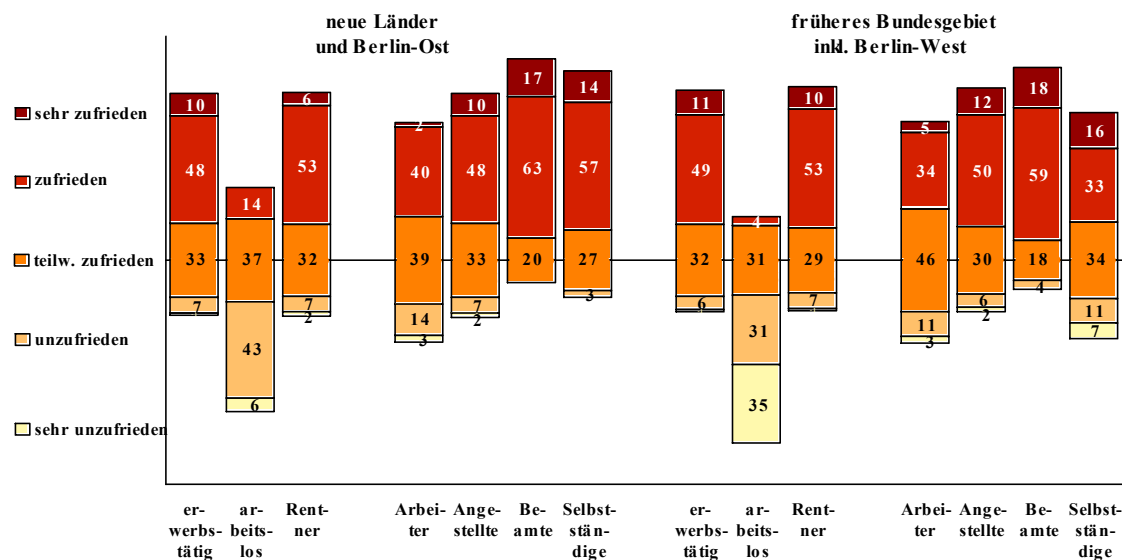
Tabelle 2.2: Einkommensprofile - nur Befragte, welche mit ihrem Leben im Allgemeinen „sehr zufrieden“/„zufrieden“ sind - nach Regionen - 2014 -

	Maßeinheit	NBL	FBG
n=100	% von Befragten	55	57
individuelles Nettoeinkommen	Euro	1.602	2.009
Haushaltsnettoeinkommen	Euro	2.652	2.991
Äquivalenzeinkommen/Kopf	Euro	1.705	1.952
Anteil Armutsgefährdeter (< 841 Euro)	% von Zufriedenen	12	6
Anteil höherer Einkommen (> 1.680 Euro)	% von Zufriedenen	40	50

Datenbasis sfz/leben 2014 (gew.)

Ein Vergleich der Zufriedenheitsbewertung (2014) nach sozialen Hauptgruppen zeigt, dass Beamte (Ost und West), Selbstständige (Ost) ebenso wie Hochschulabsolventen (Ost und West), Familien ohne Kinder und Rentner (West) sowie Angestellte (Ost und West) überdurchschnittlich positive Wertungen abgeben.

Abbildung 2.4: Zufriedenheit - nach sozialem Status und Regionen - 2014 - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ohne Antwort; Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

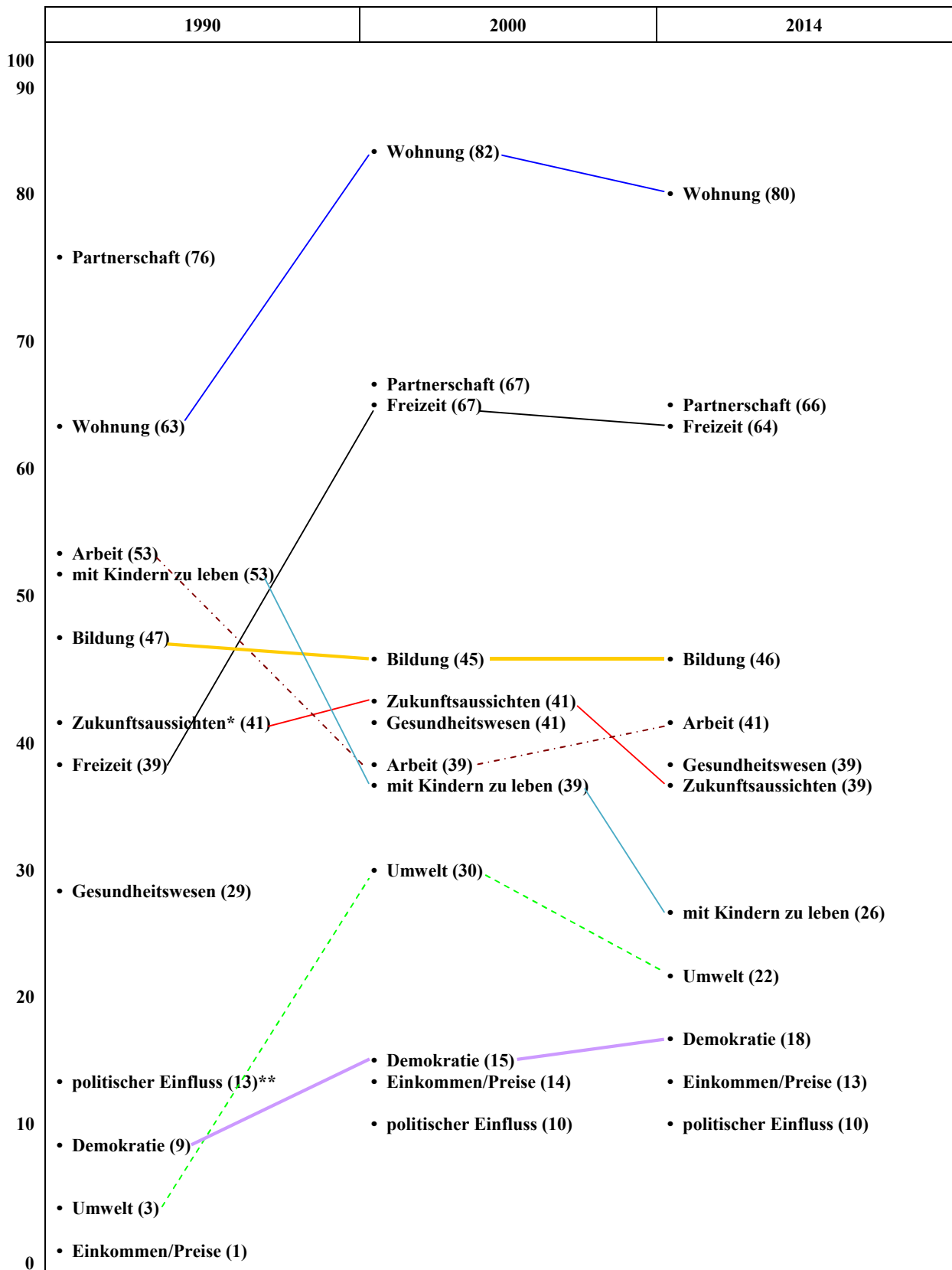
2.1.2 Zufriedenheit nach Lebensbereichen

Eine Untersetzung der Bewertungen nach der Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen über den Zeitraum seit 1990 bestätigt nach wie vor die Erkenntnis, dass Zufriedenheiten und eingetretene Veränderungen übergreifend wie folgt zusammenfassbar sind:

- Bereiche, die der Einzelne eigenständig, (relativ) unabhängig von äußeren Einflüssen auf sein Leben gestaltet, wie z.B. das Wohnen, die Partnerbeziehungen, die persönliche soziale Sicherheit sowie die Freizeit. Insgesamt erweisen sich diese Bereiche der Privatsphäre als stabiles Element der Zufriedenheit¹⁰⁸, die sich über Jahre durch ein hohes Zufriedenheitsmaß auszeichnen.

¹⁰⁸ Winkler, Gunnar: Leben in Ostdeutschland, in: Sozialreport 1995, Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. durch G. Winkler), Berlin 1995.

Abbildung 2.5: Zufriedenheitsbewertungen im Vergleich 1990/2000/2014 - neue Länder und Berlin-Ost - in Prozent - (nur Antwort: „sehr zufrieden“/„zufrieden“)



* 1994
 ** 1992

Datenbasis: sfz/leben 1990/2000/2014 (gew.)

- Bereiche von Lebensverhältnissen, in denen 1989/1990 die Menschen in den neuen Bundesländern grundlegende Veränderungen erwarteten, die - wenn auch in unterschiedlichem Maße für den Einzelnen bzw. einzelne Gruppen - eingetreten sind. Das betrifft einerseits insbesondere die Umwelt, die Bildung, aber auch den Gesundheitsbereich und zum Teil den Bereich Arbeit. Andererseits stehen dem Bereiche gegenüber, in denen vorhandene Unzufriedenheiten nicht/kaum abgebaut wurden bzw. sich neu aufbauten. Hierzu gehören die Bereiche Demokratieentwicklung sowie Einkommensentwicklung und Realisierungsbedingungen (wie z.B. die Arbeit), die mit einem hohen Anspruch versehen immer noch am Ende der Zufriedenheitsskala rangieren.
- Bereiche, in denen nach einem Anstieg ab 1998/1999 keine Fortsetzung der Entwicklung, sondern z.T. sogar rückläufige Zufriedenheitsbewertungen eintraten. Inzwischen sind die teilweisen Gegensätzlichkeiten der sozialen Sicherung und sozialen Gerechtigkeit für den Einzelnen direkt erlebbar und für große Teile der Bevölkerung auch spürbar.
- Die deutlichsten Zufriedenheitsgewinne werden im Wohnen ausgewiesen (von 63 % im Jahr 1990 auf 80 % im Jahr 2014) - die größten Zufriedenheitsverluste über die Jahre sind hinsichtlich des Lebens mit Kindern zu verzeichnen - von 53 % Zufriedenheit auf 26 % (bei bis 60-Jährigen).

Im Rückblick auf die in den vergangenen mehr als 25 Jahren durchgeführten Analysen sind sowohl eine zunehmende Polarisierung als auch eine gruppenspezifische Verschiebung der Zufriedenheitspositionen feststellbar. So sind es zunächst (1994/1995) aus Sicht der Erwerbspositionen drei sich in ihren Wertungen unterscheidende Gruppen: Die Gruppe der Erwerbstätigen und Rentner, die große Gruppe der seinerzeit in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Tätigen mit spezifischen Förderbedingungen sowie die Gruppe der bereits „aussortierten“ Arbeitslosen. Insbesondere die in ABM und anderen Fördermaßnahmen Erfassten bildeten eine eigene Gruppe, die sich nicht nur in ihren Lebensbedingungen von den Arbeitslosen abhob, sondern vor allem in der Annahme auf Eingliederung in den 1. Arbeitsmarkt. Ab Mitte der 90er Jahre gleichen sich die Bewertungen zwischen Arbeitslosen und auf dem 2. Arbeitsmarkt Beschäftigten an, so dass sich Erwerbstätige und Rentner auf der einen Seite und Arbeitslose bzw. in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Tätige auf der anderen Seite gegenüberstehen. Insbesondere seit Realisierung der massiven Einschnitte in den Lebensstandard durch „Reformmaßnahmen“ wirken auch bei Senioren in einzelnen Bereichen deutliche Zufriedenheitsverluste, die beginnen, auf die Gesamtbewertung durchzuschlagen, so dass sich in der Tendenz im Osten Erwerbstätige auf der einen Seite und Rentner und Arbeitslose auf der anderen Seite in ihren Aussagen polarisieren werden. Das gilt übrigens für Westdeutschland nicht im gleichen Maße, da die Lebensverhältnisse älterer Menschen sich für große Teile der Bürger lebenslang aufbauten und nicht allein mit der Rente der gesetzlichen Rentenversicherung verbunden sind.

Bis in die Gegenwart werden Zufriedenheits- und Lebenslagebewertungen nicht nur von den sich differenzierenden Lebensverhältnissen beeinflusst, sondern darüber hinaus vor allem dadurch, dass sie als ungleich und ungerechtfertigt empfunden werden. Nach wie vor gilt die Aussage, dass Lebenslage- (im engeren Sinne) und Lebensverhältnisbewertungen aufgrund realer Ungleichbehandlung und vorhandener sozialer Verunsicherung nicht nur insgesamt, sondern auch zwischen den einzelnen sozialen Gruppen in den neuen Ländern immer mehr auseinanderdriften.

In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost stehen auch 2014 neben Bereichen mit hohen positiven Wertungen (Wohnen 80 %, Partnerschaft 66 %, Freizeit 64 %), welche zugleich über dem Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit liegen, Bereiche, in denen die Zufriedenheit gering ausgeprägt ist. Das sind nach wie vor die Demokratie (18 %), der persönliche politische Einfluss (11 %), die soziale

Gerechtigkeit (8 %) und die Einkommens-Preis-Entwicklung (13 %). Dementsprechend werden Unzufriedenheiten vor allem hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit (58 %), des Einkommens-Preis-Verhältnisses (50 %), des persönlichen politischen Einflusses (39 %) sowie der Demokratieentwicklung im Lande (38 %) zum Ausdruck gebracht.

Tabelle 2.3: Zufriedenheit - nach ausgewählten Lebensbereichen und Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „sehr zufrieden“/„zufrieden“)

	insgesamt	unter 25 Jahre	25 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 59 Jahre	60 Jahre und älter
Wohnen	80	79	71	85	84	81
Freizeit	64	75	58	64	65	63
Gesundheitswesen	39	52	38	36	35	41
Soziale Sicherheit	34	43	33	32	30	35
Umwelt	22	26	23	24	25	19
Demokratie	18	12	23	20	19	14
Einkommen/Preise	13	9	14	16	14	12

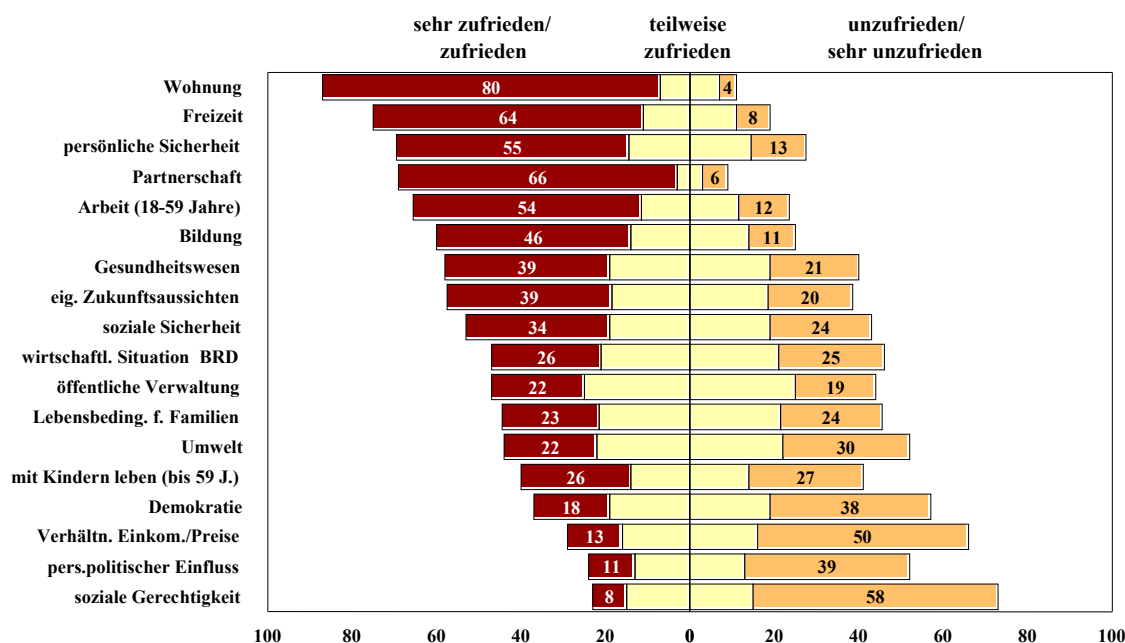
Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Insgesamt bewegen sich - trotz vorhandener Differenzierung - die Altersgruppen auf gleichem Niveau. Insbesondere in der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen sowie bei den ab 60-Jährigen heben sich sowohl positivere als auch niedrigere Bewertungen ab.

Die vergleichende Betrachtung zwischen den neuen Ländern und Berlin-Ost und dem früheren Bundesgebiet - verdeutlicht (2014):

- eine weitgehend übereinstimmende Bewertungsstruktur mit Familie, Wohnen, Freizeit und Arbeit an vorderster Stelle mit hohen Zufriedenheitswerten. Das gilt gleichermaßen für Bereiche mit hohen Unzufriedenheitswerten wie soziale Gerechtigkeit, das Verhältnis von Einkommens-Preis-Entwicklung, Demokratie sowie den persönlichen politischen Einfluss.
- In den Bereichen persönliche Sicherheit, Bildung Gesundheitswesen und der wirtschaftlichen Situation des Landes bringen die Zufriedenheitsbewertungen der Bürger im Osten eine geringere Zufriedenheit als die vergleichbaren Bereichsbewertungen im Westen zum Ausdruck (bei einer relativen Übereinstimmung der Unzufriedenheitswerte). Das entspricht keiner „allgemeinen Nörgelei“, sondern reflektiert weitgehend die realen Ungleichheiten/Unterschiede zwischen Ost und West (vgl. hierzu Abschnitt 1.2.4/Tabelle 1.6). Speziell bezogen auf die soziale Sicherheit und Demokratie liegen zugleich die Unzufriedenheitswerte im Westen erheblich unter den Aussagen im Osten.

Abbildung 2.6: Zufriedenheit - nach Lebensbereichen - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - (Mehrfachantworten möglich)



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Insgesamt war/ist im Osten hohe Zufriedenheit und steigender Wohlstand verbunden mit der Auflösung einer weitgehend egalitären Gesellschaft und Übergang in eine an Ungleichheiten zunehmende elitäre Gesellschaft.

2.2 Wirtschaftliche Lage der Bürger

Die erfolgten Veränderungen der Lebensverhältnisse nach 1990 reflektieren sich insbesondere zwischen 1990 und 2000 in hohen positiven Wertungen der individuellen wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern. Die abnehmenden guten Wertungen nach 2000 sind vor allem Auswirkungen der Sozialreformen, der Euro-Umstellung sowie des Aussetzens der Einkommensangleichungen.

Die Aussagen zur wirtschaftlichen Situation widerspiegeln sowohl die unterschiedlichen Realitäten von Lebenslagen der Bürger als auch die existierenden regionalen Unterschiede. Insgesamt ist die wirtschaftliche Lage im Osten durch einheitlichere (homogenere) Verteilungsstrukturen individueller finanzieller/materieller Lebenslagen gekennzeichnet als im früheren Bundesgebiet.

Weniger als die Hälfte der Haushalte in Deutschland können mit ihrem erzielten Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen vorhandene Bedürfnisse befriedigen. In jedem fünften Haushalt ist es „zu knapp“. Die Qualität des Lebens ist einkommens- und vermögensabhängiger geworden.

Die Annahmen über die künftige, vom Einzelnen erwartete wirtschaftliche Situation gehen in hohem Maße von Stagnation bzw. von Verschlechterungen aus. Jüngere erwarten vor allem Verbesserungen, Ältere Verschlechterungen. Die Bewertungen zur künftigen Entwicklung weisen keine prinzipiellen Unterschiede zwischen Ost und West aus.

Beim Vergleich der individuellen wirtschaftlichen Lage zwischen der Gegenwart und 1990 heben über 40-jährige Bürger aus den neuen Bundesländern vor allem die erfolgten Verbesserungen hervor, während Bürger aus den alten Ländern eher Verschlechterungen sehen.

2.2.1 Wirtschaftliche Situation 1989/1990

Unabhängig davon, welchen Stellenwert der wirtschaftlichen Situation in der DDR - im Vergleich zur sozialen und demokratischen Entwicklung - für deren politisches Ende beigemessen wird, gibt es doch relativ übereinstimmende Auffassungen, dass die DDR nicht zuletzt durch einen wachsenden Widerspruch zwischen Leistungsentwicklung der Volkswirtschaft und verkündetem Anspruch auf verbesser-

te Arbeits- und Lebensbedingungen in eine krisenhafte Entwicklung geriet, welche auf den Widerstand eines zunehmenden Teils der Bürger stieß.¹⁰⁹ Als Fakten dafür seien genannt¹¹⁰:

- stetige Senkung des Anteils der Akkumulation am Nationaleinkommen von 29 % (1970) auf 21 % (1988), bei gleichzeitigem Absenken der produktiven Akkumulation auf 9,9 %;
- zunehmende Alterung und Verschleiß der industriellen Ausrüstungen mit daraus resultierendem Rückstand in der Arbeitsproduktivität;
- zunehmende Rückstände in der Infrastruktur (Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Gesundheitswesen, Umweltschutz) bei zunehmendem Verschleiß innerstädtischer Wohngebiete und in der technischen Infrastruktur (vgl. Tabelle 2.4-Teil III: Ausgewählte Indikatoren);
- zunehmender Kaufkraftüberhang der Bevölkerung und Anstieg der Spareinlagen aufgrund von Defiziten in der Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen;
- Anstieg der Staatsverschuldung von 12 Milliarden Mark (1970) auf 123 Milliarden Mark (1989). Das entsprach allerdings zur Währungsunion (01.07.1990) nur einem Pro-Kopf-Betrag von 7.050 DM bzw. knapp 50 % der damaligen Verschuldung der Bürger des ehemaligen Bundesgebietes¹¹¹;
- die Mitte 1989 einsetzende Flucht und ab 1990 anhaltende Abwanderung aus der DDR/den neuen Bundesländern, die 1989/1990 allein rd. 0,74 Millionen - vor allem junge - Menschen betraf (vgl. Abschnitt 3.6).

Nicht zu übersehen auch, dass die mit dem Ende des 2. Weltkrieges verbundenen Wiedergutmachungsleistungen ganz Deutschland betrafen, dass sich jedoch in der Realität die Reparationsleistungen bis 1954, welche durch die SBZ/DDR erfolgten, auf 99,1 Mrd. DM beliefen, die der BRD auf 2,1 Mrd. DM¹¹². Die Reparationsleistungen des Ostens gegenüber der Sowjetunion erfolgten vor allem zunächst durch Demontage der nicht durch Bombenangriffe zerstörten Industriebetriebe. Das betraf rd. 2.000 bis 2.400 der größten und noch leistungsfähigen Betriebe. Das Schienennetz wurde durch Demontage und Lieferung an die UdSSR auf 52 % reduziert. Später wurden durch Entnahme von Erzeugnissen aus der laufenden Produktion rd. 20 % des Bruttosozialprodukts als Reparationsleistungen abgezweigt. Die SBZ/DDR trug damit 97-98 % der Reparationslast Gesamtdeutschlands - pro Person also das 130-Fache.¹¹³

Ab den 70er Jahren war die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ die zentrale Losung, um das soziale Anliegen wirtschaftlicher Tätigkeit in der DDR darzustellen¹¹⁴. Dabei wurde die Sozialpolitik - wenn auch in abnehmendem Maße - als Teil einer zentralisierten Gesamtpolitik verstanden und war - der Struktur der Eigentumsverhältnisse entsprechend - vor allem staatliche Sozialpolitik, auch wenn sie z.B. in hohem Maße für den Bürger spürbar über Betriebe verwirklicht wurde, beginnend bei der Gewährung des Rechts auf Arbeit über Einkommenspolitik bis zur sozialen und gesundheitlichen Betreuung. Obwohl die Spielräume der betrieblichen Sozialpolitik scheinbar vorrangig vom Betriebsergebnis abhängig waren, wurden die Rahmenbedingungen über die Gesetzgebungs- und Planungsmechanismen zentral-staatlich vorgegeben und waren - in Abhängigkeit von der Effizienz der Volkswirtschaft - an Finanz- und Steuermechanismen gebunden.

¹⁰⁹ Es ist nicht Anliegen der vorliegenden Veröffentlichung, das Wirtschafts- und Sozialsystem der DDR im Einzelnen zu analysieren - dazu liegt eine relativ umfangreiche, wenn auch zu unterschiedlichen Aussagen gelangende Literatur vor.

¹¹⁰ Wenzel, Siegfried: Was war die DDR wert?, Das Neue Berlin, Verlagsgesellschaft mbH, 7. Auflage, Berlin 2006, S.13 ff.
¹¹¹ Ebenda, S. 30.

¹¹² Berechnungen des BRD-Historikers Arno Peters.

¹¹³ Baar, Karlsch, Matschke: *Studien zur Wirtschaftsgeschichte*, Berlin 1993, S. 100.

¹¹⁴ Vgl. Roesler, J.: *Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch - 1970-2000*, bpb, Bonn 2003, S. 15.

Tabelle 2.4: Ausgewählte Daten der sozialen Entwicklung, sozialen Infrastruktur und sozialen Leistungen - DDR - 1950 bis 1989 - (Teil I)

	Maßeinheit	1950	1955	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1989
Bevölkerung										
Wohnbevölkerung	Mio.	18,4	17,8	17,2	17,0	17,1	16,9	16,7	16,6	16,6
davon weiblich	%	55,6	55,3	54,9	54,3	53,9	53,3	53,1	52,7	52,1
Lebendgeborene	1000	304	293	293	281	237	182	245	228	199
Geburtenhäufigkeit (18 bis 45 Jahre)	je 1000 Frauen	2.449 ¹	2.400	2.328	2.483	2.193	1.542	1.942	1.734	1.557
Anteil Geburten nicht ver- heirateter Mütter	%	12,8	11,6	11,6	9,8	13,3	16,1	22,9	33,8	33,6
Lebenserwartung										
männlich	Jahre	63,9 ¹	65,8	66,5	68,0	68,1	68,5	68,7	69,5	70,1
weiblich	Jahre	68,0 ¹	70,0	71,4	73,0	73,3	74,0	74,6	75,4	76,4
Wanderung - Wegzug in BRD	1000		419 ²	248	30	21	20	16	28	388
Wanderungsdefizit BRD	1000		-372 ²	-222	-24	-19	-19	-14	-26	-383
Qualifikation*										
beruflicher Abschluss, insgesamt										
ohne Abschluss	%					34	25	16	12	10
Facharbeiter/Meister	%					55	61	65	67	68
Fachschule	%					7	9	2*	13	14
Hochschule	%					4	6	7	8	8
beruflicher Abschluss, weiblich										
ohne Abschluss	%					44	34	23	16	12
Facharbeiter/Meister	%					48	54	58	61	62
Fachschule	%					6	8	14*	17	19
Hochschule	%					2	4	5	6	7
Arbeit										
Berufstätige	Mio.	7,7	7,7	7,7	7,8	7,9	8,2	8,3	8,5	8,5
Frauenanteil an Berufstätigen	%		34,4	36,5	38,6	40,7	43,7	46,2	48,0	48,9
Anteil berufstätiger Frauen an arbeitsfähiger weiblicher Bevölkerung	%			64,7	70,4	76,4	83,3	87,6	88,6	89,5
Anteil verkürzt arbeitender Frauen (Teilzeit)	%			14,9	25,7	31,8	32,6	29,4	27,4	27,1
Arbeitsunfälle	je 1000 Erw.	59,0 ¹	49,5	48,6	45,2	40,8	33,0	29,0	24,1	22,0
Einkommen										
Haush.nettoeink. (4-Pers.-Hh)	M/Monat			913	1.000	1.209	1.556 ³	1.720	2.018	2.321 ⁵
Bruttoarb.eink. (Arbeiter und Angestellte)	M/Monat					634	728	825	923	1.062
Altersrenten	M/Monat	91 ¹	96	153	173	197	255	339	374	444
Sparguthaben	M/Monat	69	277	1.017	1.840	3.057	4.478	5.958	7.480	9.716
Sozialfürsorgeempfänger	1000		238	166	95	56	22	17	8	5
Ausstattung von Privat- haushalten										
PKW	Stck./100 Hh	.	0,2	3,2	8,2	15,6	26,2	38,1	48,2	57,1
Farbfernseher	Stck./100 Hh	0,2	2,5	16,8	38,7	58,2
Haushaltswaschmaschinen	Stck./100 Hh	.	0,5	6,2	27,7	53,6	73,0	84,4	99,3	110,2
Haushaltskühlschränke	Stck./100 Hh	.	0,4	6,1	25,9	56,4	84,7	108,8	137,5	167,4
Fernsprechanchlüsse	Anz./100 Ew.	.	5,8	7,5		12,3		18,9	21,8	24,6

Tabelle 2.4: Ausgewählte Daten der sozialen Entwicklung, sozialen Infrastruktur und sozialen Leistungen - DDR - 1950 bis 1989 - (Teil II)

	Maßeinheit	1950	1955	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1989
Wohnen										
Eigentumsstruktur der Wohnung										
volkseigen	%					28	-	37 ⁴	39	41
genossenschaftlich	%					10	-	15 ⁴	17	18
privat	%					62	-	48 ⁴	45	41
durchschnittliche Wohnfläche	m ² /Einw.					20,6		24,8 ⁴	26,0	27,4
durchschnittliche Wohnräume	Anz./Einw.					0,95		1,11 ⁴	1,17	1,23
Soziale Infrastruktur										
betreute Kinder in Kinderkrippen	Anz./1000 Kinder der Altersgruppe	13	91	143	187	291	508	612	727	802
betreute Kinder in Kindergärten	Anz./1000 Kinder der Altersgruppe	205	345	461	528	645	846	922	940	951
ärztlicher Versorgungsgrad	Ew./Arzt	1.429 ¹	1.296	1.181	872	626	530	494	439	414
zahnärztl. Versorgungsgrad	Ew./Zahnarzt	2.661 ¹	2.457	2.702	2.743	2.321	2.115	1.724	1.416	1.383
Inlandsurlaubsreisen der Gewerkschaften	1000	400	1.050	1.144	1.036	1.140	1.447	1.679	1.857	1.833

* ab 1976 Fachschulenerkennung von Facharbeitern im Gesundheitswesen

¹ = 1952 ² = 1957 ³ = 1976 ⁴ = 1981 ⁵ = 1988

Quellen: 1. Kennziffernsammlung Sozialstatistik 1990, Statistisches Amt der DDR; 2. Geschichte der Sozialpolitik, Tabellensammlung, S. 364-404; 3. Kennziffernsammlung „Die Frau in der DDR“, Statistisches Amt der DDR; 4. Materialien des Statistischen Bundesamtes; 5. Heske, Gerhard: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950 bis 1989, in Historische Sozialforschung, Zentrum für Historische Sozialforschung, Supplement No. 21 (2009), Köln 2009; 6. Steiner, Andre: Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 - Band SBZ/DDR -, BMAS Bonn 2006; Entnommen aus Winkler, Gunnar: Ziele und Inhalte der Sozialpolitik, in: Sozialpolitik in der DDR, a.a.O., S. 16/17

Die Probleme der Stellung der Sozialpolitik in der DDR wurden insbesondere deutlich an der genannten These von der „objektiven“ Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik (als DDR-Pendant zur „sozialen Marktwirtschaft“). Sie erhob sowohl den Anspruch einer stärkeren Berücksichtigung sozialdifferenzierter Ziele für ökonomische Entwicklungen und gleichzeitig die Abhängigkeit des Umfangs sozialpolitischer Leistungen von der ökonomischen Effizienz. Für den Bürger sollte die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zu einer höheren Identifizierung führen. Einerseits wurden damit neue sozialpolitische Maßnahmen als ein auf eigener Leistung beruhendes, dem Bürger zugute kommendes Ergebnis „sozialistischen Wirtschaftens“ dargestellt, wie andererseits zugleich erforderliche Grenzen deutlich gemacht werden sollten nach dem Motto: Es kann nur verbraucht werden, was vorher erwirtschaftet wurde. Obwohl die Jahre zwischen 1970 und 1989 in der DDR zu den sozialpolitisch leistungsfähigsten gehörten, gilt auch für diesen Zeitraum, dass einerseits sozialpolitische Überlegungen nicht vordergründig aus Lebenslage- und Bedürfnisanalysen abgeleitet wurden, sondern auch zu Zeiten steigender Wirtschaftskraft eine zum Teil willkürliche „Fondsverteilung“ waren. Sozialpolitische Konzeptionen stellten nicht Ausgangspunkt, sondern nachträgliche Restposten wirtschaftlicher Entscheidungen dar (auch wenn das heute von damals führenden Wirtschaftsfunktionären und -wissenschaftlern gern anders dargestellt wird¹¹⁵). Die vor allem unter Ökonomen der DDR verbreitete Auffassung, dass eine „überzogene“ Sozialpolitik zu den Ursachen für die Probleme 1989/90 gehörte, übersieht, dass es die sich verschlechternde ökonomische Effizienz war, die zu einer wachsenden Differenz zwischen Einkommen und Verbrauch, zwischen Kaufkraft und Warenbereitstellung bzw. Dienstleistungsangebot führte. Ungerechtfertigte „Um“-Verteilungsprozesse in der Bevölkerung

¹¹⁵ Vgl. Schürer, G.: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR - Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft - Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik (Hrsg.: E. Kuhrt), Verlag Leske+Budrich, Opladen 1999, S. 72/73.

(Schattenwirtschaft) wurden verstärkt. Sozialpolitische Programme (z.B. das Wohnungsbauprogramm) wurden zum Teil auf Kosten sinkender Qualität und defizitärer Entwicklungen in anderen Bereichen (z.B. Stadtsanierung, Gesundheitswesen, kulturelle Infrastruktur) realisiert. Soziales als Triebkraft des Wirtschaftswachstums einzusetzen, ist in der DDR letztlich immer weniger gelungen. Dazu trug auch ein nicht beherrschtes Verhältnis von staatlicher, betrieblicher und kommunaler Sozialpolitik bei. Entscheidungen wurden zunächst und vor allem zentral getroffen, weniger aus einem überzogenen Zentralismus heraus, sondern einfach entsprechend der Zentralisierung der Wirtschaftsleitung und der damit verbundenen allgemeinen Abführung der Gewinne der Betriebe an den Staatshaushalt und deren Neu-/Umverteilung auf die Wirtschaft und Bezirks-, Stadt- und Kreisebene.

Spätestens ab Mitte der 80er Jahre war es nicht mehr möglich, grundlegende Mängel und Disproportionen in der wirtschaftlichen Entwicklung zu korrigieren. Das betraf eine Vielzahl von Problemen, an die sich die Bürger heute noch erinnern und sich auch keineswegs im Nachhinein „schönfärben“¹¹⁶. Genannt seien der Zustand der technischen Infrastruktur (Straßen, Telefonnetze, Abwassersystem u.a.), teilweise marode Maschinenparks und stete Materialschwierigkeiten, Verfall kultureller und Dienstleistungseinrichtungen, eine Subventionspolitik z.B. zur Stützung von Mieten und Waren bzw. Dienstleistungen, die in ihren Wirkungen bis in die Gegenwart umstritten ist, aber andererseits gerade älteren Bürgern mit einer geringen Rente einen – wenn auch nicht überschwänglichen - Mindestlebensstandard sicherte.

Tabelle 2.4: Regionale Differenzierung ausgewählter Infrastrukturen - DDR - (Teil III)

ME	Anteile der Straßen mit schlechter/sehr schlechter Qualität an der Straßenlänge			Fernsprechanschlüsse	Ausstattung mit Krippenplätzen	ambulante ärztliche Arb.-plätze	Betten in Krankenhäusern	Plätze in Feierabend- und Pflegeheimen
	Fernverkehrsstr. %	Bezirksstraßen %	kommunale Straßen %	je 100 Wohnungen	je 1.000 Kinder	je 10.000 Ew.	je 10.000 Ew.	je 1.000 Rentner
Jahr	1985	1985	1985	1990	1988	1989	1989	1989
Berlin (Ost)				50,6	926	19,6	115	89
Brandenburg	19	28	64	12,6	862	11,6	91	56
Mecklenburg-Vorpommern	21	36	63	11,6	860	12,9	96	55
Sachsen	18	35	66	13,3	763	12,9	102	47
Sachsen-Anhalt	18	50	32	12,9	847	12,7	97	48
Thüringen	17	44	71	13,4	834	12,6	102	51
insgesamt	19	38	66	16,3	833	13,1	99	53
ME	Kinoplätze	Plätze in Kultur- und Klubhäusern	Wasserfläche in Schwimmhallen	Fläche in Sporthallen	Gaststättenplätze	Gaststättenplätze in Gebäuden m. befristeter Nutzung	Verkaufsraumfläche	Verkaufsraumfläche in Gebäuden mit befristeter Nutzung
Jahr	je 1.000 Ew.	je 1.000 Ew.	m ² /1.000 Ew.	m ² /1.000 Ew.	je 1.000 Ew.	%	je 1.000 Ew.	%
Jahr	1988	1988	1987	1987	1985	1987	1985	1987
Berlin (Ost)	6	32	6	142				
Brandenburg	12	37	5	149	86	26	296	47
Mecklenburg-Vorpommern	13	29	4	158	90	27	299	41
Sachsen	16	34	5	132	86	27	302	40
Sachsen-Anhalt	15	38	6	164	79	33	296	41
Thüringen	15	32	5	140	109	31	295	42
insgesamt	14	35	5	146	89	29	299	42

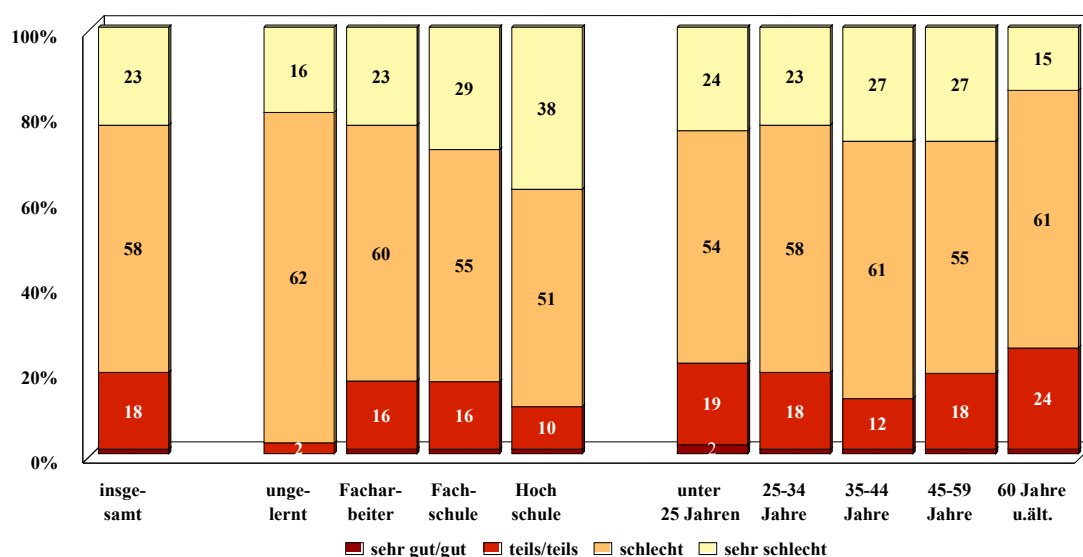
Quelle: Raumordnungsreport '90 (Hrsg.: W. Ostwald), Verlag Die Wirtschaft GmbH, S. 89, 114, 118, 128, 129, 130, 134, 138

¹¹⁶ Vgl. hierzu Manz, Günter: Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik als Basis staatlicher Sozialpolitik, in: Sozialpolitik in der DDR, a.a.O., S. 45 f.

Erinnert sei auch an eine „Schattenwirtschaft“, die zum Teil notwendige Leistungen für die Bevölkerung in den Bereich der unbezahlten oder bezahlten „Feierabendarbeit“ delegierte, oder an die Differenzierungen, die im Lebensstandard durch den Besitz von „blauen Kacheln“ (Anzeigentexte für Leistungen, die in DM abgegolten wurden) hervorgerufen wurden.

Ende 1989 bewertete nur 1 % der Bürger die wirtschaftliche Lage in der DDR mit gut/sehr gut, auch nur 18 % mit teils/teils und 81 % mit schlecht/sehr schlecht. Ein vernichtendes Urteil - auch im Vergleich zur Bundesrepublik getroffen. Nicht zu übersehen allerdings auch, dass die individuelle wirtschaftliche Situation des Einzelnen bzw. der Familien deutlich besser bewertet wird, wenn 40 % sehr gut/gut und 18 % schlecht/sehr schlecht angeben (vgl. Abschnitt 2.2.3). Letztlich Reflexion des Widerspruchs zwischen Wirtschaftsleistung und Lebensniveau.

Abbildung 2.7: Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Lage der DDR? - nach Alter und Qualifikation - Dezember 1989 - in Prozent* -



* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

Datenbasis: iss/spiegel 89 (gew.)

Zunehmende Defizite in der Versorgung, in der Qualität der Haushaltsausstattung führten auch zu Abstrichen in der Bewertung der sozialen Sicherheit, insbesondere bei jüngeren Bürgern, die für ihr erarbeitetes Geld auch entsprechende Waren und Leistungen erhalten wollten. Bereits 1982 gaben 27 % der unter 25-Jährigen (d.h. der gegenwärtig 45- bis 55-Jährigen) an, dass sie persönlich das Gefühl sozialer Sicherheit nur mit bestimmten Einschränkungen hatten (von den damals über 60-Jährigen traf das nur für 5 % zu)¹¹⁷. Dass dabei bis 1989 der westliche „Standard“ immer mehr als Zielorientierung galt (z.B. bei Heimelektronik, Telekommunikation und Fahrzeugen), verschärfte vorhandene Probleme.

Lebensstandardentwicklungen und Versorgungsdefizite waren eine keineswegs klein zu redende Ursache für die steigende soziale Instabilität. 1988 wurde erstmals auch öffentlich auf die politischen Auswirkungen einer nicht hinreichend wirtschaftlich gesicherten sozialen Entwicklung hingewiesen, die ab Mitte der 80er Jahre bereits intern diskutiert wurde. So hieß es im Buch „Sozialpolitik“: „Die nachhaltige Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ... sichert die sozialen Errungenschaften und

¹¹⁷ Vgl. Studien des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR (ISS), Berlin 1982 (unveröffentlicht).

die kontinuierliche, stabile Entwicklung ständig materiell und finanziell. Nullwachstum, stagnierende oder gar rückläufige wirtschaftliche Entwicklung berühren sofort und unmittelbar das Lebensniveau aller Klassen und Schichten.“ Das würde „langfristig gesehen - die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse gefährden und soziale Sicherheit zur sozialen Unsicherheit werden“ lassen¹¹⁸. Eine Voraussage, die bereits ein Jahr später Realität werden sollte. Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ - als selbst gestelltes Ziel der DDR-Führung - wurde letztlich nicht realisiert. Der Ruf: „Wenn die DM nicht zu uns kommt, kommen wir zu ihr“, untersetzt nur den Stellenwert, den die Lebensstandardentwicklung auch als Motiv für den „Druck der Straße“ 1989/1990 hatte.

2.2.2 *Wirtschaftsentwicklung 1989/1990 bis zur Gegenwart*

1990 begann im Osten die bis in die Gegenwart nicht vollendete „Aufholjagd“ auf den Lebensstandard der alten Bundesländer, mit neuen Zielen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Erste bekannte politische Orientierungen waren die „blühenden Landschaften“ von Bundeskanzler Kohl¹¹⁹, die de facto eher die Neustrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft als damit verbundene/mögliche soziale Ziele und Aufgaben hinsichtlich der Sozial- und Konsumtionsstandards vorsahen.

Letztlich ging es um die Strukturbereinigung zugunsten der westdeutschen Wirtschaft in all ihren Facetten - von der Sicherung der Effektivitäts- und Gewinnentwicklung, der Übernahme des ostdeutschen Exportmarktes (insbesondere Sowjetunion und RGW-Bereich, China, Vietnam) bis zu Reformen der sozialen Sicherungssysteme und damit verbundenen Entlastungen der Arbeitgeber.

Für das gegenwärtig (2015) rd. 70- bis 80-prozentige Wirtschaftsniveau wird von Experten¹²⁰ insbesondere auf folgende Entwicklungen verwiesen:

- das niedrige Ausgangsniveau 1989/1990, das einerseits das höchste im RGW-Bereich war, aber andererseits die Bundesrepublik keineswegs erreichen konnte;
- die Währungsunion, welche zu einer Benachteiligung der ostdeutschen Wirtschaft auf dem Binnen- und Außenmarkt führte (siehe nachfolgend);
- die Treuhandpolitik, die mit einer rigorosen Privatisierung zugunsten von westdeutschen Großunternehmen zur fast völligen Deindustrialisierung führte und damit eine „Bereinigung“ der Wirtschafts- und Exportstrukturen vornahm mit nachhaltigen Wirkungen auf die Gesamtentwicklung über Jahrzehnte (siehe nachfolgend);
- die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, welche z.B. aus ehemals fiktiven Krediten reale Schulden machte und Betriebe, Genossenschaften, Wohnungsunternehmen und Kommunen in überhöhte finanzielle Belastungen stürzte;
- die weitgehende Entledigung der Marktwirtschaft ihres „sozialen“ Anspruchs;
- die geringe Ausrichtung der ostdeutschen Wirtschaft auf wissenschaftsintensive Zweige und Großbetriebe.

Die offiziellen Statistiken weisen (ohne Bezug auf den Leistungsstand 1989) seit 1991 einerseits für Ostdeutschland ein beträchtliches Wirtschaftswachstum aus, wie andererseits das Tempo des „Anglei-

¹¹⁸ Vgl. Winkler, Gunnar: Inhalt und Ziele der Sozialpolitik, in: Sozialpolitik (Hrsg.: G. Manz/G. Winkler), Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1988, S. 21.

¹¹⁹ Fernsehansprache von Bundeskanzler H. Kohl anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, 1. Juli 1990.

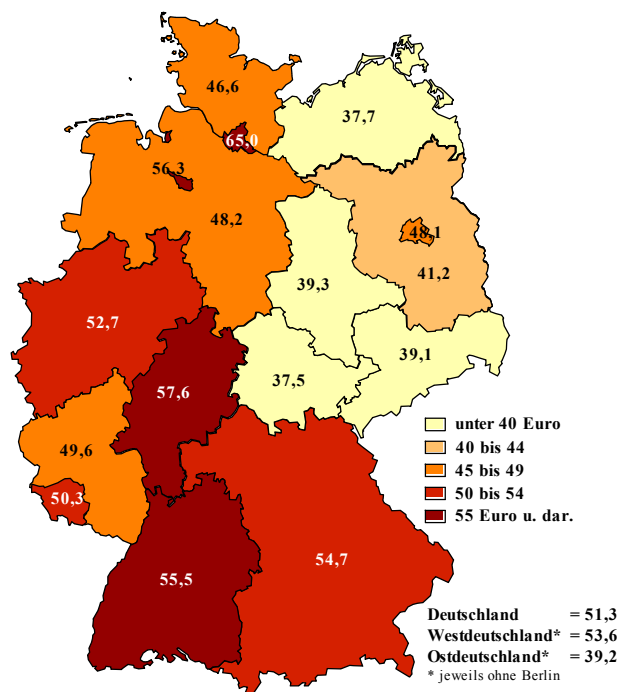
¹²⁰ Vgl. Busch, Ulrich et. al.: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland, VSA-Verlag 2009, S. 22 ff.

chungsprozesses“ deutlich nachgelassen hat. Stagnations- und rückläufige Tendenzen in einzelnen Bereichen sind unübersehbar. Das betrifft in besonderem Maße die ökonomische Leistungsentwicklung - bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt und die Arbeitsproduktivität und in deren Gefolge die Angleichung der Lebensverhältnisse im engeren Sinne, d.h. Einkommen und Lebensstandard. Dabei setzt sich allerdings in zunehmendem Maße die Anzahl derer in Politik und Wissenschaft durch, welche das Bruttoinlandsprodukt nicht zum alleinigen Maßstab ökonomischer und schon gar nicht sozialer Entwicklung machen.

2015 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland 3.025,9 Mrd. Euro, für Westdeutschland (ohne Berlin) 2.570,9 Mrd. Euro und für Ostdeutschland (ohne Berlin) 330,8 Mrd. Euro, das sind 12,9 % des Westens - selbst unter Einbeziehung von Berlin erreicht Ostdeutschland nur 455,0 Mrd. Euro, d.h. 17,7 % (die Einrechnung Berlins „rechnet“ sich also!?)¹²¹.

Die Enquetekommission des Bundestages „**Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität**“¹²² hat - wie bereits im Abschnitt 1.2.3 vorgestellt - u.a. vorgeschlagen, in Zukunft zumindest das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner als einen zusammenfassenden Ausdruck des Wohlstandes der Bürger zu verwenden, da es geeigneter ist - ebenso wie das BIP je Erwerbstätigen bzw. der von ihnen geleisteten Arbeitsstunden - Wohlstands- und Produktivitätsvergleiche darzustellen. Aber auch hier bleibt festzuhalten, dass die genannten Indikatoren nur den wirtschaftlichen Rahmen sozialer Entwicklung charakterisieren, aber nicht automatisch steigenden Wohlstand, zunehmende Chancengleichheit und verbesserte Lebensqualität bedeuten - z.T. im Gegenteil, wie die vergangenen Jahre belegen.

Abbildung 2.8: Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen - 2015 - in Euro -



Quelle: Statistische Ämter der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 1991 bis 2015, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Stuttgart 2016

¹²¹ Quelle: Statistische Ämter der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 1991 bis 2014, Reihe 1, Länderergebnisse, Band 1, Stuttgart 2015.

¹²² Vgl. Deutscher Bundestag, Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, Projektgruppe 2 - Abschlussbericht - Stand 23.01.2013, Kommissionsdrucksache 17 (26) 87, S. 19.

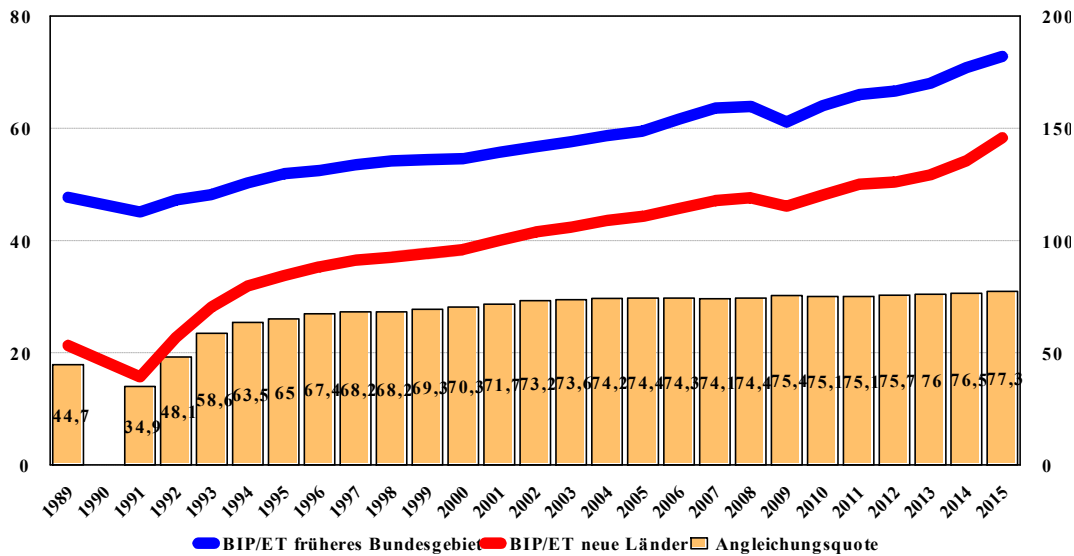
Im Vergleich dieser Werte liegt der Osten (2015):

- a) beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bei 77,3 %, beim BIP je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen bei 73,1 % und bezogen auf das BIP je Einwohner bei 67,4 % - je Arbeitsstunde verstärken die ungünstige Wirtschaftsstruktur und je Einwohner die Altersstruktur die ausgewiesenen Werte nach unten; Die Differenzen resultieren sowohl aus der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur (Wirtschaftszweige/Betriebsgrößen), aus unterschiedlichen Anteilen von Bürgern, welche aus Altersgründen noch nicht bzw. nicht mehr im Erwerbsalter sind, aber auch aus unterschiedlichen Erwerbsquoten und Arbeitszeitdauer der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter;
- b) entsprechend der Diskussion, dass die Angleichung Ost-West bereits erfolgen würde, wenn die besten Landeswerte Ost die schlechtesten Werte-West erreichen, besteht immer noch eine beträchtliche Lücke von 4,78 Euro zwischen Brandenburg als „Spitzenland des Ostens“ (41,86 Euro je Arbeitsstunde) und Schleswig-Holstein als „Schlusslicht“ des Westens (46,64 Euro/h);
- c) gleichermaßen hat sich in den Jahren die „Spreizung“ zwischen Ost und West vergrößert. Während im Osten zwischen dem Bundesland Thüringen mit dem niedrigsten BIP/Astd. je Erwerbstätigen (37,48 Euro) und Brandenburg mit 41,86 Euro insgesamt eine Differenz von 4,38 Euro liegt, beträgt die Spreizung im Westen 18,38 Euro, da Hamburg mit 64,98 Euro den Wert von Schleswig-Holstein deutlich übertrifft;
- d) auch die stete Betonung von der Notwendigkeit der gleichzeitigen Förderung der strukturschwachen Kreise im Westen (was durchaus berechtigt ist) darf aber nicht verschweigen, dass unter den letzten 100 Kreisen von 400 Kreisen insgesamt z.B. beim BIP/Einwohner zwei Drittel aller Ostkreise, aber nur 15 % der Westkreise konzentriert sind - mit Auswirkungen auf Lebensverhältnisse und -qualität.

Insofern kann ein am BIP gemessenes Wirtschaftswachstum durchaus mit abnehmender Befriedigung von Grundbedürfnissen eines steigenden Teils der Bevölkerung verbunden sein. Steigende Wachstumsraten sind keineswegs zwingend mit steigendem Wohlstand und sozialen Leistungen verbunden (Armut trotz Wohlstandsentwicklung, zunehmende prekäre Arbeitsverhältnisse trotz positiver Wachstumszahlen), ebenso wie sinkende Wachstumsraten sofort zu forciertem Abbau des Sozialen seitens der herrschenden Politik genutzt wurden/werden. Wirtschaftswachstum sollte nicht alleiniges Ziel, sondern vor allem der Rahmen für erweiterte Möglichkeiten sozialer Entwicklung sein.

Einerseits wird auch anhand der Daten (vgl. Abbildung 2.9) im Vergleich zu 1989 der inzwischen erreichte Fortschritt in der Angleichung Ost-West deutlich, wie andererseits die erzielten Ergebnisse auch in den nächsten Jahrzehnten nicht die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ermöglichen werden, wenn das Tempo der Angleichung beibehalten wird/werden sollte (die Beibehaltung des gegenwärtigen Angleichungstempos würde rd. 100 Jahre erfordern). Wenn auch seit der Vereinigung mehr als eine Verdoppelung des BIP/Einw. im Osten erreicht wurde, ist der Unterschied auch 2015 noch deutlich und wird hinsichtlich des erreichten und erreichbaren Wohlstandes auch so wahrgenommen.

Abbildung 2.9: Angleichungsfortschritte - Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) - neue Länder/früheres Bundesgebiet jeweils ohne Berlin - 1989 bis 2015 - in 1.000 Euro -



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Reihe 1, Bd. 1 1991-2015, Stuttgart 2016/G. Heske: Historische Sozialforschung, Bonn Supplement 21/2009, S. 248/266

Zur Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern gehören nicht allein und nicht vorrangig die steigenden Kennzahlen beim Bruttoinlandsprodukt, sondern zunächst die gern übersehenen Veränderungen der Wirtschaftsstrukturen unmittelbar nach 1990, z.T. bis heute. Das betrifft die Auflösung des „Volkseigentums“ - vor allem in Form der Kombinate - in Industrie und Landwirtschaft, die Veränderungen der Branchenstrukturen, die Entwicklung einer kleinteiligen Wirtschaftsstruktur bis zur Neugestaltung der Infrastruktur - bezogen auf Eigentumsverhältnisse und Verbreitung in der Fläche.

Die 1990 von der letzten DDR-Volkskammer gebildete Treuhandanstalt (THA) erhielt den Auftrag¹²³, die unternehmerische Tätigkeit des DDR-Staates durch Privatisierung so rasch wie möglich zurückzuführen und durch die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.¹²⁴ Der Auftrag sollte durch Privatisierung, Sanierung und Stilllegung der volkseigenen Betriebe erfüllt werden. Das von der Treuhand verwaltete Produktiv- und Immobilienvermögen ging zu 85 % „in westdeutsche Hände“, zu 9 % an ausländische Bewerber und mit „weniger als 6 %“ an Ostdeutsche.¹²⁵

Die zeitgleich geschaffenen Rahmenbedingungen wie der Umtausch der Mark der DDR in DM führten zu einer Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen der DDR-Wirtschaft. Das betraf auch die drastische Verschlechterung der Absatzbedingungen auf dem eigenen wie auf dem westlichen Markt und den Verlust der Ostmärkte. Hatten Experten vor der Währungsunion noch damit gerechnet, dass 50 bis 70 % der ehemaligen Volkseigenen Betriebe (VEB) den Übergang in die Marktwirtschaft bewältigen würden, so sank deren Schätzung nach dem 1. Juli 1990 rasch auf 10 %. Von 14.000 Unternehmen waren Ende 1994 bis auf 66 alle Betriebe privatisiert.¹²⁶

¹²³ Nachfolgende Ausführungen stützen sich auf Rösler, Jörg: Nur den Anforderungen des Marktes verpflichtet?, Deutschland Archiv 3/2011.

¹²⁴ GBl. DDR 1990, Teil I, Nr. 33.

¹²⁵ Vgl. Sinn, Hans-Werner: Magere Erlöse, in: Wirtschaftswoche, Nr. 1-2, 7.1.1994, S. 36.

¹²⁶ Treuhandanstalt, Daten und Fakten zur Aufgabenerfüllung der Treuhandanstalt, Dez. 1994, S. 12, 14.

Über den realen Wert des Ganzen gibt es inzwischen eine Fülle voneinander abweichender Werte, je nachdem, ob das Gesamtvermögen der DDR von 1989, das zum Zeitpunkt des Beitritts 1990 vorhandene Vermögen, das Treuhandvermögen, der Zeitwert oder Ertragswert usw. zugrunde gelegt werden. Eine beachtenswerte Synopse¹²⁷ von über 25 „Bewertungen“ lässt Unterschiede zwischen 1.500 Mrd. DM und 120 Mrd. DM (Verhältnis 1 zu 12,5!!), mehrheitlich um die 650 Mrd. DM erkennen. Anfang 1991 stellte der Vorstandsvorsitzende der Treuhandanstalt fest, dass „der Treuhandanstalt 40 % der früheren DDR gehörten“¹²⁸, was, da das volkseigene Vermögen 80 % des DDR-Vermögens ausmachte, bedeutet, dass das DDR-Vermögen 1.500 Mrd. DM und das Volksvermögen 1.200 Mrd. DM ausmachte¹²⁹. Nicht zu übersehen auch, dass die Nettoverschuldung der DDR gegenüber dem kapitalistischen Ausland Ende 1989 pro Kopf rd. 7.300 DM ausmachte, die Pro-Kopf-Verschuldung der BRD-Bevölkerung zum gleichen Zeitpunkt 16.000 DM betrug, also über das Doppelte.¹³⁰

Dass die Direktoren der THA (die alle aus der Bundesrepublik stammten, wie auch 80 % der Abteilungsleiter¹³¹) beim Auftrag der Privatisierung nicht die Interessen der Arbeitnehmer der ehemaligen VEB vertraten, sondern die der Großbetriebe und Konzerne der Bundesrepublik, lässt sich an einer Vielzahl von Beispielen belegen. Die Bildung von Treuhand-AG - in denen die Mitarbeiter Mitspracherechte bei erfolgenden Veränderungen gehabt hätten - wurde verweigert¹³².

Damit waren die unmittelbar Betroffenen ebenso von Entscheidungen über die Privatisierung ausgeschlossen wie die für die regionale Wirtschaftsentwicklung im Osten verantwortlichen Regierungsorgane, die Länder. „Die THA herrschte unangefochten und autokratisch über die ihr zugeordneten Unternehmen. Das war zweifellos ein schwerwiegendes Defizit an Demokratie in jenem gesellschaftlichen Bereich, der für die Entwicklung Ostdeutschland nach Vollzug der Einheit am wichtigsten war.“¹³³

In der vom SFZ 1993 durchgeführten 4. Welle der Analyse zu den Lebensbedingungen in den neuen Ländern¹³⁴ hatten nur 8 % der ab 18-jährigen Bürger volles/viel/etwas Vertrauen in das Wirken der Treuhand, 30 % hatten wenig, 51 % kein Vertrauen (11 % weiß ich nicht/ohne Antwort). Dabei ist hervorzuheben, dass die Bewertungen vor allem von der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Situation bestimmt wurden und weniger vom Alter bzw. der beruflichen Qualifikation.

Relativ unabhängig davon gab es insgesamt nur wenig wirksame Proteste und demokratische Basisaktionen, welche sich gegen die Deindustrialisierungs- bzw. Treuhandpolitik richteten. Eine zusammenfassende Darstellung über Umfang und Ergebnisse fehlt bis in die Gegenwart. Wenn für die Jahre 1990-1993 in Ostdeutschland nur über 1.000 Aktionen angegeben werden¹³⁵, so ist das leider auch Ergebnis fehlender Bemühungen der „neuen“ Gewerkschaften - nur 16,5 % der o.g. Aktivitäten waren auf sie zurückzuführen - und noch nicht gebildeter bzw. arbeitsfähiger betrieblicher Mitbestimmungsinstitutionen (Betriebsräte) mit verbrieften Rechten. Die Welle der Privatisierung wurde in einem einmalig undemokratischen Akt vollzogen. Das Volksvermögen der DDR wurde ohne Mitwirkung des

¹²⁷ Vgl. hierzu Busch, Ulrich: Transfer West-Ost und Ost-West: Wer machte das große Geschäft?, in: Zehn Jahre Vereinigungspolitik (Hrsg. Fritz Vilmar), trafo verlag 2000, S. 171.

¹²⁸ Der Spiegel 5/91 vom 28.1.1991.

¹²⁹ Vgl. hierzu Busch, Ulrich: Transfer West-Ost und Ost-West ..., a.a.O.

¹³⁰ Vgl. hierzu auch: Wenzel, Siegfried: Was war die DDR wert? Verlag Das Neue Berlin, 2006, S. 17ff.

¹³¹ Fischer, Wolfram u.a.: Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen, Berlin 1993, S. 138.

¹³² Seibel, Wolfgang: Verwaltete Illusionen, Frankfurt a.M./New York 2005, S. 107.

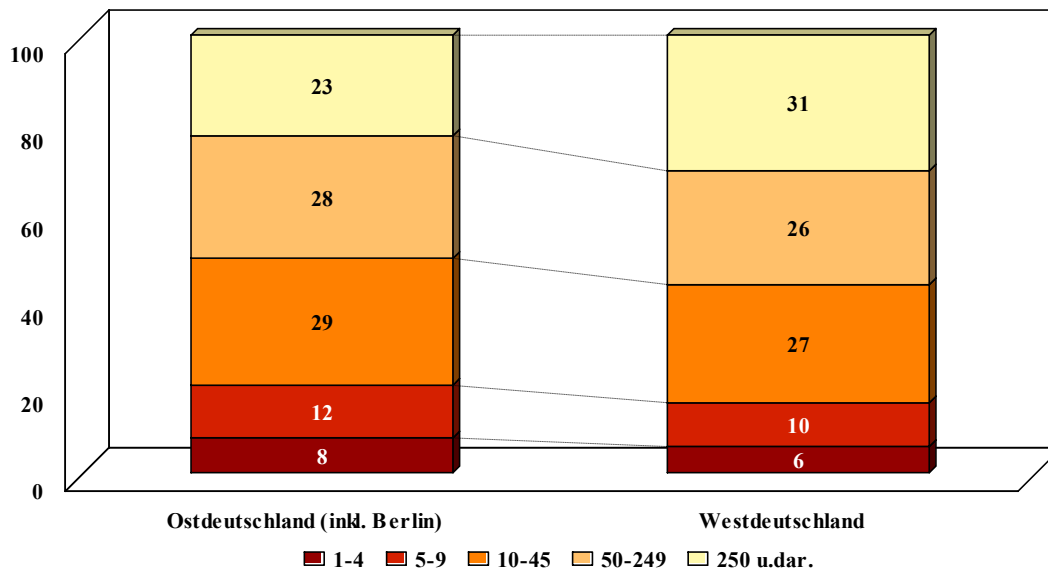
¹³³ Rösler, Jörg: Nur den Anforderungen..., a.a.O.

¹³⁴ SFZ, Leben neue Länder 1993, 4. Welle.

¹³⁵ Máté Szabó, Some Lessons of Collective Protests in Central European Post-Communist Countries, in: FIT, 8/2000, S. 7.

Volkes privatisiert. Der SPD-Ökonom Edelbert Richter kennzeichnet den Übergang in den Kapitalismus mit den Worten: „Es ist Unsinn, wenn man die Ostdeutschen in den ‚Kapitalismus‘ integrieren will und ihnen im selben Moment das Kapital wegnimmt ... die ostdeutsche Gesellschaft ist im Wesentlichen eine Gesellschaft von Arbeitnehmern, Arbeitslosen und Konsumenten, aber kaum Eigentümer von Produktivkapital.“¹³⁶

Abbildung 2.10: Beschäftigtenanteile - nach Betriebsgrößen (Beschäftigtenzahl) und Regionen - 2015 - in Prozent -



Quelle: IAB-Betriebspanel Ostdeutschland, 20. Welle 2015, Berlin 2016, S. 11

Im Rahmen der Erhebungen des IAB-Betriebspanels Ostdeutschland erweisen sich die nach 1990 vor allem mittels der Treuhand vollzogenen Privatisierungsprozesse als relativ stabil bis in die Gegenwart. Kennzeichnend sind¹³⁷:

- Mitte 2015 wurde die Zahl der Betriebe in Ostdeutschland im Vergleich zum Vorjahr mit 438.000 als kaum verändert ausgewiesen - seit 1991 wurden in den neuen Ländern rd. 1,6 Millionen Betriebe neu gegründet und 1,2 Millionen liquidiert, d.h., dass rd. 3 von 4 gewerblichen Neugründungen nicht überlebten;
- es ist eine Betriebsstruktur, die inzwischen (2010) zu 79 % auf Neugründungen (insbesondere in den Jahren 1990 bis 1995) beruht und 69 % der Beschäftigten des Ostens auf sich vereint. In den sog. Altbetrieben (ehemalige 12.400 Treuhandbetriebe, ehemalige Genossenschaften - LPG/PGH - sowie bereits vor 1990 in Privathand befindliche Betriebe) sind nur noch 1,8 Millionen Erwerbstätige beschäftigt;
- eine Eigentumsstruktur, die nur noch 47 % der Beschäftigten an Osteigentum, 18 % an westdeutsches Eigentum und 4 % an ausländisches bzw. 19 % an öffentliches Eigentum bindet;
- eine Betriebsgrößenstruktur, die Kleinbetriebe mit ostdeutschem Eigentum verbindet (durchschnittliche Beschäftigtenzahl 15 Beschäftigte je Betrieb) und generell relativ wenig Großbetriebe ausweist. 2015 betrug der Anteil der Betriebe mit 9 und weniger Beschäftigten 73 % der ostdeutschen Betriebe mit insgesamt 20 % der Beschäftigten, in Betrieben mit über 250 Beschäftigten arbeiteten 23 % der Beschäftigten (Westdeutschland 31 %).

¹³⁶ Vgl. Richter, Edelbert: Vermögen der Ostdeutschen: Verlust und Neubildung, in: Zehn Jahre Vereinigungspolitik (Hrsg. Fritz Vilmar), trafo verlag 2000, S. 210/211.

¹³⁷ Vgl. IAB-Betriebspanel Ostdeutschland, SOESTRA eGmbH, Berlin 2002/2010/2013/2015.

Tabelle 2.5: Betriebe und Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen in Ostdeutschland 2015
(Stand: 30. Juni)

Betriebsgrößenklasse	Betriebe		Beschäftigte			
	Verteilung Ostdeutschland	Verteilung Westdeutschland	Anzahl je Betrieb Ostdeutschland	Anzahl je Betrieb Westdeutschland	Verteilung Ostdeutschland	Verteilung Westdeutschland
	Prozent		Personen		Prozent	
1 bis 4 Beschäftigte	44	39	3	3	8	6
5 bis 9 Beschäftigte	29	29	7	7	12	10
10 bis 49 Beschäftigte	22	26	20	19	29	27
50 bis 249 Beschäftigte	4	5	99	98	28	26
ab 250 Beschäftigte	1	1	568	652	23	31
insgesamt	100	100	15	19	100	100

Quelle: IAB-Betriebspanel Ostdeutschland, 20. Welle 2015, Berlin 2016, S. 11

In den zurückliegenden 25 Jahren hat sich die ostdeutsche Betriebslandschaft¹³⁸ zunehmend an die Branchenstruktur in Westdeutschland angepasst. So gehören in Ost- wie Westdeutschland vier Branchen - das verarbeitende Gewerbe, der Bereich Handel und Reparatur, die unternehmensnahen Dienstleistungen sowie das Gesundheits- und Sozialwesen - zu den größten Arbeitgebern. In Ostdeutschland stellen diese vier Branchen 2015 mit rund 57 % mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze.

Der Anteil des Landwirtschaftssektors an den Gesamtbeschäftigten ist in Ostdeutschland von 5 % (1991) auf knapp 2 % (2015) gesunken, der des produzierenden Gewerbes hat sich von 39 % auf 22 % reduziert. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Dienstleistungen an den Erwerbstätigen von 56 % auf 76 %. Mit diesen Werten wurde durch Deindustrialisierung der Westen überboten, was - auch aufgrund der klein- und mittelständischen Strukturen zu nachhaltig begrenzten Wirtschaftsentwicklungen in der Zukunft führen wird - im Gegensatz zum allgemeinen Trend einer Reindustrialisierung in anderen nationalen Wirtschaften. So sank die Zahl der Arbeitsplätze allein in der Industrie von 3 Millionen (1989) auf 1 Million (1998), um inzwischen wieder 1,4 Millionen erreicht zu haben.¹³⁹ Den Anstieg als Ausdruck einer gelungenen „Industrialisierung“ zu werten, ist einfach unangemessen.

Tabelle 2.6: Ausgewählte Daten der Entwicklung des produzierenden Bereichs (pB) im Verhältnis zur jeweiligen Region - in Prozent -

	NBL*			FBG*		
	1989	1991	2015	1989	1991	2015
Anteil pB an Wertschöpfung	36,3	35,0	29,9	30,7	37,6	31,3
Anteil pB an Erwerbstätigen	38,9	40,1	25,5	30,2	38,2	24,9

* ab 1991 jeweils ohne Berlin/1989 FBG inkl. Berlin-West, DDR inkl. Berlin-Ost

Quellen für 1989: Gerhard Hesse, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR, Historical Social Research, Supplement 21, Köln 2009, S. 225, 227, 259/für 1991 und danach: AKETR, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Reihe 1- Länderergebnisse Bd. 1, Stat. LA Hessen, Wiesbaden 2016, Konjunkturbarometer IWH, Halle 2016

Von den ehemaligen großen volkseigenen Kombinat und Landwirtschaftlichen Genossenschaften ist wenig geblieben. Insofern bestätigt sich auch hier die These, dass nur die Ostdeutschen über eigene Erfahrungen eines Systemwechsels von der Plan- zur Marktwirtschaft und vom „demokratischen Zentralismus“ zur repräsentativen Demokratie verfügen, die keineswegs immer nur ermutigend waren/sind.

¹³⁸ Ebenda, S. 10.

¹³⁹ Ebenda, S. 13.

Es kann davon ausgegangen werden, dass auch weiterhin Beschäftigungszuwachs im Osten fast ausschließlich in den kleineren Betrieben bis zu 9 Beschäftigten erfolgt, so dass sich die kleinteiligen Betriebsstrukturen weiter verfestigen. Nach wie vor sind die Produktivitätsunterschiede Ost-West beträchtlich und bauen nur geringfügig ab. Der Produktivitätsunterschied war 2015 in der Land- und Forstwirtschaft am geringsten (83 %), betrug im Baugewerbe 85,3 %, im verarbeitenden Gewerbe betrug die Angleichungsquote 66 %, im Dienstleistungsbereich 77 %. In den FuE-intensiven Zweigen des verarbeitenden Gewerbes fiel die Angleichungsquote mit 75 % günstiger aus als im Durchschnitt dieser Branche. Die Angleichungsquote der Dienstleistungsbranchen erreichte 77 %¹⁴⁰.

Das niedrige Produktivitätsniveau (Bruttowertschöpfung/Umsatzproduktivität) wird aber vor allem auch durch eine ungleiche Branchenstruktur hervorgerufen. Mit einem niedrigen Anteil an verarbeitendem Gewerbe, Energie und Handel sind die Bereiche unterrepräsentiert, die eine überdurchschnittliche Umsatzproduktivität aufweisen - im Gegensatz zu Bau-, Land- und Forstwirtschaft mit geringer Produktivität. Die Zweig- und Branchenstruktur der Wirtschaft Ostdeutschlands ist „durch einen zu hohen Anteil relativ wertschöpfungsarmer Betriebe gekennzeichnet.“ Auf das niedrigere Produktivitätsniveau haben auch die spezifischen Eigentumsverhältnisse Einfluss. Mit einem relativ hohen Anteil von Betrieben in westdeutschem und ausländischem Eigentum als Hauptträger der Wirtschaftskraft in den neuen Bundesländern sind ostdeutsche Betriebe mehrheitlich keine „Stammhäuser“ und verfügen nicht über „wertschöpfende Betriebsfunktionen“, sondern sind eher verlängerte Werkbänke.

Forschung und Entwicklungsstrukturen

Die Zukunft der Wirtschaft und damit nicht zuletzt auch die der Lebensqualität eines Landes hängt bekanntlich nicht unmaßgeblich von den personellen und finanziellen Mitteln ab, die Staat und Wirtschaft für Forschung und Entwicklung und damit auch für zukunftsfähige und nachhaltige Innovationen bereitstellen bzw. zur Verfügung haben. Deutschland ist in dieser Hinsicht tiefer als je gespalten - mit Langzeitwirkung noch weit über die nächsten 15 bis 20 Jahre hinaus.

Die Forschungs- und Entwicklungspotenziale in den neuen Ländern wurden nach 1990 auf Größenordnungen bis zu rd. 20 % abgewickelt. Von 147.000 in F+E Beschäftigten im Jahr 1989 (119.000 in der Industrie, 17.800 an der Akademie der Wissenschaften, 10.420 an Hochschulen und Universitäten) sank ihr Anteil auf 91.000 bereits bis 1991 und liegt z.Zt. nach einem Tief Mitte der 90er Jahre mit 78.000 wieder bei rd. 90.000¹⁴¹. Hinzu kommt, dass im Osten (NBL+Berlin) nur noch 38 % des F+E-Potenzials in der Wirtschaft tätig sind, während das im Westen 66 % sind. Das heißt, Forschung ist im Osten in hohem Maße an Hochschulen (33 %) und staatlichen bzw. staatlich geförderten Einrichtungen (31 %) konzentriert.¹⁴²

Die Dominanz von Kleinbetrieben bedeutet auch, dass Großbetriebe mit entsprechendem Forschungs- und Entwicklungspotenzial weitgehend fehlen. Die Ausgaben der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung betragen je Erwerbstätigen in den NBL (2014) rd. 405 Euro, in Westdeutschland (inkl. Berlin) 1.225 Euro, d.h. rd. das 3-Fache. Insgesamt lagen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den alten Bundesländern mit 55,5 Mrd. Euro beim rd. 22-Fachen der neuen Länder (2,5 Mrd. Euro). Damit ist langfristig und nachhaltig der Rückstand für künftige Entwicklungsstrukturen festgeschrieben.

¹⁴⁰ IAB, Betriebspanel Ost, Berlin 2016, S. 94.

¹⁴¹ Eickelpasch, Alexander: Forschung und Entwicklung und Innovation in Ostdeutschland, DIW-Wochenbericht 41/2015, S. 908.

¹⁴² Bericht der Bundesregierung zur deutschen Einheit 2016, Berlin 2016, S. 86.

Tabelle 2.7: Finanzielle und personelle Aufwendungen im Wirtschaftssektor - 2001 und 2014 -

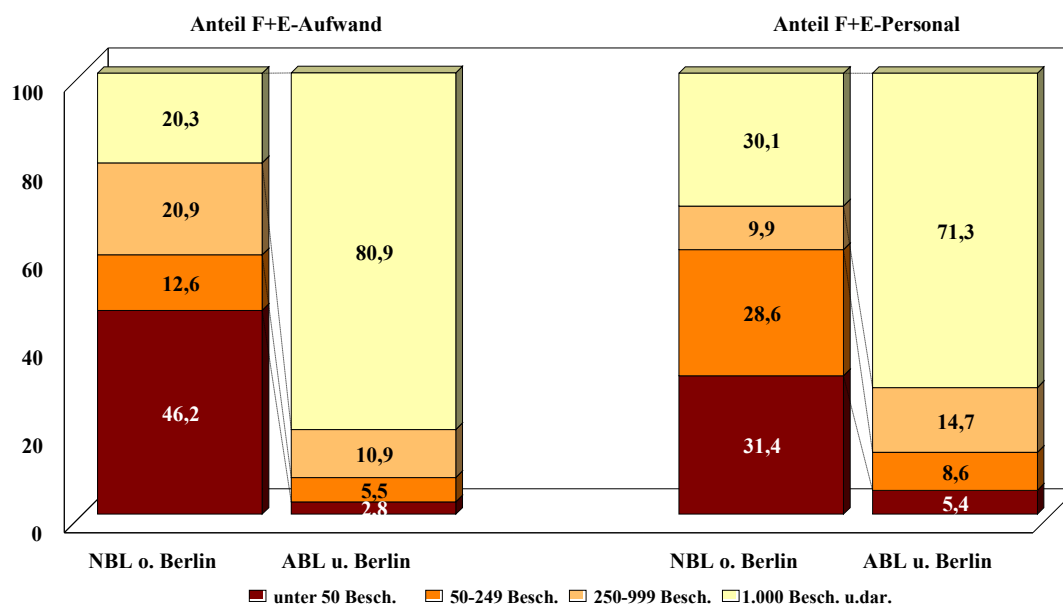
	FBG inkl. Berlin		NBL (ohne Berlin)		Relation Ost-West (%)	
	2001	2014	2001	2014	2001	2014
Mill. Euro	34.509	55.456	1.823	2.540	5,3	4,5
F+E-Personal*	285.921	369.037	21.336	23.502	7,5	6,3

* = Vollzeitäquivalent

Quelle: a:ran'di: Zahlenwerk 2015 - Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 2013, T. 2.4, Essen 2015/Bericht zur Einheit 2016, S. 84/Eigenberechnung

Wirtschaftsforschung ist mehrheitlich Industrieforschung, was bedeutet, dass aufgrund der Deindustrialisierung der neuen Bundesländer in den Jahren nach 1990 auch die interne F+E-Forschung - in der DDR vor allem konzentriert auf die volkseigenen Kombinate und Großbetriebe - mit liquidiert wurde (in der wissenschaftlichen Analyse vornehm zurückhaltend als „transformationsbedingte Schwächen“ gekennzeichnet¹⁴³). Damit wurde nicht nur strukturell der Wirtschaftsstandort Deutschland zugunsten der Industriepotenziale im Westen bereinigt, sondern zugleich eine Betriebsgrößenstruktur geschaffen, die mit einem Übergewicht der Klein- und Mittelbetriebe im Osten eine erforderliche Innovationsforschung zur Industrieentwicklung im Osten weitgehend ausschließt.

Abbildung 2.11: Struktur Forschungs- und Entwicklungsaufwand und -personal - nach Beschäftigtengröße der Unternehmen sowie Regionen - 2013 - in Prozent -



Quelle: a:ran'di: Zahlenwerk 2015 - Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 2013, Essen 2015/Eigenberechnung

In den neuen Ländern ist die Entwicklung in der F+E in der Wirtschaft darüber hinaus durch einen relativ hohen Anteil von Betrieben in westdeutschem und ausländischem Eigentum als Hauptträger der Wirtschaftskraft geprägt. Das bedeutet auch, dass ostdeutsche Betriebe im Ergebnis der Wirtschaftsunion mehrheitlich keine „Stammhäuser“ sind, nicht über „wertschöpfende Betriebsfunktionen“ verfügen, sondern eher verlängerte Werkbänke sind. Die bereits erwähnte vorherrschende Dominanz von Kleinbetrieben bedeutet auch, dass Großbetriebe mit entsprechendem Forschungs- und Entwicklungspotenzial weitgehend fehlen.

¹⁴³ Iciar Dominguez Lacasa et al.: Industrieforschung in Ostdeutschland, IWH, Wirtschaft im Wandel, Halle 2012, Nr. 12/2012, S. 345.

60 % des gesamten betrieblichen F+E-Personals in den neuen Ländern konzentrieren sich auf Betriebe mit unter 249 Beschäftigten - im Vergleich sind das in den alten Bundesländern und Berlin nur 13,0 %. In den Großbetrieben mit über 1.000 Beschäftigten ist in den NBL nur knapp ein Drittel (30,1 %) des F+E-Personals tätig - im Vergleich dazu sind es im Westen (inkl. Berlin) rd. 71,3 %.

Nicht nur das Forschungspotenzial ist im Osten (ohne Berlin) kleiner, sondern auch die Forschungsintensität, d.h. der Anteil der Erwerbstätigen in Betrieben in Abhängigkeit vom Anteil des F+E-Aufwandes zum Umsatz des Betriebes. Dabei wird davon ausgegangen, dass dieser mindestens 3 % ausmachen muss, um von forschungsintensiv zu sprechen. Werden die Werte zwischen den NBL und dem FBG verglichen, ergibt sich eine zusätzliche Problematik: Im Westen sind 72 % der in F+E Beschäftigten in forschungsintensiven Stätten der Industrie, 12 % in forschungsintensiven Bereichen des Dienstleistungsbereiches und 16 % in nicht forschungsintensiven Bereichen tätig. Im Vergleich dazu sind im Osten nur 46 % in Industriebereichen, 31 % in den Dienstleistungen und 23 % in nicht forschungsintensiven Bereichen tätig.¹⁴⁴

Unbestritten ist, dass bei kleinen und mittleren Unternehmen die Innovationsaktivitäten deutlich geringer sind. In Ostdeutschland fehlen diese Großunternehmen, vor allem solche, die dort auch ihre Unternehmenszentrale haben¹⁴⁵. Damit sind langfristig die Weichen dafür gestellt, dass weder die Ungleichheiten in der Erzeugung des Bruttoinlandsproduktes noch die in der Arbeitsproduktivität einem raschen Angleichungsprozess unterliegen werden. Das bedingt auch auf weitere lange Sicht Ungleichheiten im Erwerbseinkommen, in der Vermögensbildung (z.B. Immobilien) wie auch der von der räumlichen Leistungskraft abhängigen Finanzkraft der Kommunen für die soziale und kulturelle Infrastruktur. So verweist die Umsatzsteuerstatistik 2014 darauf, dass es in den alten Bundesländern (inkl. Berlin) insgesamt 10.965 Unternehmen gab mit mehr als 50 Millionen Euro Jahres-Umsatz - im Vergleich waren das in den neuen Ländern hingegen nur 686 Betriebe - das entspricht einem Anteil von 6,3 %. Bezogen auf die finanziellen Lieferungen und Leistungen standen Betrieben genannter Größe 102 Mrd. in den neuen Ländern und rd. 3.600 Mrd. in den alten Ländern und Berlin gegenüber (2,8 %)¹⁴⁶.

Zufriedenheit mit wirtschaftlicher Situation im Land

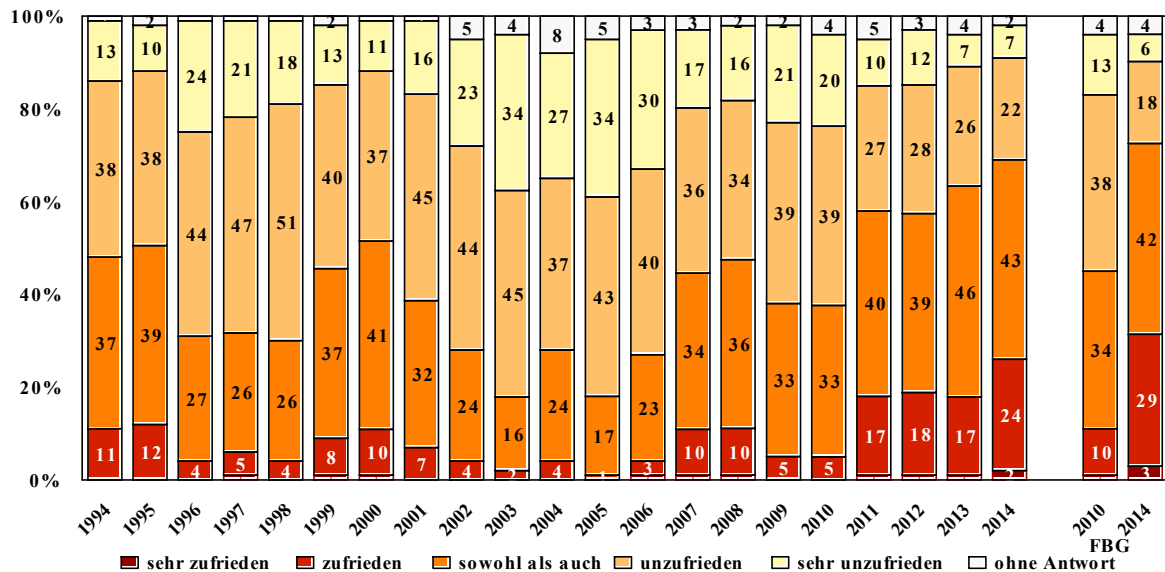
Insgesamt gibt es eine „verhaltene“ Zufriedenheit für die wirtschaftliche Entwicklung im Lande. Die getroffenen Aussagen reflektieren speziell im Osten nicht nur die niedrige Produktivität, die hohen Schulden, die Standortproblematik, den Rückstand des Ostens usw., sondern auch die existenten Realitäten z.B. hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung und der Einkommensunterschiede. Sie reflektieren von den Bürgern anerkannte Entwicklungen in der Wirtschaft und auf dem damit verbundenen Arbeitsmarkt ebenso, wie sie im Osten zu Recht die stagnierende Angleichung und die fehlende Zukunftsperspektiven als Ergebnis der unvollendeten Wirtschaftsunionen sehen.

¹⁴⁴ a.ran'di: Zahlenwerk 2015 - Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 2013, T. 2.4, Essen 2015/Eigenberechnung.

¹⁴⁵ Ebenda.

¹⁴⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt, Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen), FS 14, Reihe 8.1 2014, Wiesbaden 2016/Eigenberechnung.

Abbildung 2.12: Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation im Land - neue Länder und Berlin-Ost 1994 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -



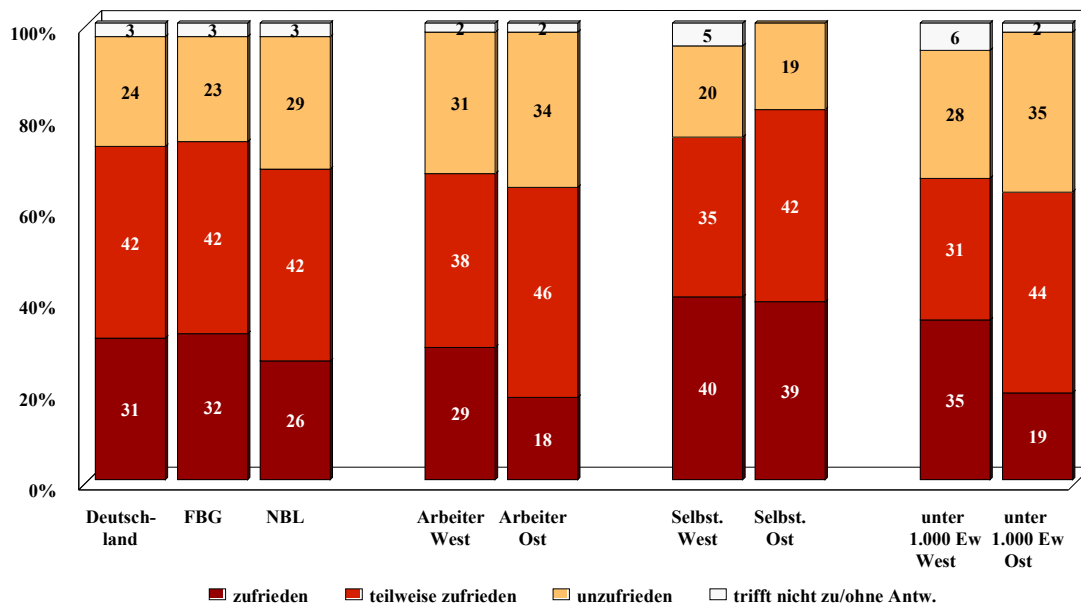
* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent
 Datenbasis: sfz/leben 1994-2014 (gew.)

Mit der wirtschaftlichen Lage im Lande ist jeder Dritte zufrieden, jeder Vierte unzufrieden, mehr als 40 % sind teilweise zufrieden, von den rd. 30 % Zufriedenen sind generell nur rd. 5 % sehr zufrieden. Die Zufriedenheit im Osten ist - obwohl 6 Prozentpunkte unter den Wertungen der Bürger-West - der höchste Wert seit 1994. Während insgesamt die Positionen der Bürger in den neuen Ländern und dem früheren Bundesgebiet noch eine relativ hohe Übereinstimmung zum Ausdruck bringen.

Die Entwicklung bis 2005 verläuft in etwa parallel und zeigt die Abkopplung der Bürger vom verhinderten „Aufschwung“ ebenso wie die Wirkungen der in Gang gesetzten Sozialreformen unter dem Motto „das kann sich Deutschland alles nicht leisten“. Ab 2005 nehmen die Erwartungen an den Wirtschaftsaufschwung zu, um die einseitige Schulterung der Finanzkrise in den Jahren 2009/2010 seitens der Steuerzahler dämpfend zu reflektieren. Dem Anstieg positiver Wertungen ab 2011 liegen sicher nicht nur die erreichten Arbeitsmarktveränderungen zugrunde, sondern auch die durch eine permanente Darstellung der wirtschaftlichen Situation in südeuropäischen Ländern (Griechenland, Italien, Spanien, Portugal) und den Notwendigkeiten in diesen Ländern, „Sozialabbau“ nach deutschem Vorbild zu realisieren. Deutsche Sparsamkeit und deutsches Wesen, daran soll Europa genesen.

Unzufrieden mit der wirtschaftlichen Situation im Lande sind z.B. in den neuen Bundesländern - neben den Arbeitslosen, aber auch z.T. die Selbstständigen - Ausdruck der Struktur und Rahmenbedingungen von Selbstständigkeit in den neuen Ländern.

Abbildung 2.13: Wie zufrieden sind Sie mit der wirtschaftlichen Situation im Lande?
 - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Detailliertere Untersetzungen lassen erkennen:

- Frauen bewerten in Ost wie West die wirtschaftliche Situation im Lande weniger positiv als Männer - zufrieden sind im Osten 19 % der Frauen (West 26 %) im Gegensatz zu den Männer mit 33 % (Ost) bzw. 38 % (West).
- Jüngere sind in beiden Regionen am zufriedensten, 40- bis 60-Jährige am unzufriedensten und Ältere im Westen deutlich zufriedener als im Osten.
- Generell steigt mit dem sozialen Status die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage. Das betrifft die Erwerbstätigen generell, darunter vor allem die Selbstständigen, das gilt aber auch für Hochschulabsolventen und Besserverdienende - je besser die soziale Situation umso mehr gleichen sich die Bewertungen Ost-West an.
- Die Wirkungen der veränderten wirtschaftlichen Strukturen und Zukunftschancen im Osten finden insbesondere in der geringen Zufriedenheit und hohen Unzufriedenheit der Einwohner von kleineren Gemeinden, Dörfern und Kleinstädten ihren Ausdruck. Für die Großstädte ist eine hohe Zufriedenheit von rd. 50 % in Ost wie West kennzeichnend.

Im Zeitverlauf setzen in den neuen Ländern und Berlin-Ost die Jahre 1996/1997 sowie 2009/2010 mit jeweils 4 bis 6 % die Tiefpunkte der Zufriedenheit.

Die Bewertungen der eigenen wirtschaftlichen Lage (bzw. der Familie) fallen insgesamt besser aus als die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik insgesamt.

Über die Jahre lässt sich eine hohe - zeitweilig abnehmende - „Kluft“ zwischen der Einschätzung der individuellen wirtschaftlichen Lage durch den einzelnen Bürger und seiner Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage im Land feststellen.

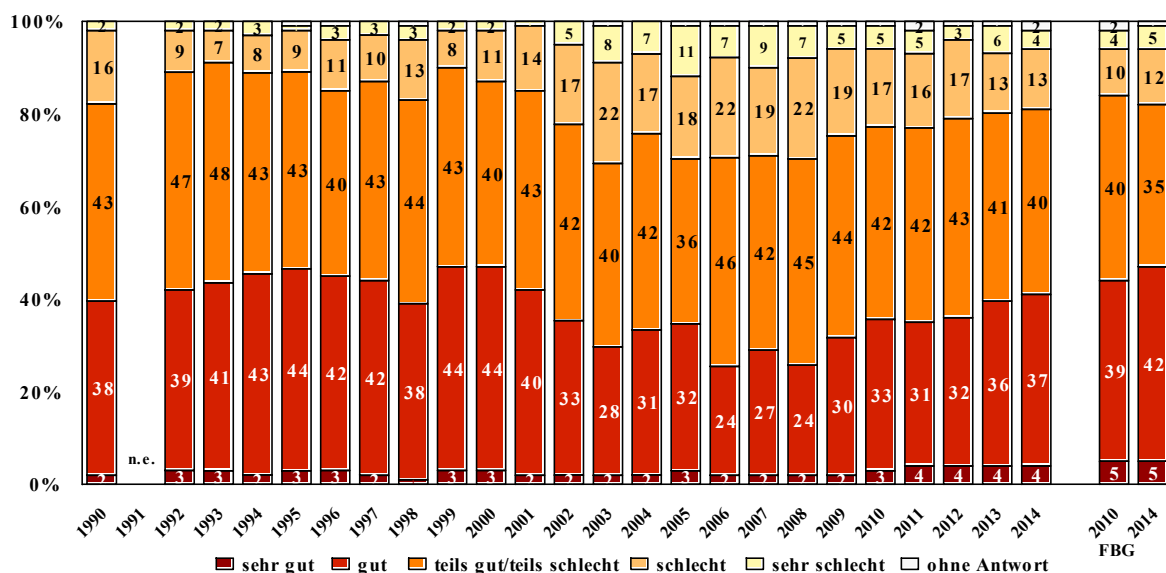
2.2.3 Bewertungen der individuellen wirtschaftlichen Lage seitens der Bürger 1990 bis 2014

Die Bewertung der wirtschaftlichen Situation des Einzelnen bzw. seiner Familie ist keineswegs nur einkommensabhängig, sondern reflektiert gleichermaßen die (soweit vorhanden) Vermögensentwicklungen ebenso wie Besitz und Ausstattung und die Möglichkeiten, mit seinem Einkommen sich mehr - oder weniger - leisten zu können.

Die Verbesserung der individuellen wirtschaftlichen Lage war 1989/1990 - ebenso wie die Neugestaltung der demokratischen Verhältnisse - ein wesentlicher Faktor für viele Menschen, sich kritisch mit dem DDR-System auseinanderzusetzen. Dabei standen sowohl die Angleichung an die materiellen Lebensverhältnisse zu den alten Bundesländern (Ulbricht: überholen ohne einzuholen) als auch die Verbesserung der Möglichkeiten zur Realisierung der vorhandenen Einkommen mit einer erforderlichen Breite und Vielfalt des Waren- und Dienstleistungsangebots im Mittelpunkt. Es ging nicht um Überwindung von Hunger, Armut oder Obdachlosigkeit, sondern um die Realisierungsbedingungen der zum Teil zunehmenden finanziellen Ressourcen in den Familien.

Es ist unbestritten, dass die mit der Vereinigung erfolgten Einkommensentwicklungen - vor allem bis 2000 - und die sich bietenden Möglichkeiten eines Waren- und Dienstleistungsangebotes, das in seiner quantitativen und qualitativen Struktur nahezu jeglichen dem Einkommen entsprechenden Bedarf zu befriedigen in der Lage ist, zu den gravierendsten, spürbaren und auch anerkannten Verbesserungen seit der Vereinigung gehören. Unbestritten auch, dass die wirtschaftliche Situation seit Wirken der Sozialreformen einer deutlich abwertenden Entwicklung unterliegt. Diese Entwicklungen reflektieren sich in einer raschen Zunahme positiver Bewertungen bis 2000 und in der Tendenz abnehmender positiver Wertungen seit Beginn des Jahrhunderts bis 2008.

Abbildung 2.14: Individuelle wirtschaftliche Lage - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/ früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent* -



* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

n.e. = nicht erhoben

Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

Die Daten belegen eine deutliche Zunahme positiver Wertungen zwischen 1990 und 2000 - ohne Zweifel Resultat der erfolgten Veränderungen in den Einkommens- und Realisierungsbedingungen der Bürger. Unverkennbar aber auch eine Zunahme negativer Wertungen nach 2000 bis 2008, vor allem gebunden an die mit den Sozialreformen erfolgten Einschnitte, die Wirkungen der Euro-Umstellung

(die inzwischen bei fast gleicher Preisstruktur wie vor 2002 als Kaufkraftverlust empfunden und bewertet wird) sowie das weitgehende Aussetzen der Einkommensangleichungen an westdeutsches Einkommensniveau (Tarife, Rentenwert). Ab 2008 erfolgte erneut ein kontinuierlicher Anstieg, ohne die Werte von 2000 bislang wieder zu erreichen. Der Abstand in den positiven Bewertungen zum Westen bleibt erhalten.

Während sich bis Mitte des vorigen Jahrzehnts die älteren Bürger in ihren Bewertungen noch positiv abheben, erfolgt seitdem ein Annäherungsprozess an den Durchschnitt, der nicht zuletzt durch das sinkende Lebensniveau der Rentnerneuzugänge bestimmt wird.

Kennzeichnend sind über die Jahre seit 1990:

- der deutlich erkennbare Trend abnehmend positiver Bewertungen in allen sozialen/demografischen Gruppen - mit besonderer Wirkung seit Inkrafttreten wichtiger „Reformvorhaben“ (Hartz IV, Null-Runden bei Renten, Gesundheitsreform im Zeitraum 2000 bis 2006);
- die Wirkungen sozialpolitischer Entscheidungen bzw. Diskussionen - insbesondere im Rahmen der „Sozialreformen“, die zu kurzfristigen „Ausschlägen“ z.B. bei Arbeitslosen und Rentnern führen, mit anschließender „Normalisierung“ auf „niedrigerem Niveau“;
- eine deutliche Differenzierung zwischen den Bewertungen der 50- bis 60-Jährigen einerseits und den älteren Bürgern gegenüber den anderen Altersgruppen andererseits.

Tabelle 2.8: Wie beurteilen Sie gegenwärtig Ihre wirtschaftliche Lage? Würden Sie sagen, sie ist ...? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -

	sehr gut	gut	teils gut/ teils schlecht	schlecht	sehr schlecht	ohne Antwort
Deutschland	5	41	36	12	5	1
NBL und Berlin-Ost	4	37	40	13	4	2
FBG (inkl. Berlin-West)	5	42	35	12	5	1

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Insgesamt bewerten 46 % der Bürger in Deutschland ihre wirtschaftliche Lage mit sehr gut/gut, weitere 36 % mit teils gut/teils schlecht und 17 % mit schlecht/sehr schlecht. Die Bewertung der wirtschaftlichen Situation in den alten Bundesländern fällt mit 47 % (sehr gut/gut) besser aus als in den neuen Ländern (41 %), im Gegensatz treffen 40 % der Ostdeutschen die Aussage teils gut/teils schlecht, aber nur 35 % der Westdeutschen, wie dementsprechend 17 % der Ostdeutschen ihre Situation als schlecht bewerten, ebenso wie 17 % im Westen. Es sind jedoch keineswegs nur die jeweils höheren oder geringeren Anteile, welche Unterschiede ausmachen, sondern die den jeweiligen Aussagen zugrunde liegenden absoluten Werte (vgl. Abschnitt 2.2.4).

Wenn die Aussagen im Westen positiver ausfallen als im Osten, reflektiert das nicht zuletzt die real ungleichen Lebensverhältnisse. Das wird besonders sichtbar

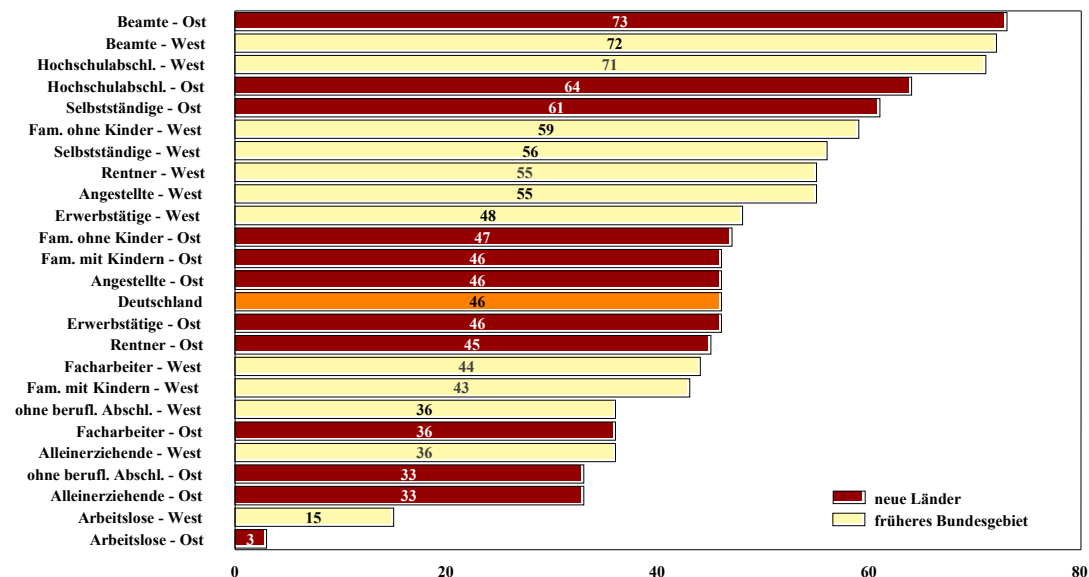
- an einer überdurchschnittlichen positiven Bewertung seitens der älteren Bürger (Ost 45 % gut - West 57 %). Da sich diese Einschätzungen nicht nur auf Renten der GRV beziehen, sondern auch betriebliche Zusatzversicherungen und Pensionen einbeziehen ebenso wie Vermögen und Wohneigentum, reflektiert die Aussage Bedingungen der Alterssicherung insgesamt;
- in einer überdurchschnittlichen Bewertung seitens der Befragten mit Hochschulabschluss (64 % Ost - 71 % West) sowie Beamten (vgl. Abbildung 2.15);

- in den positiven Aussagen, welche im Westen von Beamten, Selbstständigen und Angestellten getragen werden, während es im Osten im Wesentlichen fast nur die Angestellten sind;
- in der aus unterschiedlichen Branchen- und Betriebsgrößenstrukturen resultierenden Wirkung für die individuelle wirtschaftliche Lage bei weitgehendem Fehlen einer eigenständigen Oberschicht und oberen Mittelschicht;
- in Ost wie West, wo es vor allem Alleinerziehende und Arbeitslose sind, welche unterdurchschnittliche Wertungen abgeben;
- in unterschiedlichen Aussagen zwischen Familienformen, indem im Osten Familien mit Kindern die positiveren treffen (Ost 46 %/West 42 %), sind es im Westen die Familien ohne Kinder mit deutlich besseren Wertungen (Ost 47 %/ West 59 %). Offensichtlich wirken hier sowohl die geringere Berufstätigkeit von Müttern im Westen als auch die möglicherweise mehrheitliche Betrachtung von Kindern als „Kostenfaktor“.

Gleichzeitig wird belegt, dass

- gleiche subjektive Bewertungen in Ost und West bei allen Indikatoren im Osten deutlich unter dem „Westniveau“ liegen - das betrifft bei Einkommensgrößen im Durchschnitt 90 %, bei Vermögens-/Eigentumsgrößen bis zu 50 % (vgl. Tabelle 2.9);
- im Osten insgesamt eine homogenere Grundstruktur als in Westdeutschland charakteristisch ist. So weisen die Einkommensstrukturen im Osten eine wesentlich dichtere Verteilung auf als im Westen, was sich bei Vermögen und Eigentum noch deutlich verstärkt.

Abbildung 2.15: Anteil der ihre wirtschaftliche Lage als „sehr gut“/„gut“ Kennzeichnenden - nach sozialen Hauptgruppen und Regionen - 2014 - in Prozent -

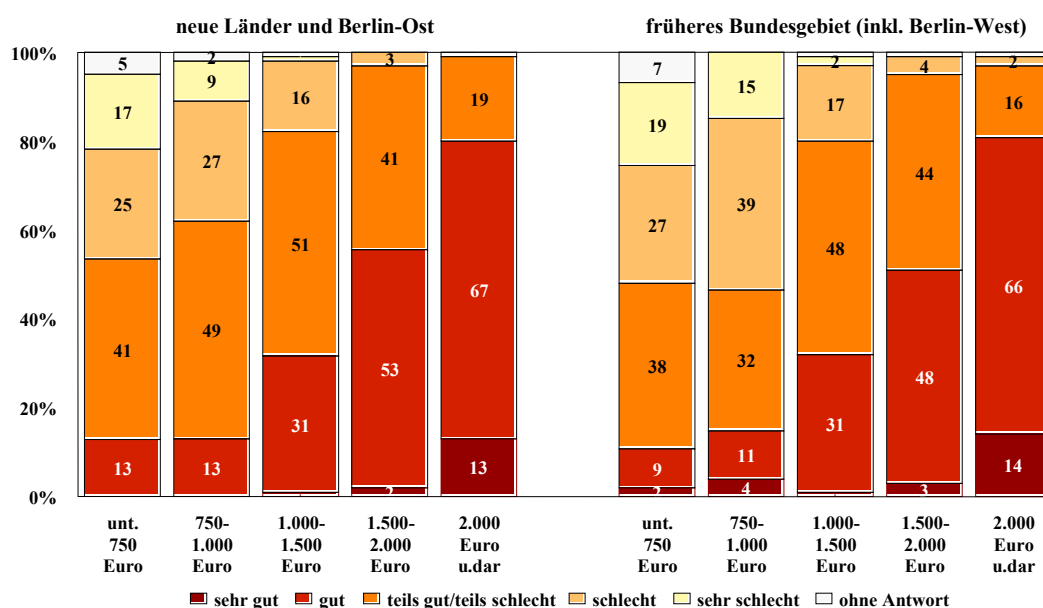


Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Obwohl ohne Zweifel nicht der einzig wirkende Faktor, haben die Einkommen nach wie vor deutliches Gewicht bei der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation. Wird dabei das sog. äquivalenzgewichtete Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Familie herangezogen - welches der Anzahl der Erwachsenen sowie der Anzahl und dem Alter der Kinder Rechnung trägt -, so verdeutlicht die Abbildung 2.16 den Einfluss der pro Familienangehörigen zur Verfügung stehenden Mittel auf die vorgenommenen Bewertungen ebenso wie die vergleichbare Grundstruktur in Ost und West.

Eine im Jahr 2010 durchgeführte Vergleichsanalyse zur Zeit vor 1990 (nur bis 1970 Geborene) ergab deutlich ungünstigere Einschätzungen seitens der Westdeutschen gegenüber Gleichaltrigen aus dem Osten. 28 % der seinerzeit ab 40-jährigen in Deutschland lebenden Bürger bewerteten ihre wirtschaftliche Situation 2010 als besser im Vergleich zur Zeit vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, 46 % als schlechter und 23 % sahen sie für sich als unverändert an. Die insgesamt getroffenen Aussagen werden dabei vor allem von den Aussagen der Bürger Westdeutschlands beeinflusst. 47 % geben eine Verschlechterung, 24 % keine Veränderung und nur 24 % eine Verbesserung an - im Gegensatz zur Wertung der Aussagen der Bürger der neuen Bundesländer mit 41 % Verbesserung, 39 % Verschlechterung und 16 % ohne Veränderung.

Abbildung 2.16: Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage und Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf (OECD-Äquivalenzeinkommen) - nach Einkommensgruppen und Regionen - 2014 - in Prozent* -



* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Über dem Durchschnitt liegende Aussagen zu Verbesserungen gaben vor allem an:

- Männer in Ost wie West,
- Erwerbstätige,
- Fach- und Hochschulabsolventen im Osten,
- obere Einkommensgruppen (über 2.000 Euro individuelles Nettoeinkommen).

Verschlechterungen stellten vor allem fest:

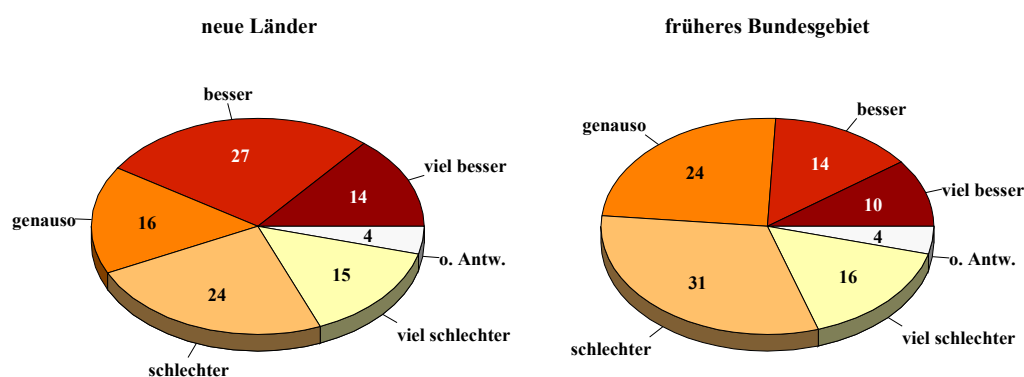
- ehemalige Westberliner,
- die Altersgruppe 50 bis 60 Jahre in Ost wie West,
- Arbeitslose,
- Großstädter.

Die Unterschiedlichkeit der Bewertung resultiert naturgemäß aus den in den Jahren 1990 bis 1999 in den neuen Bundesländern erfolgten Angleichungen der Erwerbseinkommen, der Renten, der Wohnbedingungen und - wenn auch mit deutlichen Unterschieden - der Vermögensverhältnisse. Andererseits erfolgt die „Negativ“bewertung der Westdeutschen offensichtlich vor allem aus dem Gefühl heraus, dass die z.T. reale Einkommensstagnation, die abflachende bzw. durch Nullrunden gekennzeichnete

Rentenentwicklung, die gesamte Politik der Sozialreformen mit ihren Lebensstandard senkenden Auswirkungen vorrangig eine Folge der deutschen Vereinigung seien.

Unabhängig von den realen Einkommensverlusten der Westberliner wird übersehen, dass der beabsichtigte Umbau des Sozialstaates bereits vor 1990 in der Diskussion war. Im Ergebnis der „Systemkonfrontation“ zwischen Ost und West in Deutschland führte der „Wettbewerb“ bis 1990 zu steigenden Sozialleistungen in beiden deutschen Staaten. Mit der Vereinigung war dann der Weg zum Abbau und Umbau der Sozialleistungssysteme frei - mit deutlichen Einschnitten in die Lebenslagen der Mehrheit der Bürger - die aber im Osten z.T. mit Angleichungsentwicklungen kompensiert wurden.

Abbildung 2.17: Wie bewerten Sie Ihre gegenwärtige individuelle wirtschaftliche Lage im Vergleich zur Zeit vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (1.7.1990)? - nur Befragte, die vor 1971 geboren sind - nach Regionen - 2010 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Es wurde bereits hervorgehoben, dass der Einschätzung der individuellen wirtschaftlichen Situation nicht zuletzt die jeweiligen Einkommen - individuelles Nettoeinkommen, Haushaltsnettoeinkommen und Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen) - zugrunde liegen. Die seit Beginn der 90er Jahre erhobenen Aussagen zur wirtschaftlichen Lage belegen im Zusammenhang mit der Einkommensentwicklung, dass gleichen Bewertungen in der Gegenwart in den neuen Bundesländern deutlich höhere Durchschnittseinkommen zugrunde liegen als vor 10 oder 20 Jahren - wenn auch hierbei stagnierende und rückläufige Tendenzen nicht zu übersehen sind.

Tabelle 2.9: Bewertung der wirtschaftlichen Lage und Haushaltsnettoeinkommen* pro Kopf - neue Länder und Berlin-Ost 1992 bis 2014/früheres Bundesgebiet inkl. Berlin-West 2014 - in Euro -

	neue Länder und Berlin-Ost						früheres Bundesgebiet
	1992	1995	2000	2005	2010	2014	2014
sehr gut	871	1.156	1.263	1.951	2.616	2.774	3.072
gut	732	985	1.101	1.446	1.624	1.866	2.058
teils gut/teils schlecht	578	784	869	1.102	1.133	1.265	1.415
schlecht	495	663	816	846	828	956	1.016
sehr schlecht	410	435	575	517	653	710	722

* äquivalenzgewichtet lt. OECD

Datenbasis: sfz/leben 1992-2014 (gew.)

Die Tabelle lässt erkennen:

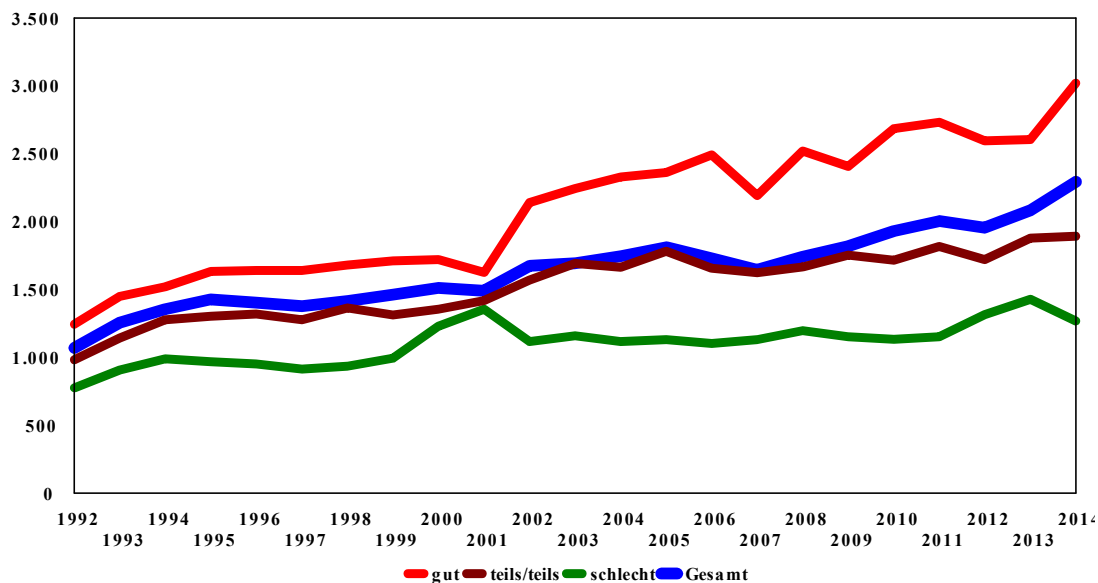
- 1992 kennzeichneten Bürger der neuen Bundesländer mit einem Einkommen von 871 Euro (umgerechnet von DM in Euro) ihre wirtschaftliche Lage als sehr gut - 2010 lagen dem im Durchschnitt 2.616 Euro zugrunde, 2014 waren es 2.774 Euro. Der Maßstab für positive Aussagen hat sich insgesamt deutlich nach oben verschoben - wenn auch die Entwicklung der letzten Jahre verhalten ausfiel.
- Ein ansteigendes Haushaltseinkommen liegt sowohl einer teils/teils-Zustimmung (1992 = 578 Euro - 2014 = 1.265 Euro) wie auch einer sehr schlechten Bewertung (1992 = 410 Euro - 2014 = 710 Euro) zugrunde - wenn auch hier in deutlich abgeschwächter Form.
- Die der jeweils gleichen Aussage der wirtschaftlichen Situation zugrunde liegenden Einkommen stiegen zwischen 1992 und 2014 von 100 % bei
 - „sehr gut“ auf 318 %,
 - „teils/teils“ auf 219 %,
 - „sehr schlecht“ auf 173 %.Der Maßstab für eine „schlechte“ Bewertung hat sich relativ „verschlechtert“.
- Die Differenz zwischen „sehr guter“ und „sehr schlechter“ Bewertung in Euro ist deutlich angestiegen. Lagen 1992 zwischen beiden 461 Euro, so trennen 2014 rd. 2.064 Euro die beiden - vergleichbar trennen 2014 beide Gruppen im Westen 2.350 Euro.
- Der Abstand zwischen Ost-West liegt in den positiven Wertungsbereichen bei 90 % und 300 Euro/pro Kopf/pro Monat. In den unteren Bewertungsgruppen erfolgt eine immer stärkere „Angleichung“ auf rd. 98 % und eine Differenz von 12 Euro - im Klartext: Es ist Angleichung bei den unteren Schichten auf niedrigem Niveau.

Im Zeitverlauf ist der „Sprung“ in der Umstellungsphase zum Euro erkennbar (vgl. Abbildung 2.18). Die Aussage wirtschaftlich „gut“ geht von einem deutlich höheren Durchschnittseinkommen (nach Euromstellung) aus. Das gilt auch für die Bewertung „schlecht“ bereits im Vorfeld der Umstellung.

Die Haushaltsnettoeinkommen (ohne Personengewichtung) zeigen analoge Tendenzen wie die Äquivalenzeinkommen. Die mit der Euromstellung verbundenen „Umbewertungen“ werden noch deutlicher (vgl. Abbildung 2.18):

- Die Grenze bei den unteren Einkommensgruppen verschiebt sich bereits vor der Umstellung in Richtung negativer Wirkungen, d.h. dass Bürger mit einem geringeren Einkommen (bis zu 800 bzw. 900 Euro) vor der Umstellung ihre wirtschaftliche Situation als schlecht/sehr schlecht bewerten, in der - nicht völlig unberechtigten - Annahme, dass ihre Einkommen weniger ausreichend sein werden.
- Nach der Euro-Umstellung verschiebt sich das einer positiven Wertung zugrunde liegende Einkommen deutlich, was offensichtlich bedeutet, dass die Euro-Umstellung für höhere Einkommen einen positiveren Effekt auf die wirtschaftliche Situation auslöste und damit auch zu einer beschleunigt zunehmenden Differenzierung in der Bewertung der wirtschaftlichen Lage beigetragen hat bzw. die den Annahmen zugrunde liegenden Unterschiede vergrößert hat.

Abbildung 2.18: Durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen nach Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Situation - neue Länder und Berlin-Ost - 1992 bis 2014 - in Euro (bis 2002 umgerechnet) -



Datenbasis: sfz/leben 1992-2014 (gew.)

2.2.4 Bedürfnisbefriedigung

Die getroffenen Aussagen zur wirtschaftlichen Zufriedenheit korrespondieren unmittelbar mit den gegebenen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung. Das Verständnis darüber, was unter Bedürfnissen zu verstehen ist, geht sicher zum Teil weit auseinander und reicht von Gleichsetzung mit „Mangel“ im Sinne von unbefriedigten Bedürfnissen über Wünsche bis zu unerreichbaren Forderungen und sozialen Interessen.¹⁴⁷ In dem von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Lexikon der Wirtschaft werden z.B. Bedürfnisse defizitär definiert als Mangelerscheinungen, die beim einzelnen Menschen den Wunsch auslösen, diesen Mangel zu beheben.¹⁴⁸

Natürlich sind Bedürfnisse beeinflussbar, werden vom Umfeld ebenso geprägt wie von der Werbung manipuliert. Befriedigte Bedürfnisse rufen neue - in der Regel qualitativ hochwertigere - hervor. Neben sog. Grund- oder Elementarbedürfnissen auf Ernährung, Kleidung, Wohnen treten notwendige Bedürfnisse in Bezug auf Kultur, Mobilität, aber auch Bedürfnisse im individuellen Bereich, die dem einen als notwendig, dem anderen als abartig erscheinen bzw. als „Luxusbedürfnisse“.

In der DDR erfolgte eine Orientierung an den sog. „normalen“ und Grundbedürfnissen, wobei die individuellen Bedürfnisse immer den gesellschaftlichen Erfordernissen „nachgeordnet“ wurden. Bezogen auf die DDR-Verhältnisse standen bei den Bürgern weniger die Einkommen im Mittelpunkt, sondern vor allem die mit dem erreichten und vorhandenen Einkommen nicht zu realisierenden Bedürfnisse. Das, obwohl es proklamiertes Anliegen der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ war, die vorhandenen Bedürfnisse der Bürger immer besser zu befriedigen. Das Warenangebot verschlechterte sich, Subventionen stiegen, Einkommen stiegen schneller als der Umsatz, Spareinlagen

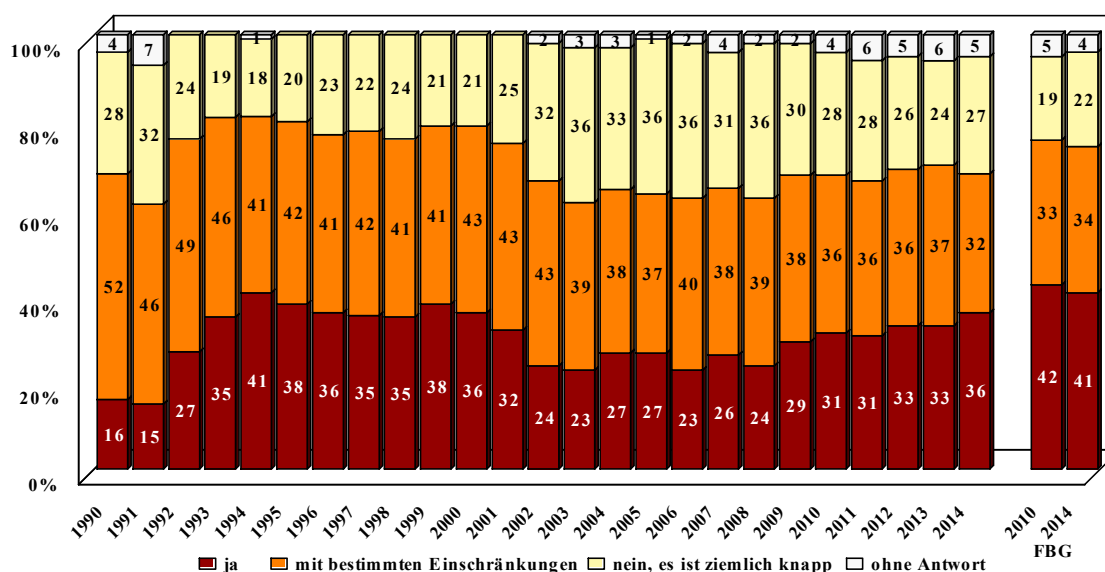
¹⁴⁷ Vgl. Manz, Günter: Bedürfnisse, Lebensniveau und Lebensweisen, in: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit, a.a.O., S. 101 ff.

¹⁴⁸ Vgl. Das Lexikon der Wirtschaft (Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn 2004, S. 12.

erhöhten sich - nicht zuletzt aufgrund eines fehlenden bzw. nicht bedarfs- und qualitätsgerechten Angebotes - das finanzielle Vermögen der DDR-Bevölkerung stieg schneller als der Warenumsatz.¹⁴⁹

Mit dem Jahr 1990 hat sich gewissermaßen - in diesem Zusammenhang ist der Begriff wirklich angebracht - eine Wende vollzogen. An die Stelle von vorhandenem Einkommen, das zwar den sog. Grundbedarf sicherte, aber zum Teil wegen fehlender Angebote nicht in gewünschte Erzeugnisse umgesetzt werden konnte, ist inzwischen ein kaum überschaubares Angebot an Waren und Leistungen getreten. Man kann inzwischen alles kaufen, wenn das Geld dazu vorhanden ist. Wer viel Geld hat, kann nicht nur mehr kaufen, sondern auch gesünder und kulturvoller leben. Die Qualität des Lebens ist einkommens- und vermögensabhängiger geworden.

Abbildung 2.19: Ermöglicht Ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse? - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/ früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

Analog den Aussagen zur individuellen wirtschaftlichen Lage nahm nach 1990 der Anteil der Bürger, die angaben, mit dem erzielten Haushaltseinkommen ihre Bedürfnisse befriedigen zu können, rasch zu. Die Ursachen dafür lagen sowohl in dem unmittelbar ab 1990 einsetzenden Einkommensanstieg (Löhne/Renten) als aber vor allem in den damit quantitativ und qualitativ realisierbaren Waren und Diensten. Mit der Stabilisierung/Stagnation der Einkommensentwicklung tritt auch eine relativ stabile Bewertung der Bedürfnisbefriedigung bis zu Beginn des neuen Jahrhunderts ein. Insbesondere mit der Euro-Umstellung (2002) zeichnet sich - analog der Einschätzungen zur wirtschaftlichen Situation - eine deutliche rückläufige positive Bewertung der Bedürfnisbefriedigung ab, zusätzlich beeinflusst durch einen unverkennbaren z.T. deutlichen Preisanstieg.

¹⁴⁹ Vgl. Ebert, Elvir: Einkommen und Konsum im Transformationsprozeß - Vom Plan zum Markt - vom Mangel zum Überfluß, in: Schriftenreihe der KSPW, Bd. 24, Leske+Budrich, Opladen 1997, S. 47.

Tabelle 2.10: Ermöglicht Ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -

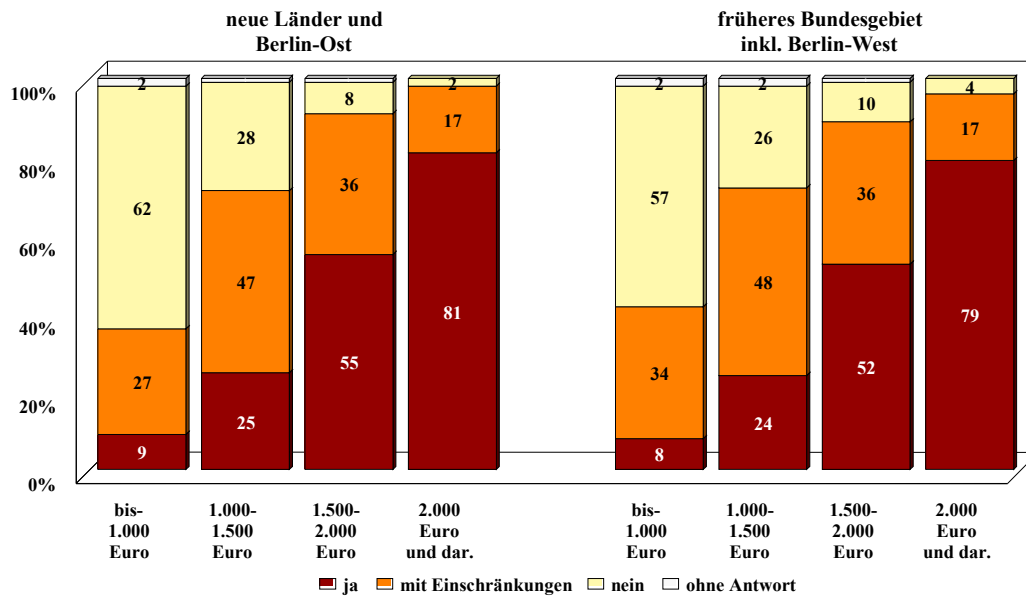
	ja	mit bestimmten Einschränkungen	nein, es ist ziemlich knapp	ohne Antwort
Deutschland	40	33	23	4
NBL und Berlin-Ost	36	32	27	5
FBG (inkl. Berlin-West)	41	34	22	4

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Im Osten Deutschlands halten 36 % (2014) der Bürger ihr Haushaltsnettoeinkommen für ausreichend, um damit ihre Bedürfnisse befriedigen zu können, für 32 % wird das nur unter bestimmten Einschränkungen ermöglicht und für 27 % ist es zu knapp. Im Vergleich dazu lag der Anteil der Haushalte mit einem ihre Bedürfnisse „befriedigenden“ Einkommen im Westen (2014) bei 41 %, mit Einschränkungen war das nur für 34 % möglich und für 22 % war es zu knapp. Auch hier reflektieren sich bessere Einkommens- und Vermögensverhältnisse bei insgesamt weitgehend vergleichbaren Preisen.

Kennzeichnend für den Osten ist in den letzten Jahren ein Anstieg der erreichten Bedürfnisbefriedigung bei gegensätzlicher Entwicklung einer nur eingeschränkt möglichen Bedürfnisbefriedigung. Für das frühere Bundesgebiet ist auch hier eine leicht rückläufige Tendenz feststellbar

Abbildung 2.20: Ermöglicht Ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse? - nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen (Äquivalenzeinkommen pro Familienmitglied) - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Im Einkommensvergleich wird die durchaus vergleichbare Grundstruktur der Bewertungen erkennbar (vgl. Abbildung 2.20). Eine spezifische Situation wird bei den Älteren deutlich, die keineswegs über die höchsten Familieneinkommen verfügen, aber eine hohe Bedürfnisbefriedigung zum Ausdruck bringen. Sie sind zum großen Teil in der Phase, dass das Einkommen den laufenden Bedarf decken muss, aber nur in geringem Maße teurer Ersatzbedarf bzw. Neuanschaffungen erforderlich sind. So treffen im Osten 38 % der ab 60-Jährigen die Aussage, dass sie mit ihrem Einkommen ihre Bedürfnisse befriedigen können und 45 % im Westen - nur rd. 19 % in Ost wie West verneinen das. Dadurch entsteht sicher auch für die Politik - im Maße ihrer Westzentriertheit bei Analysen - das Bild einer

noch weiter „belastbaren“ Generation. Zu beachten auch, dass in dieser Altersgruppe eine überdurchschnittliche Antwortenthaltung anzutreffen ist. Überdurchschnittlich positive Wertungen („Bedürfnisbefriedigung mit Haushaltsnettoeinkommen möglich“) geben außer den Befragten mit hohen Einkommen vor allem ab (Westwerte in Klammern):

- Beamte 68 % (64 %),
- Hochschulabsolventen 61 % (66 %),
- Großstädter 45 % (44 %),
- Familien ohne Kinder 42 % (55 %).

Überdurchschnittlich negative Wertungen („Bedürfnisbefriedigung mit Haushaltsnettoeinkommen nicht möglich, da zu knapp“) treffen:

- Arbeitslose 64 % (78 %),
- Alleinerziehende 48 % (26 %),
- Arbeiterinnen/Arbeiter 37 % (33 %),
- Bürgerinnen/Bürger ohne beruflichen Abschluss 37 % (34 %).

Der durchschnittliche Einkommensunterschied zwischen den Bürgern, welche mit ihrem Einkommen ihre Bedürfnisse befriedigen können, und denen, die es als nicht ausreichend kennzeichnen, liegt in Ost wie West bei rd. 1.100 Euro pro Monat - Ostdeutsche aus Haushalten mit erreichter Bedürfnisbefriedigung geben 2.000 Euro/Monat an (Haushalt Netto/äquivalenzgewichtet), bei nicht hinreichenden Möglichkeiten sind es 910 Euro - für die alten Bundesländer werden 2.250 Euro bzw. 1.100 Euro ausgewiesen. Der Vergleich verdeutlicht auch bei diesem Indikator, dass im Durchschnitt 10 bis 20 % geringere Einkommen zu gleichen Bewertungen führen und widerspricht damit der Auffassung von „unberechtigten Ansprüchen“ Ostdeutscher.

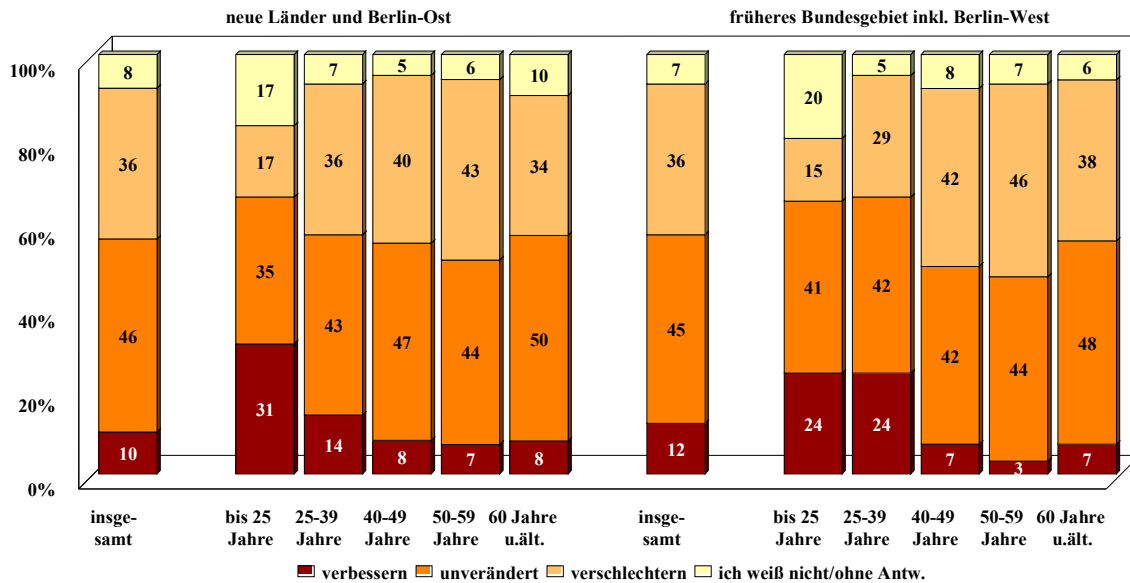
2.2.5 Wirtschaftliche Erwartungen

Charakteristisch für die Bewertung der künftigen individuellen wirtschaftlichen Lage sind insgesamt geringe Erwartungen und eine zunehmende Verunsicherung.

Die Erwartungen an sich bessernde Bedingungen zur Erhöhung des persönlichen Wohlstands haben im Osten seit Jahren nur 10 % der befragten Bürger ab 18. Lebensjahr, rd. 40 % sehen keine Veränderungen bzw. gehen von Verschlechterungen aus, rd. 10 % sind unsicher und antworten mit „ich weiß nicht“ bzw. geben keine Antwort. Dabei zeigt sich eine hohe Übereinstimmung zwischen Ost und West. Im Jahr 2014 gingen 10 % der Bürger der neuen Länder von erwarteten Verbesserungen (12 % West) aus, 46 % gehen nicht von Veränderungen aus (West 45 %), jeweils 26 % nehmen Verschlechterungen an.

Dabei ist es als normal zu werten, dass junge Menschen vor allem für sich Verbesserungen erwarten, wie ältere eher von sich nicht mehr ändernden Bedingungen ausgehen (aber auch einen hohen Anteil der Verschlechterungen auf sich zukommen sehen). Nach dem Alter sind es vor allem die 50- bis 60-Jährigen, welche für sich Wohlstandsverluste annehmen (43 % - z.T. durch Übergang in den Rentnerstatus). Auch die Wertungen der von Arbeitslosigkeit Betroffenen gehen mit großer Mehrheit nicht von sich ändernden Bedingungen für sich aus (52 %) ebenso wie fast die Hälfte der Alleinerziehenden ein negatives Urteil fällt (40 %).

Abbildung 2.21: Wie werden sich Ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren die Bedingungen ändern, um Ihren persönlichen Wohlstand zu erhöhen? - nach Alter und Regionen - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

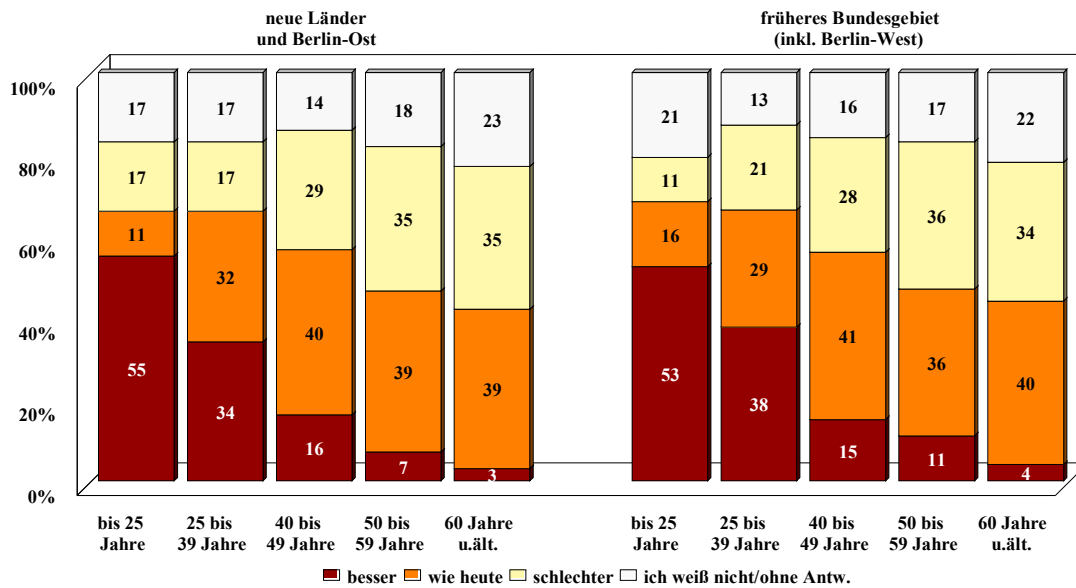
Mit der Wohlstandsentwicklung nur mittelbar verbunden sind die Aussagen zu erwarteten Annahmen hinsichtlich der individuellen wirtschaftlichen Lage. Bezogen auf die künftige Situation in den nächsten 5 Jahren werden einerseits „positivere“ wie „negativere“ Aussagen getroffen. Der vorgegebene Zeithorizont von fünf Jahren führt dazu, dass 2014 - d.h. bezogen auf ihre vermutliche/erwartete wirtschaftliche Situation im Jahr 2019 - in Deutschland nur 20 % davon ausgehen, dass es ihnen besser gehen werde, 35 % erwarteten keine Veränderungen, aber 28 % nehmen Verschlechterungen an. Gleichzeitig ist aber der Anteil der „Unsicheren“, der bei 11 % mit „ich weiß nicht“ und 7 % „ohne Antwort“ liegt, eine Aussage, die nachdenklich stimmen sollte.

Tabelle 2.11: Wie wird vermutlich Ihre eigene wirtschaftliche Lage in fünf Jahren sein bzw. wie war sie vor fünf Jahren? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -

	besser	wie heute	schlechter	ich weiß nicht	ohne Antwort
<i>in fünf Jahren</i>					
Deutschland	20	35	28	11	7
NBL und Berlin-Ost	16	36	29	11	8
FBG (inkl. Berlin-West)	20	34	28	11	7
<i>vor fünf Jahren</i>					
Deutschland	28	45	26	-	2
NBL und Berlin-Ost	26	52	21	-	2
FBG (inkl. Berlin-West)	28	43	27	-	2

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Abbildung 2.22: Wie wird vermutlich Ihre wirtschaftliche Lage in fünf Jahren im Vergleich zu heute sein? - nach Altersgruppen und Regionen - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Unverkennbar der hohe Anteil von Bürgern, welche keine Antwort geben können/wollen. Sie sind letztlich Ausdruck vorhandener Unsicherheiten auf die weitere Entwicklung. Trotzdem lassen die getroffenen Aussagen erkennen, dass der Glaube an eine stabile Wirtschaftsentwicklung mit entsprechender Wirkung für den Einzelnen und seine Familie nicht so richtig vorhanden ist. Nicht zu übersehen auch, dass vor allem der Westen eine gleich hohe Annahme auf Verschlechterungen bis 2019 hat (28 %) wie der Osten (29 %).

Charakteristisch ist der deutliche **altersabhängige** „Abfall“ positiver Erwartungen. Vergleichbar geringe Annahmen auf Verbesserungen geben die Altersgruppen bereits ab 40. Lebensjahr in Ost wie West an. Das sind (unter Einschluss der über 60-Jährigen) auch die Gruppen mit überdurchschnittlichen Unsicherheiten in der Beantwortung (ich weiß nicht/ohne Antwort).

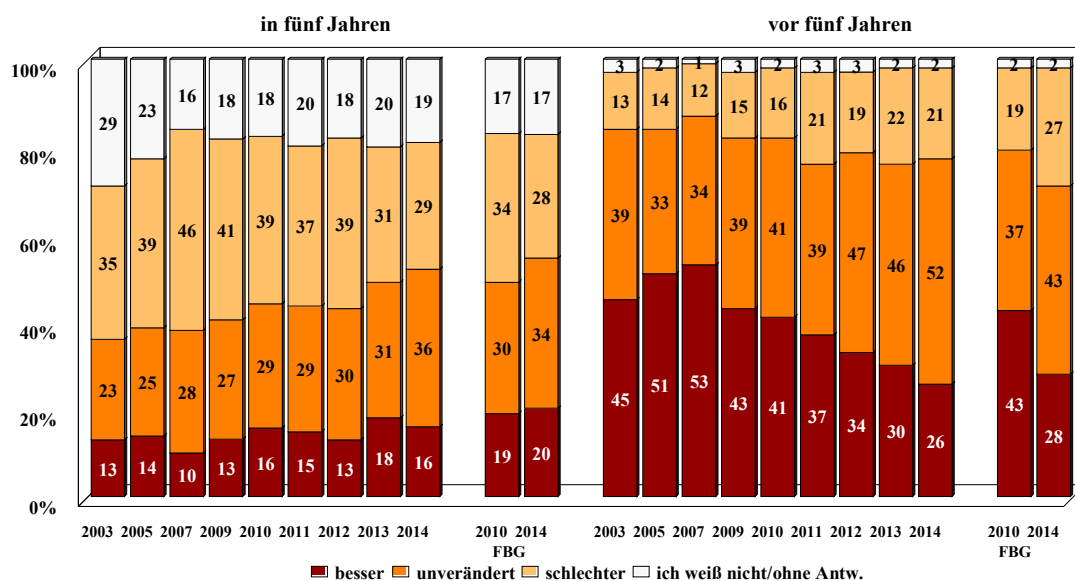
Die weitgehend übereinstimmenden Aussagen in Ost wie West sind vor allem Spiegelbild der realen Politikergebnisse und von medialen Zukunftsbildern zur wirtschaftlichen Situation in Deutschland, so vom Verbrauch des Erbes der jungen Generationen, von zunehmenden Defiziten in der Infrastruktur und der Entleerung der Dörfer usw. Auch das verbreitete Bild über den Sozialabbau in anderen europäischen Ländern sowie der heraufziehende kalte Krieg bewirken einerseits eine positivere Bewertung der gegenwärtigen Situation, verstärken aber andererseits die Annahme auf Folgewirkungen für und in Deutschland. Auch die berechtigten Sorgen um steigende Altersarmut und Pflegenotstand wirken keineswegs nur bei den unmittelbar nachrückenden Generationen/Jahrgängen.

Dem entspricht auch der Vergleich zur wirtschaftlichen Situation des Einzelnen „vor fünf Jahren“. 26 % der Befragten in Ostdeutschland bestätigen, dass ihre wirtschaftliche Situation zu diesem Zeitpunkt „besser“ war (28 % im früheren Bundesgebiet), für 52 % im Osten und 43 % im Westen haben sich keine Veränderungen ergeben - was auch kein positiver Indikator für Teilnahme an der Wirtschaftsentwicklung ist - 21 % der Bürger im Osten ging es vor fünf Jahren schlechter, und 27 % im Westen und Berlin-West treffen die analoge Aussage.

Eine vertiefende Analyse verweist auf den Zusammenhang zwischen vergangener, gegenwärtiger und angenommener künftiger wirtschaftlicher Lage. Es bilden sich über die Dauer Karrieren heraus, deren soziale Lage sich jeweils stabil im unteren, mittleren bzw. oberen Bereich der Bewertungen befindet.

Im Vergleich über die letzten 10 Jahre wird deutlich, dass sich die Annahmen auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in naher Zukunft weitgehend stabil verhalten, mit geringfügig zunehmend positiven Wertungen seit 2007. Prägend ist die steigende Annahme auf keine Veränderungen und hohe Unsicherheit. Im Gegensatz dazu fällt der Vergleich zu den jeweils zurückliegenden Jahren deutlich zunehmend schlechter aus - auch das gilt für Ost wie West.

Abbildung 2.23: Wie wird vermutlich Ihre eigene wirtschaftliche Lage in fünf Jahren sein bzw. wie war sie vor fünf Jahren? - neue Länder und Berlin-Ost 2003 bis 2014/ früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2003-2014 (gew.)

Es fehlt nicht an Vorschlägen, wie durch Konsumverzicht das Leben „reicher und erfüllter“ wird. Das Problem ist, dass mehrheitlich diejenigen, welche es vorschlagen, über Einkommen verfügen, welche in die Nähe des mehr als Fünfzig- bis Hundertfachen des Mindestlohnes zu finden sind. Die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse ist in einer Marktwirtschaft, die vom Sozialen immer weiter wegtreibt, nun mal nicht ohne Einkommen zu erreichen. In der DDR wurde gekauft was es gab, heute wird gekauft wofür das Geld reicht. Konsumieren müssen alle, die Art und Weise ist jedoch ebenso an die allgemeine Lebensweise gebunden¹⁵⁰, wie das Maß der Konsumtion an die Höhe des Einkommens/Vermögens. Einkommen entscheidet inzwischen nicht nur noch über die Konsumtion, sondern auch über die Einbindung in die Gesellschaft - was früher die soziale Kommunikation und Beziehungen im Betrieb, im Wirtshaus, in der Kirche, im Kolonialwarenladen, im Verein waren - wird heute isoliert von der Wohnung aus über „soziale und ökonomische Netzwerke“ per Internet, Handy usw. geregelt. Wer nicht dazu in der Lage ist, bleibt ausgeschlossen.

¹⁵⁰ Steckner, Anne/Candeias, Mario: Geiz ist gar nicht geil - über Konsumweisen. Klassen und Kritik, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 14/2014.

2.3 Einkommen

Die Einkommensentwicklung hat sich in den neuen Bundesländern zunächst rasch vollzogen, ohne ab Mitte der 90er Jahre weitere wesentliche Angleichungsfortschritte zu erreichen. Das gilt für Erwerbs- wie Alters- und Haushaltseinkommen. Zugleich haben Differenzierungen in den Erwerbseinkommen zugenommen - im Besonderen innerhalb der Erwerbstätigenstrukturen. Der absolute Unterschied zu den Einkommensstrukturen im Westen ist zwischen allen sozialen und Einkommensgruppen deutlich.

Die Veränderungen der individuellen Nettoeinkommen reflektieren sich auch in der Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland sowie der personenbezogenen Äquivalenzeinkommen. Der Angleichungsprozess ist auch bei den Haushaltseinkommen weitgehend zum Erliegen gekommen. Die Anteile in den oberen Einkommenssegmenten liegen in Westdeutschland deutlich über dem Osten ebenso wie die durchschnittlichen Einkommenshöhen.

Die Einkommensunterschiede der Frauen zu den Männern blieben nicht nur erhalten, sondern vertieften sich.

Das Alterseinkommen in Deutschland ist - wie Einkommen generell - zwischen Ost und West unterschiedlich. Zwei noch existierende Rentenrechtsgebiete wie unterschiedliche historische Entwicklungen (Beamte, Vermögen, Wohneigentum) sind dafür Ursache. Der Stellenwert, welchen die Rente für das tägliche Leben im Osten hat, ist ungleich höher, da andere „Nebeneinkünfte“ relativ selten und gering sind. Tendenzen zunehmender Altersarmut sind vorgezeichnet.

Bestehende Vermögensunterschiede werden sich in den nächsten Generationen weiter vertiefen.

In den Aktionen 1989/1990 traten die Forderungen nach der DM immer mehr in den Vordergrund - „wenn die DM nicht zu uns kommt, kommen wir zu ihr“ wurde relativ schnell zur zentralen Losung. Die damit verbundenen Erwartungen an eine rasche Einkommensangleichung Ost an West sind in den vergangenen Jahren deutlich gesunken - sowohl bei Arbeitnehmern als auch zunehmend bei Senioren bzw. Vorruheständlern. Die Tarifpartner verhandeln gesonderte Tarife für den Osten, Grundsatzentscheidungen zur Angleichung des Aktuellen Rentenwertes werden immer weiter vor sich her geschoben. Unterschiedliche Einkommensniveaus werden inzwischen - auch offiziell - „akzeptiert“ bei den Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Die Bundesregierung legt auch mehr als 25 Jahre nach der Vereinigung immer noch Rentenkonzepte vor, welche auf zwei Rechtsgebieten beruhen und nur zu moderater Angleichung führen.

Kennzeichnend ist (vgl. Abschnitt 1.2.4), dass¹⁵¹

- unmittelbar in den Jahren nach der Vereinigung (1994) noch rd. 75 % davon ausgingen, dass es gelingen würde, die Einkommen innerhalb der nächsten 10 Jahre - also bis rd. 2005 - anzugleichen. Dass dies überhaupt nicht passieren könnte, nahmen nur 5 % an.
- Seit dem Einsetzen der Sozialreformen in allen wichtigen Lebensbereichen sinkt der Glaube an Einkommensangleichungen deutlich ab und erreicht relativ stabile Niedrigwerte. 2014 hoffen in den neuen Ländern nur noch 20 % auf die nächsten 10 Jahre, 33 % gingen von mehr als 10 Jahren aus und fast die Hälfte der ab 18-Jährigen (47 %) glaubt nicht mehr daran (32 %) bzw. traut sich eine Aussage nicht zu/weiß es nicht (15 %).¹⁵²

In den nachfolgenden Abschnitten wird deutlich werden, dass weder in den Erwerbseinkommen noch in der Ausbildungsvergütung, noch in den Haushaltseinkommen bzw. im Alterseinkommen und erst recht nicht im Geld- und Immobilienvermögen eine gerechtfertigte und erforderliche Angleichung an den Westen erreicht wurde. Die Unterschiede der neuen Länder heben sich zugleich deutlich von den Werten der einzelnen Bundesländer-West ab.

¹⁵¹ Vgl. hierzu ausführlicher: Winkler, Gunnar: Die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse 1989 bis 2012..., a.a.O., S. 129 ff.

¹⁵² Vgl. hierzu Abschnitt 1.2.4.4.

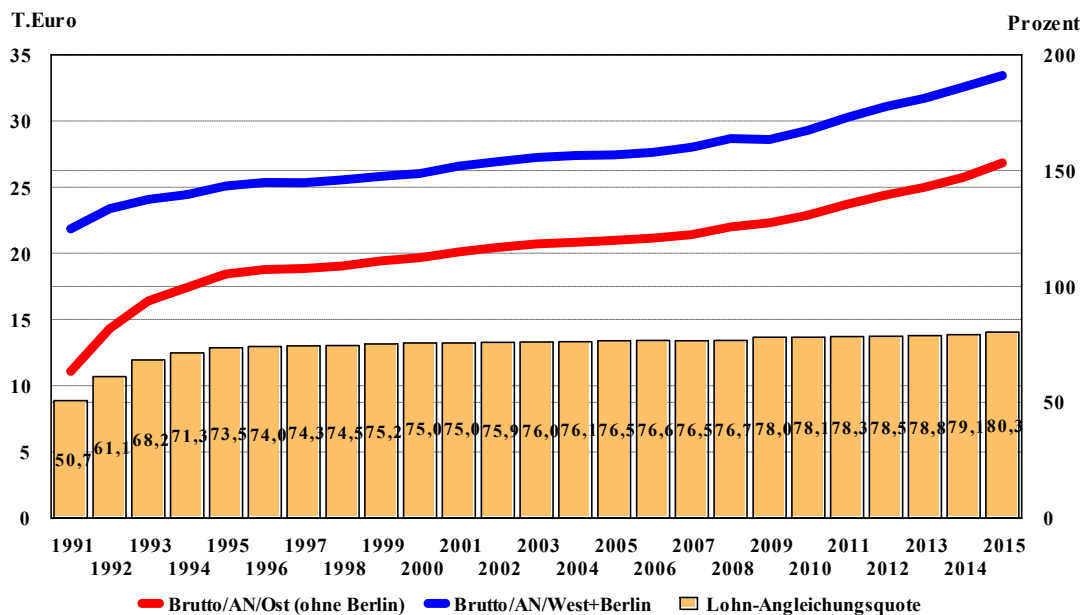
2.3.1 Individuelles Einkommen

Erwerbseinkommen - Bruttolöhne

Mit der Währungs- und Wirtschaftsunion traten in den neuen Bundesländern grundlegende Wandlungen auch in den Einkommensverhältnissen ein. Es gab ab 1990 zunächst eine stetige - wenn auch zunehmend geringere - Zunahme des Bruttodurchschnittslohnes sowie der Renten.

Seit Mitte der 90er Jahre - also vor rd. 20 Jahren - ist jedoch keine weitere grundlegende Angleichung in den Einkommen erzielt worden - im Gegenteil: Die Schere in den Bruttolöhnen zwischen Ost und West hat zugenommen. Während die Angleichungsquote bereits 1996 bei 74,3 % und 2000 bei 75,0 % lag - was 1996 einer absoluten Differenz von 529 Euro/Monat entsprach -, erreichte diese 2015 erstmalig mehr als 80 %, allerdings bei einer gestiegenen absoluten Differenz auf 550 Euro/Monat¹⁵³ - mit Auswirkungen auf die entsprechenden Ersatzleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit ebenso wie auf künftige Alterseinkommen.

Abbildung 2.24: Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland) - nach Regionen - 1991 bis 2015 - in 1.000 Euro -



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Band 2 - 1991 bis 2015, Stuttgart 2016

In einzelnen Analysen wird eine Einkommensangleichung sogar erst in etwa um 2080 erwartet¹⁵⁴. Die gegenwärtigen Entwicklungen sind ausschließlich Ergebnis der wirtschaftsstrukturellen Veränderungen nach 1990:

- zu Gunsten einer Dienstleistungsstruktur mit geringeren Einkommen bei fast völligem Fehlen einer nachhaltigen Industrie und betrieblichen Forschungslandschaft ebenso wie dem Fehlen entsprechender Anteile in höher bezahlten Lohn-/Leistungsgruppen, welche kurzfristige Änderungen nicht erwarten lassen.
- Die offiziellen Daten weisen auf die bedeutenden „Einkommensverluste“ hin, die Arbeitnehmer in ostdeutschen kleinen und mittleren Betrieben bis 20 Beschäftigte zusätzlich hinnehmen müssen.

¹⁵³ Datenbasis: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Band 2 - 1991 bis 2015, Stuttgart 2016.

¹⁵⁴ Bosch G., Kalina Th., Weinkopf C.: 25 Jahre nach dem Mauerfall - Ostlöhne holen nur schleppend auf, IAQ-Report 5/2014, S. 4.

So kommt hinzu, dass in diesen Betriebsgrößen fast keine tariflichen Bindungen bestehen ebenso wenig wie Sonderleistungen (z.B. Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld) gezahlt werden. Übertarifliche Zahlungen sind die Ausnahme. So lag der Anteil der Beschäftigten mit tariflicher Bindung (2015) bei 59 % in den alten Bundesländern und bei 49 % in den neuen Ländern und Berlin¹⁵⁵ (vgl. nachfolgenden Abschnitt „Tarifbindungen“). Zugleich gibt es eine relativ hohe Spannweite auch im Osten, wo die tarifliche Bindung von Berlin mit über 50 % bis Mecklenburg-Vorpommern (rd.45 %) reicht.

Die neuesten offiziellen Daten zur Entwicklung der Erwerbseinkommen von Arbeitnehmern für das Jahr 2015 - gegliedert nach Bundesländern sowie bezogen auf die jeweiligen Einwohner, die Erwerbstätigen sowie die Arbeitsstunden - lassen erkennen¹⁵⁶:

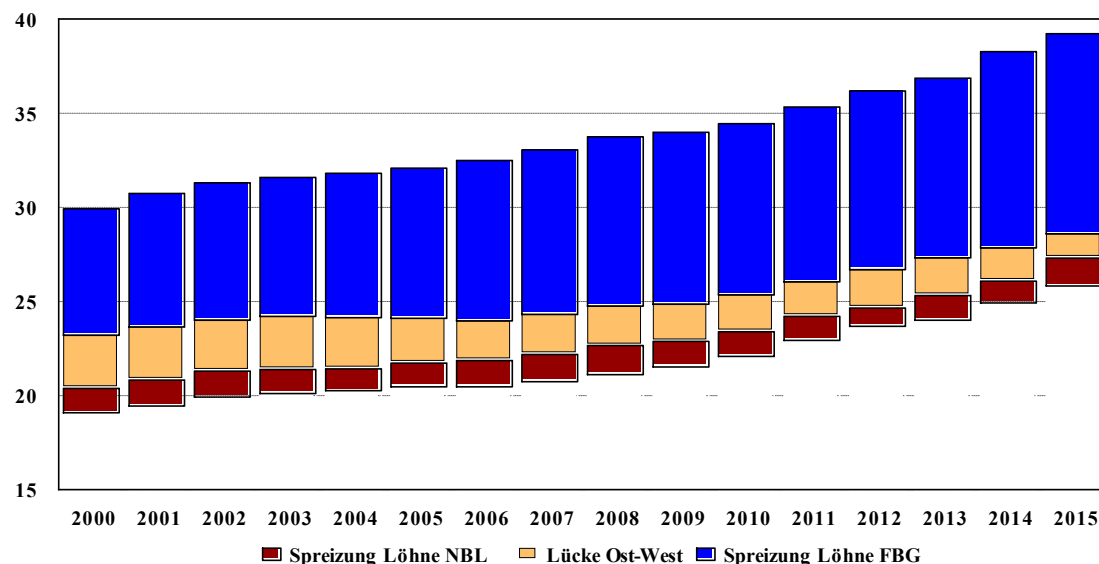
a) Die **Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer** stiegen in Deutschland von 2000 bis 2015 von 25.065 Euro auf 32.525 Euro (130 %). Im gleichen Zeitraum erhöhten sich in den alten Bundesländern (ohne Berlin) die Bruttolöhne von 26.045 Euro auf 33.469 Euro (129 %) bzw. in den neuen Ländern (ohne Berlin) von 19.683 Euro auf 26.827 Euro (136 %). Die Angleichungsquote von 75 % im Jahr 2000 stieg auf rd. 80 % im Jahr 2015.

b) Damit sind zwei beachtenswerte Entwicklungen verbunden:

Der deutlicheren prozentualen Steigerung im Osten und erreichten Angleichung liegt eine im Vergleich zum Westen geringere absolute Steigerung von 7.144 Euro zugrunde (West = 7.451 Euro) - mit steigender Tendenz in den letzten Jahren.

Noch drastischer vollzieht sich die Lohnspreizung nicht nur zwischen den Regionen, sondern auch innerhalb der Regionen zu Ungunsten des Ostens. Es findet eine weitgehend stete Einkommenshomogenisierung im Gegensatz zu zunehmender Einkommensspreizung im Westen statt.

Abbildung 2.25 Vergleich der Spreizung der höchsten und niedrigsten durchschnittlichen Bruttolöhne der Bundesländer - Arbeitnehmer - nach Regionen - 2000 bis 2015 - in 1.000 Euro -



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, VGRDL, Reihe 1, Länderergebnisse Band 2 - 1991 bis 2015, Stuttgart 2016
 Lesebeispiel: Im Jahr 2015 lagen die Werte der neuen Länder zwischen 25.828 (MVP) und 27.306 Euro (Brandenburg), in den alten Bundesländern zwischen 28.582 (Schleswig-Holstein) und 39.201 Euro (Hamburg).

¹⁵⁵ Vgl. IAB-Betriebspanel, Ergebnisse der 20. Welle 2015, Berlin 2016, IAB vom 1.6.2015.

¹⁵⁶ Quelle: Statistische Ämter der Länder, VGRDL, Reihe 1, Länderergebnisse Band 2 - 1991 bis 2015, Stuttgart 2016.

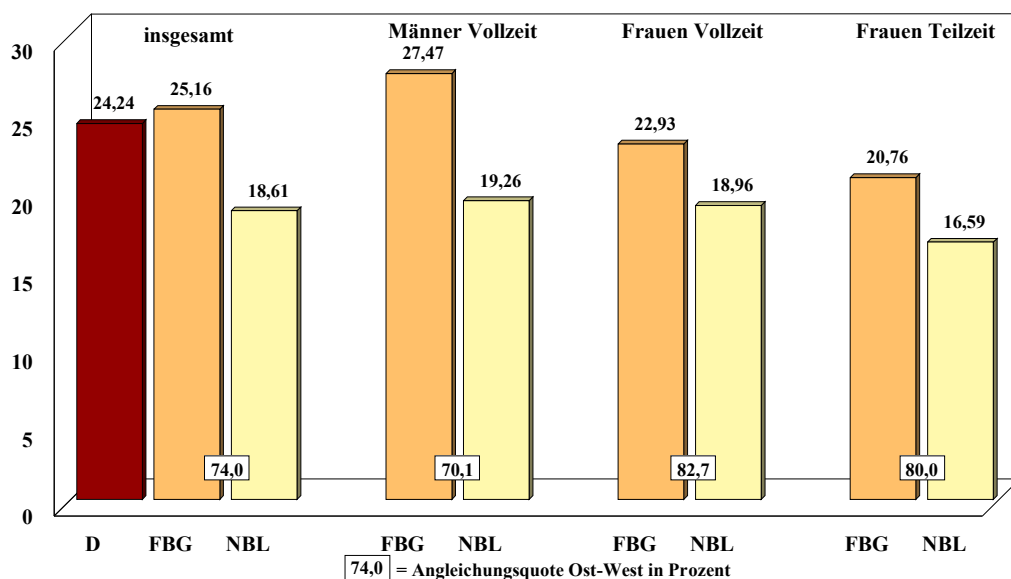
Während der Abstand der durchschnittlichen Bruttolöhne in den alten Bundesländern im Jahr 2000 zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg 6.709 Euro betrug, erhöhte er sich bis 2015 auf 10.619 Euro (Schleswig-Holstein 28.582 Euro - Hamburg 39.201), also um rd. 3.900 Euro. Im Osten stiegen die Abstände zwischen den Bundesländern mit den niedrigsten und höchsten Durchschnittseinkommen im gleichen Zeitraum von 1.307 Euro auf 1.478 Euro (2015 lagen die Werte im Osten zwischen Mecklenburg-Vorpommern mit 25.828 Euro und Brandenburg mit 27.306 Euro) - ein mit allen bekannten ökonomischen Orientierungen für Gesamtdeutschland nicht anzustrebendes „Gleichheitsmodell“.

Alles in allem hat die deutsche Vereinigung sowohl zu einem Anstieg der Erwerbseinkommen geführt, aber im Ergebnis der Art und Weise der Vereinigung (De-Industrialisierung, De-Infrastrukturalisierung geringe tarifliche Bindung durch Kleinbetriebe, hoher Anteil von Beschäftigten in geringfügiger und prekärer Beschäftigung) zu einer Vertiefung der ungerechtfertigten Ungleichheit zwischen Ost und West beigetragen, deren Ursachen keinesfalls mehr den ökonomischen und politischen Bedingungen vor 1990 angerechnet werden können, sondern sowohl Fehler der Transformation in den ersten 90er Jahren waren, wie zugleich Ausdruck neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik insbesondere ab 2000 sind.

Analysen der Prognos AG gehen davon aus, dass auf jeden Fall die durchschnittlichen realen Lohn-einkommen der Beschäftigten in Deutschland einerseits weiter steigen werden, doch andererseits zugleich die Schere auch weiter auseinander gehen wird.¹⁵⁷ Das betrifft generell die Unterschiede zwischen den Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. Auch die Lohnunterschiede zwischen den Beziehern hoher und niedriger Löhne werden wachsen ebenso wie die Unterschiede beim verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen Haushalten mit Kindern und ohne Kinder. Das alles kumuliert sich zwischen Ost und West zu Ungunsten des Ostens mit Langzeitwirkung auf das materielle Lebensniveau im Erwerbsalter und späteren Alterseinkommen.

Stundenlöhne

Abbildung 2.26: Vergleich der Bruttostundenverdienste von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern - 4. Vierteljahr 2015 - nach Regionen und Beschäftigungsart - in Euro -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitnehmerverdienste, Fachserie 16, Reihe 2.1 - 4. Vierteljahr 2015, Wiesbaden 2016

¹⁵⁷ Prognos AG, Prognos-Zukunftsatlas 2013 - Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb, Basel/Berlin 2013, S. 6.

Mehr als 25 Jahre Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sind einerseits Anlass, über die erreichten positiven Ergebnisse zu berichten, wie über die noch vorhandenen Defizite. Um eine Vielzahl von unterschiedlichen Einflussfaktoren einzuengen, ist der Vergleich der Stundenlöhne der Arbeitnehmer immer noch am geeignetsten. Aus dieser Sicht ergibt sich für die Entwicklung bis Ende 2015:

- a) Die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne für Arbeitnehmer des produzierenden Gewerbes und Dienstleistungsbereiches sind im Osten Deutschlands deutlich geringer. So betragen diese im 4. Vierteljahr 2015¹⁵⁸ in Deutschland 24,24 Euro, im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin (FBG) 25,16 Euro und den neuen Bundesländern (NBL) 18,61 Euro, d.h. der Osten liegt mit 6,55 Euro pro Arbeitsstunde unter Westniveau oder bei 74,0 %.
- b) Trotz steigender Löhne vergrößerte sich der Abstand Ost-West. Im Vergleich zu 2007¹⁵⁹ wurde einerseits eine Steigerung von 14,33 Euro (NBL) bzw. 19,59 Euro (FBG), auf einen Jahresdurchschnitt für 2015 auf 17,26 (NBL) bzw. 23,27 Euro (FBG), und die Angleichung von 71,8 % auf 74,2 % angenähert, andererseits erhöhte sich die Differenz zwischen Ost und West von 5,62 Euro auf 6,01 Euro. D.h. die Angleichung vollzog sich bei wachsendem, absolutem Unterschied - die zunehmende absolute Einkommensungleichheit dürfte allerdings für die Bürger von größerem Interesse sein als eine prozentuale Annäherung.
- c) Wenn die im „Bericht zur deutschen Einheit“ von 2009 getroffene Aussage Gültigkeit hat, dass die Angleichung Ost an West vollzogen sei, wenn der beste Ostwert den schlechtesten Westwert erreicht hat, bedeutet das immer noch einen zu erwartenden Zeitraum von weiteren rd. 30 Jahren, es sei, es wird mit sinkendem Niveau des niedrigsten Westlandes gerechnet.
Diesem Denkmuster folgend ergibt sich allerdings, dass die Lücke zwischen Ost und West in den letzten Jahren größer geworden ist. Diese betrug 2007 zwischen Brandenburg (14,94 Euro) und Schleswig-Holstein (17,60 Euro) „nur“ 2,66 Euro und vergrößerte sich bis 2015 auf 3,13 Euro (Schleswig-Holstein zu Sachsen mit 18,80 Euro), auch Brandenburg mit 18,78 Euro konnte sich trotz Anstiegs im Vergleich zu Schleswig-Holstein (21,93 Euro) nicht annähern.
- d) Insgesamt hat die Ungleichverteilung insbesondere im Westen weiter zugenommen, und die weitgehend homogenen Einkommensstrukturen im Osten sind geblieben. Generell ist die Spreizung im Osten zwischen einkommensschwächstem Land (17,88 - MVP) und einkommensstärkstem Land (18,80 - Sachsen) gering und betrug 2015 nur 0,92 Euro - das waren 0,06 Cent weniger als 2007, d.h. die Unterschiede zwischen den fünf neuen Bundesländern sind gering und haben sich nicht verändert. Im Gegensatz dazu ist die Spreizung im früheren Bundesgebiet von 4,07 Euro (Hessen/Schleswig-Holstein) auf 5,16 Euro ausgeweitet worden und reicht von Hamburg mit 27,09 Euro bis Schleswig-Holstein mit 21,93 Euro.
- e) Auch die Ungleichheiten zwischen den Wirtschaftsbereichsstrukturen driften im Ost-West-Verhältnis immer weiter auseinander. Letzteres ist weitgehend Ergebnis einer Wirtschaftsstruktur mit relativ unbedeutenden Größen im produzierenden Gewerbe in den neuen Ländern und Konzentration auf den Dienstleistungsbereich aufgrund der Deindustrialisierung nach 1990 und Zerschlagung der Großbetriebe. So reichen die Unterschiede zwischen vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern des früheren Bundesgebietes und der neuen Bundesländer vom verarbeitenden Gewerbe

¹⁵⁸ Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitnehmerverdienste, Fachserie 16, Reihe 2.1 - 4. Vierteljahr 2015, Wiesbaden 2016.

¹⁵⁹ Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitnehmerverdienste, Fachserie 16, Reihe 2.3 - 2007 (WZ 2008), Wiesbaden 2009.

mit 64,3 % (10,48 Euro Differenz je Arbeitsstunde) bis Unterricht und Erziehung mit 99,6 % (0,10 Euro) und Bergbau mit 100 % (0,00 Euro).

Tabelle 2.12: Vergleich ausgewählter Bruttostundenlöhne vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer - nach Wirtschaftsbereichen und Regionen - 4. Vierteljahr 2015 -

Wirtschaftsbereich	FBG inkl. Berlin	NBL ohne Berlin	Angleichung NBL/FBG	Differenz FBG/NBL
	Euro	Euro	%	Euro
Produzierendes Gewerbe	28,18	18,71	66,4	9,47
dar. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	28,23	28,23	100,0	0
Verarbeitendes Gewerbe	29,35	18,87	64,3	10,48
Baugewerbe	21,17	15,95	75,3	5,22
Dienstleistungsbereich	24,96	19,43	77,8	5,53
dar. Handel*	25,53	16,14	63,2	9,39
Gastgewerbe	14,63	11,36	77,6	3,27
Finanz- und Versicherungsleistungen	36,67	29,55	80,6	7,12
Grundstücks- und Wohnungswesen	29,09	21,54	74,0	7,55
öffentlicher Dienst, Verteidigung, Sozialversicherung	24,24	22,99	94,8	1,25
Erziehung und Unterricht	27,52	27,42	99,6	0,1
Gesundheits- und Sozialwesen	25,05	21,57	86,1	3,48
Kunst, Unterhaltung und Erholung	25,82	19,79	76,6	6,03

* inkl. Instandhaltung und Reparaturen von Kfz

Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitnehmerverdienste, Fachserie 16, Reihe 2.1 - 4. Vierteljahr 2015, Wiesbaden 2016

- f) Auswirkungen hat auch die zahlenmäßig kleinere Schicht von Führungspersonal im Osten. In der Hierarchie der beruflichen Tätigkeit nach Leistungsgruppen liegt das erreichte Maß der Angleichung zwischen 75 und 83 %, bei deutlichen absoluten Unterschieden, welche von 2,50 Euro bei ungelerten Arbeitnehmern bis 10,41 Euro je Arbeitnehmer je Stunde in leitender Stellung reichen.

Dem statistischen Material ist auch zu entnehmen, dass z.B. Frauen in leitender Stellung, in gehobenen Tätigkeiten und Fachkräfte in der Angleichungsquote Ost-West besser liegen als Männer, aber auch nur bei knapp 84 %. Bezogen auf die Verdienstunterschiede Frauen-Männer erreichen Ostfrauen 83 % (bei niedrigerem absoluten Niveau), Westfrauen nur 77 %.

Tabelle 2.13: Vergleich ausgewählter Bruttostundenlöhne vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer - nach Geschlecht und Leistungsgruppen sowie Regionen - 4. Vierteljahr 2015 -

Geschlecht - Leistungsgruppe	FBG inkl. Berlin	NBL ohne Berlin	Angleichung NBL/FBG	Differenz FBG/NBL
	Euro	Euro	%	Euro
Männer	27,47	19,26	70,1	8,21
Frauen	22,93	18,96	82,7	3,97
insgesamt	26,13	19,16	73,3	6,97
dar.				
Lgr 1 - AN in leitender Stellung	46,94	36,53	77,8	10,41
Lgr 2 - herausgehobene Fachkräfte	31,17	23,95	76,8	7,22
Lgr 3 - Fachkräfte	21,72	16,33	75,2	5,39
Lgr 4 - angelernte AN	17,56	13,19	75,1	4,37
Lgr 5 - ungelernete AN	14,31	11,85	82,8	2,46

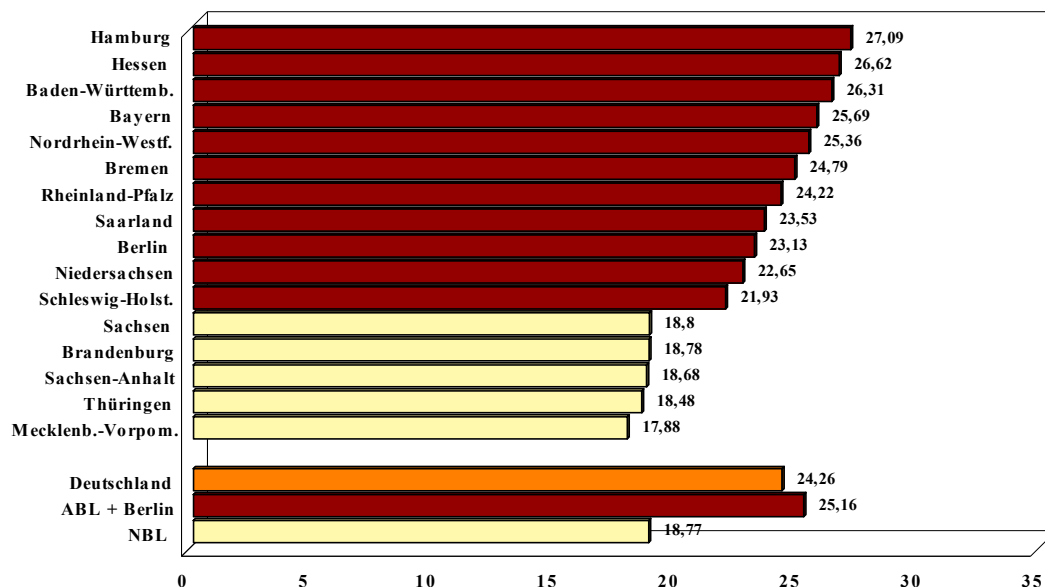
Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitnehmerverdienste, Fachserie 16, Reihe 2.1 - 4. Vierteljahr 2015, Wiesbaden 2016

- g) Frauen in Vollzeitbeschäftigung erreichen in den neuen Ländern mit rd. 82,7-prozentiger Angleichung über 10 Prozentpunkte mehr als Männer (70,1 %), bei deutlich geringeren absoluten Unterschieden von 3,97 Euro gegenüber den Männern mit 8,21 Euro je Std. (produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich).
- h) Bleibt noch zu vermerken, dass von den Bruttostundenverdiensten im FBG 4,01 Euro Sonderzahlungen sind, d.h. unregelmäßige, nicht jeden Monat geleistete Zahlungen, wie Urlaubs-, Weihnachtsgeld, Leistungsprämien, Abfindungen, Gewinnbeteiligungen u.a. In den neuen Bundesländern sind im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst „nur“ 2,23 Euro enthalten, bedingt durch geringere Löhne, generell aber auch geringere Anteile an Betrieben z.B. mit Weihnachtsgeld oder riesigen Abfindungen bei Schließungen usw.

Insgesamt verweisen vor allem die Stundenlöhne im Osten in zusammengefasster Form auf die realen Verdienstunterschiede, die für Vollzeitbeschäftigte flächendeckend bei 73 % des Westens liegen. Das heißt im Umkehrschluss, westdeutsche Arbeitnehmer erhalten im Durchschnitt pro geleisteter Arbeitsstunde 36 % mehr (brutto) - durch mehr geleistete Arbeitsstunden je Arbeitnehmer werden die Einkommensunterschiede etwas gemildert. Diese liegen im Osten mit 39,8 Std. pro Woche für Vollzeitbeschäftigte immer noch höher als im Westen mit 39,1 Stunden.

Es ist auch darauf zu verweisen, dass 2013 von 76 Stadt- und Landkreisen der neuen Länder (bei 402 Stadt- und Landkreisen insgesamt) die neuen Länder unter den letzten 62 Kreisen mit einem Stundenlohn unter 19 Euro allein mit 58 Kreisen vertreten sind (bei vier Westkreisen). Nur fünf Kreise des Ostens liegen über 20 Euro Stundenlohn (Schwerin/Leipzig/Dresden/Potsdam/Jena). Der oft zitierte Hinweis darauf, dass auch im Westen Kreise in den unteren Rängen zu finden seien, gilt zumindest für den Stundenlohn nicht.

Abbildung 2.27: Durchschnittlicher Stundenlohn je Arbeitnehmer (brutto) - 4. Vierteljahr 2015 - Euro -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitnehmerverdienste, Fachserie 16, Reihe 2.1 - 4. Vierteljahr 2015, Wiesbaden 2016

Tarifbindungen

Bei der Bewertung der Positionen der Bürger der neuen Bundesländer zur Tarifpolitik kann in den vergangenen Jahren insgesamt von einer nachlassenden Bindungskraft tariflicher Vereinbarungen für

Mitgliedschaften - auch aufgrund der Betriebsgrößenstrukturen - ausgegangen werden. In den neuen Bundesländern waren 2015 nur noch 21 % aller Betriebe tarifvertraglich gebunden¹⁶⁰ und damit 49 % der Beschäftigten in den neuen Ländern erfasst (Westdeutschland 31 % der Betriebe und 59 % der Beschäftigten). Darüber hinaus ist eine „Orientierung an den bestehenden Tarifverträgen“ gegenwärtig jedoch zum Teil (noch) gegeben, obwohl sich die Schere zwischen der Zahl tarifgebundener und nichttarifgebundener Betriebe weiter öffnet.

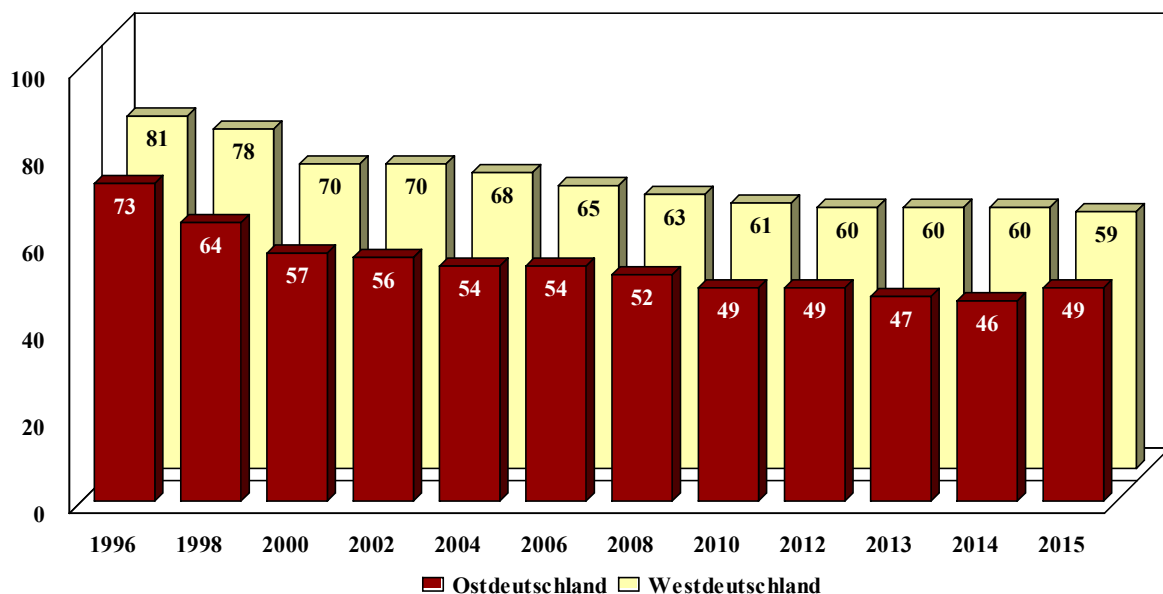
Die Betriebsgrößenstruktur in den neuen Ländern und der geringe Grad betrieblicher Vertretungen stehen der Wirksamkeit mitbestimmungspolitischer Aktivitäten ebenso entgegen wie der Trend einer „Verbetrieblichung“ der Tarifpolitik¹⁶¹, auch „Stammebelegschaften“ in Großbetrieben sind im Ergebnis der wirtschaftsstrukturellen Veränderungen nach 1990 kaum noch anzutreffen. Inwieweit die Schwäche/Stärke im Wechselspiel von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften im Osten spezifische „regionale“ Wirkungen/Einflüsse hat, ist bislang nicht ausgewiesen.

Die Daten des IAB-Betriebspanels weisen trotz des Rückgangs der Betriebe mit Tarifbindung zwischen 2000 und 2015 einen Anstieg der Beschäftigtenzahlen in diesen auf (2000 = 100)

- von 68 % in Westdeutschland und
- von 24 % in Ostdeutschland

aus. Die Diskussion um Vorzüge/Nachteile von Tarifbindungen und um die Zukunft des Flächentarifvertrages ist nach wie vor kontrovers und ist hier nicht Gegenstand der Ausarbeitung.¹⁶²

Abbildung 2.28: Anteil der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben - West- und Ostdeutschland - 1996 bis 2015 - in Prozent - (*Basis: alle Betriebe*)



Quelle: IAB-Betriebspanel Ost 1996 bis 2015, Berlin 1996 bis 2016, 1. bis 20. Welle

Seitens des WSI-Tarifarchivs wird hervorgehoben, dass sich 25 Jahre nach der deutschen Vereinigung die durchschnittlichen Tariflöhne und -gehälter in Ostdeutschland stark an die im Westen angenähert haben. Sie erreichen im Schnitt 97,4 % des West-Niveaus. Dabei zeigen sich¹⁶³

¹⁶⁰ IAB-Betriebspanel Ost, 20. Welle 2015, Berlin 2016, S. 29.

¹⁶¹ Standortbedingungen und Beschäftigung in den Regionen West- und Ostdeutschlands - Ergebnisse des IAB-Betriebspanels Ostdeutschland 2006 (Autoren: Vera Dahms, Jürgen Wahse u.a.), in: IAB Forschungsbericht Nr. 5/2007, S. 48.

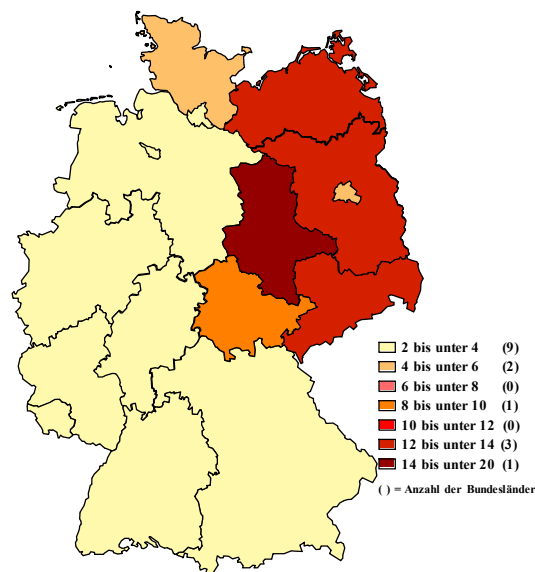
¹⁶² Für eine ausführlichere Darstellung der Debatte siehe z.B. Berthold/Brischke/Stettes 2003; Rehder 2003 - Fußnote 22 in IAB Forschungsbericht Nr. 5/2007, S. 48; vgl. auch: Einblick 11/07.

¹⁶³ WSI-Tarifarchiv, Statistisches Taschenbuch Tarifpolitik 2016, T. 2.4/2.5, Düsseldorf 2016.

- allerdings teilweise deutliche Unterschiede nach Branchen: Im öffentlichen Dienst, bei Banken und Versicherungen u.a. liegt das Tarifniveau bereits bei 100 %, im Bauhauptgewerbe erreicht es 92,7 %, im Kfz-Gewerbe (Thüringen/Hessen) beträgt es knapp 88 %. Im Hotel- und Gaststättengewerbe (Sachsen/Bayern) liegt das Tarifniveau erst bei rund 77,4 % und in der Landwirtschaft (Mecklenburg-Vorpommern) bei 73,7 %.
- In Betrieben unter 10 Beschäftigten sind lt. Betriebspanel Ost 2015 nur 15 % der Betriebe mit 17 % der Beschäftigten tariflich gebunden (West 24%/27%), im Gegensatz zu Betrieben mit 250 und mehr Beschäftigten, wo im Osten 78 % der Betriebe mit 83 % der Beschäftigten dieser Größenordnung tariflich gebunden sind (West 77%/85 %)
- Übertariflich wurden in Ostdeutschland 12 % und in Westdeutschland 23 % der Beschäftigten bezahlt. Weitaus größer ist der Einkommensrückstand bei ostdeutschen Beschäftigten, die nicht nach Tarif bezahlt werden. Während sie in Betrieben mit Tarifbindung insgesamt 86 % des Durchschnittslohnes erhalten, sind das in Betrieben, die sich zumindest an Tarifen orientieren, nur 77 %, und Beschäftigte in Betrieben ohne Orientierung an Tarifverträgen erreichen nur eine 75-prozentige Angleichung. Insgesamt liegen die effektiven Bruttoverdienste daher im Osten um 19 % niedriger als im Westen. Darüber hinaus stagniert der Angleichungsprozess allerdings seit Jahren.

Mindestlohn

Abbildung 2.29: Anteil der Beschäftigten, die vor der Mindestlohneinführung weniger als 8,50 Euro/Stunde verdient haben - in Prozent -



Übernommen aus L. Bellmann et al., IAB-Kurzbericht 6/2015, S. 7 Abbildung 5
© IAB

Seit 1. Januar 2015 hat Deutschland als 22. Staat in der EU den flächendeckenden Mindestlohn eingeführt. Bis dahin¹⁶⁴ arbeiteten insgesamt etwa 4,6 Millionen Beschäftigte in Betrieben mit mindestens 7,20 Euro Mindestlohn. 12 % der Betriebe beschäftigten Ende 2014 mindestens einen Arbeitnehmer mit unter 8,50 Euro. Da bis 2015 nur in 18 Wirtschaftszweigen branchenspezifische Mindestlöhne galten, die von 7,50 Euro im Friseurhandwerk in den neuen Ländern bis 13,95 Euro im Baugewerbe

¹⁶⁴ Vgl. Bellman, Lutz/Bossler, Mario/Gerner, Hans-Dieter/Hübler, Olaf: Reichweite des Mindestlohns in deutschen Betrieben, IAB-Kurzbericht 6/2015, Nürnberg 2015.

des früheren Bundesgebietes reichten, bedeutet die Einführung einen wichtigen Schritt sozialer Sicherung. Insbesondere in Ostdeutschland ist der Anteil der Arbeitnehmer, die Mindestlohn erhalten müssen, größer als in Westdeutschland und konnte damit zugleich ein kleines Stück Angleichung bewirken.

Die Forderungen auf einen Markteingriff des Staates wurden seit langem erhoben, die Für und Wider jahrelang hin-und-her-diskutiert. Bei Einführung war klar, dass nicht alle Interessen berücksichtigt werden können. Deutschland hatte, um als einigermaßen sozialer Wirtschaftsstandort zu gelten, keine Wahl, als den Mindestlohn von 8,50 Euro einzuführen.

Inzwischen wurde eine Erhöhung für 2017 auf 8,84 Euro festgelegt, die jedoch z.B. von den Sozialverbänden (Volkssolidarität, VDK, SoVD) als nicht hinreichend bewertet wird.

Die Einführung des Mindestlohnes betraf in Ostdeutschland (inkl. Berlin) 38 % aller Betriebe und 14 % der Beschäftigten in Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten - in Westdeutschland waren das nur 17 % der Betriebe und 5 % der Beschäftigten¹⁶⁵. Die neuen Bundesländer weisen dabei unterschiedlich Beschäftigtenanteile zwischen Mecklenburg-Vorpommern (17 %) und Thüringen (17 %) auf - in Berlin betraf es 8 % der Beschäftigten.

Bezogen auf die Branchen sind im Osten 72 % aller Betriebe mit 66 % aller Beschäftigten den Bereichen Handel und Reparatur, übrige Dienstleistungen, unternehmensnahe Dienstleistungen sowie Gesundheits- und Sozialwesen zuzuordnen

Hauptsächlich über Arbeitszeitkürzungen und Erhöhung der Arbeitsintensität, aber auch über Preiserhöhungen wurde der Lohnanstieg kompensiert. Einen kurzfristigen Beschäftigungsabbau gab es nicht - im Gegenteil, die Beschäftigung sv-pflichtiger Erwerbstätiger stieg und geringfügige Beschäftigung wurde abgebaut.

Insofern sind keine massiven Arbeitsplatzverluste eingetreten, ein Teil der Minijobs wurde offensichtlich in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt. Die Zahl der „Aufstocker“ sank, die Beitragseinnahmen der sozialen Sicherungssysteme wurden zugleich erhöht.

Deutschland ist seit 2015 vom letzten Platz in der Rangliste der Mindestlöhne der EU jetzt auf Platz 4 gerückt.

Tabelle 2.14: Ausgewählte Mindestlöhne in der EU - in Euro* -

Land	Monatsbetrag in Euro
Luxemburg	1.923
Belgien	1.502
Niederlande	1.502
Deutschland	1.473
Irland	1.461
Frankreich	1.458
Vereinigtes Königreich	1.379

* zur Wahrung der Vergleichbarkeit wird gerechnet: Mindestlohn je Std. x 40 Std. x 52 Wochen/12 Monate
Quelle: Eurostat 2015

¹⁶⁵ IAB-Betriebspanel Ost 2015, 20. Welle, S. 36-42.

Bruttolohndifferenzierungen

Analysen machen seit Jahren darauf aufmerksam,¹⁶⁶ dass es eine starke Differenzierung nach Branchen ebenso gibt wie nach Betriebsgrößenklassen und Eigentumsverhältnissen. So erreicht lt. offizieller Statistik¹⁶⁷ die Angleichungsquote Ost-West bei den Arbeitnehmerbruttoeinkommen im 2. Vierteljahr 2016 im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich 77,7 %, die geringste Angleichung verzeichnet das verarbeitende Gewerbe (69,2 %), die höchste der Bereich Unterricht und Erziehung (99,4 %).

Frauen erreichen gegenüber den Männern - insbesondere aufgrund der spezifischen Beschäftigtenstruktur (z.B. als Lehrerinnen) sowie homogenerer Werte im Osten - mit insgesamt 87,3 %, höhere Angleichungswerte, darunter das verarbeitende Gewerbe mit 71,5 % und der Bereich Unterricht und Erziehung von 103,8 %

Tabelle 2.15: Bruttomonatsverdienste ohne Sonderzahlungen von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern - nach Regionen - 2. Vierteljahr 2016 - in Euro -

	FBG und Berlin	NBL	monatliche Differenz	Angleichungsquote
	Euro	Euro	Euro	%
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	3.813	2.963	850	78
Männer	4.023	3.004	1.019	75
Frauen	3.314	2.887	427	87
Produzierendes Gewerbe	3.993	2.850	1.143	71
Männer	4.109	2.930	1.179	71
Frauen	3.389	2.531	858	75
Verarbeitendes Gewerbe	4.117	2.850	1.267	69
Männer	4.278	2.983	1.295	70
Frauen	3.379	2.417	962	72
Dienstleistungsbereich	3.708	3.031	677	82
Männer	3.956	3.068	888	78
Frauen	3.296	2.984	312	91

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wochenbericht 39/2016

Wesentlicher für die Arbeitnehmer ist jedoch der reale Verdienstunterschied, der für einige Bereiche im Osten im Westvergleich bei über 1.000 Euro pro Monat liegt - z.B. im verarbeitenden Gewerbe (1.267 Euro) sowie im Handel (905 Euro). Auch hier liegt der positiv-geringfügigste Unterschied im Bereich Unterricht und Erziehung mit 25 Euro pro Monat.

Die Daten belegen, dass auch nach mehr als 25 Jahren deutscher Vereinigung die Lohn- und Einkommensangleichung bislang nicht vollzogen wurde, dass eine Ost-West-Lücke klafft, die auch in den nächsten Jahrzehnten kaum geschlossen werden wird.

Was dabei aber für den Einzelnen besonders drastisch ist, ergibt sich daraus, dass Angleichung nicht nur mit stagnierender Entwicklung, sondern z.T. mit zunehmender absoluter Ungleichheit verbunden ist. Obwohl die Angleichungsquote des Stundenlohnes Ost-West von 2000 bis 2015 von 68 % auf 79 % stieg, verringerte sich die absolute Differenz des Stundenlohnes in 15 Jahren um 0,06 Euro (d.h. 6 Cent). Den ostdeutschen Bürger interessiert aber weniger die prozentuale Annäherung, sondern dass sich mit jeder Arbeitsstunde seine Differenz zum westdeutschen Arbeitnehmer kaum verändert hat.

¹⁶⁶ Wahse, Jürgen/Dahms, Vera et. al.: IAB-Betriebspanel Ost, div. Jahrgänge bis 2013 (17 Wellen).

¹⁶⁷ Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2016, Statistische Wochenberichte 32/2016.

Insgesamt beträgt die durchschnittliche Lohndifferenz zwischen Ost und West von 6,26 Euro bei 2.000 Arbeitsstunden für Vollzeitbeschäftigte rd. 12.520 Euro im Jahr, die ein westdeutscher Arbeitnehmer mehr erhält.

Tabelle 2.16: Stundenlöhne je Arbeitnehmer - 2000 bis 2015 -

Jahr	Deutschland	alte Bundesländer + Berlin	neue Bundesländer	Angleichung	Differenz Ost-West
	Euro	Euro	Euro	%	Euro
2000	19,48	19,54	13,22	68	6,32
2005	20,02	21,00	14,70	73	6,30
2010	21,68	22,61	16,47	76	6,14
2015	24,94	25,84	19,58	79	6,26

Quelle: Statistische Ämter der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse, Band 2, Stuttgart 2016

Dabei existieren bekanntlich größere und geringere Abweichungen zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen wie insbesondere zwischen Frauen und Männern sowohl in Ost wie West sowie nach Leistungsgruppen. Das hängt sowohl mit der deindustrialisierten Wirtschaftsstruktur ebenso zusammen wie mit der geringen Tarifbindung und unterschiedlichen Tarifgebieten (abgesehen z.B. vom öffentlichen Dienst).

Die insgesamt erreichte Angleichung wird auch geprägt durch die Betriebsgrößenstrukturen mit den niedrigen Werten in Kleinst- und Kleinbetrieben im Osten.

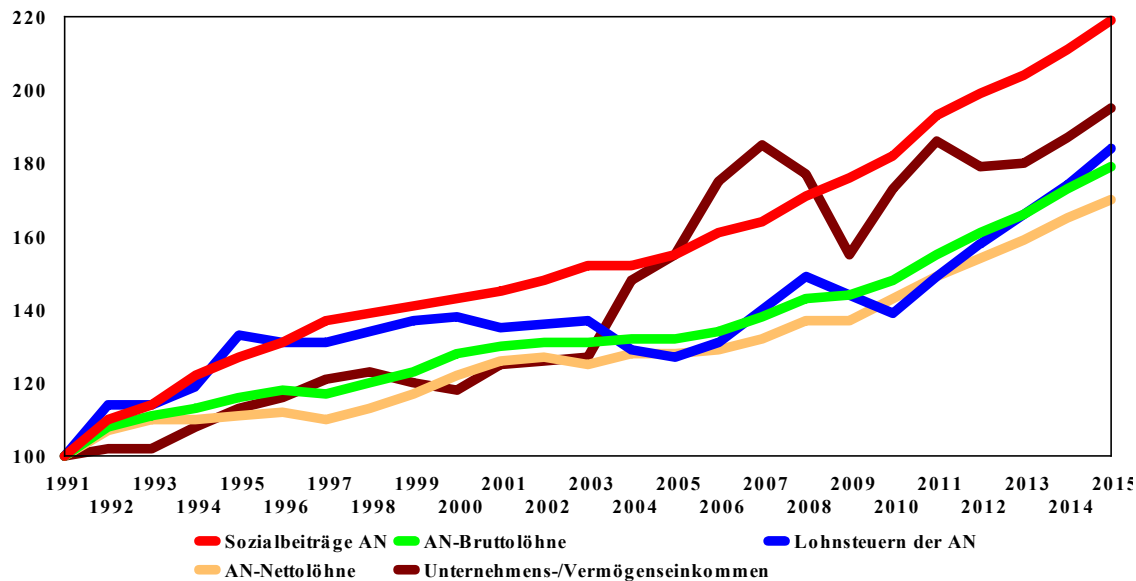
Tabelle 2.17: Bruttodurchschnittslohn/-gehalt je abhängig Beschäftigtem (in VZÄ) - nach Betriebsgrößen - Juni 2015 - ohne Urlaubsgeld und Arbeitgeberanteil -

Anzahl Beschäftigte	Ostdeutschland	Westdeutschland	%-Angleichung
1 bis 9	2.040	2.606	79
10 bis 49	2.290	2.880	80
50 bis 249	2.590	3.080	84
250 und dar.	3.320	3.770	88

Quelle: IAB Betriebspanel Ostdeutschland 2015, 20. Welle, Berlin 2016, S. 24

Die Realitäten der neuen Länder belegen, dass weder Lohnzurückhaltung noch Niedriglöhne wirtschaftlich einen Standortvorteil gebracht haben. Eine - wenn auch geringer gewordene - so doch doppelt hohe Arbeitslosigkeit, zunehmend prekäre Arbeitsverhältnisse, geringere Ausbildungsmöglichkeiten sowie eine sich immer noch nicht selbst tragende Wirtschaftsregion sind bislang noch charakteristisch. Das auch bei zusätzlicher Entlastung der Unternehmen durch anteilige Verringerungen ihrer Sozialleistung (im Gegensatz zu den Arbeitnehmern) und begünstigende Steuergesetzgebungen. Die Gesamtsumme der von Arbeitnehmern gezahlten Beiträge übersteigt inzwischen wieder die zwischenzeitlich rasant gestiegenen Unternehmereinkünfte (die allerdings weniger Personen zugute kommen).

Abbildung 2.30: Entwicklung von Einkommensstrukturen der Arbeitnehmer sowie Unternehmens- und Vermögenseinkommen - Deutschland - 1991 bis 2015 - in Prozent - (Gesamtaufwendungen in Mrd. Euro - 1991 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.5 - 2015, Wiesbaden 2016, T.: 1.8/1.3

Die Nettolohnentwicklung der abhängig Beschäftigten vollzog sich in Deutschland in den vergangenen Jahren im Vergleich zu den Bruttolöhnen verlangsamt, da Sozialbeiträge und Steuern deutlich angehoben wurden - insbesondere seit 2005 (große Koalition). Die Beitragssätze der Arbeitnehmer betragen 1991 rd. 17,7 % und stiegen bis 2016 auf 19,3 % plus einem krankenkassenindividuellen Zuschlag von durchschnittlich 1,1 %, d.h. dass mehrheitlich für die Arbeitnehmer auf rd. 20,4 % erhöht wurde (Krankenversicherung 7,3 % + 1,1 %/Pflegeversicherung 1,175 %/Rentenversicherung 9,35 %/Arbeitslosenversicherung 1,5 %). Die Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung West stieg auf 74.400 Euro, in den neuen Bundesländern auf 64.800 Euro.

Individuelle Nettoeinkommen

Der Vergleich der individuellen Nettoeinkommensentwicklung in den neuen Bundesländern zwischen 1990 und 2014 lässt erkennen:¹⁶⁸

- die endgültige Überwindung der niedrigen und homogenen Einkommensstrukturen (Erwerbseinkommen und Renten) in der DDR mit einem für heutige Verhältnisse umgerechneten Anteil von 81 % der Bürger, welche unter 500 Euro (Netto) erzielten (so betrug 1988 das Bruttoeinkommen in der DDR für Produktionsarbeiter 1.100 Mark der DDR und für Fach- und Hochschulabsolventen 1.477 Mark). Dabei sind allerdings zugleich die geringen Steuern, Sozialabgaben, Mieten, ein anderes z.T. subventioniertes Preisniveau sowie Sozialleistungsstrukturen zu berücksichtigen;
- die sich über Jahre langsam verändernden Einkommensstrukturen mit einem Anteil von noch 6 % der ab 18-jährigen Bürger, welche - nach eigenen Angaben - nur ein Einkommen (Netto) unter 500 Euro erreichen (Auszubildende, prekäre Arbeitsverhältnisse, wenige Rentner), mit einem nach wie vor geringen Anteil von Bürgern mit einem Nettoeinkommen von über 2.000 Euro (14 %).

¹⁶⁸ Datenbasis: sfz/leben 1990 bis 2014 (gew.).

Tabelle 2.18: Individuelles Nettoeinkommen - nach Einkommensgruppen und Regionen - 1990 bis 2014 - in Prozent -

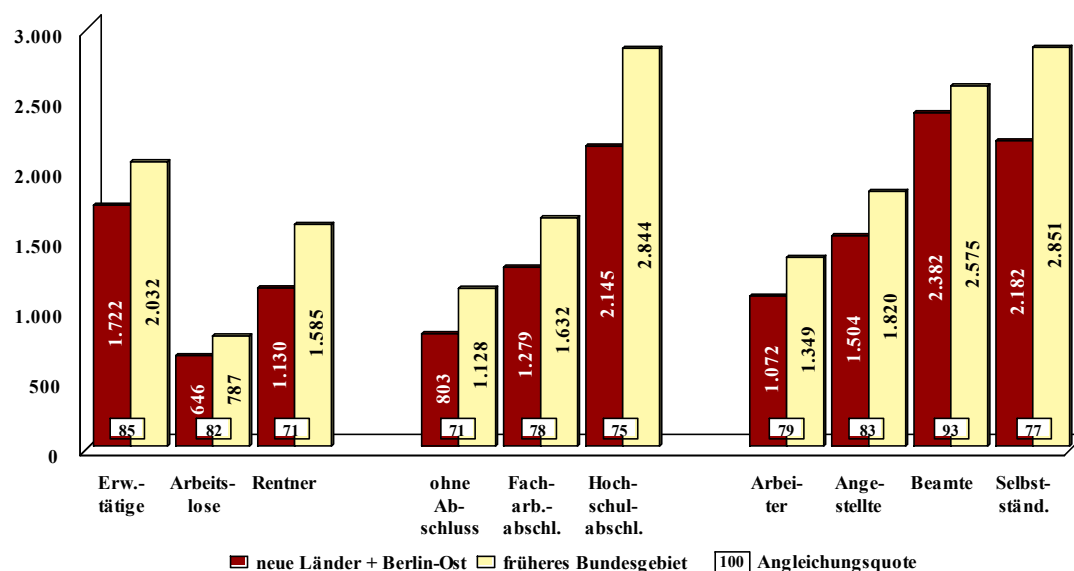
	neue Länder und Berlin-Ost						früheres Bundesgebiet	
	1990	1995	2000	2005	2010	2014	2010	2014
bis 500 Euro	81	29	33	12	11	7	11	8
500 bis 1.000 Euro	18	45	36	33	32	24	16	17
1.000 bis 1.500 Euro	1	18	21	30	30	28	20	19
1.500 bis 2.000 Euro	-	3	4	12	12	17	17	18
2.000 Euro u.dar.	-	2	2	8	10	18	26	32
ohne Einkommen	0	3	4	4	4	5	11	6

Datenbasis: sfz/leben 1990 bis 2014 (gew.)

Im Jahr 2014 weisen die erhobenen - auf Selbsteinschätzung beruhenden - Daten bei ab 18-Jährigen in den neuen Bundesländern ein individuelles Nettoeinkommen von 1.407 Euro aus - für Frauen 1.247 Euro und für Männer 1.568 Euro. Die Vergleichswerte für das frühere Bundesgebiet betragen insgesamt 2.760 Euro, Frauen 1.303 Euro und Männer 2.227 Euro. Das entspricht einer Angleichungsquote von 80 % und einer absoluten Differenz von 359 Euro pro Monat. Die Frauen-Männer-Einkommensquote beträgt im Osten 80 % und im früheren Bundesgebiet 59 %. Ost-Rentner liegen bei 71 % des individuellen Alterseinkommens aus den alten Bundesländern.

Die Einkommensskala nach Qualifikation liegt zwischen ungelerten Beschäftigten (1,0) für Facharbeiter beim 1,6-Fachen im Osten und dem 1,5-Fachen im früheren Bundesgebiet, und für Beschäftigte mit Hochschulabschluss beim 2,7-Fachen bzw. 2,5-Fachen. Die ungerechtfertigten DDR-Ungleichheiten sind weitgehend überwunden, bis auf die Ost-West-Differenz, bei Selbstständigen sowie zwischen Frauen und Männern.

Abbildung 2.31: Individuelles Nettoeinkommen - nach sozialen Gruppen und Regionen - 2014 - in Euro -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

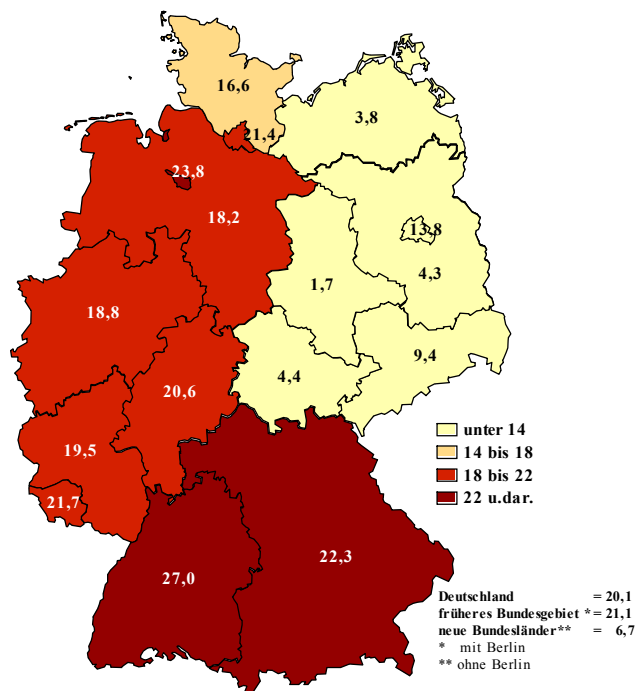
Einkommen Frauen-Männer

Die große Koalition hat einen Entwurf für ein Lohngleichheits-Gesetz vorgelegt, der in Betrieben über 200 Beschäftigten die Möglichkeit schaffen soll, Auskunft über die Erwerbseinkünfte in vergleichbaren Tätigkeiten zu erhalten. Ausgangspunkt war, dass Frauen 2015 in Deutschland 21 % weniger als Männer verdienen. Das Statistische Bundesamt veröffentlichte im August 2014 unter dem Titel „Auf dem Wege zur Gleichstellung?“¹⁶⁹ Fakten zu einzelnen Lebensbereichen, blieb allerdings die Antwort auf die selbst gestellte Frage schuldig, obwohl ein nicht unwesentlicher Teil der Publikation den Einkommensunterschieden gewidmet ist.

Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in Deutschland sind beträchtlich. Gemessen am durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienst lag dieser 2016 (2. Vierteljahr) für vollzeitbeschäftigte Frauen - ohne Sonderzahlungen - bei 19,20 Euro und für Männer bei 22,81 Euro, das entspricht einem Verdienstunterschied von 3,61 Euro brutto je Arbeitsstunde, bzw. 13 % verdienen die Frauen weniger als die Männer. Deutschland liegt damit fast am Ende in den EU-Ländern.

Bezogen auf den Verdienstabstand zwischen männlichen und weiblichen Arbeitnehmern im früheren Bundesgebiet und Berlin sowie den neuen Bundesländern (produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich) besteht ein relativ unverändertes hohes Maß an Ungleichheit. Im Jahr 2016 erzielten Arbeitnehmerinnen in den alten Bundesländern (inkl. Berlin) mit 19,66 Euro einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst, der 16,8 % geringer war als der Verdienst der Männer mit durchschnittlich 23,62 Euro.¹⁷⁰ Im Vergleich dazu betrug der Unterschied in den neuen Ländern - bei generell niedrigerem Einkommensniveau - minus 3,0 %. Frauen erhielten 16,85 Euro, Männer 17,38 Euro.

Abbildung 2.32: Verdienstabstand im Vergleich der Bruttomonatslöhne zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmern (Gender Pay Gap) (Vollzeitbeschäftigte inkl. Sonderzahlungen) - nach Bundesländern - 2. Vierteljahr 2016 - in Prozent -



Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16, Reihe 2.3, Arbeitnehmerverdienste 2. Vierteljahr 2016, Wiesbaden 2016

¹⁶⁹ Statistisches Bundesamt: Auf dem Weg zur Gleichstellung?, Wiesbaden 2014.

¹⁷⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt, Arbeitnehmerverdienste 2. Vierteljahr 2016, Fachserie 16, Reihe 2.3, Wiesbaden 2016, T.4.1.4.

Frauen im Osten werden doppelt ungleich behandelt aufgrund der allgemeinen Verdienstunterschiede Männer-Frauen und der Ungleichheiten Ost-West. Frauen Ost erhalten 28,7 % weniger als Männer West - davon entfallen nur 3 Prozentpunkte auf die Frauen-Männer-Differenz im Osten und 26 Prozentpunkte auf die Ost-West-Differenz.

Die Konzentration auf die größeren Betriebe sowie tarifgebundene Betriebe im Gesetzentwurf mag seine Berechtigung im hohen Kontrollaufwand haben, benachteiligt jedoch die Beschäftigten in Kleinbetrieben. Im 2. Quartal 2016 lagen Frauen in den alten Bundesländern in Betrieben mit unter 50 Beschäftigten mit 2.769 Euro bei 81 % der Männereinkommen - im Osten erreichten sie mit 2.322 bereits 90 % (aufgrund des deutlich niedrigeren Niveaus insgesamt).

Als wesentliche Gründe für die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern werden im Allgemeinen bereits seit Jahren hervorgehoben:¹⁷¹

- a) der nach wie vor charakteristische Tatbestand, dass Frauen sich eher für schlecht bezahlte Berufe entscheiden (müssen) - so u.a. als Verkäuferin, Handels- und Bürokauffrau, Angestellte im Gesundheitsbereich und Friseurin, während Männer vorrangig in den wesentlich besser bezahlten Berufen wie in der Datenverarbeitung, Elektroniker, KFZ-Techniker, aber auch als Einzelhandelskaufmann zu finden sind.
- b) Frauen besetzen deutlich seltener leitende Positionen als Männer und sind überdurchschnittlich häufig als ungelernete Arbeitnehmerinnen tätig - dabei sind die Lohnabstände in den unteren Leistungsgruppen deutlich geringer als bei Führungskräften.
- c) Die durchschnittliche Arbeitszeit (2015) ist bei Frauen insbesondere in den alten Bundesländern aufgrund des traditionellen Rollenverständnisses mit hohem Anteil an Teilzeitarbeit mit 31,7 Std. wesentlich geringer als von Frauen im Osten (34,5 Std.) und der Männer-West (38,2 Std.) bzw. Männer-Ost (38,8 Std.).
- d) Es treten bei Frauen stärker familienbedingte Erwerbsunterbrechungen auf, die für viele Frauen nicht nur eine kontinuierliche berufliche Entwicklung behindern, sondern auch Verdienststeigerungen weitgehend unterbinden.

In den neuen Bundesländern ist der Verdienstunterschied geringer als im früheren Bundesgebiet, da Frauen in Ostdeutschland

- a) häufiger in Vollzeit arbeiten und u.a. auch dadurch einen niedrigeren Anteil an geringfügig Beschäftigten haben als Arbeitnehmerinnen im Westen;
- b) stärker den Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur unterlagen, insbesondere durch Abbau von „Männerdomänen“ z.B. in Forschung und Entwicklung und indem einkommensintensive Branchen im Rahmen der Vereinigung weitgehend „wegstrukturiert“ wurden;
- c) traditionell einen höheren Anteil von Frauen mit abgeschlossener beruflicher Bildung ebenso wie in Leitungsfunktionen - z.B. im Bereich Unterricht und Erziehung - haben, der bis in die Gegenwart höher ist als in den alten Bundesländern.

Ob das neue Gesetz tatsächlich - außer detaillierteren Kenntnissen - zu realen Veränderungen führt, bleibt abzuwarten, ist aber eher anzuzweifeln. Es schafft auf jeden Fall neue Ungleichheiten und damit neue Ungerechtigkeiten. Eine reale Strategie zur Minderung von Einkommensungleichheiten kann

¹⁷¹ Frauenverdienste - Männerverdienste: Wie groß ist der Abstand wirklich, destatis, STATmagazin v. 19.03.2013.

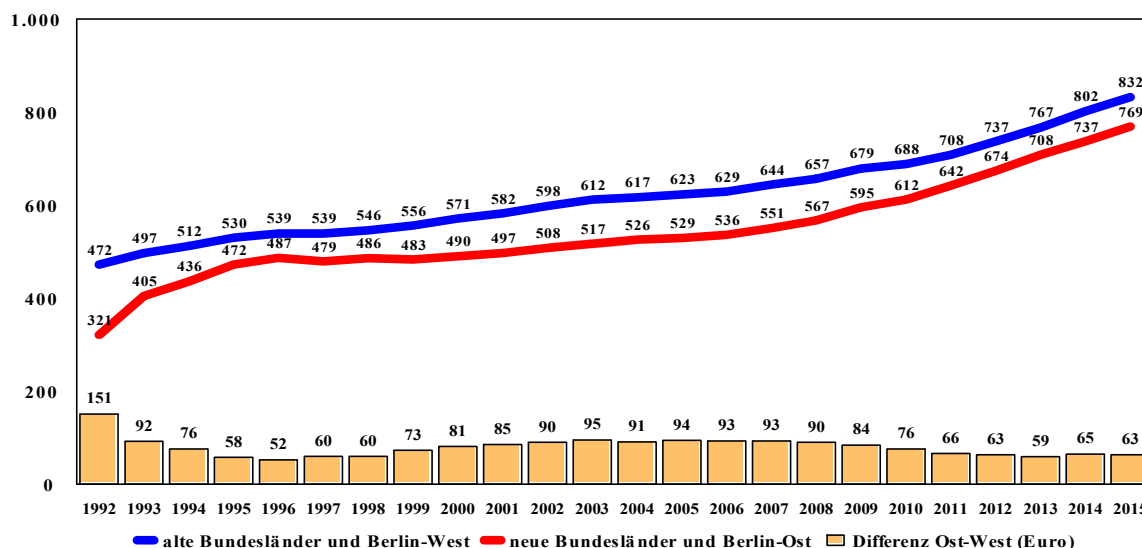
sich nicht auf gleichen Lohn für gleiche Leistung begrenzen, sondern schließt vor allem Chancengleichheit in der Berufswahl und den sozialen Positionen ein.

Ausbildungsvergütungen

Erfolgte in den neuen Ländern 1991/1992 eine allgemeine Übernahme des bundesdeutschen Berufsbildungssystems, so gelangen jedoch bislang weder die erforderliche Entwicklung von Ausbildungskapazitäten noch eine entsprechende gleichwertige Vergütung¹⁷².

Verbunden mit der Deindustrialisierung und Entgenossenschaftlichung entstand im Osten eine Landschaft von hoher Dominanz von Kleinst- und Kleinbetrieben mit geringer Tarifbindung, was - bei anfänglichem Fehlen von Ausbildungsplätzen - auf niedrige Vergütungen drückte. Insofern ist auch die hohe Abwanderungsrate junger Menschen mehrheitlich nicht allein dem Drang auf individuelle Freiheit, sondern vor allem auch den Zwängen eines gespaltenen Arbeits- und Ausbildungsmarktes sowie den Ungleichheiten in Einkommen und Vergütung geschuldet.

Abbildung 2.33: Tarifliche Ausbildungsvergütungen - nach Regionen - 1992 bis 2015 - in Euro -



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Datenbank Ausbildungsvergütungen, Bonn 2016

Inzwischen rücken die geburtenschwachen Jahrgänge mit nur noch rd. 1/3 der Auszubildenden nach, die Ungleichheit der Ausbildungsvergütungen bleibt, da sie sich an der allgemeinen Tarifentwicklung und den immer noch in vielen Bereichen existenten unterschiedlichen Tarifen Ost-West und weniger an dem Anspruch einer gleichwertigen Ausbildungsqualität orientiert. Unter Berücksichtigung der zu zahlenden Beiträge für Arbeitnehmer unter 24 Jahren zur Sozialversicherung (19,32 %) erreicht die durchschnittliche Nettovergütung im Osten im Jahr 2015 rd. 620 Euro und im Westen 671 Euro.

Kennzeichnend ist insgesamt:

- Seit 1992 stiegen die Ausbildungsvergütungen in den alten Bundesländern (inkl. Berlin-West) bis 2015 von 472 Euro auf 832 Euro, in den neuen Bundesländern (inkl. Berlin-Ost) von 321 Euro auf 769 Euro¹⁷³. Damit wurde 2015 eine Angleichung von 92,4 % bei der Vergütung nach tariflichen Vereinbarungen erreicht.

¹⁷² Vgl. Beicht, Ursula: Langzeitentwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütung in Deutschland, Schriftenreihe des BIBB, Heft 123, S. 28.

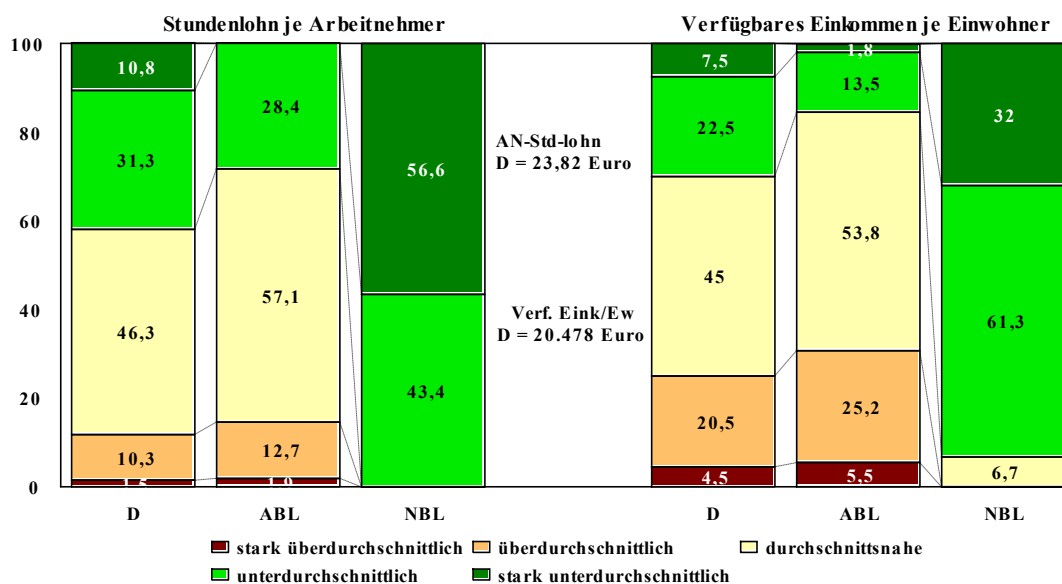
¹⁷³ Vgl. BIBB, Datenbank Ausbildungsvergütung, Tarifliche Ausbildungsvergütungen 1976 bis 2015 in Euro.

- b) Zwischen den Ausbildungsbereichen bestanden 2015 in West- und Ostdeutschland deutliche Unterschiede im Vergütungsniveau. Überdurchschnittlich hohe Ausbildungsvergütungen wurden in Industrie und Handel (West: 901 Euro, Ost: 826 Euro) und im Öffentlichen Dienst (West und Ost: 880 Euro) erreicht. Unter dem Gesamtdurchschnitt lagen dagegen die Vergütungen im Handwerk (West: 697 Euro, Ost: 600 Euro).
- c) Noch stärker treten die Unterschiede bei einzelnen Ausbildungsberufen hervor, während Kaufmann/Kauffrau im Versicherungsgewerbe mit 986 Euro im Osten wie Westen eine Angleichung von 100 % erreichen, erhalten Maurer mit 861 Euro im Osten nur 81 % der Westvergütung (1.057 Euro), die niedrigsten Werte erreichen Friseurinnen und Friseure mit 269 Euro im Osten - das sind nur 54 % des auch im Westen niedrigen, aber mit 494 Euro doch höheren Betrages.¹⁷⁴

Zugleich kann davon ausgegangen werden, dass die seit 1992 ausgewiesene Entwicklung des Nettoeinkommens mit deutlichen Kaufkraftverlusten von rd. 55 % verbunden ist. Insgesamt verbleibt damit im Osten nur ca. die Hälfte der gestiegenen Ausbildungsvergütung als reale Lebensstandardzunahme. Von einer günstigen Verdienstentwicklung kann insgesamt nicht die Rede sein.

Regionale Ungleichheiten

Abbildung 2.34: Einkommenssituation in den Stadt- und Landkreisen - Ost-West-Vergleich zum durchschnittlichen Deutschlandwert - 2013 - in Prozent -



Eigenberechnung nach: Statistisches Bundesamt, Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2013, Reihe 2, Band 3, Stuttgart, Dezember 2015/Arbeitnehmerentgelt in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2013, Reihe 2, Band 2, Stuttgart, Januar 2016

Sowohl für das künftige Erwerbs- als auch das Alterseinkommen bedarf es nach wie vor spezifischer Förderungsinstrumente im Sinne der Förderung strukturschwacher Regionen. Inzwischen gibt es eine Reihe von Vorschlägen, wie die Strukturschwächen von Regionen in Deutschland zu bestimmen sind, auf die hier im Einzelnen nicht eingegangen werden kann¹⁷⁵.

Gleichwohl ergeben die unterschiedlichsten Bewertungen und Ableitungen künftiger Entwicklungen, dass dem Osten eigentlich nicht bange sein muss, da in den neuen Ländern fast alle Stadt- und Land-

¹⁷⁴ Vgl. BIBB, Weiterhin günstige Verdienstentwicklungen für Auszubildende - Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2015, Bonn 2016.

¹⁷⁵ Vgl. hierzu BBSR, Raumordnungsprognose 2035/Prognos, Zukunftsprognose Deutschland.

kreise bzw. Gemeinden der besonderen Förderung, also einer de facto flächendeckenden Förderung durch Wirtschaftsförderung bedürfen, während es im Westen einzelne Kreise in einzelnen Bundesländern betrifft. Allein im Vergleich der Stundenlöhne ergab sich für 2013¹⁷⁶:

- a) von den 76 Stadt- und Landkreisen der neuen Länder befinden sich in der Rangliste 73 Kreise unter den letzten 100 Kreisen der insgesamt 402 Kreise Deutschlands. Nur 3 Stadtkreise betrifft das nicht (Jena [Rang 257], Potsdam [281], Dresden [289]) - man mag es als Fortschritt deklarieren, dass im Jahr 2000 noch alle 76 Ostkreise unter den letzten 100 Kreisen waren - ein Ausdruck gelungener Integration ist es nicht.
- b) Werden die Stundenlöhne nach Einkommensgruppen zusammengefasst ergibt sich (vgl. Abbildung 2.34), dass im Osten alle Bürger in Stadt- und Landkreisen mit stark unterdurchschnittlichen (unter 18 Euro) bzw. unterdurchschnittlichen Stundenlöhnen leben (18 bis 22 Euro), was einer Region der Geringerverdienenden entspricht, wie umgekehrt das nur für 28 % der westdeutschen Kreise gilt, in welchen in unterdurchschnittlichen Einkommensverhältnissen gelebt werden muss. In Kreisen mit überdurchschnittlichen Stundenlöhnen (26 Euro und darüber) leben im Westen die Bürger von 13 % der Kreise und keiner im Osten. (Vermerkt werden muss auch, dass das Argument „im Osten ist alles billiger“ nicht stimmt, da z.B. Energie, Treibstoff, Versicherungen u.a. teurer sind, während billigere Wohnungen in ländlichen Gebieten höhere Kosten für Mobilität erfordern usw.).

Tabelle 2.19: Stadt- und Landkreise nach Regionenstruktur auf Grundlage von Stundenlohnranking - 2013 - in Prozent -

Wertung	Stundenlöhne in Euro x = 23,82 E	Stadt- und Landkreise					
		Anzahl			Prozent		
		NBL	FBG	D	NBL	FBG	D
stark überdurchschnittlich	30,00 und darüber	-	6	6	-	1,9	1,5
überdurchschnittlich	26,00-29,99	-	41	41	-	12,7	10,3
durchschnittsnahe	22,00-25,99	-	185	185	-	57,1	46,3
unterdurchschnittlich	18,00-21,99	33	92	125	43,4	28,4	31,3
stark unterdurchschnittlich	unter 18,00	43	-	43	56,6	-	10,8
		76	324	400	100	100	100

Datenbasis: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Arbeitnehmerentgelt in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2013, Reihe 2, Band 2/Eigenberechnungen, Stuttgart 2015

Familiäre Lebensverhältnisse werden naturgemäß - siehe nachfolgenden Abschnitt - nicht nur vom Erwerbseinkommen geprägt, sondern insbesondere bei älteren Bürgern und Erwerbslosen im hohen Maße auch von Sozialtransfers. In Deutschland ist auch das den Haushalten/Familien zur Verfügung stehende Nettoeinkommen zweigeteilt in Ost und West. Das je Einwohner verfügbare Einkommen betrug 2013 in Deutschland 20.418 Euro (rd. 1.700 Euro pro Monat) - im Osten 17.439 und im Westen (inkl. Berlin) 21.035 Euro. Daraus folgt, dass dem Einzelnen im Osten im Durchschnitt 3.600 Euro im Jahr bzw. 300 Euro je Monat weniger zur Verfügung stehen. Auch hier befinden sich 70 der 76 Stadt- und Landkreise der neuen Länder unter den letzten 100 Kreisen insgesamt. Mit einem nur unterdurchschnittlichen Haushaltsnetto je Einwohner (unter 19.000) müssen im Osten die Bürger von 93 % aller Stadt- und Landkreise leben, im Westen betrifft das nur 15 % der Kreise. Ein überdurchschnittliches

¹⁷⁶ Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Arbeitnehmerentgelt in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2013, Reihe 2, Band 2 / Eigenberechnungen, Stuttgart 2015.

Haushaltsnetto (22.000 Euro und darüber) steht den Einwohnern in 31 % der Kreise Westdeutschlands und keinem Ostkreis zur Verfügung.

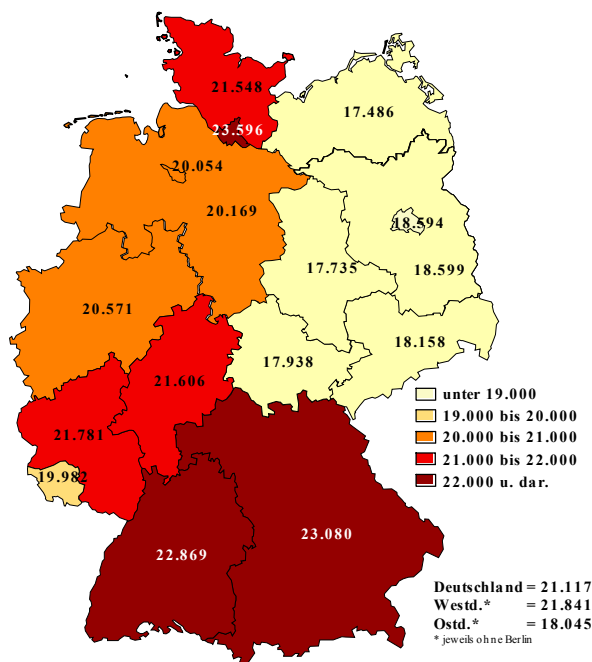
2.3.2 Haushaltseinkommen

Haushaltseinkommen je Einwohner

Weder in den alten noch in den neuen Bundesländern verfügt der einzelne Haushalt fast ausschließlich über Erwerbs- bzw. Renteneinkommen, sondern zugleich über mehr oder weniger zusätzliche finanzielle Mittel z.B. aus Sozialtransfers oder Vermögenseinkommen (soweit Sparguthaben und andere Finanzanlagen vorhanden sind). Mehrheitlich liegen dem Haushaltseinkommen auch nicht nur die Einnahmen einer Person zugrunde.

Die Abbildung 2.35 verdeutlicht die spezifisch regionale Entwicklung in Deutschland, die analog vergleichbar auch bei der Darstellung des BIP, der Erwerbseinkommen (je Einwohner/Erwerbstätigen/Arbeitnehmer), den Stundenlöhnen u.a. wichtigen sozial-ökonomischen Indikatoren zwischen Ost und West aussieht. Längst überwundene Grenzziehungen der Zweistaatlichkeit sind kartografisch immer noch erkennbar.

Abbildung 2.35: Verfügbares Einkommen je Einwohner - 2014 - in Euro -



Quelle: Statistische Ämter der Länder, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Verfügbares Einkommen 1991-2014 - (WZ 2008), Revision 2014, Stuttgart 2016

Das verfügbare Einkommen der Bürger in Deutschland¹⁷⁷ betrug 2014 rd. 1.710 Milliarden Euro, das waren 21.117 Euro je Einwohner. Den Bürgern der neuen Bundesländer (15,4 % der Bevölkerung) standen davon 13,2 % der erzielten Gesamtsumme zur Verfügung. Dabei ist insgesamt kennzeichnend:

- a) der erfolgte Anstieg der verfügbaren Einkommen je Einwohner in Ost wie West - bei raschem Tempo bis Mitte der 90er Jahre im Osten, danach weitgehender paralleler Verlauf. Im Jahr 2000

¹⁷⁷ Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht den Einkommen, welche den privaten Haushalten im jeweiligen Jahr zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können. Es ergibt sich, indem den Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, welche die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; und andererseits Einkommens- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind, abgezogen werden.

betrug das verfügbare Einkommen in den neuen Ländern 12.931 Euro und stieg bis 2014 auf 18.045 Euro, in den alten Bundesländern (ohne Berlin) erhöhte es sich von 16.442 Euro auf 21.841 Euro. Der absolute Steigerungsbetrag war damit im Osten mit 5.114 Euro geringer als im Westen mit 5.399 Euro. Die Angleichungsquote neue Länder/alte Länder erhöhte sich zwischen 2000 und 2014 lediglich von 79 % auf 82,6 %.

- b) Eine seit 2000 fast unveränderte Lücke in den verfügbaren Einkommen des besten neuen Bundeslandes und dem einkommensschwächsten Bundesland-West verbleibt weitgehend stabil. Sie erhöhte sich seit 2000 sogar leicht von 1.360 Euro auf 1.383 Euro (2014) zwischen Brandenburg und dem Saarland.
- c) Charakteristisch für den Osten ist eine hohe Dichte der verfügbaren Einkommen zwischen den einzelnen neuen Bundesländern - weitgehend Ausdruck relativ homogener Erwerbseinkommensstrukturen aufgrund der existierenden Wirtschafts- und Betriebsgrößenstrukturen sowie geringer tariflicher Bindungen, bei deutlich stärkerer stabiler Spreizung zwischen den einzelnen alten Bundesländern.¹⁷⁸ Während die neuen Bundesländer Werte zwischen 17.486 Euro (Mecklenburg-Vorpommern) und 18.599 Euro (Brandenburg) erreichen, liegt das Saarland mit 19.982 Euro an unterster Stelle der alten Bundesländer und Bayern mit 23.596 Euro an der Spitze - insgesamt eine deutlich größere Einkommensspreizung im Westen.
- d) Auch die Untersetzung nach Stadt- und Landkreisen zwischen Ost und West für das Jahr 2013 lässt erkennen, dass es eine regionale Verdichtung von einkommensschwachen Kreisen in den alten Bundesländern nicht gibt. Von 400 Kreisen (72 Ost/328 West) lagen 69 Kreise, d.h. 96 % der Ostkreise, unter 20.000 Euro (2013). „Ausreißer“ innerhalb der Verteilung des jeweiligen Landes waren im Osten die Kreise Dahme-Spreewald (21.098 Euro je Einwohner), Potsdam-Stadt (20.924 Euro) und Suhl (20.289 Euro) mit überdurchschnittlichen Einkommen - deutlich unterdurchschnittlich lagen im Westen die Kreise Gelsenkirchen (15.904 Euro), Wilhelmshaven (15.945 Euro), Duisburg (16.368 Euro) und Herne (16.419 Euro).
- e) Die Einkommensspreizung der Stadt- und Landkreise innerhalb der einzelnen Bundesländer differierte in den neuen Ländern von Mecklenburg-Vorpommern mit 1.950 Euro bis 5.753 Euro (Brandenburg) und von 7.376 Euro in Niedersachsen bis 22.000 Euro in Baden-Württemberg.

Insgesamt ergibt sich, dass auch in den nächsten Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, die Lücke zwischen dem einkommensstärksten Ostland und dem einkommensschwächsten Westland nicht geschlossen werden wird, da die wirtschaftlichen Bedingungen hierfür fehlen. Ein Finanzausgleich anhand der strukturschwächsten Kreise/Länder wird deshalb auch nach 2019 noch einer konzentrierten Ostförderung bedürfen. Selbst westdeutsche Bundesländer verfügen mehrheitlich für ihre einkommensschwachen Kreise (Beispiel NRW) allein aufgrund ihrer Größe und Wirtschaftskraft über mehr Mittel zum Ausgleich innerhalb ihres Landes (abgesehen vom Saarland) als jedes Ostland im Einzelnen.

¹⁷⁸ Neuere Veröffentlichungen des DIW (Wochenbericht 25/15) verweisen erneut auf die zunehmende Umverteilung des verfügbaren Einkommens zugunsten der höheren Einkommensgruppen und die z.T. sinkenden verfügbaren Einkommen bei niedrigeren Einkommensgruppen.

Haushaltsbezogene Einkommen

Wird das Haushalteinkommen nach Einkommens-/Einnahmearten für den Haushalt insgesamt betrachtet (also nicht je Einwohner), so lag das monatliche **Bruttoeinkommen** der Haushalte in Deutschland 2014 bei 4.101 Euro. Osthaushalte (neue Bundesländer und Berlin) verfügten mit 3.215 Euro über 73,2 % der Westhaushalte (4.393 Euro). Das Haushalts**netto**einkommen erreichte in Deutschland 3.147 Euro, und betrug mit 2.509 Euro im Osten im Vergleich zu 3.318 Euro im Westen - insbesondere auch aufgrund fehlender bzw. geringerer Kirchen- bzw. Einkommenssteuern - trotz steigender Werte gegenüber den Vorjahren nur 75,6 % der Westhaushalte. Obwohl die Angleichung 2004 bereits bei 77 % lag, hat sich der absolute Differenzbetrag inzwischen von 630 Euro (2004) auf 809 Euro (2014) pro Monat erhöht.¹⁷⁹

Tabelle 2.20: Einkommen und Einnahmen privater Haushalte - nach Regionen - 2014
- Euro je Haushalt und Monat -

	alle Haushalte		
	früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	neue Länder und Berlin	Angleichung Ost an West
	Euro	Euro	%
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2.672	1.965	74
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	32	21	66
Einnahmen aus Vermögen	453	220	49
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	959	901	94
dar. (Brutto)-Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	442	586	133
(Brutto)-Pensionen	178	21	12
Arbeitslosengeld I	18	21	117
Arbeitslosengeld II und Sozialgeld	42	80	191
Kindergeld/-zuschlag	87	63	72
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen	222	106	48
Haushaltsbruttoeinkommen	4.339	3.215	74
abzüglich:			
Einkommens-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	489	285	58
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	571	438	77
zuzüglich:			
Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung sowie zur Pflegeversicherung sowie Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	40	16	30
Haushaltsnettoeinkommen	3.318	2.509	76

Quelle: Statistisches Bundesamt, laufende Wirtschaftsrechnungen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2014, Fachserie 15, Reihe 1, Wiesbaden 2016

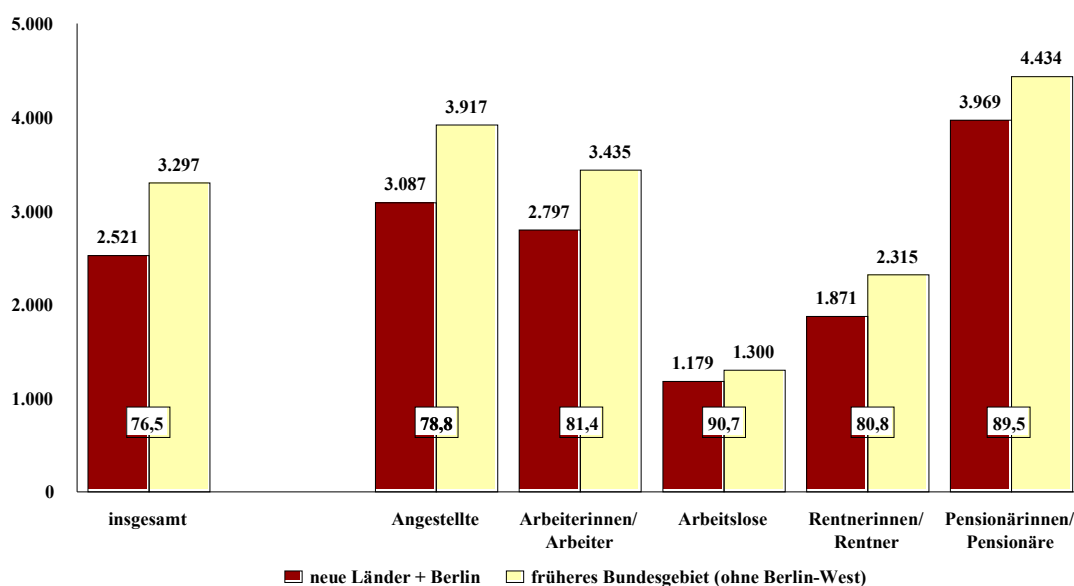
Nicht zu übersehen ist auch, dass das gegenwärtige Niveau im Osten wie im Westen mit 94 % auf fast gleichen öffentlichen Transferleistungen (Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld), aber im Osten vor allem auf Leistungen für die Familien von Rentnerinnen und Rentnern der gesetzlichen Rentenversicherung beruht, während in den alten Bundesländern insbesondere Pensionärinnen und Pensionäre davon deutlich nutzen. Zugleich beruhen die Leistungen im Osten auf wesentlich geringeren nicht öffentlichen Transferzahlungen (Betriebsrenten, private Versicherungen und Unterstützungen), welche nur 48 % der Familien des Westens entsprechen.

¹⁷⁹ Datenbasis: Statistisches Bundesamt, laufende Wirtschaftsrechnungen, Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2014, Fachserie 15, Reihe 1, Wiesbaden 2016 - Zwischenzeitlich wurde Berlin insgesamt den neuen Bundesländern zugeordnet (2004 nur Berlin-Ost).

Ab 2014 hat das Statistische Bundesamt die gesonderte Berechnung sozialstruktureller Untersetzungen für Ost- und Westdeutschland eingestellt (bzw. stellt sie nicht mehr zur Verfügung) ebenso den speziellen Ausweis für „Rentner“ und „Pensionäre“ unter „Ruhestand“ zusammengefasst. Das ist insofern bedauerlich, da gerade die Diskussion um die Reformierung der Rentengesetzgebung der gesonderten Aufbereitung der Einkommen, Einnahmen und Ausgaben der Rentnerinnen und Rentner sowie der Pensionärinnen und Pensionäre bedürfte. (Das Argument der geringen Repräsentativität ist inakzeptabel, da in den Jahren 2009 bis 2012 auch mit einer vergleichbaren Repräsentativität gearbeitet wurde.)

Im Nachfolgenden erfolgt deshalb der Rückgriff auf die Daten von 2013.

Abbildung 2.36: Haushaltsnettoeinkommen - nach sozialer Stellung der Haupteinkommensbezieher/-innen und Regionen - 2013 - in Euro -



Quelle: Statistisches Bundesamt, laufende Wirtschaftsrechnungen, Einkommen und Einnahmen privater Haushalte 2013, Glied.nr. D2/D3 2.2 V, Wiesbaden 2015

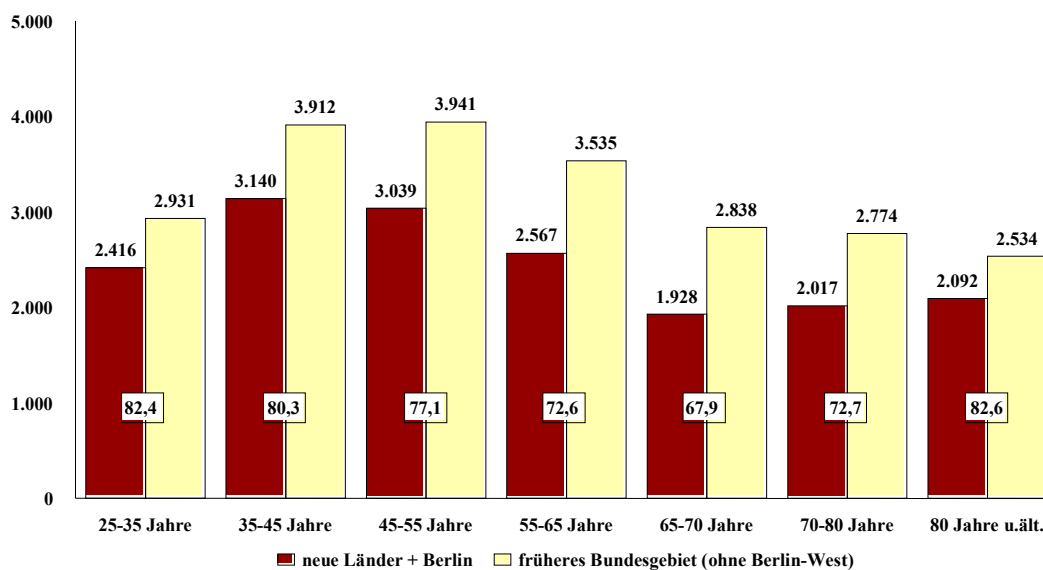
Hinsichtlich der Ost-West-Strukturen unterscheiden sich beide Regionen - über Einkommensunterschiede in den Erwerbseinkommen und Rentenzahlbeträgen - vor allem aufgrund

- der Einkommen aus selbstständiger Arbeit und Beamtenpensionen,
- der Einnahmen aus Vermögen,
- zu zahlender Einkommens- und Kirchensteuern.

Die Haushaltsnettoeinkommen nach Altersgruppen reflektieren Kontinuität im Westen wie Diskontinuität und Verwerfungen im Osten. Insbesondere in den Altersgruppen der 55- bis 70-Jährigen in den neuen Bundesländern wirken die in den Jahren 1990 bis 1995 erfolgten nachhaltigen „Neustrukturierungen“, insbesondere durch eine hohe Langzeitarbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Transferleistungen. „Jüngere“ zwischen 25 und 45 Jahren haben bereits „hohe“ Angleichungswerte erreicht, ebenso wie über 80-Jährige.

Die für viele Ostdeutsche in den vergangenen Jahren fehlenden bzw. unzureichenden Möglichkeiten einer entsprechend bezahlten Tätigkeit bzw. des Fehlens von Erwerbsarbeit überhaupt, werden bereits in den nächsten Jahren die Anzahl der Rentner mit deutlich sinkenden Rentenzahlbeträgen - soweit nicht gegengesteuert wird - erhöhen und Tendenzen der Altersarmut noch verstärken.

Abbildung 2.37: Haushaltsnettoeinkommen - nach Altersgruppen der Haupteinkommensbezieher/-innen und Regionen - 2013 - in Euro -



Quelle: Statistisches Bundesamt, laufende Wirtschaftsrechnungen, Einkommen und Einnahmen privater Haushalte 2013, Glied.nr. D2/D3 2.4 V, Wiesbaden 2015

Die mit den Erhebungen des ISS/SFZ zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern seit 1990 (noch DDR) vorliegenden Daten lassen die positiven Veränderungen in der Haushaltsnettoeinkommensstruktur¹⁸⁰ in den neuen Ländern zwischen 1990 und 2014 belegen. Insbesondere nach 2000 ist in den unteren Einkommenssegmenten ein deutlicher Rückgang erfolgt, während gleichzeitig eine anteilige Zunahme in den oberen Segmenten stattfand.

Während noch im Jahr 2000 fast die Hälfte aller Haushalte nur über ein durchschnittliches Einkommen (Selbsteinschätzung) von unter 1.000 Euro verfügte, hat sich dieser Anteil bis 2014 auf 16 % reduziert. Gleichzeitig erhöhte sich im gleichen Zeitraum der Anteil der Haushalte mit einem Netto von über 2.500 Euro von 8 % auf 34 %, im früheren Bundesgebiet wurden 42 % erreicht.

Tabelle 2.21: Haushaltsnettoeinkommen - nach Einkommensgruppen und Regionen - 1990 bis 2014 - in Prozent -

	neue Länder und Berlin-Ost						früheres Bundesgebiet (inkl. BerlinWest)	
	1990	1995	2000	2005	2010	2014	2010	2014
bis 1.000 Euro	73	41	44	28	17	16	13	12
1.000 bis 1.500 Euro	20	25	19	18	20	14	12	13
1.500 bis 2.000 Euro	6	19	21	21	20	19	12	16
2.000 bis 2.500 Euro	1	10	8	14	15	17	19	17
2.500 Euro u.dar.	-	5	8	18	28	34	43	42

Datenbasis: sfz/leben 1990 bis 2014 (gew.)

¹⁸⁰ Datenbasis: sfz/leben 1990 bis 2011 (gew.).

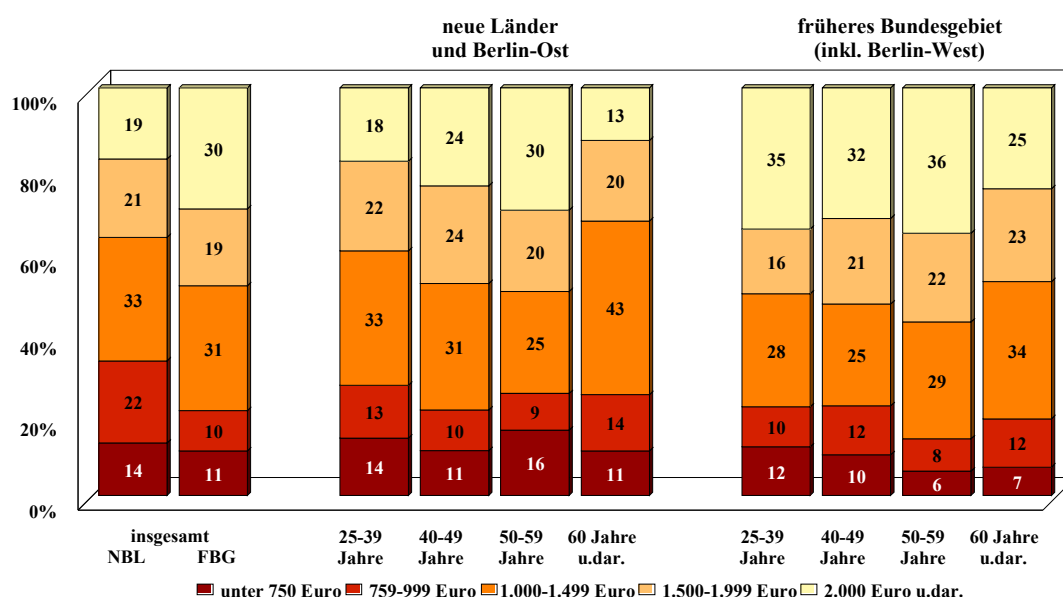
Familienstrukturen bezogenes Haushaltsnettoeinkommen (äquivalenzgewichtet)

Gerade für die Entwicklung der Einkommen im Osten ist die Berücksichtigung unterschiedlicher Familiengrößen sowie des Alters der Kinder von Bedeutung. Auch für internationale Vergleichszwecke wird dafür das sog. äquivalenzgewichtete Haushaltsnettoeinkommen¹⁸¹ errechnet. 2014 betrug dieses in Deutschland 1.645 Euro, in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1.476 Euro je Haushaltmitglied, im früheren Bundesgebiet (inkl. Berlin-West) 1.684 Euro, d.h. es wurde eine Angleichung von 88 % erreicht. Bei dem so ermittelten Einkommen für 2014 wird - bezogen auf die neuen Bundesländer - deutlich:

- der größere Bevölkerungsanteil mit einem Äquivalenzeinkommen unter 750 Euro bei Bürgern ohne beruflichen Abschluss (40 %) im Vergleich zu Hochschulabsolventen (5 %). Umgekehrt beträgt der Anteil von höheren Pro-Kopf-Einkommen (über 2.500 Euro) in Hochschulhaushalten 43 %, im Vergleich zu 5 % in Haushalten, in denen der Befragte über keinen beruflichen Abschluss verfügt.
- In den neuen Ländern verfügen 74 % der Beamtenhaushalte über ein Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen von über 2.000 Euro - im Vergleich: Arbeiter zu 6 %.
- Die Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen verfügt über die höchsten Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zu den anderen Altersgruppen (50 % über 1.500 Euro).
- 83 % aller Arbeitslosen-Haushalte verfügen nur über ein Haushaltsnetto/Kopf von unter 1.000 Euro pro Familienmitglied.

Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet werden auch im Pro-Kopf-Haushaltseinkommen die ungleichen Erwerbs- und Alterseinkommen deutlich, durch einen höheren Anteil unterer Einkommensgruppen und einen geringeren Anteil oberer Gruppen.

Abbildung 2.38: Haushaltsnettoeinkommen äquivalenzgewichtet (OECD) - nach Altersgruppen und Regionen - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

¹⁸¹ Dabei werden die Bezugsperson mit 1,0, jeder weitere Erwachsene sowie Kinder zwischen 14 und 18 Jahren mit 0,5 und Kinder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet. Eine 4-Personen-Familie mit 2 Erwachsenen und jeweils einem Kinder unter und einem über 14 Jahren erhält demzufolge das Gewicht 2,3. Bei einem Haushaltsnettoeinkommen von 2.000 Euro ergibt das ein Äquivalenzeinkommen - Familieneinkommen pro Kopf - von 870 Euro.

2.3.3 Altersrente - Alterseinkommen

2.3.3.1 Rentenentwicklungen

Nach einem überwiegend durch Arbeit geprägten Lebensverlauf ist gerade für ältere Bürger ein sicheres Alterseinkommen von besonderem Gewicht. „Entfaltungsspielräume und die Möglichkeit zur selbständigen Lebensführung älterer Menschen werden ganz maßgeblich durch ihre Einkommenslage geprägt. Ein ausreichendes, der wirtschaftlichen Entwicklung dynamisch angepaßtes Alterseinkommen ist die grundlegende Voraussetzung, um unabhängig und in einem angemessenen Wohnraum lebend, soziale Kontakte knüpfen bzw. aufrechterhalten und die freie Zeit aktiv und individuell zufriedengestellt gestalten zu können... Ob die Systeme der sozialen Alterssicherung leistungsfähig sind, muß also insbesondere auch daran gemessen werden, ob sie Altersarmut zuverlässig verhindern können.“¹⁸²

Renten in der DDR

Diskussionen um das Alterseinkommen der heutigen/künftigen Senioren sind von Einkommen und Rente in der DDR nicht völlig zu trennen, da die Modalitäten der Rentenüberleitung der DDR-Renten ebenso wie die in DDR-Zeiten erreichten Einkommen und Arbeitsjahre (und damit verbundene Sozialversicherungsbeiträge) bestimmend für die Rentenberechnung in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) waren und z.T. noch sind. Dabei nimmt mit dem Rentenzugang von Jahr zu Jahr der Anteil der DDR-Einkommen logischerweise ab. Im Jahr 2015 konnten 50-Jährige nur noch maximal 10 Jahre in der DDR Einkommen erzielen und 25 Jahre in der Bundesrepublik Entgelt aus Erwerbsarbeit erhalten bzw. entsprechende Anrechnungszeiten (Arbeitslosigkeit, im weitesten Sinne auch für ABM, SAM usw.). Sie können unter günstigen Bedingungen noch rd. 17 Jahre Entgeltpunkte (bis ca. 2032) für die GRV ansammeln. Das heißt, die in der Bundesrepublik erworbenen Ansprüche werden immer bestimmender.

1989 betrug das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen für Rentnerhaushalte 729 Mark. Ein-Personen-Rentnerhaushalte verfügten über 529 Mark, Zwei-Personen-Rentner-Haushalte über 1.095 Mark. Dabei sind zwei Gesichtspunkte ergänzend einzubeziehen: Erstens die - im Vergleich zu Haushalten der alten Bundesländer - anderen Ausgabestrukturen, insbesondere mit geringeren Anteilen der Miete (rd. 6 % - alte Länder 24 %) und höheren Anteilen an Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel (30 %/20 %) und andererseits die auch zu DDR-Zeiten umstrittenen Subventionen für Waren und Leistungen des Grundbedarfs, die allein für Nahrungsmittel zwischen 132 Mark in einem Ein-Personen-Haushalt, 298 Mark im Drei-Personen-Haushalt und 419 Mark in Fünf-und-mehr-Personenhaushalten ausmachten.

Die monatlichen Geldausgaben der Rentnerhaushalte für Nahrungsmittel beliefen sich auf 231 Mark. Für Miete, Strom, Gas, Wasser, Heizung und feste Brennstoffe bezahlte ein Rentnerhaushalt im Monat durchschnittlich 61 Mark, für Verkehrsleistungen 16 Mark, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und andere Druckerzeugnisse ließ er sich monatlich 11 Mark kosten¹⁸³.

¹⁸² Bäcker, G./Dieck, M./Naegele, G./Tews, H.-P.: Ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1989, S. 68 f.; vgl. dazu auch: Bäcker, G./Bispinck, R./Hofemann, K./Naegele, G.: Sozialpolitik und soziale Lage in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1989, S. 205 f.

¹⁸³ Wie verfügten die Rentner vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion über ihr Einkommen? Haushaltsbefragung des Statistischen Amtes der DDR, Berlin 1990, S. 1 f.

Im ersten und letzten Altenbericht der DDR¹⁸⁴ wird festgestellt, dass insbesondere ab Mitte der 80er Jahre die kritischen Stimmen aus der Bevölkerung zunahmen, die eine Verbesserung der Lage der alten Menschen forderten. Eine für Ende 1989 geplante Rentenerhöhung sah Beträge zwischen 30 und 100 Mark vor ohne eine automatische Anpassung der Renten an die allgemeine Lohnentwicklung.

Bis zur Übernahme des bundesdeutschen Rentensystems bestand die Dominanz von Mindestrenten und Mindestbeträgen in Abhängigkeit von den geleisteten Arbeitsjahren. Zwei Drittel aller Altersrentner erhielten eine solche Rente, die einen Betrag von 330 Mark bis 470 Mark erreichen konnte. Ein Drittel der Altersrentner erhielt darüber hinaus eine Rentenleistung der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung, die aber die ältesten Rentner objektiv ausschloss. Während ein Erwerbstätiger eine Rente aus der Pflichtversicherung in Höhe von 510 Mark erreichen konnte, waren für einen Vollbeschäftigten mit Durchschnittsverdienst (Renteneintritt 1989) etwa 190 Mark monatliche FZR-Rente möglich (vgl. Tabelle). Rd. 250.000 Altersrentnerinnen und -rentner waren in einer zusätzlichen Versorgungsform organisiert (sog. Sonder- und Zusatzrenten), die z.T. deutlich höhere Rentenleistungen mit unterschiedlichen Eigenanteilen sicherten.

Tabelle 2.22: Rente nach Rentenarten sowie Pflegegelder aus der Sozialpflichtversicherung und aus der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung - Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten beim FDGB (Monat Dezember) -

	1953	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1989	
								ohne FZR	mit FZR
	Durchschnittsbetrag je Rente (Mark)								
Altersrenten	96	153	173	199	258	343	377	447	555
Invalidaltersrenten	96	136	141	166	226	313	359	434	567
Invalidenrenten	93	147	163	210	264	341	397	482	636
Witwen- (Witwer-)Renten	72	121	133	158	212	275	339	387	479
Pflegegelder	37	38	38	39	48	47	47	48	-

Quelle: H. Wille, Tabellenanhang, in: Geschichte der Sozialpolitik der DDR 1945 - 1985 (Hrsg.: G. Winkler), Akademie Verlag, Berlin 1989, S. 398; für 1989: Statistisches Jahrbuch 1990, S. 384

Das Einkommen für Rentner betrug de facto ohne FZR rd. 40 % der durchschnittlichen Nettolöhne bzw. -gehälter, welches mit FZR an 50 % heranreichte, aber insgesamt nicht mehr war als eine stabile Mindestsicherung mit geringen Abweichungen nach der Zahl der Arbeitsjahre und Einkommen. Die größten Differenzierungen traten zwischen Frauen- und Männerrenten aufgrund der in den Rentenjahrgängen noch deutlich unterschiedlichen Zahl der Arbeitsjahre und niedrigeren Arbeitseinkommen auf. Hinzu kam, dass die absolute Differenz zwischen Arbeitseinkommen und Durchschnittsrente von Jahr zu Jahr steigend Ende 1989 rd. 600 Mark der DDR ausmachte. Die Rente war kein sich der allgemeinen Einkommensentwicklung anpassendes Alterseinkommen, aber aufgrund einer Subventionspolitik und bei (mehr oder weniger) stabilen Preisen, Mieten und Tarifen mehr als eine sich an der Armutsgrenze bewegende Sozialleistung.

¹⁸⁴ Vgl. Schwitzer, K.-P.: Altenreport '90, Blätter der Wohlfahrtspflege 10+11/1990, S. 7.

Rentenüberleitung - Rentenentwicklungen¹⁸⁵

Mit Inkrafttreten der Währungsunion zum 1. Juli 1990 wurden die Renten im Verhältnis 1:1 auf DM umgestellt. Die Freiwillige Zusatzrentenversicherung (FZR) wurde zum 30.6.1990 geschlossen. Als Kernelement der Angleichung legte der Staatsvertrag die Lohn- und Beitragsbezogenheit der Renten fest.

Die Überführung betraf 3,9 Millionen Bestandsrenten. Rd. 300.000 Bürger waren in 63 Zusatz- bzw. Sonderversorgungssystemen erfasst (Mitarbeiter der Post und Reichsbahn, Mitarbeiter in Banken, Sparkassen und Sozialversicherung, Mitarbeiter in Wohlfahrts- und Behindertenverbänden, Angehörige der wissenschaftlichen, technischen und pädagogischen Intelligenz, Ärzte mit eigener Praxis, Angehörige der Armee, Feuerwehr, Polizei, Mitarbeiter der Staatssicherheit). Zugleich wurde die Krankenversicherungspflicht auf Rentner übertragen.

Für einen fiktiven Standard-Rentner der DDR wurde die monatliche Nettorente zum 1. Juli 1990 auf 672 DM angeglichen. Das entsprach der staatsvertraglich ausgehandelten Zielgröße von 70 % des seinerzeitigen aktuellen durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts der DDR, das im Rentenangleichungsgesetz mit 960 Mark vorgegeben worden war. Wer mehr Arbeitsjahre nachweisen konnte, erhielt eine entsprechend höhere Rente und umgekehrt. Nach den Regelungen des Rentenangleichungsgesetzes wurde zum Ausgleich des Subventionswegfalls für Renten unter 495 DM pro Monat ein Sozialzuschlag gezahlt (maximal 165 DM monatlich).

Mit dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990 wurde der Angleichungsprozess des Rentensystems fortgesetzt, das Rentenrecht nach SGB VI zum 1. Januar 1992 auf die neuen Bundesländer überzuleiten. Ein fester Endtermin der Anpassung der Renten Ost an die Renten West wurde gesetzlich nicht festgeschrieben, so dass auch 2015 noch keine Rechtseinheit für Renten-Ost und Renten-West besteht.

Mit dem Rentenüberleitungsgesetz vom 25. Juli 1991 (RÜG) und entsprechenden Anpassungsregeln (RÜG) n der Fassung vom 18. Dezember 1991 - RÜG-ÄndG) wurde ab 1. Januar 1992 das westdeutsche Rentenrecht auf die neuen Bundesländer übertragen. In die Rentenumwertung zum 1. Januar 1992 wurden nur Rentenbestandteile einbezogen, die durch Beiträge und rentenrechtliche Zeiten belegt waren. Das schloss ein, dass im Rentenrecht enthaltene Elemente wie Mindestrentenbestandteile, Zurechnungszeiten für Kindererziehung und langjährige Berufstätigkeit von Frauen aus der Rentenberechnung herausgenommen wurden. Im Sinne des Bestandschutzes wurden für 2,4 Millionen Rentnerinnen und Rentner Auffüllbeträge gewährt, so dass diese erst nach Abschmelzung ihrer Auffüllbeträge an der Rentendynamisierung teilnehmen konnten und zum Teil über Jahre keine Rentenentwicklung erfolgte. Das betraf insbesondere Frauen. Ende 2015 gab es noch 49.000 Rentner/Rentnerinnen, deren Auffüllbeträge noch nicht völlig abgeschmolzen wurden.

Unbestrittenermaßen waren die mit der Rentenanpassung verbundenen Umstellungen und Erhöhungen vor allem für die Rentner - im Vergleich zu den jüngeren Generationen - günstig, da nicht eine einfache Umstellung 1:1 erfolgte, sondern eine Rentenhebung entsprechend der „Eckrente“. Auch nachfolgende Rentenerhöhungen führten schnell zu deutlichen Einkommenssteigerungen, so dass sich der Lebensstandard älterer Menschen kurzfristig deutlich erhöhte, nicht zuletzt auch wegen der z.B. noch wirksamen niedrigen Mieten, aber auch anderen Bedürfnisstrukturen (z.B. geringeres Interesse an

¹⁸⁵ Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich (aktualisiert) auf Steffen, J./Haupt, H./Winkler, G./Deml, J.: Sichere Renten für die Zukunft - Leitlinien der Volkssolidarität zur zukünftigen Entwicklung der Gesetzlichen Rentenversicherung (Zweite grundlegend überarbeitete und erweiterte Auflage), Verlag Am Turm, Berlin 2000, S. 37ff.

Autos bei Rentnerinnen). Beginnend am 1. Juli 1990 vollzog sich ein zunächst rascher, später verlangsamender und schließlich ausgesetzter Prozess der Rentenangleichung.

Die Entwicklung der ersten Jahre führte zu der allgemeinen Feststellung, dass die Rentner „die Gewinner“ der Einheit seien. Ohne die kurzfristigen Effekte für den Lebensstandard der Rentner zu leugnen, der auch allgemeine Anerkennung gefunden hat und findet, blieben bereits damals eine Reihe von Problemen ungelöst. Das betraf/betrifft die Kappung der Einkommen in Höhe der nachträglich festgelegten Beitragsbemessungsgrenze, die Renten für Genossenschafter, für spezifische berufsständische Versorgungssysteme, den fehlenden Versorgungsausgleich für vor 1990 geschiedene Frauen und spezielle Fragen der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme. Insbesondere höhere Rentenansprüche von medizinischem, wissenschaftlichem und pädagogischem Personal wurden per Gesetz (Rentenüberleitungsgesetz - RÜG) abgeschmolzen und verringerten die geringen Differenzierungen im Renteneinkommen weiter.

In den neuen Bundesländern erfolgte die Rentenanpassung von Anfang an entsprechend der Netto-lohntwicklung. Da die durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelte in Ostdeutschland zunächst erheblich stärker stiegen als im alten Bundesgebiet wurden die Renten bis zum Jahre 1996 halbjährlich angepasst, um das gesetzlich vorgesehene Nettorentenniveau in den neuen Ländern halten zu können.

Ab Mitte der 90er Jahre begann der deutlich erkennbare Prozess der Verlangsamung der Einkommensentwicklung und Rentenanpassung. Kennzeichnend für diese Entwicklungen waren

- Rentenkürzungen durch Eingriffe in die Kranken- und Pflegeversicherung.¹⁸⁶ So stiegen die Krankenversicherungsbeiträge für Rentner von 1990 mit 6,4 % bis 1996 auf 7,7 % (Pflegeversicherung) und erhöhten sich für Rentner mit der vollen Übernahme der Pflegeversicherung auf fast 9 % (2004 - voller Pflegeversicherungsbeitrag von 1,7 %). Sie stiegen ab Juli 2005 um weitere 0,9 % (Zahnersatz) und liegen 2016 bei rd. 12 % (kassenindividuelle Unterschiede). Für 2017 sind weitere Steigerungen bereits angekündigt;
- Umbau der Nettorentenbesteuerung ab 2005 durch schrittweise Befreiung der Steuerpflicht auf Beiträge und dafür systematische Erhöhung der Besteuerung der Nettorenten bis 2040 auf 100 %. Insgesamt 4,4 Millionen Ruheständler/-innen werden 2017 bereits zur Einkommenssteuer herangezogen, d.h. jede/r fünfte der rund 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner. Nach Einschätzung der Bundesregierung führt die Rentenerhöhung zu Mehreinnahmen für den Fiskus von knapp 1,5 Milliarden Euro in den Jahren 2017/2018;
- Rentenkürzung ab 2005 durch Wegfall von Anrechnungszeiten für Schul- und Hochschulausbildung. Diese für Neuzugänge gültige Maßnahme - mit voller Wirksamkeit ab 2009 - bedeutet eine rd. 60 Euro geringere Rente;
- schrittweise Heraufsetzung des Renteneintrittsalters der Geburtsjahrgänge 1947 und jünger auf 67 Jahre im Zeitraum 2012 bis 2029. Bereits gegenwärtig wird über Weiterungen auf 69¹⁸⁷, 70¹⁸⁸ und 73 Jahre diskutiert¹⁸⁹;
- indirekte Rentenkürzungen durch „Null“-Runden bei fehlendem Inflationsausgleich (2004/2005/2006/2010). Damit traten lebenslang wirksame Realeinkommensverluste auf. Für ostdeutsche

¹⁸⁶ Vgl. hierzu: Für eine Erwerbstätigenversicherung, Materialien des SoVD, Berlin Mai 2005.

¹⁸⁷ Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI).

¹⁸⁸ Junge Union, Rheinischer Merkur 20.04.2016/Finanzminister Schäuble dito.

¹⁸⁹ Kochskämper, Susanna: Gesetzliche Rentenversicherung - Wie lange arbeiten für ein stabiles Rentenniveau?, IW Kurzberichte 27/2016, Köln 2016/Institut der deutschen Wirtschaft vom 20.07.2016.

Rentnerinnen und Rentner wirken diese aufgrund des hohen Stellenwertes der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zusätzlich lebensstandardsenkend. Erst ab 2011 erfolgten z.T. überdurchschnittlich hohe Anhebungen des Aktuellen Rentenwertes.

- 2014 wurden notwendige Korrekturen der SPD-Sozial- und Rentenreformen, der sog. Agenda 2010, durchgeführt. So u.a. die Anhebung der Mütterrente für vor 1992 geborene Kinder um einen Entgeltpunkt sowie die zeitlich befristete abschlagsfreie Rente ab 63. Lebensjahr - steigend aufs 65. Lebensjahr - für langjährig Versicherte. Auch mit dem flächendeckenden Mindestlohn wurde eine Entscheidung getroffen, die sich zugleich auf kleinere Renten auswirkt.

Die Liste lässt sich fortsetzen mit der Preisgabe der paritätischen Finanzierung, dem Bemühen um Beseitigung der Hochrechnung für Ostrenten, mit Eingriffen in die Leistungsgewährungen bei Arbeitslosigkeit mit Langzeitwirkung in der Alterssicherung, mit Zwangsberentungen im Alter usw. usf.

Die Entwicklung der Renten ist zumindest ab Mitte der 90er Jahre in der öffentlichen Diskussion ein Dauerbrenner. Die Einkommensdebatte für Senioren in den neuen Bundesländern ist seit 1990 geprägt durch

- die Anerkennung der Rentenumstellung auf bundesdeutsches Rentenrecht und ein damit verbundenes, zunächst rasch ansteigendes Renteneinkommen - auch aufgrund von „Sonderleistungen“ im Sinne des Bestandsschutzes (Auffüllbeträge);
- die nach wie vor existenten zwei Rechtsgebiete im Rentenrecht, welche auf Grundlage unterschiedlicher aktueller Rentenwerte (ARW) zur Ungleichbehandlung bei gleichen Lebensarbeitsleistungen führen und im Jahr 2016 im Osten 94,1 % des Rentenwertes West erreichten (ab Juli 2016 ARW-Ost 28,66 Euro/ARW-West 30,45 Euro);
- die einseitigen Debatten seitens der Politik und der Medien über „höhere GRV-Renten“ im Osten, welche bewusst nicht alle Elemente der Alterssicherung (Betriebsrenten, Pensionen, private Vorsorge) einbeziehen und den Vergleich der Alterseinkommen auf die gesetzliche Rente reduzieren und zu einem falschen Bild über die Einkommensverhältnisse Älterer im Osten führen.

Es gehört zu den historischen Hinterlassenschaften der Regierung Schröder (SPD/Grüne - 1998 bis 2005), in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht nur das Sicherungsziel „Erhalt des Lebensstandards“ gesetzlich abgeschafft und durch das Ziel der „Beitragsstabilität“ ersetzt zu haben, sondern soziale Sicherheit im Alter nicht mehr solidarisch abzusichern, sondern nur mittels privater Vorsorge (z.B. Riesterrente) bzw. betrieblichen Altersrenten zu „ermöglichen“. Das ist u.a. verbunden mit einer systematischen Absenkung des Nettorentenniveaus auf unter 45 % (wirtschaftsnahe Kreise bringen schon gegenwärtig „unter 40 %“ in die Diskussion). Der Auf- bzw. Ausbau der privaten und betrieblichen Altersvorsorge zum sog. „Drei-Säulen-Modell“ soll vermitteln, dass nur die gesetzliche Rente - als einzige Säule - nicht mehr ausreichende Leistungen im Alter ermöglichen wird. Damit sind die private und betriebliche Altersvorsorge nicht mehr die GRV „zusätzliche und ergänzende“ Leistungen, sondern sie „ersetzende“.

Die Stellschrauben der künftigen Rentenentwicklung

Dass die abnehmende Zahl junger Menschen und damit von potenziellen Erwerbstätigen rückläufig ist und die Zahl Älterer in Deutschland seit über 100 Jahren steigt, ist unbestritten. Dass damit die Bedingungen zur Gewährung entsprechender Renten - würde nichts verändert - sich verschlechtern, ist die logische Folge. Strittig sind die einzuschlagenden Wege zur Bewältigung der kommenden Probleme. Unbestritten aber auch, dass es genau genommen nur fünf sog. „Stellschrauben“ gibt, um die Rentenentwicklung in den nächsten Jahren/Jahrzehnten zu beeinflussen:

- Senkung des Rentenniveaus,
- Erhöhung der Beiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber,
- Erhöhung des Renteneintrittsalters,
- Veränderungen der Leistungsgewährung und des Leistungsumfangs,
- Erhöhung des staatlichen Zuschusses.

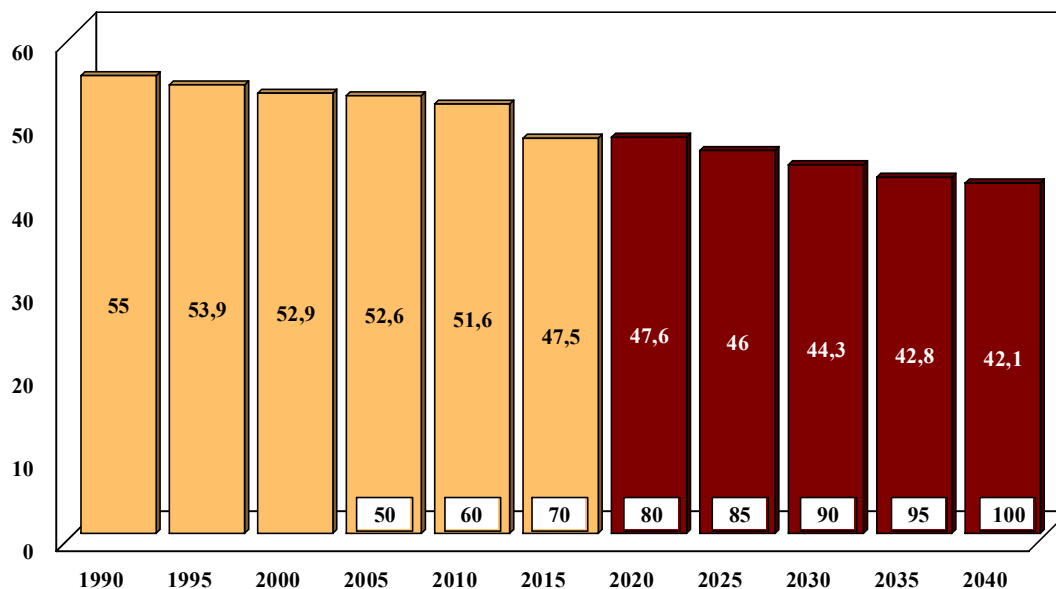
In den vergangenen Jahren wurde - unter weitgehender Ausklammerung der Betroffenen - an allen Stellschrauben gedreht und es entstand ein „Flickenteppich“ gesetzlicher und rechtlicher Rahmenbedingungen. Alles folgte mehr dem kurzfristigen Kalkül des vierjährigen Wahlrhythmus als langfristigen Überlegungen, welche soziale Sicherheit vermitteln. Insofern sind Überlegungen mit dem Horizont 2060 nur zu begrüßen.

Insgesamt ist das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung in Ost wie West in völliger Übereinstimmung nicht groß. 2014 hatten nur 17 % der Bürger der neuen Länder ebenso wie des früheren Bundesgebietes sehr großes/großes Vertrauen, 34 % äußerten teils/teils und 47 % gaben an, geringes bzw. kein Vertrauen zu haben.¹⁹⁰

Gerade in der Rentenpolitik seit der Jahrtausendwende macht sich bis in die Gegenwart die Abkehr von der „sozialen Marktwirtschaft“ zu neo-liberalen Grundsätzen und Orientierungen einer asozialen Wirtschaftspolitik bemerkbar. Das einstige Ziel von Sozialpolitik „Sicherheit in den Not- und Wechselfällen des Lebens“ wurde in der Rentenpolitik der BRD bis 1990 systematisch zum Anspruch auf Erhalt des Lebensstandards ausgeweitet. Über viele Jahrzehnte lag das Verhältnis von Nettorente zum durchschnittlichen Erwerbs-Einkommen, d.h. das Netto-Rentenniveau, stabil bei 60 Prozent (1978) bzw. bei 55 % Anfang der 90er Jahre und gab eine hohe Sicherheit auf Erhalt des Lebensstandards mit Eintritt ins Rentenalter durch die gesetzliche Rentenversicherung (GRV). Altersarmut wurde nicht als Bedrohung künftiger Rentnergenerationen empfunden, sondern als „nicht existent“ erklärt. Auch die Überleitung der DDR-Renten in das System der GRV belegte zunächst die hohe Wirksamkeit des Rentensystems der BRD. Inzwischen wurden Fakten geschaffen vor allem durch die schrittweise Absenkung des Rentenniveaus. Wer 45 Jahre im Durchschnitt verdient hat, erhält beim 2015er Rentenniveau (44,4 % brutto - vor Steuern - bzw 48,1 % netto) eine Rente (Netto-West) von 1.175 Euro bzw. Nettorente-Ost von 1.088 Euro, er würde beim Rentenniveau von 2000 noch eine Rente-West von 1.290 Euro und beim vorgesehenen Rentenniveau von 44 % im Jahre 2030 nur noch 1.073 Euro erhalten.

¹⁹⁰ Datenquelle: sfz/leben 2014 (gew.)

Abbildung 2.39: Entwicklung des Netto-Rentenniveaus vor Steuern - Realität und Projektion - 1990 bis 2040 - sowie zu besteuender Rentenanteil - jeweils in Prozent -



Datenquellen: DRV, BMAS, IW

Wirtschaftsnahe (sprich arbeitgebernahe) Wissenschaftler lassen für die die weitere Entwicklung der GRV den Arbeitnehmern eigentlich nur noch die Wahl zwischen „länger arbeiten - mehr Rentenversicherungsbeiträge - niedrigeres Rentenniveau“, da die Volkswirtschaft angeblich nicht mehr „verkräftet“.

Auch das von Ministerin Nahles vorgelegte „Gesamtkonzept der Alterssicherung“¹⁹¹ weicht davon nicht ab. Wenn auch damit die Rentendebatte vorangetrieben wird, ist nicht zu übersehen, dass

- eine weitere Senkung des Rentenniveaus erfolgt anstelle einer Stabilisierung bzw Anhebung desselben;
- keine vor Armut schützende Alterssicherung erfolgt, sodass die Altersarmut weiter steigen wird;
- trotz Ansteigens der Erwerbsminderungsrenten (inzwischen 20 % aller Neurentner) für rd. 1,8 Millionen Rentner keine Leistungsverbesserungen eintreten;
- die Angleichung der Ostrenten erneut verschoben wurde auf 2025 (Details siehe nachfolgend);
- eine langfristige Ausgestaltung der Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung erneut nicht in Angriff genommen wurde.

Zumindest wird im Material die Diskussion um steigende Sozialleistungen des Staates (Bundeszuschuss) durch arbeitnehmerfreundliche Umverteilung nicht völlig übergangen. Der Anteil des allgemeinen Bundeszuschusses an den Einnahmen der Rentenversicherung seit 1991 liegt bei 15 %. Die allgemeine Rentenversicherung wird trotz steigender Ausgaben immer noch zu 76 % aus den Beiträgen ihrer Mitglieder finanziert (bei zunehmender Anzahl der Rentempfänger auf 138 %). Aber allein die Forderungen nach Zuschusserhöhungen werden das „Gesamtkonzept“ zum Erliegen bringen bzw. vorzusehende Änderungen in die nächste Wahlperiode verschieben.

Auch das „Gesamtkonzept“ setzt auf Verbreiterung der betrieblichen und privaten Vorsorge statt auf Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung. Der grundlegende Wechsel auf das sog. Drei-Säulen-

¹⁹¹ BMAS, „Das Gesamtkonzept der Alterssicherung“, Berlin, November 2016.

Modell (gesetzliche Rentenversicherung - betriebliche Altersversorgung - private Vorsorge) ist, genau betrachtet, bislang als gescheitert zu kennzeichnen¹⁹². Auch der Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2016 sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die private Vorsorge trotz staatlicher Förderung die Rentenverluste nicht auffangen kann. Obwohl aufgrund allgemeiner Verunsicherung und des sinkenden Rentenniveaus einer zusätzlichen GRV und damit verbundener Altersarmut bislang von 27,4 Millionen Arbeitnehmern 19,3 Millionen Gebrauch von einer zusätzlichen Altersvorsorge machen (9,2 Millionen Riesterrente und 15,6 Millionen betrieblichen Altersvorsorge (dar. 5,6 Millionen ZöD sowie 5,6 Millionen sowohl bAV als auch Riester) wurde kein grundlegender Durchbruch erreicht und sinkt die Quote seit 2013 ab.

Speziell ist hervorzuheben:

- a) auch die Betriebsrenten bleiben letztlich kapitalgestützte Renten mit allen Wirkungen niedriger oder Nullzinsen, auch die Haftung der Betriebseigentümer für Tarifvereinbarungen ist noch nicht voll geklärt. Das gilt umso mehr, da Gewerkschaften und Arbeitgeber künftig stärker per Tarifvertrag die Betriebsrenten regeln sollen (Beispiel Chemie-Altersvorsorge oder Metallrente). Die betriebliche Altersvorsorge ist deutlich betriebsgrößenabhängig.
- b) Die staatlich geförderte „private Altersvorsorge“ erreicht Mitte 2016 rd. 16,5 Millionen Verträge - bei wachsendem Anteil „ruhender“ Verträge und sinkender Kapitaldeckung durch die Zinspolitik. Mit Einführung der „Riester-Rente“ durch das Altersvermögensgesetz und den Riester-Faktor und die Beitragssatz-Deckelung des Altersvermögensergänzungsgesetzes wurde das Rentenniveau nicht nur gesetzlich abgesenkt, sondern ein schleichender Kaufkraft-Verlust der Renten gesetzlich festgelegt.

Selbst der Chef des Ifo-Instituts-München, Clemens Fuest, stellte fest: „Wir subventionieren durch die Riester-Rente die Ersparnisse von Leuten, die sowieso sparen. Es ist eine Umverteilung zugunsten der Gutverdienenden und Finanzdienstleister.“

Die Liste der Eingriffe in Leistungen der GRV wurde oben bereits dargestellt, beginnend von der Beitragsgestaltung bis zum Renteneintrittsalter. Bleibt letztlich nur festzuhalten: Die Rentenpolitik der nächsten Jahrzehnte wird maßgeblich erst nach den Wahlen 2017 beeinflusst. Insofern wundert es schon, wenn sog. „Rentenexperten“ nach dem Motto verfahren: Vor allem „der Osten braucht Reformen“, aber nur wenn am sinkenden Rentenniveau nichts geändert wird, wenn am weiteren Ausbau der privaten und betrieblichen Altersversorgung als Ausgleich für Rückbau der gesetzlichen Rentenversicherung festgehalten wird und wenn die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost mit dem Wegfall der Hochwertung der Rentenbeiträge für die nächsten Rentengenerationen gekoppelt wird.¹⁹³ Wer in diesen Bereichen nichts ändern will, strebt keine wirklich erforderliche Verbesserung der Alterssicherung zugunsten unterer und mittlerer Einkommensschichten in Ost wie West sowie langfristige Lösungen für nachrückende Jahrgänge und damit vertrauensbildende Maßnahmen an.

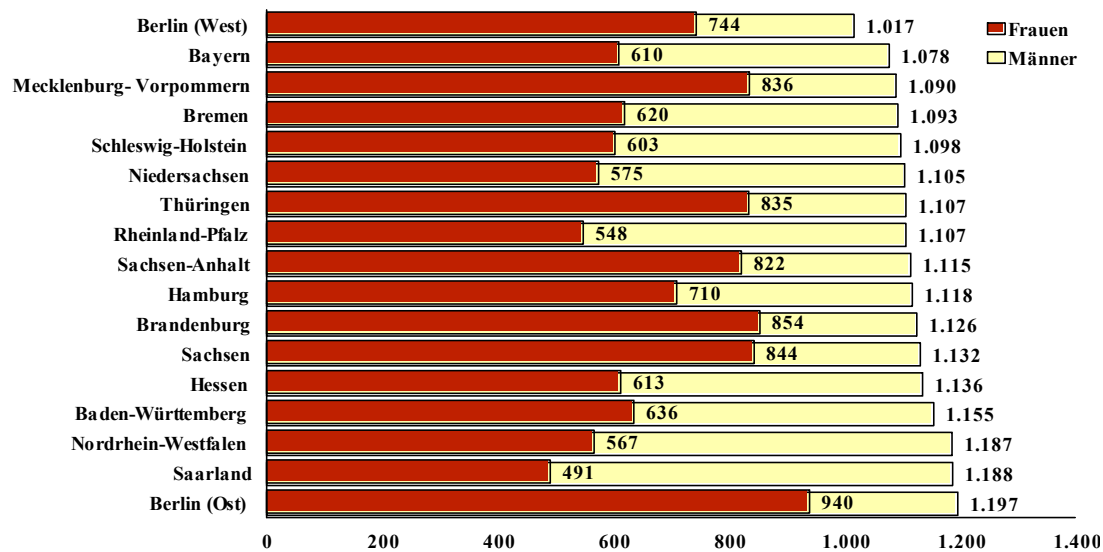
Die Bereicherung des Flickenteppichs Altersvorsorge durch neue Flicker ohne langfristiges Gesamtkonzept ist kein Fortschritt, sondern reduziert Alterssicherungspolitik auf allernotwendigste Hilfe gegenüber einzelnen benachteiligten Gruppen.

¹⁹² Steffen, Johannes: Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung ist gescheitert - trotz geförderter Privatvorsorge keine Lebensstandardsicherung, Portal Sozialpolitik, November 2015.

¹⁹³ Wagner, Gert: Ohne Reform würden sich viele im Osten entwertet fühlen, MOZ v. 01.08.16, S. 2.

Rentenniveau 2015

Abbildung 2.40: Durchschnittlicher Zahlbetrag der Renten wegen Alters - nach Geschlecht und Bundesländern - Bestandsrenten 31.12.2015 - in Euro -



Quelle: DRV-Bund, Bereich 076, SoA, T.: 052.00 G

Für 2015 veröffentlichte die Deutsche Rentenversicherung Daten und Fakten zum 31.12.2015 in Deutschland. Bei Betrachtung der vorliegenden Ergebnisse ist aus Sicht der Altersrenten dabei auf drei Aspekte zu verweisen:

- Ausgewiesen werden in der Regel die sog. Bestandsrenten, die alle Versicherten erfassen, welche von der GRV eine Altersrente erhalten und damit das Leistungsniveau der DRV in diesem Bereich reflektieren.
- In den Bestandsrenten sind auch alle Renten enthalten, welche im Ausland vor allem an Bürger gezahlt werden, die z.B. einige Jahre als sog. „Gastarbeiter“ ihren Beitrag zum heutigen Wohlstand leisteten und eine entsprechend Altersrente erhalten. Sie sind in der Regel wesentlich niedriger als die durchschnittliche Rente (niedrigere Löhne und geringere Zahl an Erwerbsjahren und im Osten noch nicht relevant). Für die Bewertung der Lebensverhältnisse älterer Menschen in Deutschland werden diese deshalb neuerdings auch offiziell aus den Bestandsrenten- insgesamt herausgenommen (im Inland gezahlte Altersrenten betragen 2015 insgesamt 859 Euro, für alle Renten jedoch nur 822 Euro aufgrund des geringen Zahlbetrages an Auslandsrenten von 313 Euro - siehe Tabelle 2.23).
- zugleich werden die Zugangsrenten ausgewiesen, welche die Werte der „Neurentner“ erfassen und Auskunft vor allem über Tendenzen künftiger Jahre im Vergleich zum „Bestand“ ermöglichen (z.B. Armutstendenzen).

Die Daten der Deutschen Rentenversicherung lassen u.a. folgende Aussagen¹⁹⁴ zu:

- Ende 2015 wurden an 16,8 Mill. Rentnerinnen und Rentner im Bundesgebiet Renten wegen Alters gezahlt, davon waren 7,3 Mill. Männer und 9,5 Mill. Frauen. Der durchschnittliche Zahlbetrag lag bei 859 Euro und betrug für Männer 1.130 Euro und für Frauen 653 Euro. In den neuen Ländern und Berlin-Ost bezogen 3,5 Mill. Bürger eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung wegen

¹⁹⁴ Datenquelle: DRV-Bund, Bereich 076, SoA, T.: 052.00 G/Eigenberechnungen - alle Angaben ohne Auslandsrenten.

Alters und im früheren Bundesgebiet (inkl. Berlin-West) 13,2 Mill. Der durchschnittliche Zahlbetrag lag 2015 im Osten bei 964 Euro und im Westen bei 832 Euro.

- In den Jahren seit 1992 stieg die Zahl der Empfänger von Renten wegen Alters von 11,3 Mill. auf 16,8 Mill. sowohl durch Anstieg der Neuzugänge (u.a. Mütterrente) als auch zunehmender Lebenserwartung und damit verbundenem Anstieg der Leistungsjahre der GRV in Ost wie West. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die durchschnittlichen Zahlbeträge deutlich (insbesondere bis 1997). So betrug die Altersrente 1992 in den neuen Ländern 492 Euro, im früheren Bundesgebiet 582 Euro.

Tabelle 2.23: Durchschnittliche Zahlbeträge der Renten wegen Alters - nach Regionen und Geschlecht - Ende 2015 - in Euro -

	Männer	Frauen	insgesamt
Bestandsrenten 2015 - insgesamt			
Bundesgebiet	1.056	634	822
Früheres Bundesgebiet inkl. Berlin-West	1.040	580	787
Neue Bundesländer und Berlin-Ost	1.124	846	964
Bestandsrenten 2015 - ohne Auslandsrenten			
Bundesgebiet	1.130	653	859
Früheres Bundesgebiet inkl. Berlin-West	1.132	600	831
Neue Bundesländer und Berlin-Ost	1.124	846	964
Zugangsrenten 2015 - insgesamt			
Bundesgebiet	1.006	633	810
Früheres Bundesgebiet inkl. Berlin-West	1.014	583	785
Neue Bundesländer und Berlin-Ost	973	860	917
Zugangsrenten 2015 - ohne Auslandsrenten			
Bundesgebiet	1.048	652	839
Früheres Bundesgebiet inkl. Berlin-West	1.068	603	819
Neue Bundesländer und Berlin-Ost	973	860	917

Datenquelle: DRV-Bund, Statistikportal der Rentenversicherung, Würzburg 2016/Eigenberechnungen

- Die Zahlbeträge in den einzelnen Bundesländern unterscheiden sich auch 2015 noch beträchtlich sowohl zwischen Ost und West als auch zwischen Männern und Frauen. Die Ursachen beruhen einerseits auf den historisch unterschiedlichen Erwerbsbiografien und dem seit 1990 noch immer nicht vollendeten Angleichungsprozess, aber andererseits auch auf den über die Altersrenten hinausgehenden zur Verfügung stehenden Beträgen aus Pensionen, Betriebsrenten und privater Vorsorge.

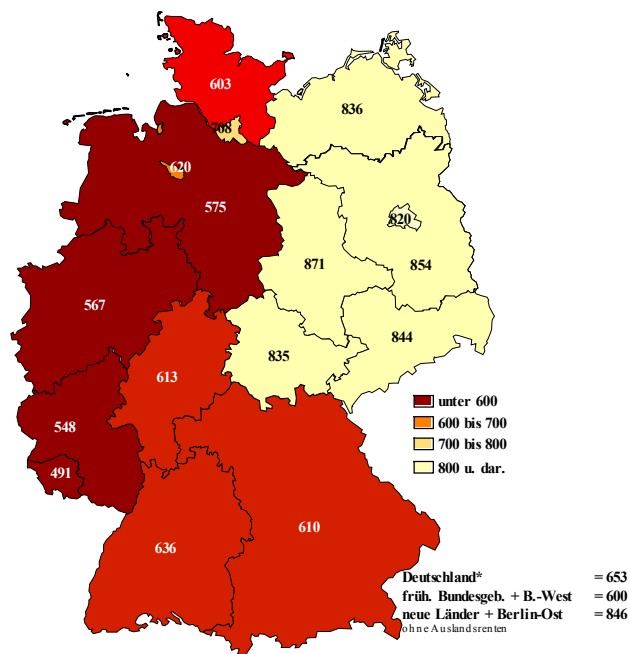
Bemerkenswert, dass die Männer in den neuen Ländern und Berlin-Ost nahezu den gleichen Rentenzahlbetrag mit 1.124 Euro (ohne Auslandsrenten) ausweisen, was nur 8 Euro weniger sind als der Betrag für Männer im Westen und Berlin-West (1.132 Euro). Der in den vergangenen Jahren noch allgemein übliche Vergleich mit Auslandsrenten ergibt eine Minusdifferenz der Männer des früheren Bundesgebietes von 84 Euro. Aber auch bei erreichter Angleichung der Männerrenten-Ost ist darauf zu verweisen, dass das trotz deutlich niedrigerer Löhne/Gehälter vor und nach 1990 sowie erfolgter Hochwertung und z.T. langfristiger Arbeitslosenzeiten, längerer Lebensarbeitszeiten und Deckelung der Einkommen erreicht wird. Zugleich wird deutlich, dass sich der Trend einer zunehmenden Minusdifferenz der Zugangsrenten der Männer-Ost fortsetzt und diese 2015 bereits bei -95 Euro je Monat liegt.

Wenn die Durchschnittsrenten (mit und ohne Auslandsrenten) im Osten generell deutlich über denen des früheren Bundesgebietes liegen, so ist diese Differenz in den Rentenzahlbeträgen zwi-

schen Ost und West vor allem auf die höheren Altersrenten von Frauen im Osten zurückzuführen. Aufgrund ihrer Erwerbsbiografien übersteigen die Bestandsrenten von Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 846 Euro die Frauen-Westrenten (600 Euro) um rd. 40 % (246 Euro) und im Rentenzugang um 257 Euro oder 43 %. Im Osten spielen - wie bereits hervorgehoben - Auslandsrenten (noch) keine Rolle.

- Bis in die Gegenwart weist die Ungleichheit zwischen den Altersrenten der Männer wie der Frauen im Osten homogenere Strukturen aus. Während in den neuen Ländern die Differenz mit durchschnittlich 278 Euro unter den Renten der Männer liegt, und von Mecklenburg-Vorpommern (255 Euro) bis Sachsen-Anhalt mit 293 Euro noch „relativ gering“ ist, reicht sie in den alten Bundesländern von Hamburg mit 408 Euro bis zum Saarland mit 697 Euro, was einem durchschnittlichen Abstand von 532 Euro - also nahezu der doppelten Differenz im Vergleich zum Osten - entspricht.

Abbildung 2.41: Durchschnittlicher Zahlbetrag Renten wegen Alters - Frauen - Bestandsrenten 31.12.2015 - in Euro -



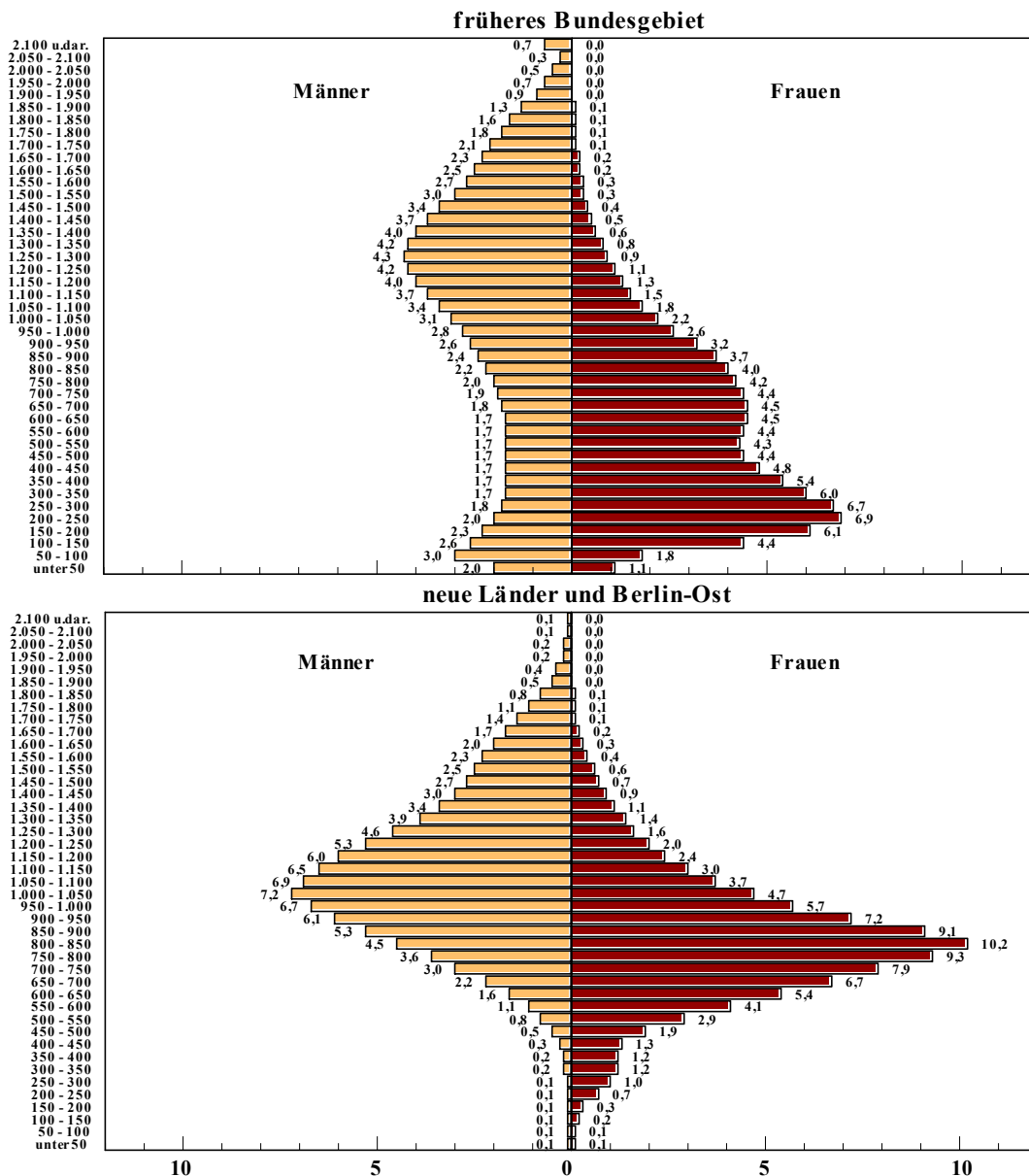
Quelle: DRV-Bund, Bereich 076, SoA, T.: 052.00 G

- Konträr sind die Zahlbeträge von Ost- bzw. Westberlin mit den Spitzenwerten im Osten und den niedrigsten Werten in Westberlin. Beides ist stark von der speziellen Situation vor und nach 1990 beeinflusst. Während in Ostberlin - bei Fehlen des rentenrechtlichen Beamtenstatus - eine Konzentration nicht nur der hohen und höheren staatlichen Verwaltungsangestellten ebenso wie eines hohen Anteils von in akademischen, kulturellen und medizinischen Einrichtungen Beschäftigten charakteristisch war, macht sich in Westberlin der hohe Anteil von männlichen „Niedrigrentnern“ bemerkbar, d.h. einer inzwischen verbeamteten Bevölkerungsschicht mit geringen Anwartschaften.

Die Generalaussage, dass die Durchschnittsrente in Ostberlin von den hohen Anwartschaften der DDR-Funktionärinnen und Funktionäre geprägt würde (DRV), ist zu absolut, da dieser Personenkreis zu großen Teilen nach 1990 auf die sog. „Strafrente“ herabgesetzt wurde (1 Entgeltpunkt je Berufsjahr) bzw. generell durch den Überleitungsmodus maximal mögliche Jahresverdienste mit 1,8 Entgeltpunkten je Arbeitsjahr „gedeckt“ wurden.

Kennzeichnend für den Anstieg der durchschnittlichen Zahlbeträge der Bestandsrentner ist jedoch, dass dieser weit hinter der Lohnentwicklung zurückbleibt und auf Dauer den Abstand zwischen Bestandsrenten und Neuzugängen zu Ungunsten der Neurentner verringert. Bei Frauen ist ab 2014 der einmalige Effekt des Anstiegs des Rentenzugangs durch die Anhebung der Mütterrente zu beachten, der in Ost und West zu unterschiedlichen Entwicklungen führt (ohne Mütterrente läge der Zahlbetrag für Neurentner von Frauen im Osten um 3 Euro höher - 841 Euro), im alten Bundesgebiet um 77 Euro höher (562 Euro) - in den nachfolgenden Jahren ist dieser Effekt auch weiterhin wirksam.

Abbildung 2.42: Schichtung der Zahlbeträge - Altersrenten (Rentenbestand- insgesamt) - 2015 - in Prozent -



Quelle: DRV-Bund, Statistikportal der Rentenversicherung/Eigenberechnung

Die Schichtung der Zahlbeträge für Altersrenten (Bestand) verdeutlicht:

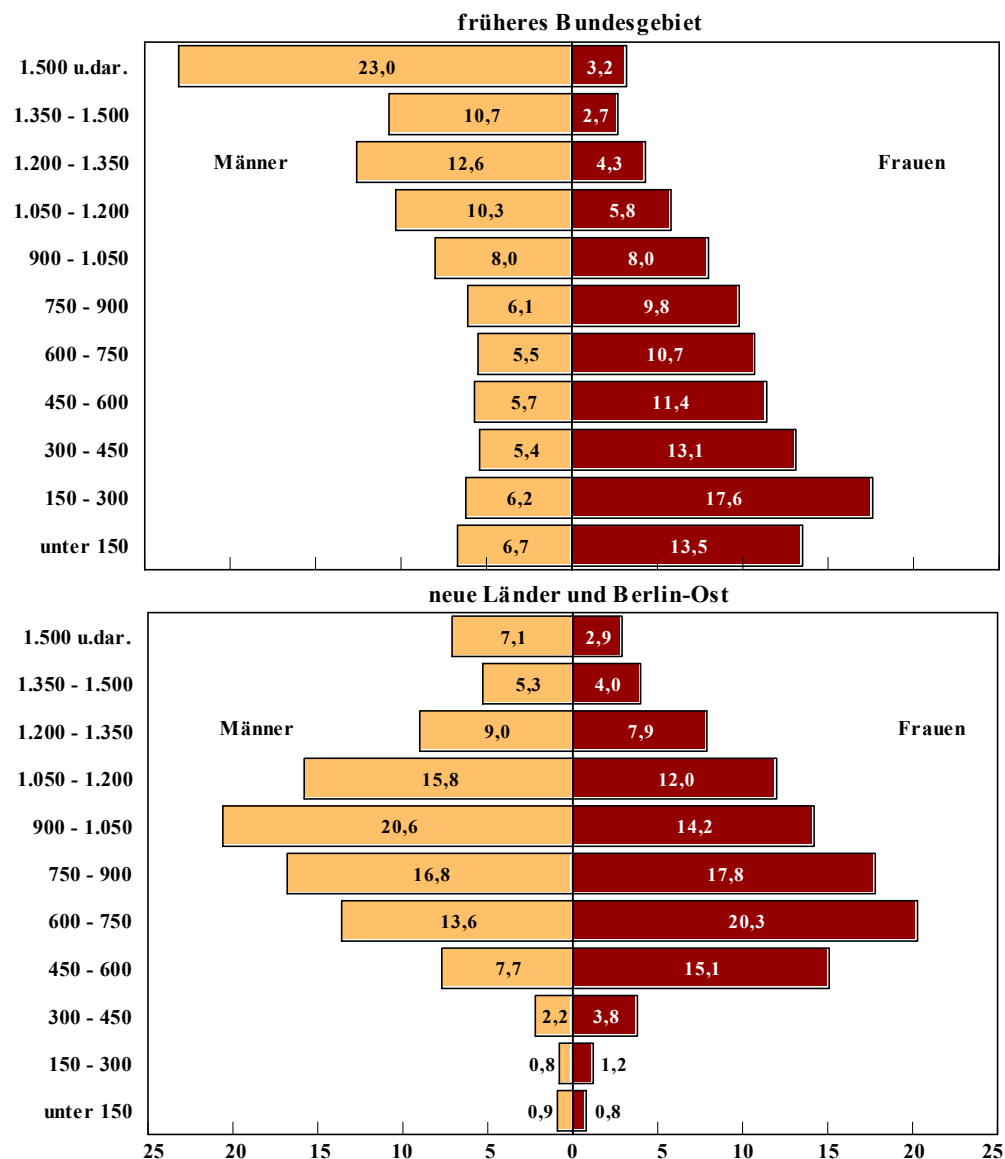
- Sowohl im Osten wie im Westen liegen die Altersrenten der Frauen erkennbar unter denen der Männer, allerdings bei einer anderen Verteilungsstruktur. Unter 750 Euro-Zahlbetrag haben nur 11 % der Männer im Osten, aber 29 % der Männer im Westen - dabei muss aber berücksichtigt

werden, dass die geringen Beträge der Männer durch die wenigen Arbeitsjahre mit Beiträgen für die gesetzliche Rentenversicherung vor allem bei Wechsel in den Beamtenstatus anfallen sowie bei ehemaligen Gastarbeitern (ohne Auslandsrenten beträgt der Anteil unter 750 Euro nur 22 %).

- Frauen im Westen haben zu 70 % eine Rente unter 750 Euro (ohne Auslandsrenten 68 %), Frauen-Ost zu 35 %.

Auch im Rentenzugang (ohne Auslandsrenten) prägen die vielen Frauen in den alten Bundesländern, welche nur wenige Anrechnungszeiten nachweisen können, in hohem Maße die Schichtung der Zahlbeträge. Die Anzahl von Kleinstrenten ist im früheren Bundesgebiet auch aufgrund der Mütterrente gestiegen. Frauen im Westen erreichen im Durchschnitt (2014) mit 27,5 Anrechnungsjahren und 0,76 Entgeltpunkten je Jahr nur einen Rentenzahlbetrag von 591 Euro (unter Einschluss der Renten wegen Erwerbsminderung und Alter) - die Vergleichswerte im Osten liegen bei 39,7 Versicherungsjahren (also rd. 12 Jahre mehr) und 0,8044 Entgeltpunkten und einer durchschnittlichen Rente von 814 Euro.

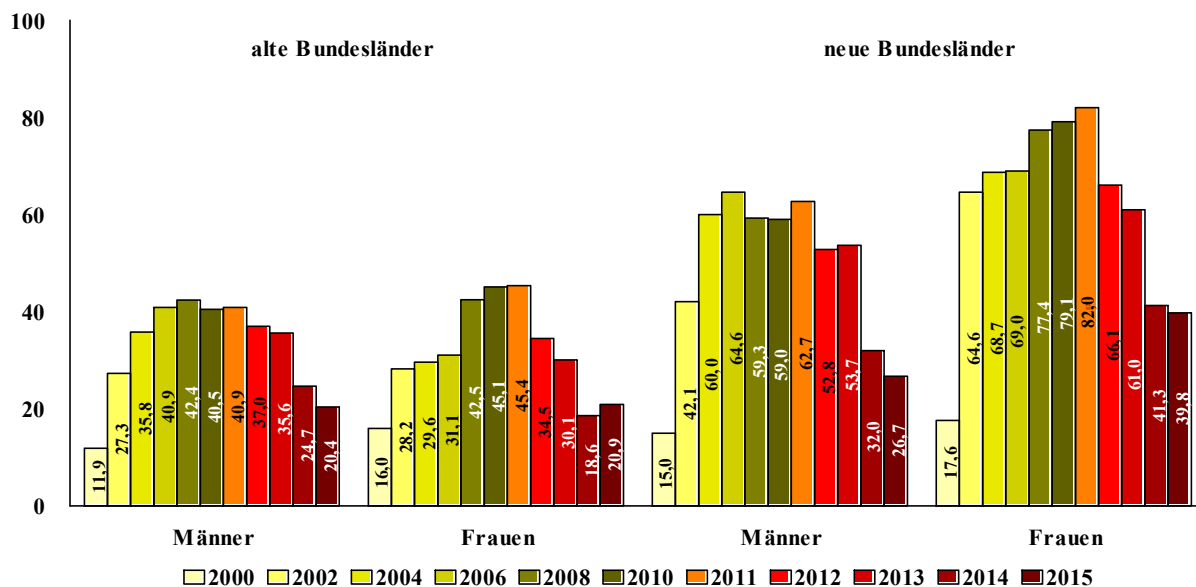
Abbildung 2.43: Schichtung der Zahlbeträge (Rentenzugang - ohne Auslandsrenten) - 2015 - in Prozent -



Quelle: DRV-Bund, Statistikportal der Rentenversicherung 2016

Abschläge

Abbildung 2.44: Abschläge im Rentenzugang - Altersrenten - nach Regionen und Geschlecht - 2000 bis 2015 - in Prozent -



Quelle: Rentenversicherung in Zahlen 2016, Berlin 2016, S. 56/RV in Zeitreihen 2015, S. 80

Die Zahl der älteren Bürger, welche mit Abschlägen in die Rente geht, ist in den Jahren ab 2000 zunächst deutlich gestiegen. Waren es seinerzeit 127.350 Versicherte¹⁹⁵, welche freiwillig (mehr oder weniger) mit Eintritt in die Rente diese Möglichkeit nutzten, so stieg bis 2011 deren Anzahl auf rd. 337.000¹⁹⁶ - mit dem Jahr 2012 wurden rentenrechtliche Neuregelungen eingeführt, welche die Anzahl der Rentenanzugänge bis 2015 auf 204.620 absenkten.

Tabelle 2.24: Abschläge im Rentenzugang 2015 - Altersrenten-insgesamt - nach Regionen und Geschlecht -

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Altersrenten insgesamt	337.327	381.691	85.590	83.913
durchschnittlicher Rentenzahlbetrag	1.013,89	583,28	972,56	859,63
Altersrenten mit Abschlag	68.741	79.586	22.876	33.417
Anteil in Prozent	20,4	20,9	26,7	39,8
durchschn. Anzahl Abschlagsmonate	25,0	25,5	24,8	27,2
durchschn. Höhe der Rentenminderung wegen Abschlägen (brutto) in Euro	95,51	64,27	79,24	77,15
durchschn. Rentenzahlbetrag (Euro/Monat) nach Abschlägen	1.064,56	701,38	885,75	781,82

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung, Rentenversicherung in Zahlen, Rentenzugang 2015, S. 56

In Abbildung 2.44 ist bei Frauen und Männern in den alten und neuen Bundesländern der deutliche Rückgang des Anteils der abschlagsbelasteten Altersrenten erkennbar. Die Ursache liegt im Wegfall der gesetzlichen Möglichkeit einer vorzeitigen Berentung bereits mit dem vollendeten 60. Lebensjahr für alle, die nach dem 31.12.1951 geboren sind. Damit ist ein vorzeitiger Rentenzugang mit Abschlägen erst ab dem 63. Lebensjahr möglich. Der Anteil der Renten mit Rückgang der Abschläge ist seit-

¹⁹⁵ Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung, Rentenversicherung in Zeitreihen 2013, S. 56.

¹⁹⁶ Statistik der Deutschen Rentenversicherung, Rentenversicherung in Zahlen 2011, S. 56/Rentenversicherung in Zahlen 2012, S. 56

dem bei Frauen stärker ausgeprägt als bei Männern. Die dabei erfolgte durchschnittliche Rentenminderung - welche 2000 noch 35,43 Euro pro Monat betrug - stieg bis 2010 auf 113 Euro pro Monat (brutto), was einer Steigerung auf 319 % entspricht, um mit den Neuregelungen für 2015 auf 78,50 Euro zu sinken, bei einer Verkürzung der Abschlagsmonate von 36 (2011) auf 25.

Die Motive für einen vorzeitigen, mit Abschlägen verbundenen Renteneintritt sind trotz Einschränkungen unterschiedlich. Der Vergleich lässt aber erkennen, dass in den alten Bundesländern nach Abzug der Abschläge der verbleibende Rentenzahlbetrag bei Männern (1.065 Euro) über dem Durchschnitt aller Neuzugänge bei männlichen West-Renten liegt (1.014 Euro), ebenso wie bei Frauen aus dem früheren Bundesgebiet (701 Euro nach Abschlag/alle Rentnerinnen 583 Euro). Im Gegensatz dazu erreichen die Rentenzugänge im Osten durch die Inkaufnahme der Abschläge sowohl bei Männern wie bei Frauen nicht den allgemeinen Durchschnitt bzw. liegen nur geringfügig darüber. So erhalten Männer 886 Euro nach Abschlag bei einem Durchschnitt von 973 Euro und Frauen 781 Euro bei 860 Euro für alle Neu-Rentnerinnen.

Der Vergleich verweist damit darauf, dass im Osten der Hauptanteil der Neuzugänge mit Abschlag diese Lösung für sich in Anspruch nimmt, obwohl der dadurch erreichte Rentenzahlbetrag unter dem sonst möglich zu erzielenden Einkommen liegt. In zunehmendem Maße erfolgten diese „Entscheidungen“ aufgrund von Festlegungen seitens der Arbeitsagentur bzw. weil dadurch ein für wenige Jahre höheres Einkommen (im Vergleich zum Arbeitslosengeld) erzielbar ist. In den alten Bundesländern sind es eher Rentnerinnen und Rentner, welche zeitiger in die Rente gehen, weil sie es sich „leisten“ können.

Mütterrente

Die Anhebung der Mütterrente für vor 1992 geborene Kinder in der gesetzlichen Rentenversicherung um einen Entgeltpunkt stellt ohne Zweifel einen ersten Schritt zur Minderung ungerechtfertigter Ungleichheiten allein im Rentenrecht für Erziehungsleistungen von Frauen dar, und zugleich einen Schritt zur Minderung von weiblicher Altersarmut.

Die insgesamt eingeleiteten Entwicklungen verstärken Tendenzen der Altersarmut in bisher nicht gekannten Größenordnungen besonders im Osten, aber auch im Westen - in welchem Maße die Neuregelungen bei der Mütterrente zu Veränderungen führen, ist gegenwärtig im Einzelnen noch nicht nachweisbar, es ist jedoch mit einem überdurchschnittlichen Anstieg der Frauenbestandsrenten vor allem im Westen zu rechnen.

Seit 1. Juli 2014 ist die Anhebung der Mütterrente ein erster Schritt hin zu einer vollständigen Beseitigung der Ungleichbehandlung der Erziehungsleistungen. Auch hier fordern jedoch die Sozialverbände wie die Volkssolidarität und der Sozialverband Deutschland eine sozial gerechte Lösung. Sie verweisen darauf, dass

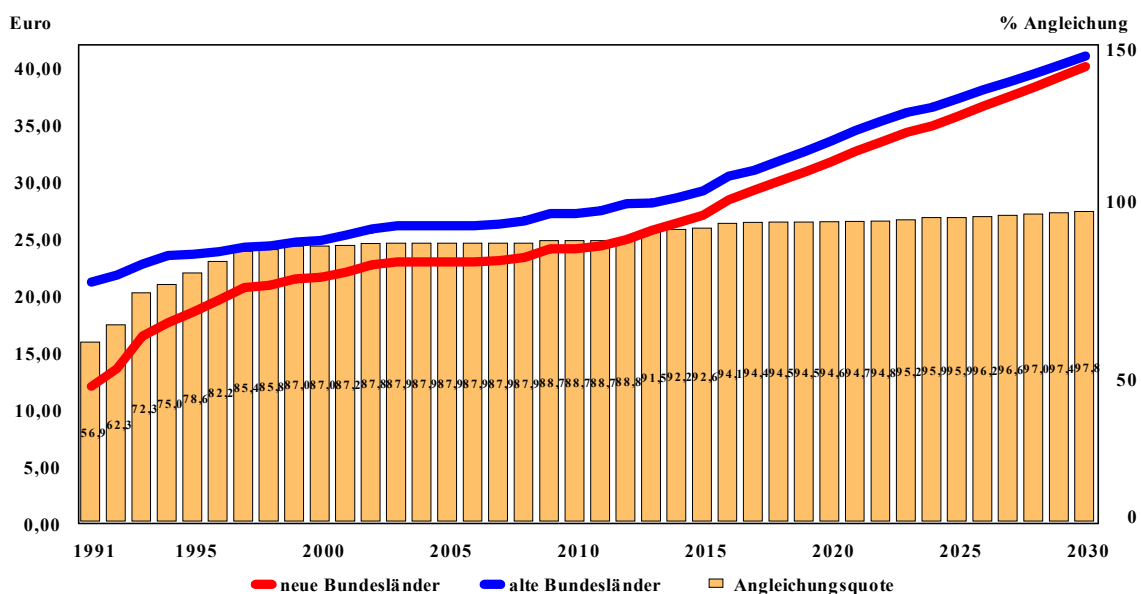
- für Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, bei der Rente pro Kind nur zwei Jahre zugrunde gelegt werden (2 Entgeltpunkte), während für Kinder, die nach 1992 geboren wurden, dagegen drei Jahre mit drei Entgeltpunkten bewertet werden.
- Frauen, die ihre Kinder in Ostdeutschland geboren haben, werden auch weiterhin gegenüber westdeutschen Müttern benachteiligt. Während Frauen pro Kind im Westen 29,21 Euro Bruttorente im Monat erhalten, sind es im Osten lediglich 27,05 Euro.

- Die Verbesserungen bei der Mütterrente werden aus Beitragsmitteln der gesetzlichen Rentenversicherung finanziert. Die Finanzierung der Mütterrente aus dem Rententopf ist falsch, da es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, für die alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufkommen müssen.
- Die Mütterrente wird auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angerechnet und mindert gerade für die ärmsten Rentnerinnen das ohnehin geringe Einkommen.

Die Mütterrente führt u.a. zu einem einmaligen statistischen Nebeneffekt, da 64.125 Frauen-West dadurch die Wartezeit von 5 Jahren für einen erstmaligen Rentenanspruch erlangten, während das nur 215 Frauen im Osten betroffen hat. Aufgrund des niedrigen Zahlbetrages dieser Neurentnerinnen wäre ohne Mütterrente im Westen der durchschnittliche Zahlbetrag der Frauenrente um 77 Euro höher, im Osten lediglich um 3 Euro). Im Rahmen der Rentendiskussionen 2016 wurde erneut die Beseitigung der Ungleichheiten in der Mütterrente (vor und nach 1992 geborene Kinder) gefordert.

Rentenangleichung Ost-West

Abbildung 2.45: Entwicklung des aktuellen Rentenwertes - nach Regionen - 1991 bis 2016 sowie Annahmen bis 2030 - in Euro* -
 - 2017 bis 2030 entspricht Variante 1 des RVB (Fortsetzung der Entwicklung wie seit 2005) -



* Die Umrechnung für die Jahre vor 2002 erfolgte zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM.

Quellen: Rentenversicherung in Zeitreihen 2016, Hrsg.: DRV, Berlin 2016, S. 261/Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2016, BMAS, Berlin 2016, S. 66

Die Rentenentwicklung wird doch nur zu einem der zentralen Versprechungsfelder des Wahlkampfes 2017.

Die Vorschläge zur Reformierung des Rentensystems nehmen zu, da jeder Verein, jeder Verband, jede Stiftung, jeder Rentenfachmann und sich selbst ernannte Rentenexperten meinen, dazu etwas sagen zu müssen. Jeder hat seine eigene Zielstellung für die Reformen bzw. strebt entweder eine Grundsatzreform oder nur ein kaschiertes „weiter so“ an.

Die Bundesregierung hat ihren jährlichen Rentenversicherungsbericht (RVB) für 2016 und den alle vier Jahre erscheinenden Alterssicherungsbericht 2016 (ASB) frei gegeben, eine Menge zusätzlicher Studien bewerten darüber hinaus die Betriebsrenten, die Riesterrente, die private Altersversorgung, die

Mütterrente, die Altersrente und die Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit, die Hinterbliebenenrente, die Grundsicherung und die Altersarmut. Ganz zu schweigen von den Kommentaren und Darstellungen in den Medien. Zugleich gibt es Vorschläge zur Flexirente, zum bedingungslosen Grundeinkommen, zum „dynamisierten“ Sicherungsniveau sowie zu neuen Bedingungen zur Herstellung eines einheitlichen Rentenrechtes für Deutschland durch Beseitigung der Lohnungleichheitsaufwertung.

Inzwischen nehmen die Unterschiede zwischen Rentenniveau und Alterseinkommen ebenso zu wie die zwischen Ost und West. Was die zuständige Ministerin an Vorschlägen mit ihrem Gesamtkonzept vorgelegt hat, fordert alle Parteien dazu heraus, sich vor der Wahl nicht festzulegen und das Ganze in die neue Wahlperiode zu verschieben. Das betrifft die Angleichung Ost-West im Besonderen mit 7 Jahresscheiben bis 2025 und Wegfall der Hochwertung.

Auch das Bekenntnis zur gesetzlichen Rentenversicherung als zentrale Säule der Altersvorsorge ist für den Osten kontraproduktiv, da bekannterweise die GRV für Viele die einzige Säule ist aufgrund der fehlenden (individuellen) Bedingungen für eine betriebliche und private Vorsorge. So rekrutiert sich das Alterseinkommen der älteren Bürger im Osten zu 90 % aus der GRV (dar. alleinstehende Frauen 94 %), während im Westen nur 58 % der GRV dazu beitragen (alleinstehende Frauen 67 %).

Die Annahmen noch vor den Wahlen auf Herstellung der Renteneinheit bis 2020 scheinen sich nicht zu verwirklichen, da die im RVB getroffenen Aussagen zur Angleichung (in drei Varianten) es unter den günstigsten wirtschaftlichen Entwicklungen erst 2025 ermöglichen würden, in einer mittleren Variante immerhin erst 2030 und in der ungünstigsten Variante ist die Angleichung auch 2030 noch nicht erreicht, sondern nur mit knapp 98 %. Diese ungünstigste Variante unterstellt aber bereits eine Fortsetzung der ökonomischen Angleichung wie bislang, d.h. eine damit verbundene langsame prozentuale Angleichung der Löhne bis ca. 2040. Aber selbst eine solche Entwicklung wird von sachkundigen Wirtschaftswissenschaftlern für den Osten nicht für real angenommen, sondern es wird eher von einem weiteren Auseinanderdriften der ökonomischen Hauptparameter ausgegangen.

Im Klartext: Die deutsche Einheit wird auch nach 35 bis 40 Jahren weder ökonomisch noch rentenrechtlich vollständig erreicht sein. Das heißt aber auch, dass die Generation derer, welche die friedliche Revolution vor allem bewirkten (die seinerzeitigen 40- bis 70-Jährigen), welche die ersten Jahre der Einheit mit all ihren Freiheiten, aber auch Erfahrungen von Arbeitslosigkeit, der Entwertung ihrer Biografien und einer rd. 80-prozentigen Entlohnung schulterten, dass diese Generation der dann 80- bis 110-Jährigen zum größten Teil die Vollendung der Einheit nicht mehr erleben konnten bzw. werden.

Die Überlebenden würden erleben:

- a) wie in dieser Zeit das Rentenniveau von 48 % auf 44,5 % des durchschnittlichen Lebensstandards weiter absinkt, und dass nur Jene, die einen Riester-Vertrag haben, 51 bis 52 % ihres vormaligen Lebensstandards sichern können;
- b) wie der Bundeszuschuss weiter steigen wird - auf 173 % im Westen und auf 141 % im Osten (RVB S. 41);
- c) dass die Beitragssätze von gegenwärtig 18,7 % auf 20,2 % im Jahre 2025 und auf 21,8 % im Jahre 2030 angehoben werden (S. 39);

- d) dass die Lebenserwartung der 65-jährigen Frauen bis 2030 voraussichtlich um weitere 1,5 Jahre auf (noch) 22,5 Jahre und die der Männer um weitere 1,3 Jahre auf dann (noch) 19,1 Jahre steigen wird;
- e) dass insbesondere im Osten die Versicherungsjahre bei der großen Mehrheit der Neuzugänge weniger werden und demzufolge auch die Entgeltpunkte für die Berechnung der Altersrente.

Alles in allem: Es ist nicht zu erwarten, dass vor den Wahlen Lösungen vorgelegt werden. Der vom BMAS vorgelegte und der Regierung gebilligte Rentenversicherungsbericht reflektiert kommende Entwicklungen eher als „Das Gesamtkonzept der Alterssicherung“ der Ministerin.

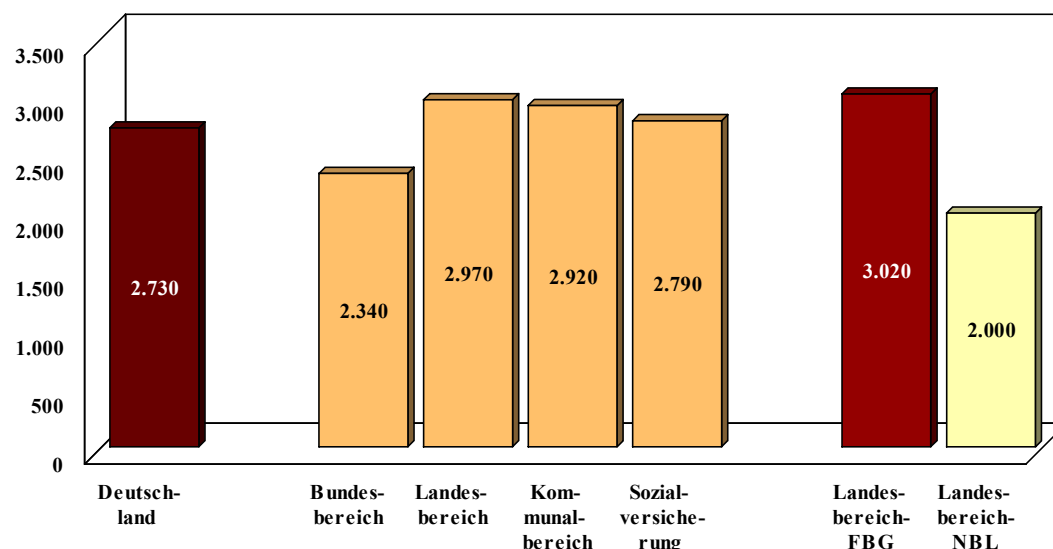
Tabelle 2.25: Angleichung der Rentenwerte 2016 bis 2030 - Variante 1 (Angleichung der Löhne Ost an West entsprechend der jahresdurchschnittlichen Entwicklung der vergangenen 10 Jahre. Die Löhne in den neuen Ländern steigen somit jährlich um 0,4 Prozentpunkte stärker als im Westen.)

Jahr	Beitragssatz	Aktueller Rentenwert		
		West	Ost	Angleichung
	%	Euro	Euro	%
2016	18,7	30,45	28,66	94,1
2020	18,7	33,54	31,74	94,6
2025	20,2	37,28	35,75	95,9
2030	21,9	41,03	40,11	97,8

Quelle: Rentenversicherungsbericht 2016, Berlin 2016, S. 66

Exkurs: Beamtenruhegelder

Abbildung 2.46: Durchschnittliches Ruhegehalt der Beamten und Soldatenversorgung - nach Ebenen - 1. Januar 2015 - Euro/Monat -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6.1 2015, Wiesbaden 2015, T. IV 4-11/T II-8

In der Debatte um die Angleichung des Aktueller Rentenwertes Ost-West wird immer wieder auf die „höheren“ Renten im Osten verwiesen und dabei geflissentlich übersehen, dass das System der Alterssicherung in Deutschland neben der gesetzlichen Rentenversicherung zugleich auch die Altersversorgung von Beamten einschließt, welche im Osten erst nach 1990 schrittweise auf- und ausgebaut wurde.

Das Beamten- und Soldatenversorgungsrecht umfasst vor allem Ruhegehälter wegen Erreichens der Altersgrenzen oder wegen Dienstunfähigkeit sowie die Leistungen an Hinterbliebene. Die Finanzierung erfolgt aus den jeweiligen Haushalten (d.h. aus Steuermitteln)

- des Bundes für den Bundesbereich (Bund - Beamte/Soldaten -, Post, Eisenbahn),
- der Bundesländer für den Landesbereich (z.B. Polizei, Richter, Schulen, Vollzugsanstalten),
- der Kommunen,
- der Sozialversicherung (z.B. Agenturen für Arbeit).

Im Gegensatz zur gesetzlichen Rentenversicherung müssen bekannterweise die Beamten keine eigenen Beiträge entrichten, werden aber bei Erhalt der Versorgungsbezüge entsprechend versteuert.

Im Januar 2015 gab es 1,586 Millionen Versorgungsempfänger¹⁹⁷ bei Bund (624 Tsd.), Ländern (822 Tsd.), Kommunen (119 Tsd.) und Sozialversicherung (22 Tsd.). Rd. die Hälfte (52 %) der Versorgungsempfänger war bis zur Pensionierung bei den Ländern im Bereich der Bildung beschäftigt. Für den Bundesbereich sind vor allem die (ehemaligen) Bundesunternehmen Post und Bahn prägend. 76 % der Versorgungsempfänger erhalten Ruhegeld, 24 % Leistungen für Hinterbliebene.

Die Spezifik des Ostens wird an der geringen Zahl von Versorgungsempfängern in allen Ebenen deutlich: Sie stellen auf Landesebene 3,9 % und auf Kommunalebene 4,5 % aller Versorgungsberechtigten, da der erst ab den 90er Jahren mögliche Beamtenstatus vor allem für jüngere Erwerbstätige möglich war, was zugleich bedeutet, dass die finanziellen Belastungen erst in den nächsten 10 bis 20 Jahren deutlich zunehmen werden. Bei den gegenwärtig im Osten z.B. Ruhegeld empfangenden Beamten handelt es sich darüber hinaus in vielen Fällen um Beamte, welche nach 1990 in den Osten umsiedelten.

Insgesamt weist das Statistische Bundesamt für 2014 einen Betrag von 46,0 Mrd. Euro aus, die für Versorgungsleistungen aller Ebenen gezahlt wurden. Der im Länderbereich mögliche Vergleich belegt, dass 26,4 Mrd. Euro an Versorgungsleistungen gezahlt wurden - davon gingen 25,7 Mrd. in das frühere Bundesgebiet (inkl. Berlin), der Anteil für die neuen Bundesländer betrug nur eine gute halbe Milliarde (0,7 Mrd.) Euro, was einem Anteil von 2,7 % für alle fünf Länder insgesamt entspricht. Der Vergleich der Renten Ost-West ist auch deshalb einfach unsolid, da in die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung der Bürger der DDR auch alle ehemaligen Lehrer, Angestellten der Verwaltungsebenen, Hochschulprofessoren, Polizisten und Soldaten z.T. mehrheitlich unter ihrem tatsächlich erzielten Einkommen einbezogen werden (obwohl sie zum großen Teil Sozialversicherungsbeiträge gezahlt haben). Hinzu kommt, dass Beamte nach ihrem letzten Einkommen bewertet werden - im Gegensatz zur GRV, wo die Lebensarbeitseinkommen (bis zur Beitragsbemessungsgrenze) zugrunde gelegt werden, welche in der Regel unter dem Einkommen der letzten Berufsjahre liegen.

Anfang 2015 betragen die durchschnittlichen Versorgungsleistungen für Ruhegeld 2.730 Euro/Monat, mit deutlichen Differenzierungen zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalbereich (vgl. Abbildung 2.46).

Auch in der Beamtenversorgung sind, über die berufsbedingten Unterschiede hinaus, zwei Differenzierungen - wie bei allen anderen Erwerbs- bzw. Alterseinkommen generell - charakteristisch:

- die Differenzierungen zwischen Frauen und Männern;

¹⁹⁷ Alle Daten zu Versorgungsleistungen sind der Fachserie 14, Reihe 6.1 - 2015 des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden 2015, entnommen.

Tabelle 2.26: Ruhegeld pro Monat (Auswahl) - 2015 - in Euro -

	Frauen	Männer	% Frauen von Männern
Deutschland	2.460	2.380	86,9
Beamte Bund	2.400	2.960	80,5
Post	1.840	2.130	86,4
Land Schuldienst	2.690	3.360	80,1
Kommunaler Bereich	2.380	3.010	79,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6.1 2015, Wiesbaden 2015, T. IV 4

Die Ursachen liegen im Besonderen in den wesentlich höheren Anteilen von Frauen in den unteren Besoldungsgruppen sowie einer höheren Teilzeitquote.

- Differenzierungen Ost-West sind gegenwärtig nur für die Landesebenen aussagefähig und ergeben eine Angleichung von rd. 62,5 % (vgl. Abbildung 2.46), die vor allem einer Konzentration auf die unteren Besoldungsgruppen im Osten (38 % - West 14 %) sowie einer geringeren Anzahl von Dienstjahren (Ausnahme übernommene Westbeamte) geschuldet sind.

Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Wirksamkeit von Alterssicherungssystemen Ost und West ist eine notwendige Bedingung realer Analysen von Lebenslagevergleichen. Im Jahr 2012 erzielten die Haushalte von Rentnern im Osten ein Einkommen aus öffentlichen Transfers, welches mit 99 % unter dem der Haushalte der Westrentner lag - unter Einbeziehung der Pensionärshaushalte liegt das Transfereinkommen bei 86 %. Generell liegen bei Senioren die Osthaushaltseinkommen (brutto) bei 69 %, das Haushaltsnettoeinkommen bei 70 %¹⁹⁸.

In den nächsten Jahren wird sich die Entwicklung vor allem durch eine steigende Anzahl von Leistungsempfängern auf Landesebenen (von 765.000 auf 1,2 Millionen bis 2030) erhöhen, ebenso wie eine Zunahme im Osten zu verzeichnen sein wird. Das wird mit einem stark steigenden Finanzaufwand für die Beamtenversorgung verbunden sein. Dies ist insbesondere auf die vor allem in den 70er Jahren im früheren Bundesgebiet „erfolgten vielen Neueinstellungen vor allem in den Ländern und mit Schwerpunkten im gehobenen und höheren Dienst zurückzuführen. Diese Beamtinnen und Beamten werden in den nächsten Jahren aus dem aktiven Dienst ausscheiden, während auf der anderen Seite der Personalbestand im öffentlichen Dienst seit Jahren rückläufig ist.... Ein immer größer werdender Teil der Steuereinnahmen muss daher für die Finanzierung von Ruhegehältern und Hinterbliebenengeld ausgegeben werden.“¹⁹⁹ Im Gegensatz dazu kann beim erwarteten Sinken der Zahlbeträge bei Neuzugängen in der gesetzlichen Rentenversicherung von einem sich weiter entwickelnden Unterschied im Einkommen zwischen Beamten und Rentenversicherten ausgegangen werden.

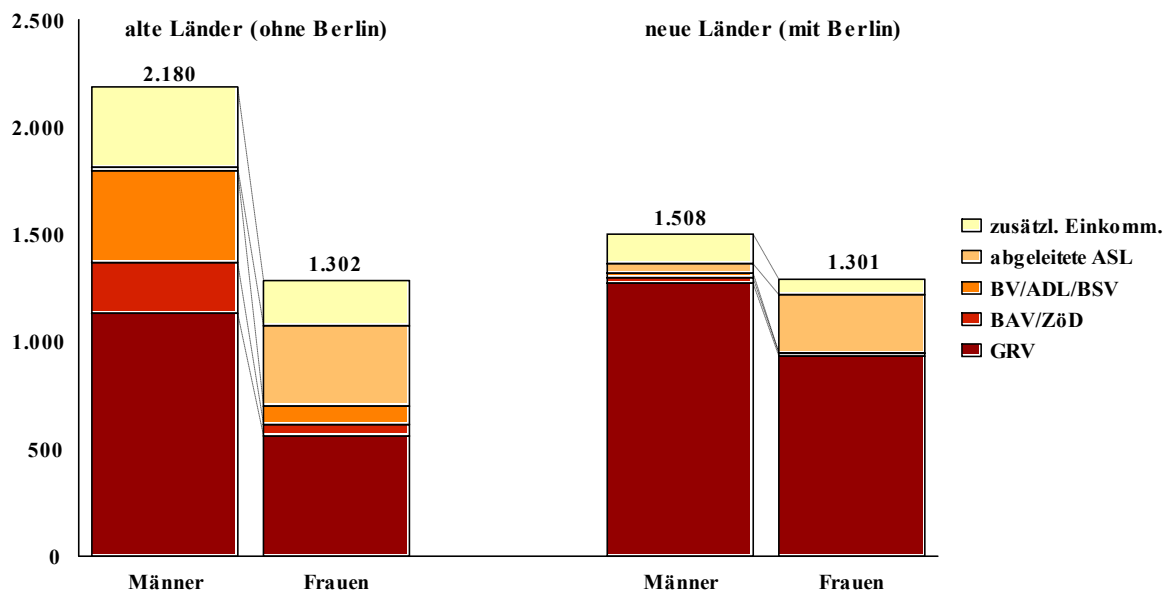
Die Möglichkeiten einer langfristig anzugehenden Vereinheitlichung der Altersversorgung im Rahmen einer Erwerbstätigenversicherung, in der alle Arbeiter und Angestellten ebenso wie Beamten, aber auch Selbstständige zu Pflichtmitgliedern der gesetzlichen Rentenversicherung werden und gegenwärtig existierende Sondersysteme schrittweise abgeschafft werden, sind zur Zeit nicht gegeben. Das schließt das stete Bemühen von Gewerkschaften, Sozialverbänden und einzelnen Politikern, langfristige Lösungen anzugehen, aber keineswegs aus - im Gegenteil.

¹⁹⁸ Vgl. Tabelle 2.25.

¹⁹⁹ Vgl. Bäcker, Gerhard: Ernst Kistler für bpb.de, 2012.

2.3.3.2 Alterseinkommen

Abbildung 2.47: Struktur des Bruttoeinkommens je Bezieherin/Bezieher von Alterssicherungsleistungen - Personen ab 65 Jahre - nach Regionen - 2015 - Euro -



(Zur Legende: GRV = Gesetzliche Rentenversicherung/BAV = Betriebliche Altersversorgung/ZöD = Zusatzversorgung öffentlicher Dienst/BV = Beamtenversorgung/AdL = Altersversorgung der Landwirte/BSV - Berufsständische Versorgungssysteme/abgeleitet ASL = z.B. Hinterbliebenenversorgung)

Quelle: Alterssicherungsbericht 2015 - Tab. BC 6, BMAS, Berlin 2016

Die Bundesregierung hat ihren 6. Bericht zur Alterssicherung in Deutschland seit 1997 vorgelegt, als Beitrag zu einer Alterssicherungspolitik, die es ermöglicht, „ein verlässliches und gut funktionierendes Alterssicherungssystem zu gewährleisten.“²⁰⁰

Das einstmals beispielgebende solidarische Rentensystem Deutschlands wurde in den letzten Jahren in Verbindung mit der Agenda 2010 der SPD-geführten „Koalition des Sozialabbaus“ systematisch abgewirtschaftet. Das Vertrauen in die Rentenversicherung ist stetig gesunken. Eine Erneuerung tut Not, aber eine generelle und keine neuen Flicker am System.

Vorab sei festgestellt, dass der Bericht sich weitgehend auf die Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) konzentriert und die Daten zu den anderen Sicherungssystemen (z.B. Beamte/Abgeordnete/Selbstständige) relativ kurz abhandelt, ohne diese bei den Vorschlägen zur Erneuerung einzubeziehen. Es ist ein Bericht der Fortentwicklung und nicht der Erneuerung.

In der GRV sind gegenwärtig 36,5 Millionen Bürger aktiv versichert (darunter 6,2 Millionen aus den neuen Bundesländern), und 17,9 Millionen erhalten Renten aus der GRV (darunter 3,4 aus den neuen Ländern).

²⁰⁰ BMAS, Alterssicherungsbericht 2016, Berlin 2016, S. 7.

Tabelle 2.27: Versicherte und Leistungsempfänger der Altersversicherungen - 2015 -

Versicherung		Versicherte (Mill.)	Leistungsempfänger über 65 Jahre (Mill.)
Gesetzliche Rentenversicherung	GRV	36,5	17,9
Beamtenversorgung	BV	1,8	1,3
Zusatzversorgung Öffentlicher Dienst	ZÖD		
dar. Versorgung Bund und Länder	VBL	1,9	1,5
dar. kommunale und kirchliche AV	AKA	3,5	1,3
dar. DRV Knappschaft-Bahn-See	KBS	0,04	0,1
Alterssicherung Landwirte	AdL	0,2	0,6
Künstlersozialversicherung	KSV	0,2	über GRV

Quelle: BMAS, Alterssicherungsbericht 2016, S. 10-13

Die GRV ist ohne Zweifel das System mit den umfassendsten Leistungen. 2015 wurden 278 Mrd. Euro verausgabt, davon rd. 200 Mrd. für Leistungen an 65-Jährige und älter. Diese Mittel resultieren aus 207 Mrd. Einnahmen aus Beiträgen (rd. 75 %) und 68 Mrd. Zuschüssen aus dem Staatshaushalt (25 %). Dabei bleibt zu erwähnen, dass die Diskussion um Leistungen der GRV sich vor allem auf Beitrags- und Rentenniveau konzentriert (Haltelinien) und die Entwicklung des Zuschusses kaum der Erwähnung wert ist, es sei denn es geht um eine Senkung. In den letzten 10 Jahren ist die Beitragssumme auf jeden Fall deutlicher erhöht worden (rd. 122 %) als die Zuschusssteigerung (rd. 110 %). Der Anteil des Zuschusses am Gesamthaushalt der Bundesregierung ist insgesamt sinkend.

Der 6. Alterssicherungsbericht der Bundesregierung liefert anhand empirischer Erhebungen zugleich detaillierte Daten zu den Alterseinkommen in Deutschland, untersetzt für die alten und neuen Bundesländer (inkl. Berlin). Das durchschnittliche Alterseinkommen betrug 2015 in Deutschland für Frauen und Männer ab 65 Jahre 1.631 Euro (brutto) und betrug im Westen 1.690 und im Osten 1.389 oder 82,2 % - was im Prinzip bedeutet: keine Angleichung seit 2012. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben verblieben 2015 netto jedem Bürger ab 65. Lebensjahr 1.392 Euro. Das waren in den alten Ländern 1.431 Euro und in den neuen Ländern 1.232 Euro (86,1 % - insbesondere Effekt der geringeren Anteile mit Kirchensteuer).²⁰¹

Eine differenziertere Betrachtung lässt erkennen:

- a) Hinsichtlich des Angleichungsprozesses Ost-West ist zugleich darauf zu verweisen, dass das Bruttoeinkommen von Rentnerhaushalten im Osten bei Ehepaaren zu 81 % auf der gesetzlichen Rente beruht, das von alleinstehenden Frauen zu 94 % - in den alten Bundesländern macht die gesetzliche Rente bei Ehepaaren nur 50 % aus, bei alleinstehenden Frauen 67 %.²⁰² Das unterstreicht erneut den hohen Stellenwert, welchen die Rente für das tägliche Leben im Osten hat, da andere „Nebeneinkünfte“ relativ selten und gering sind (Frauen 9 % im Osten/42 % im Westen).
- b) Das Altersnettoeinkommen alleinstehender Frauen und Männer in den alten und neuen Ländern erreicht mit 1.372 Euro für Frauen im Osten und 1.394 Euro für Männer rd. 98 % und im Westen mit 1.431 Euro für Frauen und 1.661 Euro für alleinstehende Männer 86 %. Geschiedene Frauen aus den westlichen Bundesländern kommen mit 1.296 Euro auf 124 % der geschiedenen Frauen-Ost (1.048), was in hohem Maße auf das unterschiedliche Scheidungsrecht vor 1990 (fehlender Versorgungsausgleich im Osten) zurückzuführen ist.

²⁰¹ Vgl. Alterssicherungsbericht der Bundesregierung 2016, Tab. BC 6, BMAS, Berlin 2016.

²⁰² Ebenda, S. 93.

- c) Der auf eigener Lebensarbeitsleistung der Frauen im Osten beruhende Anspruch auf gesetzliche Leistungen trägt maßgeblich dazu bei, dass mit 1.301 Euro im Angleichungsprozess von ihnen eine 100-prozentige Angleichungsquote an Frauen-West erzielt wird. Die Männer-Ost liegen mit 1.508 Euro (brutto) und 1.330 Euro (netto) bei rd. 69,2 % (brutto) bzw. 73,2 % (netto) im Angleichungsprozess der Rentnerinnen und Rentner deutlich unter den Männern-West.
- d) Die Beamtenpensionen lagen 2015 bei 3.070 Euro für Männer und 2.640 Euro für Frauen.

Im Vergleich zu den Erwerbseinkommen ist erkennbar, dass die älteren Bürger immer weniger an der ökonomischen Entwicklung teilnehmen. Der 6. Alterssicherungsbericht verweist zugleich darauf, dass die Strategie der privaten Vorsorge für Arbeitnehmer mit niedrigen Verdiensten kaum wirksam wird, d.h., dass negative Langzeitwirkungen auftreten werden. Auch die betriebliche Altersvorsorge betrifft die Arbeitnehmer in Betrieben mit unter 50 Beschäftigten nicht bzw. nur in geringem Maße und führt zu unzureichender Alterssicherungs vorsorge. Die im Alterssicherungsbericht 2016 getroffene Aussage: „Insbesondere Bezieher geringer Einkommen sorgen noch zu wenig zusätzlich für das Alter“²⁰³ unterstellt indirekt, dass sie könnten, aber nicht wollen und verschweigt, dass die meisten der Geringverdiener sich eine private Vorsorge in Deutschland nicht leisten können.

Die Abbildung 2.47 lässt nicht nur die ungleichen Alterssicherungsleistungen zwischen Frauen und Männern bzw. Ost und West erkennen, sondern vor allem die bei Männern-West in die Alterssicherung einfließenden unterschiedlichen Leistungen für die betriebliche Altersversorgung sowie Beamtenpensionen, die für Frauen charakteristischen Witwenrenten als abgeleitete Leistungen sowie die ungleichen zusätzlichen Einkommen (u.a. Zinseinkünfte/Kapitalerträge).

Tabelle 2.28: Anteil der Bezieher/Bezieherinnen und Bruttobetrag von Alterssicherungsleistungen sowie zusätzliche Einkommen - ab 65 Jahre -

	Männer-West		Frauen-West		Männer-Ost		Frauen-Ost	
	Anteil %	Euro	Anteil %	Euro	Anteil %	Euro	Anteil %	Euro
GRV-Rente	88	1.286	87	644	99	1.285	99	940
Betriebliche Altersversorgung	31	615	8	249	5	211	1	(115)
Zusatzversorgung öffentlicher Dienst	11	417	12	263	9	149	10	106
Beamtenversorgung	12	2.991	3	2.576	1	(2.046)	1	/
Alterssicherung Landwirte	4	491	2	318	0	/	0	/
Berufsständische Versorgung	2	(2.530)	0	(2.014)	1	/	0	/
Summe eigene Alterssicherungsleistungen	98	1.825	91	773	99	1.341	99	967
Summe abgeleitete ASL	5	315	40	929	11	382	39	691
Summe eigener u. abg. Alterssicherungsleistungen	98	1.840	95	1.124	99	1.382	99	1.237
Summe zusätzliche Einkommen	52	723	46	450	40	342	35	201
Bruttoeinkommen insgesamt	100	2.180	98	1.302	100	1.508	100	1.301
Abzüge Steuern/Sozialabgaben	99	371	93	188	100	179	99	143
Nettoeinkommen insgesamt	100	1.816	98	1.126	100	1.330	100	1.160

Quelle: BMAS Alterssicherungsbericht 2016, T. B6, Berlin 2016

Um es zu verdeutlichen: So erhalten im Westen 31 % der Männer eine betriebliche Altersversorgung in Höhe von 615 Euro, im Osten 5 % der Männer mit 211 Euro, 40 % der Frauen-West erhalten abgeleitete Alterssicherungsleistungen (insbes. Witwenrenten/-pensionen) in Höhe von 929 Euro ebenso wie 39 % der Ostfrauen mit 691 Euro. Über zusätzliche Einkommen verfügen 52 % aller Männer-

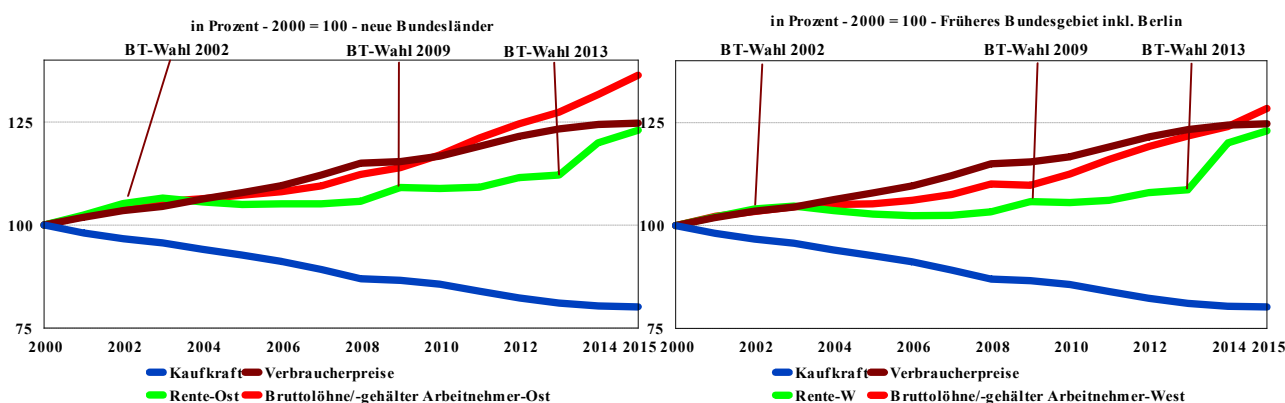
²⁰³ Ebenda, S. 9.

West in Höhe von 723 Euro, wie 40 % der Männer-Ost, allerdings nur über 342 Euro. (In der Abbildung wurden die verausgabten Leistungen z.B. der betrieblichen Altersversorgung von 523 Euro für 18 % der Männer auf alle männlichen Rentner-West verteilt, d.h. mit rd. 94 Euro einbezogen).

Eine auf **Rentner-/Seniorenhaushalte bezogene Analyse** des Haushaltsnettoeinkommens in den neuen Bundesländern liegt mit 1.871 Euro im Vergleich zu Rentnerhaushalten West mit 2.315 Euro bei 81 % (2013). Wird dem allgemein in der Politik und vielen Medien üblichen Muster des ausschließlichen Vergleichs der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung gefolgt, so erreichen die Renten im Osten 111 % der Rentnerhaushalte West, vor allem aufgrund der höheren Frauenrenten - dabei bleiben allerdings im Westen sowohl Betriebsrenten und Pensionen mit ihren keineswegs unbedeutenden Leistungen unberücksichtigt. Werden diese Leistungen einbezogen, liegen die Haushaltsnettoeinkommen der Senioren-Ost (Senioren = Rentner + Pensionäre - bei geringer Anzahl von pensionierten Beamten im Osten) mit 1.946 Euro bei 74 % der Haushalte von Senioren-West mit 2.628 Euro. Bezogen auf das Alterseinkommen werden die Unterschiede Ost-West besonders deutlich, da in den neuen Bundesländern die (Brutto)Rente 77 % des Haushaltsbruttoeinkommens ausmacht, während in Rentnerhaushalten aus den alten Bundesländern die gesetzliche/(Brutto)Rente nur 56 % des Haushaltsbruttoeinkommens begründet, da - wie bereits festgestellt - im Osten Betriebsrenten, Beamtenpensionen, Zusatzversicherungen des öffentlichen Dienstes und Vermögenseinkommen eine geringere Rolle spielen.

Der in den letzten Jahren erfolgte Rückgang des Rentenzahlbetrages bei Neurentnern führt - bezogen auf alle Rentner (Bestandsrentner) - sowohl durch gesetzliche Regelungen, durch steigende Preise (Inflation) als auch sich stetig erhöhende Sozialabgaben zu einem deutlichen Kaufkraftverlust. So stiegen allein von 2000 bis 2015 die Bruttolöhne Ost (ohne Berlin) auf 136 % und die Bruttolöhne West (inkl. Berlin) auf 128, allerdings mit einem Niveauunterschied von rd. 6.594 Euro, d.h. von 550 Euro pro Monat (2015). Die Renten aller Altersrentner stiegen im gleichen Zeitraum langsamer auf 123 % im Osten wie im Westen. Aufgrund steigender Preise (125 %) sowie steigender Beiträge zur Sozialversicherung ergab sich ein deutlicher Kaufkraftverlust von rd. 20 % (vgl. Abbildung 2.48).

Abbildung 2.48: Entwicklung der Arbeitnehmerbruttoeinkommen, des Rentenwertes und der Verbraucherpreise sowie der Kaufkraft - nach Regionen - 2000 bis 2015 -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Preisstatistik/VWGDL R1, Bd. 2, 2016; Deutsche Rentenversicherung, Ergebnisse 2015

Bezogen auf die Alterseinkommen werden die Unterschiede Ost-West noch deutlicher, da - wie bereits festgestellt - in den neuen Bundesländern das Alterseinkommen weitgehend auf die gesetzliche Rente begrenzt ist, während Betriebsrenten, Beamtenpensionen, Zusatzversicherungen des öffentlichen Dienstes und Vermögenseinkommen eine völlig nachgeordnete Rolle spielen.

Tabelle 2.29: Entwicklung der Arbeitnehmer-Bruttolöhne, Altersrenten, Verbraucherpreise, Kaufkraft und des Aktuellen Rentenwertes - nach Regionen - 2000 bis 2015 -

Jahr	Bruttolöhne Ost (ohne Berlin)	Bruttolöhne West (mit Berlin)	ARW-Ost	ARW-West	Rentenzahlbetrag Altersr. Ost	Rentenzahlbetrag Altersr. West	Kaufkraft	Verbraucherpreise
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	%	%
2000	19.683	26.030	21,61	24,84	781	675	100	100
2005	20.988	27.432	22,97	26,13	820	694	92,7	107,9
2010	22.895	29.304	24,13	27,20	850	713	85,7	116,7
2015	26.827	33.421	27,05	29,21	964	832	80,2	124,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Preisstatistik/VWGDL R1, Bd. 2, 2016; Deutsche Rentenversicherung, Ergebnisse 2015

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass das Ziel einer raschen Angleichung der Einkommen zwischen Ost und West bislang nicht erreicht wurde. Es existieren nach wie vor zwei Rentenrechtsgebiete mit unterschiedlichen, den Berechnungen zugrunde liegenden Rentenwerten (Aktueller Rentenwert/Arbeitnehmerentgelte). Die Angleichung hinsichtlich der Einkommen stagniert weitgehend. Die nach 1995 eingeleiteten Entwicklungen zur Veränderung des gültigen Rentenrechtes seitens der unterschiedlichsten Koalitionen verstärken bislang die Tendenzen steigender Altersarmut. Die Überwindung der beiden Rentenrechtsgebiete sowie lebensstandardsenkender Faktoren im Rentenrecht bleiben Grundforderungen der Vollendung der deutschen Einheit.

2.3.4 Ausgaben/Ausstattung/Verbrauch

Es war Anfang 1990 ein wesentlicher Wille vieler Bürger, mittels der friedlichen Revolution nicht nur eine freiheitliche, demokratische Ordnung zu erreichen, sondern vor allem eine direkte Verbesserung ihrer finanziellen und materiellen Lebensbedingungen. Für ein auf eigener Leistung beruhendes Arbeitseinkommen bzw. Alterseinkommen auch Waren und Leistungen den eigenen Bedürfnissen entsprechend erwerben zu können, Versorgungsdefizite zu überwinden und das Erreichen einer technisch höherwertigen Ausstattung war ein keineswegs unbedeutender Faktor für die Menschen, auf Veränderungen des Wirtschaftssystems bzw. einen Systemwechsel zu drängen (ohne sich der Risiken und Nebenwirkungen voll bewusst zu sein).

Die Bürger der neuen Bundesländer erinnern sich nicht nur an vieles, was fehlte, sondern auch an Bananenschlangen und 15-jährige Wartezeiten auf einen PKW. Wer heute an Obst- und Gemüseläden vorbeigeht, erkennt kaum noch, in welcher Jahreszeit er lebt, das Angebot an Obst und Gemüse ist fast durchgängig gleichbleibend. Das Problem ist nicht mehr, ob es etwas gibt, sondern ob es sich der Einzelne leisten kann. Analoges lässt sich für Nahrungs- und Genussmittel, für Küchen- und Zimmerausstattungen, für hochwertige technische Konsumgüter und für fast alle Arten von Dienstleistungen sagen. Inzwischen wird nicht selten auch ein „Überangebot“ als belastend empfunden. Die Veränderungen sind jeden Tag beim Einkauf zu spüren, nicht zuletzt, da sich auch die Preise/Tarife bei der Masse der Waren und Leistungen schneller erhöht haben als die Einkommen.

Die eingetretenen Veränderungen dokumentieren sich sowohl in den Ausgabenstrukturen der Haushalte als auch den Haushaltsausstattungen. Schon in kürzester Zeit widerspiegelten sich noch 1990/1991 Veränderungen im Konsumverhalten des einzelnen Bürgers bzw. der Familien in den neuen Ländern.

In den ersten Analysen nach 1990 wurde hervorgehoben,²⁰⁴ dass sowohl die Mangelsituation und Defizite auf fast allen Gebieten des Gebrauchs und Verbrauchs von Gütern und Leistungen von Einfluss auf das Konsumverhalten waren als auch die ab 1990 völlig veränderten Angebotsbedingungen für Konsumgüter und Dienstleistungen. Hinzu kamen die eingetretenen Veränderungen im Preissystem, im Besonderen die erfolgte Umkehrung im Verhältnis von Konsumgüter- zu Dienstleistungs- und Energiepreisen sowie Mieten und Tarifen gegenüber dem DDR-Preissystem mit Subventionen für viele Waren des „täglichen Bedarfs“ und Dienstleistungen.

Das Konsumtionsverhalten war zunächst für alle Alters- und sozialen Gruppen dadurch gekennzeichnet, dass ein neues Angebot von Gütern und Leistungen ebenso wie neue Preise zu Käufen von Konsumgütern führten, die es bis dahin gar nicht, nicht ausreichend oder in verminderter Qualität in der DDR gab. Dazu gehörten vorrangig PKW, Videorecorder, Farbfernsehgeräte, HiFi-Anlagen, Kühl- und Waschgeräte, Polstermöbel, Fußbodenbelag, modische Bekleidung und Kosmetika. Bei Lebensmitteln setzte ein sofortiger Strukturwandel in Richtung zu mehr Obst, Gemüse, Südfrüchten, Schokoladenerzeugnissen, Molkereiwaren, aber dafür weniger Brot und Getreideerzeugnissen, Fleisch und Fisch ein. Die Ausgaben für Warenkäufe an den Gesamtausgaben stiegen, die Anteile der Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel gingen zurück, die Ausgabenanteile für Güter und Leistungen (Non-Food-Bereich) nahmen zu. Die Sparquote tendierte gegen Null. Für die Zeit zwischen 1991 und 1993 waren vor allem Ersatz- und Erweiterungskäufe feststellbar. Die aus DDR-Zeiten in den Haushalten vorhandenen Bestände an Konsumgütern für Hauswirtschaft und Freizeit waren zum Teil überaltert und in Qualität und Gebrauchswerteigenschaft mit dem neuen Angebot nicht vergleichbar. Das betraf insbesondere Werkzeuge, Farben, Tapeten, Fliesen, Instandhaltung und Rekonstruktion von Haus und Wohnung bzw. Grundstück durch neue Heizungssysteme, Dämmstoffe, Fenster, Türen, Elektro- und Wasserinstallationen. Das Reisen gewann an Gewicht. Die beschriebenen Strukturveränderungen stabilisierten sich ab Mitte der 90er Jahre, die Kreditkäufe nahmen zu.

Generell ist das Kaufverhalten der Ostdeutschen nach 1990 überwiegend als durchdacht und maßvoll zu kennzeichnen. Von einem anhaltenden Kaufrausch mit dem Ergebnis extrem zunehmender Verschuldung kann nicht gesprochen werden, ohne zu verkennen, dass auch die privaten „Schuldenberge“ stiegen.

Die Veränderungen im Konsumverhalten der Ostdeutschen, die ab 1990 zunächst vor allem vom Institut für Marktforschung in Leipzig verfolgt wurden,²⁰⁵ ließen bereits beim Vergleich der groben Ausgabenstruktur für das 1. Halbjahr 1990 mit dem 2. Halbjahr 1992 erkennen, dass der Einkommensanstieg vor allem - bei sinkenden Anteilen für Nahrungs- und Genussmittel - für steigende Mieten, Energie- und Wasserkosten sowie Dienstleistungspreise verwendet wurde/werden musste.

Insgesamt erhöhten sich die **jährlichen privaten Konsumausgaben je Einwohner** in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) in den Jahren zwischen 1991 und 2014 von 6.753 auf 17.118 Euro (253 %), in den alten Bundesländern (inkl. Berlin) im gleichen Zeitraum von 11.933 Euro auf 20.125 Euro (169 %). Damit erfolgte eine Angleichung des Ostens auf 85,1 %, mit sinkender Tendenz seit 2009. Die Hauptentwicklung vollzog sich in den neuen Ländern zwischen 1991 und 1995. Ab Mitte der 90er Jahre ist ein abnehmendes Angleichungstempo zu verzeichnen, die absolute Differenz ist seit 2000 sogar von 2.500 Euro auf rd. 3.007 Euro je Jahr und Einwohner angestiegen.

²⁰⁴ Nachfolgende Ausführungen stützen sich auf Ebert, Elvir: Einkommen und Konsum, in: Sozialreport 1994 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: I. Kurz-Scherf/G. Winkler), Berlin 1994, S. 182 ff.

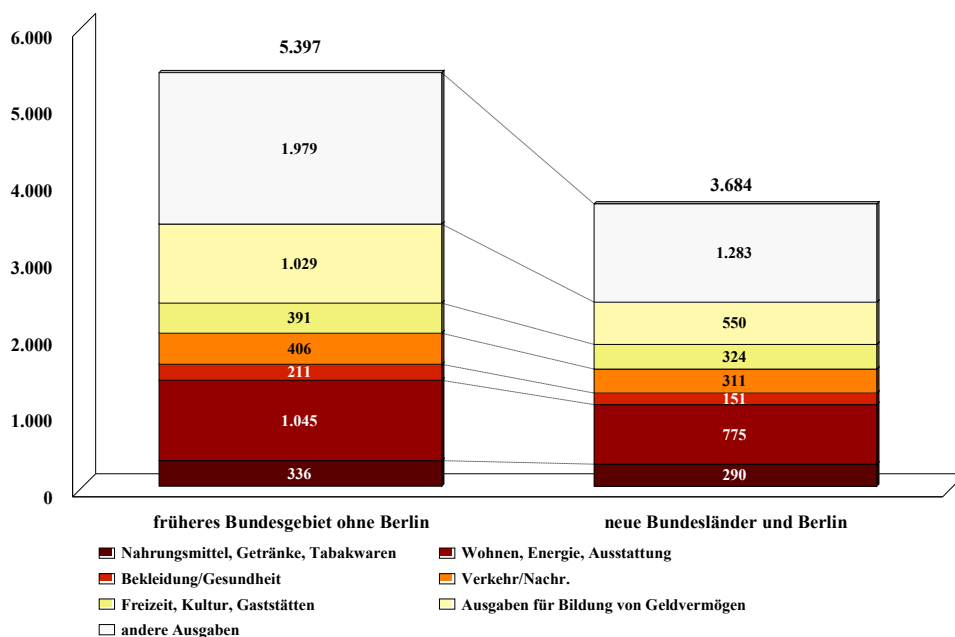
²⁰⁵ Vgl. Institut für Marktforschung GmbH Leipzig: Berichtsreihe zur Konsum-Klima-Forschung, lfd.

Die privaten Konsumausgaben pro Kopf differierten (2014) in den neuen Ländern zwischen Mecklenburg-Vorpommern (16.758 Euro), Sachsen-Anhalt (16.907 Euro), Thüringen (16.995 Euro), Brandenburg (17.400 Euro) und Sachsen (17.271 Euro) und liegen generell unter den alten Ländern. In Westdeutschland reichen sie von Bayern (21.146 Euro) bis zum Saarland (18.936 Euro). Für Berlin werden 17.748 Euro ausgewiesen.²⁰⁶ Eine nicht auf die Ausgaben je Einwohner, sondern auf die **monatlichen Ausgaben je Haushalt** bezogene Analyse für 2014 ergibt:²⁰⁷

- Die privaten Konsumausgaben (Nahrungsmittel, Bekleidung, Wohnung, Freizeit usw.) betragen in Deutschland monatlich pro Haushalt insgesamt 2.375 Euro, in den neuen Bundesländern (inkl. Berlin) 1.935 Euro, in den alten Bundesländern (ohne Berlin) 2.494 Euro - das entspricht einer Angleichung auf 77,6 % bei einer monatlichen Differenz von inzwischen 559 Euro pro Familie je Monat.
- Die Gesamtausgaben der Haushalte betragen im Osten 3.684 Euro (private Konsumausgaben sowie insbesondere Ausgaben für Versicherungen, KFZ-Steuern, Darlehen, Bildung von Sach- und Geldvermögen), im Westen 5.397 Euro. Das entspricht einer Angleichungsquote von 68,3 % und einem Ausgabendefizit im Vergleich zum Westen von minus 1.713 Euro je Familie und Monat. (Auch hier gilt, dass Untersetzungen nach sozialstrukturellen Merkmalen und Regionen ab 2014 nicht mehr vorliegen).

Wenn auch gerade im Vergleich der Rentnerhaushalte zu beachten ist, dass für Ostdeutschland Pensionärshaushalte (zumindest gegenwärtig) noch nicht so bedeutsam sind, da es nicht nur weniger Pensionäre gibt, die z.T. ihre Anspruchsberechtigung aus den alten Bundesländern mitgebracht haben. Werden die westdeutschen Rentner und Pensionäre zusammengeführt (z.B. zu Ruheständlern), so werden wichtige Differenzierungen der Situation der Rentnerinnen und Rentner in Ost wie West „eingeebnet“.

Abbildung 2.49: Monatliche Ausgaben privater Haushalte - nach Regionen - 2014 - in Euro -



Quelle: Statistisches Bundesamt, laufende Wirtschaftsrechnungen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2014, Fachserie 15, Reihe 1, Wiesbaden 2016

²⁰⁶ Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Reihe 1 Länderergebnisse, Bd. 5 1991 bis 2014, Stuttgart 2016.

²⁰⁷ Quelle: Statistisches Bundesamt, laufende Wirtschaftsrechnungen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2014, Fachserie 15, Reihe 1, Wiesbaden 2016.

Die Abbildung 2.49 verdeutlicht, dass - unabhängig von der Ost-West-Differenz -

- die Unterschiede am geringsten beim Verbrauch von Nahrungsmitteln, bei den Aufwendungen für Bekleidung, für Verkehr und Nachrichtenübermittlung sind,
- am größten sind sie bei Ausgaben, welche für die Bildung von Geldvermögen sowie für Wohnen/Mieten/Energie aufgewendet werden - Letzteres nicht vorrangig aufgrund höherer Kosten in den alten Bundesländern, sondern größerer Wohnungen sowie höherer Anteile an Wohneigentum.

Neben den Veränderungen im unmittelbaren Verbrauch an Lebens- und Genussmitteln, bei Bekleidung und Schuhen gehören aufgrund neuer Angebotsstrukturen die quantitativen und qualitativen Veränderungen in den Haushaltsausstattungen zu den relativ rasch vollzogenen „Angleichungen“. Bekanntlich verändern sich z.B. die Bedürfnisse zur Ausgestaltung der Wohnungen sowohl im Lebensverlauf, aber auch in Abhängigkeit von den individuellen finanziellen Möglichkeiten zu deren Befriedigung sowie den sich rasch verändernden technischen Standards (Internet, I-Phone u.a.). Die seit 1990 vorhandenen Möglichkeiten zum Erwerb langlebiger Gebrauchsgüter konnten von fast allen Haushaltstypen für Modernisierung bzw. Neuausstattung genutzt. Ein Vergleich zwischen den Ausstattungen der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern zwischen den Jahren 1990 und 2016 verdeutlicht, in welcher Weise und in welchem Umfang sie in den neuen Bundesländern an den gegebenen Konsummöglichkeiten teilnehmen und diese zur Verbesserung ihrer Lebensqualität genutzt haben.

Tabelle 2.30: Entwicklung des Ausstattungsgrades von privaten Haushalten mit langlebigen Gebrauchsgütern - nach Regionen - 1989 bis 2016 - je 100 Haushalte am 1.1. des jeweiligen Jahres -

	DDR	neue Bundesländer und Berlin-Ost		neue Bundesländer und Berlin		früheres Bundesgebiet
	1989	1993*	1998	2010	2016	2016
Gebrauchsgüter des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung						
Telefon	25	54	97	99,9	100	99,9
stationär (Festnetz)	x	x	90	90	89	92
mobil	x	x	91	93	95	95
Personalcomputer	18	18	34	77	88	89
stationär	x	x	61	52	46	50
mobil	x	x	41	64	72	76
Internet	x	.	5	68	86	90
Personenkraftwagen	57	76	71	70	70	79
fabrikneu gekauft	x	x	34	32	31	35
gebraucht gekauft	x	x	41	44	45	50
Fahrrad	57	78	74	79	78	81
Gebrauchsgüter der Bildung und Kultur						
Fernsehgerät	57	96	98	96	99	98
Fotoapparat	x	85	85	87	82	84
Videokamera	x	8	17	20	18	18
Gebrauchsgüter der Haushaltsführung						
Gefrierschrank/-truhe	48	64	80	43	42	53
Geschirrspülmaschine		3	26	60	65	71
Mikrowellengerät		19	41	73	74	73
Wäschetrockner		3	14	22	24	46

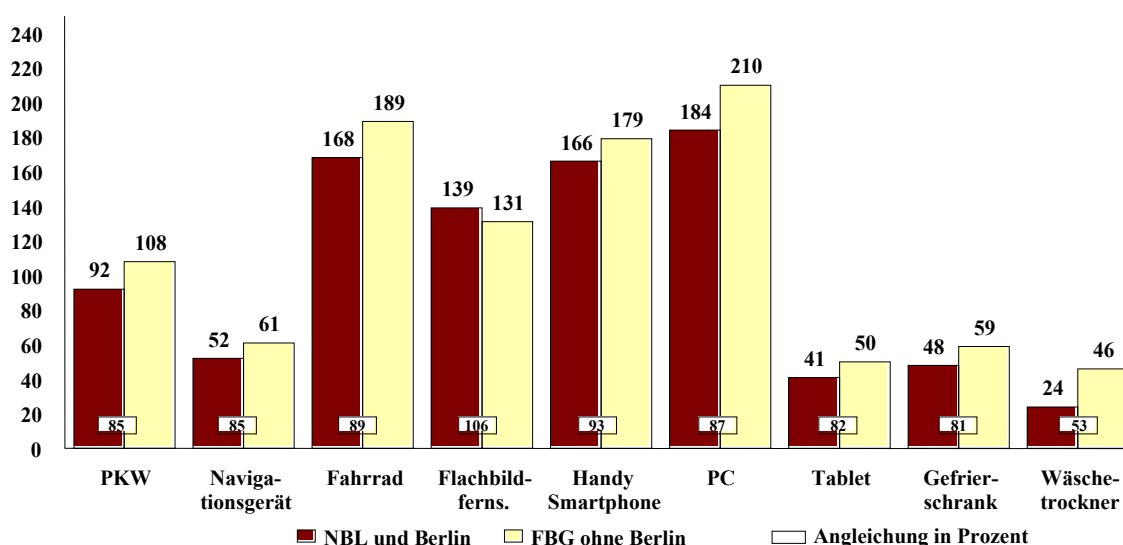
* Konsumklimaforschung, IMF Leipzig für neue Bundesländer und Berlin-Ost

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 15, Heft 2, Wirtschaftsrechnungen, EVS: Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern, div. Jahrgänge, Wiesbaden 1991 bis 2016; Statistisches Jahrbuch der DDR 1990

2016 hatten von 100 Haushalten in den neuen Bundesländern 70 % mindestens einen PKW (Ausstattungsgrad), verfügten aber insgesamt über 92 PKW (Ausstattungsbestand). Analog betrug der Ausstattungsbestand von 100 Haushalten bei Fernsehern 173, bei PC 184 und bei Telefonen 275 (darunter 166 mobil), bei hoher Differenzierung nach sozialem Status und damit verbundenem Einkommen. Haushalte in den alten Bundesländern erreichen bei PKW im Jahr 2016 einen Bestand von 108 je 100 Haushalte, bei PC von 210, bei Mobiltelefonen von 179, bei Navigationsgeräten von 61 (neue Länder und Berlin von 59).

Beim Ausstattungsbestand wird zugleich erkennbar, dass bei den eher haushaltsbezogenen Ausstattungen (Gefrierschrank/Mikrowelle/Internetanschluss) im Wesentlichen mit einer erreichten Grundausstattung der Bedarf abgedeckt ist.

Abbildung 2.50: Vergleich der Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern - nach Regionen - 2016 - Ausstattungsbestand je 100 Haushalte -

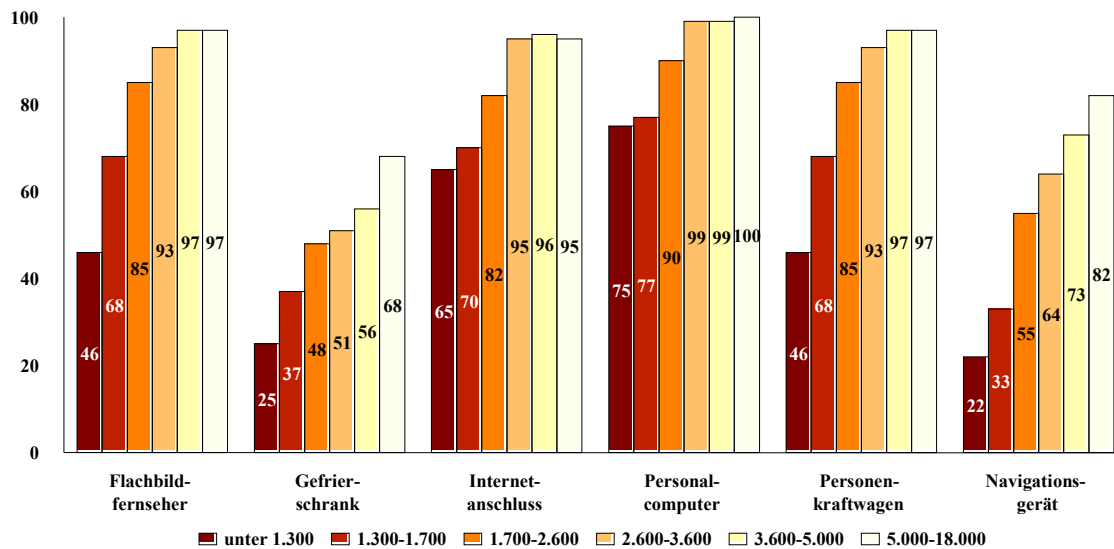


Zusammengestellt nach: Statistisches Bundesamt: Fachserie 15, Reihe 2, Ausstattungen privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern 2016, Wiesbaden 2016

Die nur bis 2014 offiziell vorliegenden Daten zu den neuen Länder („es besteht kein Bedarf an speziellen Aussagen“?) hinsichtlich der Ausstattung nach sozio-ökonomischen Strukturen lassen erkennen, dass bei den eher personenbezogenen Gebrauchsgütern (Telefon, Computer, PKW) die Einkommen stark differenzierend wirken, während das weitaus weniger für die soziale Stellung gilt. Haushalte älterer Bürger lassen im Allgemeinen erkennen, dass Rentnerhaushalte im Osten (das gilt auch für den Westen, aber mit einem höheren Bestand) nicht die Ausstattung der Haushalte anderer sozialer Gruppen erreichen (von Arbeitslosenhaushalten abgesehen) - im Gegensatz zu den Pensionärshaushalten, die weitgehend mindestens den Durchschnitt erreichen und übersteigen.

Die unterschiedliche Ausstattung technischer Ausstattungsgüter z.B. durch Rentnerhaushalte bzw. Haushalte mit geringerem Einkommen hat verschiedene Ursachen, die sowohl in den teuren Anschaffungskosten, aber auch z.B. bei älteren Senioren in den Schwierigkeiten bei der Handhabung neuer technischer Gebrauchsgüter liegen - ein Fakt, der mit dem Nachrücken „Jüngerer“ ins Rentenalter zunehmend abgebaut wird. Bei älteren Bürgern wird auch eine kostenaufwendige Modernisierung oft nicht als vordringlich angesehen. Die unterschiedlichen Ost-West-Entwicklungen zu verfolgen, ist auch gerade vor dem Hintergrund von Tendenzen der Altersarmut im Osten dringend geboten.

Abbildung 2.51: Vergleich der Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern - nach Haushaltseinkommensgruppen in Euro/Monat - neue Länder und Berlin - 1.1.2014 - Ausstattungsgrad je 100 Haushalte -

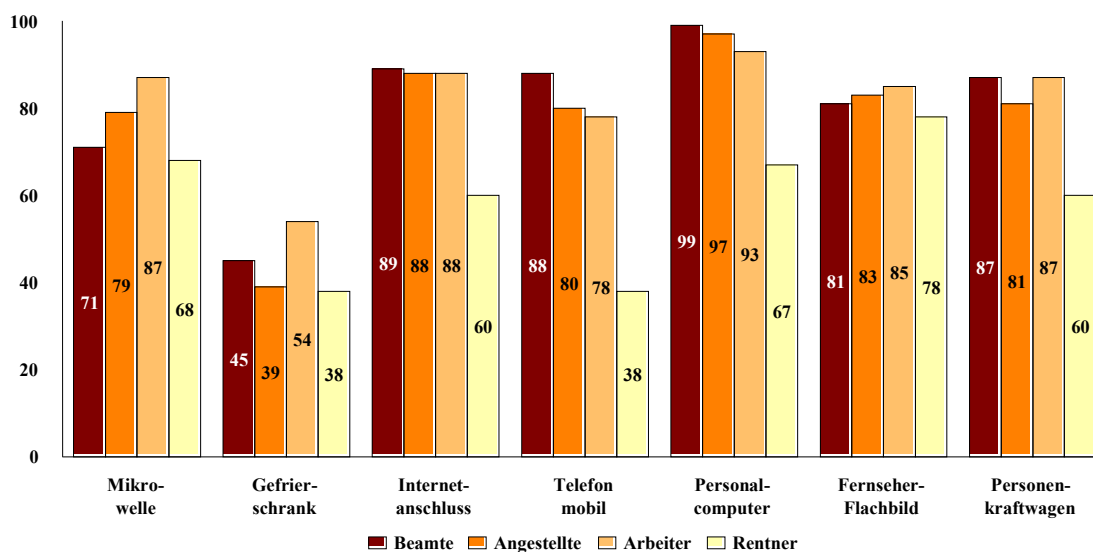


Zusammengestellt nach: Statistisches Bundesamt: Fachserie 15, Reihe 2, Ausstattungen privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern 2014, Wiesbaden 2015, Gl.nr. D3 2.3 V

Beim Ausstattungsbestand wird zugleich erkennbar, dass bei den eher haushaltsbezogenen Ausstattungen (Gefrierschrank/Mikrowelle/Internetanschluss) im Wesentlichen mit einer erreichten Grundausstattung der Bedarf abgedeckt ist. Bei den eher personenbezogenen Gebrauchsgütern (Telefon, Computer, PKW) wirken die Einkommen stark differenzierend (vgl. Abbildung 2.51).

Haushalte älterer Bürger lassen im Allgemeinen erkennen, dass Rentnerhaushalte im Osten (das gilt im Wesentlichen auch für den Westen) nicht die Ausstattung der Haushalte anderer sozialer Gruppen erreichen (von Arbeitslosenhaushalten abgesehen) - im Gegensatz zu den Pensionärshaushalten, die weitgehend den Durchschnitt erreichen und übersteigen.

Abbildung 2.52: Vergleich der Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern - nach sozialer Stellung - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - Ausstattungsgrad je 100 Haushalte -



Zusammengestellt nach: Statistisches Bundesamt: Fachserie 15, Reihe 2, Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern 2014, Wiesbaden 2015, Gl.nr. D3 2.2V

Der Vergleich der Abbildungen lässt erkennen, dass die soziale Stellung weitaus weniger differenzierend wirkt als das jeweilige Haushaltsnettoeinkommen. Die unterschiedliche Ausstattung technischer Ausstattungsgüter durch Rentnerhaushalte bzw. Haushalte mit geringerem Einkommen hat verschiedene Ursachen, die sowohl in den teuren Anschaffungskosten, aber auch z.B. bei älteren Senioren in den Schwierigkeiten bei der Handhabung neuer technischer Gebrauchsgüter liegen - ein Fakt, der mit dem Nachrücken „Jüngerer“ ins Rentenalter zunehmend abgebaut wird. Bei älteren Bürgern wird auch eine kostenaufwendige Modernisierung oft nicht als vordringlich angesehen.

2.3.5 Vermögen/Sparen/Erben

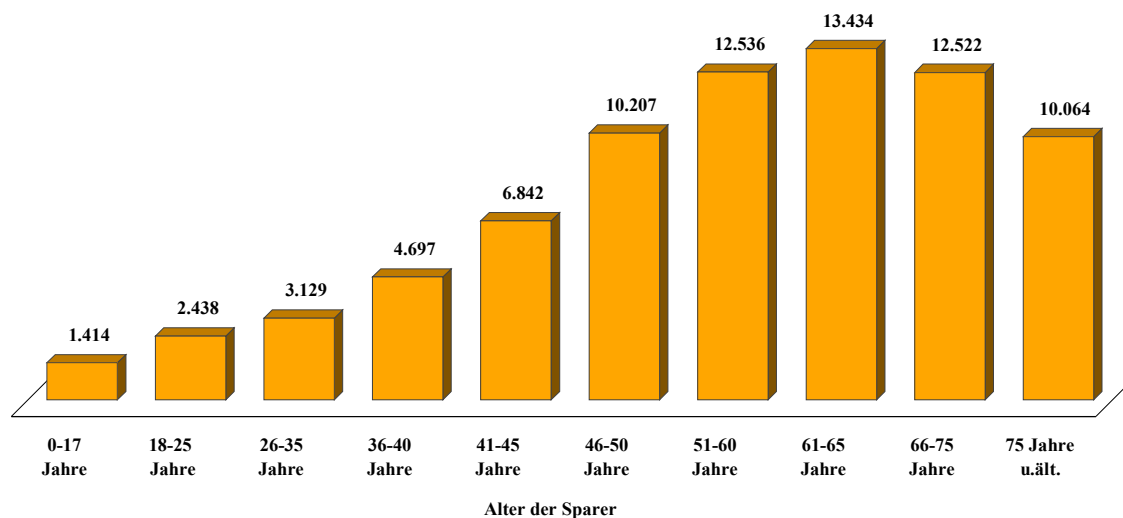
Vermögen - als Sach- oder/und Geldvermögen - trennen Ost und West nach wie vor am deutlichsten. Weniger der Besitz allein, sondern mehr die wertmäßigen Unterschiede. Das ist weder Fleiß auf der einen noch Faulheit und Unvermögen auf der anderen Seite geschuldet. Die unterschiedliche Vergangenheit war im Osten mit anderen Vorstellungen und Möglichkeiten für viele Menschen verbunden, materielles und finanzielles Vermögen anzuhäufen. Während im Westen der Aufbau privater Vermögen gefördert wurde, verhielt sich die DDR-Führung eher distanziert gegenüber privatem Vermögen.²⁰⁸ Immobilien waren z.T. eher Belastung als Ausdruck von Freiheit oder Altersvorsorge.

1989/1990 betrafen die mit der friedlichen Revolution und der darauf begründeten Vereinigung verbundenen Überlegungen der Mehrheit der DDR-Bürger sicher nicht eine rasche Angleichung der Vermögensverhältnisse oder den Aufbau finanzieller Vermögen mit hohen Zinsen/Renditen. Schon eher im Kalkül war der Erwerb von Wohneigentum (vor allem in Form von Ein-/Zwei-Familien-Eigentumshäusern). Insgesamt wiesen die finanziellen Vermögen bedeutende Unterschiede zwischen Ost und West auf, die bis in die Gegenwart nicht wesentlich abgebaut werden konnten. Trotzdem waren von den Ostdeutschen bis 1989 bescheidene finanzielle Vermögen, in der Hauptsache Spareinlagen, angesammelt worden. Rund 70 % aller Konten wiesen vor 1990 einen Bestand von unter 5.000 Mark aus mit rd. 10 % der Spareinlagen. 20 % hatten einen Bestand zwischen 5.000 und 20.000 Mark und verfügten über 30 % der Einlagen. Die restlichen 10 % der Konten enthielten etwa 60 % des gesamten Sparvolumens.²⁰⁹

²⁰⁸ Vgl. Busch, Ulrich: Zwischen Konvergenz und Divergenz - zur Entwicklung privater Vermögen in Ost- und in Westdeutschland, Berliner Debatte Initial, Heft 2/2015, Berlin 2015, S. 52.

²⁰⁹ Vgl. Ebert, Elvir/Priller, Eckhard: Einkommen und Konsum, in: Sozialreport 1992 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: G. Winkler), Morgenbuch Verlag, Berlin 1993, S. 123.

Abbildung 2.53: Durchschnittliche Spareinlagen pro Konto und Alter der Sparer - DDR
- 1989 - Mark der DDR -



Quelle: Entnommen aus: Ebert, Elvir/Priller, Eckhard: Einkommen und Konsum, in: Sozialreport 1992: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: G. Winkler), Morgenbuch Verlag, Berlin 1993, S. 122; eigene Berechnungen

1990 waren am Tage der Währungsunion²¹⁰ geringe Sparvermögen der Bürger der neuen Bundesländer vorhanden (die höchsten Sparrücklagen hatten 61- bis 65-Jährige mit rd. 13.500 Mark der DDR²¹¹), mit insgesamt hohen Vermögensdifferenzen zwischen Ost und West. Die unterschiedlichen historischen Bedingungen bis 1990 - die Bildung privaten Vermögens war in der DDR aufgrund niedriger Einkommen und nicht vorhandener bzw. eingeschränkter Verwertungsbedingungen kaum möglich bzw. relativ begrenzt - führten zu völlig unterschiedlichen Ausgangsbedingungen im Rahmen des Vereinigungsprozesses. Es bestand jedoch von Anbeginn bei fast allen Bürgern Klarheit darüber, dass die in den alten Bundesländern über Jahrzehnte vollzogene Vermögens-Entwicklung für die Mehrheit der Bürger - schon gar nicht für ältere - nicht nachvollziehbar sein würde. Allerdings gab es auch die Vorstellung, mittels Arbeit (Erwerbsarbeit), Initiative und Leistungsverhalten eine entsprechende Annäherung eigen- und selbstständig vollziehen zu können.

Tabelle 2.31: Vermögen privater Haushalte in der DDR (in Mark) sowie der BRD (in D-Mark)
- 1989 -

	DDR		BRD	
	je Einwohner (Mark)	je Haushalt (Mark)	je Einwohner (DM)	je Haushalt (DM)
Grund-, Haus- und Wohnvermögen	11.800	29.800	84.600	189.800
Gebrauchsvermögen	19.000	50.300	27.600	61.200
Geldvermögen	11.800	29.600	45.600	101.900

Quelle: Auszugsweise entnommen aus Ulrich Busch: Zwischen.... a.a.O., S. 53

Durch die Währungsreform wurden die ohnehin geringen Vermögen zusätzlich abgewertet, was zu einem Umbewertungsverlust von 70 Milliarden Mark der DDR führte.²¹² Damit wurden eine weitere

²¹⁰ Vgl. hierzu: Winkler, Gunnar: Die Region der neuen Alten, a.a.O., S. 297 ff.

²¹¹ Vgl. Ebert, Elvir/Priller, Eckhard: Einkommen und Konsum, a.a.O., S. 123/detaillierter auch in Winkler, Gunnar: 20 Jahre später - die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse, a.a.O., S. 101 ff.

²¹² Ebenda, S. 125.

Angleichung der Vermögensverhältnisse in den neuen Ländern und eine zunehmende Differenzierung zu den Geld-Vermögensverhältnissen in den alten Bundesländern erreicht. So betragen nach Angaben der Staatsbank Berlin bzw. der Bundesbank 1990 zwischen den Deutschen in Ost und West Unterschiede im Bruttogeldvermögen pro Kopf von etwa 1:5,5. Der Anteil der Ostdeutschen am gesamten Geldvermögen aller Deutschen lag bei rd. 5 %. Dadurch waren auch von Anfang an Rückgriffsmöglichkeiten für ergänzende individuelle Altersversorgung sowie Voraussetzungen für Existenzgründungen für die übergroße Mehrheit der Bürger nicht gegeben.

Vermögen - personenbezogen

Seit 1990 sind die Vermögen auch in den neuen Bundesländern gestiegen. Eine detaillierte Analyse hierzu nimmt Ulrich Busch vor, auf die hier ausdrücklich verwiesen wird.²¹³ Das in Deutschland vorhandene Nettogesamtvermögen von Bürgern - in seiner Summe von Spar- und Bausparguthaben, Wertpapieren, Versicherungen, Immobilien zum Verkehrswert - abzüglich der vorhandenen Schulden - betrug 2012 rd. 83,3 Tsd. Euro je Bürger ab 17 Jahre²¹⁴. Dabei ist allerdings zu beachten, dass gut ein Fünftel aller Erwachsenen in Privathaushalten über kein persönliches Vermögen verfügte und rd. 7 % mehr Verbindlichkeiten hatten als Bruttovermögen.

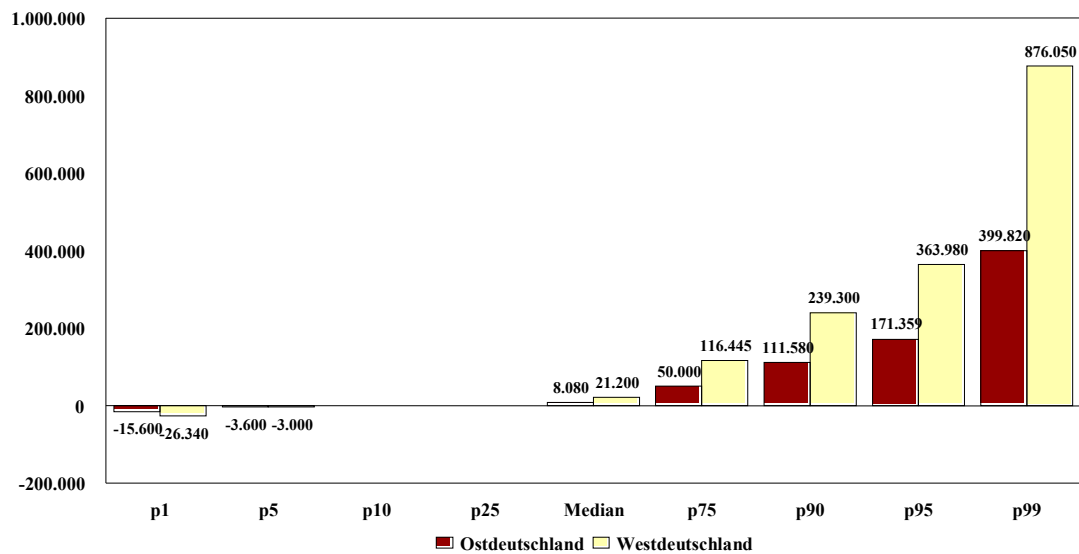
Dabei treten insbesondere Vermögensunterschiede zwischen Ost und West hervor. Das durchschnittliche Nettovermögen erreichte in Westdeutschland mit 94.000 Euro mehr als fast das Doppelte von Ostdeutschland mit 36.500 Euro - im Vermögensvergleich erreicht Ostdeutschland 38,7 %. Über keinerlei Vermögen verfügen im Osten 21,9 % der Bürger, und 8,9 % über Schulden in einer Höhe, die das vorhandene Vermögen übersteigen - im Westen sind das analog 19,8 % ohne Vermögen und 7,1 % mit Schulden im oben genannten Sinne.

In der vorliegenden Analyse werden die Vermögensunterschiede zwischen Ost und West vor allem bei höheren Vermögen noch deutlicher. Teilt man alle Bürger in 100 Teile (Perzentile), so hat die Hälfte der Bürger in Ostdeutschland ein Vermögen unter 8.080 Euro (Median) und die andere Hälfte liegt darüber. Der Osten erreicht damit 38,1 % des mittleren Wertes des Westens, der bei 21.200 Euro liegt. Das reichste Zehntel der Bevölkerung erreicht im Westen (p90) ein Nettovermögen, welches über 239.000 Euro beträgt - im Osten beginnt der Reichtum bei rd. 112.000 Euro und darüber. Während in Ostdeutschland etwas über 170.000 Euro erforderlich sind, um zu den reichsten 5 % der Bürger zu gehören, werden im Westen dazu mindestens 360.000 Euro benötigt (dabei ist allerdings zu beachten, dass die ganz Reichen in solchen Befragungen eher nicht vollständig abgebildet werden).

²¹³ Vgl. Busch, Ulrich: Zwischen Konvergenz und Divergenz - zur Entwicklung privater Vermögen in Ost- und in Westdeutschland, a.a.O.

²¹⁴ Nachfolgende Ausführungen stützen sich auf Analysen des DIW von Grabka, Markus M./Westermeier, Christian: Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, DIW-Wochenbericht 9/2014, S. 151-164.

Abbildung 2.54: Individuelles Nettovermögen nach ausgewählten Perzentilen im Ost-West-Vergleich - 2012 - in Euro -



Datenquelle: Grabka/Westermeier, DIW-Wochenbericht 9/2014, S. 157

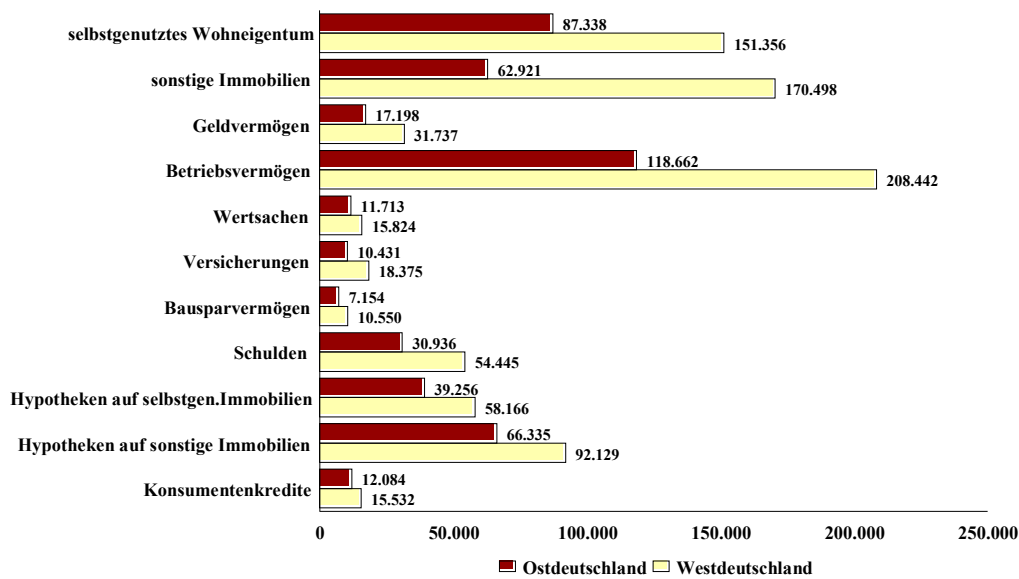
Trotz eines erreichten Anstiegs der Nettovermögen nach 1990 hat die absolute Differenz nicht wesentlich abgenommen und beträgt (2012) inzwischen 82 Tsd. Euro. Insgesamt erreichen die neuen Länder im Vergleich zu den alten Ländern eine Angleichung von rd. 38 %.

Die Analyse des DIW ergab detailliertere Daten für das Sach- und Geldvermögen in Deutschland.

Hervorzuheben ist (Bürger über 17 Jahre):

- Die höchsten Vermögenswerte werden in Ost wie West bei selbstgenutztem Wohneigentum erzielt - mit deutlichen Unterschieden in der Verbreitung (im Westen verfügen 44 % aller Bürger über Vermögen in Form des selbstgenutzten Wohneigentums, im Osten 30,8 %), bei deutlicheren Unterschieden in den damit verbundenen Vermögenswerten (West 150 Tsd. Euro/Ost 87 Tsd. Euro).
- Der höhere Anteil von Bürgern mit „Betriebsvermögen“ im Osten (10 %/West 8 %) reflektiert die Vielzahl von Neugründungen insbesondere von 1-Personen-Betrieben und Kleinstbetrieben mit einem Durchschnittsvermögen von 118 Tsd. Euro im Vergleich zu 208 Tsd. Euro in den alten Bundesländern.
- Geldvermögen weisen die Bürger im Osten im Durchschnitt mit 17,2 Tsd. Euro aus und im Westen mit 31,6 Tsd. Euro.
- Private Versicherungen haben im Osten 41,9 %, im Westen 38,4 %.
- Schulden haben 29,6 % im Osten und 32,2 % im Westen, dabei nahmen Konsumentenkredite im Osten 20,1 % der Bürger in Anspruch und 15,5 % im Westen - eine Hypothek auf ihr selbst genutztes Eigentum hatten 13,4 % im Osten und 18,7 % im Westen. Im Gegensatz dazu sind die Schulden insgesamt im Westen mit rd. 55.000 Euro bei den betroffenen Bürgern im Vergleich zum Osten mit 31.000 Euro entsprechend höher (insbesondere bei nicht selbst genutzten Immobilien).

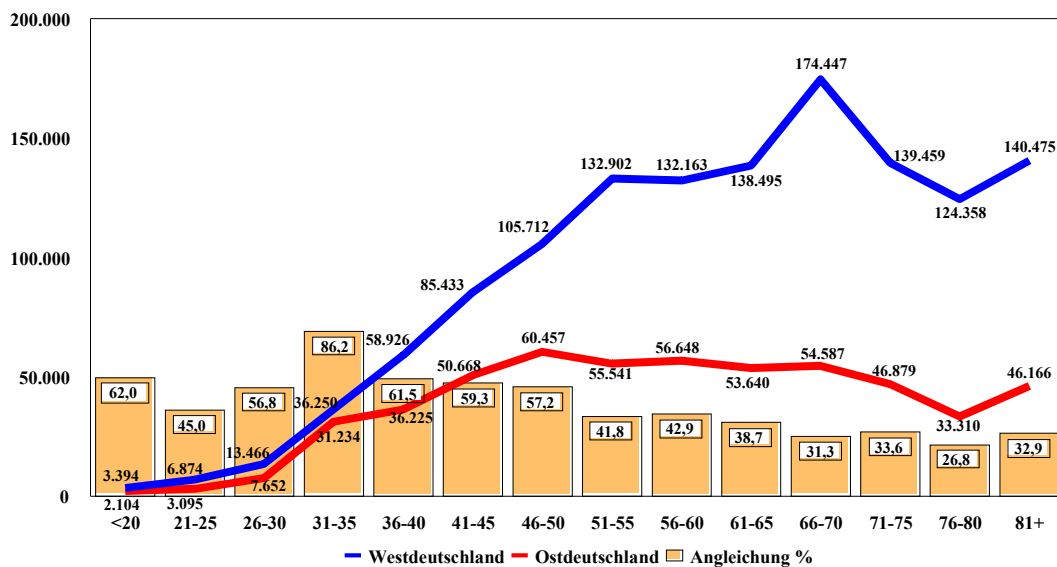
Abbildung 2.55: Vermögen je Vermögensbesitzer ab 17 Jahre (Mittelwert) - nach Regionen - 2012 - in Euro -



Datenquelle: Grabka/Westermeier, DIW-Wochenbericht 9/2014, S. 159

Dass Vermögen in jüngeren Jahren geringer ist als im Alter, dürfte als normal zu kennzeichnen sein, bei einem Ost-West-Vergleich verweisen die Daten der DIW-Studie jedoch erneut darauf, dass die Vermögensspitze im Osten bei den 46- bis 50-Jährigen mit rd. 60.000 Euro liegt, während sie im Westen bei den 66- bis 70-Jährigen rd. 175.000 Euro erreicht. Generell bleiben ältere Ostdeutsche mit einem durchschnittlichen Vermögen zwischen 35.000 bis 55.000 Euro deutlich hinter dem Niveau Westdeutschlands zurück (rd. 35 %). Die Differenz erklärt sich sowohl aus dem traditionellen Fehlen von Wohn- und Betriebseigentum der heutigen Seniorengeneration zu DDR-Zeiten, vor allem aber auch aus der hohen Langzeitarbeitslosigkeit der inzwischen Älteren und einem insgesamt niedrigen Lohnniveau, welches einen Vermögensaufbau bzw. Zuwachs nicht ermöglichte.

Abbildung 2.56: Individuelles Nettovermögen - nach Altersgruppen und Regionen - 2012 - in Euro -



Datenquelle: Grabka/Westermeier, DIW-Wochenbericht 9/2014, S. 160

Bei den unter 50-Jährigen im Osten macht sich insbesondere der höhere Anteil an selbst genutztem Wohneigentum bemerkbar, so dass hier ein höheres Maß der Angleichung erreicht wird. Bei Jahrgän-

gen ohne betriebliches und Wohneigentum (bis 35 Jahre) wird (noch) eine Angleichung von über 80 % erreicht. Die Erweiterung/der Erwerb von privatem Wohneigentum blieb Rentnern und älteren Arbeitslosen nach 1990 in den neuen Bundesländern in hohem Maße verschlossen, so dass auch in den nächsten Jahren von einer weiter zunehmenden Differenz ausgegangen werden kann. Gerade der Besitz an Wohnungseigentum ist ein differenzierender Indikator.²¹⁵

Vermögen - haushaltsbezogen

Die Analyse der Vermögensentwicklung und -strukturen reflektiert naturgemäß in etwa gleiche Verhältnisse wie die personenbezogene Analyse. Das Bruttogesamtvermögen (Geldvermögen/Immobilienvermögen) in den privaten Haushalten Deutschlands betrug 2013 (1. Januar) 150.600 Euro²¹⁶. Werden davon die Gesamtschulden der Haushalte abgezogen, verbleibt ein Nettogesamtvermögen von 123.500 Euro - darunter ein Nettogeldvermögen von 44.500 Euro.

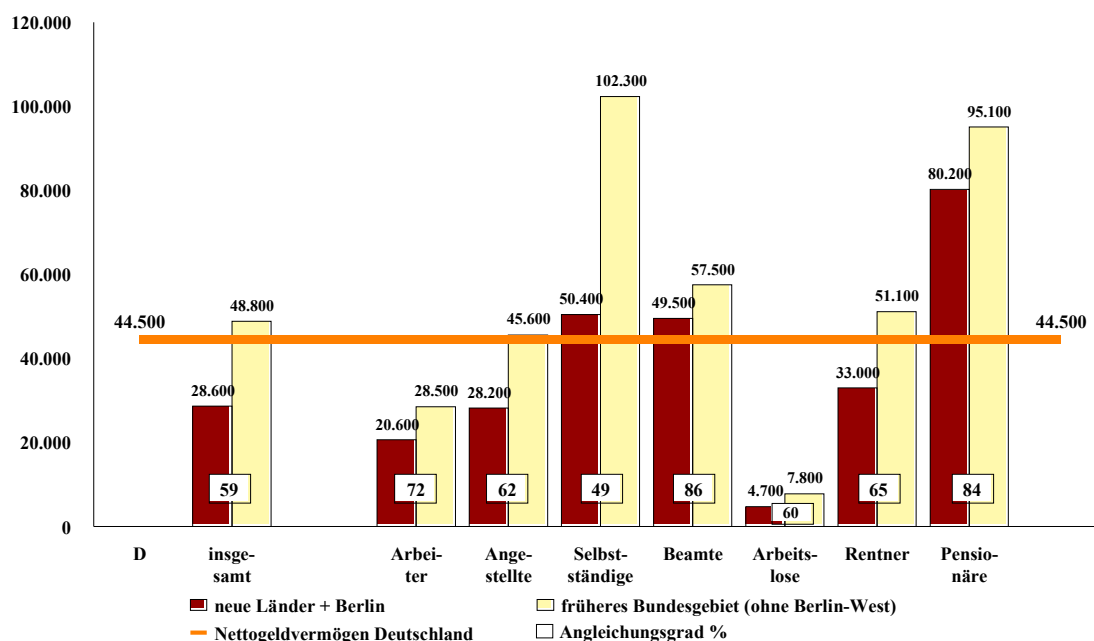
In den Jahren seit 2003 ist das Nettogesamtvermögen von 123.000 Euro um 500 Euro angewachsen, während das Nettogeldvermögen deutlich schneller stieg, von 38.900 Euro um 5.600 Euro je Haushalt - was einem Anstieg von knapp 50 Euro je Monat entspricht - für den einen viel, für den anderen wenig. Hinter diesen Werten verbergen sich jedoch bedeutsame Unterschiede:

- a) Nach fast 25 Jahren deutscher Einheit betrug das Nettogeldvermögen (Sparguthaben/Anlagen/Wertpapiere) im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) im Jahr 2013 insgesamt 48.800 Euro und in den neuen Bundesländern plus Berlin zum gleichen Zeitpunkt 28.600 Euro. Damit erreichte der Osten 59 % des Westens, oder 20.200 Euro weniger. 10 Jahre zuvor betrugen die Werte im Osten 21.900 Euro bzw. im Westen 42.100 Euro (52 %). Die bisherige Entwicklung beizubehalten, sind mindestens noch 50 Jahre vonnöten, um in etwa eine Angleichung zu erreichen.
- b) Wird das Gesamtnettovermögen zugrunde gelegt, so beträgt die Differenz Westen (140.600 Euro) zum Osten (61.200) rd. 80.000 Euro je Haushalt oder erreicht 43,5 %. Hier reflektieren sich sowohl ein über viele Jahrzehnte entstandener höherer Anteil an Haus- und Grundbesitz (37 % der Haushalte im Osten/50 % im Westen) als auch höhere Verkehrswerte (138.500 Euro im Osten/268.000 Euro im Westen) je Immobilienbesitz.
- c) Über das höchste Geldvermögen verfügen Selbstständige und Pensionäre im Westen (vgl. Abbildung 2.52) sowie Pensionäre im Osten (dabei muss ergänzt werden, dass die Zahl der Pensionärshaushalte im Osten mit rd. 100.000 nur 1,2 % aller Haushalte ausmacht, während es sich im Westen dabei um 1,4 Millionen (4,4 %) handelt. Aber auch hier steigende Tendenz im Osten. Die Angleichungsquote schwankt insgesamt zwischen Beamten (86 %) und Arbeitslosen (60 %).
- d) Auch in den Einkommensgruppen erreicht die unterste Gruppe (bis 900 Euro monatliches Haushaltsnettoeinkommen des Haupteinkommensbeziehers) nur eine Geldvermögens-Angleichung von 65 %, die oberste Gruppe (5.000 bis 18.000 Euro) kommt auf 75 %.
- e) Nach Altersgruppen verfügen die Haushalte mit einem 18- bis 25-Jährigen als Haupteinkommensbezieher im Osten über ein Geldvermögen von 2.200 Euro und ein Nettogesamtvermögen von 5.500 Euro - im Westen erreichen sie 6.000 Euro bzw. 11.500 Nettogesamtvermögen. Bei den Ältesten (80 Jahre und älter) wird ein Nettogeldvermögen von 39.700 Euro (Ost) bzw. 66.800 Euro (West) ausgewiesen. Das entspricht einer Quote von 37 % bzw. 59 %.

²¹⁵ Vgl. hierzu auch Abschnitt 4.1 (Wohnen).

²¹⁶ Datengrundlage für nachfolgende Darstellungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15, Heft 2, Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte - 2013 -, Wiesbaden 2014.

Abbildung 2.57: Nettogeldvermögen privater Haushalte - nach sozialer Stellung und Regionen - 2013 - in Euro -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15, Heft 2, Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte - 2013 -, Wiesbaden 2014, Glied.nr. D2/D3 4.2 V

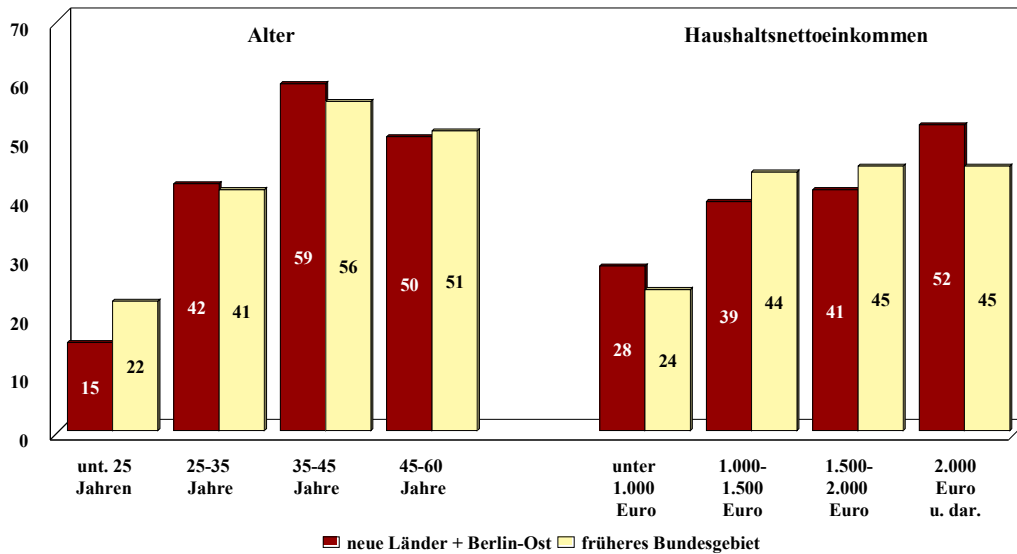
Insgesamt haben die Ungleichheiten bei der Mehrheit der Bürger im Osten (im Vergleich zum Westen) kaum bzw. bei ohnehin besseren Lebenslagen nur gering abgenommen - die Ungleichheiten nach sozialer Stellung, Alter, Einkommen haben zugenommen. Die „Umverteilung von unten nach oben“ funktioniert in ganz Deutschland und manifestiert sich in Vermögenswerten.

Zu beachten ist auch, dass das Risiko von Altersarmut im Osten zunimmt, nicht zuletzt auch deshalb, weil z.B. Hartz IV-Empfänger erst Sozialleistungen erreichen, wenn eigenes Vermögen bis zum sog. Schonvermögen abgebaut wurde. Von den Arbeitslosen in Deutschland verfügen 65 % über kein bzw. ein Minus-Vermögen, das durchschnittliche Vermögen von Arbeitslosen - soweit vorhanden - wurde zwischen 2002 und 2012 von rd. 30.000 auf 18.000 Euro „abgebaut“ (z.T. durch Aufgabe selbstgenutzten Eigentums).

Rd. 37 % der ab 18-jährigen Bürger in Ost wie West geben an (2014), einen Kredit abzuzahlen (vgl. Abbildung 2.58). Die durchschnittliche Kreditaufnahme betrug 2015 in Ostdeutschland 9.300 Euro, in Westdeutschland 11.100 Euro.²¹⁷

²¹⁷ Vgl. Sparkerkompass 2016, Bank of Scotland - Niederlassung Berlin 2016, S. 43.

Abbildung 2.58: Zahlen Sie in Ihrem Haushalt einen Kredit ab? - nach Altersgruppen, Haushaltsnettoeinkommen (äquiv.) und Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ja“)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

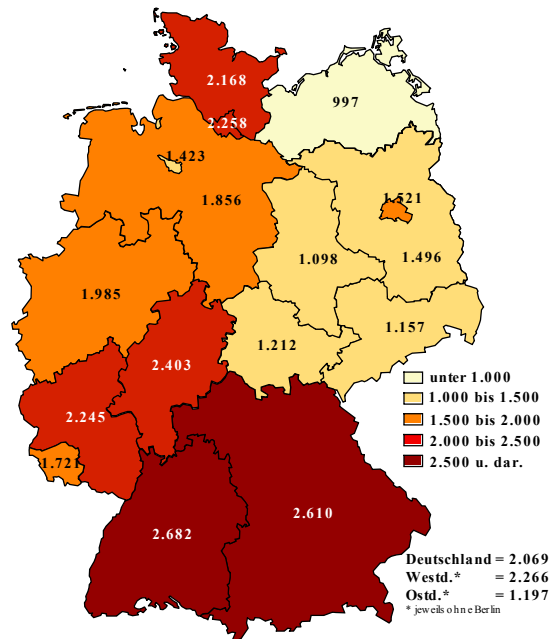
Sparen

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht regelmäßig - neben speziellen Analysen von Banken - Daten zum Ausmaß und zu Entwicklungstendenzen des Sparens. Dabei wird in der offiziellen Statistik „der nicht konsumierte Teil des verfügbaren Einkommens zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche als Sparen der privaten Haushalte“ erfasst.

So betrug das 2014 in den Haushalten gesparte, d.h. nicht konsumtiv verbrauchte - Einkommen je Einwohner in Deutschland 2.069 Euro - das waren in den neuen Ländern 1.197 und im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) 2.266 Euro. Die deutliche Differenz zwischen Ost und West verweist auf die ungleichen zur Verfügung stehenden Einkommen je Haushalt ebenso wie auf die mit geringerem Einkommen verbundenen Zwänge von Ausgaben zum Lebensunterhalt. Die Unterschiedlichkeit der Sparquote, d.h. des Anteils nicht verbrauchten Einkommens zwischen Ost mit 6,5 % und West mit 10,1 %, erreicht damit eine Angleichungsquote von 64 %, reflektiert aber die tatsächliche Angleichungsquote der absoluten Differenz der Sparbeträge zwischen Ost und West mit 53 % nur bedingt. Nicht zu übersehen, dass bei relativ gleichbleibendem Abstand der Sparquote Ost-West, aber zunehmender absoluter Differenz (insbesondere seit 2000) die Chancen auf wirtschaftlich erforderlich steigendes Vermögen (Immobilien und Betriebsvermögen) weiter auseinanderlaufen.

Bleibt zu ergänzen, dass die Sparquote von 6,5 % in den neuen Ländern nicht nur zwischen Mecklenburg-Vorpommern (5,4 %) und Brandenburg (7,8 %) im Osten, sondern auch im früheren Bundesgebiet (10,1) zwischen Bremen (6,9 %) und Baden-Württemberg (11,4 %) differiert.

Abbildung 2.59: Sparvermögen - 2014 - in Euro je Einwohner -



* **Sparvermögen** = nicht konsumierte Teil des verfügbaren Einkommens der Haushalte - lfd. Jahr

Statistische Ämter der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Bd. 5, T.: 5.3 / 6.7 / Eigenberechnungen, Stuttgart 2016

Empirische Erhebungen der Bank of Scotland, die repräsentativ für die Bundesländer stehen,²¹⁸ ergaben für Ende 2015, dass 51 % der Bürger regelmäßig sparen, 35 % gelegentlich und 14 % nie/nicht

Geringeres Sparvermögen begrenzt auch die Möglichkeiten der individuellen Vorsorge fürs Alter. 56 % im Osten und 45 % im Westen können sich - nach eigenen Angaben - Vorsorgesparen nicht leisten, und gaben als Hauptgrund Geldmangel an. Ohne Zweifel ist dabei die Annahme auf einen sich verschlechternden Lebensstandard (Ost 69 %/West 55 %) kein unbedeutendes Motiv.

Detailliertere Aussagen zum Gesamtsparguthaben lieferte 2011 eine Studie der Postbank²¹⁹. Der Durchschnitt der Bundesbürger hatte demzufolge 2011 rd. 19.000 Euro (18.998 Euro) in klassischen Sparprodukten (Spareinlagen, Sparbriefe, Termingelder) angelegt. Werden die Sparguthaben der Länder zugrunde gelegt, so ergibt sich für Westdeutschland (ohne Berlin) eine Summe von 20.411 Euro je Bürger und für die neuen Bundesländer 10.951 Euro (auch ohne Berlin). Das heißt, dass das Vermögen des Ostbürgers auf Spar- und Girokonten, Tagesgeldkonten oder Festgeld rd. 54 % des Westbürgers beträgt.

Dabei hatten die Hessen 2011 mit 34.624 Euro am meisten, gefolgt von Hamburg (23.757 Euro) und Bayern (22.456 Euro). Berlin (22.071 Euro) und Baden-Württemberg (20.965 Euro) liegen noch über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Unter dem Durchschnitt liegen in Westdeutschland: Rheinland-Pfalz (17.897 Euro), Bremen (17.781 Euro), das Saarland (17.101 Euro), Nordrhein-Westfalen (16.711 Euro), Schleswig-Holstein (16.505 Euro) sowie Niedersachsen (16.438 Euro). Am Ende mit deutlichem Abstand unter den Durchschnitt liegend alle neuen Bundesländer: Sachsen (11.935 Euro), Thüringen (11.023 Euro), Sachsen-Anhalt (10.542 Euro), Brandenburg (10.295 Euro) sowie Mecklenburg-Vorpommern (9.945 Euro). Das letzte Bundesland trennen vom ersten fast 25.000 Euro (24.679). Das beste ostdeutsche Land weist noch rd. 4.500 Euro weniger aus als das letzte westdeutsche Bundesland.

²¹⁸ Sparer-Kompass 2016 sowie 2015, Bank of Scotland - Niederlassung Berlin 2015/2016.

²¹⁹ Postbank, Presseinformation v. 25.10.2012.

Bleibt abzuwarten, ob eine sinkende Sparquote seit 2000 tatsächlich vorrangig Ausdruck gesteigerter sozialer Sicherheit, steigenden Konsumwillens und damit auf nachlassende Vorsorgebereitschaft zurückzuführen ist (was sicher in einzelnen Fällen stimmen mag) oder nicht auch auf eine Reallohnentwicklung, die es vielen Bürgern überhaupt nicht mehr ermöglicht zu sparen - der steigende Anteil von „Nicht“sparen wäre auch dafür ein Indiz.

Erbschaften

Ausgehend von der Volksweisheit: „**Wer nichts erheiratet, nichts ererbt, bleibt ein armes Luder, bis er stirbt**“ ist hervorzuheben, dass die Politik langsam kommende Entwicklungen zur Kenntnis nimmt. Auch in einem großen Teil der Literatur zu Vermögensverhältnissen wird festgestellt, dass die heute 50- bis 60-Jährigen über kurz oder lang als Erben in den Besitz eines umfangreichen Vermögens gelangen. In welchem Maße seitens der Politik tatsächlich in den Jahren bis 2020 eine grundlegende Reform der Erbschaftsbesteuerung kommen wird, bleibt abzuwarten (Steuersätze/Freistellungsbeträge).

„Die Erbschaftswelle rollt“ beginnt ein Beitrag in den DIW-Wochenberichten, der sich vorrangig anhand der vergangenen Jahre auf den Zeitraum bis 2020 und ökonomische, d.h. Steuerauswirkungen konzentriert.²²⁰

Einen Schritt weiter gehen die jahrelangen Analysen des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA), die sich stärker an sozial-ökonomischen Fakten orientieren und insbesondere die großen Unterschiede in der Erbmasse zwischen Ost und West in den nächsten Jahren (bis 2024), quantitativ und qualitativ belegen. Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf letztgenannte Arbeiten.²²¹

Es ist davon auszugehen, dass zwischen 2015 und 2024 aufgrund von 7,7 Millionen Todesfällen rd. 3,1 Billionen Euro vererbt werden, davon zwei Drittel (2,1 Billionen Euro) an die nachfolgende Generation (ein Drittel geht vor allem an bisherige Partner). Aber auch bei diesen gibt es eine enorme Differenzierung vor allem zwischen West und Ost. Von der Erbmasse sind 10 % Sachvermögen, 47 % Immobilien- und 43 % Geldvermögen²²².

Dabei werden die verbleibenden 2,1 Billionen Euro an Erbschaftsmasse stark ungleich verteilt werden: 2 % aller Erben erhalten rd. 30 % der gesamten Erbmasse, 98 % teilen sich den „Rest“ von 1,4 Billionen. (Im Nachfolgenden beziehen sich alle Angaben des DIA auf diese 98 %).

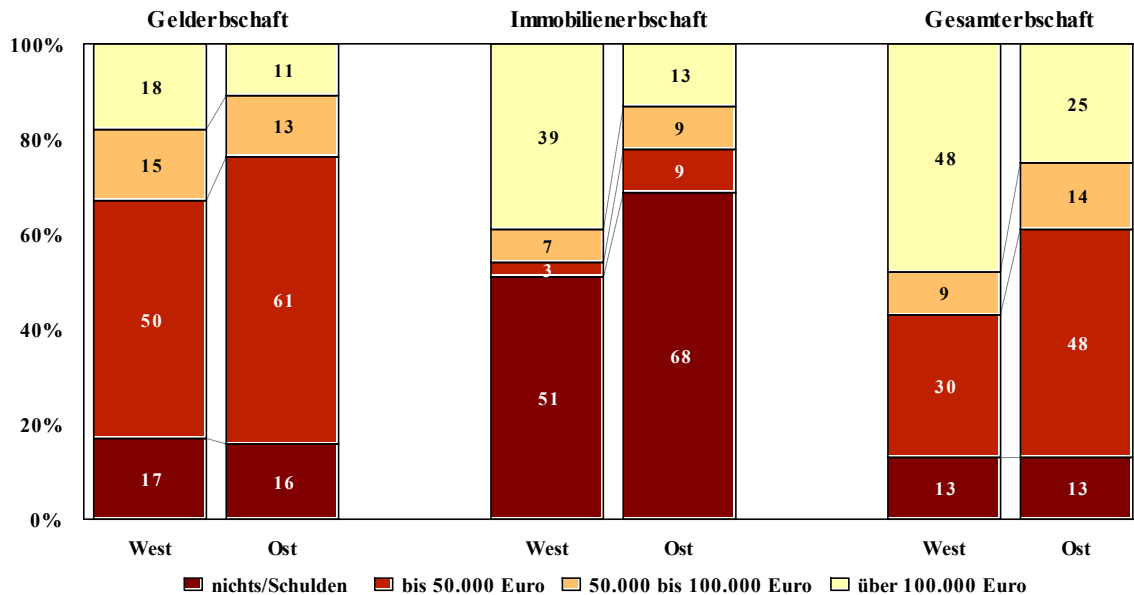
„Erben im Osten“ ist generell gekennzeichnet durch eine langsam steigende Erbmasse, wobei es sich jedoch generell um geringere Beträge im Vergleich zum Westen handelt.

²²⁰ Bach, Stefan/Thiemann, Andreas: Hohe Erbschaftswelle, niedriges Steueraufkommen, DIW Wochenbericht 3/2016, S. 63.

²²¹ Braun, Reiner: Erben in Deutschland 2015 -2024 - Volumen, Verteilung und Verwendung.

²²² Siehe auch: Braun, Reiner/DIA/Quarterly-Ausgaben/DIA Quarterly 1 2013/Im Gespräch.

Abbildung 2.60: Ost-West-Unterschiede in der Verteilung des Erbschaftsvolumens
 - generationenübergreifende Übertragung an die Erbengeneration 2015 bis 2024
 - nach Regionen - in Prozent -



Daten wurden übernommen von Reiner Braun: Erben in Deutschland 2015-2024 - Volumen, Verteilung und Verwendung, Deutsches Institut für Altersvorsorge, Berlin 2015, S. 32

Während sowohl im Osten wie im Westen 13 % der Erbengeneration von ihren Eltern kein Erbe erwarten können (bzw. z.T. sogar Schulden), weichen die Anteile an Immobilien bzw. Geldvermögen doch deutlich voneinander ab. So werden im Osten nur in 32 % der Fälle Immobilien vererbt, im Westen in 49 % der Fälle.

Dabei ist zugleich darauf zu verweisen, dass der Immobilienwert im Osten wesentlich unter dem des Westens liegt (siehe am Anfang dieses Abschnitts sowie Abbildung 2.55) und nur rd. 50 % des Westens erreicht. Darüber hinaus liegt ein Großteil der Immobilien in sog. schrumpfenden Regionen und verliert weiter an Wert bzw. ist unveräußerlich, nicht zuletzt auch weil sich hinter 17 % der Immobilien Ferienhäuser, Bungalows, Datschen befinden, welche im Westen nur 4 % der Immobilien ausmachen.

Die offizielle Statistik weist im Verhältnis Ost-West für Haushalte von **Bürgern über 80 Jahre** (als Hauptträger der künftigen Erbmasse) eine Nettogeldvermögensdifferenz von 40 % aus, was einer absoluten Differenz von rd. 25.000 Euro je Haushalt entspricht. Beim Nettogesamtvermögen sind das rd. 100.000 Euro (60 %). Werden nur die Haushalte einbezogen, die jeweils über Vermögen verfügen, so steigt das jeweilige Vermögen insbesondere bei den Immobilienwerten. Wird, um hohe Extremwerte nicht überzubewerten, anstelle der üblichen Durchschnittsberechnungen der mittlere Wert (Median) verglichen, so ergibt dieser - bezogen auf das Nettogesamtvermögen - für die über Vermögen verfügenden Haushalte für den Osten einen Wert von 32.200 Euro und den Westen von 83.000 Euro.

Tabelle 2.32: Nettovermögen über 80-Jähriger - 1.1.2013 - nach Regionen - Euro je Haushalt -

	Ostdeutschland Euro	Westdeutschland Euro	Relation Ost : West
<i>Durchschnitt je Haushalt (inkl. HH ohne Vermögen)</i>			
Nettogeldvermögen	39.700	66.800	59
Verkehrswert Immobilien	23.400	91.200	26
Nettogesamtvermögen	61.200	154.100	40
<i>Haushalte mit Vermögensangaben</i>			
Nettogeldvermögen	44.000	75.900	58
Verkehrswert Immobilien	99.500	225.600	44
Nettogesamtvermögen	67500	170.500	40
Median Nettogesamtvermögen	32.200	83.000	38

Quelle: Statistisches Bundesamt, Geld- und Immobilienvermögen privater Haushalte 2013, Wiesbaden 2014, Fachserie 15 Heft 2, D2/D3 4.4 V

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich in den nächsten 10 bis 20 Jahren die Geldvermögen der Erbfälle wesentlich erhöhen werden - auch unter Beachtung einer sich verlängernden Lebenszeit und damit verbundener Aufwendungen (z.B. bei Eintreten eines Pflegefalls).

Zu beachten auch, dass sich das Nettogesamtvermögen eines Erblassers im Osten auf mehr Erben verteilen wird (höhere durchschnittliche Kinderzahl), d.h. das Vermögen splittet sich stärker. Im Gegensatz dazu kumuliert sich das Erbvermögen bei Einzelkindern z.T. deutlich.

Die Studie des DIA weist - bezogen auf das geringere zu vererbende Volumen in größeren Städten und Großstädten - auch hier auf die generellen Unterschiede Ost-West hin. So wird für die Jahre 2015 bis 2024 im Falle von Erbschaften (2 Erben unterstellt) je Erben ein Nettogesamtvermögen (inkl. Sachvermögen) im Osten zwischen 51.000 Euro in Mecklenburg-Vorpommern und 71.000 Euro in Thüringen erreicht werden, im Westen liegen die Unterschiede zwischen dem Saarland (95.000 Euro) und Bayern (176.000 Euro).²²³

Alles in Allem bleibt festzuhalten, dass zu Recht immer wieder darauf verwiesen wird, dass sich die Vermögensunterschiede in den nächsten Generationen zwischen Ost und West ebenso wenig abbauen werden wie zwischen einzelnen sozialen Schichten in Ost und West - im Gegenteil. Die Erbschaftsentwicklungen verstärken diesen Trend.

In welchem Maße zur Zeit diskutierte Veränderungen des Erbschaftsrechts bestehende Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten mindern, bleibt abzuwarten.

²²³ Braun, Reiner: Erben in Deutschland, a.a.O., S. 44.

2.4 Armutsentwicklungen

Zunehmende Armut ist/wird eine der grundlegenden Entwicklungstendenzen des sozialen Wandels in Deutschland. 2014 leben 17 % der ab 18-jährigen Bürger unterhalb der Armutsrisikoschwelle. Das sind in Ostdeutschland 20 % und in Westdeutschland 17 %. Alleinerziehende, Arbeitslose und in kleinen Gemeinden der neuen Bundesländer lebende Bürger sind das am meisten betroffene Potenzial.

Insbesondere Altersarmut wird - soweit nicht gegengesteuert wird - in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen. Dazu tragen die Rentenreformen der letzten Jahre maßgeblich bei, insbesondere durch Senkung des Leistungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung. Ein zunehmender Teil ist auch nicht in der Lage, die Leistungsabsenkung in der GRV über betriebliche oder private Altersvorsorge auszugleichen.

Nicht zuletzt bedarf es einer raschen Lösung der Angleichung des Rentenwertes Ost, welche nach mehr als 25 Jahren deutscher Einheit gleiche Renten für gleiche Lebensarbeitsleistungen sichern und zugleich der Altersarmut in den neuen Ländern entgegenwirken würde.

2.4.1 Armut - unterschiedliche Betrachtungen

Armutsdiskussionen rufen in Deutschland - gleich ob Ost oder West - sofort konträre Positionen hervor. Auf der einen Seite jene, die generalisierend Armut - ob erkennbar oder nicht - mit „Asozialität“, Leistungsunwilligkeit oder persönlichem Versagen verbinden, ebenso wie jene, welche darauf verweisen, dass Menschen in den Ländern Afrikas, Asiens oder Südamerikas noch viel schlechter leben, und auf der anderen Seite jene, die generalisierend die Ursachen für Armut ausschließlich als systembedingt werten. Die Positionen Ersterer sind eher abhängig davon, ob der Einzelne schon einmal Betroffener war oder nicht und ob sein Lebensniveau weit über allen Armutsgrenzen liegt, die zweite Position ist eher dem politischen Standort des Einzelnen zuzuordnen. Fest steht: Armut als gesellschaftliches Phänomen ist systembedingt zu werten, sie als „Persönlichkeitsmerkmal“ zu deklarieren, trifft in diesem oder jenem Einzelfall unbestrittenermaßen zu, erklärt aber keine Armut und Armutsrisiken im Massenumfang. Vergleiche zu anderen Ländern der sog. „dritten Welt“ mögen dazu beitragen, Deutschland nicht für den Nabel der Welt zu halten, sind aber mehrheitlich „Totschlagargumente“, um Armutsdiskussionen und Forderungen zu ihrer Überwindung zurückzuweisen.

Bereits im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2003 heißt es: „Wer arm ist, ist auch arm an Chancen. Aber umgekehrt gilt auch: Wem Chancen geboten werden, der muss nicht arm bleiben.“²²⁴ Insofern ist dem Bericht der Bundesregierung nur teilweise zuzustimmen: Es fehlt in der Bundesrepublik nach wie vor an Chancen, nicht arm bleiben zu müssen, ebenso wie es zumindest gegenwärtig immer noch an hinreichenden Chancen fehlt, Armut vermeiden zu können.

Eine breite Diskussion um Armut war zunächst für die Bürger der ostdeutschen Bundesländer neu. Armutsdiskussionen waren in der DDR ohne Zweifel ein sog. „Tabuthema“. Jeder wusste, dass es sie gab, wenn auch nur in geringem Umfang wahrgenommen, aber keiner sprach darüber. Die Wissenschaft beschäftigte sich seit Beginn der 70er Jahre damit, konnte jedoch Ergebnisse erst nach 1990 veröffentlichen.²²⁵ Gerade Rentnerhaushalte ordneten sich zu einem bedeutenden Anteil der ärmeren Bevölkerung zu. Durch den Erhalt einer Mindestrente sowie eine Vielzahl unentgeltlicher bzw. stark subventionierter Leistungen war jedoch „ein sozialer Absturz“ nicht möglich.²²⁶ Ein Leben am Rande des physischen Existenzminimums, von Unterernährung, Verhungern und Obdachlosigkeit älterer

²²⁴ Vgl. Lebenslagen in Deutschland - 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Berlin 2005, S. 52 (L II).

²²⁵ Vgl. Manz, G.: Bleibende Armut und besonders Altersarmut im Osten, in: Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V. „Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den neuen und alten Bundesländern“, Bd. 6, S. 40-52; vgl. auch Manz, G.: Armut in der DDR-Bevölkerung, Maro-Verlag, Augsburg 1992.

²²⁶ Ebenda, S. 41.

Menschen trat als gesellschaftliches Phänomen nicht auf. Das heißt nicht, dass entsprechend den in der Armutsforschung üblichen Bestimmungsfaktoren keine Armut existierte - vor allem in Haushalten älterer Bürger. Entsprechend den üblichen Definitionen ergibt sich, dass 1970 rd. 65 % aller Rentnerhaushalte - ausschließlich bezogen auf ihr Renten-Brutto-Einkommen im Bereich der Armutsgrenze gelegen haben. Ihr Anteil verringerte sich bis 1990 auf 35 %²²⁷.

Gemessen am Lebensstandard erwies sich ab Mitte der 80er Jahre, dass einerseits die Mehrheit der älteren Menschen nicht in der Lage war, sich generell in sog. „Delikatläden“ zu versorgen oder mehrheitlich in „Exquisitgeschäften“ Kleidung und Schuhwerk zu erwerben. Auf der anderen Seite gab es eine Vielzahl von Leistungen zu „Nulltarifen“ (Kino in Nachmittagsvorstellungen, kostenlose Betreuung durch die Volkssolidarität, zum Teil kostenlose Ferienaufenthalte in Betriebsferienheimen usw.), ein umfangreiches Programm der staatlichen Subventionierung von Lebensmitteln, Mieten und Tarifen sowie Kostenfreiheit im Gesundheitswesen usw. Das alles konnte aber auch zu DDR-Zeiten nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Übergang ins Rentenalter ohne Zuverdienst (der möglich war) und Rückgriffe auf Sparguthaben mit deutlichen Eingriffen in den Lebensstandard verbunden war.

Tabelle 2.33: Anteile der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte im Bereich der Armutsgrenze - DDR - (ca.-Angaben - in Prozent) -

Personen pro Haushalt	1970	1980	1988
1	5	5	
2	30	10	10
3	20	9	7,5
4	34	10	6,5
5 und mehr	45	18	14
insgesamt	30	12	10
Rentnerhaushalte	65	50	45

Entnommen aus G. Manz: Bedürfnisse, Lebensniveau und Lebensweisen, in: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit (Hrsg.: G. Manz/E. Sachse/G. Winkler), trafo verlag, Berlin 2001, S. 103

Armut in den neuen Bundesländern konzentriert sich - wenn auch mit abnehmender Tendenz - auf zeitweilig auftretende Notlagen - z.B. bei Arbeitslosen, Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz, Alleinerziehenden, Arbeitnehmern in prekärer Beschäftigung, Hartz IV-Empfängern oder aber auf eine zunehmende Anzahl von Rentnern, welche bereits dauerhaft und aus eigener Kraft nichts mehr verändern können. Dabei muss zugleich festgestellt werden, dass die in den vorangegangenen Abschnitten behandelten Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Bürger der neuen Bundesländer bis in die Gegenwart den Anteil derer, die keine individuelle Vorsorge treffen konnten, ebenso wie derer, die keinen Rückgriff auf größere Nettovermögen (außerhalb von Immobilien) hatten, eine unübersehbare Ungleichheit zwischen Ost und West darstellen. Es ist eine Kluft, die in den jetzigen Rentner- und Vorrentnergenerationen nicht veränderbar ist (und aus Sicht der betroffenen Jahrgänge auch nicht eingefordert wird), es ist aber eine Kluft, die von Politik und Medien auch nicht - z.T. mittels wissentlich falscher bzw. einseitiger Darstellungen gestützt - gezielt „übersehen“ werden sollte.

Die Diskussion um Armut ist - wie bereits festgestellt - sofort tot zu bekommen, wenn darauf verwiesen wird, dass es Regionen in der Welt gibt, in denen Menschen keine Ernährung, keine hinreichende Wasserversorgung, keine medizinische Betreuung usw. haben. Natürlich weiß das jeder. Aber Armut ist - solange es Nationalstaaten, nationale Gesetzgebungen zu Renten- und Sozialhilfesystemen, natio-

²²⁷ Ebenda, S. 45.

nale Vereinbarungen über Löhne und Gehälter gibt - immer auch ein innerstaatlicher Indikator für Lebensqualität.

In verschiedenen Veröffentlichungen wurde zeitweilig für Ostdeutschland der Begriff „Umbruchsarmut“ verwendet, um auf die spezifischen Probleme der Armutsentwicklung in den neuen Ländern zu verweisen²²⁸ bzw. es wurde einer solchen Definition widersprochen²²⁹ in Kenntnis allgemeingültiger Ursachen. Unabhängig der begrifflichen Einordnung bleibt, dass mit den der Vereinigung zugrunde liegenden politischen Zielen und Gesetzen eine Übernahme systembedingter Armutsrisiken verbunden war, die aufgrund der Art und Weise der Vereinigung in den neuen Ländern in besonders massiver Weise auftraten/auftraten. Das betrifft die stete Einkommensreduzierung aufgrund hoher Langzeitarbeitslosigkeit (Hartz IV) mit Langzeitwirkung im Renteneinkommen ebenso wie Formen prekärer Beschäftigung, das betrifft die Beseitigung spezieller Regelungen für Frauen im Rentenrecht, die stete Absenkung des Niveaus der Rentensicherung, um nur einiges zu nennen.

Wird die Entwicklung in der alten Bundesrepublik betrachtet, so hat Armut - und im Besonderen „Altersarmut“ - nach der Rentenreform von 1957 zunächst einen deutlich abnehmenden gesellschaftlichen Stellenwert erhalten. Im Zentrum standen

- in den 80er Jahren die „neue Armut“²³⁰, bezogen auf einen von Solidarleistungen ausgegrenzten Teil der Arbeitslosen.
- Um die Jahrhundertwende erfolgte eine Konzentration der Öffentlichkeit auf die „Infantilisierung der Armut“, die im besonderen Maße auf den zunehmenden Anteil der Armut von Kindern in Familien mit geringem Einkommen verweist.²³¹
- Seit Mitte der 90er Jahre ist auch eine deutliche „Regionalisierung“ der Armut - insbesondere zwischen den Bundesländern (Ost - West) - vor allem im Ergebnis der Erwerbs- und Einkommensentwicklungen²³² festzustellen.
- Mit dem Wirken der „Agenda 2010“ beginnt „Armut trotz Arbeit“ zum Problem für die Gesellschaft und im Besonderen für einen nicht geringen Teil von Bürgern in „prekären Arbeitsverhältnissen“ zu werden.
- Gegenwärtig stellen Untersuchungen im Auftrag der Bundesregierung fest, dass die nach 1992 eingetretenen Reformprozesse in der Alterssicherung langfristig - das belegen sowohl Analysen zur Altersvorsorge (AViD 2005) als auch die jährlichen Daten der „Amtlichen Sozialberichterstattung“ - welche sicher frei von überzogenen Darstellungen sind - zu einer deutlich ansteigenden „Altersarmut“ führen werden.
- Die neusten Armutsberichte des Paritätischen Gesamtverbandes²³³ verweisen auf die zunehmenden regionalen Ungleichheiten als neue Tendenz - gemeint ist dabei vor allem die zunehmende Spreizung zwischen Bundesländern und armen sowie reichen Kommunen.

²²⁸ Vgl. Haupt, Hanna: Umbruchsarmut in den neuen Bundesländern? in: Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern (Hrsg.: R. Lutz/M. Zeng), Opladen 1998, S. 48.

²²⁹ Vgl. Butterwegge, C./Kluntz, M./Zeng, M.: Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 32/33.

²³⁰ Vgl. Balsen, Werner et al.: Die neue Armut - Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung, Köln 1984.

²³¹ Vgl. Butterwegge, Christoph et al., Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005.

²³² SPD-Forum Ostdeutschland, Neue Armut in Ostdeutschland, Berlin 1997.

²³³ Vgl. Die zerklüftete Republik. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014, Berlin 2015 sowie: Zeit zu handeln, Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2016, Berlin 2016.

Die vorliegenden Ausarbeitungen zur Armut (sowohl allgemein als auch speziell) sind relativ umfangreich. Exakt am Tag des Mauerfalls, d.h. am 9. November 1989, legte der DPWV unter dem Titel „... wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land ...“ seinen ersten Armutsbericht vor²³⁴, welcher in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung zum 1. Gemeinsamen Armutsbericht²³⁵ fortentwickelt wurde. Erstmals wurden in diesem Bericht auch die spezifischen Probleme der neuen Bundesländer durch Mitarbeiterinnen des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V. dargestellt. Inzwischen gibt es eine, den veränderten Rahmenbedingungen zum Jahrtausendwechsel und danach Rechnung tragende Literatur²³⁶ bis hin zu jüngsten Veröffentlichungen der Hans-Böckler-Stiftung²³⁷ sowie einzelner Sozialverbände²³⁸.

Die Daten zur Armut in Deutschland - auch zur Altersarmut - sind zum Teil sehr unterschiedlich. Werden die am meisten in der Öffentlichkeit genutzten Materialien verglichen, so ergibt sich verallgemeinernd:

- eine relativ übereinstimmende Armutsquote zwischen 14 bis 16 % (bei steigender Tendenz);
- eine weitgehend übereinstimmende Quote der offiziellen Statistik zwischen Statistischem Bundesamt und EU-Statistik;
- eine weite Spreizung bei Arbeitslosigkeit (rd. 20 %), möglicherweise Auswirkung der unterschiedlichen Medianhöhen;
- eine sich weiter ausdifferenzierende Quote bei Armut Älterer.

Tabelle 2.34: Vergleichende Darstellung der Armutsgefährdungsquoten in Deutschland (60 % - Median - bedarfsgewichtet) - in Prozent -

Armutsgefährdungsquoten	EVS (2008)	EU-SILC (2010)	Mikrozensus (2011)	SOEP (2010)
<i>Median 60 % in Euro (Basis)</i>	1.063	952	848	993
Deutschland	16,0	15,8	15,1	13,9
Ostdeutschland	14,6	14,3	14,0	12,5
Westdeutschland	22,8	22,2	19,5	20,2
Erwerbstätige	6,8	7,7	7,8	8,2
Arbeitslose	74,5	67,8	58,7	56,4
Rentner/Pensionäre	16,9	14,0	13,8	14,9

Quelle: 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2012, BMAS Berlin 2013, S. 461/462

Unterschiedlichen Aussagen liegen z.T. unterschiedliche Erfassungs- bzw. Erhebungskonzepte zugrunde. Mehrheitlich wird Armut als Einkommensarmut statistisch erfasst und empirisch erhoben - auf Grundlage des arithmetischen Mittels oder des Median - zum Teil unter Einbeziehung von Vermögen und Wohneigentum, zum Teil nur als direktes Einkommen. Beim Einkommen werden das individuelle Einkommen (brutto oder netto) bzw. das Haushaltsnettoeinkommen (brutto oder netto) erhoben und je

²³⁴ „... wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land ...“, Blätter der Wohlfahrtspflege 11+12/1989

²³⁵ Hanesch, Walter et. al.: Armut in Deutschland, hrsg. vom DGB und DPWV in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung, rororo, Reinbek bei Hamburg 1994.

²³⁶ So u.a. Butterwege, Christoph et. al., Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland. 2. Monitoringbericht des Netzwerkes für eine gerechte Rente, Rente mit 67 - Erhöhtes Risiko von Einkommenseinbußen und Altersarmut, Berlin 2010.

²³⁷ Schwerpunktheft Armut, Reichtum und Sozialstaat, WSI-Mitteilungen - Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 3/2008.

²³⁸ „Armut in Deutschland - Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien“, Fachgespräch der Volkssolidarität vom 1. April 2008, Protokollband. 10 Forderungen des SoVD zur Verhinderung der Altersarmut, SoVD, Berlin 2007. DPWV: Thesen zur Entwicklung der Altersarmut, Berlin, November 2006. DPWV, 2. Paritätischer Armutsatlas 2011 - von Verhärtungen und neuen Trends, Berlin 2011; Positive Trends gestoppt, negative Trends beschleunigt. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012.

nach Anliegen äquivalenz-/bedarfsgewichtet, d.h. unter Beachtung der im Haushalt lebenden Personen und ihres unterschiedlichen Bedarfs auf ein Pro-Kopf-Einkommen umgerechnet.

Arm wird - je nach Anliegen - mit 40 %, mit 50 % oder die sog. Armutsschwelle mit 60 % des Durchschnittseinkommens angesetzt. Die Daten können mittels Interview oder auf postalischem Wege bzw. per Call-Center oder Internet erhoben sein usw. usf.

Je nach sozialem oder wissenschaftlichem Anliegen orientieren sich die Daten/Aussagen an der Bevölkerung²³⁹, an der Bevölkerung im Erwerbsalter²⁴⁰, an den ab 18-jährigen Bürgerinnen und Bürgern²⁴¹, an Kindern und Jugendlichen²⁴² usw. Armutsuntersuchungen definieren sich aber gleichermaßen an Bestimmungen zu Klassen- und Schichtstrukturen²⁴³ bzw. unter Einbeziehung diverser sozialer und ökonomischer Lagen und Faktoren²⁴⁴.

In der Sozialberichterstattung und Sozialgesetzgebung werden darüber hinaus unterschiedliche „Normen“ für Armut gesetzt, so u.a. über die in der Statistik verwendete OECD-Norm (siehe oben) hinaus, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit oder die Pfändungsfreigrenzen. Dabei handelt es sich um staatliche bzw. Landes- und kommunale Festlegungen, die dem Einzelnen oder seiner Familie einen untersten Schutz zur Befriedigung seiner materiellen Bedürfnisse bieten sollen, sichern jedoch Armut - selbst im engsten Sinne - nicht ab.

Die Diskussion um Armut in Deutschland ist von der Bundesministerin für Arbeit und Soziales wieder in Gang gesetzt worden, indem sie im nächsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (voraussichtlich 2017) alles „richtig stellen“ und „mit Vorurteilen aufräumen“ will.²⁴⁵

Bleibt offen, ob es um politische, wissenschaftliche oder methodische Vorurteile geht oder nur darum, Armut in Deutschland kleinzurechnen bzw. „wegzudefinieren“²⁴⁶. Neben der Zuweisung von Armut als individuell verschuldet, als Ergebnis von Arbeitsunwilligkeit und zu „großzügigen“ Sozialleistungen, tritt die Diskussion um Rechenmaßstäbe und Zuordnungen, was zur Armut zu rechnen sei.

2.4.2 *Armut in Deutschland*

Die Bewertung der Ergebnisse der „staatlichen Armutsberichterstattung“ lässt folgende Aussagen zu:

- Zunehmende Armut ist eine der grundlegenden sozialen Entwicklungstendenzen des sozialen Wandels in Deutschland,²⁴⁷
- Anzahl und Ausmaß der von Armut betroffenen soziodemografischen Gruppen sind steigend;
- Altersarmut²⁴⁸ wird aufgrund des radikalen Umbaus der sozialen Leistungssysteme zu einem zentralen Problem der Lebensverhältnisse/Lebensqualität einer zunehmenden Zahl älterer Menschen der künftigen Seniorengenerationen in Deutschland - das gilt im Besonderen für Ostdeutschland.

²³⁹ Vgl. 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2008.

²⁴⁰ Vgl. Dörre, Klaus: Armut, Abstieg, Unsicherheit: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, APuZ 33-34/2008, S. 4/5.

²⁴¹ Vgl. Erhebungen des SFZ: Leben 1990 - 2014 neue Bundesländer.

²⁴² Vgl. Butterwegge, Christoph: Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, a.a.O.

²⁴³ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung, div. Publikationen zur Prekariatsforschung.

²⁴⁴ Vgl. Neugebauer, Gero: Die Unterschicht und die Parteien, APuZ 33-34/2008, S. 31 ff.

²⁴⁵ Nahles, Andrea: Interview, Süddeutsche Zeitung vom 27.03.2015.

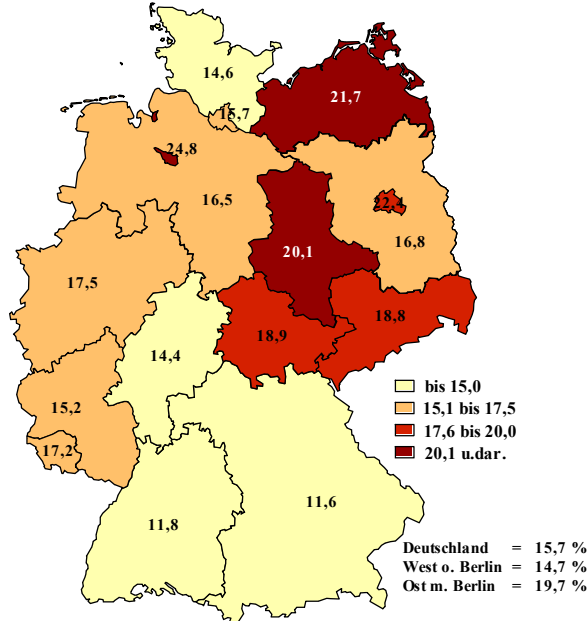
²⁴⁶ Sell, Stefan: Die Armut kriegen wir auch noch wegdefiniert..., <http://www.aktuelle-sozialpolitik.blogspot.de/2015/03/27-armut.html>

²⁴⁷ Winkler, Gunnar: Altersarmut verhindern - Wege und Perspektiven - Positionen der Volkssolidarität zur Bekämpfung von Altersarmut, Vortrag am 19. April 2011, Sozialpolitisches Fachgespräch der Volkssolidarität.

²⁴⁸ Winkler, Gunnar: Altersarmut - Bewertungen und Erwartungen in den neuen Bundesländern, SFZ, Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation, Heft 23, Berlin 2008.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes vom September 2016 lag die Armutsgefährdungsschwelle eines Alleinstehenden 2015 bei **942 Euro**. Auf Grundlage dieser Größenordnung ergibt sich²⁴⁹, dass in Ostdeutschland (neue Länder und Berlin) 2015 rd. 19,7 % der Bürger im Bereich der Armutsgefährdungsschwelle (60 % des Nettoäquivalenzeinkommens) lebten. Das betrifft in den alten Bundesländern 14,7 % der Bürger.

Abbildung 2.61: Armutsgefährdungsquote nach Bundesländern - gemessen am Bundesmedian - 2015 - in Prozent* -



* bezogen auf 60 % des Bundesmedian des Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in privaten Haushalten

Quelle: Statistisches Bundesamt, Amtliche Sozialberichterstattung 2015, Wiesbaden 2016, Tab. A.1.1

Besondere Betroffenheit liegt - bezogen auf die Armutsgefährdungsschwelle - nach wie vor (2015) bei²⁵⁰:

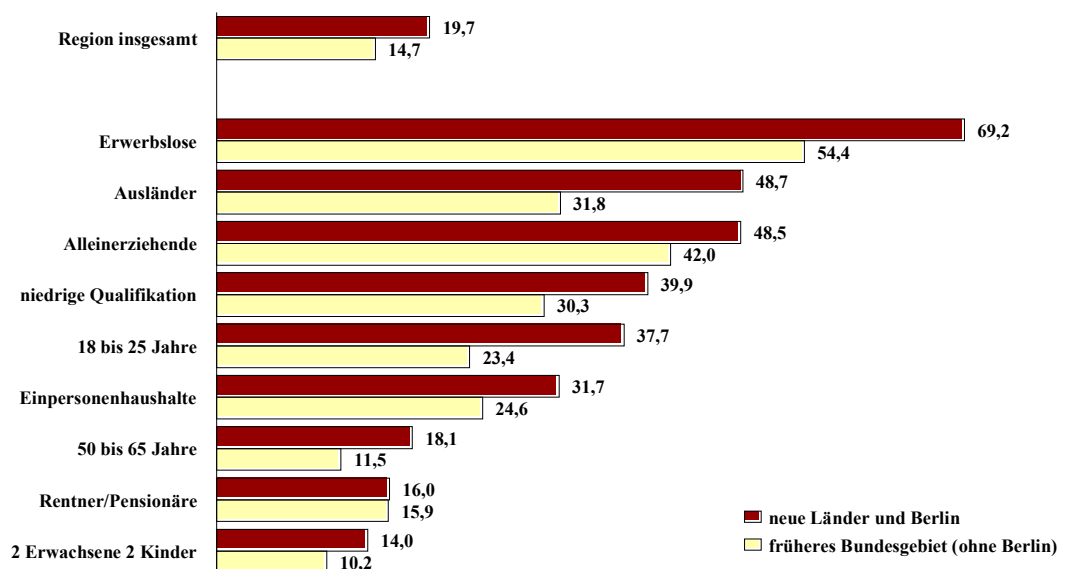
- Erwerbslosen in den neuen Bundesländern 69 % (alte Bundesländer 54 %);
- Alleinerziehenden in den neuen Bundesländern 49 % (alte Bundesländer 42 %);
- Familien mit drei und mehr Kindern 35 % (alte Bundesländer 23 %);
- Ausländern mit 45 % (31 % alte Bundesländer) bzw. Bürgern mit Migrationshintergrund 49 % (alte Bundesländer 32 %).

Armutsentwicklungen im Alter waren in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend Thema der öffentlichen Diskussion trotz eines über viele Jahre gut funktionierenden Systems der GRV - sie wurden jedoch zu einem der zentralen Themen der Sozialpolitik. Insbesondere demografische Szenarien wurden jedoch genutzt, um den größten Sozialumbau der Alterssicherungssysteme in Gang zu setzen mit dem Ergebnis, dass Altersarmut heute wieder ein Thema der sozialpolitischen Diskussion ist. Entsprechend den Angaben der offiziellen Statistik stieg die Armutsgefährdungsquote der ab 65-Jährigen in den neuen Ländern und Berlin zwischen 2005 und 2015 von 8,9 auf 13,0 % (146 %), in den alten Bundesländern von 11,6 auf 15,1 % (130 %). Für die neuen Bundesländer ist zugleich erkennbar, dass mit den 50- bis 65-Jährigen eine Generation mit bereits gegenwärtig deutlich höheren Armutsgefährdungsquoten von 18,1 % (alte Länder 11,5 %) nachrückt, d.h. Altersarmut wird eine weiter zunehmende Rolle in Ost wie West spielen.

²⁴⁹ Statistisches Bundesamt, Amtliche Sozialberichterstattung 2015, Wiesbaden 2016, Tab. A.1.1.17/1.1.18.

²⁵⁰ Ebenda.

Abbildung 2.62: Armutsquoten - nach soziodemografischen Merkmalen - 2015
- bezogen auf Bundesmedian - Anteile in Prozent der jeweiligen Gruppe -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Amtliche Sozialberichterstattung 2015, Tabelle A.1.1.17/A.1.1.18, Wiesbaden 2016

Der offizielle Ausweis von Armutsgefährdungsschwellen nach soziodemografischen Gruppen belegt (2015), dass mehrheitlich der Anteil armutsgefährdeter Bürger in fast allen Gruppen in den neuen Ländern (inkl. Berlin) höher ist als in den westlichen Bundesländern - bei einer im Wesentlichen vergleichbaren Grundstruktur, was heißt, dass (analog der Armutsgefährdungsquote) Arbeitslosigkeit, mit Kindern und allein lebend bzw. ausländische Herkunft/Migrationshintergrund die am meisten betroffenen Gruppen in Ost wie West sind.

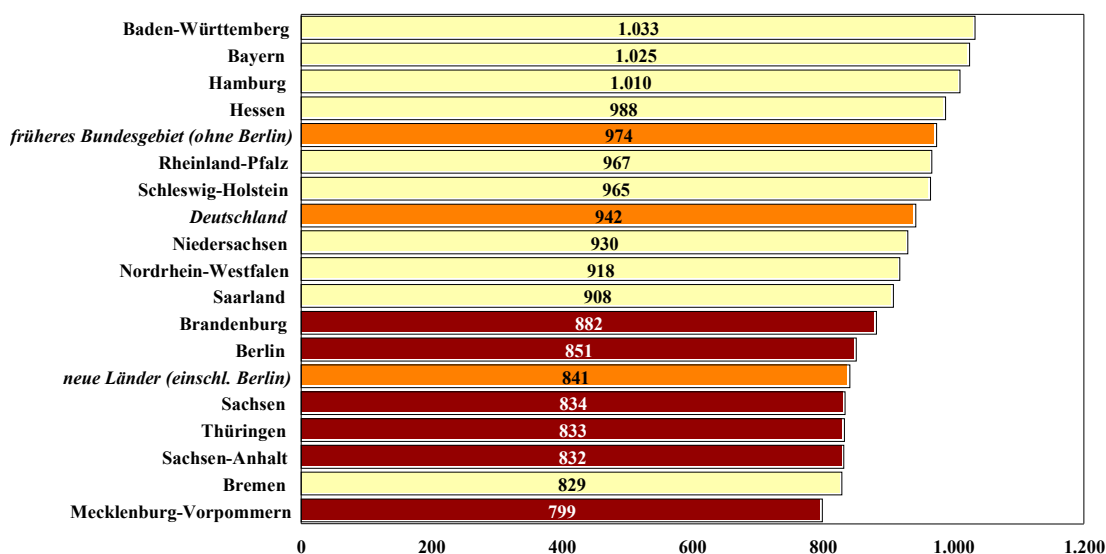
Werden die auf den unterschiedlichen durchschnittlichen Einkommen des jeweiligen Landes berechneten Mediane zugrunde gelegt, so erreicht die Armutsquote in den alten Bundesländern 16,2 % und in den neuen Ländern 13,7 %, liegt also um 2,5 Prozentpunkte niedriger - Westdeutschland wird auf diese Art und Weise zur armutsbedrohteren Region „heruntergerechnet“²⁵¹.

Dem entspricht auch der regionalisierte Ausweis der Armutsgefährdungsschwelle nach Bundesländern, der sich am Einkommen im jeweiligen Bundesland orientiert. Danach sind Einpersonenhaushalte in Baden-Württemberg „arm“, wenn sie über weniger als 1.033 Euro Einkommen verfügen - im Gegensatz dazu lebt in Mecklenburg-Vorpommern der-/diejenige, welche(r) mehr als 799 Euro hat, schon außerhalb der Armutsgefährdungsschwelle.²⁵² Für Mehrpersonenhaushalte (2 Erwachsene und 2 Kinder unter 14 Jahren) lagen die Armutsgefährdungsschwellen in Baden-Württemberg bei 2.169 Euro und in Mecklenburg-Vorpommern bei 1.677 Euro - armen Familien dieser Größenordnung werden in Baden-Württemberg 492 Euro/Monat mehr „zuerkannt“, um noch „arm“ zu sein. Auch hierbei ist festzustellen, dass die Differenz zwischen Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern 2005 „noch“ nur 389 Euro ausmachte. Insofern bedarf es bei Wertungen immer der Kenntnis des jeweiligen Bezugspunktes, um einigermaßen vertrauenswürdige Aussagen vornehmen zu können.

²⁵¹ Quelle: Statistisches Bundesamt, Amtliche Sozialberichterstattung 2014, Tabelle A.1.2. Wiesbaden 2015.

²⁵² Quelle: Statistisches Bundesamt, Amtliche Sozialberichterstattung 2014, Tabelle A.2, Wiesbaden 2015.

Abbildung 2.63: Armutsgefährdungsschwellen nach Bundesländern - Einpersonenhaushalte - 2015
- in Euro - 60 % des jeweiligen Landesmedian -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Amtliche Sozialberichterstattung 2015, Tabelle A.2, Wiesbaden 2016

Armut lässt sich allein rechnerisch senken, wenn nicht das durchschnittliche Einkommen der Bundesrepublik, sondern das der einzelnen Bundesländer zugrunde gelegt wird. Auch neue Verwaltungsstrukturen bei Gebietsreformen führen zum Teil zu rechnerisch sinkender Armut. Die Rechenspielchen lassen sich weitertreiben: Wird das Einkommen vom Landkreis Starnberg (Bayern) zugrunde gelegt, so wären dort alle arm, die unter 1.500 Euro zur Verfügung hätten, im Landkreis Uecker-Randow (Mecklenburg-Vorpommern) wären alle Bürger über 790 Euro bereits nicht mehr arm, usw. usf. Die im Grundgesetz fixierte Aufgabe der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse orientiert eindeutig auf für Deutschland einheitliche Bemessungsgrenzen.

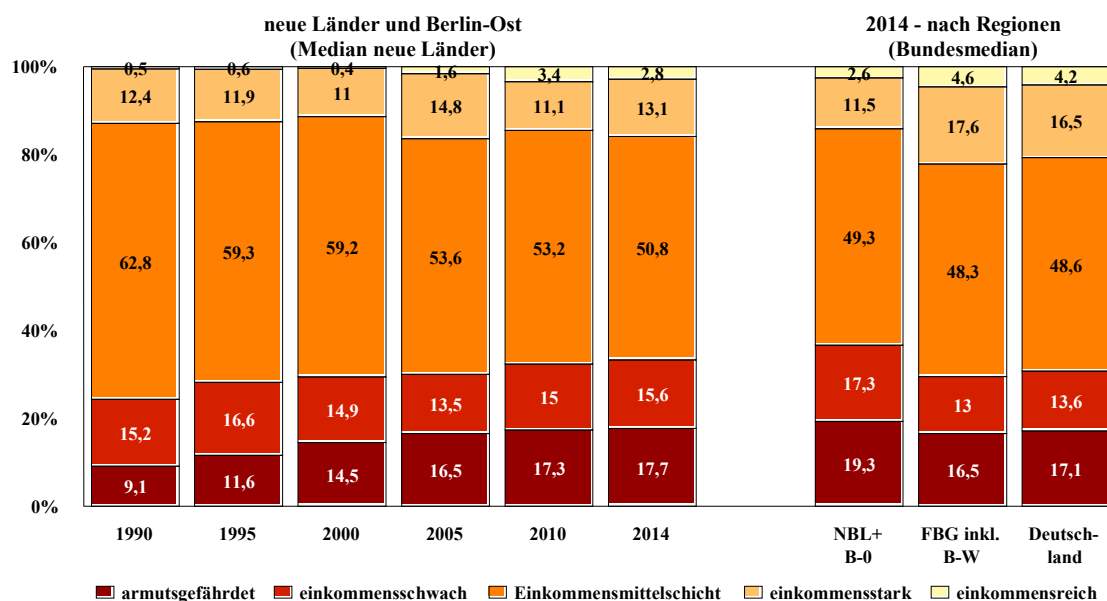
Es ist deshalb zu begrüßen, dass sich immer mehr eine einheitliche, auf Deutschland insgesamt bezogene Berichterstattung durchsetzt, da die der Abbildung zu entnehmenden Ungleichheiten nicht zu rechtfertigen sind und der Betrachtung von Armut aus Sicht gleichwertiger Lebensverhältnisse widersprechen.

Entsprechend den o.g. Definitionen zur Armutsgefährdungserhebung werden als arm bekanntlich all jene Menschen bezeichnet, denen pro Monat weniger als 40 % des Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung zur Verfügung stehen, als unterhalb der Armutsrisikoschwelle leben Bürger, welchen weniger als 60 % des Äquivalenzeinkommens zur Verfügung haben. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes vom September 2016 lag das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen im Jahre 2015 bei rd. 1.579 Euro pro Monat.²⁵³ Bei einer Höhe von 60 % des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens ist die Armutsgefährdungsschwelle erreicht. Das waren 2005 rd. 736 Euro, 2010 betrug diese 826 Euro, 2012 stieg sie weiter auf 870 Euro und lag 2015 bei 942 Euro (bezogen auf einen Einpersonenhaushalt).

Die Analysen des SFZ belegen sowohl den seit 1990 ansteigenden „Armutsbereich“ wie auch den gesamt-deutschen Unterschied zwischen Ost und West.

²⁵³ Statistisches Bundesamt: Armutsgefährdungsschwellen nach Haushaltstyp, amtliche Sozialberichterstattung, Wiesbaden.

Abbildung 2.64: Einkommensschichtung - ab 18. Lebensjahr - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/Vergleich zu früherem Bundesgebiet 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

Auf Grundlage eines Gesamtdeutschen Median²⁵⁴ ergibt sich anhand der Erhebungen des SFZ für 2014 (ab 18. Lebensjahr) (vgl. Tabelle 2.36):

- In Ostdeutschland (neue Länder und Berlin-Ost) leben 2014 rd. 20 % der ab 18-jährigen Bürger im Bereich des Armutsrisikos (60 % des Median-Äquivalenzeinkommens - 840 Euro und darunter) - im früheren Bundesgebiet sind das 17 %.
- In Armut im „strengen“ Sinne leben (40 % des Median - 580 Euro) zum gleichen Zeitpunkt in den neuen Ländern und Berlin-Ost 7 %, im Westen und Berlin-West 6 %.

Besondere Betroffenheit liegt - bezogen auf die Armutsrisikoschwelle - 2014 lt. SFZ vor, bei:

- Armut in Familien
 - Familien mit Kindern (12 % Ost/15 % West),
 - Alleinerziehenden (32 %/31 %),
- Arbeitsarmut
 - Erwerbstätigen (8 % Ost/10 % West),
 - Arbeitslosen (67 % Ost/78 % West),
 - Teilzeitbeschäftigten (18 % Ost/16 % West),
 - Arbeiterinnen/Arbeitern (15 % Ost/20 % West),
- Altersarmut
 - Rentnerinnen/Rentner (18 % Ost/12 % West),
 - Alleinlebende Rentnerinnen (24 % Ost/18 % West).

Deutschland weist auch offiziell für die 18- bis 65-jährigen Erwerbslosen, welche inklusive sozialer Leistungen armutsgefährdet sind, eine Quote von 67,7 % (2011) aus und hat damit die Spitzenposition in Europa (EU-Durchschnitt 46,2 %²⁵⁵).

²⁵⁴ Eigenberechnung der empirischen Erhebung 2014 für die neuen Länder und Berlin-Ost sowie das frühere Bundesgebiet (inkl. Berlin-West/vgl. hierzu auch den Ost-West-Vergleich im Sozialreport 2010 - Langfassung, S. 78/79).

²⁵⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt, Europa 2020 - Die Zukunftsstrategie der EU, Wiesbaden 2013, S. 51.

Tabelle 2.35: Armuts-/Reichtumsprofile - Deutschland - 2014 - Grundlage Bundesmedian
- in Prozent -

(Median Deutschland = 1.400 Euro)	bis 40 % Median bis 560 Euro	40 bis 60 % 561 - 840 Euro	60 bis 80 % 841 - 1.120 Euro	80 bis 120 % 1.121 - 1.680 Euro	120 bis 200 % 1.681 - 2.800 Euro	200 % u.dar. über 2.800 Euro
	strenge Armut	Armutrisikoschwelle	untere Einkommen	mittlere Einkommen	höhere Einkommen	hohe Einkommen
Deutschland	6	11	14	32	29	8
<i>neue Länder und Berlin-Ost</i>	7	13	17	34	24	5
<i>früheres Bundesgebiet</i>	6	11	13	32	30	9
neue Länder und Berlin-Ost						
<i>Erwerbsstatus</i>						
erwerbstätig	2	6	15	34	35	9
arbeitslos	30	37	20	10	3	-
Rentner/Pensionäre	5	12	22	46	14	1
<i>familiärer Status</i>						
Fam. mit Kind/ern	2	10	18	35	30	5
Fam. ohne Kind/er	3	8	15	40	27	8
alleinerziehend	12	21	27	27	12	0
alleinlebend	12	20	19	26	20	3
früheres Bundesgebiet						
<i>Erwerbsstatus</i>						
erwerbstätig	4	6	10	32	36	13
arbeitslos	10	68	13	7	2	-
Rentner/Pensionär	2	8	16	44	25	5
<i>familiärer Status</i>						
Fam. mit Kind/ern	5	10	19	34	29	4
Fam. ohne Kind/er	3	5	9	36	32	16
alleinerziehend	16	15	7	32	27	3
alleinlebend	9	17	13	26	29	6

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

2.4.3 Altersarmut²⁵⁶

Armutsentwicklungen im Alter waren in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund eines gut funktionierenden Systems der GRV nur marginale Themen der Sozialpolitik. Insbesondere demografische Szenarien wurden jedoch genutzt, um den größten Sozialumbau der Alterssicherungssysteme in Gang zu setzen mit dem Ergebnis, dass Altersarmut heute wieder ein Thema der sozialpolitischen Diskussion ist. Zugleich wird die Diskussion gezielt auf den Ausbau privater Vorsorge orientiert und Ängste vor Altersarmut werden geschürt (vgl. hierzu Abschnitt 1.2.5.3).

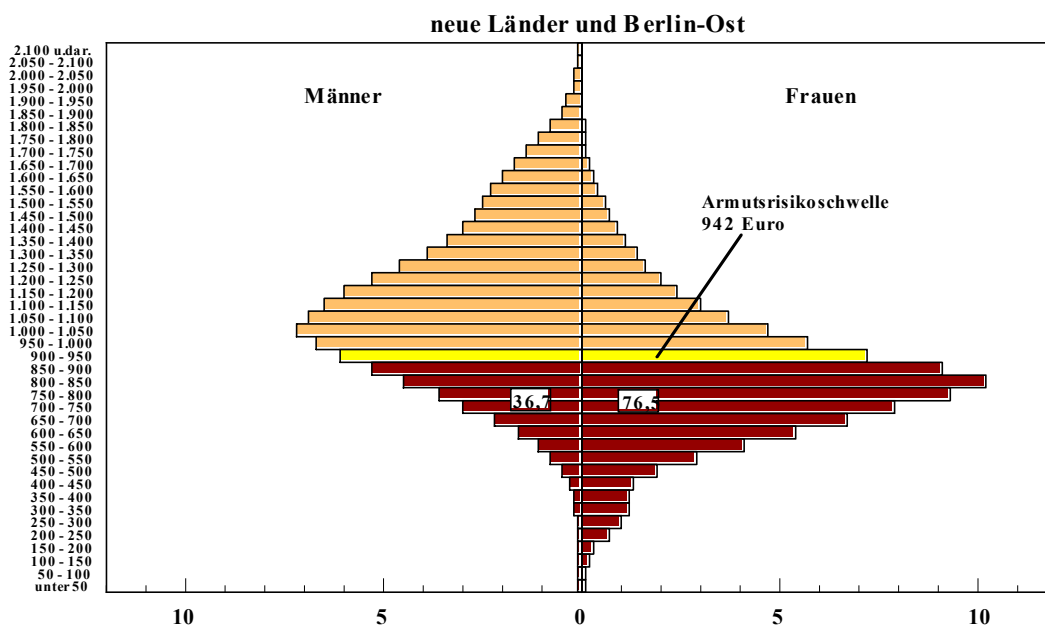
Arme Alte hat es bisher immer gegeben, aber als Massenphänomen ist Altersarmut erst im Entstehen. Im Osten spielte es - trotz aller noch ungelöster Probleme - noch keine solche Rolle, weil die Überführung der ostdeutschen Renten sich zunächst im Rahmen der solidarischen Rentenversicherung vollziehen konnte und Haushalte älterer Bürger sehr oft auf der Erwerbsarbeit beider Partner beruhen.

Die heute zu verzeichnende Altersarmut darf jedoch auch nicht klein geredet werden. So hieß es noch im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Jahre 2008: „Altersarmut ist kein aktuelles Problem“. Und an anderer Stelle: „Das Armutsrisiko Älterer hat trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht zugenommen...“. Gleichzeitig wird jedoch auf das Risiko niedriger Alters-

²⁵⁶ Vgl. eine ausführliche Darstellung in: Winkler, Gunnar: Altersarmut - Bewertungen und Erwartungen in den neuen Bundesländern, in: SFZ - Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern, Bd. 23, Berlin 2008.

einkommen bei Personengruppen hingewiesen, die längere Phasen selbstständiger Tätigkeit mit geringem Einkommen, geringfügiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in ihren Erwerbsbiografien aufweisen.²⁵⁷ Um z.B. einen Rentenzahlbetrag von über 942 Euro zu erhalten, muss der Rentenanspruch bei Berücksichtigung der Sozialversicherungsbeiträge brutto wenigstens 1.040 Euro betragen. Erst ab diesem Betrag ist bei der einzelnen Rentnerin bzw. dem Rentner die Armutsgefährdungsschwelle überschritten.

Abbildung 2.65: Schichtung der Zahlbeträge von Altersrenten im Rentenbestand 2015 - neue Länder und Berlin-Ost - Anteile an Gesamt Männer und Frauen in Prozent -



Quelle: DRV-Bund, Statistikportal der Rentenversicherung/Eigenberechnung

Entsprechend den vorliegenden Daten des Rentenbestandes für 2015 erhielten 76,5 % aller Frauen und 36,7 % der Männer in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost eine Altersrente der gesetzlichen Rentenversicherung unter 950 Euro.²⁵⁸ In den alten Bundesländern und Berlin-West waren das (inkl. Auslandsrenten) 41,3 % bei Männern und 87,4 % bei Frauen. Im Vergleich zur Gesamtheit der Neuzugänge werden anhand der Zahlbeträge die grundlegenden Veränderungen sowohl in den Erwerbsbiografien als auch im Rentenrecht deutlich.

So ergeben sich für 2015, bezogen auf den Rentenzugang für Altersrenten in den neuen Ländern und Berlin-Ost, dass²⁵⁹ insgesamt 61,0 % einen Rentenzahlbetrag unter 950 Euro erhielten. Das betraf insgesamt 64,0 % der Frauen und 48,9 % der Männer.

Der Vergleich verdeutlicht insgesamt, dass sich das Einkommensniveau weiter verschlechtert und der Anteil derer, die Zahlbeträge unterhalb des Armutsrisikos empfangen, bei Frauen noch sinkend aufgrund der z.T. jetzt erst voll wirksam werdenden Jahren der Vollbeschäftigung von Frauen in der DDR nach 1970/1975, während der Männeranteil deutlich steigt und den Anteil der West-Männer überholt. Insbesondere bei Männern wirken sowohl die veränderten Erwerbsbiografien (weniger Arbeits- und Versicherungsjahre, hoher Anteil von Jahren in Arbeitslosigkeit mit verringerten bzw. keinen Versicherungsleistungen) als auch eingetretenen Änderungen im Rentenrecht (Anerkennung von Ausbil-

²⁵⁷ Lebenslagen in Deutschland - Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2008, Seiten XXI und 32 ff.

²⁵⁸ Quelle: DRV-Bund, Statistikportal der Rentenversicherung/Eigenberechnung.

²⁵⁹ Berechnet nach: DRV-Statistik Rentenbestand 2013, Bd. 197, Berlin 2014, S. 137.

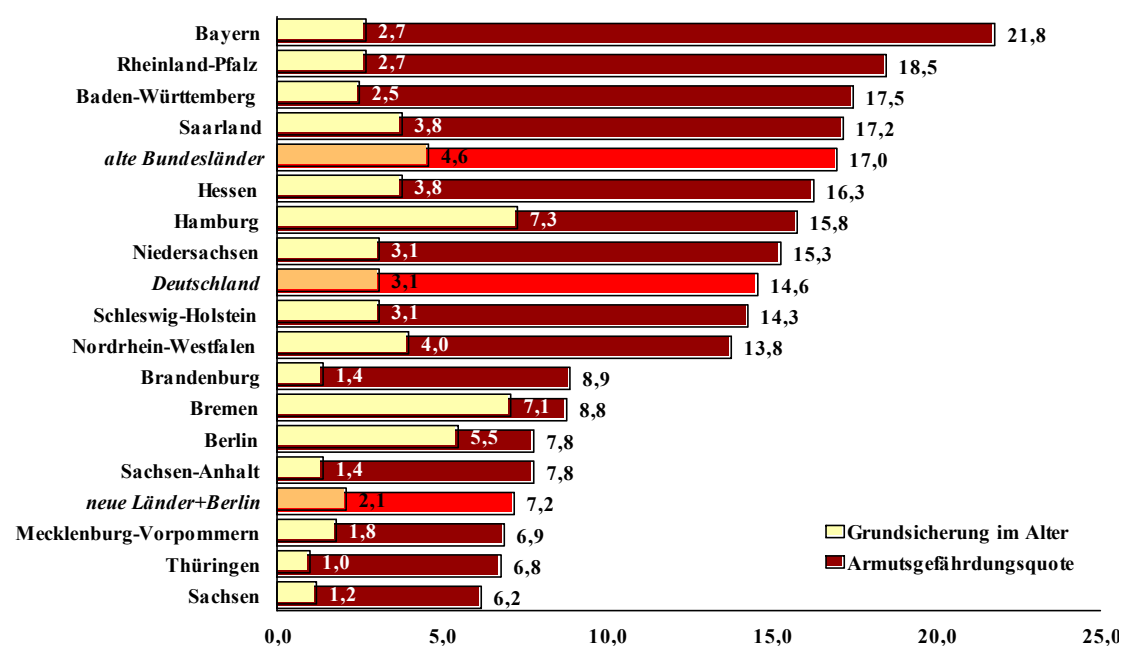
dungszeiten, Heraufsetzung des Renteneintrittsalters z.B. für Frauen, steigende Anteile von Rentenabschlägen usw.). Insbesondere bei Männern werden die neuen Tendenzen des steigenden Anteils um rd. 20 Prozentpunkte zwischen Bestands- und Neurentnern sichtbar.

Dabei ist nochmals darauf zu verweisen, dass für Rentner in den neuen Bundesländern die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu 91 % die bestimmende Einnahmequelle für den Lebensunterhalt im Alter ist und nur in geringem Maße zusätzliche Einkommen - z.B. durch Betriebsrenten oder Pensionen sowie aus Vermögen - zur Verfügung stehen.

Das macht auch einen Vergleich mit den westdeutschen Einkommensstrukturen von Senioren de facto unmöglich, da Rentnerinnen/Rentner in den alten Bundesländern zu 42 % ihres Einkommens nicht aus der Rente der GRV beziehen. Bei Frauen in den alten Bundesländern wirkt insbesondere die hohe Anzahl, welche auf nur wenige Jahre Berufstätigkeit verweisen können. So betrug der Anteil der Neurentner des Jahres 2013, welcher weniger als 20 Beitrags- und beitragsfreie Jahre aufweist, bei Männern im Osten 1,4 % und bei Frauen 2,6 % - im Vergleich dazu gehen in die Zugänge im früheren Bundesgebiet 9,2 % aller Männer mit unter 20 Jahren Beitrags-/beitragsfreien Versicherungsjahren und 37,9 % der Frauen ein²⁶⁰. Trotzdem gilt auch für Westdeutschland, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bürger im Rentenalter ohne zusätzliche Einkommen auskommen muss und damit gleichlaufenden Prozessen wie Rentnerinnen und Rentner in den neuen Ländern einem zunehmenden Armutsrisiko unterliegen.

Insgesamt ist aber auch darauf zu verweisen, dass Altersarmut nicht allein am Einkommen und schon gar nicht daran gemessen werden kann, wie viele Menschen Leistungen der Grundsicherung im Alter beziehen. Offiziell betrug 2015 in Deutschland die Armutsquote für Bürger ab 65 Jahre 14,6 %, in den neuen Ländern und Berlin 13,0 % und 15,1 % im früheren Bundesgebiet.

Abbildung 2.66: Vergleich der offiziell vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Armutsgefährdungsquote (ab 65 Jahre) für 2015 (Landesmedian) sowie der Quote für Grundsicherung im Alter (ab 65 Jahre) Dezember 2014 - nach Bundesländern -



Quelle: Statistisches Bundesamt: Amtliche Sozialberichterstattung - 2015, Wiesbaden 2016 - Tab A1.2/Stat. BA Pressemitteilung

²⁶⁰ Berechnet nach: DRV-Statistik Rentenzugang 2013, Bd. 198, Berlin 2014, S. 134/190.

Im Gegensatz dazu lag die Quote derer, die Grundsicherung im Alter erhalten, im Jahr 2014 bei 3,1 % in Deutschland, bei 4,6 % in Westdeutschland und bei 2,1 % in Ostdeutschland. Es ist offensichtlich, dass es sich bei der Grundsicherung um die Ärmsten der Armen handelt. Erstaunlich auch die hohe Armutsquote in den reichsten Ländern Deutschlands aufgrund des Landesmedianbezugs.

Das DIW hat Berechnungen vorgelegt²⁶¹, welche die voraussichtliche Einkommenssituation der heutigen „Vorrentnergeneration“ im Rentenalter ausweisen - bezogen auf die Einkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Dabei wird deutlich, dass

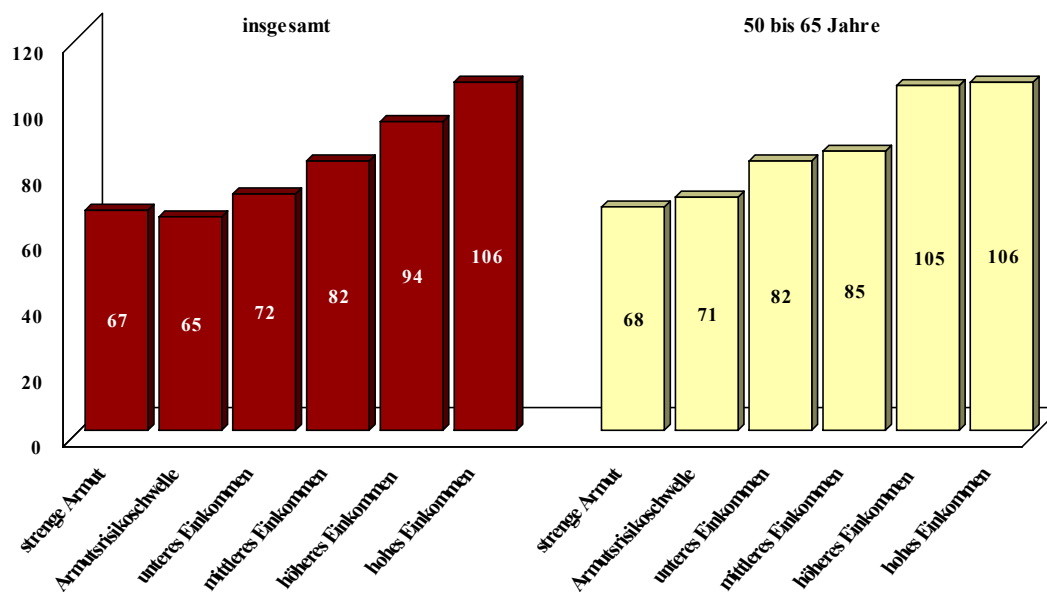
1. vor allem im Osten die Brutto-Rente der Männer dramatisch absinkt und in den Geburtsjahrgängen 1956 bis 1965 nur noch 812 Euro (Mittelwert nach gegenwärtig aktuellem Rentenwert) erreichen wird. Bei Berücksichtigung des Beitrages zur Kranken- und Pflegeversicherung (8,2 %) beträgt die mittlere Nettorente dann 745 Euro - d.h. 50 % aller Rentner im Osten erhalten damit einen unterhalb der Armutsgrenze liegenden Betrag.
2. Erstmals erreichen Frauen und Männer in Ostdeutschland aufgrund der Rentenentwicklung bei Männern ein gleiches Rentenniveau auf niedrigstem Niveau. Während Frauen West die Folgen einer familienzentrierten Beschäftigungspolitik sowie der Einkommensungleichheit Frauen-Männer (-23 %) bis in die Alterssicherung zu spüren bekommen, können Frauen im Osten die negativen Auswirkungen des nach 1990 vollzogenen Umbruchs und Sozialabbaus durch das erreichte Maß der realisierten Vereinbarkeit z.T. (wenn auch immer weniger) abfedern.

Altersarmut ist jedoch nicht auf Einkommensarmut zu begrenzen, sondern durch die Gesamtheit von Lebensbedingungen gekennzeichnet, welche keine ausreichende Gewähr für die Sicherung des physischen Existenzminimums und für die gesellschaftliche Teilhabe im Alter ermöglichen. Das schließt die Bedingungen für Bildung und kulturelle Teilhabe, für Mobilität und Kommunikation, für eine bedarfsgerechte und altersgemäße gesundheitliche und pflegerische Versorgung, für Wohnen im Alter ebenso ein wie für die Mitwirkung an gesellschaftlichen Angelegenheiten.

In Armut Lebende der Altersgruppe 50 bis 65 Jahre in den neuen Ländern verfügen über kleinere Wohnungen (rd. 70 Quadratmeter) und leben überwiegend in Mietwohnungen mit einem deutlich unter dem Durchschnitt befindlichen Eigentumsanteil (i.d.R. in ländlichen Gebieten). Armut ist im Besonderen mit geringer allgemeiner und beruflicher Bildung und davon abhängigen Erwerbsmöglichkeiten verbunden.

²⁶¹ Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Romeu Gordo, Laura/Grabka Markus M./Rasner, Anika und Westermeier, Christian: „Ostdeutsche Männer um 50 müssen mit geringeren Renten rechnen“, DIW Wochenbericht Nr. 23/2012.

Abbildung 2.67: Wohnungsgröße in Abhängigkeit von Einkommensprofilen - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Quadratmeter -



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Armut ist u.a. auch gekennzeichnet durch:

- einen hohen Anteil an Mietkosten, der zu einem geringen restlich verbleibenden verfügbaren Einkommen führt. Rd. 79 % der von Armut Betroffenen sind im Osten Mieter (West 85 %), mit einem Anteil der Miete von 47 % (Ost) bzw. 54 % (West) am Haushaltsnettoeinkommen. Damit verbleiben den Haushalten (durchschnittlich 2,1 Personen) nur rd. 400 bis 440 Euro monatlich für laufende Ausgaben;
- 26 % der betroffenen Bürger (Ost) sind arm trotz Arbeit (West 35 %), ein weiteres Viertel ist arbeitslos, d.h. Armut ist gekennzeichnet durch immer mehr arbeitende und ältere Bürger (rd. 18 % in Ost wie West);
- unterdurchschnittliche Möglichkeiten der Teilnahme am kulturellen/sportlichen Leben. So ist nur die Hälfte des Anteils der von Armut Betroffenen (noch) Mitglied in einem Sportverein. Auch die Mitgliedschaft in Gewerkschaften liegt bei nur rd. 7 %;
- steigende Zahlen von Suppenküchen und Tafeln für existenzunterstützende Versorgungsmöglichkeiten. 20 Jahre nach Gründung der ersten „Tafel“ in Berlin erhalten inzwischen 1,8 Millionen Menschen entsprechende Nahrungsmittelangebote kostenlos oder gegen geringes Entgelt in über 2.100 Tafelläden und Ausgabestellen in Deutschland²⁶². Noch 2005 betrug die Zahl der regelmäßigen Besucher nur 500.000.

Armut führt auch gerade im Alter nicht selten zu sozialer Isolierung und Vereinsamung durch Ausgrenzung und Selbstausschluss. Es sei auch darauf verwiesen, dass der „Schutzschirm Familie“ für die Alterssicherung zunehmend an Gewicht verliert. Die Zahl von Alleinlebenden-Haushalten steigt in den nächsten 20 Jahren ab der Altersgruppe 40 und älter beträchtlich an (von 27 % - 1991 auf über 40 % - 2030). Damit ist nicht nur persönliches Einkommen zugleich mit dem Familieneinkommen identisch, sondern es reduzieren sich auch generationenübergreifende Möglichkeiten der Unterstützung und Hilfe (finanziell/Betreuung).

²⁶² www.tafel.de/die-tafeln/zahlen-fakten.html/Pressemitteilung vom 27.09.2016.

Bereits im Rahmen der Erhebung „Leben 2011“ gaben in den neuen Bundesländern 14 % der ab 65-jährigen Bürger an, meistens allein zu sein - bei deutlicher Zunahme mit dem höheren Lebensalter (28 % der über 75-Jährigen).

Einsam fühlen sich in den neuen Bundesländern ältere Menschen eher in den Großstädten als in kleinen Gemeinden und Dörfern, was ohne Zweifel der stärkeren gewachsenen Zusammengehörigkeit und gegenseitigen Solidarität geschuldet ist.

In Zukunft wird ein immer größerer Teil von Betroffenen auf Unterstützung des Staates/der Kommunen angewiesen sein, ebenso wie auf eine Einbindung in soziale Netzwerke - wie z.B. Sozialverbände.

Dass Kontaktarmut nicht identisch ist mit finanzieller Armut wird auch anhand der durchschnittlichen individuellen Alterseinkommen sichtbar, die für die Gruppe der Bürger, welche angeben, meistens allein zu sein, in den neuen Bundesländern 883 Euro betragen. Insbesondere ältere Frauen ab 75. Lebensjahr fühlen sich einsamer (33 %) als Männer, sicher auch dem wesentlich höheren Anteil Alleinlebender in dieser Altersgruppe geschuldet.

Zunehmende Altersarmut ist nach wie vor mit den sinkenden durchschnittlichen Rentenzahlbeträgen bei den Neurentnern, welche in die Altersrente gehen, verbunden - eine Ausnahme bilden lediglich die Frauen in den alten Ländern, bei denen sich noch eine steigende Erwerbsbeteiligung auswirkt. Altersarmut wird vor allem bei den nachrückenden Jahrgängen ab gegenwärtig 40. Lebensjahr ein soziales Problem. Deutlich wird auch, dass Altersarmut kein spezifisches Ostproblem ist, aber auch hier eine Angleichung Ost und West und die Überwindung zweier Arbeitsmärkte in Deutschland dringend geboten sind.

Bezogen auf die Alterssicherung ist inzwischen weitgehend unwidersprochen, dass mittelfristig - bei Beibehaltung der jeweiligen Instrumentarien in der gesetzlichen Rentenversicherung - Armut im Alter zunehmen wird - Lösungen liegen nicht in der privaten Altersvorsorge.

Wenn 2014 „nur“ 3,1 % ältere Menschen eine „Grundsicherung im Alter“ beanspruchten, ist das das Ergebnis eines Alterssicherungssystems, in dem die gesetzliche Rentenversicherung die wichtigste Säule war und sich mehrheitlich auf einem „Normalarbeitsverhältnis“ aus der geleisteten Erwerbsarbeit begründete - auch daraus ergibt sich u.a. der Unterschied zwischen Ost mit 2,1 und West mit 4,6 %. Aus unterschiedlichsten Ursachen ist es für eine stetig wachsende Zahl von Menschen jedoch in immer geringerem Maße möglich, eine eigenständige existenzsichernde Alterssicherung zu erreichen. Dieser Tatbestand wird allerdings auch genutzt, um die Diskussion um „Altersarmut“ zu instrumentalisieren

- für den Paradigmenwechsel von der Lebensstandardsicherung zur Beitragsstabilität,
- für die Begründung von „Sockellösungen“ (Bürgergeld, bedingungslose Grundrente) anstelle der „Erwerbsbezogenheit“,
- für die Absenkung des allgemeinen Rentenniveaus in Richtung „Grundsicherung“,
- für den Ausbau der und für die Bereitschaft zur „privaten“ Vorsorge.

Armut zu bekämpfen heißt jedoch nicht einfach, die sozialen Transferzahlungen zur Minderung von Altersarmut zu erhöhen, sondern Strukturen zu sichern, die allen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gleiche Entwicklungs- und Lebenschancen - als beste Altersvorsorge - sichern. Dies geht z.B. nicht ohne ein gutes Bildungssystem für alle, ohne ein solidarisches Gesundheitssystem und ohne berufliche Entwicklungschancen.

Die größte Diskriminierung bleibt in dieser Hinsicht die Arbeitslosigkeit, die trotz Rückgangs nach wie vor deutlich zu hoch ist, insbesondere in Ostdeutschland. Vor allem in Regionen mit einem absehbar dauerhaft schwachen ersten Arbeitsmarkt ist ein funktionierender zweiter, gemeinwohlorientierter Arbeitsmarkt notwendig. Statt der Ein-Euro-Jobs, die in den seltensten Fällen als eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt führen, wird versicherungspflichtige Beschäftigung für zusätzliche Tätigkeitsfelder benötigt, die nicht vom ersten Arbeitsmarkt abgedeckt werden können und daher auch gesellschaftlich finanziert werden müssen.

Bereits 2008 gingen nur 10 % der Bürger der neuen Bundesländer davon aus, dass sie mit Renteneintritt über ein Einkommen verfügen, welches ihnen ihren Lebensstandard sichert²⁶³, und 23 % antworteten mit „gerade so“, 55 % verneinten es.

Auf die Frage: „Was meinen Sie, wie viel Prozent Ihres gegenwärtigen Durchschnittslohnes/-einkommens Sie als Rente erhalten werden?“, antworteten von den unter 60-Jährigen seinerzeit - noch von Illusionen behaftet (2008):

- 7 % mit 80 %,
- 33 % mit 60 % und
- 54 % mit 40 % (6 % ohne Antwort).

Die Aussagen belegen eine relativ geringe Kenntnis über das zu erwartende künftige Niveau der Alterssicherung, das bekanntlich für den „Standardrentner“ von einst 70 %, durch Riester auf nicht weniger als 67 % (bei privater Vorsorge), lt. Rentenversicherungsbericht 2006 bis 2020 auf 46,2 % bzw. bis 2030 auf „höchstens“ 43 % abgesenkt werden soll. Der Ausbau/Umbau des 3-Säulen-Modells der Altersvorsorge zugunsten der betrieblichen und privaten Vorsorge ist inzwischen weitgehend als generell gescheitert erklärt - wie bereits ausgeführt.

In Verbindung mit zunehmend veränderten Erwerbsbiografien, sinkenden Rentenzahlbeträgen und sich beschleunigender Entwertung der Renten (Realeinkommen) wurde ein Programm der „individuellen Vorsorge“ forciert und - durch indirekte Förderung der privaten Vorsorge bei privaten Banken und Versicherungen - systematisch auf die sich noch im Erwerbsalter Befindlichen eingewirkt, privat vorzusorgen. Es ist politisches Anliegen - zum Teil auch durch staatliche Förderung der privaten Vorsorge -, die Wirkungen des Rückgangs der Altersbezüge durch „private“ Vorsorge zu ersetzen. Das erfolgt in Verbindung mit

- der Entlastung der Arbeitgeber und teilweisem Ausstieg aus der Parität,
- einer zunehmenden Differenzierung künftiger Alterseinkommen aufgrund zum Teil fehlender Möglichkeiten der privaten Vorsorge bei „Geringverdienern“ bzw. Arbeitslosen,
- einem zwangsverordneten Verbrauch von vorhandenen Ersparnissen/Vermögen im Falle von Arbeitslosigkeit bis Leistungen wirksam werden.

Die Vorsorge fürs Alter nahmen 2015 70 % der Bürger wahr, 29 % konnten aus finanziellen Gründen nicht (22 %) bzw. fühlten sich noch zu jung (13 %). Altersvorsorge wird in Deutschland zu 60 % über Lebensversicherungen, zu 51 % über betriebliche Altersversorgung (insbesondere in den alten Bundesländern), zu 35 % über Riester-Vorsorgeverträge und 3 % über Rürup-Vorsorgeverträge vorgenommen²⁶⁴. Darüber hinaus verfügen 65 % über private Sparrücklagen und 45 % über selbst genutztes Eigentum.

²⁶³ sfz/leben 2008 (gew.)

²⁶⁴ Vermögensbarometer 2015, Finanzgruppe Deutscher Sparkassen und Giroverband, S. 16.

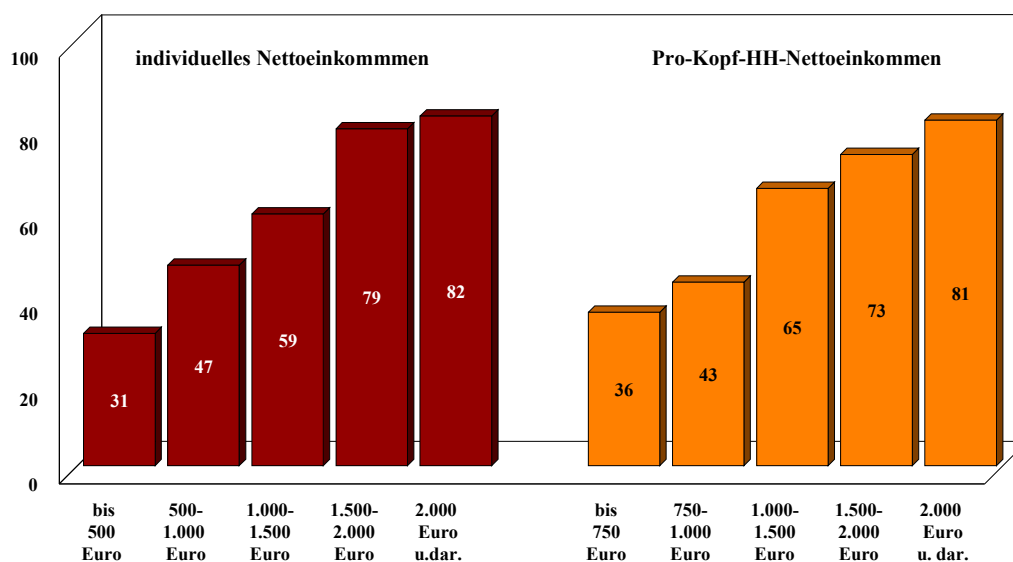
Die vorliegenden Ergebnisse der Untersuchung „Leben 2013“ für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost belegen - bezogen auf die Altersgruppen 18 bis 65 Jahre:

- deckungsgleich zu den Gesamtdaten für Deutschland sorgen auch im Osten 60 % privat fürs Alter finanziell vor,
- die Form der betrieblichen Altersvorsorge können nur 35 % der genannten Altersgruppen nutzen (hoher Anteil von Kleinst- und Kleinbetrieben),
- die Größenordnung der privaten/betrieblichen Altersvorsorge wird mit bis zu 50 Euro monatlich von 41 % der sie Nutzenden angegeben, von 50 bis 100 Euro von 29 % und über 100 Euro monatlich von 30 %.

Folgende Aspekte sind hervorhebenswert bzw. werden bestätigt:

- Die persönliche Vorsorgebereitschaft und -fähigkeit sind naturgemäß stark einkommensabhängig (vgl. Abbildung 2.68).

Abbildung 2.68: Anteil der Bürger mit privater Altersvorsorge nach Einkommensgruppen (Euro) - 18 bis 65 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

- Mit steigendem Qualifikationsgrad steigt auch der Anteil derer, die private Vorsorge getroffen haben (was sich offensichtlich auch im Einkommen reflektiert) - so verfügen nur 24 % der genannten Altersgruppe ohne beruflichen Abschluss über Formen der privaten Altersvorsorge im Vergleich zu 75 % der Hochschulabsolventen.
- Von den Selbstständigen geben 83 % und von in der Landwirtschaft Tätigen 25 %, von den Erwerbstätigen 71 % und den Arbeitslosen 33 % an, über private Altersvorsorge zu verfügen.

Die Untersuchungen bestätigen leider auch immer wieder, dass Armut von vielen Bürgern weniger als soziales Problem dieser Gesellschaft, sondern viel zu oft als ein persönliches Versagen der Betroffenen betrachtet wird. Die Individualisierung der Ursachen für Altersarmut befördert Ausgrenzungen durch das Umfeld ebenso wie Selbstaussgrenzung.

Die Fakten bestätigen die keineswegs neue Erkenntnis, dass der Schwerpunkt der Armutsbekämpfung im Alter vor allem in der Erwerbsphase der künftigen Rentnergenerationen liegt. Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne sind die Hauptursachen für die sich herausbildende Alters-

armut. Sie schlagen sich zunehmend in den Erwerbsverläufen nieder und führen zu Erwerbsbiografien, welche in wachsendem Umfang durch Unterbrechungen und Ausfallzeiten - bereits bei den jüngeren Jahrgängen durch erhebliche Lücken in der Alterssicherung - geprägt sind.

Zusammenfassend ist hervorzuheben, dass Altersarmut immer Einschränkungen für ein selbstbestimmtes Leben bedeutet und nicht vereinbar mit einem Anspruch auf Würde im Alter bzw. ein Altern in Würde ist. Insofern steht Altersarmut im Kontrast zum sozial-kulturellen Anspruch einer an sich reichen Gesellschaft, aber auch zum Anspruch des Grundgesetzes auf die „freie Entfaltung der Persönlichkeit“ (Artikel 2, Abs. 1).

3 Der demografische Wandel

3.1 Bevölkerungsentwicklung in Deutschland - eine Bedrohung?

Eine zunehmende Alterung, sinkende Geburtenzahlen, Wanderungen zwischen Ländern und Staaten, sich ändernde Familienformen sind für den demografischen Wandel in Deutschland seit mehr als 100 Jahren charakteristisch. Diese Entwicklungen sind dann bedenklich, wenn die Wirtschafts- und Sozialpolitik sie in Kauf nimmt und nur nach kurzfristigen Lösungen auf Kosten der Bürger sucht.

Die Anzahl älterer Menschen in Deutschland nimmt zu, die der jüngeren sinkt. Immer weniger 16- bis 65-Jährige zahlen in die solidarischen Leistungssysteme der Sozialversicherungen ein. Die Kosten für gesundheitliche und soziale Betreuung steigen. Mit diesen Entwicklungen verbunden geistern die wüsten Szenarien durch Deutschland. Von „demografischer Bedrohung“, „Deutschland altert“, „Krieg der Generationen“ bis zu „Vergreisung“, „Überalterung“, „Altenheim Ostdeutschland“ usw. usf. reichen die unterschiedlichen Darstellungen und Überschriften.

Dabei gibt es über den Sachverhalt der sich seit mehr als hundert Jahren vollziehenden demografischen Veränderungen, dass nach zunächst steigender Bevölkerungszahl inzwischen in Deutschland immer weniger Kinder geboren werden, dass die Menschen dank sozialen und medizinischen Fortschritts länger leben, dass Anzahl und Anteil ab 60-Jähriger auch in den nächsten Jahrzehnten weiter zunehmen werden, übereinstimmende Meinungen. Unterschiedliche Auffassungen gibt es zu den damit verbundenen Wertungen und daraus abzuleitenden Konzepten, die zum Teil äußerst konträr sind. Neu ist, dass die demografischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte und die wissenschaftlichen Voraussagen über künftige Entwicklungen für eine einseitige Ausrichtung der Sozialpolitik genutzt - zum Teil missbraucht - werden, um die bestehenden Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu Gunsten einer Umverteilung von unten nach oben umzugestalten.

Werden die Veränderungen in den demografischen Strukturen betrachtet, so sind zwei Bemerkungen genereller Art vorzuschicken: Erstens reflektieren demografische Entwicklungen immer die Veränderungen ökonomischer und sozialer Verhältnisse, reagieren gewissermaßen „im Nachhinein“ auf einen erfolgten bzw. gegenwärtig erfolgenden bzw. zu erwartenden ökonomischen und sozialen Wandel. Das lässt sich im Einzelnen an der Geburtenentwicklung ebenso belegen wie an Veränderungen in den Familienformen oder dem Ansteigen der allgemeinen Lebenserwartung. Zweitens bergen Bevölkerungsvoraussagen einen außerordentlich hohen „Risikofaktor“, der zunimmt je weiter die Voraussagen reichen sollen. Zwei Beispiele mögen das untersetzen: Eine 1900 erarbeitete Prognose für 1950 konnte weder den 1. noch den 2. Weltkrieg mit den enormen Auswirkungen auf die Geburtenentwicklung und die hohe Zahl, insbesondere männlicher Kriegstoten vorwegnehmen. Die Folgewirkungen prägen bis in die Gegenwart die Alters- und Geschlechtsstruktur der deutschen Bevölkerung maßgeblich (vgl. Lebensbäume). Das betrifft auch die erfolgten Umsiedlungen im Ergebnis des 2. Weltkrieges

entsprechend der Vereinbarung der Siegermächte. Gleiches würde für eine 1952 erarbeitete Bevölkerungsprognose für die Bundesrepublik bzw. die DDR für das Jahr 2000 gelten. Auch hierbei hätten weder die Zusammenführung der beiden deutschen Staaten vorweggenommen werden können, noch die Auswirkungen der Antibabypille, noch die Wanderungswellen von Ausländern in den 50er Jahren in die Bundesrepublik oder die Aussiedlungen in den 90er Jahren, noch die innerdeutschen Wanderungen, noch die aktuellen Zuwanderungen im Ergebnis der Konflikte im Nahen Osten und Afrika. Ebenso wenig wären der Trend zur Klein-Familie oder die zunehmende Zahl von Alleinlebenden und Alleinerziehenden, von Arbeitsmarkt und sozialer Verunsicherung in ihrer Wirkung auf die Geburtenzahlen und Alterung bereits vorwegnehmbar gewesen.

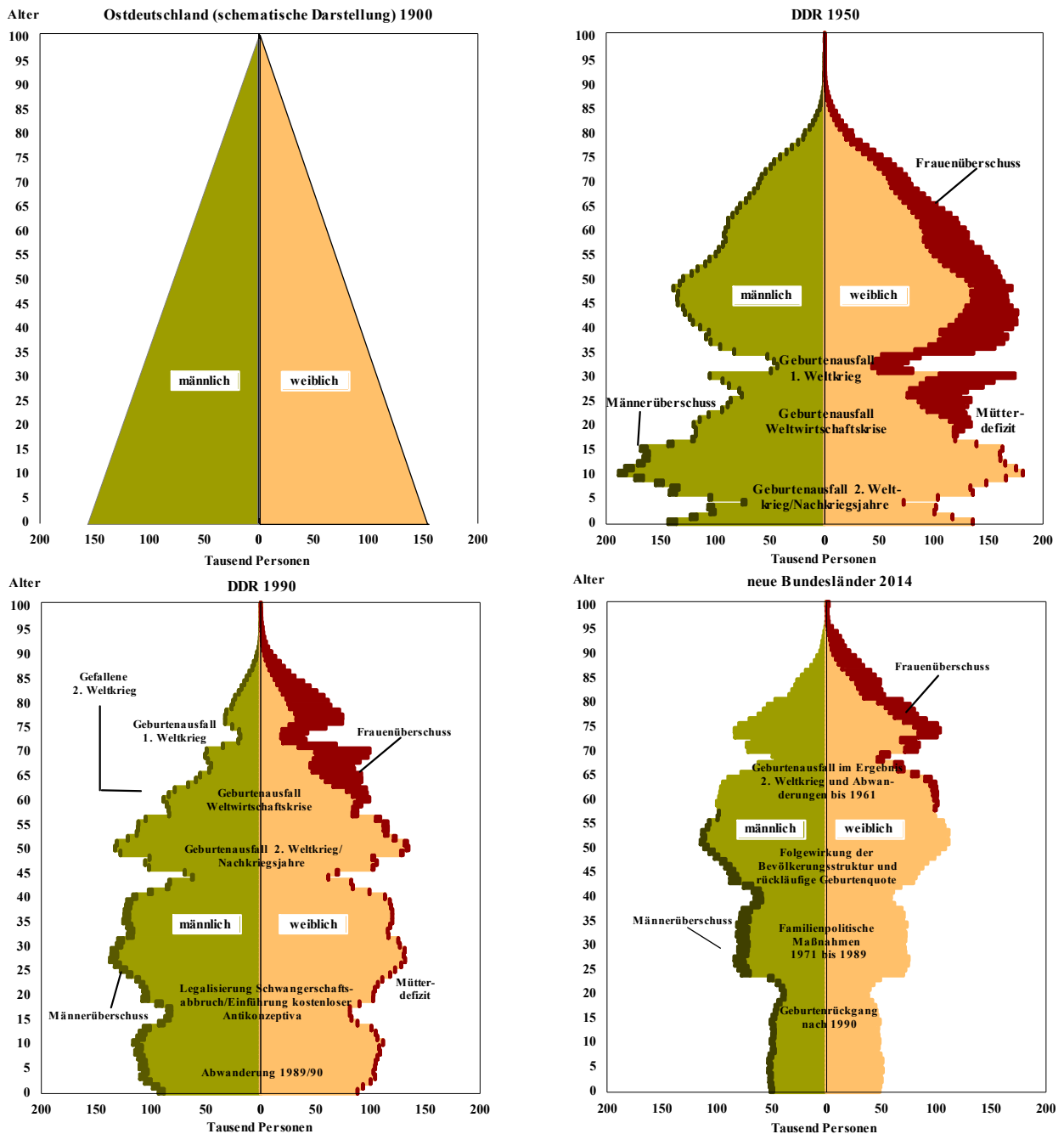
Natürlich sind die vielen Warnungen gegenüber langfristigen Vorausberechnungen ernst zu nehmen²⁶⁵. Das soll und darf aber nicht bedeuten, dass die Vorwegnahme möglicher Entwicklungen in Bevölkerungszahlen und -strukturen ohne Belang wäre. Sie liefert durchaus wichtige Ansatzpunkte für eine mögliche gezielte - wenn gewollte - Einflussnahme auf demografische Prozesse. Es wäre deshalb dem Ansatzpunkt der „Nachhaltigkeit“ (im Sinne von dauerhafter Wirkung), den die letzte Bundesregierung verfolgt²⁶⁶, durchaus zuzustimmen, wenn er nicht genutzt würde, um vorrangig kurzfristig Finanzierungsstrukturen des Staates und der Wirtschaft anstelle demografischer Strukturen zu beeinflussen. Es sei nur auf den zunehmenden Druck hinsichtlich der „Notwendigkeit privater Vorsorge“ für das Alter sowie die gesundheitliche Betreuung und Pflege verwiesen.

Nach wie vor gilt für demografische Prozesse das sog. Trägheitsmoment, d.h. eine nur langfristig beeinflussbare Veränderung (Einschnitte wie in die Geburtenentwicklung der DDR bzw. der neuen Bundesländer nach 1990 sind Ausnahmen und nur mit dem radikalen gesellschaftlichen Umbruch erklärbar). Insofern sind - neue Kriege und natürliche Katastrophen ausgeschlossen - die demografischen Grundstrukturen der nächsten Jahrzehnte gesetzt. Sie sind nur änderbar mit einer beschleunigten Geburtenentwicklung und/oder steigender Zu- bzw. Einwanderung.

²⁶⁵ Vgl. Bosbach, G.: Demografische Entwicklung - kein Anlass zur Dramatik, Diskussionsmaterial, Köln Dezember 2003, S. 3; vgl. Mythos Demografie, Schriftenreihe Wirtschaftspolitik ver-di, Berlin, Oktober 2003.

²⁶⁶ „Jedes Alter zählt“ - Demografiestrategie der Bundesregierung, siehe auch: 1. Demografie Gipfel der Bundesregierung (04.10.2012)/2. Demografie Gipfel (14.05.2013).

Abbildung 3.1: Altersaufbau der Bevölkerung - DDR/neue Länder - 1900 bis 2014
- in 1.000 Personen -



Quellen: Winkler, Gunnar: Die demografische Struktur, in: Sozialstruktur der DDR (Hrsg.: R. Weidig), Dietz Verlag, Berlin 1988; Strohbach, Erich/Liebscher, Reinhard: Bevölkerungspolitik in der DDR, in: Sozialpolitik der DDR - Ziele und Wirklichkeit (Hrsg.: G. Manz, E. Sachse, G. Winkler), trafo verlag, Berlin 2001, S. 124, 134/13. koordinierte Bevölkerungsprognose, Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern, Wiesbaden 2015/Eigenberechnung

Werden Prognosen im Allgemeinen betrachtet, so sind dabei die Aussagen zur Anzahl der Bürger im Renten-/Vorrentenalter noch am sichersten, da ihre Zahl von den bereits heute Lebenden und ihrer Lebenserwartung abhängt. Unsicherheitsfaktor ist - bezogen auf zu verändernde Altersstrukturen - eine Verjüngung der Bevölkerung - die nur über die Unterstützung vorhandener Kinderwünsche (besser deren Realisierung) bzw. eine gezielte Einwanderungspolitik langfristig beeinflussbar ist. Die gegenwärtigen Trends beizubehalten heißt, die ständige Zunahme älterer Menschen zu Ungunsten jüngerer Gruppen als unveränderbar zu akzeptieren. Davon gehen aber offizielle Bevölkerungsvorausrechnungen aus, da sie mehrheitlich keine hervorhebenswerten Veränderungen der Geburtenrate und

eines Lebens mit mehreren Kindern voraussetzen (vgl. Varianten der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Abschnitt 3.2). Die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen (kinderfreundliches Klima, Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Mutter-/Elternschaft) sind erst zu spät in die Diskussion gekommen und immer noch mit viel Vorbehalten belegt. Getroffene Festlegungen - z.B. hinsichtlich der Kinderbetreuung - wurden bislang immer noch nicht vollständig realisiert.

Eine Verjüngung ist auch durch Einwanderungen möglich - die Bundesrepublik hat damit in der Vergangenheit durchaus positive Erfahrungen gesammelt. In der Gegenwart wurde jedoch mit der ökonomischen und sozialen Entwicklung in vielen Ländern eine bis dato nicht bekannte Flüchtlingsentwicklung aufgebaut, die aus humanitären Gründen die Aufnahme von Hunderttausenden erforderte bzw. noch erfordert. Das verlangt aber eine Positionierung, ob und in welchem Maße Deutschland Einwanderung wünscht, fördert oder sich gegen Einwanderungen „abgrenzt“. Die umstrittene Kanzlerin-Aussage: „Wir schaffen das.“ ist politische Positionierung, aber noch nicht die Realität. Die gegenwärtige Situation einer Welle von Zuwandernden erfordert dringend entsprechende gesetzliche Regelungen, z.B. durch ein Einwanderungsgesetz (vgl. Abschnitt 5.7).

Ein Anteil von 20 % ist selbst im Osten real, sowohl wegen der Zuwanderung als auch der abnehmenden Bevölkerungszahl im Osten insgesamt. Voraussetzungen dafür sind aber auch hier die Möglichkeiten von vernünftiger Erwerbsarbeit und keine Region des „Zwischenaufenthalts“, d.h. dass der aktivere Teil der Ausländer nur „durchzieht“, wie das bei den Wanderungswellen nach 1945 und 1990 erfolgte.

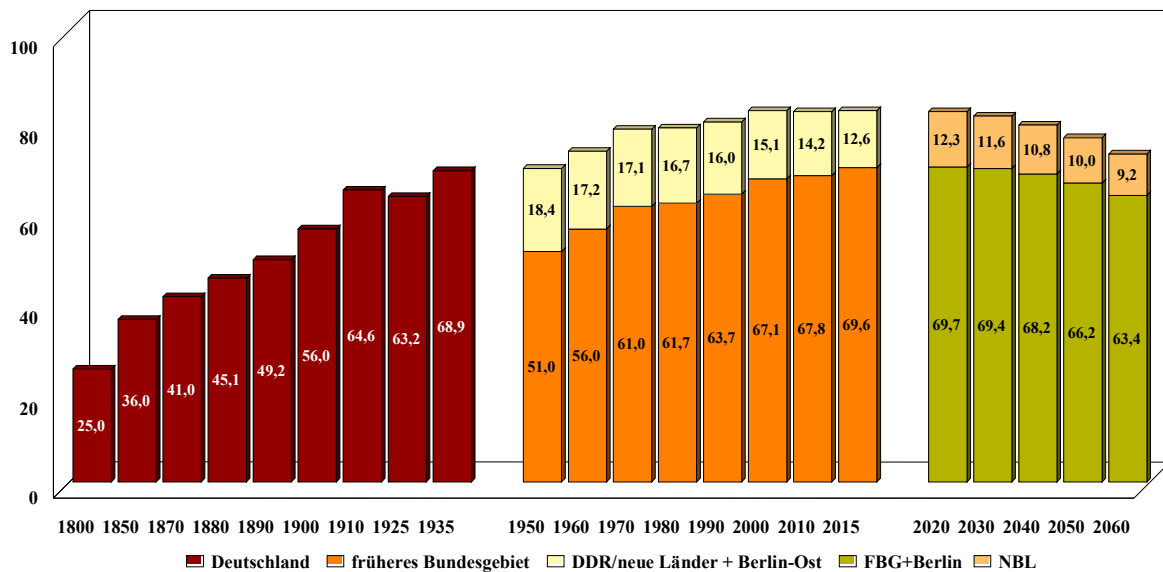
So wie in den Jahren bis 1961 und 1989 bis 1995 „Massenarmutswanderungen“ aus der DDR/NBL nach Westdeutschland erfolgten, so hat sich dieses Phänomen inzwischen zu Armutswanderungen in die Länder der EU, welche aufnahmebereit sind, entwickelt, die beherrschbar gemacht werden müssen - unter menschenwürdigen Bedingungen, ohne zu trennen in nützliche und nichtnützliche Zuwanderer.

Es wurde bereits betont, dass demografische Prozesse langfristig wirkende Prozesse sind und dass Vorausberechnungen bzw. Prognosen einerseits sicherer sind - so leben die Zwanzigjährigen von 2030 schon und nachholende Geburten sind für diese Jahrgänge nicht möglich (es sei denn Zugewinne durch Einwanderungen) - andererseits ändern sich auch künftig Familienformen, Lebenserwartung, Geburtenverhalten in einem nur angenommenen Maße.

Insofern rechnen Demografen mit unterschiedlichen Varianten, die - bezogen auf die die kürzlich vorgelegte 13. Bevölkerungsvorausberechnung bis 2060 z.B. in ihren Prämissen die Einwanderung stärker betonen und damit zugleich ein entsprechendes Klima schaffen, im Unterschied zu vorangegangenen Vorausberechnungen, welche die Veränderungen der Altersstrukturen und notwendige private Vorsorge fürs Alter vor allem im Blick hatten.

Die gegenwärtige Version lässt nachhaltige Veränderungen im Osten nicht erkennen, da selbst bezogen auf Zuwanderungen noch auf niedrige „Kontinuität“ gesetzt wird. Die Gesamtaussage über alle vorliegenden Varianten lautet, dass weder Zuwanderungen noch stärkere Geburtenentwicklungen den weiteren Bevölkerungsrückgang verhindern, bestenfalls mindern können.

Abbildung 3.2: Bevölkerungsentwicklung Deutschland - 1800 bis 2060 - in Millionen -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsentwicklung, Lange Reihen; Statistisches Bundesamt, Wochenbericht 35/16; 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern, Wiesbaden 2015, Nationalatlas Deutschland/Eigenberechnung

Demografische Veränderungen mit zunehmendem Anteil älterer Menschen, mit sich erhöhender „demografischer Last“ - wie es noch 2003 im Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung hieß - gibt es in Deutschland seit über 100 Jahren. 1871 kamen auf einen Bürger über 65 Jahre 13 Menschen im Alter von 15 bis 65 Jahren, 1925 noch 12, 1950 noch 7 und 2000 waren es nur noch 4. Bereits in der Weimarer Republik wurde vom prominentesten Bevölkerungsforscher Burgdörfer ein Buch mit dem Titel „Volk ohne Jugend - Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers“ veröffentlicht, das später mit seinen Schlussfolgerungen „Volk ohne Raum - Volk ohne Jugend“ dem Faschismus für eine Menschen verachtende und Menschen vernichtende Politik diente.

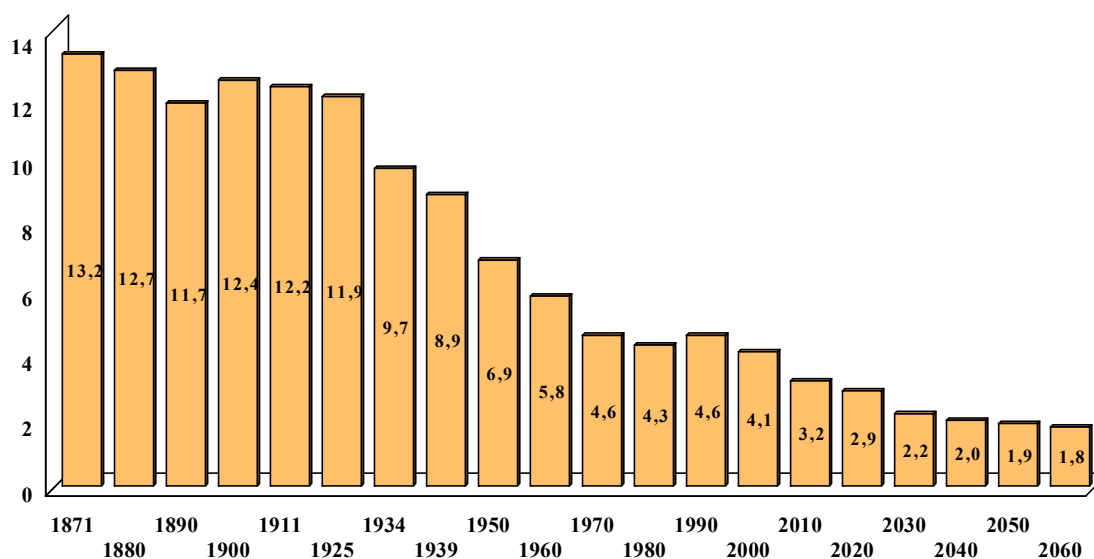
Adenauer stellte 1953 die Frage nach dem Aussterben Deutschlands aufgrund der demografischen Entwicklung. In einer Regierungserklärung stellte er bereits 1953 fest: „Die wachsende Überalterung des deutschen Volkes steigt andauernd ... die Kriegsverluste sind nur einer der Gründe dieser erschreckenden Erscheinung. Heute stehen 67 Prozent der Bevölkerung im produktiven Alter, neun Prozent zählen zu den Alten, 24 Prozent stehen im jugendlichen Alter und sind noch nicht arbeitsfähig. Diese Zusammensetzung der Bevölkerung ändert sich zuungunsten der im produktiven Alter Stehenden, weil die Langlebigkeit wächst und die Geburtenzahl abnimmt ... Helfen kann nur eins: Stärkung der Familie und dadurch Stärkung des Willens zum Kind.“²⁶⁷ Die Debatte mündete u.a. 1957 in der Rentenreform mit der Einführung der Umlagefinanzierung und der Lohnanpassung - begründet mit Altersarmut und Alterung der Bevölkerung - Anfang 2000 bleibt es der SPD vorbehalten, mit ihrer Rentenreform erreichte Fortschritte außer Kraft zu setzen mit dem Ergebnis zunehmender Altersarmut und nachhaltiger Kinderlosigkeit.

Die offizielle Bevölkerungsvorausberechnung der Bundesregierung ging für 2010 von einer weiter abgesunkenen Anzahl auf 3,2 Bürger zwischen 15 bis 65 Jahren je einem Bürger ab 65 Jahre aus und rechnet für 2020 noch 2,7, für 2030 noch 2,0 und für 2060 nur noch 1,6 Bürger aus. Abgesehen von den erhöhten Werten 1990/2000, die auf die besseren Strukturen der hinzugekommenen Bevölkerung der neuen Bundesländer zurückzuführen sind, vollzieht sich eine keineswegs veränderte und durchaus

²⁶⁷ Adenauer, Konrad: Regierungserklärung vom 20.10.1953.

seit langem vorabsehbare Entwicklung. Für 2060 wird lt. letzten Vorausberechnungen von 72 bis 74 Millionen Bürgern in Deutschland ausgegangen.

Abbildung 3.3: Anzahl 15- bis 65-Jähriger auf eine Person ab 65 Jahre - Deutschland - 1871 bis 2060 -



Quelle: Mythos Demographie, Schriftenreihe Wirtschaftspolitik ver.di, Berlin, Oktober 2003, S. 8/Daten ab 2010 Eigenberechnung auf Grundlage der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes - Variante 2 - Kontinuität mit stärkerer Zuwanderung, Wiesbaden 2015

Nicht der demografische Wandel ist neu für die Rentenentwicklung - dieser wurde in der Vergangenheit über viele Jahrzehnte durch Produktivitätssteigerung abgefangen - neu ist, dass der Staat durch direkten Eingriff in das Einkommen der Bürger versucht, kurzfristige Lösungen zu erreichen, obwohl die real vorhandenen höheren Aufwendungen aufgrund einer steigenden Zahl älterer Menschen durch mehr Beschäftigung und vor allem eine steigende Produktivität jederzeit abzufangen sind.

Untersuchungen belegen, dass der Produktivitätsgewinn der letzten Jahrzehnte deutlich über den Aufwendungen für die sozialen Sicherungssysteme liegt. Auch die Kommissionen von Herzog und Rürup gehen von steigenden Produktivitätsentwicklungen aus, die bis 2050 bei einer Zunahme auf 185 % bis 240 % liegen. Das würde - auch bei hinreichender Gewinnspanne für Unternehmen - sowohl die sozialen Leistungssysteme sichern als auch individuellen Einkommenszuwachs der Erwerbstätigen und Rentner.²⁶⁸

Die gegenwärtige Politik ist keine Politik zur langfristigen Änderung demografischer Strukturen durch zunehmende Jugend, sondern kurzfristige Umverteilungen von finanziellen Auswirkungen demografischer Prozesse vom Staat und von der Wirtschaft auf die Familien (im weitesten Sinne) einschließlich der Älteren. Einkommensreduzierung bei Senioren anstelle wirkungsvoller (Gesamt-)Familienpolitik ermöglicht Einschnitte bei jenen Generationen, die der Politik (noch) den geringsten Widerstand entgegenbringen. Senioren können mit Streiks keine wirtschaftlichen Effekte erzielen - außerdem sind sie kaum und weitaus „unpolitischer“ organisiert und für Aktionen zu mobilisieren. Wohlfahrtsverbände üben z.T. ihre „traditionelle Rolle“ aus, indem sie sich einer Interessenvertretung zu zentralen Anliegen - insbesondere auf kommunaler Ebene - weitgehend enthalten.

²⁶⁸ Vgl. Beispiele in: Bosbach, G.: Demografische Entwicklung - kein Anlass zur Dramatik, a.a.O., S. 7; vgl. Mythos Demografie, a.a.O., S 14.

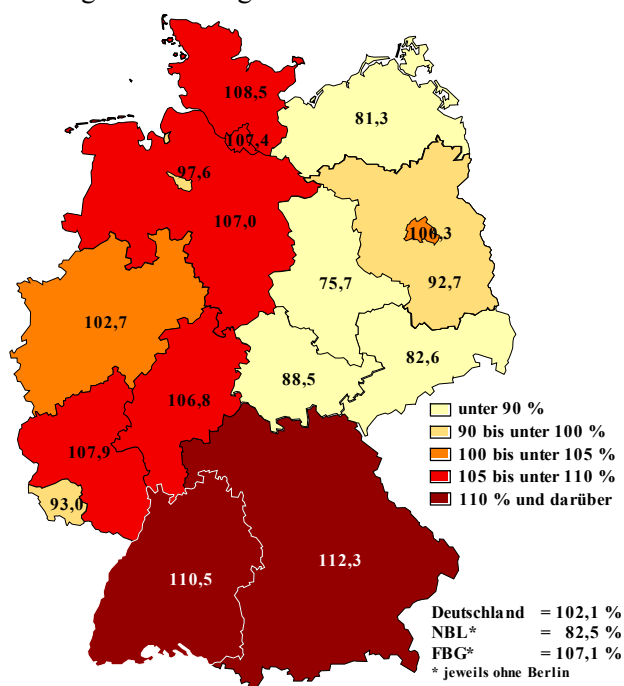
Die demografische Bedrohung liegt in einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die einerseits niedrige und z.T. abnehmende Geburtenraten ebenso billigt wie eine Beschäftigungspolitik, welche die Anteile an Geringverdienern erhöht, Leistungen für Arbeitslose mindert und die Einnahmen für solidarische Rentensysteme schmälert.

3.2 Die Zahl der Bürger nimmt ab - zu wenig Kinder

Die Bevölkerungsentwicklung vollzieht sich seit 1990 zwischen Ost und West in Deutschland gegenläufig - Rückgang im Osten, Zugewinn im Westen. Die einfache Reproduktion der Bevölkerung wird weder in Ost noch West erreicht. Abnehmende Geburtenraten, steigende Kinderlosigkeit sind prägend. Fehlende Geburten bzw. Kinder sind auch Ausdruck von Perspektivlosigkeit und sozialer Verunsicherung. Ansätze einer sich verbessernden Vereinbarkeit von beruflicher Entwicklung und familiären Verantwortungen sind noch nicht wirksam.

Mit über 80 Millionen Einwohnern ist die Bevölkerungsgröße der letzten Jahre in Deutschland insgesamt einigermaßen stabil. Dabei ist jedoch nicht zu übersehen, dass die Gegenläufigkeit der Bevölkerungsentwicklung Ost-West langfristig gesehen die Möglichkeiten zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West verschlechtert.

Abbildung 3.4: Bevölkerungsentwicklung - 1990 bis Ende 2015 - in Prozent - (1990 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsforschung 2015, Pressemitteilung 295/16 v. 26.08.2016/Eigenberechnungen

Ende 2015 lebten in Deutschland 82,2 Millionen Bürgerinnen und Bürger²⁶⁹, das waren über 3 Millionen mehr als zu Beginn des Jahres 1990 (79,1 Millionen). Charakteristisch war für die Entwicklung seit 1990 im Ost-West-Vergleich vor allem der allgemeine Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) von 14,7 Millionen Einwohnern auf 12,6 Millionen - das entspricht einer Reduzierung auf 85,7 %. Im gleichen Zeitraum stieg die Bevölkerungszahl im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) von 60,5 Millionen auf 66,1 Millionen, was einen Anstieg auf 109,3 % bedeutet. Die Bevölkerungszahl Berlins stieg im gleichen Zeitraum von 3,41 Millionen auf 3,52 Millionen (103,2 %).

²⁶⁹ Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsforschung 2015, Pressemitteilung 295/16 v. 26.08.2016 (ab 2011 lt. Ergebnissen Zensus 2011, Wiesbaden 2015).

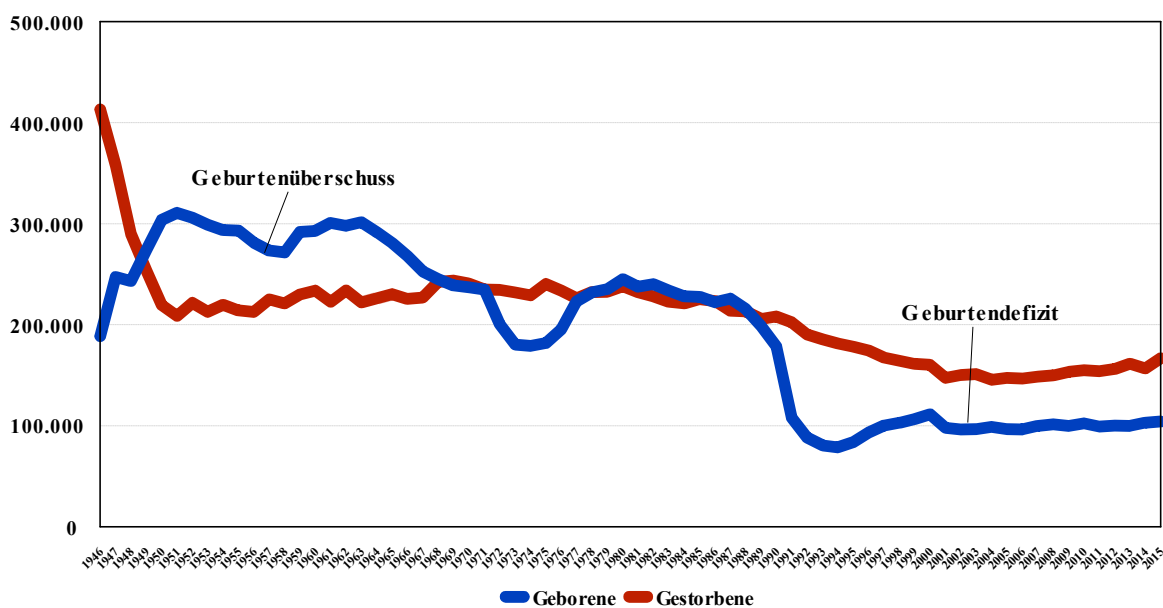
Geburten

Die Ursachen des Rückgangs (trotz gestiegener Lebenserwartung) liegen im Osten vor allem in einer stark gesunkenen Geburtenziffer und in der Abwanderung von Ostdeutschland nach Westdeutschland von über 4,7 Millionen Bürgern allein seit 1989, der nur eine Zu-/Rückwanderung aus dem Westen von knapp 3 Millionen gegenüber steht (vgl. Abschnitt 3.7). Auch die Zuwanderung von ausländischen Bürgern in die westlichen Bundesländer erhält nach 2010 wieder zunehmendes Gewicht. Diese Entwicklungen führten zwischen 1990 und Jahresende 2015 zu einem Rückgang der Bevölkerung in den neuen Bundesländern, mit den höchsten Verlusten in Sachsen (-679 Tsd.), aber auch Sachsen-Anhalt (-629 Tsd.), Thüringen (-441 Tsd.), Mecklenburg-Vorpommern (-312 Tsd.) und Brandenburg (-94 Tsd.). In den alten Bundesländern verringerte sich die Bevölkerungszahl nur im Saarland (-77 Tsd.) und in Bremen (-10 Tsd.). Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Bevölkerungszahl in den alten Bundesländern insbesondere in Bayern (+1,4 Millionen) und Baden-Württemberg (+1,1 Millionen).

Maßgeblicher Faktor für die langfristige Bevölkerungsentwicklung ist der generelle Geburtenrückgang in Deutschland, der in Ost wie West unübersehbar ist. Bereits vor 1990 wurde die einfache Reproduktion der Bevölkerung in Deutschland dauerhaft seit langem nicht mehr gesichert. Zunächst in Krisenzeiten - wie z.B. nach Ende des 1. Weltkrieges, während der Weltwirtschaftskrise, während und unmittelbar nach Ende des 2. Weltkrieges - und seit Mitte der 60er Jahre dauerhaft, reicht die Zahl der geborenen Kinder nicht mehr, um die Elterngeneration zu ersetzen. Dabei wird im Allgemeinen davon ausgegangen, dass 1.000 Frauen mindestens 2.100 Kinder im Laufe des Lebens zur Welt bringen.

Der Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in einer Regierungserklärung im Jahr 2004 den Satz geprägt: „Kinder sind ein anderes Wort für Zukunft und Zuversicht“²⁷⁰. Das heißt im Umkehrschluss: Fehlende Geburten bzw. Kinder sind Ausdruck von Perspektivlosigkeit und sozialer Verunsicherung.

Abbildung 3.5: Geburten - Sterbefälle - SBZ-DDR - neue Länder* - 1946 bis 2015
- in 1.000 Personen -



* 1990 bis 2001 NBL und Berlin-Ost/seit 2001 ohne Berlin-Ost

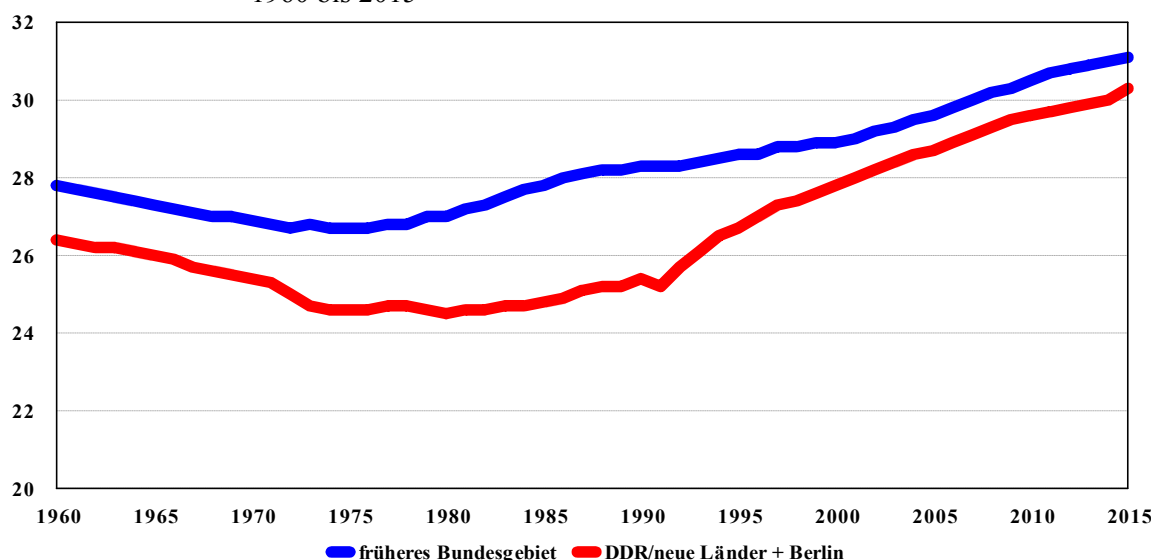
Quelle: Statistisches Bundesamt, FS 1, Reihe 1.1 Natürliche Bevölkerungsbewegung, T.: 1.1.3

²⁷⁰ Schröder, G.: Regierungserklärung vom 25. März 2004.

In Deutschland - insbesondere in den neuen Bundesländern - ist feststellbar: Die Zahl der Frauen, die Kinder geboren haben, ging zurück, und die Zahl der Kinder, die von ihnen geboren wurden, auch. Wie auch immer das staatliche System der DDR beurteilt wird, so steht fest, dass rd. 92 % aller Frauen - das sind die Generationen, die heute Rentnerinnen sind bzw. älter als 50 Jahre - mindestens ein Kind geboren haben. Eine Entwicklung, welche der im Westen erkennbar entgegenstand. Aber da nicht sein kann was nicht sein darf, meinen bis in die Gegenwart einige westliche Interpreten, dass dies nur erfolgt sei, weil die Familien eine Wohnung brauchten oder weil die Frauen eine bestimmte Zeit nicht arbeiten wollten und ähnliche Argumente. Damit wird bewusst eine pauschale negative Be- und Abwertung ganzer Frauen-/Elterngenerationen der DDR vorgenommen (was keinesfalls heißen soll, dass es so etwas nicht gegeben hätte - aber es war nicht die allgemeine Haltung). Es wird ein westliches männliches Denkmodell auf die Frauen der DDR übertragen: „Man will (sollte) eigentlich nicht arbeiten, aber wenn damit materielle Vorteile zu verbinden sind, ist man auch bereit, Kinder zu bekommen“. Die überwiegende Mehrheit der Frauen war sich durchaus bewusst, dass Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung auch in der DDR nicht den tatsächlichen Aufwand ausgleichen konnten. Es wurden keine Kredite aufgenommen, um sie „abzukindern“ - ein dem DDR-Sprachegebrauch nachträglich angedichteter Begriff -, sondern wenn der Wunsch nach einem Kind/Kindern bestand, wurde die Möglichkeit genutzt, dafür finanzielle Unterstützung zu erhalten. Inzwischen haben sich Überlegungen zur Unterstützung des vorhandenen Wunsches auf Kinder durch entsprechende materielle, zeitliche und finanzielle Bedingungen, auch in der offiziellen Politik begonnen durchzusetzen. Andererseits ist auch im Osten eine „Anpassung“ an westliche Verhaltensmuster unverkennbar durch:

- das Verschieben der Geburten auf ein höheres Lebensalter,
- eine abnehmende Geburtenzahl je Frau,
- gewollte Kinderlosigkeit - wenn auch noch nicht im vergleichbaren Maße.

Abbildung 3.6: Durchschnittliches Alter der Mütter bei Geburt ihrer Kinder* - nach Regionen - 1960 bis 2015 -



* bis 1990 15- bis unter 45-jährige Mütter, ab 1990 15- bis unter 49-jährige Mütter

Quelle: BIB, Daten und Befunde, Fertilität - A_06_16_Daten, Wiesbaden 2016/Statistisches Bundesamt, Zahlen und Fakten/Bevölkerung/Geburten/Alter der Mutter - Okt. 2016

Insbesondere seit 1990 hat sich das Durchschnittsalter der Mütter bei Geburt ihrer Kinder deutlich erhöht. Es stieg in Ostdeutschland von 1990 mit 25,4 Jahren (West = 28,3 Jahre) bis 2015 auf 30,3

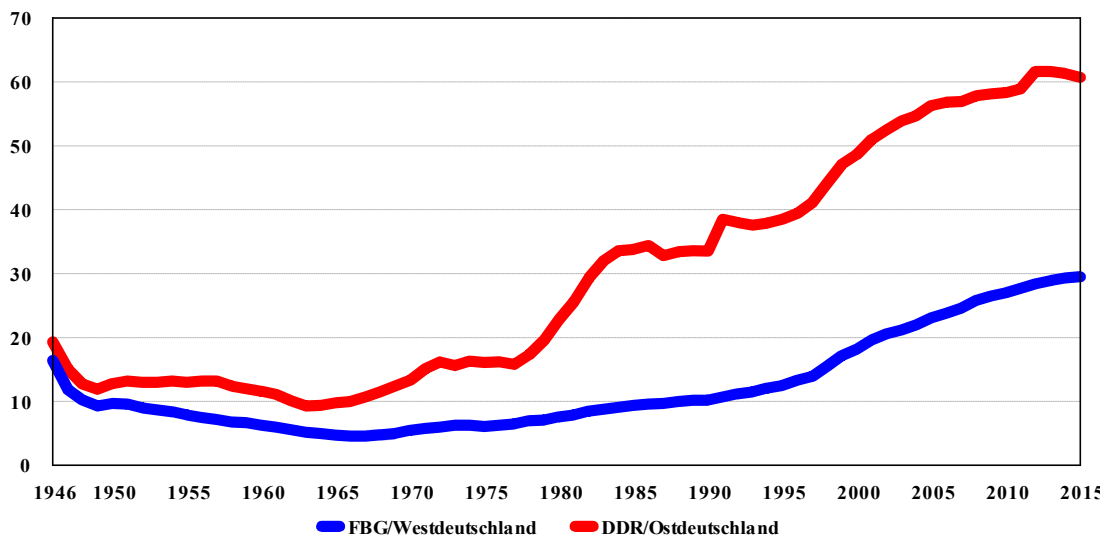
Jahre (West = 31,1 Jahre) und näherte sich dem „westlichen Standard“ bereits weitgehend an²⁷¹, der zeitliche Unterschied verkürzte sich um 2 Jahre, bei weiterem Anstieg des Durchschnittsalters in West wie Ost. Das Durchschnittsalter hat sich für nichteheliche Mütter bei Geburt ihrer Kinder seit 1990 um 4,6 Jahre erhöht und erreicht mit 28,0 ein deutlich höheres Alter als in Westdeutschland (22,0 Jahre).²⁷²

Das Alter für Mütter hat bei der Geburt des ersten Kindes im Osten mit 28,6 Jahren den Westen noch nicht erreicht (29,8 Jahre).²⁷³ Das bedeutet aber generell, dass sich aufgrund des Anstiegs des Alters der Mütter bei Geburt des ersten Kindes die Zahl der Geburten von zweiten, aber vor allem von dritten, vierten und mehr Kindern weiter reduziert.

Auch die Anteile der Geburten in bestehenden Ehen und nichtehelich geborene Kinder trennen noch Ost und West. Inzwischen (2014) werden in Deutschland mehr als ein Drittel aller Geburten außerhalb der Ehe vollzogen - das sind in Westdeutschland 29,3 % und im Osten 58,4 %. 1990 lag die Quote im Westen noch bei 10,2 % sowie im Osten bei 33,5 %.²⁷⁴ Offensichtlich spielen neben Traditionen auch sich wandelnde Einstellungen zu Familie und Partnerschaft sowie abnehmende konfessionelle Bindungen eine zunehmende Rolle.

Bezogen auf die einzelnen Bundesländer schwankt der Anteil im Osten (2013) von Sachsen-Anhalt (64 %) bis Sachsen (60 %) und liegt im Westen zwischen Baden-Württemberg (24 %) und Bremen mit 40 %, Berlin weist 51 % aus, d.h., dass auch hier bereits über die Hälfte aller Geburten außerhalb der Ehe vollzogen werden.

Abbildung 3.7: Anteil der nichtehelich Geborenen an den Lebendgeborenen insgesamt - nach Regionen* - 1946 bis 2015 - in Prozent -



* ab 1990 Westdeutschland ohne Berlin/Ostdeutschland mit Berlin

Datenquelle: BIB, Tab a_06_04, Wiesbaden 2016

Die Medien verweisen immer wieder gerne auf diesen hohen Anteil von Kindern, welche im Osten nicht in Familien verheirateter Eltern geboren wurden, obwohl auch im alten Bundesgebiet zunehmende Tendenzen feststellbar sind (vgl. Tabelle 3.1).

²⁷¹ Quelle: BIB, Daten und Befunde, Fertilität - A_06_16_Daten, Wiesbaden 2014/Statistisches Bundesamt, Zahlen und Fakten/Bevölkerung/Geburten/Alter der Mutter, Wiesbaden 2016.

²⁷² Statistisches Bundesamt, Zahlen und Fakten/Bevölkerung/Geburten/Alter der Mutter, Wiesbaden 2016.

²⁷³ Quelle: Statistisches Bundesamt, Geburtenrends und Familiensituation in Deutschland 2012, Wiesbaden 2013, S. 20.

²⁷⁴ BIB Tab A_06_04, Wiesbaden 2015.

Das unterschiedliche Geburtenverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland entwickelte sich nach 1945 in Ost wie West, wobei in der DDR bereits vor 1990 wesentlich mehr Kinder außerhalb der Ehe geboren wurden. Im Statistik-Bericht „25 Jahre Deutsche Einheit“²⁷⁵ wird in diesem Zusammenhang hervorgehoben, dass in der DDR die nichtehelichen Lebensgemeinschaften gesellschaftlich anerkannt wurden und Alleinerziehenden umfangreiche Sozialleistungen ebenso wie eine Vollversorgung bei der Kinderbetreuung zur Verfügung standen. Ergänzend dazu ist festzustellen, dass die Geburt von Kindern außerhalb der Ehe keinen moralischen Abwertungen bzw. Vorurteilen unterlag und dass Alleinerziehende aufgrund der gleichberechtigten Einbindung in den Erwerbsprozess über die erforderliche ökonomische Unabhängigkeit verfügten (trotz auch in der DDR vorhandener ungleicher Entlohnungsbedingungen). Das sog. Ernährermodell war keine Option. Zusätzlich wäre festzustellen, dass bereits 1990 in Norwegen, Schweden, Island und auch Frankreich der Anteil der nichtehelich Geborenen z.T. 50 % und mehr erreichte. 2014 lag Deutschland von 44 Ländern an 23. Stelle (FBG an 26./NBL an 4. Stelle).

Bereits 1872 betrug die Nichteelichenquote in Deutschland rd. 9 %²⁷⁶ (1900 in Bayern und Sachsen 11 % und in Berlin 13 %). Nach dem 1. und 2. Weltkrieg stiegen in Deutschland jeweils die Quoten an, was auch mit dem Ungleichgewicht der Männerquote aufgrund der Kriegstoten zusammenhängt.

Tabelle 3.1: Anteil Geborener nicht verheirateter Eltern an allen Geburten
- 1991/2013 - in Prozent -

	1991	2013	Prozentpunkte 1991/2013
Baden-Württemberg	9	24	15
Bayern	11	27	16
Hessen	11	28	17
Rheinland-Pfalz	9	28	19
Nordrhein-Westfalen	10	29	19
Saarland	10	31	21
Niedersachsen	12	32	20
Hamburg	21	38	17
Schleswig-Holstein	14	38	24
Bremen	21	40	19
Berlin	30	51	21
Sachsen	39	60	21
Thüringen	37	60	23
Mecklenburg-Vorpommern	45	63	18
Brandenburg	43	63	20
Sachsen-Anhalt	44	64	20
Deutschland	15	35	20
FBG (ohne Berlin)	11	29	18
NBL und Berlin	39	59	20

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 25 Jahre Deutsche Einheit, Wiesbaden 2015, S. 19

Trotz aller Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Mutter-(Eltern-)schaft und familiären Verpflichtungen war auch in der DDR die Geburtenzahl je Frau - d.h. der heutigen Frauen im Renten- und Vorrentenalter - rückläufig. Dem Sinken zu Beginn der 70er Jahre wurde bekanntlich mit umfassenden Maßnah-

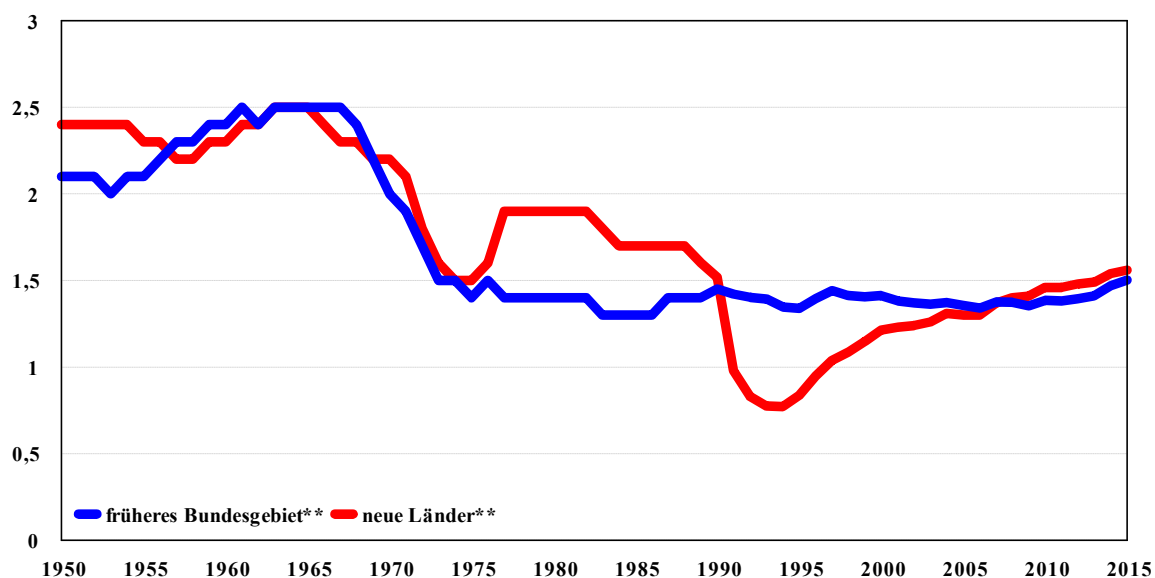
²⁷⁵ Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 25 Jahre Deutsche Einheit, Wiesbaden 2015, S. 19.

²⁷⁶ BIB, Abb a_06_02, Wiesbaden 2015.

men (gesetzliche Arbeitszeitreduzierung/finanzielle Beihilfen) entgegnet, so dass eine zeitweilige Anhebung der Geburtenhäufigkeit erreicht wurde. Der große Bruch erfolgte jedoch 1990/91 und führte rasch zu einem sich westlichen Verhältnissen anpassenden und sie überbietenden Rückgang der Geburten. Während Frauen des Jahrgangs 1940 in Ost wie West im Durchschnitt zwei Kinder (1,98) im Laufe ihres Lebens geboren haben, sind es bei Frauen des Jahrgangs 1965 deutlich weniger mit 1,47 Kindern im Westen und 1,54 Kindern im Osten - Tendenz leicht steigend. So wurde von den Jahrgängen 1964 bis 1968 von 37 % der Frauen in den neuen Ländern nur noch ein Kind geboren, in den alten Bundesländern waren dies mit 27 % deutlich weniger Mütter, welche nur ein Kind gebaren. Auch die Geburt von zwei Kindern realisierten in den neuen Ländern nur 41 % im Vergleich zu 44 % in den alten Ländern.

Die zusammengefasste Geburtenziffer (Zahl der Geburten je Frau im Alter von 16 bis 49 Jahren) sank nach 1990 im Osten stark ab und erreicht inzwischen (2015) wieder 1,56 - im Vergleich zu Westdeutschland 1,50 - das Bundesland mit der höchsten zusammengefassten Geburtenziffer ist (2015) Sachsen mit 1,59, gefolgt von den anderen neuen Bundesländern, an letzter Stelle rangiert das Saarland mit 1,38.²⁷⁷

Abbildung 3.8: Zusammengefasste Geburtenziffer - Frauen 15 bis 49 Jahre - nach Regionen - 1950 bis 2015* - Kinderzahl je Frau -



* 1950 bis 1989 bezogen auf Frauen von 15 bis 44 Jahre, ab 1990 auf Frauen von 15 bis 49 Jahre

** ab 2001 ohne Berlin-West bzw. Ost, ab 2011 vorläufiges Ergebnis auf Basis der Bevölkerung unter Berücksichtigung des Zensus 2011

Quelle: Statistisches Bundesamt, Zusammenfassende Übersichten, Bevölkerung 1946 - 2015, Wiesbaden 2016

Bei der Bewertung der Entwicklung ist zu beachten, dass sich hinsichtlich der Geburtenhäufigkeit die „Werte“ von ausländischen Frauen nicht im gleichen Maße wie die der ostdeutschen Frauen angleichen. Die Entwicklung der vergangenen Jahre belegt, dass das generative Verhalten der ausländischen (wie seinerzeit der ostdeutschen) Frauen nur bedingt von Anpassungsprozessen an die Normen und Werte „des 'Niedrig-Fertilitäts-Landes' Deutschland geprägt ist“²⁷⁸. Inzwischen (2015) hat der Osten zwar wieder die höhere Geburtenziffer mit 1,56 im Vergleich zu den alten Bundesländern mit 1,50, aber ist mit seinem Geburtenanteil von 7 % an den Neugeborenen in Deutschland von wesentlich ge-

²⁷⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt, Geburtenziffern 2015, Pressemitteilung 373/16 v. 17.10.2016.

²⁷⁸ Vgl. Schmid, Susanne/Kohli, Martin: Generatives Verhalten und Migration, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungsbericht 10, Nürnberg 2011, S. 5.

ringerem Gewicht als der von ausländischen Frauen mit 20 % der 738.000 Geburten des Jahres 2015 - stark begünstigt durch junge Frauen aus Südosteuropa.

Tabelle 3.2: Zusammengefasste Geburtenziffer je Frau* - Deutschland - 1975 bis 2015 -

Jahr	DDR/Ostdeutschland inkl. Berlin-Ost**	FBG/ab 1990 inkl. Berlin-West**	deutsche Frauen	ausländische Frauen
1975	1,54	1,45	1,34	2,65
1990	1,52	1,45	1,37	2,17
2000	1,22	1,41	1,31	1,84
2010	1,46	1,39	1,34	1,61
2015	1,56	1,50	1,43	1,95

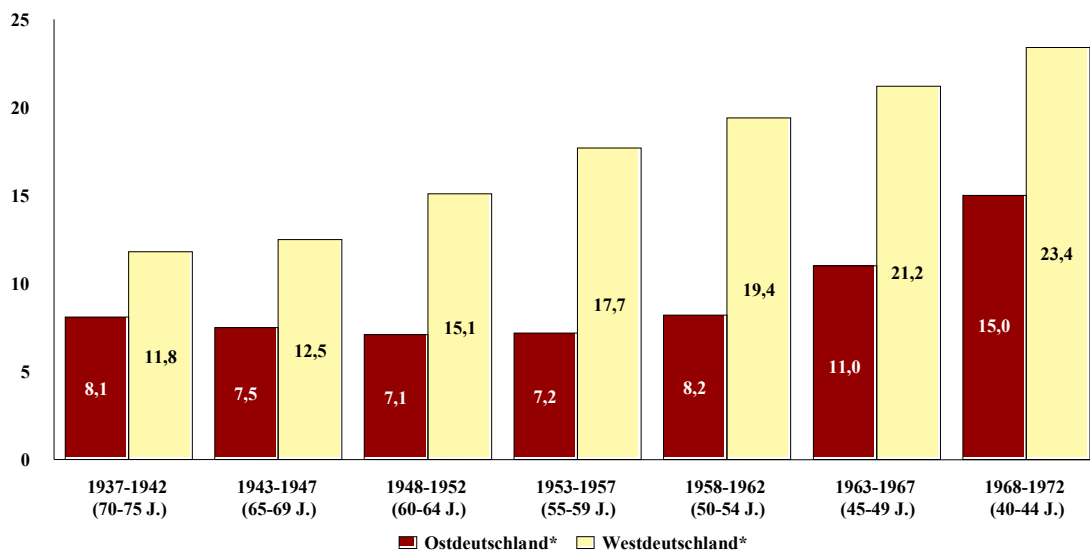
* Kinderzahl je Frau bezogen auf alle Frauen zwischen 15 und 50 Jahren innerhalb eines bestimmten Zeitraumes

** ab 2010 jeweils ohne Berlin-Ost bzw. Berlin-West

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Zusammenfassende Übersichten 1946 bis 2015, Wiesbaden 2016/Geburtenziffern 2015, Pressemitteilung 373/16 v. 17.10.2016

Nicht nur das Verschieben der Geburten auf ein höheres Lebensalter hat sich in den neuen Bundesländern durchgesetzt, es zeichnet sich auch eine zunehmende gewollte Kinderlosigkeit ab. Obwohl der Kinderwunsch von Frauen bis 45 Jahre in den neuen Bundesländern immer noch bei 2 Kindern im Durchschnitt liegt, ist dessen Realisierung deutlich niedriger. Während in den Geburtsjahrgängen 1937 bis 1942 im Westen nur 12 von 100 Frauen und im Osten nur 8 von 100 Frauen ohne Kinder blieben, sind es in den Jahrgängen 1963 bis 1967 bereits im Osten 11 Frauen und im Westen 21 von 100²⁷⁹.

Abbildung 3.9: Kinderlosigkeit in Deutschland - nach Geburtsjahrgängen/Altersgruppen und Regionen - 2012 - in Prozent der jeweiligen Altersgruppe -



* jeweils ohne Berlin

Quelle: BIB, Daten und Befunde, Fertilität - A_06_21_Daten, Wiesbaden 2014

Dabei ist diese Entwicklung insbesondere auf die Geburtenenthaltung von Frauen mit hoher Bildung (Hochschul- bzw. Fachhochschulabschluss) - im Interesse von Karriere, Einkommen, aber auch sozialer Verunsicherung des späteren Lebens der Kinder - zurückzuführen. Das galt 2012 für diese Altersgruppe (Jahrgang mit im Prinzip abgeschlossener Fertilitätsphase) für 30 % der „höher gebildeten“ Frauen im Westen wie auch schon für 13 % in Ostdeutschland. Insofern ist die sogenannte „Mütterren-

²⁷⁹ Quelle: Statistisches Bundesamt, Geburtenrends und Familiensituation in Deutschland 2012, Wiesbaden 2013, S. 32.

te“ auch für Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren sind und in hohem Maße Frauen aus den neuen Bundesländern sowie Frauen mit geringer und mittlerer Bildung im Westen betreffen, ein nachträglicher „Ausgleich“ im Rentenalter. Allerdings haben sich damit verbunden inzwischen neue ungerechtfertigte Ungleichheiten ergeben zwischen

- den Jahrgängen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, und denen nach 1992,
- den „Neurentnern“, die ab 01.07.2013 in die Rente gegangen sind und den Altrentnern,
- den Müttern-Ost und den Müttern-West aufgrund des unterschiedlichen Aktuellen Rentenwertes und damit einer ungerechtfertigten ungleichen finanziellen Anerkennung erbrachter gleicher Lebensleistungen bei Geburt sowie Betreuung und Erziehung von Kindern.

Nach wie vor gilt für die neuen Bundesländer, dass es eine höhere Zustimmung zur Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und familiären Verpflichtungen gibt, ebenso wie ein dichteres Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen als Bedingung für Vereinbarkeit.

Die Geburtenentwicklung in der DDR bzw. den neuen Bundesländern reflektiert, in welchem Maße mit zunehmender Erwerbsarbeit - insbesondere von Frauen - Möglichkeiten gegeben sind, ein auf eigener Erwerbsarbeit beruhendes Einkommen zu erzielen und die ökonomische Abhängigkeit vom Mann zumindest einzugrenzen, ohne den vorhandenen Kinderwunsch und seine Realisierung generell einschränken zu müssen. Die Geburtenentwicklung ist jedoch - auch das ist durch die DDR-Entwicklung anschaulich belegt - gleichermaßen abhängig von den Rahmenbedingungen, die z.B. durch eine entsprechende außerfamiliäre Kinderbetreuung die Vereinbarung von Erwerbsarbeit und Mutterschaft/Elternschaft erleichtern.

Nur unter solchen Bedingungen sind die Voraussetzungen einer bewussteren Familienplanung gegeben, welche Freiheit in diesem Bereich nicht auf die Festlegung des Zeitpunktes der Geburt von Kindern, deren Anzahl und zeitlichen Abstand begrenzt, sondern die eigenständige Bestimmung der Art und Weise der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Mutterschaft/Elternschaft einschließt (was des Vorhandenseins von Arbeitsplätzen ebenso bedarf wie kommunaler Infrastrukturen z.B. zur Kinderbetreuung). Insofern liegt es auch an der Politik und Wirtschaft, solche Bedingungen zu schaffen, dass sich Frauen und ihre Partner einen vorhandenen Kinderwunsch erfüllen können. Die generelle Verschiebung der Altersstrukturen hat ihre Ursachen eben nicht nur in einer gewollten und erfolgreichen Verlängerung der Lebenserwartung, sondern insbesondere im Fehlen von nachrückenden Jahrgängen aufgrund des Geburtenrückgangs. Aber: „Sinkende Geburtenzahlen sind keine exklusive Bedrohung der Rentenversicherung, sondern eine Gefährdung der gesamten Gesellschaft“²⁸⁰. Es gibt kein demografisches „Schicksal“.

So richtig die Aussage ist, „staatliche Politik kann keine Kinderwünsche erzeugen“²⁸¹, so einseitig bleibt sie, wenn nicht hinzugefügt wird, dass der Sozialstaat in der Verantwortung ist, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Frauen/Familien ermöglichen, den vorhandenen Kinderwunsch zu realisieren und nicht Bürger dazu zu zwingen, sich aus sozialen Ängsten (bezogen auf ihre eigene Lage und die Zukunft der Kinder) gegen die Geburt von Kindern zu entscheiden.

²⁸⁰ Blüm, Norbert: Generationenvertrag - Versuch einer Erläuterung für die Nachwachsenden, in: Ende der Solidarität? Die Zukunft des Sozialstaates (Hrsg.: K. Deufel/M. Wolf), Herder Verlag, Freiburg 2003, S. 110.

²⁸¹ Landsberg, G.: Alter - Der Generationenvertrag ist aufgekündigt, in: Ende der Solidarität? Die Zukunft des Sozialstaates (Hrsg.: K. Deufel/M. Wolf), Herder Verlag, Freiburg 2003, S. 40.

Die in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten erzielten Maßnahmeprogramme entsprechen insbesondere den Interessen der Wirtschaft, da der berechtigte emanzipatorische Ansatz der Frauen zur Erwerbsarbeit nicht mit längeren Unterbrechungen der Erwerbsarbeit verbunden und Ausfälle (z.B. durch Erkrankung von Kindern) durch eine kleine Zahl von Kindern gering gehalten werden sollen. Außerdem sind Erwerbstätige mit vielen familiären Verpflichtungen angeblich eher produktivitätsmindernd als -fördernd. Das über Jahrzehnte geprägte Bild der Entscheidung zwischen Erwerbsarbeit und „guter“ sowie „verantwortungsbewusster“ Kindererziehung in der Familie zeigt - bei allen bekannten Gegenargumenten - nach wie vor leider noch immer Wirkung. Ein erforderlicher Wandel beginnt sich jedoch durchzusetzen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern führte/führt darüber hinaus nicht nur zum Geburtenrückgang, sondern zur Abwanderung von jungen Menschen und hier wiederum junger Frauen, die auf lange Zeit demografische Strukturen in einem bisher nicht gekannten Maße beeinflussen (vgl. auch Abschnitt 4.1.5).

Sterbefälle

Im Jahr 2015 starben 925.200 Menschen. Gegenüber dem Vorjahr (868.000) ist die Zahl der Sterbefälle damit um 6,5 % gestiegen. Wie in allen Jahren seit 1972 starben somit mehr Menschen als Kinder geboren wurden. 2015 lag die Differenz bei 188.000, im Jahr 2014 hatte sie 153.000 betragen²⁸². Die unterschiedliche Altersstruktur reflektiert sich auch im Ost-West-Vergleich: während im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) 724.000 Menschen starben, denen 595.000 Geburten gegenüber stehen, waren es in den neuen Ländern (ohne Berlin) 167.000 Todesfälle bei 104.000 Geburten. Bezogen auf 1.000 Einwohner betrug die Zahl der Sterbefälle im Westen 11,0 und der Geburten 9,0 - in den neuen Ländern verstarben 13,3 Personen je 1.000 Einwohner und es wurden nur 8,3 Kinder geboren. Frauen stellen im Osten 50,6 % aller Todesfälle, ihr noch vor Jahren charakteristischer höherer Anteil als Ergebnis der Kriegsfolgen ist weitgehend überwunden.

Das durchschnittliche Alter des Sterbens verschiebt sich mit steigender Lebenserwartung immer mehr in die höheren Jahrgänge, nicht zuletzt durch die starke Reduzierung der Säuglings- und Kindersterblichkeit sowie vieler sog. Volkskrankheiten. Da sich der Prozess des Alterns immer weiter fortsetzt wird u.a. davon ausgegangen, dass in rd. 100 Jahren mehr als die Hälfte der Bürger über 100 Jahre alt wird. Gegenwärtig finden bereits über 50 % aller Sterbefälle im Alter von über 82 Jahren statt.

Die häufigste Todesursache sind z. Zt. bei Männern wie Frauen Herz-Kreislaufkrankungen (chronische ischämische Herzkrankheit, Myokardinfarkt, Herzinsuffizienz, hypertensive Herzkrankheit, Schlaganfall). Allein diese machten 2014 fast 40 % aller Todesfälle aus - mit deutlich sinkender Tendenz (Mitte der 90er Jahre waren es noch 49 %).

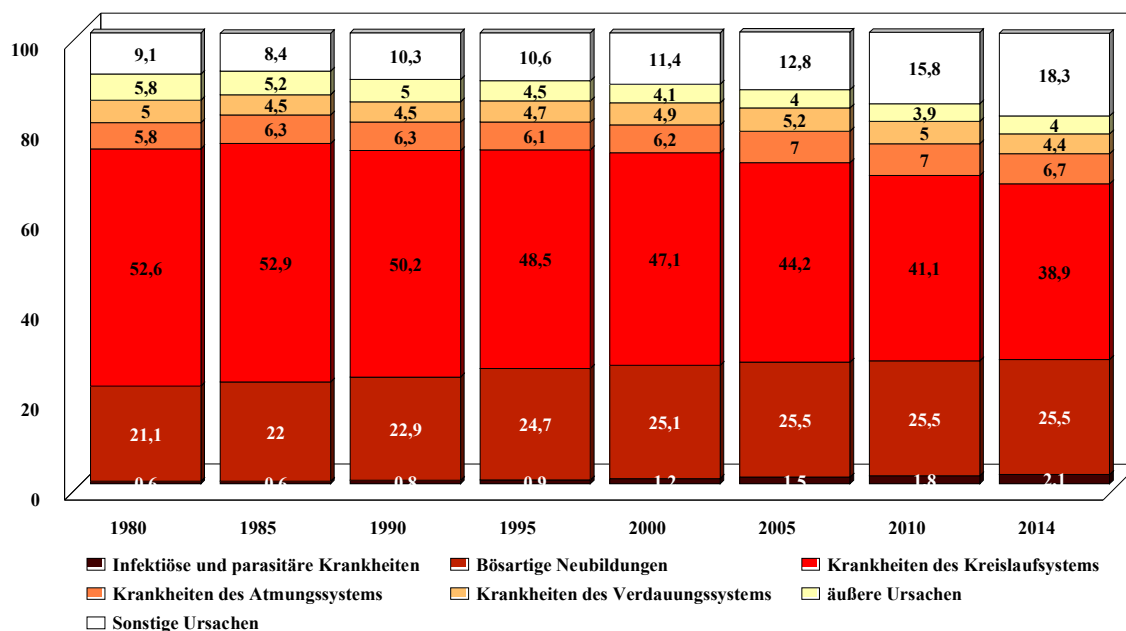
An 2. Stelle rangieren - mit steigender Tendenz - die Krebsleiden bei Männern (Bösartige Neubildungen der Bronchien und Lunge, der Prostata, des Dickdarms), und bei Frauen waren es insbesondere Neubildungen der Brustdrüse, Bronchien und Lunge.

Auch die Zahl der tödlichen Unfälle ist mit 22.000 relativ hoch, mit den Spitzenwerten bei Haushaltunfällen 8.700, Verkehrsunfällen 3.600, Arbeitsunfällen 438 und den Sportunfällen mit 213 (nicht zuzuordnende Sonstige mit rd. 9.000 Todesfällen).

²⁸² Statistisches Bundesamt, Zusammenfassende Übersichten, Eheschließungen, Geborene und Gestorbene - 1946 bis 2015, Wiesbaden 2016.

Die Zahl der Selbsttötungen im Jahr 2014 (Suizide) betrug 10.076, insbesondere in den Altersgruppen ab 60 Jahre.

Abbildung 3.10: Veränderung der Todesursachenstruktur - Deutschland - 1980 bis 2014
- Anteile in Prozent -



Quelle: BIB, Wiesbaden 2016, a-08-16

2015 starben 8.700 Deutsche zu Hause durch einen Unfall (insbesondere durch Stürze) - mehr als die doppelte Anzahl, welche im Straßenverkehr ihr Leben ließen. An der Spitze liegen dabei Haushaltsunfälle in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (möglicherweise besteht ein Zusammenhang zum hohen Anteil älterer Menschen).

3.3 Familie - Partnerschaften

Partnerschaft und familiäres Leben haben in den neuen Ländern - auch traditionell - einen hohen Stellenwert. Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen in Bezug auf Erwerbsarbeit und deren Vereinbarkeit mit familiären Verpflichtungen sowie des demografischen Wandels hat die Vielfalt der Familienformen, der Trend zur Kleinfamilie sowie von Alleinerziehenden zugenommen. Der Angleichungsprozess des Verhaltens Ostdeutscher hat sich stabilisiert.

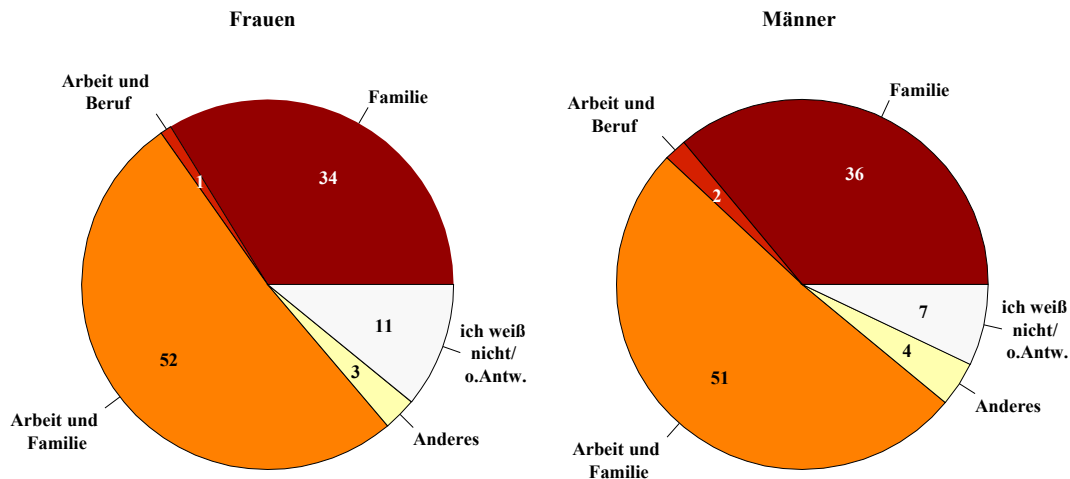
Auch in der DDR standen Partnerschaft und Familienleben²⁸³ bei Frauen und Männern an der Spitze der im Leben generell anzustrebenden Werte. Beide Geschlechter bewerteten dabei den Lebensbereich Ehe und Familie fast gleichermaßen hoch, wobei jedoch bei näherer Betrachtung Frauen sowohl einem Leben mit Kindern in einer stabilen Partnerschaft als auch den Familienbeziehungen im Alter eine etwas höhere Bedeutung beimaßen als Männer. Diese geschlechtsspezifischen Orientierungen waren auch in der jüngeren Generation noch anzutreffen.

Seitdem sind nicht nur grundlegende Veränderungen in den familiären Lebensformen eingetreten, sondern die Bedingungen für familiäres Leben haben sich z.T. grundlegend geändert - das betrifft die Erwerbsarbeit, wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wie den Stellenwert von Kindern, um das Wichtigste hervorzuheben.

²⁸³ Vgl. Sozialreport DDR 1990 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR (Hrsg. Gunnar Winkler), Verlag Die Wirtschaft, Berlin; Verlag Bonn Aktuell, 1990, S. 264 ff.

Im Jahr 2013 waren - bei hoher Übereinstimmung in den Auffassungen von Frauen und Männern - Arbeit/Beruf und Familie für über 50 % der Bürger ab 18. Lebensjahr gleich wichtig, für rd. ein Drittel steht die Familie an erster Stelle und nur für 2 % die Arbeit/der Beruf.²⁸⁴

Abbildung 3.11: Was ist für Sie das Wichtigste? - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Insgesamt halten damit 86 % aller Bürger die Familie für wichtig in ihrem Leben - und das unter den Bedingungen sich wandelnder Familienformen und damit verbundener Haushaltsstrukturen. Kennzeichnend für die Entwicklung in den neuen Bundesländern - wie im Westen - ist die zunehmende Vielfalt der Familienformen.

Laut offizieller Statistik lebten 2015 in Deutschland²⁸⁵ von den 62 Millionen Bürgern (ohne ledige Kinder):

- 35,0 Millionen in Familien als Ehepaare zusammen (West 28,5 Millionen/NBL 5,4 Millionen/Berlin 1,1 Millionen),
- in Lebensgemeinschaften 5,9 Millionen (West 4,3/NBL 1,2 Millionen/Berlin 0,3 Millionen),
- alleinerziehend waren 2,7 Millionen (West 2,1 Millionen/NBL 0,4 Millionen/Berlin 0,2 Millionen),
- alleinstehend waren 18,5 Millionen (West 14,4 Millionen/NBL 2,9 Millionen/Berlin 1,2 Millionen).

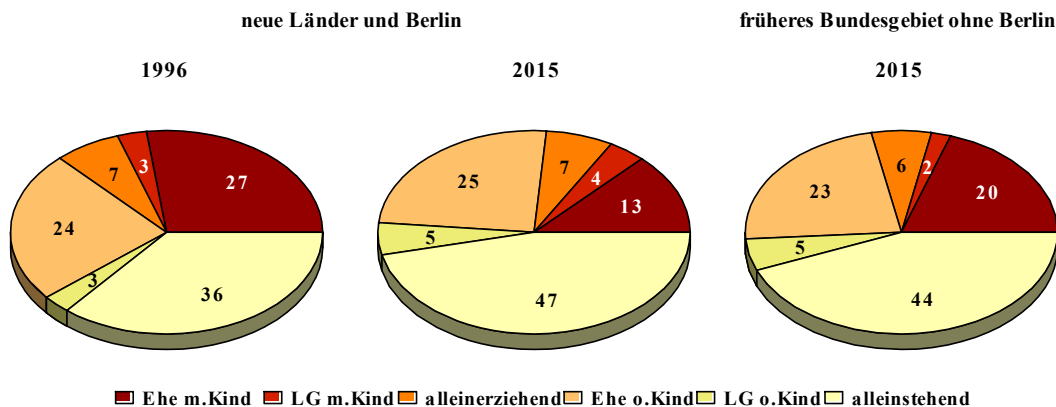
Eine detailliertere Untersetzung unter Einbeziehung der Kinder macht deutlich, dass 2015 insgesamt in den alten Bundesländern (ohne Berlin) 28,4 % aller Familien mit ledigen Kindern lebten, während es in den neuen Ländern nur 24,1 % und in Berlin 21,5 % waren. Die Ursachen dafür liegen insbesondere in den jüngeren Jahrgängen aufgrund des enormen Geburtenrückgangs nach 1990 sowie in der Abwanderung insbesondere junger Frauen (Fruchtbarkeitspotenzial) und damit „fehlender“ Geburten. Der 1990 noch vorhandene geringere Anteil im früheren Bundesgebiet (noch 1996 betrug der Anteil der Familien mit Kindern in den neuen Ländern 37 %) wurde dadurch beseitigt.²⁸⁶

²⁸⁴ Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.).

²⁸⁵ Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 3, Haushalte und Familien 2015, Berlin 2016, T. 3.7.

²⁸⁶ Ebenda, T. 3.7.

Abbildung 3.12: Lebensformen in Deutschland - Anteil an Familien insgesamt - nach Regionen - 1996/2015 - in Prozent -

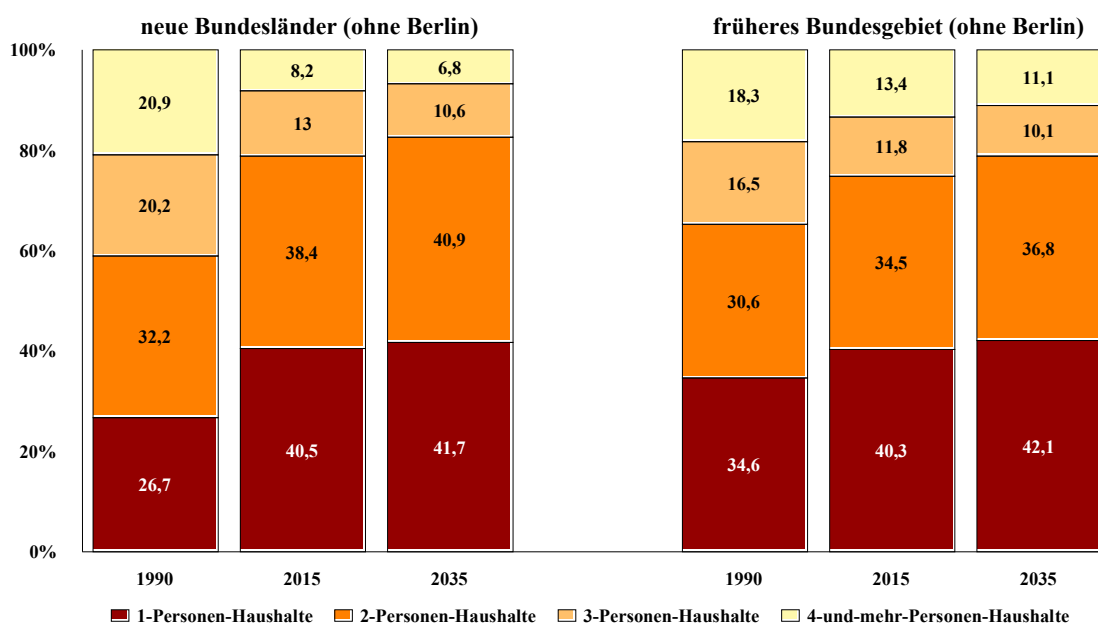


Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 3, Haushalte und Familien 2015, Berlin 2016, T. 3.7

Obwohl in den neuen Ländern bzw. Berlin der Anteil der Familien mit Kindern bei 24 % bzw. 21 % liegt, leben in diesen 41,5 % der - in den alten Bundesländern sind das 49,4 %. In Paargemeinschaften ohne Kinder leben im Osten 32,9 % der Bürger (West 28,3 %) und in Alleinstehenden-Haushalten 25,6 % der Bürger im Osten und 22,3 % im Westen.

Die Gesamtentwicklung der Familienformen ist gleichermaßen mit abnehmender Haushaltsgröße und zunehmender Anzahl von Ein- und Zweipersonenhaushalten verbunden. 2015 lebten in den neuen Bundesländern und Berlin nur noch 38,0 % aller Haushaltsmitglieder in Drei-und-mehr-Personenhaushalten, im Westen waren das 46,8 %. Die Statistiker haben berechnet, dass bis 2035 in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) der Anteil der Ein-/Zweipersonenhaushalte auf 82,6 % ansteigt und damit der Anteil von Drei-und-mehr-Personenhaushalten auf 17,4 % weiter absinkt - im Westen wird 2035 der Anteil der Ein-/Zweipersonenhaushalte ebenfalls bereits 74,2 % ausmachen. Spitzenwerte haben die sog. Stadtstaaten Berlin 86 %, Hamburg 84 % und Bremen 85 %.

Abbildung 3.13: Haushalte - nach Haushaltsgröße und Regionen - 1990 bis 2035 - in Prozent -



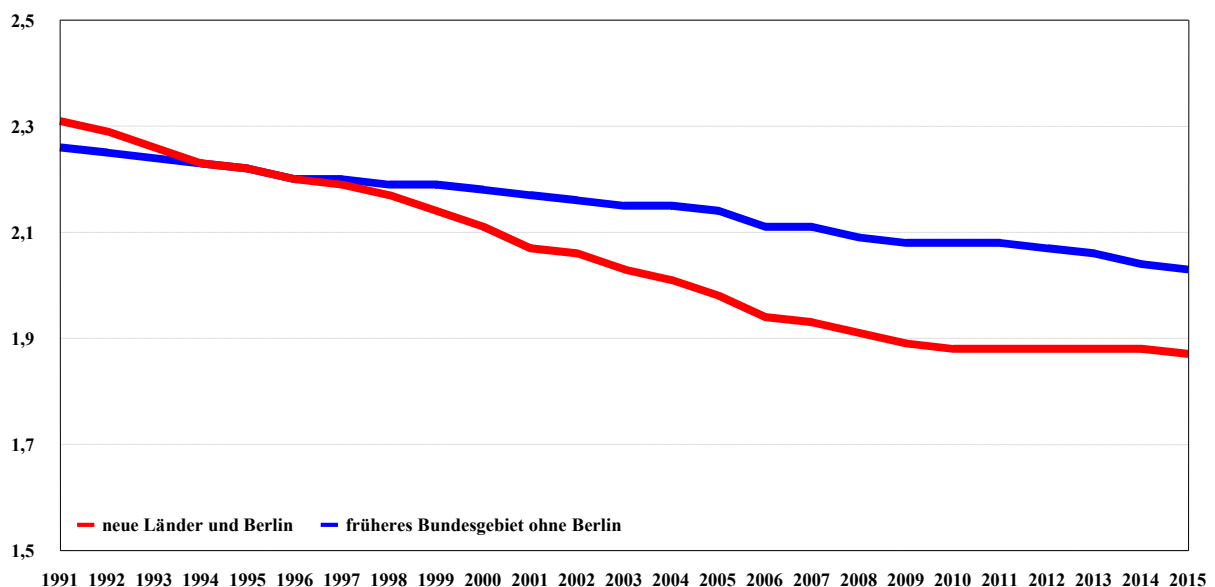
Datenquelle: BBSR, Raumordnungsprognose 2035, HH_Land_4HHGR

Dabei sollte auch beachtet werden, dass der zunehmende Anteil an kinderlosen Familien in den jüngeren bzw. mittleren Jahrgängen auch soziale Kommunikation in der Familie ebenso einschränkt wie Leistungen bei Hilfebedürftigkeit.

Der Trend zur Kleinfamilie - mit all seinen sozialen und ökonomischen Auswirkungen setzt sich somit fort, wenn auch im Osten stärker als im Westen. Der Osten hat sich dem Westen nach 1990 zunächst angeglichen und inzwischen deutlich negativere Werte erreicht. Die Ursachen liegen - über die bereits genannten hinaus - u.a. in:

- der nach wie vor geringen Geburtenrate in Ost wie West,
- einer zunehmenden Kinderlosigkeit, die nicht biologisch, sondern ökonomisch sozial begründet ist,
- einem höheren Anteil von Alleinerziehenden im Osten,
- noch immer nicht hinreichenden Bedingungen für die Vereinbarkeit insbesondere im Westen, bei zum Teil falschen Anreizen (Betreuungsgeld).
- Die Unterschiede zwischen den neuen Bundesländern reichen hinsichtlich ihres Anteils an Ein-/Zweipersonenhaushalten im Jahr 2015 von Sachsen (80,5 %), Sachsen-Anhalt (79,9 %), Mecklenburg-Vorpommern (79,5 %) und Thüringen (78,5 %) bis Brandenburg (77,3 %) - Tendenz steigend. Sie liegen damit alle deutlich über den „Südstaaten“ wie Hessen (73,9) und Bayern (73,6 %), Baden-Württemberg (72,9 %) und Rheinland-Pfalz (72,8 %) - den höchsten Wert hat Schleswig-Holstein, das mit 77,2 % knapp an die Bundesländer im Osten heranreicht. Die Stadtstaaten Hamburg/Bremen liegen um die 81 %, Berlin bei 83 %.

Abbildung 3.14: Haushaltmitglieder je Haushalt - nach Regionen - 1991 bis 2015 -



Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 3, Haushalte und Familien 2015, Berlin 2016, T. 1.4

Die durchschnittliche Anzahl der zu einer Familie in Deutschland gehörenden Personen lag 2015 in Deutschland bei 2,0 Angehörigen, in den alten Bundesländern bei 2,03, den neuen Ländern (mit Berlin) bei 1,87, den neuen Ländern ohne Berlin bei 1,90 und Berlin bei 1,74.

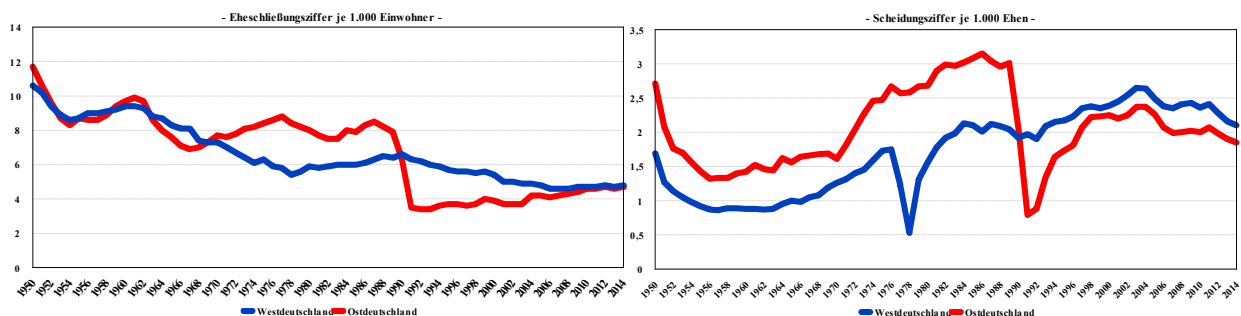
Obwohl das Verhältnis zur Familie weitgehend ungebrochen ist, haben sich in den letzten Jahren nicht nur neue Familienformen legalisiert (Ehen gleichgeschlechtlicher Partner), sondern vor allem die Hal-

tungen zum Zusammenleben mit Kindern ohne und mit Partner sowie zum Zusammenleben mit Partnern mit und ohne Trauschein stark verändert.

So ist insbesondere die Anzahl der Lebensgemeinschaften, in denen ledige Kinder leben, in Deutschland seit 1996 auf 185 % angestiegen und beträgt inzwischen nahezu eine Million (0,947 Millionen). Kennzeichnend ist dabei vor allem der starke Anstieg in den alten Bundesländern zwischen 1996 bis 2015 auf 224 % - im Vergleich zu den neuen Bundesländern und Berlin erfolgte nur ein Anstieg auf 143 %. Gleichwohl erweist sich, dass offensichtlich die gesellschaftliche Akzeptanz von Lebensgemeinschaften entsprechende Wirkungen zeigt und eine Angleichung des Westens an die Lebensverhältnisse des Ostens erfolgt.

Die sinkende Eheschließungsziffer ist sowohl Ergebnis einer steigenden Anzahl von Lebensgemeinschaften und Alleinerziehenden bzw. Alleinstehenden in Ost wie West. Dabei ist der Einbruch im Osten in den Jahren 1990 bis 1995 vor allem auf die neuen Rahmenbedingungen für Eheschließungen und das damit verbundene steigende Alter bei Erstverheiratung zurückzuführen. Während 1990 in der DDR noch zeitiger geheiratet wurde als im Westen (Frauen DDR- Erstverheiratung mit 23,6 Jahre/West mit 25,7 Jahre), stieg das Durchschnittsalter im Osten bei Frauen auf 31,1 Jahre, d.h. um 7,5 Jahre und überbot damit das Heiratsalter von Frauen im Westen mit 29,9 Jahren inzwischen bereits um über 1 Jahr. Eine analoge Entwicklung vollzog sich bei Männern, die inzwischen im Osten mit 33,6 Jahren heiraten (West 32,2) und damit auch um 7,7 Jahre das Erstheiratsalter gegenüber 1990 (25,9 Jahre) erhöhten.²⁸⁷

Abbildung 3.15: Allgemeine Eheschließungs- und Scheidungsziffer - 1950 bis 2014
- nach Regionen -



Quelle: BIB, Wiesbaden 2016, A-02-04-a/b

Quelle: BIB, Wiesbaden 2016, A-05-02

* bis 1990 jeweils inkl. Ost- und Westberlin, ab 1990 Ostdeutschland inkl. Berlin

Auch hinsichtlich der Scheidungen gibt es nicht zu übersehende Angleichungen, die insbesondere auf den veränderten gesetzlichen Bestimmungen des bundesdeutschen Rechts beruhen und vor allem den tiefen Einschnitt in den Jahren nach 1990 begründen. Die höhere Scheidungsquote in der DDR ist auch darauf zurückzuführen, dass vor allem Frauen Antrag auf Trennung stellten, da sie aufgrund eigener Erwerbsarbeit ein hohes Maß an Selbstständigkeit erreicht hatten.

Der Einschnitt bei den Ehescheidungen in den alten Bundesländern Ende der 1970er Jahre hängt mit der Einführung des neuen Scheidungsrechts im früheren Bundesgebiet zusammen, was vor allem aufgrund „verfahrensrechtlicher Änderungen zu Verzögerungen führte. In Ostdeutschland ergaben sich analoge Effekte durch die Einführung des Trennungsjahres und Umstellungen in der Arbeit der Familiengerichte Anfang der 1990er Jahre“.²⁸⁸

²⁸⁷ Vgl. BIB, Bevölkerungsentwicklung 2016, Wiesbaden 2016, S. 59.

²⁸⁸ Ebenda, S. 62.

3.4 Die Lebenserwartung steigt - der Osten altert schneller

Die steigende Lebenserwartung der Bürger in den letzten Jahrzehnten in den neuen wie den alten Bundesländern und ihre Angleichung gehören ohne Zweifel zu den positivsten Veränderungen. Ostdeutschland ist inzwischen der ältere Teil Deutschlands und damit auch die Region, in der nicht nur ein kontinuierlich steigender Teil aktiver älterer Menschen lebt, sondern der bereits in der Gegenwart die künftige Entwicklung einer raschen Zunahme älterer Menschen in Westdeutschland vorwegnimmt. Eine Erhöhung des Kinderwunsches war auch in der DDR nie Ziel der Politik, sondern immer nur die Gestaltung der Rahmenbedingungen zur Realisierung eines vorhandenen Kinderwunsches.

In der Vergangenheit hat die Bundesrepublik - mit Verweis auf den Faschismus - eine „geburtenbeeinflussende Bevölkerungspolitik“ weitgehend abgelehnt und zugleich die Ergebnisse der DDR mit „staatlichen Eingriffen“ als gegen die Freiheit gerichtet ideologisiert. Gleichwohl hat in den letzten Jahren ein Prozess des Umdenkens in der Politik der Bundesrepublik begonnen, der die Gestaltung von Rahmenbedingungen für die individuelle/familiäre Entscheidung über Anzahl und Zeitpunkte der Geburt von Kindern erleichtert bzw. unterstützt - selbst „Geburtenprämien“ sind wieder in der Diskussion.

Auch in der DDR hatte Bevölkerungs- und Familienpolitik zwei Aspekte, indem sie auf der einen Seite natürlich mit der Geburtenentwicklung die „Überlegenheit“, die „Zukunftsfähigkeit“ des Systems belegen sollte, aber auf der anderen Seite zugleich Maßnahmen installierte, die es der Frau/den Partnern ermöglichte, ihren Kinderwunsch zu erfüllen und trotzdem die Vereinbarkeit zu sichern, ohne dass es generell zum Nachteil der Kindergenerationen führte. Eine Erhöhung des Kinderwunsches war auch in der DDR nie reales Ziel der Politik, sondern es ging immer nur um die Gestaltung der Rahmenbedingungen zur Realisierung des vorhandenen Kinderwunsches der Frauen und ihrer Partner.

Wenn auch heute noch in der Bundesrepublik eine kinderfreundliche Familienpolitik nur halbherzig verfolgt wird, so nicht zuletzt deshalb, weil in der gegenwärtigen Periode auf den Arbeitsmarkt drängende Frauen die Probleme eher verschärfen als entschärfen. Maßnahmen im Bereich der Geburtenentwicklung müssten darüber hinaus weitgehend vom Staat finanziert werden und weniger von den Kommunen. Das würde jedoch die Konflikte der Staatsfinanzen weiter belasten.

Andererseits wird oft in den demografischen Szenarien „vergessen“, dass die erwerbsfähige Bevölkerung nicht nur für einen wachsenden Teil der mit dem Erreichen des Rentenalters aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Älteren aufkommen muss, sondern auch für diejenigen, die noch nicht das Erwerbsalter erreicht haben.²⁸⁹ Diese Aufwendungen reichen vom Wohnen über die Versorgung und Ausbildung bis zur gesundheitlichen Betreuung, um nur einige Aspekte zu nennen. Aber dieser „Doppelbelastung“ haben sich die Elterngenerationen schon immer gestellt.

Genannte Faktoren sind keine Horrorszenarien, da Bedingungen für einen anders verlaufenden grundlegenden Wandel z.Z. nicht erkennbar sind. Die demografischen Verhältnisse für eine selbstständige stabile Regenerierung der Bevölkerung sind in den neuen Ländern für einen mittelfristigen Zeitraum nicht gegeben:

- Der Bevölkerungsrückgang ist mit einer weiteren überdurchschnittlichen Alterung verbunden. Das Durchschnittsalter der neuen Länder, welches 1990 mit 38,1 Jahren unter dem der ehemaligen Bundesrepublik mit 39,6 Jahren lag, wird sich - wenn die Entwicklung der vergangenen Jahre unverändert fortgesetzt wird - bis 2035 auf 51,1 Jahre erhöhen - im Westen auf 47,9 Jahre. Das Prob-

²⁸⁹ Bosbach, G.: Demografische Entwicklung - kein Anlass zur Dramatik, a.a.O.

lem besteht nicht im Altern, da es zunehmend aktive Lebensjahre sind, sondern im Fehlen junger und jüngerer Jahrgänge, wenn nicht die Zahl der Geburten und die Einwanderung junger Menschen erhöht werden.

Dadurch hat sich das Durchschnittsalter schneller erhöht als die durchschnittliche Lebenserwartung - besonders in Mecklenburg-Vorpommern wird sich zwischen 1990 und 2035 das Durchschnittsalter um 15,7 Jahre erhöht haben - am geringsten in Sachsen um rd. 10,8 Jahre.

Tabelle 3.3: Entwicklung des Durchschnittsalters - nach Regionen - 1990 bis 2035
- in Jahren -

	1990	2000	2010	2020	2030	2035	Diff. 1990-2035
	Jahre						
Deutschland	39,3	41,1	43,7	45,6	47,2	47,9	8,6
FBG (ohne Berlin)*	39,6	40,8	43,2	45,2	46,7	47,4	7,8
NBL (ohne Berlin)*	38,1	42,1	46,0	48,5	50,4	51,1	12,3
Brandenburg	37,1	41,3	45,7	48,5	50,5	51,1	14,0
Mecklenburg-Vorpommern	36,2	41,3	46,4	48,5	50,9	51,9	15,7
Sachsen	39,5	42,9	46,2	48,1	49,7	50,3	10,8
Sachsen-Anhalt	38,5	42,4	46,6	49,2	51,1	51,8	13,3
Thüringen	37,9	41,9	46,0	48,6	50,8	51,6	13,7

* vor 2000 jeweils mit Berlin-Ost bzw. Berlin-West

Datenbasis: BBSR, Raumordnungsprognose 2035, Bonn 2015, Tab Bev_Land_20AkG/Eigenberechnung

- Es erfolgt eine weitere Entleerung der ländlichen Räume im Osten mit all ihren Folgen, des Rückgangs der Infrastruktur, des Rückgangs der Finanzkraft der Kommunen, der Ausdünnung sozialer Beziehungen und Kommunikation, des Abwanderns von Wirtschaftsbetrieben usw. usf. - die Szenarien sind bekannt, grundlegende Veränderungen (zumindest nicht flächendeckende) z.B. aufgrund der Flüchtlingskrise noch nicht abschätzbar.
- Das potenzielle Arbeitsvermögen der 18- bis 65- bzw. 67-Jährigen wird parallel dazu zwischen 2012 und 2035 trotz verlängerter Lebensarbeitszeit um weitere 2,1 Millionen auf 5,8 Millionen sinken.

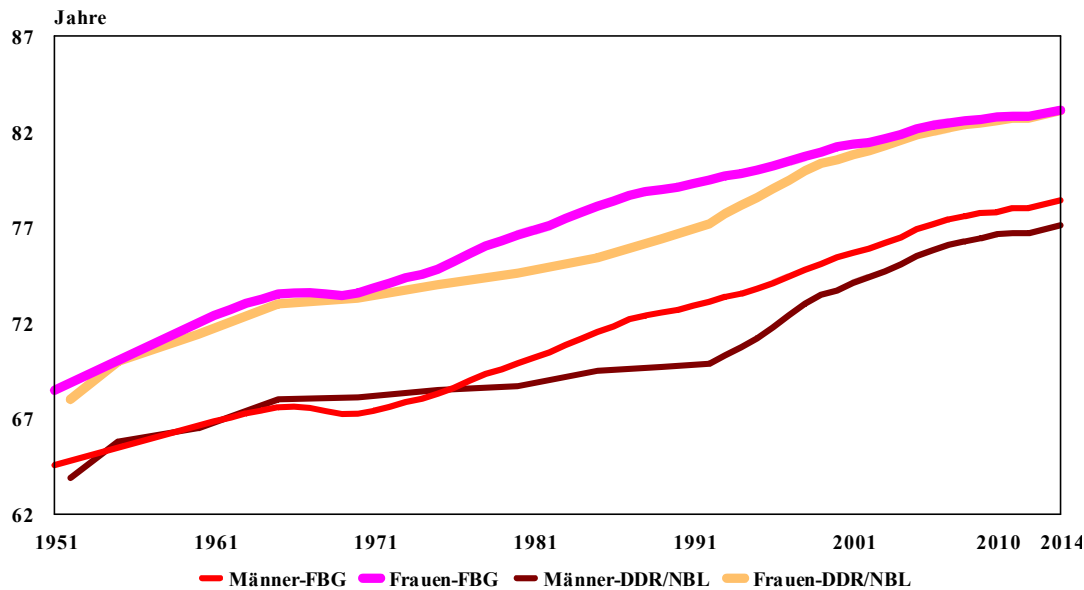
Der Rückgang der Bevölkerung innerhalb eines Landes ist mit einer entsprechenden demografischen Politik beherrschbar. In einem Land mit zwei grundlegend divergierenden demografischen Trends - aufgrund ungleichwertiger Lebensverhältnisse - sind diese jedoch nicht vorrangig und allein mit demografischen Politikinstrumentarien zu überwinden, sondern es bedarf einer veränderten Wirtschafts- und Sozialpolitik gleichermaßen.

Die steigende Lebenserwartung der Bürger der letzten Jahrzehnte in den neuen wie den alten Bundesländern und ihre Angleichung gehören ohne Zweifel zu den positivsten Entwicklungen. Diese waren in Ost wie West mit einem unverkennbaren Abbau des Rückstandes im Osten Deutschlands verbunden.

Betrug 1988 die Lebenserwartung eines neugeborenen Mädchens in der DDR 75,8 Jahre bzw. für Jungen 69,7 Jahre und lag damit rd. 2,5 bis 3 Jahre unter dem Niveau der Bundesrepublik, so erreichte 2014 die Lebenserwartung für Jungen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 77,11 Jahre und im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) 78,41 Jahre, für Mädchen im Osten werden 83,11 Jahre, im Wes-

ten 83,12 Jahre ausgewiesen.²⁹⁰ Somit stieg die Lebenserwartung seit 1988 im Osten um knapp 7,41 Jahre für Jungen und 7,31 Jahre für Mädchen. Der Abstand zu den alten Bundesländern verkürzte sich auf 0,01 Jahre bei Mädchen und 1,3 Jahre bei Jungen. Die Unterschiede in der Lebenserwartung zwischen Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männern konnten jeweils weder im Osten noch im Westen grundlegend verkürzt werden. So ist diese für Männer im Westen 4,7 Jahre geringer als die der Frauen, im Osten inzwischen wieder 6,0 Jahre (1988 = 6,0 Jahre), nachdem sie um 2000 auf knapp 7 Jahre gestiegen war.

Abbildung 3.16: Entwicklung der Lebenserwartung seit 1951 - früheres Bundesgebiet (FBG) bzw. DDR/neue Länder (NBL)* - in Jahren -



* ab 2000 jeweils ohne Berlin

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Periodensterbetafeln für Deutschland - div. Jahrgänge, 1985 - 2016, Wiesbaden/Statistisches Jahrbuch der DDR, Berlin 1990

Die Lebenserwartung wird insgesamt durch eine Vielzahl von Faktoren insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und Arbeit bestimmt. Unterschiede im Vergleich mit den alten Bundesländern zu Ungunsten der Bevölkerung in den neuen Bundesländern resultierten und resultieren u.a. aus anderen Ernährungsgewohnheiten sowie schwereren Arbeitsbedingungen, aus höheren Umweltbelastungen, aber auch einem (früheren) Mangel an zur Verfügung stehender und eingesetzter medizinischer Technik sowie von Heil- und Hilfsmitteln.

Die Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern betragen bei Mädchen rd. 2 Jahre und bei Jungen über 3 Jahre, mit der höchsten Lebenserwartung für Frauen in Baden-Württemberg (83,9 Jahre) und der geringsten für Männer in Sachsen-Anhalt (76,2 Jahre).

Die steigende und sich angleichende Lebenserwartung ist nicht nur damit verbunden, länger zu leben, sondern vor allem auch länger gesund und aktiv zu sein. Es ist insgesamt ein zeitlicher Zuwachs an Lebensqualität. Daran ändern auch gesundheitliche Einschränkungen für einen Teil der Bevölkerung im höheren Lebensalter nichts.

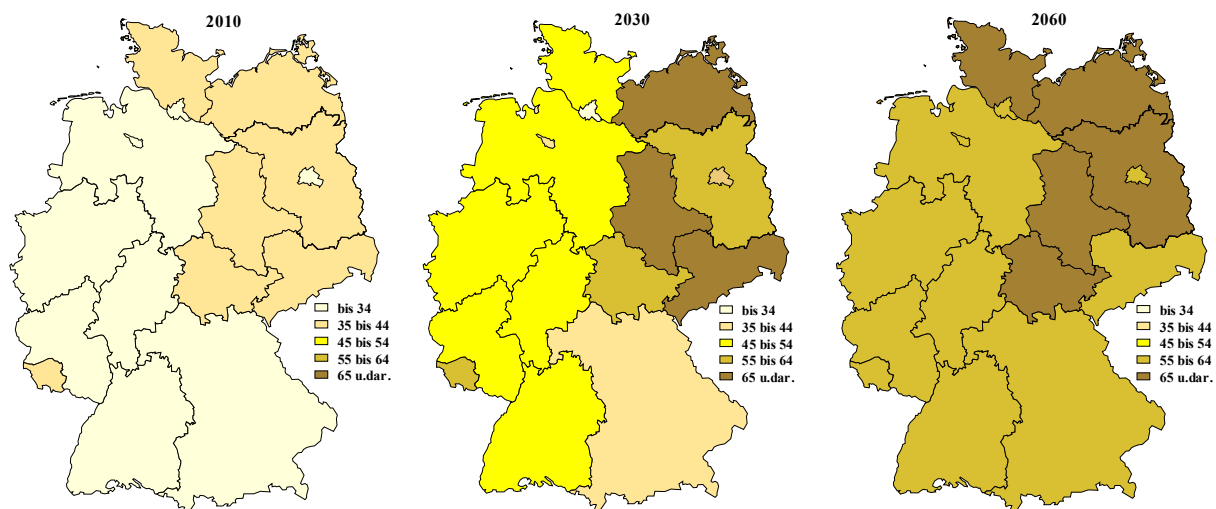
Für das 65. Lebensjahr beträgt die Lebenserwartung inzwischen im Osten für Frauen 20,9 Jahre und für Männer 17,3 Jahre - im früheren Bundesgebiet sind es in der gleichen Altersgruppe 21,0 Jahre für Frauen und 17,8 Jahre für Männer - insgesamt eine weitgehende Angleichung.

²⁹⁰ Statistisches Bundesamt, Sterbetafeln für Deutschland und Bundesländer 2013/2015, Wiesbaden 2016.

Natürlich steigt in Deutschland auch zunehmend die Anzahl älterer Menschen über 80 Jahre, aber viele von ihnen rechnen sich - völlig zu Recht - keineswegs zu den „alten Alten“. Auch die Zahl über Hundertjähriger wird in Deutschland von gegenwärtig rd. 10.000 in den nächsten zwanzig Jahren bereits auf über 50.000 steigen und rasch weiter zunehmen. Jeder von uns und die Gesellschaft können damit nur vernünftig umgehen, wenn Altern nicht generell als Verlust und Abbau von Leitungsfähigkeit ab 60. Lebensjahr verstanden wird. Je älter die Menschen insgesamt werden, umso weniger sagt die Anzahl der gelebten Jahre etwas über Fähigkeiten und Fertigkeiten des Einzelnen aus²⁹¹.

Hinsichtlich des Ost-West-Verhältnisses wird - im Vergleich der Entwicklung seit 1990 - deutlich, dass die DDR eine „junge“ Bevölkerung in die deutsche Einheit eingebracht hat, was auf den größeren Anteil jüngerer Altersgruppen im Ergebnis familienpolitischer Maßnahmen ab Beginn der 70er Jahre zurückzuführen ist. Inzwischen ist der Osten der ältere Teil Deutschlands aufgrund fehlender Geburten und Abwanderungen, das Durchschnittsalter Ost liegt um rd. 3 Jahre über dem Durchschnittsalter West²⁹², während es 1990 noch um rd. zwei Jahre darunter lag. Insofern ist der Begriff „alte Bundesländer“ eigentlich den Realitäten - zumindest demografisch - inzwischen widersprechend. Diese Schere wird sich weiter öffnen. Ostdeutschland wird zunehmend der ältere Teil der Republik, in den alten Konturen. Ob der Einfluss der Flüchtlingskrise dazu führen wird, dass ehemalige Grenzziehungen auch 2060 immer noch weitgehend erkennbar sind, bleibt abzuwarten (vgl. Abbildungen 3.17).

Abbildung 3.17: Altenquotient 2010, 2030 und 2060* - 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren -



* Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 2: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung)

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015, Tabelle: Variante 2 G1-L1-W2 AQ

Damit ist Ostdeutschland allerdings auch die Region, in der nicht nur ein kontinuierlich steigender Teil aktiver älterer Menschen lebt, sondern der bereits in der Gegenwart die künftige Entwicklung einer raschen Zunahme älterer Menschen in Westdeutschland vorwegnimmt. Das was sich heute in den neuen Bundesländern an Veränderungen vollzieht, wird jedoch nur dann zum Problem, wenn diese Entwicklungen nicht eine besondere Beachtung z.B. in der Infrastrukturentwicklung erfahren. Ostdeutschland könnte in diesem Bereich Lösungen für ganz Deutschland vorwegnehmen.

²⁹¹ Vgl. Lehr, U.: Jung und Alt in Zeiten des demografischen Wandels, BRH-Bundesvertreterversammlung, Berlin 2005, Redemanuskript.

²⁹² Berechnet nach Daten des Statistischen Bundesamtes, Mikrozensus 2004, Tabellenanhang, Tabelle 8 sowie Daten der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

3.5 Die neuen Alten

Ein Vergleich von Seniorinnen und Senioren in den alten und neuen Bundesländern, ihren Lebenslagen, ihren Denk- und Verhaltensweisen, ihren Problemen und Hoffnungen, ihren Zuversichten, aber auch Ängsten und Befürchtungen lässt den Schluss zu, dass es in Deutschland auf Jahre hinaus zwei „deutsche Alter“ geben wird. Dies beruht auf den nicht nur ungleichen, sondern ungleichwertigen Lebensverhältnissen zwischen Ost und West, die in den älteren Generationen im besonderen Maße (Sozialisation, Vereinigungseffekte) wirken.

Gemeinsam in Ost und West ist der Wandel zum aktiven Altern, nicht als „Müßiggang“, sondern als Lebensgestaltung „frei von jeglichen Zwängen“. Die „Pflephase“ gewinnt an Stellenwert im Denken ans Alter.

3.5.1 Zwei Alter in Deutschland?!

Im vorangegangenen Teil wurde bereits festgestellt: Mit der deutschen Vereinigung 1990 erhöhte sich die Zahl der Bundesbürger um rd. 16 Millionen - darunter 2,9 Millionen Bürgerinnen und Bürger ab 60. Lebensjahr. Gleichzeitig reduzierte sich damit der Anteil älterer Bürger (über 60 Jahre) in der Bundesrepublik - aufgrund des höheren Anteils junger Menschen in Ostdeutschland - von 20,9 auf 20,3 %.

Es war jedoch nicht einfach die zahlenmäßige Zunahme älterer Menschen, sondern eine Erweiterung um Seniorengenerationen mit anderen Lebensverläufen, Haltungen, Wertvorstellungen, mit anderen materiellen und finanziellen Bedingungen, d.h. insgesamt anderen Lebenslagen und Lebensweisen, die den Beitritt vollzogen. Das betrifft ebenso jene 6,5 Millionen Bürger, die seitdem in den neuen Ländern und Berlin-Ost in den Jahren 1990 bis 2014 das Renten- bzw. Vorrentenalter erreicht haben und inzwischen (d.h. 2014) 50 bis 85 Jahre alt sind.

Insofern war es berechtigt - in Anlehnung an eine in Westdeutschland bereits vor 1990 (allerdings in anderen Zusammenhängen) geführte Diskussion²⁹³ -, von den „neuen Alten“ zu sprechen, die sich - bei allen Gemeinsamkeiten - auf Jahre hinaus durch nicht bzw. nur langsam zu überwindende Unterschiede von den älteren Menschen in Westdeutschland unterscheiden würden.²⁹⁴

Beim Vergleich von Seniorinnen und Senioren in den alten und neuen Bundesländern, ihren Lebenslagen, ihren Denk- und Verhaltensweisen, ihren Problemen und Hoffnungen, ihren Zuversichten, aber auch Ängsten und Befürchtungen war absehbar, dass es in Deutschland auf Jahre hinaus zwei „deutsche Alter“ geben würde.²⁹⁵ Bereits Anfang der 90er Jahre wurde - im Gegensatz zur offiziellen Politik - hervorgehoben, dass gleiche Verhältnisse wie in Westdeutschland herzustellen (als die durch die offizielle Politik verkündete Zielstellung), mindestens 15 bis 20 Jahre dauern würde.²⁹⁶

Die genannten Aussagen fanden zum Zeitpunkt der Veröffentlichung (1992/1993) im Westen keine, im Osten kaum Unterstützung, sie unterlagen jedoch zum Teil einer heftigen Diskussion über Tempo und Ausmaß der Angleichung der Lebensverhältnisse, die vor allem als „Negativ-Wertung“ der Ostdeutschen abqualifiziert wurde. Inzwischen erweist sich, dass es nicht nur - aus der Sicht der damaligen Betrachtung - bis 2010 oder 2015 dauern wird, ehe vorhandene ungerechtfertigte Ungleichheiten überwunden sein werden, sondern immer noch eines wesentlich längeren Zeitraumes bedarf, um 1990

²⁹³ Vgl. Dieck, M./Naegele, G.: Die „neuen Alten“. Soziale Ungleichheiten vertiefen sich, Kassel 1989; vgl. auch Dieck, M.: Besondere Perspektiven des Alterns und des Alters im vereinten Deutschland, in: Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung, Berlin 1992, S. 640-667.

²⁹⁴ Vgl. Winkler, Gunnar: Die neuen Alten, in: Altenreport '92 (hrsg. von Schwitzer, Klaus-Peter/Winkler, Gunnar), Morgenbuch-Verlag Berlin 1993, S.15-27.

²⁹⁵ Vgl. auch Schwitzer, Klaus-Peter: Ältere Menschen in den neuen Bundesländern, APuZ 29-30/1992, S. 44.

²⁹⁶ Vgl. Winkler, Gunnar: Die neuen Alten, in: Altenreport '92, a.a.O., S. 15 f.

vorhandene politische Vorstellungen und gegebene Zusagen einzulösen. Es ist unbestritten und auch in offiziellen Dokumenten des Statistischen Bundesamtes nachlesbar, dass es in Deutschland zwei Teilgesellschaften gibt - eine Teilgesellschaft Ost und eine Teilgesellschaft West²⁹⁷, deren Zusammenwachsen keineswegs abgeschlossen ist (vgl. Abschnitt 1.2.4). Diese Aussage gilt auch und insbesondere für die älteren Generationen.

Es hat sich inzwischen auch als unbestrittene Tatsache herausgestellt, dass ältere Menschen 2014 nicht von einer kurzfristigen Anpassung an die Lebenslagen und Lebensverhältnisse in den alten Bundesländern ausgehen können, sondern es zeichnet sich nach wie vor ein langwieriger Prozess der Angleichung/Annäherung ab, der zum Teil sogar wieder zunehmende Differenzierungen einschließt.

Bei der in den alten Bundesländern geführten Diskussion um Veränderungen in den Rentnergenerationen, die sich um den Begriff „neue Alte“ rankte²⁹⁸, wurde seinerzeit vor allem auf die Veränderungen der Seniorengenerationen durch steigende Lebenserwartung und Hochaltrigkeit, eine damit verbundene Feminisierung des Alters und Zunahme Alleinlebender verwiesen. Diese Prozesse vollzogen sich - wenn auch zunächst nicht mit solcher Brisanz - auch in der DDR. Für die „neuen Alten“ im Osten und zeitversetzt im Westen sind jedoch weniger quantitative, sondern vor allem qualitative Veränderungen kennzeichnend. Das betrifft in den Jahren bis 1990 insbesondere eine steigende berufliche Qualifikation, eine veränderte Haltung zur Erwerbsarbeit von Frauen, eine sich entwickelnde Vielfalt der Familienformen, höhere Aktivität und Kreativität, höhere Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie damit verbundene veränderte Bedürfnisstrukturen und stärkere Integration älterer Menschen in die Gesellschaft.

Im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung ist aber festzustellen, dass sich diese und andere strukturelle Wandlungen in Westdeutschland im Rahmen einer (mehr oder weniger) kontinuierlich verlaufenden Entwicklung der Bürger vollzogen/vollziehen, während mit der Vereinigung Rentnergenerationen zusammengeführt wurden, die sich - von ihrer gemeinsamen Jugend (bis 1947/48) abgesehen - durch völlig unterschiedliche Entwicklungen in allen Lebensbereichen (Arbeit, Wohnen, Demokratie, Bildung, Einkommen, Konsumtion) so unterscheiden, dass sie nicht einfach traditionell entstandenen und noch bestehenden Entwicklungen und Ungleichheiten in den westdeutschen Ländern gleich zu setzen sind. Natürlich existieren auch in den alten Bundesländern Ungleichheiten aufgrund unterschiedlicher Lebenslagen älterer Menschen, die altersbedingt gegenüber Jüngeren sind bzw. schichtspezifisch innerhalb der Rentnergenerationen auftreten (Beamte, Arbeiter, Einkommens- und Vermögensunterschiede, Zugang zu sozialen Diensten etc.). Es sind jedoch Ungleichheiten in anderen Dimensionen und Differenzierungen als im Vergleich zum Osten Deutschlands.

Nicht zuletzt wurden im Prozess der Vereinigung sowohl Gleichheiten und Gleichartigkeiten geschaffen (z.B. im politischen System, in den Wohlfahrtstrukturen, wenn auch mit spezifischen Bedingungen) als auch Ungleichheiten, die sich durch die Art und Weise der Herstellung der Sozialunion zwischen den Rentner- und Vorrentnergenerationen Ost- und Westdeutschlands herausbildeten (beispielhaft seien hier die noch existierenden unterschiedlichen Rechtsgebiete im Bereich der Rentenversicherung genannt).

²⁹⁷ Datenreport 2004, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Bonn 2004, S. 452.

²⁹⁸ Vgl. Dieck, M./Naegele, G.: „Neue Alte“ und alte soziale Ungleichheiten - vernachlässigte Dimension in der Diskussion des Altersstrukturwandels, in: G. Naegele/H.-P. Tewes (Hrsg.): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1993, S. 43 ff.; vgl. auch Tewes, H.-P.: Die neuen Alten aus der Sicht der Soziologie, in: forum demographie und politik, Schriftenreihe der Kommission Demographischer Wandel/Seniorenpolitik beim SPD-Parteivorstand, Nr. 3, Mai 1993, S. 9 ff.

Insofern ist es durchaus gerechtfertigt, eine weitere Dimension der „neuen Alten“ anzuerkennen, die sich seit der Vereinigung aufgrund systembedingter Anpassungsprozesse zwischen Ost- und Westdeutschland herausbildete. Es entstanden zwei deutsche Alter, die bis 1990 staatliche Unterschiede reflektierten und ab 1990 existente Ungleichheiten des deutsch-deutschen Alters zum Ausdruck bringen.

Bezogen auf die unmittelbar nach 1990 getroffene Aussage zur Existenz „zweier deutscher Alter“ ist offensichtlich, dass diese Aussage vor allem aufgrund der Unterschiedlichkeit von Lebensverhältnissen und Befindlichkeiten der künftigen Senioren generation, auch noch 2015 und Jahre darüber hinaus - trotz erfolgter partieller Entwicklungen - ihre Gültigkeit behalten wird. Die Anerkennung dieses Tatbestandes ist kein Forderungsprogramm hinsichtlich einer Angleichung im Sinne der formalen Übernahme westlicher Standards und Strukturen in allen Bereichen des Lebens, sondern Reflexion vorhandener Unterschiede und Ungleichheiten, die aus unterschiedlichen Entwicklungen in den beiden Teilsellschaften resultieren und Teil der Lebensverhältnisse in beiden Regionen sind.

Zwei deutsche Alter ist keine zusammenfassende Aussage für Ost und West, die sich auf unterschiedliche demografische Strukturen im Alter reduziert, sondern versteht eine unterschiedliche Lebensqualität im Alter zwischen Ost und West. Sie ist auch keineswegs ein vorrangig regionaler Vergleich, sondern die regionale Zusammenfassung der jeweiligen Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen für ältere Menschen.

Spezifik und Besonderheiten Ostdeutschlands resultieren - wie bereits hervorgehoben - sowohl aus der historischen Entwicklung und einer „DDR-Sozialisation“ als auch aus differenzierenden Entwicklungen nach 1990. Sie sind nicht identisch mit differenzierenden Merkmalen zwischen Bundesländern generell, sondern heben grundlegende regionale Charakteristika durch eine flächendeckende Unterschiedlichkeit im Vergleich zu den alten Ländern hervor.

Politisch bleiben aber nach wie vor Bereiche der deutschen Vereinigung offen, welche, falls sie nicht überwunden werden - z.B. im Rentenrecht oder der Entwicklung erforderlicher Infrastrukturen - dem notwendigen Prozess der bislang keineswegs hinreichend vollzogenen Integration beider Teilsellschaften entgegenstehen und ihn z.T. sogar vertiefen.

Zwei deutsche Alter in Gegenwart und Zukunft finden ihren markanten Ausdruck nicht in dieser oder jener Kennziffer, sondern in der Unterschiedlichkeit der Lebensbedingungen der älteren Bürger in der Region Ost und West - sie sind Teil der nicht nur ungleichen, sondern ungleichwertigen Lebensverhältnisse zwischen Ost und West, wirken aber in den Jahrgängen der älteren Generationen im besonderen Maße (Sozialisation, Vereinigungseffekte). Das betrifft - wie bereits im Detail in den vorangegangenen bzw. nachfolgenden Abschnitten dargestellt:

- erstens die unterschiedliche Wirksamkeit demografischer Prozesse hinsichtlich der Veränderung der Altersstrukturen (Lebenserwartung, Geburtentief, Wanderung);
- zweitens die Existenz stabiler Ungleichheiten zwischen Ost und West in den Lebenslagen der älteren Bürger aufgrund allgemeiner wirtschaftsstruktureller Ungleichheiten (Erwerbseinkommen, Alterseinkommen, Vermögen und Eigentumsstrukturen, Wohnverhältnisse, Dienstleistungsstrukturen);
- drittens die unterschiedlichen Wertestrukturen insbesondere hinsichtlich des Stellenwertes von Grundwerten (Freiheit, Soziale Sicherheit) sowie des Stellenwertes der Vereinbarkeit der Erwerbsarbeit und familiären Verpflichtungen sowie der religiösen Bindungen der Bürger;

- viertens die Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland und unterschiedlicher Integration in Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft durch bürgerschaftliches Engagement und politische Willensbildung;
- fünftens in Positionen zum Sozialstaat und Wirkung der Sozialreformen in Deutschland auf ältere Bürger.

3.5.2 *Aktiv bis ins hohe Alter*

Der im Sechsten Altenbericht der Bundesregierung dargestellte Wandel gesellschaftlicher Altersbilder macht deutlich, dass sich die Gesellschaft insgesamt, ebenso wie die Bürger aller Altersgruppen, aber auch Vereine und Verbände - nicht zuletzt die Sozial- und Wohlfahrtsverbände wie die „Volkssolidarität“ - den neuen Bedingungen und Erfordernissen für die Seniorenarbeit stellen müssen.

Es gehörte zu den mit der friedlichen Revolution erreichten Veränderungen im Osten Deutschlands, dass die Volkssolidarität bereits Ende 1989 den Auftrag erteilte, einen Altenreport zur Lage älterer Bürger in der DDR zu erarbeiten, welcher nach der Vereinigung im November 1990 als „Altenreport '90“ in einer Doppelnummer der Zeitschrift „Blätter der Wohlfahrtspflege 11+12/1990“ erschien. Zugleich wurde ein entsprechender Antrag an den letzten DDR-Regierungschef de Maiziere gestellt, „eine genaue Analyse der sozialen Lage der älteren Bürger“ vorzunehmen.²⁹⁹ Seitdem wurden - ohne staatliche Förderung - regelmäßig Sozialreporte für ältere Bürger seitens des Verbandes in Auftrag gegeben.³⁰⁰

Es war ein wichtiger Schritt hinsichtlich einer auf wissenschaftlichen Ergebnissen beruhenden Interessenvertretung älterer Menschen - und das keineswegs nur für das Wirken der Volkssolidarität -, sondern auch für die bundesdeutsche Politik, welche allerdings erst 1992 die entsprechende Enquete-kommission des Bundestages „Demografischer Wandel“ für Deutschland (unter weitgehender Ausgrenzung Ostdeutscher) ins Leben rief, um sich dem Thema eines aktiven Alterns und neuen Anforderungen an die Altenarbeit und -hilfe zu nähern.

Bereits im „Altenreport '90“ wurde hervorgehoben: „Im Hinblick auf das Altern der Bevölkerung ist es erforderlich, sich vom traditionellen Bild vom Leben im Alltag zu verabschieden und anzuerkennen, daß immer mehr ältere Bürger aktiv am gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Gesellschaft teilnehmen, über ein ausreichendes Netz von sozialen Beziehungen und Kontakten verfügen, aber auch, daß künftig immer mehr Menschen ein höheres Lebensalter erreichen werden und - insbesondere in den letzten Lebensjahren - der Hilfe und Fürsorge durch Familienmitglieder, Nachbarn, Mitarbeiter des Gesundheits- und Sozialwesens sowie durch die öffentliche und freie Wohlfahrtspflege oder Selbsthilfegruppen bedürfen.“³⁰¹

Der Versuch, das Altenbild ins Positive zu wandeln - im Sinne von nicht nur länger leben, sondern zugleich länger aktiv zu sein - hat sich insgesamt mehrheitlich bis in die Gegenwart noch nicht durchgesetzt. Nicht zuletzt deshalb, weil für die nachrückenden Jahrgänge diese Entwicklungen mehr mit Diskussionen um „länger leben - länger arbeiten“ verbunden sind sowie mit unzureichenden Angebo-

²⁹⁹ Volkssolidarität, Außerordentliche Delegiertenkonferenz April 1990.

³⁰⁰ Vgl. hierzu: Altenreport 92 - Zur sozialen Lage und Lebensweise älterer Menschen in den neuen Bundesländern, Berlin 1993; Seniorenreport 94 - Daten und Fakten zur sozialen Lage älterer Bürger in den neuen Bundesländern, Berlin 1995; Sozialreport 50+ - Daten und Fakten zur sozialen Lage von Bürgern ab dem 50. Lebensjahr in den neuen Bundesländern, Berlin 1996, 1998, 2000, 2002, 2005, 2007, 2009, 2011; Sozialreport 50+ - Positionen und Fakten zur sozialen Lage von 50- bis 64-jährigen Bürgerinnen und Bürgern, Berlin 2013.

³⁰¹ Vgl. Altenreport '90, a.a.O., Abschnitt 3.2.

ten der sozio-kulturellen Einbindung, aber auch mit individuellen Ängsten, gepflegt zu werden oder pflegen zu müssen.

Die Auffassungen der Bürger reflektieren die Medienlandschaft - es wird - trotz des Sechsten Altenberichtes - weniger über Aktivitäten im Alter, über Aktivitätsfelder, über Möglichkeiten und Grenzen eines aktiven Alterns informiert als über „Alterung und Pflege“. Auch Sozialverbände und Vereine orientieren sich strategisch zum Teil mehr auf Pflege als auf „Aktivitäts“felder zur sozialen Einbindung ihrer Mitglieder - möglicherweise auch deshalb, weil Letzteres schwerer zu organisieren und weit weniger „Gewinn“ bringend ist.

Entgegen allen offiziellen Erklärungen, dass Alter vor allem eine aktive Lebensphase ist, führt die sozialpolitische und mediale Diskussion weniger zur Verbreiterung der Auseinandersetzung um kommunale Rahmenbedingungen und individuelle Verhaltensweisen zur „aktiven“ Bewältigung des Rentenalters, sondern rückt drohende Pflegebedürftigkeit an die Spitze sozialer und individueller Ängste (vgl. Abschnitt 1.2.5.3).³⁰²

Obwohl es zunehmend zum gewandelten Verständnis des Alterns gehört, dass vor dem Renteneintritt stehende Jahrgänge nicht nur davon ausgehen, 80 Jahre und älter zu werden, setzt sich der Tatbestand einer damit verbundenen länger andauernden aktiven Lebensphase erst langsam durch. Die dafür erforderlichen individuellen Voraussetzungen ebenso wie notwendige örtliche Rahmenbedingungen sind offensichtlich noch nicht hinreichend dafür gegeben. Das bedeutet vor allem bereits im Vorfeld des Renteneintritts, sich - bzw. gemeinsam mit dem Partner - genauer als noch vor 40 Jahren zu überlegen, womit der „Lebensabschnitt Seniorenalter“ ausgefüllt sein wird bzw. werden soll. Das bedeutet aber auch von Kommunen und Sozialverbänden, eine entsprechend soziale und sozio-kulturelle Infrastruktur zu gestalten. Die beliebten Beispiele von Künstlern oder Wissenschaftlern, welche bis ins hohe Alter weiter arbeiten und aktiv sein können, sind für die Mehrheit untauglich, da die erlernten/ausgeübten Berufe - im Gegensatz zu den zuerst Genannten - mit Eintritt ins Rentenalter nicht mehr ausgeübt werden können. (Im Nachfolgenden wird auf Untersuchungen des Jahres 2011 mit einem Regionalvergleich zu Nordrhein-Westfalen zurückgegriffen.)

Tabelle 3.4: Haben Sie Vorstellungen über Ihren Lebensabend? - nur Noch-nicht-Rentner/ Pensionäre - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent -

	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen			
	unter 40 Jahren	40 bis 50 Jahre	50 bis 60 Jahre	60 bis 65 Jahre	unter 40 Jahren	40 bis 50 Jahre	50 bis 60 Jahre	60 bis 65 Jahre
relativ genau	10	14	20	31	3	18	23	30
nur zum Teil	23	28	35	35	40	33	39	36
eher nicht	33	34	21	19	34	28	19	21
nein	32	21	20	14	21	19	16	6
ohne Antwort	3	4	5	2	2	2	3	6

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

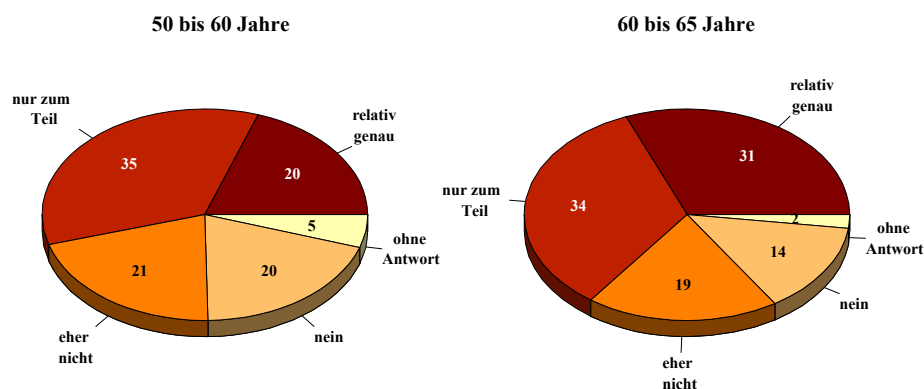
Es ist als normal zu werten, dass insgesamt über 50 % der 18- bis 50-Jährigen noch keine bzw. unklare Vorstellungen zu ihrem Lebensabend haben, da die Vorstellungen darüber mit der zeitlichen Nähe zum „Ausstieg“ aus dem Erwerbsleben bei einem großen Teil der Bürger überhaupt erst angestellt bzw. detaillierter werden. Bezogen auf die 50- bis 65-Jährigen und von denen nur auf diejenigen, wel-

³⁰² Vgl. Sozialreport 50+ 2011, a.a.O., Kurzfassung, S. 15/16.

che noch nicht (aus unterschiedlichen Gründen) vorzeitig den Rentnerstatus erreicht haben (Vorruhestand, Rente mit Abschlägen, Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit), so wird deutlich, dass in den neuen Bundesländern vor allem Erwerbstätigkeit, höhere Qualifikation und z.T. damit verbundenes höheres Einkommen zu exakteren Grundaussagen hinsichtlich der künftigen Lebensplanung führen.

So geben von den 50- bis 65-jährigen „Noch-nicht-Rentnern“ ohne beruflichen Abschluss in den neuen Ländern nur 15 % an, bereits genaue bzw. teilweise Vorstellungen zum künftigen „Lebensabend“ zu haben - im Gegensatz zu Hochschulabsolventen, welche dies mit 38 % „voll“ und zu 40 % mit „teilweise“ bejahen, d.h. mit 78 % (Facharbeiter 53 % - Fachschulabsolventen 63 %).

Abbildung 3.18: Haben Sie Vorstellungen über Ihren Lebensabend? - nur Noch-nicht-Rentner - neue Länder und Berlin-Ost - 2011 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

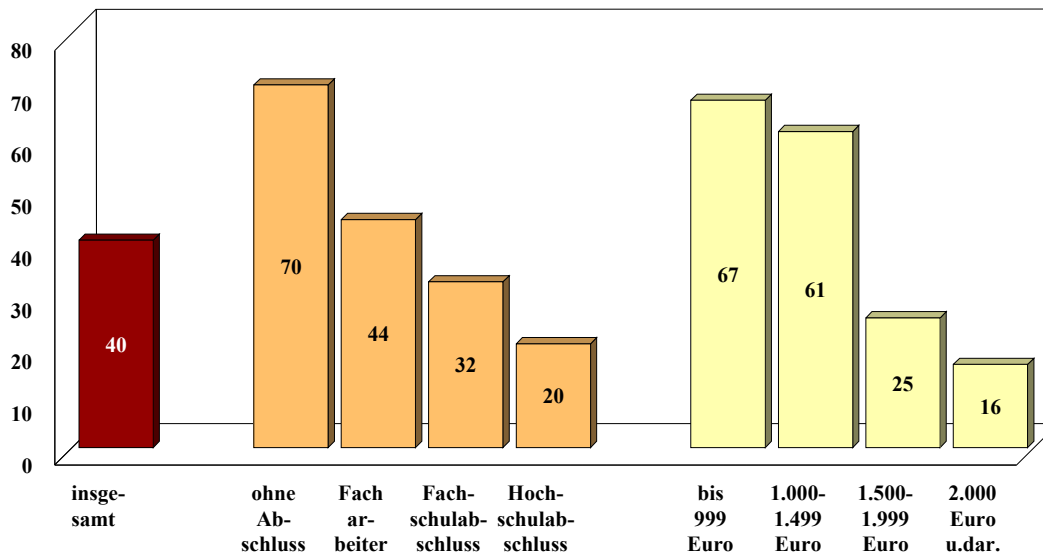
In den alten Bundesländern sind die Werte z.B. bei Nicht-Rentnern dieser Altersgruppe ohne beruflichen Abschluss bedeutend höher (64 %) und bei Hochschulabsolventen niedriger (59 %). Das mag im Vergleich zum Osten nicht unwesentlich damit zusammenhängen, dass die soziale Einbindung gerade der Bürger, welche über keine „höhere“ berufliche Ausbildung verfügen, geringer ist, aber auch die finanzielle Altersabsicherung im Osten aufgrund weitgehend fehlender betrieblicher und privater Vorsorge und erwarteter möglicher weiterer staatlicher Eingriffe in soziale Sicherungssysteme bedeutend niedriger und unsicherer ist.

Das eigentliche Problem besteht jedoch darin, dass insgesamt rd. 40 % der Befragten eher wenig bzw. keine Vorstellungen zu ihrem Lebensabend haben - „Abend“ hier verstanden als Zeit zur freien Verfügung. Es sind insbesondere die unteren Einkommensgruppen und geringer Qualifizierten mit geringen/keinen Vorstellungen. Damit wird ein Problem der Zukunft noch deutlicher: dass eine anteilig zunehmende Gruppe älterer Bürger immer weniger in die Gesellschaft integriert wird, selbst wenn sie sich z.T. aus inaktivem Verhalten bzw. unzureichenden sozialen Kontakten und finanziellen Spielräumen selbst ausgrenzen bzw. ausgegrenzt werden. Kennzeichnend für die individuellen Vorstellungen zur Gestaltung der nachberuflichen Lebensphase sind

- eine hohe Familien-/Partnerzentriertheit,
- eine hohe auch individuelle Bejahung von Aktivsein im Alter - bei unterschiedlichen Aktivitätsvorstellungen und -strukturen,
- auch eine individuell artikulierte hohe ablehnende bzw. zurückhaltende Aussage zu sozialen und politischen Aktivitäten im Alter.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die individuellen Vorstellungen vom eigenen „Lebensabend“ zwischen Ost und West - bezogen auf die Aussagen der Bürger ab 18. Lebensjahr - zunächst nur relativ wenig unterscheiden.

Abbildung 3.19: Haben Sie Vorstellungen über Ihren Lebensabend? - nur Noch-nicht-Rentner - nach beruflichem Abschluss und individuellem Nettoeinkommen - neue Länder und Berlin-Ost - 2011 - in Prozent - (nur Antwort: „*eher nicht*“/„*keine*“)



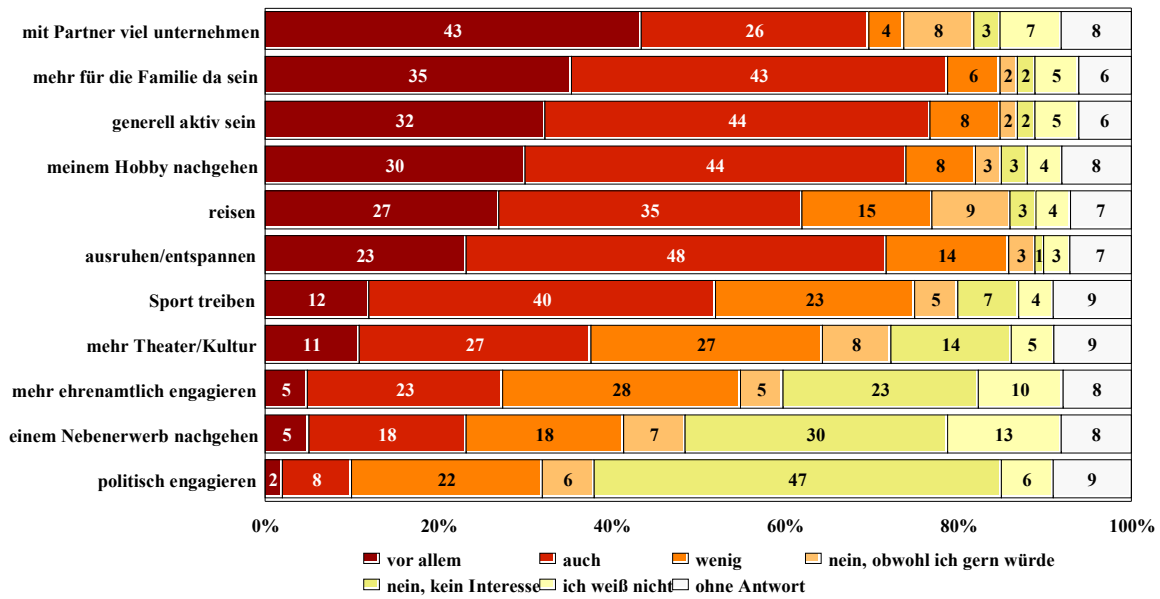
Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Generell wird davon ausgegangen, dass vor allem mehr Aktivitäten gemeinsam mit dem Partner möglich sind und erfolgen („vor allem“ sehen dies 43 % im Osten und 41 % in Nordrhein-Westfalen). Die Vorstellung, mehr für die Familie da sein zu wollen, haben 35 % (Ost) und 34 % (Nordrhein-Westfalen) aller Befragten.

Die Absicht, im Alter aktiv zu sein, teilen 37 % in Nordrhein-Westfalen und 32 % in den neuen Bundesländern. Das wird zugleich untersetzt durch Annahmen über Hobbys, welche im Alter betrieben werden, notwendige Entspannung, Sport, Theater und Kultur generell. So wollen 30 % eigene Hobbys fortsetzen, 27 % vor allem Reisen (in starker Abhängigkeit vom Einkommen zwischen 15 % bis zu über 80 %), zu sportlichen Aktivitäten werden nur noch von Wenigen Aussagen getroffen.

Allerdings ist auch beachtenswert, dass bürgerschaftliches und politisches Engagement die letzten Rangplätze einnehmen und nur einen geringen Stellenwert für das Leben im Alter haben. So gehen 47 % im Osten und 43 % in Nordrhein-Westfalen davon aus, dass für sie ein politisches Engagement im Alter nicht in Frage kommt bzw. kein Interesse dafür vorhanden ist. Die Ursache dafür mag sowohl darin begründet sein, dass Älteren - selbst in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden - zum Teil von den Jüngeren die Fähigkeit auf „aktives Gestalten“ abgesprochen bzw. nur bedingt zuerkannt wird, aber auch, dass der Glaube an die gesellschaftliche Wirksamkeit bürgerschaftlichen Engagements als gering eingeschätzt wird.

Abbildung 3.20: Was wird einmal Ihren Lebensabend prägen bzw. prägt ihn schon? - neue Länder und Berlin-Ost - 2011 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Generell ist aber hervorzuheben, dass o.g. Aussagen bzw. Annahmen der befragten Bürger (ab 18. Lebensjahr) sich vor allem in Abhängigkeit vom Alter stark unterscheiden. Jüngere haben fast in allen ihren Annahmen überdurchschnittliche („illusionäre“?) Vorstellungen von der Ausgestaltung des eigenen „Altseins“ - möglicherweise in der Annahme, es - im Vergleich zu den heutigen Älteren - anders oder besser machen zu wollen. So wie es Fehlannahmen über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse Älterer bei vielen Jüngeren gibt, so ist offensichtlich auch das Leben im Alter - zumindest so wie es gegenwärtig zu erkennen ist - anders als man es sich für das eigene Altsein vorstellt.

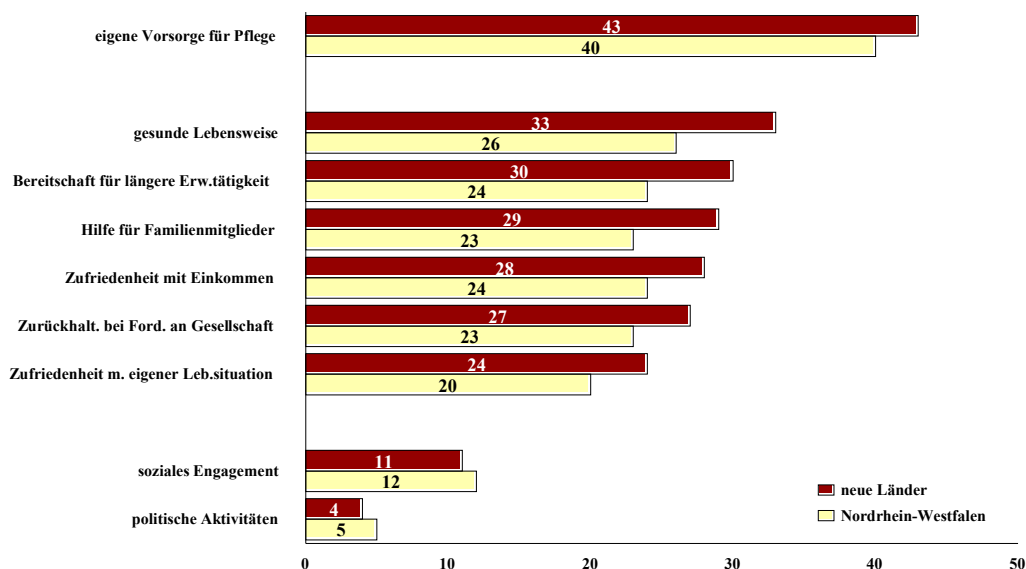
Die Vorstellungen zum eigenen Leben im Alter sind in der Bundesrepublik nicht deckungsgleich mit den Annahmen zu den gesellschaftlichen Erwartungen an Ältere.

Bereits im vorangegangenen Abschnitt wurde festgestellt, dass auf die Frage: „Was erwartet Ihrer Meinung nach ‚die Gesellschaft‘ heute von den Älteren vor allem?“, an erster und deutlich vorderster Stelle „die eigene Vorsorge für eine mögliche Pflege“ rangiert. Die getroffenen Aussagen reflektieren offensichtlich:

- die allgemeine gesellschaftliche Debatte um „Alter = Pflege“ trotz aller gegenläufigen Diskussionen und Feststellungen - sowie die mediale Verbreitung des finanziellen und personellen „Notstandes“ in Bezug auf Pflege;
- die starke Orientierung auf private und individuelle finanzielle Vorsorge im Gesundheitsbereich allgemein und in der Pflege im Besonderen, um einerseits gut versorgt zu werden und andererseits niemandem zur Last zu fallen.

Dabei werden insgesamt die Bewertungen natürlich auch aus der Sicht der individuellen/familiären Lebenslage vorgenommen - untere Einkommen (individuelles Nettoeinkommen/Haushaltsnettoeinkommen/Äquivalenzeinkommen) gehen bis zu über 50 % davon aus, dass die Gesellschaft von Älteren „vor allem“ erwartet, eigene Vorsorge für die mögliche Pflege zu betreiben.

Abbildung 3.21: Was erwartet Ihrer Meinung nach die Gesellschaft heute von Älteren vor allem? - nach Regionen - 2011 - in Prozent - (nur Antwort: „vor allem“)



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Getroffene Aussagen über Vorstellungen und Überzeugungen lassen - trotz der gemachten Einschränkungen - zugleich Rangfolgen/Wertigkeiten - bezogen auf die Gesamtheit der Bürger ab 18. Lebensjahr - erkennen:³⁰³

- An erster Stelle rangieren diejenigen, welche ihren eigenen Lebensabend vor allem als aktive Phase sehen, ihn nach ihren Vorstellungen und Wünschen selbstständig gestalten wollen und dazu ein hohes Maß an Selbstentscheidung (z.B. durch Zeitsouveränität) benötigen (58 % in Ost wie West). Es ist nicht zu übersehen, dass sich für viele mit „alt sein“/„alt werden“ die Möglichkeit verbindet, sich die mehr zur Verfügung stehende Zeit so einteilen zu können, wie man es selbst möchte, da „äußere“ Zwänge entfallen. Das betrifft zeitlich gesetzte Rahmen, wie sie mit einer - wenn auch gewünschten und gewollten - Erwerbsarbeit verbunden sind, welche entfallen ebenso wie auch zu beachtende familiäre Verpflichtungen, die einen zwingenden Zeitablauf (z.B. für Kinder/Jugendliche) erfordern.
- Arbeitswelt und familiäre Strukturen geben einen Rhythmus des Lebens vor, den zu überwinden als „Befreiung“ empfunden wird (insofern ist eine Begrenzung auf die Arbeitswelt zu eng³⁰⁴). Gerade Frauen in den neuen Bundesländern verbinden wesentlich stärker Zeitsouveränität und Gestaltung des Alterns miteinander (64 %) als Männer (51 %). Die Ursachen liegen mit hoher Wahrscheinlichkeit in den unterschiedlichen Lebensbiografien der Mehrheit der Frauen gegenüber den Männern (Vereinbarkeitsproblematik, die auch im Osten in der Vergangenheit mehrheitlich eine Doppelbelastung für Frauen war), als auch gegenüber den westdeutschen Frauen. Offensichtlich spielen aber auch solche Faktoren eine Rolle, wie z.B. die Erfahrung, dass auch unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen Rentner „niemals Zeit haben“.
- Die Vorstellung, älter zu werden mit der Weitergabe von Erfahrungen zu verbinden, hat zwar einen hohen Stellenwert, reflektiert aber weitaus weniger soziale Erfahrungen der Realität. Wenn auch empirisch nicht im Zusammenhang mit der Untersuchung belegbar, so ist der Bedarf sowohl

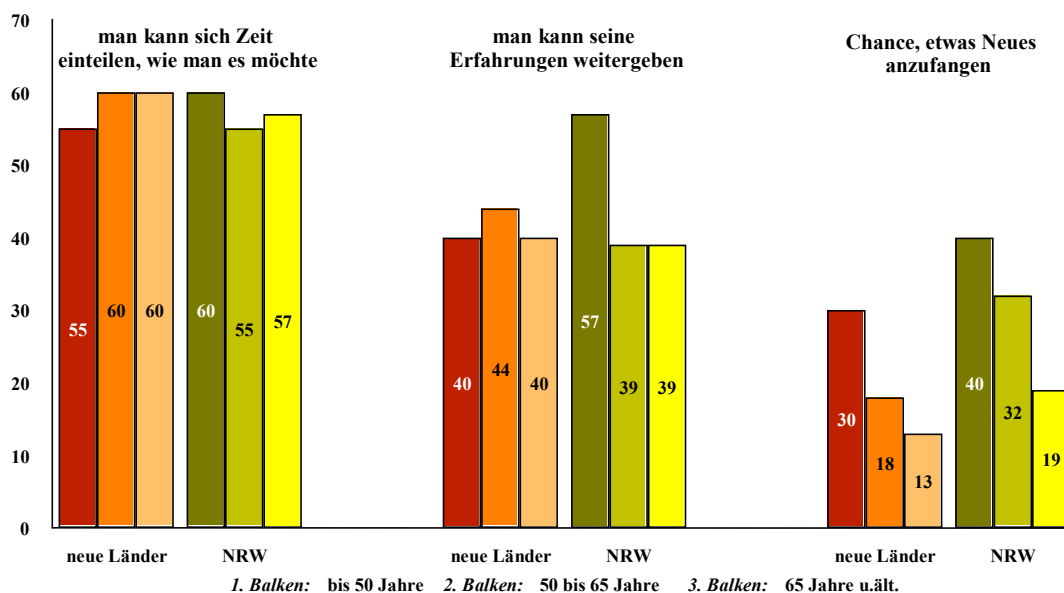
³⁰³ Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.).

³⁰⁴ Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation, a.a.O., S. 59.

in der Politik, in Betrieben, in Schulen usw. doch weitaus geringer entwickelt als der individuelle Wunsch danach. Eine Ursache mag auch darin zu sehen sein, dass vorhandene Erfahrungen und der entsprechende Bedarf sich lokal nicht in Übereinstimmung bringen lassen, aber auch die Fähigkeit und/oder Möglichkeit zur Erfahrungsvermittlung (z.B. in Schulen) weniger gegeben ist als angenommen. Zum Teil behindern auch rechtliche Rahmenbedingungen solche Aktivitäten.

- Im Alter etwas Neues zu beginnen, differenziert sich stark altersabhängig (vgl. Abbildung 3.22). Es ist offensichtlich, dass Ältere bereits die Erfahrung gesammelt haben, dass es in hohem Maße abhängig ist von der individuellen Lebenslage - von bereits vorhandenen Vorstellungen, von den Fähigkeiten dazu und nicht zuletzt vom individuellen/familiären Einkommen - aber auch der Bereitschaft der Älteren, Neues zu akzeptieren und zu integrieren.

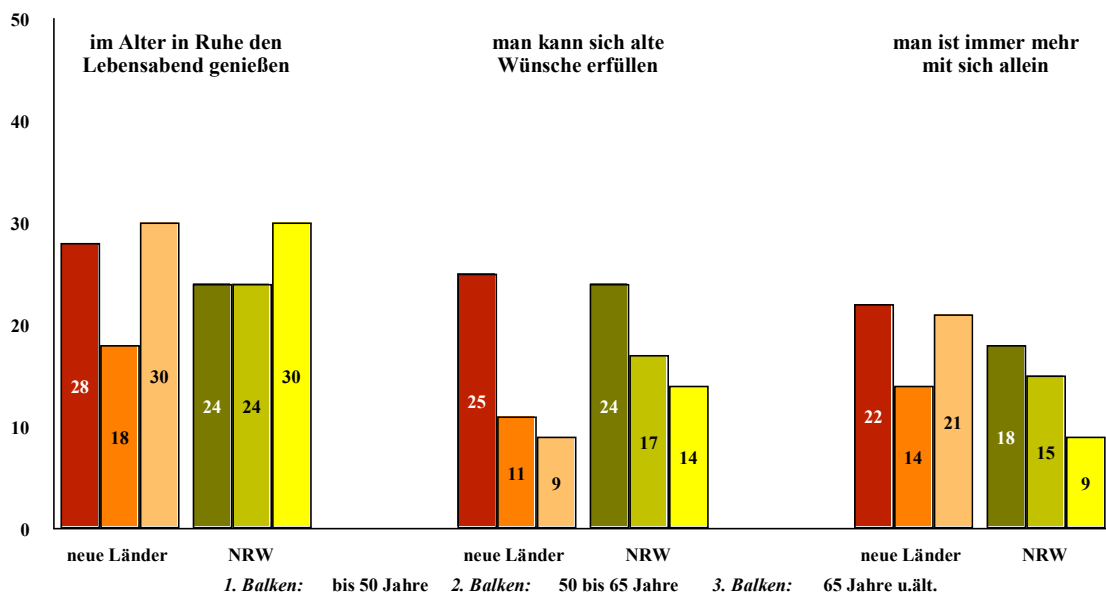
Abbildung 3.22: Es gibt die verschiedensten Bilder, die ‚Alter‘ und ‚alt sein‘ charakterisieren. Sagen Sie bitte, ob Sie nachstehenden Aussagen zustimmen können oder nicht! - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent - (nur Antwort: „*stimme voll zu*“)



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

- Ein keineswegs unbedeutender Teil der Bürger (rd. 25 % in Ost und West) verbindet Altern/Altsein mit „den Lebensabend“ genießen. Dabei wird in den wenigsten Fällen darunter „Müßiggang“ zu verstehen sein, sondern eher Geselligkeit „frei von jeglichen Zwängen“. In Verbindung mit den individuellen Vorstellungen vom Lebensabend wird deutlich, dass darunter neben ausruhen/entspannen bei den 60-Jährigen und älteren vor allem „einem Hobby nachgehen“, Reisen, Sport, Theater verbunden ist, d.h. aus Sicht der Befragten, „generell irgendwie aktiv“ zu sein.
- Auch die Vorstellung, dass Altern verbunden ist mit der Möglichkeit, sich alte Wünsche zu erfüllen, ist eher eine Überzeugung/Vorstellung der Jüngeren als der Älteren - bei Letzteren stark an die individuelle und familiäre Lebenssituation gebunden. Es zeigt sich gerade hierbei, dass es große Unterschiede in den Vorstellungen in Abhängigkeit vom Alter gibt.

Abbildung 3.23: Es gibt die verschiedensten Bilder, die ‚Alter‘ und ‚alt sein‘ charakterisieren. Sagen Sie bitte, ob Sie nachstehenden Aussagen zustimmen können oder nicht! - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent - (nur Antwort: „*stimme voll zu*“)



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

- Relativ hoch (rd. 20 % mit zunehmender Tendenz) ist der Anteil jener, die Alter mit Eintönigkeit, Alleinsein und Isolierung verbinden - unter Einbeziehung des Anteils von den Befragten, die „teilweise“ eine zunehmende Isolierung annehmen, steigt der Wert auf rd. 80 %. Nicht zu übersehen, dass insbesondere in den neuen Bundesländern mit 21 % der über 65-Jährigen ein doppelt hoher Wert im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen (9 %) vorliegt - nicht unmaßgeblich dafür, dass ein hoher Anteil von älteren Bürgern aus kleineren Dörfern und Gemeinden sich dementsprechend artikuliert (31 % aus Gemeinden unter 1.000 Einwohnern) ebenso wie aus Großstädten (29 %).
- Relativ gering ist dagegen der Anteil jener, der aktiv sein möchte, aber davon ausgeht, dass die finanziellen und die physischen Möglichkeiten dazu nicht ausreichen werden.

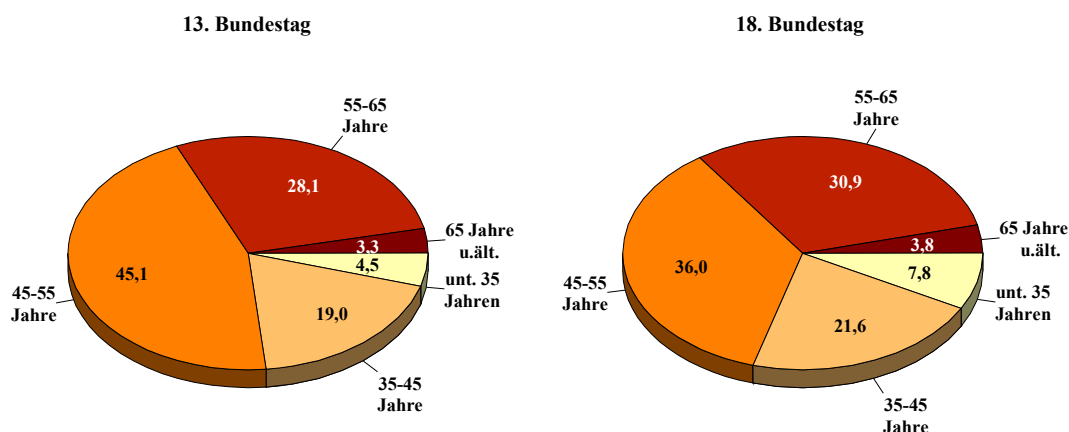
Insgesamt erhebt sich die Frage, wie alt man sein muss um alt zu sein. Wie oft wird bei der Beurteilung von Teilnehmern an Gesprächsrunden festgestellt: „Der sah aber alt aus“, wie oft wird es auch schon, ohne sich dabei bewusst zu sein, dass damit nicht „alt und weise“, sondern „alt und unwissend“, „alt und unkonzentriert“, „alt und den Anforderungen nicht gewachsen“ miteinander verbunden werden. Es wird ein zum Teil über Jahrhunderte geprägtes defizitäres Altenbild immer noch gedankenlos übernommen.

Wie alt darf man werden, damit die Gesellschaft nicht „überaltert“, und ab wann ist sie „überaltert“? Dabei ist es für jeden Menschen - auch den 70- oder 80-Jährigen - immer ein erstrebenswertes Ziel, in den verbleibenden Jahren ein menschenwürdiges Leben zu führen - nach Möglichkeit aktiv und gesund zu sein. Offensichtlich stehen nach wie vor individuelle Vorstellungen und anzutreffende „Leitbilder“ zum Alter nicht in völliger Übereinstimmung. „Alt wie ein Baum möchte ich werden“, heißt es in einem der bekanntesten Lieder der „Puhdys“. Was ist erstrebenswert - früh zu sterben oder alt zu werden? Die Mehrheit - nicht nur Älterer - wird Letzteres eindeutig mit ja beantworten.

Eine Landesregierung wie Berlin, an deren Spitze ein „Senat“ - d.h. ein „Rat der Älteren“ - steht und in dem „Senatoren“ regieren, ist sicher - zumindest gegenwärtig - eher noch ein Relikt der Akzeptanz von Weisheit des Alters als von bewusster Orientierung auf Altersaktivität, -erfahrung und -wissen. Inzwischen kämpfen fast überall „junge“ Politiker gegen die „Alten“. Wenn Ursachen für eine verfehlte Politik gesucht werden, findet man sie meistens zuerst im fehlenden Generationenwechsel in der Führung.

Bezogen auf Altersweisheit bietet auch die Politik wenig Beispiele: Im 2013 neu gewählten 18. Bundestag waren im Wahljahr 24 Abgeordnete von 631 Abgeordneten 65 Jahre und älter, das waren 3,8 % der gewählten Abgeordneten. Der Anteil liegt damit deutlich unter den möglichen 32 % der entsprechenden Altersgruppe in der Bevölkerung - bezogen auf das aktive Wahlalter für den Bundestag (21 Jahre). Im Vergleich zum 13. Bundestag (1994 bis 1998) hat sich die Zahl der älteren gewählten Abgeordneten unbedeutend verändert und wird dem Anspruch auf längere Lebensarbeitszeit (bis 67 Jahre) ebenso wenig wie dem auf „Vorbildwirkung“ gerecht (es sei denn, es wird davon ausgegangen, dass es doch Tätigkeiten gibt - wie z.B. Bundestagsabgeordneter - die ab einem bestimmten Alter nicht mehr ausführbar sind).

Abbildung 3.24: Alterszusammensetzung des Deutschen Bundestages - 13. Bundestag (1994 bis 1998) und 18. Bundestag (seit 2013) - nach Altersgruppen - in Prozent -



Quelle: www.bundestag.de - Abgeordnete

Viele Bürger, die über das 65. Lebensjahr hinaus noch tätig sind, werden mit dem Satz konfrontiert: „Du arbeitest ja immer noch!“ oder „Wann willst du denn aufhören?“ usw. Es reflektiert

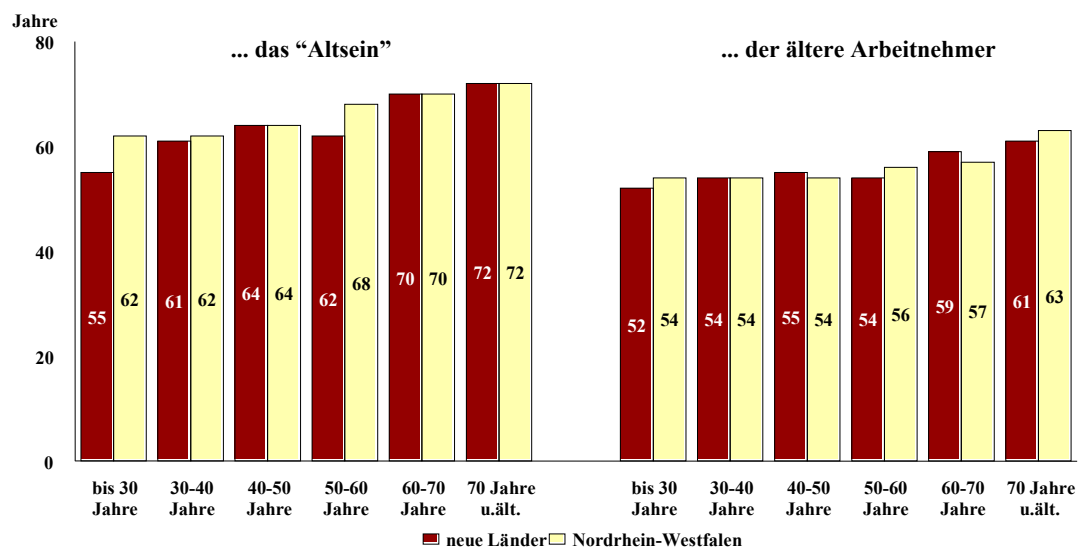
- den mit dem „demografischen Wandel“ begründeten und - den daraus bereits abgeleiteten realen abnehmenden staatlichen Sicherungen - erhobenen indirekten und direkten Vorwurf gegenüber Älteren, den Jüngeren Arbeit wegzunehmen - dabei arbeiten in Deutschland rd. 700.000 Erwerbstätige über 65 Jahre (2009), das waren 1,7 % aller Erwerbstätigen und rd. 0,4 % der Bürger ab 15. Lebensjahr³⁰⁵;
- Nachfolgewirkung einer langjährigen Politik der möglichst zu erreichenden zeitigen Verrentung, die im Denken der Bürger zum Teil tief verwurzelt ist. Die inzwischen beklagte „Frühverrentungspraxis“ der früheren Bundesrepublik reflektierte die Haltung der Gesellschaft zu einem unterstellten „Nachlassen des Leistungsvermögens“ in besonderer Weise. Die in der Gegenwart nach wie vor geführten Diskussionen um die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters resultieren nicht

³⁰⁵ Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 4.1.2, Tab. 1_1, Wiesbaden 2011.

aus einem zunehmenden Verständnis über Leistungsfähigkeit im Alter, sondern reflektieren fast ausschließlich Überlegungen zur Senkung der Rentenausgaben. Der demografische Wandel - seit über 100 Jahren kontinuierlich vollzogen und absehbar - muss dafür als Begründung herhalten. Auch die Verrentung aller ab 55-Jährigen in den Jahren nach 1990 in den neuen Bundesländern war nicht der geringen Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer, sondern sowohl den Leistungsstrukturen der ost- wie der westdeutschen Wirtschaft geschuldet;

- bei Familienmitgliedern mehrheitlich aber auch Sorge, dass ein generell unterstelltes abnehmendes körperliches Leistungsvermögen nicht mehr hinreichend zur Bewältigung der beruflichen Tätigkeit bzw. eines „normalen“ Lebensvollzugs vorhanden sei.

Abbildung 3.25: Wann beginnt bei Ihnen das Altsein bzw. der ältere Arbeitnehmer?
- nach Altersgruppen der Befragten und Regionen - 2011 - in Jahren -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Die gegebenen Antworten auf den zeitlichen Beginn des „Altseins“ verdeutlichen:

- Mit zunehmendem Alter wird „das Altsein“ weiter auf später verschoben - aus welchen Gründen auch immer - mehrheitlich, weil man sich „noch nicht so fühlt“. Diese zunächst positive Grundhaltung, welche sich (z.T. unbewusst) gegen alt sein und krank sein/gepflegt werden zu müssen, wendet, belegt jedoch letztlich - sowohl bei den Jüngeren als auch bei den Älteren - immer noch ein in der Gesellschaft verbreitetes inaktives Altersbild: solange der Einzelne noch aktiv ist - ist er/sie auch (noch) nicht alt. Analysen der Volkssolidarität belegen, dass die Frage nach einer Mitgliedschaft im Verband mit dem Argument „ich bin noch nicht alt genug“ sich allein zwischen 1999 und 2006 von 23 % der 60- bis 65-Jährigen und 7 % der über 65-Jährigen (1999) auf 41 % der 60- bis 65-Jährigen und 29 % der 65- bis 70-Jährigen verändert hat.³⁰⁶
- Das Argument „ich bin noch nicht alt genug“ (z.B. für Mitgliedschaften in Sozialverbänden) ist ohne Zweifel geprägt:
 - durch das öffentliche Image eines Verbandes als Seniorenverband in Verbindung mit allgemeinen Altersbildern, welche Alter vorrangig immer noch mit negativen Zusammenhängen in Verbindung bringen (betreuungsbedürftig, unterstützungsbedürftig, pflegebedürftig);

³⁰⁶ Vgl. Potenziale der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit - Volkssolidarität Bundesverband e.V., Berlin 2006, S. 10.

- von einem Mitgliederleben, das zu wenig auf notwendige Vielfalt unterschiedlicher Altersgruppen, sondern zu oft traditionellen Mustern Rechnung trägt und von Inhalten und Organisationsformen wie vor 20/30 Jahren geprägt ist;
- von Verhaltensweisen von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern, welche z.T. auch Altenverband mit organisierter Betreuung verbinden - aber sich andererseits in einer Konzentration auf „Pflege“ mehr „Gewinn“ versprechen. Die neuen Herausforderungen, welche darin bestehen, nachrückende ältere Generationen nicht zu isolieren und sich selbst zu überlassen, sondern sozial einzubinden, werden (zumindest bislang) nicht angenommen.

Es ist gesellschaftskonformes Verhalten, welches aktiv-organisiertes Verhalten nicht mit „alt“ und „älter werden“ in Verbindung zu bringen versteht.

- Hinsichtlich des „älteren Arbeitnehmers“ gibt es eine relativ einheitliche Position mit 54/55 Jahren, die weitgehend auf die bekannten Altersbegrenzungen auf dem Arbeitsmarkt und im öffentlichen Leben zurückzuführen ist. Aber auch hier steht die angedachte Senkung der Altersgrenzen bei hohen und durch die Bundeswehrreform überflüssigen Militärs (z.T. ab 52. Lebensjahr) im Gegensatz zur allgemeinen Tendenz des Anhebens der Altersgrenzen³⁰⁷.

3.6 Exkurs (2011): Wandel von Altersorientierungen im Osten (K.-P. Schwitzer/G. Winkler)³⁰⁸

Die Vorstellungen vom Altern unterlagen insbesondere im Osten einem generellen Wandel. Das Leben der Älteren in den neuen Bundesländern war bis 1990 keine 40-jährige Geschichte von Irrtümern und Fehlern, es war mehrheitlich durchaus bewusste Gestaltung ihrer individuellen Lebensbedingungen. Die gegenwärtigen Vorstellungen über aktives Altern sind noch nicht hinreichend ausgeprägt - weder in der Politik, noch beim Bürger. Aktives Altern wird immer noch vorrangig auf die Arbeitswelt bezogen.

Altersbilder, als individuelle und gesellschaftliche Vorstellungen über das Alter, vom Altern sowie über ältere Menschen und ihre Lebenswirklichkeiten sind an die jeweiligen historischen, kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen gebunden und werden durch diese maßgeblich geprägt. Die Bewertung der Orientierungen hinsichtlich des Lebens älterer Menschen in der DDR ist insbesondere vor dem Hintergrund zu sehen, dass unmittelbar nach dem Kriegsende 1945 die sozialen Probleme - d.h. Armut, Obdachlosigkeit, Hunger und Umsiedlerelend - im ganzen Land unverkennbar alle Menschen betrafen - Arbeiter, Angestellte oder Handwerker ebenso wie Alte und Junge, verwitwete Mütter mit Kindern wie Ehepaare, Stadt- und Landbewohner wie Ansässige und „Neusiedler“. Es bedurfte keiner großartigen Überlegungen über das „ob“, sondern mehr um das „wie“. Sozialpolitische Aufgaben orientierten sich in den ersten Jahren vorrangig an den Lebensverhältnissen, an den Lebenslagen und Nöten, an den kriegsbedingten Defiziten in den einzelnen Lebensbereichen - sie orientierten sich eher am „Bürger“ als an „Klassen- und Schichtstrukturen“ oder an „Generationen“.³⁰⁹

Die Überwindung einer Wohlfahrtsarbeit, welche nicht an Parteien gebunden und weltanschaulich unabhängig war, wurde mit zunehmender Machtzentrierung bei der SED relativ rasch aufgegeben. Im Maße der Stabilisierung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse setzten sich zu Beginn der 50er Jahre jene Kräfte durch (insbesondere Parteifunktionäre aus dem SU-Exil), die davon ausgin-

³⁰⁷ Gesetzesentwurf zur Bundeswehrreform (zitiert in ND v. 22. Februar 2012).

³⁰⁸ Abschnitt wurde übernommen aus: Schwitzer, Klaus-Peter/Winkler, Gunnar: Wandel von Altersbildern im Osten, Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V. „Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den neuen und alten Bundesländern“, Bd. 25, Berlin 2011, S. 7 ff.

³⁰⁹ Vgl. hierzu Sozialpolitische Richtlinien der SED vom 30.12.1946.

gen, dass mit der Eigentumsfrage auch die „soziale Frage“ im Sinne der „Arbeiterfrage“ entschieden sei. Eine eigenständige Sozialpolitik inklusive einer „Altenpolitik“ wurde zunächst als dem Sozialismus nicht gemäß empfunden, sondern als Relikt einer überholten kapitalistischen Gesellschaft angesehen. Es wurde aus den neuen ökonomischen Verhältnissen gewissermaßen ein Automatismus abgeleitet, in dem alles, was getan wird, der „führenden Arbeiterklasse und ihren Verbündeten“ diene, was eine „gesonderte“ soziale Ausrichtung von Politik, eine nachträgliche soziale Sicherung vor den Risiken ökonomischer Politik bzw. eine eigenständige Sozialpolitik - und damit auch spezifische Altenpolitik - ausschließe bzw. nicht erforderlich mache. Es wurde generell unterstellt, dass zu treffende/getroffene Entscheidungen sich nicht gegen die Interessen einzelner sozialer Gruppen richten, sondern immer auf „ganzheitlicher“ Betrachtung gesellschaftlicher Entwicklung beruhen würden. In diese Zeit fällt auch die gezielte Verdrängung kirchlicher Wohlfahrtsarbeit im Bereich älterer Menschen und die in der Öffentlichkeit sich weiter vollziehende Begrenzung des Verbreitungsgrades von Altenbildern mit religiösem Hintergrund.

Mit zunehmender ökonomischer Entwicklung, mit einem an wissenschaftlich-technische Entwicklungen gebundenen Effizienzdruck und sich immer mehr ausdifferenzierenden Bedürfnissen (Mitte der 60er/Anfang der 70er Jahre) bedurfte es jedoch einer gezielteren Politik im sozialen Bereich, um vor allem ökonomische Entwicklung in soziale Veränderungen umzusetzen und immer offensichtlicher werdende soziale Probleme zu lösen bzw. notwendige Korrekturen vorzunehmen. Letztlich wurden jedoch Vorbehalte gegen „Sozialpolitik“ - anfangs ideologischer später ökonomischer Art - ebenso wie auch im Sozialismus auftretende Entwicklungswidersprüche zwischen Politik-Ökonomie-Sozialem mehrheitlich in der Politik nie eingestanden.

Beginnend mit den 70er Jahren wurden - äußeren und inneren Faktoren Rechnung tragend [internationale Einbindung der DDR z.B. in die International Labor Organisation (ILO), aber auch aufgrund sich wandelnder Bedürfnis- und Wertestrukturen der Bürger] - neue Akzente durch eine leistungsabhängigere Rentenpolitik, den forcierten Wohnungsbau sowie auf eine sich an den Bedürfnissen der Familien orientierende Familien- und Bevölkerungspolitik gesetzt, die mit ihrer „multizieladäquaten Ausgestaltung“³¹⁰ auch von der DDR keineswegs nahe stehenden Wissenschaftlern im Nachhinein positiver als die Familienpolitik der Bundesrepublik bewertet wurden.

Sozialpolitik in der DDR war - das galt auch für altenpolitische Orientierungen und Bewertungen - sowohl im Inneren als auch in ihren äußeren Einflüssen eine Sozialpolitik zwischen Tradition und Neubeginn. Es war zentralisierte Sozialpolitik, die im Gegensatz z.B. zur Sowjetunion nicht ausschließlich auf einem auf staatlichen Ressourcen beruhenden steuerfinanzierten System aufbaute, sondern auch auf einem einheitlichen „Sozialversicherungsbeitrag“ des einzelnen Erwerbstätigen - anknüpfend an das Sozialversicherungssystem vor 1933. Die Sozialpolitik in der DDR setzte bis an ihr Ende 1989 stets auch sozialdemokratische Traditionslinien fort und wurde von Teilen der politischen Elite ohnehin als „sozialdemokratisch“ empfunden.

Gleichmaßen war die DDR wie kein anderer Staat im RGW-Bereich mit dem „westlichen“ System konfrontiert, das in Gestalt der „sozialen Marktwirtschaft“ in der Bundesrepublik neue Akzente setzte und im Osten wie Westen gleichermaßen auf „Überlegenheitsnachweis“ gegenüber dem anderen Teil Deutschlands angelegt war. Die „Abgrenzungs- und Überlegenheitspolitik“ zwang zunehmend die DDR - auch als Reaktion auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik - zu einer Politik

³¹⁰ Lampert, Heinz: Lehrbuch der Sozialpolitik, Springer Verlag Berlin/Heidelberg/New York 1991, S. 117.

für Ältere, die sich nicht nur zum Teil in Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Ländern brachte, sondern auch Entscheidungen wider eine „Ökonomie der Vernunft“ und damit die ökonomische Leistungsfähigkeit erforderten. Dass diese Konfrontation das jeweilige System als ausschließliches Ergebnis seiner Überlegenheit im Bereich der Sozialpolitik wertete (und zum Teil noch heute wertet) - ist belegbar, ebenso wie der nach 1990 schnell beginnende - bis dahin nicht denkbare - Umbau des Sozialstaates und Rückbau der bundesdeutschen sozialen Sicherungssysteme.³¹¹

Es ist unbestritten, dass sich in der DDR von Anbeginn bis 1989 die Interessen der jeweiligen Partei- und Staatsführung mehr dem arbeitenden Teil der Bevölkerung zuwandten als den älteren Generationen - was analog auch für die Bundesrepublik als gemeinsames Merkmal (übrigens die einzige Bemerkung zur DDR im Sechsten Altenbericht) festgestellt wird.³¹² Jugendzentriertheit war (auch) in der DDR dominierend.

Als Teil einer sich entwickelnden eigenständigen Sozialpolitik wurde ab Mitte der 60er Jahre stärker orientiert auf den spezifischen Schutz und die soziale Sicherung bei Krankheit und im Alter auf Grundlage einer sowohl durch Beiträge der Versicherten als durch steuerfinanzierte Staatszuschüsse abgesicherten einheitlichen Sozialversicherung. Vor allem die Einkommenspolitik gegenüber Rentnern blieb jedoch bis 1989 ein Grundproblem der Sozialpolitik. Es muss aber immer wieder festgestellt werden, dass durch staatliche Subventionierungen von Waren, Mieten und Dienstleistungen die Lebensverhältnisse bedeutend stärker zugunsten der Rentnerinnen und Rentner beeinflusst worden sind als durch eigenes Alterseinkommen.

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre wurde nicht nur die Altersforschung forciert, sondern auch auf ein aktives Altern, eine stärkere kulturelle Einbindung Älterer in Erweiterung der bis dahin im Mittelpunkt stehenden gesundheitlichen und sozialen Betreuung orientiert. Insbesondere die Volkssolidarität, als einzige „Altenorganisation“ in der DDR, wurde damit „beauftragt“ und vollzog unter dem Motto: „Tätigsein - Geselligkeit - Fürsorge“ die inhaltliche Ausrichtung des Verbandes.

Ohne auf neuere Forschungsergebnisse zurückgreifen zu können³¹³, ist bei der Bewertung der von der Politik vorgenommenen - und auch auf sozialwissenschaftlichen Analysen beruhenden - Altersorientierungen in der DDR dreierlei zu beachten:

Erstens unterlagen auch die Altersbilder in der DDR dem spezifischen Strukturwandel von Senioren-generationen - im Wesentlichen der Jahrgänge 1860 bis 1930. Während die 1860 Geborenen ihre letzten Rentnerjahre in den ersten Jahren der DDR erlebten, gingen die 1930 geborenen Frauen „lt. Plan“ 1990, d.h. mit dem Ende der DDR, in die Rente (im Ergebnis der Vereinigung wurde dann allerdings bereits ein Großteil der ab 55-Jährigen in den Vorruhestand abgewickelt).³¹⁴ Es waren Generationen, welche entweder zwei Weltkriege selbst miterlebt hatten oder die Teilung Deutschlands als Ergebnis des 2. Weltkrieges, den Mauerbau und die Vereinigung Deutschlands. Das sind Fakten, welche histo-

³¹¹ Entnommen aus: Winkler, Gunnar: Ziele und Inhalte der Sozialpolitik in der DDR, in: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit (Hrsg.: Manz, Günter/Sachse, Ekkehard/Winkler, Gunnar), a.a.O., S. 15 ff.

³¹² Vgl. hierzu: Sechster Altenbericht der Bundesregierung, a.a.O., S. 100.

³¹³ Vgl. hierzu auch Schwitzer, Klaus-Peter: Das Altersbild der Gesellschaft, im ersten im Auftrag der Volkssolidarität 1990 erarbeiteten „Altenreport '90“, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 10+11/1990, Abschnitt 3.

³¹⁴ Ein Resultat des gesellschaftlichen Transformationsprozesses waren die „Vorruheständler“, die als neues Element die ostdeutsche Sozialstruktur erweiterten. 1992/1993 waren fast sechs Prozent der Bevölkerung in den neuen Bundesländern „Vorruheständler“, wobei dieser Anteil durch die Befristung der Regelungen bzw. durch das Erreichen des Rentenalters der Betroffenen schrittweise zurückgegangen ist (Schwitzer, Klaus-Peter: Ungleichheit und Sozialpolitik in den neuen Ländern. Systemvergleich und akkumulierte sozialpolitische Perseveration, in: Berliner Journal für Soziologie 4/1997, S. 487).

rische Gemeinsamkeiten mit den alten Bundesländern ebenso belegen, wie sie zugleich auf die unterschiedliche Sozialisation der Jahrgänge der ab 1920/1925 Geborenen verweisen.

Zweitens fand bei den Orientierungen der „Altenarbeit“ in der DDR immer auch der spezifische Frauenanteil Beachtung, der im Ergebnis des 2. Weltkrieges dazu beitrug, dass der wirtschaftliche Neubeginn, das geschaffene Volksvermögen in hohem Maße Ergebnis der Arbeit von Frauen - trotz Doppelbelastung - waren. Dabei spielten nicht nur die legendären Trümmerfrauen, sondern im Ergebnis der Bodenreform auch die Neubauerinnen sowie Neulehrerinnen bei der Entwicklung eines neuen Schul- und Bildungssystems eine zentrale Rolle. Trotz der hohen Einbindung in den Erwerbsprozess konnte der Widerspruch zwischen Akzeptanz und Bedarf an Aktivitäten von Frauen im erwerbsfähigen Alter und ihren defizitären Lebenslagen im Alter nicht gelöst werden. Der im Westen viel gerühmte „Gleichstellungsvorsprung“ der Frauen der DDR³¹⁵ fand im Rentenalter keine adäquate Fortsetzung. Bis heute wirken insofern einerseits die geleisteten Lebensarbeitsjahre auf den eigenständigen Rentenanspruch von Frauen, wie sich andererseits zugleich existente Ungleichheiten der Entlohnung in unterschiedlichen Rentenniveaus widerspiegeln.

Drittens erfolgte die Sozialisation der heutigen Rentnerjahrgänge in hohem - wenn auch inzwischen abnehmendem - Maße in der DDR und den damit verbundenen spezifischen Arbeits- und Lebensbedingungen. Auch aus dieser Sicht unterscheiden sich Altersbilder über die im Sechsten Altenbericht genannten hinaus zwischen Ost und West.

Altersbilder in der DDR lassen sich nicht vorrangig am Begriffswandel Veteranen - Rentner - Bürger im höheren Lebensalter - festmachen. Der zunächst an deutsche, amerikanische und sowjetische Traditionen anknüpfende Begriff des „Veteranen“ (Kriegsveteranen) erfuhr in der DDR einen raschen Wandel, der davon ausging, nicht die Teilnehmer des Krieges besonders anzuerkennen und zu organisieren, sondern diejenigen, welche sich im Widerstand gegen die Nazidiktatur (Widerstandskämpfer), bei der Neustrukturierung des politischen Lebens seitens der Partei (KPD/SPD/SED - Parteiveteranen) bzw. beim wirtschaftlichen Aufbau (Veteranen der Arbeit) besondere Verdienste erworben hatten.

Es war in den Anfangsjahren der DDR jedoch mehr als eine sprachliche Begrifflichkeit, dass entsprechende sozialpolitische Maßnahmen sich vor allem auf die „Veteranen der Arbeit“³¹⁶ konzentrierten. Damit standen lebenslang erbrachte Arbeitsleistungen und auch nach Erreichen des Renteneintrittsalters zu erbringende Leistungen im Zentrum. Aber auch damals gebräuchliche Begrifflichkeiten wie „Werktätige im höheren Lebensalter“ verweisen auf den engen Kontext, den Erwerbsarbeit für das Altern hatte.

Hierzu ist allerdings zu bemerken, dass auch die bis heute gebräuchliche Verwendung des Begriffs „Rentner“ nur indirekten Bezug zum Alter hat, sondern ausschließlich die überwiegende Art und Weise des empfangenen Einkommens in den Mittelpunkt stellt und damit auf den Lebensvollzug des älteren Bürgers als „Rentenempfänger“ bzw. in Abgrenzung zu ihm auf den Pensionär als bessergestellten Pensionsempfänger abzielt. [Es ist nicht uninteressant, dass bei Altersbildern dieser „Grundstruktur“ (alt-)deutscher Prägung wenig Beachtung geschenkt wird.]

³¹⁵ Geißler, Rainer: Sozialer Umbruch als Modernisierung, in: Sozialer Umbruch in Ostdeutschland (Hrsg.: Geißler, Rainer), Leske+Budrich, Opladen 1993, S. 65 ff.

³¹⁶ Vgl. Stichwort „Veteranen der Arbeit“, in: Lexikon der Sozialpolitik (Hrsg.: Gunnar Winkler), Akademie-Verlag, Berlin 1987, S. 407.

Insofern war die in der DDR geprägte Sprachwahl des „älteren Bürgers“ bzw. der „älteren Bürgerin“ relativ frei von ökonomischen, sozialen oder politischen Abhängigkeiten und charakterisierte ausschließlich den Platz im kalendarischen Lebensverlauf.

Dabei wurde (zumindest in der Wissenschaft) davon ausgegangen, dass es sich bei Bürgern im höheren Lebensalter um nicht mehr erwerbstätige, ihren Haushalt und ihre Freizeit sowohl in körperlicher Hinsicht als auch in den geistig-kulturellen Beziehungen möglichst aktiv gestaltende Bürger handelt.³¹⁷

Es war - nach offiziellem DDR-Verständnis - insbesondere ab den 70er Jahren programmatisches Ziel und Aufgabe der gesamten Gesellschaft, den älteren Bürgern einen Lebensabend in sozialer Sicherheit und Geborgenheit zu gewährleisten, ihnen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in noch größerem Umfang zu ermöglichen sowie die kulturelle, soziale und medizinische Betreuung auszubauen und die Lebensbedingungen aller älteren Bürger planmäßig zu verbessern.³¹⁸ Bereits 1969 wurden, ausgehend von den demografischen Entwicklungstendenzen und daraus ableitbaren sozialpolitischen Erfordernissen, altenpolitische Grundsätze zur Betreuung und sozialen Integration älterer Menschen entwickelt, sozusagen als ein erster gesamtgesellschaftlicher Altenplan auf deutschem Boden.³¹⁹ Dieser war auch aus heutiger Sicht von erstaunlich modernen Maximen und Leitlinien geprägt und enthielt sinngemäß Festlegungen, die Anfang der 90er Jahre in der Bundesrepublik zum Förderungskatalog integrativer Perspektiven gehörten.³²⁰ Zur Verwirklichung dieser Grundsätze wurde ebenfalls 1969 eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Ministerium für Gesundheitswesen, dem Ministerium für Kultur, dem Staatlichen Komitee für Körperkultur und Sport und dem Nationalrat der Nationalen Front sowie den gesellschaftlichen Organisationen Volkssolidarität, FDGB, DFD, DRK der DDR, DTSB, FDJ und der Pionierorganisation abgeschlossen.³²¹

Für die Art und Weise, wie seinerzeit das Alter im politischen Diskurs thematisiert und wie ältere Menschen angesprochen worden sind, ist hervorzuheben, dass offiziell jede wertmäßige Einteilung und Einstufung nach Altersgruppen strikt abgelehnt und zurückgewiesen wurden. „Niemand ist mehr oder weniger Wert nur weil er älter oder jünger ist. Die Gesellschaft existiert mit und im Zyklus des Lebens; jedes Alter hat seinen organischen Platz mit seinen Möglichkeiten, Verpflichtungen und Bedürfnissen im Gefüge der Gemeinschaft.“³²²

Nicht zu übersehen ist, dass Anfang der 70er Jahre vor allem führende Demografen der DDR³²³ auf den sich vollziehenden Alterungsprozess in der DDR aufmerksam machten und mit ihren Ergebnissen

³¹⁷ Vgl. Werling, H.: Marxistisch-leninistische Grundpositionen zur Lebensweise und zur Persönlichkeit im Alter, Zeitschrift für Alternforschung, (36) 4/1981, S. 253.

³¹⁸ Vgl. Programm der SED 1963, Beschlüsse des VI. Parteitag, Dietz-Verlag Berlin, Bd. 4, S. 36/Programm der SED 1976, Dietz-Verlag Berlin 1976, S. 33 f.

³¹⁹ Büro des Ministerrates der DDR: Beschluß über Grundsätze und Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der Bürger im höheren Lebensalter und zur Förderung ihrer stärkeren Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben sowie über Hauptkomplexe der Alternforschung vom 30. Mai 1969, in: Vertrauliche Dienstsache 8/69 Mitteilungen des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 5 (1969), S. 36-40.

³²⁰ „Politik für ältere Menschen muss auch, darf aber nicht nur Altenpolitik in gesonderten Ressorts und Gremien sein. Sie muss sich vielmehr auf den ganzen Lebensverlauf richten und alle Politikfelder und gesellschaftliche Institutionen einbeziehen“ (K.U. Mayer et. al. 1992, S. 757).

³²¹ Ministerium für Gesundheitswesen: Rahmenvereinbarung zur Verwirklichung der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der Bürger im höheren Lebensalter und zur Förderung ihrer stärkeren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sowie über die Hauptkomplexe der Alternforschung vom 24. Juli 1969, in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen, 8 (1970), S. 55-60.

³²² Vgl. Lamertz, W.: Solidarität in unserer Zeit, hrsg. vom Zentralkomitee der Volkssolidarität, Berlin 1972, S. 7.

³²³ Lungwitz, Kurt: Faktoren der Familien- und Bevölkerungsentwicklung in der DDR - Anforderungen an die wissenschaftliche Arbeit, in: Protokolle und Informationen des Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demografie 11/76.

insbesondere eine Familienpolitik beeinflussten, welche auf die Realisierung des (noch) vorhandenen Kinderwunsches gerichtet war. Im Ergebnis dessen erfolgte eine auf freier Entscheidung der Mütter/Väter beruhende entsprechende Geburtenentwicklung, die bis 1990 den Alterungsprozess der Gesamtbevölkerung deutlich verlangsamte.

Festzustellen bleibt, dass das sozialpolitische Leistungssystem den Interessen Älterer nicht generell entgegenstand, aber es war stets arbeitsorientierten Erfordernissen nachgeordnet. Fast alle vormaligen DDR-Bürger erinnern sich an die ständigen Diskussionen um Leistungen und Leistungsumfang sozialpolitischer Maßnahmen zwischen jüngeren und älteren Menschen. Dabei sollte aber auch nicht übersehen werden, dass die Bereitschaft Älterer, zu Gunsten Jüngerer zurückzustehen, damals höher ausgeprägt war, da mehrheitlich nicht davon ausgegangen wurde, dass Einsparungen vorrangig ökonomischen und politischen Eliten zugute kämen. Detaillierte Analysen zu Lebenslagen und Lebensverhältnissen älterer Bürger in der DDR sind unmittelbar 1990 und danach in ausführlicher Form vorgelegt worden.³²⁴

Die Spezifik der Altenarbeit bestand auch in einer dezentralisierten Ausrichtung, d.h., dass völlig im Gegensatz zur sonstigen zentralistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik die „nachbetriebliche“ Betreuung älterer Menschen auf die Betriebe konzentriert wurde und nur sehr begrenzt auf kommunale Ebenen - z.B. den Wohlfahrtsverband „Volkssolidarität“ - verlagert wurde.

Mit dem Begriff „Veteranen der Arbeit“ wurde sowohl der Bezug zur Wertschätzung geleisteter Arbeit als auch die Verpflichtung für die Betriebe, sich um „Ausgediente“ zu kümmern, hergestellt. Die Betriebe und Einrichtungen nahmen dies im Maße ihrer wirtschaftlichen Effizienz bzw. mit staatlicher finanzieller Unterstützung wahr. Das Spektrum der Aufgaben/Aktivitäten schloss kulturelle, gesundheitliche und sozialen Betreuung ein und reichte von der Teilnahme am betrieblichen Werkessen bis zur Vergabe von Ferienplätzen. Betriebliche Bindung und Einbindung war eine keineswegs zu unterschätzende soziale Beziehung älterer Menschen in der Gesellschaft und durchaus Identität stiftend.

Wenn auch aus heutiger Sicht unterschiedlich bewertet, so ist doch offenkundig, dass z.B. die Hilfe und Unterstützung Älterer durch Hausbewohner, durch ehemalige Arbeitskollegen u.a. einen bedeutenden Raum einnahmen und als soziales Eingebundensein empfunden wurden. Das gilt auch für die umfangreiche Tätigkeit der „Volkssolidarität“³²⁵.

Mit dem Führungswechsel in der SED 1971 (Ulbricht - Honecker) war auch eine stärker sozialpolitisch orientierte Politik verbunden (sog. „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“), welche u.a. zunehmend sowohl auf die Verdienste älterer Bürger am Wachsen und Werden des Staates als auch auf ihre nicht zu unterschätzenden Erfahrungen setzte. „Es geht um ihren produktiven Beitrag, den sie nach wie vor leisten und leisten können, zum Nutzen der Gesellschaft und zu ihrem eigenen Wohle. Es geht um ihre Einbeziehung, ihre vielfältige Teilnahme am Leben der Gesellschaft, als Gebende und Empfangende, es geht um den harmonischen Zusammenklang von Jüngeren und Älteren, was zum Vorteil aller ist.“³²⁶ Ansatzpunkte, die jedoch nicht in einer erforderlichen Umsetzung durch Ausgestaltung einer sich an den Bedürfnissen älterer Menschen orientierenden Altenpolitik mündeten.

³²⁴ Vgl. Altenreport 1990 und 1992, a.a.O.

³²⁵ Vgl. hierzu Winkler, Gunnar: Zur Geschichte der Volkssolidarität - 1945 bis 2010, in: Volkssolidarität - 1945 bis 2010 - ein Sozial- und Wohlfahrtsverband in Wort und Bild, Bundesverband e.V. Berlin, 3. aktualisierte Auflage, September 2013, S. 7 ff.

³²⁶ Vgl. Lamberz, W.: Solidarität in unserer Zeit, a.a.O., S. 6/7.

Für die Menschen in der DDR - und für die Älteren insbesondere - war, von einigen Ausnahmen abgesehen, ein hohes Maß an sozialer Homogenität hinsichtlich des Eigentums, der Bildungs- und Ausbildungsstrukturen, der Beschäftigung, der Einkommen, des Wohnens, der gesundheitlichen Betreuung usw. charakteristisch. Es waren eher egalisierende, weniger differenzierende Lebensverhältnisse.

Es war - bei Akzeptanz aller vorhandenen Probleme - keineswegs ein Leben zwischen Entbehrung und Luxus, zwischen Isolation und Integration - es war für die überwiegende Mehrheit ein nach vollzogenem, sinnerfülltem Arbeitsleben sich auf fast egalisiertem - jedoch niedrigerem materiellen Lebensniveau im Vergleich zu den im Berufsleben Stehenden - räumlich begrenzt vollziehender „Ruhe“stand.

Dabei ist nicht zu übersehen, dass das Fehlen entsprechender äußerer Rahmenbedingungen (bedingte Reisemöglichkeiten, Vereinskultur u.a.) keinesfalls zu vernachlässigende Grenzen aktiven Handelns im Alter setzte. Ebenso galten allgemeine Defizite demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten natürlich in besonderem Maße für die älteren Bürger. So gab es selbst im Rahmen der Einheitslisten der Nationalen Front zu den jeweiligen Wahlen keine Einbeziehung von Interessenvertretungen Älterer, z.B. der „Volkssolidarität“.

Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass das seinerzeitige offizielle politische Altenbild und vor allem seine Umsetzung eher einem „westlichen“ Standard folgte: Die „zu betreuenden“ älteren Bürgerinnen und Bürger standen im Mittelpunkt, aktiv zu sein im Alter war auf Arbeit im Alter und auf Weitergabe von politischen Lebenserfahrungen an Jüngere durch einige Wenige begrenzt.

Auch ältere Menschen gingen selber davon aus, dass sie so lange arbeiten wie sie wollen, können und (aus finanziellen Gründen) müssen.³²⁷ Man zog sich nach getaner Lebensarbeit zurück, nicht um Jüngeren Platz zu machen oder weil man das Gefühl hatte, nicht mehr gebraucht zu werden, sondern um seinen Lebensabend „in Ruhe“ zu genießen. Der permanent existierende und erzeugte „Arbeitskräftemangel“ gab vielen Älteren das Gefühl, dass ihre Wertschätzung darauf beruhte, dass auch ihre Arbeitsleistung benötigt wurde.

Damit kommt ein nicht unwesentlicher Widerspruch im Leben von DDR-Rentnern zum Ausdruck. Der Einzelne wurde gebraucht, keiner wurde „ausgesondert“, aber die Sorge der Gesellschaft ging an vielen spezifischen Problemen Älterer oft vorbei. Allerdings ist auch hervorzuheben, dass das gesellschaftliche Bild vom Alter in der DDR nicht durch Aspekte wie „Alterslast“, „Überalterung“ oder Probleme der „Verteilungsgerechtigkeit“ zwischen den Generationen geprägt worden ist³²⁸ und - bedingt durch die Arbeitskräfteknappheit - in der Arbeitswelt „positive Altersbilder dominierten“.³²⁹

Wie auch immer Einzelurteile von Außenstehenden ausfallen mögen, es ist unbestritten, dass die heute über 60-Jährigen, die mehr als die Hälfte ihres Arbeits-Lebens und bis zu zwei Drittel ihres Lebens insgesamt in der DDR verbrachten - ebenso wie die nachrückenden 50-Jährigen - sich ihrer Arbeit, ihres gelebten Lebens nicht zu schämen brauchen,³³⁰ ebenso wenig wie sie sich schämen müssen, wenn sie heute - im Ergebnis eines Lebens mit anderen angeeigneten Werten und Verhaltensweisen - das, was sich vollzieht, anders bewerten als es oft von ihnen seitens Außenstehender erwartet wird.

³²⁷ Vgl. Winkler, Gunnar: Die Region der neuen Alten - Fakten und Positionen zur sozialen Situation älterer Bürger in den neuen Bundesländern 1990 bis 2005, trafo verlag, Berlin 2006, S. 237 ff.

³²⁸ Vgl. Schwitzer, Klaus-Peter: Senioren, a.a.O., S. 338.

³²⁹ Sechster Altenbericht der Bundesregierung, a.a.O., S. 100.

³³⁰ Bärbel Bohley, als führende Repräsentantin der Bürgerbewegungen in der DDR, hat Anfang der 90er Jahre in ihrer Antwort auf einen offenen Brief an Antje Vollmer bemerkt: „Verstehen kann es wohl niemand bei Euch, aber vielleicht doch akzeptieren, dass das Leben im Osten sehr viel Spaß gemacht hat. Wir waren traurig, heiter, verzweifelt und haben intensiv gelebt. Auch ein Leben im Osten war ein ganzes Leben.“ (Bohley, Bärbel: Der fatale Opportunismus des Westens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. März 1992).

Das Leben der Älteren in den neuen Bundesländern war bis 1990 keine 40-jährige Geschichte von Irrtümern und Fehlern, es war vor allem mehrheitlich durchaus bewusste Gestaltung ihrer individuellen (und damit auch von gesellschaftlichen) Lebensbedingungen.³³¹ Dass sich dies unter anderen Bedingungen als im Westen vollzog, ist unbestreitbar. Wie weit der Einfluss des Einzelnen reichte oder wahrgenommen werden konnte, gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu verändern, unterscheidet wahrscheinlich die Mehrheit älterer Menschen im Osten und Westen noch am wenigsten.

Der Aufbau der durch den faschistischen Krieg zerstörten Wirtschaft, die Sicherung eines für den Ostblock durchaus nicht charakteristischen hohen Lebensniveaus in der DDR, die von der Mehrheit praktizierte Gestaltung von zwischenmenschlichen Beziehungen der Achtung und Anerkennung des anderen, alles das sind vor allem Ergebnisse der Arbeit und des Wirkens der heutigen älteren Generationen.

In einem keineswegs wahrgenommenen Maße war und ist das Altenbild im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Nützlichkeit auch im Westen arbeitsabhängig bestimmt.³³² „Man scheidet aus Altersgründen aus der Arbeit aus“, „wenn man 45/50 Jahre alt ist, findet man aus Altersgründen keine Arbeit“, „ich bin zu alt, um Arbeit zu finden“ - all das sind nicht nur Sprachregelungen, sondern Realitäten einer sich am „Nutzen“ der Arbeitskräfte orientierenden Marktwirtschaft. Dass die Arbeitsmarktsituation Älterer in den neuen Bundesländern besonders extrem ist, muss nicht hervorgehoben werden.

Insofern hat die Vereinigung in den neuen Ländern zu einem völlig neuen Selbstverständnis von „alt fühlen“ und „alt sein“ geführt, das sich mit der vom Einzelnen nicht oder kaum beeinflussbaren Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt verbindet.³³³ Man ist alt, nicht weil man nicht arbeiten kann oder will, sondern weil es keine Arbeit für diese Altersgruppen gibt. Ein sich ausschließlich an „Arbeit“ - im Sinne von Erwerbsarbeit - orientierendes gesellschaftliches Leitbild verweist „Alter“ auf dessen „Nutzlosigkeit“ für die Gesellschaft. Dabei gilt insbesondere für die neuen Länder, dass die 1990 bis 1995 mit Erreichen des Vorruhestandes mögliche „freiwillige“ Aussonderung aus dem Erwerbsleben mehr „soziale Sicherheit“ bot als arbeitslos zu sein. Niedrigere, aber - zumindest gegenwärtig noch gesicherte - Renten erscheinen damit als ein anzustrebendes Ziel. Aber in zunehmendem Maße gilt, dass die Anzahl der geleisteten Arbeitsjahre und das dabei erzielte Arbeitseinkommen ebenso wie Jahre der Arbeitslosigkeit immer stärker die individuellen Lebenslagen im Alter beeinflussen.

Die Bürger in den neuen Bundesländern wurden zunächst mit einem „offiziellen“ Altenbild konfrontiert, welches das Defizitäre im Alter stark betonte. Zugleich begann in den 90er Jahren die Diskussion um ein Altenbild, welches nicht vorrangig durch Krankheiten, abnehmende Leistungsfähigkeit, Betreuung und Pflege gekennzeichnet war, sondern mit steigender Lebenserwartung und zeitigerem Einstieg ins Rentenalter zunehmend die „aktiven“ Alten, die Gesunden in den Mittelpunkt zu rücken versuchte, ohne notwendige Betreuung außer Acht zu lassen. Insbesondere der Fünfte Altenbericht der Bundesregierung ist geprägt durch den Wechsel zu einem Altenbild, das vor allem die Potenziale des Alters hervorhebt.

³³¹ Eine Rekonstruktion der Lebenswelt, die die komplexen und widersprüchlichen Zusammenhänge zwischen Politik und Gesellschaft, Ideologie und Bewusstsein, System und Individuum, Mentalität und generativer Erfahrung beinhaltet, ist nur möglich, wenn zwischen Systemgeschichte (als Diktaturgeschichte) und der Gesellschaftsgeschichte (als Summe individueller Lebensgeschichten) unterschieden wird. Wenn von DDR-Geschichte die Rede ist, geht es für die Menschen, die in diesem Staat gelebt haben, nicht nur um die Geschichte des Gesellschaftssystems DDR, sondern um einen wichtigen Abschnitt ihrer eigenen Biografie, die von außen nicht pauschal entwertet werden darf (Thomas 1995, S. 187 f.).

³³² Vgl. Sechster Altenbericht der Bundesregierung, a.a.O., Abschnitt 6.1.2.

³³³ Vgl. Winkler, Gunnar: Die Region der neuen Alten, a.a.O., S. 32 ff.

Vergleiche über die Jahrzehnte verdeutlichen, dass bis in die Gegenwart - trotz eines sich langsam wandelnden Altenbildes und trotz umfangreicher Altenberichte und Seniorenreports - das „klassische“ Altenbild, das insbesondere körperliche und geistige Defizite hervorhebt, keineswegs überwunden ist. Die Haltung zum Alter - wie die Untersuchungen der Volkssolidarität³³⁴ zeigen - wird noch längst nicht davon bestimmt, lange aktiv zu sein (gleich in welchen Formen), sondern wird zum Teil immer noch durch die „Spätphase“ des Alterns geprägt mit durchaus (keineswegs automatisch bei allen) abnehmenden geistigen und körperlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten. Die stete Betonung, dass mehr Menschen immer älter werden, hat (noch) nicht zu einem gewandelten Altenbild geführt, obwohl Veränderungen erkennbar sind.

Die Menschen leben nicht nur länger, sie sind auch länger gewillt und fähig, aktiv zu sein. Wird jedoch in der Gesellschaft vom Alter geredet, wird nach wie vor und zum Teil stärker als früher vor allem über den zunehmenden Anteil zu pflegender „Hochaltriger“ (gemeint ist ab 80. Lebensjahr) gesprochen, über Demenz, über die Lasten der Pflegekassen, aber weniger über die zunehmende Zahl von aktiven, ihr Leben selbst gestaltenden mündigen älteren Bürgern.

Wie Leitbilder gesetzt werden, verdeutlichen auch Aussagen wie: Noch nie ging es den Älteren so gut wie heute. Natürlich geht es ihnen besser als ihren Eltern- und Großelterngenerationen. Letzteres wird aber von einzelnen Politikern manchmal so betont, als wenn sich die Älteren deshalb schämen sollten. Aber ist es nicht normal, dass es Älteren von heute besser geht als den vor ihnen Lebenden? Das gilt aber für alle Generationen. Auch den im Erwerbsleben Stehenden geht es heute besser als denen vor 30 oder 50 Jahren. Schlechter geht es nicht den Jüngeren, sondern denen, die keine Arbeit haben. Eltern gehen immer davon aus, dass es ihren Kindern einmal besser gehen soll. Das schließt doch nicht ein, dass es den Eltern später schlechter gehen sollte als zu Zeiten vor dem „Ruhestand“. Die Argumentationen entsprechen mehr einer defizitären Finanzpolitik als Defiziten in den Generationenbeziehungen.

Mit den Zwängen notwendiger Umstrukturierungen der finanziellen Aufwendungen für Sozialleistungen erfolgte insbesondere zu Beginn des neuen Jahrtausends eine erneute Nuancierung hin zu einem Altenbild, welches den „Kosten/Beitrag treibenden“ älteren Bürger, den immense finanzielle Leistungen verschlingenden älteren Menschen ins Zentrum rückt. Natürlich gibt es Senioren mit hohem Einkommen und Vermögen, welche Leistungen vom Staat erhalten (d.h. vom jüngeren, Steuern und Sozialversicherung Zahlenden), die dadurch den jungen Generationen nicht zur Verfügung stehen. So wird nur allzu oft der Eindruck einer „parasitären“ Altengeneration vermittelt, die nicht nur das Erbe, sondern auch die Ressourcen der Jüngeren verschlingt. Letztlich geht es jedoch um Finanzierungsverteilungen zu Ungunsten der Mehrheit älterer Bürger - nicht zu Gunsten der Jungen, sondern einer Gewinn maximierenden „Oberschicht“.

Selten wurde bislang aufgerechnet, wie viel an gesellschaftlichen Werten und Vermögen von den Älteren in der Vergangenheit geschaffen worden sind und in der Gegenwart erbracht werden. Der heutige Wohlstand, auf dem die Jugend aufbaut, ist Ergebnis der Arbeit der Generationen vor ihnen, das geschaffene und vorhandene gesellschaftliche Vermögen übersteigt selbst die nicht den Älteren zuzuordnende Verschuldung in Deutschland.

³³⁴ Vgl. „Älter werden und Altsein - Positionen der Bürgerinnen und Bürger“, Studie im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e.V., erarbeitet vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., Berlin 2011.

Der Fünfte Altenbericht hat ausdrücklich auf die beträchtliche Produktivität älterer Menschen verwiesen. Sie betrifft die Hilfe- und Transferleistungen in der Familie und in sozialen Netzwerken, wie Betreuungs-, Pflegetätigkeiten und (Enkel-)Kinderbetreuung, sowie die ehrenamtlichen Aktivitäten und die gezielte Weitergabe von Kenntnissen und Fertigkeiten (z.B. Projekte im Kontext von „Erfahrungswissen“, Senior-Experten-Service und Wissensbörsen). Diese Tätigkeiten haben - im Gegensatz zu konsumtiven oder freizeitorientierten Tätigkeiten - nicht nur einen individuellen Wert, im Sinne von Sinnerfüllung und sozialer Integration, sondern zusätzlich einen ökonomischen und gesellschaftlichen Wert. Ihre Bedeutung lässt sich ermessen, wenn berücksichtigt wird, dass für viele dieser Tätigkeiten - würden sie nicht weitgehend unentgeltlich erbracht - sozialstaatliche Mittel aufgebracht werden müssten.³³⁵ Auch hängt die Funktionsfähigkeit vieler intermediärer Organisationen - z.B. Wohlfahrtsverbände oder Sportvereine - zum großen Teil von der Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement ab. Es geht hier nicht nur um den Zusammenhalt der Generationen, sondern darüber hinaus um jenen der Gesellschaft insgesamt - um den „sozialen Kitt“, der aktuell auch in den Diskussionen um die Bürger- oder Zivilgesellschaft eingefordert wird.³³⁶

Altersbilder, als individuelle und gesellschaftliche Vorstellungen über das Alter, vom Altern sowie über ältere Menschen und ihre Lebenswirklichkeiten, sind an die jeweiligen historischen, kulturellen und sozialen Kontexte gebunden und durch diese maßgeblich determiniert. Neue gesellschaftliche Realitäten, wie der demografische Wandel und die Krise des Sozialstaats als sozio-ökonomische Rahmenbedingung, generieren seit Beginn des neuen Jahrhunderts in Deutschland ein „aktiv gesellschaftliches Anforderungsprofil an das Alter“³³⁷ und tragen zur Favorisierung des Bildes vom leistungsfähigen älteren Menschen bei. „Die medialen, politischen und wissenschaftlichen Quellen offenbaren eines mit bestechender Deutlichkeit: Die Potenziale des Alters rückten als Ressourcen erst dann in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit, als angesichts des demografischen Wandels sowie des Rückbaus und der Restrukturierung wohlfahrtsstaatlicher (Dienst-)Leistungen ein gesellschaftlicher Bedarf an eben diesen Potenzialen ausgemacht wurde.“³³⁸ „Active ageing“ avancierte zum Schlüsselbegriff der europaweiten Beschäftigungspolitik, förderte die Deinstitutionalisierung der Phase des Ruhestands und eine Vielzahl alterspolitischer Aktivierungsprogramme. „Der ältere Mensch mutiert vom Kosten- zum Produktionsfaktor.“³³⁹

Der Sechste Altenbericht zeigt anschaulich, dass in Deutschland Altersbilder in der Arbeitswelt von jeher im Kontext der Arbeitsmarktpolitik, der Rentenpolitik sowie der Altersgrenzpolitik standen.

³³⁵ Nach den Ergebnissen des Alterssurveys 1996 schenkten über 59-Jährige ihren Verwandten etwa 3.650 Euro jährlich. Hochgerechnet auf die deutsche Bevölkerung der 60- bis 85-Jährigen sind das 17,2 Milliarden Euro im Jahr oder rund neun Prozent der jährlichen Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung. Werden die Stunden zusammengezählt, die ältere Menschen in den drei primär unentgeltlichen Bereichen „Ehrenamt in Vereinen und Verbänden“, „Betreuung von (Enkel-)Kindern“ und „Pflege“ monatlich tätig sind, so ergibt das eine Summe von 39.715 Stunden pro Monat. Wird der damalige durchschnittliche Netto-Stundenlohn von 11,80 Euro pro Stunde angesetzt, der in Wohlfahrtsverbänden, Parteien usw. gezahlt worden ist, ergibt sich ein Wert von 41,3 Milliarden Euro, den die 60- bis 85-Jährigen in Deutschland freiwillig und weitestgehend unentgeltlich erbringen. Das entspricht etwa 21 Prozent der gesamten jährlichen Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beamtenversorgung (M. Kohli & H. Künemund, 2003, S. 23 f.).

³³⁶ Fünfter Altenbericht der Bundesregierung: „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft - Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“. Bericht der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2006, BT-Drucksache 16/2190, S. 216.

³³⁷ Lessenich, S.: Vom Rentner zum Altkraftunternehmer. Vortrag im Kolloquium des Deutschen Zentrums für Altersfragen, Berlin, am 13.10.2005: <http://www.dza.de/veranstaltungen/bisherige-veranstaltungen/title/vom-rentner-zumalkraftunternehmer.html>DZA://www.dza.de/nn_36024/DE/Veranstaltungen/2005/Lessenich_131005.html [Zugriff am 10. Oktober 2011].

³³⁸ Dyk, S. van und Lessenich, S.: Ambivalenzen der (De-)Aktivierung. Altwerden im flexiblen Kapitalismus, in: WSI Mitteilungen (62) 10, 540-545 u.a., 2009, S. 543.

³³⁹ Sechster Altenbericht der Bundesregierung, a.a.O., S. 77.

Immer dann, wenn es sozial-, arbeitsmarkt- oder rentenpolitisch opportun war, ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen möglichst früh in die Rente zu schicken, haben negative Altersbilder dominiert und umgekehrt.³⁴⁰

Ein früher Ruhestand galt im Bewusstsein der weitaus meisten (nicht nur älteren) Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen als zivilisatorische Errungenschaft im Sinne eines „sozialen Besitzstandes“, vielfach auch angesehen als „gerechte Gegenleistung“ für oftmals jahrzehntelange (entfremdete) Arbeitskraftverausgabung für den Betrieb. Das so konstruierte Bild vom „wohlverdienten Ruhestand“ wurde vor allem in den 1980er Jahren in der Bundesrepublik zu einer lange Zeit parallel zur „Nutzlosigkeit des Alters“ bestehenden Legitimation, die bis heute seine Bedeutung nicht vollends verloren hat.

Zur Unterstützung des Paradigmenwechsels in der Politik für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wird zur Zeit auch ein Paradigmenwechsel bei den Altersbildern angestrebt. Die jahrzehntelang weit verbreitete Vorstellung von den „nicht mehr gebrauchten“, „leistungsgeminderten“ Älteren passt nicht mehr in eine Zeit, in der länger gearbeitet werden soll und kann. Stattdessen gibt es Bemühungen, ein neues „Kompetenzmodell“ von älteren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu entwickeln. Protegiert wird dabei das Bild des „active ageing“ (synonym wird häufig auch „productive ageing“ benutzt), auf europäischer Ebene ursprünglich angestoßen, in Deutschland seitens der Politik maßgeblich befördert durch den Potenzialdiskurs des Fünften Altenberichtes der Bundesregierung³⁴¹. Dennoch ist festzustellen, dass Diskussionen um zu verändernde gesellschaftliche Altersbilder als kollektive Deutungsmuster - trotz Altenberichten der Regierung - nicht in der Breite der Gesellschaft, sondern vor allem im Rahmen relativ elitärer wissenschaftlicher Veranstaltungen stattfinden.

Nach wie vor unterliegen die Begriffe „Alter“ bzw. „alternde Gesellschaft“ größtenteils einer normativen negativen Wertung, obwohl Altsein weder mehrheitlich durch Krankheit, Vereinsamung und Verarmung gekennzeichnet ist noch die älteren Menschen ursächlich für die finanziellen Schwierigkeiten in den Renten-, Kranken- und Pflegekassen verantwortlich gemacht werden können.

Während die Zunahme der Lebenserwartung für viele Menschen höchst erfreulich ist, wird dieselbe Entwicklung auf der gesellschaftlichen Ebene als alarmierendes Zukunftsproblem diskutiert. Die Folgen für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Zahlungsfähigkeit der Sozial-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung und die Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Generationen beherrschen weite Teile der Diskussion. Die sich darauf beziehenden (Politik-)Empfehlungen orientieren sich hauptsächlich an der Frage, wie die sozialen Altersicherungssysteme, das Gesundheitswesen und die Pflegeversicherung aufrechterhalten werden können. Das hat Auswirkungen auf das gesellschaftliche Klima, wie die öffentliche Diskussion zum Thema Altern zeigt. Rentenreform, Pflegenotstand, Überalterung der Gesellschaft, Altenlast sind Stichworte, unter denen die Zunahme alter Menschen Aufmerksamkeit gefunden hat. Wissenschaftliche Erkenntnisse, die belegen, dass Älterwerden in zunehmendem Maße mehr Erfahrung, mehr Freiheit, mehr Sicherheit und mehr Autonomie bedeutet, die Verlängerung der durchschnittlichen Lebenszeit nicht nur ein Gewinn für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft sein kann, ältere Menschen über beträchtliche Kompetenzen, Potenziale und Ressourcen verfügen, die es zu nutzen und zu erweitern gilt, haben es schwer, sich durchzusetzen und lösen in der nichtwissenschaftlichen Öffentlichkeit, insbesondere in den Medien, marginale Wirkungen aus. Zugleich fehlt häufig der Bezug zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die hierzu-

³⁴⁰ Ebenda, S. 100 ff.

³⁴¹ Fünfter Altenbericht der Bundesregierung, a.a.O.

lande dazu führen, dass Menschen mit zunehmendem Lebensalter sukzessive aus der aktiven Gesellschaft ausgegliedert werden.³⁴²

Mit Blick auf die Politik hat die Sachverständigenkommission zur Erstellung des Sechsten Altenberichts der Bundesregierung die Frage aufgeworfen, inwieweit der interessengeleitete politische Diskurs der Vielfalt des Alters gerecht wird, inwieweit Potenziale und Grenzen akzentuiert, z.T. auch instrumentalisiert werden. Zum Beispiel spiegelt die Forderung nach einer Rationierung im Gesundheitswesen ungerechtfertigte und unangemessene Altersbilder wider. Ein weiteres Beispiel ist ein Verständnis von Pflegebedürftigkeit, das individuelle Unterstützungsbedarfe und Leistungsansprüche allein auf Grundlage körperlicher Funktionstüchtigkeit festlegt. Eine solche Gleichsetzung von Pflege mit körperlicher Versorgung beruht auf einem reduktionistischen Alters- und Menschenbild, das das emotionale Erleben, die Bezogenheit auf andere und Möglichkeiten von Teilhabe vernachlässigt.

Mit Blick auf die Arbeitswelt wird festgestellt, dass - trotz zunehmender Erwerbstätigkeit Älterer in den letzten Jahren - die Frage, wie das Humanvermögen älterer Menschen produktiv genutzt werden kann, nur allzu oft ausgeblendet wird. Als Folge werden bis heute zu wenige Unternehmen die Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Qualifizierung und Angebote der Gesundheitsvorsorge als eine wichtige, zukunftsorientierte Unternehmensstrategie. Stattdessen wird nach wie vor häufig die Befürchtung geäußert, dass die Alterung der erwerbstätigen Bevölkerung auf Dauer die Absatzchancen auf einem globalisierten Markt gefährdet und langfristig die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland beeinträchtigen wird. Diese Befürchtungen gründen auf der Annahme, dass einerseits ein Zusammenhang zwischen dem Alter der Beschäftigten und den Lohnnebenkosten besteht, und dass andererseits ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegenüber jüngeren im Allgemeinen weniger kreativ, motiviert und innovationsfähig seien. Dagegen sprechen zahlreiche empirische Untersuchungen, die belegen, dass ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht per se weniger, sondern anders leistungsfähig als jüngere sind.³⁴³

Eine inzwischen auch das Seniorenalter erreichende steigende allgemeine und berufliche Bildung sowie die auf lebenslanger Arbeit (zumindest für die neuen Bundesländer und die Männer der alten Bundesländer) beruhenden Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten als individuelle wie gesellschaftliche Potenziale verbreitern nicht nur das Spektrum der Bedürfnisse und Interessen im Alter, sondern auch die Möglichkeiten ihrer Befriedigung.

Eine verlängerte individuelle Altersphase braucht neue Ziele und Inhalte. „Sinnlosigkeit des Alters“ steht den veränderten demografischen und ökonomischen Bedingungen immer mehr entgegen.

Wenn Staat/Kommunen mittels einer sozial-kulturellen Infrastruktur nicht überall jene Bedingungen schaffen (Sport, Kultur, Bildung), die ein aktives Altern in seiner gesamten gewünschten Vielfalt ermöglichen, kann es nicht Anliegen z.B. ausschließlich der Arbeit von Sozialverbänden - wie der Volkssolidarität - sein, durch Bündelung von Kräften erforderliche Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu verbreitern.

Unabhängig von Ost und West kann davon ausgegangen werden, dass lebenslange Arbeit, relativ hohe fachliche Qualifikation bei Männern und Frauen maßgeblich auch Einfluss auf das Bild vom Altern

³⁴² Schwitzer, Klaus-Peter: Was bedeutet Altern in einer alternden Gesellschaft? in: J. Feldmann & C. Jensen (Hrsg.): Wohin steuert die Altenhilfe? Gesellschaftliche Akzeptanz und Grenzen der Leistungserbringung auf dem Sozialmarkt. Lobetaler Fachtag zur Altenhilfe, Bernau 2011, S. 51.

³⁴³ Sechster Altenbericht der Bundesregierung, a.a.O., S. 23.

und auf die eigene Vorstellung von einzubringenden Aktivitäten und einen sinnerfüllten Lebensabend haben. Unbestritten ist aber auch, dass es vor allem die eigenen Aktivitäten sind, die Lebenshaltungen und Lebensqualität im Alter bestimmen. Die sogenannten klassischen Gesprächsthemen Älterer - Krankheiten, Arztbesuche, Medikamente, Preise, Rente - spielen vor allem dann eine Rolle, wenn das Lebensspektrum auf die eigene Wohnung, das Fernsehen, das Einkaufen und den Arztbesuch begrenzt wird bzw. darauf beschränkt bleibt.

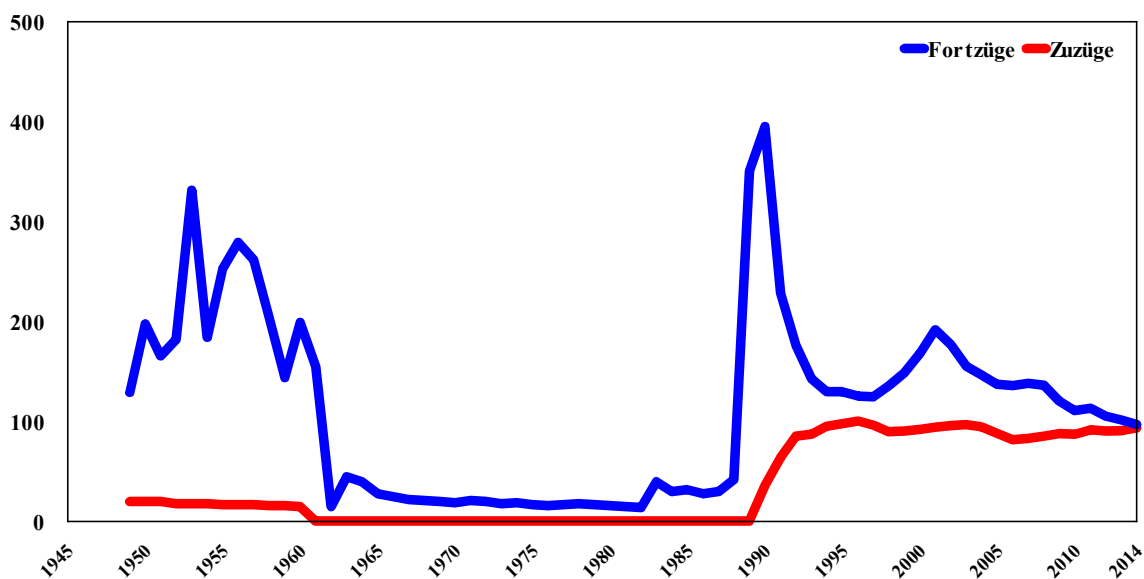
Aufgabe der Sozialverbände muss es daher sein, für Ältere nicht nur als sozialpolitischer Interessenvertreter zu fungieren, sondern gleichermaßen Organisator und Anlaufpunkt zu sein, um älteren Menschen über o.g. Horizonte hinausgehende Aktivitätsmöglichkeiten zu bieten. Das zahlt sich für die Verbände wirtschaftlich nicht aus, aber es lohnt sich. Zunehmend werden sie vor der Aufgabe stehen, sich um jene älteren Bürger zu kümmern, welche sozial nicht mehr eingebunden sind - unabhängig davon, ob durch soziale, gesellschaftliche oder Selbstausgrenzung.

3.7 Die „Kinder“ gehen - Abstimmung mit den Füßen

Seit 1989 haben fast 4,0 Millionen Bürger der neuen Länder/DDR ihren Wohnsitz Richtung Westen verlassen, in umgekehrter Richtung übersiedelten knapp 2,1 Millionen Bürger. Die Jugend - insbesondere weiblich - ging, das „Mittelalter“ kam. Das war sowohl mit Verlust des „Fruchtbarkeitspotenzials“ als auch mit der „Entleerung“ des ländlichen Raumes verbunden und begrenzt zugleich langfristig die Entwicklung im Osten, insbesondere die soziale und gesundheitliche Betreuung im Alter.

Es ist historisch gesehen noch gar nicht lange her als in den Medien Deutschlands und der Welt über den Exodus der DDR berichtet wurde, da über 700.000 Menschen diese in einem Zeitraum von etwas mehr als einem Jahr - von 1989 bis 1990 - verließen. Diese Entwicklung wurde - völlig zu Recht - als „Abstimmung mit den Füßen“ charakterisiert. Für die DDR war es die dritte Welle, die nach 1945 zur Übersiedlung in den Westen führte, der eine vierte bis in die Gegenwart folgte.

Abbildung 3.26: Ost-West-Wanderung - 1945 bis 2014* - in 1.000 Personen -



* ab 1991 ohne Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 1.2, div. Jahrgänge/Das Parlament, Nr. 31-34 2011, S. 4

Insgesamt verließen zwischen 1949 und 2014 rd. 7,4 Millionen Menschen die DDR/neuen Bundesländer (ohne Berlin), während nur 3,1 Bürger aus dem Westen umsiedelten bzw. zurückkehrten. Die Wanderungsverluste (Saldo) lagen:

- bis 1961 bei rd. 2,5 Millionen,
- 1962-1988 mit rd. 0,6 Millionen,
- 1989/1990 mit rd. 0,7 Millionen,
- 1991-2014 mit rd. 1,2 Millionen.

Die Ost-West-Wanderung in Deutschland nach 1990 lässt sich nicht allein mit der Aussage verbinden: „Die neue Freiheit macht mobil“³⁴⁴, sondern hat ihre Ursachen vor allem in den nach wie vor existenten ungleichen Lebensverhältnissen zwischen Ost und West, insbesondere in ungleichen Arbeits-, Ausbildungs- und Entlohnungsbedingungen.

Nach 1990 vollzog sich zunächst ein rascher Rückgang in der Abwanderung - durch die Vereinigung inzwischen zur Binnenwanderung gewandelt -, die jedoch 1998 kurzzeitig wieder anstieg, um seit Beginn des letzten Jahrzehnts relativ stetig zu sinken. Letzteres ist insbesondere des Rückgangs des Wanderungspotenzials im Osten aufgrund der stark abnehmenden Zahl junger Menschen geschuldet.

Tabelle 3.5: Ost-West-Wanderung - 1949 bis 2014* - in 1.000 Personen -

	Fortzüge	Zuzüge	Saldo
1949 - 1961	2.687	213	2.474
1962 - 1988	645	14	632
1989 - 1990	745	37	708
1991 - 2014	3.379	2.164	1.215
1949 - 2014	7.456	2.428	5.029

* ab 1991 ohne Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 1.2, div. Jahrgänge/Das Parlament, Nr. 31-34 2011, S. 4

Seit 1989 haben 4,4 Millionen Bürger der neuen Länder/DDR ihren Wohnsitz Richtung Westen verlassen, in umgekehrter Richtung übersiedelten knapp 2,6 Millionen Bürger der alten Länder in die neuen Länder. Das entspricht einem Wanderungsverlust von rd. 1,8 Millionen Bürgern (vgl. Abbildung 3.26). Während zunächst 1989 und 1990 jeweils über 350.000 Bürger die DDR verließen, ohne dass in nennenswerten Größenordnungen Bürger aus der Bundesrepublik in die DDR umsiedelten, sind es in den letzten Jahre im Durchschnitt 100.000 Bürger, welche die neuen Länder verlassen, während rd. 90.000 ihren Wohnsitz aus den alten Bundesländern in die neuen Länder verlegen bzw. z.T. auch wieder zurückverlegen.

War es bis 1961 vorrangig ein „brain drain“ - d.h. die Abwanderung von Wissen und Qualifikationen aufgrund erwarteter besserer Arbeits- und Lebensbedingungen sowie politischer Freiheiten - so gilt das für die Jahre nach 1989 nicht in gleichem Maße. Zunächst waren es rd. eine ¼ Million Bürger, welche die DDR anfangs über ausländische Botschaften und dann direkt Richtung Bundesrepublik verließen, um aus unterschiedlichsten Motiven die Chance zu wahren, in „den Westen“ gehen zu können, sich anfangs nicht sicher, ob die Grenzöffnungen erhalten bleiben würden.

Die Wanderung zwischen Ost und West ist zugleich mit deutlichen Veränderungen in den Strukturen verbunden. Seit 1991 wanderten vor allem Frauen und jüngere Bürger, welche einen Ausbildungs- und

³⁴⁴ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Im Osten auf Wanderschaft, Berlin 2016, S. 8.

Arbeitsplatz suchen, verbunden mit besseren Entlohnungsbedingungen. Die Jugend - insbesondere weiblich - ging, das „Mittelalter“ kam - zum Teil als Rückkehrer, zum Teil als neue Eliten. Während die Abwanderung flächendeckend und noch eher aus ländlichen Gebieten stattfand, erfolgte die Zuwanderung in hohem Maße in die sog. Inseln (Leipzig, Potsdam, Rostock) sowie in die ehemaligen „Grenzgebiete“.

Seit 1991 machen vom Defizit der neuen Bundesländer Frauen 57 % und Männer 43 % aus - zwischen 1991 und 2010 betrug der Anteil der 20- bis 25-jährigen Frauen 22 % aller Abwandernden. Nach Altersgruppen stellten 2014 von den insgesamt die neuen Länder (ohne Berlin) in Richtung früheres Bundesgebiet verlassenden Frauen allein die 18- bis 29-Jährigen erneut 48 %³⁴⁵.

0 bis 17 Jahre	12,9 %
18 bis 24 Jahre	25,0 %
25 bis 29 Jahre	22,5 %
30 bis 49 Jahre	24,6 %
50 bis 65 Jahre	8,3 %
65 Jahre und älter	6,9 %

Nicht zuletzt bedeuten Abwanderungen nicht nur, dass davon die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst wird, sondern mit den jungen Frauen geht auch jener Teil, der - wie Demografen sagen - „Fruchtbarkeitspotenzial“ darstellt. Rd. 1,2 Millionen künftige mögliche und zu erwartende Geburten sind inzwischen mit von Ost nach West „gewandert“ (Saldo). Gleichmaßen geht ein Teil der Erwerbsbevölkerung, der Sozialversicherungsbeiträge zahlt und damit seine „Solidarleistungen“ im Westen erbringt. Mit der Abwanderung ist eine „Entleerung“ vor allem des ländlichen Raums verbunden, welche die Entwicklung von Wirtschaftsstandorten negativ beeinflusst.

Auch Zuwanderungen aus dem Ausland sind keine alleinige Lösung - ohne ihren Einfluss zu negieren. Gleichwohl können sie demografische Probleme mildern (vgl. hierzu Abschnitt 5.7).

Damit verbunden besteht das Problem vor allem auch im Fehlen einer auf familiären Formen und Generationen übergreifenden sozialen Hilfe und Unterstützung (Betreuung und Pflege im engeren Sinne). Das natürliche Hinterland ist dafür für die gegenwärtigen Generationen der über 80-Jährigen (noch) gegeben, wird aber bereits in der Generation der heute 50- bis 70-Jährigen durch Abwanderungen ihrer Kinder- und Enkelgeneration eingegrenzt und in der nachfolgenden Generation darüber hinaus durch fehlende Kinder weiter verschärft. Und das vor einem Anstieg der Pflegebedürftigkeit über 80-Jähriger in den neuen Bundesländern bis 2020 zwischen 40 % (Sachsen-Anhalt) und Brandenburg mit 59 %.

Auch 2014 hatten ältere Bürger an der Abwanderung nur einen Anteil von 6,9 % und in der Zuwanderung von 6,1 % - der Wanderungssaldo zwischen alten und neuen Bundesländern (ohne Berlin) wird bei den ab 50-Jährigen positiv, d.h. dass 2014 insgesamt rd. 1.000 mehr ältere Bürger zuzogen als abwanderten.

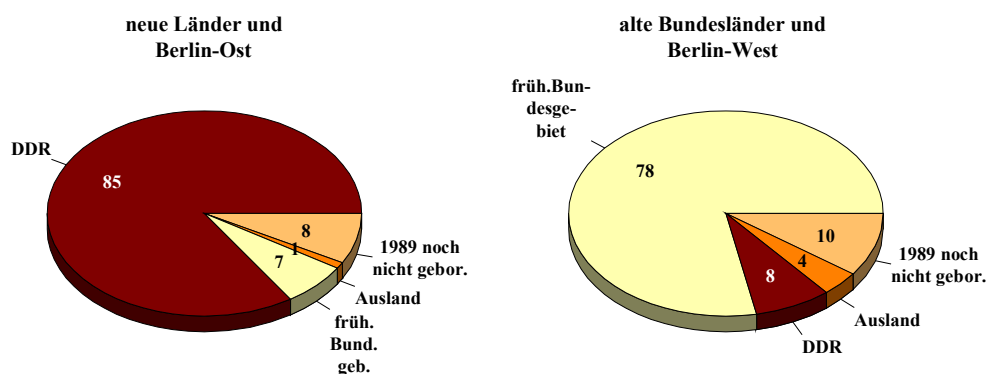
³⁴⁵ Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 1.2 - Wanderungen 2013, Wiesbaden 2015, Tab. 2.5.

Im Rahmen der Erhebung „Leben 2014“ wurde zugleich die regionale Herkunft der Befragten erhoben und ergab, dass von den

- 2014 in den neuen Ländern und Berlin-Ost lebenden ab 18-jährigen Bürgern im Jahr 1989
 - 85 % in der DDR lebten,
 - 7 % in der BRD (inkl. Berlin-West),
 - 8 % noch nicht geboren waren und
 - unter 1 % im Ausland lebten;
- von den westdeutschen und Westberliner Befragten lebten seinerzeit
 - 78 % im früheren Bundesgebiet,
 - 8 % in der DDR,
 - 4 % im Ausland und
 - 10 % sind 1990 und später geboren.

Die Aussagen verdeutlichen die auch nach 1990 sich vollziehenden geringen Zuwanderungen von Ausländern in den Osten und die tendenziell geringere Geburlichkeit. Nicht zu übersehen, dass fast gleiche Anteile der Ost-West-Wanderung hochgerechnet bedeutet, dass unter der ab 18-jährigen Bevölkerung inzwischen 750.000 westdeutsche Bürger in den neuen Ländern und 4,5 Millionen Ostdeutsche im Westen leben.

Abbildung 3.27: Wo haben Sie 1989 gelebt? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Der Wille zur deutschen Vereinigung war auch mit der Vorstellung einer Gesellschaftsordnung verbunden, in der sich junge Menschen frei entscheiden können, in welchem Teil eines Landes (oder eines anderen Landes) sie arbeiten, eine Familie gründen, d.h. leben wollen. Ein Land nicht verlassen zu dürfen, ist - ebenso wie in ein anderes Land nicht umsiedeln/übersiedeln zu dürfen - immer eine Begrenzung individueller Freiheiten. Aber auch ein Land oder eine Region verlassen zu müssen, weil grundlegende Rechte - wie das Recht auf Arbeit und damit die Möglichkeit, ein auf eigener Arbeitsleistung beruhendes Einkommen zu erhalten - nicht erzielbar sind, weil fehlende Chancengleichheit ebenso wie Ungleichbehandlung „Mobilität“ erzwingen - sind mehrheitlich immer durch äußere Zwänge verursachte „Freiheitsgewinne“.

Zunächst ist festzustellen: gewandert wurde und wird immer. Die Wirtschaftsgeschichte kennt Wandergesellen ebenso wie Wanderberufe. Gesellen wanderten noch Anfang des Jahrhunderts, um berufliche Erfahrungen zu sammeln. Allerdings kehrten sie angereichert mit neuen Fähigkeiten und Fertigkeiten zurück in ihre „Heimat“. Die Industrialisierung hat mit der sog. Urbanisierung, d.h. der Bildung großer Industriezentren und dem „Sog“ von jungen Menschen in die sich entwickelnden Großstädte,

die ländlichen Gebiete „ausgedünnt“. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges entstanden - vor allem im Osten - neue Industriestandorte und erfolgte im Westen eine weitere wirtschaftliche Konzentration, die neuer zusätzlicher Arbeitskräfte bedurfte. Die heutige Rentnergeneration der neuen Bundesländer ist zu einem nicht unbedeutenden Teil Träger der wirtschaftsstrukturellen Veränderungen gewesen. Wismut AG, Eisenhüttenstadt, Schwedt, Rostock, Premnitz u.a.m. sind Wirtschaftsstandorte, die fast nur durch „Wanderung“ entstanden sind. Viele der älteren Bürger entsinnen sich, wie auch in der DDR junge Menschen aus Sachsen an die Küste zogen, weil ihnen dort ein Arbeitsplatz vermittelt wurde. Für viele war es weder Wunschberuf oder -arbeitsplatz noch -ort. Gerade deshalb bestand die Illusion, nach 1990 arbeiten, lernen und leben zu können, wo es der Einzelne möchte.

Deshalb war der Schritt zur deutschen Vereinigung auch mit der Vorstellung einer Gesellschaftsordnung verbunden, in der sich junge Menschen frei entscheiden können, in welchem Teil eines Landes (oder eines anderen Landes) sie arbeiten, eine Familie gründen und leben wollen. Der Wunsch vieler junger Menschen nach Schüleraustausch und längerfristigen Familienaufenthalten im Ausland hat sich ebenso erfüllt wie das unbegrenzte Reisen - hinsichtlich des Ausbildungs- und Arbeitsplatzes waren es eher äußere Zwänge als eigener Wille.

Auch insgesamt weisen die neuen Länder Verluste in der Binnenwanderung zwischen den 16 Bundesländern seit 1991 auf, die zwar vorrangig zwischen Ost und West verliefen, aber auch innerhalb der Regionen. Von den neuen Ländern hat lediglich Brandenburg über den Zeitraum 1991 bis 2014 eine knapp ausgeglichene Bilanz mit +0,4 Personen Zugewanderten je 1.000 Einwohner, aus Sachsen wanderten 65 je 1.000 EW ab, aus Thüringen 101, aus Mecklenburg-Vorpommern 113, aus Sachsen-Anhalt 137 - Berlin hat einen Gewinn von 11 je 1.000 Einwohnern, Bayern von 60/1.000 Ew.³⁴⁶

Was für oder gegen eine Gesellschaftsordnung spricht ist, ob sie in der Lage ist (oder nicht), solche freiheitlichen Bedingungen zu schaffen, dass eine freie Entscheidung für junge und jüngere Menschen (für ältere natürlich auch) möglich ist, dass keine Zwänge entstehen (politisch, wirtschaftlich), das Land/die Region, das Umfeld, in dem man groß geworden ist, verlassen zu müssen und mehrheitlich nicht zurückkehren zu können.

Inzwischen haben sich auch die wirtschaftlichen Bedingungen „entterritorialisiert“. Größere und leistungsfähigere Unternehmen „wandern“ nach Südostasien, in die neuen EU-Beitrittsländer, nicht zuletzt wandert das Kapital zu den „billigen“ Arbeitskräften, um „Extraprofit“ zu machen. Die für die Wirtschaft erforderliche berufliche und territoriale Mobilität wurde um die Mobilität des Kapitals erweitert bzw. z.T. ersetzt. Anfang der 50er/60er Jahre kamen die notwendigen Arbeitskräfte vor allem aus der Türkei, aus Italien und Spanien zu den Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik, um dort die Wirtschaft zu „effektivieren“, bessere Lebensbedingungen zu haben. Für nicht Wenige ging es auch darum, ein Einkommen zu erzielen, welches verbesserte Verhältnisse für die Familie im Heimatland sicherte bzw. bei Rückkehr einen Grundstock für das Leben darstellte. Sie ermöglichten damit zugleich eine relativ hohe „Sesshaftigkeit“ der einheimischen deutschen Bevölkerung - wie allein der Hauseigentümerquote zu entnehmen ist. Trotzdem waren Wanderungen auch in Größenordnungen sowohl im Osten wie im Westen ein Stück Normalität der Wirtschaftsentwicklung.

Im Gegensatz dazu war und ist die Wanderung von Ost nach West, von Nord nach Süd in der Tat aber auch immer (z.T. sogar mehrheitlich) eine Abstimmung mit den Füßen gegenüber einer Politik, die grundlegende Bedürfnisse jener Bürger, die das Land verlassen, nicht befriedigen kann. Das schließt

³⁴⁶ BIB, Bevölkerungsentwicklung 2016, Wiesbaden 2016, S. 48.

bei vielen jüngeren Menschen den natürlichen Drang auf Kennenlernen anderer Regionen und Kulturen überhaupt nicht aus. Das Problem ist, in welchen Relationen „Freiwilligkeit“ und „ökonomischer Zwang“ zueinander stehen.

Das betraf zu DDR-Zeiten sowohl die Begrenzung bürgerlicher Freiheiten wie z.B. freier Wahlen oder des Reisens in westliche Länder als auch ein in Waren und Leistungen nicht umsetzbares und damit den Lebensstandard begrenzendes Einkommen. Seit 1990 stehen Erwerbsarbeit und Einkommen, d.h. ökonomische Gründe, fast ausschließlich im Zentrum der Wanderungsmotive. Insofern haben sich die Motive zwischen 1989 und 1990 zum Teil geändert - das Hauptmotiv: Wanderung aufgrund ungleicher Arbeits- und Lebenschancen ist geblieben. Inzwischen ist Flucht vor Aggression und Vertreibung wieder zunehmendes Motiv von erzwungenen Wanderungen.

Dabei muss in diesem Zusammenhang auch hervorgehoben werden, dass Begrenzungen und Einschränkungen von Wanderung ebenso wie die „Förderung“ von Abwanderung auf Kosten der Abwanderungsregionen nur in wenigen Fällen die Interessen der zum Wandern Gezwungenen reflektieren. Länder (Regionen), die nicht auswandern bzw. abwandern lassen, um ihre Bevölkerung „schützen zu müssen“, ebenso wie Länder, die mit gleicher Begründung Einwanderung begrenzen bzw. eine „selektierte“ Einwanderung dem eigenen Land zum Nutzen, dem Abwanderungsland zum Schaden realisieren, haben letztlich gemeinsam, dass sie nationale (z.T. auch nationalistische) Motive nutzen, um ihre eigenen Eigentums-, Vermögens- und Machtverhältnisse zu schützen. Die Diskussionen um die Einwanderungen von Bulgaren und Rumänen Anfang 2014 belegen das anschaulich.

Natürlich sind Wanderungen von allgemeinen Entwicklungen wie z.B. dem zunehmenden Stellenwert von Erwerbsarbeit für Frauen ebenso wenig zu trennen wie von einer damit zum Teil verbundenen Änderung von Familienstrukturen und -formen. Zunehmende Kinderlosigkeit von Frauen, eher partnerschaftliche als eheliche Familienformen u.a. beeinflussen durchaus das Wanderungsverhalten. Der äußere Zwang zum Erhalt familiärer Bindungen im Sinne der sozialen Sicherung im Alter ist mit der Entwicklung eines solidarisch finanzierten Leistungssystems in hohem Maße entfallen. Eltern und Großeltern verfügen über eigene Einkommen, die jederzeit durch Finanztransfers der Kinder/Enkel ergänzt werden können, ohne „auf Nähe“ leben zu müssen. Außer moralischen und natürlichen Bindungen des Einzelnen gibt es kaum Hinderungsgründe für gewünschte/erzwungene Wanderungen.

Fazit: In einem auf Arbeit, Einkommen und Vermögen fixierten System ist es normal - da die Arbeitsplätze nicht zu den Menschen in den neuen Bundesländern kommen -, dass vor allem junge Menschen abwandern. In der Interpretation der 90er Jahre bzw. der Abwanderungswelle 1989/90 handelt es sich jedoch auch hierbei nicht um „normale“ Mobilität, sondern um eine „Abstimmung mit den Füßen“ bezogen auf Lebensverhältnisse und Zukunftschancen der Politik gegenüber den neuen Bundesländern. Wenn auch scheinbar die Abwanderung weniger ein Problem älterer Menschen unmittelbar ist, führt jedoch der Wegzug von Familienangehörigen sowie potenziellen Fachkräften der sozialen und gesundheitlichen Betreuung zu einer vorhersehbaren Einschränkung von Lebensqualität im Alter.

Für die Unausgeglichenheit der Lebensbedingungen zwischen Ost und West spricht auch, dass 2014 von den rd. 1,5 Millionen Zuwanderungen nichtdeutscher Bürger aus dem Ausland 86 % in die alten und nur 8 % in die neuen Bundesländer und 6 % nach Berlin gezogen sind.³⁴⁷ Die mit den Zuwanderungen aus politischen oder ökonomischen Bedingungen verbundenen Entwicklungen und Probleme in Deutschland werden ausführlich im Abschnitt 5.7 (Multikulturell - ausländerfeindlich?) behandelt.

³⁴⁷ Statistisches Bundesamt - Fachserie 1, Reihe 1.2 Wanderungen 2012, Wiesbaden 2014, Tab. 1.2.1.

3.8 Exkurs (2011): Ein neuer Generationenvertrag?

Die Diskussionen um einen neuen Generationenvertrag delegieren angestrebte Veränderungen ökonomischer Strukturen in die Verantwortung von Eltern für Kinder, von Großeltern für die nachrückenden Generationen usw. Die Beziehung: Staat - Wirtschaft - Bürger/Familie wird ersetzt durch Kindergeneration - Elterngeneration - Großelterngeneration usw. Die Solidarität der Generationen wandelt sich zu einer Umverteilung zwischen sozialen Schichten.

Wer in den letzten 10 Jahren die Medienwelt verfolgte, konnte - zeitlich unterschiedlich intensiv - zur Kenntnis nehmen, dass der Generationenvertrag „in Gefahr“ sei, dass die jüngeren Generationen nicht mehr in der Lage seien, den „Schuldenberg“ ihrer Großeltern abzutragen usw. usf. Für viele Menschen stellt sich die Frage, ob die Alten leichtsinnig Schulden machten, ob sie auf zu großem Fuß gelebt haben bzw. leben oder ob sie für etwas haften sollen, was sie nicht zu verantworten haben. Es ist zunächst festzustellen, dass der Begriff Generationenvertrag - im wörtlichen Sinne - irreführend ist, da es einen solchen Vertrag weder schriftlich gibt, noch Vertragspartner bekannt wären, die ihn schließen könnten/müssten. Einen „einklagbaren“ Vertrag hat es nie gegeben und wird es nicht geben.

Im neuen Bertelsmann-Lexikon heißt es - übereinstimmend mit der Mehrheit von Interpretationen: „Generationenvertrag - Schlagwort, das das für eine kollektive Rentenversicherung unumgängliche Umlageverfahren zu einem Vertrag zwischen den Generationen umdeutet, nach dem die jeweils erwerbstätige Generation über die von ihr aufzubringenden Rentenversicherungsbeiträge für die Alterssicherung der nicht mehr erwerbstätigen Generation aufkommt“³⁴⁸.

Der Begriff Generationenvertrag wird damit mehrheitlich nur auf das „Umlageverfahren“ in der Rentenversicherung bezogen, das jedoch zu keiner Zeit alle den jeweiligen Generationen zuzurechnenden Bürger erfasst, sondern immer nur diejenigen, welche über die „Pflichtversicherung“ in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) einbezogen sind. Das heißt, es ist eigentlich eine interne Angelegenheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber haben nur sie die Schulden zu verantworten?

Wenn - wie gesagt - auch niemand je einen Generationenvertrag in Deutschland zu Papier gebracht oder gesehen hat, so besteht zumindest eine übereinstimmende Meinung darüber, dass es - sowohl in der Familie als auch in der Gesellschaft - der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung bedarf, um das Zusammenleben der Generationen zum bestmöglichen Nutzen für alle zu organisieren. Dieses Zusammenwirken - im Sinne moralischer Vereinbarung - könnte, im weitesten Sinne, als Generationenvertrag gekennzeichnet werden. Die öffentliche Diskussion wird jedoch - fast ausschließlich auf das reduziert, worum es der Politik wirklich geht, auf die Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung. In diesem begrenzten Sinne wäre/ist er kein Generationenvertrag, sondern ein Leistungsvertrag der „jüngeren Arbeitnehmer“ gegenüber den „älteren ehemaligen Arbeitnehmern“ - es wäre ein Solidarvertrag zwischen den jeweils jüngeren Arbeitnehmern zur Altersabsicherung der jeweiligen Rentnergeneration. In der offiziellen Umdeutung wird es jedoch zu einem völlig einseitigen Vertrag, in dem „die Jungen“ das zahlen, was „die Alten“ verbrauchen. Mit einer solchen Diskussionsgrundlage geht es nicht um das Vertrauen, das jede Generation in die jeweils ältere ebenso wie in die jeweils jüngere setzt, nicht um die gemeinsame Verantwortung, sondern um punktuelle Aufrechnung von Euro und Cent für Lebensleistung.

Alt-Kanzler Schröder forderte 2003 auf dem Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft 60plus der SPD einen neuen Generationenvertrag. Er müsse auf „neue Grundlagen“ gestellt werden.³⁴⁹ Der ehemalige

³⁴⁸ Stichwort Generationenvertrag, Das neue Bertelsmann Lexikon, Gütersloh 2002, Bd. 8, S. 84.

³⁴⁹ Vgl. Schröder, G.: Rede auf dem Bundeskongress der AG 60plus der SPD, 4.3.2003.

Bundespräsident R. Herzog fragte sich beim Anblick spielender Kinder in Dresden aus Anlass des „Seniorentages 1997“, „ob diese Kinder genauso glücklich wären, wenn sie wüssten, was auf sie zukommt und was sie alles einmal für uns bezahlen müssen“³⁵⁰. Generationenbeziehungen sind jedoch nicht einseitig auf monetäre Beziehungen (Finanztransfers) in der Gesellschaft reduzierbar, sondern schließen die Vermittlung von Werten, Wissen und Erfahrungen ebenso ein wie innerfamiliäre Leistungen, finanzielle Leistungen und Hilfen, die in weitaus höherem Maße von Älteren zu Jüngeren laufen als umgekehrt. Das Miteinander der Generationen erfasst eine breite Palette von gegenseitigen Beziehungen und Leistungen. Die politisch gewollte einseitige Sicht auf die Generationenbeziehungen reflektiert ein ausschließlich marktwirtschaftliches Kosten-Nutzen-Denken und schließt systematische Entsolidarisierung der Generationen ein.

Wenn es um die Beziehungen der Generationen geht, handelt es sich jedoch um mehr, letztlich um Aufgaben-, Verantwortungs- und „Lasten“aufteilung und nicht allein um Finanzströme oder Erbe und Vermögen. Im Sechsten Altenbericht wird zu Recht die Forderung nach einer „Neukonzeption des gesellschaftlichen Generationenvertrags“³⁵¹ aus der Enge der GRV-Rente herausgehoben und wieder mehr sowohl bei den innerfamiliären Generationsbeziehungen angebunden als auch auf das Solidarverhalten in der Rentenversicherung³⁵² bezogen - wenn es nicht auf die Arbeitnehmer begrenzt bliebe.

Mit der Art und Weise der bislang vorherrschenden Diskussion um den Generationenvertrag wird die eigentliche politische Zielstellung (Umverteilung) als Neuordnung der Beziehungen zwischen Generationen dargestellt. Es werden angestrebte Veränderungen ökonomischer Strukturen mit „Generationenbeziehungen“ überdeckt, d.h. in die Verantwortung von Eltern für Kinder, von Großeltern für die nachrückenden Generationen usw. abdelegiert. Aus etwas Gesellschaftlichem wird „Familiäres“, dem Einzelnen eher Vertrautes. Die Beziehung: Staat - Wirtschaft - Bürger/Familie wird ersetzt durch Kindergeneration - Elterngeneration - Großelterngeneration usw.

Die Generationenbeziehungen wurden/werden auch nicht durch die demografische Entwicklung aufgekündigt³⁵³, sondern durch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die weder hinreichend Arbeitsplätze noch generationengerechte Verteilungsstrukturen, noch ein kinder- und seniorenfreundliches Klima sichern konnte.

Im Jahr 2011 wurden im Vergleich zwischen den neuen Ländern und Nordrhein-Westfalen speziell auch Aussagen zu den Generationenbeziehungen erhoben.

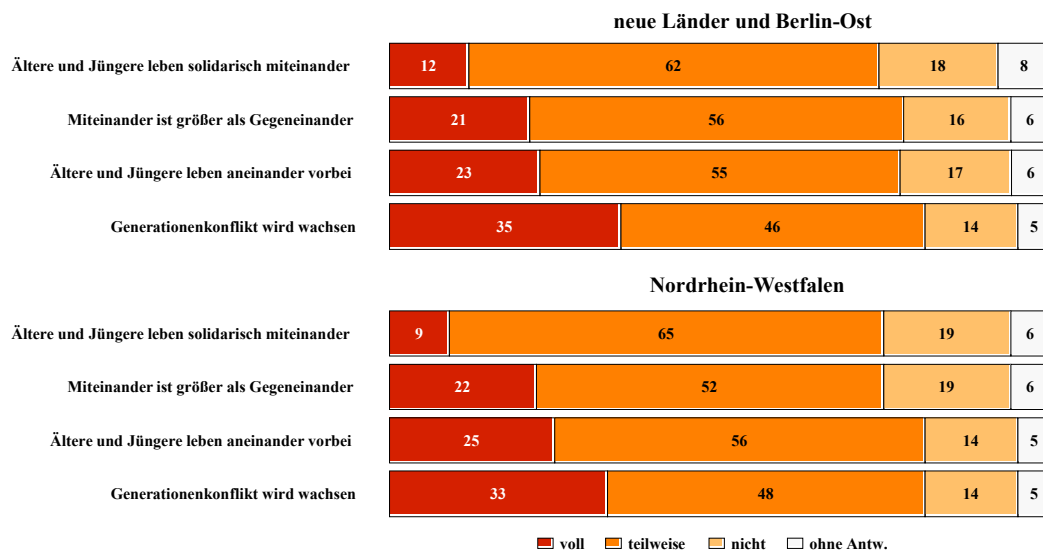
³⁵⁰ Vgl. Herzog, R.: Rede auf dem Deutschen Seniorentag, Juni 1997, Dresden.

³⁵¹ Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation, a.a.O., S. 67.

³⁵² Ebenda.

³⁵³ Landsberg, G.: Alter - Der Generationenvertrag ist aufgekündigt, in: Ende der Solidarität? Die Zukunft des Sozialstaates (Hrsg.: K. Deufel/M. Wolf), Herder Verlag, Freiburg 2003, S. 40.

Abbildung 3.28: Welcher Aussage hinsichtlich des Verhältnisses der Generationen stimmen Sie zu? - nach Regionen - 2011 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Die 2011 getroffenen Aussagen zur Charakterisierung der Beziehungen zwischen den Generationen lassen erkennen:

- Dass Ältere und Jüngere solidarisch miteinander leben, findet nur bei 12 % der ab 18-jährigen Bevölkerung in den neuen Bundesländern und von 9 % in Nordrhein-Westfalen volle Zustimmung - 62 bzw. 65 % stimmen teilweise zu (d.h. zusammen 74 % in Ost wie West). Der stabile Zusammenhalt der Generationen wird mehrheitlich nicht (oder besser nicht mehr) gesehen. Wenn auch nur 18 %/19 % es verneinen, dass es ein solidarisches Miteinander gibt, so treffen insbesondere Arbeitslose noch eher eine solidarischem Verhalten zustimmende/unterstützende Aussage ebenso wie Alleinerziehende - offensichtlich sind die Erfahrungen speziell dieser sozialen Gruppen hinsichtlich solidarischem Verhalten der Generationen noch gegeben.
 - Dass die Generationen eher miteinander als gegeneinander leben, stimmen 20 bis 25 % der Bürger zu ebenso wie gleich viele eher ein Nebeneinander der Generationen sehen.
 - Relativ übereinstimmend gehen rd. ein Drittel in Ost wie West von einer Zunahme des Generationenkonfliktes aus und die Hälfte von einer teilweisen Zunahme. Dabei sind es insbesondere (in Ost wie West) Männer, Hochschulabsolventen sowie Selbstständige/Freischaffende, welche von einem zunehmenden Konflikt ausgehen.
- Da die Aussagen sich erfahrungsgemäß nicht auf die innerfamiliären Beziehungen gründen, sondern auf das gefühlte/angenommene Zusammenleben in der Gesellschaft, reflektieren die vorgenommenen Bewertungen offensichtlich vor allem das von Medien und Politik verbreitete Bild, welches den gesellschaftlichen „Verteilungskonflikt“ ins Zentrum rückt.
- Generell stimmen Jüngere eher einem zunehmenden Konflikt zu. Insbesondere im Osten - offensichtlich vor dem Hintergrund größerer sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung - stimmen 52 % der unter 25-Jährigen einer Konfliktzunahme voll zu.

Tabelle 3.6: Der Meinung, dass die Konflikte zwischen Älteren und Jüngeren zunehmen, stimme ich ... - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent -

	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen			
	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter
voll zu	35	41	30	26	33	36	34	26
teilweise zu	47	43	54	45	48	46	51	49
nicht zu	14	14	13	15	14	16	12	13
ohne Antwort	5	1	2	14	5	2	3	13

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

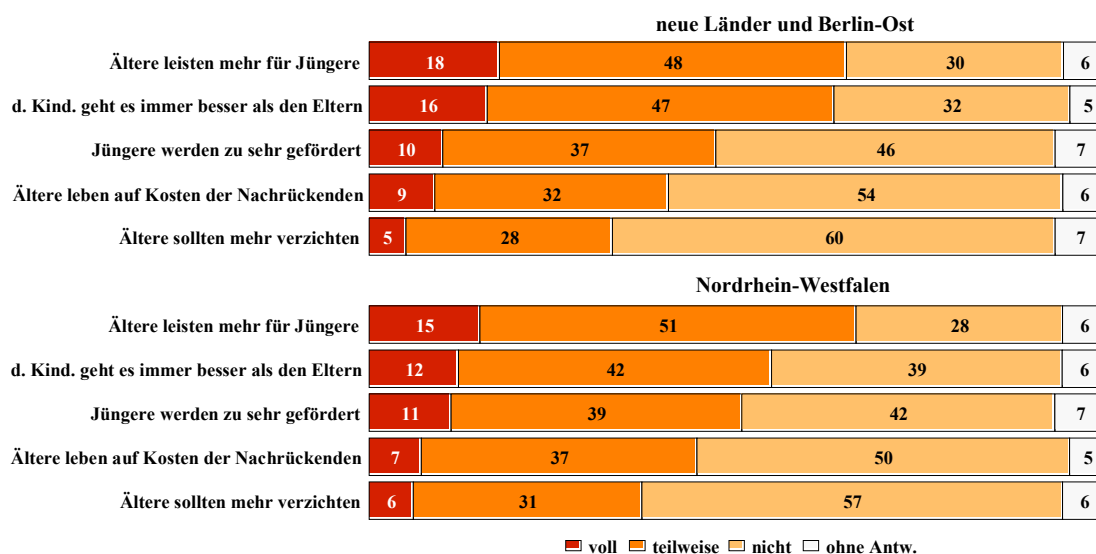
Natürlich gibt es in jeder Familie und in jedem Staatswesen ein Zusammenwirken der Generationen im Interesse aller Generationen. Natürlich gibt es finanzielle Beziehungen (die nicht immer nur Belastungen sind) zwischen einzelnen Generationen - sprich: Urgroßeltern, Großeltern, Eltern, Kinder, Enkel, Urenkel.

Eltern tragen einen enormen finanziellen (und auch zeitlichen, physischen und psychischen) Aufwand, tragen die Kosten für ihre Kinder, für deren Ernährung und Kleidung, für das Wohnen, für Pflege und Erziehung, Bildung und Ausbildung. Eltern leisten diese Aufwendungen, damit sich ihre Kinder geborgen fühlen und entsprechende Startchancen beim Eintritt ins „Erwachsenen-“ oder „Erwerbsleben“ haben. Entsprechend den über Jahrhunderte geprägten Wertvorstellungen „zahlen“ die Kinder es ihren Eltern im Alter zurück, nicht aufgerechnet in Heller und Pfennig, sondern aus der Verantwortung heraus, die sie ihren Eltern gegenüber empfinden. Dabei waren und sind die Möglichkeiten des Einzelnen durchaus unterschiedlich, je nach eigenem Einkommen und Vermögen, je nach Größe der Familie usw. In der Gesellschaft gleichen sich viele soziale Ungleichheiten innerhalb einzelner Familien aus. Es wird durchaus familiär-solidarisch miteinander umgegangen.

Die Abbildung 3.29 verdeutlicht, dass im Gegensatz zu den „allgemeinen Beziehungen“ der Generationen, die spezifischen - eher finanziellen/materiellen - Beziehungen in der Gesellschaft in wesentlich höherem Maße von weniger positiven Positionen geprägt sind:

- In Ost wie West gibt es eine vorrangig positive Unterstützung der Auffassung, dass Ältere mehr für Jüngere leisten als umgekehrt (66 % in Ost wie Nordrhein-Westfalen geben dazu eine volle bzw. teilweise Zustimmung).
- 63 % in den neuen Ländern bzw. 54 % in Nordrhein-Westfalen gehen davon aus, dass es den jeweils nachrückenden Generationen immer besser geht als ihren Eltern/Großeltern.
- Insgesamt ist aber auch rd. die Hälfte der Bürger der Meinung (Ost 47 %/Nordrhein-Westfalen 50 %), dass die Jüngeren auf Kosten der Älteren gefördert werden.
- Gleichzeitig gehen 41 % im Osten und 44 % in Nordrhein-Westfalen davon aus, dass die Älteren auf Kosten der nachrückenden Generationen leben.
- Ein relativ geringer, aber keineswegs unbedeutender Teil der Bürger stimmt voll bzw. teilweise zu, dass ältere Bürger zugunsten der nachrückenden Generationen verzichten sollten.

Abbildung 3.29: Welcher Aussage hinsichtlich des Verhältnisses der Generationen stimmen Sie zu? - nach Regionen - 2011 - in Prozent -



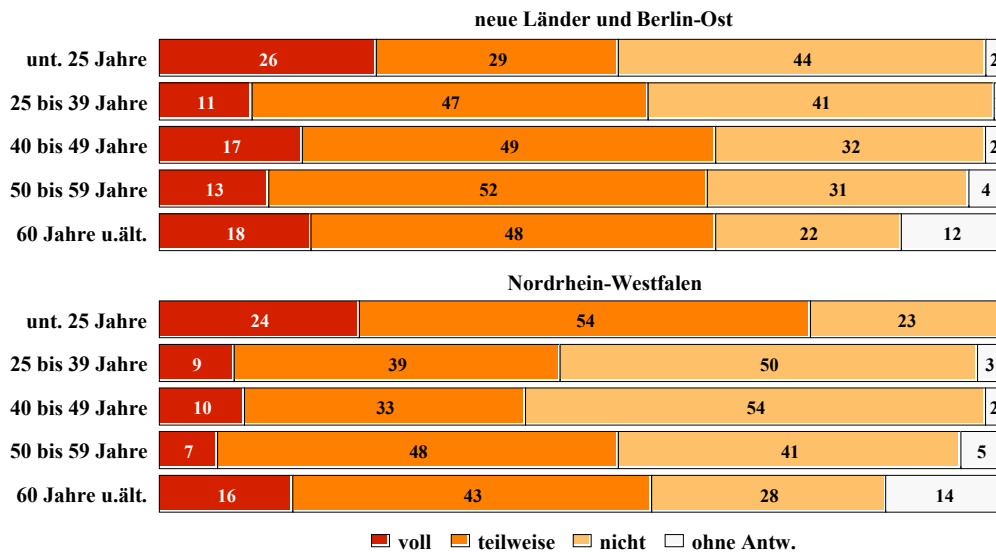
Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Insgesamt eine relativ uneinheitliche Gesamtsicht zu den finanziellen Verteilungsstrukturen zwischen den Generationen. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass gerade diese Aussagen in hohem Maße sich zwischen Jüngeren und Älteren unterscheiden. Die stete mediale Beeinflussung trägt ihre Früchte, da weitaus weniger über die Entwicklung der Brutto- und Nettoanlagevermögen und des Kapitalstockes oder die zunehmende Vermögensanhäufung bei denen, die sich im oberen Zehntel der Besitzenden befinden, berichtet wird. Auch die zunehmende Staatsverschuldung ist nicht allein und in den letzten Jahren schon gar nicht vorrangig steigenden Sozialausgaben geschuldet.

Zunächst muss nicht extra hervorgehoben werden, dass es normal ist (von Kriegs- und Nachkriegsperioden oder gesellschaftlichen und Naturkatastrophen abgesehen), dass es den nachfolgenden Generationen immer besser geht als den jeweiligen Elterngenerationen. Eltern leben immer für ihre Kinder und sehen es als ein Lebensziel an, dass es ihren Kindern besser geht/besser gehen soll als ihnen selbst. Die sog. Neidkomponente ist gegenüber den nachrückenden Generationen - bezogen auf die eigenen Kinder - nur ganz selten ausgeprägt. Umgekehrt sagt auch selten jemand: Meinen Eltern/Großeltern geht es zu gut, aber gleichzeitig ist zu hören: „Den Alten“ geht es viel zu gut. Aber „die Alten“ sind irgendwie immer auch die eigenen Eltern/Großeltern.

Die altersabhängige Analyse zeigt, dass die Aussage „den jeweils nachfolgenden Generationen geht es immer besser als den Eltern/Großeltern“ in Ost wie West eine hohe Zustimmung findet - insbesondere bei Jüngeren in Nordrhein-Westfalen. Das ist durchaus positiv zu werten, da Jüngere, welche diese Aussage treffen, weniger als andere die Auffassung vertreten, dass Ältere auf Kosten Jüngerer leben bzw. die Forderungen auf Verzicht Älterer zugunsten Jüngerer unterstützen (vgl. Abbildung 3.30).

Abbildung 3.30: Der Aussage „den jeweils nachfolgenden Generationen geht es immer besser“ stimme ich ... zu. - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent -

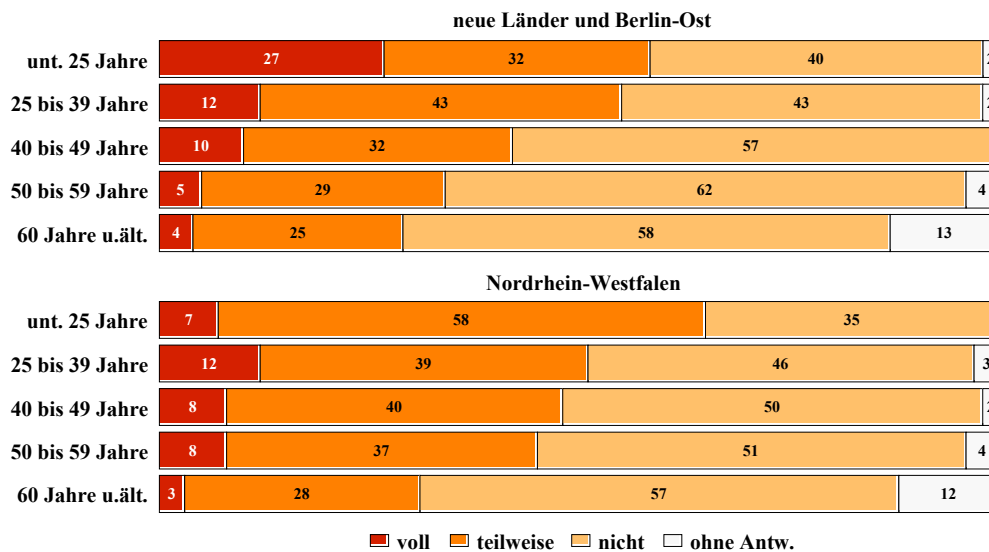


Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Im Gegensatz zur o.g. Frage, welche aus Sicht des Befragten nicht zwingend eine zustimmende oder kritische Position erfordert, sind die nachfolgenden Aussagen mit eindeutigen Wertungen verbunden:

- 59 % der unter 25-Jährigen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost ebenso wie 65 % in Nordrhein-Westfalen stellen fest (zumindest teilweise), dass Ältere auf Kosten der Jüngeren leben. Das sind in dieser Altersgruppe sogar 27 % im Osten, welche dem voll zustimmen (Nordrhein-Westfalen nur 7 %). Dabei mag eine Rolle spielen, dass in den neuen Bundesländern sowohl der Arbeitsmarkt als auch die Einkommenspositionen zwischen Jung und Alt ungünstiger gestaltet sind als z.B. in Nordrhein-Westfalen.

Abbildung 3.31: Der Aussage „Ältere leben auf Kosten der Jüngeren“ stimme ich ... zu. - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

- 30 % in Ost wie West. Gegen diese Aussage wenden sich in Ost wie West vor allem Bezieher niedriger Einkommen (hoher Anteil älterer Bürger) sowie Alleinerziehende.

Die Debatten um den Generationenvertrag reflektieren immer noch verbreitete Illusionen der Vergangenheit. Diskussionen um den „Freizeitpark Deutschland“, um das „Recht auf Faulheit“, um den vorzeitigen „Ruhestand“ erweisen sich inzwischen als kontraproduktiv. Sie malten eine Wohlstandsentwicklung, die nicht für Mehrheiten realisierbar war und auch nicht sein wird, sie folgten den Interessen der Wirtschaft durch „Ausgrenzung Älterer vom Arbeitsmarkt“. Inzwischen wird weniger über das geschaffene und vorhandene Volksvermögen, sondern über damit angehäuften Schulden und den „sozialen Verbrauch/Missbrauch“ des von den Arbeitenden geschaffenen Wohlstands und über die Notwendigkeit, länger zu arbeiten, gesprochen.

Das hat seine Ursachen u.a. darin, dass die Diskussionen um das Zusammenwirken der Generationen insbesondere seitens der Politik zu kurzfristig angelegt sind, sie suchen nicht nach langfristigen Lösungen, sondern folgen dem kurzfristigen Wahlrhythmus und Wirtschaftszyklen und suchen nach „Einsparpotenzialen“. Es ist zugleich eine verdeckte Umverteilungsdebatte von den abhängig Beschäftigten zu den Unternehmen. Die von den Älteren aufgebauten sozialen Sicherungssysteme werden „entsolidarisiert“, sie werden des Sozialen entkleidet. Es wird zunehmend eine neo-liberale Marktwirtschaft „pur“, in deren Zentrum die Privatisierung des Sozialen steht.

Wie auch immer der Generationenvertrag im Einzelnen interpretiert wird, er bleibt Teil des umfassenderen Solidarvertrages, der auf gegenseitige Hilfe und Unterstützung der Gesunden gegenüber den Kranken, der Arbeitenden gegenüber den Arbeitslosen und gegenüber den Noch-nicht-Arbeitenden sowie den Nicht-mehr-Arbeitenden gerichtet ist ebenso wie der familiären Hilfe und Unterstützung der Eltern-/Großelterngenerationen gegenüber den Kindern und der Jüngeren gegenüber den Älteren.

4 Lebensbereiche

4.1 Wohnen

Die Bürger in Ost wie West sind mit ihren Wohnverhältnissen/Wohnbedingungen insgesamt zufrieden, nur 6 % sind unzufrieden. Wohnen ist der Lebensbereich, der in den neuen Ländern den größten „Zugewinn“ erreicht hat, nicht zuletzt aufgrund der qualitativen Fortschritte in der Wohnsubstanz, beim Wohnkomfort und bei dem Erwerb von Wohneigentum.

Modernisierung und Neubau waren in den neuen Ländern zugleich mit bedeutenden Preis- und Tarifentwicklungen verbunden. Der Anteil der Mietbelastung stieg von 3 % des Einkommens auf 27/28 %.

Haushalte von Wohngeldempfängern und steigende Wohnungslosigkeit sind soziale Entwicklungstendenzen in Ost wie West.

Die soziale Infrastruktur der Kommunen im Osten - als wichtige Wohn- und Lebensbedingung - wird immer weiter ausgedünnt, soziale Dienste und sozial-kulturelle Einrichtungen brechen weg. Insbesondere für weniger mobile Menschen in ländlichen Regionen ist das mit einer unmittelbaren Verschlechterung ihrer Lebensqualität verbunden.

4.1.1 Wohnbedingungen und -zufriedenheit

Wohnen ist für die Mehrheit insbesondere der älteren Bürger in den neuen Bundesländern ein Lebensbereich steter Veränderung. Das begann mit dem Wohnen in zerstörten Städten und ihrem Umfeld in den Nachkriegsjahren, über das Erreichen verbesserter, aber noch nicht hinreichender Wohnverhältnisse - insbesondere in den 80er Jahren - bis zu Wohnungen, die gut ausgestattet, aber teuer sind, in der Gegenwart. Allein im Gebiet der heutigen neuen Bundesländer (ohne Berlin) waren am Ende des 2. Weltkrieges rd. 640.000 Wohnungen zerstört und weitere 950.000 beschädigt. Teilweise betrug die Zerstörung in den Städten bis zu 80 %, so in Dessau (80 %), in Halberstadt (80 %), in Plauen und Nordhausen (75 %) sowie in Dresden (65 %).³⁵⁴

Bis 1990 konnte in der DDR durch das sog. „Wohnungsbauprogramm“ die quantitative Versorgung der Bevölkerung weitgehend erreicht werden. Das gilt jedoch weniger für die qualitative Seite des Wohnens in Bezug auf Wohnungsgröße, auf gewünschte und erforderliche Ausstattung sowie den Bedarf auf Wohneigentum.

³⁵⁴ Vgl. Bartel, Horst: Die Sozialpolitik in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: Geschichte der Sozialpolitik in der DDR (Hrsg. G. Winkler), Akademie-Verlag, Berlin 1989, S. 22/23; vgl. Wohnung und Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone, in: Statistische Praxis 3/47, Karteiblatt.

Tabelle 4.1: Wohnungsausstattung - nach Ländern - 31.12.1989 -

Land	Ausstattung je 100 Wohnungen		
	Bad/Dusche	Innen-WC	moderne Heizsysteme
DDR insgesamt	82	76	47
Mecklenburg-Vorpommern	84	85	52
Brandenburg	85	83	51
Sachsen-Anhalt	83	82	50
Thüringen	84	74	45
Sachsen	75	61	39
Berlin-Ost	89	95	63

Quelle: Statistisches Amt der DDR, Statistische Daten 1989 über die Länder der DDR sowie über Berlin entsprechend dem Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, Juli 1990, S. 8

Ende 1989 gab es in der DDR 7,0 Millionen Wohnungen mit einer durchschnittlichen Fläche von 27,4 m² pro Person. Nach Angaben des Statistischen Amtes der DDR hatten Ende 1989 von 100 Haushalten 53 keine moderne Heizung, das betraf 3,7 Millionen Wohnungen. 24 von 100 Wohnungen - d.h. 1,7 Millionen - verfügten über keine Innentoilette und 18 v.H. besaßen kein Bad bzw. keine Dusche (1,3 Millionen Wohnungen)³⁵⁵. Zugleich existierten beträchtliche regionale Unterschiede (vgl. Tabelle 4.1).

Am spürbarsten vom Einzelnen wahrgenommen und auch durchgängig anerkannt veränderte sich nach 1990 die technische Wohnungsausstattung. Die Umstellung auf moderne Heizsysteme, die Erneuerung von Fenstern und die Fassadengestaltung, der Aus- bzw. Umbau der Sanitärtechnik u.v.a.m. prägen heute das Wohnen auch in den neuen Bundesländern. Besonderes Gewicht hatte für die Bürger der neuen Bundesländer die Ausstattung mit Telefonen.

Tabelle 4.2: Ausstattungsniveau der Wohnung - neue Länder und Berlin-Ost - 1990 bis 2001
- in Prozent -

	1990	1991	1993	1995	1997	1999	2001
Warmwasser	58	73	78	81	89	95	95
Innen-WC	83	90	90	92	97	97	98
Bad/Dusche	81	92	92	93	95	98	98
moderne Heizsysteme	45	68	67	73	85	97	97
Telefon	23	29	40	62	83	87	92

Datenbasis: sfz/leben 1990-2001 (gew.)

Die Vorstellungen zu Veränderungen im Wohnen in den Jahren vor 1990 und in der Phase der Vereinigung zielten vor allem auf mehr Wohnkomfort - im Sinne moderner Heizsysteme und Sanitärbereiche, aber auch der Telekommunikation -, auf anscheinlichere Wohngebiete mit einer dem Bedarf entsprechenden Infrastruktur und die Möglichkeiten freier Wahl des Wohnortes, der Wohnungsgröße und der gewünschten Eigentumsform. Nach 1990 drängten insbesondere noch nicht im Renten- bzw. Vorrentenalter stehende Altersgruppen aus den Städten ins Umland.³⁵⁶ Der Drang auf ein Leben im Grünen, auf kleinere Wohnformen und auf „Eigentum“ entvölkerte zum Teil die Städte und schuf neue Siedlungen im städtischen Umfeld. Fast alle Städte der neuen Bundesländer haben eine solche Ent-

³⁵⁵ Vgl. detailliertere Darstellung in: Schwitzer, Klaus-Peter: Wohnen im Alter, in: Altenreport '92 (Hrsg.: K.-P. Schwitzer und G. Winkler), Berlin 1993, S. 108/109.

³⁵⁶ Vgl. Hinrichs, Wilhelm: Die Ostdeutschen in Bewegung, in: Handeln im Wandel (Hrsg.: W. Hinrichs/E. Priller), edition sigma, Berlin 2001, S. 275 ff.

wicklung zu verzeichnen. Gleichzeitig begannen damit der Wohnungsleerstand in den vom Westen verschmähten „Plattenbauten“ und der Wegzug von Einwohnern in Dörfern und kleinen Gemeinden aufgrund fehlender Arbeit.

Bereits 10 Jahre nach der Vereinigung war im Wesentlichen eine durchgängig moderne Wohnungs-ausstattung erreicht. 2001 verfügten anstelle von 58 % der Wohnungen (1990) 95 % über Warmwas-ser, 98 % besaßen ein IWC sowie Bad/Dusche, 97 % hatten ein modernes Heizsystem und 92 % einen Telefonanschluss.

Viele der erreichten Veränderungen erscheinen inzwischen als selbstverständlich, werden aber nach wie vor zu den positivsten Entwicklungen seit 1990 gezählt und in der Wohnzufriedenheit reflektiert und anerkannt. Wohnen ist auch 2014 der Lebensbereich mit der höchsten Zufriedenheit (80 %) und einer insgesamt äußerst geringen Unzufriedenheit (4 %).³⁵⁷ Die Wohnzufriedenheit hat seit 1990 einen bedeutenden Anstieg zu verzeichnen und unterscheidet sich im Wesentlichen nicht mehr von den alten Bundesländern.

Tabelle 4.3: Wohnzufriedenheit - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -

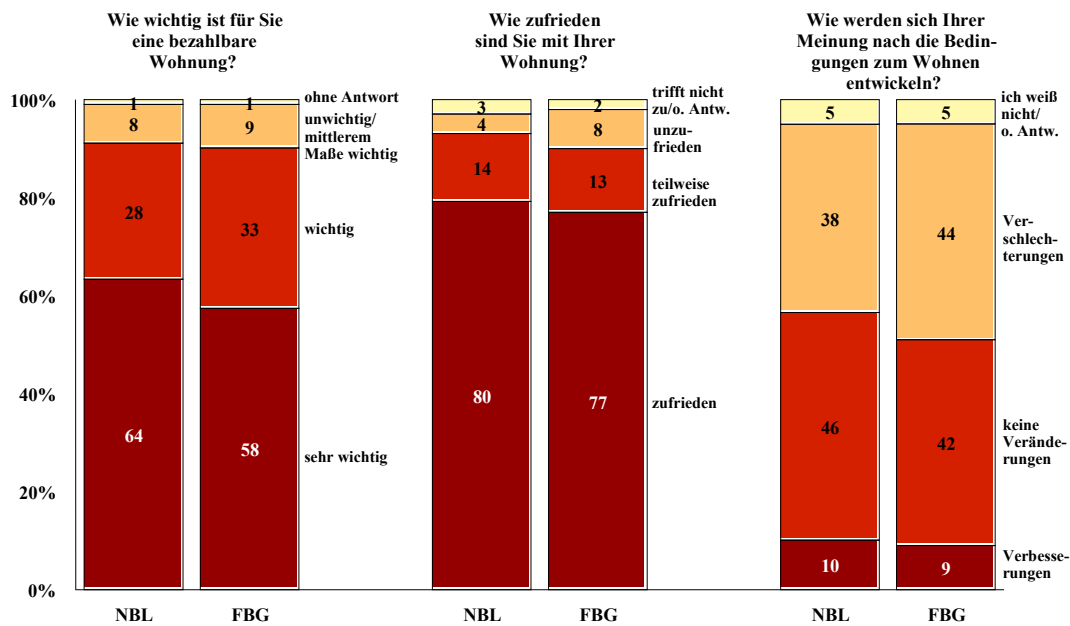
	neue Länder und Berlin-Ost						früheres Bundesgebiet	
	1990	1995	2000	2005	2010	2014	2010	2014
sehr zufrieden	17	20	24	26	26	28	32	30
zufrieden	46	54	58	52	54	52	51	47
teilweise zufrieden	16	18	13	14	14	14	10	13
unzufrieden	7	6	3	3	4	3	3	7
sehr unzufrieden	9	2	1	1	1	1	1	1
ohne Antwort	5	1	1	4	2	2	3	2

Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

Die nachfolgenden Grafiken verdeutlichen den hohen Stellenwert, den das Wohnen, den eine bezahlbare Wohnung für die Bürger haben, wenn rd. 90 % diesen Bereich für sehr wichtig/wichtig in ihrem Leben halten. Hohe Werte auch für die Wohnzufriedenheit, welche im Osten 80 % und im Westen 77 % erreicht. Im Osten wie Westen ist die Zufriedenheit im kommunalen Wohnungssektor am niedrigsten, wenn auch mit 70 % deutlich über den entsprechenden Westwerten (61 %), es folgen die Bewohner von Genossenschaften, des privaten Wohnungsmarktes sowie das Wohnen im Eigentum mit 91 % (Ost) sowie 93 % (West).

³⁵⁷ Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.); vgl. dazu auch: Winkler, Gunnar: Die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse, a.a.O., S. 201 ff.

Abbildung 4.1: Grundaussagen zum Lebensbereich Wohnen - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



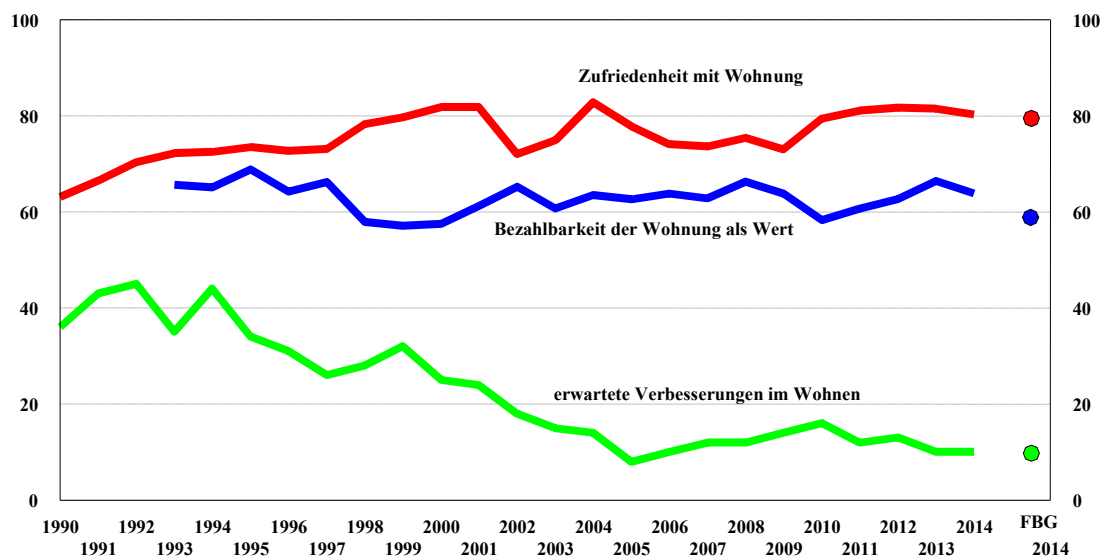
Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Im Gegensatz dazu sinken die Erwartungen an weitere Verbesserungen. Zunächst könnte angenommen werden, dass mit den erreichten Veränderungen keine weiteren Verbesserungen mehr erwartet werden, es zeigt sich jedoch, dass insbesondere seit 2010 in Ost wie West die Annahmen auf künftige Verschlechterungen auf 38 % (Ost) bzw. 44 % (West), d.h. fast auf das Doppelte, gestiegen sind. Die Ursachen dafür sind vielfältig und offensichtlich sowohl Ergebnis der generellen Debatten z.B. über Energiepreise und Betriebskosten als auch der Verschärfungen bei Sozialleistungen im Zusammenhang mit dem Wohnen sowie Entwicklungen in der Infrastruktur der Kommunen.

Es wurde bereits hervorgehoben, dass sich generell die Wohnzufriedenheit für die Bürger in den neuen Bundesländern seit 1990 deutlich erhöht hat. Nach anfänglich sozialen Verunsicherungen - nicht zuletzt durch Mietentwicklungen, die ohne Veränderung der qualitativen Standards erfolgten - hat sich seit Beginn des Jahrtausends doch eine stabile Wohnzufriedenheit mit insgesamt äußerst geringer Unzufriedenheit herausgebildet. Der Anteil der Unzufriedenen hat sich tendenziell zwischen 4 % bis 5 % eingepegelt, was einen ausgesprochen niedrigen Wert darstellt. Dabei ist natürlich auch zu beachten, dass Wohnzufriedenheit sich nicht nur auf Größe und Lage der Wohnung reduzieren lässt, sondern auch die Wohnungsausstattung mit einschließt. Gerade in diesem Bereich sind bedeutende Veränderungen vor sich gegangen (vgl. Abschnitt 2.3.4), wenn man nur an Haushaltstechnik oder Elektronik denkt.

Befragte der Altersgruppe ab 60 Jahre geben in den neuen Ländern eine über dem Durchschnitt liegende Bewertung ab (83 % zufrieden). Die höchste Wohnzufriedenheit wird von Bürgern ausgewiesen, welche in selbst genutztem Eigentum wohnen (Ost wie West 90 %). Insbesondere in den neuen Bundesländern ist die Differenzierung der Wohnzufriedenheit zwischen Wohnen in kommunalen Wohnungen und anderen Eigentumsformen am größten, ebenso wie die Unzufriedenheit (8 % im Osten, 18 % im Westen). Das mag seine Ursache in den neuen Ländern in den bedeutenden Veränderungen im technischen Wohnkomfort insbesondere im Sektor der privaten und genossenschaftlichen Mietwohnungen sowie dem selbst genutzten Eigentum nach 1990 haben.

Abbildung 4.2: Grundaussagen zum Wohnen - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014
 - Vergleichswert FBG 2014 - in Prozent -
 (nur Antworten: Wert einer bezahlbaren Wohnung: „sehr wichtig“
 Zufriedenheit mit Wohnung: „sehr zufrieden“/„zufrieden“
 Erwartungen zum Wohnen: „Verbesserung“)



Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

Die für 2013 vorliegende statistische Erhebung zu den Wohnverhältnissen privater Haushalte in Deutschland sowie die mit dem Mikrozensus 2011 verbundene Gebäude- und Wohnraumzählung ermöglichen eine detailliertere Analyse der Wohnbedingungen und Wohnverhältnisse und verweisen u.a. auf folgende Tatbestände³⁵⁸:

- a) Insgesamt haben in den neuen Ländern Wohnräume und Wohnfläche in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, der Abstand zu Westdeutschland hat sich - bezogen auf den einzelnen Einwohner - verringert. Die durchschnittliche Wohnfläche der Haushalte der Bürger liegt in Ostdeutschland lt. offizieller Statistik³⁵⁹ Ende 2015 bei 79,5 qm **je Wohnung**, im früheren Bundesgebiet bei 95,2 qm und in Deutschland insgesamt bei 91,6 qm. Bezogen auf die Wohnfläche **je Einwohner** stehen in Deutschland jedem 46,2 qm zur Verfügung, in den neuen Ländern (ohne Berlin) 44,2 qm und im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) 46,9 qm - 1990 betrug die Wohnfläche je Einwohner in den alten Bundesländern (inkl. Berlin-West) 36,4 qm und in den neuen Ländern (inkl. Berlin-Ost) 28,2 qm.

Tabelle 4.4: Wohnfläche - nach Regionen* - 1990 bis 2015 - in Quadratmetern -

	Wohnfläche je Wohnung		Wohnfläche je Einwohner	
	früheres Bundesgebiet	neue Länder + Berlin	früheres Bundesgebiet	neue Länder + Berlin
1990	86,5	64,4	36,7	27,4
1995	87,0	69,7	37,9	31,8
2000	87,9	71,2	40,2	36,0
2005	89,7	72,6	41,9	38,4
2010	94,7	77,4	45,9	41,7
2015	95,2	78,2	46,9	43,1

* bis 2004 früheres Bundesgebiet + West-Berlin, ab 2005 früheres Bundesgebiet ohne Berlin, ab 2005 neue Länder + Gesamtberlin

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 5, Reihe 1, Gebäude und Wohnungen 2015, Wiesbaden 2016

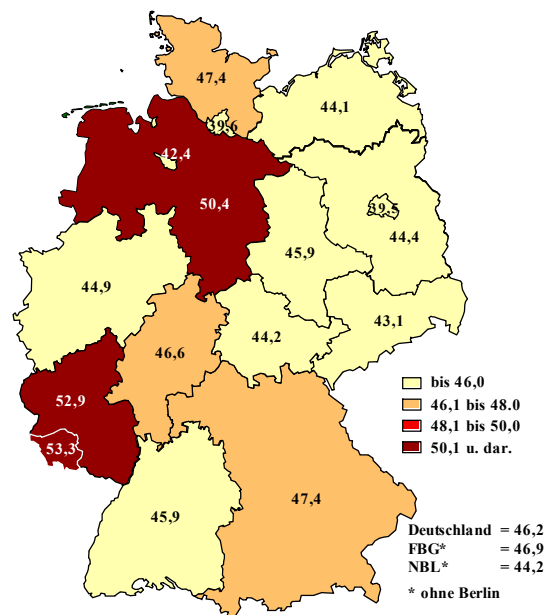
³⁵⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Sonderheft EVS 2013, Wohnverhältnisse privater Haushalte, Wiesbaden 2015.

³⁵⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 5, Reihe 3, Gebäude und Wohnungen 2015, Wiesbaden 2016.

Insgesamt haben sich in den neuen Bundesländern nicht nur die Ausstattung der Wohnungen durchgängig verändert, sondern auch Wohnungsgrößen, d.h. die zur Verfügung stehende Wohnfläche sowie die Zahl der Wohnräume. Der Abstand zu Westdeutschland hat sich - bezogen auf den einzelnen Einwohner - verringert, ist aber je Wohnung weitgehend gleich geblieben. Darauf hatten sowohl die abnehmende Bevölkerungszahl als auch der Verbleib älterer Menschen in größeren Wohnungen einen direkten Einfluss.

Die Wohnfläche in den einzelnen Bundesländern differiert (2015) vom Saarland mit 53,3 qm je Einwohner bis Nordrhein-Westfalen mit 44,9 qm im Westen (ohne Stadtstaaten) und erreicht im Osten 45,9 qm in Sachsen-Anhalt, 44,4 qm in Brandenburg, 44,2 qm in Thüringen, 44,1 qm in Mecklenburg-Vorpommern und 43,1 qm in Sachsen.

Abbildung 4.3: Wohnfläche je Einwohner - 31.12.2015 - in Quadratmetern -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 5, Reihe 3, Bestand an Wohnungen - 31.12.2015, Wiesbaden 2016

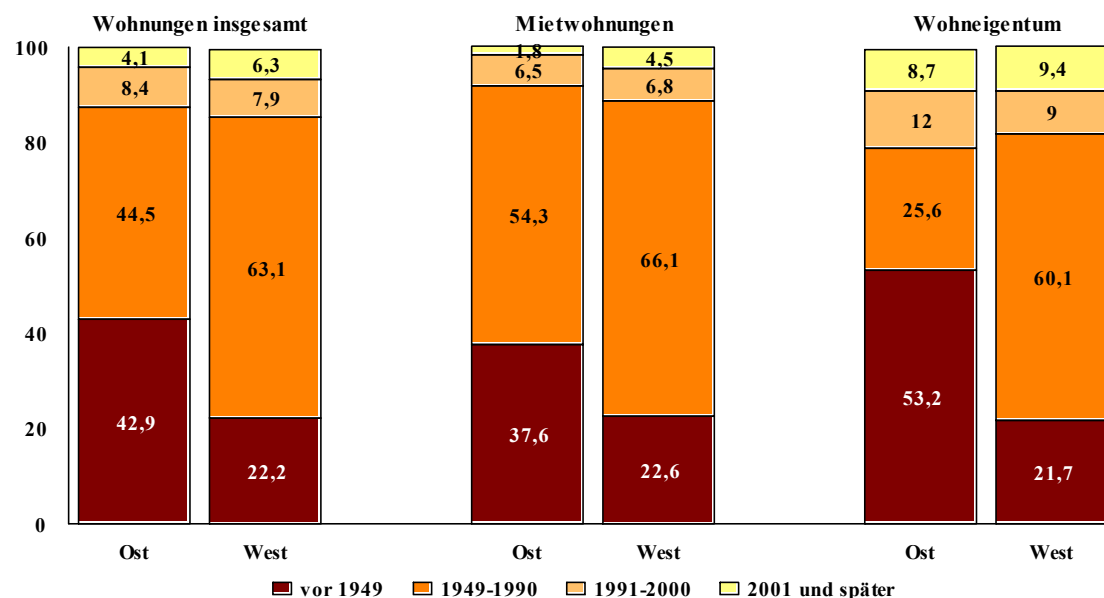
- b) Nicht zuletzt durch die Zuwanderungen der letzten Jahre ist ein zusätzlicher Wohnungsbedarf von 540.000 Wohnungen entstanden. Für das Jahr 2015 wird das **Wohnungsdefizit** insgesamt mit rund 800.000 Wohnungen angegeben³⁶⁰. Zunehmend wird Ost und West auch beim Wohnungsmarkt nicht nur beim Bedarf, sondern auch beim Leerstand (2015 = 2 Millionen Wohnungen) weiter gespalten - dieser liegt bei Mietwohnungen in Deutschland bei 5,1 %, im Osten bei 8,5 % und im Westen bei 1,9 %. Insbesondere die Entleerung der ländlichen Gebiete und der geringe Anteil städtischer Konzentrationen verschärfen diesen Widerspruch im Osten weiter. Sachsen-Anhalt weist - bezogen auf die Bestände der GdW-Wohnungsunternehmen - mit 11,3 % bundesweit die höchste Leerstandsquote auf, Sachsen folgt mit einem Leerstand von knapp über 8,5 %, die niedrigste Quote in den neuen Bundesländern hat Mecklenburg-Vorpommern mit 6,2 %. In den westdeutschen Ländern weist das Saarland mit einer Leerstandsquote von 4,4 % den höchsten Wert aus, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 2,6 % und Nordrhein-Westfalen mit 2,3 %. Mit 1,5 % bzw. 1,6 % verfügen Hessen und Niedersachsen über die niedrigsten Leerstandsquoten westdeutscher Flächenländer. Hamburg hat mit 0,8 % die niedrigste Leerstandsquote aller Bundesländer.

³⁶⁰ GdW-Gesamtverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Die Wohnungswirtschaft Deutschlands, Jahresstatistik 2015, Berlin 2016, S. 3.

- c) Nach wie vor sind die Eigentumsverhältnisse zwischen Ost und West im Wohnen deutlich regional flächendeckend unterschiedlich. Von den 38,4 Millionen Haushalten wohnten 2014 insgesamt 45,5 % in Wohneigentum, das waren im Osten (neue Länder und Berlin) 34,4 %, ohne Berlin erreichten die neuen Länder 40,2 %, im Westen lag die Quote bei 48,41 %³⁶¹. Die neuen Möglichkeiten des Erwerbs privaten Wohneigentums führten zu einem doch eher moderaten Anstieg des Anteils in Wohneigentum lebender Familien/Bürger. Empirische Erhebungen 1990 weisen für die neuen Länder und Berlin-Ost - auf die Haushalte bezogen - eine Quote von 28 % in Wohneigentum lebender Bürger aus.³⁶² 2003 lag der Anteil in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 31,7 %, im Westen - inkl. Berlin-West - bei 45,6 %, bei deutlichen Unterschieden zwischen den einzelnen Bundesländern. Die höchsten Anteile an selbstgenutztem Wohneigentum erreichten im Osten lt. offizieller Statistik Brandenburg (46,4), Thüringen (43,8), Sachsen-Anhalt (42,2) Mecklenburg-Vorpommern (38,9) sowie Sachsen (34,1). Die Altersgruppen der 50- bis 65-Jährigen im Osten und im Westen die über 65-Jährigen verfügen über die höchsten Eigentümerquoten.
- d) Die Bürger im Osten Deutschlands leben nach wie vor in deutlich älterer Bausubstanz als westdeutsche Einwohner. So lag der Anteil der vor 1949 gebauten Wohnungen in den neuen Ländern und Berlin mit 42,9 % wesentlich höher als im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit 22,2 %. Hervorhebenswert ist vor allem, dass auch die 25-jährige Vereinigung keine grundlegende Veränderungen in der Bausubstanz mit sich brachte - obwohl in den neuen Ländern seit 1990 insgesamt 12,5 % aller Wohnungen des Bestandes von 2014 neu gebaut wurden, konnte mit Westdeutschland nicht gleichgezogen (22,2 %) und die Grundstruktur einer älteren Bausubstanz überwunden werden.

Dabei sind Lösungen der Politik nicht erkennbar, denn gegenwärtig kostet Bauland in einzelnen Landkreisen der neuen Länder rd. 10 Euro je Quadratmeter im Gegensatz dazu in München 1.200 Euro/qm. Die soziale Spaltung auch der Eigentümer wird zunehmen.

Abbildung 4.4: Baujahr der Gebäude von Wohnungen - nach Regionen und Baujahr
- 2014 - in Prozent -



Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Fachserie 5, Heft 1, Bauen und Wohnen, Wiesbaden 2016, T.: WS 02 / Eigenberechnungen

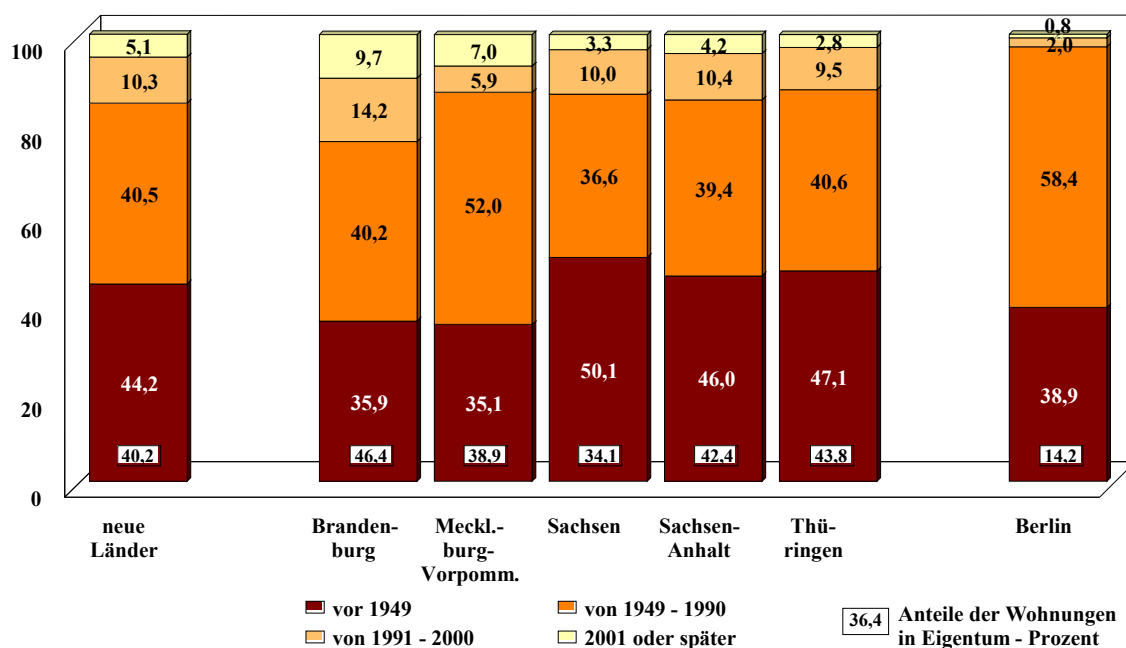
³⁶¹ Statistisches Bundesamt, Fachserie 5, Heft 1, Bauen und Wohnen, Wiesbaden 2016, T. WS 02 / Eigenber.

³⁶² Hinrichs, Wilhelm: Wohnen, in: Sozialreport 1994 (Hrsg. I. Kurz-Scherf/G. Winkler), Berlin 1994, S. 217.

Auch die weitgehend fehlende Entwicklung an privatem Wohneigentum aus dem Zeitraum 1949 bis 1990 konnte nicht „nachgeholt“ werden. Über die Hälfte des Wohneigentums im Osten (53,2 %) entstand vor 1949 (Vergleichswert West = 21,7 %) und ist damit an „Altbausubstanz“ gebunden.

- e) Der Neubau im Osten vollzog sich zunächst im Wesentlichen³⁶³ über den Bau vor allem von Ein- und weniger von Zweifamilienhäusern oder Errichtung von Mehrfamilienhäusern im Umland der großen Städte. Im Osten beträgt der Anteil im Wohneigentum, der an Einfamilienhäuser gebunden ist, 68,6 % und liegt damit höher als im Westen (59,7 %) - während die zur Verfügung stehende Wohnfläche in Einfamilienhäusern bei 116 qm im Osten unter den 136 qm im Westen liegt. Die Bebauung erfolgte mehrheitlich in Form sogenannter „Wohnparks“ und „Gartenstädte“ auf der grünen Wiese. Dies war teilweise mit einer Zersiedelung und enger Bebauung des Umlandes der großen Städte, einer großflächigen Versiegelung des Bodens und anderen ökologischen Nachteilen verbunden.
- f) Während im Osten 65 % der Haushalte über Zentral-, Etagenheizung in ihren Wohnungen versorgt werden, sind das im Westen 85 %, über Fernheizung verfügen 32 % im Osten und 8 % im Westen, der Rest verteilt sich auf Ofenheizung/Mehrraumöfen.

Abbildung 4.5: Wohnungen nach Baujahresgruppen der Gebäude sowie Anteil Wohnungseigentümer - neue Länder - 2014 - in Prozent -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 5, Heft 1, Bauen und Wohnen 2014, Berlin 2016, Tab. WS 02 / Eigenber.

Hinsichtlich des Wohneigentums ist aufgrund der bereits genannten historischen Komponenten der spezifischen Eigentümerquote auch auf das in der DDR fast generelle staatliche Eigentum an Grund und Boden sowie auf die stärker auf Gemeinschaftseigentum (Wohnungsgenossenschaften) beruhende Entwicklung zu verweisen. Bis in die Gegenwart spielen jedoch auch die geringen erworbenen oder geerbten finanziellen Vermögen, ebenso wie die Abwanderungen junger Menschen und soziale Ver-

³⁶³ Vgl. hierzu auch: Hinrichs, Wilhelm: Entwicklung der Wohnverhältnisse in Ostdeutschland 1990-1998, in: Sozialreport 1999 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (hrsg. vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. durch G. Winkler), Berlin 1999, S. 237 ff.

unsicherungen in Bezug auf kontinuierliches Einkommen eine Rolle beim Erwerb privaten Wohneigentums.

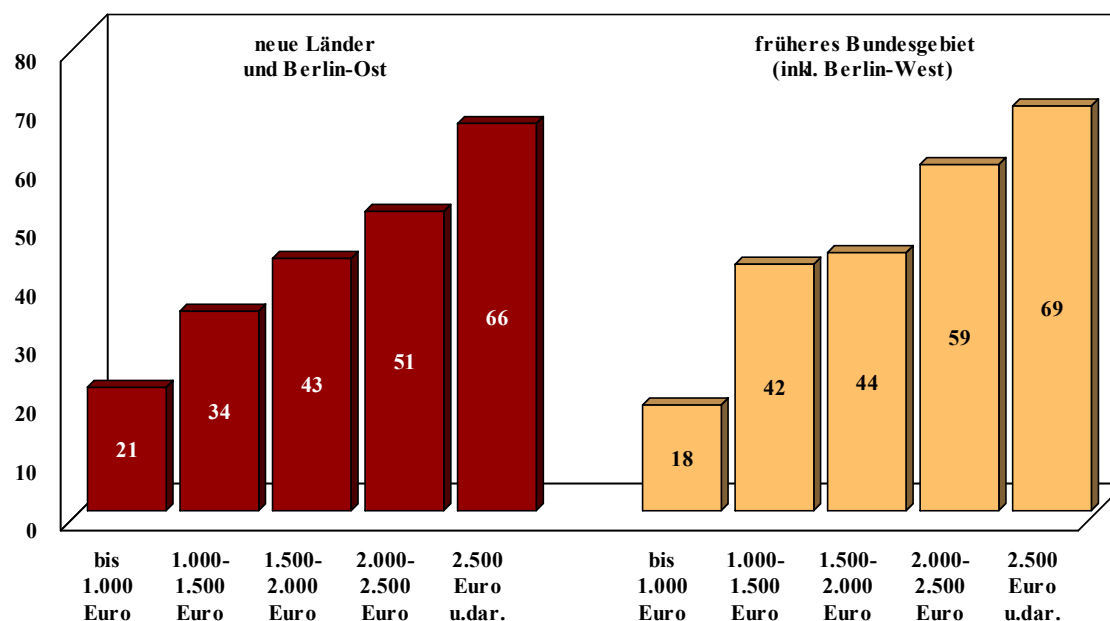
Die dem Wohneigentum zugrunde liegenden Immobilienwerte trennen Ost und West darüber hinaus noch zusätzlich, so liegt der Verkehrswert für Wohneigentum bei 87.000 Euro im Osten und 131.000 Euro im Westen (Median).

Die Wohnraumzählung 2011 verwies auch darauf, dass von den insgesamt zur Verfügung stehenden Wohnungen³⁶⁴

- a) 65,7 % im Besitz von Privatpersonen bzw. Eigentümergemeinschaften in den neuen Bundesländern sind, in Westdeutschland und Berlin 83,9 %. Gemeinschaften von Eigentümern prägen - im Vergleich zu kommunalem und genossenschaftlichem Eigentum - die westdeutschen Eigentumsverhältnisse in höherem Maße (24,1 %) als in den neuen Ländern (14,3 %).
- b) In Ostdeutschland (ohne Berlin) haben kommunale Wohnungen (13,9 %) und Genossenschaftswohnungen (12,6 %) einen bestimmteren Einfluss als im Westen (8,0 % insgesamt), insbesondere aufgrund der Abriss- und Rekonstruktionskosten in der Altbausubstanz sowie der traditionellen ehemals betrieblichen Wohnungsbaugenossenschaften.
- c) Der Anteil der tatsächlich von Eigentümern selbstgenutzten Wohnungen liegt in Deutschland insgesamt mit 42,9 % erkennbar niedriger als das vorhandene Wohneigentum - das gilt für Ost (36,1 %) weniger als für West (44,3 %).

Eigentum ist auch in den neuen Ländern vor allem an ein höheres Einkommen (66 % über 2.500 Haushalts-Nettoeinkommen - vgl. Abbildung 4.6) und damit verbundener höherer Qualifikation (46 %), den Beamtenstatus (58 %), Selbstständigkeit (60 %) gebunden, im Gegensatz zu geringen Anteilen bei Arbeitslosigkeit (18 %).

Abbildung 4.6: Anteile selbst genutzten Eigentums - nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen (äquivalenzgewichtet) und Regionen - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

³⁶⁴ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Gebäude und Wohnen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost, Mikrozensus 2011, Kamenz 2014/Eigenberechnungen.

Die Wohnungsprobleme Deutschlands werden sich trotz demografischen Wandels nicht wesentlich entspannen. Die Zahl der Haushalte steigt allein durch die Singularisierung der Bevölkerung und erhöht den Bedarf. Einem Überangebot z.B. in ländlichen Räumen vor allem im Osten steht in vielen Städten eine über dem Angebot liegende Nachfrage gegenüber. Vor allem untere Einkommensgruppen haben es auch in Städten mit einem Fehlen an preiswertem Wohnraum zu tun.

Prognosen gehen davon aus, dass insbesondere die Wohnraumsituation im Osten durch einen zunehmenden Wohnungsüberhang bis 2030 charakterisiert sein wird. Lag dieser 2011 bei 8,0 % im Osten (ohne Berlin) und 3,6 % im Westen, so wird von einem Anstieg auf 20,2 % in den neuen Ländern und 8,8 % in den alten Ländern ausgegangen³⁶⁵. Hauptursachen dafür sind die weiter abnehmende Bevölkerungszahl und der weitere Wegzug jüngerer Menschen vom Lande in die Zentren sowie die anzunehmende weitere Ausdünnung der sozial-kulturellen Infrastruktur.

Aber in Stadt und Land gilt: Wurde zu DDR-Zeiten in der Regel der Wohnraum als zu klein empfunden - vor allem mit steigender Familiengröße -, so ist inzwischen die Finanzierbarkeit des Wohnens zum entscheidenden Kriterium geworden.

4.1.2 Mieten - Wohngeld - Obdachlosigkeit

Die geringere Wohnzufriedenheit in Mieterhaushalten ist weniger mit den im geringeren Maße verbesserten Wohnbedingungen verbunden, sondern resultiert in den neuen Ländern nicht zuletzt auch aus dem wachsenden Anteil der Mieten am Haushaltsnettoeinkommen.

Insgesamt stiegen die Mieten seit 1990 vor allem im Zeitraum ab 1991 verbunden mit Sanierungen und Renovierungen sowie Umzug in Wohnhäuser mit besserem Komfort und besserer Lage deutlich an.

In Ostdeutschland lag der Anteil der Mieten³⁶⁶ bei den entsprechenden Mieterhaushalten im Jahre 1990 bei 3 % bzw. 1991 bei 4 %, stieg bis 1993 auf 17 %, erreichte um die Jahrtausendwende 26 % und liegt in den letzten Jahren bei rd. 27/28 % des Haushaltsnettoeinkommens. Es erfolgte damit zunächst eine rasche Angleichung an die Mietbelastung westdeutscher Haushalte. In Haushalten der neuen Länder und Berlin-Ost beträgt die Mietbelastung 2014 inzwischen 27,3 % - im Vergleich zum früheren Bundesgebiet mit 30,6 %.

Tabelle 4.5: Mietenstruktur* - nach Anteil der Haushalte und ausgewählten Jahren
- neue Länder und Berlin-Ost - 1990 bis 2014 - in Prozent -

	bis 25 Euro	25-150 Euro	150-250 Euro	250-350 Euro	350-500 Euro	500-700 Euro	700 Euro u. dar.
1990	58	42					
1993	2	29	41	25	3	1	-
2000	1	5	19	28	32	13	3
2005		2	6	17	35	27	15
2010		1	5	17	35	27	15
2014			2	12	37	27	22

* bis 2000 auf Eurobasis umgerechnet

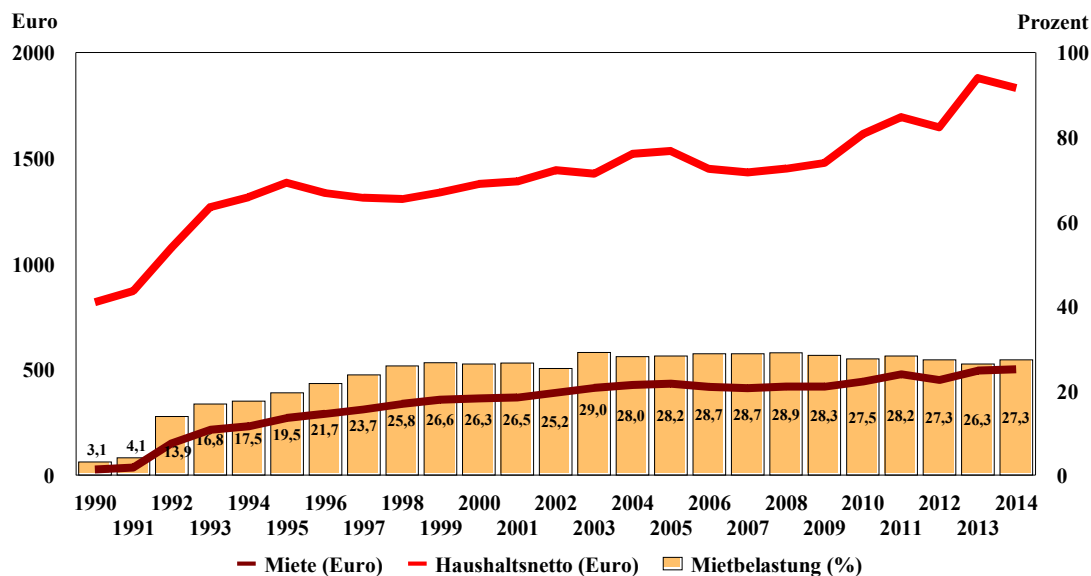
Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

³⁶⁵ BBSR, Aktuelle und zukünftige Entwicklungen von Wohnungsleerständen in den Teilregionen Deutschlands, Bonn 2014, S. 43.

³⁶⁶ Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.).

Wohnen und Wohnqualität wurden in einem bis 1990 nicht bekannten Maße von Mieten, Betriebskosten und Finanzierungsbedingungen bei Eigentum abhängig und damit vom individuellen bzw. familiären Einkommen. Von einer Miete pro Quadratmeter (inkl. Betriebskosten) von rd. 0,50 Mark der DDR (Ende 1989) auf 9 bis 10 Euro und darüber haben sich die Wohnkosten in den vergangenen Jahren entwickelt. Während Mieten und Betriebskosten bei kommunalem und genossenschaftlichem Eigentum im Prinzip gleich verlaufend sind, haben sich für Mieter in privatem Eigentum die Mieten deutlicher erhöht.

Abbildung 4.7: Mietbelastung von Mieterhaushalten (privat - Kommunen - Genossenschaften) - neue Länder und Berlin-Ost - 1990 bis 2014 -



Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

So betragen die Mieten von befragten Bürgern im Jahr 2014 ab 18. Lebensjahr in Ostdeutschland (ohne Berlin-West) bei privaten Vermietern im Durchschnitt 572 Euro, bei kommunalen Vermietern 449 Euro und in Genossenschaften 447 Euro. Die monatliche Belastung bei Eigentum wird in den neuen Bundesländern mit 720 Euro angegeben. Die Vergleichswerte im früheren Bundesgebiet liegen für 2014 bei 618 Euro bei Privatvermietern, 549 Euro bei kommunalen Unternehmen, 500 Euro in Wohnungsgenossenschaften und 738 Euro bei selbstgenutztem Eigentum. Unterschiede zu den alten Bundesländern resultieren - trotz keineswegs günstigerer Tarife bei Energie oder Wasser und Betriebskosten insgesamt - insbesondere aus anteilig geringeren Belastungen bei Wohneigentum aufgrund der niedrigeren Verschuldung durch den Immobilienwert - so wird der durchschnittliche Vermögenswert von selbstgenutztem Wohneigentum in den neuen Ländern (2013) mit 138.500 Euro und in den alten Bundesländern mit 268.000 Euro je Immobilienbesitzer angegeben,³⁶⁷ als mittlerer Wert (Median) werden 87.000 Euro im Osten und 131.000 Euro im Westen ausgewiesen, wie oben bereits dargestellt.

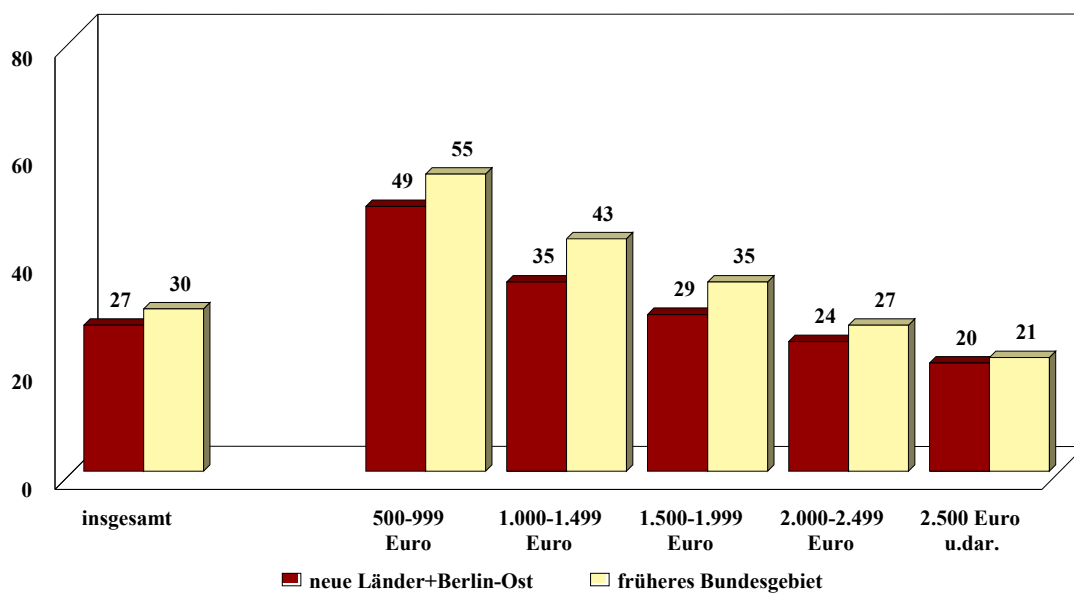
Auch bei Mieten gilt, dass in Abhängigkeit vom Haushaltsnettoeinkommen mit steigender Wohnungsgröße und den finanziellen Möglichkeiten die Mieten in Mieterhaushalten steigen: von 370 Euro in der Einkommensgruppe bis 1.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen im Osten bis auf 680 Euro in der Einkommensgruppe über 2.500 Euro.

³⁶⁷ Statistisches Bundesamt, Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15, Heft 2, Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte - 2013 -, Wiesbaden 2014.

Mit der ab 1.7.2015 wirksam gewordenen „Mietpreisbremse“ sollte der „angespannte“ Wohnungsmarkt neue Impulse bekommen, da bei Neuvermietungen keine ungebremste Mieterhöhung erfolgen kann, sondern maximal 10 % Steigerung möglich sein sollten. Das betrifft keine Erstvermietungen bei Neubauten ab 1.10.2014 und Wiedervermietungen nach sog. Luxussanierungen. Die bislang für 2015 vorliegenden Ergebnisse sind keineswegs zufriedenstellend, da sie eine weitgehende Wirkungslosigkeit der Mietenbremse feststellen. In den Großstädten wurde sie kaum angewendet und die Vermieter müssen keine Sanktionen fürchten, so dass der Justizminister für 2017 bereits wieder Änderungen ins Auge fasst.

Zugleich liegt die Festlegung, ob tatsächlich Gebiete mit einem angespannten Wohnungsmarkt vorliegen, in der Entscheidung der einzelnen Bundesländer und setzt ein über dem Bundesdurchschnitt liegendes Mietniveau voraus, insofern trifft die Regelung zur „Mietpreisbremse“ kaum den Osten.

Abbildung 4.8: Mietanteil an Haushaltsnettoeinkommen - nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen - 2014 - in Prozent - nur Haushalte von Mietern und Genossenschaftsmitgliedern -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

In Ost wie West wenden die unteren Einkommensgruppen rd. 50 % ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Miete auf, während in den oberen Einkommenssegmenten nur rd. 30 % für die Miete verwendet werden.

Der zum 10. Mal nach 1990 veröffentlichte Wohngeld- und Mietenbericht für 2014³⁶⁸ belegt u.a.:

- die Bruttokaltmiete betrug 2014 in Deutschland 7,10 Euro/m², in Ostdeutschland (inkl. Berlin) 6,73 Euro und in Westdeutschland 7,42 Euro.
- Die niedrigeren Mieten im Osten beruhen vor allem auf dem hohen Anteil von Mietwohnungen (42 % - vgl. Abbildung 4.4), welche vor 1945 gebaut wurden (Westdeutschland 22 %).
- Die Betriebskosten im Osten unterscheiden sich zum Westen³⁶⁹ sowohl durch höhere Aufwendungen für Heizung und Wasser (Heizung Ost 1,34 Euro/m²/Monat - West 1,21 Euro - Warmwasser Ost 0,37 Euro/M²/Monat - West 0,33 Euro) als auch geringere Betriebskosten z.B. für Grundsteuer, Müllbeseitigung, Straßenreinigung u.a.m.

³⁶⁸ Wohngeld- und Mietenbericht der Bundesregierung 2014, Berlin 2015.

³⁶⁹ Vgl. Deutscher Mieterbund, Betriebskostenspiegel 2014, Köln 2015.

- d) Wenn im Osten die Gesamtmiete deutlich niedriger ist, so resultiert das auch aus kleineren Wohnungen mit einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von rd. 73 qm in Mietwohnungen im Gegensatz zu rd. 90 qm in den alten Bundesländern.

In Deutschland fehlten Ende 2015 bereit 800.000 Wohnungen sowie 3,6 Millionen Wohnungen bis 2025 aufgrund des steigenden Bedarfs durch Zuwanderungen und Bedarfsveränderungen (z.B. mehr Zweitwohnungen durch Zunahme der Studierenden)³⁷⁰. Es fehlen sowohl preiswerte und bezahlbare Wohnungen als auch eine deutliche Aufstockung des sozialen Wohnungsbaus. Die Expertenannahmen gehen bis 2025 von einem erforderlichen jährlichen Neubau von rd. 400.000 Wohnungen aus, davon 100.000 in Ein- und Zweifamilienhäusern, 100.000 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sowie speziell rd. 40.000 Wohnungen im Bereich des bezahlbaren Wohnungsneubaus und jährlich 100.000 Wohnungen als Neustart des Sozialwohnungsbaus (gefördert/mit Belegungsbindungen). Die Mieten von Sozialwohnungen übersteigen z.B. in Berlin bereits den Mietpreis für Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt. Auch hier wird die Mietpreisbremse keine Verbesserungen mit sich bringen, sondern die Verdrängung von ärmeren, seit langem ansässigen Teilen der Bevölkerung aus den Städten möglicherweise weiter beschleunigen, um die Profitabilität des Wohnungsmarktes nicht anzutasten.

In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg wurden die Sozialwohnungen rapide zurückgefahren, vorhandene Fördermittel nicht zielgerichtet eingesetzt, da kein Bedarf aufgrund des hohen Leerstandes bestünde. Zugleich wurde in Größenordnungen kommunaler/öffentlicher Wohnungsbestand verkauft, d.h. privatisiert. In einigen neuen Bundesländern werden 2015 nach über 15 Jahren erstmalig wieder Sozialwohnungen gebaut, wenn auch keineswegs hinreichend³⁷¹.

Sicher ist die angekündigte Reform des Wohngeldes für 2016 zu begrüßen, denn sie wird vielen Betroffenen eine notwendige Verbesserung bringen, die angesichts der steigenden Mietpreise dringend geboten ist. Die Berücksichtigung steigender Energiekosten sowie den Mietpreisanstieg zu dämpfen, sind jedoch noch immer offene Forderungen.

Aufgrund der 2005 wirksam gewordenen Änderung des Sozialrechts wurde in Deutschland der Anteil Wohngeld empfangender Haushalte deutlich reduziert. 2,2 % der Haushalte in den neuen Ländern (ohne Berlin) und 1,2 % im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) erhielten Ende 2014 - vor allem aufgrund nicht hinreichender eigener Einkommen - Wohngeld. Das betraf rd. 140.000 Haushalte in den neuen Ländern und 366.000 Haushalte in den alten Ländern sowie 1.000 Haushalte in Berlin³⁷². Der durchschnittliche Wohngeldanspruch lag 2014 in den neuen Ländern bei 96 Euro und im früheren Bundesgebiet bei 114 Euro.³⁷³ Die Bundesländer mit den höchsten Anteilen an Wohngeldhaushalten sind Mecklenburg-Vorpommern (2,9 %), Sachsen (2,3 %) und Thüringen (2,1 %), die niedrigsten Quoten weisen Bayern und das Saarland mit 0,8 % aus. Bestand in Hamburg ein Anspruch auf 130 Euro, so betrug dieser in Sachsen-Anhalt 91 Euro.

Obwohl Deutschland zu den reichsten Ländern der Welt gehört, ist die existente Wohnungslosigkeit keineswegs unbedeutend. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. gibt - aufgrund des Fehlens einer bundeseinheitlichen Statistik - die Anzahl der Wohnungslosen für 2014 mit 335.000

³⁷⁰ Pestel-Institut, im Auftrag Bündnis Sozialer Wohnungsbau, Kurzstudie - Modellrechnungen zu den langfristigen Kosten und Einsparungen eines Neustarts des sozialen Wohnungsbaus sowie Einschätzung des aktuellen und mittelfristigen Wohnungsbedarfs, Hannover 2015, S. 15.

³⁷¹ Schulz, Josephine: Ein kleiner Rückzug vom Rückzug - zum sozialen Wohnungsbau, ND. v. 6.10.2016, S. 2/3.

³⁷² Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Reihe 4, Wohngeld 2014, Wiesbaden 2016.

³⁷³ Ebenda.

an, darunter ca. 35.000 Ostdeutsche³⁷⁴. Die Zahl der von Wohnungslosigkeit Bedrohten wird mit über 172.000 angegeben. Für das Jahr 2018 gehen Experten von einem Anstieg der Wohnungslosigkeit auf 536.000 aus.

Entsprechende Analysen zu sozialen Strukturen stellen fest, dass 72 % Männer sind, zu 31 % Bürger mit Migrationshintergrund, 71 % sind alleinstehend und 9 % Kinder und minderjährige Jugendliche. Hauptursachen der Entwicklung der vergangenen Jahre liegen nicht in der Zuwanderung³⁷⁵, sondern einer jahrzehntelangen verfehlten Wohnungspolitik in Verbindung mit unzureichender Armutsbekämpfung.

Als gesellschaftliche Ursachen werden vor allem gesehen (2015):

- das Schrumpfen des sozialen Wohnungsbestandes von rd. 4 Millionen auf unter 1,5 Millionen;
- ein unzureichendes Angebot an preiswertem Wohnraum bei zunehmender Verarmung der unteren Einkommensgruppen;
- das Fehlen von rd. 2,7 Millionen Kleinwohnungen - 16,8 Millionen Einpersonenhaushalten stehen nur 14,2 Millionen Ein- bis Dreizimmerwohnungen gegenüber - das ist weniger ein Problem der neuen Länder, da durch die Abwanderungen der Bedarf insgesamt gering ist (aber nicht deckungsgleicher Bedarf und Wohnungsüberhang nach Kommunen).

4.1.3 Wohnen im Alter³⁷⁶

Ein verlängertes Leben in der Altersphase bedeutet zugleich, länger in der jeweiligen Wohnung leben zu können/müssen bzw. noch einmal umzuziehen oder sich auf ein Wohnen mit entsprechender Betreuung einzustellen.

Durchgeführte Untersuchungen bestätigen³⁷⁷:

- Die häufigste Wohnform im Alter ist die „normale“ Wohnung. 93 % der 65-Jährigen und älteren Menschen leben in „normalen“ Wohnungen, und auch noch rund zwei Drittel der 90-Jährigen nutzen keine besonderen Wohnformen für das Alter, sondern wohnen im „normalen“ Wohnungsbestand.

Die meisten älteren Menschen leben auch dann noch in einer „normalen“ Wohnung, wenn sie auf Hilfe und Pflege angewiesen sind. So wurden 2011 nach der Pflegestatistik 70,3 % der Pflegebedürftigen - überwiegend ab 65 Jahre - zu Hause durch Angehörige (47,3) bzw. zusammen oder nur durch ambulante Pflegedienste (23,0 %) versorgt. In den neuen Bundesländern waren das 72,1 % zu Hause zu Pflegende (West 69,8), von denen 45,9 % (West 47,7 %) ausschließlich durch Angehörige gepflegt wurden und 26,2 % (West 22,1 %) durch Pflegedienste bzw. gemeinsam mit Pflegediensten³⁷⁸.

Fast übereinstimmend belegt eine Vielzahl von Studien, dass der Wunsch der großen Mehrheit älterer Menschen darin besteht, so lange wie möglich in einer normalen Wohnung zu leben.

³⁷⁴ Siehe hierzu: www.bag-wohnungslosenhilfe.de - Pressemitteilung vom 01.08.2013/Statistikbericht der bag-wohnungslosenhilfe.

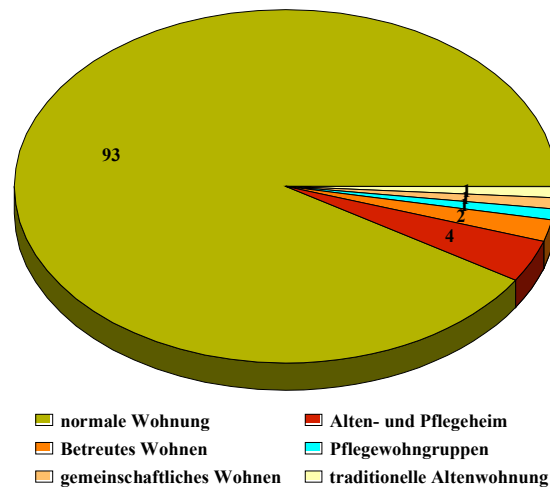
³⁷⁵ Siehe hierzu: www.bag-wohnungslosenhilfe.de - Pressemitteilung vom 05.10.2015.

³⁷⁶ Nachfolgende Ausführungen wurden übernommen und aktualisiert aus: Winkler, Gunnar: Die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse 1989 bis 2012, a.a.O., S. 207/208.

³⁷⁷ Siehe hierzu: Wohnen im Alter, Kuratorium Deutsche Altershilfe, Köln (Auftragnehmer), Ursula Kremer-Preiß (Leitung), Thorsten Mehnert, Holger Stolarz, herausgegeben vom Bundesministerium für Verkehr, Stadt- und Raumforschung, Berlin 2011, Heft 147.

³⁷⁸ Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2011, Wiesbaden 2013.

Abbildung 4.9: Prozentuale Verteilung altersgerechter Wohnformen - 65 Jahre und älter - Deutschland - 2008 -



Quelle: Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) 2008: BFW - Research, Berlin - entnommen aus BMVSBS, Heft 147, Berlin 2011, S. 28

- In Deutschland wohnt etwa die Hälfte der Seniorenhaushalte in selbst genutztem Wohneigentum, jeweils ein Viertel wohnt zur Miete bei Wohnungsunternehmen oder bei privaten Vermietern. Die Wohneigentumsquote von Seniorenhaushalten ist um 7 % höher als im Bundesdurchschnitt.³⁷⁹

Analoge Aussagen ergeben sich aus der Erhebung „Leben 2014“, welche - bezogen auf den Personenkreis, welcher dazu Aussagen getroffen hat - zu 35 % in Wohneigentum Lebenden ab 65 Jahre für die neuen Länder und Berlin-Ost sowie 56 % im früheren Bundesgebiet kommt.

Mietwohnungen sind eher an mittlere bis kleinere Einkommen gebunden ebenso wie Genossenschaftswohnungen (vor allem in den neuen Ländern).

- Ältere Bürger leben mehr in alter Bausubstanz sowie durchschnittlich 30 Jahre und mehr in der gleichen Wohnung/im gleichen Haus.

Die genannte Studie des Kuratoriums Deutsche Altenhilfe³⁸⁰ kommt zugleich zu nachfolgenden Aussagen: Viele dieser Gebäude sind aufgrund ihrer Bauweise nicht altersgerecht, d.h., dass minimale Standards einer barrierefreien Bauweise nicht eingehalten werden - das trifft für rd. 95 % aller Wohnungen zu, in denen ältere Menschen leben. Zu diesen baulichen Minimalanforderungen gehört hier-nach, wenn zumindest

- der Zugang zur Wohnung möglichst barrierefrei gestaltet ist,
- innerhalb der Wohnung oder zum Balkon/zur Terrasse keine Stufen und Schwellen zu überwinden sind,
- die Türen im Sanitärbereich eine ausreichende Breite haben,
- im Sanitärbereich ausreichende Bewegungsflächen vorherrschen,
- eine bodengleiche Dusche zur Verfügung steht.

Der Begriff „altersgerechtes Wohnen“ muss aber deutlich weiter gefasst werden. Er umfasst neben den baulichen Anforderungen an die Wohnung auch Anforderungen an die barrierefreie/-reduzierte Gestal-

³⁷⁹ Wohnen im Alter ..., a.a.O., S. 9.

³⁸⁰ Ebenda.

tung des Wohnumfeldes, infrastrukturelle und soziale Angebote vor Ort sowie die Möglichkeit, bei Bedarf auf Unterstützungsangebote zurückgreifen zu können.³⁸¹

4.1.4 *Infrastrukturen und Wohnen*³⁸²

Eine hohe Lebensqualität beruht in nicht unbedeutendem Maße auf den Rahmenbedingungen für ein selbstbewusstes, eigenverantwortlich führbares Leben entsprechend den im jeweiligen Lebensraum existierenden Rahmenbedingungen.

Generell ist davon auszugehen, dass Wohnung und Wohnumfeld für den Lebensvollzug ein hohes Gewicht haben, da die Zeit, die in der Wohnung, im Wohngebiet, in der Gemeinde, d.h. in der näheren Umgebung, verbracht wird, relativ hoch ist. Neben der Ausstattung der Wohnung kommt für die Bürger vor allem der infrastrukturellen Gestaltung des Wohnumfeldes deshalb große Bedeutung zu.

Das schließt über die Möglichkeiten der regional möglichen Einbindung in das Erwerbsleben (bezogen auf die Altersgruppen der noch nicht im Rentenalter Befindlichen) für alle Bürger ein:

- die Wohnbedingungen,
- die schulische Infrastruktur und das System der Betreuung von Kindern/Jugendlichen,
- die Versorgungsbedingungen und Versorgungssituation mit
 - Konsumgütern (Nahrung, Technik, Waren des täglichen Bedarfs),
 - Kommunikationsmöglichkeiten (Post, Bahn),
 - gesundheitlicher Betreuung,
 - kultureller und sportlicher Betätigung und Betreuung,
- Erreichbarkeit und Wohnungsnähe der Infrastruktur.

Werden vor allem die Entwicklungen der „haushalts- und personenbezogenen“³⁸³ Infrastruktur in den neuen Ländern seit 1990 betrachtet, so sind einerseits die bedeutenden Verbesserungen in der technischen Infrastruktur (vor allem in den Bereichen Telekommunikation, Straßenbau, Wasserver- und -entsorgung), in den sanitären und sportlichen Bedingungen insbesondere in den Schulen sowie im Handels- und Gaststättennetz unverkennbar. Gleichzeitig sind auch gegenläufige Entwicklungen in ländlichen Gebieten sowie speziellen Bereichen der kulturellen und sportlichen Infrastruktur auf dem Lande eingetreten.

Entsprechend einer Analyse speziell zu Infrastrukturen aus dem Jahr 2007 gab es eine hohe Zufriedenheit in den Bereichen der Grundversorgung.³⁸⁴ Sowohl bei Waren des täglichen Bedarfs als auch der Versorgung mit Haus- und Zahnärzten werden hohe Wertungen vorgenommen (vgl. Abbildung 4.10), während sich kommunale Dienstleistungen und spezifische Angebote der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung doch deutlich mit geringeren Wertungen abheben.

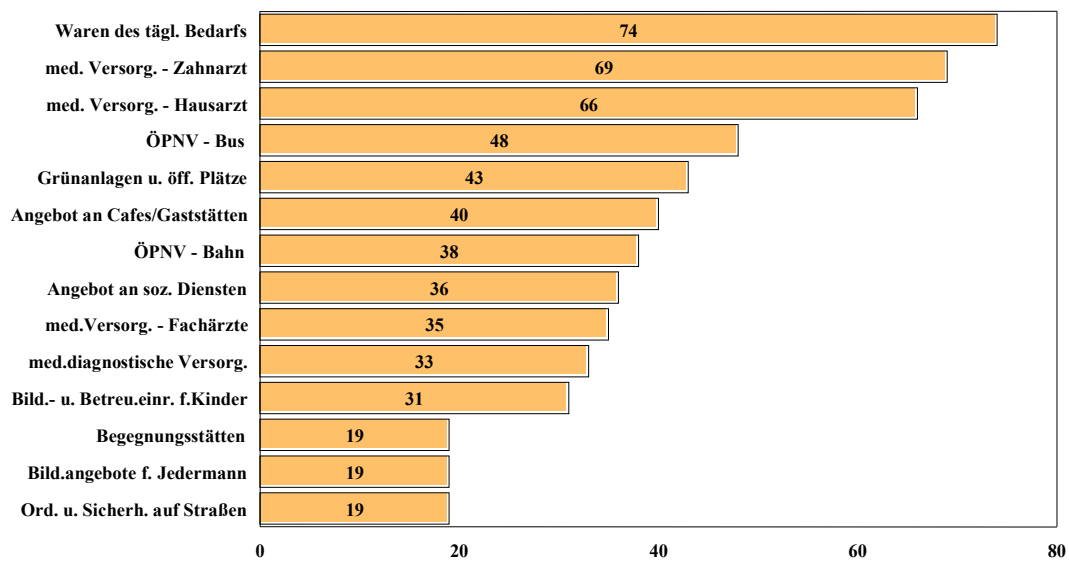
³⁸¹ Wohnen im Alter, a.a.O., S. 10.

³⁸² Nachfolgende Ausführungen wurden übernommen und aktualisiert aus: Winkler, Gunnar: Die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse 1989 bis 2012, a.a.O., S. 209 ff.

³⁸³ Diesem Muster folgend wird unterschieden zwischen sachkapitalorientierter (u.a. Verkehrs-, Kommunikations-, Energie- und Wasserversorgungseinrichtungen), humankapitalorientierter (u.a. Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen) und der haushalts- und personenbezogenen Infrastruktur (u.a. Wohnungsversorgung, Gesundheitseinrichtungen, kulturelle Infrastruktur, Freizeitinfrastruktur) - vgl. Irmen, E./Blach, A.: Infrastrukturdefizite in den neuen Ländern, Regionalbarometer Neue Länder (Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.), Bonn-Bad/Godesberg 1995.

³⁸⁴ Vgl. hierzu detailliert: Liebscher, Reinhard: Ergebnisse der Erhebung „Leben in den neuen Bundesländern“ zu ausgewählten Aspekten der sozialen Infrastruktur, SFZ, Berlin 2007.

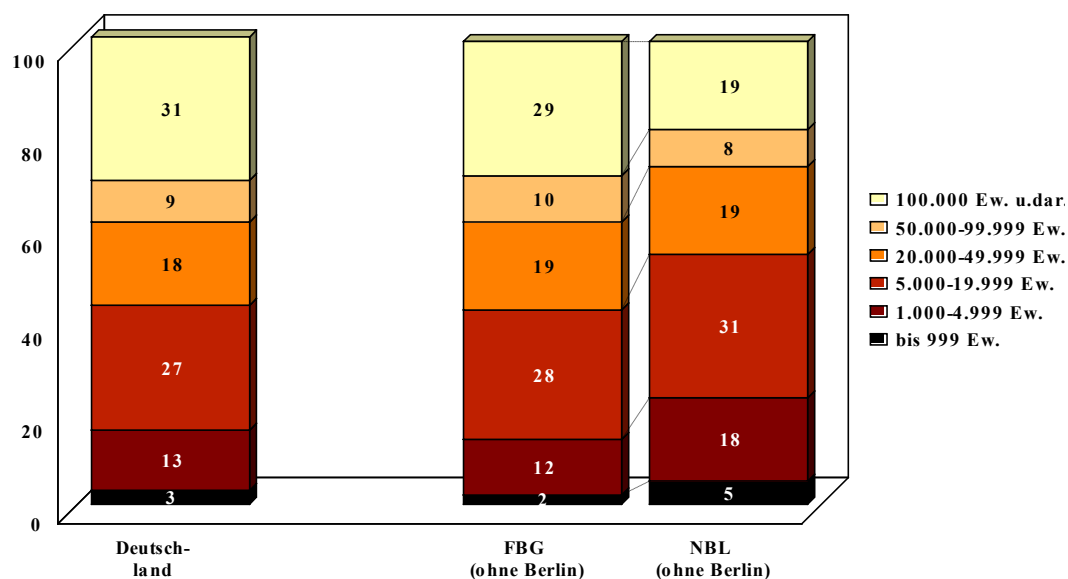
Abbildung 4.10: Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Gegebenheiten in Ihrer näheren Umgebung? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent - (nur Antwort: „zufrieden“)



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Gerade in den Angeboten infrastruktureller Leistungen gibt es eine hohe Differenziertheit vor allem nach der Gemeindegröße. In den kleineren Gemeinden wohnt ein nicht unbedeutender Teil insbesondere älterer Menschen mit - im Vergleich zu der nachrückenden Generation - weitaus geringerer individueller Mobilität (z.B. PKW-Ausstattung) und ist damit in hohem Maße nicht nur auf die Existenz einer Haltestelle des ÖPNV, sondern auf deren bedarfsorientierte Bedienung durch die Verkehrsbetriebe angewiesen. Die geringe Erreichbarkeit einer Apotheke, eines Supermarktes, eines Kredit-/Bankinstitutes, selbst des Hausarztes bzw. komplexerer Gesundheitsversorgungseinrichtungen, eines Dienstleistungszentrums oder von Bürgerinformationen in den kleineren Gemeinden schränkt - insbesondere für ältere Bürger - nicht nur ihre selbstbestimmte Lebensführung ein, sondern führt auch zu Ausgrenzungen hinsichtlich gesellschaftlicher Teilhabe. Die Veränderungen nach 1990 haben die schon zu DDR-Zeiten vorhandenen Differenzierungen zwischen ländlichen und städtischen Gebieten in der Infrastruktur zum Teil weiter vertieft. Insbesondere in Gemeinden unter 1.000 Einwohnern und z.T. bis 5.000 Einwohner sind Unzufriedenheiten aufgrund nicht hinreichender Versorgungsangebote unübersehbar (vgl. Abbildung 4.11).

Abbildung 4.11: Anteile der Bevölkerung - nach Gemeindegrößen und Regionen - 10.04.2014
- in Prozent -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Gemeindeverzeichnis v. 31.12.2011, Sonderveröffentlichung, aktualisiert nach Stand vom 10.04.2014, Wiesbaden 2014 / Eigenberechnungen

Obwohl in den kleinen Gemeinden „nur“ 2,5 (FBG) bzw. 5 % (NBL) der jeweiligen Bevölkerung leben und fast jeder 5. im Osten in Gemeinden zwischen 1.000 und 5.000 Einwohnern, haben sich die Ungleichheiten nach neueren Untersuchungen - bezogen auf sog. Erreichbarkeit bei ausgewählten Einrichtungen der personenbezogenen Grundversorgung - vergrößert. So geben in den neuen Ländern die Befragten aus Gemeinden unter 1.000 Einwohnern u.a. an:

- nur 47 % können eine Verkaufsstelle („Tante-Emma-Laden“) innerhalb von 30 Minuten per Fuß erreichen,
- 36 % einen Supermarkt,
- 44 % eine Gaststätte,
- 45 % eine Annahmestelle der Post,
- 30 % eine Apotheke.

In einer neueren Studie³⁸⁵ wird - bezogen auf Indikatoren zur Nahversorgung (Supermarkt/Discount, Hausärzte, Apotheken, Grundschulen, ÖPNV) - anhand detaillierter Erhebungen verdeutlicht, dass in den Landgemeinden des Ostens, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg (außer sog. Speckgürtel) sowie im nördlichen Sachsen-Anhalt, bei genannten Indikatoren eine überdurchschnittliche Entfernung seitens der Bürger überwunden werden muss, um die genannten „Nahversorgungs-Leistungen“ in Anspruch nehmen zu können.

Bezogen auf alle neuen Bundesländer beträgt die Wegstrecke zum nächsten Supermarkt in den Landgemeinden des Ostens durchschnittlich 3,3 km (westdeutsche Landgemeinden 2,4 km)³⁸⁶ und das bei einem unterdurchschnittlichen Fahrtenangebot des ÖPNV und hohen Altersdurchschnitt.

³⁸⁵ Burgdorf, Markus/Krischausky, Gesine/Müller-Kleibler, Renate: Indikatoren zur Nahversorgung, BBSR-Analysen Kompakt 10/2015.

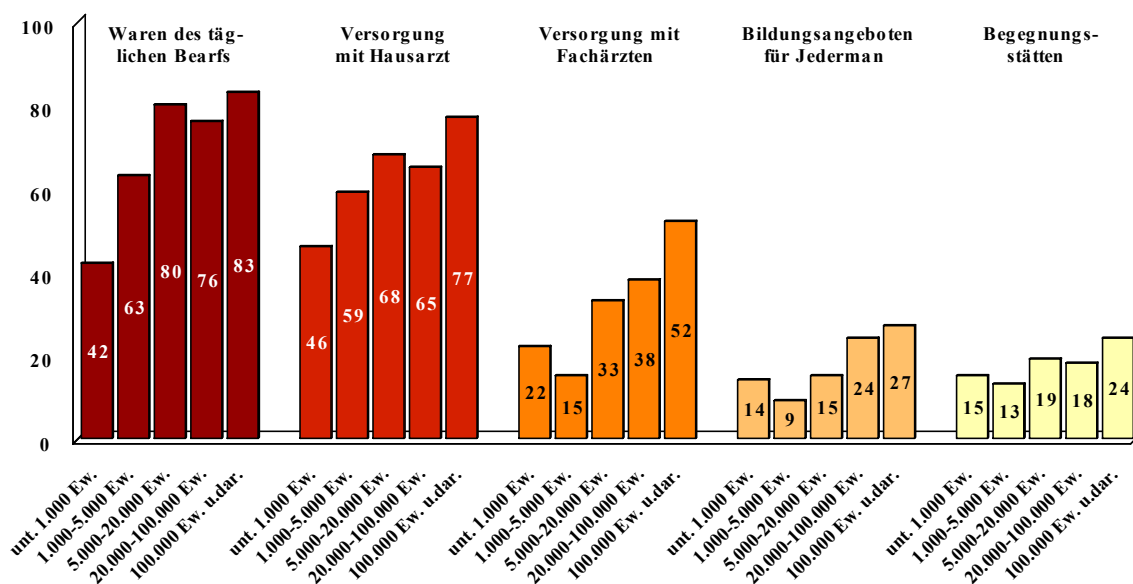
³⁸⁶ Ebenda.

Analoge unterschiedliche Werte wurden von den Autoren der Studie berechnet für:

- Hausärzte: durchschnittliche Entfernung West 2200 m, Ost 2900 m;
- Apotheken: West 3100 m, Ost 4000 m;
- Grundschulen: West 2100 m, Ost 2900 m;
- ÖPNV-Haltestellen: West 1800 m, Ost 2500 m.

Nach wie vor brechen in vielen Regionen Ostdeutschlands wegen der finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen soziale Dienste und sozial-kulturelle Einrichtungen weg. Insbesondere für weniger mobile Menschen in ländlichen Regionen ist das mit einer unmittelbaren Verschlechterung ihrer Lebensqualität verbunden. Sozialkulturelle Infrastrukturen werden „ausgedünnt“, mobile Dienste stehen nicht zur Verfügung. Die weitere Schrumpfung der sozialen Infrastrukturen vor allem in den ländlichen Gebieten wird zusätzlich befördert durch eine nach wie vor erfolgreiche Wanderung jüngerer Menschen nicht nur an Orte der Arbeit, sondern auch an Orte mit entsprechenden Netzen der Infrastruktur. So wenig wie bisher die Arbeitsstätten dorthin gewandert sind, wo die Arbeitskräfte waren, so wenig wird sich eine auf Marktwirtschaft beruhende Infrastruktur dorthin bewegen, wo sie benötigt, sondern dorthin, wo bezahlt oder gefördert wird.

Abbildung 4.12: Zufrieden mit ... - nach Gemeindegrößen (Einwohnerzahl) - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Die Entwicklung der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden - bezogen auf den einzelnen Bürger - ist für die Gemeinden in den neuen Bundesländern deutlich geringer als in den alten Bundesländern. Damit wird zumindest der Rahmen jener infrastrukturellen Maßnahmen begrenzt, die die Lebensqualität der in der Gemeinde lebenden Bürger beeinflussen. Obwohl in den letzten Jahren die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in den neuen Ländern schneller stiegen als in den alten Bundesländern (neue Länder 2001 bis 2013 von 289 Euro/Einwohner auf 645 Euro - alte Länder von 719 auf 1.103 Euro/Einwohner - ohne Stadtstaaten), so liegt ihr Anteil immer noch bei nur 58 % (pro Einwohner!), zugleich stieg die absolute Differenz zu Ungunsten der neuen Länder von 430 auf 458 Euro je Einwohner.

Die deutlich geringeren Mittel, welche den Gemeinden und Gemeindeverbänden je Einwohner im Osten zur Verfügung stehen, sind vorrangig auf die unterschiedliche Finanzkraft zurückzuführen, die bekanntlich auf zwei großen Einschnitten basiert:

- a) Im Ergebnis der Teilung Deutschlands „wanderten“ bereits vor 1950 rd. 500 führende Großbetriebe Deutschlands mit Sitz in der „Ostzone und Berlin“ in den Westen und stärkten seitdem dort die Wirtschaftsentwicklung³⁸⁷.
- b) Der Deindustrialisierung und Entgenossenschaftlichung nach 1990, in deren Ergebnis die Wirtschaftsstärke zunächst gegen 30 % im Ost-West-Vergleich zurückentwickelt wurde.

Trotz des sog. Länderfinanzausgleichs - der kein Ausgleich ist, sondern eine Form der Angleichung - konnten die grundlegenden Differenzen nicht überwunden werden. Auch aus dieser Sicht ist - aufgrund der fehlenden Wirtschaftsstruktur - ein „Finanzausgleich“ zwischen den Ländern auch weiterhin erforderlich. Dazu bekannte sich Finanzminister W. Schäuble, wenn er - bezogen auf die Diskussion um Neuregelung des Finanzausgleichs ab 2019 - betont: „Wenn wir den Auftrag des Grundgesetzes, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, ernst nehmen, wird sich daran auch nach 2019 nichts ändern.“³⁸⁸

Die Entleerung der kleineren Gemeinden von Jüngeren führt - bei Schrumpfung des Öffentlichen Personennahverkehrs - nicht nur dazu, dass vor allem immer weniger ältere Menschen die Möglichkeiten haben, einzukaufen, sondern auch Ärzthäuser, Dienststellen u.a. zu besuchen. Entsprechend den Daten von 2004 verfügten in den neuen Ländern nur rd. 45 % der allein lebenden Frauen über 60 Jahre über eine Fahrerlaubnis und nur 35 % fuhren Auto (11 % der über 75-Jährigen) - die Daten werden sich seitdem durch das Nachrücken „jüngerer“ Jahrgänge etwas, aber nicht grundlegend verbessert haben. Kommunen, Vereine und Verbände haben hier ein durchaus wirksames Feld sozialpolitischer Interessenvertretung und sozialer Betreuung.

In einzelnen Bundesländern wird sogar die Orientierung ausgegeben, in die Städte bzw. stadtnahen Regionen umzuziehen oder in Kauf zu nehmen, dass z.B. die ärztliche Versorgung zeitlich verzögert erfolgt. Was vor Jahren mit der Abwicklung von Einrichtungen begann, wurde zeitweilig zu ganzen Regierungsprogrammen auf Landesebene erhoben.³⁸⁹ Gegenpositionen³⁹⁰ verweisen nachdrücklich darauf, dass an die Stelle anspruchsvoller sozial-kultureller Angebote immer öfter zunächst eine Grundversorgung tritt, die immer schwerer zu halten sein wird, so dass letztlich ein weiterer Abbau erfolgt.

Als wichtige Indikatoren für die sozial-kulturelle Infrastruktur seien über die genannten hinaus hervorgehoben:

- die Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung durch steigende Betreuungsdichte - aber nicht bzw. nur selten in den kleineren Gemeinden wirksam - bei
 - Ärzten (1991 = 329 Einwohner je Arzt auf 2014 = 221 Einwohner/Arzt - darunter für die neuen Länder 245 Einwohner/Arzt und das frühere Bundesgebiet inkl. Berlin 217 Einwohner je Arzt),

³⁸⁷ Vgl. Klett's Spezielliste der verlagerten und sitzverlegten Betriebe der Ostzone und von Berlin, 1950.

³⁸⁸ Schäuble, Wolfgang: Die neuen Länder holen auf, Sächsische Zeitung v. 12.08.2014.

³⁸⁹ Vgl. Demografischer Wandel in Brandenburg - Erneuerung aus eigener Kraft, Landesregierung Brandenburg - Staatskanzlei, Potsdam 24. Mai 2005.

³⁹⁰ Vgl. Bundesvorstand der Volkssolidarität, Eckpunkte für ein Soziales Infrastrukturprogramm für die neuen Bundesländer, Informationsdienst der Bundesgeschäftsstelle, Nr. 4, Berlin 2005.

- Zahnärzten (1989 = 74 Zahnärzte/100.000 Einwohner bis 2014 = 87,1 Zahnärzte/100.000 Einwohner - Ost 90,8/West 86,5),
- Apotheken (1989 = 26 Apotheken/1.000 Einwohner auf 2014 = 25 Apotheken/1.000 Einwohner - Ost wie West 25),

aber auch sinkende Bettenkapazitäten in den Krankenhäusern von 983 Betten/100.000 Einwohner (1989) auf 621 Betten/100.000 Einwohner (2013) - im Osten auf 675, im Westen auf 611,³⁹¹

- sinkende Kindereinrichtungen im Osten über die Jahre, steigende Betreuungsquoten im Westen (vgl. Exkurs am Ende dieses Abschnittes),
- rückläufige Sporteinrichtungen, insbesondere im Osten,
- eine rückläufige Entwicklung von Klubs, Jugend- und Seniorentreffs, Kinos und Theater und damit verbundenen Chören usw. (vgl. Abschnitt 5.1).

Wenn die Bewertung des „ländlichen Raumes“ seitens der Bürger insgesamt positiv vorgenommen wird - so stehen dabei „naturbedingte“ Einflüssen wie landschaftliche Schönheit, Stille, Ruhe und Erholung an vorderer Stelle. Im Gegensatz dazu wird allerdings auch „Abwanderung der Jugend“ mit ländlichem Raum verbunden. Genau genommen eine reale, aber erschreckende Aussage, die auch durch Sonderprogramme der Regierung nicht aufgehoben werden wird. Auf die Abwanderung vor allem junger Menschen, insbesondere Frauen, wird seit Mitte der 90er Jahre stetig aufmerksam gemacht, mit wenigen Veränderungen.³⁹² Die in den neuen Bundesländern im „ländlichen“ Raum erfolgenden Veränderungen der „Entleerung“ und zunehmenden „territorialen Ungleichheiten“ reflektieren sich (noch) nicht im hinreichenden Maße.

Unabhängig davon, ob die sich in großen ländlichen Gebieten/Regionen vollziehenden Prozesse als „Peripherisierung“³⁹³, als „Marginalisierung“ oder ob die Regionen als „strukturschwach“ oder „schrumpfend“ gekennzeichnet werden, was ihre Entwicklung bestimmt, sind die Widersprüchlichkeit z.B. der Anziehungskraft für dort nicht Lebende (Natur, Erholung, Ruhe) und die Verschlechterung der Lebensqualität für Einheimische durch fehlende Arbeitsmöglichkeiten, Ausdünnung der sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Infrastruktur sowie eine Schwächung der ökonomischen Leistungsfähigkeit insgesamt.

Die Erfahrungen gerade in den neuen Bundesländern lehren allerdings nicht, dass „Schrumpfen“ und „Entleeren“ auf Dauer auch automatisch verbunden sind mit „versteppten Erholungszonen“ und „posthumanen Landschaften“.³⁹⁴ Die Ungleichheiten zwischen den Siedlungsräumen nehmen ebenso zu wie Wanderungen zwischen Regionen mit Wirtschaftsgefälle. Horrorszenarien von „sterbenden Dörfern“, von Gebieten, in denen nur hochaltrige Menschen und gewaltbereite junge Männer leben, von Ärztemangel und einer neuen „regionalen“ Armut sind schon längst keine seltenen Aussagen in Medien und Politik. So plädierte z.B. der SPD-Politiker Thomas Kralinski aus Brandenburg für eine „kontrollierte Verwilderung“³⁹⁵, um landwirtschaftliche Gebiete wieder der Natur zu überlassen. Und der ehemalige Ministerpräsident Platzeck sah im „Schrumpfen“ eine Chance.³⁹⁶

³⁹¹ Datenquelle: Statistik der Bundesärztekammer/Bundeszahnärztekammer/Apothekervereinigung/BMG.

³⁹² Liebscher, Reinhard/Menning, Sonja/Nowossadeck, Enno: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstrukturen, in: Sozialreport 1995 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: G. Winkler), Verlag GSFP, Berlin 1995, S. 64 sowie nachfolgende Sozialreports.

³⁹³ Keim, Karl-Dieter: Peripherisierung ländlicher Räume, APuZ 37/2006, S. 3.

³⁹⁴ Ebenda, S. 5.

³⁹⁵ Mara, Michael: Verwilderung als Zukunftsvision, Der Tagesspiegel-online vom 7.5.2007.

³⁹⁶ Platzeck, Matthias: Schrumpfen als Chance, Der Tagesspiegel-online vom 18.5.2007.

Die Veröffentlichungen und Ausarbeitungen zur Thematik „ländlicher Raum“ nehmen rapide zu³⁹⁷, die Zahl dargestellter Insellösungen ebenso. Gerade für die Bewertung des „ländlichen Raumes“ sind sowohl die „Draufsicht“ (von außen) als auch die „Binnensicht“ erforderlich.³⁹⁸ „Schönheit der Landschaft“ und „abgehängte Region“ sind konträre, aber doch gleiche soziale Räume charakterisierende Wertungen.³⁹⁹

„In Ostdeutschland ist Schrumpfen bereits Alltag“⁴⁰⁰, welche Entwicklung jedoch damit verbunden wird, liegt vor allem an der Landes- und Kommunalpolitik, an der Wirksamkeit von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden und Vereinen im kulturellen Bereich. Die Bürger sind mobilisierbar, aber nicht ohne entsprechende Rahmenbedingungen und nicht in jedem Alter und um jeden Preis.

Räumliche Gerechtigkeit (so es sie denn gibt) wird am wenigsten eingefordert, sondern eher Gerechtigkeit und Chancengleichheit in den Regionen, Gleichbehandlung bei gleichen Arbeitsergebnissen und Lebensarbeitsleistungen. Es wird kein „Ausgleich“ gefordert, sondern eine gleiche Anerkennung gleicher Leistungen und die Schaffung gleicher Ausgangsbedingungen für gleiche Leistungen. Verschiedenartigkeit des Lebens in Bayern im Vergleich zu Mecklenburg-Vorpommern wird ebenso akzeptiert wie zwischen Land und Stadt. Aber die Chance, selbst darüber entscheiden zu können, wo ich leben will und auch entsprechend leben kann, wird derzeit begrenzt. Die Neufassung des Grundgesetzes hat nicht nur die „Gleichheit der Lebensverhältnisse“, sondern auch die „Wahrung“ durch „Herstellung“ gleichwertiger Lebensverhältnisse ersetzt und damit auf die Zukunft verwiesen.⁴⁰¹

Gerade die Ostdeutschen treten für Vielfalt der Lebensverhältnisse ein, die nach 1990, dem Normenkatalog des Westens folgend, z.T. zunächst beseitigt wurden (Beispiel Kindergärten, Polikliniken, Sportschulen, Gemeindefestungen, betriebliche Sozialeinrichtungen usw.), inzwischen werden „alte Weine in neuen Schläuchen“ verpackt und den Bürgern der neuen Bundesländer als Errungenschaften verkauft. Die Vielfalt des Lebens beginnt wieder Einzug zu halten, wenn auch noch nicht hinreichend und überall.

Selbst wenn die Schulden insgesamt Ende 2015 geringfügig gegenüber 2012 zurückgegangen sind, belaufen sich die öffentlichen Gesamtschulden immer noch auf über 2 Billionen Euro, oder auf 24.829 Euro je Einwohner in Deutschland. Daran war der Bund mit 15,5 Tsd. Euro, die Länder mit 7,5 Tsd. Euro und die Gemeinden mit 1,9 Tsd. Euro beteiligt. Die Einsparungen beruhten nicht unwesentlich auf Kürzungen von Sozialleistungen und Senkung der Zinsen für die Bürger.

4.1.5 Exkurs: Kinderbetreuung 2016

Zu den neueren Erkenntnissen vieler Politiker gehört inzwischen, dass frühkindliche Erziehung in Gemeinschaft nicht schädlich ist, nicht fürs Kind und nicht für die Eltern. Betreuungsmöglichkeiten für Kinder in Tageseinrichtungen zu schaffen und ihre Entwicklung qualitativ zu sichern, zählt auch offiziell mit zu den wichtigsten Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe. Nach fast mehr als 20 Jahren des seit 1996 geltenden Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz bemühen sich verantwortliche Politiker auf Landes- und kommunaler Ebene, insbesondere für unter Dreijährige dieser Zielstellung gerecht zu werden. Fortschritte sind erkennbar, aber immer noch fehlt es nicht nur an finanziellen Mitteln, sondern auch an entsprechenden Einsichten.

³⁹⁷ Vgl. u.a. Bose, Marc/Wirth, Peter: Gesundheitschumpfen oder Ausbluten?, APuZ 21-22/2006, S. 18 ff.

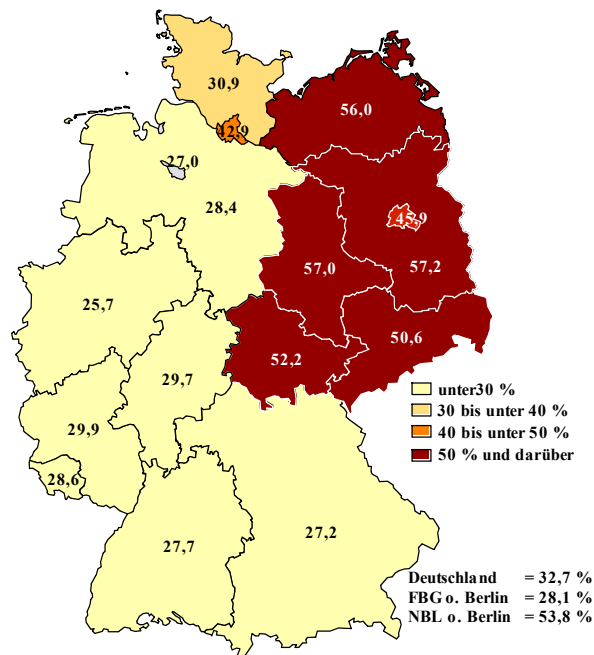
³⁹⁸ Differenzierte Aussagen liefert der Raumordnungsbericht 2011 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

³⁹⁹ Vgl. Neu, Claudia: Territoriale Ungleichheit - eine Erkundung, APuZ 37/2006, S. 9.

⁴⁰⁰ Ebenda S. 22

⁴⁰¹ Vgl. zur Gleichwertigkeitsthematik u.a. Barlösius, Eva: Gleichwertig ist nicht gleich, APuZ 37/2006, S. 16 ff.

Abbildung 4.13: Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen und -pflege - 1. März 2016 - in Prozent -



Quelle: Statistisches Ämter des Bundes und der Länder, Kindertagesbetreuung regional, 01.03.2016, Wiesbaden 2016, T. Q3

Für März 2015 können anhand der staatlichen Statistik⁴⁰² folgende Fakten den gegenwärtigen Status charakterisieren:

- Insgesamt 3,546 Millionen Kinder in den Altersgruppen 0 bis 14 Jahre werden in Deutschland in einer Kindertageseinrichtung bzw. Kindertagespflegestelle betreut. Das betrifft im früheren Bundesgebiet rd. 2,6 Millionen Kinder und in den neuen Ländern und Berlin 1,0 Millionen. Das bedeutet, dass entsprechend der für 2016 hochgerechneten Anzahl der Kinder im Alter zwischen 0 bis 14 Jahren rd. 35 % betreut werden - die Betreuungsquote liegt für die alten Bundesländer bei rd. 31 % und für die neuen Länder und Berlin bei rd. 52 % (neue Länder ohne Berlin 54 %).
- Detailliertere Aussagen geben ein differenzierteres Bild hinsichtlich der sog. Besuchsquote für Kindertagesbetreuung und -pflege (öffentlich geförderte Betreuung außerhalb von Einrichtungen):
 - Die größten noch vorhandenen regionalen Unterschiede liegen in der Kindertagesbetreuung von Schulkindern der Altersgruppen bis zu 11 Jahren mit 52 % im Osten und 16 % im Westen. An zweiter Stelle rangiert die Betreuung bis zu drei Jahren mit 52 % im Osten und 28 % im Westen.
 - In der Altersgruppe der 3- bis 6-Jährigen gibt es die höchste Angleichung zwischen Ost und West mit einer Betreuungsquote von 95 bzw. 93 %.
 - Die Betreuung von 11- bis 14-Jährigen ist weder in Ost noch in West entwickelt bei knapp 1 % in Deutschland insgesamt, mit 0,6 % im Westen und 2,2 % im Osten.
 - Die Kindertagespflege konzentriert sich auf die Altersgruppe bis 3 Jahre mit einer Besuchsquote von 5,0 % im Osten und 4,7 % im Westen.

⁴⁰² Quelle: Statistisches Bundesamt: Kinder und tätige Personen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung 2015, Wiesbaden 2016.

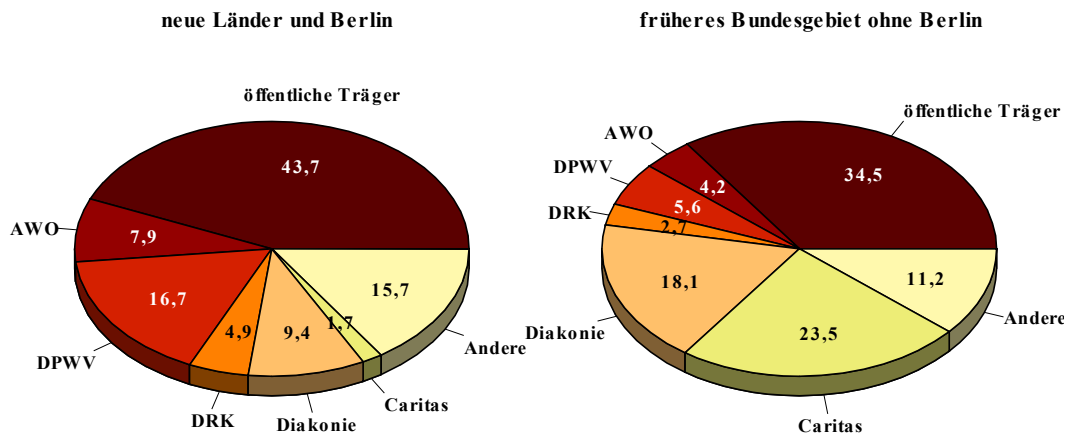
Tabelle 4.6: Betreuungs-/Besuchsquoten für Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kinder in Kindertagespflege am 01.03.2016 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent -

	Deutschland	neue Länder und Berlin	früheres Bundesgebiet ohne Berlin
0 bis 3 Jahre			
Betreuungsquote	32,7	51,8	28,1
Besuchsquote Kindertageseinrichtungen	27,9	46,8	23,4
Besuchsquote Kindertagespflege	4,8	5,0	4,7
3 bis 6 Jahre			
Betreuungsquote	93,6	95,2	93,2
Besuchsquote Kindertageseinrichtungen	92,9	94,5	92,5
Besuchsquote Kindertagespflege	0,6	0,6	0,7
6 bis 11 Jahre			
Betreuungsquote	22,8	52,1	16,0
Besuchsquote Kindertageseinrichtungen	22,5	52,1	15,6
Besuchsquote Kindertagespflege	0,3	0,0	0,4
11 bis 14 Jahre			
Betreuungsquote	0,9	2,2	0,6
Besuchsquote Kindertageseinrichtungen	0,8	2,2	0,5
Besuchsquote Kindertagespflege	0,1	0,0	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt: Kinder und tätige Personen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung 2016, Wiesbaden 2016, T. Q1-Q3

- Insgesamt ist in den letzten Jahren ein Anstieg der Betreuung insbesondere der unter 3-Jährigen zu verzeichnen - so im früheren Bundesgebiet von 10 % (2007) auf 28,1 % (2016) und in den neuen Ländern im gleichen Zeitraum von 41 % auf 51,8 %. Allerdings ist dabei darauf zu verweisen, dass nach 1989 in den neuen Bundesländern ein enormer Betreuungsrückgang erfolgte, der insbesondere mit der hohen Arbeitslosigkeit der Frauen in Verbindung steht sowie dem „Rückbau“ vor allem betrieblicher Kinderkrippen und -gärten, aber auch der Auflösung der „Ganztagsschulen“. So betrug die Betreuungsquote in der DDR 1989 bei unter 3-Jährigen 80 % und bei Schülern der Klassen I bis IV 81 %.
 - Die Spitzenwerte der vertraglich vereinbarten Betreuungszeiten lagen 2016 anteilig zwischen 26 und 35 Stunden je Woche (36 %) sowie über 45 Stunden (30 %) am höchsten. Weniger als 25 Stunden wurden in 19 % der Verträge vereinbart und für 36 bis 44 Stunden in 14 %.
 - Die Anzahl der für die Betreuung tätigen Beschäftigten liegt bei 666 Tsd.
 - Hauptträger der Betreuung sind gemeinnützige Träger mit 64 %, die öffentlichen örtlichen Träger mit 33 % (darunter Gemeinden mit 23 %) sowie privat- nichtgemeinnützige Träger mit 3 %. Bei den Wohlfahrtsverbänden liegen Diakonie und Caritas mit 16 bzw. 17 % an vorderster Stelle und vereinen de facto mehr als die Hälfte der von gemeinnützigen Trägern betreuten Kinder auf ihre Einrichtungen.
- Im Vergleich der neuen Länder (ohne Berlin) mit dem früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) dominiert im Osten mit 43,7 % der öffentliche Bereich (insbes. Gemeinden 35,2 %), gefolgt vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) mit einem Anteil von 16,7 %. Die beiden konfessionellen Träger erreichen nur 11,1 %. Die vergleichbaren Werte für Westdeutschland betragen 34,5 % für die öffentlichen Träger, 41,5 % für die beiden kirchlichen Träger und 5,7 % für den DPWV.

Abbildung 4.14: Betreute Kinder - nach Träger der Einrichtung und Regionen
- 01.03.2016 - in Prozent -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Kinder und tätige Personen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung 2016, Wiesbaden 2016, T25

Viele Bürger besonders in den neuen Ländern werden sich der pauschalen Abwertungen der ersten Jahre nach 1990 erinnern, in denen die außerschulische Betreuung und Förderung in der DDR in Grund und Boden verurteilt und in Begriffen wie „Erziehungsdiktatur“/„Fürsorgediktatur“ zusammengefasst wurden. Mitte 1989 gab es in der DDR eine 81-prozentige Hortversorgung der Schulklassen 1 bis 4 - das waren 760.000 Schüler und 38.000 Erzieher.⁴⁰³

Auch den Eltern wurde z.T. vorgeworfen, sich ihren familiären Verpflichtungen entzogen und das Wohl der Kinder vernachlässigt zu haben. Diese pauschalen Urteile stießen zu Recht auf den Widerstand ganzer Generationen von Bürgern in den heutigen neuen Ländern, welche in Kindergärten und Horten „erzogen“ wurden. Von einer „einheitlichen Erziehungspolitik“ bis zum Malen von DDR-Fahnen in den Einrichtungen (was offensichtlich etwas anderes ist als BRD-Fahnen zur Weltmeisterschaft in Kitas und Schulen zu malen?!) reicht der Vorwurf. Manches mag berechtigt sein, aber Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen leisteten eine durchaus qualitativ hochwertige, vom Kindeswohl geleitete Arbeit.

Zugleich wurde der Eindruck vermittelt, als wenn das bundesdeutsche Modell den „westlichen Werten“ entspreche, ohne erkennen zu lassen, dass es sich bei der Bundesrepublik im europäischen Vergleich um einen Sonderfall handelte⁴⁰⁴. Erst jüngst wird festgestellt, dass - was alle Bürger der neuen Länder wissen - die DDR „mit ihrem auf Ganztätigkeit ausgelegten Bildungs- und Erziehungssystem und der hohen Frauenerwerbstätigkeit mehr Parallelen mit westeuropäischen Staaten wie Frankreich und Schweden auf(wies) als mit dem westdeutschen Nachbarstaat.“⁴⁰⁵ Insgesamt ist mehr als 25 Jahre nach der Vereinigung auch in diesem Bereich im Umgang miteinander mehr Toleranz notwendig - Intoleranz spaltet. Insofern mögen sich viele ehemaligen DDR-Bürger an den Kopf greifen, wenn sie im neuesten Bildungsbericht der Kultusministerkonferenz von 2016 lesen müssen: „Der Ausbau der schulischen Ganztagsbetreuung in Deutschland ist eines der größten Reformprojekte des vergangenen Jahrzehnts. Gegenüber der klassischen Halbtagschule soll die Einbeziehung neuer unterrichtsunterstützender sowie außerunterrichtlicher Lernangebote in den Schulalltag eine individuellere

⁴⁰³ Steiner, Andre: Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, BMAS, Bonn 2006, Tab. 8.1.4.

⁴⁰⁴ Mattes, Monika: Ganztagsbetreuung in der DDR, Zeitschrift für Pädagogik, Nr. 54. Beiheft, Weinheim und Basel 2009, S. 230.

⁴⁰⁵ Ebenda.

und gezieltere Förderung jedes Kindes ermöglichen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.⁴⁰⁶

Inzwischen besuchen (Schuljahr 2014/2015) in Deutschland von 7,2 Millionen Schülerinnen und Schülern in öffentlicher und freier Trägerschaft insgesamt 2,7 Millionen eine Ganztagschule. Ihr Anteil stieg damit von 9,8 % im Jahre 2002 auf 37,7 % im Jahr 2015, d.h. auf das 3,8-Fache⁴⁰⁷. Trotz der erreichten Fortschritte ist festzustellen, dass anvisierte Ziele von 70 % bzw. sogar 100 % noch in weiter Ferne sind. Daran ändert auch eine allgemeine Aussage in der Koalitionsvereinbarung von CDU-CSU-SPD des Jahres 2013 nichts, in der in der Präambel unter dem Motto „Chancengerechtigkeit durch Bildung stärken“ steht: „Ausbau und Qualität von Kitas und Ganztagschulen verbessern den Bildungserfolg der Kinder.“ - detailliertere Aussagen werden nicht getroffen.

Der gegenwärtige Stand verweist u.a. auf Folgendes⁴⁰⁸:

a) Es gibt eine außerordentlich hohe Differenzierung nach Bundesländern und Regionen. 2014/2015 besuchten an 16,5 Tsd. Schulen 2,7 Millionen Schülerinnen und Schüler eine Ganztagschule in öffentlicher bzw. freier Trägerschaft, das waren rd. 60 % aller Schulen und 37,3 % der Schüler. Bezogen auf die einzelnen Bundesländer reicht die Teilnahme - immer noch in einzelnen Bundesländern überholte Denkstrukturen reflektierend - von 15,0 Schülern je 100 in Bayern bis Sachsen mit 79,3 je 100 sowie Hamburg mit 88,3 je 100. In den neuen Bundesländern insgesamt betrug die Zahl der teilnehmenden Schüler 54,2 %, in den alten Bundesländern 33,8 %.

b) Bezogen auf die unterschiedlichen Angebotsformen sind die Differenzierungen noch größer. In den **gebundenen Ganztagschulen** (alle Schüler sind verpflichtet, an mindestens drei Wochentagen für jeweils mindestens sieben Stunden teilzunehmen) werden 17,6 % der Schüler erfasst - mit einem Anteil von 5,3 % in Schleswig-Holstein bis 28,9 % in Sachsen. Die Stadtstaaten liegen bei 30 % und kurz darüber.

Der Anteil in der **offenen Form** (Teilnahme an den vorhandenen Ganztagsangeboten ist freigestellt) liegt bei 20,2 % und reicht von 3,8 % in Rheinland-Pfalz bis zu 50,5 % in Sachsen.

Die durchschnittliche Betriebsdauer (Median) liegt zwischen 7,5 bis 8,25 Std. je Tag.

c) Aufgrund der demografischen Entwicklung wird bis 2020 ein Rückgang der Schülerzahl auf 6,7 Millionen erwartet, was bei unverändertem Ganztagsangebot eine Erhöhung auf eine rd. 36-prozentige Teilnahme ermöglicht.

Dem Wunsch der Eltern entsprechend müsste eine 70-prozentige Teilnahme ermöglicht werden. Wird diese bis 2020 bzw. sogar eine 100-prozentige Teilnahme angestrebt, so erfordert das einen Anstieg um 2,3 Millionen Angebotsplätze (darunter 270 Tsd. in den neuen Bundesländern). Eine 100-prozentige Versorgung mit Ganztagsangeboten erfordert eine Erweiterung um 4,3 Millionen Plätze (darunter NBL 390.000). Allein die 70-prozentige Erweiterung erfordert einen jährlichen Finanzbedarf von 2,7 Mrd. Euro bis 2020.

In vorliegenden Studien wird inzwischen nachdrücklich darauf verwiesen, dass „Kinder und Jugendliche, die regelmäßig an guten Ganztagsangeboten teilnehmen, bessere Lernerfolge erzielen. Gebundene Ganztagschulen ermöglichen eine individuellere Förderung und eröffnen mehr Lernchancen für die Schüler.“⁴⁰⁹

⁴⁰⁶ Bildung in Deutschland 2016, Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Berlin 2016, S. 82.

⁴⁰⁷ Ebenda, S. 262.

⁴⁰⁸ Nachfolgende Aussagen stützen sich auf den Bildungsbericht 2016, a.a.O., S. 262, Tab. D3-1A bis 3A sowie darauf fußende Eigenberechnungen.

⁴⁰⁹ Ebenda, S. 4.

4.2 Arbeit - Arbeitslosigkeit

Hinsichtlich des - an den Erwerbsstatus gebundenen - sozialen Status hat sich eine zunehmende Angleichung der Strukturen zwischen Ost und West ergeben. Erwerbsstrukturen reflektieren den Weg zur Dienstleistungsgesellschaft auch im Osten.

Beschäftigung nimmt in Deutschland gegensätzliche Verläufe zwischen Ost und West. Zugleich stehen sich unterschiedliche Erwerbsmuster - insbesondere in Familien mit Kindern - gegenüber. Atypische und prekäre Arbeitsverhältnisse steigen kontinuierlich in Ost wie West und betreffen inzwischen 4 von 10 Erwerbstätigen. Die trotz allem hohe Erwerbstätigkeit im Osten ist das Ergebnis einer einmaligen beruflichen und regionalen Mobilität.

Grundlegendster Einschnitt war die Herausbildung einer dauerhaften Arbeitslosigkeit und eines nach wie vor gespaltenen Arbeitsmarktes mit nachhaltigen Wirkungen bis zur künftigen Alterssicherung.

In Deutschland verfügen rd. 50 % aller 18- bis 65-Jährigen über eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit. Fast ein Drittel der Erwerbstätigen lebt in sozialer Verunsicherung aufgrund empfundener Arbeitsplatzbedrohung.

4.2.1 Erwerbstätigkeit

In Deutschland gab es 2015 rd. 43,0 Millionen Erwerbstätige, das waren gegenüber 1991 mit 38,8 Millionen rd. 5 Millionen mehr bzw. ein Anstieg auf 111 %. Allein durch die Vereinigung hatte sich die Zahl der in Deutschland zusammengeführten Erwerbstätigen auf fast 40 Millionen erhöht. Dabei ist darauf zu verweisen, dass die im Zeitraum ab November 1989 bereits erfolgten deutlichen Verwerfungen im Osten Deutschlands damit offiziell übergangen werden. Bekanntermaßen vollzog sich diese Entwicklung in den neuen Bundesländern und dem früheren Bundesgebiet wie in kaum einem anderen Bereich so gegensätzlich wie in der Erwerbstätigkeit - welche darüber hinaus im Osten seit 1989/1990 nicht nur mit einem quantitativen Rückgang, sondern zugleich mit einschneidenden qualitativen, strukturellen Veränderungen verbunden war.

In den heutigen neuen Bundesländern ist entsprechend der offiziellen Statistik seit 1989 die Zahl der Erwerbstätigen von 8,9 Millionen (ohne Berlin-Ost mit 0,9 Millionen) auf 5,9 Millionen (2015) gesunken, in den alten Bundesländern von 28,5 Millionen (ohne Berlin-West mit 1,0 Millionen) auf 35,3 Millionen gestiegen - Berlin insgesamt weist für 1989 rd. 1,9 Millionen Erwerbstätige in den beiden Stadtgebieten aus und für 2015 rd. 1,8 Millionen⁴¹⁰. Wird der Zeitraum ab 1989 zugrunde gelegt, so sind die Veränderungen mit einem Absinken auf 66,1 % gravierender, als wenn - wie inzwischen üblich - als Ausgangspunkt das Jahr 1991 genommen wird und damit eine bereits 1990 erfolgte Ost-West-Wanderung von rd. 700.000 Bürgern sowie eine bedeutende Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben in den Vorruhestand (Altersübergang) bzw. in die Arbeitslosigkeit mit insgesamt 1,3 Millionen Bürgern bis Ende 1990 ignoriert wird, nicht mitgerechnet die rd. 2 Millionen Bürger in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.⁴¹¹

Während die Zahl der Erwerbstätigen in allen Bundesländern des früheren Bundesgebietes anstieg, vollzogen sich im Gegensatz dazu in den neuen Bundesländern drastische Reduzierungen ab Ende 1989⁴¹² auf Größenordnungen zwischen Brandenburg auf 70,5 %, Sachsen (70,4 %), Thüringen (65,3 %), Mecklenburg-Vorpommern (63,3 %) und Sachsen-Anhalt (57,8 %).

⁴¹⁰ Quelle: Statistische Ämter der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Bd. 5, Stuttgart 2014/für 1990 Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Erwerbstätigenrechnung, Erwerbstätige in den alten Ländern der Bundesrepublik 1970 bis 1991, Stuttgart 2007, Tab. 1.1/ SFZ, Sozialreport III/1996, Berlin 1996, S. 25.

⁴¹¹ Vgl. auch Heske, Gerhard: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950 bis 1989, Historische Sozialforschung - Supplement No. 21, Köln, Zentrum für Historische Sozialforschung 2009, S. 248.

⁴¹² Sozialreport IV/1994, Berlin 1994, S. 29.

Diese Daten zum Einstieg, da bei allen offiziellen Statistiken im Bereich des Arbeitsmarktes, die von 1991 ausgehen, die vorgenannten Entwicklungen mitzudenken sind.

4.2.1.1 Stellenwert von Erwerbsarbeit

Die große Mehrheit der Bürger in den neuen Bundesländern ging 1989/1990 davon aus, dass mit der Übernahme des Systems der sozialen Marktwirtschaft auch im Bereich der Erwerbsarbeit vieles an vorhandenen Unzulänglichkeiten des DDR-Systems beseitigt würde und neben einem auf Erwerbsarbeit beruhenden Einkommen vor allem die freie Wahl des Berufes, des Arbeitsplatzes und -ortes, die Möglichkeit der Gründung von Betrieben und Unternehmen, die flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit u.a.m. treten würden. Dabei wurde durchaus von einem Teil der Bevölkerung einkalkuliert, dass damit zunächst eine mit zeitweiliger Arbeitslosigkeit verbundene Phase der Umstrukturierung der Wirtschaft verbunden sein würde.

Inzwischen sind viele Illusionen vergangen. Eine mehr als zwei Jahrzehnte anhaltende unvermindert doppelt hohe Arbeitslosigkeit gegenüber den alten Bundesländern, selbst bei leicht ansteigender Beschäftigungszahl, allerdings bei zunehmendem Niedriglohnbereich, eine gleichfalls Jahrzehnte andauernde, zum großen Teil ungewollte und unerwünschte Flucht der Jugend in Ausbildungsberufe und -orte außerhalb der heimischen Region, ebenso wie Vorbehalte gegen Selbstständigkeit und damit verbundene soziale Unsicherheit - all das kennzeichnet die Situation über viele Jahre.

Es ging und geht auch gegenwärtig den Bürgern der neuen Länder vor allem darum,

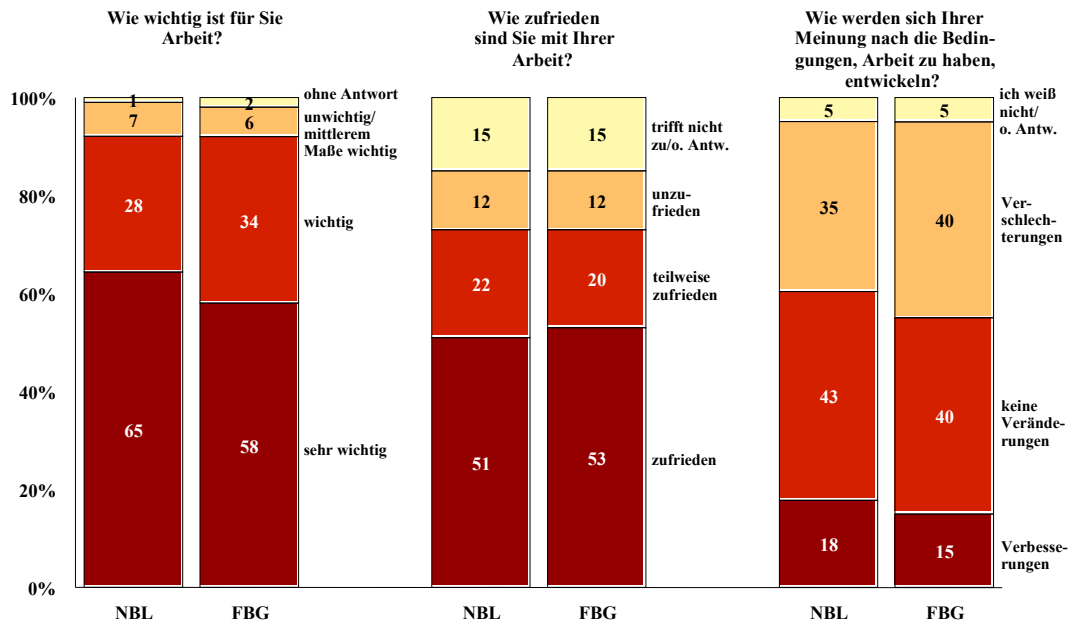
- einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können, die beruflichen Wünschen entspricht und es dem Einzelnen und seiner Familie ermöglicht, ein auf eigener Leistung erzieltes Einkommen zu realisieren;
- Bedingungen vorzufinden, die den Familien/Müttern/Vätern die Chance geben, Erwerbsarbeit und familiäre Verpflichtungen (Kinderbetreuung/Pflege) miteinander verbinden zu können;
- durch eigene Arbeit Teil eines sozialen Sicherungssystems zu sein, das entsprechend dem Generationenvertrag, der Solidarität und auf paritätischer Grundlage von Arbeitnehmern und Arbeitgebern erforderliche soziale Sicherungen bei Krankheit und Pflege, bei Arbeitslosigkeit sowie im Alter gewährleistet;
- teilzunehmen an den Produktivitätszuwächsen und Betriebsgewinnen durch eine entsprechende Einkommensentwicklung, die dem individuellen Leistungsanteil entspricht und damit zugleich für das Alter im Rahmen der solidarischen, gesetzlichen Rentenversicherung vorzusorgen.

Die Entwicklung der vergangenen 25 Jahre hat einer keineswegs geringen Zahl von Bürgern die gewünschten Veränderungen gebracht - wenn auch für einen großen Teil mit vielen Auf und Ab - zugleich haben die vergangenen Jahre jedoch auch für eine ebenfalls nicht unbedeutende Anzahl zu nicht befriedigenden Entwicklungen in Beschäftigung und Einkommen geführt.

In den neuen Ländern ist der Stellenwert von Arbeit bei Frauen und Männern ungebrochen hoch, d.h. 90 % halten Arbeit für ihr Leben (2014) für sehr wichtig (65 %) bzw. wichtig (25 %). Arbeiten zu wollen, der Erwerbsarbeit einen hohen Rang einzuräumen, ist nach wie vor auch charakteristisch für die Bürger der Altersgruppe 18 bis 65 Jahre im Osten wie im Westen (93 %).

Kennzeichnend ist aber auch, dass nur die Hälfte der Bürger im Erwerbsalter mit ihrer Arbeit zufrieden ist und über 80 % der genannten Altersgruppe hinsichtlich der Bedingungen für das Arbeiten in Deutschland keine Verbesserungen bzw. sogar Verschlechterungen erwarten.

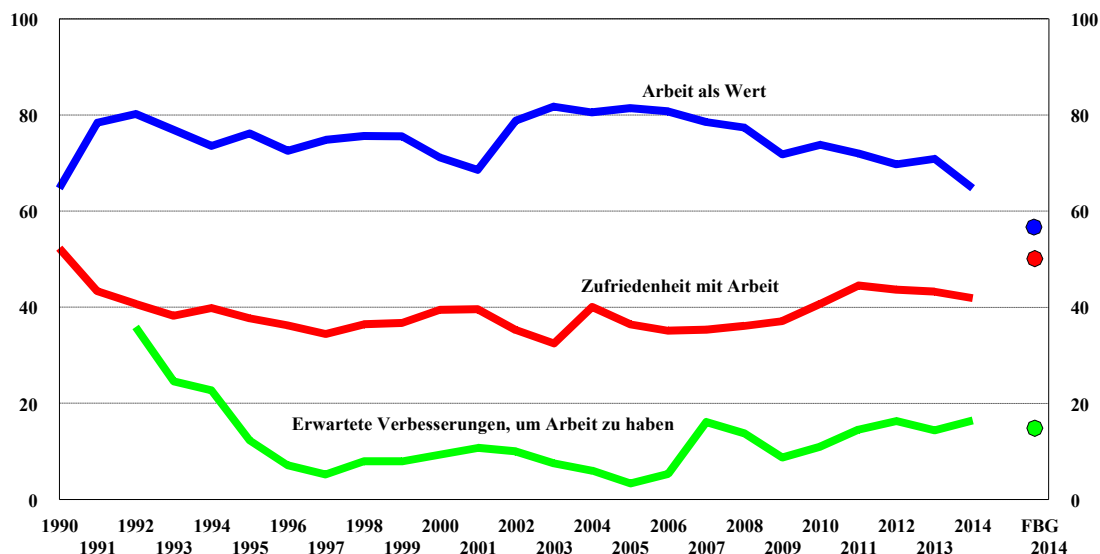
Abbildung 4.15: Grundaussagen zum Lebensbereich Arbeit - 18 bis 65 Jahre - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Berufliche Tätigkeit ist nach wie vor für den Einzelnen in unterschiedlichem Maße Hauptquelle des Lebensunterhalts, wichtigster Raum für die Anwendung und Entwicklung der in Schule und Ausbildung erworbenen Fähigkeiten, Feld sozialen Kontaktes und der Kommunikation sowie Zugangsvoraussetzung zu wesentlichen Sozialleistungen. Vor allem für Frauen eröffnete eigene Erwerbsarbeit - bei allen noch vorhandenen Ungleichheiten - die Chance eigenständiger und gleichberechtigter Lebensplanung und Gestaltung, darunter auch eines Lebens mit Kindern mit und ohne Partner, und nicht zuletzt die Möglichkeit finanzieller Unabhängigkeit vom Mann bis ins Rentenalter.

Abbildung 4.16: Grundaussagen zur Arbeit - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014 - Vergleichswert FBG 2014 - in Prozent -
 (nur Antworten: Wert von Arbeit: „sehr wichtig“
 Zufriedenheit mit Arbeit: „sehr zufrieden“/„zufrieden“
 Erwartung, Arbeit zu haben: „Verbesserung“)



Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

Dabei ist hervorzuheben, dass weniger eine Umbewertung der Erwerbsarbeit im Verständnis der Menschen in den neuen Bundesländern stattgefunden hat als das aus heutiger Sicht den Anschein hat. Erwerbsarbeit wird gegenwärtig im Vergleich zum Zeitraum bis 1990 als wichtiger empfunden. Im Frühjahr 1990, also noch unter dem direkten Eindruck der DDR-Verhältnisse, auf einem mittleren Rangplatz in der persönlichen Gewichtung der Lebensbereiche liegend, ist seit 1991/92 der Platz der Erwerbsarbeit in der Werteskala eindeutig an vorderste Stelle gerückt, wenn auch mit leichten Verschiebungen von sehr wichtig zu wichtig.

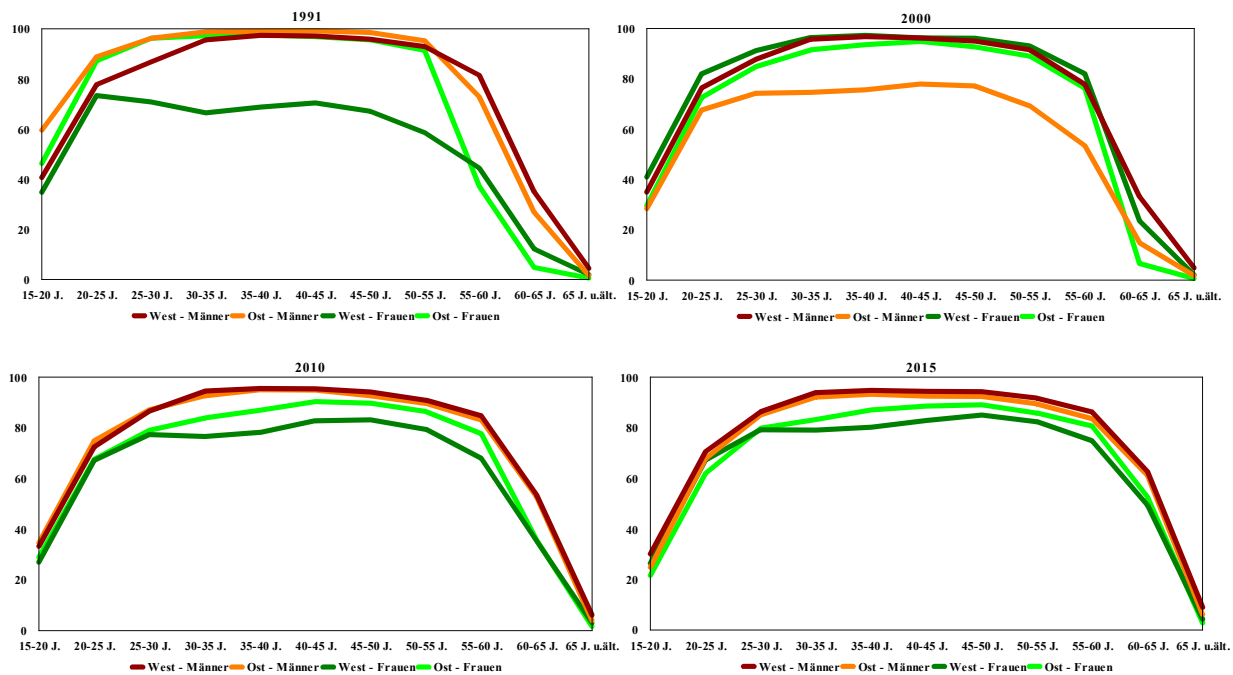
Dabei reflektiert sich nicht nur das Bedürfnis, arbeiten zu wollen, sondern auch z.T. das Fehlen von Chancen, nicht schlechthin Arbeit zu bekommen, sondern eine berufliche Tätigkeit ausüben zu können, die den eigenen Bedürfnissen entspricht. Es handelt sich offensichtlich sowohl um eine Grundeinstellung zur Arbeit als auch um einen Bedeutungsgewinn aufgrund des Fehlens von „zumutbarer“ Erwerbsarbeit - das wird nach 1991 sowohl bei der Zufriedenheit mit der Arbeit als auch mit den Erwartungen auf Verbesserungen/Verschlechterungen deutlich. Gerade die Annahme von Verschlechterungen nimmt in den 90er Jahren sichtbar ab, um ab Mitte des letzten Jahrzehnts in zunehmende Erwartungen an Verbesserungen (Ausnahme die Jahre der Finanzkrise) umzuschlagen.

Trotzdem gilt, dass bei den über die vergangenen Jahre erhobenen Daten zu den Werten des Einzelnen bei kaum einem anderen insgesamt eine derartige Konstanz in den Aussagen feststellbar ist wie im Fall des Wertes, den Arbeit für die Menschen hat. Die Haltung zur beruflichen Tätigkeit ist dabei in den neuen Bundesländern keineswegs geschlechtsspezifisch unterschiedlich ausgeprägt, sondern zunehmend altersabhängig. Insbesondere der sinkende Stellenwert bei unter 35-Jährigen in den letzten Jahren lässt möglicherweise eine dauerhafte „Umwertung“ von sehr wichtig zu wichtig annehmen.

Erwerbsarbeit in Deutschland ist nach wie vor durch sich angleichendes, aber (noch) unterschiedliches Erwerbsverhalten in Ost und West sowie auch zwischen Frauen und Männern geprägt. Es reflektieren sich weniger existente geringfügig unterschiedliche Wertvorstellungen, sondern vor allem Leitbilder zur Rolle von Frau und Mann in der Gesellschaft und Familie, aber auch jahrzehntelange Ungleichheiten in den Bedingungen der sozialen Infrastruktur zwischen Ost und West. Unverkennbar setzen sich moderne Positionen zum Erwerbsverhalten der Frauen auch im Westen durch und ermöglichen ihnen, von ihren gleichen Rechten auch Gebrauch machen zu können.

Unter Einschluss der jeweiligen jährlichen Arbeitslosenzahlen zeigen sich hinsichtlich der Integration der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) in Ost wie West jedoch die unterschiedlichen Entwicklungen.

Abbildung 4.17: Erwerbsquoten (Anteil Erwerbspersonen an Bevölkerung) - nach Altersgruppen und Regionen - 1991/2000/2010/2015 - in Prozent -



Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1, Mikrozensus Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2015, Wiesbaden 2016, Tabelle 4.5.2 sowie Vorgänger

Die altersabhängigen Erwerbsquoten (Verhältnis der Erwerbspersonen, d.h. der Erwerbstätigen und Erwerbslosen zur Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe) verdeutlichen - im Vergleich 1991 und 2015:

- Die 1991 noch vorhandene nahezu volle Integration der mittleren Altersgruppen der neuen Länder in das Erwerbsleben bzw. mit dem angemeldeten Anspruch auf Einbindung (z.B. bei 10 % Arbeitslosen) betrug seinerzeit bei Männern-Ost 98 % wie Männern-West 97 % sowie Frauen-Ost 98 %, bei deutlich geringerer Teilnahme der Frauen-West in den mittleren Altersgruppen 70 %. Dabei handelt es sich inzwischen um die Jahrgänge, welche 50 Jahre und älter und bereits im Rentenalter sind bzw. in der Phase des Altersübergangs.
- Die zu Beginn der 90er Jahre vorzeitige Ausgliederung der älteren Ostdeutschen durch spezielle Vorruhestandsregelungen ab dem 55. Lebensjahr. Erstmalig hatten viele das Gefühl, nicht gebraucht zu werden und Geld empfangen zu müssen, für welches sie keine Arbeitsleistung erbringen (können/dürfen). Für viele wurde damit bis in die Gegenwart zugleich die Frage nach der Nützlich- und Sinnhaftigkeit ihres bisherigen Lebens aufgeworfen. Das Ausmaß der Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt dieser Altersgruppen wird nicht zuletzt daran sichtbar, dass Ende 1990 lt. offiziellen Arbeitsmarktdaten von den 55- bis 59-Jährigen 45 % im Vorruhestand und 53 % arbeitslos waren.⁴¹³ Das war de facto eine totale Ausgliederung aus dem Erwerbsleben. Dabei ist insgesamt hervorzuheben, dass für viele Bürger der entsprechenden Altersgruppen der Schritt in den Vorruhestand zunächst ein durchaus gewünschter Schritt in Richtung „soziale Sicherheit“ war, obwohl es zugleich finanziellen Abstieg bedeutete (sowohl für ihren aktuellen Status als auch für ihre Alterseinkommen). Es war kein gewünschter Übergang in ein „würdevolles

⁴¹³ Vgl. IAB-Kurzbericht 24/92, S. 1./Alle weiteren Daten beruhen - soweit nicht anders vermerkt - auf der Fachserie 1, Heft 4.1.1 und 4.1.2 des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden 2015.

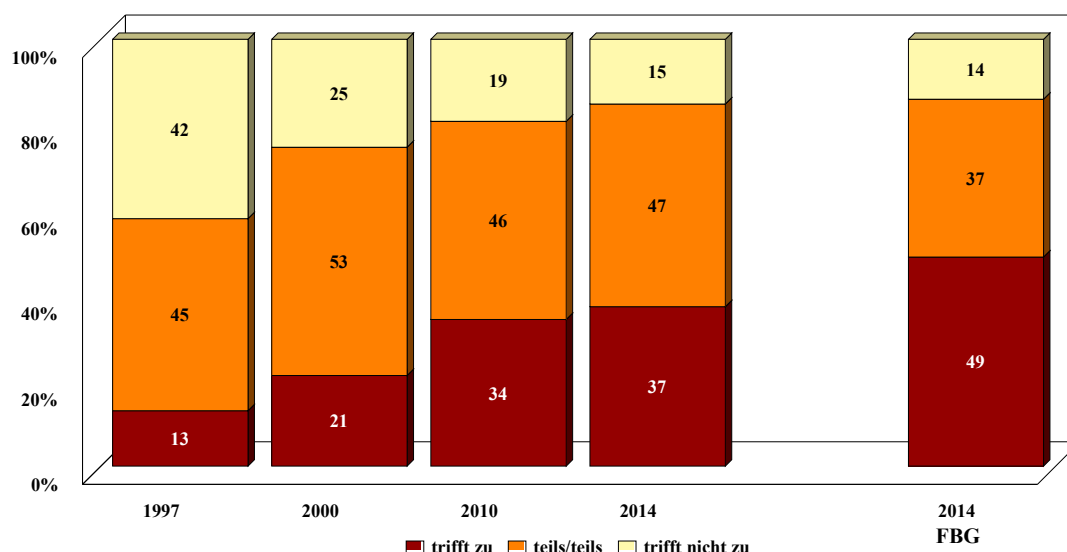
Leben im Alter“, sondern vorbereitende Phase auf eine bis dato unbestimmte Lebensqualität des Einzelnen. Sie schützte vor ständiger Präsenz beim Arbeitsamt und ermöglichte ein „Einkommen“, welches im Vergleich zu vor 1990 trotz allem die Befriedigung vieler offener Wünsche mit sich brachte - sei es beim Reisen, beim eigenen PKW oder bei der Haushaltsausstattung. Auch zum Teil gewährte Abfindungen erleichterten den Übergang.

- Das unterschiedliche Erwerbsverhalten wird nach wie vor (wenn auch geringfügig) in den Erwerbsquoten von Frauen - insbesondere in den mittleren Altersgruppen - deutlich (vgl. Abbildungen 4.17), obwohl die erfolgten Veränderungen seit 1991 unverkennbar sind:
 - Anstieg der Erwerbsquote Frauen-West bei gleichzeitigem Absinken im Osten, aufgrund einer deutlich erhöhten Erwerbsbeteiligung der Frauen in Westdeutschland zwischen 1991 und 2015 - in den mittleren Jahrgängen von rd. 60 % auf über 80 % - bei gleichzeitiger Verschiebung des Austritts aus dem Erwerbsleben durch einen späteren Renteneintritt,
 - tendenzielles geringfügiges Sinken der Erwerbsquote von Männern in Ost wie West,
 - Angleichung der Erwerbsquote ab 55. Lebensjahr - ab 1991 in den neuen Ländern stark geprägt durch die Aufhebung spezieller Regelungen zum Altersübergang ab 55. Lebensjahr sowie die seinerzeit gültigen Regelungen des „Ausstiegs“ für Frauen und bei Arbeitslosigkeit,
 - leichter Anstieg der Erwerbsquote in der Altersgruppe 65 und älter, insbesondere bei Männern-West auf 9,0 und Männern-Ost auf 6,2 (Frauen vgl. Abschnitt 4.2.1.4).
- Grundlegende Unterschiede zwischen Ost und West finden hinsichtlich der Nutzung der gegebenen Möglichkeiten des Erwerbsverhaltens seit 1991 ihren Niederschlag nicht nur im Anteil an Erwerbstätigen, sondern zugleich
 - in höheren Anteilen an Vollbeschäftigung, trotz der z.T. verordneten Teilzeitarbeit in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen,
 - in einer stetig rd. doppelt hohen Arbeitslosenquote trotz stärkerer Erwerbsbeteiligung im Osten,
 - in anderen Erwerbsstrukturen von in Partnerschaft Lebenden (Ehe/Lebensgemeinschaften) sowie Alleinlebenden.

Während einerseits die Haltungen zur Berufstätigkeit in den neuen Ländern relativ übereinstimmen, unterscheiden sich die Möglichkeiten deutlich darin, dass nicht jeder Arbeit finden kann, der es will. Es ist auch hier tendenziell feststellbar, dass der Anteil derer, die der Meinung sind, es läge vorrangig am Einzelnen, erwerbstätig zu sein, relativ hoch ist und sich offensichtlich mit der Wirtschaftsentwicklung (alt-) bundesdeutschen Auffassungen angenähert hat bzw. diese übernommen wurde.

Trotz der millionenfach gesammelten Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit ist das alte, schon zu DDR-Zeiten existierende Klischee nicht überwunden: Bereits damals - wenn auch aus der Perspektive des Außenstehenden - wurde die Auffassung vertreten, dass im Westen jeder, der arbeiten will, auch Arbeit finden kann. Diese Ansicht vertrat (1997) mit 13 % mehr als jeder Zehnte aller Befragten ab 18 Jahre. Unverkennbar, dass mit dem verkündeten Aufschwung und einer Entspannung des Arbeitsmarktes in den letzten Jahren auch die Annahme „wer will, kann auch“ deutlich steigt, womit zugleich die pauschale Verurteilung der Arbeitslosen zunimmt. So stiegen die Werte bis 2014 auf 37 %, 47 % stimmten dem auch teilweise zu und nur 15 % lehnten eine solche Aussage ab - die vergleichbaren Westwerte lagen sogar bei 49 % Zustimmung, 37 % teils/teils und 14 % Ablehnung (übrigens eine der wenigen Fragen, bei denen nur weniger als 1 % nicht antworteten).

Abbildung 4.18: Wer arbeiten will, findet auch Arbeit - neue Länder und Berlin-Ost 1997 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1997-2014 (gew.)

Nach wie vor muss deshalb hervorgehoben werden, dass es - inzwischen auch in den neuen Bundesländern - einen nicht unbedeutenden Teil an Bürgern gibt, welcher Arbeitslosigkeit anderer vorrangig als individuelles Versagen, Leistungsunwilligkeit und Ausnutzung der sozialen Leistungssysteme bewertet. Insbesondere Jüngere (51 % „trifft zu“) und höhere Einkommensbezieher (48 % der Befragten mit mehr als 2.000 Euro individuellem Nettoeinkommen) sind - in Übereinstimmung mit westlichen Denkstrukturen - dieser Ansicht, eine Größenordnung, die auch 2014 im Osten noch im Widerspruch zum realen Arbeitsplatzangebot steht. Obwohl von der Zahl der „Missbrauchsfälle“ bei Hartz IV nur weniger als 10 % als „bewusste Nichtarbeiter“ einzuordnen sind⁴¹⁴, werden von einzelnen Medien zelebrierte Einzelfälle zu einem „Gesamtbild“ verdichtet, das sich auch in der Bevölkerungsmeinung reflektiert.

4.2.1.2 Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Potenzialentwicklung

Das Erwerbspotenzial (Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter) ist in Ostdeutschland aufgrund der Bevölkerungsentwicklung rückläufig. Das gilt in der Tendenz auch für Arbeitnehmer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (vgl. Tabelle 4.7).

So sank die Zahl der Arbeitnehmer in den neuen Ländern, wird - im Gegensatz zur gängigen Statistik - auch hierbei nicht von 1991, sondern von 1989 ausgegangen, noch drastischer von 8,7 Millionen auf 5,265 Millionen im Jahr 2015, was einer Reduzierung auf 60 % entspricht. Aber auch hier gilt, dass der Anteil der „Abhängigen“ im Jahr 1989 unter Einschluss von Ostberlin in der DDR nach Umrechnungen mit 9,56 Millionen angegeben wird⁴¹⁵.

⁴¹⁴ Dörre, Klaus: Hartz IV - Langzeitstudie, Uni-Jena, 2013.

⁴¹⁵ BMAS, Statistische Übersichten (DDR), Tab. 3.1.1.

Tabelle 4.7: Entwicklung des Erwerbspotenzials - neue Länder (ohne Berlin)
- 1989 bis 2015 - in 1000 - (Replik 1989/90 DDR ohne Berlin-Ost)

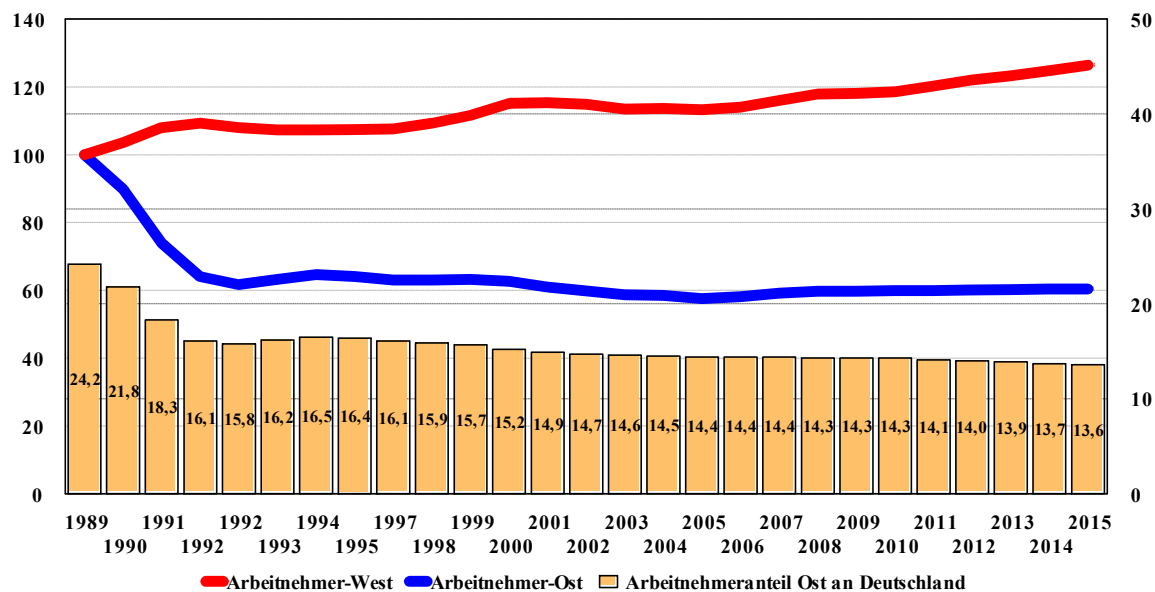
	Bevölkerung	Erwerbstätige	Arbeitnehmer (Inland)	sv-pflichtig Beschäftigte	ausschl. gering- fügig Beschäftigte
<i>DDR (ohne Berlin)/neue Bundesländer</i>					
1989	15.314	8.890	8.718	7.974*	-
1990	14.749	8.058	7.826		-
1991	14.625	6.787	6.439	5.413**	-
1995	14.152	6.105	5.631		-
2000	13.788	6.008	5.464	5.600	508
2005	13.219	5.670	5.022	4.906	651
2010	12.678	5.882	5.219	4.100	626*
2015	12.507	5.878	5.265	4.463	628*
<i>Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)</i>					
1989	60.063	28.488,1	25.491,8	21.619**	
1990	61.568	29.372,9	26.355,4	22.368**	
1991	61.913	30.299,9	27.209,8	23.173**	
1995	63.722	30.196,7	27.031,3	21.763	
2000	64.370	32.293,6	29.012,3	22.107	3.545
2005	64.857	32.099,5	28.546,6	21.294	4.096
2010	64.333	33.449,1	29.854,3	22.601	4.239
2015	65.467	35.307,5	31.849,3	25.003	4.216

* inkl. Berlin-Ost

** 1992 inkl. Berlin-Ost

Quelle: Statistisches Bundesamt, Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der neuen Bundesländer, Quartalszeitschrift Heft 1 bis 4 1994, Statistische Ämter der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder 2015, R1B5, Stuttgart 2016 / IAB Analytikreport Arbeitsmarkt - lange Zeitreihen 2006, BMAS, Andre Steiner, Statistische Übersicht zur Sozialpolitik - Bd. DDR, Bonn 2006 / Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Erwerbstätige in den alten Ländern 1970 bis 1991, Wiesbaden 2007

Abbildung 4.19: Entwicklung der Arbeitnehmerzahlen in Deutschland - 1989 bis 2015 (1989 = 100)
- nach Regionen* sowie dem Anteil der Arbeitnehmer neue Länder an Deutschland
- in Prozent -



* jeweils ohne Berlin

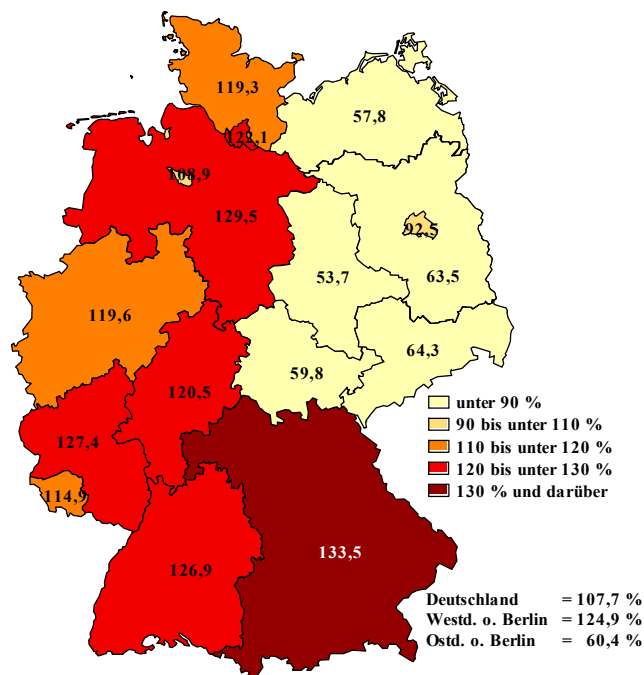
Datenbasis: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Reihe 1 - Länderergebnisse Bd. 2, Stuttgart 2015/für 1989 Datenbasis: G. Bäcker u.a.: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Westdeutscher Verlag 2000, Bd. I, S. 259 sowie BMAS, Statistische Übersichten (DDR), Tab. 3.1.1

Der Anteil, den die ostdeutschen Arbeitnehmer am Gesamtpotenzial Deutschlands haben, hat sich von rd. einem knappen Viertel (23,2 %) im Jahr 1989 auf 13,6 % reduziert (2015). Insbesondere 1990 und unmittelbar danach erfolgte - wie bereits hervorgehoben - ein in der Geschichte einmaliger drastischer Eingriff zur Reduzierung der abhängig Beschäftigten durch die vorzeitige Überführung von großen Teilen der 55- bis 60-jährigen Frauen bzw. 55- bis 63-jährigen Männer (rd. 700.000) in den Vorruhestand (Altersübergangsgeld), von rd. 600.000 Pendlern aus Ostdeutschland nach Westdeutschland sowie einen raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 1 Million. Das Ausmaß der Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt insbesondere der 55- bis 59-Jährigen wird nicht zuletzt daran sichtbar, dass Ende 1990 lt. offizieller Arbeitsmarktdaten von den 55- bis 59-Jährigen 45 % im Vorruhestand und 53 % arbeitslos waren⁴¹⁶. Das war de facto mit 98 % eine totale Ausgliederung dieser Jahrgänge aus dem Erwerbsleben (zu beachten ist dabei, dass das offizielle Renteneintrittsalter für Frauen z.B. bei 60 Jahren lag). Im Gegensatz dazu stieg in den Jahren 1989/1990/1991 die Anzahl der Arbeitnehmer in Westdeutschland aufgrund der Umsiedlungswelle um über 1 Million.

Dabei sind folgende Entwicklungen charakteristisch:

- der Rückgang in den einzelnen neuen Ländern, der sich ab Ende 1989 mit einer bis in die Gegenwart wirkenden Unterschiedlichkeit zum Westen vollzog (vgl. Abbildung 4.20);
- Veränderungen in der Struktur der Arbeitnehmerschaft hinsichtlich der Volkswirtschaftsbereiche, in denen sie tätig ist, durch Deindustrialisierung und Entgenossenschaftlichung bei Forcierung der Dienstleistungsbereiche;
- die stete Reduzierung des „Normalarbeitsverhältnisses“ bei Arbeitnehmern und Anstieg sog. atypischer Arbeitsverhältnisse.

Abbildung 4.20: Entwicklung der Anzahl der Arbeitnehmer - 1989 bis 2015 - in Prozent - (1989 = 100)



Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung, Erwerbstätige in den alten Ländern 1970 bis 1991, Stat. Landesamt Rheinland-Pfalz 2007/ Stat. Bundesamt, Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Quartalshefte 1 bis 4 1994/BMAS, Statistische Übersichten (DDR), Bonn 2006, T. 3.1.1.2/Statistische Ämter der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Bd. 5, Stuttgart 2016/Eigenberechnungen

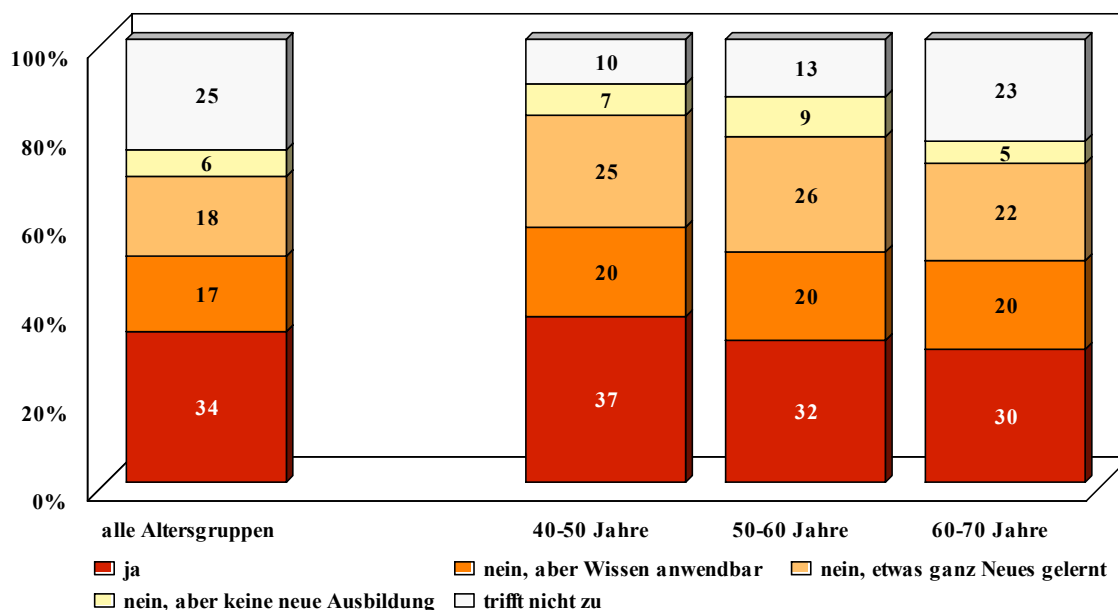
⁴¹⁶ Vgl. IAB-Kurzbericht 24/92, S. 1.

Allein im produzierenden Gewerbe reduzierte sich seit 1989 die Zahl der Arbeitnehmer (bzw. abhängig Beschäftigten) bis 2015 um rd. 2,9 Millionen, in der Landwirtschaft von 970 Tsd. auf 108 Tsd. um rd. 860 Tausend, im produzierenden Gewerbe von 4,3 Millionen auf 1,3 Millionen. Die Anteile der in der Landwirtschaft tätigen Arbeitnehmer gingen von 10 % auf 2 % im Jahr 2015 zurück, im produzierenden Gewerbe von 45 % auf 25 % - im Gegensatz dazu erfolgte im Dienstleistungsbereich ein Anstieg von 45 % auf 72 %. Damit ist eine weitgehende Strukturangleichung nach Wirtschaftsbereichen an den Westen (26%/1%/74 %) erfolgt - wenn auch auf niedrigerem absolutem Niveau.⁴¹⁷

Berufliche Mobilität

Dabei muss hervorgehoben werden, dass gerade die heutige Altersgruppe der 40- bis 65-Jährigen in den neuen Bundesländern sich ihren Erwerbsanspruch durch eine historisch einmalige hohe berufliche Mobilität erworben hat. Über den in den letzten 30 bis 40 Jahren hinausgehenden allgemeinen wirtschaftlichen und technologischen Wandel, der veränderte Berufsbilder und Tätigkeiten erforderte, vollzog sich in den neuen Ländern eine bis dato ohne vergleichbare Beispiele erfolgende Deindustrialisierung und Neugestaltung der Wirtschaftsstrukturen in der (Rest-)Industrie, der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich, welche - verbunden mit der Vernichtung von Millionen von Arbeitsplätzen - nicht nur zur Abwanderung von rd. 4 Millionen Bürgern führte, sondern auch zu völlig veränderten beruflichen Anforderungen und Strukturen an die heutige Vorrentner- bzw. Neurentnergeneration.

Abbildung 4.21: Entspricht Ihre jetzige oder, falls Sie nicht (mehr) erwerbstätig sind, Ihre letzte ausgeübte Tätigkeit Ihrem zuerst erlernten Beruf? - 40 bis 70 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Vor allem in den Jahren bis 2000 vollzog sich ein gravierender Wandel für fast die Hälfte aller Erwerbstätigen. Von den 1999 im Erwerbsleben Stehenden (ohne arbeitsmarktpolitische Maßnahmen), die sich zugleich seit 1990 im Erwerbsalter befanden, übten nur noch 30 % die gleiche Tätigkeit aus (Frauen 35 %/Männer 27 %), rd. 27 % hatten eine ähnliche Tätigkeit (Frauen 29 %/Männer 26 %). Für 42 % hatte sich die von ihnen ausgeübte Tätigkeit grundlegend verändert (Frauen 36 %/Männer 47 %).

⁴¹⁷ Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung, Erwerbstätige in den alten Ländern 1970 bis 1991, Stat. Landesamt Rheinland-Pfalz 2007/BMAS, Statistische Übersichten (DDR), Bonn 2006, T. 3.1.1.2/Statistische Ämter der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Bd. 5, Stuttgart 2016/Eigenberechnungen

Es ist eine Anpassungsleistung an die veränderten ökonomischen Bedingungen und Strukturen, welche auch die nicht selten anzutreffende Auffassung von fehlender Flexibilität der Ostdeutschen widerlegt. Dabei ist natürlich nicht zu übersehen, dass es sich in der Mehrzahl der Fälle nicht um eine „freiwillige“, sondern um eine „erzwungene“ Mobilität handelt. Fach- und Hochschulabsolventen waren davon am wenigsten betroffen.

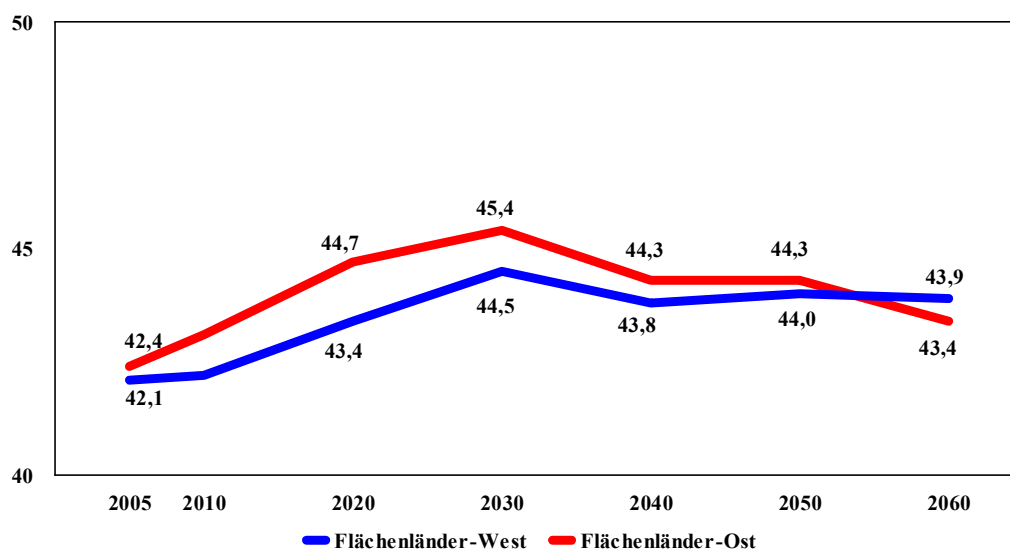
Die Mobilität der Bürger der neuen Bundesländer im Erwerbsalter wird insgesamt auch daran deutlich, dass während in der Vergleichsregionen (z.B. Nordrhein-Westfalen) noch rd. die Hälfte der 50- bis 65-jährigen Bürger im erlernten Beruf tätig ist bzw. bis zum Schluss ihrer beruflichen Karriere tätig war, sind das im Osten nur 30 %. Zwei Drittel aller Bürger mussten sich neu profilieren (z.T. mehrfach) - das gilt für Frauen wie für Männer.

Altersstruktur

Die Altersstruktur der Erwerbstätigen hat sich in den vergangenen Jahren deutlich zu Ungunsten der jüngeren Jahrgänge und im Vergleich zu Westdeutschland verschoben. Die Ursachen dafür liegen sowohl in einem allgemein späteren Eintritt ins Berufsleben durch Verlängerung der Bildungs-/Ausbildungsphase sowie in einem in den neuen Bundesländern besonders wirkenden demografischen Wandel durch sinkende Geburtenzahlen und negativen Wanderungssaldo der jüngeren Jahrgänge.

Im Vergleich der Veränderungen seit 1990 wird deutlich, dass die DDR nicht nur eine „jüngere“ Bevölkerung in die deutsche Einheit eingebracht hat, sondern auch „jüngere Erwerbstätige“. Vor allem Geburtenentwicklung und Abwanderungen bewirkten eine „Alterung“ des Erwerbspotenzials im Osten, während in den alten Ländern die Heraufsetzung der Altersgrenzen für den Renteneintritt auf 67 Jahre mit der „normalen“ Alterung des Erwerbspotenzials verbunden ist. Im Gegensatz dazu erfolgt zunächst in den neuen Ländern eine überdurchschnittliche Zunahme um 3,0 Jahre (2005 bis 2030), welche die Arbeitsmarktsituation älterer Bürgerinnen und Bürger zusätzlich verschlechtern wird. Die Zahl der 18- bis 67-Jährigen wird zwischen 2014 und 2060 nach der 13. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes in den neuen Bundesländern um weitere fast 3 Millionen reduziert werden, auf rd. 5 Millionen Bürger.

Abbildung 4.22: Durchschnittsalter der Bevölkerung im Erwerbsalter (18 bis 65 bzw. 67 Jahre) - nach Regionen - 2005 bis 2060 -



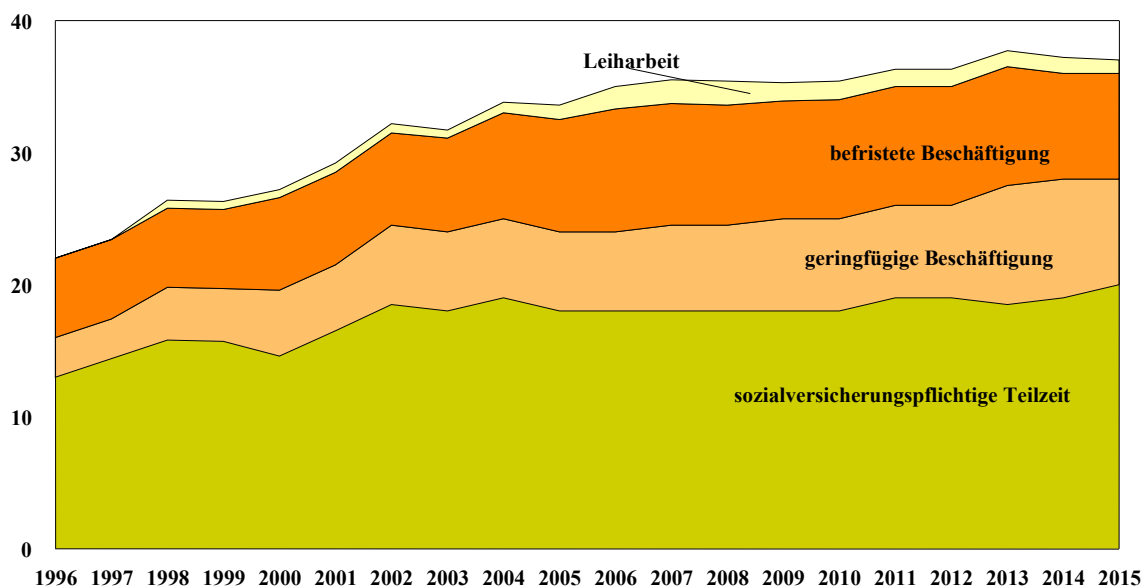
Datenbasis: Statistisches Bundesamt/ab 2020: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern, Variante 2 (Kontinuität mit stärkerer Zuwanderung)/Eigenberechnungen

4.2.1.3 Normalarbeitsverhältnisse im Sinkflug

Charakteristische Tendenz ist auch der Rückgang des „Normalarbeitsverhältnisses“. Nicht normale Arbeitsverhältnisse werden immer mehr zum „Normalarbeitsverhältnis“. Die wöchentliche tarifliche Arbeitszeit ist je Vollzeitbeschäftigten - bei geringeren Löhnen/Gehältern - gegenwärtig in den neuen Ländern nach wie vor höher. Sie liegt (2015) in Ostdeutschland bei 38,8 Stunden, in den alten Ländern bei 37,5 Stunden. Die Bandbreite reicht auch im Osten von 40 Std. (öffentlicher Dienst/Textilindustrie) bis 34 Std (Telekom). Während Ende 2015 im Osten 55,7 % aller Beschäftigten 39 Stunden und mehr tätig sind, gilt das nur für 33,3 % in den alten Bundesländern⁴¹⁸. Im Durchschnitt arbeiten Frauen im Osten 6 Std. pro Woche länger.

Obwohl sich seit 2011 der Arbeitsmarkt quantitativ entspannt hat, ist qualitativ eine Verschlechterung eingetreten. Das betrifft grundsätzlich den Arbeitsmarkt für Ältere und Jüngere, welche am geringsten vom „Aufschwung“ profitierten. Ebenso wie Erwerbsarbeit immer häufiger als prekäre Beschäftigung, d.h. als geringfügige bzw. befristete Beschäftigung sowie Leiharbeit, in Erscheinung tritt. Der Anteil der sog. Normalarbeitsverhältnisse an der Erwerbstätigkeit wird inzwischen nur noch mit rund 63 % für Ost- und mit 61 % für Westdeutschland (2015) angegeben. Der nachhaltige Einfluss des gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohnes bleibt noch abzuwarten.

Abbildung 4.23: Entwicklung atypischer Beschäftigungsformen in Ostdeutschland - 1996 bis 2015
- Anteil an Beschäftigung insgesamt - in Prozent -



Quelle und Datenbasis: IAB Betriebspanel Ostdeutschland, 1. bis 20. Welle, Berlin 1996 bis 2016/Eigenberechnungen

Die Ergebnisse der 20. Welle des IAB-Betriebspanels Ostdeutschland für 2015 lassen nach Ansicht der Autoren folgende Aussagen zu⁴¹⁹:

- Die seit 2005 anhaltende positive Beschäftigungsentwicklung ist nachweislich von Veränderungen zugunsten atypischer Beschäftigungsverhältnisse geprägt. Darunter fallen: Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse, befristete Beschäftigung und Leiharbeit. Dabei wird davon ausgegangen, dass auch sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit zu den atypischen Arbeitsverhältnissen (i.w.S.) gehört, welche vorrangig von Frauen ausgeübt wird und vielfach keine eigenständige Existenz- und Al-

⁴¹⁸ Vgl. WSI-Tarifarchiv, Statistisches Taschenbuch Tarifpolitik 2015, Düsseldorf 2016, T. 3.1-3.4.

⁴¹⁹ Nachfolgende Ausführungen stützen sich auf: IAB, Betriebspanel Ostdeutschland, Soestra, Berlin 2016, S. 17-22.

terssicherung ermöglicht. Obwohl Teilzeit in vielen Fällen den Wünschen von Arbeitnehmerinnen entspricht, belegt gerade die Entwicklung in Ostdeutschland, dass diese zu einem bedeutenden Teil unfreiwillig ist und eine Vollzeitstätigkeit gewünscht wird. Sozialversicherungspflichtige Teilzeit wird z.T. als atypische Beschäftigung im weiteren Sinne (i.w.S.) ausgewiesen bzw. entsprechend einer engeren Definition atypischer Beschäftigungsverhältnisse (atypische Beschäftigung i.e.S.) aus den atypischen Beschäftigungsverhältnissen ausgeklammert.

- Von Normalarbeitsverhältnissen unterscheiden sich atypische Beschäftigungsverhältnisse je nach Form entweder hinsichtlich ihrer Arbeitsplatzsicherheit, der gesetzlich verankerten sozialen Absicherung (Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung), dem Arbeitsvolumen, der Einkommenshöhe und der Weisungsgebundenheit des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber.
- Im Jahr 2015 gab es in fast drei Vierteln aller ostdeutschen Betriebe (72 %) mindestens einen atypisch beschäftigten Arbeitnehmer (in Westdeutschland 81 %). Der Anteil der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten in Ostdeutschland ist vergleichsweise hoch: 39 % der weiblichen und 43 % der männlichen Beschäftigten nennen als Grund für die Teilzeitbeschäftigung, dass eine Vollzeitstelle nicht zu finden war. In Westdeutschland äußern dies weitaus weniger Beschäftigte (Frauen 10 %, Männer 22 %). 31 % der Frauen-Ost in geringfügiger Teilzeit möchten ihre Arbeitszeit verlängern (17 % Frauen-West).⁴²⁰
- Im Jahr 2015 waren insgesamt 37 % aller ostdeutschen Arbeitnehmer i.w.S. atypisch beschäftigt, (Westdeutschland 39 %), also unter Einbeziehung auch der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung. Unter Ausklammerung von sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigung halbiert sich der Anteil solcher Beschäftigungsverhältnisse in Ostdeutschland auf 18 % (Westdeutschland 22 %).
- Die Form der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung („klassische“ Teilzeit und Midi-Jobs) ist die verbreitetste Beschäftigungsform atypischer Beschäftigung. Deren Anteil an der Gesamtbeschäftigung hat sich in den letzten 10 Jahren von 14 % auf 20 % erhöht. Damit entfallen auf diese Beschäftigungsform mittlerweile mehr Arbeitsverhältnisse als auf die übrigen Formen atypischer Beschäftigung, die in den letzten Jahren vergleichsweise stabil geblieben sind.
- Ostdeutsche Frauen sind (wie westdeutsche) deutlich häufiger als Männer atypisch beschäftigt. Dieser Unterschied beruht fast ausschließlich auf der unterschiedlich starken Bedeutung von sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigung. Im Jahr 2015 arbeiteten 35 % aller ostdeutschen Frauen, aber lediglich 7 % aller Männer auf einer sozialversicherungspflichtigen Teilzeitstelle (Westdeutschland 34 % bzw. 6 %). Frauen stellen rund 82 % aller sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten (Westdeutschland 83 %). Bei atypischer Beschäftigung i.e.S. fallen die Unterschiede wesentlich geringer aus. Rund 19 % aller ostdeutschen Frauen sowie 13 % aller Männer waren atypisch i.e.S. beschäftigt, also geringfügig oder befristet. In Westdeutschland dagegen sind mit einem Anteil von 27 % rund doppelt so viele Frauen atypisch i.e.S. beschäftigt wie Männer (13 %).

Atypische Arbeitsverhältnisse sind nach wie vor eine Form der Unterbeschäftigung von Frauen. Das Betriebspanel Ostdeutschland weist für 2014 einen Frauenanteil von 53 %, bei Männern von 20 % aus. Mit der Agenda 2010 wurde die Politik des konservativen Wohlfahrtsstaates mit seinem

⁴²⁰ Vgl. Wanger, Susanne/Weber, Enzo: Das Stundenvolumen bringt zusätzliche Information. In: IAB-Kurzbericht 8/2016, S. 5/6.

Markenzeichen der „begrenzten Teilnahme von Frauen“ am Erwerbsleben durch die rot-grüne Regierungskoalition erweitert - insbesondere durch Subventionierung von Billigjobs (und damit der Verwendung von Steuermitteln zur Förderung der Wirtschaft).

- Die Verteilung der atypisch Beschäftigten i.e.S. zeigt, dass die große Masse der geringfügig Beschäftigten in der ostdeutschen Wirtschaft vor allem auf die drei Branchen Handel und Reparatur, unternehmensnahe Dienstleistungen sowie Gesundheits- und Sozialwesen fällt. Leiharbeit wird wiederum besonders stark vom verarbeitenden Gewerbe nachgefragt.

Tabelle 4.8: Entwicklung atypischer Beschäftigungsformen in Deutschland - 1996 bis 2014
- Anteil an Beschäftigten - in Prozent -

	Ostdeutschland								Westdeutschland
	1996	2003	2005	2007	2009	2011	2013	2015	2015
sozialversicherungs-pflichtige Teilzeit	14	14	14	15	16	18	19	19	17
geringfügige Beschäftigung	3	6	6	6	7	7	9	8	13
befristet Beschäftigte	6	7	8	9	9	9	9	8	7
Leiharbeit	0,6*	0,6	1,1	1,8	1,4	1,8	1,5	2	2
insgesamt	20	30	29	32	33	36	36	37	39

* 1998

Quelle: IAB-Betriebspanel Ostdeutschland, 1. bis 20. Welle, Berlin 1996 bis 2016/Eigenberechnungen

Es ist keine neue Erkenntnis, dass mit der „Agenda 2010“ der rot-grünen Regierungskoalition der Start für Deutschland zum Niedriglohnland gegeben wurde.

Vorliegende Daten zur Beschäftigung im Niedriglohnbereich kommen zu folgenden Aussagen:⁴²¹

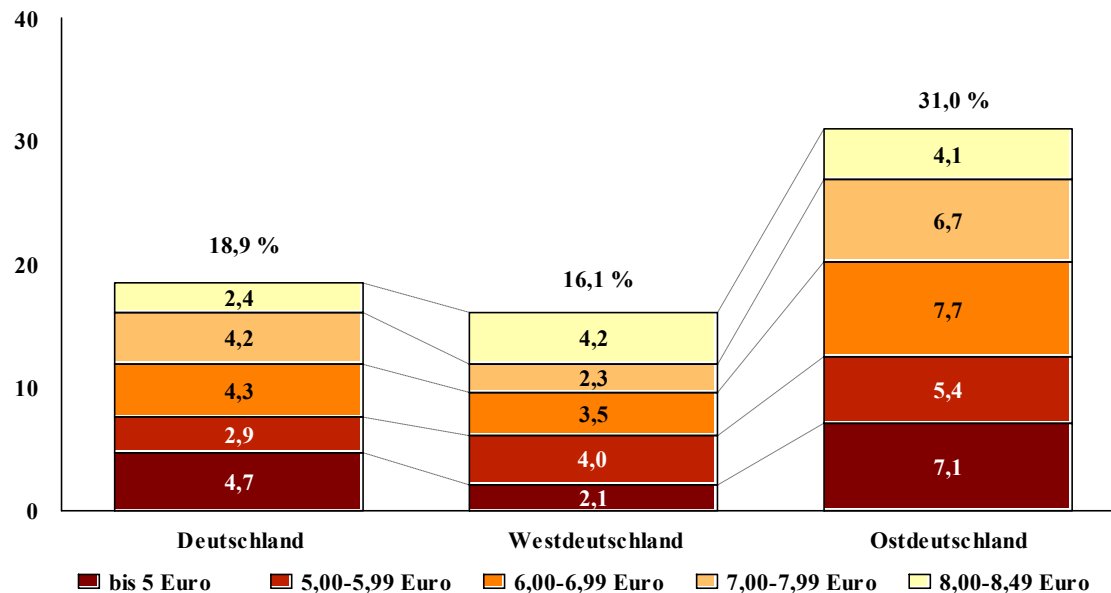
- Im Jahr 2013 arbeiteten 24,4 % aller Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn von unter 9,30 Euro - das waren in Ostdeutschland 38,5 % und in Westdeutschland 21,1 %. Die Niedriglohnschwelle stieg von 1995 mit 7,59 Euro/Std. auf 9,30 Euro im Jahr 2013.
- Die absolute Zahl der Niedriglohnbezieher betrug in Westdeutschland 5,9 Millionen und in Ostdeutschland 2,2 Millionen - d.h. insgesamt 8,1 Millionen, und damit 2,2 Millionen mehr als 1995.
- Ein hohes Risiko, nur einen Niedriglohn zu erhalten, hatten Jüngere unter 25 Jahren (51,5 %), gering Qualifizierte (43,9 %), befristet Beschäftigte (41,7 %), Ausländer/-innen (34,0 %), Frauen (30,5 %) und Ältere über 54 Jahre (27,5 %). Das höchste Niedriglohnrisiko hatten Minijobber/-innen mit 76,1 %.
- Vor Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes ab 2015⁴²² von 8,50 Euro hatte jede/r fünfte Beschäftigte (18,9 %) Anspruch auf eine Lohnerhöhung, da insgesamt 6,3 Millionen Bürger in Deutschland zu einem Stundenlohn unter 8,50 Euro arbeiteten - das sind 4,4 Millionen Bürger im Westen und 2,0 Millionen im Osten. An den Gesamtbeschäftigten betrug damit der Anteil im Westen 16,1 % und im Osten 31,0 %.

⁴²¹ Nachfolgende Darstellung stützt sich auf: Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia: Niedriglohnbeschäftigung 2012 und was ein Mindestlohn verändern könnte, IAQ-Report 02/2014 sowie 03/2015, Niedriglohn 2013 - Stagnation auf hohem Niveau.

⁴²² Vgl. hierzu auch Unterabschnitt Mindestlohn in Abschnitt 2.3.1.

- Von den potenziellen Mindestlohnbeziehern erhielten 2013 die Erwerbstätigen ohne Berufsausbildung zu 35 % keine 8,50 Euro, mit Hochschulabschluss (7,0 %), Den höheren Anteil hatten Frauen (23,9 %) sowie Arbeitnehmer/-innen mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag (32,3 %).

Abbildung 4.24: Anteil der Beschäftigten nach Stundenlohnstufen unter 8,50 Euro* - nach Regionen - 2013 - in Prozent -



* inkl. Beschäftigung von Rentnern/Studenten/Schülern

Datenquelle: Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia: Niedriglohnbeschäftigung 2013 - Statgnation auf hohem Niveau, IAQ-Report 03/2015

Die vorliegenden Analysen des WSI-Tarifarchivs zu Mindest- und Niedriglohnbereichen ergaben für Anfang 2016⁴²³ auf Grundlage von 4.492 tariflichen Vergütungsgruppen aus Tarifverträgen für 40 Wirtschaftszweige mit rund 17 Millionen Beschäftigten:

- Nur noch 3 % der tariflichen Vergütungsgruppen liegen zurzeit noch unter der Höhe des gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro. Damit veränderte sich die Tarifsituation im Niedriglohnbereich grundlegend - so betrug der Anteil im März 2010 noch 16 %. In vier Niedriglohnbranchen (Landwirtschaft/Gartenbau, Textil- und Bekleidungsindustrie, Leih-/Zeitarbeit, Wäschereidienstleistungen) bestehen (bei zweijähriger Übergangsfrist) noch Tarifgruppen unterhalb des gesetzlichen Mindestlohnes.
- Bei der Verteilung der tariflichen Vergütungsgruppen - insbesondere im Niedriglohnbereich - besteht ein eindeutiges West/Ost-Gefälle. Die niedrigen Vergütungsgruppen sind in Ostdeutschland stärker vertreten als in Westdeutschland. Von den Tarifgruppen unter 8,50 Euro entfallen 8 % im Ostbereich und 1 % im Westbereich. Im Tarifgruppenbereich zwischen 8,50 Euro und 9,99 Euro entfallen im Osten 19 % und im Westen 10 %. Im Bereich der höheren Tarifvereinbarungen über 25 Euro dominiert Westdeutschland mit 218 Gruppen im Vergleich zu Ostdeutschland mit 32 Gruppen.

⁴²³ WSI-Niedriglohnmonitoring 2016, Informationen zur Tarifpolitik, Düsseldorf 2016, Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 81.

Tabelle 4.9: Vergütungsgruppenstruktur - nach Tarifgruppen und Regionen - Anfang 2016
- in Prozent -

N=100 ----- Euro	Tarifgebiet West	Tarifgebiet Ost	bundesweite Gültigkeit	insgesamt
	3.403 Tarifgruppen	880 Tarifgruppen	199 Tarifgruppen	4.482 Tarifgruppen
unter 8,50	1,4	8,0	3,0	2,7
8,50-9,99	9,7	19,3	16,6	11,9
10,00-14,99	46,8	45,5	42,7	46,3
15,00-19,99	26,5	17,6	25,6	24,7
20,00-24,99	9,2	6,0	9,5	8,6
25,00 u.dar.	6,4	3,6	2,5	5,7

Quelle: WSI-Niedriglohnmonitoring 2016, Informationen zur Tarifpolitik, Düsseldorf 2016, Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 81, S. 8

- In den oberen Gruppen dominieren eindeutig die westdeutschen Tarifbereiche. Dort bewegen sich 218 Gruppen in der Kategorie ab 25 Euro, in Ostdeutschland sind es dagegen nur 32 Gruppen.

Wenn auch immer wieder gern hervorgehoben wird, dass Niedriglöhne kein ostdeutsches Problem wären, so ist die Dramatik - trotz rückläufiger Tendenzen, aber bei vergleichbaren Strukturen der Lebenshaltung in diesen Einkommensgruppen - zwischen Ost und West unverkennbar.

Deutschland nimmt mit seinen Niedriglohnstrukturen den Platz 7 unter 26 EU-Staaten ein - zwischen Lettland mit 27,8 % und Schweden mit 2,5 %.⁴²⁴

Die massive Umverteilung von Volkseinkommen zu Lasten der Lohneinkommen und zugunsten der Gewinne und Kapitaleinkommen wurde zudem als „Geschäftsmodell“ den leistungsschwächeren europäischen Mitgliedsstaaten aufgezwungen.

Die Forderungen von Gewerkschaften und Sozialverbänden, von sozialen Bündnissen wie „Umfairteilen“ und von einzelnen Parteien nach einem flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro waren/sind also mehr als berechtigt. Das in der neuen Koalitionsvereinbarung von 2013 vereinbarte Ziel der Einführung eines Mindestlohnes von 8,50 Euro flächendeckend, beginnend 2015 bis 2017, unterliegt jedoch noch immer „Aufweichungsversuchen“ seitens der Wirtschaft und von Unternehmern - besonders im Osten - anstelle des Bemühens um Regelungen z.B. für kleine Betriebe und Berufsgruppen zur Sicherung des Mindestlohnes.

Wenn eingangs festgestellt wurde, dass das Normalarbeitsverhältnis im Sinken ist und atypische Arbeitsverhältnisse zunehmen, so muss aber auch betont werden, dass insbesondere in den alten Bundesländern die sog. „stille Reserve“ im Schwinden ist, da immer mehr nichterwerbstätige Frauen in den Arbeitsprozess drängen. Zusätzlich zu den Aussagen der vorliegenden Untersuchungen wäre deshalb hervorzuheben, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse für die Mehrheit der Arbeitnehmer/-innen zu geringeren Möglichkeiten für den Aufbau von Rentenanwartschaften führen (Entgeltpunkte/private Altersvorsorge) und damit zu geringeren Alterseinkommen als bei „normaler“ Beschäftigung. Sicher sind atypische Arbeitsverhältnisse nicht generell als prekär zu kennzeichnen, aber - bezogen auf die Alterseinkommen bedeuten sie einerseits - gewollt oder ungewollt - eine für die Rentenjahre „Lebenslange“ weiterhin finanzielle Einbuße, die Tendenzen der Altersarmut bei Betroffenen befördern kann und wird. Andererseits führen sie soweit, dass z.B. Frauen dadurch überhaupt in den Arbeitsprozess eingegliedert werden und erst zu eigenen Rentenansprüchen kommen.

⁴²⁴ Vgl. Böckler-Impuls 12-2013.

4.2.1.4 Erwerbsarbeit von Frauen im Osten

Tabelle 4.10: Entwicklung der weiblichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und der weiblichen Erwerbstätigkeit - DDR - 1955 bis 1989 -

Jahr	weibliche Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter	weibliche Erwerbstätige	Anteil der weiblichen Erwerbstätigen an weiblicher Bevölkerung
	- in 1000 -	- in 1000 -	- in Prozent -
1955	6.182	3.244	52,5
1970	5.011	3.312	66,1
1980	5.257	3.848	73,2
1989	5.074	3.962	78,1

Quelle: Frauenreport '90, S. 63

1989 waren von den rd. 8,5 Millionen Beschäftigten 4,2 Millionen weiblich, d.h. 48,8 %. Bei rückläufiger Bevölkerungszahl und rückläufigem Anteil der weiblichen Bevölkerung an der Bevölkerung insgesamt ist die Anzahl weiblicher Erwerbsträger im Verlauf der Entwicklung permanent gewachsen.

Werden Lehrlinge und Studierende mit einbezogen, so betrug der Beschäftigungsgrad der Frauen im Jahre 1989 insgesamt 91,2 %.

Die Frauenerwerbstätigkeit in der DDR ist vor allem durch die folgenden sozialen Tatbestände charakterisiert:⁴²⁵

- Es bestand eine in vielfältigen Ursachen und Motivationen begründete, auch im internationalen Vergleich außerordentlich hohe Erwerbsquote bei Frauen.
- Die Erwerbstätigkeit konzentrierte sich auf spezifische Bereiche und Tätigkeiten. Es gab eine deutliche geschlechtstypische Prägung der Beschäftigtenstrukturen, die außer auf individuellen Motiven und Interessen vor allem auch auf ungleichen Entwicklungsmöglichkeiten, Rechten und Chancen im Beruf beruhten.
- Für die Felder der Frauenerwerbstätigkeit waren vom Anspruchsniveau her überwiegend der Einsatz in einfacheren, anspruchsloseren Tätigkeiten mit hohem Routinegehalt, geringen Handlungsspielräumen/Entscheidungsbefugnissen und niedrigerer Entlohnung charakteristisch. Das galt auch bei der Anwendung moderner Technologien. Trotzdem gab es eine relativ hohe Quote an mittleren und gehobeneren weiblichen Führungskräften.
- Frauenerwerbstätigkeit wies die größte Vielzahl von Zeitmustern auf. Dazu gehörten sowohl Teilzeitarbeit (32 % als einzige soziale Gruppe) als auch Schichtarbeit und unterschiedlichste gesetzliche zeitliche Arbeitszeitverkürzungen (insbes. für Mütter).
- Die genannten Faktoren bewirkten mit unterschiedlichem Gewicht eine sichtliche Differenzierung im Einkommen zwischen weiblichen und männlichen Erwerbstätigen.
- Die gesetzlichen Bestimmungen führten einerseits zu einer deutlichen Begrenzung der Anzahl durch Arbeitsbedingungen und -inhalte exponierter Frauen, verhinderten aber nicht beachtliche Quoten an exponierten Frauenarbeitsplätzen.

Auch in der DDR war es vor allem „Frauensache“, d.h. ihre Aufgabe und Bemühen, Berufstätigkeit und Mutterschaft bzw. familiäre Aufgaben miteinander zu verbinden. Charakteristisch war in den 80er

⁴²⁵ Nachfolgende Ausführungen stützen sich auf: Frauenreport '90 (Herausgeber: Marina Beyer/Gunnar Winkler), Abschnitt Berufstätigkeit - Autoren: Horst Miethe et.al., Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1990, S. 55 ff.

Jahren nicht nur eine 91-prozentige Berufstätigkeit, sondern gleichermaßen, dass über 90 % aller Frauen mindestens ein Kind zur Welt gebracht haben. Aus dieser Verbindung einer fast hundertprozentigen Berufstätigkeits- und Mütterrate resultiert auch die heute noch spürbare DDR-Spezifik der Frauenerwerbsarbeit: Berufstätigkeit und Kindererziehung waren für Frauen mehrheitlich keine Alternative, sondern mussten miteinander vereinbart werden.

Voraussetzungen dafür waren:

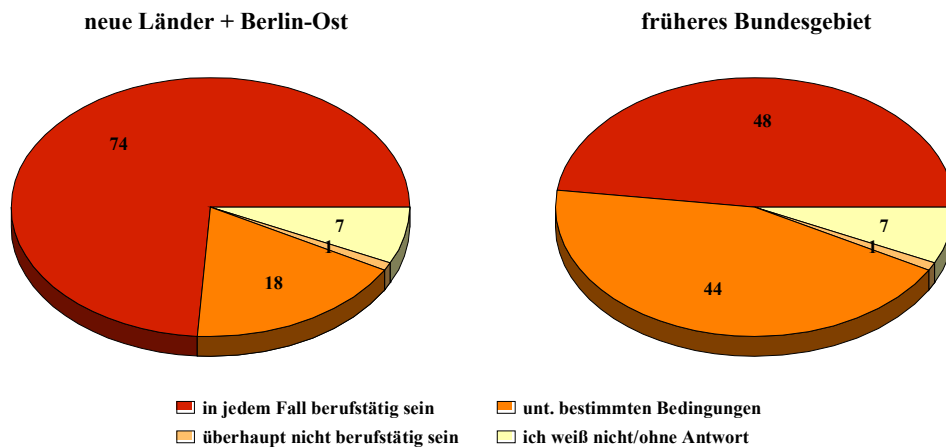
- spezielle arbeitsgesetzliche Regelungen zur Gestaltung von Arbeitsrechtsverhältnissen (z.B. Hausarbeitstag, verkürzte Arbeitszeit für Kindererziehung - so lag z.B. die gesetzliche Arbeitszeit für Frauen mit zwei und mehr Kindern bei 40 Stunden pro Woche ohne Lohnminderung (generell 43,75 Std.) sowie 21 Tagen Mindesturlaub (generell 18 Tage);
- eine ab Mitte der 80er Jahre erreichte fast hundertprozentige Bedarfsdeckung an staatlichen und betrieblichen Einrichtungen zur Betreuung und Erziehung der Kinder (Kinderkrippen, Kindergärten, Schulhorte);
- bezahlte Freistellungen für Kindererziehung und -betreuung sowie verkürzte Arbeitszeit für berufstätige Mütter ohne Lohnminderung;
- Möglichkeiten der Familienplanung, insbesondere der kostenlosen Schwangerschaftsverhütung und des unentgeltlichen Schwangerschaftsabbruchs.

Die Motive der Frauen zur Berufstätigkeit haben sich in den Jahren zwischen 1950 und 1989 z.T. grundlegend verändert. Verstanden sich z.B. verheiratete Frauen anfangs vor allem als „Zweitverdiener“ der Familie, so hat Berufstätigkeit zunehmend einen eigenständigen Wert erhalten. Nicht zuletzt auch aufgrund des gestiegenen Qualifikationsniveaus hatte sich bei Frauen fast aller Altersgruppen ein allgemeines Bedürfnis nach Berufstätigkeit entwickelt. Längst nicht mehr ist Berufstätigkeit für die Mehrheit der Frauen auf finanzielle Motive begrenzt, sondern bedeutet ihnen wesentlich auch Selbstbestätigung und Selbstverwirklichung: Die Realisierung des Bedürfnisses nach Fähigkeitsentwicklung, nach Kommunikation und sozialen Beziehungen sowie nach Allgemeinutzen und Verantwortung. Das schließt natürlich ein, dass Berufsarbeit auch für Frauen eine wichtige ökonomische Funktion erfüllte und als Voraussetzung für die Verbesserung der individuellen und familiären Lebensbedingungen angesehen wurde.

Für den Osten ist ein gleichberechtigtes Rollenbild hinsichtlich der Berufstätigkeit von Frauen nach wie vor bestimmend und prägend. 2010 waren 54 % der ab 18-jährigen Bürger in Deutschland der Meinung, Frauen sollten in jedem Fall berufstätig sein, was jedoch die großen Differenzen zwischen Ost (74 %) und West (48 %) überdeckt. Die Positionen sind im Besonderen Resultat der in beiden Regionen erlebten/erfolgten unterschiedlichen Traditionen und Sozialisation. Das in der DDR erreichte Maß an Gleichstellung/Gleichberechtigung führte dazu, dass nach 1990 dafür sogar der Terminus des „Gleichstellungsvorsprungs“⁴²⁶ benutzt wurde.

⁴²⁶ Geißler, Reiner: Soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im geteilten und vereinten Deutschland, APuZ 14-15/1991, S. 23.

Abbildung 4.25: Wie ist Ihre Meinung zur Berufstätigkeit von Frauen? - nach Regionen - 2010
- in Prozent -



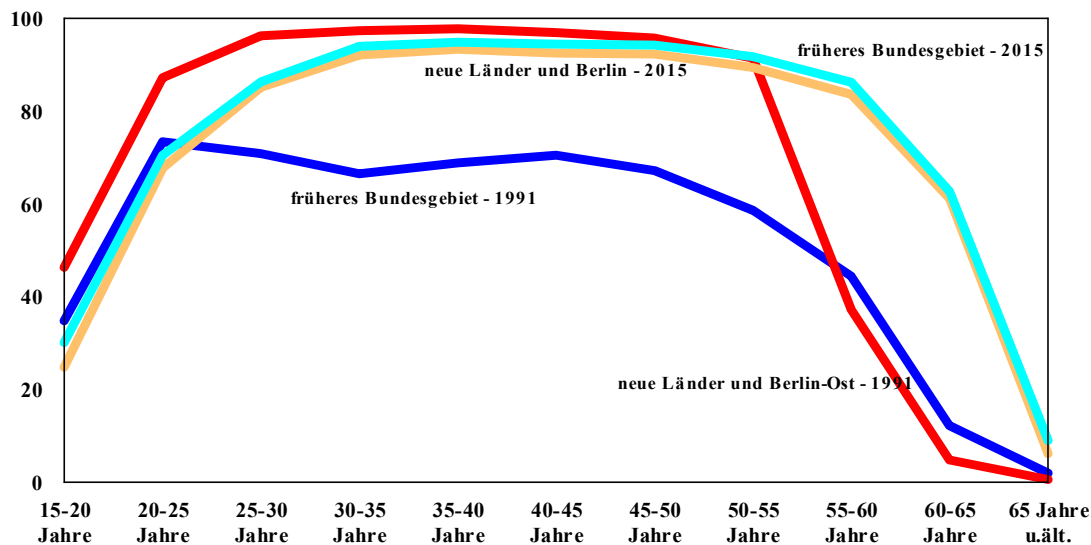
Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Die Prophezeiung der heutigen Bundeskanzlerin A. Merkel von 1991 hat sich nur quantitativ bestätigt, bei anderen Motiven als vorausgesagt: „Man muss davon ausgehen, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen in den neuen Bundesländern zurückgehen wird. Dies ist natürlich, weil es die Möglichkeit, Hausfrau zu sein, eigentlich nicht gab.“⁴²⁷ Die Realität ist: Der Wunsch, endlich Hausfrau sein zu dürfen, hat sich (noch) nicht ausgebreitet, der real erfolgte Rückgang weiblicher Erwerbsarbeit war/ist das Ergebnis fehlender Arbeitsplätze und eines „Rückfahrens“ von Betreuungseinrichtungen. Im Gegensatz dazu ist der Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft in den letzten Jahren gestiegen, was neue Begehrlichkeiten an der Erwerbsarbeit von Frauen geweckt hat, so dass jetzt auch die Kanzlerin sich für „notwendige Einbindung der Frauen“ einsetzt.

Zugleich haben sich nach 1990 - insbesondere in den alten Bundesländern - die Haltungen zur Erwerbsarbeit von Frauen und die Verantwortung der Gesellschaft für die Schaffung entsprechender Bedingungen schrittweise in Richtung fortschrittlicher Denkstrukturen verändert. Auch aufgrund der vorhandenen Qualifikationen bringt die wirkungsvollere Einbindung von Frauen nicht nur ökonomischen, sondern auch sozialen Nutzen.

⁴²⁷ Merkel, Angela: Die Situation der Frauen in der ehemaligen DDR, in: Frauenpolitik im Umbruch, Dokumentation einer Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1991, S. 9 f.

Abbildung 4.26: Erwerbsquote* Frauen - nach Altersgruppen und Regionen - 1991 und 2015
- in Prozent -



* Erwerbstätige und Erwerbslose

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1 - 2015, Wiesbaden 2016, Tab. 4.5.2 sowie Vorgänger für 1992

Die Entwicklung der Erwerbsquote von Frauen vor allem im Westen ist ohne Zweifel ein nicht unwesentlicher Bereich des Angleichungsprozesses West an Ost. Die vollzogene Angleichung wurde sowohl durch Ansteigen der Erwerbsquote im Westen als auch durch Abbau in den neuen Bundesländern erreicht - so lag 1991 bei Frauen der mittleren Jahrgänge die Erwerbsquote der Frauen im Osten um bis zu über 30 Prozentpunkten höher - 2015 sind das nur noch fast durchgängig 1 bis 2 Prozentpunkte.

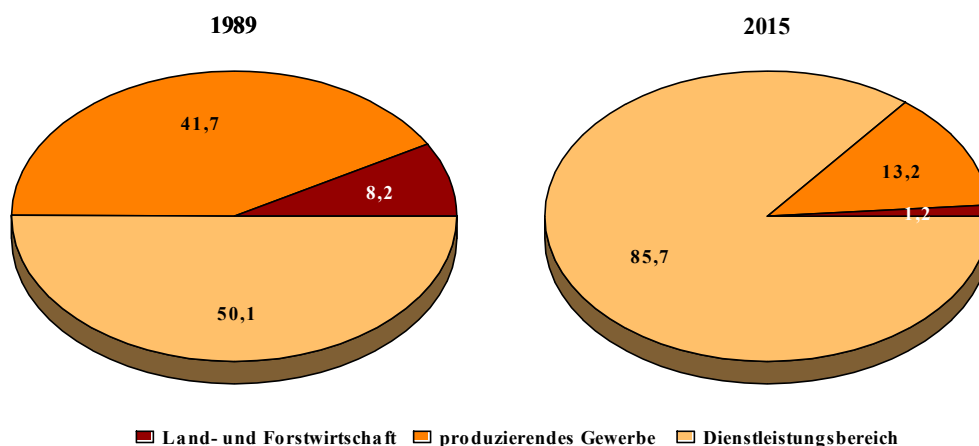
Die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR gegenüber ihren Geschlechtsgenossinnen im Westen hat - außer dem Stellenwert von Arbeit und Vereinbarkeit für das eigene Leben - in den jüngeren Jahrgängen deutlich ab- und den älteren Jahrgängen erkennbar zugenommen. Das ausgeprägtere Erwerbsverhalten - insbesondere von Frauen - führt vor dem Hintergrund immer noch fehlender Arbeitsplätze allerdings immer noch zu einer höheren Arbeitslosigkeit, da es ein „Zurückziehen“ auf Heim und Herd nur ganz selten gibt. Insofern reflektiert höhere Arbeitslosigkeit den Widerspruch zwischen Erwerbsverhalten und Realisierungsmöglichkeiten.

Inzwischen ziehen vor allem junge Frauen dem Arbeitsplatz hinterher. So beträgt der Wanderungssaldo seit 1989 rd. 1.000.000 Frauen. Die Folgen dieser Abwanderungen sind mit großer Sorge zu betrachten. Nicht nur weil über 2 Millionen z.T. bereits gut ausgebildete, mobile junge Frauen die neuen Bundesländer verlassen, sondern auch weil unmittelbare familiäre Beziehungen (die Geburt der Enkel ebenso wie notwendige Betreuung der Elterngeneration im Alter) gestört werden. Bis in die Gegenwart erfolgte hinsichtlich der Rolle der Frauen und ihrer Chancengleichheiten im Osten eine Entwicklung, welche einerseits ein Bewahren von erreichten Positionen - wenn auch auf niedrigerem Niveau - ebenso einschließt wie eine (zwangsweise, d.h. den Verhältnissen geschuldete) Angleichung an - sich langsam ändernde - westliche Lebensmuster.

Auch nach mehr als 25 Jahren deutscher Vereinigung ist der Arbeitsmarkt für Frauen in den neuen Bundesländern noch immer doppelt gespalten. In einen Arbeitsmarkt-Ost bzw. Arbeitsmarkt-West sowie den für Frauen und Männer:

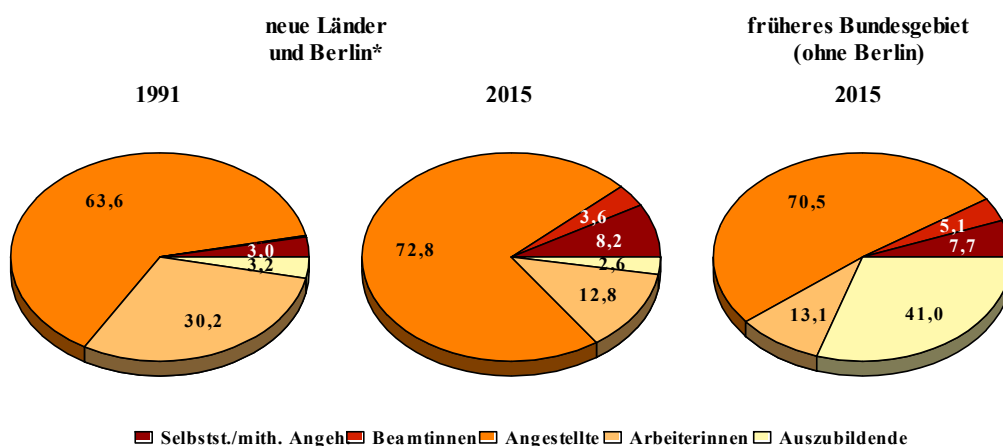
- 2015 waren nur noch 2,8 Millionen Frauen aus den neuen Bundesländern (ohne Berlin) erwerbstätig, das waren rd. 15 % aller berufstätigen Frauen in Deutschland. Die Erwerbsquote lag bei 75,9 % für alle Frauen aus den neuen Bundesländern und Berlin im Alter von 18 bis 65 Jahren (1991 = 73,8 %) - im Vergleich dazu stieg die Erwerbsquote Frauen-West von 56,9 % auf inzwischen 72,2 %.
- Neben dem Rückgang weiblicher Erwerbstätigkeit war vor allem ein grundlegender Wandel zur Beschäftigung im Dienstleistungsbereich charakteristisch - der neben dem allgemeinen Trend vor allem auf die Deindustrialisierung und Entgenossenschaftlichung im Osten zurückzuführen ist und den Anteil an in Industrie und Landwirtschaft beschäftigten Frauen minimierte. Damit verbunden reduzierte sich der Anteil der Arbeiterinnen zwischen 1991 und 2014 von über 30 % auf 12,8 %.

Abbildung 4.27: Erwerbstätige Frauen - nach Wirtschaftsbereichen - DDR/neue Länder (ohne Berlin) - 1989/2015 - in Prozent -



Datenquelle: Frauenreport '90, S. 66/Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1 - 2015, Tab. 4.8, Wiesbaden 2016

Abbildung 4.28: Erwerbstätige Frauen - nach Stellung im Beruf und Regionen - 1991/2015 - in Prozent -



* 1991 Berlin-Ost

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2015, Fachserie 1, Reihe 4.1.2, Tabelle MZ_15_B002_ET_Berufsgruppen..., Wiesbaden 2016

- Das weibliche Erwerbspotenzial ist inzwischen in den neuen Bundesländern (inkl. Berlin) durch die Altersgruppe der 45- bis 65-Jährigen geprägt mit einem Anteil von 49,5 % (West 46,3 %) - Ergebnis der stark rückläufigen jüngeren Jahrgänge und des Abwanderns vor allem junger Frauen seit 1990 in die alten Bundesländer.

- Auch der Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug im März 2016 49,8 % im Osten und 45,8 % im Westen. Der Anteil der ausschließlich geringfügig beschäftigten Frauen an allen geringfügig Beschäftigten lag im März 2016 bei 54,7 % im Osten und bei 64,3 % im Westen⁴²⁸.
- Was trennt, ist im Besonderen die Arbeitslosigkeit, so waren im September 2016 - trotz positiver Entwicklungen - rd. 308.000 Frauen in Ostdeutschland (inkl. Berlin) arbeitslos mit einer Arbeitslosenquote, bezogen auf abhängige zivile weibliche Erwerbspersonen, von 7,5 %, in Westdeutschland waren es 884.000 (5,3 %). Der Anteil der arbeitslosen Frauen-Ost an allen weiblichen Arbeitslosen liegt mit 25,8 % überdurchschnittlich hoch.
- Unterschiedliches Erwerbsverhalten und Arbeitsmarktbedingungen verdeutlichen auch die Daten für Teilzeitarbeit von Frauen, die 2015 im Westen bei 48,6 % mit einer Arbeitszeit unter 32 Stunden lag - davon 9,5 befristet, von denen 17,8 % keine Vollzeittätigkeit fanden - während im Osten 35,7 % der Frauen mit weniger als 32 Stunden verkürzt arbeiten, davon allerdings rd. 32 % aufgrund fehlender Vollzeitangebote für befristet Tätige (14,3 %)⁴²⁹.
- Die Angleichung der Erwerbsquote ab 55. Lebensjahr ist nach 1991 in den neuen Ländern stark geprägt durch die Aufhebung spezieller Regelungen zum Altersübergang ab 55. Lebensjahr sowie die seinerzeit gültigen Regelungen des „Ausstiegs“ für Frauen und bei Arbeitslosigkeit sowie die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis 2030 bringen entsprechenden Anstieg der Erwerbsquote in der Altersgruppe 65 und älter.

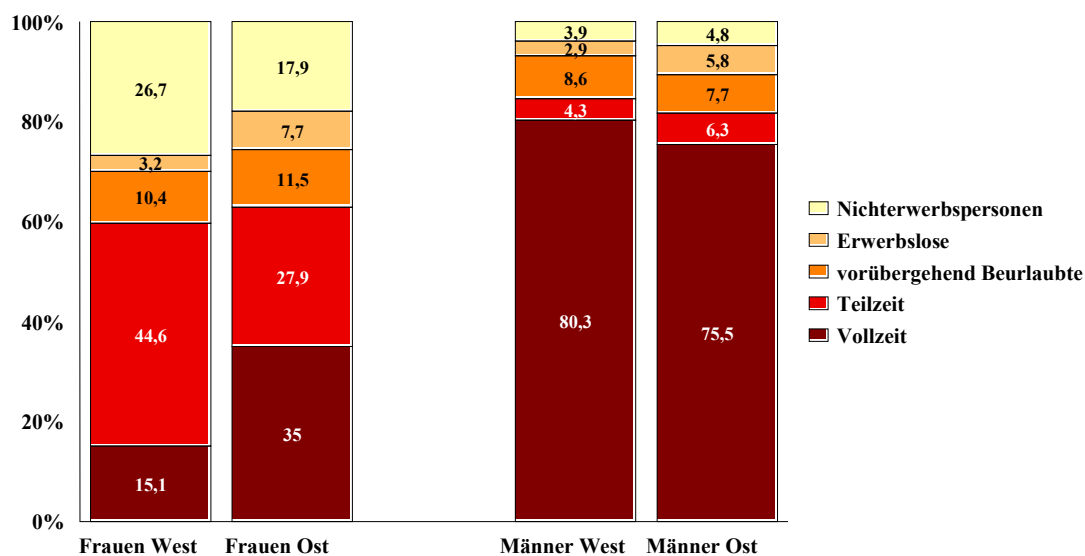
Das Erwerbsverhalten von Müttern und Vätern (15 bis 65 Jahre) verdeutlicht (2012) die Unterschiedlichkeit im Verhalten (bzw. den gegebenen Erwerbsmöglichkeiten) zwischen Männern und Frauen einerseits sowie Frauen Ost und West andererseits. Mütter im Osten drängen nach wie vor in Vollzeitbeschäftigung - Frauen im Westen (noch) eher in die Hausfrauenrolle bzw. Teilzeit. Dabei kommt hinzu, dass Teilzeit bei Frauen im Osten zu 30 % wegen fehlender Angebote an Vollzeitstellen erfolgt, im Westen bei 5 %. Bestimmend im Westen sind dagegen familiäre Gründe sowie Betreuungswunsch, die von 85 % angegeben werden (Osten = 53 %).

Die Liste der ausgrenzenden und diskriminierenden Tatbestände ließe sich fortsetzen, belegt aber auch nur, dass Frauen im Maße ihrer Integration bzw. Nichtintegration in das Erwerbsleben einer mehrfachen Ungleichbehandlung unterliegen - das gilt für Ost wie West.

⁴²⁸ Bundesagentur für Arbeit, Analyse des Arbeitsmarktes für Frauen und Männer, September 2016.

⁴²⁹ Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2015, Fachserie 1, Reihe 4.1.2 - MZ15-RS3-13.

Abbildung 4.29: Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern - nach Erwerbstyp und Region - 2012 - in Prozent -



Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Daten zu Geburten, Kinderlosigkeit und Familien, Wiesbaden 2013, Tab. 4.1

4.2.2 Erwerbsarbeit älterer Arbeitnehmer/-innen

Die heutigen Generationen älterer Bürger haben - wenn auch in abnehmendem Maße - ihre Lebensarbeitszeit vor allem unter DDR-Verhältnissen abgeleistet. Erwerbsarbeit hatte und hat - wie bereits dargestellt - im Denken und Handeln der Bürger - auch der über 50- oder 60-Jährigen - immer einen zentralen Platz eingenommen, gab vielen von ihnen in ihrem Leben Sinn und Inhalt, beeinflusste mehrheitlich das körperliche, geistige und soziale Wohlbefinden positiv. Das steht keineswegs im Gegensatz zu kritischen Positionen zur Planwirtschaft, zur Materialversorgung oder zu den Entlohnungsstrukturen. Arbeit trug dazu bei, den einmal erarbeiteten Lebensstandard aufrecht zu erhalten bzw. zu erhöhen. Der hohe Stellenwert von Arbeit bei Frauen und Männern führte - aufgrund der vorhandenen Möglichkeiten, arbeiten zu können - dazu, dass ab den 80er Jahren de facto jeder Familienhaushalt ein Haushalt von Doppelverdienern war. Die damaligen Bedingungen führen bis in die Gegenwart zu entsprechenden Wirkungen z.B. im Alterseinkommen von Rentnerhaushalten.

Typisch für die Arbeitsverhältnisse war auch ein relativ hoher Beschäftigungsgrad von Bürgern, die schon im Rentenalter waren (Frauen ab 60 Jahre - Männer ab 65 Jahre). Im Wesentlichen waren es vier Motive, die die Altersrentnerinnen und -rentner bewegten, weiter zu arbeiten. Das war zunächst und vor allem der Wunsch, das mehrheitlich niedrige Renteneinkommen aufzubessern. Es wäre jedoch vereinfacht, Arbeit im Alter darauf zu begrenzen. Wesentliche Motive waren auch das Gefühl der Nützlichkeit, des Gebrauchtwerdens ebenso wie erfolgende Befriedigung und Selbstbestätigung in der Arbeit, aber auch die sozialen und kommunikativen Beziehungen, die im Arbeitsprozess und durch die betriebliche Einbindung hergestellt wurden.⁴³⁰

Die Erwerbstätigkeit im Rentenalter ging - wie in anderen Ländern auch - bereits in der DDR seit den 70er Jahren zurück. 1989 arbeiteten noch ca. 11 % aller Altersrentner (Frauen ab 60. Lebensjahr, Männer ab 65. Lebensjahr), während es 1975 18 % und im Jahr 1975 rd. 23 % waren. Das resultierte sowohl aus demografischen Entwicklungstendenzen als auch aus einer veränderten Motivation zur Berufstätigkeit. Die „jüngeren“ Rentnergenerationen zeichneten sich bereits durch veränderte Bedürf-

⁴³⁰ Vgl. Schwitzer, Klaus-Peter: Altenreport '90, a.a.O.

nis- und Interessenstrukturen bei etwas höherem Alterseinkommen - insbesondere in Partnerhaushalten - aus. Dabei konzentrierte sich die Berufstätigkeit vor allem auf die ersten 5 Jahre des Rentenalters; rund 28 % der Frauen im Alter von 60 bis 65 Jahren und rund 23 % der Männer in den Altersgruppen 65 bis 70 Jahre waren 1989 noch erwerbstätig.

Tabelle 4.11: Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Rentenalter - DDR - 1972 bis 1989 -

	Erwerbstätige im Rentenalter - in 1000 -		
	insgesamt	männlich (ab 65. Lebensjahr)	weiblich (ab 60. Lebensjahr)
1972	677	298	379
1975	596	248	348
1980	391	152	239
1986	282	86	196
1989	279	76	203

Quelle: Schwitzer, K.-P.: Erwerbstätigkeit im Alter, in: Altenreport '92 - Zur sozialen Lage und Lebensweise älterer Menschen in den neuen Bundesländern (Hrsg.: K.-P. Schwitzer/G. Winkler), Morgenbuchverlag, Berlin 1992, S. 113

Nach 1990 wird die Entwicklung der Erwerbstätigkeit älterer Bürger in den neuen Bundesländern insgesamt durch die allgemeine rückläufige Beschäftigungsentwicklung im Ergebnis der wirtschaftsstrukturellen Veränderungen geprägt.⁴³¹

Der einsetzende Umbruch der Arbeitsverhältnisse und die Herausbildung eines Arbeits“marktes“ trafen ältere Bürger im besonderen Maße.

Unmittelbar nach 1990 umfasste die Gruppe der 50- bis 60-/65-Jährigen einerseits die Bürger, die relativ schnell in den vorgezogenen Ruhestand gingen (gehen konnten/mussten), andererseits entstand gleichzeitig eine große Gruppe von Erwerbslosen, die mehrheitlich keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt mehr hatten und in zunehmendem Maße zu „Langzeitarbeitslosen“ wurden. Nur ein geringer Teil verblieb zunächst erwerbstätig.

Die Generation der 1990 über 50-Jährigen kann bis ans Lebensende davon zehren, dass sie durch die 40 Jahre DDR auf jeden Fall mehrheitlich 30 und mehr Jahre gearbeitet hat, was sich zumindest positiv auf ihr Renteneinkommen nach der Rentenüberführung auswirkte. Bis in die Gegenwart sind die Rentenbiografien durch eine Zunahme der insgesamt geleisteten Arbeitsjahre bis 1990 und eine sich seitdem vollziehende Reduzierung von realen Erwerbsjahren und ihren Ersatz durch Anrechnungszeiten charakterisiert. Die der Rentenberechnung zugrunde liegenden durchschnittlichen Versicherungsjahre (Rentenzugang) sanken zwischen 1990 und 2014 bei Männern (neue Länder und Berlin-Ost) von rd. 48 Jahren auf 44,7 Jahre, während sie bei Frauen von unter 38 Jahren immer noch - wenn auch verlangsamt - auf fast 43,4 Jahre stiegen (im Vergleich - 2014: Männer-West inkl. Berlin-West 41,3 Jahre, Frauen-West 29,8 Jahre)⁴³².

Hauptproblem der 50- bis 60-/65-Jährigen zur Zeit der Wende war jedoch der mit der deutschen Einheit vollzogene Umbruch in Werten und Biografien. Das trifft bis in die Gegenwart auf alle Rentenzugänge zu, da sie nach einem arbeitsreichen und auf Arbeit ausgerichteten Leben aus dem Erwerbsprozess verdrängt wurden/werden. Erstmals hatten viele das Gefühl, nicht gebraucht zu werden und Geld

⁴³¹ Vgl. hierzu auch Haupt, Hanna/Liebscher, Reinhard/Winkler, Gunnar: Ältere Arbeitnehmer/innen in Ostdeutschland - Lebenslagen und Lebensverhältnisse, Werte und Handlungsorientierungen, in: Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V. „Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den neuen und alten Bundesländern“, Bd. 19, trafo verlag, Berlin 2005.

⁴³² Datenquelle: DRV Rentenversicherung in Zeitreihen 2013, Berlin 2014, S. 133-135.

empfangen zu müssen, für welches sie keine Arbeitsleistung erbringen (können/dürfen). Für viele wurde damit bis in die Gegenwart zugleich die Frage nach der Nützlichkeit ihres bisherigen Lebens aufgeworfen. Erworbene Qualifikationen wurden de facto über Nacht entwertet, berufliche Erfahrungen vieler waren nicht mehr gefragt. Es war in den Jahren nach der Wende nicht das Problem von neu zu erwerbenden Zusatzqualifikationen, sondern die Notwendigkeit, sich in diesem Alter völlig neuen Berufsbildern zuwenden zu müssen, für die bis dahin auch nicht annähernd Interesse oder Veranlagung vorhanden war. Die „neuen“ Versicherungsvertreter, ambulanten Händler, Kleingewerbetreibenden hatten vor 1990 völlig andere, nicht vergleichbare Berufe erworben.

In den Jahren zwischen 1990 und 1992 wurde fast eine Million älterer Bürger in den Vorruhestand gedrängt. Im Gegensatz zum Vorruhestand in Westdeutschland fehlte jedoch in den neuen Bundesländern der Spielraum für eigene Entscheidungen. Im Gegensatz dazu bestand in den alten Bundesländern ein Rechtsanspruch⁴³³, der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unterschiedliche Möglichkeiten eröffnete. Das heißt, dass die entsprechenden Entscheidungen weitgehender als bei anderen Regelungen bei den Arbeitnehmern selbst lagen. Diese konnten in den Vorruhestand gehen, hatten aber auch die Option, auf alternative Ausgliederungspfade auszuweichen (z.B. auf gleichzeitig bestehende betriebliche Regelungen) oder einfach weiterzuarbeiten. Die finanzielle Absicherung war klar geregelt, relativ günstig und für die Vorruheständler langfristig kalkulierbar. Eine Frühausgliederung war nicht vorrangig Defiziten der Leistungsfähigkeit der Person oder einem betrieblichen Freisetzungsdruk zurechenbar, sondern abhängig vom Vorliegen der formalen Anspruchsvoraussetzungen.

Der Vorruhestand war für Westdeutsche viele Jahrzehnte eine Form des Ausscheidens aus der Arbeit, die eine Chance für soziale Anerkennung und individuelle Entlastung bot. Es gab nicht den „Makel“ der Arbeitslosigkeit oder der Invalidität. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war auch, dass der Vorruhestand eine Maßnahme war, die als Umschichtung der Arbeit zwischen den Generationen verstanden wurde, d.h., dass die Älteren zu Gunsten arbeitsloser Jüngerer zurücktreten konnten.

Es ist offensichtlich, dass der Vorruhestand in Ostdeutschland, wie er ab 1990 wirksam wurde, damit kaum vergleichbar ist⁴³⁴, da er überwiegend als ein nicht auf eigener Entscheidung beruhender Zwang zum Ausstieg, unabhängig von Qualifikation, Beruf, sozialem Status, realisiert wurde. Echte alternative Entscheidungsspielräume existierten nicht. Das Vorruhestandsgeld, als letztlich eine modifizierte Form der Arbeitslosenunterstützung, betrug zunächst 70 % des durchschnittlichen Nettolohnes der letzten 12 Monate (Bruttohöchstbetrag 2.700 DM) bei einem möglichen Zuverdienst von max. 400 DM. Von dieser Regelung machte ein außerordentlich hoher Anteil von Bürgern der entsprechenden Altersgruppen Gebrauch. Waren es 1990 zunächst nur rd. 325.000 Männer und Frauen, so betrug ihre Zahl im Jahr 1993 bereits rd. 850.000, um nach Auslaufen der Regelungen relativ rasch abzusinken (1998 = 93.000)⁴³⁵.

Arbeit hat - wie oben dargestellt - auch gegenwärtig noch einen hohen Stellenwert in der Wertestruktur auch älterer Bürger. Das mag seine Ursache sowohl in der Sozialisation der DDR haben mit einem stark auf Arbeit ausgeprägten Lebensvollzug, ebenso wie bei den 55- bis 65-Jährigen in der spezifischen Arbeitsmarktsituation und dem über Jahre gespürten Entzug von Arbeit. Nicht zuletzt ist in die-

⁴³³ Vgl. zum Nachfolgenden: Wolf, J.: Die Vergesellschaftungslücke. Der Vorruhestand in den neuen Bundesländern, in: Zeitschrift für Sozialreform, Nr. 11/12 1991, S. 723, 724, S. 729/730.

⁴³⁴ Ebenda.

⁴³⁵ Vgl. Winkler, Gunnar: Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland, in: S. Frister/H. Liljeberg/G. Winkler: Arbeitslosenreport 1999: Daten und Fakten zur sozialen Lage Arbeitsloser in den alten und neuen Bundesländern, Verlag am Turm, Berlin 1999, S. 162.

ser Altersgruppe Arbeit in höherem Maße die Lebensbedingungen im Rentnerstatus beeinflussender als in den alten Bundesländern.

Tabelle 4.12: Erwerbsstatus - nach Altersgruppen und Regionen - 2014 - in Prozent -

	neue Länder und Berlin-Ost				früheres Bundesgebiet und Berlin-West			
	18 bis 40 Jahre	40 bis 50 Jahre	50 bis 65 Jahre	65 Jahre und älter	18 bis 40 Jahre	40 bis 50 Jahre	50 bis 65 Jahre	65 Jahre und älter
erwerbstätig	67	83	68	4	66	84	73	4
arbeitsmarktpolitische Maßn./arbeitslos	10	9	10	0	8	6	5	0
Rentner/Pensionär	1	5	16	95	--	2	16	95
sonstige Nichterwerbstätige	23	2	6	1	26	8	6	2

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Von den Befragten der Altersgruppen von 50 bis 65 Jahren waren nach eigenen Angaben (2014) in den neuen Ländern und Berlin-Ost 68 % erwerbstätig, 10 % arbeitslos, 16 % bereits Rentner und 6 % Sonstige (Hausfrauen/z.B. mithelfende Familienangehörige). Hinsichtlich der Beschäftigungsentwicklung in den letzten Jahren ist festzustellen, dass diese nicht in gleichem Maße für ältere Bürger wirksam geworden ist. Die Bundesagentur für Arbeit weist für Ältere ab 50. Lebensjahr⁴³⁶ aus:

- Die Beschäftigungsquote für Ältere ist in den alten Bundesländern von 38,0 % (2006) auf 55,1 % (März 2016) gestiegen, in den neuen Bundesländern im gleichen Zeitraum von 37,9 % auf 55,6 %.
- Die Quote der Rentner, welche vor Erreichen des 65. Lebensjahres in die Rente gehen, hat abgenommen - bei steigender Anzahl von Bürgern in diesem Alter und über 65 hinaus aufgrund des steigenden Renteneintrittsalters. Das heißt, dass das Erwerbspotenzial und seine Nutzung in diesen Altersjahrgängen steigend sind.

Die Daten lassen allerdings außer Acht, dass im Vergleich zu allen anderen Altersgruppen ältere Bürger am wenigsten von der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung profitieren konnten (vgl. Tabelle 4.14). Es kann davon ausgegangen werden, dass - nicht nur in Äußerungen der Politik und der Medien - der Stellenwert der Arbeit Älterer in der und für die Gesellschaft sukzessive zunimmt. Der soziale Status der (noch) im Erwerbsleben Stehenden im Alter zwischen 50 und 65 Jahren ist zugleich durch sich stark angleichende Strukturen in Ost und West geprägt:

- geringfügig höhere Anteile von Angestellten (52 %) und Beamten (10 %) im früheren Bundesgebiet im Vergleich zu den neuen Bundesländern und Berlin-Ost mit 50 % Angestellten und 6 % Beamten;
- höhere Anteile von Arbeitern (30 %) im Osten als im Westen (25 %);
- ebenso wie fast gleich hohe Anteile an Selbstständigen (10 % im Osten, 10 % im Westen) - bekanntlich ein Ergebnis der Arbeitsmarktförderung (Soloselbstständige bzw. 1-Mann-Betrieb/1-Frau-Betrieb) mit einem nicht zu übersehenden zunehmenden Teil Selbstständiger, welche noch zusätzlich Hartz IV-Zahlungen empfangen müssen.

Die Bewertungen der Bürger und offizielle Verlautbarungen sind hinsichtlich der Erwerbsarbeit Älterer keineswegs deckungsgleich. Fast die Hälfte der Bürger in Ost wie West geht davon aus, dass der

⁴³⁶ Bundesagentur für Arbeit, Statistik, „Analytikreport“ - Analyse des Arbeitsmarktes für Ältere ab 50 Jahre (monatlich), Nürnberg, Juli 2014.

Stellenwert der Erwerbsarbeit für Ältere abgenommen hat, ein knappes Drittel stellt eine Zunahme fest. Dabei gibt es eine hohe Übereinstimmung in den Aussagen aller Altersgruppen und Regionen. Es ist offensichtlich, dass sich - trotz steigender Erwerbszahlen - die Positionen Älterer am wenigsten verändert haben - was sich in den Auffassungen der Bürger als Erfahrungstatsachen reflektiert.

Ein Anstieg von über zwei Millionen älterer Bürger ab 55 Jahre in den letzten Jahren, welche in einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit beschäftigt sind⁴³⁷, hat neben der wirtschaftlichen Entwicklung natürlich auch mit der Zunahme der Bevölkerung dieser Altersgruppe um fast 1,5 Millionen Bürger, einem sich langsam vollziehenden späteren Renteneintritt, aber auch mit einer Zunahme von Beschäftigung Älterer in ausschließlich geringfügiger Tätigkeit (rd. 1 Millionen in der Altersgruppe 55 bis 65 Jahre sowie einer knappen Million über 65-Jähriger sowie prekären Arbeitsverhältnissen insgesamt zu tun.

In einer vergleichenden Untersuchung im Jahr 2011 in den neuen Bundesländern (inkl. Berlin-Ost) und Nordrhein-Westfalen erbrachte nachfolgende Aussagen:

Tabelle 4.13: Hat Ihrer Meinung nach der Stellenwert der Erwerbsarbeit von Älteren in der Gesellschaft zugenommen oder abgenommen? - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent -

	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen (NRW)			
	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter
zugenommen	28	32	25	22	31	29	34	31
abgenommen	46	46	47	47	46	47	46	46
unverändert geblieben	22	21	25	22	21	22	19	20
ohne Antwort	4	2	2	9	2	2	1	4

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Der ökonomische Druck (sinkende Renten/geringere Verdienste - vgl. Abschnitt 2.3.3) hat - auch aus der Sicht der Bürger - maßgeblichen Anteil an steigender Berufstätigkeit - auch unter sich verschlechternden Bedingungen.

Seit wenigen Jahren sprechen Medien und Politik davon, dass im Ergebnis des Wirtschaftsaufschwungs in Deutschland die Beschäftigung Älterer zugenommen hat. Ein erfreuliches Zeichen, hätte es nicht den Beigeschmack, dass der reale Beschäftigungszuwachs bei Älteren am geringsten und - wie bei anderen Altersgruppen auch - auf Kosten von Einkommen und sozialer Sicherheit erfolgte.

Es ist offensichtlich, dass aus Sicht von 53 % der 50- bis 65-Jährigen im Osten und 49 % im Westen vor allem die sinkenden Renten für diese Jahrgänge (im Vergleich zu den Bestandsrentnern) als Ursache für steigende Beschäftigung angesehen werden, ebenso wie die bereits gegenwärtig niedrigeren Einkommen vieler Älteren (47 % Ost/44 % West) und eine unzureichend erfolgte - größtenteils auch nicht mögliche (insbesondere im Osten) - individuelle Altersvorsorge (45 % Ost/37 % West), ebenso wie der erfolgte Abbau der Alterssicherung generell (42 % Ost/38 % West) dafür vor allem bestimmend sind.

⁴³⁷ Vgl. Bundesagentur für Arbeit - Analytikreport - Arbeitsmarkt für Ältere ab 50 Jahre, Nürnberg, September 2016, S. 6 ff./sowie Analytikreport Arbeitsmarkt in Deutschland, Zeitreihen bis 2015, Nürnberg 2016.

Es ist nicht zu übersehen, dass bereits gegenwärtig Männer in den alten Bundesländern, welche im Jahr 2015 in die (Alters-)Rente gingen⁴³⁸, im Durchschnitt 26 Euro weniger erhalten als sog. Bestandsrentner, d.h. sich schon länger im Rentnerstatus Befindende. Bei Männern der neuen Bundesländer sind das im Vergleich 151 Euro weniger. Frauen im Westen erhalten 3 Euro mehr (auch durch die Mütterrente z.T. bedingt) und im Osten 14 Euro mehr - auch mit steigender Tendenz, aufgrund der zunehmenden Frauenbeschäftigung in der DDR, was in den nachrückenden Rentnerjahrgängen bislang noch nicht so zum Tragen kam.

Tabelle 4.14: Gegenwärtig sind mehr ältere Menschen ab 55 Jahre berufstätig als noch vor 10 Jahren. Worin sehen Sie mögliche Ursachen? - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent - (nur Antwort: „*vor allem*“)

	neue Länder und Berlin-Ost				Nordrhein-Westfalen (NRW)			
	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter	insgesamt	unter 50 Jahren	50 bis 65 Jahre	65 Jahre u. älter
sinkende Renten	46	43	53	42	43	38	49	47
geringe Verdienste	41	40	47	38	40	37	44	41
unzureichende Altersvorsorge	36	33	45	35	36	34	37	39
Abbau der Alterssicherung	34	34	42	27	34	31	38	34
steigende Lebenserwartung	31	35	30	25	36	40	34	28
mehr Teilzeitarbeit	27	25	33	26	28	26	32	31
mehr Erfahrungen	13	19	29	24	21	14	25	31
verschärfter Vorruhestand	23	22	31	17	23	21	26	26

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Erst nach den ökonomischen Faktoren Renten und Arbeitseinkommen (vgl. Tabelle 4.12) werden als weitere Ursachen für steigende Beschäftigung Älterer genannt:

- die steigende Lebenserwartung (eher von Jüngeren),
- Arbeitsmarktfaktoren wie Zugang zur Teilzeitarbeit, mehr Erfahrungswissen, vorhandene bessere Qualifikation,
- als nachrangig werden Unternehmensfaktoren (steigender Arbeitskräftebedarf, Vertrauen in Ältere) bewertet.

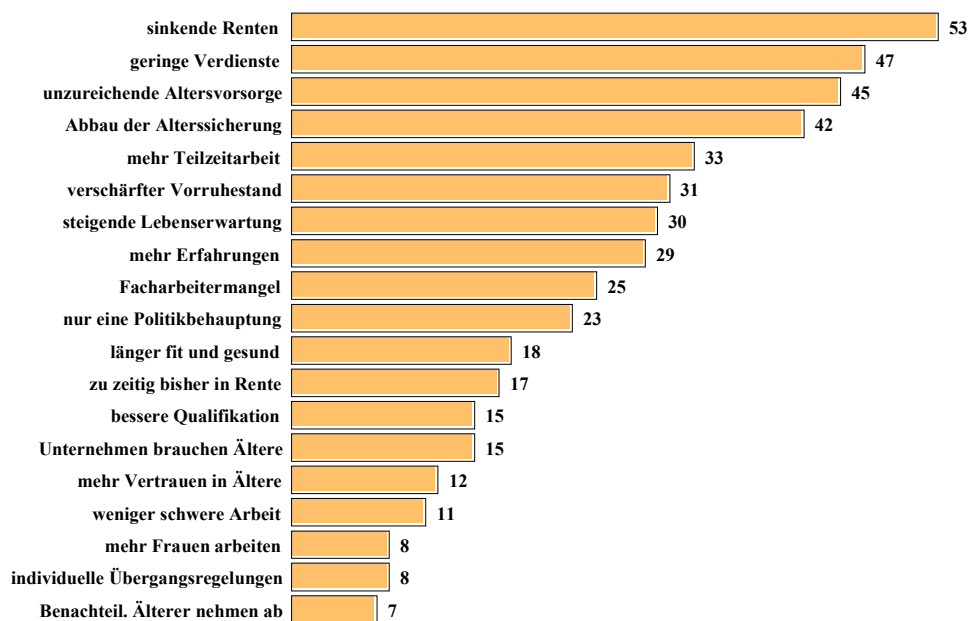
Insgesamt ist eine hohe Übereinstimmung in der Struktur der Antworten zwischen Ost und West (Nordrhein-Westfalen) feststellbar, wobei die stärkere Betonung der „ökonomischen“ Ursachen in den neuen Bundesländern offensichtlich aus den sich unterscheidenden Lebenslagen in Bezug auf Rente, Einkommen, Alterssicherung resultiert. Bestimmend sind

- die Erfahrung einer guten Mischung von Alt und Jung, d.h. generationenübergreifende Arbeitskollektive,
- die Anerkennung der Berufs- und Lebenserfahrung Älterer ebenso wie Arbeitsverhalten,
- dass Alter überhaupt keine Rolle spielt, nimmt allerdings erst einen mittleren Rang ein.
- Kaum bzw. nur geringe Unterstützung finden Aussagen wie: unzureichende Qualifikation, Krankheiten und geringere Leistungsfähigkeit, bestehender Kündigungsschutz und generell fehlendes Interesse zu arbeiten.

⁴³⁸ Vgl. hierzu: DRV, Rentenversicherung in Zahlen 2011, DRV, Mai 2011, S. 34-37/52-55.

Allerdings erfolgt in den neuen Bundesländern in der Altersgruppe der über 65-Jährigen eine unter dem Durchschnitt liegende Zustimmung, dass Ältere aufgrund ihrer Berufs- und Lebenserfahrung geachtet würden - offensichtlich mehr Ausdruck der gesammelten gesellschaftlichen Erfahrungen in der Phase seit 1990 und der Ausgrenzung bzw. Freisetzung von großen Teilen von Belegschaften und damit verbundenen Haltungen von Führungskräften/Betriebsleitungen.

Abbildung 4.30: Gegenwärtig sind mehr ältere Menschen ab 50 Jahre berufstätig als noch vor 10 Jahren. Worin sehen Sie mögliche Ursachen? - 50 bis 65 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2011 - in Prozent - (nur Antwort: „*vor allem*“)



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Nach neusten Analysen kommen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen zu der Feststellung, dass sich der Arbeitsmarkt von den Älteren abwendet⁴³⁹ - eine Erkenntnis, die sicher nicht nur für Nordrhein-Westfalen Gültigkeit hat.

4.2.3 Arbeitslosigkeit

Nach wie vor spaltet der Arbeitsmarkt Deutschland und zwar in einem Maße, dass noch 2012 die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bei einer Wertung zur Arbeitsmarktentwicklung zur Feststellung gelangen, dass es keinen deutschen Arbeitsmarkt gibt, sondern zwei Arbeitsmärkte: einen ostdeutschen und einen westdeutschen.⁴⁴⁰ Bereits 1991 warnte die seinerzeitige Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit und Soziales in Brandenburg, Frau Dr. Kurz-Scherf, in einem Beitrag unter der Überschrift: „Gespaltener Arbeitsmarkt - gespaltene Gesellschaft“⁴⁴¹ vor den nachhaltigen Folgen einer ungebändigten Arbeitsmarktpolitik. Die von ihr getroffenen Aussagen gelten auch noch nach mehr als fünfundzwanzig Jahren und belegen den Stellenwert der Arbeitsmärkte für das Gelingen der deutschen Einheit bis in die Gegenwart.

⁴³⁹ Freie Wohlfahrtspflege NRW, Geschönte Statistik - fast 50.000 ältere Arbeitslose in NRW zählen nicht als arbeitslos, Pressemitteilung v. 22.09.2014.

⁴⁴⁰ Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Arbeitsmärkte im Wandel, Wiesbaden 2012, S. 39.

⁴⁴¹ Kurz-Scherf, Ingrid: Gespaltener Arbeitsmarkt - gespaltene Gesellschaft, in: Sozialunion in Deutschland (Hrsg.: I. Kurz-Scherf, E. Mezger, G. Winkler), Graue Reihe der Hans-Böckler-Stiftung - Nr. 38, Düsseldorf 1992, S. 33-44.

Die jeweiligen Regierungskoalitionen seit 1990 waren sich dabei der Tragweite der Arbeitsmarktentwicklungen generell und speziell im Osten durchaus bewusst.

Als Helmut Kohl den Ostdeutschen blühende Landschaften versprach, schloss das offensichtlich ein, dass ein Landschafts- und Freizeitpark mit abnehmenden Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden sollte. Da das nicht funktionierte, wurden seitdem folgende generalisierende Aussagen seitens der Regierungen getroffen:

- H. Kohl (Bundeskanzler) 1996: Halbierung der Arbeitslosigkeit (3,6 Millionen) bis 2000.
- 1998 erklärte der neu gewählte Bundeskanzler G. Schröder: „Die Bundesregierung ist sich völlig im Klaren darüber, daß sie ihre Wahl wesentlich der Erwartung verdankt, die Arbeitslosigkeit wirksam zurückdrängen zu können. Genau dieser Herausforderung werden wir uns stellen. ... Unser drängendstes und auch schmerzhaftestes Problem bleibt die Massenarbeitslosigkeit. Sie führt zu psychischen Zerstörungen, zum Zusammenbruch von Sozialstrukturen. Den einen nimmt sie die Hoffnung, und den anderen macht sie Angst.“⁴⁴² Der „Schröder-Bonus“ 1998 war weitgehend darauf zurückzuführen, dass die Arbeitslosigkeit 1997/98 extreme Werte aufwies und die Bürger - vor allem der neuen Bundesländer - hofften, mit einem Politikerwechsel Veränderungen einleiten zu können. Während der Regierungszeit von G. Schröder stieg die Arbeitslosigkeit von 4,3 Millionen (1998) auf 4,9 Millionen (2005).
- W. Clement (Wirtschaftsminister bei G. Schröder) am 1.9.2004: „Halbierung der Arbeitslosigkeit ist möglich“, Ziel: 3 bis 5 % im Jahr 2010 - Stand 2004 = 4,4 Millionen.
- Bundeskanzlerin A. Merkel hält das Ziel der Vollbeschäftigung für realistisch (Juli 2008).
- W. Steinmeier (Vizekanzler bei A. Merkel) August 2009: 4 Millionen Arbeitsplätze bis 2020 zusätzlich schaffen.
- Koalitionsvereinbarung CDU-CSU-FDP 2009: „Die Reduzierung der Arbeitslosigkeit ist das zentrale Ziel beim Aufbau Ost.“ - diese Aussage wurde aufgrund ihrer Allgemeinheit erreicht.
- In der Koalitionsvereinbarung 2013 wird - bezogen auf die Arbeitslosigkeit im Osten - nur festgestellt, dass sie noch nie so niedrig war wie 2013, dass sie aber höher ist als im Westen und mit einer Politik der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse beeinflusst werden muss. Dies ist eine „Herausforderung, der sich die Koalition bewusst ist.“⁴⁴³

Soweit die Versprechen der verantwortlichen Politiker aus den letzten Jahren.

Mit der Agenda 2010 des seinerzeitigen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, den damit verbundenen „Hartz-IV“-Reformen wurde eine soziale Abwärtsspirale für Hunderttausende von Bürgern in Gang gebracht, die auf dem Arbeitsmarkt Deutschlands alles auf den Kopf stellte. Zum ersten Mal wurden für Millionen Arbeitnehmer und Arbeitslose lebensnotwendige solidarische Lohnersatzleistungen, wie die Arbeitslosenhilfe, de facto durch das Arbeitslosengeld II, und damit einer Fürsorgeleistung ersetzt. Damit wurden die Bedingungen in den sog. Not-Fällen des Lebens, durch Arbeitslosigkeit in Armut zu geraten, gesetzlich erweitert, die Armutsrisiken von Erwerbslosen erweitert und durch prekäre Arbeitsverhältnisse große Teile der Arbeitnehmerschaft diszipliniert und gezwungen Verschlechterungen

⁴⁴² Vgl. Schröder, Gerhard: Regierungserklärung, Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, Bonn, 10. November 1998, S. 9.

⁴⁴³ Koalitionsvereinbarung 2013 - 18. Legislaturperiode - Deutschlands Zukunft gestalten - CDU/CSU/SPD - Berlin 2013, S. 18.

der Arbeitsverhältnisse und -bedingungen billigend in Kauf zu nehmen. Die Spaltung der Beschäftigten und ihre Entsolidarisierung sind seitdem unübersehbar.

Die Arbeitslosenquote - bezogen auf abhängige Zivilpersonen - betrug Mitte 2016 in Deutschland 6,1 %, in Westdeutschland 5,6 % und in Ostdeutschland 8,2 %. Das führt nicht nur zu Unterschiedlichkeiten in Bezug auf gegenwärtige Lebenslagen (Einkommen bis soziale Kommunikation) der Betroffenen und ihrer Familienangehörigen, sondern auch zu Langzeitwirkungen in Bezug auf die Alterssicherung.

Die offiziellen Arbeitslosenzahlen spiegeln jedoch die Arbeitsmarktsituation in den neuen wie alten Bundesländern nicht real wider, da diese über die Arbeitslosigkeit hinaus zusätzlich zunehmend durch ein hohes Maß an Unterbeschäftigung bzw. nicht erwünschter Nicht-Beschäftigung geprägt sind, welche die Arbeitslosigkeit „im weiteren Sinne“ deutlich erhöht.

Mitte 2016 befanden sich insgesamt rund 6 Millionen Menschen in der Situation, dass ihr Arbeitspotenzial nicht genutzt wurde, d.h. hätten sich mehr Arbeitsstunden bzw. überhaupt einen Job gewünscht. Darunter 2,7 Millionen Erwerbslose, 3,1 Millionen Unterbeschäftigte in Teil- oder Vollzeit sowie 1,0 Millionen Menschen aus der sogenannten stillen Reserve⁴⁴⁴.

Von den Unterbeschäftigten waren mehr als die Hälfte in Teilzeit tätig. Rd. drei Viertel von ihnen sind Frauen. In Ostdeutschland sind nach wie vor deutlich mehr Frauen in Teilzeit unterbeschäftigt als im Westen. Während in den östlichen Bundesländern vor allem fehlende Vollzeitstellen als Ursache für die unfreiwillige Teilzeitarbeit von Frauen genannt werden, liegen die Gründe im Westen weniger in unfreiwilliger Teilzeit, sondern vor allem in fehlenden Betreuungsmöglichkeiten.

Hinzu kommen vorzeitige Berentungen, Abwanderungen wegen fehlender Arbeits- und Ausbildungsplätze im Osten sowie Ost-West-Pendler. Wenige Fakten mögen das untersetzen:

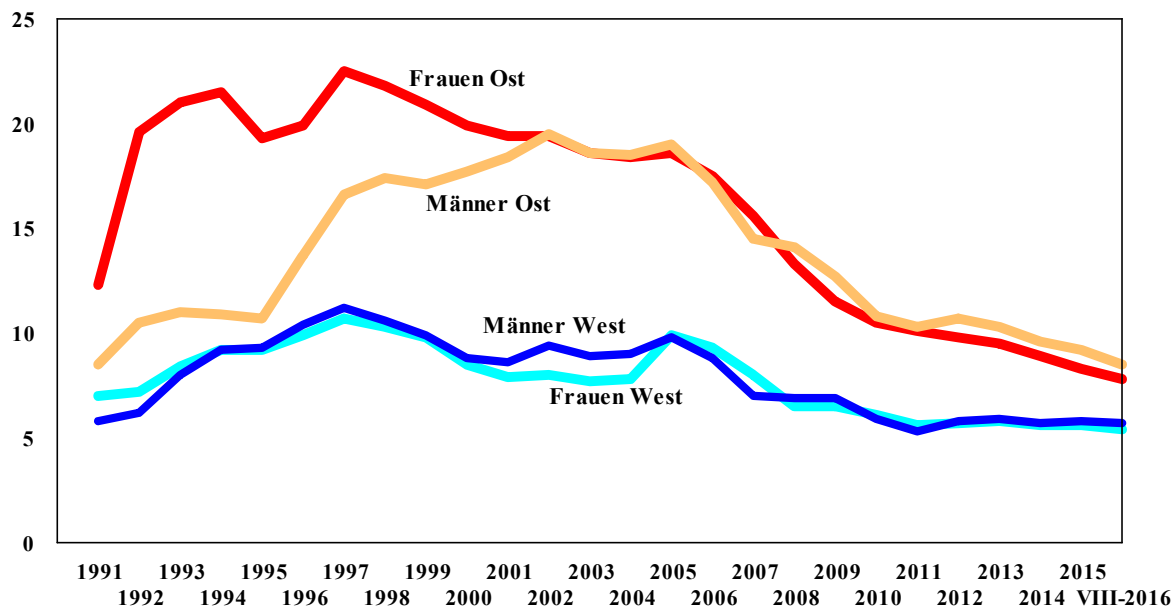
- a) Ältere Arbeitnehmer profitieren am wenigsten von der Arbeitsmarktentwicklung - ihr Anteil an den Arbeitslosen stieg in den vergangenen Jahren auf 32 % (Mitte 2016) - im Osten lag er bei 35,3 %.
- b) 100.000 ältere Menschen werden als nicht mehr vermittelbar aus der Statistik herausgerechnet ebenso wie krankgeschriebene und in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Tätige.
- c) Der Anteil an geringfügiger Beschäftigung ist steigend - insbesondere bei Frauen in westdeutschen Landkreisen - z.T. bis zu 40 % der Arbeitsplätze sind Mini-Jobs mit den damit verbundenen Nachteilen des Fehlens sozialer Absicherung bei Arbeitslosigkeit und Rentenansprüchen.
- d) Der Anteil Selbstständiger, die auf ergänzende Leistungen angewiesen sind, ist stark steigend - fast 10 % erhalten inzwischen Hartz IV-Leistungen.
- e) Rd. 400.000 Arbeitnehmer pendeln seit Jahren vor allem von Ost nach West.
- f) Von den arbeitslosen Frauen im Osten erhalten nur rd. 25 % Arbeitslosengeld nach SGB III, alle anderen nach SGB II - selbst ALG I-Bezieherinnen müssen z.T. noch Hartz IV zum Aufstocken beantragen.

Aus allem ergibt sich, dass eine reale Bewertung der Arbeitsmarktentwicklung - auch offiziell - längst überfällig ist.

⁴⁴⁴ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung v. 08.01.2014.

Es gibt keinen Lebensbereich, der seit 1990 das Leben der Bürger in den neuen Bundesländern so nachhaltig beeinflusst hat wie die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt - mit den negativen Auswirkungen: Arbeitslosigkeit, Ersatzbeschäftigung, Ausbildungsmisere, Ausgrenzung von Frauen und Älteren und den damit verbundenen Folgen auf soziale Situationen und Positionen bis zu psychischen Schäden.

Abbildung 4.31: Entwicklung der Arbeitslosenquoten - nach Geschlecht und Regionen - 1991 bis 2016 - in Prozent der abhängig zivilen Erwerbspersonen -



Quelle: Arbeitsmarktberichte der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg

Der einerseits erfreuliche Rückgang der Arbeitslosenquote (vor allem bis 2011) in den neuen Ländern ist neben wirtschaftsstrukturellen Wirkungen andererseits auch auf die abnehmende Zahl der Bürger im Erwerbsalter, einem nach Auslaufen von Sonderregelungen folgenden „Zwang“ auf Weiterbeschäftigung, aber auch „statistischen Bereinigungen“ geschuldet („Entlassung aus der Arbeitslosenstatistik“) sowie nicht zuletzt durch Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse bedingt.

Die oft verkündeten positiven Entwicklungen zur Beschäftigung sind z.T. eingetreten, trotzdem hat sich aber die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern auf nach wie vor fast 50-prozentigem Niveau - im Vergleich zu den alten Ländern - stabilisiert. Die Trennung in zwei unterschiedliche Arbeitsmärkte ist geblieben. Die ostdeutschen Länder weisen im Verhältnis zu den alten Bundesländern seit zwei Jahrzehnten die höchsten Arbeitslosenquoten aus. Die Arbeitsmarktsituation wird in den neuen Bundesländern - siehe oben - über die Arbeitslosigkeit hinaus durch ein hohes Maß an Unterbeschäftigung bzw. nicht erwünschter Nicht-Beschäftigung geprägt. Insofern stellen die monatlichen/jährlichen „offiziell“ veröffentlichten Arbeitslosenzahlen nur einen Teil der realen Nicht- bzw. Unterbeschäftigung dar.

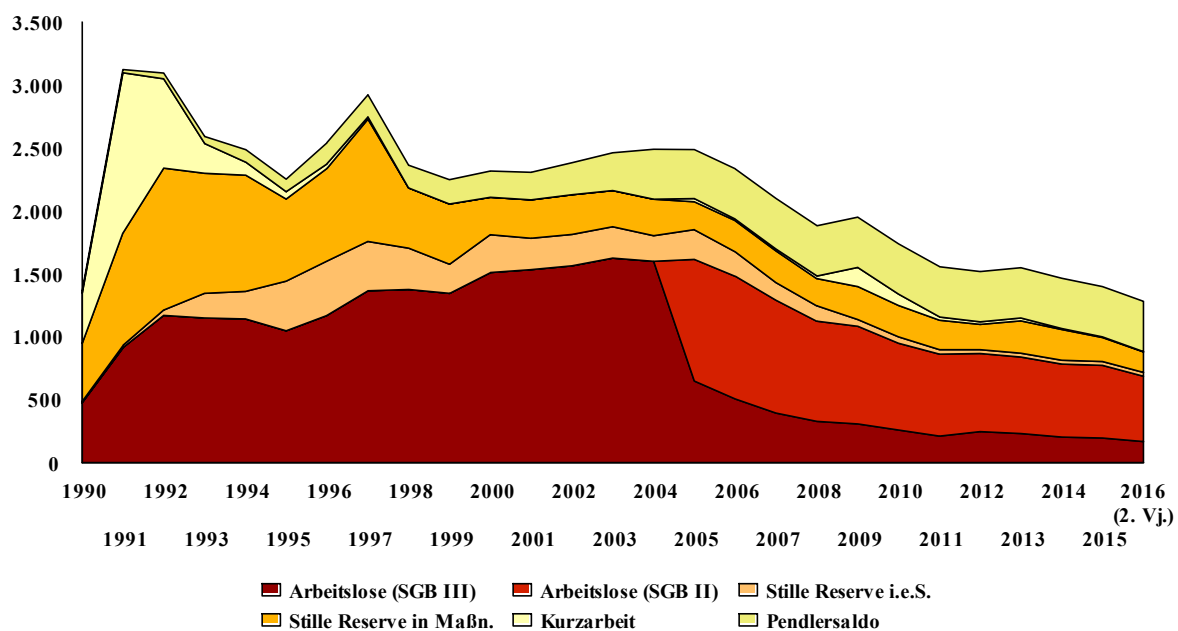
Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern hat viele Facetten und Erscheinungsformen. Das schließt über die offiziellen Arbeitslosen hinaus ein: Beschäftigte in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Pendler und Wanderungen wegen fehlender Arbeitsplätze, vorzeitigen Ruhestand, geringfügige und Teilzeitbeschäftigung aufgrund fehlender Vollzeitarbeitsplätze, befristete Arbeitsverhältnisse aufgrund des Fehlens von unbefristeten Arbeitsplätzen, eine „Stille Reserve“, d.h. diejenigen, die eine ihren Bedürfnissen entsprechende Tätigkeit suchen. In neueren Veröffentlichungen wird dafür auch der

Begriff „ungenutztes Arbeitskräftepotenzial“ verwendet⁴⁴⁵. Dabei werden auch die oben angeführten Personengruppen einbezogen, allerdings ohne Pendler und ohne vorzeitig in den Vorruhestand bzw. die Rente Gehende. Auch durch Ausdehnung des erfassten Personenkreises bis zum 75. Lebensjahr verwischen die realen Entwicklungen bzw. werden möglicherweise Überlegungen der Wissenschaftler vorweggenommen.

Insgesamt ergibt sich, dass (2015) den rd. 7,7 Millionen Erwerbstätigen in Ostdeutschland (inkl. Berlin-Ost) rd. 1,7 Millionen Bürger gegenüberstehen, die entweder arbeitslos bzw. in der „Stillen Reserve“ oder zur Zeit in nicht gewünschten Arbeitsverhältnissen tätig sind. Werden noch die Bürger einbezogen, welche aufgrund von Arbeitsplatzmangel „abgewandert“, welche regional (d.h. in den Westen) pendeln oder bereits in der Altersrente/Vorruhestand sind, dann fehlen allein im Osten rd. 3,2 Millionen Arbeitsplätze, die den Erwartungen der Bürger über die Gestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse entsprechen würden.

Insbesondere Tätigkeiten unter nicht gewünschten Teilzeitbedingungen und in befristeten Arbeitsverhältnissen betreffen in hohem Maße Frauen. Gleiches gilt für die sog. „Stille Reserve“, die im Besonderen „ungenutztes“ weibliches Erwerbspotenzial einschließt - dem traditionellen Bild folgend (und dem Arbeitsplatzangebot), dass Frauen eher zu Hause bleiben und aufgrund des Partnereinkommens keine „Ersatzleistungen“ erhalten.

Abbildung 4.32: Entwicklung der „Unterbeschäftigung“ in Ostdeutschland - 1990 bis 2016 (2. Vierteljahr) - (ab 2000 inkl. Berlin-West) lt. Bundesagentur für Arbeit Nürnberg -



Quelle: Arbeitsmarktberichte der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg, lfd. bis 09/2016

Allein in den neuen Bundesländern geben von den im Erwerbsleben Stehenden 12 % der Männer und 20 % der Frauen an, dass sie zusätzliche Arbeitsstunden in Anspruch nehmen würden (Unterbeschäftigung lt. OECD).

Wirtschaftliche Entwicklungen seit 2009 haben ohne Zweifel zu Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt geführt, welche unbestritten sind. Es ist aber auch darauf zu verweisen, dass die Älteren am wenigsten

⁴⁴⁵ Vgl. Rengers, Martina: Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial in der Stillen Reserve, Wirtschaft und Statistik 07/2012.

davon profitieren und dass immer stärker geringfügige Beschäftigung und prekäre Beschäftigungsverhältnisse auch für Ältere zunehmen.

Folgende Fakten sollen - bezogen auf Ältere - zusammengefasst werden:

- Ihre Arbeitslosenquoten sind mit am höchsten - d.h. sie sind von einstmaligen mittleren Plätzen auf die vorderen gerückt. Die 50- bis 65-Jährigen erreichen inzwischen (August 2016) trotz allgemeinen Sinkens - bezogen auf zivile Erwerbspersonen - in der altersstrukturellen Analyse 6,0 % - auch hier bei geteiltem Arbeitsmarkt (Westdeutschland 5,5 %/Ostdeutschland 8,1 %). Die vergleichbare Arbeitslosenquote der 55- bis 65-Jährigen liegt mit 6,5 noch höher (West 5,8/Ost 8,7). Der Anteil der 50- bis 65-jährigen Arbeitslosen an der Gesamtzahl der von Arbeitslosigkeit Betroffenen ist - trotz tendenziellen Sinkens ab 2015 - seit 2006 deutlich gestiegen - von rd. 26,6 % auf 32,1 % - im Osten auf 35,3 %, im Westen auf 31,1 %. Ein Angleichungsprozess für ältere Arbeitslose ist nicht erkennbar - im Gegenteil.
- Der seit 2006 um über 1,3 Millionen gesenkten Zahl der Arbeitslosen insgesamt (um rd. 33 %) stehen 2016 aus Ost- und Westdeutschland zusammen nur 200 Tausend über 50 Jahre gegenüber, was einer deutlich geringeren Senkung um 19 % entspricht, bei über 55-Jährigen sogar eine Steigerung 12.000 Arbeitslose.
- Die „ausschließlich geringfügig Beschäftigten“ unter den 50- bis 65-Jährigen erreichten Ende 2015 bereits fast 1,4 Millionen - bei 9,9 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dieser Altersgruppe⁴⁴⁶. Von ihnen waren 1,2 Millionen aus Westdeutschland und 0,2 Millionen aus Ostdeutschland.
- Die Anzahl der Leistungsbezieher von Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II für Ältere ab 50. Lebensjahr ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und erreichte im August 2016 rd. 0,9 Millionen Ältere.
- Die Zahl der 55-Jährigen, welche in vorruhestandsähnlichen Regelungen und Altersteilzeit beschäftigt sind, nimmt deutlich ab. Die Zahl der vorzeitig in die Rente Gehenden - aber mit Abschlägen - ist zwischenzeitlich von rd. 100.000 (2000) auf fast 500.000 (2010) gestiegen und seit 2014 aufgrund der 2012 wirksam gewordenen gesetzlichen Neuregelungen (erst ab 63 Jahre) auf 197.000 gesunken.⁴⁴⁷ Das heißt, dass sich 2010 noch 57,9 % aller Rentenneuzugänge der gesetzlichen Rentenversicherung für einen vorzeitigen Rentenzugang mit Rentenabschlägen auf Lebenszeit entschieden haben (bzw. entscheiden mussten), während das 2015 nur noch 34,7 % des Rentenzugangs möglich war. Der Anteil der Rentenzugänge mit Abschlägen betrug 2015 bei Männern in den alten Bundesländern 24,7 % und bei Frauen 18,6 %. In den neuen Ländern lagen die vergleichbaren Werte für Männer bei 32,0 % und für Frauen bei 41,3 % (vgl. hierzu auch Abschnitt 2.3.3, Abbildung 2.44).

⁴⁴⁶ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Analytikreport der Statistik, Analyse des Arbeitsmarktes für Ältere ab 50 Jahren, März 2016.

⁴⁴⁷ Statistik der Deutschen Rentenversicherung, Rentenversicherung in Zahlen 2013, S. 56.

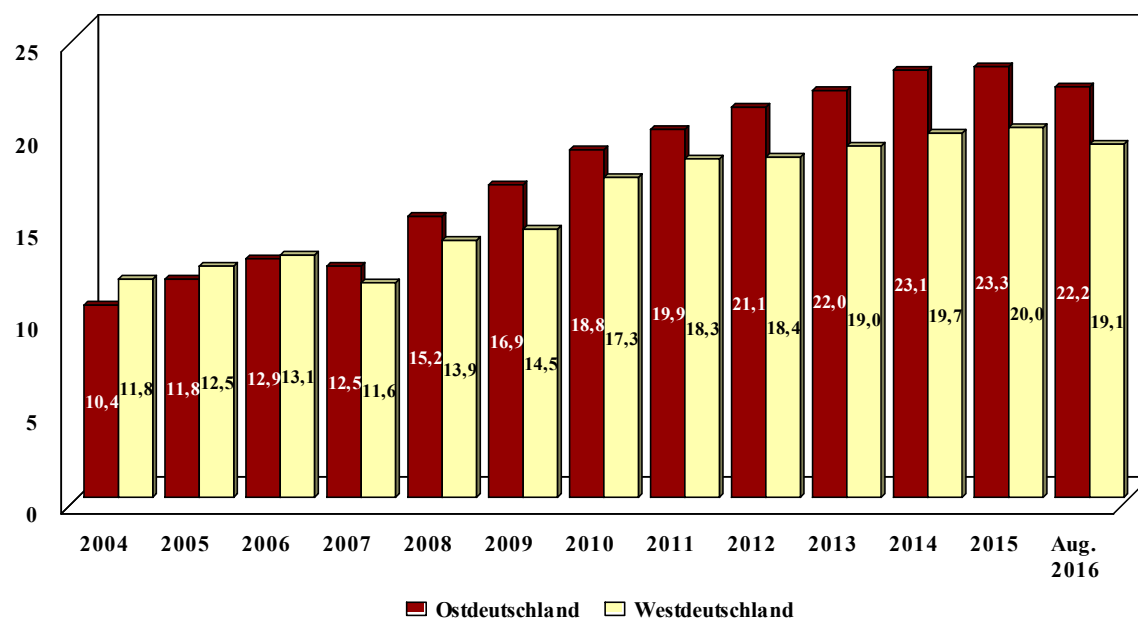
Tabelle 4.15: Arbeitsmarktdaten für Ältere - nach Regionen - Dezember 2006/August 2016 -

	Arbeitslose			Arbeitslosenanteil		Arbeitslosenquote	
	insgesamt	50 Jahre und älter	55 Jahre und älter	50-65 Jahre	55-65 Jahre	50-65 Jahre	55-65 Jahre
ME	1.000	1.000	1.000	%	%	%	%
August 2016							
Deutschland	2.684	863	535	32,1	19,9	6,0	6,5
Westdeutschland	1.998	620	382	31,1	19,1	5,5	5,9
Ostdeutschland	687	243	153	35,3	22,2	8,1	8,7
Dezember 2006							
Deutschland	4.007	1.067	523	26,6	13,0	15,4	15,5
Westdeutschland	2.670	691	350	25,9	13,1	13,1	13,3
Ostdeutschland	1.337	376	173	28,1	12,9	22,8	23,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – September 2016/Dezember 2006

Alles in allem Entwicklungen, die bereits gegenwärtig auf eine ungleiche Teilnahme der 50- bis 65-Jährigen am „Aufschwung“ verweisen und vor allem nachhaltige Langzeitwirkungen in der Alterssicherung, insbesondere der gesetzlichen Rentenversicherung, haben werden.

Abbildung 4.33: Anteil 55-jähriger und älterer Arbeitsloser an Gesamtarbeitslosen - nach Regionen - jeweils Dezember des laufenden Jahres - in Prozent -



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsberichte

Die Befürchtungen, arbeitslos zu werden, weisen - in allen Altersgruppen - eine relative Übereinstimmung auf:

- Fast ein Drittel der erwerbstätigen Bürger in den neuen Bundesländern geht davon aus, bald arbeitslos zu werden (7 %) bzw. dass sie persönlich eventuell von Arbeitslosigkeit betroffen werden können (23 %). Während auf der einen Seite in diesen Altersgruppen eine abnehmende Tendenz erkennbar ist, nimmt auf der anderen Seite die Anzahl derer, welche es nicht mehr betrifft (i.d.R. bereits Rentner/Rentnerinnen) bzw. welche unsicher sind und die Frage nicht beantworten, zu.

Tabelle 4.16: Falls Sie nicht arbeitslos sind, befürchten Sie, in der nächsten Zeit arbeitslos zu werden? - nur Erwerbstätige - nach sozialen Gruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent -

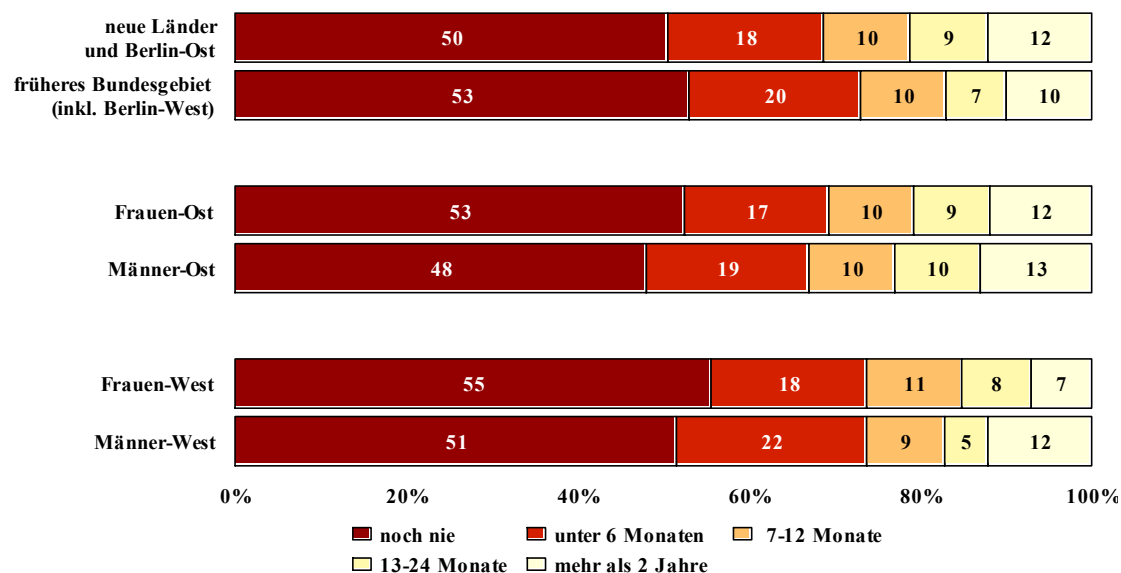
	insgesamt	Geschlecht		Altersgruppen			Qualifikation		
		Frauen	Männer	18 bis 40 Jahre	40 bis 50 Jahre	50 bis 60 Jahre	ohne Abschl.	Facharbeiter	Hochschulabschluss
ja	7	8	7	7	7	7	6	7	8
vielleicht	23	21	25	22	27	26	35	25	18
nein	62	64	61	66	62	57	53	61	63
betrifft mich nicht/ ohne Antwort	8	8	7	5	5	10	6	6	14

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

- Erhobene Daten aus dem früheren Bundesgebiet weisen eine vergleichbare Struktur aus, so dass davon ausgegangen werden kann, dass das Maß der Verunsicherung sich inzwischen zwischen Ost und West doch in hohem Maße angenähert hat.
- Männer bringen insgesamt eine größere Unsicherheit hinsichtlich möglicher Arbeitslosigkeit zum Ausdruck (25 % vielleicht/Frauen 21 %).
- Mit der beruflichen Qualifikation steigt die Annahme auf Arbeitsplatzsicherheit - trotzdem gibt es eine hohe Unsicherheit bei ungelerten Arbeitskräften von 41 % im Osten und 37 % im Westen.

Es gehört zu den problematischen Entwicklungen - insbesondere im Osten -, dass die Altersgruppen, welche 1989/1990 vor allem Träger der friedlichen Revolution und damit des deutschen Vereinigungsprozesses waren, diejenigen waren/sind, welche vor allem von den Folgen wirtschaftsstruktureller Veränderungen, Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind - mit Langzeitwirkungen bis zum Alterseinkommen nach Eintritt ins Rentenalter.

Abbildung 4.34: Dauer der Gesamtarbeitslosigkeit - 18 bis 65 Jahre - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Im Osten Deutschlands verfügen 50 % aller ab 18-Jährigen (2014) über eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit - wenn auch mit unterschiedlicher Dauer. Dabei sind Frauen insgesamt mit 47 % weniger betroffen als Männer (55 %), was sowohl mit der spezifischen Erwerbsstruktur als auch den unter-

schiedlichen Bedingungen des Übergangs ins Rentenalter verbunden ist. Die Vergleichsdaten weisen 45 % der Frauen und 49 % der Männer aus Westdeutschland aus, welche über eigene Erfahrung mit Arbeitslosigkeit verfügen. Dabei ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass die vergleichbaren Altersgruppen im Osten nur maximal rd. 24 Jahre arbeitslos werden konnten, während in den alten Bundesländern bis 45 Jahre zugrunde liegen können.

4.3 Gesundheit

Die Zufriedenheit mit dem Gesundheitswesen ist trotz steigender Tendenz nur gering ausgeprägt, ebenso wie positive Erwartungen an die künftige Entwicklung. Rd. ein Fünftel der Bürger ist unzufrieden und jeder Vierte erwartet weitere Verschlechterungen.

Die ärztliche Versorgung insbesondere in ländlichen Regionen der neuen Länder hat defizitäre Tendenzen - Versorgungsdichte und Beseitigung überdurchschnittlicher Warte- und Behandlungszeiten prägen - bei Anerkennung der Leistungen der einzelnen Ärzte - die Haltungen der Bürger.

Im Zentrum der Ängste der Bürger steht in allen Altersgruppen in Ost wie West die Befürchtung, einmal ein Pflegefall zu werden. Versorgungsbreite und -qualitative Ausgestaltung sind bei fehlendem Personal noch nicht hinreichend. Das neue Pflegestärkungsgesetz I ab 2015 setzt erste Anzeichen, bringt aber noch keine generellen Lösungen.

Lange zu leben, und das bei bestmöglicher Gesundheit, gehört zu den wichtigsten Vorstellungen jedes Menschen über seine Lebensziele und gewünschte Lebensqualität. Die Gesundheit lange erhalten zu können, ist eine der grundlegendsten Bedingungen menschlichen Lebens. Jede gesundheitliche Beeinträchtigung schmälert die Lebensqualität - völlig unabhängig davon, ob es sich dabei um ein Kind oder einen älteren Bürger handelt. Gesundheit gehört neben der Möglichkeit des gleichen Zugangs zur Bildung, der Chance, arbeiten und ein eigenes Einkommen erzielen zu können, menschengerecht wohnen und sich ernähren sowie sozial gleichwertig kommunizieren zu können, zu den sozialen Grundrechten der Menschen.

Es ist üblich, die Gesundheit nach den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen (WHO) als „Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein des Fehlens von Krankheiten und Gebrechen“ zu definieren. Dies ist ein sehr hoher Anspruch. Ist doch der Gesundheitszustand sowohl von physischen und psychischen als auch von sozialen Faktoren abhängig. Im Gegensatz dazu hieß es noch in einem vom Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung 2004 (!!) verbreiteten Papier zu Alter und Gesundheit eingangs, dass alt werden bei guter Gesundheit ein immer häufiger realisierter Wunsch ist, um anschließend festzustellen: „Ab dem 30. Lebensjahr beginnt die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Organsysteme abzunehmen, körperliche Belastbarkeit und Anpassungsfähigkeit gehen zurück“⁴⁴⁸. Damit wurde - einzelne Unternehmer werden darauf gern zurückgegriffen haben - bereits ab 30. Lebensjahr auf eine zu berücksichtigende Leistungseinbuße hingewiesen. Inzwischen ist - nicht zuletzt, um den Übergang zur „Rente mit 67“ zu begründen - ein „geändertes“ Verständnis von Gesundheit im Alter zu verzeichnen. Der „Sechste Altenbericht der Bundesregierung“⁴⁴⁹ verweist auf die Veränderung der Haltungen zu älteren Bürgern, zur erhöhten Lebenserwartung und der damit verbundenen verlängerten aktiven Lebensphase ebenso wie auf neue Morbiditätsstrukturen. Natürlich ist Gesundheit von individuellen Konstitutionen ebenso abhängig wie vom Umgang mit der eigenen Gesundheit. Aber eben nicht nur.

⁴⁴⁸ Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Altern und Gesundheit, Bonn 2004, Heft A300, S. 8.

⁴⁴⁹ Vgl. Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland - Altersbilder in der Gesellschaft, Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/3815, S. 157 ff.

Die Gesundheit - bezogen auf soziale Gruppen, denen der Einzelne angehört - als Erwerbstätiger oder Arbeitsloser, als Bergarbeiter oder Beamter, als Älterer mit 45-jähriger Berufstätigkeit oder Familienmutter von fünf Kindern ohne berufliche Karriere - beeinflusst in hohem Maße allgemeines Verhalten und Leistungsfähigkeit. Gesundheit ist auch abhängig von der Einkommens- und Wohnungssituation, den Familienbeziehungen, der Umweltbelastung usw. Altern (beginnend mit der Geburt) bei guter oder bestmöglicher Gesundheit ist deshalb nicht vorrangig und schon gar nicht allein ein biologisches oder medizinisches Problem, sondern gleichermaßen von der sozialen Entwicklung - im weitesten Sinne - abhängig. Das ist keine neue Erkenntnis, muss aber immer wieder hervorgehoben werden, weil es die gemeinsame Verantwortung des Einzelnen und der Gesellschaft für die Gesundheit einer Bevölkerung unterstreicht.

Mit der eingeleiteten „Gesundheitsreform“ des neuen Jahrtausends ist die Diskussion um Eigenverantwortung und gesellschaftliche Rahmenbedingungen - nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer stark zunehmenden Anzahl älterer Bürger - verstärkt in die Diskussion gekommen.

Die Aussagen zum sinkenden Krankenstand, die in letzter Zeit in Deutschland gemacht werden, verstärken manchmal das Gefühl, als wenn alle notorischen Krankmacher endlich durch die Gesundheitsreform bekehrt seien. Dass eine restriktive Arbeitsmarktpolitik viel mehr Menschen zwingt, nicht „krank zu machen“, um ihren Arbeitsplatz zu erhalten, wird eher als Randnotiz vermerkt. Ebenso wird leider immer noch eine älter werdende Gesellschaft nicht vorrangig mit mehr gesunden, erlebnisreichen Jahren verbunden, sondern fast ausschließlich mit zunehmenden Krankheiten und Anforderungen an das Gesundheitswesen.

Die Bürger in den neuen Bundesländern mussten - außer der inneren Einstellung auf ein aktives Altern - zunächst den Prozess einer grundlegenden Umstellung des Gesundheitswesens nach 1990 bewältigen und seit Beginn des neuen Jahrtausends sich permanent mit den Auswirkungen der „Gesundheitsreform“ auseinandersetzen. Standen vor 1990 in nicht wenigen Fällen Engpässe und Defizite in der medizinischen Versorgung im Mittelpunkt der Diskussion - beginnend bei Arzneimitteln bis zum Fehlen moderner Medizintechnik, aber auch überfüllte Wartezimmer aufgrund nicht ausreichender Besetzung mit Ärzten -, so ist es inzwischen eine „Ökonomisierung“ des Gesundheitswesens eingetreten, die den Menschen in zunehmendem Maße Angst macht. Von eingeführten (2004) und wieder abgeschafften (2013) Arztgebühren, über erhöhte Zuzahlungen bei Arznei- und Heilmitteln sowie die Erhöhung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge bzw. Senkung auf einen Mindestbetrag und unterschiedliche Zusatzbeiträge bis zum akuten Ärztemangel reichen heute die „neuen“ Sorgen und Verunsicherungen. „Ökonomisierung“ im Bereich der Gesundheit heißt letztlich alles billiger für den Staat und teurer für den Bürger. „Ökonomisierung“ heißt Anwendung betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Ziele und Methoden am Menschen - dem gesunden wie dem kranken. Es ist Teil der Preisgabe des „Sozialen“ der Marktwirtschaft. Mit der Privatisierung der individuellen gesundheitlichen Vorsorge und teilweise der Versorgung vollzieht sich ebenso wie mit der Privatisierung bisheriger kommunaler/landeseigener Gesundheitseinrichtungen der weitere Rückzug des Sozialstaates vom Sozialen zugunsten von Wirtschaftsunternehmen.

4.3.1 *Neustrukturierung des Gesundheitswesens nach 1990*

4.3.1.1 *Die Ausgangssituation 1990*

Zwei sich scheinbar widersprechende Aussagen sollen am Anfang stehen. Einerseits wurde in einer vom Bundesministerium für Gesundheit Mitte 1994 vorgelegten Analyse zum Gesundheitswesen in den neuen Bundesländern festgestellt, dass 1989/90 hinsichtlich des Gesundheitszustandes nach Auswertung vergleichbarer Daten generell kein globaler Niveauunterschied im Gesundheitszustand zwischen Ost und West bestand. Das heißt nicht, dass nicht im Einzelnen Abweichungen auftraten.⁴⁵⁰ So waren z.B. Infektionskrankheiten, unfallbedingte Verletzungen von Kindern oder AIDS im Osten seltener, ebenso wie Bluthochdruck, Alkoholkonsum bei Kindern/Jugendlichen in den alten Bundesländern höher waren. Andererseits waren im Gegensatz dazu Bedingungen der Gesundheitsversorgung (Arznei-, Heil- und Hilfsmittel, stationäre Betreuung u.a.) in Westdeutschland qualitativ besser gestaltet.

Kennzeichnend für das DDR-Gesundheitswesen war sein staatlicher Charakter, d.h. dass die Einrichtungen des Gesundheitswesens überwiegend staatliches bzw. betriebliches und kommunales Eigentum waren, ihre Finanzierung erfolgte direkt bzw. indirekt aus dem Staatshaushalt. Die Mehrzahl der Mitarbeiter, einschließlich der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker, befand sich in einem Angestelltenverhältnis, deren Vergütung zunächst einheitlich nach Tarifverträgen erfolgte, welche zwischen der Gewerkschaft Gesundheitswesen und dem Ministerium für Gesundheitswesen abgeschlossen wurden, jedoch in zunehmendem Maße in Widerspruch zur allgemeinen Einkommensentwicklung gerieten.

1989 waren im Gesundheits- und Sozialwesen über 584.000 Mitarbeiter mit einem großen Anteil im sozialen Bereich tätig, darunter 52.150 Ärzte und Zahnärzte.⁴⁵¹

Bis 1989 entstanden - als Zentren der ambulanten Betreuung - insgesamt 626 Polikliniken mit jeweils vier und mehr Fachrichtungen, darunter 151 in Betrieben und 248 in organisatorischer Verbindung mit Krankenhäusern bzw. Universitätskliniken. Darüber hinaus gab es 1.020 Ambulatorien, in denen bis zu drei Fachrichtungen vertreten waren. Davon existierten 364 in Betrieben und 433 auf dem Lande. Hinzu kamen 1.635 staatliche Arzt- und 912 staatliche Zahnarztpraxen. Dagegen ging die Zahl der Ärzte in eigener Praxis bis auf 312 und die der Zahnärzte auf 447 zurück, obwohl das Fortbestehen einer größeren Zahl eigener Praxen zur Komplettierung der ambulanten Grundversorgung zweifellos mehr als nützlich gewesen wäre. Ein im Jahr 1987 gefasster „Hausarztbeschluss“ mit dem Ziel, mehr Niederlassungsgenehmigungen zu erteilen, kam bis zum Ende der DDR nicht mehr zum Tragen.

Hervorzuheben im System der ambulanten Versorgung sind die Gemeindeschwesternstationen, deren Zahl sich bis 1989 auf 5.585 erhöhte und welche vor allem auf dem Lande, zumeist in Verbindung mit Ambulatorien, ein bedeutsames Glied der medizinischen Betreuung bildeten.⁴⁵²

Das gesundheitspolitische Ziel, sich überall für einen ständigen Hausarzt entscheiden zu können, vor allem in den Großstädten und industriellen Ballungsgebieten, wurde zu keiner Zeit erreicht. Deutliche Unterschiede gab es außerdem sowohl zwischen territorialen als auch innerhalb territorialer Strukturen. Während der durchschnittliche Betreuungsgrad (Einwohner je ambulant tätigem Facharzt für All-

⁴⁵⁰ Vgl. Bundesministerium für Gesundheit: Entwicklung des Gesundheitswesens in den neuen Bundesländern, Mai 1994, S. 5.

⁴⁵¹ Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf: Spaar, Horst: Gesundheitspolitik, in: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit (Hrsg.: G. Winkler, E. Sachse, G. Manz), trafo verlag, Berlin 2001, S. 220-226.

⁴⁵² Das Gesundheitswesen 1990. Jahresgesundheitsbericht 1989 für das Gebiet der DDR, im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit, Berlin, 25. Jahrgang, S. 277.

gemeinmedizin) am 31. Dezember 1989 in der DDR bei 1.778 lag, betrug er z.B. im Bezirk Suhl bereits 1.565. Dagegen lagen Bezirke wie Leipzig mit 1.890, Dresden mit 1.893, Cottbus mit 1.929 und Frankfurt/O. mit 1.983 weit über dem Durchschnitt.

Im Gegensatz zur gegenwärtigen Situation war in den meisten Landkreisen die hausärztliche Betreuung zufriedenstellend, während es speziell in Großstädten und industriellen Ballungsgebieten z.T. große Schwierigkeiten bereitete, die erforderliche Anzahl an Allgemeinmedizinern sesshaft zu machen bzw. ihrer Fluktuation in andere Gebiete entgegenzuwirken, wo für weniger Arbeit gleiche oder bessere Gehälter gezahlt wurden.

Im stationären Bereich ging die Zahl der Krankenhäuser (aller Eigentumsformen) zwischen 1950 und 1989 infolge starker Zentralisierung und der fast vollständigen Beseitigung der privaten Einrichtungen von 1.063 mit 187.219 Betten auf 539 mit einer Bettenzahl von 163.305 zurück. Dementsprechend sank die Bettenkapazität je 10.000 der Bevölkerung von 121 auf 98. Während 1950 im stationären Bereich noch ein relativ großer nichtstaatlicher Sektor existierte, zu dem 98 konfessionelle und 201 private Krankenhäuser gehörten, die über 19.429 Betten verfügten, waren 1989 die privaten Krankenhäuser bis auf zwei mit 260 Betten de facto verschwunden. Dagegen bestanden noch 75 Krankenhäuser in konfessioneller Trägerschaft mit 11.076 Betten, die in der stationären Versorgung der DDR einen beachtlichen Platz einnahmen (Anteil 6,8 %), zumal sie durch materielle Unterstützung aus der BRD in der Regel gut ausgerüstet waren.⁴⁵³ In konfessionellen Feierabend- und Pflegeheimen wurden zugleich rd. 20.000 Bürger betreut (11 %).

Internationale Anerkennung findet bis heute das seinerzeit existierende Netz spezieller Einrichtungen für den Gesundheitsschutz von Mutter und Kind. In 838 Schwangerenbetreuungsstellen haben 1989 ca. 800 Fachärzte für Gynäkologie und Geburtshilfe gemeinsam mit 1.000 Hebammen und Fürsorgefrauen die gesundheitliche und soziale Betreuung der Schwangeren durchgeführt. Im gleichen Jahr wurden in 9.479 Mütterberatungsstellen insgesamt 184.415 Säuglinge und Kleinkinder prophylaktisch betreut, die sich auf Grund der Freistellung eines Elternteils überwiegend in häuslicher Pflege befanden. Durch die Bindung der Auszahlung des staatlichen Kindergeldes war die Inanspruchnahme der Betreuungsleistungen dieser Einrichtungen hochfrequentiert.⁴⁵⁴ Für Kinder in Kinderkrippen erfolgte die präventive Betreuung durch Kinderärzte. Dies betraf 1989 nahezu 440.000 Kinder bis zum dritten Lebensjahr. Standen 1960 für je 1.000 Kinder bis zum dritten Lebensjahr 143 Plätze in Kinderkrippen zur Verfügung, so war diese Zahl bis 1989 auf 802 angewachsen und im Wesentlichen ausreichend.

Kennzeichnend für das DDR-Gesundheitswesen war auch der Gesundheitsschutz in den Betrieben, für den laut Arbeitsgesetzbuch der DDR der jeweilige Betriebsleiter die Verantwortung trug, und welcher in der Hauptsache durch das Betriebsgesundheitswesen (BGW) gewährleistet wurde. 1989 gab es 1.967 Betriebsarztsanitätsstellen und 1.295 Schwesternsanitätsstellen. Von diesen Einrichtungen des BGW wurden ca. 60 % aller Berufstätigen arbeitsmedizinisch betreut. Für weitere 24 %, vorwiegend in der Landwirtschaft Tätige, war die betriebsärztliche Betreuung kommunalen Gesundheitseinrichtungen übertragen. Das BGW verfügte 1989 über 20.472 Mitarbeiter, davon 2.209 Ärzte und 10.300 Schwestern. Alle Mitarbeiter wurden entsprechend zentraler Vorgaben von den Organen des Gesundheitswesens eingestellt und vergütet, wodurch ihre Unabhängigkeit vom Betrieb gewahrt blieb. Während die Arbeit des BGW für den Rückgang der Berufskrankheiten signifikante Bedeutung hatte,

⁴⁵³ Das Gesundheitswesen 1990, a.a.O., S. 362.

⁴⁵⁴ Ebenda, S. 305 und 310.

konnte es bei der Senkung der mit durchschnittlich 6 % anhaltend hohen Arbeitsunfähigkeit (Krankenstand) auf Grund der hierauf einwirkenden multiplen Faktoren verhältnismäßig wenig bewirken.

Das Gesundheitswesen der DDR war jedoch insgesamt mit zahlreichen Mängeln und Unvollkommenheiten behaftet, die entweder aus den objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen herrührten oder subjektiv geprägten Einflüssen und Entscheidungen geschuldet waren. Die Hauptdiskrepanz zwischen Ziel und Wirklichkeit bestand in der ständig gewachsenen Kluft zwischen dem im Gesundheitswesen vorhandenen geistig-wissenschaftlichen Potenzial und seiner nachgewiesenen Leistungs- und Handlungsbereitschaft sowie den damit nicht Schritt haltenden materiell-technischen Arbeitsbedingungen. Trotz des Neubaus großer leistungsfähiger Krankenhäuser, Polikliniken und anderer Einrichtungen war in keinem Jahr die einfache Reproduktion der materiellen Grundfonds für die Mehrzahl der Einrichtungen gesichert. In den 80er Jahren blieben außerdem die realisierten Investitionskennziffern weit unter dem von der Planung bereits minimierten Bedarf. Seit in den 60er und 70er Jahren die wissenschaftlich-technische Revolution in der Medizin zunehmend Eingang fand und der Bedarf an moderner Medizintechnik, an Arzneimitteln und Verbrauchsmaterialien rasch anstieg, zeichnete sich immer deutlicher eine Überforderung der Leistungskraft der DDR-Wirtschaft auf diesem Gebiet ab. Zwar gelang es, den Bedarf bei einigen Produkten aus eigener Produktion zu decken, aber zur Sicherung moderner diagnostischer und therapeutischer Verfahren blieb die DDR auf Importe aus dem westlichen Ausland angewiesen. Da hierfür nur im beschränkten Umfang Devisen zur Verfügung standen, war die Beschaffung vorwiegend auf die Ausrüstung von Zentren und Spezialeinrichtungen orientiert.

Ähnlich angespannt war die Situation bei der Bereitstellung von Arzneimitteln. Die Beschränkung auf 1.800, die in etwa der Größenordnung skandinavischer Länder entsprach, wäre bei laufender Modernisierung des Sortiments und einer bedarfsdeckenden Anzahl der Präparate durchaus praktikabel gewesen. Noch komplizierter war die Lage bei den Verbrauchsmaterialien (OP-Handschuhe, Spritzen, Kanülen, Verbandstoffe u.dgl.). Die dafür vorhandenen Betriebe produzierten größtenteils auf einem rückständigen technischen Niveau, wobei auch die Verstaatlichung bzw. Umfunktionierung von Klein- und Mittelbetrieben am Anfang der 70er Jahre äußerst negative Folgen hatte. Die Produktion von ca. 22.000 Positionen auf diesem Gebiet wurde überwiegend Industriekombinaten übertragen, wo sie weniger als 0,1 % der Planaufgaben ausmachten und eine dementsprechende Beachtung fanden.

Durch den aufopferungsvollen Einsatz vieler Ärzte und Schwestern konnten über lange Zeit vorhandene Mangelercheinungen und Versorgungslücken zum großen Teil kompensiert und die Belastungen für die Patienten minimiert werden. Da sich jedoch keine grundlegenden Änderungen abzeichneten, verbreitete sich in den 80er Jahren unter den Mitarbeitern zunehmend Unzufriedenheit und Resignation. Hinzu kamen die ständig schwelenden Vergütungsprobleme, vor allem im Unterschied zur Industrie. Trotz mehrfacher Ansätze wurde keine wirksame Leistungsstimulierung erreicht und die ursprünglich gute Position der Ärzte im Lohn- und Gehaltsgefüge der DDR ging schrittweise verloren, nachdem auch andere Gruppen der Intelligenz eine höhere Vergütung erhielten, was vielfach als Abwertung der ärztlichen Arbeit angesehen wurde.

Ein Phänomen, das die Entwicklung des Gesundheitswesens der DDR in hohem Maße beeinträchtigt hat, aber in dieser Tragweite niemals offiziell eingestanden wurde, war die anteilmäßig relativ hohe Abwanderung von Angehörigen der medizinischen Intelligenz und von anderen Fachkräften in die BRD, vor allem vor dem 13. August 1961. Nach groben Berechnungen ist davon auszugehen, dass im Zeitraum der Existenz der DDR, einschließlich der Periode nach der Öffnung der Staatsgrenze 1989 insgesamt 30.000 Mitarbeiter des Gesundheits- und Sozialwesens das Land verlassen haben, davon rd.

20.000 Ärzte, Zahnärzte und Apotheker, wodurch vor allem in den Großstädten und industriellen Ballungsgebieten immer wieder spürbare Versorgungslücken beseitigt werden mussten. Diese Vorgänge blieben nicht ohne Auswirkungen auf die betreuten Patienten und beeinträchtigten in vielfältiger Weise auch das Vertrauensverhältnis zwischen den Bürgern und den Gesundheitseinrichtungen.

Als schwerwiegender Fehler muss auch die von der SED-Führung und der Regierung praktizierte Informationspolitik zu brisanten gesellschaftlichen Entwicklungsfragen gewertet werden, in deren Folge eine Reihe medizin-sozialer Probleme zur „Tabu-Zone“ erklärt wurden und damit weitgehend einer gesellschaftlichen Einflussnahme und Kontrolle entzogen waren. Dazu gehörten solche Probleme wie die Suizidhäufigkeit, der Umfang von Krankheiten als Folge von Alkoholmissbrauch, Kindesmisshandlungen, Messdaten zur Umweltbelastung und zu den daraus resultierenden Schäden u.a. Für ebenso kritikwürdig ist die ablehnende Haltung zur Bildung und Tätigkeit von Selbsthilfegruppen anzusehen, zumal in solchen Projekten eine beachtenswerte aktive Mitwirkung der Bevölkerung an der Lösung gesundheits- und sozialpolitischer Probleme für bestimmte Gruppen von Erkrankten und Geschädigten hätte erfolgen können.

4.3.1.2 Die Übernahme des bundesdeutschen Systems

Der Übergang nach 1990 im Gesundheitswesen erfolgte rasch und entsprechend veröffentlichten Verlautbarungen „erfolgreich“. Die mit der Wiedervereinigung Deutschlands angestrebte Angleichung des Gesundheitssystems an das Strukturmuster der alten Bundesrepublik bedeutete für die neuen Bundesländer, innerhalb kürzester Frist einen grundsätzlichen Umbau der gesundheitlich-medizinischen Betreuung und Versorgung der Bevölkerung zu bewältigen. Von einer flächendeckenden Verstaatlichung des ambulanten Sektors (Polikliniken, Ambulatorien) zum System niedergelassener Ärzte, vom Wegfall ambulanter Einrichtungen auf betrieblicher Ebene bis zur Umwandlung der früheren, alles unter einem Dach vereinigenden Sozialversicherung in pluralistische Organisationsstrukturen (Existenz eines gegliederten Krankenkassensystems) - um nur einige Beispiele zu nennen - reichten die Maßnahmen zur Umstrukturierung des Gesundheitssystems. Über die mit der Vereinigung eingeleitete generelle Neuordnung der Eigentums-, Träger- und Verfügungsstrukturen des Gesundheitswesens ging es zugleich um die grundsätzliche Veränderung des Krankenversicherungssystems sowie die Neugestaltung der Finanzierung des Gesundheitswesens, aber auch eine verbesserte Versorgung im medizinischen Bereich.

Im Gegensatz zu anderen Bereichen gehört das Gesundheitssystem zu jenen Sektoren des Arbeitsmarktes, die zunächst relativ stabil blieben. Eine im Wesentlichen unveränderte Anzahl von Ärzten mit einer Qualifikation (inkl. des medizinisch-technischen Personals), die sich gegenüber den alten Bundesländern nicht unterschied, sichert bis heute - bei sich verbessernder Medizintechnik und qualitativ verbesserter Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln - die gesundheitliche Betreuung.

Tabelle 4.17: Versorgungsgrad mit Ärzten/Zahnärzten - nach Regionen - 1991 bis 2015
- Einwohner je Arzt/Zahnarzt -

	Einwohner je Arzt früheres Bundesgebiet und Berlin	Einwohner je Arzt neue Länder	Einwohner je Zahnarzt früheres Bundesgebiet und Berlin	Einwohner je Zahnarzt neue Länder
1991	316	403	1.525	1.226
1995	289	354	1.367	1.275
2000	272	323	1.312	1.240
2005	263	300	1.178	1.199
2010	240	275	1.218	1.154
2015	207	243	1.165*	1.109*

* 2014

Quelle: BMG: Daten des Gesundheitswesens 2015, Berlin 2016, S. 76/Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2015/Bundesärztekammer, Ärztestatistik 2015

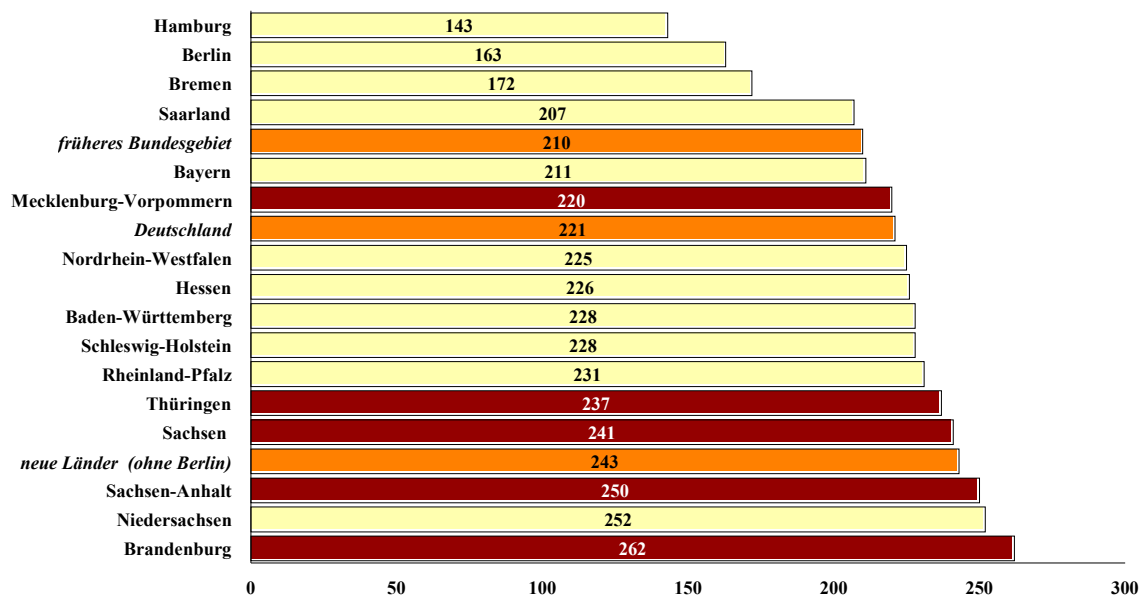
2015 betrug die Zahl der berufstätigen Ärzte in Deutschland 371.302 Ärzte sowie 70.740 Zahnärzte (2014), darunter in den neuen Bundesländern 51.863 Ärzte bzw. 11.352 Zahnärzte. Von den berufstätigen Ärzten arbeiteten 189.622 im Krankenhaus (davon 51.863 in den neuen Ländern), ambulant tätig waren 150.106 Ärzte, darunter 19.724 in den neuen Ländern.

Die allgemeinen Probleme der gesundheitlichen Betreuung treten jedoch in den neuen Ländern aufgrund der Altersstruktur und fehlender Arztpraxen, d.h. in der ambulanten Versorgung, verstärkt auf. Bis in die Gegenwart gibt es in Deutschland 6.000 unbesetzte Arztstellen, davon über 1.500 in den neuen Ländern. 2015 fehlten in Deutschland ca. 175.000 Ärzte und Pflegekräfte.⁴⁵⁵ Die Hauptursache ist das seit langem kontinuierliche Ansteigen der Zahl der Behandlungsfälle, welches sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird. So stieg zwischen 2004 und 2014 die Zahl der ambulanten Behandlungen in Deutschland um 152 Millionen. Analog sieht es in den Krankenhäusern aus. Die Unternehmensberatung Deloitte prognostiziert bis zum Jahr 2030 eine Zunahme der Fallzahlen im stationären Bereich um mehr als 12 %. Verantwortlich dafür ist vor allem der steigende Behandlungsbedarf einer alternden Gesellschaft. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der über 60-jährigen Patienten in den Krankenhäusern 51,5 %. Bis zum Jahr 2030 erwarten die Experten von Deloitte einen Anstieg auf 60,8 %.⁴⁵⁶

⁴⁵⁵ Berger, Roland: Fachkräftemangel im Gesundheitswesen, Strategieberater.

⁴⁵⁶ Pressemitteilung der Bundesärztekammer 2016, Ärztestatistik 2015: Medizinischer Versorgungsbedarf steigt schneller als die Zahl der Ärzte.

Abbildung 4.35: Einwohner je berufstätigen Arzt - nach Bundesländern - 31.12.2015 -



Quelle: Bundesärztekammer, Ärztestatistik 2015, Berlin 2016 - Einwohner Dezember 2015

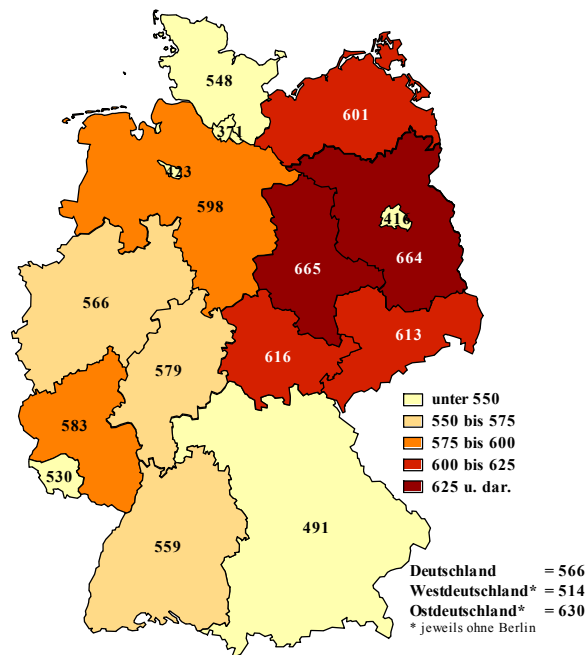
Die Angleichung der Lebensverhältnisse schließt auch konzeptionelle Überlegungen zur gleichwertigen gesundheitlichen Betreuung in den neuen Bundesländern - im Besonderen im ambulanten Bereich - als flächendeckende Leistung für alle Altersgruppen ein.

Der Umbau der ambulanten Versorgung war relativ rasch vollzogen. Inzwischen hat sich seit 1991 auch die Anzahl der von einem Arzt ambulant zu betreuenden Einwohner deutlich verbessert. Es fand eine bestimmte Angleichung statt, ohne westdeutsches Niveau zu erreichen. Im Bereich der Zahnärzte konnte der erreichte Versorgungsgrad in den neuen Bundesländern beibehalten werden, bei geringfügiger Angleichung.

Nach wie vor ist der gleichberechtigte Zugang zur täglichen gesundheitlichen Betreuung ein wesentlicher Faktor sozialer Sicherheit und sozialen Wohlbefindens sowie des Gefühls der Gleichwertigkeit.

Ende 2015 wurden in Deutschland rd. 221 Einwohner von jeweils einer berufstätigen Ärztin bzw. Arzt versorgt - betrug die Zahl der von einem Arzt zu behandelnden Einwohner im Westen 210, waren das im Osten (ohne Berlin) 243 Einwohner. Bezogen auf den Schwerpunkt medizinischer Betreuung war 2015 in Deutschland eine Ärztin bzw. ein Arzt, welche/r ambulant tätig war, im Durchschnitt zuständig für 566 Einwohner - im Westen für 514 und in den neuen Ländern für 630 Einwohner - d.h., dass jeder Ost-Arzt es im Durchschnitt mit 116 Einwohnern zusätzlich zu tun hat.

Abbildung 4.36: Ambulant tätige Ärztinnen und Ärzte je Einwohner - nach Bundesländern
- 31.12.2015 -



Quelle: Bundesärztekammer, Ergebnisse der Ärztestatistik zum 31. Dezember 2015, Berlin 2016/Eigenberechnung - Einwohner Dezember 2015

Obwohl das deutsche Gesundheitswesen nicht zu den schlechtesten in Europa zu zählen ist, wird bereits seit Jahren auf nachfolgende Entwicklungen hingewiesen:

- Die deutsche Ärzteschaft altert - allein zwischen 1993 und 2015 stieg das Durchschnittsalter der unter 70-jährigen Vertragsärzte von 46,6 Jahre auf 53,7 Jahre⁴⁵⁷. Daraus resultierender steigender Ersatzbedarf bis 2020 konzentriert sich insbesondere auf den ambulanten Bereich (dar. vor allem Hausärzte) und den Osten Deutschlands. Der Anteil über 60-jähriger Vertragsärzte erreichte bereits 2013 rd. 28 % aller Vertragsärzte - im Osten besteht ein Ersatzbedarf bei Allgemein/Praktischen Ärzten von 23 %.
- Die Anzahl der in der gesundheitlichen Versorgung tätigen niedergelassenen ambulanten Ärzte ist seit 1990 stetig gesunken, so im Westen von 1993 mit 41 % bis 2015 auf 32,9 % und im Osten von 43 % auf 31,6 % und steht damit - wie bereits 2010 festgestellt - „in den neuen Bundesländern kurz vor dem Kollaps“⁴⁵⁸.
- In den einzelnen Bundesländern sind bis 2010 zwischen 38 % und 48 % in den Ruhestand gegangen - so reduzierten sich die Hausärzte in den neuen Ländern zwischen 1999 und 2013 bereits von rd. 9.000 auf rd. 7.500 (am stärksten in Sachsen-Anhalt und in Thüringen). Das erfolgte trotz steigenden Ruhestandsalters auf inzwischen über 66 Jahre.
- Die Arbeitslosenquote in Bezug zu der Zahl der berufstätigen Ärzte liegt bei 1,0 %. „Auf dem Arbeitsmarkt für Ärzte herrscht Vollbeschäftigung. Das ist eine gute Nachricht für unsere Ärztinnen und Ärzte. Problematisch ist aber, dass schon jetzt viele offene Stellen nicht besetzt werden können“⁴⁵⁹.

⁴⁵⁷ Bundesärztekammer, Ergebnisse der Ärztestatistik zum 31. Dezember 2014, Berlin 2015.

⁴⁵⁸ Kopetsch, Thomas: Dem deutschen Gesundheitswesen gehen die Ärzte aus! Studie zur Altersstruktur und Arztlageentwicklung, Bundesärztekammer und Kassenärztliche Bundesvereinigung, Berlin 2010, S. 50/52.

⁴⁵⁹ Erklärung des Präsidenten der BÄK zur Veröffentlichung der Ärztestatistik 2015.

- e) Das Problem der hausarztlosen Gebiete in den neuen Ländern gewinnt an Gewicht, da es nur durch erhöhten mobilen Aufwand beim Patienten bzw. beim Arzt gemindert werden kann. Um den zusätzlichen Bedarf an Fällen je Arzt behandeln zu können, müssten die Hausärzte in den neuen Bundesländern 87 Stunden je Woche tätig sein - Wartelisten und unversorgte Patienten in den ländlichen Gebieten wären die Folge eines derartig niedrigen Versorgungsgrades.⁴⁶⁰
- f) Der weitere medizinische Fortschritt erhöht die Möglichkeiten der Erkennung und Behandlung von Krankheiten und erweitert damit den Bedarf an medizinischen Leistungen ebenso wie die mit der demografischen Alterung verbundene Zunahme der Bevölkerung im höheren Lebensalter.

Es mangelt in Deutschland nicht generell an Ärzten, sondern unterversorgten Gebieten stehen zugleich „über“versorgte insbesondere in den Städten gegenüber. Es gibt z.B. bei Hausärzten ein West-Ost-Gefälle sowie generell ein Stadt-Umland-Land-Gefälle. Kreise mit deutlich über dem Durchschnitt liegender Ärztezahl waren fast ausnahmslos kreisfreie Städte.

Insgesamt gibt es trotz der insgesamt steigenden Arztzahlen eine unverkennbar zunehmende Ungleichverteilung. Die allgemeinen Probleme des Gesundheitswesens treten insbesondere in den neuen Ländern aufgrund der Altersstruktur und fehlender Arztpraxen, d.h. in der ambulanten Versorgung, verstärkt auf. Die Zahl ärztlich tätiger Mediziner ist einerseits 2014 um 2,2 % gestiegen und es reicht trotzdem nicht. Bis in die Gegenwart gibt es in Deutschland 6.000 unbesetzte Arztstellen, davon über 1.500 in den neuen Ländern. 2015 fehlen in Deutschland voraussichtlich 175.000 Ärzte und Pflegekräfte.⁴⁶¹ Laut Kassenärztlicher Bundesvereinigung (KBV) betrifft das auch 2014 allein 2.600 Hausarztpraxen - nicht nur in den neuen Bundesländern, aber dort im besonderen Maße. Die Anzahl der das Land verlassenden Ärzte ist größer als der zuwandernden. 35.200 Vertragsärzte und Psychotherapeuten sind über 60 Jahre. 23 % aller Hausärzte geben 2014 an, ihre Praxis bis 2020 aufgeben zu wollen - von ihnen hat ein Drittel keinen Nachfolger.⁴⁶²

Den Unterschieden des Ostens zu Westdeutschland aufgrund höherer Anteile in der gesetzlichen Krankenversicherung erfasster Bürger, höherer Patientenzahlen bei geringerer Bezahlung der Ärzte, soll mit zusätzlichen „Förderungen bzw. Sicherstellungen“ begegnet werden. In den vergangenen Jahren wurde der Nachholbedarf medizintechnischer Standards und Gerätetechnik zu großen Teilen eingelöst. Da vielfach die in staatlichen und betrieblichen Einrichtungen tätigen Ärzte die Praxen übernahmen, wurde zunächst eine bestimmte personelle Kontinuität in der ambulanten medizinischen Betreuung gesichert, die allerdings deutlich im Schwinden ist.

Die Privatisierung des überwiegend staatlichen und z.T. betrieblichen Versorgungssystems der DDR war u.a. auch mit der Aufgabe der in der DDR bewährten Polikliniken verbunden. Bemühungen im Umfeld des Einigungsvertrages um Erhalt der Einrichtungen waren nicht erfolgreich und endeten mit der Vorgabe zur Übernahme bundesdeutscher Strukturen. Im Bericht zur Situation des Gesundheitswesens in den neuen Ländern aus dem Jahr 2004 heißt es dazu treffend: „Diese Regelung war faktisch gleichbedeutend mit dem Ende für die in der DDR die ambulante Versorgung mit angestellten Ärztinnen und Ärzten tragenden Polikliniken und Ambulatorien“⁴⁶³.

⁴⁶⁰ Kopetsch, Thomas, ebenda, S. 88.

⁴⁶¹ Berger, Roland: Fachkräftemangel im Gesundheitswesen, Strategieberater.

⁴⁶² KBV, Ärztemonitor 2014.

⁴⁶³ Vgl. Gesundheit in den neuen Ländern - Gesundheitliche Lage und Stand der Entwicklung des Gesundheitswesens, BMGS, Berlin 2004, S. 81.

Die zum Teil noch heute bzw. wieder arbeitenden, aber auch neu geschaffenen vergleichbaren Gesundheitszentren haben sich nicht nur für die Patienten bewährt, sondern sichern z.B. den Ärzten und dem medizinischen Personal ein festes Gehalt. In dem bereits zitierten Material für die neuen Länder heißt es (2004): „Die medizinischen Versorgungszentren stehen für bessere Versorgungsqualität, für effizientere Strukturen und für verbesserte Arbeitsbedingungen für Ärztinnen und Ärzte“.⁴⁶⁴

Auch im stationären Bereich vollzogen/vollziehen sich grundlegende Neustrukturierungen der Eigentumsverhältnisse durch den Übergang von staatlichen Einrichtungen zunächst auf kommunale Träger und den schrittweisen Übergang in gemeinnützige Trägerschaft bzw. private Unternehmen. 1989 waren von allen Krankenhäusern in der DDR 86 % in staatlicher Trägerschaft, 14 % waren konfessionell und zwei Einrichtungen (d.h. 0,4 %) privat. Im Jahr 2015 waren in den neuen Ländern von 265 Einrichtungen (ohne Berlin) 34 % bei öffentlichen, 27 % bei freigemeinnützigen und 39 % bei privaten Trägern (in Westdeutschland 37 %)⁴⁶⁵. In qualitativer Hinsicht war die Umstrukturierung mit einer durchgängigen Reduzierung der Bettenzahl, der Einrichtungen sowie dem Umbau zu neuen Leistungsstrukturen (Ausbau der Orthopädie, Reduzierung der Kinderheilkunde usw.) verbunden.

Aussagefähiger als die Krankenhausanzahl ist die Entwicklung der Betten, die sich in den neuen Ländern (ohne Berlin) seit 1991 von 104 Tsd. auf rd. 83,7 Tsd. (2015) reduziert hat. Der Anteil der Betten in privaten Krankenhäusern beträgt inzwischen 32 %, in gemeinnütziger Trägerschaft rd. 18 % und in öffentlicher Trägerschaft sind noch 51 %.⁴⁶⁶

Deutlich verbessert wurde die flächendeckende Ausstattung mit Apotheken, allerdings mit einem hohen Maß an Differenzierungen nach Ortsgröße und territorialer Lage. Ende 1990 betrug die Apothekendichte in der DDR 8.200 Einwohner je Apotheke. Die starke Privatisierung und Neugründungen führten insgesamt zu einer Angleichung an die westliche Versorgungsdichte. Zwischen 3.181 (Saarland) und 4.418 Einwohner (Bremen) werden (2015) im Durchschnitt in den einzelnen Bundesländern von einer öffentlichen Apotheke versorgt (Durchschnitt Deutschland 4.058 Einwohner je öffentliche Apotheke). In den neuen Ländern liegen die Versorgungsquoten zwischen 3.678 (Sachsen-Anhalt) und 4.130 Einwohner/öffentliche Apotheke (Brandenburg) sowie Berlin mit 4.122 Einwohnern/öffentliche Apotheke⁴⁶⁷. Dem verbesserten Versorgungsgrad stehen gleichzeitig jedoch bedeutende Einschnitte in der rezeptpflichtigen Versorgung mit Medikamenten und Heilmitteln vor allem zu Ungunsten einkommensschwacher Bürger gegenüber. Bei rd. 100.000 unterschiedlichen Arzneimitteln (dar. 33 % rezeptfrei) betrug der Aufwand der gesetzlichen Krankenkassen rd. 32. Mrd. Euro. Die Pro-Kopf-Ausgaben für Arzneimittel der GKV lagen 2015 bei 454 Euro/Versicherten - die Zuzahlungen der Bürger erreichten insgesamt 2,1 Milliarden Euro. 6,7 Millionen Patienten wurden 2014 von Zuzahlungen befreit, 2012 waren es noch 7,5 Millionen⁴⁶⁸. Deutschland liegt mit 19 % Mehrwertsteuer an 3. Stelle in EU-Europa (Frankreich 2,1 %), so dass auch die staatlichen Finanzen entsprechend steigen. Nicht zu übersehen aber auch, dass der Anteil „meist hochpreisiger gentechnisch entwickelter Medikamente ständig anwächst.“⁴⁶⁹

⁴⁶⁴ Ebenda, S. 84.

⁴⁶⁵ Statistisches Bundesamt, Fachserie 12, Reihe 6.1, Grunddaten Krankenhäuser 2015, Wiesbaden, 2016, T. 2.1.2/Daten des Gesundheitswesens 2013, Berlin 2013, S. 103.

⁴⁶⁶ Ebenda.

⁴⁶⁷ Bundesvereinigung deutscher Apothekerverbände, Die Apotheke 2016 Zahlen-Daten-Fakten, Berlin 2016, S. 11.

⁴⁶⁸ Bundesvereinigung deutscher Apothekerverbände, Die Apotheke 2016 Zahlen-Daten-Fakten, Berlin 2016, S. 26.

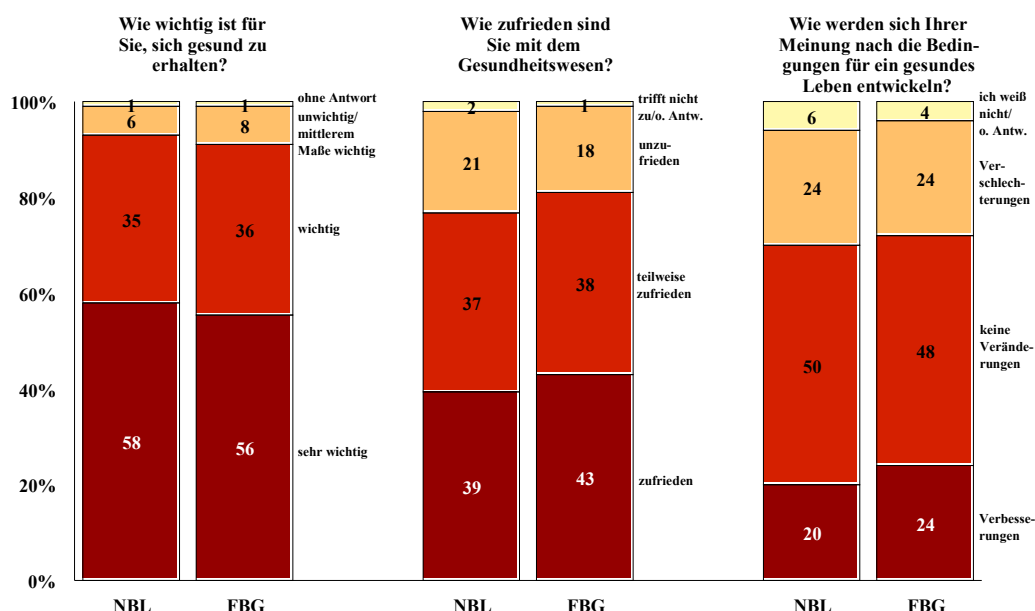
⁴⁶⁹ Arzneimittelreport 2014, Barmer GEK, Berlin 2014, S. 19.

4.3.2 Zufriedenheit mit dem Gesundheitswesen

Zunächst ist nochmals hervorzuheben, dass die gesundheitliche Versorgung der Bundesrepublik über einen hohen Standard verfügt, der weitgehend in der Lage wäre, den vorhandenen Bedarf abzudecken. Für einen gleichwertigen Zugang dazu war und ist das solidarische, umlagefinanzierte Beitragssystem die entscheidende Grundlage.

Die nach der Jahrhundertwende in Kraft gesetzten Reformen zielen - wie das Reformpaket generell - auch im Bereich des Gesundheitswesens auf den grundsätzlichen Umbau des Systems sozialer Sicherung durch den allmählichen Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung seitens der Arbeitgeber, auf eine Entsolidarisierung und eine Umverteilung der Lasten von oben nach unten sowie Privatisierung der Vorsorge und Versorgung. Letztlich geht es um eine der umfangreichsten Neuverteilungen zu Gunsten des Kapitals, die je in Deutschland stattfand, insbesondere durch Verringerung der gesetzlich vorgegebenen Anteile der Arbeitgeber einerseits und die Eröffnung neuer Einnahmefelder für Privatversicherungen und private Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Abbildung 4.37: Grundaussagen zum Lebensbereich Gesundheit - nach Regionen - 2014
- in Prozent -



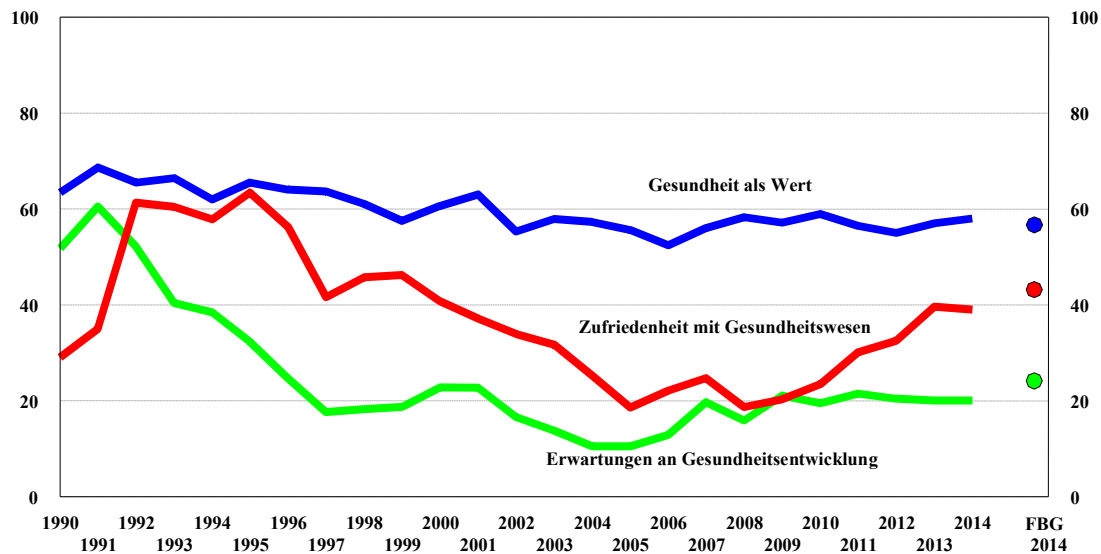
Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Als Begründungen werden neben den demografischen Wandlungen im Sinne einer Zunahme des Anteils der Bevölkerung in den höheren Lebensjahren sowohl die Belastung der Wirtschaft durch Lohnnebenkosten und der Einfluss des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bei Diagnose, Therapie und Rehabilitation als auch bezüglich der Entwicklung neuer medizinischer Wirkstoffe und darauf beruhender Medikamente eine anhaltende Kostenexplosion und Leistungsmissbräuche herangezogen.

Mit dem Gesundheitswesen waren im Jahr 2014 in Deutschland 42 % der ab 18-jährigen Bürger zufrieden und 19 % unzufrieden, bei einem relativ hohen Maß vergleichbarer Wertungen zwischen den Ostdeutschen (39 % zufrieden/23 % unzufrieden) und Westdeutschen (42 % zufrieden):

- Gesundheit, sich gesund zu erhalten, ist für 58 % der Bürger (2014) in ihrem Leben sehr wichtig, für 36 % wichtig - diese Aussagen sind im Vergleich zur Zufriedenheit und zu den Erwartungen an die Zukunft seit 1990 weitgehend stabil, mit tendenziell leicht abnehmendem Stellenwert bei hoher Übereinstimmung zwischen den sozialen Gruppen.

Abbildung 4.38: Grundaussagen zu Gesundheit/Gesundheitswesen - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014, Vergleichswert FBG 2014 - in Prozent - (nur Antworten: Wert, sich gesund zu erhalten: „*sehr wichtig*“ Zufriedenheit Gesundheitswesen: „*sehr zufrieden*“/„*zufrieden*“ Erwartungen für gesundes Leben: „*Verbesserung*“)



Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

- Die Zufriedenheit mit dem Gesundheitswesen hat - nach anfänglich starken Gewinnen 1990/1991 (Zugang zu medizinischer Betreuung, freie Arzt- und Krankenkassenwahl, Qualität der Medizintechnik, Medikamentenangebot) - gegen Ende der 90er Jahre einen deutlichen Abfall zu verzeichnen, der mit den Einschnitten in der Krankenversicherung und den steten Diskussionen um eine bisher ausstehende Gesundheitsreform weiter zunahm. Die positive Entwicklung der letzten Jahre ist offensichtlich sowohl dem steigenden Anteil von älteren Bürgern mit höheren Zufriedenheiten als auch den nicht weiter ansteigenden Versicherungsbeiträgen und der Rücknahme der Praxisgebühren ebenso wie noch nicht realisierter (aber angekündigter) Veränderungen geschuldet.
- Die Erwartungen an Verbesserungen haben nach 1991 einen deutlich sinkenden Verlauf genommen (sicher auch z.T. aufgrund zunächst erfüllter Erwartungen), aber nur 20 % aller ab 18-jährigen Bürger gehen (2014) im Osten für die nächsten Jahre davon aus, dass Verbesserungen eintreten, 50 % erwarten keine Veränderungen, 24 % weitere Verschlechterungen - auch hier keine nennenswerten Unterschiede zu den Aussagen in Westdeutschland.

Unbestrittener Maßen sind die Wertungen der Bürger zum Gesundheitswesen sowohl von ihren eigenen Erfahrungen - insbesondere bei ärztlichen Behandlungen - geprägt als auch von den Reformdiskussionen seitens der Politik.

Ein Dauerthema im Osten sind die Wartezeiten auf Arzttermine. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) hat eine Versichertenbefragung in Auftrag gegeben⁴⁷⁰ mit dem Schwerpunkt der Analyse von Arztbesuchen, sicher auch vor dem Hintergrund der in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Verkürzung von Arztterminen. Folgende Ergebnisse sind - speziell auch aus der Ost-West-Perspektive - interessant (vgl. Abbildung 4.39):

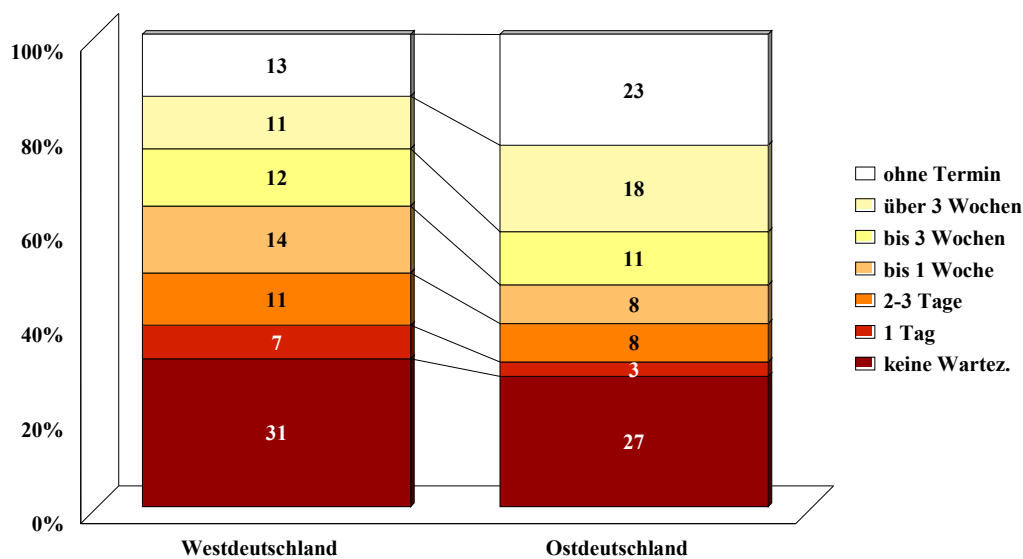
- 86 % der 18- bis 80-jährigen Bürger waren zwischen Mai 2013 und April 2014 mindestens einmal beim Arzt - dabei gibt es keine gravierenden Unterschiede zwischen Ost (84 %) und West (86 %).

⁴⁷⁰ KBV - Versichertenbefragung 2014 - durch Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld.

Von den Befragten, welche einen Arzt besucht haben, waren (gleichfalls nahezu übereinstimmend) 15 % einmal, 18 % zweimal, 32 % drei- bis fünfmal, 20 % sechs- bis zehnmal, 11 % zwischen elf- und zwanzigmal und 4 % über zwanzigmal beim Arzt.

- Von den Befragten, welche einen Arzt aufsuchten, hatten 86 % direkten Kontakt, 12 % erledigten ihr Anliegen (z.B. Rezeptabholung, Blutabnahme) im medizinisch-technischen Bereich.
- Es gibt ein gutes Vertrauensverhältnis zu den jeweiligen Ärzten - 49 % der Befragten mit Arztbesuch bewerteten dieses mit sehr gut und 43 % mit gut - auch hier das Ganze deckungsgleich in Ost wie West.
- Die Wartezeiten für Termine sind in den neuen Ländern länger, offensichtlich auch eine Ursache dafür, dass der Anteil der Bürger, welche ohne Anmeldung zum Arzt gehen, wesentlich höher ist (23 %) als im Westen (12 %). Daraus folgt aber auch, dass die Wartezeiten bis zur Behandlung in den Arztpraxen im Osten länger sind - 36 % im Osten geben mehr als 30 Minuten beim letzten Arztbesuch an (darunter fast die Hälfte mit mehr als einer Stunde). Im Gegensatz dazu haben in den alten Bundesländern nur 9 % länger als eine Stunde warten müssen.

Abbildung 4.39: Wartezeiten für Termine beim letzten Arztbesuch - 18 bis 80 Jahre - nach Regionen - letzter Arztbesuch zwischen Mai 2013 und April 2014 - in Prozent -



Quelle: KBV - Versichertenbefragung 2014 - durch Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld

- Im Osten wird häufiger an den Facharzt überwiesen (40 %) als im Westen (33 %). Während in den neuen Ländern in 67 % der Fälle der Facharztbesuch als dringend gekennzeichnet wird - offensichtlich aber nicht bedingt durch das Fehlen von Fachärzten, da die Quote im Westen im Wesentlichen gleich bei 63 % liegt, sondern eher das Bemühen, Wartezeiten auf den Facharzttermin zu verkürzen.
- 71 % der Arztpraxen im Westen werden als barrierefrei gekennzeichnet, aber nur 64 % im Osten.
- Wenn auch gegenwärtig der Bedarf an Internetvereinbarungen mit dem Arzt noch gering ist, liegt er im Osten höher - möglicherweise Reflexion der überwiegend ländlichen Entfernungsstrukturen.

Die Diskussion um verbesserte gesundheitliche Leistungen für alle ist in den letzten Jahren durch die Entwicklungen in den privaten Krankenkassen (Beitragsschuldner) und unterschiedlichen Zugang zu den ärztlichen Leistungen wieder belebt worden. 71,1 Millionen Bürger gehören 2016 den gesetzli-

chen 118 Krankenkassen an (mit weitgehend einheitlichen Leistungen für alle, kostenloser Absicherung für Familienangehörige und Beiträgen, die vom Einkommen abhängig sind). Rd. 8,8 Millionen Menschen haben einen Vertrag mit einer privaten Krankenversicherung. Damit hat sich der Trend zur Zwei-Klassen-Medizin weiter verstärkt aufgrund der Privilegierung von Privatpatienten, nicht zuletzt durch höhere Arzthonorare seitens der Privatkassen - etwas abgemildert ab 2015 durch die neue Vereinbarung zum Honorar für Vertragsärzte.

SPD, Grüne, Linke und selbst Teile der CDU/CSU begannen vor der Wahl 2013(!) über die Überwindung der Trennung von gesetzlichen und privaten Krankenkassen nachzudenken und grundlegende Veränderungen bis hin zu einer solidarischen Bürgerversicherung wieder in die Diskussion einzubringen, in der Koalitionsvereinbarung ist davon nichts mehr zu lesen. Vorschläge dazu gibt es genügend - so u.a. von den beiden großen Sozialverbänden „Sozialverband Deutschland (SoVD)“ und „Volkssolidarität“ - in deren Zentrum u.a. stehen:⁴⁷¹

- die Zwei-Klassen-Medizin in der Bundesrepublik zu beenden, welche durch die Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung konserviert worden ist;
- Fortentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer einheitlichen Bürgerversicherung;
- Abbau der höheren Honorierung von ärztlichen Leistungen für Privatversicherte, so dass gleiche ärztliche Leistungen bei allen Patienten unabhängig von ihrem jeweiligen Versicherer gleich honoriert werden;
- Sicherung einer gleichwertigen ärztlichen und gesundheitlichen Betreuung und Versorgung auch in strukturell schwachen Gebieten.

Zu den im Abschnitt 3.1 dargelegten Argumenten zur demografischen Entwicklung in Deutschland ist insbesondere hinsichtlich der Krankenversicherung noch auf einen weiteren Aspekt hinzuweisen. Das von Politik und Medien verbreitete Bild rückt die mit dem Alter verbundenen finanziellen Belastungen in den Mittelpunkt, obwohl unbestritten ist, dass mit der steigenden Lebenserwartung insgesamt die Gesundheit im Alter - zumindest statistisch - zunimmt. Die Anzahl der gesunden Lebensjahre - d.h. der Lebensjahre ohne gesundheitliche Einschränkungen - erhöht sich. Die heute 75-Jährigen sind im Durchschnitt so gesund, wie es vor ca. 15 Jahren die 65-Jährigen waren⁴⁷². Natürlich gibt es auch Auffassungen, die davon ausgehen, dass mit zunehmender Lebensdauer die Zahl der Lebensjahre, die von Mehrfach- und chronischen Erkrankungen und entsprechend erhöhtem Behandlungsaufwand geprägt sind, ansteigt.⁴⁷³

Wesentlich gewichtiger sind die Kosten steigernden Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der ohne Zweifel zumindest in vier Richtungen wirksam wird: Das betrifft erstens die Einführung neuartiger Geräte und Gerätesysteme in Diagnose, Therapie und Rehabilitation, die zu deutlich ansteigenden finanziellen Aufwendungen führt. Mehr noch als einmalige Installation von neuen Geräten kann allerdings die unkontrollierte Mengenausweitung, ohne eine tatsächliche Orientierung am Bedarf bzw. an dem medizinisch Notwendigen und Sinnvollen, sondern an den wirtschaftlichen Interessen der Leistungserbringer, kostensteigernd wirken.⁴⁷⁴ Das betrifft zum Zweiten neuartige

⁴⁷¹ Gesundheit braucht Solidarität - gemeinsame Initiative des SoVD und der Volkssolidarität.

⁴⁷² Rosenbrock, R.: Kann die soziale Krankenversicherung in der Marktwirtschaft überleben? Vortrag, Bremen 2002.

⁴⁷³ Vgl. Analyse bei Kühn, H.: Finanzierbarkeit der gesetzlichen Krankenversicherung und das Instrument der Budgetierung, Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe Public Health, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, P01-204, Berlin 2001.

⁴⁷⁴ Vgl. Spaar, H.: Das Märchen von der Unbezahlbarkeit der Gesundheitsversorgung, in: Gesundheit - ein Mordgeschäft, isw report 48, München 2001, S. 17.

Diagnose-, Behandlungs- und Rehabilitationsmethoden, die vorrangig einer beschleunigten Diagnose und damit zielgerichteteren Therapie dienen sollen, aber auch zu schnelleren Heilungsfortschritten, zu weniger Nachsorgemaßnahmen und damit insgesamt zu Kostensenkungen führen sollten. Drittens ist wissenschaftlich-technischer Fortschritt immer auch mit der Entwicklung qualitativ neuartiger Medikamente verbunden. Gegenwärtig sind in Deutschland rd. 100.000 Medikamente auf dem Markt, d.h. werden aufgrund der Festlegung, dass alle rezeptpflichtigen Medikamente nur über Apotheken vermarktet werden dürfen, von diesen umgesetzt. Dafür werden 15 % aller gesundheitsbezogenen Kosten aufgewandt.

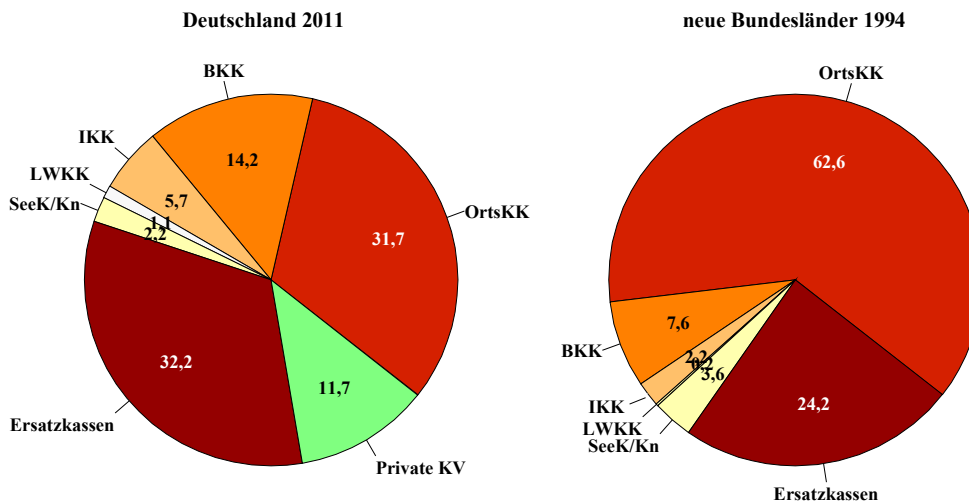
Nach wie vor fehlt eine Positivliste, das heißt eine Auflistung von Medikamenten, die von den gesetzlichen Krankenkassen bei Verschreibung finanziert werden, da dies die Zahl der überflüssigen Medikamente, d.h. der Medikamente, deren Wirksamkeit nicht eindeutig bewiesen ist, reduzieren würde. Viertens beeinflusst der wissenschaftlich-technische Fortschritt nicht zuletzt auch mittelbar die Entwicklung des Gesundheitszustandes. Das betrifft u.a. die Verbesserung der allgemeinen Hygiene, den Ausbau der Kanalisation, die gezielte Anreicherung des Trinkwassers mit der Gesundheit dienenden Inhaltsstoffen, die Verringerung der Umweltbelastungen, die Einführung der Helmpflicht für Zweiradfahrer, den Einbau von Airbags in Kraftfahrzeugen, den Ausbau gesundheitsschützender Standards bei der Herstellung von Nahrungsmitteln u.a.m. Trotzdem werden gegenwärtig in Deutschland nur ca. 4 bis 5 % der Gesundheitsausgaben für Prävention und allgemeinen Gesundheitsschutz verwandt.

4.3.3 Krankenversicherung

Mit Wirkung vom 1. Januar 1991 wurde das einheitliche System der Sozialversicherung der DDR, das die Kranken-, Renten-, Unfall- und Mutterschaftsversicherung beinhaltete, sowohl durch ein differenziertes System der Versicherungszweige - Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung - als auch Trägervielfalt - Ortskrankenkassen, Ersatz-, Betriebs- und Innungskrankenkassen usw. - ersetzt. Zugleich erfolgte in den Jahren seit 1990 in der Bundesrepublik eine generelle Reduzierung der gesetzlichen Krankenkassen von 1.209 Kassen (1991) auf 118 Kassen im Jahr 2016, die jedoch in den einzelnen Bundesländern und Regionen unterschiedlich vertreten sind.

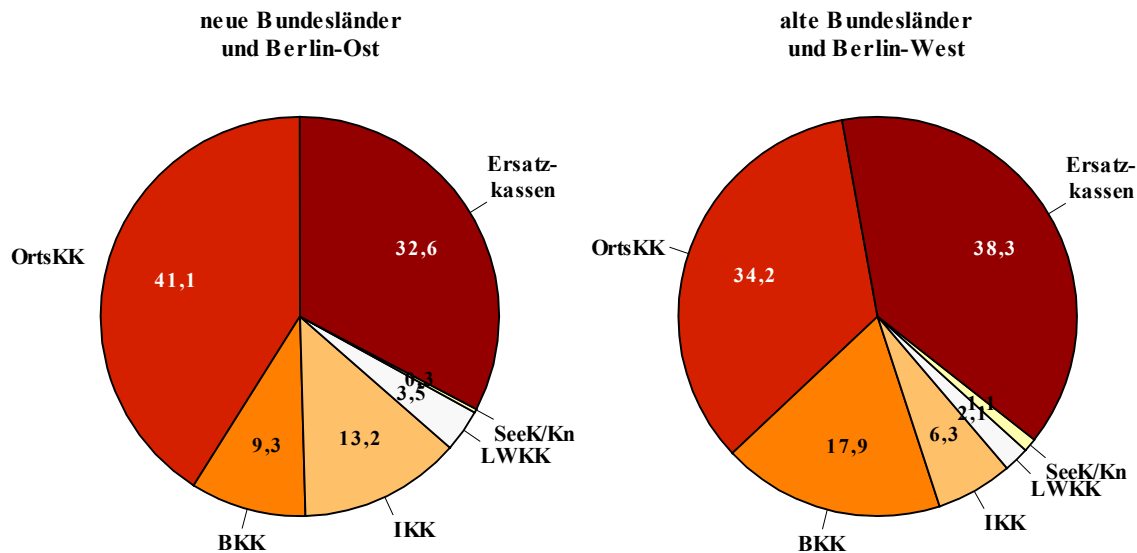
Bis in die Gegenwart gibt es Unterschiede hinsichtlich der Struktur der Versicherten im Osten Deutschlands. Traditionelle Bindungen zu einzelnen Kassenarten oder -zweigen konnten 1990 nicht existieren, so dass zunächst die Ortskrankenkassen, aber auch die sog. Ersatzkassen (z.B. für Angestellte die BARMER Ersatzkasse) den höchsten Mitgliederzugang hatten. Innungskrankenkassen spielten zunächst eine eher nachgeordnete Rolle. Demzufolge waren Anfang der 90er Jahre über 62 % der Versicherten (bzw. als Familienangehörige) über die Ortskrankenkassen versichert und rd. 24 % in den Ersatzkassen für Angestellte bzw. Arbeiter. Bei Rentnern erfolgte die „automatische“ Übernahme durch die AOK, bei Erwerbstätigen waren vor allem die Werber einzelner Kassen (z.B. BARMER Ersatzkasse) besonders erfolgreich. Im Verlaufe der Jahre haben sich die Strukturen auch durch den möglichen Wechsel zu Innungs- und Betriebskrankenkassen deutlich verändert. Das betrifft bei Rentnern eher den Neuzugang als die schon „älteren“ Rentner.

Abbildung 4.40: Bevölkerung nach Art der Krankenkasse/-versicherung - 2011/1994 - in Prozent -



Quelle: Daten des Gesundheitswesens 2015, BMG, Berlin 2016, Tab. 8.1/Tab. 8.7

Abbildung 4.41: Versicherte der GKV - nach Kassenarten und Regionen - Juli 2016 - in Prozent -



Quelle: Eigenberechnung nach BMG - Mitgliederstatistik der GKV - KM6-2016

Unterschiede gibt es auch im Anteil der GKV-Versicherten an der jeweiligen Bevölkerung sowie in den Relationen zwischen Pflichtmitgliedern, freiwilligen Mitgliedern und Rentnern. Während in den neuen Ländern der Anteil der GKV-Versicherten weitgehend konstant seit 1991 zwischen 95 % und 92 % (2016) liegt, beträgt er in den alten Ländern nur rd. 86 %. Insbesondere durch die auf Berufstätigkeit beruhende eigene Mitgliedschaft von Frauen war und ist in den neuen Ländern der Anteil Pflichtversicherter höher (57 % West 54 %), der höhere Anteil von freiwilligen Mitgliedern ist im Westen mit 12 % (Ost 6 %) nicht zuletzt auf die Versicherten mit einem über der Beitragsbemessungsgrenze liegenden Einkommen zurückzuführen, der Rentneranteil Ost mit 29 % (West 20 %) entspricht der Altersstruktur und traditionellen Entwicklung.

2015 waren in der Bundesrepublik über die rd.71 Millionen Bürger der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hinaus rd. 8,8 Millionen über private Krankenversicherungen (PKV) versichert (Sonstige

2 %). Zugleich schlossen die Bürger privat rd. 24 Millionen Zusatzversicherungen in den 42 Unternehmen der PKV ab⁴⁷⁵.

Historische Entwicklung sowie die wirtschaftliche Entwicklung reflektieren sich nicht zuletzt darin, dass es in der privaten Krankenversicherung 1991 im Osten rd. 100 Tsd. (0,01 %) Bürger gab, welche vollversichert waren. Gegenwärtig sind es rd. 9 % der privat Versicherten, die im Osten leben, während in den alten Bundesländern rd. 8 Millionen privat Vollversicherte in der PKV sind (2015)⁴⁷⁶.

Bezogen auf Beiträge und Beitragsbemessungsgrenzen hat es seit 1991 eine unterschiedliche Entwicklung zwischen Ost und West gegeben. Während in den ersten Jahren die Beitragssätze Ost über den Beitragssätzen West lagen, ist mittels gesetzlicher Regelungen (z.B. Gesetz zur Rechtsangleichung in der GKV - 2001) und entsprechender Transferleistungen seit 2002 der Beitragssatz Ost zum Teil unter dem Westniveau. Bezogen auf die Beitragsbemessungsgrenzen erfolgte die schrittweise Angleichung (die allerdings für Senioren weniger von Gewicht ist, sondern die noch im Erwerbsleben Stehenden betrifft). Die Beitragsbemessungsgrenzen wurden in der gesetzlichen Krankenversicherung von 1990 mit 2.025 DM/Monat, ab 2001 auf ein einheitliches Niveau gehoben und lagen 2015 bei 4.125 Euro/Monat (vgl. hierzu Abschnitt 6.5.2, Tabelle 6.18).

Die insgesamt in den vergangenen Jahren immer wieder in der Diskussion befindlichen defizitären Entwicklungen in den Krankenkassen der neuen Bundesländer resultierten aus der jeweiligen Arbeitslosenquote, aus einem rasch steigenden Anteil älterer Bürger mit relativ niedrigem Einkommen, den noch anhaltenden Abwanderungen junger Arbeitnehmer in die alten Bundesländer, die dort ihre Beiträge zahlen, und einem relativ geringen Anteil freiwillig Versicherter, da die Erwerbseinkommen - von Ausnahmen abgesehen - mehrheitlich unter der Beitragsbemessungsgrenze lagen. Die dadurch auftretenden Beitragsmindereinnahmen konnten die anfallenden Ausgaben nicht mehr abdecken.⁴⁷⁷ Trotz einheitlicher Bemessungsgrenzen lagen aufgrund o.g. Fakten die durchschnittlichen beitragspflichtigen Einnahmen in den neuen Ländern bei 15.637 Euro (2004) und erreichten seinerzeit 78 % des West-Wertes. Inzwischen erfolgt offiziell kein getrennter Ausweis Ost-West mehr, sondern nur noch für Deutschland insgesamt und betrug 2014 inzwischen 22.760 Euro je GKV-Mitglied.⁴⁷⁸

Auch die Ausgaben weisen in den neuen Ländern im Vergleich zu den alten Ländern Besonderheiten auf, so liegen z.B. Fahrkosten und häusliche Krankenpflege deutlich über den Aufwendungen der alten Länder (offensichtlich Effekt des Entzugs medizinischer Einrichtungen in den ländlichen Gebieten), während die Ausgaben bei Schwanger-/Mutterschaft nur rd. drei Viertel des Westens erreichen (Wirkungen der niedrigen Geburtenraten). Die Ausgabestrukturen weisen im Einzelnen durchaus darauf hin, dass sie „vereinigungsbedingt“ sind und weniger in unterschiedlichem gesundheitlichen Verhalten liegen. Nicht zu übersehen ist auch, dass sowohl ärztliche Vergütungen als auch Angestellten-Tarife (BAT) noch nicht West-Standards entsprechen. In welchem Maße veränderte Neuregelungen zur Vergütungssituation zu Verbesserungen z.B. im Sinne des Ausbaus des Hausarzt-systems auf dem Lande führen, bleibt abzuwarten.

⁴⁷⁵ Nachfolgende Daten stützen sich auf: BMG - Mitgliederstatistik der GKV - KM6-2011 sowie PKV, Zahlenbericht der Privaten Krankenversicherung 2015.

⁴⁷⁶ BMG: Daten des Gesundheitswesens 2015, Berlin 2016, Tab. 8.15

⁴⁷⁷ Gesundheit in den neuen Ländern, BMGS, Berlin 2004 S. 75.

⁴⁷⁸ BMG: Daten des Gesundheitswesens 2015, Berlin 2015, Tab. 9.13.

4.3.4 Gesundheitszustand - Morbidität

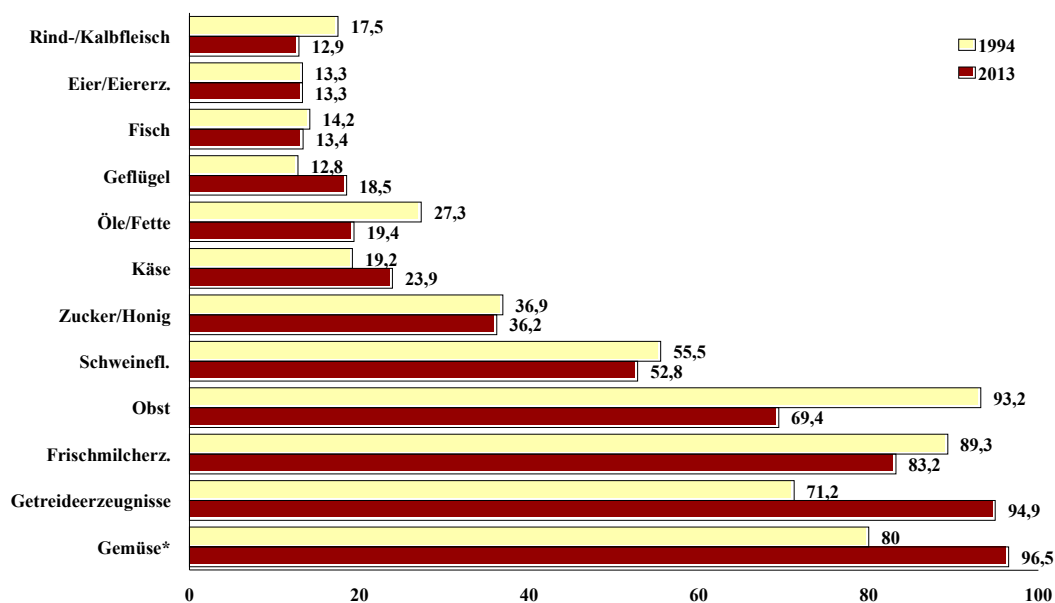
Es ist unbestritten, dass sich die Gesamtheit der Lebensumstände nicht zuletzt in der Lebenserwartung reflektiert. Trotz steigender Lebenserwartung in den neuen wie alten Bundesländern haben sich die Unterschiede - besonders bei männlichen Personen - zwischen Ost und West bisher noch nicht grundlegend gemindert.

Die Ursache für die bis 1990 aufgebauten Differenzen sind bisher nicht geklärt, einseitige Zuweisung, z.B. an die Umwelt, nicht haltbar, da bei fast jeder Todesursache im Osten jünger verstorben wurde,⁴⁷⁹ auch in Gebieten, in denen nachweislich die Umweltbedingungen als gut zu bezeichnen sind/waren. Bleiben als angenommene Ursachen höhere Belastungen im Erwerbsleben in den neuen Ländern, einseitige/falsche Ernährung bzw. Genussmittelkonsum oder eine weniger wirksame Medizintechnik usw. usf. - aber vieles ist bis heute Spekulation und durch nichts gesichert.

40- bis 45-jährige Frauen in Deutschland sind im Durchschnitt 1,67 m groß und wiegen 68,1 kg, der gleichaltrige Mann misst 1,80 m und wiegt 86,4 kg - mit 75 und älter sind Frauen noch 1,62 m groß und wiegen 68,3 kg, während die Männer noch 1,73 m sind und 80,4 kg wiegen. Alles Daten, die belegen, wie weit der Durchschnittsbürger von den „Leitmodellen“ der Bekleidungsbranche entfernt ist.⁴⁸⁰ 60 % der Männer und 43 % der Frauen sind übergewichtig.

Die Einwohner Deutschlands ernähren sich ungesund (vgl. Abbildung 4.42) und auch der Nikotin- und Alkoholverbrauch ist der Gesundheit abträglich. Im Durchschnitt rauchte 2013 jeder Einwohner rd. 1.000 Zigaretten, trank 106,6 Liter Bier und/oder 5,5 Liter Spirituosen sowie 25 Liter Wein/Schaumwein.⁴⁸¹

Abbildung 4.42: Verbrauch von Nahrungsmitteln in kg pro Einwohner und Jahr - Deutschland - 1994/2013 -



* 2013 über den Markt

Quelle: BMG: Daten des Gesundheitswesens 2015, Berlin 2015, Tab. 3.4/3.5

⁴⁷⁹ BMG: Entwicklung des Gesundheitswesens in den neuen Bundesländern, Berlin 1994, S. 6.

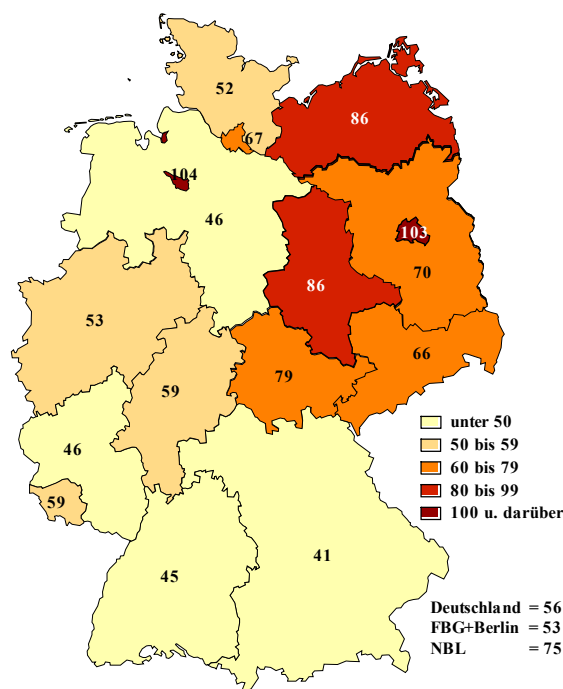
⁴⁸⁰ Daten des Gesundheitswesens 2015, Berlin 2015, Tab 3.2.

⁴⁸¹ Ebenda, Tab. 3.3 ff.

Ausmaße von Erkrankungen werden von zunehmender Früherkennung, von verbesserten medizinischen Behandlungsstandards längerfristiger ebenso positiv beeinflusst wie von Veränderungen in den Essgewohnheiten und im gesundheitsbewussteren Verhalten. Aber die vergangenen rd. 25 Jahre haben trotz erreichter Angleichung bei zuletzt genannten Faktoren den großen Durchbruch noch nicht bewirkt. Erst langfristig wird sich hinsichtlich der Lebenserwartung im Annäherungsprozess zwischen Ost- und Westdeutschland erweisen, in welchem Maße Anpassungsleistungen des Einzelnen an neue gesellschaftliche Bedingungen gesundheitliche Risiken mindern oder erhöhen.

Nach wie vor existieren z.T. nicht erklärbare Unterschiede im geringeren Auftreten von Hepatitis oder Masern - Letzteres offensichtlich einer höheren „Durchimpfungsrate“ in der DDR geschuldet (oder zu verdanken). Das gilt auch für Allergien, die jedoch eine rasche Zunahme erfahren. Als charakteristisches Beispiel mögen die Schwangerschaftsabbrüche dienen, da die Entscheidung von Frauen/Partnern sowohl Lebenslageaspekte und Traditionen ebenso einschließt wie religiöse/ethische Positionen. Auch mehr als 25 Jahre nach der deutschen Einheit sind die unterschiedlichen Lebensverhältnisse und -einstellungen in ihrer Gesamtheit zwischen Ost und West noch erkennbar, ebenso wie die anders-artigen Lebensverhältnisse in den drei Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin.

Abbildung 4.43: Schwangerschaftsabbrüche je 10.000 Frauen der Altersgruppe 15 bis unter 50 Jahre - nach Wohnsitz der Frauen - 2015 -



Quelle: Statistisches Bundesamt: Gesundheit - Fachserie 12, Reihe 3, Schwangerschaftsabbrüche 2015, Berlin 2016/z.T. Eigenberechnungen

Werden die Aussagen der befragten Bürger hinsichtlich ihres Gesundheitszustandes betrachtet, so lassen sich eindeutig vor allem normale altersabhängige unterschiedliche Bewertungen nachweisen. So gaben 2013 insgesamt 84 % der Männer und 83 % der Frauen an, gesund zu sein, von den über 75-Jährigen waren es auch noch 72 % nach eigener Wertung⁴⁸². Sie widerlegen damit auch die Auffassung, dass ab 70. Lebensjahr das Zeitalter der Krankheiten beginnt. Jeder ältere Bürger in seinem Umfeld kennt die ständigen Diskussionen um Krankheiten, Medikamente, Heilbehandlungen usw. Das liegt natürlich schon daran, dass es öfter „zwickt“, aber auch daran, dass andere Themen - z.B. Krank-

⁴⁸² BMG: Daten des Gesundheitswesens 2015, Berlin 2015, Tab. 3.1.

heiten der Kinder und Arbeit - nicht mehr im Mittelpunkt stehen. Es fehlt insgesamt vor allem ein Klima, welches dem aktiven - wenn auch durchaus mit Krankheiten versehenen - älteren Bürger mehr Beachtung schenkt.

Insgesamt ist jedoch die Feststellung gültig, dass existierende Unterschiede zwischen Ost und West in Bezug auf den Gesundheitszustand und das Gesundheitsverhalten nicht eines gesonderten Ausweises bedürfen. Vorhandene Differenzierungen resultieren in weitaus höherem Maße aus unterschiedlichen lebenslangen Erwerbs-/Nichterwerbsbiografien sowie Einkommens- und Familienverhältnissen. Das gilt in Ost wie West gleichermaßen.

Auch der Krankenstand ist ein Indikator für Gesundheit - aber auch für den Arbeitsmarktdruck - steigende bzw. höhere Arbeitslosigkeit senkt den Krankenstand auch aus Angst vor Arbeitsplatzabbau. Seit 2007 wird insgesamt ein gesonderter Ausweis Ost-West nicht mehr vorgenommen. Lediglich die einzelnen Krankenkassen veröffentlichen Daten für ihre Versicherten. Während das Bundesministerium einen 3,7-prozentigen Krankenstand für alle GKV-Mitglieder ausweist (ohne Rentner), verweist der BKK-Gesundheitsreport 2015 für seine Versicherten auf 4,4 %. Für 2014 wird seitens der DAK hervorgehoben, dass aufgrund der spezifischen Branchenstruktur im Osten der Krankenstand zwischen Brandenburg (5,0 %) und Sachsen differiert (4,4 %), in den alten Bundesländern liegt der niedrigste Krankenstand in Baden-Württemberg und Bayern mit 3,3 bzw. 3,4 % vor.

Es wird in diesem Abschnitt darauf verzichtet, die Probleme von Schwerbehinderungen zu behandeln - ohne diese zu leugnen -, um die spezifischen Lebensbedingungen nicht auf „Gesundheit“ zu reduzieren. Die Thematik, die ja in besonderem Maße auch das Leben älterer Menschen betrifft, wird in einem eigenständigen Abschnitt dargestellt (vgl. Abschnitt 5.4).⁴⁸³

Das gilt auch für die Entwicklung und Struktur der Sterbefälle die im Abschnitt 3.2 bereits dargestellt wurde. Nach wie vor ist Sterben und Sterbebegleitung ein „Tabu“-Thema. Eine erstmalig in den neuen Ländern für den Freistaat Sachsen erarbeitete Analyse⁴⁸⁴ stellt sich in umfassender Weise diesem Thema und vergleicht gute Erfahrungen, aber auch Probleme und Bedenken des Pflegepersonals. Auch die Sozial- und Wohlfahrtsverbände - wie die Volkssolidarität⁴⁸⁵ - organisieren entsprechende Hilfen. Zumindest im Umfang mit Patientenverfügungen wurde zur Enttabuisierung in den neuen und alten Bundesländern beigetragen, wenn auch 2,1 Millionen erfasste Vorsorgevollmachten beim „Zentralen Vorsorgeregister“ bereits ein positives Signal, aber keineswegs hinreichend sind.

4.3.5 Pflege

4.3.5.1 Pflegebedarf

Mit der Pflegeversicherung wurde - so die offiziellen Verlautbarungen - die letzte Lücke in der sozialen Versorgung geschlossen und eine vierte Säule im System der Sozialversicherung - nach der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung - in Deutschland installiert. Das Ziel der Pflegeversicherung besteht darin, Garantien zu schaffen, um Hilfeleistungen für Pflegebedürftige, die wegen der Schwere der Pflegebedürftigkeit auf Unterstützung durch andere angewiesen sind, zu ermöglichen. Das Pflegeversicherungsgesetz wurde mit seinen Leistungen im ambulanten Bereich am 1.4.1995 und im stationären Bereich am 1.7.1996 wirksam. Damit erhielten/erhalten rd. 80 Millionen Bürger einen

⁴⁸³ Vgl. hierzu: Haupt, H./Liebscher, R./Winkler, G.: Menschen mit Behinderungen - Report 2003 - Daten und Fakten zur sozialen Lage von Menschen mit Behinderungen in Deutschland (Hrsg. G. Winkler), trafo verlag, Berlin 2003.

⁴⁸⁴ Kaluza, J./Töpferwein, G.: Sterben begleiten - Zur Praxis der Begleitung Sterbender durch Ärzte und Pflegenden, trafo verlag, Berlin 2005.

⁴⁸⁵ hospiz@volkssolidaritaet.de

bis dahin nicht vorhandenen Schutz. Nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherte Bürger müssen seitdem eine entsprechende Privatpflichtversicherung abschließen.

Die Einführung der gesetzlichen Pflegepflichtversicherung ist ohne Zweifel eine Erfolgsgeschichte, was sich sowohl im Ausbau der Pflegeinfrastruktur als vor allem am hohen Stellenwert, den Pflege und ihre Qualität inzwischen in der Gesellschaft gefunden haben, nachweisen lässt⁴⁸⁶.

Andererseits konnten bislang existierende gravierende Mängel nicht überwunden werden. Dazu sind zu rechnen:

- der zunehmende Anteil Pflegebedürftiger, die zum Sozialfall werden und zusätzlicher finanzieller Unterstützung bedürfen;
- das nicht zu rechtfertigende duale System privater und gesetzlicher Pflegeversicherung;
- ein nach wie vor zu enger Pflegebedürftigkeitsbegriff;
- eine fehlende Orientierung auf nachhaltige Lösungen für die nächsten Jahrzehnte.

Mit dem zweiten Pflegestärkungsgesetz (PSG II) werden zum 01. Januar 2017 sowohl ein neu gefasster Pflegebedürftigkeitsbegriff sowie damit verbundene neue Begutachtungsinstrumente eingeführt. Die bislang gültigen drei Pflegestufen werden durch fünf Pflegegrade abgelöst. Ohne Zweifel wird damit Pflegebedürftigkeit umfassender betrachtet und ein höheres Maß an gesetzlich gesicherter Gleichbehandlung somatisch, kognitiv und psychisch beeinträchtigter Menschen hergestellt. Letztlich erweist sich jedoch, dass es eigentlich ein neuer „Pflegeleistungen-Gewährungs-Begriff“ ist, dessen Hauptinhalt in der Festlegung staatlich anzuerkennenden Pflegebedarfs und dafür zu gewählender Leistungen besteht. Eine notwendige Bedingung für erforderliche Angleichungen, aber Pflegebedürftigkeit insgesamt keineswegs umfassend erfassend.

Insofern ist der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff ein Schritt, um sich besser an den Erfordernissen der Praxis zu orientieren, d.h. insbesondere weil damit ermöglicht wird,⁴⁸⁷

- stärker den dringend notwendigen Pflegebedarfen und -leistungen zu entsprechen, einschließlich denen von demenziell erkrankten Menschen;
- die „Minutenpflege“ zu überwinden und den Pflegeberuf attraktiver zu machen und damit auch dem Pflegefachkräftemangel entgegenzuwirken;
- die Pflege-Finanzierung mittel- und längerfristig besser zu planen und abzusichern. Die Finanzierung muss sich den Erfordernissen anpassen und nicht vorrangig geschweige denn ausschließlich den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln.

Das verabschiedete Gesetz des BMG bleibt - trotz der erkennbaren Fortschritte - insgesamt hinter dem dringend notwendigen Handlungsbedarf sowie dem Anspruch, endlich einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Pflege herbeizuführen, nach wie vor zurück.

Immer noch haben 91 % der Bürger in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost (2013) Angst davor, einmal ein Pflegefall zu werden. Abgesehen davon, dass davor sicher jeder irgendwie Befürchtungen hat, fühlt sich die Altersgruppe der unter 60-Jährigen in doppelter Hinsicht von der Pflegeentwicklung bedroht: als künftig pflegende Familienangehörige ebenso wie als Pflegebedürftige. Weder die soziale

⁴⁸⁶ Barmer GEK, Pflegereport 2014, Berlin 2014, S. 16.

⁴⁸⁷ Vgl. Stellungnahme der Volkssolidarität Bundesverband e.V. zur Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages am 24. September 2014.

noch die private Pflegeversicherung konnten die Ängste mindern, ebenso wie es ein Irrweg ist, anzunehmen, dass private Vorsorge es richtet.

Pflegebedürftigkeit kann jeden Menschen unabhängig vom Alter betreffen, beginnend von längerfristig wirksamen Kindererkrankungen über Pflege aufgrund von Unfällen im mittleren Alter bis zu dauerhafter Pflege im Hochalter. Natürlich steigt die Möglichkeit von Pflegebedürftigkeit mit zunehmendem Alter und erlebter Behinderung an, weil sich zugleich auch die Risiken gesundheitlicher Beeinträchtigungen erhöhen. Mit einem zunehmend aktiven Lebensalter verschiebt sich insbesondere Pflegebedürftigkeit immer weiter ins höhere Alter, unterstellt, dass der medizinische Fortschritt auch weiter diese Entwicklung zusätzlich positiv beeinflusst.

Betreuung in der DDR

Die Pflege und Betreuung bedürftiger - insbesondere älterer - Menschen wurden in der DDR - ebenso wie in den alten Bundesländern - sowohl über die Familie, Feierabend- und Pflegeheime als auch die ambulante Betreuung organisiert.

Vor allem in den ländlichen und städtischen Wohngebieten waren vor 1990 staatliche ambulante Dienste, aber auch der Wohlfahrtsverband „Volkssolidarität“ tätig. Hauswirtschaftspflegerinnen um sorgten 1989 rund 86.900 Altersrentner. Die Mittel für Mittagessenversorgung, Hauswirtschaftspflege und Unterhaltung der Heime wurden überwiegend aus dem Staatshaushalt bereitgestellt, einschließlich der rund 18.000 Heimplätze in konfessionellen Einrichtungen. So zahlten die Heimbewohner, unabhängig von ihrem Einkommen, in einem Feierabendheim bis Juni 1990 monatlich 105 Mark und in einem Pflegeheim 120 Mark, was etwa zwischen einem Fünftel bis zu einem Sechstel der tatsächlichen Kosten lag. Die Differenz wurde aus dem Staatshaushalt getilgt.

Obwohl in den Jahren zwischen 1985 und 1989 die Zahl der Wohnhäuser, Feierabend- und Pflegeheime und somit die Anzahl der Plätze stieg⁴⁸⁸, konnte dem Bedarf nicht entsprochen werden. So gab es 1989 rd. 159.860 offene Anträge auf einen Heimplatz, darunter 103.065 Anträge auf einen Pflegeplatz sowie 33.230 Anträge für die Wohnhäuseraufnahme. Aber auch damals stand fest, dass die überwiegende Mehrheit der Antragsteller nicht in ein Heim ziehen würde, wenn es entsprechende andere Betreuungsformen in hinreichendem Maße gegeben hätte.

Wenn auch die steigenden Zahlen von Heimplätzen nichts über Betreuungsqualität aussagen, galt natürlich auch in der DDR, dass das Heim im wortwörtlichen Sinne für viele zum Zuhause wurde. Durch die relativ geringen monatlichen Kostenbeiträge waren Heimbewohner zum Teil finanziell besser gestellt als die Rentner in den Wohngebieten. Zugleich richteten sich Kritiken zu Recht gegen fehlende Möglichkeiten der Unterbringung in Einzelzimmern, gegen unzureichende sanitäre Ausstattung der Zimmer (Toiletten, Duschen) sowie einen teilweisen Verfall der Bausubstanz. Viele Unterbringungsmöglichkeiten entsprachen nicht den Bedürfnissen, Wünschen und Gewohnheiten der älteren Menschen. Darüber hinaus gab es beträchtliche territoriale Disproportionen im Versorgungsgrad. So standen in Berlin 89,3 Plätze je 1.000 Altersrentner zur Verfügung, im Bezirk Frankfurt/Oder 65,9, im Bezirk Chemnitz 40,9 und im Bezirk Suhl 39,4. Rd. 16 % der Heimplätze wurden von Bürgern, die noch nicht im Rentenalter waren, beansprucht.

Ein bedeutsames Problem - aufgrund der Abwanderung von Krankenschwestern und -pflegern in die Bundesrepublik - war die Sicherung der notwendigen Betreuungsqualität. Von den rd. 31.700 Mitar-

⁴⁸⁸ Nachfolgende Fakten wurden entnommen aus: Schwitzer, K.-P.: Altenreport 1990, a.a.O., S. 16-18.

beitern der Feierabend- und Pflegeheime und übrigen Einrichtungen des Sozialwesens hatten etwa 40 % keine entsprechende Fachausbildung.⁴⁸⁹ Trotzdem erbrachten die Beschäftigten vor allem aufgrund ihres überwiegend mit hohem Engagement realisierten Wirkens die erforderlichen Leistungen.

Pflegebedarf

Unmittelbar nach 1990 beginnend stellte sich nicht nur die ambulante Betreuung auf neue Organisationsstrukturen um, sondern musste fast der gesamte Bestand an Heimplätzen erneuert und saniert werden. Da die vorhandene Bausubstanz nicht den Kriterien der bundesdeutschen Heimbaumindestverordnung entsprach, wie die Qualität der ambulanten, teil- und vollstationären Versorgung insgesamt, wurden bedeutende finanzielle Mittel - über 1.000 Einzelprojekte mit rd. 4,5 Mrd. Euro - seit 1995 eingesetzt. Inzwischen haben sich - nicht zuletzt im Ergebnis des Wirkens des Pflegeversicherungsgesetzes - das Ausmaß der pflegerischen Betreuung und ihre Qualität deutlich erhöht.

Pflegebedürftig im Sinne des SGB XI ist, wer wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens voraussichtlich mindestens sechs Monate in erheblichem Maße oder in höherem Maße der Hilfe bedarf (§ 14 SGB XI). Die Pflegeversicherung umfasst die stationäre Pflege, die ambulante Pflege durch soziale Dienste sowie die in der und durch die Familie betreuten Menschen.

Seit 1.1.2013 wirkt das „Pflege-Neuausrichtungsgesetz“ (PNG), welches in einigen Aspekten hilfreich (Leistungsverbesserungen für Demenzkranke und für pflegende Angehörige), jedoch insgesamt von einer „Neuausrichtung“ weit entfernt ist. Die damit verbundene Stärkung der Privatisierung der Pflege gefährdet einheitliche Leistungen für die Betroffenen und orientiert dies nicht vordergründig am Bedarf des zu Pflegenden, sondern seinem Versicherungsstatus. 2015 trat das 1. Pflegestärkungsgesetz mit verbesserten Leistungen insbesondere für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen in Kraft.

Die soziale Pflegeversicherung erfasste Ende 2015 rd. 71,1 Millionen Versicherte und deren Angehörige, die private Pflegeversicherung rd. 9,4 Millionen Bürger. Laut Statistischem Bundesamt wurden Ende 2015 in Deutschland rd. 2,665 Millionen als pflegebedürftig anerkannte Bürger im Rahmen der sozialen Pflegeversicherung betreut sowie rd. 178.000 durch die Private Pflegeversicherung⁴⁹⁰.

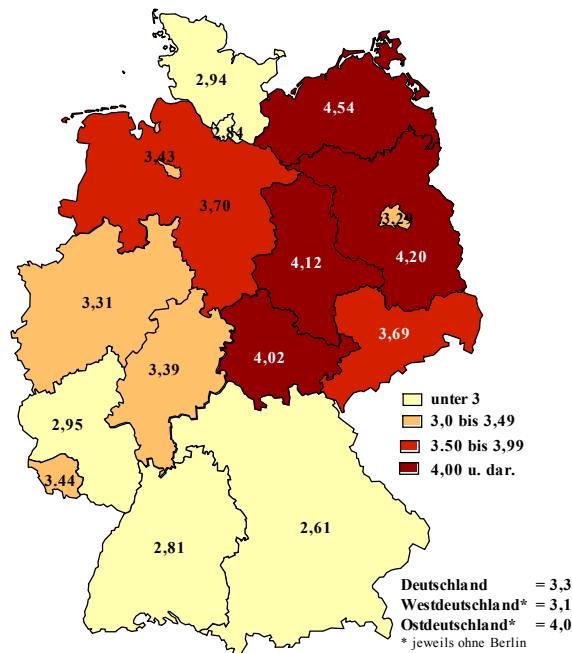
Die Pflege wurde 2013 getragen durch 12.745 ambulante und 13.030 stationäre Einrichtungen, darunter in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit 3.096 ambulanten und 2.587 stationären Einrichtungen. Über eine Million Beschäftigte (1.006 Tsd.) waren bemüht, Betreuung und Pflege im ambulanten und stationären Bereich zu sichern, davon fast 170.000 im Osten.

Mit einer Pflegequote von 4,0 % lagen die neuen Bundesländer (ohne Berlin) im Jahr 2013 deutlich über dem Wert für Deutschland (3,3 %) sowie Westdeutschland (3,1 %), was insbesondere auf die größeren Anteile von Bürgern im höheren Lebensalter zurückzuführen ist. Regionale Unterschiede reichen von Mecklenburg-Vorpommern (4,5 %), Brandenburg (4,2 %) und Sachsen-Anhalt (4,1 %), Thüringen (4,0 %) bis Sachsen (3,7 %) im Osten - im Westen vom Saarland (3,4 %) bis Baden-Württemberg (3,8 %) und Bayern (2,6 %) (vgl. Abbildung 4.44).

⁴⁸⁹ Das Gesundheitswesen der DDR 1989, Berlin 1989, S. 306.

⁴⁹⁰ Datenquellen: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2013, Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung - Deutschlandergebnisse, Wiesbaden 2015/Zahlen und Fakten zur Pflegeversicherung - Eigenberechnung/Zahlenbericht der Privaten Krankenversicherung 2014/Barmer GEK, Pflegereport 2014.

Abbildung 4.44: Pflegequote - nach Bundesländern - 2013 - in Prozent -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2013, Deutschlandergebnisse, Wiesbaden 2015/Eigenberechnungen

Seit Einführung der Pflegeversicherung (1995) stieg die Zahl der über die soziale Pflegeversicherung abgesicherten Leistungsempfänger auf rd. 2,67 Millionen, d.h. auf rd. 261 % (1995 = 1,01 Millionen).

Tabelle 4.18: Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung - 31.12.2015 -

	ambulant		stationär	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Pflegestufe I	1.213.683	63,6	324.693	42,8
Pflegestufe II	539.110	28,3	283.941	37,5
Pflegestufe III	154.302	8,1	149.380	19,7
insgesamt	1.907.095	100	758.014	100

Quelle: BMG: Zahlen und Fakten zur Pflegeversicherung 2015, Berlin 2016, T. III

Der Anspruch von Pflegebedürftigen auf Leistungen gemäß SGB XI wird bekanntlich z.Zt. nach drei Pflegestufen unterschieden, für Bürger mit erheblichem Pflegebedarf (Pflegestufe I), für Schwerpflegebedürftige (Pflegestufe II) und Schwerstpflegebedürftige (Pflegestufe III). Entsprechend der unterschiedlichen Vergabe von Pflegestufen wurden 2015 in Deutschland in der sozialen Pflegeversicherung 57,7 % in der Pflegestufe I, 30,9 % in der Pflegestufe II und 11,4 % in der Stufe III erfasst.

In dem im November 2015 beschlossenen ab 2017 geltenden „Zweiten Pflegestärkungsgesetz (PNG II)“ wird u.a. festgestellt: Pflegebedürftig sind Personen, die gesundheitlich bedingte Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten aufweisen und deshalb der Hilfe durch andere bedürfen. Es muss sich um Personen handeln, die körperliche, kognitive oder psychische Beeinträchtigungen oder gesundheitlich bedingte Belastungen oder Anforderungen nicht selbstständig kompensieren oder bewältigen können. Maßgeblich für die Beurteilung des Vorliegens von gesundheitlich bedingten Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten sind die in den folgenden sechs Bereichen genannten Kriterien:

- Mobilität,
- kognitive und kommunikative Fähigkeiten,

- Verhaltensweisen und psychische Problemlagen,
- Selbstversorgung,
- Bewältigung von und selbstständiger Umgang mit krankheits- oder therapiebedingten Anforderungen und Belastungen sowie
- Gestaltung des Alltagslebens und sozialer Kontakte.

Pflegebedürftige erhalten nach der Schwere der Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten einen Grad der Pflegebedürftigkeit (Pflegegrad 1 bis 5 - bis 2016: Pflegestufe »Null« bis III).

In einem komplizierten - hier nicht näher wiederzugebenden Verfahren werden jeweils Gesamtpunkte ermittelt, auf deren Grundlage die neuen fünf Pflegegrade vergeben werden.

Tabelle 4.19: Leistungsanspruch der Pflegeversicherung - ab 1.1.2017 - in Euro -

Pflegegrade	Geldleistung ambulant pro Monat	Sachleistung ambulant max. pro Monat	Entlastungsbetrag ambulant zweckgebunden	Leistungsbetrag vollstationär pro Monat
Pflegegrad 1			125	125
Pflegegrad 2	316	689	125	770
Pflegegrad 3	545	1.298	125	1.262
Pflegegrad 4	728	1.612	125	1.775
Pflegegrad 5	901	1.995	125	2.005

Quelle: BMG, Alle Leistungen zum Nachschlagen, Berlin 2016, S. 7

Von den Pflegebedürftigen wurden (2013) 1,862 Millionen zu Hause (70,9 %) und 764.000 in Heimen vollstationär versorgt - in Ostdeutschland waren es zu Hause rd. 365.000 Bürger, was einer Betreuungsquote von über 72 % entspricht. Bei den zu Hause Versorgten erfolgt die Betreuung von rd. 1,2 Millionen anerkannt Pflegebedürftigen allein durch ihre Angehörigen (Partner/Kinder/Enkel) und in 615.000 Fällen durch Angehörige gemeinsam mit bzw. durch ambulante Pflegedienste. Das betrifft in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) rd. 228.000 allein durch Angehörige und 136.000 gemeinsam mit ambulanten Diensten gepflegte Pflegebedürftige.

In den nächsten Jahrzehnten werden die Zahlen der pflegebedürftigen Personen auf über 4,6 Millionen Menschen und der hilfebedürftigen auf rd. 7,0 Millionen steigen - bei sinkenden Bevölkerungszahlen und steigendem Anteil älterer Menschen. Damit entstehen neue Herausforderungen an die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung und der unterstützenden Hilfe zur Bewahrung von Lebensqualität auch im Alter. Die Finanzierung muss sich diesen Erfordernissen anpassen und nicht vorrangig, geschweige denn ausschließlich den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln.

Die nächsten Jahrzehnte bringen insbesondere in den neuen Ländern noch bis 2050 auch weiterhin Steigerungen, die im Vergleich zu Westdeutschland geringer ausfallen, da bereits gegenwärtig eine höhere Pflegequote vorhanden ist, bei weiterem enormen Rückgang der „jüngeren“ Generationen.

Tabelle 4.20: Entwicklung der Anzahl der Pflegebedürftigen - in Millionen -

	Pflegebedürftige (Mio.)		
	Deutschland	FBG und Berlin	NBL ohne Berlin
2020	3,045	2,448	0,597
2030	3,518	2,842	0,676
2040	4,038	3,288	0,750
2050	4,693	3,884	0,809
2060	4,576	3,863	0.713

Quelle: Barmer GEK, Pflegereport 2014, Berlin 2014, S. 74

Generell nimmt der Bedarf erst mit dem höheren Alter deutlich zu - entgegen z.T. verbreiteten Altersbildern, welche Alter mit Pflegebedarf gleichsetzen (um u.a. die Bürger zu privater Vorsorge zu animieren). Insbesondere bei Frauen über 85 Jahre ist derzeit der Bedarf höher - auch aufgrund ihrer längeren Lebenserwartung. Frauen, die der Hilfe bzw. Pflege bedürfen, sind in höherem Maße allein lebend als Männer und nur zu rd. einem Drittel noch mit Partner zusammenlebend.

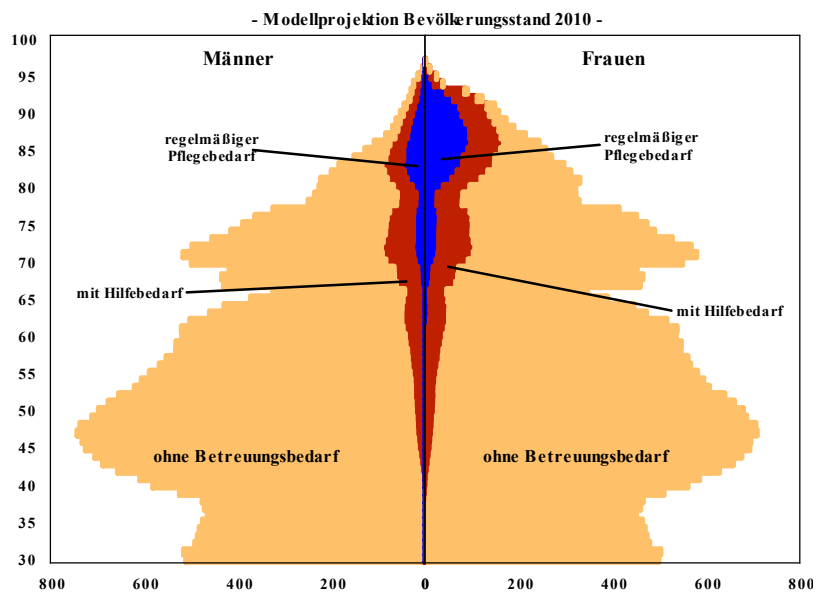
Tabelle 4.21: Anteil der Hilfe- und Pflegebedürftigen in Privathaushalten - nach Altersgruppen - in Prozent -

Altersgruppe	Pflegebedürftige		sonstige Hilfebedürftige	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
unter 15 Jahren	0,8	0,6	0,6	0,3
15-59 Jahre	0,6	0,6	0,8	0,9
60-64 Jahre	2,0	1,8	3,7	3,9
65-69 Jahre	3,2	2,8	5,9	7,2
70-74 Jahre	5,2	5,0	9,9	13,1
75-79 Jahre	9,8	8,9	13,2	16,6
80-84 Jahre	17,4	23,4	11,2	23,2
85-89 Jahre	29,6	41,2	35,9	36,9
90 Jahre und älter	51,8	67,9		

Quelle: Statistisches Bundesamt, Pflegebericht 2013/Vgl. hierzu auch Ulrich Schneekloth/Hans Werner Wahl: Grenzen und Möglichkeiten selbständiger Lebensführung (MUG III) in privaten Haushalten, Studie im Auftrag des BMFSFJ, 2005, S. 68

Der Sonstige Hilfebedarf erfasst vor allem hauswirtschaftliche Leistungen, welche ohne partnerschaftliche bzw. familiäre und außerfamiliäre Unterstützung nicht zu bewältigen wären. Es handelt sich um Bürgerinnen bzw. Bürger, welche - in unterschiedlichen Formen mit unterschiedlichem Zeitaufwand - einer ständigen Hilfe und Unterstützung bedürfen - ohne als pflegebedürftig im gesetzlichen Sinne anerkannt zu werden bzw. werden zu wollen - die jedoch an Grenzen und Möglichkeiten ihrer Lebensführung in Haushalt und Familie stoßen.

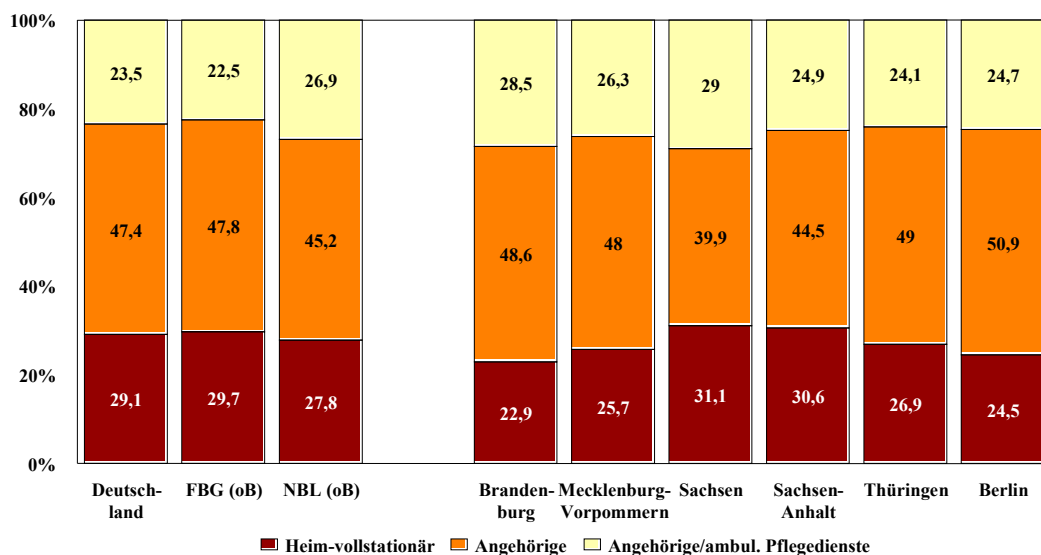
Abbildung 4.45: Pflege- und Hilfebedarf der Bevölkerung - nach Geschlecht und Altersgruppen -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 1.3 - Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2010, Wiesbaden 2012/Eigenberechnung nach: Schneekloth/Wahl: Grenzen und Möglichkeiten selbständiger Lebensführung (MUG III) in privaten Haushalten, 2005, Tab. 2.5

Die Abbildung verdeutlicht zugleich, dass die Mehrheit der Bürger zwischen Renteneintritt und 85. Lebensjahr beim gegenwärtigen Status keiner gesonderten Hilfe und Pflege bedarf. Das erfordert aber einerseits, dass es entsprechende „Aktivitätsfelder“ (Hobbys, Sport, Wandern, Singen usw.) ermöglichen, sich in Gemeinschaft mit Anderen „einzubringen“ und damit ein Stück Lebensqualität für sich und die jeweilige Gemeinschaft zu bewahren. Wie sich andererseits die Gesellschaft auf den wachsenden Pflege- und Hilfebedarf - personell, materiell und finanziell - einstellen muss. Nicht nur mit zunehmender Pflegestufe steigt der Anteil derjenigen, die durch Pflegedienste oder in Heimen betreut werden, sondern es gibt einen allgemeinen Trend zur „professionellen Pflege“⁴⁹¹ (vgl. Abbildung 4.46).

Abbildung 4.46: Pflegebedürftige nach Art der Versorgung - Ende 2013 - in Prozent -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2013, Deutschlandergebnisse, Wiesbaden 2015/Eigenberechnung

⁴⁹¹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2003.

Entsprechende Prognosen gehen davon aus, dass bis 2030 die Anteile stationärer Pflege in Deutschland sich auf 33 % erhöhen werden, darunter der neuen Länder auf 29 % und der alten Länder (ohne Berlin) auf 24 %. Der Anteil ambulanter Pflege wird voraussichtlich 25 % betragen (Ost 32 %/West 34 %) sowie der Pflegeanteil durch Angehörige 42 % ausmachen (Ost 40 %/West 42 %).⁴⁹²

Da entsprechend der föderalen Struktur und Aufgabenverantwortung die Entwicklung der Pflegeinfrastruktur im Aufgabenbereich der Bundesländer liegt, machen neuere Studien vor allem auf die stärker zu beachtende unterschiedlichen Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte in den einzelnen Ländern aufmerksam⁴⁹³. Das betrifft im Besonderen auch die neuen Bundesländer.

Tabelle 4.22: Pflegebedarf - nach Regionen - 2030 - in 1.000 Personen -

	2030			
	insgesamt	stationär	ambulant	Angehörige
Deutschland	3.435	853	1.138	1.443
FBG ohne Berlin	2.620	623	884	1.109
Neue Länder	658	188	210	263

Datenbasis: Stiftung, Pflege 2030, Gütersloh 2012, S. 39 (Eigenberechnung)

Auch die 2016 von Angehörigen erbrachten Pflegeleistungen bringen für Angehörige durch Beitragszahlung der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechende Leistungen in der Rente - allerdings immer noch unterschiedlich für die Betreuung in den neuen Ländern und Berlin-Ost und den alten Ländern mit Berlin-West. Der für ein Jahr gezahlte Beitrag ergibt eine monatliche Rente von 7,80 Euro (Rente-West) bzw. 7,31 Euro im Osten und steigert sich über die Pflegestufe und geleisteten Pflegestunden z.B. bei mehr als 28 Stunden/Woche bis auf 23,42 Euro (Rente-West) und 21,94 Euro in den neuen Ländern.

Zusammenfassend lässt sich für die Jahre bis 2030 hervorheben:

- die Zahl der Pflegebedürftigen steigt, die Leistungsgewährung verbessert sich;
- das familiäre Pflegepotenzial sinkt;
- die professionelle Pflege wird die erhöhten Anforderungen aus Sicht heutiger Erkenntnisse nicht abdecken können, ohne dass ein grundlegender Wandel eintritt.

Professionelle Pflege

Der Deutsche Pflegeatag 2015 verwies erneut auf den Pflegenotstand bei den professionellen Kräften - von rd. 2,5 Millionen fehlenden Pflegekräften wird bis 2030 ausgegangen. Es wurde nachdrücklich darauf verwiesen, dass erforderliche weitere Überlegungen z.B. die ganzheitliche Ausbildung in der Pflege betreffen ebenso wie die Überwindung ungerechtfertigter Entlohnungsbedingungen.

Es ist ein neues Phänomen der Streikbewegung in Deutschland, wenn nicht um höhere Löhne, sondern in der Charité (Ost-Berlin) für mehr Pflegepersonal gestreikt wird. So wird darauf verwiesen, dass „die Pflegekräfte sehen, dass durch den schlechten Personalschlüssel und den hohen Einsatz von Leiharbeitern die Standards nicht mehr eingehalten und deshalb die Sicherheit der Patienten gefährdet wird.“⁴⁹⁴

⁴⁹² Bertelsmann-Stiftung, Pflege 2030, Gütersloh 2012, S. 39 (Eigenberechnung).

⁴⁹³ Kochskämper, Susanne/Pimpertz, Jochen: Herausforderungen an die Pflegeinfrastruktur, IW-Trends 3/2015.

⁴⁹⁴ Charitestreik Juni/Juli 2015.

Neueste Analysen der Einkommensverhältnisse ergaben:⁴⁹⁵

- a) Der Pflegebereich ist überdurchschnittlich durch Teilzeitarbeit gekennzeichnet. Das betrifft zwischen 50 und 70 % der in der Kranken- und Altenpflege tätigen Fachkräfte und Helfer. Das gilt im Besonderen für Ostdeutschland aufgrund des Fehlens von Vollzeitstellen, während in den alten Bundesländern eher der Wunsch auf Teilzeit aus persönlichen Gründen dominiert.

Tabelle 4.23: Anteil an Teilzeitbeschäftigten - nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte - in Prozent (Ende 2013) -

	Fachkräfte		Helfer	
	Krankenpflege	Altenpflege	Krankenpflege	Altenpflege
Ostdeutschland	45	59	62	76
Westdeutschland	50	51	61	69

- b) Es existiert eine kaum begründbare Ungleichheit der Einkommen nicht nur zwischen Fach- und Hilfskräften, sondern vor allem zwischen Kranken- und Altenpflege sowie Ost und West. Die Ungleichheit widerspricht dem Prinzip „gleiche Leistung - gleicher Lohn“. Zu erbringende notwendige und gleiche Leistungen können und dürfen nicht nach Wohnort und Alter des Pflegebedürftigen unterschiedlich sein.

Tabelle 4.24: Monatliche Einkommen - Vollzeitbeschäftigte - Ende 2013 -

	Fachkräfte		Helfer	
	Krankenpflege	Altenpflege	Krankenpflege	Altenpflege
Ostdeutschland	2.738	1.945	1.854	1.495
Westdeutschland	3.139	2.568	2.470	1.855
% Ost-West	87,2	75,7	75,1	80,6

- c) Darüber hinaus liegen die Einkommen im Vergleich zur Bezahlung in Krankenhäusern nochmals deutlich unter den genannten Sätzen. Das macht im Osten bei stationärer Pflege ein Minus von rd. 27 % und in der ambulanten Pflege von 34 % aus.

In den neuen Bundesländern sind der Versorgung allein durch Angehörige bereits gegenwärtig erkennbare Grenzen gesetzt, was im Besonderen mit sich ausdünnendem familiären ortsnahen Hinterland, einer steigenden Anzahl von Alleinstehendenhaushalten, aber auch zunehmenden Zwängen aufgrund fehlender ambulanter Pflegestrukturen verbunden ist, so dass die Heimversorgung möglicherweise stetig an Bedeutung gewinnen wird. In den nächsten Jahren werden zwingend weitergehende Überlegungen zur Unterstützung und Hilfe für pflegende Angehörige, wie sie mit der bezahlten 10-tägigen Freistellung und dem Anspruch auf Familienpflegezeit gesetzt wurden, erforderlich.⁴⁹⁶

Die Entscheidung für ambulante Pflege ist ganz offensichtlich von der Siedlungsstruktur und der Kenntnis über das vorhandene Angebot an gut arbeitenden Diensten abhängig. So leben die meisten Pflegebedürftigen, die zur Vermeidung stationärer Pflege einen Pflegedienst beauftragen, einen Mahlzeitendienst engagieren und/oder eine Tagespflege nutzen würden, in kleinen Städten. Pflegebedürftige, die sich zusätzliche Hilfe von Angehörigen bzw. durch einen Putzdienst beschaffen und/oder sich eine private Pflegekraft suchen wollen, sind am häufigsten in größeren Städten zu Hause. Für eine

⁴⁹⁵ IAB, Viel Varianz - was man in den Pflegeberufen in Deutschland verdient, Nürnberg 2015.

⁴⁹⁶ Vgl. Stellungnahme des Bundesverbandes der Volkssolidarität zum 5. SGB-XI-Änderungsgesetz („Pflegestärkungsgesetz“) für den Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages vom 10.09.2014.

Seniorenwohnanlage würden sich mehr Pflegebedürftige aus Dörfern als aus Klein- oder Großstädten entscheiden.

Die inhaltliche Orientierung auf mögliche Alternativen zur stationären Pflege hat im Denken vieler Pflegebedürftiger und (noch) Nichtpflegebedürftiger inzwischen einen festen Platz gefunden. Weniger verankert ist das Bewusstsein, dass viele dieser Alternativen nicht durch Leistungen der Pflegeversicherung kostenmäßig abgesichert sind und deshalb entweder Zuzahlungen oder völlige Finanzierung vonnöten sind. Die Untersuchungsergebnisse verweisen darauf, dass zwei Drittel der Pflegebedürftigen einer stationären Pflege nicht zustimmen würden (67 %), sie wollen in ihrer Wohnung und der vertrauten Umgebung bleiben. 23 % würden einen Heimeinzug akzeptieren, wenn keine weiteren Alternativen existieren, weitere 7 % könnten eine stationäre Pflege unter bestimmten Bedingungen akzeptieren und 3 % würden in jedem Fall zustimmen.

Nicht zuletzt werden es immer mehr ältere Menschen, deren Renten nicht reichen, um einen Pflegeplatz bezahlen zu können - d.h. die häusliche „all-inklusive-Pflege“ von Partnern bzw. den Kindern, ist immer noch das Günstigste (in jeder Hinsicht und soweit medizinisch und familiär vertretbar).

Die neuesten Erkenntnisse vermittelt die Pflegeinfrastrukturstudie der Bertelsmann-Stiftung⁴⁹⁷, in welcher - im Gegensatz zu vielen wichtigen und richtigen Aussagen - festgestellt wird, dass im Osten sich Rentner aufgrund ihres Einkommens (Nettoäquivalenzeinkommen) und des regionalen Preisniveaus eine stationäre Unterbringung eher und länger „leisten“ könnten als im Westen. Am schlechtesten ist die Situation offensichtlich in Bayern und Baden-Württemberg (also den reicheren Westländern). Die Situation im Osten reflektiert - trotz der niedrigsten Einkommen der zu Pflegenden (65 Kreise liegen unter den letzten 67 Kreisen, d.h. dem letzten Sechstel) - das niedrige Preisniveau im Osten aufgrund der geringen Löhne. Es ist schon Sarkasmus, wenn das Ostniveau der Entlohnung als „günstig“ für die Wirtschaftlichkeit der Pflegeeinrichtungen bewertet wird⁴⁹⁸, obwohl in 84 % der Kreise das durchschnittliche Brutto-Monatseinkommen in der Pflegewirtschaft zwischen 1.714 und 2.113 Euro beträgt - im Vergleich liegen in Bayern, Baden-Württemberg und NRW die Brutto-Einkommen der großen Mehrheit der Kreise zwischen 2.640 und 3.190 Euro pro Monat (es wirft sich die Frage auf, warum ostdeutsche Pflegebedürftige schlechter behandelt werden, wenn man unterstellt, dass gleiche Pflegeleistungen in Ost und West in etwa gleich entlohnt werden?).

Familiäre Pflege

Über die als pflegebedürftig anerkannten Bürger ist zahlenmäßig jedoch die Anzahl von Menschen, welche zu Hause auf Hilfebedarf angewiesen sind, weitaus größer, die eine Anzahl (je nachdem, welcher Schlüssel zugrunde gelegt wird⁴⁹⁹) von weiteren rd. 3,2 Millionen Hilfe- und Pflegebedürftigen ausmachen, darunter eine halbe Million in den neuen Ländern und Berlin.⁵⁰⁰

⁴⁹⁷ Bertelsmann-Stiftung, Tobias Hackmann et. al., Pflegeinfrastruktur - die pflegerische Versorgung im Regionalvergleich, Gütersloh 2016.

⁴⁹⁸ Bertelsmann-Stiftung, Pflegeinfrastruktur, a.a. O., S. 41.

⁴⁹⁹ Schätzungen gehen davon aus, dass die Zahl der im Haushalt versorgten Pflegebedürftigen mit 1,8 (MUG III) oder wenigstens mit 1,5 (SOEP) multipliziert werden muss, um einen Anhaltspunkt dafür zu bekommen, in welchem Umfang Hilfe- und Pflegeverantwortung von Angehörigen übernommen wird; Böttcher, Sabine/Selinger, Yvonne/Dr. Hauss, Friedrich: Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflege im Land Brandenburg, Studie im Auftrag des MFASGF Brandenburg, 2009.

⁵⁰⁰ Die vorliegenden Daten unterscheiden sich je nach den gewählten Ausgangspositionen (gesetzliche Pflegeversicherung/private Pflegeversicherung - mit stationären Fällen/ohne stationäre Entwicklungen - Annahmen über Ausmaß und Umfang des Hilfebedarfs usw.).

Insgesamt ist deshalb immer wieder darauf zu verweisen, dass der Hauptanteil derer, die pflegen, die Familienangehörigen sind, d.h. dass über die fast 1 Million Beschäftigte hinaus rd. 7 Millionen Bürger, die als Angehörige in diesem Bereich aktiv wirksam werden. Sie leisten unbestrittenermaßen einen enormen körperlichen, mentalen, zeitlichen und finanziellen Beitrag zur Pflege ihrer Angehörigen, der selbst in den Fällen, bei denen ein Pflegegeld zur Verfügung steht, damit nicht abgegolten wird.

Was von den pflegenden Angehörigen geleistet wird, ist durchaus berechenbar: Müssten diese Aufwendungen von beruflich tätigen Pflegekräften erbracht werden, so würden in Deutschland 3,2 Millionen Vollzeit-Pflegekräfte dafür benötigt⁵⁰¹. Das entspricht - je nachdem, welche Gehälter angesetzt werden - rd. 75 bis 145 Mrd. Euro Lohnkosten, die von den Angehörigen erbracht werden. Die von den Angehörigen erbrachten Leistungen allein für die anerkannten Pflegebedürftigen werden mit einer Wertschöpfung von 29 Mrd. Euro offiziell angegeben⁵⁰².

Diese Fakten verweisen darauf, dass ohne die Angehörigen das deutsche System der Pflege bereits zusammengebrochen wäre. Die familiäre Pflege ist längst von einer familiären Angelegenheit zu einer öffentlichen - d.h. auch in Verantwortung des Staates und seiner Bürger liegenden - Angelegenheit geworden. Nur, dass der Staat bisher den Angehörigen nach wie vor unzureichende Unterstützung gibt.

Eine Vielzahl von Untersuchungen weist nach, dass sich mit Eintritt von Pflegebedürftigkeit die Mehrheit der Pflegebedürftigen für die häusliche Pflege entscheidet,⁵⁰³ nach dem Motto „daheim statt Heim“. Angesichts des Risikos zunehmender Pflegebedürftigkeit⁵⁰⁴ und sich verändernder Pflegeanforderungen sehen sich sowohl die Betroffenen als auch deren Angehörige mit der Notwendigkeit konfrontiert, sich auch mit Alternativen zur häuslichen Pflege auseinanderzusetzen. Das betrifft sowohl Überlegungen zur Vermeidung bzw. Hinauszögerung stationärer Pflege als auch Überlegungen zu Bedingungen, unter denen der Einzelne stationäre Pflege akzeptieren würde.

Die Mehrheit der Pflegebedürftigen orientiert sich darauf, einen Pflegedienst zur Übernahme von Pflege- und Betreuungsleistungen zu beauftragen (55 %). Zusätzliche hauswirtschaftliche Hilfe würden sich 44 % der Pflegebedürftigen beschaffen, und jeweils 42 % von ihnen würden zusätzliche Hilfen von Angehörigen organisieren und einen Essen- bzw. Mahlzeitendienst in Anspruch nehmen. Nur eine Minderheit von Pflegebedürftigen äußerte, dass sie die genannten Möglichkeiten zur Vermeidung stationärer Pflege nicht zu nutzen beabsichtigen.

4.3.5.2 Exkurs: Familiäre Pflegebereitschaft (2011)

In einer Vergleichsuntersuchung zwischen den neuen Ländern und Nordrhein-Westfalen im Jahr 2011 gab es insgesamt eine relativ begrenzte Zuversicht, im Pflegefall von den eigenen Angehörigen gepflegt zu werden (bzw. gepflegt werden zu können). Charakteristisch ist weniger das Gefühl, im Bedarfsfall betreut zu werden - nur 28 % der ab 50-jährigen Bürger im Osten und 21 % in Nordrhein-Westfalen gehen davon aus, dass es die eigenen Kinder sein werden - sondern die Ungewissheit (Antwort: ich weiß nicht) ist bei 30 bis 40 % der Befragten bestimmend. Die höheren zustimmenden Werte im Osten mögen sowohl der größeren eigenen Kinderzahl als auch einer größeren räumlichen Nähe

⁵⁰¹ 6. Sozialforum des VDK - 2011.

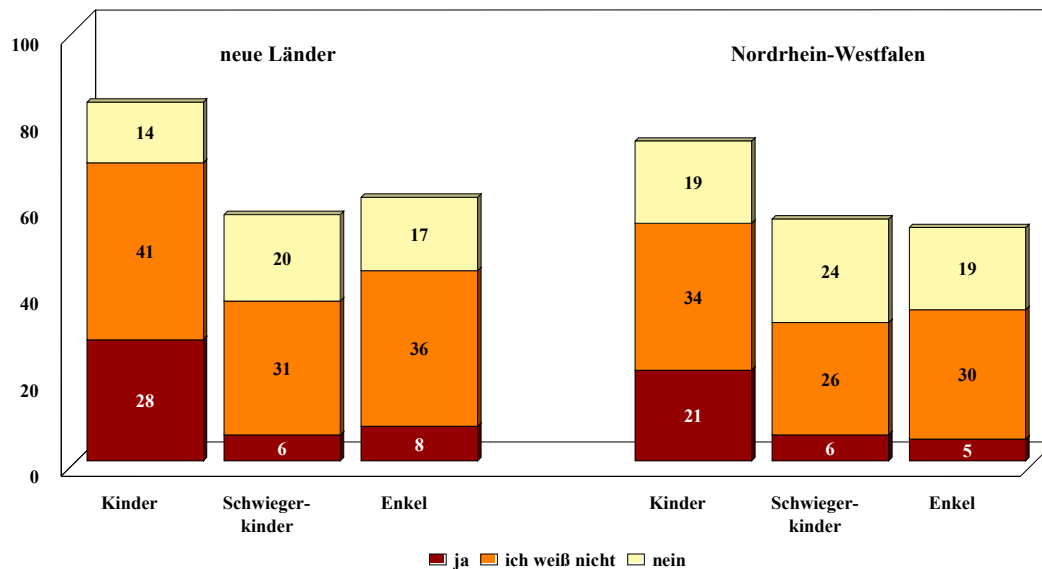
⁵⁰² Jürgen Graalmann, Vorstandsvorsitzender AOK, Statement Deutscher Pfl egetag 2015 - 12.03.15.

⁵⁰³ Vgl hierzu auch Rothgang et al.: Barmer GEK Pflegereport 2015 mit einem ausführlichen Teil zur häuslichen Pflege.

⁵⁰⁴ Nachfolgende Ausführungen stützen sich auf: Haupt, H./Liebscher, R./Schmidtke, H.: Situation der ambulanten Pflege in Sachsen-Anhalt, Studie im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt, 2001, S. 167 ff.

zwischen Eltern und Kindern geschuldet sein, möglicherweise aber auch der angenommenen höheren Bereitschaft zur Übernahme aufgrund von finanziellen Leistungen im Pflegefall.

Abbildung 4.47: Glauben sie, dass - falls notwendig - Ihre Familienangehörigen einmal die Pflege übernehmen werden? - Befragte ab 50. Lebensjahr - 2011 - nach Regionen - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = trifft nicht zu/ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Während einerseits die Erwartungen älterer Menschen an künftige familiäre Pflegestrukturen eher verhalten sind, gibt es doch eine relativ hohe bekundete Bereitschaft bis 60-Jähriger, im Bedarfsfall Familienangehörige zu pflegen und bei entsprechenden Umständen auch damit verbundene „Einschränkungen“ auf sich zu nehmen. Das bestätigen folgende Aussagen:

Aufgabe bzw. Einschränkung eigener Erwerbsarbeit

In der Erhebung wurde direkt gefragt, ob gegebenenfalls die Aufgabe bzw. Einschränkung der Erwerbsarbeit annehmbar wäre, wohl wissend, dass eine Befragungsaussage noch nicht mit einer realen Entscheidung identisch ist.

Insgesamt zeigte sich, dass im Wesentlichen vergleichbare Auffassungen in Ost wie West vorliegen - im Gegensatz zu vielen anderen untersuchten Themen. Kennzeichnend ist:

- Die absolute Aufgabe der Erwerbsarbeit ist nur für rd. 10 % der nachrückenden Generationen eine Option, ein weiteres Drittel würde es realisieren, wenn es gar nicht anders geht, d.h., dass es insgesamt rd. die Hälfte der Befragten für möglich hält - eine insgesamt trotzdem als beachtlich zu kennzeichnende Aussage.
- Eine Einschränkung beruflicher Tätigkeit stellt ganz offensichtlich die durchaus eher für möglich gehaltene Option dar, welche 31 % in den neuen Ländern und 26 % in Nordrhein-Westfalen für sich bejahen. Hinzu kommen noch rd. 45 %, die es auch realisieren würden, „wenn es gar nicht anders geht“ - also rd. 70 bis 75 % insgesamt.

Der hohe Anteil ist naturgemäß unter dem Vorbehalt des Eintretens der Pflegebedürftigkeit zu sehen - wobei davon auszugehen ist, dass doch eher angenommen wird, dass es nicht für alle Eltern/Schwiegereltern zutreffen wird.

Unentschlossenheit wird auch dadurch unterstützt, dass insgesamt die Anerkennung von Pflegezeiten für Angehörige keineswegs hinreichend geklärt ist. Nach wie vor sind die Bedingungen zur Vereinbarkeit der Pflege von Angehörigen und Beruf nicht ausreichend und im Sinne eines Rechtsanspruchs geklärt.⁵⁰⁵ Das gilt auch für die mit Pflege von Angehörigen verbundenen Rentenansprüche, welche die staatlich festgelegten Ungleichheiten von Mindestlöhnen in der Pflege bei den Angehörigen auf einem Niveau von 89 % der Ansprüche-West festlegen. Bleibt die Frage zu klären, ob der zu Pflegenden im Osten weniger wert ist oder die Pflege der Angehörigen schlechter ist?

Insgesamt erhalten mit den zunehmenden Erwartungen an familiäre Leistungen auch in der Pflege die Forderungen nach verbesserten Bedingungen für die Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit und familiären Verpflichtungen einen erweiterten Inhalt - bezogen sowohl auf Erziehung und Betreuung von Kindern, aber zugleich auch auf Pflege und Betreuung von Familienangehörigen im Bedarfsfall.

Insofern stellt die Pflege und Betreuung von Angehörigen für viele Familien eine zweite Phase der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und familiären Verpflichtungen bzw. der Nacherwerbsarbeit dar.

- Im Gegensatz zur Gesetzgebung spielen einkommensabhängige und geschlechtsspezifische Unterschiede in der Haltung von potenziellen Betreuenden keine gravierende Rolle. Dominierend sind:
 - eine Abnahme der Bereitschaft mit dem Alter, was offensichtlich darauf zurückzuführen ist, dass sich über 40- bis 50-Jährige - mehr als Jüngere - eher mit der Problematik des Pflegens der Eltern beschäftigt haben. Auch eigene körperliche Einschränkungen und genauere Kenntnis der mit Pflege verbundenen „Belastungen“ stützen möglicherweise die getroffenen Aussagen. Das gilt auch für die in den letzten „Berufs Jahren“ unmittelbar wirkenden Einschnitte auf die eigene „Rentenbiografie“.
 - Eine stärkere, prinzipiell ablehnende Haltung bei Familien mit Kindern und Alleinerziehenden ist festzustellen und - bedingt durch die spezifischen Belastungen - als normal zu bewerten.
 - Analoge Aussagen werden auch - bezogen auf einen erforderlichen Umzug zur Pflege von Angehörigen - getroffen, vergleichbar mit der Aufgabe der beruflichen Tätigkeit und in hoher Übereinstimmung zwischen Befragten Ost und West.

Tabelle 4.25: Welche Einschränkungen würden Sie auf sich nehmen, um einen Familienangehörigen zu pflegen? - nur erwerbstätige Befragte bis 60. Lebensjahr - nach Regionen - 2011 - in Prozent -

	neue Länder und Berlin-Ost			Nordrhein-Westfalen		
	Berufstätigkeit aufgeben	Berufstätigkeit einschränken	umziehen (alle bis 60 Jahre)	Berufstätigkeit aufgeben	Berufstätigkeit einschränken	umziehen (alle bis 60 Jahre)
ja	11	31	11	10	26	11
wenn es gar nicht anders geht	34	45	44	32	43	42
auf keinen Fall	31	9	26	33	13	29
ohne Antwort	25	16	19	25	18	18

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

⁵⁰⁵ Siehe Beschluss des Bundesvorstandes der Volkssolidarität - Abschnitt V: Pflegende Angehörige unterstützen - Pflege und Beruf besser vereinbaren.

Finanzielle Aufwendungen erbringen

Die Bereitschaft, Freizeit und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, ist deutlich höher ausgeprägt als gegebenenfalls die berufliche Arbeit zu beenden oder zumindest zu begrenzen.

So bekunden 44 % der bis 60-jährigen Ostdeutschen und 39 % der Befragten aus NRW ihre Bereitschaft, im Pflegefall ihre betroffenen Angehörigen finanziell zu unterstützen bzw. erforderliche Aufwendungen zu erbringen - weitere 42 % (Ost) bzw. 43 % (West) sind dazu bereit, wenn es unbedingt erforderlich wäre. Nur 8 bzw. 11 % verweigern finanzielle Unterstützungen/Hilfen, und 6 % (Ost)/7 % (West) gaben keine Auskunft.

Dabei ist hervorzuheben, dass die Unterstützungsbereitschaft in den neuen Bundesländern stärker an die eigene Einkommenssituation gebunden ist als in der westlichen Vergleichsregion. Der eigene familiäre Status ist nachrangig.

Allgemeine Einschränkungen wie Zurückstellen eigener Freizeitinteressen, Einschränkung familiärer und nichtfamiliärer Kontakte finden unterschiedlichste Akzeptanz, wobei die Bereitschaft, eigene Freizeitinteressen zurückzustellen, mit rd. 50 bis 60 % in West wie Ost deutlich den vordersten Rang einnimmt.

Rahmenbedingungen verbessern

Um den Satz „In der Pflege geht es nur gut, wenn es den Pflegenden gut geht.“ zu realisieren, bedarf es umfassender Unterstützung der Pflegenden durch die Gestaltung entsprechender Rahmenbedingungen.

Im Nachfolgenden wurden insbesondere die Aussagen der Altersgruppe der heute 50- bis 65-Jährigen aufbereitet, da hier die Wahrscheinlichkeit, sowohl des möglichen Falles zu pflegen als auch sich mit den Rahmenbedingungen schon beschäftigt zu haben, am größten ist.

Folgende Ergebnisse der Erhebung sind besonders zu beachten:

- In den neuen Bundesländern rangieren Forderungen nach einer besseren Anerkennung (Bewertung) erbrachter Pflegeleistungen - vergleichbar mit geleisteten Aufwendungen z.B. bei der Kindererziehung - an vorderster Stelle. Das betrifft sowohl die Anerkennung in der Rente sowie einen Anspruch auf eine z.B. zweijährige Bezahlung von Pflegeleistungen - in Abhängigkeit von einer vorliegenden bzw. noch nicht anerkannten Pflegestufe. Es sind gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten, die der besseren Akzeptanz bedürfen. Diese Forderung halten 62 % der 50- bis 65-jährigen Bürger im Osten für „sehr wichtig“ und 65 % in NRW. An zweiter Stelle rangieren in den neuen Bundesländern die Einführung einer zweijährigen bezahlten Pflegezeit mit 60 % (West 51 %), an fünfter Stelle die Erhöhung des Pflegegeldes (53 %).

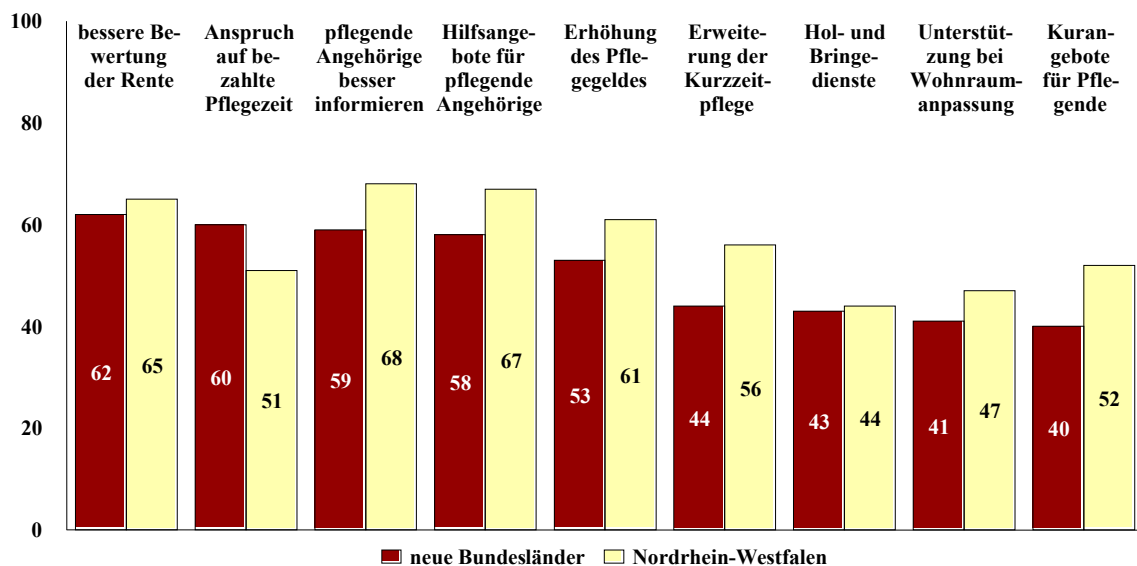
In den alten Bundesländern (NRW) werden - offensichtlich auch vor dem Hintergrund insgesamt anderer und zum Teil besserer familiärer Lebensbedingungen - vorrangig vor allem eine verbesserte Information der Pflegenden (68 %) sowie die Bereitstellung entsprechender Hilfsmittel für die Pflegenden (67 %) eingefordert. Erhöhung des Pflegegeldes und Anerkennung in der Rente sind dem nachgeordnet.

- In den alten Bundesländern (NRW) sind die Positionen der 50- bis 65-jährigen Frauen und Männer als vergleichbar zu kennzeichnen - Unterschiede von 4 bis 6 %, bei zum Teil höheren Forderungen seitens der Männer (z.B. bei Pflegegeld - offensichtlich auf Frauen bezogen). Im Gegensatz dazu heben sich in den neuen Ländern die Positionen der Frauen sehr deutlich von denen der Männer

ab. Mit einer fast durchgängigen 10- bis 15-Prozentpunkte-Differenz erreichen Frauen der genannten Altersgruppe höhere Werte hinsichtlich der aus ihrer Sicht zu verbessernden Rahmenbedingungen.

- Während sich in den alten Bundesländern die getroffenen Aussagen der unter 50-jährigen Frauen durch stringenteren Forderungen - im Vergleich zu den älteren - auszeichnen, besteht bei den jüngeren Frauen im Osten eine weitgehende Übereinstimmung mit der Altersgruppe der 50- bis 65-Jährigen sowie auch der deutliche Abstand zu den männlichen Positionen.
- Die Bewertungen von Bürgern, die durch Ihre Anerkennung als „Schwerbehinderte“ im weitesten Sinne einer besonderen Zuwendung bedürfen, unterscheiden sich in Ost wie West nicht grundlegend von Bürgern ohne Behinderungen.

Abbildung 4.48: Ein Großteil der pflegebedürftigen Menschen wird durch Angehörige zu Hause gepflegt. Was muss nach Ihrer Meinung getan werden, um pflegende Angehörige besser zu unterstützen? - 50 bis 65 Jahre - nach Regionen - 2011 - in Prozent - (nur Antwort: „sehr wichtig“)



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Die Einführung der sozialen Pflegeversicherung (1995/1996) als umlagefinanzierte Pflichtversicherung war ohne Zweifel ein wichtiger Schritt zum Ausbau des Solidarprinzips. Seit 1996 sind einerseits die Beitrags-Einnahmen - als de facto einzige Quelle - von 19,9 Mrd. Euro bis 2009 auf 21,19 Mrd. Euro gestiegen (Einnahmen insgesamt = 21,3 Mrd.), während die Leistungsausgaben von 10,25 Mrd. auf 19,33 Mrd. Euro stiegen - insbesondere durch die enorme Entwicklung in der vollstationären Pflege.

Zugleich wurde das Solidarprinzip „aufgeweicht“ zu Ungunsten der älteren Beitragszahler:

- durch einseitige Beitragsbelastung der Rentner, indem sie den Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung alleine tragen,
- durch eine relativ hohe Steigerung des Beitragssatzes von 1,0 % auf 1,95 %,
- durch pauschale Erhöhung der Beiträge für Kinderlose.

Der Aufbau privater Pflegekassen mit „zahlungsfähiger“ Klientel hat Risiken und Risikobewältigung ungleich verteilt. Die Diskussion um eine verbesserte und gerechtere Finanzierung der Pflegeversicherung ist und bleibt ein Dauerthema.

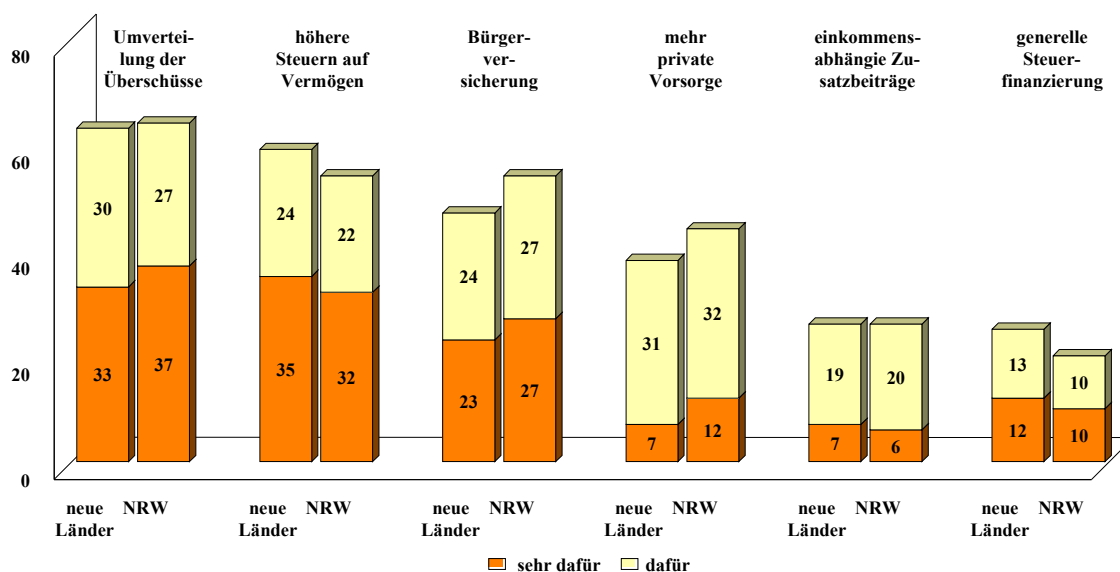
Aus Sicht der Bürger ab 18. Lebensjahr stehen in der Palette der Diskussionsbereiche in Ost wie West an vorderer Stelle:

- die Umverteilung der Überschüsse der privaten Pflegeversicherungen in die gesetzliche Pflichtversicherung, für die 63 % im Osten und 64 % in NRW „dafür“ bzw. „sehr dafür“ sind,
- die höhere Versteuerung hoher privater Vermögen und Erbschaften zugunsten der GPV (59 %/ 54 %),
- Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung, in die alle einzahlen (47 %/54 %).

Dem nachgeordnet finden geringere Unterstützung:

- der Ausbau der privaten Vorsorge - im Sinne einer sog. Riester-Pflegeversicherung bzw. auch als ungeförderte Privatvorsorge (38 %/44 %),
- einkommensabhängige Zusatzbeiträge (jeweils 26 % in den neuen Ländern wie in NRW),
- Abschaffung der solidarischen Pflegeversicherung und ausschließliche Finanzierung aus Steuermitteln (25 %/20 %).

Abbildung 4.49: Welche Maßnahmen sollten nach Ihrer Ansicht getroffen werden, um Pflege künftig besser zu finanzieren? - 2011 - nach Regionen - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.)

Dabei sind es vor allem einkommensabhängige Zustimmungen bzw. Ablehnungen, welche die jeweiligen Vorstellungen bestimmen.

Unabhängig davon gibt es eine durchaus an bestimmte Bedingungen geknüpfte Bereitschaft auf Erhöhung der Beitragssätze für die Pflegeversicherung, wenn damit z.B. insbesondere die Betreuung von demenziell oder psychisch erkrankten Bürgern eine bessere Unterstützung erfahren würde (rd. 70 % stimmen dem mit „ja“ zu) bzw. wenn der Beitrag der Rentnerinnen und Rentner zur Pflegeversicherung wieder - wie bis 2004 - halbiert würde (rd. 50 %) oder wenn auch die Arbeitgeber zu gleichen Teilen in die Pflegeversicherung einzahlen würden (rd. 75 %).

Lösungen der anstehenden Probleme für eine gut abgesicherte Pflege werden nur dann erfolgreich möglich, wenn pflegende Angehörige die notwendige Unterstützung erhalten, Pflege und Beruf vereinbart werden können, die Pflegeberufe besser anerkannt und bezahlt werden und die Pflegeinfrastrukturen vor Ort verbessert werden. Der gegenwärtige Konkurrenzdruck der öffentlichen, freigemeinnützigen und privaten Pflegedienste führt z.T. zu Dumpingpreisen sowie zu Niedriglöhnen der Pflegekräfte, Überversorgung in Städten und Unterversorgung in kleinen Gemeinden. Koordinierte Konzepte für den ländlichen Raum sind Einzelbeispiele, die der Verallgemeinerung bedürfen. Die dafür erforderlichen höheren Aufwendungen müssen von der gesamten Gesellschaft getragen werden, am besten sowohl über eine Bürgerversicherung in der Pflege, in die alle einzahlen, als auch über verbesserte Zuwendungen seitens der Kommunalpolitik. Bezahlbare Pflege darf nicht auf unterbezahlten Pflegekräften beruhen.

Auch der vorgelegte Entwurf des Pflegestärkungsgesetzes I der Bundesregierung zur Pflegereform kann nur ein Anfang sein. Die Sozialverbände - so auch die Volkssolidarität - heben hervor⁵⁰⁶, dass die eigentliche Pflegereform immer noch aussteht. Nach wie vor besteht dringender Handlungsbedarf für einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Pflege. Im Vordergrund steht dabei die Aufgabe, allen wichtigen Pflegebedarfen zu entsprechen, einschließlich denen von demenziell erkrankten Menschen.

Auch die baldige Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs bleibt ein wichtiges Anliegen ebenso wie die Überwindung der „Minutenpflege“. Der Pflegeberuf muss attraktiver werden und dem Pflegefachkräftemangel entgegenwirken.

Zugleich ist es, um die Pflegeleistungen zu verbessern, dringend notwendig, die derzeitige Unterfinanzierung - insbesondere im ambulanten Bereich - zu überwinden.

4.4 Umwelt

Insgesamt wurde die Situation in der DDR durch zwei Extreme gekennzeichnet:⁵⁰⁷ Hohe Belastungen des Wassers, der Luft und des Bodens durch unökologische Wirtschaftsentwicklung und andererseits großflächige Landschaftsgebiete mit ungestörter Entwicklung von Pflanzen- und Tierarten. Die Naturschutzgebiete zählen zum „Tafelsilber“ der deutschen Vereinigung. Der Ost-West-Vergleich für 2014 lässt eine relative Übereinstimmung in den grundlegenden Wertungen erkennen - das betrifft insbesondere den Stellenwert, den die Umwelt für die Bürger hat, aber auch die Annahmen auf künftige Erwartungen. In den vergangenen Jahren ist sowohl der Stellenwert der Umwelt für das Leben der Bürger gesunken, ebenso wie die Unzufriedenheit mit der Umweltentwicklung und die Annahme auf weitere Verschlechterungen deutlich in Ost wie West zugenommen haben. Einfluss darauf haben nicht zuletzt globale Entwicklungen, aber auch technische und Naturkatastrophen.

4.4.1 Zur Umweltsituation und -problemen in der DDR⁵⁰⁸

Die Vorrangstellung der Ökonomie gegenüber der Ökologie und die Erreichung kurzfristiger ökonomischer Ergebnisse zu Lasten ökologischer Erfordernisse führten bis 1989 in der DDR zu starken Umweltbelastungen. Von der damaligen Partei- und Staatsführung wurde lange Zeit selbst die Existenz von Umweltproblemen im Sozialismus bestritten. Die vom Ministerrat der DDR am 16.11.1982 beschlossene „Anordnung zur Sicherung des Geheimnisschutzes auf dem Gebiet der Umweltdaten“

⁵⁰⁶ Volkssolidarität Bundesverband, Presseerklärung vom 03.07.2014.

⁵⁰⁷ Vgl. Bundesministerium für Umwelt: Arbeit, Umwelt und Innovation in den neuen Bundesländern, Bonn 2009, S. 5.

⁵⁰⁸ Dieser Unterabschnitt stützt sich auf: Pauke, Horst: Umwelt, in: Sozialreport 1992, Berlin 1992 sowie Maier, Roland: Umwelt, in: Sozialreport 1990, Berlin 1990 (Hrsg. jeweils Gunnar Winkler).

verhinderte die öffentliche Einsichtnahme, Bekanntgabe und Weitergabe dieser Daten und stellte solche Handlungen unter Strafe. Damit avancierten Umweltdaten zu Staatsgeheimnissen. Selbst staatliche Einrichtungen durften Umweltdaten gegenseitig nicht austauschen. Das führte zwangsläufig zu Informationsdefiziten und Aktivitätsverlusten im Umweltschutz.

Soweit von verschiedenen staatlichen Stellen (Umweltinspektionen, Hygieneinspektionen) Umweltdaten erhoben worden sind, vermittelten sie nur einen unvollständigen Überblick über die tatsächliche Umweltbelastung, da ihre Erhebung mangels geeigneter Analysegeräte nicht systematisch und flächendeckend erfolgte.

Auch der ökonomische Anreizmechanismus, Umweltbelastungen zu beseitigen oder zu vermeiden, war nur schwach entwickelt. Umweltschutzinvestitionen waren gering bzw. unterblieben völlig. Infolgedessen erhöhten sich zunehmend die Umweltbelastungen und Sicherheitsrisiken. Sie wurden noch verstärkt durch eine einseitige Ausrichtung der Energiewirtschaft auf einheimische Braunkohle.

Im Gegensatz zu den 70er Jahren, in denen noch widersprüchliches Denken und Gerüchte über die Umweltsituation vorherrschten, wurde 1989/90 schnell öffentlich klar, dass die real existierenden Umweltschädigungen - insbesondere in den industriellen Ballungsgebieten - mit den von den Menschen subjektiv empfundenen Belästigungen übereinstimmten.

Aus der Diskrepanz zwischen öffentlicher Information über die Situation im Umweltschutz und den von den Bürgern im Alltag tatsächlich erlebten Umweltschädigungen erwachsen Misstrauen, Enttäuschung und Pessimismus, die sich auch auf andere gesellschaftliche Bereiche übertrugen. Die Situation auf dem Umweltsektor war zweifelsfrei ein nicht unbedeutender Faktor der Einschränkung der Identifikation vieler Bürger mit der DDR.

Die tatsächlichen Umweltbelastungen bis 1990 sind bis in die Gegenwart nicht im vollen Umfang zu übersehen. Trotzdem soll im Folgenden der Versuch unternommen werden, einen Überblick über den seinerzeitigen Stand der Umweltbelastung in den neuen Bundesländern zu geben, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Luftbelastung

Die Emission (Ausstoß) von SO₂ betrug 1988 in der DDR ca. 5,2 Millionen Tonnen. Das entsprach umgerechnet 312 kg/Einwohner im Jahr bzw. 48,1 Tonnen je Quadratkilometer. Unter den europäischen Ländern mit hohen Emissionsraten (Finnland, Polen, Ungarn, CSSR) nahm die DDR die Spitzenposition ein. Zu den größten Emittenten zählten die Kraftwerke Lübbenau, Vetschau, Lippendorf, Thierbach, Jänschwalde, Boxberg und Hagenwerder.

Für die Leitkomponenten der Luftverunreinigung - Schwefeldioxid und Staubbiederschlag - betrug der in unzulässig SO₂-belasteten Gebieten lebende Anteil der Bevölkerung 36,8 %. Am höchsten belastet waren die seinerzeitigen Bezirke Leipzig, Halle und Karl-Marx-Stadt. Dieser Zustand führte dazu, dass die während Smog-Situationen auftretende Belastung speziell für Kinder, ältere Bürger und Personen mit Herz-Kreislaufkrankheiten sowie Bronchitis ein ernst zu nehmender Risikofaktor waren.

Mit einem Ausstoß von 2,2 Millionen Tonnen hatte die DDR im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zugleich die höchste Staubemission. Sie betrug ca. 132 kg/Einwohner im Jahr bzw. 20,3 Tonnen je Quadratkilometer. 1988 waren 26,4 % der Bevölkerung bezüglich des Staubbiederschlags unzulässig hoch belastet.

Da in den neuen Bundesländern die Braunkohle der wichtigste Rohstoff der Energiewirtschaft war, wurde die Luftqualität vor allem durch Schwefeldioxid und Staub stark beeinträchtigt, wenn auch in den einzelnen Gebieten Ostdeutschlands in sehr unterschiedlichem Maße. Die niedrigsten Luftbelastungen wiesen die ländlichen Regionen im Norden auf, während die höchsten Schadstoffkonzentrationen in den Industrie- und Ballungsräumen im Süden auftraten und seit vielen Jahren die zulässigen Grenzwerte weiträumig erheblich überschritten wurden. Das betrifft Schwefeldioxid ebenso wie Schwebstaub, die in industriellen und urbanen Ballungsgebieten die höchsten Belastungsgrade zeigten.

Im Gegensatz dazu waren die Stickstoffdioxid-Immissionen bedeutend geringer, jedoch wurde aufgrund der rasanten Verkehrsentwicklung in den neuen Bundesländern mit einem Anstieg der Stickstoffdioxidbelastung gerechnet.

Tabelle 4.26: Emissionen - DDR/neue Bundesländer - 1975 bis 1991 -

Jahr	Schwefeldioxid (kt)	Kohlenmonoxid (kt)	Staub (kt)	Stickstoffoxide (kt)
1975	4.150	3.000	2.800	540
1980	4.350	3.500	2.600	540
1985	5.400	3.750	2.500	600
1990	4.800	3.650	2.400	590
1991	3.350	2.700	1.800	490

Quelle: Daten zur Umwelt 1992/93 (Hrsg. Umweltbundesamt), S. 232 ff.

Wasserverbrauch und -belastung

Die DDR gehörte zu den industriell entwickelten Ländern mit dem angespanntesten Wasserhaushalt. Gemessen am Weltdurchschnitt (etwa 11.000 m³ je Einwohner und Jahr) verfügte die DDR nur über ein Wasserdargebot von 1.085 m³ je Einwohner und Jahr. Davon wurden in Jahren mit mittleren Niederschlägen 45 % und in Trockenjahren bereits 90 % durch Wassernutzung beansprucht.

Häusliche und industrielle Abwässer belasteten in hohem Maße die Flüsse und Seen der DDR. Auf die Selbstreinigungskräfte der Gewässer bauend, wurde ein großer Teil des Abwassers unbehandelt abgeleitet. In der DDR/neue Bundesländer wurden 1988 von rd. 95 % der Bevölkerung (15 Millionen Einwohner) Trinkwasser aus der öffentlichen Wasserversorgung bezogen. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Trinkwasser lag bei 138 Litern (1988) pro Einwohner pro Tag (alte Länder 145 Liter pro Einwohner pro Tag).

Gewässerverunreinigungen (Saprobierungen, Eutrophierungen, Kontaminationen, Infektionen) insgesamt verminderten die natürliche Selbstreinigungskraft der Gewässer, verschlechterten die Wasserqualität, begrenzten die Qualität der Trinkwasserversorgung und beeinträchtigten die Erholungsmöglichkeiten. Mit dem Wasserverbrauch nahm auch die Abwasserlast zu, zumal in den Jahrzehnten vor 1990 nicht genügend Klärkapazitäten geschaffen wurden. Das Abwasser wurde zu 29 % nur mechanisch (alte Bundesländer 2 %), zu 31 % biologisch und weitergehend behandelt (alte Bundesländer 90 %).⁵⁰⁹

⁵⁰⁹ Zur Situation 1990 siehe detailliert Maier, Roland: Sozialreport 1990 (Hrsg. G. Winkler), Abschnitt Umwelt, S. 195-214.

Tabelle 4.27: Wasserverwendung - nach Hauptnutzergruppen - DDR - 1970 bis 1988
- in Millionen m³ -

Jahr	Wasserverwendung	darunter:		
	insgesamt	Industrie, Bau, Verkehr	Land- und Forstwirtschaft	Haushalte und gesellschaftliche Einrichtungen
1970	7.260	5.371	990	849
1980	7.455	4.873	1.445	1.047
1985	7.901	4.742	1.907	1.113
1988	8.166	4.754	2.072	1.137

Quelle: Sozialreport 1990 (Hrsg. Gunnar Winkler), Roland Maier: Abschnitt Umwelt, S. 180

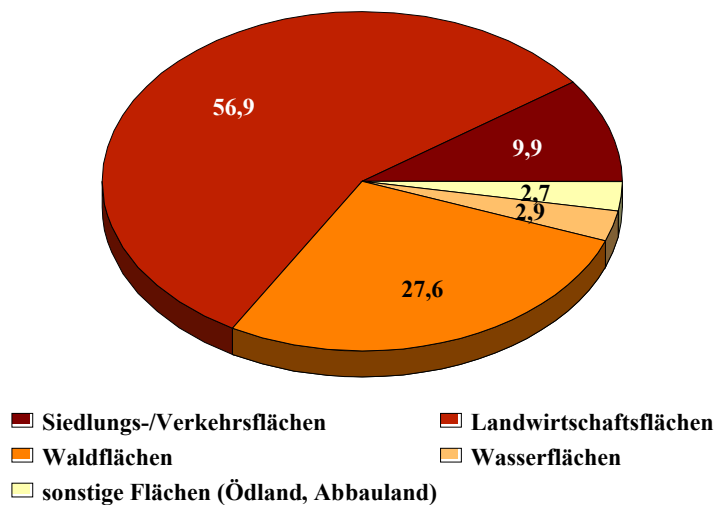
Im Datenbericht 1992/93 wird hinsichtlich der Gewässergüte festgestellt, dass bei der ersten gesamtdeutschen Gewässergütekarte, die im Juni 1992 publiziert wurde (Stand 1990), eine zusätzliche 8. Stufe, die Gewässergüteklasse IV (ökologisch zerstört), eingeführt werden musste, um der teilweise besorgniserregend schlechten Gewässerqualität im Elbeinzugsgebiet gerecht zu werden. Die Elbe wies von der deutsch/tschechischen Grenze bis zur Mündung in die Nordsee überwiegend die Gewässergüteklasse III (stark verschmutzt) auf, unterhalb und oberhalb von Dresden über einen etwa 50 km langen Flussabschnitt die Gewässergüteklasse III-IV (sehr stark verschmutzt) und unterhalb von Pirna und Dresden in einem jeweils etwa 10 km langen Bereich die Gewässergüteklasse IV (übermäßig stark verschmutzt/ökologisch zerstört). Auch zwei bedeutende Zuflüsse der Elbe, die Mulde und die Schwarze Elster, waren in ihren Unterläufen übermäßig stark verschmutzt. Die Oder war im Vergleich zur Elbe geringer belastet und wies überwiegend die Gewässergüteklasse II-III (kritisch belastet) auf. Insgesamt waren 60 % der fließenden Gewässer stark belastet, darunter 25 % in einem Maße, dass sie für Trinkwasserversorgung nicht mehr geeignet waren. Zum Gütezustand der Seen liegen keine zusammenfassenden Werte vor.

Bodenbelastung

Seit den 70er Jahren ging in der DDR die landwirtschaftliche Nutzfläche deutlich zurück. Ursachen dafür waren der Wohnungsbau, der Ausbau des Verkehrsnetzes, die Expansion der Industrie und vor allem der Braunkohleabbau. Zugleich brachte die wirtschaftlichere Nutzung des Bodens schwere Belastungen der begrenzt vorhandenen Bodenfläche mit sich. Hierzu zählten:

- ständiger Eintrag von Schadstoffen in den Boden und deren Anreicherung, die von negativen Veränderungen der physikalischen, chemischen und biologischen Bodeneigenschaften begleitet wurden;
- Grundwasserabsenkungen;
- Verminderung der Pflanzendecke und Reduzierung biologisch aktiver Bodenfläche;
- zunehmende Bodenverdichtung;
- Zerstörung der natürlichen Bodenstruktur;
- Verringerung der Bodenfruchtbarkeit durch Humusverlust und durch Erosion;
- Versiegelung und Zerschneidung intakter Naturräume.

Abbildung 4.50: Flächenstruktur DDR/neue Bundesländer - 1990 -



Quelle: Daten zur Umwelt 1992/93 (Hrsg. Umweltbundesamt), S. 188

Waldschäden

Der Wald bedeckte 1990 rund 28 % des Territoriums der DDR/neuen Bundesländer. Damit hatte er als ökologischer, ökonomischer und sozialer Faktor eine bedeutende Rolle. Während in der Vergangenheit Waldschäden auftraten, die regional begrenzt und auf bestimmte Baumarten beschränkt waren (Ulmensterben, Kiefernsterben, Tannensterben, Buchensterben, Pappelsterben), zeichneten sich die Schädigungen nach 1945 aufgrund grenzüberschreitender Schadstoffquellen, aber vor allem durch steigendes Verkehrsaufkommen und landwirtschaftliche Quellen durch Großflächigkeit und Ausdehnung auf faktisch alle Baumarten und Standortformen aus.

In Ostdeutschland waren nach Waldschadenserhebungen, die 1990 erstmals nach der in den alten Bundesländern üblichen Methodik durchgeführt worden sind, nur 25 % der Wälder ungeschädigt, während 40 % schwach und 29 % deutliche Schädigungen aufwiesen.

Die Waldschäden stiegen in der DDR insbesondere seit Beginn der 80er Jahre kontinuierlich an.

Tabelle 4.28: Waldschädigung in der DDR - 1986 bis 1989 - in Prozent -

Jahr	Anteil der geschädigten Waldfläche
1986	28,8
1987	31,7
1988	44,4
1989	54,3

Quelle: Sozialreport 1990 (Hrsg. Gunnar Winkler), Roland Maier: Abschnitt Umwelt, S. 184

Im Vergleich dazu hatten im Jahre 1988 andere europäische Länder folgende Schäden: Österreich 37,0 %, Ungarn 40,0 %, Polen 49,4 %, CSSR 70,5 % - die Bundesrepublik lag mit 53,4 % auf einem vergleichbaren Niveau.

In der DDR waren Kiefern mit 61,5 % Schadflächenanteil die am stärksten geschädigte Baumart. Deutlich zugenommen hatten die Schäden in den Eichenbeständen, von denen bereits 52,7 % als geschädigt eingestuft werden mussten. Allein von 1988 zu 1989 sind 250.000 Kubikmeter Eichenbäume

abgestorben. Die Fichtenwälder zeigten auf 45,4 % der Fläche Schäden, wobei der Anteil der mittleren bis starken Schädigungen 1989 erstmalig leicht zurückging.

Die anteilig höchsten Schadflächen lagen in den Waldbeständen der Bezirke

Leipzig	75,4 % (Sachsen)
Magdeburg	62,8 % (Sachsen-Anhalt)
Berlin	62,8 % (nur Ostberlin)
Dresden	62,1 % (Sachsen)
Frankfurt	59,0 % (Brandenburg)

Entsprechend der 1990 erfolgten Reorganisation nach föderalen Strukturen hatte Thüringen die stärksten Waldschäden (54 %), gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (43 %), Sachsen-Anhalt (32 %) und Brandenburg (25 %), mit 24 % waren sie in Sachsen am geringsten⁵¹⁰.

Lärmbelastung

Der Straßenverkehr war/ist hinsichtlich Verbreitung und Intensität für die Bevölkerung der neuen Bundesländer die dominierende Lärmquelle. Insbesondere unmittelbar nach 1990 erfolgte bis auf mittlere Ortschaften eine Zunahme von Straßenverkehrslärm. Im Vergleich zu den alten Bundesländern wurde der Straßenverkehrslärm bedeutend höher bewertet (alte Länder 21 % starke Belastung, 51 % mittlere Belastung), dagegen spielten Belastungen durch Fluglärm (noch) keine so große Rolle. Es kann davon ausgegangen werden, dass der höhere Wert in Ostdeutschland vor allem auf den schlechten Straßenzustand, Schäden am Gleisnetz von Straßenbahnen sowie die Zunahme des Personenverkehrs zurückzuführen ist.

Einfluss auf die Wohnsituation hatte im Besonderen, dass die bedarfsgerechte Bereitstellung von Fenstern mit Schalldämmung sich verschlechterte. Unzureichend war die praktische Beherrschung des Lärmschutzes innerhalb von Neubauwohnungen. Der größte Anteil der Eingaben der Bevölkerung bezog sich auf den Lärm aus Industrie und Gewerbe. Dabei handelte es sich bei den Lärmverursachern vielfach um Klein- und Mittelbetriebe, die eng von Wohnhäusern umschlossen waren.

Beseitigung von industriellen Abprodukten und Siedlungsabfällen

Im Jahr 1988 fielen in der DDR 91,3 Millionen Tonnen industrielle Abprodukte und Sekundärrohstoffe an, von denen 54,9 Millionen Tonnen (60,1 %) nicht in den volkswirtschaftlichen Kreislauf zurückgeführt, sondern direkt oder über Zwischenstufen in die Umwelt abgegeben wurden (Abraum, Siedlungsabfälle, im landwirtschaftlichen Kreislauf anfallende Abfälle sowie in Abwässern und Abgasen enthaltene Stoffe sind hier nicht berücksichtigt). Es wurde damit ein Verwertungsgrad von 39,1 % erreicht.

1988 wurden 55 Millionen Tonnen industrielle Abprodukte auf Deponien und industriellen Absetzanlagen verbracht. Durch ungünstige Standortbedingungen, fehlende materiell-technische Voraussetzungen sowie mangelhafte Eigenkontrolle durch die Betreiber kam es durch die Schadstoffdeponien zu erheblichen Umweltbelastungen. Nur auf 54 % der berichtspflichtigen Deponien erfolgte eine Kontrolle des Grundwassers.

Aufgrund geringer Verwertungsmöglichkeiten bzw. fehlender Schadstoffdeponien für eine Vielzahl von Abprodukten (z.B. überlagerte Pflanzenschutzmittel, Schädlingsbekämpfungsmittel, Primärele-

⁵¹⁰ Quelle: Daten zur Umwelt 1992/93 (Hrsg. Umweltbundesamt), S. 165.

mente, galvanische Abwässer und Schlämme usw.) wurden diese in den Betrieben umweltgefährdend gelagert oder auf herkömmliche Deponien verbracht.

Siedlungsabfälle wurden aufgrund mangelnder Abfuhrtechnik statt auf geordneten Deponien auch auf ortsnahen, kleinen Müllplätzen abgelagert. Wachsende Bedeutung als Quelle für potenzielle Gefährdungen der Umwelt gewann der Hausmüll. In der DDR fielen jährlich ca. 5 Millionen Tonnen Rückstände in den Haushalten an. Die Verwertung von Hausmüll beschränkte sich auf die getrennte Erfassung von Futtermitteln, die Müllverbrennung und die Herstellung von Kompost. Auch die Fäkalienbeseitigung und -verwertung war unübersichtlich, unbefriedigend und durch die Staatliche Hygieneinspektion nicht mehr kontrollierbar.

Die vorangegangenen und detaillierter vorliegenden Fakten - die im Bereich Umwelt des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR systematisch erfasst und aufbereitet wurden - unterlagen bis 1989 spezifischen Kontrollen und durften nicht veröffentlicht werden. Ein Buch „Umwelt: Deponie des Lebens“ wurde sofort zurückgezogen⁵¹¹. Im Rahmen sog. „grauer Literatur“ wurden durch die Zensur abgelehnte Ausarbeitungen intern jedoch z.T. veröffentlicht.

Insgesamt wurde die Situation in der DDR durch zwei Extreme gekennzeichnet:⁵¹² Hohe Belastungen des Wassers, der Luft und des Bodens durch unökologische Wirtschaftsentwicklung und andererseits großflächige Landschaftsgebiete mit ungestörter Entwicklung von Pflanzen- und Tierarten (Sperrgebiete, militärische Liegenschaften sowie Naturschutzgebiete). Die Pflanzenwelt der DDR umfasste 2.000 Arten höherer Pflanzen, von denen 136 Arten geschützt waren. 1989 gab es neben den 825 Naturschutzgebieten 400 Landschaftsschutzgebiete, die über 18 % der Gesamtfläche der DDR einnahmen. Das war für Deutschland einmalig.⁵¹³

4.4.2 Umweltbewertungen der Bürger - Umweltentwicklungen nach 1990

Sensibilisiert durch die Bürgerbewegungen in den Jahren vor 1989 bis 1990, die Aktivitäten der Bürger der DDR an „Runden Tischen“ bis Mitte 1990 entwickelte sich im Osten Deutschlands ein hohes „Umweltbewusstsein“, das in den nachfolgenden Jahren jedoch stark rückläufig war. Umwelt und Umweltschutz waren „ein schnell verschwundenes Thema“⁵¹⁴.

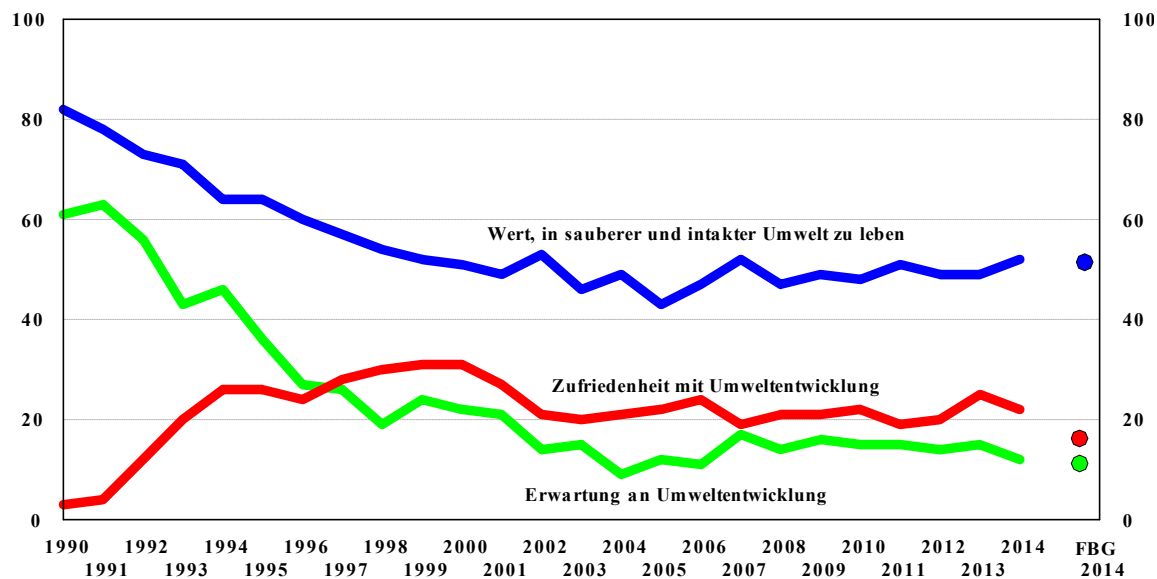
⁵¹¹ Maier, Roland/Kotycka, Carola: Umwelt: Deponie des Lebens, Verlag Neues Leben, 1985 (unveröffentlicht, da zurückgerufen).

⁵¹² Vgl. Bundesministerium für Umwelt: Arbeit, Umwelt und Innovation in den neuen Bundesländern, Bonn 2009, S. 5.

⁵¹³ Ebenda.

⁵¹⁴ Vgl. Zschieche, Michael: Umweltschutz in Ostdeutschland - Versuch über ein schnell verschwundenes Thema, APuZ 27/2003.

Abbildung 4.51: Grundaussagen zur Umwelt - neue Länder und Berlin Ost 1990 bis 2014/
 Vergleichswerte FBG 2014 - in Prozent -
 (nur Antworten: Wert von Umwelt: „sehr wichtig“
 Zufriedenheit mit Umweltentwicklung: „sehr zufrieden“/„zufrieden“
 Erwartungen an Umweltentwicklung: „Verbesserungen“)



Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

Noch 1990 wurde in einem Papier des Bundesministeriums für Umweltschutz formuliert, „bis zum Jahr 2000 gleiche Umweltbedingungen auf hohem Niveau in ganz Deutschland zu schaffen“⁵¹⁵. Eine Vielzahl von Programmen und Maßnahmeplänen untersetzte die gegebene Zielvorstellung. Daten zum Ost-West-Vergleich wurden jedoch immer spärlicher. Unabhängig davon gibt das Geschaffene seitdem durchaus Berechtigung zur Aussage der Einmaligkeit. Vieles wurde erreicht, so u.a.:

- Senkung der SO₂-Belastungen - z.B. in Sachsen-Anhalt - auf rd. 1 % der Belastungen zu DDR-Zeiten,
- Senkung der NO₂-Belastungen deutlich unter das Niveau der alten Länder,
- Senkung der Schadstoffbelastungen der Gewässer - z.B. der Elbe um 90 %,
- Altlastensanierung ehemaliger Industrie- und Gewerbegebiete,
- Ausbau der Nationalparks (7 von 14 liegen in den neuen Bundesländern) und Biosphärenreservate (8 von 13) zur Erhaltung und biologischen Vielfalt.

Es wäre jedoch verfehlt, Veränderungen in diesem Bereich vorrangig als Ergebnis einer gezielten ökologischen Politik abzuleiten, sie beruhen in hohem Maße vor allem auf einer wirtschaftsstrukturellen und weniger einer ökologischen Politik. Ohne den bedeutenden finanziellen Aufwand zum Umweltschutz gering zu schätzen, hat vor allem die Deindustrialisierung in Ostdeutschland zur Bereinigung der Wirtschaftsstrukturen geführt und damit gewissermaßen automatisch zur Reduzierung bzw. zum Abbau der Schadstoffbelastungen.

Der Deindustrialisierungsprozess der Jahre unmittelbar nach 1990 hat sich insofern als umweltverbessernd ausgewirkt, da sich die Industrie in weiten Teilen auf umwelttechnischem Vorkriegsniveau befand und somit der bedeutendste Luft- und Wasserverschmutzer war. Insbesondere altindustrielle Ge-

⁵¹⁵ Vgl. Bundesministerium für Umwelt: Umweltpolitik. Eckwerte der ökologischen Sanierung und Entwicklung in den neuen Ländern, Bonn 1990, S. 7.

biete konnten damit eine deutliche Verbesserung erfahren. Gleichzeitig traten neue Umweltbelastungen durch die Zunahme des Kraftfahrzeugverkehrs auf. In den städtischen Ballungsgebieten entwickelte sich der Kraftfahrzeugverkehr zur Hauptquelle gesundheitsgefährdender Schadstoffbelastungen und des Lärms.

Zugleich fand in den neuen Bundesländern ein bisher in Art und Dimension unvergleichbarer Stadtstrukturumbau statt, der sich im Wesentlichen im Stadtumland abspielte. Das bedeutete

- die Expansion bisher kompakter Städte ins Umland,
- ein bis in die Gegenwart reichender Ausbau großflächiger Gewerbegebiete am Stadtrand, die entgegen allen Erfahrungen in den alten Bundesländern lediglich auf kurzfristige wirtschaftliche Erfolge ausgerichtet waren.

Das alles führt zu einer dezentralen Siedlungsstruktur mit hoher Abhängigkeit vom Individualverkehr, einem hohen Flächenbedarf und gleichzeitig zu einer einseitigen Bürostruktur in den Innenstädten (Dresden, Leipzig, Halle, Berlin).

Die positiven Ergebnisse des Umweltschutzes wurden nicht zuletzt dadurch erreicht, dass - aufgrund der rasch steigenden Arbeitslosigkeit - unmittelbar nach 1990 allein 120.000 Bürger in ABM-Stellen eingesetzt wurden, um ökologische Altlasten zu beseitigen.

In Unkenntnis der realen Situation auch in den alten Bundesländern glaubten viele Bürger zunächst, dass sich mit der Wirtschafts- und Währungsunion viele Umweltprobleme automatisch lösen würden. Inzwischen hat die Umwelt auch im Bewusstsein der Bürger einen veränderten Stellenwert erhalten (vgl. Abbildung 4.52).

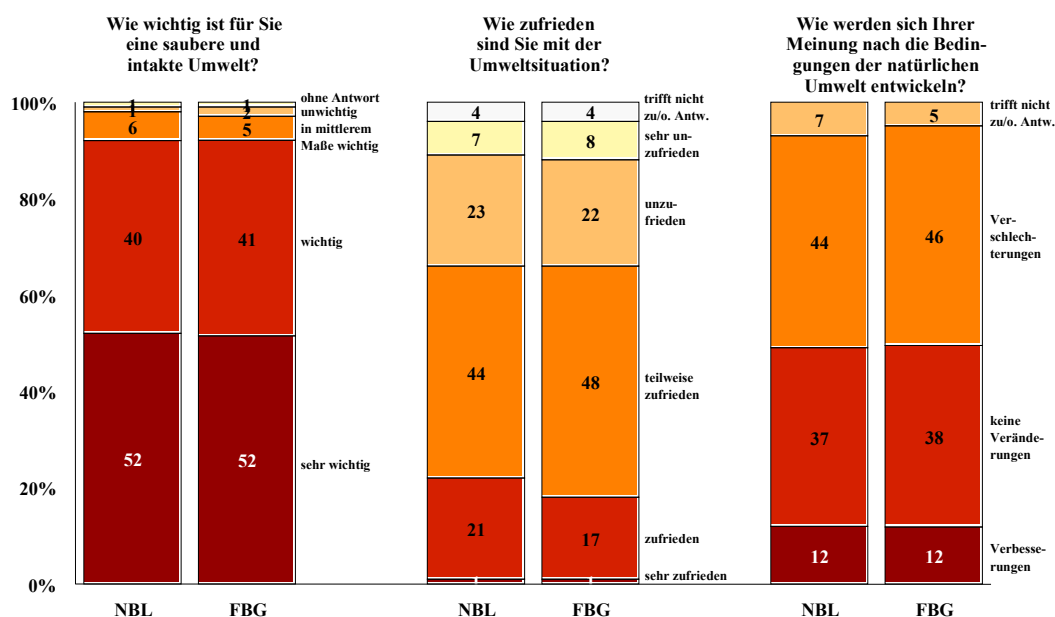
1990 waren 79 % der Bürger mit der Umweltsituation unzufrieden und 3 % zufrieden. 2000 waren 31 % zufrieden und 23 % unzufrieden, 2014 waren noch 21 % zufrieden und 30 % unzufrieden - Tendenz steigend. Auch der Stellenwert, den die Bürger der Umwelt in ihrem Leben beimessen, ging deutlich zurück. 1990 hielten noch 82 % Umweltschutz für sehr wichtig, 2014 waren es noch 52 % - mit leicht steigender Tendenz, sicher auch beeinflusst von den Auswirkungen der Atomkraftdiskussion im Ergebnis der japanischen Umweltkatastrophe. Erwartungen an Verbesserungen hatten 1990 insgesamt 61 % der ab 18-jährigen Bürger, 2000 waren es noch 22 %, 2014 nur noch 12 %. Zwei Faktoren spielen dabei eine Rolle: einmal die tatsächlich eingetretenen positiven Veränderungen, die anderes für wichtiger erscheinen lassen und zum Anderen die in den letzten Jahren zunehmende Sensibilisierung für globale Probleme der Umweltentwicklung (Erwärmung) mit ihren unverkennbar ansteigenden Katastrophenfällen (Austrocknung riesiger Gebiete einerseits, zunehmende Überschwemmungen andererseits, Havariefälle im Ergebnis von Umweltkatastrophen usw.). Das reflektiert sich auch darin, dass die Annahmen auf Verschlechterungen seit 1990 im Osten von 12 % - besonders in den letzten Jahren - auf 44 % gestiegen sind und inzwischen die Haltungen der Bürger in Ost wie West prägen.

Die Erwartungen an eine erforderliche Verbesserung der Umwelt sind stark zurückgegangen, weitaus häufiger wird inzwischen mit einer weiteren Verschlechterung (1990 - 12 %/2000 - 29 %/2013 - 38 %) gerechnet. Gerade die globalen Entwicklungen senken die Erwartungen auf Verbesserungen deutlich.

Zu Recht wird immer wieder festgestellt, dass die einstige Domäne der Bürgerbewegungen, der Umweltschutz, nicht in die Bundesrepublik übertragen werden konnte. Aus rd. 50.000 bis 60.000 ehrenamtlich tätigen Bürgern, welche in der Gesellschaft für Natur und Umwelt, oppositionellen Zirkeln

und kirchlichen Netzwerken aktiv waren, konnte keine selbsttragende Bewegung in den neuen Ländern gemacht werden.⁵¹⁶

Abbildung 4.52: Grundaussagen zum Lebensbereich Umwelt - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Der Ost-West-Vergleich für 2014 lässt eine relative Übereinstimmung in den grundlegenden Wertungen erkennen - das betrifft insbesondere den Stellenwert, den die Umwelt für die Bürger hat, aber auch die Annahmen auf künftige Erwartungen. Werden die Ergebnisse etwas detaillierter betrachtet, ist festzustellen:

- Jüngere sind etwas zufriedener mit der Umweltsituation (26 %), erwarten aber gleichzeitig in höherem Maße Verschlechterungen (58 % im Osten/51 % im Westen);
- mit steigender Bildung und damit verbundenem höheren Einkommen nimmt die Zufriedenheit mit den Umweltbedingungen insbesondere im Osten zu (34 % Ost/24 % West);
- insbesondere junge Menschen gehen überdurchschnittlich von künftigen Verschlechterungen aus (mehr als 50 % in Ost wie West).

Analoge Untersuchungen des Bundesministeriums für Umwelt 2012⁵¹⁷ haben u.a. ergeben, dass

- das Umweltbewusstsein in Deutschland zwiespältig ist, positiv hinsichtlich der Bewertung der Umwelt im engeren lokalen Lebensumfeld und eher bedrohlich in anderen Kontinenten;
- für 35 % der Bürger Umweltfragen zu den wichtigsten Problemen der Gegenwart zählen - 64 % erwarten mehr Anstrengungen seitens der Bundesregierung beim Umwelt- und Klimaschutz.
- Gleichzeitig wird erwartet, dass Umweltfragen nicht auf Kosten der sozialen und ökonomischen Interessen der Bürger gelöst werden.
- Beim Kauf von Waren hat Preisniveau Vorrang vor Umweltprodukten.
- Die Nutzung von Ökostrom, Elektroautos und ähnlichen Erzeugnissen wird erst von rd. 20 % der Bevölkerung erwogen bzw. bereits verwendet.

⁵¹⁶ Vgl. Zschieche, Michael: Umweltschutz in Ostdeutschland, a.a.O., S. 34.

⁵¹⁷ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Umweltbewusstsein in Deutschland 2012, Berlin/Marburg 2013.

- Die Mehrheit der Bürger glaubt nicht an eine persönliche Betroffenheit von Umwelt- und Klimakatastrophen für sich selbst.

Insofern hat sich das „Umweltbewusstsein“ von heimischen, nationalen Problemen abgewendet zu kontinentalen Problemsituationen. Die Ursachen liegen nicht mehr vor der Haustür, sondern irgendwo bei „den Anderen“.

Die innerdeutsche Entwicklung hätte die Chance geboten, aus der ohne Zweifel positiven Entwicklung in den neuen Bundesländern Verallgemeinerungen für ganz Deutschland zu ziehen - sie orientiert sich aber nicht an sozial-ökologischen Zielstellungen, sondern an ökonomisch orientierten, d.h. an einem umweltintensiven Wirtschaftswachstum. Die ökologische Entwicklung in den neuen Bundesländern belegt, dass vor allem mit der Deindustrialisierung und der Neustrukturierung der Landwirtschaft rasch gute Ergebnisse als Teil der „Einheitsbilanzen“ erzielbar sind. Auch die inzwischen beendete „Zerschneidung“ des bodennahen Luftraums und der Landschaft durch Windräder hat vielen Produzenten enorme Mittel zugeschanzt, aber die Energiewende nicht im erforderlichen Maße beeinflusst.

Umweltpolitische Erfolge haben sich bisher in Deutschland vor allem dort ergeben, wo politischen Lösungen (Beitritt der neuen Länder) und damit wirtschaftsstrukturelle Veränderungen ebenso wie technische Problemlösungen möglich waren, aber auch für die Bürger erkenn- und/oder spürbar sind. Die Luftreinhaltung und der Gewässerschutz nach 1990 in den neuen Ländern sind hier die erfolgreichsten Veränderungen. Studien machen aber auch darauf aufmerksam, dass Umweltprobleme, die eine „schleichende Verschlechterung“ ergeben, wie der Flächenverbrauch, Artenverluste, Boden- oder Grundwasserbelastungen, bisher kaum gelöst sind⁵¹⁸. Von annähernd 300.000 Altlastenverdachtsflächen wurde - aus Kostengründen - nur ein Bruchteil saniert. Die Erfassung negativer Umwelteffekte tausender chemischer Substanzen steht immer noch erst am Anfang.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass die „Politisierung“ des Umweltbewusstseins nachhaltige Lösungen zumindest begrenzt. Die stete Feststellung, dass die Demokratien des Westens die Freiheit des Einzelnen garantieren und demzufolge „innerhalb des gesetzlichen Rahmens die Individuen berechnigt sind, frei zu handeln und zu konsumieren, was sie bezahlen können“⁵¹⁹ (Beispiel: Autos, Benzinverbrauch usw.), engt Freiheit in einem außerordentlichen Maße ein. Erstens begrenzt der gesetzliche Rahmen, da er nicht immer „Volkes Interessen“ entspricht, und zweitens haben weniger Verdienende weniger Freiheit, viel Verdienende mehr Freiheiten, sich umweltbewusst zu verhalten und zu leben. Ausgrenzung nach Einkommen ist keine Freiheit - auch nicht beim Umweltschutz.

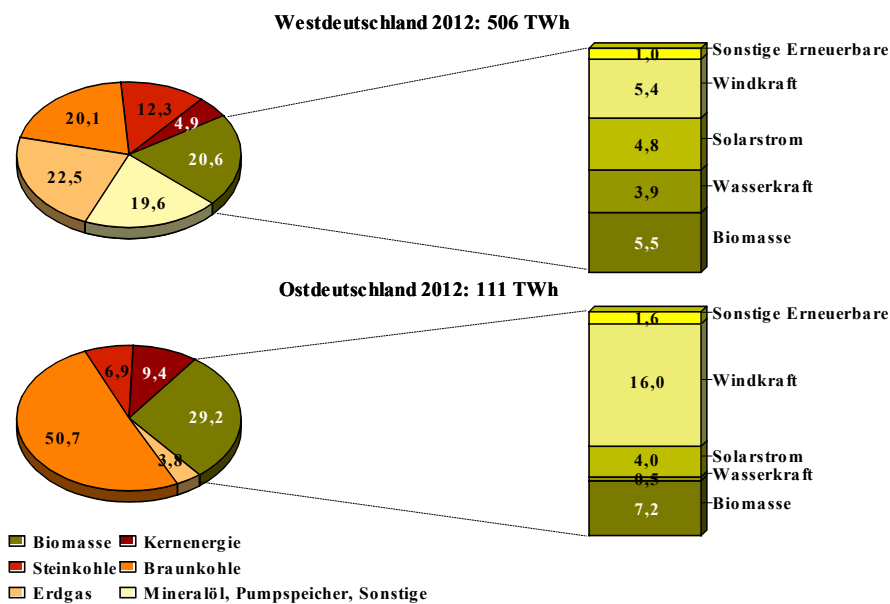
Insgesamt haben sich natürlich in den neuen Ländern deutliche Veränderungen in der Umweltbelastung vollzogen. Vor allem im Ergebnis der wirtschaftsstrukturellen Veränderungen traten bedeutende Verbesserungen in der Umweltsituation im Osten auf, jedoch auch hier stagnierend nach weitgehender Beendigung der Deindustrialisierung. Der Stellenwert des Umweltschutzes in der Bevölkerung ist - wie bereits festgestellt - rückläufig.

Das Fehlen regional untersetzter Gesamtanalysen soll im Folgenden durch einige spezifische Felder ersetzt werden.

⁵¹⁸ Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Informationen zur Umweltpolitik, Udo Kuckartz, 2008.

⁵¹⁹ Ebenda.

Abbildung 4.53: Stromerzeugung in West- und Ostdeutschland - 2012 - in Prozent -



Quelle: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit, BMWI, September 2014, S. 32

Positiv ist über die bereits genannten Veränderungen hinaus z. B. der Anteil erneuerbarer Energien an der Energieerzeugung zu nennen. Im Bericht der Bundesregierung zur deutschen Einheit 2014 wird darauf verwiesen, dass er in Ostdeutschland mit 29,2 % 2012 deutlich über dem westdeutschen (20,6 %) und dem Bundesdurchschnitt (22,8 %) lag. Spitzenreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien waren Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Unübersehbar im wahrsten Sinne des Wortes ist im Osten auch der hohe Anteil der Stromerzeugung durch Windkraft mit 16 %, im Gegensatz zu Westdeutschland mit 5,4 %.

Bei der konventionellen Energieerzeugung hatte die Braunkohle nach wie vor mit rd. 50 % einen unvergleichbar höheren Anteil im Vergleich zum Westen - an der Spitze lagen Sachsen mit 76 % und Brandenburg mit 63 % (2012). Vorhaben zum Ausbau des Braunkohleabbaus z.B. in Brandenburg stoßen bis in die Gegenwart auf den Widerstand der Bürger. Die für Westdeutschland kennzeichnende Multistruktur (Atomkraft, Steinkohle, Gas, Erdöl) fehlt im Osten weitgehend.

Spezielle Untersuchungen in den neuen Bundesländern und Berlin zur Thematik erneuerbare Energien kommen u.a. aus Sicht der Bürger zu folgenden Aussagen:⁵²⁰

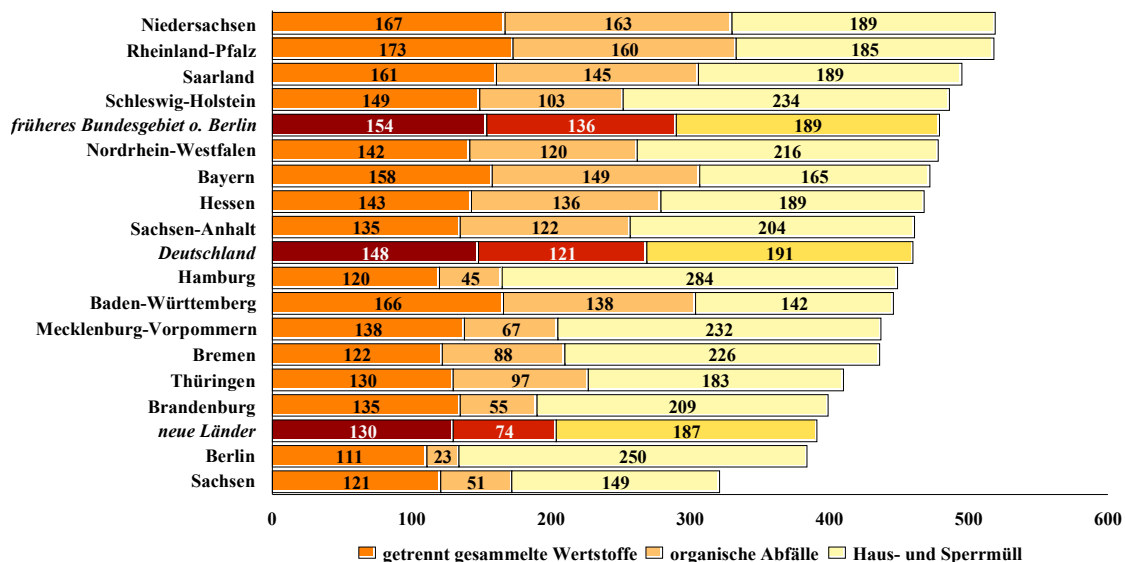
- 81 % der Haushalte befürworten die Energiewende.
- An der Spitze der Erwartungen steht dabei jedoch die Annahme (Befürchtung), dass damit verbunden die Strompreise weiter steigen werden. Die Hälfte der Haushalte geht davon aus, dass den für den Ausbau erneuerbarer Energien erforderlichen finanziellen Aufwand die Haushalte tragen werden.
- Die Hälfte der Bürger ist bereit, sich an der Finanzierung zu beteiligen - allerdings betrifft das 72 % der unter 40-Jährigen und nur 32 % der über 60-Jährigen.
- Rd. die Hälfte der Bürger wendet sich auch gegen Veränderungen im Landschaftsbild durch den Ausbau erneuerbarer Energien.

⁵²⁰ Lenk, Thomas, Rottmann, Oliver, Albrecht, Romy: Energiewelt Ost, Studie des Kompetenzzentrums öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge, Leipzig 2012.

Fazit der Studie: „Ein im Vergleich mit Westdeutschland noch immer geringeres Einkommensniveau, eine angespannte demografische Situation und eine spezielle Energiemarktstruktur, die durch die massiven Strukturänderungen seit 1990 und eine bereits hohe Erzeugung erneuerbarer Energien gekennzeichnet ist, erfordern einen gesonderten Blick auf den Energiemarkt in Ostdeutschland“.⁵²¹ Daraus resultiert auch, dass steigende Energiekosten die Haushalte im Osten überdurchschnittlich belasten. Auch seitens des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) wird darauf verwiesen, dass zwischen 2000 und 2013 die Energiepreise für einen Standard-Drei-Personen-Haushalt von 41 Euro auf 83 Euro gestiegen sind, davon 42 Euro Abgaben und Steuern.⁵²²

Für alle Bürger spürbar hat sich das Abfallproblem privater Haushalte seit 1990 durch erweiterte Konsummöglichkeiten und ein verändertes Konsumverhalten außerordentlich verschärft. Einstmals funktionierende Strukturen der Abfallverwertung sind weggebrochen, das Abfallaufkommen hat sich verdoppelt und verdreifacht und inzwischen den Westen mit 80 % fast erreicht (vor 1990 betrug das Abfallaufkommen rd. 30 % der alten Länder).

Abbildung 4.54: Aufkommen an Haushaltsabfällen - nach Bundesländern - 2014
- in kg je Einwohner -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Umwelt, Fachserie 19, Reihe 1, Abfallentsorgung 2014, Wiesbaden 2016

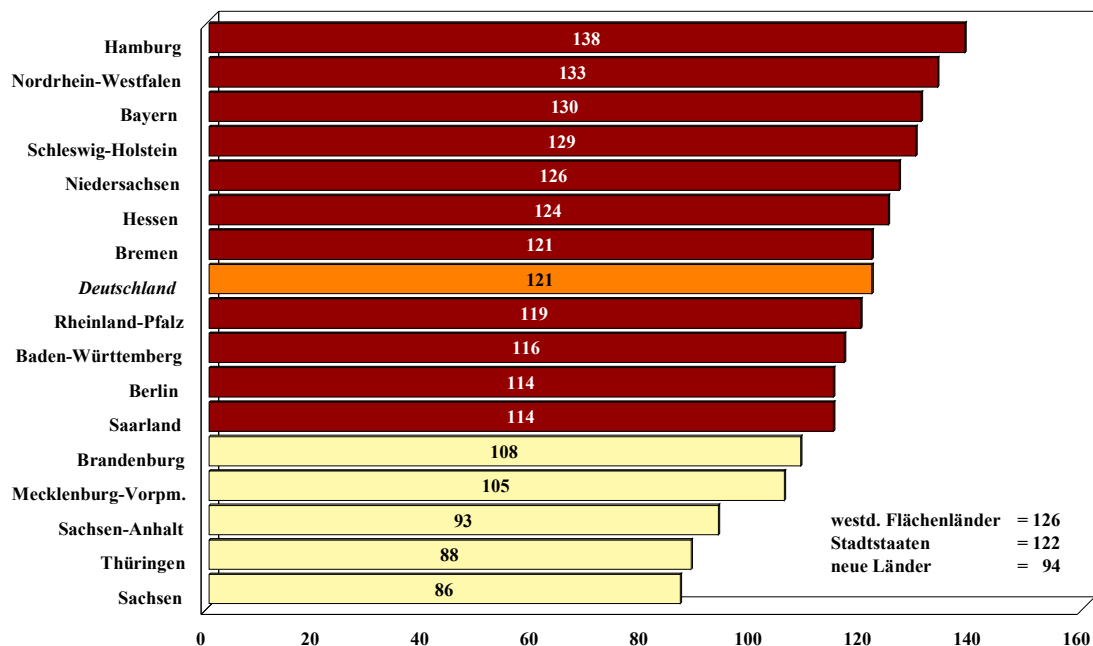
Entsprechend dem Motto: „der beste Abfall ist derjenige, der erst gar nicht anfällt“ zu leben, fällt schwer, da allein die kilo-schwere Werbung Altpapier auf Kosten der Verbraucher produziert. Wenn ostdeutsche Haushalte noch einen ökologischen Vorsprung haben, mag das an der ländlicheren Struktur, dem höheren Anteil älterer Bürger, dem generell geringeren Verbrauch, den niedrigeren Anteilen an Ein- und Zweifamilienhäusern oder anderen Faktoren liegen. Detaillierte nachweisbare Analysen zur Verallgemeinerung positiver Erfahrungen liegen nicht vor.

Hervorhebenswert ist auch der Wert für den Wasserverbrauch, da er nicht zuletzt auch vom individuellen Verhalten geprägt wird - hier liegen die neuen Länder mit unter 100 Litern pro Tag und Kopf deutlich erkennbar unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer nach dem Motto: der Osten spart, im Westen lässt man es fließen.

⁵²¹ Ebenda, S. 39.

⁵²² Anlage zur BDEW-Presseinformation vom 13. März 2013: „Hälfte des Strompreises sind Steuern und Abgaben“.

Abbildung 4.55: Durchschnittlicher täglicher Wasserverbrauch der ans öffentliche Netz angeschlossenen Haushalte und gewerblichen Abnehmer - nach Bundesländern - 2013 - Liter pro Einwohner je Tag -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wasserwirtschaft 2013, Wiesbaden 2015

Der durchschnittliche anteilige Wasserverbrauch in Deutschland wird aufgewendet für (%):

Essen/Trinken	4 %
Reinigung/Garten/Auto	6 %
Geschirrspülen	6 %
Kleingwerbe	9 %
Wäsche	12 %
Toilette	27 %
Baden/Duschen	36 %

Quelle, Statista 2013

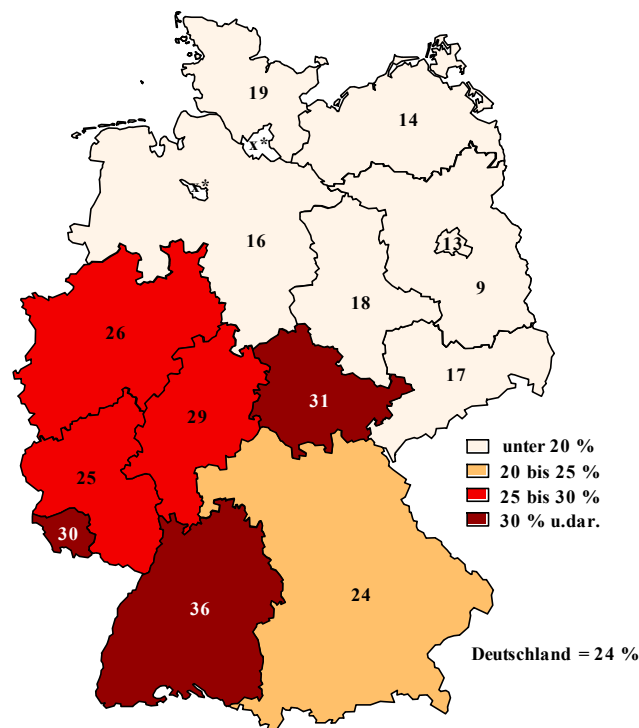
Als markantes Beispiel für erfolgte Veränderungen kann auch der inzwischen stark verbesserte Waldbestand im Osten herangezogen werden. Die Waldbestände machten 28 % des Territoriums der DDR aus. Seit Ende der 70er Jahre wurden in der DDR großflächige Waldschäden beobachtet, die nicht mehr ausschließlich auf natürliche Ursachen wie Schädlingsbefall, Trockenheit, Windwurf, Schneebruch oder Wildverbiss zurückzuführen waren, sondern auf Einwirkungen durch Schwefeldioxid und Bodenversauerung sowie Stickoxide. Insbesondere ab Mitte der 80er Jahre erfolgte eine rasche Verschlechterung, zum Teil auch durch Nachbarstaaten (insbesondere CSSR). Waren 1989 noch - wie oben dargestellt - 54,3 % der Waldfläche geschädigt⁵²³ - waren es im letzten Jahrzehnt in den neuen Ländern bereits unter 20 %, welche noch deutliche Schäden aufwiesen.

Rückgang der Waldschäden im Osten Deutschlands ist jedoch weniger auf Verhaltensweisen der Bürger als auf die bereits hervorgehobene Ursachenbeseitigung durch die Deindustrialisierung zurückzuführen (vgl. Abbildung 4.56).

⁵²³ Ebenda, S. 216.

Insbesondere geschützte Gebiete haben im Osten hohen Stellenwert. Im Bericht zur deutschen Einheit 2013 wird sarkastischerweise festgestellt:⁵²⁴ Zum „Tafelsilber der deutschen Einheit“ gehören insgesamt 14 herausragende Landschaften: fünf Nationalparks (Jasmund, Vorpommersche Boddenlandschaft, Müritz, Hochharz und Sächsische Schweiz), sechs Biosphärenreservate (Südost-Rügen, Mittlere Elbe, Schorfheide-Chorin, Spreewald, Vessertal und Rhön) sowie drei Naturparks (Schaalsee, Märkische Schweiz und Drömling). Diese wurden im Rahmen des am 12. September 1990 von der letzten DDR-Regierung beschlossenen Nationalparkprogramms unter Schutz gestellt und in den Einigungsvertrag aufgenommen.

Abbildung 4.56: Waldschäden der Schadstufen 2 bis 4 (deutliche Schäden) - 2015
- Anteil an Waldfläche - in Prozent -



x* keine Angaben

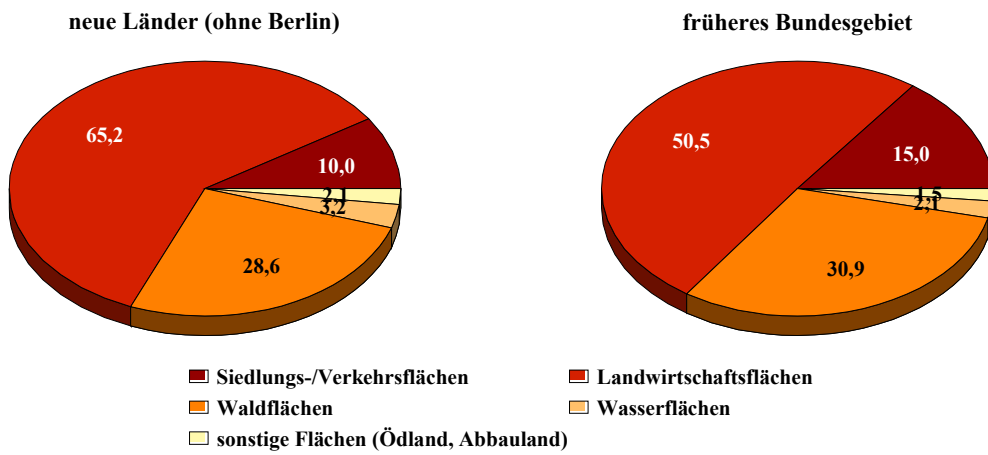
Quelle: Statistisches Jahrbuch 2016, Statistisches Bundesamt Wiesbaden 2016, S. 464

Zahlreiche Schutzgebiete wurden in den Folgejahren weiterentwickelt bzw. neu ausgewiesen, darunter die Nationalparks Hainich und Unteres Odertal und das UNESCO-Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft sowie zahlreiche Naturparks. Das Schaalseegebiet in Mecklenburg-Vorpommern ist heute eines der beispielhaften UNESCO-Biosphärenreservate in Deutschland. Die Mittlere Elbe gehört jetzt zum länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe.⁵²⁵ An der grundlegenden Flächennutzungsstruktur hat sich jedoch bis 2012 - im Vergleich zu 1990 (vgl. Abbildung 4.57) keine grundlegende Veränderung ergeben.

⁵²⁴ Bericht zur deutschen Einheit 2013, Berlin 2013, S. 88.

⁵²⁵ Ebenda, S. 89.

Abbildung 4.57: Flächenstruktur - neue Länder (ohne Berlin)/früheres Bundesgebiet - 31.12.2012
 - in Prozent -



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Flächennutzung 31.12.2012, Wiesbaden, Oktober 2013

5 Integration - kulturelle Integration

Der deutsche Vereinigungsprozess ist bezogen auf die ostdeutsche Bevölkerung ein Prozess der Integration in die Bundesrepublik Deutschland, der kulturelle, soziale, politische und identifikatorische Integration ebenso einschließt wie strukturelle. Es ist die Beseitigung zweier separater Staaten durch parlamentarische Entscheidung und das Bemühen, daraus durch Integration eine soziale 'Einheit' herzustellen.

Seit der Vereinigung wurden in vielen Bereichen, die das Leben unmittelbar berühren, die notwendigen Rahmenbedingungen für die Integration der Bürger aller Altersgruppen in das neue bundesdeutsche System geschaffen - das gilt jedoch keineswegs generell.

Nicht Unterschiedlichkeit in überbrachten sozialen Strukturen allein behindert Integration, sondern Unterschiedlichkeiten, welche individuelle Entwicklungen einschränken und Ungleichheiten fördern, die nicht nur als Ungerechtigkeit empfunden werden, sondern de facto auch darstellen.

Werden die Ergebnisse der vergangenen mehr als 25 Jahre deutscher Vereinigung - wie sie auch in den vorangegangenen Kapiteln/Abschnitten bereits dargestellt wurden - aus Sicht der Ostdeutschen zusammengefasst, so lässt sich das zunächst auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Vieles wurde erreicht, alles bei weitem nicht. Es ist ein keineswegs abgeschlossener Prozess mit noch nicht hinreichender Integration - das gilt für ältere Bürger mehr als für jüngere. Seit der Vereinigung wurden in einigen Bereichen, die das Leben unmittelbar berühren, z.T. immer noch nicht in erforderlichem Maße die notwendigen Rahmenbedingungen für die Integration der Bürger aller Altersgruppen in das neue bundesdeutsche System geschaffen. Exemplarisch sei auf die Existenz zweier Rentenrechtsgebiete, zweier Arbeitsmärkte, zweier Einkommens- und Vermögensbereiche, zweier politisch sich unterscheidender Regionen verwiesen. Manches wurde versucht unter einen Hut zu kriegen - wie z.B. Vereins- und Verbändestrukturen - scheiterte aber aufgrund einer nicht hinreichenden Beachtung erforderlicher kultureller Vielfalt und Unterschiedlichkeit. Weder gleiche Sprache noch gleiches Wahlrecht sichern eine gelungene Integration und schon gar nicht die Identifikation, gleiches Wahlrecht sichert auch nicht automatisch, dass die Chancen der Bürger auf Mitwirkung - von der Erwerbsarbeit bis zur generellen sozialen Einbindung - gleich sind.

Inzwischen wird auch immer erkennbarer, dass in Ostdeutschland der „subjektive Faktor“ mit dem Tempo des institutionellen Transfers nicht Schritt gehalten, sondern sich inzwischen zum Teil als „eigenständige Größe“ erweist, die sich nicht einfach anpasst und die erst (zu) spät in den politischen Betrachtungen eine Rolle spielte (in den Entscheidungen in vielen Fällen immer noch nicht/oder schon nicht mehr). Der in vergangenen Jahren von der Bundesregierung stetig wiederholte Anspruch, durch verschiedenste Maßnahmen dazu beizutragen, dass sich das Zusammengehörigkeitsgefühl bzw. Zu-

sammengehörigkeitsbewusstsein weiter verstärkt⁵²⁶, erweist sich als schwieriger zu realisieren als angenommen.

Was die heute über 40-jährigen Bürger in den neuen von denen in den alten Bundesländern unterscheidet ist, dass sie die eigene Erfahrung über das Leben in der DDR und damit in einem anderen System haben, dass sie den notwendigen Machtwechsel aus eigenem Antrieb und zunächst mit eigenen Kräften vollzogen und dass sie den sich vor allem im Osten vollziehenden Transformationsprozess als System- und Wertewandel erleben und bewerten.

Nach mehr als 25 Jahren staatlicher Vereinigung sind die Unterschiede zwischen Ost und West in Deutschland noch überall spürbar und werden je nach politischem Standort auf- oder abgewertet, stoßen auf Verständnis bzw. Unverständnis, werden für normal oder für kaum noch zu rechtfertigen gehalten.

Nicht vorrangig die Ergebnisse von Wahlen, sondern das unterschiedliche Verhältnis zu Kriegen und deutscher Verantwortung bei der Beteiligung und dem Umgang mit den Folgen, zum Stellenwert von Arbeit und Vereinbarkeit mit familiären Verpflichtungen, aber auch die Haltung zur „Reformierung“ des Sozialstaates machen noch existente Unterschiede zwischen Ost und West immer wieder deutlich. Es sind nicht einfach andere Auffassungen, sondern Reflexionen unterschiedlicher Lebensverhältnisse, die bis in die Gegenwart existieren und ihre Ursache sicher z.T. auch noch in der Vergangenheit, vor allem aber in den bisherigen Ergebnissen des Vereinigungsprozesses mit seinen integrierenden, aber auch ausgrenzenden Faktoren haben. Nach wie vor gilt, dass auch noch in der Gegenwart die Vereinigung sich als ein Prozess mit „beschränkter Teilnahmerechtigung“ vollzieht, dass Akzeptanz und Beteiligung der Menschen nicht hinreichend gesichert werden.⁵²⁷

Inzwischen sind auch mehr als 25 Jahre eines „Transformationsprozesses“ vergangen, dessen ursprüngliche soziale Zielstellung „Angleichung der Lebensverhältnisse“ - selbst durch Grundgesetzänderung des § 74 im Jahr 1994 - in die Schaffung „gleichwertiger“ Lebensverhältnisse geändert und damit modifiziert wurde. Es zielt einerseits auf die Herstellung von Chancengleichheit der Bürger - aber andererseits in vorrangiger Verantwortung der einzelnen Bundesländer und Kommunen. Auch in „dauerhafter verfassungsrechtlicher Verklausulierung sind West- und Ostdeutsche verschiedene Menschen“⁵²⁸. Obwohl sich seit Mitte der 90er Jahre die materiellen Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern denen der alten in vielen Bereichen angenähert haben, werden gleichwertige Lebensverhältnisse in absehbarer Zeit nicht überall zu erreichen sein. Im Jahr 2005 wurde vom neu gewählten Bundespräsidenten Horst Köhler die Richtungskorrektur verdeutlicht. Er stellte fest: Es „gab und gibt nun einmal überall in der Republik große Unterschiede in den Lebensverhältnissen. Das geht von Nord nach Süd wie von West nach Ost. Wer sie eibenen will, zementiert den Subventionsstaat und legt der jungen Generation eine untragbare Schuldenlast auf.“⁵²⁹

Damit werden generell vorhandene Ungleichheiten in den ökonomischen, Einkommens-, Vermögens- und Lebensverhältnissen als „normal“ und „gerechtfertigt“ begründet und Vorstellungen zur Minderung ungerechtfertigter Ungleichheiten als verantwortungslos gegenüber der eigenen Kinder- und En-

⁵²⁶ Vgl. Jahresberichte der Bundesregierung zum Stand der Einheit 2004 bis 2012.

⁵²⁷ Vgl. Kurz-Scherf, Ingrid: Die blockierte Transformation, in: Sozialreport '94 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, GSFP, Berlin 1994, S. 351.

⁵²⁸ Vgl. Mühlberg, D.: Über kulturelle Differenzen zwischen Deutschen in Ost und West, Entwurf einer Studie, Oktober 1998.

⁵²⁹ Vgl. Köhler, H.: Focus vom 13.09.2004, S. 23.

kelgeneration abgetan. Aus einer gesellschaftlichen wird eine ökonomische Zielstellung-pur. Unterschiede in den Lebensverhältnissen sozialer Schichten werden zu regionalen Unterschieden (vgl. Abschnitt 1.2.4).

Insgesamt erweist sich jedoch, dass die für die innere Einheit bedeutsamsten Probleme nicht die noch nicht erreichte Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse oder Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sind, sondern die noch nicht vollzogene Integration der Bürger der neuen Bundesländer in die Bundesrepublik darstellt, die Mehrheit wurde nicht mitgenommen bzw. ist noch nicht angekommen.

Die Fragestellung nach der erreichten Integration der Bürger der DDR/neuen Bundesländer in die Bundesrepublik Deutschland führt sofort zur Diskussion, ob „Integrationsanalysen“ für diesen Prozess geeignet seien. Es ist nicht Anliegen der nachfolgenden Darstellungen, einen theoretischen Beitrag zur Integrationstheorie zu leisten. Fakt bleibt: Die Volkskammer der DDR hat - als Repräsentant der Bürger - im Juli 1990 den Beitritt der Länder der DDR zur Bundesrepublik beschlossen. Einen Beitritt, der an keinerlei politische, ökonomische und soziale Veränderungen mit Vorbedingungen gebunden war, nur an die Übernahme der ökonomischen Grundidee: kein Staatseigentum und an die Übernahme der Mechanismen des Rechtsstaates - an sonst nichts weiter. Dabei ist unbestritten, dass ein Teil der Bürger - sowohl im Osten wie auch im Westen - damit auch den Gedanken verband, anstehende Reformen in der Bundesrepublik Deutschland zu beschleunigen bzw. in Gang zu setzen. Das offizielle Anliegen war es jedoch nicht. Andererseits vollzog sich der zeitliche Ablauf in einem Tempo, das es kaum ermöglichte, von der Mehrheit der Bürger in Ost und West getragene Inhalte in Entscheidungen umzusetzen. Insbesondere die DDR-Bevölkerung wollte den schnellen Anschluss (mehrheitlich ohne Wenn und Aber), sie identifizierte sich mehr mit der D-Mark als mit dem System. Sie wollten schnell Bundesbürger mit allen Rechten und Freiheiten sein, ohne im Einzelnen nachfragen zu wollen (und zu können), welche Risiken und Nebenwirkungen damit verbunden sein würden.

Der Beitritt der neuen Bundesländer und Ostberlins zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes muss in seiner beabsichtigten Wirkung als kollektiver Antrag auf Aufnahme in die Bundesrepublik gewertet werden. Der Beitritt der Länder der DDR zur Bundesrepublik Deutschland ging davon aus, dass die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland übernommen - bzw. in einzelnen Teilbereichen schrittweise angepasst - werden sollte. Die Ergebnisse sind deshalb durchaus auch daran zu messen, ob im Gefolge dessen die Integration in die Bundesrepublik erreicht wurde oder noch immer nicht in vollem Maße erreicht worden ist.

Die Probleme bestehen darin, dass 1990 kaum jemand davon ausging, dass die Zusammenführung der Deutschen aus Ost und West sich als so kompliziert erweisen sollte. Dabei waren sicher die Vorstellungen über Möglichkeiten, Realitäten und Wege der Integration unterschiedlich und reichten - um das im Sprachgebrauch der Wissenschaften auszudrücken - von gewünschter Assimilation und Akkulturation (d.h. kultureller Angleichung bis zur vollständigen Annahme der Kultur- und Wertestruktur) bis zur positiven Einbindung im Sinne der Schaffung wechselseitiger Interaktion und Einflüsse⁵³⁰.

Die stete Forderung nach Integration der Ostdeutschen unterstellt dabei bereits, dass sich keine Neubildung, kein „neues“ geeintes Deutschland herausbildet (herausgebildet hat), sondern dass die Ost-

⁵³⁰ Vgl. hierzu: Heckmann, F./Tomei, V.: Einwanderungsgesellschaft Deutschland - Zukunftsszenarien: Chancen- und Konfliktpotentiale, Gutachten für die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestages, europäisches forum für migrationsstudien (efms), Bamberg 1997, S. 4 ff.

deutschen die Möglichkeit haben, sich in das Wirtschafts- und Sozialgefüge einzuordnen, sich dem existierenden Staatsgefüge (mit seinen ökonomischen, politischen und sozialen Strukturen) anzupassen. Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des deutschen Vereinigungsvertrages stellte der damalige Innenminister W. Schäuble fest: „Liebe Freunde, es handelt sich um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, nicht um die umgekehrte Veranstaltung.“⁵³¹ Damit war klar, wer sich wem anzupassen hatte.

Inzwischen erweist sich, dass sich die erwartete Integration der Bürger in den neuen Bundesländern längst nicht so schnell vollzogen hat/vollzieht wie ursprünglich angenommen und dass berechtigte Zweifel bestehen, ob sie sich kurzfristig überhaupt vollziehen wird, da selbst die Bundesregierung noch 2011 Horizonte von weiteren 10 bis 20 Jahren vorgab⁵³². Zugleich mehren sich erneut die Stimmen derer, die eine langfristige Integrationspolitik für die neuen Bundesländer für erforderlich und normal halten, was nicht mit Anpassung Ost an West identisch ist, sondern einen Wandel in beiden deutschen Regionen einschließt. „Nur wenn man davon ausgeht, dass die Bürger des Ostens für die Einheit erst tauglich sind, wenn sie komplett die Westidentität annehmen, wird Ostidentität zum Problem.“⁵³³

Der deutsche Vereinigungsprozess ist bezogen auf die ostdeutsche Bevölkerung ein Prozess der Integration in die Bundesrepublik Deutschland, der strukturelle, kulturelle, soziale, politische und identifikatorische Integration einschließt. Es ist die Beseitigung zweier separater Staaten und ihre Verbindung „zu einer gesellschaftlichen 'Einheit' - bei Ausnutzung und Akzeptanz von kulturellen Verschiedenheiten“⁵³⁴.

Die immer noch existenten Probleme der Integration der Ostdeutschen im Verlaufe des deutschen Einigungsprozesses resultieren nicht vorrangig aus unterschiedlichen Identitäten, Denk- und Verhaltensweisen, sondern vor allem aus der realen ökonomischen Situation, die aus ungleichen wirtschaftlichen Strukturen - insbesondere Eigentumsverhältnissen - im Osten Deutschlands zu Verwerfungen in der wirtschaftlichen Entwicklung und einer mit Herstellung der Wirtschaftsunion verbundenen Ausgrenzung großer Teile von Bürgern aus dem Erwerbsleben geführt hat - mit den bekannten Auswirkungen auf die sozialen Leistungssysteme bis in die Gegenwart. Der Zugang zur wirtschaftlichen Entwicklung ist nach wie vor in den neuen Bundesländern anders als für die Bürger in den alten Bundesländern. Strukturen wurden aufgelöst, ohne neue zu schaffen, bzw. es wurden neue geschaffen, ohne soziale Komponenten hinreichend in Betracht zu ziehen. Der „Wirtschaftsaufbau“ führte zu Deindustrialisierung und Entgenossenschaftlichung sowie zu Abwanderungen anstelle von integrierender Neugestaltung.

Die kulturelle Integration, bezogen auf Wertestrukturen, Alltagskultur, unterschiedliche Teilkulturen bis zu religiösen Bindungen und weltanschaulichen Unterschieden, ist als ein Prozess zu verstehen, der Unterschiedlichkeiten toleriert und keine Anpassung an eine „Leitkultur“ einfordert, die vom Einzelnen nicht gewollt bzw. wie es so schön heißt „verinnerlicht“ ist. Der Ausspruch Rosa Luxemburgs: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ und die nicht gegebenen Möglichkeiten dazu führten völlig zu Recht mit zum Scheitern der DDR. Aber die genannte Aussage gilt keinesfalls nur für die Vergangenheit. Im weitesten Sinn gilt: Akzeptanz des Andersseins ist eine Grundbedingung für

⁵³¹ Zitiert bei Dieckmann, Ch.: Deutschlands Medien und ostdeutsche Öffentlichkeit, APuZ 40/2005, S. 7.

⁵³² Vgl. Jahresbericht der Bundesregierung zur Deutschen Einheit 2011, Berlin 2011, z.B. S. 5.

⁵³³ Vgl. Frister, Siegfried: Identitäten in Ost und West - unveröffentlichtes Manuskript, S. 1.

⁵³⁴ Vgl. hierzu: Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“, Deutscher Bundestag, Drucksache 13/11460 vom 5.10.1998, S. 380.

Integration ebenso wie die Schaffung der erforderlichen Bedingungen, anders sein zu können und Anderssein zu bewahren.

Im Gegensatz zur kulturellen Integration kann der Prozess der Übernahme (west-)deutscher Bedingungen und Institutionen für die Teilhabe am (sozial)politischen Leben in weiten Teilen als abgeschlossen betrachtet werden. Von der Übernahme des geltenden Rechtsgefüges, des geltenden Sozialleistungssystems bis zu Parteien-, Organisations- und Wohlfahrtsstrukturen besteht eine - wenn auch nicht durchgängige - Akzeptanz des bundesdeutschen Systems. Das gilt auch für soziale Aktivitäten, Vereinsvielfalt u.a.m.

Unterschiedlich ausgeprägt - in Abhängigkeit von sozialen Positionen des Einzelnen, von Alter und Geschlecht - ist die identifikatorische Integration, d.h. die subjektive Verbundenheit, das Zugehörigkeitsgefühl, das Gefühl der Gleichbehandlung und vorurteilsfreien Akzeptanz. Letztlich reflektiert jedoch Identifikation nicht nur die Übereinstimmung des Einzelnen mit den Zielen und sozialpolitischen Anliegen des Staates, sondern auch und vor allem die vorhandenen Möglichkeiten einer freien Selbstentfaltung des Einzelnen als gleichberechtigter Teil eines Ganzen. Voraussetzung dafür ist die Chancengleichheit des Mitwirkens. Bei „vorwurfsvollen“ Debatten um die nicht hinreichende Integration der Ostdeutschen wird zu oft übersehen, dass auch in Westdeutschland nicht alle Bürger voll integriert sind und sich mit dem bundesdeutschen System voll identifizieren (vgl. Abschnitt 1.3).

Zwei Aspekte werden in Betrachtungen weitestgehend ausgeblendet bzw. unterschätzt:

Erstens werden Integrationsprobleme überwiegend als Probleme von Einwandernden, von Personen/Gruppen, die sich mit einer neuen staatlichen Einheit „verbinden“ müssen, verstanden und z.T. außer Acht gelassen, dass im Falle der deutschen Vereinigung die gesellschaftliche Einheit (sprich Bundesrepublik) sich erweiterte und die „Neu“bürger ohne Wohnortwechsel in sich aufnahm. Nicht mehr die Bevölkerung wechselte den Wohn- und Lebensort, sondern das System wanderte von West nach Ost und bedingte - in diesem Maße zunächst nicht erkennbar - Integrationsprobleme. Es ging nicht um die Eingliederung Einzelner oder großer Gruppen, sondern um die Übertragung eines strukturellen Institutionengefüges auf eine Großregion mit rd. 15 Millionen Menschen. Das, was in der Bundesrepublik bis heute für eine Vielzahl von Immigranten nicht erfolgreich war, sollte als Großraummodell gelingen.

Zweitens werden - wie bereits hervorgehoben - Probleme der deutschen Einheit oft einseitig unter einem marktwirtschaftlichen Aspekt analysiert (Einkommensentwicklung, Verbrauchsentwicklung, Angleichung der Lebensverhältnisse in DM, Besitz und Ausstattungsmerkmale). Ohne den Stellenwert der wirtschaftlichen Zufriedenheit für die subjektiven Befindlichkeiten abmindern zu wollen, erweist sich letztlich, dass z.B. auch über Jahrzehnte geprägte und angeeignete Wertestrukturen für die Integration bzw. Nichtintegration von Einfluss sind.

Das bisher erreichte Maß der Integration der ostdeutschen Bürger in die Bundesrepublik ist insofern sicher nicht vergleichbar mit den Problemen der Integration von ausländischen Bürgern, von Frauen, von Menschen mit Behinderungen oder älteren Bürgern in unsere Gesellschaft, wo jeweils völlig andere konkrete Integrationsbedingungen erforderlich sind.

Integration heißt aber letztlich - folgt man den Erklärungen einschlägiger Lexika - Einbeziehung bzw. Eingliederung/Aufnahme in ein übergeordnetes Ganzes, Herstellung einer Einheit, Eingliederung ei-

nes Einzelnen in eine soziale Gruppe bei gleichzeitiger Anerkennung als Mitglied.⁵³⁵ Eine noch nicht vollzogene Integration birgt jedoch die Gefahr einer sich dauerhaft verfestigenden Ost-West-Spaltung in sich, wenn sie als nicht mehr für erforderlich gehalten wird bzw. sogar genutzt wird, um systembedingte Probleme des Sozialstaates als Ergebnis des sich vollziehenden Integrationsprozesses zu deklarieren. Der Osten mit seinen „Besonderheiten“ wird dann als ökonomisches Druck- und politisches Drohmittel für die Bürger der alten Bundesländer genutzt und publizistisch entsprechend untersetzt.⁵³⁶ Die im Umfeld der Bundestagswahlen 2005 von führenden Politikern der CDU (Schönbohm) und CSU (Stoiber) getroffenen Aussagen zu den Ostdeutschen fanden schnell auch von der SPD Unterstützung. So stellte der ehemalige erste Bürgermeister von Hamburg - bezogen auf die Stoiber-Äußerungen - fest, dass man ihm dies zugestehen müsse, denn „schließlich geht es um Deutschland, nicht um die Gefühlswelt einer ostdeutschen Minderheit“ - damit ist der Platz der Ostdeutschen in der Bundesrepublik klar verordnet.⁵³⁷

Im Gegensatz zu ausgrenzenden Orientierungen der Politik müsste es Anliegen aller sein, die noch nicht bewältigte Integration der Ostdeutschen - analog der Diskussion um die Integration von Ausländern - nicht zu einem Problem der „Integrationsunfähigen“ oder „Integrationsunwilligen“ machen zu lassen. Nicht zuletzt würde damit das Problem systembedingter Ursachen in den „subjektiven“ Bereich verlagert. Damit werden zugleich Tendenzen einer nostalgischen Rückerinnerung unterstützt, welche die gegenwärtigen realen sozio-ökonomischen Verhältnisse ausblendet.

Gleiche Sprache (zumindest in Bezug auf die in der Schule erlernte) macht noch keine Einigkeit stiftende Integration. Zur Integration gehören Chancengleichheit in den ökonomischen und sozialen Strukturen, im Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, wirtschaftlicher Selbstständigkeit und Führungspositionen ebenso wie Anerkennung unterschiedlicher Lebensverläufe und „Kulturen“, aber auch unterschiedliche Wertestrukturen und Wertorientierungen.

Nicht Unterschiedlichkeit in Strukturen allein behindert Integration, sondern Unterschiedlichkeiten, welche individuelle Entwicklungen einschränken und Ungleichheiten fördern, die nicht nur als Ungerechtigkeit empfunden werden, sondern de facto auch darstellen.

Die im Kapitel 1 enthaltenen kartografischen Abbildungen verdeutlichen vorhandene Unterschiede in wichtigen Lebensbereichen, die zugleich sichtbar machen, dass es zwischen den einzelnen Bundesländern natürlich quantitative und qualitative Unterschiede in Lebensverhältnissen und -bedingungen sowie politischen Positionen gibt. Ost-West-Ungleichheiten in diesen Größenordnungen sind - wenn nach fünfundzwanzig Jahren noch existent oder erst entstanden - jedoch prägend für die beiden Regionen auf weitere Jahre und Jahrzehnte.

Das Maß der erreichten Integration, der Angleichung der Lebensverhältnisse, der Herstellung der Gleichwertigkeit zwischen Ost und West ist nicht aus den Lebensverhältnissen einer einzelnen Bevölkerungsgruppe - z.B. der älteren Bürger - abzuleiten. Es bedarf der Gesamtschau der ökonomischen und sozialen Entwicklung in beiden Teilgesellschaften, um davon ausgehend den spezifischen Standort der jeweiligen sozialen oder Bevölkerungsgruppe einzuordnen.

⁵³⁵ Reinhold, G.: Soziologie-Lexikon, Oldenbourg-Verlag 1991, S. 269.

⁵³⁶ Vgl. Roethe, Th.: Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl, Eichhorn GmbH, Frankfurt a.M. 1999; Mindt, F. R.: Die Soli-Abzocke - Die Wahrheit über den Osten, Eichhorn GmbH, Frankfurt a.M. 2003.

⁵³⁷ Dohnany, K. v.: Freiheit Ost, APuZ 40/2005, S. 10.

5.1 Kulturelle Integration

Die im Artikel 35 des Einigungsvertrages getroffenen Feststellungen, dass Kunst und Kultur in den Jahren der Teilung - bei aller Unterschiedlichkeit der Entwicklungen - einen Grundbestand der fortbestehenden Einheit darstellen, wurde inzwischen von großen Teilen der Politik und Medien weitgehend über Bord geworfen.

Die Entwicklung in den neuen Bundesländern ist durch eine zunehmende kulturelle Vielfalt (was nicht identisch mit Qualität ist) mit gleichzeitigem kulturellen Verfall - von der kulturellen Infrastruktur bis zu kulturellen Inhalten - verbunden. Kennzeichnend ist auch eine Verschiebung zu zunehmenden „elitären“ Kulturangeboten.

Das kulturelle Leben im engeren Sinne unterliegt einer ständigen Erosion in quantitativer und vor allem qualitativer Hinsicht.

Der Wandel der Alltagskultur ist in keiner Region Europas in den letzten Jahren so gründlich aus unterschiedlichster Sicht untersucht worden, wie das in den neuen Bundesländern erfolgte.

5.1.1 Ostkultur?

40 Jahre DDR haben - ob das anerkannt oder geleugnet oder verrufen wird - eine kulturelle Eigenständigkeit hervorgebracht, die - durchaus in sich nicht homogen - sowohl integrationserleichternd und -fördernd als auch -hemmend gewirkt hat und noch wirkt. Letzteres zumindest dann, wenn kulturelle Aus- oder Abgrenzung an die Stelle von Akzeptanz kultureller Vielfalt tritt⁵³⁸ bzw. wenn z.B. Qualität von Literatur und Kunst pauschal mit dem Staat verwechselt und gleichgesetzt wird, in dem sie entstanden⁵³⁹.

Die im Artikel 35 des Einigungsvertrages getroffenen Feststellungen, dass Kunst und Kultur in den Jahren der Teilung - bei aller Unterschiedlichkeit der Entwicklungen - einen Grundbestand der fortbestehenden Einheit darstellen, wurde inzwischen von großen Teilen der Politik und Medien weitgehend über Bord geworfen. Weder eine erforderliche Akzeptanz des kulturellen/künstlerischen Wirkens der 750 Schriftsteller, 600 freien Theater- und Filmschaffenden, 100 Komponisten, 7.500 freiberuflichen Unterhaltungskünstler noch der Erhalt der kulturellen Substanz seit 1990 entsprechen den Verpflichtungen des Einigungsvertrages.⁵⁴⁰ Es fehlt bis in die Gegenwart eine Gesamtbilanz, was aus den 217 Theatern und Spielstätten, 87 Orchestern, rd. 1.000 Museen, 112 Musikschulen, 7.000 öffentlichen Bibliotheken, 180 historisch bedeutsamen Stadt- und Dorfkernen sowie mehr als 1.500 Kultur- und Klubhäusern geworden⁵⁴¹ ist. Eine Zwischenbilanz aus dem Jahr 1993 verwies bereits auf die Schließung und Abwicklung von 40 % der staatlichen Kulturhäuser, 54 % der Jugendklubs und 70 % der Gewerkschaftskulturhäuser⁵⁴². Dieser Prozess hat sich fortgesetzt⁵⁴³ und inzwischen z.B. auch den „Rückbau“ von Seniorenbegegnungsstätten eingeschlossen - trotz steigender Zahlen älterer Einwohner.

Ohne Zweifel bedurfte vieles - vor allem im baulichen Bereich - aufgrund fehlender Mittel vor 1990 der notwendigen Sanierung und Rekonstruktion, was inzwischen teilweise erfolgte. Viele Baudenkmäler, Museen und Galerien wurden völlig oder teilweise rekonstruiert bis neu gebaut - wie z.B. die

⁵³⁸ Vgl. hierzu Mühlberg, D.: Über kulturelle Differenzen zwischen Deutschen in Ost und West. Studie 1998 - unveröffentlicht.

⁵³⁹ Dieter Schlenstedt, zitiert bei R. Thomas: „Sich ein Bild machen“ - auf der Suche nach einer gemeinsamen Kultur, in: Zehn Jahre Deutsche Einheit (Hrsg.: W. Thierse u.a.), Leske+Budrich, Opladen 2000, S. 252.

⁵⁴⁰ Vgl. Artikel 35 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990.

⁵⁴¹ Daten aus R. Thomas: „Sich ein Bild machen“ - auf der Suche nach einer gemeinsamen Kultur, in: 10 Jahre deutsche Einheit, Hrsg. Wolfgang Thierse u.a.), Leske+Budrich, Opladen 2000, S. 247/249.

⁵⁴² Vgl. Strittmatter, Th.: Der Wandel der Kulturstrukturen in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 22-23/1993, S. 17.

⁵⁴³ Vgl. „Palastkunst“ in Mestlin (MVP).

Frauenkirche in Dresden als herausragendes Beispiel. Vieles wurde neu profiliert oder erweitert, aber auch vieles „abgewickelt“ und geschlossen. Es waren weniger die großen Renommee verschaffenden Kulturstätten, die verschwanden, sondern die vielen den kulturellen Alltag beeinflussenden Stätten, die der kulturellen Vereinigung (sprich fehlende Mittel bei Kommunen und Bürgern) geopfert wurden. Die kulturelle (materielle) Infrastruktur der neuen Bundesländer hat bis in die Gegenwart nachweislichen Schaden genommen.

Andererseits ist die Entwicklung in den neuen Bundesländern zugleich durch eine zunehmende kulturelle Vielfalt (was nicht identisch mit Qualität ist) mit gleichzeitigem kulturellen Verfall - von der kulturellen Infrastruktur bis zu kulturellen Inhalten - verbunden. Kennzeichnend ist auch eine Verschiebung zu zunehmenden „elitären“ Kulturangeboten.

Dem steht keineswegs entgegen, dass aus der Sicht der Bevölkerung seit 1990 vor allem differenzierende Entwicklungen im kulturellen Angebot - quantitativ und qualitativ - erfolgten, die einem breiteren Bedarfsspektrum Rechnung tragen. Bei der Bewertung der kulturellen Veränderungen gingen bereits gegen Ende des vorigen Jahrhunderts 53 % der Bürger davon aus, dass das kulturelle Angebot seit 1990 vielfältiger geworden ist, aber nur 26 % halten es für anspruchsvoller. Vor allem jüngere Jahrgänge sahen und sehen in diesen Bereichen Gewinne.⁵⁴⁴

Kulturelle Integration - nicht nur verstanden als Angleichung und Verschmelzung (Akkulturation, Assimilation), sondern auch als Bewahrung von kulturellen Entwicklungen - wird in hohem Maße durch die Alltagskultur geprägt, aber auch durch Wertestrukturen, weltanschauliche Bindungen bis zur Kultur im engeren Sinne, d.h. Kunst, aber auch Medien. Die letzten 25 Jahre in Deutschland werden jedoch erst seit der Flüchtlingskrise der letzten Jahre mit der Diskussion um eine mit deren Integration wachsenden Vielfalt verbunden. Stieß dabei zunächst die Übernahme der „freiheitlich-demokratischen Leitkultur“ in den neuen Ländern auf unterschiedlichste Grenzen, nicht zuletzt aufgrund des 1990 von der Mehrheit der Bürger angestrebten kulturellen Individualismus und Pluralismus, so wirkt die aufkommende nationale, christlich-abendländische Diskussion im Osten mehrheitlich eher befremdlich, als dass sie zu einer nicht zu übersehenden rechtsextremen Unterstützung führt.

Die Diskussionen um eine „deutsche Leitkultur“ oder - wie es im 2007 verabschiedeten CDU-Programm heißt - eine „Leitkultur in Deutschland“⁵⁴⁵ konzentrieren sich letztlich auf die Frage, ob die „deutsche Kultur vor dem zu starken Einfluss fremder Kulturen geschützt werden“⁵⁴⁶ muss oder ob ein kultureller Pluralismus, der sich an den allgemeinen Bürgerrechten - unabhängig von Nationalität, Rasse und Weltanschauung - orientiert, angestrebt wird. Aussagen wie „auch der Islam gehört zu Deutschland“ führten schnell zu persönlichen Konsequenzen⁵⁴⁷ aufgrund gefundenen angeblichen Unrechtshandelns in anderen Bereichen.

Wenn das Anliegen und die damit verbundene Diskussion sich auch scheinbar nur auf Probleme mit Ausländern beziehen, ist nicht zu übersehen, dass in wichtigen Teilbereichen auch durch die deutsche Vereinigung rd. 15 Millionen Bürger in das Staatswesen übernommen wurden, die sich in vielen Belangen in ihren kulturellen Werten von den alten Bundesländern unterscheiden. Das betrifft nicht die

⁵⁴⁴ Vgl. sfz/leben 1999 (gew.).

⁵⁴⁵ Freiheit und Sicherheit, Grundsätze für Deutschland, Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands vom 3.-4. Dezember 2007, S. 14.

⁵⁴⁶ Oberndörfer, Dieter: Leitkultur und Berliner Republik, APuZ B1 2/2001, S. 28.

⁵⁴⁷ Vgl. hierzu die Vita von Alt-Bundespräsident Wulff.

grundlegenden Positionen zu Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, wohl aber damit verbundene Inhalte und Gestaltungsvorstellungen und -möglichkeiten.

Die mit dem CDU-Programm wiederbelebte Diskussion um eine „deutsche Leitkultur“ stand weniger den über Jahrzehnten vermittelten Wertevorstellungen und -strukturen der Mehrheit der westdeutschen Bürger, sondern in besonderem Maße denen vieler ostdeutscher Bürger entgegen.

Im Mittelpunkt dabei stehen das Verhältnis von Freiheit und Demokratie, von Freiheit und Staat, von Trennung von Religion und Politik, von Staat und Wirtschaft, von unterschiedlichen Lebensmodellen. Es kann der ostdeutschen Bevölkerung viel vorgeworfen werden, nur eines nicht, dass die friedliche Revolution 1989 und der Wille zur Vereinigung nicht aus einem freiheitlich-demokratischen Grundverständnis resultierten. Gleichermäßen verbreitet war/ist aber auch ihre „Anti-Haltung“ zu Geboten aller Art, von wem auch immer 10 Gebote vorgegeben werden, ob von Religionsgemeinschaften oder als „sozialistische Moralgebote“. Die Diskussion um eine „deutsche Leitkultur“ erinnert an „normative Vorgaben“, denen man sich anzupassen habe so man hier leben will, ob als Muslime, als Türke, als Ostdeutscher oder als westdeutscher Atheist.

„Die Ostdeutschen“ mit ihrer gemeinsamen - für den Einzelnen durchaus unterschiedlichen - Entstehungsgeschichte⁵⁴⁸ bis 1990, ihren gemeinsamen Erfahrungen der Systemeinordnung nach 1990, eint heute mehr die Gleichheit der Geschichte und Sozialisation sowie der heutigen Lebensverhältnisse als sie dadurch getrennt würden. Erst im Maße der Angleichung der Lebensverhältnisse werden sich Haltungen, Verhaltensweisen, Wertestrukturen nachhaltig verändern. Das wird nach wie vor ein historisch langfristiger Prozess sein, der in dem Maße gelingt, wie zugleich kulturelle Vielfalt als Bedingung des Zusammenlebens akzeptiert wird.

Nach der weitgehenden Entsorgung der DDR-Literatur in allen Beständen der Druckereien und Bibliotheken, des Theater-, Film- und Musikschaffens in regionale Programme zur Nachtzeit, kommt bis in die Gegenwart hinzu, dass noch viel zu oft Aus- und Abgrenzung an der Tagesordnung ist. Kunst und Kultur werden nicht nach künstlerischen Kriterien bewertet, sondern nach Ort und Datum der Entstehung. Malerei und Literatur 1985 in München entstanden ist freiheitlich-demokratisch, zum gleichen Zeitpunkt in Leipzig entstandene ist „Unrechtsstaatskunst“. Beispiele für dieserart territoriale Ausgrenzung gibt es viele:

- die Ausstellung „60 Jahre - 60 Werke“ ohne ein einziges Werk aus der DDR;
- die Rückgabe der Bilder von DDR-Künstlern aus der Ludwig-Galerie Schloss Oberhausen (August 2009), welche die DDR-Kunst als „Regional-Kunst“ ohne Stellenwert für Deutschland, einordnete;
- auch mit der Literatur der DDR, die auf den „Misthaufen der Geschichte“ gehört (Botho Kirsch), wird keine Kunst- oder Kunstrichtungskritik, sondern Systemauseinandersetzung betrieben (geistige Bücherverbrennung).
- Die „Deutsche Kulturgeschichte - Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart“, die 2009 erschien (Schildt, A./Siegfried, D.), ist eine westdeutsche Kulturgeschichte.
- Davon nicht ausgenommen sind Fernsehsendungen zu den besten Schlagern, Musicals, Künstlern, Wissenschaftlern usw. der letzten 60, 50, 40, 30 Jahre, die stetig über den Bildschirm laufen. DDR-Bürger/Produkte kommen logischerweise nicht vor, da bei einem Bevölkerungsanteil von

⁵⁴⁸ Vgl. Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen - Kunde von einem verlorenen Land, Aufbau-Verlag Berlin 1999, 350 Seiten.

16 % und entsprechenden Anrufen-/Briefanteilen überhaupt keine Chance besteht, die Allmacht der anderen 84 % zu beeinflussen. Auch hiermit wird die DDR auf demokratische Art und Weise - durch „Abstimmungen“ - auf legalem Wege „entsorgt“.

- Analoges für den Sport: In der „Hall of Fame des deutschen Sports“ tauchen nur wenige DDR-Sportler auf⁵⁴⁹. Mit dem Generalverdacht des DDR-Dopings wird alles Geleistete von der Kinder- und Jugendförderung bis zum Breitensport getilgt, im Gegensatz zu einer inzwischen immer noch verdeckt gehaltenen Förderung des Dopings auch in den alten Bundesländern⁵⁵⁰.

Niemand bestreitet Auftragskunst oder Doping, aber das alles ist nicht nur im Osten passiert. Auch der Auftragskunst von heute ist es nicht fremd, gezielt politisch abwertend wirken zu müssen bzw. im Interesse von Fördermitteln zu wollen. Gezielte Delegitimierung in allen Kunst-/Kultursparten ist Teil der politischen Delegitimierung - welche die Mehrheit der Ostdeutschen auch auf sich und ihr Leben bezieht.

Bewahrung des Kulturgutes ist z.T. persönlichen Initiativen (und Möglichkeiten) einzelner Persönlichkeiten zuzuschreiben, wie dem Schauspieler Peter Sodann, dem Pfarrer Peter Franz, der „Jugendbibliothek 7to“ in Gera oder der DDR-Bücherstube in Weimar, welche entsorgte bzw. zu entsorgende DDR-Literatur sammeln, um sie der Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen.

Wie auch immer: DDR-Kunst wird - soweit noch gezeigt, gespielt, gedruckt - als Bestandteil einer „regionalen“ Vergangenheit eingeordnet.

5.1.2 Der Westen holt auf

Es ist müßig darüber zu diskutieren, was vom Osten bleibt. Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, dass die alten Bundesländer in vielen Lebensbereichen sich den Werten und Verhaltensweisen der neuen Bundesländer anpassen - das Problem besteht darin, dass es politisch nicht gewollt ist, auf den „Vorlauf“ des Ostens (bzw. den „Gleichwertigkeitsvorsprung“) hinzuweisen, sondern diese Prozesse müssen als systemimmanente „eigenständige“ Westentwicklungen durch Politiker, Wissenschaftler und die Medien verkauft werden.

Dabei vollziehen sich Angleichungen in Größenordnungen,⁵⁵¹ die sich aus dem Einfluss der deutschen wie der europäischen Vereinigung sowie internationalen Trends ergeben:

Ohne eine Wertung im Einzelnen vorzunehmen sei nur verwiesen auf

- den Stellenwert der Erwerbsarbeit von Frauen für ihre Unabhängigkeit vom „männlichen Ernährer“ und ihre gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und ihren Platz in der Familie. Allein zwischen 1991 und 2015 stieg in den alten Bundesländern die Erwerbsquote der Frauen von 56,9 % auf 71,9 % (NBL von 73,8 auf 76,3). Damit wurde eine Grundforderung weiblicher Emanzipation und Gleichberechtigung schrittweise durchgesetzt, die ihnen eine auf eigener - den Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechenden - Arbeit, und auf eigener Leistung beruhende soziale Integration und soziale Sicherung ermöglicht. Allerdings gilt dabei bis heute, dass die Ungleichheit im Einkommen und sozialen Entwicklungschancen damit keineswegs gemindert wurde - nur die Basis der Ungleichen ist größer geworden;

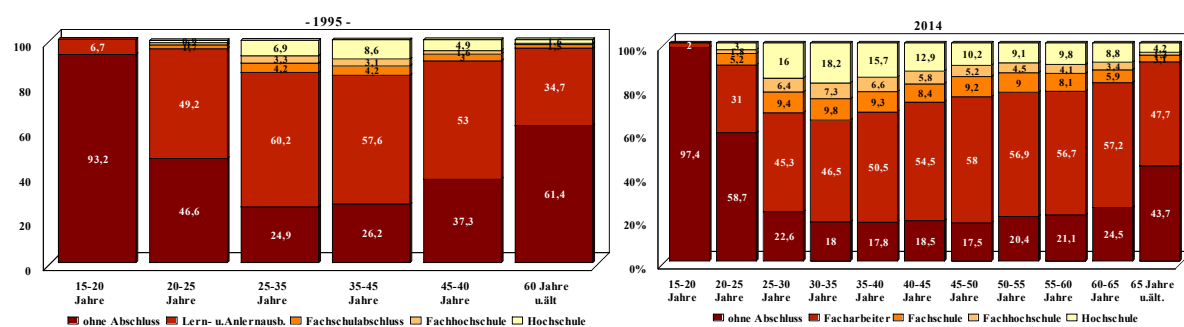
⁵⁴⁹ Vgl. Oertel, H.-F.: Pfiu Teufel, Verlag Das Neue, Berlin 2009, S. 121.

⁵⁵⁰ Vgl. Sitzung des Sportausschusses des Deutschen Bundestages v. 04.09.2013 zur Studie „Doping in Westdeutschland von 1950 bis heute“.

⁵⁵¹ Vgl. hierzu auch: Frank Thomas Koch: Was bleibt von der DDR in der deutschen und europäischen Kultur?, Text 34, www.kulturation.de.

- einer gleichberechtigten Teilnahme der Frauen an der beruflichen Bildung, die wesentlich zur Minderung des hohen Anteils von Frauen ohne beruflichen Abschluss führt. Während der Anteil an Frauen ohne beruflichen Abschluss 1991 in den alten Bundesländern noch bei rd. 35 % liegt, sinkt er bis 2014 auf 23,4 % (NBL von 10,8 auf 10,1 %). Mit der Abkehr vom Hausfrauenmodell verändern sich auch die Ansprüche an ein eigenes berufliches Profil. Unverkennbar anhand der Abbildungen das Sinken des Anteils ohne erworbene berufliche Qualifikation von Frauen-West im Zeitvergleich.

Abbildung 5.1: Frauen 15 Jahre und älter nach beruflichem Bildungsabschluss - nach Altersgruppen - früheres Bundesgebiet - 1995/2014 (ohne Berlin-West) - in Prozent -

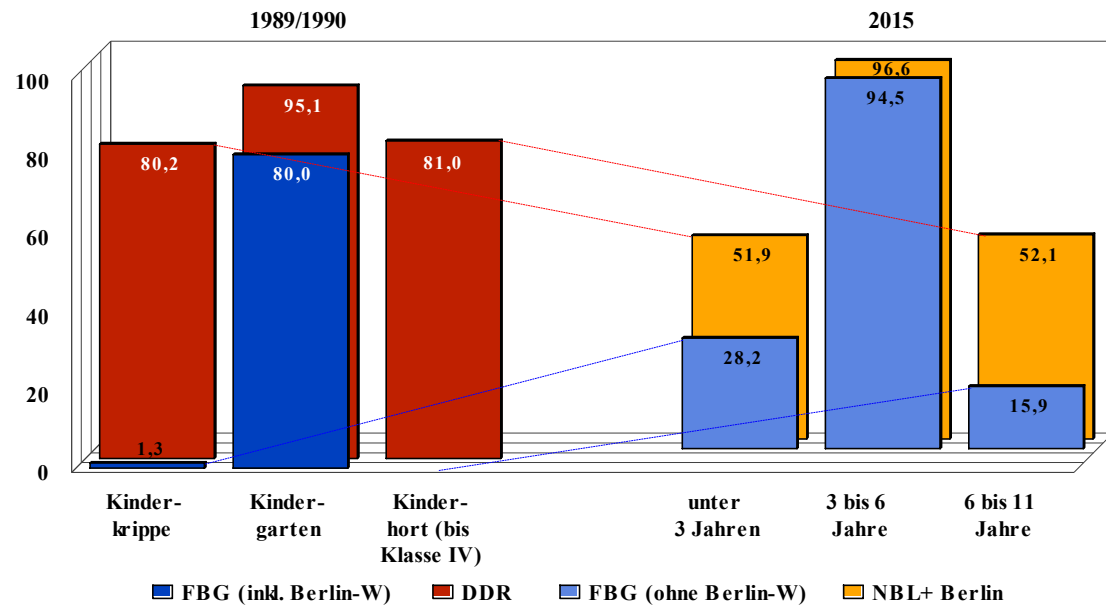


Quelle: 1995: Statistisches Bundesamt, Ergebnis des Mikrozensus, April 1995 - entnommen aus: Arbeitslosenreport 1996 - Daten und Fakten zur sozialen Lage Arbeitsloser in den alten und neuen Bundesländern, Berlin 1996, S. 155 / 2014 Stat. Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 4.1.2, T. 1.1, Wiesbaden 2015

- Einen grundlegenden Wandel gab es in der Haltung zur Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit und familiären Verpflichtungen. Wurde 1990 noch die DDR-Kindergartenbetreuung - insbesondere unter drei Jahren (ein auch in anderen vor allem nordeuropäischen Staaten übliches Modell - als verantwortungslose Haltung gegenüber dem Kindeswohl gekennzeichnet, so haben sich dabei grundlegend die Verhaltensweisen in der Politik, aber vor allem bei Frauen (und Männern) gewandelt.

Die Abbildung 5.2 verweist auf die gegensätzlichen Entwicklungen, welche vor allem einem veränderten „Leitbild“ in den alten Bundesländern geschuldet sind. Während im Bereich der mittleren Kindheitsphase (3 bis 6 Jahre) inzwischen fast eine Übereinstimmung Ost-West auf „hohem Niveau“ erfolgt ist, sind für den Westen die Hinwendung zur Betreuung in den Altersgruppen unter 3 Jahren sowie den ersten Schuljahren kennzeichnend.

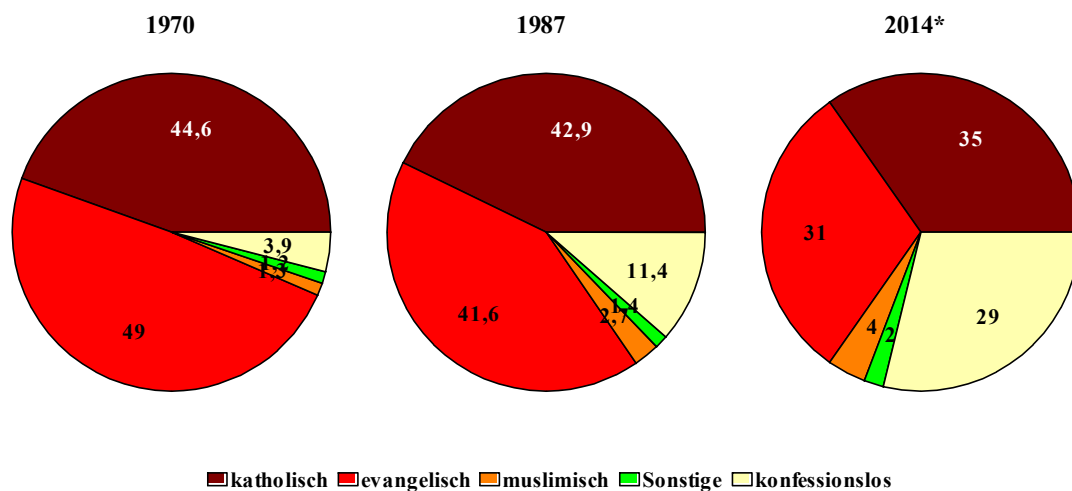
Abbildung 5.2: Betreuungsquote von Kindern in Kindertageseinrichtungen - nach Altersgruppen und Regionen - 1989/1990, 2015 - in Prozent -



Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen..., 2015, Wiesbaden 2016, Tab. Q3/Andre Steiner, BMAS, Statistische Übersichten DDR, Tab 8.1.2 - 8.1.4 - 9.1.2/Gerhard Bäcker et.al.: Sozialpolitik und soziale Lagen in Deutschland, Verlag für Sozialwissenschaften 2008, Bd. 2, S. 334

- Charakteristische Veränderungen in den Verhaltensweisen und Wertevorstellungen finden auch ihren Ausdruck in der inzwischen zunehmend anerkannten Vielfalt der Lebensformen. Neben die traditionelle Ehe sind zunehmend Lebensgemeinschaften mit Kindern und ohne Kinder, Alleinerziehende ebenso wie gleichgeschlechtliche Partnerbeziehungen getreten und vereinen sich heute in den Familien- bzw. Haushaltstrukturen in Ost wie West. So beträgt inzwischen der Anteil Alleinerziehender in den alten Bundesländern rd. 6 % (2 Millionen Alleinerziehende). In Ost wie West werden immer mehr Kinder von nichtverheirateten Frauen geboren, z.T. bei nachfolgender Eheschließung, aber nicht als verbindliches Muster. Auch hier sind nordeuropäische Einflüsse mit ost-deutschen verwoben.
- Letztlich vollzieht sich seit 1990 eine deutliche Entkirchlichung in den alten Bundesländern (vgl. nachfolgenden Abschnitt 5.6). Von rd. 4 % konfessionsfreien Bürgern (1991) stieg der Anteil bis 2014 auf rd. 31 % im Westen. Die angenommene Re-Christianisierung des Ostens trat nicht ein, noch immer sind über 70 % konfessionslos. Nach wie vor ist jedoch die enge Bindung von Staat und (christlicher) Kirche charakteristisch. In welchem Maße die im Westen sich vollziehende Entkirchlichung mit zunehmendem Anteil atheistischer Bürger einhergeht, ist bislang nicht im Einzelnen belegt.

Abbildung 5.3: Struktur der Konfessionszugehörigkeit - früheres Bundesgebiet* - in Prozent -



* 2014 inkl. Gesamtberlin

Quellen: fowid, Statistik / EDD, Mitgliederstatistik

Die vorgenannten Felder der Angleichung beruhen im besonderen Maße auf veränderten Werten und Verhaltensweisen, die Teil eines sich vollziehenden kulturellen Wandels in Deutschland sind, der weder unabhängig von der deutschen Vereinigung noch von der Ausdehnung des Einflusses europäischer Länder gesehen werden kann.

5.1.3 Kultur im Alltag

Das alltägliche Leben ist in keiner Region Europas in den letzten Jahren so gründlich (oft auch oberflächlich) aus unterschiedlichster Sicht untersucht worden, wie das in den neuen Bundesländern erfolgte. Man weiß inzwischen, wie man sich in den neuen Ländern grüßt, wie man liebt, wie man sich anders kleidet, wie man abweichend wählt, wie man anders fernsieht, wie man „ständig lamentiert“, ohne „die erfolgte Hilfe zu würdigen“, usw. usf. Am wenigsten wurde vermittelt, wie man in der DDR - im, mit dem und gegen das System - lebte, obwohl gerade das nach wie vor ein Zugang zum Verhalten vieler Ostdeutscher von heute wäre.

Das Problem besteht nach wie vor darin, dass viele Bürger andere Erinnerungen haben als sie ihnen heute nahe gelegt werden. Die Diskrepanzen beziehen sich dabei weniger auf die Wertungen zum politischen System der DDR, sondern auf den Alltag. Frauen sehen ihre Berufstätigkeit und die Kinderunterbringung nicht von Haus aus negativ und sich selber nicht als verantwortungslos, Bürger akzeptieren nicht, dass in der Kindergartenerziehung der Rechtsradikalismus im heutigen Sachsen oder Thüringen begründet sein soll oder, dass in Berlin-Marzahn groß geworden zu sein den robusten Charakter hervorbringt, um im Sport Außerordentliches zu vollbringen usw. Inzwischen werden die Geburt von Kindern, die Unterbringung in Kindereinrichtungen, die Ganztagschule (als schwedisches Modell) wieder gesellschaftsfähig (die Frage ist, ob aus emanzipatorischen Gründen oder weil die Wirtschaft die billigeren weiblichen Arbeitskräfte braucht).

Im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014 werden u.a. im Unterabschnitt „Alltag in der DDR“ Aussagen getroffen, die es wert sind, zitiert zu werden: „Der ganz großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ging es darum, ein anständiges Leben zu führen. Es gab auch viele glückliche und verbindende Erlebnisse der Menschen untereinander - trotz des repressiven Staates. Man hatte die Familie, den Freundeskreis und Kolleginnen und Kollegen, man feierte Taufen, Geburtstage und Hochzeiten und tröstete einander bei Todesfällen. Man freute sich über bestandene

Prüfungen und tauschte sich über Urlaubs- und Ferienerlebnisse aus. Es gab gemeinsame Freizeitaktivitäten im Zeichenzirkel, im Chor beim Konzert im Klubhaus, im Sportverein, in der Kleingartenanlage oder in der 'Bungalowsiedlung'. Die kleinen Fluchten des Alltags konnten aber nicht über den Mangel an Freiheit und Selbstbestimmung hinwegtäuschen.⁵⁵² Den Aussagen zum Verhalten der Bürger im Alltag der DDR kann man zustimmen - es wirft sich aber die Frage auf, wie das sicher 100-prozentig gleiche Verhalten der Bürger in der Bundesrepublik (in den Grenzen vor 1990) zu werten ist, und ob in einem so gern als Unrechtsstaat gekennzeichneten Staatswesen überhaupt gleiches Verhalten möglich ist? - offensichtlich doch.

Für die „anständigen Bürger“ vollzog sich zunächst nach 1990 relativ schnell ein an neue Konsumtionsmöglichkeiten und marktwirtschaftliche Strukturen gebundener Wandel des Alltagslebens. Beginnend bei einem sich rasch dem unteren Einkommensniveau angleichenden Warenangebot, dem relativ schnellen Ersatz von Haushaltstechnik auf technisch höherem Niveau, den neuen Reise- und Mobilitätsbedingungen bis zur bis dato unbekanntenen neuen Fülle an Medien unterschiedlichster Inhalte und Formen (aber auch Qualität) reichten die Veränderungen im täglichen Leben. Homogene Einkommens- und Vermögensstrukturen - unabhängig ob arbeitslos oder nicht - ließen zunächst auch kaum Unterschiede in den Lebensverhältnissen der älteren und jüngeren Ostdeutschen aufkommen. Aber schnell wurde deutlich, dass sich in den vierzig Jahren der Trennung in beiden Teilen Deutschlands vor allem im Bereich der Alltagskultur - bis in die Gegenwart wirkend - unterschiedliche Lebensstile herausgebildet haben. „Nach dieser unterschiedlichen Geschichte der beiden Vorgängerstaaten bestehen in der neuen Bundesrepublik zwischen den beiden Landesteilen gravierende Unterschiede in den Wertorientierungen fort, in den ersten Jahren nach der Vereinigung näherten sie sich nicht an, sondern entfernten sich voneinander. Dafür gibt es Gründe in der 'kulturellen Struktur' der ostdeutschen Teilgesellschaft.“⁵⁵³

Der für die DDR charakteristische Alltag war geprägt von einer hohen Abhängigkeit des Lebens von der Erwerbstätigkeit, welche Tageszeitverläufe und innerfamiliäre Beziehungen prägte. Zwei Aspekte hinsichtlich der Rahmenbedingungen sind dabei hervorhebenswert, weil anders als in den alten Bundesländern: So waren zum Ersten z.B. „Freizeitstrukturen“ von Sport über Zirkeltätigkeit bis zur Feriengestaltung in vielen Fällen an den Betrieb, d.h. an die Arbeitsstätte, gebunden. Selbst der Alltag der Senioren wurde hinsichtlich der kulturellen, sportlichen, sozialen und gesundheitlichen Betreuung vom „ehemaligen“ Betrieb beeinflusst, was keineswegs pauschal als negativ zu werten ist. Die nach 1990 an die Stelle von Betriebsstrukturen getretene Vereins- und Verbandsvielfalt hat einerseits den Einfluss des Einzelnen auf die Gestaltung des Alltags erweitert, gleichzeitig aber auch zur Ausgrenzung von vielen Bürgern aus finanziellen und materiellen Gründen beigetragen. Das auch vor dem Hintergrund, dass all die genannten „Leistungen“ in der DDR massiv finanziell gestützt/gefördert wurden, so dass aus dieser Sicht keine Ausgrenzung erfolgte. Und zum Zweiten ist hervorzuheben, dass sich auch im Alltagsleben inzwischen „die Familie weitgehend allein managt und sozial versichert“⁵⁵⁴ und eher wie ein Unternehmen geleitet wird: Frau wie Mann müssen sich um einen Arbeitsplatz kümmern, eine Kindereinrichtung bzw. die geeignete Schule für den Nachwuchs suchen⁵⁵⁵, den richtigen Arzt und die günstigste Versorgung der älteren Eltern finden usw. usf., es wird zunehmend

⁵⁵² BMWI, Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2014, Berlin 2014, S. 14.

⁵⁵³ Göschel, A./Mühlberg, D./Spellerberg, A.: Über kulturelle Differenzen zwischen Deutschen in Ost und West, Entwurf einer Studie - unveröffentlicht, 1998, S. 6.

⁵⁵⁴ Dellheim, Judith: Den Alltag verändern, in: Wohlstand - wie anders? Ulrich Brand et al. (Hrsg.), Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2013.

⁵⁵⁵ Vgl. ebenda.

über das Internet eingekauft, die billigste Tankstelle gesucht und „banking“ bei der Sparkasse oder einem Kreditinstitut realisiert, die beste Versicherung für Krankheiten, fürs Alter, für den Unfall, fürs Ableben ist ebenso wie der günstigste Energietarif zu finden - die Liste lässt sich beliebig erweitern - all das prägt heute den täglichen Lebensvollzug.

Sicher ist eine „Rundumversorgung“, wie sie der DDR nachgesagt wird, aber in diesem absoluten Sinne nie existierte, das andere Extrem - aber letztlich besteht die „Freiheit des Alltags“ inzwischen auch darin, die Bewältigung des Alltags zu privatisieren. Die Jagd nach dem „Besten und Billigsten“ wird mittels ganzer Heerscharen von Vergleichsportalen, von „Schnäppchenangeboten“, von Waren-testern begleitet, um den „Wettbewerb“ zu fördern - wer im Dschungel der Banken und Versicherungen hängen bleibt weiß es jetzt: es liegt nicht am System, sondern an „mir selbst“.

Insofern ist auch die bis in die Gegenwart wirkende Spezifik des alltäglichen Lebens hervorzuheben, dass die ostdeutsche Haushaltsführung mehrheitlich auf der Erwerbsarbeit von Frau und Mann beruht/beruhte. Das bewirkt - trotz eines nur bei 75 bis 85 % liegenden individuellen Einkommensniveaus - nicht nur ein höheres Haushaltseinkommen, sondern Frauen erreichten eine - wenn auch keineswegs völlig gleichberechtigte - ökonomische Unabhängigkeit, waren sozial über die eigene Erwerbsarbeit in die Gesellschaft integriert, hatten eine eigene, relativ vom Mann unabhängige Entwicklung.

Charakteristisch für die Gesamtheit der „alltäglichen“ Lebensbedingungen und Lebensverhältnisse ist inzwischen eine zunehmende Abkoppelung der individuellen Entwicklungsmöglichkeiten von Arbeit und einem auf eigener Arbeit beruhenden Einkommen. Diese entspricht in etwa der Situation ausländischer Immigranten in den Anfangsjahren der Bundesrepublik. So wurde in entsprechenden Untersuchungen einst hervorgehoben, dass „sozio-kulturell determinierte Arbeitseinkommen (entstehen) sowie eine Zunahme der Zahl von Transferempfängern, vor allem von Arbeitslosen und Frührentnern“.⁵⁵⁶ Diese allgemein auf Zuwanderung unter Bedingungen eines - inzwischen nicht mehr vorhandenen - großen Angebots an Erwerbsarbeit gemachten Aussagen treffen in hohem Maße auch - trotz erreichter Veränderungen - auf die Situation der neuen Bundesländer zu. Auf lange Sicht wird es ein spezifisches, nicht allein von der Arbeitsleistung abhängiges, sondern von sozialen Sicherungsleistungen geprägtes sozio-kulturelles Einkommensniveau geben. Das entspricht nicht den Interessen der Bürger - prägt jedoch auch eine Erinnerungskultur, die ein auf eigener Arbeit beruhendes (wenn auch bescheidenes) Leben ermöglichte. Gerade für viele ältere Menschen ist bis in die Gegenwart kein „Ersatz“ für fehlende „Einbindung“ in das gesellschaftliche Leben außerhalb der Betriebe gefunden worden, sieht man von örtlichen Initiativen, wie z.B. der „Volkssolidarität“ ab.

Ein keineswegs unbedeutender Wandel im „Alltäglichen“ ging auch in Bezug auf sozialen Zusammenhalt im täglichen Leben vorstatten. Von nicht wenigen - insbesondere Älteren - wird gerade soziale Geborgenheit, Miteinander anstelle von Neben- oder Gegeneinander eingefordert. Fast 90 % halten zwischenmenschliche Beziehungen für sehr wichtig/wichtig und sehen sich einer zunehmenden Isolierung gegenüber. Der Rückzug „ins Private“ - vielfach identisch mit sozialer Isolation - vollzog sich nach 1990 bei einer keineswegs unbedeutenden Anzahl von Bürgern schneller als angenommen - mit all seinen negativen Wirkungen.

⁵⁵⁶ Miegel, M.: Zuwanderung und Sozialstaat, in: Migration und Flucht (Hrsg.: S. Angenendt), Bonn 1997, S. 101.

Gerade in den letzten Jahren wurde verstärkt deutlich, dass kulturelle Bindungen zur DDR durchaus entstanden sind, nicht zuletzt auch über kulturelle Leistungen in Literatur, Kunst, Theater und Film, über Sport und Alltagskultur.

Bleibt noch hinzuzufügen: Die Ostdeutschen haben nach wie vor keine, zumindest stark eingeschränkte eigene Öffentlichkeit mehr.⁵⁵⁷ In den Gefilden herrschender Hochkultur wie in den bestimmenden Medien sind sie kaum zu finden. Ihr größtes kulturelles Problem ist, die „Deutungshoheit“ über das eigene Leben wieder zu erlangen. „Darin ist kein ostdeutsches Sonderinteresse zu sehen, sondern eine Bedingung ihrer Integration in die Gesellschaft der neuen Bundesrepublik.“⁵⁵⁸

Inzwischen hat sich auch - als Teil einer sich vollziehenden kulturellen Integration - eine eigene neue Ostliteratur zu sozialen Problemen der deutschen Vereinigung herausgebildet, die sich vor allem auch kritisch mit den positiven Ergebnissen wie offen stehenden Fragen beschäftigt (exemplarisch seien nur genannt: Schorlemmer, Engler, Dahn, Thierse, Bollinger). Ihr Problem ist, dass diese Literatur mehr Gegenstand von elitären Diskussionsrunden ist, in denen man sich ohnehin kennt und eine gemeinsame Sprache spricht, als im kritischen Dialog verbreitende Wirkungen zu finden.

In 814 Spielstätten in Deutschland fanden in der Spielzeit 2014/2015 rd. 67.400 Veranstaltungen in Musiktheatern, Schauspiel- und Tanztheatern statt. Daran nahmen rd. 21 Millionen Besucher teil, d.h. jeder 4. Bürger ging 1x ins Theater. In den neuen Bundesländern waren das 20.300 Veranstaltungen mit 5 Millionen Besuchern, d.h. vier von zehn Bürgern⁵⁵⁹. Das mag an traditionell stärker ausgeprägten Kulturbedürfnissen insbesondere älterer Bürger, aber auch einem - obwohl stark reduzierten - immer noch relativ guten Angebot zu moderaten Preisen liegen. Bestimmend in ihrem Anteil sind in den neuen Ländern die Figurentheater (82 % der Besucher dieser Kunstart besuchen Einrichtungen in den neuen Ländern), Operette (47 %), Konzertveranstaltung (38 %) sowie Veranstaltungen der Kinder- und Jugendtheater (32 %). Aber selbst bei Oper und Schauspiel liegt der Anteil der Besucher in den neuen Ländern mit jeweils 22 % über dem Bevölkerungsanteil.

In der Spielzeit 2014/2015 waren in den neuen Ländern 5.120 abhängig Beschäftigte unmittelbar als künstlerisches Personal tätig - das waren 28 % aller in Deutschland abhängig Beschäftigten in diesem Bereich (18.000).

Eine erweiterte Betrachtung zeigt, dass 2013 von den rd. 40 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland 1,2 Millionen in kulturellen Berufen tätig waren - darunter rd. 650.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie 15.000 „Künstler“, welche „selbständig“ agierten als Schauspieler, Musiker, Sänger, Maler usw. Die Zahl der in Kulturberufen Tätigen in den neuen Bundesländern betrug 145.000 (2,4 %), in Westdeutschland (ohne Stadtstaaten) 870.000 (2,8 %) und in den 3 Stadtstaaten 218.000 (7,8 %).⁵⁶⁰ Die allgemein übliche Darstellung, dass in Ostdeutschland 3,8 % der Erwerbstätigen in Kulturberufen tätig wären, wird durch die Einbeziehung von Berlin stark überhöht. In den neuen Ländern ist auch der Anteil der in Kulturberufen sozialversicherungspflichtig Tätigen unterdurchschnittlich (1,3 bis 1,4 %) (vgl. Abbildung 5.4). Werden kulturelle Indikatoren erhoben, begrenzt sich das meistens auf einzelne Angebote und Interessen sowie Kulturtourismus (vgl. Stadtstaaten), welche natürlich auch prägend sind für Niveau und Differenzierungen im kulturellen Bereich.

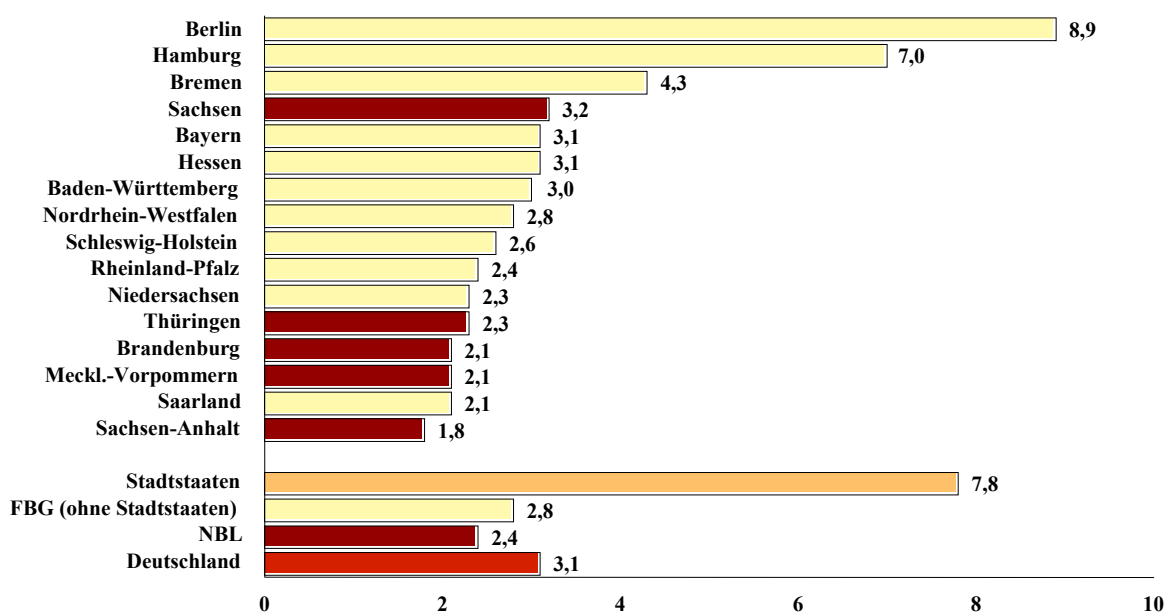
⁵⁵⁷ Vgl. hierzu Mühlberg, D.: Über kulturelle Differenzen zwischen Deutschen in Ost und West, Studie 1998 - unveröffentlicht - S. 27.

⁵⁵⁸ Ebenda S. 27.

⁵⁵⁹ Deutscher Bühnenverein, Theaterstatistik - Summentabellen 2014/2015, Köln 2016.

⁵⁶⁰ Statistisches Bundesamt, Beschäftigung in Kultur und Kulturwirtschaft, Berlin 2015.

Abbildung 5.4: Anteil Erwerbstätiger in Kulturberufen an Erwerbstätigen insgesamt
- 2013 - in Prozent -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Beschäftigung in Kultur und Kulturwirtschaft, Berlin 2015, S. 19/Eigenberechnungen

Nachfolgende Daten verweisen auch darauf, dass Bundesländer mit unterdurchschnittlichen Einkommen durchaus höheren Kulturkonsum haben können, ebenso wie Stadtstaaten von ihrer Infrastruktur profitieren. Welchen Stellenwert der „Kultur“ beigemessen wird, ist nicht zuletzt daran erkenntlich, dass letztmalig 2008 Daten für 2006 veröffentlicht wurden, mit einer mehr als eingrenzenden Auswahl an „Kulturindikatoren“.

Tabelle 5.1: Ausgewählte Indikatoren für Kultur - nach Bundesländern -

	Museumsbe- suche je 1000 Einwohner	Theaterbe- suche je 1000 Einwohner	Anteil Chor- mitglieder an Bevölkerung	Kinobesuche je Einwohner	öffentl. Ausga- ben für Kultur (Grundmittel) je Einwohner
	2006	2006	2007	2006	2005
	Anzahl	Anzahl	Prozent	Anzahl	Euro
Baden-Württemberg	1,3	466	4,1	1,8	83,7
Bayern	1,5	373	1,8	1,9	79,0
Berlin	3,5	907	0,3	2,8	146,9
Brandenburg	1,3	215	0,3	1,1	74,4
Bremen	2,3	921	0,6	2,5	147,1
Hamburg	1,3	2.383	0,3	2,6	144,6
Hessen	0,8	291	4,2	1,7	84,7
Mecklenburg-Vorpommern	1,7	412	0,2	1,3	85,9
Niedersachsen	0,8	273	1,4	1,5	58,0
Nordrhein-Westfalen	0,9	361	1,3	1,5	74,8
Rheinland-Pfalz	0,9	196	5,9	1,4	54,7
Saarland	0,7	229	3,8	1,4	50,1
Sachsen	1,8	558	0,3	1,3	155,4
Sachsen-Anhalt	1,1	279	0,9	1,2	104,8
Schleswig-Holstein	0,9	239	0,9	1,4	53,6
Thüringen	1,7	345	0,5	1,2	100,7
Länder zusammen/ Deutschland	1,2	422	2,0	1,7	84,7

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kulturindikatoren auf einen Blick - Ein Ländervergleich, Ausgabe 2008, Wiesbaden

In den letzten und nächsten Jahren wird vor allem die Kulturlandschaft im Osten weiter ausgedünnt und deformiert. Vier Beispiele mögen dafür stehen:

a) 1994 trat ein „Ausgleichsleistungsgesetz“ in Kraft, welches den ostdeutschen Museen eine 20-jährige Übergangsfrist einräumte, um in den Jahren 1945 bis 1949 unter Besatzungsrecht beschlagnahmte Kunst an ihre Alteigentümer zurückzugeben. Diese Frist lief 2014 aus. Museen und Bibliotheken in Ostdeutschland fürchten demzufolge um Gemälde, Skulpturen, Möbel, Bücher. All das könnten ihnen Adelshäuser wegnehmen, die bis 1945 Eigentümer genannter Museumsstücke waren.⁵⁶¹ So wurden z.B. aus der Universitäts- und Landesbibliothek in Halle allein 18.000 Bücher ins oberhessische Hirzenhain überführt, wo sie nun in den Regalen der Adelsfamilie Stolberg-Wernigerode stehen. Insgesamt 74.000 Bücher, Zeitschriften, Inkunabeln, selbst eine originale Handschrift von Martin Luther müssen bis November an die Erben der Alteigentümer zurückgegeben werden, so will es das Ausgleichsleistungsgesetz - die Zahl der Beispiele aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und den anderen Ländern ließe sich fortsetzen. Da in vielen Fällen die Ureigentümer in den Westen gingen, folgen ihnen jetzt die Kulturgüter nach.

b) Analoge Entwicklungen vollzogen sich in der Verlagsentwicklung, der Buchproduktion und dem Bibliothekswesen. Insgesamt existierten von den ehemals 78 staatlich lizenzierten Verlagen der DDR im Jahr 2009 in eigenständiger Form ohne zwischenzeitliche Insolvenz gerade noch acht⁵⁶². Selbst mit den neu gegründeten Verlagen zusammen werden in den ostdeutschen Bundesländern gegenwärtig lediglich noch 2,1 % der gesamten deutschen Buchproduktion erzeugt. (Rechnet man Gesamtberlin dazu, sind es 12,7 % der Titel bundesweit.) Nach Wirtschaftskraft betrachtet, sind die ostdeutschen Verlage fast vollständig zu vernachlässigen. Am Gesamtumsatz der deutschen Buchbranche von 11,4 Milliarden Euro waren Firmen aus den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 2006 nur mit 0,9 % beteiligt (Berlin mit 9,5 %). Die Zahl der in dieser Branche in Ostdeutschland Beschäftigten ist von ehemals 6.100 auf weniger als 600 gesunken, also auf unter 10 %. Damit hat insgesamt ein Umbruch stattgefunden, der noch gravierender ist als in anderen Wirtschaftsbereichen Ostdeutschlands, wo nach Treuhandangaben immerhin rund 20 % der Betriebe erhalten geblieben sind und etwa 25 % der Arbeitsplätze gerettet werden konnten.

Es gingen jedoch nicht nur die Verlage und Buchproduktionen zurück, sondern in einer Vernichtungswelle unvergleichbaren Ausmaßes von Büchern wurden 1990/1991 Millionen von Publikationen von Klassikern bis zu Auftragsliteratur fast alles vernichtet, Restposten befinden sich partiell nur noch bei älteren Bürgern. Doch es gibt z.B. mit der Peter-Sodann-Bibliothek in Stauch/Sachsen eine neu aufgebaute Sammlung an DDR-Literatur, die um den Erhalt des kulturellen Erbes in seiner ganzen Vielfalt bemüht ist.

Gerade im Bibliotheksbereich verfügte die DDR über ein außergewöhnlich dichtes Netz, das jeder Bürgerin und jedem Bürger einen relativ problemlosen Zugang zu Büchern in seiner unmittelbaren Umgebung ermöglichte. Während die großen Zentralbibliotheken und die Wissenschaftlichen Allgemeinbibliotheken der Bezirke als Bestandszentren im Wesentlichen erhalten geblieben sind, wurden mindestens 25 % der kleineren Bibliotheken geschlossen. Dies betraf vor allem Zweigbibliotheken in den Wohngebieten, Schul- und Betriebsbibliotheken sowie Gemeindebibliotheken. Bis 1993 erfolgte ein erster Personalabbau auf 65 % des DDR-Bestandes.

⁵⁶¹ MDR INFO - André Seifert, 28.01.2014.

⁵⁶² Nachfolgende Aussagen stützen sich auf: Christof Links, „Was blieb vom Leseland DDR?“, APuZ 11/2009, S. 36/37.

- c) Die Deutsche Orchestervereinigung (DOV) hat vor den Folgen eines Sparkonzeptes vor allem in Ostdeutschland gewarnt⁵⁶³. Bereits in den vergangenen mehr als 25 Jahren seit der Vereinigung wurden in Ostdeutschland 34 Kulturorchester (seit 1992) aufgelöst und 38 durch Fusionen in 19 Orchestern neu strukturiert - das betraf im gleichen Zeitraum 5 Auflösungen und 5 Fusionen im Westen. Die Zahl der Musiker-Planstellen wurde damit verbunden im Osten von rd. 5.012 auf 3.143 zurückgefahren, wie der im Jahr 2015 vorgelegten Bilanz hinsichtlich der Auflösung und Fusion der Chöre seit 1992 zu entnehmen ist.⁵⁶⁴ Die Gründe für Auflösungen wurden von den öffentlichen Trägern meist mit finanziellen Argumenten begründet. Teilweise waren Auflösungen oder Fusionen aber auch politisch motiviert. Durch dauerhafte Nichtbesetzung von Stellen, betriebsbedingte Kündigungen bzw. Fusion wurde der Abbau eingeleitet. Erforderlich ist, dass die Kommunen hinsichtlich ihrer Kulturausgaben wieder handlungsfähiger werden und die kommunale Entschuldung nicht zu Lasten der Kultur erfolgt. Neuere Entwicklungen z.B. in Thüringen zeigen, dass der bisher erfolgte Personalabbau von 45 % in den 25 Jahren nach der Vereinigung keineswegs abgeschlossen ist.⁵⁶⁵ Auch die künftigen Entwicklungen sehen weitere Einschnitte vor.⁵⁶⁶
- d) Auch viele Theater in Ostdeutschland befinden sich nach mehr als 25 Jahren in einer äußerst schwierigen Lage. Die Zuschüsse sinken, ein weiterer Personalabbau ist absehbar, von Fusionen bis zur Auflösung ganzer Ensembles sind vorgesehene Lösungen, wie der Deutsche Bühnenverein feststellt.⁵⁶⁷ Während Berlin für Kultur einen steigenden Haushalt 773 Millionen Euro ausweist - insbesondere für die Anpassung der Tarifstrukturen für die Beschäftigten, gehen Brandenburgs Theater davon aus, dass weitere Stellen gestrichen werden und lediglich eine Grundversorgung abgedeckt werden wird. Auch im Norden des Ostens ist die Bedrohung hoch. Es gibt kaum ein Theater, das nicht bereits knapp vor der Insolvenz stand und gerettet werden musste. Grund: Die Regierung hat ihren Theaterzuschuss von 35,8 Millionen Euro seit 1995 nicht mehr erhöht. Hatten nach der Wende (1990/1991) die Bühnen noch 1.787 Mitarbeiter, sind es 2011/2012 nur noch 1.027.

Analoge Entwicklungen sind in den anderen neuen (wie alten) Bundesländern vorgesehen. Die veröffentlichte „Rote Liste bedrohter Kultureinrichtungen“ des Deutschen Kulturrates belegt nicht nur den erfolgten/vorgesehenen Abbau, sondern auch die Ungleichheiten Ost-West. Es fehlt, so stellt der Deutsche Kulturrat fest, an kulturpolitischen Gegenstrategien zu den Auswirkungen von demografischem Wandel, knappen Kassen, und bröckelnder kultureller Infrastruktur.⁵⁶⁸

Der differenzierten Kulturproduktion steht ein gleichfalls stark differenzierter „Kulturkonsum“ gegenüber. So betragen 2014 die Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur in Deutschland je Haushalt und Monat 248 Euro, im Osten Deutschlands (NBL + Berlin) lagen sie bei 224 Euro und im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) bei 254 Euro. Dabei differieren die Ausgaben (2013) vor allem in Abhängigkeit von den Einkommen von 63 Euro/Haushalt/Monat bei einem Haushaltsnettoeinkommen unter 900 Euro bis zu 529 Euro/HH/M bei einem Einkommen zwischen 5.000 bis 18.000 Euro monatlich. Vorgenommene Einkommensanalysen bestätigen, dass insbesondere Rentner der neuen Länder

⁵⁶³ MDR v. 28.01.2014 - Interview Gerald Mertens, DOV-Geschäftsführer.

⁵⁶⁴ DOV, Rechts- und Betriebsformveränderungen, Auflösungen und Fusionen deutscher Kulturorchester seit der Wiedervereinigung (Stand Mai 2014), Berlin 2015.

⁵⁶⁵ DOV, Orchester- und Theaterreform in Thüringen: mehr Fakten, Berlin Nov. 2015.

⁵⁶⁶ Gerald Mertens, Orchester, Rundfunkensembles und Opernchöre, DOV, Orchesterland-D, Deutsches Musikinformationszentrum 2016

⁵⁶⁷ Information des Deutschen Bühnenvereins.

⁵⁶⁸ Deutscher Kulturrat, Kunst wider die kulturelle Verödung auf dem Land?, Berlin, 20.12.2013.

mehr Ausgaben für „Kultur“ tätigen als vergleichbare Gruppen im Westen, bei Arbeitslosen liegt eine weitgehende Angleichung vor, da notwendiges Sparen zumeist beim „Kulturkonsum“ und dem „Vereinsleben“ beginnt.

Im Ost-West-Vergleich sind hervorzuheben (2014):

- a) Die Ausgaben für Freizeit/Unterhaltung/Kultur liegen im Osten bei 88 % des Westens und damit höher als die der privaten Konsumausgaben insgesamt mit 78 %. Der Anteil am monatlich verwendeten Haushaltsnettoeinkommen beträgt im Osten rd. 12 % für F/U/K und im Westen 10 %.
- b) Die Ausgaben weisen in Ost wie West eine vergleichbare Grundstruktur auf und lassen trotzdem unterschiedliche Schwerpunkte und Interessen erkennen.

Tabelle 5.2: Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung, Kultur - nach ausgewählten Verbrauchsgruppen - 2014 - in Euro pro Haushalt und Monat -

	NBL und Berlin	FBG ohne Berlin
insgesamt	224	254
Pauschalreisen	73	62
Freizeitdienstleistungen	52	63
Zeitungen/Zeitschriften	16	21
Spielwaren/Hobbys	12	15
Blumen/Garten	16	15
Haustiere	12	15
Bücher	8	11

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Heft 4 2014 - Tab. D1-1.7 V

Das betrifft Ausgaben im Osten speziell bei Pauschalreisen mit 73 Euro/HH/M im Vergleich zum Westen mit 62 Euro. Rentner-Ost wenden im Durchschnitt sogar 84 Euro auf (West 61 Euro) - Arbeitslose Ost 7 Euro - West 10 Euro pro Haushalt.

- c) Die monatlichen Ausgaben für Bücher/Zeitungen/Zeitschriften liegen bei Osthaushalten bei 24 Euro, für Westhaushalte bei 32 Euro. Freizeit- und Kulturdienstleistungen/-veranstaltungen erreichen im Osten 52 Euro, im Westen 63 Euro pro Monat und Haushalt.

5.2 Werte

Die Grundwertestruktur in Deutschland unterscheidet sich vor allem hinsichtlich des Stellenwertes von Freiheit und sozialer Sicherheit zwischen Ost und West. Sozialisation und Status quo führen zu deutlichen Gegensätzlichkeiten zwischen Ost und West.

Bürger unter 40/50 Jahren geben im Osten der Freiheit, ältere der sozialen Sicherheit ein höheres Gewicht. Das heißt aber nicht, dass ältere Ostdeutsche die Freiheit der Gerechtigkeit oder sozialen Sicherheit gegenüberstellen, ebenso wenig wie sie ein „anstelle - von“ akzeptieren. Ihre Erfahrungen aus der DDR und der Bundesrepublik lehren, es gibt keine soziale Sicherheit ohne Freiheit, es gibt aber auch keine Freiheit ohne soziale Sicherheit und Gerechtigkeit.

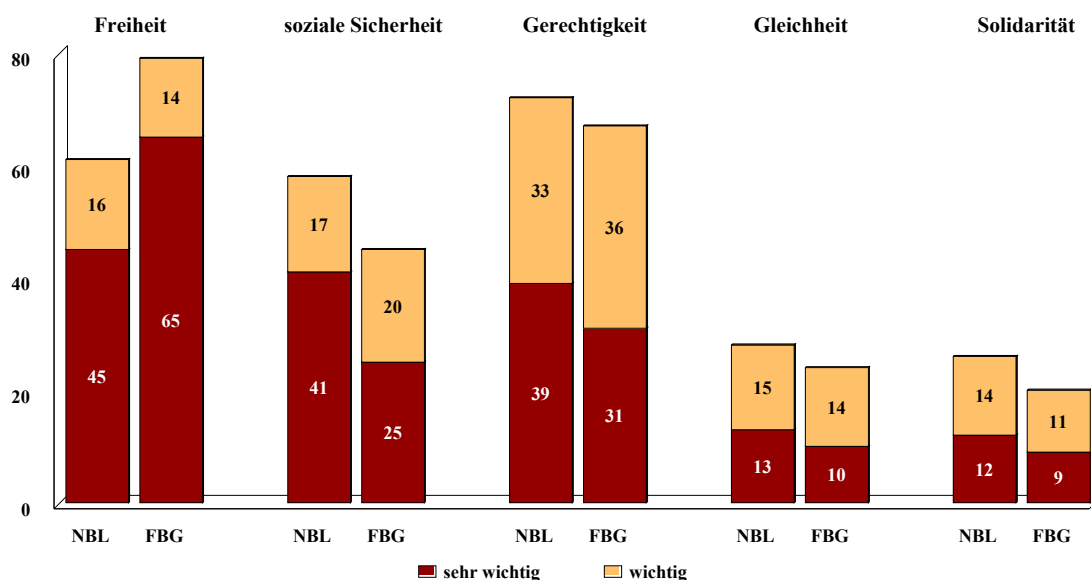
Arbeit, ein dem Einkommen entsprechender Lebensstandard, Gesundheit und Wohnen stehen im Zentrum der Wertehierarchie der Bürger in den neuen wie alten Bundesländern.

Gravierender Wertewandel trat in den neuen Ländern beim Stellenwert von Umwelt und Demokratie sowie bei jüngeren Befragten im Leben mit Kindern auf.

5.2.1 Grundwerte - Freiheit vs. soziale Sicherheit?

Das was Ost und West nach wie vor unterscheidet, sind die durch die Sozialisation und Lebensverläufe geprägten Wertestrukturen. Gerade für die Integration von Menschen in eine Gesellschaft, die auf anderen ökonomischen und kulturellen Strukturen beruht, für ihre Identifikation mit dem Neuen, sind Werte und Verhaltensstrukturen von besonderem Einfluss. Dabei wird - besonders in Deutschland - die sog. Wertegemeinschaft, der man sich einzuordnen habe, ins Gespräch gebracht, ohne allerdings zu sagen, um welche Werte es sich vor allem handelt, um humanistische, um religionsgebundene, um Frieden und Freiheit usw. usf. Oder überwiegt das Ökonomische im Sinne einer „Mehrwertgemeinschaft“? Ein Drittel der Deutschen will sich keinen christlichen Werten unterordnen, 2030 werden das mehr als die Hälfte aller in Deutschland lebenden Bürger sein. Zeit, über Werte und ihren Stellenwert für Bürger erneut nachzudenken.

Abbildung 5.5: Wie wichtig sind Ihnen nachfolgende Grundwerte - neue Bundesländer und Berlin-Ost/früheres Bundesgebiet (inkl. Berlin-West) - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

1990 wurde angenommen, dass sich die Wertestrukturen Ost- und Westdeutschlands rasch angleichen, was hieß, dass die Wertestrukturen der Bürger der neuen Bundesländer sich denen der alten „anpassen“ würden. Inzwischen haben sich seit 1993/94 relativ stabile Wertestrukturen herausgebildet, die

denen der alten Länder keineswegs gleichen, wenn auch Annäherungen in einzelnen Wertebereichen - z.T. unterschiedlich nach Altersgruppen - natürlich vorhanden sind. Insbesondere für ältere Menschen in Ost- wie Westdeutschland ist eine sich wandelnde, aber generell auch noch von der Sozialisation der vergangenen Jahrzehnte geprägte Wertestruktur charakteristisch.

Die Untersuchungen des Jahres 2014 belegen erneut:

- a) Hinsichtlich der Grundwerte sind Ost und West nach wie vor gespalten. Obwohl auch in den neuen Bundesländern inzwischen Freiheit an erster Stelle rangiert, ist diese für 65 % der Altbundesbürger am wichtigsten, im Gegensatz zu den Bürgern der neuen Bundesländer, von denen „nur“ 45 % für sich Freiheit am wichtigsten halten. Im Osten hat andererseits soziale Sicherheit für 41 % einen sehr hohen Rang, aber „nur“ für 25 % der Westdeutschen. Beide Positionen reflektieren keineswegs nur eine unterschiedliche Sozialisation, sondern auch die gegenwärtige soziale Lage, die im Osten nach wie vor stärker durch Verunsicherungen geprägt ist und den Stellenwert sozialer Sicherheit beeinflusst.
2014 war erstmals der Stellenwert der Freiheit in den neuen Bundesländern höher als die soziale Sicherheit.
- b) Kennzeichnend für die neuen Bundesländer ist zugleich ein stetiger Anstieg des Wertes „soziale Gerechtigkeit“, offensichtlich Ausdruck der als ungerechtfertigt empfundenen Ungleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.
- c) Für Ost wie West gilt eine deutliche Abnahme des Stellenwertes, den Solidarität für die Bürger in ihrem Leben hat - es bleibt ein Wert für ältere Bürger, jüngere zweifeln bzw. glauben nicht daran, dass Solidarität von ihnen eingefordert wird und für sie nützlich ist. Solidarität und Gleichheit nehmen im Vergleich zu Freiheit und sozialer Sicherheit einen nachrangigen Stellenwert ein. Es ist unverkennbar, dass die seit Jahren praktizierte Orientierung auf „Selbst“hilfe, „Selbst“-versorgung, „Selbst“-vorsorge, dass eine einseitige Orientierung auf Subsidiarität - nachdem Prinzip hilf Dir selbst, dann die Familie, dann die Gesellschaft - dass die ständige Konfrontation mit „Sozialmissbrauch“ und „Sozialasylanten“ solidarisches Verhalten systematisch abgebaut wurde. Auch die anfängliche Unterstützungswelle für Flüchtlinge 2015 war keineswegs eine Trendwende. Heute wird offen über die Solidaritätskrise in Europa und der Welt gesprochen, aber auch vorrangig, um zu „belegen“, dass das alles für Deutschland nicht gelte.
- d) Die Auffassung, dass die Ostdeutschen generell - nicht nur ältere - der Gleichheit den Vorrang vor der Freiheit gäben, ist eine von Medien im Interesse politischer Gruppierungen vorgenommene Wertung, die auch in der DDR nicht existierte und nachgewiesen wurde. Im Gegenteil - es gab ständig Unzufriedenheit und Diskussionen über die unzureichenden Differenzierungen z.B. im Einkommensgefüge und Gleichmacherei. Insofern waren die Lebensbedingungen relativ homogen, aber entsprachen keineswegs den „Gleichheitsvorstellungen“ der Bürger.

Im Einzelnen werden von den Bürgern der neuen Bundesländer folgende Aussagen getroffen:

Tabelle 5.3: Wie wichtig ist Ihnen ...? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -

	sehr wichtig	wichtig	teils/teils	weniger wichtig	am wenigsten wichtig	ohne Antwort
Freiheit						
neue Länder und Berlin-Ost	45	16	14	10	8	7
früheres Bundesgebiet	65	14	8	5	3	5
Soziale Sicherheit						
neue Länder und Berlin-Ost	41	17	17	11	8	6
früheres Bundesgebiet	25	20	24	17	11	3
Gerechtigkeit						
neue Länder und Berlin-Ost	39	33	19	5	3	6
früheres Bundesgebiet	31	36	22	5	2	4
Gleichheit						
neue Länder und Berlin-Ost	13	15	15	19	31	8
früheres Bundesgebiet	10	14	16	21	33	6
Solidarität						
neue Länder und Berlin-Ost	12	14	15	27	26	7
früheres Bundesgebiet	9	11	14	30	32	5

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Hervorzuheben ist generell eine in Ost wie West die Grundwertestruktur prägende Altersabhängigkeit, welche bei unter 40-jährigen Ostdeutschen offensichtlich auf dem zunehmenden Anteil der Sozialisationsjahre im vereinigten Deutschland und den damit verbundenen und vermittelten „Leitbildern“ beruht.

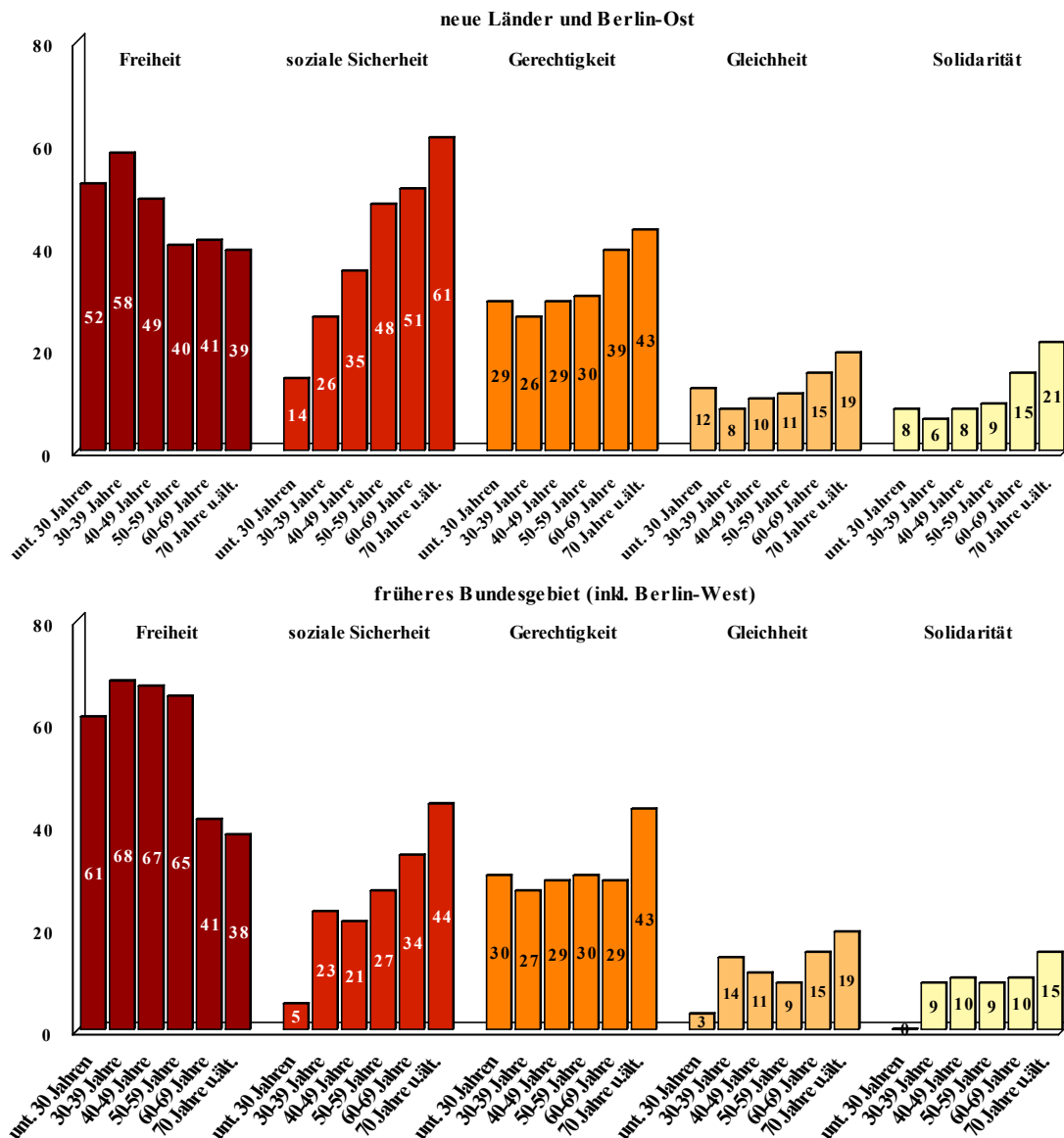
In den alten wie neuen Bundesländern wirken jedoch die spezifischen Lebensverhältnisse zusätzlich prägend. Bürger unter 40/50 Jahren geben im Osten der Freiheit, ältere der sozialen Sicherheit ein höheres Gewicht - beide Grundwerte verhalten sich in den Denkstrukturen scheinbar altersgegensätzlich. Das heißt aber nicht, dass ältere Ostdeutsche die Freiheit der Gerechtigkeit oder sozialen Sicherheit gegenüberstellen, ebenso wenig wie sie ein „anstelle - von“ akzeptieren. Ihre Erfahrungen aus der DDR und der Bundesrepublik lehren, es gibt keine soziale Sicherheit ohne Freiheit, es gibt aber auch keine Freiheit ohne soziale Sicherheit und Gerechtigkeit.

Analysen in Thüringen ergaben 2014, dass auf die Frage: „Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?“ 66 % der Bürger Sicherheit angaben und 27 % Freiheit.⁵⁶⁹. Ein relativ eindeutiges Votum - vorbehaltlich des Einwandes einer nicht akzeptablen Gegenüberstellung.

1989 war bereits nach wenigen Monaten klar, dass „Freiheit des Andersdenken“ nicht das alleinige Kriterium ist (wie viele wären dann in der Bundesrepublik unfrei?), sondern die Vielfalt von Freiheit in allen Lebensbereichen. Inzwischen wird z.B. schon wieder zu oft durch Politik und Medien festgelegt, wer richtig und wer falsch denkt, wer recht und wer unrecht hat, wessen Sicherheit wie auf Kosten der Freiheit zu begrenzen ist usw.

⁵⁶⁹ Thüringen-Monitor 2014, Thüringer Staatskanzlei 2015, T. A13.

Abbildung 5.6: Ausgewählte Grundwerte nach Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost/ früheres Bundesgebiet inkl. Berlin-West - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „sehr wichtig“)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Charakteristisch auch, dass Frauen - in Ost wie West - der sozialen Sicherheit einen deutlich höheren Stellenwert einräumen als Männer und Freiheit nachgeordnet sehen. So setzen Frauen im Westen mit 60 % die soziale Sicherheit auf Rang 1 (Ost 56 %) und Freiheit mit 49 % (Ost 47 %) auf Rang 2 - bei Männern in den alten Bundesländern steht soziale Sicherheit mit 40 % deutlich hinter den Werten der Frauen (Männer Ost 44 %). Die Unterschiedlichkeit des Lebensvollzugs und der Konfrontation mit den „Misslichkeiten“ des Lebens werden von Frauen mehr reflektiert als von Männern.

Die 1989/90 öffentlich artikulierten und demonstrierend erkämpften Freiheitsrechte wurden mehrheitlich als Freiheitsgewinne empfunden, die Erwartungen, die zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich aus Defiziten des DDR-Systems (im Vergleich zum Westen) resultierten, schienen für die Mehrheit der Bevölkerung mit der Vereinigung zunächst erfüllt. Erst allmählich begannen grundlegende Freiheitsgüter wie Arbeit und Zukunfts- sowie soziale Sicherheit sich für Teile der Bevölkerung als neue Freiheitsdefizite herauszustellen - nicht vorrangig im Vergleich zur DDR, sondern vor allem im Vergleich

zu ihren Erwartungen an das neue, vereinigte Deutschland und damit verbundene spezifische Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern.

Freiheit bedeutete letztlich für die Bürger der neuen Bundesländer vor allem Wahlfreiheit: über den Ort, wo ich leben will, über den Beruf, den ich erlernen möchte, über den Arbeitsort, die Länge und Lage der Arbeitszeit, über die Zahl, Termin und zeitlichen Abstand der Geburt von Kindern, über die Wahl der Religion, über das, was die Presse schreibt und die Medien verkünden, darüber, wohin ich reisen möchte usw. Aber Freiheit ist nicht es zu wollen (dann wäre die Freiheit in der DDR möglicherweise größer als in der Bundesrepublik gewesen), sondern es auch zu können und nicht ökonomischen, sozialen oder politischen Begrenzungen/Verboten zu unterliegen. Letztlich muss jeder Bürger selbst prüfen, wie groß seine Freiheit ist, wie viel Freiheit er hat und wo seine Freiheiten eingeschränkt werden! Zugleich darf Freiheit nicht nur individualisiert werden - es geht um Freiheiten der Menschen, der Frauen wie Männer, der Jungen wie der Alten, der Deutschen wie der Amerikaner oder Russen usw. - es geht um Verhältnisse „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.⁵⁷⁰

Es ist Schorlemmer zuzustimmen, wenn er schreibt: „Das westliche Leben führte in die Freiheit und zugleich in sehr alte Strukturfragen, die diese Gesellschaft jetzt mehr denn je prägen. Wie komme ich weiter, wie setze ich mich gegen andere durch, wo liegt der größte Vorteil für mich? Vereinzelung statt Suche nach Verbündeten, für das Mühen um eine solidarische Gemeinschaft in verantwortungsbewusster Freiheit.“⁵⁷¹

Insofern ist auch in der Bundesrepublik Freiheit nicht, dass jeder machen kann was er will - obwohl dieser Eindruck von Teilen der Politik und Medien versucht wird zu vermitteln. Wenn Freiheit zur Rechtfertigung jeglichen Handelns wird, wenn sie unter dem Vorwand der Befreiung Tausende das Leben kostet und Millionen zum Verlassen ihrer Heimat zwingt, wird sie unglaublich. Es ist schon zur Normalität geworden, militärische Einsätze in weit entfernten Regionen wegen Schutzes der Freiheit (Deutschlands, Europas, der Wertegemeinschaft) durchzuführen bzw. zu fordern oder zu rechtfertigen. Was nutzt Meinungsfreiheit, wenn jeder Geheimdienst in USA, Russland, Deutschland, England usw. jede Minute und Sekunde ab- und mithört, Gesagtes konserviert, um es unter der Forderung nach „Terrorismusbekämpfung“ gegen andere Staaten, Bevölkerungen sowie die eigene Bevölkerung einzusetzen. Das Problem besteht darin, dass es die guten und die bösen Geheimdienste gibt, deren Kriterien leicht festzumachen sind: die Bösen sind immer die anderen. Insofern erweist sich auch „Freiheit“ als ein Wert, der aufs Spiel gesetzt und missbraucht wird, um „eigene“ Interessen durchzusetzen. Die Feststellung von Marx: „Kein Mensch bekämpft die Freiheit: er bekämpft höchstens die Freiheit der andern“ hat nach wie vor volle Gültigkeit.

So wird z.B. das Leben und damit die Freiheit der syrischen Bevölkerung durch den „Islamischen Staat“ ebenso begrenzt wie durch das Assad-Regime und die Kampfeinsätze der USA, der Franzosen, der Russen, der Deutschen usw.

Die Freiheit der Flüchtlinge wird begrenzt durch die Grenzsicherungen ebenso wie durch die allgemeinen - medial produzierten und politisch abgesicherten - Vorbehalte der überwiegenden Zahl der Bürger in Deutschland bzw. Frankreich, Polen, Lettland usw. Ein Klima der Angst vor dem Fremden wird erzeugt zur Wahrung eigenen Besitzstandes.

⁵⁷⁰ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, Dietz-Verlag, Berlin 1959, S. 482.

⁵⁷¹ Schorlemmer, Friedrich: Einmischung! Veränderung!, ND v. 12.01.2012, S. 3.

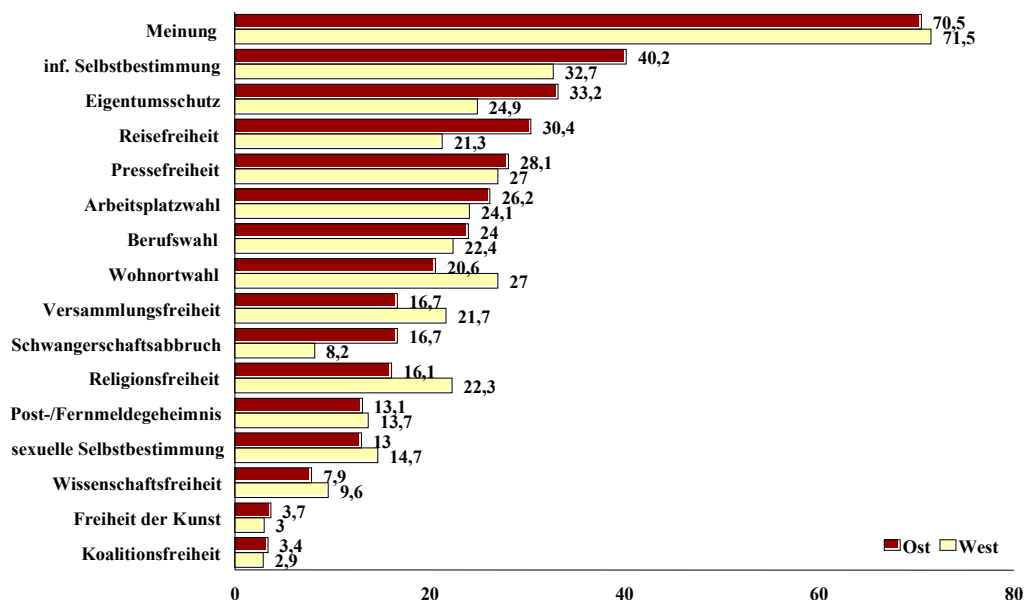
Generell wird auch in Deutschland (Europa) die Freiheit der Herrschenden gesichert durch Begrenzungen der Freiheit anderer. Das reicht vom praktizierten politischen Programm des Sozialabbaus im Inneren, durch eine nicht angestrebte Sozialunion in der EU auf Kosten der „ärmeren“ Länder - oder anders formuliert - durch Besitzstandswahrung mittels einer sich ausbauenden Ungleichheit der Lebensverhältnisse.

Freiheit des Individuums kann auch nicht individualistisches entsolidarisiertes Handeln sein. Das gegenseitige Solidarverhalten der politischen und ökonomischen Eliten ist inzwischen unvergleichbar größer als das der Arbeitnehmer und sozial Schwachen. Freiheit ist aber auch gemeinschaftliches, solidarisches Zusammenwirken im Interesse sozialen Fortschritts.

Eine 2012 in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost durchgeführte Befragung, was der Einzelne unter **Freiheit** versteht, die zugleich in Niedersachsen durchgeföhrt wurde, ergab:

- in den Grundstrukturen übereinstimmende Positionen, mit hohem Gewicht der Meinungsfreiheit in Ost wie West;
- Schutz von Daten (informelle Selbstbestimmung) wie von Eigentum an zweiter Stelle;
- hohe Übereinstimmung bei Pressefreiheit, Freiheit der Arbeitsplatz- und Berufswahl;
- erkennbare Unterschiede mit höherem Gewicht im Osten bei Eigentumsschutz (Kriminalitätserfahrung), Reisefreiheit (DDR-Defizit), Freiheit des Schwangerschaftsabbruchs (geringere Bindung an religiöse Werte);
- höhere Wertigkeit im Westen (Niedersachsen) liegt vor bei Wohnortwahl, Versammlungsfreiheit, Religionsfreiheit.

Abbildung 5.7: Stellenwert von Inhalten des Begriffs „Freiheit“ - Vergleich neue Länder und Berlin-Ost sowie Niedersachsen - 2012 - in Prozent -



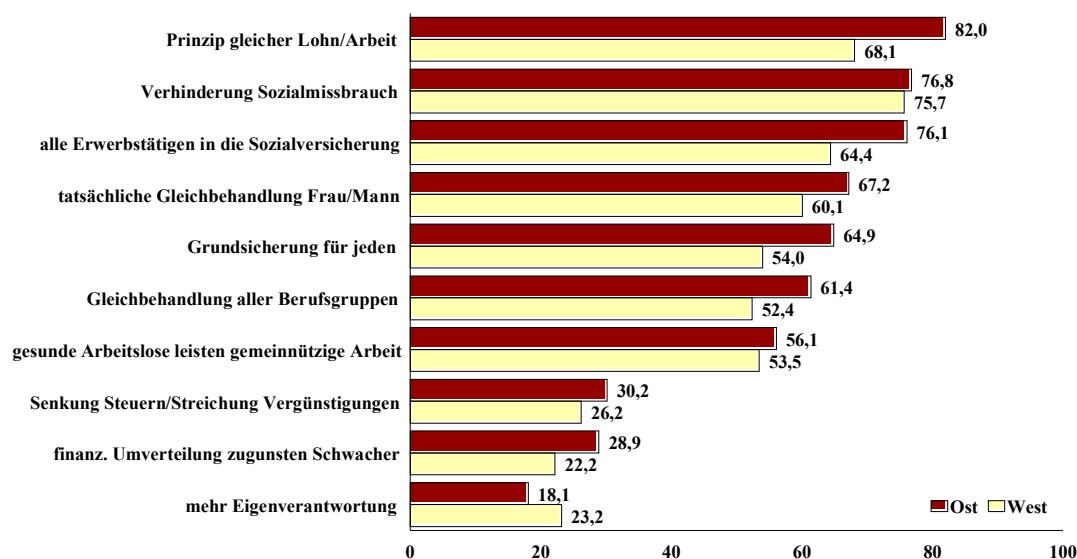
Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Ein analoges Bild ergeben die Antworten auf die Frage nach den Merkmalen, die der Einzelne vor allem **sozialer Gerechtigkeit** zuordnet.

Auch hier gilt eine im Großen und Ganzen vergleichbare Grundstruktur.

- Im Osten rangiert an erster Stelle das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“, sicher auch vor dem doppelten Hintergrund seiner Verletzung nicht nur zwischen Frauen und Männern bzw. Betrieben mit und ohne Tarifbindung, sondern vor allem zwischen Ost und West.
- Wenn im Westen (Niedersachsen) Sozialmissbrauch an erster Stelle rangiert (Ost 2. Stelle), so reflektiert das politisch und medial erzeugte Auffassungen über Ausmaß und Umfang an Missbrauch. Obwohl nachweislich der Missbrauch nur zwischen 3 bis 7 % angegeben wird, wurde ein Klima erzeugt, welches jeden Empfänger von Sozialleistungen (Hartz IV/Grundsicherung/Sozialhilfe usw.) als asozial, faul, arbeitsunwillig usw. kennzeichnet.
- Insgesamt verstehen aber mehr als die Hälfte aller befragten Bürger unter sozialer Gerechtigkeit doch: eine alle Erwerbstätigen erfassende Sozialversicherung, die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frau und Mann, eine Grundsicherung für alle in „Notfällen des Lebens“ (Arbeitslosigkeit, Alter, Pflege), die Gleichbehandlung von Berufsgruppen.
- Forderungen nach „Umverteilung“ werden in Ost wie West nur von einem Viertel bzw. Drittel der Befragten getragen - sicher einerseits, weil zu viele (aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre) meinen, dass doch die Mehrheit und nicht die reiche Minderheit davon betroffen sein würde und andererseits (siehe oben), weil die Auffassung, dann den „Faulen“ zu helfen, vorherrschend ist.

Abbildung 5.8: Was sind für Sie Merkmale sozialer Gerechtigkeit? - Vergleich neue Länder und Berlin-Ost sowie Niedersachsen - 2012 - in Prozent - (nur Antwort: „vor allem“)



Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Wenn auch Solidarität für ältere Menschen einen höheren Stellenwert als für junge Menschen hat, so ist eine weitgehende „Entsolidarisierung“ in der Gesellschaft unverkennbar. Das ist sicher nicht nur dem gestiegenen Wohlstand geschuldet, nach dem Motto: „In Notzeiten ist die Solidarität unter den Menschen erfahrungsgemäß größer als in Zeiten des Reichtums. Gegenseitiger Neid entsolidarisiert.“⁵⁷²

Solidarität wird heute von den Politikern aller Parteien und großen Interessenverbänden genutzt. Es geht dabei nicht immer und vorrangig um gegenseitige Hilfe, um das Sorgen um den Nächsten, um

⁵⁷² Schorlemmer, Friedrich: Selig sind die Verlierer, pendo-verlag, Zürich 1996, S. 11.

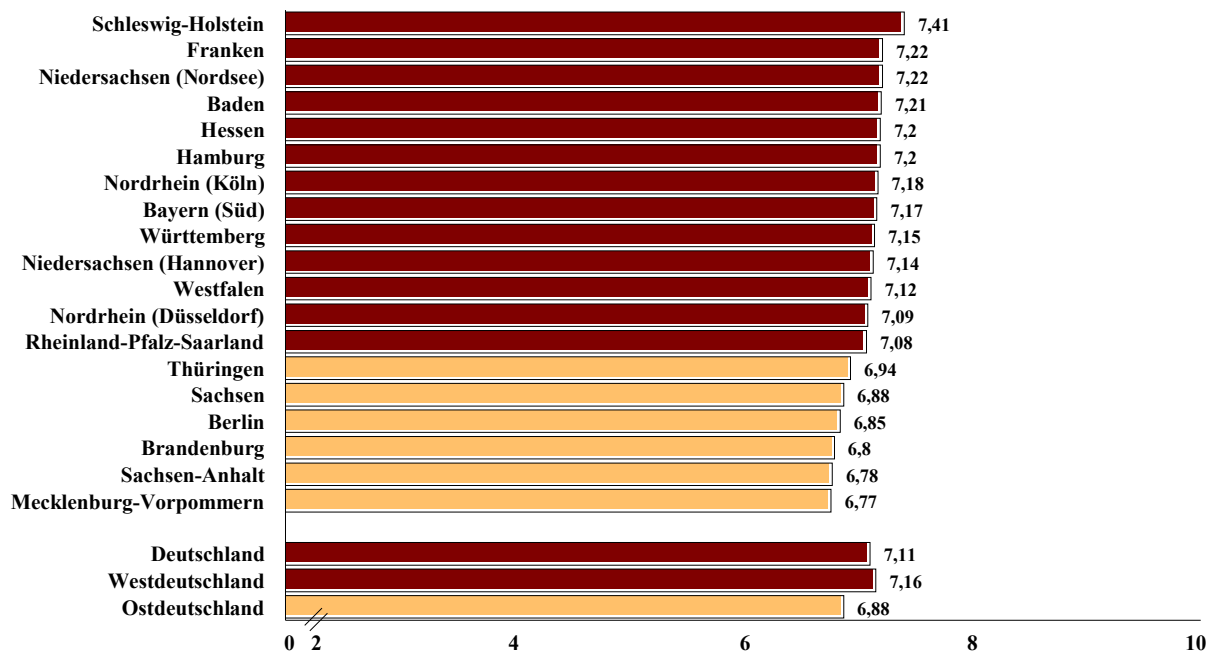
Unterstützung für jene, die der Hilfe bedürfen. Die „Jahrhundertflut 2013“ hat belegt, wie ausgeprägt in Deutschland - Ost wie West - praktisches und unmittelbar zielgerichtetes solidarisches Verhalten ist. Die Politik hat das auch hinreichend zu würdigen gewusst. Trotzdem gibt es gegenüber einer „allgemeinen“, nicht genau definierten „Solidarität“ viele Vorbehalte, die mit „Solidarität für Griechenland“ oder Spanien usw. auch noch missbraucht wird. Aus Sicht der Bürger geht es zunehmend (auch über Ländergrenzen hinweg) um eine als Solidarität gekennzeichnete Umverteilung von Nichtbesitzenden zu Besitzenden, von Armen zu Reichen, von einer Generation zur anderen usw. Mit „Solidarität“ wurde einst das deutsche Sozialleistungssystem begründet, mit „Solidaritätssphrasen“ wird es gerade wieder abgebaut. Es steht selbst den vielen Verkündigungen entgegen, wenn über die Hälfte der Ostdeutschen und fast zwei Drittel der Westdeutschen Solidarität als Wert für „weniger“ bzw. „am wenigsten wichtig“ halten. Nicht zufällig entstand bereits 2003 eine Publikation mit dem Titel „Ende der Solidarität? - Die Zukunft des Sozialstaats“⁵⁷³, in der aus unterschiedlichster Sicht der Rückzug des Staates aus seinen solidarischen Verpflichtungen beschrieben und belegt wird.

Auf detailliertere Aspekte der Positionen zu sozialer Sicherheit - sozialer Gerechtigkeit - Solidarität wird im Kapitel 6 eingegangen.

Glück hat auf die Dauer nur der Tüchtige

Die Zahl der Sprichworte zum „Glück“ würde Seiten füllen und alles bieten, was an Unterschiedlichkeiten und Gegensätzlichkeiten existiert. Seit einigen Jahren veröffentlicht die Deutsche Post den „Glücksatlas Deutschland“. Namhafte Soziologen - so u.a. Prof. B. Raffelhüschen (Mitglied der Rürupkommission 2002 - 2003) - erarbeiten jährlich mit Fördermitteln die „Glücksanalyse“ in Deutschland lebender Bürger anhand vorliegender Daten im Auftrag der Post.

Abbildung 5.9: Allgemeine Lebenszufriedenheit - 2016 - Deutschland nach Regionen (Skala von 0: sehr unzufrieden bis 10: sehr zufrieden)



Quelle: Glücksatlas 2016, Deutsche Post AG

⁵⁷³ Deufel, K./Wolf, M. (Hrsg.): Ende der Solidarität? - Die Zukunft des Sozialstaats, Herder Verlag, Freiburg 2003.

Nun kann weder eine Gesellschaft noch ein Land „glücklich“ sein, sondern immer nur seine Bürgerinnen und Bürger. Ob es ein „öffentliches“ Glück gibt oder nur individuelles, personenbezogenes soll hier nicht vertieft werden, aber „Glück des Einen - Leid des Anderen“ verweist zumindest darauf, dass das Gemeinwesen durchaus Einfluss auf die Rahmenbedingungen hat, wessen Glück der Staat mehr befördert und wessen weniger. Glück hängt an der Gestaltung des individuellen Lebens, drückt Lebenszufriedenheit, Lebensqualität, Wohlbefinden aus.

Für viele der Älteren waren es glückliche Stunden als 1945 der mörderische Krieg mit Wehrmacht und Bombennächten beendet wurde und man lebte - und das ohne Angst vorm Sterben durch Andere.

Sicher ist glücklich zu sein vorrangig eine zutiefst individuelle und emotionale Aussage und nicht zwingend mit allgemeiner Zufriedenheit oder Einkommenszufriedenheit deckungsgleich, aber solche Bezüge sind durchaus aussagefähig, aber nur dann, wenn man sich bemüht, Ursachen für Entwicklungen seriös zu analysieren.

Insofern beruht die Grundaussage des Glücksatlas auf der Beantwortung der Frage: Wie zufrieden sind Sie alles in allem gegenwärtig mit ihrem Leben? (auf der Skala von 0 bis 10).

Zu den getroffenen Hauptaussagen gehört:

- a) ***Die Deutschen sind glücklicher als vergangenes Jahr. Das beruht vor allem darauf, dass die Westdeutschen zufriedener wurden, während die Ostdeutschen zwar auch noch zufrieden sind, aber in geringerem Maße als 2015. Stieg die durchschnittliche Zufriedenheit in Westdeutschland von 7,05 auf 7,16, so sank sie im Osten (inkl. Berlin) von 6,90 auf 6,88!!***

Ob diese geringe Veränderung reicht, festzustellen, dass der Osten weniger glücklich ist als im Vorjahr, dürfte zumindest mit einem Fragezeichen versehen werden. Werden die einzelnen Länder herangezogen passiert genau das, was den Medien zu Schlagzeilen verhilft: „die Zufriedenheit im Osten sinkt“ (Deutsche Post), „Der Westen lacht, der Osten schmolzt“ (Spiegel-online 18.10.16), „die skeptischen Deutschen wohnen im Osten“ (Abendzeitung Bayern v. 19.10) usw. usf. Die alten Klischees werden bedient: der Osten ist einfach nicht zufriedenzustellen. Dabei stimmt die Grundaussage bei näherer Betrachtung nicht, da sich die Autoren der Studie des zunehmend gängigen Verfahrens bedienen, einfach Berlin mit einzurechnen. Fakt ist aber, dass alle fünf neuen Bundesländer steigende Zufriedenheitswerte aufweisen - nur Berlin nicht - aber im Durchschnitt sinkt dadurch der Osten.

- b) ***Warum die (steigende!) Zufriedenheit im Osten sinkt, darüber können die Forscher nur spekulieren, denn „die Realeinkommen in Ostdeutschland sind satt gestiegen“ (B. Raffelhüschen).***

Nun bestreitet sicher niemand, dass die Einkommen der Mehrheit der Ostdeutschen (Erwerbstätige wie Rentner) in den vergangenen Jahren gestiegen sind. Das macht zufriedener, aber Prof. Raffelhüschen müsste doch wissen, dass das verfügbare Einkommen je Einwohner in den neuen Ländern mit 18.045 Euro nur 82,6 % der Westeinkommen ausmacht (21.845 Euro). Er müsste auch wissen, dass das Alterseinkommen (auch dank der Rürupkommission mit sinkendem Niveau im Verhältnis zu den Erwerbseinkommen) nur bei 72 % der Westalterseinkommen liegt⁵⁷⁴. Er müsste auch wissen, dass die Löhne, dass der aktuelle Rentenwert, dass die Mütterrente, dass die Mindestlöhne für Pflegekräfte usw. usf. ebenso deutlich unter Westniveau liegen wie die Arbeitslosenquote und der Anteil Niedriglohneempfänger darüber. Ganz Deutschland weiß, dass Mecklenburg-Vorpommern über mehr als zwei

Die offiziellen Wertungen zum Glück in den neuen Ländern, lassen - eingedenk des Sprichwortes, dass Glück auf die Dauer nur der Tüchtige hat - letztlich nur die Schlussfolgerung zu, dass im Westen eben die Tüchtigeren leben (was man eigentlich schon wusste).

⁵⁷⁴ Siehe hierzu Winkler, Gunnar: Die friedliche Revolution 1989 bis 2015, Bernau 2016, Kap. 2, www.gunnarwinkler.de

Jahrzehnte durch hohe Abwanderung und Rückbau der Infrastruktur gekennzeichnet wurde - man könnte - wenn man denn wollte - schon erklären, warum Mecklenburg-Vorpommern am Ende der Skala Platz 19 einnimmt und gemeinsam mit den anderen neuen Bundesländern überwiegend die letzten Ränge.

Tabelle 5.4: Ranking-Plätze bezogen auf die einzelnen Lebensbereiche (Arbeit/Haushaltseinkommen/Gesundheitswesen/Wohnen-Freizeit) - Platz unter 19 Regionen - 2016 -

Bundesland	insgesamt	Arbeit	verfügbares Haushaltsnetto- einkommen	Gesundheit	Wohnen Freizeit
Thüringen	14	19	16	14	5
Sachsen	15	13	18	15	18
Brandenburg	17	18	19	19	19
Sachsen-Anhalt	18	17	17	17	8
Mecklenburg- Vorpommern	19	4	15	16	17

Quelle: Glücksatlas 2016, a.a.O.

Glücklich zu sein ist letztlich individuelles Empfinden von den eigenen Lebenschancen, von der sozialen und ökonomischen Umwelt, aber auch der jeweiligen gesundheitlichen Situation, der eigenen Entwicklung im Verhältnis zu ursprünglichen Zielen, der familiären Situation usw.

Die Mehrheit der Ostdeutschen war 1990 glücklich, zur Vereinigung beigetragen zu haben und sie gestalten zu können. Sie vertrauten ihren eigenen Fähigkeiten und Kräften und sahen in der Bundesrepublik bessere Bedingungen, diese für Veränderungen nutzen zu können als in ihrem Leben zuvor. Im Laufe der Jahre sank der eigene Anspruch und die gegebenen Möglichkeiten, Unzufriedenheit machte sich breit - aber ob die Menschen deshalb unglücklicher waren, ist zumindest anzuzweifeln. Sie wurden rasch in die Schmutzdecke Deutschlands gestellt, aus der sie bis heute nicht entkommen konnten - nicht weil sie nicht wollten, sondern weil ihnen die Bedingungen dafür vor allem im Bereich der Wirtschaft entzogen wurden.

2015/2016 wurde ihnen medial (und mittels wissenschaftlicher Analysen) klar gemacht, dass sie eigentlich zufriedener d.h. glücklicher sein müssten. Ihre Erfahrungen der letzten 15/20 Jahre lehrten sie aber, dass sie immer noch nicht gleichberechtigt, gleichwertig behandelt werden. Dann kam hinzu, dass sich eine zunehmende Furcht damit verband, dass sie mit der steigenden Zahl der Zuwanderer die wenigen Chancen teilen müssten bzw. erneut zurückstehen würden. Das macht sie nicht generell unzufrieden, aber besorgt - und viele von ihnen unglücklich hinsichtlich ihrer Zukunft.

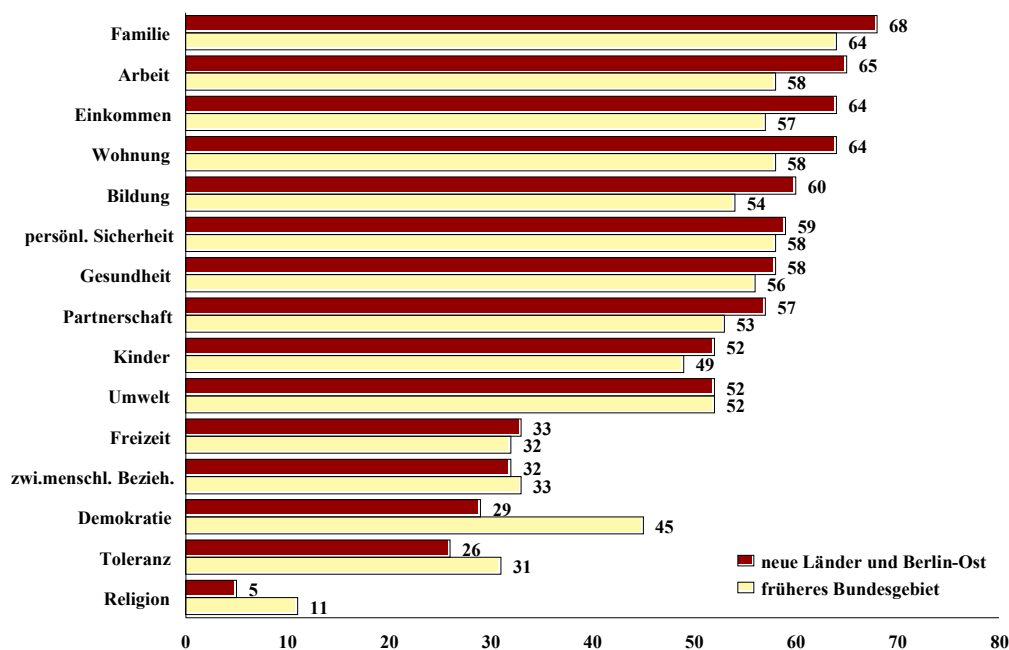
5.2.2 Wertestrukturen

Für die Menschen Ostdeutschlands ist die Vereinigung nicht nur mit einschneidenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, im Bereich der Konsumtion, im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen u.a. verbunden, welche die Grundwerte beeinflussen, sondern - wie eingangs bereits festgestellt - gleichermaßen damit, dass nach wie vor individuelle Wertestrukturen sich relativ stabil verhaltend, mit einem nicht generell adäquaten vorherrschenden Wertesystem der Menschen in Westdeutschland konfrontiert wurden und werden. Eine schrittweise „Anpassung“ über Jahrzehnte wird nicht nur von veränderten Altersstrukturen (Nachrücken jüngerer Jahrgänge) „positiv“ beeinflusst, wie gleichermaßen die unterschiedlichen Sozialisierungen und Traditionen immer noch stabilisierend auf Wertehierar-

chien wirken. Ein Problem wird das alles erst dann, wenn westdeutsche Wertestrukturen de facto in Politik und Medien „normensetzend“ und auftretende „Abweichungen“ vorrangig negativ gewertet werden.

Betrachtet man die seit 1990 nunmehr in 25 Wellen erfassten Wertestrukturen und Werte„gewichten“, so ist festzustellen, dass Arbeit und Familie, ebenso wie Wohnen und ein dem Einkommen entsprechender Lebensstandard nach wie vor im Zentrum des Wertegefüges der Bürger in den neuen (wie den alten) Bundesländern stehen.

Abbildung 5.10: Wertestrukturen im Ost-West-Vergleich - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ist mir sehr wichtig“)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

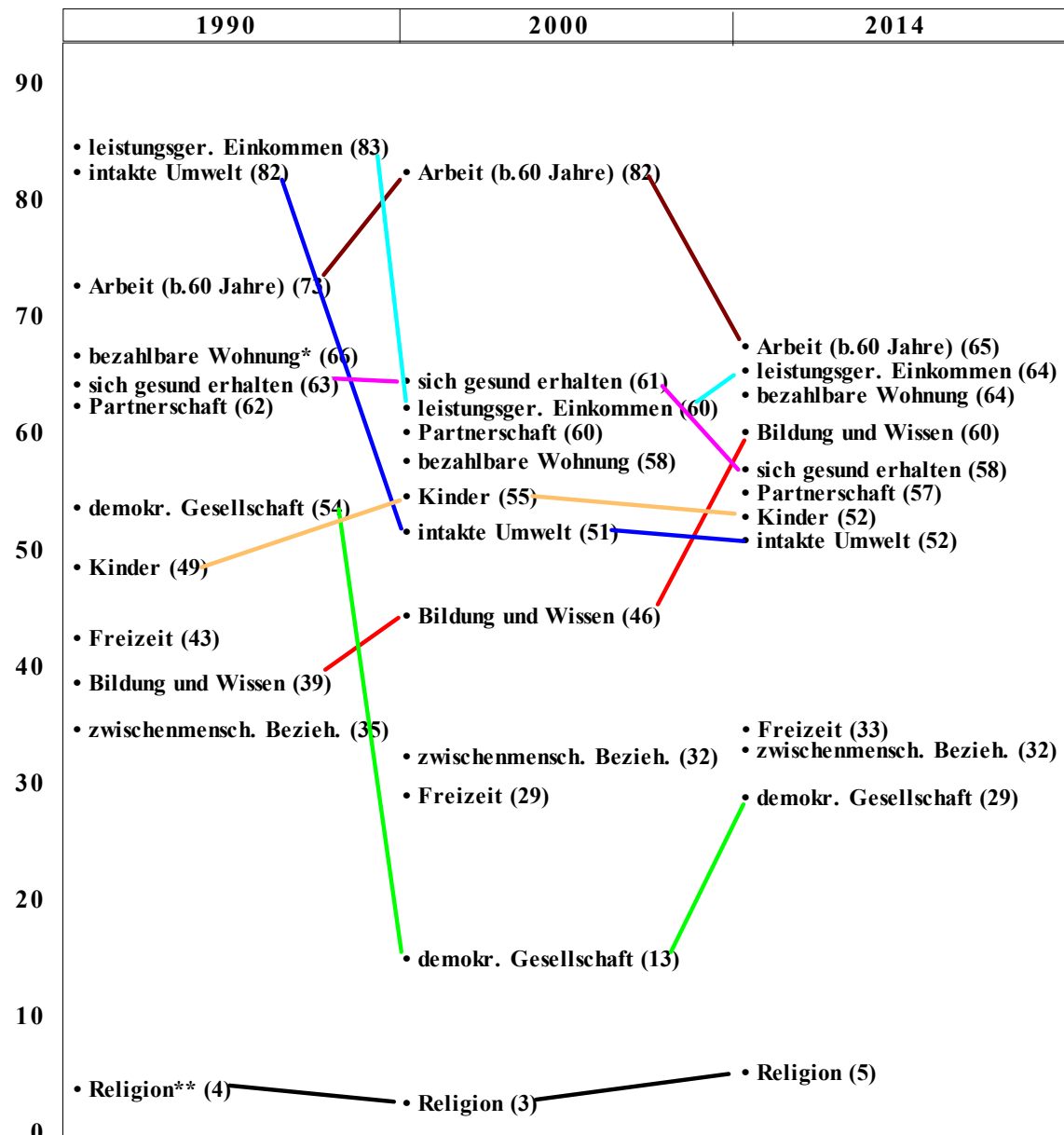
Für 65 % ist/war Arbeit für die Bürger (2014) in ihrem Leben sehr wichtig und nimmt mit der Familie (68 %) die ersten Plätze in der Wertestruktur ein.

Der Stellenwert der Arbeit ist Reflex der realen Wirkungen, welche diese auf das Leben des Einzelnen und seiner Familie haben, einschließlich der von der Lebensarbeit abhängigen Alterseinkommen. Dabei handelt es sich zugleich um jenen Bereich, in dem der Einschnitt für alle - unabhängig von Alter, Geschlecht und Qualifikation - am gravierendsten ist/war. Neben die für Ostdeutsche völlig neuen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit, Ersatzbeschäftigung in befristeten und Billigarbeitsplätzen, fehlenden Arbeitsplätzen für Jugendliche, Frauen und Behinderte ist die Sorge um ein damit erzielbares Lebensstandard sicherndes Einkommen - bis zu den damit verbundenen Wirkungen auf das Alterseinkommen - getreten.

Für den Einzelnen wichtige Lebensbedingungen wie Umwelt oder Freizeit haben inzwischen nicht mehr den Stellenwert, den sie unmittelbar im Zeitraum 1989 bis 1991 hatten. Verbessertes Konsum, Reisen, gesündere Umwelt, bessere Wohnungen und Wohnumfeld waren nicht zuletzt bei der Mehrheit der Bürger vor allem die Lebensbereiche, in denen Änderungen erwartet wurden. Auch heute sind sie noch wichtig, aber anderes - nicht zuletzt auch aufgrund eingetretener Entwicklungen - hat ihnen gegenüber an Bedeutung gewonnen.

Die Veränderungen lassen jedoch den Schluss eines generellen Wertewandels, z.B. von einer arbeitsorientierten zur freizeitorientierten Gesellschaft, keinesfalls zu. Es scheint eher die Frage berechtigt, in welchem Maße es sich um einen Bedeutungsgewinn für den Einzelnen handelt, der keineswegs mit veränderten Werten, sondern eher mit dem Erfassen und Begreifen von Werten zusammenhängt, die zeitweilig nicht mehr so bewusst wahrgenommen wurden oder so im Vordergrund standen.

Abbildung 5.11: Wertestruktur - neue Länder - 1990/2000/2014 - in Prozent -
(nur Antwort: „sehr wichtig“) Frage: „Wie wichtig sind für Sie die folgenden Dinge ...?“



* 1993 ** 1992

Datenbasis: sfz/leben 1990/2000/2014 (gew.)

Die Abbildung 5.11 verdeutlicht:

- eine relativ hohe Stabilität über den Gesamtzeitraum bei den Werten Wohnung, zwischenmenschliche Beziehungen, Religion;
- einen steigenden Stellenwert vor allem bei Bildung, welche heute stärker soziale Lebenslagen bestimmt und eine höhere Eigenverantwortung erfordert als 1990. Das gilt zumindest teilweise auch für Arbeit, mit einem enormen Bedeutungsgewinn in den Jahren um 2000 im Ergebnis der Sozialreformen und die rückläufige Entwicklung mit verbesserten Arbeitsmarktdaten bzw. der erkennbaren Rücknahme von sozialpolitischen Maßnahmen;
- Wertebereiche, welche - im Vergleich zu 1990 - einen deutlichen Bedeutungsverlust erkennen lassen wie Umwelt, Demokratie, aber auch ein leistungsgerechtes Einkommen, welches vor allem nach 2000 an Gewicht gewinnt, offensichtlich auch beeinflusst durch absinkende Einkommen durch eine Sozialreformenpolitik z.B. mit Zunahme prekärer Beschäftigung und sinkendem Rentenniveau.

Wertestabilität ebenso wie erfolgter Wandel in den Wertestrukturen und Werteniveaus werden in unterschiedlichem Maße als Wertegewinn, Werteverfall, Werteüberhang usw. empfunden und beschrieben. Gleichermaßen wird seit Jahren auch die Frage erhoben, ob es sich bei den Denk- und Verhaltensweisen der Ostdeutschen nicht ebenso um „Altlasten“ handelt wie um „Zukunftspotenzial“ für ganz Deutschland.⁵⁷⁵ Die Antworten fallen je nach politischen Positionen unterschiedlich aus. Insgesamt bleibt jedoch festzuhalten, dass eine Entwertung der Werte in den neuen Bundesländern nicht erfolgte, ebenso wenig wie die generelle „Übernahme“ des westdeutschen Wertesystems. Damit bleiben - zumindest noch gegenwärtig - wesentliche Bedingungen für die Fortexistenz einer Ostidentität als Teil einer neuen deutschen Identität erhalten.

Wertewandel ist naturgemäß nicht nur eine Frage der Veränderungen Ost-West, sondern gleichermaßen zwischen den Generationen. Dieses Verhältnis erhält durch die Ost-West-Problematik zusätzliches Gewicht, da sich die Sozialisation der Jüngeren zunehmend nach 1990 - beeinflusst von Familie und sozialem Umfeld - vollzog. Im Wertewandel jüngerer Ostdeutscher reflektieren sich sowohl die „normalen“ altersabhängigen Unterschiedlichkeiten als auch ein „Hineinleben“ in bundesdeutsche Wertestrukturen der jeweiligen Altersgruppe.

Charakteristisch ist, dass innerhalb der neuen Bundesländer durchaus von einem teilweisen altersabhängigen Wertewandel gesprochen werden kann. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die 2014 erfassten über 60-jährigen Bürger 1990 zu rd. 2/3 noch 40 bis 60 Jahre waren und in ihren Wertevorstellungen gleichermaßen einen „Wandel“ vollzogen - in Abhängigkeit von den Realitäten des „Transformationsprozesses“.

Kennzeichnend sind beim Vergleich Jüngere und Ältere (vgl. Tabelle 5.5) vor allem bei Jüngeren der abnehmende Stellenwert von Arbeit für das eigene Leben, die gesunkene geringe Wertigkeit von Gesundheit, aber auch der insgesamt gesunkene Stellenwert von Demokratie - mit gegenläufiger Tendenz seit Mitte des letzten Jahrzehnts - nicht zuletzt beeinflusst vom Erstarken außerparlamentarischer Bewegungen (Stuttgart/Die Piraten) bei zunehmender Verdrossenheit gegenüber traditionellen Parteien - sowie der Stellenwert von Religion auf niedrigstem Niveau.

⁵⁷⁵ Hradil, St.: Die Modernisierung des Denkens, Zukunftspotential und „Altlasten“ in Ostdeutschland, APuZ 20/1995, S. 3 ff.

Tabelle 5.5: Wertewandel im Vergleich zwischen jüngeren (unter 30 Jahren) und älteren (ab 60 Jahre) Jahrgängen - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „*ist mir sehr wichtig*“)

	neue Länder und Berlin-Ost						früheres Bundesgebiet	
	1990		2000		2014		2014	
	bis 30 Jahre	ab 60 Jahre	bis 30 Jahre	ab 60 Jahre	bis 30 Jahre	ab 60 Jahre	bis 30 Jahre	ab 60 Jahre
Bildung	53	25	54	37	60	61	44	57
Arbeit	65	43	66	54	60	64	50	62
Kinder	48	43	33	55	31	51	38	51
Einkommen	86	72	52	54	60	65	56	58
Freizeit	54	30	41	17	48	23	35	20
Gesundheit	55	71	48	73	37	67	42	63
Demokratie	58	42	15	12	29	28	45	44
Religion	2	4	2	4	4	6	7	15

Datenbasis: sfz/leben 1990/2000/2014 (gew.)

Insgesamt ist im Ost-West-Vergleich (2014) eine weitgehend in ihren Grundstrukturen vergleichbare Wertehierarchie erkennbar:

- Die „wichtigsten“ Werte werden im Osten mit 4 bis 8 Prozentpunkten höher angegeben (Familie, Arbeit, Einkommen), was offensichtlich auch einem unterschiedlichen realen Niveau entspricht und den daraus abgeleiteten Bedarfen.
- Im mittleren Bereich der Werteskala gibt es eine wesentlich höhere Übereinstimmung, welche als „normale Erhebungsabweichung“ zu kennzeichnen ist - zugleich eine relative Konzentration auf stärker personenabhängige Werte (Partnerschaft, Kinder, persönliche Sicherheit).
- Die Werte Umwelt und Demokratie gehörten zu den Werten, die 1990 im Rahmen der Aktivitäten 1989/1990 einen besonderen Stellenwert hatten (Umwelt 82 % sehr wichtig/Demokratie 54 %) und inzwischen erkennbaren „Abwertungen“ unterlagen. Das betrifft die inzwischen eingetretenen Veränderungen, welche z.B. im Bereich der Umwelt verbunden waren mit einer Deindustrialisierung, die gewissermaßen „automatisch“ Verbesserungen der Umwelt, aber zugleich hohe Arbeitsmarktrisiken mit sich brachten. Im Gegensatz dazu ist die Demokratie gepaart mit den als nicht hinreichend empfundenen Mitwirkungsmöglichkeiten in den neuen Bundesländern und der Einsicht, dass alleine demokratische Wahlen für die Ausgestaltung einer Demokratie nicht ausreichen, was zu einer unverkennbar geringeren Wertigkeit im Osten führt.

Dabei ist zugleich zu beachten, dass z.B. beim Stellenwert von Arbeit über die für Ostdeutsche zunächst völlig neuen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit hinaus, inzwischen Ersatzbeschäftigung in befristeten, Leiharbeits- und Billig- sowie prekären und fehlenden Arbeitsplätzen getreten ist.

5.3 Gleichstellungsvorsprung - Gleichstellungsrückstand

Trotz patriarchalischer Grundstrukturen hat die in der DDR realisierte Emanzipation von oben zu einem Gleichstellungsvorsprung geführt.

Frauen waren 1989/90 in großer Zahl am revolutionären Prozess und am Kampf für Freiheit beteiligt. Anschließend wurden sie von der Macht ausgegrenzt.

Im Besonderen hinsichtlich der Haltung zur Vereinbarkeit von Beruf und familiären Pflichten sowie zu Kindern und Familie generell ist festzustellen, dass sich in diesem Bereich im Osten zunächst Anpassungen an traditionelle „deutsche Leitbilder“ vollzogen. Der einstmals vorhandene Gleichstellungsvorsprung von Frauen ist in den neuen Bundesländern im Schwinden, obwohl sich in den letzten Jahren auch ein Angleichungsprozess West-Ost vollzieht.

Die Haltung zur Berufstätigkeit der Frau und ihrer Ausgestaltung trennt nach wie vor Ost- und Westdeutschland, ebenso wie Frauen im Osten deutlich häufiger mit Führungsaufgaben beauftragt werden - das gilt nicht für höhere Ebenen in Wirtschaft und Politik.

Die Veränderungen 1989/1990 waren Anlass, in einem erstmalig erarbeiteten Bericht zur „Sozialen Lage der Frauen in der DDR“ - dem „Frauenreport '90“⁵⁷⁶, eine Bestandsaufnahme zur Situation der Frauen am Ende der DDR, ihrer Probleme und historischen Entwicklung vorzunehmen. Es war 1990 gewissermaßen eine zusammenfassende Darstellung vor allem der Ergebnisse der Arbeit jener Frauen (und Männer), die sich gegenwärtig (2013) im Vorrenten- bzw. Rentenalter befinden.

Es war nach 1945 die Generation der sog. „Aufbauaktivistinnen“, der „Neulehrerinnen“ und „Neubäuerinnen“- welche im Osten symbolisch als „Trümmerfrauen“ bezeichnet (aber im Gegensatz zur westlichen Interpretation nicht abwertend gefasst - auch aufgrund des Fehlens der Männer (Kriegstote bzw. in Gefangenschaft) - das Leben in Gang setzte, den Wiederaufbau begann, sich für Überwindung von Not, Hunger und Obdachlosigkeit einsetzte und sich 1990 überwiegend bereits in Rente befand.

Der Frauenreport⁵⁷⁷ stellt fest, dass an der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung - als der historischen Wurzel einer patriarchalen Gesellschaft und der seitdem damit verbundenen kultivierten sozialen Ungleichheit von Frauen und Männern - auch in der DDR nicht grundsätzlich gerüttelt wurde. Sie wurde, beginnend beim Bildungssystem, über die berufliche Qualifikation, die Gestaltung der Berufs- und Arbeitswelt und über eine einseitig auf die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft statt Elternschaft orientierte Sozialpolitik, stetig neu reproduziert.

Trotz weitestgehender Aufhebung von Bildungsunterschieden zwischen Mädchen und Jungen, die seit Mitte der 50er Jahre geboren wurden, blieben geschlechtsspezifische Differenzen in der beruflichen Qualifikationsstruktur erhalten. Das Berufswahlfeld für Mädchen konzentrierte sich vor allem auf die traditionellen und schlechter bezahlten Frauenberufe, während die besser bezahlten und auch zukunftsorientierteren Bereiche der Wirtschaft den Männern vorbehalten blieben. Weitaus mehr Frauen als Männer arbeiteten in Berufen unterhalb ihres Qualifikationsniveaus bzw. wurden nicht qualifikationsgerecht eingesetzt.⁵⁷⁸

Deutlich lag das Einkommensniveau der erwerbstätigen Frauen niedriger, waren ihre Aufstiegschancen geringer, waren sie, weniger aus mittleren und höheren, aber aus höchsten Leitungspositionen und damit auch aus den wichtigsten Entscheidungsebenen weitgehend ausgeschlossen.

⁵⁷⁶ Frauenreport '90, im Auftrag der Beauftragten des Ministerrates für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Dr. Marina Beyer, herausgegeben von Gunnar Winkler, Verlag Die Wirtschaft GmbH, Berlin 1990, 250 Seiten.

⁵⁷⁷ Nachfolgende Ausführungen stützen sich auf: Beyer, Marina: Vorwort zum Frauenreport '90, in: Frauenreport '90, a.a.O., S. 7-12.

⁵⁷⁸ In der Publikationsreihe „Informationen des wissenschaftlichen Beirats 'Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ wurden zwischen 1965 und 1990 regelmäßig wissenschaftliche und praktische Ergebnisse der Bemühungen um Gleichberechtigung veröffentlicht.

Eine auf die berufstätige Frau mit Kindern fixierte Sozialpolitik ab Beginn der 70er Jahre hatte - in Anlehnung an Modelle nordischer Länder - das Vereinbarkeitsproblem als vorrangiges Frauenproblem im Blick. Die soziale Verantwortung von Männern für ihre Familie und ihren Haushalt, die soziale Pflicht, das soziale Verantwortungsrecht und das Recht auf emotionale Bindung, auf ge- und erlebte Vaterschaft auch des berufstätigen Mannes standen weder auf der politischen Tagesordnung noch wurden sie in der Öffentlichkeit groß reflektiert.

Obwohl Berufstätigkeit, Familie und Kinder zum selbstverständlichen Lebenskonzept von DDR-Frauen und Männern gehörten, waren es fast ausschließlich die Frauen, die zu Gunsten der Familie und der Fürsorge für die gemeinsamen Kinder auf berufliche Qualifikation, auf Aufstiegsmöglichkeiten, besseres Einkommen verzichteten. Und somit blieben viele Bereiche der Gesellschaft, die ein hohes Maß an Eigeninitiative, persönlichem Engagement, Flexibilität und Disponibilität, Entscheidungsfähigkeit und Kreativität erforderten, für die meisten Frauen - so sie nicht gänzlich auf Kinder und Partner verzichten wollten - verschlossen.

Die positiven Folgen dieser Entwicklungen zeigten sich nach 1990 insbesondere im Alter. Einerseits verfügte die große Mehrheit der Frauen über eigene Rentenansprüche, die bis heute den Unterschied zu älteren Bürgerinnen im Westen ausmachen. Andererseits gab es durch die Bindung des Renteneinkommens an geleistete Jahre der Erwerbsarbeit und an Einkommenshöhe bei Nichtanerkennung von Jahren der unbezahlten Fürsorge für Kinder und andere Familienangehörige einen hohen Anteil von Frauen mit Niedrigrenten. Defizite zwischen dem Verfassungsgebot der Gleichberechtigung und der realen Lebenswirklichkeit der DDR-Frauen waren und sind bis heute in den Rentenbiografien unverkennbar.

Deutlich wurde insgesamt, dass spezifische „Frauenrechte“, die zu den Selbstverständlichkeiten im DDR-Alltag gehörten, wie die Nutzung eines flächendeckenden Netzes von Kindereinrichtungen, bezahlte Freistellung bei Erkrankung von Kindern, besonderer Kündigungsschutz sowie das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft, zwar notwendige - zu erhaltende - Voraussetzungen für Erwerbstätigkeit, ökonomische Unabhängigkeit und gesellschaftliche Mitbestimmung sind, aber keine Garantie für die Gleichstellung.⁵⁷⁹

1990 hat H.-M. Nickel in einer kritischen Gesamtwertung für Frauen in der DDR-Zeit vor allem ihr Recht auf Arbeit als bestimmend hervorgehoben: „Dieses Recht auf Arbeit garantierte ihnen zwar kein dolce vita; es ermöglichte ihnen aber doch wenigstens ein Stück weit materielle Unabhängigkeit, Eigenständigkeit und einen selbstbestimmten Anspruch auf ein eigenes Leben. ... Eine Ausbildung, einen Beruf und einen sicheren Arbeitsplatz zu haben, gehörte zum Selbstverständnis, zur Identität von DDR-Frauen.“⁵⁸⁰ Auch in der DDR war keineswegs die Konzentration von Hausarbeit bei Frauen überwunden - eine Arbeitsteilung, die immer aufs Neue an die nachrückenden Generationen übertragen wurde und dem männlichen Weltbild ebenso entsprach wie dem „Lebensstil“, der über westliche Medien transportiert wurde.

Bereits 1990 wurde im genannten „Frauenreport“ darauf hingewiesen, dass es vor allem die Frauen sein werden, die beim Übergang von der Planwirtschaft in die marktwirtschaftliche Gesellschaft die eindeutig schlechteren Startchancen haben und vor allem primär von Arbeitslosigkeit bedroht sein werden. 2014 stellt der Bericht zur Einheit die Entwicklung resümierend fest: Gravierende Einschnitte

⁵⁷⁹ Beyer, Marina: Vorwort zum Frauenreport '90, in: Frauenreport '90, a.a.O., S. 11.

⁵⁸⁰ Nickel, H.-M.: Frauen in der DDR, APuZ 16-17/1990, S. 39.

in den Lebensplanungen gab es vor allem für Frauen.⁵⁸¹ Unter ihnen vor allem die allein erziehenden Frauen mit Kleinkindern und die über 50-Jährigen. Das sind bis in die Gegenwart mehrheitlich Frauen, die keineswegs „erst wieder lernen (mussten), ihre Angelegenheiten selbstbewusst in die eigenen Hände zu nehmen, ihre Interessen durchzusetzen“⁵⁸². Der grundlegende Anspruch auf eine selbstbestimmte Entscheidung zur Berufstätigkeit von Frauen ist bei Frauen - wie bei Männern - geblieben und wird von rd. drei Vierteln geteilt. Dabei wird im Osten Berufsarbeit von Frauen eher als selbstverständlich angesehen und weniger an Bedingungen gebunden - sicher auch vor dem Hintergrund einer besseren Infrastruktur hinsichtlich der außerfamiliären Kinderbetreuung.

Der nachfolgende Abschnitt ist keine Bilanz der Entwicklung/Rückentwicklung der sozialen Stellung der Frau in den neuen Bundesländern, noch der Versuch, sich in der Debatte um „die“ Frauenbewegung, um „Feminismus“ oder „Postfeminismus“ zu positionieren, sondern einfach eine Zusammenfassung einer Vielzahl von Positionen und Fakten, die das Maß der sozialen Gleichheit und Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, zwischen Ost und West sowie innerhalb der sozialen Gruppierungen von Frauen verdeutlichen. Nebenbei sei vermerkt, dass das Bemühen in den Jahren 2000 und 2010, Zwischenbilanzen zur Entwicklung der Gleichberechtigung in den neuen Bundesländern und dem früheren Bundesgebiet zu veröffentlichen, scheiterten, da ein „männlicher Herausgeber“ dafür nicht geeignet sei.⁵⁸³

5.3.1 1989/1990 - Zeit des Auf- und Umbruchs

Es geht im Nachfolgenden nicht um eine inhaltliche Bewertung der vielen Bewegungen und Aktivitäten, die von Frauen in der Zeit der friedlichen Revolution der Jahre 1989/90 und den Jahren danach bis in die Gegenwart geleistet und hervorgebracht wurden. Eins lässt sich jedoch mit aller Deutlichkeit sagen: Noch nie wie bis zum Herbst '89 und nie wieder danach war eine politische Bewegung so das gemeinsame Anliegen von Frauen und Männern in Städten und Dörfern im Gebiet der heutigen neuen Bundesländer - Aktivitäten die zunächst auf politische Reformen in der DDR und dann auf Systemwechsel zielten.

Die friedliche Revolution in der DDR war keine „Männer“sache, sondern verbunden mit einer einmaligen „Politisierung“ von Frauen und Männern. Rd. 40 % betrug der Frauenanteil an den 89er Demonstrationen in Leipzig, wenn auch rasch abnehmend.⁵⁸⁴ Der Wille zur Veränderung und zunächst auch das Selbstbewusstsein dafür waren vorhanden, an Sozialabbau und Preisgabe des gemeinsam Erreichten wurde zunächst nicht gedacht.

Die Bundestagspräsidentin Süssmuth stellte dazu fest: „Die Frauen waren in großer Zahl am revolutionären Prozess und am Kampf für Freiheit beteiligt. Nachdem der Kampf jedoch ausgekämpft war, wurden sie in einer Weise von der Macht ausgegrenzt, die weit hinter das zurückfällt, **was wir selber auf langem und mühsamem Weg** in den alten Ländern erreicht haben.“⁵⁸⁵

⁵⁸¹ Jahresbericht zur Deutschen Einheit 2014, a.a.O., S. 12.

⁵⁸² Ebenda, S. 42.

⁵⁸³ Winkler, Gunnar: Frauenreport 2000 (unveröffentlicht); Winkler, Gunnar: Frauenreport 2010 - Bericht zur sozialen Lage ostdeutscher Frauen in der doppelt geteilten Nation, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2010, 115 Seiten.

⁵⁸⁴ Schröter, Ursula: Ostdeutsche Frauen im Transformationsprozess, APuZ B 20/1995, S. 34.

⁵⁸⁵ Vgl. Süssmuth, Rita: Das veränderte Selbstverständnis der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Frauenpolitik im Umbruch. Dokumentation einer Fachtagung des Instituts für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung über die Situation der Frauen in den neuen Ländern, Sankt Augustin 1991, S. 41.

Mit dem Herbst 1989 begann eine Zeit, in der in der DDR in einem bis dahin nicht bekannten und später auch nicht wiederkehrenden Maße von vielen Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlichster sozialer Gruppen Interessen artikuliert und auf demokratischem Wege eingebracht wurden, in der sich Erwartungshaltungen auf progressive Reformen und Veränderungen herausbildeten, die bereits wenig später kaum noch Beachtung fanden.

Der Zeitraum 1989/90 war nicht nur die Zeit eines von der Mehrheit der Frauen gewünschten und herbeigeführten demokratischen Aufbruchs, sondern zugleich der Umbruch in den Vorstellungen auch vieler Frauen wie Männer über die Art und Weise sowie den Weg zum Erreichen der gewollten Ziele. Es ist offensichtlich, dass bis Ende 1989 eine Mehrheit der Frauen der DDR davon ausging, die DDR zu reformieren. Frauen tendierten Ende 1989 in geringem Maße für eine direkte Vereinigung. Ein großer Teil von Frauen sah längerfristig (innerhalb der nächsten zehn Jahre) eine politische Vereinigung als erforderlich/wünschenswert an, wenn auch vorrangig in der Form der Konföderation. Anfang Dezember 1989 sprachen sich 39 % der befragten DDR-Frauen langfristig für eine Konföderation, 17 % für einen gemeinsamen deutschen Staat und 26 % für zwei deutsche Staaten aus (18 % urteilten mit „ich weiß nicht“).

Spätestens ab Mitte Februar 1990 begann der Wille zur deutschen Einheit mehrheitlich bei den Bürgerinnen und Bürgern der DDR dominierendes Ziel zu werden.

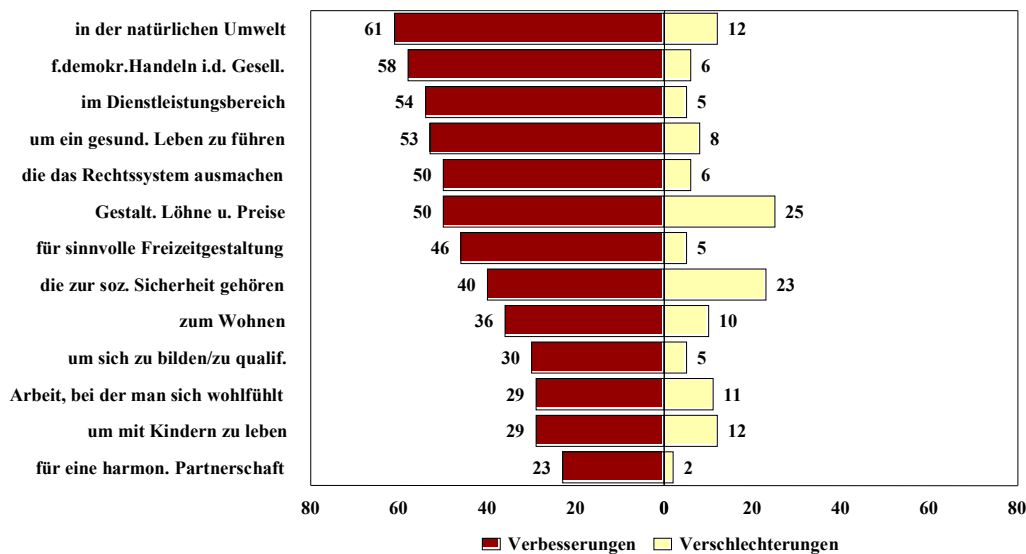
Sowohl mit den Hoffnungen als auch den Befürchtungen verbunden waren für fast alle Frauen ganz konkrete und unmittelbare Vorstellungen über notwendige, erwartete Verbesserungen (erst ab 1992/1993 bauten sich die optimistischen Erwartungen ab). Die von den befragten Frauen getroffenen Wertungen lassen erkennen (vgl. Abbildung 5.12):

- An der Spitze der erwarteten und angenommenen Veränderungen von Bedingungen für Verbesserungen lagen im Januar 1990 die Bereiche
 - Umweltgestaltung (61 %),
 - demokratisches Handeln in der Gesellschaft (58 %),
 - gesundes Leben (54 %),
 - Dienstleistungssystem (53 %),
 - Rechtssystem (50 %).
- Verschlechterungen wurden bereits in dieser Phase vor allem angenommen bei
 - Einkommens-Preis-Entwicklungen (25 %),
 - sozialer Sicherheit (23 %).

Die Vorstellungen von Frauen aus dem Jahr 1990 wichen nicht prinzipiell von denen der Männer ab.

Nennenswert hervorzuheben ist, dass in der Bewertung der Gleichberechtigung vor allem jüngere Frauen (bis 25 Jahre) mit 13 % eine BRD-Überlegenheit feststellten, die ab 25. Lebensjahr in deutlich geringerem Maße gesehen wurde. Fach- und Hochschulabsolventinnen sahen in höherem Maße eine DDR-Überlegenheit als Frauen ohne beruflichen Abschluss.

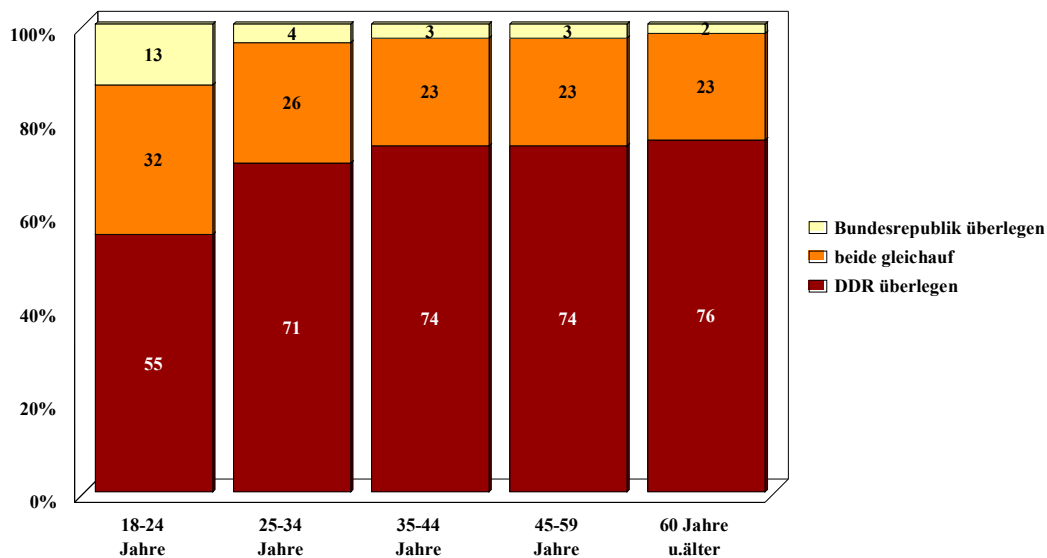
Abbildung 5.12: Erwartungen an Verbesserungen/Verschlechterungen - Frauen - DDR
- Januar 1990 - in Prozent -



Datenbasis: iss/leben '90 (gew.)

Insgesamt wurde aus der Sicht der Frauen die individuelle wirtschaftliche Situation noch Ende 1989 deutlich mit gut bzw. teilweise gut bewertet. 39 % beurteilten ihre wirtschaftliche Situation mit sehr gut/gut, 41 % mit teilweise gut und 20 % mit schlecht/sehr schlecht. Bei Letzteren handelte es sich vor allem um Arbeiterinnen und Frauen ohne beruflichen Abschluss.

Abbildung 5.13: Bewerten Sie, ob in Bezug auf Gleichberechtigung von Frauen die Bundesrepublik oder die DDR überlegen ist oder ob beide gleichauf sind! - Frauen - DDR
- Dezember 1989 - in Prozent -



Datenbasis: iss/leben '89 (gew.)

Diese Bewertung erfolgte trotz eines für Frauen deutlich niedrigeren individuellen Nettoeinkommens. In der repräsentativen Befragung Anfang 1990 hatten 46 % aller Frauen ein Einkommen unter 600 Mark (Männer 9 %), und 90 % lagen unter 1.000 Mark netto (Männer 65 %). Einem Durchschnittseinkommen (Nettoeinkommen) für Frauen von 627 Mark standen 896 Mark für Männer gegenüber. Erwerbstätige Frauen erhielten im Durchschnitt 669 Mark (Männer 947 Mark), Rentnerinnen 488 Mark (Männer 711 Mark).

Die Daten verweisen darauf, dass es insbesondere Arbeiterinnen und Sonstige (neue Selbstständige, Freischaffende, Rentnerinnen) waren, die ihre individuelle wirtschaftliche Situation überdurchschnittlich als schlecht/sehr schlecht bewerteten.

Bereits ab Mitte der 80er Jahre wurden in der DDR die Diskussionen darüber geführt, ob die Misere der DDR-Wirtschaft ihre Ursachen nicht in einer konzeptionell falsch angelegten Sozialpolitik habe, die „mit der Gießkanne“ verteile und nicht nach Bedürftigkeit, die sozialen Leistungsmissbrauch befördere, die nicht hinreichend produktivitätsfördernd sei usw. (im Vergleich zu heute zeigt sich eine frappierende Übereinstimmung der Argumente über Ursachen einer unzureichenden Wirtschaftsentwicklung). Darüber hinaus wurden die Forderungen in der Bevölkerung immer deutlicher akzentuiert, eine Einschränkung der anteilig hohen leistungsindifferenten gesellschaftlichen Konsumtion vorzunehmen - allerdings nicht zu Gunsten der Akkumulation, sondern der individuellen Einkommensentwicklung.

65 % der Frauen stimmten Ende 1989 einer Kürzung der Subventionen im sozialen Bereich zu (69 % der Männer). Dabei wurde allerdings nicht davon ausgegangen, dass damit „Unfreiheit“ überwunden würde, sondern es wurde als Möglichkeit zu wirksamerer Verteilungsgerechtigkeit und gegen Missbrauch gesehen.

Das zu betonen ist notwendig, da zwischenzeitlich auch andere Wertungen vorgenommen wurden. Das in der DDR herrschende System der „Entmündigung“ soll - so die Auffassung einzelner westdeutscher Theoretiker⁵⁸⁶ - für die Bürger einen sehr großen Nutzen geboten haben in Form von „weitreichenden Betreuungs-, Sicherungs- und Versorgungsleistungen, die zuverlässig gewährt wurden, wenn man sich den Regeln des Systems fügte“⁵⁸⁷. Inzwischen hat sich erwiesen, dass soziale Sicherheit in der DDR durchaus einen eigenen Stellenwert hatte. Das, was die Sozialpolitik zu DDR-Zeiten z.T. in Misskredit brachte, waren die fehlenden Möglichkeiten (individuelle/gemeinschaftliche) von Selbstbestimmung über deren Inhalte, Ausgestaltung, Rangfolgen und Zielstellungen, die fehlenden Möglichkeiten sozialpolitischer Interessenartikulation und gesellschaftlicher Mitgestaltung bzw. Mitbestimmung durch sozialpolitische Interessenvertretung seitens der einzelnen Verbände, Organisationen und Vereine.

Gerade der Aufbruch der Frauen wurde durch eine einseitige Frauenpolitik der DDR bzw. der SED stark begünstigt. Im Frauenreport 1990 wurde hervorgehoben:⁵⁸⁸

- Es war eine Politik „für“ Frauen, aber nicht „von“ Frauen. Eine eigenständige Interessenvertretung wurde weder durch sog. Block-Parteien, Gewerkschaften noch andere Organisationen für erforderlich gehalten, geschweige denn wahrgenommen;
- Interessenvertretung wurde - wenn sie stattfand - auf den arbeitenden Teil der Bevölkerung begrenzt - und dabei wiederum auf die im Erwerbsleben stehenden Mütter;
- soziale Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern waren i.d.R. größer als zwischen anderen sozialen Gruppen.

Im Zentrum der für erforderlich gehaltenen Veränderungen standen jedoch Verteilungs- und Umverteilungsprobleme.

⁵⁸⁶ J. Weiß 1996, S. 108.

⁵⁸⁷ Ebenda.

⁵⁸⁸ Winkler, Gunnar: Frauenreport '90, a.a.O., S. 199 ff.

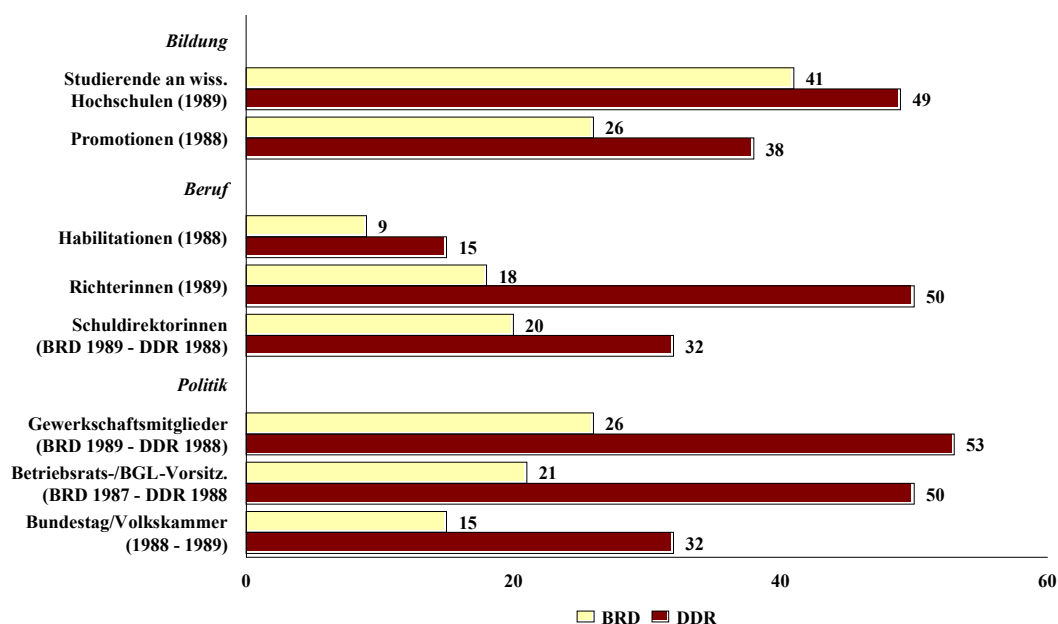
Hauptfragen der Wendezeit waren im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Sozialpolitik und sozialer Sicherung insbesondere eine wirksame Durchsetzung des „Prinzips der Verteilung nach Arbeitsleistung“, das Ende 1989 von 98 % (!) der Frauen als sehr dringend (72 %) bzw. ziemlich dringend (26 %) gehalten wurde.

Es waren letztlich Forderungen nach Beseitigung von Verletzungen des Leistungsprinzips, die vor allem in unzureichenden Möglichkeiten, ein der Leistung entsprechendes differenziertes Einkommen auch in differenzierten Lebenslagen umzusetzen, d.h. nicht nur ein „Einkommen nach Leistung“, sondern einen „Verbrauch nach Leistung“ zu ermöglichen. Zugleich waren es Forderungen nach Überwindung ungerechtfertigter Einkommensstrukturen zwischen Frauen und Männern sowie auch zwischen Arbeiterinnen, weiblichen Angestellten und Angehörigen der Intelligenz (speziell zum Vergleich Frauen-Männer-Einkommen vgl. Kapitel 2).

Es kann im Rahmen der vorliegenden Ausarbeitung nicht detailliert auf die Situation 1989/90 eingegangen werden⁵⁸⁹, sondern es sollte nur im Nachhinein nochmals auf die Realitäten der Bewertungen der damaligen Zeit hingewiesen werden, um illusionäre Vorstellungen zu verhindern.⁵⁹⁰ Es war eine Zeit voller Hoffnungen, die sowohl im Entstehen einer freien und unabhängigen Frauenbewegung als auch im Bemühen um emanzipatorische Rechtsgrundlagen gesehen wurden.

5.3.2 Der Gleichstellungsvorsprung geht verloren

Abbildung 5.14: Gleichstellungsvorsprung der ostdeutschen Frauen - 1988/1989 - Frauenanteil in verschiedenen Sektoren von Bildung, Beruf und Politik - in Prozent -



Quellen: BMBW 1990, S. 142, 221, 250; Statistische Jahrbücher der BRD und der DDR; Zweiwochendienst (Frauen und Politik) 3/1988, S. 6 ff., übernommen aus: Geißler, Reiner. Soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im geteilten und vereinten Deutschland, APuZ 14-15 1991, S. 17

Es mangelte 1990 und danach keineswegs an „grundsätzlichen“ Einschätzungen, welche die gesellschaftliche Stellung der Frau aus (west-)deutscher Sicht zusammenfassend so beurteilten: „Die gesellschaftliche Position der Frau wird durchgängig in ihrer dreifachen Rolle gesehen: als voll einsatzfähige Werk tätige, als Gebälerin und als Haus- und Ehefrau, die der sozialistischen Ökonomie die Repro-

⁵⁸⁹ Ebenda.

⁵⁹⁰ Vgl. hierzu auch Schröter, Ursula: DDR-Sozialismus und Patriarchat, Vortrag RLS, November 2011.

duktionsfähigkeit gewährleistet. Andererseits haben die weiblichen Werk­tätigen und die Mütter durch die wohl­­tönenden Reden der Agitatoren einerseits und die rauhe Wirklichkeit des Lebens andererseits ein großes, auf seine Art hochpolitisches Selbstbewußtsein entwickelt.⁵⁹¹ Solch verzerrende Bilder wurden mehrheitlich relativ schnell korrigiert, sind aber bis in die Gegenwart durchaus noch anzutreffen.

Das in der DDR erreichte Maß an Gleichstellung/Gleichberechtigung hat zu einem nachweisbaren ungleichen Niveau zwischen den alten und neuen Bundesländern geführt, so dass dafür sogar der Terminus des „Gleichstellungsvorsprungs“⁵⁹² benutzt wurde/wird. Allerdings führte das nicht zu einer Angleichung der alten Bundesländer, sondern zu einem Abbau in den neuen Bundesländern.⁵⁹³

Ein 1991 vorgenommener Versuch einer vergleichenden Bilanz der Situation der Frauen Ost-West zum Zeitpunkt vor und während der Wende kommt zu folgenden Hauptaussagen:⁵⁹⁴ Trotz patriarchali­scher Grundstrukturen hat die in der DDR realisierte Emanzipation von oben (im Gegensatz zur Emanzipation von unten in den alten Bundesländern) zu einem Gleichstellungsvorsprung geführt. Unterschiede in der Qualifikations-, Berufs-, Einkommens- und politischen Teilnahmechance sind stärker abgebaut worden als in den alten Bundesländern.

In der DDR waren die institutionellen Einbindungen von Frauen - bei aller grundlegenden Kritik an deren Arbeitsweise und Wirksamkeiten - in höherem, wenn auch längst nicht ausreichendem - Maße gegeben als in den alten Bundesländern. So betrug der Anteil von Frauen in Leitungsfunktionen in der volkseigenen Wirtschaft rd. 32 %, bei fast völligem Fehlen in sog. Spitzenfunktionen (vgl. Abschnitt 5.3.4).⁵⁹⁵

Es gab einerseits ein hohes Maß an Steuerung von Frauen in Beruf, Studium, Karriere, Politik seitens des Staates (Partei) und der Betriebe, wie andererseits ein umfassendes System sozialer Infrastrukturen zur Gewährung der Vereinbarkeit sowie ein breites Feld von (arbeits-)zeitlichen, finanziellen und materiellen Leistungen zur Minderung bestehender Ungleichheiten existierte. Der z.T. heute noch verwendete Begriff der „Vergünstigung“ für Frauen wurde allerdings schon in der DDR zurückgewiesen. Unterschiede in der Alltagskultur betreffen bis in die Gegenwart in besonderem Maße Lebensstilkonzepte von ostdeutschen Frauen - unabhängig davon, ob sie allein oder in Partnerschaft leben - als „die besorgte berufs- und familienorientierte Frau, die zeitlebens Familie und ganztägige Berufstätigkeit verbunden hat.“⁵⁹⁶ Zugleich wurden die Bürger mit Haltungen konfrontiert, die im feminisierten Deutsch ein Grundanliegen von Gleichberechtigung sahen. Ironisierend heißt das: „Die Ostfrauen durften lernen, sich endlich wie richtige Frauen zu verhalten, und das hieß zunächst einmal, richtig Deutsch zu sprechen, mit großem I.“⁵⁹⁷ Ostdeutsche Frauen haben ihre Ansprüche immer höher gehalten - wohl wissend, dass sprachliche Regelungen, sogenannte „Normteile des Sprachgebrauchs“⁵⁹⁸, bislang die Welt nicht veränderten.

⁵⁹¹ Neumann, J.: Probleme der Sozialunion. Familien- und Frauenförderung, Betreuung Alter und Behinderter, Hilfe bei Arbeitslosigkeit, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Probleme des (Wieder-)Vereinigungsprozesses in Deutschland, Stuttgart 1990.

⁵⁹² Geißler, Reiner: Soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im geteilten und vereinten Deutschland, APuZ 14-15/1991, S. 23.

⁵⁹³ Erst 2008 wurde im Bericht zur Deutschen Einheit - wenn auch nur indirekt - festgestellt, dass nach 2000 eine Annäherung weiblicher Erwerbsneigung des Westens an den Osten festgestellt werden kann.

⁵⁹⁴ Geißler, Reiner: Soziale Ungleichheit ..., a.a.O., S. 27.

⁵⁹⁵ Vgl. Miethe, Horst u.a.: Berufstätigkeit, in: Frauenreport '90, a.a.O., S. 95.

⁵⁹⁶ Gluchowsli, P./Henry-Huthmacher, Ch.: Weibliche Lebensstile in West- und Ostdeutschland, 1998.

⁵⁹⁷ Engler, W.: Die ungewollte Moderne. Ost-West-Passagen, Frankfurt a. M. 1995, S. 191.

⁵⁹⁸ Vgl. Hauser, K.: Die Kulturisierung der Politik, APuZ 21-22/1996, S. 16.

Die deutsche Vereinigung hat die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung in den neuen Ländern keineswegs grundlegend verbessert, das schließt anerkannte Veränderungen in den materiellen Lebensbedingungen überhaupt nicht aus. Kennzeichnend ist eher, dass die sozialen Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen und zwischen den Frauen wieder zugenommen haben.⁵⁹⁹

Die ostdeutschen Frauen haben seit der Wende in mehrfacher Weise auf sich aufmerksam gemacht.⁶⁰⁰ Einerseits halten sie weiterhin an der Integration in den Arbeitsmarkt fest, weil sie Erwerbsarbeit als selbstverständlich ansehen. Zum Zweiten reagierten die Jüngeren von ihnen auf die neue Zeit mit einem Verzicht auf die Geburt von Kindern, der in seinem Ausmaß bis zu diesem Zeitpunkt noch nie von Demografen beobachtet wurde und schon längst nicht mehr mit zeitweiligem Verzicht erklärt werden kann. Drittens, und das sind die unmittelbaren Auswirkungen des zuvor Gesagten, sind unter den in das westliche Landesteil Abwandernden seit geraumer Zeit vor allem junge und gut ausgebildete Frauen, so dass erstmalig in der Geschichte nun auch Frauen der „Arbeit hinterher ziehen“, und zwar in Größenordnungen.

Wenige Fakten mögen den „Umbruch“ in den ersten Jahren nach 1990 veranschaulichen:

- Von rd. 9 Millionen Bürgern im Erwerbsalter wurden bis 1993 über 850.000 in den Vorruhestand ab 55. Lebensjahr geschickt - darunter fast die gesamten entsprechenden Altersjahrgänge der Frauen mit rd. 500.000.
- Die Abwanderung stieg rasch an und betraf zwischen 1991 und 1994 jedes Jahr insbesondere den Wegzug von rd. 100.000 jungen Frauen.
- Die Arbeitslosenquote der Frauen stieg bis 1992 auf über 22 %, der Anteil langzeitarbeitsloser Frauen erreichte bereits 1994 insgesamt 74,4 %.

Der hohe Anteil arbeitsloser, insbesondere langzeitarbeitsloser Frauen führte zur Verletzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte von Frauen⁶⁰¹.

Vor allem die eingeschränkten Chancen auf eine Wiederaufnahme von Erwerbsarbeit führten zu einer überdurchschnittlichen Zunahme von langzeitarbeitslosen Frauen. Allein die Zahl weiblicher Empfänger von Arbeitslosenhilfe hatte im Osten Deutschlands 1993 mit über 200.000 die alten Bundesländer und den Männeranteil im Osten weit überschritten (insgesamt erhielten Ende 1992 rd. 91.000 und Ende 1993 rd. 191.000 Frauen Arbeitslosenhilfe). Nicht einbezogen der steigende Anteil der langzeitarbeitslosen Frauen, die aus unterschiedlichen Gründen keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hatten.

Frauen waren bereits zu diesem Zeitpunkt mit steigender Tendenz an der Zahl der Empfänger von Sozialhilfe beteiligt, die insgesamt auf über 300.000 stieg. Charakteristisch war dabei, dass im Osten Hauptursache für Sozialhilfe Arbeitslosigkeit (57,5 %) war. Vor allem allein erziehende Frauen in den neuen Bundesländern waren von Arbeitslosigkeit betroffen und damit in den Bereich der Sozialhilfeempfänger (41 % aller Sozialhilfeempfänger) und damit bereits in Armut bzw. an die Grenzen der Armut geraten.

⁵⁹⁹ Eine relativ umfassende Positionsbestimmung zur Entwicklung des Geschlechterverhältnisses in Ostdeutschland siehe: Irritation Ostdeutschland - Geschlechterverhältnisse seit der Wende (Hrsg.: E. Schäfer u.a.), Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2005.

⁶⁰⁰ Vgl. hierzu auch: Schmidtke, Heidrun: Frauen in den neuen Bundesländern, in: Sozialreport 2004, a.a.O., S. 278-299; Schmidtke, Heidrun: Frauen in den neuen Bundesländern, Sozialreport - Quartalszeitschrift, Sonderheft 2/2001, SFZ, Berlin 2001.

⁶⁰¹ Nachfolgende Zusammenfassung vgl. Frister, Siegfried: Arbeitsmarktentwicklung, in: Sozialreport 1994 (Hrsg.: I. Kurz-Scherf/G. Winkler), GSFP, Berlin 1994, S. 124 ff.

Es begrenzten sich die Möglichkeiten einer gleichberechtigten Teilnahme am Leben, soziale und kulturelle Integration wurden erschwert bzw. unmöglich gemacht.

Nicht zuletzt führten die wachsende soziale Verunsicherung, eine fehlende gesicherte Perspektive zur Begrenzung des wahrgenommenen Rechts auf Mutterschaft.

Insgesamt waren es neben sozialer Verunsicherung und Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt - bei nach wie vor vorhandenem Wunsch nach Berufstätigkeit - sowie Abbau einer sozialen Infrastruktur, welche die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Mutter-(Familien-)pflichten ermöglichten, Ursachen für individuelle Entscheidungen gegen neues Leben. Seinerzeitige Lebenslagen von Frauen (und von Männern) werden damit wie in einem Prisma reflektiert.

Die erhebliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit ostdeutscher Frauen war jedoch nicht allein in einem bislang insgesamt stärkeren Arbeitsplatzverlust begründet. Folgende acht Faktoren spielten hierfür zum Teil eine noch wesentlichere Rolle:⁶⁰²

ERSTENS: Frauen hatten größere Probleme als Männer, eine neue Tätigkeit zu finden und waren deshalb länger arbeitslos.

ZWEITENS: Seit der „Wende“ gingen weniger Frauen als Männer in den Vorruhestand. Dies ist im Zusammenhang mit dem in der DDR mit 60 Jahren früheren Renteneintritt von Frauen im Vergleich zu Männern (65 Jahre) zu sehen. Ältere aber noch nicht 55-jährige Frauen waren relativ häufiger als Männer gezwungen, sich arbeitslos zu melden.

DRITTENS: Im Vergleich zu den Männern waren in Ostdeutschland häufiger Frauen ab 45 Jahre arbeitslos. Bekanntlich zählt das fortgeschrittene Lebensalter zu einem Hemmnis bei der Arbeitsvermittlung. Viele Betriebe und Verwaltungen setzten beim Strukturwandel vor allem auf jüngere männliche Arbeitnehmer⁶⁰³.

VIERTENS: In Ostdeutschland verfügten über drei Viertel aller arbeitslosen Frauen über eine abgeschlossene Berufsausbildung (76,9 % im September 1992; West: 50,7 %)⁶⁰⁴. Vor der „Wende“ übten sie jedoch Berufe aus, die nach der „Wende“ nicht mehr gefragt waren. Frauen mit relativ niedrigen bzw. entwerteten Qualifikationen wurden und blieben arbeitslos.

FÜNFTENS: Hinzu kommt, dass durch das im Vergleich zu den Männern im Durchschnitt niedrigere Einkommen von Frauen⁶⁰⁵ der Druck auf die Frauen erhöht wurde, im Zweifelsfall zugunsten des Partners zumindest vorerst auf eine Erwerbstätigkeit zu verzichten.

SECHSTENS: Nicht diskriminierende Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik waren für Frauen besonders wichtig. Diese waren aber aufgrund von Einschränkungen durch das 10. AFG-Änderungsgesetz und insbesondere wegen finanzieller Kürzungen stark zurückgegangen.

SIEBENTENS: Insbesondere für Mütter war das Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen wichtig. Der Anteil in Teilzeit erwerbstätiger Frauen sank aber zwischen Ende 1989 mit 32 % auf 15 %.⁶⁰⁶ Da in

⁶⁰² Vgl. Holst, E./Kirner, E.: Ursachen der Ausgrenzung von Frauen nach der „Wende“ und Chancen ihrer Wiedereingliederung, in: Sozialreport, Quartalszeitschrift, Nr. IV/1993, S. 12-15.

⁶⁰³ Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im August 1993, in: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 9/1993, S. 1703.

⁶⁰⁴ Vgl. Emmerich, K./Klauder, W.: Ein Arbeitsmarkt im Umbruch, in: IABWerkstattbericht, Nürnberg, Nr. 19/1993, Übersicht 3.

⁶⁰⁵ Vgl. Beckmann, P./Engelbrech, G.: Frauenerwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern - Erwerbsneigung, Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit, in: BeitrAB 179, Tabellenteil.

der DDR in erheblichem Ausmaß ältere Frauen in Teilzeit arbeiteten, fiel mit dem Verlust ihrer Beschäftigung auch diese Beschäftigungsform weg.

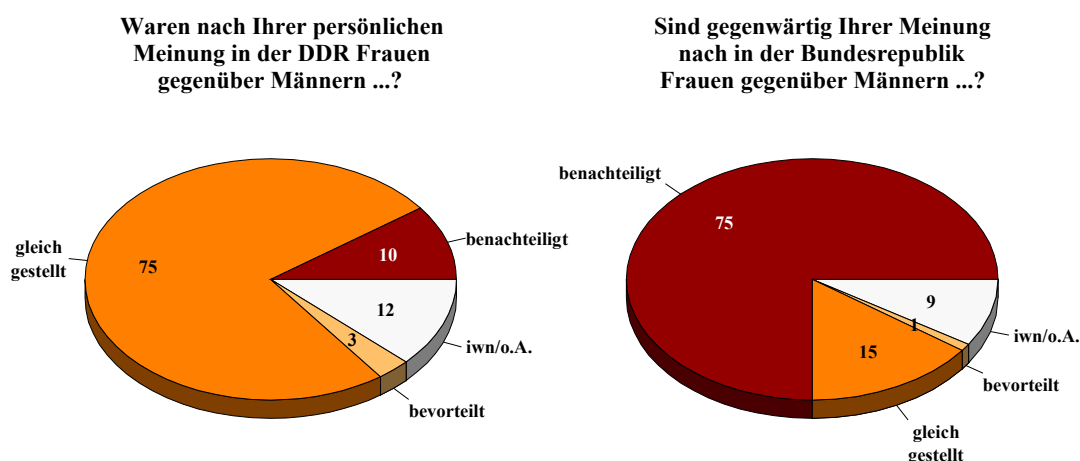
ACHTENS: Zunehmend wichtig wurde in Ostdeutschland die Verschlechterung des öffentlichen Angebots an Kinderbetreuung. Nach seinerzeitigen Analysen⁶⁰⁷ war nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des Geburtenrückgangs ein Abbau überall feststellbar - wenn auch die regionale Entwicklung sehr unterschiedlich und von der jeweiligen Wirtschafts- bzw. Finanzkraft abhängig zu sein schien⁶⁰⁸. Die Entwicklung insgesamt wies zu diesem Zeitpunkt bei der öffentlichen Kinderbetreuung weiter nach unten.

Auch die Folgen der Abwanderungen waren/sind bis in die Gegenwart mit großer Sorge zu betrachten. Nicht nur, weil gut ausgebildete, mobile junge Frauen die neuen Bundesländer verlassen, sondern auch weil unmittelbare familiäre Beziehungen (die Geburt der Enkel ebenso wie notwendige Betreuung der Eltern) gestört werden. Es erfolgte hinsichtlich der Rolle der Frauen und ihrer Chancengleichheiten im Osten eine Entwicklung, welche einerseits ein Bewahren von erreichten Positionen - wenn auch auf niedrigerem Niveau - ebenso einschließt, wie eine (zwangsweise, d.h. den Verhältnissen geschuldete) Angleichung an traditionelle westliche Lebensmuster.

Da von den 1990 in der DDR lebenden über 20-Jährigen im Verlaufe der Jahre immer weniger Frauen einen Vergleich DDR-BRD aus eigenem Erleben und nicht als Vermittlung von Angehörigen oder Medien bewerten können, wurden 2001 im Rahmen der Untersuchung „Leben 2001“ speziell Frauen auch zum „Gleichstellungsvorsprung“ befragt.

Drei Viertel der Frauen vertraten die Auffassung, dass sie in der DDR den Männern gegenüber gleich gestellt waren, 3 % sahen rückblickend Frauen als eine bevorteilte Gruppe an und jede zehnte Frau machte auf Benachteiligungen aufmerksam (Antwort: „ich weiß nicht“/„keine Angabe“ 12 %).

Abbildung 5.15: Beurteilung der Gleichberechtigung der Geschlechter - Frauen - neue Länder und Berlin-Ost - 2001 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2001 (gew.)

⁶⁰⁶ Vgl. Holst, E./Schupp, J.: Perspektiven der Erwerbsbeteiligung von Frauen im vereinten Deutschland, DIW-Diskussionspapier Nr. 68, Berlin 1993.

⁶⁰⁷ Vgl. Kistler, E./Jaufmann, D./Pfaff, A.B.: Aktuelle Daten zur Entwicklung der Kindereinrichtungen in den neuen Ländern - Es droht eine Abwärtsspirale, in: Arbeit und Sozialpolitik, Bd. 47/1993.

⁶⁰⁸ Nur in einigen Ländern wie Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt bestand noch ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Die Entwicklung von Lebensbereichen seit der Wende⁶⁰⁹, die für Frauen eine besondere Relevanz haben, unterlag 2001 recht unterschiedlichen Bewertungen. Besonders hoch geschätzt wurden die neuen Möglichkeiten zur Bildung von Frauengruppen und -initiativen, die im Vergleich zur DDR-Zeit deutlich besser geworden sind (37 % der Frauen sehen hier Verbesserungen). Dieses Ergebnis ist auch im Kontext des allgemeinen Aufschwungs der Vereinsbildung in den neuen Bundesländern zu sehen, und bildet inzwischen einen wesentlichen Bestandteil der politischen Kultur im Lande.

Der familiäre Bereich ist von den Auswirkungen der veränderten ökonomischen und sozialen Bedingungen weitgehend unberührt geblieben, weshalb 76 % der Frauen hier keine Veränderungen feststellten. Bessere Möglichkeiten für die persönliche Entwicklung nahmen 22 % der Frauen wahr, jedoch stehen hier die Auffassungen der jüngeren Frauen bis 25 Jahre und der Rentnerinnen fast diametral zueinander. Von den unter 25-Jährigen sahen 38 % bessere Entwicklungsperspektiven für sich, für 19 % hatte sich die Situation diesbezüglich verschlechtert. Von den Frauen ab dem 60. Lebensjahr sah jede zehnte (11 %) eine Verbesserung, aber 45 % nahmen ungünstigere Entwicklungsmöglichkeiten wahr (die Antwort „weiß ich nicht“ war in beiden Gruppen gleich groß verteilt, jeweils 15 %). Die doch recht widersprüchliche Wahrnehmung in diesem Punkt lässt sich vor allem mit der unterschiedlichen Sozialisation und dem persönlichen Erfahrungshorizont beider Frauengruppen erklären. Während des Transformationsprozesses in den neuen Bundesländern haben sich Frauen der jüngeren Kohorten ein rationaleres Anpassungsverhalten zu eigen machen können als ältere Frauen. Beispielsweise zeigt sich das in der Betonung der individuellen Verantwortung und Zuständigkeit für das eigene Leben, die dann auch dementsprechende Handlungen hervorrufen (z.B. der stärkere persönliche Einsatz für die Verbesserung der Gleichberechtigung).

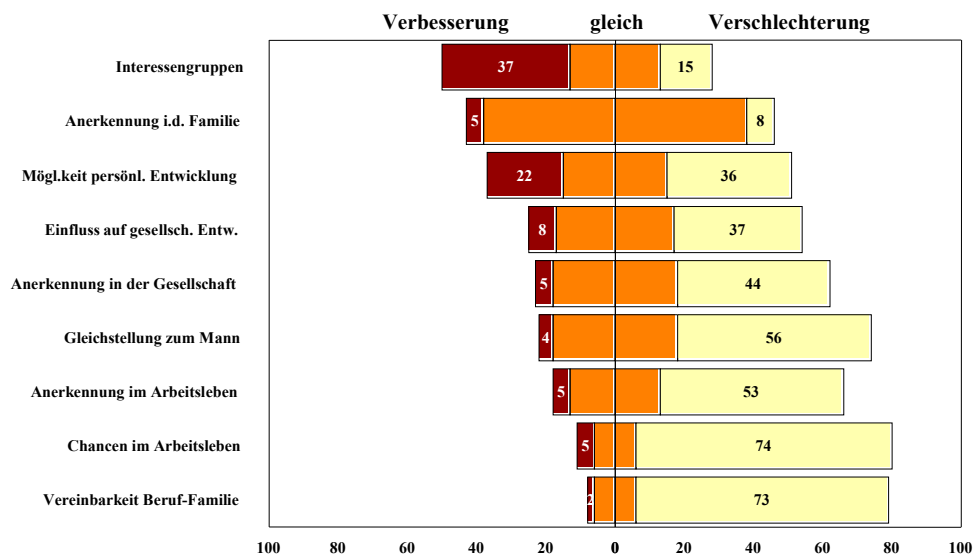
Die Chancen im Arbeitsleben haben sich (2001) aus Sicht der Frauen seit der Wende deutlich verschlechtert (74 %), ein Befund, der angesichts der anhaltend hohen Erwerbslosigkeit von Frauen auch zum damaligen Zeitpunkt nicht verwundert. Generell wurde eine Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbsleben auch für die Zukunft kaum erwartet (45 % der Frauen sahen hier Verschlechterungen) - was zumindest 2014 noch seine Richtigkeit hat.

Die Mehrheit der Frauen vertrat die Auffassung, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie seit der Wende kaum machbar erscheint (73 % der Frauen stellten hier eine Verschlechterung fest). Die Ausübung und das Engagement für eine Erwerbsarbeit sind an öffentliche und private Kinderbetreuungsangebote gebunden, die zwar in den neuen Bundesländern noch weitgehend gegeben sind, dennoch gestaltet sich die Wiedereingliederung auf dem Arbeitsmarkt von Frauen nach dem Erziehungsurlaub schwierig.⁶¹⁰

⁶⁰⁹ Vgl. Schmidtke, Heidrun: Sozialreport Quartalshefte, Sonderheft 2001 - Frauen in den neuen Bundesländern, S. 26/27.

⁶¹⁰ IAB-Kurzbericht: Wie bringt man Beruf und Kinder unter einen Hut?, Ausgabe Nr. 7/12.4.2001, Autoren: G. Engelbrech, M. Jungkunst.

Abbildung 5.16: Was hat sich seit der Wende verbessert, verschlechtert, ist gleich geblieben?
- Frauen - neue Länder und Berlin-Ost - 2001 - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2001 (gew.)

Inzwischen haben sich im früheren Bundesgebiet seit Beginn des neuen Jahrhunderts/Jahrtausends grundlegende Veränderungen angebahnt, welche eine unübersehbare Angleichung an die Verhaltensweisen der Frauen in den neuen Ländern belegen. Das betrifft den Wandel im Erwerbsverhalten, die veränderten Positionen in der Gesellschaft zur außerfamiliären Kindererziehung, den Ausbau der Kinderbetreuung bis zum Rechtsanspruch darauf, die ansteigende berufliche Bildung, die Akzeptanz unterschiedlichster Lebensformen von Familien u.a.m. (vgl. hierzu Abschnitt 5.1).

2014 veröffentlichte das Statistische Bundesamt unter dem Titel „Auf dem Weg zur Gleichstellung?“ ein fast 50-seitiges Material, in dem die Frage leider unbeantwortet bleibt. Dabei folgen die Autoren zugleich einer relativ engen Vorstellung von Gleichberechtigung, die sich auf die Entwicklungen in der Bildung, Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung und Einkommen sowie ältere Frauen begrenzt.

Eine etwas breitere Sicht vermittelt dagegen der „Gender-Index“, welcher die Chancengleichheit oder -ungleichheit von Frauen und Männern in der jeweiligen Region misst.⁶¹¹ Die Abbildung 5.13 verdeutlicht in zusammengefasster Form einen (noch) vorhandenen „Gleichstellungsvorsprung“ in den neuen Ländern, wobei eine Angleichung zwischen Ost und West in den letzten Jahren feststellbar ist - sowohl durch weitere Preisgabe von bereits Erreichtem in Ostdeutschland als auch emanzipatorische Fortschritte in Westdeutschland. Bezogen auf einzelne Indikatoren, welche der Ermittlung zugrunde liegen, lassen sich deutliche existierende Differenzierungen erkennen.

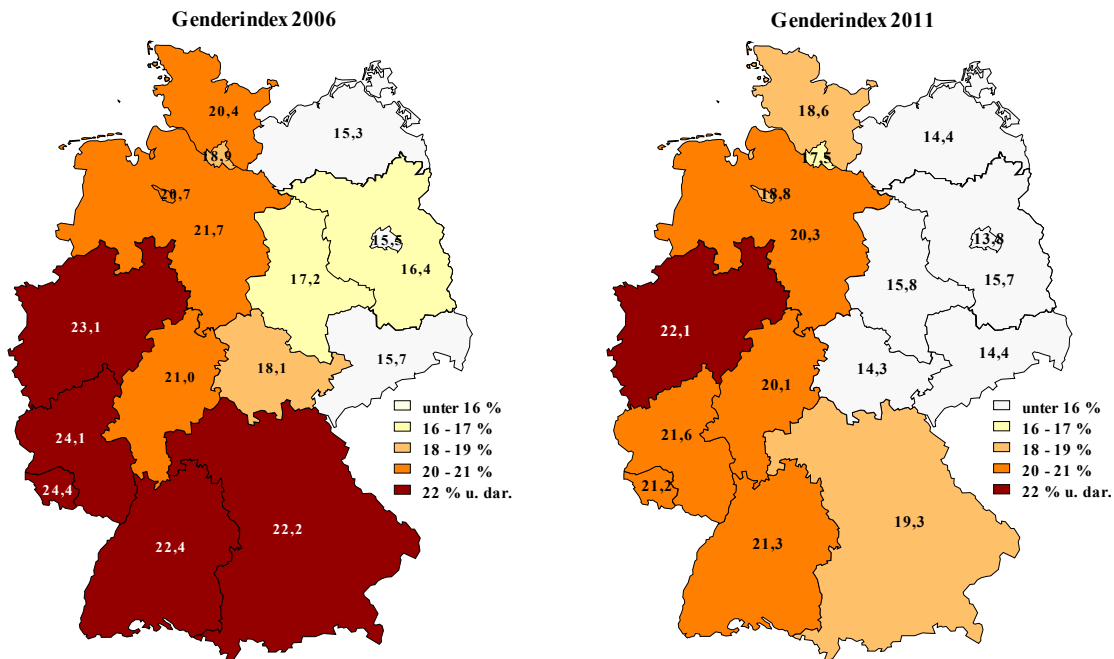
Das betrifft u.a.

- deutlichere Geschlechtsdifferenzierungen zu Ungunsten der Frauen im Osten im Vergleich zu den Männern bei der beruflichen Ausbildung sowie der beruflichen Einbindung;

⁶¹¹ Der Gender-Index ist eine Gemeinschaftsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung und wurde als bundesweites Messinstrument zum regionalen Vergleich der Gleichstellung von Frauen und Männern entwickelt. Für 19 Indikatoren aus den Bereichen Ausbildung, Erwerbsleben und Partizipation werden die relativen Abweichungen der Indikatorenprägung für Frauen und für Männer berechnet. Der Gender-Index ist der Mittelwert dieser 19 relativen Geschlechterdifferenzen. Siehe auch www.gender-index.de

- geringfügige Unterschiede bei Hochqualifizierten im Osten im Gegensatz zu Westdeutschland mit bedeutender Benachteiligung von Frauen;
- höhere Anteile von Langzeitarbeitslosen bei Frauen im Osten - geringere im Westen;
- geringere Partizipationsmöglichkeiten von Frauen (z.B. in kommunalen/regionalen Wahlfunktionen).⁶¹²

Abbildung 5.17: Genderindex - 2006 und 2011 -



Quelle: www.gender-index.de - eigene Zusammenstellung

Der Gender-Index belegt den Abstand zu den Männern, schließt aber differenzierte Niveaus mit ein. So wird u.a. eine geringe Differenz in den Einkommen von Frauen und Männern im Osten ausgewiesen, die jedoch auch auf den niedrigeren Männereinkommen beruht. Hohe Kinderbetreuung kann hohe Arbeitslosigkeit nicht ausgleichen.

Für 2012 wurden die Berechnungen weiter spezifiziert und weitgehend dem EU-Modell angenähert, mit dem Ergebnis, dass aus dem 2011 noch vorhandenen Vorsprung der neuen Länder eine de facto Gleichstellung der Ungleichheiten erfolgt ist. Die Vergleichbarkeit zu vorangegangenen Werten ist nicht mehr gegeben. Es ist nicht Anliegen dieser Publikation, das neue Verfahren im Einzelnen zu bewerten, wenn auch einige Fragwürdigkeiten enthalten sind. So u.a. erfolgt, wie früher in der Armutsberichterstattung, der Vergleich auf Kreis- und Länderebene, der Rückstand des Ostens wird dadurch am Osten gemessen und gering gehalten. Zum anderen erfolgt der Vergleich Frauen zu „insgesamt“ und nicht zu den Männern, was die Ungleichheiten rechnerisch verringert. Es ist eigentlich nur noch feststellbar, dass es „Gender-Unterschiede“ gibt.

Die nachfolgende Tabelle demonstriert, wie unterschiedliche Ansätze die Einkommensungleichheiten Arbeitnehmerinnen zu Arbeitnehmer verändern:

⁶¹² Detailliertere Aussagen sind unter www.gender-index.de zu erhalten (regionalisiert nach Länder- und Kreisebenen).

Tabelle 5.6: Bruttostundenverdienste von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen neue Bundesländer und Abstand zu Arbeitnehmern bzw. insgesamt - 2014 - Euro/Prozent - ohne Sonderzahlungen -

	Frauen NBL	Männer NBL	insges- NBL	Abstand F-NBL / - M-NBL	Abstand F-Ost / insges-Ost	Abstand F-NBL / M-D (21,87 €)	Abstand F- NBL / Insges. D (20,74 €)
	Euro			Prozent			
neue Länder (ohne Berlin)	15,50	16,35	16,04	5,20	3,37	29,1	25,27
Brandenburg	16,14	16,83	16,58	4,10	2,66	26,2	22,18
Mecklenburg- Vorpommern	15,09	15,89	15,59	5,03	3,21	31,0	27,24
Sachsen	15,28	16,45	16,05	7,11	4,80	30,1	26,33
Sachsen-Anhalt	15,33	16,19	15,88	5,31	3,46	29,9	26,08
Thüringen	15,71	16,09	15,96	2,36	1,6	28,2	24,25

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16 Reihe 2.3 2014, Wiesbaden 2015, T. 4.1.4

Der Abstand der Frauen-Ost zu Männern Ost liegt bei 5,2 % (d.h. sie erreichen ein Einkommen von 94,8 % der Männer) - insgesamt eine relativ hohe Homogenität. Nach Berechnungsmodus des Gender-Index (bezogen auf insgesamt) liegt der Abstand sogar bei nur 3,4 % und erreicht in Thüringen mit 1,6 % nahezu Einkommensgleichheit. Werden die Einkommen-Ost als Teil der Einkommensungleichheit in Deutschland ausgewiesen, ergibt sich, dass der Einkommensunterschied der Ostfrauen zu den Männern-West bei 29 % liegt (auch hier reduziert der Bezug zu „insgesamt“ auf 25,3 %). Die Länderdaten verhalten sich jeweils analog.

Bleibe zu ergänzen, dass die Frauen-West zu Männern West einen Abstand von 17,5 % haben und Frauen in Deutschland von 16,9 %.

Aber selbst das im Gender-Index 2012 methodisch vorgenommene Verfahren, kann nicht verhindern, dass unter den von den 402 Stadt- und Landkreisen (76 Ost/326 West) unter den 100 Kreisen mit den größten Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern nur ein (1) ostdeutscher Kreis war. Unter den am günstigsten abschneidenden 100 waren 68 Kreise aus den neuen Bundesländern - wenigstens ein Bereich des Lebens, in dem der Osten (wieder? noch?) etwas zählt. Aber die wahre Aussage ist: Die Fraueneinkommen sind im Osten homogener - auch im Verhältnis zu den Männern - liegen aber stabil auch weiterhin deutlich unter einem ungleicher werdenden Westen.

Inzwischen gibt es eine Vielzahl von Messungen der Ungleichheit mit wenigen und vielen bis zu 40 jeweils unterschiedlichen Indikatoren, die es dem Betrachter überlassen, günstigere oder ungünstigere Ergebnisse zu nutzen. Verwiesen sei hier nur auf (Auswahl):

- den Führungsmonitor (DIW),
- den Gleichstellungatlas (BMFSF - mit Datenbank),
- den Gender-Pay-Gap (Statistisches Bundesamt),
- das Gender-Daten-Portal (WSI),
- den Gender-Equality-Index (GEI),
- den Gender-Index (HBS/BBSR).

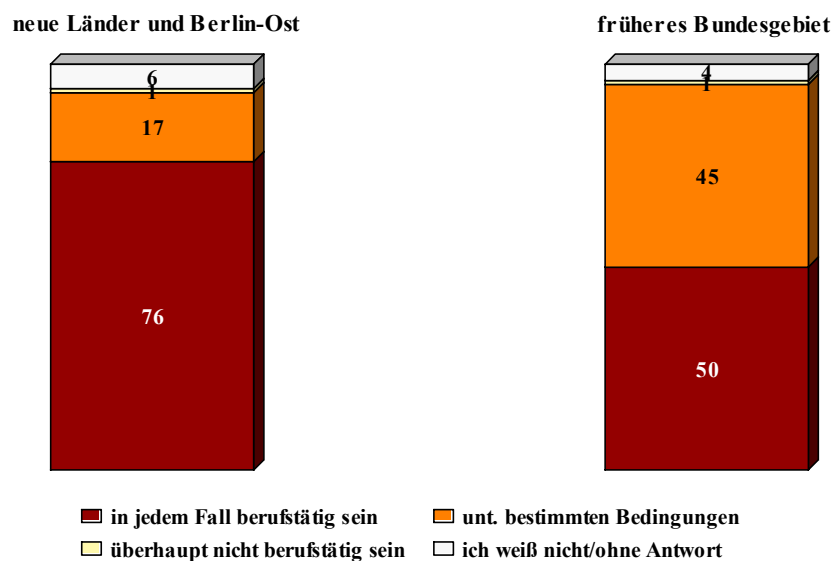
Generell fehlen Zusammenführungen div. Statistiken sowie Einbeziehung qualitativer Aussagen.⁶¹³

⁶¹³ Vgl. hierzu FES/WSI, Workshop zu Monitoring sozialökonomischer Ungleichheit der Geschlechter" v. 02.04.2016, HBS 2016.

Letzteres betreffe u.a. Werte, Zufriedenheiten, Erwartungen. So sei nochmals darauf verwiesen, dass die Haltung zur Berufstätigkeit der Frau nach wie vor Ost- und Westdeutschland trennt.⁶¹⁴ Die von den westdeutschen Aussagen geprägte Gesamt-Bewertung, dass 54 % der ab 18-jährigen Bürger in Deutschland der Meinung sind, Frauen sollten in jedem Fall berufstätig sein, überdeckt den großen Unterschied zwischen Ost (74 %) und West (48 %). Während im Westen Berufstätigkeit der Frauen stark an „bestimmte Bedingungen“ (44 %) gebunden wird, binden im Osten nur 18 % die Berufstätigkeit der Frau an einschränkende Bedingungen. Das betrifft in den alten Bundesländern insbesondere das Alter der Kinder und dass keine Vernachlässigung der Familie eintritt (vgl. Abbildung 5.16), was im Osten eine vergleichsweise geringere einschränkende Rolle spielt. In den neuen Ländern haben Arbeitsinhalte und -verdienste im Vergleich zu Westdeutschland ein höheres Gewicht.

Die Unterschiedlichkeit der Bewertungen ist im Besonderen Resultat der in beiden Regionen erfolgten/erlebten unterschiedlichen Traditionen und Sozialisation. In Ost wie West decken sich die Meinungen von Frauen und Männern jeweils. Das traditionelle Rollenbild wird von jüngeren Frauen im Westen stärker vertreten als von den älteren. Die Erfahrungen sind die gleichen: Die Mutterrolle schadet der Karriere bzw. umgekehrt, karrierebewusste Frauen müssen auf Kinder verzichten - die Kennzeichnung der Ostfrauen als Rabenmütter nach 1990 hat sich mit der neuen Familienpolitik inzwischen von selbst erledigt.

Abbildung 5.18: Wie ist Ihre Meinung zur Berufstätigkeit von Frauen? - nach Regionen - 2010
- in Prozent - (nur Frauen*)

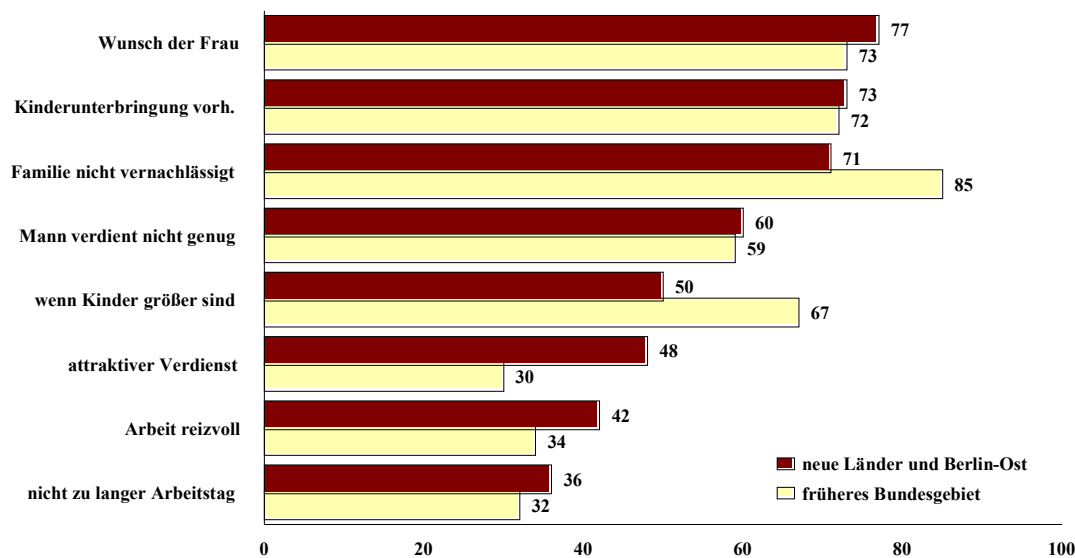


* Frauen und Männer vgl. Kap 4, Abbildung 4.25
Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Von dem einstmals vorhandenen Gleichstellungsvorsprung in Bezug auf die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR gegenüber ihren Geschlechtsgenossinnen im Westen ist - außer dem Stellenwert von Arbeit für das eigene Leben - kaum etwas übrig geblieben. Im Juli 2014 waren mit einer Arbeitslosenquote von 9,2 % fast 400.000 Frauen in Ostdeutschland arbeitslos. Das waren 27 % aller Arbeitslosen, in Westdeutschland war es bei einer Quote von 5,9 % knapp unter einer Million.

⁶¹⁴ Eine detaillierte Aufarbeitung erfolgte in einer speziellen Studie zum Vergleich der Gleichstellung in Ost und West durch den Autor Ende 2010 (unveröffentlicht).

Abbildung 5.19: Falls Sie Erwerbstätigkeit nur unter bestimmten Bedingungen bejahen, welche wären das? - nach Regionen - 2010 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Die Prophezeiung der heutigen Bundeskanzlerin A. Merkel von 1991 hat sich nur quantitativ bestätigt: „Man muss davon ausgehen, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen in den neuen Bundesländern zurückgehen wird. Dies ist natürlich, weil es die Möglichkeit, Hausfrau zu sein, eigentlich nicht gab.“⁶¹⁵

Der Wunsch, endlich Hausfrau sein zu dürfen, hat sich trotz aller Prophezeiungen nicht ausgebreitet, auch in den alten Bundesländern ist die Erwerbsarbeit von Frauen steigend. Tatsächlich stehen heute im Osten wesentlich weniger Frauen im Erwerbsleben, aber nicht weil sie Hausfrau sein wollen, sondern weil es an Arbeitsplätzen mangelt. Inzwischen sollen sie bis zum 67. Lebensjahr arbeiten, anstelle wie seinerzeit schon mit 60 Jahren „berentete Hausfrau“ sein zu dürfen.

Der Anspruch der Frauen auf ein selbstbestimmtes Leben, welches eine eigenständige Entscheidung über Arbeit und Familie einschließt, ist nach wie vor noch nicht hinreichend gegeben.

5.3.3 Die Bewertung der Entwicklung - Frauen Ost/West (2010/2014)

Die Ergebnisse der Vereinigung werden weniger unterschiedlich zwischen Frauen und Männern bewertet, sondern insbesondere zwischen den Frauen aus den neuen und den alten Bundesländern. Die 2014 durchgeführte Vergleichsanalyse Ost-West wird im Nachfolgenden zusammengefasst und auf den neuesten Stand gebracht.

⁶¹⁵ Merkel, Angela: Die Situation der Frauen in der ehemaligen DDR, in: Frauenpolitik im Umbruch, Dokumentation einer Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1991, S. 9 f.

Tabelle 5.7: Die Einschätzungen zur Einheit Deutschlands sind sehr unterschiedlich. Welcher Auffassung würden Sie zustimmen? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -

	Ost und West sind weitgehend zusammengewachsen	zwischen Ost und West gibt es nur noch geringe Unterschiede	die Unterschiede sind noch relativ groß	die Unterschiede werden immer größer	auch in 50 Jahren wird es noch gravierende Unterschiede geben	ohne Antwort
früheres Bundesgebiet						
Frauen	3	21	49	4	19	4
Männer	5	26	46	3	17	4
neue Länder und Berlin-Ost						
Frauen	14	40	32	1	11	2
Männer	13	41	30	1	13	1

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

In Deutschland vertreten 25 Jahre nach der Vereinigung 3 % der Frauen aus den neuen Ländern die Meinung, dass Ost und West weitgehend zusammengewachsen sind, und 21 % sehen nur noch geringe Unterschiede. 49 % stellen große und 4 % zunehmende Unterschiede fest, 19 % gehen davon aus, dass es auch in 50 Jahren noch gravierende Unterschiede geben wird (4 % ohne Antwort). Im Gegensatz dazu vertreten Frauen in den alten Bundesländern wesentlich positivere Auffassungen (54 % sehen keine bzw. nur geringe Unterschiede), die allerdings mehrheitlich Resultate der westdeutsch geprägten medialen Informationen sind.

Insgesamt ist festzustellen, dass - im Gegensatz zu anderen Sachverhalten -

- eine deutlich unterschiedliche Aussage zwischen Frauen aus den neuen Bundesländern und den alten Bundesländern getroffen wird, während es
- eine hohe Übereinstimmung zwischen Frauen und Männern in den jeweiligen Regionen gibt.
- Nicht zu übersehen ist - im Vergleich zu Vorjahren - die - wenn auch geringe - Zunahme positiver Meinungen im Osten.

Bei einer detaillierteren Betrachtung ergibt sich:

- Es sind in den alten Bundesländern vor allem ältere Frauen, welche eine überdurchschnittlich positive Bewertung abgeben (61 % der ab 60-Jährigen), im Osten die unter 30-Jährigen (39 % - Tendenz steigend).
- Mit höherer Qualifikation nimmt im Osten der Anteil der Frauen, welche sich positiv artikulieren, zu (35 % der Hochschulabsolventinnen/Facharbeiterinnen 21 %), während er im Westen unter dem Durchschnitt der anderen Qualifikationsgruppen liegt (49 %/ohne Abschluss 60 %);
- Die Wertungen sind im Osten insgesamt „homogener“ als die in den alten Bundesländern vorgenommenen.

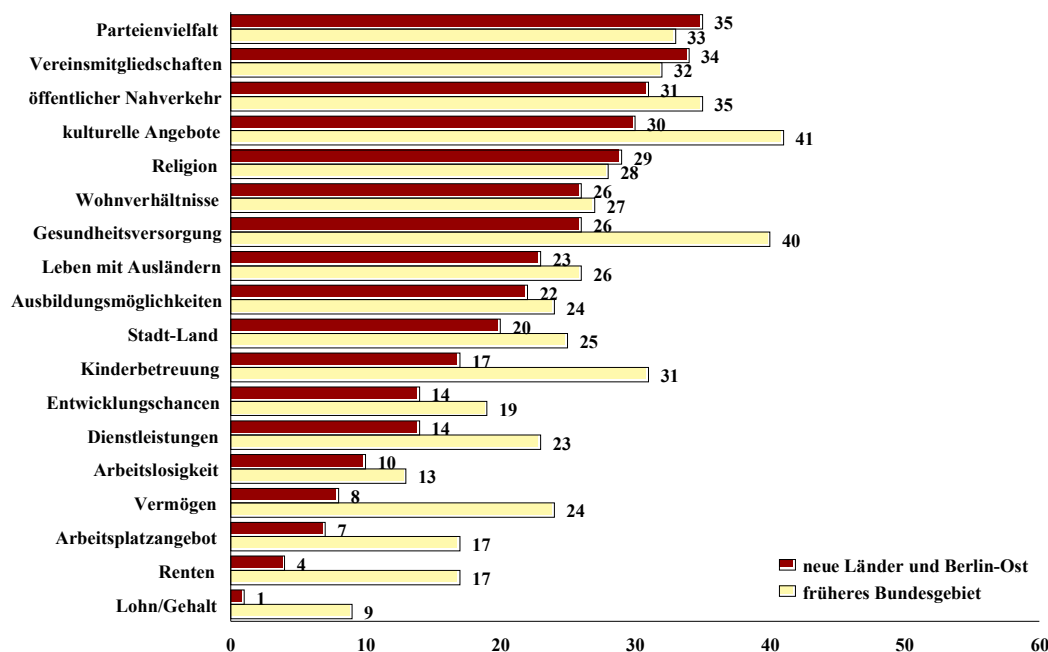
Im Jahr 2010 wurde in o.g. Zusammenhang auch die Frage gestellt: „Gibt es aus Ihrer Sicht noch Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern?“, welche die Möglichkeit bot, dies zu verneinen bzw. Unterschiede zu benennen. Anhand der Beantwortung lässt sich feststellen (vgl. Abbildung 5.20):

Erstens gibt es aus Sicht der Frauen einen relativ hohen Anteil übereinstimmender Wertungen über das bereits erreichte Maß überwundener Unterschiede zwischen Ost und West - Parteien- und Organisationsvielfalt, Religion, Wohnverhältnisse -, ohne auch dabei die vorhandenen ungerechtfertigten Ungleichheiten zu übersehen oder zu übergehen. Gleichzeitig treten deutlich unterschiedliche Auffas-

sungen auf, insbesondere hinsichtlich der Gesundheitsbetreuung, der Vermögensverhältnisse, der Arbeitsmarktsituation. Bei Kinderbetreuung ist eher der Standpunkt der Ostfrauen bemerkenswert, welche die erfolgte Angleichung an den Westen nach unten offensichtlich mehr vor Augen haben.

Seitens der ostdeutschen Frauen wird vor allem die erreichte politische Integration hervorgehoben. Anerkennung (im Sinne von „sehe keine Unterschiede mehr“) finden die hier erfolgten Veränderungen bei rd. 35 % und die damit verbundenen Möglichkeiten, aktiv zu partizipieren.

Abbildung 5.20: Gibt es aus Ihrer Sicht noch Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern?
- Frauen - nach Lebensbereichen und Regionen - 2010 - in Prozent -
(nur Antwort: „nein“)



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Zweitens geht die große Mehrheit der Frauen in Ost wie West davon aus, dass notwendige Angleichungsprozesse in wichtigen und wesentlichen Lebensbereichen noch ausstehen. Wenn Westdeutsche in höherem Maße als Ostdeutsche keine Unterschiede mehr sehen, ist das offensichtlich in vielen Fällen eher Unkenntnis oder Fehlinformationen geschuldet als dem erreichten Maß der realen Angleichung. Das betrifft vor allem jene Bereiche, welche ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und zur Zeit durch ungerechtfertigte Ungleichheiten gekennzeichnet sind und damit Entwicklungschancen begrenzen.

Insbesondere hinsichtlich der Lohn- und Rentenentwicklung sowie der vorhandenen Arbeitslosigkeit und des fehlenden Arbeitsplatzangebotes wird von 75 bis 80 % der ostdeutschen Frauen die noch ausstehende Angleichung eingefordert. In den alten Ländern findet dies mit rd. 65 % wesentlich geringere Unterstützung, liegt aber auch hier an der Spitze der Bereiche, in denen Angleichung angemahnt wird.

Drittens reflektieren die geäußerten Vorstellungen nicht in jedem Fall die eigenen Erfahrungen im Vereinigungsprozess, sondern sind hinsichtlich der Bewertung erreichter Angleichungen, vorhandener Gleichstellungsrückstände bzw. -vorsprünge stark von Kenntnis/Unkenntnis bzw. dem Wahrheitsgehalt und der Interpretation übermittelter Informationen abhängig. So können zum Teil bis zu 30 % der Frauen keine Antwort in einzelnen Sachbereichen treffen.

Es gibt im Vereinigungsprozess keine Gruppe, die sich nur als „Gewinner“ oder „Verlierer“ sieht - ohne vorhandene Differenzierungen zu ignorieren. Einzelne Gruppen konnten in den ersten Jahren mehr Gewinne als andere für sich feststellen (Rentnerinnen-Ost), die jedoch im Verlaufe der Jahre im Schwinden sind.

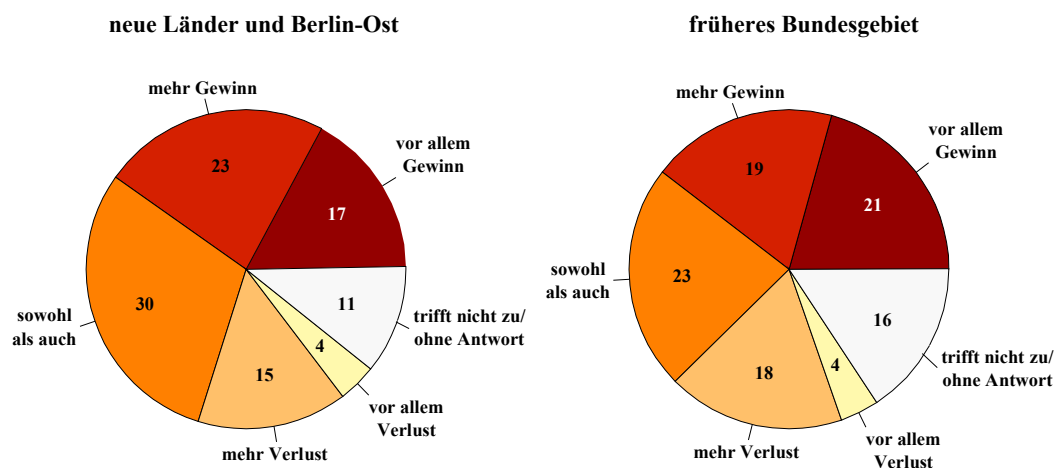
Kennzeichnend ist, dass überdurchschnittlich Gewinne für sich persönlich hervorheben:

- Frauen der mittleren Altersgruppen im Osten (49 %) und ältere Frauen im Westen (48 %),
- Hochschulabsolventinnen in Ost (67 %) wie West (61 %),
- Beamtinnen-Ost (73 %) wie West (49 %),
- Frauen aus Familien mit höherem Pro-Kopf-Haushaltseinkommen (70 % Ost/54 % West) im Vergleich zu unteren Gruppen.

Eine überdurchschnittliche Verlustbewertung nehmen vor allem vor:

- Frauen zwischen dem 50. und 60. Lebensjahr in Ost (23 %) wie West (28 %),
- weibliche Arbeitslose (44 % - Ost bzw. 77 % - West).

Abbildung 5.21: Sind fast 25 Jahre deutsche Einheit für Sie insgesamt gesehen ...? - Frauen - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Anhand der Aussagen der weiblichen Arbeitslosen wird die Problematik der Unterschiedlichkeit der persönlichen Befindlichkeiten deutlich: Arbeitslosigkeit im Westen ist für die einzelne Frau eine gravierende Veränderung ihres Lebens, für die sie (mehrheitlich) den Vereinigungsprozess verantwortlich macht. Im Osten ist Arbeitslosigkeit Teil von Veränderungen aller Seiten des Lebens seit der Vereinigung und wird - je nach individueller Situation - mit anderen Entwicklungen „abgewogen“.

5.3.4 Frauen in Leitungsfunktionen

Chancengleichheit von Frauen wird in Deutschland in hohem Maße daran gemessen, in welchem Maße Frauen in Führungspositionen tätig sind. Bundesregierung und Wirtschaft wie Gewerkschaften bemühen sich - wenn auch mit insgesamt noch wenig Erfolg - das Thema nicht nur am Leben zu halten, sondern Fortschritte zu erzielen. In der Koalitionsvereinbarung der neu gebildeten großen Koalition werden zumindest Grundsatzaussagen wie: „Wir wollen den Anteil der weiblichen Führungskräfte erhöhen“, getroffen.⁶¹⁶ Die Diskussion wird dabei z.T. sehr kontrovers geführt - und mündet fast

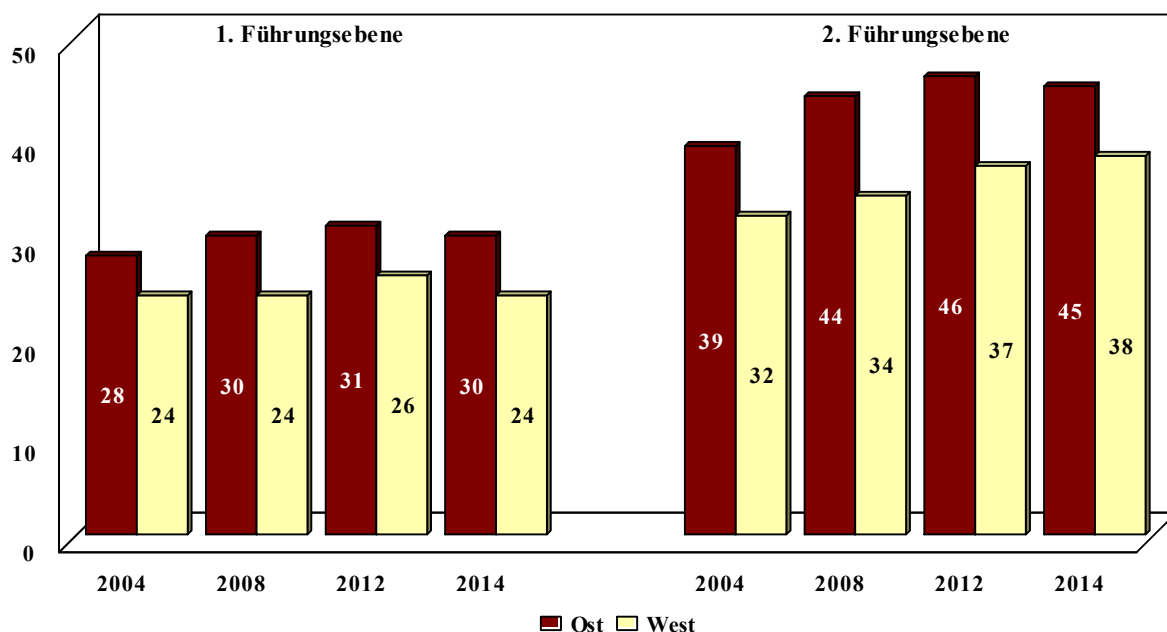
⁶¹⁶ Vgl. Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode. Abschnitt Gleichstellung, S. 72.

immer in der Forderung nach einer „Quote“, die das regeln möge. Das zuständige Ministerium hat sogar ein Portal zur „Flexi-Quote“ eingerichtet⁶¹⁷.

Die Daten des IAB-Betriebspanels⁶¹⁸ ergeben, dass im Juni 2014 in ostdeutschen Betrieben 30 % der Vorgesetztenfunktionen auf der ersten Führungsebene (Geschäftsführung, Filial- oder Betriebsleitung bzw. Inhaberschaft oder Mitgliedschaft im Vorstand) mit Frauen besetzt sind⁶¹⁹ (Westdeutschland 24 %). Dabei sei nochmals darauf verwiesen, dass der Anteil weiblicher Erwerbstätiger insgesamt, sowie in Ost wie West, 47 % beträgt, ihr Anteil im öffentlichen Sektor im Osten 61 % und im privatwirtschaftlichen Bereich 43 %.

Insgesamt liegt der Anteil weiblicher Führungskräfte deutlich unter dem generellen Frauenanteil, und die erreichten Fortschritte sind zu gering, noch dazu nach der Selbstverpflichtung der Wirtschaft zur Erhöhung der Chancengleichheit der Geschlechter. Bleibt abzuwarten, welche Veränderungen sich ab 2015 ergeben, nachdem es in Deutschland erstmals gesetzliche Vorgaben zur Besetzung von Vorgesetztenpositionen mit Frauen⁶²⁰ gibt.

Abbildung 5.22: Anteil von Frauen auf der ersten und zweiten Führungsebene in Betrieben in Ost- und Westdeutschland - 2004 bis 2014 - in Prozent -



Datenbasis: IAB-Betriebspanel Ostdeutschland, Wellen 2004, 2008, 2012 und 2014

Im Betriebspanel 2014 wird festgestellt:

- In Ost wie West ist im Vergleich zu 2004 ein Anstieg erkennbar - 2014 z.T. sinkende Tendenzen. 2014 wurden im Osten 30 % und im Westen 24 % der Leitungsfunktionen der 1. Ebene von Frauen besetzt.
- In ostdeutschen Betrieben des öffentlichen Bereichs werden Frauen deutlich häufiger (40 %) mit Führungsaufgaben auf der obersten Leitungsebene betraut als in Betrieben der Privatwirtschaft (30 %). Die stärkere Präsenz von Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Sektor könnte mit den bestehenden gesetzlichen Vorgaben im Zusammenhang stehen. Möglicherweise ist sie aber

⁶¹⁷ Vgl. <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/themen-lotse.html?thema=thema-frauen-fuehrungspositionen>

⁶¹⁸ BMI, IAB-Betriebspanel Ostdeutschland, Ergebnisse der 17. Welle 2012, Berlin 2013, S. 66 ff.

⁶¹⁹ Nachfolgenden Ausführungen liegen weitgehend die gekürzten Ergebnisse des Betriebspanels 2012 (S. 66 ff.) zugrunde.

⁶²⁰ Vgl. Pressemitteilung des BMFSFJ Nr. 016/2015 vom 06.03.2015.

auch auf den höheren Frauenanteil an den Beschäftigten und die überdurchschnittlich hohe Präsenz von Frauen auf Arbeitsplätzen zurückzuführen, die einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss erfordern. Aber auch hier ist festzustellen, dass der Frauenanteil an den Beschäftigten in Betrieben des öffentlichen Bereichs bei rd. 60 % lag.

- In westdeutschen Betrieben des öffentlichen Dienstes waren 30 % der Leitungspositionen der 1. Ebene weiblich besetzt, der Anteil der Frauen in Leitungsfunktionen der Privatwirtschaft an den Beschäftigten betrug 24 %.
- Frauen bekleideten in den Bereichen des Dienstleistungsgewerbes, insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen (59 % im Osten - 39 % im Westen) sowie im Bereich Erziehung und Unterricht (52 % Ost/48 % West), 2014 deutlich häufiger eine Führungsposition als in Betrieben, die dem produzierenden Gewerbe zuzuordnen sind.
- Je größer ein Betrieb ist, desto geringer ist die Chance für Frauen, in Führungsverantwortung auf der obersten Leitungsebene zu gelangen. Während in ostdeutschen Kleinst- und Kleinbetrieben etwa jede dritte Leitungsfunktion auf der ersten Führungsebene von einer Frau besetzt war, waren es in mittleren Betrieben 24 % und in Großbetrieben 28 %. Dies zeigt sich in der Tendenz auch für westdeutsche Betriebe.
- In Ostdeutschland verfügt nur gut ein Fünftel aller Betriebe über eine zweite Führungsebene. Dies erklärt sich daraus, dass eine zusätzliche Leitungsebene in Kleinst- und Kleinbetrieben in der Regel nicht erforderlich ist. Auch in Westdeutschland lag dieser Anteil nur bei rd. einem Viertel. Frauen als Führungskräfte sind auf der zweiten Führungsebene deutlich stärker vertreten als auf der ersten Führungsebene. 2014 waren 45 % dieser Führungspositionen in ostdeutschen Betrieben mit Frauen besetzt, im Westen von 38 %.
- Während Frauen auf der ersten Führungsebene in knapp einem Drittel der ostdeutschen Betriebe vertreten waren, waren sie es auf der zweiten Führungsebene mit 48 % in fast zwei Dritteln jener Betriebe, die über eine zweite Führungsebene verfügten. Ähnlich war die Situation in Westdeutschland: In 24 % der Betriebe waren Frauen in obersten Führungsgremien vertreten, und 38 % aller westdeutschen Betriebe mit einer zweiten Führungsebene hatten diese mit einer Frau besetzt.
- Hohe Anteile von Frauen an den Beschäftigten und an Hochqualifizierten erleichtern Frauen offenbar den Zugang zu Führungspositionen, sie sind aber keine Garantie dafür.
- Die in Ostdeutschland seit Jahren höheren Frauenanteile auf der ersten und zweiten Führungsebene haben lt. Betriebspanel Ostdeutschland verschiedene Gründe: An erster Stelle sei auf die erforderliche Qualifikation verwiesen, so dass in Ostdeutschland beschäftigte Frauen häufiger Arbeitsplätze besetzen, die einen Hochschul-/Fachhochschulabschluss voraussetzen als westdeutsche weibliche Beschäftigte. Hinzu kommt eine weiter verbreitete Vollzeitbeschäftigung sowie die stärker ausgeprägte vollzeitnahe Teilzeittätigkeit unter ostdeutschen Frauen (generell liegt der Anteil von in Teilzeit arbeitenden weiblichen Führungskräften nur bei rd. 6 %). Außerdem dürften die in den neuen Bundesländern vorhandenen vergleichsweise noch höheren Möglichkeiten der Kinderbetreuung eine wichtige Rolle spielen.⁶²¹ Als weiterer Begründungszusammenhang wird in anderen Untersuchungen die noch immer nachwirkende DDR-Sozialisation genannt.⁶²²

⁶²¹ Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Kindertagesbetreuung regional 2012.

⁶²² Im Betriebspanel wird verwiesen auf den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung: „Zum anderen war das Rollenbild in der DDR jenes der erwerbstätigen Frau. Da Frauen zu DDR-Zeiten deutlich häufiger berufstätig waren als Frauen in Westdeutschland, existierte in Ostdeutschland eine andere Ausgangssituation.“, S. 134.

Im ersten Frauenreport der DDR⁶²³ 1990 wurde hinsichtlich der Frauen in Leitungsfunktionen festgestellt, dass die Einbindung von Frauen in Leitungsfunktionen im Besonderen mit der beruflichen Qualifikation verbunden ist und dass trotz hoher beruflicher Bildung „in keinem anderen Bereich der Erwerbsarbeit die soziale Benachteiligung der Frau so groß war wie in der Leitungstätigkeit. Frauen besaßen kaum Chancen, in Spitzenpositionen vorzurücken; einflußreiche Ämter und Bereiche mit Machteinfluß blieben ihnen fast völlig verschlossen“⁶²⁴.

Auch in der DDR galt bereits - wie gegenwärtig in der Bundesrepublik -, dass der Frauenanteil mit Leitungsfunktionen am höchsten in jenen Bereichen war, welche traditionell einen hohen weiblichen Beschäftigtenanteil hatten:

- im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie im Handel waren fast zwei Drittel des Leitungspersonals Frauen;
- in der Leichtindustrie, den örtlichen Justizorganen, im Post- und Fernmeldewesen sowie im Dienstleistungsbereich lag der Anteil zwischen 40 und 50 %;
- im Verkehrswesen, den örtlichen Staatsorganen waren es rd. 25 %;
- in Industrie und Landwirtschaft 20 %;
- gering waren Führungsfunktionen in der Wissenschaft.

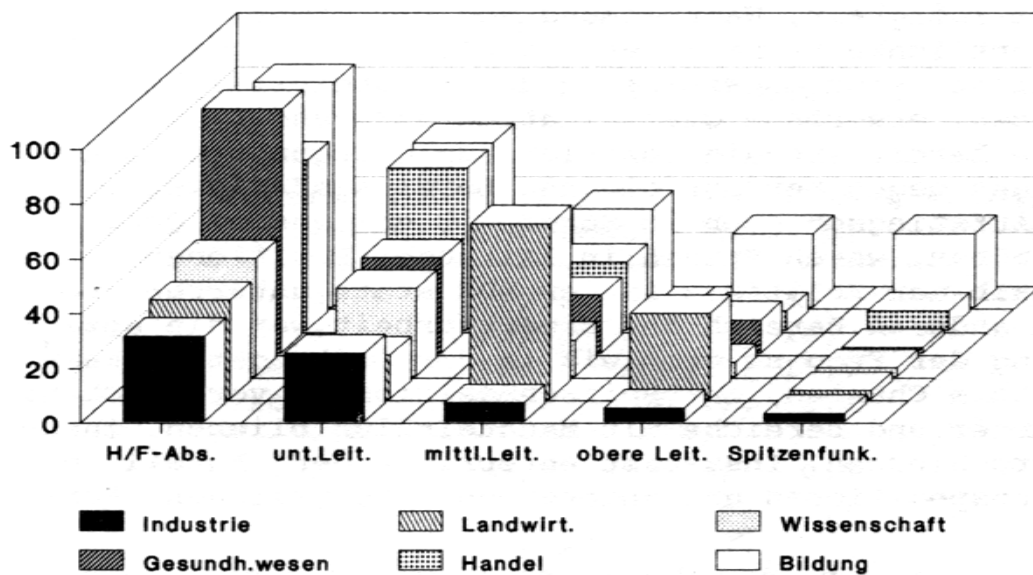
Obwohl der Anteil der Frauen in den Wissenschaftsbereichen bei rd. 50 % lag, erreichten sie bei Dozenten und Professoren rd. 15 % und bei Rektoren, Prorektoren sowie Sektionsdirektoren nur 3 %.

Insgesamt gelang es auch in der DDR - trotz des hohen Bildungsstandes - nicht, Chancengleichheit herzustellen, Vorurteile gegenüber der Leistungsfähigkeit von Frauen generell abzubauen und die patriarchaischen Grundstrukturen zu überwinden. Auch Vorbehalte hinsichtlich fehlender Wahrnehmung familiärer Verpflichtungen trugen - bei fast durchgängig fehlender Gleichberechtigung und Gleichverpflichtung zur Aufgabenwahrnehmung in der Familie - zur Doppelbelastung von Frauen bei und behinderten die Übernahme von Leitungsverantwortung in hohem Maße. Trotz allem war es ein Fortschritt, der 1990 auf massiven Widerstand im Westen traf und erst in den letzten Jahren durch die Diskussion um Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Bundesrepublik begonnen hat sich durchzusetzen.

⁶²³ Frauenreport '90, a.a.O., S. 93 ff.

⁶²⁴ Ebenda, S. 93.

Abbildung 5.23: Anteil von Frauen in Leitungsfunktionen* - DDR - 1989 - in Prozent -



* Abbildung entnommen aus Frauenreport '90 - DDR, Berlin 1990, S. 94

Bezogen auf die Bundesrepublik insgesamt kommt der „Führungskräfte-Monitor 2012“⁶²⁵ zu keineswegs uninteressanten Aussagen und detaillierten Informationen, welche zusammengefasst und verkürzt u.a. lauten⁶²⁶:

- Es gibt positive Tendenzen bei der Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen und bei abnehmenden Einkommensdifferenzen;
- die Spitzengremien der Wirtschaft sind nach wie vor eine überwältigende Männerdomäne;
- in Führungspositionen sind Frauen etwa gleich häufig Vorgesetzte wie Männer - aber ihnen unterstehen deutlich weniger Personen;
- Führungskräfte haben häufiger Eltern mit guter Ausbildung;
- Führungspositionen sind meist mit sehr langen Wochenarbeitszeiten verbunden - Zeit für Haushalt und Familie verbleibt vor allem am Wochenende;
- Familienbildung gar nicht oder spät - immer noch das Muster in Westdeutschland;
- Frauen in Führungspositionen arbeiten häufiger in geschlechtsuntypischen, Männer häufiger in geschlechtstypischen Berufen;
- der Ruf nach Frauenquoten für Spitzengremien wird immer lauter.

Keineswegs uninteressant ist, dass Ostdeutschland als spezifische Region für die Durchsetzung des weiblichen Führungskräfteanspruchs - im Gegensatz zum Betriebspanel - im Monitor im Wesentlichen auf das Geburtenverhalten von Frauen in jüngeren Jahren vorkommt. Auch progressive Autorinnen gelingt nur der Satz: „Offenbar wirken in Ostdeutschland auch heute noch die für die DDR typischen Familienbildungsmuster nach. Ob dies auch für die nachwachsenden Führungskräfte unter den (auch kulturell) veränderten gesamtdeutschen Rahmenbedingungen so sein wird, bleibt abzuwarten.“

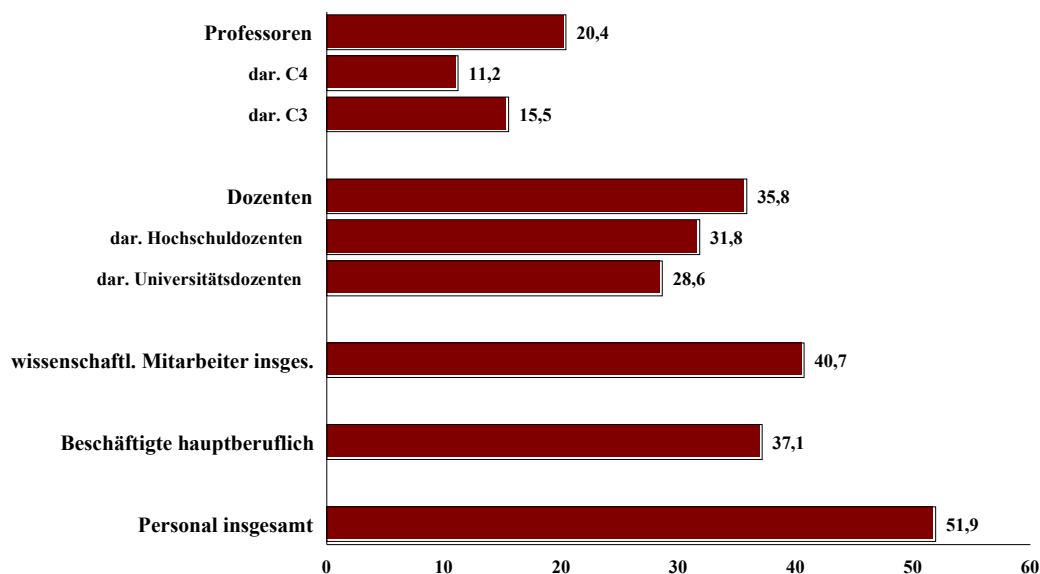
Vielleicht lag es - bei allen Einschränkungen der DDR als politischem System - im Osten nicht nur an der frühen Geburt von Kindern, dass es insgesamt besser gelang, Frauen in Führungsverantwortung zu

⁶²⁵ Holst, Elke/Busch, Anne/Kröger, Lea: DIW, Führungskräfte-Monitor 2012 - update 2001-2011, Berlin 2012.

⁶²⁶ Ebenda, S. 4 ff.

bringen (siehe oben). Inzwischen sind auch dabei Veränderungen unverkennbar. So im Hochschulwesen, wo 20,4 % aller Professoren weiblich sind - 18,3 % im Osten und 20,8 % im Westen.

Abbildung 5.24: Anteile weiblichen Hochschulpersonals - Deutschland - 2012 - in Prozent -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.4, Personal an Hochschulen 2012, Wiesbaden, Oktober 2013/Tab. 02

Im neuen Bundeskabinett sind neben der Bundeskanzlerin von 15 Ministern 5 weiblich. Aus Ostdeutschland kommen insgesamt drei Frauen: die Bundeskanzlerin A. Merkel, die Familienministerin M. Schwesig und die Bildungsministerin J. Wanka.

5.4 Menschen mit Behinderungen

Die Realität des Lebens von Menschen mit Behinderungen ist insgesamt wesentlich vielfältiger als von Medien, der Politik oder Sozial- und Interessenverbänden zum Teil vermittelt. Die Konzentration der Öffentlichkeit auf Ausgrenzung und Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen einerseits wie auf Heraushebung existenter Integration in den Bereichen Kunst, Sport oder in Spitzenpositionen von Politik und Wirtschaft andererseits überdeckt das ganz normale Leben der übergroßen Mehrheit von Menschen mit Behinderungen, das von ihnen mit hoher Zufriedenheit selbst gestaltet wird - ohne mit allem zufrieden zu sein

Viele als Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten empfundene Lebensverhältnisse von Menschen mit Behinderungen resultieren nicht allein und nicht vorrangig aus der Behinderung, sondern aus dem Zusammentreffen von Behinderung und Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt, Behinderung und Einkommensungleichheit, Behinderung und Bildungs- bzw. Qualifikationsniveau usw.

Insbesondere Menschen mit Behinderungen im Osten unterliegen einer doppelten Diskriminierung.

Menschen mit Behinderungen fühlen sich mehrheitlich nicht nur als Teil, sondern sind Teil dieser Gesellschaft, jedoch mit anderen Erfahrungen über Möglichkeiten und Grenzen individueller Selbstverwirklichung, mit anderen Erfahrungen zu Förderung und Benachteiligung, zu Integration und Ein-/Ausgrenzung individueller Selbstentfaltungsmöglichkeiten, mit anderen Erfahrungen über den Umgang mit einem spezifischen „Anderssein“ als Bürger dieser Gesellschaft. Das bindet sie in dieser Gesellschaft und an diese Gesellschaft, verbindet sie mit den anderen Bürgern generell ebenso wie mit anderen Menschen mit Behinderungen und anderen sozialen Gruppen, die in spezifischer Weise Probleme der Integration haben.

Der einzelne Bürger ist Teil eines gesellschaftlichen Ganzen, in welches er integriert wird bzw. in welches er sich integriert, eines gesellschaftlichen Ganzen, welches dem Einzelnen Traditionen, zu

Bewahrendes und zu Erhaltendes ebenso vermittelt wie eine kritische Sicht auf die Vergangenheit und Gegenwart. Über Jahrzehnte sind (nationale) Wertestrukturen entstanden, die den Stellenwert von Lebensbereichen und Handlungsfeldern prägen und in Abhängigkeit von familiären Bindungen und Zuordnung zu spezifischen sozialen Gruppen auf den Einzelnen der nachfolgenden Generationen weitervermittelt werden, die diese annehmen, ablehnen, modifizieren. Die von den Menschen mit Behinderungen zu ihren Lebensverhältnissen getroffenen Aussagen machen deutlich, dass ihre subjektiven Befindlichkeiten, ihre Wertungen und Aussagen zunächst und vor allem von diesem ihrem Eingebundensein in die Gesellschaft und nicht durch ohne Zweifel existente Ungleichbehandlungen geprägt sind. Ihre Werte- und Beurteilungsstrukturen sind vor allem und vorrangig durch das sie umgebende soziale Umfeld geformt sowie den Platz, den sie in diesem sozialen Umfeld einnehmen, den sie durch ihre eigenen Aktivitäten erreicht haben bzw. der ihnen durch das soziale Umfeld zugeordnet wurde.

Es lässt sich insgesamt auch für Menschen mit Behinderungen feststellen, dass ihre Befindlichkeiten, ihr Wohlbefinden wie ihr Unwohlbefinden sowohl von den gesellschaftlichen Gesamtstrukturen als auch vom individuellen Platz des Einzelnen im sozialen System (Erwerbsarbeit, Einkommen, sozialer Status usw.) abhängig sind, ohne den Einfluss spezieller Behinderungen und die damit gegebenen bzw. realen Einschränkungen und Ungleichbehandlungen auf den Gebieten Erwerbsarbeit, soziale Sicherung, soziale Integration zu leugnen.

Untersuchungen⁶²⁷ bestätigen die These, dass Behinderungen „ein vorhandenes, aber mehrheitlich nicht konstitutives Merkmal“⁶²⁸ für die Bewertung der Lebensverhältnisse durch Menschen mit Behinderungen selbst sind.

In der Mehrheit der Lebensbereiche sind Behinderungsgrund und -grad sowie Behinderungsart ein die Lebensverhältnisse beeinflussender, aber soziale Ungleichheiten nicht von vornherein und schon gar nicht alleiniger bestimmender und prägender Faktor. Das heißt nicht, dass Behinderungen nicht durchaus die Gesamtsituation des Einzelnen in einem Maße bestimmen (können), dass anderes (Arbeit, Familie, Wohnen) davon maßgeblich beeinflusst wird. Die allgemeine Betrachtung der Lebensverhältnisse von Menschen mit Behinderungen kann und darf jedoch nicht auf spezifische Aspekte reduziert werden.

Die von Menschen mit Behinderungen vorgenommenen Bewertungen ihrer Lebensverhältnisse, ihrer sogenannten „subjektiven Befindlichkeiten“ werden in höherem Maße von ihrem allgemeinen Lebensumfeld geprägt als von der Spezifik von behindernden Beeinträchtigungen.

Aber auch: Menschen mit Behinderungen sind keine homogene Gruppe, sondern unterscheiden sich in ihrer Position zunächst und vor allem nach ihren soziodemografischen Strukturen ebenso wie Menschen ohne Behinderungen. Soziale Positionen in einer durch Erwerbsarbeit und Vermögen geprägten Sozialstruktur beeinflussen unterschiedliche Bewertungen ebenso wie Alter und Geschlecht sowie familiärer Status. Dabei ist der Zusammenhang von demografischen und sozialen Strukturen insofern ein besonderer, da z.B. im Kinder- und Jugendalter vorhandene bzw. eingetretene Behinderungen in hohem Maße Möglichkeiten der beruflichen bzw. erwerblichen Integration in die Gesellschaft bestimmen und lebenslange Wirkungen zeitigen, während sie bei Behinderungen, die erst in späteren

⁶²⁷ Vgl. hierzu Haupt, Hanna/Liebscher, Reinhard/Winkler, Gunnar: Menschen mit Behinderungen - Report 2003 - Daten und Fakten zur sozialen Lage von Menschen mit Behinderungen in Deutschland, im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung sowie der Volkssolidarität - Bundesverband/Landesverbände, trafo verlag, Berlin 2003.

⁶²⁸ Radtke, Peter: Zum Bild behinderter Menschen in den Medien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 8/2003, S. 8.

Lebensabschnitten eintreten, völlig andere Wirkungen auf damit verbundene Veränderungen in den Lebensverhältnissen haben. Aber auch hier gibt es keine für alle Behinderungsarten und -ursachen sowie für den Entstehungszeitpunkt verallgemeinerungsfähige „Statusbestimmung“.

Differenzierungen in den Lebensbedingungen, wie dem Wohnen, dem Einkommen, den Formen der Alltagsbewältigung, sind in ihrer spezifischen Ausprägung genauso vorhanden wie bei anderen Gruppen auch, allerdings mit deutlicheren Einschränkungen ab dem Zeitpunkt des Eintretens von Behinderungen und damit verbundenen Übergängen in das System sozialer Sicherungen.

Die subjektiven Befindlichkeiten von Menschen mit Behinderungen sind - ebenso wie von Menschen ohne Behinderungen - in hohem Maße mit der vom Einzelnen bewerteten und empfundenen Gleichbehandlung verbunden.

Wenn auch generell die Aussage richtig ist, dass kein monokausaler Zusammenhang subjektive Lebensbefindlichkeiten und -zufriedenheit bestimmt, so ist doch eindeutig, dass ganz spezifische Behinderungsarten und -ursachen in einem höheren Grad allgemeine Lebenszufriedenheit beeinflussen (bei geringer quantitativer Ausprägung). Aber auch hier gilt: Es gibt nicht diese oder jene Behinderungsart oder spezifische Behinderungsursachen, die zu genereller Unzufriedenheit führen. Aber: unterschiedliche Behinderungen prägen über sozialen Status, Einbindung in das Erwerbsleben, Einkommen u.a. in durchaus unterschiedlicher Weise Positionen von Menschen mit Behinderungen.

Eins ist jedoch unverkennbar, allgemein die Lebensverhältnisse des Einzelnen bestimmende soziale Ungleichheiten, die z.B. aus Erwerbsstatus oder Geschlecht resultieren, kumulieren sich im Zusammenhang mit Behinderungen in besonders hohem Maße (Beispiel Erwerbsarbeit von Frauen mit Behinderungen).

Das öffentliche Bild über Menschen mit Behinderungen wird nach wie vor im Besonderen durch eine „medizinische, sich an Defiziten orientierende Sichtweise“ geprägt⁶²⁹. Das wird deutlich in den von den Medien und der Politik geprägten Bildern über Menschen mit Behinderungen durch eine Konzentration auf spezifische Behinderungen bzw. mit entsprechendem Behinderungsgrad sowie in hohem Maße auf einen Personenkreis mit erkennbaren, sichtbaren Behinderungen.

Das allgemeine Bild über die Situation behinderter Menschen, welches in der Öffentlichkeit vermittelt wird, hat sich in den letzten Jahren durch den Ausbau der Berichterstattung über Pflegebedarf und Pflegeentwicklung immer weiter reduziert - der letzte zusammenfassende Bericht zur sozialen Lage behinderter Menschen in Deutschland bezieht sich auf das Jahr 2009 - danach folgen nur noch reine Statistikberichte (letzter Bericht 2013).

Die Medien berichten entweder über ganz spezielle Gruppen und orientieren sich dabei stärker an „der Krankheit“ (Sehschwache/Gehörschwache/Amputierte usw.) als an deren sozialen Problemen. Hinzu kommt auch eine detaillierte Berichterstattung über das Verhalten einzelner Bürger gegenüber behinderten Menschen, das zu verurteilen, aber nicht für eine ganze Stadt, Gemeinde, Gesellschaft steht.

Die Realität des Lebens von Menschen mit Behinderungen ist insgesamt wesentlich vielfältiger als von Medien, der Politik oder Sozial- und Interessenverbänden zum Teil vermittelt. Die Konzentration der Öffentlichkeit auf Ausgrenzung und Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen einerseits wie auf Heraushebung existenter Integration in den Bereichen Kunst, Sport oder in Spitzenpositionen von Politik und Wirtschaft andererseits überdeckt das ganz normale Leben der übergroßen Mehrheit von

⁶²⁹ Radtke, Peter: Zum Bild behinderter Menschen in den Medien, a.a.O.

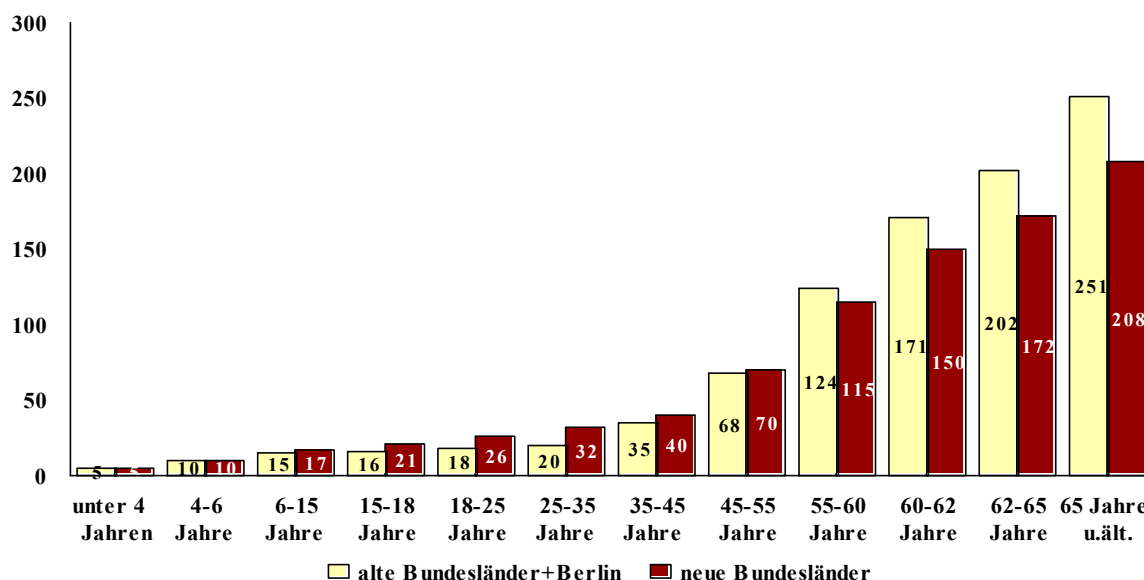
Menschen mit Behinderungen, das von ihnen mit hoher Zufriedenheit selbst gestaltet wird - ohne mit allem zufrieden zu sein. Das richtet sich nicht gegen eine notwendige Öffentlichkeit von Gewalt oder Lebensqualität beeinträchtigende Ungleichbehandlung, sondern gegen Einseitigkeiten.

Zugleich ist aber auch festzustellen, dass - so richtig es einerseits ist, Probleme konzentriert vor- und darzustellen - so sehr wird damit die Vielzahl von „Behinderungen“ im alltäglichen Leben übergangen. So wie Benachteiligung von Frauen nicht nur als Gewalt gegen Frauen und keineswegs nur an „Frauenhäusern“ darstellbar ist, sondern ein breites Spektrum erfolgter, gespürter Benachteiligung und Ausgrenzung einschließt, so gilt das auch für das Leben von Menschen mit Behinderungen. Politik für Menschen mit Behinderungen muss sich dieser Breite annehmen und darf sich nicht auf - sicher vorrangig zu verändernde - extreme Beispiele und Erfahrungen von Einschränkungen und Ausgrenzungen reduzieren.

Zum Jahresende 2013 lebten in Deutschland 7,5 Millionen schwerbehinderte Menschen⁶³⁰; das waren 9,3 % der gesamten Bevölkerung in Deutschland - in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) betraf das 1,2 Millionen Bürger (9,5 %), in den alten Bundesländern und Berlin 6,4 Millionen (9,3 %). Etwas weniger als die Hälfte (49,8 %) waren im Osten Frauen, im Westen 48,8 %.

Als schwerbehindert gelten Personen, denen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung (GdB) von 50 und mehr zuerkannt wurde. 31,9 % der Menschen mit schweren Behinderungen wurden mit 50 GdB anerkannt, 15,9 % mit 60 GdB, 11,0 % mit 70 GdB, 12,0 % mit 80 GdB, 5,1 % mit 90 GdB und 24,1 % mit 100 GdB.

Abbildung 5.25: Schwerbehinderte Menschen je 1.000 Einwohner - nach Alter und Regionen - 31.12.2013 -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Reihe 5.1, Wiesbaden 2014 (Kurzbericht)

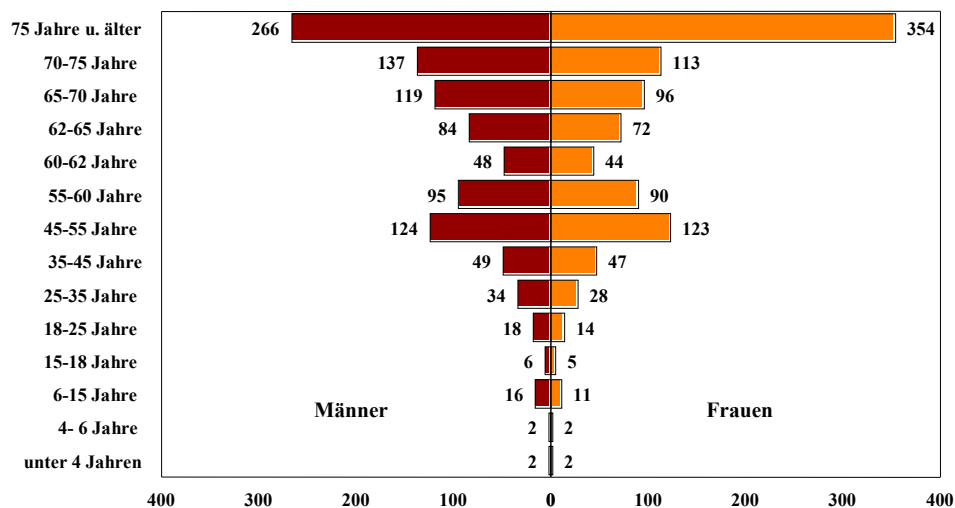
Die jeweils als Menschen mit Behinderungen anerkannten Bürger treten in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich auf und reichen von 7,5 % in Hamburg und 7,8 % in Rheinland-Pfalz bis 10,9 % in Mecklenburg-Vorpommern. Die Unterschiede sind vor allem altersstrukturell bedingt; resultieren z.T. aber auch aus ungleicher Anwendung der Feststellungen durch die Versorgungsämter.

⁶³⁰ Statistisches Bundesamt, Statistik der Menschen mit Behinderungen - Kurzbericht, Wiesbaden 2014.

Dass das Maß der Behinderungen nicht nur an die Altersstruktur gebunden ist; zeigt die schematische Darstellung in der obigen Abbildung, da trotz der höheren Altenanteile das Ausmaß im Osten geringer ist.

Die vorliegenden Behinderungen sind zu 85 % krankheitsbedingt bzw. Folgen von Krankheiten und zu 4 % angeborene Behinderungen. Nur 1,5 % resultieren aus Arbeits-, Haus- oder Verkehrsunfällen.

Abbildung 5.26: Schwerbehinderte Menschen - nach Altersgruppen und Geschlecht
- je 1.000 schwerbehinderte Männer bzw. Frauen - Stand: 31.12.2013 -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13, Reihe 5.1, Wiesbaden 2016

Integriert zu sein und sich integriert zu fühlen, sind immer wieder Gegenstand von Diskussion und führen zu unterschiedlichen Bewertungen. Bezieht sich Ersteres eher auf die Gesamtheit von Lebensbereichen der behinderten Menschen in Deutschland, in Europa, in der Gesellschaft generell, reflektiert das Gefühl, sich integriert zu fühlen, eher die individuell gemachten Erfahrungen vor allem im sozialen Umfeld (im weitesten Sinne). Insofern ist es durchaus verständlich, dass individuell Erlebtes zum Teil von den allgemein vorgenommenen und angenommenen Wertungen abweicht bzw. abweichen kann. Das ist ein Phänomen, welches keineswegs nur für behinderte Menschen Gültigkeit hat, sondern für Frauen, Arbeitslose, Ausländer - eigentlich für jeden Bürger - zutrifft.

Aussagen darüber, ob diese oder jene soziale Gruppe gleichbehandelt wird, integriert in die Gesellschaft ist, können deshalb nicht zu einer Gesamtaussage zusammengeführt werden, es sei denn zur bereits getroffenen Feststellung: Menschen mit Behinderungen sind ebenso wenig eine homogene Gruppe wie die Bevölkerung oder einzelne soziale Gruppen wie Männer oder Frauen, wie Erwerbstätige oder Arbeitslose usw. Trotzdem gilt es in der Politik, Kenntnis über die Differenziertheit der Empfindungen zu haben, die nichts anderes als Ergebnisse einer jahrelangen Politik, von Politikversprechen und -realitäten ebenso sind wie die subjektive Bewertung des Einzelnen entsprechend seiner sozialen Stellung in der Gesellschaft bzw. seines individuellen Platzes, den er einnimmt (bzw. einzunehmen annimmt).

Es ist aber auch hervorzuheben, dass viele als Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten empfundene Lebensverhältnisse von Menschen mit Behinderungen nicht allein und nicht vorrangig aus der Behinderung, sondern aus dem Zusammentreffen von Behinderung und Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt, Behinderung und Einkommensungleichheit, Behinderung und Bildungs- bzw. Qualifikationsniveau usw. resultieren. Nicht zu übersehen ist aber auch, dass nicht selten das soziale Umfeld auf erkennbare

Behinderungen keineswegs positiv reagiert, was die Aussage „man ist nicht behindert, sondern wird behindert“ untersetzt. Das Verhalten von Minderheiten wirkt jedoch in hohem Maße prägend auf die eigene Bewertung zur erfolgten Integration von Menschen mit Behinderungen durch sie selbst.

Real vorhandene existente Ausgrenzung und empfundene Ungleichbehandlungen sind keineswegs nur Ansprüche auslösende Forderungen an die Politik, sondern bedingen den weiteren Wandel in der Akzeptanz von Behinderung als Verschiedenheit.

Damit wird ein deutliches Signal hinsichtlich der nicht erfolgten/erfolgenden Integration gesetzt. Vor dem Hintergrund einer insgesamt doch wesentlich positiven Bewertung der allgemeinen Lebenszufriedenheit, aber auch der wirtschaftlichen Situation, konzentrieren sich die o.g. Aussagen vor allem auf das Maß erreichter Gleich- bzw. noch vorhandener Ungleichbehandlung. Zufriedenheit mit dem in hohem Maße vom Einzelnen selbst gestalteten Leben schließt eben nicht automatisch das Gefühl ein, gleichwertig behandelt zu werden. Barrieren (im weitesten Sinne) werden als Ungleichbehandlung erfahren und - auch wenn sie jemand persönlich nicht betreffen - gruppenbezogen aufgenommen. Ein nicht unbedeutender Teil von Menschen mit Behinderungen reflektiert diese Aussagen als für sie typisch, ohne jedoch davon selbst betroffen zu sein. Insofern gilt auch für behinderte Menschen, dass es das „gesellschaftlich“ geprägte Bild ebenso gibt wie die eigene Erfahrung des Lebens in einem Umfeld mehrheitlich nichtbehinderter Menschen, das immer eine Vielzahl von Reaktionen und Verhaltensweisen darstellt.

Die Positionen zur Gleichberechtigung behinderter Menschen im öffentlichen Leben sind nicht zwingend in Übereinstimmung mit den persönlichen Erfahrungen der einzelnen behinderten Frau bzw. des behinderten Mannes zu sehen.

Viele Bürger - behinderte wie nichtbehinderte Menschen - haben sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten einen beachtlichen Lebensstandard erworben. Viele Jahre galt Deutschland „im internationalen Vergleich als ein Land mit einem sehr hohen und gesicherten Wohlfahrtsniveau“.⁶³¹ Dieses Bild besitzt keine Gültigkeit mehr. Die sozialen Sicherungssysteme werden einem radikalen Umbau zu Ungunsten der Mehrheit der Bürger unterzogen - betroffen sind insbesondere ältere Bürger, Menschen mit Behinderungen, Arbeitslose und Kinder.

Die soziale Verunsicherung hat eine bis dato nicht bekannte Ausprägung erreicht. Teilprivatisierung anstelle eines staatlich geschützten, auf Solidarität beruhenden Sozialleistungssystems bedeutet für viele Menschen in Verbindung mit der Wirtschaftsentwicklung Verschlechterungen ihres Lebensstandards.

Die allgemeine Diskussion um den „Umbau“ des Sozialstaates stellt sich für den Einzelnen in einer nicht mehr überschaubaren Flut von Kürzungsvorschlägen dar. Die unzähligen Vorschläge von Regierung und Opposition, von Parteien und Politikern, von Organisationen wie den Gewerkschaften und Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, von Kommissionen wie Hartz, Rürup oder Herzog ermöglichen keine Detaildiskussion und Abwägung von Vor- und Nachteilen für einzelne soziale Gruppen. Was bleibt ist das Gefühl von Kürzungen um jeden Preis ohne Kenntnis der kurz- und langfristigen Wirkungen. Eine Vielzahl kurzfristiger - bereits beschlossener bzw. absehbarer - Streichungen steht fehlenden langfristigen Lösungen gegenüber, die der weiteren späteren Diskussionen vorbehalten werden.

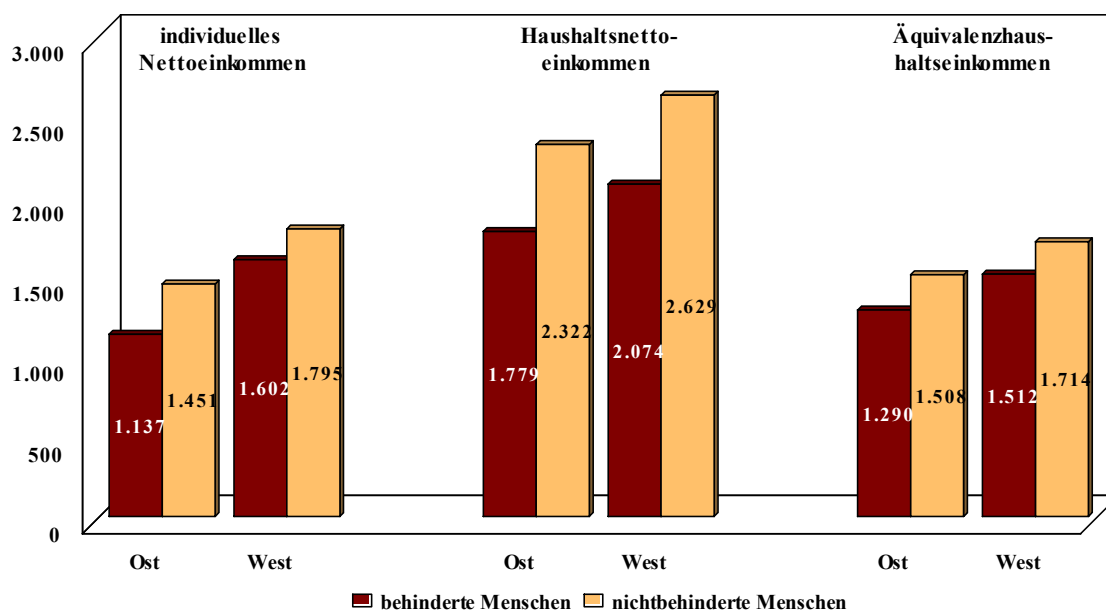
⁶³¹ Datenreport 2002, S. 464.

Welche Wirkungen die stattfindenden Debatten um Kürzungen von Sozialleistungen haben/hatten, wird nicht zuletzt auch daran deutlich, dass bei den Problemen, mit denen sich die befragten Bürger am meisten beschäftigen, die Veränderungen im Bereich Gesundheit, Pflege, Renten deutlich an erster Stelle rangieren vor Kriminalität und Friedenserhaltung.

Als Fazit bleibt, dass sich Menschen mit Behinderungen - als Teil dieser Gesellschaft - in höherem und besonderem Maße sozial verunsichert fühlen. Vor allem jüngere Menschen sind unzufrieden mit den Zukunftsaussichten, hegen eher Befürchtungen denn Hoffnungen.

In vorliegenden Analysen⁶³² wurden auch Vergleiche zwischen den subjektiven Befindlichkeiten in den alten und neuen Bundesländern einbezogen. Bei mehrheitlich übereinstimmenden Wertungen, mit geringeren Differenzierungen als denen zwischen Frauen und Männern oder einzelnen Altersgruppen, spielen in den neuen Bundesländern ganz offensichtlich ebenso bei Menschen mit Behinderungen die in den vergangenen Jahren seit 1990 real erlebten Veränderungen eine nicht unmaßgebliche Rolle. Erfolgreiche Veränderungen im Wohnen und der sie umgebenden Infrastruktur, in den Einkaufsmöglichkeiten, im System der gesundheitlichen Betreuung reflektieren sich - bei allen noch vorhandenen Einschränkungen - in den Bewertungen.

Abbildung 5.27: Einkommensvergleich zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen - nach Regionen - 2014 - in Euro/Monat -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Die Realitäten belegen die doppelte Diskriminierung als behinderte Menschen und im Osten lebend. Das widerspiegelt sich im Einkommen ebenso wie z.B. auf dem Arbeitsmarkt mit einer Arbeitslosenquote von 17 % von behinderten Menschen in den neuen Ländern (West = 12,6 %) im Vergleich zur durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 8,8 % (West 5,5 %).

Der unverkennbare deutliche Anstieg der Anzahl von Menschen mit Behinderungen in den neuen Ländern hat seine Ursachen einerseits in der mit dem Institutionentransfer verbundenen Neu- bzw. Wiederanerkennung vorhandener Behinderungen, wie er andererseits die soziale und ökonomische Situation in den neuen Bundesländern reflektiert.

⁶³² Haupt, Hanna/Liebscher, Reinhard/Winkler, Gunnar: Menschen mit Behinderungen - Report 2003, a.a.O.

Die spezifische Arbeitsmarktsituation, aber auch die generellen Zwänge, durch eine Anerkennung als Schwerbehinderter Zugang zu sozialen Leistungen zu erhalten, führen zu einer zunehmenden Antragsstellung - wie sie andererseits aber auch einen Teil von Bürgern davon abhalten, sich als schwerbehindert auszuweisen. Die Untersuchungen verdeutlichen aber erneut auch den unverzichtbaren Platz und hohen Stellenwert, den die Familie (im weitesten Sinne) bzw. Partnerschaften für das Leben behinderter Menschen haben. Die Familie - Partner, Eltern, Kinder und andere Familienangehörige - trägt die Mehrheit der Leistungen in der Betreuung, bei hauswirtschaftlichen Hilfen und in der Pflege. Dabei ist das Eingebundensein in das soziale Beziehungsgefüge - sei es die Familie im engeren Sinne, Verwandte, Bekannte oder Freunde - für behinderte wie nichtbehinderte Menschen eine notwendige Lebensbedingung, die zu gestalten und zu erhalten bei höchstmöglicher Eigenständigkeit ein für alle Menschen anzustrebendes Ziel ist.

Zugleich wird aber auch die Notwendigkeit einer, das repräsentative, an Parteien gebundene Vertretungssystem ergänzenden, Mitbestimmung von Behindertenverbänden sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbänden deutlich. Gerade die unterschiedlichsten Organisationsformen der Interessenvertretung verdeutlichen Engagement und Spezifik der Mitbestimmung ebenso wie das hohe Maß an wahrgenommener Verantwortung für sich und andere.

5.5 Freizeit

Freizeit und Freizeitgestaltung haben sich - bezogen auf tägliche, jährliche und lebenslange frei verfügbare Zeit - in den letzten Jahren grundlegend verändert. Insbesondere Fernsehen und digitale Kommunikation führen einerseits zu individuellerer Gestaltung des Lebensablaufs wie andererseits zu abnehmenden sozialen Beziehungen.

Die Begrenzungen im Reisen, die zu Recht als Einschränkungen von Freiheit empfunden wurden, stellten 1990 einen keineswegs unbedeutenden Grund für den Wunsch vieler Bürger auf Veränderungen des politischen Systems dar. Nach einem enormen Bedarf an Reisen in fremde Länder und dem Kennenlernen fremder Kulturen in den 90er Jahren hat sich eine weitgehend „normale“ Reisetätigkeit entwickelt, die jedoch im Ost-West-Vergleich immer noch sowohl unterschiedliche Lebensverhältnisse als auch Traditionen reflektiert.

Ungleiche Entwicklungen nach 1990 führten auch zu deutlichen Unterschieden insbesondere im Sport- und Freizeitbereich zwischen Ost und West. Die Mitgliedschaftsanteile in den neuen Bundesländern sind nur halb so hoch wie in Westdeutschland. Ungleiche Entwicklungen existieren auch zwischen einzelnen Sportarten - insbesondere jenen, die mit entsprechenden Aufwendungen verbunden sind. Die Situation hinsichtlich Qualität und Quantität der sportlichen Infrastrukturen ist nach wie vor nicht befriedigend.

Insgesamt hat sich - würde man Freizeit als Nichterwerbszeit bestimmen - der Anteil an Freizeit in den letzten Jahrzehnten deutlich erhöht. Der Eintritt ins Erwerbsleben erfolgt später. Die Lebenserwartung ist bedeutend gestiegen, der Austritt aus dem Erwerbsleben steigt inzwischen auch. Immer mehr Nichterwerbszeit ist inzwischen „arbeitsgebundene“ Zeit aufgrund steigenden Bildungsbedarfs und wachsender zeitlich aufwendiger Mobilität. Viele Verrichtungen in der Freizeit sind lebenserhaltend für den Einzelnen bzw. seine Familie, sodass ein „Rest“ an frei verfügbarer Zeit verbleibt, der vom Einzelnen entsprechend seinen individuellen Wünschen oder Interessen genutzt werden kann. Das sind es bei den im Erwerbsleben Stehenden weniger, bei älteren Menschen mehr Stunden, Tage, Wochen, welche er früher mit Lesen und sozialen Kontakten, mit Singen und Gesellschaftsspielen in der Familie verbrachte und heute mit Fernsehen und Computer. Inzwischen messen wir auf die Minute, wie Freizeit genutzt (oder vergeudet) wird, so u.a. dass im Westen 14 Stunden 15 Minuten pro Woche vor

dem Fernseher verbracht werden und im Osten 15 Stunden und 16 Minuten. Über eine Stunde werden Computerspiele gemacht in Ost wie West usw. usf.

Freizeit gewonnen haben in den letzten Jahrzehnten Ost wie West. Am Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR erfolgte 1990 eine Berechnung des Gesamtumfangs der zwischen 1957 und 1990 erfolgten Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsverlängerungen. Danach wurden 1990 im Durchschnitt 33 Arbeitstage weniger gearbeitet als 1957. Von diesem Zeitvolumen entfallen allein 65 % auf allgemeine Arbeitszeitverkürzungen von 48 auf 40 bzw. 37,5 Std. Der Anteil der Verlängerung des Urlaubs in Form längeren Jahresurlaubs, des Zusatzurlaubs für Personen im Vorrentenalter, des Zusatzurlaubs für Schichtarbeiter sowie des Schwangerschafts- und Wochenurlaubs bezifferte sich auf 20 %. Die verbleibenden 15 % entfielen auf die Arbeitszeitverkürzungen für Schichtarbeiter und für Mütter⁶³³.

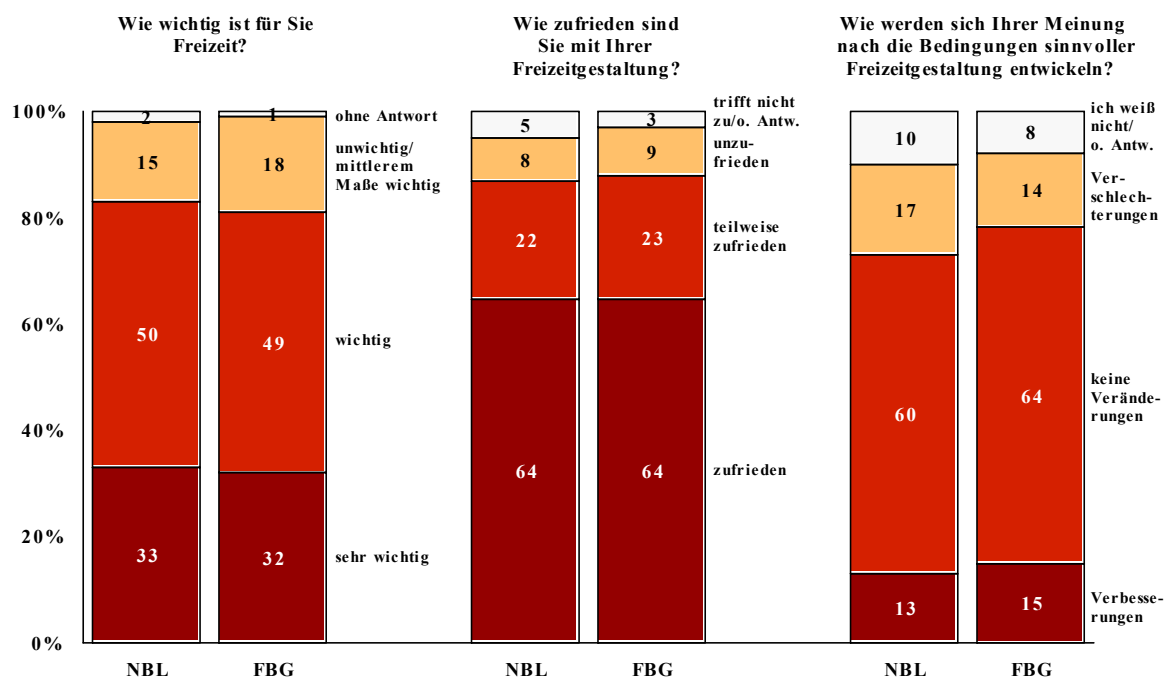
Die zur Verfügung stehende Freizeit vor 1990 zu vergleichen, ist genau genommen nicht möglich, da allein durch die nahezu erreichte Vollbeschäftigung der Frauen völlig andere Zeiten zur Verfügung standen, und da Hausarbeit auch in der DDR eine von der Mehrheit der Frauen zu leistende „Arbeit“ war, aufgrund patriarchischer Grundstrukturen. Sicher war Freizeitverwendung in der DDR stark an die Betriebe gebunden (Urlaubsgestaltung, Sport, kulturelle Interessengruppen) - aus heutiger Sicht als „massive Beeinträchtigung einer selbstbestimmten Freizeitgestaltung“ etikettiert, für Viele seinerzeit gerade in ländlichen Strukturen notwendige Rahmenbedingung sinnvoller Freizeitgestaltung. Auch vor 1990 gab es bei den Bürgern im heutigen Osten eine wachsende Wertschätzung freier Zeit. Mit steigendem materiellen Lebensniveau und wachsender Bildung der Bevölkerung erweiterten sich die Ansprüche an eine interessante und abwechslungsreiche Freizeitgestaltung. Nicht zuletzt wurden die Begrenzungen im Reisen und im Freizeitkonsum zu einer Quelle des friedlichen Aufstandes 1989.

Die Anfang 1990 durchgeführte Untersuchung wies jedoch auch darauf hin, dass Werte, die mit der unmittelbaren Existenzsicherung zusammenhängen, bereits eine deutlich höhere Wertschätzung im Vergleich zur Freizeit besaßen.

Die Vorstellungen 1990 von einer blühenden Landschaft, von einer Freizeitgesellschaft, in der man alles haben kann, sind zwar eingetreten - so man es sich leisten kann. Freizeitentwicklung und Strukturen folgen marktwirtschaftlichen Zwängen ebenso wie der zunehmenden Ungleichheit der Verteilung der Ergebnisse der Arbeit und der Individualisierung bzw. sozialen Einbindung des täglichen Lebens in der Gesellschaft.

⁶³³ Miethe, Horst: Arbeit in der DDR, in: Sozialreport DDR 1990 (Hrsg. G. Winkler), Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1990, S. 104.

Abbildung 5.28: Grundaussagen zum Lebensbereich Freizeit - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Freizeit ist heute in Ost wie West ein nachrangiger Wert und nimmt Rang 11 von 15 Wertebereichen ein, weit hinter Familie, Kinder, Wohnen, Arbeit, Gesundheit, obwohl sie rd. 80 % der Bürger in ihrem Leben für wichtig halten. Zwei Drittel in Ost wie West sind mit ihrer Freizeitgestaltung zufrieden und nur 10 % unzufrieden, Männer mehr als Frauen. Die Erwartungen an veränderte Bedingungen für die zukünftige Freizeitgestaltung sind verhalten, fast zwei Drittel der Bürger erwarten keine Veränderungen, 14 % gehen von Verbesserungen und 15 % von Verschlechterungen aus - im Osten mit 17 % etwas mehr.

Im Nachfolgenden sollen Freizeitbereiche mit besonderem Gewicht für die individuelle Lebenszufriedenheit einer speziellen Betrachtung unterzogen werden.

5.5.1 Reisen

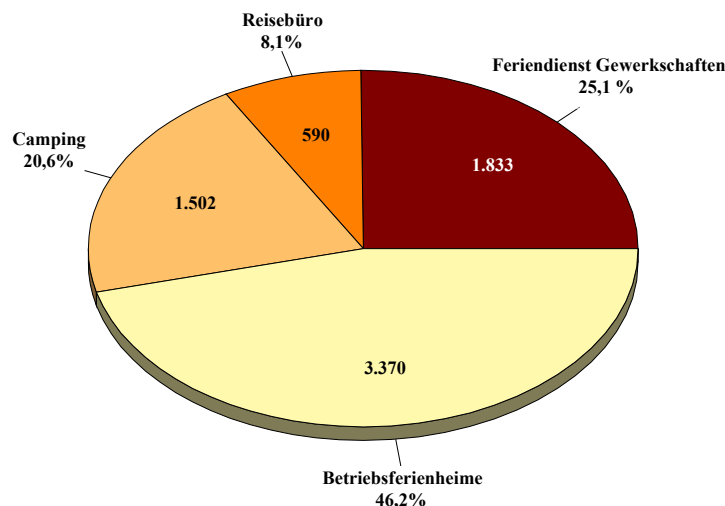
Reisen, der Wunsch, fremde Länder und Kulturen kennenzulernen, sich unter veränderten Bedingungen zu erholen und zu entspannen, nimmt unter den Bedürfnissen der Menschen einen keineswegs unbedeutenden Platz ein. Die Motive des Reisens sind mehr als unterschiedlich. Die einen fahren, um sich an Sonnenstränden zu entspannen oder sich zu bräunen, die anderen wollen in Deutschland nicht vorhandene Fjorde, Seenlandschaften oder Welten kennenlernen. Ausruhen und Faulenzen ist für die einen ebenso Erholung wie für die anderen Wandern, Schwimmen oder Berge erklimmen. Manche fahren auf spanische Inseln, um in Gemeinschaft oder unerkannt sich „voll zu dröhnen“, während andere die Einsamkeit suchen.

Nach mehr als fünfundzwanzig Jahren nach der Vereinigung haben sich für einen großen Teil der inzwischen älteren Menschen ihre bis 1990 begrenzten Möglichkeiten insgesamt bedeutend erweitert, wurden seitdem viele Reisen in die nähere Umgebung und weitere Ferne realisiert.

Die heutige Generation der über 35-Jährigen hat bis 1990 Urlaub vor allem zu Hause, soweit vorhanden auf der Datsche oder im Garten und wenn möglich in Ungarn, Bulgarien, der CSSR, Polen oder der UdSSR verbracht, in der Mehrzahl der Fälle jedoch über den gewerkschaftlichen FDGB-Feriedienst bzw. in betrieblichen Erholungseinrichtungen. 1989 erfolgten 1,8 Millionen gewerkschaftliche Urlaubsreisen über den FDGB, 3,3 Millionen Reisen in betriebliche Erholungseinrichtungen und 500.000 Reisen ins osteuropäische Ausland⁶³⁴, Letztere insbesondere über das staatliche Reisebüro (vgl. Abbildung 5.29).

Die Erinnerungen daran sind unterschiedlich. Für den einen war es der ständige Versuch, einen heiß begehrten Ostseeplatz zu erringen, andere - nicht zuletzt Rentner - fuhren mehrmals im Jahr für 30 Mark 14 Tage in FDGB- oder Betriebseinrichtungen. Die Zahl der Reisenden in private Unterkünfte im In-, vor allem aber im Ausland wird auf ca. 2 Millionen pro Jahr geschätzt⁶³⁵. Die Zahl der privaten Reisen im Inland wird mit rd. 3 Millionen angenommen. Alles in allem standen für 76 % der Bevölkerung ein Urlaubsplatz pro Jahr zur Verfügung, was - nicht zuletzt durch Mehrfachfahrten außerhalb der Saison bzw. Schulferien - für rd. 50 % mindestens eine Reise pro Jahr ausmachte.

Abbildung 5.29 Urlaubsreisen - DDR - 1989 - in 1.000 -



Quelle: Statistisches Amt der DDR, Sozialstatistik 1990, S. 165

Das Angebot entsprach in den letzten Jahren der DDR immer weniger dem Bedarf. Die wachsenden Bedürfnisse nach Erholungsreisen konnten in den 80er Jahren nicht mehr hinreichend befriedigt werden. Die Zahl der Heime, die sanierungs- und rekonstruktionsbedürftig waren, nahm zu. Hinzu kam eine in vielen Erholungsorten zurückgebliebene Infrastruktur, welche die Urlauberbetreuung erschwerte.⁶³⁶ Trotz der geringen Kosten und Preise für Urlaubsreisen bestand eine deutliche Einkommensabhängigkeit. Während von Haushalten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 800 Mark nur 26 % eine Reise realisieren konnten, waren es knapp über 60 % mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1.200 und 1.800 Mark und rd. 72 % mit einem Haushaltsnettoeinkommen über 1.800 Mark (1986).⁶³⁷

⁶³⁴ Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Rewi-Verlag, Berlin 1990, S. 366/367.

⁶³⁵ Vgl. Lippold, Gerhard: Arbeitszeit, Freizeit und Erholung, in: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit, a.a.O., S. 153 sowie Manz, Günter: Armut in der DDR - Bevölkerung, Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende, a.a.O., S. 55/56.

⁶³⁶ Vgl. Kalok, Gertraud: Freizeit und Kultur, in: Sozialreport '90, a.a.O., S. 250.

⁶³⁷ Ebenda S. 251.

Die traditionellen Erholungsgebiete Thüringer Wald und Ostsee konnten trotz bedeutender Steigerung der Kapazitäten den Bedarf nicht decken. Noch unzureichender waren Urlaubsreisen ins Ausland, die nicht nur der Eingrenzung auf den RGW-Bereich unterlagen, sondern auch in ihrer angebotenen Kapazität nicht ausreichend waren. Auch Privatreisen ins „befreundete“ Ausland unterlagen einer den Bürgern nicht verständlich zu machenden Antrags- und Genehmigungsbürokratie.⁶³⁸ Begrenzungen im Reisen, die zu Recht als Begrenzungen von Freiheit empfunden wurden, stellten einen keineswegs unbedeutenden Grund für den Wunsch vieler Bürger auf Veränderungen des politischen Systems dar. Obwohl Ältere die Chance hatten, Verwandte und Bekannte im Westen Deutschlands zu besuchen, war das immer mit individueller Unterordnung und finanzieller Abhängigkeit verbunden. Beschränkungen wurden letztlich erst mit der Vereinigung 1990 und den damit verbundenen individuellen Möglichkeiten für kürzere oder längere, für nähere oder weitere Reisen aufgehoben.

Bis 1990 gehörten diejenigen, die heute die älteren Generationen in den neuen Bundesländern stellen, auch in der DDR zu denen, die am meisten reisten, welche die Möglichkeiten billiger Feriendienstleistungen in Anspruch nahmen. Im Altenreport '90⁶³⁹ wurde festgestellt, dass rund 50 bis 60 % jährlich einmal bzw. zweimal und öfter in „Urlaub“ reisten. Rund 50 % davon waren Reisen in Urlaubsorte der DDR bzw. ins Ausland (einschließlich Reisen zu Verwandten in der Bundesrepublik).

Mit Öffnung der Grenzen setzte eine Flut von Reisen zu Verwandten und Bekannten sowie zu Tagesfahrten in die alten Bundesländer ein. Ab 1991 beginnend, eröffneten sich für Ältere andere, neue Dimensionen des Reisens, nachdem mit der Währungsunion Sicherheit in die finanzielle Lebenssituation gebracht wurde. Inzwischen ist nach den ersten Reisewellen der 90er Jahre und bei wachsenden Lebenshaltungskosten für alle Bürger, auch Reisen gezielter und bewusster geworden.

Der Nachholebedarf im Kennenlernen anderer Regionen und Länder wurde in hohem Maße abgebaut und es hat sich eine weitgehend „normale“ Reisetätigkeit entwickelt, die jedoch im Ost-West-Vergleich sowohl unterschiedliche Lebensverhältnisse als auch Traditionen reflektiert.

Die „Tourismusanalyse 2016“⁶⁴⁰ trifft - in zusammengefasster Form - folgende Aussage: Es wurde 2015 weniger gereist, gemessen an der individuellen Reiseintensität, aber bei steigender Reisedauer und Koste für Reisen. Im Einzelnen wird hervorgehoben:

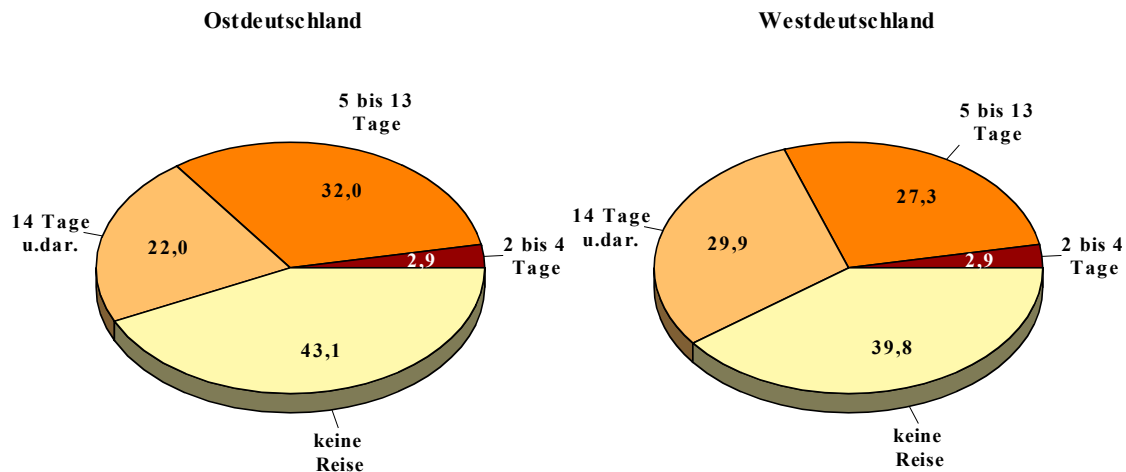
- Im Jahr 2015 realisierten rd. 55,9 % der Bürger ab 14. Lebensjahr mindestens eine Urlaubsreise - das waren im Osten (neue Länder und Berlin) 58,0 % und im Westen 55,3 %;
- mehr als 5-tägige Reisen führten im Osten 55,6 % und im Westen 55,3 % durch,
- während im Osten der Anteil der Reisen zwischen 5 und 13 Tagen dominiert (34,8 %), leisten sich Westdeutsche eher Reisen über 14 Tage (28,1 %).

⁶³⁸ Vgl. Lippold, Gerhard: Arbeitszeit, Freizeit und Erholung, in: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit, a.a.O., S. 156/157.

⁶³⁹ Schwitzer, Klaus-Peter: Altenreport '90, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 10+11/1990, S. 16/41.

⁶⁴⁰ Reinhardt, Ulrich: Tourismusanalyse 2016, Stiftung für Zukunftsfragen, Hamburg 2016.

Abbildung 5.30: Reisedauer - nach Regionen - 2015 - in Prozent -



Datenquelle: Ulrich Reinhardt, Tourismusanalyse 2015, Hamburg 2016, S. 39

Deutliche Ost-West-Unterschiede treten nach wie vor bei der Wahl der Reiseziele auf. Insgesamt werden diese sowohl von den Einkommensverhältnissen als auch Traditionen und immer noch existenten individuellen Vorbehalten geprägt.

Während fast jeder zweite Ostdeutsche seinen Urlaub in Deutschland verbringt (45,8 %), trifft das nur für 28,6 % der Westdeutschen zu. Letztere reisen zu 59,0 % verstärkt in europäische Reiseziele - Ostdeutsche zu 45,9 %. Reisen in Gebiete außerhalb Europas werden mit sinkender Tendenz von Ostdeutschen (7,8 %) realisiert, während 12,3 % der Westdeutschen das „Weite“ suchen. Die Dominanz innerhalb Deutschlands liegt bei Ostdeutschen an der mecklenburgisch-vorpommerschen Ostseeküste mit 15,6 %, bei Westdeutschen weitaus weniger mit 3,3 %. Letztere bevorzugen Bayern (6,4 %) und die Nordseeküste (3,7 %) - im Vergleich verbringen Ostdeutsche ihren Urlaub zu 6,2 % in Bayern und nur zu 0,7 % an der Nordsee.

Bei Reisen im europäischen Raum liegt die Dominanz in Ost (9,8 %) wie West (15,3 %) bei Spanien, gefolgt von Italien und der Türkei, bei höheren Anteilen der Ostdeutschen in Österreich sowie osteuropäischen Reisezielen.

- Die Höhe der durchschnittlichen Ausgaben für den Haupturlaub lag 2015 in Deutschland bei 1.109 Euro, in Westdeutschland bei 1.126 Euro, im Osten bei 1.044 Euro. Generell wird Reisen immer einkommensabhängiger - so betrug der Anteil der Nichtreisenden im Jahr 2015 bei einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1.000 Euro rd. 73 %, während ab 3.500 Euro monatlichem Haushaltsnetto nur 25 % der ab 14-jährigen Bürger nicht verreist sind.

In zunehmendem Maße ist einem Teil der Bürger der Zugang zum Reisemarkt und den damit verbundenen Reiseerlebnissen sowie der notwendigen Erholung nicht mehr möglich, da sie das dafür erforderliche Geld nicht aufbringen können. Der DPWV fordert vor allem mehr Unterstützung bei Reisen für Kinder aus Familien, die in Armut leben.

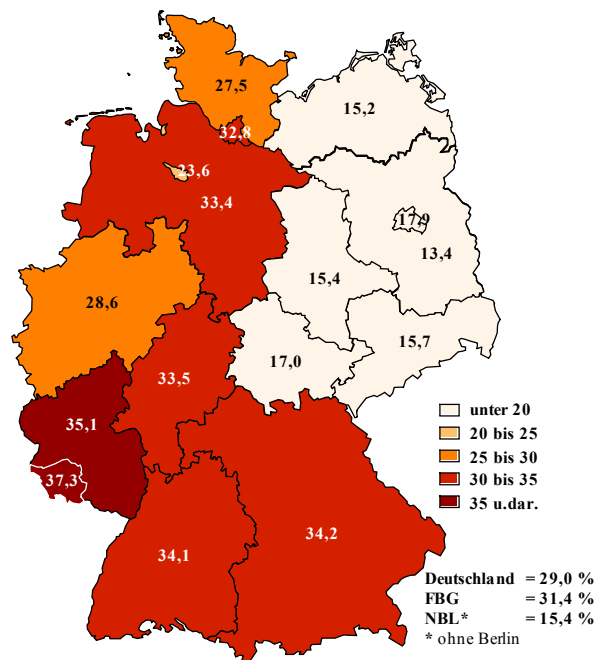
5.5.2 Sport

Wenn in Deutschland über Sport gesprochen wird, dann mehrheitlich über vermarkteten Spitzensport oder über missbrauchten Sport durch Doping - am wenigsten über Sport als Teil des sozialen und kulturellen Lebens, als Möglichkeit der aktiven und regenerativen Selbstgestaltung des Lebens.

Natürlich ist sportliche Betätigung nicht allein an Mitgliedschaften in Sportvereinen gebunden, sondern vollzieht sich gerade in den letzten Jahren und Jahrzehnten zunehmend auch innerhalb von anderen sozialen und kulturellen Vereinen als Teil des Mitgliederlebens (Gymnastik-, Wander-, Walkinggruppen), aber auch individuell organisiert über entsprechende private Unternehmen (Fitnesseinrichtungen) - wie andererseits nicht jedes Mitglied eines Sportvereins stetig aktiv ist.

Trotzdem bilden die Sportvereine - mit denen rd. ein Drittel der Bevölkerung erfasst wird - den größten Anteil nicht nur sportlich Aktiver, sondern schöpfen ihre Wirksamkeit aus einem außerordentlich breiten Ehrenamt.

Abbildung 5.31: Prozentualer Anteil der Bevölkerung von in Sportvereinen/-verbänden organisierten Mitgliedern - 2016 -



Quelle: Bestandserhebung 2016 des Deutschen Olympischen Sportbundes, Frankfurt/M. 2016, S. 11

Über 27,5 Millionen Bürger waren Anfang 2016 Mitglied eines Vereins bzw. einer Organisation des Deutschen Olympischen Sportbundes. Das waren 33,5 % aller Bürger. Dabei traten deutliche Unterschiede insbesondere im Sport- und Freizeitbereich auf Landesebene zwischen Ost und West in den Mitgliedschaftsanteilen auf. So waren 2016 - bezogen auf die Gesamtbevölkerung unter Einschluss des Kinder- und Jugendsportes - 29,0 % der Bevölkerung in Sportvereinen und -verbänden auf Landesebene organisiert, in den alten Bundesländern waren dies mit 31,4 % beträchtlich mehr als im Osten mit 15,4 %⁶⁴¹.

Die Ursachen dafür mögen vielfältig sein. Zunächst waren die Veränderungen in den Jahren 1990/1991 äußerst nachhaltig. Im Durchschnitt waren 1987 mit 3,6 Millionen Mitgliedern 21,9 % der

⁶⁴¹ Datenbasis: Deutscher Olympischer Sportbund - Bestandserhebung 2016, S. 12 (nur LSB-LSV-Gesamt, ohne sonstige Mitgliedsorganisationen).

Bevölkerung der DDR im Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB) organisiert (männlich = 32,5 %, weiblich = 12,2 %) ⁶⁴².

Die Situation hinsichtlich Qualität und Quantität der Sporteinrichtungen war Ende 1989 in der DDR äußerst unbefriedigend. Während der Schulsport (Sportunterricht) im Wesentlichen gesichert war, ergaben sich insgesamt deutliche Ausstattungsdefizite insgesamt, so bei:

Sportplatzanlagen	mit 90 % der vollen Bedarfsdeckung,
Sporthallen	mit 68 % der vollen Bedarfsdeckung,
Hallenbädern	mit 30 % der vollen Bedarfsdeckung.

Dabei traten z.T. vor allem territoriale Unterschiede auf. So gab es 85 Kreisstädte (von 227 Kreisen) ohne Stadion, 120 Kreisstädte ohne größere Sporthalle mit Zuschauerkapazität und 105 Kreisstädte ohne Hallenbad ⁶⁴³.

Abgesehen von dem Zusammenbruch der Vereins-/Verbandsstrukturen nach 1990 - sank der Anteil der im Sport Organisierten bis 1992 auf 12,9 % ⁶⁴⁴ - sowie einem geringeren Interesse an Organisationsbindungen generell wird z.B. im organisierten Sport im Osten vor allem deutlich:

- das Fehlen eines einkommensadäquaten und preiswerten Angebots in einzelnen Disziplinen (elitäre Sportarten),
- das Fehlen von Vereinsmitgliedschaften ohne aktive Teilnahme (unterstützende Mitglieder),
- das nach wie vor vorhandene Fehlen entsprechender flächendeckender Sporteinrichtungen (insbesondere auf dem Lande - vom Fußballfeld abgesehen) ⁶⁴⁵.

Diese Entwicklungen wirken sich z.B. im Sport insbesondere in Mitgliedschaften der Altersgruppen im sog. „Schulalter“ aus (unabhängig vom Schulsport). Mit einer Minusdifferenz von 30 und mehr Prozentpunkten werden in diesen Altersgruppen bereits die Ungleich-Entwicklungen für die nächsten Jahrzehnte begründet. Auch für die höheren Altersgruppen bedeutet es einen Verlust an Lebensqualität - selbst wenn man unterstellt, dass ein bestimmter Teil älterer Menschen im Osten Sport auch in anderen Vereinszusammenhängen (z.B. im Sozial- und Wohlfahrtsverband „Volkssolidarität e.V.“) durchführt. Obwohl die Mitgliedschaft im Osten in den vergangenen Jahren leicht angestiegen ist, verblieb der Abstand. Die Unterschiedlichkeit betrifft alle Altersgruppen und weibliche wie männliche Bürger. Auch der Vergleich der einzelnen Bundesländer belegt für 2016 die sich im Sport reflektierende Ungleichheit und fehlende Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen. So differieren die Mitgliederanteile im Osten zwischen 13,4 % (Brandenburg) und 17,0 % (Thüringen), im Westen zwischen 27,5 % (Schleswig-Holstein) und 37,3 % (Saarland). Auch in den sog. Stadtstaaten liegen die Werte zwischen Berlin (17,9 %) und Bremen (23,6) sowie Hamburg (32,8 %) erkennbar auseinander.

⁶⁴² Sozialreport '90 (Hrsg. Gunnar Winkler), Verlag die Wirtschaft, Berlin 1990, S. 257.

⁶⁴³ Ebenda, S. 261.

⁶⁴⁴ Deutscher Olympischer Sportbund - Bestandserhebung 2008, Zeitreihe.

⁶⁴⁵ Detaillierte Aussagen zur sportlichen Infrastruktur in den einzelnen Ländern liegen nicht vor.

Tabelle 5.8: Organisationsgrad des Deutschen Sports - Mitgliederanteil an der Bevölkerung 2016 - nach Alter, Geschlecht und Region - in Prozent der jeweiligen Altersgruppe -

Altersgruppe	neue Bundesländer		alte Bundesländer	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
bis 6 Jahre	13,6	12,3	27,8	25,8
7-14 Jahre	54,7	35,8	85,1	65,0
15-18 Jahre	41,9	25,4	68,2	49,7
19-26 Jahre	23,9	11,2	41,6	26,0
27-40 Jahre	19,6	8,8	30,5	19,8
41-60 Jahre	15,9	10,6	33,6	22,5
61 Jahre und älter	10,4	8,8	30,6	16,3

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund - Bestandserhebung 2016, S. 12 (nur Sportvereine, ohne sonstige Mitgliedsorganisationen)

Ungleiche Entwicklungen existieren auch zwischen einzelnen Sportarten - insbesondere jenen, die mit entsprechenden Kosten/Aufwendungen verbunden sind (Beiträge/Sportausrüstungen usw.). Nicht zu übersehen, dass in der Sport-Infrastruktur große Unterschiede existieren, dass die kommunalen Finanzstrukturen in vielen Kommunen zur Schließung von Sporteinrichtungen führen - z.B. bei Schwimmbädern mit Konsequenzen für die Schwimmfähigkeit der nachrückenden Generationen. Generell existiert kein Überblick über Umfang und Qualität der entsprechenden Einrichtungen auf Landes- bzw. Bundesebene, wie in anderen Ländern durchaus üblich⁶⁴⁶.

Die Ungleichentwicklung im Ost-West-Vergleich gilt auch für den Profisport, der sich - von ganz wenigen Disziplinen abgesehen - im Osten aufgrund fehlender Sponsoren und Förderer kaum entwickelt hat. Charakteristisches Beispiel ist der Fußball, der in den neuen Ländern außer Hertha BSC aus (West-)Berlin, nicht in der obersten Liga in Erscheinung tritt. Das gilt für viele andere Sportarten wie z.B. Handball, für Eishockey usw. analog.

Es reicht offensichtlich auch nicht, wenn an 41 Eliteschulen des Sports mit ca. 105 Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie Gymnasien derzeit mehr als 11.535 Talente gefördert werden: 20 in westdeutschen Ländern, 18 in ostdeutschen, 3 in Berlin. Auf Sommersportarten fokussieren 27 Eliteschulen, auf Wintersportarten 7, weitere 7 setzen übergreifende Schwerpunkte⁶⁴⁷.

Dass auch in der Bundesrepublik Sportförderung weniger mit Breitensport, sondern mit Medaillen und „Siegen für Deutschland“ verbunden ist, wurde zu den Olympischen Spielen 2014 erneut offensichtlich. Wenn in diesem Umfeld der zuständige Minister des Innern Herr de Maiziere feststellt: „Wir fördern Spitzensport, nicht Breitensport“⁶⁴⁸, so wird damit die einseitige politische Orientierung (marktwirtschaftliches Doping für potenzielle Medaillengewinner) deutlich.

Kennzeichnend für existente Ungleichheiten ist auch, dass von den in Fußballvereinen organisierten Mitgliedern (6,8 Millionen) nur rd. 5,5 % aus dem Osten kommen, im Tennissport sind das 4,5 %.

Von den 413 Turnvereinen mit jeweils über 1.000 Mitgliedern in Deutschland kommen 5 (fünf) aus den neuen Bundesländern: 3 aus Mecklenburg-Vorpommern (Rang 81/360/369), einer aus Thüringen (Rang 342) und einer aus Brandenburg (Rang 397).

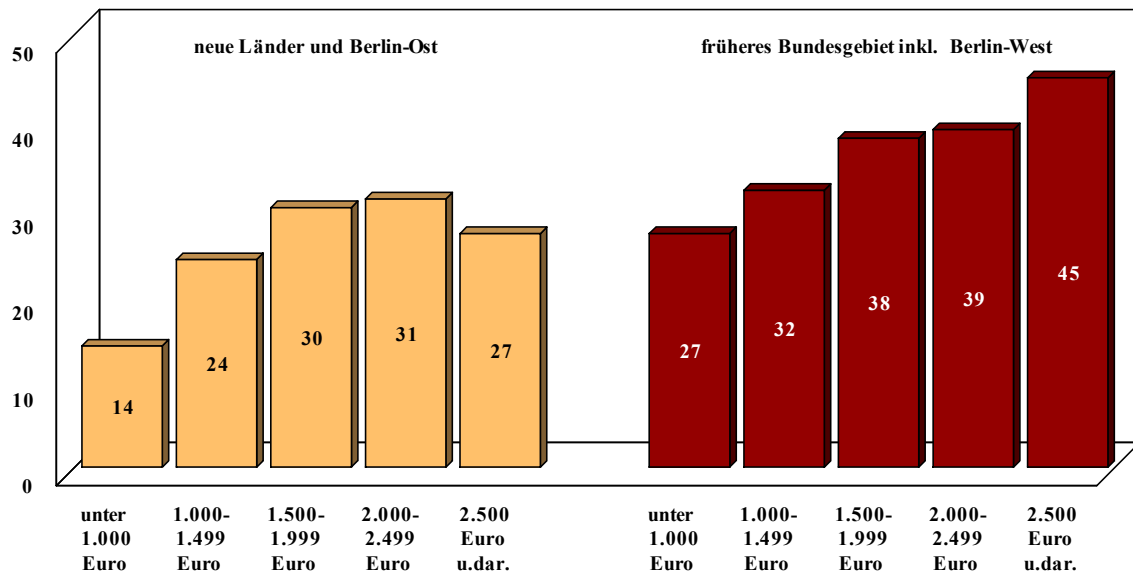
⁶⁴⁶ Bundesamt für Sport (BASPO) Ressortforschung „Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit im Sportsystem Schweiz“ Wirtschaftliche Bedeutung der Sportinfrastrukturen in der Schweiz - Schlussbericht, Luzern 2007.

⁶⁴⁷ Datenquelle: Deutscher Olympischer Sportbund: www.dosb.de/de/eliteschule-des-sports/

⁶⁴⁸ Sportausschuss des Deutschen Bundestages v. 12.02.2014, de Maiziere zur Reform der Sportförderung (MOZ v. 14.02.2014).

Die auf die Altersgruppe der ab 18-Jährigen erhobenen Daten (2014) lassen die Einkommensabhängigkeit insbesondere in den alten Bundesländern eindeutig erkennen. Der Abfall in der höchsten Einkommensgruppe im Osten ist möglicherweise Ergebnis einer höheren Mitgliedschaft in den nach 1990 entstandenen relativ teureren Fitnessclubs. Während die Abhängigkeiten entsprechend der Qualifikation mit dem Einkommen korrelieren, konnte die Gemeindegröße als Einflussfaktor nicht nachgewiesen werden, ebenso wie die Verbindung mit dem Einkommen sich vorrangig auf das Familieneinkommen und weniger das individuelle Einkommen bezieht.

Abbildung 5.32: Mitglieder/Aktive in Sportvereinen/-gruppen - ab 18. Lebensjahr - nach Haushaltsnettoeinkommen/Familienmitglied und Regionen - 2014 - in Prozent -

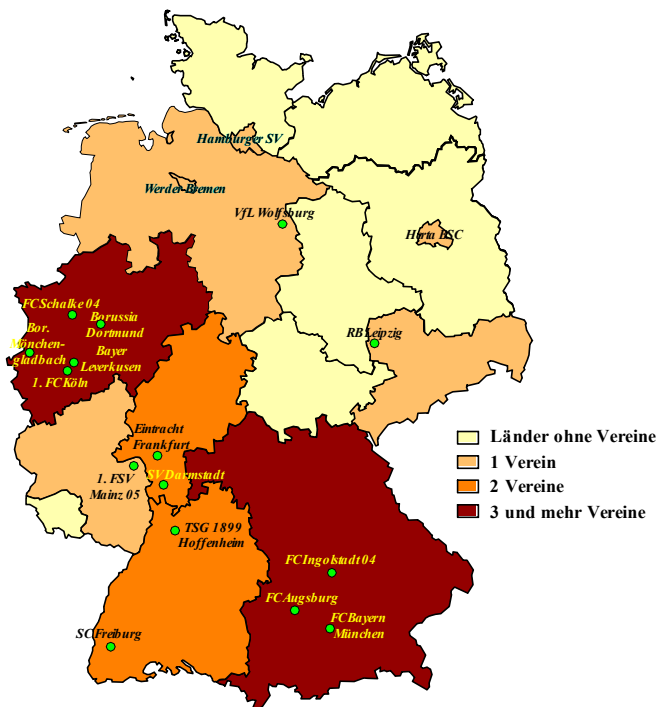


Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Verbleibt zum Schluss nur noch festzustellen, dass Deutschland endlich „seiner Verantwortung“ auch im Fußball gerecht geworden ist und Weltmeister wurde. Aber auch dabei ist zugleich auf die spezifische Situation im Osten zu verweisen.

Exkurs: Fußball Bundesliga

Abbildung 5.33: Fußball Bundesliga - Saison 2016/2017 -



Für Millionen von Menschen ist Fußball ein Stück regionaler und lokaler Verbundenheit - wie nicht zuletzt gerade die Weltmeisterschaft 2014 belegt. Immerhin war mit Toni Kroos einer (1) der Weltmeister auch aus Ostdeutschland. Die Jahre 1989/1990 und danach veränderten die deutsche Sportlandschaft nicht nur aufgrund der 1990 vollzogenen Vereinigung Deutschlands, sondern auch aufgrund der nach 1990 erfolgten generellen Öffnung der osteuropäischen Länder für den Profisport - am deutlichsten im Fußball und in seiner Entwicklung sowie der damit verbundenen Ost-West-Wanderung, auch im Osten Deutschlands - erkennbar.

Der DDR-Fußball mit einer relativ breiten Basis (über 600.000 im DFV der DDR organisierte Fußball treibende Sportler, Schiedsrichter und Übungsleiter⁶⁴⁹) - erreichte international europäischen Durchschnitt - war nach 1990 mit seinen Clubs und Vereinen aufgrund der Gesamtentwicklung jedoch nur begrenzt in der Lage, seine Traditionsvereine in die geforderten und erforderlichen neuen Verbandsstrukturen zu überführen. Mit der Bildung des Nordostdeutschen Fußballverbandes e.V. wurde der strukturelle Rahmen geschaffen, der (inkl. Gesamtberlin) den Osten vereinigt. Im Gegensatz dazu gelang es nicht, den Spitzenfußball in die notwendigen unumgänglichen Unternehmensstrukturen zu überführen. Die vormals bestehenden Kombinate als Träger von Oberligavereinen ebenso wie staatliche Dienststellen (Armee/Polizei) wurden aufgelöst und damit auch die Basis für viele größere Vereine. Die Bürger hatten Arbeitsplatzsorgen, waren sozial verunsichert - den Spitzenfußball (wie auch andere Sportvereine) zu retten, gehörte nicht zu den wichtigsten Anliegen bürgerschaftlichen Engagements.

Als dies vielen bewusst wurde, waren die Messen gesungen. So wurde nach erfolgter Wiedervereinigung⁶⁵⁰ Deutschlands die Bundesliga für eine Saison (1991/92) auf 20 Vereine aufgestockt. Im Vorfeld dazu war festgelegt worden, dass von der Oberliga der DDR nur zwei Clubs in die 1. Bundesliga

⁶⁴⁹ Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 361.

⁶⁵⁰ DFB, 25 Jahre Vereinigung, Frankfurt, Nov. 2015

übernommen werden würden (Dynamo Dresden, Hansa Rostock) und sechs in die 2. Bundesliga (VfB Leipzig, Rot-Weiß Erfurt, Carl Zeiss Jena, Stahl Brandenburg, Chemnitzer FC und Hallescher FC). Alle anderen Erst- und Zweitligisten der DDR wurden herabgestuft und ab 1991 in die Ligen des Amateurfußballs übernommen⁶⁵¹.

Die besten Spieler waren zu diesem Zeitpunkt bereits zu den etablierten westdeutschen Proficlubs abgewandert. Die Trainer wurden ausgesondert, neues (nicht immer besseres) Personal übernahm den Fußball-Ost.

Im weiteren Verlauf der Entwicklung brachte es Rostock noch auf 10 Spielzeiten in der Oberliga, Energie Cottbus spielte sechs Jahre, Dresden hatte vier Spielzeiten, und 1993/94 war der VfB Leipzig für ein Jahr in der Bundesliga. Seit dem Sommer 2016 sind nach 2009 die neuen Bundesländer in der obersten Spielklasse mit RB Leipzig wieder vertreten. Rostock spielt inzwischen 3. Liga, Cottbus inzwischen ebenfalls, ebenso wie Magdeburg, Halle, Erfurt, Chemnitz und Zwickau. In der 2. Liga ist seit 2016 mit Union Berlin, Erzgebirge Aue und FC Dynamo Dresden der Osten wieder stärker präsent.

Die Ursachen dafür liegen keineswegs an unzureichendem Interesse der Bürger am Fußball, sondern an einer zunehmenden marktwirtschaftlichen Orientierung - das betrifft die Vereinsführung, die Medienverträge mit dem Fernsehen, die Werbeflächen für Unternehmen im Stadion und am Spieler. Marktwirtschaft „pur“ regelt inzwischen die Beziehungen im Fußball - Vereine kaufen nicht vorrangig Spieler, nein, sie verkaufen Fußball: im Fernsehen, in den Medien, in den Stadien. Käufer sind die Zuschauer für den Sitz im Stadion oder vorm Fernseher.

Insgesamt sind im Osten Vereine, welche Fußball noch als Massensport, als Freizeitgestaltung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene betrachten und organisieren, trotz alledem noch vorhanden. Noch sind mit 605.000 Mitgliedern des NOFB 8,9 % aller Mitglieder des DFB organisiert. In 4.500 Vereinen wird im Osten Fußball in der Freizeit und als sportliche Betätigung gespielt - und darum geht es letztlich. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben den Fußball in den neuen Ländern jedoch mehr getroffen als die Westvereine, Ideen zur Schaffung eines „Fonds Fußball-Ost“ verhallen und wurden der allgemeinen „Strukturpolitik“ in Verantwortung der Kommunen und Länder übertragen. Ergebnisse davon sind u.a.:

- Fehlende Mittel in fast allen Ostvereinen z.B. für Transfergeelder für renommierte Spieler des In- und Auslands - wobei hier der Fußballlegende Uwe Seeler zuzustimmen ist, wenn er feststellt: „So gut kann keiner Fußball spielen, dass er 100 Millionen kostet. Aber das ist halt Angebot und Nachfrage, das freie Geschäft“⁶⁵². Für viele Ausländer aus den osteuropäischen Staaten sind die ostdeutschen Vereine ohnehin nur Durchgangsstation Richtung Westen - trotzdem ist es schwer vermittelbar, warum in einer Zeit der Diskussion um Mindestlohn, einem 17-jährigen Neuprofi ein Monatsgehalt von 50.000 Euro gezahlt wird.
- Die Ostklubs aktivieren finanzielle Mittel von Sponsoren fast ausschließlich aus den regionalen Klein- und Mittelunternehmen. Sponsoren der sog DAX-Unternehmen fehlen völlig und sind vorrangig für etablierte Erst-West-Ligisten wirksam.

⁶⁵¹ Sich langsam, aber mühsam zu einem Bild verdichtenden Mosaiksteinen des Fußballs in der DDR und den neuen Bundesländern, erscheinen seit Mitte 2013 in der Reihe „Ostkurve“ der Tageszeitung „Neues Deutschland“, regelmäßig fundierte Beiträge (inzwischen mehr als 80 Einzelbeiträge).

⁶⁵² Seeler, Uwe: Es geht nur miteinander, APuZ Nr. 27-28/2013, S. 4.

Während Bayern München vom Hauptsponsor „Telekom“ 27 Millionen Euro pro Jahr erhält (2011), sind es bei Schalke 10 Millionen von „Gazprom“, bei Wolfsburg 10 Millionen von Volkswagen usw. usf.⁶⁵³ Den Fußballvereinen im Osten fehlen auch heute noch generell die großen Investoren, sieht man vom Getränkehersteller Red Bull in Leipzig ab. Landeshauptstädte wie Potsdam und Schwerin sind inzwischen mit ihren Vereinen in den Amateurligen.

- Mit Großsponsoren verbunden sind Stadionneubauten, Spielergehälter, zur Verfügung stehendes Personal usw. - so waren vor Jahren in der Geschäftsstelle von Bayern München 250 Mitarbeiter tätig, bei Energie Cottbus waren es zur gleichen Zeit 16 Mitarbeiter⁶⁵⁴.

Die Etats der Bundesliga wachsen inzwischen schneller als die der gesamten Volkswirtschaft. Das alles ist ein riesiger Geschäftsbetrieb - mit dem Unterschied zu anderen Unternehmen, dass z.B. Gehälter von Spielern, von Trainern ebenso wie der Menschenhandel mit Spielern ausschließlich profitorientiert sind und frei jeglicher Schranken. Es ist Freiheit der Willkür.

Die Fußballvereine in den neuen Ländern können immer weniger ihre soziale Funktion für das Umland oder für die Gewinnung von Nachwuchs erfüllen. In den 70er Jahren belegten Untersuchungen des Zentralinstituts für Jugendforschung bereits, dass junge Menschen sich im Fußball Richtung Westen orientierten - bis in die Gegenwart ist das wenig anders geworden.

Abschließend ist es jedoch notwendig - wie in vielen anderen Bereichen auch - die besondere Stellung des Frauenfußballs in den neuen Ländern hervorzuheben. Seit fast zwei Jahrzehnten prägt Turbine Potsdam als 12-facher Meister und 2-facher Europapokalsieger den Frauenfußball in Deutschland. Es brachte einen Gleichstellungsvorsprung mit, der allerdings im Schwinden ist. Nachdem sich auch im Westen Frauen insgesamt mehr emanzipieren und seitdem der Frauenfußball beginnt, „ein Geschäft“ zu werden, sind Bayern München oder Wolfsburg auch begierig auf diese Pfründe.

Die Weltmeisterschaft 2014 belegt zugleich, dass die Vermarktung des Fußballs, zu dem das Geschäft mit Spielern gehört, auch dazu führt, dass die vormals besten Nationalmannschaften ihr Hinterland nicht mehr im eigenen Land haben (Ausscheiden Portugal, Spanien, England usw.). Auch die Überziehung des „Nationalbewusstseins“ bringt allein keine Siege.

Eine Nachbemerkung ist noch erforderlich: Die Reduzierung der Fußballentwicklung der DDR im offiziellen Verständnis auf Strukturfragen sowie den Einfluss des Parteiapparates sowie der Staatssicherheit auf den Fußball ist genauso einseitig und ideologisierend, wie das allgemeine DDR-Bild bis in die Gegenwart gezeichnet wird.⁶⁵⁵

Insofern ist der Aussage zuzustimmen: „Im Unterschied zur jüngsten wissenschaftlichen Erforschung der bundesdeutschen Fußballgeschichte fehlt bislang jedoch eine vergleichbare Auseinandersetzung mit 40 Jahren DDR-Fußball. Das ist umso bedauerlicher, als gerade eine systematische Untersuchung der auch in Ostdeutschland populärsten Sportart einen breiten Zugang zum Verständnis der Gesellschaftsgeschichte der DDR erschließen kann.“⁶⁵⁶

Dass die Aufarbeitung des Fußballgeschäfts auch in der Bundesrepublik keineswegs abgeschlossen ist, belegen die Skandale um die FIFA, die UEFA wie um den DFB aus dem Jahr 2015. Offensichtlich verdirbt die Sucht nach Geld alles was an Werten verkündet wird.

⁶⁵³ Henning Eberhardt: Die große Sponsors-Tabelle zur Bundesliga. In: Manfred Schlösser, Marco Klewenhagen (Hrsg.): Sponsors. Wissen fürs Sportbusiness. Ausgabe August 2013, Sponsors Verlags GmbH, Hamburg August 2013

⁶⁵⁴ Karkos, Sebastian: Job-Maschine Bundesliga. In: Kicker-Sportmagazin. Nr. 70, 27. August 2007, S. 76 f.

⁶⁵⁵ Vgl. Braun, Jutta: Abseits der Bundesliga? Zur Aufarbeitung des DDR-Fußballs, APuZ 27-28/2013, S. 41-46.

⁶⁵⁶ Ebenda, S. 42.

5.5.3 Kleingartenwesen

In den neuen Ländern gehören Kleingärten - traditionell bereits vor 1945 existent, aber nach 1945 gezielt gefördert - zum Erscheinungsbild von Gemeinden und Städten. Es sind Freizeit- und Erholungseinrichtungen, die Naturverbundenheit förderten und Möglichkeiten für Naherholung und Urlaub für Menschen in den Großstädten und Ballungszentren boten. Zunehmender Leerstand wird zu einer akuten Bedrohung des Kleingartenwesens, besonders im Osten.

Die Mitgliedschaft und das ehrenamtliche Engagement in Kleingartenvereinen sind in Ostdeutschland traditionell den „größeren“ Freizeit- und Organisationsbereichen zuzuordnen. In den neuen Ländern gehören Kleingärten - traditionell bereits vor 1945 existent, aber nach 1945 gezielt gefördert - zum Erscheinungsbild von Gemeinden und Städten. Sie waren nicht verordnet, sondern wurden zunächst geduldet, dann gefördert. Sie waren Freizeit- und Erholungseinrichtungen, in denen alle sozialen Positionen und Qualifikationen vertreten waren. Dass sie nicht vorrangig ideologisch verordnete Freizeitstätten waren, erwies sich nach 1990, als nicht ein massenhaftes Austreten einsetzte, sondern ein massenhaftes Ringen um den Erhalt der Anlagen.

Bereits in der DDR gehörten zum Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK, gegr. 1959) Ende 1989 rd. 855.000 Kleingärten, zehn Jahre zuvor (1980) waren es 669.700⁶⁵⁷. Dieser Anstieg an Kleingärten war vor allem auf das Bedürfnis wachsender Bevölkerungsgruppen nach einem *grünen* Freizeitort zurückzuführen, der neben Obst- und Gemüseanbau⁶⁵⁸ die Naturverbundenheit förderte und Möglichkeiten für Naherholung und Urlaub für Menschen in den Großstädten und Ballungszentren bot⁶⁵⁹. Kommunen und Betriebe hatten laut staatlicher Vorgaben Flächen bereitzustellen, insbesondere solche, die aus landwirtschaftlicher Sicht nur schwer nutzbar waren.

Diese Entwicklung in den 80er Jahren in der DDR führte zu einer im Vergleich zu den alten Bundesländern bis heute charakteristischen wesentlich höheren Kleingartendichte.⁶⁶⁰ Darüber hinaus galt auch für die DDR, dass ein relativ großer Teil von Einfamilien-/Zweifamilienhäusern über Hausgärten verfügte (1990 hatten 55 % aller Haushalte Garten- bzw. Wochenendgrundstücke, davon rd. 56 % als Hausgarten⁶⁶¹ - das entspricht in etwa dem Anteil von selbstgenutztem Wohneigentum am Ende der DDR von rd. 28 %⁶⁶²).

Mit der Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990 begann auch im Bereich des Kleingartenwesens eine organisatorische und inhaltliche Neustrukturierung (auf die unterschiedlichen Entwicklungen im Kleingartenwesen der beiden deutschen Staaten soll hier nicht näher eingegangen werden, sie sind in anderen Studien ausführlich und gut dokumentiert⁶⁶³).

⁶⁵⁷ Städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung des Kleingartenwesens. Hrsg.: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn 1998, S. 21.

⁶⁵⁸ Dass ca. ein Drittel der Gartenfläche für Obst- und Gemüseanbau vorgesehen war, ist übrigens auch aus den alten Bundesländern bekannt (in den Satzungen der Verbände und Vereine).

⁶⁵⁹ Dietrich, Isolde (2000): 'Ne Laube, 'n Zaun und 'n Beet - Kleingärtner und Kleingärten in der DDR', in: Leben in der DDR - Befremdlich anders (Hrsg.: Evamaria Badstübner), Berlin 2000, S. 375 f.

⁶⁶⁰ Ausführlicher hierzu siehe: Städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung des Kleingartenwesens, a.a.O., S. 18 ff.

⁶⁶¹ Die Daten widerlegen die Auffassung, dass es in der DDR „kaum Ein- oder Zweifamilienhäuser mit eigenem Hausgarten“ gegeben hätte - vgl. Städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung des Kleingartenwesens, a.a.O., S. 12.

⁶⁶² Hinrichs, Wilhelm (1999): Entwicklung der Wohnverhältnisse in Ostdeutschland 1990-1999, in: Sozialreport 1999: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländerländern (hrsg. vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. durch Gunnar Winkler), Berlin 1999, S. 231.

⁶⁶³ Vgl. Städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung des Kleingartenwesens. Hrsg.: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn 1998/Heike Gerth et.al., Bewältigung der Leerstandsproblematik in Kleingartenanlagen in strukturschwachen Regionen, BBSR, Berlin 2013.

Trotzdem sei festgestellt, dass die in den Jahren seit 1990 vollzogenen Veränderungen für die Kleingartenbewegung von besonderer Bedeutung sind. Es begann die Umstellung auf ein demokratisch-bürokratisches System, welches Laubengröße und -höhe, Heizungssystem, Gewächshäuser, Heckenhöhe, Pflanzanteile, Teichgröße und vieles andere mehr bis ins Detail regelt. Es mussten neue Vereins- und Verbandsstrukturen aufgebaut, die Satzungen der Vereine auf Grundlage des Bundeskleingartengesetzes neu formuliert und zum Teil anders gewichtet werden. Nahezu alle Pachtverträge wurden neu- bzw. umgeschrieben.

Eine Bestandsaufnahme für die Landesverbände des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde (BDG) aus dem Jahre 2014 weist für die neuen Bundesländer etwa 500.000 Kleingärten aus. Hinzu kommen ca. 130 weitere Vereine mit rd. 25 000 Mitgliedern, die dem regional wirkenden (neue Bundesländer) Verband der Kleingärtner, Siedler und Grundstücksnutzer (VKSG - gegründet 1992) angehören, der sich nicht dem BDG zuordnet, sowie Kleingärtner der „Bahn-Landwirtschaft“ und nicht organisierte Kleingärtner.

Entsprechend der Anzahl der Familienhaushalte und ihrer Struktur sowie der durchschnittlichen Zahl der Familienmitglieder kann demzufolge davon ausgegangen werden, dass in den neuen Bundesländern über zwei Millionen Bürger aller Altersgruppen in das Kleingartenwesen integriert sind - mehrheitlich in „organisierten“ Strukturen.

Daten für den Besitz bzw. die Nutzung von Kleingärten fallen zum Teil sehr unterschiedlich aus. In einer im August 2000 durchgeführten Umfrage zum Konsum in den neuen Bundesländern wurde ermittelt (je 100 Haushalte der neuen Bundesländer), dass insgesamt verfügten (z.T. Mehrfachbesitz):

38 % über Hausgärten an Ein- und Zweifamilienhäusern,

20 % über Klein- bzw. Schrebergärten,

8 % über Wochenendgrundstücke,

8 % über Hausgärten an Mehrfamilienhäusern⁶⁶⁴.

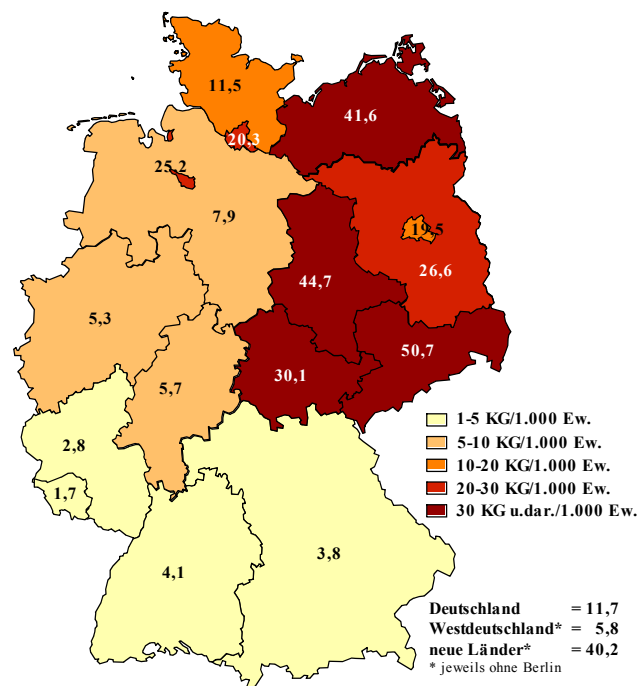
Bis in die Gegenwart gehören die Kleingärten der neuen Bundesländer gleichberechtigt -allerdings überproportional im Vergleich zum Durchschnitt in Westdeutschland - zum Erscheinungsbild von Gemeinden und Städten und haben inzwischen z.T. mit existenzbedrohenden Leerständen zu ringen⁶⁶⁵. Die erfolgten Veränderungen seit 1990 erfassen zugleich folgende Entwicklungen:

- Für einen großen Teil der Kleingärten wurden ihre Konzepte in kommunale Entwicklungspläne eingeordnet. Bis in die Gegenwart sind jedoch für eine Reihe von Kleingartenanlagen die Entwicklungen noch nicht abgesichert.
- Die Kleingartenanlagen sind in den Flächennutzungsplänen der Kommunen zum Teil festgeschrieben bzw. klare Zeithorizonte wurden benannt. In der Pachtzinsentwicklung sind transparente Richtlinien noch nicht überall vorhanden. Klare Aussagen zu Kündigungsfristen, Entgeltverordnungen etc. sind zum Teil noch zu treffen.
- Es gibt einen Rückgang der Nutzung von Kleingärten bei Anstieg von „Hausgärten“.

⁶⁶⁴ Datenbasis: Institut für Marktforschung Leipzig 2001.

⁶⁶⁵ Heike Gerth et.al., Bewältigung der Leerstandsproblematik in Kleingartenanlagen in strukturschwachen Regionen, BBSR, Berlin 2013.

Abbildung 5.34: Anzahl der Kleingärten bezogen auf 1.000 Einwohner des jeweiligen Bundeslandes - 2014 -



Quelle: Bundesverband deutscher Gartenfreunde - <http://www.kleingarten-bund.de>, Berlin 2016

Der Übergang des Kleingartenwesens der DDR in die neuen Strukturen und Aufgaben des Kleingartenwesens der Bundesrepublik wurde fast ausschließlich durch ehrenamtlich Tätige vollzogen. Dabei stehen nach wie vor an erster Stelle die Existenzsicherung der Kleingärten und die Interessenwahrnehmung der Kleingärtner durch die Kleingartenvereine des BDG bzw. des VKSG sowie der „Bahn-Landwirtschaft“.

Die ehrenamtliche Tätigkeit im Kleingartenwesen ist historisch gewachsen, und sie ist in den Satzungen der Vereine und Verbände verbindlich formuliert. Die Verwaltung, d.h. die gesamte vertragliche Gestaltung der Kleingartennutzung mit allen damit verbundenen Aufgaben, wird ehrenamtlich von den Mitgliedern des Vorstands (Vorsitzender, 2. Vorsitzender, stellv. Vorsitzender), vom Schatzmeister, Schriftführer, von den Leitern der Kommissionen (z.B. Baukommission, Gartenfachausschuss, Schätzerkollektiv - die Gärten bei der Aufgabe durch den Pächter finanziell ein- bzw. abschätzen -, Vergabekommission u.a.) geleitet. Ein interviewter Vorstandsvorsitzender in Berlin leistet täglich - auch an den Wochenenden - durchschnittlich vier Stunden ehrenamtliche Arbeit.

Für das Aktivitätspotenzial und die Struktur des Ehrenamtes im Bereich Kleingärten in den neuen Bundesländern (rd. 100.000 Ehrenamtliche - nach Schätzung)⁶⁶⁶ sind charakteristisch⁶⁶⁷:

- Steigendes Durchschnittsalter des Aktivitätspotenzials von Kleingärtnern (damit verbundene verlängerte lebenslange Nutzung) mit deutlicher Konzentration von Bürgern der Altersgruppen 55 bis 65 Jahre (jeweils über 20 %). Damit verbunden ist auch ein relativ hohes Durchschnittsalter des Ehrenamtes, das zu rd. 80 % von Männern ausgeübt wird.

⁶⁶⁶ Im VKSG haben Vorstände zwischen 7 bis 20 Mitglieder, darüber hinaus gibt es eine Anzahl von ehrenamtlichen Kommissionen. Im VKSG sind gegenwärtig rd. 130 Vereine mit durchschnittlich 30 ehrenamtlich Tätigen vertreten, so dass von einem Potential von rd. 4 000 ehrenamtlich arbeitenden Kleingärtnern allein in diesem Verband zu reden ist.

⁶⁶⁷ Städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung des Kleingartenwesens. Hrsg.: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, a.a.O., S. 31 ff.)

- Strukturelle Veränderungen in den Nutzungsstrukturen vom überwiegenden Nutzgarten zum Nutz- und Freizeitgarten (im Jahre 2000 gaben die Kleingärtner folgende Nutzung an:⁶⁶⁸ 71 % Nutz- und Freizeitgärten, 10 % vorwiegend Freizeit-, 8 % vorwiegend Nutzgärten, 8 % reiner Nutzgarten, 2 % reiner Freizeitgarten).
- Wandel in den ehrenamtlichen Aufgaben und Tätigkeitsfeldern, insbesondere hinsichtlich
 - der Wahrnehmung der Interessen der Kleingärtner gegenüber den Gemeinden (62 % des Grund und Bodens von Kleingartenanlagen sind Gemeindeeigentum) bzw. privaten Eigentümern (insbesondere Bahn AG), z.B. bei Zunahme des Nutzungscharakters durch hohe Bodenpreise;
 - der Wahrnehmung „ökonomischer Funktion“ als Zwischenpächter durch den Kleingartenverein;
 - der Fachberatung der Kleingärtner;
 - der Einhaltung der Gesetzlichkeit in den Kleingartenanlagen;
 - des Ausbaus der „sozial-kulturellen“ Funktion der Kleingartenanlage.
- Wandel in den Strukturen der Kleingartenpächter in den neuen Bundesländern, die zu Auswirkungen auf das Ehrenamt führen durch
 - erhöhten Zugang „einkommensärmerer“ Schichten,
 - relativen Rückgang von Mitgliedern, die über höhere Bildungsabschlüsse verfügen, bei langfristiger Zunahme des Anteils von Mitgliedern mit mittlerem bzw. ohne Abschluss.

Im Unterschied zu den alten Bundesländern ist z.Zt. der Anteil von Akademikern unter den Kleingärtner in den ostdeutschen Ländern jedoch noch bedeutend höher und als Indiz dafür zu werten, dass die ostdeutschen Kleingärtner aus anderen Bildungsschichten kommen als die traditionell im Kleingartenmilieu verwurzelten Schichten der alten Bundesländer. Hier spielt sicher auch der höhere Anteil an Wohneigentum und damit verbundenen Grundstücken im Westen eine Rolle.⁶⁶⁹

Tabelle 5.9: Bestandszahlen an Kleingärten in den Landesverbänden des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde e.V. (geschätzt) - ohne VKSG - 1997 -

Thüringen	80.000
Sachsen-Anhalt	150.000
Sachsen	220.000
Mecklenburg-Vorpommern	85.000
Brandenburg	80.000
Berlin (gesamt)	75.000

Quelle: Städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung des Kleingartenwesens, Bonn 1998, S. 15

Die Studie des BBSR ergab⁶⁷⁰, dass vom Nachfragerückgang und Leerstand bei Kleingärten insbesondere die neuen Bundesländer betroffen sind. Dabei ist zu beachten, dass 90 % der Ost-Kreise als schrumpfend einzuordnen sind, während dies auf westliche Bundesländer nur vereinzelt zutrifft.

In den neuen Ländern leben nur 15 % der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik, befinden sich aber rd. 50 % aller Kleingärten. Davon abhängig stehen z.B. in Sachsen-Anhalt 12 % der Gärten leer, in

⁶⁶⁸ Institut für Marktforschung, Leipzig 2000.

⁶⁶⁹ Einen interessanten Überblick über den „Mikrokosmos Kleingarten“ aus kulturwissenschaftlicher Sicht bietet der unter dem selben Titel von Isolde Dietrich geschriebene Artikel in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 2, 1999.

⁶⁷⁰ Nachfolgende Aussagen stützen sich auf Heike Gerth et.al., a.a.O. S. 1-3.

den übrigen östlichen Ländern sind es 5 % bis 6 %. Nach Angaben der Landesverbände ist bundesweit aktuell mit etwa 45.000 leerstehenden Gärten, d.h. 4 % bis 5 % der rund 966.000 Kleingärten) im Bestand des BDG zu rechnen. Ca. 85 % der leerstehenden Gärten befinden sich demzufolge in den neuen Ländern.

Insgesamt muss man jedoch davon ausgehen, dass der strukturell bedingte Leerstand aufgrund des vorauszusehenden prognostizierten weiteren Bevölkerungsrückgangs in den betroffenen Regionen noch ansteigt und dass er ggf. weitere Regionen erfasst.

Zu den Verbänden, die überwiegend zu den strukturschwachen Regionen gehören, gehören ca. 4.700 Kleingartenanlagen. In jeder dritten gibt es Leerstand. Von den rund 350.000 Gärten in diesen Anlagen sind derzeit 27.000 und damit fast 8 % nicht bewirtschaftet, allein im Einzugsbereich der östlichen Verbände sind es inzwischen 10 %. Vom Leerstand betroffen sind vor allem Klein- und Mittelstädte insbesondere im ländlichen Raum.

Eine Ursache liegt auch im hohen Durchschnittsalter der jetzigen Nutzer. Verjüngung und auf die jeweiligen Bedingungen zugeschnittene Konzepte können dem Leerstand z.T. gegenwirken.

Insofern ist den Aussagen des VKSG zuzustimmen, dass es generell gegenwärtig darum geht, den Erhalt und den Ausbau der KGA zu fördern und die Kleingärtner vor Spekulation und Enteignung zu schützen, damit die Zukunft des Kleingartenwesens sicherer gemacht werden kann.⁶⁷¹

5.6 Weltanschauliche Bindungen

Die Vereinigung hat die weltanschaulichen Strukturen der Bevölkerung deutlich und nachhaltig auch in dieser Hinsicht in zwei Regionen geteilt. Während im Osten 75 % keiner Religionsgemeinschaft angehören, sind das im Westen 36 %.

Es gibt in Ost wie West von Generation zu Generation einen weiteren Bedeutungsverlust von Religion. Die im Osten konfessionell Gebundenen sind religiöser, da äußere Zwänge (Familie, soziales Umfeld) geringer sind. Auch die Haltung der Bürger zum weltanschaulich nicht gebundenen „Lebenskundeunterricht“ zeigt erfolgte Veränderungen.

So wie Religionsbekenntnisse sich zwischen Ost und West in bedeutendem Maße unterscheiden, sind damit auch traditionelle Unterschiede in Zeremonien und Feierlichkeiten verbunden - beginnend bei der Geburt, dem Eintritt ins Erwachsenenleben, über Hochzeit bis schließlich zum Tod.

Der Beitritt der Bundesländer der DDR zur Bundesrepublik hat nicht zuletzt die konfessionellen Strukturen der Bevölkerung nachhaltig in zwei Regionen geteilt. So erhöhte sich der Anteil der konfessionsfreien Bürger mit der Vereinigung 1990 von 11,4 % zunächst auf 22,4 %, stieg aber seitdem - vor allem durch die Entkirchlichung in den alten Bundesländern - auf 34 % im Jahr 2014 an.⁶⁷² Bezogen auf Deutschland wird von 28,9 % der Bürger ausgegangen, welche der katholischen, und 29,9 %, welche der evangelischen Kirche zuzuordnen sind, 2,6 % sind muslimisch, 4,5 % gehören anderen Religionen an und 34 % sind konfessionsfrei⁶⁷³.

Selbst die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes (Mikrozensus 2011) belegen - bei allen zu Recht geäußerten kritischen Vorbehalten zu einzelnen Verfahren⁶⁷⁴ - nicht nur das hohe Maß an konfessionsfreien Bürgern insbesondere im Osten Deutschlands, sondern auch den gestiegenen Anteil im Westen der Republik. In der DDR trugen die strikte Trennung von Kirche und Schule, die Trennung von Staat

⁶⁷¹ Grundpositionen des VKSG zum Kleingartenwesen, Berlin 2014.

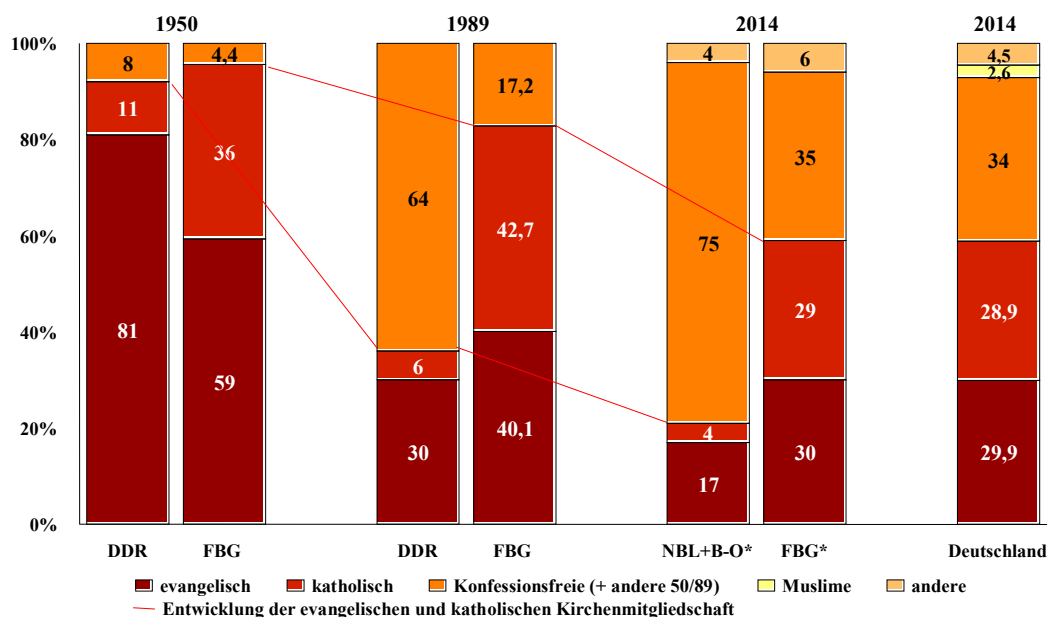
⁶⁷² Datenquelle: Forschungsstelle Weltanschauungen in Deutschland (fowid), Religionszugehörigkeit in Deutschland 2014, www.fowid.de, Berlin 2015.

⁶⁷³ Ebenda.

⁶⁷⁴ Ebenda.

und Kirche durch geringe Staatsleistungen (z.B. für objektbezogene Sanierung ausgewählter Kirchen), aber auch die Abschaffung einer vom Staat organisierten Abführung der Kirchen„steuer“ maßgeblich zur „Entkirchlichung“ bei. Die Zahl der Kirchenmitglieder ging bereits in der DDR stark zurück. Sie lag 1950 noch bei 81 % für Mitglieder der evangelischen Kirche und 11 % für die katholische Kirche, 8 % ohne konfessionelle Bindung.⁶⁷⁵ 1964 waren noch 67 % der Bürger Kirchenmitglieder, 1990 waren bereits 72 % der Bürger konfessionsfrei⁶⁷⁶. Nach Erhebungen ist die Anzahl der konfessionsgebundenen Bürger im Osten seit 1990 um ein weiteres Drittel gesunken.⁶⁷⁷

Abbildung 5.35: Konfessionszugehörigkeit - DDR/NBL-FBG-Deutschland - 1950 bis 2014
- in Prozent der Bevölkerung -



* ab 18. Lebensjahr

Quellen: 1950 Sozialreport DDR '90, Berlin 90, S. 308/Christentum und Islam in Deutschland, bpb 2015 S. 25

1989: Sozialreport DDR '90, S. 308 / fowid, Kirchenmitglieder 1970-2003, Berlin 2005

2014: sfz/leben 2014 (gew.), Berlin 2014 / fowid, Religionszugehörigkeit Deutschland 2014, Berlin 2015

„Religionsausübung und Mitgliedschaft in einer Kirche waren in der DDR zwar geduldet, aber staatlich nicht gern gesehen. Die lediglich formale Religionsfreiheit und begrenzte Billigung bis zur Behinderung kirchlicher Aktivitäten und die ideologischen Auseinandersetzungen haben in der DDR-Bevölkerung zu einer abnehmenden Akzeptanz christlichen Glaubens, sinkenden Mitgliederzahlen der Kirchen und geringer Aktivität in der Religionsausübung und im kirchlichen Leben geführt.“⁶⁷⁸

Keineswegs uninteressant ist, dass die geringe religiöse Bindung in der DDR und danach – im Gegensatz zur verbreiteten Auffassung - nicht nur dem SED-System „angelernt“ wird, sondern ihre Wurzeln bereits in der Art und Weise der ersten Christianisierung gesehen werden⁶⁷⁹. Nicht zu übersehen aber auch, dass die Kirchen insbesondere Ende der 80er Jahre für die DDR-Opposition ein „schützendes

⁶⁷⁵ Vgl. Weichert, Brigitte: Kirchen, in: Sozialreport 1990: Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR (Hrsg.: G. Winkler), Verlag Die Wirtschaft/Bonn Aktuell, Berlin/Bonn 1990, S. 308.

⁶⁷⁶ Im Nachfolgenden wird nicht der Begriff „konfessionslos“ verwendet, da dieser - analog zu arbeitslos, wohnungslos usw. - versucht, eine ausgrenzende Position in der Gesellschaft zu vermitteln.

⁶⁷⁷ Vgl. Pollak, Detlef/Müller, Olaf: Religionsmonitor 2013, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2013, S. 64.

⁶⁷⁸ Priller, Eckhard: Religion und Religionsausübung, in: Sozialreport 1999 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: G. Winkler), Verlag am Turm, Berlin 1999, S. 370.

⁶⁷⁹ Vgl. hierzu Karl Gabriel: Christen in Deutschland, in: Christentum und Islam in Deutschland, bpb Sonderausgabe Bonn 2015, S. 22/(Bezug zu Pollak, D.: Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland, 2013).

Dach“ waren und weniger „Heimat des Glaubens“.⁶⁸⁰ Die 1989/1990 erreichte „moralische Führungsrolle“ der Kirchen ging mit den „Runden Tischen“ und der Emanzipation der DDR-Opposition vom „kirchlichen Asyl“ verloren.⁶⁸¹

Unmittelbar nach der Wende wurde mehrheitlich erwartet, dass die gesellschaftskritische Haltung der Kirche in der DDR, ihre besonders aktive Rolle in der Umbruchphase und das starke Engagement kirchlicher Kreise im Prozess des gesellschaftlichen Neuaufbaus zu einem Bedeutungszuwachs der Kirchen führen würden. Nicht zuletzt dadurch bedingt, dass die verstärkte Einführung von Religionsunterricht, Christenlehre und anderen Formen der Unterweisung in christlicher Lehre die Umstände für das Wirken der Kirchen in Ostdeutschland nachhaltig gewandelt haben. Verbessert hat sich - im Vergleich zu 1990 - insbesondere die finanzielle Situation der Kirchen, u.a. durch verstärkte finanzielle Unterstützung aus den „Westkirchen“ sowie die Einziehung der Kirchensteuer durch den Staat.

Die Veränderungen der Wirkungsmöglichkeiten der Kirche in den neuen Bundesländern, ihre Bewegungsfreiheit und gewachsene Einflussnahme in der Gesellschaft haben bisher jedoch zu keiner grundlegend veränderten Haltung der Ostdeutschen zu den Kirchen und zur Religion geführt.

Insgesamt waren im Jahr 2014 in Deutschland 23,9 Millionen Bürger katholisch (davon rd. 532 Tsd. in den neuen Ländern), 22,6 Millionen evangelisch (neue Länder ca. 2,2 Millionen), 27,5 Millionen waren Konfessionsfreie (rd. 9,2 Millionen in den neuen Ländern). Darüber hinaus gehörten anderen Religionsgemeinschaften an: 1,050 Millionen Evangelischen Freikirchen, 2,1 Millionen Muslimischen Gemeinden, 0,1 Millionen Jüdischen Gemeinden, 2,8 Millionen anderen Konfessionen/Religionen. Unter den religiös Gebundenen ist im Osten Deutschlands die evangelische Kirche mit rd. 17,8 % bestimmend. Mitglieder der katholischen Kirche sind ca. 4,3 %, anderen Religionsgemeinschaften gehört rd. 1 % an (sicher auch Reflexion des geringen Anteils ausländischer Bürger sowie von Bürgern mit Migrationshintergrund in den neuen Bundesländern).

Nach 1990 hat sich insbesondere im Westen die „Entkirchlichung“ - die sich bis 1990 weitgehend auf den Bedeutungsverlust kirchlicher Rituale (Kirchenbesuche, Beichte usw.) konzentrierte, weiter fortgesetzt. So besuchte im früheren Bundesgebiet noch 1953 jeder 2. Katholik regelmäßig den Sonntagsgottesdienst, 1970 waren es noch 37 % und 1980 nur noch 30 %, 1992 noch 20 %⁶⁸². Ein deutliches Signal für Bindungsverluste auch im Westen und zunehmend tendenzielle Angleichungen mit dem Osten bereits lange vor der Vereinigung. Allein die Konfessionsfreien haben sich inzwischen fast verdoppelt, der Anteil katholischer und evangelischer Kirchenmitglieder ist rd. um ein Viertel gesunken. Dabei spielen sicher auch veränderte Haltungen zu Ehe und Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und familiären Pflichten eine Rolle. Der in den letzten Monaten viel diskutierte Einfluss des Islam ist auch Ende 2015 quantitativ von geringer Bedeutung - wenn auch regional differenziert (rd. ein Drittel aller Muslime wohnt in Nordrhein-Westfalen und ein weiteres Drittel in Baden-Württemberg und Bayern). Erste Daten für 2015 gehen von einem Anteil von 29,0 % der Bürger mit katholischer Konfession und 22,3 % mit evangelischer Konfession aus. D.h., dass insgesamt nur noch 56 % der Einwohner den beiden großen christlichen Konfessionen angehören aufgrund des seit Jahrzehnten erfolgenden Rückzuges der Bürger aus den christlich-„abendländischen“ Konfessionen und ihres Übergangs in die Konfessionslosigkeit. Das Abendland zu verteidigen (Pegida - Patriotische Europäer gegen die Islamisie-

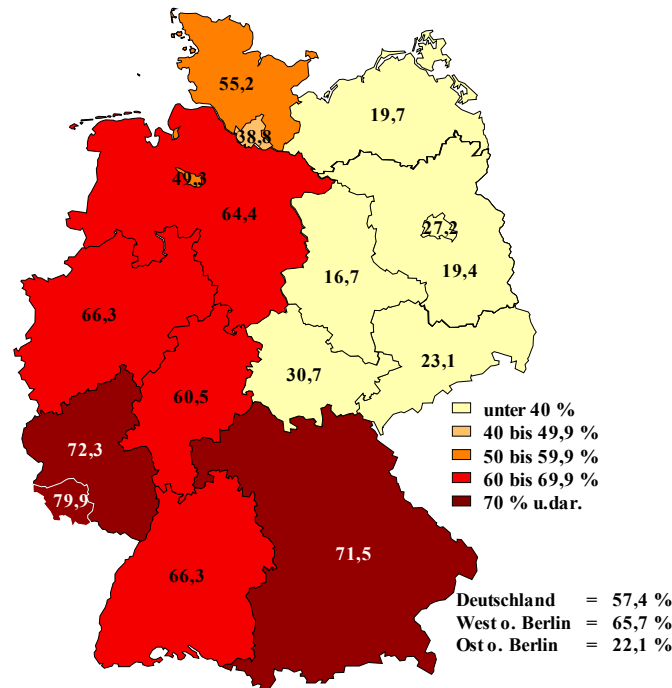
⁶⁸⁰ Sterr, Martin: Kirche und Kirchlichkeit, in: Der Bürger im Staat, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Heft 4/2000, Deutschland Ost - Deutschland West, S. 218-224.

⁶⁸¹ Ebenda.

⁶⁸² Karl Gabriel, Christen in Deutschland in: Christentum und Islam in Deutschland, bpb Sonderausgabe Bonn 2015, S. 22.

nung des Abendlandes), müsste sich eigentlich z.B. in Dresden gegen den Anteil von über 70 % konfessionsfreier Bürger richten, welche jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit als einfache Mitläufer Pegida noch unterstützen.

Abbildung 5.36: Anteil der Bevölkerung nach christlichen Konfessionsgemeinschaften
- 31.12.2014 -



Quelle: Kirchenamt der EKD, Kirchenmitgliederzahlen - Stand 31.12.2014, EKD Statistik 2016

Im Ost-West-Vergleich weisen lediglich ältere Bürger in den neuen Bundesländern noch eine überdurchschnittliche konfessionelle Bindung (36 %) auf. Die Daten für Westdeutschland (inkl. Berlin) verweisen auf die ansteigende Konfessionsfreiheit bei jüngeren Jahrgängen (die Altersgruppe unter 18 Jahren reflektiert die religiösen „Bindungen“ der Eltern bzw. Mütter/Väter). Generell kann man von den gleichen Motiven der Konfessionsfreiheit in Ost wie West ausgehen⁶⁸³: Unglaubwürdigkeit der Kirche, Haltung zur Religion, Religion als unzeitgemäß, Kirchensteuer, Unverständnis für Haltungen der Kirche bzw. einzelner Persönlichkeiten. Die Motive sind nicht vorrangig an finanzielle Belastungen gebunden, ohne deren Stellenwert zu leugnen. Der Mitgliederrückgang in den neuen Bundesländern ist - wie bereits hervorgehoben - nicht zuletzt auch auf den durchschnittlich 8- bzw. 9-prozentigen Kirchensteuerhebesatz auf die Einkommens-/Lohnsteuer zurückzuführen. 2014 haben die beiden großen Kirchen in Deutschland 10,8 Mrd. Euro Einnahmen aus Kirchensteuern erzielt (katholische Kirche 5,7 Mrd., evangelische Kirche 5,1 Mrd.)

Andererseits gibt es z.T. in Ost wie in West einen bestimmten Anteil von Mitgliedschaften, die keineswegs religiös begründet sind, sondern Reaktion auf die Familie, das Wohnumfeld sowie Betriebsführungen, aber auch auf den Wunsch, an konfessionellen Feiern insbes. bei Namensgebung/Taufe, Jugendweihe/Konfirmation und Trauungen teilzunehmen.

⁶⁸³ Vgl. hierzu: Schulz, Claudie et. al., in: Engagement und Indifferenz - Mitgliedschaft als soziale Praxis, V. EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft, www.ekd.de, Hannover 2014.

Tabelle 5.10: Anteil der Bevölkerung nach christlichen Religionsgemeinschaften
- nach Bundesländern - 2014 - in Prozent -

Bundesland	katholisch	evangelisch	zusammen
Baden-Württemberg	35,3	31,0	66,3
Bayern	52,1	19,4	71,5
Berlin	9,6	17,6	27,2
Brandenburg	3,3	16,1	19,4
Bremen	11,9	37,4	49,3
Hamburg	10,8	27,9	38,8
Hessen	23,8	36,7	60,5
Mecklenburg-Vorpommern	3,4	16,3	19,7
Niedersachsen	17,4	46,9	64,4
Nordrhein-Westfalen	40,2	26,1	66,3
Rheinland-Pfalz	43,1	29,2	72,3
Saarland	61,2	18,8	79,9
Sachsen	3,7	19,4	23,1
Sachsen-Anhalt	3,5	13,1	16,7
Schleswig-Holstein	5,9	49,2	55,2
Thüringen	7,8	22,9	30,7
Deutschland	29,5	27,9	57,4
<i>neue Bundesländer</i>	<i>4,3</i>	<i>17,8</i>	<i>22,1</i>
<i>alte Bundesländer ohne Berlin</i>	<i>35,4</i>	<i>30,3</i>	<i>65,7</i>

Quelle: Kirchenamt der EKD, Kirchenmitgliederzahlen - Stand 31.12.2014, EKD Statistik 2016

Der Religionsmonitor 2013⁶⁸⁴ kommt unter dem Gesichtspunkt Ost-West u.a. zu folgenden Aussagen:

- die religiöse Kluft zwischen Ost und West bleibt erhalten;
- religiös gebundene Bürger sind im Osten „dogmatischer“, d.h. dass für sie die eigene Religion recht hat und andere unrecht;
- es gibt in Ost wie West von Generation zu Generation einen weiteren Bedeutungsverlust von Religion;
- die im Glauben Erzogenen pendeln sich im Osten mit einem Anteil von 10 % ein - im Westen sinkt ihr Anteil mit Annäherungstendenzen an den Osten;
- in Ost wie West gibt es eine positive Grundhaltung zu religiöser Vielfalt - dabei sind die Haltungen im Osten religionskritischer.

Auch die Erhebungen des SFZ lassen erkennen, dass Kirche und Religion nach fünfundzwanzig Jahren seit dem Umbruch und den Veränderungen ihrer Wirkungsmöglichkeiten in Ostdeutschland einen deutlich geringeren Stellenwert als in Westdeutschland behalten haben und keinen Bedeutungszuwachs in den neuen Bundesländern erkennen lassen.

Die spezifische Situation des Umgangs der Bürger mit der Kirche in den neuen Bundesländern und ihre „geringe“ Mitgliedschaft werden zusammengefasst charakterisiert mit der Aussage: „Die ostdeutsche Religionslosigkeit ist nicht aggressiv, antikirchlich oder antireligiös“.⁶⁸⁵ Trotz eines einmalig umfangreichen Denkmalprogramms zur Rettung zerstörter und beschädigter Kirchen in den neuen

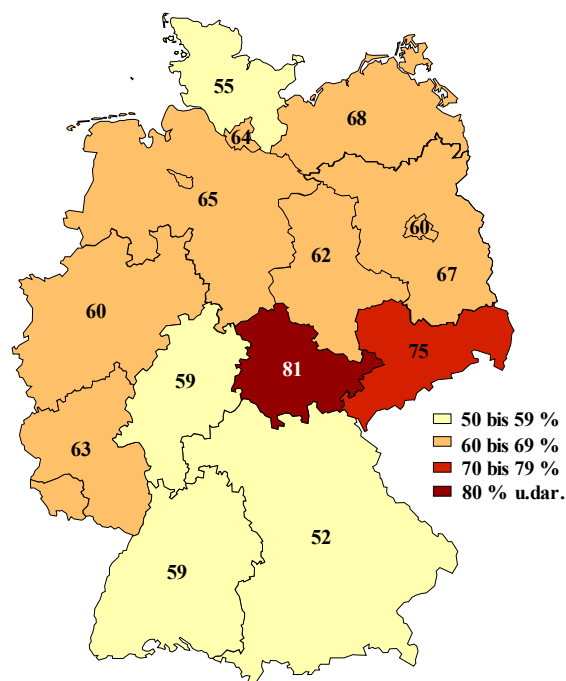
⁶⁸⁴ Pollak, Detlef/Müller, Olaf: Religionsmonitor 2013, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2013.

⁶⁸⁵ Schröder, Richard: Die Gesellschaft im Osten ist atheistisch, in: R. Schröder: Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit, Verlag Herder, Freiburg i.B. 2007, S. 215.

Ländern, trotz umfassend geförderter Programme zur sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Betreuung bleiben die Mitgliederzahlen im Vergleich konstant niedrig. Für die atheistischen Strukturen in den neuen Bundesländern sprechen auch Diskussionen um Religion als Pflicht-/Wahlfach in den Schulen und die Bemühungen um die Etablierung sowohl eines Unterrichtsfaches Ethik (Berlin) bzw. Lebenskunde - Ethik - Religion (LER - Brandenburg).

Auch die Haltung der Bürger zum weltanschaulich nicht gebundenen „Lebenskundeunterricht“ zeigt erfolgte Veränderungen. Eine 2008 durchgeführte Untersuchung mit der Frage: „Es gibt in einigen Bundesländern das Schulfach Humanistische Lebenskunde als nichtreligiöse Alternative zum Religionsunterricht. Sollte Ihrer Meinung nach das Schulfach Humanistische Lebenskunde in allen Bundesländern eingeführt werden, und sollten die Schüler bundesweit eine Wahlmöglichkeit zwischen Humanistischer Lebenskunde und Religionsunterricht haben, oder sollte es bei der alten Regelung bleiben?“, ergab, dass bundesweit 61 % der Bürger ab 14. Lebensjahr sich für die Einführung eines solchen Faches aussprachen - in alten wie in neuen Bundesländern.⁶⁸⁶ Selbst in Bayern stimmten 52 % der Bürger für die Einführung des genannten Faches.

Abbildung 5.37: Sollte Ihrer Meinung nach das Schulfach „Humanistische Lebenskunde“ in allen Bundesländern eingeführt werden?*- Bürger ab 14 Jahre - 2008 - (Antwort: „ja“)



* für Bremen und Saarland sind keine Daten bekannt

Quelle: forsa-Umfrage für den HVD, Mai 2008 - zitiert bei fowid 2011

Wenn auch der 2009 durchgeführte Volksentscheid gegen die Einführung eines Wahlpflichtbereiches Ethik in Berlin nicht erfolgreich war, belegte er jedoch zugleich die „religiöse Zerrissenheit“ der Stadt (im Westen sprachen sich rd. zwei Drittel gegen Ethik aus, im Ostteil nur rd. ein Viertel). In Brandenburg steigt sowohl das Interesse der Teilnahme an LER als auch am Religionsunterricht. Allerdings wird bis in die Gegenwart auch in den neuen Bundesländern mit Verweis auf „deutsche Geschichte und Tradition“ der nach 1990 wieder eingeführte Religionsunterricht privilegiert und weltanschauliche Neutralität nicht zwingend gewährleistet.

⁶⁸⁶ Quelle: forsa-Umfrage für den HVD, Mai 2008.

1992 hielten 15 % der Befragten in Ostdeutschland Religion in ihrem Leben für wichtig und 73 % für weniger bzw. unwichtig. 2014 betrug der Anteil der Bürger, die Religion für sehr wichtig/wichtig hielten, 14 %, und für unwichtig/weniger wichtig hielten sie 71 %. Westdeutsche halten zu 26 % Religion in ihrem Leben für wichtig und zu 53 % für unwichtig/weniger wichtig. Dabei ist der Stellenwert bei älteren Menschen deutlich höher. So geben 18 % der ab 60-Jährigen an, dass für sie Religion in ihrem Leben wichtig sei, und 64 % halten sie für weniger bzw. unwichtig. Von den unter 25-Jährigen befinden 12 % Religion in ihrem Leben für wichtig/sehr wichtig und 78 % für weniger wichtig bzw. unwichtig.

Hervorzuheben gerade für ältere Bürger sind insbesondere die Aktivitäten der beiden großen kirchlichen Wohlfahrtsverbände - Diakonie (evangelische Kirche) und Caritas (katholische Kirche) - in der sozialen und gesundheitlichen Betreuung.

Insgesamt ist festzustellen, dass es durchaus auch einen Teil konfessionsfreier Bürger gibt - mehrheitlich aufgrund früherer konfessioneller Bindungen -, für welche Religion in ihrem Leben wichtig ist (anteilig auch hier mehr im Westen).

Auch das Verständnis für Religion im Sinne kultureller Werte ist unabhängig vom Alter wesentlich breiter als Mitgliedschaft. Ein großer Teil der Bürger nimmt, wenn auch zum Teil nur gelegentlich, Möglichkeiten wahr, sich mit Geschichte, Tradition und Kunstwerken der Kirche ebenso wie mit ihren Reichtümern vertraut zu machen bzw. Kirchenkonzerte zu besuchen. Auch die Erhaltung von Kirchen - insbesondere im ländlichen Raum als kulturelle Zentren und Begegnungsstätten - vereint Christen und Atheisten. Eine Vielzahl von Dorfkirchen wurde saniert und restauriert, wenn auch in der Öffentlichkeit größere Bauvorhaben - wie die Frauenkirche in Dresden - mehr im Zentrum stehen.

Die Erhebungen der letzten Jahre belegen auch, dass Haltungen zu Grundwerten wie Freiheit, Gerechtigkeit, soziale Sicherheit oder zu Arbeit, Familie, zum Leben mit Kindern und anderen Werten stärker vom regionalen Bezug und Traditionen geprägt sind als von den jeweiligen Konfessionen. Keineswegs uninteressant ist, dass im Osten der konfessionsgebundene Teil der Bürger Religion in seinem Leben für wichtiger hält als im Westen, ebenso wie Freiheit im Westen Vorrang z.B. vor sozialer Sicherheit hat, unabhängig davon, ob konfessionsfrei oder katholisch oder evangelisch.

So wie Religionsbekenntnisse sich zwischen Ost und West in bedeutendem Maße unterscheiden, sind damit auch traditionelle Unterschiede in Zeremonien und Feierlichkeiten verbunden - beginnend bei der Geburt, dem Eintritt ins Erwachsenenleben, über Hochzeit bis schließlich zum Tod. In den neuen Bundesländern werden diese Anlässe mehrheitlich auf die standesamtliche Zeremonie begrenzt bzw. weltanschaulich nicht gebunden ausgestaltet.

In einer beachtenswerten Publikation des „Humanistischen Verbandes Deutschland e.V.“ mit dem Titel „Jugendweihe und Jugendfeier in Deutschland“⁶⁸⁷ werden die historischen Wurzeln der Jugendweihe mit ihrer Abgrenzung zur kirchlichen Konfirmation seit dem Jahr 1852 in Nordhausen (Thüringen), ihrer Verbreitung Ende des 19. Jahrhunderts in der Sozialdemokratischen Partei und insbesondere in der Weimarer Republik als Teil der proletarischen Festkultur ausführlich behandelt. Nach Verbot in den Jahren 1933 bis 1945 wurde in der DDR die Jugendweihe als Teil des sozialistischen Bildungs- und Erziehungssystems fest installiert und erfasste nahezu alle Jugendlichen.

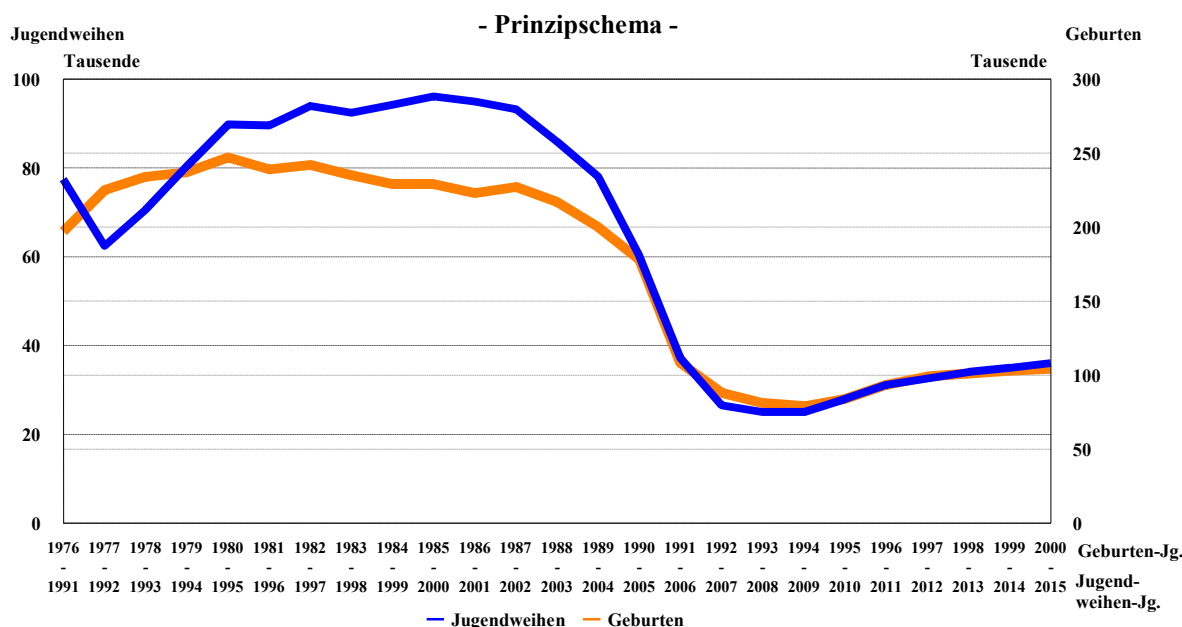
⁶⁸⁷ Isemeyer, Manfred (Hrsg.): Jugendweihe und Jugendfeier in Deutschland. Geschichte, Bedeutung, Aktualität, Tectum-Verlag Marburg 2014.

Die Jugendweihe/-feier stellt bis in die Gegenwart eine Besonderheit in den neuen Bundesländern - im Vergleich zu den alten Bundesländern - dar, mit denen junge Menschen den „Eintritt ins Leben der Erwachsenen“ vollziehen (i.d.R. nach Abschluss der 8. Klasse). Die Jugendweihe hat sich erhalten und auch in den alten Bundesländern sind wieder erste analoge Veranstaltungen durchgeführt worden.

Hauptträger ist der Verein „Jugendweihe Deutschland e.V.“, der für 1991 rd. 77.000 durchgeführte Jugendweihen angab und ein Ansteigen auf rd. 95.000 in den Jahren um die Jahrtausendwende ausweist und für 2013 rd. 34.000 durchgeführte Jugendweihen in den neuen Bundesländern und Berlin angibt.

Das Sinken der Teilnehmerzahlen seit 2003 reflektiert ohne Zweifel vor allem Wirkungen des Geburtenrückgangs ab 1990. Zugleich steigt aber auch die Zahl derer, die sich „Feiern“ und damit verbundene „Vorbereitungskurse“ nicht mehr leisten können. Insgesamt nahmen im Durchschnitt 40 bis 50 % des entsprechenden Geburtenjahrgangs aus den neuen Bundesländern an den Jugendweihefeiern des Vereins Jugendweihe sowie des Humanistischen Verbandes Deutschland teil. Letzterer führt inzwischen auch ca. 10.000 Jugendfeiern/-weihen in ganz Deutschland durch und ist um die Verbreitung auf ganz Deutschland bemüht. Darüber hinaus gibt es auch verstärkte Aktivitäten der AWO, des Deutschen Freidenker-Verbandes e.V. und örtlicher Elterninitiativen⁶⁸⁸. Der Humanistische Verband setzt sich im Besonderen für eine wirkungsvolle Popularisierung so u.a. mit dem o.g. Buch ein, welches sich u.a. auch speziell mit der Jugendweihe in der DDR positiv-kritisch auseinandersetzt - bis zur Auseinandersetzung mit klassischen West-Klischees und dem „medialen Kulturkampf“. Im Zuge des zunehmenden Anteils konfessionsfreier Eltern und Jugendlicher kann davon ausgegangen werden, dass sich der Trend zur Jugendweihe in ganz Deutschland weiter fortsetzen wird.

Abbildung 5.38: Jugendweihen 1991 bis 2015 im Vergleich zur Geburtenentwicklung DDR/neue Länder und Berlin-Ost - 1976 bis 2000 -



Quelle: www.jugendweihe.de/BIB_Fertilität_A_06_03b

⁶⁸⁸ Ebenda, S. 59.

5.7 Multikulturell - ausländerfeindlich?!

Zu Deutschland gehören das Zusammenleben mit Bürgern anderer Nationalitäten und die damit verbundene Vielfalt in den Sprachen - über Deutsch als Haupt- und Amtssprache hinaus - ebenso wie sein multikulturelles einschließlich seines multikonfessionellen Lebens.

Deutschland ist sowohl durch den realen Anteil an ausländischer Bevölkerung, den Anteil an Bürgern mit Migrationshintergrund als auch die damit verbundenen Haltungen zu Ausländern und das Zusammenleben mit ihnen in Ost und West gespalten.

Insgesamt ist die Haltung der Bürger - der neuen wie der alten Bundesländer - nach mehr als 25 Jahren deutscher Einheit nicht ausländerfeindlich, aber auch keineswegs hinreichend ausländerfreundlich - ohne Extremhaltungen leugnen oder rechtfertigen zu wollen.

Das verbreitete Klischee von einer Jugend, die sich - im Gegensatz zu „Älteren“ - stärker gegen Ausländer in der Bundesrepublik wendet, ist nicht zu belegen.

Obwohl eigene Erfahrungen im Umgang mit Ausländern in den neuen Ländern weitgehend fehlen, werden sie als eine Ursache für künftige soziale Probleme im Osten angesehen.

Zum Leben in Deutschland gehören - in Westdeutschland aufgrund der Einwanderungspolitik der Jahre vor 1990 nicht vergleichbar mit dem Osten - das Zusammenleben mit Bürgern anderer Nationalitäten, Staatsangehörigkeiten und ethnischen Gruppen, die damit verbundene Sprachenvielfalt, religiösen Unterschiede und Kulturen. Bis in die Gegenwart ist die Haltung zu Ausländern beliebtes Spielfeld für politische Auseinandersetzungen, die sich mit der deutschen Einheit verstärkt haben.

Deutschland hat - nach den Zwangswanderungen während und im Ergebnis des 2. Weltkrieges (vgl. hierzu Abschnitt 7.4.3) - eine bis heute wirkende unterschiedliche Migrationspolitik.

Es ist nicht Anliegen, im Rahmen dieser Ausarbeitung die Ausländerpolitik einer Würdigung und Kritik zu unterziehen - da bis in die Gegenwart Ausländerfragen auch immer gebraucht und/oder missbraucht wurden, um die Positionen Deutschlands innen- und außenpolitisch zu festigen. Hinsichtlich der Fakten und Daten stützen sich die Aussagen bis 1990 auf das Migrationsportal der Bundeszentrale für politische Bildung⁶⁸⁹.

Die Zuwanderungspolitik in die Bundesrepublik Deutschland hat sich nach ihrer Gründung im Mai 1949 seit den 50er Jahren mehrfach grundlegend gewandelt.

Das deutsche „Wirtschaftswunder“ bewältigte den enormen Bedarf an qualifizierten Facharbeitern und erforderlichen Arbeitskräften insgesamt zunächst durch die Übersiedlung von 2,7 Millionen DDR-Bürgern in die Bundesrepublik (1949 bis 1961), sowie auf Grundlage erster „Anwerbeabkommen“ mit südeuropäischen Staaten für einen zeitweiligen Arbeitsaufenthalt von insgesamt rd. 7,8 Millionen Ausländern (insbesondere 1960 bis 1971). Die Zahl der in dieser Zeit in Deutschland lebenden Ausländer betrug in den 70er Jahren im Durchschnitt rd. 4,0 Millionen.

Es ging den sog. „Gastarbeitern“ vor allem darum, ein Einkommen zu erzielen, welches verbesserte Verhältnisse für die Familie im Heimatland sicherte bzw. bei Rückkehr einen Grundstock für das Leben darstellte. Wanderungen - auch in Größenordnungen - waren sowohl im Süden wie im Westen ein Stück Normalität der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

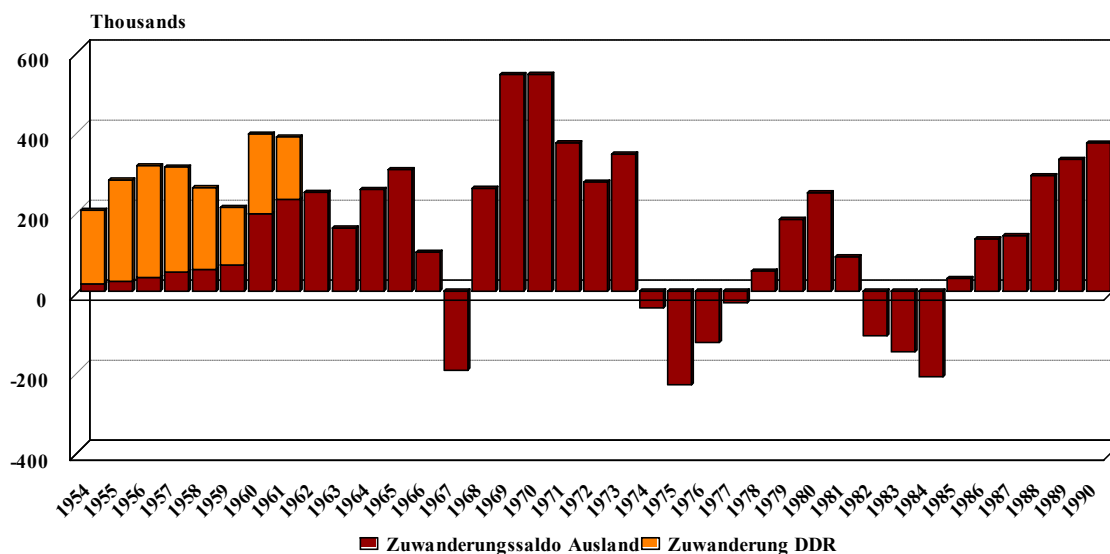
Im Gegensatz dazu war und ist die Wanderung von Ost nach West, von Nord nach Süd in der Tat aber auch immer (z.T. sogar mehrheitlich) eine Abstimmung mit den Füßen gegenüber einer Politik, die grundlegende Bedürfnisse jener Bürger, die das Land verlassen, nicht befriedigen kann. Das schließt bei vielen jüngeren Menschen den natürlichen Drang auf Kennenlernen anderer Regionen und Kultu-

⁶⁸⁹ Vgl. hierzu im Detail: www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration - insbesondere die Dossiers von Carolin Butterwege und Jochen Oltmer für die Zeit ab 1945.

ren überhaupt nicht aus. Das Problem ist, in welchen Relationen „Freiwilligkeit“ und „ökonomischer Zwang“ zueinander stehen.

Was für oder gegen eine Gesellschaftsordnung bzw. ein Staatsgefüge spricht ist, ob sie in der Lage sind (oder nicht), solche freiheitlichen Bedingungen zu schaffen, dass eine freie Entscheidung für Junge und Jüngere ebenso wie für Ältere, für Alleinstehende wie für Familien möglich ist, den Lebensmittelpunkt zu verändern, dass keine Zwänge entstehen (politisch, wirtschaftlich), das Land/die Region, das Umfeld, in dem man groß geworden ist, verlassen zu müssen und mehrheitlich nicht zurückkehren zu können.

Abbildung 5.39: Einwanderungen in die Bundesrepublik - 1954 bis 1990 - in 1.000 - (Saldo)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, vorläufige Wanderungsergebnisse 2012, Wiesbaden 2013

In der 2. Phase der Ausländerpolitik (70er Jahre) wurde vom Modell des „zeitweiligen Gastarbeiters“ abgerückt - nicht zuletzt vertrat auch die Wirtschaft keine stetig wechselnden Arbeitskräfte. Kennzeichnend ist, dass Familienangehörige - Ehepartner und Kinder - nachzogen. Durch Aufenthalts- und Zuzugsgenehmigungen wurde die „Phase der Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung“ gestützt und damit der Arbeitsmarktbedarf stabiler abgesichert. Es ist zugleich der Ausgangspunkt für das zahlenmäßige Ansteigen der heutigen „Bürger mit Migrationshintergrund“.

1979/1980 begann eine dritte Phase mit der Debatte um die Migrationspolitik - nicht zuletzt aufgrund von Problemen der Integration der Familien und ausgelöst z.B. durch verordneten Zuzugsstopp in einzelnen Bundesländern und Kommunen.

Die Diskussion brachte wenig - die Ausländerpolitik zwischen 1981 und 1990 (4. Phase) war auch weiterhin auf Konzepte zur „sozialen Integration auf Zeit“ ausgerichtet.⁶⁹⁰ Der damalige Bundeskanzler Kohl verfolgte als zentrale migrationspolitische Leitlinien die Aufrechterhaltung des Anwerbestops, die Einschränkung des Familiennachzuges und die Förderung der Rückkehrbereitschaft.⁶⁹¹

Seitens der Politik wurde die Fiktion aufrechterhalten, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Mit dem Fall der Mauer und den Grenzöffnungen in fast allen osteuropäischen Ländern stiegen vor allem die Zuzugszahlen von Aussiedlerinnen und Aussiedlern sprunghaft an, die mehrheitlich die

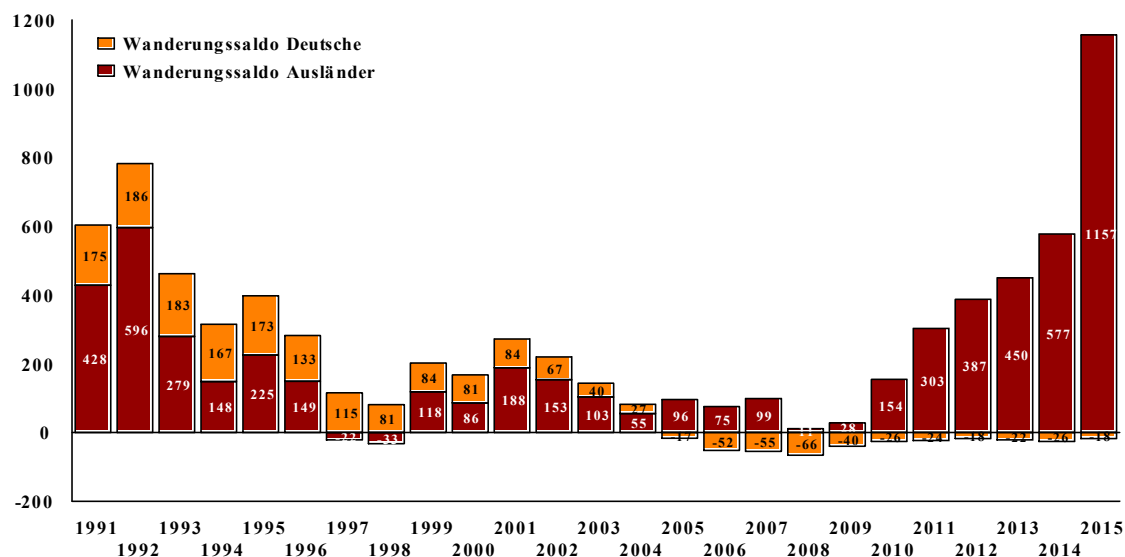
⁶⁹⁰ Vgl. Butterwegge, Carolin, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56377/migrationspolitik-in-der-brd>

⁶⁹¹ Ebenda.

deutsche Staatsbürgerschaft erhielten. Die meisten von ihnen stammten aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Ausländerrechts am 1. Januar 1991 begann eine neue Phase der Ausländerpolitik im wiedervereinten Deutschland.

Abbildung 5.40: Saldo Einwanderungen - Deutschland - 1991 bis 2015 - in 1.000 Personen -



Quelle: BMI: Migrationsbericht 2013, Berlin 2015, Tab. 1-1/Statistisches Bundesamt, Wochenbericht 35/2016

Ohne Zweifel gehören zur Vielfalt des Lebens in Deutschland - inzwischen auch in den neuen Ländern - das Zusammenleben mit Bürgern anderer Nationalitäten, Staatsangehörigkeiten und ethnischen Gruppen und die damit verbundene Sprachenvielfalt ebenso wie religiöse und kulturelle Unterschiede.

Insgesamt beträgt der Anteil von ausländischen Bürgern (2015), welche in Deutschland leben, rd. 10,5 %, darunter in Westdeutschland 11,5 % und in den neuen Bundesländern 3,8 %. Der für 2014 vorgelegte Migrationsbericht der Bundesregierung zur Ein- und Auswanderung⁶⁹² und die inzwischen erfolgten Entwicklungen lassen erkennen:

- a) Seit 1991 zogen rd. 19 Millionen ausländische Bürger in Deutschland zu und rd. 14 Millionen haben Deutschland wieder verlassen, d.h. die Zahl ausländischer Bürger stieg um über 5 Millionen. 2015 erreichte die Zahl der Zuzüge 2,0 Millionen, die der Fortzüge 859 Tsd., was einem Saldo von +1,157 Millionen Ausländern entspricht.

Tabelle 5.11: Zu- und Fortzüge ausländischer Bürger über die Grenzen Deutschlands - 2015 - in 1.000 Personen -

	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
Deutschland	2.016	859	1.157
FBG*	1.704	712	962
NBL*	213	64	149
Berlin	99	53	46

* jeweils ohne Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wochenbericht 35/2016

⁶⁹² Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (Migrationsbericht 2013), Berlin 2015.

- b) 2015 ist die Zahl der Einwanderer erheblich gestiegen und setzt damit die Entwicklung seit 2010 fort. Konstant auch weiterhin, dass der Zuzug vor allem in das frühere Bundesgebiet und Berlin erfolgt. Die Zahl der Zugewanderten - bezogen auf das Wanderungssaldo - je 1.000 Einwohner - beträgt für Deutschland 14 ausländische Bürger, für die alten Bundesländer 15, für Berlin 13 und die neuen Länder 3,6. An der Spitze der Zuwanderung stehen im Osten: Mecklenburg-Vorpommern (31,4 Tsd.), Brandenburg (39,9 Tsd.), Thüringen (43,3 Tsd.), Sachsen-Anhalt (43,7 Tsd.) und Sachsen (64,6 Tsd.).
- c) Detailliertere Zahlen über die Herkunftsländer der zuwandernden Ausländer (2014) sind insbesondere im Licht der organisierten „Islam“-Gegner interessant, da rd. 60 % der Zuwanderungen aus EU-Staaten kamen (vor allem Polen, Serbien, Italien, Rumänien), das heißt, aus Ländern mit hohen Anteilen katholischer bzw. christlich-orthodoxer Bevölkerung - einige Medien haben deshalb zurecht eher auf eine mögliche Katholisierung im Osten aufmerksam gemacht, denn eine auch nur ansatzweise erkennbare Islamisierung. Wenn auch 2015 die Anzahl aus Syrien Zugewanderten (inkl. Asyl) mit 327 Tsd. enorm zugenommen hat, folgt dennoch Rumänien mit 213 Tsd. und Polen mit 196 Tsd. Auch 2015 war der Anteil auch nicht Ursache von wesentlichen sozialen Entwicklungen (soziale Spaltung, Armut usw.) in der Bundesrepublik.
- d) Hervorzuheben auch, dass rd. 75 % der Zuwanderer unter 45 Jahre sind, 60 % männlich; insbesondere Indien, China und Russland stellen hohe Anteile an „Arbeitszuwanderung“.

Die letzten Monate haben die Diskussion um Ziele und Inhalte der Einwanderungspolitik in Deutschland neu belebt. Offensichtlich stehen humanitäre/freiheitliche Aspekte einerseits den vorrangig ökonomischen Interessen der Wirtschaft andererseits gegenüber, sodass Zuwanderung nur dann akzeptiert wird, wenn sie „nützlich“, „kostengünstig“, „fachlich gezielt, dem Bedarf entsprechend“ usw. ist. Zugleich wird mit „Sozialmissbrauch“ und „Armutszuwanderung“ oder „Islamisierung“ eine sinnvolle Diskussion um ein Einwanderungsgesetz und die Einwanderungspolitik verhindert, sodass sich niemand über Entwicklungen am rechten Rand der Gesellschaft bis zur Mitte wundern muss.

Bereits Ende 1989 hatten sich im Verlaufe der friedlichen Revolution die Losungen rasch von „Wir sind das Volk“ in „Wir sind **ein** Volk“ gewandelt und folgten damit - aus Sicht der Akteure unbewusst - einer Diktion, die - unter Einschluss der hohen Ausländeranteile - nicht „Wir sind **eine Bevölkerung**“ forderten, sondern auf „deutsch sein“ setzten und der Anfang einer „neuen Ausgrenzung“ ausländischer Bürger waren. 20 Jahre später stellen diese Bürger - vor allem in den alten Bundesländern Beheimateten - fest⁶⁹³, dass die von ihnen erbrachten Leistungen für die Bundesrepublik abgewertet werden, dass aus der alten ethnisch-sozialen Konstellation (Westdeutsche-Ausländer) plötzlich eine Dreierkonstellation geworden ist (Westdeutsche-Ostdeutsche-Ausländer). So wie Ausländer in der alten Bundesrepublik genutzt wurden, um Druck auf deutsche Arbeiter zu machen, werden jetzt die Ostdeutschen genutzt, um Druck zu machen (gegen Ausländer und Westdeutsche)⁶⁹⁴. Ausländer werden wieder als eine keineswegs unbedeutende Ursache für fehlende Arbeitsplätze, für niedrige Löhne, für die sozialen Probleme charakterisiert. Letztendlich führte das dazu, dass schon integrierte Ausländer sich wieder ihrer nationalen Herkunft besinnen und ethnische Aspekte für sie an Gewicht gewinnen, wie auf der anderen Seite die neu entstandene Ostidentität sich sowohl an den Westdeutschen reibt, wie sie sich zugleich gegenüber Ausländern „überhebt“. Obwohl eigene Erfahrungen im Um-

⁶⁹³ Vgl. hierzu detaillierter: Cil, Nevim: Türkische Migranten und der Mauerfall, APuZ, 21-22-2009, S. 40 ff.

⁶⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 43.

gang mit Ausländern weitgehend fehlen, werden sie als eine Ursache für soziale Probleme im Osten angesehen.⁶⁹⁵

Regierung und einzelne Parteien - wie die „Alternative für Deutschland“ - ergänzen rechtsorientierte Parteiflügel (CSU), aber auch sog. Bewegungen (z.B. Pegida) und lokale Bündnisse, welche versuchen, Ängste zu schüren und Nationalismus zu befördern. Dabei ist keineswegs zu übersehen, dass insbesondere mit der Ausdehnung der Diskriminierung von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Armen oder Obdachlosen als „unwillig“, als „Sozial-Schmarotzer“ usw. im Ergebnis der Finanz- und Wirtschaftskrise ganze Völker sozial diskriminiert werden - am extremsten Beispiel Griechenland - und damit „deutsch-nationales Sendungsbewusstsein“ gefördert wird.

Deutschland Einwanderungsland?!

Internationale Entwicklungen haben inzwischen zu den größten Wanderungsströmen des letzten Jahrhunderts beigetragen. Die Motive sind dabei sowohl Flucht vor Krieg, politischer Verfolgung und Vertreibung, aber ebenso Flucht vor Armut, Hunger und Verelendung.

Dabei muss in diesem Zusammenhang auch hervorgehoben werden, dass Begrenzungen und Einschränkungen von Wanderung ebenso wie die „Förderung“ von Abwanderung auf Kosten der Abwanderungsregionen nur in wenigen Fällen die Interessen der zum Wandern Gezwungenen reflektieren. Länder (Regionen), die nicht auswandern bzw. abwandern lassen, um ihre Bevölkerung „schützen zu müssen“, ebenso wie Länder, die mit gleicher Begründung Einwanderung begrenzen bzw. eine „selektierte“ Einwanderung dem eigenen Land zum Nutzen, dem Abwanderungsland zum Schaden realisieren, haben letztlich gemeinsam, dass sie nationale (z.T. auch nationalistische) Motive nutzen, um ihre eigenen Eigentums-, Vermögens- und Machtverhältnisse zu schützen.

Die Diskussionen um die zunehmende Zahl von Flüchtlingen in Deutschland und Europa, um die Bedingungen ihres Aufenthaltes sowie damit verbundene hochkommende z.T. ausländerfeindliche Haltungen und Verhaltensweisen belegen das anschaulich.

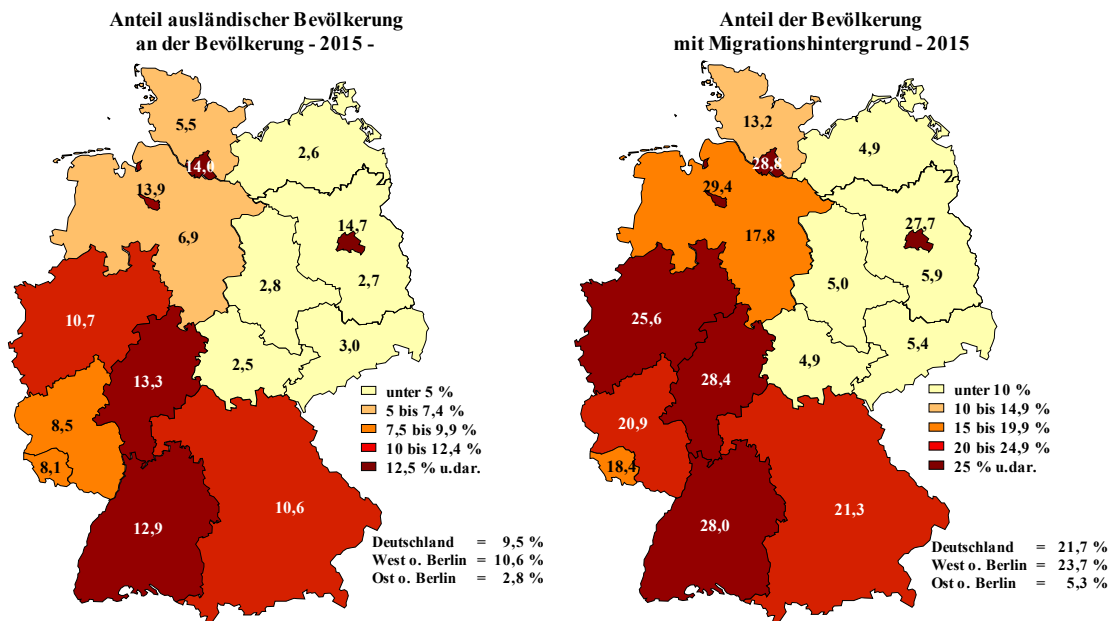
Deutschland ist sowohl

- durch den realen Anteil an ausländischer Bevölkerung,
- den Anteil an Bürgern mit Migrationshintergrund als auch
- die damit verbundenen Haltungen zu Ausländern und das Zusammenleben mit ihnen

in Ost und West gespalten. - Ostdeutschland ist (noch) kein Einwanderungs-, sondern bis zur ökonomischen Angleichung an Westdeutschland ein Durchwanderungsland.

⁶⁹⁵ Vgl. hierzu detaillierter: Winkler, Gunnar: Einstellungen zu Ausländern und rechtsextremistische Auffassungen in den neuen Bundesländern, Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 133, Düsseldorf 2007.

Abbildung 5.41: Anteil ausländischer Bevölkerung und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung insgesamt - 2015 -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 2.2 - Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2015, Wiesbaden 2016, Tab. 1_1

Über die in Deutschland lebenden Ausländer hinausgehend schließt die Zahl von Bürgern mit Migrationshintergrund auch Bürger, die inzwischen eingebürgert wurden bzw. die in Deutschland als Kinder ausländischer Eltern bzw. eines Elternteiles geboren wurden und die deutsche Staatsbürgerschaft haben, ein. Ihre Anzahl erreichte 2015 rd. 17,1 Millionen. Damit betrug ihr Anteil 21,0 %, davon waren knapp die Hälfte (9,5 %) ausländische Bürger.

Kennzeichnend ist aufgrund der historischen Entwicklung vor 1990, aber auch seit 1990, die ungleiche Verteilung zwischen West- und Ostdeutschland. So sind in Westdeutschland (ohne Berlin) 10,4 % Ausländer, in den neuen Bundesländern nur 2,8 %. Aufgrund der jahrzehntelangen Immigration und Integration von Bürgern überwiegend mit ausländischer Herkunft - zumindest in Westdeutschland - betrug (2015) der Anteil der Bürger mit Migrationshintergrund 23,3 % in Westdeutschland und 5,3 % in Ostdeutschland (ohne Berlin). Das heißt, in den neuen Ländern lebten 2015 nur 4,6 % aller in Deutschland wohnenden Ausländer sowie in Berlin 6,6 %. 2015 hatten auch nur 5,3 % aller Bürger der neuen Länder Migrationshintergrund. Die Ursache dafür liegt vor allem im Fehlen einer 2. und 3. Generation von in Deutschland lebenden Ausländern, d.h. deren in Deutschland geborenen Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit. Das sind insgesamt 3,8 Millionen Bürger, davon 3,7 Millionen in Westdeutschland und Berlin sowie 116 Tsd. in den neuen Ländern (3,1 %), die in Deutschland geboren wurden.

Tabelle 5.12: Anteile ausländischer Bürger und von Bürgern mit Migrationshintergrund
- nach Regionen - 2015 -

	Bevölkerung	ausländische Bürger		Bürger mit Migrationshintergrund	
	2015	2015		2015	
	1.000	1.000	%	1.000	%
Deutschland	82.404	7.772	9,5	17.118	21,0
früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)*	66.494	6.905	10,4	15.489	23,3
neue Länder (ohne Berlin)	12.504	354	2,8	662	5,3
Berlin	3.486	513	14,7	967	27,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 2.2 - Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2015, Wiesbaden 2016, Tab. 1_1

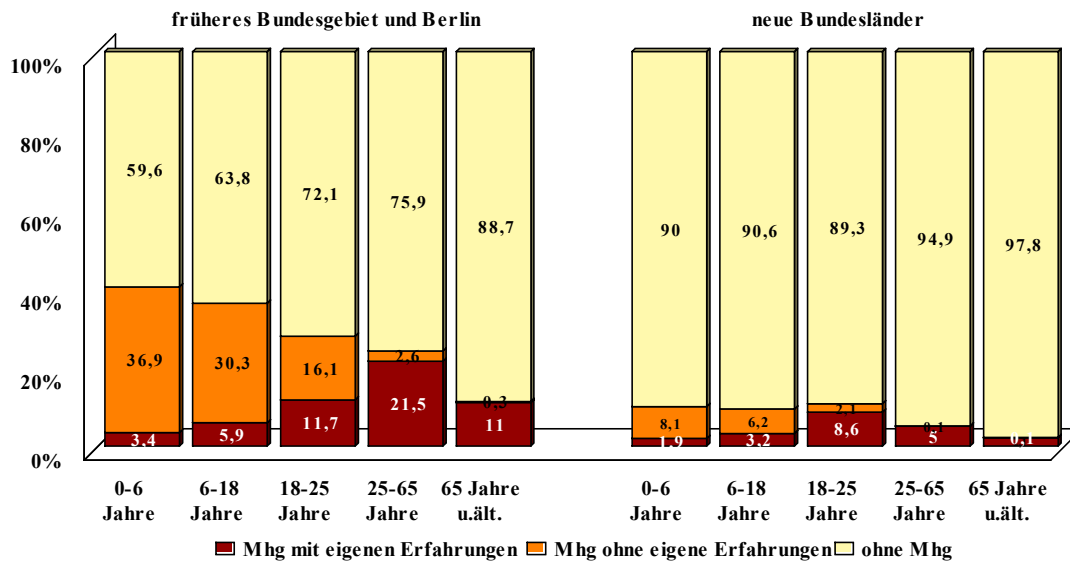
Kennzeichnend für die Strukturen der in Deutschland lebenden Bürger mit Migrationshintergrund sind (siehe Abbildung 5.42)⁶⁹⁶:

- 33,7 % aller in Deutschland lebenden Bürger unter 18 Jahren weisen einen Migrationshintergrund aus. Das betrifft 37,5 % der Westdeutschen der vergleichbaren Altersgruppe, während im Gegensatz dazu in den neuen Bundesländern nur geringe Anteile der Bürger mit Migrationshintergrund leben (9,6 %), vor allem bedingt durch den unterdurchschnittlichen Ausländeranteil vor und nach 1990.
- Für 2015 werden für Deutschland bereits in der Altersgruppe unter 6 Jahren insgesamt 35,8 % als Personen mit Migrationshintergrund ausgewiesen - was die Frage nach dem Einwanderungsland Deutschland - zumindest für diese Generation aus demografischer Sicht für Westdeutschland (41,3 %) bereits als geklärt ausweist (Ostdeutschland = 10 %). Ihr hoher Anteil an den jüngeren Altersgruppen in den alten Bundesländern ist auch Ergebnis der geringen Fertilität bei deutschen Bürgern und zunehmend auch bereits bei denen ohne Migrationshintergrund.
- Bürger mit Migrationshintergrund sind deutlich jünger mit 36,0 Jahren als die Bürger ohne Migrationserfahrungen mit 47,7 Jahren. Die allgemeine Schulbildung ist geringer - 13,3 % haben keinen Schulabschluss und 38,3 % keinen beruflichen Abschluss (ohne Bürger in Ausbildung).
- Bürger mit Migrationshintergrund 2015 waren in Deutschland im Prinzip doppelt so hoch arbeitslos bzw. in prekären Arbeitsverhältnissen tätig.
- Ein über dem Durchschnitt liegender Anteil von Bürgern mit Migrationshintergrund ist als Arbeiterin/Arbeiter tätig (34 %) - ohne Migrationshintergrund 18 %. Hauptwirtschaftsbereiche sind das produzierende Gewerbe sowie Handel und Gastgewerbe.⁶⁹⁷

⁶⁹⁶ Vgl. hierzu: [http://www.integrationsmonitoring-laender.de/tabellen/Block A und E](http://www.integrationsmonitoring-laender.de/tabellen/Block_A_und_E).

⁶⁹⁷ Ebenda, S. 7 (Ergebnisbericht).

Abbildung 5.42: Bevölkerungsanteile nach Migrationshintergrund (Mhg), Alter und Regionen - 2015 - in Prozent -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 2.2 - Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2015, Wiesbaden 2016, Tab.: 1.1/51, Eigenberechnungen

Für die Zukunft ist ein Anteil an Bürgern mit Migrationshintergrund von 20 % im Osten durchaus real, sowohl wegen der Zuwanderung als auch der abnehmenden Bevölkerungszahl. Voraussetzungen dafür sind aber auch hier die Möglichkeit von vernünftiger Erwerbsarbeit und keine Region des „Zwischenaufenthalts“, d.h., dass der aktivere Teil der Ausländer nur „durchzieht“. Für die Bundesrepublik insgesamt - betrachtet man die Entwicklung der vergangenen 70 Jahre seit dem Ende des 2. Weltkrieges - kann schon von einer 50-prozentigen Migrationsquote für die nächsten 70 Jahre ausgegangen werden.

Die Ost-West-Ungleichheiten betreffen auch aufgrund der wirtschaftlichen Bedingungen zu Beginn der 90er Jahre die 3,1 Millionen (Spät-)Aussiedler, von denen 3,0 Millionen in das frühere Bundesgebiet übersiedelten und nur 100 Tsd. in den neuen Bundesländern sesshaft wurden (3,7 %).

Auch die Herkunftsregionen bzw. -länder reflektieren deutlich die Spuren der Vergangenheit wie Gegenwart. Für die neuen Bundesländer sind anteilig bestimmend: mit den meisten Bürgern mit Migrationshintergrund aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion mit 31,6 % - darunter Russland mit 13,8 % - (FBG 17,0 bzw. 6,9 %), gefolgt von Polen mit 11,6 % (FBG 9,9 %), Gebiete des Nahen und mittleren Ostens mit 16,2 % (FBG 10,5 %), Süd-/Südostasien 11,6 % (FBG 5,7 %) und Ukraine mit 5,6 % (FBG 1,3 %). Im früheren Bundesgebiet inkl. Berlin dominiert die Türkei mit 17,2 % (NBL 2,9 %), haben aber auch die Gebiete des ehemaligen Jugoslawien mit 9,5 % (NBL 4,5 %) und Italien mit 4,7 % (NBL 1,1 %) - über die bereits genannten Länder hinaus - besonderes Gewicht.⁶⁹⁸ Die bedeutenden Zuwanderungen im Jahr 2015 (insbes. auch als Flüchtlinge, Asylsuchende) reflektieren sich in den Daten der statistischen Analyse noch nicht in dem Maße, da ihre Verfahren zur Eingliederung bzw. Abweisung noch liefen bzw. laufen.

Die wachsende Zahl der Ausländer und der Bürger mit Migrationshintergrund insgesamt heißt, dass Deutschland zunehmend von kultureller, ethnischer, religiöser und nationaler Vielfalt geprägt werden wird.

⁶⁹⁸ Ebenda, Tab. 1_1.

Deutsche Realität ist aber auch, dass sich Ausländer oder Bürger mit Migrationshintergrund in ihrem realen Lebensstatus nicht nur deutlich zwischen Ost und West unterscheiden, sondern ebenso wie Ausländer generell schlechtere Lebensverhältnisse ausweisen als Deutsche (vgl. nachfolgende Tabelle sowie detaillierte Tabellen am Ende des Abschnitts).

Tabelle 5.13: Durchschnittseinkommen - nach Regionen - 2014 - in Euro -

		individuelles Nettoeinkommen	Haushaltsnettoeinkommen	Pro-Kopf-HH-Netto (Äquivalenzeink.)	Personenzahl je Haushalt
Deutsche	West	1.788	2.570	1.718	2,15
	Ost	1.423	2.273	1.494	2,13
Ausländer*	West	1.474	2.243	1.402	2,86
Bürger mit Migrationshintergrund	West	1.589	2.446	1.514	2,50
	Ost	1.252	1.967	1.307	2,16

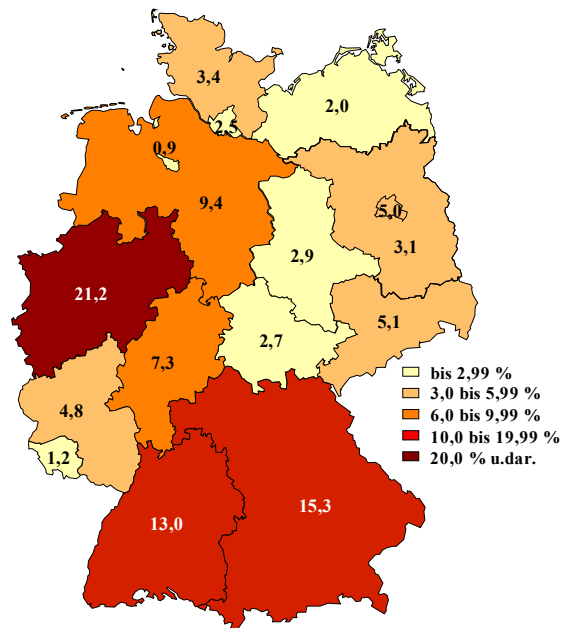
* Daten für Ausländer in den neuen Ländern nicht hinreichend repräsentativ

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Übrigens gilt die ganze Diskussion um Zuwanderer und wenn von ihrer Verpflichtung zur Akzeptanz von „europäischen Werten“ die Rede ist, nicht einmal mehr für die EU. Bereits gegenwärtig werden in der EU z.B. für Tschechien und die Niederlande rd. 40 % der Bürger als konfessionsfrei ebenso wie für Deutschland 35 % ausgewiesen. Aktuell erreicht der Anteil der muslimischen Bevölkerung in Zypern 18 %, in Bulgarien 13 %, in Großbritannien 11 % und in Deutschland 3 %. Länder, die sich um einen Beitritt bemühen, weisen - wie z.B. die Türkei - 99 % Muslime aus.

Letztlich liegt die Lösung auch der Haltung vieler in Deutschland lebender Bürger zu Ausländern und Zuwandernden darin, in welchem Maße es gelingt, gleichwertige Lebensverhältnisse nicht nur aufgrund regionaler Ungleichheiten, sondern auch als Integrationsbedingung zu schaffen. In dem Maße, wie in den neuen Bundesländern Integration der Ostdeutschen - inkl. der in Ostdeutschland lebenden Migranten - als einheitliche Aufgabe erreicht wird und nicht mit der Integration von Zuwandernden neue, andersartige Integrationsbedingungen als für Ostdeutsche geschaffen werden, gelingt der Abbau von ausländerunfreundlichen Positionen. Es dürfen keine neue Hierarchie kultureller Lebenslagen aufgebaut werden und keine neuen diskriminierenden Maßnahmen eingefordert werden, die zu weiteren ungerechtfertigten Ungleichheiten führen. Gerade das Verletzungsgefühl vieler Ostdeutscher, sie seien nicht gleichgeachtet, sitzt noch tief, stellt Friedrich Schorlemmer fest. Menschen mit Erniedrigungserfahrungen reagieren so, dass sie sich „nach untenhin abreagieren“. Ethnische Hierarchien sind menschenunwürdig.

Abbildung 5.43: Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer - 2015 - in Prozent - (Königsteiner Schlüssel)



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2015

Quo vadis?

Deutschland und Europa werden - wenn auch gegenwärtig weniger als 2015 - von den Realitäten der Zuwanderungsströme sowie den Diskussionen und Bewertungen darüber zerrissen.

Viele Jahre schien es, als wäre die Beendigung des kalten Krieges durch Auflösung des Ostblocks ein Segen für alle Menschen, aber nach wenigen Jahren zeigte sich, dass es zugleich der Anfang „der Neuaufteilung der Welt“ mittels Kriegen, Terror und kultureller Zerstörung war. 1989 geht in die deutsche Geschichte nicht nur mit der Friedlichen Revolution und der dadurch möglichen staatlichen Einheit ein, sondern auch mit der flächendeckenden Rückkehr des Nationalismus nach Deutschland⁶⁹⁹. Nachdem 1990 rd. 15 Millionen Bürger (mehrheitlich eigentlich sog. „Wirtschaftsflüchtlinge“) der Bundesrepublik beitraten, stärkte das größer gewordene Deutschland (alle anderen Länder wurden zerkleinert - SU, Jugoslawien, CSSR) seine Positionen unter den führenden Mächten des Westens. Deutschland (im Sinne der Bundesrepublik und nicht eines neuen vereinten Deutschland) war stolz auf das, was erreicht worden war: die politische und ökonomische Macht und Vorrangstellung in Europa.

Aber die zunehmende Zahl der nicht gewonnenen Kriege, die unter Glaubens- und Schutzparolen vollzogene Zerstörung ganzer Regionen und Desillusionierung des Glaubens an eine gesicherte und bessere Zukunft auf Erden, brachte eine bislang in der Welt nicht bekannte Größenordnung an Wanderung Richtung Mitteleuropa mit sich. Millionen Menschen machten sich auf den Weg, weil sie Deutschland brauchen, um menschenwürdig leben zu können, und Deutschland braucht diese Menschen auch, um der Alterung der Bevölkerung entgegenzuwirken und um das alternde Erwerbspotenzial zu ersetzen. Aber Deutschland braucht sie nicht so plötzlich und unorganisiert, sondern am besten erst dann, wenn sie ihre Ausbildung und das Erlernen der deutschen Sprache bereits erfolgreich beendet haben. Insofern passiert im Moment das Irrsinnige, dass sog. „Wirtschaftsflüchtlinge“ wieder abgeschoben werden, weil sie nicht schnell genug „einsatzfähig“ sind.

⁶⁹⁹ Ripplinger, Stefan: Ein launischer Menschenschlag - zum 60. Jahrestag der Abstimmung des Saarlandes über die Rückkehr nach Deutschland, ND v. 24.10.2015, S. 23.

Die Zuwanderung soll sich - so ist vorgesehen - nach Quoten für die einzelnen Bundesländer (siehe Abbildung 5.43) vollziehen, die nach Bevölkerungszahl und Steueraufkommen der Bundesländer entsprechend festgelegt wurden (Königsteiner Schlüssel).

Die Asylbewerber werden nach der so berechneten Asylbewerberquote (fünfstellig nach dem Komma!) auf die Bundesländer verteilt. Nordrhein-Westfalen muss mit 21,24052 Prozent am meisten der ankommenden Flüchtlinge aufnehmen, Bremen nur 0,94097 Prozent. Die neuen Bundesländer erhalten zusammen 15,82930 Prozent aller Bewerber (Sachsen mit 5,10067 % die meisten und Mecklenburg-Vorpommern mit 2,04165 % die wenigsten). Wird von einer Million Asylbewerbern ausgegangen, wären das für Sachsen rd. 51.000 und für Nordrhein-Westfalen rd. 210.000.

Diese Quoten gelten jedoch nur für die Verteilung auf die Länder. Wie dann die Flüchtlinge auf die Kommunen und Kreise verteilt werden, ist Sache der Länder und insgesamt uneinheitlich. Insofern weichen die realen Zahlen von den „Landesquoten“ z.T. erheblich ab. Nordrhein-Westfalen verteilt die Asylbewerber nach Bevölkerung und Fläche, Hessen nach Ausländeranteil und Einwohnerzahl, Baden-Württemberg nur nach der Bevölkerungszahl, und einige Länder machen den Verteilungsmodus überhaupt nicht publik.⁷⁰⁰

Zeit-online ermöglichte online für jeden Kreis die Quote der aufgenommenen Asylbewerber, den Wohnungsleerstand sowie den Kaufkraftindex (gemessen am Durchschnitt Deutschlands) nachzuvollziehen, um die Realitäten in Deutschland zu vergleichen. Dabei ergibt sich z.B. für den nordöstlichsten und den südwestlichsten Kreis Deutschlands, dass die in der Diskussion befindliche Verteilung nach Wohnungsleerstand generell „zu Ungunsten“ des Ostens gehen würde, obwohl in der Mehrzahl der Ost-Kreise bereits anteilig mehr Asylbewerber aufgenommen wurden. Bei Berücksichtigung des Lebensniveaus (Kaufkraftindex) müsste der Osten in seiner Quote erkennbar reduziert werden. Dazu ist allerdings zu vermerken, dass die Unterschiedlichkeit des Lebensniveaus im Osten - wird sie nicht relativ zügig überwunden - gewissermaßen fast automatisch die innerdeutsche Ost-West-Wanderung wieder beleben würde. Alle sind sich einig: Auch die Asylbewerber, die z.Zt. in Thüringen, Sachsen oder Brandenburg auf ihre Anerkennung auf Asyl warten, werden nach deren Erhalt in den Westen gehen.

Sie werden der westdeutschen Wirtschaft nach den ostdeutschen Binnenwanderern vor 1961, den Zugewinnen durch die Gastarbeiter der 60er Jahre, nach dem Mauerbau, den Abwanderungen Ostdeutscher nach 1989/1990 zum vierten Mal den erforderlichen Beschäftigtengewinn bringen, der das Geschäft am Florieren hält. Keineswegs übersehen werden sollte auch, dass Westdeutschland das im Grundgesetz fixierte Grundrecht auf Asyl 1993 drastisch einschränkte⁷⁰¹ (der Bedarf an Asylbewerbern war nicht mehr in dem Maße gegeben) und erst gegenwärtig wieder versucht, es dem neuen Bedarf - vor allem aufgrund der Kriegsflüchtlinge - entsprechend anzupassen.

⁷⁰⁰ Vgl. hierzu: Hannes Leitlein, Sascha Venohr und Julian Stahnke: Hier wohnen Deutschlands Asylbewerber, Zeit online v. 20.08.2015, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-08/fluechtlinge-verteilung-quote>

⁷⁰¹ Vgl. hierzu auch: Frank Thomas Koch: Was bleibt von der DDR in der deutschen und europäischen Kultur?, <http://www.kulturation.de/>, Text 34, Berlin 2015.

Tabelle 5.14: Indikatoren der Lebenslagen und Asylbewerberquoten - nach ausgewählten Kreisen -

	Vorpommern-Rügen	Breisgau-Hochschwarzwald
Asylbewerber je 1.000 Einwohner	2,72	1,97
leerstehende kommunale Wohnungen je 1.000 Einwohner	3,73	0,72
Kaufkraftindex (D = 100)	76	108
Einwohner	223.718	247.711
Arbeitslosenquote Oktober/2015*	10,4	3,2

* Arbeitslosenquote Einfügung durch den Autor

Entnommen: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-08/fluechtlinge-verteilung-quote>

Hätten die Autoren des genannten Beitrages auch noch die Arbeitslosenquote hinzugefügt, so wäre zweierlei deutlich geworden:

- a) warum nach positivem Entscheid des Antrages auf Asyl mit hohen Abwanderungen aus dem Osten in die Region mit größeren Arbeitsmarktchancen und höherem Lebensstandard zu rechnen ist, und
- b) warum im Osten aufgrund der ungleichwertigen Lebensverhältnisse mit einer formalen, nur an der Bevölkerung und dem Steueraufkommen erfolgenden Zuweisung von Asylbewerbern zusätzliche Sorgen über die künftigen Entwicklungen und den Kurs der ohnehin gestoppten Angleichung der Lebensverhältnisse bei der einheimischen Bevölkerung aufkommen.

Viele Ostdeutsche befürchten, dass sich die Diskussionen verstärken werden, denn sie sind immer noch diejenigen, welche nicht nur Freiheit und Demokratie gewannen, sondern auch in die Sozialsysteme zuwanderten. Sie sind immer noch der Teil Deutschlands, der täglich hören muss, was bisher nicht geschafft wurde, obwohl „westliche“ Mittel noch und nöcher geflossen sind. Summa summarum, sie sind diejenigen, welche weniger leisten, aber besser leben wollen. Und ehe sich Ostdeutsche materiell, finanziell und geistig dem Westen angenähert haben, kommen zu Tausenden Zuwanderer, die nach Deutschland, aber nicht nach Ostdeutschland wollen, und welche im Osten die Situation nicht verbessern werden. Das ist nicht Schuld der Ausländer, der Migranten oder Ostdeutschen, sondern reflektiert den Mechanismus ökonomischer Ausbeutung und Ungleichheiten in Deutschland. Dazu muss man nicht links oder rechts sein, sondern nur normal denkend. Dazu sollte man sich aber - trotz der Erfahrung uneingelöster politischer Versprechungen seit 1990 - auch nicht gegen Ausländer missbrauchen lassen.

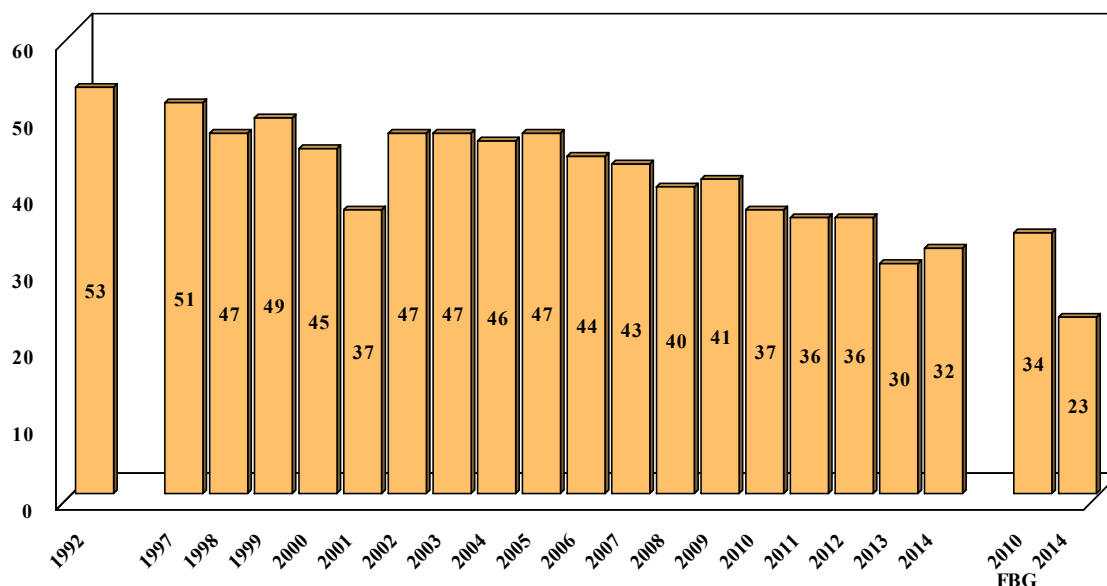
Haltungen und Positionen der Bürger

Über den Zeitraum seit 1992 hat sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost insgesamt eine generelle Reduzierung der ausländerunfreundlichen Haltung - bezogen auf die Frage: „Gibt es zu viele Ausländer in Deutschland, ihre Zahl sollte kleiner werden“ - in allen Altersgruppen ergeben. Dabei ist aber auch erkennbar, wie z.B. in einer Periode steigender Jugendarbeitslosigkeit - 2002 mit rd. 1/2 Million in Deutschland lebenden unter 25-jährigen Arbeitslosen bei einer Quote in Ostdeutschland von 40 % - sowie den ersten Wirkungen der „Agenda 2010“ die ausländerunfreundlichen Positionen steigen - das gilt z.B. auch für Nullrunden und Durststrecken in der Rentenpolitik (ältere Bürger 2007). Erst ab Mitte des vorigen Jahrzehnts beginnt eine stetige Abnahme ausländerunfreundlichen Verhaltens. Das gilt analog - wenn auch auf niedrigerem Niveau - für die alten Bundesländer (vgl. Abbildung 5.44).

Dabei ist die Haltung der Ostdeutschen zu Ausländern ohne Zweifel davon beeinflusst, dass es bis 1990 nicht nur wenige, sondern auch eine spezifische Form des Umgangs mit Ausländern gab (Ende 1989 lebten in der DDR knapp 200.000 Ausländer). Es war bis 1990 nicht Ziel der Politik, Ausländer zu integrieren, sondern es war Anliegen, ihnen zeitweilig Aufenthalt zu geben, ohne mit ihnen auf Dauer zusammenleben zu wollen bzw. zu können. Gründe für Ausländeraufenthalt waren politisches Asyl (z.B. Chile), Ausbildung (Facharbeiter, Studium - insbesondere Angola, Mozambique) und befristete Aufenthalte für Arbeitskräfte (insbesondere Vietnam) in wirtschaftlichen Schwerpunktbereichen. Familiäre Bindungen waren selten und wurden weder gewünscht noch gefördert. Nach 1990 erfolgte mehrheitlich eine Rückkehr in die Heimatländer. Insgesamt blieb der Anteil ausländischer Bürger und von Bürgern mit Migrationshintergrund jedoch bis in die Gegenwart mit 4,8 % gering. Darüber hinaus waren in der DDR entsprechend internationaler Verträge im Ergebnis des 2. Weltkrieges noch 500 bis 600 Tausend Armeeinghörige (z.T. mit Familien) in der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ (GSSD) stationiert, ohne nennenswerte Beziehungen zur Bevölkerung der jeweiligen Standorte⁷⁰².

In der DDR gab es nie bzw. nur in geringem Maße das Gefühl eines Zusammenhangs von Lebensverhältnissen und Anwesenheit von ausländischen Arbeitskräften. Im Gegensatz dazu ist die Entwicklung der Wirtschaft und des Wohlstandes in Westdeutschland - und damit auch Grundlagen für die wirtschaftliche „Überlegenheit“ des Systems - ohne die zahlreichen „Gastarbeiter“ und ausländischen Arbeitnehmer sowie ihrer (inzwischen Mehrgenerationen-)Familien nicht denkbar.

Abbildung 5.44: Stimmen Sie der Meinung zu, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben und ihre Zahl in der nächsten Zeit kleiner werden sollte? - neue Länder und Berlin-Ost 1992 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent - (nur Antwort: „*stimme voll zu*“)



Datenbasis: sfz/leben 1992-2014 (gew.)

Nach wie vor ist die Haltung zu Ausländern weniger hinsichtlich positiver, sondern vor allem sog. negativer Einflüsse ausländischer Bürger in Deutschland zweigeteilt zwischen Ost und West. Im Einzelnen ergaben sich für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost sowie für das frühere Bundesgebiet 2014 die aus der Tabelle ersichtlichen Aussagen.

⁷⁰² Vgl. hierzu auch: Müller, Christian, Th.: Ausländische Truppen in Deutschland während des Kalten Krieges, Erfahrungen - Beziehungen - Konflikte, Hamburger Institut für Sozialforschung 2010.

Tabelle 5.15: Positionen zu ausländischen Bürgern in Deutschland - nach Regionen
- 2014 - in Prozent -

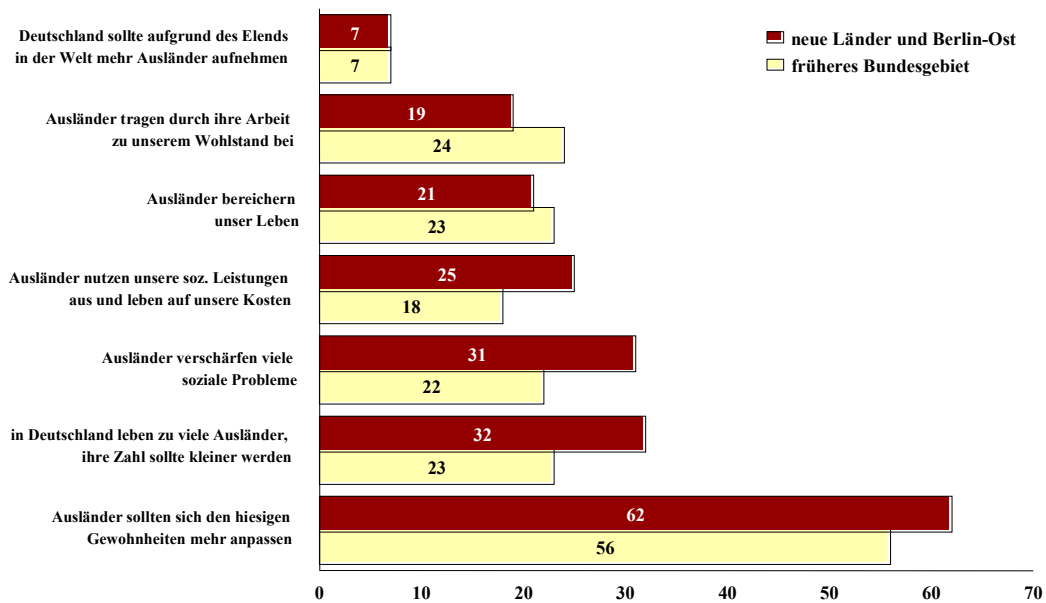
	NBL/ FBG	voll zu	teilweise	nicht zu	weiß nicht/ o.Antwort
Ausländer sollten sich den hiesigen Lebensgewohnheiten mehr anpassen.	NBL	62	30	4	5
	FBG	56	36	4	4
In Deutschland leben zu viele Ausländer. Ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden.	NBL	32	34	27	6
	FBG	23	37	36	4
Ausländer verschärfen viele soziale Probleme.	NBL	31	47	16	6
	FBG	22	56	16	5
Ausländer nutzen unsere sozialen Leistungen aus und leben auf unsere Kosten.	NBL	25	53	15	6
	FBG	18	59	18	5
Ausländer tragen durch ihre Arbeit zu unserem Wohlstand bei.	NBL	21	51	20	7
	FBG	23	53	19	5
Ausländer bereichern unser Leben.	NBL	19	55	16	10
	FBG	24	52	15	9
Aufgrund des Elends in vielen Teilen der Welt muss Deutschland mehr Ausländer aufnehmen.	NBL	7	29	57	7
	FBG	7	36	50	7

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Diese getroffenen Aussagen sind insgesamt geprägt von

- der Forderung, dass sich Ausländer den hiesigen Gegebenheiten mehr anpassen sollen. Diese Position wird im Osten von 62 % unterstützt, in Westdeutschland von 56 % - nur ein geringer Bevölkerungsteil verneint diese Forderung.
- Charakteristischer sind negative Bewertungen zur Rolle und zum „Verhalten“ ausländischer Mitbürger - und nicht vorrangig auf eigenen Erfahrungen beruhend. So stimmen 32 % der Bürger in den neuen Ländern und 23 % in Westdeutschland der Auffassung voll zu, dass es „zu viele Ausländer“ in Deutschland gäbe und „ihre Zahl in den nächsten Jahren reduziert werden müsse“. Analoge Aussagen werden von den Befragten dazu getroffen, dass „Ausländer viele soziale Probleme verschärfen“ - 31 % im Osten und 22 % im Westen geben dieser Aussage volle Zustimmung. Der Auffassung, dass Ausländer „unsere“ sozialen Leistungen ausnutzen und auf „unsere“ Kosten leben, geben 25 % im Osten ebenso wie 18 % im Westen ihre volle Zustimmung. Typisch ist der hohe Anteil an teilweiser Zustimmung bei den jeweiligen Fragen, der bei der Bewertung der Antworten zu beachten ist.
- Positive Wertungen hinsichtlich des Zusammenlebens mit ausländischen Bürgern und ihrer Integration in die Gesellschaft werden nur in geringem Maße getroffen, bei vergleichbar höherer Zustimmung Ost-West. Dass Ausländer das Leben bereichern, sehen nur 21 % im Osten wie 23 % in den alten Ländern, bzw. dass sie zum Wohlstand in Deutschland beitragen, anerkennen nur 19 % (Ost) bzw. 24 % in Westdeutschland.
- Dass Deutschland aufgrund des Elends in vielen Teilen der Welt mehr Ausländer aufnehmen sollte, unterstützen nur 7 % der Ostdeutschen, ebenso wie 7 % aus Westdeutschland. Im Osten wenden sich 57 % direkt gegen die weitere Aufnahme von Ausländern, wie 50 % im Westen. Diese Position ist - wie bereits hervorgehoben - sowohl Ergebnis einer allgemein verbreiteten Anti-Haltung zu Ausländern, die teilweise im Ergebnis der politischen und medialen Kampagnen gegen einzelne Euro-Länder bzw. auch nichteuropäische Staaten relativ schnell wieder Züge nationaler Überhebung annehmen kann. Die ständige Forderung nach mehr Verantwortung Deutschlands, wird - Ergebnis vieler medialer Darstellungen - vom Bürger vor allem mit mehr Geld für Andere gewertet.

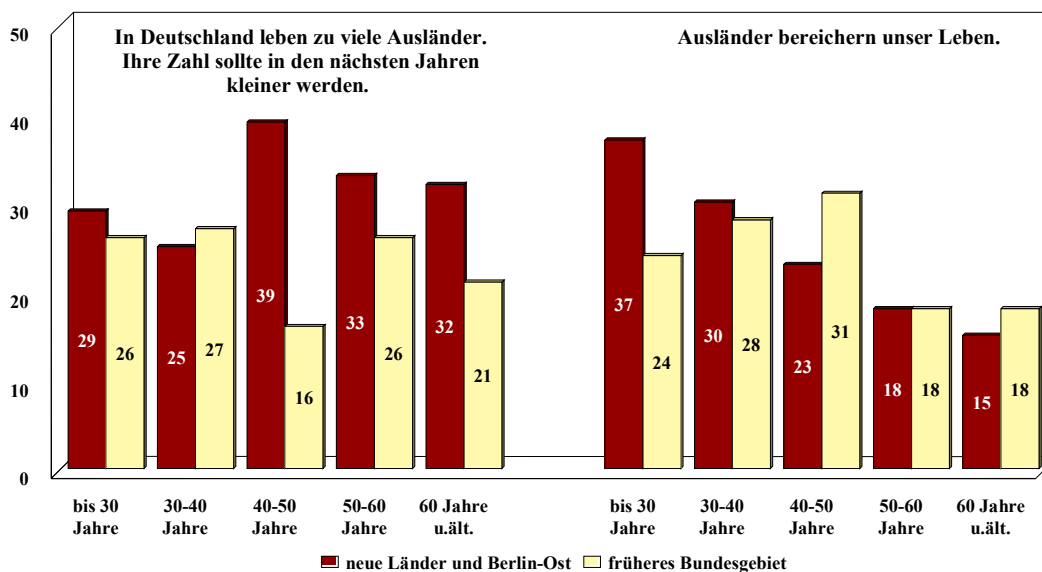
Abbildung 5.45: Positionen zu ausländischen Bürgern in Deutschland - nach Regionen - 2014
- in Prozent - (nur Antwort: „*stimme voll zu*“)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Langjährige Untersuchungen belegen, dass generell die Haltung jüngerer Menschen zu Ausländern sowohl in den neuen Bundesländern als auch in Westdeutschland mehrheitlich freundlicher ist als die älterer Menschen - obwohl auch sie nicht hinreichend integrativ ist. Das verbreitete Klischee von einer Jugend - insbesondere im Osten - die sich, im Gegensatz zu den „Älteren“ stärker gegen Ausländer in der Bundesrepublik wendet, ist nicht zu belegen. In der Gegenüberstellung von „zu viel Ausländer“ und „bereichern unser Leben“, wird deutlich, dass die jüngeren Jahrgänge im Osten in wesentlich geringerem Maße die Position der Verringerung der Anzahl der Ausländer vertreten (wenn auch mit knapp 30 % immer noch relativ hoch) und gleichzeitig wesentlich stärker in der Anwesenheit von Ausländern ein Element der Bereicherung des eigenen Lebens sehen (vgl. Abbildung 5.46).

Abbildung 5.46: Meinungen der Bürger zum Leben von Ausländern in Deutschland - nach Altersgruppen und Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „*stimme zu*“)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Insgesamt ist die Haltung der Bürger - der neuen wie der alten Bundesländer - nach 25 Jahren deutsche Einheit nicht durchgängig ausländerfeindlich, aber auch nicht hinreichend ausländerfreundlich - ohne Extremhaltungen ebenso wenig leugnen oder rechtfertigen zu wollen. Nicht zu übersehen sind auch positive Ansätze in der Zunahme von Abgeordneten mit Migrationshintergrund von 3,4 % auf 5,7 % im neugewählten Bundestag (2013) - die allerdings immer noch deutlich unter dem Durchschnitt des Anteils in der Bevölkerung liegt.

Alles in allem finden die Diskussionen um Zuwanderungen kein Ende. Täglich jagen neue Meldungen durch Fernsehen und Presse, welche eher Ängste verbreiten, Ängste vor den Ausländern und vor denen, die gegen Ausländer sind. Dabei ist die Diskussion nicht neu. Es gab Ministerpräsidenten, welche sich gegen Zuwanderungen wandten und das Staatsbürgerrecht verschärfen wollten, es gab Publizisten, die Deutschtum predigten und Deutschland vor Überfremdung schützen wollten, es gab Bürger, die Brandstiftern Beifall zollten, und Bürger, welche dagegen öffentlich auftraten - die ganze Bandbreite der Gefühle wird seit Jahren hochgekocht.

2015 - also 25 Jahre nach der Vereinigung - wurde in einer „Talkshow“, welche die Ereignisse von Tröglitz/Sachsen-Anhalt zum Thema hatte, unwidersprochen festgestellt, dass die in den neuen Ländern ohne Zweifel existente höhere Ausländerunfreundlichkeit bzw. Ausländerfeindlichkeit ihre Ursache in der Vergangenheit habe, da Demokratie erst nach 1990 gelernt werden musste und erst ab diesem Zeitpunkt Beziehungen zu Ausländern erwünscht waren. Insgesamt stimmen sich viele Medien und Politiker, wenn es um rechtsextremes Verhalten zu Ausländern geht, vor allem auf den Osten ein - alte Klischees ständig neu bedienend. Die Diskussion beschäftigt sich weder mit den Ausländern und den Ursachen des Verlassens ihrer Heimat, noch mit den Ursachen der Haltungen in Deutschland.

Erstaunlicherweise wurde im Sprachrohr der Bundesregierung, in „Das Parlament“ vom 13.04.2015, im Spitzenbeitrag festgestellt, dass die Radikalisierung rechtsextremen ausländerfeindlichen Verhaltens in Deutschland ihre Ursache in den „mangelnden Zukunftschancen“ der Menschen - insbesondere junger Bürger - habe⁷⁰³. Nachfolgende Daten unterstützen diese Aussage:⁷⁰⁴

- a) 24 % der Ostdeutschen, die davon ausgehen, dass sich ihr Leben in den nächsten Jahren verbessern wird, vertreten zugleich die Meinung, dass es zu viel Ausländer in Deutschland gäbe und ihre Zahl kleiner werden sollte. Im Gegensatz dazu vertreten 49 % derer, die für sich in den nächsten Jahren von Verschlechterungen ausgehen, die Meinung, dass es zu viel Ausländer gäbe. Geht man davon aus, dass es sich dabei um rd. jeden fünften Bürger handelt, welcher der Meinung ist, sein Leben würde besser bzw. schlechter, 40 % gehen von keiner Veränderung aus und ebenfalls jeder Fünfte ist zu keiner Aussage fähig (ich weiß es nicht), so ergibt das rd. 3 Millionen Ostdeutsche und 9 Millionen Westdeutsche, welche sich direkt gegen eine zu hohe Zahl von Ausländern wenden.
- b) Bürger mit positiven Zukunftserwartungen bejahen zu rd. 40 % im Osten (43 %) bzw. im Westen (37 %) das Zusammenleben mit Ausländern als Bereicherung ihres Lebens, während individuelle negative Zukunftserwartungen diesen Zusammenhang nur in etwas mehr als 10 % für sich sehen.
- c) Dass Deutschland aufgrund des Elends in der Welt Ausländer aufnehmen müsste, wird weder in Ost noch in West als erforderlich in einer akzeptablen Größenordnung angesehen. Auch daran

⁷⁰³ Kaddor, Lamy: Zwei Seiten einer Medaille, Das Parlament, Nr. 16/17 vom 13.04.2015, S. 1.

⁷⁰⁴ Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.).

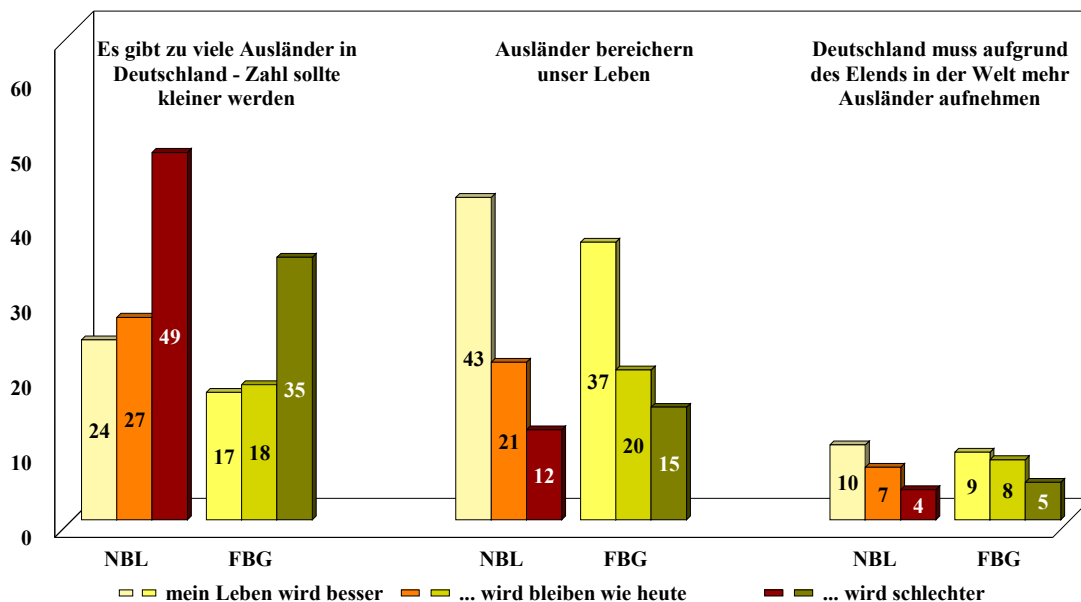
wird sichtbar, dass letztlich, je prinzipieller die Frage gestellt wird, sich eine ablehnende Haltung im hohen Maße vom eigenen Lebensniveau, aber auch den Zukunftserwartungen durchsetzt.

Wenige weitere Fakten mögen das belegen:

- Mit steigendem Einkommen sinkt die Auffassung, dass es zu viel Ausländer in Deutschland gäbe von 43 % auf 23 % im Osten und von 34 auf 11 % im Westen.
- Die Bewertung des Standes der Einheit aus Sicht der Bürger ergibt eine analoge Aussage. Wird die Einheit als vollendet angesehen, äußern nur 12 % im Osten und 20 % im Westen, dass es zu viel Ausländer gäbe (zur Information: nur 4 % der Bürger im Osten und 13 % im Westen haben allerdings diese Auffassung). Diejenigen, welche davon ausgehen, dass die Unterschiede zwischen Ost und West immer größer werden, wenden sich zu 55 % im Osten und 46 % im Westen gegen Ausländer.
- Bürger, die ihre eigene Entwicklung der vergangenen Jahre als sozialen Aufstieg sehen, wollen zu 28 % (Ost) bzw. 17 % (West) die Zahl der Ausländer verringern, die sich als Absteiger Betrachtenden zu 45 bzw. 35 %.
- Sich der Unterschicht Zuordnende geben zu 51 % im Osten und 38 % im Westen an, dass zu viel Ausländer in Deutschland leben. Die obere Mittelschicht trifft analoge Aussagen zu 13 bzw. 12 %.

Die Zahl der dargestellten Beispiele möge genügen, um die Auffassungen jener zu unterstützen, die in der Haltung zu Ausländern nicht vorrangig traditionelle Vorbehalte sehen, sondern einen realitätsnahen Zusammenhang zum gegenwärtigen individuellen bzw. familiären Lebensniveau sowie den Erwartungen an die individuelle künftige Entwicklung. Das unterstützt auch diejenigen, welche Perspektivlosigkeit der Jugend als stark motivierendes Moment gegen Ausländer vertreten.

Abbildung 5.47: Positionen zu Ausländern in Abhängigkeit von der eigenen Zukunftssicherheit* - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ich stimme voll zu“)



* Wie wird sich Ihr Leben vermutlich in den nächsten fünf Jahren verändern?

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Von denjenigen, welche im Osten leben und ihre wirtschaftliche Situation als „sehr gut“ kennzeichnen, vertreten 20 % (zwanzig!!, also jeder Fünfte) die Meinung, es leben zu viel Ausländer in Deutschland - im Westen sind das weniger, aber auch noch 11 %. Von den wirtschaftlich „sehr

schlecht“ Lebenden haben im Osten 54 % diese Meinung und 29 % im Westen. Analog sind die Aussagen zur allgemeinen Lebenszufriedenheit. Detailliertere Analysen belegen, dass gleiche Bewertungen der wirtschaftlichen Lage im Osten auf einem niedrigeren absoluten Niveau beruhen und z.T. die Unterschiede Ost-West begründen.

Neuere Daten zu Haltungen der Bürger zu Ausländern und zum multikulturellen Zusammenleben bzw. zur Akzeptanz multikultureller Vielfalt wurden im Umfeld des „Glücksatlas“ (vgl. Abschnitt 5.2) im Mai/Juni 2016 erhoben. Danach⁷⁰⁵

- sehen 75 % der befragten Bürger Deutschland als weltoffenes und tolerantes Land,
- 86 % gehen davon aus, dass durch das Zusammenleben von Einheimischen und Ausländern die Menschen voneinander lernen können und
- 67 % finden es gut, dass durch Zuwanderung das Leben vielfältiger wird.

Alles in allem werden 35 % der Bürger als „besonders tolerant“ gegenüber Zuwandernden und nur 15 % als „wenig tolerant“ gekennzeichnet.

Stellt man diese Ergebnisse den täglich verbreiteten Berichten in Funk, Medien und sozialen Netzwerken gegenüber, wird von diesen ein völlig anderes Bild vermittelt. Die getroffenen Aussagen der Bürger (wohlgemerkt von Mitte 2016) widersprechen dem „offiziellen“ politischen Bild der Medien, welches auch unter Einbeziehung der Entwicklungen in der EU immer stärker durch „nationale Besitzstandswahrung“ (von Einkommen bis Religionen) gekennzeichnet ist.

Die Analyse des „Glücksatlas“ betont - auch hier in Übereinstimmung mit dem politisch-medialen mainstream - zugleich das Bild, dass im Osten alles weniger positiv zu sehen ist. Dem ist sicher zuzustimmen, aber nicht der Ursachenanalyse dafür, die in fehlenden Kontakten zu Ausländern gesehen wird und nicht in den unterschiedlichen Lebensverhältnissen, die als bedroht angesehen werden. Es ist schade, dass eine hohe Summe an Projektmitteln nicht genutzt wurde, um die Realitäten zu ergründen. Hinzu kommt, dass der „Osten“ lt. Glücksatlas auch Berlin einschließt mit 967.000 Bewohnern mit Migrationshintergrund - im Vergleich zu den neuen Ländern mit insgesamt 667.000 Bewohnern, die einen Migrationshintergrund haben. Dadurch entstehen Werte wie z.B., dass 40 % der Bürger im Osten Kontakt zu Ausländern am Arbeitsplatz haben, oder 39 % im Freundeskreis, die vorrangig Berlin-daten sind.

Die Haltungen vieler Menschen im Osten sind nicht zu rechtfertigen, reflektieren aber nur eine nicht zu rechtfertigende Politik der ungerechtfertigten Ungleichheit und sozialen Verunsicherung. Trotzdem wird gerade in den neuen Ländern zu wenig bedacht, dass auch zur Freiheit gehört, Menschen anderer Nationen, Kulturen, Sprachen und Religionen aufzunehmen - nicht weil sie billigere oder benötigte Arbeitskräfte sind, sondern weil das Recht auf ein anderes und/oder besseres Leben Jedem zusteht. 1990 traten rd. 16 Millionen Bürger der DDR durch Beschluss ihrer gewählten Volksvertretung der Bundesrepublik bei und vollzogen eine Zuwanderung ohne Ortswechsel - die Vorbehalte ihnen gegenüber sind immer noch vorhanden.

Überall auf der Welt werden Menschen vertrieben aus politischen oder religiösen Gründen. Neue Mauern verhindern Zuwanderungen ebenso wie unbefestigte Meere - Tausende finden, weil sie Arbeit und Einkommen für ein besseres Leben suchten oder aus religiösen Gründen vertrieben wurden, den

⁷⁰⁵ Vgl. hierzu Reinhard Schlinkert/Bernd Raffelhüschen, Glücksatlas 2016, Deutsche Post, Bonn 2016.

Tod. 23.000 Menschen verloren ihr Leben im Mittelmeer und an den EU-Grenzen und keiner kennt die Zahlen derer, die nicht den Mut, die Gelegenheit oder die Mittel hatten, es zu wagen.

Aber das alles stört uns nicht, wenn nur unser Wohlstand nicht angefochten wird. Zu Wenige erinnern sich daran bzw. wollen zur Kenntnis nehmen, dass am Wohlstand der Bundesrepublik Ausländer ihren keineswegs geringen Anteil haben - unabhängig davon, ob sie im Lande leben oder billige Arbeit in Asien oder Lateinamerika verrichten, um unser aller Lebensstandard zu erhalten, vor allem aber um Staat und Wirtschaft gute Gewinne zu sichern.

Tabelle 5.16: Bevölkerung nach Migrationshintergrund, sozio-demografischen Strukturen und Regionen

		Bevölkerung insgesamt			davon Bev. mit Migrationshintergrund			darunter Ausländer		
		D	FBG+B	NBL	D	FBG+B	NBL	D	FBG+B	NBL
2014										
insgesamt	1000 P	80.897	68.415	12.482	16.368	15.793	593	7.211	6.913	298
männlich		39.651	33.524	6.128	8.227	7.923	304	3.687	3.525	162
weiblich		41.245	34.891	6.354	8.159	7.870	289	3.523	3.388	135
			84,6	15,4	20,2	19,5	0,7	8,9	8,5	0,4
			84,5	15,5	20,7	20,0	0,8	9,3	8,9	0,4
			84,6	15,4	19,8	19,1	0,7	8,5	8,2	0,3
2013										
insgesamt	1000 P	80.611	68.107	12.504	15.128	14.619	509	6.827	6.561	267
männlich		39.454	33.320	6.134	7.609	7.347	262	3.471	3.327	145
weiblich		41.157	34.787	6.370	7.519	7.272	248	3.356	3.234	122
	%	100	84,5	15,5	18,8	18,1	0,6	8,5	8,1	0,3
		100	84,5	15,5	19,3	18,6	0,7	8,8	8,4	0,4
		100	84,5	15,5	18,3	17,7	0,6	8,2	7,9	0,3
männlich	%	48,9	48,9	49,1	50,3	50,3	51,5	50,8	50,7	54,3
weiblich		51,1	51,1	50,9	49,7	49,7	48,7	49,2	49,3	45,7
unter 3 Jahren		2,5	2,5	2,4	4,1	4,1	4,7	1,4	1,4	1,6
3-6 Jahre		2,6	2,6	2,5	4,4	4,4	4,7	1,6	1,6	1,9
6-18 Jahre		11,1	11,5	9,1	17,3	17,3	16,9	9,3	9,2	10,8
18-25 Jahre		7,6	8,0	5,8	9,4	9,4	9,5	9,1	9,0	10,2
25-65 Jahre		54,9	54,7	55,9	55,9	55,9	56,4	68,7	68,7	69,2
65 Jahre u.ält.		21,3	20,7	24,3	8,9	8,9	7,8	9,8	10,0	6,2
Summe		100,0	100	100	100	100	100	100	100	100

		Bevölkerung insgesamt			davon Bev. mit Migrationshintergrund			darunter Ausländer		
		D	FBG+B	NBL	D	FBG+B	NBL	D	FBG+B	NBL
Bevölkerung 18-65 Jahre										
ohne Abschluss	%	3,1	3,5	1,2	9,6	9,8	3,7	13,6	13,9	4,9
Hauptschulabschluss		28,9	31,5	14,6	33,0	33,5	20,5	34,9	35,6	20,1
Realschulabschluss		33,5	29,1	57,8	24,3	24,1	30,8	18,7	18,5	24,5
Fachhochschulreife		8,3	8,9	4,7	6,6	6,6	5,9	5,2	5,1	6,1
Hochschulreife		26,2	27,0	21,7	26,5	26,0	39,1	27,6	26,9	44,4
zusammen		100	100	100	100	100	100	100	100	100
Bevölkerung 25-65 Jahre										
ohne Abschluss ¹⁾	%	15,6	17,4	6,1	38,1	38,6	23,3	46,1	46,8	28,2
mit abgeschl. Berufsausb. ²⁾		56,0	54,4	64,3	40,1	40,0	43,5	32,8	32,6	37,6
mit Fachschulabschluss ³⁾		9,9	9,0	14,5	5,3	5,3	6,4	4,1	4,1	5,5
mit Fachhochschulabschluss		6,8	6,9	6,0	4,5	4,4	6,1	3,5	3,5	5,3
mit Hochschulabschluss		11,8	12,3	9,1	12,0	11,7	20,8	13,4	13,0	23,4
zusammen		100	100	100	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätige 15-65 Jahre										
insgesamt	1000 P	38.722	32.844	5.879	6.796	6.597	198	3.445	3.325	120
männlich		20.632	17.530	3.102	3.786	3.668	118	2.003	1.927	76
weiblich		18.090	15.313	2.777	3.010	2.929	81	1.442	1.398	44
Erwerbstätigenquote										
insgesamt	%	73,3	73,2	73,7	64,5	64,8	55,8	62,2	62,5	54,4
männlich		77,7	78,0	76,0	71,8	72,1	63,3	72,1	72,5	63,2
weiblich		68,8	68,4	71,2	57,2	57,6	47,6	52,2	52,5	43,9

		Bevölkerung insgesamt			davon Bev. mit Migrationshintergrund			darunter Ausländer		
		D	FBG+B	NBL	D	FBG+B	NBL	D	FBG+B	NBL
Erwerbstätige 15-65 Jahre										
Selbstständige	%	10,8	10,9	10,1	10,5	10,3	17,8	13,0	12,7	21,8
Beamte/Beamtinnen		5,5	5,8	4,0	1,2	1,2	1,1	0,6	0,6	0,9
Angestellte		61,3	62,5	55,1	51,9	52,1	46,7	50,5	50,6	46,5
Arbeiter/-innen		22,3	20,8	30,8	36,4	36,5	34,3	35,9	36,1	30,8
zusammen		100	100	100	100	100	100	100	100	100
Bevölk. 15 u.ä. nach überwiegendem Lebensunterhalt										
Erwerbstätigkeit	%	50,6	50,7	50,1	50,8	51,1	43,6	49,2	49,5	43,5
Angehörige		15,1	16,9	6,0	22,9	23,1	17,2	22,8	22,9	18,6
Rente/Pension		25,8	24,5	33,1	12,2	12,2	10,0	11,2	11,4	6,0
eigenes Vermögen		0,8	0,9	0,2	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,9
öffentl. Transferleistungen		7,6	7,1	10,5	13,6	13,1	28,5	16,2	15,6	31,0
zusammen		100	100	100	100	100	100	100	100	100
Erwachsene Bevölkerung in Privathaushalten nach Lebensformen										
alleinstehend	%	28,9	29,0	28,1	23,2	23,0	29,0	25,1	24,8	32,5
Personen in Paarge-meinschaften ohne Kind		37,7	36,7	42,9	28,7	28,7	28,4	26,6	26,8	23,2
Eltern in Paargem. mit Kind(ern) unter 18 Jahren		21,1	21,8	17,2	33,4	33,6	29,8	34,8	34,9	33,0
alleinerz. Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren		2,6	2,6	3,1	3,5	3,5	4,1	3,6	3,6	4,2
Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahre		9,4	9,6	8,5	11,0	11,1	8,5	9,6	9,7	6,7
gleichgeschlechtliche Paargemeinschaft		0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
zusammen		100	100	100	100	100	100	100	100	100

Copyright © 2015 Integrationsministerkonferenz, Integrationsmonitoring der Länder 2013, Tabellenband/Auswahl und Eigenberechnungen

6 Soziale Integration

6.1 Für den Erhalt des Sozialstaates

Die Bürger der neuen Bundesländer sind für den Sozialstaat, halten ihn zu reformieren aber für dringend erforderlich. Sie verbinden das mit seiner weiteren sozialeren Ausrichtung durch Maßnahmen zur Herstellung besserer Chancengleichheit, Erhöhung sozialer Sicherheit und Verbreitung ihrer solidarischen Grundlagen. Sie wenden sich gegen Privatisierung und Individualisierung des Sozialen.

Mit der Politik der Sozialreformen ist das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme in Ost wie West in hohem Maße verlorengegangen.

Die Bürger der neuen Bundesländer bekennen sich mehrheitlich zu einem Sozialstaat, der es allen Einwohnern Deutschlands ermöglicht, selbstbestimmt und unter menschenwürdigen Bedingungen zu leben. Das schließt auch - aber nicht nur - ein, dass der Sozialstaat im besonderen Maße für jene Menschen da sein muss, die aus unterschiedlichen Gründen zeitweilig oder dauerhaft der Hilfe der Gesellschaft bedürfen. Entscheidend ist jedoch eine inhaltliche Orientierung der Politik, die den in Deutschland lebenden Bürgern - unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Rasse, Nationalität und Weltanschauung - gleiche Entwicklungschancen einräumt, die Menschen in das Staatswesen integriert und nicht ausgrenzt, sie als Glied des Staates und nicht als „Last“ oder „Kostenstelle“ versteht.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik heißt es im Artikel 20 (1)⁷⁰⁶: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“. Das klingt gut, mit der Einschränkung, dass die Sozialstaatsziele und sozialen Rechte des GG nur für Deutsche gelten (und das bei rd. 10 Millionen Ausländern). Der Wille der Bürger, den Sozialstaat zu stärken, meinen mehrheitlich aber nicht nur die Deutschen, sondern die in Deutschland Lebenden.

Dabei haben die Bürger Deutschlands einen unterschiedlichen Zugang zum Leben im Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland: die einen wurden hineingeboren, die anderen wanderten zu und wiederum ein anderer Teil gelangte 1990 mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten durch „Beitritt“ zur Bundesrepublik und den im Grundgesetz fixierten Sozialstaatszielen und lebt seitdem im vereinten Deutschland.

Eingangs sei nochmals hervorgehoben, dass die Mehrheit der Bürger der neuen Bundesländer für sich die vollzogene deutsche Einheit positiv bewertet, sowie wie sie erfolgte Veränderungen in vielen Bereichen des Lebens, vor allem hinsichtlich der erreichten Freiheits- und Demokratiegewinne und der Verbesserungen von Lebensbedingungen anerkennt. Aber nach wie vor - das bestätigen selbst die regierungsamtlichen jährlich herausgegebenen Berichte zur Deutschen Einheit⁷⁰⁷ - ist die Vereinigung

⁷⁰⁶ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. Juli 2012 (BGBl. I S. 1478).

⁷⁰⁷ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit; 2000 bis 2009 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, 2010 bis 2014 Bundesministerium des Innern, ab 2014 Bundesministerium Wirtschaft und Energie.

noch nicht vollständig vollzogen, neben hervorragenden Leistungen und Entwicklungen stehen Defizite und Gerechtigkeitslücken. Im Besonderen in der sozialen und mentalen Vereinigung besteht noch Nachholbedarf.

Hinsichtlich der Aufgaben und Ziele des Sozialstaates ist die Diskussion in der Bundesrepublik seit 1989/1990 neu belebt worden. Dabei sind aus Sicht der neuen Bundesländer folgende Entwicklungen in der Diskussion um „weniger“ oder „mehr“ Sozialstaat unverkennbar:

- a) Spätestens mit dem Zerfall des RGW und des Bündnisses osteuropäischer Staaten waren alle Kräfte auf dem Plan, welche den bundesdeutschen Sozialstaat in der seinerzeitigen Verfasstheit systematisch überwinden wollten. Niemand bestreitet, dass das „Soziale“ im „Systemwettbewerb“ nicht nur in der DDR zu entsprechend hohen Ansprüchen und Ausgaben führte. Gleiches galt auch für die Bundesrepublik: „Man wollte zeigen, dass das westdeutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft dem DDR-System nicht nur ökonomisch haushoch überlegen war, sondern zudem über ein gut ausgestattetes soziales Sicherungssystem verfügte.“⁷⁰⁸ Folgerichtig begann sofort nach 1990 nicht nur das systematische Zurückfahren existenter Leistungen, sondern ein verstärktes Bemühen um einen System-/Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik. „Die Reformdiskussionen in der bundesrepublikanischen Aufbruchsstimmung Ende der 1980er waren damit praktisch über Nacht erledigt.“⁷⁰⁹
- b) Mit der „Agenda 2010“ setzte die damalige rot-grüne Koalition (1998) die Umbaustrategien in einem bis dato unbekanntem Tempo und Umfang durch. Das betraf den Abbau sozialer Sicherungen auf dem Arbeitsmarkt (Hartz IV) und im Gesundheitswesen ebenso wie in der Alterssicherung. Gleichzeitig wurden die Staatskassen durch Steuersenkungen für die Wirtschaft und Leistungssenkungen für Arbeitnehmer, Arbeitslose und Senioren „entlastet“. Es begann ein Jahrzehnt mit „ungewöhnlichen Verlusten des Staates an finanziellen Ressourcen und politischen Entscheidungskompetenzen“⁷¹⁰. Existente Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, der Globalisierung der Umweltentwicklung führten seitens der ökonomisch und politisch Herrschenden keineswegs zur Forderung nach mehr Staat, sondern nach Abbau staatlichen Einflusses. Mit mehreren hundert Milliarden Euro wird der Abbau des Sozialen inzwischen angesetzt, insbesondere durch Absenkung der Arbeitslosen- und Sozialhilfeleistungen, durch Eingrenzungen im Gesundheitsbereich und de facto Senkung der Renten sowie Rückfahren der Ausgaben für soziale und kulturelle Infrastrukturen - insbesondere im ländlichen Bereich.
- c) 2008 begann - begünstigt durch den Bankencrash in den USA - ein scheinbares Umdenken in Richtung erneuter verstärkter staatlicher Regulierungen. Es war nicht vermittelbar, dass Milliarden von Steuermitteln zur „Stabilisierung“ privater Gewinne in kürzester Frist zur Verfügung standen und eingesetzt wurden, während z.B. die Diskussion um Finanzierung von Kindereinrichtungen oder die Angleichung der Ostrenten - mit einem nicht vergleichbaren geringen Finanzbedarf - jahrelanger Diskussionen bedürfen, und das wegen angeblich fehlender Mittel.
Es erweist sich jedoch auch, dass eine zunehmende staatliche Regulierung (vgl. Gesundheitsfonds) entsprechender Instrumente der Selbstverwaltung und der Kontrolle bedarf (und nicht nur der Eigenkontrolle der jeweiligen Institutionen).
- d) Spätestens mit der CDU/CSU/FDP-Regierungskoalition wurde der Sozialabbau weiter forciert. Eine Reihe von Erneuerungsgesetzen wurde in Kraft gesetzt, um den neoliberalen Kurs fortzusetzen.

⁷⁰⁸ Schreiner, Ottmar: Die Gerechtigkeitslücke, Propyläen - Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2008, S. 17.

⁷⁰⁹ Schneider, Ulrich: Mehr Mensch! Gegen die Ökonomisierung des Sozialen, Westend-Verlag Frankfurt/Main 2014, S. 40.

⁷¹⁰ Vgl. Bofinger, Peter: Das Jahrzehnt der Entstaatlichung, WSI-Mitteilungen 07-08, S. 351-357.

zen. Die internationale Entwicklung bot Gelegenheit, den deutschen Sozialabbau als Muster für andere Euro-Länder zu empfehlen und Deutschland damit bei der eigenen Bevölkerung aufzuwerten.

- e) Der krampfhafteste Versuch der SPD, den Schröderkurs der Jahrtausendwende zumindest partiell zu re-reformieren, kostete Vertrauen und führte 2013 zu einem relativ fulminanten Sieg der CDU/CSU. Die neue „große Koalition“ versucht, eine das Soziale wieder stärker beachtende Politik mit Einzelmaßnahmen zu installieren (Mindestlohn, Mütterrente), um den Sozialstaat wieder eine Vertrauensbasis bei den Verlierern der vergangenen Jahre zu verschaffen - bleibt abzuwarten, welche Rückerinnerungen an die „Soziale Marktwirtschaft“ neue Leitziele auf Dauer setzen werden. Ein erneuter Paradigmenwechsel ist jedoch auch mit einer großen Koalition nicht in Sicht - im Gegenteil.
- f) Die Ausdehnung des rigiden Sparkurses auf Länder der EU (bsp. Griechenland) bei Vorreiterrolle Deutschlands führt zu zunehmenden sozialen Spannungen in der EU, welche durch die Ausländerpolitik der Bundesregierung verschärft werden. Eine Sozialunion in der EU rückt in immer weitere Ferne, der Austritt Großbritanniens (Brexit) kann als erstes Zeichen eines möglichen inneren Zerfalls verstanden werden.

Insgesamt belegen die letzten Jahre, dass das Soziale immer mehr zum „barmherzigen Anhängsel“⁷¹¹ wird und damit „seinen eigenständigen Charakter verliert und sich dem Markt anpasst“. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines steten Sozialabbaus und des damit verbundenen weiteren Umbaus des Sozialstaates durch immer neue Instrumente zur Einschränkung von Sozialleistungen und Umverteilung von unten nach oben ist die zunehmende Spaltung der Gesellschaft gefestigt und die Forderung nach „sozialer Gestaltung“ bzw. Rücknahme eingeleiteter Maßnahmen des Sozialabbaus stärker geworden.

Selbst führende SPD-Sozialpolitiker stellen fest, dass es notwendig sei, das Loblied auf die eigenen „Erfolge“ zu beenden⁷¹², die Realität sei Abbau. Ergebnisse der bisherigen sozialen Reformen seien:

- der Arbeitsmarkt wurde dereguliert;
- Leistungen bei Arbeitslosigkeit gekürzt;
- Gesundheitsleistungen aus der Leistungspflicht der Krankenversicherung herausgenommen;
- das Rentenniveau gesenkt;
- der Kündigungsschutz aufgehoben und
- die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungssysteme beendet.

Die Abkehr von einer überzogenen „Deregulierung“ würde in den nächsten Jahren die Chance bieten, einige Entwicklungen zugunsten der Mehrheiten in diesem Land mittels Sozialreformen und Reform der Reformen zu korrigieren bzw. neu zu gestalten und der Diskussion um das Verhältnis von Staat und Sozialem neue Impulse zu verleihen. Zu den grundlegenden Zielen des Sozialstaats - wenn er nicht auf die Rolle eines Nur-Wohlfahrtsstaates reduziert werden soll - gehören:

- a) soziale Gerechtigkeit im Sinne der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, d.h. insbesondere durch Chancengleichheit;
- b) soziale Sicherheit im Sinne des Bestandsschutzes sozialer Systemleistungen sowie der Mindestsicherung im Falle sozialer und individueller Notlagen;

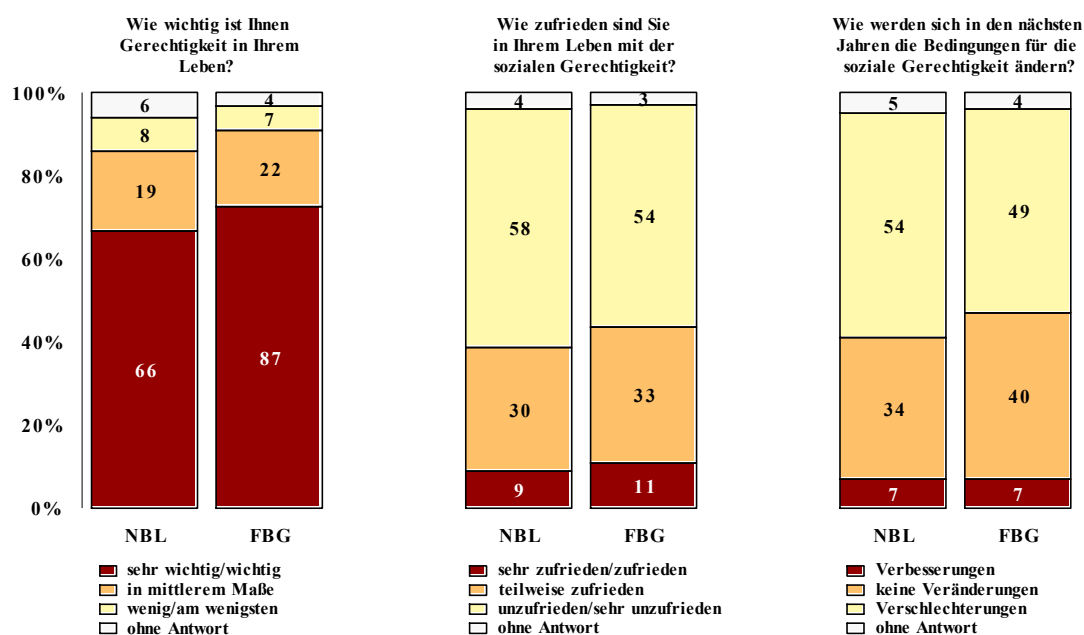
⁷¹¹ Schneider, Ulrich: Mehr Mensch!...a.a.O., S. 23.

⁷¹² Dreßler, Rudolf, ND v. 21./22.06.2014, S. 3.

c) Integration und Inklusion sozialer Gruppen in die Gesellschaft entsprechend ihren Möglichkeiten und spezifischen Lebensbedingungen durch spezifische Förderung und Schutz sozialer Gruppen.

Der Vergleich der o.g. Grundwerte hinsichtlich ihres Stellenwertes in der Bevölkerung, der Zufriedenheit mit dem erreichten Stand sowie der Erwartungen lässt erkennen, dass auch 2014 soziale Gerechtigkeit in Deutschland - Ost wie West - einen hohen Stellenwert im Leben der Bürger hat. Für 67 % ist sie sehr wichtig bzw. wichtig, und nur 7 % halten sie in ihrem Leben für unwichtig - bei relativ hoher Übereinstimmung in Ost und West. Im Gegensatz dazu gibt es bei 54 % eine sehr hohe Quote an Unzufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland und auch nur geringe Annahmen auf Verbesserungen (7 %).

Abbildung 6.1: Bewertungen zur sozialen Gerechtigkeit - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



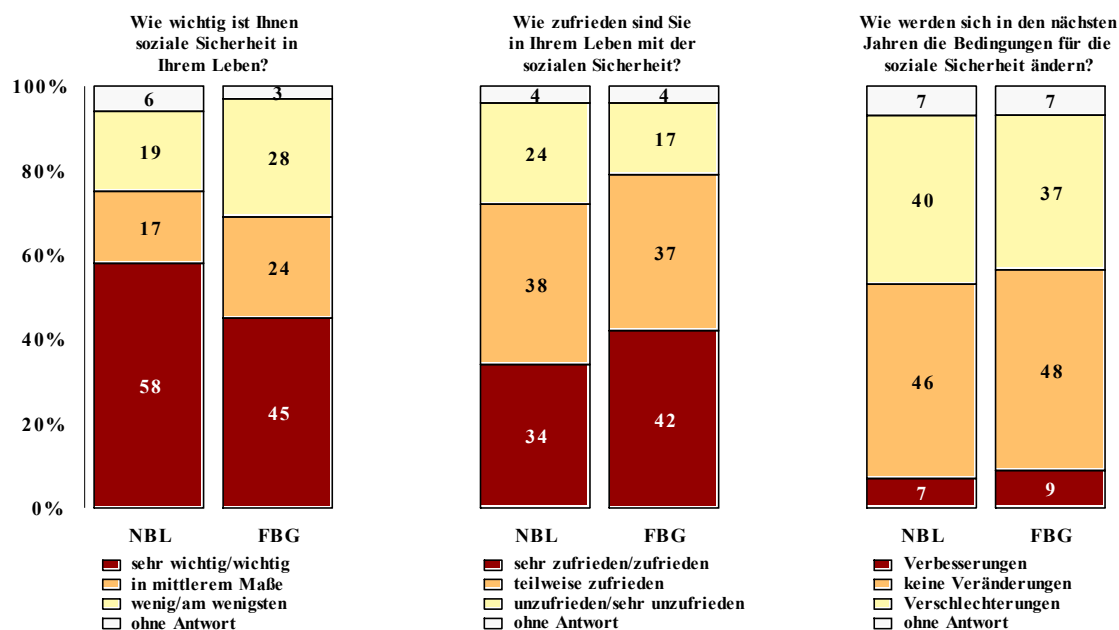
Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Dabei ist sowohl in Bezug auf Gerechtigkeit und soziale Sicherheit der Staat lt. Grundgesetz in keiner explizit zum Ausdruck gebrachten Verantwortung. Während der Bundespräsident in seiner Eidesformel noch Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben soll⁷¹³ (es ist offen, ob das nur für Deutsche gilt?), wird auch hinsichtlich der sozialen Sicherheit keine grundlegende Aussage zur Zielsetzung und Verantwortung des Staates getroffen.

Seitens der Bürger ist auch in Bezug auf die soziale Sicherheit der Anspruch hoch, allerdings gibt es aufgrund des existierenden und noch funktionierenden Systems sozialer Sicherungen ein höheres Zufriedenheitsmaß (40 %) als zur sozialen Gerechtigkeit. Die Erwartungen gehen aber auch hier nur von geringen Verbesserungen (8 %) und eher von Verschlechterungen (38 %) - bestenfalls von keinen Veränderungen (47 %) - aus (vgl. Abschnitt 6.4 im Detail).

⁷¹³ Grundgesetz Artikel 56.

Abbildung 6.2: Bewertungen zur sozialen Sicherheit - nach Regionen - 2014 - in Prozent -

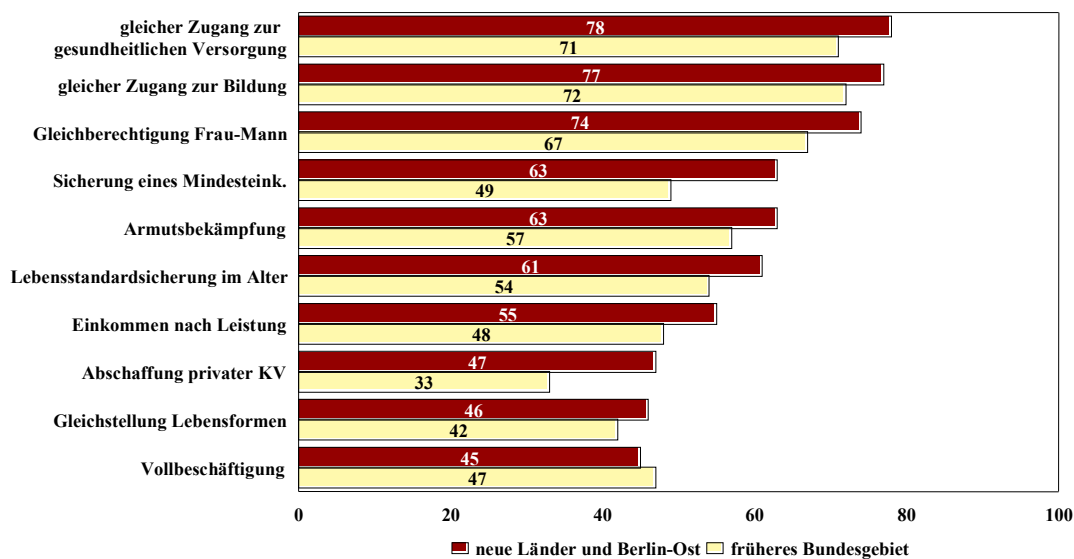


Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Die Aussagen der Bürger - danach befragt, welche Ziele der Sozialstaat vorrangig haben sollte - belegen, dass diese keineswegs vorrangig nur traditionelle „Wohlfahrtsziele“ im Auge haben. Kennzeichnend ist:

- An vorderster Stelle stehen in Ost wie West Forderungen nach gleichem Zugang zur Bildung und gesundheitlichen Versorgung sowie die Herstellung erforderlicher Bedingungen der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Das heißt, es sind Erwartungen, welche auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zielen - nicht im Sinne von Forderungen nach formaler „Gleichheit“, sondern nach sozialer Gerechtigkeit durch Chancengleichheit.
- Dem nachgeordnet sind Ziele der Grundsicherung durch Mindesteinkommen (Alter, Arbeitslosigkeit, Menschen mit Behinderungen), des Bestandsschutzes durch Lebensstandardsicherung im Alter sowie erforderliche Bedingungen für gleiche Einkommen entsprechend gleicher Arbeitsleistung bzw. Lebensarbeitsleistung und Zugang zur Vollbeschäftigung.
- Als nicht zwingendes Ziel des Sozialstaates werden im Besonderen gesehen: die Pflichtversicherung der Besserverdienenden durch Abschaffung der privaten Krankenversicherung sowie die Gleichstellung unterschiedlicher Lebensformen. Im Vergleich zu 2008 werden in den neuen Bundesländern gerade Letztere deutlich stärker als soziale Ziele des Staates gesehen.
- Frauen in Ost wie West sehen - stärker als Männer - insbesondere in der Armutsbekämpfung sowie der Gleichstellung der Lebensformen und Gleichberechtigung von Frauen und Männern eine staatliche Verantwortung. Junge Bürger heben mehr als ältere die Bildungschancen, die Lebensstandardsicherung hervor. Bei Älteren dominieren Armutsbekämpfung und Abschaffung der privaten KV gegenüber den Forderungen seitens der jüngeren Jahrgänge.

Abbildung 6.3: Welche sozialen Ziele sollte Ihrer Meinung nach der Sozialstaat verfolgen? - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Werden speziell vorliegende Ergebnisse von Analysen zu den Auffassungen der ostdeutschen Bürger zum Sozialstaat und Sozialreformen betrachtet (vgl. Abschnitt 6.4), so ist hervorzuheben:

Erstens ist die Erkenntnis wichtig, dass die Bürger der neuen Bundesländer für den Sozialstaat sind und ihn zu reformieren für dringend erforderlich halten und das mit einer weiteren sozialeren Ausrichtung verbinden. 86 % der ab 18-jährigen Bürger, welche einer notwendigen Reformierung zustimmen, sind einerseits ein Bekenntnis zum Sozialstaat, andererseits aber auch eine vernichtende Einschätzung der bisherigen Wirksamkeit der „Reformschritte“ der Bundesregierung bzw. des Bundestages seitens der „Betroffenen“.

Das belegt im Besonderen der hohe Anteil an Bürgern, die sich als Verlierer bisheriger Maßnahmen der Sozialreform fühlen und trotzdem Sozialreformen für notwendig erachten. Das kann als Indikator dafür gewertet werden, dass die bisherigen Maßnahmen sich gegen die Interessen der Mehrheiten richten und eine Umkehr des mit den eingeleiteten Maßnahmen vollzogenen Richtungswechsels erforderlich ist. Nur wenige Bürger der neuen Bundesländer sehen sich als Gewinner der Sozialreformen (insbesondere höhere Einkommensgruppen), aber fast zwei Drittel als Verlierer (insbesondere Arbeitslose und 50- bis 60-Jährige).

Im Gegensatz dazu verweisen die Bürger in ihren Bewertungen auf die ihrer Meinung nach wirklichen Gewinner der Sozialreformen nach 2000: die Banken und Versicherungen, der Staat sowie Unternehmer, während Arbeitnehmer, Arbeitslose, Senioren sowie Kinder und Jugendliche als wichtigste Verlierer gekennzeichnet werden.

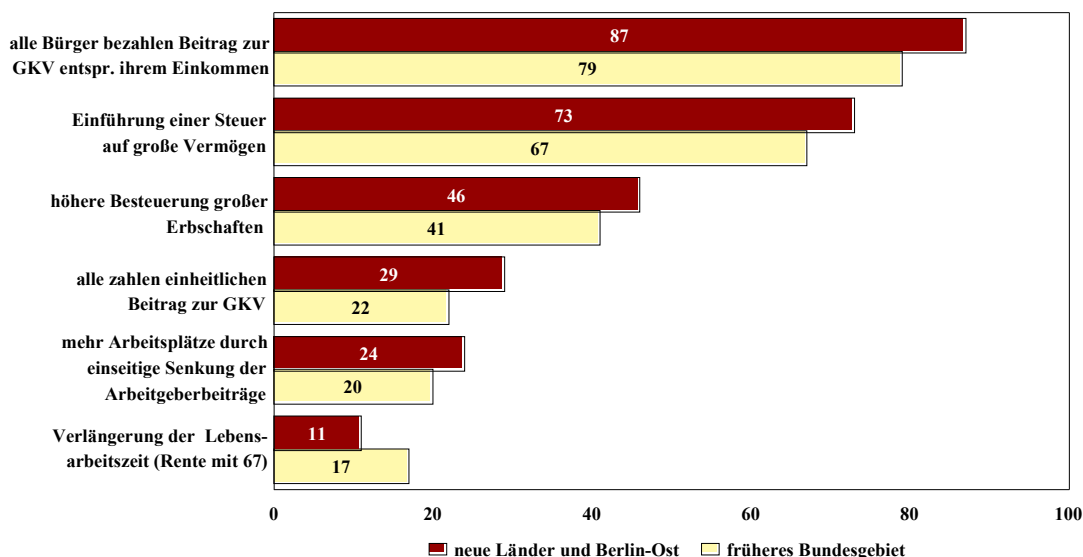
Zweitens stehen die von den Bürgern für erforderlich gehaltenen Ziele der Sozialreformen im Gegensatz zu dem verbreiteten Klischee, dass es den Bürgern mehrheitlich nur um „mehr Staat“ im Sinne einer „Vollkasko mentalität“ ginge, welche stetig mehr Leistungen einfordere. Der von den Bürgern erhobene Anspruch an Sozialreformen ist - wie oben dargestellt - vorrangig mit Maßnahmen zur Herstellung von Chancengleichheit verbunden und erst dann mit Maßnahmen zur Einkommenssicherung im Erwerbsleben und im Alter.

Die Bürger sehen vor allem in einer Verbreiterung der solidarischen Grundlagen der sozialen Sicherungssysteme den Hauptweg notwendiger Reformen. Das heißt, dass sowohl eine Erwerbstätigenver-

sicherung in Bezug auf die Alterssicherung und eine umfassende Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung Priorität vor allen Modellen „privater Vorsorge“ haben. Das schließt zugleich höhere Anforderungen an steuerfinanzierte Beiträge des Staates (d.h. aller seiner Bürger) ebenso wie die Beibehaltung paritätischer Leistungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein.

In den vergangenen Jahren wurde eine Vielzahl von Vorschlägen zur Finanzierung aller dem Sozialstaat obliegenden Aufgaben in die Diskussion eingebracht. Aus Sicht der Bürger gibt es eine eindeutige Rangfolge, die vom „Beitrag zur GKV entsprechend ihrem Einkommen“ und damit einer Verbreiterung der Solidarbasis (87 % Ost - 79 % West), über eine stärkere Beteiligung/Verantwortung der einkommensstarken Schichten der Bürger durch die Besteuerung großer Vermögen (73 %/67 %) sowie höherer Steuern bei großen Erbschaften (46 %/41 %) reicht. Bereits getroffene Entscheidungen zur Senkung der Arbeitgeberbeiträge in den sozialen Sicherungssystemen fortzusetzen, einen Einheitsbeitrag z.B. in der gesetzlichen Krankenversicherung zu zahlen sowie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit finden geringe bzw. keine Unterstützung.

Abbildung 6.4: Wenn Sie über die künftige Finanzierung von Leistungen des Sozialstaates zu befinden hätten - welche Vorschläge finden Ihre Unterstützung? - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Insgesamt belegen gerade die Entwicklungen in den neuen Ländern, dass niedrige Lohnnebenkosten weder zu rasanterer Wirtschaftsentwicklung noch zu einer Angleichung der stetig doppelt so hohen Arbeitslosenquote im Vergleich zu den alten Bundesländern geführt haben.

Drittens hat unbestrittenermaßen die sog. „Agenda 2010“ nicht nur zum Sozialabbau, sondern auch zu Positionsprüfungen in Bezug auf Demokratie und demokratisches Verhalten beigetragen.

Speziell in den neuen Bundesländern wurden damit auch Positionen im und zum Staat, zu staatlichen Institutionen und der Identifikation mit dem Staat, seinen sozialen Zielen und seiner Sozialpolitik beeinflusst. Bis in die Gegenwart ist die Haltung zum bundesdeutschen Institutionengefüge - nicht zuletzt aufgrund der „neuen Sozialpolitik“ - gering (vgl. Abschnitt 7.5).

Es ist keine neue Erkenntnis, dass soziale Stabilität nicht nur die ökonomische Stabilität, sondern auch die politische Stabilität beeinflusst, dass Vertrauensgewinn in Bezug auf die „soziale Politik“ eine Bedingung zur Überwindung politischen Desinteresses und Förderung des „aktiven“ Bürgers ist.

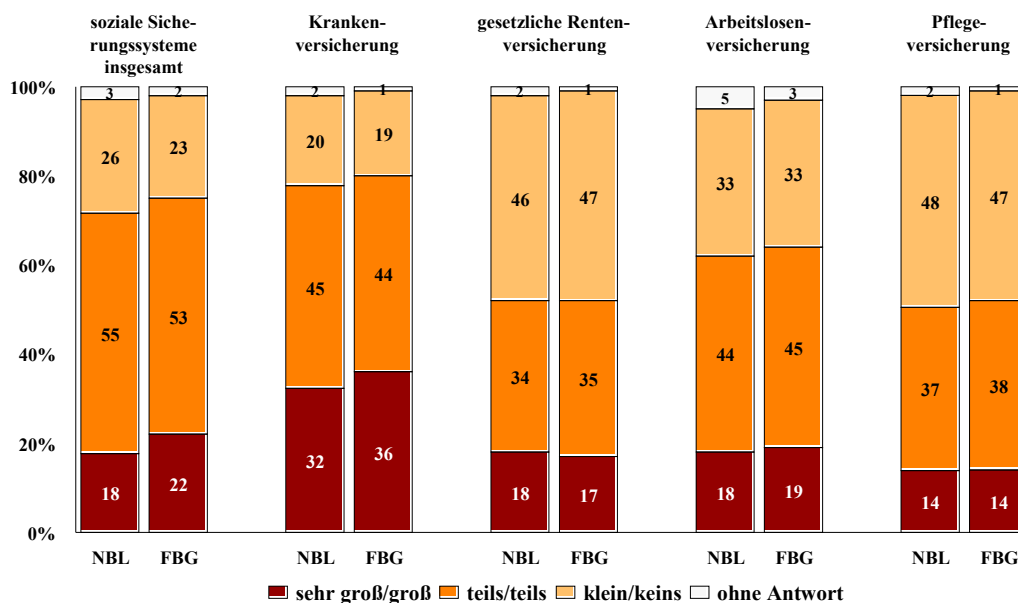
Viertens haben in den letzten Jahren - wie immer zu Zeitpunkten, wenn es um mehr Leistungen seitens des Staates geht - die Diskussionen um Privatisierung und Individualisierung des Sozialen sowie individuellen Missbrauchs erneut zugenommen. Leistungsempfänger stehen unter Generalverdacht, Unterstützungen zu erhalten, die ihnen eigentlich nicht zukommen, wenn sie eine anständige Moral hätten. Da werden ständig arbeitslose Hartz IV-Empfänger durch die Medien präsentiert, die zu faul, zu unselbstständig, zu ungebildet und nicht zuletzt auch verwahrlost (Beck) sind, ebenso wie Sozialhilfeempfänger, die das den Kindern zustehende Geld zweckentfremdet für sich verwenden. Da sind Rentner, die pauschal als „Schmarotzer“ (Herzog) gekennzeichnet werden, aber auch Ausländer und die Ossi generell (bis auf jene, die in den Westen umsiedeln) usw. usf. Zum Missbrauch bei Hartz IV äußerte P. Struck (Fraktionsvorsitzender der SPD): „Wir müssen deutlich machen, dass das ausgezahlte Geld Steuerzahlergeld ist, Cent um Cent hart erarbeitet“. Es erhebt sich die Frage, wer die Mittel erarbeitet hat, die zur Sicherung privater Banken und Gewinne vom Staat bereitgestellt und welche zur Bankensicherung eingesetzt werden.

Nun kann niemand daran gehindert werden, ein solches Bild von Staatsbürgern oder in diesem Land Lebenden zu verbreiten, indem ihnen individueller Missbrauch als Charaktermerkmal zugeordnet wird. Wenn aber Wissenschaftler feststellen, dass eigentlich 132 Euro zum Leben reichen, dann erfüllen sie damit ihren „Auftrag“, indem sie rd. 10 Millionen Leistungsempfänger (ohne Rentner und Ausländer) unter Generalverdacht stellen, weil sie eigentlich zu viel erhalten. Die Realitäten der moralischen Verwerfungen werden damit völlig einseitig dargestellt und führen zu einer Schiefelage der medialen und politischen Darstellung. Das Problem ist jedoch, dass es Wirkung zeigt und die öffentliche Meinung gezielt beeinflusst, indem die Bürger den Generalverdacht unterstützen, damit ungewollt eine auf weitere Leistungssenkungen orientierende Politik vorbereiten helfen.

Fünftens ist inzwischen das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme in hohem Maße verloren gegangen. Nur jeder 5. Bürger (21 %) unterstützt „vertrauensvoll“ das gegenwärtige System, ein Viertel hat nur noch wenig bzw. kein Vertrauen mehr (24 %) und die Mehrheit von 54 % bewertet ihr Vertrauen mit „teils/teils“.

Dabei bedarf es zunächst der Feststellung, dass in keinem anderen gesellschaftlichen Bereich die getroffenen Aussagen der Bürger in einem so hohen Maße zwischen Ost und West übereinstimmen wie hinsichtlich des vorhandenen bzw. fehlenden Vertrauens in die sozialen Sicherungssysteme generell und im Einzelnen (vgl. Abbildung 6.5).

Abbildung 6.5: Wie groß ist Ihr Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme, wenn Sie an die nächsten 5 bis 10 Jahre denken? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Die Bürger setzen noch am meisten Vertrauen in die Krankenversicherung (35 %), gefolgt von der Arbeitslosenversicherung (19 %) und der Rentenversicherung (17 %). In die Pflegeversicherung haben nur 14 % großes Vertrauen.

Bedenkenswert auch, dass von den unter 60-jährigen Arbeitnehmern in die Rentenversicherung 60 % und in die Pflegeversicherung 52 % wenig/kein Vertrauen haben. Das ist ein spezifischer Beleg für Zukunftsverunsicherung.

Kennzeichnend ist, dass die Bürger auch in den nächsten Jahren zunehmende finanzielle Belastungen im Sozialbereich und eine Abnahme der dafür gewährten Leistungen erwarten. Das ist ohne Zweifel nicht allein dem bereits erfolgten Abbau von Sozialleistungen geschuldet, sondern einer permanenten Diskussion um weitere Kürzungen in allen Bereichen der Sozialpolitik. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht extremste Vorschläge unterbreitet werden, so dass der Bürger am Ende jeden Leistungseingriff mit „es hätte schlimmer kommen können“ akzeptiert. Andererseits stoßen Vorschläge zur verbesserten Ausgestaltung bzw. Rücknahme von erfolgten Kürzungen - kaum geäußert - auf Widerstand von vielen Seiten. Dabei ist nicht zu übersehen, dass die „Meinungsmacher“ - d.h. Politik und Medien - im hohen Maße persönlich nicht in die gesetzlichen Leistungssysteme eingebunden sind und demzufolge - in vielen Fällen mit guten und hohen Einkommen ausgestattet - und damit von „außen“ kommentieren. Der Erfolg des Bemühens vieler Initiativen und Netzwerke zur besseren Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme wird jedoch nicht nur von der Forderung nach einer breiteren Solidarbasis zur Finanzierung der Sozialpolitik abhängen, sondern auch vom erkennbaren solidarischen Verhalten zur Durchsetzung berechtigter Forderungen.

Eine Ende 2015 für die Friedrich Ebert-Stiftung durchgeführte Bevölkerungsbefragung zur „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“⁷¹⁴ ergab mit den bislang dargestellten Ergebnissen vergleichbare Aussagen:

- Die soziale Ungleichheit hat in Deutschland ein zu hohes Ausmaß erreicht (uneingeschränkte Zustimmung Ost 59 %/West 46 %).

⁷¹⁴ Heinrich, Roberto/Jochem, Sven/Siegel, Nico A.: Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates - Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2016.

- das System sozialer Sicherung in Deutschland wird unterstützt, dabei wird der Druck auf die eigene Absicherung kritisch bewertet. Forderungen nach höheren Steuern für hohe Einkommen und Vermögen finden Zustimmung bei 84 % der Ostdeutschen und 74 % der Westdeutschen. Im Osten findet die Anhebung der Löhne für gleiche Leistungen besondere Unterstützung. Ostdeutsche fühlen sich weniger sozial abgesichert als Westdeutsche.
- Die Verantwortung des Staates für das Erreichen sozialer Ziele wird unterstützt, Einschränkungen bei Leistungen und Ausgaben werden mehrheitlich nicht akzeptiert.
- Als Kern künftiger Sozialpolitik wird der Ausbau sozialer Dienstleistungen insbesondere zur Sicherung der Vereinbarkeit von familiären Verpflichtungen und beruflicher Entwicklung gesehen, ebenso wie Bedingungen dafür, dass Frauen von gleichen Rechten auch Gebrauch machen können (z.B. von mehr Qualität in Kitas bis zur Kostenlosigkeit bei Unterbringung - 87 % Ost/81 % West).
- Die Forderung nach Ausdehnung der Verantwortung des Sozialstaates findet ebenso Unterstützung wie eine nur begrenzte Akzeptanz des Eigenbeitrages.

Leider werden im vorgelegten Material durchgängig die Unterschiede der Bewertungen Ost-West hervorgehoben, aber zu wenig als Ergebnis einer bislang nicht erreichten Sozialunion und gleichfalls zunehmender sozialer Ungleichheiten zwischen Ost und West dargestellt.

6.2 Sozialunion

Die Vereinbarungen zur Sozialunion 1990 begrenzten sich auf die schrittweise Übernahme der bundesdeutschen Sozialsysteme, verbunden mit den Vor- und Nachteilen einer marktwirtschaftlich orientierten Sozialpolitik. Die Phase der Konzipierung einer neuen Sozialpolitik für Deutschland auf Grundlage einer reformierten Sozialpolitik war schnell vorbei. Die Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik wurde als bewährt und für nicht reformbedürftig aus Sicht der Vereinigung erklärt.

Die Entscheidung zum Beitritt der neu gebildeten Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland war nicht nur mit einer vertraglich fixierten Wirtschafts- und Währungsunion, sondern zugleich mit dem Anspruch auf Herstellung der Sozialunion in Deutschland verbunden. Letzteres schloss vor allem die Angleichung der sozialpolitischen Institutionen und Instrumentarien ein. Im Einigungsvertrag wurden dementsprechende Festlegungen zur Herstellung der „Sozialunion“ getroffen, die insbesondere Leistungsstrukturen sowie -arten, deren Finanzierung und erforderliche Organisationsstrukturen betrafen.

Es gab Anfang des Jahres 1990 noch Überlegungen zur Konzipierung einer neuen, reformierten, einheitlichen Sozialpolitik, die sich daran orientierten, Bewahrenswertes aus beiden Systemen einer Prüfung zu unterziehen und miteinander zu verbinden.⁷¹⁵ Dabei ging es keineswegs um eine sog. „Rosenpickerei“ aus beiden Systemen, sondern um die Chance, etwas für eine effektivere soziale Sicherheit in ganz Deutschland zu tun. Die Überlegungen fanden ein rasches Ende.

Die Diskussionen um eine herzustellende Sozialunion begannen⁷¹⁶ und schlossen in zunehmendem Maße auch die Auseinandersetzung mit der Sozialpolitik der DDR als staatstragende und -sichernde

⁷¹⁵ Dressler, Rudolf: Erste Schritte zur Sozialunion Bundesrepublik Deutschland - DDR, Diskussionspapier Stand 5. März 1990.

⁷¹⁶ Fink, U.: 10 Punkte für die Sozialgemeinschaft in der DDR, Bonn, März 1990; Lampert H.: Die soziale Komponente in einem vereinten Deutschland - Überlegungen zur künftigen gesamtdeutschen Sozialpolitik, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft Nr. 3/4 1990, Harald Boldt Verlag, Boppard a.Rh. 1990; Lampert, H.: Sozialpolitische Probleme der Umgestaltung der DDR (hrsg. von der Jakob-Kaiser-Stiftung e.V.), Königswinter 1990; Neumann, J.: Probleme der Sozialunion, in: Der Bürger im Staat, 2/1990, Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart 1990; Sozialunion - Positionen und Probleme (Hrsg. Gunnar Winkler), ISS Mai 1990; Gerhard Bäcker/Johannes Steffen, Sozialunion - wie soll was vereinigt

Politik ein⁷¹⁷. Es gibt kaum einen Bereich des Lebens in der DDR, über den die Bürger auch nach über 20 Jahren noch in so hohem Maße positive Wertungen abgeben wie über das System sozialer Sicherung bis 1990. Vieles wird als positiv gekennzeichnet, obwohl nicht alles gut geheißten wird. Die Erfahrungen mit der bundesrepublikanischen Wirklichkeit lassen einiges in einem anderen Licht erscheinen, denn manches, was unter neuem Namen wieder eingeführt wird, wertete das, was seinerzeit beseitigt wurde, nachträglich wieder auf.

Die DDR war wie kein anderer Staat im RGW-Bereich mit dem „westlichen“ System konfrontiert, das in Gestalt der „sozialen Marktwirtschaft“ der BRD zunächst neue Akzente setzte. In Ost wie West wurde die Sozialpolitik auf „Überlegenheitsnachweis“ gegenüber dem anderen System angelegt. „Viele wegweisende Sozialreformen der 50er und 60er Jahre, die in ihrer Summe den Gehalt der Sozialstaatlichkeit der alten Bundesrepublik ausmachten, wurden stets **auch** mit Blick auf den östlichen Teil Deutschlands durchgeführt. Die Existenz eines anderen Gesellschaftssystems zwang die Bundesrepublik, ein sozialeres Profil auszubilden, als dies vermutlich ohne diese Konstellation der Fall gewesen wäre.“⁷¹⁸ Die „Abgrenzungs- und Überlegenheitspolitik“ zwang - zunehmend auch im Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung im Westen Deutschlands - auch in der DDR zu einer Politik, die sich nicht nur in Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Ländern brachte, sondern auch Entscheidungen wider eine „Ökonomie der Vernunft“ erforderte und damit der ökonomischen Leistungsfähigkeit entgegenstand. Der Widerspruch zwischen sozialen Zielen, sozialen Leistungen und wirtschaftlichem Vermögen war ohne Zweifel eine Ursache für den Zusammenbruch (übrigens wurde auch von DDR-Politikern ausschließlich der Sozialpolitik die Schuld an der wirtschaftlichen Misere zugeschrieben).

Wenn auch nicht die sozialen Ziele und Leistungen der DDR im Einzelnen unreal und überhöht waren, wenn auch nicht in der Sozialpolitik vordergründig die Ursachen für das Scheitern des „realen Sozialismus“ lagen, sondern vor allem im politischen und ökonomischen Bereich, so wirkten dennoch wachsende Widersprüche zwischen Ökonomie und Sozialem destabilisierend, zunehmend verbunden mit einer einseitigen Diskussion um „zu viel“ Soziales.

Die Phase der Konzipierung einer neuen Sozialpolitik für Deutschland (Anfang 1990), in der auf Grundlage der marktwirtschaftlichen Ordnung eine reformierte Sozialpolitik in die Diskussion eingebracht wurde, welche Elemente der DDR-Sozialpolitik zu übernehmen versuchte, starb bereits in ihren Anfängen. Dazu wären - selbst nach Auffassung keineswegs „linker“ Politiker und Wissenschaftler - zu zählen gewesen⁷¹⁹:

- eine einheitliche, nach Zweigen gegliederte Volksversicherung (zumindest Erwerbstätigenversicherung);
- die Garantie auf einen Arbeitsplatz (Recht auf Arbeit - nicht Arbeitsplatzsicherheit);
- eine sich an den Bedürfnissen der Familien orientierende Bevölkerungspolitik;

werden?, in WSI-Mitteilungen, Nr. 5/1990, Düsseldorf März 1990, S. 62ff.; Konferenz zur Sozialunion des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR, des Zentrums für Sozialpolitik der Universität Bremen und der Hans-Böckler-Stiftung, Bernau Juni 1990; Willgerodt, H.: Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, Abschnitt VIII Sozialpolitik, Sonderdruck für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1990.

⁷¹⁷ Eine kritische Nachbetrachtung der DDR-Sozialpolitik erfolgt in: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit, a.a.O.

⁷¹⁸ Döring, Diether: Soziale Sicherheit im Alter? - Rentenversicherung auf dem Prüfstand, Berlin 1997, S. 30 (Hervorh. im Original).

⁷¹⁹ Vgl. hierzu Lampert, H.: Lehrbuch der Sozialpolitik, zweite Auflage 1991, Springer-Verlag Berlin, Heidelberg, New York, S 122; Schmidt, Manfred G.: Grundzüge der Sozialpolitik in der DDR, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft - Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik (Hrsg.: E. Kuhrt), Verlag Leske+Budrich, Opladen 1999, S. 300.

- eine Minimierung der privaten Sozialausgaben am Sozialaufwand durch entsprechende Anteile „staatlicher“ Finanzierung;
- die Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten;
- ein Mindesteinkommen für Invaliden, die keine Berufstätigkeit aufnehmen konnten;
- eine soziale Infrastruktur, die im Besonderen die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Mutter-(Eltern-)schaft ermöglicht;
- das System der Polikliniken.

Der Weg einer - bis heute nicht vollendeten - Sozialunion, welche das bundesdeutsche System nicht nur im Prinzip und Detail übernahm, sondern komplett, war die endgültige Lösung, verbunden mit den Vor- und Nachteilen einer marktwirtschaftlich orientierten Sozialpolitik⁷²⁰. Die soziale Marktwirtschaft entledigte sich zunehmend ihres sozialen Anspruchs.

Der Vertrag zur WWSU⁷²¹ hatte u.a. zum Ziel, im Bereich des Sozialen bereits vor der Vereinigung zu klären,

- a) die Einführung des gegliederten Systems der Sozialversicherung (Rente, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall) und
- b) dass alle Gesetze und Bestimmungen zur gewerkschaftlichen Mitbestimmung in den Betrieben ebenso wie zu Konfliktkommissionen aufgehoben werden.⁷²²

Der Weg der Übernahme war eine Lösung, verbunden mit den Vor- und Nachteilen einer marktwirtschaftlich orientierten Sozialpolitik⁷²³. Sie brachte für alle Bürger der neuen Bundesländer eine den völlig veränderten Rahmenbedingungen entsprechende Neugestaltung in den Not- und Wechselfällen des Lebens mit Zugewinnen z.B. in der Altersversorgung, ebenso aber Verluste und Ungleichheiten im Bereich des Arbeitsmarktes und sozialer Sicherheit. Die bindende Übernahme der bundesdeutschen Sozialgesetzgebung erklärte diese als bewährt und für (zunächst) nicht reformbedürftig

Die Vereinigung brachte für fast alle Bürger der neuen Bundesländer wichtige demokratische Zugewinne, ebenso aber Verluste im Bereich sozialer Sicherheit. Für das bundesdeutsche System bot es die Chance - aufgrund des Fehlens der „Konfrontationspolitik“ -, die soziale Sicherung relativ schnell von ihren solidarischen Wurzeln lösen zu können und der Privatisierung - unter dem Deckmantel der Individualisierung - zum Durchbruch zu verhelfen. Der Einstieg in den Ausstieg wurde möglich.

Insgesamt gesehen zielte die „Sozialunion“ nicht auf ein besseres und neues „Gemeinsames“, sondern letztlich auf eine Übernahme des zu akzeptierenden Sozialrechts und Leistungssystems der Bundesrepublik. Die Angleichung betraf nicht Inhalte, sondern den Zeitrahmen der Übernahme - mit einer weitgehenden Übereinstimmung in den sozialen Strukturen sowie den Wegen und Methoden sozialer Sicherung. Selbst 25 Jahre nach der Vereinigung noch existierende Ungleichheiten und Unterschiede (Einkommensniveau/Rentenrecht) sind noch dort vorhanden, wo durch finanzielle Minderausgaben dem Staat und der Wirtschaft zu höherer Effizienz verholfen wird. Der Prozess der Sozialunion lässt bis in die Gegenwart auch die Entwicklung sozialer Dialogfähigkeit innerhalb und zwischen den alten und neuen Bundesländern außer Acht.

⁷²⁰ Siehe hierzu: Winkler, Gunnar: Sozialunion - Sozialpolitik, in: „Sozialunion“, Institut für Soziologie und Sozialpolitik der AdW der DDR, Berlin, Mai 1990, S. 7 ff.

⁷²¹ Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik - Bonn, 18. Mai 1990.

⁷²² Ebenda, Anhang III.

⁷²³ Siehe hierzu: Winkler, Gunnar: Sozialunion - Sozialpolitik, in: „Sozialunion“, Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin, Mai 1990, S. 7 ff.

Gerade im sozialen Bereich empfinden die Menschen, wie die Gesellschaft zu ihnen steht, wie sie sich ihnen gegenüber verhält. Ob als gleichberechtigtes und gleichbehandeltes Glied der Gesellschaft oder als Teil eines Systems, das bestimmte soziale Gruppen de facto oder per Gesetz ungleich behandelt und ihnen die Chance verwehrt, für sich selbst gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Insofern wurde rasch deutlich, dass es bei der Sozialunion um mehr ging als um eine soziale Flankierung oder soziale Abfederung des Übergangs in die Bundesrepublik. Der Einigungsvertrag ging auf sozialem Gebiet davon aus, dass mit der Übernahme der politischen und ökonomischen Strukturen der Bundesrepublik für Ostdeutschland auch die Übernahme der bundesdeutschen Sozialgesetzgebung bindend ist. Die Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik wurde als bewährt, für nicht reformbedürftig erklärt und für Ostdeutschland übernommen. So wurden⁷²⁴

- mit dem Einigungsvertrag 777 bundesdeutsche Rechtsvorschriften (fast alle für DDR-Bürger unbekannt) in Kraft gesetzt;
- 237 Rechtsvorschriften der DDR erheblich verändert;
- von April 1990 bis Oktober 1990 rd. 300 neue Gesetze und Verordnungen erlassen, die das Leben der DDR-Bürger beeinflussten.

Eine Vielzahl von Anlagen im Einigungsvertrag enthielt darüber hinaus Termine für Übergangsregelungen, die später zum Teil mehrfach geändert wurden (Beispiel: Sozialzuschlag für Rentner, Zugangsmöglichkeit für Altersübergangsgeld). Bis in die Gegenwart bestehen in bestimmten Bereichen (Rentenrecht, Tarifrecht usw.) zwei Rechtsgebiete. Das Leben mit völlig veränderten Rechtsgrundlagen und die Aneignung dazu erforderlicher Grundkenntnisse waren eine einmalige Anpassungs- und Integrationsleistung der Bürger der neuen Bundesländer.

Von Anbeginn wurden insbesondere in der Bevölkerung Hoffnungen auf Beibehalt sozialer Leistungen und deren Verbesserung genährt (blühende Landschaften, Rentenangleichung bis 1994, rasche Reduzierung der Arbeitslosenzahlen usw.), um den Übergangsprozess politisch abzusichern. Bereits 1990 warnten führende westdeutsche Sozialwissenschaftler davor, dass die Nichtherstellung gleicher Sozialstandards zu einer erneuten Wanderungsbewegung führen würde.⁷²⁵ Ebenso wie eine Angleichung nicht bedeuten könne, bessere Standards der DDR auf „Westniveau“ herabzudrücken, wurden Ergänzungen für die Sozialordnung der Bundesrepublik gefordert.⁷²⁶

Neben der totalen Änderung der Sozialgesetzgebung und Rechtsordnung waren die Neustrukturierung der sozialen Sicherungssysteme sowie der Wohlfahrtsarbeit, d.h. der gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Betreuung, tiefgreifende Einschnitte. Hinzu kommt, dass sich in den neuen Bundesländern zwei Prozesse miteinander verbanden: die schrittweise Übernahme des Systems sozialer Sicherungen der Bundesrepublik sowie der Um- und Abbau sozialer Sicherungen in Ost wie West. Noch nicht voll Wirksames wurde bereits dem großen Ziel der sog „großen Volksparteien“ unterworfen: den Sozialstaat neu zu strukturieren (sprich: abzubauen).

Selbst unter der Bedingung, dass Sozialunion als komplette und verbindliche Übernahme des (alt-)bundesdeutschen Systems verstanden wird, kann nicht von einer erreichten Sozialunion gesprochen werden, da in wichtigen Bereichen noch unterschiedliches Recht Gültigkeit hat (z.B. Rentenrecht) bzw. eine Angleichung flächendeckend nicht erreicht wurde (Einkommen/Arbeitsmarkt) bzw. auch in den nächsten 25 Jahren nicht erreichbar ist (Ungleichheit der Wirtschaftsstrukturen).

⁷²⁴ Vgl. Bönninger, K.: Statement, in: Von der Einigung zur Einheit, Düsseldorf 1991, S. 117.

⁷²⁵ Vgl. Lampert, H.: Sozialpolitische Aufgaben der Umgestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung der DDR, APuZ 33/1990, S. 28.

⁷²⁶ Ebenda.

6.3 Sozialstrukturen

Die subjektive Schichtzuordnung in Ost und West ist gegenläufig. Der Anteil der sich der Mittelschicht Zuordnenden im Osten steigt - ohne dass eine eigenständige Oberschicht aufgebaut werden konnte, während im Westen die in letzten Jahren viel besprochene „Erosion der Mittelschicht“ voranschreitet.

Bis in die Gegenwart treten charakteristische strukturelle Unterschiede bei den Bildungs- und Erwerbsstrukturen der Bürger zwischen Ost und West auf. Sie reflektieren die unterschiedliche Sozialisation in der Bundesrepublik und der DDR bis 1990 sowie die hohe berufliche Mobilität der Bürger der neuen Länder seitdem.

6.3.1 Subjektive Schichtzuordnung

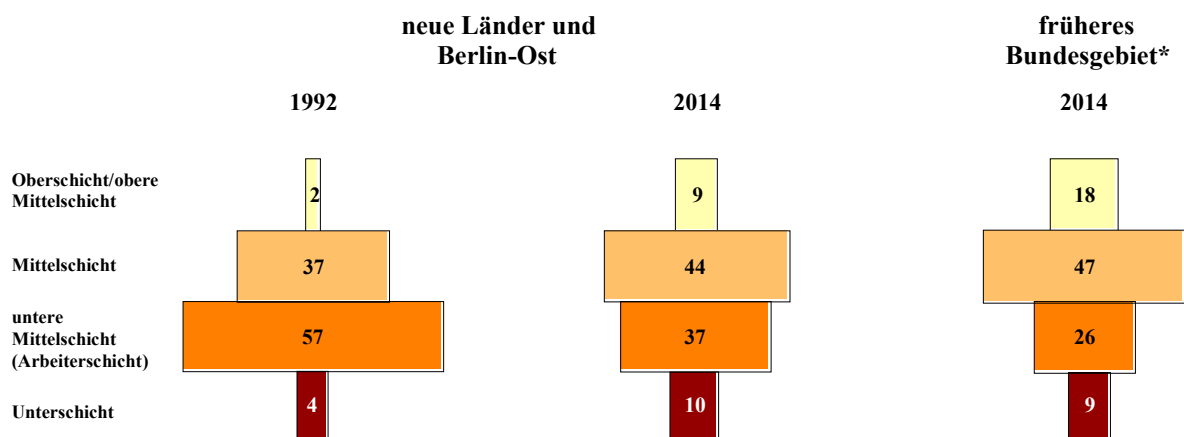
Die Gliederung der Gesellschaft in einzelne Schichten (Unterschicht, untere Mittelschicht, Mittelschicht, obere Mittelschicht, Oberschicht) ist durchaus umstritten und erneut in Gang gekommen. Sie entstand bekanntlich in Auseinandersetzung mit der Marx'schen Klassentheorie und sollte insbesondere mit der Hervorhebung der Mittelschicht „positives Denken“ in der Arbeiterklasse setzen, sollte die individuelle Entwicklung hervorheben anstatt gemeinsamer Abhängigkeitsverhältnisse im Arbeitsprozess (Arbeiter/Kapitalist). Inzwischen hat der „Aufstieg“ in die Mittelschicht an Glanz verloren, immer mehr von ihnen gleiten ab „nach unten“ in die Unterschicht. Diese gewinnt zahlenmäßig und ist nicht mehr pauschal mit individuellem Versagen, als Sozialschmarotzertum, als Ausruhen in der sozialen Hängematte abzutun. Die zunehmende Erosion der Mittelschicht, ihr sozialer Abstieg zwingt dazu, von der These der individuellen Unfähigkeit oder des asozialen Verhaltens abzurücken. Ein System, in welchem das „Prekariat“ wächst, Armut ansteigend ist, kann sich nicht von einem größer werdenden Teil seiner Bürger pauschal distanzieren.

Wie der Einzelne sich aufgrund seiner Lebenslagen und sozialen Position in gesellschaftliche Strukturen selbst einordnet, ist natürlich von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, die vor allem aus der Position im Erwerbsprozess (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbstständige), der erworbenen Qualifikation und ihrer möglichen Nutzung für die eigene Lebensgestaltung, dem damit zu erwerbenden bzw. erworbenen sowie ererbten Einkommen/Vermögen sowie der biografischen Entwicklung des Einzelnen (inkl. seiner sozialen Veränderungen z.B. vor und nach 1990) resultieren.

Insgesamt ordnen sich 2014 in Deutschland⁷²⁷ 10 % der Bürger ab 18. Lebensjahr der Unterschicht, 28 % der unteren Mittelschicht (Arbeiterschicht), 46 % der Mittelschicht und 17 % der oberen Mittelschicht bzw. Oberschicht zu. Insbesondere in Ostdeutschland (ohne Berlin-West) rechnen sich 11 % der Unterschicht zu, aber 37 % der unteren Mittelschicht (Arbeiterschicht), 42 % der Mittelschicht und 9 % der oberen Mittelschicht bzw. Oberschicht (im Osten scheidet ein gesonderter Ausweis der Oberschicht an deren geringer Besetzung aufgrund des Fehlens einer einheimischen Oberschicht). In den alten Bundesländern (inkl. Berlin-West) betragen im Jahr 2014 die analogen Zuordnungen: 9 % Unterschicht, 26 % untere Mittelschicht (Arbeiterschicht), 47 % Mittelschicht, 17 % obere Mittelschicht und 1 % Oberschicht.

⁷²⁷ Die Gruppierung in Unter-, Arbeiter-, Mittel-, obere Mittel- und Oberschicht folgt dem in der bundesdeutschen Soziologie verwendeten Schichtmodell und wurde aus Vergleichszwecken mit westdeutschen Untersuchungen übernommen. Anstelle der Kategorie Arbeiterschicht ist „untere Mittelschicht“ geeigneter.

Abbildung 6.6: Subjektive Schichtzuordnung - nach Regionen - 1992/2014 - in Prozent -



* inkl. Berlin-West

Datenbasis: sfz/leben 1992/2014 (gew.)

Analysen der Friedrich-Ebert-Stiftung (Ende 2015) gelangen mit einer Selbstzuordnung von 41 % der Ostdeutschen z.B. zur „Arbeiterschicht“ zu einem vergleichbaren Ergebnis.⁷²⁸

Die Bürger in Ostdeutschland gingen in ihren Bewertungen in den ersten Jahren nach 1990 noch stärker von einem aus früheren Jahren übernommenen Klassen- und Schichtmodell aus (Arbeiter und Angestellte), orientierten sich aber im Zeitverlauf zunehmend an „neuen“ Strukturen und Leitbildern, aber auch an bestehenden Ungleichheiten zwischen Ost und West. Trotzdem gilt - wenn auch in abnehmendem Maße - noch immer: „Das Bild einer durch die Klassenzugehörigkeit bestimmten Lebenslage und in Klassen gespaltenen Gesellschaft (ist) in der ostdeutschen Bevölkerung sehr viel verbreiteter als in der westdeutschen.“⁷²⁹ Das betrifft insbesondere ältere Bürger, welche sich jeweils zu 39 % der Arbeiterschicht und zu 45 % der Mittelschicht zuordnen. Jüngere Bürger unter 25 Jahren sehen sich selbst zu 49 % als Angehörige der Mittelschicht und zu 13 % als der oberen Mittelschicht zugehörig. Während bei Älteren immer noch das traditionelle DDR-Struktur-Bild bestimmend ist, welches „Arbeiter“ nicht als abwertend empfindet, haben sich insbesondere studierende junge Menschen an bundesdeutsche Denkmuster angepasst. Allein das Studium zählt als hinreichende Ausgangsposition für eine „gehobene“ Schichtposition. Die Aussage westdeutscher Wissenschaftler, dass „sich die ostdeutsche Bevölkerung innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Schichtengefüges deshalb niedriger einstuft, weil sie sich nach wie vor mit der westdeutschen vergleicht und aus dieser Perspektive Statusdefizite wahrnimmt“⁷³⁰, scheint jedoch - wenn auch langsam - an Bedeutung zu verlieren.

Kennzeichnend für die neuen wie alten Länder ist eine z.T. unterschiedliche Entwicklung, d.h.

- nachdem im Osten zunächst der Anstieg der sich der Unterschicht Zuordnenden bis Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts erfolgte (Reflexion der Stagnation der Lebenslageentwicklung sowie des Angleichungsprozesses, bei gleichzeitig zunehmenden Anteilen von Bürgern in „prekären“ Arbeitsverhältnissen, vor allem auch in der Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen), steigt in den letzten Jahren der Anteil derer, die sich der Mittelschicht zuordnen. Letzteres ist natürlich auch vom gesellschaftlichen Bewertungsmuster geprägt.
- Im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-West gibt es eine Verschiebung von der oberen Mittelschicht in die Mittelschicht und von dieser in die untere Mittelschicht - das reflektiert die in

⁷²⁸ Heinrich, Roberto et. al., a.a.O., S. 16.

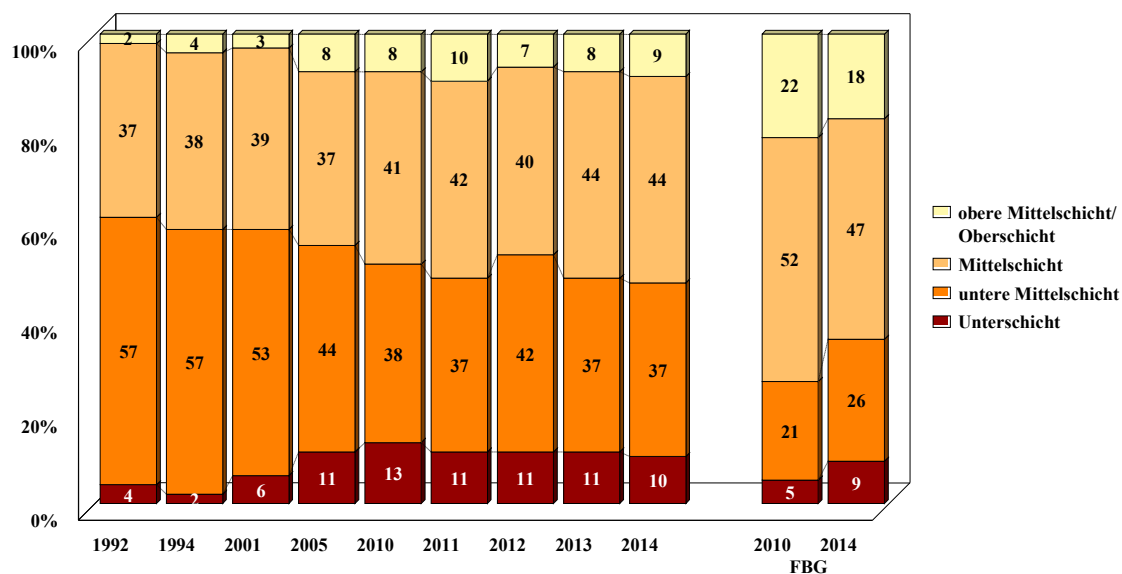
⁷²⁹ Vgl. Noll, H.H.: Wahrnehmung und Rechtfertigung sozialer Ungleichheit 1991-1996, in: H. Meulemann (Hrsg.): Werte und nationale Identitäten im vereinten Deutschland, Opladen 1998, S. 67.

⁷³⁰ Datenreport 2013, bpb Berlin 2013, S. 187.

letzten Jahren viel besprochene „Erosion der Mittelschicht“, die sich als Verlierer der Umverteilungsprozesse betrachtet, bei gleichzeitiger Zunahme des Anteils derjenigen, welche sich der Unter- und unteren Mittelschicht zuordnen.

- c) Kennzeichnend ist, dass die individuellen und familiären Einkommen zwischen Ost-West eine geringere Rolle spielen als z.B. bei Zufriedenheiten und Bewertungen der wirtschaftliche Lage - mehrheitlich zwischen 95 und 100 % beträgt (Ausnahme individuelle Einkommen der oberen Mittelschicht) die Einkommensangleichung bezogen auf soziale Schichten. Vor allem in dem Maße, wie die Bürger in den Erwerbsprozess eingebunden sind, ordnen sie sich der Mittelschicht bzw. oberen Mittelschicht zu, während Arbeitslose sich naturgemäß eher der Unterschicht zurechnen.

Abbildung 6.7: Welcher der folgenden Schichten rechnen Sie sich am ehesten zu?
 - neue Länder und Berlin-Ost 1992 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014
 - in Prozent -



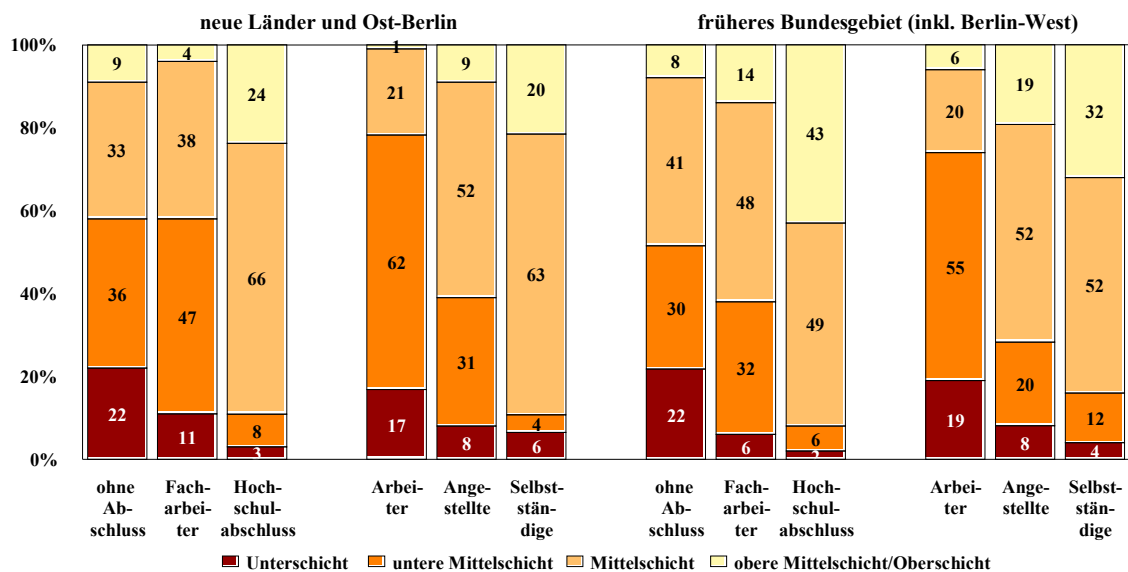
Datenbasis: sfz/leben 1992-2014 (gew.)

Bei den Veränderungen im Osten ist auch zu beachten, dass besonders im Vergleich zu den alten Bundesländern gilt, dass der Anteil der Bürger mit einem „Karriereknick“, d.h. einer zum Teil völligen Neuorientierung im beruflichen Leben, zwar unvergleichlich höher ist, aber in abnehmendem Maße als Zuordnungsmerkmal gewertet wird. Es war in den 90er Jahren eine mehrheitlich erzwungene höhere berufliche Mobilität vorhanden, die aus einem als relativ sicher angenommenen Lebensverlauf heraus zu nicht geplanten und nicht gewollten Entwicklungen führte - für Teile mit sozialem Aufstieg, für andere mit sozialem Abstieg verbunden waren (Arbeitslosigkeit, sozialer Status, Wechsel der Erwerbstätigkeit usw.). Der Rückgang der sich der Arbeiterschicht (untere Mittelschicht) Zuordnenden, war/ist ohne Zweifel sowohl mit dem realen Rückgang der klassischen Arbeiterberufe und als der als Arbeiterinnen/Arbeiter Beschäftigten verbunden, als auch mit der neuen „Wertschätzung“ von Arbeitern im Verhältnis zur Mittelschicht.

Die subjektive Schichtzuordnung weist darüber hinaus auf einige charakteristische Merkmale im Ost-West-Vergleich hin:

- Hinsichtlich der individuellen Zuordnung in Abhängigkeit von der beruflichen Qualifikation ist eine nahezu deckungsgleiche Selbstbewertung der Bürger mit Hochschulabschluss feststellbar. Facharbeiter ordnen sich im Westen eher der Mittelschicht zu. Die Selbsteinschätzung im Westen ist qualifikationsabhängiger (und den damit entsprechenden Positionen in der beruflichen Stellung).

Abbildung 6.8: Subjektive Schichtzuordnung und Qualifikation/sozialer Status
- nach Regionen - 2014 - in Prozent -

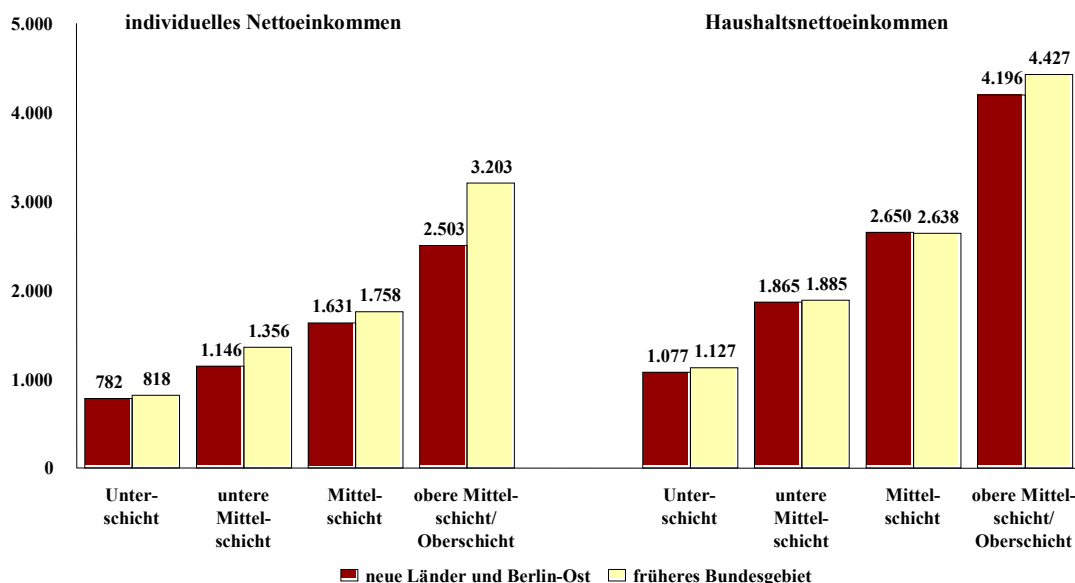


Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

- Aufgrund des Fehlens von einheimischen Eliten im Osten weisen Erhebungen einen äußerst geringen Anteil von Bürgern aus, welche sich der „Oberschicht“ zuordnen - wobei auch nicht zu übersehen ist, dass die in den neuen Ländern lebenden Bürger, welche 1990 noch in der Bundesrepublik lebten, sich überdurchschnittlich hoch der oberen Mittelschicht/Oberschicht zuordnen (24 %).
- Analoges trifft für die berufliche Stellung zu. Bei vergleichbarer Grundstruktur für Arbeiter und Angestellte ist z.B. der Anteil der Selbstständigen, welche sich der oberen Mittelschicht bzw. Oberschicht zuordnen, im Westen mit 32 % deutlich höher als im Osten (20 %).
- Generell gilt für Ost wie West eine starke Zuordnung in Abhängigkeit vom Einkommen - sowohl das individuelle als auch das Haushaltsnettoeinkommen betreffend. Die nachfolgende Abbildung 6.9 macht jedoch den bereits genannten spezifischen Effekt sichtbar, der in der hohen Einkommensgleichheit zwischen Ost und West auf Ebene der sozialen Schichten sichtbar wird - mit Ausnahme der oberen Mittelschicht beim individuellen Nettoeinkommen.

Die Daten verweisen - bei aller „Homogenität“ der Lebensverhältnisse insgesamt auf nachweisbare Differenzierungen nicht nur in den Einkommensrelationen, sondern auch in den Wohnverhältnissen sowie den armutsgefährdenden Anteilen an der jeweiligen Schicht und anderen Zuordnungsmerkmalen hin.

Abbildung 6.9: Subjektive Schichtzuordnung und Einkommen - nach Regionen
- 2014 - in Euro -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Tabelle 6.1: Ausgewählte Vergleichswerte der Schichtstruktur - nach Regionen* - 2014 -

Indikator	ME	Region	Unterschicht	untere Mittelschicht	Mittelschicht	obere Mittelschicht/Obersch.	dar. Oberschicht
Allgemeine Zufriedenheit (zufrieden)	%	NBL	11	45	71	83	85
		FBG	10	45	66	82	
Erwartungen (Hoffnungen)	%	NBL	11	13	24	40	35
		FBG	7	13	21	26	
Individuelle wirtschaftliche Lage (zufrieden)	%	NBL	2	25	58	89	88
		FBG	-	40	56	85	
Individuelles Nettoeinkommen (monatlich)	Euro	NBL	783	1.146	1.632	2.502	3.838
		FBG	816	1.356	1.758	3.203	
Wohnen in Eigentum	%	NBL	13	34	44	56	77
		FBG	9	35	47	67	
Qualifikation - (ohne beruflichen Abschluss)	%	NBL	26	12	9	13	-
		FBG	62	30	23	11	
Qualifikation (Hochschulabschluss)	%	NBL	5	4	29	53	59
		FBG	4	4	20	45	

* neue Länder und Berlin-Ost/früheres Bundesgebiet inkl. Berlin-West

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Die vorgenommenen subjektiven Schichtzuordnungen verweisen vor allem - bezogen auf ihre soziale Strukturiertheit - darauf, dass

- die allgemeine Lebenszufriedenheit derer, die sich in Ost wie West der jeweiligen Schicht zuordnen, keine generell abweichenden Zusammenhänge erkennen lässt;
- den jeweiligen Durchschnittseinkommen (individuelles Nettoeinkommen) eine 96-prozentige Angleichung bei der Unterschicht, im Gegensatz zur 78-prozentigen oberen Mittelschicht/Oberschicht - was auf die auch bei anderen Indikatoren nachgewiesenen hohen gleichwertigen Lebensverhältnisse der ärmeren Teile der Bevölkerung in Ost und West verweist;
- die allgemeine Unterschiedlichkeit des Stellenwertes der Grundwerte Freiheit und soziale Sicherheit sich auch innerhalb der Schichtbewertungen abzeichnet - mit zunehmender Tendenz Richtung obere Mittelschicht.

Wird die Schichtstruktur nach dem Anteil der unterhalb der Armutsrisikoschwelle Lebenden geordnet, d.h. nach dem pro-Kopf-bezogenen Haushaltsnettoeinkommen, so ergibt sich:

- innerhalb der Unterschicht sind es in den neuen Ländern 58 %, welche in Armut leben, 61 % im Westen;
- in der unteren Mittelschicht betrifft es: 16 % (Ost) und 18 % West;
- in der Mittelschicht sind es 14 % bzw. 10 % und in der oberen Mittelschicht 2 % bzw. 1 %.

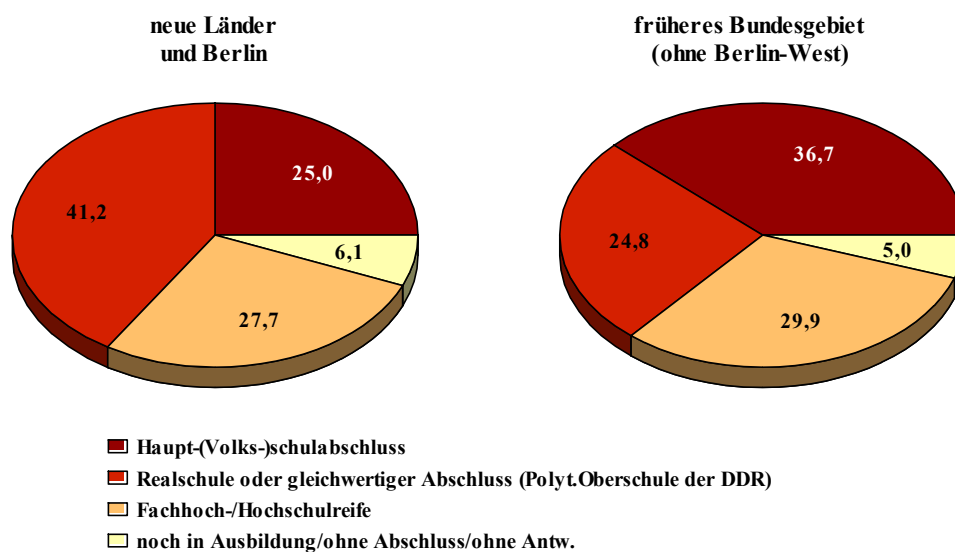
Der Vergleich über die Jahre lässt die zunehmenden sozialen Ungleichheiten hervortreten, so erhöhte sich die Differenz in den individuellen Nettoeinkommen zwischen der Unterschicht, die 1992 im Osten nur(!) rd. 65 Euro zur unteren Mittelschicht betrug, auf 410 Euro, der Abstand zur Mittelschicht von 170 Euro auf 870 Euro und zur oberen Mittelschicht von 230 Euro auf 1.720 Euro. Im Osten nahm seit 1992 in der Unterschicht der Anteil der Bürger ohne beruflichen Abschluss zu (von 23 auf 27 %) und in der oberen Mittelschicht derjenigen, die über einen Hochschulabschluss verfügen (von 43 auf 54 %).

Insgesamt bieten die Entwicklungen der letzten Jahre allen Anlass, mit Sorge die weiter zunehmenden sozialen Ungleichheiten zu verfolgen.

6.3.2 Bildungs- und Erwerbsstrukturen

Die Systeme zur Erlangung eines allgemeinen Schulabschlusses unterschieden sich bis 1990 bei den heutigen Bürgern der neuen Länder und dem früheren Bundesgebiet durch die nicht kongruenten Schulsysteme zwischen DDR und Bundesrepublik. In den neuen Ländern besteht inzwischen eine (abnehmende) Konzentration der Mehrheit der Bürger auf einen Bildungsabschluss in der „Polytechnischen Oberschule“, verbunden mit einem geringeren Anteil von Abschlüssen mit der Hochschulreife. Letzteres aufgrund der nachwirkenden in der DDR vorhandenen Begrenzungen des Hochschulstudiums, um die vorgegebene Übereinstimmung zwischen der Anzahl der von der Wirtschaft/den Einrichtungen benötigten abgeforderten Absolventen und den daraus abgeleiteten fachspezifischen Zulassungszahlen an Universitäten und Hochschulen zu sichern. Damit treten bis in die Gegenwart charakteristische strukturelle Unterschiede bei den Bildungsstrukturen der Bürger (vor allem ab 40. Lebensjahr) zwischen Ost und West auf. Sie reflektieren die unterschiedliche Sozialisation in der Bundesrepublik bis 1990 bzw. in der DDR.

Abbildung 6.10: Bevölkerung - ab 15. Lebensjahr - nach Bildungsabschluss und Regionen - 2015 - in Prozent -



Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.2, MZ 15_BAA1-1....., Wiesbaden 2016/Eigenberechnungen

Während bei der schulischen Bildung eher Unterschiede in den Schulstrukturen und deren Bezeichnung liegen, treten bei den beruflichen Qualifikationen deutlichere Unterschiede hervor. Das berufliche Ausbildungsniveau in Deutschland ist nach wie vor dreifach geteilt: in Ost und West, in Männer und Frauen sowie in deutsche und ausländische Bevölkerung. 73,6 % aller ab 15-jährigen in Deutschland lebenden deutschen und ausländischen Bürger verfügten 2015 über einen beruflichen Abschluss.⁷³¹

Der Anteil der Bürger ab 15. Lebensjahr ohne beruflichen Abschluss beträgt in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur 17,2 %, in den alten Bundesländern sind das 27,9 %. Über eine Lehr-/Berufsausbildung verfügen im Osten 52,7 %, in den alten Bundesländern 47,4 % (davon jeweils rd. 7 %, die noch in der Ausbildung sind). Eine detaillierte Analyse verweist dabei auf Folgendes⁷³²:

- Insbesondere ab 40. Lebensjahr werden auch zwischen Ost und West die unterschiedlichen Strukturen sichtbar - durch generell geringere Anteile von Bürgern ohne beruflichen Abschluss im Osten bei höheren Anteilen mit Berufsausbildung - das sind insbesondere „Nachwirkungen“ der hohen Ausbildungsquoten von Frauen in der DDR.
- Dabei gilt für den Osten wie den Westen, dass Männer nicht nur über höhere Ausbildungsquoten verfügen, sondern auch einen größeren Anteil an höher Qualifizierten haben - aber bei wesentlich geringeren Unterschieden im Vergleich zu den Frauen in den neuen Ländern. Der Anteil der Frauen mit abgeschlossener beruflicher Qualifikation beträgt im Osten 81,3 % im Gegensatz zum früheren Bundesgebiet mit nur 67,3 %, wobei der höhere Anteil von Ausländerinnen ohne beruflichen Abschluss zu berücksichtigen ist.

Die Anfang der 90er Jahre vorhandene höhere berufliche Qualifikation von Frauen wurde bis in die Gegenwart schrittweise abgebaut. Trotzdem haben Arbeit und Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und familiären Aufgaben für Frauen im Osten (noch) einen hohen/höheren Stellenwert.

- Mit der Übernahme marktwirtschaftlicher Strukturen wird die fehlende berufliche Bildung im Osten zu einem Auslaufmodell durch Anpassung. Vor allem Frauen weisen im Osten 18,3 % und im Westen 31,9 % ohne beruflichen Abschluss auf. Das betrifft z.B. in den Altersgruppen ab

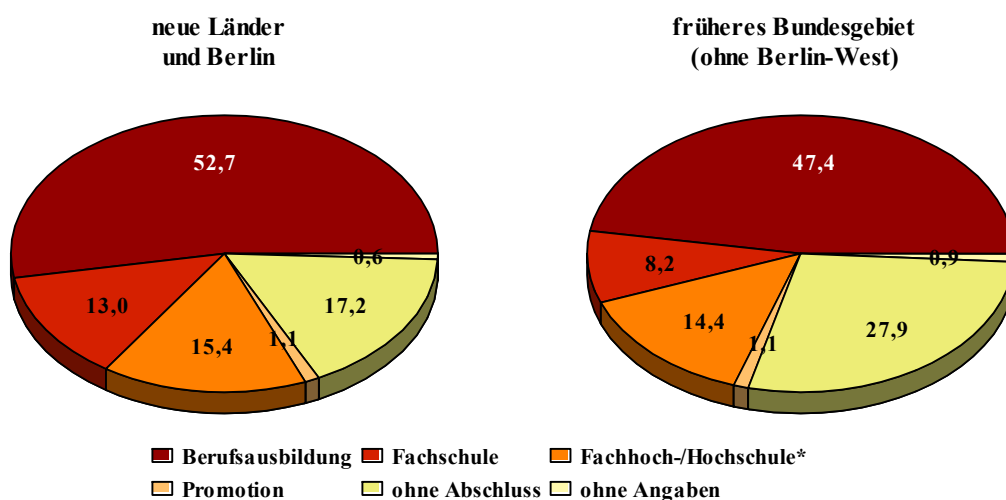
⁷³¹ Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Bildungsstand der Bevölkerung 2015, Wiesbaden 2016, S. 24/26.

⁷³² Ebenda, S. 45.

50. Lebensjahr in den neuen Ländern nur geringe Anteile von Bürgern ohne jeglichen beruflichen Abschluss, so in der Altersgruppe der 55- bis 65-Jährigen 6,8 % der Frauen und 6,1 % der Männer - im Vergleich im früheren Bundesgebiet: 21,8 % der Frauen und 13,1 % der Männer. Die Tendenz fehlender beruflicher Ausbildung ist - langfristig gesehen insbesondere im Osten - steigend.

- Kennzeichnend ist aufgrund der spezifischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung darüber hinaus, dass eine Vielzahl von Frauen und Männern in den neuen Ländern nach 1990 eine andere neue bzw. zweite berufliche Laufbahn einschlagen musste (über 50 % aller Erwerbstätigen) und demzufolge in vielen Fällen eine Doppel- bzw. Mehrfachqualifikation vorliegt.

Abbildung 6.11: Bevölkerung - ab 15. Lebensjahr - nach beruflichem Abschluss und Regionen - 2015 - in Prozent -



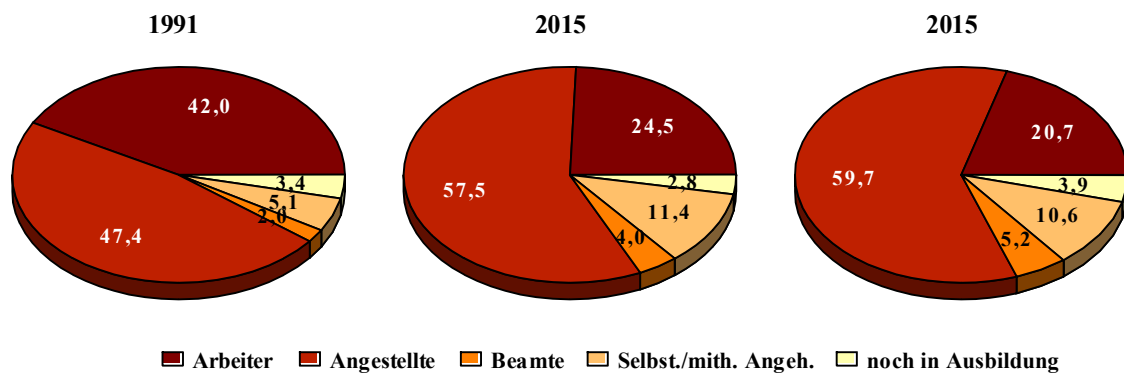
* Bachelor/Master/Diplom

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.2, MZ 15_BAA1-1....., Wiesbaden 2016/Eigenberechnungen

Die Entwicklung insbesondere zwischen 1990 und 2000 war vor allem mit einer Deindustrialisierung des Ostens und einer Entkollektivierung in der Landwirtschaft verbunden, bei Entwicklung der Dienstleistungssphäre und den mit dem politischen System verbundenen Strukturen. Das führte zu einem deutlichen Rückgang der Anteile der Arbeiter und Zunahme der Angestellten ebenso wie zur schrittweisen Herausbildung einer Beamtenschicht.

Der Anteil Selbstständiger stieg - in vielen Fällen jedoch Solo-Selbstständige mit Arbeitsförderungsinstrumenten. Einheimische Eliten - in den alten Ländern vorrangig konzentriert auf die 50- bis 65-Jährigen - fehlen in Spitzenpositionen der Wirtschaft, in der Kultur und Wissenschaft, ganz abgesehen von Staat, Justiz und Bundeswehr sowie analogen Sicherheitsorganen im Osten fast völlig - darüber können auch ein Bundespräsident und eine Bundeskanzlerin nicht hinwegtäuschen.

Abbildung 6.12: Erwerbstätige - nach Stellung im Beruf und Regionen - 1991/2015 - in Prozent -
neue Länder und Berlin* früheres Bundesgebiet

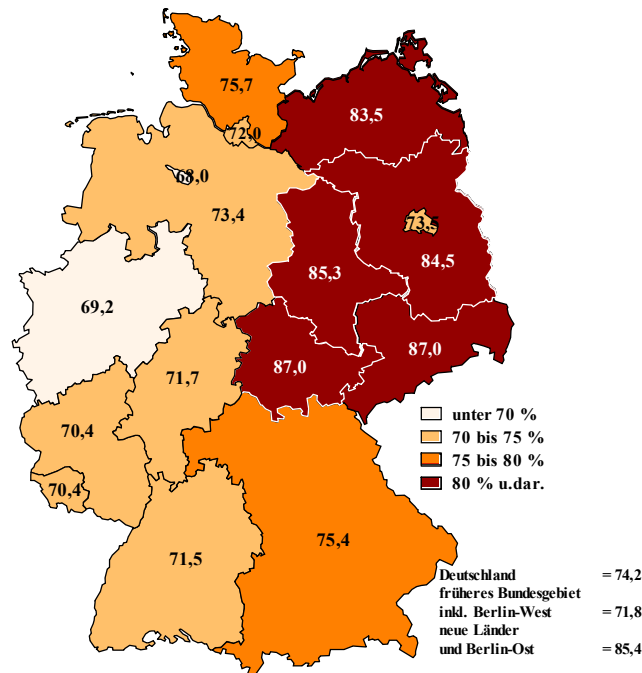


* 1991 nur Berlin-Ost

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2015, Fachserie 1, Reihe 4.1.1, Tabelle MZ_15_B002_ET_Berufsgruppen..., Wiesbaden 2016

Insgesamt ist festzustellen, dass aufgrund der unterschiedlichen historischen Entwicklung die Bevölkerung in den neuen Ländern und Berlin mit 82,4 % nach wie vor über einen höheren Anteil an Bürgern mit abgeschlossener beruflicher Qualifikation verfügt - bei geringem Anteil von Bürgern ausländischer Herkunft - welcher deutlich über dem Niveau des früheren Bundesgebietes (ohne Berlin-West) mit 71,4 % und Deutschlands mit 73,6 % insgesamt liegt.

Abbildung 6.13: Bevölkerung mit beruflichem Abschluss - ab 15 Jahre - nach Bundesländern - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Bildungsstand der Bevölkerung 2014, Wiesbaden 2015, S. 45

6.4 Sozialstaat - Sozialreformen (2008)

Für die Mehrheit der Bürger verbinden sich mit den bisher erfolgten Maßnahmen zum Umbau des Sozialstaates individuell empfundene Verluste.

Die Bürger der neuen Bundesländer setzen beim Ausbau des Sozialstaates nicht vorrangig auf „mehr Staat“ durch staatliche Absicherung, sondern auf breitere solidarische Grundlagen. Private Vorsorge findet nur sehr geringe Zustimmung.

Die Ursachen für die finanziellen Leistungsbeschränkungen des Staates werden vor allem in der Steuerpolitik zu Gunsten der Unternehmen/Wirtschaft sowie neuen internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik gesehen - interne Faktoren wie demografische Entwicklung und „zu hohe“ Sozialleistungen werden deutlich nachgeordnet.

2008 wurde seitens des SFZ im Rahmen der jährlichen empirischen Erhebung „Leben in den neuen Bundesländern“ eine spezielle Befragung der Bürger zu den Sozialreformen und sozialen Sicherungszielen - bezogen auf die neuen Bundesländer - vorgenommen. Datengrundlage waren die Antworten von 2.900 Bürgern ab 18. Lebensjahr aus den neuen Bundesländern und Berlin-Ost.

Die Ergebnisse, die an Aussagekraft nichts verloren haben, werden im Nachfolgenden, ohne Veränderungen und Kürzungen, wiedergegeben.⁷³³

1. Die Reformierung des Sozialstaates wird von der Mehrheit der Bürger der neuen Bundesländer für notwendig befunden.

Tabelle 6.2: Ist Ihrer Meinung nach die Reformierung des Sozialstaates notwendig?
- neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
ja	49	54	44	45	50	49	54	47	51	51
teilweise	37	36	38	39	41	39	32	34	39	32
nein	3	4	2	1	2	4	4	2	2	6
ich weiß nicht	8	4	12	14	6	7	6	9	6	10
ohne Antwort	3	3	4	-	1	2	3	8	2	1

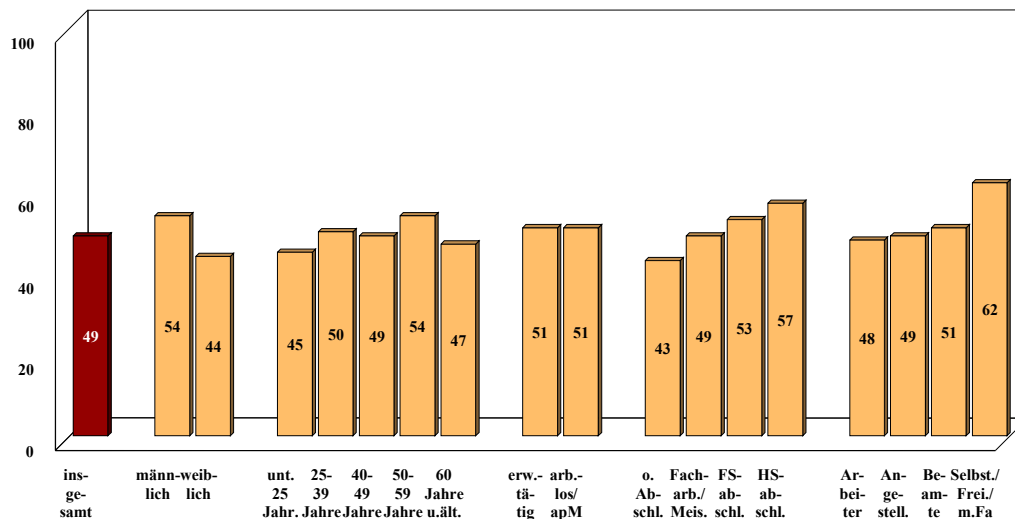
Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Im Gegensatz zu verbreiteten Annahmen hält die überwiegende Mehrheit der Bürger der neuen Bundesländer die Reformierung des Sozialstaates für notwendig, 49 % stimmen dem absolut zu, 37 % teilweise, nur 3 % wenden sich direkt dagegen (11 % „ich weiß nicht“ bzw. „ohne Antwort“). Vorhandene Differenzierungen sind relativ gering. Dabei sind die Motive zur Unterstützung von Sozialreformen durchaus unterschiedlich z.B. zwischen Arbeitnehmern und Selbstständigen bzw. der sozialen Situation des Einzelnen. Während Arbeitnehmer beim Ausbau des Sozialstaates stärker auf eine breitere Solidarbasis und staatliche Absicherung setzen, gehen Selbstständige und Höherverdienende eher von mehr privater Vorsorge aus.

Wenn die höchste Zustimmung zur notwendigen Reformierung durch Selbstständige/mithelfende Angehörige/Freischaffende (62 %) sowie 50- bis 59-Jährige (54 %) erfolgt, reflektiert das jedoch z.T. unterschiedliche Positionen über die dahinter verborgenen Inhalte. Unterdurchschnittlich wird die Reformierung des Sozialstaates unterstützt von der Altersgruppe unter 25 Jahren (45 %), Befragten ohne beruflichen Abschluss (43 %) sowie Frauen (44 %). Hinzuweisen ist auf den hohen Anteil von Befragten ohne beruflichen Abschluss (14 %) und Jüngeren (14 %), die mit „ich weiß nicht“ antworten.

⁷³³ Sozialreformen und soziale Sicherungsziele - Bewertungen und Vorstellungen der Bürger der neuen Bundesländer im Jahr 2008, SFZ, Berlin 2008.

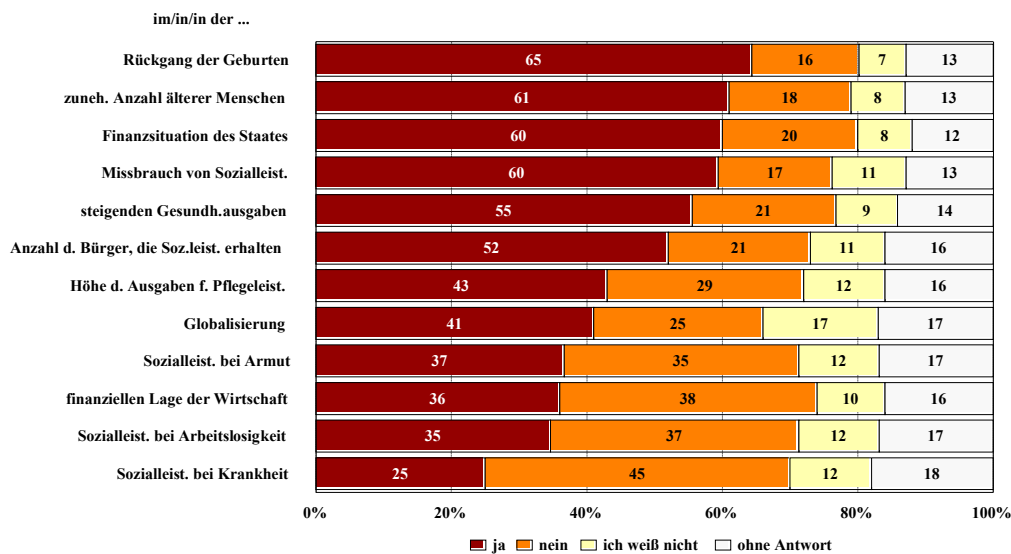
Abbildung 6.14: Ist Ihrer Meinung nach die Reformierung des Sozialstaates notwendig? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „ja“)



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

2. Die Ursachen für die Reformierung des Sozialstaates werden in den demografischen Veränderungen, Finanzierungsproblemen des Staates sowie zu hohen Sozialausgaben bzw. im Leistungsmisbrauch gesehen und sind Spiegelbild medialer „Leitbilder“.

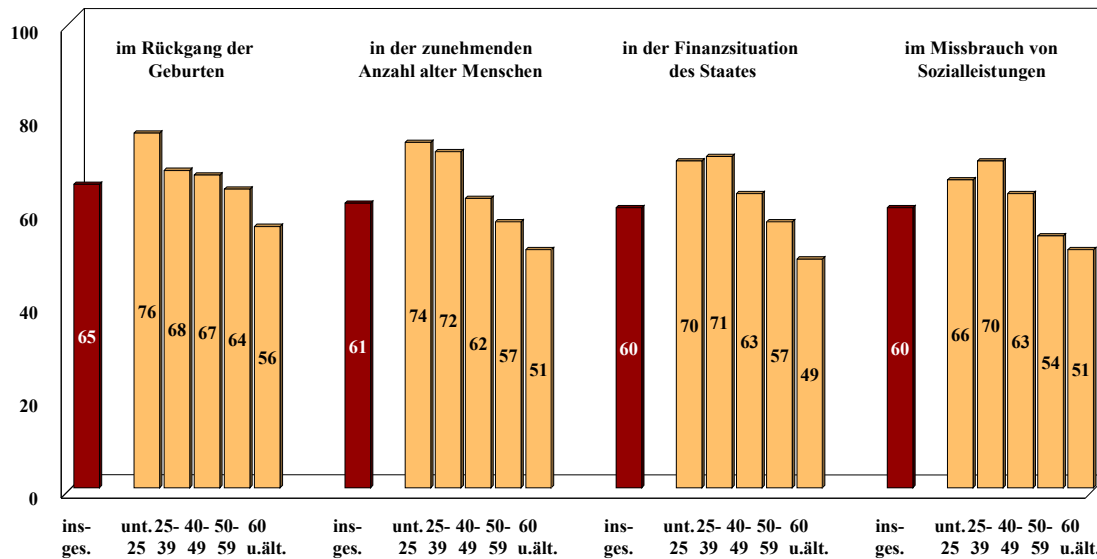
Abbildung 6.15: Wenn Ihrer Meinung nach der Sozialstaat zu reformieren ist, liegen die Ursachen dafür ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die für notwendige Reformen von den Bürgern benannten Ursachen für die notwendige Reformierung des Sozialstaates reflektieren die Wirksamkeit der von der Politik und den Medien transportierten Begründungen - insbesondere bei jüngeren Bürgern. An der Spitze stehen demografische Entwicklungen (Rückgang der Geburten = 65 % sowie der zunehmende Anteil älterer Menschen = 61 %), die Finanzsituation des Staates (60 %) sowie der Missbrauch von Sozialleistungen (60 %). Rd. zwei Drittel der Bürger stimmen diesen „Hauptursachen“ zu.

Abbildung 6.16: Wo liegen Ihrer Meinung nach die Ursachen für die Reformierung des Sozialstaates? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Steigende Ausgaben für Sozialleistungen (z.B. im Gesundheitswesen), zunehmende Anzahl von Bedürftigen/Leistungsempfängern sind dem nachgeordnet und rangieren noch hinter dem „gefühlten“ Missbrauch, obwohl dieser in der Realität bei ca. 1 % der Leistungsempfänger z.B. bei Hartz IV liegt. Die nationale und internationale Finanzsituation des Staates und der Wirtschaft werden nur von einem Drittel der Bürger als Ursache angesehen.

3. Für die Mehrheit der Bürger verbinden sich mit den bisher erfolgten Maßnahmen zum Umbau des Sozialstaates individuell empfundene Verluste. Sozialreformen werden mehrheitlich nicht als etwas „Gutes“ für den Einzelnen gesehen.

Die Bewertung der Wirksamkeit der bisherigen Sozialreformen auf die Situation des einzelnen Bürgers ist überwiegend negativ und steht im Gegensatz zum „wirtschaftlichen Aufschwung“. Nur 4 % der Bürger sehen die bisherigen Sozialreformmaßnahmen für sich als Gewinn, für 24 % sind diese sowohl mit Gewinnen als auch mit Verlusten verbunden. Die Mehrheit (57 %) sieht für sich vor allem Verluste (14 % „trifft nicht zu“/2 % ohne Antwort). Verluste beklagen im besonderen Maße die Altersgruppen der 50- bis 60-Jährigen (67 %), die Arbeitslosen (82 %) sowie Bürger mit einem Haushaltsnettoeinkommen/pro Kopf unter 750 Euro (69 %).

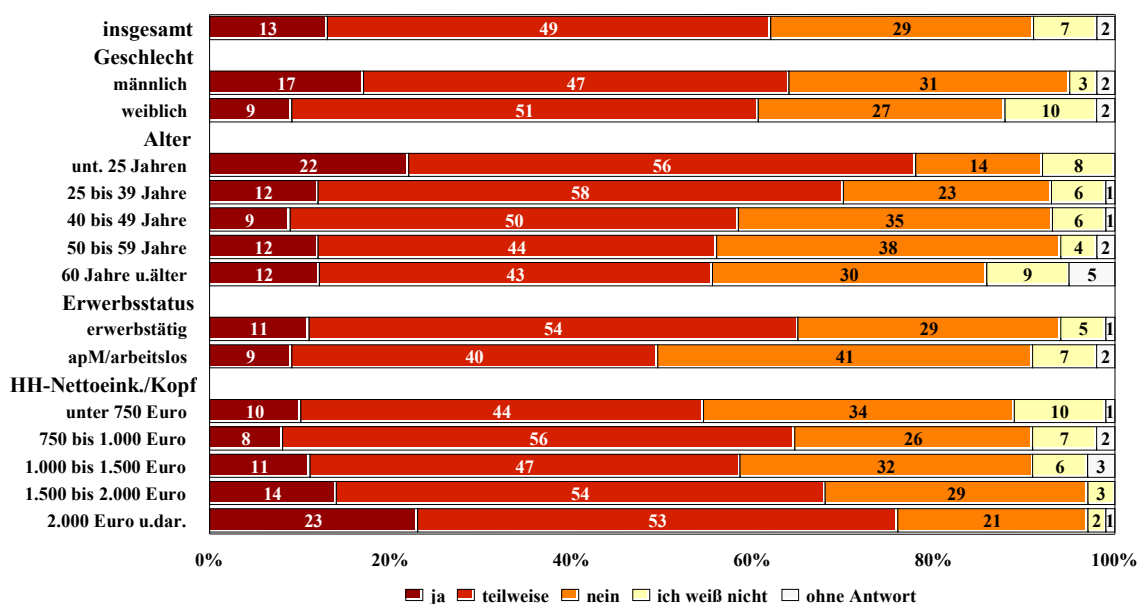
Tabelle 6.3: In den letzten Jahren hat es eine Vielzahl von Maßnahmen zum Umbau des Sozialstaates (Sozialreformen) gegeben. Wenn Sie das bezogen auf Ihre Situation betrachten, haben Sie dadurch ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
vor allem Gewinne	1	2	0	2	2	0	0	1	1	
mehr Gewinne als Verluste	3	3	3	7	3	2	2	3	4	0
Gewinne/Verluste sind gleich groß	24	24	24	19	26	25	21	25	27	15
mehr Verluste als Gewinne	43	43	42	35	45	46	48	40	47	49
vor allem Verluste	14	15	13	3	13	17	19	15	10	33
trifft für mich nicht zu	14	13	15	33	11	9	8	14	10	3
ohne Antwort	2	1	2	2	0	1	1	3	2	0

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Sozialreformen werden aufgrund eigener Erfahrungen und ihrer Akzeptanz von Sozialreformen nur von 13 % mit „etwas Gutem“ verbunden. Rd. die Hälfte (49 %) äußert „teilweise“. Positive Wertungen erfolgen vor allem durch junge Menschen (22 %), höhere Einkommensbezieher (23 %) sowie Selbstständige/Freischaffende (22 %). Im Gegensatz dazu verneinen Arbeitslose (41 %) sowie 50- bis 60-Jährige (38 %), dass Sozialreformen für sie sich mit „etwas Gutem“ verbinden.

Abbildung 6.17: Verbindet sich für Sie mit dem Begriff „Sozialreform“ eher etwas Gutes? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

4. Als „Gewinner“ der Sozialreformen werden vor allem die Banken und Versicherungen, der Staat und private Unternehmen, als „Verlierer“ dagegen generell Arbeitnehmer, behinderte Menschen, Senioren und Arbeitslose gesehen.

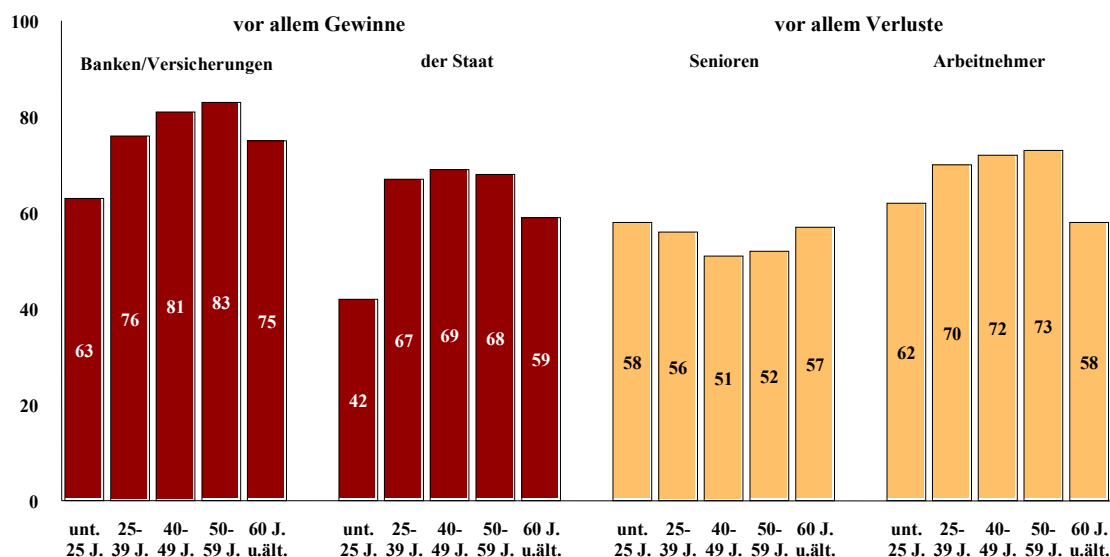
Tabelle 6.4: Wenn Sie die Frage nach Gewinnen und Verlusten beim Sozialumbau aus Sicht der Gesellschaft betrachten, wer hat dann vor allem Gewinne und Verluste?
- neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)

	mehr Gewinne	mehr Verluste	sowohl als auch	ich weiß nicht	ohne Antwort
Banken/Versicherungen	76	1	5	12	6
Betreiber privater Gesundheitseinrichtungen der Staat	64	4	9	17	6
Unternehmer	62	6	14	12	7
private Pflegedienstleister	53	10	22	10	5
Ausländer	49	8	17	20	6
Kommunen/Gemeinden/Städte	26	13	21	33	7
die Wohlfahrtsverbände	24	24	28	19	7
Arbeitslose	14	19	24	35	8
Frauen	8	58	18	10	6
Kinder/Jugendliche	7	38	28	21	6
behinderte Menschen	7	45	27	13	8
Senioren	6	40	20	28	6
Arbeitnehmer	5	55	23	11	6
	5	66	18	6	5

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die vorgenommene Bewertung der Bürger ist zweigeteilt: Als „Gewinner“ werden vor allem Banken, Versicherungen (76 %), private Gesundheitseinrichtungen (64 %), der Staat (62 %) und private Unternehmer (53 %) - im Besonderen im gesundheitlichen Bereich - angesehen. „Verlierer“ sind: Arbeitende generell (66 %), Arbeitslose (58 %), Senioren (55 %), Kinder und Jugendliche (45 %), behinderte Menschen (40 %) und Frauen (38 %).

Abbildung 6.18: Wenn Sie die Frage nach Gewinnen und Verlusten beim Sozialumbau aus Sicht der Gesellschaft betrachten, wer hat dann vor allem Gewinne und Verluste?
- nach Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Differenzierte Bewertungen werden vor allem in Abhängigkeit vom Alter sowie vom Einkommen vorgenommen. „Jüngere“ und „Ältere“ tendieren eher zu moderateren Bewertungen. Dass Senioren die Arbeitnehmer in geringerem Maße als „Verlierer“ betrachten, ist offensichtlich unterschiedlichen „Ent- bzw. Belastungen“ (z.B. Senkung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, Beitragshöhe für Pflegeversicherung) geschuldet.

5. Die wirklichen Ziele der gegenwärtigen Reformen zum „Umbau“ des Sozialstaates werden seitens der Bürger vorrangig in der Senkung der staatlichen Ausgaben und im Abbau staatlicher Verantwortung gesehen. Erhalt der SV-Systeme, Bewältigung des demografischen Wandels, erhöhte soziale Sicherheit und Umverteilung des Reichtums werden dem nachgeordnet.

Die Meinung der Bürger zu den Zielen der gegenwärtigen Reformen zum Umbau des Sozialstaates reflektiert

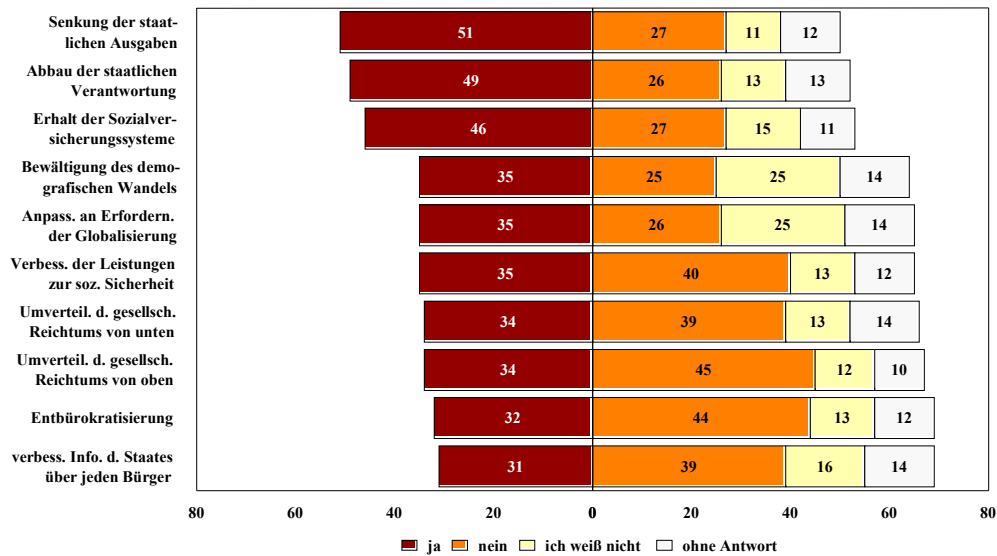
- den Vorrang staatlicher Interessendurchsetzung (Ausgabensenkung = 51 %, Abbau staatlicher Verantwortung = 49 %);
- die Reaktionen auf geänderte Rahmenbedingungen (Erhalt der SV-Systeme = 46 %, Bewältigung des demografischen Wandels = 35 %, Anpassung an Globalisierungserfordernisse = 35 %);
- sozialpolitische Aufgabenstellungen, verbesserte Leistungen für soziale Sicherheit = 35 %, Umverteilung von oben nach unten = 34 %, Umverteilung von unten nach oben = 34 %), die jedoch zuerst genannten Faktoren deutlich nachgeordnet werden.

Tabelle 6.5: Worin bestehen Ihrer Meinung nach die Ziele der gegenwärtigen Reformen zum 'Umbau' des Sozialstaates? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „ja“ - Mehrfachantworten möglich)

Die Ziele bestehen in der/im/in ...	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	apM./arb.los
Senkung der staatl. Ausgaben	51	60	42	51	59	62	56	36	60	53
Abbau der staatl. Verantwortung	49	59	39	40	54	60	54	39	56	52
Erhalt der Sozialversicherungssysteme	46	48	45	54	50	44	39	47	46	41
Bewältigung des demografischen Wandels	35	43	28	44	40	37	34	28	41	26
Anpassung an Erfordernisse der Globalisierung	35	42	28	49	39	30	32	31	36	32
Verbesserung der Leistungen zur sozialen Sicherheit	35	31	39	46	36	31	28	37	32	39
Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben	34	41	27	23	33	42	43	30	39	41
Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten	34	29	37	27	27	29	30	45	27	33
Entbürokratisierung	32	31	33	34	31	27	28	37	28	29
verbesserten Information des Staates über jeden Bürger	31	37	25	33	32	32	35	27	34	32

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Abbildung 6.19: Worin bestehen Ihrer Meinung nach die Ziele der gegenwärtigen Reformen zum 'Umbau' des Sozialstaates? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

6. Die Bürger der neuen Bundesländer sehen in der Sicherung eines von der Leistung abhängigen erreichten Lebensniveaus das vorrangige Anliegen der staatlichen Sozialpolitik. Eine Minimalsicherung für alle hat den Vorrang vor einer Grundsicherung nur für Bedürftige.

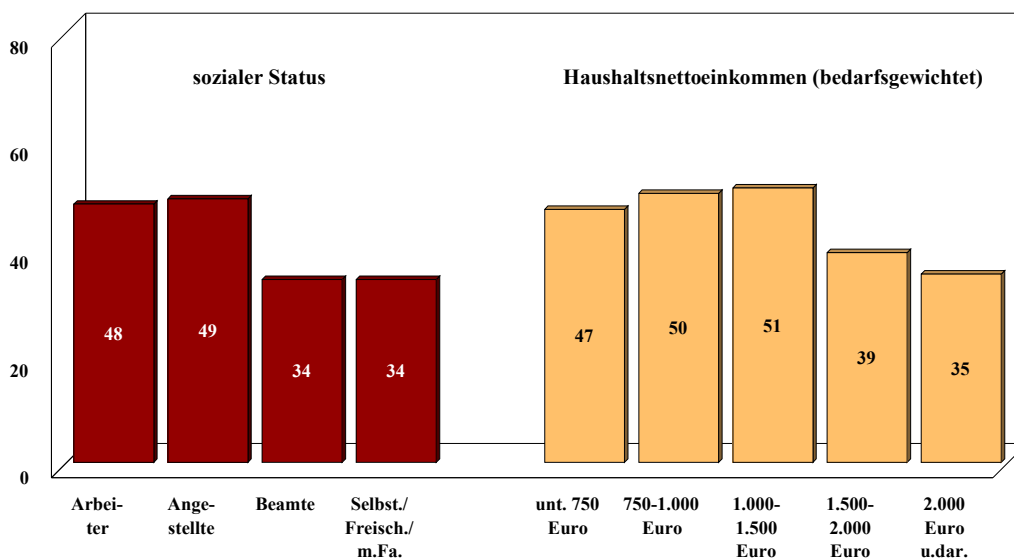
Tabelle 6.6: Sollte Ihrer Meinung nach staatliche Sozialpolitik ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
Versorgung auf bisherigem Lebensniveau sichern	46	46	46	33	41	44	47	55	43	53
nur Minimalsicherung, aber für alle	28	29	28	41	34	26	28	21	30	27
Grundsicherung für wirklich Bedürftige vorhalten	13	13	12	13	13	13	13	12	13	11
Bürger befähigen, für sich Eigenverantwortung zu tragen	9	9	9	8	10	13	8	6	12	5
ohne Antwort	4	3	5	5	2	4	3	6	2	4

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

In der Sicherung eines vom Einzelnen erreichten Lebensniveaus sieht fast die Hälfte der Bürger (46 %) ein Anliegen der Sozialpolitik. Dieser Anspruch nimmt mit dem Alter zu. Während junge Bürger vorrangig eine Minimalsicherung für alle (41 %) als Anliegen staatlicher Leistungspolitik sehen und weniger Lebensstandardsicherung (33 %), gehen ältere Bürger zu 55 % von einem durch den Staat abzusichernden „Bestandsschutz“ aus.

Abbildung 6.20: Forderung nach „Lebensstandardsicherung“ in Relation zum Haushaltsnettoeinkommen (bedarfsgewichtet) und sozialen Status - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Mit steigendem Einkommen wird die „Befähigung zur Eigenvorsorge“ hervorgehoben (21 % mit individuellem Nettoeinkommen von über 2.000 Euro/Monat), ebenso von Befragten mit höherem beruflichen Abschluss (11 %) und mittleren Altersgruppen. Frauen und Männer äußern sich insgesamt gleich. Die Gewährung einer Grundsicherung nur für Bedürftige wird relativ übereinstimmend, jedoch auf niedrigem Niveau (13 %), von allen sozialen Gruppen und Schichten unterstützt.

7. Die Bürger der neuen Bundesländer setzen beim Ausbau des Sozialstaates nicht vorrangig auf „mehr Staat“ durch staatliche Absicherung, sondern auf breitere solidarische Grundlagen. Private Vorsorge findet nur sehr geringe Zustimmung.

Tabelle 6.7: Wenn Sie zu befinden hätten, wie der weitere Ausbau des Sozialstaates vor allem erfolgen sollte, wären Sie für ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -

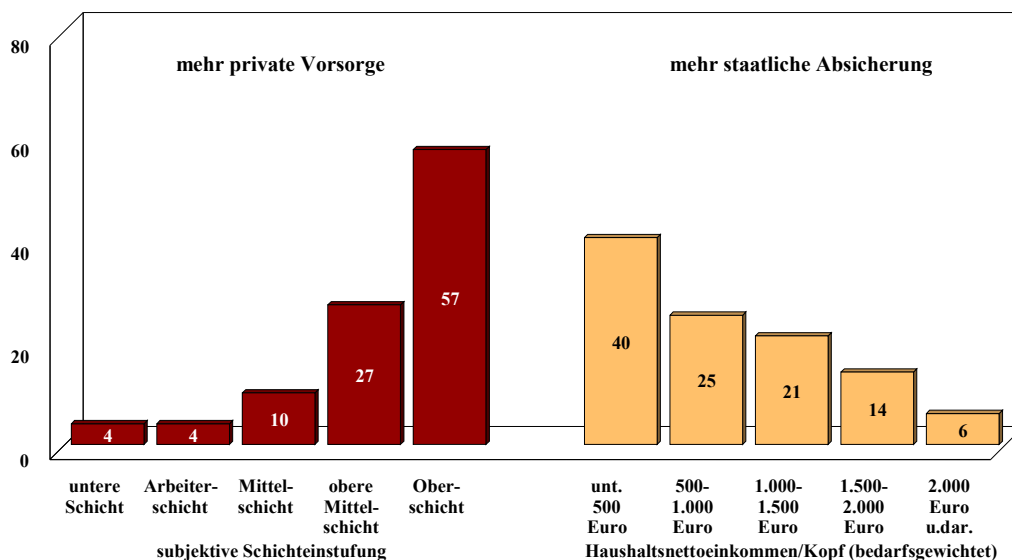
	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Sozialversicherung	33	33	33	17	22	35	36	43	31	27
eine breitere Basis in d. Versicher.systemen	32	36	29	25	35	36	34	31	37	30
mehr staatliche Absicherung	24	18	30	37	28	23	22	18	22	36
mehr priv. Vorsorge	7	10	5	17	12	5	4	4	8	3
ohne Antwort	3	3	3	4	3	2	4	4	3	3

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Rd. zwei Drittel der Bürger ab 18. Lebensjahr treten beim weiteren Ausbau des Sozialstaates für die Einbeziehung aller Bürger (32 %) bzw. aller Erwerbstätigen (33 %) ein - also auch Beamte, Selbstständige usw. Nur jeder vierte Bürger (24 %) sieht die Lösung in „mehr Staat“ und nur 7 % in einer verstärkten privaten Vorsorge. Dabei setzen vor allem Jüngere eher auf private (17 %) und staatliche Absicherung (37 % der unter 25-Jährigen), mittlere und ältere Jahrgänge eher auf Stärkung der Solidarbasis (74 % der über 60-Jährigen), ebenso wie Arbeitslose (57 %). Mehr staatliche Absicherung

sehen im Besonderen auch: Bürger ohne beruflichen Abschluss (31 %), Befragte mit Niedrigeinkommen (37 %). Private Vorsorge wird getragen von unter 25-Jährigen (17 %), Hochschulabsolventen (13 %), Befragten mit einem individuellen Nettoeinkommen von über 2.000 Euro/Monat (29 %) bzw. bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen von über 2.000 Euro/Monat (27 %).

Abbildung 6.21: Wenn Sie zu befinden hätten, wie der weitere Ausbau des Sozialstaates vor allem erfolgen sollte, wären Sie für ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

8. Hinsichtlich der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme werden bei einer alternativen Entscheidung Prioritäten vor allem durch die Verbreiterung der Solidarbasis (Pflichtversicherung für alle) sowie Steuern und Erhalt der Paritäten der Beitragszahlung gesehen. Private Vorsorgemodelle finden kaum Unterstützung.

Tabelle 6.8: Wie sollten Ihrer Meinung nach Leistungen des Sozialstaates vor allem finanziert werden? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (keine Mehrfachantworten möglich)

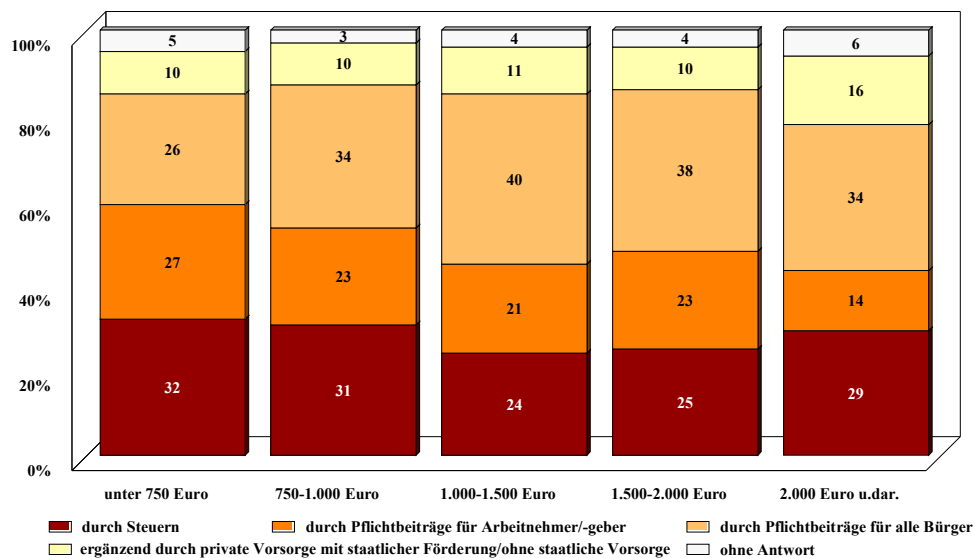
	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
durch Pflichtversicherung für alle Bürger	34	35	34	21	30	34	35	42	35	27
durch Steuern	27	27	27	34	27	27	29	24	26	37
durch Pflichtbeiträge für Arbeitnehmer und für Arbeitgeber	23	24	22	26	21	22	23	23	21	22
ergänzend d. private Vorsorge mit staatlicher Förderung	9	8	10	10	15	11	7	5	12	7
ergänzend d. private Vorsorge ohne staatliche Förderung	2	1	2	2	2	2	1	1	2	3
ohne Antwort	5	4	6	7	5	4	4	6	5	5

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Auch hinsichtlich der Finanzierung der sozialen Versicherungen werden bei alternativer Entscheidung von über einem Drittel der Bürger die Pflichtbeiträge für **alle** Bürger als wichtigste Finanzierungsquelle gesehen (34 %), gefolgt von „Steuermitteln“ (27 %) sowie Erhalt der Parität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei Pflichtbeiträgen (23 %). Private Vorsorge (mit staatlicher Förderung) wird nur von

9 % unterstützt (2 % private Vorsorge ohne staatliche Förderung). „Jüngere“ setzen eher auf Steuern (34 %), „Ältere“ und Befragte mit einem höheren beruflichen Abschluss eher auf den Ausbau der Solidargemeinschaft (42 %). Bezieher geringer Einkommen gehen von „mehr Staat“, d.h. Steuerfinanzierung, aus, höhere Einkommen überdurchschnittlich von „privater Vorsorge“.

Abbildung 6.22: Wie sollten Ihrer Meinung nach Leistungen des Sozialstaates vor allem finanziert werden? - nach Haushaltsnettoeinkommen (Euro/Kopf - bedarfsgewichtet) - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

9. Das Alterseinkommen sollte nach Auffassung von mehr als der Hälfte der Bürger vor allem von der Zahl der individuell geleisteten Erwerbsjahre und den gezahlten Beiträgen abhängig sein. Modelle einer steuerfinanzierten Grundrente bzw. einer bedarfsabhängigen Grundsicherung finden geringere Unterstützung.

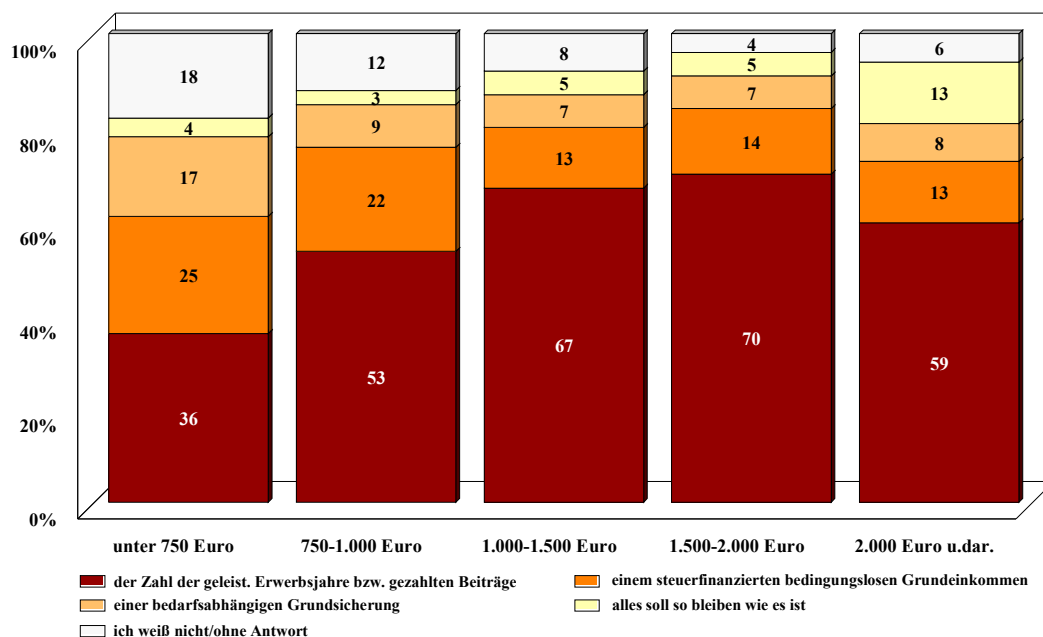
Tabelle 6.9: Sollte Ihrer Meinung nach Alterseinkommen beruhen auf ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
Zahl der geleisteten Erwerbsjahre bzw. gezahlten Beiträge	55	58	52	41	51	53	56	64	62	31
einer bedarfsabhängigen Grundsicherung	12	11	12	24	13	13	10	6	10	18
einem steuerfinanzierten bedingungslosen Grundeinkommen	17	18	16	9	21	20	19	14	16	32
alles so bleiben wie es ist	5	5	5	6	4	4	5	6	4	3
ich weiß nicht/ ohne Antwort	11	9	14	19	12	10	11	10	8	17

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

55 % der Bürger geben einem Alterseinkommen, welches von Arbeitsjahren und Beitragsleistung abhängig ist, den Vorzug. Ein steuerfinanziertes Grundeinkommen (17 %) bzw. ein bedarfsabhängiges Grundeinkommen (12 %) werden nicht als „Gegenvariante“ gesehen. Nur 5 % sprechen sich für die Beibehaltung des jetzigen gegliederten Systems aus (gesetzliche Rentenversicherung, Beamtenversorgung, geförderte private Vorsorge). Die Arbeits- und Beitragsabhängigkeit findet mit dem Alter und mit steigendem Einkommen (Ausnahme Spitzeneinkommen) zunehmende Unterstützung (41 % der unter 25-Jährigen/64 % der über 60-Jährigen). Selbst Beamte treten nur zu 13 % dafür ein, dass alles so bleiben sollte wie es ist.

Abbildung 6.23: Sollte Alterseinkommen beruhen auf ...? - nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen (Euro/Kopf/Monat - bedarfsgewichtet) - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

10. In der Familienpolitik finden sozialpolitisch vor allem die gebührenfreie Versorgung/Be-treuung von Kindern in Einrichtungen sowie ein der Preisentwicklung angepasstes Kindergeld Unterstützung. Die eigenständige Sicherung der Frauen und Männer durch Erwerbsarbeit wird vor allem von Älteren eingefordert, Erziehungsgeld von Jüngeren.

Bezogen auf Grundrichtungen der Familienpolitik hat die Übernahme von Erziehungskosten für die Familie Vorrang. 59 % der Bürger (63 % der 25- bis 39-Jährigen) sprechen sich für gebührenfreie Kindereinrichtungen und 58 % für ein der Preisentwicklung angepasstes Kindergeld aus (66 % der 25- bis 39-Jährigen).

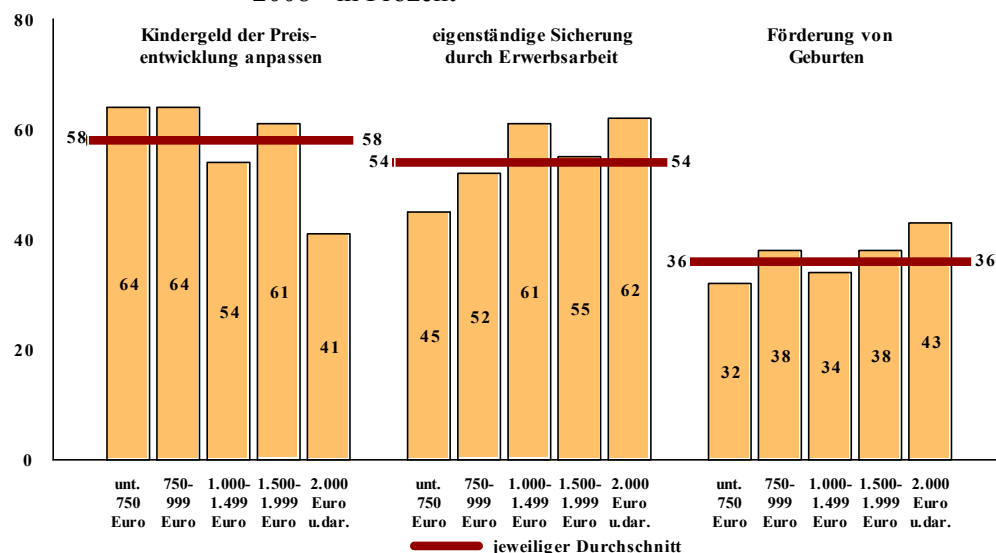
Die eigenständige Sicherung von Frauen und Männern durch Erwerbsarbeit unterstützen 54 % - jedoch eher Ältere (69 %) als Jüngere (34 %). Während der Ausbau von Kindereinrichtungen durch Ältere (48 %) mehr unterstützt wird, treten Jüngere mehr für ein Erziehungsgeld für Eltern ein (61 %). Die Haltung zur Förderung von Geburten ist begrenzt einkommensabhängig. Eine Förderung der Einwanderung (als bevölkerungspolitische Maßnahme) findet keine Unterstützung (11 %).

Tabelle 6.10: Welche Grundrichtungen der Sozial-/Familienpolitik finden vor allem Ihre Unterstützung? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
gebührenfreie Kindereinrichtungen	59	58	60	61	63	56	60	57	60	64
Kindergeld der Preisentwickl. anpassen	58	58	58	63	66	60	52	52	59	64
eigenstän. Sicherung durch Erwerbsarbeit	54	55	54	34	40	54	62	69	51	47
Ausbau von Kinder-einrichtungen	45	44	45	37	45	44	46	48	44	45
Erziehungsgeld für Eltern	42	40	44	61	53	45	38	27	48	42
Förd. von Geburten	36	38	33	44	36	30	34	36	35	36
Förd. v. Einwanderung	11	9	14	19	12	10	11	10	8	17

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Abbildung 6.24: Welche Grundrichtungen der Sozial-/Familienpolitik finden vor allem Ihre Unterstützung? - nach Einkommensgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

11. Die Ursachen für die finanziellen Leistungsbeschränkungen des Staates werden vor allem in der Steuerpolitik zu Gunsten der Unternehmen/Wirtschaft, internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik sowie internationalen Preisentwicklungen gesehen, interne Faktoren wie demografische Entwicklung, Leistungsmissbrauch und zu hohe Sozialleistungen werden deutlich nachgeordnet.

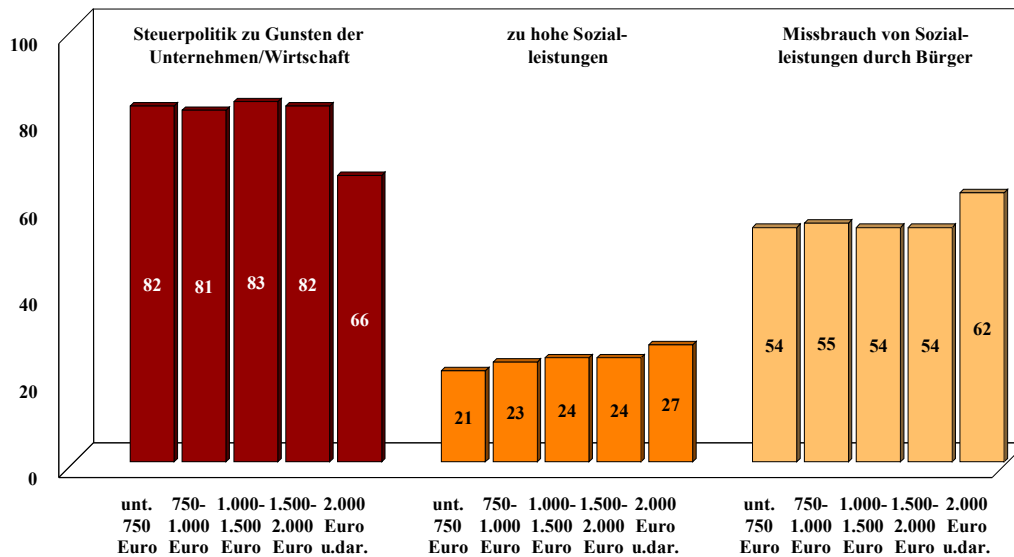
Insgesamt werden die Ursachen für fehlende Finanzen im Sozialbereich vor allem als Ergebnis einseitiger Steuerpolitik sowie internationaler Belastungen bewertet. Während „Ältere“ eher in einer einseitigen Steuerpolitik (81 % insgesamt) sowie in „externen“ Faktoren - wie z.B. Militäreinsätze (71 % insgesamt, 79 % ältere Befragte) - die Ursachen für die fehlende/geringe finanzielle Leistungskraft des Sozialstaates sehen - ebenso wie Arbeitslose und untere Einkommensgruppen - gehen „Jüngere“, aber auch höhere Einkommensgruppen in stärkerem Maße von zu hohen Sozialleistungen (23 %) sowie einem Missbrauch von Sozialleistungen durch Bürger aus (66 % der 18- bis 25-Jährigen sowie 62 % der Einkommensbezieher über 2.000 Euro/Kopf).

Tabelle 6.11: Wenn der Staat finanziell nicht mehr leisten kann, liegt das Ihrer Meinung nach vor allem ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „ja“)

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
Steuerpolitik zu Gunsten der Unternehmer/Wirtschaft	79	81	78	60	77	86	86	81	80	88
Ausgaben für internationale Militäreinsätze	71	68	73	49	64	72	77	79	70	72
Ausgaben für internationale Verpflichtungen	68	68	69	65	65	73	70	68	70	77
intern. Preisentwicklung für Energie/Rohstoffe	64	62	66	73	64	63	59	65	64	67
fehlender Nachwuchs	60	62	58	73	67	56	57	54	62	57
Missbrauch von Sozialleistungen durch Bürger	54	52	57	65	62	58	48	46	61	47
Zunahme älterer, nicht erwerbst. Menschen	39	43	35	62	50	38	31	27	44	35
steigender Aufwand zum Schutz d. Umwelt	32	32	31	33	36	33	33	27	35	37
zu hohe Sozialleistungen	23	20	27	21	31	28	20	19	28	16

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Abbildung 6.25: Ausgewählte Positionen zu den Ursachen fehlender finanzieller Leistungskraft des Staates - nach Haushaltsnettoeinkommen (Euro/Kopf/Monat - bedarfsgewichtet) - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

12. Rund 70 % der Bürger sprechen sich dagegen aus, dass Leistungen des Sozialstaates ohne jegliche Bedingungen gewährt werden. Leistungsbezug wird vor allem mit der Bereitschaft, „selbst etwas zu tun“, und „Bedürftigkeit“ verbunden, eigene Leistungen für die Gesellschaft (z.B. Kinderzahl) haben geringeren Stellenwert.

Tabelle 6.12: Sollten Leistungen des Sozialstaates Ihrer Meinung nach gebunden sein an...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „*nur*“/„*vor allem*“)

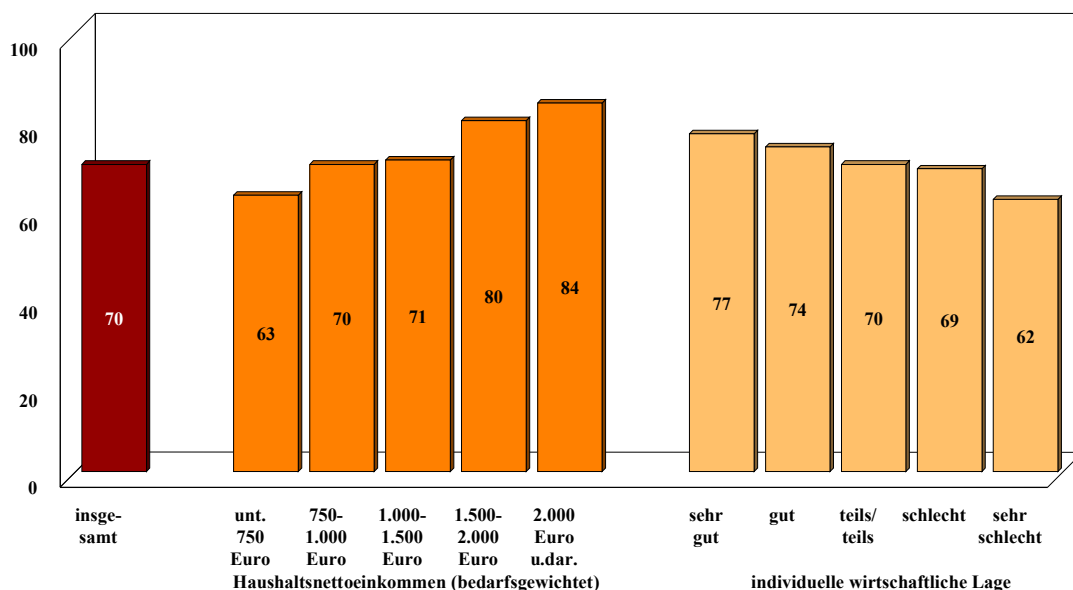
	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
Bedürftigkeit des Einzelnen	78	78	78	83	83	76	78	73	79	83
Bereitschaft, selbst etwas zu tun	78	80	76	87	83	80	76	72	84	67
Leistungen für die Gesellschaft (z.B. Kinder)	54	57	51	58	54	53	52	55	55	48
ohne jegliche Bedingungen	11	10	11	3	10	11	11	14	6	21

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

70 % der Bürger ab 18. Lebensjahr wenden sich gegen eine bedingungslose Gewährung von Sozialleistungen (19 % haben dazu keine Meinung). Auch hierbei wird eine Differenziertheit zu den Bedingungen staatlicher Maßnahmen der Sozialpolitik deutlich. Das betrifft

- sowohl eine altersabhängige Differenzierung („Jüngere“ lehnen zu 82 % eine Leistungsgewährung ohne Bedingungen ab, „Ältere“ zu 57 %)
- als auch im Besonderen einkommensabhängige Positionen - entsprechend sozialem Status - sowie bildungsabhängige (66 % ohne Abschluss, 79 % mit Hochschulabschluss).

Abbildung 6.26: Sind Sie für bedingungslose Gewährung von Sozialleistungen? - im Verhältnis zum Haushaltsnettoeinkommen und zur Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „*nein*“)



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Insgesamt wird die Haltung zur bedingungslosen Gewährung von Leistungen von der eigenen sozialen/wirtschaftlichen Situation deutlich beeinflusst. Während 84 % der Bezieher höherer Einkommen diese Forderung unterstützen, sind es nur 63 % der unteren Einkommen. Je schlechter die eigene wirtschaftliche Lage ist, umso geringer ist die Ablehnung einer bedingungslosen Gewährung von Sozialleistungen.

13. Die Gewährung von Leistungen wird mehrheitlich an die Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit gebunden. Das Vorhandensein von Vermögen und die „Kontrolle“ der Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens finden geringere Unterstützung. Zwei Drittel der Bürger sind gegen die Zahlung von Sozialleistungen, wenn zumutbare Arbeiten abgelehnt werden.

Tabelle 6.13: Sollten Ihrer Meinung nach Sozialleistungen nur gezahlt werden, wenn...?
- neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „ja“)

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit vorliegt	82	84	79	90	82	82	82	78	86	73
keine privaten Vermögen vorhanden sind	44	42	45	45	46	45	45	40	43	51
die Lebensformen kontrolliert wurden	42	42	41	40	42	48	43	38	46	43

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

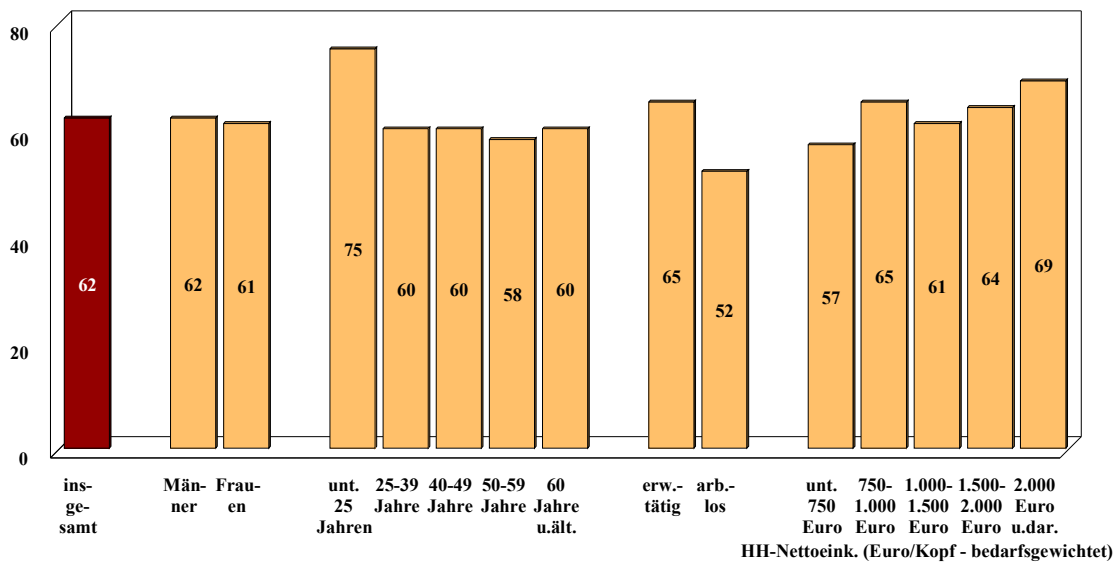
Für Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit als Bedingung für die Gewährung von Sozialleistungen sprechen sich vor allem aus:

- Jüngere (90 %),
- Erwerbstätige (86 %),
- Verheiratete (84 %),
- Bezieher höherer Einkommen (89 % - Haushaltsnettoeinkommen/Kopf).

Im Gegensatz dazu findet die Einbeziehung von vorhandenem/nicht vorhandenem Vermögen vor allem bei den höheren Einkommensgruppen keine Unterstützung (38 % über 2.000 Euro/Kopf Haushaltsnettoeinkommen; 50 % bei unter 750 Euro/Kopf).

42 % treten für eine Prüfung der Familienform (z.B. Alleinlebende, in Lebensgemeinschaft Lebende) ein, bevor Sozialleistungen gezahlt werden. Bei Ablehnung von zumutbaren Arbeiten sollten nach Auffassung von 62 % der Befragten keine Leistungen gezahlt werden.

Abbildung 6.27: Sollten Bürger, die zumutbare Arbeiten ablehnen, noch einen Anspruch auf Sozialleistungen haben? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „nein“)



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

14. Jeder vierte Bürger der neuen Bundesländer ist der Meinung, dass wer arbeiten will auch Arbeit finden würde, nochmals die Hälfte stimmt dem teilweise zu. Einer „Pflicht“ zur Arbeit geben drei Viertel der Bürger ihre Zustimmung.

Tabelle 6.14: Was meinen Sie zu dem folgenden Satz: 'Wer arbeiten will, findet auch Arbeit'? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -

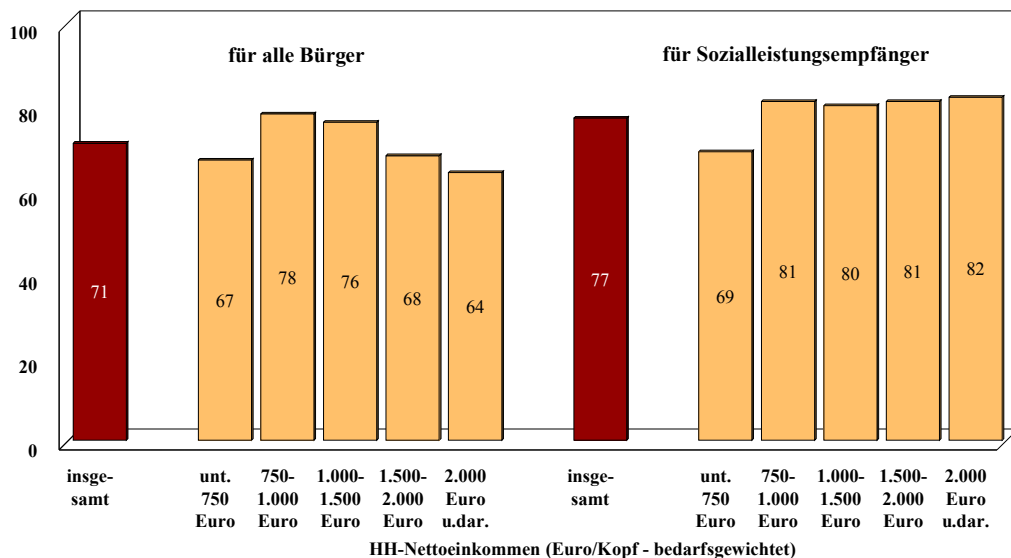
	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
trifft zu	24	29	20	49	28	22	14	18	28	6
teils, teils	48	45	51	33	53	50	47	49	53	36
trifft nicht zu	28	26	29	18	19	28	38	32	19	59

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Insbesondere jüngere Menschen sind der Meinung, dass wer arbeiten will auch eine Arbeit findet. Es ist offensichtlich, dass die öffentliche Meinung der allgemein verbreiteten Auffassung zustimmt, obwohl das Arbeitsplatzangebot in den neuen Bundesländern (noch) dagegen spricht. 59 % der Arbeitslosen halten die genannte Aussage für unzutreffend - nicht zuletzt aufgrund eigener Erfahrungen (insbesondere Langzeitarbeitslose). Vor allem höhere Einkommensgruppen vertreten zu 39 % die Auffassung, dass Arbeit zu finden sei.

Eine Pflicht zur Arbeit wird von 71 % der Befragten unterstützt - insbesondere Älteren (81 %), Facharbeitern (75 %), mittleren Einkommensgruppen (77 %). Gegen eine Pflicht zur Arbeit sprechen sich insgesamt 16 % aus. Das sind vor allem Hochschulabsolventen (25 %), mittlere Altersgruppen (23 %), Arbeitslose (23 %), Selbstständige/Freischaffende (22 %) sowie Alleinerziehende (25 %). Bei Empfängern von Sozialleistungen treten sogar 77 % der Befragten für eine Pflicht zur Arbeit ein, bei insgesamt äußerst geringen Differenzierungen.

Abbildung 6.28: Sollte es Ihrer Meinung nach eine 'Pflicht zur Arbeit' geben? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „ja“)



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

15. Rund 40 % der unter 60-jährigen Bürger sind in den letzten Jahren in den unterschiedlichsten Formen von arbeitsmarkt- und einkommenspolitischen Maßnahmen „betroffen“ - Frauen stärker als Männer. 33 % der über 60-Jährigen erhalten eine Rente mit Abschlägen.

Tabelle 6.15: Von welchen Maßnahmen der Veränderung von Sozialstandards waren Sie bzw. Ihre Familienmitglieder betroffen? - 18 bis 60 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -

	Hartz IV	Nullrunden Einkommen	geförderte betriebliche Altersversorgung	Ein-Euro-Jobs	Leistungskürzungen der gesetzl. Krankenvers.	(Wieder-) Aufnahme einer Erwerbstätigkeit	Elterngeld
selbst	21	7	26	10	18	14	7
Partner	7	5	8	3	4	4	4
selbst und Partner	4	1	12	1	9	6	1

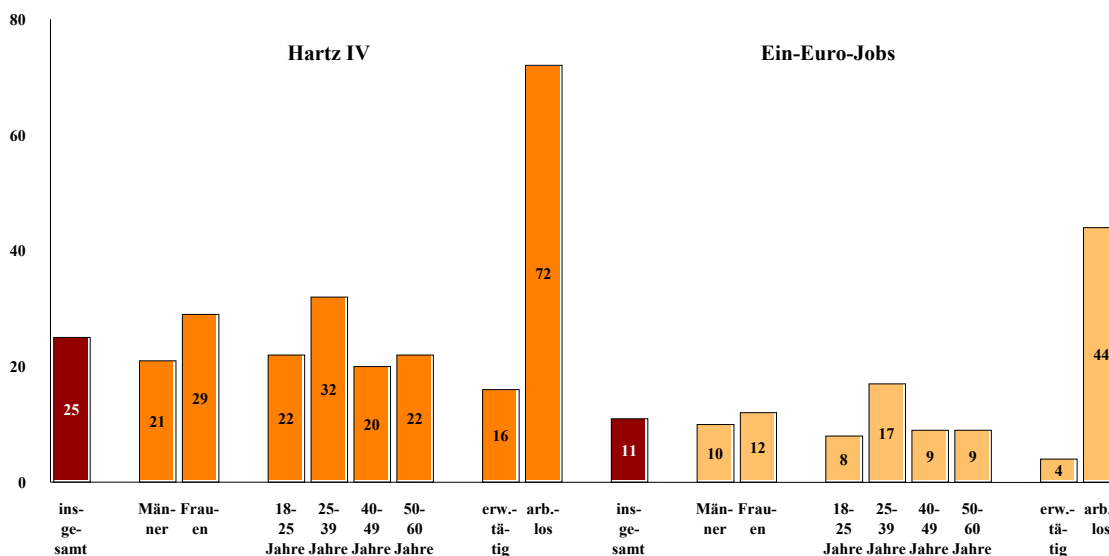
Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Vier von zehn der unter 60-jährigen Bürger sind in diesen oder jenen Formen von arbeitsmarkt- und einkommenspolitischen Maßnahmen in den vergangenen Jahren betroffen. Davon werden von den Betroffenen vor allem die Maßnahmen für „gerechtfertigt“ angesehen, die auf eine Förderung bzw. Unterstützung gerichtet sind.

Von den ab 60-Jährigen beziehen 33 % der Befragten eine Rente mit Abschlag und bei 20 % auch die Partner.

Von Hartz IV im Besonderen waren betroffen: Bürger ohne beruflichen Abschluss (30 %), untere Einkommensgruppen (Reflexion von Hartz IV - 56 %), Arbeiter (34 %). Am geringsten ist die Betroffenheit bei Hochschulabsolventen (11 %) und höheren Einkommensgruppen (2 %). Diese Strukturen gelten analog für Ein-Euro-Jobs.

Abbildung 6.29: Individuelle Betroffenheit von arbeitsmarkt- und einkommenspolitischen Maßnahmen - 18 bis 60 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

16. Die von den Befragten erwarteten Veränderungen im Ergebnis weiterer Maßnahmen der Sozialreformen sind eindeutig: Es werden einerseits steigende Belastungen insbesondere in Bezug auf Beiträge und andererseits sinkende soziale und gesundheitliche Leistungen erwartet.

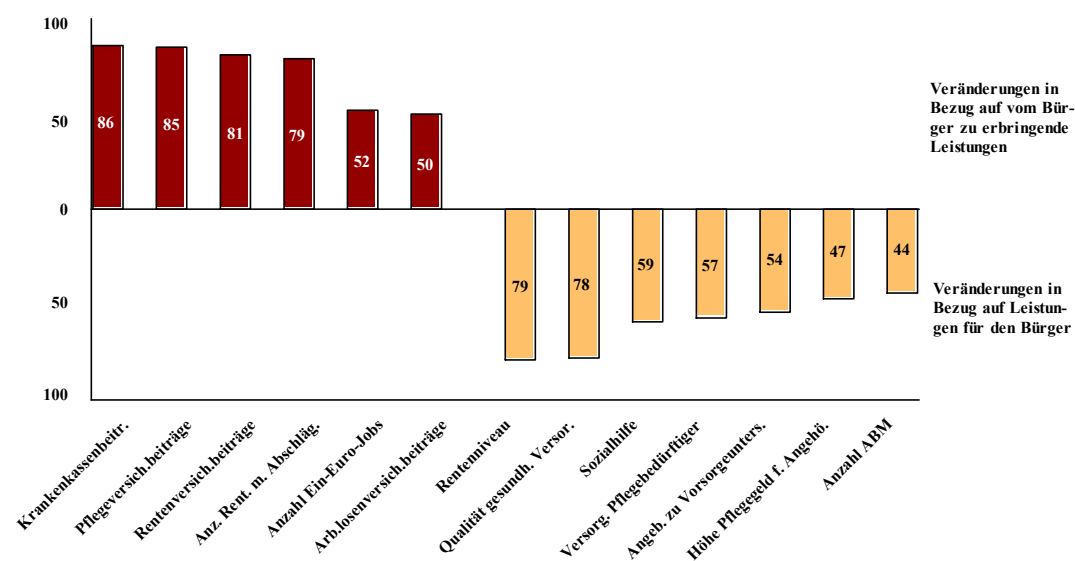
Tabelle 6.16: Erwartete Änderungen im Ergebnis der Sozialreformen - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter (in Jahren)					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u.ält.	erw. tät.	arb. los
zunehmende Belastungen										
Krankenkassenbeiträge	86	90	82	84	90	90	90	80	91	84
Pflegeversicherungsbeiträge	85	89	81	81	88	89	89	80	89	84
Rentenversicherungsbeiträge	81	86	76	78	82	87	82	77	86	77
Anzahl der Renten mit Abschlägen	79	82	77	73	84	82	84	75	84	79
Anzahl Ein-Euro-Jobs	52	56	48	76	63	48	51	38	57	54
Arbeitslosenversich.beiträge	50	51	49	50	56	55	52	42	55	54
abnehmende Leistungen										
Rentenniveau	79	84	74	73	76	86	86	75	83	79
Qualität gesundh. Versorgung	78	81	75	69	77	87	82	74	83	81
Sozialhilfe	59	67	52	60	56	61	68	55	62	62
Versorgung Pflegebedürftiger	57	59	54	48	58	62	63	52	61	61
Angebote Vorsorgeuntersuch.	54	53	55	41	59	60	60	49	59	58
Höhe Pflegegeld für Angehörige	47	47	46	46	54	50	49	39	54	52
Anzahl ABM	44	43	44	19	38	56	57	44	48	54

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Bezogen auf den gegenwärtigen Stand der beschlossenen bzw. in der Diskussion befindlichen Maßnahmen der Sozialreform(en) ergeben sich insgesamt mehrheitlich negative Erwartungen. Das betrifft sowohl die vom Bürger zu erbringenden als auch die vom Bürger in Anspruch zu nehmenden Leistungen. Während es hinsichtlich der Entwicklung finanzieller Leistungen weitgehend übereinstimmende Auffassungen gibt, erwarten insbesondere Jüngere bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im überdurchschnittlichen Maße positive Entwicklungen. Hinsichtlich des künftigen Rentenniveaus sehen vor allem die Altersgruppen der 40- bis 60-Jährigen, Hochschulabsolventen und Bezieher höherer Einkommen überdurchschnittlich ein sinkendes Niveau. Im Gegensatz dazu gehen Empfänger von Niedrigeinkommen von steigenden Leistungen aus.

Abbildung 6.30: Erwartete Änderungen im Ergebnis der Sozialreformen - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

6.5 Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit wird von den Bürgern der neuen Bundesländer als wichtiger Grundwert empfunden, was keineswegs im Gegensatz zu Freiheit oder Gerechtigkeit steht. Sie wird von den Bürgern keineswegs auf Sicherung vor den „Wechsel- und Notfällen des Lebens“ begrenzt, sondern vor allem als notwendige Bedingung gesehen, sich sein Leben eigenständig gestalten zu können und im Bedarfsfall der Unterstützung der Solidargemeinschaft sicher zu sein. Dabei wird die gemeinsame Verantwortung von Staat und Solidargemeinschaften hervorgehoben.

6.5.1 Zufriedenheit und Erwartungen

Soziale Sicherheit zählt zu den Grundrechten der Bürger. Dabei vollzogen/vollziehen sich auch in diesem Bereich grundlegende Wandlungen, sowohl begründet im Wegfall der Systemkonkurrenz seit 1990, der zunehmenden Globalisierung der Märkte, der Erweiterung der Europäischen Union und der Ungleichentwicklungen innerhalb derselben. Die soziale Marktwirtschaft - einst Charakteristikum des deutschen Wirtschaftswunders - entledigt sich des Sozialen. Es geht längst nicht mehr um den Umbau einer sich den ändernden ökonomischen Bedingungen anpassenden sozialen Marktwirtschaft, sondern um ihre „Liberalisierung“, d.h. den Abbau sozialer Sicherungssysteme als angebliche Verursacher für Krisen in Wirtschaft und Gesellschaft.⁷³⁴ Übrigens eine Denkstruktur, welche dem DDR-Bürger das

⁷³⁴ Bäcker, Gerhard et al.: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 4. Auflage, Wiesbaden 2008, S. 75.

zweite Mal in seinem Leben begegnet, dass an allem eine überhöhte und wenig zielgerichtete Sozialpolitik an der wirtschaftlichen Ineffektivität Schuld gewesen sei.

Als allgemeine Trends, welche den Um- und Abbau sozialer Sicherungen charakterisieren, werden hervorgehoben⁷³⁵:

- Vermarktlichung der Sozialpolitik durch Abbau der öffentlichen und Ausbau der privaten Sicherung - Reduzierung staatlicher Leistungen auf ein Mindestmaß und Förderung privater Vorsorge;
- Vermischung von Prinzipien von gesetzlicher und privater Vorsorge - Versicherungspflicht in Privatversicherungen, Wahltarife;
- Verschärfung des Wettbewerbs zwischen den Leistungsanbietern;
- schrittweiser Rückzug der Unternehmer aus der Finanzierung der sozialen Sicherung;
- Bedeutungsverlust der Selbstverwaltung;
- Aktivierung und Förderung der Beschäftigungsfähigkeit - Beteiligungszwänge auf dem Arbeitsmarkt unter sich verschlechternden Konditionen;
- Ausbau fürsorgerechtlicher Leistungen - Grundsicherungen als Existenzsicherung;
- Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigung;
- Wandel des Modells der Versorgerehe;
- Ausbau von Bildung und Erziehung als Voraussetzung für künftiges Arbeitskräftepotenzial.

Es ist nicht Anliegen des nachfolgenden Abschnitts, im Einzelnen und detailliert Für und Wider der unterschiedlichen Positionen zu analysieren - dafür liegt eine umfangreiche Literatur vor - es geht vor allem um Positionen der Bürger und damit auch Wirkungen einer Politik, welche die rot-grüne Koalition unter Altkanzler Schröder maßgeblich in Gang setzte und die bis in die Gegenwart von den CDU-regierten Koalitionen freudig aufgegriffen und (mit und ohne SPD-Beteiligung) perfektioniert wurde, woran auch einige gegenläufige Entscheidungen seit 2014 nichts grundlegend ändern.

Der Stellenwert, den soziale Sicherheit gegenwärtig bei den Bürgern, speziell der neuen Bundesländer, einnimmt, ist nicht völlig von der historischen Entwicklung zu trennen. In der DDR entsprach es den Auffassungen über staatliche Sozialpolitik, dass es auch ein relativ breites Verständnis von sozialer Sicherheit gab, welches sich nicht auf die „Wechsel- und Notfälle des Lebens“ begrenzte. Soziale Sicherheit wurde als „real mögliche, sozialstrukturell differenzierte Befriedigung sozialer Grundrechte und gesellschaftlicher Bedürfnisse für alle Mitglieder der Gesellschaft“⁷³⁶ bestimmt, allerdings in der mehrheitlich vertretenen Auffassung, dass einerseits alle Entscheidungen auf ökonomischem Gebiet gewissermaßen automatisch auch der sozialen Sicherheit dienen und andererseits, dass einmal gewährte soziale Sicherheit für immer zu gewähren sei. Eine soziale Sicherheit als systemstabilisierender Faktor, welche das Recht auf Arbeit ebenso einschloss wie ein der Leistung entsprechendes (differenziertes) Einkommen, die gesundheitliche und soziale Betreuung weitgehend unabhängig von Eigentum und Einkommen umfasste, die Wohnraumversorgung beinhaltete und soziale Infrastrukturen, die jedem Bürger einen gleichberechtigten Zugang ermöglichten, die Altersversorgung ebenso einschloss wie Kinder- und Jugendfürsorge, wurde generell akzeptiert, verlor jedoch in dem Maße auch an Gewicht, wie neue, sich ändernde Bedürfnisse außerhalb sozialer Sicherungsleistungen unzureichend Beachtung fanden. Es waren Lebensverhältnisse, die nicht alles ermöglichten, aber es dem Einzelnen

⁷³⁵ Ebenda, S. 77-80.

⁷³⁶ Vgl. Winkler, Gunnar: Inhalt und Aufgaben der Sozialpolitik, in: Sozialpolitik (Hrsg.: G. Manz/G. Winkler), 2. Auflage, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1988, S. 29.

nicht versagten, sein Leben durch gesicherte Arbeit und Einkommen (auch bei Konsumbegrenzungen) so zu gestalten, dass mehrheitlich keine sozialen Ängste und Zukunftsunsicherheiten auftraten.

Was bis in die Gegenwart vieler Bürger der neuen Bundesländer im Bewusstsein verblieb, ist jedoch die wahrgenommene Verantwortung des Staates - sowohl zentraler Institutionen als auch der volkseigenen Betriebe - für die zum Teil auch persönlichen Belange und damit ein Anspruch, der als „Staatsbürgerversorgung“ nach 1990 teilweise diskriminierend für Haltungen der DDR-Bürger eingesetzt wurde, obwohl er völlig legitim einem weitgehend auf gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln beruhenden System entspricht.

Bereits zu Beginn der 80er Jahre machten Untersuchungen des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR (die auch schon vor 1990 veröffentlicht wurden) deutlich, dass vor allem jüngere Menschen - auf Grundlage des Vorhandenen - für sich soziale Sicherheit nur mit Einschränkungen wahrnahmen. Eine sich entwickelnde (und keineswegs nur in der DDR geprägte) Bedürfnisstruktur geriet in Widerspruch zu den Realisierungsmöglichkeiten. Das alte Leitbild sozialer Sicherheit hatte abnehmenden Glanz.

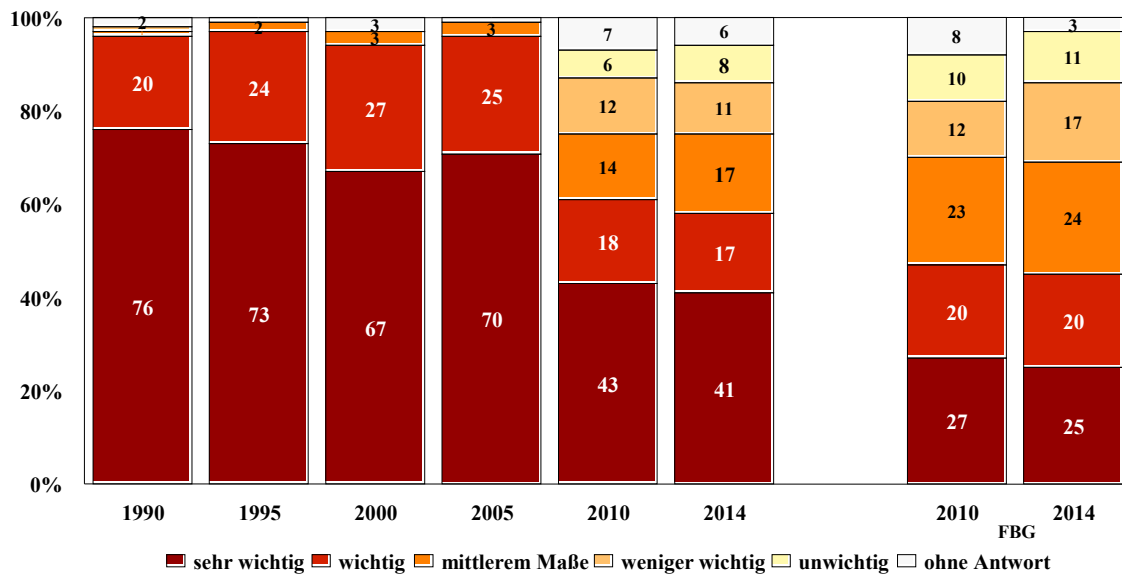
Tabelle 6.17: Das persönliche Gefühl sozialer Sicherheit haben ... - DDR - 1982 - in Prozent -

Altersgruppe	insgesamt	ja, absolut	ja, mit Einschränkungen	nein
bis 25 Jahre	95	69	27	5
26 bis 45 Jahre	96	78	18	4
46 bis 60/65 Jahre	96	85	11	4
60/65 Jahre und darüber	97	91	5	3
insgesamt	96	78	18	4

Quelle: Studien des ISS zur sozialen Sicherheit - 1982

Nach 1990 hat soziale Sicherheit in der Wertestruktur der Bürger der neuen Bundesländer wieder einen hohen Rang. Von 1990 bis 2010 waren es immer weit über 90 % der Bürger, für welche soziale Sicherheit in ihrem Leben sehr wichtig bzw. wichtig war, soziale Differenzierungen spielten kaum eine Rolle. Ab 2007 wurde - im Interesse differenzierterer Aussagen - die Frage in den Kontext der anderen Grundwerte (vgl. Abschnitt 5.2.1) gestellt und erreichte 2014 mit 58 % (sehr wichtig/wichtig) den zweiten Rang - nach der Freiheit (61 %). Der Stellenwert sozialer Sicherheit ist in den alten Bundesländern bedeutend niedriger, was sowohl einem eingegengten Verständnis zu sozialer Sicherheit als auch den real besseren Lebensbedingungen und dem damit verbundenen geringeren „Bedarf“ an Sozialleistungen entspricht.

Abbildung 6.31: Wie wichtig in Ihrem Leben ist für Sie soziale Sicherheit? - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent* -

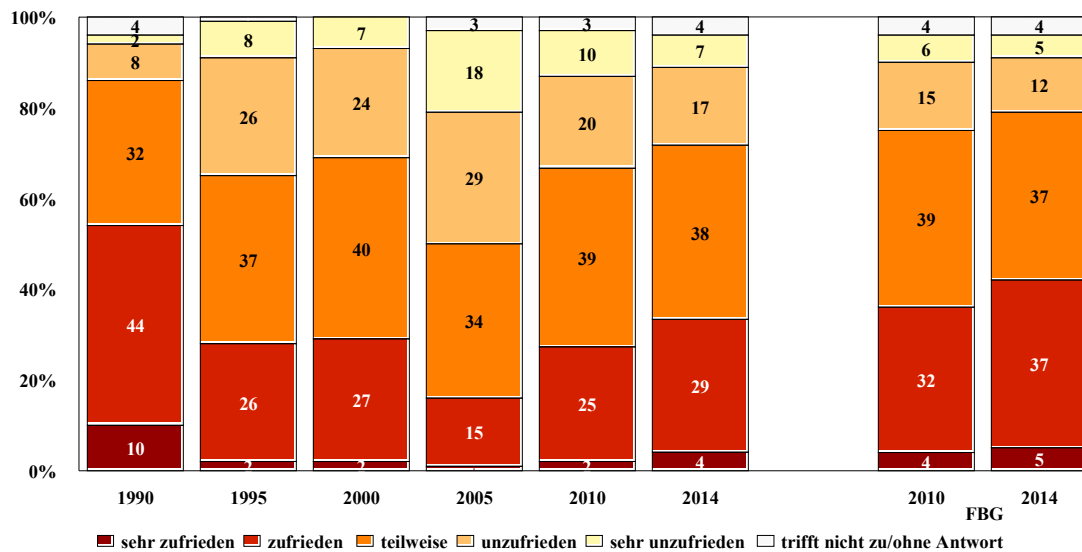


* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent
 ** ab 2010 geänderte Fragestellung (Rangfolge)
 Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

Im Vergleich dazu ist die Zufriedenheit mit sozialer Sicherheit nach einem drastischen Rückgang zwischen 1990 und 1991 (erste Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und Ausscheiden aus dem Erwerbsleben ab 55. Lebensjahr aufgrund der bis Mitte der 90er Jahre geltenden speziellen Regelung zum Altersübergang in Ostdeutschland), einer zunächst deutlich zunehmenden besseren Wertung der eigenen Zufriedenheit mit dem Regierungswechsel zu Rot-Grün aufgrund der damit verbundenen Versprechungen (Schröder: Wir werden uns an dem Sinken der Arbeitslosigkeit messen lassen müssen) sowie einer kontinuierlichen Verschlechterung zwischen 1999 und 2005 aufgrund der seitdem erlebten Realitäten (Agenda 2010) gekennzeichnet.

Allein zwischen 1990 und 1991 sank die Zufriedenheit von 54 % auf 13 % und stieg bis 2000 auf 32 %. 2005 erreichte sie einen neuen Tiefpunkt mit 16 %, um seitdem kontinuierlich anzusteigen, so dass sie aktuell (2014) wieder bei 33 % liegt. Insbesondere Erwerbstätige und Rentner beeinflussen die Gesamtwertung der letzten Jahre durch ansteigende Zufriedenheitswerte im Ergebnis „verbessertes“ Beschäftigungsverhältnisse (mehr Beschäftigung trotz mehr Geringverdienern) ebenso wie durch beizeiten angekündigte Rentenerhöhung bzw. eines „Rentenpakets“ (Rente mit 63/Mütterrente). Der „Zufriedenheits“-Anstieg gilt auch für das frühere Bundesgebiet - wenn auch auf leicht höherem Niveau.

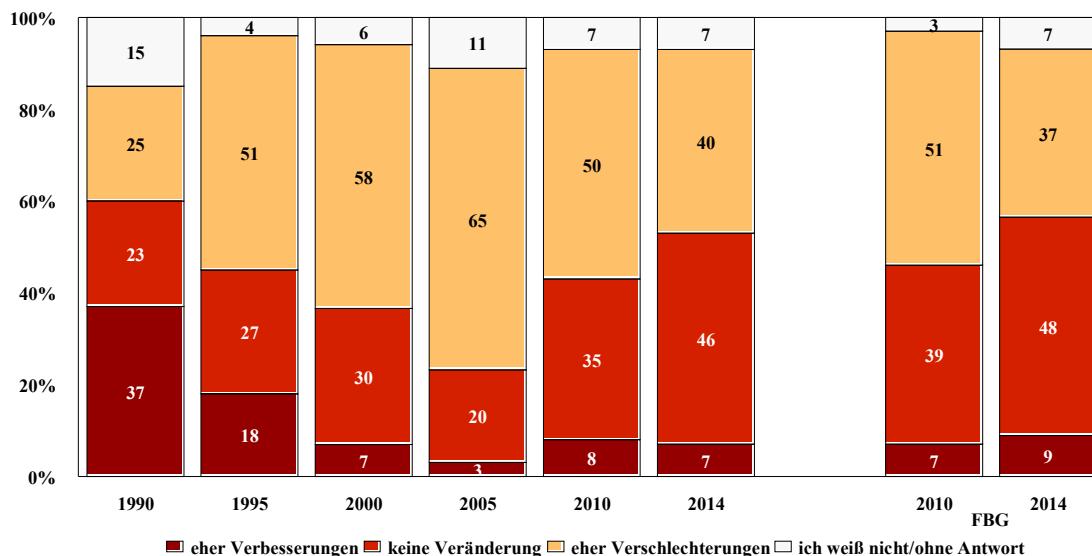
Abbildung 6.32: Wie zufrieden sind Sie mit der gebotenen sozialen Sicherheit? - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent* -



* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent
 Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

Die Erwartungen an die weitere Entwicklung sind seit 1990 durch ein Absinken der Annahme auf Verbesserungen von 37 % auf 7 % (2014) charakterisiert. Das betrifft alle Bevölkerungsgruppen weitgehend übereinstimmend. Ging 2005 noch die große Mehrheit von umfassenden anzunehmenden Verschlechterungen aus (62 %), so geht inzwischen der größte Teil der Bürger von keinen Veränderungen aus (46 % - es wird weder besser noch weiter schlechter). Die Unterschiede in den Erwartungen zwischen Ost und West sind im Bereich normaler Erhebungstoleranzen.

Abbildung 6.33: Erwarten Sie in Bezug auf die Bedingungen für soziale Sicherheit ...? - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

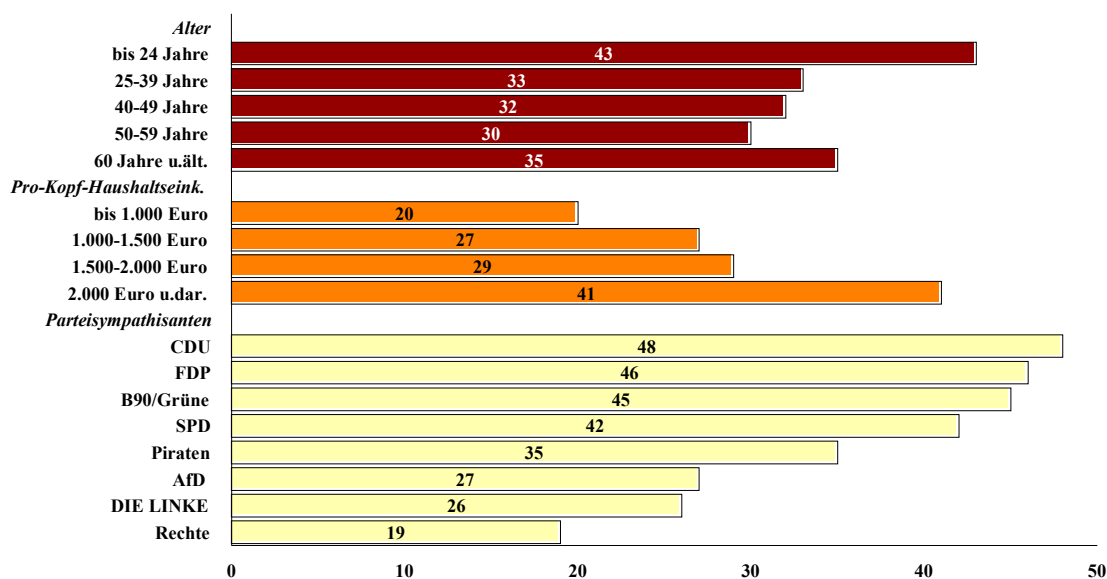
Im Vergleich über den Gesamtzeitraum seit 1990 lässt sich für die neuen Bundesländer feststellen:

Erstens: Soziale Sicherheit wird von den Bürgern der neuen Bundesländer immer noch als wichtiger Grundwert empfunden, was keineswegs - wie bereits hervorgehoben (vgl. Abschnitt 5.2.1) - bedeutet, dass diese Wertung im Gegensatz zu Freiheit oder Gerechtigkeit steht, sondern eher eine Reflexion erreichter und erwarteter Veränderungen darstellt.

Im Gegensatz zu allgemein verbreiteten Auffassungen wird soziale Sicherheit inhaltlich von den Bürgern keineswegs auf Sicherung vor den „Wechsel- und Notfällen des Lebens“ begrenzt. Es geht langfristig nicht vorrangig bzw. ausschließlich um den Ausbau sozialer Sicherungssysteme, sondern vor allem um die Sicherheit für den Einzelnen, die notwendigen Chancen zu haben, sich sein Leben bzw. das seiner Familie eigenständig bzw. gemeinsam mit ihr gestalten zu können und im Bedarfsfall der Unterstützung der Solidargemeinschaft sicher zu sein. Im Zentrum stehen die Anforderungen und Bedingungen einer langfristigen Beschäftigungspolitik, die ihr Anliegen darin sieht, das Recht auf Arbeit zu verwirklichen und „tolerierbare“ Arbeitslosigkeit auszuschließen. Es geht nicht um eine „Vollbeschäftigung neuer Art“, sondern um Möglichkeiten und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die es jedem gestatten, eine Tätigkeit aufzunehmen, die mindestens existenzsichernd ist und im Ausmaß, in der Lage und Dauer der Arbeitszeit sowie den Arbeitsbedingungen den individuellen und gesellschaftlichen Vorstellungen über Lebensgestaltung gerecht wird.

„Sicherheit meint materielle Absicherung ebenso wie emotionale Geborgenheit, verlangt nach Verlässlichkeit und Vorhersehbarkeit im Leben.“⁷³⁷ Trotzdem verliert die „Rückschau“ an Gewicht und der „Status quo“ ist bestimmend. Das belegen sowohl die ansteigenden Werte in Abhängigkeit vom Einkommen, der beruflichen Bildung, dem Erwerbsstatus, aber auch den Parteiorientierungen bzw. Sympathien gegenüber den einzelnen Parteien (vgl. Abbildung 6.38). Generell liegen die Vergleichswerte im früheren Bundesgebiet in allen Alters- und Einkommensgruppen ebenso wie bei den Parteiorientierungen über den Ostwerten, d.h. werden positiver bewertet.

Abbildung 6.34: Zufriedenheit mit sozialer Sicherheit - nach sozialen und politischen Merkmalen - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „sehr zufrieden“/„zufrieden“)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

⁷³⁷ Becker, Ulrich: Wind of change - die Bedeutung von Windmühlen im 21. Jahrhundert, in: Sicherheit im Wandel (Hrsg.: Franz Müntefering, Matthias Machnig), Berliner vorwärts Verlag 2001, S. 93.

Bis in die Gegenwart wird der Haltung der Ostdeutschen zur sozialen Sicherung zum Teil mit Unverständnis begegnet bzw. - da den Denkstrukturen einer nicht unbedeutenden Zahl von Bürgern der alten Bundesländer nicht zugänglich - als rückwärts orientierende Haltung, als restaurativ, als Vollkasko-mentalität abgewertet. Dabei reflektiert sie keineswegs vorrangig den Vergleich zur DDR, sondern das vom Einzelnen erreichte Maß sozialer Sicherung und die für ihn erkennbaren zunehmenden sozialen Verunsicherungen (bezogen auf sich und seine Familie - im weitesten Sinne - und sein soziales Umfeld) in der Gegenwart.

Zweitens wird auch in den neuen Bundesländern „soziale Sicherheit“ keineswegs auf finanzielle Sicherungen in den „Wechsel- und Notfällen des Lebens“ begrenzt, sondern in einem umfassenden Verständnis als Gesamtheit der Bedingungen, die eine gesellschaftlich gesicherte eigenständige Realisierung von Grundbedürfnissen der Menschen ermöglichen, gesehen. In einem solch komplexen Sinn ist soziale Sicherheit grundlegendes Bürgerrecht⁷³⁸.

An Aussagefähigkeit immer noch gültig sind die Ergebnisse, welche im Rahmen der Untersuchung „Leben 2001“ zu den Grundwerten, so auch zur sozialen Sicherheit, erhoben wurden. An vorderster Stelle rangieren vor allem jene Bedingungen, die für den Einzelnen eine nachhaltige Entwicklung gewähren und staatliche bzw. wirtschaftliche Rahmenbedingungen erfordern. Es sind Komponenten, die weniger von „individueller“ Sicherheit geprägt sind, sondern mehr solidarischer, gesellschaftlicher Sicherheiten bedürfen. Das sind vor allem:

- Ausbildungsplätze für junge Menschen (69 %),
- staatlich garantierte Rente, die im Alter stabile Lebensbedingungen gewährt (68 %),
- Gewissheit einer sicheren Zukunft (Zukunftssicherheit - 63 %),
- Erhalt eines Arbeitsplatzes bei Bedarf (62 %),
- Schutz vor Armut (58 %),
- kostenlose Gesundheitsbetreuung (57 %),
- Schutz vor Kriminalität (49 %).

Insgesamt zeigt sich, dass die Bürger ein deutliches Bild von dem haben, was soziale Sicherheit ausmacht (und was nicht). Frauen messen generell den einzelnen Aspekten sozialer Sicherheit eine höhere Bedeutung als Männer bei. Bestimmender sind jedoch altersabhängige Differenzierungen (vgl. Tabelle 6.18).

So gewinnen fast alle genannten Faktoren mit dem Alter zunehmendes Gewicht. Das betrifft aber insbesondere eine Rente im Alter, die lebensstandardsichernd ist (53 % der 18- bis 24-Jährigen/80 % der über 60-Jährigen), aber auch die kostenlose gesundheitliche Betreuung (43 %/65 %) sowie den Schutz vor Armut (48 %/66 %).

⁷³⁸ Meyer, Thomas: Grundwerte im Wandel, in: Sicherheit im Wandel (Hrsg.: Franz Müntefering, Matthias Machnig), Berliner vorwärts Verlag 2001, S. 21-

Tabelle 6.18: Was verstehen Sie unter sozialer Sicherheit? - neue Länder und Berlin-Ost - 2001
 - in Prozent - (nur Antwort: „*vor allem*“)

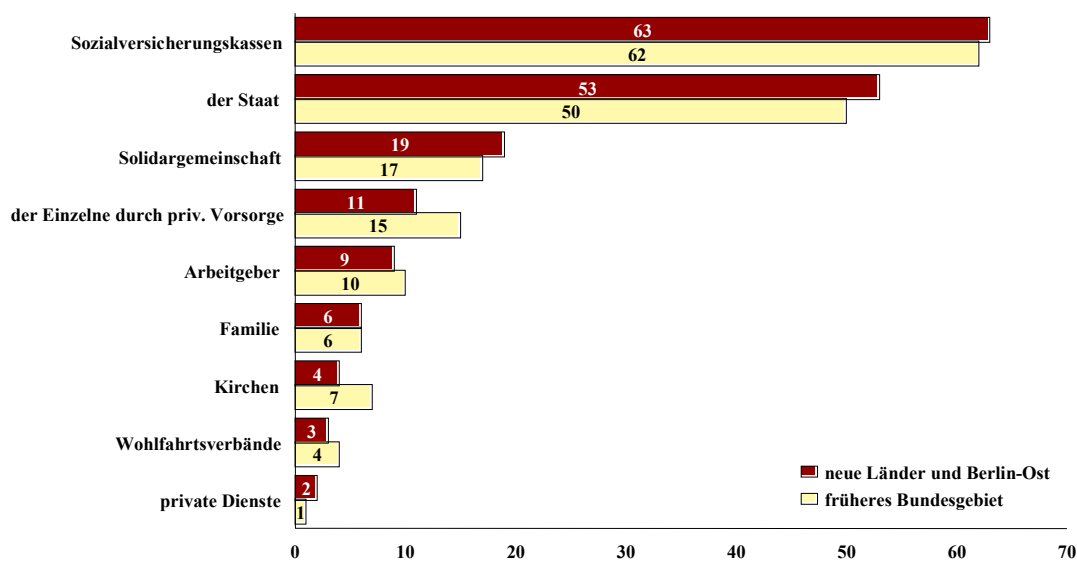
	ins- ge- samt	Frau- en	Män- ner	bis 25 Jahre	25-34 Jahre	35-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u.ält.
Ausbildungsplätze für alle jungen Leute	69	72	66	62	65	68	72	75
gesicherte Rente im Alter, die das gewohnte Leben ermöglicht	68	73	62	53	60	62	71	80
Gewissheit einer sicheren Zukunft bei Bedarf einen Arbeitsplatz zu erhalten	63	65	61	64	63	59	69	61
Schutz vor Armut	62	63	60	61	66	64	74	45
Schutz vor Kriminalität	58	62	53	48	51	54	61	66
kostenlose Gesundheitsbetreuung	57	61	52	43	54	53	58	65
Schutz vor gesundheitsschädlichen Nahrungsmitteln	49	46	53	50	39	44	53	58
Schutz vor neuartigen gefährlichen Krankheiten, wie z.B. BSE	45	47	43	33	35	50	48	50
Schutz vor neuartigen gefährlichen Krankheiten, wie z.B. BSE	45	49	41	35	37	48	49	49
Einführung einer einheitlichen sozialen Grundsicherung für alle	45	48	42	46	39	46	46	48
Stabilität der Preise bei wichtigen Waren	44	49	38	40	39	44	46	47
selbstbestimmtes Entscheiden über das eigene Leben	43	44	43	49	44	43	37	46

Datenbasis: sfz/leben 2001 (gew.)

Drittens wird die soziale Sicherung in den sog. „Wechselfällen des Lebens“ (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut, Alter) von knapp. zwei Dritteln der Bürger vor allem als Sache der Sozialversicherungskassen betrachtet und damit die gemeinsame Verantwortung von Staat und Solidargemeinschaften hervorgehoben. Dabei wird allerdings dem Staat von rd. der Hälfte der Bürger ein wesentlich höheres Gewicht als den Solidargemeinschaften zugemessen (nur jeder Fünfte). Allen anderen möglichen Personengruppen bzw. Trägern von Wohlfahrtsleistungen werden nur nachgeordnet Verantwortung zugeordnet. Das betrifft die Verantwortung des Einzelnen durch private Vorsorge, die Arbeitgeber ebenso wie die Familie, die Kirchen oder Sozial- und Wohlfahrtsverbände (vgl. Abbildung 6.35).

Im Zusammenhang mit der Diskussion um Verantwortung des Einzelnen und des Staates wird immer wieder gern die Aussage genutzt, dass soziale Sicherheit zu Leistungsmissbrauch führe. Die Missbrauchsdebatte ist eine keineswegs neue Erscheinung. Es gab sie in der Bundesrepublik im Ergebnis der Ölkrise (70er Jahre), mit der Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit (80er Jahre), nach den erkennbaren negativen Wirkungen der Vereinigung (Kohl: Freizeitpark Deutschland) und zu Beginn des neuen Jahrtausends (Schröder: Es gibt kein Recht auf Faulheit).

Abbildung 6.35: Wer sollte Ihrer Meinung nach verantwortlich dafür sein, dass jeder Bürger bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut und im Alter ein gesichertes Auskommen hat? - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „vor allem“)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

In den letzten Jahren ist es jedoch ein Dauerthema geworden, mit einer breiter werdenden Palette von Zielgruppen:

- Sozialhilfeempfänger,
- Arbeitslose,
- Ausländer (Osteuropa),
- Rentner.

Die Missbrauchsdebatten - selbst wenn sie unter solch wohlklingenden Namen geführt werden wie: „Sozialtourismus“ - beruhen letztlich darauf, dass aus Vertrauen ein dem Neoliberalismus eigenes Misstrauen wird⁷³⁹. Das lässt sich auch nicht mit dem Klassiker: Vertrauen ist gut - Kontrolle ist besser entkräften, ein bekanntlich Lenin zugeschriebener Ausspruch, der Kontrolle in wirtschaftlichen Belangen forderte. Vertrauen und Kontrolle sind weder das eine freiheitlich-demokratisch und das andere zentral-staatlich - beides ist von Nöten, nur dass die Solidargemeinschaft auf Vertrauen beruht und nicht mittels staatlichen oder betrieblichen Kontrollwahns zerstörend wirkt. Wenn heute im pflegerischen Bereich 40 % der Arbeitszeit für bürokratische Erfassung und Abrechnung der einzelnen Minuten des Pflegens verwendet werden, dann steht Misstrauen aus angeblichen Gründen der „Effizienz“ vor dem erforderlichen Betreuungsanspruch an die Pflege. „Anstatt im Sozialen nur darüber nachzudenken, wie wir unsere Systeme des Misstrauens und der Kontrolle immer weiter verfeinern können...wären wir besser beraten...uns einmal Gedanken darüber zu machen, wie wir Systeme des Vertrauens stärken können“⁷⁴⁰.

Auch Sozialleistungen für lebenslanges Arbeiten stehen unter Generalverdacht. Niemand bestreitet, dass Alt-Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog seine Verdienste hat. Mit seiner Äußerung über schmarotzende Alte (er selbst ist inzwischen 80 Jahre) hat er sich 2008 (Bild-Zeitung) jedoch in die Reihe jener gestellt, welche die Kluft in Deutschland nicht zwischen Armen und Reichen sehen wollen, sondern zwischen Jung und Alt. Dabei gibt es reiche Alte und arme Alte ebenso wie arme Junge

⁷³⁹ Schneider, Ulrich: Mehr Mensch!...a.a.O., S. 137.

⁷⁴⁰ Ebenda, S. 139/140.

und reiche Junge. Es ist schade, dass - statt nach gemeinsamen Lösungen zu suchen - eher die Aufrechnung prägend ist. Dazu folgende Fakten:

- a) Die jetzige Rentnergeneration von 20 Millionen Rentnern (GRV) hat im Verlaufe ihres Lebens durch die Geburt von Kindern noch fast die einfache Bevölkerungsreproduktion gesichert und rd. 20 Millionen Kinder gezeugt, geboren, ernährt, gekleidet und für ihre Bildung gesorgt. Das sind nach heutigen Vorstellungen rd. 120.000 Euro pro Kind oder 2,4 Billionen Euro persönlicher Finanzbeitrag aus dem individuellen Arbeitseinkommen der Eltern, der Väter und Mütter. Sie haben das für sich und ihre Kinder gern getan, davon ausgehend, dass ihre Kinder es ihnen später anerkennen werden. Sie haben mit ihren Leistungen darüber hinaus die kulturellen und materiellen Werte geschaffen, auf denen sich der heutige Wohlstand aller Generationen gründet.
- b) Diese 20 Millionen Rentner erhalten über die durch Beiträge in der GRV abgedeckten Mittel hinaus einen Staatszuschuss von rd. 50 Milliarden Euro/Jahr. Ausgehend von der gegenwärtigen Rentenbezugsdauer (2014) von 20 Jahren insgesamt macht das einen Staatszuschuss für die heutige Rentnergeneration von insgesamt 1.000 Milliarden Euro bzw. 1 Billion Euro aus.
- c) Die 28 Millionen Kinder der rd. 20 Millionen Rentner müssen - wenn sich andere wie Beamte oder politische Eliten nicht beteiligen - im Durchschnitt jeder rd. 1.800 Euro an Steuern pro Jahr aufbringen, um den Staatszuschuss persönlich zu finanzieren. Kinder, die ihre Eltern achten und ehren, verstehen deshalb die o.g. Diskussionen um schmarotzende Eltern/Großeltern nicht.
- d) Nicht zu übersehen auch, dass die jetzige Rentnergeneration mehrheitlich über 40 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt hat und damit die Renten ihrer „Elterngeneration“ absichert. Die durchschnittliche Erwerbsbiografie begann mit dem 14. Lebensjahr (heute für 40 % Studierende erst mit dem 24. Lebensjahr) und verkürzte sich systematisch durch späteren Beginn der Beitragszahlung allein von 1990 bis 2014 zwischen 3 und 10 Jahren bei den Versicherten durch Ausdehnung der Bildungsphase vor Erwerbsbeginn. Das heißt aber auch, dass Eltern heute länger für ihre Kinder aufkommen müssen. Zugleich gilt, dass die Lebenserwartung bzw. die Rentenzahljahre sich im Vergleich um nicht viel mehr erhöht haben als durch steigende Bildung an Versicherungsjahren (d.h. an Beiträgen) verloren ging. Alles in allem eher Rechenspielchen, die dem Grundanliegen widersprechen, dass die jeweiligen Erwerbstätigengenerationen die jeweiligen Rentnergenerationen mit ihrer Arbeit (bzw. Beiträgen) finanzieren.

Misstrauen säende gegenseitige Schuldzuweisungen und Bilanzierungen bringen nicht weiter. Was gebraucht wird, sind weder ständige Veränderungen des Rentensystems noch politische Eingriffe in das System. Sozialer Frieden und Freiheit brauchen soziale Sicherheit - dazu gehören sichere Alters-einkommen. Es geht nicht um eine „Rentner“-demokratie - aber Demokratie erfordert Mitsprache von Rentnern bei den sie betreffenden Angelegenheiten, so auch dem Rentensystem.

Anzumerken bleibt, dass Herr Herzog aufgrund seiner Leistungen für die Bundesrepublik lt. Gesetz seine Bezüge als Bundespräsident auf Lebzeiten erhält, das sind ca. 16.000 Euro/Monat oder rd. 200.000 Euro/Jahr. Seit seinem Ausscheiden 1999 erhielt er damit bis Mitte 2015 rd. 3,0 Millionen Euro (plus Dienstwagen und Dienstpersonal). Die im Zusammenhang mit dem zurückgetretenen Bundespräsidenten Wulff geführte Debatte um „Ehrensold“ und „Ehrenleistungen“ ist ohne Zweifel notwendig - steht aber wiederum in keinem Verhältnis zu den Bezügen von führenden Wirtschaftsmanagern, Spitzensportlern oder renommierten Künstlern.

Übrigens sind auch andere Spitzenpolitiker nicht viel besser: Auch der seinerzeitige Vizekanzler und Arbeitsminister Müntefering erklärte 2006: „Nur wer arbeitet, soll auch essen.“ (Kinder, Senioren,

Behinderte haben also keinen Anspruch!) und der seinerzeitige SPD-Vorsitzende und Ministerpräsident Beck sagte 2006 zu einem Arbeitslosen: „Wenn sie sich waschen und rasieren, bekommen Sie auch Arbeit.“ Es sei „nicht in Ordnung, dass wir bei behinderten Kindern den Mangel verwalten und sich andere stinkfaul im Sozialstaat einrichten, obwohl sie selber arbeiten können.“ (Westerwelle - FDP-Parteitag 31.05.2008).

Das Problem besteht darin, dass es inzwischen eine breite Mehrheit an Bürgern gibt, welche diese und vergleichbare Äußerungen - wenn auch oft unbedacht - unterstützen.

Als Beleg sollen lediglich zwei Aussagen von 2014 angeführt werden⁷⁴¹:

- 79 % der ab 18-jährigen Bürger aus den neuen Bundesländern stimmen voll bzw. teilweise zu, dass Ausländer „unsere sozialen Leistungen ausnutzen und auf unsere Kosten leben“, ebenso wie 77 % der Bürger aus den alten Bundesländern (vgl. Abschnitt 5.7).
- Dem „wer arbeiten will, auch Arbeit findet“ stimmen 84 % im Osten und 87 % im Westen voll bzw. teilweise zu.

Kennzeichnend ist, dass die Bürger auch in den nächsten Jahren zunehmende finanzielle Belastungen im Sozialbereich und eine Abnahme der dafür gewährten Leistungen erwarten. Das ist ohne Zweifel nicht allein dem bereits erfolgten Abbau von Sozialleistungen geschuldet, sondern einer permanenten Diskussion um weitere Kürzungen in allen Bereichen der Sozialpolitik. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht extremste Vorschläge unterbreitet werden, so dass der Bürger am Ende jeden Leistungseingriff mit „es hätte schlimmer kommen können“ akzeptiert. Andererseits stoßen Vorschläge zur verbesserten Ausgestaltung bzw. Rücknahme von erfolgten Kürzungen auf Widerstand von vielen Seiten. Dabei ist nicht zu übersehen, dass die „Meinungsmacher“ in Politik und Medien im hohen Maße persönlich nicht in die gesetzlichen Leistungssysteme eingebunden sind und demzufolge - in vielen Fällen mit guten und hohen Einkommen ausgestattet - von „außen“ kommentieren.

Der Erfolg des Bemühens vieler Initiativen und Netzwerke zur besseren Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme wird jedoch nicht nur von der Forderung nach einer breiteren Solidarbasis zur Finanzierung der Sozialpolitik abhängen, sondern auch vom erkennbaren solidarischen Verhalten zur Durchsetzung berechtigter Forderungen

6.5.2 *Finanzielle Grundlagen sozialer Sicherheit*

Die von und für die Gesellschaft erbrachten Sozialleistungen - bzw. ihrer Institutionen und Träger - umfassen.⁷⁴²

- Sozialversicherungssysteme (Renten-, Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung),
- Sondersysteme (Alterssicherung der Landwirte, Versorgungswerke, private Altersvorsorge, private Krankenversicherung, private Pflegeversicherung),
- Systeme des öffentlichen Dienstes (Pensionen, Familienzuschläge, Beihilfen),
- Arbeitgebersysteme (Entgeltfortzahlung, betriebliche Altersversorgung einschließlich der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes, sonstige Arbeitgeberleistungen),
- Entschädigungssysteme (soziale Entschädigung, Lastenausgleich, Wiedergutmachung, sonstige Entschädigungen),

⁷⁴¹ Daten aus sfz/leben 2014 (gew.).

⁷⁴² Vgl. hierzu auch Sozialbericht der Bundesregierung 2013, S. 160.

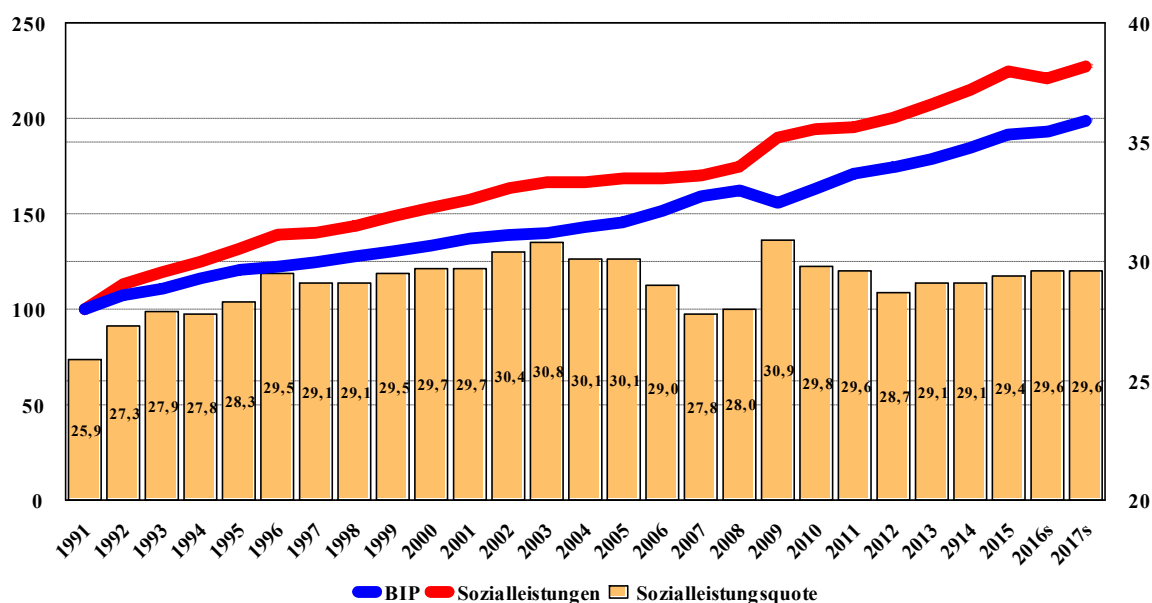
- Förder- und Fürsorgesysteme (Kindergeld und Familienleistungsausgleich, Erziehungsgeld/Elterngeld und Betreuungsgeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende, sonstige Arbeitsförderung, Ausbildungs- und Aufstiegsförderung, Sozialhilfe, Kinder- und Jugendhilfe, Wohngeld).

Insgesamt wurden in Deutschland 2013 rd. 808 Milliarden Euro für oben genannte Bereiche verwendet. Im Verhältnis zum erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt - der Sozialleistungsquote - wurden damit rd. 30 % des BIP für soziale Zwecke eingesetzt. Diese Aussage lässt jedoch kaum Rückschlüsse auf die Wirksamkeit der Sozialpolitik oder eine immer sozialer werdende Gesellschaft zu. Nicht nur aufgrund des Fehlens „unentgeltlicher Leistungen“ von Familienangehörigen oder Vereinen/Verbänden, sondern auch aufgrund des notwendigen Bezugs zu sozialem Status z.B. bei Arbeitslosigkeit, Zahl und Alter der Empfänger von Sozialleistungen, der Kosten- und Preisentwicklung im sozialen Bereich sowie in Relation zur Einkommensentwicklung.

Gerade die letzten Jahre belegen, dass die Empfänger von Sozialleistungen, z.B. im Bereich der Grundsicherungen, ebenso gestiegen sind wie der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung - wenn eine gleich hohe Sozialleistungsquote in Deutschland weitgehend gehalten wurde, lässt das den Rückschluss auf sich verschlechternde Leistungsansprüche ebenso wie auf eine Absenkung des Leistungsniveaus für einzelne Gruppen von Leistungsempfängern zu.

Die Sozialleistungsquote stieg zwischen 1991 mit 25,9 % bis 2003 auf 30,8 % an, sowohl bedingt durch die mit der deutschen Vereinigung verbundenen Aufwendungen als auch die Einführung der sozialen Pflegeversicherung. Danach sank die Sozialleistungsquote deutlich und erfährt ab 2009 wieder einen Anstieg - nicht zuletzt durch den mit der Finanz- und Wirtschaftskrise verbundenen Rückgang des BIP und des damit einhergehenden Anstiegs der Sozialleistungen auf 31,5 %. Rein rechnerisch wurde die Quote durch Einbeziehung von Teilen der privaten Krankenversicherung ab 2009 erhöht, um dann wieder bis 2015 auf 29,4 % stetig zu sinken. In der Vorausschau wird für 2017 von knapp unter 30 % ausgegangen.

Abbildung 6.36: Entwicklung der Sozialleistungen und Sozialleistungsquote (Verhältnis zu BIP) - Deutschland - 1991 bis 2017* - in Prozent -



* Ab 2009 Sozialleistungen einschließlich der mit der GKV vergleichbaren Grundleistungen der Privaten Krankenversicherung. Vergleich mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

Quelle: Stat. Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Für 2016/17 Sozialbericht der Bundesregierung 2013, geschätzte Werte (s)

In den Jahren nach den massiven Forderungen auf Reformen (vgl. Sozialbericht der Bundesregierung 1997), die dann mit der rot-grünen Koalition in Größenordnungen eingeleitet wurden, erfolgte eine zunehmende Belastung der Arbeitnehmer durch steigende Beiträge.

Im Vergleich zwischen 2000 und 2015 stiegen die Leistungen (in Mrd. Euro):

- der gesetzlichen Rentenversicherung von 217 Mrd. Euro auf 282 Mrd. Euro - der Anstieg um 65 Mrd. Euro wurde mit einem Anstieg der Beiträge um 44 Mrd. Euro mit abgedeckt;
- der gesetzlichen Krankenversicherung von 132 Mrd. Euro auf 212 Mrd. Euro - der Anstieg um 80 Mrd. Euro wurde mit einem Beitragsanstieg von 76 Mrd. Euro in hohem Maße ausgeglichen;
- der gesetzlichen Pflegeversicherung von 17 Mrd. Euro auf 29 Mrd. Euro - dem stand ein Anstieg der Beiträge um 15 Mrd. Euro auf 31 Mrd. gegenüber.
- In der Arbeitslosenversicherung wurde zwischen 2000 und 2015 durch Reduzierung der Arbeitslosigkeit sowie durch stärkere Regulierungen der Leistungen auf Kosten der Betroffenen die Summe der Gesamtleistungen von 50 Mrd. Euro auf 27 Mrd. Euro abgesenkt.
- In der Unfallversicherung stiegen die Leistungen im genannten Zeitraum von 11 Mrd. Euro auf rd. 13 Mrd. Euro.
- Die Pensionsausgaben stiegen auf 53 Mrd. Euro (227 %) und die Förderung der betrieblichen Altersversorgung auf 27 Mrd. Euro (239 %).

Hauptausgabepositionen sind nach den Leistungen der Sozialversicherungssysteme die Förder- und Fürsorgeleistungen mit Kindergeld, Sozialhilfe, Kinder- und Jugendhilfe.

Tabelle 6.19: Finanzielle Leistungsentwicklung - Sozialbudget 1991 bis 2015 - nach Institutionen -

Sozialbudget 2015	1991	2000	2010	2011	2012	2013	2014p	2015s
Millionen Euro								
Sozialbudget insgesamt.....	395.535	607.976	768.706	773.305	790.977	819.746	849.792	888.243
1 Sozialversicherungssysteme.....	252.674	396.714	471.364	471.084	479.000	494.696	513.445	534.787
11 Rentenversicherung.....	133.180	217.429	253.742	255.684	259.836	263.264	270.828	282.481
12 Krankenversicherung.....	92.682	132.080	173.882	177.813	182.487	192.825	204.119	211.862
13 Pflegeversicherung.....	-	16.668	21.483	21.903	22.934	24.347	25.397	28.927
14 Unfallversicherung.....	7.640	10.834	12.059	12.005	12.208	12.386	12.608	12.525
15 Arbeitslosenversicherung.....	35.640	49.696	36.182	29.348	27.625	28.914	28.179	27.378
2 Sondersysteme.....	3.568	5.737	27.887	29.050	29.455	30.749	31.181	31.674
21 Alterssicherung der Landwirte.....	2.457	3.272	2.946	2.889	2.862	2.824	2.779	2.695
22 Versorgungswerke.....	1.111	1.958	4.323	4.675	4.607	4.968	5.205	5.480
23 Private Altersvorsorge.....	-	-	160	220	235	270	330	390
24 Private Krankenversicherung.....	-	-	19.654	20.436	20.855	21.701	21.856	22.086
25 Private Pflegeversicherung.....	-	507	804	828	896	986	1.012	1.023
3 Systeme des öffentlichen Dienstes.....	35.673	51.583	59.673	60.871	63.025	65.275	68.245	71.011
31 Pensionen.....	23.346	34.901	43.758	44.765	46.642	48.260	50.735	52.949
32 Familienzuschläge.....	5.866	7.036	3.000	3.016	3.136	3.170	3.239	3.295
33 Beihilfen.....	6.461	9.646	12.914	13.090	13.247	13.845	14.272	14.768
4 Arbeitgebersysteme.....	41.809	52.675	65.495	68.997	74.273	78.433	80.764	84.893
41 Entgeltfortzahlung.....	23.344	26.807	29.992	32.653	36.593	39.800	41.272	44.955
42 Betriebliche Altersversorgung.....	11.213	16.609	23.600	24.234	25.261	26.013	26.689	26.780
43 Zusatzversorgung.....	5.960	8.193	10.691	10.877	11.166	11.347	11.510	11.847
44 Sonstige Arbeitgeberleistungen.....	1.292	1.066	1.212	1.232	1.253	1.273	1.292	1.312
5 Entschädigungssysteme.....	8.736	6.436	3.153	2.966	2.777	2.785	2.560	2.617
51 Soziale Entschädigung.....	6.496	4.471	1.929	1.727	1.549	1.382	1.191	1.088
52 Lastenausgleich.....	477	133	31	27	24	20	17	14
53 Wiedergutmachung.....	973	1.199	863	886	890	954	930	1.043
54 Sonstige Entschädigungen.....	790	633	330	326	314	429	422	472
6 Förder- und Fürsorgesysteme.....	55.566	100.252	148.998	147.145	148.606	154.167	160.004	169.989
61 Kindergeld und Familienleistungsausgleich..	10.435	33.143	41.955	41.687	41.928	41.897	42.097	43.096
62 Erziehungsgeld/Elterngeld.....	3.232	3.732	4.769	4.885	4.976	5.274	6.209	6.807
63 Grundsicherung für Arbeitsuchende.....	-	-	46.385	41.518	40.214	41.198	41.701	42.162
64 Arbeitslosenhilfe / sonst. Arbeitsförderung....	9.042	15.094	558	572	581	660	689	758
65 Ausbildungs- und Aufstiegsförderung.....	1.326	875	2.186	2.469	2.529	2.571	2.456	2.369
66 Sozialhilfe.....	18.103	25.763	25.590	27.302	28.250	29.798	32.283	37.820
67 Kinder- und Jugendhilfe.....	10.900	17.328	25.648	27.097	28.846	31.701	33.655	36.239
68 Wohngeld.....	2.527	4.315	1.908	1.615	1.282	1.067	915	737
<u>nachrichtlich:</u> Steuerliche Leistungen ohne Familienleistungsausgleich.....	27.180	38.064	30.141	28.693	28.031	27.617	27.746	27.998

Institutionen oh. Verrechnungen. Sozialbudget insg. und Sozialversicherungssysteme konsolidiert um Beiträge des Staates. Ab 2009 einschließlich privater Krankenversicherung. 2016 und 2017 sind Ergebnisse von Modellrechnungen des BMAS.

Datenstand: Mai 2016

p: vorläufig, s: geschätzt

Quelle: BMAS, Sozialbudget 2016, Bonn 2016, S. 9

Über den Gesamtzeitraum seit 1991 folgen die Daten nicht wesentlich anderen Tendenzen. Die Tabelle 6.19 lässt die unterschiedlichen Entwicklungen der Leistungen nach Institutionen sowie die Anteile an den Gesamtausgaben erkennen:

Tabelle 6.20: Beitragssätze zur Sozialversicherung - in v.H. -

Jahr	Rentenversicherung		Krankenversicherung ^{1 2}	Arbeitslosenversicherung	Pflegeversicherung	insgesamt (ohne KnV)
	Allg. RV ³	KnV				
1991	18,7	24,45	12,36	4,3	x	35,36
	17,7	23,45	12,36	6,8	x	36,86
1992	17,7	23,45	12,71	6,3	x	36,71
1993	17,5	23,25	13,22	6,5	x	37,22
1994	19,2	25,5	13,17	6,5	x	38,87
1995	18,6	24,7	13,15	6,5	1,0	39,25
1996	19,2	25,5	13,48	6,5	1,0	40,18
	19,2	25,5	13,48	6,5	1,7	40,88
1997	20,3	26,9	13,58	6,5	1,7	42,08
1998	20,3	26,9	13,62	6,5	1,7	42,12
1999	20,3	26,9	13,60	6,5	1,7	42,10
	19,5	25,9	13,60	6,5	1,7	41,30
2000	19,3	25,6	13,57	6,5	1,7	41,07
2001	19,1	25,4	13,58	6,5	1,7	40,88
2002	19,1	25,4	13,98	6,5	1,7	41,28
2003	19,5	25,9	14,31	6,5	1,7	42,01
2004	19,5	25,9	14,22	6,5	1,7	41,92
2005	19,5	25,9	13,73	6,5	1,7	41,43
2006	19,5	25,9	14,21	6,5	1,7	41,91
2007	19,9	26,4	14,80	4,2	1,7	40,60
2008	19,9	26,4	14,86	3,3	1,7	39,76
	19,9	26,4	14,86	3,3	1,95	40,01
2009	19,9	26,4	15,50	2,8	1,95	40,15
	19,9	26,4	14,90	2,8	1,95	39,55
2010	19,9	26,4	14,90	2,8	1,95	39,55
2011	19,9	26,4	15,50	3,0	1,95	40,35
2012	19,6	26,0	15,50	3,0	1,95	40,05
2013	18,9	25,1	15,50	3,0	2,05	39,45
2014	18,9	25,1	15,50	3,0	2,05	39,45
2015	18,7	24,80	15,45	3,0	2,35	39,45
2016	18,7	24,80	15,90	3,0	2,35	39,95
2017	18,7	24,80	15,90	3,0	2,55	40,15

¹ Ab dem 1.7.2005 ist ein Zusatzbeitrag in Höhe von 0,9 % - allein vom Arbeitnehmer - zu zahlen, der im ausgewiesenen Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung (KV) enthalten ist. Ab dem 1.1.2009 gilt ein einheitlicher Beitragssatz in der KV, der den allein vom Arbeitnehmer zu tragenden Anteil von 0,9 % enthält.

² ab 2005 erhöht sich der hier dargestellte Beitragssatz für Kinderlose um 0,25 %

³ unter Berücksichtigung des Beitragssatzes der allg. RV, ohne Zusatzbeitrag zur PV für Kinderlose in Höhe von 0,25 %

Quelle: BMAS, BMG, Deutsche Rentenversicherung Bund

So stiegen zwischen 1991 und 2017 (vgl. Tabelle 6.20):

- die Sozialgesamtbeträge auf 114 %,
- die Krankenversicherung auf 129 %, die Pflegeversicherung stieg auf 255 % (ab 1995),
- die Rentenversicherung blieb konstant 100 %,
- die Arbeitslosenversicherung sank auf 70 %.

Aussagefähiger wäre die Darstellung der Leistungsentwicklung bezogen auf die Anzahl der Leistungsempfänger, welche zur Zeit (noch) nicht möglich ist.

6.6 Soziale Entwicklung zwischen Auf- und Abstieg

Unmittelbar nach 1990 erfolgte in den neuen Ländern ein nahezu totaler Elitenwechsel, der jedoch nur für wenige Bürger mit Aufstiegschancen verbunden war. Staat und Wirtschaft im Osten sind fest in der Hand von westlichen Erfahrungsträgern. Inzwischen halten sich Auf- und Abstieg auf niedrigem Niveau die Waage. Im Ost-West-Vergleich wird offensichtlich, dass die seit der Jahrtausendwende wirkenden Sozialreformen zu einem erkennbaren Anstieg derer, welche ihre Entwicklung als Abstieg kennzeichnen, - stärker im Westen als im Osten - geführt haben.

Die subjektive Schichtzuordnung (vgl. Abschnitt 6.3.1) innerhalb der letzten Jahre mit ihren Veränderungen reflektiert in hohem Maße, wie vom Einzelnen seine Entwicklung in unterschiedlichem Maße als sozial unverändert, als sozialer Aufstieg bzw. Abstieg beurteilt wird. Im Allgemeinen versteht der Bürger unter Aufstieg die Aneignung einer höheren Qualifikation, die Übernahme von mehr Verantwortung in Leitungshierarchien, den damit verbundenen Wechsel in höhere Entlohnungsgruppen, bzw. unter Abstieg vor allem den Übergang in Arbeitslosigkeit oder prekäre Arbeitsverhältnisse usw., d.h. letztlich den Auf- oder Abstieg in höhere oder niedrigere soziale Schichten.

Insofern ist das, was der Einzelne darunter versteht, vor allem mit seinem sozialen Status, mit der Entwicklung der individuellen wirtschaftlichen Situation in zurückliegenden bzw. zukünftigen Zeiträumen ebenso wie mit den angenommenen/erwarteten Zukunftsaussichten verbunden. Nicht übersehen werden sollte dabei, dass die Bewertung der eigenen Entwicklungschancen ein maßgeblicher Faktor für die Identifikation mit dem ökonomischen und politischen System darstellt.

Bei der Bewertung der „Aufstiegschancen“ in den neuen Ländern spielt sicher eine Rolle, dass es - aufgrund der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Entwicklung nur geringe Spielräume für sozialen Aufstieg gibt. Inzwischen sind Spitzenpositionen im Osten - besonders in der Wirtschaft - für Einheimische gering, in den vergangenen Jahren haben sich kaum „einheimische Eliten“ herausgebildet. Wenn sich auch der Begriff „Elite“ in Deutschland im Sinne von „ausgewählter Klasse“, „Herrenrasse“ nach dem Zweiten Weltkrieg wandelte und mehr mit den Funktionen der Gesellschaft (Funktionseliten) verbunden wurde, so bleibt unbestritten, dass in Deutschland die „Eliten“ häufig wechselten bzw. mehr oder weniger ausgetauscht wurden (nach 1919, nach 1933, nach 1945)⁷⁴³.

In den neuen Bundesländern erfolgte ein vierter Wechsel nach 1989⁷⁴⁴. Jedoch war es nahezu ein totaler „Eliten“wechsel, der keineswegs nur die politischen Eliten, sondern auch Verwaltungs-, Militär- und Justizeliten ebenso betraf wie die Medien-, Kultur- und Wissenschaftslandschaft.⁷⁴⁵ Der Elitenwechsel wies - gegenüber in der Vergangenheit vollzogenen Wechseln - zumindest drei Besonderheiten auf: Er war erstens wesentlich umfassender als der nach dem Zweiten Weltkrieg in der DDR vollzogene Wechsel, ganz zu schweigen von der Bundesrepublik. Er war zweitens verbunden mit einem „Eliteimport historisch beispiellosen Ausmaßes aus dem Westen“⁷⁴⁶ und wurde nicht zuletzt drittens mit einer ideologischen Gesamtverurteilung des Wirkens der „Eliten“ (keineswegs nur der politischen) in der DDR vor 1990 verbunden.

Auch die an der friedlichen Revolution 1989 maßgeblich beteiligten Repräsentanten der Bürgerbewegungen und politischen Reformkräfte wurden weitgehend rasch verdrängt. Der insbesondere über die „Runden Tische“ erfolgte Aufstieg einer systemkritischen Elite der Bürgerrechtler wurde relativ schnell durch „geschultes“ Personal aus dem Westen ersetzt. Das wäre weniger ein Problem gewesen,

⁷⁴³ Zapf, Wolfgang: Wandlungen der deutschen Eliten (1919-1961), Verlag Piper, München 1965.

⁷⁴⁴ Kollmorgen, Raj: Aus dem Osten an die Spitze? Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten nach fünfundzwanzig Jahren Vereinigungsprozess, Berliner Debatte Initial, 02/2015, S. 17 ff.

⁷⁴⁵ Vgl. hierzu: Derlien, Hans-Ullrich: Elitezirkulation in Ostdeutschland 1989 - 1995, APuZ B5/98, S. 10-15.

⁷⁴⁶ Vgl. hierzu: Derlien, Hans-Ullrich: Elitezirkulation in Ostdeutschland... a.a.o., S. 15.

wenn damit nicht nur fachlich-durchschnittliche, sondern auch fehlende soziale Kompetenz - im Sinne des Verstehens ostdeutscher Entwicklungen - verbunden gewesen wäre.

Die erfolgte Elitezirkulation wird zusammengefasst wie folgt charakterisiert: Die neuen Länder wurden „zunehmend attraktiv für westdeutsche Chancensucher - insbesondere Menschen aus den gehobenen und höheren Schichten mit einer guten Ausstattung an ökonomischem und/oder kulturellem Kapital (Unternehmer, Selbstständige und Freiberufler, Wissenschaftler, Richter und Staatsanwälte, gehobene und leitende Beamte und Angestellte).“⁷⁴⁷

Eine für den Zeitraum bis 1995 vorgenommene Analyse belegt den Eliteimport/-austausch in Regierungen und Verwaltungen: 1990 stammten alle 62 beamteten Staatssekretäre der Landesregierungen der neuen Bundesländer aus Westdeutschland, das gilt auch für Polizei und Verfassungsschutz.⁷⁴⁸ Der Rang-Effekt der deutschen Vereinigung, d.h. je höher die Position, umso höher der Anteil westdeutscher Elite-Importe, galt de facto für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Im Gegensatz dazu betrug auf Bundesebene der Anteil Ostdeutscher (1995) 8,1 % bei den Gewerkschaften, 12,4 % bei Wirtschaftsverbänden, 11,7 % im Medien-, 12,9 % im Kultur- und 7,9 % im Wissenschaftsbereich. So gut wie nicht vertreten waren Ostdeutsche in Spitzenpositionen des Militärs (keine Person), bei Managern (1 Person) und Verwaltungseliten (2,5 %).⁷⁴⁹ Der Abbau der Eliten - dem im Bereich der Armee vielleicht noch Verständnis entgegengebracht werden kann - vollzog sich jedoch auch im Bereich der Kommunen, der Unternehmen, der Banken und Versicherungen, der Medien sowie der Wissenschaften. So wurden allein zwischen 1990 und 1995 rd. zwei Drittel aller Professoren, Dozenten und des akademischen Mittelbaus ausgegliedert. Das betraf auch 75 % der akademischen Forschung und 87 % der Industrieforschung - alles in allem rd. 125.000 in der Forschung Tätige,⁷⁵⁰ die einer geschichtlich einmaligen Abwicklung/Ausgrenzung unterzogen wurden.

Nach mehr als 10 Jahren deutsche Einheit wurde vom Institut für Marktforschung Leipzig ermittelt, dass Ende 2003 bei nichtselbstständigen Beschäftigten 35 % der direkten Vorgesetzten aus den alten Bundesländern kamen (bis 1997 waren das noch „nur“ 21 %). Von den Unternehmenschefs waren 48 % Westdeutsche (1997 = 43 %), und 50 % der Unternehmenschefs/Behördenleiter von Angestellten/Beamten kamen aus den alten Bundesländern. Dieser Prozess wurde auch dadurch unterstützt, da bis in die Gegenwart nicht unbedeutende Teile junger Menschen zwecks Arbeit und Ausbildung in die alten Bundesländer abgewandert sind und damit das Potenzial für eine Eigenrekrutierung eingrenzten. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind allerdings beträchtlich, wobei interessant ist, dass Sachsen die höchste „Eigenquote“ hat. Im Freistaat stellten 2003 Ostdeutsche 76 % der unmittelbaren Vorgesetzten und 57 % der Unternehmenschefs.⁷⁵¹

Nach neueren Daten aus Brandenburg aus dem Jahr 2013 wurde auf eine Anfrage nach der Herkunft der höheren Landesdiener die Auskunft erteilt⁷⁵², dass

- seit 1990 zwischen 75 bis 100 % der Staatssekretäre und Abteilungsleiter aus dem Westen stammen;

⁷⁴⁷ Geißler, Reiner: Nachholende Modernisierung mit Widersprüchen - eine Vereinigungsbilanz aus modernisierungstheoretischer Perspektive, APuZ B 40/2000, S. 22.

⁷⁴⁸ Derlien, Hans-Ullrich: Elitezirkulation in Ostdeutschland... a.a.O., S. 12/13.

⁷⁴⁹ Ebenda, S. 15.

⁷⁵⁰ Meyer, Hansgünter: Integration statt biologischer Lösung, in: Ausgrenzung oder Integration (Hrsg.: S. Bollinger/U.v.d.Heyden/M. Kessler), Schriftenreihe Gesellschaft - Geschichte - Gegenwart, Bd. 34, trafo verlag, Berlin 2004, S. 266/267.

⁷⁵¹ Institut für Marktforschung Leipzig: Woher kommen die Chefs?, repräsentative Befragung, Oktober 2003.

⁷⁵² Minister Schöneburg - November 2013, Anfrage Mächtig/Jürgens.

- bei Staatsanwaltschaften zwischen 72 bis 92 % - der Anteil leitender Richter, Beamter und Angestellter in den Oberlandes- und Landgerichten liegt nach 25 Jahren deutscher Einheit bei 100 %;
- das leitende Personal der Sozialgerichtsbarkeit zu zwei Dritteln nicht aus dem Osten stammt (Ausnahme Frankfurt/Oder ohne einen einzigen Import).

Tabelle 6.21: Ostdeutsche in den sektoralen Eliten der Bundesrepublik (1991-2012/13) - in v.H. -

Sektor/Konkrete Positionsfelder	1991/92	1994/95	2003/2004	2012/13
(Staats-)Politik				
Insgesamt*	-	-/32	-	14/-
Bundeskabinett (Minister und BK)	15	12	13	13 (2012)
Ministerpräsidenten der Länder (MP)	13 (1992)	-	25	25
Bundestag (Präsidium)	0	-	20	50
Bundestagsparteien (Parteivorsitzende, Fraktionsvorsitzende und Stellv.)	18	25	21	21
Länderregierungen (Kabinette mit MP, ohne Berlin)	23	22	22	19
Politische und zivilgesellschaftliche Organisationen				
Insgesamt*	-/ca. 8	-/10	-	ca. 5/ca. 10
Wirtschaftsverbände	0/-	0/8	-	0/-
Gewerkschaften	0/-	-/12	-	0/ca. 10
Verwaltung				
Insgesamt*	ca. 0/0	ca. 1/3	-	4/ca. 5
Beamtete Staatssekretäre Bund	0	0	-	0 (2012)
Beamtete Staatssekretäre Länder	0 (1990)	-	ca. 4	ca. 7
Abteilungsleiter Ministerien Länder**	-	-	-	ca. 7
Justiz				
Insgesamt*	-	-/0	-	0/-
Bundesverfassungsrichter	0	0	0	0
Oberste Gerichte der Bundesrepublik (Vorsitzende der Senate)	0	0	0	0
Militär				
Höchste Führungsebene	0	0/0	- 0	0/0
Generalität insgesamt	0	0	-	0,5
Wirtschaft				
Insgesamt*	-	0/0,4	-	0/-
Vorstände der DAX-Unternehmen	0	0	-	2
Massenmedien				
Insgesamt*	-	-/12	-	0/-
Intendanten der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten	0	0	0	8
Chefredakteure wichtiger überregionaler Tages- und Wochenzeitungen	0	0	0	0
Wissenschaft				
Insgesamt*	-/7	-	-	3/ca. 8
Direktoren der Max-Planck- und Leibniz-Institute (außeruniversitäre Forschung)	-	-	-	3
Hochschulrektoren (Univ./PH)	-	ca. 2	-	4 (2010)
Universitätsprofessoren Soziologie**	-	ca. 1	-	4 (2009)

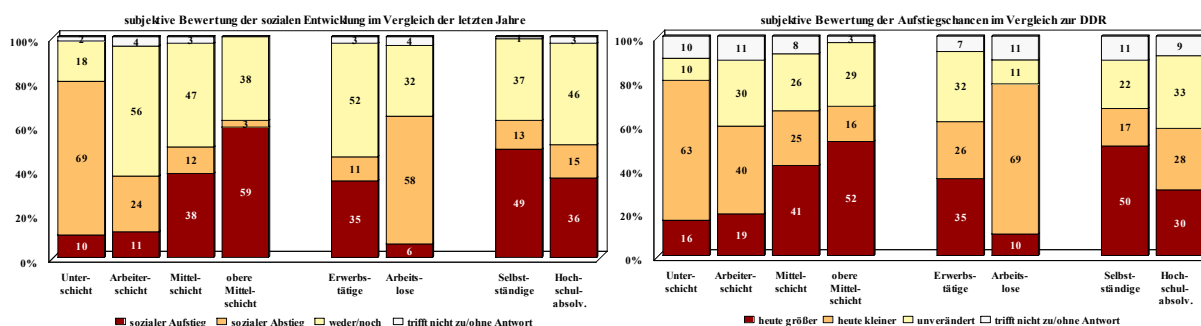
Quelle: entnommen aus Raj Kollmorgen, Aus dem Osten.... a.a.O., S. 22 (Quellen und Erläuterungen siehe Original)

Den neuen Eliten - ob importierte, neu eingestiegene Ostdeutsche oder inzwischen „gewendete“ oder „angepasste“ - gemeinsam ist ihnen nicht, dass sie eine „Notgemeinschaft“ bilden,⁷⁵³ sondern ihnen ist die Art und Weise, wie sie an die Macht kamen, gemeinsam: eingesetzt, berufen und in den wenigsten Fällen vom „Volk“ gewählt oder gar mit der DDR-Entwicklung verbunden. Die neuen „West-Eliten“ zeichneten sich neben dem sog. Fachwissen dabei nicht nur durch einen Mangel an Kenntnissen der DDR-Wirklichkeit aus als durch eine politische Voreingenommenheit - die inzwischen nach so vielen Jahren keinen Platz mehr für soziale Entwicklungen haben sollte.

Im Jahre 2014 waren der Bundespräsident, die Bundeskanzlerin und drei Ministerinnen sowie drei Ministerpräsidenten der Länder aus dem Osten stammend, auch im Bundestag kann von entsprechenden Anteilen ausgegangen werden. Es geht nicht um Quoten, sondern um die nach wie vor wirkenden Berufungs- und Delegierungspraktiken, die ostdeutsche Biografien und Qualifikationen mehrheitlich als „abwertend“ einstufen.

Nach den üblichen Rekrutierungsmethoden von Eliten (Ernennungen, Delegierung, Wahl, Besitzstände) sind die Möglichkeiten ostdeutscher Anwärter begrenzt. Mit der Übernahme der westdeutschen Auswahlprinzipien für mögliche „Ost-Aufsteiger“ sind auch 25 Jahre nach der Vereinigung immer noch verbunden: geringe Chancen für Frauen, Erfahrungen im „unternehmerischen Denken“, „bürgerliche“ Herkunft und (erneut) „politische Anpasstheit“.⁷⁵⁴

Abbildung 6.37: Subjektive Bewertung der sozialen Entwicklung im Vergleich der letzten Jahre sowie subjektive Bewertung der Aufstiegschancen im Vergleich zur DDR - 25 bis 60 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 1999 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1999 (gew.)

Vorliegende empirische Erhebungen zur individuellen Bewertung des sozialen Auf- bzw. Abstieges des Einzelnen zu den Jahren 1990 bis 1999 und im Vergleich zur DDR ergaben:

Im Jahr 1999 bewerteten die Jahrgänge der 25- bis 60-Jährigen ihre Entwicklung in den davor liegenden Jahren zu 25 % als sozialen Aufstieg, 23 % als sozialen Abstieg und 48 % mit weder/noch (4 % ohne Antwort). 70 % der sich 1999 der Unterschicht Zuordnenden sahen 1999 ihre Entwicklung in diesen Jahren als sozialen Abstieg, ebenso wie 56 % der sich der Arbeiterschicht Zuordnenden für sich keine Veränderung sahen; im Gegensatz dazu wurde eine Zuordnung als sozialer Aufstieg überdurchschnittlich von den sich der Mittelschicht (38 %) bzw. den sich der oberen Mittelschicht Zuordnenden (59 %) vorgenommen.⁷⁵⁵

⁷⁵³ Hinck, Gunnar: Eliten in Ostdeutschland. Warum den Managern der Aufbruch nicht gelingt, Ch. Links Verlag, Berlin 2007.

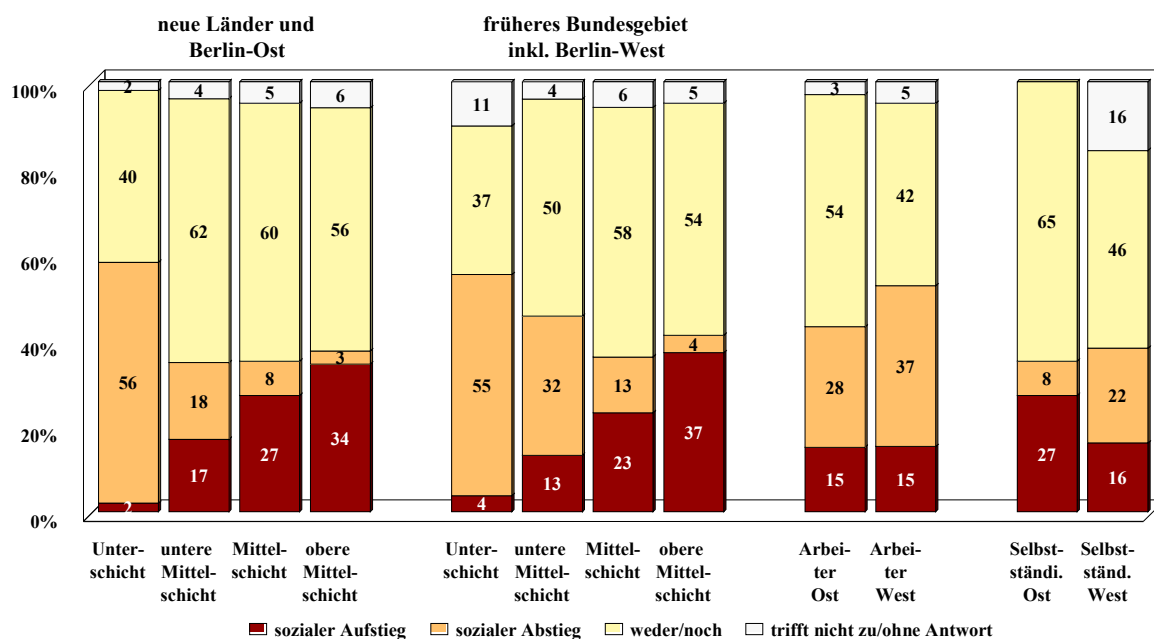
⁷⁵⁴ Hartmann, Michael: Eliten in Deutschland - Rekrutierungswege und Karrierepfade, APuZ B 10/2004, S. 21/22.

⁷⁵⁵ In der Erhebung „Leben 1999“ ordneten sich 6 % der Unterschicht, 51 % der Arbeiterschicht, 40 % der Mittelschicht und 4 % der oberen Mittelschicht zu - für die Oberschicht entschieden sich 4 Befragte von 1.466 Befragten insgesamt, was auf das Fehlen einer eigenständigen Oberschicht verweist.

Ein Anteil von 58 % aller Arbeitslosen ordnete seine individuelle Entwicklung als sozialen Abstieg ein. Selbstständige sahen sich 1999 mehr als soziale Aufsteiger (49 %) ebenso wie Beamte (54 %), aber auch mithelfende Familienangehörige (71 %) sowie Hochschulabsolventen (36 %). Dabei wurden bereits altersabhängig unterschiedliche Positionen erkennbar. Junge Menschen (bis 25 Jahre) bewerteten ihre Entwicklung überdurchschnittlich als sozialen Aufstieg (44 %), Bürger zwischen 50 und 60 Jahren nur zu 20 %.

Der spezielle Vergleich zu den Aufstiegschancen zwischen DDR und den neuen Bundesländern (also Bundesrepublik-Ost) fiel - sicher bereits vor dem Hintergrund fast 10-jähriger Erfahrungen - relativ ungünstig aus. So schätzten 1999 die seinerzeitig 25- bis 60-Jährigen - also die gegenwärtig über 40-Jährigen - die Aufstiegschancen im Osten im Vergleich zur DDR zu 29 % mit höher, zu 36 % mit kleiner und zu 26 % als mit „damals“ vergleichbar ein. Für Hochschulabsolventen waren die Aufstiegschancen 1999 für 30 % höher und für 28 % kleiner. Vor allem Selbstständige sahen für sich höhere Aufstiegschancen (50 %) ebenso wie Beamte (70 %).

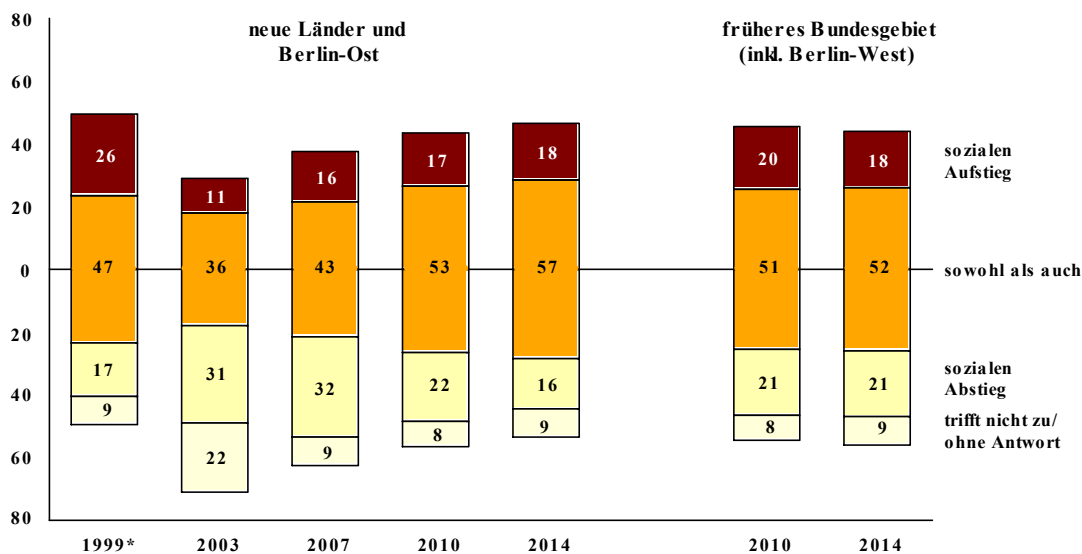
Abbildung 6.38: Subjektive Bewertung der sozialen Entwicklung im Vergleich der letzten Jahre - 25 bis 60 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Entsprechende Aussagen des Jahres 2014 - bezogen auf den Zeitraum der letzten fünf Jahre - ergaben, dass 18 % der Bürger in Deutschland (Ost wie West) ihre Entwicklung (seit 2009) als sozialen Aufstieg, 20 % als Abstieg (16 % Ost/21 % West) und 53 % mit weder/noch (57 % Ost/52 % West) bewerten. Es ist offensichtlich, dass die seit der Jahrtausendwende wirkenden Sozialreformen zu einem sinkenden Anstieg derer, welche ihre Entwicklung als „Aufstieg“ wie auch als „Abstieg“ kennzeichnen, geführt haben. 56 % der sich im Osten der Unterschicht zuordnenden 25- bis 65-Jährigen sehen ihre Entwicklung in den Jahren seit 2009 als sozialen Abstieg ebenso wie 55 % im Westen. Die Erosion des Mittelstandes im Westen wird auch in den überdurchschnittlichen „Abstiegswertungen“ bei Arbeitern (untere Mittelschicht) sowie den Selbstständigen sichtbar. Als „normal“ zu bewerten ist der Anteil von 52 % der Arbeitslosen im Osten, die ihre individuelle Entwicklung als sozialen Abstieg einordnen, ebenso wie der deutlich höhere Anteil von 70 % im Westen. Hochschulabsolventen sehen sich im Durchschnitt mit 18 % als Aufsteiger (Ost wie West), aber im Westen zu 21 % als Absteiger (Ost 16 %).

Abbildung 6.39: Wie bewerten Sie Ihre Entwicklung in den letzten 5 Jahren? - neue Länder und Berlin-Ost 1999 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -



* 1999 „im Vergleich zu den letzten Jahren“

Datenbasis: sfz/leben 1999-2014 (gew.)

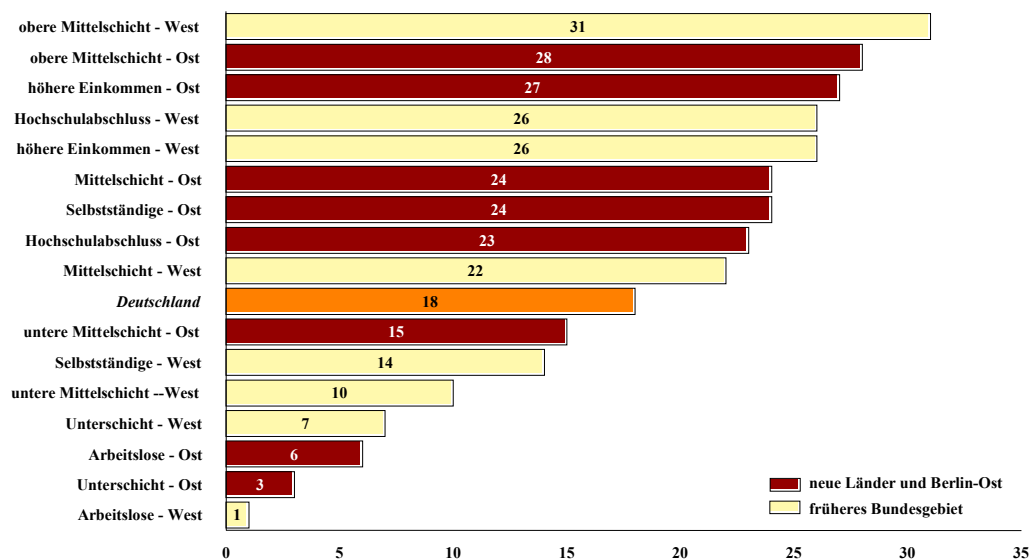
Die im Zeitverlauf unterschiedlichen Bewertungen liegen in den neuen Bundesländern

- zwischen 1999 und 2003 u.a. darin, dass 1999 noch der Vergleich zu den letzten DDR-Jahren erhoben wurde, während ab 2003 jeweils „vor 5 Jahren“ ausschließlich über die „innere“ Entwicklung nach 1990 Auskunft gibt;
- zwischen 2003 und 2008 darin, dass in allen sozio-demografischen Gruppen eine generelle Abnahme derer, die ihre Entwicklung als Aufstieg sehen, erfolgt und umgekehrt. Als Ursachen sind hier vor allem die mit den Sozialreformdebatten eingetretenen Eingriffe in Lebenslagen, die mit den Debatten verbundene soziale Verunsicherung und der 2002 mit der Euro-Umstellung gefühlte Einkommens- und Lebensstandardverlust hervorzuheben.
- Die spezifischen Wirkungen der neuen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik (Hartz IV, prekäre Arbeitsverhältnisse, 1-Euro-Jobs) werden an der Zunahme der Befragten mit „sozialem Abstieg“ unter den Arbeitslosen deutlich. Charakteristisches Element der Selbstbeurteilung ist, dass inzwischen in den neuen Bundesländern Arbeitslosigkeit nicht mehr als ein „Durchgangsstadium“ bis zum nächsten Arbeitsverhältnis betrachtet wird, sondern zunehmend als sozialer Abstieg „auf Dauer“.
- Geschlechtsspezifische Unterschiede in den vergangenen Jahren reflektieren relativ übereinstimmende Aussagen zum sozialen Abstieg, bei höheren Anteilen von Männern, die für sich einen sozialen Aufstieg sehen. Bezogen auf den sozialen Aufstieg werden die zunehmenden Unterschiedlichkeiten und Chancenungleichheiten zwischen Frauen und Männern deutlich erkennbar.

Im Ost-West-Vergleich wird offensichtlich, dass die seit der Jahrtausendwende wirkenden Sozialreformen zu einem erkennbaren Anstieg derer, welche ihre Entwicklung als Abstieg kennzeichnen - stärker im Westen als im Osten - geführt haben. Die sich der Unterschicht Zuordnenden sehen ihre Entwicklung zu 55 % (West) und 53 % (Ost) als Abstieg. Insbesondere Bürger mit niedrigen individuellen Einkommen (individuelles Nettoeinkommen unter 1.000 Euro/Monat) sehen ihre Entwicklung zu 27 % im Osten und zu 35 % im Westen als sozialen Abstieg. Bei Bürgern mit einem Haushaltsnettoeinkommen unterhalb der Armutsgrenze sehen sich im Westen 69 % als Absteiger, im Osten 34 %.

Gravierend auch die Aussagen der Altersgruppen jenseits der 40 Jahre, bei denen in Ost wie West der Anteil der Bürger, welche ihre Entwicklung mit sozialem Abstieg bewerten, deutlich über dem Anteil mit sozialem Aufstieg liegt.

Abbildung 6.40: Wie bewerten Sie Ihre Entwicklung in den letzten fünf Jahren? - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „als Aufstieg“)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Die Entwicklungen der letzten Jahre verdeutlichen aber auch, dass es neben der individuell empfundenen Veränderung der sozialen Position im Sinne von Auf- und Abstieg im Ergebnis neoliberaler Wirtschaftspolitik eine in Größenordnungen von Millionen zunehmende Anzahl von Bürgern gibt, die allen Schichten angehören (insbesondere der sog. Mittelschicht) und Opfer einer zunehmenden sozialen Ungleichheit geworden sind bzw. Furcht davor empfinden, es zu werden. Ihnen geht es direkt schlechter (bzw. denen, mit denen sie sich bislang verglichen, geht es inzwischen besser), sie empfinden sich bzw. sind real „abgehängt“.

Diese Gruppe der „Vernachlässigten“, der „ungerechtfertigt Ungleichbehandelten“, der „Verlierer“ des Sozialabbaus, der „Benachteiligten“ usw. usf. fühlen sich von der Politik nicht mehr vertreten und sammeln sich in Parteien oder bei Wahlen, um gegen das gegenwärtige „Establishment“ zu rebellieren. Beispiele dafür sind die AfD in Deutschland, die Wahlen von Trump zum Präsidenten, die sich rechts Orientierenden in Frankreich und Holland, um nur einige Beispiele zu nennen.

Es bleibt zu hoffen, dass sie vor allem in ihrer Mehrheit als real begründete Kritik an einer unsozialen Wirtschafts- und Außenpolitik begriffen werden, und nicht als „rechts“ eingestuft und damit überhört werden. Nur dann werden Veränderungen im Sinne eines sozialen Aufstiegs im Sinne verbesserter Lebensverhältnisse Aller möglich.

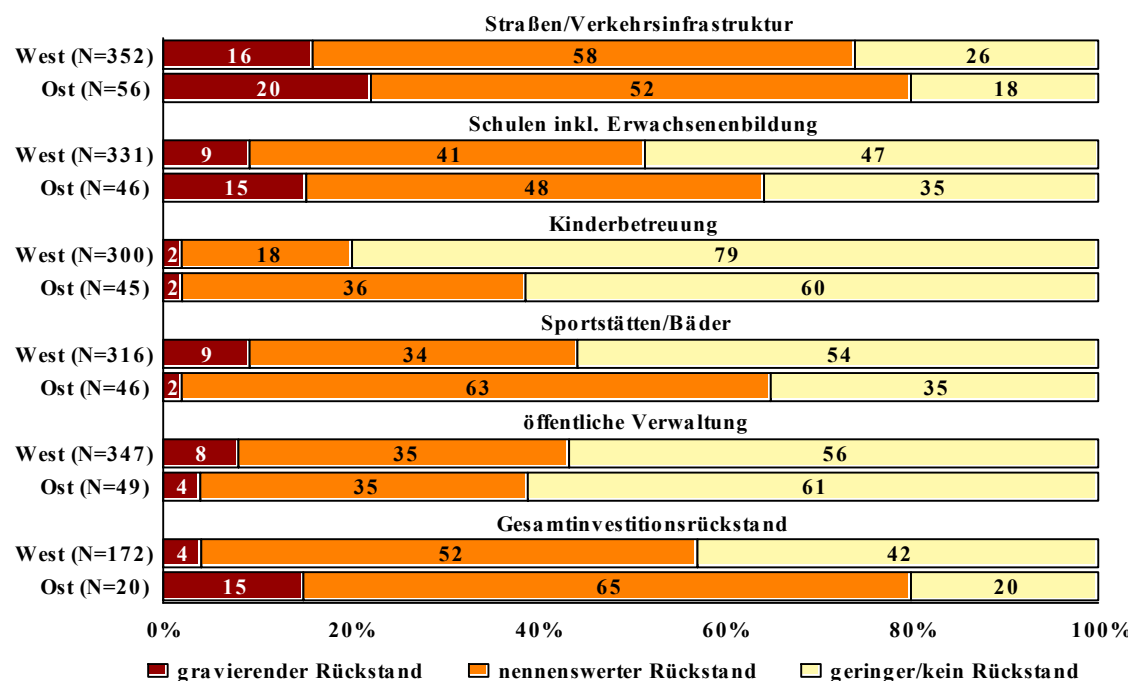
6.7 Kommunale Daseinsvorsorge

Ein nicht unbedeutender Teil der Daseinsvorsorge in den Städten, Gemeinden und Landkreisen muss zunehmend von den Kommunen/Landkreisen finanziert werden. Der in den letzten Jahren erfolgte „Umbau“ des Sozialstaates war/ist nicht zuletzt auch mit einer Verantwortungsverschiebung „nach unten“ verbunden. Der Investitionsrückstand der Kommunen steigt ebenso wie die Verschuldung.

Nach 1990 haben sich in den neuen Ländern insbesondere im Bereich der technischen Infrastruktur unverkennbare Verbesserungen bzw. Veränderungen ergeben. Das betrifft die Verkehrs- und Informationsnetze ebenso wie den Wohnungsneubau und die -sanierung. Aber auch hier sind Tendenzen der Stagnation wie rückgängiger Entwicklungen nicht zu übersehen. Insbesondere die Investitionsmöglichkeiten der ostdeutschen Kommunen schrumpfen rapide⁷⁵⁶.

Insgesamt hat sich ein bedeutender Rückstand hinsichtlich der erforderlichen Investitionen in der kommunalen Infrastruktur ergeben, der nach wie vor im Osten größer ist, nicht mehr vorrangig aufgrund des Rückstandes von 1990, sondern aufgrund der finanziellen Lage und Möglichkeiten der Kommunen in den neuen Bundesländern im Ergebnis des Vereinigungsprozesses (vgl. Abbildung 6.41).

Abbildung 6.41: Wahrgenommener Investitionsrückstand in ausgewählten Bereichen - nach Regionen - 2015 - in Prozent -



Anmerkung: Angaben ohne „weiß nicht“

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin 2016, Erhebungszeitraum August bis Oktober 2015

Der wahrgenommene Rückstand der Investitionen wird insgesamt für 2015 mit rd.136 Mrd. Euro angegeben⁷⁵⁷. Das betrifft erstens die Straßen- und Verkehrsinfrastruktur (26 % des Rückstaus - rd. 36 Mrd. Euro), die - entgegen allgemeinen Annahmen - in den vergangenen Jahren sich im Osten vor allem auf Autobahn, Bundes- und Landesstraßen konzentrierte und in den Gemeinden und Kommunen zunächst als nachrangig empfunden/behandelt wurde.

⁷⁵⁶ Gemeindefinanzbericht 2014 - Finanzbeziehungen neu regeln, Berlin 2015, S. 6.

⁷⁵⁷ KfW-Kommunalpanel 2015, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin 2016, S. 15.

Zweitens betrifft das den erforderlichen Um- und Rückbau von Schulen (25 % des Rückstaus – rd. 34 Mrd. Euro) in der Mehrheit der Gemeinden/Kommunen aufgrund einer abnehmenden bzw. sich auf niedrigem Niveau stabilisierenden Schülerzahl (mit allen Konsequenzen z.B. für den Schülertransport).

Drittens sind immer noch (allerdings eher im Westen) bedeutende Aufwendungen für die Realisierung des Rechts auf Kinderunterbringung notwendig sowie die Sicherung der Bausubstanz.

Die Einnahmen und Ausgaben der Kommunen sind (ohne Stadtstaaten) seit 1991 kontinuierlich gestiegen. Betragen die Einnahmen 1991 rd. 117 Mrd. Euro, so erhöhten sie sich bis 2014 auf 204 Mrd. Euro - für 2017 werden voraussichtlich 218 Mrd. Euro angenommen. Die Ausgaben, die 1991 rd. 114 Mrd. betragen, erhöhten sich analog bis 2014 auf 202 Mrd. Euro und werden voraussichtlich 2017 rd. 217 Mrd. Euro erreichen.⁷⁵⁸

2014 erreichten die Einnahmen der ostdeutschen Kommunen 31,3 Mrd. Euro (15 %) ebenso wie die Ausgaben mit 30,5 Mrd. Euro. Während für die alten Bundesländer bis 2017 ein Anstieg um ca. 15 Mrd. Euro angenommen wird, sinken die zur Verfügung stehenden Mittel im Osten geringfügig ab (0,3 Mrd.).

Unbestrittener Maßen haben die neuen Bundesländer sowohl über den Fonds Deutsche Einheit, den Länderfinanzausgleich, den Solidarpakt I bzw. II (bis 2019) beträchtliche Mittel zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, aber auch zur Entwicklung einer auf Wirtschaftswachstum gerichteten technischen Infrastruktur erhalten. Die Situation der Kommunen hat sich jedoch dabei zunehmend verschlechtert und ist den künftigen Aufgaben immer weniger gewachsen.

Ein nicht unbedeutender Teil der Daseinsvorsorge in den Städten, Gemeinden und Landkreisen muss zunehmend von den Kommunen/Landkreisen finanziert werden. Der in den letzten Jahren erfolgte „Umbau“ des Sozialstaates war/ist nicht zuletzt auch mit einer Verantwortungsverschiebung „nach unten“ verbunden. Insgesamt hat der Investitionsrückstand der Kommunen steigende Tendenz.

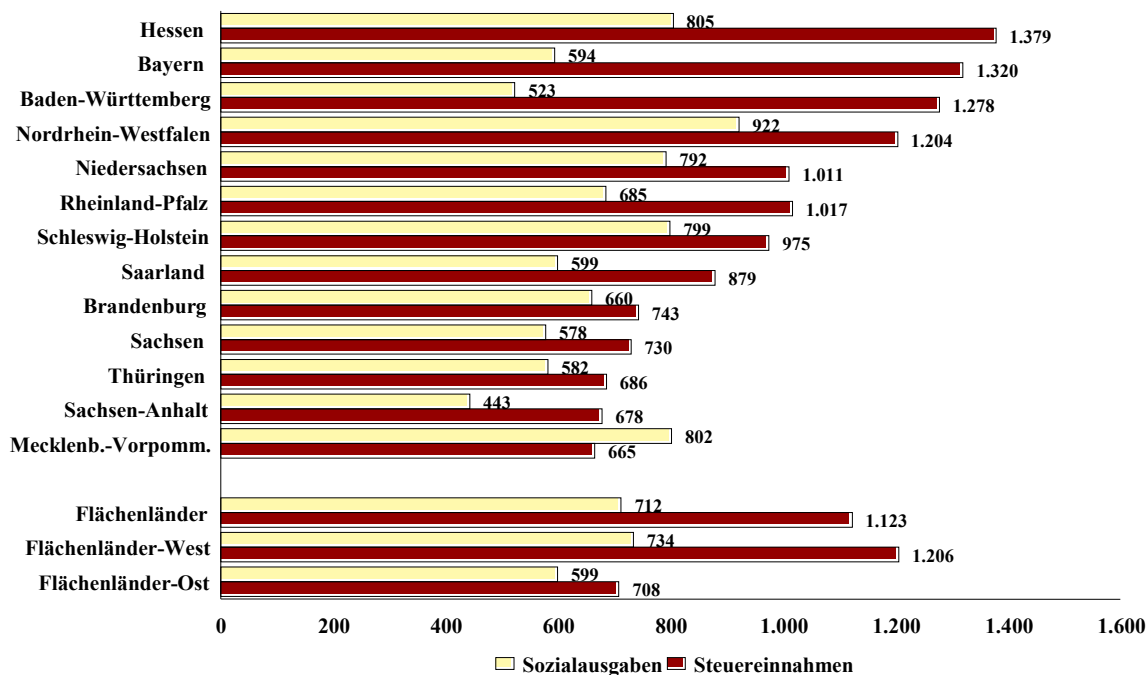
Immer weniger Kommunen - insbesondere im Osten - gehen davon aus, dass sie einen ausgeglichenen Haushalt erreichen können. Der Gemeindefinanzbericht 2015 verweist darauf, dass 44 % der Gemeinden im Osten und 25 % im Westen keinen ausgeglichenen Haushalt schaffen werden. Bereits im Gemeindefinanzbericht 2014 des Deutschen Städtetages wird zu Recht darauf verwiesen, dass Gemeinden, Städte und Landkreise nicht nur gesetzlich vorgeschriebene Pflichtaufgaben zu erfüllen haben, sondern auch in der Lage sein müssen, Infrastrukturinvestitionen für Soziales, Bildung und Verkehr zu realisieren. Zu Recht wird deshalb eine finanzielle Mindestausstattung der Kommunen gefordert, um soziale Daseinsvorsorge wahrnehmen zu können.⁷⁵⁹

Insgesamt ist die Finanzkraft der Kommunen im Osten um rd. die Hälfte geringer als im Westen.

⁷⁵⁸ Ebenda, S. 12/14.

⁷⁵⁹ Vgl. Mindestfinanzausstattung statt Nothaushalt, Schlaglichter aus dem Gemeindefinanzbericht 2013 des Deutschen Städtetages, Beiträge des Deutschen Städtetages zur Stadtpolitik - Band 99, Berlin/Köln 2013, S. 5.

Abbildung 6.42: Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände (netto) sowie Ausgaben für soziale Leistungen - 2015 - in Euro je Einwohner -



Quelle: BMF, Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunalfinanzen 2006 - 2015, Berlin 2016, S. 13/21

Steuereinnahmen und Pflichtaufgaben driften immer mehr auseinander. Die Steuereinnahmen je Einwohner erreichten 2015 in Hessen 1.379 Euro und in Mecklenburg-Vorpommern 802 Euro, d.h. rd. 58 %. Insgesamt betragen die Einnahmen in den neuen Bundesländern 708 Euro im Vergleich zu den Flächenländern des alten Bundesgebietes, wo Einnahmen in Höhe von 1.206 Euro erzielt wurden. Allein wenn die zu erbringenden Sozialleistungen der Gemeinden dazu ins Verhältnis gesetzt werden, ergibt sich, dass sie im alten Bundesgebiet 61 % ausmachen (Bayern 45 %) und in den neuen Bundesländern 85 %. Daraus ergibt sich der finanzielle Druck auf Kommunalinvestitionen ebenso wie auf Personalausgaben als Dauerproblem in einer Vielzahl von Gemeinden. Daraus folgt aber auch der Zwang zu erhöhten lfd. Zuweisungen. Es bedarf keiner besonderen Betonung, dass das nachhaltige Auswirkungen auf die Kommunalentwicklung haben wird, welche die Ungleichheiten Ost-West verstärken werden. Auch zusätzliche Investitionen können den Verfall nur verlangsamen. Über 50 % der Kommunen im Osten gehen von weiterem Verfall aus.

40 % der Kommunen bewerteten 2012 ihre Finanzkraft als „mangelhaft“ - Kreditaufnahmen haben unterschiedliche Tendenzen. Diese Entwicklungen werden relativ detailliert im „Kommunalpanel 2012“ sowie „Kommunalpanel 2014“ und „Kommunalpanel 2015“ dargestellt, auf deren Aussagen sich auch die weiteren Ausführungen stützen⁷⁶⁰ ebenso wie auf den „Gemeindefinanzbericht 2016“ des Deutschen Städtetages⁷⁶¹.

Obwohl die den Kommunen zur Verfügung stehenden Mittel nach dem Tief der Finanzkrise wieder im Steigen sind, werden insbesondere durch die starke Zuwanderung seit 2014 folgende Trends erkennbar:

- a) Die Haushaltslagen in den einzelnen Kommunen driften immer weiter auseinander. Die Spielräume werden trotz steigender Mittel kleiner, insbesondere durch sich erhöhende Ausgaben für Per-

⁷⁶⁰ KfW-Kommunalpanel 2012/2014/2015, erarbeitet vom Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin 2013-2016.

⁷⁶¹ Integration fair finanzieren - gute Ansätze weiter verfolgen, Gemeindefinanzbericht 2016 des Deutschen Städtetages, Berlin 2016.

sonal sowie für soziale Zwecke. Der deutlich Zuwachs an Zuwandernden seit 2015 wird zusätzliche Mittel erfordern und seine Spuren hinterlassen - das soll kein Jammern sein, sondern darauf verweisen, dass nicht die Ausländer schuld sind, welche in die neuen Länder kommen, und auch nicht eine angebliche Ausländerfeindlichkeit von „Ostdeutschen“, die zur Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden wird⁷⁶², sondern fehlende Rahmenbedingungen der ökonomischen und sozialen Entwicklung für Einheimische wie für Zuwandernde.

- b) Natürlich verändert sich der Bedarf in vielen Kommunen aufgrund der abnehmenden Bevölkerungszahlen bei Kindern/Jugendlichen und steigenden Zahlen der Bevölkerung im Seniorenalter und z.T. bei Zuwanderungen - das zwingt viele Kommunen zum Um- und Rück-, aber auch zum Neubau z.B. bei Schulen, Flüchtlingsunterkünften und in den kommunalen Wohnungsstrukturen, der Bedarf in der Straßen- und Verkehrsstruktur steigt. Eine fehlende Kehrtwende in der Infrastruktur macht Ostdeutschland zum „Durchwanderungsland“ in den Westen mit gehobeneren Standards.
- c) Der bereits existierende Investitionsrückstau wird sich auch im mittleren Zeitraum (bis 2017) weiter erhöhen, nicht zuletzt aufgrund einer sich verschlechternden Gesamtfinanzausstattung der Kommunen. Nur 8 % der Gemeinden, Kommunen und Landkreise in Deutschland sehen für sich positive Tendenzen, 69 % eher nachteilige Entwicklungen. Dabei gibt es ein eindeutiges Ost-West-Gefälle - so sehen von den Ost-Kommunen 92 % vorrangig nachteilige Entwicklungen, im früheren Bundesgebiet (ohne Stadtstaaten) „nur“ 65 %.

Tabelle 6.22: Einschätzung der Gesamtfinausstattungssituation für die kommenden fünf Jahre

	Einschätzungen der Kommunen			
	eher vorteilhaft	neutral	eher nachteilig	sehr nachteilig
Deutschland	7,5	23,4	53,4	15,4
Ostdeutschland (ohne Berlin)	4,2	4,1	61,1	30,6
Westdeutschland (ohne Hamburg/Bremen)	8,1	27,1	52,1	12,7

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2013, Tab. A 2

- d) Trotz der strukturellen Defizite in den Haushalten (z.B. Kindereinrichtungen, Gesundheitseinrichtungen, Altenhilfe) bei gegenwärtig niedrigen Zinsen geht in vielen Gemeinden der Schuldenabbau vor Zukunftsinvestitionen.⁷⁶³

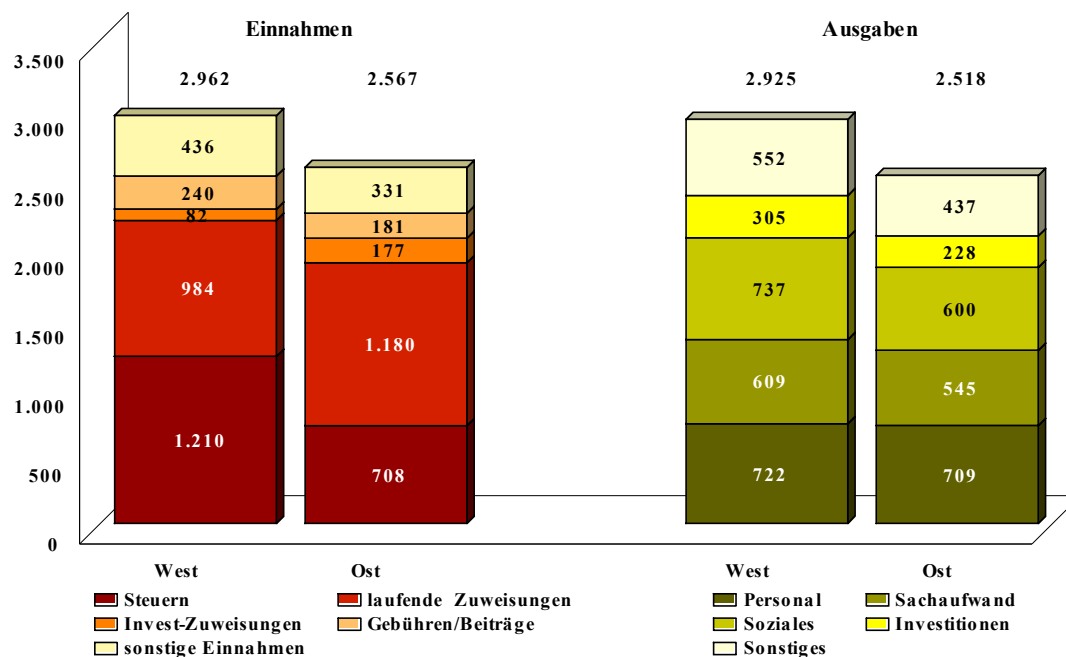
Vor allem mit den für viele Kommunen charakteristischen sog. Schrumpfungsprozessen der Bevölkerung - und das trifft 81 % aller Kommunen im Osten, aber auch 48 % im Westen - werden weitere negative Finanzentwicklungen befürchtet aufgrund

- niedrigerer Steuereinnahmen,
- abnehmender Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich, da dieser über den Einwohnerschlüssel zugewiesen wird,
- steigender Ausgaben für Soziales, bei denen von 2014 bis 2019 - nicht zuletzt bedingt durch die Zuwanderungen - in den westlichen Flächenländern ein Anstieg um 50 % (Ostkommunen 40 %) erwartet wird, welche z.T. einen Umbau der Finanzstrukturen erfordern, um Aufgaben der Kommunen zur Sicherung der Daseinsvorsorge nicht weiter zu gefährden - das betrifft im Besonderen die Aufgaben zur Entwicklung der sozialen und technischen Infrastruktur.

⁷⁶² Bericht der Bundesregierung zur deutschen Einheit 2016, Berlin 2016, S. 11.

⁷⁶³ KfW-Kommunalpanel 2014, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin 2014, S. 9.

Abbildung 6.43: Kommunale Einnahmen und Ausgaben je Einwohner* - nach Regionen
- 2015 - in Euro/Einwohner -



* ohne Stadtstaaten

Quelle: Gemeindefinanzbericht 2016, Deutscher Städtetag Berlin 2016, S. 8/9

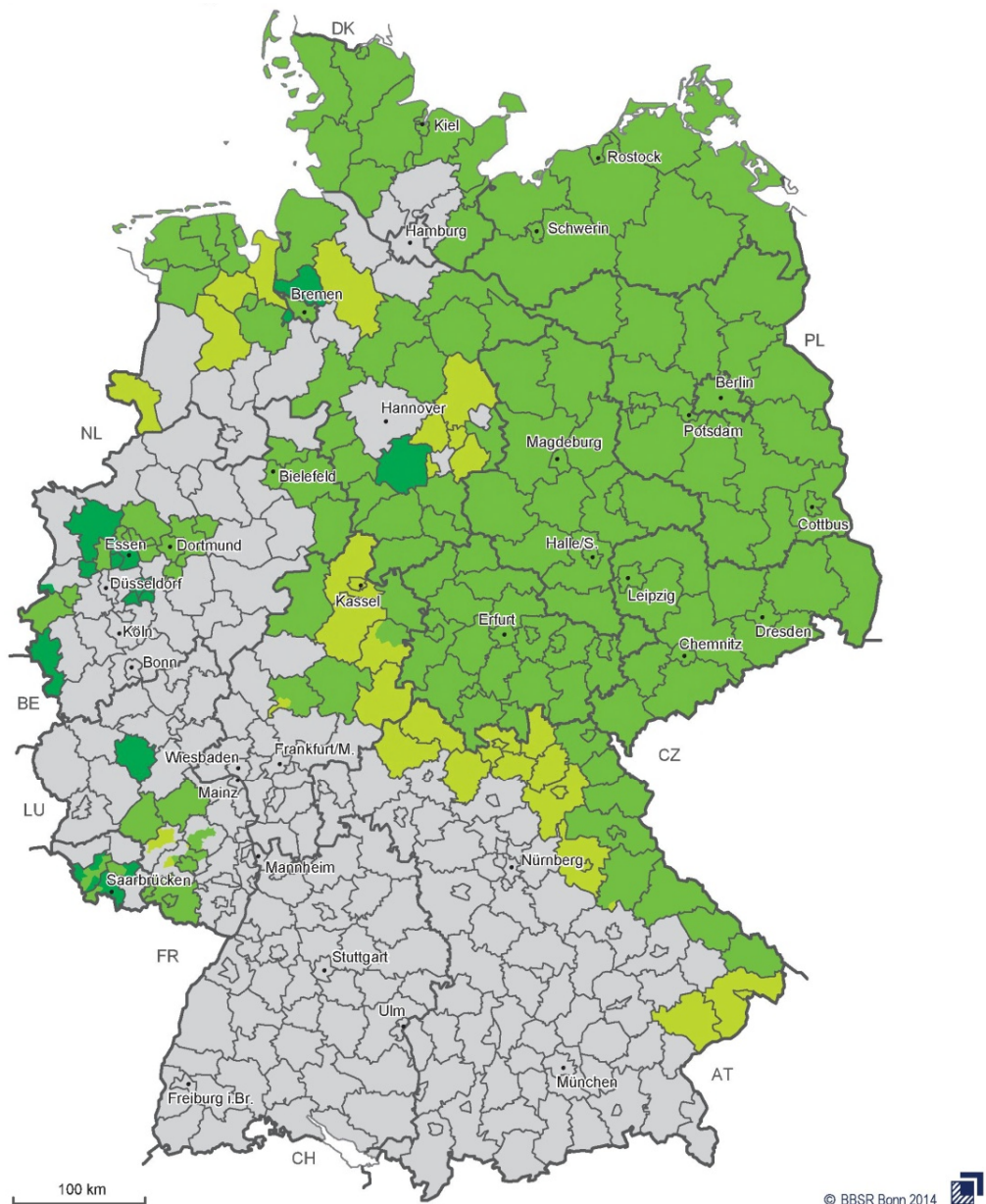
In der öffentlichen Meinung ist immer wieder der Osten mit seinen hohen „Zuführungen“ in der Diskussion, dabei belegen die Einnahmen und Ausgaben, dass den Bürgern der Kommunen der neuen Bundesländer nur rd. 87 % an Einnahmen und 86 % der Ausgaben je Einwohner - im Vergleich zu den Flächenländern des früheren Bundesgebietes - zur Verfügung stehen. Geflissentlich wird übersehen, dass bei der Bewertung der Finanzsituation im Osten zu berücksichtigen ist, dass es traditionell einen hohen Anteil kommunalen Wohneigentums gibt, der bedeutende Aufwendungen für den Rück- und Umbau erfordert und nicht zuletzt die sich ändernde Altersstruktur Einfluss auf die Entwicklung von altengerechten Wohnformen bedingt. Die unübersehbare Tendenz der Privatisierung des „betreuten Wohnens“ oder entsprechender Pflegeeinrichtungen lässt bereits gegenwärtig erkennen, dass die Kommunen trotzdem nicht einmal den Bedarf der zunehmenden ärmeren Alten werden decken können.

Eine Diskussion, die immer wieder hervorhebt, dass es auch im Westen Kommunen gibt, die der gesonderten Förderung bedürfen, ist nur solange richtig, wie sie von den realen Bedarfen ausgeht und nicht aus generellen Westbefindlichkeiten.

Anhand der neuen Programme der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“** (GRW) für die Jahre 2014 bis 2020 wird deutlich, dass es keine Grundlagen dafür gibt, den Osten nicht als geschlossenes Fördergebiet nach 25 Jahren deutscher Einheit auch zu benennen.

Die nachfolgende Grafik der zuständigen Regierungsstelle belegt, dass sich Förderung auf den Osten insgesamt, auf ehemalige Kommunen im Grenzbereichen (z.B. zu Tschechien) und einige wenige Kommunen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen konzentriert - ohne zu übersehen, dass zwar rd. 10 Kreise im Westen bis 2014 hinzukommen, aber auch rd. 30 der gesonderten Förderung nicht mehr bedürfen.

Abbildung 6.44: Vergleich der GRW-Fördergebietskulissen



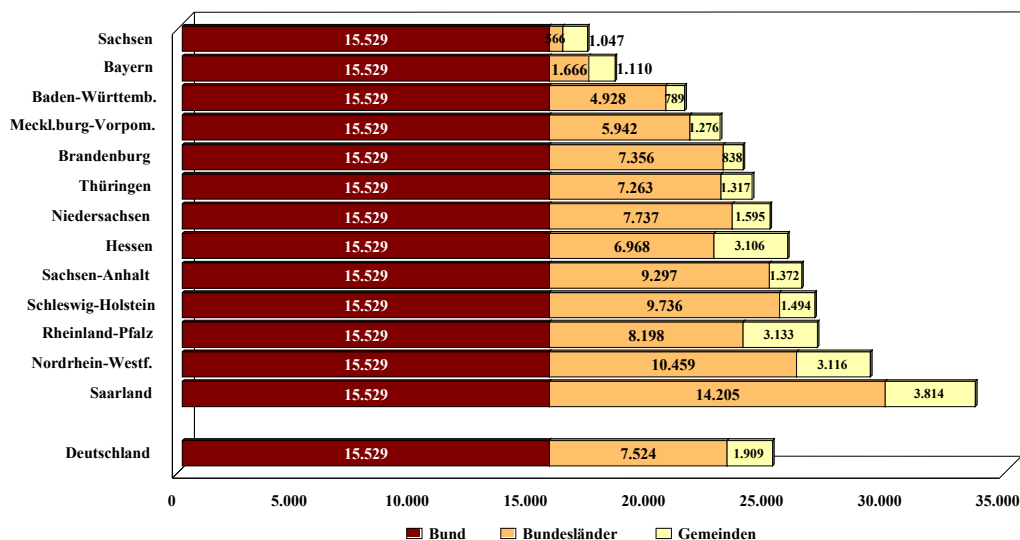
Vergleich der Fördergebietskulissen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für die Förderperioden 2007-2013 und 2014-2020

- Fördergebiet 2007-2013 und 2014-2020
- Fördergebiet 2014-2020
- Fördergebiet 2007-2013
- kein Fördergebiet 2007-2013 und 2014-2020

Hinweis: Es erfolgt keine Unterscheidung der Gebiete nach Art der Förderkategorie, da sich diese zwischen den beiden Förderperioden z.T. verändert haben. In der Karte wurden auch die nicht prädefinierten C-Fördergebiete für die Förderperiode 2014-2020 berücksichtigt.

Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG, Gemeinden, 31.12.2012
Bearbeitung: G. Lackmann, Th. Pütz

Abbildung 6.45: Pro-Kopf-Verschuldung des Bundes, der Länder und Gemeinden
- nach Bundesländern (ohne Stadtstaaten) - 2015 - in Euro je Einwohner -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 Reihe 5, Schulden der öffentlichen Haushalte, Wiesbaden, August 2016

Erinnert sei an den Ausspruch von Adam Smith (1723 bis 1790), der bereits seinerzeit feststellte: „Wenn die öffentliche Schuld eine bestimmte Höhe überschritten hat, so gibt es, glaube ich, kein einziges Beispiel, wo es je gelungen wäre, sie auf gerechte Weise und vollständig zurückzuzahlen.“ Den Hauptanteil mit 62,2 % davon hat der Bund „verschuldet“, die Länder haben 30,7 % dazu beigetragen und die Kommunen/Gemeinden 7,6 %.

Obwohl die „Gemeindeschulden“ so im Verhältnis zum Bund und den Ländern gering ausfallen, so treffen sie mehrheitlich die Bürger direkt „vor Ort“. Jeder kennt Beispiele aus der eigenen oder aus Nachbarkommunen, wo Büchereien oder Sporteinrichtungen (z.B. Schwimmhallen) geschlossen werden. Jeder kennt öffentliche Einrichtungen (z.B. Schulen), die der dringenden Sanierung bedürfen. In vielen Gemeinden sind in den letzten Jahren die z.T. gewährten Zuschüsse an Kultur- und Sportvereine oder Sozialverbände zurückgefahren oder ganz gestrichen worden. Mit der verstärkten Zuwanderung werden die Probleme nicht einfacher.

Die soziale Infrastruktur verfällt zum Teil und wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge werden nicht mehr vollständig erfüllt. Dabei gibt es eine hohe Differenzierung zwischen Ländern und Gemeinden (2015):

- Die Länderverschuldung reicht von 14.205 Euro/Einwohner im Saarland und 10.459 Euro/Einwohner in Nordrhein-Westfalen bis 1.666 Euro in Bayern und 566 Euro/Ew. in Sachsen.
- Die Stadtstaaten sind (da Stadtbezirksausgaben nicht errechnet werden) mit 32.735 Euro in Bremen, 16.849 Euro in Berlin und 16.227 Euro je Einwohner in Hamburg verschuldet.
- Bei den Gemeinden gibt es eine Differenzierung von 789 Euro je Einwohner in Baden-Württemberg und 838 Euro in Brandenburg bis 3.133 Euro in Rheinland-Pfalz und 3.814 Euro/Ew. im Saarland.
- Die neuen Bundesländer liegen insgesamt in der „besseren“ Hälfte, was jedoch sowohl in der Verschuldungsfähigkeit (Wirtschaftsleistung) als auch der radikalen Entsorgung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge begründet ist.

Der bereits existenten Verschuldung steht - wie bereits festgestellt - ein enormer Bedarf von ca. 136 Mrd. Euro allein als Investitionsstau in den Ländern/Kommunen gegenüber. Mit der Einigung über die

Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ab 2020 im Oktober dieses Jahres sind Ansatzpunkte besserer Lösungen geschaffen worden, da der Bund über 8 Mrd. Euro mehr für die Länder in Aussicht gestellt hat, bei Abschaffung des Umsatzsteuervorwegausgleichs sowie des horizontalen Länderfinanzausgleichs. Künftig soll das Umsatzsteueraufkommen von Anfang an passender auf die Länder verteilt werden, damit anschließend keine Umverteilung zwischen den Ländern mehr nötig ist. Die Einbeziehung der kommunalen Einnahmen in den Länderfinanzausgleich wurde von 64 % des kommunalen Steueraufkommens auf 75 % im LFA erhöht, was besonders strukturschwachen Flächenländern zu Gute kommen wird.

Die „Regionalisierung der Sozialgesetzgebung“, die insbesondere die finanzschwachen ostdeutschen Bundesländer betroffen hätte, fand keine Unterstützung.

Die generelle Aufkündigung der Solidarität bei Fortschreibung eines „strukturblinden“ Länderfinanzausgleichs hat sich zum Glück für die neuen Länder nicht durchgesetzt. Ob damit die Abschaffung des Solidaritätszuschlages völlig vom Tisch ist bleibt abzuwarten. Damit können auch in Zukunft höchstwahrscheinlich die knapp 16 Mrd. Euro Soli - welche vor allem von Besserverdienenden sowie Kapitalgesellschaften gezahlt werden - für die Entwicklung strukturschwächerer Regionen besonders im Osten genutzt werden.

Fixiert wurde auch eine „grundgesetzliche Erweiterung der Mitfinanzierungskompetenzen des Bundes im Bereich der kommunalen Bildungs-Infrastruktur für finanzschwache Kommunen“.

Bleibt abzuwarten, welche realen positiven Veränderungen in den nächsten 25 Jahren erreicht werden.

6.8 Die Ostdeutschen und die Europäische Sozialunion

Das Verhältnis der Ostdeutschen zur EU war bzw. ist z.T. immer noch davon geprägt, dass sie in die Entstehungsgeschichte nicht integriert waren und sich nach 1990 nicht nur den bis dahin weniger bekannten Teil Europas kulturell und touristisch erschließen wollten/mussten, sondern auch das Anliegen und die Ziele der europäischen Vereinigung und Erweiterung. Letzteres ist mehrheitlich bis heute nicht erreicht.

Mit den osteuropäischen Zugangsländern stehen sich seitdem erstmalig (von der Entwicklung in Deutschland abgesehen) Länder mit sich stark unterscheidenden Werte- und Sozialstrukturen gegenüber, die auch bei einer sich vollziehenden Angleichung der Wirtschafts- und institutionellen Strukturen nicht in kurzer Frist überwunden sein werden.

Das Gefühl der „EU-Länder 2. Klasse“ hat sich inzwischen weit über die ursprünglichen osteuropäischen Beitrittsländer erweitert (u.a. Griechenland, Italien, Portugal), da die EU keinen Weg der sozialen Angleichung vorzeichnet. Die angestrebte Konvergenz der Lebensbedingungen (anstelle einer Sozialunion - die auch in Ostdeutschland noch nicht erreicht wurde) ist in den Beitrittsländern nicht hinreichend vorstellbar diskutiert und von Deutschland nicht positiv befördert worden.

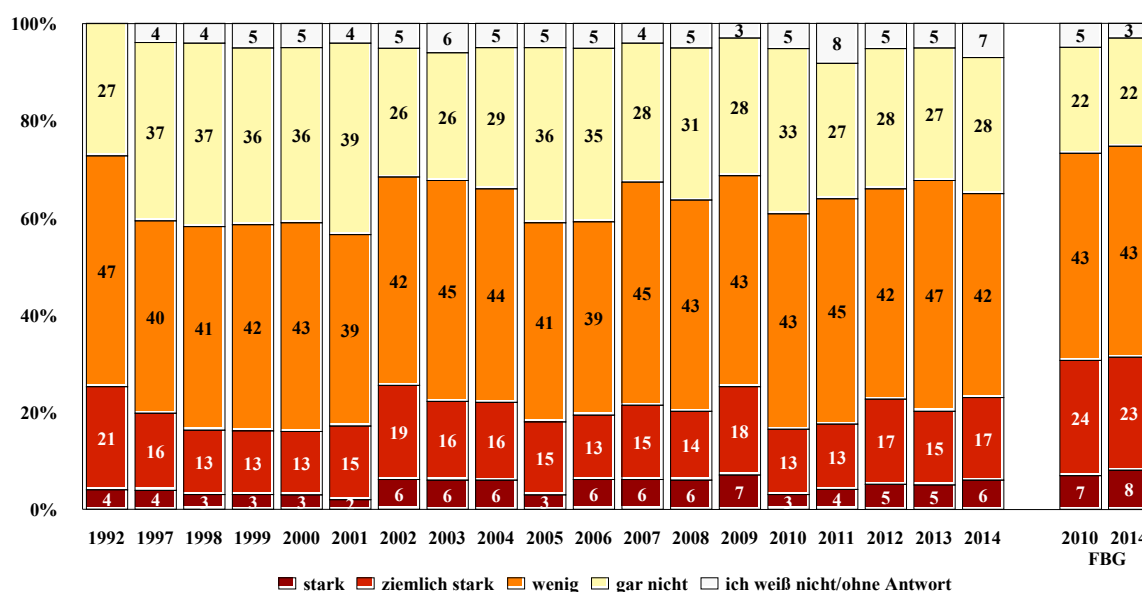
Das Projekt Europäische Union ist nach wie vor unvollendet - die Zuwanderungen 2015 sowie der „Brexit“ haben das verdeutlicht.

Mit dem Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland war bekanntlich zugleich die Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft verbunden. Damit vergrößerte sich die Zahl der Bürger der EG um rund 16 Millionen Bürger sowie das ehemalige Staatsgebiet der DDR. 1994 nahmen die Bürger der neuen Länder und Ost-Berlins erstmalig an der Wahl zum Europäischen Parlament der 1993 gegründeten Europäischen Union (EU) teil, der inzwischen (2014) 28 Staaten angehören.

Das Verhältnis der Ostdeutschen zur EU war bzw. ist z.T. immer noch davon geprägt, dass sie in die Entstehungsgeschichte nicht integriert waren und sie sich nach 1990 nicht nur den bis dahin weniger bekannten Teil Europas kulturell und touristisch erschließen mussten, sondern auch dem Anliegen und

den Zielen der europäischen Vereinigung und Erweiterung. Letzteres ist mehrheitlich bis heute nicht erreicht.

Abbildung 6.46: Wie stark fühlen Sie sich mit der Europäischen Union verbunden? - neue Länder und Berlin-Ost 1992 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/Leben 1992-2014 (gew.)

Europa wird in den letzten Jahren mit dem Euro - oder mehr mit der Eurokrise - verbunden sowie der Auffassung, dass der Sozialabbau in Deutschland seine Ursache in den Entwicklungen in Griechenland, Italien Portugal, Rumänien, Bulgarien usw. habe. Leicht nationalistisch geprägte Interpretationen der EU-Entwicklung verstärken zwei Tendenzen, erstens dass Deutschland schon viel weiter wäre, wenn nicht... (letztlich ist das nur die innenpolitische Variante der „zunehmenden Verantwortung“, die Deutschland mit seiner „Größe“ z.B. bei Konflikten übernehmen müsste - J. Gauck) und zweitens, dass es Europa gut täte, dem deutschen „Vorbild“ nachzufolgen.. Das Europa der EU wird immer weniger mit Wohlstand, Sozialstaat, Demokratie und Frieden verbunden. Der Wohlstand in der EU wird immer ungleicher, die schwachen Ansätze zum Sozialstaat werden gerade gegenwärtig im Keime erstickt, der Sozialabbau hält weiteren Einzug.

Die Haltung der Bürger der neuen Länder zur EU liegt insgesamt deutlich unter den Vergleichswerten zur Bindung zur Bundesrepublik, zu Ostdeutschland und den jeweiligen Bundesländern (vgl. Abschnitt 1.3.3) sowie analogen Einschätzungen der Bürger aus den alten Bundesländern. Mag in den ersten Jahren vor allem die Freizügigkeit des Reisens einen bedeutenden Ausschlag für die relativ hohe Bewertung gegeben haben, so steigt sie erneut mit der Einführung des Euro an, um mit der Finanz- und Bankenkrise wieder abzufallen. Ob der Anstieg bis 2012 dem vermittelten Bild, dass Deutschland einen stabilen Platz in Europa hat und der Abfall 2013 den geführten Diskussionen (z.B. der Partei „Alternative für Deutschland“ sowie einzelner europäischer Länder) um den Euroausstieg geschuldet sein mag, bleibt - auch vor dem Hintergrund des Präsidentenwechsels in den USA Anfang 2017 . abzuwarten. Auch die Europawahlen 2014 haben - inkl. der Umfelddiskussionen - die Haltung zu Europa nicht gefestigt.

Insgesamt brachten 2014 rd. 30 % der Bürger in Deutschland eine mehr oder weniger starke Verbundenheit zur EU zum Ausdruck, fast die Hälfte (43 %) bewertet sie mit weniger stark, und fast ein Viertel (23 %) fühlt sich Europa überhaupt nicht verbunden (4 % ohne Aussage/Antwort). Im Vergleich

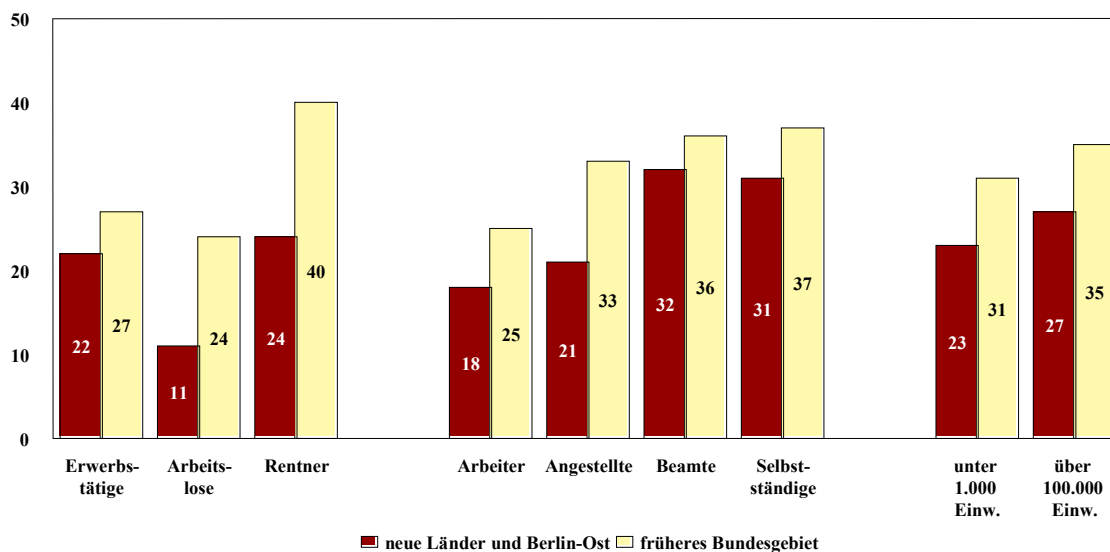
dazu fühlen sich in den neuen Bundesländern 23 % stark/ziemlich stark mit Europa verbunden, im früheren Bundesgebiet sind das 32 %. Weniger stark verbunden fühlen sich im Osten 42 % und im Westen 43 %, gar nicht verbunden fühlen sich 28 % (Ost), aber nur 22 % (West).

Werden die 2014 getroffenen Aussagen etwas detaillierter betrachtet, so ist erkennbar:

- Frauen und Männer stimmen in ihrer positiven Bewertung in hohem Maße überein, weisen jedoch Unterschiede in Bezug auf fehlende Verbundenheit auf - so fühlen sich Männer-Ost zu 32 % wenig verbunden (Frauen 24 %) und Männer-West zu 24 % (Frauen 19 %).
- Jüngere und Rentner weisen eine höhere Verbundenheit aus als mittlere Altersgruppen. In den Vorjahren erkennbare Reflexionen der hohen Jugendarbeitslosigkeit in einigen Ländern der Europäischen Union sowie der Debatten um Ein- und Zuwanderung aus Staaten der EU haben offensichtlich nicht mehr ein solches Gewicht (oder Gewöhnungseffekt).
- Zwischen Ungelernten und Hochschulabsolventen ebenso wie zwischen Arbeiter/-innen, Angestellten und Selbstständigen sind Unterschiede vorhanden, welche aber keine festen Abhängigkeiten hinsichtlich der Qualifikation und des sozialen Status nachweisen lassen.
- Höhere Einkommensgruppen und Großstädter geben - wenn auch geringfügig - stärkere Verbundenheit an.

Generell ist die höhere Verbundenheit der Bürger des früheren Bundesgebietes in allen Gruppen feststellbar, was ohne Zweifel der stärkeren Einbindung in den Entstehungsprozess als auch den jahrzehntelangen Möglichkeiten des Aufbaus von Beziehungen geschuldet ist.

Abbildung 6.47: Wie stark fühlen Sie sich mit der Europäischen Union verbunden?
- nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „stark“/„ziemlich stark“)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Gerade für Ostdeutsche war die Zeit vor der EU-Osterweiterung und der Einführung des Euro - also um die Jahrtausendwende - eine Zeit, in der in Deutschland mit der Agenda 2010 durch die rot-grüne Koalition die Phase des Sozialum- und -abbaus begann und die Angleichung der ostdeutschen Lebensverhältnisse weitgehend zum Erliegen kam. Die zeitliche Parallelität führte bei vielen ostdeutschen Bürgern dazu - wie bei westdeutschen auch, wenn auch nicht in solchem Maße - Stagnation und Sozialabbau als Auswirkung der Osterweiterung zu sehen.

Noch 1999 identifizierte sich ein gutes Drittel (36 %) der Bürger der neuen Bundesländer mit dem Zusammenrücken von Staaten/Nationen in Europa bzw. hielt es für gut, 28 % fanden diesen Prozess nicht gut und 36 % (!) antworteten zu diesem Zeitpunkt mit „ich weiß nicht“.

Unzureichende bzw. einseitige Informationen prägten auch 1999 noch die Bewertungen in höherem Maße als sachbezogene Kenntnis und beeinflussten damit bereits später auftretende soziale Verunsicherungen.

Eine Untersuchung, die 1999 auch in Berlin als Vergleich Ost-West-Berlin vorgenommen wurde, bestätigte seinerzeit einerseits die historisch entstandene höhere Identifikation von Bürgern aus den alten Bundesländern mit der EU (45 % Westberlin/31 % Ostberlin) und andererseits damit verbundene Vorbehalte zur weiteren europäischen Vereinigung - insbesondere in den „Rand“-Regionen (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen).⁷⁶⁴

Entsprechend bejahten 61 % der Westberliner die EU-Erweiterung, aber nur 50 % der Ostberliner. Wenn auch nur bedingt davon ausgegangen werden kann, dass sich in etwa gleiche Strukturen auch zwischen Ost- und Westdeutschland abbilden lassen, hat auf jeden Fall das West-Ost-Gefälle Bestand, d.h. eine positivere Bewertung in den alten Bundesländern.

Mit dem 2004 erfolgten Beitritt der acht ost- und mitteleuropäischen Länder des vormaligen RGW-Gebietes sowie Zypern und Malta wurden die neuen Bundesländer nicht nur geografisch in die Lage einer Verbindungsregion, sondern auch ökonomisch in engeren Bezug zu Osteuropa als zu den „alten“ EU-Staaten gebracht.

Der Vergleich der Lebensverhältnisse anhand ausgewählter Merkmale des Lebensstandards zwischen Westeuropa/Deutschland-Ost-West/Osteuropa⁷⁶⁵ bestätigt im Wesentlichen die keineswegs unbekanntete Tatsache, dass sich Ostdeutschland mental eher „in der Nähe“ der Beitrittsländer als der „Alt“-Länder befindet (von spezifischen Verhältnissen, wie z.B. Wohneigentum abgesehen), was z.T. bis in die Gegenwart noch Gültigkeit hat. Zu beachten auch, dass sich die Ost-Erweiterung in den neuen Bundesländern vor dem Hintergrund einer relativ hohen Ausländerunfreundlichkeit - die sich 2015 verstärkt in Ausländerfeindlichkeit wandelte - vollzog (vgl. Abschnitt 5.7).

Die Anfang des Jahrhunderts vorgenommenen Annahmen zur beschlossenen EU-Osterweiterung finden im Nachhinein ihre Bestätigung:⁷⁶⁶

Erstens: Mit den osteuropäischen Zugangsländern stehen sich seitdem erstmalig (von der Entwicklung in Deutschland abgesehen) Länder mit sich stark unterscheidenden Werte- und Sozialstrukturen gegenüber, die auch bei einer sich vollziehenden Angleichung der Wirtschafts- und institutionellen Strukturen nicht in kurzer Frist überwunden sein werden (das betrifft insbesondere den Stellenwert von Arbeit, Familie, Vereinbarkeit, sozialer Stellung der Frau, Religion, betrieblicher Mitbestimmung).

Zweitens: Die Annahme, dass sich - analog der neuen Bundesländer - eine bisher nicht bekannte neue „Ost-Block-Identität“ herausbildet (analog der sog. Ost-Identität der neuen Bundesländer), die in der gemeinsamen gleicheren Lebenslage zu den EU-Altländern und in der vergleichbareren „gemeinsa-

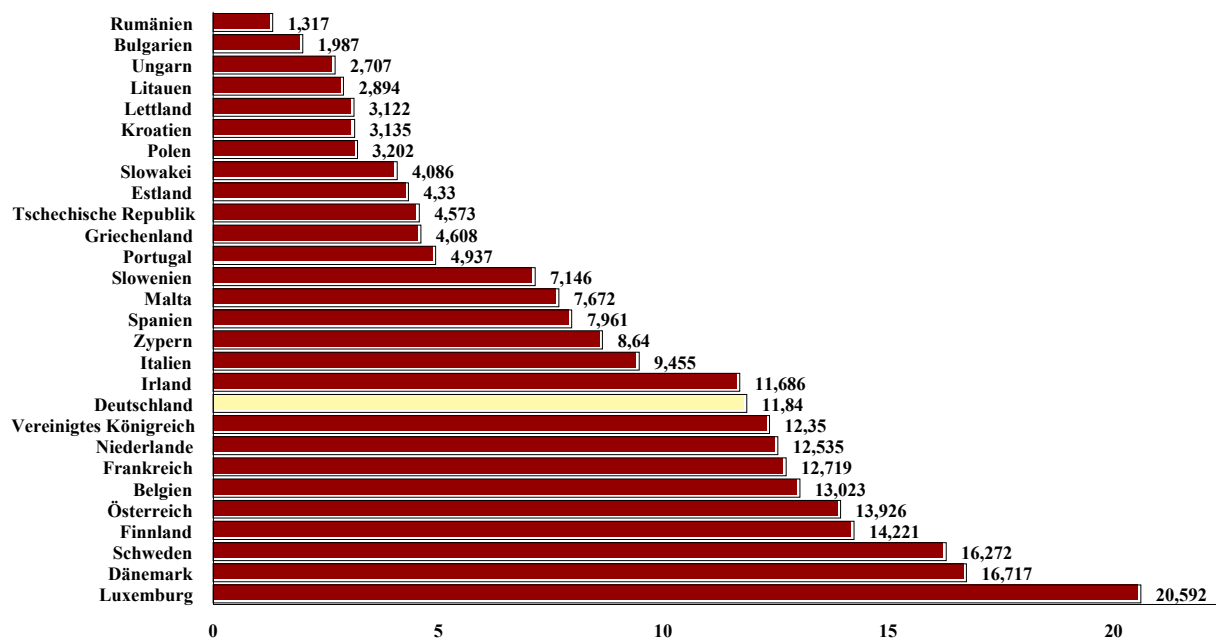
⁷⁶⁴ Vgl. hierzu Winkler, Gunnar: Überlegungen zur Europäisierung der nationalen und subnationalen Identitäten in den neuen Bundesländern, Studie SFZ, Berlin 2003, Datenbasis: „leben 1999 (gew.)“, unveröffentlicht.

⁷⁶⁵ Vgl. hierzu Datenreport: Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2002, S. 616 ff.; Piazzola, Daniel: Entwicklungsunterschiede innerhalb einer erweiterten EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 1-2/2002, S. 12 ff.; Busch, Ulrich: Mezzogiorno Ost! Na und?, Berliner Debatte Initial, Nr. 5/6 2002, S. 145 ff.

⁷⁶⁶ Winkler, Gunnar: Überlegungen zur Europäisierung..., a.a.O., S. 35 ff.

men“ historischen Entwicklung ebenso begründet ist wie in der gleichen „Ungleichheit“ in den Rahmen- und Förderbedingungen in den Zugangsländern, hat sich nicht bestätigt.⁷⁶⁷ Inzwischen verlaufen - im Ergebnis der Finanz- und Bankenkrise - die Trennungslinien sowohl zwischen Nord/Süd als auch Ost/West.

Abbildung 6.48: Schwellenwert für Armutsgefährdung EU-Bereich - 60 % Median - Alleinstehender - 2014 - in 1.000 Euro je Jahr -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Leben in Europa (EU-SILC) - 2014 - Tab Ü 5, Wiesbaden 2016

Dabei ist unübersehbar, dass die Einkommensungleichheiten - verdeutlicht anhand der Armutsschwelle eines alleinstehenden Bürgers und seines damit verbundenen Einkommens pro Jahr - innerhalb der EU ein Verhältnis von 1 : 20 zwischen Rumänien und Luxemburg aufweisen. Unverkennbar auch, dass von den 12 Ländern, die dem seinerzeitigen „Ostblock“ (RGW-Staaten) angehörten, 10 auf den untersten Plätzen der Skala in der EU liegen. Lediglich Slowenien folgt auf Platz 12 und die neuen Bundesländer (DDR) lägen auf Rang 17 (10.526 Euro).

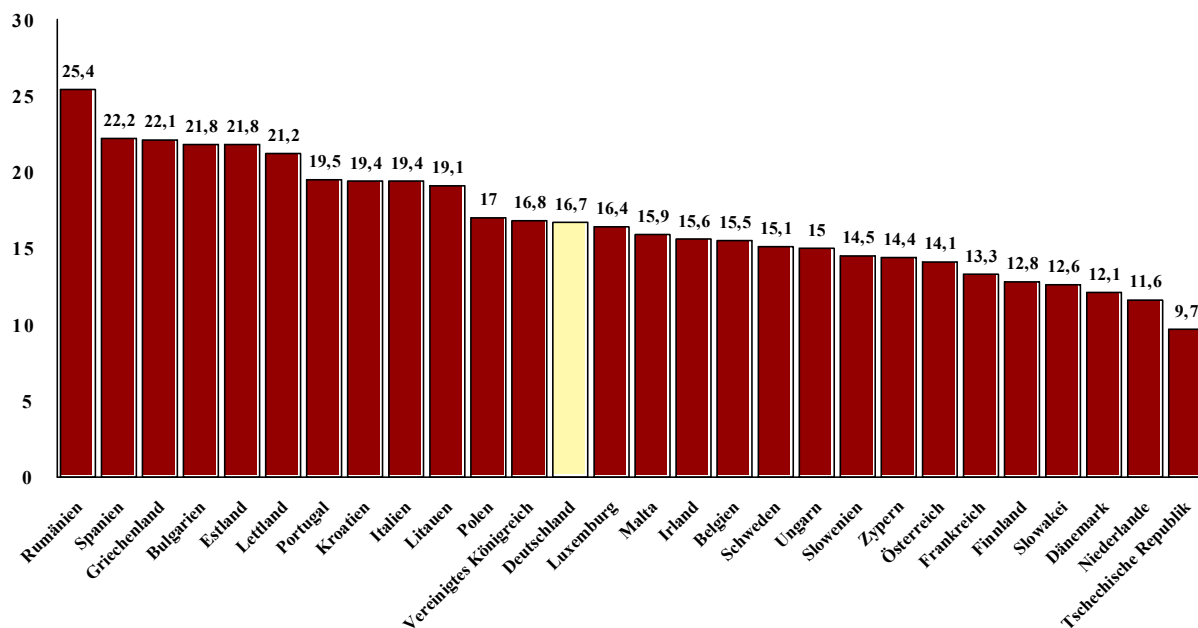
Drittens: Bereits zur Jahrtausendwende ließen die Entwicklungen in den EU-Staaten(alt) kaum eine Angleichung in den Lebensverhältnissen über die Jahre erkennen.⁷⁶⁸ In Deutschland besteht dadurch die Gefahr, dass sich - insbesondere in den neuen Bundesländern - „Anti“-haltungen herausbilden, die im Vergleich zur jetzigen Situation alte-neue-Länder in der Bundesrepublik noch extremer sein werden, da sie die nicht erreichte Angleichung der Lebensverhältnisse nicht mehr als systembedingt dem westlichen Wirtschafts- und Sozialsystem zuordnen, sondern als Auswirkung der EU-Erweiterung den Zugangsländern zuschreiben werden. In Ostdeutschland kommt das Gefühl, „gerade Errungenes schon wieder abgeben zu müssen“, hinzu. Dabei gilt bereits seit vielen Jahren: „Ostdeutschland rangiert bei den objektiven Lebensbedingungen im unteren Mittelfeld (im EU-Vergleich - G.W.), beim subjektiven Wohlbefinden in der Schlussgruppe“⁷⁶⁹.

⁷⁶⁷ Auf dem Weg zur erweiterten Union - Strategiepapier und Bericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel 09.10.2002, [SEK (2002) 1400 - 1412], S. 6.

⁷⁶⁸ Berger-Schmidt, Regine: Unterschiede in den Lebensbedingungen innerhalb der Europäischen Union kaum verringert, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren - ISI 27 Januar 2002, S. 1-5.

⁷⁶⁹ Delhey, Jan: Lebensbedingungen und Wohlbefinden in Europa, in: Datenreport: Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2002, S. 623.

Abbildung 6.49: Armutsgefährdungsquote EU-Bereich - nach Sozialleistungen - 2014 - in Prozent -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Leben in Europa (EU-SILC) - 2014 - Tab Ü 5, Wiesbaden 2016

Viertens: Das Gefühl der „EU-Länder 2. Klasse“ hat sich inzwischen weit über die ursprünglichen osteuropäischen Beitrittsländer erweitert (u.a. Griechenland, Italien, Portugal), da die EU einerseits den Beitritt nicht nutzte, um nicht nur Wirtschafts-, Finanz- und Institutionentransfers zu vollziehen, sondern auch den Weg der sozialen Angleichung vorzeichnete. Die angestrebte Konvergenz der Lebensbedingungen (anstelle einer Sozialunion - die auch in Ostdeutschland noch nicht erreicht wurde) ist in den Beitrittsländern nicht hinreichend vorstellbar diskutiert. Es haben sich - wie in der DDR vor und unmittelbar nach dem Beitritt - „Begehrlichkeiten“ herausgebildet, deren Nichtrealisierung Unzufriedenheitspotenziale hervorbringt. Der Gedanke nach „Harmonisierung der Lebensverhältnisse“ und deren „Angleichung“ ist in den Zugangsländern ausgeprägter als der der Konvergenz, die Heterogenität von Lebensverhältnissen ist weniger im Denken als Homogenität.

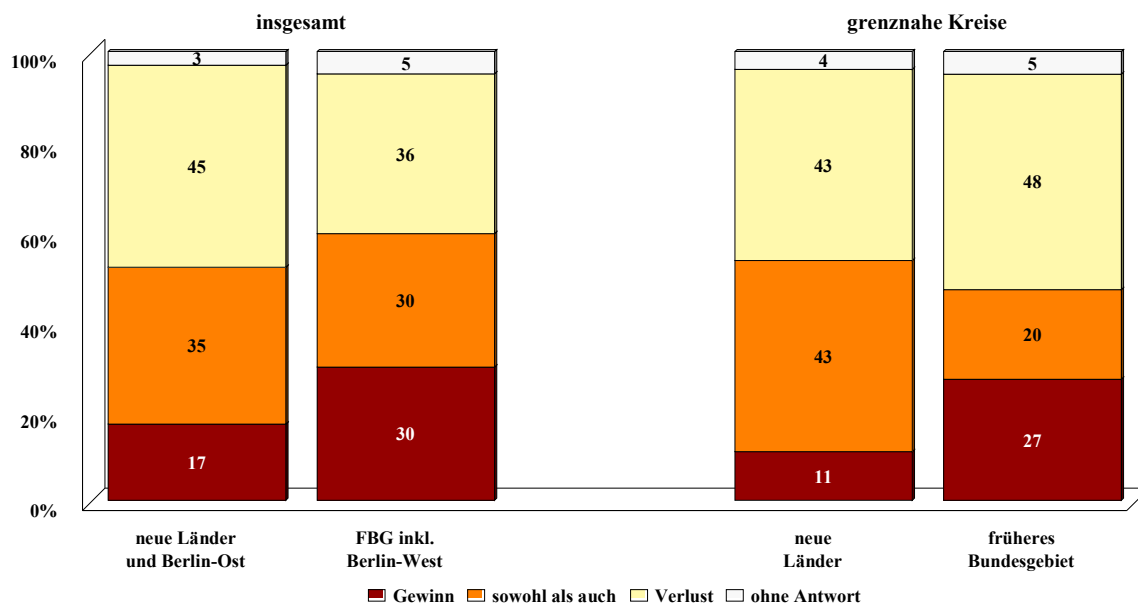
Inzwischen haben die „zur Lösung der Finanz- und Bankenkrise“ als erforderlich erklärten Maßnahmen des Sozialabbaus in den genannten südeuropäischen EU-Ländern - und damit deren Angleichung an das niedrigere Niveau der osteuropäischen Länder - die Ungleichheiten in der EU mehr vertieft als der Erweiterungsprozess 2004.

Bereits 2005 waren zwischen 70 und 80 % der Ostdeutschen nicht bereit, sozial etwas zurückzustecken, um den Beitrittsländern eine rasche Angleichung zu ermöglichen (69 %), gleichfalls lehnten 86 % ab, auf weitere Angleichungen an die alten Bundesländer zu verzichten - im Gegensatz dazu forderten 58 %, dass die „Neuen“ Rücksicht auf die spezifischen sozialen Probleme in Deutschland nehmen sollten.

Im unmittelbaren Nachgang zur erfolgten EU-Osterweiterung wurden die Bürger in den neuen Bundesländern und westdeutschen Vergleichsregionen nach ihren Annahmen und Erwartungen befragt und reflektierten seinerzeitige Befindlichkeiten.⁷⁷⁰

⁷⁷⁰ Vgl. auch: Hanf, Thomas: Zur Entwicklung von Werten, Einstellungen und Handlungsorientierungen in ausgewählten Bundesländern unter den sich verändernden Bedingungen des innerdeutschen Transformationsprozesses durch die EU-Ost-Erweiterung, SFZ Berlin 2009, unveröffentlicht.

Abbildung 6.50: Sehen Sie die EU-Erweiterung für sich insgesamt eher als Gewinn oder Verlust?
- nach Regionen - 2005 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2005 (gew.)

Dabei sind zwei Aspekte besonders hervorzuheben:

Erstens werden die erwarteten Auswirkungen in den neuen Bundesländern von den Bürgern insgesamt deutlich weniger als Gewinn für sich bewertet (12 %), dominierend ist die Annahme auf ein Überwiegen der Verluste (45 %) bzw. einer angenommenen Ausgewogenheit von Gewinnen und Verlusten (35 %). Die getroffenen Aussagen in den alten Bundesländern sind vergleichsweise besser, was sowohl an der generell positiveren Haltung der Westdeutschen zur EU als auch an der größeren räumlichen Distanz zu den osteuropäischen Beitrittsstaaten liegen mag.

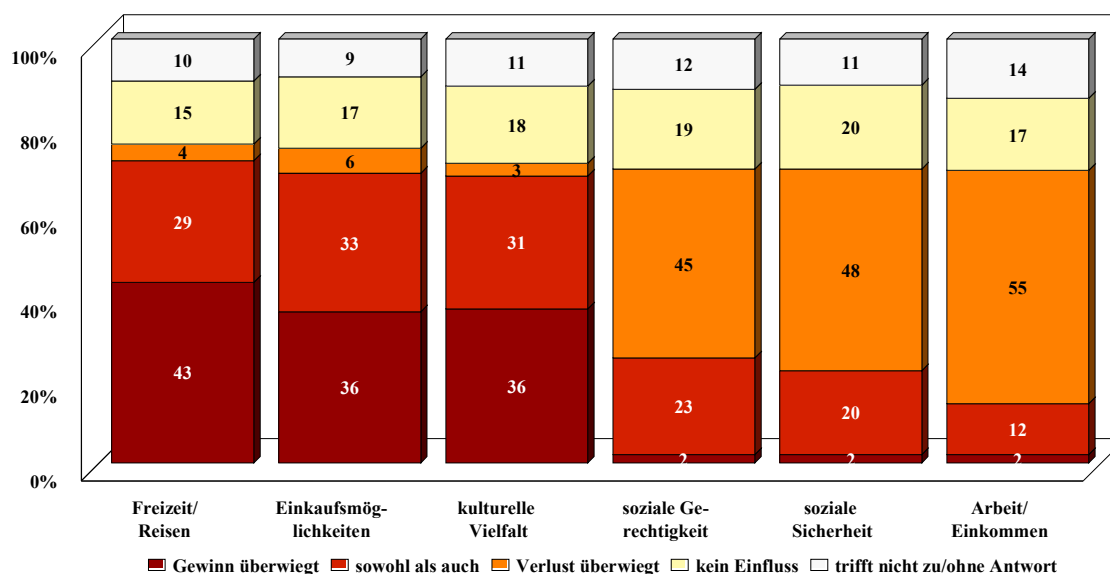
Die These des Einflusses der Distanz wird nicht zuletzt belegt durch die wesentlich höher liegenden Verlustannahmen der Bürger der alten Bundesländer aus grenznahen Kommunen/Territorien (z.B. in Bayern als einer Vergleichsregion). Mit 48 % der Bürger, welche für sich Verluste annehmen, wird in den grenznahen Kommunen des Westens eine deutlich erkennbare „Absage“ an die Erweiterung erteilt. Das erfolgt ohne Zweifel auch vor dem Hintergrund der Spezifik der Beitrittsländer als ehemalige „Ost-Block-Länder“ und der stetig geschürten Vorbehalte gegenüber ihrem niedrigen Lebensniveau und daraus erwachsenden „Ansprüchen“.

Die seinerzeit getroffenen Aussagen lassen - wie bei anderen Untersuchungen auch - im Einzelnen die drei sich unterscheidenden Blöcke an Erwartungen erkennen:

- die hohen „Gewinnerwartungen“ (mit jeweils über 60 % - siehe Abbildung 6.51) in den Bereichen Freizeit/Reisen, verbesserte Einkaufsmöglichkeiten und zunehmende kulturelle Vielfalt;
- die hohen Verlusterwartungen in den Bereichen Arbeit/Einkommen, soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit (die sich inzwischen mehr oder weniger bestätigt haben, allerdings über eine seinerzeit nicht vorauszusehende Finanz- und Bankenkrise, mit erkennbaren Einschränkungen in Sozialleistungen);
- Bereiche, in denen eher keine Veränderungen erwartet werden, wie das Zusammenleben in der Familie, das Leben in der jeweiligen Gemeinde sowie das Verbands-/Vereinsleben.

Zur gleichen Zeit in den grenznahen westdeutschen Ländern analoge durchgeführte Befragungen weisen durchgängig höhere „Gewinnbewertungen“ in allen befragten Lebensfeldern aus.

Abbildung 6.51: Wie stellen sich für Sie mit der Osterweiterung Gewinne und Verluste in einzelnen Lebensbereichen dar? - Auswahl - neue Länder und Berlin-Ost - 2005 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2005 (gew.)

Inzwischen haben sich die Entwicklungen im Europaraum verschärft. Die Finanz- und Bankenkrise haben die Diskussion um den Euro, die Art und Weise der Sicherung des Kapitals, erneut belebt. Immer wieder wird die Diskussion um Ausstieg aus dem Euro in einzelnen Ländern bzw. von einzelnen Parteien (auch in Deutschland) forciert.

Die gegenwärtige Situation verallgemeinernd, ist festzustellen:

- Das Projekt Europäische Union ist unvollendet. Das betrifft weniger die erreichte und beabsichtigte Erweiterung der EU und des Euroraums, sondern die inhaltliche Ausgestaltung. Bis Mitte 2015 wurde eine einigermaßen funktionierende Wirtschaftsunion der 28 Staaten, eine auf 18 Staaten begrenzte Währungsunion und eine völlig separate Ausgestaltung der Sozialpolitik in den einzelnen Ländern erreicht - „Soziale Konvergenz“ geschweige „Europäische Sozialunion“ sind nicht einmal mehr in der Diskussion. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU ist gegenwärtig offen, welche Konsequenzen sich daraus für ein Europa der „27“ ergeben. Die Art und Weise der Bankenrettung reflektiert sich bei der Mehrheit der Bürger in Maßnahmen des Sozialabbaus, der jeweils gegenseitig den anderen Ländern schuldhaft zugeschrieben wird (Deutschland den Griechen/Griechenland den Deutschen).

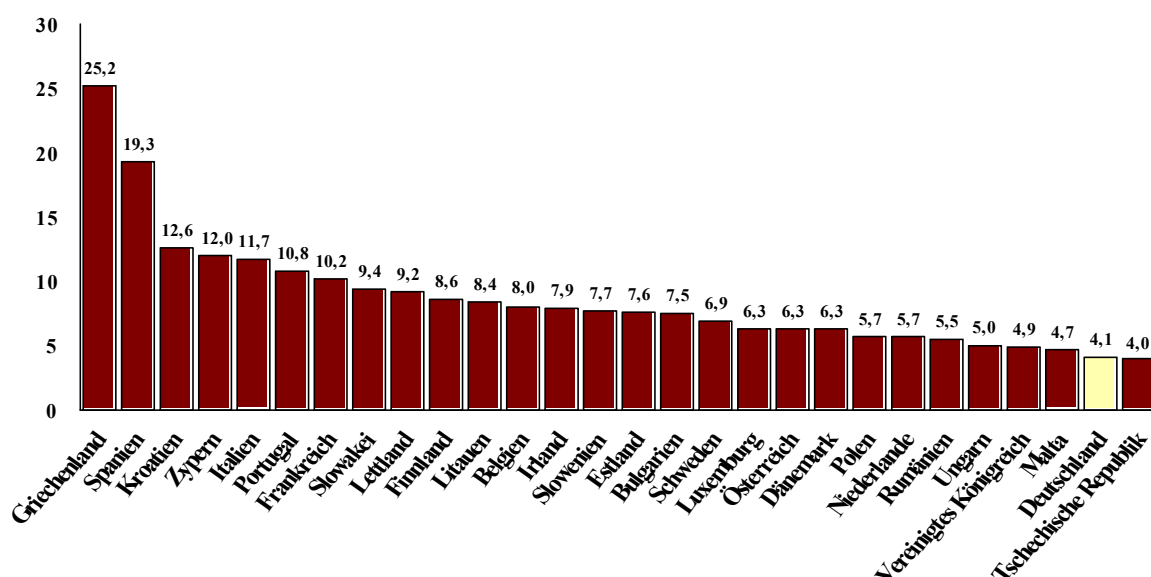
Es gibt kaum einen sozialen Bereich, in dem Angleichungen beabsichtigt bzw. erkennbar sind. Das reicht von der Bildung, über Arbeitsmarkt und Einkommen/Armutsbekämpfung, die gesundheitliche Für- und Vorsorge bis zur Alterssicherung. Die Einführung des Euro verbleibt auf dem Niveau einer Münzunion und gerät in Gefahr - allen bisherigen Währungsunionen ohne vorherige staatliche Vereinigung zu folgen - nicht zu gelingen.

Eine erkennbare Strategie zunehmender sozialer Orientierung der Wirtschaftspolitik liegt nicht vor, was eine Identifizierung mit den Zielen Europas mehr als behindert.

Generell ist eine Ausweitung der sozialen Dimension der EU zu erreichen. Das bedeutet vor allem:

- die Einführung sozialer Mindeststandards, die nicht zu einer Nivellierung auf niedrigstem Niveau führen dürfen, sondern sich an fortgeschrittenen EU-Mitgliedsstaaten orientieren müssen;
 - die Zurückdrängung der Jugendarbeitslosigkeit;
 - Orientierung der EU-Politik auf die Alterssicherung unter Einschluss von Maßnahmen zur Armutsvermeidung im Alter;
 - gleicher Zugang aller zu hochwertigen Gesundheits- und Pflegeleistungen;
 - Stopp der zunehmenden Privatisierung der Daseinsvorsorge. Soziale Dienstleistungen müssen vom Staat/den Kommunen garantiert werden.
- Die sozialen Ungleichheiten in der Europäischen Union nehmen zu - sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der Länder. Die Art und Weise der wirtschaftlichen Zusammenarbeit spaltet oben und unten Differenzierungen bezogen auf das Niveau der Länder. Das betrifft im Wesentlichen alle sozialen Indikatoren - so ist die Arbeitslosigkeit (2013) im Ergebnis der „Krisenbewältigung“ insbesondere in Griechenland, Zypern, Italien und Spanien z.T. deutlich gestiegen und ist in anderen Ländern (z.B. im baltischen Raum) rückläufig.

Abbildung 6.52: Arbeitslosenquote - EU-Länder - September 2016 - in Prozent -



Quelle: Eurostat, statista Nov. 2016

- „Sozialtourismus“ wurde Anfang 2014 zum Unwort des Jahres in Deutschland gewählt. Einige Politiker und Medien machten mit diesem Begriff gezielt Stimmung gegen Zuwanderer vor allem aus dem osteuropäischen Raum. Damit wurden - wie es in der Begründung heißt - mit „Tourismus“ Erholung und Vergnügen suggeriert und die Zuwanderung auf das Motiv des Zugangs in das „deutsche Sozialsystem“ reduziert bzw. böswillig zugespitzt. Nicht uninteressant dabei ist, dass „Steuertourismus“ als Kavaliersdelikt abgetan wird, obwohl sich gerade in beiden Begriffen unterschiedliche Lebensverhältnisse reflektieren. Der „Steuertourismus“ bedeutet allein für Deutschland jährlich rd. 130 Mrd. Euro Verlust - insofern wundert es nicht, wenn viele reichere Deutsche nicht an straffen Regelungen zwischen den EU-Ländern interessiert sind. Ausgangspunkt ist und bleibt das Fehlen von Vorstellungen zur schrittweisen Harmonisierung in Richtung Sozialunion. Das Festhalten an nationalen Sozialleistungssystemen, ihr weiterer Leistungsabbau, eine immer weiter zunehmende Leistungsvielfalt (vgl. Mütterrente mit 6 unterschied-

lichen Leistungsberechnungen allein für Deutschland) stellen irgendwann beim Bürger die Frage nach der Sinnhaftigkeit der EU, wenn sie nicht auf „Wirtschaftsunion“ begrenzt wird.

Die ausschließlich nationalen Zuständigkeiten für die Sozialsysteme - bei weiterer wirtschaftlicher Verflechtung - werden jeweilige Landesentscheidungen im sozialen Bereich zunehmend den privatisierenden Wirtschaftsentwicklungen und -entscheidungen unterordnen (deklariert als Selbstverantwortung und freiheitliche Strukturen). Das betrifft das Verhältnis von Solidarität und Subsidiarität, der Bestimmung des versicherungspflichtigen Personenkreises, der Festlegung von Mindeststandards, Entwicklungstendenzen von privater, öffentlicher und staatlicher Wohlfahrtspflege u.a.m.

Dem Bürger fehlt das Verständnis dafür, dass Länge und Krümmung der grünen Gurken oder vereinheitlichte Glühlampen und vieles andere mehr bis ins Einzelne in Brüssel festgelegt werden, aber im gesamten Sozialbereich nationale Willkür als europäisches Grundkonzept verkündet wird.

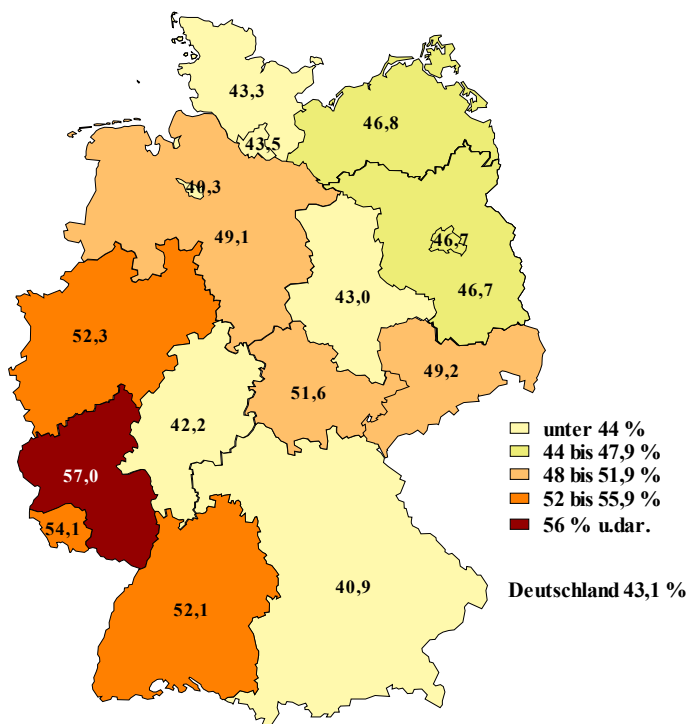
- Die subjektiven Befindlichkeiten zur Osterweiterung in den neuen Bundesländern bedürfen einer spezifischen Beobachtung, ebenso wie die Gewinn-Verlust-Bewertungen in den einzelnen Ländern/Blöcken. Die Annahme, dass es „bei der Erweiterung nur Gewinner gibt“⁷⁷¹, ist auch aufgrund der Erfahrungen der Vereinigung in Deutschland anzuzweifeln. Es sollte analog der neuen Bundesländer davon ausgegangen werden, dass es stets sowohl Gewinne als auch Verluste gibt, die sich zwischen einzelnen Ländern und innerhalb der Länder (auch durch länderübergreifende Wirkungen) unterscheiden werden. Nur im Maße der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und vom Bürger erkennbarer Angleichungstendenzen werden maßgeblich Identifikationen und soziale Konfliktlinien in den nächsten Jahren geprägt werden (auch mit Wirkungen in den Ländern, die sich im „Wartestand“ zur Aufnahme befinden). Eine „bilanzierende“ Gewinn-Verlust-Bewertung wird sich darüber hinaus rasch zu einem Ideologie-Instrumentarium entwickeln und missbrauchen lassen.
- Die EU bietet zugleich die Chance, den Einfluss der Bürger auf die Entwicklungen in Europa zu beeinflussen. Die Notwendigkeit wurde nicht zuletzt in einigen Ländern (z.B. Griechenland) deutlich, wo Krisenbewältigung zu einer faktischen Entmachtung der nationalen demokratischen Institutionen geführt hat. Im Gegensatz dazu ermöglicht die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) seit April 2012 den Bürgerinnen und Bürgern, sich an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen demokratisch zu beteiligen. Die weitere Ausgestaltung der Europäischen Union darf nicht dazu führen, dass demokratische Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedsstaaten, ihren Regionen und vor Ort beschnitten wird.

Das schließt die Verantwortung jedes Bürgers auch für die Entwicklung des EU-Bereiches und darüber hinaus ein. Davon ist Europa (und Deutschland) noch ein weites Stück entfernt, was - siehe oben - auch an den für die Bürger nicht erkennbaren Gewinnen im sozialen Bereich liegt.

So reichte 2014 die Wahlbeteiligung in der EU mit 43,0 Prozent, von Luxemburg (90,9 %) bis zu Slowakei (15,6 %) - Deutschland lag mit 43,3 Prozent auf dem Durchschnitt (allerding auch z.T. durch Koppelung mit Kommunalwahlen - vgl. Abbildung 6.53).

⁷⁷¹ Auf dem Weg zur erweiterten Union ..., a.a.O., S. 8.

Abbildung 6.53: Wahlbeteiligung - Europawahlen 2014* - in Prozent -



* in BW, BB, HH, MVP, NRW, RP, SA, SN, ST, TH fanden am gleichen Tag Kommunalwahlen statt
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Bundeswahlleiter 2014

Letztlich liegen Lösungen im Interesse der Bürger nur in den zu erreichenden Gemeinsamkeiten in der EU. Individualbestrebungen einzelner Länder stehen den globalisierten Wirtschaftsinteressen entgegen. Zugleich kann die EU ein Verbund sein, in dem das gemeinsame Interesse der Bürger Schutz vor überzogenen nationalen Sonderinteressen bietet.

Deutschland verwirklicht heute über die EU ihren „Griff zur Weltmacht“⁷⁷². Alte Klischees, welche als „Attribute des kalten Krieges“ als überwunden angenommen wurden, werden wiederbelebt. Ebenso wie das Anknüpfen an Feindbilder, welche schon vor dem 2. Weltkrieg genutzt wurden. Das Bemühen politischer Kreise der EU gegen den alten Feind Sowjetunion/Russland wieder aufzurüsten und mit Sanktionen die Lebensverhältnisse der Bürger einzuschränken, ist unverkennbar. Das Anliegen der Aktionen in den ehemaligen RGW-Ländern mit Auflösung des „Ostblocks“ den Frieden sicherer zu machen, war von kurzer Dauer. Die Nato verschiebt ihre Ostflanke von der BRD nach Polen, ins Baltikum und evtl. in die Ukraine. Die Gefahr einer militärischen West-Ost-Konfrontation ist wieder real.

Das betrifft auch die zunehmende Abwertung ganzer Nationalitäten. Bundesdeutsche Werte werden - wie 1990 gegenüber der ostdeutschen Bevölkerung - zum alleinigen Maßstab sozialen Fortschritts erklärt, Sozialabbau zur Bedingung sozialen Fortschritts, mehr Einfluss Deutschlands zur Garantie für Freiheit und Gerechtigkeit. Deutscher Nationalismus wird eingebettet in Europäischen Kontinentalismus. Aus „mehr Einfluss“ wurde „mehr Verantwortung“ und schließlich die Forderung, „die Führung zu übernehmen“.

⁷⁷² Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht, Verlag Droste, Düsseldorf 1961

7 Politische Integration

7.1 Politisches Interesse - Demokratiezufriedenheit

Hohe Zustimmung zur Demokratie als Wert bei niedriger Zufriedenheit hinsichtlich demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten und geringen Erwartungen an Verbesserungen kennzeichnet die Haltungen zur Demokratie, bei generell positiveren Zustimmungswerten im Westen.

Insgesamt gibt es in den neuen Ländern ein ansteigendes politisches Interesse - insbesondere im Zusammenhang mit der Politik der Sozialreformen und der Politisierung des öffentlichen Lebens (September 2001). Einen „Idealbürger“ gibt es nicht, der Demokratie-Kritische ist genauso typisch wie der unkritisch „Bejahende“.

Demokratiebewertungen

Bereits in den vorangegangenen Ausführungen wurde hervorgehoben, dass im Osten Deutschlands der Zeitraum 1989/Anfang 1990 ein demokratischer Aufbruch mit hohen Erwartungen und zum Teil visionären wie illusionären Vorstellungen auch bezogen auf Mitbestimmung und Mitwirkung war.

Die inzwischen gesammelten Erfahrungen von großen Teilen der Bürger der neuen Bundesländer beruhen auf drei Lebensabschnitten mit unterschiedlichen Demokratieerfahrungen. Das betrifft zum Ersten die Sozialisation und gesellschaftliche Mitwirkung in der DDR - einem politischen System, welches durch zentralistische Entscheidungen in allen Grund- und Detailfragen des gesellschaftlichen Lebens geprägt war und welches vor allem nach dem Ausscheiden aus der Erwerbsarbeit aufgrund einer arbeitsstättenzentrierten Mitbestimmung die Mitwirkungsmöglichkeiten älterer Menschen noch stärker einschränkte.

Zum Zweiten verfügen sie über Kenntnisse und Erfahrungen hinsichtlich der hohen Wirksamkeit von friedlichen Massenaktionen zum Erreichen eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels sowie einer von Kompetenz und nicht parteipolitischen Orientierungen getragenen Sacharbeit in der Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs 1989/90 z.B. im Rahmen der „Runden Tische“. Und schließlich erlebten sie seit 1990 die politische Übernahme durch ein repräsentativ-demokratisches System, welches sich selbst vor allem über Wahlen, d.h. den Wählerwillen bzw. den an Wahlen Teilnehmenden als freiheitlich-demokratisch definiert. Formen außerparlamentarischer Demokratie haben - zumindest auf Bundesebene und mit Unterschieden zwischen den einzelnen Bundesländern - aus Sicht der Bürger nur einen geringen Stellenwert. Bleibt zu hoffen, dass die Initiativen z.B. der CSU zu Volksentscheiden auf Bundesebene von Erfolg gekrönt sein werden. „Bürgerbeteiligung ist der Kern moderner Politik“, so H. Seehofer bezogen auf die Bundesebene, der in einer Basisbefragung der CSU zwei Drittel ihrer Mitglieder zustimmten (2016).

Nach 1990 gab es zunächst eine hohe Zustimmung der Ostdeutschen zur Demokratie als Grundwert (87 %), die sich jedoch in den folgenden Jahren deutlich rückläufig entwickelte (vgl. Abbildung 7.1). Erst mit dem Regierungswechsel 1998 erfolgte ein leichter Aufwärtstrend, jedoch auch ein Abfall im

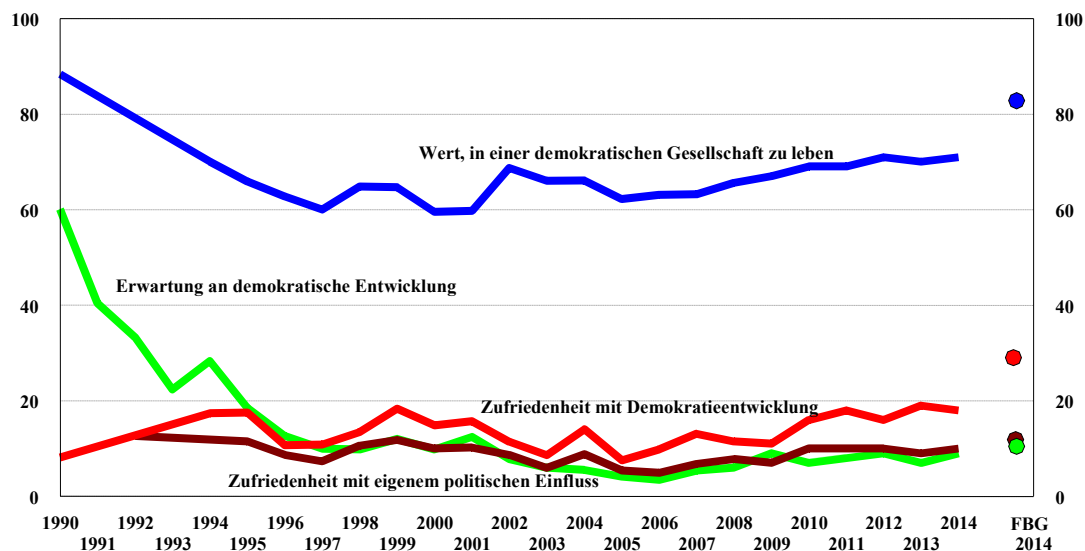
Ergebnis der Sozialreformdebatten auf einen Wert von 62 % (2002), mit erneutem Anstieg auf 71 % (2014).

Die Zufriedenheit mit dem Stand der Demokratieentwicklung ist in den letzten Jahren leicht steigend, was nicht zuletzt sowohl auf zunehmende Bürgeraktivitäten als auch die Zunahme von Wählerbündnissen und neuen Konstellationen von Koalitionen (Baden-Württemberg/Thüringen) zurückzuführen ist.

Die Zufriedenheit mit dem persönlichen politischen Einfluss ist auf niedrigem Niveau relativ stabil (11 % sind zufrieden/sehr zufrieden). Dabei ist es notwendig herauszuheben, dass seit 1992 von den insgesamt bis 2014 befragten 33.000 Bürgern nur rd. 200 (in Worten: zweihundert) sehr zufrieden waren (0,6 % !!).

Besonders deutlich ist auch - bezogen auf die Erwartungen an die Entwicklung der demokratischen Gesellschaft - der Rückgang zwischen 1990 und 1997 an erwartete Verbesserungen. Gingen 1990 noch 60 % von Verbesserungen aus, so sank dieser Anteil auf 9 % (2014). Dabei ist der genannte Rückgang nicht nur und sicher auch nicht vorrangig den real erfolgten Veränderungen geschuldet, sondern vor allem auch den als nicht hinreichend empfundenen Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten der Bürger (außerparlamentarische Elemente) und der erlebten Begrenzung demokratischer Mitbestimmung auf Wahlen. Auch das geringe Vertrauen in die Politikgremien und ihr Bemühen um das Vertreten von Wählerinteressen spielt dabei eine außerordentliche Rolle.

Abbildung 7.1: Grundaussagen zur Demokratieentwicklung - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014 - Vergleichswerte FBG 2014 - in Prozent -
 (nur Antwort: Wert von Demokratie: „sehr wichtig“/„wichtig“
 Zufriedenheit mit demokratischer Entwicklung: „sehr zufrieden“/„zufrieden“
 Zufriedenheit mit eigenem politischen Einfluss: „sehr zufrieden“/„zufrieden“
 Erwartung an demokratische Entwicklung: „Verbesserung“)



Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

Die politische Integration der Bürger - insbesondere in den neuen Bundesländern - ist dabei durchaus unterschiedlich - sowohl aus Sicht einzelner sozialer Gruppen als auch der unterschiedlichen Ebenen - zu bewerten. So ist der Bezug zum politischen System auf der Ebene der Gemeinden und Kommunen wesentlich ausgeprägter als auf der Ebene der Bundesländer und de facto gering auf Bundesebene. Nicht zuletzt erhebt sich auch nach rd. zwei Jahrzehnten immer „noch die Frage, ob die Bürger in den

neuen Bundesländern in vergleichbarer Weise wie die alten Bundesländer politisch integriert sind und in ähnlicher Weise Zugang zum politischen Willensbildungsprozess suchen.⁷⁷³

Der Vergleich der Bewertungen zwischen Ost- und Westdeutschland (2014) ergibt:

- Demokratie hat in Ost- wie Westdeutschland einen hohen, wenn auch im Westen höheren Stellenwert (83 %) als im Osten (71 %) - ohne Zweifel Ergebnis der lebenslangen Sozialisation aller Altersgruppen, ebenso wie der steten Konfrontation mit Entwicklungen z.B. im näheren und Nahen Osten sowie anderen nichteuropäischen Ländern, aber auch den USA. Ostdeutsche wurden erst nach 1990 ständig damit konfrontiert, das Vertrauen in Wahlen außerhalb der EU und der USA generell in Frage zu stellen und damit den deutschen Modus als „einzig gerechtfertigten“ zu betrachten.
- Auch die Zufriedenheit mit dem Stand der Demokratieentwicklung ist im Westen höher als im Osten - allerdings auch hier auf einem relativ niedrigen Niveau (29 % im Westen - 18 % im Osten).
- In Ost wie West werden mehrheitlich keine grundlegenden Änderungen erwartet – notwendige und mögliche Verbesserungen nehmen nur 11 % in den alten Bundesländern an (9 % im Osten). Verschlechterungen werden für wahrscheinlicher gehalten als Verbesserungen.

Insgesamt erweist sich, dass eine einseitige, sich von sozialen Interessen abwendende Politik ebenso wie eine sich über die Interessen der Bürger hinwegsetzende Politik der Regierungskoalitionen nicht mit den Vorstellungen und Erwartungen der Bürger übereinstimmen.

Tabelle 7.1: Demokratiebewertungen - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/früheres Bundesgebiet (inkl. Berlin-West) 2010/2014 - in Prozent* -

	neue Länder und Berlin-Ost						früheres Bundesgebiet	
	1990	1995	2000	2005	2010	2014	2010	2014
Wert Demokratie								
sehr wichtig/wichtig	88	66	82	62	69	71	82	83
in mittlerem Maße	6	23	13	23	20	19	13	11
unwichtig/sehr unwichtig	3	11	3	13	8	7	3	3
Zufriedenheit mit Demokratie								
sehr zufrieden/zufrieden	8	17	26	7	16	18	26	29
teilweise zufrieden	41	48	41	31	33	38	41	39
unzufrieden/sehr unzufrieden	46	32	28	54	45	39	28	26
Erwartungen an Demokratie								
Verbesserungen	60	19	11	4	7	9	11	11
keine Veränderung	13	46	53	38	46	50	53	57
Verschlechterungen	6	23	29	39	38	29	29	24

* Differenz zu 100 = ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

Nach wie vor gilt die Aussage⁷⁷⁴, dass eher die kritischen Einstellungen und Bewertungen der ostdeutschen Bevölkerung zur gegenwärtigen Demokratie als ihre positive Bejahung bestimmend sind. Das ist insbesondere unter zwei Gesichtspunkten von Bedeutung: Zum einen haben - wie bereits festge-

⁷⁷³ Vgl. Datenreport 2006, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006, S. 635.

⁷⁷⁴ Vgl. Priller, Eckhard: Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung, in: Sozialreport 2001, a.a.O., S. 300.

stellt - nur die Bürger der neuen Bundesländer den Weg zu einer demokratischen Erneuerung durch eigene Aktivitäten erzwungen und damit eigene Erfahrungen zu Möglichkeiten politischer und demokratischer Reformen auf friedlichem und außerparlamentarischem Wege gesammelt.

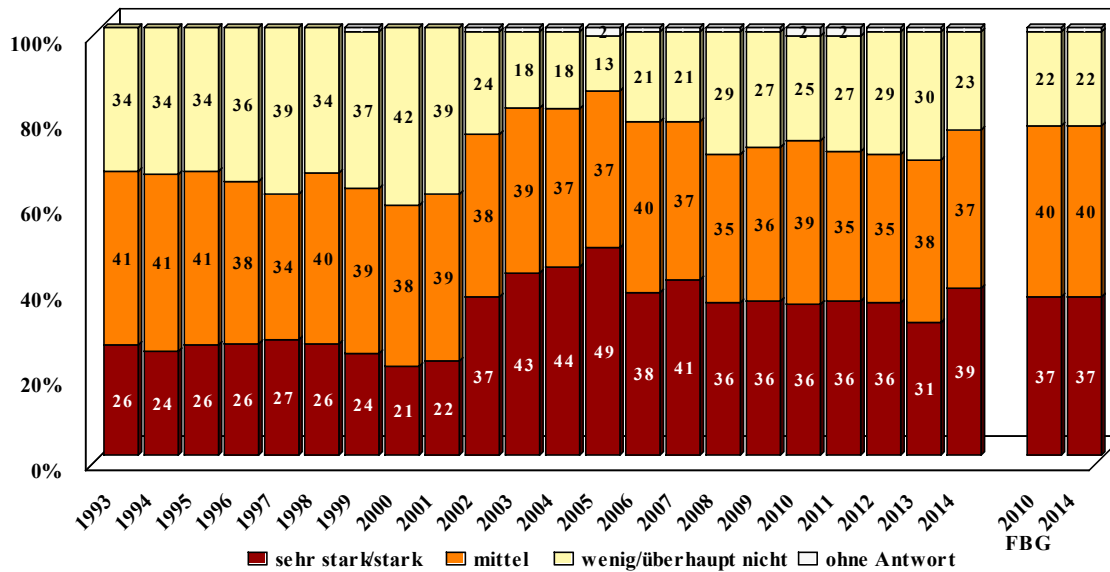
Dabei wird davon ausgegangen, dass Integration die Anerkennung der „Spielregeln“ ebenso wie „Loyalität“ voraussetzt, obwohl offen ist, „wie viel Bürgerbeteiligung eine Demokratie braucht“ und zugestanden wird, dass die Frage nach dem 'richtigen' Ausmaß politischer Beteiligung „letztlich nur normativ zu beantworten“ ist.⁷⁷⁵ Die politische Integration der Bürger der neuen Bundesländer ist dabei durchaus unterschiedlich - sowohl aus Sicht einzelner sozialer Gruppen als auch der unterschiedlichen Ebenen - zu bewerten. So ist der Bezug des Bürgers bzw. von Interessenorganisationen und -vereinen/verbänden zum politischen System auf der Ebene der Gemeinden und Kommunen wesentlicher ausgeprägter als auf der Ebene der Bundesländer und de facto gering auf Bundesebene.

Politisches Interesse

Hervorhebenswert ist das seit 2000/2001 zunächst bis 2005 stark ansteigende politische Interesse der Bürger - im Vergleich zu vorangegangenen Jahren (vgl. Abbildung 7.2), das offensichtlich vor allem Reaktion auf die zunehmenden politischen Eingriffe in soziale Sicherungssysteme war (Arbeitsmarkt, Rente, Gesundheitswesen) sowie die erkennbare Unfähigkeit des Systems, vorhandene Probleme im Interesse von Mehrheiten lösen zu wollen. Das stärkere, steigende politische Interesse ist sicher auch durch eine Politisierung des gesamten Lebens, durch den Terrorismus seit September 2001 und die Art und Weise der Terrorismusbekämpfung beeinflusst worden, wie durch die Euro-Umstellung und die Konfrontation gerade der Bürger der neuen Bundesländer mit dem „neuen Europa“. Mit der großen Koalition sinkt das politische Interesse wieder ab - möglicherweise Reaktion auf eine Politik, die mehr „verkündet“ anstatt zu begründen und einzubeziehen und dadurch Demokratie als defizitär empfinden lässt. Gleichzeitig ist erkennbar, dass Politikinteresse auch an die „Politikträchtigkeit“ der jeweiligen Jahre gebunden ist (hohes Politikinteresse z.B. in den Jahren 2004 bis 2007 - offensichtlich mit der Betroffenheit fast jedes Bundesbürgers durch Maßnahmen des Sozialabbaus verbunden), während bis 2000 ein geringeres politisches Interesse artikuliert wurde. Es waren Jahre, in denen nach raschem Angleichungstempo eine gewisse Stabilisierung, aber noch kein massiver Abbau eintrat. Der Anstieg 2014 mag im Osten nach der Bundestagswahl auf die Europawahlen und die drei Landtagswahlen mit den damit verbundenen Diskussionen und Erwartungen zurückzuführen sein.

⁷⁷⁵ Vgl. Datenreport 2006, a.a.O., S. 635.

Abbildung 7.2: Wie stark interessieren Sie sich für Politik? - neue Länder und Berlin-Ost 1993 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -



* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

Datenbasis: sfz/leben 1993-2014 (gew.)

Ohne in den Fehler pauschaler Akzeptanz von Kritik und Systemverbundenheit von „guten“ Bürgern und „schlechten“ Bürgern⁷⁷⁶ zu verfallen, kann zumindest für die neuen Bundesländer (und das gilt sicher analog auch für die alten Bundesländer) festgestellt werden:

- Einen „Idealbürger“ gibt es nicht, der Demokratiekritische (im positiven Sinne) ist genauso typisch wie der unkritisch „Bejahende“ und die wenigen Demokratie generell „Ablehnenden“.
- Kritik ist - gleich ob Systemkritik oder Kritik in einzelnen Feldern der Politik - immer aus Sicht des Einzelnen auf Fortschritt ausgerichtet. Ob es andere auch so bewerten, kann dabei nicht das Entscheidende sein.
- Das Schlimmste, was einem politischen System (nicht ihren Machhabern) passieren kann, ist politisches Desinteresse (was auch nicht nur an der Wahlbeteiligung gemessen werden kann).

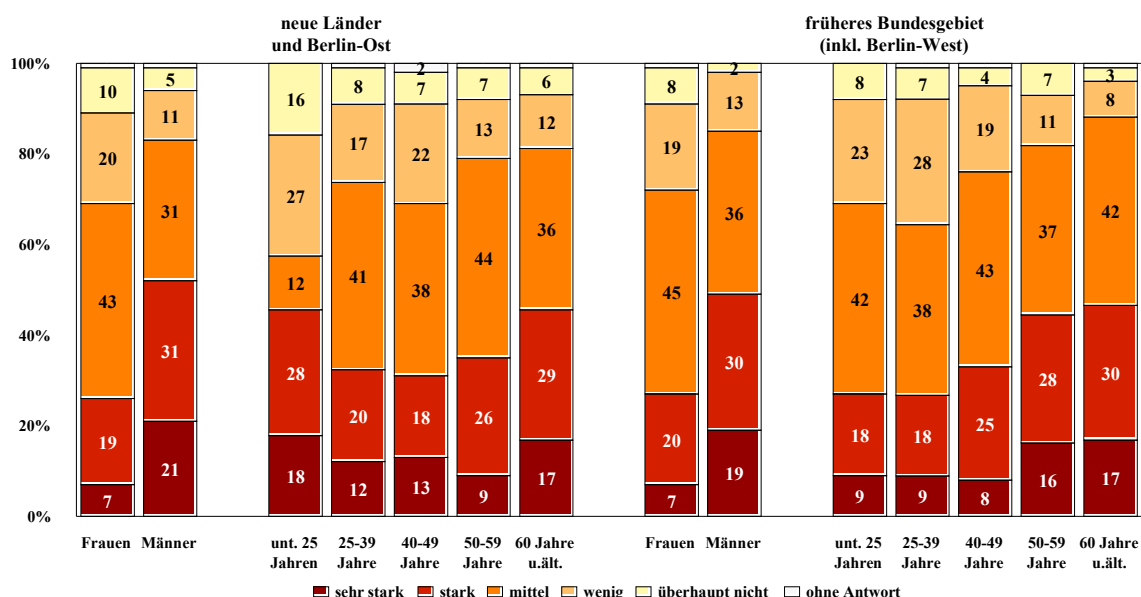
Insgesamt ist für die neuen Bundesländer ein ausgeglichenes starkes und mittleres politisches Interesse charakteristisch. Es sind 39 % der ab 18-Jährigen, welche angeben, sich sehr stark (14 %) bzw. stark (25 %) für Politik zu interessieren, ebenso wie 37 % ein mittleres Interesse zum Ausdruck bringen, „wenig“ äußern 23 % und 7 % geben „überhaupt kein Interesse“ an (1 % ohne Antwort). Im früheren Bundesgebiet werden vergleichbare Aussagen getroffen, die sich - im Vergleich zu 2010 - nicht verändert haben. Charakteristisch sind insbesondere folgende Differenzierungen:

- Zwischen Frauen und Männern - Frauen sind, ihren eigenen Wertungen entsprechend - weniger stark an Politik interessiert als gleichaltrige Männer (Frauen 26 % starkes Interesse - Männer 52 %). Eine auch im Osten sich seit 1992 stabil haltende „Geschlechterdifferenz“. Im früheren Bundesgebiet ist der Unterschied nur geringfügig geringer (27%/48 %).
- Deutlich auch die Unterschiede zwischen den Altersgruppen bei einem altersabhängigen Ansteigen des starken Interesses. Charakteristisch ist das geringe - über die Jahre sogar abnehmende - Interesse der Jahrgänge bis zum 50. Lebensjahr (Ausnahme junge Bürger Ost mit hohem Anteil vorhandenen, wie auch geringen Interesses).

⁷⁷⁶ Geißel, Brigitte: Kritische Bürgerinnen und Bürger - eine Gefahr für Demokratien?, APuZ 12/2006, S. 5.

- Mit steigender beruflicher Ausbildung (und Einkommen) nimmt das Politikinteresse in Ost wie West deutlich zu (Ost: 38 % ohne beruflichen Abschluss/54 % mit Hochschulabschluss - West 29 %/49 %). Untere Einkommensgruppen geben um die 30 % an, in den höheren Einkommensgruppen werden rd. 50 % erreicht. Selbstständige, Freischaffende und Beamte erreichen „Spitzenwerte“ von über 45 bis 55 % starken Interesses.
- Bezogen auf Parteimitglieder bzw. „Sympathisanten“ sind - im Vergleich zu Alter, Geschlecht, Berufsbildung, Einkommen - insgesamt über dem Durchschnitt liegende Aussagen, aber nur mit geringfügigen Unterschieden zwischen Ost und West feststellbar. Starkes Interesse bekunden seitens der CDU-Mitglieder/Sympathisanten im Osten 42 %, SPD 45 %, DIE LINKE 43 % und Die Grünen 47 %.
- Mitglieder von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden zeigen gleichfalls größeres politisches Interesse (Ost 46 % - West 39 %) ebenso wie Gewerkschafter (46 %/45 %).

Abbildung 7.3: Wie stark interessieren Sie sich für Politik? - ab 18. Lebensjahr - nach Geschlecht, Alter und Regionen - 2014 - in Prozent



* Wertebereiche ohne Beschriftung = 1 Prozent

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Sicher spielt für die getroffenen Aussagen insgesamt - wie bereits hervorgehoben - auch die stringente Politik des Sozialab- und -umbaus z.B. in den Jahren seit Beginn des neuen Jahrtausends eine außerordentlich große Rolle. Es ist offensichtlich, dass mit der Betroffenheit von fast jedem Bundesbürger durch Maßnahmen des Sozialabbaus aufgrund politischer Eingriffe in soziale Sicherungssysteme (Arbeitsmarkt, Rente, Gesundheitswesen) sowie der erkennbare fehlende Wille, Probleme im Interesse von Mehrheiten lösen zu wollen, zunächst zu einem steigenden Politikinteresse führten, wie in den letzten Jahren das politische Interesse wieder gesunken ist - möglicherweise Reaktion auf eine Politik, welche die Bürger aus deren Sicht unzureichend einbezieht und dadurch Demokratie als defizitär empfinden lässt.

Das bestätigen auch jüngste Ergebnisse des „Thüringen-Monitors“ für 2016,⁷⁷⁷ welche für befragte Thüringer zu folgenden Ergebnissen hinsichtlich der Ursachen für ihre Unzufriedenheit mit der Demokratiegestaltung kommen (die sicher auch für die anderen neuen Länder Gültigkeit haben):

⁷⁷⁷ Best, Heinrich et. al.: Thüringen-Monitor 2016, Politische Kultur in Thüringen - Langfassung, S. 82/83.

1. An vorderster Stelle rangieren die Ungleichheiten der Lebensverhältnisse (26 %), insbesondere zwischen reich und arm sowie Ost und West;
2. an zweiter Stelle rangiert das Verhalten der Politiker (korruptive Politik) mit 21 %, vor allem bezogen auf nicht eingehaltene Wahlversprechen, Diskrepanzen zwischen Reden und Handeln, falsche Entscheidungen bis zum Unvermögen, Eigennutz und individueller Vorteilsnahe;
3. nicht hinreichende Repräsentativität von Entscheidungen (18 %), die zu oft „über die Köpfe“ hinweg getroffen werden, was die Befragten mit Forderungen nach mehr direkter Demokratie und Mitsprache verbinden.

7.2 Wahlen alleine reichen nicht

Die Bürger der neuen Bundesländer haben ihre Wahlgläubigkeit nach der Vereinigung in hohem Maße abgelegt und treten wie die Bürger in Westdeutschland für eine deutliche Verstärkung plebiszitärer Elemente, so durch Volksentscheide und direktdemokratische Elemente, ein.

Es besteht nach wie vor die Gefahr, dass sich bestimmte politische Einstellungen und Haltungen der Resignation und Zurückhaltung in der Partizipation dauerhaft verfestigen. Der Rückzug in eine „Zuschauerdemokratie“, die sich auf reine Beobachter- und Kritikerpositionen begrenzt, der es weitgehend an Interessenartikulation, Konfliktaustragung und Nutzung von Chancen zur aktiveren Gestaltung der Verhältnisse mangelt, hält weiter an.

Es gehörte 1989 zu den grundlegenden Forderungen der Bürger der DDR, das System der Wahlen neu zu gestalten und eine prinzipielle Neuordnung der Bürgerbeteiligung am gesellschaftlichen Leben zu organisieren.

Ausgelöst durch die erneute Manipulierung von Wahlergebnissen im Mai 1989 und darauf fußenden Aktionen politisch organisierter Bürgerbewegungen ging es vielen Bürgern zunächst vor allem um eine Neugestaltung des Wahlsystems und erweiterte sich binnen kurzer Frist bis zur Forderung nach einer neuen Verfassung. Dabei wurde auch deutlich, dass die über Jahre hinweg geführte Diskussion um die Art und Weise der Gestaltung der Wahlen in der DDR und die stetige Auseinandersetzung um freie Wahlen im Wesentlichen bei vielen eine Gleichsetzung von Demokratie und Wahlen/Wahlsystem mit sich brachte.

Unmittelbar nach Grenzöffnung (11.11.1989) forderten rd. 93 % der Befragten generelle Veränderungen des Wahlsystems, d.h. es gab relativ unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialem Status und politischer Orientierung eine übereinstimmende Auffassung zu notwendiger genereller Neugestaltung des Wahlsystems. Dabei standen vor allem drei Forderungen im Mittelpunkt:

- Öffentlichkeit der Wahl (z.B. durch Kontrolle bei Wahlauszählung),
- Beseitigung von Einheitslisten und Nominierung von eigenen Kandidaten aller Parteien und Organisationen,
- Durchsetzung von geheimen Wahlen.

Die grundlegenden Forderungen nach Änderung der Art und Weise der Aufstellung von Kandidaten wurden von 56 % der Befragten, die sich hinter die Nominierung von eigenen Kandidaten von Bürgerinitiativen und unabhängigen Gruppen stellten - eine Forderung, die bis in die Gegenwart nicht wirksam in das bundesrepublikanische System übertragen werden konnte (zumindest nicht auf Landes- und Bundesebene). Erst seit den Kommunalwahlen zu Beginn dieses Jahrzehnts wurden deutliche Zugewinne für Bürgerbewegungen bzw. Bürgerprogramme und deren Vertreter/-innen erreicht. Nicht übersehen werden darf auch, dass im Ergebnis der jahrelangen medialen Berichterstattung der Bundesre-

publik vor 1990 es einen großen Teil von Bürgern in der DDR gab, welche Demokratie mit Wahlen gleich setzten.

Vor allem ältere Bürger verbanden 1989/90 mit freien Wahlen in bedeutend höherem Maße die „Wahl in der Wahlkabine“ als jüngere, während „nicht zur Wahl zu gehen“ eher eine Position jüngerer Menschen reflektierte. Angehörige der „Intelligenz“ vertraten mit ihren Forderungen nach freien Wahlen in hohem Maße die Entscheidung zwischen Sachprogrammen sowie der Möglichkeit der Aufstellung eigener Kandidaten durch Parteien, Bewegungen und Organisationen.

Tabelle 7.2: Was verstehen Sie unter freien Wahlen? - Befragung 11.11.1989
- Berlin (Grenzübergänge) - in Prozent -

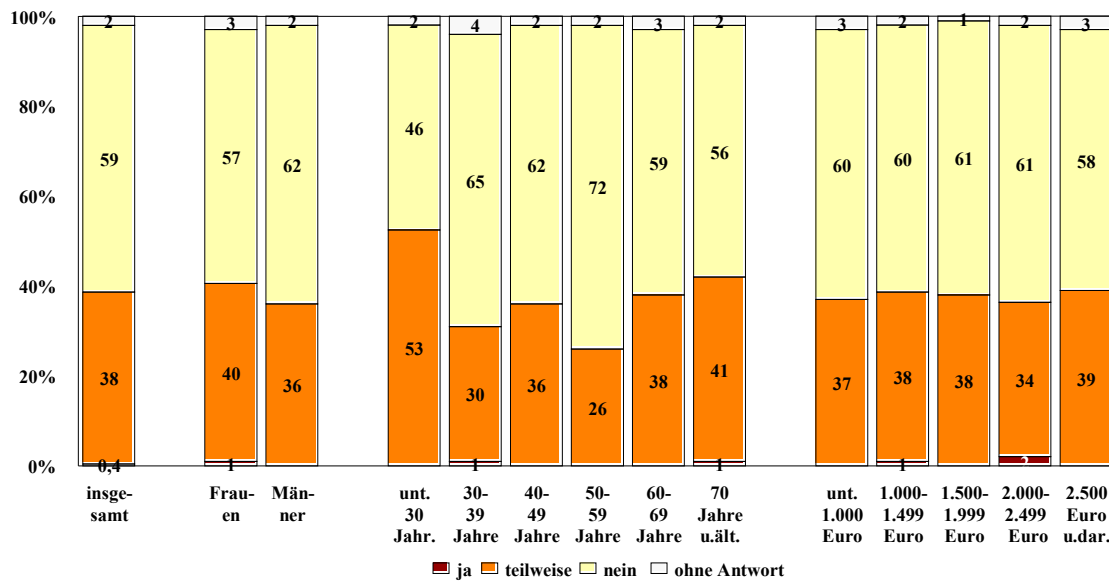
	ins- ge- samt	davon		davon: nach Altersgruppen				
		weib- lich	männ- lich	bis 24 Jahre	25-34 Jahre	35-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u.ält.
öffentliche Kontrolle über Wahl- auszählung	84	83	85	81	88	87	82	67
Aufstellung eigener Kandidaten aller Parteien	78	75	80	78	81	78	78	63
Benutzung der Wahlkabinen	67	67	66	57	64	68	74	88
Bekanntheit von Personen, um sich entscheiden zu können	63	65	59	63	66	60	65	44
Aufstellung eigener Kandidaten durch Bürgerinitiativen/unabh. Gruppen	56	55	57	56	57	57	57	42
keine Einheitslisten	50	49	50	47	51	52	52	49
Entscheidung zwischen Sach- programmen	41	39	45	34	42	46	47	35
gar nicht hingehen	26	24	26	29	30	25	18	14

Datenbasis: iss/Blitz 1 - 11.11.1989

Ein bis heute existierendes Problem wird vor allem daran sichtbar, dass nur 41 % der Befragten die „Entscheidung zwischen Sachprogrammen“ für eine notwendige, aber insgesamt nachrangige Bedingung freier Wahlen hielten. So kannten zum Zeitpunkt der Grenzöffnung 61 % der Befragten kein Programm zur demokratischen Umgestaltung, nur 11 % waren Programme/Vorstellungen der neuen demokratischen Bewegungen bekannt. Insofern ist der geringe Stellenwert, den die Entscheidung bei Wahlen anhand von Sachprogrammen besitzt, nicht nur mit mangelndem Demokratieverständnis und fehlender Kenntnis von Programmen verbunden, sondern zu diesem Zeitpunkt auch mit der Nichtexistenz von entsprechenden Programmen bzw. in einer erst zu diesem Zeitpunkt entstehenden Programmatik der einzelnen Bürgerbewegungen (die zum Teil auch nur in Zeitungen der alten Bundesländer auszugsweise veröffentlicht wurden).

Eine zunächst stark ausgeprägte Gläubigkeit gegenüber den Aussagen der Politiker vor der Wahl führte 1990, 1994 und 1998 noch dazu, dass zum Teil die Stimmung positiv beeinflusst wurde. Inzwischen hat sich auch hier die Haltung der Ostdeutschen den Westdeutschen angeglichen. Man glaubt nicht mehr an das, was vor der Wahl versprochen wird.

Abbildung 7.4: Glauben Sie den Aussagen der Politiker vor der Wahl? - nach Geschlecht, Alter und individuellem Nettoeinkommen - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Die 2014 geäußerten Positionen zur demokratischen Mitwirkung lassen folgende Verallgemeinerungen zu:

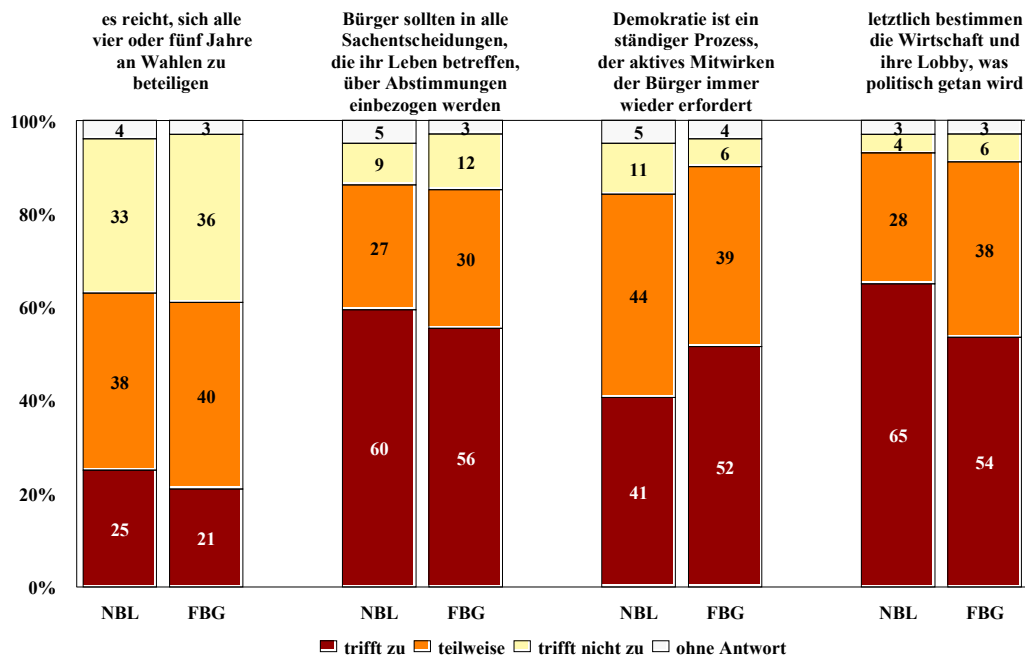
Erstens sind es nur noch 25 % der Bürger in den neuen Bundesländern (21 % im früheren Bundesgebiet), welche die Auffassung vertreten, dass sich für sie Demokratie auf den Anspruch begrenzt, alle vier oder fünf Jahre zur Wahl zu gehen, 38 % sehen das nur teilweise so (West 40 %), während rd. ein Drittel sich absolut gegen eine Beschränkung der Demokratie auf „wählen gehen“ wendet. In Ost wie West sind es insbesondere die älteren Bürger, die - allerdings auch nur mit rd. 35 % - noch die höchste Wahlgläubigkeit ausweisen.

Zweitens gehen fast zwei Drittel der Bürger in Ost wie West davon aus, dass sie in alle Sachentscheidungen, die ihr Leben unmittelbar betreffen, über Abstimmungen einbezogen werden sollten. Darin reflektieren sich nicht zuletzt die in vielen Kommunen inzwischen entstandenen Bürgerbewegungen/-vereinigungen, welche mit speziellen Sachforderungen entsprechende Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheide durchsetzen. Auf Landesebene sind die entsprechenden Initiativen unterschiedlich entwickelt, auf Bundesebene gibt es bislang keinerlei Bemühen der Regierungskoalitionen.

Drittens verbindet ein keineswegs unbedeutender Teil der Bevölkerung Demokratie mit einem breit gefächerten Anspruch auf Aktivitäten und breite Mitwirkung der Bürger, die keineswegs als einmalige Aktionen, sondern als ständige Anforderungen verstanden werden.

Viertens ist jedoch vor allem im Osten (65 %) die Meinung vorherrschend (im Westen nur mit 54 %), dass letztlich die Interessen der Wirtschaft und der sie vertretenden Politiker bzw. Lobbyisten bestimmend für die Politik (Ziele, Instrumentarien) im Lande sind - im Vergleich haben also Wahlen den geringsten Einfluss auf Politik im Detail.

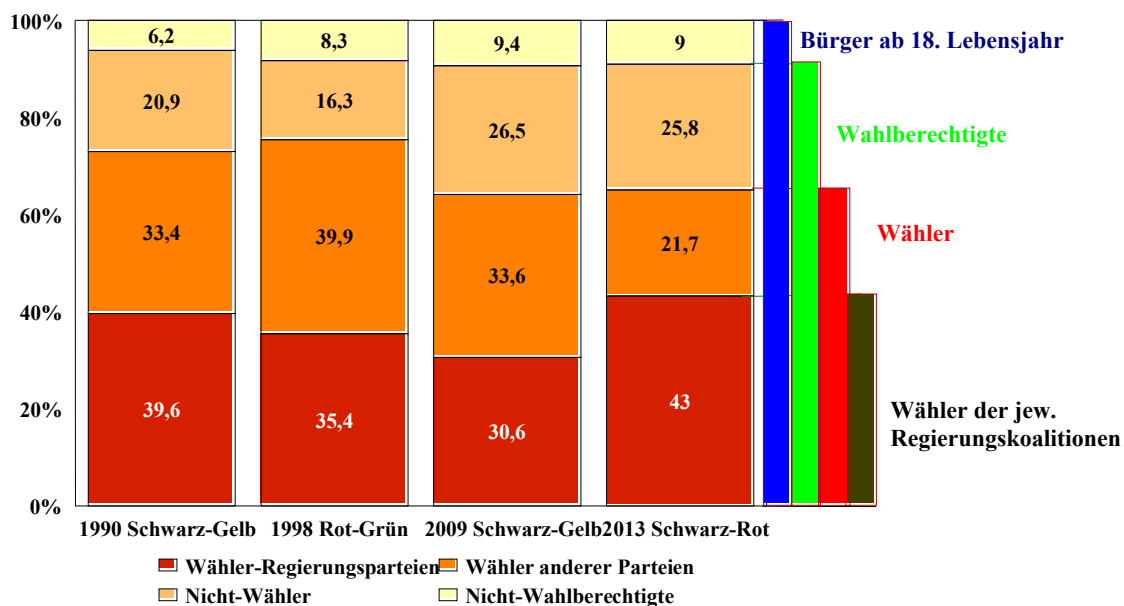
Abbildung 7.5: Welche Auffassung zur Demokratie gilt für Sie persönlich? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Fazit: Die Bürger der neuen Bundesländer haben inzwischen ihre Wahlgläubigkeit in hohem Maße abgelegt und treten für eine deutliche Verstärkung plebiszitärer Elemente, so durch Volksentscheide und direktdemokratische Elemente, ein. Die abnehmende Wahlbeteiligung in den letzten Jahren ebenso wie das zunehmende Zusammenwirken von Bürgern in Bündnissen und Netzwerken zeigen, dass das etablierte Parteiensystem - gleich in welchen Koalitionsbündnissen - an Glaubwürdigkeit verloren hat. Die Basis der jeweils herrschenden Koalition ist gering und entspricht nicht einmal mit einer „großen Koalition“ der Hälfte der Bürger.

Abbildung 7.6: Anteile der Wähler-/Nichtwählergruppen und Regierungskoalitionen begründenden Wähler - 1990/1998/2009/2013 - in Prozent -



Quelle: Statistisches Bundesamt/Election.de/Eigenberechnungen

„Die Bundesrepublik Deutschland ist eine repräsentative Demokratie“, heißt es in der Selbstdarstellung des Deutschen Bundestages im Internet.

Die (nur vom deutschen) Volk gewählten Volksvertreter im Deutschen Bundestag repräsentieren das (deutsche) Volk und treffen jedoch alle grundlegenden politischen Entscheidungen für die in Deutschland lebenden und wohnenden Bürger, unabhängig von nationaler Herkunft. Eine direkte Demokratie im Sinne der unmittelbaren Mitbestimmung der Bürger bzw. der Wohnbevölkerung ab einer bestimmten Altersgruppe ist auf Bundesebene in Deutschland (z.Zt. noch) nicht vorgesehen.

Damit verbunden ist:

1. **Wahlberechtigt für den Deutschen Bundestag** ist jeder **Deutsche**, der am Wahltag das **18. Lebensjahr** vollendet hat und irgendwann nach dem 23. Mai 1949 mindestens drei Monate lang ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland oder in der Deutschen Demokratischen Republik gelebt hat. Das heißt, dass insbesondere in Deutschland auch langjährig lebende Nicht-deutsche keine Wahlberechtigung haben - das waren 2013 rd. 6,0 Millionen in Deutschland lebende ausländische Bürger ab 18. Lebensjahr. Die Wahlberechtigten zum Bundestag repräsentieren insgesamt nur rd. 91 % der in Deutschland 2013 lebenden 68,5 Millionen Bürger ab 18. Lebensjahr. Hervorzuheben ist, dass der Anteil der Nicht-Wahlberechtigten seit 1990 von etwas über 6 % auf 9,0 % angestiegen ist.
2. Die Zahl der Wahlberechtigten in Deutschland ist von 1990 bis zur letzten Bundestagswahl 2013 in Deutschland von 60,4 Millionen auf 61,9 Millionen gestiegen.
3. Die Wahlbeteiligung, welche in den Jahren vor 1990 bei über 80 % lag, hat sich zwischen 1990 und 2005 auf 77 bis 79 % eingeepegelt (Ausnahme 1998 mit 82,2 %) und erreichte 2009 erstmalig nur noch einen Wert im 70 %-Bereich von 70,8 %. 2013 gingen 71,5 % zur Wahl. Bezogen auf die in Deutschland lebenden ab 18-Jährigen nahmen damit 2013 nur 64,7 % an der Wahl teil.
4. Haupttrend seit 1990 bestand bis 2009 in der abnehmenden Zahl der Bürger, welche die jeweiligen Regierungskoalitionen gewählt haben, was dazu führte, dass Abgeordnete der Regierungsparteien z.B. 2009 nur noch von knapp 31 % der Bürger gewählt wurden, um repräsentativ Politik in Deutschland zu gestalten. 2013 führte die hohe Zustimmung zur CDU/CSU (41,5 %) und der durch Ausscheiden der FDP verlorengegangenen gewünschte Koalitionspartner dazu, dass die „Große Koalition aus CDU/CSU/SPD“ von 47,6 % der Bürger ab 18. Lebensjahr, die in Deutschland leben, gewählt wurde. Im Klartext heißt das, dass
 - a) 1990 fast 40 % der Bürger die schwarz-gelbe Koalition wählten, welche die ersten Jahre der deutschen Vereinigung gestaltete;
 - b) die Reform-Politik der „Agenda 20“ der rot-grünen Koalition von 1998 sich auf 35 % der in Deutschland lebenden ab 18-Jährigen gründete und mit der „Agenda 20“ die Ausgangspunkte für eine Hartz IV-Politik des Sozialabbaus setzte;
 - c) die schwarz-rote Koalition von 2013 vom Willen von fast 47,6 % der Bürger und von 52,5 % der deutschen Wahlberechtigten getragen wird und mit „breiter Brust“ den 1998 begonnenen Sozialabbau zu Lasten immer breiter werdender Schichten weiter durchsetzen kann.

Von den 44,3 Millionen Wählern wurden nur 36,8 Millionen für die Zusammensetzung des Bundestages einbezogen - 7,4 Millionen Wähler blieben mit ihren Stimmen völlig unberücksichtigt, so u.a. die Stimmen der FDP-Wähler, der AfD, der Piraten sowie weiterer 25 Parteien/Bündnisse. Das mag in Bezug auf die Rechtsparteien begrüßt werden, bezogen auf interessengeleitete „Protestparteien“ ist es fragwürdig. Insgesamt stützt sich damit die Macht der ausübenden „repräsentativen“ Koalition auf

eine „Opposition“, welche nur noch 10,9 % der Bürger ab 18. Lebensjahr in zwei Parteien zusammengeführt hat, die auch gemeinsam keinerlei Wirkung - z.B. bei Abstimmungen - haben. Es sind durch Wahlen gerechtfertigte Ergebnisse mit Repräsentanz einer Bürgerminderheit. Die Ursachen dafür liegen nicht nur im System der Ausgrenzung von (zumindest) langjährig in Deutschland lebenden und arbeitenden ausländischen Bürgern, sondern auch in der Ausgrenzung des Wählerwillens der u.a. genannten und vieler „kleiner“ Parteien insgesamt, welche die 5-Prozent-Hürde nicht geschafft haben und lt. Gesetz im Bundestag nicht vertreten sind, deren erzielte Stimmen sich die im Bundestag vertretenen Parteien für sich aneignen.

Der Deutsche Bundestag mit seiner der Sitzverteilung zugrunde liegenden Struktur (631 Sitze - davon 504 für die Regierungskoalition) repräsentiert nur noch den Wählerwillen von 53,9 % der „mündigen“ ab-18-jährigen in Deutschland lebenden Bürger, die Regierung 43,0 %, die Opposition 10,9 %. Trotzdem bleibt: Nicht zu wählen, ist immer der völlige individuelle Verzicht auf eine ohnehin nicht direkte Demokratie befördernde Mitwirkung der Bürger.

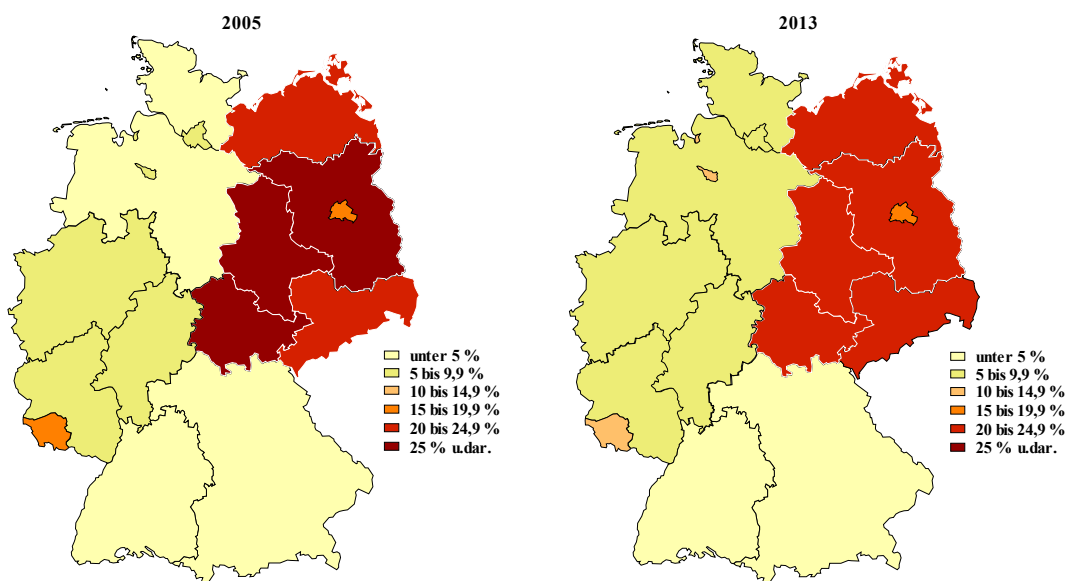
Tabelle 7.3 : Statistik der Wahlen 1990/1998/2009/2013

	1990	1998	2009	2013	1990	2013
	in 1000				in Prozent	
Bevölkerung	79.753	82.037	81.802	82.100		
Bevölkerung ab 18 Jahre	64.409	66.293	68.621	68.484	100	100
Nichtwahlberechtigte	3.972	5.530	6.453	6.184	6,2	9,0
deutsche Wahlberechtigte	60.437	60.763	62.168	61.947	93,8	90,5
Nichtwähler	13.441	10.816	18.162	17.637	20,9	25,8
Wähler	46.996	49.947	44.006	44.310	73,0	64,7
Wähler Nichtregierungsparteien	21.515	26.464	23.032	7.450	33,4	21,7
Wähler Regierungsparteien	25.481	23.483	20.974	29.418	39,6	43,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2011, S. 42/www.election.de/Eigenberechnungen

Der 18. Deutsche Bundestag ist nicht nur hinsichtlich der quantitativen Anteile nicht hinreichend repräsentativ (rd. 16 % im Bundestag nicht „repräsentierte“ Zweitstimmen), sondern auch hinsichtlich der sozialen Strukturen. So sind anteilig im 2013 gewählten Bundestag: Beamte/Angestellte 27,7 % (Bevölkerungsanteil 11 %), Arbeiter 0,3 % (Bevölkerungsanteil 21,2 %), Handwerker 2,4 % (12,8 %), Juristen 18,4 % (0,8 %), Arbeitslose 0,1 % (6,6 %), Hausfrauen/-männer 0,4 % (10,3 %), Abgeordnete mit Migrationshintergrund 3,6 % (19,5 %), Frauen 36,3 % (51,7 %).

Abbildung 7.7: Politische Strukturen: Beispiel Zweitstimmen DIE LINKE
 - Bundestagswahl 2005 und 2013 - in Prozent -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundeswahlleiter 2005 und 2013

Die unterschiedliche Parteienbindung im Osten wie im Westen reflektiert sich auch im Wahlverhalten - das betrifft DIE LINKE besonders im Osten und die CSU in Bayern. Eine noch vorhandene Gläubigkeit an den/die „Nachfolgenden“ im Osten ebenso wie ein hohes Maß an „Wechselwahlverhalten“, der zunehmende Anteil an Nichtwählern und das Scheitern von Regierungskoalitionen aufgrund von Eingriffen ins soziale Netz führten - z.B. 2005 - bekannterweise zu vorgezogenen Neuwahlen, die einerseits eine Abwahl der Parteien, die massiv am Sozialabbau arbeiteten, mit sich brachte und andererseits den Weg für eine große Koalition frei machte. Damit wurden für die nächsten Jahre massive Abstimmungs-Mehrheiten im Bundestag für einen „harten“ Sparkurs im sozialen Bereich geschaffen.

Im Mai 2014 fanden zum 8. Mal in den jeweiligen EU-Ländern Wahlen zum Europäischen Parlament, und somit auch in Deutschland, statt. Die neuen Bundesländer wählten zum 5. Mal.

Die geringe Wahlbeteiligung von 48,1 % reflektiert auch hier nicht nur ein allgemein geringes Interesse, sondern vor allem eine unzureichende Identifikation der Bürger mit der EU, ihrem Anliegen und ihren Problemen. Bereits im Vorfeld wurden die Diskussionen um die EU und den Euro, das Verhältnis von EU-Entscheidungen und nationalen Gesetzgebungen sowie den unzureichenden Einfluss der Bürger - z.B. über direkte Beteiligung durch Volksabstimmungen - diskutiert.

Tabelle 7.4: Wahlergebnisse DDR/Ostdeutschland*/früheres Bundesgebiet - in Prozent -

	Volks- kammer 1990	Bundes- tag 1990	Bundes- tag 1994	Bundes- tag 1998	Bundes- tag 2002	Bundes- tag 2005	Bundes- tag 2009	Bundes- tag 2013	Bundes- tag 2013 - FBG
Wahlbeteiligung	93	75	73	80	73	74	64,8	67,6	72,7
Stimmenverteilung									
CDU/CSU	41,8	41,8	38,5	28,4	28,3	25,3	29,8	38,5	42,2
SPD	21,9	24,3	31,5	35,1	39,7	30,4	17,9	17,9	27,4
PDS/DIE LINKE	16,4	11,1	19,8	20,8	16,9	25,3	28,5	22,7	5,2
FDP	5,7	12,9	3,5	3,4	6,4	8,0	10,6	2,7	5,6
B90/Die Grünen	4,9	6,2	4,3	3,8	4,7	5,2	6,8	5,1	9,2
andere	9,3	3,8	2,4	8,5	4,0	5,8	6,4	13,1	10,4

* Ostdeutschland - neue Bundesländer und Berlin-Ost; 1990 CDU = CDU + DA; FDP = BFD+NDPD; GR = B'90 + Gr + UFV

Datenbasis: Wahlstatistik des Statistischen Bundesamtes/Wahlergebnisse zum 18. Deutschen Bundestag, Bundeswahlleiter, Wiesbaden 2013

Die Haltung der Bürger zu direktdemokratischen Formen ist nach wie vor ungebrochen hoch, über 60 % der Bürger gehen davon aus, dass Volksbegehren, Volksabstimmungen, Bürgerbegehren viel zu gesellschaftlicher Entwicklung und Veränderung beitragen können.

Für die Jahre nach 1990 sind drei Entwicklungen feststellbar⁷⁷⁸:

a) Zunahme des Stellenwertes der unterschiedlichsten Formen von Bürgerbeteiligungen auf kommunaler Ebene (Gemeinden/Stadtbezirke) in fast allen Bundesländern. Seit 1956 wurden insgesamt bis April 2014 rd. 7.000 direktdemokratische Verfahren eingeleitet, von denen über 3.000 Bürgerentscheide ausgingen⁷⁷⁹. Allein seit Januar 2010 wurden bis April 2014 fast 1.600 Verfahren auf Gemeindeebene eingeleitet, darunter 212 in den neuen Bundesländern. Rd. 40 % aller Verfahren fanden seit 1995 in Bayern statt mit einer relativ hohen Ergebnisrate⁷⁸⁰.

Die Unterschiedlichkeit der Rahmenbedingungen (Themenausschluss, Fristen, Kostendeckungsvorschlag, Quoren und Rechtshilfen) befördern/behindern in unterschiedlichem Maße die weitere Entwicklung entsprechend den jeweiligen Satzungen.⁷⁸¹

b) Auf Landesebene sind - nicht zuletzt durch die deutsche Vereinigung - nach 1990 in den letzten alten Bundesländern sowie den neuen Bundesländern entsprechende Regelungen in die Landesverfassungen aufgenommen worden, die - bei aller Unterschiedlichkeit - ein direktes Mitspracherecht der Bürger in landespolitischen Fragen regeln. Seit 1990 wurden 287 von Bürgern initiierte Verfahren bis Ende 2013 eingeleitet, darunter 86 aus den neuen Bundesländern. Von den 46 auf Volksbegehren beruhenden Volksentscheiden seit 1990 fanden 7 in den neuen Ländern statt.

c) In Deutschland haben Bürger/-innen nach wie vor nicht das Recht, Volksbegehren zu bundespolitischen Themen zu initiieren, um einen Volksentscheid zu erreichen.⁷⁸²

In der gemeinsamen Verfassungskommission zur Verfassungsreform nach der deutschen Vereinigung wurden Vorschläge zur Einführung direktdemokratischer Instrumente auf Bundesebene erarbeitet, die jedoch nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit in der Kommission fanden. Die rot-grüne Koalition (1998) unterbreitete 2002 dem Bundestag ein Gesetz zur Einführung von Volks-

⁷⁷⁸ Vgl. hierzu auch Beiträge in: APuZ 10/2006, Direkte Demokratie.

⁷⁷⁹ Bürgerbegehrensbericht 2012, Mehr Demokratie e.V. Berlin 2012 sowie Aktualisierung auf Grundlage der Datenbank Bürgerbegehren <<http://www.mehr-demokratie.de/bb-datenbank.html>>

⁷⁸⁰ Vgl. Bürgerbegehrensbericht 2012, a.a.O., S. 7.

⁷⁸¹ Vgl. Analyse, ebenda, S. 13.

⁷⁸² Vgl. Volksbegehrensbericht 2013, Mehr Demokratie e.V. Berlin 2012, Berlin 2014.

initiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene, welches gleichfalls keine Zweidrittel-Mehrheit fand.

Ende Mai 2014 fand bereits zum 12. (zwölften!!) Mal im Bundestag eine Debatte zur Einführung einer dreistufigen Volksgesetzgebung durch Änderung des Grundgesetzes statt⁷⁸³, die zum 12. Mal in die Ausschüsse verwiesen wurde und mit 100-prozentiger Sicherheit erneut an der Haltung der CDU (sogar im Gegensatz zur CSU) scheitern wird, obwohl Artikel 20 des Grundgesetzes besagt: „*Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen **und Abstimmungen** (Hervorhebung G.W.) und durch besondere Organe der Gesetzgebung... ausgeübt.*“⁷⁸⁴ also Abstimmungen ausdrücklich vorsieht. Die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat ist offensichtlich auch in dieser Legislaturperiode nicht erreichbar, obwohl eine Reihe Themen (insbesondere zur Energie- und EU-Politik) es mehr als geboten erscheinen lassen. Auf die Initiative der CSU im Jahr 2016 zu Volksentscheiden auf Bundesebene wurde eingangs dieses Abschnitts bereits hingewiesen, deren Umsetzung zur Zeit vor allem an der CDU scheitert.

Alles in allem erkennbare, wenn auch nicht hinreichende Fortschritte - wie auch die Analysen über nicht zugelassene oder erfolgreiche, aber aufgrund geringer Beteiligung nicht wirksame Entscheidungen - belegen. Solange sich Gemeinde- und Stadtvertretungen, Landtage und Bundestag über Volkes Wille hinwegsetzen und ausschließlich sich selber Kompetenzen zusprechen, ist es nach wie vor zwingend erforderlich, für mehr Demokratie einzutreten. Unzureichende Einbindung führt letztlich auch mit dazu, dass sog. „Protestparteien“ immer wieder Forderungen erheben, die ihnen Stimmen - auch von Mitgliedern/Sympathisanten etablierter Parteien - bringen.

Die gewünschte Wirksamkeit unterschiedlicher Formen eigenen Handelns wird in Deutschland mit zum Teil deutlich unterschiedlichen Positionen in Ost und West (vgl. Abbildung 7.8) bewertet:

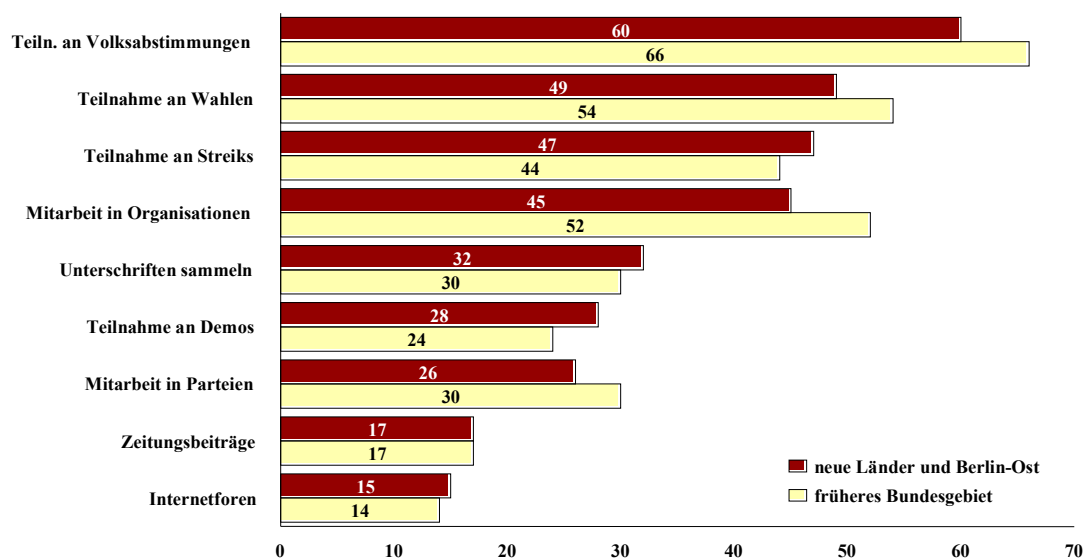
- Aktivitäten mit breiter Bürgerbeteiligung (Volksabstimmungen Ost 68 % - West 66 %, Wahlen 49 %/54 %, Streiks 47 %/44 %),
- Mitarbeit in demokratischen Organisationen (45 %/52 %) und mit geringerer Zustimmung Parteien (26 %/30 %),
- Unterschriftensammlungen und Demonstrationen werden gleichfalls nur geringere Wirksamkeit zugestanden (Erfahrungswerte),
- der Wirksamkeit in Medien wird wenig Wertschätzung entgegengebracht (gewünschte Bürgerbeteiligung widerspricht offensichtlich der geringen Wirksamkeit der Presse). Das gilt auch (noch) für die Wirksamkeit von Internetforen, die bislang für den Bürger nicht spürbar geworden sind.

Mit steigender Qualifikation sinkt der Glauben an demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten.

⁷⁸³ Vgl. Bundestag, Plenarprotokolle Drucksache 18/825 sowie Gesetzentwurf des Vereins Mehr Demokratie zur Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden sowie fakultativen und obligatorischen Referenden auf Bundesebene, Berlin 2013.

⁷⁸⁴ Vgl. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland - Textausgabe - Stand: Januar 2007 - Art. 20 (2).

Abbildung 7.8: Wie viel kann man Ihrer Meinung nach mit nachfolgenden Mitteln zur gesellschaftlichen Veränderung und Entwicklung beitragen? - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antworten: „sehr viel“/„viel“)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Die jeweiligen Wahlen zum Bundestag zeigen, inwiefern die einzelnen Parteien bei den ostdeutschen Wählern Boden gut machen konnten oder ob sie an Akzeptanz verlieren. Auch geringe, abnehmende Wahlbeteiligung ist nicht einfach „Politikverdrossenheit“, sondern fehlender Glaube an den Gestaltungs- und Veränderungswillen seitens jener Gewählten, welche dann Verantwortung übernehmen.

Wenn in der Vergangenheit festgestellt wurde, dass in den neuen Bundesländern die Gefahr besteht, dass sich bestimmte politische Einstellungen und Haltungen der Resignation und Zurückhaltung in der Partizipation dauerhaft verfestigen, trifft dies weiterhin für bestimmte Bereiche der gesellschaftlichen Mitwirkung zu. Der Rückzug in eine „Zuschauerdemokratie“, die sich auf reine Beobachter- und Kritikerpositionen begrenzt, der es weitgehend an Interessenartikulation, Konfliktaustragung und Nutzung von Chancen zur aktiveren Gestaltung der Verhältnisse mangelt,⁷⁸⁵ hält für diese Bereiche weiter an. Nach wie vor mangelt es an partizipatorisch-demokratischen Elementen. Ebenso ist die bereits früher getroffene Aussage noch gültig, dass nicht jede systemkritische Äußerung mit Ablehnung des Systems gleichzusetzen ist, sondern in weitaus höherem Maße mit Vorstellungen und dem Bemühen, bestimmte Verhältnisse progressiv zu verändern. Die Bürger der neuen Bundesländer verfügen über hinreichende Erfahrungen mit einem System, in dem Kritik am System unerwünscht war und nicht als möglicher Beitrag von Bemühungen um Stabilität gewertet wurde. In diesem Zusammenhang ist erneut festzustellen, dass ein System, welches sich einer breiten Mitwirkung - auch einer unbequemen - verschließt, seine soziale und politische Stabilität gefährdet.⁷⁸⁶

Generell ist einer Gegenüberstellung von repräsentativer Demokratie und direktdemokratischen Elementen im Sinne von mehr oder weniger Freiheit nicht zuzustimmen. Das eine kann und soll das andere nicht ersetzen, sondern sinnvoll ergänzen, dem repräsentativen System Volkes Stimme verleihen. Dass der Glaube an die repräsentative Demokratie im Sinken ist, beruht nicht zuletzt darauf, dass

a) eine zunehmende Zahl von Entscheidungen des Gesetzgebers bzw. seiner beauftragten Organe auf fehlende Zustimmung von Mehrheiten treffen;

⁷⁸⁵ Vgl. Priller, Eckhard: Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung, in: Sozialreport 2001, a.a.O.

⁷⁸⁶ Winkler, Gunnar: Ziele und Inhalte der Sozialpolitik, in: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit, a.a.O., S. 117.

- b) die gewählten Vertreter nicht repräsentativ für die sozialen Strukturen und Interessen stehen, sondern für Parteien - von denen z.B. bei der letzten Wahl 15,7 % gewählt, aber nicht im Parlament sind (FDP, AFD, Piraten, Freie Wähler usw.), ebenso wie langjährig in Deutschland lebende Ausländer nicht wahlberechtigt sind;
- c) durch Fraktionszwang bei Abstimmungen der Abgeordnete nicht mehr seinem Gewissen, sondern dem seiner Partei (oder deren Sponsoren und Lobbyisten) unterliegt.

Jüngste Debatten zu dem mit Fragezeichen versehenen Thema: „Mehr direkte Demokratie wagen?“ belegen das Desinteresse der Politik⁷⁸⁷, wenn führende Wissenschaftler feststellen, dass in Forderungen nach direkter Demokratie „die Sehnsucht nach einfachen Lösungen“ zum Ausdruck kommt, wie auch ein „mystischer Volksbegriff“ zu „einer direktdemokratischen Überhöhung des Volkes führt“⁷⁸⁸. Abgeordnete des Bundestages sollten sich einerseits zumindest des Spruchs vom Eingangsportal des Reichstages verpflichtet fühlen: „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ (wenn sie sich schon nicht für ausländische Mitbürger zuständig fühlen), wie andererseits den Erfahrungen von 1989/1990, nicht nur wer das Volk ist, sondern auch welche Macht es haben kann.

7.3 Bürgerschaftliches Engagement

Die Vereinskultur und das gesellschaftliche Engagement haben sich in Ost und West angenähert. Die mit der friedlichen Revolution erlangte „Vielfalt der Vereine/Verbände“ wird als wesentlicher Gewinn der deutschen Vereinigung gesehen.

In den letzten Jahren haben sich die Mitgliedschaften in einzelnen Vereinen und Verbänden sowie die Beteiligung an anderen gesellschaftlichen Aktivitäten (z.B. als Abgeordnete in kommunalen Vertretungen, in Elternvertretungen) z.T. gegensätzlich entwickelt, insbesondere in der Mitgliedschaft von Parteien und großen Interessenverbänden vollzogen sich rückläufige Entwicklungen. Zugleich gibt es in Ost wie West ein keineswegs unbedeutendes Potenzial, welches Interesse am bürgerschaftlichen Engagement bekundet.

Eine Vielzahl von Vereinen steht z.T. einem erforderlichen Zusammenwirken entgegen.

7.3.1 Entwicklungen gesellschaftlicher Aktivitäten seit 1989

In den neuen Bundesländern gibt es - wie in Deutschland insgesamt - beachtenswerte politische Aktivitäten, die im Besonderen im bürgerschaftlichen Engagement ihren Ausdruck finden. Die Bereitschaft, Mitglied in Organisationen, Verbänden oder Vereinen zu sein bzw. zu werden und in ihnen mitzuarbeiten, hat sich nach den einschneidenden Veränderungen 1989/1990 mit den massenhaften Austritten aufgrund formaler Mitgliedschaften, mit der Selbstauflösung von Organisationen und Verbänden sowie einer negativen öffentlichen „Etikettierung“ von bereits in der DDR bestehenden Organisationen in den 90er Jahren weitgehend stabilisiert.⁷⁸⁹

Eines der Hauptprobleme 1990 war, dass in den Denkstrukturen der Bürger - unabhängig vom Alter - der „Vereinsgedanke“ - im bundesdeutschen Sinne - kaum entwickelt war. Mitgliedschaften fanden mehrheitlich in großen Verbänden (Massenorganisationen) statt, mit zentralistisch aufgebauten Strukturen bis hinunter zu kleinen Gruppen (z.B. Mitgliedergruppen auf Betriebs- bzw. Ortsebene). Hinzu kam, dass die materiellen und finanziellen Rahmenbedingungen weitgehend von Betrieben und Kommunen gestellt wurden. Es muss aber trotzdem immer wieder hervorgehoben werden, dass Engage-

⁷⁸⁷ Vgl. Mehr direkte Demokratie wagen?, Das Parlament Nr. 40-41 2014, S. 9 mit Beiträgen von Andreas Gross und Rudolf Steinberg.

⁷⁸⁸ Ebenda, Beitrag Steinberg.

⁷⁸⁹ Vgl. Priller, Eckhard: Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung, in: Sozialreport 2001, a.a.O., S. 307-312.

ment und ehrenamtliche Arbeit in der übergroßen Mehrheit genauso wie in den alten Bundesländern der Wille zum Mitwirken war, viel Freizeit und zum Teil auch finanzielle Aufwendungen erforderten, ohne die ein großes Stück Lebensqualität für Kinder, Jugendliche und Rentner, aber auch Sportler, Kleingärtner und viele andere mehr gefehlt hätte. Insofern ist eine generalisierende Abwertung des Ehrenamtes als „Ehrenamt in einem zentralistisch organisierten System“ letztlich ein politisches Etikett, welches das vorhandene Engagement und die erbrachten Leistungen von Mitgliedern und Ehrenamtlichen herabwürdigt.

Die vom seinerzeitigen Bundesbeauftragten der Stasi-Unterlagen-Behörde und späteren Bundespräsidenten getroffene Feststellung reflektiert solches Anliegen, wenn er bezogen auf die Situation 2012 feststellt, dass eine „Prägung über Jahrzehnte ohne das Training von Selbstverantwortung“ sich in den Mentalitäten einlagere. Deshalb sei vieles, „was mit Freiwilligkeit, Selbstverantwortung und Eigenständigkeit zu tun habe, im Osten defizitär“. Dies gelte für die Vereinsstruktur, die entsprechende Zahl der Aktiven, der Mitglieder in den Gewerkschaften, Kirchen und Parteien.⁷⁹⁰ Die damit verbundene pauschale Abwertung des hohen Engagements in den neuen Bundesländern lässt völlig unbeachtet, dass rd. ein Drittel der Bevölkerung den bisher einzig demokratischen Systemwechsel in Deutschland durch ihre Aktivitäten bewirkte. Alle Bürger der neuen Bundesländer haben inzwischen mehr als 25 Jahre Demokratieerfahrung gesammelt - mit Wirkungen auch auf ihr Verhalten.

Tabelle 7.5: Mitgliedschaft in DDR-Organisationen und Vereinigungen - 1987 - in Prozent -

	Mitglied in Organisationen				Mitglied in Vereinigungen				in keiner Organisation
	SED	andere Partei	Organisationen od. Vereinig.*	keine	Kultur	Sport	andere**	keine	
<i>insgesamt</i>	21	6	94	6	3	20	34	66	5
<i>Geschlecht</i>									
weiblich	15	5	93	7	3	11	20	80	7
männlich	28	7	95	5	3	29	49	51	3
<i>Alter</i>									
unter 25 Jahre	11	3	98	3	5	32	44	56	2
26 bis 40 Jahre	26	5	96	4	2	22	36	64	3
41 bis 50 Jahre	26	6	96	4	4	19	38	62	3
51 bis 60 Jahre	27	9	93	7	3	12	31	69	6
60 Jahre u. älter	18	8	82	18	3	7	17	83	17
<i>berufl. Qualifikation</i>									
ohne Abschluss	6	3	88	12	4	21	32	68	11
Facharb./Meist.	19	6	95	5	2	19	34	66	4
Fachschule	41	9	97	3	5	19	36	64	2
Hochschule/Uni.	58	7	98	2	5	29	47	53	1

* FDJ, FDGB, VdGB, DFD, Kammer der Technik (KdT) u.a. ähnliche Organisationen

** Freiwillige Feuerwehr, Jagdgesellschaft u.a. ähnliche Vereinigungen

Datenbasis: S-D 87 (Sozialstruktur und Lebensweise in Städten und Dörfern, Akademie für Gesellschaftswissenschaften); eigene Berechnungen; entnommen aus: Priller, Eckhardt/Winkler, Gunnar: Struktur und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland, in: Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, Schriftenreihe Bd. 6, Verlag Leske+Budrich, Opladen 2002, S. 31

Die Daten zur Mitgliedschaft in DDR-Organisationen und Vereinigungen aus einer 1987 durchgeführten soziologischen Erhebung machen auch deutlich, dass insbesondere die heutigen Senioren Generationen (seinerzeit 30 bis 50 Jahre) einer hohen „Einbindung“ unterlagen, was aber einer vergleichswei-

⁷⁹⁰ Gauck, Joachim: Mitteldeutsche Zeitung mz-web.de vom 10.01.2012.

se allgemeinen Tendenz bürgerschaftlichen Engagements entspricht. Die Mitgliedschaft in allen Massenorganisationen und weiteren kulturellen, sportlichen und anderen Vereinigungen (z.B. Hausgemeinschaftsleitung, Freiwillige Feuerwehr, DRK, Elternbeiräten) mit einbezogen, wurden nur 5 % der Bevölkerung vom eng gestrickten Netz der komplementär agierenden Organisationen nicht erfasst. Die dabei auch gemachten schlechten Erfahrungen dürften für viele Ostdeutsche bis heute ein starker Beweggrund und ein wesentliches Argument gegen ein erneutes gesellschaftliches Engagement sein (vgl. Tabelle 7.6).

Dabei wird zugleich seit 1990 übereinstimmend die mit der friedlichen Revolution erlangte „Vielfalt der Vereine/Verbände“ von rd. 40 % als Gewinn der deutschen Vereinigung und nur von rd. 10 % als Verlust gesehen und liegt damit an dritter Stelle der Gewinnbewertung nach Waren-/Dienstleistungsangebot und Reisen.⁷⁹¹

Tabelle 7.6: Mitgliedschaften - ab 18. Lebensjahr - neue Länder und Berlin-Ost 1992 bis 2014/ früheres Bundesgebiet (inkl. Berlin-West) 2010/2014 - in Prozent* -

Mitgliedschaften (Mehrfachzählung möglich)	neue Länder und Berlin-Ost						früheres Bundesgebiet	
	1992	1995	2000	2005	2010	2014	2010	2014
Parteien	6	5	5	4	4	4	4	5
Gewerkschaften	36	19	18	16	13	15	17	18
Wohlfahrtsverband	n.e.	10***	15	17	17	17	21	27
andere Vereine	25	21	32	41	37	36	44	37
Religionsgemeinschaften	29**	27	25	21	21	22	69	65
nirgends Mitglied	56	61	53	37	35	33	14	13

* die Zwischenjahre sind den jeweiligen Sozialreports zu entnehmen ** 1991 *** 1997
n.e. = nicht erhoben

Datenbasis: sfz/leben 1992-2014 (gew.)

In den letzten Jahren sind die Mitgliedschaften in einzelnen Vereinen und Verbänden sowie die Beteiligung an anderen gesellschaftlichen Aktivitäten (z.B. als Abgeordnete in kommunalen Vertretungen, in Elternvertretungen) teilweise sogar beachtlich gestiegen, während z.B. bei Parteimitgliedschaften und Gewerkschaften gegenläufige Veränderungen eintraten. Insgesamt ist hervorzuheben:

- In den neuen Bundesländern sind nach jahrzehntelanger nahezu 100-prozentiger Mitgliedschaft in einzelnen Vereinen und Organisationen inzwischen 33 % der Befragten in keinerlei Organisation eingebunden. In den alten Bundesländern sind das nur 13 %, wobei sowohl die traditionelle Vereinsbindung als auch die höhere Konfessionsgebundenheit zu beachten sind.
- Parteien gehören in Ost wie West 4 % bzw. 5 % der ab 18-jährigen Bürger an.
- Gewerkschaftlich sind im Osten nur noch 15 % und im Westen 18 % organisiert - sicher in den neuen Ländern auch Ergebnis einer als nicht hinreichend empfundenen Interessenvertretung im Prozess der Deindustrialisierung des Ostens sowie der anhaltenden Praxis unterschiedlicher Tarifabschlüsse Ost und West und anfänglicher Stimmenthaltung zur Interessenvertretung ihrer Mitglieder im Rentenübergang bzw. Rentenalter - dabei verlaufen die Entwicklungen zwischen einzelnen Gewerkschaften sehr unterschiedlich (vgl. Abschnitt 7.3.2).

Insgesamt hat sich die Anfang der 90er Jahre zunächst eher schwache Organisationsorientierung der Ostdeutschen, die ihnen zum Teil bis heute Nachteile für die Artikulation und Durchsetzung ihrer jeweiligen Interessen brachte, durch Bildung neuer Vereine sowie Stabilisierung einzelner zum Teil

⁷⁹¹ Vgl. hierzu Gensicke, Thomas: Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, APuZ 12/2006, S. 11.

größerer Verbände gewandelt. Gleichwohl stehen hinter der ungleichmäßigen Mitgliedschaftsentwicklung in den einzelnen Organisationsbereichen durchaus unterschiedliche Ursachen. Neben der Spezifik der Organisationen spielen differenzierte Einstellungen und Haltungen wie auch „öffentliche Bilder“ über die Vereine/Verbände, die zum Teil ebenso widersprüchlich sind wie die an sie gestellten Erwartungen, eine wesentliche Rolle. Das Engagement der Bürger in den jeweiligen Bereichen des öffentlichen Lebens ist - wenn auch von den Lebensbedingungen und Lebensvorstellungen des Einzelnen abhängig - mit den unterschiedlichen Erfahrungen politischen und sozialen Engagements in den Jahren bis 1990, aber vor allem danach verbunden.

Nach 1990 setzte zugleich ein Gründungsboom an Organisationen und Vereinen ein, der bis Ende des vorigen Jahrhunderts zu einer Vereinsdichte von 650 Vereinen je 100.000 Einwohner führte. Es wird von rd. 80.000 bis 100.000 Vereinen in den neuen Bundesländern ausgegangen.⁷⁹² Die Vielzahl von Gründungen von Vereinen nach 1990 reflektiert Erbe und Defizite der DDR gleichermaßen, wie eine neue, sich dem Westen angleichende „Vereinskultur und -tätigkeit“ - mit der Besonderheit unterschiedlicher Mitgliedschaften in religiösen Gemeinschaften und einem höheren Anteil an Bürgern ohne Vereinsbindungen insgesamt. Während im Osten - wie bereits festgestellt - die Mitgliedschaften in Parteien und großen Verbänden (Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbände sowie Religionsgemeinschaften) über den Gesamtzeitraum rückgängig sind (was auch für den Westen gilt),⁷⁹³ ist bei Vereinen - insbesondere Sportvereinen - seit 2000 ein Anstieg unübersehbar.

Während in den alten Bundesländern z.B. in den Gewerkschaften insbesondere bei hohem Einkommen eine geringere Mitgliedschaft kennzeichnend ist, kann in den neuen Bundesländern ein solcher Zusammenhang nicht festgestellt werden. Im Gegensatz dazu sind in den neuen Bundesländern in den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden die oberen Einkommensgruppen weniger präsent - im Westen deutlich höher. Unabhängig davon gibt es in Ost wie West ein keineswegs unbedeutendes Potenzial, welches Interesse am bürgerschaftlichen Engagement bekundet. Die Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen hat sich seit der Vereinigung bis 2013 hinsichtlich der Präferenzen für einzelne Bereiche jedoch nicht grundlegend verändert.

Tabelle 7.7: Wären Sie zur Mitarbeit in einer Organisation mit nachfolgenden Zielen bereit?
- neue Länder und Berlin-Ost - 1992 bis 2013 - in Prozent - (nur Antwort: „ja“)

	1992	1995	2000	2005	2010	2013
soziale Dienste/Aufgaben	30	32	24	41	39	35
politische Interessenvertretung	7	7	7	15	12	11
Freizeitinteressen	31	31	26	24	35	32
Arbeitnehmerinteressen	*	19	14	24	25	21
religiöse Ziele	*	5	4	4	6	5

* nicht erhoben

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.) Die Daten der Zwischenjahre sind den einzelnen Sozialreports des SFZ zu entnehmen

Rund zwei Drittel der ab 18-jährigen Bürger sind in Deutschland bereit, sich in unterschiedlichsten Formen bei unterschiedlichsten Zielstellungen sozial, kulturell, politisch zu betätigen - das gilt für Ost wie West gleichermaßen. Ein Drittel der Ostdeutschen bekundet zugleich, in Organisationen mit sozia-

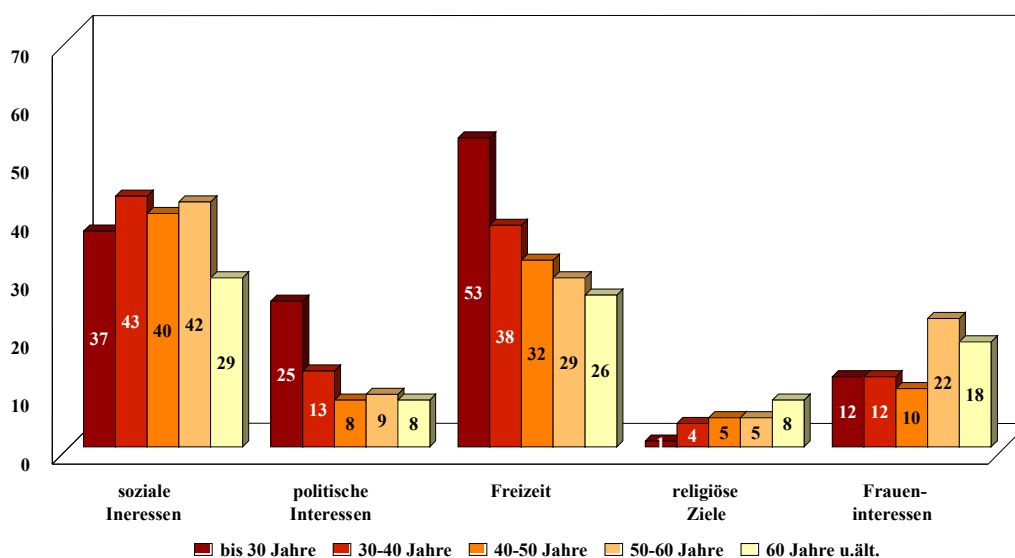
⁷⁹² Vgl. Priller, Eckhard/Winkler, Gunnar: Struktur und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland, a.a.O., S. 47.

⁷⁹³ Vgl. hierzu Winkler, Gunnar: Gewerkschaften - Sozial- und Wohlfahrtsverbände - Bewertungen und Erwartungen in den neuen Bundesländern, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, in: Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V. „Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den neuen und alten Bundesländern“, Bd. 20, Berlin 2007.

ler Ausrichtung mitzuarbeiten (30 %). Das trifft auch für Freizeitorganisationen zu (31 %). In Organisationen zur Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen sind 21 % zur Mitarbeit bereit. Nach wie vor gering ist im Osten hingegen die Bereitschaft zur Mitarbeit in politischen Interessenvertretungen (11 %) und in Vereinigungen mit religiösen Zielstellungen (5 %). Zunehmendes Gewicht hat in den vergangenen Jahren die Mitwirkungsbereitschaft in speziellen Vereinen/Vereinigungen mit 15 % gefunden (z.B. Bürgerinitiativen).

Für die 50- bis 65-Jährigen gilt im besonderen Maße, dass sich insbesondere in dieser Altersgruppe der Wandel für viele bisher im Erwerbsleben Stehende zum außerberuflichen Ehrenamt vollzieht - ebenso wie das Auslaufen von ehrenamtlicher Tätigkeit besonders in den Bereichen Sport und Freizeit sowie z.T. der sozialpolitischen Interessenvertretung. Damit veranschaulichen die Ergebnisse der durchgeführten Befragung die keineswegs neue Erkenntnis einer steigenden Engagementbereitschaft zwischen 55. und 60. Lebensjahr, ebenso wie eine abnehmende Bereitschaft ab 60. Lebensjahr, d.h. mit dem realen Ausstieg aus dem „Erwerbsalter“ und Beginn der „Seniorenphase“.

Abbildung 7.9: Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen mit unterschiedlichen Anliegen - nach Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Prozent - (nur Antwort: „ja“)



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Obwohl in vergangenen Jahren ständig darauf hingewiesen wurde, dass das vorhandene Potenzial nach wie vor nicht hinreichend „mobilisiert“ wird, ist insbesondere bei den Älteren von einem weiteren Rückgang von Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen auszugehen.

Einflussmöglichkeiten und Einflusshöhe zur Interessenartikulation und Interessenvertretung der einzelnen Verbände und Vereine sind oft unterschiedlich ausgeprägt und damit auch die für ihre Mitglieder und Nichtmitglieder erkennbare Wirksamkeit. Wenn sich Verbände nur dem Ziel verschreiben, ein systemkonformes Verhalten, eine „angepasste“ Identifikation zu erreichen, ohne selbst verändernd, beeinflussend durch Mitwirkung und Mitgestaltung zu wirken, haben sie ihr Ziel - Teilnahme der Mitglieder an der politischen Willensbildung⁷⁹⁴ zu gewährleisten, weitgehend verfehlt. Gerade in Zeiten, in denen der neoliberale Ruf nach „weniger Staat“ (und seit der Wirtschaftskrise bei einigen nach „mehr Staat“) immer lauter wird, sind die Vereine/Verbände ein notwendiger „Korrekturfaktor“, um Einseitigkeiten in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu minimieren.

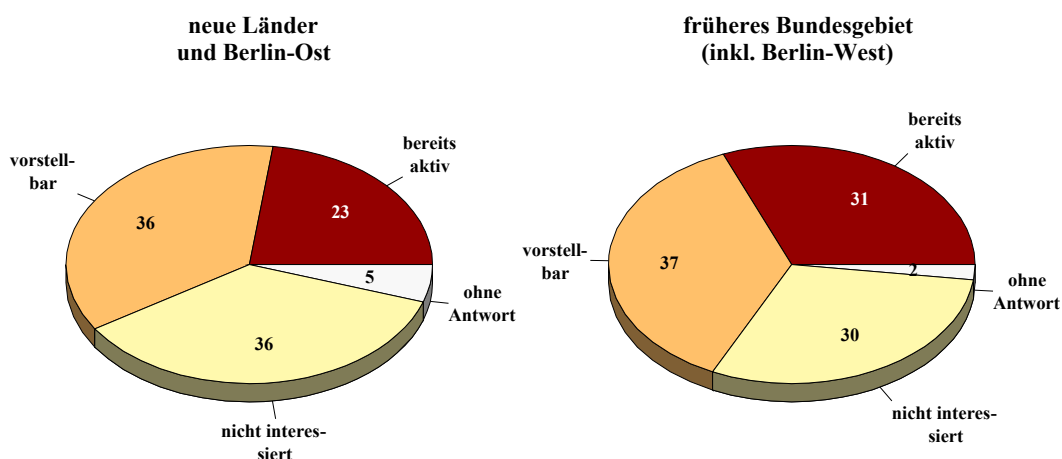
⁷⁹⁴ Straßner, Alexander: Funktionen von Verbänden in der modernen Gesellschaft, APuZ 15-16/2006, S. 14.

So richtig einerseits die Feststellung ist, dass Verbände elementarer Bestandteil jeder demokratisch verfassten Gesellschaft sind, dass Vielfalt und Einfluss der Interessenverbände die Zukunftsfähigkeiten einer Gesellschaft erkennen lassen⁷⁹⁵, so richtig ist sicher auch, dass Vielfalt, wenn nur ersetzt durch Vielzahl, einem erforderlichen Zusammenwirken von Verbänden und Vereinen erschwerend entgegensteht, dass z.T. Nebeneinander und manchmal auch Gegeneinander prägender sind als Miteinander.

Die großen Verbände in den Bereichen Arbeit (DGB, Einzelgewerkschaften, Christliche Gewerkschaften, Beamtenbund) und Soziales (Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Spitzen- und Einzelverbände) sind unter den Bedingungen einer zunehmenden Trennung des „Sozialen“ von der „Wirtschaft“ herausgefordert, durch Beseitigung von Einseitigkeiten in der eigenen Verbandspolitik (z.B. Begrenzung der Aktivitäten von Wohlfahrtsverbänden auf soziale Dienstleistungen bei Verzicht auf Interessenvertretung) und durch ihr Zusammenwirken der „sozialen Marktwirtschaft“ wieder zu ihrem ursprünglichen Anliegen zu verhelfen und sie entsprechend den veränderten Bedingungen zu erneuern.

Auch der mit der Vereinsbildung nach 1990 in Ostdeutschland eingetretene „Wechsel“ im „Ehrenamt“ kann im Wesentlichen vor allem als eine Folge des Umbruchs und der Übernahme bundesdeutscher Organisationsstrukturen angesehen werden und weniger als Ergebnis des normalen Generationswechsels. Der Zerfall der alten Institutionen, die Auflösung und der Umbau von DDR-Organisationen, die generell kritische Bewertung der eigenen zurückliegenden Tätigkeit, die Systembindung sowie die Neukonstituierungen von Organisationen sind als wesentliche Ursachen für den zunächst erfolgten Einbruch der Engagementquoten auszumachen. Außerdem bewegen und beschäftigen die Menschen bis in die Gegenwart eher Fragen der Erhaltung des Arbeitsplatzes, der Sicherung von Besitz- und Vermögensansprüchen, des Zurechtfindens in der neuen Gesellschaft oder der Nutzung neuer Möglichkeiten des Reisens und der Freizeitgestaltung. Fragen des gesellschaftlichen Engagements treten dabei oft in den Hintergrund, selbst bei Aufrechterhaltung von Mitgliedschaften.

Abbildung 7.10: Sind Sie bereits ehrenamtlich tätig oder können Sie sich vorstellen, ein Ehrenamt zu übernehmen? - nach Regionen - 2014 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Auch im Vergleich der Strukturen des Ehrenamtes wird deutlich, dass „Freizeitaktivitäten“ im Osten an der Spitze der Interessen liegen - deutlich vor dem sozialen Bereich. Die Ursachen dafür liegen offensichtlich neben der generellen „Verweigerung“ von (sozial-)politischen Aktivitäten auch im tradi-

⁷⁹⁵ Sebaldt, Martin/Straßner, Alexander: Verbände in der Bundesrepublik Deutschland - Eine Einführung, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, S. 13.

tionellen Fehlen von „nicht-erwerbstätigen“ Frauen sowie sich engagierenden konfessionellen Kreisen.

Bürgerschaftliches Engagement im Sinne eines aktiven Ehrenamtes hat sich inzwischen lt Freiwilligensurvey⁷⁹⁶ mit 38,5 % der ab 14-jährigen Bürger im Osten (inkl. Berlin) dem Westen mit 44,8 % erkennbar angenähert (1999 = 27,9 %).

7.3.2 Gewerkschaften

Tabelle 7.8: Mitgliedschaften im DGB - neue Länder - 1995 bis 2014 - in 1.000 -

	DGB insgesamt	DGB neue Länder (inkl. Berlin-West)	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
1995	9.355	2.360	755*		226	677	377	327
2002	7.700	1.508	298	226	130	412	246	196
2005	6.778	1.216	247	179	102	328	198	162
2010	6.193	1.030	223	146	83	277	162	139
2014	6.104	997	219	139	78	276	152	133

* Berlin-Brandenburg

Quelle: Datenkarten der Hans-Böckler-Stiftung - WSI

Die Mitgliederzahlen fast aller traditionellen Verbände und Vereine haben sich in den letzten Jahren deutlich verringert, was zum Teil durch eine Vielzahl von kleinen neu gebildeten Vereinen überdeckt wird. Insgesamt sank bekannterweise z.B. die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder des DGB seit 1991 von 11,8 Millionen bis 2000 auf 7,8 Millionen und 2014 auf 6,1 Millionen und damit von rd. 33 % auf rd. 15 % der Arbeitnehmer.⁷⁹⁷ Die Entwicklungen in den neuen Bundesländern vollzogen sich noch drastischer, da aus einer nahezu 100-prozentigen Mitgliedschaft eine Reduzierung auf eine Größenordnung von rd. 13 % erfolgte.

Laut Angaben der Gewerkschaften waren im Jahre 2014 in der gesamten Bundesrepublik rd. 7,7 Millionen Mitglieder in den Gewerkschaftsverbänden organisiert, darunter 6,1 (2013) im DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund), 1,3 Millionen im DBB (Deutscher Beamtenbund) und 0,3 Millionen im CGB (Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschland).

Von den Bürgern der neuen Länder sind (2014) von den 25- bis 39-Jährigen nur rd. 10 % gewerkschaftlich organisiert, von den 50- bis 59-Jährigen 21 %, 18 % der Männer und 11 % der Frauen, 20 % der Erwerbstätigen sowie 11 % der Arbeitslosen wie der Rentner.⁷⁹⁸

7.3.2.1 Haltung zu den Gewerkschaften - DDR 1989/1990⁷⁹⁹

Die Diskussionen um die Aktivitäten in den Gewerkschaften sowie veränderte Erwartungen und Wünsche der Mitglieder an Mitwirkung und Mitbestimmung speziell in Ostdeutschland sind keineswegs abgeschlossen. Das betrifft sowohl den Einfluss der Langzeitwirkungen der Erfahrungen mit den Ge-

⁷⁹⁶ Deutscher Freiwilligensurvey 2014, Abschnitt 22, herausgegeben vom BMFSFJ Berlin 2016, S. 559.

⁷⁹⁷ Vgl. hierzu: Funk, Lothar: Der neue Strukturwandel: Herausforderung und Chance für die Gewerkschaften, APuZ B 47-48/2003, S. 18 sowie: Rückgang weiter verlangsamt, in: „einblick“ 2/07, S. 5.

⁷⁹⁸ Datenbasis: SFZ, empirische Erhebung „Leben in den neuen Ländern“, 2014.

⁷⁹⁹ Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf: Winkler, Gunnar: Gewerkschaften - Sozial- und Wohlfahrtsverbände - Bewertungen und Erwartungen in den neuen Bundesländern, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, SFZ-Umbruch, Bd. 20, Berlin 2007. Die im Jahr 2007 durchgeführte Untersuchung wurde - soweit möglich - aktualisiert.

werkschaften in der DDR als auch den sich in den letzten Jahren vollziehenden allgemeinen Strukturwandel gewerkschaftlicher Aktivitäten in der Bundesrepublik.

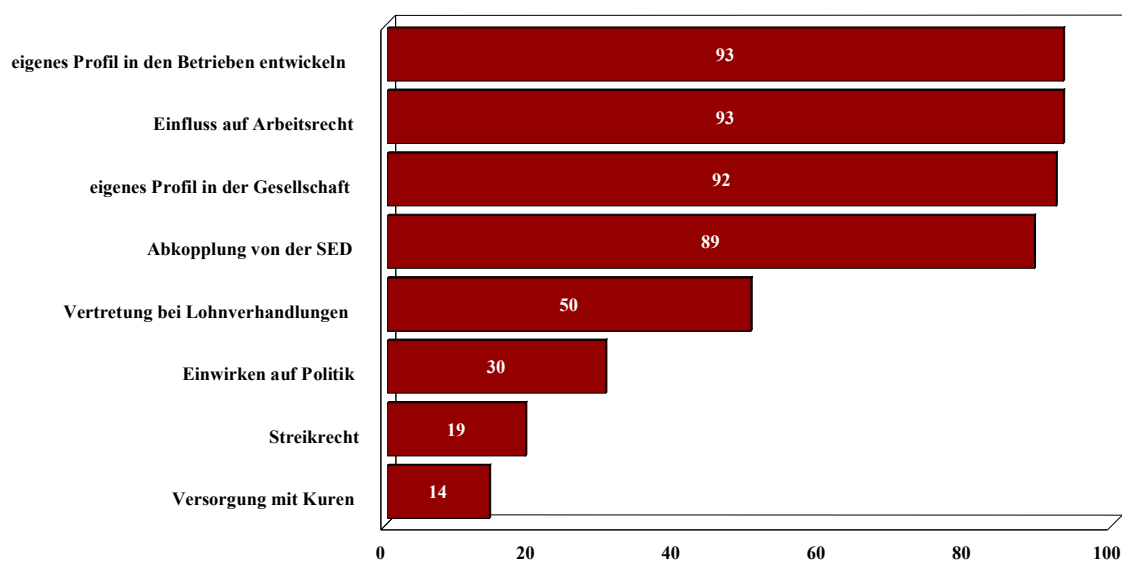
Bezogen auf die Zeit bis 1990 ist festzustellen, dass die Haltung zu den Gewerkschaften in der DDR ambivalent war. Einerseits wurden die direkte Parteiabhängigkeit und deren Einfluss auf Arbeitsinhalte und Besetzung von Funktionen zu Recht - als demokratischen Gestaltungsprinzipien entgegenstehend - abgelehnt. Das betraf aber vor allem die fehlende Interessenvertretung ab Beginn der 70er Jahre. Andererseits wurden gewerkschaftliche Aktivitäten auf betrieblicher Ebene, insbesondere bezogen auf den Arbeitsschutz, die Feriengestaltung, die kulturelle und sportliche Arbeit, aber auch die spezifischen Aktivitäten im Zusammenhang mit „Veteranen der Arbeit“ - d.h. die Seniorenarbeit - in der Mehrzahl der Betriebe akzeptiert und für erforderlich gehalten. Das galt in besonderem Maße auch für Mitbestimmungsaktivitäten wie den Abschluss von Betriebskollektivverträgen, von Vereinbarungen zur Zahlung von Jahresendprämien, die Erarbeitung von Bildungsplänen sowie für Freizeitaktivitäten. Es hing jedoch vor allem vom Verständnis und dem Willen einzelner Funktionäre auf den unteren Ebenen ab, ob die formal vorhandenen Rechte genutzt wurden.

Insgesamt überwog jedoch die Unzufriedenheit mit der Arbeit und Wirksamkeit der Gewerkschaften. Eine noch im Dezember 1989 vom Institut für Soziologie und Sozialpolitik (ISS) der Akademie der Wissenschaften der DDR durchgeführte Befragung ergab, dass nur 7 % der Befragten mit der Gewerkschaft zufrieden, 34 % teilweise zufrieden und 53 % unzufrieden waren (6 % „ich weiß nicht“). Zugleich waren jedoch 92 % der Meinung, dass für die weitere Entwicklung (die zu diesem Zeitpunkt noch auf eine reformierte DDR hinauslief) Gewerkschaften gebraucht würden und dass sich ihre Rolle erhöhen müsste (90 %). Dabei waren zwei ergänzende Aussagen wichtig:

- 70 % sprachen sich für „eine“ Gewerkschaft im gleichen Betrieb aus - unabhängig vom jeweiligen Status der Beschäftigten, aber mit „mehr Profil“.
- Rund die Hälfte der Befragten trat für die Beibehaltung des gewerkschaftlichen Feriendienstes (54 %) ein und dass die Sozialversicherung in Verantwortung der Gewerkschaften bleiben müsse (58 %).

Die Erwartungen an die Gewerkschaften waren hoch, wie Abbildung 7.11 verdeutlicht.

Abbildung 7.11: Erwartungen an gewerkschaftliche Arbeit - Dezember 1989 -
(Zustimmung in Prozent - nicht repräsentativ)



Quelle: iss/Blitz 3, Dezember 1989

Bis in die Gegenwart werden die Haltungen der Ostdeutschen zu den Gewerkschaften und die Bewertung ihrer Wirksamkeit von mehreren Faktoren beeinflusst. Dazu zählt ohne Zweifel, dass es bis 1990 eine formale weitgehend erwartete/vorgegebene Mitgliedschaft nahezu aller Erwerbstätigen (Ausnahmen Genossenschaftsmitglieder und Selbstständige) sowie eine - im Vergleich zu den alten Bundesländern - völlig anders strukturierte gewerkschaftliche Arbeit - mit der Konzentration gewerkschaftlicher Arbeit in den Betrieben/Kombinaten - gab.

Mit der von den Bürgern der DDR getragenen friedlichen Revolution 1989/1990 erfolgte in Verbindung mit der Neugestaltung politisch-demokratischer Strukturen zunächst ein massenhafter Austritt aus allen Parteien und Organisationen - inkl. den Gewerkschaften - einerseits, wie sich andererseits eine Vielzahl von Vereinen/Verbänden neu bildete, welche die reale Vielfalt unterschiedlicher politischer, sozialer und kultureller Interessen widerspiegelte. Damit wurden neue „Strukturen“ für Mitwirkungsaktivitäten im weitesten Sinne geschaffen, die aber aus Sicht der Gewerkschaftsmitglieder wie Nichtmitglieder Aktivitäten der Gewerkschaften in hohem Maße auf „außerbetriebliche“ Felder konzentrierten.

Die gebildeten Gewerkschaften in den neuen Ländern standen unter dem spezifischen Druck einer zu bewältigenden Interessenvertretung bei sich gleichzeitig vollziehender Neugestaltung der Wirtschaftsstrukturen (Eigentumsverhältnisse, Deindustrialisierung, Auflösung großer Kombinate, Privatisierung der Landwirtschaft, Auflösung eines zentralisierten Gesundheitswesens usw.) und einer massenhaften Freisetzung von Arbeitskräften als Arbeitslose bzw. in den Vorruhestand (fast flächendeckend ab 55. Lebensjahr). Die Erwartungen an eine gewerkschaftliche Interessenvertretung wurden mehrheitlich bei Arbeitslosen und Vorruheständlern (rd. 2.000.000 - 1992/1993), aber auch bei Beschäftigten in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (rd. 450.000 - 1992/1993) nicht erfüllt. Neu gebildete Wirtschaftsstrukturen ließen Gewerkschaften weitgehend „vor den Toren“, der Aufbau arbeitsfähiger Einzelgewerkschaften auf unteren territorialen Ebenen war bis in die Mitte der 90er Jahre nicht abgeschlossen. Sowohl DDR-Erfahrungen als auch Erfahrungen der ersten Hälfte der 90er Jahre trugen eher zur „Abstinenz“ gegenüber den Gewerkschaften als zur Entwicklung neuer „Bindungskräfte“ bei. Erwartungen an eine erhöhte Wirksamkeit gewerkschaftlicher Interessenvertretung wurden insbesondere bei den nicht mehr im Erwerbsprozess Stehenden weitgehend bis Beginn des neuen Jahrtausends nicht erfüllt.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Neustrukturierung der Organisation gewerkschaftlicher Arbeit in den neuen Ländern bis in die Gegenwart Haltungen zur Wirksamkeit der Gewerkschaften prägt. Der allgemein erkennbare Trend einer Entsolidarisierung in der Gesellschaft sowie durch Abbau/Umbau sozialer Sicherungssysteme per Gesetz bei scheinbar fehlendem erkennbarem bzw. spürbarem Widerstand der Gewerkschaften führte - zumindest bis 2004/2005 - zu einer abnehmenden Legitimation der Gewerkschaften. Der mit der friedlichen Revolution der Bürger der DDR bewirkte Demokratisierungsprozess und die damit verbundenen Erwartungen an die Gewerkschaften werden mehrheitlich nicht als erfüllt angesehen. Auch die de facto mit Billigung der Gewerkschaften unterschiedlichen Tarifabschlüsse Ost-West sowie das Fehlen einheitlicher Positionen zur Rentenangleichung trugen/tragen nicht zur Autorität der Gewerkschaften im Osten bei.

7.3.2.2 Soziale Strukturen der Gewerkschaftsmitglieder

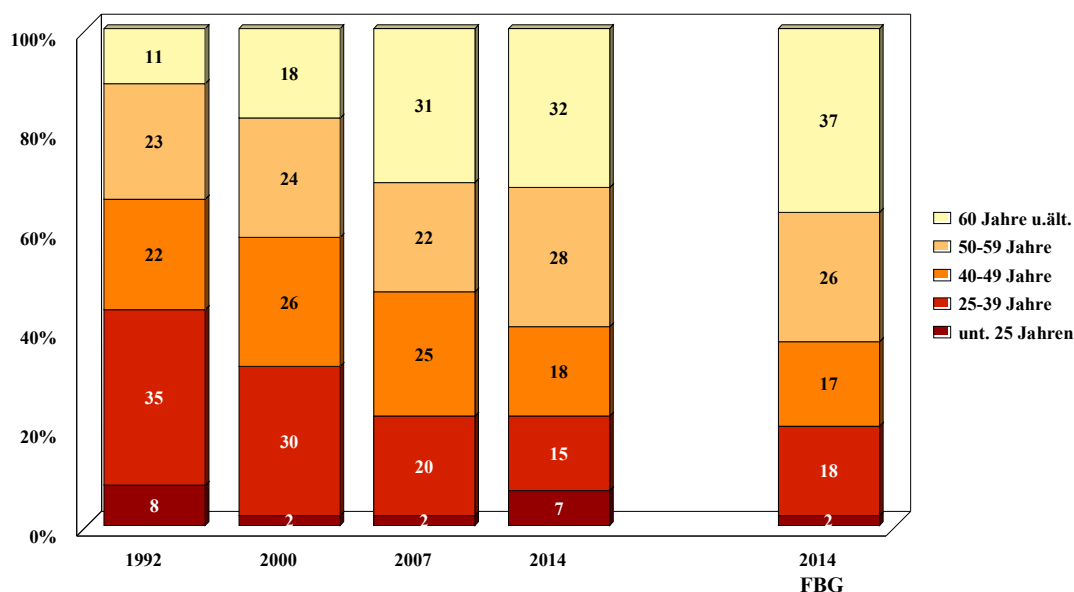
Gewerkschaftliche Mitgliedschaft - die 2014 bei 15 % der ab 18-Jährigen lag - in den neuen Bundesländern ist in den Jahren 1990 bis 2014 gekennzeichnet

- durch eine mit der demografischen Entwicklung und massenhaften Austritten zu Beginn der 90er Jahre verbundene Alterung;
- durch eine zunehmende Konzentration auf einen begrenzten Kreis von Erwerbstätigen - bei sich auf niedrigem Niveau stabilisierender Mitgliedschaft unter Arbeitslosen und Rentnern;
- durch eine in Abhängigkeit von der Betriebsgröße sich vor allem auf größere Betriebe konzentrierende Mitgliedschaft;
- durch eine „traditionelle“ Mitgliedschaft unter Arbeitern und Angestellten bei Konzentration auf Facharbeiter und geringe Anteile an an-/ungelernten Arbeitskräften (4 %) sowie Hochschulabsolventen (10 %);
- durch eine sich in der Gesamtbewertung der Lebensverhältnisse positiver artikulierende Mitgliedschaft bei höheren Anteilen derjenigen, die „politische Interessen“ bekunden.

Mit den abnehmenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den neuen Bundesländern ist zugleich eine „Alterung“ gewerkschaftlicher Mitgliedschaft verbunden. Diese ist einerseits „demografisch“ bedingt, d.h. entspricht der Alterung der Gesellschaft insgesamt sowie der Alterung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Von Einfluss ist auch, dass mit den hohen Abwanderungsraten in die alten Bundesländer nach 1990 bzw. ab Mitte der 90er Jahre vor allem junge Menschen die neuen Bundesländer verließen.

Andererseits ist nach 1990 insbesondere der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Teil der Bevölkerung (d.h. ab 55. Lebensjahr fast komplett) Reflexion gewerkschaftlicher Arbeit in den neuen Bundesländern in den Jahren 1990 bis 1995 - so erfolgten, wie bereits angeführt, die Auflösung, Abwicklung, Umstrukturierung der Betriebe fast ohne „Gegenwehr“ seitens der Gewerkschaften.

Abbildung 7.12: Altersstruktur von Gewerkschaftsmitgliedern - neue Länder und Berlin-Ost 1992 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2014 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1992-2014 (gew.)

Insgesamt zeigt sich im zeitlichen Vergleich der Altersstruktur der Mitglieder und Nichtmitglieder ein deutlicher Trend zu einem höheren Durchschnittsalter gewerkschaftlicher Mitglieder. Der im Vergleich in den alten Bundesländern höhere Anteil Älterer reflektiert den hohen Abgang dieser Altersgruppe im Osten.

Erst im Laufe der Jahre hat sich der Anteil von Mitgliedern mit längerer (langjähriger) Mitgliedschaft wieder erhöht (längerer Verbleib im Erwerbsleben, neue traditionelle Bindungen) und wirkt „alternd“ auf gewerkschaftliche Mitgliedschaft.

Von im Jahr 2007 befragten Mitgliedern waren 17 % der Bürger ab 18. Lebensjahr gewerkschaftlich organisiert, davon waren

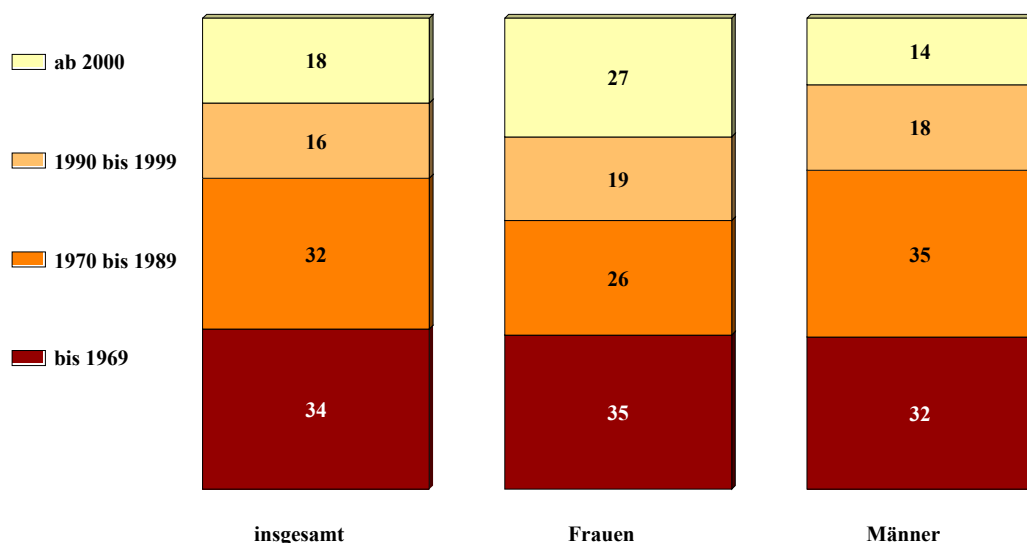
- 34 % Mitglied vor 1970,
- 32 % Mitglied zwischen 1970 und 1989,
- 16 % Mitglied zwischen 1990 und 1999 und
- 18 % Mitglied seit 2000.

Das heißt, dass bereits zum damaligen Zeitpunkt über ein Drittel der Mitgliedschaft erst nach 1990 zu den Gewerkschaften gestoßen ist (vgl. Abbildung 7.13).

Eine Spezifik gewerkschaftlicher Entwicklung in den neuen Bundesländern ist der hohe Anteil derer, die im Umfeld der friedlichen Revolution von 1989/90 die DDR-Gewerkschaft (FDGB) verließen. Weitgehend

- um eine zum Teil formale Mitgliedschaft zu beenden;
- wegen unzureichender/fehlender Interessenvertretung im „Abwicklungsprozess“ der DDR-Betriebe/Kombinate;
- wegen Vorbehalten unterschiedlichster Art gegen die „neuen“ Gewerkschaften (von hohen Beiträgen bis zum alten/neuen Führungspotenzial).

Abbildung 7.13: Eintrittsdatum der Gewerkschaftsmitglieder - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Von den rd. 83 % Nichtgewerkschaftsmitgliedern waren (2007) 44 % noch nie Mitglied der Gewerkschaft (jüngere Bürger bzw. Bürger, die in der DDR als Angehörige der sog. „bewaffneten Organe“

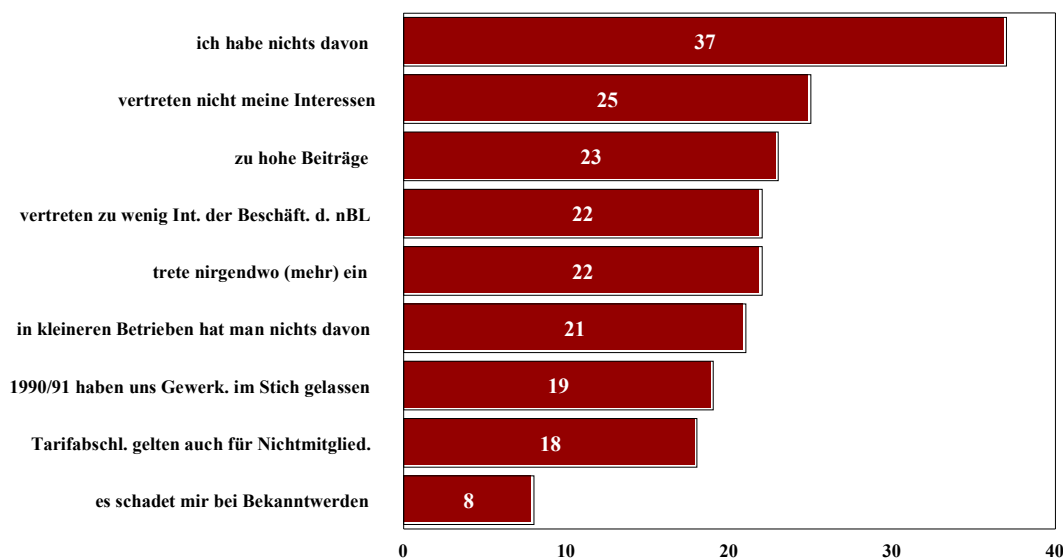
automatisch „Nichtmitglied“ waren, sowie Mitglieder von landwirtschaftlichen und handwerklichen Produktionsgenossenschaften bzw. Selbstständigen und Freiberuflern).

Die Austritte erfolgten zu rd. einem Drittel in den Jahren 1989/90/91 überwiegend verbunden mit der Auflösung formaler Mitgliedschaften bzw. aufgrund des „Rentner“-Status, d.h., dass zur Wende bereits im Rentenalter Stehende, die bis dato an einer relativ umfangreichen betrieblichen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Betreuung teilnahmen, mit Auflösung der Betriebsstrukturen auch die Gewerkschaften verließen. Als wichtigste Motive für „Nicht-Mitgliedschaft“ bzw. „Nicht-mehr-Mitgliedschaft“ wurden genannt:

- fehlende individuelle Sinnhaftigkeit der Mitgliedschaft im Sinne „habe nichts davon“ (37 %),
- zu hohe Beiträge (23 %),
- individuell empfundene fehlende Interessenvertretung im Allgemeinen (25 %) bzw. speziell auf die Situation in den neuen Bundesländern bezogen (22 %),
- Auswirkungen der Wende bzw. Wendeerfahrungen („Gewerkschaften haben uns 1990/91 im Stich gelassen“ - 19 %, aber auch „ich trete nirgendwo mehr ein“ - 22 %),
- fehlender Glaube an Wirksamkeit, insbesondere in kleinen Betrieben bzw. Betrieben mit gewerkschaftsunfreundlichem Klima (21 %).

Mitnahmeeffekte (Tarifabschlüsse gelten auch für Nichtmitglieder - 18 %) bzw. „es schadet mir bei Bekanntwerden“ (8 %) spielen nur eine nachrangige Rolle.

Abbildung 7.14: Wenn Sie nicht oder nicht mehr in einer Gewerkschaft Mitglied sind, warum nicht? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)



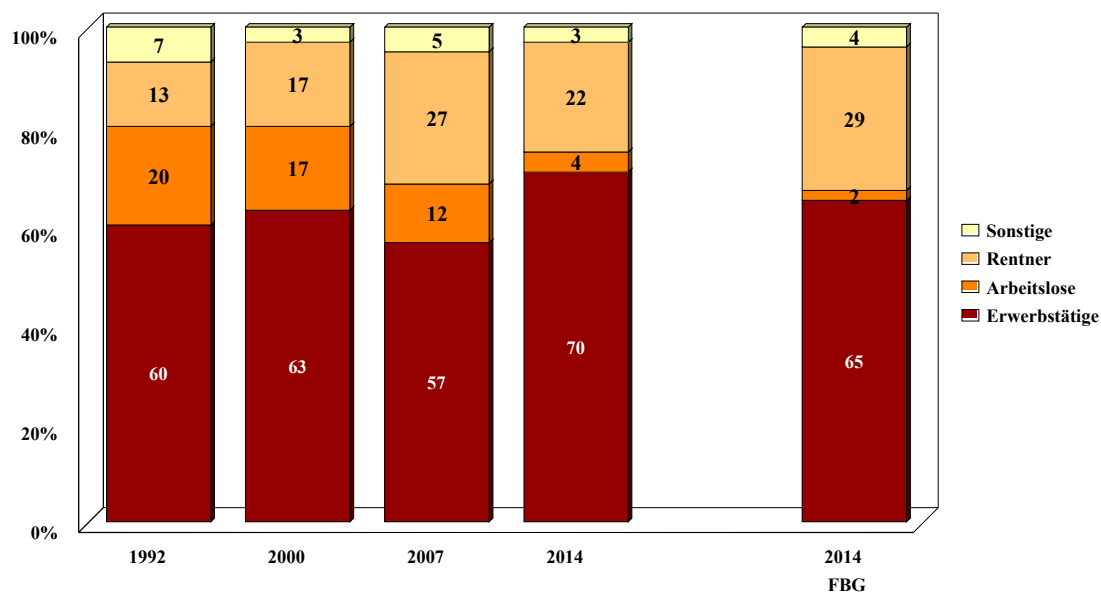
Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Wie die Ergebnisse der SFZ-Untersuchungen „Leben in den neuen Bundesländern“ seit 1992 belegen, kam es nach der Wende in Ostdeutschland zu einer generellen Umorientierung der Erwartungen an die Gewerkschaften auf Bundes-, Landes- und Branchenebene.

Im Vergleich der erfolgten Veränderungen seit 1990 ist bei absolutem Rückgang der Mitglieder ein relativer Anstieg der erwerbstätigen Mitglieder bis 2000 zu verzeichnen. Das gilt auch für den (1990) zunächst erfolgenden Rückgang der Mitgliedschaft von Rentnern, mit wieder deutlicher Zunahme des

„Seniorenanteils“ seit 1992. Charakteristisch ist der Rückgang der gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen - trotz steigender Arbeitslosenzahlen - insbesondere in den Jahren 2000 bis 2006.

Abbildung 7.15: Erwerbsstruktur von Gewerkschaftsmitgliedern - neue Länder und Berlin-Ost 1992 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2014 - in Prozent -

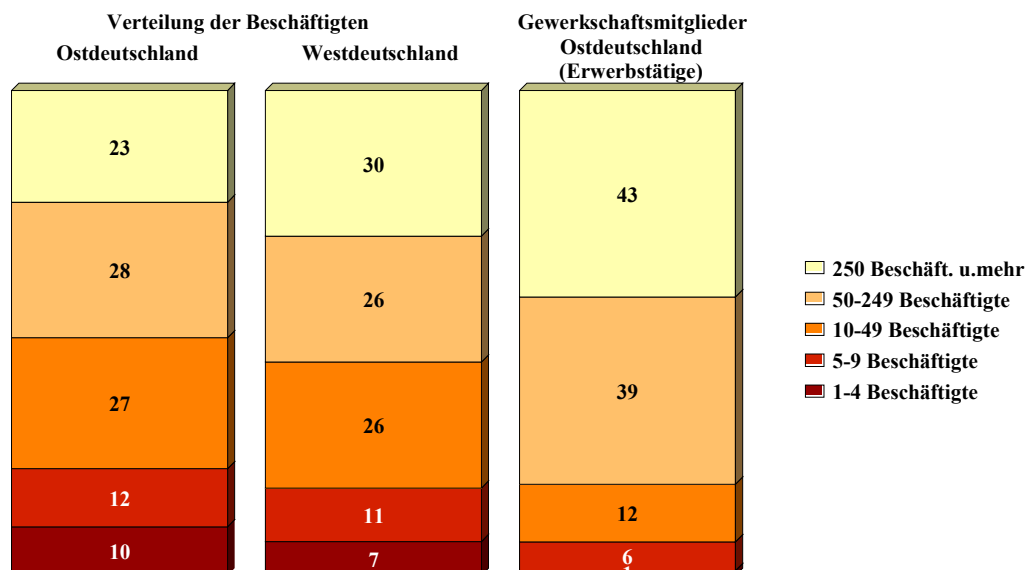


Datenbasis: sfz/leben 1992-2014 (gew.)

Rund 7 % der Gewerkschaftsmitglieder waren 2007 in Kleinstbetrieben beschäftigt, 43 % in Betrieben mit über 250 Beschäftigten. Entsprechend dem Anteil der Betriebsgröße an den Betriebsstrukturen in den neuen Bundesländern (22 % der Beschäftigten in Betrieben mit unter 10 Mitarbeitern) kann von einer deutlich geringen Mitgliedschaft in Kleinst- und Kleinbetrieben ausgegangen werden, die offensichtlich eher „traditioneller Verbundenheit“ als gewerkschaftlichen Aktivitäten entspricht (vgl. Abbildung 7.16).

Kennzeichen ostdeutscher Mitgliedschaft ist ein geringer Anteil von Mitgliedern ohne beruflichen Abschluss (rd. 13 %), ein hoher Anteil von Facharbeitern und Meistern (rd. 65 %) sowie von Fach- und Hochschulabsolventen. Es gibt in der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft eine Verschiebung zu höheren Anteilen der Angestellten, welche den veränderten Wirtschaftsstrukturen entspricht (zunehmende Anteile von Dienstleistungsstrukturen).

Abbildung 7.16: Beschäftigtenstruktur und gewerkschaftliche Mitgliedschaft - nach Betriebsgröße und Regionen - 2006/2007 - in Prozent -



Quelle: Entwicklung von Betrieben und Beschäftigten in Brandenburg (Hrsg.: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie), Potsdam 2007, S. 10; Datenbasis: sfz/leben 2006/2007 (gew.)

Insgesamt ist aus der Sicht von 2016 - hervorzuheben:

- Die neuen Gewerkschaften in Ostdeutschland standen unter dem spezifischen Druck einer zu bewältigenden Interessenvertretung bei einer mit der Neugestaltung der Wirtschaftsstrukturen verbundenen Auflösung industrieller Großbetriebe. Die mit der Deindustrialisierung einhergehende Frühberentung und Arbeitslosigkeit erfolgten im Osten ohne nennenswerten Widerstand der Gewerkschaften. Gewerkschaftliche Arbeit konzentrierte sich auf die noch im Erwerbsleben Stehenden und vernachlässigte zunächst Arbeitslose, Vorruehständler und Senioren. Das führte bis in die Gegenwart zu einem Imageverlust der Gewerkschaften. Der mit der friedlichen Revolution der Bürger der DDR bewirkte Demokratisierungsprozess und die damit verbundenen Erwartungen an die Gewerkschaften werden mehrheitlich bislang noch nicht als hinreichend erfüllt angesehen.
- Sowohl das Wegbrechen der Betriebsstrukturen sowie die damit verbundene sozio-kulturelle Arbeit der DDR-Gewerkschaften als auch hohe Arbeitslosigkeit und ein wachsender Anteil von gewerkschaftlich organisierten Senioren hätten eine Verstärkung (zum Teil den Aufbau) gewerkschaftlicher Arbeit und Strukturen auf kommunaler/örtlicher Basis erfordert.
- Die bei Älteren und Arbeitslosen noch vorhandene Akzeptanz der Gewerkschaften reflektiert (noch) nicht die als gering bewertete Wirksamkeit gewerkschaftlicher Interessenvertretung für diesen speziellen Teil der Mitgliedschaft/Bürger in den neuen Ländern. Ein verstärktes öffentlich einheitliches Auftreten (z.B. durch Positionierung zur Rente mit 67/zur Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost/Beseitigung diskriminierender Alterssicherungsleistungen bei Arbeitslosen) hätte vor allem den Solidargedanken insgesamt wieder verstärken können und stabilisierend auf den Grad der Organisiertheit wirken. Die Zuwanderungsprobleme seit 2014 haben dem aber eher neue Probleme entgegengesetzt.
- Die Bewertung einer als nicht ausreichend empfundenen Wirksamkeit der Gewerkschaften in Bezug auf den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme reflektiert offensichtlich, dass die grundlegenden Reformen im Bereich des Arbeitsmarktes, der Gesundheit sowie der Alterssicherung von der Öffentlichkeit nicht hinreichend als Felder gewerkschaftlicher „Mitbestimmungs“politik wahrgenommen wurden.

nommen werden. Der Grad der Eigenständigkeit sozialpolitischer Positionen gegenüber der Regierungspolitik könnte maßgeblich die Identifikation mit den Gewerkschaften befördern.

- Der Druck auf einheitliche Tarife in Ost und West sollte verstärkt werden. Nach mehr als 25 Jahren nach der Vereinigung wird eine differenzierte Tarif-(und Renten-)politik nicht mehr unterstützt, da auch eine einseitige Begründung auf damit verbundene „Standortvorteile“ nicht zu einer verbesserten Arbeitsmarktsituation im Osten beigetragen hat. Die Gewerkschaften sollten die für nicht vor 2030 vorgesehene Lohnangleichung Ost an West nicht widerspruchslos hinnehmen.
- Die Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie sozial orientierten Vereinen ist - vor allem auf kommunaler Ebene - stabiler, solider und zielgerichteter geworden. Auf Landesebene geht sie - von Ausnahmen abgesehen - über erste Ansätze kaum hinaus. Auf Bundesebene sind Fortschritte unverkennbar (z.B. Erweiterung von Bündnissen je nach Anliegen z.B. um die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen - BAGSO -, den Deutschen Frauenrat usw.). Soziale Bewegungen können und müssen sich zu Einzelaktionen zeitweise zusammenfinden, um etwas bewirken zu können. Dauerhaftere Lösungen, um höheren Einfluss zu erreichen, bedürfen aber zugleich nachhaltiger Ergänzungen des Rechtes auf Mitsprache und Mitwirkung von Verbänden und sozialen Bewegungen.

7.3.3 Sozial- und Wohlfahrtsverbände

Nach 1990 vollzog sich die soziale und politische Integration von Wohlfahrtsstrukturen in den neuen Ländern unter den spezifischen Bedingungen der Übernahme eines in den alten Bundesländern über Jahrzehnte geprägten Parteienpluralismus, einer interessenorientierten Vereinsvielfalt und -kultur sowie eines (relativ) streng gegliederten Systems der freien Wohlfahrtspflege. In kurzer Zeit waren die Parteien- und Gewerkschaftsstrukturen der alten Bundesländer als auch die Einordnung der Wohlfahrtsarbeit in die Tätigkeit von „Spitzenverbänden“ abgeschlossen und erweiterte Möglichkeiten der Selbstbeteiligung und Selbsthilfe ebenso gegeben wie damit verbundene Eingrenzungen. Die Existenz von Sozial- und Wohlfahrtsorganisationen wurde für viele Menschen in den neuen Bundesländern zu einem wichtigen Bestandteil ihrer sozialen Einbindung, ihrer sozialen Aktivitäten.⁸⁰⁰

Insgesamt ist hervorzuheben, dass das bundesdeutsche System der Sozial- und Wohlfahrtsverbände über 10 Millionen Mitglieder erfasst mit rd. 1,4 Millionen Beschäftigten (2015) und über 100.000 Einrichtungen. Rd. zweieinhalb bis drei Millionen Bürger sind bundesweit in den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden ehrenamtlich tätig.⁸⁰¹ Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (AWO, Caritas, Diakonie, DRK, DPWV, Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden) sind föderalistisch strukturiert und umfassen ca. 15.000 rechtsfähige Vereine - allein im Paritätischen Wohlfahrtsverband sind mehr als 10.000 Vereine organisiert, deren Wirkungsfeld die Sozial- und Wohlfahrtsarbeit ist.

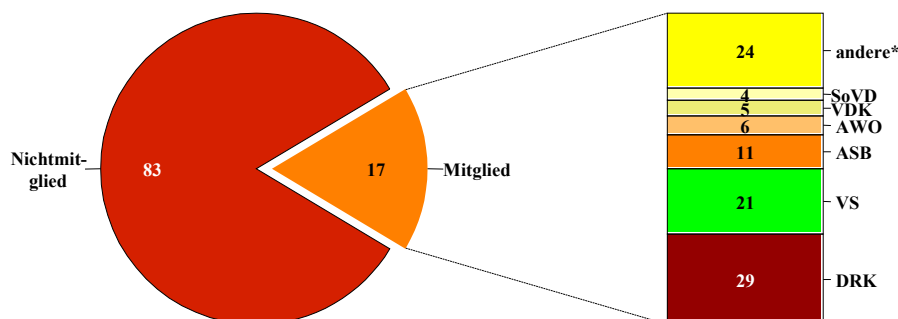
Die Zahl der Mitglieder in den großen Verbänden beträgt im Osten Deutschlands ca. 1,2 Millionen, das sind rd. 12 % der insgesamt 9 Millionen Mitglieder von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden in Deutschland. In den neuen Bundesländern sind 17 % der Bürger ab 18. Lebensjahr Mitglied eines Sozial- und Wohlfahrtsverbandes (2014), von ihnen wiederum rd. 15 % Mitglied in mehreren Verbänden/Vereinen. Die Mitgliedschaft reflektiert die für die neuen Bundesländer typischen Strukturen mit höheren Mitglieder- und Leistungsanteilen jener Verbände, welche traditionell bereits vor 1990 existierten (DRK, VS) bzw. Wohlfahrtsorganisationen ohne „Mitgliedschaft“ wie Caritas und Diakonie. Zugleich wurden nach 1990 vor allem Verbände aufgebaut, die Dienstleistungsstrukturen entwickel-

⁸⁰⁰ Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, www.bagfw.de, Berlin 2016.

⁸⁰¹ Vgl. Gesamtstatistik der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege 2011.

ten (ASB, AWO) sowie Sozialverbände (VdK, SoVD, BRH), die sich fast ausschließlich auf Interessenvertretung und -beratung konzentrieren.

Abbildung 7.17: Sind Sie Mitglied in einem Sozial-/Wohlfahrtsverband? Wenn ja, in welchem/welchen? - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)



* die „anderen Vereine“ schließen vor allem Johanniter-Unfall-Hilfe, religiös gebundene Sozialvereine sowie Behindertenorganisationen ein
Datenbasis: sfz/leben 2014

Es ist hier nicht Anliegen, die Ziele und staatliche Einbindung von Wohlfahrtsorganisationen generell zu analysieren⁸⁰², sondern es kann nur darauf verwiesen werden, dass die Diskussion um Zusammenarbeit und „soziale Bündnisse“ - bezogen auf die Sozial- und Wohlfahrtsverbände - nicht losgelöst von ihrer Rolle und ihren Funktionen betrachtet werden kann.

In den bisherigen Diskussionen um Sozialreformen spielt die notwendige Neuorientierung der Sozial-/Wohlfahrtsverbände kaum eine Rolle - im Gegenteil - es wird immer wieder versucht, sie - entsprechend ihrer traditionellen Rolle als „Partner und verlängerter Arm des Staates“ - zur Durchsetzung der „Reformen“ zu gewinnen und Interessenkonflikte zu dämpfen. Das vor allem, da der Sozialstaat nicht nur die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit erreicht, sondern auch an Kompetenzen, Fähigkeiten und Einfluss aufgegeben und damit verloren hat, so dass er einerseits gezwungen ist, das Beziehungsgefüge zwischen Staat und Sozial-/Wohlfahrtsverbänden zu stabilisieren und andererseits zu verhindern, dass existente und zunehmend entstehende Spannungsfelder von den Verbänden politisch artikuliert werden.

Die Haltung der Sozial- und Wohlfahrtsverbände wird nicht zuletzt davon beeinflusst, dass es bei den größeren und älteren Wohlfahrtsverbänden/-organisationen in den vergangenen Jahrzehnten zu einer zunehmenden Einbindung in staatliche Leistungsaufträge und damit zum Teil zu erzwungener Anpassung kam. Inzwischen wird die Bedeutung der Wohlfahrtsverbände als kostengünstige und effiziente Dienstleister im Rahmen der Diskussion um den Umbau und die Modernisierung des Wohlfahrtsstaates vor allem dann hoch eingeschätzt, wenn sie „Reformwilligkeit“ unter Beweis stellen und nicht vorrangig/ausschließlich als Interessenvertreter ihrer Mitglieder/ihrer Klientel auftreten und die Weiterentwicklung der Demokratie im Zusammenhang mit dem Umbau des Sozialstaates und neuen sozialen Entwicklungen einfordern. Besonders in Wohlfahrtsverbänden, die zugleich Dienstleistungsunternehmen betreiben (Sozialstationen, Pflegeheime, betreutes Wohnen, Kindergärten usw.), gibt es zum Teil Schwierigkeiten, da ein Entzug finanzieller Mittel - durch Kommunen, Kassen oder andere Träger von Fördermitteln - sowohl Betreuungsstrukturen zerstört als auch unmittelbar Arbeitsplatzverluste bedeutet. Auftretende Probleme werden dann in der Öffentlichkeit nicht mehr als „staatliche“ oder

⁸⁰² Vgl. hierzu kritische Analyse in: Auf den Schultern der Schwachen - Wohlfahrtsverbände in Deutschland, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln 2004.

„kommunale“ Probleme ausgemacht, sondern als Ausdruck der Qualität der Arbeit der Verbände - die Risiken und Nebenwirkungen von Sozialreformen werden „nach unten“ delegiert.

Generell erhebt sich die Frage, ob die Sozial- und Wohlfahrtsverbände (wie die Gewerkschaften) dem Abbau des Sozialstaates etwas entgegenzusetzen haben. Einem nach Mitte der 50er Jahre weitgehend geschlossenen sozialen Sicherungssystem steht eine zergliederte, vereinsrechtlich bis auf die Kreise untergliederte „Wohlfahrtsverbandsstruktur“ gegenüber. So richtig auf der einen Seite eine dezentralisierte, föderale Orientierung des Bedarfs der Wohlfahrtspflege ist, so sehr verhindert sie Gemeinsames auf der Ebene, welche die Grundsatzorientierungen vorgibt - Gesundheitsreform, Rentenreform, Arbeitsmarktreform, Pflegereform, Bürgerversicherung - und den Ausschluss von größeren Teilen aus den solidarischen Sozialleistungssystemen fördert. Auf der anderen Seite haben sich einige Wohlfahrtsorganisationen zu „marktwirtschaftlichen Unternehmen“ entwickelt, welche Gefahr laufen, ihrem ursprünglich sozialen Auftrag nicht mehr zu entsprechen.⁸⁰³

Der Ansatz liegt nicht in neuen Wohlfahrtsstrukturen, sondern in gemeinsamen Aktionen bei gleichen Interessenlagen. Er liegt in der Einführung plebiszitärer Elemente in die Entscheidungsfindung des Bundes, die ergänzend zu einer repräsentativen Demokratie wirken. Dem Druck der Betroffenen Ausdruck zu verleihen, liegt nicht nur - aber auch - an der öffentlichen Artikulation der Sozial- bzw. Wohlfahrtsverbände.

Tabelle 7.9: Mitgliederzahlen Sozial- und Wohlfahrtsverbände - 2010/2013/2015 - in 1.000 -

	Jahr	Deutschland	neue Länder ohne Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Berlin
Arbeiterwohlfahrt (AWO)	2013	362	59,9	13	5,7	6,8	25	9,4	7
Deutsches Rotes Kreuz (DRK)	2010	3.890	419	69	54	127	76	84	65
Arbeiter-Samariter-Bund (ASB)	2012	1.134	166	31	33	48	29	24	44
Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH)	2010	75	15	4,8	5,2	2,0	2,0		1,1
Malteser	2011	1.033							
Johanniter-Unfall-Hilfe	2010	1.400	180	75,6	14	34,4	56,2b)		
Sozialverband Deutschland (SoVD)	2013	560	12,9	9,8a)	4,3	1,2	5,7	1,7	a)
Sozialverband VdK Deutschland (VdK)	2013	1.700	55	15*a)	5,0*	15	5	17	X(15)
Volkssolidarität (VS)	2015	181	181	37	35	42	29	21	17

die Daten der Länder sind 2010/2013/Volkssolidarität 2015

a) Berlin/Brandenburg

b) Sachsen-Anhalt/Thüringen

Quellen: ASB - Jahrbuch 2011, S. 9/DRK - Jahrbuch 2010, S. 55/SoVD-Bundesverband-Statistik/VS - Statistik Bundesverband/Internetinformationen der LV-BRH/LV AWO /LV VdK/Malteser.de/Zahlen/Fakten/Daten

Im Bereich der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege sind die insgesamt in Deutschland rd. 1,4 Millionen Beschäftigte vor allem als medizinisches und pädagogisches Personal tätig (dar. fast 1,0 Millionen in Teilzeit)⁸⁰⁴. Während in Deutschland rd. 25 % der Bürger Mitglied eines Sozial- und Wohlfahrtsverbandes (2014) sind, waren es in Ostdeutschland 17 % und in Westdeutschland 27 %. Bei den über 70-Jährigen sind es knapp 40 %. Insbesondere in den mittleren Altersgruppen ist der

⁸⁰³ Lamprecht, Matthias: Kreuzritter des Kapitalismus, in: Capital 01/2012, S. 72-78.

⁸⁰⁴ Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege - Gesamtstatistik 2012, Berlin 2014, S. 14.

Anteil der Mitglieder in den alten Bundesländern deutlich höher - sicher sowohl der traditionellen langjährigen Bindung, aber auch einer anderen Infra- und Einkommensstruktur geschuldet. Die Mitgliedschaften reflektieren - wie bereits festgestellt - die für die neuen Bundesländer typischen Strukturen mit höherem Anteil jener Verbände, die vor allem Dienstleistungsstrukturen entwickeln bzw. eine breite Mitgliederarbeit aufweisen (z.B. AWO, DRK, ASB, Volkssolidarität). Die Gesamtzahl der von den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden erfassten Bürger dürfte in den neuen Ländern zusammen mit der Mitgliederzahl der dem DGB zugehörigen Gewerkschaften in den neuen Ländern und Berlin (rd. 1,0 Millionen⁸⁰⁵) alles in allem ein bedeutsames Potenzial bilden, um soziale Interessen zu artikulieren und durchsetzen zu können.

Es ist trotz der Rückläufigkeit der Mitgliedschaften ein Potenzial, das - bei aller Unterschiedlichkeit von Interessen und Positionen - für Bündnisse und gemeinsame Aktivitäten - zumindest in einzelnen Bereichen - gewinnbar ist. Das gilt allerdings nur in dem Maße, wie es (jeweils) gelingt, nicht nur die mitgliederstärksten Verbände zu mobilisieren, sondern ebenso einen Teil der in Vereinen und Interessengruppen mit geringeren Mitgliederstärken vereinten Bürger.

In den neuen Bundesländern existieren aufgrund der unterschiedlich verlaufenden historischen Entwicklung zugleich Besonderheiten des Zusammenwirkens von Verbänden und Vereinen. 1989/1990 vollzogen sich grundlegende politische Entwicklungen vor allem durch die Entstehung und Stabilisierung neuer sozialer Bewegungen, deren Ziele - sozial, ökonomisch, ökologisch, politisch - die Unterschiedlichkeit, Breite und Vielfalt vorhandener Interessenstrukturen in der DDR verkörperten und öffentlich wahrnehmbar machten.

Bis in die Gegenwart ist auch für die Sozial- und Wohlfahrtsarbeit eine nach wie vor stete, kaum noch überschaubare Neubildung und Neuformierung von Vereinen/Verbänden feststellbar. Während zunächst eine um Sachfragen orientierte parteien- und vereinsübergreifende Zusammenarbeit - insbesondere in Form von „Runden Tischen“ - bestimmend war, begannen bereits zu Beginn der 90er Jahre mit der zunehmenden Dominanz der Parteienpolitik, die Vereine und Verbände ihre „Eigeninteressen“ in den Mittelpunkt zu stellen. Mitgliedergewinnung und ökonomische Abhängigkeiten beförderten den „Wettbewerb“ im Sinne eines (bestenfalls) Nebeneinander und ersetzten notwendiges Miteinander. „Wettbewerb“ im Sinne eines Konkurrenzverhaltens, weniger bezogen auf Ziele und Konzepte, sondern mehr hinsichtlich der Mitgliedergewinnung, des Eintreibens von Fördermitteln, des öffentlichen Erscheinungsbildes machten sich rasch breit und prägen bis in die Gegenwart die Arbeit der Verbände und Vereine. Selbst in kleineren Orten ringen vier oder fünf „Seniorenvereine“ um ein überschaubares (finanzfähiges) Klientel, z.T. auf Kosten der weniger Begüterten bzw. von Leistungen, die „ineffektiv“ sind, aber eigentlich benötigt werden. Gerade in Feldern, die „öffentlichkeitssträchtig“ sind und finanzieller Mittel bedürfen, ist das „Gegeneinander“ und „Nebeneinander“ nicht selten und behindert gemeinsame Aktivitäten deutlich.

Andererseits führten der Aufbau und die Transplantation des (alt-)bundesdeutschen „Institutionengefüges“, z.B. im sozialen Bereich, relativ schnell zu analogen Strukturen in der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit. Vergleichbar nicht nur in organisatorischer Hinsicht, sondern auch in den politischen „Zu- und Abneigungen“, den politischen und kulturellen Vorbehalten gegen „Neues“ aus dem Osten sowie gegen „Übernommenes“ (das oft als „ehemalig“ und „reformunfähig“ bzw. „reformunwillig“ etikettiert wird).

⁸⁰⁵ Vgl. Datenkarten der Hans-Böckler-Stiftung - WSI 2013.

Das mag dem einen oder anderen wenig verständlich klingen, aber bis in die Gegenwart werden einzelne Verbände und Vereine weniger nach ihrem heutigen Wirken, sondern nach ihrer „Herkunft“ bewertet. Es wird ihnen „rücken nach links“ und „Parteiennähe“ als politisch abwertendes Etikett zugeschrieben. Dabei sind für die Mehrheit der heutigen „Ostvereine“ parteien- und konfessionsunabhängige sowie an kein Milieu gebundene Mitgliederstrukturen viel charakteristischer als angenommen und zum Teil im Gegensatz zu einzelnen Wohlfahrtsverbänden mit langjährigen Traditionen.

Das Spektrum der Sozial- und Wohlfahrtsverbände zeigt (vgl. Tabelle 7.11), dass vor allem folgende Verbände mit einem relativ hohen Anteil an Mitgliedern prägend sind (18 bis 80 Jahre):

- das DRK (insbesondere durch seine Rettungshelfer und die medizinischen Dienste),
- die Volkssolidarität,
- der Arbeiter-Samariter-Bund,
- die Arbeiterwohlfahrt,
- der VdK,
- der SoVD,
- der RHB.

Abbildung 7.18: Sozio-demografische Strukturen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände
- nach Regionen - 2014 - Anteile in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

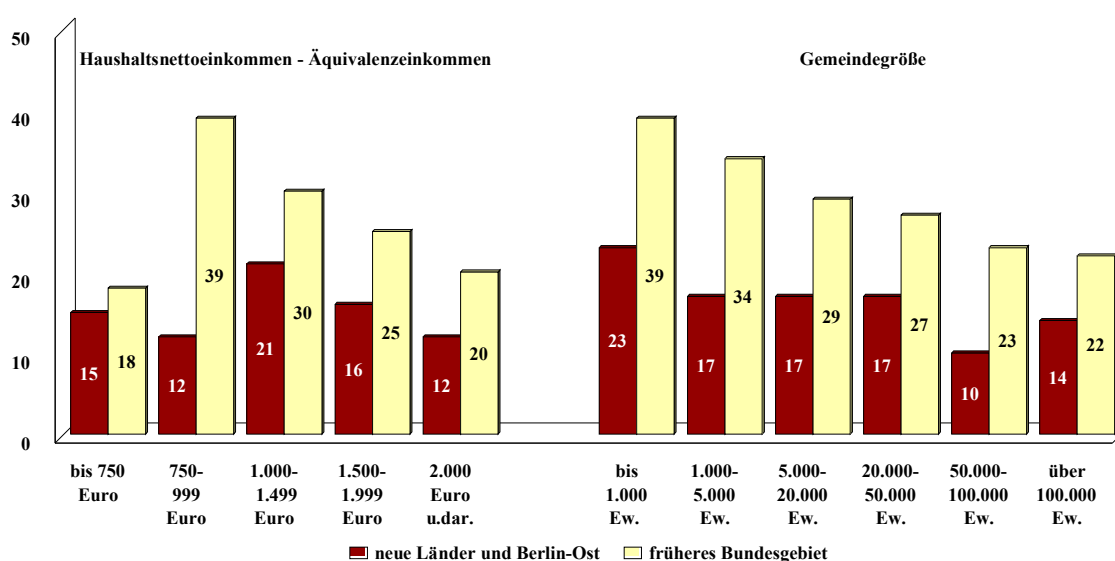
Die beiden großen konfessionellen Wohlfahrtsverbände - der „Deutsche Caritasverband“ und das „Diakonische Werk der evangelischen Kirchen in Deutschland“ - erbringen zwar umfangreiche sozial-gesundheitliche Dienstleistungen, verfügen aber nicht über eine spezielle an die Wohlfahrtsverbände gebundene Mitgliedschaft, sondern ordnen sich den jeweiligen Kirchen zu. Das gilt auch für die „Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland“. Der „Paritätische Gesamtverband“ vereint als Wohlfahrtsverband von eigenständigen Organisationen, Einrichtungen und Gruppierungen in der sozialen Arbeit rd. 10.000 Mitgliedsorganisationen - ohne individuelle Mitgliedschaften und eigene Sozialeinrichtungen bzw. Dienste. Bezogen auf die an eigene Mitgliedschaften gebundenen Sozial- und Wohlfahrtsverbände konzentrieren sich die Mitgliederstrukturen naturgemäß auf

- über 60-Jährige und damit verbunden
- allein lebende (insbesondere verwitwete) Frauen ab 60. Lebensjahr.

Charakteristisch für Mitgliedschaften in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sind darüber hinaus:

- steigende Mitgliedschaften in unteren und niedrigen Einkommen, danach in Ost wie West sinkende Mitgliedschaften, was der allgemeinen Tendenz der „Entsolidarisierung“ entspricht;
- die höhere Mitgliederdichte in kleinen Gemeinden und Städten der alten Bundesländer sowie abnehmende Mitgliedschaften in den größeren Städten der neuen Bundesländer;
- ein hoher Anteil von gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern (19 % im Osten/27 % im Westen) im Vergleich zu Nichtgewerkschaftsmitgliedern (17 % bzw. 19 %);
- von Erwerbstätigen im Vergleich zu Arbeitslosen, was möglicherweise einem nicht hinreichenden Angebot an Leistungen für Arbeitslose seitens der Sozial- und Wohlfahrtsverbände ebenso geschuldet sein mag wie der Höhe der Beiträge in einzelnen Verbänden.

Abbildung 7.19: Mitgliedschaft in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden - nach Einkommensgruppen (Äquivalenzzahaltseinkommen), Gemeindegrößen und Regionen - 2014
- in Prozent -

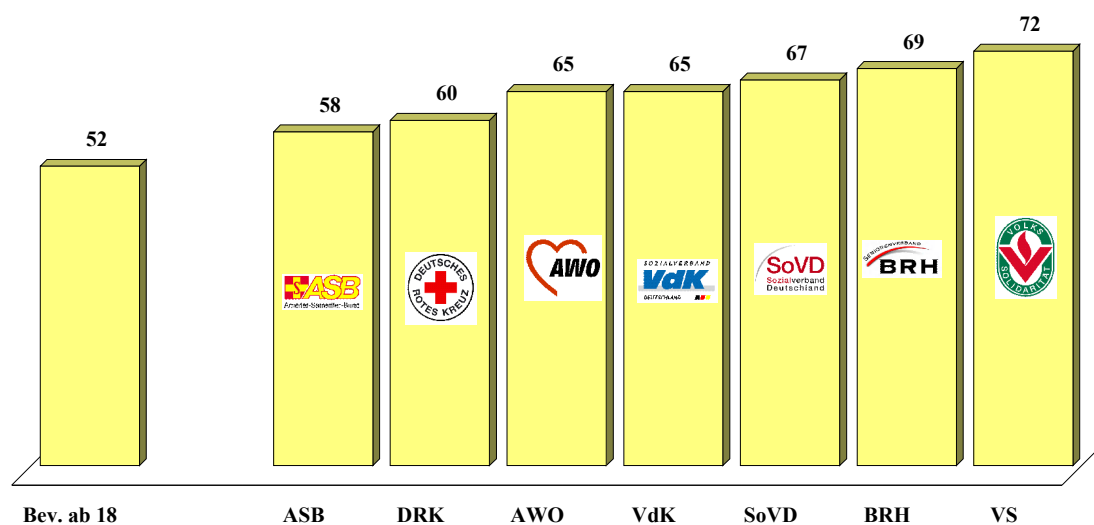


Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

In den neuen Ländern liegt das Durchschnittsalter der Mitglieder von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden bei allen Verbänden über dem Durchschnittsalter der Bevölkerung mit 52 Jahren (ab 18. Lebensjahr) und entspricht

- dem insbesondere ab 50 bis 60 Jahre einsetzenden Bedarf an Leistungen im weitesten Sinne,
- dem Bekanntheitsgrad des jeweiligen Verbandes und seinen Leistungsangeboten,
- den Möglichkeiten „Jüngerer“, sich einbringen zu können.

Abbildung 7.20: Durchschnittsalter der Mitglieder in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden
 - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 bis 2012 - in Jahren -



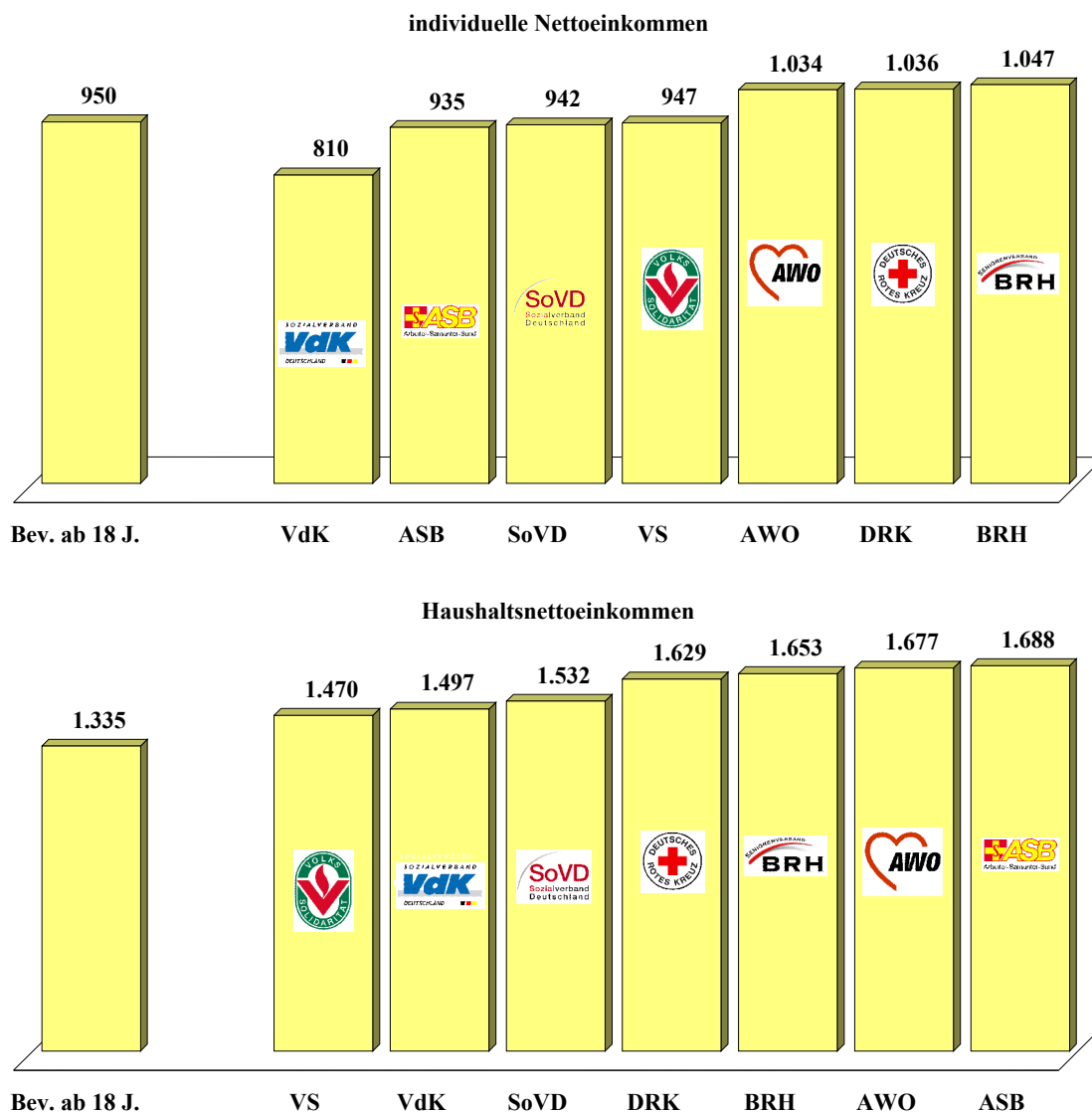
Datenbasis: sfz/leben 2007-2012 (gew.)

Für Malteser und Johanniter liegen keine hinreichenden Fallzahlen für Mitgliedschaften vor (angegebenes Durchschnittsalter Johanniter = 48/Malteser = 47 Jahre). Der 2010 für die alten Bundesländer vorliegende Vergleich ergibt analoge Altersstrukturen, bei höchstem Durchschnittsalter für den BRH (66 Jahre).

Mitglieder der Volkssolidarität verfügen über ein dem Durchschnitt entsprechendes individuelles Nettoeinkommen - mit deutlich sinkender Tendenz seit 2006 - ebenso wie über ein gleichfalls in der Tendenz sinkendes unterdurchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen (höherer Anteil Alleinlebender und weniger Zweipersonenhaushalte) (vgl. Abbildung 7.21). Die Haushaltsgröße bei VS-Mitgliedern liegt bei 1,3 Personen - DRK bei 1,9 Personen je Haushalt.

Während in den nach 1990 neu formierten Sozial- und Wohlfahrtsverbänden nur ein geringer Anteil von Mitgliedern ohne berufliche Ausbildung ist, konzentrieren sie sich andererseits aufgrund flächendeckender Leistungsangebote vor allem auf den ländlichen Raum mit höheren Anteilen von Mitgliedern mit Wohneigentum.

Abbildung 7.21: Durchschnittliche individuelle und Haushaltsnettoeinkommen der Mitglieder in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden - neue Länder und Berlin-Ost - in Euro -



Datenbasis: sfz/leben 2007-2012 (gew.)

Die Volkssolidarität hat ganz offensichtlich ihre Position vor allem im ländlichen Raum eingebüßt (7 % der ab 50-jährigen Einwohner in Gemeinden unter 1.000 Einwohnern - 8 % in Gemeinden zwischen 1.000 und 5.000 Einwohnern) und liegt damit insgesamt deutlich unter den entsprechenden Bevölkerungsanteilen, nicht zuletzt im Ergebnis des Wegbruchs organisatorischer Strukturen und teilweise Rückbau von Leistungsangeboten bei zunehmender Konzentration auf Klein- und Mittelstädte (Sitze der Geschäftsstellen). Dabei muss darüber hinaus darauf hingewiesen werden, dass in den neuen Bundesländern in Gemeinden unter 5.000 Einwohnern rd. 20 bis 25 % der Bürger (im hohen Maße auch ältere Bürger) leben.

Tabelle 7.10: Höchster beruflicher Abschluss sowie Anteil weiblicher Mitglieder der Sozial- und Wohlfahrtsverbände - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - Anteile in Prozent -

	Qualifikationsanteile			Anteil weiblicher Mitglieder
	ohne Abschluss	Facharbeiter	Fach-/Hochschule	
ASB	23	59	17	52
AWO	11	62	25	62
DRK	21	60	18	57
BRH	9	58	33	48
VdK	17	66	15	63
SoVD	16	71	13	57
VS	24	55	19	70
andere	20	52	27	53

Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

7.3.4 Exkurs: Volkssolidarität⁸⁰⁶

Entwicklung und Wirken der Volkssolidarität (VS) insgesamt sind Teil der Sozialgeschichte in Deutschland nach 1945, deren Qualität als Organisation vor allem durch das alltägliche Handeln und Wirken ihrer Mitglieder sowie der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter im Osten Deutschlands geprägt ist. Sie wurde in unterschiedlichem Maße zu unterschiedlichen Zeiten vom Staat/von der Politik genutzt, missbraucht, gefördert bzw. eingeordnet. Ihre Wirksamkeit wird insgesamt durch ihre Aktivitäten zur Sicherung der Lebensqualität jener Bürger geprägt, welche der Hilfe und Unterstützung sowie des solidarischen Miteinanders bedürfen.

Die Gründungsgeschichte der VS ist gebunden an die 1945 existierende soziale Situation der Menschen, unabhängig von ihrer vorherigen sozialen und politischen Positionierung, sowie dem enormen „Hilfebedarf“, der ohne das „Jeder hilft Jedem“ (Solidarität des Volkes) nicht zu bewältigen war.

Die bedingungslose Kapitulation des faschistischen deutschen Staates brachte das Ende des Krieges, jedoch nicht das Ende von unsäglichem Leid auch unter der deutschen Bevölkerung. Zerstörungen von riesigem Ausmaß, Trümmerberge, Obdachlose und Flüchtlinge, Kriegsheimkehrer, Waisenkinder, Kranke und Verletzte bestimmten die Bilder des Chaos im Frühjahr/Sommer des Jahres 1945. Vor allem auf dem Gebiet der heutigen neuen Bundesländer hatte der 2. Weltkrieg riesige Zerstörungen bewirkt, die sowohl auf die „Taktik der verbrannten Erde“ als auch auf anglo-amerikanische Luftangriffe sowie unmittelbare Kampfhandlungen zurückzuführen waren.⁸⁰⁷ Das betraf die Industrie, Verkehrsnetze, so z.B. 1.500 Brücken und ein 18.000 km zerstörtes Straßennetz, das betraf 50 % des städtischen Wohnraums mit einer totalen Zerstörung von 620.000 Wohnungen ebenso wie die Beschädigung von weiteren 200.000 Wohnungen. Dessau und Halberstadt waren zu 80 % zerstört, Plauen und Nordhausen zu 75 %, Dresden zu 65 %. Die akute Wohnungsnot wurde durch die Umsiedlerströme zusätzlich vergrößert. Hunger, Not, Obdachlosigkeit waren an der Tagesordnung. Das Schlimmste aber waren die seelischen und geistigen Folgen eines menschenverachtenden und -vernichtenden Krieges sowie eine Bevölkerung mit hohen Frauen- und Kinderanteilen.

⁸⁰⁶ Vgl. hierzu: Winkler, Gunnar: Zur Geschichte der Volkssolidarität - 1945 bis 2010 (Abriss), in: Volkssolidarität 1945 bis 2010 - ein Sozial- und Wohlfahrtsverband in Wort und Bild, herausgegeben von der Volkssolidarität Bundesverband e.V., 4. aktualisierte Auflage, Berlin 2015.

⁸⁰⁷ Vgl. Barthel, Horst: Die Sozialpolitik in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945 bis 1949), in: Gunnar Winkler (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik der DDR 1945 bis 1985, Akademie-Verlag, Berlin 1989, S. 22/23.

Anknüpfend an Erfahrungen aus früherer Not fanden sich Menschen unterschiedlicher Herkunft, Frauen und Männer, Ältere und Jüngere, Kommunisten und Christen, Arbeiter und Selbstständige u.v.a.m. zusammen, um den Bedürftigen zu helfen. Sie organisierten, mit eigenem Beispiel vorangehend und großem Einsatz, die Hilfe für die Nächsten, die Nachbarn und Waisen, die Kranken und Hilflosen - oft nur vom eigenen Enthusiasmus geführt. Der Solidaritätsgedanke, die Idee, dass einer dem anderen helfen muss, dass die Menschen in den Städten und Dörfern, den Kommunen und Gemeinden, dass die Bevölkerung, dass das Volk miteinander solidarisch umgehen sollten, um nicht in Apathie und Lethargie zu versinken, diese Idee der Solidarität des Volkes wurde zur Grundidee erster spontaner Vereinigungen und Verbände. Zugleich war es Anliegen, einerseits die vor 1933 existierende Bindung der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit an Parteien und Kirchen nicht wieder zuzulassen, wie andererseits zugleich durch direkte Einflussnahme der Partei (SED) auf die Sozial- und Wohlfahrtsarbeit, die Kontrolle darüber zu bewahren.

7.3.4.1 Die Entstehung der Volkssolidarität - 1945 bis 1949⁸⁰⁸

Die soziale und ökonomische Situation der Bevölkerung in der SBZ führte im Sommer/Herbst 1945 viele progressive soziale Kräfte zusammen, welche - zunächst in Sachsen - am 17. Oktober 1945 einen Aufruf „Volkssolidarität gegen Wintersnot“ verabschiedeten, um breite Kreise der Bevölkerung zur gegenseitigen Solidarität und Hilfe zu mobilisieren. Ausgehend von diesem Gründungsaufruf des Blocks Antifaschistisch-Demokratischer Parteien⁸⁰⁹, der die Unterschriften von KPD, SPD, LDPD und CDUD, des FDGB und der Landeskirchen⁸¹⁰ trägt - und seiner Veröffentlichung in der „Sächsischen Volkszeitung“ (19.10.) sowie der „Volksstimme“ (20.10.) - folgte am 24. Oktober 1945 der Aufruf der Landesverwaltung Sachsen zur Unterstützung der Initiative. In Konferenzen der KPD und SPD am 24. und 27.10. forderten die Parteien dann zur Verbreiterung der Aktion „Volkssolidarität gegen Wintersnot“ auf.

Die Geburtsstunde der basisdemokratisch gebildeten „Volkssolidarität“ trägt damit das Datum vom 17.10.1945.

⁸⁰⁸ In die nachfolgenden Ausführungen wurden einbezogen:

- Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Bundesarchiv (Hrsg.): Baden-Baden 2001-2008; 11 Bände, speziell Bd. 2/1 1945 - 1949/Bd. 8 - 1949-1961 Deutsche Demokratische Republik/Bd. 9 - 1961-1971 Deutsche Demokratische Republik/Bd. 10 - 1971-1989 Deutsche Demokratische Republik, jeweils Abschnitt Altenpolitik (Gisela Hellwig), Soziale Infrastruktur und soziale Dienste (Thomas Olk).
- Springer, Philipp: Da konnt' ich mich dann so'n bißchen entfalten - Die Volkssolidarität in der SBZ/DDR 1945-1969, Peter-Lang-Verlag, 1999, Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 836, S. 23.
- Angerhausen, Susanne: Radikaler Organisationswandel - wie die Volkssolidarität die deutsche Vereinigung überlebte, VS Verlag 2004.
- Swoboda, Karl-Heinz: Über ein halbes Jahrhundert Volkssolidarität, Mosaik einer humanistischen Bewegung, Landesverband der Volkssolidarität Thüringen, Jansen-Verlag 1996.
- Lattka, Ernst-Günter: „Hurra, wir leben“ - 60 Jahre Volkssolidarität, VS-Verlagsgesellschaft mbh, Berlin 2005 sowie
- Ausarbeitungen auf Landesebene und Vorarbeiten des Autors.

⁸⁰⁹ Bis in die Neuzeit galt die am 24.10.1945 in Dresden stattgefundene Parteiarbeiterkonferenz der KPD der SBZ im Allgemeinen als Gründungsdatum der „Volkssolidarität“; vgl. hierzu auch Lattka, E.-G.: Hurra wir leben, a.a.O., S. 14. Die Diskussionen um Gründungsdatum und Autorenschaft führten zu vielen Irritationen, auch durch unzureichende Auswertung von Dokumenten und die Übernahme falscher Aussagen, so z.B. mit der Aussage zur Verabschiedung eines „Grundsatzprogramms der Bewegung Volkssolidarität“ auf der o.g. KPD-Konferenz mit dem Ziel ihrer Verbreiterung auf alle Länder der SBZ.

⁸¹⁰ Die Gründung ist nicht, wie in der Geschichte der Sozialpolitik Deutschlands 1945-1989, Bd. 2, NOMOS-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 139, dargestellt, von den Blockparteien und „den Hilfswerken der Kirchen (Caritas und Evangelisches Hilfswerk)“ erfolgt, sondern unter Mitgründerschaft der Landes-(Provinz-)kirchen sowie der Jüdischen Religionsgemeinschaft.

Die VS ist die einzige Bewegung/Organisation, die nach 1945 im Bündnis und Zusammenwirken von **allen** neu bzw. wieder gegründeten Parteien, von Landeskirchen, Gewerkschaften und Frauenorganisationen entstand. Sie fasste die unmittelbar nach Ende des Krieges entstandenen vielfältigen Initiativen auf kommunaler Ebene - und später auf Landesebene - zur Unterstützung Hilfsbedürftiger (Ausgebombte, Obdachlose, Waisen, Flüchtlinge, Umsiedler, Kriegsheimkehrer, Neubauern, Hungernde, Frierende) für den Osten Deutschlands (SBZ) zusammen (parteienübergreifende Bündnisorganisation).⁸¹¹

Ende 1949 umfasste die VS 11.857 Ortsausschüsse, 157 Kreisausschüsse, 77.822 Volkshelfer.⁸¹²

Zu den Aufgaben zählten zwischen 1946 und 1949 vor allem:

- Soforthilfe für Obdachlose, Heimkehrer und Flüchtlinge durch Essenvergabe, Sammlungen insbesondere für Lebensmittel, Geld, Bekleidung,
- (Wieder-)Ingangsetzung sozialer Einrichtungen, so u.a. Kindergärten, -krippen und -erholungsheime sowie Neugründungen, wie Waisenheime und Kinderdörfer,
- Lager für Umsiedler, Flüchtlinge und Heimkehrer,
- Bahnhofsdienste, Volksküchen, Werkstätten,
- Krankenpflege- und Altenpflegeheime,
- Schwerbehinderten- und Feierabendheime,
- Unterstützung bei Wiedereingliederung in die Wirtschaft, Hilfe beim wirtschaftlichen Aufbau,
- finanzielle und personelle Unterstützung bei Katastrophen - so z.B. der Hochwasserflut im Oderbruch (1947) oder der Borkenkäferaktion „Rettet den Thüringer Wald“ (1948).

Die Aufgabe der „Mobilisierung aller Männer, Frauen und Jugendlichen für den Wiederaufbau“ war der gemeinsame Wille aller „Gründer“, der Schwerpunkt lag jedoch eindeutig und zunehmend „im sozialen Bereich“. In welchem Maße seitens der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) Einfluss auf Bildung und Ausrichtung der Volkssolidarität ausgeübt wurde, ist bislang unzureichend erforscht. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass das ostdeutsche Konstrukt - als „sozialdemokratische“ Orientierung - eher auf geringe Gegenliebe stieß.

Eine Gesamtbilanz des sozialen Wirkens der VS für die Jahre bis 1949 liegt gegenwärtig nicht vor. Ein Leistungsbericht für 1948⁸¹³ sowie Berichte der Landesverbände lassen jedoch das umfassende Wirken des Verbandes erkennen. So wurden zwischen Oktober 1945 und September 1946 allein in Sachsen rd. 34 Millionen Reichsmark gesammelt⁸¹⁴ (6 Mark je Einwohner Sachsens), welche für Notleidende und Beihilfen („Umsiedler- und Heimkehrerbetreuung“) eingesetzt wurden. Bereits 1946 nahmen über 245.000 Kinder an der Aktion „Sommerfreude allen Kindern“ teil.⁸¹⁵ 1948 gab es in der VS u.a. 89 Kinderheime mit 4.018 Plätzen, 3 Kinderdörfer, 1.078 Nähstuben und 135 Tauschzentralen. 1.285 Tonnen Lebensmittel wurden 1948 gesammelt und im Rahmen der Kinderspeisung an 192.000 Kinder, an Altenheime und Lungenheilstätten verteilt.⁸¹⁶

⁸¹¹ Vgl. Angerhausen, Susanne: Radikaler Organisationswandel ..., a.a.O., S. 101.

⁸¹² Ebenda, S. 125.

⁸¹³ Vgl. Volkssolidarität: Leistungsbericht für 1948, SAPMO-BArchiv, DY 34, Nr. 2010.

⁸¹⁴ Vgl. Zahlen und Tatsachen, Volkssolidarität Landesverband Sachsen, Sachsenverlag, Dresden 1946.

⁸¹⁵ Vgl. Lattka, Ernst-Günter: „Hurra, wir leben“ - 60 Jahre Volkssolidarität, a.a.O., S. 24.

⁸¹⁶ Vgl. Geschäftsbericht des Zentrallausschusses der Volkssolidarität für das Jahr 1948 (gehalten von K. Roßberg am 4. März 1949).

Die VS war auch Ende 1949 noch ein Aktionsbündnis mit unterschiedlichen rechtlichen Strukturen und kein einheitlicher Mitgliederverband. Erst unmittelbar nach Gründung der DDR wurde am 28.10.1949 die „Satzung der Gemeinschaft Volkssolidarität in der DDR“ und des „Zentralausschusses der Volkssolidarität“ auf der 23. Tagung des Zentralausschusses beschlossen. Damit wurden sowohl die Breite wohlfahrtsverbandlicher Arbeit, ihre rechtliche Situation als gemeinnütziger eingetragener Verein als auch die in ihr vereinten Träger rechtlich abgesichert.

Insgesamt ist hervorzuheben, dass die VS aufgrund ihres umfassenden Wirkens insgesamt eine hohe Legitimation in der Bevölkerung besaß. An der im Vorfeld der Gründung der DDR entstandenen „Volkskongressbewegung“ nahm sie nicht unmittelbar und direkt teil, sondern verstand sich als „parteien- und vereinsübergreifende“ Organisation, die offiziell auch nicht der „Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands“ angehörte und demzufolge auch nicht den Status einer mandattragenden Massenorganisation erhielt - im Gegensatz zu anderen Organisationen. Sie stellte damit auch keine Abgeordneten für die Wahlen zur Volkskammer auf und war bis 1989 nicht Teil der Legislative.

Auf der 4. Interzonenkonferenz der VS (3./4. September 1949 in Weimar) wurde seitens der Delegierten dem Programm der Nationalen Front zugestimmt. Die Vertreter der Kirche lehnten aufgrund des fehlenden Mandats ihrer Kirchen eine Zustimmung ab. Anfang 1950 schieden die Vertreter der Kirchen aus der Arbeit des Zentralausschusses aus - mit nachfolgender Trennung auf allen Strukturebenen - was zu einer Separierung der Kirchen führte.⁸¹⁷

7.3.4.2 Die Neustrukturierung der Volkssolidarität - 1949 bis 1960

1949 war die Mehrzahl der im Bereich der Sozialpolitik liegenden Aufgaben der unmittelbaren Nachkriegsphase auf Mindestniveau gelöst (Nachkriegsnotstände), eine damaligen Möglichkeiten entsprechende Grundversorgung aller Bürger war erreicht, so dass es um die Neubestimmung sozialer Ziele und Erfordernisse ging. Viele ursprüngliche Aufgaben der VS - z.B. im Bereich der Umsiedler- und Kriegsheimkehrerfürsorge - verloren ihre gesamtgesellschaftliche Bedeutung.

In den Jahren ab 1949 wurde die VS mehr und mehr in Frage gestellt. Dabei wurde davon ausgegangen, dass die Konstruktion der VS als parteien- und weltanschaulich übergreifendes Aktionsbündnis dem durchgängigen Einfluss der SED entgegenstand ebenso wie dem gewünschten Zurückdrängen kirchlichen Einflusses auf karitativem Gebiet. Eine eigenständige Sozialpolitik wurde, wie auch die Trägerschaft von Sozialeinrichtungen in Hand von „Wohlfahrtsorganisationen“ und damit verbundenen partielle eigenständige Interessenvertretung weder für erforderlich gehalten noch waren sie erwünscht. Hinzu kam, dass die Konstruktion der Wohlfahrtsarbeit in der SBZ auch den Erfahrungen/Vorstellungen der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Staaten widersprach und als „sozialdemokratisch“ noch in den 90er Jahren abgelehnt wurde.

Es setzten sich 1949/1950 jene Kräfte durch (insbesondere Parteifunktionäre aus dem SU-Exil), die davon ausgingen, dass mit der Eigentumsfrage auch die „soziale Frage“ im Sinne der „Arbeiterfrage“ entschieden sei. Eine eigenständige Sozialpolitik (und damit verbundene Institutionen) wurde als dem Sozialismus nicht gemäß empfunden, sondern als Relikt einer überholten kapitalistischen Gesellschaft gesehen. Es wurde aus den neuen ökonomischen Verhältnissen gewissermaßen ein Automatismus abgeleitet, in dem alles, was getan wird, der „führenden Arbeiterklasse und ihren Verbündeten“ diene, was eine „gesonderte“ soziale Ausrichtung von Politik, eine nachträgliche soziale Sicherung vor den

⁸¹⁷ Vgl. Lattka, Ernst-Günter: Volkssolidarität (VS), in: Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Dietz-Verlag, Berlin 2002, S. 758.

Risiken ökonomischer Politik bzw. eine eigenständige Sozialpolitik ausschließe bzw. nicht erforderlich mache.⁸¹⁸

Das Bemühen um Auflösung der VS erfolgte auch vor dem Hintergrund eines zunehmenden Einflusses der Arbeit der Kirchen im karitativen Bereich (Spenden/Mittel für Sozialeinrichtungen) und zielte auf die Zurückdrängung der Wirksamkeit der Kirchen generell.⁸¹⁹

Die Legitimation der VS in der Bevölkerung und ihr Wirken insbesondere vor 1949 ermöglichten keine Auflösung der VS, wurden jedoch mit dem strukturellen Umbau (Mitgliederorganisation/Massenorganisation und dem Rückzug der Kirchen aus der Arbeit der Volkssolidarität bei Einbindung der sogenannten Blockparteien) sowie der inhaltlichen Begrenzung auf „Altenarbeit“ verbunden. Ab 1950 begann generell im Bereich der sozialen Dienste und Infrastrukturen eine forcierte Politik der Verstaatlichung, Entkonfessionalisierung und mit dem Ausbau des Ehrenamtes verbundene teilweise Deprofessionalisierung, die auch für die Volkssolidarität Konsequenzen hatte.

In dieser Phase beginnend entsteht eine zunehmende Kluft zwischen den Interessen der Basis der Volkssolidarität - den Gruppen - und der Verbandsführung mit den von ihr vertretenen Erwartungen der SED-Führung. Es sollte auch nicht übersehen werden, dass die Volkssolidarität - ebenso wie das DRK, der Kulturbund, die Sportverbände u.a. - für einzelne Bürger zur „Nische“ wurden, um „gesellschaftspolitische Aktivitäten“ nachzuweisen.

Obwohl im Mai 1950 der Eintrag der VS als Verein erfolgte und im Herbst ein einheitliches Symbol geschaffen wurde (zunächst mit der Kreisbeschriftung: Einheit - Frieden - Solidarität, das bis heute - außer der geänderten Kreisbeschriftung in „Volkssolidarität“ - Bestand hat), hatte die VS zu Beginn der 50er Jahre eine „Legitimationskrise“ gegenüber der Partei/dem Staat aufgrund der Diskussionen um die Frage nach ihrer Existenzberechtigung. Die Folgen hiervon waren Pessimismus und Liquidationstendenzen.⁸²⁰ Diese führten zu einer stagnativen Entwicklung bis Ende der 50er Jahre.

1951 wurde im Ergebnis der Überlegungen, die Volkssolidarität aufzulösen, ein grundlegender struktureller Wandel von einer Bewegung zu einer Organisation (Massenorganisation) vollzogen, der in folgenden Richtungen erfolgte:

- die Volkssolidarität „wird nicht mehr unmittelbar von den demokratischen Parteien und Organisationen getragen, sondern steht als eine Art Hilfsorganisation den demokratischen Parteien und Organisationen zur Verfügung“²⁶, was sie endgültig aus dem ohnehin begrenzten System politischer Einflussnahme und Interessenvertretung herausnahm;
- Umbau der Volkssolidarität nach den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ und Überwindung föderalistischer Strukturen im Interesse zentraler Führungsstrukturen. Anpassung an die inzwischen gebildeten Bezirksstrukturen;
- Auflösung des Eigentums der VS durch systematische Übergabe/Übernahme - ohne Werterstattung - von 966 Einrichtungen der VS an den Staat (Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen) bzw. die Kommunen, die Sozialversicherung sowie volkseigene Betriebe (Kindergärten, Nähstuben) und ab 1956 die Übertragung der Bahnhofsmissionen und der Katastrophenhilfe an das DRK.

Die Arbeit der VS wurde ab Beginn der 50er Jahre systematisch auf die betreuende und offene Altenarbeit konzentriert/begrenzt (Hauswirtschaftshilfe für Alte, Veteranenklubs). Ambulante und stationä-

⁸¹⁸ Vgl. Winkler, Gunnar: Ziele und Inhalte der Sozialpolitik, in: Sozialpolitik in der DDR, trafo verlag, Berlin 2001, S. 14.

⁸¹⁹ Springer, Philipp: Da konnt' ich mich dann so'n bißchen entfalten ..., a.a.O., S. 153.

⁸²⁰ 22. Sitzung des Sekretariats des ZK der SED vom 06.08.1958 (SAPMO-BArchiv, DY 30 J IV 2/3/608, Bl. 27).

re Altenpflege unterlag ausschließlich dem staatlichen Gesundheitswesen. Sie entwickelte sich als „gesellschaftliche Massenorganisation“ im Sinne einer „freiwilligen Vereinigung von Bürgern zur Wahrnehmung ihrer politischen, ökonomischen, kulturellen, sportlichen und beruflichen Interessen und zur Verwirklichung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“⁸²¹ (gesellschaftliche Massenorganisation mit speziellem sozialen Inhalt). Die VS verfügte nicht über stationäre Betreuungseinrichtungen - Diakonie und Caritas versorgten 13 % der Betten in stationären Alten- und Pflegeheimen⁸²².

In der Satzung vom 13. April 1951 wurde festgelegt: „Die Volkssolidarität hat folgende Aufgaben:

- a) Soziale Betreuung von Hilfsbedürftigen und Alten durch freiwillige Helfer.
- b) Hilfsaktionen bei Naturkatastrophen und anderen Notständen.
- c) Solidaritätsaktionen für die Opfer des Kampfes für den Frieden und die Einheit Deutschlands in Westdeutschland und Westberlin.
- d) Internationale Solidaritätsaktionen für den Kampf für den Frieden und die nationale Unabhängigkeit der Völker.
- e) Hilfeleistungen bei großen Treffen mit öffentlichen Veranstaltungen demokratischen Charakters.

Tabelle 7.11: Eckdaten der Entwicklung der Volkssolidarität - 1950 bis 1960 -

		1950	1957	1960
Mitglieder	Personen	825.231*	371.879	1.142.808**
ehrenamtliche Mitarbeiter (Volkshelfer)	Personen	83.110	74.720	103.474
Wohn-/Ortsgruppen/Ortsausschüsse	Anzahl			7.409
Klubs der Volkssolidarität	Anzahl		41***	165
Hilfeleistungen (Hauswirtschaftspflege)	1.000 Stunden		645****	1.168

* Freunde der Volkssolidarität 1952 ** Mitglieder und Freunde *** 1959 **** 1954

7.3.4.3 Verband zur Wahrung von Lebensqualität - 1960 bis 1989

Anfang der 60er Jahre war der grundlegende Funktionswandel der VS weitgehend vollzogen, die Jahre danach trugen vor allem zur Stabilisierung des Verbandes in Richtung einer „Massenorganisation“ zur Betreuung älterer Menschen bei.⁸²³ Dabei konzentrierte sich die VS zunehmend auf ländliche und städtische Wohngebiete, da mit der Entwicklung der „Veteranenarbeit“ der Gewerkschaften (FDGB) ein nicht unbedeutender Teil sozialer und kultureller Betreuung im Rahmen der Betriebe/Kombinate erfolgte (Ferienbetreuung, Essenversorgung, kulturelle und sportliche Aktivitäten). Diese „territoriale“ Zuordnung entsprach auch dem Interesse der Parteiführung an Zurückdrängung des Einflusses konfessioneller Träger.

Die Hauptfelder der Arbeit der VS waren:

- Betreuung älterer und hilfebedürftiger Bürger,
- Integration der Rentner (Senioren) in das soziale und politische Leben, insbesondere über Veteranenklubs/Klubs der Volkssolidarität,
- Unterstützung/Entlastung berufstätiger Frauen durch entsprechende Hauswirtschaftsleistungen.

⁸²¹ Wörterbuch zum sozialistischen Staat, Dietz Verlag, Berlin 1974; vgl. auch Stichwort Massenorganisation, Meyers Neues Lexikon, Berlin 1974, Bd. 9, S. 196.

⁸²² Vgl. Kohnert, Monika: Soziale Dienste und Einrichtungen in der DDR, Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen, 11/1990, S. 31.

⁸²³ Vgl. Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 9, 1960 bis 1970 - DDR; Olk, Thomas: Abschnitt 3.4 Volkssolidarität, S. 694.

Die Hauswirtschaftspflege reichte von der Betreuung erkrankter Kinder, Erledigung leichter Hausarbeiten sowie von Einkäufen bis zum Einsatz sog. Rentnerbrigaden z.B. für Reparaturen. Vor allem der Stellenwert der Veteranenklubs gewann im genannten Zeitraum zunehmend an Bedeutung - als sog. „politisch-kulturelle Zentren“ - und war für viele ältere Menschen, vor allem den hohen Anteil allein lebender verwitweter Frauen im Ergebnis des Krieges, mit sozialer Kommunikation und Integration, kultureller und sozialer Betreuung verbunden.

Das Wirken der VS trug mehr und mehr dazu bei - auch aufgrund der geringen Höhe der Altersrenten, die 1970 knapp 200 Mark (199,17 Mark)³⁴ betragen -, ein Stück Lebensqualität im Alter zu erreichen bzw. zu bewahren.

Tabelle 7.12: Eckdaten der Entwicklung der Volkssolidarität - 1960 bis 1988 -

		1960	1970	1980	1988
Mitglieder	Personen	1.142.808*	1.601.366	2.029.387	2.145.591
ehrenamtliche Mitarbeiter (Volksheifer)	Personen	103.474	112.515	165.606	200.448
Wohn-/Ortsgruppen/Ortsausschüsse	Anzahl	7.409	9.683	13.625	14.990
Klubs der Volkssolidarität	Anzahl	165	288	458	631
Hilfeleistungen (Hauswirtschaftspflege und Nachbarschaftshilfe**)	1.000 Stunden	1.168	11.245	55.290	66.321
Betreute durch Hauswirtschaftspflege	Personen		13.736	74.353	86.888**
Ausgaben für soziale und kulturelle Betreuung von Veteranen	1.000 Mark	10.376	33.253	195.014	277.927
Mittagessen	Portionen		29.000	210.400	214.800*

* Mitglieder und Freunde

** Helwig gibt an: HWP für 1960 = 856.200 Std. und für 1970 6.890.000 Std. - Geschichte, Bd. 9, S. 674

Die Veteranenklubs der VS entwickelten sich in den 60er Jahren über die unmittelbare Betreuung älterer Bürger zu „kulturellen Zentren“ der Wohngebiete. Viele Millionen Stunden Hauswirtschaftspflege wurden seitens der VS insbesondere bei älteren Bürgern sowie erwerbstätigen Müttern zur Kinderbetreuung geleistet.

Bereits Mitte/Ende der 60er Jahre setzte sich in der Parteiführung die Erkenntnis durch, dass auch sozialistische Wirtschaftspolitik nicht automatisch gewünschte soziale Ergebnisse erbringt. Mit zunehmender ökonomischer Entwicklung und damit verbundenem Effizienzdruck war eine spezifischere Betrachtung der sich immer mehr ausdifferenzierenden Bedürfnisse verbunden. Es bedurfte jedoch einer langen, letztlich nie vollendeten Entwicklung, um Vorbehalte gegen „Sozialpolitik“ zu überwinden und auch im Sozialismus auftretende Entwicklungswidersprüche zwischen Politik-Ökonomie-Sozialem als „normal“ zu betrachten bzw. einzugestehen. Einfluss auf die Anfang der 70er Jahre proklamierte „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ hatte ohne Zweifel auch die in der Bundesrepublik erfolgreich realisierte „Soziale Marktwirtschaft“.

Die Entwicklung der VS in den Jahren ab 1970 wurde nicht unmaßgeblich durch die im Mai 1969 vom Ministerrat der DDR verabschiedeten „Grundsätze und Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der Bürger im höheren Lebensalter und zur Förderung ihrer stärkeren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sowie über die Hauptkomplexe der Altersforschung“⁸²⁴ beeinflusst, die materielle und finanzielle Rahmenbedingungen für das Wirken des Verbandes festlegten und sein Wirken im Bereich der Altenarbeit und -hilfe unterstrichen.

⁸²⁴ Vgl. auch Angerhausen, Susanne: Radikaler Organisationswandel ..., a.a.O., S. 135/136.

Anfang der 70er Jahre erfolgte ausgehend davon eine Konzentration der Arbeit auf den „Dreiklang“ unter dem Motto „Tätigsein - Geselligkeit - Fürsorge“. Im Mittelpunkt der Tätigkeit standen.⁸²⁵

- politisch-kulturelle Veranstaltungen:
 - aktuell-politische Veranstaltungen (Diskussion mit Abgeordneten),
 - populärwissenschaftliche Veranstaltungen (Recht/Gesundheit),
 - gesellige Veranstaltungen,
 - Sport- und Tourismus,
- Mahlzeitendienste,
- hauswirtschaftliche Hilfe,
- Motivierung Älterer zur „gesellschaftlichen Arbeit“ (bürgerschaftliches Engagement),
- Aufbau der Zirkelarbeit.

Bis in die Endphase der DDR hinein waren die Ortsgruppen der Volkssolidarität deren bestimmende Basis. Dabei organisierten sie sich ausschließlich territorial. Diese organisatorische und strukturelle Gestaltung war Voraussetzung, dass viele ältere Menschen, die nach ihrem Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit die Bindungen an ihren bisherigen Betrieb verloren haben oder aufgeben mussten, ein entsprechendes soziales Umfeld fanden. Die mit der Umwandlung der Volkssolidarität in eine Massenorganisation einhergehende Wandlung der Mitgliederrechte stärkte die Ortsgruppen. Weitgehend selbstständig konnten diese ihre Arbeitsprogramme erstellen, deren Inhalte definieren und auf dieser Basis die oft begrenzten materiellen und finanziellen Möglichkeiten im Interesse der älteren Einwohner einsetzen. Den Gruppen stand ein fester Anteil ihrer eingeworbenen Mittel (Beiträge/Spenden) zu, die Ende der 80er Jahre rd. 45 Millionen Mark der DDR pro Jahr ausmachten. Diese Refugien regionaler Selbstverwaltung konnten trotz zentralistischer Staatsformen und Demokratiegestaltung bewahrt und im besten Sinne humanistischer Werte sozial betreuend wirksam werden.

Die ab 1970 zu verzeichnende Zunahme der Mitgliederzahlen auf über 2 Millionen Mitglieder bis 1989 folgte in bestimmtem Umfang „kollektiven“ Zwängen (z.B. im Rahmen des Wettbewerbs in den Betrieben um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“) und hatte deshalb durchaus zum Teil formalen Charakter. Gleichzeitig trug sie dazu bei, dass ein großer Anteil der Bürger in das politische System eingebunden war und es bis 1989 - gewollt oder ungewollt - weitgehend mit trug. Die Mitwirkung stand dabei auch in der Volkssolidarität nicht gegen, bestenfalls teilweise „neben“ der offiziellen Politik in Wirtschaft, Organisationen und Verbänden.

Im Mittelpunkt der Vereinsarbeit stand die Mitgliederarbeit mit älteren Bürgern und nicht „marktfähige“ Dienstleistung. Die gesundheitliche und soziale Betreuung geschah im Rahmen von Einrichtungen des staatlichen Gesundheitswesens (Krankenhäuser, Polikliniken, Alten- und Pflegeheime) relativ unabhängig von der Wohlfahrtsarbeit (in begrenztem Maße bei Caritas und Diakonischem Werk - rd. 13 % der Plätze in Feierabend- und Pflegeheimen - 1989⁴⁴).

Wenn sich auch in den letzten Jahren der DDR durch deutlich wachsende Mitgliederzahlen und aufgrund der Verschiebung der Altersstrukturen der Anteil der ehrenamtlich Tätigen an den Gesamtmitgliedern relativ verringerte, lag die Ursache nicht in einem generellen Widerspruch zwischen „ehrenamtlicher“ Tätigkeit und ihrer realen Wirksamkeit.

Insgesamt muss auch in der Volkssolidarität geleistetes Ehrenamt differenziert beurteilt und nicht generalisierend - zum Teil bis in die Gegenwart - verurteilt werden. Insbesondere in den Ortsgruppen,

⁸²⁵ Mitteilungen des Ministerrates der DDR, Nr. 5/1969.

den Klubs und Treffpunkten der Volkssolidarität arbeitete eine große Zahl ehrenamtlicher Volkshelfer vor allem bei der Betreuung und kulturellen Gestaltung der Lebensbedingungen der älteren Generation. In den Jahren zwischen 1970 und 1988 nahm die Zahl dieser Ehrenamtlichen um mehr als drei Viertel zu. Waren 1949 in jeder Ortsgruppe durchschnittlich 6 bis 7 ehrenamtliche Volkshelfer tätig, so stieg diese Zahl bis 1988 mit 13 Ehrenamtlern auf fast das Doppelte an. Gerade mit diesen freiwillig Tätigen trug die Volkssolidarität ungeachtet aller zentralen Einflüsse durch den Staat und die SED wesentlich dazu bei, Lebensqualität für ältere Bürger, insbesondere diejenigen, die der sozialen Betreuung und Fürsorge bedurften, zu sichern.

Die Volkssolidarität war bis 1990 ein weitgehend auf ehrenamtlicher Arbeit beruhender Verband, der soziale und kulturelle Betreuung mit aktivem Tätigsein seiner Mitglieder verband. Sie ist auch in dieser Periode Beleg für interessengeleitete gesellschaftliche Aktivitäten (bürgerschaftliches Engagement). Es ging den mehr als Hunderttausend Helfern der Volkssolidarität insgesamt um die Vermittlung einer Atmosphäre des Gebrauchtwerdens, der Geborgenheit und Fürsorge durch kameradschaftliche Hilfe und tätige Solidarität.

Gerade für die überwiegende Mehrheit der ehrenamtlichen Helfer in der Volkssolidarität auf Gruppenebene gilt, dass ehrenamtliche Tätigkeit nicht vordergründig „Staatsbekenntnis“ war, sondern auf einer allgemeinen „systemunabhängigen“ Motivation beruhte, die in sich soziale Orientierung und Hilfe ebenso einschließt wie Bedürfnisse nach aktiver Betätigung, aber auch „Pflichtbewusstsein“ u.a.m.

Trotzdem wurde die Volkssolidarität durch ihre politische Einbindung einer erforderlichen „sozialpolitischen Interessenvertretung“, d.h. Fürsprecher älterer Bürger auf zentralen Ebenen zu sein, nicht gerecht. Notwendige Einflussnahme - insbesondere im Bereich der Rentenentwicklung und damit der Angleichung der Lebensverhältnisse älterer Bürger an die Lebensstandardentwicklung Erwerbstätiger - blieb ihr verwehrt und wurde von der Verbandsführung auch nicht angestrebt.

Mit der verordneten/durchgesetzten „Spezialisierung“ des Verbandes auf Betreuung älterer Menschen („Altenhilfe“) sowie einer bedeutenden Steigerung seiner sozial-kulturellen und sozial-pflegerischen Leistungen - die aus Sicht des Staates durchaus wünschenswert waren und dringend zur Legitimation des sozialen Wirkens benötigt wurden - hat sich die VS als „wichtigste Organisation in diesem Bereich profiliert“. Das trug jedoch nicht dazu bei - wie in der „Geschichte der Sozialpolitik Deutschlands“ festgestellt wird -, dass damit eine steigende politische Relevanz verbunden war. „Im Kontext der Nationalen Front und der Politik der SED und Staatsführung blieb die VS eine machtpolitisch relativ unwichtige Organisation, die in übergreifende politische Strategiefragen und Kampagnen nicht einbezogen wurde und daher folgerichtig in den Debatten und Auseinandersetzungen der politischen Führungsgremien der DDR keine bemerkenswerte Rolle spielte.“⁸²⁶

7.3.4.4 Von der Massenorganisation zum Sozial- und Wohlfahrtsverband - 1989 bis 2015

Die Jahre ab 1989 waren die zweite grundlegende Zäsur im Wirken der VS, mit völlig veränderten Anforderungen an die Arbeit des Mitgliederverbandes, des Auf-/Ausbaus des Bereichs sozialer Dienste und der sozialpolitischen Interessenvertretung. Im Herbst 1989 und im Umfeld der friedlichen Revolution mit ihren Aktionen und Demonstrationen kam es erst im unmittelbaren Umfeld des Mauerfalls (November 1989) zu öffentlich artikuliertem Widerstand gegen Partei- und Staatsfunktionäre sowie Verbandspositionen.⁸²⁷

⁸²⁶ Vgl. Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 10, 1971-1989, Abschnitt Sozialpolitische Entwicklungen (Autor Olk), S. 676.

⁸²⁷ Vgl. hierzu relativ detailliert: Angerhausen, Susanne: Radikaler Organisationswandel ..., a.a.O., S. 143-153.

Am 14. November 1989 wurde auf einer Beratung der Bezirkssekretäre sowie in nachfolgenden Beratungen gefordert:

- die VS als „parteiliche unabhängige gesellschaftliche Organisation“ zu profilieren ohne „Einordnung in die Administration durch die Führung einer Partei, ohne staatliche Reglementierung“,
- ausschließlich die Beschlüsse des Verbandes zur Grundlage der Arbeit zu machen,
- den Schutz der Interessen der älteren Bürger als Hauptanliegen des Verbandes zu organisieren.

Damit wurden erstmalig - wenn auch nur indirekt - seitens der „höheren“ Verbandsebenen die bis dato gültige parteiliche Abhängigkeit, staatliche Reglementierung und erfolgten Eingriffe von „außen“ in die Verbandsarbeit bestätigt. Die Phase Ende 1989/Anfang 1990 war noch gekennzeichnet durch die Forderung nach unmittelbarer Einbeziehung des Verbandes in die demokratische Willensbildung zur Reformierung der DDR:

- Mitarbeit in der Volkskammer und den örtlichen Volksvertretungen,
- Mitarbeit am „Runden Tisch“, die zunächst nicht vorgesehen war (erfolgte Anfang 1990 bis März 1990 in der Arbeitsgruppe Sozialpolitik),
- Erhöhung der Gehälter für Mitarbeiter und Zuschüsse zu Sachinvestitionen.⁴⁹

Nachdem die staatliche Vereinigung immer eindeutiger als Forderung der Mehrheit der Bürger sich durchsetzte, begann auch in der VS der Prozess des Umdenkens in Richtung einer Umgestaltung der VS entsprechend den Bedingungen der freien Wohlfahrtspflege. Das schloss Überlegungen ein

- zur Fortexistenz der VS mit einem erweiterten/veränderten inhaltlichen und organisatorischen Profil,
- zur Einbindung des Verbandes in die Wohlfahrtsstrukturen der Bundesrepublik.

Trotz massenhafter Austritte von Mitgliedern und Verlassens des Verbandes durch Mitarbeiter sowie der Überlegung von Kreisverbänden auf ihre Selbstauflösung setzte sich letztlich die Auffassung auf Erhalt des Verbandes durch, um gerade älteren Bürgern auch weiterhin die gewohnten Betreuungsleistungen zu gewähren, um sie beim Übergang in ein neues, fremdes soziales Leistungsgefüge zu begleiten und zu beraten und um Kontinuität in der Arbeit des Verbandes zu bewahren.

Auf einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz (Mai 1990) wurde eine neue, entideologisierte Satzung beschlossen, in der sich die VS als „gemeinnützige, selbstlos tätige, parteiliche und konfessionell unabhängige, selbständige Organisation“ kennzeichnet. Sie bestimmte ihre Tätigkeit als „Interessenvertreter älterer und hilfsbedürftiger Menschen“, die „im Interesse der Gesellschaft kulturelle und soziale Leistungen“ erbringt. Zugleich begann die rechtliche Verselbstständigung der neu gebildeten Landesverbände sowie einer Vielzahl von Kreis-/Stadtverbänden.

Die Einordnung in die Wohlfahrtsstrukturen der Bundesrepublik erfolgte - nach Versuchen seitens der AWO, die VS in ihren Verband zu übernehmen - im Dezember 1990 durch Beitritt zum Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV), der als parteiunabhängiger Dachverband von Wohlfahrtsverbänden und -vereinen der VS die höchstmögliche Selbstständigkeit und die Möglichkeit des Erhalts ihrer Strukturen sowie ihres Namens - obwohl er zum Teil sehr umstritten war - gewährleistete.

Das Bundesministerium des Innern stellte 1992 nach „Überprüfung“ fest⁸²⁸: Die Volkssolidarität gehöre „nicht zum Kreis derjenigen Organisationen ..., auf die §§ 20 a und b ParteiG-DDR Anwendung findet“. Sie gilt somit nicht als staatsnah. Eine Feststellung, die bis in die Gegenwart leider zum Teil von Politik und Medien nicht wahrgenommen werden will.

Die VS war nach 1990 vor allem Wegbegleiter vieler Menschen in eine neue, andere Soziallandschaft mit unbekanntem Rechten unter veränderten gesetzlichen Regelungen, half den Menschen, sich in den ungewohnten gesellschaftlichen Verhältnissen zurechtzufinden und erschloss mit ihnen neue Aktivitätsfelder - wie das Reisen zum Kennenlernen anderer Länder und Kulturen. Die VS trat zugleich für die Anerkennung der friedlichen Revolution als historische Leistung der Bürger Ostdeutschlands, wie ihrer erbrachten Leistungen bis 1989 und in den Jahren von 1990 bis 2009 ein. Sie forderte notwendige Angleichung der Lebensverhältnisse ebenso wie Akzeptanz von Unterschiedlichkeiten.

Mit der staatlichen Vereinigung im Jahre 1990 gestalteten sich die Rahmenbedingungen sozialer und wohlfahrtlicher Arbeit in den neuen Bundesländern grundlegend neu.⁸²⁹ Die VS ordnete sich als einer der größten Verbände im Osten Deutschlands - neben dem Diakonischen Werk, dem Caritasverband, der AWO, dem Arbeiter-Samariter-Bund und dem Deutschen Roten Kreuz - nicht nur in die neuen Strukturen ein, sondern brachte mit der Einheit von Sozial- und Wohlfahrtsverband etwas in die Einheit ein, was in dieser Größenordnung bis dato nicht existent war. Zugleich erfolgte eine Neuorientierung auf die Übernahme sozialer Einrichtungen durch den Verband.

Insbesondere zwischen 1989 und 1993 trat auch in der Volkssolidarität ein starker zahlenmäßiger Rückgang von Mitgliedschaft von 2,1 Millionen auf rd. 0,5 Millionen ein, der vor allem beruhte auf

- der Auflösung von formalen Mitgliedschaften bis 1990 (z.B. der Verpflichtung von Arbeitskollektiven) sowie der Trennung aufgrund der zum Teil vorhandenen politischen Diffamierungen,
- dem Rückzug von Ehrenamtlichen und damit dem Fehlen von „Organisationsstruktur“, die innerorganisatorische Arbeiten (Kassierung) aufrechterhielt,
- dem Entstehen einer Organisationsvielfalt im Wohlfahrtsbereich, die neue Strukturen (z.B. AWO, DPWV, VdK, SoVD, ASB, Johanniter u.a.) hervorbrachte und teilweise zu einem Wechsel der Mitgliedschaft führte, insbesondere aufgrund erfolgter Zuordnungen von Sozialeinrichtungen an die einzelnen Träger.

Mit der Umstellung auf das bundesdeutsche Leistungssystem änderten sich auch viele Rahmenbedingungen der Arbeit der Volkssolidarität. Das betrifft die Finanzierung des Verbandes und seiner Strukturen sowie Probleme, die mit der Liquidierung/Neustrukturierung einer Vielzahl vormals betrieblicher und staatlicher sozialer Einrichtungen und sozialer Netze entstanden.

Ab Mitte der 90er Jahre beginnend, trat - nach der bis zu diesem Zeitpunkt andauernden Phase des Ringens um den Erhalt des Verbandes, insbesondere seines Mitgliederbestandes - die VS in eine relativ lange „Stabilisierungsphase“ ein, die vor allem geprägt ist von

- einer - in der Tendenz - weiter sinkenden Mitgliedschaft (von rd. 522.000 im Jahr 1994 auf rd. 180.000 im Jahr 2015). Trotzdem gewinnt der Verband inzwischen jährlich eine bedeutende Anzahl von 7.000 bis 10.000 Mitgliedern durch Neuaufnahmen;

⁸²⁸ Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens für Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesministerium des Innern, Schreiben vom 4. März 1992.

⁸²⁹ Vgl. hierzu auch Priller, Eckhard/Winkler, Gunnar: Struktur und Entwicklung des Bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland, Gutachten für die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages, Berlin 2001.

- einem sich deutlich verbreiternden Spektrum interessen geleiteter Mitgliederarbeit (3.000 Interessengruppen), einer starker Orientierung auf das Reisen unterm Dach der VS (rd. 100.000 im Jahr 2015), Ausbau der Chorbewegung sowie von Tanz-, Wander- und Sportgruppen mit entsprechenden Zentralen Treffen, bei Bewahrung traditioneller Formen des Mitgliederlebens;
- einer nach wie vor wirksamen Tätigkeit der Klubs der VS - welche trotz zum Teil großer Finanzierungsprobleme - zentrale Treffpunkte für die Mitgliedergruppen/Interessengruppen darstellen. In 458 Klubs fanden im Jahr 2015 rd. 100.000 Veranstaltungen mit rd. 1,5 Millionen Besuchern statt;
- einer zunehmenden sozialpolitischen Akzeptanz der Volkssolidarität in Politik und Öffentlichkeit, wenn auch noch mit großen Differenzierungen zwischen den Kommunen, Ländern und politischen Institutionen sowie Medien.

Die Bemühungen um den Erhalt des Mitgliederverbandes führten in den letzten Jahren zumindest zu einer Verlangsamung des sich weiter erhöhenden Durchschnittsalters. Mit der Orientierung auf die Arbeit von Interessengruppen konnten - wenn auch begrenzt - zum Teil „jüngere“ Mitglieder gewonnen werden, ebenso wie mit der Bildung von Mitarbeitergruppen bzw. VS-Gruppen an Einrichtungen (Elternguppen in Kindereinrichtungen). Eine generelle „Verjüngung“ des Mitgliederbestandes bzw. der ehrenamtlich Tätigen konnte trotzdem für den Gesamtverband noch nicht erreicht werden.

Tabelle 7.13: Eckdaten der Entwicklung der Volkssolidarität - 1994 bis 2015 -

		1994	1996	2000	2005	2010	2015
Mitglieder	1.000	522	498	449	332	265	181
ehrenamtliche Helfer	1.000	29*	29*	36	32	30	23
Orts-/Mitgliedergruppen	Anzahl	4.668	4.887	4.974	4.511	4.146	3.553
Interessengruppen	Anzahl	n.e.	388**	2.186	3.030	3.187	3.033
dar. Chöre und Singegruppen	Anzahl	n.e.	138	248	263	265	267
Sport- und Wandergruppen	Anzahl	n.e.	185	822	1.113	1.330	1.231
Klubs/Begegnungsstätten der Volkssolidarität	Anzahl	498	406	523	553	568	458
Reisen unter dem Dach der Volkssolidarität	1.000 Teilnehmer	64,0a)	87,5a)	311	206	162	102

* ohne Sachsen ** ohne Sachsen und Sachsen-Anhalt
a) nur Reiseklub n.e nicht erfasst

Quelle: Statistiken der Volkssolidarität Bundesverband

Auf der Bundesdelegiertenversammlung 1997 wurde - um dem Verband weiterhin die Gemeinnützigkeit zu erhalten - aus rechtlichen Gründen der seit Jahrzehnten gültige Dreiklang: „Geselligkeit - Tätigsein - Fürsorge“ gestrichen. Im Vereinszweck der neuen Satzung wird erstmalig - über die traditionelle Bestimmung der Vereinsarbeit als „Aktivitäten ihrer Mitglieder in der sozialen und sozial-kulturellen Arbeit in Ortsgruppen, Interessengruppen und anderen Mitgliedergruppen hinaus - neu und erweitert formuliert:

- die Solidarität und Nächstenliebe gegenüber älteren, behinderten und hilfsbedürftigen Menschen sowie den sozialen Problemen der Kinder und Jugendlichen als vereinsverbindende Zielstellung;
- die Interessenvertretung älterer sowie benachteiligter Menschen durch Einsatz für die Wahrung und Verwirklichung ihrer sozialen, kulturellen, ökologischen und materiellen Rechte;
- die Errichtung und das Betreiben von ambulanten, teilstationären und stationären Diensten und Einrichtungen sowie Begegnungsstätten.

Damit wurden die Orientierungen auf die Entwicklung der VS zum Sozial- und Wohlfahrtsverband festgeschrieben. In der Satzung des Bundesverbandes von 2006 wird formuliert: „Die Volkssolidarität

ist ein Sozial- und Wohlfahrtsverband.“ Bis Ende 2009 wurde diese profilbestimmende Charakteristik des Gesamtverbandes in alle Satzungen der Landes-, Regional-, Kreis- und Stadtverbände übernommen.

Auch in der Gegenwart ist die Umsetzung dieser Orientierung zugleich mit unterschiedlichen Vorstellungen der einzelnen Vorstände und Geschäftsführungen über die jeweiligen Schwerpunkte der Tätigkeit sowie davon abhängiger Verbandsstrukturen (z.B. Ausgründung von Zweckbetrieben) verbunden. Die Gewichte der Arbeitsfelder sind - z.T. mit differenzierenden Wirkungen - auf den Mitgliederverband, den sozialen Dienstleistungsbereich bzw. die sozialpolitische Interessenvertretung ausgerichtet. Das findet in unterschiedlichen Mitgliederentwicklungen, Mitgliederanteilen, Strukturen der sozialkulturellen Arbeit sowie Dienstleistungsstrukturen seinen Ausdruck.

Der Verband hat sich inzwischen im Bereich sozialer Dienstleistungen als fester Teil der Soziallandschaft in den neuen Bundesländern etabliert und hat entsprechende Betreuungsanteile auf den örtlichen Ebenen übernommen/erreicht. Das betraf im Jahr 2014 im Bereich der Kinderbetreuung rd. 3,9 % (5,5 % aller freigemeinnützigen Träger) und der ambulanten Pflege 4,4 % (13,2 % der freien Träger). Täglich werden über 100.000 Menschen durch die VS betreut - von der Kinderkrippe bis zum Hospiz. Anknüpfend an die ursprünglichen Formen der Arbeit der VS betrifft die Neustrukturierung seit 1990 vor allem

- die Übernahme von Einrichtungen der Kinderbetreuung,
- den Auf- und Ausbau von sozialpflegerischen Einrichtungen,
- das Betreute Wohnen,
- die Sozialberatung.

Mitte 2007 wurden auf Beschluss des Bundesvorstandes für wesentliche soziale Leistungsbereiche Kompetenzzentren gebildet, welche das Ziel haben, die im Verband vorliegenden Erfahrungen zu verallgemeinern und für den Gesamtverband zur Verfügung zu stellen sowie externes Wissen in die Verbandsarbeit einfließen zu lassen. Durch feste Kooperationsbeziehungen zwischen Bundesverband und Landesverbänden wurde damit zugleich die gemeinsame Verantwortung gestärkt.

Tabelle 7.14: Eckdaten der Entwicklung der Volkssolidarität - 1994 bis 2015 -

		1994	1996	2000	2005	2010	2015
Sozialstationen/ ambulante Pflegedienste	Anzahl	107	117	137	149	153	153
	Betreute/ Monat	n.e.	n.e.	17.718	21.537	28.741	28.150
Altenwohn- und Pflegeheime	Anzahl	32	36	37	46	59	65
	Betreute/ Monat	n.e.	n.e.	2.857	3.038	4.024	4.498
Hauswirtschafts- pflege	Betreute	23.145*	5.000	3.000	5.792	5.991	53.568
VS-Hausnotruf	Aufschal- tungen		1.121a)	3.000	6.396	9.362	10.779
Mittagessen/Monat	1.000	772	757	712	794	994	950
Kindertagesstätten	Anzahl	214	275	325	365	385	378
Kindergartenplätze	Anzahl		23.472	28.000	34.162	38.997	42.784
Betreutes Wohnen	Anlagen Wohnungen		19	143	205	218	227
				5.200	6.788	7.666	8.197

* Std. im Monat

a) 1998 n.e. nicht erfasst

Quelle: Statistiken der Volkssolidarität Bundesverband

Nach 1990 stand der Verband erstmalig vor der Aufgabe, die sozialpolitische Interessenvertretung seiner Mitglieder und sozial benachteiligter Bürger wahrzunehmen, die sich auf Bundesebene inhaltlich zunächst auf die Interessen der Mitglieder (Seniorenpolitik), aber auch der Rentner-/Vorrentnergeneration insgesamt konzentrierte. Aufgrund der erreichten Stabilität der Verbandsarbeit sowie der damit verbundenen Akzeptanz im öffentlichen Raum hat die sozialpolitische Interessenvertretung auf allen Verbandsebenen inzwischen ein größeres Gewicht erhalten.

In zunehmendem Maße erfolgt sozialpolitische Interessenvertretung durch

- Mitwirkung von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern der VS in örtlichen Seniorenvertretungen/-beiräten sowie bei Belangen der jeweiligen Kommune/Kreis/Stadt,
- Stellungnahmen/Gutachten der VS im Rahmen gesetzgeberischer Verfahren, insbesondere im Bereich der Alterssicherung und Pflegeversicherung,
- Auf- und Ausbau eines Systems der Sozialberatung, welches in Klubs, Geschäftsstellen und Sozialstationen jährlich rd. 40.000 Mitgliedern und Bürgern beratend zur Seite steht,
- Analysen zur Entwicklung der sozialen Lage in den neuen Bundesländern auf Ebene der einzelnen Bundesländer sowie der neuen Bundesländer insgesamt (Sozialreports/Seniorenreports/Rentenberichte),
- Positionierung zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern im Verhältnis zum früheren Bundesgebiet.

Steigenden Stellenwert haben in den letzten Jahren Fragen der Armutsentwicklung, insbesondere künftiger Altersarmut, erhalten.

Im Zusammenhang mit den umfangreichen Sozialreformen (Agenda 2010, Renten-, Gesundheits-, Pflegeversicherungsreform) hat sich ein verstärktes Zusammenwirken mit anderen Sozial-, Wohlfahrts- und Interessenverbänden herausgebildet. Das betrifft im Besonderen

- Initiativen und Zusammenwirken der VS mit dem SoVD, VDK und BRH bei den ins Leben gerufenen Sozialgipfeln auf Ebene der Bundesländer (u.a. Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen);
- gemeinsame Positionen zur Alterssicherung mit Gewerkschaften, SoVD, VDK und BRH zur Rente mit 67 sowie Angleichung des Rentenwertes Ost einschließlich gemeinsamer Aktionen (Kundgebungen, Unterschriftensammlungen);
- Aktionsbündnisse wie z.B. „*Umfairteilen*“ für eine gerechte Steuerpolitik.

Für das Wirken des Verbandes sind bis in die Gegenwart das bürgerschaftliche Engagement der rd. 23.000 ehrenamtlichen Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen - im Besonderen auf der Gruppenebene - sowie das Engagement der mehr als 17.850 Beschäftigten (Kindergärtnerinnen, Krankenschwestern, Pflegepersonal) in den Sozialstationen, Kindergärten und anderen Einrichtungen hervorzuheben. Nur jeweils 5 % der Mitarbeiter/-innen sind in Geschäftsstellen bzw. Klubs/Treffs hauptamtlich tätig. Die große Mehrheit des Ehrenamtes hat diese Tätigkeit erst nach 1990 aufgenommen und musste sich mit den neuen Rahmenbedingungen der Arbeit des Verbandes vertraut machen (Gemeinnützigkeit, rechtliche Selbstständigkeit, Eigenfinanzierung, Vereinsvielfalt u.a.m.) und „Traditionelles“ - soweit es das Wirken behinderte - zum Teil überwinden.

Der Verband hat die Veränderungen von Rahmenbedingungen für die Arbeit von Organisationen/Wohlfahrtsorganisationen seit 1990 insgesamt gut bewältigt. Das betrifft nicht nur die Arbeit wirtschaftlich tätiger Sozialeinrichtungen, sondern auch den Mitgliederverband und seine Vorstände. Eine der wesentlichen Bedingungen dafür war die Föderalisierung der Verbandsstrukturen. Seit 2015 voll-

zieht sich die Arbeit des Verbandes in 6 Landesverbänden und 93 Kreis-, Stadt- und Regionalverbänden, von denen 65 rechtlich selbstständig eingetragene Vereine waren. Mit den Regionalverbänden wird sowohl der Mitgliederentwicklung als auch Erfordernissen einer zweckmäßigen und effektiven Dienstleistungsstruktur Rechnung getragen.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Mitglieder, die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter der Volkssolidarität durchaus selbstbewusst auf ihr erreichtes Wirken zurückblicken können. Sie haben nach 1945 durch solidarisches Handeln zur elementaren Lebenssicherung ebenso beigetragen wie bis 1989 zur Bewahrung von Lebensqualität - vor allem für ältere Menschen.

Ausgehend von der friedlichen Revolution 1989/1990 hatte die Volkssolidarität hinsichtlich ihrer Verantwortung für die soziale Entwicklung drei unterschiedliche Etappen vollzogen bzw. zu vollziehen:

1. Leistung eines Beitrages zur Überwindung der Zweistaatlichkeit (**Separation**) bei der Übernahme der neuen Bundesbürger in die ökonomischen, politischen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik mit der damit verbundenen Übernahme des bundesdeutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialgefüges/-rechts, durch Anpassung und Einordnung der Volkssolidarität in das bundesdeutsche Gefüge der Sozial- und Wohlfahrtsverbände und staatlicher Wohlfahrtsarbeit.
2. Interessenartikulation zur Überwindung ungleicher Lebensbedingungen und Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch **soziale Integration**, deren Schwerpunkte Arbeitsmarkt, Einkommensstrukturen, soziale Sicherungssysteme und politische/demokratische Grundstrukturen darstellten sowie Aufbau eines Systems der sozialen Dienste in den neuen Bundesländern insbesondere in den Bereichen Pflege und Kinderbetreuung. Dieses Anliegen ist bislang keineswegs bereits erfüllt.
3. Beitrag zur Überwindung einer sich ausweitenden mit Ausgrenzung verbundenen Ungleichheit durch Einfluss auf Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen im Sinne von Chancengleichheit der Teilnahme am sozialen Leben (**soziale Inklusion**) - gegen soziale Desintegration im Sinne der Auflösung des sozialen Zusammenhalts (Heitmeyer) in sozialen Gruppen. Daran muss sich sowohl das Wirken des Mitgliederverbandes, die sozialpolitische Interessenvertretung als auch der Bereich sozialer Dienste orientieren.

Als vollwertiges Glied der Soziallandschaft der Bundesrepublik orientiert sich die Volkssolidarität insgesamt auf die Verbesserung der Lebensqualität - im Sinne sozialer, kultureller und gesundheitlicher Aktivitäten und Betreuung. Sie ist Interessenvertreter vor allem jener in Deutschland lebenden Bürger, welche des sozialpolitischen Beistandes, einer sozialen Heimstatt und sozialen Einbindung bedürfen - getreu dem Motto: „Miteinander - Füreinander“.

7.4 Parteien

Die Parteienlandschaft in Deutschland hat sich nach 1990 neu strukturiert mit unterschiedlichen Strukturen in Ost und West. Der Trend zu einer Mehrparteienlandschaft hält an, die traditionellen Parteien verlieren an Mitgliedern und Einfluss. Hinsichtlich der den Parteien zugestandenene Kompetenzen in den wichtigsten das Leben der Bürger betreffenden gesellschaftspolitischen Bereichen ist eine Polarisierung zwischen CDU/CSU/SPD einerseits und DIE LINKE andererseits - vor allem im Osten - festzustellen.

Rechtsextremismus ist und bleibt nicht nur im Osten Deutschlands eine Bedrohung demokratischer Entwicklung.

7.4.1 Entwicklungen - Strukturen

Mit der Einführung demokratischer Strukturen in den neuen Bundesländern 1990 - welche unterschiedlichen politischen Orientierungen und Anschauungen, verschiedenen Interessen von Menschengruppen, von Institutionen und Bewegungen die erforderlichen Freiräume und Mitgestaltungsmöglichkeiten boten -, vollzog sich relativ rasch auch eine Angleichung an die parteipolitischen Grundstrukturen der alten Bundesländer. Dies erfolgte vor allem durch die Übernahme der sogenannten „Blockparteien“ (CDU, LDPD, NDPD, DBD) in die „Stammparteien“ (CDU, FDP), den Zusammenschluss der neu gegründeten SDP/SPD in die Bundes-SPD sowie die Zusammenführung einer Reihe von Organisationen der Bürgerbewegung zum Bündnis '90 und ihre Vereinigung mit den Grünen zum Bündnis 90/Die Grünen. Die Parteienlandschaft der neuen Bundesländer unterschied sich zunächst durch die Existenz der 1989 neu gegründeten PDS (in hohem Maße mit Mitgliedern der SED), was sich jedoch durch den Zusammenschluss mit der WSAG (2007) zur Partei „DIE LINKE“ insofern veränderte, dass sie inzwischen eine bundesweit agierende Partei ist. Seit 2010 erweiterte zunächst bei den einzelnen Wahlen zu den Landesparlamenten auch die neue Partei „Die Piraten“ als weitere kleinere demokratische Partei das Spektrum bundesweit agierender Parteien wie 2012 die Partei „Alternative für Deutschland“.

Der Prozess der Herausbildung von neuen demokratischen Parteien/Strukturen (1989/1990) war und ist in den neuen Bundesländern vor allem mit vier parallelen Entwicklungen verbunden:

- a) der Mobilisierung neuer politischer Potenziale, die mehrheitlich mit Reformabsichten zur Konsolidierung der DDR antraten;
- b) dem Ausscheiden eines großen Teils von Mitgliedern aus politischen Parteien und DDR-Organisationen;
- c) der Neustrukturierung des politischen Willens der Bevölkerung anhand der sich neu bildenden Parteienstruktur mit dem Ergebnis, dass ein relativ großer, wieder zunehmender Teil der Bevölkerung bis in die Gegenwart keine feststehende Parteienbindung und Parteienpräferenz aufweist;
- d) der Herausbildung von Positionen und Verhaltensweisen bei einem nicht unbedeutenden Teil von Bürgern, die sowohl als „entpolitisiert“ bzw. pauschal als „rechts“ eingeschätzt werden, jedoch vorrangig sich aktivierender Protest gegen die Politik der „etablierten“ Parteien sowie deren Willen, Möglichkeiten und Fähigkeiten zur Veränderung der Realitäten im Interesse der Bürger haben.

Insbesondere im Zusammenhang mit der Diskussion und Maßnahmen zur Durchsetzung der Sozialreformen in Deutschland hat sich aber auch - vor allem seit der ersten „Großen Koalition“ (2005 bis 2009) - für die Bürger das Profil der einzelnen Parteien weiter verwischt. Eine Vielzahl von sich anbietenden Vorschlägen mit gleichen Orientierungen aus unterschiedlichen politischen Richtungen hat dem Bürger das Erkennen jeweils eigenständiger Vorstellungen der Parteien bis in die Gegenwart

kaum noch ermöglicht. Seit 1990 lassen sich hinsichtlich der Parteienpräferenzen in Ostdeutschland (analog den alten Bundesländern) drei große Gruppen erkennen:

- Befragte, die jeweils nur für eine Partei Sympathien haben (Ein-Partei-Sympathisanten). Sie bilden zugleich in hohem Maße die „Stammwähler“ der einzelnen Parteien mit abnehmender Tendenz;
- Befragte, die sich nicht für eine einzelne Partei entscheiden und ihre Sympathien mehreren zuordnen (Mehrfachsympathisanten). Dabei bestehen durchaus bestimmte Grundorientierungen im Sinne einer Bündelung der Sympathien auf Parteiengruppen. So heben sich als eine Gruppe die CDU/CSU und FDP sowie als andere Gruppe die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE ab. Die Mehrfachsympathisanten stellen einen zunehmenden hohen Anteil an „Wechselwählern“;
- Befragte, die keiner der Parteien ihre Sympathien bekunden, die über die Jarhe „Nichtwähler“-Potenzial darstellten (ohne jegliche Präferenz) und sich neuerdings in der AfD zusammenfinden - ohne darauf Nichtwähler begrenzen zu wollen.

Tabelle 7.15: Entwicklung der Anteile von Befragten mit eindeutiger, mehrfacher und ohne Parteienpräferenz - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent - (insgesamt = 100)

	neue Länder und Berlin-Ost							früheres Bundesgebiet	
	1990	1991	1995	2000	2005	2010	2014	2010	2014
eindeutige Präferenz	37	38	38	38	38	32	28	28	22
dar. CDU	3	8	12	11	11	7	7	9	7
SPD	22	13	12	10	5	6	6	9	8
FDP	2	9	0	1	2	1	0	3	1
PDS/DIE LINKE	8	3	6	12	14	13	9	2	1
B90/Die Grünen	3	5	7	2	3	3	2	4	3
andere	-	1	1	1	3	3	4	1	3
Mehrfachpräferenzen	28	33	35	24	33	45	52	56	61
ohne Präferenz	35	29	27	38	29	23	20	16	17

Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.)

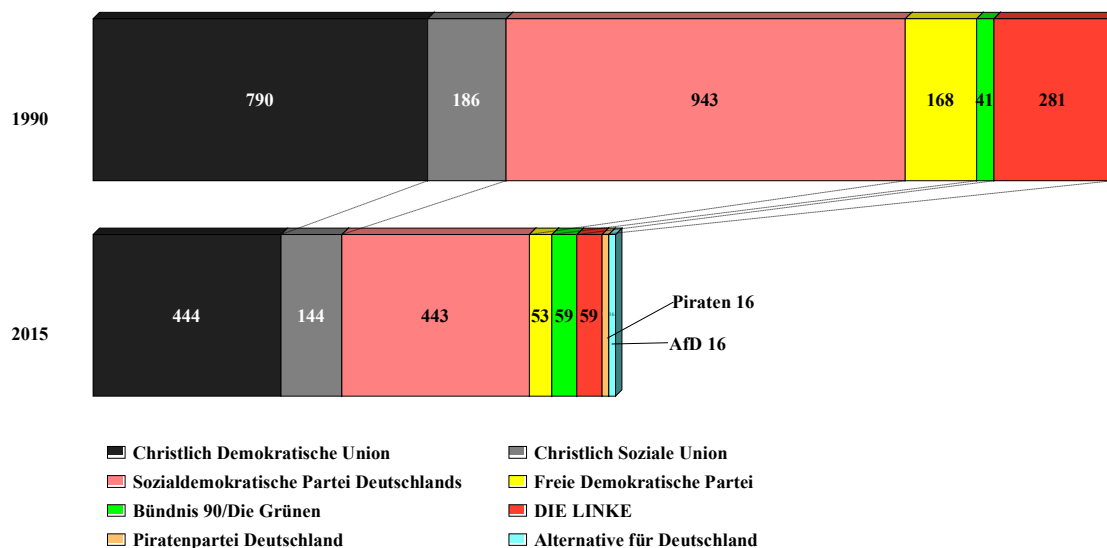
Die Annahme, dass sich im Laufe der Jahre auch im Osten eine stärkere Parteienbindung herausbilden würde, hat sich nicht bestätigt - im Gegenteil:

Erstens: Über den Gesamtzeitraum 1990 bis Ende 2015 ist ein in der Tendenz in den letzten Jahren deutlich sinkender Anteil von Bürgern, die sich eindeutig nur mit einer Partei identifizieren, vorhanden - allerdings auch ohne zwingend Mitglied zu sein (2014 = rd. 28 % im Osten und 22 % im Westen). Feste traditionelle Parteienbindungen, wie sie noch bei vielen inzwischen älteren Bürgern vor Jahren üblich waren, verlieren an Gewicht, da insbesondere schärfere Trennlinien in der Programmatik nicht mehr erkennbar sind ebenso wie eine Vielzahl von Entscheidungen gegen Mehrheitsinteressen. Schwankungen in der Parteidentifikation treten aber auch unmittelbar im Umfeld von Bundestagswahlen auf (1998/2002/2005/2009/2013) und haben ihre Ursachen vor allem sowohl im steigenden Potenzialwechsel - selbst zwischen SPD und CDU - als aber auch in Neugründungen von Parteien, die darauf gerichtet sind, Mitglieder zum Wechsel zu bringen.

Allein nach 1990 haben sich u.a. Neukonstruktionen zusammengefunden wie die Statt-Partei (1994), die Schill-Partei (2002), die Piratenpartei (2009), die Alternative für Deutschland (2013), die jeweils über spezifische Anliegen (gegen Internetmissbrauch, gegen unkontrollierte Europapolitik bzw. In-

nenpolitik) den „führenden“ großen „Volksparteien“ Stimmen abjagen. Sie werden zwar als Ausdruck der Demokratie gewertet, aber mehrheitlich für wenig fähig gehalten „mitzuregieren“. Insgesamt haben Mitte 2016 rd. 100 kleinere Parteien ihre Unterlagen beim Bundeswahlleiter hinterlegt (Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen und Europaparlament). Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Parteien mit unter 5-Prozent-Ergebnissen letztlich Sitze für die „Etablierten“ darstellen.

Abbildung 7.22: Entwicklung von Mitgliedschaften der Parteien in Deutschland - 1990 bis 2015
- in 1000 -



Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26, FU Berlin 2016, S. 2-13/statista.com für Mitglieder Piratenpartei

Die Entwicklungen der mitgliederstärksten Parteien verdeutlichen insgesamt⁸³⁰

- einen Rückgang der Mitgliederzahlen von 2,4 Millionen im Jahr 1990 bis Ende 2015 in Deutschland auf 1,2 Millionen, darunter von 471 Tsd. auf 104 Tsd. in Ostdeutschland (2015), was einem Anteil von rd. 8,7 % entspricht.
- Einzige Partei unter den sog. „größeren“ mit Mitgliederzuwachs ist Bündnis 90/Die Grünen mit einem Anstieg von 41.300 Mitgliedern (1990) auf rd. 59 Tsd. (2015) bzw. 146 % mit einem Zwischenhoch von 61 Tsd. im Jahr 2013.
- Alle anderen verzeichnen seit 1990 Verluste von: CSU 21,5 %, CDU 43,7 %, SPD 53,1 %, FDP 68,4 %, DIE LINKE 79,0 %.
- Während die FDP mit der Wahl 2013 (zumindest zeitweilig) sich als politischer „Repräsentant“ aus dem Bundestag verabschiedete, ist DIE LINKE drittstärkste Kraft geworden. Inzwischen ist 2015/2016 ein bedeutender Gewinn bei der „Alternative für Deutschland“ zu verzeichnen - insbesondere hinsichtlich der Wählergewinnung bei den Landtagswahlen inkl. Berlin.
- Ende 2015 wurden jeweils 16 Tsd. Mitglieder für die Piratenpartei und die AfD ausgewiesen - Mitte 2016 erreichen die Piraten nur noch 12.900 und die AfD bereits wieder 23.400 Mitglieder. In den neuen Ländern (ohne Berlin) wird Mitte 2016 von rd. 3.900 Mitgliedern der AfD und 1.700 für die Piratenpartei ausgegangen.

⁸³⁰ Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26, FU Berlin 2016, S. 2-13/Eigenberechnungen.

- In den neuen Bundesländern liegt die in den größeren Parteien gebundene Mitgliederanzahl Ende 2015/Mitte 2016 in Brandenburg bei 22,3 Tsd., Mecklenburg-Vorpommern 14,1 Tsd., Sachsen 29,1 Tsd., Sachsen-Anhalt 17,3 Tsd., Thüringen 22,1 Tsd. - Berlin wird mit 46,2 Tsd. ausgewiesen.

Tabelle 7.16: Mitgliederzahlen von Parteien - neue Länder - Ende 2015/Mitte 2016 -

	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Berlin
CDU	5.949	5.396	11.299	7.081	10.449	12.307
SPD	6.007	2.709	4.268	3.449	3.891	16.895
FDP	1.136	730	1.943	1.219	1.193	2.496
Bündnis 90/Die Grünen	987	584	1.398	737	719	5.188
DIE LINKE	6.626	4.034	8.677	4.044	4.767	7.447
AfD*	896	485	1.308	470	760	1.058
Piratenpartei Deutschland*	670	142	242	319	354	784
insgesamt	22.271	14.080	29.135	17.319	22.113	46.175

* Mitte 2016

Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26, FU Berlin 2016, S. 2-13/Eigenberechnungen/Daten für Piraten statista.com vom 18.08.2016/für AfD Veröffentlichungen der Landesverbände

Relativ stabile Anhängerstrukturen insbes. bei den Rechten mit 2 % über die Jahre sind nicht zu übersehen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass Rechtsextremismus nicht auf wenige „Aktivisten“ mit z.T. verbrecherischen Aktionen (vgl. sog. Zwickauer Zelle „Neuer sozialer Untergrund“) begrenzt ist und dass auch die Zahl der sich bekennenden Anhänger wesentlich geringer ist als die Verbreitung rechtsextremen Ideengutes in der Bevölkerung (siehe hierzu Exkurs: „Rechtsextremismus - Abschnitt 7.4.2).

Der Anteil der über 60-Jährigen stieg im Zeitraum 1990 bis 2015 in den traditionellen (West-)Parteien - bezogen auf alle Bundesländer - auf 51,3 % (CDU), 53,5 % (SPD), DIE LINKE erreicht einen Anteil von 50,7 %. Die FDP mit 39,6 % und Bündnis 90/Die Grünen mit 21,0 % weisen im Vergleich eine jüngere Mitgliedschaft aus.⁸³¹

Zugleich erhöhte sich der weibliche politisch engagierte Teil (Frauenanteil 2015: Bündnis 90/Die Grünen 38,6 %, DIE LINKE 37,2 %, SPD 32,0 %, CDU 25,9 %, FDP 22,8 %, CSU 20,1 % und die AfD erreicht 15 %).⁸³²

Im Osten sanken die Mitgliederzahlen - wie oben festgestellt - zwischen 1990 und 2015 auf 22,1 %, d.h. von 471 Tsd. auf 104 Tsd. (inkl. Piraten und AfD), in den alten Bundesländern (ohne Berlin) von 1,9 Millionen auf 1,1 Millionen, d.h. auf rd. 58 %.⁸³³ Am stärksten waren die Verluste im Osten bei der SED/PDS/WASG/DIE LINKE mit -200 Tsd., der FDPD/LDP mit -100 Tsd. sowie der CDU mit -70 Tsd. Die Neugründungen von 1989/90 im Osten (SPD/GR-Bündnis 90) hatten über den Gesamtzeitraum nur unbedeutende Verluste ihrer Mitgliederzahlen.⁸³⁴

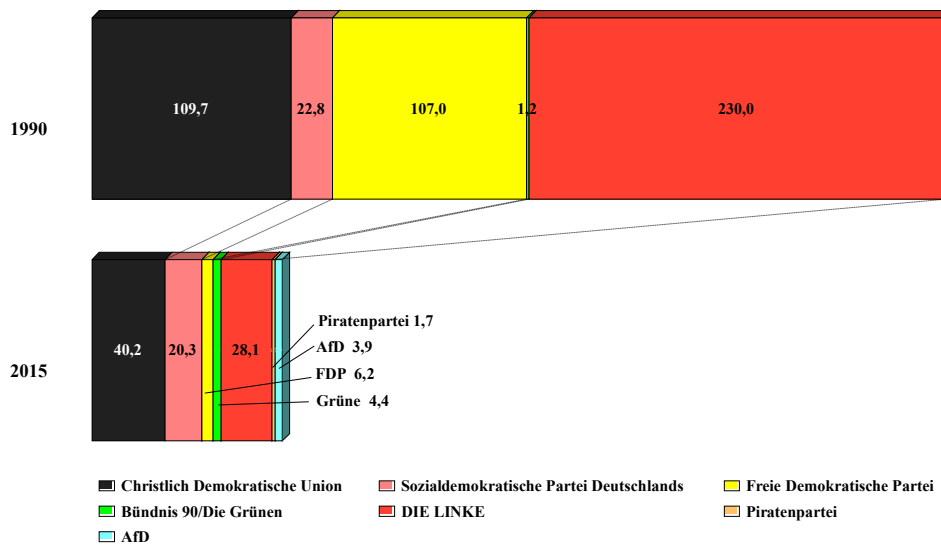
⁸³¹ Ebenda, S. 21/22.

⁸³² Ebenda, S. 17.

⁸³³ Datenbasis: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016, a.a.O., S. 2-13/Eigenberechnungen.

⁸³⁴ Datenbasis: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016, a.a.O., S. 2-13/Eigenberechnungen.

Abbildung 7.23: Entwicklung von Mitgliedschaften der Parteien in den neuen Ländern (ohne Berlin) - 1990* bis 2015** - in 1.000 -



* CDU: Werte von 1991

** Piratenpartei und AfD: Werte von Mitte 2016

Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26, FU Berlin 2016, S. 2-13/Eigenberechnungen/Daten für Piraten statista.com vom 18.08.2016/für AfD Veröffentlichungen der Landesverbände

Zweitens: Der tendenziell steigende Anteil der sich mehrfach Orientierenden hat seine Ursachen dafür im Besonderen aber auch in dem nicht eindeutigen, für den Bürger erkennbaren und wahrgenommenen Profil der jeweiligen Koalitionsparteien. Der Anstieg der Wähler mit mehreren Optionen von 28 % auf 53 % in den neuen Ländern (61 % im Westen) ist außerordentlich bedeutsam, weil er auch Reflexion einer zunehmenden Vielfalt der Parteienlandschaft ist, die nicht ständig durch traditionelle Festlegungen - z.B. bei Wahlen - unberücksichtigt bleiben können.

Eine wichtige Rolle spielt darüber hinaus, dass der ehemals vorhandene Vertrauensvorschuss einiger Parteien seit den verschiedenen Koalitionen auf Bundesebene wie auf Landesebene aufgebraucht ist (das gilt vor allem für den jeweiligen kleineren Koalitions-Partner) und die Profilierung der Parteien neu auf dem Prüfstand steht. Die jahrelange Juniorpartnerschaft der FDP auf Bundesebene ebenso wie die Koalitionen der LINKEN auf Landesebene haben sich aufgrund mangelnder erkennbarer Ergebnisse ihres Anteils an der Politik, nicht ausgezahlt. Bei Akzeptanzbewertungen werden sie deshalb vor allem an Positionen zu aktuellen Fragen gemessen. Die geringere „parteiliche Milieubindung“ in Form eines starken Wechsels der Parteienpräferenz ist deshalb nach wie vor charakteristisch für die Ostdeutschen und gewinnt mit neuen Parteien, die sich speziellen sozialen Problemen/Gruppen zuwenden, auch im Westen wieder Gewicht.

Drittens erweist sich die Gruppe der Bürger ohne Parteienpräferenz inzwischen als eine keineswegs durchgängig „unterprivilegierte“ Gruppe mit überdurchschnittlich hohem Arbeitslosenanteil oder geringem Anteil an Bürgern mit höheren beruflichen Abschlüssen. Altersabhängig sind es vor allem die Jüngeren und die Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen, die sich dieser Gruppe zuordnen. Eine wachsende Parteivielfalt mit erkennbar unterschiedlichen Profilen und eindeutigen Grundaussagen wird den Anteil der Bürger ohne Präferenzen weiter verringern.

Die Mitgliedschaften/Stammsympathisanten sind in den neuen Bundesländern relativ einkommensunabhängig (Ausnahme rechte Parteien) und es liegt eine weitgehende Gleichverteilung über alle Einkommensgruppen vor.

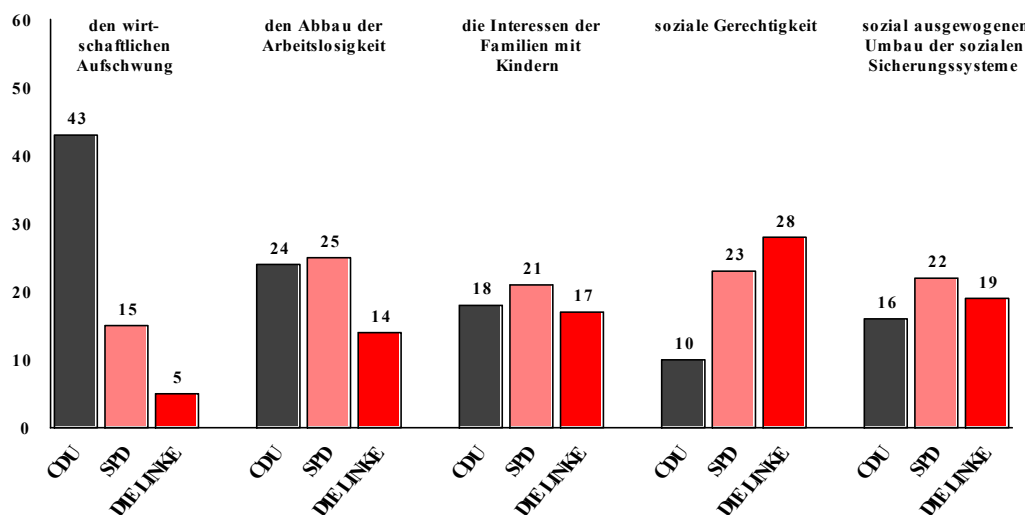
Im Vergleich der Sympathisanten der Parteien ist auch für 2014 feststellbar, dass es in den neuen Ländern und Berlin-Ost - im Gegensatz zu relativ gleichwertigen Sympathiebekundungen für die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und die CDU in der Gesamtbevölkerung - deutliche unterdurchschnittliche Sympathiebekundungen für die FDP, die Piraten und rechte Parteien gibt.

Die Bewertung nach dem Einsatz der Parteien für grundlegende Probleme Deutschlands lässt deutlich unterschiedliche Muster erkennen, welche sich vor allem in Bezug auf die Kompetenz CDU/CSU/SPD in den alten Bundesländern und der Partei DIE LINKE in den neuen Ländern unterscheiden. Im Vergleich z.B. zu analogen Analysen 2010 lässt sich feststellen, dass ein genereller Kompetenzschwund bei allen „etablierten“ Parteien, jedoch vor allem der FDP, zu verzeichnen ist.

Generell ist eine starke, an der jeweiligen Partei orientierte Bewertung seitens der sie tragenden Mitglieder und Sympathisanten der Befragten feststellbar, d.h. der SPD-Stamm hält die SPD für kompetent, der CDU-Stamm die CDU usw.

Die nachfolgenden Wertungen reflektieren die Situation im Frühjahr 2013.

Abbildung 7.24: Welche Partei setzt sich Ihrer Meinung nach am meisten ein für ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die Alternative für Deutschland (AfD)

Europa treibt nach rechts. Ob in Österreich, in Polen, in Bulgarien, der Ukraine oder Ungarn, in Frankreich oder Deutschland - der Trend ist unverkennbar (dieser Prozess hat allerdings keineswegs in den letzten zwei bis drei Jahren begonnen, sondern teilweise schon vor, insbesondere aber seit 1990).

In der Bundesrepublik wird ängstlich auf jede neue Wahl in den Ländern geschaut. Die Spekulationen der Alt-Parteien sowie der Medien über den weiteren Aufstieg oder Abstieg der Rechten, insbesondere der „Alternative für Deutschland“ (AfD), nehmen immer noch zu.

Rechte Wähler oder Protestwähler? - die Bandbreite der Motive bisheriger und weiterer potenzieller Wähler der AfD ist weit gefächert. Dabei ist das alles nicht neu, denn rechte Gruppierungen hat es in der Bundesrepublik schon immer bzw. immer wieder gegeben. Neuerdings werden diese jedoch unterstützt durch eine staatliche Sozialpolitik, welche die Ungerechtigkeit im Lande weiter befördert, aber auch eine antisoziale EU-Politik (siehe Griechenland) ebenso wie durch eine Ausländer-/Zuwanderungspolitik, derer sich nationalistisch orientierte Politiker gern bedienen. In Talk-Shows und Medien werden die führenden Vertreter der AfD präsentiert und machen bei vielen Bürgern weitere

Pluspunkte durch ihre Extrem-Haltungen zu Ausländern, aber auch mit ihren „sozialen“ Forderungen verbunden mit deutsch-nationalem Getöse.

Untersuchungen zur AfD machten schon vor Jahren erkennbar deutlich⁸³⁵:

- a) Die AfD erfasste bereits 2014 rd. 10 % der ab 18-jährigen Bürger in Deutschland, welche mit ihr sympathisierten - das gaben 13 % der Befragten im Osten und 9 % im Westen an. Das entsprach bereits damals einem Sympathie-Potenzial von rd. 6,6 Millionen Bürgern, davon rd. 5,2 Millionen im Westen und 1,4 Millionen im Osten.

Im Mai 2016 waren nach Verlusten im Jahr 2015 bereits wieder 23.400 Bürger Mitglied in der AfD, darunter rd. 3.000 in den neuen Ländern und 1.000 in Berlin - Tendenz steigend.

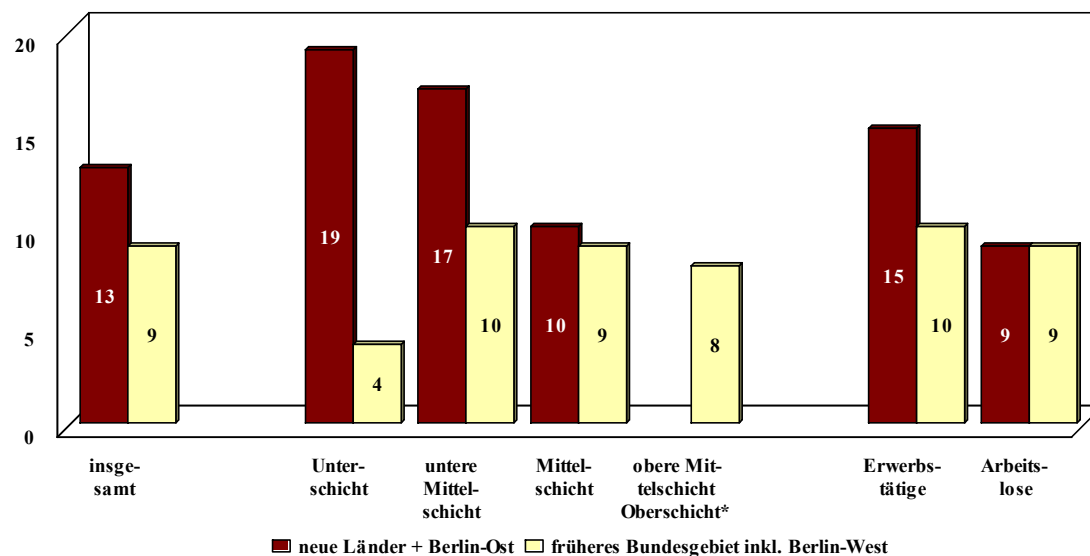
Zu den Landtagswahlen 2016 erhielt die AfD 7,0 % der Wählerstimmen in Rheinland-Pfalz, 15,1 % in Baden-Württemberg, 23,1 % in Sachsen-Anhalt, 20,8 in Mecklenburg-Vorpommern und 14,2 % in Berlin. Insgesamt sind in 10 Landtagen 153 Abgeordnete der AfD vertreten, 485 Abgeordnete in kommunalen Parlamenten und 7 Abgeordnete im Europaparlament.

- b) Bei der Diskussion über die Motive, mit der AfD zu sympathisieren, wäre festzuhalten, dass neue Parteien zunächst immer aufgrund von Unzufriedenheiten und Protesten mit einzelnen, größeren oder kleineren Politikfeldern entstehen und Sympathisanten gewinnen. So sind die realen Ungleichheiten der Lebensverhältnisse im Osten von stärker motivierendem Einfluss als im Westen. Auch die Haltung zu Ausländern resultiert aus Sorgen und Ängsten, dass der Angleichungsprozess aufgrund der Zuwanderungen weiter ausgesetzt werden wird. Mit der offiziellen Fokussierung der Politik auf die Haltung zu Ausländern im Osten wird zugleich von der real immer noch nicht erreichten Sozialunion Ost-West abgelenkt. Das wird nicht zuletzt auch dadurch untersetzt, dass sich in den neuen Ländern vor allem Erwerbstätige (15 %) und Rentner (11 %) stärker zur AfD bekennen als z.B. Arbeitslose (9 %). In den alten Bundesländern geben vergleichsweise nur 10 % der Erwerbstätigen, gleichfalls 9 % der Arbeitslosen und 7 % der Rentner entsprechende Sympathie-Wertungen ab.

Insbesondere die Einkommensungleichheit Ost-West ist ein gewichtiger Faktor. Während AfD-Sympathisanten-Ost mit einem individuellen Nettoeinkommen von 1.340 Euro unter dem Ost-Durchschnitt (1.417 Euro) liegen, ist dieses Verhältnis im Westen umgekehrt, wo AfD-Sympathisanten 2.008 Euro angeben, bei einem Durchschnitt von 1.741 Euro.

⁸³⁵ Nachfolgende Daten (außer statistischen Erhebungen) beruhen auf der empirischen Erhebung: sfz/leben 2014..

Abbildung 7.25: Anteil der ab 18-jährigen Bürger, die mit der Alternative für Deutschland (AfD) sympathisieren - nach Regionen - 2014 - in Prozent -



* keine hinreichende Repräsentativität für die neuen Länder aufgrund geringer Grundgesamtheit

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

- c) Die Position der Bürger, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben, vertreten (2014) in Deutschland 25 % aller ab 18-Jährigen (31 % Ost und 23 % West). Trotz des größeren Anteils in den neuen Ländern geben dies - bezogen auf die AfD-Sympathisanten - 51 % im Osten und 56 % im Westen an, d.h., dass in dieser Personengruppe die Ausländer ablehnende Haltung zwar hoch, aber geringer als bei der vergleichbaren Personengruppe im Westen ist. Das stützt die These vom höheren Stellenwert realer Ungleichheit im Osten und zusätzlicher Befürchtungen ihrer Zunahme durch Zuwanderungen.
- d) Sympathisanten der AfD geben nicht nur schlechtere Einschätzungen bezogen auf ihre aktuelle individuelle wirtschaftliche Lage ab, sondern bewerten vor allem ihre persönliche Zukunft überdurchschnittlich schlechter. So gehen im Osten 28 % und im Westen 39 % der AfD-Sympathisanten davon aus, dass sich ihr Leben in den nächsten 5 Jahren verschlechtern wird - bei einem Durchschnitt von 21 % der Nichtsympathisanten. Auch das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme wird unterdurchschnittlich bewertet. Dabei kommen vielen Bürgern die Forderungen nach mehr nationaler Sozialpolitik entgegen, wobei Haltungen gegen eine europäische Sozialunion (z.B. aufgrund der Griechenlandpolitik) übersehen, dass das Finanzierungspaket zu 95 % den Banken und nur zu 5 % den griechischen Bürgern zufließt.
- Zu verweisen ist zugleich darauf, dass auch die Bewertung des Standes der deutschen Vereinigung enormen Unterschieden der Sympathisanten zwischen Ost und West unterliegt (wie in der jeweiligen Region generell). Der Stand der deutschen Einheit wird von 24 % der AfD-Anhänger als „erreicht“ bzw. mit „geringen Unterschieden zwischen Ost und West“ bewertet - in den alten Bundesländern halten 55 % der AfD-Sympathisanten dieses Maß für bereits erreicht bzw. sehen nur geringe Unterschiede.
- Obwohl sich die AfD programmatisch überhaupt nicht zu Ostfragen artikuliert, gelingt es ihr offensichtlich, die Probleme der Zuwanderung und der Ungleichbehandlung (Ost-)Deutscher so zu thematisieren, dass sie als „Verständnis“ für Bürgerinteressen aufgefasst werden. Vorschläge zur Lösung vorhandener Probleme werden nicht angeboten. Es wird der Eindruck entwickelt, dass nur

Deutsche es für Deutsche richten können. Die Verantwortung des Staates wie die des Einzelnen sind dem nachgeordnet.

- e) Im Osten sind die AfD-Sympathisanten stärker männerdominiert als im Westen. So äußern sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost 17 % der Männer und 9 % der Frauen als Sympathisanten (der Frauenanteil macht damit 37 % aller Sympathisanten-Ost aus). Im früheren Bundesgebiet inkl. Berlin-West erklären sich jeweils 9 % der Frauen wie der Männer als Sympathisanten (das entspricht einem Frauenanteil von 53 %).

Wenn auch davon ausgegangen werden muss, dass die Bewertungen im Jahr 2016 zunehmend kritischer ausfallen als oben dargestellt, so ist unverkennbar, dass der Zulauf zur AfD auch 2016 in hohem Maße der hausgemachten Sozialpolitik der beiden großen, an Einfluss verlierenden „Volksparteien“ sowie einer Europapolitik mit „verkündeten“ Benachteiligungen „den Deutschen“ zugeordnet wird.

Die Sachdiskussion mit den Positionen der Programmatik der AfD ist bislang unzureichend. Die Bildung und Qualifikation der Mehrheit der keineswegs „rechten“ AfD-Sympathisanten ist dafür mehr als hinreichend. Ihre Charakterisierung als „Dödel“ (Tölpel/Trottel) von Gauck auf dem Katholikentag 2016 ist spaltend und nicht hilfreich.

Bereits gegenwärtig erweist sich, dass die zunehmende sachlichere Beschäftigung mit der AfD voraussichtlich einem weiteren sprunghaften Anstieg ihrer Sympathiewerte entgegensteht - trotzdem fehlt es bereits jetzt an sachlicher Auseinandersetzung mit dem Auftreten und Vorschlägen der AfD-Abgeordneten aus den Bundesländern in den Medien.

7.4.2 Exkurs: Rechtsextremismus (2006)⁸³⁶

Rechtsextremismus hat in den neuen Bundesländern - ebenso wie in den alten - viele Erscheinungsformen und Inhalte. Das schließt Mitgliedschaften und Sympathien zu rechtsextremen Parteien ebenso ein wie Positionen, die zur Rolle des Nationalsozialismus, zu Folgewirkungen des 2. Weltkrieges oder zur heutigen Rolle Deutschlands in der Welt eingenommen werden.

Im Jahr 2014 bekennen rd. 5 % der ab 18-jährigen Bürger der neuen Länder und Berlin-Ost sowie 3 % im früheren Bundesgebiet ihre „Sympathie“ für rechte Parteien (Republikaner, NPD, DVU). Diese stellen zwar kein sicheres, jedoch mögliches Wählerpotenzial dieser Parteien dar. Obwohl sich eine deutlich zunehmende Mehrheit von 72 % in Ost wie West ablehnend gegenüber rechten Parteien verhält, ist auch der Anteil von scheinbar „Neutralen“ („ist mir egal“, „ich weiß nicht“, ohne Antwort) mit 23 % im Osten und 25 % im Westen ein gesellschaftlich und politisch ernst zu nehmendes Potenzial.

Rechtsextremismus und rechtsextremes Gedankengut speisen sich ideologisch historisch sowohl aus einem völkischen Nationalsozialismus, beruhen aber auch auf für Parteizwecke genutzten (besser: missbrauchten) realen unzureichenden Lebensverhältnissen und einer darauf basierenden Politik z.B. genannter Parteien. Auseinandersetzung mit rechts ist deshalb sowohl Aufarbeitung deutscher Geschichte - insbesondere bis 1945 - als auch Beseitigung sozialer/ökonomischer Ursachen für rechtsextremes Denken. Sie ausschließlich zu individualisieren, ohne ihren Bezug zum sozialen Umfeld und der sozialen Situation der Gegenwart, trägt den damit verbundenen Gefahren bewusst nicht Rechnung.

⁸³⁶ Vgl. detailliert: Winkler, Gunnar: Einstellungen zu Ausländern und rechtsextremistische Auffassungen in den neuen Bundesländern, Hans-Böckler-Stiftung, Reihe Arbeitspapiere, Nr. 133, Düsseldorf: 2007, 102 Seiten - z.T. aktualisiert./ Neue Studien belegen einen weitgehend unveränderten Stand. Siehe hierzu: Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hrsg.): Die enthemmte Mitte - Autoritäre und rechtsextreme Entwicklungen in Deutschland, Psychosozial Verlag, Gießen 2016.

Die Aufarbeitung des Verhältnisses/Verhaltens der Deutschen zum Dritten Reich, d.h. zu Hitlers Nazidiktatur und damit zum Faschismus, ist nach 1945 auf unterschiedliche Weise erfolgt und nach 1990 unterschiedlich bewertet worden. Zu oft und fälschlicherweise wird die Auseinandersetzung mit den Folgen des Hitler-Regimes zum Teil bewusst genutzt, um im Nachhinein die DDR und die Bürger, die in ihr lebten, politisch zu diffamieren. Beispielhaft dafür möge stehen, wenn ein 2007 erschienenes Buch zur deutschen Einheit mit einer Darstellung zum Mythos „Antifaschismus“ in der DDR beginnt und ihn als „billige Vergangenheitsentsorgung“, als „Instrument zur Denunziation beliebiger Gegner“ und „Legitimation für eine weitere Diktatur auf deutschem Boden“ charakterisiert.⁸³⁷

Es ist nicht Anliegen dieses Abschnittes, sich mit dem Antifaschismus in der DDR und seiner Wertung wissenschaftlich auseinanderzusetzen, was feststeht ist aber die unterschiedliche Art und Weise der Aufarbeitung nach 1945 in beiden deutschen Staaten.

Es ist eine „deutsche Spezifik“, dass „Antifaschismus“ in der DDR als Abgrenzungsideologie gegenüber dem Dritten Reich und der Bundesrepublik Deutschland genutzt wurde - am prägnantesten mit dem „antifaschistischen Schutzwall“, d.h. dem Mauerbau - wie andererseits nach 1990 diese Positionen u.a. als Beleg für „verordneten Antifaschismus“ und den Vergleich als „Diktatur“ (und damit der Gleichstellung mit dem Dritten Reich) verwendet wurden.

Das soll keineswegs heißen, dass in der DDR alles hinreichend erfolgte und dass nicht vieles in dieser Hinsicht (bewusst oder unbewusst) falsch gemacht wurde (z.B. zeitweise politisches Sektierertum gegenüber Juden, Haltung der DDR zum neu gebildeten Staat Israel, aber auch Sektierertum gegenüber Teilen ehemaliger SPD-Mitglieder in der DDR oder fehlendes Personen-Opfer-Gedenken, weil politische Differenzen zwischen Personen bestanden u.a.m.). Andererseits erfolgte eine Aufarbeitung der Hitler-Ära und des Übergangs der Eliten in die neu gebildete Bundesrepublik nur zögerlich und kaum offiziell.

In der DDR wurde weder von einer Gleichsetzung des gesamten deutschen Volkes mit den geistigen und politischen Führern des Dritten Reiches ausgegangen noch die Auffassung „man habe nichts gewusst“ unterstützt. Wenn die DDR (die sich selbst als Diktatur des Proletariats einordnete) jedoch mit einem System, das Millionen von Menschen zu Kriegsopfern machte und in über 60 Konzentrationslagern nicht nur politische Gegner vernichtete, sondern Rassenmord betrieb, nicht nur verglichen, sondern gleichgestellt wird, so ruft das zu Recht Widerstand bei großen Teilen der Bevölkerung, die in ihr lebten, hervor. Es gibt keinerlei Rechtfertigung für Tote an der deutsch-deutschen Grenze, aber zwischen 1933 und 1945 wurden in KZ und Vernichtungslagern rd. 11 Millionen Menschen ermordet, was mit nichts in Deutschland danach gleichzusetzen ist. Der Missbrauch eines nicht vergleichbaren Tatbestandes für Ideologien ist zu verurteilen - das gilt für Vergangenheit wie Gegenwart. Umso dauerlicher ist es, wenn ein neu gewählter Bundespräsident am Tag seiner Wahl im 2. Satz seiner Antrittsrede davon spricht, dass die Ostdeutschen „nach 56-jähriger Herrschaft von Diktatoren endlich Bürger sein durften“⁸³⁸. Die Gleichsetzung Hitlerdeutschlands und der DDR als pro-grammatischer Ausgangspunkt für einen „Neubeginn“ ist nicht vielversprechend.

Unabhängig von allen offenen Bekenntnissen zu rechtsextremen Parteien besteht das eigentliche Problem darin, dass es auch bei vielen Bürgern rechtsextreme Positionen im Denken gibt, ohne dass sie sich dessen bewusst sind und es wahrhaben wollen.

⁸³⁷ Schröder, Richard: Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit, Verlag Herder, Freiburg i.B. 2007, S. 39.

⁸³⁸ Gauck, Joachim: Rede vor der Bundesversammlung, 18. März 2012.

Trotz des keineswegs kleinen Teils der Bevölkerung, der sich nicht ablehnend zu rechten Parteien verhält, belegen die Befragungsergebnisse - ebenso wie vergleichbare Untersuchungen⁸³⁹ -, dass rechtsextremes Gedankengut unterschiedlicher Inhalte und Facetten wesentlich breitere Teile der ost-deutschen Bevölkerung erfasst. Insgesamt ist - ausgehend von Untersuchungen, die 2006 bis 2008 in den neuen Ländern durch das SFZ durchgeführt wurden - hervorzuheben:

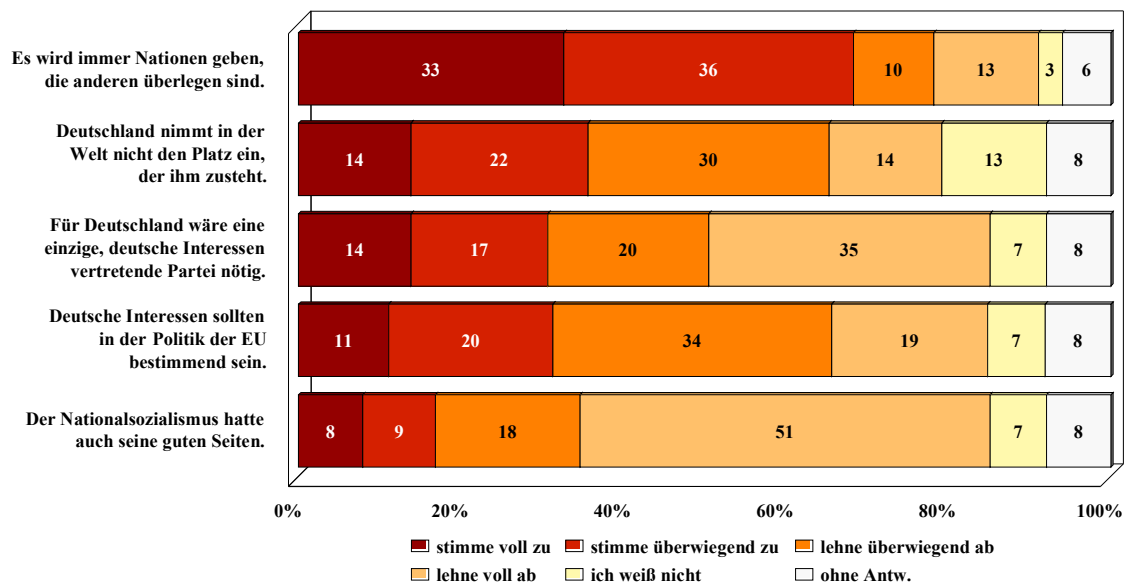
- Es gibt einen erschreckend hohen Anteil von Bürgern (7 %), welcher der Auffassung „der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ „voll“ zustimmt sowie „überwiegend“ zustimmt (9 %) und damit einer „bilanzierenden“ Bewertung unterliegt;
- diktatorischen Führungsstrukturen („Für Deutschland wäre eine einzige, Deutschlands Interessen wahrnehmende Partei notwendig“) stimmen 14 % „voll“ zu, 17 % „überwiegend“;
- einer „allgemein gegebenen“ Überlegenheit einzelner Nationen gegenüber anderen Nationen stimmen 33 % der Befragten „voll“ zu (36 % „überwiegend“). Damit werden „Auslesemechanismen“ auf die Gesellschaft übertragen und Grundlagen für Überhebungen der „eigenen, deutschen Nation“ geschaffen. Das führt folgerichtig zur Auffassung, dass „Deutschland in der Welt nicht den Platz einnimmt, der ihm zusteht“, der von 14 % „voll“ und von 22 % „überwiegend“ zugestimmt wird;
- einer im Kern ausländerfeindlichen Haltung („In Deutschland leben zu viel Ausländer, ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden“) stimmen 44 % der Bürger „voll“ zu und 30 % „teilweise“.

Die im Rahmen der Untersuchung mit weiteren Indikatoren belegten Aussagen zu rechtsextremen sowie ausländerbezogenen Positionen verdeutlichen insgesamt, dass sowohl eine Reduzierung rechtsextremer Auffassungen auf diese oder jene einzelne nationalsozialistische, chauvinistische oder fremdenfeindliche Position ebenso falsch wäre als auch von „Rechtsextremismus“ nur dann zu sprechen, wenn ein geschlossenes „Weltbild“ vorliegt, welches in sich alle Elemente rechtsextremen Denkens einschließt.

Werden die unterschiedlichsten Aussagen zusammengefasst, so ergibt sich, dass über 50 % der Bürger der neuen Länder dieser oder jener inhaltlichen Aussage zustimmen. Rechtsextremismus in seinen zahlreichen Komponenten und Facetten hat einen „breiten“ Nährboden und ergibt ein keineswegs gering zu schätzendes Potenzial, das in seiner Motivation unterschiedlichen Zugang zum Rechtsextremismus hat. Es ist jedoch in dieser oder jener Form entsprechend aufbereiteten Argumentationen zugänglich und - wenn es auch gegenwärtig noch nicht zu einem eindeutigen Bekenntnis zu rechtsextremen Parteien führt - potenziell unterstützend.

⁸³⁹ Vgl. Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte - Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2006.

Abbildung 7.26: Ausgewählte rechtsextreme Positionen - neue Länder und Berlin-Ost - 2006
- in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

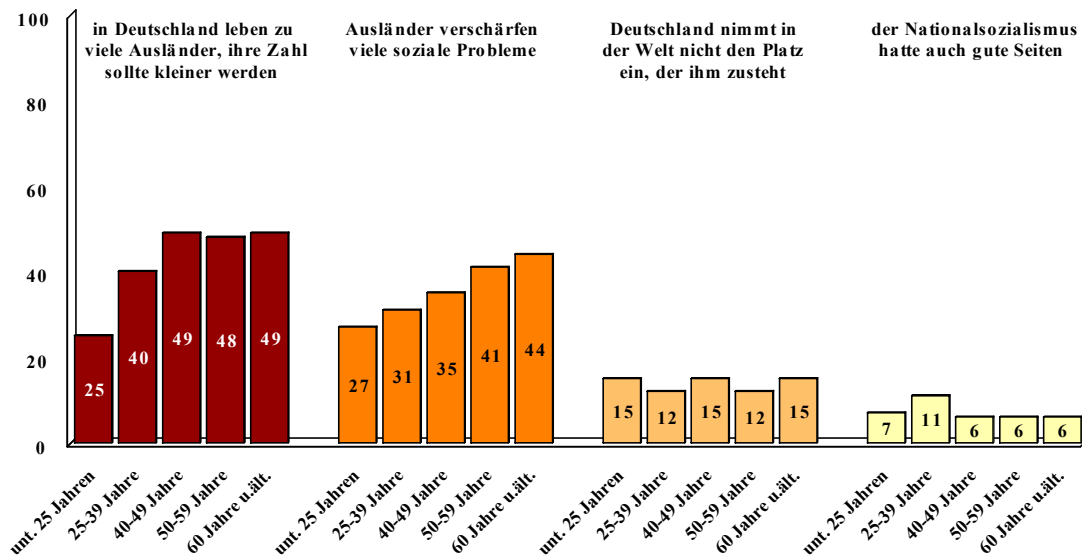
Es handelt sich mehrheitlich um ambivalente Haltungen, indem einerseits rechte Parteien abgelehnt werden, aber gleichzeitig Auffassungen z.B. zum „Stellenwert Deutschlands in der Welt“ und insbesondere zur „Überfremdung“ der Bundesrepublik durch Ausländer zugestimmt wird. Viele derjenigen, die einzelnen Aussagen zustimmen, würden es ablehnen, rechtsorientierten Denkens bezichtigt zu werden.

Kampagnen gegen „Rechts“ müssen sich demzufolge mit allen Erscheinungsformen nationalistischen, ausländerfeindlichen und chauvinistischen Gedankenguts auseinandersetzen und dürfen nicht auf einzelne „Projekte gegen Rechts“ begrenzt werden.

Die „Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund“ sind - nicht zuletzt im Ergebnis der Medienarbeit - in der Öffentlichkeit stark meinungsbildend. Insbesondere gegen Ausländer gerichtete Positionen werden von Jüngeren in deutlich geringerem Maße vertreten als von Älteren. Rechtsextreme Positionen im engeren Sinne weisen unterschiedliche, insgesamt weitgehend altersunabhängigere Positionen aus, die nicht eine Gesamtaussage, dass Jüngere „rechter“ seien, rechtfertigt.⁸⁴⁰ Die Gesamtergebnisse unterstützen Forderungen nach einer alle Altersgruppen erfassenden Auseinandersetzung mit rechtsextremen und gegen Ausländer gerichteten Auffassungen.

⁸⁴⁰ Die Positionen zu Ausländern in den neuen Ländern anhand der neuesten Daten vgl. Abschnitt 5.7.

Abbildung 7.27: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen - nach Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent - (nur Antwort: „*stimme ich voll zu*“)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

In den neuen Bundesländern machen sich rechtsextreme Positionen vor allem an ausländerbezogenen Positionen fest. Der Boden für rechtsgerichtete Auffassungen zu Ausländern und einer entsprechenden Einwanderungs- und Integrationspolitik erfasst - ob individuell gewollt oder nicht - rd. 75 % der Bevölkerung.

Gesellschaftliche Akzeptanz einerseits bzw. verbreitete Ignoranz andererseits sowie politische Leitbilder haben in den neuen Bundesländern ein Klima geschaffen, das nicht generell als „ausländerfeindlich“, aber auch nicht als hinreichend ausländerfreundlich, d.h. integrativ, gekennzeichnet werden kann. Die Bürger der neuen Länder werten das Klima in Bezug auf Ausländer in der Bundesrepublik nur zu 7 % als ausländerfreundlich, 45 % mit „eher unfreundlich“ und 17 % mit „ausländerfeindlich“.

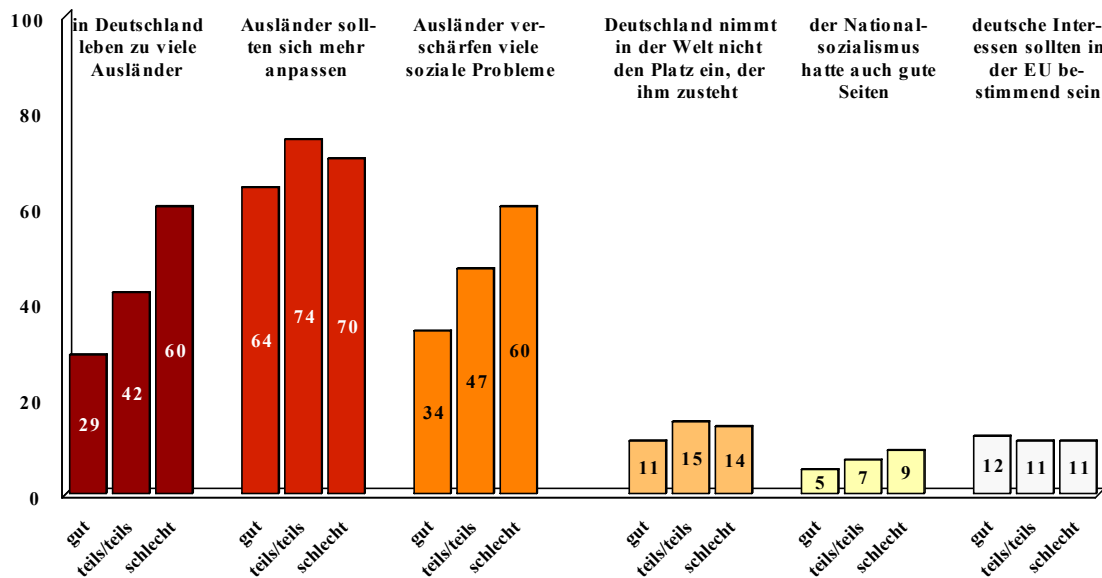
Die seit 1992 beim SFZ vorliegenden Aussagen von Bürgern der neuen Bundesländer ergeben, dass sich die Haltung zu Ausländern in den letzten Jahren im Prinzip nicht verändert, sondern im negativen Sinne „stabilisiert“ hat.

Insgesamt überwiegen „Anti-Haltungen“, die vom Einzelnen nur in seltenen Fällen begründet werden können, sondern mehr auf pauschalierter Vorverurteilung beruhen. Das nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass nur wenige Ausländer in den neuen Bundesländern leben (ohne Ostberlin), d.h. der Anteil der ausländischen Bevölkerung bei rd. 2,2 % liegt (3,9 % aller in Deutschland lebenden Ausländer).

Die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation steht in direktem Zusammenhang zu ausländerfeindlichen Positionen. 29 % der Befragten, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als „sehr gut/gut“ kennzeichnen, stimmen der Meinung, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben und ihre Anzahl verkleinert werden sollte, „voll“ zu. Die wirtschaftliche Lage wirkt nicht in gleichem Maße differenzierend auf rechtsextreme Einstellungen im engeren Sinne (nationalistische, chauvinistische, nationalsozialistische Positionen) (vgl. Abbildung 7.28).

Abbildung 7.28: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen - nach Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage - nur Befragte, die der genannten Position voll zustimmen - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent -

Frage: Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Würden Sie sagen, sie ist ...
 - sehr gut/gut (gut)
 - teils gut/teils schlecht (teils/teils)
 - schlecht/sehr schlecht (schlecht)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Die Untersuchung bestätigte die allgemeine Annahme, dass sich besonders Erwerbsstrukturen, d.h. Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit oder eine erzwungene/gewollte vorzeitige Rentnerschaft, in den Positionen zu Ausländern bzw. auf rechtsextreme Positionen niederschlagen.

Insbesondere Arbeitslose vertreten in deutlich höherem Maße die Auffassung, dass es zu viele Ausländer gäbe (Erwerbstätige 41 %, Arbeitslose 56 %), offensichtlich in der Annahme, dass sich mit der Reduzierung der ausländischen Bevölkerung die eigene Situation verbessern würde. Die mit den Arbeitsmarktreformen verstärkte „Differenzierung“ innerhalb der Arbeitslosen hat sich auch in Positionen gegen Ausländer umgeschlagen. Die Annahme, dass Ausländer den Deutschen „Arbeitsplätze wegnehmen“, unterstützt rechtsextreme Positionen in der Ausländerfrage.

Die Gruppe der freiwilligen bzw. überwiegend unfreiwilligen „Vorrentner“ neigt deutlich stärker rechtsextremen Auffassungen zu. Der Status des „Ausgegrenztseins“ hat hier für den Einzelnen offenbar eine andere Dimension, da sie (im Gegensatz zur Arbeitslosigkeit) endgültig ist. Systemkritik liegt hier noch deutlicher vor. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich in dieser Gruppe vor allem 50- bis 64-Jährige befanden, die mehrheitlich nicht aus eigenem Wunsch heraus in den Status der Vorrentnerschaft gegangen sind.

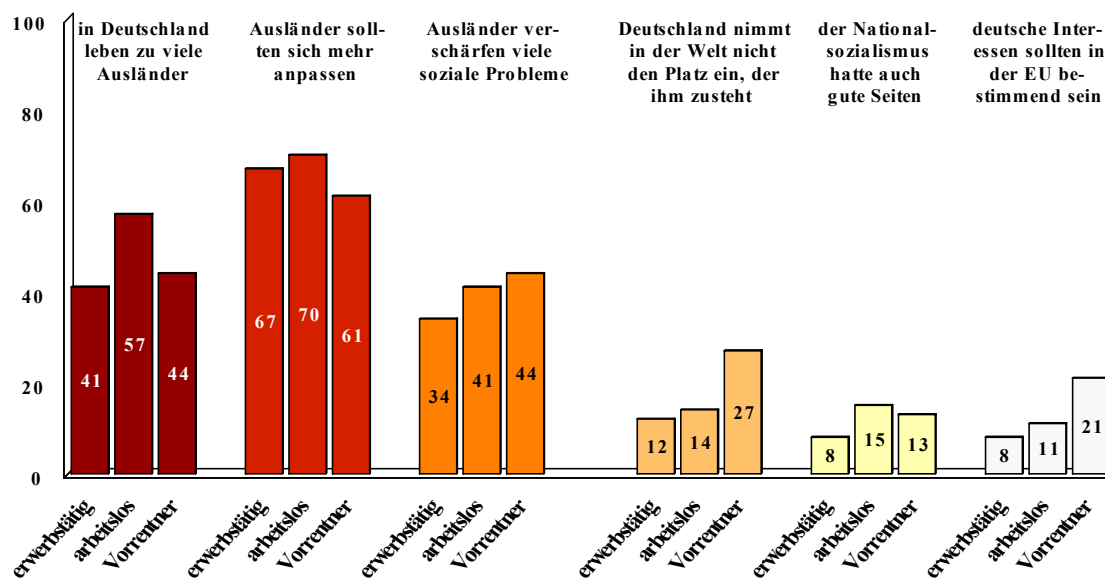
In Verbindung mit dem hohen Anteil von Bürgern, die arbeitslos bzw. von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder nur eine Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen ausüben können, werden Lösungen offensichtlich nicht in der allgemeinen Verbesserung der Arbeitsmarktsituation gesehen, sondern in einer „Bereinigung des Arbeitsmarktes“ von Ausländern.

Bezogen auf künftige Entwicklungen ist auch hervorzuheben, dass insbesondere Bürger, die im Falle zu erwartender bzw. möglicher Arbeitslosigkeit ihre Chancen auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mit „schlecht“ bewerten, analog anderer Aussagen sich vor allem in Bezug auf „zu viele Ausländer“ und „Ausnutzung sozialer Leistungen“ negativ von den anderen abheben. Die Annahme

eines besonderen Einflusses von erfahrener Langzeitarbeitslosigkeit bzw. hoher Gesamtarbeitslosigkeitsdauer in den letzten 16 Jahren ist nicht nachweisbar.

Der nachweisbar geringere Anteil von Hochschulabsolventen, die bezogen auf Ausländer „negative“ Wertungen treffen, ist nicht auf unterschiedliche Bildungsniveaus zu reduzieren, sondern ohne Zweifel auch auf die weitaus geringere Konkurrenz von Ausländern auf dem Arbeitsmarkt für Höherqualifizierte zurückzuführen.

Abbildung 7.29: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen - 18 bis 64 Jahre
- nach Erwerbsstatus - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent -
(nur Antwort: „*stimme ich voll zu*“)



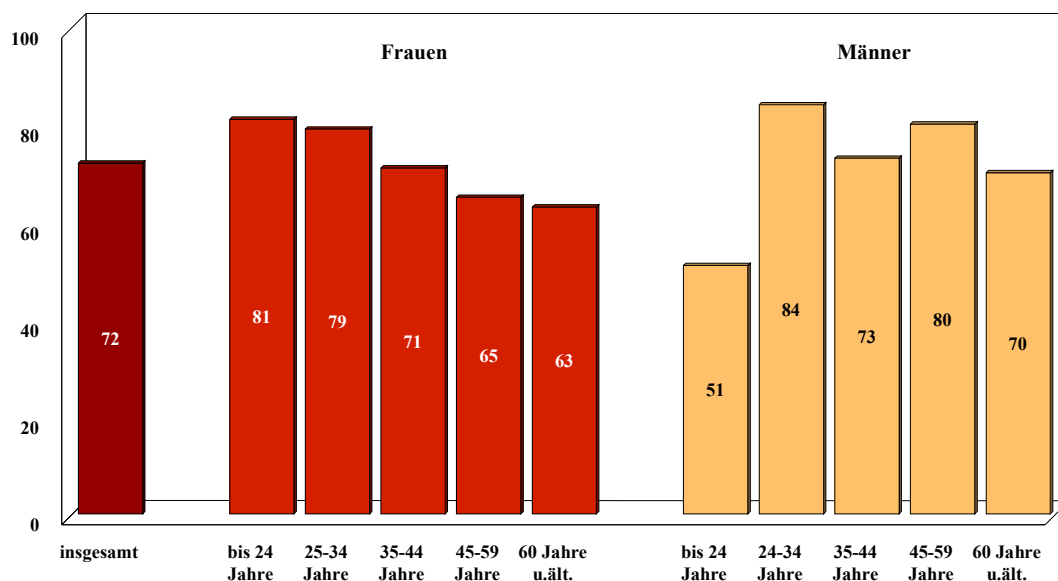
Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Partnerbeziehungen sind bei rechtsextremen Sympathisanten nicht nur durch einen hohen Anteil mit eigener Erfahrung an Arbeitslosigkeit geprägt, sondern zugleich durch einen relativ hohen Anteil an „partnerschaftlicher Arbeitslosigkeit“. Von den sich als „rechts“ Bekennenden sind in 46 % der Partnerhaushalte (unter 65 Jahren) mindestens ein Teil bzw. beide (10 %) arbeitslos. Nur in 43 % der genannten Haushalte sind beide erwerbstätig. In Haushalten, die rechte Parteien ablehnen bzw. „neutrale“ Positionen beziehen, sind zu 64 % bzw. 62 % beide Partner erwerbstätig. Die familiäre Situation auf dem Arbeitsmarkt wirkt eindeutig positiv bzw. verschärfend auf rechtsextreme Haltungen/Einstellungen, kumuliert gewissermaßen individuelle Positionen.

Auch aus Sicht der befragten Bürger werden als Hauptursachen für den in den neuen Bundesländern existenten Rechtsextremismus und damit verbundene Ausländerfeindlichkeit die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und der erreichte Grad der Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern an die alten Bundesländer gesehen.

72 % der Bürger ab 18. Lebensjahr sehen die Ursachen vor allem in der fehlenden wirtschaftlichen Perspektive in den neuen Bundesländern. Diese Auffassung wird insbesondere unterstützt von jungen Frauen (81 % der unter 25-Jährigen) und Männern der Altersgruppen zwischen 25 und 35 Jahren (84 %). Das sind u.a. auch die Altersgruppen mit dem höchsten (Ab-)Wanderungssaldo.

Abbildung 7.30: Die fehlenden wirtschaftlichen Perspektiven in den neuen Bundesländern sehen als Ursachen für Rechtsextremismus/Ausländerfeindlichkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

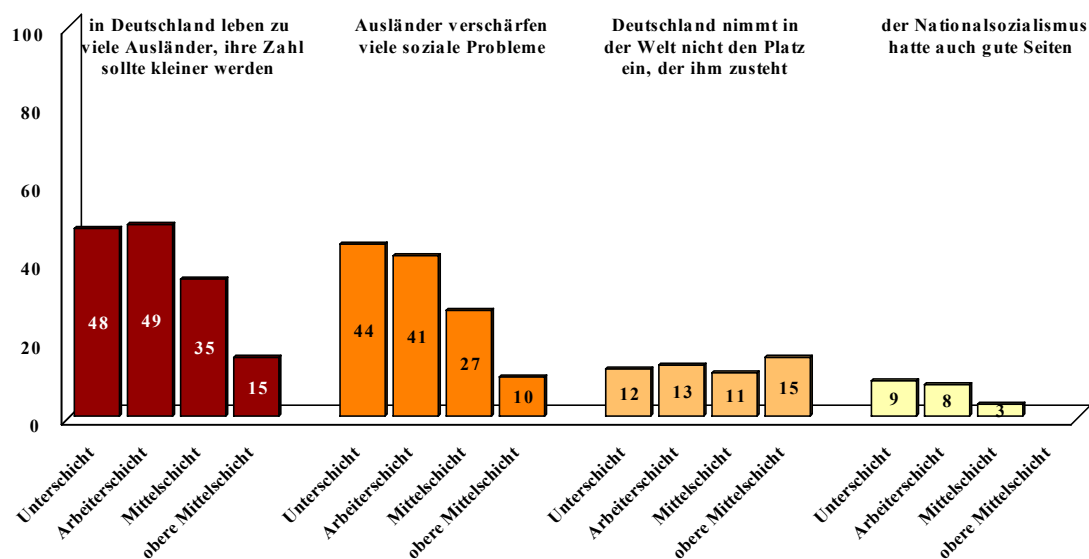
Hervorzuheben ist, dass vor allem Hochschulabsolventen (82 %) und Fachschulabsolventen (79 %) den Zusammenhang von fehlender wirtschaftlicher Perspektive und Rechtsextremismus herstellen (Facharbeiter 74 %, ohne beruflichen Abschluss 58 %).

Neben der fehlenden wirtschaftlichen Perspektive hat die Ungleichbehandlung zwischen Ost und West einen hohen Stellenwert in der Ursachenbewertung. 55 % sehen darin einen spezifischen Grund für die Situation in den neuen Bundesländern. Dabei ist hervorzuheben, dass sich Arbeitslose und Rentner in diesem Punkt deutlich von den Erwerbstätigen abheben (Arbeitslose 63 %, Rentner 64 %, Erwerbstätige 48 %) und damit vor allem jene stützen, die im Rechtsextremismus Protesthaltungen zur Entwicklung im Osten sehen.

Die im Rahmen der Untersuchung auch 2006 vom SFZ erhobene Selbstzuordnung zu sozialen Schichten belegt den Zusammenhang zu rechtsextremen bzw. ausländerbezogenen Auffassungen.⁸⁴¹ Sich den unteren Schichten Zuordnende tendieren insgesamt deutlicher zu rechtsextremen Positionen. „Nationale Positionen“ vertreten in höherem Maße Befragte, die sich selbst der oberen Mittelschicht zuordnen, sich aber gleichermaßen vom Nationalsozialismus distanzieren.

⁸⁴¹ Seitens des SFZ wird seit 1992 die subjektive Schichtzuordnung erhoben.

Abbildung 7.31: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen - nach subjektiver Schichtzuordnung - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent - (nur Antwort: „*stimme ich voll zu*“)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

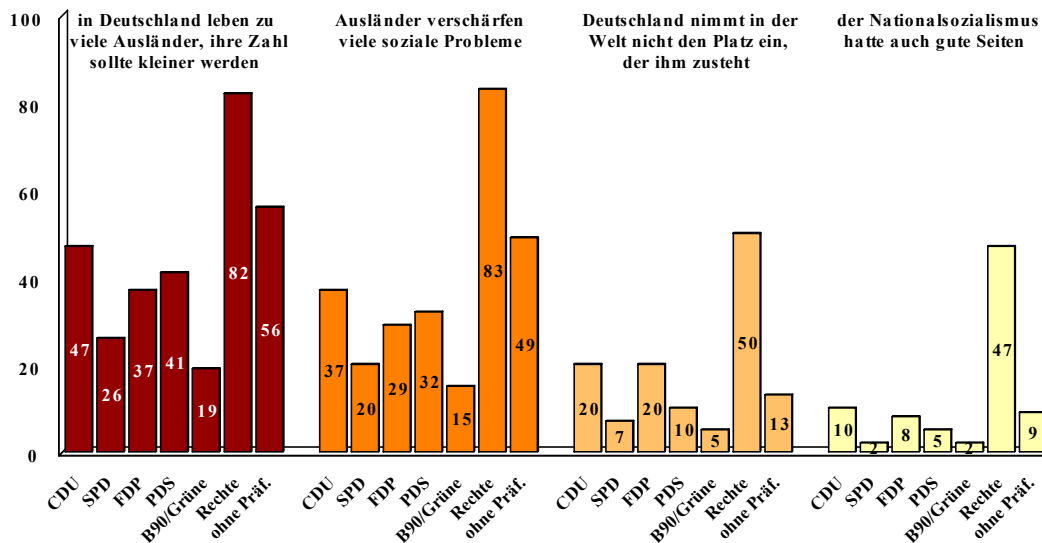
Es bestätigen sich die Gefahren, die mit sinkendem Politikinteresse verbunden sind. Fehlender Glaube an Gestaltungswillen von Parteien und Parlamentariern und stete Betonung einzelner Medien, dass Aktionen (z.B. der Gewerkschaften oder von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden) nichts bewirken würden, bereiten - ob gewollt oder nicht gewollt - auch den Boden für rechtsextreme Verhaltens- und letztlich auch Handlungspotenziale.

Die Untersuchung belegt, dass vor allem jene Bürger sich gegen ausländerbezogene und rechtsextreme Auffassungen wenden, die sich - ihrer eigenen Einschätzung nach - stark für Politik interessieren. Exemplarisch dafür sei hervorgehoben, dass z.B. Bürger, die sich „wenig“ für Politik interessieren, einerseits überdurchschnittlich (24 %) der Auffassung zustimmen, dass der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte, Befragte, die sich „gar nicht“ für Politik interessieren, stimmen dem sogar mit 31 % (!!) zu. Andererseits sind in den letztgenannten Gruppen auch überdurchschnittlich jene vertreten, die mit „ich weiß nicht“ antworten bzw. überhaupt keine Antwort geben (rd. 20 %).

Bürger ohne Parteipräferenzen sind aufgrund ihres höheren Desinteresses an Politik sowie ihrer generell „negativeren“ Haltungen insbesondere zu ausländerbezogenen, aber auch rechtsextremen Positionen ein den „Rechten“ leichter zugängliches Potenzial.

Die Ergebnisse von Wahlen bezogen auf die z.T. hohen Voten für Rechtsparteien werden vor allem als Protest gegen anhaltende hohe Arbeitslosigkeit und „Denkzettel“ für Politiker bewertet - was in vielen Fällen als „Schutzbehauptung“ anzusehen ist.

Abbildung 7.32: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen - nach Parteipräferenzen - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent - (nur Antwort: „*stimme ich voll zu*“)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Der Anteil der der Rechtsextremismusszene zuzuordnenden Bürger (rechte Parteien und Organisationen/Subkulturen wie Skinheads usw.) in den neuen Ländern liegt bei 0,8 Promille, der Anteil von an Parteien gebundenen Mitgliedern bei 0,2 Promille, d.h. rd. 20 Mitglieder auf 100.000 Bewohner ab 18. Lebensjahr. Dieser kleine Kreis von „Etablierten“ bindet - wie bereits hervorgehoben - rd. 5 % der ab 18-jährigen Bevölkerung als Sympathisanten.

Im Vergleich der sozio-demografischen Strukturen nach Parteipräferenzen wird deutlich, dass die Sympathisanten der Rechten - im Vergleich zu demokratischen Parteien -

- männerdominiert sind (71 %),
- überdurchschnittlich Bürger ohne beruflichen Abschluss (38 %) und nur geringen Anteil von Hochschulabsolventen (2 %) auf sich vereinigen,
- im Durchschnitt eher die Jahrgänge der 25- bis 45-Jährigen an sich binden,
- sich vor allem sowohl aus einem überdurchschnittlichen Anteil Erwerbstätiger als auch Arbeitsloser (von den Sympathisanten sind 54 % Erwerbstätige und 23 % Arbeitslose) rekrutieren,
- sich insbesondere auf nicht großstädtische Regionen wie Klein- und Mittelstädte konzentrieren.

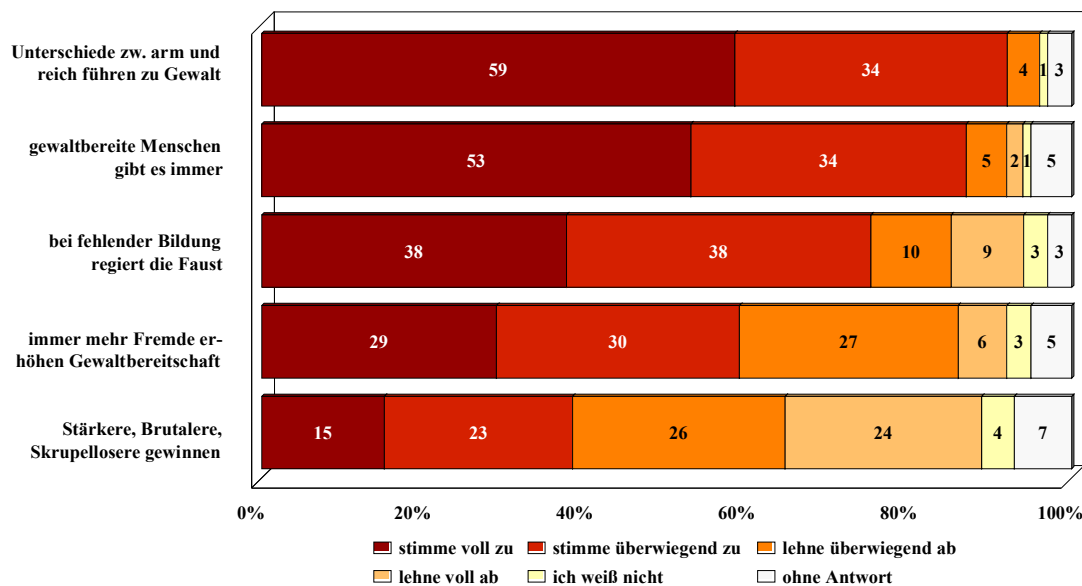
Die sich als „nicht integriert fühlenden“ Ostdeutschen und sich mit der Bundesrepublik nicht Identifizierenden sind in ihren Bewertungen zu Ausländern deutlich in höherem Maße gegen Ausländer eingenommen als das bei den Fragen zum Rechtsextremismus (im engeren Sinne) der Fall ist.

Rechtsextremismus wird mehrheitlich mit Gewalt und Gewaltbereitschaft verbunden. Es gibt einen (zu) hohen Anteil von Bürgern, die generell davon ausgehen, dass „Gewalt“ dem Menschen eigen ist.

Insgesamt gehen 87 % davon aus, dass es gewaltbereite Menschen immer gibt. 93 % sehen die Ursachen für Gewalt vor allem in Unterschieden zwischen arm und reich bzw. in mangelnder Bildung (76 %). Insgesamt ist festzustellen, dass über 50 % der Befragten der Auffassung, dass es Gewalt immer geben wird, „voll“ zustimmen. Das charakterisiert, dass ein bedeutender Teil der Bevölkerung „Gewalt“ für unabwendbar, nicht beeinflussbar hält.

Von den über 18-jährigen Bürgern der neuen Bundesländer stimmt rd. ein Drittel der Befragten der Auffassung zu, dass überall im Leben gelte, dass „der oder die Stärkere, Brutalere, Skrupellosere gewinnt“ (Sozialdarwinismus), 50 % wenden sich gegen eine solche Auffassung (4 % „ich weiß nicht“, 7 % ohne Antwort).

Abbildung 7.33: Bewertung von Gewaltursachen - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Auch „Überfremdung“ als Ursache von Gewalt wird von 59 % als eine Ursache angesehen (29 % stimmen dem „voll zu“) und damit indirekt der Position „weniger Fremde - weniger Gewalt“.

Die getroffenen Aussagen belegen eine bestimmte weit verbreitete „Unabwendbarkeit“ von Gewalt - bei aller Unterschiedlichkeit der dafür gesehenen Ursachen. Nicht zuletzt deshalb, weil davon ausgegangen wird, dass Unterschiede zwischen arm und reich ebenso wie in der Bildung langfristig existent sein werden und demzufolge auch Gewalt. Gewalt in diesem Kontext wird hingenommen, akzeptiert.

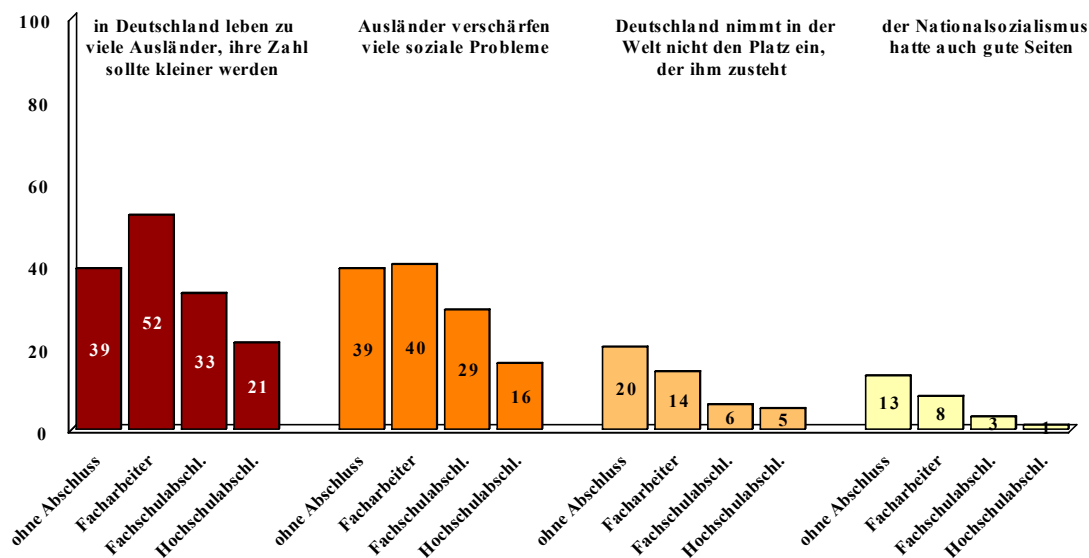
Keinesfalls zu übersehen ist, dass auch die mediale Wirklichkeit in hohem Maße Gewalt verbreitet, zum Teil zelebriert. Das betrifft auch Darstellungen, die „Gewalt“ als Mittel der Durchsetzung „nationaler Interessen“ oder des „Schutzes“ nationaler Interessen zeigen bzw. im Interesse von Zuschauerquoten Gewalt nicht nur hinnehmen, sondern in den Mittelpunkt von täglicher Berichterstattung und Abendunterhaltung stellen. Das gilt auch für die Verbreitung von Computerspielen.

Das Bildungs- und Qualifikationspotenzial beeinflusst auch in den neuen Bundesländern ausländerfeindliche und rechtsextreme Positionen, wenn auch nicht in einem Maße, um sagen zu können (zu dürfen), dass niedrige Schulbildung und fehlende berufliche Qualifikation in besonderem Maße zu rechtsextremen Positionen führen, wie Hochschulbildung davor bewahrt. Erworbene Qualifikationen wirken vor allem auf den Erwerbs-/Sozialstatus und damit verbunden auf die wirtschaftliche Situation des Einzelnen bzw. seiner Familie.

Insofern reflektieren sich im Zusammenhang zwischen beruflichem Abschluss und ausländerbezogenen bzw. rechtsextremen Positionen eher die mit der Qualifikation verbundenen „Lebenslagen“ als ein „reiner“ Bildungseinfluss. Das spricht nicht dagegen, dass ein steigendes Qualifikationsniveau sicher auch vor allem zu einem höheren Maß an Fähigkeit führt, sich selbstständig kritisch mit entsprechenden vermittelten Aussagen - insbesondere in den Medien - auseinanderzusetzen.

Bei der Bewertung des Zusammenhangs von Qualifikation und Rechtsextremismus in den neuen Ländern muss hervorgehoben werden, dass es einen hohen Anteil von Bürgern mit einem „Facharbeiterabschluss“ gibt, gleichzeitig aber insbesondere in Gebieten mit grundlegenden wirtschaftsstrukturellen Veränderungen (Deindustrialisierung, Auflösung agrarischer Wirtschaftsstrukturen) nicht nur eine Entwertung beruflicher Profile erfolgte, sondern zugleich die „Anlerntätigkeiten“ in neuen/anderen Berufen deutlich zunahmen. Im Zentrum geförderter Aus- bzw. Weiterbildung standen nicht berufliche Abschlüsse, sondern tätigkeitsorientierte Erfahrungs- und Wissensvermittlung.

Abbildung 7.34: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen - nach beruflichem Abschluss - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent - (nur Antwort: „*stimme ich voll zu*“)



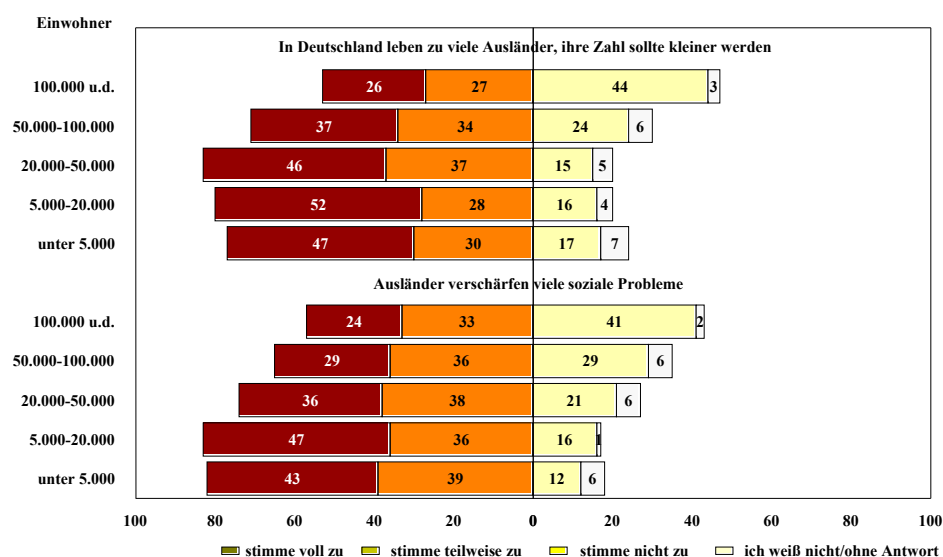
Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Mit den wirtschaftsstrukturellen Veränderungen verbundene Dequalifizierung sowie berufliche und arbeitsmarktliche Ausgrenzungen konzentrierten sich bis in die Gegenwart überdurchschnittlich auf Bürger ohne bzw. mit Facharbeiterqualifikation. Von der enormen, einmaligen beruflichen Mobilität nach 1990 in den neuen Bundesländern waren Fach- und Hochschulabsolventen insgesamt weniger betroffen und damit auch von deutlich geringeren Qualifikations- und Erfahrungsverlusten. Eine Spezifik der Wirkung der wirtschaftsstrukturellen Wandlungen nach 1990 liegt in der anteilig deutlich geringeren beruflichen/qualifikationsabhängigen Neuorientierung der Fach- und Hochschulabsolventen mit hohen Anteilen der beruflichen Fortsetzung bisheriger Tätigkeiten (Pädagogen/Medizinisches Personal). Vor diesem Hintergrund mit seinen Wirkungen auf Einkommen, Wohlbefinden, Bewertung des Vereinigungsprozesses und der gesellschaftlichen Ursachen für individuelle Lebenslagen sind auch die Aussagen zu ausgewählten rechtsextremen Äußerungen sowie Ausländern - qualifikationsbezogen - einzuordnen.

Befragte aus kleineren Orten und Gemeinden in den neuen Bundesländern (sowie Berlin-Ost) stimmen insgesamt eher rechtsextremen und gegen Ausländer bezogenen Auffassungen zu. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der ohnehin geringe Ausländeranteil in Ostdeutschland sich weitgehend auf Großstädte und Wirtschafts- bzw. Wissenschaftszentren konzentriert. Insofern fehlen eigene Erfahrungen im Umgang mit Ausländern fast völlig. Es werden Auffassungen übernommen, die ihre Untersetzung insbesondere durch eine existente hohe Arbeitslosigkeit und weitgehend fehlende kulturelle und Freizeitstrukturen erfahren. Gerade in einigen Gebieten Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns

erweist sich, dass rechtsorientierte Strukturen und Subkulturen vor allem über Freizeitaktivitäten zum „Anziehungspunkt“ werden.

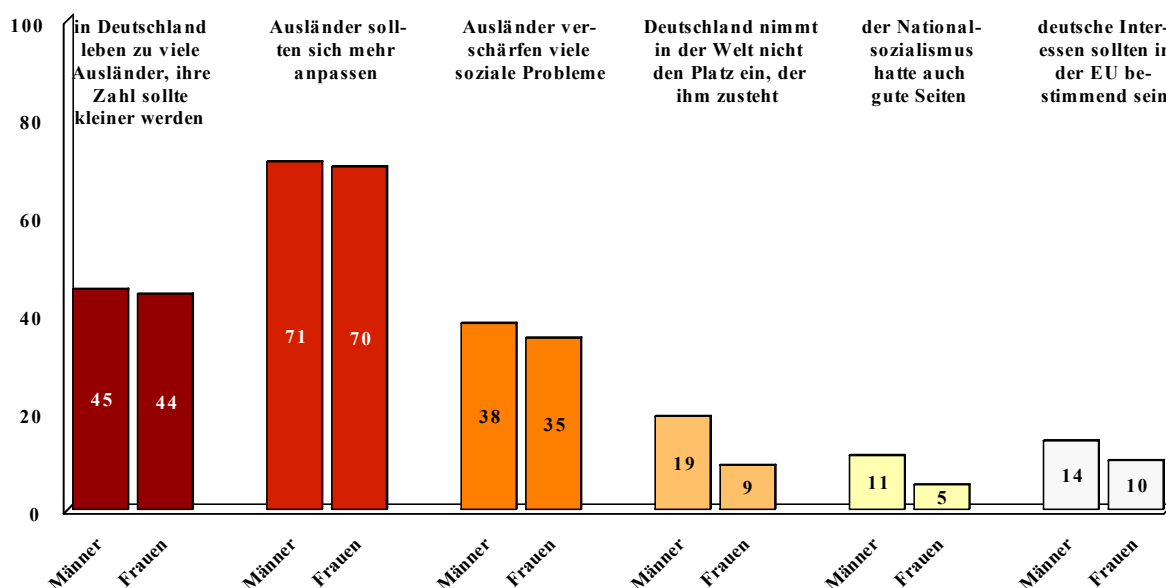
Abbildung 7.35: Ausländerbezogene Positionen - nach Orts-/Gemeindegröße - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Die Haltungen der ab 18-jährigen Frauen und Männer in den neuen Bundesländern sind in Bezug auf die Bewertung der positiven wie negativen Wirkungen der in Deutschland lebenden Ausländer fast deckungsgleich. Das gilt nicht für rechtsextreme Positionen. Hier gibt es nicht nur insgesamt eine weitaus geringere Zustimmung generell, sondern deutlich ausgeprägtere, nach rechts tendierende Auffassungen bei den Männern.

Abbildung 7.36: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen - nach Geschlecht - neue Länder und Berlin-Ost - in Prozent - (nur Antwort: „stimme ich voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

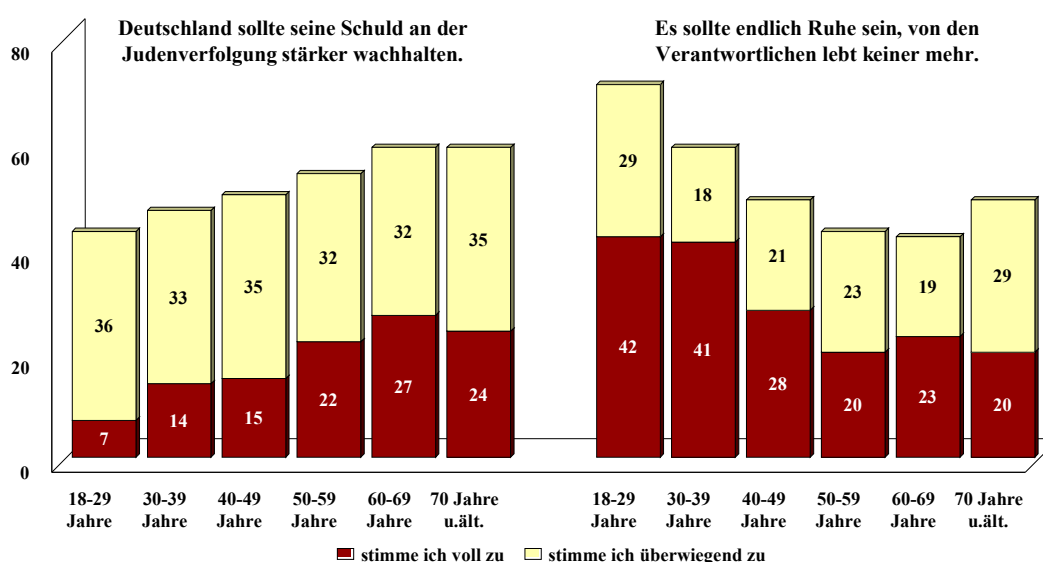
Charakteristisch für die von den Frauen getroffenen Aussagen ist zugleich ein hoher Anteil derjenigen, die bei rechtsextremen Positionen mit „ich weiß nicht“ antworten bzw. sich jeglicher Äußerung enthalten.

Nach wie vor gibt es eine hohe Verantwortung aller, sich ständig der Verbrechen Hitlerdeutschlands bewusst zu sein und nicht Autobahnbau gegen KZ aufzurechnen oder KdF gegen Judenvernichtung. In besonderem Maße gilt das für die Aufklärung der Jugend und des Verhältnisses von Vermittlung millionenfachen Mordes des deutschen Faschismus sowie erfolgten Unrechts in der DDR - und der existenten Unterschiede. Die Interpretationen darüber sind bis in die Gegenwart durch Gegensätzlichkeiten ost- und westdeutscher Autoren bestimmt⁸⁴² und beziehen sich in hohem Maße auf die Zeit zwischen 1945 und den frühen 50er Jahren. Existierender „kommunistischer Antizionismus“ wird auf die Bevölkerung der DDR vor 1990 übertragen. Eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Studie zeigt nicht nur die Gefahr, die von einer Verharmlosung des Nationalsozialismus ausgeht, sondern auch die unterschiedliche Bewertung zwischen Ost und West.

Der Aussage: „Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden“, stimmen 5 % im Osten und 9 % im Westen zu, dass der „Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte“, unterstützen 9 % im Osten und 12 % im Westen. Insgesamt tendieren in Westdeutschland 5 % zu einer Verharmlosung des Nationalsozialismus, im Osten 2 %⁸⁴³. Die Ergebnisse belegen keinesfalls, dass im Osten die besseren Menschen leben, sondern bestenfalls, dass ihre Kenntnisse über Ziele und Tatsachen des faschistischen Regimes besser sind.

Besonders zu beachten sind die erkennbaren Unterschiede zwischen den Generationen, da sich offensichtlich jüngere und mittlere Altersgruppen in hohem Maße eine Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit nicht wünschen bzw. sie für nicht erforderlich halten. Nur ein Drittel aller Bürger (33 %) fordert eine umfassende und bessere Aufklärung über den Holocaust.

Abbildung 7.37: Was ist Ihre Meinung zu folgenden Aussagen ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

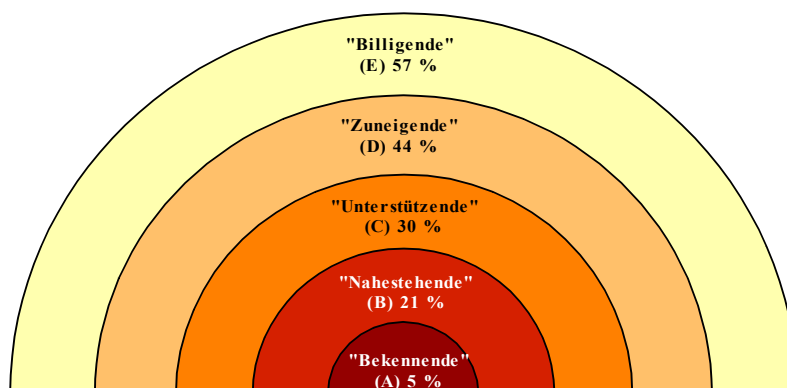
⁸⁴² Vgl. Ullrich, Peter: Nationaler Kommunismus nach Auschwitz - die DDR und die Jüdinnen und Juden - ein Bilanzversuch, UTOPIEKreativ, Nr. 199, Mai 2007, S. 457.

⁸⁴³ Die Daten wurden entnommen aus: Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte - Rechts extrem. Einflussfaktoren in Deutschland, FES-Forum Berlin, Berlin 2006, S. 41.

Es erweist sich insgesamt, dass die Positionen und Haltungen zu rechtsextremen Auffassungen eher von jüngeren Menschen unterstützt werden, wie andererseits das Verhalten zu Ausländern wiederum bei Jüngeren positiver als bei Älteren ist. Das heißt aber auch, dass Rechtsextremismus und ausländerfeindliches Verhalten nicht zusammengefasst werden können und einfach auf den Nenner von gewaltbereiten, gering qualifizierten, ausgegrenzten jungen Menschen reduzierbar ist, sondern alle Altersgruppen bei wachsenden Anteilen gegen Ausländer gerichteter Auffassungen mit steigendem Alter erfassen.

Zusammengefasst bleibt die Verantwortung des Einzelnen, sich selber zu prüfen, in welchem Maße rechtsextreme Positionen - oft unbewusst und gedankenlos - unterstützt werden und Rechtsextremismus auf das Verhalten „anderer“, z.T. von den Medien hervorgehobener radikaler Personen, begrenzt wird.

Abbildung 7.38: Schematische Darstellung rechtsextremer Potenziale



A = Sympathisanten rechtsextremer Parteien
 B = Sympathisanten und/oder nationalsozialistische und diktatorische Führungsstrukturen Anerkennende
 C = Sympathisanten und/oder allgemeine rechtsextreme Positionen Unterstützende
 D = Sympathisanten und/oder rechtsextremen sowie fremdenfeindlichen Positionen Zuneigende
 E = Sympathisanten und/oder rechtsextreme sowie gegen Ausländer gerichtete Positionen Billigende

Datenbasis: sfz/leben 2006 (gew.)

Seit der Analyse 2009 sind fünf Jahre vergangen. Gerade das Jahr 2014 ist nicht nur mit dem Prozess um die neonazistische Terrorzelle der NSU aus Thüringen von besonderem Gewicht, sondern auch durch das Wiederaufflammen antisemitischer Aktionen und Artikulationen in Deutschland im Zusammenhang mit dem Israel-Gaza-Konflikt, aber auch den Entwicklungen in Ungarn und der Ukraine.

Die Daten für 2014 belegen - bezogen auf die Ausländerproblematik (vgl. Abschnitt 5.7):

- eine teilweise rückläufige Entwicklung extremer Auffassungen im Vergleich zu 2009, so z.B. hinsichtlich der zu hohen Zahl von Ausländern in Deutschland (2009 = 41 %/2014 = 32 % volle Zustimmung). Dass Ausländer die sozialen Probleme verschärfen, ist auch, aber nur gering rückläufig. Alles in allem in den neuen Ländern eine erfreuliche Entwicklung, die sich jedoch immer noch dominant gegen Ausländer richtet und damit Boden rechtsextremer Haltungen und Aktionen befördert.
- Generell sind nochmals die positiveren Werte in den alten Bundesländern hervorzuheben (23 % stimmen zu, dass es zu viel Ausländer gäbe und 37 % teilweise), die aber durchaus noch als Gefahr für eine demokratischen Entwicklung bedeutet. Es sollte nicht auf die niedrigeren Werte, sondern auf die noch immer zu hohen Werte verwiesen werden.

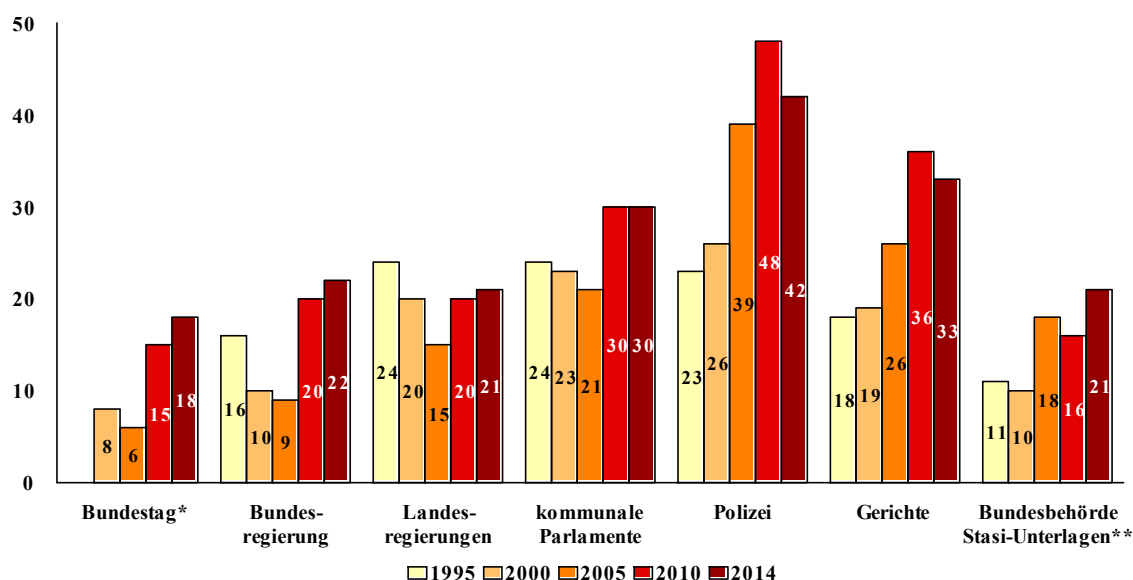
7.5 Institutionenvertrauen

Das Vertrauen in die gewählten Institutionen auf Bundes- und Landesebene ist in Deutschland - im Besonderen im Osten - trotz steigender Tendenz generell gering, wenig und kein Vertrauen sind dominant in der Meinung der Bürger. Polizei und Gerichten wird demgegenüber ein höheres Vertrauen entgegengebracht.

Die Haltungen zu politischen Institutionen reflektieren in den neuen Ländern Erwartungen und gemachte Erfahrungen der letzten Jahre, während in den alten Bundesländern vor allem die Älteren eine sozialisationsgebundene höhere Vertrauensquote ausweisen.

Die relativ hohe Akzeptanz demokratischer Grundwerte durch die Ostdeutschen hat nicht automatisch eine entsprechende positive Bewertung des gegenwärtigen institutionalisierten politischen Systems nach sich gezogen. Sicher sind die Einstellungen zur Regierung, zu exekutiven Organen und anderen Institutionen der Gesellschaft als Bewertungen deren Tätigkeit zu sehen. Von hoher Bedeutsamkeit dürfte aber auch sein, inwiefern diesen Institutionen zugetraut wird, die Interessen der Bürger zu vertreten.

Abbildung 7.39: Vertrauen in Institutionen - neue Länder und Berlin-Ost - 1995 bis 2014
- in Prozent - (nur Antwort: „volles Vertrauen“/„viel Vertrauen“)



* 1995 nicht erhoben

** letzter Wert 2013

Datenbasis: sfz/leben 1995-2014 (gew.)

Oft wird den Ostdeutschen eine tief verinnerlichte Institutionenskepsis zugeschrieben, die mit der Überpolitisierung gesellschaftlicher Verhältnisse in der DDR begründet wird.⁸⁴⁴ Die ohnehin nur schwache gesellschaftliche Verankerung von Institutionen wurde durch den Institutionentransfer im Einigungsprozess weiter verstärkt. Unter den hohen, an das neue System gestellten Erwartungen konnte diese Haltung seit Ende der 90er Jahre eine Abschwächung, mit Tiefpunkt der Jahre des eingeleiteten Sozialab- bzw. -umbaus, erfahren und - vor allem im Zusammenhang mit der Finanzkrise 2009 - Vertrauen aufbauen. Ob die zugleich insgesamt vorhandenen starken ablehnenden Einstellungen zu den gesellschaftlichen Institutionen die Integration der Ostdeutschen in das neu geschaffene demokratische Regime behindern oder ob durch die eher kritische und distanzierte Bewertung die Chancen für bestimmte politische Reform- und Veränderungspotenziale offen gehalten werden - die in der Bundes-

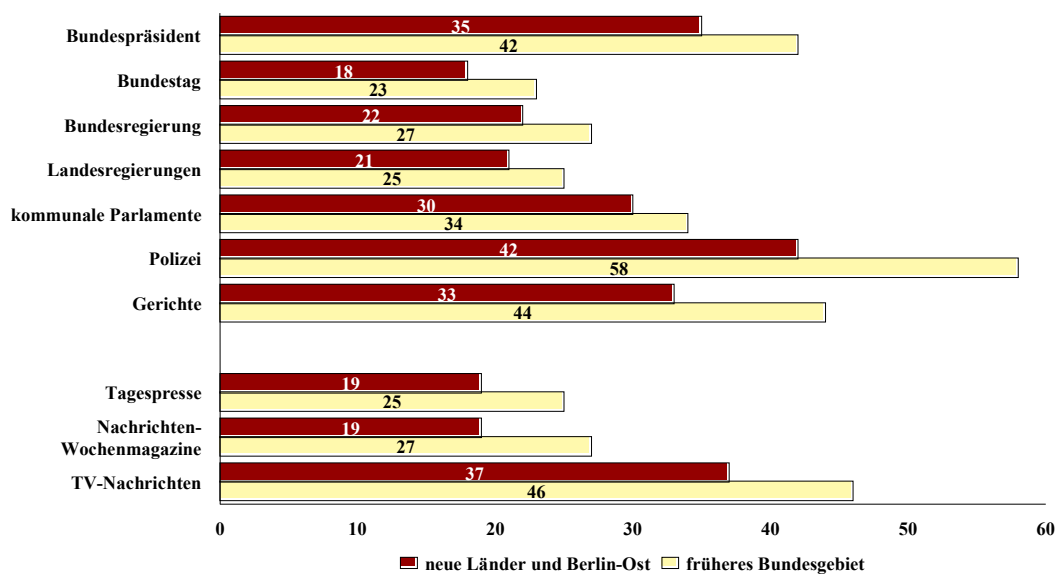
⁸⁴⁴ Vgl. Priller, Eckhard: Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung, in: Sozialreport 2001, a.a.O., S. 293.

republik nicht erst seit der Vereinigung beider Landesteile in der Diskussion sind - ist eine Fragestellung, die bis in die Gegenwart nicht beantwortet werden kann.⁸⁴⁵

Insgesamt ist das Vertrauen der Ostdeutschen in gesellschaftliche Institutionen eher gering und - bezogen auf die parlamentarisch-demokratischen Ebenen bis 2005 - deutlich abnehmend, danach z.T. wieder steigend. Das stärkste Vertrauen haben die Ostdeutschen zur Polizei, zu den Gerichten sowie zu den Stadt- bzw. den Gemeindeverwaltungen.

Institutionenvertrauen reflektiert naturgemäß die eigenen Erfahrungen und die anhand der individuellen Erwartungen vorgenommene Bewertung der Tätigkeit von Institutionen ebenso wie das über Medien vermittelte Bild (auch in Abhängigkeit, an welchen Medien sich der Einzelne orientiert).

Abbildung 7.40: Vertrauen in Institutionen - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „volles Vertrauen“/„viel Vertrauen“)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Kennzeichnend für die neuen Länder und Berlin-Ost ist 2014 - mit Ausnahme Polizei und z.T. Gerichte - ein geringes Vertrauen. Es sind nur wenig Bürger, welche volles bzw. viel Vertrauen in die politischen Instanzen setzen. So haben in den neuen Bundesländern in den Bundestag 18 % der Bürger, in die Bundesregierung 22 %, in die jeweilige Landesregierung 21 % und in die Gemeinde- und Stadtverwaltungen 30 % volles bzw. viel Vertrauen (dabei liegt der Anteil „volles Vertrauen“ bei Werten unter 5 %). Das geringe Vertrauen in die politischen Bundes- und Landesinstanzen offenbart eine existierende Distanz zwischen Politik und Bürgern, d.h. zwischen denen, die regieren, und jenen, welche regiert werden. Das Handeln der gewählten und sich etablierenden Politiker führt offensichtlich nicht hinreichend zur Vertrauensbildung. Das gilt sicher auch für die als nicht hinreichend empfundene Mitwirkung.⁸⁴⁶ Im Gegensatz dazu belegt die zugleich erhobene Vertrauensfrage zum Bundespräsidenten die hohe Unterstützung der Person und des Amtes mit 35 %.

Dass Vertrauen nicht nur mit dem realen Wirken, sondern auch mit Anspruch und „Vertrautheit“ zu tun hat, belegen die ebenfalls 2014 erhobenen Wertungen der Bürger der alten Bundesländer, welche die gleiche Aussagenstruktur, aber durchgängig um 5 bis 10 mehr Prozentpunkte positiver Einschätzungen „vergeben“. Großstädter, Beamte und höhere Einkommensgruppen treffen in Ost wie West

⁸⁴⁵ Ebenda.

⁸⁴⁶ Vgl. hierzu: Sozialreport 2010 - Langfassung, a.a.O., S. 102 ff.

überdurchschnittlich positive Aussagen, ebenso wie insbesondere in den westlichen Bundesländern ältere Bürger.

Wenig bzw. kein Vertrauen bringen rd. 40 % der Bürger des Ostens den „repräsentativen Institutionen“ gegenüber zum Ausdruck, in den alten Bundesländern liegen die Vergleichswerte bei 30 %, eine immer auch noch hohe, ablehnende Haltung.

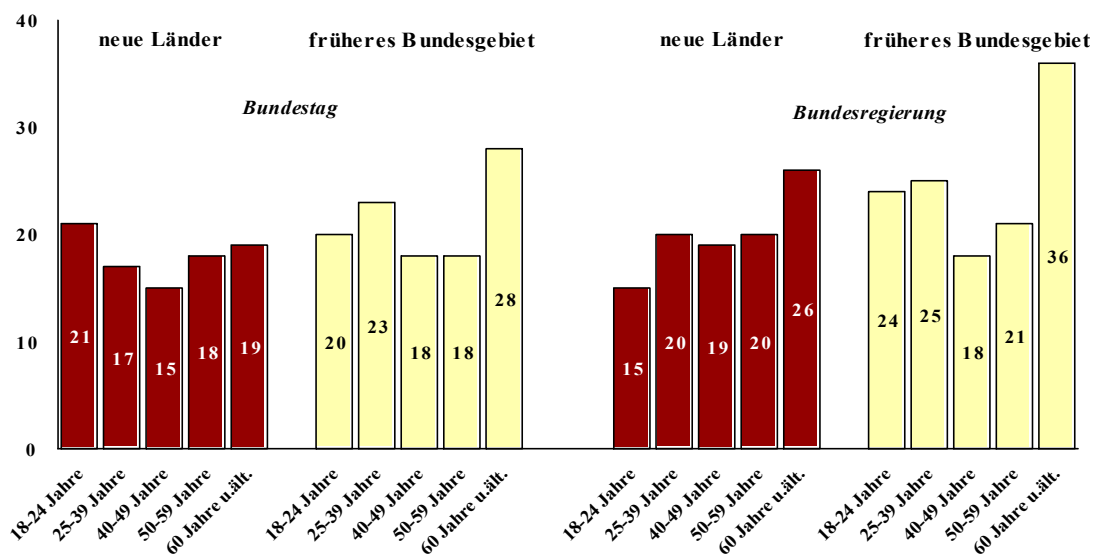
Insgesamt steigt mit dem eigenen Kontakt zu den genannten Institutionen das Vertrauen, Bürgernähe zahlt sich aus. Mit dem Alter erhöht sich - Ausnahme Gerichte - mehrheitlich das wahrgenommene und erklärte Vertrauen, insofern haben die Jahrgänge der Älteren - mit deutlichen Unterschieden der Gruppe der 50- bis 65-Jährigen zu den Älteren - überwiegend Positionen, die eher ihrem Alter und weniger ihrer sozialen Lage entsprechen. Die Haltung zu politischen Institutionen - im Besonderen dieser Altersgruppe im Osten - reflektieren Erwartungen und gemachte Erfahrungen der letzten Jahre, während in den alten Bundesländern die Älteren eine sozialisationsgebundene höhere Vertrauensquote ausweisen (vgl. Abbildung 7.41).

Tabelle 7.17: Wie viel Vertrauen haben Sie in ...? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -

	volles	viel	etwas	sehr wenig	überhaupt keins	weiß nicht/ohne Antwort
Bundestag						
neue Länder und Berlin-Ost	2	16	35	29	15	4
früheres Bundesgebiet	3	20	43	22	9	3
Bundesregierung						
neue Länder und Berlin-Ost	3	19	35	28	14	3
früheres Bundesgebiet	3	24	40	23	9	2
Landesregierung						
neue Länder und Berlin-Ost	2	19	43	22	10	4
früheres Bundesgebiet	2	23	43	19	7	6
Verwaltung der Stadt/Gemeinde						
neue Länder und Berlin-Ost	4	26	40	19	8	4
früheres Bundesgebiet	5	29	40	16	5	5

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Abbildung 7.41: Vertrauen in Bundestag und Bundesregierung - nach Altersgruppen und Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „volles Vertrauen“/„viel Vertrauen“)



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.)

Die Haltung zu Bundesregierung und Bundestag ist vor allem von den politischen Positionierungen (Mitgliedschaften/Sympathisanten) abhängig und von der erreichten Lebenslage - wobei höhere Einkommen/bessere Lebenslagen eher der CDU/FDP-Koalition zugeordnet werden als den anderen Parteien.

Die Frage, ob die eher ablehnenden Einstellungen zu den gesellschaftlichen Institutionen die Demokratie gefährden und bedrohen und ob durch die eher kritische und distanzierte Bewertung die Chancen für bestimmte politische Reform- und Veränderungspotenziale steigen, kann mit den vorliegenden Aussagen nicht beantwortet werden. Fest steht nur, dass der Bürgerwille sich mehr und mehr in entsprechenden neuen und alten Formen (Volksabstimmungen, Netzwerke, Bürgervereinigungen, Interessenverbände) durchzusetzen begonnen hat.

Eine spezifische Rolle in der Meinungsbildung zur politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung spielen die unterschiedlichen Medien - insbesondere die Nachrichtensendungen des Fernsehens, die Tagespresse sowie wöchentlich erscheinende politische Magazine (Spiegel/Focus und vergleichbare andere). Am meisten Vertrauen wird noch den Fernsehnachrichten entgegengebracht - wobei relativ größere Unterschiede in der Nutzung des öffentlich-rechtlichen sowie des privaten Fernsehens existieren. Obwohl Fernsehnachrichten noch die Spitze bei Einschaltquoten gegenüber anderen Sendungen haben, verweisen entsprechende Informationen der Mediensoziologie und von Einschaltquoten beim öffentlich rechtlichen Fernsehen - bezogen auf Nachrichtensendungen - seit 1992 auf einen deutlichen Rückgang der Zuschauerzahlen. Die „Tagesschau“ seinerzeit noch mit 8,2 Millionen Zuschauern ging bis 2012 auf 4,9 Millionen zurück, die Nachrichtensendung „Heute“ reduzierte von 7,0 Millionen auf 3,6 Millionen⁸⁴⁷. Erstmals 2013 verzeichneten die „RTL-News“ mehr Zuschauer als die abendliche Tagesschau - insbesondere durch Gewinnung der Altersgruppe 18 bis 45 Jahre. Detaillierte Ursachenforschungen liegen kaum vor bzw. sind Auftragsforschungen mit den eingeforderten Ergebnissen. Die öffentlich-rechtlichen Nachrichten sind zu oft nicht frei von Vorurteilen und Vorverurteilungen, die regierungstreuen und „bundesdeutschen“ Ansprüchen genügen sollen und wollen.

⁸⁴⁷ Vgl. Spiegel-online, Oktober 2012.

8 Einzelbeiträge

Sozialpolitische Forschungen in der DDR (2001)⁸⁴⁸

Der nachfolgende Beitrag bedeutet keine zusammenfassende Wertung der sozialpolitischen Forschung in der DDR, sondern ist als ein Diskussionsbeitrag für eine realere Einschätzung der Forschungen, ihrer Strukturen und Ergebnisse anzusehen. Es geht weder um eine globale „Beurteilung“ oder Etikettierung der Wissenschaftler und der Einschätzung ihrer Ergebnisse als „fragwürdig“ noch um eine nachträgliche Selbst-Umbewertung zur „Forschung im Widerstand“.

Die Darstellung der sozialpolitischen Forschung wird jedoch letztlich nur verständlich, wenn Aussagen zur wissenschaftlichen Beschäftigung mit Sozialpolitik und zur institutionellen Einordnung bzw. Abgrenzung der sozialpolitischen Forschung in die Wissenschaftsstruktur und -politik im Zusammenhang mit dem Stellenwert von Sozialpolitik und ihrer Einbindung in die Gesamtpolitik betrachtet werden.

Ebenso wie Soziologie wurde auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit Sozialpolitik - die zunächst nach 1945 bis 1950 vor allem an den Universitäten Rostock (Hermann Duncker) und Leipzig (Hans Thalmann) aufgebaut und dann abgebrochen wurde⁸⁴⁹ - bis Mitte der 60er Jahre als dem Sozialismus wesensfremd verstanden und selbst aus dem offiziellen Sprachgebrauch beseitigt. Forschende und lehrende Tätigkeiten auf diesem Gebiet wurden zu Beginn der DDR-Entwicklung als Relikte bürgerlicher/kapitalistischer Gesellschaftsordnungen, als für den Marxismus untypisch und damit als nicht notwendig erachtet. Da die Politökonomie von Marx und Engels die soziale Seite der Produktionsweise mit erfasste, war auf dieser Abstraktionsebene eine Beschäftigung mit entsprechenden Tagesaufgaben nicht „theorie-adäquat“. Diese Auffassungen wurden nicht zuletzt einerseits auch beeinflusst durch die ablehnenden Positionen der Sowjetunion zur Notwendigkeit einer spezifischen Sozialpolitik im Sozialismus und andererseits durch die Haltung der verantwortlichen DDR-Politiker auf Grund ihrer Erfahrungen bis 1933, die sie mit einer bürgerlichen Sozialpolitik gemacht hatten, die sich selbst als Korrektiv der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik betrachtete.

Ebenso wie natürlich auch in der DDR immer eine praktische Sozialpolitik betrieben wurde (ob so genannt oder nicht), gab es natürlich auch in den frühen Jahren der DDR an vielen Einrichtungen Forschungen zu spezifischen sozialen/sozialpolitischen Themen, die vor allem von einzelnen Forschungsgruppen an den Universitäten durchgeführt wurden. Diese rekrutierten sich aus Wissenschaftlern und

⁸⁴⁸ Der nachfolgende Beitrag des Autors wurde aktualisiert übernommen aus: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit (Hrsg.: Günter Manz/Ekkehard Sachse/Gunnar Winkler), trafo verlag, Berlin 2001, S. 389-410.

⁸⁴⁹ Steiner, Helmut: Zur Soziologie des Neubeginns nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1988 (Hrsg.: Gunnar Winkler), Akademie-Verlag, Berlin 1988, S. 228-241; Wolf, Herbert F.: Marxistische Soziologie als Lehrfach 1947 - 1951. Zu Ansätzen an den Universitäten Leipzig und Rostock, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1989 (Hrsg.: Gunnar Winkler), Akademie-Verlag, Berlin 1989, S. 341-351.

Studenten bereits institutionalisierter Wissenschaftsdisziplinen, insbesondere ökonomischer Disziplinen (z.B. im Zusammenhang mit der Arbeitsökonomie, der Versicherungsökonomie, der Planungsökonomie) und beschäftigten sich vorrangig mit Arbeitsbedingungen, Qualifizierungsverhalten, Jugend und Technik, Verhältnis zur Arbeit, Einstellung zum Studium, Arbeitskräftefluktuation, soziale Mobilität, Probleme der Bewusstseinsbildung, Versorgung der Bevölkerung, Realeinkommensentwicklung und Lebensniveau usw. Nach Auflösung des Ministeriums für Arbeit und Sozialfürsorge (1951) entstand in Dresden das Zentralinstitut für Arbeit, in dem einzelne arbeitsorientierte Fragen aus der Sicht von Ökonomie/Technik und der Sozialpolitik mit untersucht wurden.

Während der 50er Jahre wurden in der DDR sozialpolitische Problemstellungen vor allem unter zwei Gesichtspunkten erforscht. Einmal ging es um die Entwicklung der Lage der Arbeiter, insbesondere in der damaligen Bundesrepublik Deutschland. Das Deutsche Wirtschaftsinstitut (DWI), das der Deutschen Wirtschaftskommission in der Sowjetischen Besatzungszone und später der Staatlichen Plankommission unterstand, hatte diese Thematik in ihr Forschungsprogramm aufgenommen und eine Abteilung „Lage der Werktätigen“ gebildet. Zu dieser Entwicklung hatte Jürgen Kuszynski beigetragen, der sich bereits über drei Jahrzehnte mit dieser Thematik befasst hatte und bis Anfang 1953 stellvertretender Direktor des DWI war.

Vor allem Ende der 50er Jahre - mit der anwachsenden Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte in den Westen - wurde deutlich und unübersehbar, dass auch unter nichtkapitalistischen Wirtschaftsstrukturen und einer zentralen Planwirtschaft soziale Ziele und Wirklichkeit nicht automatisch deckungsgleich und systemimmanent sind. Erst zu Beginn der 60er Jahre vollzog sich in der Politik ein Wandel im Verhältnis zu soziologischen und sozialpolitischen Forschungen.

So wurde 1961 in der Hauptabteilung „Perspektivplanung“ der Staatlichen Plankommission ein Sektor „Grundfragen des Lebensstandards“ und im Ökonomischen Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission eine Gruppe „Lebensstandard“ gebildet. Dabei ging es vor allem darum, ausgehend von der Entwicklung der Bedürfnisse und des Bedarfs der Bevölkerung insgesamt und ihrer verschiedenen sozialen Schichten die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Konsumgütern, Dienstleistungen, den materiellen und zeitlichen Arbeitsbedingungen zu erkennen, statistisch zu verifizieren und - als Zukunftsaufgabe gedacht - mathematisch-statistisch zu modellieren.

In einer nach wie vor beachtenswerten Habilitationsschrift, die dem Nachweis der Notwendigkeit einer sozialistischen Sozialpolitik nachging, schuf Helga Ulbricht wichtige Ausgangspunkte für ein weiter greifendes Sozialpolitikverständnis⁸⁵⁰, unterstützt sowohl vor dem Hintergrund innerer Entwicklungen nach dem Bau der Mauer als auch des sich abzeichnenden Ausbaus internationaler Beziehungen. Bereits 1963 wurde in den gegründeten Beirat für Ökonomische Forschung bei der Leitung der Staatlichen Plankommission ein Arbeitskreis Lebensstandard einbezogen, der - auch später unter Leitung des Amtes für Preise - insgesamt zehn Jahre lang tätig war und viele Tagungen mit anderen Lehr- und Forschungseinrichtungen der DDR organisierte.

Das Forschungsprofil des Arbeitskreises war breit angelegt. Von vornherein stand die interdisziplinäre Arbeit im Mittelpunkt. Besonders eng gestaltete sich die Zusammenarbeit von Ökonomen, Statistikern, Mathematikern, Medizinern, Demografen, Soziologen, Ernährungs- und Kochwissenschaftlern, Architekten und Landwirten.⁸⁵¹

⁸⁵⁰ Ulbricht, Helga: Aufgaben der sozialistischen Sozialpolitik bei der Gestaltung der sozialen Sicherheit in der DDR, Habilitationsschrift, Karl-Marx-Universität Leipzig, 1965.

⁸⁵¹ Vgl.: Lippold, Gerhard: Arbeitszeit, Freizeit und Erholung, in: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit, a.a.O., S. 139-162.

Allein schon die Namen der Forschungsgemeinschaften zeigen die Breite des Feldes, das vom Arbeitskreis bearbeitet wurde:

- Realeinkommen, Kennziffern und Bilanzen des Lebensstandards,
- Konsumtion und Reproduktion,
- Ernährungssoziologie,
- Bedarfskonzeption, Industriewaren,
- hygienische Erfordernisse bei der Entwicklung des Lebensstandards und die Wechselbeziehungen zwischen der demografischen Entwicklung und dem Lebensstandard,
- rationelle Nutzung des Budgets an arbeitsfreier Zeit.

Während soziologische Lehre und Forschung zu Beginn der 60er Jahre als marxistisch-leninistische Soziologie in den Hochschulen und Universitäten fest etabliert wurden - bei Konzentration der Forschungen auf Parteieinrichtungen, insbesondere auf die Akademie für Gesellschaftswissenschaften - erfolgte die Etablierung sozialpolitischer Lehre und Forschungen zunächst in den Gewerkschaften, in denen Fragen der Sozialpolitik, ihrer Ziele, Aufgaben und Gestaltungsprinzipien einen besonderen Stellenwert hatten. Speziell an der Gewerkschaftshochschule Bernau wurde ein Institut für Sozialpolitik geschaffen (1963) - verantwortlich für Lehre und Forschung. Daraus resultierte aber auch, dass zunächst Sozialpolitikforschung in den Gewerkschaften sich

- a) auf den arbeitenden Teil der Bevölkerung sowie
 - b) auf den Arbeitsprozess und den Betrieb (stark begrenzt auf Arbeits- und Gesundheitsschutz unter Ausschluss von Lohn- und Tariffragen)
- konzentrierte.

In etwa zeitgleich wurden auch die Forschungen zu spezifischen sozialen Gruppen, wie z.B. zu Frauen- und Jugendproblemen, aufgenommen. Der 1965 gegründete Beirat „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ an der Akademie der Wissenschaften der DDR koordinierte Forschungen zu Frauenproblemen in der DDR, die sich vor allem mit der Rolle der Frauen im Beruf und in der Familie beschäftigten. Eine Reihe ernst zu nehmender Analysen wurde vom Beirat und seinen Forschungsgruppen bearbeitet und in seinen Informationsheften veröffentlicht. Das gilt auch für das in Leipzig gegründete Zentralinstitut für Jugendforschung (1966).

Relativ schnell wurde immer offensichtlicher, dass eine Begrenzung von Forschungen auf den arbeitenden Teil der Bevölkerung und arbeitsorientierte soziale Strukturen nicht hinreichend waren. Die zu Beginn der 70er Jahre proklamierte „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ erforderte eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Sozialpolitik, die inhaltlich über Arbeit und Betrieb hinausging und sich insbesondere solchen Feldern wie Entwicklung des Lebensstandards, Bevölkerungs- und Familienentwicklung, Wohnverhältnisse, soziale und gesundheitliche Betreuung, Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft u.a. zuwandte. Hinzu kam zu diesem Zeitpunkt, dass mit der zunehmenden internationalen Anerkennung der DDR gerade im sozialen Bereich Felder gesehen wurden, die im internationalen Vergleich zum Teil als beachtenswert empfunden wurden und wissenschaftliche Darstellungen seitens der Regierung der DDR auf internationaler Ebene erforderten (z.B. Weltbevölkerungskonferenz, Weltbeschäftigungskonferenz, ILO-Tagungen usw.). Die Forderung von Wissenschaftlern nach konzentrierter Sozialpolitik-Forschung fand dadurch auch objektiv Unterstützung.

Mit der 1974 vollzogenen Bildung des Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demografie an der Akademie der Wissenschaften der DDR wurde diesem Bedürfnis Rechnung getragen, indem die in der ganzen Republik isoliert arbeitenden Forschungsgruppen zu einem Verbund zusammengeführt

wurden. Damit wurde einerseits eine neue Qualität in der generellen Forschungsorientierung - auch für Hochschulen und Universitäten - erreicht und andererseits die Kräfte insoweit gebündelt als zumindest konzeptionelle Überlegungen zum Aufbau der sozialpolitischen Forschung, zur Abstimmung der Forschungen der einzelnen Einrichtungen, aber auch vorliegende Ergebnisse unter Wissenschaftlern und mit Praxispartnern diskutiert wurden. Die Zuordnung des Rates - im Gegensatz z.B. zur Soziologie - an eine „Nicht-Partei-Einrichtung“ verdeutlichte nicht zuletzt die nach wie vor vorhandene Auffassung, dass es sich eigentlich um etwas dem „Marxismus-Leninismus Wesensfremdes“ - mehr zeitweilig Notwendiges - handele.

Unabhängig davon stieß die Bildung des Rates auf eine breite Resonanz vor allem jener Wissenschaftler, die an den einzelnen Hochschulen und Universitäten relativ isoliert bedeutsame Themen erforschten und denen die für sozialpolitische Analysen und Erkenntnisse erforderliche interdisziplinäre Einbindung fehlte (die sich natürlich zum Teil auch als konzeptionelles und forschungsorganisatorisches Korsett erwies). Der Rat war - obwohl ohne eigenständige Forschungskapazität - vor allem Stätte interdisziplinärer Beratung und offener Diskussion von Forschungsergebnissen. In über 50 Ratstagungen zwischen 1974 und 1990 wurden unterschiedlichste Themen der im Rat vertretenen Einrichtungen, aber auch durch Kooperation an den Rat gebundener Forschungsgruppen behandelt (vgl. Protokolle des Rates für Sozialpolitik und Demografie - 38 Bd.).

Vom Wissenschaftlichen Rat wurde zugleich relativ schnell die Forderung nach konzentrierter eigenständiger Forschungskapazität erhoben. Diese wurde mit der 1975 beginnenden Vorbereitung und 1978 erfolgten Bildung des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften realisiert, in das auch bereits existierende Forschungskapazitäten (Forschungsgruppe „Frau in der sozialistischen Gesellschaft“) integriert wurden.

Die einzelnen forschungsorientierenden Konzeptionen gingen naturgemäß von der Einbindung in den Marxismus-Leninismus als übergreifendem Wissenschaftssystem aus und schlossen geförderte Forschungen außerhalb dieses Rahmens aus, Begrenzungen lagen in ideologisch-wissenschaftlichen Grundpositionen und nicht in finanziellen Restriktionen.

Mit der Institutionalisierung sozialpolitischer Forschungen wurden zugleich neue Forschungsfelder eröffnet, die sich in ihrer theoretischen Grundkonzeption

- von der traditionellen marxistisch-leninistischen Sozialstrukturforschung dadurch abhoben, dass sie sich nicht an der Klassen- und Schichtstruktur orientierten, sondern an demografischen Strukturen sowie Sozialstrukturen, die spezifische Arbeits- und Lebensbedingungen sozialer Gruppen reflektierten. Damit wurde eine wesentlich differenziertere Betrachtung von spezifischen Lebenslagen und Lebensweisen, die eine einseitige Begrenzung von Forschungen auf Arbeiter und Angestellte, Genossenschaftsbauern und Angehörige der Intelligenz überwand und vor allem differenziertere soziale und demografische Strukturen einbezog, erreicht;
- von dem üblichen, ausschließlich arbeitsorientierten Ansatz unterschieden, indem sie eine komplexe Analyse von Lebenslagen (Arbeit, Wohnen, Freizeit, Umwelt, Einkommen, Verbrauch) zum Ziel hatten. Das beruhte nicht zuletzt auch bereits konzeptionell auf der Anerkennung von gerechtfertigten und ungerechtfertigten sozialen Ungleichheiten im Sozialismus, die überzogenen Homogenisierungsvorstellungen ebenso entgegenstand wie Auffassungen, dass soziale Ungleichheiten dem Sozialismus überhaupt wesensfremd seien und dass es sich dabei nur um soziale Differenzierungen und soziale Unterschiede handele, die nicht den Charakter von Ungleichheiten hätten;

- von den in anderen RGW-Ländern vertretenen Konzeptionen unterschieden, indem sie Sozialpolitik weder mit Gesellschaftspolitik gleichsetzte (SU) noch auf den Bereich der Wechsel- und Notfälle des Lebens und Unterversorgung (Ungarn, Polen) begrenzte.
- Ein grundlegender Mangel der sozialpolitischen Forschung bestand darin, dass das System der Sozialleistungen und ihrer Entwicklung nicht in dieselbe eingeordnet wurde, sondern z.B. autark im Rahmen der Versicherungswirtschaft und der Arbeitswissenschaften stattfanden [dazu muss daran erinnert werden, dass es auch nur einen Sozialversicherungspflichtbeitrag von 10 % des Einkommens bis 600 Mark gab, der Krankenversicherung, Rentenversicherung, und Pflegeversicherung (nicht unterstrukturiert) einschloss]. Da alle Lohn- und Rentenentwicklungen sowie das Ausmaß von Arbeitszeit und Urlaub ausschließlich durch zentrale Entscheidungen erfolgten, wurde ein „Forschungsbedarf“ zu einem einheitlichen Leistungssystem nicht für erforderlich gehalten.

Die zumindest für den RGW-Bereich andersartige Konzeption sozialpolitischer Forschungen der DDR resultierte natürlich auch daraus, dass die Notwendigkeit einer objektiv erforderlichen, sich mehr und mehr differenzierenden Sozialpolitik gegenüber unterschiedlichen Zielgruppen auch entsprechende wissenschaftliche Arbeiten und Instrumentarien erforderte. Hinzu kam auch, dass objektiv vorhandene Ungleichheiten zu wachsenden Widersprüchen in der Gesellschaft führten und entsprechender Erklärungsmuster bedurften. Damit waren auch aus dieser Sicht Bedingungen für eigenständige Forschungsprofile gegenüber anderen etablierten Disziplinen gegeben. Das sozialpolitische Forschungskonzept schloss davon ausgehend ein:

- Arbeiten zur Theorie der Sozialpolitik (Lebensweise, Lebensstandard/Konsumtion, soziale Sicherheit, soziale Gleichheit und Differenziertheit, betriebliche Sozialpolitik);
- Arbeiten zu den Feldern der Sozialpolitik (Gesundheits- und Arbeitsschutz, Wohnungswesen, Zeitbudget, territoriale Infrastruktur, Erholungswesen, soziale Wirkungen der Umwelt, Leitung und Planung);
- Arbeiten zur Gestaltung von Lebensverhältnissen sozialer Gruppen (Frauen, Familie, Alleinerziehende, ältere Bürger);
- Betriebliche Analysen mit zum Teil abgeleiteten Vorschlägen zur Praxisgestaltung;
- Arbeiten zum Aufbau eines Systems sozialer Indikatoren.

Dabei ist auch hierbei zu betonen, dass es eine ganze Reihe von Tabu-Themen gab, die der offenen Diskussion und Publikation nicht zugänglich waren, sondern vor allem im Parteiapparat „entschieden anstatt erforscht“ wurden. Das betraf über die Themen zur Ausgestaltung der Lohn- und Einkommenspolitik sowie der Rentenentwicklung hinaus auch Forschungen zu objektiven Prozessen, die es im Sozialismus nicht geben durfte (z.B. Armut, Suizide, soziale und ökonomische Wirksamkeit sozialer Leistungen u.a.).

Die sozialpolitischen und demografischen Forschungen in der DDR waren vor allem konzentriert:

im Hochschul- und Universitätsbereich an der

- Hochschule für Ökonomie mit ihren Arbeiten zur Lebensstandardentwicklung, zum Zeitbudget der Bevölkerung, zu gesellschaftlichen Fonds für die Konsumtion, zu sozial-kulturellen Bereichen und zum Zusammenhang von Arbeitsvermögen und Bevölkerungsentwicklung;
- Humboldt-Universität mit Arbeiten zur demografischen Theorie, zur Entwicklung territorialer Lebensweise, zum Familienrecht;
- Martin-Luther-Universität mit Arbeiten im Bereich der Konsumtionsforschung;
- Gewerkschaftshochschule mit Arbeiten zur betrieblichen Sozialpolitik sowie zum Gesundheits- und Arbeitsschutz;

auf der Ebene von Forschungsinstituten durch:

- das Institut für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften der DDR⁸⁵² mit Arbeiten zur Bevölkerungsentwicklung und -politik der DDR, zur Lebensweise im Sozialismus, zur sozialen Lage von Frauen, Familien sowie älteren Bürgern, zur Entwicklung eines Systems sozialer Indikatoren zur Lebenslagebewertung, zur Umweltsituation;
- das Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR;
- das Zentrale Forschungsinstitut für Arbeit mit spezifischen Projekten zur Planung und Leitung sozialer Prozesse in Betrieben und Kombinatenn;
- das Ökonomische Forschungsinstitut bei der Staatlichen Plankommission, Abt. Lebensstandard.

Parteienrichtungen befassten sich - trotz offizieller Deklaration der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik - nur am Rande mit sozialpolitischen und demografischen Problemen. Nicht nur, dass - wie bereits hervorgehoben - der Wissenschaftliche Rat für Sozialpolitik und Demografie an der Akademie der Wissenschaften und nicht an einer Parteienrichtung etabliert wurde, sondern auch, dass keine Vertreter von Parteienrichtungen in dessen Vorstand bzw. nur nachgeordnete Mitarbeiter als Mitglieder abdelegiert wurden. Dem Verantwortungsbereich des Rates waren auch keine Forschungsprojekte von Parteienrichtungen zugeordnet. Bis zuletzt reflektierten sich darin im Parteiapparat vorhandene „traditionelle“ Anti-Haltungen zur Sozialpolitik generell und einer eigentlich dem Sozialismus wesensfremden Wissenschaft, was auch bis einschließlich der Ära Gorbatschow z.B. von der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften vertreten wurde. Die Auffassung, dass Politik vom Politbüro betrieben wird und weniger der wissenschaftlichen Begründung, sondern eher der Belobigung durch wissenschaftliche Ergebnisse bedarf, trug dazu das Ihrige bei.

Im Gegensatz zu sozialpolitischen Forschungen wurden demografische Forschungen nie völlig aus dem Profil von Universitäten und Hochschulen (Karl-Marx-Universität, Universität Greifswald, Hochschule für Bauwesen Weimar) gestrichen. Allerdings rückten sie mit dem zu Beginn der 70er Jahre rapide einsetzenden Bevölkerungsrückgang wesentlich stärker in den Mittelpunkt politischer Betrachtungen, vor allem in dem Maße, wie sie bevölkerungspolitische Konsequenzen beinhalteten, die soziale Ziele unterstützten (z.B. Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit).

Die Betrachtung der sozialpolitischen Forschungen in der DDR kann nicht losgelöst von der generellen Forschungsentwicklung und -struktur erfolgen, da in zunehmendem Maße Forschungsaufgaben aus Hochschulen und Universitäten ausgegliedert wurden und wissenschaftliche Arbeit auf die Befä-

⁸⁵² Vgl. hierzu: Berger, Horst: Das Institut für Soziologie und Sozialpolitik im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, in: Leipziger Universitätsverlag: Forschungsakademien in der DDR, Leipzig 2014, S. 211 ff.

higung der Studenten zur selbstständigen wissenschaftlichen Arbeit begrenzt werden sollte. Ungeachtet dessen wurden an vielen Einrichtungen beachtenswerte Ergebnisse erzielt (und zum Teil auch intern veröffentlicht).

Einschränkungen der Einrichtungen erfolgten insbesondere durch

- das System der Forschungsplanung (gegliedert in Forschungspläne der Einrichtungen, Forschungsplan des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, Zentraler Forschungsplan für Gesellschaftswissenschaften), das den Stellenwert einzelner Themen und Projekte bestimmte;
- den Zugang (bzw. Nichtzugang) zu entsprechenden statistischen Materialien als Grundlage für analytische Arbeiten;
- den Modus der Genehmigung empirischer Erhebungen für spezifische Analysen zur subjektiven Reflexion sozialer Sachverhalte und Wirksamkeit sozialpolitischer Instrumentarien. In nicht wenigen Fällen wurden Untersuchungen von vornherein auf Betriebe und Kombinate eingeschränkt, da Genehmigungen für Untersuchungen auf diesen Ebenen leichter erhaltbar waren;
- den begrenzten Zugang zum internationalen Erkenntnisstand und wissenschaftlichen Diskurs;
- fehlende Öffentlichkeit zur Diskussion und Vermittlung von Forschungsergebnissen aufgrund der Praxis der „Abnahme von Forschungsergebnissen“ in internen Gremien.

Dabei gab es in der Forschungslandschaft der DDR eine durchaus unterschiedliche Haltung zur zentralen Planung. Vor allem Forschungsinstitute, die keine direkten Parteieinrichtungen waren, und Hochschulen (insbesondere jene, die nicht in Berlin lagen) hatten zum Teil ein unmittelbares Interesse, ihre Ergebnisse für zentrale Überlegungen nutzbar zu machen (das galt selbst für staatliche Forschungseinrichtungen wie das Zentralinstitut für Arbeit oder Arbeitsschutz in Dresden und das Ökonomische Forschungsinstitut bei der Staatlichen Plankommission). Andere wollten sich weder der damit verbundenen „Bürokratie“ noch dem Zwang zum wissenschaftlichen Diskurs bzw. der damit verbundenen Bewertung unterziehen, der keineswegs nur positive Wirkungen hatte, sondern in nicht wenigen Fällen mit „Festlegungen“ zur Änderung von Forschungsergebnissen verbunden war.

Es muss aber generell in sachlicher Weise festgestellt werden, dass in den Nicht-Parteieinrichtungen Themenwahl in hohem Maße nicht „verordnet“ wurde, Eingrenzungen erfolgten weniger „von oben“, sondern unterlagen auf Grund der politischen Positionen der Instituts-, Lehrstuhl-, Bereichs- und Forschungsgruppenleiter eher der „inneren“ Zensur.

Es ist nicht möglich, alle - auch nicht alle beachtenswerten - Ergebnisse darzustellen und Wertungen zu ihrem Theoriegehalt (der inzwischen von bestimmter Seite ohnehin nur als Ideologiegehalt gewertet wird) und ihrer Praxiswirksamkeit vorzunehmen. Vieles - insbesondere im Bereich der demografischen Forschung - prägte maßgeblich die Sozial- und Bevölkerungspolitik der DDR in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre, anders als z.B. in der sozialpolitisch orientierten Umweltforschung, die mit Veröffentlichungsverbot belegt wurde, wie ebenso Arbeiten im Bereich des Wohnens und der Armut (begrenzende Ein- und Auswirkungen werden noch speziell dargestellt).

Ungeachtet dessen erschienen vor allem nach Bildung des Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demografie in den 70er und 80er Jahren eine Reihe von Publikationen, in denen sich zum Teil große Autorenkollektive zum Inhalt und Gegenstand der Sozialpolitik in der DDR äußerten. Darunter befanden sich einerseits generelle Darstellungen zur Sozialpolitik (Marxistisch-leninistische Sozialpolitik 1975; Sozialpolitik 1985; Sozialpolitik 1988; Hochschullehrbuch „Lebensniveau“) als auch spezielle Arbeiten zur historischen Entwicklung (Geschichte der Sozialpolitik 1988) sowie zur Aufarbei-

tung des erreichten Erkenntnisstandes (Lexikon der Sozialpolitik 1987). Genannt seien auch o.g. Publikationen begleitende Forschungsprojekte, aber auch die „Geschichte der Sozialpolitik der DDR“, welche in Form der verabschiedeten Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse in einer bisher einmaligen Zusammenstellung Zeitdokumente erfasste und dokumentierte (Chronik Sozialpolitik⁸⁵³) bzw. die neben einer historischen Aufarbeitung sozialpolitischer Literatur ab 1820 (Bibliographie Sozialpolitik⁸⁵⁴) insbesondere die Breite vorhandener Forschungsarbeiten auswies, die in den Jahren von 1949 bis 1988 von unterschiedlichsten Einrichtungen erarbeitet wurden und in unterschiedlichster Form erschienen (Auswahlbibliographie Sozialpolitik⁸⁵⁵). Gerade Letztere belegt Breite und Vielfalt der in Monografien, Zeitschriften und Hochschulschriften - inkl. Dissertationen - veröffentlichten Ergebnisse.

Insgesamt wurden jedoch sozialpolitische und demografische Forschungsergebnisse – jeweils ihrem Charakter entsprechend - in hohem Maße als nicht-öffentliche Studien erarbeitet. Neben offiziellen Publikationen (z.B. Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik) gab es eine sehr umfangreiche Literatur, die im Rahmen interner Veröffentlichungen vorliegt (z.B. Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften: 82 Forschungsberichte/-hefte mit einem Umfang von je 80 bis 120 Seiten; Hochschule für Ökonomie mit Forschungsinformationen Sozialistische Volkswirtschaft, Informationen des Beirates „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“) und die mehrheitlich Forschungsergebnisse präsentierten, die aus unterschiedlichen Gründen nicht als Bücher, Sammelbände usw. publiziert und buchhändlerisch vertrieben wurden. Über institutsinterne Publikationen hinaus wurden regelmäßig interne (vertrauliche) Materialien erarbeitet, die in Form von Studien in begrenzter Anzahl an die Partei- und Staatsführung übermittelt wurden bzw. in spezifischen Forschungspublikationen (begrenzt) zugänglich waren.

Als spezifisches Ergebnis empirischer Forschungen sind ohne Zweifel die ab Mitte der 80er Jahre entstandenen Analysen zur sozialen und demografischen Entwicklung in der DDR zu nennen, die Grundlage der ersten, bis heute anerkannten „Sozialreports“ aller in diesem Bereich forschenden Einrichtungen waren. Vom Bedarf an einer komplexen Darstellung sozialer Lebensbedingungen ausgehend, wurden - 1983 beginnend - Vorarbeiten zur ersten komplexeren Sozialanalyse für die DDR eingeleitet, die 1985 und ab 1987 jährlich erarbeitet wurde (Studie 1985, Sekundäranalyse 1987, Analyse 1988, Studie 1989). Daraus resultierende und damit verbundene Forschungsprojekte und -ergebnisse beruhten auf Vorschlägen des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik sowie seiner Kooperationspartner und waren in diesem Sinne kein fremdbestimmter Auftrag übergeordneter Partei- oder Staatsorgane. Es war das Bemühen aller beteiligten Einrichtungen, ihre Ergebnisse in zusammengefasster Form an Entscheidungsorgane heranzutragen.

In die Ausarbeitung wurden jeweils rd. 20 Institutionen eingebunden⁸⁵⁶. Parteieinrichtungen und Einzelwissenschaftler aus diesen wurden nicht einbezogen, um einerseits eine zusätzliche externe Zensur

⁸⁵³ Schilling, Lisbeth: Chronik der Sozialpolitik der DDR, in: Schriftenreihe Soziologie und Sozialpolitik, ISS, Berlin 1989.

⁸⁵⁴ Bibliographie der Sozialpolitik 1820 - 1983, in: Schriftenreihe Soziologie und Sozialpolitik, ISS, Berlin 1984.

⁸⁵⁵ Auswahlbibliographie zu wissenschaftlich-theoretischen und praktischen Fragen der Sozialpolitik in der DDR, in: Schriftenreihe Soziologie und Sozialpolitik, ISS, Berlin, 1982, Band 1 und 2.

⁸⁵⁶ Zentrales Forschungsinstitut für Arbeit; Zentralinstitut für Arbeitsmedizin; Institut für medizinische Statistik und Datenverarbeitung; Institut für Marktforschung; Forschungsleitstelle für Territorialplanung; Hochschule für Ökonomie; Staatliche Zentralverwaltung für Statistik; Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“; Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der AdW der DDR; Staatssekretariat für Arbeit und Löhne; Zentralinstitut für Ernährung der AdW der DDR; Amt für industrielle Formgestaltung; Verwaltung der Sozialversicherung beim FDGB; Zentralinstitut für Arbeitsschutz; Institut für Kulturforschung; Bauakademie der DDR, Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau; Hochschule für Körperkultur und Sport, Bereich Soziologie; Institut für Sozialhygiene und Organisation des Gesundheitswesens; Institut für Kommunalwirtschaft; Karl-Marx-Universität, Sektion Agrarwissenschaften; Institut für Soziologie und Sozialpolitik der AdW der DDR; Zentralinstitut für Berufsbildung.

zu umgehen. Andererseits gab es auch seitens der Parteieinrichtungen „parteiinterne“ Vorbehalte hinsichtlich einer „Zuarbeit“ für die Akademie der Wissenschaften (man war nicht gewohnt, anderen „zu“zuarbeiten). Daraus resultiert aber auch, dass Erkenntnisse aus Parteieinrichtungen weitgehend aus den Analysen ausgeklammert wurden (z.B. Landwirtschaftsentwicklung, Stadtentwicklung usw.) bzw. mit Forschungsergebnissen aus Universitäten untersetzt wurden, die jedoch nicht immer über das Hinterland wie Parteieinrichtungen verfügten. Das heißt, die Trennung zwischen Forschungen von Partei- (die keineswegs generell als „Ideologiematerialien“ abgetan werden können) und staatlichen Institutionen begrenzte inhaltlich Komplexität und Qualität der Forschungen insgesamt sowie ihrer Darstellungen.

Verfolgt man die Entstehungsgeschichte der Sozialreports, so dokumentiert sie in bestimmter Weise auch die zunehmenden Gegensätze zwischen Politik- und Wissenschaftsinteressen in den 80er Jahren. Das Anliegen der im Rat vertretenen Einrichtungen bzw. ihrer Kooperationspartner war,

- a) den Versuch zu unternehmen, die in der DDR vorhandenen Erkenntnisse und Fakten zur sozialen Lage zusammenzuführen. Trotz einer hochgradigen Zentralisierung (z.B. im Bereich der Wirtschaft) wurden sozialpolitische Entscheidungen in hohem Maße dezentralisiert - internen Bereichsinteressen folgend - getroffen. Im Gegensatz zum breiten Verständnis von Sozialpolitik wurden Ergebnisse staatlicher Sozialpolitik - in unterschiedlichsten Ministerien, Forschungseinrichtungen und Hochschulen erfasst bzw. bearbeitet - in keiner zentralen Institution oder einem entsprechenden staatlichen Organ zusammenfassend bewertet. Anliegen der Studie war es in diesem Sinne, eine Ressortgrenzen überschreitende Darstellung sozialer Entwicklungen zu erreichen, die nicht einfaches Anhängsel ökonomischer Gesamtanalysen war;
- b) Ansatzpunkte zu schaffen, um auf soziale Probleme aufmerksam zu machen, die aus einer einseitigen, sich Anfang der 80er Jahre verstärkt abzeichnenden „Ökonomieorientierung“ resultierten, was dazu führte, dass sozialpolitische Instrumentarien in zunehmendem Maße mehr systemstabilisierend als systemgestaltend eingesetzt wurden;
- c) mit dem Material auch eine Veröffentlichung zu erreichen, die erstmalig für die DDR eine Art Sozialbericht dargestellt hätte. Trotz Zustimmung zum Bericht durch einzelne Abteilungen der Partei- und Staatsführung konnte dieses Anliegen nicht realisiert werden, obwohl es sich bereits in der Form an einer möglichen Veröffentlichung orientierte und wesentliche Probleme und Widersprüche sprachlich wohlgefällig darlegte.

Mit der 87er Studie beginnend, wurden - in Kenntnis der nicht gegebenen Veröffentlichungsmöglichkeiten - vorhandene, sich verschärfende und neu entwickelnde Widersprüche mehr in den Mittelpunkt gestellt, wenn auch zunächst immer noch eingebettet in eine positive Gesamtbewertung. Ab 1987 wurde aber bereits davon ausgegangen, dass die Parteiführung über kein einigermaßen abgerundetes Bild zur sozialen Lage verfügte und dass einzelne Bereiche (z.B. das Büro des Wirtschaftssekretärs Günter Mittag) daran auch nicht interessiert waren. Bewertet man im Nachhinein die vorgelegten Ergebnisse, so ist festzustellen, dass:

- die Partei- und Staatsführung mit den erarbeiteten Studien über vorhandene und sich abzeichnende soziale Entwicklungen und Probleme der verschiedenen Lebensbereiche, über zunehmende Widersprüche - sowie damit verbundene Konsequenzen - informiert wurde. Am deutlichsten - wenn auch zu spät - wurde im Zusammenhang mit der im Frühjahr 1989 erarbeiteten Analyse und der im Mai 1989 übergebenen Studie - ein halbes Jahr vor der Massenflucht nach Prag und Budapest und den Demonstrationen in Leipzig u.a. Städten - festgestellt: „Der gegenwärtig wachsende Widerspruch zwischen Einkommen und realem Verbrauch führt zu Tendenzen von Instabilität.“ Un-

gerechte Verteilungsverhältnisse „fördern Wünsche und Aktivitäten zur **Änderung der Eigentums- und Machtstrukturen**“ (Hervorhebung G.W.)⁸⁵⁷, eine Aussage, die auch im Buch Sozialpolitik erstmalig - wenn auch noch nicht so deutlich - Eingang fand, mit der Aussage, dass eine nachhaltige (!) Wirtschaftsentwicklung erforderlich sei, um stagnierende oder rückläufige ökonomische Entwicklungen zu vermeiden, „die letztlich - langfristig gesehen - **die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse gefährden** und soziale Sicherheit zur sozialen Unsicherheit werden ließen“.⁸⁵⁸ Diese, sozialpolitische Forschungsergebnisse aller miteinander verbundenen Einrichtungen resümierenden Aussagen sind durchaus im Sinne der Verantwortung der Sozialwissenschaftler zur „Frühwarnung“ zu verstehen.

Die Erarbeitung der Studien geschah jedoch einerseits bei einer sinkenden Akzeptanz der Entscheidungsträger, vorgelegte Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen, und andererseits in einer bis zuletzt wirkenden Einstellung seitens der Forschungsinstitutionen, mit vorhandenen kritischen Ergebnissen nicht in die Öffentlichkeit zu gehen (d.h. die Art der Verwertung von Forschungsergebnissen völlig den Adressaten zuzugestehen). Es führte auch zu einer Abstinenz gegenüber praxisorientierten Gestaltungsvorschlägen.

- Die Ergebnisse konnten vor allem genutzt werden, indem sie Grundlage für den bereits Anfang 1990 veröffentlichten Sozialreport 1990 waren, in welchem in einer relativ umfassenden Darstellung Daten und Erkenntnisse zur sozialen Lage der Bevölkerung am Ende der DDR zusammengefasst wurden (Sozialreport 1990).⁸⁵⁹ Auch mit dem im Herbst 1990 erschienenen Frauenreport 1990 liegen bis zur Gegenwart einmalige Situationsdarstellungen zur sozialen Lage in der DDR vor,⁸⁶⁰ was auch für den zeitgleich erarbeiteten „Altenreport 1990“ - im Auftrag der Volkssolidarität - Gültigkeit hat.

Obwohl sich die erzielten Ergebnisse bis 1990 durchaus sehen lassen können, muss dabei beachtet werden, dass insgesamt der Zeitraum von 20 Jahren nicht hinreichend war, um eine wissenschaftliche Disziplin im Rahmen einer relativ geschlossenen Wissenschaftsstruktur aufzubauen - noch dazu national isoliert -, d.h. die erforderlichen Ziel-, Abgrenzungs- und instrumentellen Bestimmungen vorzunehmen. Der Rückgriff bzw. die Anleihen von Wissenschaftsbestimmungen und Orientierungen der bürgerlichen - insbesondere westdeutschen - Sozialpolitiklehre „verboten“ sich von vornherein, zumindest so weit sie nicht dem linken Spektrum zuzuordnen waren. Es waren insgesamt - sowohl aus der Sicht des Forschers wie auch der jeweiligen Institution - externe und interne Grenzen, ebenso wie theoretische und ideologische, systembedingte und systemunabhängige Einschränkungen, die Inhalt und Aussagefähigkeit von Forschungsergebnissen beeinflussten.

ERSTENS waren Grenzen dadurch gesetzt, dass einer im Wesentlichen komplexen Vorstellung zur Sozialpolitik keine geschlossene adäquate Forschungskonzeption gegenüberstand.

Wesentliche Forschungsbereiche (z.B. Wohnen, Umwelt, Versorgung, Bildung u.a.) unterlagen - wie bereits festgestellt - der Zuständigkeit und den Auflagen einzelner Ministerien, die nicht bereit waren, sich konzeptionell einzuordnen und vorliegende Forschungsergebnisse einem breiteren Personenkreis zur Verfügung zu stellen. Insofern war die Konsequenz, dass nicht zu allen erforderlichen Gebieten und Sachverhalten gezielt erarbeitete Aussagen vorlagen, sondern zum Teil Vorhandenes und für an-

⁸⁵⁷ Studie „Haupttrichtungen der sozialen Entwicklung - Aufgaben einzelner sozialpolitischer Bereiche (Thesen und Analysematerial)“, Institut für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin 1989 (Vertrauliche Verschluss-Sache b 112 - 36/89), S. 12.

⁸⁵⁸ Sozialpolitik (Hrsg.: G. Manz/G. Winkler) (1988), Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1988, S. 21.

⁸⁵⁹ Sozialreport '90, Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR (Hrsg.: Gunnar Winkler) (1990), Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1990; dsgl. Verlag Bonn Aktuell 1990.

⁸⁶⁰ Frauenreport '90 (Hrsg.: Gunnar Winkler), a.a.O.

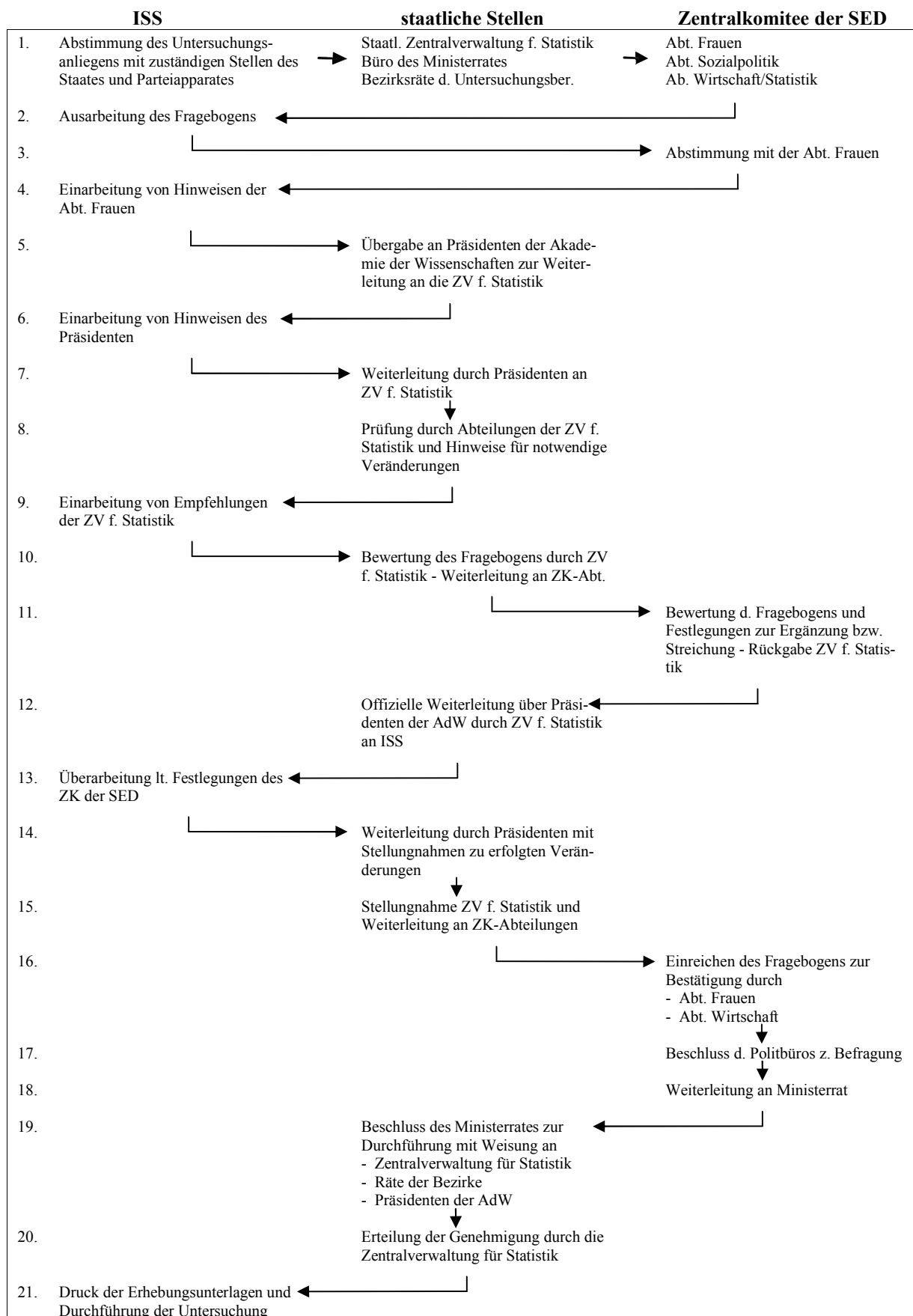
dere Zwecke Erarbeitetes zusammengeführt werden musste. In einigen Fällen mussten aber auch uneffektive Umwege durch den Aufbau eigener Forschungskapazitäten gegangen werden (z.B. ab 1983 Aufbau der sozio-gerontologischen und der sozio-ökologischen Forschung am Institut für Soziologie und Sozialpolitik).

ZWEITENS lagen Grenzen im Verständnis vom gesamtgesellschaftlichen und gruppenbezogenen Anliegen von Sozialpolitik (was zunächst die spezifische Analyse sozialer Problemgruppen ausschloss) sowie einer unzureichenden Analyse und Bewertung sozialpolitischer Instrumentarien hinsichtlich ihrer Wirksamkeit auf Lebenslagen und -verhältnisse (beispielhaft seien dafür fehlende Forschungen zur Lebenslage älterer Bürger, zur Gestaltung des Rentensystems, zur Veränderung von Werten und Verhalten in den Generationen der Älteren, aber auch die Armutsforschung genannt).

DRITTENS lagen Grenzen in Auffassungen der Forschenden zum Stellenwert der Ergebnisse soziologisch-empirischer Forschungen im Verhältnis zu statistischen Daten. Dabei reichte das Spektrum von Überbewertung zentraler „objektiver“ Daten bis zu deren völliger Ignoranz (die bis in die Gegenwart zum Teil nachträglich als „bewusste Vorbehalte“ gegenüber Datenmanipulation dargestellt werden).

Wenn in den erarbeiteten Studien in hohem Maße auf zentrale Statistiken zurückgegriffen wurde, dann allerdings auch, weil es gegenüber der Soziologie und ihren Methoden in der Politik sehr viele Vorbehalte gab. Andererseits schloss der unerschütterliche Glaube an den Wahrheitsgehalt der Statistik seitens der Politiker auch die Akzeptanz von statistisch ausgewiesenen Widersprüchen und ungewünschten Entwicklungen ein.

Beispiel für DDR-Genehmigungsverfahren einer Bevölkerungsbefragung (Untersuchung des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften zum Kinderwunsch in der DDR - 1982)



Probleme in der empirisch-soziologischen Unterersetzung der von der Statistik gelieferten „harten“ Daten bestanden vor allem darin, dass DDR-flächendeckende Untersuchungen der Beschlussfassung im Politbüro bedurften und mit konzeptionell bedeutsamen Streichungen verbunden waren (z.B. aus allen Lebensweise-Untersuchungen wurden Einkommensfragen gestrichen), so dass oft versucht wurde, Genehmigungen auf der nachgeordneten Ebene von Ministerien, Bezirken oder Betrieben einzuholen, was Aussagen sofort auf den jeweiligen Bereich begrenzte. Der offizielle Weg der Genehmigung von Untersuchungen durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik schloss immer deren Abstimmung mit den zuständigen ZK-Stellen ein und war letztlich ein formaler Akt, um den Eindruck von „Staatlichkeit“ zu erwecken. Gegebene einschränkende Hinweise wurden in der Regel von den Forschenden beachtet, um nicht das Gesamtanliegen in Frage zu stellen.

VIERTENS lagen Grenzen auch im Fehlen allgemein zugänglicher flächendeckender Netze (z.B. Interviewernetze), die empirische Untersuchungen repräsentativ durchführten (vorhandene Netze: z.B. Zeitbudgetforschung, Jugendforschung oder des Instituts für Marktforschung waren nicht allgemein zugänglich). Untersuchungen, unabhängig davon, ob sie genehmigt waren oder nicht, waren - auch mit einer größeren Probandenzahl, von Ausnahmen abgesehen - meist nicht repräsentativ. Unzulänglichkeiten bei der Bestimmung der Struktur untersuchter Gesamtheiten führten zu Mängeln, die in Kauf genommen wurden, weil einfache Probleme deutlich wurden. Die Hauptmethoden waren mehrwöchige Einsätze der Mitarbeiter in Untersuchungsfeldern aller Bezirke der DDR, was einerseits eine spezifische Problemsicht des Forschenden ermöglichte, aber andererseits die Effektivität allein auf Grund zum Teil fehlender Mobilität begrenzte.

FÜNFTENS lagen Grenzen in der fehlenden Ausstattung mit Technik, die eine eigenständige Aufbereitung und einen ständigen Dialog mit Daten erschwerte und uneffektiv machte. Erst 1988/89 erreichte Verbesserungen ermöglichten eine wirkungsvollere Analyse.

SECHSTENS lagen Grenzen vor allem in der Wirksamkeit und den Möglichkeiten der Öffentlichkeit der Arbeit.

a) Einerseits wurden die Ergebnisse von Sozialanalysen nicht öffentlichkeitswirksam. Um überhaupt zu publizieren, erfolgte in offiziellen Veröffentlichungen eine zunehmend relativ problemlose, widerspruchsfreie Darstellung. Auch in institutsinternen Publikationen wurden „Skandal“zahlen und -ergebnisse weitgehend - durch eigene Entscheidung der Forschenden bzw. zuständigen Leiter - nicht publiziert.

Andererseits wurden Ergebnisse im Rahmen von wissenschaftlichen Diskussionen vorgestellt, zum Teil auch in Lehrveranstaltungen und Vorträgen, d.h. sie begrenzten sich auf mündliche Informationen, die je nach Teilnehmerkreis unterschiedlich detailliert und nuanciert dargestellt wurden.

b) Die Haltung der Adressaten, d.h. der Entscheidungsträger und -organe, war unterschiedlich und ist zeitlich differenziert zu bewerten. Bis Mitte der 80er Jahre kann man von einem begrenzten Einfluss von wissenschaftlicher Tätigkeit auf Einzelgebieten (z.B. im Bereich der demografischen Forschungen) sprechen. Mit Verschärfung der inneren Widersprüche und der offeneren Darstellung in den Studien trat auch der Konflikt zwischen Wissenschaft und Politik direkter zu Tage. Vor allem ab 1986/87 wurden soziale Konsequenzen ökonomischer Probleme deutlicher gemacht, was u.a. dazu führte, dass seitens des Büros Mittag (verantwortlicher ZK-Sekretär für Wirtschaft) die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik beauftragt wurde zu prüfen, welche Informationen z.B. dem ISS zur Verfügung gestellt wurden. Als sich das ISS 1988 der Erforschung der Lebens-

verhältnisse von Alleinerziehenden und älteren Bürgern zuwande und nicht genehme Ergebnisse hervorbrachte, forderte das Politbüromitglied Inge Lange (Ende 1988) auf Grund übergebener Studien die zuständige ZK-Abteilung auf, dass das Institut für Soziologie und Sozialpolitik „wieder auf die Parteilinie zurückzuführen sei“ und äußerte ihre Besorgnis über die Institutsentwicklung. Die potenzielle Bedrohung der Arbeit des Instituts durch Auflösung war allerdings aufgrund der äußeren Bedingungen bereits nicht mehr möglich und blieb dem Senat von Berlin im Ergebnis der Evaluierung der Arbeit des Instituts vorbehalten (1991). 1990/91 wurden gleichermaßen die vorhandenen Forschungskapazitäten an der Hochschule für Ökonomie, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Gewerkschaftshochschule, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie teilweise des Instituts für Marktforschung Leipzig, des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig und anderer Einrichtungen abgewickelt und Forschungen zur Sozialpolitik der DDR/neue Bundesländer von Einrichtungen der neuen Länder damit zunächst eingestellt.

In Diskussionen wird nicht selten die Frage danach gestellt, wie wissenschaftliche Mitarbeiter an o.g. Projekten damit fertig wurden, dass ihre Ergebnisse in der Öffentlichkeit nicht bekannt und intern immer weniger zur Kenntnis genommen wurden. Bei einigen Wenigen führte die Begrenzung der Öffentlichkeit zum Nachlassen des Interesses an internen Sozialanalysen und zu einem immer stärkeren Ausweichen auf „allgemeine“ Themen, auf historische Darstellungen, auf Themen, die nicht so im Blickpunkt des Interesses standen. Mehrheitlich wurde jedoch der Versuch unternommen, innere Probleme genauer zu bestimmen und darauf aufmerksam zu machen. Das bedeutete allerdings auch, dass von dem Versuch abgegangen wurde, eine komplexe DDR-repräsentative Untersuchung und Darstellung vornehmen zu können und sich dafür auf spezielle Untersuchungen zu konzentrieren, die komplexe Zusammenhänge vermitteln sollten. Wenn diese Untersuchungen auch nicht repräsentativ für das Gesamtgebiet der DDR waren, verwiesen sie jedoch auf eine ganze Reihe von Problemen, die vor allem in Form von Einzel-Studien an die Partei- und Staatsführung herangetragen wurden.

Um einer Genehmigung und Zensur zu entgehen, wurde ab Mitte der 80er Jahre der Weg gewählt, Untersuchungen als „Methodenerprobung“ (zum Teil mit 1.000 Probanden) zu deklarieren und dabei z.B. Einkommen u.a. mit zu erfragen.

Vor allem jüngere Mitarbeiter gaben sich mit traditionellen Forschungsvorstellungen immer weniger ab. Auch in der DDR vollzog sich ein Generationswechsel, der junge Menschen hervorbrachte, die eigene Erfahrungen mit der Vergangenheit vor 1945 nicht hatten und nicht bereit waren, automatisch in die gleichen (alten) Denkstrukturen einzutreten. Der durch empirische Untersuchungen bereits zu Beginn der 80er Jahre nachgewiesene Wandel in den Denkstrukturen führte auch bei jungen Wissenschaftlern zu einem verstärkten Druck auf differenziertere Analysen einerseits, aber auch zu verstärkten Vorbehalten gegen eine konzeptionell einheitliche wissenschaftliche Beschäftigung mit Sozialpolitik andererseits.

Das alles soll keine nachträgliche Rechtfertigung sein, sondern nur verdeutlichen, dass auch in der soziologisch-sozialpolitischen Forschung Probleme und Widersprüche erkannt und benannt, aber nicht hinreichend öffentlichkeitswirksam als Auffassungen von Wissenschaftlern deutlich gemacht wurden. Resümierend bleibt festzuhalten:

ERSTENS wurde mit den sozialpolitischen Forschungen verschiedenster Einrichtungen der Versuch unternommen, eine gesamtgesellschaftliche Darstellung der sozialen Lage vorzunehmen, Ergebnisse unterschiedlicher Forschungen zur sozialen Lage zusammenzuführen - immer auf die Gesamtheit der

Lebensbedingungen und -verhältnisse in der DDR bezogen. Prognostische Aussagen bzw. Voraussagen wurden nur in Ausnahmebereichen (Bevölkerungsentwicklung) vorgenommen.

ZWEITENS ist es gelungen, den spezifischen Forschungsansatz des demografischen Zugangs zu sozialpolitischen Entwicklungen zu erreichen, mit wachsendem Gewicht von Aussagen zur Familiensituation und bezogen auf Familienformen (z.B. Alleinerziehende) und bei zunehmender Aussagefähigkeit in Bezug auf Lebensverhältnisse älterer Bürger. Auf Grund der Nichtpassfähigkeit der so genannten Frauenforschung waren Aussagen zur Spezifik von Lebenslagen von Frauen, zu Ungleichheiten in den Arbeits- und Lebensverhältnissen von Frauen lange Zeit kaum enthalten.

DRITTENS wurden - in Reflexion der DDR-Realität - seit den 60er Jahren sich zunehmend verschärfende Aussagen getroffen zu

- dem Widerspruch zwischen wachsender Kaufkraft (Geldfonds) und dem Waren- und Leistungsangebot;
- den ungleichen Lebensverhältnissen von älteren Bürgern und Alleinerziehenden im Vergleich zu anderen Gruppen;
- den wachsenden Erwartungen der Bürger an eine soziale Entwicklung, der eine unzureichende ökonomische Effektivität gegenüberstand;
- den steigenden Umwelterfordernissen;
- den unzureichenden territorialen und betrieblichen Einflussmöglichkeiten auf Sozialpolitik;
- der unzureichenden materiell-technischen Entwicklung in den sozial-kulturellen Bereichen.

Nicht erreicht wurde - wie bereits festgestellt -, ein der komplexen Herangehensweise an Sozialpolitik entsprechendes Forschungsprogramm aufzubauen, das in seiner Zusammenführung objektiver und subjektiver Tatbestände eine geschlossene Darstellung ermöglichte.

Nicht erreicht wurde - vor allem konzeptionell bedingt - eine akzeptable Analyse der Lebenslagen spezieller Gruppen, wie z.B. der Behinderten, der in Armut Lebenden usw. Bestimmte Probleme wurden nicht übersehen, sondern zum Teil in den Rangfolgen als nicht so wesentlich verstanden.

Nicht erreicht wurde auch zum Teil ein Loslösen der sozialpolitischen Betrachtungsweise von den ökonomischen Zwängen. Das ausschließliche Suchen nach Lösungen im Rahmen des - vorgegebenen - ökonomisch Machbaren begrenzte Herangehen und damit Ergebniswirksamkeit.

Abschließend soll nochmals betont werden, dass die mit hoher Wissenschaftlichkeit betriebenen Forschungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik in der DDR durchaus Erkenntnisse geliefert haben, die - bei notwendiger Aufarbeitung - zumindest für die Geschichte der Sozialpolitik in der DDR von Interesse und Bedeutung sind. Pauschalisierende Bewertungen der Ergebnisse und der Forschenden - wie auf allen anderen Gebieten - sind wenig nützlich. Eine kritisch-konstruktive Aufarbeitung der Sozialpolitik der DDR in Theorie und Praxis liegt bislang nicht vor.

Empirische Erhebungsreihe „Leben in den neuen Bundesländern“ (25 Wellen)

Es gehört zu den Ergebnissen des deutschen Vereinigungsprozesses, dass 1990/1991 nach wissenschaftspolitischer „Evaluation“ insbesondere der nicht-naturwissenschaftlichen Einrichtungen an Akademien und Hochschulen der DDR und ihrer Mitarbeiter, diese weitgehend als zu „parteinah“ bzw. aufgrund eines fehlenden Bedarfs für ihre Forschungen in der Bundesrepublik fast komplett aufgelöst wurden. Das galt gleichermaßen für das „Institut für Soziologie und Sozialpolitik“ der Akademie der Wissenschaften der DDR mit seinen rd. 130 Mitarbeitern. Das Glück der meisten am ISS beschäftigten Methodiker und Demografen war, dass sie als „ideologiefreier“ von bundesdeutschen Einrichtungen aufgrund ihrer fachlichen Kompetenzen übernommen wurden, so z.B. an das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Bundesministerium des Inneren oder das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (West)Berlin und bis in die Gegenwart (bzw. ihrer Berentung) eine anerkannte Arbeit leisten/leisteten. Die Mehrheit ging jedoch den Weg über Arbeitsmarktbeschaffungsmaßnahmen und versuchte, sich an Hochschulen zu bewerben bzw. wagte den Sprung in die institutionelle Selbstständigkeit. So wurde von Mitarbeitern eine Reihe von Instituten gegründet, wie das „Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.“ (SFZ), das Unabhängige Institut für Markt- und Sozialforschung (USUMA) oder das Brandenburgische Institut für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung (biab).

Insgesamt war es jedoch der verzweifelte Versuch, sich nicht erneut „unterwerfen“ zu müssen. Nur Wenigen gelang es, sich zu positionieren. Kein geringerer als Jürgen Habermas stellte im Mai 1991 in der „Zeit“ fest: „Die administrative ‚Abwicklung‘ von Akademien, Hochschulen, Museen, die Umstellung von Theater, Film und Literatur auf die im Westen eingespielten Modelle von Markt und Subvention sind ja im Effekt noch schlimmer als die Zerstörung von Produktionskapazitäten in anderen Sektoren. Denn die intellektuellen Kapazitäten lassen sich, wenn man die Produktion für zwei, drei oder fünf Jahre unterbricht, nicht mehr regenerieren. Geknickte Biographien sind in *jedem* Fall eine Katastrophe. Jedoch lassen sich industrielle Kapazitäten unter anderen Bedingungen ersetzen. Zerfallene kulturelle Milieus lassen sich nicht in gleicher Weise wieder aufbauen. Wenn sie ruiniert sind, sind sie es ein für allemal.“⁸⁶¹

Im Gegensatz zu den anderen Instituten zeichnete das SFZ aus, dass es zu den wenigen Einrichtungen gehörte, deren Gründung auf der paritätischen Zusammensetzung von Wissenschaftlern aus Ost und West beruhte (Vorstandsvorsitzende Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf - Marburg) und zugleich an den Erfahrungen der empirisch-analytischen Arbeit der DDR-Wissenschaftler anknüpfen konnte (was böswillige Politiker dem SFZ bis in die Gegenwart - 2014 - vorwerfen). Hauptanliegen war, den Transformationsprozess analytisch zu begleiten. Das Interesse an Zusammenarbeit mit westdeutschen Wissenschaftlern beruhte auch darauf, dass diese seinerzeit dem Irrtum unterlagen, dass die Vereinigung auch Rückwirkungen auf das (alt-)bundesdeutsche Institutionengefüge haben würde.⁸⁶² Im Maße, wie sich herausstellte, dass es sich um eine nahezu totale Übernahme handelte und Gegenstand der Forschung immer weniger die zunehmende Angleichung, sondern die Stabilisierung von Ungleichheiten war, sahen westliche progressive Sozialwissenschaftler kein hinreichendes Betätigungsfeld mehr.

⁸⁶¹ Habermas, Jürgen: Die andere Zerstörung der Vernunft, in: Die Zeit, Nr. 20/1991 v. 10.05.1991.

⁸⁶² Vgl. Kurz-Scherf, Ingrid: Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation - Zu dieser Schriftenreihe, Umbruch (Hrsg.: Ingrid Kurz-Scherf/Gunnar Winkler), Nr. 1/1991, S. 5.

Das Ziel des SFZ waren zunächst der Erhalt bzw. der nach den „Abwicklungen“ erforderliche Neuaufbau sozialwissenschaftlicher Forschungskapazitäten in der Region (Ost)Berlin-Brandenburg. Es führte zunächst eigene Forschungsprojekte durch, die vorrangig Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus der DDR die Chance für die Entwicklung einer neuen Forschungs- und Berufsperspektive eröffnen sollten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des SFZ ermöglichten, ihre DDR-Kenntnisse und ihr Erfahrungswissen sowie auch ihre eigenen Fragestellungen einzubringen.⁸⁶³

Das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. hat sich seit seiner Gründung (1991) darum bemüht, eine an den Anforderungen der Sozialberichterstattung der Bundesrepublik Deutschland orientierende Sozialberichterstattung für die neuen Bundesländer - und damit den spezifischen Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen entsprechend - als eigenständigen Arbeitsbereich zu entwickeln. Dabei bestanden bereits vor und bis 1990 Ziele und Praxisbezüge der Arbeiten im Bereich der Sozialberichterstattung des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik (ISS) der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) darin - wie W. Zapf anlässlich der Diskussion des ersten Sozialreports (1990) feststellte:

- „Beobachtung der sozialen Entwicklung im Hinblick auf die Erreichung der von den Bürgern erstrebten, von der Politik versprochenen Zielsetzungen,
- Aufdeckung von Diskrepanzen, Problemgruppen und Risiken,
- Einbringen der Perspektive des Bürgers, Wählers, Kunden, Klienten in die gesellschaftspolitische Debatte.“⁸⁶⁴

In Übereinstimmung damit wurde nach 1990 davon ausgegangen, dass es einer eigenständigen Darstellung der Lebensverhältnisse und ihrer subjektiven Reflexion bedarf, um die Spezifik der sozialen Lage und daraus resultierende Haltungen und Einstellungen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern darzustellen.

Zugleich geschah das aus folgenden Gründen:

- Im Mai 1990 wurde mit einer nicht voraussehbaren Resonanz der erste „Sozialreport 1990 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR“ zeitgleich im Osten und Westen Deutschlands veröffentlicht⁸⁶⁵. Erstmals wurde damit vorhandenes statistisches und soziologisches Material zusammengeführt und zu einer Sozialberichterstattung der letzten Jahre der DDR umgesetzt. In der Folge entstanden auf Grundlage jährlicher Erhebungen eine Vielzahl von Publikationen zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, die vom Nestor der deutschen Sozialberichterstattung, Wolfgang Zapf, als „der wichtigste ostdeutsche Beitrag zur Sozialberichterstattung“⁸⁶⁶ gewertet wurden.
- Die Zahl der „unabhängigen“ Ostinterpreten war (und ist) gering und abnehmend bei einer großen Zahl von Studien, die sich mit „dem Osten“ beschäftigten. Insofern bemühten sich die Autoren des SFZ, die wenigen (noch) vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen - in dem Bewusstsein, dass sie sich damit erneut von dem allgemeinen Trend abheben. Nach wie vor gehen die konzeptionellen

⁸⁶³ Vgl. Kurz-Scherf, Ingrid: Umbruch ..., a.a.O., S. 7.

⁸⁶⁴ Zapf, Wolfgang: Sozialreport 1990 - Eine kritische Bewertung, in: Sozialreport 1990 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Dokumentation eines Workshops am WZB, Arbeitspapier P 90 - 102, S. 4.

⁸⁶⁵ Vgl. Sozialreport DDR 1990: Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR (hrsg. von Gunnar Winkler), Verlag die Wirtschaft, Berlin 1990; Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart/München/Landsberg 1990.

⁸⁶⁶ Zapf, Wolfgang: Wie kann man die deutsche Vereinigung bilanzieren?, in: Demokratie und Partizipation (Hrsg.: Oskar Niedermayer, Bettina Westle), Westdeutscher Verlag 2000, S. 161.

Vorstellungen davon aus, dass es eines spezifischen ostdeutschen Beitrags zur Darstellung der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern bedarf.

Werden die bisherigen Phasen der ostdeutschen Sozialberichterstattung verglichen - in Anlehnung an vorgenommene Darstellungen zum Transformationsprozess⁸⁶⁷ -, so lassen sich folgende Entwicklungen hervorheben:

Für die **erste Phase** (1990 bis 1993) war eine sich an den unmittelbaren Erfordernissen orientierende Empirie kennzeichnend, die darauf gerichtet war

- zunächst die im unmittelbaren „Wendezeitraum“ (1990/1991) in der Bevölkerung der DDR vorhandenen Positionen zur Alternative „Weiterentwicklung der DDR“ bzw. zur „deutschen Vereinigung“ zu erfassen sowie erste Befindlichkeiten nach der Vereinigung und der Integration der Bürgerinnen und Bürger in die neue Gesellschaft darzustellen;
- Vorstellungen zur Ausgestaltung des Vereinigungsprozesses und Mindestexpectationen an die Entwicklungen in einzelnen Lebensbereichen (insbes. Demokratie/Umwelt/Lebensstandard) zu erheben und
- vorhandene Wissens- und Informationsdefizite sowie aktuelle Politik-Bedarfe zu erfassen.

Es waren Ansatzpunkte einer systematischen „Transformationsforschung“ (1992/1993). Die Grundraster und -anliegen wurden weitgehend an die übliche Sozialberichterstattung (insbesondere Lebenslagekonzept) in den alten Bundesländern angelehnt. Dabei konnte einerseits an erprobte Indikatoren und Methoden angeknüpft werden und musste andererseits zugleich dem raschen Tempo politischer, ökonomischer und sozialer Veränderungen Rechnung getragen werden⁸⁶⁸. Nach der Erfassung des Status-quo⁸⁶⁹ trat relativ schnell der Vergleich neue Länder - DDR als Systemvergleich.

Mit der Stabilisierung der Übernahme des (west-)deutschen Institutionengefüges und der abnehmenden Euphorie des Vereinigungsprozesses in Ost wie West begann eine **zweite Phase** der Sozialberichterstattung-Ost (1993 - 1997/1998), die sich neben dem Vergleich DDR-BRD zugleich der Darstellung der Transformation im Sinne der „Überwindung DDR-spezifischer Strukturen“ (Wirtschaft, Politik, Sozialstruktur, Arbeitsmarkt, soziale Sicherung) widmete. Dabei wird für die Bewertung der erfolgten Veränderungen die Schablone West zum bestimmenden Maßstab (Angleichung auf das „Niveau“ und an die Strukturen der alten Bundesländer im Sinne nachholender Modernisierung). Die Deutungshoheit der Veränderungen wird mit unterschiedlichen Konzepten und Theorien (Totalitarismustheorie, Modernisierungstheorie) vorrangig von der westdeutschen Sozialberichterstattung und Transformationsforschung dominiert⁸⁷⁰, handlungstheoretische Ansätze sind nicht hinreichend entwickelt. Von rd. 5.500 Publikationen zur Lage und Entwicklung in den neuen Ländern fällt die überwiegende Mehrheit in diese Phase.⁸⁷¹

1998/1999 beginnt die **dritte Phase** der Sozialberichterstattung-Ost, die geprägt ist von einem den Transformationsprozess weitgehend überlagernden Sozialumbau/-abbau, von dem West wie Ost im Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung gleichermaßen betroffen sind. Damit erfolgt eine stärkere

⁸⁶⁷ Reißig, Rolf: Die wissenschaftliche Transformations- und Vereinigungsforschung - der Erkenntnis- und Ertragswert, in: BISS public, Heft 30, 2000, S. 11-14.

⁸⁶⁸ Vgl. Denken und Handeln in der Krise (Hrsg.: Michael Häder), Akademie-Verlag, Berlin 1991.

⁸⁶⁹ Vgl. Sozialreport DDR 1990, a.a.O.

⁸⁷⁰ Hinrichs, Wilhelm/Priller, Eckhard: Handlungsblockaden in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, in: Handeln im Wandel, edition sigma, Berlin 2001, S. 11/12.

⁸⁷¹ Reißig, Rolf: Die wissenschaftliche ..., a.a.O., S. 17.

Orientierung der Sozialberichterstattung-Ost an „gesamt-“ anstelle „west“deutschen Entwicklungen. Zugleich erfahren Eigenständigkeit, Potenzialentwicklung, Akzeptanz der kulturellen Besonderheit zunehmende Beachtung, akteurs- und handlungstheoretische Ansätze mit einem Eigenwert Ost, der sich nicht allein am (alt-)bundesdeutschen Muster misst, gewinnen Gewicht. Auch in der Politik werden diese Veränderungen reflektiert (insbesondere W. Thierse). Die Sozialberichterstattung-Ost stellt sich zunehmend der Bewertung vorgelegter Politikkonzeptionen (insbesondere im Sozialbereich) und der Zukunftssicherung.

Die eigenständige Sozialberichterstattung über die soziale Lage in den neuen Bundesländern tritt mit dem Beschluss zur EU-Osterweiterung in eine **vierte Phase** ein, die den sich ändernden Anforderungen an die Gestaltung des Transformationsprozesses speziell im Osten Deutschlands - gewissermaßen als Verbindungsglied zwischen EU-„Stammländern“ und EU-Zugangsländern - entspricht. „Ostdeutschland wird mit der EU-Osterweiterung von einer Region am Rande zu einer inmitten der Union, von einer Grenzregion zu einer Verbindungsregion werden“⁸⁷².

Inzwischen ist bereits vor der Wirtschafts- und Finanzkrise eine **fünfte Phase** (seit 2005) der Sozialberichterstattung eingetreten, welche vor allem die von der rot-grünen Regierungskoalition eingeleiteten und darauf aufbauenden Regierungen ab 2005 die Neoliberalisierung der Politik, den rasanten Ab- und Umbau der sozialen Sicherungssysteme, die Privatisierung des Sozialen und die Europäisierung des Sozialabbaus in ihren Wirkungen auf die Bürger versucht zu reflektieren. In der deutschen Sozialberichterstattung wird der Osten immer mehr ausgeblendet mit dem Verweis auf überall existierende Ungleichheiten.

Das SFZ war stets bemüht, einen Beitrag zur empirischen Fundierung des wissenschaftlichen und politischen Diskurses um die Transformationsprozesse und die Transformationspolitik in den neuen Bundesländern zu leisten. Damit sollte nicht nur ein Beitrag zur „Versachlichung“ von Auseinandersetzungen, sondern auch zur Konsolidierung der Informationsbasis der praktischen Politik „vor Ort“ geleistet werden.

Konzeptionell - wenn auch nicht immer durchgängig machbar - ging es im SFZ immer darum, sowohl Ergebnisse subjektiver Befindlichkeiten als auch von der Statistik erzeugte Massendaten in den Ausarbeitungen zu verbinden - die Richtigkeit dieses Konzeptes belegt inzwischen auch der gewandelte „Datenreport“ der Bundesregierung und des WZB, der von einer getrennten Darstellung „Statistik-Teil - Empirie-Teil“, diese inzwischen in Sachkapiteln zusammenführt.

Einer weitergefassten inhaltlichen Bestimmung des Zusammenhangs von „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ und ihrer breiteren statistischen und sozial-empirischen Untersetzung folgt inzwischen auch die gleichnamige Enquetekommission des 17. Bundestages⁸⁷³ in dem Bemühen - zumindest vom Ansatz her - Soziales und Ökonomisches, ausgehend von den sozialen Zielen und Interessen der Bürger, zu bestimmen (vgl. hierzu auch Abschnitt 1.2.4).

Zugleich war Anliegen zu belegen, dass in einer Gesellschaft, die durch Pluralisierung von Lebensstilen ebenso geprägt ist wie durch ansteigenden Individualismus eine zunehmende Differenzierung von Lebenslagen erfolgt, die über allgemeine Differenzierungsmerkmale hinaus - Arbeit, Einkommen,

⁸⁷² Thierse, Wolfgang: Vorwort, in: Zehn Jahre Deutsche Einheit - eine Bilanz, Leske+Budrich, Opladen 2000, S. 9.

⁸⁷³ „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“, Enquetekommission des 17. Deutschen Bundestages, Kommissionsdrucksache 17 (26) 123, Berlin 2013.

Wohnen, Familiensituation u.a.m. - zu spezifischen Lebenslagen führt. Gerade die Analyse von Problemlagen sowie die Überprüfung der realen Wirksamkeit von eingesetzten Methoden sind notwendige Bedingungen einer effektiven Gestaltung von Landes- und Kommunalpolitik ebenso wie für Politikansätze gesellschaftlicher Organisationen.

Es erweist sich seit den 90er Jahren, dass sozialwissenschaftliche Untersuchungen spezieller soziodemografischer Gruppen auf der Grundlage des „Lebenslage-Ansatzes“ - als Raum, „den die gesellschaftlichen Umstände dem Einzelnen zur Entfaltung und Befriedigung seiner wichtigen Interessen bieten“⁸⁷⁴, ermöglichen, den real existierenden Integrationsgrad sowie das vorhandene Ausgrenzungsrisiko zu erfassen und in ihrer quantitativen Bedeutung darzustellen.

Dieser, vor allem mit empirischen Untersuchungen verbundene Ansatz wurde in den letzten Jahren vor allem im Zusammenhang mit der Armutsforschung⁸⁷⁵ durch das Diakonische Werk, den Caritasverband, den DPWV und den DGB entwickelt. Damit wird einerseits eine komplexere Betrachtung von Lebenslagen - die über Einkommen hinausgeht - erreicht und ein Ansatz entwickelt, der im Laufe der Zeit immer mehr Dimensionen einer sich sozialstrukturell differenzierenden Lebenslage wie Wohnen, Verkehrsanbindungen, Gesundheit, Freizeitgestaltung, soziale Bindungen, Beteiligung am gesellschaftlichen Leben u.a. einbezieht. Andererseits wird durch die Möglichkeit auch qualitativer Bewertungen durch die „Betroffenen“ das subjektive Urteil über Integration und Teilhabemöglichkeiten erfasst und damit ein vollständigeres Bild über Lebenslagen, Erwartungen und Handlungsorientierungen ermöglicht.

Die Analyse der Lebenssituation mit dem Instrumentarium des „Lebenslagen-Ansatzes“ ist im besonderen Maße geeignet, die Angaben und Aussagen zur materiellen und sozialen Lage angesichts der großen Heterogenität der jeweils betroffenen Personenkreise in sozialstruktureller und soziodemografischer Hinsicht darzustellen sowie damit verbundene schichtenspezifische Abhängigkeiten (Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, Bildungsstrukturen, sozialer Status u.a.) zu prüfen.

Während ein Teil der Wissenschaftler, vor allem aus den alten Bundesländern, bei der Bewertung der Entwicklungen in den neuen Bundesländern eher von „totalitarismustheoretischen“ und „modernisierungstheoretischen“ Ansätzen ausgeht, werden von einer anderen Gruppe im Gegensatz dazu, mehrheitlich in den neuen Bundesländern, „akteurstheoretische“ Ansätze⁸⁷⁶ vertreten. Letztere entsprechen vor allem inhaltlich den Vorstellungen von neuen ostdeutschen Eliten, nicht nur einen eigenen Beitrag zur Vereinigung, sondern auch zur Umstrukturierung des ökonomischen und politischen Systems geleistet zu haben/zu leisten, auch wenn sich das im Einzelnen nicht in den subjektiven Befindlichkeiten - die keineswegs nur „Wohl“befinden sind - einzelner Gruppen von Bürgern widerspiegelt. Fehlende Möglichkeiten eigenen Handelns durch Begrenzungen im Bereich Arbeit, soziale Verunsicherung durch abnehmende Zukunftssicherheiten, fehlende Akzeptanz eigenen Handlungswillens im Osten und Unterstellung von „antrainierter Unselbstständigkeit“⁸⁷⁷ behindern nicht nur die Nutzung von Potenzialen, sondern beeinflussen auch Selbstwertgefühle und Zufriedenheiten. Die im Transformationspro-

⁸⁷⁴ Zapf, Wolfgang: Sozialreport 1990 - Eine kritische Bewertung, a.a.O., S. 4.

⁸⁷⁵ Hübinger, W./Neumann, U.: Menschen im Schatten. Lebenslagen in den neuen Bundesländern. Herausgegeben vom Diakonischen Werk der evangelischen Kirche in Deutschland e.V. und dem Deutschen Caritasverband e.V., Freiburg im Breisgau 1998; Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Reinbeck bei Hamburg 2000, S. 334.

⁸⁷⁶ Hinrichs, Wilhelm/Priller, Eckhard: Handlungsblockaden in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, a.a.O., S. 11/12.

⁸⁷⁷ Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf: Die pragmatischen Deutschen - Zum Staats- und Nationalbewusstsein in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 32 1991, S. 8.

zess erreichten Ergebnisse positiver Art wurden/werden eher dem bundesdeutschen System und dem mit seiner Übernahme verbundenen Eliten- und Institutionentransfer zugeschrieben als den Akteuren der neuen Länder, noch vorhandene Probleme eher (zumindest in der Vergangenheit) der als „Deformation“ gekennzeichneten Haltung der Ostdeutschen, die in der Vergangenheit wurzeln und der sich nur von Ostwissenschaftlern vereinzelt entgegengestellt wurde.

Mehrfach wird inzwischen die Position der Existenz von zwei Teilgesellschaften⁸⁷⁸ weitgehend nicht mehr akzeptiert. Aus den zwei Staaten, aus denen „ein Staat mit zwei Gesellschaften“ wurde⁸⁷⁹, ist inzwischen ein Staat mit gleichen Ungleichheiten geworden. Auch für die Empirie des Ostens gibt es abnehmendes Interesse. Aus statistisch als „Gebietsstände“ gekennzeichneten Regionen werden 16 Bundesländerdarstellungen - mit dem Unterschied, dass Landesmittel weniger zur Verfügung stehen.

Die gesamtdeutsche Sozialberichterstattung trägt nach wie vor (z.T. verstärkt) den erfolgten mentalen Veränderungen nur bedingt Rechnung, indem sie einerseits die sich vollziehende Rückkehr in der subjektiven Lebenslagebewertung vom Systemvergleich zum historisch bereits in der DDR angeeigneten „Referenz“vergleich-West nicht reflektiert und andererseits als „interne“ Normsetzung nicht hinreichend die vorhandene Teilgesellschaft aufgreift und Bewertungen nicht nur aus dem Maßstab „West“ ableitet, sondern als eigenständige Entwicklungen anerkennt.

Inzwischen hat das SFZ mit seiner Sozialberichterstattung - von einigen politischen Akteuren abgesehen - Anerkennung gefunden und zählt zu den wenigen offiziell ausgewiesenen Wissenschaftseinrichtungen.

Tabelle 1: Akteure der Sozialberichterstattung; Auswahl an bedeutenden Berichten auf Ebene des Bundes*

Akteure	Titel	Federführung
Sozialforschungsinstitute	Datenreport - ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland	Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (Gesis, ZUMA), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Statistisches Bundesamt, Bundeszentrale für politische Bildung
	Sozialreport	Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ)
	zahlreiche Publikationen auf Basis der allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)	Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS)
	zahlreiche Publikationen auf Basis des Sozioökonomischen Panels (SOEP)	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

* Entnommen aus: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2007- Abteilung Sozialberichterstattung, Wiesbaden, November 2009, S. 49

⁸⁷⁸ Vgl. Datenreport 2002, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bonn 2002, S. 425 - vgl. auch vorangegangene Datenreports seit 1994.

⁸⁷⁹ Rehberg, K.-S.: „Großexperiment“ und Erfahrungsschock, in: Esser, H. (Hrsg.): Der Wandel in der Wende, Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland, Wiesbaden 2000, S. 17; vgl. auch Brie, Michael: Die ostdeutsche Teilgesellschaft, in: Kaase, M./Schmid, G. (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin 1999, S. 201-236.

Das Konzept der Erhebungsreihe „Leben in den neuen Bundesländern“ ging davon aus:

- die in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost lebenden ab 18-jährigen Bürgerinnen und Bürger mit ihren Positionen und Befindlichkeiten repräsentativ für die Gesamtregion zu reflektieren - Vergleiche einzelner Bundesländer erfolgten nicht;
- einen standardisierten Fragebogenteil jedes Jahr zu erheben (mit geringen Änderungen) und durch einen flexiblen Erhebungsteil spezifische Probleme der sozialen Entwicklung widerzuspiegeln;
 - der standardisierte Teil beinhaltete: Wertorientierungen, Zufriedenheiten, Erwartungen insbesondere in den Bereichen Arbeit, Familie, Einkommen, Wohnen, Demokratie, Umwelt;
 - der variable Teil konzentrierte sich auf jeweils sozialpolitisch relevante Themen wie z.B. in den letzten Jahren: Sozialreformen (2008), Armut (2009), Vereinigung (2010), Alter/Pflege (2011), Sozial-/Wohlfahrtsverbände (2012), Vorrentnergeneration (2013).
- Insgesamt entstanden 25 „Sozialreporte - Daten und Fakten zur sozialen Situation in den neuen Bundesländern“ - davon 13 Reporte speziell zur sozialen Lage älterer Bürger;
- zusätzlich erfolgten Erhebungen für die Erarbeitung von Sozialreporten einzelner Bundesländer in Sachsen (2008), Brandenburg (2008 und 2014), Sachsen-Anhalt (2007 und 2009), Mecklenburg-Vorpommern (2007);
- zugleich wurde im Zeitraum 1994 bis 2001 eine Quartalszeitschrift „Sozialreport - Neue Bundesländer“ mit insgesamt 42 Heften und Sonderheften herausgegeben sowie
- Reporte zu spezifischen Sachbereichen:
 - Arbeitslosenreporte (Deutschland 1996/1997/1999),
 - Behindertenreporte (Deutschland 1994/2003 sowie für Sachsen - 1994/1998 - und Thüringen - 2003),
 - Frauenreporte (DDR 1990/Brandenburg 1993/1999),
 - Seniorenreporte (Sachsen 1998),
 - Rentenreporte (Mecklenburg-Vorpommern 2007 bis 2013, Sachsen-Anhalt 2009, Sachsen 2011).

Seit 1990 wurden inzwischen 25 Wellen der Erhebung „Leben in den neuen Bundesländern“ realisiert, mit insgesamt über 38.000 Befragten - darunter 2005, 2010, 2011, 2012 und 2014 mit zeitgleichen Erhebungen in Westdeutschland bzw. einzelnen westlichen Bundesländern.

Die nachfolgenden Zusammenstellungen geben einen Überblick über die jeweils erhobenen Fragehalte. Zwischenzeitlich wurden einzelne Indikatoren, welche über mehrere Jahre liefen, ausgesondert, da sie inhaltlich nicht mehr zu neuen Erkenntnissen führten, bzw. nicht mehr von erforderlichem Gewicht waren, so z.B.

- Wohnkomfort - speziell Heizung/Energie (1990 bis 2001),
- Akzeptanz sich verschlechternder Arbeitsbedingungen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden (1993 bis 2005),
- Gewinne/Verluste der deutschen Vereinigung nach einzelnen Lebensbereichen (1995 bis 2002).

Tabelle 2: Variablenliste (Auswahl) „Leben in den neuen Bundesländern“ - Gesamtdatei 1990 bis 2014 -

Variable	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Zufriedenheit																									
Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig - alles in allem - mit Ihrem Leben?	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
<i>Wie zufrieden sind Sie mit folgenden Dingen bzw. Seiten in Ihrem Leben?</i>																									
der Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Ihrer Wohnung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
der persönlichen Sicherheit		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Partnerschaft	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
dem Bildungsangebot	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
der gebotenen sozialen Sicherheit	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Ihrer Arbeit	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Ihrer Freizeitgestaltung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
dem Gesundheitswesen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
der Umweltsituation	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
dem Verhältnis von Löhnen und Preisen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
den Möglichkeiten, mit Kindern zu leben	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
dem Stand der Demokratieentwicklung	X				X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
den Zukunftsaussichten für das eigene Leben					X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
der wirtschaftl. Situation im Lande					X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Ihrem politischen Einfluss			X			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
der sozialen Gerechtigkeit														X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Lebensbedingungen von Familien																	X	X	X	X	X	X	X	X	X

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Wirtschaftliche Lage																									
<i>gegenwärtige individuelle wirtschaftliche Lage</i>			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
vor 5 Jahren												Ä	Ä	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
in 5 Jahren												Ä	Ä	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
indiv. Nettoeinkommen - Euroumrechnung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Haushaltsnettoeinkommen - Euroumrechnung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Ermöglicht Ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürf- nisse?	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
<i>Gibt es in Ihrem Haushalt ...?</i>																									
einen Bausparvertrag			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X				
kapitalbildende Lebensversicherung			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X				
andere kapitalbildende Versicherungen			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X				
zahlen Sie einen Kredit ab			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
<i>Sind Sie Eigentümer von Grund und Boden?</i>																									
Grund und Boden						X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Gebäuden						X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
wertvollen Sammlungen						X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
oder Geldvermögen						X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
nichts von alledem						X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Wie hoch ist Ihr Geld- vermögen? (DM/Euro)						X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Hoffnungen/Erwartungen																									
Entwicklung in den nächsten Wochen, haben Sie Hoffnungen/Erwartungen?		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Erwartungen in fünf Jahren																		X	X	X	X	X	X	X	X
<i>Erwartungen</i>																									
um mit Kindern zu leben	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
um überhaupt Arbeit zu haben			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
für sinnvolle Freizeitgestaltung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
nach denen Löhne und Preise gestaltet werden	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
zum Wohnen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
für eine harmonische Partnerschaft	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
um sich zu bilden und zu qualifizieren	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
für eine demokratische Entwicklung in der Gesellschaft	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
um ein gesundes Leben zu führen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
die zur sozialen Sicherheit gehören	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
die die persönliche Sicherheit betreffen		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
der natürlichen Umwelt	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
für gleiche Chancen von Männern und Frauen im Erwerbsleben						X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
für die allgemeinen zwischenmenschlichen Beziehungen							X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
soziale Gerechtigkeit													X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
für Familien																	X	X	X	X	X	X	X	X	X
persönlichen Wohlstand																X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Absicherung Alter																			X	X	X	X	X	X	X

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	
Grundwerte/Werte																										
Freiheit												X						X		X	X	X	X	X	X	
Gerechtigkeit												X						X		X	X	X	X	X	X	
Gleichheit												X						X		X	X	X	X	X	X	
Solidarität												X						X		X	X	X	X	X	X	
Soziale Sicherheit												X						X		X	X	X	X	X	X	
<i>Wie wichtig sind für Sie folgende Dinge?</i>																										
Bildung und Wissen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Arbeit	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Partnerschaft	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Kinder	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
eine Entlohnung, die der Leistung und den Preisen entspricht	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
persönliche Sicherheit	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
eine saubere und intakte Umwelt	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Freizeit	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
soziale Sicherheit	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
sich gesund zu erhalten	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
eine bezahlbare Wohnung				X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Religion			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
in einer demokratischen Gesellschaft zu leben	X				X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Zw.menschliche Bezieh.	X							X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
soziale Gerechtigkeit													X	X	X	X	X	X	X	X	X					
Familie																	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Toleranz																							X	X	X	
Politik																										
Wie stark interessieren Sie sich für Politik?				X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
<i>Institutionenvertrauen</i>																										
Vertrauen in Bundesregierung				X		X	X			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Vertrauen in Landesregierung						X	X			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Vertrauen in Verwaltung Gemeinde/Stadt				X		X	X			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Vertrauen in Polizei				X		X	X			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Vertrauen in Gerichte		X		X		X	X			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Vertrauen in (Gauck-) Birthlerbehörde				X		X	X			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Vertrauen in Bundestag											X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Vertrauen in Bundespräsidenten																							X	X	X	

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
<i>Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit ...</i>																									
Ihrer Gemeinde/Stadt/Stadtbezirk			X					X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Ihrem Bundesland			X					X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Ostdeutschland								X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
der Bundesrepublik			X					X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
der europäischen Gemeinschaft			X					X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
<i>Sagen Sie bitte: In welchem Verhältnis stehen Sie zu folgenden Parteien?</i>																									
CDU	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
SPD	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
FDP	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Linke/PDS	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
B 90/Die Grünen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Rep/NPD/andere R.		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
andere	X	X		X	X	X	X	X	X	X	X						X	X	X	X	X	X	X	X	X
Piraten																							X	X	X
Alternative für Deutschland																									X
<i>Parteienkompetenzen</i>																									
wirtschaftlichen Aufbau									X	X	X	X	X	X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Senkung Arbeitslosigkeit									X	X	X	X	X	X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Interessen von Frauen (2002), Kindern (2004), Familien mit Kindern (ab 2006)									X	X	X	X	X	X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Interessen Ostdeutscher									X	X	X	X	X	X		X	X	X	X	X	X				
soziale Gerechtigkeit											X	X	X	X			X	X	X	X	X	X	X	X	X
verträglichen Sozialumbau														X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
<i>Mitgliedschaften</i>																									
Gewerkschaften			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Wohlfahrtsverbände						X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
andere Vereine			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
gesellschaftlich aktiv			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
nirgends Mitglied			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
<i>Engagementbereitschaft</i>																									
soziale, gemeinnützige Dienste			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
politische Interessenvertretung			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Freizeitinteressen			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Vertretungen von Arbeitnehmerinteressen				X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
religiöse Ziele				X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Fraueninteressen						X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
spezielle Interessen von Gruppen			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	
Lebenslagen																										
Art der Wohnung? (Miete/Eigentum)	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Wie viele Wohnräume hat Ihre Wohnung?	X	X				X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Wie viele qm umfaßt Ihre Wohnung?	X							X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Wie hoch ist die Gesamtmiete? (M/DM/Euro)	X	X		X				X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Waren Sie seit der Wende schon einmal oder mehrmals arbeitslos?					X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Wie lange?					X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X		
Wer arbeiten will, findet auch Arbeit								X	X	X	X	X	X	X	X	X		X	X	X	X	X	X	X	X	
Befürchten Sie, in der nächsten Zeit arbeitslos zu werden oder sind Sie bereits arbeitslos?				X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
<i>In Deutschland leben auch Ausländer, und man kann dazu ganz verschiedene Meinungen hören.</i>																										
In Deutschland leben zu viele Ausländer. Ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden.			X	X	X			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Aufgrund des Elends in vielen Teilen der Welt muß Deutschland mehr Ausländer aufnehmen.			X	X	X			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Ausländer sollten sich den hiesigen Lebensgewohnheiten mehr anpassen.			X	X	X			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Ausl. tragen durch ihre Arbeit zu unserem Wohlstand bei.			X	X	X			X	X	X	X	X					X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Die Ausländer/Asylsuchenden nutzen soziale Leistungen/leben auf unsere Kosten.			X	X	X			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Ausländer verschärfen viele soziale Probleme (z. B. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit).			X	X	X			X	X	X	X	X					X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Ausländer bereichern unser Leben.			X	X	X			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Einheit																									
Bewertung der Einheit					X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Als was fühlen Sie sich? BRD-Bürger, Ostdeutscher...?						Ä	Ä	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
In wie viel Jahren werden die Einkommen angeglichen sein?				X	X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Subjektive Schichtzuordnung			X	X	X					X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Sozialer Auf-/Abstieg										X	X		X	X				X	X	X	X	X	X	X	
Personalien																									
Geschlecht	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Geburtsjahrgang	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Schulabschluss	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Erwerbstätigkeit				X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Nichterwerbstätigkeit				X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Erwerbsstatus	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
In welcher beruflichen Stellung sind Sie derzeit beschäftigt?	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Welche Qualifikation besitzen Sie?	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Wie ist Ihr Familienstand?	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
nicht Verheiratete und getrennt Lebende: Lebensgemeinschaften mit und ohne gem. Haushalt und Partner	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Wie viele Kinder haben Sie?	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X				X	X	X							
Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt?	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Im Haushalt leben insgesamt ... wirtsch. nicht selbstständige Kinder.		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X		X	X	X	X	X	X	X	X	
Kinderwunsch	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X						X	X	X	X	X	X	X	
Gehören Sie einer Religionsgemeinschaft an?	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Haben Sie einen Schwerbehinderten-Ausweis?	X				X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X		X	X	X	X	X	X	X	X	
Einwohnerzahl Wohnort									X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Bundesland		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	

Zur Kinder- und Jugendhilfe im Osten (2013)

Die Bundesregierung veröffentlicht regelmäßig (mehrheitlich alle 4 Jahre) Kinder- und Jugendberichte zur Lebenssituation junger Menschen in Deutschland - im Jahr 2013 erschien der 14. Kinder- und Jugendbericht¹. Dieser enthält insbesondere aus der Sicht der Angleichung der Lebensverhältnisse Ost-West eine Reihe bemerkenswerter Aussagen (noch dazu, da der Bericht ausschließlich von Autoren aus den alten Bundesländern - wenn auch z.T. mit Wohnsitz im Osten - erarbeitet wurde). Er ist auch, was den Bezug zur DDR betrifft, nicht mehr vergleichbar mit dem 9. Bericht (1994), der hinsichtlich der Fakten eine relativ umfassende Datenzusammenstellung enthielt, die jedoch (leider) mehrheitlich mit ideologisierenden Wertungen verbunden wurde, denen sich der 14. Bericht weitgehend enthält.

25 Jahre nach der Vereinigung wird deutlich, dass bei grundlegenden Veränderungen der Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in Ost wie West in kaum einem anderen Lebensbereich die Unterschiede zwischen Ost und West noch so groß sind wie hinsichtlich der Haltung zu Kindern, ihrer Erziehung und Betreuung und der erforderlichen Vereinbarkeit von familiären Verpflichtungen und Erwerbsarbeit. Kennzeichnend gleichermaßen, dass auch in kaum einem anderen Lebensbereich die Entwicklungen im Westen sich in einem solchen Maße eher dem Osten angleichen und der Osten seine (formale) Anpassungsphase überwindet.

Kindheit und Jugend vollziehen sich heute - im Vergleich noch zu den 80er Jahren - als ein Leben

- in vielfältigeren familiären Formen. Kinder verbringen ihre Kindheit heute sowohl in ehelichen Partnerschaften, in Lebensgemeinschaften, in Alleinerziehenden-Haushalten, bei geschiedenen Elternteilen, in neuen Partnerschaften, in sog. Patchworkfamilien, in Partnerschaften mit und ohne Migrationshintergrund und weiteren sich entwickelnden Formen;
- in Familien mit überwiegend einem Kind und älter werdenden Müttern bei der Geburt, in räumlicher Trennung vom familiären Umfeld wie Großeltern und geringer werdenden Chancen des Kennenlernens der 3. und 4. Familien-Generation;
- in einem Lebensumfeld mit zunehmendem Bildungsanspruch und gleichzeitiger Zunahme der Spaltung der Gesellschaft in arm und reich. Es steigt der Anteil von Kindern/Jugendlichen, die es im Verlauf ihrer Entwicklung bis zur Hochschulbildung bringen - z.T. um Probleme des Arbeitsmarktes zu übergehen, z.T. aber auch als Statussymbol - ebenso wie der Jugendlichen, die unter prekären Arbeitsverhältnissen tätig sein werden.

Tabelle 1: Anteil der Absolventen/Abgänger mit allgemeiner Hochschulbildung (Abitur) an Schulabschlüssen - allgemeinbildende Schulen - nach Regionen - 1992/2002/2012 - in Prozent -

	1992	2002	2012
neue Bundesländer	29,7	32,3	38,7
früheres Bundesgebiet und Berlin	22,6	21,2	34,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1, Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 2012/2013, Wiesbaden 2013, Tab. 6.1/ Eigenberechnungen

Im Gegensatz zum Ansteigen der Abiturienten geht die Erwerbsquote Jugendlicher (Erwerbstätige/Bevölkerung) sowie die Beschäftigungsquote (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte/Bevöl-

¹ BMFSFJ, 14. Kinder- und Jugendbericht, BT-Drucksache, 17/12200, Berlin 2013.

kerung) in Ost wie West weiter zurück, die Differenzierung zwischen beiden Regionen wirkt vertiefend (auch durch Zunahme des Anteils älterer Bürger an der Bevölkerung).

Tabelle 2: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit 15- bis 20-Jähriger - nach Regionen
- 2002/2013 - in Prozent -

	Beschäftigtenquote I/2002	Beschäftigtenquote I/2013	Arbeitslosenquote Dez. 2013
Deutschland	23,8	17,6	3,4
Westdeutschland	23,5	17,8	2,8
Ostdeutschland (inkl. Berlin)	24,9	15,8	7,9

Quelle: Arbeitsagentur, Analyse des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes für Jugendliche unter 25 Jahre, Nürnberg Nr. 1-2007/12-2013

Betrachtet man die öffentliche Meinung in der Gegenwart, so ist die Grundaussage: „Es geht den Kindern und Jugendlichen gut“, aber die Schere zwischen den Gewinnern der heutigen Lebenssituation und Verlierern nimmt bereits im frühen Alter zu².

Die Wohlstandsmachtkämpfe der Wirtschaft vertiefen bereits in frühester Jugend die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich und betreffen inzwischen (2012) 18,9 % aller unter 18-Jährigen in Deutschland - das sind 17,4 % im Westen und 26,3 % im Osten, welche im Bereich des Armutsriskos leben. Von den unter 15-Jährigen waren in Deutschland 14,9 % Empfänger von Sozialleistungen nach SGB, das waren im Westen 13,0 % der entsprechenden Altersgruppe und im Osten (inkl. Berlin) 23,7 %³;

- einer sich ständig entwickelnden Elektronisierung und Digitalisierung der Lebensabläufe und sozialen Kommunikation, die für Kinder mit zunehmendem Alter eigene Lebensräume schafft. Es ist ein Rückzug vom Wohnumfeld/der Wohnumgebung in die Wohnung, soziale Kommunikation findet im Internet, bei facebook, twitter u.a. Medien statt. Das elektronische Zeitalter verschafft bereits gegenwärtig jungen Menschen in jungen Jahren Einblick und Eingebundensein in völlig neue Welten und Meinungsvielfalt, begrenzt in diesem Sinne elterlichen Einfluss und erweitert (z.T. unkontrolliert) die Sicht in allen Lebensbereichen.

Kinder und Jugendliche werden heute in Ost wie West in Haushalten groß, die mit Fernsehen, Handys voll ausgestattet sind und auch fast bei Computern und Internetzugang. Unterschiede in der Haushaltsausstattung bestehen nicht vorrangig zwischen Ost und West, sondern zwischen dem den Haushalten zur Verfügung stehenden Einkommen (vgl. Abschnitt 2.3.2). Seitens des „Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest“ (mpfs) werden jährlich die Entwicklungen in diesen Bereichen relativ detailliert aufbereitet und belegen (vgl. Abbildung 1), dass bereits Kinder zwischen 6 und 11 Jahren nicht nur am familiären Besitz teilnehmen, sondern eigenen Besitz haben. In Haushalten der 6- bis 12-Jährigen verfügen 46 % über ein eigenes Handy/Smartphone, 36 % über einen eigenen Fernseher, in drei von vier Familien stehen Spielkonsolen zur Verfügung, 45 % haben einen MP3-Player usw.⁴ Keineswegs nur höhere Einkommensgruppen, sondern auch in Familien mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1.500 Euro haben Kinder der genannten Altersgruppe zu 44 % ein Handy/Smartphone, 37 % ein eigenes Fernsehgerät, 15 % einen Computer und 11 % verfügen über einen eigenen Internetzugang⁵. Differenzierung

² BMFSFJ, 14. Kinder- und Jugendbericht, BT-Drucksache, 17/12200, Berlin 2013, S. 53

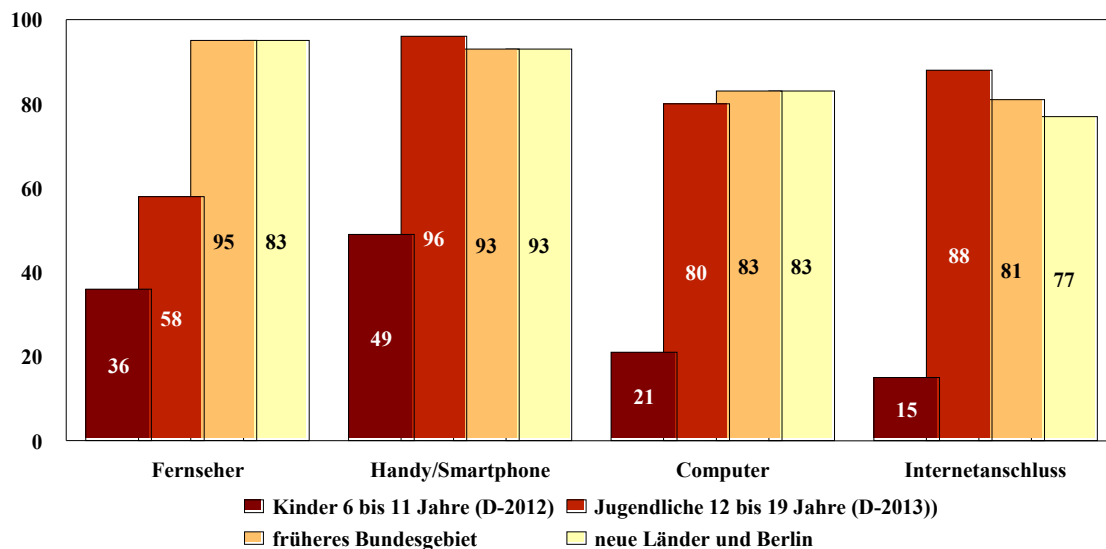
³ Datenquelle: Statistisches Bundesamt, amtliche Sozialberichterstattung, Tab. A 1.17 -18/B 2.2.

⁴ Vgl. mpfs kim-studie 2012, Stuttgart 2013, S. 8ff.

⁵ Quelle: kim-studie 2012.

gen nach Ost-West wurden nicht gesondert aufbereitet, es kann aber auch hier von einer analogen, den Einkommensunterschieden vergleichbaren Differenzierung ausgegangen werden.

Abbildung 1: Ausstattungsgrad/Gerätebesitz ausgewählter Gebrauchsgüter von Kindern/Jugendlichen sowie früherem Bundesgebiet und neuen Ländern (inkl. Berlin) - 2012 (Jugendliche 2013) - in Prozent -



Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 15 Heft 1 - 2013, Wiesbaden 2013 - D2.3.2 - 3 2.3 V/mpfs - jim-studie 2013, S. 7 sowie kim-studie 2012, S. 9, Stuttgart 2013

Zu den grundlegenden Veränderungen nach 1990 im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gehört im Osten die Neustrukturierung entsprechend der sich entwickelnden Trägervielfalt. Aus einer zentral-staatlich organisierten Kinder- und Jugendarbeit erfolgte entsprechend den (alt-)bundesdeutschen Traditionen der Übergang in eine eher kommunal organisierte Kinder- und Jugendarbeit mit zunehmender Trägervielfalt. Seit 1991 haben sich die Trägerstrukturen im Osten grundlegend, aber auch im Westen deutlich verändert. 1992 weist der 9. Jugendbericht für das frühere Bundesgebiet noch einen Anteil der Einrichtungen von 30 % in öffentlicher und von 69 % in freier Trägerschaft aus (darunter 45 % in konfessioneller Trägerschaft). In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost dominieren die öffentlichen Träger noch mit 94 % und freie Träger mit 6 %, davon die Hälfte (3 %) konfessionelle Träger⁶. Vergleicht man die Strukturen mit denen von 2010 (vgl. Abbildung 2), so wird deutlich:

- die Dominanz der Freien Träger in den neuen Bundesländern mit insgesamt 48 %, bei einem hohen Anteil von Trägern von Initiativgruppen mit 23 % (insb. Elterninitiativen), dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (16 %, dar. Volkssolidarität mit einem Anteil von rd. 15 %) sowie den Wohlfahrtsverbänden (z.B. DRK und AWO).
- In den alten Bundesländern sind konfessionelle Einrichtungen bestimmend (39 %) mit langfristig sinkender Tendenz und deutlich höherem Anteil als in den neuen Bundesländern (14 %).

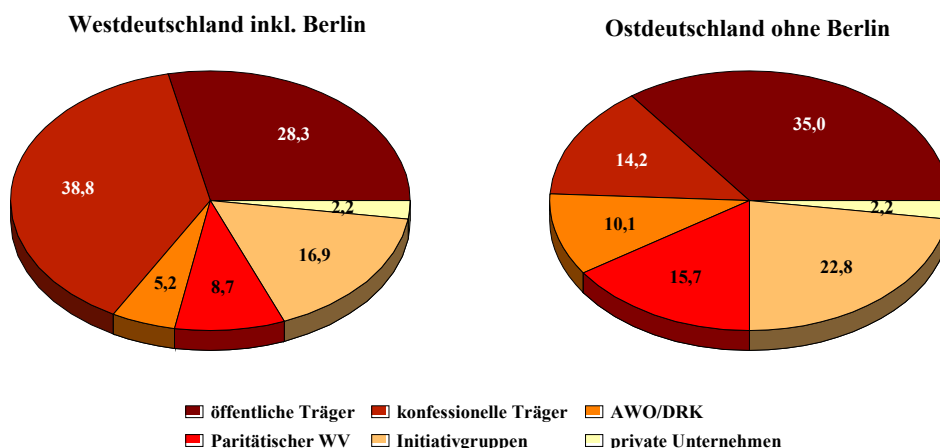
Der gravierende Wandel insgesamt ist jedoch von der inhaltlichen Zuwendung der Kinderhilfe in den letzten Jahren in der Bundesrepublik bestimmt und damit die Überwindung einer mehr oder weniger einseitigen Ausrichtung auf die Jugendhilfe.⁷ Im 14. Kinder- und Jugendbericht wird betont, dass in der (Alt)Bundesrepublik lange eine „auf Jugend bezogene Betrachtung dominierte“, während auch

⁶ Vgl. Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern - Neunter Jugendbericht - Deutscher Bundestag, Drucksache 13/70 v. 8.12.1994, S. 606, Tab. A 3.8.

⁷ Vgl. 14. Kinder- und Jugendbericht, a.a.O., S. 103.

„die Forschung zur frühen Kindheit und zur Bildung eher... ein Schattendasein führte.“ Es wird hervorgehoben, dass sich das Bewusstsein für vorhandene Betreuungsdefizite geändert und eine erforderliche „Konzentration auf frühe Bildung“ und die „Betreuung von Kindern vor Eintritt in die Grundschule als einen zentralen Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, in den Vordergrund gerückt“ hat.⁸ Dass dabei auch die Erfahrungen der DDR eine gewisse Rolle gespielt haben, ist inzwischen unbestritten.

Abbildung 2: Trägerstruktur in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe - nach Regionen
- 2010 - in Prozent -



Datenquelle: BMFSFJ, 14. Kinder- und Jugendbericht, BT-Drucksache, 17/12200, Berlin 2013, Tabelle 9-9

Der Feststellung, dass „Kindheit und Jugend sich heute an anderen Orten abspielen als früher“, dass heute Kinder und Jugendliche es mit „einer stetig wachsenden Zahl von pädagogischen Profis - Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen - (zu tun haben), die sich von Berufs wegen vormittags wie nachmittags um Kinder kümmern, sie betreuen, beaufsichtigen, erziehen, beraten, unterrichten, trainieren und therapieren“⁹, kann man mit einer Einschränkung zustimmen: es ist nur der Vergleich zur (alt)bundesdeutschen Wirklichkeit. Das gilt auch für die Aussage: „Zahlreiche Prozesse des Aufwachsens, die früher ausschließlich im privaten, unregelmäßigen Nahraum der Familien abliefen, finden nun verstärkt außerhalb des familialen Nahraums statt“, gelten für den Vergleich zur Kindheit in der DDR in diesem absoluten Sinne nicht. Der Bericht offenbart trotzdem mit einer in den vergangenen 25 Jahren ungewohnten Offenheit die Situation beider deutscher Staaten vor der Vereinigung. Dabei werden zugleich insgesamt zwei Linien deutlich: der Abbau erreichter Standards im Osten seit 1990 und die gegensätzliche Entwicklung im Westen in den letzten Jahren, die sich langsam dem sinkenden Ostniveau annähert.

Viele der heutigen Eltern/Großeltern im Osten werden sich der ideologischen Vorwürfe gegenüber der DDR erinnern, die es als unzumutbar kennzeichneten, wenn Kinder in Kindereinrichtungen „erzogen“ (nebenbei gesagt werden auch heute in Kindereinrichtungen konfessioneller Träger religiöse Werte vermittelt) und einer „familiären Erziehung und Betreuung“ teilweise entzogen wurden usw. Zumindest wurde den ostdeutschen Eltern immerhin noch eine gleiche Qualität der Eltern-Kind-Beziehung und Bindungsqualität bescheinigt¹⁰.

⁸ Vgl. 14. Kinder- und Jugendbericht, a.a.O., S. 103.

⁹ Ebenda, S. 37.

¹⁰ Trommsdorf, Gisela et al.: Kindheit im Transformationsprozess, Berichte der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW), Bericht 4, Leske+Budrich, Opladen 1996, S. 38.

Inzwischen gehört auch im Westen der größer werdende außerfamiliäre Einfluss auf die „Lebenswelt der jungen Generation ... zu den Selbstverständlichkeiten des Aufwachsens am Beginn des 21. Jahrhunderts - was in den meisten Fällen übrigens nicht auf den Widerstand der Eltern stößt, sondern auf ihr Wohlwollen.“¹¹

Die einst begrenzte Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen auf Familie und Wohnung wird (zumindest im Westen stärker als im Osten) zunehmend durch eine Eltern ergänzende/z.T. ersetzende Umwelt in Kindereinrichtungen (Kinderkrippe/Kindergarten/Kinderhorte/Übergang zur Tagesbetreuung) erweitert und unterliegt anderen, zusätzlichen Einflüssen.

Daraus abgeleitet kommt der Bericht letztlich zur Schlussfolgerung nach mehr sozialstaatlichem Einfluss(!).

Das betrifft insbesondere den *Ausbau der Kindertageseinrichtungen*, der in Westdeutschland mit der Betreuung von Kindern unter drei Jahren nunmehr zentraler Aufgabenbereich der Kinder- und Jugendhilfe wird. „Die Angebote in diesem Teilfeld entwickeln sich rasant; auch bei Kindern in Westdeutschland verliert die außerfamiliäre Betreuung im zweiten und dritten Lebensjahr derzeit den Ausnahmecharakter und ist dabei - wie in Ostdeutschland - zu einer neuen Normalität zu werden.“¹²

Naturgemäß werden „ökonomische Ziele“ bei der Forderung nach mehr staatlicher Verantwortung nur nebenbei zur Begründung herangezogen, es dominieren der erweiterte Zugang zu Informationen über elektronische Medien, der Kinder heute den Eltern oft entzieht, ausländische Eltern, denen der Sozialstaat nicht hinreichend nahe ist usw., die „eine gesellschaftlich breit geforderte und politisch nach und nach umgesetzte Ausweitung der Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote in öffentlicher Verantwortung“ erfordern. Dass dabei auch die DDR und der Vereinigungsprozess eine Rolle spielen, bestätigt nachfolgende Aussage: „So wäre vermutlich die Einführung des Kindergartenrechtsanspruchs ab Mitte der 1990er Jahre ohne die deutsche Einheit ebenso wenig zustande gekommen wie der nur zehn Jahre später beschlossene Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für ein- und zweijährige Kinder ab August 2013. Aber auch bei dem vergleichsweise abrupten Einstieg in den Ausbau der Ganztageschulen, bei der Einführung der G8-Gymnasien oder indirekt auch bei der stärkeren Verbreitung des zweigliedrigen Schulsystems bzw. der Schulen mit mehreren Bildungsgängen in einigen westdeutschen Bundesländern standen zum Teil ostdeutsche Traditionen, Entwicklungen und Gegebenheiten Pate.“¹³

Die Abbildung 3 verweist auf die gegensätzlichen Entwicklungen, welche vor allem einem veränderten „Leitbild“ in den alten Bundesländern und einer sich dem Westen anpassenden „Orientierung“ im Osten geschuldet sind. Während im Bereich der mittleren Kindheitsphase (3 bis 6 Jahre) inzwischen fast eine Übereinstimmung Ost-West auf „hohem Niveau“ erfolgt ist, sind für den Westen die Hinwendung zur Betreuung in den Altersgruppen unter 3 Jahren sowie den ersten Schuljahren kennzeichnend. Der erfolgte Rückgang in den neuen Ländern scheint gestoppt zu sein.

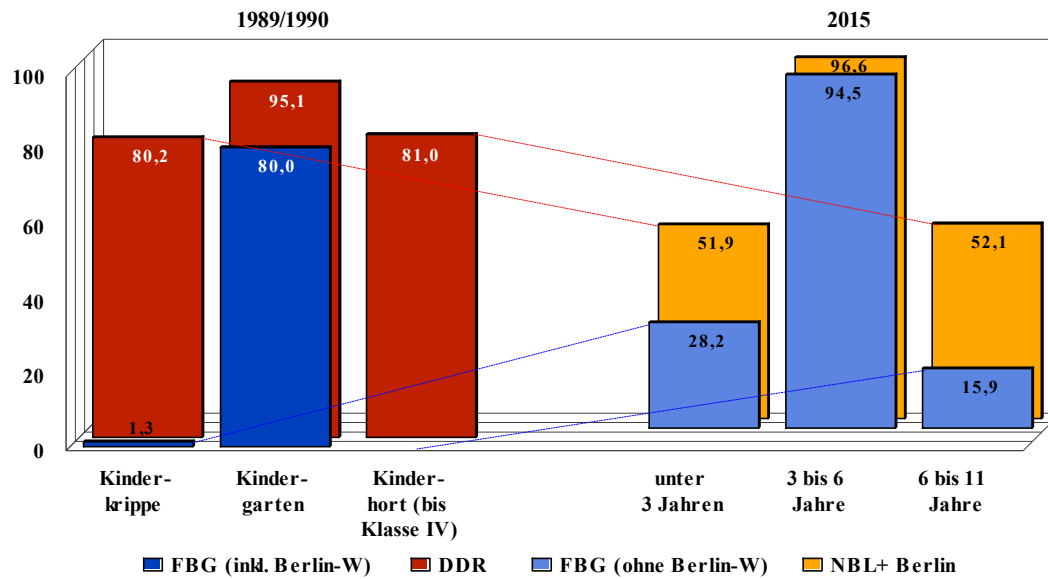
Auch personell wird die Gegenläufigkeit der Entwicklung deutlich: Selbst bei begrenzter Vergleichbarkeit stieg das in der Kinder- und Jugendhilfe tätige Personal in den alten Bundesländern von 334.000 (1990) auf 506.333 (2015), reduzierte es sich in den neuen Ländern im gleichen Zeitraum von 203.000 auf 137.956 Personen.

¹¹ BMFSFJ, 14. Kinder- und Jugendbericht, a.a.O., S. 37.

¹² Ebenda, S. 38.

¹³ Ebenda, S. 57.

Abbildung 3: Betreuungsquote von Kindern in Kindertageseinrichtungen - nach Altersgruppen und Regionen - 1990/2015 - in Prozent -



Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen..., 2015, Wiesbaden 2016, Tab. Q3/Andre Steiner, BMAS, Statistische Übersichten DDR, Tab 8.1.2 - 8.1.4 - 9.1.2/Gerhard Bäcker et.al.: Sozialpolitik und soziale Lagen in Deutschland, Verlag für Sozialwissenschaften 2008, Bd. 2, S. 334

Positionen der Bürger zu den Gewerkschaften und zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung (Befragung 2007)

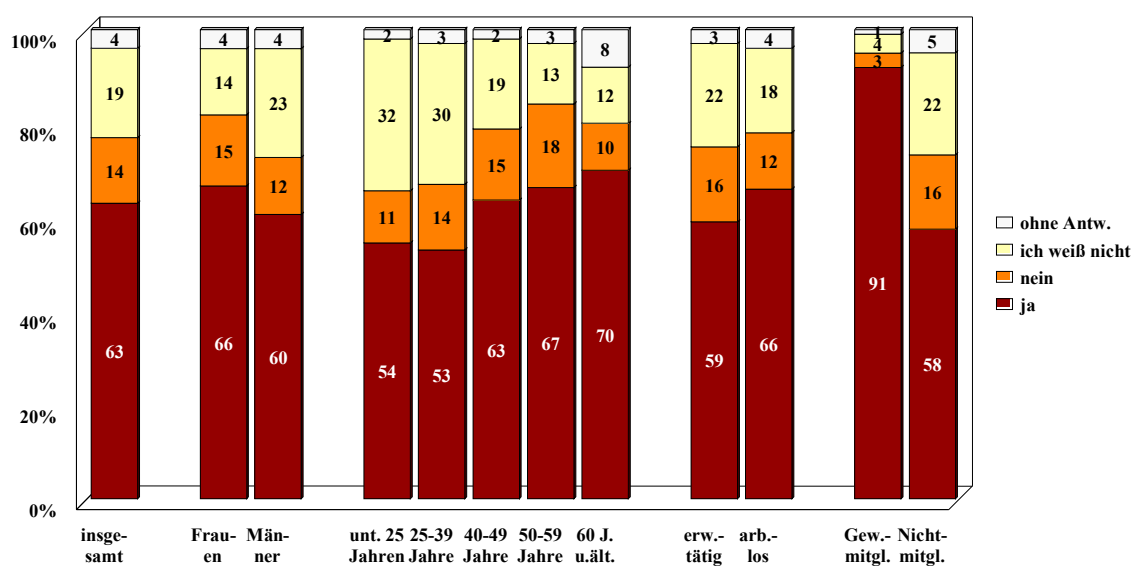
Bewertung der Wirksamkeit der Gewerkschaften

Die Haltung zu den Gewerkschaften, zu ihrem Anliegen und ihren Aktivitäten ist seitens der Bürger der neuen Bundesländer seit Mitte der 90er Jahre relativ unverändert. Das betrifft sowohl

- die Akzeptanz und Anerkennung der Notwendigkeit von Gewerkschaften als auch gleichzeitig
- einen geringen Stellenwert des Solidargedankens.

Im Jahre 2007 hielten 63 % der Befragten aller Altersgruppen ab 18. Lebensjahr in den neuen Bundesländern Gewerkschaften für notwendig. Dabei sind es eher ältere Bürger als jüngere und eher arbeitslose als erwerbstätige Bürger.

Abbildung 1: Sind Gewerkschaften notwendig? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007
- in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

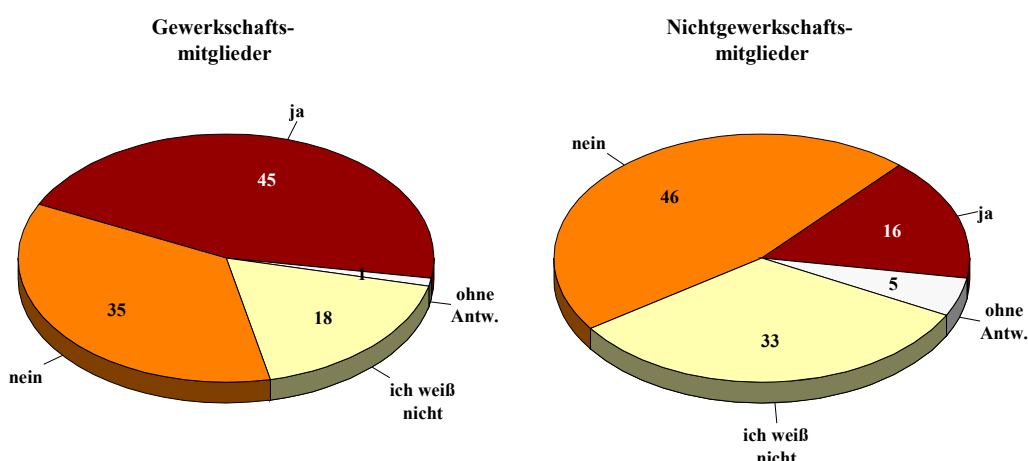
Hervorzuheben sind Unterschiede zwischen

- Mitgliedern (91 % ja) und Nichtmitgliedern (58 % ja);
- untersten (54 % ja) und mittleren Einkommensgruppen (74 % ja), was auf nicht hinreichend empfundene Wirksamkeit gewerkschaftlicher Aktivitäten im Einkommensbereich (Tarife, Renten) zurückzuführen sein dürfte (obere Gruppen 56 %);
- einzelnen Gruppen entsprechend ihrer beruflichen Stellung [Angestellte 66 % ja, Arbeiter 61 %, Beamte 67 %, Selbstständige 46 %, landwirtschaftlich Tätige (Bauern) 24 %];
- den Parteienpräferenzen der einzelnen Bürger. So sehen die Sympathisanten von SPD (79 %), Bündnis 90/Die Grünen (77 %) und DIE LINKE (74 %) deutlich stärker Gewerkschaften als notwendig an als CDU- (52 %) und FDP-Sympathisanten (59 %). Parteipolitisch sich nicht zuordnende Befragte („Nichtwählerpotenzial“) bekennen sich nur zu 52 % zur Notwendigkeit von Gewerkschaften.

Der hohe Anteil von Befragten (19 %), der mit „ich weiß nicht“ antwortet (rd. ein Drittel der Altersgruppen 18 bis 39 Jahre), lässt insbesondere eine nicht hinreichende Bindung/Information dieser Altersgruppen an gewerkschaftlichen Zielen und der Wirksamkeit gewerkschaftlicher Arbeit erkennen.

Hervorhebenswert ist vor allem, dass der Solidargedanke als Motiv für gewerkschaftliche Mitgliedschaft eine eher unbedeutende Rolle spielt. Die Haltung „was habe ich davon“ war nach 1990 zunehmend prägend, was nicht zuletzt darauf hinweist, dass die fehlenden positiven Ergebnisse gewerkschaftlicher Arbeit (Tarifentwicklungen, Nullrunden bei Renten, Sozialabbau mit Wirkungen auf Einkommen usw.) deutliche Akzeptanzverluste mit sich bringen.

Abbildung 2: Solidargedanke als Motiv für Mitgliedschaft in den Gewerkschaften
- neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Nur 21 % der Befragten gehen davon aus, dass der Solidargedanke noch ein Motiv für Mitgliedschaft in den Gewerkschaften ist, 44 % verneinen dies direkt. Auch der Anteil von 34 % Antwortenden mit „ich weiß nicht“ bzw. überhaupt keine Antwort Gebenden ist als hoch zu bewerten.

Dabei werden auch hier deutlich unterschiedliche Haltungen erkennbar zwischen

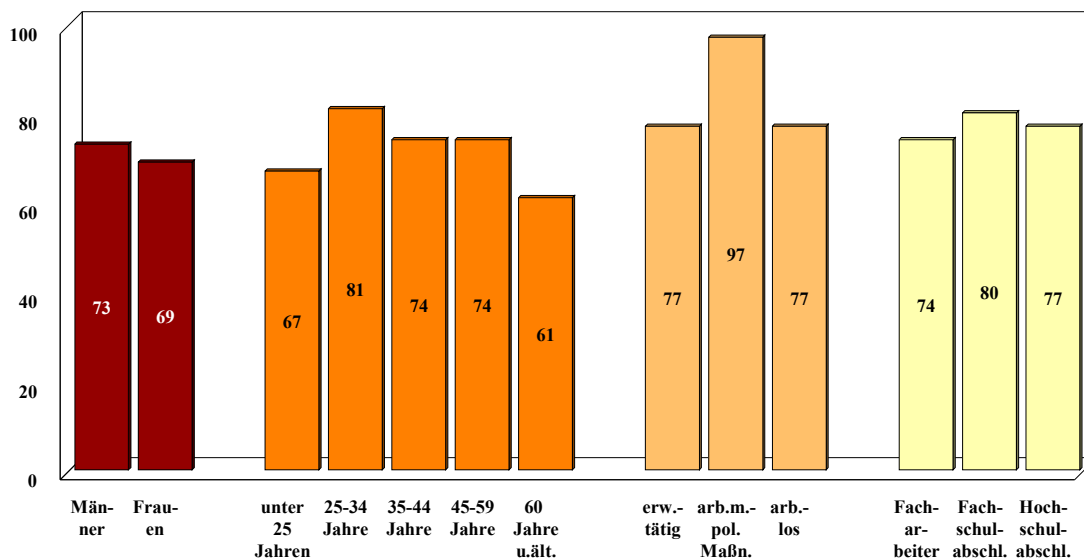
- Gewerkschaftsmitgliedern (45 % ja) und Nichtmitgliedern (16 %), die aber auch in der ablehnenden Haltung (35 % Mitglieder/46 % Nichtmitglieder) sowie der Unentschlossenheit (mit „ich weiß nicht“ antworteten 18 % der Gewerkschaftsmitglieder und 33 % der Nichtmitglieder) ihren Ausdruck finden;
- Frauen und Männern (Frauen 18 %/Männer 24 % „ja“);
- einzelnen Altersgruppen, indem insbesondere die mittleren Jahrgänge (40 bis 50 Jahre) eine ablehnende Aussage treffen (rd. 54 %), während bis 40-Jährige insbesondere zugleich 45 % mit „nein“ antworten bzw. 33 % „ich weiß nicht/ohne Antwort“.

Zielgruppen gewerkschaftlicher Interessenvertretung

Unverkennbar ist, dass die Akzeptanz der Gewerkschaften bei den ostdeutschen Bürgern insgesamt geringer geworden ist, was seine Ursachen vor allem in der Auffassung hat, dass die Gewerkschaften sich nur für die im Erwerbsleben Stehenden verantwortlich fühlen, aber auch in der Erfahrung, dass sich die Gewerkschaften tatsächlich weniger für Rentner, z.B. zu Einkommensfragen älterer Menschen (Nullrunden, Angleichung), artikulieren. So dürfte es eine keineswegs unbedeutende Rolle spielen, dass ältere Menschen die Interessenvertretung seitens der Gewerkschaften kaum wahrnehmen und

dass ihnen auf der anderen Seite nicht der Zusammenhang, der zwischen Tarif- bzw. Einkommensentwicklung und Rentenerhöhung aufgrund der Modalitäten der Rentenberechnung besteht, bekannt und bewusst ist. Rentner gaben bereits im Jahre 2003 auf die Frage, ob es ihnen egal ist, was die Gewerkschaften machen, zu 32 % keine Antwort bzw. antworteten mit „ich weiß nicht“. Allerdings wählten auch Befragte unter 25 Jahren zu 19 % die Antwort „ich weiß nicht“ bzw. gaben keine Antwort (8 %) (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Es ist mir egal, was die Gewerkschaften machen - neue Länder und Berlin-Ost - 2003 - in Prozent - (*nur zustimmende Antworten*)



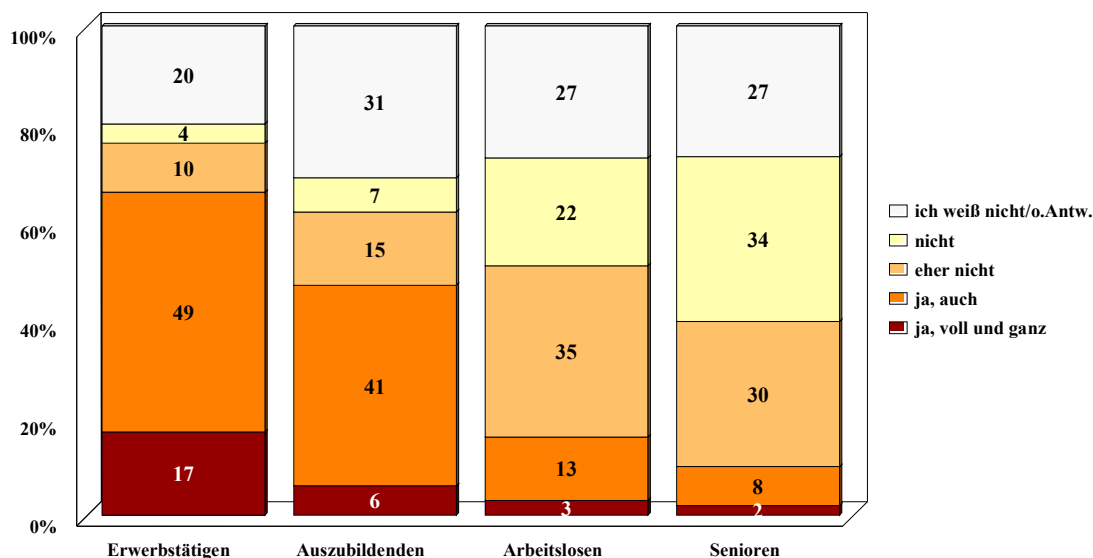
Datenbasis: sfz/leben 2003 (gew.)

Im Jahre 2007 wurde die Frage gestellt: „Vertreten Ihrer Meinung nach die Gewerkschaften die Interessen der Erwerbstätigen bzw. Arbeitslosen, Rentner, Auszubildenden 'voll und ganz', 'auch' bzw. 'nicht'?“.

Die Aussagen sind eindeutig:

- Als „Schwerpunkt“ gewerkschaftlicher Interessenvertretung werden die im Erwerbsleben Stehenden gesehen (17 % voll und ganz, 49 % auch, 14 % eher nicht/nicht, 20 % ich weiß nicht/ohne Antwort).
 - Auszubildende als Zielgruppen gewerkschaftlicher Interessenvertretung werden noch wahrgenommen - wenn auch abgeschwächt im Vergleich zu den im Erwerbsleben Stehenden (was längerfristig zu weiter zunehmenden Akzeptanzproblemen „Jüngerer“ zur Notwendigkeit von Gewerkschaften führen muss). Zumindest für rd. 47 % sind Auszubildende ein Feld, dem sich die Gewerkschaften „auch“ zuwenden.
 - Die Interessenvertretung Arbeitsloser wird in der Öffentlichkeit offensichtlich wenig/kaum wahrgenommen und dementsprechend reflektiert (16 % Zustimmung).
 - Interessenvertretung von Senioren wird nicht als Feld der gegenwärtigen Gewerkschaftsarbeit gesehen (nur von 10 %) und hindert demzufolge in zunehmendem Maße „ältere“ Bürger, nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, Mitglied der Gewerkschaft zu bleiben.
- In welchem Maße die in den letzten Jahren erfolgte Hinwendung einzelner Branchengewerkschaften zu Rentenproblemen, Altersarmut und Rentenangleichung Wirkung zeigt, bleibt abzuwarten.

Abbildung 4: Vertreten Ihrer Meinung nach die Gewerkschaften die Interessen von ...?
 - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Beachtenswert ist im Besonderen auch der hohe Anteil von Befragten, die sich nicht äußern können bzw. wollen (rd. 20 bis 30 %).

Dabei ist insgesamt festzustellen, dass organisierte Interessenvertretung in dem Maße erschwert wird, wie die, deren Interessen vertreten werden sollen, als „Nichtarbeitende“ bzw. in „prekären Arbeitsverhältnissen Tätige“ von den Inhalten der „Interessenvertretung“ nicht mehr erfasst werden bzw. es aufgrund der fehlenden betrieblichen Einbindung kaum gelingt, sie zu integrieren.

Eine notwendige, für den Bürger erkennbare Ausweitung gewerkschaftlicher Aktivitäten über „Tarifpolitik“ und „Sozialpläne bei Betriebsschließungen“ hinausgehende Interessenvertretung gewinnt immer stärker an Bedeutung. Das ist zunehmend gelungen z.B. bei der Thematik „Rente mit 67“ bzw. „Rente mit 63“ sowie der Positionierung zu Hartz IV.

Gelingt es nicht, den sich ausweitenden Kreis von „ehemaligen“ Erwerbstätigen zu erreichen, werden die Gewerkschaften zunehmend nur noch von Menschen zusammengehalten, die

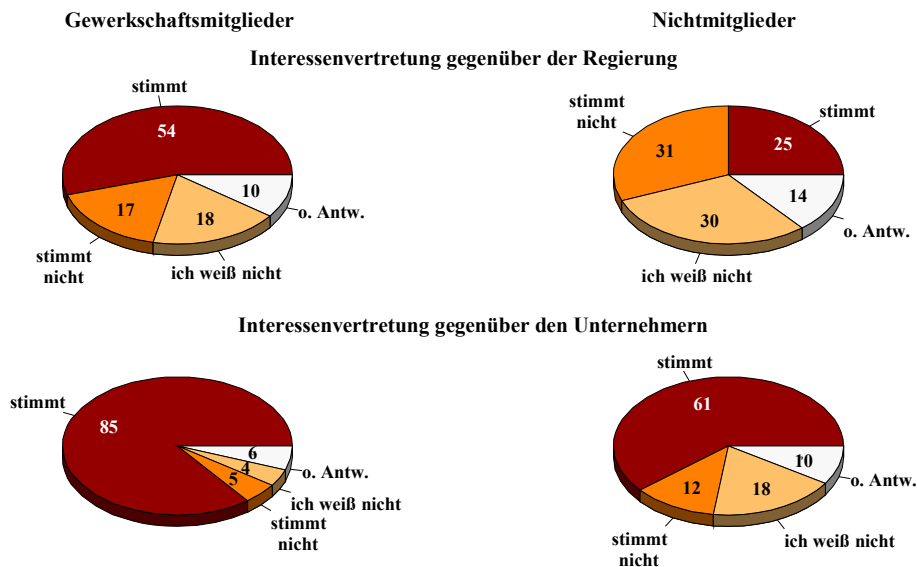
- sich traditionell den Gewerkschaften verbunden fühlen, die ihre „ursprüngliche Funktion“ noch kennen und
- in Austritten keine Lösung sehen, sondern in einer „Solidarität“, die dringend benötigt wird und derer sie selbst hoffentlich nie bedürfen.

Bewertung der Wirksamkeit der Gewerkschaften

Die unterschiedlichen Positionen, welche die Gewerkschaften aus Sicht der Bürger zur Interessenvertretung der Gewerkschaften gegenüber zentralem staatlichen Sozialabbau (Reformpolitik) und betrieblichen Belangen (insbesondere Tarifpolitik) einnehmen, wird im Vergleich zur Interessenvertretung der Gewerkschaften gegenüber der Regierung und den Unternehmen sichtbar.

Abbildung 5: Wie bewerten Sie die Wirksamkeit der Gewerkschaften? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -

- Sie vertreten die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber der Regierung.
- Sie vertreten die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber den Unternehmen.



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Von den Befragten sehen nur 30 % (also nicht einmal ein Drittel), dass die Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber der Regierung vertreten, 29 % verneinen das direkt (28 % ich weiß nicht, 13 % ohne Antwort). Hierbei unterscheiden sich die Aussagen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern extrem. Während die Mitglieder noch mit 54 % eine Interessenvertretung ihrer Organisation gegenüber der Regierung sehen, gilt das nur für 25 % der Nichtmitglieder. Kennzeichnend ist auch hier der insgesamt hohe Anteil von Bürgern, die sich nicht in der Lage sehen, die Frage zu beantworten (41 %). Offensichtlich gelingt es nicht, große Teile von Arbeitslosen und Senioren „medial“ zu erreichen und sie über gewerkschaftliche Aktivitäten zu informieren.

Tabelle 1: Wie bewerten Sie die Wirksamkeit der Gewerkschaften? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -

	Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer gegenüber der Regierung			Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer gegenüber den Unternehmen		
	stimmt	stimmt nicht	weiß nicht/ o. Antw.	stimmt	stimmt nicht	weiß nicht/ o. Antw.
<i>insgesamt</i>	30	29	41	65	11	24
<i>Geschlecht</i>						
Männer	35	32	33	67	13	20
Frauen	26	26	48	62	8	30
<i>Alter</i>						
unter 25 Jahren	22	47	30	83	0	16
25-39 Jahre	33	29	38	70	10	20
40-49 Jahre	30	36	34	69	13	18
50-59 Jahre	30	35	35	70	13	18
60 Jahre u. älter	30	18	52	54	10	37
<i>Erwerbsstatus</i>						
erwerbstätig	32	34	34	71	11	19
arbeitslos	28	30	42	68	9	23

Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Es kann davon ausgegangen werden, dass - wie bereits hervorgehoben - seitdem die Gewerkschaften (DGB bzw. Einzelgewerkschaften) in unterschiedlichem Maße gegen Auswüchse der Arbeitsmarktreform (z.B. Hartz IV), aber auch der Gesundheitsreform bzw. der kommenden Pflegereform und Rentenreform aufgetreten sind, Veränderungen in der Wirksamkeitsbewertung erfolgten.

Die Bewertung der gewerkschaftlichen Aktivitäten gegenüber Unternehmen fällt - im Vergleich zur Interessenvertretung gegenüber der Regierung - deutlich „positiver“ aus, wenn jedoch auch hier letztlich nicht hinreichend (im Sinne der Arbeitnehmer und ihres organisierten Teils). 65 % gestehen den Gewerkschaften eine wirksame Interessenvertretung gegenüber den Unternehmen zu, 11 % nicht, 24 % äußern sich nicht bzw. geben keine Antwort. Die Bewertung zur Interessenvertretung gegenüber Unternehmen ist „einheitlicher“ und „geschlossener“ als die Bewertung gegenüber der Regierung. Es reflektiert sich das öffentliche Bild, welches gewerkschaftliche Aktivitäten eher im Zusammenhang mit betrieblichen (Branchen-)Auseinandersetzungen vermittelt als in bundespolitischen Positionen.

Die Bewertung der Wirksamkeit der Gewerkschaften wird - bei aller Unterschiedlichkeit individueller Positionen zur „Breite“ gewerkschaftlicher Interessenvertretung - gegenwärtig auch gemessen an

- der allgemeinen Durchsetzungskraft der Gewerkschaften,
- ihrer Wirksamkeit zur Erhaltung der sozialen Sicherungssysteme,
- ihrer Unterstützung/Behinderung des „Aufschwungs“ in Deutschland.

Insgesamt wird deutlich, dass es einen relativ großen Anteil von Bürgern gibt, die den Gewerkschaften bescheinigen, „wenig Durchsetzungskraft“ zu haben, nur jeder vierte Befragte gesteht ihnen Durchsetzungsvermögen zu und rd. ein Drittel enthält sich auch hierbei entsprechender Aussagen bzw. fühlt sich dazu nicht in der Lage.

Tabelle 2: Wie bewerten Sie die Wirksamkeit der Gewerkschaften? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -

	sie haben wenig Durchsetzungskraft			
	stimmt	stimmt nicht	weiß nicht	ohne Antwort
<i>insgesamt</i>	44	24	21	10
<i>Geschlecht</i>				
Männer	51	23	17	8
Frauen	36	26	25	12
<i>Alter</i>				
unter 25 Jahren	45	28	26	0
25-39 Jahre	33	30	32	5
40-49 Jahre	58	20	15	7
50-59 Jahre	46	28	17	10
60 Jahre u. älter	40	21	20	18
<i>Erwerbsstatus</i>				
erwerbstätig	47	26	22	5
arbeitslos	38	28	19	14
<i>Mitglied der Gewerkschaften</i>				
ja	42	42	9	6
nein	44	21	24	11

Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Drei Aspekte sind hervorhebenswert:

- Frauen unterscheiden sich in ihren negativen Bewertungen deutlich von Männern (51 % der Männer, aber nur 36 % der Frauen stimmen der Aussage einer geringen Durchsetzungskraft zu) ebenso wie durch höhere Anteile von „ich weiß nicht“ (25 %) bzw. Enthaltung von Antworten (12 %). Fehlende Bindung zu den Gewerkschaften, fehlende Erkenntnis über deren Notwendigkeit und offensichtlich auch fehlende Informationen über das Wirken der Gewerkschaften könnten Ursachen sein.
- Fehlende Durchsetzungskraft wird in besonderem Maße von den Altersgruppen der 40- bis 60-Jährigen hervorgehoben, die am meisten mit Arbeitsmarkt- und Einkommensproblemen konfrontiert sind. Erwerbstätige und Arbeitslose treffen in diesen Altersgruppen nahezu „deckungsgleiche“ Aussagen.
- Die Unzufriedenheit mit gewerkschaftlichem Durchsetzungsvermögen wird von Mitgliedern wie Nichtmitgliedern artikuliert (jeweils 41 %). Differenzierungen liegen in der bewussten Gegenposition (während sich 41 % der Mitglieder gegen eine Bewertung „mangelnde Durchsetzungskraft“ wenden, wird von 23 % der Nichtgewerkschaftsmitglieder dies abgelehnt und von einem Drittel mit „ich weiß nicht“ beantwortet bzw. wird keine Antwort gegeben).

Eindeutiger fällt die Bewertung der Wirksamkeit der Gewerkschaften in Bezug auf die Erhaltung des sozialen Sicherungssystems aus. Nur 26 % der Befragten sind der Meinung, dass die Gewerkschaften dazu einen Beitrag leisten, 33 % sind der Meinung, dass sie keinen Beitrag leisten und 41 % (!) wissen es nicht (28 %) bzw. enthalten sich der Stimme (13 %).

Tabelle 3: Wie bewerten Sie die Wirksamkeit der Gewerkschaften? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -

	sie sichern das soziale Leistungssystem			
	stimmt	stimmt nicht	weiß nicht	ohne Antwort
<i>insgesamt</i>	26	33	28	13
<i>Geschlecht</i>				
Männer	27	37	26	11
Frauen	24	30	31	15
<i>Alter</i>				
unter 25 Jahre	34	45	21	0
25-39 Jahre	26	33	35	6
40-49 Jahre	23	45	24	7
50-59 Jahre	29	34	26	11
60 Jahre u. älter	25	23	28	24
<i>Erwerbsstatus</i>				
erwerbstätig	26	40	27	6
arbeitslos	28	22	33	17
<i>Mitglied der Gewerkschaften</i>				
ja	50	26	16	7
nein	21	35	31	14

Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Auch hierbei ist besonders festzustellen

- die eindeutig positivere Bewertung von Gewerkschaftsmitgliedern (50 % Zustimmung) im Vergleich zu Nichtmitgliedern (21 %). Offen ist, ob es sich dabei um unterschiedliche Ansprüche und

Erwartungen zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern handelt oder unterschiedlichen Zugang zu Informationen.

- Während „Jüngere“ eher dazu neigen, mit „ich weiß nicht“ zu antworten, enthalten sich „Ältere“ eher einer Aussage.

Die Bewertung einer als nicht ausreichend empfundenen Wirksamkeit der Gewerkschaften in Bezug auf den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme reflektiert ganz offensichtlich, dass die grundlegenden Reformen im Bereich des Arbeitsmarktes, der Gesundheit sowie der Alterssicherung von der Öffentlichkeit nicht als Felder gewerkschaftlicher Mitbestimmungspolitik wahrgenommen werden.

Positionen der Vorstände ohne entsprechende Öffentlichkeit, die dem Einzelnen gewerkschaftliche Positionen nahe bringen, werden als nicht vorhanden empfunden.

Bei allen Vorbehalten und vorhandener „Unkenntnis“ gewerkschaftlicher Aktivitäten und deren Wirksamkeit geht die überwiegende Mehrheit der Bürger jedoch nicht so weit, den Gewerkschaften die „Behinderung“ des verkündeten Aufschwungs vorzuwerfen. Das kann jedoch auch als Signal verstanden werden, dass eine Mehrheit der Bürger vom Aufschwung abgekoppelt ist bzw. zum Teil zusätzlichen Belastungen unterliegt. Insofern ist das geäußerte Empfinden unterschiedlich zu bewerten.

Tabelle 4: Wie bewerten Sie die Wirksamkeit der Gewerkschaften? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -

	sie behindern den Aufschwung			
	stimmt	stimmt nicht	weiß nicht	ohne Antwort
<i>insgesamt</i>	17	43	28	12
<i>Geschlecht</i>				
Männer	22	45	24	9
Frauen	12	41	32	15
<i>Alter</i>				
unter 25 Jahre	33	22	45	0
25-39 Jahre	17	40	38	6
40-49 Jahre	21	48	24	8
50-59 Jahre	16	50	24	10
60 Jahre u. älter	13	40	25	22
<i>Erwerbsstatus</i>				
erwerbstätig	20	44	28	7
arbeitslos	11	44	30	15
<i>Mitglied der Gewerkschaften</i>				
ja	11	72	7	10
nein	18	37	33	13

Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

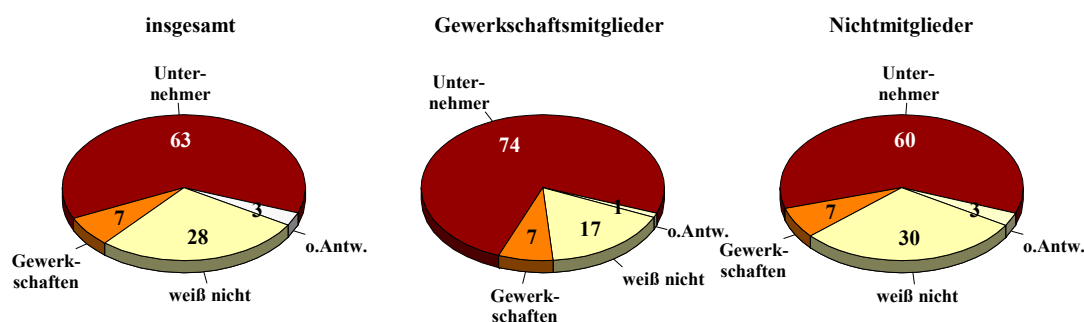
43 % gehen nicht davon aus, dass die Gewerkschaften den Aufschwung behindern, 28 % wissen es nicht und 12 % geben keine Antwort. Nur 17 % sehen eine destruktive Politik der Gewerkschaften als gegeben an.

Die Auffassung, dass die Gewerkschaften den „Aufschwung“ behindern, vertreten in besonderem Maße Sympathisanten/Mitglieder der CDU (30 %) und der FDP (25 %), im Gegensatz zu Sympathisanten der SPD (13 %), von Bündnis 90/Grüne (10 %) sowie DIE LINKE (10 %). Überdurchschnittlich stimmen diesen Aussagen (naturgemäß) auch Selbstständige und mithelfende Angehörige (25 %) sowie Beamte (33 %) zu. Der hohe Anteil von Auszubildenden, die sich einer solchen Auffassung

anschließen (42 %), kann als Signal verstanden werden, dass junge Menschen einer einseitigen medialen Informationspolitik unterliegen.

In zusammenfassender Form wird die „Durchschlagskraft“ der Gewerkschaften in den vergangenen Jahren eher als gering bewertet. Eine deutliche Mehrheit von 63 % stellt fest, dass in den vergangenen Jahren die Unternehmerverbände stärker geworden sind, 7 % - also eine deutliche Minderheit - gehen von einer Stärkung der Gewerkschaften aus, 30 % äußern sich dazu nicht bzw. meinen, es nicht einschätzen zu können (bzw. zu wollen).

Abbildung 6: Wer ist Ihrer Meinung nach in den vergangenen Jahren stärker geworden?
- neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Es ist offensichtlich, dass vor allem Gewerkschaftsmitglieder eine Erstärkung der Unternehmerverbände in wesentlich höherem Maße feststellen und damit ihre Wahrnehmungen - insbesondere der Regierungspolitik der letzten Jahre - reflektieren.

Tabelle 5: Wer ist Ihrer Meinung nach in den vergangenen Jahren stärker geworden?
- neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -

	Unternehmerverbände	Gewerkschaften	weiß nicht	ohne Antwort
<i>insgesamt</i>	63	7	28	3
<i>Geschlecht</i>				
Männer	70	5	22	3
Frauen	55	8	34	3
<i>Alter</i>				
unter 25 Jahre	28	34	38	
25-39 Jahre	53	11	33	4
40-49 Jahre	64	7	27	2
50-59 Jahre	74	4	20	2
60 Jahre u. älter	67	2	27	5
<i>Erwerbsstatus</i>				
erwerbstätig	63	9	26	2
arbeitslos	59	6	30	4
<i>Mitglied der Gewerkschaften</i>				
ja	74	7	17	2
nein	60	7	30	3

Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Im Einzelnen hervorhebenswert sind die getroffenen Wertungen in folgender Hinsicht:

- Jüngere Menschen gehen zu 34 % (!!) von einer Stärkung der Gewerkschaften aus und heben sich damit deutlich von „Älteren“ ab.

- Die Haltung von Gewerkschaftsmitgliedern (74 % sehen eine Stärkung der Unternehmerverbände) differiert insbesondere zwischen
 - Männern und Frauen, so sehen 80 % der männlichen und (nur) 66 % der weiblichen Mitglieder eine Stärkung der Unternehmerverbände;
 - erwerbstätigen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern - von den erwerbstätigen Gewerkschaftsmitgliedern gehen 79 % von einer Stärkung der Unternehmerverbände aus, von den erwerbstätigen Nichtmitgliedern (nur) 52 %.

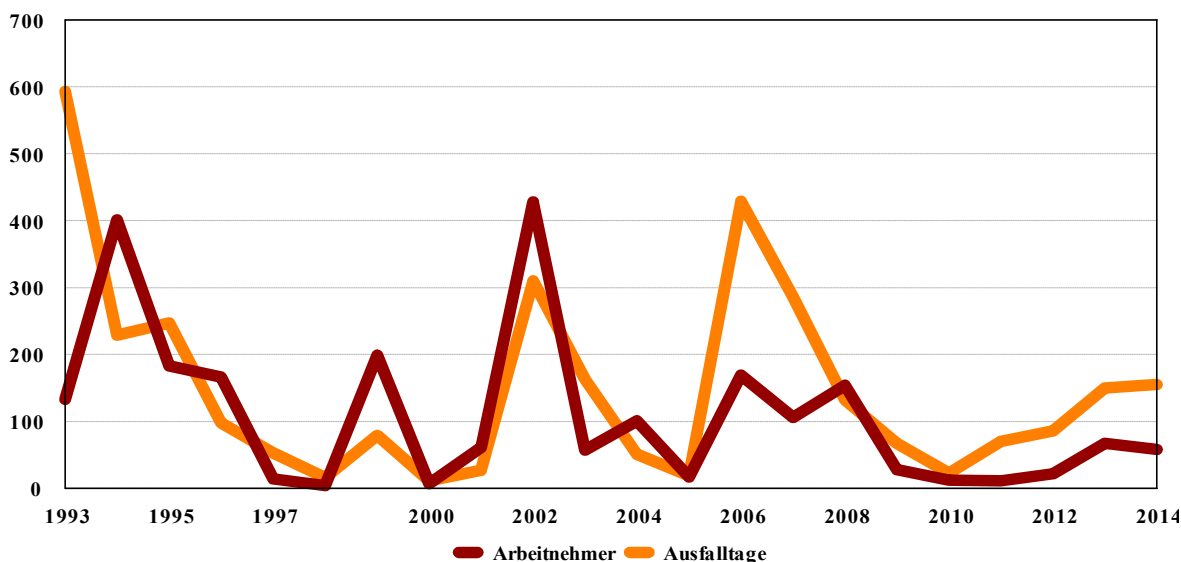
Offensichtlich reflektieren Gewerkschaftsmitglieder in höherem Maße als Nichtmitglieder sowohl höhere Ansprüche an die Arbeit ihrer Organisation als auch ein höheres Maß an Detailkenntnissen über die realen Entwicklungen und zugleich sicher auch eine kritischere Sicht auf die Ergebnisse des Wirkens ihrer Organisation.

Wirksamkeitsbewertung einzelner Aktionsfelder

Die Bewertung gewerkschaftlicher Aktivitäten zur Durchsetzung von Forderungen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit seitens der Befragten lässt sich in drei Komplexe zusammenfassen:

An **erster** Stelle stehen Streiks im Rahmen der jeweiligen Branche und Tarifverhandlungen, was einer zustimmenden Orientierung gewerkschaftlicher Aktivitäten auf die „Branche“ gleichkommt. (Dabei ist hervorzuheben, dass die in den Jahren 2005 und 2006 erfolgten Streiks in Größenordnungen von 17.000 bzw. 170.000 Arbeitnehmern keine größere Resonanz zeigten.) Nach der Finanzkrise sinkt die Streikbewegung deutlich ab, wobei interne gewerkschaftliche Erfassungen jeweils das 10- bis 15-Fache an Streikenden und Streiktagen ermitteln.

Abbildung 7: Beteiligte Arbeitnehmer an Streiks - Deutschland - 1993 bis 2014 - in 1000 -

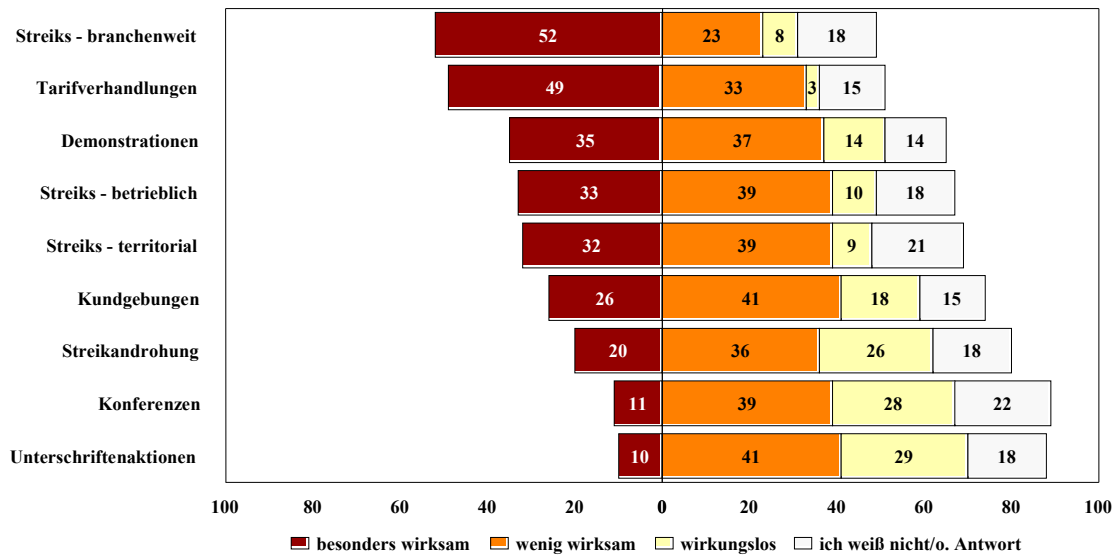


Quelle: WSI-Tarifarchiv 2016, Tab 4.2

An **zweiter** Stelle rangieren Streiks in den Betrieben bzw. auf territorialer Ebene, deren Wirksamkeit jedoch deutlich gegenüber „branchenorientierter“ Arbeit als weniger wirksam bewertet wird. Gerade in Bezug auf Streiks (gleich mit welchem Wirkungsradius) heben sich die Auffassungen der Gewerkschaftsmitglieder deutlich positiv von den Nichtmitgliedern ab.

An **dritter** Stelle rangieren Aktivitäten allgemeiner Art wie Kundgebungen, Konferenzen und Unterschriftensammlungen. Insbesondere Letzteren wird kaum eine Wirksamkeit zugestanden.

Abbildung 8: Wirksamkeitsbewertung gewerkschaftlicher Aktionen/Aktionsmöglichkeiten - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -

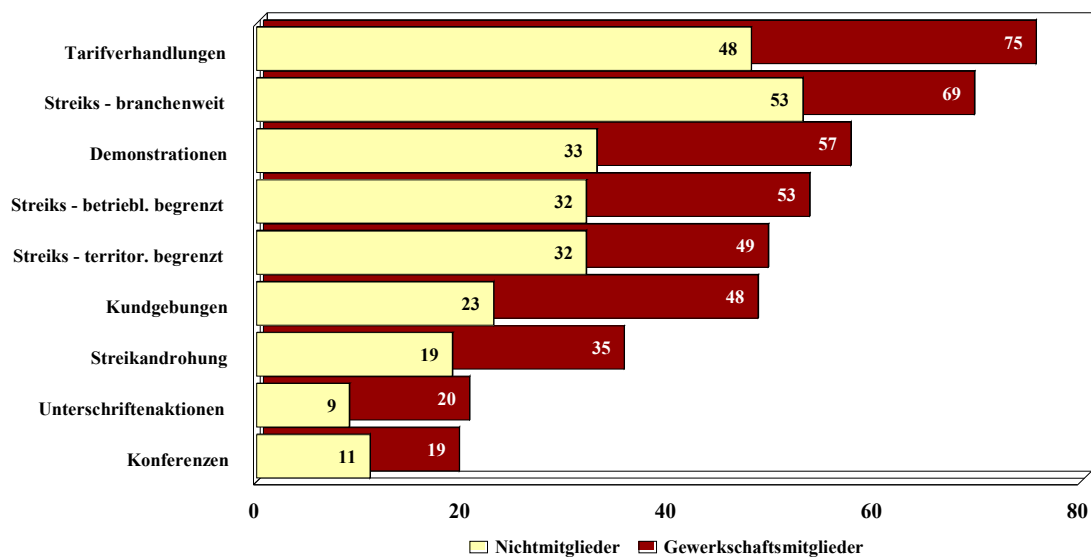


Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Insgesamt zeigt sich

- eine relativ hohe Übereinstimmung in der Bewertung einzelner Aktivitäten/Aktionen zwischen Frauen und Männern,
- gleichfalls weitgehend übereinstimmende Positionen zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen,
- eine eher altersabhängige Bewertung, insbesondere Streiks unterschiedlichster Reichweite betreffend,
- eine deutliche „Abgehobenheit“ der Bewertung einzelner Aktionsformen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern mit wesentlich mehr Vertrauen/Glauben an die Wirksamkeit als bei Nichtmitgliedern.

Abbildung 9: Bewertung der Wirksamkeit gewerkschaftlicher Aktivitäten - nach Organisiertheit - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent - (nur Antwort: „*besonders wirksam*“)



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Die vorangegangenen Bewertungen lassen erkennen, dass auf die Frage, ob die Gewerkschaften generell eine branchenorientierte einheitliche Interessenvertretung durchsetzen oder eher auf „betriebliche Vereinbarungen orientieren“ sollten, eine „betriebsbezogene Interessenvertretung“ keineswegs Vorrang genießt. Eine detailliertere Analyse belegt (vgl. Tabelle 6):

- Die „Orientierung“ auf betriebliche Vereinbarungen anstelle einheitlicher branchenorientierter Interessenvertretung wird eher von „Jüngeren“ aufgegriffen und akzeptiert (64 % der unter 25-Jährigen und 45 % der 50- bis 60-Jährigen).
- Gewerkschaftsmitglieder geben eindeutig einer einheitlichen Interessenvertretung den Vorrang (54 %) im Vergleich zu betrieblichen Orientierungen (43 %). Im Gegensatz dazu treten Nichtmitglieder vorrangig für „Betriebsnähe“ ein (48 %) und weniger für eine einheitliche branchenorientierte Interessenvertretung (44 %).
- Unterschiedliche Auffassungen zwischen Frauen und Männern sowie Erwerbstätigen und Arbeitslosen sind im Vergleich zu o.g. Differenzierungen nur marginal.
- Hervorzuheben ist auch die keineswegs „neue“ Erkenntnis, dass noch im Erwerbsalter Befindliche sich in Abhängigkeit von der Betriebsgröße eher für betriebliche Lösungen (Kleinbetriebe unter 10 Beschäftigten zu 52 %) einsetzen.

Tabelle 6: Sollten die Gewerkschaften ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -

	eher eine einheitliche Interessenvertretung für alle Mitglieder einer Branche durchsetzen?	viel differenzierter auf unterschiedliche Arbeitsverhältnisse durch spezifische betriebliche Vereinbarungen reagieren?	ohne Antwort
<i>insgesamt</i>	45	47	7
<i>Geschlecht</i>			
Männer	47	46	7
Frauen	44	48	7
<i>Alter</i>			
unter 25 Jahren	33	64	3
25-39 Jahre	44	46	10
40-49 Jahre	43	53	3
50-59 Jahre	50	45	5
60 Jahre u. älter	47	44	9
<i>Erwerbsstatus</i>			
erwerbstätig	43	51	6
arbeitslos	50	41	9
<i>Mitglied der Gewerkschaften</i>			
ja	54	43	2
nein	44	48	8

Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Bezogen auf die Situation in den neuen Bundesländern wurden im Rahmen der Erhebung 2007 auch die Positionen zu

- Tarifverträgen und
- Mindestlöhnen

erfragt. Die Ergebnisse fallen eindeutig zugunsten jener aus, die Tarifverträge und Mindestlöhne befürworten.

Tabelle 7: Sind Sie für Tarifverträge? Sind Sie für Mindestlöhne? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent* -

	für Tarifverträge		für Mindestlöhne		
	ja	nein	ja	nein	ist mir egal
<i>insgesamt</i>	87	7	82	10	3
<i>Geschlecht</i>					
Männer	88	7	83	8	3
Frauen	86	7	80	12	2
<i>Alter</i>					
unter 25 Jahren	85	14	86	7	6
25-39 Jahre	89	3	85	7	1
40-49 Jahre	82	13	83	14	1
50-59 Jahre	90	7	85	7	4
60 Jahre und älter	88	3	76	12	5
<i>Erwerbsstatus</i>					
erwerbstätig	87	8	85	10	2
arbeitslos	88	6	87	5	1
<i>Mitglied der Gewerkschaften</i>					
ja	97	1	93	4	1
nein	85	8	79	12	3

* Differenz zu 100 = ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Fast 90 % der Befragten unterstützen die gewerkschaftlichen Forderungen nach einheitlichen Tarifverträgen und Mindestlöhnen. Hervorzuheben sind dabei

- das äußerst hohe Maß an übereinstimmenden Meinungen zwischen Frauen und Männern sowie zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen;
- die relativ hohe Übereinstimmung aller Altersgruppen;
- die deutlich unterschiedlichen Positionen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern. Während vor allem die Letzteren nur zu 85 % für Tarifverträge und 79 % für Mindestlöhne eintreten, sind es von den Gewerkschaftsmitgliedern 97 % bzw. 93 %.

Die gewerkschaftlichen Tarifforderungen nach höheren Löhnen und Gehältern werden von 46 % der befragten Bürger für angemessen gehalten, von 14 % für zu hoch und von 10 % für zu niedrig. „Kann ich nicht beurteilen“ äußerten 23 %, keine Antwort gaben 6 %. Insbesondere der Anteil der Frauen, die die genannte Problematik nicht beurteilen können, ist relativ hoch (30 %).

Selbst ein kleiner Teil von Gewerkschaftsmitgliedern (10 %) hält die Forderungen nach höheren Tarifen für zu hoch (9 % für zu niedrig).

Haltungen zur Forderung nach Einkommensangleichung Ost-West

Es wurde bereits darauf verwiesen, dass sich die Haltung ostdeutscher Bürger zu den Gewerkschaften nicht unmaßgeblich an den gewerkschaftlichen Positionen und Ergebnissen zur

- Angleichung der Tarife Ost-West,
 - Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost-West
- festmacht.

Neben der Befürwortung von Tarifverträgen unterstützen rd. drei Viertel der befragten Bürger (77 %) die Forderungen nach einheitlichen Tarifen voll und ganz und 11 % zumindest teilweise (vgl. Tabelle 8).

Hervorzuheben ist, dass mit zunehmendem Alter die Akzeptanz gewerkschaftlicher Forderungen nach einheitlichen Tarifen Ost-West zunimmt, während Jüngere eher verhalten sind bzw. mit „ich weiß nicht“ antworten. Auch Nichtmitglieder machen eher Einschränkungen bzw. treffen keine Aussagen.

Mit dem Komplex der Einkommensangleichung Ost-West ist auch die Erwartung an eine Angleichung des aktuellen Rentenwertes verbunden. Dabei sind die Positionen einzelner Branchengewerkschaften in dieser Hinsicht nicht eindeutig - so artikuliert sich die IG Metall im November 2007 erstmalig positiv zu einer notwendigen Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West.

Tabelle 8: Sollten sich die Gewerkschaften stärker für einheitliche Tarife in Ost-West einsetzen? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -

	ja, voll und ganz	ja, auch	eher nicht	nicht	weiß nicht/ o. Antw.
<i>insgesamt</i>	77	11	2	1	9
<i>Geschlecht</i>					
Männer	73	13	4	1	9
Frauen	81	9	0	1	10
<i>Alter</i>					
unter 25 Jahre	85	8		0	7
25-39 Jahre	66	13	3	1	16
40-49 Jahre	73	15	4	0	8
50-59 Jahre	81	12	2	0	5
60 Jahre und älter	84	6	1	1	9
<i>Erwerbsstatus</i>					
erwerbstätig	73	13	4	0	10
arbeitslos	80	10		0	9
<i>Mitglied der Gewerkschaften</i>					
ja	87	10		0	2
nein	75	11	3	1	11

Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Aufgrund der weit verbreiteten einseitigen¹ und zum Teil bewusst falschen Aussagen zu den Renteneinkommen in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland wird zum Teil von Funktionären der Einzelgewerkschaften befürchtet, dass die Mitglieder kein Verständnis dafür hätten.² Obwohl die Positionen der Gewerkschaftsvertreter nicht einheitlich sind, erwarten rd. 73 % der Befragten aber gerade von den Gewerkschaften eine eindeutige Position zur Angleichung des Rentenwertes. Das betrifft keineswegs nur ältere Gewerkschaftsmitglieder, auch Arbeitslose und ältere Bürger unterstreichen diese Erwartung.

Gerade die altersdifferenzierte Betrachtung belegt, dass deutlich unterschiedliche Auffassungen zu gewerkschaftlichen Aktivitäten - bezogen auf die Angleichung des aktuellen Rentenwertes - bestehen.

Es ist offensichtlich, dass die allgemein verbreitete Meinung von den „hohen Alterseinkommen“ pauschal von Jüngeren übernommen wird. Eine differenzierte Betrachtung der Gesamtsituation erfolgt kaum bzw. ist der Mehrheit der Bürger nicht zugänglich. Initiativen wie die von ver.di und der GEW oder der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) zur Angleichung der Renten Ost-West sind weitgehend unbekannt.³

¹ Vgl. hierzu Ebert, Andreas/Kistler, Ernst/Trischler, Falko: Ausrangiert - Arbeitsmarktprobleme Älterer in den Regionen, Hans-Böckler-Stiftung, Forschungsbericht, 2007.

² Vgl. diesbezüglichen Standpunkt der IG Metall.

³ ver.di, GEW: Rentenangleichung Ost - Vorschlag für einen Stufenplan zur Angleichung, Berlin, Februar 2006; BAGSO: Presseerklärung zur Rentenangleichung vom 19.10.2007.

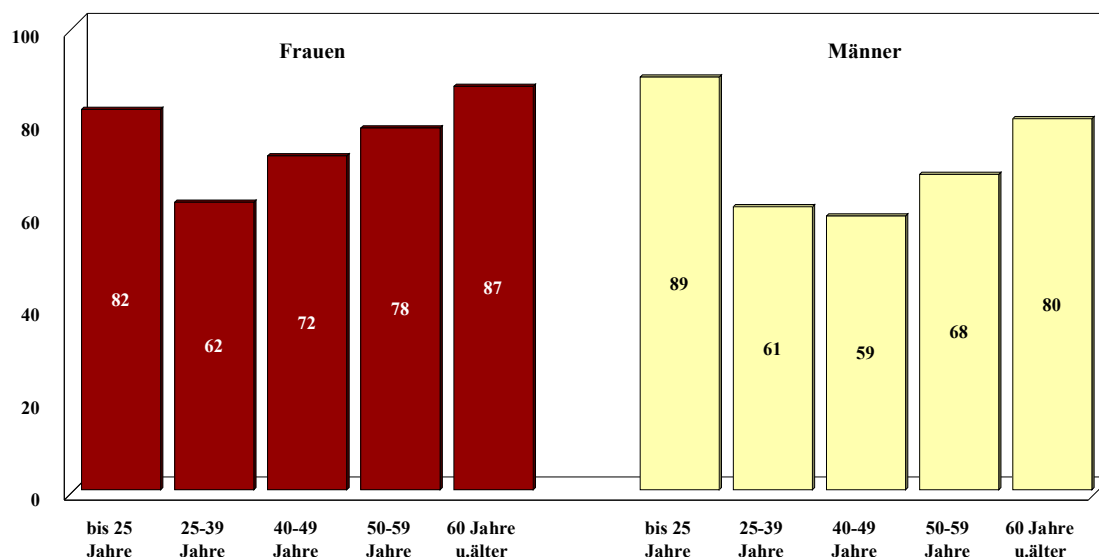
Tabelle 9: Sollten sich die Gewerkschaften stärker einsetzen für die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost-West? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -

	ja, voll und ganz	ja, auch	eher nicht	nicht	weiß nicht/ o. Antw.
<i>insgesamt</i>	73	11	4	3	10
<i>Geschlecht</i>					
Männer	69	13	5	4	9
Frauen	76	10	3	1	10
<i>Alter</i>					
unter 25 Jahre	87	5	0	0	7
25-39 Jahre	61	12	5	5	17
40-49 Jahre	65	14	8	5	8
50-59 Jahre	73	18	3	1	6
60 Jahre und älter	84	6	1	1	9
<i>Erwerbsstatus</i>					
erwerbstätig	68	11	6	4	11
arbeitslos	68	20	0	2	9
<i>Mitglied der Gewerkschaften</i>					
ja	82	12	2	3	1
nein	71	11	4	2	12

Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Bei aller Richtigkeit der Konzentration gewerkschaftlicher Aktivitäten auf „Rente mit 67“ und Probleme der „Neurentner“ bietet eine öffentlich erkennbare Haltung zur Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West und damit Beseitigung noch existenter zweier Rechtsgebiete im Rentenrecht eine Chance der Erhöhung der Akzeptanz gewerkschaftlicher Interessenvertretung.

Abbildung 10: Für eine Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost-West sollten die Gewerkschaften „voll und ganz“ eintreten - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Einstellungen zur betrieblichen Mitbestimmung

Die Haltung zu den Betriebs-/Personalräten ist unter den Bürgern der neuen Bundesländer relativ ambivalent. Von den befragten Erwerbstätigen geben 53 % an, in einem Betrieb tätig zu sein, in dem ein Betriebs- bzw. Personalrat existiert. 38 % verneinen das und 9 % wissen es nicht bzw. geben keine Antwort. Für die Ergebnisse sind folgende Aspekte von Bedeutung:

- die insgesamt niedrige Frequenz der Betriebe mit Betriebsräten/Personalräten;
- die erst nach 1990 übernommene Form betrieblicher Mitbestimmung, die in Anliegen und Struktur nach wie vor bei vielen Ostdeutschen nicht bekannt ist;
- die Diskussion um die Einschränkung der Rechte der Betriebsräte (vgl. Bundestagswahlkampf 2005, aber auch Stellungnahmen des BDI und BDA), die unter den Arbeitnehmern im Osten kaum Resonanz gefunden (weder zustimmend noch ablehnend) hat;
- die Positionen der Betriebsleitungen zu den Gewerkschaften (was den gewerkschaftlichen Organisationsgrad durchaus beeinflusst).

2011 arbeiteten laut IAB-Betriebspanel 43 % aller Beschäftigten in Betrieben mit Betriebsräten - dabei lag der Anteil im Osten mit 36 % deutlich unter dem Durchschnitt und im Verhältnis zu Westdeutschland (44 %) auch aufgrund der hohen Anteile von Klein- und Mittelbetrieben.

Aussagen zu spezifischen Ergebnissen aus Ostdeutschland liegen nicht vor, es kann aber davon ausgegangen werden, dass auch der Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern in den Betriebs-/Personalräten der neuen Bundesländer eher deutlich geringer als im Westen ist. Charakteristisch ist, dass der Zusammenhang zwischen gewerkschaftlicher Organisiertheit und betrieblicher Mitbestimmung auch im höheren Anteil von Betrieben mit entsprechenden Mitbestimmungsmöglichkeiten (Betriebs-/Personalräten) seinen Ausdruck findet.

Rund die Hälfte (53 %) der befragten Erwerbstätigen, die angeben, dass in ihrem Betrieb ein Betriebs- oder Personalrat gewählt wurde, meinen, dass in ihn auch Vertreter der Gewerkschaften gewählt wurden. 19 % beantworten das mit nein bzw. fühlen sich nicht in der Lage, es zu beantworten (28 %).

Tabelle 10: Gibt es in Ihrem Betrieb einen Betriebs- bzw. Personalrat? - nur Erwerbstätige - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -

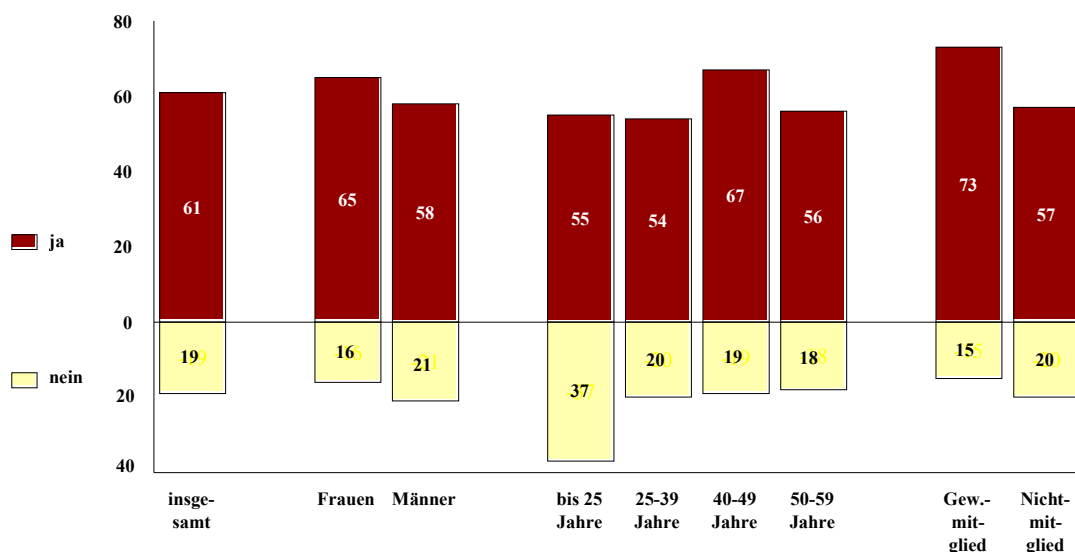
	ja	nein	weiß ich nicht	ohne Antwort
<i>insgesamt</i>	53	38	5	4
<i>Geschlecht</i>				
Männer	57	35	4	4
Frauen	48	42	6	4
<i>Alter</i>				
unter 25 Jahren	48	45	3	4
25-39 Jahre	47	49	1	3
40-49 Jahre	58	28	10	4
50-59 Jahre	60	33	3	4
60 Jahre und älter	25	65	1	10
<i>Erwerbsstatus</i>				
erwerbstätig	53	38	5	4
arbeitslos				
<i>Mitglied der Gewerkschaften</i>				
ja	78	20	1	2
nein	47	43	6	4

Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Wenn erwerbstätige Gewerkschaftsmitglieder zu 68 % bestätigen, dass in ihrem Betrieb Vertreter der Gewerkschaften im Betriebs-/Personalrat vertreten sind, so reflektiert das einerseits die spezifischen Mitgliederstrukturen (stärker in größeren Betrieben) wie ohne Zweifel auch ein hohes politisches Interesse. Der Anteil von Nichtgewerkschaftsmitgliedern, die nicht wissen, ob auch Gewerkschaftsmitglieder in ihren Betriebs-/Personalrat gewählt wurden, ist mit 31 % trotzdem relativ hoch. 61 % der Befragten, die in einem Betrieb tätig sind, der einen Betriebs-/Personalrat hat, geben an, dass dieser

ihre Interessen vertritt. Diese Auffassung äußern im Besonderen Gewerkschaftsmitglieder (68 %) im Vergleich zu Nichtmitgliedern (47 %).

Abbildung 11: Vertritt der Betriebs-/Personalrat Ihre Interessen? - 18 bis 60 Jahre - nur Befragte, die in Betrieben mit Betriebs-/Personalrat beschäftigt sind - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -



* Differenz zu 100 = weiß ich nicht/ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Tabelle 11: Positionen zu Gewerkschaften in den Betrieben - 18 bis 60 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent - (nur Antwort: „trifft zu“)

	Wirken der Gewerkschaften wird von der Mehrheit unterstützt	Mitarbeitern ist Arbeit der Gewerkschaften egal	Betriebsleitung toleriert Mitarbeit in der Gewerkschaft	Betriebsleitung arbeitet mit Gewerkschaft zusammen	man sollte Betriebsleitung nicht merken lassen, dass man Gewerkschaftsmitglied ist
<i>insgesamt</i>	20	22	25	14	14
<i>Geschlecht</i>					
Männer	23	27	26	13	16
Frauen	17	17	23	15	12
<i>Alter</i>					
unter 25 Jahren	43	21	33	16	20
25-39 Jahre	18	21	23	9	13
40-49 Jahre	19	30	30	18	17
50-59 Jahre	18	25	29	16	17
<i>Erwerbsstatus</i>					
erwerbstätig	21	27	30	16	16
arbeitslos	16	12	14	11	17
<i>Mitglied der Gewerkschaften</i>					
ja	35	29	31	18	23
nein	17	20	23	13	12

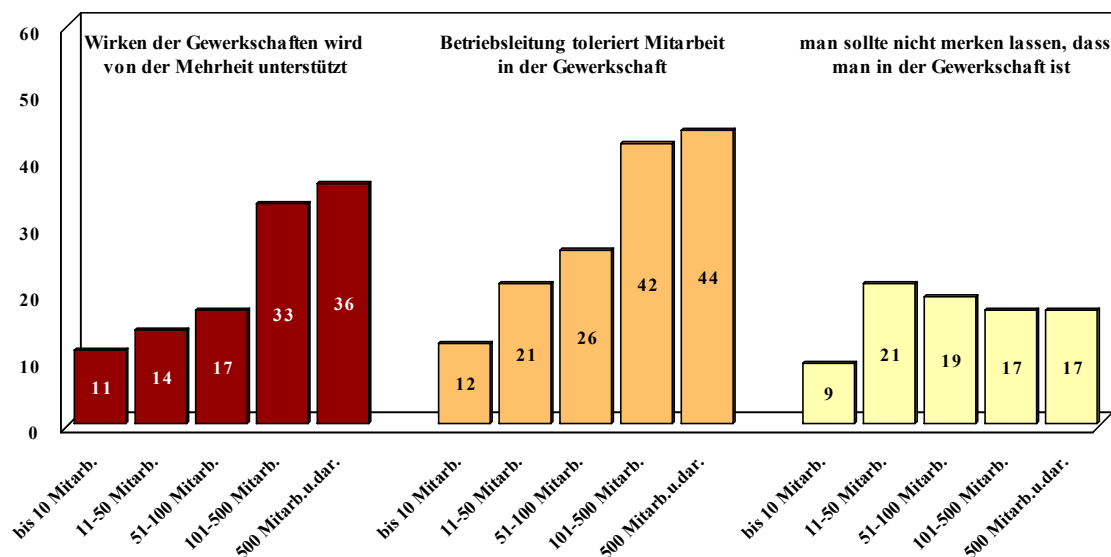
Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Insgesamt wird in den Betrieben die Haltung zur gewerkschaftlichen Mitgliedschaft und Arbeit eher negativ bewertet (nur Befragte unter 60 Jahren):

- Nur 20 % stellen fest, dass das Wirken der Gewerkschaften von der Mehrheit der Belegschaft unterstützt wird (23 % nein, 29 % ich weiß nicht, 28 % ohne Antwort).

- 22 % der Befragten gehen davon aus, dass den Mitarbeitern die Arbeit der Gewerkschaften egal ist (24 % nein, 26 % ich weiß nicht, 28 % ohne Antwort).
- 25 % stellen fest, dass die Betriebsleitung die Arbeit der Gewerkschaften toleriert bzw. mit ihnen zusammenarbeitet (17 % nein, 29 % ich weiß nicht, 30 % ohne Antwort).
- 14 % gehen davon aus, dass es besser ist, nicht merken zu lassen, dass man in der Gewerkschaft ist (31 % nein, 26 % ich weiß nicht, 29 % ohne Antwort).

Abbildung 12: Wie ist die Haltung zu den Gewerkschaften in Ihrem Betrieb/Ihrer Institution?
 - bis 60 Jahre - nach Betriebsgröße/Mitarbeiterzahl - neue Länder und Berlin-Ost
 - 2007 - in Prozent - (nur Antwort: „trifft zu“)



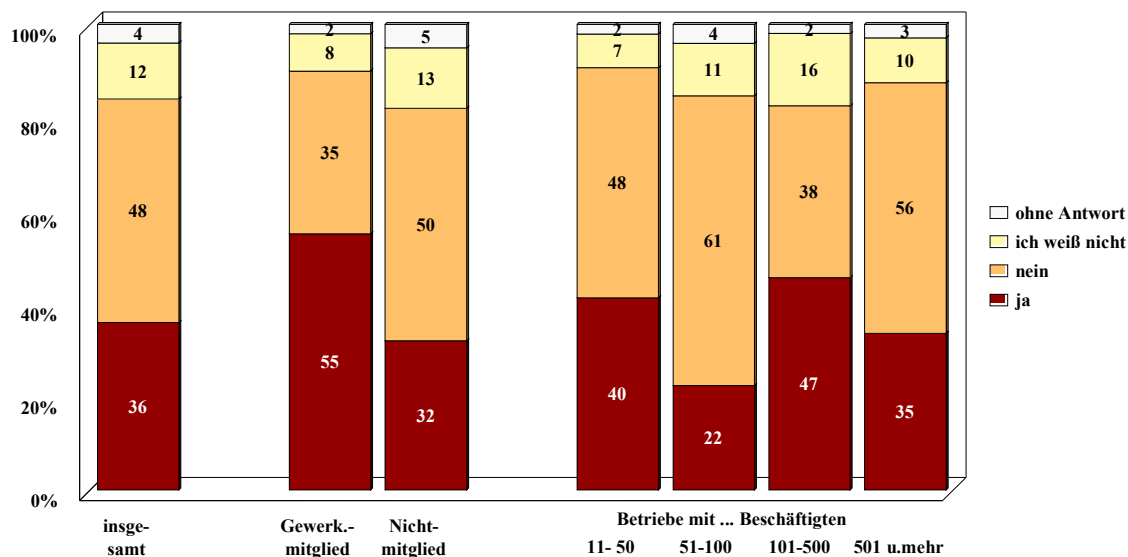
Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Charakteristisch für die getroffenen Aussagen

- ist der hohe Anteil von Bürgern, die sich zum Problemkomplex Arbeit der Gewerkschaften in den Betrieben nicht äußern bzw. nicht aussagefähig sind (ohne Antwort/ich weiß nicht), der generell über 50 % liegt. Das heißt auch, dass die Haltung zu den Gewerkschaften in den neuen Bundesländern nicht allein und vorrangig von den Aktivitäten auf betrieblicher Ebene bzw. deren Kenntnis/Unkenntnis darüber beeinflusst wird als von „allgemeinen“ Befindlichkeiten („öffentliche Meinung“);
- sind die relativ übereinstimmenden Auffassungen zwischen Frauen und Männern;
- ist die deutlich differenzierende, unterschiedliche Bewertung zwischen Mitgliedern der Gewerkschaft und Nichtmitgliedern;
- ist die erkennbar unterschiedliche Position zu den Gewerkschaften in Abhängigkeit von der Betriebsgröße/Mitarbeiterzahl, die insbesondere in Kleinst- und Kleinbetrieben doch deutlich zu Einschränkungen führt (Gewerkschaftsmitglieder bewerten das noch extremer). So geht rd. ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder in Betrieben unter 50 Beschäftigten davon aus, dass es besser ist, die eigene Mitgliedschaft nicht merken zu lassen. Andererseits stellt auch rd. ein Drittel der gewerkschaftlich Organisierten fest, dass die Betriebsleitung in Betrieben unter 50 Beschäftigten die Arbeit der Gewerkschaften toleriert.

Nur 36 % der Befragten bis zum 60. Lebensjahr halten die Arbeitsplätze in Betrieben mit Betriebs-/ Personalräten für sicherer, 48 % sind gegenteiliger Meinung, d.h., dass mehrheitlich diesen Institutionen keine bzw. nur geringe Wirkung zugeschrieben wird, wenn es um Arbeitsplatzsicherung geht.

Abbildung 13: Halten Sie die Arbeitsplätze in Betrieben mit einem Betriebsrat für sicherer?
- bis 60 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

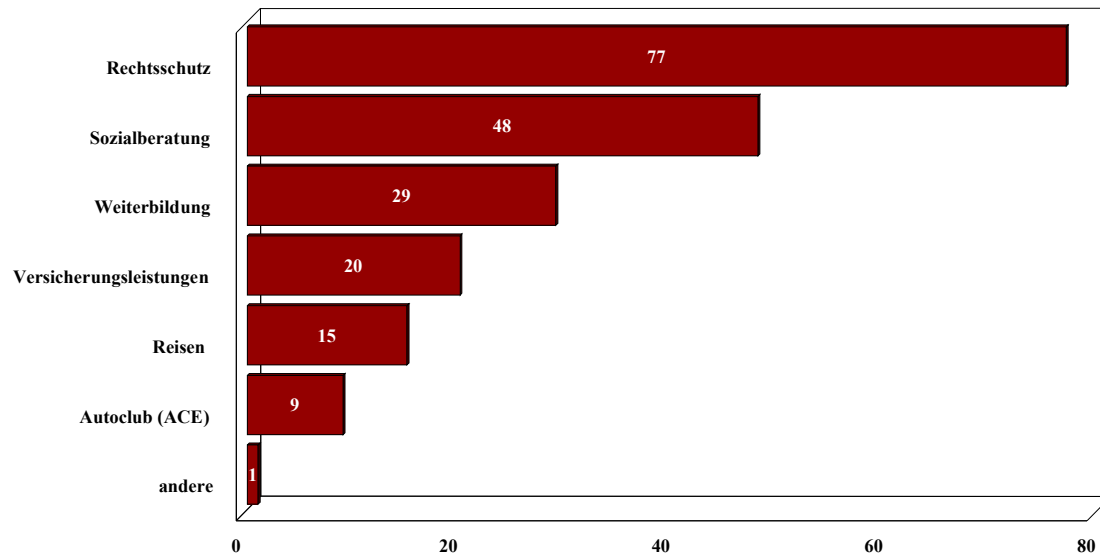
Kenntnisse über die Gewerkschaften als Dienstleister

In zunehmendem Maße sind die Gewerkschaften seit Jahren bemüht, ihre „Dienstleistungen“ für ihre Mitglieder auszubauen bzw. eine Dienstleistungsstruktur zu entwickeln, die neue Mitglieder anziehen bzw. binden könnte. Dazu gehören:

- traditionell der gewerkschaftsnahe Automobilclub (ACE) mit rd. 1,2 Millionen Leistungsberechtigten und rd. 600.000 Mitgliedern - 1965 von Gewerkschaften im DGB gegründet, seit 1995 auch offen für Nichtgewerkschaftsmitglieder;
- der DGB-Rechtsschutz, der rechtlichen Beistand für Mitglieder gegenüber Arbeitgebern vor Sozial- und Arbeitsgerichten bietet;
- das DGB-Bildungswerk bzw. Bildungsinstitutionen der Einzelgewerkschaften mit dem Schwerpunkt der politischen Bildung und mit Qualifizierungsangeboten für Mitglieder von Betriebs-, Personal- und Aufsichtsräten;
- spezifische Gruppen- und Rentenversicherungsleistungen („Das RentenPlus“);
- Reisen im Rahmen des DGB bzw. von Einzelgewerkschaften;
- Sozialberatung - insbesondere auch über die qualifizierte Tätigkeit der gewählten Funktionäre und Mitarbeiter.

Wie in anderen Verbänden, insbesondere Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, wird die Entwicklung von Dienstleistungen genutzt, um zugleich einer bestimmten „Bindung“ an die Gewerkschaften, aber auch einem „Was-habe-ich-davon-Denken“ zu entsprechen. Bezogen auf wichtige Dienstleistungen des DGB bzw. der 8 Einzelgewerkschaften kann von folgendem Bekanntheitsgrad ausgegangen werden:

Abbildung 14: Welche der folgenden Dienstleistungen bieten Ihres Wissens Gewerkschaften an? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -

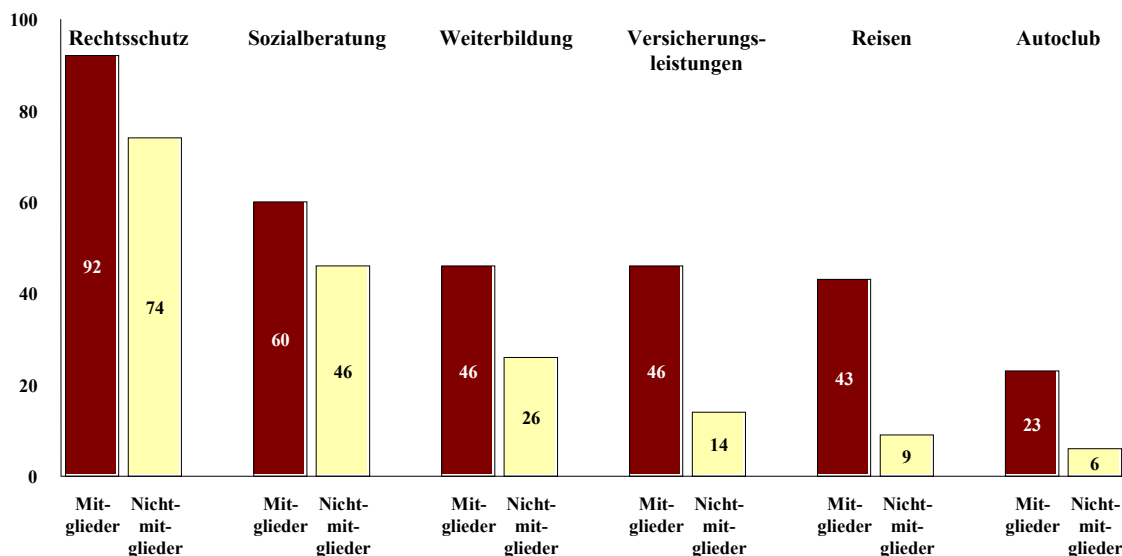


Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Am ehesten sind der Rechtsschutz und Vertretung bei Arbeitsstreitigkeiten bekannte und anerkannte Leistungen (77 %). Das gilt - wenn auch in deutlich geringerem Maße - auch für „Sozialberatung“ in den verschiedensten Bereichen (48 %). Mit deutlichem Abstand folgen: Weiterbildung (29 %), spezielle Vorteile als „Gruppen-Leistungen“, so bei verschiedensten Angeboten als „Versicherungsschutz“ (20 %), sowie das Reisen (15 %). Der ACE als gewerkschaftlicher Automobilclub ist kaum bekannt (9 %).

Abgesehen vom hohen Bekanntheitsgrad des Rechtsschutzes bei Gewerkschaftsmitgliedern, ist festzustellen, dass die Vielzahl der Leistungen auch bei Mitgliedern eher nicht bekannt ist. Eindeutig ist, dass lediglich der Rechtsschutz auch bei Nichtmitgliedern (Mitglieder 92 %, Nichtmitglieder 74 %) als Leistung in entsprechenden Größenordnungen bekannt ist, aber andere Leistungen mehr oder weniger - da nicht einmal „Insidern“ bekannt - auch ohne Wirkung auf Mitgliedergewinnung sein dürften.

Abbildung 15: Welche der folgenden Dienstleistungen bieten Ihres Wissens Gewerkschaften an? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent - (Mitglieder/Nichtmitglieder)



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Die Sozial- und Wohlfahrtsverbände in der Bewertung der Bürger im Osten (2012)

Der Beitrag ergänzt die generellen Aussagen zu den Sozial- und Wohlfahrtverbänden (Kapitel 7 - Abschnitt 7.3.3) durch Ergebnisse einer im Jahr 2012 durchgeführten empirischen Erhebung zu den Kenntnissen, Vorstellungen und Erwartungen der Bürger.

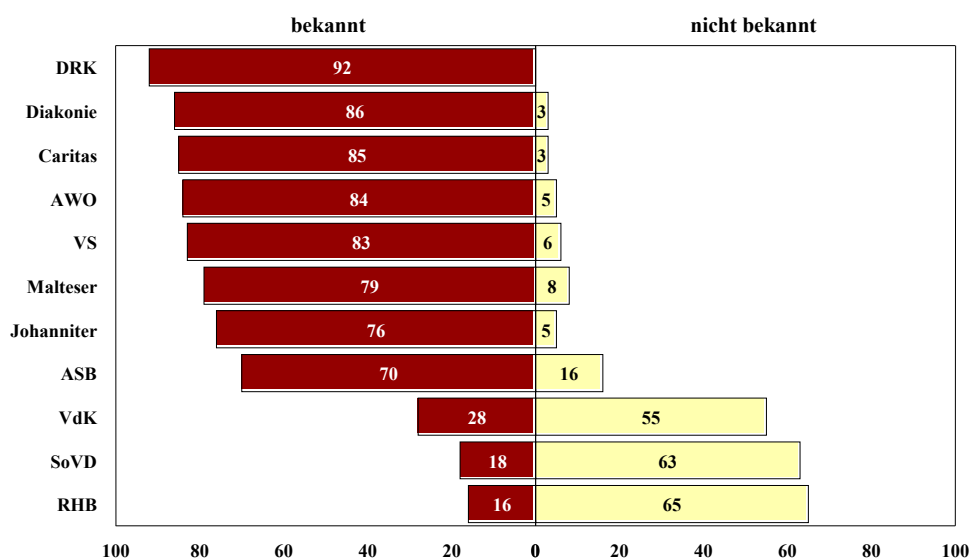
Bekanntheitsgrad der Sozial- und Wohlfahrtsverbände

Das Image eines Verbandes kennzeichnet das Gesamt- und Stimmungsbild bzw. den Gesamteindruck, den eine Vielzahl von Menschen von einem Meinungsgegenstand hat (z.B. von einer Organisation). Das Image z.B. eines Sozial- und Wohlfahrtsverbandes entsteht vor allem auf der Gefühlsebene und reflektiert positive sowie negative Gedanken und Eindrücke, Ziele und Kompetenzen, Leistungen und Fehlverhalten - wobei auch Informationen oder Wahrnehmungen anderer den Gesamteindruck mit prägen können. Dieser Gesamteindruck ist eine subjektive Kategorie, er muss nicht objektiv richtig sein.

Auch der Bekanntheitsgrad ist keine deckungsgleiche Bewertung der von den einzelnen Verbänden bzw. dem Gesamtverband real angebotenen Vielfalt und Qualität des Leistungsspektrums. Gleichwohl beeinflusst oder steuert er das Verhalten der Menschen, z.B. zu einer Organisation, zum Bei-/Austritt in eine bzw. aus einer Organisation, zum Wirken in dieser Organisation usw. Aussagen zum Bekanntheitsgrad reflektieren im Besonderen,

- in welchem Maße Ziel, Werte und Aktivitäten wahrgenommen und vermittelt werden,
- das öffentliche Bekanntsein von Aktivitäten,
- die Wirksamkeit der Öffentlichkeitsarbeit über das Leistungsprofil - vor allem auch im Vergleich zu anderen Verbänden mit ähnlichen Profilen,
- das „gesellschaftliche“ Klima zum/über den Verband.

Abbildung 1: Welcher Sozial- oder Wohlfahrtsverband ist Ihnen bekannt? - neue Länder und Berlin Ost - 2012 - in Prozent -



* Differenz zu 100 = ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Die Analyse 2012 weist aus, dass die Spitzen- und größeren Sozial- und Wohlfahrtsverbände über einen hohen Bekanntheitsgrad von 80 bis 90 % verfügen. Insgesamt sind die für die neuen Bundeslän-

der charakteristischen Sozial- und Wohlfahrtsverbände mehrheitlich bekannt. Das gilt in besonderem Maße für DRK, Diakonie, Caritas, AWO und die Volkssolidarität. Während bei AWO, ASB, Johanniter und Malteser ein entsprechender Bekanntheitsgrad durch entsprechende Dienstleistungsstrukturen erst nach 1990 aufgebaut werden konnte, gilt das für die reinen Sozialverbände (die ebenfalls bis 1990 weitgehend unbekannt waren) wie den SoVD, VdK, RHB nicht in gleichem Maße. Jüngere Befragte kennen generell die „Wohlfahrtsstrukturen“ anteilig in geringem Maße (was auch zum Teil für die alten Bundesländer gilt).

Die Volkssolidarität ist 83 % der Bürger ab 18. Lebensjahr als Sozial- und Wohlfahrtsverband im Osten (neue Bundesländer und Berlin-Ost) bekannt und verfügt damit über eine hohe Legitimation. Sie ist jedoch in den alten Bundesländern kaum bekannt (19 %) - wenn auch höher als angenommen (bei hohem Anteil von Bürgern, welche erst nach 1990 in die alten Bundesländer umgezogen sind - 39 %). Von den großen Sozial- und Wohlfahrtsverbänden wird die Volkssolidarität regional (Ost - West) am differenziertesten wahrgenommen.

Hervorzuheben ist, dass der allgemeine Bekanntheitsgrad der Volkssolidarität rückläufig ist. Er erreichte

1999	97 %,
2006	86 %,
2012	83 %.

Die anderen Sozial- und Wohlfahrtsverbände weisen im Wesentlichen stabile Werte aus bzw. z.T. einen steigenden Bekanntheitsgrad (SoVD/VdK), was sowohl an den niedrigeren Ausgangswerten bei regional geringer Mitgliederdichte als auch einem geringeren „negativen“ Meinungsbild aufgrund von „öffentlich verbreitetem Fehlverhalten“ liegen mag.

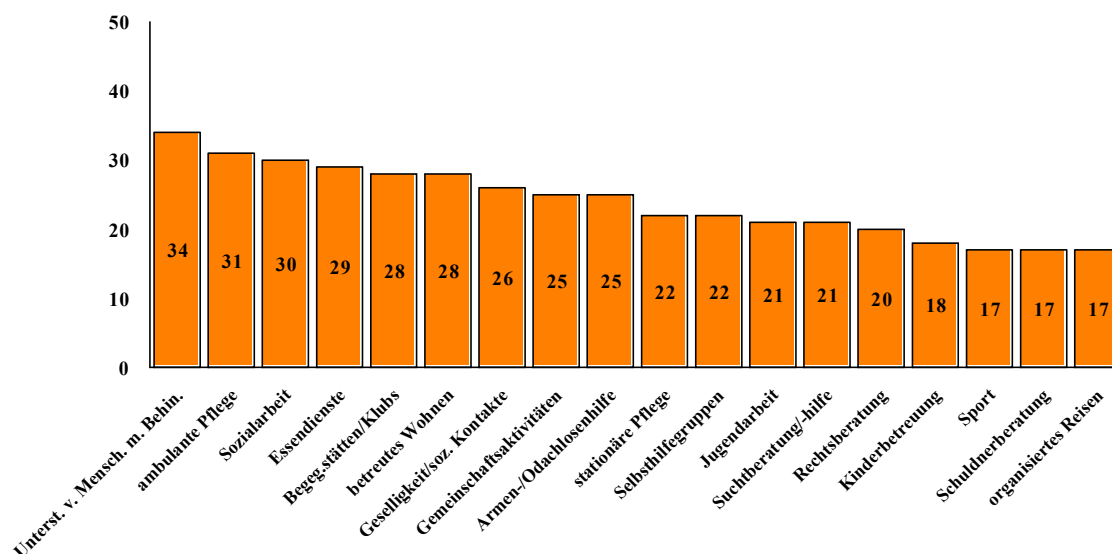
Bereits 27 % der unter 25-Jährigen und 13 % der 25- bis 35-Jährigen aus den neuen Ländern kennen die Volkssolidarität nicht, die damit in diesen Altersgruppen deutlich nicht nur hinter DRK, Caritas, Diakonie und AWO, sondern auch hinter Johannitern und Maltesern liegt. Hervorzuheben ist zugleich, dass ein keineswegs unbedeutender Anteil von Bürgern sich nicht in der Lage fühlt, wertende Aussagen vorzunehmen bzw. dazu nicht gewillt ist - jeweils zwischen 10 bis 20 %, mit deutlich zunehmender Tendenz gegenüber 2006.

Kompetenzen

In Zusammenfassung der den großen und Spitzenverbänden zugeordneten Kompetenzen ergibt sich ein allgemeines Gesamtprofil, welches durch die Breite und Vielfalt des Wirkens der großen Verbände der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit gekennzeichnet ist. Es beinhaltet im Besonderen Dienste/Leistungen (vgl. Abbildung 2)

- der Hilfe und Unterstützung gegenüber Menschen mit Behinderungen bzw. Hilfebedarf,
- im Bereich ambulanter Betreuungsleistungen und Dienste (ambulante Pflege/Essendienste/Sozialarbeit),
- der sozialen Einbindung (Begegnungsstätten/Geselligkeit/Gemeinschaftsaktivitäten/Wohnen),
- der stationären Betreuung,
- der Kinder- und Jugendarbeit,
- der Rechtsberatung (insgesamt, im Sinne von rechtlicher und sozialer Beratung),
- Aktivitäten im Bereich Kultur/Sport.

Abbildung 2: Welche Tätigkeiten bzw. Leistungen/Angebote verbinden Sie hauptsächlich mit dem Wirken von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Dabei divergiert das Bild zu den einzelnen Verbänden entsprechend ihrem spezifischen Profil (reiner Wohlfahrtsverband/Sozialverband/eigener Mitgliederverband) und der Wirksamkeit ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Der Vergleich zwischen einem mehr oder weniger „reinen“ Wohlfahrtsverband (AWO), einem Sozialverband (SoVD) und der Volkssolidarität, als beides vereinenden Sozial- und Wohlfahrtsverband, macht die reale Unterschiedlichkeit ihres Wirkens in der Gesellschaft und dessen Reflexion seitens der Bürger deutlich.

Der Vergleich der drei ausgewählten spezifischen Verbände lässt

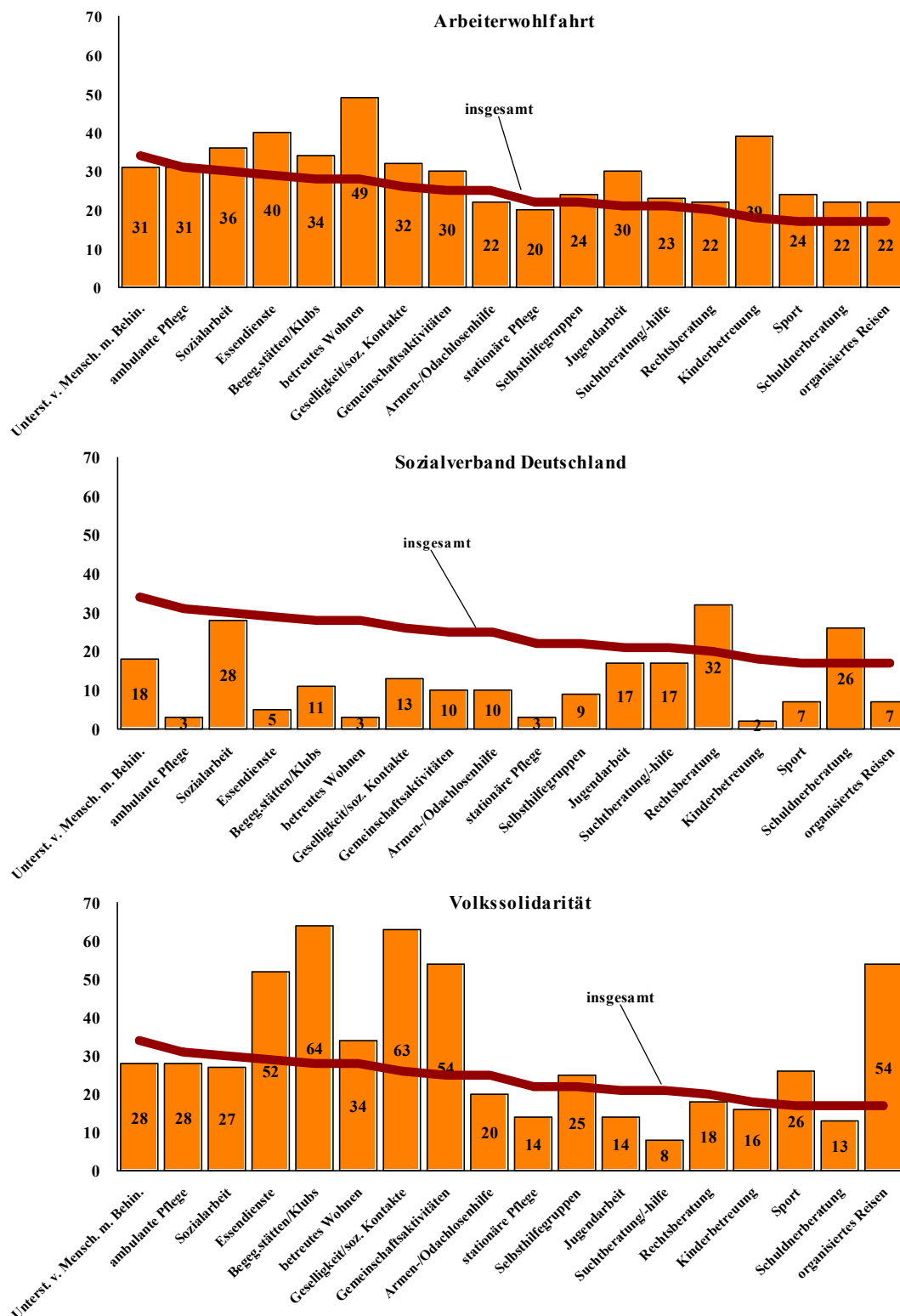
- die relative Ausgewogenheit der AWO - bei überdurchschnittlich zugewiesener Kompetenz in den Bereichen betreutes Wohnen und Kinderbetreuung erkennen - mit insgesamt geringen „Ausschlägen“ (jeweils rechte Abbildung);
- verweist beim SoVD auf die relative Konzentration der Verbandsaktivitäten auf Rechts-/Sozialberatung - bei insgesamt deutlich „unterdurchschnittlichem“ Leistungsangebot. Der SoVD wird in den neuen Bundesländern aber auch hinsichtlich seiner Konzentration auf die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen wahrgenommen.
- Die Volkssolidarität ist der einzige Verband, welcher in der Bewertung der Bürger hinsichtlich seines Wirkens über die traditionellen Leistungen von Sozial- bzw. Wohlfahrtsverbänden hinaus im Besonderen das Wirken seines Mitgliederverbandes als aktiver Verband - und damit seine Spezifik als Einheit von Sozial- und Wohlfahrtsverband - zum Ausdruck bringt.

Was das Leistungsspektrum der Volkssolidarität im Denken der Bürger ausmacht und sie im Vergleich zu anderen Verbänden abhebt, ist insgesamt:

- die hohe vom Durchschnitt deutlich positiv abweichende Zuordnung von Leistungen im Bereich des Mitgliederlebens (*aktiver/bekannter als andere*),
- eine im Durchschnitt liegende Zuordnung der sozialen Dienstleistungen zur Volkssolidarität (*wie andere auch*),

- eine unterdurchschnittliche Zuordnung von Formen der Rechtsberatung, Armenhilfe, Unterstützung Behinderter, stationären Pflege und Jugendarbeit (*machen andere mehr bzw. flächendeckender*).

Abbildung 3: Vergleich der Kompetenzbewertungen ausgewählter SWV zum Gesamtprofil der SWV - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -



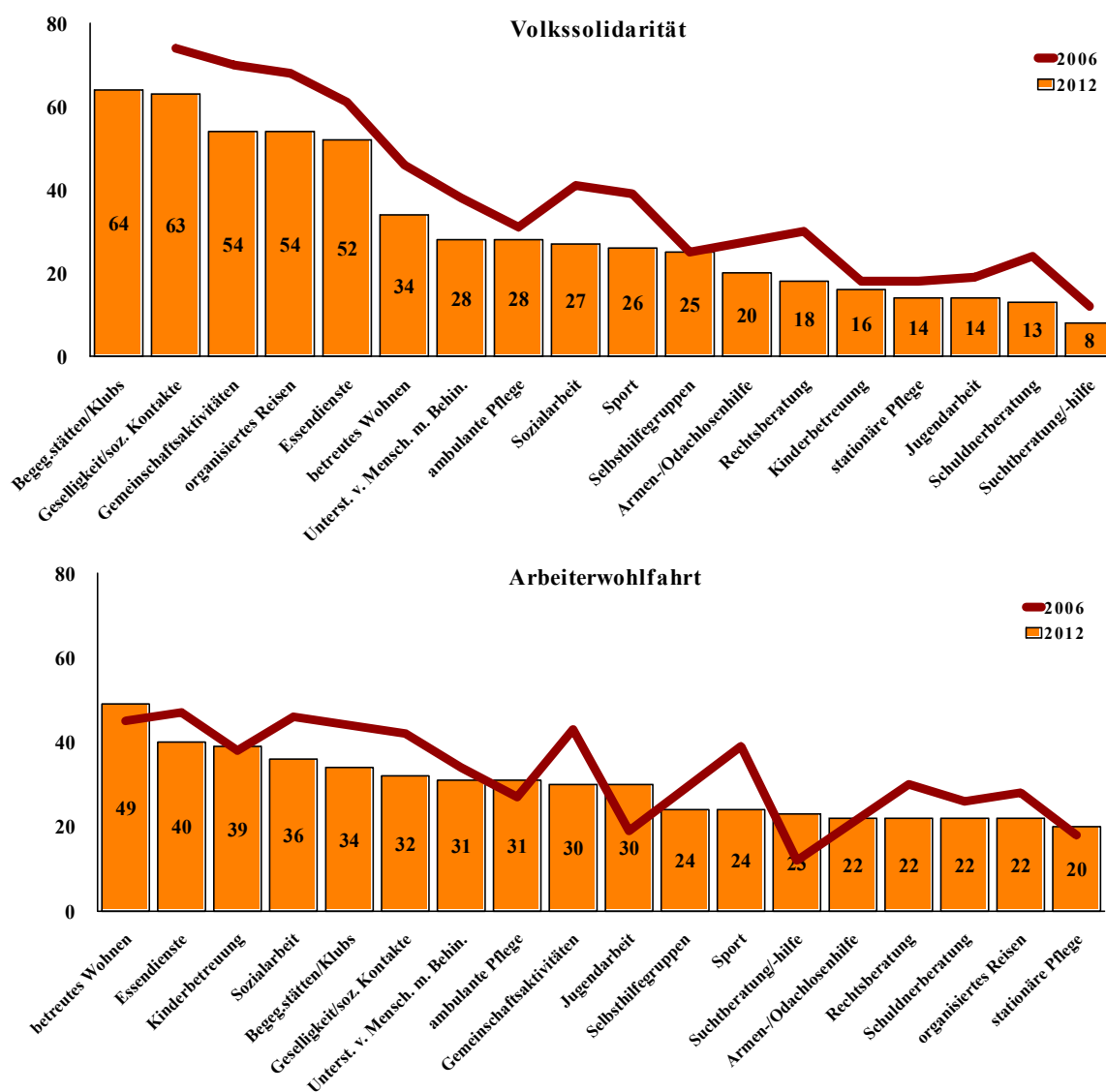
Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Die Bewertungen zur Volkssolidarität reflektieren damit einerseits den Bereich, in welchem eine hohe wirkungsvolle Spezifik der Arbeit des Verbandes zu sehen ist, auf die zu verzichten den Verband weiter in die Durchschnittlichkeit bringen würde, wie andererseits die in der Wahrnehmung nachrangige Stellung der Volkssolidarität im Dienstleistungs-Bereich erkennbar wird, welche vor allem auf Defizite im öffentlichen Bewusstsein aufgrund nicht hinreichend bekannter Wirkungsbereiche und erbrachter Leistungen zurückzuführen ist.

Die Kompetenzbewertungen der Volkssolidarität haben im Vergleich zu 2006 (vgl. Abbildung 4)

- in den traditionellen Feldern des Mitgliederlebens in den Jahren seit 2006 deutlich Verluste zu verzeichnen - allerdings bei höheren Ausgangswerten als die anderen Verbände, insbesondere bei Mitgliederaktivitäten - und
- in den Dienstleistungen - trotz erfolgter Entwicklungen in einzelnen Bereichen (z.B. ambulante Pflege) keinen erkennbaren Zugewinn erreicht.

Abbildung 4: Mit welchen Tätigkeiten bzw. Leistungen/Angeboten verbinden Sie hauptsächlich die Volkssolidarität und die Arbeiterwohlfahrt? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012/2006 - in Prozent -



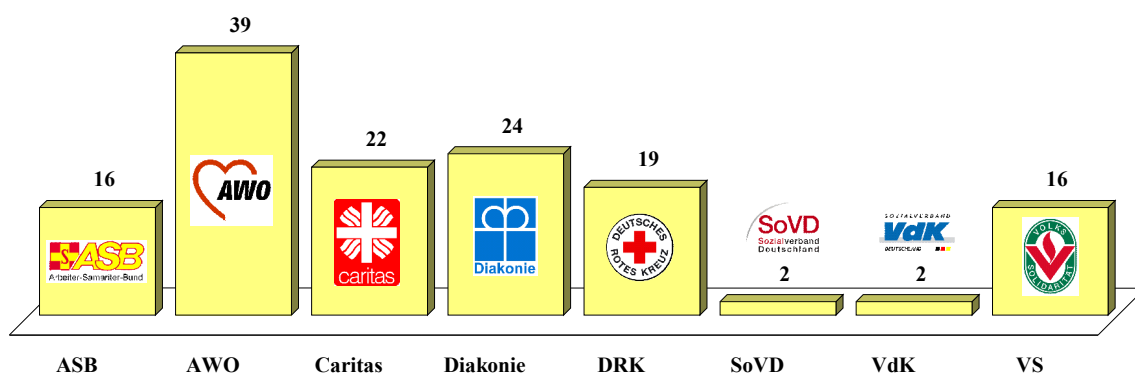
Datenbasis: sfz/leben 2012/2006 (gew.)

Auch andere Verbände haben in vielen Bereichen sinkende Kompetenzbewertungen - allerdings bei Zunahme insbesondere in ihren traditionellen Dienstleistungsbereichen (ambulante und stationäre Pflege/Rechtsberatung).

Das Image der Volkssolidarität wird aufgrund der Vielzahl von Sozial- und Wohlfahrtseinrichtungen (auch privater Dienstleistungs-Betriebe) zunehmend von den den Bürgern **bekannt** Leistungsangeboten bestimmt. Die starke regionale Unterschiedlichkeit der Leistungsangebote und die weithin wenig bekannten/vermittelten Gesamtleistungen des Verbandes führen langfristig gesehen z.T. zu niedrigen Kompetenzzuweisungen wie deutlichen Imageverlusten.

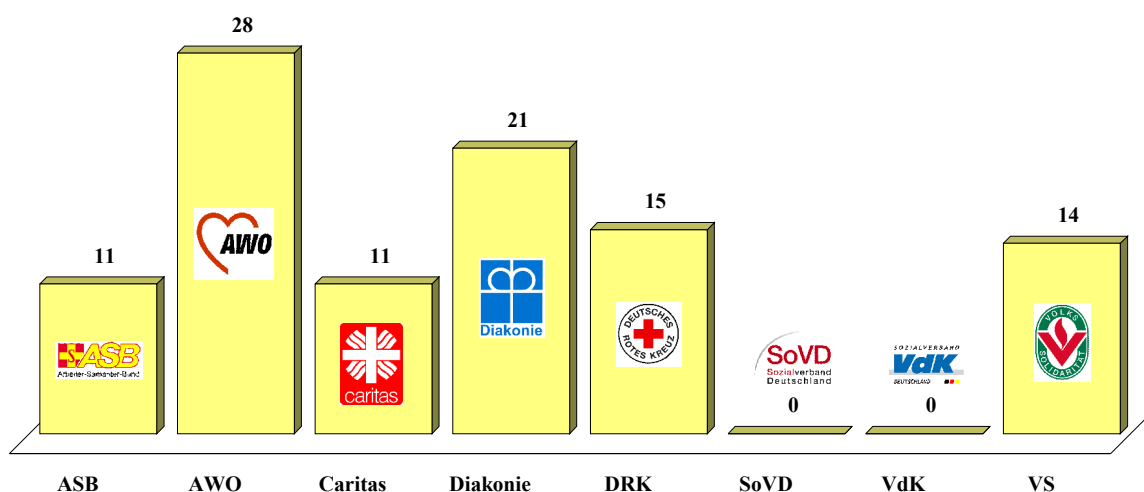
Auch im Mitgliederverband ist die Volkssolidarität längst nicht mehr flächendeckend wirksam (genauere Angaben dazu sind aufgrund der nicht erfolgten Information seitens der Mehrheit der Stadt-/Kreis- und Regionalverbände nicht möglich).

Abbildung 5: Welchen Verband oder Verein verbinden Sie hauptsächlich mit Kinderbetreuung? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -



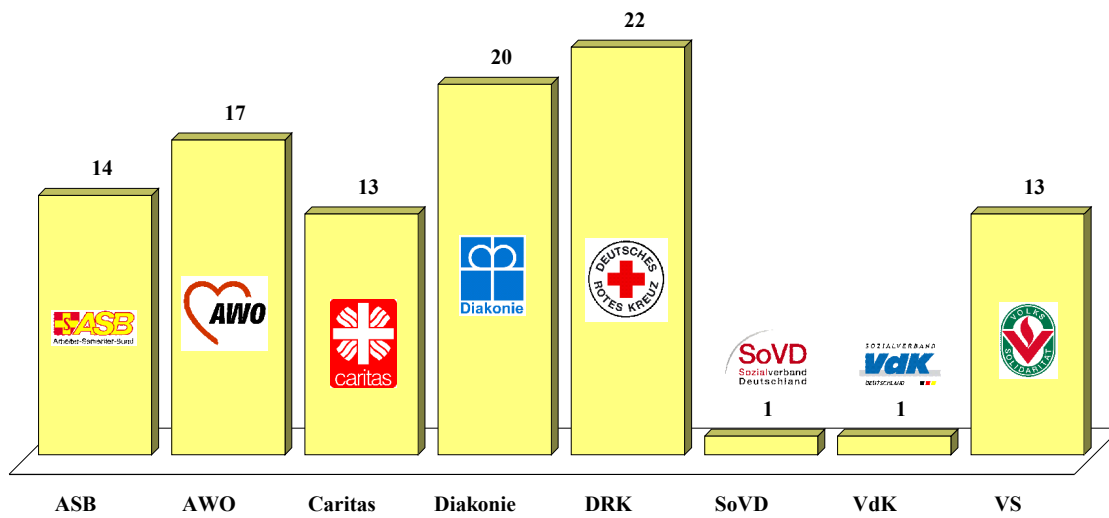
Datenbasis: sfz/leben 2007-2012 (gew.)

Abbildung 6: Welchen Verband oder Verein verbinden Sie hauptsächlich mit betreutem Wohnen? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -



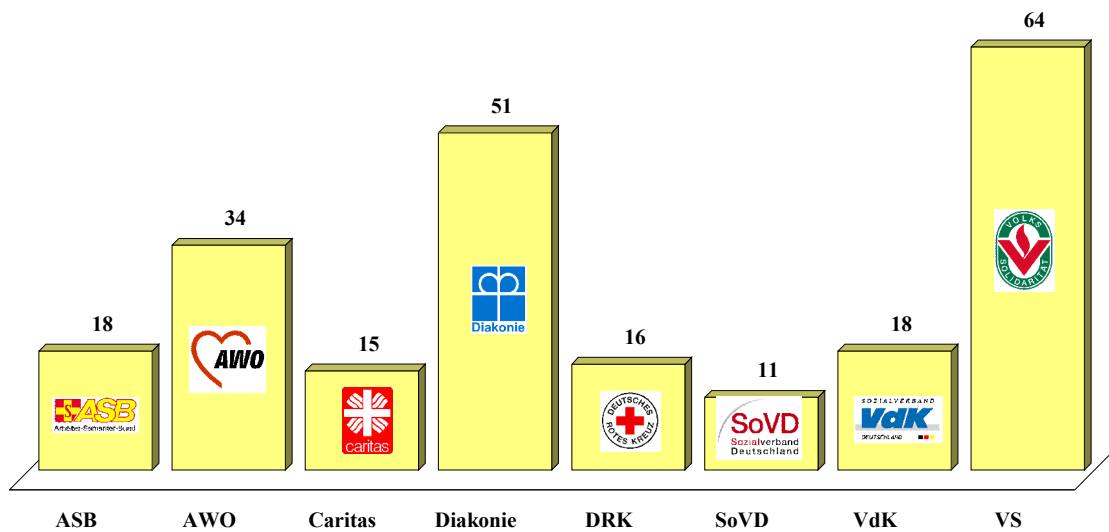
Datenbasis: sfz/leben 2007-2012 (gew.)

Abbildung 7: Welchen Verband oder Verein verbinden Sie hauptsächlich mit ambulanter Pflege? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -



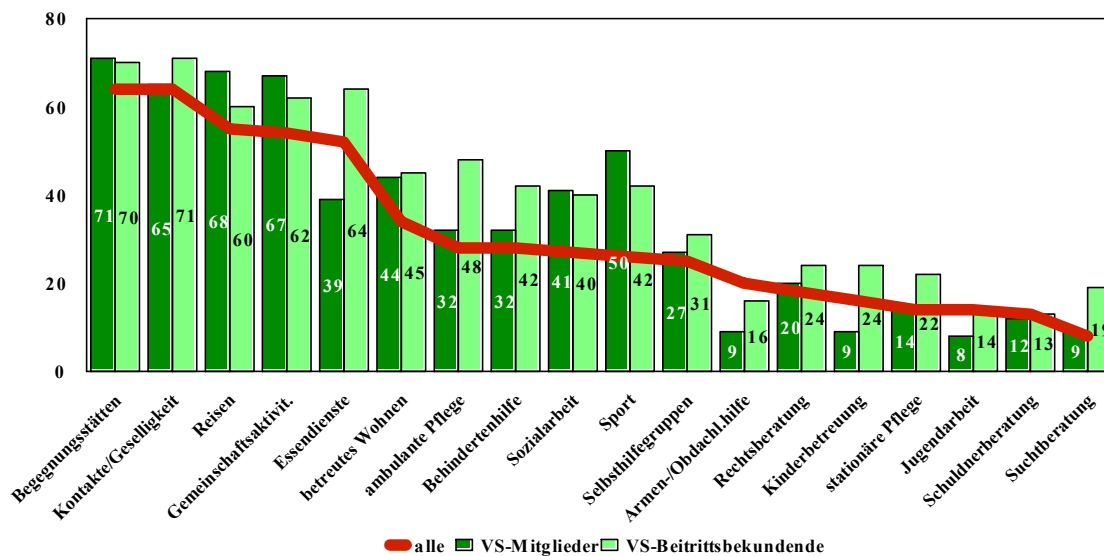
Datenbasis: sfz/leben 2007-2012 (gew.)

Abbildung 8: Welchen Verband oder Verein verbinden Sie hauptsächlich mit Begegnungsstätten/Clubs? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007-2012 (gew.)

Abbildung 9: Mit welchen Tätigkeiten bzw. Leistungen/Angeboten verbinden Sie die Volkssolidarität? - Vergleich VS-Mitglieder/Beitrittsbekundende/alle - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Wird das allgemeine, über die Volkssolidarität verbreitete Bild abgeglichen mit dem der Mitglieder der Volkssolidarität und dem jener Bürger, welche sich einen Beitritt zur Volkssolidarität vorstellen können, so wird deutlich:

- Mitglieder haben eine vergleichbare Grundstruktur der Bewertung im Verhältnis zu Aussagen aller Bürger zur Volkssolidarität, mit höherer anteiliger Bewertung des Mitgliederlebens (Gemeinschaftsaktivitäten/Reisen/Sport (!!)) und geringeren Quoten bei Essendiensten, Kinderbetreuung, Jugendarbeit sowie Armen- und Obdachlosenhilfe.
- Volkssolidarität-Beitrittsbekundende haben insgesamt eine stärkere Wahrnehmung der Vielfalt des Leistungsspektrums der Volkssolidarität, bei einer vergleichbaren Grundstruktur allerdings auf „höherem“ Niveau.

Der Ländervergleich reflektiert aus Sicht der Bürger

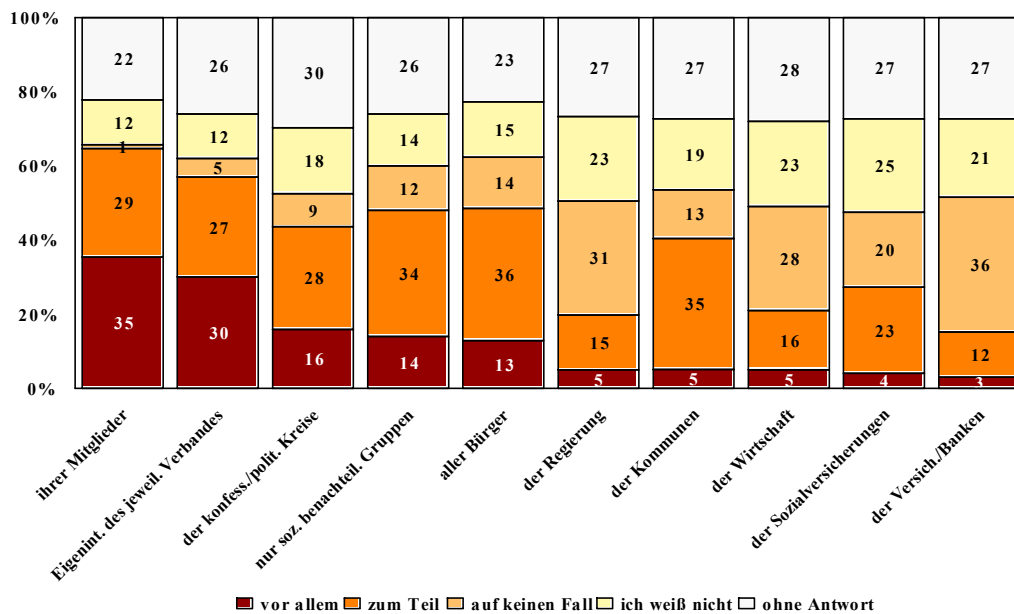
- sowohl das Allgemeinbild über die Volkssolidarität als auch
- die unterschiedliche flächendeckende Angebotsvielfalt,
- die Gemeinde- und Bevölkerungsdichte (Bezug des eigenen Erlebens im Dorf und des Kennens von Einrichtungen - höchste Werte in Mittelstädten),
- die Wirksamkeit der zentralen und dezentralen Öffentlichkeitsarbeit.

Aufgaben und Rahmenbedingungen

Interessenvertretung

Die Bürger gehen mehrheitlich davon aus, dass die Sozial- und Wohlfahrtsverbände vor allem die Interessen ihrer Mitglieder und Eigeninteressen verfolgen, in geringerem Maße ihnen nahestehender politischer oder religiöser Kreise (Kirchen/politische Parteien), benachteiligter Bürger bzw. aller Bürger sowie der Regierung.

Abbildung 10: Ausgehend von Ihren Erfahrungen, wessen Interessen vertreten Ihrer Meinung nach die Sozial- und Wohlfahrtsverbände? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -



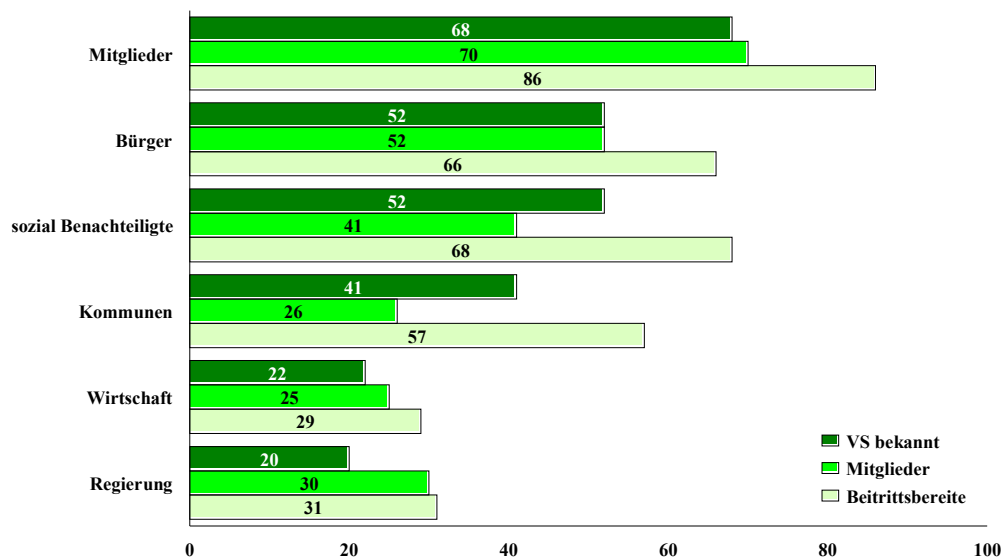
Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Im Vergleich zu 2006 ist eine grundlegende Veränderung des Meinungsbildes festzustellen. Das betrifft insbesondere:

- eine stark sinkende Bewertung der Interessenvertretung sozial Benachteiligter seitens der Sozial- und Wohlfahrtsverbände (2006 = 69 %/2012 = 48 %);
- eine deutliche Abnahme der Auffassung, dass die Sozial- und Wohlfahrtsverbände Interessenvertreter für alle Bürger sind (2006 = 62 %/2012 = 49 %);
- rückläufige Positionen, dass die Sozial- und Wohlfahrtsverbände die Interessen der Regierung wahrnehmen würden (2006 = 34 %/2012 = 20 %);
- eine geringfügig zunehmende Bewertung der Vertretung der Interessen bezüglich kommunaler Probleme (2006 = 35 %/2012 = 40%).

Das Entscheidende ist allerdings, dass sich insgesamt 30 bis 50 % zu den gestellten Fragen überhaupt nicht äußern bzw. mit „ich weiß nicht“ antworten. Das lässt darauf schließen, dass die Sozial- und Wohlfahrtsverbände als „Interessenvertreter“ unzureichend wahrgenommen werden, zum Teil auch, weil sie in diesen Bereichen auch nicht wirksam werden. Nicht zu übersehen aber auch, dass erfolgte Interessenvertretung mit „nachweislich“ erfolgten Wirkungen mehr als bescheiden ist und von den Parlamenten/Regierungskoalitionen „vereinnahmt“ wird. Auch außerparlamentarische Initiativen sind eher selten bzw. gehen zu oft in Netzwerken und Bündnissen unter.

Abbildung 11: Wessen Interessen vertreten die Sozial- und Wohlfahrtsverbände? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent - (nur Antworten: „*vor allem*“/„*zum Teil*“)



Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Mitglieder der Volkssolidarität sehen ein höheres Maß an Interessenvertretung der Mitglieder (70 %) sowie aller Bürger (52 %), allerdings auch der Regierung (30 %). Im Gegensatz dazu haben die Beitrittsbereiten zur Volkssolidarität ein relativ deutlich positiveres Bild über die Arbeit von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden.

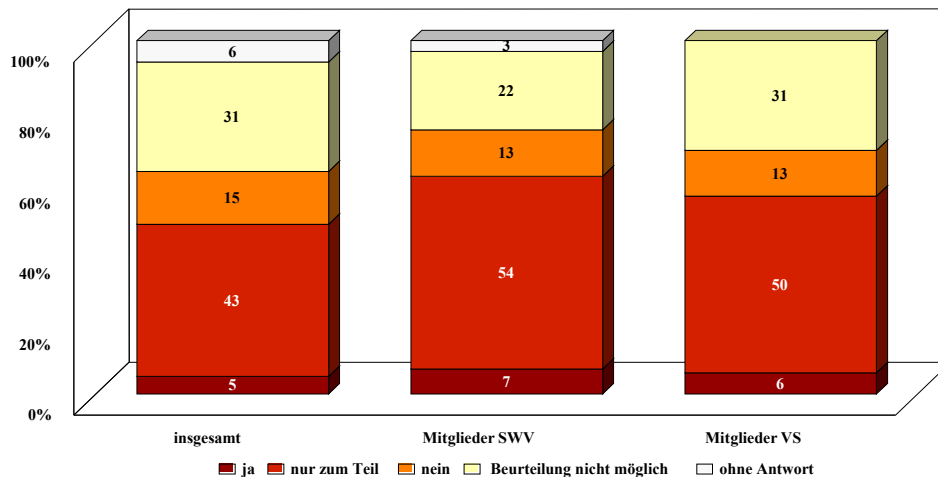
Informationsstand/-quellen

Insgesamt geht nur die knappe Hälfte der Befragten (48 %) von einer hinreichenden bzw. teilweise hinreichenden Darstellung der Leistungen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände aus. Es ist nicht zu übersehen, dass ein keinesfalls unbedeutender Teil der Bevölkerung sich nicht ausreichend informiert fühlt bzw. es nicht beurteilen kann/will. Auch hier gibt es im Vergleich zu 2006 eine erkennbare rückläufige Entwicklung der positiven Bewertung, was sowohl auf stärkeres Interesse an Informationen als auch auf abnehmende öffentlichkeitswirksame Informationstätigkeit der Vereine/Verbände zurückzuführen sein kann (vgl. Abbildung 12).

Die Darstellung des Wirkens und die Leistungen der Arbeit der SWV in der Öffentlichkeit werden nur von 5 % der Befragten als hinreichend und von 43 % als „zum Teil“ hinreichend bewertet.

Die Mitglieder von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden geben dabei höhere Wertschätzungen ihres Wirkens ab als die Allgemeinheit - Bewertungen seitens der Mitglieder auf ihren eigenen Verband fallen schlechter aus. Mitglieder von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden geben eher das Urteil ab, dass die Leistungen der Arbeit der Verbände und Vereine entsprechend dargestellt werden, was möglicherweise auch auf eine bessere Wahrnehmung der verbreiteten Informationen zurückgeführt werden kann.

Abbildung 12: Werden Ihrer Meinung nach die Arbeit/Leistungen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände in der Öffentlichkeit entsprechend dargestellt? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Zugleich halten 27 % der Bürger die Informationen, welche seitens der Sozial- und Wohlfahrtsverbände selbst über ihre Arbeit vermittelt werden, für unzureichend, 36 % für teilweise unzureichend, bei gleicher leicht geringfügig besserer Bewertung seitens der Mitglieder. Mitglieder der Volkssolidarität halten insgesamt zu 56 % die ihnen zugänglichen Informationen für unzureichend (20 %) bzw. teilweise unzureichend (36 %).

Die meisten Informationen über die Arbeit der Sozial- und Wohlfahrtsverbände werden nach Auffassung der Befragten über die örtliche Presse (38 %) bzw. kostenlose lokale Zeitungen (39 %) verbreitet. Über das Internet fühlen sich inzwischen 35 % am meisten informiert. Während vor allem Jüngere sich in hohem Maße über das Internet informieren, gilt insbesondere für ab 60-Jährige die örtliche Tagespresse als der wichtigste Informant. Entsprechend gegenwärtiger und künftiger Alters- und Sozialstrukturen der Volkssolidarität bedarf es nach wie vor eines Mixes aus Print- und digitalen Medien.

Tabelle 1: Wo finden Sie die meisten Informationen über die Arbeit der Sozial- und Wohlfahrtsverbände? - 2012/2006 - in Prozent -

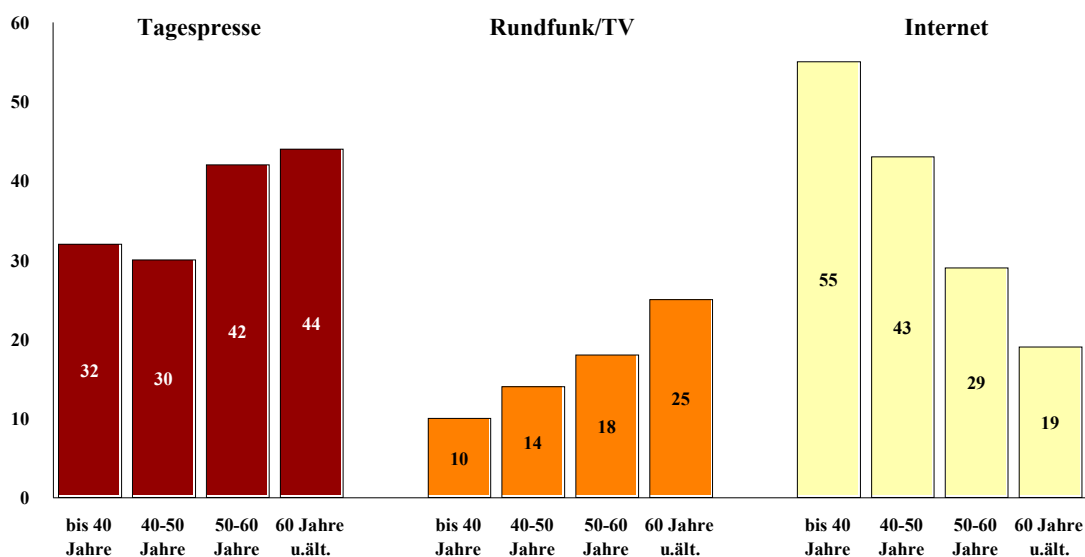
	2012				2006
	ja	weniger	nein	ohne Antwort	ja
örtliche Tagespresse	38	30	9	23	45
regionaler Rundfunk/TV	17	41	14	28	22
kostenlose lokale Zeitungen	39	25	9	27	46
Internet	35	16	16	33	n.e.*
von Mitgliedern der Verbände	24	25	19	32	n.e.*

* nicht erhoben

Datenbasis: sfz/leben 2012/2006 (gew.)

Rundfunk und Fernsehen als „öffentliche“ Träger sowie regionale und lokale Print-Medien vermitteln bekanntlich nicht in hinreichendem Maße gewünschte Informationen, die eine ausgewogene Beurteilung ermöglichen, sondern zum Teil mehr „skandalisieren“. Dabei ist insgesamt auch zu berücksichtigen, dass Jüngere wie Ältere weniger Abonnenten von Print-Medien sind und auch zum Teil geringes Politikinteresse (z.B. Fernsehen) zeigen. Die neueren Medien (Blog/Twitter) hat sich die Mehrheit der Sozial- und Wohlfahrtsverbände bisher nicht erschlossen.

Abbildung 13: Wo finden Sie die meisten Informationen über die Arbeit der Sozial- und Wohlfahrtsverbände? - nach Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Beratungsbedarf

Die Erwartungen, die mit einem Beitritt in einen Sozial- und Wohlfahrtsverband verbunden sind, konzentrieren sich vor allem auch auf Rechts-/Sozialberatung.

Allein in den Jahren zwischen 2012 und 2006 erhöhte sich der als Bedingung für einen Beitritt in einen Sozial- und Wohlfahrtsverband artikulierte Bedarf von 33 % auf 39 %. Der Anstieg erfolgt in allen sozialen/demografischen Gruppen. Das ist ohne Zweifel sowohl auf die sich verschärfenden Zugangsbedingungen bei Arbeitslosigkeit, bei gesundheitlichen Versorgungs- und Pflegeleistungen, aber auch bei Rentenleistungen zurückzuführen. Gestiegen sind aber in den neuen Bundesländern auch das bei den Bürgern entwickelte Rechtsbewusstsein ebenso wie die „Undurchschaubarkeit“ rechtlicher Regelungen in vielen Bereichen des täglichen Lebens. Während viele traditionelle Sozial- und Wohlfahrtsverbände in diesem Bereich noch „Nachholbedarf“ ausweisen, haben die neuen, sich stärker auf Rechtsberatung orientierenden Sozialverbände diesbezüglich in den neuen Ländern noch nicht „Fuß gefasst“.

Tabelle 2: Angebote für „Rechtsberatung/Sozialberatung“ als Beitrittsbedingung - neue Länder und Berlin-Ost - 2012/2006 - in Prozent - (nur Antwort: „auf jeden Fall“)

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Sozialstatus		
		Frauen	Männer	unter 40 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60-69 Jahre	70 Jahre u.ält.	erwerbstätig	arbeitslos	Rentner/-in (EU-, Alt.-rent.)
2006	33	35	30	33	42	34	30	11	32	48	23
2012											
alle ab 18. Lebensjahr	39	41	37	41	33	45	43	31	37	74	35
VS-Mitglieder und VS-Beitrittsbekundende	54	60	47	(-)	(-)	67	59	42	53	50	52

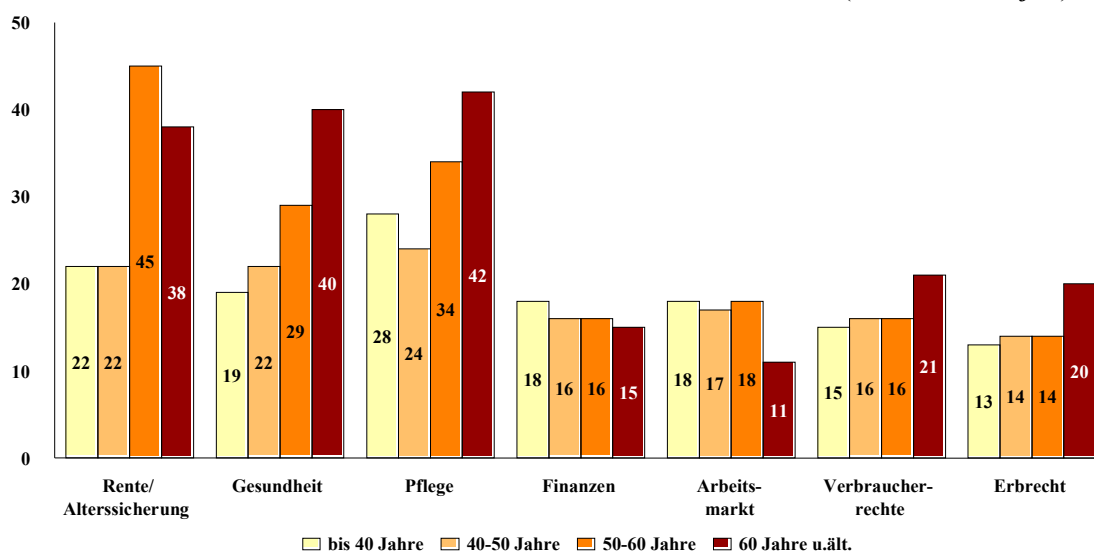
Datenbasis: sfz/leben 2012/2006 (gew.)

Die Erwartungen der Mitglieder der Volkssolidarität und potenzieller Neu-Mitglieder liegen deutlich über dem Durchschnitt. Verbunden mit allgemein zunehmender Rechtsverunsicherung und -unkenntnis bietet sich für den Zeitraum sich ständig ausweitender „Sozialreformen“ ein notwendiges, auf Mitgliedergewinnung orientiertes Feld.

Insgesamt macht die Befragung deutlich, dass ein bedeutender Beratungsbedarf vorhanden ist. Von den Befragten geben insgesamt rd. 60 % an, in einzelnen Bereichen sicher bzw. wahrscheinlich Bedarf an Beratung haben zu werden.

Die Nachfrage ist bei den Leistungen der sozialen Versicherungssysteme am höchsten (Pflege: 33 %, Rente: 29 %, Gesundheit: 29 %) und hebt sich deutlich im Vergleich zu anderen Bereichen (Arbeitsmarktförderung: 16 %, Finanzen: 16 % Erbrecht: 16 %, Verbraucherrecht: 17 %) ab.

Abbildung 14: Gehen Sie davon aus, dass Sie (bzw. Ihr Partner) in den nächsten Jahren Beratung in den nachfolgenden Bereichen benötigen? - nach Altersgruppen der Befragten - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent - (nur Antwort: „ja“)



Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Der Beratungsbedarf zeigt deutliche Altersabhängigkeit. Während bei über 40-Jährigen ein eindeutiger Beratungsbedarf zum Ausdruck gebracht wird, überwiegt bei den unter 40-Jährigen die Aussage „wahrscheinlich“. Das betrifft insbesondere den überdurchschnittlichen Bedarf ab 50. Lebensjahr bei Rente, Gesundheit und Pflege. Erb- und Verbraucherrechte, Finanzen und Arbeitsmarkt sind im Vergleich dazu relativ „altersunabhängig“. Über die Altersabhängigkeit hinaus wirken vor allem in den unteren Einkommensgruppen bedarfserhöhende Faktoren, die in den höheren Verdienstspannen offensichtlich nicht über Rechts- und Sozialberatung von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, sondern über Anwaltskanzleien realisiert werden.

Mitwirkungsrechte

Die Hälfte aller ab 18-jährigen Bürger unterstützt die Rechte der Sozial- und Wohlfahrtsverbände auf Mitwirkung bzw. zumindest Mitsprache in sozialpolitischen Fragen. Nur ein geringer Teil (10 % und darunter) lehnt diese Formen der Bürgerbeteiligung ab. Es sind insbesondere „Jüngere“, welche - im Vergleich zu 2006 - in deutlich höherem Maße inzwischen solche Notwendigkeiten im Vergleich zu „Älteren“ einfordern. Im Gegensatz dazu haben noch 2006 ältere Bürger wesentlich eindeutiger genannte Positionen unterstützt.

Gleichermaßen gilt, dass sich vor allem untere Einkommensgruppen (60 %) sowie mittlere Einkommen (50 %) hinter stärkere Mitsprache/Mitwirkung stellen - höhere Einkommen sehen nur in geringem Maße die Notwendigkeit (25 %), verneinen sie direkt (20 %) bzw. geben mit rd. 50 % an, es nicht beurteilen zu können.

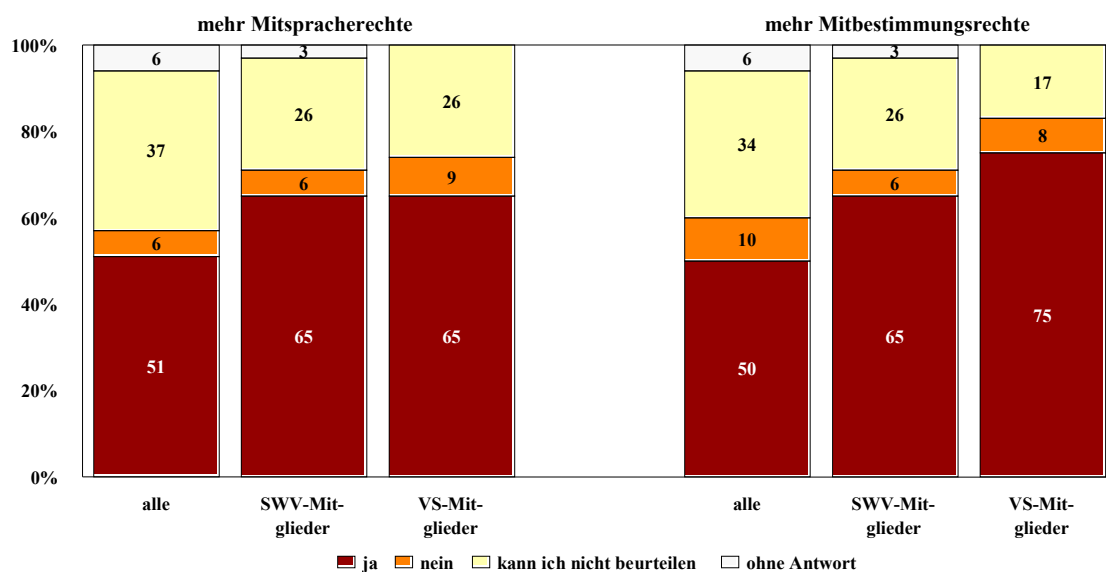
Damit werden zugleich das fehlende Solidarinteresse in sozialpolitischen Forderungen und deren Durchsetzung bei den über dem Durchschnitt liegenden Einkommensbeziehern verdeutlicht - zugleich auch Ausdruck ihrer Haltung zur sozialpolitischen Interessenvertretung.

Tabelle 3: Sollten Ihrer Meinung nach Sozial- und Wohlfahrtsverbände nicht nur Mitspracherechte, sondern auch Mitbestimmungsrechte speziell in der Sozialpolitik haben? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter				
		Frauen	Männer	unter 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 Jahre und älter
Mitspracherechte	51	45	56	72	45	45	53	49
Mitbestimmungsrechte	50	46	54	72	40	39	51	54

Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Abbildung 15: Sollten Ihrer Meinung nach die Sozial- und Wohlfahrtsverbände mehr Mitspracherechte oder mehr Mitbestimmungsrechte bei sozialpolitischen Fragen haben? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Mitbestimmungserwartungen von Bürgern im Bereich der Seniorenvertretung

Der viel beschriebene und beschworene demografische Wandel - mögen seine Wirkungen auch noch so unterschiedlich bewertet werden - wird auf jeden Fall mit zweierlei verbunden sein: Erstens mit einer deutlichen Zunahme von Menschen ab 60. Lebensjahr (steigende Lebenserwartung, Auslaufen der durch den Krieg dezimierten Jahrgänge) und zweitens mit einer Seniorengeneration, die sich hinsichtlich ihrer Bildung, Qualifikation, erworbenen Berufserfahrungen, Interessen und Bedürfnissen deutlich von den vorangegangenen und heute noch lebenden älteren Seniorengenerationen unterscheidet. Letzteres findet u.a. in der unbestrittenen Tatsache seinen Ausdruck, dass es sich um nachwachsende Seniorengenerationen handelt, die fit und aktiv ins Rentnerdasein wechseln. Während traditio-

nell die Erwerbstätigengenerationen ihre auf Erwerbsarbeit beruhenden „Arbeitsverhältnisse“ über ein System der „Mitbestimmung“ aushandeln bzw. sich erkämpfen, ist der Einfluss der Senioren auf die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse (vor allem gegenüber der Regierung, aber auch in den Ländern und Kommunen) relativ begrenzt, zum Teil unbedeutend.

In rd. 1.200 Landkreisen, Städten und Gemeinden sind in der Bundesrepublik Seniorenvertretungen tätig. Das sind - bezogen auf rd. 12.000 (31.12.2009) vorhandene Gemeinden - 10 %. Gegenwärtig sind in den genannten 1.200 kommunalen Seniorenvertretungen etwa 10.000 ältere Menschen ehrenamtlich tätig.

Aber auch für diese geringe Anzahl - deren Arbeit keineswegs gering zu schätzen ist - gilt, dass sie

- nicht nur unterschiedlichste Bezeichnungen tragen (Seniorenbeirat, Stadtaltenring, Altenrat, Altenbeirat), sondern auch völlig unterschiedlich entstanden sind (z.B. durch Berufung des Bürgermeisters, Berufung des jeweiligen Parlaments, Wahl durch die Abgeordneten, Direktwahl, Delegation der Verbände und Vereine);
- unterschiedliche Befugnisse haben (Mitsprache, Mitwirkung bzw. auch Mitbestimmung) und
- aufgrund unterschiedlichster Tätigkeitsbereiche, Finanzausstattungen und Einflussmöglichkeiten sich hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Wirksamkeit unterscheiden.

Auf Bundesebene fehlt zur Zeit eine entsprechende Mitbestimmungsmöglichkeit völlig. Das gilt auch für die Bundesländer (Ausnahme Berlin und unterschiedliche Mitspracherechte durch Seniorenvertretungen auf Landesebene - z.B. Seniorenparlamente).

Die Volkssolidarität unterbreitete bereits im Jahre 2000 den Vorschlag, in der Bundesrepublik Deutschland einen Seniorenbeirat zu bilden¹.

Analog der Praxis, auf Ebene des Bundes einen Beirat für Familienfragen zu bilden, ist es aus Sicht einzelner Sozial- und Wohlfahrtsverbände notwendig, dieses auch für ältere Bürger umzusetzen, da - wie festgestellt - Zahl und Anteil älterer aktiver Bürger zunehmen und der Stellenwert älterer Menschen in der Gesellschaft demzufolge aufzuwerten ist.

Die Initiative geht davon aus, dass dem Grundgesetz Artikel 2 entsprechend die aktive Rolle älterer Menschen im gesellschaftlichen Leben stärker zu fördern ist, den Bedürfnissen und Interessen älterer Bürger auf allen Ebenen politische Entscheidungen zugrunde zu legen sind.

Der Vorschlag trifft jedoch insgesamt auf unterschiedliche Resonanz - insbesondere mit fehlenden finanziellen Mitteln werden Ablehnungen begründet (obwohl andererseits auf den hohen ökonomischen Nutzen des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen verwiesen wird). Anliegen des Vorschlages für ein Bundesseniorengesetz ist nach wie vor:

Erstens: Das Bemühen der Gesellschaft muss darauf gerichtet sein, jedem Bürger im Alter ein gesundes, inhaltsreiches und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Die Lebenserwartung ist kontinuierlich gestiegen, der Anteil älterer Menschen nimmt in den kommenden Jahren und Jahrzehnten deutlich zu.

Viele von ihnen sind bereit, politische und soziale Verantwortung zu übernehmen. Ihr Erfahrungswissen kann der gesamten Gesellschaft nutzen, vorausgesetzt, es wird akzeptiert, gewürdigt und nachge-

¹ Volkssolidarität Bundesverband e.V.: Entwurf für ein „Bundesseniorengesetz“, Berlin 2000.

fragt. Notwendig hierfür ist, die Stellung älterer Menschen in Familie und Gesellschaft deutlich aufzuwerten und ihnen Mitbestimmung bei allen für sie wesentlichen Entscheidungen zu ermöglichen.

Seniorenpolitik muss durchgängig als Querschnittsaufgabe, Altenpolitik als Gesellschaftspolitik verstanden und auch gesetzlich fixiert werden, um den Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft im Interesse aller Generationen gerecht zu werden. Seniorenpolitik darf sich nicht allein auf den Ausgleich defizitärer Lebenslagen älterer Menschen beschränken. Ein künftiges Bundesseniorengesetz hat dem Rechnung tragend die Aufgabe, Handlungs- und Innovationspotenziale der älteren Generation zu fördern, deren gesellschaftliche und soziale Integration noch stärker zu unterstützen. Gefragt ist ein gesetzlich geregeltes Zusammenspiel von gesellschaftlichem, individuellem, wirtschaftlichem und staatlichem Handeln.

Zweitens: Senioren haben gelernt, Verantwortung zu tragen. Sie wollen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Im Altenplan der Bundesregierung ist vorgesehen, diese Mitbestimmung über Seniorenvertretungen zu realisieren. Sie verstehen sich als Sprachrohr älterer Menschen gegenüber den Vertretern der Räte, Parteien, Verbände sowie aller Institutionen der Altenarbeit einer Gemeinde, einer Stadt, eines Kreises oder eines Landes.

Inwieweit Seniorenvertretungen politisch Einfluss nehmen können, hängt vor allem von den Rechten und Kompetenzen ab, die ihnen zugebilligt werden. So aufopferungsvoll viele dieser Vertretungen vor Ort wirken, sich für altersgerechte Wohnlösungen, stufenlose Bahnen und Busse im öffentlichen Nahverkehr oder mehr Sitzgelegenheiten in Fußgängerzonen und öffentlichen Parkanlagen einsetzen, so wenig können sie an der Suche nach Lösungsansätzen bei zentralen Fragen der „großen Politik“ teilhaben, denken wir nur an die geführte Diskussion zur Rentenreform, an Veränderungen in der Pflegeversicherung oder die Neufassung des Pflege-, Qualitätssicherungs- und Heimbewohnerschutzgesetzes. Seniorenvertreter im Ausland (Dänemark, Schweden, Norwegen, Österreich, Spanien) haben sehr viel mehr Einfluss als das in der Bundesrepublik gegenwärtig der Fall ist. Vor allem in den skandinavischen Ländern verfügen die Seniorenbeiräte über Kompetenzen, die über Beratungstätigkeiten hinaus auch Entscheidungsbefugnisse und Mitspracherechte einschließen.

Ohne in die Länderkompetenz einzugreifen, ist es dringend geboten, durch ein Bundesseniorengesetz Mindestmitbestimmungsrechte und Untergrenzen der Finanzausstattung vorzugeben. Zur Zeit ist die diesbezügliche Lage in den Bundesländern recht unterschiedlich. So gibt es Kommunen, die satzungsmäßig vorsehen, dass die Seniorenvertreter zu allen Ausschusssitzungen zur Mitberatung geladen werden; es gibt aber auch Kommunen, wo Seniorenvertreter nahezu keine Rechte haben und sogar die Geschäftsführung der zuständigen Kommunalverwaltung unterliegt. In der Regel haben die Vertretungen der Älteren nur Mitwirkungs-, nicht jedoch Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Drittens: Die seit 1986 bestehende Bundesseniorenvertretung verfolgt unter anderem das Ziel, Seniorenvertretungen in den Kommunalverfassungen zu verankern, Ausbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Mitarbeiter zu verbessern und die Zusammenarbeit mit allen Altenhilfe-Organisationen zu koordinieren. Ihre Befugnisse bedürfen jedoch der Erweiterung.

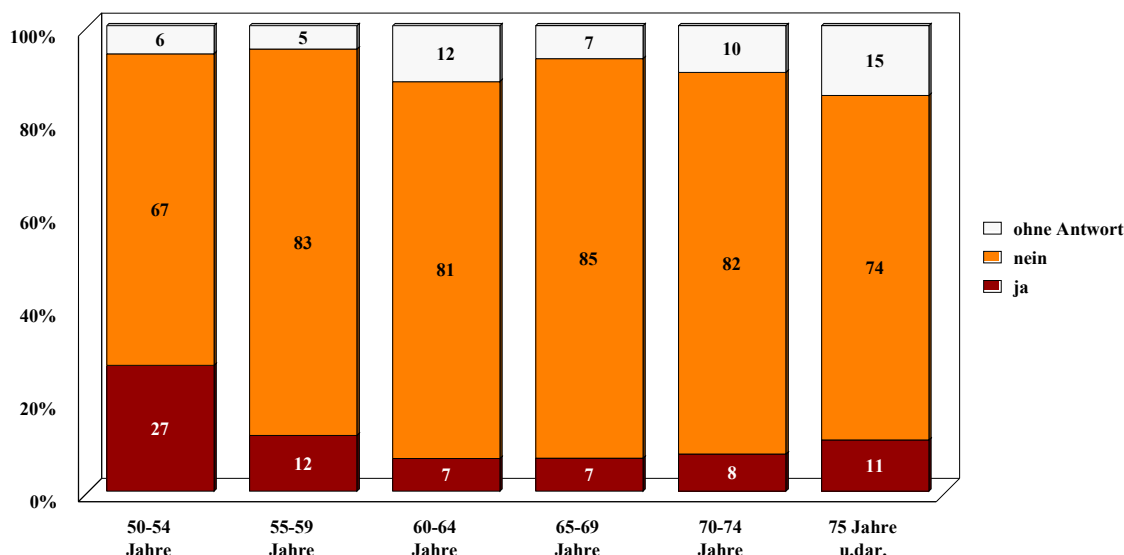
Außerdem plädieren einzelne Sozial- und Wohlfahrtsverbände für die im Bundesaltenplan vorgesehene Schaffung eines Altenpolitischen Beirates der Bundesregierung. Verhandlungspartner sollten hier der Bundeskanzler, zumindest aber der Kanzleramtsminister sein. Angehören sollten dem Beirat Vertreter von Bund und Ländern, wissenschaftlichen Einrichtungen, der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und Altenarbeit. Das Gremium sollte helfen, Entscheidungsfindungen auf seniorenpolitischem

Gebiet vorzubereiten und öffentlich zu diskutieren. Das betrifft auch die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement, die notwendige Weiterbildung von Seniorenvertretern durch die Schaffung einer bundeseigenen Einrichtung sowie einen ausreichenden Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige.

Viertens: Zu aktuellen Fragestellungen der Seniorenpolitik gibt es in den Ländern und Kommunen, bei den Wohlfahrtsverbänden sowie den Trägern von Einrichtungen und sozialen Diensten einen hohen Informations- und Beratungsbedarf. Dem sollte durch systematische wissenschaftliche Analysen Rechnung getragen werden.

Eine 2002 durchgeführte Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V. stellte den Bürgern auch die Frage, ob sie die Vertretung der Senioren bei allen öffentlichen Angelegenheiten für notwendig erachten oder nicht. Die getroffenen Aussagen sind eindeutig: Von den über 50-Jährigen halten 86 % die Bildung eines Seniorenbeirates für notwendig - 9 % sprechen sich dagegen aus. In Analogie dazu sind nur 10 % der befragten Bürger der Meinung, dass die Interessen älterer Bürger durch die gewählten Abgeordneten hinreichend vertreten werden - 80 % verneinen das.

Abbildung 16: Halten Sie die Vertretung durch die gewählten Abgeordneten und Parteien für hinreichend? - ab 50 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2002 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/senioren 2002 (gew.)

Dabei ist offensichtlich, dass insbesondere die sich im Rentenalter befindlichen Altersgruppen und die „jüngeren Rentner“, d.h. der „aktivere“ Teil der Rentnergenerationen, sich für mehr Mitbestimmung und Mitwirkung aussprechen.

Im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Interessenvertretung älterer Bürger wurden auch Aussagen zur Bewertung der verschiedensten Institutionen in Bezug auf Hilfe für ältere Menschen erfragt.

Dabei rangieren bei den über 60-Jährigen die Wohlfahrtsverbände mit 47 % deutlich an erster Stelle (insbesondere Arbeiterwohlfahrt, Volkssolidarität, Sozialverband Deutschland), aber auch Bürgerinitiativen mit 25 %, die sich speziellen Problemen in einzelnen Kommunen zuwenden. Parteien nehmen mit 12 % den dritten Rang in der Bewertung ein (CDU, SPD, PDS). Den Gewerkschaften räumen nur 8 % eine aktive Interessenvertretung für ältere Menschen ein (allerdings noch vor der Regierung -

3 %). Die Bewertungen erfolgen relativ einheitlich sowohl seitens der Frauen als auch der Männer sowie nach einzelnen Altersgruppen.

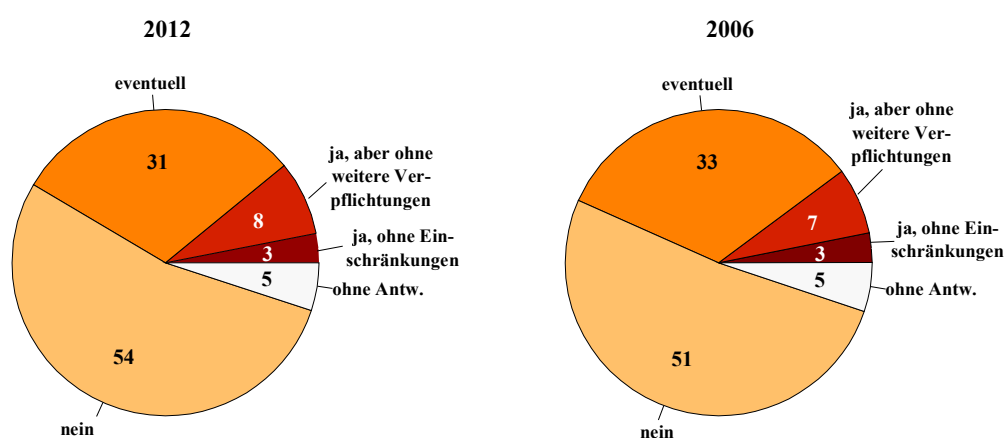
Es sei nochmals betont, dass ein solches Mitwirkungsgesetz die besten Voraussetzungen dafür schafft, die aktive Lebensgestaltung älterer Menschen in unserer Gesellschaft als Grundlage für einen funktionsfähigen Staat und für eine lebendige und dynamische Gesellschaft der Zukunft nicht nur als Aufgabe zu formulieren, sondern auch in die Tat umzusetzen. Das nicht zuletzt vor einem Hintergrund, in dem von 62 Millionen Wahlberechtigten rd. 20,5 Millionen ältere Bürger (rd. 33 %) auch Wähler sind.

Potenziale der Sozial- und Wohlfahrtsverbände

Es gibt in Ost wie West ein keineswegs unbedeutendes Potenzial, welches Interesse an bürgerschaftlichem Engagement bekundet, dabei hat sich die Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen von 1992 bis 2012 hinsichtlich der Präferenzen für einzelne Bereiche nicht grundlegend verändert.

Rund 60 % der ab 18-jährigen Bürger sind bereit, sich in unterschiedlichsten Formen bei unterschiedlichsten Zielstellungen sozial, kulturell, politisch zu betätigen - das gilt für Ost wie West gleichermaßen. Drei bis vier von zehn Ostdeutschen sind bereit, in Organisationen mit sozialer Ausrichtung mitzuarbeiten (35 %). Das trifft fast in gleichem Maße für Freizeitorganisationen zu (30 %).

Abbildung 17: Wenn Sie nicht Mitglied in einem Sozial-/Wohlfahrtsverband sind, könnten Sie sich vorstellen, Mitglied zu werden? - nur Nichtmitglieder - neue Länder und Berlin-Ost - 2012/2006 - in Prozent -



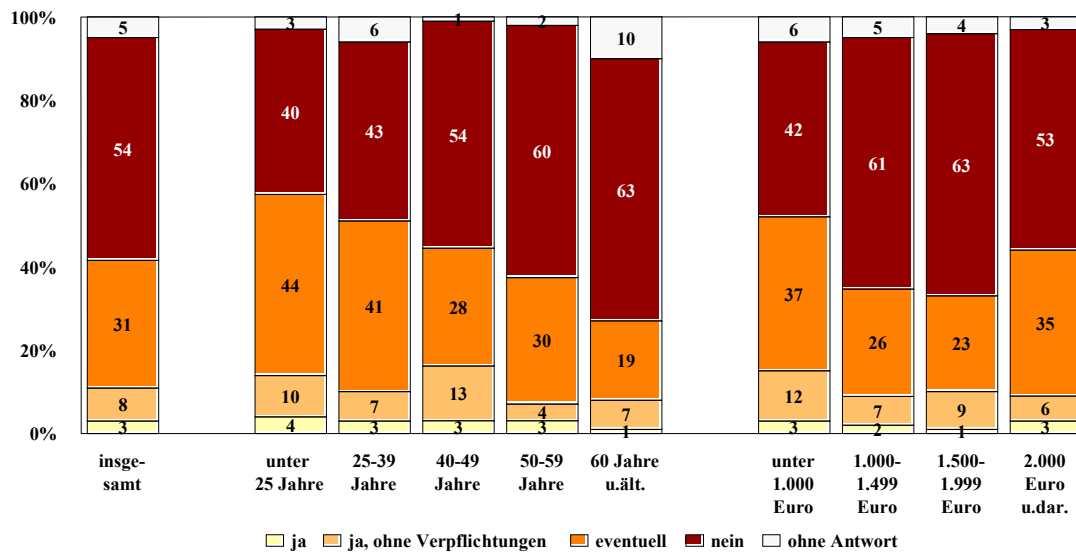
Datenbasis: sfz/leben 2012/2006 (gew.)

Die Bereitschaft bei Bürgern, welche noch nicht Mitglied eines Sozial- und Wohlfahrtsverbandes sind, einem solchen beizutreten, ist in den neuen Bundesländern

- bei rd. 3 % gegeben (absolute Bereitschaft),
- bei weiteren 8 %, wenn daran keine Verpflichtungen hängen,
- 31 % geben „eventuell“ an,
- absolut gegen eine Mitgliedschaft sind in den neuen Ländern 54 % (ohne Antwort 5 %).

Die Vergleichsdaten zu 2006 lassen ein Höchstmaß an Übereinstimmung erkennen, d.h., dass keinerlei verändernde Einflüsse nachweisbar sind. 2006 gaben an: „ja“ 3 %, „ja, aber ohne Verpflichtungen“ 7 %, „eventuell“ 33 %, „nein“ 51 %.

Abbildung 18: Wenn Sie nicht Mitglied eines Sozial- und Wohlfahrtsverbandes sind, könnten Sie sich vorstellen, Mitglied zu werden? - nach Altersgruppen und Haushaltsnettoeinkommen - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Zugleich ist anhand der vorhandenen Angaben - bezogen auf die neuen Bundesländer - erkennbar (nur Nichtmitglieder):

- Frauen wie Männer äußern gleichermaßen Bereitschaft (44 %).
- Diese sinkt ab 60. Lebensjahr deutlich ab (27 %). Jüngere Jahrgänge äußern höhere Bereitschaft für Sozial- und Wohlfahrtsverbände.
- Die unteren Einkommensgruppen (unter 1.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen) weisen mit 52 % die höchste Zustimmungsrates aus.
- Bewohner kleiner Gemeinden und Großstädter äußern eine höhere Bereitschaft als Einwohner aus Klein- und Mittelstädten - was auch den unterschiedlichen Stand der bereits vorhandenen Mitgliedschaft in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden reflektiert - möglicherweise aber auch eine zunehmende Konzentration von Leistungsangeboten in den Kreisstädten bzw. dem Sitz der jeweiligen Geschäftsstellen (unter 1.000 Ew. = 11 %, bis 10.000 Ew. = 20 %, über 100.000 Ew. = 8 %).

Insgesamt ergibt sich ein keineswegs unbedeutendes Potenzial für die Sozial- und Wohlfahrtsverbände. Bezogen auf die befragten Altersgruppen ab 18. Lebensjahr zeigt sich, dass rd. eine Million Bürger der neuen Bundesländer (davon 300.000 ohne Einschränkung) bereit wäre, Mitglied eines Sozial- oder Wohlfahrtsverbandes zu werden. Rund drei Millionen würden „eventuell“ beitreten.

Fünf bis sechs Millionen der ab 18-jährigen Bürger aus den neuen Ländern und Berlin-Ost lehnen eine Mitgliedschaft generell ab.

Bezogen auf jene Bürger, welche einen Beitritt bekunden, erfolgt eine Konzentration in besonderem Maße auf allein lebende Frauen wie Männer sowie auf die unteren Einkommensgruppen. Soziale Einbindung und Erwartungen an solidarische Hilfe und Unterstützung mögen dabei die Hauptmotive sein. Das hohe Interesse von Arbeitslosen an einer Mitgliedschaft hat analoge Motive.

Bewohner von kleinen Orten und Großstädten sind am wenigsten bereit, sich eindeutig einer Mitgliedschaft zu öffnen (2 % in Gemeinden unter 1.000 Einwohnern - auch hier sicher aufgrund von Defiziten

in entsprechenden verbandsorganisatorischen Strukturen und Angeboten der Verbände/Vereine), sondern weichen eher in die Antwort „eventuell“ aus.

Tabelle 4: Soziale Profile von Beitrittsbekundenden für Sozial- und Wohlfahrtsverbände - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -

	Gemeindegröße					Familienstatus		Geschlecht	
	unter 1.000 Ew.	1.000 bis 10.000 Ew.	10.000 bis 50.000 Ew.	50.000 bis 100.000 Ew.	100.000 Ew. und darüber	allein lebend	verheiratet/m. Partner lebend	Frauen	Männer
ja	3	11	6	15	7	11	5	9	8
ja, ohne Verpflichtungen	10	18	25	15	18	19	19	17	21
nein	86	71	69	70	75	70	76	72	86

Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

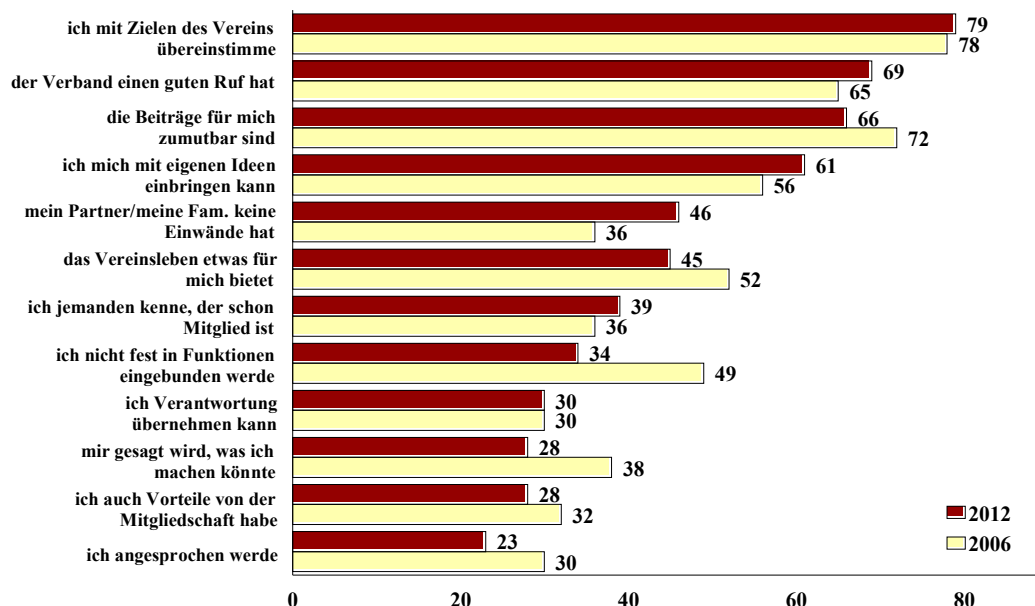
Motive für Mitgliedschaften

Die Bereitschaft zu einer Mitgliedschaft wird sowohl in Ost wie West vor allem gebunden an:

- die Übereinstimmung mit den Zielen des Verbandes (79 %) und seinem Ansehen (69 %);
- die Zumutbarkeit der Beiträge (66 % - davon 45 % der Befragten unter 1.000 Euro indiv. Netto);
- die Chancen, sich mit eigenen Ideen einzubringen (61 %).

Alle anderen Motive für Mitgliedschaften erscheinen als deutlich nachrangig, haben aber in ihrer Vielfalt durchaus Gewicht.

Abbildung 19: Wenn Sie sich vorstellen könnten, Mitglied zu werden, wovon hängt das ab? Dass... - nur Nichtmitglieder mit Bereitschaft zum Beitritt - neue Länder und Berlin-Ost - 2012/2006 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2012/2006 (gew.)

Im Vergleich zu 2006 haben die grundlegenden Wertevorstellungen an Gewicht gewonnen und prägen die Beitrittsbereitschaft in höherem Maße:

- Übereinstimmung mit den Zielen,
- Ruf (Ansehen) des Verbandes,
- Einbringen eigener Ideen.

Ziele eines Verbandes und sein öffentliches Image haben insgesamt für Mitgliedschaften einen Stellenwert, der zu oft über die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit aller Ebenen nicht hinreichend vermittelt wird, sondern z.T. aufgrund partikularer „Interessen“strukturen verloren geht.

Von einem abnehmenden Teil der Beitrittsbekundenden werden im Zeitvergleich für wichtig erachtet:

- keine feste Einbindung in Funktionen,
- Eigeninteressen (etwas für mich bieten),
- Vorgaben für Aufgaben/Verantwortung,
- Beitragshöhe.

„Jüngere“ erwarten in deutlich höherem Maße Vorteile und weniger ein Eingebundensein in ein Vereinsleben. Die Zumutbarkeit der Beiträge hat mit zunehmendem Alter geringeres Gewicht gegenüber den Gewinnen aus dem Vereinsleben. Der Stellenwert von „angesprochen sein“ hat inzwischen nicht mehr die Größenordnung wie noch vor Jahren und im Allgemeinen angenommen.

Über die allgemeinen Bedingungen, welche bei den einzelnen Bürgern bei einem Beitritt zu einem Sozial- und Wohlfahrtsverband als Motive wirksam werden, gibt es zugleich spezifische Erwartungen, welche die allgemeinen Motive den individuellen Bedürfnissen/Bedarfen entsprechend bei einem Beitritt mit begründen.

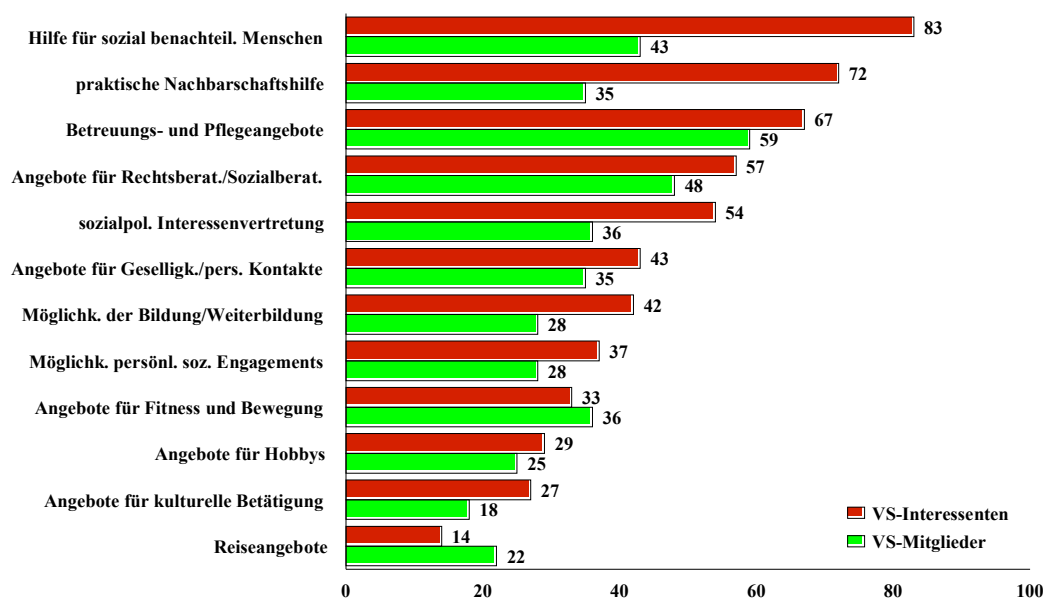
Der hohe Stellenwert, den Unterstützung für sozial Benachteiligte dabei hat, ist keine Eingrenzung auf „Pflege“ - dazu zählen vor allem Bürger, deren Lebenschancen erheblich eingeschränkt werden, weil sie einer bestimmten sozialen Gruppe angehören (Alleinerziehende, Arbeitslose, Armutsbetroffene usw.). Im Prinzip werden Betreuungsangebote, Interessenvertretung und Geselligkeit als gleichwertig betrachtet.

Die Rang- und Reihenfolge ist kein Votum gegen einzelne Aspekte der Angebotsvielfalt oder Wertigkeit einzelner Angebote, sondern Indiz für eine zu organisierende - auch quantitative - Unterschiedlichkeit der Mitwirkungsmöglichkeiten (vgl. Abbildung 20).

Vorstellungen der gegenwärtigen Mitglieder der Volkssolidarität und derer, welche ihre Bereitschaft für eine Mitgliedschaft in der Volkssolidarität zur Verbandsarbeit bekunden, lassen deutlich andere Interessenstrukturen bei Beitrittsbekundenden der Volkssolidarität erkennen:

- der hohe Stellenwert, den solidarische Hilfe und Unterstützung für sozial benachteiligte Menschen haben sollten, der sicher von Armut Betroffene, Arbeitslose, Bürger mit geringem Einkommen (prekäre Arbeitsverhältnisse/Niedrigrentner), Alleinerziehende bis Einwohner kleiner Gemeinden einschließt;
- die Nachbarschaftshilfe, die sich weniger an allgemeinen sozialen Lagen orientiert, sondern an aktuellem/längerem Hilfe- und Unterstützungsbedarf im Umfeld - nicht nur im materiellen Sinne;
- die durchgängig höheren Bewertungen, welche sozialpolitische Interessenvertretung sowie soziokulturelle Leistungen einnehmen.

Abbildung 20: Wenn Sie einem Sozial-/Wohlfahrtsverband beitreten würden, was müsste er bieten? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent - (nur Antwort: „auf jeden Fall“)



Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Es treten spezifische Vorstellungen/Erwartungen bei den Volkssolidaritäts-Interessenten hervor:

- Umfang und Vielfalt der Angebote für unmittelbare soziale Unterstützung im Falle sozialer Benachteiligungen (83 % - Mitglieder der Volkssolidarität 43 %) ebenso wie praktische Nachbarschaftshilfe (72 %/35 %),
- der deutlich höhere Stellenwert von Sozialberatung als Motiv des Beitritts (57 %/48 %) sowie
- die vorhandenen Betreuungs- und Pflegeangebote (67 %/59 %),
- die Angebote für soziale Kommunikation (Geselligkeit/aktive Betätigung - 43 %/35 %),
- die sozialpolitische Interessenvertretung.

Es kann geschlussfolgert werden, dass letztlich der Anspruch der Verbände auf ein flächendeckendes Netz der Unterstützung in sozialen Notlagen, der Sozialberatung sowie der Angebotsvielfalt im weitesten Sinne das Image der jeweiligen Verbände maßgeblich bestimmt.

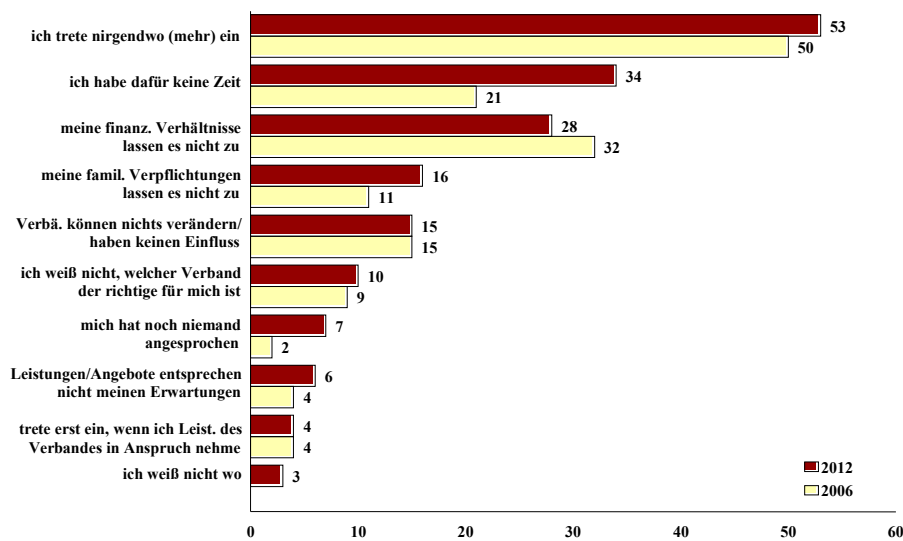
Insgesamt ist zugleich hervorzuheben, dass der Anteil der Bürger, welche einen Beitritt zu Sozial- und Wohlfahrtsverbänden generell ablehnen, keineswegs unbedeutend ist (54 %).

Die Motive/Begründungen dafür verweisen neben dem Argument fehlender Zeit und anfallender familiärer Verpflichtungen (2/3 sind familiär eingebunden) im Besonderen auf eine vorhandene Ostspezifik hinsichtlich

- des größeren Anteils der Bürger, welche generell keinem Verband/Verein beitreten (Erfahrungen vor und nach 1990),
- unzureichender finanzieller Verhältnisse (Lebenslagen bedingt),
- fehlenden Glaubens aufgrund gesammelter Erfahrungen an die Wirksamkeit der Verbände (vor und nach 1990).

Im Vergleich zu 2006 gewinnt darüber hinaus - bei gleicher Grundstruktur - der Zeitfaktor (34 %) gegenüber den Einkommensverhältnissen (28 %) deutlich an Gewicht (2006 = 21 % zu 32 %).

Abbildung 21: Wenn Sie nicht Mitglied eines Sozial-/Wohlfahrtsverbandes werden wollen, warum nicht? - nur Befragte, welche Mitgliedschaft ablehnen - neue Länder und Berlin-Ost - 2012/2006 - in Prozent -



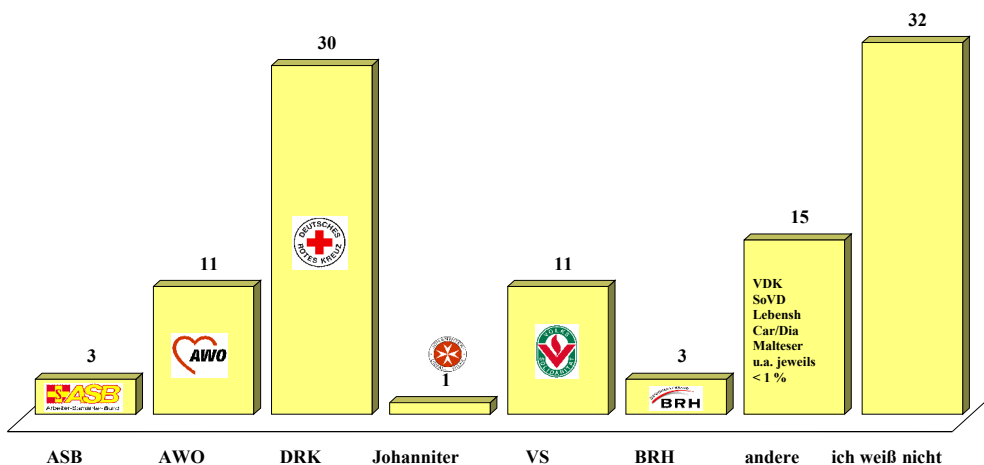
Datenbasis: sfz/leben 2012/2006 (gew.)

Die Bereitschaft wird - vor allem im engeren Sinne (ja/ohne Verpflichtungen) - von rd. 10 % der Bürger, welche noch nicht Mitglied eines Sozial- und Wohlfahrtsverbandes sind, geäußert (10 % insgesamt von rd. 9,9 Millionen Nicht-SWV-Mitgliedern = rd. 1,0 Millionen):

- gegenüber dem DRK (30 % - 300.000),
- der VS (11 % - 110.000) sowie
- der AWO (11 % - 110.000).

Alle anderen Verbände haben geringe Fallzahlen - was sowohl auf kein hinreichendes Image bzw. auf die Differenziertheit der örtlichen Gegebenheiten verweist. Insofern beruht sicher auch der hohe Anteil „ich weiß nicht“ auf einer für den Einzelnen nicht adäquaten Angebotsstruktur der jeweiligen Verbände bzw. Mehrfachangeboten der Verbände im Territorium.

Abbildung 22: Welchem Sozial- oder Wohlfahrtsverband würden Sie am ehesten beitreten? - nur Befragte, welche noch nicht Mitglied eines SWV sind und ihre Beitrittsbereitschaft im engeren Sinne bekundet haben - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Das Durchschnittsalter derer, welche sich einen Beitritt vorstellen können, liegt insgesamt bei 49 Jahren, darunter DRK 42, AWO 48, VS 58.

Die sozio-demografische Strukturanalyse der Beitrittsbekundenden (=100 %) für die Volkssolidarität ergibt:

- 54 % Frauen/46 % Männer,
- 10 % unter 40 Jahre/48 % 40-60 Jahre/25 % 60-70 Jahre/17 % 70 Jahre und älter,
- Facharbeiter 64 %/Fachschule 15 %/Hochschule 21 %,
- individuelles Nettoeinkommen unter 1.000 Euro 26 %/1.000-1.500 Euro 34 %/1.500 Euro u. dar. 38 %/ohne Einkommen 2 %,
- Erwerbstätige 58 %/Arbeitslose 6 %/Rentner 32 %/Nichterwerbstätige 4 %,
- Familien mit Kind/ern 12 %/Familien ohne Kind/er 43 %/Alleinerziehende 10 %/Alleinlebende 35 %,
- Gemeinden unter 1.000 Ew. 10 %/1.000-10.000 Ew. 23 %/10.000-50.000 Ew. 46 %/über 50.000 Ew. 21 %.

Ehrenamtspotenziale

Tabelle 5: Können Sie sich vorstellen, eine ehrenamtliche Funktion im Rahmen eines Sozial-/Wohlfahrtsverbandes zu übernehmen? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012/2006 - in Prozent -

	2006	2012							
	insgesamt	insgesamt	Geschlecht		Alter				
			Frauen	Männer	unter 40 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60-69 Jahre	70 Jahre u.ält.
ja	18	15	14	16	16	21	16	16	6
eventuell	29	30	32	29	40	41	51	55	64
nein	52	49	48	50	40	36	30	28	14
ohne Antwort	1	6	7	5	5	3	3	3	15

Datenbasis: sfz/leben 2012/2006 (gew.)

2012 erklärten insgesamt 15 % der Befragten sich bereit, eine ehrenamtliche Funktion zu übernehmen (30 % eventuell). Unter Beachtung, dass ein Anteil von 9 % der befragten Bürger bereits eine ehrenamtliche Tätigkeit ausübt (hinzu kommt zum Teil eine ehrenamtliche Tätigkeit in anderen Vereinen), ist das reale Potenzial bei rd. 10 bis 15 % derer anzusehen, die Mitglied eines Sozial-/Wohlfahrtsverbandes werden würden.

Von denen, die sich vorstellen könnten, auf jeden Fall einem Verband beizutreten (Antwort „ja“), geben weniger an, auch eine ehrenamtliche Tätigkeit ausüben zu wollen. Von den Unentschlossenen (eventuell) sind es dagegen mehr. Das verweist evtl. darauf, dass eine ausgeprägte Bereitschaft zur Einbindung vor allem bei denen vorliegt, die zum Teil in anderen Verbänden/Vereinen bereits aktiv sind (eher politisch motiviertes Potenzial).

Unterschiede zwischen Frauen und Männern sind nicht nachweisbar. Es existiert eine starke Altersabhängigkeit, weniger bei absoluten Zustimmungen als bei „eventuell“ zu Ungunsten jüngerer Jahrgänge.

Im Vergleich zu 2006 ergeben sich für die neuen Bundesländer im Wesentlichen gleiche Grundstrukturen, eine erkennbare Veränderung ist weder im Positiven noch im Negativen erkennbar bzw. nachweisbar.

Solidarmitgliedschaft/Spenden

Tabelle 6: Könnten Sie sich vorstellen, nur aus solidarischen Gründen - indem Sie nur Beitrag zahlen - Mitglied in einem Sozial- und Wohlfahrtsverband zu werden? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012/2006 - in Prozent - (nur Antwort: „ja“)

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Sozialstatus		
		Frauen	Männer	unter 40 Jahren	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60-69 Jahre	70 Jahre u.ält.	erwerbstätig	arbeitslos	Rentner/-in (EU-, Alt-rent.)
2006	24	25	23	26	25	24	17	25	25	23	17
2012 insgesamt	22	20	24	26	28	22	20	12	28	7	15
Beitrittsbekundende für Sozial- und Wohlfahrtsverbände	34	29	39	36	45	29	29	20	38	16	29
Beitrittsbekundende für die Volkssolidarität	29	29	29	33	34	19	25	44	30	-	38

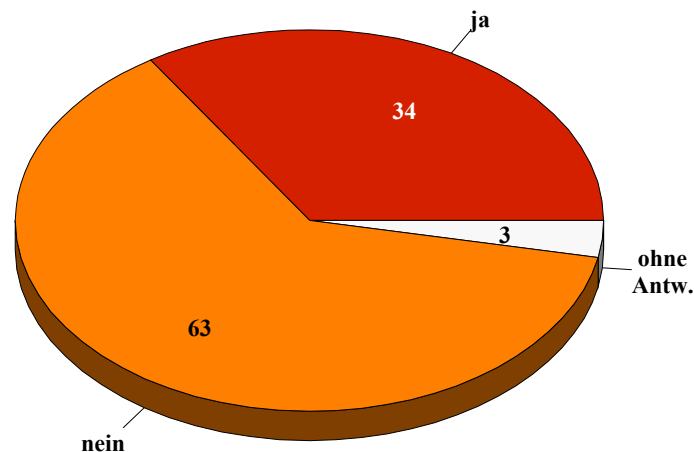
Datenbasis: sfz/leben 2012/2006 (gew.)

Eine Mitgliedschaft, die sich ausschließlich auf finanzielle Unterstützung durch Zahlung von Beiträgen begrenzt, kommt insgesamt für 22 % der Bürger durchaus in Frage, rd. 69 % lehnen es prinzipiell ab, 9 % geben keine Auskunft. Werden die Aussagen auf den Kreis jener begrenzt, welche bereit sind, einem Sozial- und Wohlfahrtsverband beizutreten, erhöht sich der Anteil der Zustimmenden auf 34 % (sicher auch vor dem Hintergrund künftiger Leistungsanspruchnahme), der der Ablehnenden beträgt 63 %.

Im Vergleich zu 2006 ist eine geringfügig abnehmende Bereitschaft erkennbar (2006 = 24 %), insbesondere bei Älteren und Arbeitslosen - offensichtlich Reflexion sich verschlechternder Lebenslagen (absolut und relativ). Während die Bereitschaft mit dem Alter sinkt, steigt sie andererseits mit dem individuellen Einkommen (über 2.000 Euro = 48 %). Solidarmitgliedschaft in Abhängigkeit von der Einkommenshöhe wird als individuelle - nicht als vom Familieneinkommen abhängige familiäre - Entscheidung verstanden. Zustimmenden Haltungen liegen im Osten 1.484 Euro zugrunde, verneinenden Haltungen 1.135 Euro. Einkommensfragen spielen jedoch weniger eine Rolle als angenommen - wer wenig hat, gibt dann weniger. Männer und Frauen unterscheiden sich in ihren Positionen nicht generell.

Die Bereitschaft, nur Beiträge zu zahlen, ist bei Beitrittsbekundenden mit eindeutigem „ja“ höher. Insgesamt erweist sich, dass „Mitglied zu sein, ohne etwas zu leisten“ für die Mehrheit (noch) keine - wenn auch rückläufige - Denkstruktur ist. Beitrag wird (noch) nicht als „Leistung“ des Einzelnen verstanden. „Höher“qualifizierte stimmen „Solidarmitgliedschaften“ am ehesten zu.

Abbildung 23: Könnten Sie sich vorstellen, nur aus solidarischen Gründen - indem Sie nur Beitrag zahlen - Mitglied in einem Sozial- und Wohlfahrtsverband zu werden?
 - nur Beitragsbekundende - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

Die Spendenbereitschaft ist bekanntermaßen in Deutschland hoch ausgeprägt², wenn auch tendenziell die Spenderquote rückläufig³ bei steigender Spendensumme ist. Die Einkommensverhältnisse prägen im Osten die Spendenbereitschaft/das -verhalten in höherem Maße als in den alten Bundesländern.

In den neuen Bundesländern geben 2012 ab 18-jährige Bürger an: 10 % regelmäßig für soziale und karitative Zwecke zu spenden, 14 % eher selten, 43 % ab und an und 28 % nie (4 % ohne Antwort).

Das monatliche Nettoäquivalenzeinkommen beträgt (2012) bei⁴

- regelmäßig Spendenden im Osten 1.442 Euro,
- Ab-und-an-Spendern 1.283 Euro,
- selten Spendenden 1.200 Euro,
- nie Spendenden 1.060 Euro.

² Spendenbericht Deutschland, Deutsches Zentrum für soziale Fragen, Berlin 2011.

³ Spendenmonitor 2011, TNS-Infratest 2012.

⁴ SFZ/leben 2012 (gew.).

Umsiedlung - Flucht - Vertreibung (2007/2012)

Niemand bestreitet das am Ende des 2. Weltkrieges hervorgebrachte ungeheure Leid, welches für Millionen Menschen, besonders der „Ostgebiete“, mit dem Verlassen ihrer Heimat verbunden war. Unabhängig davon, ob der Einzelne oder die Politik es als „Umsiedlung“, als „Flucht“ oder als „Vertreibung“ charakterisieren, es war/ist für die Betroffenen individuell empfundenenes „Unrecht“, „Rache“, Entgeltung für „anonymes Unrecht“, welches Deutsche in Polen, Russland, der Ukraine und vielen anderen Staaten begangen hatten.

Bis in die Gegenwart ist die Debatte nicht beendet - wie die Diskussionen um das geforderte „Zentrum gegen Vertreibung“ oder um Abstimmungsquoten in der EU (Forderung Polens nach Berücksichtigung der ermordeten Kriegsofopfer) belegen.

Nach wie vor gibt es vor allem bei Jüngeren Unwissenheit und bei Älteren Verdrängungen durchaus bekannter Tatsachen. Die Jahre 1933 bis 1945 und unmittelbar danach führten nicht nur zu Völkermord, sondern auch zu Zwangswanderungen in Größenordnungen, die z.T. bis heute für nationalistische und restaurative Politik genutzt werden. Dazu zählen:

- Rd. 500.000 Flüchtlinge - davon rd. 280.000 Juden - emigrierten zwischen 1933 und 1939 ins Ausland.
- Im März 1938 wurde Österreich annektiert (danach durch Volksentscheid „legitimiert“) und knapp 7 Millionen Österreichern die deutsche Staatsangehörigkeit übergeholfen. Ende 1938 wird entsprechend Münchner Abkommen das Sudetenland unter der Losung „Heim ins Reich“ von „Tschechen gesäubert“ und ein „reines“ deutsches Gebiet geschaffen - betroffen waren durch Zwangsumsiedlung/-räumung rd. 350.000 Bürger, und im Ergebnis des Münchner Abkommens wurde im März 1939 die Tschechei von Deutschland annektiert.
- Hitlerdeutschland sicherte seine Kriegsproduktion mit der Zwangsarbeit von rd. 12 Millionen ausländischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Kriegsgefangenen, die in Deutschland in allen Wirtschaftszweigen von der direkten Rüstungsproduktion bis zur Landwirtschaft eingesetzt wurden. Der Spitzenwert wurde 1944 mit 8 Millionen - 6 Millionen Zwangsarbeiter und 2 Millionen Kriegsgefangene - erreicht. Das waren mit fast 3 Millionen Sowjetbürgern und 1,7 Millionen Polen insbesondere Menschen aus den sog. „Ostgebieten“.
- Insbesondere in den eroberten Ostgebieten wurden unter dem Motto „Volk ohne Raum“ rd. 9 Millionen Menschen (Polen, Tschechen, Russen) vertrieben und deportiert sowie zeitgleich 1 Million Deutsche in den neuen „arischen Volksraum“ umgesiedelt.⁹⁰⁰
- Zwischen 1939 und 1944 wurden rd. 5 Millionen Juden aus Polen, Russland, Ungarn und anderen osteuropäischen Ländern industriell getötet und ermordet.
- Mit dem Ende des 2. Weltkrieges erfolgte die Repatriierung von rd. 10 bis 12 Millionen „Displaced Persons“ (DPs) aus 20 Nationalitäten, d.h. von Lagerinsassen, Zwangsarbeitern.⁹⁰¹
- Rd. 10 Millionen Evakuierte aus den flächenbombardierten Gebieten/Großstädten, welche Zuflucht in ländlichen Gebieten gefunden hatten, wurden in den ersten Nachkriegsjahren wieder in die Ursprungsgebiete zurück umgesiedelt.

⁹⁰⁰ Vgl. <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56358/nationalsozialismus>

⁹⁰¹ Vgl. Oltmer, Jochen: Zwangswanderungen nach dem Zweiten Weltkrieg, BpB, Migrations-Dossier.

- Rd. 14 Millionen „Reichsdeutsche“ flohen in der Endphase des Krieges bzw. wurden nach Kriegsende umgesiedelt/vertrieben. Die Aufnahme in den vier Besatzungszonen war sehr unterschiedlich. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug 1947: in der sowjetischen Besatzungszone 24,3 %, der amerikanischen Besatzungszone 17,7 %, der britischen Besatzungszone 14,5 % und der französischen Besatzungszone nur rd. 1 %.⁹⁰² Ihre Integration erfolgte in unterschiedlichem Maße - mehrheitlich wurden von ihnen - zumindest im Westen - statusniedrigere Positionen eingenommen, was sich erst mit der Zuwanderung von Gastarbeitern änderte.

So falsch wie es ist, die erfolgte „Umsiedlung“ zu nutzen, um die „Opferzahlen“ auf beiden Seiten zu „bilanzieren“, so falsch ist es, die Leiden an der Zivilbevölkerung in o.g. Staaten, aber auch der deutschen Bevölkerung zu ignorieren. Richtig ist und bleibt die Hauptschuld des faschistischen Systems für die an der Bevölkerung begangenen Verbrechen. Insofern ist dem Titel eines Buches zuzustimmen: „Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer.“⁹⁰³

Während in der DDR - nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze (1950) - eine Politik der Integration der Umsiedler betrieben wurde, die schnell in der BRD zu „materieller und sozialer Integrationshilfe“⁹⁰⁴ führte, wurde in der „Bundesrepublik die Vertreibung eine wichtige Komponente in der anti-kommunistischen Propaganda“.⁹⁰⁵

Nach 1990 wurde die Debatte neu belebt, insbesondere im Zusammenhang mit dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“, der die Oder-Neiße-Grenze seitens der Bundesregierung anerkannte. Aber bis heute wird der 8. Mai von einem Teil der Öffentlichkeit als „Tag der Befreiung“ begangen und von anderen als „Symbol der Niederlage“ gedeutet.⁹⁰⁶

12 Millionen Bürger mussten nach 1945 ihre Heimat verlassen, mehrheitlich verbunden mit Enteignung bzw. Verlust persönlichen Besitztums. Die Bodenreform in Ostdeutschland führte zum Teil zur Integration, eine politische Organisation (analog der Vertriebenenverbände in Westdeutschland) erfolgte nicht bzw. wurde nicht gewünscht, Entschädigungen wurden nicht gezahlt.

Die Diskussion wurde in den neuen Bundesländern nach 1990 und in Deutschland mit der Auseinandersetzung um ein „Zentrum der Vertreibung“ in den letzten Jahren stark belebt. Im Internet kann unter dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen eine detaillierte Aufstellung der deutschen Verluste und angetanen Gewalt eingesehen werden (Fläche, Personen), ohne jeglichen Bezug auf die mit dem 2. Weltkrieg hervorgebrachten Ursachen, sondern mit dem bedauernden Satz: „Das Ergebnis der im Mittelalter einsetzenden deutschen Ostsiedlung ist im Kern zunichte gemacht.“ Deutsche wurden diskriminiert, unterdrückt und entnationalisiert.⁹⁰⁷ Nicht zuletzt aufgrund solcher und ähnlicher Positionen sind die Auffassungen zur erfolgten Aus- und Umsiedlung gespalten, tendieren eher zur Vertreibung als zur Flucht. Mit der nachkriegsdeutschen Konzentration im Westen auf Flucht und Vertreibung wurden dauerhafte ideologische Vorbehalte gesetzt, die immer noch wirken.

⁹⁰² Ebenda.

⁹⁰³ Franzen, K.-Erich: Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer, München 2001 (Buch zur ARD-Fernsehserie).

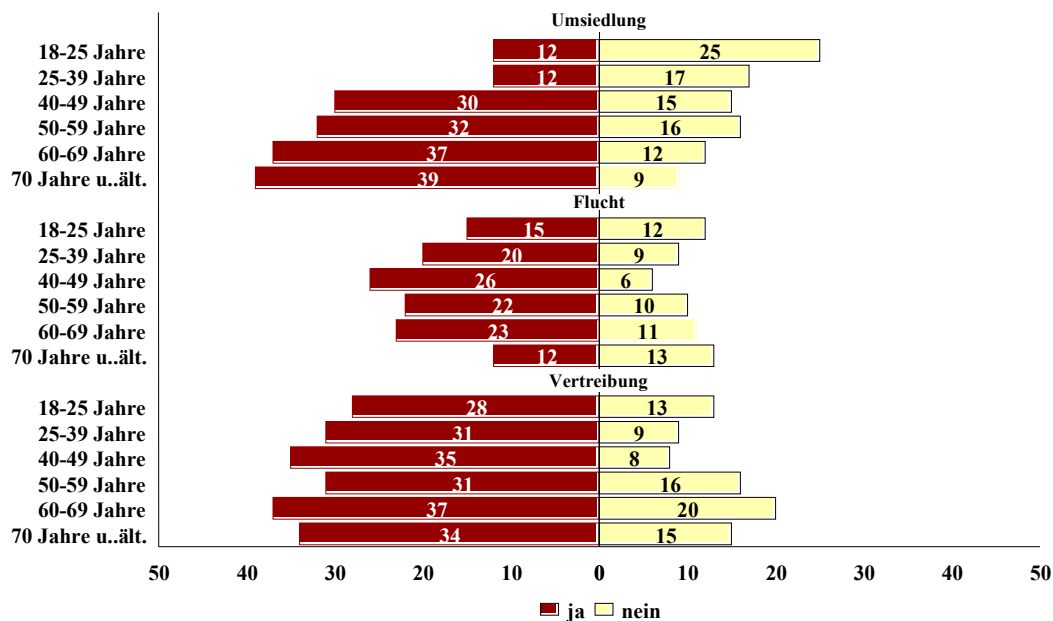
⁹⁰⁴ Faulenbach, Bernd: Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße, APuZ 51-52/2002, S. 45.

⁹⁰⁵ Ebenda, S. 46.

⁹⁰⁶ Ebenda, S. 51.

⁹⁰⁷ Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Internetauftritt des Ministeriums, Stichwort Vertriebene - Kulturelles Erbe der Deutschen im Osten.

Abbildung 1: Am Ende des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren haben Millionen Menschen ihre Heimat in Schlesien, Pommern, Tschechien verlassen müssen. Was ist Ihre Meinung? - nach Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Die Bürger der neuen Bundesländer danach befragt, wie sie das Millionen Menschen betreffende Verlassen ihrer damaligen Heimat in Schlesien, Pommern oder Tschechien werten, sehen dies als

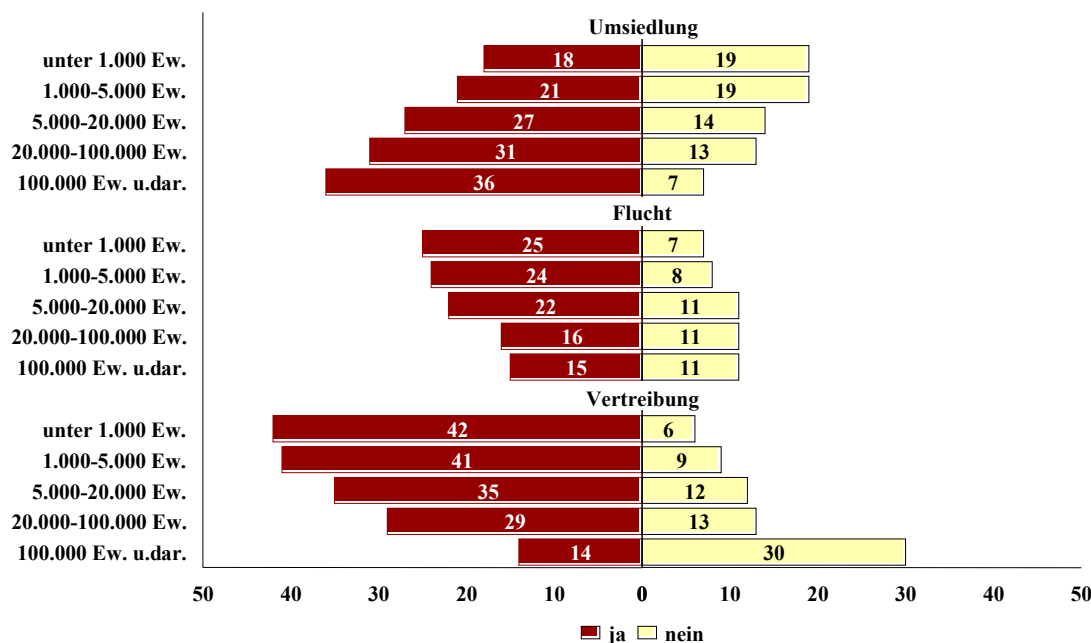
- Umsiedlung auf Beschluss der Siegermächte und damit Folge des von den Faschisten verursachten 2. Weltkrieges (28 % eindeutig, 24 % vor allem) bzw.
- Flucht vor Repressalien der Siegermächte (17 % eindeutig, 24 % vor allem).

Positiv ist festzustellen, dass zwischen 25 und 30 % der Befragten „sowohl als auch“-Wertungen abgaben, d.h. vertraten die Meinung der ungerechtfertigten „Vertreibung“ als auch als Folge der Entscheidungen der Siegermächte.

Zwei Aspekte sind insgesamt hervorhebenswert: *Erstens*, dass bis in die Gegenwart unterschiedliche Konzepte dieses Prozesses von Politik und Wissenschaft vertreten werden. Das wird daran deutlich, dass ältere Befragte sowohl der Bewertung einer „ungerechtfertigten Vertreibung“ als auch der „Völkerrechts“-variante folgen. *Zweitens*, dass insbesondere „jüngere Befragte“ (die Altersgruppe der unmittelbar Betroffenen ist heute mindestens 60 Jahre alt) weniger der Auffassung sind, dass es sich um „Völkerrecht“ handelt.

Relativ eindeutig differieren die Positionen bezogen auf die Gemeindegröße. In kleinen Gemeinden und Kleinstädten findet die Aussage „Folge des faschistischen Krieges und Beschluss der Siegermächte“ (Völkerrecht) geringe Unterstützung.

Abbildung 2: Am Ende des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren haben Millionen Menschen ihre Heimat in Schlesien, Pommern, Tschechien verlassen müssen. Was ist Ihre Meinung? - nach Gemeindegrößen - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Es bleibt zu prüfen, in welchem Maße in kleinen Städten und Gemeinden auch die „Umsiedlerpolitik“ der SBZ/DDR und die damit verbundene Aussiedlung der aus den Ostgebieten umgesiedelten Bürger die „Betroffenenquoten“, d.h. auch die eigenen Erfahrungen und die Bewertung, am höchsten ist.

Alles in allem sollten drei Betrachtungen vermieden werden:

- das Herunterspielen des individuell erfahrenen Leidens, das letztlich darauf beruht, dass Unrecht mit Unrecht „vergolten“ wird,
- ein Hochspielen von „Unrecht“ an Deutschen und der Aufbau einer „nationalen“ Opferrolle, welche die Ursachen einseitig „ideologisiert“,
- das Wachhalten von individuellen Leiden, um „nationale“ Interessen auch noch nach über 60 Jahren nach Kriegsende zu legitimieren.

Die Bundeskanzlerin äußerte sich (2009) eindeutig zur Verantwortung Deutschlands für „Umsiedlung“ und „Vertreibung“: „Wenn wir in meinem Land bis heute auch an das Schicksal der Deutschen denken, die in Folge des Krieges ihre Heimat verloren haben ... dann tun wir das in dem Bewusstsein der Verantwortung Deutschlands, die am Anfang von allem stand. Dann tun wir das, ohne irgendetwas an der immerwährenden geschichtlichen Verantwortung Deutschlands umschreiben zu wollen. Das wird niemals geschehen.“⁹⁰⁸

Daraus erwächst aber auch die Verantwortung, sich nicht - unter welchem Vorwand auch immer - an Handlungen zu beteiligen, welche Massenflucht und Vertreibung bereits wieder rechtfertigen. Die Zahlen allein in den Gebieten, in denen Kriege zum „Schutz“ von Interessen einer mehrere tausend Kilometer entfernten Bevölkerung geführt werden, sind mehrheitlich letztlich Aktionen, welche Wirtschaftsinteressen auf Kosten der einheimischen Bürger sichern. Für 2014 werden die Zahlen der ak-

⁹⁰⁸ Rede A. Merkel in Gdansk (Polen) - Gedenkveranstaltung auf der Westernplatte bei Gdansk am 1. September 2009.

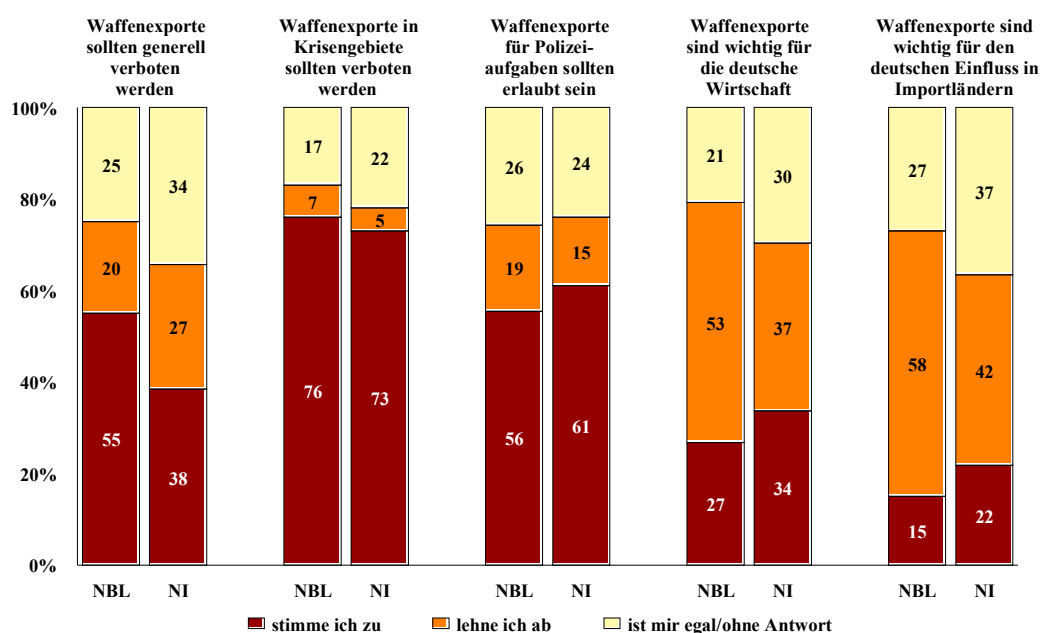
tuellen Flüchtlinge mit rd. 50 Millionen angegeben⁹⁰⁹, so viel wie seit dem Ende des 2. Weltkrieges nicht mehr, davon 33 Millionen innerhalb des jeweiligen Landes (Binnenvertriebene).

Auch die geführten Debatten in Deutschland um die Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen können sich letztlich nicht vorrangig an der „ökonomischen Verwertbarkeit“ der Betroffenen orientieren.

Waffen sind keine Hilfe

Dabei sind diese Diskussionen nicht zu trennen von der grundsätzlichen Haltung zum Krieg und zu Kriegsgeschäften auch der Deutschen, wie die Debatten 2014 zeigten.

Abbildung 3: Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur - welchen Aussagen stimmen Sie zu oder welche lehnen Sie ab? - neue Länder und Berlin-Ost sowie Niedersachsen - 2012 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2012 (gew.)

1945 schwor die Weltgemeinschaft „nie wieder Krieg“ und führte danach u.a. Kriege in Korea, Vietnam und Afghanistan. 1990 wurde das Ende des „kalten Krieges“ verkündet, danach erweiterte die NATO ihre Einflusskreise immer weiter gen Osten. Neue Bedrohungen entstanden durch Religionskämpfe, Terrorismus, Vertreibung und Flucht.

Das alles ging und geht nicht ohne eine sich immer mehr erweiternde und ständig modernisierende Waffenproduktion. Deutschland ist inzwischen wieder der drittgrößte Waffenexporteur (11 % Anteil) nach den [USA](#) mit 30 % und [Russland](#) mit 23 %.

Über 320.000 Erwerbstätige sind in Deutschland im engeren Sinne (rd.100.000) bzw. als Zulieferer (220.000) in das Geschäft eingebunden.

Die Informationen zum Rüstungsgeschehen in Deutschland sind spärlich, trotz eines jährlichen regierungsamtlichen „Berichtes der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter“ (letzter Bericht für 2013 im Juli 2014 veröffentlicht). Im Gegensatz dazu wird die Öffentlichkeit täglich, stündlich seitens der Medien darüber informiert, wie Not und Elend, welche von Terroris-

⁹⁰⁹ UNO-Flüchtlingshilfe - Flüchtlinge weltweit - Zahlen & Fakten, 2014.

ten und Kommunisten über die Bevölkerung gebracht werden, in den „betroffenen“ Staaten dazu führen, dass ihnen Hilfe zukommen muss. Nicht nur humanitäre Hilfe oder Unterstützung beim Aufbau demokratischer Institutionen, sondern zunehmend direkte militärische Hilfe.

In der Tat ist die Weltgemeinschaft gefordert zu helfen. Aber nicht zuvorderst mit Waffen, deren Produktion und Export sowohl den Lebensstandard der sie Produzierenden als auch vor allem den Profit der sie Exportierenden sichern. Das Ganze wird neuerdings zusätzlich mit der „Verantwortung Deutschlands“ vom Bundespräsidenten, der Kanzlerin und dem zuständigen Wirtschaftsminister begründet und befördert.

Wenn auch Artikel 26 (2) des Grundgesetzes festlegt: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden“, so regelt es die Bundesregierung eben auch gegen den Willen und die Interessen der von den Waffen Be- bzw. Getroffenen. Sie regelt es aber auch gegen die Meinung derer, welche sie gewählt haben. Eine bereits 2012 vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg durchgeführte Befragung in den neuen Ländern und in Niedersachsen zu dieser Problematik ergab:

- Die Bürger der neuen Bundesländer treten überwiegend für ein generelles Verbot von Waffenexporten in andere Länder ein (55 %), nur jeder Fünfte unterstützt es. Dabei ist aber auch nicht zu übersehen, dass 26 % sich dazu nicht äußern bzw. dass es ihnen egal ist.
In Niedersachsen ist der Anteil der Bürger, welche einem generellen Verbot zustimmen, deutlich geringer (38 %) bei wesentlich größerem Anteil von „Desinteressierten“ (9 % ist mir egal/13 % ich weiß nicht/12 % ohne Antwort).
- Offensichtlich haben die Bürger in Niedersachsen (wie in anderen alten Bundesländern sicher auch) durch die jahrzehntelang bekannten Rüstungsexporte ebenso wie die Einbindung in die NATO und die Stationierung ausländischen Militärs als „Wirtschaftsfaktor“ ein anderes Verhältnis zu Krieg und dem Geschäft mit Waffen. Das wird auch daran sichtbar, dass nur 37 % der Niedersachsen Waffenexporte als Wirtschaftsfaktor ablehnen - im Gegensatz zu 55 % im Osten. Analog wenden sich 42 % der Niedersachsen gegen Waffenexporte als Mittel der Außenpolitik, um Einflussphären zu sichern - im Gegensatz dazu aber 58 % der Ostdeutschen.
- Dabei gilt für Ost wie West, dass es übereinstimmende Positionen dazu gibt (rd. 75 %), dass Waffenexporte in Krisengebiete verboten werden sollten - offensichtlich den Erfahrungen geschuldet, dass die bisherigen Wirkungen eher kontraproduktiv waren und weder im Irak, noch in Afghanistan, noch in Libyen usw. usf. dauerhafte Lösungen bewirkt haben. Die Waffen wurden genutzt, erobert, von der andren Seite genutzt, zurückerobert usw. Wem die Waffen letztlich noch dienen, ist oft ungewiss - tödlich sind sie immer, wer sie auch nutzt.
Insofern steht auch die Haltung bezüglich des Waffenexportes an „zivile“ Kräfte wie der Polizei nicht im Widerspruch zur Auffassung zu generellen Verboten, sondern es gibt eine über 50-prozentige Zustimmung in Ost wie West.
Inzwischen vollzieht (2014) die Bundesregierung neuerdings nicht nur einen Wechsel zur Haltung zu Waffenexporten an Kriegsparteien, sondern auch an jahrelang Versmähte, die mit einmal zu den zu Unterstützenden werden, wie im Irak, Syrien oder gegenüber den Kurden. Im Waffengeschäft wechseln die Bewertungen, wenn es den Machtinteressen dienlich ist.
- Es sei noch vermerkt, dass in Ost wie West Frauen sich eher gegen Waffenexporte aussprechen ebenso wie untere Einkommensgruppen. Linke im Osten sind stärker dagegen, Christ- und Sozialdemokraten im Westen weniger.

- Hervorzuheben auch nochmals die hohen Quoten an generellem Desinteresse in Niedersachsen, aber auch im Osten.

In Ergänzung der obigen Aussagen bleibt nur festzuhalten, dass Mitte 2015 rd. 60 Millionen Menschen in der Welt auf der Flucht vor Krieg, Mord, aber auch vor Hunger und Armut sind. Allein die Meldungen über die Anzahl der Flüchtlinge, welche übers Mittelmeer nach Europa kommen, ist erschreckend. Erschreckend aber auch der Umgang mit denen, die um Asyl bitten oder als sog. „Wirtschaftsflüchtlinge“ Arbeit und Wohlstand durch eigene Arbeit suchen.

Nach langen Entbehrungen gelangten viele von ihnen nach Deutschland, um hier sicher vor Krieg, Gewalt und Verfolgung zu sein und zugleich ein menschenwürdiges Leben führen zu können.

Leider stoßen sie aber sowohl im Osten wie im Westen Deutschlands immer noch auf fremden- und ausländerfeindliche Positionen, die nationalistische Überhebung auf Grundlage sozialer Verunsicherung, eigener Perspektivlosigkeit und dem Abbau sozialer Standards hervorbringen (vgl. Abschnitt 5.7).

Mit beschämenden Bedingungen für die Aufnahme in Deutschland, mit einer rigiden, auf den „Vorteil für Deutschland“ ausgerichteten Zuwanderungspolitik werden diskriminierende Schranken gesetzt. Die Diskussionen um Unterbringung von Flüchtlingen, die z.T. damit verbundenen Gewalttaten - z.B. Brandstiftungen - bringen „die Deutschen“ in Verruf.

In den nächsten Jahren werden die Zahlen der um Hilfe Suchenden weiter steigen. Vor allem im Osten wird das nur gelöst werden können, wenn es nicht neue Sonderprogramme für Flüchtlinge und nach 25 Jahren immer noch Sonderprogramme für Einheimische gibt.

**Friedliche Revolution und deutsche Vereinigung
1989 bis 2016**

Noch immer gespalten: ökonomisch - sozial - politisch?!

Anlagen

Anlage 1: Zusammenfassende Hauptaussagen	784
Anlage 2: Tabellenverzeichnis	795
Anlage 3: Abbildungsverzeichnis	803
Anlage 4: Literaturverzeichnis	823
Anlage 5: Über den Autor	837

Anlage 1

Zusammenfassende Hauptaussagen

1 Friedliche Revolution - deutsche Vereinigung - 1989 bis 2016

1.1 „Die friedliche Revolution“, mit ihrer Gewaltlosigkeit, mit ihren ‘Runden Tischen‘ auf allen Ebenen und ihrer Streitkultur, ist und bleibt eine „Sternstunde der Demokratie“ mit einmaligen bürgerschaftlichen Engagements auf deutschem Boden. Es war eine Periode des demokratischen Aufbruchs, die erfolgreich und visionär, wenn auch von kurzer Dauer war. Bereits im Frühjahr 1990 wurden ostdeutsche Reformvorstellungen Makulatur, sie blieben Visionen und gehören zu den von der Politik der Bundesrepublik schnell getilgten Spuren einer kurzzeitigen Selbstbestimmung und Selbstbefreiung. Insgesamt bewerten die Bürger die Entwicklungen in Ostdeutschland positiv, wenn auch durch unterschiedliche - zum Teil gegensätzliche - Trends charakterisiert. Der Angleichungsprozess ist weitgehend zum Erliegen gekommen, neben steigendem Lebensniveau steht zunehmende Armut, die Lebensverhältnisse werden immer ungleicher. Die Einheit ist noch unvollendet und in den nächsten 20 bis 30 Jahren nicht erreichbar.

1.2 Vieles wurde seit 1990 erreicht, alles bei weitem nicht. Der Emanzipationsprozess der Ostdeutschen, von dem viele 1990 ausgingen, ist nur bedingt gelungen. Der Angleichungsprozess begann in fast allen Bereichen zwar erfolgreich, die von der Mehrheit der Bürger erwarteten Ziele auf gleichwertige Lebensverhältnisse wurden jedoch zeitlich und inhaltlich bis in die Gegenwart keineswegs hinreichend realisiert.

Die Einschätzungen zum Stand der Einheit gehören mit zu den sich am gravierendsten unterscheidenden Bewertungen der Bürger zwischen neuen und alten Bundesländern. Nur jeder vierte Ostbürger, aber jeder 2. Westbürger ist der Meinung, dass Ost und West nach mehr als 25 Jahren der Vereinigung weitgehend zusammengewachsen sind bzw. nur noch geringe Unterschiede bestehen.

Dabei sind die Einheits-Gewinn-Verlust-Bewertungen der westdeutschen Befragten eher kritischer als die der Ostdeutschen. Sie reflektieren eine weit verbreitete Auffassung, dass die Wirtschaftsentwicklung und die Maßnahmen des Sozialum- bzw. -abbaus auch bzw. vor allem Ergebnis der Vereinigung seien.

Angleichung steht vor allem für die Herstellung vergleichbarer Bedingungen bei den Chancen zur eigenständigen Lebensbewältigung und nicht für eine formale Gleichheit. Diese Meinung von über 90 % der ab 18-Jährigen in Ost wie West spricht vor allem dafür, dass niemand „Geschenke“ erwartet, sondern Bedingungen für eigenes Handeln.

Die Jahre seit 1990 unterliegen in den neuen Bundesländern einem Wechselspiel von rasch sinkenden und steigenden Hoffnungen. Soziale Verunsicherung und z.T. hohe erwartete Verschlechterungen sind immer noch prägend, bei einer insgesamt hohen Übereinstimmung in den Erwartungen zwischen Ost und West.

1.3 Eine „neue deutsche Identität“ in den neuen Bundesländern (aber auch den alten Bundesländern) hat sich bislang nicht automatisch mit der deutschen Einheit hergestellt. Die vierzigjährige Existenz zweier deutscher Staaten ist eine historische Komponente, die auch nach mehr als 25 Jahren nach dem Mauerfall in den lebenden Generationen noch Ost- bzw. Westidentitäten beeinflusst.

Inzwischen fühlt sich jeder dritte Bürger im Osten als gleichberechtigter Bundesbürger. Der Wunsch auf Rückkehr zu alten Verhältnisse ist gering geworden (7 %) und im Westen höher als im Osten. Darüber hinaus wird er durch die aktuelle Situation des Einzelnen verursacht.

Die sich nach 1990 entwickelnde Ostidentität ist einerseits Aneignung neuer Werte- und Verhaltensstrukturen ebenso wie andererseits - vor allem bei den 40-Jährigen und älteren - eine spezifische Form von Besitzstandswahrung im Sinne von progressiven, vom Einzelnen erworbenen Denk- und Verhaltensweisen. Bewertungen von Lebenslagen bzw. Lebensverhältnissen in den neuen Bundesländern erfolgen stets sowohl als System- wie auch Ost-West-Vergleich (beide Momente spielen für Bürger in den alten Bundesländern im Wesentlichen keine Rolle).

Die Bürger in den neuen Bundesländern fühlen sich - wenn auch mit sinkender Tendenz - insbesondere mit Ostdeutschland verbunden. Bei jungen Menschen ist die Bindung mit der Bundesrepublik stärker als mit Ostdeutschland - im Gegensatz zu den älteren. Das ist kein Ostproblem, denn auch in den alten Bundesländern fühlt sich jeder dritte Bürger nur wenig/nicht mit der Bundesrepublik verbunden.

2 Allgemeine Lebenslagen

2.1 Insgesamt gibt es eine hohe allgemeine Lebenszufriedenheit in Deutschland - Ost wie West -, nur jeder zehnte Bürger ab 18. Lebensjahr ist unzufrieden. In den letzten Jahren ist die Zufriedenheit vor allem in den alten Bundesländern rückläufig.

„Die“ unzufriedenen Ostdeutschen gibt es nicht. Erreichten „Wohlstandsgewinnen“ in den Jahren unmittelbar nach 1990 stehen im letzten Jahrzehnt z.T. auch „Wohlstandsverluste“ gegenüber (Verlangsamung des Angleichungsprozesses, Sozialabbau u.a.). Zufriedenheiten werden im Besonderen von Erwerbsstatus, Zukunftssicherheiten und materiellem Lebensniveau geprägt.

Die höchsten Zufriedenheiten weisen die Deutschen in Ost wie West für das Wohnen und die Freizeit aus. Es sind jene Bereiche, welche der Einzelne relativ selbstständig gestalten kann. Am Ende der Zufriedenheitsskala liegen Leben mit Kindern, soziale Gerechtigkeit, persönlicher politischer Einfluss und die Einkommens-Preis-Verhältnisse.

2.2 Die erfolgten Veränderungen der Lebensverhältnisse nach 1990 reflektieren sich insbesondere zwischen 1990 und 2000 in hohen positiven Wertungen der individuellen wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern. Die abnehmenden guten Wertungen nach 2000 sind vor allem Auswirkungen der Sozialreformen, der Euro-Umstellung sowie des Aussetzens der Einkommensangleichungen.

Die Aussagen zur wirtschaftlichen Situation widerspiegeln sowohl die unterschiedlichen Realitäten von Lebenslagen der Bürger als auch die existierenden regionalen Unterschiede. Insgesamt ist die wirtschaftliche Lage im Osten durch einheitlichere (homogenere) Verteilungsstrukturen individueller finanzieller/materieller Lebenslagen gekennzeichnet als im früheren Bundesgebiet.

Weniger als die Hälfte der Haushalte in Deutschland können mit ihrem erzielten Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen vorhandene Bedürfnisse befriedigen. In jedem fünften Haushalt ist es „zu knapp“. Die Qualität des Lebens ist einkommens- und vermögensabhängiger geworden.

Die Annahmen über die künftige, vom Einzelnen erwartete wirtschaftliche Situation gehen in hohem Maße von Stagnation bzw. von Verschlechterungen aus. Jüngere erwarten vor allem Verbesserungen, Ältere Verschlechterungen. Die Bewertungen zur künftigen Entwicklung weisen keine prinzipiellen Unterschiede zwischen Ost und West aus.

Beim Vergleich der individuellen wirtschaftlichen Lage zwischen der Gegenwart und 1990 heben über 40-jährige Bürger aus den neuen Bundesländern vor allem die erfolgten Verbesserungen hervor, während Bürger aus den alten Ländern eher Verschlechterungen sehen.

2.3 Die Einkommensentwicklung hat sich in den neuen Bundesländern zunächst rasch vollzogen, ohne ab Mitte der 90er Jahre weitere wesentliche Angleichungsfortschritte zu erreichen. Das gilt für Erwerbs- wie Alters- und Haushaltseinkommen. Zugleich haben Differenzierungen in den Erwerbseinkommen zugenommen - im Besonderen innerhalb der Erwerbstätigenstrukturen. Der absolute Unterschied zu den Einkommensstrukturen im Westen ist zwischen allen sozialen und Einkommensgruppen deutlich.

Die Veränderungen der individuellen Nettoeinkommen reflektieren sich auch in der Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland sowie der personenbezogenen Äquivalenzeinkommen. Der Angleichungsprozess ist auch bei den Haushaltseinkommen weitgehend zum Erliegen gekommen. Die Anteile in den oberen Einkommenssegmenten liegen in Westdeutschland deutlich über dem Osten ebenso wie die durchschnittlichen Einkommenshöhen.

Die Einkommensunterschiede der Frauen zu den Männern blieben nicht nur erhalten, sondern vertieften sich.

Das Alterseinkommen in Deutschland ist - wie Einkommen generell - zwischen Ost und West unterschiedlich. Zwei noch existierende Rentenrechtsgebiete wie unterschiedliche historische Entwicklungen (Beamte, Vermögen, Wohneigentum) sind dafür Ursache. Der Stellenwert, welchen die Rente für das tägliche Leben im Osten hat, ist ungleich höher, da andere „Nebeneinkünfte“ relativ selten und gering sind. Tendenzen zunehmender Altersarmut sind vorgezeichnet.

Bestehende Vermögensunterschiede werden sich in den nächsten Generationen weiter vertiefen.

2.4 Zunehmende Armut ist/wird eine der grundlegenden Entwicklungstendenzen des sozialen Wandels in Deutschland. 2014 leben 17 % der ab 18-jährigen Bürger unterhalb der Armutsrisikoschwelle. Das sind in Ostdeutschland 20 % und in Westdeutschland 17 %. Alleinerziehende, Arbeitslose und in kleinen Gemeinden der neuen Bundesländer lebende Bürger sind das am meisten betroffene Potenzial.

Insbesondere Altersarmut wird - soweit nicht gegengesteuert wird - in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen. Dazu tragen die Rentenreformen der letzten Jahre maßgeblich bei, insbesondere durch Senkung des Leistungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung. Ein zunehmender Teil ist auch nicht in der Lage, die Leistungsabsenkung in der GRV über betriebliche oder private Altersvorsorge auszugleichen. Nicht zuletzt bedarf es einer raschen Lösung der Angleichung des Rentenwertes Ost, welche nach mehr als 25 Jahren deutscher Einheit gleiche Renten für gleiche Lebensarbeitsleistungen sichern und zugleich der Altersarmut in den neuen Ländern entgegenwirken würde.

3 Der demografische Wandel

3.1 Eine zunehmende Alterung, sinkende Geburtenzahlen, Wanderungen zwischen Ländern und Staaten, sich ändernde Familienformen sind für den demografische Wandel in Deutschland seit mehr als 100 Jahren charakteristisch. Diese Entwicklungen sind dann bedenklich, wenn die Wirtschafts- und Sozialpolitik sie in Kauf nimmt und nur nach kurzfristigen Lösungen auf Kosten der Bürger sucht.

3.2 Die Bevölkerungsentwicklung vollzieht sich seit 1990 zwischen Ost und West in Deutschland gegenläufig - Rückgang im Osten, Zugewinn im Westen. Die einfache Reproduktion der Bevölkerung wird weder in Ost noch West erreicht. Abnehmende Geburtenraten, steigende Kinderlosigkeit sind prägend. Fehlende Geburten bzw. Kinder sind auch Ausdruck von Perspektivlosigkeit und sozialer Verunsicherung. Ansätze einer sich verbessernden Vereinbarkeit von beruflicher Entwicklung und familiärer Verantwortungen sind noch nicht wirksam.

3.3 Partnerschaft und familiäres Leben haben in den neuen Ländern - auch traditionell - einen hohen Stellenwert. Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen in Bezug auf Erwerbsarbeit und deren Vereinbarkeit mit familiären Verpflichtungen sowie des demografischen Wandels hat die Vielfalt der Familienformen, der Trend zur Kleinfamilie sowie von Alleinerziehenden zugenommen. Der Angleichungsprozess des Verhaltens Ostdeutscher hat sich stabilisiert.

3.4 Die steigende Lebenserwartung der Bürger in den letzten Jahrzehnten in den neuen wie den alten Bundesländern und ihre Angleichung gehören ohne Zweifel zu den positivsten Veränderungen. Ostdeutschland ist inzwischen der ältere Teil Deutschlands und damit auch die Region, in der nicht nur ein kontinuierlich steigender Teil aktiver älterer Menschen lebt, sondern der bereits in der Gegenwart die künftige Entwicklung einer raschen Zunahme älterer Menschen in Westdeutschland vorwegnimmt. Eine Erhöhung des Kinderwunsches war auch in der DDR nie Ziel der Politik, sondern immer nur die Gestaltung der Rahmenbedingungen zur Realisierung eines vorhandenen Kinderwunsches.

3.5 Ein Vergleich von Seniorinnen und Senioren in den alten und neuen Bundesländern, ihren Lebenslagen, ihren Denk- und Verhaltensweisen, ihren Problemen und Hoffnungen, ihren Zuversichten, aber auch Ängsten und Befürchtungen lässt den Schluss zu, dass es in Deutschland auf Jahre hinaus zwei „deutsche Alter“ geben wird. Dies beruht auf den nicht nur ungleichen, sondern ungleichwertigen Lebensverhältnissen zwischen Ost und West, die in den älteren Generationen im besonderen Maße (Sozialisation, Vereinigungseffekte) wirken.

Gemeinsam in Ost und West ist der Wandel zum aktiven Altern, nicht als „Müßiggang“, sondern als Lebensgestaltung „frei von jeglichen Zwängen“. Die „Pflegephase“ gewinnt an Stellenwert im Denken ans Alter.

3.6 Die Vorstellungen vom Altern unterlagen insbesondere im Osten einem generellen Wandel. Das Leben der Älteren in den neuen Bundesländern war bis 1990 keine 40-jährige Geschichte von Irrtümern und Fehlern, es war mehrheitlich durchaus bewusste Gestaltung ihrer individuellen Lebensbedingungen. Die gegenwärtigen Vorstellungen über aktives Altern sind noch nicht hinreichend ausgeprägt - weder in der Politik, noch beim Bürger. Aktives Altern wird immer noch vorrangig auf die Arbeitswelt bezogen.

3.7 Seit 1989 haben fast 4,0 Millionen Bürger der neuen Länder/DDR ihren Wohnsitz Richtung Westen verlassen, in umgekehrter Richtung übersiedelten knapp 2,1 Millionen Bürger. Die Jugend - insbesondere weiblich - ging, das „Mittelalter“ kam. Das war sowohl mit Verlust des „Fruchtbarkeitspotenzials“ als auch mit der „Entleerung“ des ländlichen Raumes verbunden und begrenzt zugleich langfristig die Entwicklung im Osten, insbesondere die soziale und gesundheitliche Betreuung im Alter.

3.8 Die Diskussionen um einen neuen Generationenvertrag delegieren angestrebte Veränderungen ökonomischer Strukturen in die Verantwortung von Eltern für Kinder, von Großeltern für die nachrückenden Generationen usw. Die Beziehung: Staat - Wirtschaft - Bürger/Familie wird ersetzt durch Kindergeneration - Elterngeneration - Großelterngeneration usw. Die Solidarität der Generationen wandelt sich zu einer Umverteilung zwischen sozialen Schichten.

4 Lebensbereiche

4.1 Die Bürger in Ost wie West sind mit ihren Wohnverhältnissen/Wohnbedingungen insgesamt zufrieden, nur 6 % sind unzufrieden. Wohnen ist der Lebensbereich, der in den neuen Ländern den größten „Zugewinn“ erreicht hat, nicht zuletzt aufgrund der qualitativen Fortschritte in der Wohnsubstanz, dem Wohnkomfort und dem Erwerb von Wohneigentum.

Modernisierung und Neubau waren in den neuen Ländern zugleich mit bedeutenden Preis- und Tarifentwicklungen verbunden. Der Anteil der Mietbelastung stieg von 3 % des Einkommens auf 27/28 %. Haushalte von Wohngeldempfängern und steigende Wohnungslosigkeit sind soziale Entwicklungstendenzen in Ost wie West.

Die soziale Infrastruktur der Kommunen im Osten - als wichtige Wohn- und Lebensbedingung - wird immer weiter ausgedünnt, soziale Dienste und sozial-kulturelle Einrichtungen brechen weg. Insbesondere für weniger mobile Menschen in ländlichen Regionen ist das mit einer unmittelbaren Verschlechterung ihrer Lebensqualität verbunden.

4.2 Hinsichtlich des - an den Erwerbsstatus gebundenen - sozialen Status hat sich eine zunehmende Angleichung der Strukturen zwischen Ost und West ergeben. Erwerbsstrukturen reflektieren den Weg zur Dienstleistungsgesellschaft auch im Osten.

Beschäftigung nimmt in Deutschland gegensätzliche Verläufe zwischen Ost und West. Zugleich stehen sich unterschiedliche Erwerbsmuster - insbesondere in Familien mit Kindern - gegenüber. Atypische und prekäre Arbeitsverhältnisse steigen kontinuierlich in Ost wie West und betreffen inzwischen 4 von 10 Erwerbstätigen. Die trotz allem hohe Erwerbstätigkeit im Osten ist das Ergebnis einer einmaligen beruflichen und regionalen Mobilität.

Grundlegendster Einschnitt war die Herausbildung einer dauerhaften Arbeitslosigkeit und eines nach wie vor gespaltenen Arbeitsmarktes mit nachhaltigen Wirkungen bis zur künftigen Alterssicherung. In Deutschland verfügen rd. 50 % aller 18- bis 65-Jährigen über eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit. Fast ein Drittel der Erwerbstätigen lebt in sozialer Verunsicherung aufgrund empfundener Arbeitsplatzbedrohung.

4.3 Die Zufriedenheit mit dem Gesundheitswesen ist trotz steigender Tendenz nur gering ausgeprägt, ebenso wie positive Erwartungen an die künftige Entwicklung. Rd. ein Fünftel der Bürger ist unzufrieden und jeder Vierte erwartet weitere Verschlechterungen.

Die ärztliche Versorgung insbesondere in ländlichen Regionen der neuen Länder hat defizitäre Tendenzen - Versorgungsdichte und Beseitigung überdurchschnittlicher Warte- und Behandlungszeiten prägen - bei Anerkennung der Leistungen der einzelnen Ärzte - die Haltungen der Bürger.

Im Zentrum der Ängste der Bürger steht in allen Altersgruppen in Ost wie West die Befürchtung, einmal ein Pflegefall zu werden. Versorgungsbreite und -qualitative Ausgestaltung sind bei fehlendem Personal noch nicht hinreichend. Das neue Pflegestärkungsgesetz I ab 2015 setzt erste Anzeichen, bringt aber noch keine generellen Lösungen.

4.4 Insgesamt wurde die Situation in der DDR durch zwei Extreme gekennzeichnet: Hohe Belastungen des Wassers, der Luft und des Bodens durch unökologische Wirtschaftsentwicklung und andererseits großflächige Landschaftsgebiete mit ungestörter Entwicklung von Pflanzen- und Tierarten. Die Naturschutzgebiete zählen zum „Tafelsilber“ der deutschen Vereinigung.

Der Ost-West-Vergleich für 2014 lässt eine relative Übereinstimmung in den grundlegenden Wertungen erkennen - das betrifft insbesondere den Stellenwert, den die Umwelt für die Bürger hat, aber auch die Annahmen auf künftige Erwartungen.

In den vergangenen Jahren ist sowohl der Stellenwert der Umwelt für das Leben der Bürger gesunken, ebenso wie die Unzufriedenheit mit der Umweltentwicklung und die Annahme auf weitere Verschlechterungen deutlich in Ost wie West zugenommen haben. Einfluss darauf haben nicht zuletzt globale Entwicklungen, aber auch technische und Naturkatastrophen.

5 Integration - kulturelle Integration

Der deutsche Vereinigungsprozess ist bezogen auf die ostdeutsche Bevölkerung ein Prozess der Integration in die Bundesrepublik Deutschland, der strukturelle, kulturelle, soziale, politische und identifikatorische Integration ebenso einschließt wie strukturelle. Es ist die Beseitigung zweier separater Staaten durch parlamentarische Entscheidung und das Bemühen, daraus durch Integration eine soziale 'Einheit' herzustellen.

5.1 Die im Artikel 35 des Einigungsvertrages getroffenen Feststellungen, dass Kunst und Kultur in den Jahren der Teilung - bei aller Unterschiedlichkeit der Entwicklungen - einen Grundbestand der fortbestehenden Einheit darstellen, wurde inzwischen von großen Teilen der Politik und Medien weitgehend über Bord geworfen.

Die Entwicklung in den neuen Bundesländern ist durch eine zunehmende kulturelle Vielfalt (was nicht identisch mit Qualität ist) mit gleichzeitigem kulturellen Verfall - von der kulturellen Infrastruktur bis zu kulturellen Inhalten - verbunden. Kennzeichnend ist auch eine Verschiebung zu zunehmenden „elitären“ Kulturangeboten.

Das kulturelle Leben im engeren Sinne unterliegt einer ständigen Erosion in quantitativer und vor allem qualitativer Hinsicht.

Der Wandel der Alltagskultur ist in keiner Region Europas in den letzten Jahren so gründlich aus unterschiedlichster Sicht untersucht worden, wie das in den neuen Bundesländern erfolgte.

5.2 Die Grundwertestruktur in Deutschland unterscheidet sich vor allem hinsichtlich des Stellenwertes von Freiheit und sozialer Sicherheit zwischen Ost und West. Sozialisation und Status quo führen zu deutlichen Gegensätzlichkeiten zwischen Ost und West.

Bürger unter 40/50 Jahren geben im Osten der Freiheit, ältere der sozialen Sicherheit ein höheres Gewicht. Das heißt aber nicht, dass ältere Ostdeutsche die Freiheit der Gerechtigkeit oder sozialen Sicherheit gegenüberstellen, ebenso wenig wie sie ein „anstelle - von“ akzeptieren. Ihre Erfahrungen aus der DDR und der Bundesrepublik lehren, es gibt keine soziale Sicherheit ohne Freiheit, es gibt aber auch keine Freiheit ohne soziale Sicherheit und Gerechtigkeit.

Arbeit, ein dem Einkommen entsprechender Lebensstandard, Gesundheit und Wohnen stehen im Zentrum der Wertehierarchie der Bürger in den neuen wie alten Bundesländern.

Gravierender Wertewandel trat in den neuen Ländern beim Stellenwert von Umwelt und Demokratie sowie bei jüngeren Befragten im Leben mit Kindern auf.

5.3 Trotz patriarchalischer Grundstrukturen hat die in der DDR realisierte Emanzipation von oben zu einem Gleichstellungsvorsprung geführt.

Frauen waren 1989/90 in großer Zahl am revolutionären Prozess und am Kampf für Freiheit beteiligt. Anschließend wurden sie von der Macht ausgegrenzt.

Im Besonderen hinsichtlich der Haltung zur Vereinbarkeit von Beruf und familiären Pflichten sowie zu Kindern und Familie generell ist festzustellen, dass sich in diesem Bereich im Osten zunächst Anpassungen an traditionelle „deutsche Leitbilder“ vollzogen. Der einstmals vorhandene Gleichstellungsvorsprung von Frauen ist in den neuen Bundesländern im Schwinden, obwohl sich in den letzten Jahren auch ein Angleichungsprozess West-Ost vollzieht.

Die Haltung zur Berufstätigkeit der Frau und ihrer Ausgestaltung trennt nach wie vor Ost- und Westdeutschland, ebenso wie Frauen im Osten deutlich häufiger mit Führungsaufgaben beauftragt werden - das gilt nicht für höhere Ebenen in Wirtschaft und Politik.

5.4 Die Realität des Lebens von Menschen mit Behinderungen ist insgesamt wesentlich vielfältiger als von Medien, der Politik oder Sozial- und Interessenverbänden zum Teil vermittelt. Die Konzentration der Öffentlichkeit auf Ausgrenzung und Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen einerseits wie auf Heraushebung existenter Integration in den Bereichen Kunst, Sport oder in Spitzenpositionen von Politik und Wirtschaft andererseits überdeckt das ganz normale Leben der übergroßen Mehrheit von Menschen mit Behinderungen, das von ihnen mit hoher Zufriedenheit selbst gestaltet wird - ohne mit allem zufrieden zu sein

Viele als Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten empfundene Lebensverhältnisse von Menschen mit Behinderungen resultieren nicht allein und nicht vorrangig aus der Behinderung, sondern aus dem Zusammentreffen von Behinderung und Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt, Behinderung und Einkommensungleichheit, Behinderung und Bildungs- bzw. Qualifikationsniveau usw.

Insbesondere Menschen mit Behinderungen im Osten unterliegen einer doppelten Diskriminierung.

5.5 Freizeit und Freizeitgestaltung haben sich - bezogen auf tägliche, jährliche und lebenslange frei verfügbare Zeit - in den letzten Jahren grundlegend verändert. Insbesondere Fernsehen und digitale Kommunikation führen einerseits zu individuellerer Gestaltung des Lebensablaufs wie andererseits zu abnehmenden sozialen Beziehungen.

Die Begrenzungen im Reisen, die zu Recht als Einschränkungen von Freiheit empfunden wurden, stellten 1990 einen keineswegs unbedeutenden Grund für den Wunsch vieler Bürger auf Veränderungen des politischen Systems dar. Nach einem enormen Bedarf an Reisen in fremde Länder und dem Kennenlernen fremder Kulturen in den 90er Jahren hat sich eine weitgehend „normale“ Reisetätigkeit entwickelt, die jedoch im Ost-West-Vergleich immer noch sowohl unterschiedliche Lebensverhältnisse als auch Traditionen reflektiert.

Ungleiche Entwicklungen nach 1990 führten auch zu deutlichen Unterschieden insbesondere im Sport- und Freizeitbereich zwischen Ost und West. Die Mitgliedschaftsanteile in den neuen Bundesländern sind nur halb so hoch wie in Westdeutschland. Ungleiche Entwicklungen existieren auch zwischen einzelnen Sportarten - insbesondere jenen, die mit entsprechenden Aufwendungen verbunden sind. Die Situation hinsichtlich Qualität und Quantität der sportlichen Infrastrukturen ist nach wie vor nicht befriedigend.

5.6 Die Vereinigung hat die weltanschaulichen Strukturen der Bevölkerung deutlich und nachhaltig auch in dieser Hinsicht in zwei Regionen geteilt. Während im Osten 75 % keiner Religionsgemeinschaft angehören, sind das im Westen 36 %.

Es gibt in Ost wie West von Generation zu Generation einen weiteren Bedeutungsverlust von Religion. Die im Osten konfessionell Gebundenen sind religiöser, da äußere Zwänge (Familie, soziales Umfeld) geringer sind. Auch die Haltung der Bürger zum weltanschaulich nicht gebundenen „Lebenskundeunterricht“ zeigt erfolgte Veränderungen.

So wie Religionsbekenntnisse sich zwischen Ost und West in bedeutendem Maße unterscheiden, sind damit auch traditionelle Unterschiede in Zeremonien und Feierlichkeiten verbunden - beginnend bei der Geburt, dem Eintritt ins Erwachsenenleben, über Hochzeit bis schließlich zum Tod.

5.7 Zu Deutschland gehören auch das Zusammenleben mit Bürgern anderer Nationalitäten und die damit verbundene Vielfalt in den Sprachen - über Deutsch als Haupt- und Amtssprache hinaus - ebenso wie sein multikulturelles einschließlich seines multikonfessionellen Lebens.

Deutschland ist sowohl durch den realen Anteil an ausländischer Bevölkerung, den Anteil an Bürgern mit Migrationshintergrund als auch die damit verbundenen Haltungen zu Ausländern und das Zusammenleben mit ihnen in Ost und West gespalten.

Insgesamt ist die Haltung der Bürger - der neuen wie der alten Bundesländer - nach mehr als 25 Jahren deutscher Einheit nicht ausländerfeindlich, aber auch keineswegs hinreichend ausländerfreundlich - ohne Extremhaltungen leugnen oder rechtfertigen zu wollen.

Das verbreitete Klischee von einer Jugend, die sich - im Gegensatz zu „Älteren“ - stärker gegen Ausländer in der Bundesrepublik wendet, ist nicht zu belegen.

Obwohl eigene Erfahrungen im Umgang mit Ausländern in den neuen Bundesländern weitgehend fehlen, werden sie als eine Ursache für künftige soziale Probleme im Osten angesehen.

6 Soziale Integration

6.1 Die Bürger der neuen Bundesländer sind für den Sozialstaat, halten ihn zu reformieren aber für dringend erforderlich. Sie verbinden das mit seiner weiteren sozialeren Ausrichtung durch Maßnahmen zur Herstellung besserer Chancengleichheit, Erhöhung sozialer Sicherheit und Verbreitung ihrer solidarischen Grundlagen. Sie wenden sich gegen Privatisierung und Individualisierung des Sozialen.

Mit der Politik der Sozialreformen ist das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme in Ost wie West in hohem Maße verlorengegangen.

6.2 Die Vereinbarungen zur Sozialunion 1990 begrenzten sich auf die schrittweise Übernahme der bundesdeutschen Sozialsysteme, verbunden mit den Vor- und Nachteilen einer marktwirtschaftlich orientierten Sozialpolitik. Die Phase der Konzipierung einer neuen Sozialpolitik für Deutschland auf Grundlage einer reformierten Sozialpolitik war schnell vorbei. Die Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik wurde als bewährt und für nicht reformbedürftig aus Sicht der Vereinigung erklärt.

6.3 Die subjektive Schichtzuordnung in Ost und West ist gegenläufig. Der Anteil der sich der Mittelschicht Zuordnenden im Osten steigt - ohne dass eine eigenständige Oberschicht aufgebaut werden konnte, während im Westen die in letzten Jahren viel besprochene „Erosion der Mittelschicht“ voranschreitet.

Bis in die Gegenwart treten charakteristische strukturelle Unterschiede bei den Bildungs- und Erwerbsstrukturen der Bürger zwischen Ost und West auf. Sie reflektieren die unterschiedliche Sozialisation in der Bundesrepublik und der DDR bis 1990 sowie die hohe berufliche Mobilität der Bürger der neuen Länder seitdem.

6.4 Für die Mehrheit der Bürger verbinden sich mit den bisher erfolgten Maßnahmen zum Umbau des Sozialstaates individuell empfundene Verluste.

Die Bürger der neuen Bundesländer setzen beim Ausbau des Sozialstaates nicht vorrangig auf „mehr Staat“ durch staatliche Absicherung, sondern auf breitere solidarische Grundlagen. Private Vorsorge findet nur sehr geringe Zustimmung.

Die Ursachen für die finanziellen Leistungsbeschränkungen des Staates werden vor allem in der Steuerpolitik zu Gunsten der Unternehmen/Wirtschaft sowie neuen internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik gesehen - interne Faktoren wie demografische Entwicklung und „zu hohe“ Sozialleistungen werden deutlich nachgeordnet.

6.5 Soziale Sicherheit wird von den Bürgern der neuen Bundesländer als wichtiger Grundwert empfunden, was keineswegs im Gegensatz zu Freiheit oder Gerechtigkeit steht. Sie wird von den Bürgern keineswegs auf Sicherung vor den „Wechsel- und Notfällen des Lebens“ begrenzt, sondern vor allem als notwendige Bedingung gesehen, sich sein Leben eigenständig gestalten zu können und im Bedarfsfall der Unterstützung der Solidargemeinschaft sicher zu sein. Dabei wird die gemeinsame Verantwortung von Staat und Solidargemeinschaften hervorgehoben.

6.6 Unmittelbar nach 1990 erfolgte in den neuen Ländern ein nahezu totaler Elitenwechsel, der jedoch nur für wenige Bürger mit Aufstiegschancen verbunden war. Staat und Wirtschaft im Osten sind fest in der Hand von westlichen Erfahrungsträgern. Inzwischen halten sich Auf- und Abstieg auf niedrigem Niveau die Waage. Im Ost-West-Vergleich wird offensichtlich, dass die seit der Jahrtausendwende wirkenden Sozialreformen zu einem erkennbaren Anstieg derer, welche ihre Entwicklung als Abstieg kennzeichnen, - stärker im Westen als im Osten - geführt haben.

6.7 Ein nicht unbedeutender Teil der Daseinsvorsorge in den Städten, Gemeinden und Landkreisen muss zunehmend von den Kommunen/Landkreisen finanziert werden. Der in den letzten Jahren erfolgte „Umbau“ des Sozialstaates war/ist nicht zuletzt auch mit einer Verantwortungsverschiebung „nach unten“ verbunden. Der Investitionsrückstand der Kommunen steigt ebenso wie die Verschuldung.

6.8 Das Verhältnis der Ostdeutschen zur EU war bzw. ist z.T. immer noch davon geprägt, dass sie in die Entstehungsgeschichte nicht integriert waren und sich nach 1990 nicht nur den bis dahin weniger bekannten Teil Europas kulturell und touristisch erschließen wollten/mussten, sondern auch dem Anliegen und Ziele der europäischen Vereinigung und Erweiterung. Letzteres ist mehrheitlich bis heute nicht erreicht.

Mit den osteuropäischen Zugangsländern stehen sich seitdem erstmalig (von der Entwicklung in Deutschland abgesehen) Länder mit sich stark unterscheidenden Werte- und Sozialstrukturen gegenüber, die auch bei einer sich vollziehenden Angleichung der Wirtschafts- und institutionellen Strukturen nicht in kurzer Frist überwunden sein werden.

Das Gefühl der „EU-Länder 2. Klasse“ hat sich inzwischen weit über die ursprünglichen osteuropäischen Beitrittsländer erweitert (u.a. Griechenland, Italien, Portugal), da die EU keinen Weg der sozialen Angleichung vorzeichnet. Die angestrebte Konvergenz der Lebensbedingungen (anstelle einer Sozialunion - die auch in Ostdeutschland noch nicht erreicht wurde) ist in den Beitrittsländern nicht hinreichend vorstellbar diskutiert und von Deutschland nicht positiv befördert worden.

Das Projekt Europäische Union ist nach wie vor unvollendet - die Zuwanderungen 2015 sowie der „Brexit“ haben das verdeutlicht.

7 Politische Integration

7.1 Hohe Zustimmung zur Demokratie als Wert bei niedriger Zufriedenheit hinsichtlich demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten und geringen Erwartungen an Verbesserungen kennzeichnen die Haltungen zur Demokratie, bei generell positiveren Zustimmungswerten im Westen.

Insgesamt gibt es in den neuen Ländern ein ansteigendes politisches Interesse - insbesondere im Zusammenhang mit der Politik der Sozialreformen und der Politisierung des öffentlichen Lebens (September 2001). Einen „Idealbürger“ gibt es nicht, der Demokratie Kritische ist genauso typisch wie der unkritisch „Bejahende“.

7.2 Die Bürger der neuen Bundesländer haben ihre Wahlgläubigkeit nach der Vereinigung in hohem Maße abgelegt und treten wie die Bürger in Westdeutschland für eine deutliche Verstärkung plebiszitärer Elemente, so durch Volksentscheide und direktdemokratische Elemente, ein.

Es besteht nach wie vor die Gefahr, dass sich bestimmte politische Einstellungen und Haltungen der Resignation und Zurückhaltung in der Partizipation dauerhaft verfestigen. Der Rückzug in eine „Zuschauerdemokratie“, die sich auf reine Beobachter- und Kritikerpositionen begrenzt, der es weitgehend an Interessenartikulation, Konfliktaustragung und Nutzung von Chancen zur aktiveren Gestaltung der Verhältnisse mangelt, hält weiter an.

7.3 Die Vereinskultur und das gesellschaftliche Engagement haben sich in Ost und West angenähert. Die mit der friedlichen Revolution erlangte „Vielfalt der Vereine/Verbände“ wird als wesentlicher Gewinn der deutschen Vereinigung gesehen.

In den letzten Jahren haben sich die Mitgliedschaften in einzelnen Vereinen und Verbänden sowie die Beteiligung an anderen gesellschaftlichen Aktivitäten (z.B. als Abgeordnete in kommunalen Vertretungen, in Elternvertretungen) z.T. gegensätzlich entwickelt, insbesondere in der Mitgliedschaft von Parteien und großen Interessenverbänden vollzogen sich rückläufige Entwicklungen. Zugleich gibt es in Ost wie West ein keineswegs unbedeutendes Potenzial, welches Interesse am bürgerschaftlichen Engagement bekundet.

Eine Vielzahl von Vereinen steht z.T. einem erforderlichen Zusammenwirken entgegen.

7.4 Die Parteienlandschaft in Deutschland hat sich nach 1990 neu strukturiert mit unterschiedlichen Strukturen in Ost und West. Der Trend zu einer Mehrparteienlandschaft hält an, die traditionellen Parteien verlieren an Mitgliedern und Einfluss. Hinsichtlich der den Parteien zugestandenen Kompetenzen in den wichtigsten das Leben der Bürger betreffenden gesellschaftspolitischen Bereichen ist eine Polarisierung zwischen CDU/CSU/SPD einerseits und DIE LINKE andererseits - vor allem im Osten - festzustellen.

Rechtsextremismus ist und bleibt nicht nur im Osten Deutschlands eine Bedrohung demokratischer Entwicklung.

7.5 Das Vertrauen in die gewählten Institutionen auf Bundes- und Landesebene ist in Deutschland - im Besonderen im Osten - trotz steigender Tendenz generell gering, wenig und kein Vertrauen sind dominant in der Meinung der Bürger. Polizei und Gerichten wird demgegenüber ein höheres Vertrauen entgegengebracht.

Die Haltungen zu politischen Institutionen reflektieren in den neuen Ländern Erwartungen und gemachte Erfahrungen der letzten Jahre, während in den alten Bundesländern vor allem die Älteren eine sozialisationsgebundene höhere Vertrauensquote ausweisen.

Anlage 2

Tabellenverzeichnis

Kapitel 1

Tabelle 1.1:	Die Einschätzungen zur Einheit Deutschlands sind sehr unterschiedlich. Welcher Auffassung würden Sie zustimmen? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	47
Tabelle 1.2:	Sind fast 25 Jahre deutsche Einheit für Sie insgesamt...? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	59
Tabelle 1.3:	Anzahl der Stadt- und Landkreise lt. Raumordnungsbericht der Bundesregierung (ROB 2011) nach Qualitätseinstufung	81
Tabelle 1.4:	Regionale Qualitätseinstufung entsprechend Raumordnungsbericht 2011 des BBSR - nach Bundesländern-Ost und Anzahl der Kreise -	82
Tabelle 1.5:	Zukunftschancen der Regionen NBL und West (inkl. Berlin) 2016 - Anzahl der Stadt- und Landkreise der jeweiligen Region -	84
Tabelle 1.6:	Angleichung der Lebensverhältnisse - DDR/früheres Bundesgebiet 1989/1990/1991 - neue Länder/alte Länder 2014/2015/2016) -	87
Tabelle 1.7:	Haben Sie in Bezug auf die weitere Entwicklung in den nächsten Wochen vor allem Hoffnungen/Befürchtungen? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	97

Kapitel 2

Tabelle 2.1:	Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig - alles in allem - mit Ihrem Leben? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	121
Tabelle 2.2:	Einkommensprofile - nur Befragte, welche mit ihrem Leben im Allgemeinen „sehr zufrieden“/„zufrieden“ sind - nach Regionen - 2014 -	124
Tabelle 2.3:	Zufriedenheit - nach ausgewählten Lebensbereichen und Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ sehr zufrieden “/„ zufrieden “)	127
Tabelle 2.4:	Ausgewählte Daten der sozialen Entwicklung, sozialen Infrastruktur und sozialen Leistungen - DDR - 1950 bis 1989 - (Teil I)	130
Tabelle 2.4:	Ausgewählte Daten der sozialen Entwicklung, sozialen Infrastruktur und sozialen Leistungen - DDR - 1950 bis 1989 - (Teil II)	131
Tabelle 2.4:	Regionale Differenzierung ausgewählter Infrastrukturen - DDR - (Teil III)	132
Tabelle 2.5:	Betriebe und Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen in Ostdeutschland 2015 (Stand: 30. Juni)	140
Tabelle 2.6:	Ausgewählte Daten der Entwicklung des produzierenden Bereichs (pB) im Verhältnis zur jeweiligen Region - in Prozent -	140
Tabelle 2.7:	Finanzielle und personelle Aufwendungen im Wirtschaftssektor - 2001 und 2014 -	142
Tabelle 2.8:	Wie beurteilen Sie gegenwärtig Ihre wirtschaftliche Lage? Würden Sie sagen, sie ist ...? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	147
Tabelle 2.9:	Bewertung der wirtschaftlichen Lage und Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf - neue Länder und Berlin-Ost 1992 bis 2014/früheres Bundesgebiet inkl. Berlin-West 2014 - in Euro -	150

Tabelle 2.10:	Ermöglicht Ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	154
Tabelle 2.11:	Wie wird vermutlich Ihre eigene wirtschaftliche Lage in fünf Jahren sein bzw. wie war sie vor fünf Jahren? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	156
Tabelle 2.12:	Vergleich ausgewählter Bruttostundenlöhne vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer - nach Wirtschaftsbereichen und Regionen - 4. Vierteljahr 2015 -	164
Tabelle 2.13:	Vergleich ausgewählter Bruttostundenlöhne vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer - nach Geschlecht und Leistungsgruppen sowie Regionen - 4. Vierteljahr 2015 -	164
Tabelle 2.14:	Ausgewählte Mindestlöhne in der EU - in Euro -	168
Tabelle 2.15:	Bruttomonatsverdienste ohne Sonderzahlungen von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern - nach Regionen - 2. Vierteljahr 2016 - in Euro -	169
Tabelle 2.16:	Stundenlöhne je Arbeitnehmer - 2000 bis 2015 -	170
Tabelle 2.17:	Bruttodurchschnittslohn/-gehalt je abhängig Beschäftigtem (in VZÄ) - nach Betriebsgrößen - Juni 2015 - ohne Urlaubsgeld und Arbeitgeberanteil -	170
Tabelle 2.18:	Individuelles Nettoeinkommen - nach Einkommensgruppen und Regionen - 1990 bis 2014 - in Prozent -	172
Tabelle 2.19:	Stadt- und Landkreise nach Regionenstruktur auf Grundlage von Stundenlohnranking - 2013 - in Prozent -	177
Tabelle 2.20:	Einkommen und Einnahmen privater Haushalte - nach Regionen - 2014 - Euro je Haushalt und Monat -	180
Tabelle 2.21:	Haushaltsnettoeinkommen - nach Einkommensgruppen und Regionen - 1990 bis 2014 - in Prozent -	182
Tabelle 2.22:	Rente nach Rentenarten sowie Pflegegelder aus der Sozialpflichtversicherung und aus der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung - Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten beim FDGB (Monat Dezember) -	185
Tabelle 2.23:	Durchschnittliche Zahlbeträge der Renten wegen Alters - nach Regionen und Geschlecht - Ende 2015 - in Euro -	193
Tabelle 2.24:	Abschläge im Rentenzugang 2015 - Altersrenten- insgesamt - nach Regionen und Geschlecht -	197
Tabelle 2.25:	Angleichung der Rentenwerte 2016 bis 2030 - Variante (Angleichung der Löhne Ost an West entsprechend der jahresdurchschnittlichen Entwicklung der vergangenen 10 Jahre. Die Löhne in den neuen Ländern steigen somit jährlich um 0,4 Prozentpunkte stärker als im Westen.)	201
Tabelle 2.26:	Ruhegeld pro Monat (Auswahl) - 2015 - in Euro -	203
Tabelle 2.27:	Versicherte und Leistungsempfänger der Altersversicherungen - 2015	205
Tabelle 2.28:	Anteil der Bezieher/Bezieherinnen und Bruttobetrag von Alterssicherungsleistungen sowie zusätzliche Einkommen - ab 65 Jahre -	206
Tabelle 2.29:	Entwicklung der Arbeitnehmer-Bruttolöhne, Altersrenten, Verbraucherpreise, Kaufkraft und des Aktuellen Rentenwertes - nach Regionen - 2000 bis 2015 -	208
Tabelle 2.30:	Entwicklung des Ausstattungsgrades von privaten Haushalten mit langlebigen Gebrauchsgütern - nach Regionen - 1989 bis 2016 - je 100 Haushalte am 1.1. des jeweiligen Jahres -	211
Tabelle 2.31:	Vermögen privater Haushalte in der DDR (in Mark) sowie der BRD (in D-Mark) - 1989 -	215

Tabelle 2.32:	Nettovermögen über 80-Jähriger - 1.1.2013 - nach Regionen - Euro je Haushalt -	225
Tabelle 2.33:	Anteile der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte im Bereich der Armutsgrenze - DDR - (ca.-Angaben - in Prozent) -	227
Tabelle 2.34:	Vergleichende Darstellung der Armutsgefährdungsquoten in Deutschland (60 % - Median - bedarfsgewichtet) - in Prozent -	229
Tabelle 2.35:	Armut-/Reichtumsprofile - Deutschland - 2014 - Grundlage Bundesmedian - in Prozent -	235

Kapitel 3

Tabelle 3.1:	Anteil Geborener nicht verheirateter Eltern an allen Geburten - 1991/2013 - in Prozent -	255
Tabelle 3.2:	Zusammengefasste Geburtenziffer je Frau - Deutschland - 1975 bis 2015 -	257
Tabelle 3.3:	Entwicklung des Durchschnittsalters - nach Regionen - 1990 bis 2035 - in Jahren -	266
Tabelle 3.4:	Haben Sie Vorstellungen über Ihren Lebensabend? - nur Noch-nicht-Rentner/ Pensionäre - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent -	273
Tabelle 3.5:	Ost-West-Wanderung - 1949 bis 2014 - in 1.000 Personen -	295
Tabelle 3.6:	Der Meinung, dass die Konflikte zwischen Älteren und Jüngeren zunehmen, stimme ich ... - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent -	303

Kapitel 4

Tabelle 4.1:	Wohnungsausstattung - nach Ländern - 31.12.1989 -	308
Tabelle 4.2:	Ausstattungslevel der Wohnung - neue Länder und Berlin-Ost - 1990 bis 2001 - in Prozent -	308
Tabelle 4.3:	Wohnzufriedenheit - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	309
Tabelle 4.4:	Wohnfläche - nach Regionen - 1990 bis 2015 - in Quadratmetern -	311
Tabelle 4.5:	Mietenstruktur - nach Anteil der Haushalte und ausgewählten Jahren - neue Länder und Berlin-Ost - 1994 bis 2014 - in Prozent -	316
Tabelle 4.6:	Betreuungs-/Besuchsquoten für Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kinder in Kindertagespflege am 01.03.2016 - nach Altersgruppen und Regionen - in Prozent -	330
Tabelle 4.7:	Entwicklung des Erwerbspotenzials - nach Regionen - 1989 bis 2015 - in 1.000 -	340
Tabelle 4.8:	Entwicklung atypischer Beschäftigungsformen in Deutschland - 1996 bis 2014 - Anteil an Beschäftigten - in Prozent -	346
Tabelle 4.9:	Vergütungsgruppenstruktur - nach Tarifgruppen und Regionen - Anfang 2016 - in Prozent -	348
Tabelle 4.10:	Entwicklung der weiblichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und der weiblichen Erwerbstätigkeit - DDR - 1955 bis 1989 -	349
Tabelle 4.11:	Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Rentenalter - DDR - 1972 bis 1989 -	356
Tabelle 4.12:	Erwerbsstatus - nach Altersgruppen und Regionen - 2014 - in Prozent -	358
Tabelle 4.13:	Hat Ihrer Meinung nach der Stellenwert der Erwerbsarbeit von Älteren in der Gesellschaft zugenommen oder abgenommen? - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent -	359

Tabelle 4.14:	Gegenwärtig sind mehr ältere Menschen ab 55 Jahre berufstätig als noch vor 10 Jahren. Worin sehen Sie mögliche Ursachen? - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>vor allem</i> “)	360
Tabelle 4.15:	Arbeitsmarktdaten für Ältere - nach Regionen - Dezember 2006/August 2016 -	367
Tabelle 4.16:	Falls Sie nicht arbeitslos sind, befürchten Sie, in der nächsten Zeit arbeitslos zu werden? - nur Erwerbstätige - nach sozialen Gruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent -	368
Tabelle 4.17:	Versorgungsgrad mit Ärzten/Zahnärzten - nach Regionen - 1991 bis 2015 - Einwohner je Arzt/Zahnarzt -	375
Tabelle 4.18:	Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung - 31.12.2015 -	393
Tabelle 4.19:	Leistungsanspruch der Pflegeversicherung - ab 1.1.2017 - in Euro -	394
Tabelle 4.20:	Entwicklung der Anzahl der Pflegebedürftigen - in Millionen -	395
Tabelle 4.21:	Anteil der Hilfe- und Pflegebedürftigen in Privathaushalten - nach Altersgruppen - in Prozent -	395
Tabelle 4.22:	Pflegebedarf - nach Regionen - 2030 - in 1.000 Personen -	397
Tabelle 4.23:	Anteil an Teilzeitbeschäftigten - nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte - in Prozent (Ende 2013) -	398
Tabelle 4.24:	Monatliche Einkommen - Vollzeitbeschäftigte - Ende 2013 -	398
Tabelle 4.25:	Welche Einschränkungen würden Sie auf sich nehmen, um einen Familienangehörigen zu pflegen? - nur erwerbstätige Befragte bis 60. Lebensjahr - nach Regionen - 2011 - in Prozent -	402
Tabelle 4.26:	Emissionen - DDR/neue Bundesländer - 1975 bis 1991 -	408
Tabelle 4.27:	Wasserverwendung - nach Hauptnutzergruppen - DDR - 1970 bis 1988 - in Millionen m ³ -	409
Tabelle 4.28:	Waldschädigung in der DDR - 1986 bis 1989 - in Prozent -	410

Kapitel 5

Tabelle 5.1:	Ausgewählte Indikatoren für Kultur - nach Bundesländern -	439
Tabelle 5.2:	Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung, Kultur - nach ausgewählten Verbrauchsgruppen - 2014 - in Euro pro Haushalt und Monat -	442
Tabelle 5.3:	Wie wichtig ist Ihnen ...? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	445
Tabelle 5.4:	Ranking-Plätze bezogen auf die einzelnen Lebensbereiche (Arbeit/Haushaltseinkommen/Gesundheitswesen/Wohnen-Freizeit) - Platz unter 19 Regionen - 2016 -	452
Tabelle 5.5:	Wertewandel im Vergleich zwischen jüngeren (unter 30 Jahren) und älteren (ab 60 Jahre) Jahrgängen - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/ früheres Bundesgebiet 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>ist mir sehr wichtig</i> “)	456
Tabelle 5.6:	Bruttostundenverdienste von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen neue Bundesländer und Abstand zu Arbeitnehmern bzw. insgesamt - 2014 - Euro/Prozent - ohne Sonderzahlungen -	471
Tabelle 5.7:	Die Einschätzungen zur Einheit Deutschlands sind sehr unterschiedlich. Welcher Auffassung würden Sie zustimmen? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	474

Tabelle 5.8:	Organisationsgrad des Deutschen Sports - Mitgliederanteil an der Bevölkerung 2015 - nach Alter, Geschlecht und Region - in Prozent der jeweiligen Altersgruppe -	496
Tabelle 5.9:	Bestandszahlen an Kleingärten in den Landesverbänden des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde e.V. (geschätzt) - ohne VKSG - 1997 -	504
Tabelle 5.10:	Anteil der Bevölkerung nach christlichen Religionsgemeinschaften - nach Bundesländern - 2014 - in Prozent -	509
Tabelle 5.11:	Zu- und Fortzüge ausländischer Bürger über die Grenzen Deutschlands - 2015 - in 1.000 Personen -	515
Tabelle 5.12:	Anteile ausländischer Bürger und von Bürgern mit Migrationshintergrund - nach Regionen - 2015 -	519
Tabelle 5.13:	Durchschnittseinkommen - nach Regionen - 2014 - in Euro -	521
Tabelle 5.14:	Indikatoren der Lebenslagen und Asylbewerberquoten - nach ausgewählten Kreisen -	524
Tabelle 5.15:	Positionen zu ausländischen Bürgern in Deutschland - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	526
Tabelle 5.16:	Bevölkerung nach Migrationshintergrund, sozio-demografischen Strukturen und Regionen	532
Kapitel 6:		
Tabelle 6.1:	Ausgewählte Vergleichswerte der Schichtstruktur - nach Regionen - 2014 -	552
Tabelle 6.2:	Ist Ihrer Meinung nach die Reformierung des Sozialstaates notwendig? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	557
Tabelle 6.3:	In den letzten Jahren hat es eine Vielzahl von Maßnahmen zum Umbau des Sozialstaates (Sozialreformen) gegeben. Wenn Sie das bezogen auf Ihre Situation betrachten, haben Sie dadurch ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	560
Tabelle 6.4:	Wenn Sie die Frage nach Gewinnen und Verlusten beim Sozialumbau aus Sicht der Gesellschaft betrachten, wer hat dann vor allem Gewinne und Verluste? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)	561
Tabelle 6.5:	Worin bestehen Ihrer Meinung nach die Ziele der gegenwärtigen Reformen zum 'Umbau' des Sozialstaates? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „ja“ - Mehrfachantworten möglich)	562
Tabelle 6.6:	Sollte Ihrer Meinung nach staatliche Sozialpolitik ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	563
Tabelle 6.7:	Wenn Sie zu befinden hätten, wie der weitere Ausbau des Sozialstaates vor allem erfolgen sollte, wären Sie für ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	564
Tabelle 6.8:	Wie sollten Ihrer Meinung nach Leistungen des Sozialstaates vor allem finanziert werden? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (keine Mehrfachantworten möglich)	565
Tabelle 6.9:	Sollte Ihrer Meinung nach Alterseinkommen beruhen auf ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	566
Tabelle 6.10:	Welche Grundrichtungen der Sozial-/Familienpolitik finden vor allem Ihre Unterstützung? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)	568

Tabelle 6.11:	Wenn der Staat finanziell nicht mehr leisten kann, liegt das Ihrer Meinung nach vor allem ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „ ja “)	569
Tabelle 6.12:	Sollten Leistungen des Sozialstaates Ihrer Meinung nach gebunden sein an...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „ nur “/„ vor allem “)	570
Tabelle 6.13:	Sollten Ihrer Meinung nach Sozialleistungen nur gezahlt werden, wenn...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „ ja “)	571
Tabelle 6.14:	Was meinen Sie zu dem folgenden Satz: ‘Wer arbeiten will, findet auch Arbeit’? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	572
Tabelle 6.15:	Von welchen Maßnahmen der Veränderung von Sozialstandards waren Sie bzw. Ihre Familienmitglieder betroffen? - 18 bis 60 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	573
Tabelle 6.16:	Erwartete Änderungen im Ergebnis der Sozialreformen - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	574
Tabelle 6.17:	Das persönliche Gefühl sozialer Sicherheit haben ... - DDR - 1982 - in Prozent -	577
Tabelle 6.18:	Was verstehen Sie unter sozialer Sicherheit? - neue Länder und Berlin-Ost - 2001 - in Prozent - (nur Antwort: „ vor allem “)	582
Tabelle 6.19:	Finanzielle Leistungsentwicklung - Sozialbudget 1991 bis 2015 - nach Institutionen -	588
Tabelle 6.20:	Beitragssätze zur Sozialversicherung - in v.H. -	589
Tabelle 6.21:	Ostdeutsche in den sektoralen Eliten der Bundesrepublik (1991-2012/13) - in v.H. -	592
Tabelle 6.22:	Einschätzung der Gesamtfinanzierungssituation für die kommenden fünf Jahre	600

Kapitel 7

Tabelle 7.1:	Demokratiebewertungen - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/ früheres Bundesgebiet (inkl. Berlin-West) 2010/2014 - in Prozent -	617
Tabelle 7.2:	Was verstehen Sie unter freien Wahlen? - Befragung 11.11.1989 - Berlin (Grenzübergänge) - in Prozent -	622
Tabelle 7.3 :	Statistik der Wahlen 1990/1998/2009/2013	626
Tabelle 7.4:	Wahlergebnisse DDR/Ostdeutschland/früheres Bundesgebiet - in Prozent -	628
Tabelle 7.5:	Mitgliedschaft in DDR-Organisationen und Vereinigungen - 1987 - in Prozent -	632
Tabelle 7.6:	Mitgliedschaften - ab 18. Lebensjahr - neue Länder und Berlin-Ost 1992 bis 2014/früheres Bundesgebiet (inkl. Berlin-West) 2010/2014 - in Prozent -	633
Tabelle 7.7:	Wären Sie zur Mitarbeit in einer Organisation mit nachfolgenden Zielen bereit? - neue Länder und Berlin-Ost - 1992 bis 2013 - in Prozent - (nur Antwort: „ ja “)	634
Tabelle 7.8:	Mitgliedschaften im DGB - neue Länder - 1995 bis 2014 - in 1.000 -	637
Tabelle 7.9:	Mitgliederzahlen Sozial- und Wohlfahrtsverbände - 2010/2013/2015 - in 1.000 -	647
Tabelle 7.10:	Höchster beruflicher Abschluss sowie Anteil weiblicher Mitglieder der Sozial- und Wohlfahrtsverbände - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - Anteile in Prozent -	653

Tabelle 7.11:	Eckdaten der Entwicklung der Volkssolidarität - 1950 bis 1960 -	658
Tabelle 7.12:	Eckdaten der Entwicklung der Volkssolidarität - 1960 bis 1988 -	659
Tabelle 7.13:	Eckdaten der Entwicklung der Volkssolidarität - 1994 bis 2015 -	664
Tabelle 7.14:	Eckdaten der Entwicklung der Volkssolidarität - 1994 bis 2015 -	665
Tabelle 7.15:	Entwicklung der Anteile von Befragten mit eindeutiger, mehrfacher und ohne Parteienpräferenz - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/ früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent - (insgesamt = 100)	669
Tabelle 7.16:	Mitgliederzahlen von Parteien - neue Länder - Ende 2015/Mitte 2016 -	671
Tabelle 7.17:	Wie viel Vertrauen haben Sie in ...? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	693

Kapitel 8:

Empirische Erhebungsreihe

Tabelle 1:	Akteure der Sozialberichterstattung; Auswahl an bedeutenden Berichten auf Ebene des Bundes	715
Tabelle 2:	Variablenliste (Auswahl) „Leben in den neuen Bundesländern“ - Gesamtdatei 1990 bis 2014 -	717

Kinder- und Jugendhilfe

Tabelle 1:	Anteil der Absolventen/Abgänger mit allgemeiner Hochschulbildung (Abitur) an Schulabschlüssen - allgemeinbildende Schulen - nach Regionen - 1992/2002/2012 - in Prozent -	724
Tabelle 2:	Beschäftigung und Arbeitslosigkeit 15- bis 20-Jähriger - nach Regionen - 2002/2013 - in Prozent -	725

Gewerkschaften

Tabelle 1:	Wie bewerten Sie die Wirksamkeit der Gewerkschaften? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	734
Tabelle 2:	Wie bewerten Sie die Wirksamkeit der Gewerkschaften? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	735
Tabelle 3:	Wie bewerten Sie die Wirksamkeit der Gewerkschaften? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	736
Tabelle 4:	Wie bewerten Sie die Wirksamkeit der Gewerkschaften? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	737
Tabelle 5:	Wer ist Ihrer Meinung nach in den vergangenen Jahren stärker geworden? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	738
Tabelle 6:	Sollten die Gewerkschaften ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	741
Tabelle 7:	Sind Sie für Tarifverträge? Sind Sie für Mindestlöhne? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	742
Tabelle 8:	Sollten sich die Gewerkschaften stärker für einheitliche Tarife in Ost-West einsetzen? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	743
Tabelle 9:	Sollten sich die Gewerkschaften stärker einsetzen für die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost-West? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	744
Tabelle 10:	Gibt es in Ihrem Betrieb einen Betriebs- bzw. Personalrat? - nur Erwerbstätige - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	745
Tabelle 11:	Positionen zu Gewerkschaften in den Betrieben - 18 bis 60 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent - (nur Antwort: „trifft zu“)	746

Sozial- und Wohlfahrtsverbände

Tabelle 1:	Wo finden Sie die meisten Informationen über die Arbeit der Sozial- und Wohlfahrtsverbände? - 2012/2006 - in Prozent -	760
Tabelle 2:	Angebote für „Rechtsberatung/Sozialberatung“ als Beitrittsbedingung - neue Länder und Berlin-Ost - 2012/2006 - in Prozent - (nur Antwort: „ auf jeden Fall “)	761
Tabelle 3:	Sollten Ihrer Meinung nach Sozial- und Wohlfahrtsverbände nicht nur Mitspracherechte, sondern auch Mitbestimmungsrechte speziell in der Sozialpolitik haben? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	763
Tabelle 4:	Soziale Profile von Beitrittsbekundenden für Sozial- und Wohlfahrtsverbände - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	769
Tabelle 5:	Können Sie sich vorstellen, eine ehrenamtliche Funktion im Rahmen eines Sozial-/ Wohlfahrtsverbandes zu übernehmen? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012/2006 - in Prozent -	773
Tabelle 6:	Könnten Sie sich vorstellen, nur aus solidarischen Gründen - indem Sie nur Beitrag zahlen - Mitglied in einem Sozial- und Wohlfahrtsverband zu werden? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012/2006 - in Prozent - (nur Antwort: „ ja “)	774

Anlage 3

Abbildungsverzeichnis

Kapitel 1

Abbildung 1.1:	Haben Sie angesichts der aktuellen Entwicklung vor allem Hoffnungen oder Befürchtungen? - Grenzübergangsstellen Berlin - 11. November 1989 - in Prozent -	31
Abbildung 1.2:	Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Bereiche. Bitte sagen Sie mir, ob die Bundesrepublik auf dem jeweiligen Gebiet der DDR überlegen ist, ob die DDR der Bundesrepublik überlegen ist oder ob beide gleichauf sind! - DDR - Dezember 1989 - in Prozent -	33
Abbildung 1.3:	Wie bewerten Sie Ihre individuelle wirtschaftliche Situation? - DDR - Dezember 1989 - in Prozent -	35
Abbildung 1.4:	Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem Leben? - DDR - Januar 1990 - in Prozent -	36
Abbildung 1.5:	Wie zufrieden sind Sie mit ...? - DDR - Januar 1990 - in Prozent -	37
Abbildung 1.6:	Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig alles in allem mit Ihrem Leben? - Gesamtbewertung nach Altersjahrgängen - neue Länder und Berlin-Ost - 1990 bis 2014 - in Prozent -	38
Abbildung 1.7:	Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage? - Gesamtbewertung nach Altersjahrgängen - neue Länder und Berlin-Ost - 1992 bis 2014 - in Prozent -	39
Abbildung 1.8:	Sind die Jahre seit der Vereinigung für Sie insgesamt gesehen ...? - Gesamtbewertung nach Altersjahrgängen - neue Länder und Berlin-Ost - 1994 bis 2014 - in Prozent -	40
Abbildung 1.9:	Wenn Sie an die weitere Entwicklung denken, haben Sie dann ...? - Gesamtbewertung nach Altersjahrgängen - neue Länder und Berlin-Ost - 1991 bis 2014 - in Prozent -	41
Abbildung 1.10:	Hauptaussagen zur sozialen Lage - neue Länder und Berlin-Ost 1989 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2014 - in Prozent -	42
Abbildung 1.11:	Wie schätzen Sie den Stand der Einheit Deutschlands ein? - nach Regionen - 2002/2010/2013/2014 - in Prozent -	46
Abbildung 1.12:	Wird die historische Leistung der friedlichen Revolution im Herbst 1989 heute in der Öffentlichkeit gesehen als Leistung der ...? - nach Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent -	49
Abbildung 1.13:	Wird die historische Leistung der friedlichen Revolution im Herbst 1989 heute in der Öffentlichkeit gesehen als Leistung der ...? - nach parteipolitischen Orientierungen der Bürger - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent -	50
Abbildung 1.14:	Prinzipschema des „Erlebens“ deutscher Geschichte	51
Abbildung 1.15:	Wenn Sie 1989 zu jung waren, um über eigene Erinnerungen zu verfügen, sagen Sie uns bitte, von wem Ihre Kenntnisse, Ihr Wissen, Ihre Einschätzungen geprägt und beeinflusst wurden! - nur 18- bis unter 35-Jährige - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)	52
Abbildung 1.16:	Welchen Einfluss hatte Ihr Elternhaus auf Ihre DDR-Kenntnisse? - nach Alter und allgemeinem Bildungsabschluss - nur 18- bis 35-Jährige - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent -	52

Abbildung 1.17:	Welche Erwartungen und Hoffnungen hatten Sie - wenn Sie sich zurückerinnern - an den Herbst 1989? - ab 35 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent - (nur Antwort: „ trifft voll zu “)	53
Abbildung 1.18:	Meine Erwartungen in der Wendezeit in Bezug auf mein Leben haben sich in den einzelnen Lebensbereichen ... erfüllt. - ab 35 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent -	54
Abbildung 1.19:	Fühlen Sie sich in Bezug auf Ihr Leben in der DDR ...? - ab 35 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent -	56
Abbildung 1.20:	Wie wird Ihrer Meinung nach das Leben in der DDR mehrheitlich in den Medien dargestellt? - ab 35 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent -	58
Abbildung 1.21:	Sind die Jahre seit der Vereinigung für Sie ...? - neue Länder und Berlin-Ost 1994 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	60
Abbildung 1.22:	Sind die Jahre seit der Vereinigung für Sie ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent -	61
Abbildung 1.23:	Sind die Jahre seit der Vereinigung für Sie ...? - nur Befragte ab 40 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ vor allem Gewinn “/„ mehr Gewinn als Verlust “)	62
Abbildung 1.24:	Gewinne/Verluste - neue Länder und Berlin-Ost - 2002 - in Prozent -	63
Abbildung 1.25:	Was hat sich seit der Vereinigung 1990 in Ihrem Leben wie verändert? - nur Jahrgang 1970 und älter - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	65
Abbildung 1.26:	Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland heißt für mich vor allem ... - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)	73
Abbildung 1.27:	Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn ... - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ trifft voll zu “)	74
Abbildung 1.28:	Ist die Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland bis 2019 real? - nach Regionen - 2010/2013 - in Prozent -	76
Abbildung 1.29:	Wie viel Jahre wird es dauern, bis die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland an die in Westdeutschland angeglichen sein werden? - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Prozent -	77
Abbildung 1.30:	Was meinen Sie, in wie viel Jahren werden die Einkommen angeglichen sein? - neue Länder und Berlin-Ost 1994 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	78
Abbildung 1.31:	Über- und unterdurchschnittliche Ausprägungen regionaler Lebensverhältnisse	81
Abbildung 1.32:	Kreise und kreisfreie Städte in den neuen Bundesländern nach ihren Zukunftschancen - 2016 -	83
Abbildung 1.33:	Bundesländer nach den Zukunftschancen ihrer Stadt- und Landkreise (Regionen inkl. Stadtstaaten) - 2016 - in Prozent der Kreise des jeweiligen Bundeslandes -	85
Abbildung 1.34:	Angleichungsfortschritte - Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) - neue Länder/früheres Bundesgebiet jeweils ohne Berlin - 1991 bis 2015 - in 1.000 Euro -	88
Abbildung 1.35:	Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland) - nach Regionen - 1991 bis 2015 - in 1.000 Euro -	89
Abbildung 1.36:	Entwicklung des aktuellen Rentenwertes - nach Regionen - 1991 bis 2016 sowie Annahmen bis 2019 - in Euro -	89
Abbildung 1.37:	Vergleich der Spreizung des Bruttoinlandsproduktes je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen - nach Regionen - 2000 bis 2015 - in Euro -	90

Abbildung 1.38:	Vergleich der Spreizung der höchsten und niedrigsten durchschnittlichen Stundenlöhne der Bundesländer - nach Regionen - 2000 bis 2015 - Arbeitnehmer - in Euro -	90
Abbildung 1.39:	Vergleich der Spreizung der höchsten und niedrigsten durchschnittlichen verfügbaren Einkommen je Einwohner - nach Regionen - 2000 bis 2015 - in Euro -	91
Abbildung 1.40:	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Einwohner - 2015 - Euro -	92
Abbildung 1.41:	Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer - 2015 - in Euro -	92
Abbildung 1.42:	Armutsgefährdungsquote nach Bundesländern - gemessen am Bundesmedian - 2015 - in Prozent -	93
Abbildung 1.43:	Wohnfläche je Einwohner - 31.12.2015 - in Quadratmetern -	93
Abbildung 1.44:	Ambulant tätige Ärztinnen und Ärzte zum 31.12.2015 - nach Bundesländern - Einwohner je Arzt -	93
Abbildung 1.45:	Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren - 1. März 2016 - Kindertageseinrichtungen und -tagespflege - in Prozent -	94
Abbildung 1.46:	Entwicklung der Anzahl der Arbeitnehmer - 1991 bis 2015 - in Prozent - (1991 = 100)	94
Abbildung 1.47:	Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2013 - nach Bundesländern - in Prozent -	94
Abbildung 1.48:	Prozentualer Anteil der Bevölkerung von in Sportvereinen/-verbänden organisierten Mitgliedern - 2015 -	95
Abbildung 1.49:	Haben Sie in Bezug auf die weitere Entwicklung in den nächsten Wochen vor allem Hoffnungen/Befürchtungen - neue Länder und Berlin-Ost 1989 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	96
Abbildung 1.50:	Haben Sie in Bezug auf die weitere Entwicklung vor allem Hoffnun- gen/Befürchtungen? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	98
Abbildung 1.51:	Wie zufrieden sind Sie mit Ihren Zukunftsaussichten? - neue Länder und Berlin-Ost 1994 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	99
Abbildung 1.52:	Wie wird sich vermutlich Ihr Leben ganz allgemein in den nächsten fünf Jahren verändern? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	100
Abbildung 1.53:	Wie wird sich Ihr Leben in den nächsten fünf Jahren verändern? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 bis 2014 - in Prozent -	101
Abbildung 1.54:	Erwartete Veränderungen der Bedingungen in den nächsten Jahren für ... - nach Lebensbereichen - neue Länder und Berlin-Ost - 1990 bis 2014 - in Prozent -	102
Abbildung 1.55:	Erwarten Sie in Bezug auf die Bedingungen...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent -	104
Abbildung 1.56:	Erwarten Sie in Bezug auf die Bedingungen...? - früheres Bundesgebiet inkl. Berlin-West - 2014 - in Prozent -	104
Abbildung 1.57:	Erwartete Verschlechterungen der Bedingungen in den nächsten Jahren für ... - nach ausgewählten Altersgruppen und Lebensbereichen - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent -	105
Abbildung 1.58:	Was bereitet Ihnen hinsichtlich des 'Älterwerdens' besondere Ängste? - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>vor allem</i> “)	106
Abbildung 1.59:	Ängste vor dem Alterseinkommen - nach durchschnittlichen Einkommensgrößen - 50- bis 65-Jährige - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Euro/Monat -	107

Abbildung 1.60:	Seit der Einheit sind ... Jahre vergangen. Welche Aussage trifft für Sie am ehesten zu? - neue Länder und Berlin-Ost - 1997 bis 2014 - in Prozent -	113
Abbildung 1.61:	Fühlen als richtige Bundesbürger - nach ausgewählten sozio-demografischen Gruppen - nur Befragte ab 25 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent -	113
Abbildung 1.62:	Fast 25 Jahre deutsche Einheit - welche Aussage trifft Ihre Meinung am besten? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	115
Abbildung 1.63:	Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit ...? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	116
Abbildung 1.64:	Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 1992 bis 2014 - in Prozent - (nur Antworten: „ <i>stark</i> “/„ <i>ziemlich stark</i> “)	117

Kapitel 2

Abbildung 2.1:	Allgemeine Lebenszufriedenheit - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	121
Abbildung 2.2:	Allgemeine Lebenszufriedenheit - nach ausgewählten Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 1990 bis 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>sehr zufrieden</i> “/„ <i>zufrieden</i> “)	122
Abbildung 2.3:	Zufriedenheit nach Regionen und Haushaltsnettoeinkommen/Kopf - 2014 - in Prozent -	123
Abbildung 2.4:	Zufriedenheit - nach sozialem Status und Regionen - 2014 - in Prozent -	124
Abbildung 2.5:	Zufriedenheitsbewertungen im Vergleich 1990/2000/2014 - neue Länder und Berlin-Ost - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>sehr zufrieden</i> “/„ <i>zufrieden</i> “)	125
Abbildung 2.6:	Zufriedenheit - nach Lebensbereichen - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - (Mehrfachantworten möglich)	128
Abbildung 2.7:	Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Lage der DDR? - nach Alter und Qualifikation - Dezember 1989 - in Prozent -	133
Abbildung 2.8:	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen - 2015 - in Euro -	135
Abbildung 2.9:	Angleichungsfortschritte - Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) - neue Länder/früheres Bundesgebiet jeweils ohne Berlin - 1989 bis 2015 - in 1.000 Euro -	137
Abbildung 2.10:	Beschäftigtenanteile - nach Betriebsgrößen (Beschäftigtenzahl) und Regionen - 2015 - in Prozent -	139
Abbildung 2.11:	Struktur Forschungs- und Entwicklungsaufwand und -personal - nach Beschäftigtengröße der Unternehmen sowie Regionen - 2013 - in Prozent -	142
Abbildung 2.12:	Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation im Land - neue Länder und Berlin-Ost 1994 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	144
Abbildung 2.13:	Wie zufrieden sind Sie mit der wirtschaftlichen Situation im Lande? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	145
Abbildung 2.14:	Individuelle wirtschaftliche Lage - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/ früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	146
Abbildung 2.15:	Anteil der ihre wirtschaftliche Lage als „ <i>sehr gut</i> “/„ <i>gut</i> “ Kennzeichnenden - nach sozialen Hauptgruppen und Regionen - 2014 - in Prozent -	148
Abbildung 2.16:	Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage und Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf (OECD-Äquivalenzeinkommen) - nach Einkommensgruppen und Regionen - 2014 - in Prozent -	149

Abbildung 2.17:	Wie bewerten Sie Ihre gegenwärtige individuelle wirtschaftliche Lage im Vergleich zur Zeit vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (1.7.1990)? - nur Befragte, die vor 1971 geboren sind - nach Regionen - 2010 - in Prozent -	150
Abbildung 2.18:	Durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen nach Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Situation - neue Länder und Berlin-Ost - 1992 bis 2014 - in Euro (bis 2002 umgerechnet) -	152
Abbildung 2.19:	Ermöglicht Ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse? - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	153
Abbildung 2.20:	Ermöglicht Ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse? - nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen (Äquivalenzeinkommen pro Familienmitglied) - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	154
Abbildung 2.21:	Wie werden sich Ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren die Bedingungen ändern, um Ihren persönlichen Wohlstand zu erhöhen? - nach Alter, Erwerbs- und familiärem Status - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent -	156
Abbildung 2.22:	Wie wird vermutlich Ihre wirtschaftliche Lage in fünf Jahren im Vergleich zu heute sein? - nach Altersgruppen und Regionen - 2014 - in Prozent -	157
Abbildung 2.23:	Wie wird vermutlich Ihre eigene wirtschaftliche Lage in fünf Jahren sein bzw. wie war sie vor fünf Jahren? - neue Länder und Berlin-Ost 2003 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	158
Abbildung 2.24:	Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland) - nach Regionen - 1991 bis 2015 - in 1.000 Euro -	160
Abbildung 2.25	Vergleich der Spreizung der höchsten und niedrigsten durchschnittlichen Bruttolöhne der Bundesländer - Arbeitnehmer - nach Regionen - 2000 bis 2015 - in 1.000 Euro -	161
Abbildung 2.26:	Vergleich der Bruttostundenverdienste von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern - 4. Vierteljahr 2015 - nach Regionen und Beschäftigungsart - in Euro -	162
Abbildung 2.27:	Durchschnittlicher Stundenlohn je Arbeitnehmer (brutto) - 4. Vierteljahr 2015 - Euro -	165
Abbildung 2.28:	Anteil der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben - West- und Ostdeutschland - 1996 bis 2015 - in Prozent - (Basis: alle Betriebe)	166
Abbildung 2.29:	Anteil der Beschäftigten, die vor der Mindestlohneinführung weniger als 8,50 Euro/Stunde verdient haben - in Prozent -	167
Abbildung 2.30:	Entwicklung von Einkommensstrukturen der Arbeitnehmer sowie Unternehmens- und Vermögenseinkommen - Deutschland - 1991 bis 2015 - in Prozent - (Gesamtaufwendungen in Mrd. Euro - 1991 = 100)	171
Abbildung 2.31:	Individuelles Nettoeinkommen - nach sozialen Gruppen und Regionen - 2014 - in Euro -	172
Abbildung 2.32:	Verdienstabstand im Vergleich der Stundenlöhne zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmern (Gender Pay Gap) (Vollzeitbeschäftigte inkl. Sonderzahlungen - nach Bundesländern - 2. Vierteljahr 2016 - in Prozent -	173
Abbildung 2.33:	Tarifliche Ausbildungsvergütungen - nach Regionen - 1992 bis 2015 - in Euro -	175
Abbildung 2.34:	Einkommenssituation in den Stadt- und Landkreisen - Ost-West-Vergleich zum durchschnittlichen Deutschlandwert - 2013 - in Prozent -	176
Abbildung 2.35:	Verfügbares Einkommen je Einwohner - 2014 - in Euro -	178

Abbildung 2.36:	Haushaltsnettoeinkommen - nach sozialer Stellung der Haupteinkommensbezieher/-innen und Regionen - 2013 - in Euro -	181
Abbildung 2.37:	Haushaltsnettoeinkommen - nach Altersgruppen der Haupteinkommensbezieher/-innen und Regionen - 2013 - in Euro -	182
Abbildung 2.38:	Haushaltsnettoeinkommen äquivalenzgewichtet (OECD) - nach Altersgruppen und Regionen - 2014 - in Prozent -	183
Abbildung 2.39:	Entwicklung des Netto-Renteniveaus vor Steuern - Realität und Projektion - 1990 bis 2040 - sowie zu besteuender Rentenanteil - jeweils in Prozent -	190
Abbildung 2.40:	Durchschnittlicher Zahlbetrag der Renten wegen Alters - nach Geschlecht und Bundesländern - Bestandsrenten 31.12.2015 - in Euro -	192
Abbildung 2.41:	Durchschnittlicher Zahlbetrag Renten wegen Alters - Frauen - Bestandsrenten 31.12.2015 - in Euro -	194
Abbildung 2.42:	Schichtung der Zahlbeträge - Altersrenten (Rentenbestand-insgesamt) - 2015 - in Prozent -	195
Abbildung 2.43:	Schichtung der Zahlbeträge - Altersrenten (Rentenzugang - ohne Auslandsrenten) - 2015 - in Prozent -	196
Abbildung 2.44:	Abschläge im Rentenzugang - Altersrenten - nach Regionen und Geschlecht - 2000 bis 2015 - in Prozent -	197
Abbildung 2.45:	Entwicklung des aktuellen Rentenwertes - nach Regionen - 1991 bis 2016 sowie Annahmen bis 2030 - in Euro -	199
Abbildung 2.46:	Durchschnittliches Ruhegehalt der Beamten und Soldatenversorgung - nach Ebenen - 1. Januar 2015 - Euro/Monat -	201
Abbildung 2.47:	Struktur des Bruttoeinkommens je Bezieherin/Bezieher von Alterssicherungsleistungen - Personen ab 65 Jahre - nach Regionen - 2015 - Euro -	204
Abbildung 2.48:	Entwicklung der Arbeitnehmerbruttoeinkommen, des Rentenwertes und der Verbraucherpreise sowie der Kaufkraft - nach Regionen - 2000 bis 2015 -	207
Abbildung 2.49:	Monatliche Ausgaben privater Haushalte - nach Regionen - 2014 - in Euro -	210
Abbildung 2.50:	Vergleich der Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern - nach Regionen - 2015 - Ausstattungsbestand je 100 Haushalte -	212
Abbildung 2.51:	Vergleich der Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern - nach Haushaltseinkommensgruppen in Euro/Monat - neue Länder und Berlin - 1.1.2014 - Ausstattungsgrad je 100 Haushalte -	213
Abbildung 2.52:	Vergleich der Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern - nach sozialer Stellung - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - Ausstattungsgrad je 100 Haushalte -	213
Abbildung 2.53:	Durchschnittliche Spareinlagen pro Konto und Alter der Sparer - DDR - 1989 - Mark der DDR -	215
Abbildung 2.54:	Individuelles Nettovermögen nach ausgewählten Perzentilen im Ost-West-Vergleich - 2012 - in Euro -	217
Abbildung 2.55:	Vermögen je Vermögensbesitzer ab 17 Jahre (Mittelwert) - nach Regionen - 2012 - in Euro -	218
Abbildung 2.56:	Individuelles Nettovermögen - nach Altersgruppen und Regionen - 2012 - in Euro -	218
Abbildung 2.57:	Nettogeldvermögen privater Haushalte - nach sozialer Stellung und Regionen - 2013 - in Euro -	220

Abbildung 2.58:	Zahlen Sie in Ihrem Haushalt einen Kredit ab? - nach Altersgruppen, Haushaltsnettoeinkommen (äquiv.) und Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ja“)	221
Abbildung 2.59:	Sparvermögen - 2014 - in Euro je Einwohner -	222
Abbildung 2.60:	Ost-West-Unterschiede in der Verteilung des Erbschaftsvolumens - generationenübergreifende Übertragung an die Erbengeneration 2015 bis 2024 - nach Regionen - in Prozent -	224
Abbildung 2.61:	Armutsgefährdungsquote nach Bundesländern - gemessen am Bundesmedian - 2015 - in Prozent -	231
Abbildung 2.62:	Armutsquoten - nach soziodemografischen Merkmalen - 2015 - bezogen auf Bundesmedian - Anteile in Prozent der jeweiligen Gruppe -	232
Abbildung 2.63:	Armutsgefährdungsschwellen nach Bundesländern - Einpersonenhaushalte - 2015 - in Euro - 60 % des jeweiligen Landesmedian -	233
Abbildung 2.64:	Einkommensschichtung - ab 18. Lebensjahr - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/Vergleich zu früherem Bundesgebiet 2014 - in Prozent -	234
Abbildung 2.65:	Schichtung der Zahlbeträge von Altersrenten im Rentenbestand 2015 - neue Länder und Berlin-Ost - Anteile an Gesamt Männer und Frauen in Prozent -	236
Abbildung 2.66:	Vergleich der offiziell vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Armutsgefährdungsquote (ab 65 Jahre) für 2015 (Landesmedian) sowie der Quote für Grundsicherung im Alter (ab 65 Jahre) Dezember 2014 - nach Bundesländern -	237
Abbildung 2.67:	Wohnungsgröße in Abhängigkeit von Einkommensprofilen - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Quadratmeter -	239
Abbildung 2.68:	Anteil der Bürger mit privater Altersvorsorge nach Einkommensgruppen (Euro) - 18 bis 65 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Prozent -	242
Kapitel 3		
Abbildung 3.1:	Altersaufbau der Bevölkerung - DDR/neue Länder - 1900 bis 2014 - in 1.000 Personen -	247
Abbildung 3.2:	Bevölkerungsentwicklung Deutschland - 1800 bis 2060 - in Millionen -	249
Abbildung 3.3:	Anzahl 15- bis 65-Jähriger auf eine Person ab 65 Jahre - Deutschland - 1871 bis 2060 -	250
Abbildung 3.4:	Bevölkerungsentwicklung - 1990 bis Ende 2015 - in Prozent - (1990 = 100)	251
Abbildung 3.5:	Geburten - Sterbefälle - SBZ-DDR - neue Länder - 1946 bis 2015 - in 1.000 Personen -	252
Abbildung 3.6:	Durchschnittliches Alter der Mütter bei Geburt ihrer Kinder - nach Regionen - 1960 bis 2015 -	253
Abbildung 3.7:	Anteil der nichtehelich Geborenen an den Lebendgeborenen insgesamt - nach Regionen - 1946 bis 2015 - in Prozent -	254
Abbildung 3.8:	Zusammengefasste Geburtenziffer - Frauen 15 bis 49 Jahre - nach Regionen - 1950 bis 2015 - Kinderzahl je Frau -	256
Abbildung 3.9:	Kinderlosigkeit in Deutschland - nach Geburtsjahrgängen/Altersgruppen und Regionen - 2012 - in Prozent der jeweiligen Altersgruppe -	257
Abbildung 3.10:	Veränderung der Todesursachenstruktur - Deutschland - 1980 bis 2014 - Anteile in Prozent -	260
Abbildung 3.11:	Was ist für Sie das Wichtigste? - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Prozent -	261

Abbildung 3.12:	Lebensformen in Deutschland - Anteil an Familien insgesamt - nach Regionen - 1996/2015 - in Prozent -	262
Abbildung 3.13:	Haushalte - nach Haushaltsgröße und Regionen - 1990 bis 2035 - in Prozent -	262
Abbildung 3.14:	Haushaltsmitglieder je Haushalt - nach Regionen - 1991 bis 2015 -	263
Abbildung 3.15:	Allgemeine Eheschließungs- und Scheidungsziffer - 1950 bis 2014 - nach Regionen -	264
Abbildung 3.16:	Entwicklung der Lebenserwartung seit 1951 - früheres Bundesgebiet (FBG) bzw. DDR/neue Länder (NBL) - in Jahren -	267
Abbildung 3.17:	Altenquotient 2010, 2030 und 2060 - 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren -	268
Abbildung 3.18:	Haben Sie Vorstellungen über Ihren Lebensabend? - nur Noch-nicht-Rentner - neue Länder und Berlin-Ost - 2011 - in Prozent -	274
Abbildung 3.19:	Haben Sie Vorstellungen über Ihren Lebensabend? - nur Noch-nicht-Rentner - nach beruflichem Abschluss und individuellem Nettoeinkommen - neue Länder und Berlin-Ost - 2011 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>eher nicht</i> “/„ <i>keine</i> “)	275
Abbildung 3.20:	Was wird einmal Ihren Lebensabend prägen bzw. prägt ihn schon? - neue Länder und Berlin-Ost - 2011 - in Prozent -	276
Abbildung 3.21:	Was erwartet Ihrer Meinung nach die Gesellschaft heute von Älteren vor allem? - nach Regionen - 2011 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>vor allem</i> “)	277
Abbildung 3.22:	Es gibt die verschiedensten Bilder, die ‚Alter‘ und ‚alt sein‘ charakterisieren. Sagen Sie bitte, ob Sie nachstehenden Aussagen zustimmen können oder nicht! - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>stimme voll zu</i> “)	278
Abbildung 3.23:	Es gibt die verschiedensten Bilder, die ‚Alter‘ und ‚alt sein‘ charakterisieren. Sagen Sie bitte, ob Sie nachstehenden Aussagen zustimmen können oder nicht! - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>stimme voll zu</i> “)	279
Abbildung 3.24:	Alterszusammensetzung des Deutschen Bundestages - 13. Bundestag (1994 bis 1998) und 18. Bundestag (seit 2013) - nach Altersgruppen - in Prozent -	280
Abbildung 3.25:	Wann beginnt bei Ihnen das Altsein bzw. der ältere Arbeitnehmer? - nach Altersgruppen der Befragten und Regionen - 2011 - in Jahren -	281
Abbildung 3.26:	Ost-West-Wanderung - 1945 bis 2014 - in 1.000 Personen -	294
Abbildung 3.27:	Wo haben Sie 1989 gelebt? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	297
Abbildung 3.28:	Welcher Aussage hinsichtlich des Verhältnisses der Generationen stimmen Sie zu? - nach Regionen - 2011 - in Prozent -	302
Abbildung 3.29:	Welcher Aussage hinsichtlich des Verhältnisses der Generationen stimmen Sie zu? - nach Regionen - 2011 - in Prozent -	304
Abbildung 3.30:	Der Aussage „den jeweils nachfolgenden Generationen geht es immer besser“ stimme ich ... zu - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent -	305
Abbildung 3.31:	Der Aussage „Ältere leben auf Kosten der Jüngeren“ stimme ich ... zu. - nach Altersgruppen und Regionen - 2011 - in Prozent -	305

Kapitel 4

Abbildung 4.1:	Grundaussagen zum Lebensbereich Wohnen - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	310
Abbildung 4.2:	Grundaussagen zum Wohnen - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014 - Vergleichswert FBG 2014 - in Prozent -	311
Abbildung 4.3:	Wohnfläche je Einwohner - 31.12.2015 - in Quadratmetern -	312
Abbildung 4.4:	Baujahr der Gebäude von Wohnungen - nach Regionen und Baujahr - 2014 - in Prozent -	313
Abbildung 4.5:	Wohnungen nach Baujahresgruppen der Gebäude sowie Anteil Wohnungseigentümer - neue Länder - 2014 - in Prozent -	314
Abbildung 4.6:	Anteile selbst genutzten Eigentums - nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen (äquivalenzgewichtet) und Regionen - 2014 - in Prozent -	315
Abbildung 4.7:	Mietbelastung von Mieterhaushalten (privat - Kommunen - Genossenschaften) - neue Länder und Berlin-Ost - 1990 bis 2014 -	317
Abbildung 4.8:	Mietanteil an Haushaltsnettoeinkommen - nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen - 2014 - in Prozent - nur Haushalte von Mietern und Genossenschaftsmitgliedern -	318
Abbildung 4.9:	Prozentuale Verteilung altersgerechter Wohnformen - 65 Jahre und älter - Deutschland - 2008 -	321
Abbildung 4.10:	Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Gegebenheiten in Ihrer näheren Umgebung? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent - (nur Antwort: „zufrieden“)	323
Abbildung 4.11:	Anteile der Bevölkerung - nach Gemeindegrößen und Regionen - 10.04.2014 - in Prozent -	324
Abbildung 4.12:	Zufrieden mit ... - nach Gemeindegrößen (Einwohnerzahl) - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	325
Abbildung 4.13:	Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen und -pflege - 1. März 2016 - in Prozent -	329
Abbildung 4.14:	Betreute Kinder - nach Träger der Einrichtung und Regionen - 01.03.2016 - in Prozent -	331
Abbildung 4.15:	Grundaussagen zum Lebensbereich Arbeit - 18 bis 65 Jahre - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	335
Abbildung 4.16:	Grundaussagen zur Arbeit - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014 - Vergleichswert FBG 2014 - in Prozent -	335
Abbildung 4.17:	Erwerbsquoten (Anteil Erwerbspersonen an Bevölkerung) - nach Altersgruppen und Regionen - 1991/2000/2010/2015 - in Prozent -	337
Abbildung 4.18:	Wer arbeiten will, findet auch Arbeit - neue Länder und Berlin-Ost 1997 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2014 - in Prozent -	339
Abbildung 4.19:	Entwicklung der Arbeitnehmerzahlen in Deutschland - 1990 bis 2015 (1989 = 100) - nach Regionen sowie dem Anteil der Arbeitnehmer neue Länder an Deutschland - in Prozent -	340
Abbildung 4.20:	Entwicklung der Anzahl der Arbeitnehmer - 1991 bis 2015 - in Prozent - (1989 = 100)	341
Abbildung 4.21:	Entspricht Ihre jetzige oder, falls Sie nicht (mehr) erwerbstätig sind, Ihre letzte ausgeübte Tätigkeit Ihrem zuerst erlernten Beruf? - 40 bis 70 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Prozent -	342

Abbildung 4.22:	Durchschnittsalter der Bevölkerung im Erwerbsalter (18 bis 65 bzw. 67 Jahre) - nach Regionen - 2005 bis 2060 -	343
Abbildung 4.23:	Entwicklung atypischer Beschäftigungsformen in Ostdeutschland 1996 bis 2015 - Anteil an Beschäftigung insgesamt - in Prozent -	344
Abbildung 4.24:	Anteil der Beschäftigten nach Stundenlohnstufen unter 8,50 Euro - nach Regionen - 2013 - in Prozent -	347
Abbildung 4.25:	Wie ist Ihre Meinung zur Berufstätigkeit von Frauen? - nach Regionen - 2010 - in Prozent -	351
Abbildung 4.26:	Erwerbsquote Frauen - nach Altersgruppen und Regionen - 1991 und 2015 - in Prozent -	352
Abbildung 4.27:	Erwerbstätige Frauen - nach Wirtschaftsbereichen - DDR/neue Länder (ohne Berlin) - 1989/2015 - in Prozent -	353
Abbildung 4.28:	Erwerbstätige Frauen - nach Stellung im Beruf und Regionen - 1991/2015 - in Prozent -	353
Abbildung 4.29:	Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern - nach Erwerbstyp und Region - 2012 - in Prozent -	355
Abbildung 4.30:	Gegenwärtig sind mehr ältere Menschen ab 50 Jahre berufstätig als noch vor 10 Jahren. Worin sehen Sie mögliche Ursachen? - 50 bis 65 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2011 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>vor allem</i> “)	361
Abbildung 4.31:	Entwicklung der Arbeitslosenquoten - nach Geschlecht und Regionen - 1991 bis 2016 - in Prozent der abhängig zivilen Erwerbspersonen -	364
Abbildung 4.32:	Entwicklung der „Unterbeschäftigung“ in Ostdeutschland - 1990 bis 2016 (2. Vierteljahr) - (ab 2000 inkl. Berlin-West) lt. Bundesagentur für Arbeit Nürnberg -	365
Abbildung 4.33:	Anteil 55-jähriger und älterer Arbeitsloser an Gesamtarbeitslosen - nach Regionen - jeweils Dezember des laufenden Jahres - in Prozent -	367
Abbildung 4.34:	Dauer der Gesamtarbeitslosigkeit - 18 bis 65 Jahre - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	368
Abbildung 4.35:	Einwohner je berufstätigen Arzt - nach Bundesländern - 31.12.2015 -	376
Abbildung 4.36:	Einwohner je berufstätigen Arzt - nach Bundesländern - 31.12.2015 -	377
Abbildung 4.37:	Grundaussagen zum Lebensbereich Gesundheit - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	380
Abbildung 4.38:	Grundaussagen zu Gesundheit/Gesundheitswesen - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014, Vergleichswert FBG 2014 - in Prozent -	381
Abbildung 4.39:	Wartezeiten für Termine beim letzten Arztbesuch - 18 bis 80 Jahre - nach Regionen - letzter Arztbesuch zwischen Mai 2013 und April 2014 - in Prozent -	382
Abbildung 4.40:	Bevölkerung nach Art der Krankenkasse/-versicherung - 2011/1994 - in Prozent -	385
Abbildung 4.41:	Versicherte der GKV - nach Kassenarten und Regionen - 2011 - in Prozent -	385
Abbildung 4.42:	Verbrauch von Nahrungsmitteln in kg pro Einwohner und Jahr - Deutschland - 1994/2013 -	387
Abbildung 4.43:	Schwangerschaftsabbrüche je 10.000 Frauen der Altersgruppe 15 bis unter 50 Jahre - nach Wohnsitz der Frauen - 2015 -	388
Abbildung 4.44:	Pflegequote - nach Bundesländern - 2013 - in Prozent -	393
Abbildung 4.45:	Pflege- und Hilfebedarf der Bevölkerung - nach Geschlecht und Altersgruppen -	396

Abbildung 4.46:	Pflegebedürftige nach Art der Versorgung - Ende 2013 - in Prozent -	396
Abbildung 4.47:	Glauben sie, dass - falls notwendig - Ihre Familienangehörigen einmal die Pflege übernehmen werden? - Befragte ab 50. Lebensjahr - 2011 - nach Regionen - in Prozent -	401
Abbildung 4.48:	Ein Großteil der pflegebedürftigen Menschen wird durch Angehörige zu Hause gepflegt. Was muss nach Ihrer Meinung getan werden, um pflegende Angehörige besser zu unterstützen? - 50 bis 65 Jahre - nach Regionen - 2011 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>sehr wichtig</i> “)	404
Abbildung 4.49:	Welche Maßnahmen sollten nach Ihrer Ansicht getroffen werden, um Pflege künftig besser zu finanzieren? - 2011 - nach Regionen - in Prozent -	405
Abbildung 4.50:	Flächenstruktur DDR/neue Bundesländer - 1990 -	410
Abbildung 4.51:	Grundaussagen zur Umwelt - neue Länder und Berlin Ost 1990 bis 2014/ Vergleichswerte FBG 2014 - in Prozent -	413
Abbildung 4.52:	Grundaussagen zum Lebensbereich Umwelt - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	415
Abbildung 4.53:	Stromerzeugung in West- und Ostdeutschland - 2012 - in Prozent -	417
Abbildung 4.54:	Aufkommen an Haushaltsabfällen - nach Bundesländern - 2014 - in kg je Einwohner -	418
Abbildung 4.55:	Durchschnittlicher täglicher Wasserverbrauch der ans öffentliche Netz angeschlossenen Haushalte und gewerblichen Abnehmer - nach Bundesländern - 2013 - Liter pro Einwohner je Tag -	419
Abbildung 4.56:	Waldschäden der Schadstufen 2 bis 4 (deutliche Schäden) - 2015 - Anteil an Waldfläche - in Prozent -	420
Abbildung 4.57:	Flächenstruktur - neue Länder (ohne Berlin)/früheres Bundesgebiet - 31.12.2012 - in Prozent -	421
Kapitel 5		
Abbildung 5.1:	Frauen 15 Jahre und älter nach beruflichem Bildungsabschluss - nach Altersgruppen - früheres Bundesgebiet - 1995/2014 (ohne Berlin-West) - in Prozent -	433
Abbildung 5.2:	Betreuungsquote von Kindern in Kindertageseinrichtungen - nach Altersgruppen und Regionen - 1989/1990, 2015 - in Prozent -	434
Abbildung 5.3:	Struktur der Konfessionszugehörigkeit - früheres Bundesgebiet - in Prozent -	435
Abbildung 5.4:	Anteil Erwerbstätiger in Kulturberufen an Erwerbstätigen insgesamt - 2013 - in Prozent -	439
Abbildung 5.5:	Wie wichtig sind Ihnen nachfolgende Grundwerte - neue Bundesländer und Berlin-Ost/früheres Bundesgebiet (inkl. Berlin-West) - 2014 - in Prozent -	443
Abbildung 5.6:	Ausgewählte Grundwerte nach Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost/ früheres Bundesgebiet inkl. Berlin-West - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>sehr wichtig</i> “)	446
Abbildung 5.7:	Stellenwert von Inhalten des Begriffs „Freiheit“ - Vergleich neue Länder und Berlin-Ost sowie Niedersachsen - 2012 - in Prozent -	448
Abbildung 5.8:	Was sind für Sie Merkmale sozialer Gerechtigkeit? - Vergleich neue Länder und Berlin-Ost sowie Niedersachsen - 2012 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>vor allem</i> “)	449
Abbildung 5.9:	Allgemeine Lebenszufriedenheit - 2016 - Deutschland nach Regionen (Skala von 0: sehr unzufrieden bis 10: sehr zufrieden)	450

Abbildung 5.10:	Wertestrukturen im Ost-West-Vergleich - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ ist mir sehr wichtig “)	453
Abbildung 5.11:	Wertestruktur - neue Länder - 1990/2000/2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ sehr wichtig “)	454
Abbildung 5.12:	Erwartungen an Verbesserungen/Verschlechterungen - Frauen - DDR - Januar 1990 - in Prozent -	461
Abbildung 5.13:	Bewerten Sie, ob in Bezug auf Gleichberechtigung von Frauen die Bundesrepublik oder die DDR überlegen ist oder ob beide gleichauf sind! - Frauen - DDR - Dezember 1989 - in Prozent -	461
Abbildung 5.14:	Gleichstellungsvorsprung der ostdeutschen Frauen - 1988/1989 - Frauenanteil in verschiedenen Sektoren von Bildung, Beruf und Politik - in Prozent -	463
Abbildung 5.15:	Beurteilung der Gleichberechtigung der Geschlechter - Frauen - neue Länder und Berlin-Ost - 2001 - in Prozent -	467
Abbildung 5.16:	Was hat sich seit der Wende verbessert, verschlechtert, ist gleich geblieben? - Frauen - neue Länder und Berlin-Ost - 2001 - in Prozent -	469
Abbildung 5.17:	Genderindex - 2006 und 2011 -	470
Abbildung 5.18:	Wie ist Ihre Meinung zur Berufstätigkeit von Frauen? - nach Regionen - 2010 - in Prozent -	472
Abbildung 5.19:	Falls Sie Erwerbstätigkeit nur unter bestimmten Bedingungen bejahen, welche wären das? - nach Regionen - 2010 - in Prozent -	473
Abbildung 5.20:	Gibt es aus Ihrer Sicht noch Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern? - Frauen - nach Lebensbereichen und Regionen - 2010 - in Prozent - (nur Antwort: „ nein “)	475
Abbildung 5.21:	Sind fast 25 Jahre deutsche Einheit für Sie insgesamt gesehen ...? - Frauen - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	476
Abbildung 5.22:	Anteil von Frauen auf der ersten und zweiten Führungsebene in Betrieben in Ost- und Westdeutschland - 2004 bis 2014 - in Prozent -	477
Abbildung 5.23:	Anteil von Frauen in Leitungsfunktionen - DDR - 1989 - in Prozent -	480
Abbildung 5.24:	Anteile weiblichen Hochschulpersonals - Deutschland - 2012 - in Prozent -	481
Abbildung 5.25:	Schwerbehinderte Menschen - nach Altersgruppen und Geschlecht - je 1.000 schwerbehinderte Männer bzw. Frauen - Stand: 31.12.2013 -	484
Abbildung 5.26:	Schwerbehinderte Menschen - nach Altersgruppen und Geschlecht - je 1.000 schwerbehinderte Männer bzw. Frauen - Stand: 31.12.2013 -	485
Abbildung 5.27:	Einkommensvergleich zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen - nach Regionen - 2014 - in Euro/Monat -	487
Abbildung 5.28:	Grundaussagen zum Lebensbereich Freizeit - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	490
Abbildung 5.29:	Urlaubsreisen - DDR - 1989 - in 1.000 -	491
Abbildung 5.30:	Reisedauer - nach Regionen - 2015 - in Prozent -	493
Abbildung 5.31:	Prozentualer Anteil der Bevölkerung von in Sportvereinen/-verbänden organisierten Mitgliedern - 2016 -	494
Abbildung 5.32:	Mitglieder/Aktive in Sportvereinen/-gruppen - ab 18. Lebensjahr - nach Haushaltsnettoeinkommen/Familienmitglied und Regionen - 2014 - in Prozent -	497
Abbildung 5.33:	Fußball Bundesliga - Saison 2016/2017 -	498

Abbildung 5.34:	Anzahl der Kleingärten bezogen auf 1.000 Einwohner des jeweiligen Bundeslandes - 2014 -	503
Abbildung 5.35:	Konfessionszugehörigkeit - DDR/NBL-FBG-Deutschland - 1950 bis 2014 - in Prozent der Bevölkerung -	506
Abbildung 5.36:	Anteil der Bevölkerung nach christlichen Konfessionsgemeinschaften - 31.12.2014 -	508
Abbildung 5.37:	Sollte Ihrer Meinung nach das Schulfach „Humanistische Lebenskunde“ in allen Bundesländern eingeführt werden? - Bürger ab 14 Jahre - 2008 - (Antwort: „ <i>ja</i> “)	510
Abbildung 5.38:	Jugendweihen 1991 bis 2015 im Vergleich zur Geburtenentwicklung DDR/ neue Länder und Berlin-Ost - 1976 bis 2000 -	512
Abbildung 5.39:	Einwanderungen in die Bundesrepublik - 1954 bis 1990 - in 1000 - (Saldo)	514
Abbildung 5.40:	Saldo Einwanderungen - Deutschland - 1991 bis 2015 - in 1.000 Personen -	515
Abbildung 5.41:	Anteil ausländischer Bevölkerung und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung insgesamt - 2015 -	518
Abbildung 5.42:	Bevölkerungsanteile nach Migrationshintergrund (Mhg), Alter und Regionen - 2015 - in Prozent -	520
Abbildung 5.43:	Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer - 2015 - in Prozent - (Königsteiner Schlüssel)	522
Abbildung 5.44:	Stimmen Sie der Meinung zu, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben und ihre Zahl in der nächsten Zeit kleiner werden sollte? - neue Länder und Berlin-Ost 1992 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>stimme voll zu</i> “)	525
Abbildung 5.45:	Positionen zu ausländischen Bürgern in Deutschland - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>stimme voll zu</i> “)	527
Abbildung 5.46:	Meinungen der Bürger zum Leben von Ausländern in Deutschland - nach Altersgruppen und Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>stimme zu</i> “)	527
Abbildung 5.47:	Positionen zu Ausländern in Abhängigkeit von der eigenen Zukunftssicherheit - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>ich stimme voll zu</i> “)	529
Kapitel 6		
Abbildung 6.1:	Bewertungen zur sozialen Gerechtigkeit - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	538
Abbildung 6.2:	Bewertungen zur sozialen Sicherheit - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	539
Abbildung 6.3:	Welche sozialen Ziele sollte Ihrer Meinung nach der Sozialstaat verfolgen? - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)	540
Abbildung 6.4:	Wenn Sie über die künftige Finanzierung von Leistungen des Sozialstaates zu befinden hätten - welche Vorschläge finden Ihre Unterstützung? - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)	541
Abbildung 6.5:	Wie groß ist Ihr Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme, wenn Sie an die nächsten 5 bis 10 Jahre denken? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	543
Abbildung 6.6:	Subjektive Schichtzuordnung - nach Regionen - 1992/2014 - in Prozent -	549
Abbildung 6.7:	Welcher der folgenden Schichten rechnen Sie sich am ehesten zu? - neue Länder und Berlin-Ost 1992 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	550

Abbildung 6.8:	Subjektive Schichtzuordnung und Qualifikation/sozialer Status - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	551
Abbildung 6.9:	Subjektive Schichtzuordnung und Einkommen - nach Regionen - 2014 - in Euro -	552
Abbildung 6.10:	Bevölkerung - ab 15. Lebensjahr - nach Bildungsabschluss und Regionen - 2015 - in Prozent -	554
Abbildung 6.11:	Bevölkerung - ab 15. Lebensjahr - nach beruflichem Abschluss und Regionen - 2015 - in Prozent -	555
Abbildung 6.12:	Erwerbstätige - nach Stellung im Beruf und Regionen - 1991/2015 - in Prozent -	556
Abbildung 6.13:	Bevölkerung mit beruflichem Abschluss - ab 15 Jahre - nach Bundesländern - 2014 - in Prozent -	556
Abbildung 6.14:	Ist Ihrer Meinung nach die Reformierung des Sozialstaates notwendig? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „ja“)	558
Abbildung 6.15:	Wenn Ihrer Meinung nach der Sozialstaat zu reformieren ist, liegen die Ursachen dafür ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)	558
Abbildung 6.16:	Wo liegen Ihrer Meinung nach die Ursachen für die Reformierung des Sozialstaates? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	559
Abbildung 6.17:	Verbindet sich für Sie mit dem Begriff „Sozialreform“ eher etwas Gutes? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	560
Abbildung 6.18:	Wenn Sie die Frage nach Gewinnen und Verlusten beim Sozialumbau aus Sicht der Gesellschaft betrachten, wer hat dann vor allem Gewinne und Verluste? - nach Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	561
Abbildung 6.19:	Worin bestehen Ihrer Meinung nach die Ziele der gegenwärtigen Reformen zum ‘Umbau’ des Sozialstaates? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	563
Abbildung 6.20:	Forderung nach „Lebensstandardsicherung“ in Relation zum Haushaltsnettoeinkommen (bedarfsgewichtet) und sozialen Status - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	564
Abbildung 6.21:	Wenn Sie zu befinden hätten, wie der weitere Ausbau des Sozialstaates vor allem erfolgen sollte, wären Sie für ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	565
Abbildung 6.22:	Wie sollten Ihrer Meinung nach Leistungen des Sozialstaates vor allem finanziert werden? - nach Haushaltsnettoeinkommen (Euro/Kopf - bedarfsgewichtet) - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	566
Abbildung 6.23:	Sollte Alterseinkommen beruhen auf ...? - nach Haushaltsnettoein- kommensgruppen (Euro/Kopf/Monat - bedarfsgewichtet) - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	567
Abbildung 6.24:	Welche Grundrichtungen der Sozial-/Familienpolitik finden vor allem Ihre Unterstützung? - nach Einkommensgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	568
Abbildung 6.25:	Ausgewählte Positionen zu den Ursachen fehlender finanzieller Leistungskraft des Staates - nach Haushaltsnettoeinkommen (Euro/Kopf/ Monat - bedarfsgewichtet) - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	569

Abbildung 6.26:	Sind Sie für bedingungslose Gewährung von Sozialleistungen? - im Verhältnis zum Haushaltsnettoeinkommen und zur Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „ nein “)	570
Abbildung 6.27:	Sollten Bürger, die zumutbare Arbeiten ablehnen, noch einen Anspruch auf Sozialleistungen haben? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „ nein “)	572
Abbildung 6.28:	Sollte es Ihrer Meinung nach eine ‘Pflicht zur Arbeit’ geben? - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „ ja “)	573
Abbildung 6.29:	Individuelle Betroffenheit von arbeitsmarkt- und einkommenspolitischen Maßnahmen - 18 bis 60 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	574
Abbildung 6.30:	Erwartete Änderungen im Ergebnis der Sozialreformen - neue Länder und Berlin-Ost - 2008 - in Prozent -	575
Abbildung 6.31:	Wie wichtig in Ihrem Leben ist für Sie soziale Sicherheit? - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	577
Abbildung 6.32:	Wie zufrieden sind Sie mit der gebotenen sozialen Sicherheit? - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	579
Abbildung 6.33:	Erwarten Sie in Bezug auf die Bedingungen für soziale Sicherheit ...? - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	579
Abbildung 6.34:	Zufriedenheit mit sozialer Sicherheit - nach sozialen und politischen Merkmalen - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ sehr zufrieden “/„ zufrieden “)	580
Abbildung 6.35:	Wer sollte Ihrer Meinung nach verantwortlich dafür sein, dass jeder Bürger bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut und im Alter ein gesichertes Auskommen hat? - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ vor allem “)	583
Abbildung 6.36:	Entwicklung der Sozialleistungen und Sozialleistungsquote (Verhältnis zu BIP) - Deutschland - 1991 bis 2017 - in Prozent -	586
Abbildung 6.37:	Subjektive Bewertung der sozialen Entwicklung im Vergleich der letzten Jahre sowie subjektive Bewertung der Aufstiegschancen im Vergleich zur DDR - 25 bis 60 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 1999 - in Prozent -	593
Abbildung 6.38:	Subjektive Bewertung der sozialen Entwicklung im Vergleich der letzten Jahre - 25 bis 60 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent -	594
Abbildung 6.39:	Wie bewerten Sie Ihre Entwicklung in den letzten 5 Jahren? - neue Länder und Berlin-Ost 1999 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	595
Abbildung 6.40:	Wie bewerten Sie Ihre Entwicklung in den letzten fünf Jahren? - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ als Aufstieg “)	596
Abbildung 6.41:	Wahrgenommener Investitionsrückstand in ausgewählten Bereichen - nach Regionen - 2015 - in Prozent -	597
Abbildung 6.42:	Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände (netto) sowie Ausgaben für soziale Leistungen - 2015 - in Euro je Einwohner	599
Abbildung 6.43:	Kommunale Einnahmen und Ausgaben je Einwohner - nach Regionen - 2015 - in Euro/Einwohner -	601
Abbildung 6.44:	Vergleich der GRW-Fördergebietskulissen	602

Abbildung 6.45:	Pro-Kopf-Verschuldung des Bundes, der Länder und Gemeinden - nach Bundesländern (ohne Stadtstaaten) - 2015 - in Euro je Einwohner -	603
Abbildung 6.46:	Wie stark fühlen Sie sich mit der Europäischen Union verbunden? - neue Länder und Berlin-Ost 1992 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	605
Abbildung 6.47:	Wie stark fühlen Sie sich mit der Europäischen Union verbunden? - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>stark</i> “/„ <i>ziemlich stark</i> “)	606
Abbildung 6.48:	Schwellenwert für Armutsgefährdung EU-Bereich - 60 % Median - Alleinstehender - 2014 - in 1.000 Euro je Jahr -	608
Abbildung 6.49:	Armutsgefährdungsquote EU-Bereich - nach Sozialleistungen - 2014 - in Prozent -	609
Abbildung 6.50:	Sehen Sie die EU-Erweiterung für sich insgesamt eher als Gewinn oder Verlust? - nach Regionen - 2005 - in Prozent -	610
Abbildung 6.51:	Wie stellen sich für Sie mit der Osterweiterung Gewinne und Verluste in einzelnen Lebensbereichen dar? - Auswahl - neue Länder und Berlin-Ost - 2005 - in Prozent -	611
Abbildung 6.52:	Erwerbslosenquote - EU-Länder - September 2016 - in Prozent -	612
Abbildung 6.53:	Wahlbeteiligung - Europawahlen 2014 - in Prozent -	614
Kapitel 7		
Abbildung 7.1:	Grundaussagen zur Demokratieentwicklung - neue Länder und Berlin-Ost 1990 bis 2014 - Vergleichswerte FBG 2014 - in Prozent -	616
Abbildung 7.2:	Wie stark interessieren Sie sich für Politik? - neue Länder und Berlin-Ost 1993 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2010/2014 - in Prozent -	619
Abbildung 7.3:	Wie stark interessieren Sie sich für Politik? - ab 18. Lebensjahr - nach Geschlecht, Alter und Regionen - 2014 - in Prozent	620
Abbildung 7.4:	Glauben Sie den Aussagen der Politiker vor der Wahl? - nach Geschlecht, Alter und individuellem Nettoeinkommen - neue Länder und Berlin-Ost - 2009 - in Prozent -	623
Abbildung 7.5:	Welche Auffassung zur Demokratie gilt für Sie persönlich? - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	624
Abbildung 7.6:	Anteile der Wähler-/Nichtwählergruppen und Regierungskoalitionen begründenden Wähler - 1990/1998/2009/2013 - in Prozent -	624
Abbildung 7.7:	Politische Strukturen: Beispiel Zweitstimmen DIE LINKE - Bundestagswahl 2005 und 2013 - in Prozent -	627
Abbildung 7.8:	Wie viel kann man Ihrer Meinung nach mit nachfolgenden Mitteln zur gesellschaftlichen Veränderung und Entwicklung beitragen? - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antworten: „ <i>sehr viel</i> “/„ <i>viel</i> “)	630
Abbildung 7.9:	Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen mit unterschiedlichen Anliegen - nach Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>ja</i> “)	635
Abbildung 7.10:	Sind Sie bereits ehrenamtlich tätig oder können Sie sich vorstellen, ein Ehrenamt zu übernehmen? - nach Regionen - 2014 - in Prozent	636
Abbildung 7.11:	Erwartungen an gewerkschaftliche Arbeit - Dezember 1989 - (Zustimmung in Prozent - nicht repräsentativ)	638
Abbildung 7.12:	Altersstruktur von Gewerkschaftsmitgliedern - neue Länder und Berlin-Ost 1992 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2014 - in Prozent -	640

Abbildung 7.13:	Eintrittsdatum der Gewerkschaftsmitglieder - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	641
Abbildung 7.14:	Wenn Sie nicht oder nicht mehr in einer Gewerkschaft Mitglied sind, warum nicht? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)	642
Abbildung 7.15:	Erwerbsstruktur von Gewerkschaftsmitgliedern - neue Länder und Berlin-Ost 1992 bis 2014/früheres Bundesgebiet 2014 - in Prozent -	643
Abbildung 7.16:	Beschäftigtenstruktur und gewerkschaftliche Mitgliedschaft - nach Betriebsgröße und Regionen - 2006/2007 - in Prozent -	644
Abbildung 7.17:	Sind Sie Mitglied in einem Sozial-/Wohlfahrtsverband? Wenn ja, in welchem/welchen? - neue Länder und Berlin-Ost - 2014 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)	646
Abbildung 7.18:	Sozio-demografische Strukturen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände - nach Regionen - 2014 - Anteile in Prozent -	649
Abbildung 7.19:	Mitgliedschaft in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden - nach Einkommensgruppen (Äquivalenzhauseinkommen), Gemeindegrößen und Regionen - 2014 - in Prozent -	650
Abbildung 7.20:	Durchschnittsalter der Mitglieder in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 bis 2012 - in Jahren -	651
Abbildung 7.21:	Durchschnittliche individuelle und Haushaltsnettoeinkommen der Mitglieder in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden - neue Länder und Berlin-Ost - in Euro -	652
Abbildung 7.22:	Entwicklung von Mitgliedschaften der Parteien in Deutschland - 1990 bis 2015 - in 1.000 -	670
Abbildung 7.23:	Entwicklung von Mitgliedschaften der Parteien in den neuen Ländern (ohne Berlin) - 1990 bis 2015 - in 1.000 -	672
Abbildung 7.24:	Welche Partei setzt sich Ihrer Meinung nach am meisten ein für ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2013 - in Prozent -	673
Abbildung 7.25:	Anteil der ab 18-jährigen Bürger, die mit der Alternative für Deutschland (AfD) sympathisieren - nach Regionen - 2014 - in Prozent -	675
Abbildung 7.26:	Ausgewählte rechtsextreme Positionen - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent -	679
Abbildung 7.27:	Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen - nach Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>stimme ich voll zu</i> “)	680
Abbildung 7.28:	Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen - nach Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage - nur Befragte, die der genannten Position voll zustimmen - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent -	681
Abbildung 7.29:	Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen - 18 bis 64 Jahre - nach Erwerbsstatus - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>stimme ich voll zu</i> “)	682
Abbildung 7.30:	Die fehlenden wirtschaftlichen Perspektiven in den neuen Bundesländern sehen als Ursachen für Rechtsextremismus/Ausländerfeindlichkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent -	683
Abbildung 7.31:	Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen - nach subjektiver Schichtzuordnung - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>stimme ich voll zu</i> “)	684

Abbildung 7.32:	Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen - nach Parteipräferenzen - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>stimme ich voll zu</i> “)	685
Abbildung 7.33:	Bewertung von Gewaltursachen - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent -	686
Abbildung 7.34:	Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen - nach beruflichem Abschluss - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>stimme ich voll zu</i> “)	687
Abbildung 7.35:	Ausländerbezogene Positionen - nach Orts-/Gemeindegröße - neue Länder und Berlin-Ost - 2006 - in Prozent -	688
Abbildung 7.36:	Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen - nach Geschlecht - neue Länder und Berlin-Ost - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>stimme ich voll zu</i> “)	688
Abbildung 7.37:	Was ist Ihre Meinung zu folgenden Aussagen ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	689
Abbildung 7.38:	Schematische Darstellung rechtsextremer Potenziale	690
Abbildung 7.39:	Vertrauen in Institutionen - neue Länder und Berlin-Ost - 1995 bis 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>volles Vertrauen</i> “/„ <i>viel Vertrauen</i> “)	691
Abbildung 7.40:	Vertrauen in Institutionen - nach Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>volles Vertrauen</i> “/„ <i>viel Vertrauen</i> “)	692
Abbildung 7.41:	Vertrauen in Bundestag und Bundesregierung - nach Altersgruppen und Regionen - 2014 - in Prozent - (nur Antwort: „ <i>volles Vertrauen</i> “/„ <i>viel Vertrauen</i> “)	694

Kapitel 8:

Kinder- und Jugendhilfe

Abbildung 1:	Ausstattungsgrad/Gerätebesitz ausgewählter Gebrauchsgüter von Kindern/ Jugendlichen sowie früherem Bundesgebiet und neuen Ländern (inkl. Berlin) - 2012 (Jugendliche 2013) - in Prozent -	726
Abbildung 2:	Trägerstruktur in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe - nach Regionen - 2010 - in Prozent -	727
Abbildung 3:	Betreuungsquote von Kindern in Kindertageseinrichtungen - nach Altersgruppen und Regionen - 1990/2015 - in Prozent -	729

Gewerkschaften

Abbildung 1:	Sind Gewerkschaften notwendig? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	730
Abbildung 2:	Solidargedanke als Motiv für Mitgliedschaft in den Gewerkschaften - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	731
Abbildung 3:	Es ist mir egal, was die Gewerkschaften machen - neue Länder und Berlin-Ost - 2003 - in Prozent - (<i>nur zustimmende Antworten</i>)	732
Abbildung 4:	Vertreten Ihrer Meinung nach die Gewerkschaften die Interessen von ...? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	733
Abbildung 5:	Wie bewerten Sie die Wirksamkeit der Gewerkschaften? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	734
Abbildung 6:	Wer ist Ihrer Meinung nach in den vergangenen Jahren stärker geworden? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	738
Abbildung 7:	Beteiligte Arbeitnehmer an Streiks - Deutschland - 1993 bis 2014 - in 1.000 -	739

Abbildung 8:	Wirksamkeitsbewertung gewerkschaftlicher Aktionen/Aktionsmöglichkeiten - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	740
Abbildung 9:	Bewertung der Wirksamkeit gewerkschaftlicher Aktivitäten - nach Organisiertheit - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent - (nur Antwort: „ besonders wirksam “)	740
Abbildung 10:	Für eine Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost-West sollten die Gewerkschaften „ voll und ganz “ eintreten - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	744
Abbildung 11:	Vertritt der Betriebs-/Personalrat Ihre Interessen? - 18 bis 60 Jahre - nur Befragte, die in Betrieben mit Betriebs-/Personalrat beschäftigt sind - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	746
Abbildung 12:	Wie ist die Haltung zu den Gewerkschaften in Ihrem Betrieb/Ihrer Institution? - bis 60 Jahre - nach Betriebsgröße/Mitarbeiterzahl - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent - (nur Antwort: „ trifft zu “)	747
Abbildung 13:	Halten Sie die Arbeitsplätze in Betrieben mit einem Betriebsrat für sicherer? - bis 60 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	748
Abbildung 14:	Welche der folgenden Dienstleistungen bieten Ihres Wissens Gewerkschaften an? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	749
Abbildung 15:	Welche der folgenden Dienstleistungen bieten Ihres Wissens Gewerkschaften an? - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	749
<i>Sozial- und Wohlfahrtsverbände</i>		
Abbildung 1:	Welcher Sozial- oder Wohlfahrtsverband ist Ihnen bekannt? - neue Länder und Berlin Ost - 2012 - in Prozent -	750
Abbildung 2:	Welche Tätigkeiten bzw. Leistungen/Angebote verbinden Sie hauptsächlich mit dem Wirken von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	752
Abbildung 3:	Vergleich der Kompetenzbewertungen ausgewählter SWV zum Gesamtprofil der SWV - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	753
Abbildung 4:	Mit welchen Tätigkeiten bzw. Leistungen/Angeboten verbinden Sie hauptsächlich die Volkssolidarität und die Arbeiterwohlfahrt? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012/2006 - in Prozent -	754
Abbildung 5:	Welchen Verband oder Verein verbinden Sie hauptsächlich mit Kinderbetreuung? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	755
Abbildung 6:	Welchen Verband oder Verein verbinden Sie hauptsächlich mit betreutem Wohnen? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	755
Abbildung 7:	Welchen Verband oder Verein verbinden Sie hauptsächlich mit ambulanter Pflege? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	756
Abbildung 8:	Welchen Verband oder Verein verbinden Sie hauptsächlich mit Begegnungsstätten/Clubs? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	756
Abbildung 9:	Mit welchen Tätigkeiten bzw. Leistungen/Angeboten verbinden Sie die Volkssolidarität? - Vergleich VS-Mitglieder/Beitrittsbekundende/alle - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	757
Abbildung 10:	Ausgehend von Ihren Erfahrungen, wessen Interessen vertreten Ihrer Meinung nach die Sozial- und Wohlfahrtsverbände? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	758
Abbildung 11:	Wessen Interessen vertreten die Sozial- und Wohlfahrtsverbände? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent - (nur Antworten: „ vor allem “/„ zum Teil “)	759

Abbildung 12:	Werden Ihrer Meinung nach die Arbeit/Leistungen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände in der Öffentlichkeit entsprechend dargestellt? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	760
Abbildung 13:	Wo finden Sie die meisten Informationen über die Arbeit der Sozial- und Wohlfahrtsverbände? - nach Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	761
Abbildung 14:	Gehen Sie davon aus, dass Sie (bzw. Ihr Partner) in den nächsten Jahren Beratung in den nachfolgenden Bereichen benötigen? - nach Altersgruppen der Befragten - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent - (nur Antwort: „ja“)	762
Abbildung 15:	Sollten Ihrer Meinung nach die Sozial- und Wohlfahrtsverbände mehr Mitspracherechte oder mehr Mitbestimmungsrechte bei sozialpolitischen Fragen haben? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	763
Abbildung 16:	Halten Sie die Vertretung durch die gewählten Abgeordneten und Parteien für hinreichend? - ab 50 Jahre - neue Länder und Berlin-Ost - 2002 - in Prozent -	766
Abbildung 17:	Wenn Sie nicht Mitglied in einem Sozial-/Wohlfahrtsverband sind, könnten Sie sich vorstellen, Mitglied zu werden? - nur Nichtmitglieder - neue Länder und Berlin-Ost - 2012/2006 - in Prozent -	767
Abbildung 18:	Wenn Sie nicht Mitglied eines Sozial- und Wohlfahrtsverbandes sind, könnten Sie sich vorstellen, Mitglied zu werden? - nach Altersgruppen und Haushaltsnettoeinkommen - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	768
Abbildung 19:	Wenn Sie sich vorstellen könnten, Mitglied zu werden, wovon hängt das ab? Dass... - nur Nichtmitglieder mit Bereitschaft zum Beitritt - neue Länder und Berlin-Ost - 2012/2006 - in Prozent -	769
Abbildung 20:	Wenn Sie einem Sozial-/Wohlfahrtsverband beitreten würden, was müsste er bieten? - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent - (nur Antwort: „auf jeden Fall“)	771
Abbildung 21:	Wenn Sie nicht Mitglied eines Sozial-/Wohlfahrtsverbandes werden wollen, warum nicht? - nur Befragte, welche Mitgliedschaft ablehnen - neue Länder und Berlin-Ost - 2012/2006 - in Prozent -	772
Abbildung 22:	Welchem Sozial- oder Wohlfahrtsverband würden Sie am ehesten beitreten? - nur Befragte, welche noch nicht Mitglied eines SWV sind und ihre Beitrittsbereitschaft im engeren Sinne bekundet haben - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	772
Abbildung 23:	Könnten Sie sich vorstellen, nur aus solidarischen Gründen - indem Sie nur Beitrag zahlen - Mitglied in einem Sozial- und Wohlfahrtsverband zu werden? - nur Beitragsbekundende - neue Länder und Berlin-Ost - 2012 - in Prozent -	775
<i>Umsiedlung</i>		
Abbildung 1:	Am Ende des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren haben Millionen Menschen ihre Heimat in Schlesien, Pommern, Tschechien verlassen müssen. Was ist Ihre Meinung? - nach Altersgruppen - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	778
Abbildung 2:	Am Ende des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren haben Millionen Menschen ihre Heimat in Schlesien, Pommern, Tschechien verlassen müssen. Was ist Ihre Meinung? - nach Gemeindegrößen - neue Länder und Berlin-Ost - 2007 - in Prozent -	779
Abbildung 3:	Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur - welchen Aussagen stimmen Sie zu oder welche lehnen Sie ab? - neue Länder und Berlin-Ost sowie Niedersachsen - 2012 - in Prozent -	780

Anlage 4

Literaturverzeichnis

- 10 Forderungen des SoVD zur Verhinderung der Altersarmut, SoVD, Berlin 2007
2. Monitoringbericht des Netzwerkes für eine gerechte Rente, Rente mit 67 - Erhöhtes Risiko von Einkommenseinbußen und Altersarmut, Berlin 2010
- „... wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land ...“, Blätter der Wohlfahrtspflege 11+12/1989
- Adenauer, Konrad, Regierungserklärung vom 20.10.1953
- Adler, Frank: Einige Grundzüge der Sozialstruktur der DDR, in: Lebenslagen im Wandel, Frankfurt a.M./New York 1991
- Altenbericht der Bundesregierung: „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft - Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“. Bericht der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2006, BT-Drucksache 16/2190
- „Älter werden und Altsein - Positionen der Bürgerinnen und Bürger“, Studie im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e.V., erarbeitet vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., Berlin 2011
- Angerhausen, Susanne: Radikaler Organisationswandel - wie die Volkssolidarität die deutsche Vereinigung überlebte, VS Verlag 2004
- Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Zum Stand der Deutschen Einheit und der perspektivischen Entwicklung bis 2020“, Drucksache 17/5418/2006
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Deutsche Zweifelt - Oder: Wie viel Unterschied verträgt die deutsche Einheit?, Papyrossa-Verlags-GmbH, Köln 2000
- „Armut in Deutschland - Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien“, Fachgespräch der Volkssolidarität vom 1. April 2008, Protokollband
- ar:ran/di: Zahlenwerk 2015 - Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 2013
- Arzneimittelreport 2014, Barmer GEK, Berlin 2014
- Arzneiverordnungs-Report 2014, AOK (WIdO)
- Auf dem Weg zur erweiterten Union - Strategiepapier und Bericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel 09.10.2002, [SEK (2002) 1400 - 1412]
- Auf den Schultern der Schwachen - Wohlfahrtsverbände in Deutschland, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln 2004
- Baar, Karlsch, Matschke: *Studien zur Wirtschaftsgeschichte*, Berlin 1993
- Bäcker, G./Bispinck, R./Hofemann, K./Naegele, G.: Sozialpolitik und soziale Lage in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1989
- Bäcker, Gerhard et al.: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 4. Auflage, Wiesbaden 2008
- Bäcker, G./Dieck, M./Naegele, G./Tews, H.-P.: Ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1989
- Bäcker, Gerhard, Steffen, Johannes, Sozialunion - wie soll was vereinigt werden?, in WSI-Mitteilungen, Nr. 5/1990, Düsseldorf März 1990
- bag-wohnungslosenhilfe, Statistik-Bericht, www.bag-wohnungslosenhilfe.de
- BAGSO: Presseerklärung zur Rentenangleichung vom 19.10.2007
- Balsen, Werner et al.: Die neue Armut - Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung, Köln 1984
- Barlötins, Eva: Gleichwertig ist nicht gleich, APuZ 37/2006
- Barthel, Horst: Wohnung und Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone, in: Statistische Praxis 3/47, Karteiblatt
- Barthel, Horst: Die Sozialpolitik in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945 bis 1949), in: Gunnar Winkler (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik der DDR 1945 bis 1985, Akademie-Verlag, Berlin 1989
- Bayrisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Internetauftritt des Ministeriums, Stichwort Vertriebene - Kulturelles Erbe der Deutschen im Osten
- BBSR, Aktuelle und zukünftige Entwicklungen von Wohnungsleerständen in den Teilregionen Deutschlands, Bonn 2014

BBSR, Raumordnungsbericht 2011, Bonn 2012

BBSR, Raumordnungsprognose 2035, Bonn 2015.

Becker, Ulrich: Wind of change - die Bedeutung von Windmühlen im 21. Jahrhundert, in: Sicherheit im Wandel (Hrsg.: Franz Müntefering, Matthias Machnig), Berliner vorwärts Verlag 2001

Beckmann, P./Engelbrech, G.: Frauenerwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern - Erwerbsneigung, Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit, in: BeitrAB 179, Tabellenteil

Beicht, Ursula: Langzeitentwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütung in Deutschland, Schriftenreihe des BIBB, Heft 123

Bellman, Lutz/Bossler, Mario/Gerner, Hans-Dieter/Hübler, Olaf: Reichweite des Mindestlohns in deutschen Betrieben, IAB-Kurzbericht 6/2015, Nürnberg 2015

Berger, Horst: Das Institut für Soziologie und Sozialpolitik im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, in: Leipziger Universitätsverlag: Forschungsakademien in der DDR, Leipzig 2014

Berger, Roland: Fachkräftemangel im Gesundheitswesen, Strategiematerial

Berger-Schmidt, Regine: Unterschiede in den Lebensbedingungen innerhalb der Europäischen Union kaum verringert, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren - ISI 27 Januar 2002

Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern - Neunter Jugendbericht - Deutscher Bundestag, Drucksache 13/70 v. 8.12.1994

Berliner Debatte - Initial 2/15 - 25 Jahre Deutsche Einheit - Ostdeutschlands fragmentierte Integration

Beyer, Marina: Vorwort zum Frauenreport '90, in: Frauenreport '90 (Hrsg.: Gunnar Winkler), Berlin 1990

BIB, Daten und Befunde, Fertilität, Wiesbaden 2014

BiBB, Datenbank Ausbildungsvergütung, Tarifliche Ausbildungsvergütungen 1976 bis 2015 in Euro

BiBB, Weiterhin günstige Verdienstentwicklungen für Auszubildende - Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2015, Bonn 2016

Bibliographie der Sozialpolitik 1820 - 1983, in: Schriftenreihe Soziologie und Sozialpolitik, ISS, Berlin 1984

Bibliographie zu wissenschaftlich-theoretischen und praktischen Fragen der Sozialpolitik in der DDR, in: Schriftenreihe Soziologie und Sozialpolitik, ISS, Berlin 1982, Band 1 und 2

Blüm, Norbert: Generationenvertrag - Versuch einer Erläuterung für die Nachwachsenden, in: Ende der Solidarität? Die Zukunft des Sozialstaates (Hrsg.: K. Deufel/M. Wolf), Herder Verlag, Freiburg 2003

BMFSFJ, 14. Kinder- und Jugendbericht, BT-Drucksache, 17/12200, Berlin 2013

BMG - Mitgliederstatistik der GKV - KM6-2011

BMG, Entwicklung des Gesundheitswesens in den neuen Bundesländern, Mai 1994

BMG, Daten des Gesundheitswesens 2015, Berlin 2015 sowie Vorgänger

BMG, Entwicklung des Gesundheitswesens in den neuen Bundesländern, Berlin 1994

BMGS, Gesundheit in den neuen Ländern, Berlin 2004

BMI, Gutachten zum wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland

Bofinger, Peter: Das Jahrzehnt der Entstaatlichung, WSI-Mitteilungen 07-08

Bohley, Bärbel: Der fatale Opportunismus des Westens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. März 1992

Bönniger, K.: Statement, in: Die sozialen Folgen der Einheit, in: Landeszentrale für politische Bildung NRW (Hrsg.), Von der Einigung zur Einheit, Düsseldorf 1991

Bosbach, G.: Demografische Entwicklung - kein Anlass zur Dramatik, vgl. Mythos Demografie

Bosch G., Kalina Th., Weinkopf C.: 25 Jahre nach dem Mauerfall - Ostlöhne holen nur schleppend auf, IAQ-Report 5/2014

Bose, Marc/Wirth, Peter: Gesund schrumpfen oder Ausbluten?, APuZ 21-22/2006

Brandt, Willy, Rede in Berlin am 10. November 1989

Braun, Gerald et al.: Atlas der Industrialisierung der Neuen Bundesländer, erarbeitet im Auftrag der Bundesbeauftragten für die neuen Bundesländer, Rostock 2014

Braun, Jutta: Abseits der Bundesliga? Zur Aufarbeitung des DDR-Fußballs, APuZ 27-28/2013

Braun, Reiner et al.: Erben in Deutschland, herausgegeben vom DIA, Köln 2011

Brie, Michael: Die ostdeutsche Teilgesellschaft, in: Kaase, M./Schmid, G. (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin 1999

Bullerjahn, Jens, Rede auf dem SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt, Halle, 15.9.2007

Bundesagentur für Arbeit, Statistik, „Analytikreport“ - Analyse des Arbeitsmarktes für Ältere ab 50 Jahre (monatlich), Nürnberg

Bundesamt für Sport (BASPO) Ressortforschung „Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit im Sportsystem Schweiz“ Wirtschaftliche Bedeutung der Sportinfrastrukturen in der Schweiz - Schlussbericht, Luzern 2007

Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege - Gesamtstatistik, Berlin div. Jahrgänge

Bundesärztekammer, Ergebnisse der Ärztestatistik zum 31. Dezember 2014, Berlin 2015

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Einführung des allgemeinen Mindestlohnes in Deutschland, Juni 2015, Berlin 2015

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Altern und Gesundheit, Bonn 2004, Heft A300

Bundesministerium für Umwelt, Arbeit, Umwelt und Innovation in den neuen Bundesländern, Bonn 2009

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Umweltbewusstsein in Deutschland 2012, Berlin/Marburg 2013

Bundesministerium für Umwelt, Umweltpolitik. Eckwerte der ökologischen Sanierung und Entwicklung in den neuen Ländern, Bonn 1990

Bundesministerium für Umwelt: Arbeit, Umwelt und Innovation in den neuen Bundesländern, Bonn 2009

Bundesvereinigung deutscher Apothekerverbände, Fakten und Zahlen, div. Jahrgänge

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Informationen zur Umweltpolitik, Udo Kuckartz, 2008

Burgdorf, Markus/Krischasky, Gesine/Müller-Kleißler, Renate: Indikatoren zur Nahversorgung, BBSR-Analysen Kompakt 10/2015

Bürgerbegehrensbericht 2012

Büro des Ministerrates der DDR: Beschluß über Grundsätze und Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der Bürger im höheren Lebensalter und zur Förderung ihrer stärkeren Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben sowie über Hauptkomplexe der Altersforschung vom 30. Mai 1969, in: Vertrauliche Dienstsache 8/69 Mitteilungen des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 5 (1969)

Busch, Ullrich/Kühn, Wolfgang/Steinitz, Klaus: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland, VSA Verlag 2009

Busch, Ulrich: Mezzogiorno Ost! Na und?, Berliner Debatte Initial, Nr. 5/6 2002

Busch, Ulrich: Transfer West-Ost und Ost-West: Wer machte das große Geschäft?, in: Zehn Jahre Vereinigungspolitik (Hrsg.: Fritz Vilmar), trafo verlag 2000

Busch, Ulrich: Zwischen Konvergenz und Divergenz - zur Entwicklung privater Vermögen in Ost- und in Westdeutschland, Berliner Debatte Initial, Heft 2/2015, Berlin 2015

Butterwegge, Carolin, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56377/migrationspolitik-in-der-brd>

Butterwegge, Christoph et al.: Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005

CDU/CSU/SPD Koalitionsvertrag, Deutschlands Zukunft gestalten, 18. Legislaturperiode

Cil, Nevim: Türkische Migranten und der Mauerfall, APuZ, 21-22-2009

Das Gesundheitswesen 1990. Jahresgesundheitsbericht 1989 für das Gebiet der DDR, im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit, Berlin, 25. Jahrgang

Daten zur Umwelt 1992/93 (Hrsg. Umweltbundesamt)

Datenreport 2015, Statistisches Bundesamt, BPB, WZB, Vorläufer seit 1989

Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte - Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2006

Dellheim, Judith: Den Alltag verändern, in: Wohlstand - wie anders? Ulrich Brand et al. (Hrsg.), Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2013

Demografischer Wandel in Brandenburg - Erneuerung aus eigener Kraft, Landesregierung Brandenburg - Staatskanzlei, Potsdam 24. Mai 2005

Denken und Handeln in der Krise (Hrsg.: Michael Häder), Akademie-Verlag, Berlin 1991

Derlien, Hans-Ullrich: Elitezirkulation in Ostdeutschland 1989 - 1995, APuZ B5/98

Deufel, K./Wolf, M. (Hrsg.): Ende der Solidarität? - Die Zukunft des Sozialstaats, Herder Verlag, Freiburg 2003

Deutscher Bühnenverein, Theaterstatistik - Summentabellen 2013/2014, Köln 2015

Deutscher Bundestag, Berichte zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland

Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“, Kommissionsdrucksache 17 (26) 123

Deutscher Bundestag, Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, Projektgruppe 2 - Abschlussbericht - Stand 23.01.2013, Kommissionsdrucksache 17 (26)

Deutscher Bundestag, Schlussbericht Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“, Kommissionsdrucksache 17/13300 vom 03.05.2013

Deutscher Kulturrat, Kunst wider die kulturelle Verödung auf dem Land?, Berlin, 20.12.2013

Deutscher Mieterbund, Betriebskostenspiegel 2014, Köln 2015

Deutscher Olympischer Sportbund - Bestandserhebung 2015 sowie Vorgänger

DFB, 25 Jahre Vereinigung, Frankfurt, Nov. 2015

DGB-Bundesvorstand: Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Handlungsfeld der betrieblichen Gesundheitsförderung

Die zerklüftete Republik. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014, DPWV, Berlin 2015

Dieck, M./Naegele, G.: „Neue Alte“ und alte soziale Ungleichheiten - vernachlässigte Dimension in der Diskussion des Altersstrukturwandels, in: G. Naegele/H.-P. Tewes (Hrsg.): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1993

Dieck, M./Naegele, G.: Die „neuen Alten“. Soziale Ungleichheiten vertiefen sich, Kassel 1989

Dieck, M.: Besondere Perspektiven des Alterns und des Alters im vereinten Deutschland, in: Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung, Berlin 1992

Dietzsch, I.: Die Erfindung der Ostdeutschen, in: Irritation Ostdeutschland (Hrsg.: E. Schäfer u.a.), Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2005

DIW Econ, Anselm Mattes et. al.: Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft Wachstumshemmnisse für ostdeutsche Unternehmen (Studie im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer), Berlin 2015

Dohnany, K. v.: Freiheit Ost, APuZ 40/2005

Döring, Diether: Soziale Sicherheit im Alter? - Rentenversicherung auf dem Prüfstand, Berlin 1997, S. 30

Dörre, Klaus: Armut, Abstieg, Unsicherheit: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, APuZ 33-34/2008

Dörre, Klaus: Hartz IV - Langzeitstudie, Uni-Jena, 2013

DOV, Orchester- und Theaterreform in Thüringen: mehr Fakten, Berlin Nov. 2015

DOV, Rechts- und Betriebsformveränderungen, Auflösungen und Fusionen deutscher Kulturorchester seit der Wiedervereinigung (Stand Mai 2014), Berlin 2015

DPWV, Berichte zur Armutsentwicklung in Deutschland, 1990 bis 2015

Dressler, Rudolf: Erste Schritte zur Sozialunion in Deutschland, Bundesrepublik Deutschland - DDR, Diskussionspapier vom 5. März 1990, Bonn

DRV Rentenversicherung in Zeitreihen 2015, Berlin 2015

DRV, Rentenversicherung in Zahlen, div. Jahrgänge

DRV-Statistik Rentenbestand, div Jahrgänge, Berlin

DRV-Statistik Rentenzugang, div. Jahrgänge, Berlin

„Hauptrichtungen der sozialen Entwicklung - Aufgaben einzelner sozialpolitischer Bereiche (Thesen und Analysematerial)“, Institut für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin 1989 (Vertrauliche Verschluß-Sache b 112 - 36/89)

Hauser, K.: Die Kulturoisierung der Politik, APuZ 21-22/1996

Heckmann, F./Tomei, V.: Einwanderungsgesellschaft Deutschland - Zukunftsszenarien: Chancen- und Konfliktpotentiale, Gutachten für die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestages, europäisches forum für migrationsstudien (efms), Bamberg 1997

Henning Eberhardt: Die große Sponsors-Tabelle zur Bundesliga. In: Manfred Schlösser, Marco Klewenhagen (Hrsg.): Sponsors. Wissen fürs Sportbusiness, Ausgabe August 2013, Sponsors Verlags GmbH, Hamburg August 2013

Herzog, Roman, Rede auf dem Deutschen Seniorentag, Juni 1997, Dresden

- Heske, Gerhard: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950 bis 1989, Historische Sozialforschung - Supplement No. 21, Köln, Zentrum für Historische Sozialforschung 2009
- Hinck, Gunnar: Eliten in Ostdeutschland. Warum den Managern der Aufbruch nicht gelingt, Ch. Links Verlag, Berlin 2007
- Hinrichs, Wilhelm/Priller, Eckhard: Handlungsblockaden in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, in: Handeln im Wandel, edition sigma, Berlin 2001
- Hinrichs, Wilhelm: Die Ostdeutschen in Bewegung, in: Handeln im Wandel (Hrsg.: W. Hinrichs/E. Priller), edition sigma, Berlin 2001
- Hinrichs, Wilhelm: Entwicklung der Wohnverhältnisse in Ostdeutschland 1990-1998, in: Sozialreport 1999 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (hrsg. vom SFZ e.V. durch G. Winkler), Berlin 1999
- Hinrichs, Wilhelm: Wohnen, in: Sozialreport 1994 (Hrsg.: I. Kurz-Scherf/G. Winkler), Berlin 1994
- Holst, E./Kirner, E.: Ursachen der Ausgrenzung von Frauen nach der „Wende“ und Chancen ihrer Wiedereingliederung, in: Sozialreport, Quartalszeitschrift, Nr. IV/1993
- Holst, E./Schupp, J.: Perspektiven der Erwerbsbeteiligung von Frauen im vereinten Deutschland, DIW-Diskussionspapier Nr. 68, Berlin 1993
- Holst, Elke/Busch, Anne/Kröger, Lea: DIW, Führungskräfte-Monitor 2012 - update 2001-2011, Berlin 2012
- Hradil, St.: Die Modernisierung des Denkens, Zukunftspotential und „Altlasten“ in Ostdeutschland, APuZ 20/1995
- IAB, Viel Varianz - was man in den Pflegeberufen in Deutschland verdient, Nürnberg 2015
- IAB-Kurzbericht: Wie bringt man Beruf und Kinder unter einen Hut?, Ausgabe Nr. 7/12.4.2001, Autoren: G. Engelbrech, M. Jungkunst
- Iciar Dominguez Lacasa et al.: Industrieforschung in Ostdeutschland, IWH, Wirtschaft im Wandel, Halle 2012, Nr. 12/2012
- Ide, Robert: Deutsche Einheit - vollbracht, aber nicht vollendet, Tagesspiegel v. 01.10.2014
- Information des Deutschen Bühnenvereins
- Institut für Marktforschung GmbH Leipzig: Berichtsreihe zur Konsum-Klima-Forschung, lfd.
- Institut für Marktforschung Leipzig: Woher kommen die Chefs?, repräsentative Befragung, Oktober 2003
- Integrationsmonitoring - <http://www.integrationsmonitoring-laender.de/tabellen>
- Irmen, E./Blach, A.: Infrastrukturdefizite in den neuen Ländern, Regionalbarometer Neue Länder (Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.), Bonn-Bad/Godesberg 1995
- Isemeyer, Manfred (Hrsg.): Jugendweihe und Jugendfeier in Deutschland. Geschichte, Bedeutung, Aktualität, Tectum-Verlag Marburg 2014
- ISS, Studien zur sozialen Entwicklung in der DDR (seinerzeit Vertrauliche Verschlusssache), 1986 bis 2089 - verantw. Gunnar Winkler - jährlich
- IWH, 25 Jahre nach dem Mauerfall, Halle 2014
- Jahresberichte der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit; 2000 bis 2009 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, 2010 bis 2014 Bundesministerium des Innern, ab 2014 Bundesministerium Wirtschaft und Energie
- Jaschke, Hans-Gerd: Bedingungsfaktoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Studie BMI, Berlin 2009
- „Jedes Alter zählt“ - Demografiestrategie der Bundesregierung, 1. bis 3. Demografie Gipfel der Bundesregierung
- Kaase, Max/Bauer-Kaase, Petra: Deutsche Vereinigung und innere Einheit 1990-1997, in: Meulemann, Heiner (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland, Verlag Leske+Budrich, Opladen 1998
- Kaddor, Lamya: Zwei Seiten einer Medaille, Das Parlament, Nr. 16/17 vom 13.04.2015
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia: Niedriglohnbeschäftigung 2012 und was ein Mindestlohn verändern könnte, IAQ-Report 02/2014
- Kalok, Gertraud: Freizeit und Kultur, in: Sozialreport '90 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR (Hrsg.: Gunnar Winkler), Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1990; dsgl. Verlag Bonn Aktuell 1990
- Kaluza, J./Töpferwein, G.: Sterben begleiten - Zur Praxis der Begleitung Sterbender durch Ärzte und Pflegende, trafo verlag, Berlin 2005
- Karkos, Sebastian: Job-Maschine Bundesliga. In: Kicker-Sportmagazin. Nr. 70, 27. August 2007
- KBV, Ärztemonitor 2014
- Keim, Karl-Dieter: Peripherisierung ländlicher Räume, APuZ 37/2006

- KfW-Kommunalpanel 2014, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin 2014, und Vorgänger
- Kirchesch, Moritz: Regionale Schrumpfung gestalten, BBSR-Online-Publikation, Nr. 11/2014
- Kistler, E./Jaufmann, D./Pfaff, A.B.: Aktuelle Daten zur Entwicklung der Kindereinrichtungen in den neuen Ländern - Es droht eine Abwärtsspirale, in: Arbeit und Sozialpolitik, Bd. 47/1993
- Klemm, Klaus: Ganztagschulen in Deutschland: Die Ausbaudynamik ist erlahmt, Bertelsmann Stiftung 2014
- Klett's Spezialliste der verlagerten und sitzverlegten Betriebe der Ostzone und von Berlin, 1950
- Koalitionsvereinbarung 2013 - 18. Legislaturperiode - Deutschlands Zukunft gestalten - CDU/CSU/SPD - Berlin 2013
- Koalitionsvereinbarung CDU-CSU-FDP: Wachstum, Bildung, Zusammenhalt, Berlin, 26. Oktober 2009
- Koch, Frank Thomas: Was bleibt von der DDR in der deutschen und europäischen Kultur?, <http://www.kulturation.de/>, Text 34, Berlin 2015
- Kochskämper, Susanne/Pimpertz, Jochen: Herausforderungen an die Pflegeinfrastruktur, IW-Trends 3/2015
- Köhler, Horst: Focus-Magazin 38/2004
- Kohnert, Monika: Soziale Dienste und Einrichtungen in der DDR, Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen
- Kollmorgen, Raj: Aus dem Osten an die Spitze? Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten nach fünfundzwanzig Jahren Vereinigungsprozess, Berliner Debatte Initial, 02/2015
- Kommunaler Finanzreport 2015, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2015
- Konferenz zur Sozialunion des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR, des Zentrums für Sozialpolitik der Universität Bremen und der Hans-Böckler-Stiftung, Bernau Juni 1990
- Kopetsch, Thomas: Dem deutschen Gesundheitswesen gehen die Ärzte aus! Studie zur Altersstruktur und Arztzahlentwicklung, Bundesärztekammer und Kassenärztliche Bundesvereinigung, Berlin 2010
- Kowalzik, Ilko-Sascha: Die Revolution von 1989, in: vorgänge, Heft 1/2009
- Kühn, H.: Finanzierbarkeit der gesetzlichen Krankenversicherung und das Instrument der Budgetierung, Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe Public Health, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, P01-204, Berlin 2001
- Kühn, Wolfgang/Blessing, Klaus: Die zementierte Spaltung, edition berolina, Berlin 2014
- Kurz-Scherf, Ingrid: Die blockierte Transformation, in: Sozialreport '94 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, GSFP, Berlin 1994
- Kurz-Scherf, Ingrid: Gespaltener Arbeitsmarkt - gespaltene Gesellschaft, in: Sozialunion in Deutschland (Hrsg.: I. Kurz-Scherf, E. Mezger, G. Winkler), Graue Reihe der Hans-Böckler-Stiftung - Nr. 38, Düsseldorf 1992
- Lamberz, Werner: Solidarität in unserer Zeit, hrsg. vom Zentralkomitee der Volkssolidarität, Berlin 1972
- Lampert Heinz: Die soziale Komponente in einem vereinten Deutschland - Überlegungen zur künftigen gesamtdeutschen Sozialpolitik, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft Nr. 3/4 1990, Harald Boldt Verlag, Boppard a.Rh. 1990
- Lampert, Heinz: Lehrbuch der Sozialpolitik, zweite Auflage 1991, Springer-Verlag Berlin, Heidelberg, New York
- Lampert, Heinz: Sozialpolitische Aufgaben der Umgestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung der DDR, APuZ 33/1990
- Lampert, Heinz: Sozialpolitische Probleme der Umgestaltung der DDR (hrsg. von der Jakob-Kaiser-Stiftung e.V.), Königswinter 1990
- Lamprecht, Matthias: Kreuzritter des Kapitalismus, in: Capital 01/2012
- LandinForm - Magazin für ländliche Räume, BLE, Bonn, 1/2014 sowie 3/2014
- Landsberg, G.: Alter - Der Generationenvertrag ist aufgekündigt, in: Ende der Solidarität? Die Zukunft des Sozialstaates (Hrsg.: K. Deufel/M. Wolf), Herder Verlag, Freiburg 2003
- Lattka, Ernst-Günter: „Hurra, wir leben“ - 60 Jahre Volkssolidarität
- Lattka, Ernst-Günter: Volkssolidarität (VS), in: Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Dietz-Verlag, Berlin 2002
- Lebenslagen in Deutschland - Der 3. Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2008
- Lehr, U.: Jung und Alt in Zeiten des demografischen Wandels, BRH-Bundesvertreterversammlung, Berlin 2005, Redemanuskript
- Leitlein, Hannes/Venohr, Sascha und Julian Stahnke: Hier wohnen Deutschlands Asylbewerber, Zeit online v. 20.08.2015, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-08/fluechtlinge-verteilung-quote>

- Lenk, Thomas, Rottmann, Oliver, Albrecht, Romy: Energiewelt Ost, Studie des Kompetenzzentrums öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge, Leipzig 2012
- Liebscher, Reinhard/Menning, Sonja/Nowossadeck, Enno: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstrukturen, in: Sozialreport 1995 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: G. Winkler), Verlag GSFP, Berlin 1995
- Liebscher, Reinhard: Ergebnisse der Erhebung „Leben in den neuen Bundesländern“ zu ausgewählten Aspekten der sozialen Infrastruktur, SFZ, Berlin 2007
- Liebscher, Reinhard et al.: Sozialreport 2014 im Auftrag der Volkssolidarität - Bundesverband e.V., Berlin 2014
- Lindenberger, Thomas: Ist die DDR ausgeforscht? Phasen, Trends und ein optimistischer Ausblick, APuZ 24-26/2014
- Links, Christof: „Was blieb vom Leseland DDR?“, APuZ 11/2009
- Lippold, Gerhard: Arbeitszeit, Freizeit und Erholung, in: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit (Hrsg.: Günter Manz/Ekkehard Sachse/Gunnar Winkler), trafo verlag, Berlin 2001
- Ludwig, Udo: Der unvollendete Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft, Berliner Debatte Initial, Berlin 02/2015
- Lungwitz, Kurt: Faktoren der Familien- und Bevölkerungsentwicklung in der DDR - Anforderungen an die wissenschaftliche Arbeit, in: Protokolle und Informationen des Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demografie
- Maier, Roland/Kotycka, Carola: Umwelt: Deponie des Lebens, Verlag Neues Leben, 1985 (unveröffentlicht, da zurückgerufen)
- Maier, Roland: Umwelt, in: Sozialreport 1990 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR (Hrsg.: Gunnar Winkler), Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1990; dsgl. Verlag Bonn Aktuell 1990
- Mantl, E.: „Modernisiertes Ernährermodell“, Berlin 2011
- Manz, Günter: Armut in der DDR-Bevölkerung, Maro-Verlag, Augsburg 1992
- Manz, Günter: Bleibende Armut und besonders Altersarmut im Osten, in: Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V. „Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den neuen und alten Bundesländern“, Bd. 6, Berlin 1993
- Manz, Günter/Sachse, Ekkehard/Winkler, Gunnar (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit, trafo verlag, Berlin 2001
- Manz, Günter: Bedürfnisse, Lebensniveau und Lebensweisen, in: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit, trafo verlag, Berlin 2001
- Manz, Günter: Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik als Basis staatlicher Sozialpolitik, in: Sozialpolitik in der DDR, trafo verlag, Berlin 2001
- Mara, Michael: Verwilderung als Zukunftsvision, Der Tagesspiegel-online vom 7.5.2007
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd 4, Dietz-Verlag Berlin 1959
- Máté Szabó, Some Lessons of Collective Protests in Central European Post-Communist Countries, in: FIT, 8/2000
- Mattes, Monika: Ganztageserziehung in der DDR, Zeitschrift für Pädagogik, Nr. 54, Beiheft, Weinheim und Basel 2009
- Merkel, Angela: Die Situation der Frauen in der ehemaligen DDR, in: Frauenpolitik im Umbruch, Dokumentation einer Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung 1991
- Merkel, Angela auf dem Deutschen Seniorentag 2009 in Leipzig auf die Anfrage des Vertreters der Volkssolidarität O. Wenzel am 9. Juni 2009 (bundesregierung online - www.bundesregierung.de vom 9.6.2009)
- Meyer, Hansgünter: Integration statt biologischer Lösung, in: Ausgrenzung oder Integration (Hrsg.: S. Bollinger/ U.v.d.Heyden/M. Kessler), Schriftenreihe Gesellschaft - Geschichte - Gegenwart, Bd. 34, trafo verlag, Berlin 2004
- Meyer, Thomas: Grundwerte im Wandel, in: Sicherheit im Wandel (Hrsg.: Franz Müntefering, Matthias Machnig), Berliner vorwärts Verlag 2001
- Miegel, M.: Zuwanderung und Sozialstaat, in: Migration und Flucht (Hrsg.: S. Angenendt), Bonn 1997
- Milbert, Antonia: Wachstum oder Schrumpfen?, BBSR-Analysen-KOMPAKT, Bonn, 12/2015
- Mindt, F. R.: Die Soli-Abzocke - Die Wahrheit über den Osten, Eichhorn GmbH, Frankfurt a.M. 2003
- Mindestfinanzausstattung statt Nothaushalt, Schlaglichter aus dem Gemeindefinanzbericht 2013 des Deutschen Städtetages, Beiträge des Deutschen Städtetages zur Stadtpolitik - Band 99, Berlin/Köln 2013
- Ministerium für Gesundheitswesen: Rahmenvereinbarung zur Verwirklichung der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der Bürger im höheren Lebensalter und zur Förderung ihrer stärkeren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sowie über die Hauptkomplexe der Altersforschung vom 24. Juli 1969, in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen, 8 (1970)

- mpfs kim-studie 2012, Stuttgart 2013
- Mühlberg, D.: Über kulturelle Differenzen zwischen Deutschen in Ost und West. Studie 1998 - unveröffentlicht
- Müller, Christian, Th.: Ausländische Truppen in Deutschland während des Kalten Krieges, Erfahrungen - Beziehungen - Konflikte, Hamburger Institut für Sozialforschung 2010
- Neu, Claudia: Territoriale Ungleichheit - eine Erkundung, APuZ 37/2006
- Neugebauer, Gero: Die Unterschicht und die Parteien, APuZ 33-34/2008
- Neumann, J.: Probleme der Sozialunion, in: Der Bürger im Staat, 2/1990, Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart 1990; Sozialunion - Positionen und Probleme (Hrsg. Gunnar Winkler), ISS Mai 1990
- Nickel, H.-M.: Frauen in der DDR, APuZ 16-17/1990
- Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 25, FU Berlin 2015
- Noll, H.H.: Wahrnehmung und Rechtfertigung sozialer Ungleichheit 1991-1996, in: H. Meulemann (Hrsg.): Werte und nationale Identitäten im vereinten Deutschland, Opladen 1998
- Oberndörfer, Dieter: Leitkultur und Berliner Republik, APuZ B1 2/2001
- Oertel, H.-F.: Pfui Teufel, Verlag Das Neue, Berlin 2009
- Oltmer, Jochen: Zwangswanderungen nach dem Zweiten Weltkrieg, BpB, Migrations-Dossier
- Paqué, Karl-Heinz: Transformationspolitik in Ostdeutschland, APuZ 28/2009
- Pauke, Horst: Umwelt, in: Sozialreport 1992 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: Gunnar Winkler), Morgenbuch Verlag, Berlin 1992
- Piazola, Daniel: Entwicklungsunterschiede innerhalb einer erweiterten EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 1-2/2002
- PKV, Zahlenbericht der Privaten Krankenversicherung 2014
- Platzek, Matthias: Schrumpfen als Chance, Der Tagesspiegel-online vom 18.5.2007
- Pollak, Detlef/Müller, Olaf: Religionsmonitor 2013, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2013
- Priller, Eckhard/Winkler, Gunnar: Struktur und Entwicklung des Bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland, Gutachten für die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages, Berlin 2001
- Priller, Eckhard: Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung, in: Sozialreport 2001 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: Gunnar Winkler), trafo verlag, Berlin 2001
- Priller, Eckhard: Religion und Religionsausübung, in: Sozialreport 1999 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: G. Winkler), Verlag am Turm, Berlin 1999
- Prognos AG, Prognos-Zukunftsatlas 2013 - Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb, Basel/Berlin 2013
- Prognos AG, Rentenperspektive 2040, Basel/München 2015
- Programm der SED 1963, Beschlüsse des VI. Parteitages, Dietz-Verlag Berlin, Bd. 4, S. 36/Programm der SED 1976, Dietz-Verlag Berlin 1976
- Radtke, Peter: Zum Bild behinderter Menschen in den Medien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 8/2003
- Ragnitz, Joachim: Ostdeutschland im Schatten gesamtwirtschaftlicher Entwicklung, Berliner Debatte Initial, 2/15
- Rehberg, K.-S.: „Großexperiment“ und Erfahrungsschock, in: Esser, H. (Hrsg.): Der Wandel in der Wende, Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland, Wiesbaden 2000
- Reinhardt, Ulrich: Tourismusanalyse 2016, Stiftung für Zukunftsfragen, Hamburg 2016 und Vorläufer
- Reißig, Rolf: Die wissenschaftliche Transformations- und Vereinigungsforschung - der Erkenntnis- und Ertragswert, in: BISS public, Heft 30, 2000
- Rengers, Martina: Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial in der Stillen Reserve, Wirtschaft und Statistik 07/2012
- Rentenversicherungsberichte der Bundesregierung, BMAS, Berlin, jährlich
- Richter, Edelbert: Vermögen der Ostdeutschen: Verlust und Neubildung, in: Zehn Jahre Vereinigungspolitik (Hrsg.: Fritz Vilmar), trafo verlag 2000
- Ripplinger, Stefan: Ein launischer Menschenschlag - zum 60. Jahrestag der Abstimmung des Saarlandes über die Rückkehr nach Deutschland, ND v. 24.10.2015

- Roesler, Jörg.: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch - 1970-2000, bpb, Bonn 2003
- Roesler, Jörg.: „DDR“ und BRD - Sprachpolitik im kalten Krieg, UTOPIEKreativ, Heft 187 (Mai 2006)
- Roethe, Th.: Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl, Eichhorn GmbH, Frankfurt a.M. 1999
- Rosenbrock, R.: Kann die soziale Krankenversicherung in der Marktwirtschaft überleben? Vortrag, Bremen 2002
- Rothgang et al.: Barmer GEK Pflegereport 2015 sowie vorangegangene Jahresberichte
- Sachsen-Anhalt-Monitor, Landeszentrale Politische Bildung, div. Jahrgänge
- Schilling, Lisbeth: Chronik der Sozialpolitik der DDR, in: Schriftenreihe Soziologie und Sozialpolitik, ISS, Berlin 1989
- Schmid, Susanne/Kohli, Martin: Generatives Verhalten und Migration, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungsbericht 10, Nürnberg 2011
- Schmidt, Manfred G.: Grundzüge der Sozialpolitik in der DDR, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft - Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik (Hrsg.: E. Kuhrt), Verlag Leske+Budrich, Opladen 1999
- Schmidtke, Heidrun: Frauen in den neuen Bundesländern, in: Sozialreport 2004 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: Gunnar Winkler), trafo verlag, Berlin 2004
- Schmidtke, Heidrun: Frauen in den neuen Bundesländern, Sozialreport - Quartalszeitschrift, Sonderheft 2/2001, SFZ, Berlin 2001
- Schneider, Ulrich: Mehr Mensch! Gegen die Ökonomisierung des Sozialen, Westend-Verlag Frankfurt/Main 2014
- Schorlemmer, Friedrich: Einmischung! Veränderung!, ND v. 12.01.2012
- Schorlemmer, Friedrich: Kein Rechtsstaat. Aber deswegen doch kein Unrechtsstaat, ND vom 28.03.2009
- Schorlemmer, Friedrich: Selig sind die Verlierer, pendo-verlag, Zürich 1996
- Schorlemmer, Friedrich: Wohl dem, der Heimat hat, Aufbau Verlag, Berlin 2009
- Schreiner, Ottmar: Die Gerechtigkeitslücke, Propyläen - Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2008
- Schröder, Richard: Die Gesellschaft im Osten ist atheistisch, in: R. Schröder: Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit, Verlag Herder, Freiburg i.B. 2007
- Schröter, Ursula: DDR-Sozialismus und Patriarchat, Vortrag RLS, November 2011
- Schröter, Ursula: Ostdeutsche Frauen im Transformationsprozess, APuZ B 20/1995
- Schultz, Helga: Die neue Umverteilung und das Dilemma des Sozialstaats, in: Berliner Debatte Initial 02/2015
- Schulz, Claudie et. al., in: Engagement und Indifferenz - Mitgliedschaft als soziale Praxis, V. EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft, www.ekd.de, Hannover 2014
- Schürer, G.: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR - Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft - Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik (Hrsg.: E. Kuhrt), Verlag Leske+Budrich, Opladen 1999
- Schwitzer, Klaus-Peter/Winkler, Gunnar: Wandel von Altersbildern im Osten, Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V. „Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den neuen und alten Bundesländern“, Bd. 25, Berlin 2011
- Schwitzer, Klaus-Peter: Altenreport '90, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 10+11/1990
- Schwitzer, Klaus-Peter: Ältere Menschen in den neuen Bundesländern, APuZ 29-30/1992
- Schwitzer, Klaus-Peter: Was bedeutet Altern in einer alternden Gesellschaft? in: J. Feldmann & C. Jensen (Hrsg.): Wohin steuert die Altenhilfe? Gesellschaftliche Akzeptanz und Grenzen der Leistungserbringung auf dem Sozialmarkt. Lobetaler Fachtag zur Altenhilfe, Bernau 2011
- Schwitzer, Klaus-Peter: Wohnen im Alter, in: Altenreport '92 - Zur sozialen Lage und Lebensweise älterer Menschen in den neuen Bundesländern (Hrsg.: K.-P. Schwitzer und G. Winkler), Morgenbuch Verlag, Berlin 1993
- Sebaldt, Martin/Straßner, Alexander: Verbände in der Bundesrepublik Deutschland - Eine Einführung, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004
- Seeler, Uwe: Es geht nur miteinander, APuZ Nr. 27-28/2013
- Seibel, Wolfgang: Verwaltete Illusionen, Frankfurt a.M./New York 2005, S. 107
- Sell, Stefan: Die Armut kriegen wir auch noch wegdefiniert...., <http://www.aktuelle-sozialpolitik.blogspot.de/2015/03/27-armut.html>
- Sell, Stefan: Die Entsolidarisierung kommt auf leisen Sohlen, [http://www.aktuelle-sozialpolitik.blogspot.de/vom 12.06.2015](http://www.aktuelle-sozialpolitik.blogspot.de/vom+12.06.2015)
- SFZ - Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern, Bd. 1 bis 29

Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Romeu Gordo, Laura/Grabka Markus M./Rasner, Anika und Westermeier, Christian: „Ostdeutsche Männer um 50 müssen mit geringeren Renten rechnen“, DIW Wochenbericht Nr. 23/2012

SOESTRA - IAB-Betriebspanel Ostdeutschland, 1. bis 19. Welle, Berlin 1995 bis 2015

SoVD, Für eine Erwerbstätigenversicherung, Berlin Mai 2005

Sozialberichte der Bundesregierung, jährlich

Sozialpolitik (Hrsg.: G. Manz/G. Winkler), Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1988

Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit (Hrsg.: Günter Manz/Ekkehard Sachse/Gunnar Winkler), trafo verlag, Berlin 2001

Sozialpolitische Richtlinien der SED vom 30.12.1946

Sozialreformen und soziale Sicherungsziele - Bewertungen und Vorstellungen der Bürger der neuen Bundesländer im Jahr 2008, SFZ, Berlin 2008

Sozialreport '90, Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR (Hrsg.: Gunnar Winkler), Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1990; dsgl. Verlag Bonn Aktuell 1990

Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., empirische Erhebungsreihe „Leben in den neuen Bundesländern“, 1. bis 25. Erhebungswelle (1990 bis 2014)

Spaar, H.: Das Märchen von der Unbezahlbarkeit der Gesundheitsversorgung, in: Gesundheit - ein Mordsgeschäft, isw report 48, München 2001

Spaar, Horst: Gesundheitspolitik, in: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit (Hrsg.: Günter Manz/Ekkehard Sachse/Gunnar Winkler), trafo verlag, Berlin 2001

Spendenbericht Deutschland, Deutsches Zentrum für soziale Fragen, Berlin 2011

Spendenmonitor 2011, TNS-Infratest 2012

SPD-Forum Ostdeutschland, Neue Armut in Ostdeutschland, Berlin 1997

Sportausschuss des Deutschen Bundestages v. 04.09.2013 zur Studie „Doping in Westdeutschland von 1950 bis heute“

Springer, Philipp: Da konnt' ich mich dann so'n bißchen entfalten - Die Volkssolidarität in der SBZ/DDR 1945-1969, Peter-Lang-Verlag, 1999, Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 836

Statistik der Bundesärztekammer/Bundeszahnärztekammer/Apothekenvereinigung/BMG

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Kindertagesbetreuung regional

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 25 Jahre Deutsche Einheit, Wiesbaden 2015

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Arbeitsmärkte im Wandel, Wiesbaden 2012

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Erwerbstätigenrechnung, Erwerbstätige in den alten Ländern der Bundesrepublik 1970 bis 1991, Stuttgart 2007

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1 bis 5 - 1991 bis 2015, Stuttgart 2016

Statistisches Bundesamt, 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015

Statistisches Bundesamt, Amtliche Sozialberichterstattung, div. Jahrgänge, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, Arbeitnehmerverdienste, Fachserie 16, Reihe 2.1, Wiesbaden 2016

Statistisches Bundesamt, Beschäftigung in Kultur und Kulturwirtschaft, Berlin 2015

Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 4.1.1 und 4.1.2, Wiesbaden jährlich

Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung 2013 (ab 2011 lt. Ergebnissen Zensus 2011), Wiesbaden 2015

Statistisches Bundesamt, Bildungsstand der Bevölkerung 2014, Wiesbaden 2015

Statistisches Bundesamt, Europa 2020 - Die Zukunftsstrategie der EU, Wiesbaden 2013

Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 1.2 - Wanderungen, Wiesbaden 2015

Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 2.2, Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2010, Wiesbaden 2011

Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 3, Haushalte und Familien 2014, Berlin 2015

Statistisches Bundesamt, Fachserie 5, Reihe 3, Gebäude und Wohnungen, Wiesbaden 2015

Statistisches Bundesamt, Geburtentrends und Familiensituation in Deutschland 2012, Wiesbaden 2013

Statistisches Bundesamt, laufende Wirtschaftsrechnungen, Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2014, Fachserie 15, Reihe 1, Wiesbaden 2016

- Statistisches Bundesamt, Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland, Mikrozensus 2008, Wiesbaden 2009
- Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2013, Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung - Deutschlandergebnisse, Wiesbaden 2015
- Statistisches Bundesamt, Statistik der Menschen mit Behinderungen - Kurzbericht, Wiesbaden 2014
- Statistisches Bundesamt, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen..., 2015, Wiesbaden 2016
- Statistisches Bundesamt, Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen), FS 14, Reihe 8.1 2013, Wiesbaden 2015/Eigenberechnung
- Statistisches Bundesamt, Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15, Heft 2, Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte - 2013 -, Wiesbaden 2014
- Statistisches Bundesamt: Auf dem Weg zur Gleichstellung?, Wiesbaden 2014
- Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Rewi-Verlag, Berlin 1990
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Gebäude und Wohnen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost, Mikrozensus 2011, Kamenz 2014
- Steckner, Anne/Candeias, Mario: Geiz ist gar nicht geil - über Konsumweisen. Klassen und Kritik, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 14/2014
- Steffen, J./Haupt, H./Winkler, G./Deml, J./Wille, H.: Sichere Renten für die Zukunft - Leitlinien der Volkssolidarität zur zukünftigen Entwicklung der Gesetzlichen Rentenversicherung (Zweite grundlegend überarbeitete und erweiterte Auflage), Verlag Am Turm, Berlin 2000
- Steffen, Johannes: Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung ist gescheitert - trotz geförderter Privatvorsorge keine Lebensstandardsicherung, Portal Sozialpolitik, November 2015
- Steffen, Johannes: Für eine Rente mit Niveau - Zum Diskurs um das Niveau der Renten und das Rentenniveau, Berlin, www.portal-sozialpolitik.de
- Steiner, Andre: Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, BMAS, Bonn 2006
- Steiner, Helmut: Zur Soziologie des Neubeginns nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1988 (Hrsg.: Gunnar Winkler), Akademie-Verlag, Berlin 1988
- Sterr, Martin: Kirche und Kirchlichkeit, in: Der Bürger im Staat, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Heft 4/2000, Deutschland Ost - Deutschland West
- Straßner, Alexander: Funktionen von Verbänden in der modernen Gesellschaft, APuZ 15-16/2006
- Strittmatter, Th.: Der Wandel der Kulturstrukturen in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 22-23/1993
- Süssmuth, Rita: Das veränderte Selbstverständnis der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Frauenpolitik im Umbruch. Dokumentation einer Fachtagung des Instituts für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung über die Situation der Frauen in den neuen Ländern, Sankt Augustin 1991
- Swoboda, Karl-Heinz: Über ein halbes Jahrhundert Volkssolidarität, Mosaik einer humanistischen Bewegung, Landesverband der Volkssolidarität Thüringen, Jansen-Verlag 1996
- Tafeln, www.tafel.de/die-tafeln/zahlen-fakten.html
- Tews, H.-P.: Die neuen Alten aus der Sicht der Soziologie, in: forum demographie und politik, Schriftenreihe der Kommission Demographischer Wandel/Seniorenpolitik beim SPD-Parteivorstand, Nr. 3, Mai 1993
- Thierse, Wolfgang: Vorwort, in: Zehn Jahre Deutsche Einheit - eine Bilanz, Leske+Budrich, Opladen 2000
- Thierse, Wolfgang: Zehn Jahre danach - die Einheit neu denken, Kongress des Forums Ostdeutschland der SPD, Redemanuskript
- Thomas, Rüdiger: „Sich ein Bild machen“ - auf der Suche nach einer gemeinsamen Kultur, in: 10 Jahre deutsche Einheit (Hrsg.: Wolfgang Thierse u.a.), Leske+Budrich, Opladen 2000
- Thüringen-Monitor, Thüringer Staatskanzlei, div. Jahrgänge
- Treuhandanstalt, Daten und Fakten zur Aufgabenerfüllung der Treuhandanstalt, Dez. 1994
- Trommsdorf, Gisela et al.: Kindheit im Transformationsprozess, Berichte der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW), Bericht 4, Leske+Budrich, Opladen 1996
- Ulbricht, Helga: Aufgaben der sozialistischen Sozialpolitik bei der Gestaltung der sozialen Sicherheit in der DDR, Habilitationsschrift, Karl-Marx-Universität Leipzig, 1965
- Ullrich, Peter: Nationaler Kommunismus nach Auschwitz - die DDR und die Jüdinnen und Juden - ein Bilanzversuch, UTOPIEKreativ, Nr. 199, Mai 2007

- UNO-Flüchtlingshilfe - Flüchtlinge weltweit - Zahlen & Fakten, 2014
- ver.di, GEW: Rentenangleichung Ost - Vorschlag für einen Stufenplan zur Angleichung, Berlin, Februar 2006
- Vermögensbarometer 2012, Finanzgruppe Deutscher Sparkassen und Giroverband
- Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Bonn, 18. Mai 1990
- Volksbegehrensbericht 2013, Mehr Demokratie e.V. Berlin 2012, Berlin 2014
- Volkssolidarität Zentralausschuss: Leistungsbericht für 1948, SAPMO-BArchiv, DY 34, Nr. 2010
- Volkssolidarität Bundesverband e.V., Potenziale der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit - Berlin 2006
- Volkssolidarität Bundesverband e.V., Stellungnahme zum 5. SGB-XI-Änderungsgesetz („Pflegestärkungsgesetz“) für den Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages vom 10.09.2014
- Volkssolidarität Bundesverband e.V., Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages am 24. September 2014
- Volkssolidarität Bundesverband e.V.: Entwurf für ein „Bundesseniorengesetz“, Berlin 2000
- Volkssolidarität Bundesvorstand, Eckpunkte für ein Soziales Infrastrukturprogramm für die neuen Bundesländer, Informationsdienst der Bundesgeschäftsstelle, Nr. 4, Berlin 2005
- Volkssolidarität, Beschluss des Bundesvorstandes der Volkssolidarität: Pflegende Angehörige unterstützen - Pflege und Beruf besser vereinbaren
- „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“, Enquetekommission des 17. Deutschen Bundestages, Kommissionsdrucksache 17 (26) 123, Berlin 2013
- Weichert, Brigitte: Kirchen, in: Sozialreport 1990 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR (Hrsg.: G. Winkler), Verlag Die Wirtschaft/Bonn Aktuell, Berlin/Bonn 1990
- Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf: Die pragmatischen Deutschen - Zum Staats- und Nationalbewusstsein in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 32 1991
- Wenzel, Siegfried: Was war die DDR wert?, Das Neue Berlin, Verlagsgesellschaft mbH, 7. Auflage, Berlin 2006
- Werling, H.: Marxistisch-leninistische Grundpositionen zur Lebensweise und zur Persönlichkeit im Alter, Zeitschrift für Altersforschung, (36) 4/1981
- Willgerodt, H.: Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, Abschnitt VIII Sozialpolitik, Sonderdruck für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1990
- Winkler, Gunnar: 1989/1990 - Aufbruch in eine erwünschte Zukunft - zwischen Hoffnungen und Befürchtungen - Empirische Daten der Wendezeit, in: St. Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR - zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Karl Dietz Verlag, Berlin 2004
- Winkler, Gunnar: Altenreport 92 - Zur sozialen Lage und Lebensweise älterer Menschen in den neuen Bundesländern, Berlin 1993; Seniorenreport 94 - Daten und Fakten zur sozialen Lage älterer Bürger in den neuen Bundesländern, Berlin 1995; Sozialreport 50+ - Daten und Fakten zur sozialen Lage von Bürgern ab dem 50. Lebensjahr in den neuen Bundesländern, Berlin 1996, 1998, 2000, 2002, 2005, 2007, 2009, 2011; Sozialreport 50+ - Positionen und Fakten zur sozialen Lage von 50- bis 64-jährigen Bürgerinnen und Bürgern, Berlin 2013
- Winkler, Gunnar: Altersarmut - Bewertungen und Erwartungen in den neuen Bundesländern, SFZ, Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation, Heft 23, Berlin 2008
- Winkler, Gunnar: Altersarmut verhindern - Wege und Perspektiven - Positionen der Volkssolidarität zur Bekämpfung von Altersarmut, Vortrag am 19. April 2011, Sozialpolitisches Fachgespräch der Volkssolidarität
- Winkler, Gunnar: Die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse 1989 bis 2012 - wie aus Veteranen Senioren wurden, Berlin 2012.
- Winkler, Gunnar: Die neuen Alten, in: Altenreport '92 (hrsg. von Schwitzer, Klaus-Peter/Winkler, Gunnar), Morgenbuch Verlag, Berlin 1993
- Winkler, Gunnar: Die Region der neuen Alten - Fakten und Positionen zur sozialen Situation älterer Bürger in den neuen Bundesländern 1990 bis 2005, trafo verlag, Berlin 2006
- Winkler, Gunnar: Einstellungen zu Ausländern und rechtsextremistische Auffassungen in den neuen Bundesländern, Hans-Böckler-Stiftung, Reihe Arbeitspapiere, Nr. 133, Düsseldorf 2007
- Winkler, Gunnar: Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland, in: S. Frister/H. Liljeberg/G. Winkler: Arbeitslosenreport 1999: Daten und Fakten zur sozialen Lage Arbeitsloser in den alten und neuen Bundesländern, Verlag am Turm, Berlin 1999

- Winkler, Gunnar: Frauenreport 2000, Bericht zur sozialen Lage ostdeutscher Frauen in der doppelt geteilten Nation, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2000, 90 Seiten
- Winkler, Gunnar: Frauenreport 2010 - Bericht zur sozialen Lage ostdeutscher Frauen in der doppelt geteilten Nation, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2010, 115 Seiten
- Winkler, Gunnar: Gewerkschaften - Sozial- und Wohlfahrtsverbände - Bewertungen und Erwartungen in den neuen Bundesländern, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, in: Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V. „Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den neuen und alten Bundesländern“, Bd. 20, Berlin 2007
- Winkler, Gunnar: Inhalt und Aufgaben der Sozialpolitik, in: Sozialpolitik (Hrsg.: G. Manz/G. Winkler), 2. Auflage, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1988
- Winkler, Gunnar: Leben in den neuen Bundesländern - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, seit 1990 bis 2016
- Winkler, Gunnar: Leben in Ostdeutschland - Integration und Identifikation, in: Sozialreport 1999 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Verlag am Turm, Berlin 1999
- Winkler, Gunnar: Leben in Ostdeutschland, in: Sozialreport 1995 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Hrsg.: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. durch G. Winkler), Berlin 1995
- Winkler, Gunnar: Sozialunion - Sozialpolitik, in: „Sozialunion“, Institut für Soziologie und Sozialpolitik der AdW der DDR, Berlin, Mai 1990
- Winkler, Gunnar: Überlegungen zur Europäisierung der nationalen und subnationalen Identitäten in den neuen Bundesländern, Studie SFZ, Berlin 2003, unveröffentlicht
- Winkler, Gunnar: Ziele und Inhalte der Sozialpolitik in der DDR, in: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit (Hrsg.: Manz, Günter/Sachse, Ekkehard/Winkler, Gunnar), trafo verlag, Berlin 2001
- Winkler, Gunnar: Zur Geschichte der Volkssolidarität - 1945 bis 2010, in: Volkssolidarität - 1945 bis 2010 - ein Sozial- und Wohlfahrtsverband in Wort und Bild, Bundesverband e.V. Berlin, 5. aktualisierte Auflage, September 2015
- Winkler, Gunnar: online Publikation: Friedliche Revolution und deutsche Vereinigung - 1989 bis 2014 - Positionen der Bürger (www.sfz-ev.de)
- Winkler, Gunnar: online Publikation: Friedliche Revolution und deutsche Vereinigung - 1989 bis 2015 - Positionen der Bürger (www.gunnarwinkler.de)
- Winkler, Gunnar: Die deutsche Vereinigung - 1989 bis 2015, Hefte zur DDR-Geschichte, Heft Nr. 141, Helle Panke, Berlin 2015
- Winkler, Gunnar: Die deutsche Vereinigung - 1989 bis 2015 - Positionen der Bürgerinnen und Bürger (hrsg. von der Volkssolidarität Bundesverband e.V., Berlin 2015
- Wohnen im Alter, Kuratorium Deutsche Altershilfe, Köln (Auftragnehmer), Ursula Kremer-Preiß (Leitung), Thorsten Mehner, Holger Stolarz, herausgegeben vom Bundesministerium für Verkehr, Stadt- und Raumforschung, Berlin 2011, Heft 147
- Wohngeld- und Mietenbericht der Bundesregierung 2014, Berlin 2015
- Wolf, Herbert F.: Marxistische Soziologie als Lehrfach 1947 - 1951. Zu Ansätzen an den Universitäten Leipzig und Rostock, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1989 (Hrsg.: Gunnar Winkler), Akademie-Verlag, Berlin 1989
- Wolf, J.: Die Vergesellschaftungslücke. Der Vorruhestand in den neuen Bundesländern, in: Zeitschrift für Sozialreform, Nr. 11/12 1991
- WSI-Tarifarchiv, Statistisches Taschenbuch Tarifpolitik, Düsseldorf div. Jahrgänge
- Zahn, Christian: Vorsitzender des Verbandes der Ersatzkassen, Kostensteigerungen im Gesundheitswesen künftig wieder paritätisch finanzieren, ND, 26.08.15
- Zapf, Wolfgang: Sozialreport 1990 - Eine kritische Bewertung, in: Sozialreport 1990 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Dokumentation eines Workshops am WZB, Arbeitspapier P 90 - 102
- Zapf, Wolfgang: Wandlungen der deutschen Eliten (1919-1961), Verlag Piper, München 1965
- Zapf, Wolfgang: Wie kann man die deutsche Vereinigung bilanzieren?, in: Demokratie und Partizipation (Hrsg.: Oskar Niedermayer, Bettina Westle), Westdeutscher Verlag 2000
- Zehnter Regierungsbericht über die „Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland“ (2015)
- Zschieche, Michael: Umweltschutz in Ostdeutschland - Versuch über ein schnell verschwundenes Thema, APuZ 27/2003

Anlage 5

Über den Autor

WINKLER, Gunnar, Prof. Dr. sc. oec.

Mitglied der Leibniz-Sozietät e.V.

geb. 1931 in Hamburg

Erlerner Beruf: Hauer. Von 1947 bis 1951 als Hauer und Steiger unter Tage im Erzbergbau tätig. 1952 bis 1956 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Karl-Marx-Universität Leipzig und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; 1967 Promotion (Dr.rer.oec.); 1973 Promotion B (Dr.sc.oec.); 1956 bis 1977 wissenschaftlicher Mitarbeiter, Dozent, Professor für Betriebswirtschaft an der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“ in Bernau bei Berlin; 1978 bis 1990 Direktor des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften der DDR; 1991 bis 2002 Geschäftsführer am Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. Seit 2000 Mitglied der Leibniz-Sozietät e.V.

Veröffentlichungen u.a.:

Wissenschaftliche Profilierung auf den Gebieten Sozialpolitik, Sozialanalysen. Insgesamt ab 1956 Herausgeber und Autor von rd. 60 Büchern und 250 Beiträgen in wissenschaftlichen Veröffentlichungen, darunter 60 im Ausland.

In der DDR u.a.: Hrsg.: Theorie und Praxis der Sozialpolitik, 1988; Geschichte der Sozialpolitik der DDR, 1989; Lexikon der Sozialpolitik, 1987, Sozialreport 1990 sowie Frauenreport 1990.

Nach 1990 Herausgeber und Mitautor der Sozialreporte zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern 1990 bis 2012, der Seniorenreporte 1992 bis 2013, der Arbeitslosenreporte 1996 bis 1999, der Behindertenreporte 1994 und 2003; Mitautor: „Sichere Renten für die Zukunft“ - Leitlinien der Volkssolidarität, 1997 und 2000; Herausgeber (zusammen mit G. Manz/E. Sachse): „Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit“; seit 1993: Herausgeber (zusammen mit I. Kurz-Scherf): „Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern“; 2002: Struktur und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland (gemeinsam mit E. Priller), im Auftrag der Enquetekommission des Bundestages „Bürgerschaftliches Engagement“; 2006: „Die Region der neuen Alten - Fakten und Positionen zur sozialen Situation in den neuen Bundesländern“; 2007: Einstellungen zu Ausländern und rechtsextremistische Auffassungen in den neuen Bundesländern, im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 133 der Hans-Böckler-Stiftung; 2008/2009: Publikationen zur Entwicklung von „Altersarmut in den neuen Ländern“ sowie zu „Friedliche Revolution und deutsche Vereinigung“ (2010 bis 2016), erschienen in der Schriftenreihe des SFZ „Umbruch“ sowie in den letzten Jahren als online-Publikation. Autor und Herausgeber der Geschichte der „Volkssolidarität - ein Sozial- und Wohlfahrtsverband in Wort und Bild“ (2010 bis 2015).

Ehrenamt:

1990 gewählt zum Vizepräsidenten des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssolidarität Bundesverband e.V., von 2002 bis 2004 zugleich Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg der Volkssolidarität, von 2002 bis 2014 Präsident der Volkssolidarität, seit 2014 Ehrenpräsident der Volkssolidarität.